HD WIDENER
HW B6S1 5
Digitized by Google

H 38.24.12

VE RI TAS

HARVARD
COLLEGE
LIBRARY

~~[illegible]~~
George P. Gardner
Berlin 1873

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Karl von Rotteck's

Allgemeine Geſchichte

vom

Anfang der hiſtoriſchen Kenntniß

bis auf unſere Zeiten.

Elfter Band.

Digitized by Google

Digitized by Google

Karl von Rotteck's
allgemeine
Geſchichte

vom

Anfang der hiſtoriſchen Kenntniß

bis auf unſere Zeiten.

Mit ſechsundzwanzig Stahlſtichen nach Original-Compoſitionen

und dem

Portrait des Verfaſſers.

Elfter Band.

Geſchichte der letzten 25 Jahre

von

Karl Heinrich Hermes.

Zweiter Band.

Braunſchweig,

Verlag von George Weſtermann.

1848.

Digitized by Google

H38.24.12

5857
10.45
20

Digitized by Google

Vorwort.

Das Werk, deſſen Anfang ſich ſeit drei Jahren in den Händen der deutſchen Leſewelt befindet, iſt durch den jetzt vollendeten zweiten Band zu einem vorläufigen Abſchluſſe gebracht; und indem ich von den Tauſenden meiner biederen deutſchen Landsleute und Sinnesgenoſſen, die daſſelbe ſich zu Freunden gewonnen — hoffentlich nicht auf lange — Abſchied nehme, fühle ich das Bedürfniß, mich noch über Manches, ſowohl was das Buch, als was die Perſon des Verfaſſers betrifft, offen und ehrlich, wie es dem Deutſchen geziemt, auszuſprechen. Es wäre thöricht, von einem Buche, welches die Geſchichte unſerer Tage darſtellt, zu behaupten, daß daſſelbe durchaus parteilos geſchrieben ſey. Niemand iſt in Dingen, die er ſelbſt erlebt hat, wirklich unparteiiſch; und ich habe keinen Grund es zu verhehlen, daß ich von früher Jugend auf mit den wärmſten Gefühlen meines Herzens Partei ergriffen habe: Partei für Alles, was mir als gut und ſchön erſchien; Partei für Ehre, Freiheit, Recht, Wahrheit und Vaterland. Dieſen Gefühlen habe ich in noch jungen Jahren das, was dem Menſchen das Theuerſte iſt: das väterliche Haus, die geliebte Heimath, die Freunde und

Digitized by Google

Genoſſen meiner Jugend, zum Opfer gebracht; dieſe Gefühle und die Ueberzeugungen, die in ihnen wurzelten, habe ich in allen Wechſeln meines vielbewegten Lebens als mein höchſtes Gut unwandelbar feſtgehalten. Es wäre ſonderbar, wenn ſie ſich nicht auch in meiner Darſtellung der Zeit, in der ich gelebt und nach Kräften gewirkt habe, widerſpiegeln ſollten. Ich habe gerade deshalb es verſchmäht, den einfachen Gang der Erzählung durch weitläufige Betrachtungen zu unterbrechen, weil ich überzeugt war, daß meine Auffaſſung der Begebenheiten die Gefühle, von denen ich beim Niederſchreiben durchdrungen war, auch in den Leſern hervorrufen würden, ohne daß ich immer nöthig hätte, die Lehre zu der Fabel hinzuzufügen. Ich habe nicht für Kinder, ſondern für Männer geſchrieben.

In einem andern Sinne, als dem angedeuteten, bin ich unparteiiſch geweſen. Wir haben in Deutſchland keine große ausgebildete politiſche Parteien, wie ſie in Frankreich und England beſtehen. Die ganze deutſche Nation oder doch die unermeßliche Mehrheit derſelben bildet eine Partei, welcher Ehre, Freiheit, Recht und Wahrheit über Alles gilt, welche Ehre, Unabhängigkeit und Einheit des Vaterlandes, Freiheit der Rede und der Schrift, des Glaubens und der wiſſenſchaftlichen Forſchung, unverfälſchte Aufrechterhaltung der verbrieften Rechte und der geſetzlich beſtehenden Verfaſſungen, Treue den geſchworenen Eiden, Treue des Fürſtenwortes wie des Manneswortes als ihre Loſung anerkennt; aber es wäre eine wunderliche Verkehrtheit, die Geſammtheit einer großen Nation als eine Partei zu betrachten. Leider haben wir nur ſtatt der Parteien Cliquen, welche ſehr verſchiedenartige, gewöhnlich in die koſtbarſten Redensarten gekleidete und doch am Ende nur eigennützige Zwecke

Digitized by Google

verfolgen. Ich habe nie irgend einer Clique angehört, weder einer literariſchen, noch einer politiſchen, noch einer kirchlichen; weder den Cliquen, die ſich unter dem ziemlich durchlöcherten Deckmantel des Liberalismus verbergen, noch jenen, die ſich gern als eine nicht exiſtirende conſervative Partei gebehrden möchten, und die in der letzten Zeit es vorgezogen haben, unter dem beſcheidenen Jeſuiterkäpplein einen religiöſen Mummenſchanz nach Art der mittelalterlichen Eſelsfeſte aufzuführen. Ich weiß wohl, daß das Cliquenweſen in unſerem lieben deutſchen Vaterlande zu dieſer Stunde, wie der allen Unrath abſondernde Schaum in einem vollen Keſſel, der an's Feuer geſetzt iſt, oben ſchwimmt; ich will aber lieber untergehen, wenn es ſeyn muß, als mit dem Abſchaume der Nation oben ſchwimmen.

Dieſe Erklärung vor dem Richterſtuhle der deutſchen Nation öffentlich abzulegen, hielt ich um ſo mehr für meine Pflicht, als derſelbe zugleich meine vollſtändige Rechtfertigung gegen alle die albernen Verunglimpfungen und Verleumdungen enthält, welche faſt alle deutſche Tagblätter von der Augsburger allgemeinen Zeitung bis zum Hamburger Correſpondenten ſeit Jahren gegen meine Perſon zu verbreiten ſich bemüßigt gefunden haben. Jedem einzelnen Kläffer unter den Vielen Rede zu ſtehen, wäre eine eben ſo vergebliche, als bei dem geſunden unbeſtechlichen Urtheile, welches ich der deutſchen Nation zutraue, unnöthige Mühe geweſen. Thatſachen, die meinen politiſchen oder bürgerlichen Charakter auch nur zu verdächtigen geeignet waren, hat von den zahlreichen Feinden, die zu haben ich mich rühme, kein einziger vorzubringen vermocht; die Stelle derſelben vertrat die hundertmal wiederholte Lüge, als ob ich meine Feder oder meine Geſinnungen irgend einer deutſchen Regierung für ein Stück

Digitized by Google

Geld verkauft hätte. Davon, inwiefern dies geſchehen iſt, legt meine »Geſchichte der letzten fünfundzwanzig Jahre«, die gerade während der Zeit geſchrieben und gedruckt wurde, in der man den Kauf gewittert haben wollte, ein unzweideutiges Zeugniß ab. Zum Ueberfluſſe gedenke ich aber im Laufe des nächſten Jahres eine Auswahl der beſſeren meiner Aufſätze zu veranſtalten, die während eines Zeitraumes von zwanzig Jahren in verſchiedenen deutſchen Zeitſchriften — dem Stuttgarter Morgenblatte, dem Münchener Ausland und Inland, den Leipziger Blättern für literariſche Unterhaltung, der Braunſchweiger deutſchen Nationalzeitung und der Kölniſchen Zeitung — erſchienen ſind, und die dann, mit manchem Gedruckten und Ungedruckten aus der neueſten Zeit vermehrt, den beſten Beweis liefern werden, von welchen Geſinnungen ich während meiner politiſchen und literariſchen Laufbahn immer beſeelt geweſen bin.

Berlin, im December 1844.

Dr. Karl Heinrich Hermes.

Digitized by Google

Inhaltsanzeige des zweiten Bandes.

Viertes Buch.

Die Stockungen in der politiſchen Entwicklung des europäiſchen Feſtlandes und die Anfänge der Wiederbelebung.

	Seite
Erſtes Hauptſtück. Die Rückſchritte der politiſchen Entwicklung in Deutſchland	1
Zweites Hauptſtück. Der Thronwechſel in Frankreich	55
Drittes Hauptſtück. Der Tod des Kaiſers Alexander und der ruſſiſche Türkenkrieg	130

Fünftes Buch.

Die franzöſiſche Juli-Revolution.

Erſtes Hauptſtück. Der parlementariſche Sieg des Liberalismus in Frankreich	242
Zweites Hauptſtück. Die drei Tage	336
Drittes Hauptſtück. Das Bürgerkönigthum	419

Sechstes Buch.

Die nächſten Folgen der Juli-Revolution.

Erſtes Hauptſtück. Das Königreich der Niederlande und die Semptember-Revolution in Brüſſel	486
Zweites Hauptſtück. Die innere Entwicklung in Deutſchland vor der Juli-Revolution und die revolutionaire Bewegung nach der Juli-Revolution	506
Drittes Hauptſtück. Der polniſche Freiheitskampf	557
Schluß	630

Digitized by Google

Digitized by Google

Viertes Buch

Die

Stockungen in der politiſchen Entwicklung des europäiſchen Feſtlandes

und

die Anfänge der Wiederbelebung.

Erſtes Hauptſtück.

Die Rückſchritte der politiſchen Entwicklung in Deutſchland.

Die Politik der großen europäiſchen Mächte, welche zuerſt der Aachener Congreß in ihren allgemeinſten Umriſſen andeutete, und die darauf die Congreſſe von Troppau, Laybach und Verona immer beſtimmter ausprägten, rief eine trübe Zeit hervor, die in den edelſten Gemüthern alles Vertrauen auf die Zukunft erſtickte und das geiſtige Leben der Völker in einen Schlummer ſenkte, tief und feſt genug, um ſcheinbar den unvermeidlichen Uebergang zu dem ewigen Stillſtande des Todes vorzubereiten. Wie vielfach verſchieden auch die Richtungen waren, welche die Regierungen der verſchiedenen Staaten des Feſtlandes verfolgten, ſo ſtimmten doch alle darin überein, jede ſelbſtſtändige Regung des Gedankens immer weiter zurückzudrängen. Der öſterreichiſche Staatskanzler, Fürſt Metternich, ſprach es ohne Rückhalt aus: daß es nicht darauf ankam, „aufrecht zu halten", was in den ſtürmiſchen Bewegungen ſeit der franzöſiſchen Revolution Beſtand gewonnen, ſondern daß man auch darauf ausging, das „wieder zu er-

Digitized by Google

langen", was ſeitdem für die Machthaber, für die Throne und ihre Stützen, die bevorrechteten Stände, an perſönlichen Berechtigungen „verloren" gegangen ſey *). Der Zweck, den Oeſterreich vor Augen hatte, war offenbar, die Dinge, wenn auch mit äußerſter Vorſicht und mit ängſtlicher Vermeidung neuer gewaltſamer Erſchütterungen, auf den Stand zurückzuführen, auf dem ſie vor der franzöſiſchen Revolution ſich befanden. Oeſterreich übte aber, weit über ſeine Grenzen hinaus, auf die allgemeinen politiſchen Beziehungen des europäiſchen Feſtlandes mächtigen Einfluß; in Deutſchland beſaß es eine beinahe ausſchließende Herrſchaft, die kaum andere Schranken kannte, als jene, welche die eigene Mäßigung ihr ſteckte. Preußen, das ſeit den Tagen Friedrichs des Großen dem öſterreichiſchen Einfluſſe in Deutſchland immer die Wage gehalten, ſpielte ein feines, aber gefährliches Spiel. Keiner der übrigen großen europäiſchen Mächte an materiellen Hülfsmitteln gewachſen, ſuchte Preußen ſich dadurch zu verſtärken, daß es die Kräfte der mittleren und kleineren deutſchen Staaten für ſeine Intereſſen gewann. Um dieſen Zweck zu erreichen, gab es einen ſich von ſelbſt darbietenden Weg, den einzuſchlagen in dem Plane des ausgezeichneten Staatsmannes lag, welcher die Politik des Berliner Cabinettes während des Befreiungskrieges und während der erſten Jahre nach dem Frieden leitete. Fürſt Hardenberg war entſchloſſen, in Preußen eine freie Verfaſſung zu begründen, die einer kräftigen Entwicklung des Volksgeiſtes den weiteſten Spielraum gewährt hätte. Alle übrige deutſche Staaten, mit der einzigen Ausnahme von Oeſterreich, wären von dieſem Beiſpiele fortgeriſſen worden, wie ſie zu der Zeit des Befreiungskampfes von dem Aufſchwunge des preußiſchen Volkes mit fortgeriſſen wurden; und es hätte ſich auf dieſe Weiſe von ſelbſt eine Gemeinſchaft der Intereſſen gebildet, welche die engſte politiſche Vereinigung zur nothwendigen Folge haben mußte. Aber Hardenberg war mehr ein edler, milder und liebenswürdiger, als kühn durchgreifender Charakter. Die Schwierigkeiten, die er in der Ausführung fand, entmuthigten ihn; auch ließen am Abende ſeines Lebens mit den körperlichen ſeine geiſtigen Kräfte nach. Andere Perſonen und andere Anſichten und Geſinnungen gewannen an dem Hofe zu Berlin allmälig die Oberhand; die Erinnerungen des Befreiungskampfes ſchwanden mehr und mehr aus dem Gedächtniſſe. Der Staatskanzler, Fürſt Hardenberg, ſelbſt ſchwankte zwiſchen entgegengeſetzten Einflüſſen. Im Bewußtſeyn ſeiner zunehmenden

*) Siehe das Schreiben des Fürſten. Bd. I. S. 119.

Digitized by Google

Schwäche ſcheute er jede zu nahe Berührung mit Männern von überlegener Geiſtes- und Charakterſtärke. Wilhelm von Humboldt, der berühmte Bruder des berühmteren Naturforſchers, war unter allen Staatsmännern Preußens *jener*, der durch ſeine bewährten vaterländiſchen Geſinnungen, durch *ſeine tiefen* Einſichten, durch ſeine umfaſſende, aber dem Leben *nicht entfremdete* Gelehrſamkeit und durch ſeine Betheiligung an den bedeutendſten diplomatiſchen Unterhandlungen ſeit der Zeit des Wiener Congreſſes ſich die allgemeinſte Achtung und Verehrung und das unbedingteſte Vertrauen aller freiſinnigen Vaterlandsfreunde erworben hatte. Ihm hatte der Staatskanzler bereits nach dem Abſchluſſe des zweiten Pariſer Friedens die Verwaltung der auswärtigen Angelegenheiten zugeſagt, ſobald er es gerathen finden würde, einen Theil der Bürde, die auf ſeinen Schultern ruhte, ſich abnehmen zu laſſen. Seitdem waren drei Jahre vergangen, und der Fürſt fühlte, daß er den Anſtrengungen nicht mehr gewachſen war, welche die perſönliche Leitung eines der wichtigſten Verwaltungszweige erforderte. Statt ſein Verſprechen *zu halten*, zog er es aber vor, einen Fremden, den däniſchen Grafen *von* Bernſtorff, der die Stelle eines Geſandten ſeines Hofes in Berlin bekleidete, für den preußiſchen Dienſt zu gewinnen und dieſem die Aufgabe zu vertrauen, die Beziehungen Preußens nach außen in einer verhängnißſchweren Zeit zu ordnen. Eine Folge dieſer Wahl war es, daß Preußen freiwillig auf alle die ſtolzen Anſprüche verzichtete, zu denen der preußiſche Name ſeit einem halben Jahrhunderte berechtigt war: auf die politiſche Geltung in Deutſchland, die der große Friedrich erkämpft, auf die ſelbſtſtändige Stellung zwiſchen dem leicht beweglichen Weſten und dem ſtarren Oſten, welche die Aufopferungen des Jahres **1813** wieder errungen, und auf die damit verbundene den Ausſchlag gebende Stimme in allen entſcheidenden Fragen, welche das europäiſche Völkerleben theilen. Das große Geheimniß der preußiſchen Politik, welches in der Bruſt jedes echten Preußen wohl verwahrt liegt, war dem Ausländer verborgen geblieben. Zwar begriff Graf Bernſtorff, daß Preußen ſeinen Einfluß in Deutſchlaud nicht aufgeben konnte ohne zu der beſcheidenen Rolle einer Macht zweiten Ranges herabzuſteigen. Die Scham hielt den Dänen ab, offen einzugeſtehen, daß er kein Mittel wußte, einer ſolchen Demüthigung vorzubeugen, und es wurde daher ein eigenthümlicher Rath erſonnen, der zwar in der Form, in welcher derſelbe actenmäßig vorliegt, nicht aus der Feder des Miniſters gefloſſen iſt, aber den nur zu treuen Ausdruck des Syſtemes enthält, das dieſer thatſächlich befolgte. Es wurde vorgeſchlagen, die

Digitized by Google

Leitung der allgemeinen deutſchen Angelegenheiten für das Erſte ganz dem öſterreichiſchen Cabinette zu überlaſſen, ſich ſelbſt möglichſt in den Hintergrund zurückzuziehen und den Schein anzunehmen, als ob man nur der öſterreichiſchen Politik folge, wenn man die Maßregeln unterſtützte, die von Oeſterreich empfohlen und in Antrag geſtellt wurden. Bei dem Streben nach Selbſtſtändigkeit, welches allen, auch den kleinſten deutſchen Staaten eigen iſt, konnte es nicht fehlen, daß das Uebergewicht, welches Oeſterreich geltend machte, eine allgemeine Eiferſucht erweckte. Man rechnete deshalb darauf, daß die kleineren Staaten, für ſich allein außer Stande, dem übermächtigen Andrange zu widerſtehen, ſobald Preußen es an der Zeit hielt, ſich von Oeſterreich zu trennen, nichts Eiligeres zu thun haben würden, als das läſtige Joch abzuſchütteln und ſich der rettenden zweiten deutſchen Hauptmacht in die Arme zu werfen *). Das, worauf man hauptſächlich bei dieſer etwas gewundenen Politik zu achten hatte, war, zu verhindern, daß die Geſetzgebung des deutſchen Bundes in Bezug auf ſeine inneren Angelegenheiten keine allzu feſte Geſtalt annahm, weil dadurch die dem öſterreichiſchen Cabinette nur zeitweilig zugeſtandene Oberherrſchaft leicht eine bleibende werden konnte. Daraus erklärt ſich, weshalb manche wichtige Verhandlungen, wie jene über das Verfahren bei Zwiſtigkeiten verſchiedener Bundesſtaaten untereinander, über die Aufſtellung von Austrägalinſtanzen und über mehrere andere Gegenſtände ungeachtet wiederholter Anregung nicht zum Ziele gelangten.

Durch die Verkündung der Wiener Schlußacte war in dem gewohnten langſamen Gange der Verhandlungen am Bundestage ſo wenig verändert worden, als durch die Annahme der Karlsbader Beſchlüſſe. Die regſte Thätigkeit zeigte ſich noch in den Berathungen, die über das Heerweſen Statt fanden. Am 12. October 1820 legte die zu dieſem Zwecke niedergeſetzte Commiſſion die erſten Abſchnitte der Grundzüge einer Kriegsverfaſſung des deutſchen Bundes vor; ehe ſechs Monate vergingen, waren die weſentlichſten Beſtimmungen zum Bundesgeſetze erhoben; und im April 1822 wurden nicht allein die Contingente der einzelnen Bundesſtaaten auf das Genaueſte feſtgeſetzt, ſondern es wurde außerdem der Beſchluß gefaßt, daß bis zum Eintritte des Herbſtes alle Heeresabtheilungen des Bundes vollkommen geordnet ſeyn ſollten. Das Bundesheer zählte nach der neuen Einrichtung nicht weniger als 300,000 Mann ſchlagfertiger Truppen, wozu noch eine

*) Siehe die Denkſchrift im Portfolio, No. XV. (Lond. 1836) S. 356 ff.

Digitized by Google

Reſerve von 150,000 Mann kam: eine größere Macht, als Deutſchland in früheren Zeiten als Ganzes jemals unter den Waffen gehabt hat. Zwar erhoben die kleineren Bundesſtaaten bittere Klage über die ungeheure Laſt, welche ihnen die Unterhaltung eines ſo ſehr außer allem Verhältniß zu den früheren Gewohnheiten ſtehenden Wehrſtandes auflege. Preußen und Oeſterreich hatten aber das gleiche Intereſſe, die Wehrhaftigkeit des Bundes ſo hoch als möglich zu ſteigern, weil beide Mächte in der äußeren Sicherheit deſſelben eine Bürgſchaft für ihre eigene Sicherung fanden, und vielleicht auch wohl, weil außerdem beide ſich Rechnung machten, die Kräfte des Bundes zur Vermehrung ihres eigenen Anſehens in die Wagſchale zu legen. Sobald Oeſterreich und Preußen, ernſtlich vereint, einen gemeinſchaftlichen Zweck verfolgten, vermochte das Widerſtreben der kleineren Staaten nur vorübergehende Hemmungen zu bewirken. Mit nicht viel geringerem Eifer als des Kriegsweſens nahm ſich der Bundestag der Sache des früher reichsunmittelbaren Adels an, von dem beſonders aus Baiern und Baden dringende Beſchwerden über Verkürzung der Vorrechte eingegangen waren, welche die Bundesacte in ihrem 14. Artikel, ſo wie die Wiener Schlußacte demſelben zugeſtanden. Den beiden betheiligten Regierungen wurde noch im Laufe des J. 1820 aufgegeben, ihre vertragsmäßig übernommenen Verpflichtungen nicht länger unerfüllt zu laſſen. Dagegen erklärte in demſelben Jahre die Commiſſion, welche beauftragt war, die Lage des deutſchen Handels zu unterſuchen und über die Mittel zur Herſtellung eines freiern Verkehrs zu berichten, „daß es ihr an den nöthigen Vorkenntniſſen mangle,“ um ein Gutachten abzugeben, wobei denn die ganze wichtige Angelegenheit ihr Bewenden hatte. Die mittleren und kleineren Staaten, welche den Druck der Binnenzölle am ſchwerſten empfanden: Baiern, Würtemberg, Baden, beide Heſſen, Naſſau, die ſächſiſchen Herzogthümer und die thüringiſchen Fürſtenthümer, knüpften darauf beſondere Unterhandlungen an, und im Sommer 1821 kam zu Darmſtadt ein eigener Handelscongreß zu Stande, der unter mannigfaltigem Wechſel bis in das Frühjahr 1823 fortgeſetzt wurde, jedoch zu keinem andern Ergebniſſe führte, als daß er eine Reihe von Fragen in Anregung brachte, deren Löſung der Zukunft vorbehalten blieb. Gleich erfolglos waren die Unterhandlungen, die zwiſchen Bevollmächtigten der betheiligten Staaten über Befreiung der ſchönſten Waſſerſtraße Deutſchlands, des Rheinſtromes, von den Hemmungen einer engherzigen und eigennützigen Handelspolitik Statt fanden. Umſonſt war in der von allen großen Mächten verbürgten

Digitized by Google

Acte des Wiener Congreſſes ausdrücklich beſtimmt, daß der Rhein frei ſeyn ſolle bis in das Meer. Die holländiſchen Kaufleute, die ſich die ausſchließliche Verſorgung eines Marktes von ſechs Millionen Menſchen nicht entziehen laſſen wollten, ſchützten den Wortlaut der franzöſiſch abgefaßten Urkunde vor und beharrten dabei, daß jusqu' à la mer nicht bedeute: jusque dans la mer, — bis in das Meer, ſondern nur bis an das Meer oder bis an die Schleuſe, welche das Waſſer des dürftigen Canales in die Nordſee entleert, dem die Niederländer zum Unterſchiede von Waal, Lek und Yſſel den Namen des Rheins beilegen. Günſtigern Erfolg hatten die Verhandlungen über die Schifffahrt der Elbe und Weſer. Die Elbſchifffahrt wurde durch die Acte vom 12. December 1821 wirklich von den drückendſten Beſchränkungen befreit; und wie viel ſich auch gegen die Acte über die Weſerſchifffahrt erinnern ließ, die erſt am 10. September 1823 zu Stande kam, ſo war ſie doch immer als ein Anfang der Verbeſſerung zu betrachten.

Mehr als alle die verſchiedenartigen Commiſſionen, die der Bundestag in ſeiner weitſchichtigen, wenngleich nicht ſehr erfolgreichen Thätigkeit eingeſetzt, zog eine andere, die ihr Daſeyn nur mittelbar ſeiner Anordnung verdankt: die Centralcommiſſion zur Unterſuchung der demagogiſchen Umtriebe in Deutſchland, die Aufmerkſamkeit des deutſchen Volkes auf ſich. Seit dem Anfange des Novembers 1819 in der Bundesfeſtung Mainz verſammelt, hatte die Centralcommiſſion drittehalb Jahre hindurch von ihren beinahe unumſchränkten Vollmachten den ausgedehnteſten Gebrauch gemacht: jede Spur von Verſuchen zur Aufwiegelung, von unruhigen Bewegungen oder aufrühreriſchen Wühlungen, wie unbedeutend ſie immer ſeyn mochte, war mit einem ungeheuern Aufwande von Mitteln erforſcht und bis zu ihrem Ausgangspunkte verfolgt worden; von den Alpen bis zum deutſchen Meere, vom Rheine bis zur Oder über beide Ströme hinaus waren polizeiliche und richterliche Behörden in Anſpruch genommen, um die Geheimbündler aufzuſuchen, deren verborgene Wirkſamkeit man als die Urſache der beunruhigenden Erſcheinungen vorausſetzte, die auf den verſchiedenſten Punkten gleichzeitig zum Vorſcheine gekommen waren; von den Ergebniſſen aller dieſer Bemühungen war jedoch nicht das Geringſte zur öffentlichen Kenntniß gebracht worden. Endlich am 1. Mai 1822, erſtattete die Commiſſion einen Bericht an den Bundestag. Die Erwartung war auf das Höchſte geſpannt; aber wer möchte es leugnen, daß dieſelbe durchaus getäuſcht wurde? Die Commiſſion hatte eine außerordentliche Maſſe von Thatſachen zuſammengeſtellt die keinen Zweifel darüber ließen, — was

Digitized by Google

ohnedies Niemand bezweifeln konnte, — daß im Norden wie im Süden, im Oſten wie im Weſten von Deutſchland, hier in weiteren, dort in engeren Kreiſen politiſche Anſichten Eingang gefunden hatten, die mit jenen der Regierungen nicht übereinſtimmten, die, ſobald ſie ſich im Leben geltend zu machen ſuchten, als mehr oder weniger ſchroffer Widerſpruch gegen die beſtehenden Einrichtungen hervortreten mußten, durch Uebertreibung zu tadelnswerthen und zum Theil ſogar ſträflichen Anmaßungen und Ausſchweifungen führen konnten, und die einzelne unerfahrene Gemüther bis zum Fanatismus entflammt, einen unglücklichen Jüngling bis zu dem Verbrechen des Meuchelmordes hingeriſſen hatten; mit vielem Scharfſinn war ein innerer Zuſammenhang in Dingen nachgewieſen, die in Zeit und Raum weit von einander getrennt waren und ſcheinbar nicht die entfernteſte Aehnlichkeit mit einander hatten; aber das Geheimniß, welches man ſuchte, war nicht gefunden. Nichts rechtfertigte die Annahme eines Bundes, der auf den Umſturz der Throne und der Regierungen ausgehe, im Finſtern ſeine Dolche ſchleife und nur auf die Gelegenheit lauere, ſich auf die Opfer zu ſtürzen, die dem Mordſtahle durch die geheimen Obern bezeichnet wären. Das Geheimniß, welches man entdeckt hatte, war ein offenkundiges; es war das Streben des aus ſeinem Schlummer erwachenden deutſchen Volksgeiſtes, zum Bewußtſeyn zu gelangen, welches in ſeinem erſten dunkeln Ringen ſich freilich kaum anders als durch die ungelenkteſten und ungeſchickteſten Bewegungen kund geben konnte. Die Mainzer Unterſuchungscommiſſion ſcheint in dieſem Lichte die Thatſachen, deren Zuſammenhang ſie wohl begriff, nicht geſehen zu haben; ſie ſetzte ihre mühevollen und wenig dankbaren Arbeiten noch manche Jahre fort, ohne von den Ergebniſſen ferner öffentliche Rechenſchaft abzulegen, bis ſie zuletzt (im J. 1828), von der Nation bereits vergeſſen, während ſie noch in voller Wirkſamkeit war, ſich in aller Stille auflöſte.

Einen bedeutenden Abſchnitt in der Thätigkeit des deutſchen Bundestages bezeichnete die Mittheilung des Rundſchreibens, welches die Höfe von Wien, Berlin und St. Petersburg an ihre diplomatiſche Agenten über die Zwecke des Congreſſes von Verona und die auf demſelben verabredeten Maßregeln erlaſſen hatten. Von öſterreichiſcher Seite wurde darauf angetragen: die Bundesverſammlung möge den großen Mächten nicht nur für dieſe Mittheilung ihren Dank abſtatten, ſondern auch ihre unbedingte Zuſtimmung zu den Grundſätzen oder Maßnahmen ausdrücken, durch welche die Mächte die Ruhe und Ordnung in Europa aufrecht zu erhalten ſuchten. Der baieriſche Geſandte

Digitized by Google

erklärte ſich ermächtigt, im Namen ſeines Hofes deſſen vollkommene Uebereinſtimmung mit den weiſen und erhaltenden Grundſätzen der erhabenen Monarchen von Oeſterreich, Preußen und Rußland darzulegen, da nicht zu zweifeln ſey, daß dieſe Grundſätze allſeitige gerechte Anerkennung finden würden. Dieſe Erklärung entſprach nicht ganz der Forderung, die Oeſterreich geſtellt hatte. Denn aus einer Uebereinſtimmung mit den Grundſätzen folgte keineswegs nothwendig die Zuſtimmung zu allen den Maßregeln, die zu der Durchführung derſelben erforderlich geachtet wurden. Baiern war offenbar der Meinung, daß der deutſche Bund nicht unter allen Umſtänden die Verbindlichkeit übernehmen dürfe, die Politik der drei Mächte zu unterſtützen, und dieſer Anſicht fiel die Mehrzahl der übrigen Bundesſtaaten bei. Aber Würtemberg ging noch einen Schritt weiter, indem es auch von einer Uebereinſtimmung mit den allgemeinen Grundſätzen der Mächte nichts wiſſen wollte und denſelben nur kurz weg ſeine Anerkennung zugeſtand, die es freilich unmöglich verweigern konnte. Der würtembergiſche Geſandte, Herr von Wangenheim, lehnte es deshalb allein ab, die von der Bundesverſammlung beſchloſſene Dankſagung zu unterzeichnen.

Dieſer Fall war nicht der einzige, in dem Würtemberg den beiden großen Mächten gegenüber, die an der Spitze des deutſchen Bundes ſtanden, eine unabhängige Stellung behauptete. Die ganze Richtung, die das kleine Königreich in ſeiner innern, wie in ſeiner äußern Politik befolgte, war eine von den Beſtrebungen des Wiener und Berliner Cabinettes ſo weit abweichende, daß dieſelbe von dem einen, wie von dem andern geradezu als eine revolutionaire bezeichnet wurde. Die Perſönlichkeit des Herrn von Wangenheim, der zu wenig Diplomat war, um ſeine Geſinnungen nicht zuweilen mit anſtößiger Derbheit zu äußern, trug dazu bei, die Mißſtimmung der beiden Höfe zu vermehren; und was ihm am meiſten übel genommen wurde, war, daß ſeine Anſichten nicht ſelten einen bedeutenden Einfluß auf die Meinung der Bevollmächtigten anderer Bundesſtaaten übten, dem weder der öſterreichiſche noch der preußiſche Geſandte immer mit ſicherem Erfolge entgegen zu wirken vermochte. So manche Forderungen, die von den großen deutſchen Mächten erhoben wurden, widerſtrebten dem perſönlichen Rechtlichkeitsſinne der meiſten Bundestagsgeſandten; auch waren die kleineren Höfe nicht ohne Beſorgniß um ihre Unabhängigkeit, die ſie durch die ſtrengere Ausbildung der Bundesverhältniſſe ſeit den Karlsbader Conferenzen beeinträchtigt oder gefährdet glaubten. Es war deshalb längſt ein engeres Aneinanderſchließen dieſer Höfe bemerkt worden.

Digitized by Google

das ſich beſonders bei den Anordnungen kund gab, die in Bezug auf das Heerweſen des Bundes getroffen wurden. Alle Rangſtreitigkeiten unter einander wurden ſogleich aufgegeben, ſobald es darauf ankam, die Selbſtſtändigkeit der gemiſchten Armeecorps gegen öſterreichiſche oder preußiſche Einmiſchung zu ſichern. Eben ſo leicht wurden die Schwierigkeiten beſeitigt, die einer Vereinigung in Bezug auf das katholiſche Kirchenweſen entgegenſtanden. Würtemberg nahm keinen Anſtand, ſeinen Landesbiſchof dem erzbiſchöflichen Stuhle von Freiburg im badiſchen Breisgau unterzuordnen. Heſſen-Darmſtadt entſagte den uralten Rechten der Metropolitanwürde, die an den Biſchofſitz zu Mainz geknüpft waren. Nicht allein ſüddeutſche, ſondern auch kleinere norddeutſche Staaten ſchienen bereit, die wichtigſten Particularintereſſen zu opfern, um dem Handelsvereine beizutreten, der zu Darmſtadt vorbereitet wurde. Am Bundestage waren mehrere Vorſchläge des Präſidiums durchgefallen, weil beinahe ſämmtliche kleinere Höfe ſich dagegen erklärten. Mit Herrn von Wangenheim ſtimmten gewöhnlich der ſächſiſche Geſandte, Herr von Carlowitz, der großherzoglich heſſiſche von Harnier uud der kurheſſiſche von Lepel. Der baieriſche Bevollmächtigte von Aretin ſprach gegen die Wangenheim'ſchen Anſichten, ſchloß ſich aber zuletzt faſt immer aus andern Gründen ſeinen Folgerungen an. Ein treuer Verbündeter des baieriſchen Geſandten war der oldenburgiſche Freiherr von Both. Schwankend hielten ſich die Grafen von Eyben, von Grünne und von Beuſt mit den Stimmen für Holſtein, für Luremburg und für die ſächſiſchen Herzogthümer; doch neigten auch ſie ſich, wo ſie irgend freieren Spielraum hatten, mehr auf die Seite von Baiern und Würtemberg, als auf jene der großen Mächte. Selbſt Herr von Blittersdorf, der badiſche Bevollmächtigte, den ſeine perſönliche Neigung entſchieden zu dem öſterreichiſchen Syſteme hinüberzog, war nicht immer im Stande, derſelben zu folgen, ſo daß die Mächte mit Sicherheit nur auf den hannoverſchen Geſandten, Herrn von Hammerſtein, den naſſauiſchen Herrn von Marſchall und auf den Bevollmächtigten der kleinen Fürſtenthümer Hohenzollern-Siegmaringen und Hechingen, Liechtenſtein, Waldeck, Lippe und Reuß, Herrn von Leonhardi, ſo wie auf die Geſandten der freien Städte rechnen konnten. Der öſterreichiſche Geſandte Graf Buol-Schauenſtein beſaß bei allem Eifer, mit dem er die von Wien erhaltenen Weiſungen durchzuführen ſuchte, nicht die Fähigkeit, von dem Einfluſſe, den ihm ſeine Stellung ſicherte, wirkſamen Gebrauch zu machen; und der preußiſche Geſandte Graf von der Golz begnügte ſich damit, dem Vorſitzenden in allen

Digitized by Google

Fällen beizuſtimmen, ohne je das Geringſte zur Vertheidigung der von ihm aufgeſtellten Anſichten beizutragen. Unmittelbar nach dem Congreſſe von Verona hatten deshalb Oeſterreich und Preußen die geheime Uebereinkunft getroffen, eine Veränderung in der Zuſammenſetzung des Perſonales der Bundesverſammlung zu veranlaſſen, durch welche man das verlorene Uebergewicht in derſelben wiederzugewinnen gedachte. Bereits zu Ende des Jahrs 1822 wurde der öſterreichiſche Geſandte Graf Buol-Schauenſtein abberufen und durch den Freiherrn von Münch-Bellinghauſen erſetzt, der in einem vertrautern perſönlichen Verhältniſſe zu dem Fürſten Metternich ſtand. Um dieſelbe Zeit trat an die Stelle des Grafen von der Golz der gewandtere, durch ſeine Verdienſte um das preußiſche Poſtweſen zu gerechter Anerkennung gelangte Herr von Nagler.

Noch vor dem Eintreffen des Grafen Buol-Schauenſtein war von der Mainzer Unterſuchungscommiſſion eine Beſchwerde über den nicht allzuehrerbietigen Ton eingegangen, in dem ein zu Stuttgart erſcheinendes Tagblatt — der deutſche Beobachter — von der Wirkſamkeit dieſer Behörde geſprochen. Der Berichterſtatter der Commiſſion zur Beaufſichtigung der Preſſe, die in Folge der Karlsbader Beſchlüſſe vom Bundestage ernannt war, Freiherr von Blittersdorf, erklärte, daß überhaupt die Richtung des angeklagten Blattes eine im höchſten Grade verwerfliche ſey, indem daſſelbe mit planmäßiger Beharrlichkeit auf die Verbreitnng revolutionairer Anſichten und Lehren ausgehe, und trug daher darauf an, den deutſchen Beobachter ſofort von Bundeswegen zu unterdrücken und den Redacteur, Samuel Lieſching, auf fünf Jahre von jeder Theilnahme an der Herausgabe einer politiſchen Zeitung auszuſchließen. Der Vorſitzende, Herr von Münch-Bellinghauſen, glaubte, daß dieſer Antrag durch allgemeinen beifälligen Zuruf angenommen werden würde, und hielt eine Abſtimmung nur der Form wegen für nothwendig. Die große Mehrheit der Verſammlung war mit der Meinung des Präſidiums vollkommen einverſtanden, und der Antrag wurde daher noch in derſelben Sitzung zum Bundesbeſchluſſe erhoben, ohne daß den Einwendungen des würtembergiſchen Miniſters, der eine Vertagung verlangte, um eine ſo wichtige in die innere Verwaltung eines deutſchen Bundesſtaates eingreifende Angelegenheit reiferer Erwägung zu unterwerfen, der Erklärung des kurheſſiſchen Geſandten, daß er ohne beſondern Auftrag ſeines Hofes ſich nicht für berechtigt halte, eine Stimme abzugeben, und dem Wunſche des großherzoglich heſſiſchen, ſo wie einiger anderer Bevollmächtigten, die Unterdrückung

Digitized by Google

des fraglichen Blattes der betheiligten Regierung anheimgeſtellt zu ſehen, weitere Berückſichtigung geworden wäre. In einer der nächſten Sitzungen der Bundesverſammlung gab Herr von Wangenheim, indem er zugleich von der Vollziehung des Bundestagsbeſchluſſes Anzeige machte, eine nachdrückliche Verwahrung gegen das in dieſer Sache beobachtete Verfahren zu Protocoll. Aber ſchon waren die Tage gezählt, während deren ihm ſelbſt noch vergönnt war, in dem Wirkungskreiſe zu beharren, den er zu der Zufriedenheit ſeines Fürſten und gewiß nicht zu ſeiner eigenen Unehre ausfüllte. Um die Mitte des Juli erhielt er ſeine Abberufung, vor ihm waren der baieriſche Geſandte und der großherzoglich heſſiſche aus der Bundesverſammlung ausgeſchieden, und kurze Zeit nach ſeinem Austritte folgte ihm der kurheſſiſche Bevollmächtigte, dem zeitweilig bis zu der Ernennung ſeines Nachfolgers, die würtembergiſche Stimme mit übertragen war.

Vor ſeiner Abberufung hatte Herr von Wangenheim noch Gelegenheit, an zwei wichtigen Verhandlungen Theil zu nehmen, deren Ausgang ihn aber überzeugen mußte, wie wenig ſeine fernere Mitwirkung für die Förderung des Gemeinwohles noch von Nutzen ſeyn konnte. Die weſtfäliſchen Domainenkäufer und Staatsgläubiger, nicht abgeſchreckt durch die Vergeblichkeit der Schritte, die ſie ſeit acht Jahren gethan, um zu ihrem guten Rechte zu gelangen, hatten zu Anfange des J. 1823 ihre Sache von neuem an den Bundestag gebracht. Der würtembergiſche Miniſter war der Berichterſtatter des Ausſchuſſes, dem dieſe Angelegenheit zugetheilt war. Er entwickelte die ſtaatsrechtlichen Gründe, die für die Anforderungen der beſchwerdeführenden Parteien ſprachen, mit einer Klarheit, die vom Standpunkte der Wiſſenſchaft wie des gemeinen Rechtsgefühles kaum eine Entgegnung zuließ. In der That muß es jedem Unbefangenen einleuchten, daß der Staat, da er länger dauert, als das Leben eines Fürſten, unmöglich auf unwiderrufliche Weiſe an die Perſon deſſelben geknüpft ſeyn kann; daß es die höchſte Ungerechtigkeit wäre, wenn ein Fürſt, der von Land und Leuten vertrieben und außer Stand geſetzt iſt, ſeine Unterthanen zu ſchützen, es dieſe entgelten laſſen wollte, ſobald ſie in ſeiner Abweſenheit nicht alle Bande der bürgerlichen Geſellſchaft aufgelöſt, ſondern ſich dem Geſetze des fremden Eroberers gefügt haben. Dennoch erklärte der Bevollmächtigte für Hannover und Braunſchweig, daß die Lehre vom ewigen Staate, den Herr von Wangenheim aufgeſtellt, eine durchaus falſche und in ihrer Anwendung äußerſt gefährliche ſey, und daß es dem Bundestage keinesweges zukomme, über Angelegenheiten der innern Verwal-

Digitized by Google

tung, wie jene der weſtfäliſchen Staatsgläubiger, zu entſcheiden. Da die Mehrzahl der Geſandten nicht mit beſtimmten Aufträgen von Seiten ihrer Vollmachtgeber verſehen war, ſo wurde die endliche Entſcheidung auf ſechs Monate ausgeſetzt. Nach Verlauf dieſer Friſt ſprach zuvörderſt der vorſitzende öſterreichiſche Bevollmächtigte die unzweideutige Mißbilligung aus, welche die ſtaatsrechtlichen Anſichten des Berichterſtatters bei ſeinem Hofe gefunden; darauf wurde durch Stimmenmehrheit ein Beſchluß gefaßt, welcher die Rechtſuchenden ohne Weiteres abwies, da die kurheſſiſche Verordnung, über die ſie ſich vorzugsweiſe beſchwerten, keine Rechtsverletzung begründe. Kein beſſeres Schickſal erfuhren die Prälaten und Ritterſchaftsglieder des Herzogthums Holſtein, welche die Bundesverſammlung angingen, ihre Vermittelung eintreten zu laſſen, um den König von Dänemark, als Herzog von Holſtein, dahin zu vermögen, daß er entweder die alte holſteiniſche Landesverfaſſung herſtelle, die ſeit länger als einem Jahrhundert in völligen Abgang gekommen war, oder daß er eine neue zeitgemäßere einführe, die auf geſetzlichem Wege zu Stande gebracht würde. Der Berichterſtatter, Graf Beuſt, der Geſandte der ſächſiſchen Herzogthümer, und Herr von Wangenheim, der ihn unterſtützte, verlangten, daß dem Könige eine ſechsmonatliche Friſt geſetzt werde, binnen welcher der holſteiniſche Bevollmächtigte ſich über das Geſuch der holſteiniſchen Prälaten und Ritter zu erklären habe. Dieſen Antrag bevorwortete auch der hannoverſche Geſandte, Freiherr von Hammerſtein, der in ſeinem Standesintereſſe die dem holſteiniſchen Adel zugefügte Unbilde nicht mit Gleichgültigkeit anſehen konnte; und der kurheſſiſche Bevollmächtigte vergaß ſo ſehr die Lage ſeines eigenen Landes, daß er den kühnen Gedanken äußerte: „wo es ſich um Grundſätze handle, dürfe man Rückſichten der Convenienz oder der Politik kein Gehör geben.“ Darüber wurde er freilich ſofort von dem Präſidium zurecht gewieſen; Herr von Münch-Bellinghauſen war der Meinung, daß ein ſo ſchwieriges Werk, wie die Ausarbeitung einer Verfaſſung, nicht reiflich genug erwogen werden könne, und daß ſchon deshalb von einer Friſt, die irgend einem Bundesgliede zu ſetzen ſey, gar nicht die Rede ſeyn dürfe. „Die Beiſpiele,“ ſagte der öſterreichiſche Bevollmächtigte, „welche uns die Geſchichte des Tages ſo lehrreich bietet, dürfen nicht unbeachtet an uns vorübergehen. Wir ſehen täglich Conſtitutionen geben und ſehen ſie eben ſo ſchnell wieder verſchwinden; wir ſehen Völker nach Conſtitutionen als dem höchſten Inbegriff irdiſcher Glückſeligkeit haſchen, und wir ſehen ſie in wahre Zufriedenheit übergehen, wenn ſie durch eigene Kraft oder fremde

Hülfe der ihrem Fürſten mit verbrecheriſcher Hand aufgedrängten Conſtitution wieder los und ledig werden.“ Die Mehrheit der Bundesverſammlung beſchloß, die Eingabe als unſtatthaft zurückzuweiſen und die holſteiniſchen Prälaten und Ritter zu bedeuten, daß ſie die Verwirklichung der landesväterlichen Abſichten ihres Fürſten mit Vertrauen zu erharren hätten.

In der letzten Sitzung des Jahres 1823 nahm der Präſidialgeſandte von der Meinungsverſchiedenheit, die ſich bei den Verhandlungen über die weſtfäliſche Domainenangelegenheit in Bezug auf allgemeine ſtaatsrechtliche Grundſätze kund gegeben, Veranlaſſung, im Auftrage des öſterreichiſchen Cabinettes zu erklären, daß es zu höchſt bedenklichen Folgen führen könne, wenn der Bundestag den wiſſenſchaftlichen Forſchungen und Anſichten der Gelehrten, welche die Bundesgeſetzgebung zum Gegenſtande ihrer Studien machten, irgend eine auf die Beſchlüſſe des Bundes einwirkende Kraft zugeſtehen wollte; daß vielmehr die Ausbildung des Bundes ausſchließlich durch die Bevollmächtigten der Bundesſtaaten und die denſelben von ihren Regierungen ertheilten Inſtructionen bewirkt werden müſſe. Die ganze Verſammlung ſprach ihre Zuſtimmung aus, und damit war die wichtige Frage, ob die Angelegenheiten des deutſchen Bundes nach feſten unabänderlichen Grundſätzen, wie ſie die Wiſſenſchaft aufſtellt, oder nach der wandelbaren, einem ſtäten Wechſel unterworfenen Politik der Höfe geordnet werden ſollte, mit einem Male ohne viele Weitläuftigkeiten erledigt. Ein nothwendiger Fortſchritt in der Richtung, welche die Politik der Mächte der Ausbildung des Bundes gegeben hatte, war es, daß die Oeffentlichkeit der Verhandlungen durch den Druck der Protocolle, die ſeit dem 14. November 1816 eingeführt war, hinreichend beſchränkt wurde, um nicht alle Einzelheiten derſelben dem allgemeinen Urtheile Preis zu geben. Wenn es nicht einmal der Wiſſenſchaft mehr geſtattet ſeyn ſollte, ihren Einfluß auf die Beſchlüſſe der Bundesverſammlung zu äußern, ſo wäre es ein offenbarer Widerſpruch geweſen, der uneingeweihten Menge einen Blick in das innere Getriebe zuzugeſtehen, welches jene Beſchlüſſe hervorbrachte. Am 1. Juli 1824 trat deshalb das Präſidium mit dem Vorſchlage auf, in Zukunft die ausführlichen Protocolle nur zur Vertheilung an die Mitglieder der Bundesverſammlung drucken zu laſſen, die öffentliche Bekanntmachung aber auf Auszüge zu beſchränken, welche die Ergebniſſe der Berathungen enthielten, ſo weit dieſelben in jedem einzelnen Falle zur Veröffentlichung geeignet ſchienen. Keine einzige Stimme erhob ſich gegen dieſen ohne Zweifel längſt vorbereiteten An-

Digitized by Google

trag, der demnach noch an demſelben Tage geſetzliche Kraft erhielt. Die hohe Verſammlung, der die Geſchicke der deutſchen Nation anvertraut waren, blieb fortan in ein geheimnißvolles Dunkel gehüllt, aus dem nur von Zeit zu Zeit und bald in immer weiteren Zwiſchenräumen einzelne Lichtſtrahlen hervorbrachen, die das Daſeyn der im Geheimen fortwirkenden Thätigkeit verriethen. Ueber den Geiſt, der in dieſer obwaltete, konnte jedoch kein Zweifel ſeyn; denn wenige Wochen, nachdem der verhängnißvolle Beſchluß gefaßt war, der die deutſche Bundesverſammlung für immer den Blicken des deutſchen Volkes entzog, wurden drei neue wichtige Bundesbeſchlüſſe bekannt gemacht, die diesmal ausnahmsweiſe von einer ausführlichen Darlegung der vorausgegangenen Berathungen begleitet waren. Der öſterreichiſche Bevollmächtigte legte am 16. Auguſt in das öffentliche Protocoll der Bundesverſammlung einen Vortrag nieder, den er ſchon vorher in geheimer Sitzung gehalten und der die Anſichten ſeines Hofes über die politiſche Lage Deutſchlands, ſo wie über die zur Befeſtigung der Ruhe und Ordnung noch erforderlich ſcheinenden Maßregeln ausſprach. Es wurde zuvörderſt bemerkt, daß zwar die Beſonnenheit, Mäßigung und Treue, die den deutſchen Volksgeiſt jederzeit rühmlichſt auszeichneten, Deutſchland bisher vor den gewaltſamen Zerrüttungen bewahrt hätten, denen andere Staaten zum Opfer geworden wären; daß aber eine in ihren Ränken nie ermüdende Faction, wenngleich nur im Finſtern wirkend, noch immer den Umſturz alles geſetzlich Beſtehenden als unverrücktes Ziel verfolge. Alle freie Wünſche, alle reine Gefühle und alle ſich ſelbſt überlaſſene Beſtrebungen der deutſchen Völker wären nur ihren Regenten zugewendet; und die dennoch vorhandenen gegentheiligen Erſcheinungen könnten daher nur das unreine Werk frevelnder Demagogen ſeyn, die alle Autorität herabzuwürdigen, alle Grundſätze zu erſchüttern, alle Wahrheiten zu verunſtalten ſuchten, indem ſie jenes Gefühl innerer Zufriedenheit und dauerhafter Sicherheit, ohne welches der politiſche Frieden nie die Fülle ſeiner Wohlthaten verbreiten werde, mit raſtloſer Betriebſamkeit untergrüben. Um dieſem ſträflichen Treiben zu ſteuern, ſcheine es unerläßlich, die vorläufigen Maßregeln, die der Bundestag im Jahre 1819 getroffen, für fortbeſtehend zu erklären und, ſofern deren Dauer auf eine beſtimmte Zeitfriſt beſchränkt war, zu erneuern. Es war aber keineswegs die Abſicht, bloß bei den Beſchlüſſen des Jahres 1819 ſtehen zu bleiben, ſondern die Anträge, die von Seiten des öſterreichiſchen Cabinettes geſtellt wurden, gingen vielmehr auf eine beträchtliche Erweiterung derſelben hinaus. Im Jahre 1819 war von öſterreichiſcher

Digitized by Google

Seite nur im allgemeinen der Wunſch geäußert worden, daß die verſchiedenen Bundesſtaaten, die ſich damals mit der Einführung ſtändiſcher Verfaſſungen beſchäftigten, in ihren Arbeiten nicht weiter fortfahren möchten, „bis der Bund ſich über eine der Aufrechterhaltung des monarchiſchen Princips entſprechende Auslegung des dreizehnten Artikels der Bundesacte vereinigt habe." Seitdem hatte die Wiener Schlußacte dieſe Auslegung gebracht; aber das öſterreichiſche Cabinet war der Meinung, daß die in den ſüddeutſchen Staaten eingeführten Stände ſich keineswegs innerhalb der Grenzen gehalten hätten, welche die Schlußacte bezeichne. Deshalb wurde jetzt ein beſonderer Bundesbeſchluß vorgeſchlagen, nach welchem in allen deutſchen Bundesſtaaten gewiſſenhaft darüber gewacht werden ſollte, „daß in der Ausübung der den Ständen durch die Verfaſſung zugeſtandenen Rechte das monarchiſche Princip unverletzt erhalten bleibe;" und daß außerdem „zur Abhaltung aller Mißbräuche, welche durch die Oeffentlichkeit in den Verhandlungen oder durch den Druck derſelben begangen werden können, eine entſprechende Geſchäftsordnung eingeführt und über die genaue Beobachtung derſelben ſtrenge gehalten werde." Ein zweiter Antrag verlangte die Fortdauer der Beſtimmungen, die im Jahre 1819 in Bezug auf die deutſchen Univerſitäten getroffen waren, die aber jetzt gleichfalls weiter ausgedehnt wurden, indem man vorſchlug, eine von der Bundesverſammlung zu ernennende Commiſſion mit der Unterſuchung der Gebrechen des geſammten Erziehungsweſens zu beauftragen. Ein dritter Vorſchlag ging darauf, das im Jahre 1819 für die Dauer von fünf Jahren angenommene vorläufige Preßgeſetz ſo lange fortbeſtehen zu laſſen, bis der Bund ſich über bleibende Anordnungen in Bezug auf die Preſſe vereinigt haben würde. Allen dieſen Anträgen ſtimmten die Bevollmächtigten ſämmtlicher Bundesſtaaten bei; nur der würtembergiſche Geſandte und der Bevollmächtigte der ſächſiſchen Herzogthümer, der letzte im beſondern Auftrage von Sachſen-Weimar-Eiſenach, machten einige Bemerkungen, die, wenn man wollte, als ein ſchwacher Verſuch zum Widerſtande gedeutet werden konnten.

Die auf dieſe Weiſe gefaßten Beſchlüſſe waren für eine Reihe von Jahren das letzte Zeichen einer auf das deutſche Gemeinwohl gerichteten Thätigkeit, welches die Bundesverſammlung von ſich gab. Die Sitzungen fanden Jahr für Jahr unter Beobachtung der herkömmlichen Formen Statt; von den Berathungen kam aber ſo wenig zur öffentlichen Kenntniß, und dieſes Wenige war ſo wenig geeignet, eine allgemeinere Theilnahme anzuregen, daß bei der großen Maſſe der deutſchen Nation

Digitized by Google

ſelbſt das Daſeyn einer deutſchen Bundesverſammlung beinahe in Vergeſſenheit gerieth. Von dem Augenblicke, wo es ſich völlig unzweifelhaft herausſtellte, daß der Bundestag auf die Aufgabe verzichtete, welche die öffentliche Stimme ihm zuwies, das wieder erwachte deutſche Volksgefühl zu vertreten, hatte derſelbe in der Meinung der Nation alle Bedeutung verloren. Das Gefühl der volksthümlichen Einheit war aber durch die gemeinſchaftlichen Anſtrengungen des Befreiungskampfes bei allen deutſchen Stämmen zu klar und lebendig in das Bewußtſeyn gerufen worden, als daß die Vernachläſſigung, die es von Seiten irgend einer noch ſo hochgeſtellten Behörde erfuhr, es hätte erſticken oder zum Schweigen bringen können. Der Zwang, dem die Preſſe unterlag, machte es dieſer zwar unmöglich, die in der Nation vorherrſchenden politiſchen Neigungen und Anſichten treu und unverfälſcht wieder zu geben. Dennoch ſprach die Richtung, die der Volksgeiſt im allgemeinen genommen hatte, ſich durch hundert Zeichen aus, welche nur die kurzſichtigſte Verſtocktheit mißdeuten oder verkennen konnte. Jeder Hauch der Freiheit, auf welchem noch ſo weit entlegenen Punkte der Erdoberfläche er ſich regte, fand in ganz Deutſchland begeiſterte Theilnahme. Die Parteiungen und Wühlungen in Frankreich, die Umwälzungen in dem ſpaniſchen America, die Revolutionen auf der pyrenäiſchen und apenniniſchen Halbinſel, vor allem aber die Wechſelfälle des griechiſchen Freiheitskampfes wurden von jedem gebildeten Deutſchen mit einer Spannung verfolgt, die keinesweges die Folge müßiger Neugier, ſondern eine Aeußerung des wärmſten und innigſten Mitgefühles war, und den unzweideutigſten Beweis für die Geſinnungen der Nation ablegte. Damals war nichts leichter, als den Ruf eines Helden der Freiheit zu erhalten. Da jede freie Meinungsäußerung durch den Preßzwang unterdrückt wurde, ſo war man genöthigt, wenn man in öffentlichen Angelegenheiten das Wort ergriff, zu den leiſeſten Anſpielungen und Andeutungen ſeine Zuflucht zu nehmen; es bildete ſich eine Art Zeichenſprache, deren Gebrauch ſich mit wunderbarer Geſchwindigkeit verbreitete; bald war der einfachſte Landmann kaum noch ſo ununterrichtet, daß er es nicht verſtanden hätte, „zwiſchen den Zeilen zu leſen.“ Das, was ein Jeder zwiſchen den Zeilen las, war aber ſelten die wahre Meinung des Schreibers, ſondern es war ſo mannigfaltig verſchieden, als die eigene Sinnesart der Leſenden; und da dennoch ein Jeder den verborgenen Sinn getroffen zu haben glaubte, ſo erregte nicht ſelten der farbloſeſte Zeitungsaufſatz oder die ſeichteſte Flugſchrift allgemeine Begeiſterung. Ein Beiſpiel der großen Wirkung, die bei

Digitized by Google

dieſer Stimmung der Gemüther durch kleine Urſachen hervorgebracht werden konnte, gab der Aufruf zur Bildung von Hülfsvereinen für die Griechen, den im Sommer 1821 Profeſſor Krug in Leizig erließ. Der Gedanke war kaum ausgeſprochen, als derſelbe auch ſchon, ungeachtet der Schwierigkeiten, welche überall die Behörden in den Weg legten, auf einer Menge verſchiedener Punkte verwirklicht wurde. Am kräftigſten wirkte der Verein, der zu Stuttgart zuſammen trat, von angeſehenen und erfahrenen Männern geleitet, ſeine Thätigkeit viele Jahre hindurch fortſetzte und durch Beiträge aus allen Gegenden Deutſchlands in den Stand geſetzt wurde, der griechiſchen Sache nicht unbedeutenden Vorſchub zu leiſten. Der abenteuerliche Plan, im ſüdlichen Deutſchland eine griechiſch-deutſche Legion zu werben, die, mit allen Kriegsbedürfniſſen ausgerüſtet, den gegen das türkiſche Joch ankämpfenden Griechen zu Hülfe ziehen ſollte, mußte freilich an dem Widerſtande der Behörden ſcheitern. Nur Einzelnen der am glühendſten Begeiſterten, die Mittel fanden, durch die Schweiz nach einem ſüdfranzöſiſchen Hafen zu gelangen, war es verſtattet, ihrem Thatendrange zu folgen.

Daß von der Bewegung, die in dieſen Tagen durch Deutſchland ging, die deutſche Jugend, zumal die ſtudirende auf den Univerſitäten, am tiefſten ergriffen wurde, iſt leicht begreiflich. Die Aufhebung der Burſchenſchaften und die ſtrenge Aufſicht, die über das Studentenweſen geübt wurde, vermochte den Geiſt, der auf den Univerſitäten herrſchte, zwar in ſeiner Entwicklung zu hemmen, aber nicht zu unterdrücken. An die Stelle der offenen Vereine, zu denen einem Jeden der Beitritt freiſtand, traten geheime Verbindungen, welche die Zwecke der Burſchenſchaft unter Formen verfolgten, die ſie, um ſicherer verborgen zu bleiben, dem Muſter der alten Landsmannſchaften nachbildeten. Bereits im J. 1821 wurde zuerſt zu Berlin und darauf auch zu Breslau und auf mehreren anderen Univerſitäten eine geheime Studentenverbindung entdeckt, die unter dem Namen der Arminia die aufgehobenen Burſchenſchaften fortſetzte. Die Theilnehmer wurden, wie harmlos ihr Treiben auch war, da ſie von jedem Uebergreifen in das bürgerliche Leben ſich fern hielten, mit Strenge beſtraft. Glaubte man aber durch dieſes Beiſpiel eine abſchreckende Wirkung hervorzubringen, ſo zeigte man nur, wie ſehr man das jugendliche Gemüth verkannte, auf welches gerade die Gefahr immer eine beſondere Anziehungskraft übt. Das Einzige, was man durch alle die Unterſuchungen und Verurtheilungen erreichte, die ſo viele edle und talentvolle Jünglinge aus ihren Lebensbahnen herausriſſen, war, daß man der Jugend einen höheren Begriff von ihrer Wichtigkeit beibrachte, als

Digitized by Google

ihr zukam, und daß man den Glauben in ihr erweckte, ſie müſſe doch wohl eine bedeutendere Macht beſitzen und zu größeren Unternehmungen berufen ſeyn, als ſie bisher ſelbſt geahnt hatte. Erſt jetzt fanden unter den Studirenden der deutſchen Univerſitäten Entwürfe Eingang, die ſo widernatürlich waren, daß man an das Daſeyn derſelben nicht glauben würde, wenn der Thatbeſtand nicht in den Archiven der Gerichte actenmäßig vorläge, und wenn nicht noch in ſpäteren Jahren ſogar ein Verſuch der Ausführung gemacht worden wäre. Den erſten Anſtoß zu der verderblichen Richtung, in die ein nicht geringer Theil der ſtudirenden Jugend hineingezogen wurde, gab ein Jenaer Student, Adolf von Sprewitz, der auf einer Reiſe in der Schweiz Gelegenheit gefunden hatte, ſich mit mehreren ihrer politiſchen Meinungen wegen ausgewanderten Deutſchen zu beſprechen, und von dort mit dem Plane zu der Begründung eines Geheimbundes zurückkehrte, als deſſen Zweck er ſelbſt den Umſturz aller in Deutſchland beſtehenden politiſchen Verhältniſſe und die Herbeiführung eines Zuſtandes bezeichnete, worin das Volk durch ſelbſtgewählte Vertreter ſich eine freie Verfaſſung geben könne. Er begann das Werk, zu dem er ſchwerlich von irgend einer Seite einen beſtimmten Auftrag erhalten hatte, indem er in dem Kreiſe ſeiner näheren Freunde und Bekannten geheimnißvolle Andeutungen über das Beſtehen eines Männerbundes fallen ließ, der, im Stillen wirkſam, aus ſeiner Verborgenheit hervortreten werde, ſobald die Revolution zum Ausbruche käme, welche bei der allgemeinen Gährung der Gemüther in Deutſchland unvermeidlich geworden ſey. Die Namen, die er nannte, machten ſeine Ausſage glaublich; und als er endlich ohne Umſchweif erklärte, daß ihm die Vollmacht ertheilt ſey, einen Jünglingsbund zu gründen, der eine Vorbereitungsſtufe zu dem Bunde der Männer bilden und dieſem im Falle der Noth ein Heer rüſtiger Arme zur Verfügung ſtellen ſollte, waren die vertrauensvollen Genoſſen ſofort zum Beitritte bereit. Die Statuten hatte Sprewitz zum voraus entworfen. Die Mitglieder des Bundes entſagten jeder eigenmächtigen Thätigkeit für die Sache und gelobten dagegen den Befehlen der geheimen Bundesobern unbedingten Gehorſam. Ein Jeder verpflichtete ſich durch ſchwere Eide, das unverbrüchlichſte Stillſchweigen zu beobachten. Den Verräther ſollte der Tod treffen. Um der Gefahr einer Entdeckung vorzubeugen, ſollten alle ſchriftlichen Verhandlungen vermieden und auch die Statuten nur durch die mündliche Ueberlieferung bewahrt werden. Aus gemeinſchaftlichen Beiträgen ſollte eine Caſſe errichtet werden, von der die Koſten für alle Bundeszwecke zu beſtreiten wären. Von Jena, wo der

erſte Stamm des *Jünglings*bundes zuſammentrat, breitete derſelbe ſich über die Univerſitäten Halle, Leipzig, Göttingen, Erlangen, Würzburg, Tübingen, Heidelberg und Freiburg aus; und ein großer Theil der ſtudirenden Jugend wurde, wenn nicht zur unmittelbaren Theilnahme an dem *engeren* Vereine, doch zu näherer oder entfernterer Betheiligung bei den Plänen und Entwürfen deſſelben verleitet. Aber es liegt nicht in der Art der Jugend, lange auf Dinge zu warten, die erſt eine ferne Zukunft zur Reife bringen ſoll. Der Männerbund, dem man ſich ohne Bedenken zum Werkzeug angeboten hatte, gab kein Lebenszeichen von ſich; und gerade unter den vertrauteſten Freunden von Sprewitz, denen deſſen Unzuverläſſigkeit nicht unbekannt bleiben konnte, erwachten die erſten Zweifel an der Wahrheit ſeiner Ausſagen und an dem Daſeyn des Bundes, in deſſen Auftrage er gehandelt zu haben vorgab. Auf einem Bundestage zu Würzburg, der am 28. Mai 1822 eröffnet wurde, erſchienen zahlreiche Bevollmächtigte von verſchiedenen Univerſitäten, kein Einziger von Jena, wo man bereits alle Hoffnungen aufgegeben *hatte*. Ein von Erlangen aus auf Erkundigung in die Schweiz *geſandtes* Bundesmitglied brachte die niederſchlagende Nachricht, daß ſich dort keine Spur eines Männerbundes habe auffinden laſſen. Dennoch wurde der Beſchluß gefaßt, den „Bund der Jungen" nicht aufzulöſen, ſondern denſelben als einen ſelbſtſtändigen fortzuſetzen, der, ohne ferner auf ein Zeichen von außen zu warten, raſtlos daran arbeiten ſollte, ſich dem großen Ziele zu nähern. Man ergötzte ſich jetzt daran, ganz Deutſchland in Kreiſe zu theilen, wobei man die alte Reichseintheilung zum Muſter nahm. Für die verſchiedenen Kreiſe wurden Obere ernannt, die innerhalb ihres Bezirkes die Leitung der Geſchäfte übernahmen. Fortwährend wurden neue Theilnehmer geworben; auf die Dauer konnte der geſunde jugendliche Sinn ſich jedoch die Hohlheit und Verkehrtheit des ganzen Treibens unmöglich verbergen. Eine tiefe Entmuthigung ergriff die Mehrzahl der Bundesglieder; die meiſten zogen bei ihrem Abgange von der Univerſität ſich ſtillſchweigend von jeder ferneren Theilnahme zurück; auf den Univerſitäten beſtand die Verbindung zwar fort, nahm aber allmälig einen milderen Charakter an, indem man ſich daran gewöhnte, die Zeit, welche für den allgemeinen Ausbruch beſtimmt war, immer weiter hinauszuſchieben. Da, im November 1823, gelangte durch den Eidbruch eines reuigen Mitgliedes die Kunde von dem Beſtehen des weitverbreiteten ſtaatsgefährlichen Vereines, der ſich aber inzwiſchen freilich ſelbſt überlebt hatte, nach Berlin; in Folge einer königlichen Cabinetsordre wurde zu Köpenik eine

Digitized by Google

Immediatunterſuchungscommiſſion niedergeſetzt, die bereits im Juni des folgenden Jahres, nachdem ſie mehr als hundert Theilnehmer des Geheimbundes ermittelt, die Unterſuchung für geſchloſſen erklären und die Ergebniſſe den betreffenden Behörden zum weiteren gerichtlichen Verfahren mittheilen konnte. Von dem Oberlandesgerichte zu Breslau wurden die Mitglieder des Jünglingsbundes, welche preußiſche Unterthanen waren, zu mehrjähriger und zum Theil zu vieljähriger Feſtungsſtrafe verurtheilt. Das gleiche Schickſal traf die Mitglieder des Bundes, die andern deutſchen Staaten angehörten, in ihren Heimathländern. Ein höherer preußiſcher Officier von der Beſatzung zu Erfurt, Major von Fehrentheil, der durch unvorſichtige Aeußerungen ſich der Theilnahme an ſtaatsverrätheriſchen Plänen verdächtig gemacht hatte, wurde vor ein Kriegsgericht geſtellt und von dieſem zum Tode verurtheilt. Die Gnade des Königs verwandelte die ihm zuerkannte Strafe in lebenslängliche Gefangenſchaft auf der Feſtung Magdeburg, von wo der vielfach Bedauerte jedoch nach mehrjähriger Haft zu entweichen Gelegenheit fand. Dies war das Ende des Jünglingsbundes.

Von ernſterer Bedeutung als das Treiben der jungen Leute auf den Univerſitäten, die ein von ihnen ſelbſt nicht klar erkanntes Ziel durch gewaltſame Mittel zu erreichen ſtrebten, war die politiſche Entwicklung in den ſtändiſchen Verſammlungen jener ſüddeutſchen Staaten, die in kürzeren oder längeren Zwiſchenräumen nach der Beendigung des Befreiungskampfes und der Wiederherſtellung eines geordneten Rechtszuſtandes in Deutſchland Verfaſſungen erhalten hatten, welche mehr oder weniger treu nach dem Muſter der franzöſiſchen Charte zugeſchnitten waren. In Baiern, dem durch ſeinen Umfang, wie durch die Zahl ſeiner Bevölkerung beträchtlichſten dieſer Staaten, wurde der erſte Landtag, der zugleich die erſte öffentliche ſtändiſche Verſammlung in Deutſchland war, am 4. Februar 1819 unter großen Feierlichkeiten eröffnet. Mit nicht geringem Geräuſche war von gedungenen Lohnſchreibern wie von unabhängigen aber nach dem äußeren Scheine urtheilenden Männern vorher verkündet worden, daß jetzt ein neuer Zeitraum der höchſten bürgerlichen Freiheit, des beneidenswertheſten Glückes und Segens für Baiern bevorſtehe. Ganz Deutſchland blickte mit geſpannter Erwartung auf die wunderbaren Dinge, die zu München vor ſich gehen ſollten. Aber die Täuſchung währte nicht lange. Schon in den erſten Sitzungen gab ſich ein Zwieſpalt zwiſchen den beiden Kammern kund, in welche die Ständeverſammlung getheilt war, wonach es kaum länger zweifelhaft bleiben konnte, daß von einem auf ſolche Weiſe zuſammengeſetzten

Digitized by Google

Landtage wenig Erſprießliches für das Wohl des Landes zu hoffen ſey. Die erſte Kammer erklärte in ihrer Antwort auf die Rede, mit welcher der König die Ständeverſammlung eröffnet hatte, daß ſie ſich für berufen halte, dem Anwogen der Volksherrſchaft einen feſten Damm entgegenzuſetzen. Mit Recht ſahen die freiſinnigeren Mitglieder der zweiten Kammer in dieſem Worte, welches, wenn es überhaupt einen Sinn haben ſollte, allein gegen ſie gerichtet ſeyn konnte, eine durch gar keine Veranlaſſung hervorgerufene Kriegserklärung gegen den Grundſatz der Volksvertretung, der doch durch den Willen des Königs an die Spitze der Verfaſſung geſtellt und durch die feierlichſten Eide geheiligt war; nur die Mäßigung der Mehrheit verhinderte es, daß nicht in gleich feindſeligem Tone erwidert wurde. Die zweite Kammer begnügte ſich, eine Verwahrung in ihr Protocoll niederzulegen, aber der Bruch, der einmal erfolgt war, wurde dadurch nicht ausgeglichen; und es ließ ſich vorherſehen, daß der Staatswagen in Zukunft von der Kammer der Reichsräthe nach der einen, von der Kammer der Abgeordneten nach der andern Seite hingezogen werden würde, was natürlich, da die Verfaſſung beiden Theilen gleiche Berechtigung einräumte, zur Folge haben mußte, daß derſelbe zwar von Zeit zu Zeit einen Ruck erhielt, aber doch weder in der einen noch in der andern Richtung ſich von der Stelle bewegte. Zwar fehlte es an kräftigen Bemühungen, das ſchwerfällige Gebäude vorwärts zu ſchieben, in der Abgeordnetenkammer nicht; indeſſen verfuhr man zu tumultuariſch, zu wenig nach einem geordneten Plane, als daß auch nur das Mindeſte, was jedenfalls zu erreichen ſtand, ein bedeutender Eindruck auf die öffentliche Meinung, hervorgebracht worden wäre. Gleich zu Anfange erregte ein Antrag des Juſtizrathes von Hornthal, der darauf gerichtet war, daß auch das Militair, gleich allen übrigen Bürgern des Staates, auf die Verfaſſung vereidigt werden ſollte, ein ungemeſſenes Aufſehen. Von allen Regimentern gingen Proteſtationen an den König ein, die unter den eifrigſten Betheurungen unverbrüchlicher Treue jede andere eidliche Verpflichtung, als die des unbedingten Gehorſams gegen ihren Landesherrn, von ſich wieſen. Höhere Wichtigkeit hatte ein anderer Antrag auf Einführung der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit in der Rechtspflege, der aber, nachdem er von der Abgeordnetenkammer mit großer Mehrheit angenommen war, von den Reichsräthen als ungeeignet bei Seite gelegt wurde. Auf ähnliche Weiſe wurde der Wunſch der Kammer vereitelt, die Einrichtung der Landräthe, wie ſie in dem baieriſchen Rheinkreiſe mit großem Vortheile beſtand, auch in den diesſeitigen Provinzen eingeführt zu ſehen.

Digitized by Google

indem die Reichsräthe ſich nicht für befugt erklärten, in einer ſolchen Frage ohne eine vorausgegangene Aufforderung von Seiten der Regierung ihr Urtheil abzugeben. Ein nicht unweſentliches Verdienſt erwarb ſich die Abgeordnetenkammer, indem ſie von der heilloſen Zerrüttung, die in den Finanzen herrſchte, den Schleier wenigſtens einigermaßen lüftete. Ein ſehr beträchtlicher Ausfall in den Einnahmen, den der Finanzminiſter durch ſeine Ziffern künſtlich verborgen hatte, wurde aufgedeckt. Leider war damit nur nicht allzuviel gewonnen, da man bis zu den Urſachen der nicht mehr abzuleugnenden Zerrüttung nicht durchzudringen vermochte, weil von den Behörden der Satz aufgeſtellt wurde, daß über Dinge, die aus dem Zeitraume vor Verleihung der Verfaſſung herrührten, der Ständeverſammlung kein Urtheil zuſtehe. Die Voranſchläge für den Staatshaushalt, die dem Landtage vorgelegt waren, wurden dieſer Anſicht gemäß beinahe in allen weſentlichen Theilen ohne genauere Prüfung genehmigt. Nur die unverhältnißmäßige Summe von acht Millionen Gulden, die für das Heerweſen angeſetzt war, fand billigen Anſtand. Auf den Antrag des Hofrathes Behr von Würzburg wurde beſchloſſen, dieſelbe um 1,300,000 Gulden herabzuſetzen, die nach der Ueberzeugung der Kammer ohne irgend einen erheblichen Nachtheil für den Dienſt erſpart werden konnten. Es fehlte aber wenig, daß ein ſolches Unterfangen bei Hofe nicht als der Anfang einer Revolution gedeutet worden wäre. Der König machte die Angelegenheit zu einer perſönlichen; er erklärte ſich bereit, die dem Heere verweigerten Summen, die zu der Erhaltung deſſelben unentbehrlich wären, aus ſeinem eigenen Beutel herzuſchießen; und als die zweite Kammer auch dadurch ſich nicht zu einer Aenderung ihrer Anſicht, ſondern nur zu einer nicht einmal ganz unbedingten Nachgiebigkeit beſtimmen ließ, wurde der Landtag plötzlich unter Bezeugung der allerhöchſten Ungnade gegen die ſtörriſchen Abgeordneten und mit lobender Anerkennung der die treuen Reichsräthe beſeelenden loyalen Geſinnungen geſchloſſen. Zwei Männer mit gleich entſchiedener Vorliebe für freiſinnige Anſichten, aber ſehr verſchiedener Perſönlichkeit, waren bei den Berathungen der zweiten Kammer beſonders in den Vordergrund getreten. Der erſte dieſer beiden Vorkämpfer der conſtitutionellen Freiheit war der Juſtizrath von Hornthal, der durch ſeine rückſichtsloſe Geradheit den Miniſtern und den miniſteriellen Abgeordneten manches Aergerniß gab, aber dennoch bei ſeinem unzweifelhaft redlichen Willen viel Gutes hätte wirken können, wenn ſeine unmäßige Eitelkeit ihn nicht verleitet hätte, ſich bei jeder Gelegenheit vorzudrängen und dadurch ſelbſt da, wo er noch ſo ſehr

Digitized by Google

im Rechte war, den Eindruck ſeiner Worte zu ſchwächen. Der andere, der an Feſtigkeit des Charakters, wie an Umfang der Kenntniſſe und Schärfe des Blickes bei weitem den Vorrang verdiente, war der Hofrath Behr, der bei feuriger Beredſamkeit und glühender Begeiſterung für die Sache des Volkswohles Beſonnenheit genug beſaß, das Weſentliche nie über dem Unweſentlichen aus dem Auge zu verlieren, nicht über jede Kleinigkeit ein der Bedeutung des Gegenſtandes unangemeſſenes Geſchrei zu erheben, ſondern ſeine Kräfte für den Augenblick der Entſcheidung aufzuſparen. Die Regierung, der beide Gegner gleich läſtig fielen, begriff vollkommen, daß Behr, wenn auch nicht der unbequemſte, doch der gefährlichſte war. Als der Zeitpunkt ſich näherte, wo der Landtag nach den Beſtimmungen der Verfaſſung von neuem einberufen werden mußte, wurde daher Behr, in ſeiner Eigenſchaft als öffentlicher Lehrer an der Hochſchule zu Würzburg, unter einem ſchicklichen Vorwande in Ruheſtand verſetzt und auf dieſe Weiſe ſeiner Befähigung zum Eintritte in die Ständeverſammlung beraubt. Um die Oppoſition, der man ihren tüchtigſten Führer entzogen, völlig zu entwaffnen, beſchloß man außerdem der liberalen Meinung ein Zugeſtändniß zu machen, von dem man vorausſetzte, daß es wenigſtens den gemäßigteren Theil vollkommen zufrieden ſtellen würde. Der König ordnete, wenige Tage vor der Einberufung des Landtages, aus eigener Bewegung in ganz Baiern die Einführung von Landräthen an, die zwar weder die unabhängige Stelluug noch den Umfang der Befugniſſe hatten, welche der zweiten Kammer bei ihrem Antrage im Jahr 1819 wünſchenswerth erſchienen, jedoch immer als eine Annäherung an die damals geäußerten Wünſche willkommen ſeyn mußten. Da man überdies in dem Staatshaushalte, wenn auch nicht die ſtrengſte Sparſamkeit, doch eine gewiſſe Ordnung hergeſtellt hatte, und deshalb, ſtatt des früheren Ausfalles, beträchtliche Ueberſchüſſe nachzuweiſen vermochte, ſo eröffnete der König (am 26. Jan. 1822) den Landtag mit dem zuverſichtlichen Vertrauen, daß das gute Vernehmen beider Kammern mit der Regierung diesmal auf keine Weiſe geſtört werden würde. Auch wurde dieſe Erwartung wenigſtens inſofern nicht getäuſcht, als es im Verlaufe der Seſſion gelang, in allen weſentlicheren Punkten, in denen die zweite Kammer den Anſichten der Regierung entgegentrat, eine beide Theile befriedigende Verſtändigung herbeizuführen. Die von der Regierung verlangte Gewährleiſtung der Staatsſchulden wurde übernommen, nachdem die bereits im J. 1819 von den Ständen beantragten Nachweiſungen ertheilt waren. Die ungeheuren Verſchleuderungen, die bei der Verwaltung des Vermögens der

Digitized by Google

vom Staate eingezogenen milden Stiftungen vorgekommen und durch welche dem Lande viele Millionen entzogen waren, fanden die bitterſte Rüge; ein beſtimmter Antrag wurde jedoch nicht geſtellt, weil man den Grundſatz anerkannte, daß der Landtag in die Zeit vor der Einführung der Verfaſſung nicht hinübergreifen dürfe. Der von der Regierung aus- gehende Vorſchlag zur Errichtung einer Nationalbank wurde beinahe einſtimmig verworfen, weil man mit Recht befürchtete, daß eine ſolche Anſtalt durch die Leichtigkeit, mit der ſie das Aufbringen beliebiger Geldmittel geſtattete, zu neuen Verſchwendungen Gelegenheit bieten könnte. Einen rühmlichen Beweis ihrer Sorge für das Volkswohl gab die zweite Kammer auch, indem ſie auf den Antrag des Abgeordneten Häcker den Wunſch ausſprach, die für den Landmann in hohem Grade drückende Zugviehſteuer aufgehoben zu ſehen, obwohl dieſelbe i. J. 1819 für die ganze Dauer der ſechsjährigen Finanzperiode bewilligt war. Da die Regierung dieſem Wunſche willfahrte, dem ſich auch die Kam- mer der Reichsräthe angeſchloſſen hatte, ſo konnte die Ständeverſamm- lung bei ihrer Auflöſung im Juni 1822 mit dem lohnenden Bewußtſeyn ſich trennen, nicht bloß, wie derſelben von den Gegnern der conſtitu- tionellen Entwicklung vielfach vorgeworfen war, über Mancherlei hinüber und herüber geſprochen, ſondern auch etwas Weſentliches zu der that- ſächlichen Erleichterung eines großen Theiles ihrer Mitbürger gewirkt zu haben. Auch in der jetzt geſchloſſenen Seſſion hatte Herr von Hornthal ſeiner Gewohnheit gemäß ſich vor allen andern Abgeordneten bemerklich gemacht; ſeine beißenden Kritiken hatten manche wunde Stelle berührt; und die Regierung beſchloß daher, bei dem nächſten Zuſam- mentreten der Stände alle ihr zu Gebote ſtehende Mittel anzuwenden, um ſich des überläſtigen Schwätzers zu entledigen. Bei den neuen Wahlen zur Ständeverſammlung, die im December 1824 ausgeſchrieben wurden, gelang es, Herrn von Hornthal auszuſchließen; und als im Februar des folgenden Jahres der Landtag eröffnet wurde, traten die Miniſter gewiß mit einem Gefühle inniger Zufriedenheit in die Ver- ſammlung, in der es zwar auch jetzt nicht an freiſinnigen Männern fehlte, die aber theils ihrem Charakter nach zu biegſam, theils in ihren Anſichten zu gemäßigt waren, als daß man ſo leicht hätte befürchten dürfen, von ihnen in Verlegenheit geſetzt zu werden. Die in den frü- heren beiden Seſſionen ſo häufigen Streitigkeiten und Zänkereien fielen in der gegenwärtigen in der That beinahe gänzlich weg; und die Ab- geordnetenkammer, an die man früher kaum ohne eine Anwandlung von Schrecken dachte, benahm ſich nun ſo geſchmeidig, daß die Regierung

Digitized by Google

ihrerſeits es für ihre Pflicht hielt, den billigen Wünſchen derſelben entgegen zu kommen. Eine Reihe der wichtigſten Geſetze wurde vorgelegt, welche vielen zum Theil tief eingewurzelten Mißbräuchen ein Ende machten. Unter allen das bedeutendſte war jenes über die Einführung oder Umgeſtaltung der Landräthe in dem Sinne, wie dieſe bereits im J. 1819 von der Abgeordnetenkammer beantragt waren. Gerade bei dieſer Gelegenheit zeigte es ſich aber, wie wenig eine allzu große Fügſamkeit in politiſchen Verhältniſſen auf den Erfolg rechnen kann. Die zweite Kammer hatte ein Geſetz, welches die Errichtung von Fideicommiſſen erleichterte, ohne Widerrede angenommen; und man hätte demnach vorausſetzen ſollen, daß die Kammer der Reichsräthe, als die Vertretung des mit großem Grundeigenthume anſäſſigen Adels, deſſen Intereſſen dadurch weſentlich gefördert wurden, zu jedem Gegendienſte bereit geweſen wäre. Statt deſſen fand gerade das Gegentheil Statt. Als der Geſetzentwurf über die Landräthe aus der zweiten Kammer, in welcher derſelbe mit allgemeiner Freude aufgenommen war, in die erſte hinaufgelangte, erfuhr er beinahe in allen ſeinen Theilen eine ſo arge Entſtellung, daß der urſprüngliche Plan der Regierung kaum wieder zu erkennen blieb. Man verſuchte dem Adel, der ſchon bei der Verleihung der Verfaſſung reichlich genug bedacht war, neue Vortheile zuzuwenden, und ging darauf aus, anſtatt der Vertretung der verſchiedenartigſten Intereſſen, wie dieſelbe in dem Plane der Regierung lag, eine Herrſchaft des größeren Beſitzes zu begründen, die, einmal anerkannt, ſich gewiß bald der Regierung eben ſo läſtig erwieſen hätte, als den weniger begünſtigten Claſſen der Bevölkerung. Solche Beſtrebungen konnte die zweite Kammer unmöglich unterſtützen, wenn ſie ihrer Pflicht irgend eingedenk ſeyn wollte. Die Vorſchläge der Reichsräthe wurden beinahe einſtimmig verworfen; aber die Folge war, daß der ganze Geſetzentwurf, da die erſte Kammer ihm in ſeiner urſprünglichen Form ihre Zuſtimmung verſagte, bei Seite gelegt werden mußte. Dieſes unvorhergeſehene, aber den Freunden der alten Willkür in der Verwaltung ſehr erwünſchte Ergebniß hatte ſich kaum herausgeſtellt, als der Landtag geſchloſſen wurde. Vier Wochen darauf, am 13. Oct., endigte ein plötzlicher Tod das Leben König Maximilian Joſephs, eines Fürſten, der bei manchen Schwächen, unter denen eine zu weit gehende Nachſicht gegen ſeine Umgebung für die Wohlfahrt des Landes die nachtheiligſten Folgen hatte, durch ſo viele treffliche Eigenſchaften, eine nie ſich verleugnende Herzensgüte, biedermänniſche Geradheit und uner-

Digitized by Google

künſtelte Einfachheit ausgezeichnet war, daß ganz Baiern ihn als ſeinen Vater verehrte.

Sein Sohn und Nachfolger Ludwig hatte vor dem Vater den großen Vortheil voraus, daß er, obwohl gleich dieſem im Privatſtande geboren, doch bereits in früher Jugend die Ausſicht auf die dereinſt zu erlangende Regentenwürde und damit die Aufforderung erhielt, ſich auf das Angemeſſenſte zu der Ausübung ſeines erhabenen Berufes vorzubereiten. Während Maximilian Joſeph, bei dem reichſten Maße an geſundem Verſtande, ſich dennoch durch ſeinen Mangel an Kenntniſſen in den meiſten Dingen genöthigt ſah, dem Urtheile ſeiner nicht immer mit dem richtigſten Blicke begabten Räthe zu vertrauen, zeigte König Ludwig unmittelbar nach ſeinem Regierungsantritte, daß er keinesweges geſonnen ſey, ſich durch fremde Meinungen leiten zu laſſen. Er hatte durch perſönliche Prüfung ſich überzeugt, daß die bitteren Klagen, die in den erſten beiden Ständeverſammlungen über unnütze und ſelbſt frevelhafte Verſchleuderungen des Staatsvermögens vernommen wurden, nur allzu wohl begründet waren. Sein erſter Schritt, nachdem er die Zügel der Gewalt übernommen, war daher, eine eigene Commiſſion niederzuſetzen, welche die beſondere Aufgabe hatte, die Erſparungen auszumitteln, die bei der Anwendung vernünftiger Grundſätze in den verſchiedenen Zweigen der Verwaltung zu bewirken wären. Die Commiſſion, deren täglich fünf bis ſechs Stunden dauernden Sitzungen der König perſönlich beiwohnte, hatte ihre Arbeiten in kurzer Friſt beendigt; und das Ergebniß war, daß eine Menge unnöthiger Stellen in der Verwaltung aufgehoben und die öffentlichen Ausgaben jährlich um mehrere Millionen vermindert wurden. König Ludwig war ein geiſtreicher und hochgebildeter Fürſt; alles Gute, Edle und Schöne fand in ihm den wärmſten Bewunderer; und er begriff wohl, daß er ſeine Aufgabe als Regent nur dann auf würdige Weiſe löſen könne, wenn er gleichmäßig für die geiſtige Erhebung und für das materielle Wohl ſeines Volkes ſorgte. Als die erſte Bedingung jeder höheren geiſtigen Entwicklung erkannte er aber die Freiheit. Er ſäumte deshalb keinen Augenblick, die überdies dem Buchſtaben der baieriſchen Verfaſſung zuwiderlaufenden Beſchränkungen aufzuheben, welche in Folge der Karlsbader Beſchlüſſe die Preſſe in Baiern, wie in dem übrigen Deutſchland, erfahren hatte. Die Cenſur wurde nur für politiſche Zeitungen und Flugſchriften politiſchen Inhalts im ſtrengſten Sinne, nämlich ſofern ſie auswärtige Verhältniſſe beſprachen, beibehalten. Das vornehmſte Ziel des Ehrgeizes, der den im kräftigſten Mannesalter ſtehenden Für=

Digitized by Google

ſten durchglühte, war, ſeine Hauptſtadt München zu dem Mittelpunkte deutſcher Kunſt und Wiſſenſchaft zu erheben. Wie ſtrenge Sparſamkeit er auch in jeder anderen Beziehung beobachtete, ſo ſcheuete er doch, ſobald es die Erreichung dieſes Zweckes galt, keine Opfer und ſelbſt einen Aufwand nicht, der außer allem Verhältniſſe zu den Mitteln eines Staates von immer doch nur ſehr beſchränktem Umfange ſtand. Eine Reihe der großartigſten Prachtbauten wurde entworfen; und der Eifer, mit dem die Ausführung angegriffen wurde, ließ vorherſehen, daß München durch den Glanz ſeiner öffentlichen Bauten in wenigen Jahren allen Hauptſtädten Europas es zuvorthun würde. Auf eben ſo königliche Weiſe, wie die Baukunſt, wurden alle übrige bildende Künſte, die Malerei in allen ihren Zweigen, die Bildhauerkunſt und die Erzgießerei, begünſtigt. Die Pflege der Wiſſenſchaft blieb hinter jener der Kunſt nicht zurück. Am 3. October 1826 wurde die alte, in früherer Zeit mehr durch die Roheit ihrer Studirenden berüchtigte, als durch wiſſenſchaftlichen Geiſt berühmte Univerſität von Landshut nach München verlegt und durch die Berufung der ausgezeichnetſten Gelehrten in allen Fächern des Wiſſens, eines Schelling, Thierſch, Görres, Oken, Fuchs, Schubert, Mannert und Anderer, ſogleich zu einer Auszeichnung erhoben, wie ſie damals, außer Berlin und Göttingen, kaum eine andere deutſche Hochſchule beſaß. Auch die Academie der Wiſſenſchaften erfuhr eine Umgeſtaltung, die neues Leben in den veralteten Körper goß. Wie die Kunſt in Baierns Hauptſtadt ihre reichſten Blüthen trieb, begann ſich daneben die regſte wiſſenſchaftliche Thätigkeit zu entfalten. Von neuem, wie zu Anfange des Jahres 1819, richtete ſich die Aufmerkſamkeit von ganz Deutſchland auf das ſeiner geiſtigen Trägheit wegen einſt ſo übel verrufene Baierland. Als es nun noch bekannt wurde wie König Ludwig, der einzige unter allen deutſchen Fürſten, es wagte, ſich mit Begeiſterung für die heilige Sache des griechiſchen Freiheitskampfes auszuſprechen, da war überall nur eine Stimme zum Lobe des Regenten, der die kühnſten Erwartungen ſo weit übertraf, zu denen er durch ſeine erſten Maßregeln nach ſeiner Thronbeſteigung berechtigte. Baiern nahm fortan in der Meinung unter allen deutſchen Staaten die erſte Stelle ein; und während ſo manche widerwärtige Erſcheinungen beinahe auf allen anderen Punkten den Muth der wackerſten Männer niederbeugten, begann das heranwachſende Geſchlecht mit froher Hoffnung den Blick nach München zu richten.

Einer ähnlichen Liebe bei allen deutſchen Stämmen, wie ſie ſich jetzt dem Könige von Baiern zuwandte, hatte ſich wenige Jahre früher

Digitized by Google

König Wilhelm von Würtemberg erfreut. Die würtembergiſche Verfaſſung, nicht gleich der baieriſchen aus einer Gnadenhandlung des Fürſten hervorgegangen, ſondern auf einen Vertrag zwiſchen der Regierung und den Ständen begründet, war in allen ihren Beſtimmungen ungleich freiſinniger, als die erſte. An den Wahlen zur zweiten Kammer hatten, wenn auch nicht in unbeſchränktem Maße, alle Steuerpflichtigen Theil; wählbar waren alle ſelbſtſtändige Bürger. Während der Abweſenheit der Stände nahm ein ſtändiger Ausſchuß ihre Rechte wahr; bei einem Zwieſpalt mit der Regierung hatte ein von dieſer unabhängiger Staatsgerichtshof die Entſcheidung. Am 15. Januar 1820 wurde der erſte Landtag nach dem Abſchluſſe des Verfaſſungsvertrages eröffnet. Der König erklärte in der Thronrede, daß er den Ständen mit vollem Vertrauen entgegenkomme; er ſprach die Hoffnung aus, daß dieſe das Beiſpiel einer Verſammlung geben würden, „die ſich der Regierung nicht entgegenſtelle, als ob verſchiedene Intereſſen zu bekämpfen wären, ſondern nach dem frommen Sinne der alten Zeit mit ihrem Landesfürſten zuſammentrete, um traulich zu berathen, was die Umſtände und des Landes Wohl erforderten.“ Die vornehmſte Aufgabe des Landtages war es, Ordnung in den durch frühere übermäßige Anſtrengungen tief zerrütteten Staatshaushalt zu bringen. Um den Ausfall von einer halben Million Gulden in den Einnahmen zu decken, mußte eine neue directe Steuer auf Gefälle, Capitalien, Beſoldungen und Penſionen ausgeſchrieben werden. Auch war es unvermeidlich, die zur Beſtreitung der Staatsbedürfniſſe geforderten Summen für das Erſte ohne genauere Prüfung zu verwilligen, wogegen auffallend genug nicht die aus den Vertretern des Bürger- und Bauernſtandes zuſammengeſetzte zweite Kammer, ſondern die vorzugsweiſe von Standesherren und höheren Beamten gebildete erſte Kammer ſich ſträubte. Dieſer Widerſtand war ſcheinbar ſtreng auf den Buchſtaben der Verfaſſung geſtützt, der jede Steuerbewilligung an die Bedingung einer vorausgegangenen Prüfung knüpfte. Die Gewiſſenhaftigkeit, mit welcher der hohe Adel mit einem Male die Vertheidigung verfaſſungsmäßiger Freiheiten übernahm, erklärte ſich aber leicht, als die Ständeverſammlung nach Ablauf einer fünfmonatlichen Vertagung im September von neuem zuſammentrat. Sämmtliche einſt reichsunmittelbare Herren, welche durch die Verfaſſung in die erſte Kammer berufen waren, blieben aus, weil ſie ihren von der Regierung nicht anerkannten Anſprüchen durch Theilnahme an der Geſetzgebung nichts vergeben wollten. Die zweite Kammer ließ ſich dadurch nicht abhalten, ihre Arbeiten zu beginnen

Digitized by Google

und zu Ende zu führen; und da der Zwieſpalt zwiſchen der Regierung und den mediatiſirten Fürſten, Grafen und Herren noch mehrere Jahre fortdauerte, bis derſelbe im October 1825 durch gegenſeitige Nachgiebigkeit ausgeglichen wurde, ſo hatte Würtemberg dieſe ganze Zeit über, ſtatt der von der Verfaſſung eingeſetzten beiden Kammern, in der That nur eine in eine einzige Kammer zuſammengedrängte Volksvertretung, die ihre Pflichten gegen das Land aber ſo treu erfüllte, daß Niemand die Abweſenheit der in störriſcher Zurückgezogenheit auf ihren Schlöſſern ſitzenden hohen Herren zu bedauern Gelegenheit erhielt. Die würtembergiſche Abgeordnetenkammer des Jahres 1820 vereinigte Männer von hohem Rechtsſinn, männlichem Freimuthe und ausgezeichneter Bildung in ſich; und wenn ſie dennoch in allen weſentlichen Punkten ſich mit der Regierung einverſtanden erklärte, ſo mußte dies in ganz Deutſchland einen um ſo bedeutenderen Eindruck hervorbringen, je mehr in den meiſten übrigen deutſchen Landen um dieſelbe Zeit die Meinung ſich von den Regierungen entfernte. Der König von Würtemberg wurde in dieſen Tagen in der Nähe und in der Ferne, von Jung und Alt, als das Muſter eines deutſchen Fürſten verehrt; und ein von einem Deutſchruſſen geſchriebenes elendes Machwerk, das Manuſcript aus Süddeutſchland, welches die Trennung des conſtitutionellen ſüdlichen Deutſchlands von dem ſtreng monarchiſchen Norden empfahl, fand hauptſächlich deshalb in den weiteſten Kreiſen eine unverdiente Bewunderung, weil das Gerücht verbreitet war, daß der König von Würtemberg die in dem Buche entwickelten Anſichten gebilligt oder gar dem Verfaſſer ſelbſt eingegeben habe. Ein großes Aufſehen erregender Zwiſchenfall, der ſich im Februar 1821 ereignete, vermochte die einmal in das allgemeine Glaubensbekenntniß aufgenommene Vorliebe für Würtemberg nicht zu erſchüttern. Profeſſor Liſt von Tübingen, derſelbe, der von dem deutſchen Handelsvereine beauftragt geweſen war, deſſen Sache bei dem Miniſtercongreſſe zu Wien zu führen, war eines jener Mitglieder der Abgeordnetenkammer, die, mit dem langſamen Fortſchreiten der Regierung auf dem Wege der Verbeſſerung nicht zufrieden, die Bewegung um jeden Preis zu beſchleunigen ſuchten. In ſeinem raſtloſen Eifer vermochte er die Bürgerſchaft der ehemaligen Reichsſtadt Reutlingen, von der er zum Abgeordneten gewählt war, eine Bittſchrift zu unterzeichnen, welche über die mancherlei in der Verwaltung des Landes noch vorhandenen Mängel und Mißbräuche in den derbſten Ausdrücken Beſchwerde führte, und die er zu ihrer weiteren Verbreitung durch Steindruck vervielfältigen ließ. Eine ſolche Sprache war man nicht al-

Digitized by Google

lein in Würtemberg, ſondern überall in Deutſchland noch zu wenig gewohnt, als daß die angegriffenen Behörden nicht zuerſt vor Entſetzen und darauf vor grimmigem Zorne hätten außer ſich gerathen ſollen. Von dem Gerichtshofe zu Eßlingen, dem die Entſcheidung über das rechtliche Verfahren zuſtand, wurde erkannt, daß gegen den Verfaſſer der Schmähſchrift eine peinliche Unterſuchung einzuleiten ſey; unmittelbar darauf ſetzte ein Schreiben der Regierung die Abgeordnetenkammer von dieſem Umſtande in Kenntniß und forderte ſie auf, die Beſtimmung der Verfaſſungsurkunde, welche alle peinlicher Unterſuchung verfallenen Perſonen von der Ständeverſammlung ausſchließe, in Anwendung zu bringen. Das Verfahren gegen Liſt war ein offenbar gehäſſiges und unbilliges, da an ſeiner redlichen Abſicht, durch wenngleich herbe Rüge die Abſtellung anerkannter Mißbräuche zu bewirken, nicht zu zweifeln war; aber der Buchſtabe der Verfaſſungsurkunde war zu beſtimmt und unzweideutig, als daß man ſich, wenn man denſelben nicht einer willkürlichen Auslegung unterwerfen wollte, dem Anſinnen der Regierung zu entziehen vermochte. Liſt wurde ausgeſtoßen; und als nach beendigter Unterſuchung das Criminalgericht ihm eine entehrende Strafe zuerkannte, war er genöthigt, ſeinem Vaterland den Rücken zu kehren und in den Vereinigten Staaten von Nordamerica eine Freiſtätte zu ſuchen. Die freiſinnigen Mitglieder der Kammer wurden durch die leidenſchaftliche Haſt tief verletzt, mit der die Behörden einen Abgeordneten verfolgten, der es gewagt hatte, die Wahrheit etwas gar zu unumwunden herauszuſagen; dieſe Verſtimmung äußerte jedoch auf den Gang der Verhandlungen keinen merklichen Einfluß. Man konnte ſich nicht verbergen, daß die Regierung, wenn ſie auch von einzelnen Verirrungen nicht frei blieb, doch im Ganzen es aufrichtig wohl mit dem Lande meine; und zugleich ſah man ein, daß bei der Maſſe von Uebelſtänden, die zum Theil das Erbe der jüngſten, zum Theil aber auch einer ſehr frühen Vergangenheit waren, unmöglich Alles an einem Tage gebeſſert werden konnte. Außerordentlich viel geſchah ſchon dadurch, daß das Schreiberunweſen zwar nicht mit einem Male gehoben, aber doch in ſeiner Wurzel angegriffen wurde. Die willkürliche Gewalt, welche die Kaſte der ſogenannten Schreiber übte, die zugleich richterliche und Verwaltungsbeamte waren, wurden auf ein billiges Maß zurückgeführt; und den Erpreſſungen, die dieſe Blutſauger ſich früher erlaubten, wurde dadurch ein Ziel geſetzt, daß ihnen theils feſte Beſoldungen, theils beſtimmte Belohnungen für beſtimmte Leiſtungen zugewieſen wurden. Durch ganz Deutſchland und ſelbſt über die deutſchen Grenzen hinaus hallten die ſchönen Worte, mit

Digitized by Google

denen König Wilhelm den Landtag am 26. Juni 1821 nach beinahe anderthalbjähriger Dauer ſchloß. Während die Mehrheit der großen europäiſchen Mächte dem conſtitutionellen Weſen mit unverhohlener Feindſeligkeit entgegentrat, erklärte ein kleiner deutſcher Fürſt laut vor aller Welt, daß er „den Tag ſegne“, an dem durch freien Vertrag die Verfaſſung ſeines Landes in das Leben getreten ſey. Daß ein ſolcher Widerſpruch gegen die Anſichten und Geſinnungen der großen Höfe der würtembergiſchen Regierung eben nicht zu beſonderer Empfehlung gereichen konnte, war leicht begreiflich; vermehrt wurde die Spannung, die hieraus hervorging, beſonders durch die ſelbſtſtändige Haltung, die Würtemberg am deutſchen Bundestage beobachtete, wo der würtembergiſche Bevollmächtigte der Führer einer Oppoſition war, die den beiden größeren Mächten manche Unbequemlichkeiten verurſachte. Zu Anfange des Jahres 1823 hatte das kleine Würtemberg ſogar den Muth, ſich mit rückhaltloſer Offenheit gegen das ganze politiſche Syſtem zu erklären, welches von den großen Mächten auf dem Congreſſe zu Verona angenommen und ausgeſprochen war. Der Miniſter des Auswärtigen, Graf Winzingerode, richtete eine diplomatiſche Note an den ruſſiſchen Bevollmächtigten zu Stuttgart, worin er die ernſteſte Verwahrung gegen die Ausſchließung der Staaten zweiten Ranges von Berathungen einlegte, durch welche das Wohl und Wehe der geſammten europäiſchen Völkerfamilie entſchieden werde. Die Verwicklungen, die durch dieſe eigenthümlichen Verhältniſſe veranlaßt wurden, nahmen im Laufe des Sommers, während die franzöſiſchen Siegesnachrichten aus Spanien alle Gemüther in Bewegung ſetzten, eine ſehr bedenkliche Wendung. Die Höfe von Wien, Berlin und St. Petersburg riefen ihre Geſandten von Stuttgart ab, und es wurde mit noch ungleich entſchiedener durchgreifenden Maßregeln gedroht, ſobald die würtembergiſche Regierung ſich nicht zum Ziele legte. An Widerſtand gegen die gewaltſamen Schritte, die in Ausſicht geſtellt wurden, war nicht zu denken; es blieb daher kein anderer Ausweg, als ſich den Forderungen der Mächte zu unterwerfen. Der Miniſter des Auswärtigen, ſo wie der Bevollmächtigte am Bundestage wurden entlaſſen; und die würtembergiſche Politik nahm fortan einen Gang an, der ſich von der allgemeinen Richtung der politiſchen Entwicklung in Deutſchland nicht weſentlich unterſchied. Damit ſchwand denn freilich der politiſche Heiligenſchein, mit dem die Meinung das Haupt des Königs umgeben hatte. Die frühere Begeiſterung für Alles, was aus Würtemberg kam oder an Würtemberg erinnerte, wich einer kalten Gleichgültigkeit, die um ſo ungerechter war, als die wür-

Digitized by Google

tembergiſche Regierung in ihrem eifrigen Bemühen, die Wohlfahrt des Landes durch Sparſamkeit in der Verwaltung und durch Verbeſſerungen aller Art zu fördern, keinen Augenblick nachließ und als ſie in dieſem Beſtreben von den Landtagen der Jahre $18^{23}/_{24}$ und $18^{26}/_{27}$ auf das Redlichſte unterſtützt wurde.

Eine ganz andere Stellung, als in Würtemberg, wo die Volksvertretung in allen weſentlichen Punkten mit der Regierung einverſtanden war, nahm dieſelbe der Regierung gegenüber in dem benachbarten Großherzogthum Baden ein. Großherzog Karl, der ſeinen Unterthanen mit der ihnen verliehenen Verfaſſung ein wohl nicht ganz freiwilliges Geſchenk gemacht hatte, war dahin geſchieden, ehe dieſelbe durch Einberufung der Stände in das Leben treten konnte. Sein Oheim Ludwig, der ihm auf dem Throne folgte, war ein feingebildeter, aber in ſeinem ganzen Weſen durch den altfranzöſiſchen Hofton beherrſchter Fürſt, der für das Volk ſo wenig ein Herz als für Volksfreiheit Sinn hatte. Im Anfange ſeiner Regierung ſcheint er das Bedürfniß gefühlt zu haben, ſich eine gewiſſe Volksbeliebtheit zu verſchaffen. Selbſt das Adelsedict vom 16. April 1819, obwohl es bei der Mehrheit des Bürgerſtandes großes Mißvergnügen hervorrief, war doch keinesweges darauf berechnet, die hochgeſpannten Anſprüche der Ariſtokratie zu befriedigen. Wenige Tage nach der Bekanntmachung dieſes Edicts, am 22. April, wurde der Landtag eröffnet. Die Regierung war ſichtlich bemüht, ſich mit dem in der zweiten Kammer vorwaltenden freiſinnigen Geiſte zu verſöhnen. Die von ihr ſelbſt ausgehenden Anträge auf Abſchaffung der Frohnen, wie auf die Loskaufung der Landgemeinden von der Erbunterthänigkeit, legten dies auf unzweideutige Weiſe an den Tag. Dieſe Zugeſtändniſſe, ſo dankenswerth ſie als ein erſter Schritt auf dem Wege der Verbeſſerung waren, blieben dennoch weit hinter den Forderungen und Erwartungen der freiſinnigen Männer zurück, die aus allen Theilen des Landes in der Abgeordnetenkammer zuſammengetreten waren. In Baden hatten mehr, als in irgend einem andern deutſchen Lande, jene Grundſätze des Liberalismus, die in dem benachbarten Frankreich ſich aus dem Kampfe zwiſchen der Nation und einer durch fremde Gewalt aufgedrängten Regierung entwickelten, Eingang gefunden. Alle Forderungen, die in Frankreich von der liberalen Partei erhoben wurden, um die für wünſchenswerth erachteten Bürgſchaften conſtitutioneller Freiheit zu erlangen, wurden auch in der badiſchen Abgeordnetenkammer geltend gemacht. Da wurde ein Antrag auf Preßfreiheit geſtellt, der, durch ſiegende Gründe unterſtützt, auf allen Seiten den lebhafteſten Beifall

Digitized by Google

fand; es wurde ein Geſetz über Verantwortlichkeit der Miniſter beantragt, und eine Menge ähnlicher gleich wichtiger Vorſchläge waren im Anzuge, als die Regierung, durch den in der zweiten Kammer ſich kundgebenden Geiſt im allgemeinen verſtimmt, die Anträge auf durchgreifende Erſparungen, die bei den Berathungen über den Staatshaushalt gemacht wurden, ſo übel aufnahm, daß ſie den Landtag plötzlich unter Aeußerungen der höchſten Ungnade bis in die Mitte des nächſten Jahres vertagte. In der Zwiſchenzeit ſuchte man den Starrſinn der einflußreichſten Glieder der Kammer zu brechen, indem man ſie auf mannigfaltige Weiſe die Unzufriedenheit des Hofes empfinden ließ; und bei der Wiedereinberufung des Landtages im Juni 1820 verweigerte man mehreren Staatsdienern, wie dem beredten und uneigennützigen Freiherrn von Liebenſtein, dem ehrlichen geraden Duttlinger und dem feurigen überſprudelnden Rotteck, der um dieſe Zeit anfing, ſeine Geltung unter den Vorkämpfern der Freiheit in Deutſchand zu erlangen, den Urlaub, deſſen ſie zum Eintritte in die Ständeverſammlung bedurften. Dagegen erhob aber die zweite Kammer ſo kräftigen Widerſpruch, daß die Regierung, um die Gemüther nicht noch mehr zu erbittern, ſich zur Nachgiebigkeit entſchloß und zwar nicht auf das Recht, das ſie auf ihrer Seite zu haben behauptete, verzichtete, aber doch die verweigerten Beurlaubungen nachträglich ertheilte. Dadurch wurde das gute Vernehmen mit der Kammer hergeſtellt, das auch im Verlauf der Seſſion nicht wieder geſtört wurde. Man verſtändigte ſich darüber, von den zu hoch befundenen Voranſchlägen für den Staatshaushalt eine namhafte Summe ſchwinden zu laſſen; für die Univerſitäten und das Schulweſen wurden dabei beträchtlich den Anſchlag überſteigende Mittel ausgeworfen; es kam ein Geſetz über die Ablöſung der aus der früheren Leibeigenſchaft herrührenden Leiſtungen zu Stande; die Capitulationszeit des Militairs wurde um zwei Jahre herabgeſetzt, und als der Landtag (am 5. September 1820) auseinanderging, konnten die heimkehrenden Abgeordneten ſich rühmen, das Wohl des Landes in vielfachen Beziehungen weſentlich gefördert zu haben. Unter günſtigeren Vorzeichen, als ſelbſt der erſte Landtag im Jahre 1819, wurde der zweite im März 1822 eröffnet. Die Regierungscommiſſaire waren zwei durch freiſinnige Anſichten bekannte Männer, und ſchon durch dieſe Wahl ſprach ſich die Abſicht der Regierung aus, allen billigen Wünſchen bereitwillig entgegen zu kommen. Auch wurde auf der Bahn der Verbeſſerungen, die der erſte Landtag eröffnet hatte, rüſtig vorangeſchritten. Eine neue Gemeindeordnung ward ausgearbeitet, die auf

Digitized by Google

den freiſinnigſten Grundſätzen beruhte; die noch fehlenden Vorbereitungen für Abſchaffung der Frohnen wurden getroffen, und bei der Vertagung des Landtages ſah man der im Spätherbſt bevorſtehenden Wiederaufnahme der Verhandlungen allgemein mit den ſchönſten Erwartungen entgegen. Im November, als die Stände wieder zuſammentraten, war aber mit einem Male Alles anders geworden. Ein Gifthauch war durch das Land gezogen, der, wie ein verderblicher Reif, die gerechteſten Hoffnungen erſtickte. Die mit der Abgeordnetenkammer im Einverſtändniſſe handelnden Regierungscommiſſaire waren durch andere erſetzt, welche von durchaus entgegengeſetzten Grundſätzen ausgingen und, wie es ſchien, gefliſſentlich darauf hinarbeiteten, die Kammer zur Oppoſition zu treiben. In dieſem Beſtreben wurden ſie durch die adeligen Herren in der erſten Kammer redlich unterſtützt; dieſe verwarf die von den Abgeordneten beſchloſſene Aufhebung der Staatsfrohnen, verſtümmelte die Gemeindeordnung und zeigte bei jeder Gelegenheit die entſchiedenſte Feindſeligkeit gegen die von der Volkskammer vertretenen Geſinnungen. Daß es bei der auf beiden Seiten ſich ausſprechenden Stimmung zuletzt zum Bruche kommen mußte, war ohne Mühe vorherzuſehen. Die Veranlaſſung, die denſelben endlich herbeiführte, hätte aber ſchwerlich irgend Jemand geahnt, der mit dem geheimen Getriebe am Hofe nicht genauer bekannt war. Es handelte ſich um die Summe von 100,000 Gulden, welche die Regierung für das Heerweſen mehr verlangte, als die Kammer bewilligen zu können erklärte. Am 31. Januar 1823 erfolgte die letzte entſcheidende Abſtimmung; 30 Stimmen gegen 29 beſchloſſen, bei der früher bereits abgegebenen Erklärung zu beharren. Am folgenden Tage wurde der Landtag aufgelöſt; ein Manifeſt, welches die Regierung erließ, unterwarf die Mehrheit der Abgeordnetenkammer dem bitterſten Tadel, indem derſelben geradezu der Vorwurf gemacht wurde, daß ſie allein es verſchulde, wenn dem Lande die wichtigſten Geſetze und manche weſentliche Erleichterungen vorenthalten blieben. Dieſe Erklärung war das Zeichen zu einem allgemeinen Sturme gegen die aufgelöſte Kammer. Journale und Flugſchriften häuften Anklagen auf Anklagen, die, wie leicht ſie auch zurückzuweiſen waren, doch keine Widerlegung fanden, weil die Cenſur jedes Wort zur Vertheidigung der ſchamlos geſchmähten Volksvertretung unterdrückte; Officiere, welche die Aufmerkſamkeit des Hofes auf ſich zu ziehen wünſchten, vergaßen ihre Pflicht gegen das Vaterland und gegen die Ehre ſo weit, daß ſie freiſinnige Abgeordnete mit Prügeln bedrohten; und dienſtfertige Beamte wußten ihren Einfluß in den ihrer Verwal-

Digitized by Google

tung anvertrauten Bezirken mit ſo gutem Erfolge geltend zu machen, daß von mehreren Gemeinden Bittſchriften an die Regierung eingingen, welche um Aufhebung der dem Lande doch nur zum Unheile gereichenden Verfaſſung baten. Obwohl die in den gnädigſten Ausdrücken abgefaßte Antwort des Großherzogs eine ablehnende war, wurde es doch bald offenbar, daß man darauf ausging, die dem Volke durch die Verfaſſung zugeſtandenen Rechte auf das engſte mögliche Maß zu beſchränken. Die Wahlen zu der neuen Ständeverſammlung wurden ſo lange als möglich hinausgeſchoben; alle Mittel der Einſchüchterung und der Beſtechung wurden angewandt, um die Wähler im Sinne der Regierung zu bearbeiten; und als am 24. Februar 1825 der Landtag von neuem zuſammentrat, hielt der Großherzog es für angemeſſen, in ſeiner Eröffnungsrede den Ständen ausdrücklich zurückzurufen, daß nach den Beſchlüſſen der Bundesverſammlung alle Regierungsgewalt in den Händen des Regenten vereinigt bleiben müſſe, und daß die ſtändiſche Mitwirkung ſich nur innerhalb beſtimmter, durch die Bundesgeſetze vorgezeichneter Grenzen bewegen dürfe. Die nähere Erläuterung dieſer vorbedeutungsvollen Worte brachte zwei Tage ſpäter ein Geſetzentwurf, durch welchen die Verfaſſung weſentliche auf die Beſchränkung des volksmäßigen Antheiles an der Geſetzgebung wohlberechnete Veränderungen erfuhr. Die Stände ſollten in Zukunft, ſtatt wie bisher alle zwei Jahre, nur alle drei Jahre zuſammenberufen, die Steuern demgemäß nicht auf zwei, ſondern auf drei Jahre bewilligt und die Mitglieder der Abgeordnetenkammer nicht mehr, wie die Verfaſſung es vorſchrieb, bei jedem Landtage durch theilweiſe Ernennung ergänzt, ſondern auf ſechs Jahre gewählt werden. Von der früheren freiſinnigen Mehrheit waren durch die letzten Wahlen nur drei Mitglieder, Duttlinger, Föhrenbach und Grimm, in die Kammer zurückgeſchickt worden, deren Stimmen in einer den Wünſchen des Hofes unbedingt ergebenen Verſammlung ungehört verhallten. Nicht allein das Geſetz über die Veränderungen der Wahlordnung, ſondern alle übrige von der Regierung ausgehende Vorſchläge wurden daher mit großer Stimmenmehrheit angenommen; und der Großherzog konnte bereits am 14. Mai den Landtag mit der Verſicherung ſchließen, daß derſelbe ſeinen Erwartungen vollkommen entſprochen habe. „Wir ſtehen,“ ſagte der durch ſeine vorgefaßten Meinungen beherrſchte Fürſt, „wenn nicht alle Zeichen trügen, am Anfange einer beſſeren Zeit, deren Früchte vielleicht bereits zur Reife gediehen ſind, wenn ich Sie wieder vor mir verſammelt finde.“ Bei der beliebten ſechsjährigen Dauer des Auftrages der Ab-

Digitized by Google

geordneten war mit Gewißheit vorauszuſehen, daß dieſer Hoffnung wenigſtens von Seiten der Kammern kein Hinderniß in den Weg treten würde.

In dem Großherzogthume Heſſen-Darmſtadt war das Verfaſſungswerk nach langen Erörterungen und Verhandlungen erſt im December 1820 zu Stande gekommen. Je mehr Mühe es gekoſtet hatte, ehe Stände und Regierung ſich vereinigten, um ſo leichter wurde es, das gute Verſtändniß, nachdem daſſelbe einmal erreicht war, zu erhalten. Schon der erſte Landtag, der am 8. Juni 1821 geſchloſſen wurde, führte eine Reihe der weſentlichſten Verbeſſerungen in das Leben, unter denen die bedeutenden Erſparungen im Staatshaushalte, die Trennung der Rechtspflege von der Verwaltung, die neue Gemeindeordnung, die Umwandlung der Naturalzehnten, die Vorbereitungen zur Aufhebung der noch beſtehenden Frohnen vollkommen geeignet waren, der Ständeverſammlung den ungetheilten Dank des Landes zu verdienen. Der zweite Landtag, der vom 18. Auguſt 1823 bis zum 1. März des folgenden Jahres vereinigt war, vervollſtändigte, was der erſte begonnen hatte; unter den Maßregeln, welche derſelbe durchführte, war beſonders das Geſetz über die allgemeine Ablöſung der Zehnten von Wichtigkeit. Wenn in irgend einem deutſchen Lande, ſo thaten aber freilich im Großherzogthume Heſſen die durchgreifendſten Verbeſſerungen dringend Noth, denn die niederen Claſſen waren hier bei der Armuth des Bodens in vielen Landestheilen durch unerſchwingliche Laſten vielleicht mehr, als irgend anderwärts, zu Boden gedrückt. Ein trauriges Zeichen des Nothſtandes, in dem ſich ein großer Theil der Bevölkerung befand, war es, daß zu Anfange des Jahres 1825 in der einzigen Provinz Oberheſſen an 10,000 Menſchen den Entſchluß faßten, nach America auszuwandern, und daß die Regierung die ſtrengſten Maßregeln ergreifen mußte, um die Unglücklichen, die noch dazu oft durch treuloſe Verſprechungen bethört waren, zurückzuhalten. Selbſt in jenen Gegenden, die von der Natur reicher begabt waren, hatte die Handelsſperre, welche die auf allen Seiten das Land umgebenden Mauthlinien verurſachten, eine Nahrungsloſigkeit zur Folge, die ſich immer allgemeiner verbreitete. Ungeachtet des redlichen Willens der Regierung mußte unter dieſen Umſtänden ſich ein Gefühl des Mißbehagens der Gemüther bemächtigten, welches die mildeſte Schonung kaum zu entfernen vermochte. Unglücklicher Weiſe ſchlug die Regierung, durch den charakterfeſten, aber in veralteten Grundſätzen erſtarrten Miniſter von Grolmann geleitet, ein Verfahren ein, das darauf

Digitized by Google

berechnet ſchien, das ohnedies herrſchende Mißvergnügen nur noch höher zu ſteigern. Man glaubte den Aeußerungen der Unzufriedenheit, die man in der Ständeverſammlung zu erwarten hatte, nicht beſſer begegnen zu können, als indem man ſich eines Einfluſſes auf die Wahlen verſicherte, der dieſe ausſchließend auf wohlmeinende oder, was in dieſem Sinne daſſelbe war, der Regierung blind ergebene Männer lenkte. Die Folge war, daß viele Bezirke ſich auf das Beſtimmteſte dahin erklärten, daß ſie gar nicht wählen würden. In Rheinheſſen mußten die Behörden einſchreiten, um die Bürger zur Abgebung ihrer Stimmzettel zu nöthigen, und mit vieler Mühe brachte man endlich eine Abgeordnetenkammer zu Stande, die allerdings den Wünſchen der Regierung entſprach, aber unmöglich als eine freie Vertretung der Volksmeinung angeſehen werden konnte. Dennoch wurden in der zweiten Kammer manche freiſinnige Stimmen laut, und da die Adelskammer die Umſtände zu benutzen gedachte, um in der Beſchränkung der Volksrechte noch weiter zu gehen, als die Regierung, ſo kam es zu einer offenen Entzweiung, der die Miniſter nicht anders ein Ziel zu ſetzen wußten, als indem ſie am 25. Juni 1827 den Landtag, nach beinahe zehnmonatlicher Dauer, ſchloſſen.

Mehrere Jahre früher als alle übrige Staaten des ſüdweſtlichen Deutſchlands hatte das Herzogthum Naſſau eine den Forderungen der Zeit entſprechende Verfaſſung erhalten; denn hier hatte ſchon das Patent vom 1. September 1814 den Grundſatz der Volksvertretung durchgeführt. Aber theils hatten die Stände zu beſchränkte Rechte, theils waren die Verhältniſſe des Ländchens durch frühere Maßregeln der wohlwollenden Regierung zu gut geordnet, als daß ſich ſo leicht eine Gelegenheit zu Aufſehen erregenden Erörterungen geboten hätte. Die Landtage, die von Jahr zu Jahr regelmäßig Statt fanden, gingen daher geräuſchlos vorüber, ohne daß außerhalb der Grenzen des Herzogthums auf ihre Verhandlungen irgend geachtet worden wäre.

Auch in den mittleren und kleineren Staaten des deutſchen Nordens blieb Alles in dem alten Gleiſe. Nur ſelten trat da oder dort ein Ereigniß ein, welches die Aufmerkſamkeit in weiteren Kreiſen auf ſich zog. Das Königreich Hannover wurde wegen ſeiner engen Verbindung mit England von den weniger Unterrichteten kaum als ein deutſches Land geachtet. Die proviſoriſche Ständeverſammlung, die unter wiederholten Vertagungen vom 15. December 1814 bis zum 26. October 1819 fortbeſtand, hatte den Zeitpunkt unbenutzt vorübergehen laſſen, wo die Regierung, durch die allgemeine geiſtige Bewe-

Digitized by Google

gung des Befreiungskampfes mit fortgeriſſen, bereit war, ihr mit den freiſinnigſten Anträgen entgegen zu kommen. Später, als in den höheren Regionen andere Richtungen die Oberhand gewannen, war das einmal Verſäumte bei dem beſten Willen nicht wieder einzubringen. Weit über die Hälfte der Verſammlung bildeten königliche Beamte; an einen ernſten Widerſtand, den ſie den Abſichten und Maßregeln der Regierung entgegengeſetzt hätte, war daher ſchon deshalb kaum zu denken. Obwohl es ausdrücklich anerkannt war, daß alle Rechte, welche die früheren Stände der einzelnen in dem Königreiche zu einem Ganzen verſchmolzenen Landſchaften beſeſſen hatten, alſo namentlich auch das Recht der Steuerbewilligung auf die allgemeine Ständeverſammlung übergegangen wären, wagte die letzte von dieſer wichtigen Befugniß doch ſo wenig Gebrauch zu machen, daß ſie ſich bei den Berathungen über die neue Grundſteuer, die im Jahre 1817 eingeführt wurde, nur beſcheidene Vorſtellungen, Wünſche und Bitten erlaubte, welche die Regierung nach ihrem Gutdünken beachtet oder unbeachtet ließ. Treuer wurden in einer andern Beziehung die alten ſtändiſchen Ueberlieferungen bewahrt. Der größte Theil des Grundes und Bodens in Hannover iſt Eigenthum der Krone. Von dem Ertrage dieſer ausgedehnten Beſitzungen war den alten Ständen nie Rechenſchaft abgelegt worden, weil dieſelben nicht das Intereſſe des ganzen Landes, ſondern nur jenes der Körperſchaften vertraten, von denen ſie bevollmächtigt waren. Jetzt verweigerte man auch der allgemeinen Ständeverſammlung jede Auskunft über den Ertrag der Domainen, indem man ſich darauf berief, daß dieſe Privateigenthum des fürſtlichen Hauſes wären, wobei man aber vergaß, daß nach der alten Verfaſſung dem Fürſten die Verbindlichkeit oblag, von ſeinem Privateinkommen zugleich alle Staatsausgaben zu beſtreiten, und daß die Stände nur da, wo dieſes nicht ausreichte, durch freiwillige Beiſteuern aushalfen. Von allen Mitgliedern der Ständeverſammlung beſaßen allein die Abgeordneten des ritterlichen Adels eine gewiſſe Selbſtſtändigkeit, welche ſie denn auch nach Kräften benutzten, um die alten Vorrechte ihres Standes, die in der weſtfäliſchen und franzöſiſchen Zeit aufgehoben waren, wieder geltend zu machen. Bei den Berathungen über die Grundſteuer drangen ſie mit dem Antrage durch, die Regierung möge erſucht werden, den Beitrag der ſogenannten Eremten oder des einſt ſteuerfreien Adels durch die Provinzialſtände in einzelnen Landſchaften beſtimmen zu laſſen. Darauf erfolgte zwar von dem Prinzen Regenten ein mißbilligender Beſcheid, weil man damals noch entſchloſſen war, die Einheit des Kö-

Digitized by Google

nigreiches nicht durch provinzielle Unterſcheidungen beeinträchtigen zu laſſen; aber den Anſprüchen des Adels wurde doch inſofern genügt, als derſelbe mit ſeinen Gütern auf einen unverhältnißmäßig niederen Steuerſatz angeſetzt wurde. Auch gab der Adel ſeine Forderung einer Herſtellung ſeiner alten politiſchen Vorrechte nicht auf. Weil ſeine Bevollmächtigten in den früheren Provinzialſtänden gleich den Prälaten und den Bevollmächtigten der Städte eine beſondere Curie bildeten, verlangte er jetzt, in einer beſonderen Kammer vertreten zu werden, wobei man hervorhob, daß die Theilung in zwei Kammern nach dem Vorbilde des brittiſchen Parlementes eine größere Sicherheit gegen Uebereilungen biete. Man nahm es ſich nicht übel, den bürgerlichen Mitgliedern der Ständeverſammlung, die den Anprüchen des Adels entgegen waren, den Vorwurf revolutionairer Neigungen zu machen, und behauptete, daß der Staat nur in Geburt und Reichthum eine feſte Stütze finden könne. Man ſollte meinen, es wäre den adligen Herren als eine revolutionaire Regung erſchienen, daß die Ständeverſammlung bei ihrem Zuſammentreten am 1. December 1818, durch einen abſcheulichen in den öffentlichen Blättern vielbeſprochenen Vorfall veranlaßt, die Abſchaffung der Folter beſchloſſen hatte. Denn bei der Zahmheit, welche die große Mehrzahl der Verſammlung in beinahe allen ihren Berathungen bewies, lag es nahe, eine ſo wenig verſchuldete Anklage als einen übelangebrachten Scherz zu deuten. Wie überſpannt die Anſichten und die Anſprüche des Adels aber auch ſeyn mochten, ſo konnten ſie bei der Regierung doch immer auf die wirkſamſte Bevorwortung rechnen. So blieben denn auch die Forderungen der adligen Gutsbeſitzer in Bezug auf die ſtändiſche Vertretung nicht unberückſichtigt. Man beſchloß zuvörderſt, die beſonderen Stände der einzelnen Provinzen unter dem Namen der Provinziallandſchaften wieder herzuſtellen, wobei man die Befugniſſe derſelben zwar auf das geringſte Maß zurückführte, aber doch dem Adel ſein altes Uebergewicht wieder einräumte. Nachdem dieſe neue Einrichtung in das Leben getreten war, wurde der Ständeverſammlung durch ein Schreiben des Prinzen Regenten von England vom 5. Januar 1819 der Entwurf einer neuen Verfaſſung mitgetheilt, wonach anſtatt der in einer Kammer vereinigten Stände zwei Kammern eingeführt werden ſollten, deren Mitglieder von den Provinziallandſchaften zu ernennen wären. Der Verfaſſungsentwurf fand in der Ständeverſammlung lebhaften Widerſpruch, und namentlich erklärte ſich die Mehrheit, obwohl in ſehr beſcheidner Weiſe, gegen die Einrichtung der beiden Kammern. Die Regierung ließ ſich aber dadurch auf

Digitized by Google

ihrem einmal eingeſchlagenen Wege nicht aufhalten, ſondern gab den Provinziallandſchaften ohne Weiters auf, nach dem ihnen vorgelegten Entwurfe Abgeordnete zu wählen. Dies geſchah, ohne daß im Lande gegen ein ſo willkürliches Verfahren ſich auch nur eine Stimme erhoben hätte; und ſomit konnte der Herzog von Cambridge, der als Vicekönig die Verwaltung leitete, am 28. December 1819 die neue Ständeverſammlung eröffnen. Von einer Bewilligung der Oeffentlichkeit der Verhandlungen, welche die Regierung einſt ſelbſt gewünſcht hatte, war jetzt keine Rede mehr; vielmehr war es der alten aufgelöſten Ständeverſammlung ſehr übel genommen worden, daß ſie ſich noch in der letzten Stunde eines Beſſern beſonnen und den Antrag auf Einführung der Oeffentlichkeit geſtellt hatte. „Unter den von fremden Nationen entlehnten Neuerungen“ — hieß es ſeltſam genug in dem Reſcripte des Prinzen Regenten von England — „iſt keine, die auf eine ruhige dem Zwecke angemeſſene Behandlung der ſtändiſchen Berathungen nachtheiliger wirken dürfte, als die Oeffentlichkeit der Sitzungen.“ Schon aus dieſem Grunde konnte das Volk gegen die Berathungen ſeiner Vertreter nicht anders als gleichgültig bleiben. Dazu kam, daß die zweite Kammer, in der die Abgeordneten der Städte und der kleinen Grundeigenthümer ſaßen, wenig mehr als ein willenloſes Werkzeug in den Händen der Regierung war, während die erſte Kammer, die aus einigen größtentheils von der Regierung ernannten Prälaten, den Standesherren und den Abgeordneten der Ritterſchaft zuſammengeſetzt war, nur dann ihre volle Unabhängigkeit bewährte, wenn es galt, einen wirklichen oder vermeinten Eingriff in die durch „unvordenklichen Beſitz“ geheiligten Vorrechte des Adels abzuweiſen.

Aehnliche Verhältniſſe in Bezug auf Staatsleben und Geſetzgebung, wie in Hannover, beſtanden im Königreich Sachſen. Auch hier hatte der Adel nach der Landesverfaſſung ein weit überwiegendes Uebergewicht; und es fehlte eben ſo wenig an alterthümlichen Sonderbarkeiten, die eine Folge dieſes Verhältniſſes waren, und die nur durch die allgemeiner vorbereitete Bildung einigermaßen gemildert wurden. In den erſten Jahren nach der Rückkehr des Königs ſchien die Regierung, ungeachtet ihrer Vorliebe für die alten Einrichtungen, doch das Bedürfniß zu fühlen, mit der Zeit fortzuſchreiten. Einige Veränderungen hatten ſich durch den Verluſt des größten Theiles der Lauſitz und der dem preußiſchen Herzogthume Sachſen einverleibten Gebietstheile als ganz unabweisbar herausgeſtellt. Dieſe wurden mit möglichſt ſchonender Hand getroffen, indem man ſich wohl hütete, ſelbſt noch ſo veraltete

Digitized by Google

Formen aufzugeben, ſobald ſie durch den Drang der Umſtände nicht bereits unrettbar geſtürzt waren. Um ſo mehr mußte es überraſchen, als die Regierung auf dem Landtage des Jahres 1817 die Anfrage an die vereinigten Stände richtete, „in wie weit die bisherige Verfaſſung in Anſehung der Stände abzuändern wäre.“ Die Vorſchläge, welche die Stände hierauf machten und die in der Hauptſache von der Regierung genehmigt wurden, betrafen nur weniger bedeutende Einzelheiten, da man der Meinung war, daß zwar „noch mehrere Verbeſſerungen gedacht werden könnten, jedoch über Vieles der Ausſpruch der Erfahrung abzuwarten wäre.“ So wenig Intereſſe die privilegirten Stände dabei hatten, nach Veränderungen zu verlangen, bei denen ſie ſelbſt auf keine Weiſe gewinnen konnten, ſo drängte ſich ihnen doch allmälig die Ueberzeugung auf, daß das Wohl des Landes eine Umgeſtaltung der ganzen Verfaſſung dringend erheiſche, und daß mit einzelnen Ausbeſſerungen und Zuſätzen wenig geholfen ſey. Sie wandten ſich auf dem zweiten Landtage nach dem Kriege, im April 1821, mit einer Erklärung in dieſem Sinne an die Regierung. Aber die Zeiten hatten ſich inzwiſchen geändert; alle Höfe waren von der Furcht vor den nachtheiligen Folgen unvorſichtiger Neuerungen befangen, und der greiſe König entgegnete den Ständen: „daß er weſentliche Veränderungen in der durch lange Erfahrung und nützliche Reſultate bewährten Landesverfaſſung nicht für räthlich halte.“ Und ſo blieb denn, ſo lange König Friedrich Auguſt lebte, in Sachſen Alles beim Alten.

Das treue Volk der Heſſen wurde durch die engherzige Beſchränktheit und durch die Launen ſeines alten Kurfürſten auf mehr als eine harte Probe geſtellt. Als die Stände den Verſuch machten, ſich dem willkürlichen Verfahren des wunderlichen alten Herrn beſonders in der Verwaltung der öffentlichen Einkünfte mit Kraft entgegen zu ſetzen, wurden ſie (am 10. Mai 1816) aufgelöſt und ſeitdem nicht wieder einberufen, obwohl ein im folgenden Jahre erſcheinendes Haus- und Staatsgeſetz, welches der Kurfürſt aus eigner Machtvollkommenheit erließ, die alte Verfaſſung noch als rechtskräftig beſtehend anerkannte. Einigermaßen erträglich wurde die ſchrankenloſe Willkürherrſchaft, die jetzt im Heſſenlande einriß, durch manche Züge perſönlicher Gutmüthigkeit. Dennoch wurde der Greis gewiß von Wenigen betrauert, als er durch ſeinen Tod am 21. Februar 1821 ſeinem, den Anſichten der neueren Zeit weniger fernſtehenden Sohne Platz machte. Mit dem den Heſſen vor andern deutſchen Stämmen eigenen blinden Vertrauen gab man ſich den überſpannteſten Hoffnungen hin, die Niemand theilen

Digitized by Google

konnte, der einige Kenntniß von dem Charakter des bereits im reifen Mannesalter ſtehenden Kurprinzen hatte, der jetzt zur Regierung gelangte. Zwar wurde ſogleich eine ſtrenge Ordnung in der Verwaltung eingeführt, die der früher herrſchenden Willkür ſteuerte; aber man fand bald, daß die neue Ordnung nicht allein, wegen der Vervielfältigung der Behörden, theurer, ſondern auch bei der Strenge, mit der auf die Handhabung aller geſetzlichen Vorſchriften geſehen wurde, läſtiger und drückender war, als die alte Willkür. Ein Unglück für Heſſen war es, daß das Gemüth des von Natur zum Mißtrauen und zur Härte geneigten Fürſten durch einen an ſich unbedeutenden Zwiſchenfall noch mehr verdüſtert wurde. Am 20. Juni 1823 gelangte ein Schreiben von unbekannter Hand an den Kurfürſten, worin dieſem mit dem Tode gedroht wurde, wofern er nicht binnen Jahresfriſt dem Lande eine Verfaſſung gebe, den Einfluß der Gräfin Reichenbach auf die Regierung beſeitige, und ſein Benehmen gegen ſeine nächſte Umgebung ändere. Ganz Heſſen wurde durchwühlt, um den unbekannten Verfaſſer des Drohbriefes zu entdecken; und da alle Nachforſchungen erfolglos blieben, ſo wurden die ſchärfſten Maßregeln getroffen, um das koſtbare Leben des Fürſten, das dieſer in ſeiner Angſt ernſtlich gefährdet glaubte, zu ſchützen. In der Hauptſtadt Kaſſel wurden Fremde und Einheimiſche unter fortwährende polizeiliche Aufſicht geſtellt; und die Strenge, mit der jede freie Meinungsäußerung, wie überhaupt jede freiere Lebensregung im ganzen Lande bewacht und unterdrückt wurde, verbreitete ein Gefühl des Unbehagens, welches die beſten Kräfte eines treuen und biedern Volkes lähmte.

In den kleineren Fürſtenthümern des nördlichen Deutſchlands, ſo wie in den freien Städten war zu einer freiern politiſchen Entwicklung kein Raum. In den ſogenannten freien Städten richtete ſich alle Thätigkeit beinahe ausſchließlich auf den Handelsbetrieb. Wenn der Handelsverkehr hinreichenden Gewinn abwarf, waren die guten Bürger zufrieden und überließen die Sorgen und Mühen des ſtädtiſchen Regimentes gern den Behörden, die ſich einmal im Beſitze befanden. Die kleinen Fürſtenthümer waren aber ſchon durch die Rückſicht, die ſie auf die umgebenden größeren und mächtigeren Staaten nehmen mußten, außer Stande, ein ſelbſtſtändiges Staats- und Volksleben auszubilden. Der literariſche Glanz, der den Hof zu Weimar im Anfange des Jahrhunderts umgab, wurde durch das friſche Greiſenalter Göthe's in der Erinnerung erhalten; der Freund und Beſchützer des großen Dichters, Großherzog Karl Auguſt, wurde in ganz Deutſch-

Digitized by Google

land gefeiert, als er mit weiſer Milde und Großmuth das Aufſtreben eines kräftigen und freien Jugendlebens auf der Landesuniverſität der ſächſiſchen Herzogthümer, Jena, begünſtigte. Dem Drange der Demagogenverfolgung, der von den großen Höfen ausging, vermochte aber auch er, ungeachtet ſeiner beſſeren Einſicht, nicht zu widerſtehen. Als die allgemeine deutſche Burſchenſchaft aufgehoben, Oken von ſeinem Lehrſtuhle vertrieben und ſeinen Freunden Fries und Luden die Freiheit der Vorleſungen entzogen war, ſchwand der Schimmer, der in den Augen der Jugend Jena als den vornehmſten Sitz deutſcher Wiſſenſchaft erſcheinen ließ, ſchnell dahin; und der ſächſiſchen Herzogthümer geſchah außerhalb ihren Grenzen kaum wieder eine Erwähnung, bis der am 11. Februar 1825 erfolgte Tod des letzten Herzogs von Sachſen-Gotha-Altenburg einen Erbfolgeſtreit zwiſchen den drei nächſt verwandten Linien Sachſen-Meiningen, Hildburghauſen und Koburg hervorrief, der länger als Jahr und Tag die Federn der gelehrteſten Publiciſten in Bewegung ſetzte und der endlich durch einen unter königlich-ſächſiſcher Vermittlung am 15. November 1826 geſchloſſenen Vertrag dahin entſchieden wurde, daß der bisher in Hildburghauſen regierende Zweig auf alle ſeine früheren Beſitzungen verzichtete und dagegen das Herzogthum Altenburg mit Ausnahme einiger zerſtreut liegender Ortſchaften, ſo wie einige Dörfer in dem bisher mit Koburg vereinigten Fürſtenthume Saalfeld erhielt, dem Herzoge von Meiningen der größte Theil des hildburghauſiſchen Landes und der Reſt des Fürſtenthumes Saalfeld zugetheilt wurde und beinahe dasganze Herzogthum Gotha nebſt zwei hildburghauſiſchen Aemtern an Koburg fiel.

Häufiger genannt, als irgend ein anderes der kleineren deutſchen Lande, wurde das Herzogthum Braunſchweig, aber nur in Folge einer unglücklichen Verkettung von Umſtänden, welche im Verlaufe eine noch unglücklichere Zukunft herausführen ſollten. Der heldenmüthige Herzog Friedrich Wilhelm war bei Quatrebras im Kampfe für Deutſchlands Freiheit gefallen und hatte zwei minderjährige Prinzen, die jungen Herzoge Karl und Wilhelm, hinterlaſſen. Für den erſten übernahm, als Haupt des Hauſes, der Prinz Regent von England die vormundſchaftliche Regierung, der aber kaum Zeit hatte, ſich um ſeine hannoverſchen Lande, viel weniger um das ſeiner Obhut vertraute Braunſchweig zu bekümmern. Die Seele der Verwaltung in Braunſchweig, wie in Hannover, war der an der Spitze des hannoverſchen Cabinettes zu London ſtehende Graf von Münſter, der ſeinerſeits in Bezug auf das braunſchweigiſche Land ſein unbedingtes Vertrauen dem geheimen

Digitized by Google

Rathe von Schmidt-Phiſeldeck lieh, einem ordnungsliebenden, in gewöhnlichen Verhältniſſen redlichen, aber in ſeinen politiſchen Anſichten ſehr beſchränkten Manne. Die Verwaltung wurde unter ſeiner Leitung mit ſtrenger Gewiſſenhaftigkeit geführt, und die Finanzen wurden muſterhaft geordnet. Ein Schritt, zu dem die vormundſchaftliche Regierung aber auf keine Weiſe berechtigt war, und zu dem daher auch Herr von Schmidt-Phiſeldeck niemals ſeine Zuſtimmung hätte geben dürfen, war die Einberufung der alten Landſtände, deren Rechte längſt verjährt waren, und denen jetzt (am 6. September 1819) der Entwurf einer neuen Verfaſſung oder, wie die alterthümelnde Benennung war, einer revidirten Landſchaftsordnung vorgelegt wurde, welche nach ihrer Annahme von Seiten der Stände der inzwiſchen in England als König Georg IV. zur Regierung gelangte Vormund (am 25. April 1820) beſtätigte und zum Grundgeſetze des Herzogthumes erhob. Der unverkennbare Zweck dieſes Geſetzes war, dem Adel in Braunſchweig eine ähnliche Bedeutung zu verſchaffen, wie in Hannover; denn den Rittergutsbeſitzern, die der großen Mehrheit nach dem Adelſtande angehörten, war ein außer allem Verhältniſſe zu den Rechten der übrigen Stände ſtehender Antheil an der Vertretung eingeräumt. Wenn ſchon die Erneuung der veralteten Verfaſſung bei vorurtheilsfreien Männern manches Bedenken erregte, ſo mußte das, was über die Erziehung des jungen Fürſten verlautete, mit der gerechteſten Beſorgniß erfüllen. Alle die ſchönen Anlagen, mit denen der eben in das Jünglingsalter tretende Herzog Karl von der Natur begabt war, erhielten durch eine nicht immer mit dem richtigſten Urtheile angewandte Strenge eine verkehrte Richtung; und kaum blieb ein anderes Gefühl in ſeinem Herzen lebendig, als der glühende Wunſch, die Feſſeln zu ſprengen, die ihm angelegt waren, um in dem Beſitze der unumſchränkten Gewalt, die er als ſein angebornes Recht betrachtete, ſeinen Leidenſchaften und Begierden zu fröhnen. So mangelhaft der Unterricht auch war, deſſen er genoß, ſo war es ihm doch nicht unbekannt geblieben, daß er nach dem Hausrechte erwarten durfte, mit dem zurückgelegten achtzehnten Jahre, von der Vormundſchaft befreit, zur Regierung zu gelangen. Um ſo wilder erwachte ſein Zorn, als er erfuhr, daß König Georg IV., wahrſcheinlich durch die ungünſtigen Berichte der beiden Erzieher beſtimmt, den Beſchluß gefaßt habe, ſeine Bevormundung noch drei Jahre länger fortzuſetzen. Er machte mit Kraft und Entſchloſſenheit ſeine Rechte geltend, und erlangte durch die Vermittlung des Fürſten von Metternich, den er für ſein Intereſſe zu gewinnen gewußt, wenigſtens ſo viel, daß

Digitized by Google

die Vormundſchaft nur noch für die Dauer eines Jahres verlängert wurde, nach deſſen Ablaufe er (am 23. October 1823) die Regierung antrat. Den Verſprechungen, die er zu Wien ertheilt hatte, gemäß, enthielt er ſich während der erſten Jahre aller Veränderungen in dem Gange der Verwaltung. Niemand würde die geringſte Veranlaſſung gehabt haben, zu vermuthen, daß er mit den Anordnungen, die während ſeiner Minderjährigkeit getroffen waren, nicht zufrieden ſey, wenn er ſich nicht beharrlich geweigert hätte, die neue Verfaſſung anzuerkennen und die Reverſalien zu unterzeichnen, die nach derſelben von ihm gefordert wurden. Der geheime Rath Schmidt-Phiſeldeck ließ ſich jedoch durch das ſcheinbare Vertrauen, welches der Herzog ihm ſchenkte, nicht täuſchen; er wußte, wie viel Urſache derſelbe zu haben glaubte, an ihm perſönliche Rache zu nehmen, und hatte, um ſich gegen die Wirkungen derſelben ſicher zu ſtellen, ſich von der hannoverſchen Regierung zum voraus verſprechen laſſen, daß man ihm im Falle ſeines Austrittes aus dem braunſchweigiſchen Staatsdienſte in Hannover eine entſprechende Anſtellung gewähren werde. Dies Verfahren war, wie der Erfolg bewies, ungemein klug und vorſichtig; aber wir wiſſen nicht, ob man daſſelbe von Seiten eines ſo hochgeſtellten Staatsbeamten auch ein würdiges und rechtliches nennen kann. Erſt im Frühjahre 1826 ließ der Herzog die Maske, hinter der er bisher ſeine wahren Geſinnungen verborgen, fallen, indem er zuvörderſt Schmidt-Phiſeldeck ſeine ganze Ungunſt empfinden ließ. Umſonſt ſuchte dieſer ſeine Entlaſſung nach, und da er im April 1827 vernahm, daß ſogar ſeine Verhaftung beſchloſſen ſey, ſo verlor er keine Zeit, ſich derſelben durch die Flucht nach Hannover zu entziehen. Der Zorn des Herzogs kannte keine Grenzen; alle in ſeiner Bruſt ſo lange zurückgedrängten Gefühle brachen ſich gewaltſam Bahn; und da keine Thorheit, die er beging, ſo widerſinnig war, daß ſie nicht dienſtbefliſſene Bewunderer gefunden hätte, ſo fiel er bald aus einem Mißgriff in den andern und zog ſich nicht allein die Abneigung ſeiner Unterthanen, ſondern die Verachtung aller deutſchen Höfe zu.

Wenn der Anblick, den die mittleren und kleineren deutſchen Staaten boten, ein wenig erfreulicher war, ſo erſchienen die Zuſtände in Oeſterreich und Preußen, den beiden großen Mächten, die zugleich Glieder des deutſchen Bundes waren, wo möglich noch troſtloſer. Oeſterreich war man längſt gewohnt, kaum noch als ein deutſches Land zu betrachten. Man wußte, daß von Wien der Antrieb ausging, der jede freiere Lebensregung in Deutſchland erſtickte. Die Politik des

Digitized by Google

öſterreichiſchen Kaiſerſtaates und Unterdrückung der Freiheit galt in der Meinung für gleichbedeutend; aber man konnte einer Regierung ſeine Achtung nicht verſagen, die wenigſtens aus ihren Grundſätzen niemals ein Hehl gemacht, und die von der Bahn, die ſie von Anfang eingehalten, unter allen Umſtänden nicht um die Breite eines Zolles abwich. Ungleich größer, als gegen Oeſterreich, war daher die Mißſtimmung gegen Preußen, das ſich jetzt allem Anſcheine nach vom dem Wiener Cabinette in das Schlepptau nehmen ließ, während es einſt durch ſeinen glorreichen Aufſchwung zu den ſtolzeſten Hoffnungen berechtigt hatte. Aber in Preußen war beinahe unmittelbar nach dem Frieden ein Schwanken eingetreten, welches die Wagſchale bald auf die Seite des Fortſchrittes, bald auf jene des Rückſchrittes lenkte. Während der erſten Jahre behielt die Sache des Fortſchrittes gewöhnlich das Uebergewicht, weil es nicht leicht war, die Richtung, die man mit aller Kraft des Geiſtes und des Willens eingeſchlagen, mit einem Male zu verlaſſen. Dennoch fielen ſchon in jenen früheſten Zeitraum einzelne, nicht unbedeutende Rückſchläge. So wurde das ſogenannte Gensd'armerieedict vom 30. Juli 1812, welches die Gemeindeverhältniſſe des flachen Landes, der Städte und der Kreiſe nach den freiſinnigſten Grundſätzen ordnete, bereits durch die Verordnung vom 10. April 1815 außer Kraft geſetzt, die überall, anſtatt der Kreisdirectoren die alten aus dem Adel und den Beſitzern der Rittergüter gewählten Landräthe wieder einführte. So wurde das Edict vom 14. September 1811 über die Regulirung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältniſſe durch die Declaration vom 29. Mai 1816 auf eine Weiſe ausgelegt, aus der das Beſtreben, die Intereſſen der Gutsherren im Gegenſatze zu jenem der kleinen Grundeigenthümer zu wahren, unverkennbar hervorblickte. Aber noch war Fürſt Hardenberg an ſich ſelbſt nicht irre geworden; noch beſaß er das ungeſchwächte Vertrauen des Königs; und im Großen und Ganzen wurden daher die Wege nicht aufgegeben, die den Staat in den Tagen der Prüfung zum Heile und Ruhme geführt hatten. Einem Manne, dem damaligen Obriſten von Witzleben, der dem geheimen Cabinette für die Militairangelegenheiten vorſtand, iſt das Verdienſt beizumeſſen, daß er neben dem Staatskanzler durch ſeinen perſönlichen Einfluß auf den König das Meiſte dazu beitrug, wenn beſonders im Kriegsweſen, aber auch in mancher andern Beziehung, die Bemühungen der rückwärts drängenden Partei ihr Ziel verfehlten. Bereits zu Anfang des Jahres 1818, als noch Niemand im Ernſte an die erſt im folgenden Jahre aufgeſpürten demagogiſchen Umtriebe

Digitized by Google

dachte, war eine Denkſchrift aus der Feder eines hochgeſtellten Mannes in die Hände des Königs gelangt, welche auf das Gemüth des gerechten und weiſen, aber mit dem Geiſte der neuen Zeit nicht hinlänglich vertrauten Fürſten einen ſehr niederſchlagenden Eindruck hervorbrachte. Die höchſten Behörden wurden beſchuldigt, von dem Gifte revolutionairer Grundſätze angeſteckt zu ſeyn und durch ihre Maßregeln eine Wendung der Dinge vorzubereiten, die den preußiſchen Staat in eine ähnliche Lage verſetzen müſſe, wie jene, in welcher ſich Frankreich im Jahre 1789 befand. Das Heer wurde als unzuverläſſig geſchildert, weil daſſelbe durch die allgemeine Dienſtpflicht in zu naher Berührung mit dem Volke ſtehe und zugleich allen Ständen eine drückende Laſt auflege, während die kurze Dienſtzeit keine Ausbildung einer tüchtigen militairiſchen Zucht geſtatte. Als beſonders gefahrdrohend aber war die Anſtalt der Landwehr bezeichnet, die in ihrem Weſen eine wahre Volksbewaffnung ſey und mitten im Frieden eine zahlreiche bewaffnete Maſſe aufſtelle, über welche der Fürſt keinen Zügel habe. Dem Obriſten von Witzleben gelang es, die Beſorgniſſe zu zerſtreuen, welche dieſe Denkſchrift zu erwecken geeignet war. Er rechtfertigte die Behörden, an deren Treue nicht zu zweifeln ſey, wenn auch in der Verwaltung Fehler vorfallen möchten, wie man namentlich den Grundſatz angenommen zu haben ſcheine, daß alles Alte verbannt werden müſſe, mehr weil es alt, als weil es untauglich ſey. Dagegen hob er hervor, das größte Unglück, was einen Staat treffen könne, und woraus ſich unberechenbares Uebel entwickeln müſſe, ſey Störung der innigen Vereinigung des Fürſten mit dem Volke, Trennung des Hauptes vom Körper. Nur da ſey Heil und Segen, wo der Kopf den Rumpf belebe und leite, wo Fürſt und Volk als ein untrennbares Ganzes gedacht werden, und die ſeyen ebenſo tadelnswerth, die den Fürſten vom Volke, als jene, die das Volk vom Fürſten zu trennen beabſichtigten. Die allgemeine Dienſtpflicht vertheidigte er, indem er bemerkte, daß ſie ein Band ſey, welches das ganze Volk umſchließe, und deſſen Enden ſich in den Händen des Monarchen befänden; ſie ſey deshalb der ſicherſte Schild und Schutz des Thrones; und es ſey ein merkwürdiges Zeichen der Zeit, daß gerade die gebildeten Theile des Volkes, die früher ausgenommen waren, am wenigſten dagegen einzuwenden hätten. Was die Landwehr betreffe, ſo ſey dieſe allerdings eine theilweiſe Bewaffnung des Volkes, aber keine gefährliche, von welcher der König auch ſo lange die Zügel in der Hand behalten werde, als die Ernennung aller Führer derſelben von ihm ausgehe und als ſie ohne Befehl nie zuſam-

Digitized by Google

menkommen könne. Als Gegenmittel gegen die Gefahr, die in dem Beſtehen der Landwehr liegen ſollte, war vorgeſchlagen worden, dieſelbe mit der Linie zu vereinigen, indem jedes Landwehrregiment mit einem Linienregimente zu einem Körper verſchmolzen würde, ſo daß die Landwehrmänner nur während der Uebungen zu dieſem einberufen wären. Der Obriſt von Witzleben wies nach, daß dieſer Vorſchlag practiſch durchaus unausführbar ſey, daß er den Mängeln, welche die Einrichtung der Landwehr haben möge, auf keine Weiſe abhelfe und dagegen dem ſtehenden Heere weſentliche Nachtheile zufügen müſſe, und daß es daher am zweckmäßigſten ſeyn würde, die Landwehr in ihrer Trennung von der Linie fortbeſtehen zu laſſen, da man inneren Gährungen am beſten durch ein abgeſondertes ſtehendes Heer und durch treu zuverläſſige Officiere in der Landwehr begegnen könne, während der Umſturz einer allgemein geachteten Anſtalt das Feuer, deſſen Ausbruch man abwenden wolle, eher anfachen als löſchen würde.

Im Anfange des nächſten Jahres ſetzte Witzleben die Berufung des ihm nahe befreundeten Wilhelm von Humboldt durch, den der Staatskanzler, um ihn von Berlin zu entfernen, als außerordentlichen Geſandten am brittiſchen Hofe in eine Art ehrenvoller Verbannung geſchickt hatte und für den jetzt eine eigene ſelbſtſtändige Abtheilung des Miniſteriums des Innern errichtet wurde, welche die ſtändiſchen, ſtädtiſchen und Gemeinde-Angelegenheiten, ſo wie die das Heerweſen betreffenden Verwaltungsſachen umfaßte. Daß Humboldt zum Verfaſſungsminiſter ernannt war, wie man ſich ausdrückte, erregte unter den Freunden einer freien fortſchreitenden Entwicklung in Preußen allgemeine Freude und Zufriedenheit. Aber gegen das Ende des Julimonates, als er in Berlin eintraf, hatten die politiſchen Verhältniſſe bereits eine ſo düſtere Färbung angenommen, daß ein Mann von Humboldts Geſinnung nur wenig Ausſicht auf eine erfolgreiche Wirkſamkeit behielt. Die Demagogenverfolgung war im vollen Gange; die Eröffnung der Karlsbader Conferenzen ſtand vor der Thüre; und in einer Beſprechung, die zwiſchen dem Könige, dem Fürſten Hardenberg und dem Fürſten Metternich zu Töplitz Statt gefunden, war den Berathungen zum voraus ihre Richtung vorgezeichnet worden. Humboldt ließ ſich durch dieſe ungünſtigen Vorbedeutungen nicht abſchrecken, rüſtig an das ihm vertraute Werk zu gehen. Er arbeitete mehrere Denkſchriften über die in Preußen einzuführende Verfaſſung und ſogar bereits den Entwurf einer Verfaſſungsurkunde aus, deſſen ſtrenge Folgerichtigkeit von allen Seiten anerkannt und bewundert wurde, der aber dennoch

Digitized by Google

unter den damaligen Zeitumſtänden den Meiſtern als ein unerhörtes Wagniß erſchien, da ſchon der Name der Reichsſtände, die er verlangte, für viele einflußreiche Männer etwas Grauenerweckendes hatte, obgleich es Humboldt damals nicht einfiel, dieſer gefürchteten Verſammlung mehr als eine bloß berathende Stimme einzuräumen. Selbſt der Staatskanzler, deſſen ganzes Verwaltungsſyſtem auf der Vorausſetzung beruhte, daß eine allgemeine ſtändiſche Verſammlung den Schlußſtein der beſtehenden Staatseinrichtungen bilden ſollte, hatte ſich allmälig zu der Anſicht hinüberziehen laſſen, daß es gerathen ſey, die Berufung derſelben auf unbeſtimmte Zeit zu vertagen und ſich vorläufig mit der Einführung von Provinzialſtänden zu begnügen. Bereits bei der Ueberreichung der Coblenzer Adreſſe im Januar 1818 hatte er geäußert: wenn nur erſt die provinziellen Vertretungen in Gang geſetzt wären, würden dieſe ſich ſpäter leicht in einen Reichsrath vereinigen laſſen. Ungeachtet des Widerſpruches, in dem die Forderungen Humboldts mit der herrſchenden Meinung ſtanden, bewirkte ſeine Thätigkeit dennoch wenigſtens einen augenblicklichen Fortſchritt in dem Verfaſſungswerke. Aus der im Jahre 1817 niedergeſetzten Verfaſſungscommiſſion wurde ein engerer Ausſchuß gebildet, der unter dem Vorſitze des Fürſten Staatskanzlers zuſammentrat und aus fünf Mitgliedern beſtand, nämlich aus den beiden Miniſtern des Innern Humboldt und von Schuckmann, dem wirklichen geheimen Legationsrathe Ancillon, dem Präſidenten des Apellhofes zu Köln geheimen Staatsrathe Daniels und dem geheimen Legationsrathe Eichhorn. Wie beſchränkt aber die Zahl der Mitglieder auch war, ſo ließ ſich dennoch kaum eine Vereinigung derſelben erwarten, da Humboldt und Schuckmann, Ancillon und Eichhorn die entgegengeſetzteſten Anſichten vertraten, denen wieder Daniels mit ſeiner franzöſiſchen Rechtsgelehrſamkeit völlig abgeſondert gegenüberſtand. Am 13. October fand die erſte Sitzung des Ausſchuſſes Statt, in der Fürſt Hardenberg einen Verfaſſungsentwurf vorlegte, dem Humboldt mit dem ſeinigen entgegentrat, welcher von jenem ſo ziemlich das Gegentheil war, da derſelbe von der Anſicht ausging, daß Provinzialſtände ohne allgemeine ſich unmöglich bloß auf die provinziellen Gegenſtände beſchränken laſſen würden, die ihnen doch allein zugewieſen werden dürften; daß ſie durch einſeitige Beurtheilung allgemeiner Maßregeln die Regierung nur in Verlegenheit bringen und, auf die Zuſtimmung ihrer Heimathgenoſſen geſtützt, eine Trennung der Gemüther nach den verſchiedenen Provinzen hervorrufen würden, welche zuletzt alle Einheit des Staates auflöſen und an deren Stelle eine loſe Verbindung mehrerer Staaten

zu einem Ganzen ſetzen müſſe, das kein Ganzes mehr ſeyn werde. Die erſte Sitzung des Ausſchuſſes war auch die letzte; denn der Zwieſpalt, der eben ſo, wie in dem Verfaſſungsausſchuſſe, in den höchſten Staatsbehörden beſtand, kam gerade um dieſe Zeit zu einem offenen Ausbruche, welcher bald die Entfernung der entſchiedenern Vertheidiger des Fortſchrittes aus der Verwaltung unvermeidlich machte. Unmittelbar nach der Rückkehr des Grafen Bernſtorff von Karlsbad erklärte Humboldt mit dem äußerſten Unwillen ſich gegen die Ergebniſſe der Berathungen, in denen der preußiſche Miniſter des Auswärtigen freilich eine wenig rühmliche Rolle geſpielt hatte. Humboldt behauptete, daß ein preußiſcher Miniſter ſeine Rechte überſchreite, wenn er die Verbindlichkeit eingehe, preußiſche Unterthanen fremden Gerichten zu unterwerfen. Er verlangte, daß Graf Bernſtorff deßhalb in Anklagezuſtand verſetzt und daß der Beſchluß über die Errichtung der Mainzer Unterſuchungscommiſſion ohne Weiteres als rechtswidrig wieder aufgehoben werde. Seiner Meinung fiel beinahe das ganze Staatsminiſterium bei, indem nicht allein die ſeiner Anſicht zunächſt ſtehenden Miniſter von Beyme und von Boyen, ſondern mit ihnen die ſchon mehr ſchwankenden von Kircheiſen, von Klewitz, von Altenſtein, und ſelbſt Männer, wie von Schuckmann und Graf Lottum, die ſonſt gerade nicht als die freiſinnigſten galten, ihre Zuſtimmung ausſprachen. Auf die Anträge der weit überwiegenden Mehrheit des Miniſteriums erfolgte von Seiten des Königs eine Zurechtweiſung, die in ſehr ungnädigen Ausdrücken abgefaßt war. Die Mehrzahl beruhigte ſich dabei und leiſtete auf jeden ferneren Widerſtand Verzicht; nur Humboldt, Beyme und Boyen wiederholten ihre Vorſtellungen und wieſen in drei beſonderen Eingaben die Unvereinbarkeit der Karlsbader Beſchlüſſe mit den wahren Intereſſen des preußiſchen Staates nach, deſſen Unabhängigkeit durch die dem Bundestage eingeräumte Obmacht auf bedenkliche Weiſe gefährdet ſey. Auch dieſer letzte Verſuch blieb ohne Erfolg; wohl aber wurde durch denſelben die Stellung der drei muthigen und pflichttreuen Staatsmänner ſo erſchüttert, daß es nur einer beſtimmten Veranlaſſung bedurfte, um ihren Sturz unvermeidlich zu machen. Dieſe Veranlaſſung bot eine Veränderung in der Einrichtung der Landwehr, die zum Zwecke hatte, die immer und immer wieder verdächtigte Anſtalt in engere Verbindung mit dem ſtehenden Heere zu bringen, um ihr ſo viel als möglich von dem gefährlichen Charakter einer Volksbewaffnung abzuſtreifen. Das Weſen der Landwehr wurde durch die vorgeſchlagene und vom Könige genehmigte Veränderung nicht berührt; der Kriegsminiſter von

Boyen, der in ihr mit Recht die wahre Kraft des preußiſchen Staates ſah und ihre Pflege und Ausbildung als ſeine wichtigſte Aufgabe betrachtete, hielt es aber ſeiner Ehre zuwider, zu irgend einer Maßregel mitzuwirken, welche das Volksheer der ſtehenden Truppe unterzuordnen ſchien; er nahm deshalb ſeinen Abſchied, wie mit ihm der Director im Kriegsminiſterium General von Grolmann, einer der ausgezeichnetſten Officiere des preußiſchen Heeres. Dieſer Schritt, der auf den König den ungünſtigſten Eindruck machte, gab der rückwärtsſtrebenden Partei gewonnenes Spiel. Fürſt Hardenberg war ſchwach genug, ſich der ſiegenden Richtung anzuſchließen, mit der er ſelbſt doch ſo wenig gemein hatte. Acht Tage nach Boyens Rücktritte durch eine Cabinetsordre vom 31. December 1819, erhielten der Großkanzler von Beyme und der Miniſter von Humboldt ihre Entlaſſung.

Allgemein war die Trauer über das Ausſcheiden ſolcher Männer, deren Name untrennbar an die ruhmreichſten Tage der preußiſchen Monarchie geknüpft war. Nur die unverbeſſerlichen Anhänger der alten Adelsherrſchaft und Beamtenbevormundung konnten ihre Freude nicht verhehlen; denn ſie hatten jetzt die begründete Hoffnung, wenn auch nicht die alten Zuſtände vom Jahre 1806, doch in neuer Form, was ihnen als das Weſentliche an denſelben erſchien, zurückzuführen. Die Regierung fühlte, daß irgend etwas zur Beruhigung der Gemüther geſchehen müſſe, wenn das Vertrauen der gebildeten Stände nicht für immer verloren gehen ſollte. Die preußiſche Staatszeitung zeigte an, daß die Geſchäfte der von Sr. Majeſtät dem Könige zur Bearbeitung der künftigen ſtändiſchen Verfaſſung ernannten Commiſſion ihren Fortgang hätten, ungeachtet der Staatsminiſter Freiherr von Humboldt aus derſelben ausgeſchieden ſey; und das Geſetz vom 17. Januar 1820, welches den Schuldenbeſtand des preußiſchen Staates für geſchloſſen erklärte, ſprach die feſte Zuſicherung aus, daß in Zukunft keine neue Staatsanleihe außer mit Zuziehung und unter der Bürgſchaft der künftigen reichsſtändiſchen Verſammlung gemacht werden ſolle. Der Verfaſſungsausſchuß ſetzte allerdings, wie die preußiſche Staatszeitung angekündigt hatte, ihre Arbeiten fort; aber mit dem Austritte Humboldts war der Geiſt der Freiheit, der dieſen Staatsmann beſeelte, aus ihren Sitzungen gewichen. Gleich Humboldt mußten auch Daniels und Eichhorn ausſcheiden, die ſich mehr oder weniger auf ſeine Seite neigten; dieſe drei wurden durch den Fürſten von Wittgenſtein und die geheimen Räthe Albrecht und von Vincke erſetzt, denen man eine Vorliebe für die liberalen Zeitrichtungen nicht zum Vorwurfe machen konnte.

Digitized by Google

Man kam jetzt bald überein, die Löſung der großen Frage allgemeiner Reichsſtände einer ſpäteren Entſchließung des Königs unter günſtigeren Zeitverhältniſſen vorzubehalten. Es handelte ſich vorerſt nur noch um die Begründung der Provinzialſtände, über deren Einrichtung aber auch noch eine nicht geringe Meinungsverſchiedenheit obwaltete. Fürſt Hardenberg konnte unmöglich den Anſprüchen genügen, welche die immer mächtiger vordringende Adelspartei erhob, ohne allen den Grundſätzen untreu zu werden, die er während ſeiner ganzen ruhmvollen politiſchen Laufbahn bekannt hatte. Dies ſcheint die vornehmſte Urſache geweſen zu ſeyn, welche auch jetzt noch die Ausführung des in ſeinen Grundlinien längſt feſtgeſtellten Planes immer wieder von neuem verzögerte. Mit ſeinem Tode, der auf ſeiner Rückkehr von dem Congreſſe zu Verona in Italien erfolgte, waren die Schwierigkeiten auf einmal beſeitigt, die bisher der Erledigung der wichtigſten Streitpunkte entgegenſtanden. Kein volles halbes Jahr darauf, am 5. Juni 1823, erſchien das allgemeine Geſetz wegen Anordnung der Provinzialſtände, welches noch in demſelben Jahre in der Mark Brandenburg und dem Markgrafthum Niederlauſitz, im Königreiche Preußen, im Herzogthume Pommern und dem Fürſtenthume Rügen, im folgenden Jahre im Herzogthume Schleſien, dem Markgrafthume Oberlauſitz und der Grafſchaft Glatz, im Herzogthume Sachſen, in den Rheinprovinzen, in Weſtfalen, im Großherzogthume Poſen durch Bekanntmachung der alle dieſe Landſchaften betreffenden beſonderen Beſtimmungen zur Ausführung kam. Die Provinzialſtände wurden „zum geſetzmäßigen Organe der verſchiedenen Stände der getreuen Unterthanen in jeder Provinz“ erklärt; und man hätte demnach vorausſetzen ſollen, daß auch die verſchiedenen Stände der getreuen Unterthanen in den Provinzialſtänden vertreten worden wären. Dies war aber ſo wenig der Fall, daß vielmehr als die erſte und unerlaßliche Bedingung der Standſchaft das Grundeigenthum anerkannt wurde. Nur Grundeigenthümer dürfen in die Ständeverſammlungen berufen werden; und wenn von den ſtädtiſchen Abgeordneten verlangt wird, daß ſie neben ihrem Grundbeſitze auch noch ein bürgerliches Gewerbe treiben, oder eine Stelle im Magiſtrate einnehmen, ſo iſt dies offenbar nicht eine Begünſtigung, ſondern eine Erſchwerung, da ihnen zu den Bedingungen, welche die Grundeigenthümer auf dem Lande zu erfüllen haben, noch andere aufgelegt ſind. Der vermögendſte Grundeigenthümer in der Stadt, der vielleicht zugleich die ausgezeichnetſte geiſtige Befähigung und Bildung beſitzt, iſt nicht wählbar, wenn er nicht zufällig Mitglied des Magiſtrats iſt oder irgend ein bürgerliches Gewerbe treibt.

Digitized by Google

Die ſogenannten gelehrten Stände ſind daher ſelbſt dann ausgeſchloſſen, wenn ſie mit noch ſo bedeutendem Grundbeſitze in ihrem Wohnorte anſäſſig ſind, es ſey denn, daß ſie vorher eine Art Quarantaine durch ihre Ernennung in den Magiſtrat beſtanden haben. Durch die ausſchließende Vertretung des Grundeigenthumes wäre der Zweck, den man bei der Bildung der Provinzialſtände vor Augen hatte, noch keinesweges erreicht worden, wenn man nicht außerdem Vorſorge getroffen *hätte*, daß dem großen ländlichen Grundeigenthume, welches in dem bei weitem größten Theile der Monarchie vorzugsweiſe in den Händen des Adels iſt, in der Vertretung ein entſchiedenes Uebergewicht verliehen wurde. Auf den Landtagen der ſechs öſtlichen Provinzen: Preußen, Pommern, Brandenburg, Schleſien, Sachſen und Poſen, wurden der Ritterſchaft oder den Beſitzern ſogenannter Rittergüter, mit Hinzurechnung der Virilſtimmen der Standesherren, nicht weniger als 213 Stimmen eingeräumt, während die Städte nur 137, die kleinen ländlichen Grundeigenthümer nur 79 Stimmen erhielten. In der Mark Brandenburg, welche die großen Städte Berlin, Potsdam, Frankfurt a. d. O. *nebſt* einer Menge mittlerer und kleinerer Orte enthält, zählt die ſtädtiſche Vertretung nur 23, die Vertretung des Bauernſtandes nur 12 Stimmen, wogegen die Ritterſchaft mit Hinzurechnung der 4 Standesherren durch 35 Mitglieder, alſo eben ſo viel, als die beiden anderen Stände zuſammengenommen, vertreten iſt. Ein ähnliches Verhältniß der Vertretung beſteht in Schleſien, wo zu zehn Standesherren 36 ritterſchaftliche Abgeordnete kommen, um den 30 ſtädtiſchen Mitgliedern im Falle ihrer Vereinigung mit den 16 ländlichen das Gleichgewicht zu halten. In Pommern überſteigen die Stimmen der ritterſchaftlichen Bevollmächtigten jene der Städte und der Bauern um eine, in Poſen ſogar um zwei Stimmen; nur in Sachſen ſind den beiden Ständen der Städte und der kleinen Grundeigenthümer zwei, in Preußen vier Stimmen mehr zugeſtanden, als dem großen Grundeigenthume. Auf dem Landtage von Weſtfalen haben die Standesherren zwölf, die Rittergutsbeſitzer zwanzig, die Städte zwanzig und die bäuerlichen Eigenthümer gleichfalls zwanzig Stimmen. In der Rheinprovinz giebt es nur vier Standesherren und, wenn wir dieſe abrechnen, zählt jeder der drei Stände 25 Stimmen. Wie man ſieht, hat die Regierung es nicht vermeiden zu können geglaubt, auf die großen Veränderungen, welche die franzöſiſche Herrſchaft in den weſtlichen Provinzen in allen Verhältniſſen des Lebens bewirkt hatte, einige Rückſicht zu nehmen; aber Niemand wird leugnen, daß ſelbſt hier dem großen Grundeigenthume noch eine

Digitized by Google

viel zu hohe Bedeutung beigelegt iſt, wenn wir auch nur den einfachſten Maßſtab der Beurtheilung, den des Antheiles an den aufzubringenden Steuern, anwenden; denn in der Rheinprovinz kommen auf ſämmtliche Rittergüter nur ungefähr ſechs vom Hundert des geſammten Steuerbelaufes. Unter dieſen Umſtänden konnten aufrichtige Freunde der Freiheit es mit gutem Grunde als ein Glück anſehen, daß den Provinzialſtänden nur ſehr beſchränkte Befugniſſe eingeräumt waren, daß ſie in Bezug auf die allgemeine Geſetzgebung nur eine berathende Stimme hatten, und daß ſelbſt ihre Beſchlüſſe über die Gemeindeangelegenheiten der Provinz, deren Anordnung als ihre eigentlichſte Aufgabe bezeichnet wurde, der Aufſicht und Genehmigung der Regierung unterworfen blieben. Da die Ergebniſſe ihrer Berathungen überdies auf die unzulänglichſte Weiſe zur öffentlichen Kenntniß kamen, ſo war nichts natürlicher, als daß dieſelben bei der großen Maſſe und ſelbſt bei dem gebildeten Theile der Bevölkerungen nicht die geringſte Theilnahme erregten. Sogar die Gefahr, die bei einer weiteren Ausbildung der neuen Anſtalt zu allgemeinen „Landſtänden," wie ſie durch das Geſetz in Ausſicht geſtellt war, die öffentliche Freiheit bedrohte, wurde von der großen Mehrzahl kaum geahnt. Das politiſche Bewußtſeyn wurde durch die Unterdrückung der Preſſe auf einer zu niedern Stufe gehalten, als daß in den Maſſen etwas mehr hätte aufkommen können, als das dunkle Gefühl, daß man bemüht war, den Staat in das alte Gleis zurückzuſchrauben, auf dem derſelbe ſchon einmal dem Untergang entgegengegangen war. Je hoffnungsloſer die Zuſtände der Gegenwart waren, um ſo begieriger griff man Alles auf, was, wenn auch in einer entfernten Zukunft, eine Veränderung anzukündigen, vorzubedeuten ſchien. Frankreich, einſt gehaßt und verabſcheut in der Erinnerung an die Schmach, die durch franzöſiſche Ruhmſucht dem Vaterlande widerfahren war, wurde jetzt angeſtaunt und bewundert, weil man von der franzöſiſchen Tribune allein noch das freie Manneswort vernahm, welches auf dem ganzen übrigen Feſtlande in Feſſeln geſchlagen war. Nach Frankreich richteten ſich die Blicke der Hoffenden, Harrenden, Fürchtenden; von Frankreich erwartete man den Anſtoß zu der Bewegung, die nicht ausbleiben durfte, wenn das Leben der europäiſchen Völkerfamilie nicht in dumpfe Erſtarrung verſinken ſollte.

Zweites Hauptſtück.

Der Thronwechſel in Frankreich.

Der günſtige Erfolg des ſpaniſchen Feldzuges hatte die kühnſten Erwartungen der royaliſtiſchen Partei in Frankreich ſo weit übertroffen, daß ſie in dem Taumel ihrer Siegesfreude ſich kaum zu faſſen wußte. Jetzt erſt, hieß es in den vornehmen Kreiſen des Faubourg St. Germain, ſey der Hydra der Revolution der Kopf zertreten; man dürfe nun nicht länger ſäumen, um auch in Frankreich die letzten Spuren der Zerrüttung, die das Ungeheuer in allen geſellſchaftlichen Verhältniſſen zurückgelaſſen, zu verwiſchen. Vor allen Dingen wurde verlangt, daß die heilige Kirche in ihre alten Rechte wieder eingeſetzt werde. Die Klöſter ſollten wiederhergeſtellt, der Jugendunterricht ſollte der Geiſtlichkeit überwieſen und dieſer überhaupt der Einfluß, den ſie in der guten alten Zeit beſeſſen, wieder eingeräumt werden. Auf die Reſtauration des Clerus ſollte *die Reſtauration* des Adels folgen, dem für ſeine Verluſte in der Revolu*tion* volle Entſchädigung zugeſtanden und das Heer, wie die höhere Verwaltung zur Verſorgung ſeiner jüngeren Söhne überlaſſen werden mußte. Um jedes Andenken an die furchtbaren Verirrungen der Schreckenszeit zu vertilgen, ſollte die revolutionaire Eintheilung in Departements aufgehoben und die alte Unterſcheidung der Provinzen hergeſtellt werden, an deren Spitze dann natürlich die Häupter der vornehmſten Geſchlechter als Statthalter des Königs getreten wären. Villèle, der die Zügel der Verwaltung mit ſicherer Hand lenkte, war bei all ſeinen ultraroyaliſtiſchen Neigungen ein viel zu ſcharf beſtimmter Kopf und ein zu klar denkender Staatsmann, als daß er ſich hätte von dem allgemeinen Schwindel der Partei mit fortreißen laſſen. Er war weit davon entfernt, in Pläne einzugehen, die, ſtatt den alten Zuſtand vor der Revolution zurückzuführen, ganz Frankreich in die heilloſeſte Verwirrung geſtürzt hätten. Dennoch glaubte auch er der royaliſtiſchen Meinung Genüge leiſten zu müſſen, ſo weit die höheren Intereſſen des Staates dies irgend geſtatteten; vor allen Dingen aber arbeitete er daran, ſich ſelbſt in der Gewalt zu befeſtigen. Bei der tiefen Niedergeſchlagenheit, von der die Liberalen ergriffen waren, die mit mehr Freiheits- als Vaterlandsliebe bis zum letzten Augenblicke auf den Sieg der Conſtitutionellen in Spanien gerechnet hatten, war nicht daran zu zweifeln, daß eine Auflöſung der Abgeordnetenkammer Wahlen zur Folge haben

würde, die entſchieden im Sinne der Regierung ausfielen. Nichts verbürgte jedoch, daß die im Augenblicke herrſchende Stimmung eine bleibende ſeyn würde, und bei der jährlichen Erneuung der Kammer zu einem Fünftheil, welche die Charte vorſchrieb, konnte daher der Erfolg, den man jetzt davon trug, im Verlaufe der Zeit immer wieder ſtreitig gemacht werden. Um dieſer Gefahr zu begegnen, beſchloß Villèle ein neues Wahlgeſetz einzuführen, welches die Dauer der Kammer von fünf auf ſieben Jahre verlängerte und an die Stelle der jährlich wiederkehrenden Ergänzungen einmalige allgemeine Wahlen ſetzte. Er kündigte dieſe wichtige Veränderung offen als in ſeiner Abſicht liegend an, als die Ordonnanz erſchien, welche die Kammer auflöſte. Obſchon man eines entſchiedenen Sieges bei den Wahlen gewiß ſeyn konnte, wurden doch alle Mittel aufgeboten, die der Regierung zu Gebote ſtanden, um ſich des Ausganges auch in jenen Oertlichkeiten zu verſichern, in denen die liberale Partei Einfluß genug beſaß, um ungeachtet ihrer Entmuthigung an einen ernſtlichen Kampf zu denken. Der Eifer der Behörden, durch die Mahnungen des Miniſters aufgeſtachelt, kannte keine Grenzen; wo Drohungen und Einſchüchterungen nichts halfen, wurden falſche Liſten angefertigt und Perſonen als Wähler zugelaſſen, denen die geſetzliche Berechtigung abging. Unter ſolchen Umſtänden konnte es nicht fehlen, daß die Wahlen ein Ergebniß boten, welches den Wünſchen Villèle's und des Hofes vollkommen entſprach. Beinahe alle freiſinnigen Abgeordneten, die in der letzten Kammer geſeſſen hatten, wurden diesmal ausgeſchloſſen; nur drei der bekannteren Wortführer der liberalen Meinung, General Foy, Benjamin Conſtant und Caſimir Périer, waren ſo glücklich, ungeachtet aller ihnen in den Weg gelegten Hinderniſſe durchzudringen, und ihnen reihten ſich vierzehn oder funfzehn weniger bedeutende Namen an. Dagegen wurde die Kammer überſchwemmt von ehrlichen Landedelleuten, die mit dem feſten Entſchluſſe nach Paris gingen, die Ueberlieferungen der Revolution mit Stumpf und Stiel auszurotten. Villèle ſelbſt, welcher der Mehrzahl viel zu gemäßigt war, hätte Urſache gehabt, um ſeine Stellung beſorgt zu ſeyn, wenn er nicht im Beſitze eines Geheimniſſes geweſen wäre, welches ihm unter allen Umſtänden die Unterſtützung der Kammer ſicherte. Die große Mehrheit beſtand aus ehemaligen Emigranten oder deren Erben, und wie ſehr es dieſen Herren auch um die Religion und die alten Formen der Monarchie zu thun war, ſo vernachläſſigten ſie deshalb doch ihre eigenen Intereſſen keineswegs. Schon während des ſpaniſchen Krieges hatte Villèle die Frommen, die bei der zunehmenden

Schwäche Ludwigs XVIII. und dem ſteigenden Anſehen ſeines Bruders, des Grafen von Artois, am Hofe den mächtigſten Einfluß übten, für ſich zu gewinnen gewußt, indem er die telegraphiſchen Nachrichten zu ihrer Verfügung ſtellte, die ſie in den Stand ſetzten, bei den fortwährenden Schwankungen der Staatspapiere auf der Börſe die vortheilhafteſten Speculationen zu machen. Millionen wechſelten auf dieſe Weiſe oft in wenigen Stunden ihre Eigenthümer; und wenn das Verfahren, welches man beobachtete, auch nicht allzu weit von offenem Betruge entfernt war, ſo fühlte doch Niemand ſein Gewiſſen beunruhigt, ſobald ihm eine ſichere Gelegenheit geboten wurde, ſich in kürzeſter Friſt und ohne Mühe zu bereichern. Ein bei weitem großartigeres Mittel der Beſtechung, als in der Mittheilung telegraphiſcher Nachrichten, lag in der Emigrantenentſchädigung, die von der royaliſtiſchen Partei mit Ungeſtüm gefordert und von Villèle unter der Hand zugeſagt wurde. Seinen urſprünglichen Plan, ſich unmittelbar wieder in den Beſitz der während der Revolution ihm entzogenen Güter zu ſetzen, hatte der Adel nothgedrungen aufgegeben, weil kein Zweifel daran war, daß eine ſolche Maßregel, die Hunderttauſende friedlicher Bürger ihres wohlerworbenen Eigenthums beraubt hätte, eine allgemeine Auflöſung aller geſellſchaftlichen Verhältniſſe zur Folge haben mußte. Man mäßigte ſeine früheren Anſprüche daher ſo weit, daß man ſich entſchloß, mit einer Geldentſchädigung zufrieden zu ſeyn. Der Mann, von dem es vermöge ſeiner Stellung abhing, dieſe zu gewähren oder zu verſagen, und der vor der Verantwortlichkeit nicht zurückbebte, dem Staate die ungeheuren Opfer aufzubürden, welche die Ausführung des Planes erforderte, konnte in der zu zwei Drittheilen aus Altadeligen zuſammengeſetzten Abgeordnetenkammer mit Gewißheit auf die Unterſtützung der Mehrheit rechnen. Die größte Schwierigkeit war nur, die ungeheuren Summen aufzubringen, welche die Befriedigung ſo vieler hochgeſpannter von allen Seiten andringender Anſprüche erforderte. Mit Recht ſcheute Villèle ſich vor einer Anleihe, welche die Schuldenlaſt des Staates in noch höherem Maße vermehrt hätte, die ſchon durch den ſpaniſchen Krieg einen beträchtlichen Zuwachs erhalten hatte. Sein in ſolchen Dingen erfinderiſcher Geiſt ließ ihn jedoch um einen Ausweg nicht lange verlegen ſeyn. Der allgemeine Zinsfuß in Frankreich, wie in dem größten Theile des civiliſirten Europas ſtand unter vier Procent; nur der Staat verzinſete die Capitalien, die er einheimiſchen und auswärtigen Gläubigern ſchuldete, fortwährend zu fünf Procent oder eigentlich noch ungleich höher, da er für die Renten, die in das große

Digitized by Google

Buch der öffentlichen Schuld eingetragen waren, niemals den vollen Werth empfangen hatte. Auf dieſen Umſtand gründete der geſchickte Rechnenmeiſter ſeinen Plan; er beſchloß, den Zinsfuß der Staatsſchuld herabzuſetzen und mit den Summen, die dadurch erſpart würden, die Anſprüche der Emigranten zu befriedigen.

In der Thronrede, mit welcher am 23. März 1824 die Kammern eröffnet wurden, kündigte der König die folgenſchweren Entwürfe des erſten Miniſters in Ausdrücken an, die, wenngleich zum Theil allgemein gehalten, doch über die Abſichten der Regierung keinen Zweifel ließen. So wie die erſten vorläufigen Arbeiten in beiden Kammern beendigt waren, wurde den Pairs der Geſetzentwurf über die ſiebenjährige Dauer der Wahlkammer, den Abgeordneten der Geſetzentwurf über die Ablöſung und Herabſetzung der Renten vorgelegt. Der letzte berührte ſo viele wichtige Intereſſen, beſonders in der Hauptſtadt, die allein an hundert Millionen Franken, alſo die gute Hälfte von den auf 197 Millionen geſchätzten fünf Procent tragenden Renten beſaß, daß die öffentliche Aufmerkſamkeit ſich beinahe ausſchließlich den Erörterungen in der Abgeordnetenkammer zuwandte, von deren Ausgange das Wohl und Wehe vieler tauſend Familien abzuhängen ſchien. Ganz Paris gerieth in eine allgemeine Aufregung, weil die Menge großer und kleiner Rentenbeſitzer, die in der Hauptſtadt lebten, fürchten mußte, durch die miniſterielle Maßregel um den fünften Theil ihrer jährlichen Einkünfte verkürzt zu werden. Der Plan der Regierung war nämlich, es den Rentenbeſitzern anheimzuſtellen, ob ſie ihr Capital zu dem vollen Nennwerth zurückgezahlt haben, oder ihre fünfprocentigen Renten gegen dreiprocentige vertauſchen wollten, die ihnen dann zu dem Courſe von 75 berechnet werden ſollten. In dem erſten Falle waren ſie in der Verlegenheit, wie ihr Capital überhaupt wieder unterzubringen wäre, und ſie konnten mit Gewißheit vorherſehen, daß ſie ſtatt der fünf Procent, die ſie bisher von demſelben bezogen hatten, nur vier Procent erhalten würden. Im andern Falle hatten ſie zwar den ſcheinbaren Vortheil, daß ihnen für jede 75 Franken Capital, die ſie der Regierung an fünfprocentigen Renten überließen, in dem großen Buche 100 Franken gut geſchrieben wurden; da dieſe 100 Franken aber nur 3 Procent trugen, und da ſie ſich des Rechtes begaben, die Heimzahlung ihres Capitals zu dem Nennwerthe zu verlangen, ſo kam ihnen die nominelle Capitalvermehrung auf keine Weiſe zu Gute, und ſie erhielten in der That von ihrem urſprünglichen Capitale ſtatt der 5 Procent, die daſſelbe bisher getragen hatte, in Zukunft nur 4 Pro-

Digitized by Google

cent oder ein volles Fünftheil weniger. In der Abgeordnetenkammer fand der miniſterielle Entwurf lebhafteren Widerſpruch, als man bei der wohlbekannten Beſtimmung der Erſparniſſe, die durch denſelben bewirkt werden ſollten, vorausgeſetzt hatte. Der Berichterſtatter der von der Kammer niedergeſetzten Prüfungscommiſſion, Maſſon, gab zu, daß die Maßregel beſonders in der Hauptſtadt viele Privatintereſſen verletzen werde, daß der Zweifel, in dem man über den Erfolg derſelben ſtehe, die Gemüther in einer ängſtlichen Spannung halte; er war aber der Meinung, daß dieſe Spannung mit dem Augenblicke aufhören werde, in dem die Geſetzgebung über die jetzt noch ſchwebende Frage entſchieden habe; er verweilte bei den Vortheilen, welche die vorgeſchlagene Herabſetzung des Zinsfußes dem Staate böte, der dadurch jährlich um eine Summe von 28 Millionen erleichtert werde, und ſprach ſeine Ueberzeugung aus, daß der Staat vollkommen in ſeinem Rechte ſey, wenn er ſich dieſe Erleichterung verſchaffe, da Niemand ſich darüber beſchweren dürfe, ſobald ihm das Capital, das er dem Staate geliehen, zurückgezahlt werde. Dagegen erhob ſich Graf de la Bourdonnaye, der alte erbitterte ultraroyaliſtiſche Gegner Villèle's, mit ſeiner gewöhnlichen leidenſchaftlichen Heftigkeit: „Nur dadurch, daß man den König hintergangen hat,“ rief er aus: „iſt man im Stande, in ſeinem Namen einen ſo unſeligen Geſetzentwurf vorzulegen; der miniſterielle Entwurf untergräbt den öffentlichen Credit, er richtet den Rentner zu Grunde, dem man die Früchte ſeiner Erſparniſſe entreißt. Man ſagt, die Rentner hätten das Recht, die Heimzahlung ihrer Capitalien zu verlangen; ſie mögen das Recht haben, aber man weiß wohl, daß ſie daſſelbe nicht ausüben können, weil ſie vereinzelt ſind und fürchten müſſen, während mehrerer Monate ihre Zinſen einzubüßen; und wenn ihnen ihre Capitalien zurückgezahlt würden, würden ſie ſich dann nicht ärmer finden, als vorher, da ſie dieſelben nicht mehr zu den Zinſen anlegen können, die der Staat ihnen zu zahlen verſprochen? In der Wirklichkeit macht der Staat einen Banqueroute zu einem Fünftheil; unſer legitimer Souverain kann einen ſolchen Mißbrauch der Gewalt nicht billigen. Man nimmt die Emigrantenentſchädigung zum Vorwande, aber wie? Wir haben die Schulden der Revolution bezahlt, und wir ſollten außer Stande ſeyn, die Schuld der Legitimität abzutragen? Nicht durch neue Ungerechtigkeiten macht man die alten wieder gut, und die unglückliche Treue wird lieber noch lange mit Selbſtverleugnung ihr edles Mißgeſchick tragen, als über eine Entſchädigung erröthen, die ſie auf Koſten einer anderen Claſſe der Nation erhielte.“

Digitized by Google

Der liberale Banquier Humann, ſonſt ein entſchiedener Widerſacher der Regierung, nahm ſich des Geſetzentwurfes an, von dem er behauptete, daß derſelbe, ſobald er zur Ausführung käme, eines der großen Ereigniſſe der Reſtauration ſeyn, und unter den glorreichen Thaten der Monarchie eine Stelle einnehmen werde. „Ich unterſtütze die vorgeſchlagene Maßregel," ſagte er, „weil das Wohl des Landes ſie verlangt; der Staat wie der Privatmann thut wohl, wenn er ſich von ſeinen Laſten befreit, ſobald er es vermag." „Der Staat," entgegnete Caſimir Périer, „befindet ſich ſeinen Gläubigern gegenüber nicht in der Lage eines gewöhnlichen Schuldners. Die Regierung wäre in der Unmöglichkeit, allen Renteninhabern ihre Capitalien zurückzuzahlen, ſobald dieſe es verlangten; ſie will ihren Gläubigern nur Furcht einjagen, um den Schrecken ihrer Einbildungskraft auszubeuten. Der ganze Zweck des Planes iſt, eine Summe von 500 Millionen, die den Rentenbeſitzern geraubt wird, zur willkürlichen Verfügung der Miniſter zu ſtellen; dieſe bieten ſie einer Claſſe von Franzoſen, mit denen ſie es nicht wagen, ſich in einen perſönlichen Kampf einzulaſſen, und ſie wiſſen nicht, daß dieſe Claſſe mit Unwillen eine Entſchädigung zurückweiſt, die von den Thränen ihrer Mitbürger getränkt iſt."

Villèle trat den Gegnern, die ſeinen Entwurf von den verſchiedenſten Geſichtspunkten aus bekämpften, mit der leidenſchaftloſeſten Ruhe und Mäßigung entgegen. „Es iſt Zeit," ſagte er, indem er mitten in der hitzigſten Debatte das Wort nahm, „Behauptungen zu widerlegen, die auf dieſer Tribune immer wieder von neuem wiederholt werden. Man wirft uns vor, daß wir die Renteninhaber berauben wollten, um einer andern Claſſe der Geſellſchaft, den Emigranten, Entſchädigungen zu gewähren. Es giebt allerdings treue Diener des Königs, die einiges Recht darauf haben, eine Entſchädigung für ihre der Legitimität gebrachten Opfer zu erwarten; aber der König ſelbſt hat erklärt, daß die erſten Summen, die verfügbar ſeyn würden, ohne ſeinem Volke neue Laſten aufzubürden, dieſem rechtmäßigen Gebrauche gewidmet und zur Belohnung der unglücklichen Treue verwandt werden ſollten. Man ſtellt unſern Plan als ungerecht dar; aber verdient er dieſe Bezeichnung? Als wir die Rente ausgaben, haben die Nehmer derſelben berechnet, daß ihnen ihr Geld, auf dieſe Weiſe angelegt, 7 oder 8 vom Hundert bringen würde. Sie waren in ihrem Rechte, aber auch wir ſind in dem unſrigen, wenn wir Geld, das wir zu vier vom Hundert haben können, nicht länger unter läſtigeren Bedingungen behalten wollen. Wir geben den Rentnern für 70 Franken,

Digitized by Google

die ſie wirklich gezahlt haben, 100 zurück; liegt darin eine Ungerechtigkeit, eine Beraubung? Wir wenden den Rentnern außerdem noch einen andern Vortheil zu, indem wir ihnen eine Gelegenheit geben, durch die Annahme der neuen 3 vom Hundert tragenden Renten ihr Capital um ein Drittheil zu vermehren. Unſer Plan iſt daher, ſtatt den Renteninhabern nachtheilig zu ſeyn, zugleich für dieſe vortheilhaft, denen er eine Capitalvermehrung bietet, und für den Staat, dem er eine beträchtliche Erleichterung an ſeinen jährlich aufzubringenden Zinſen verſchafft." Dieſe Beweisführung beruhte offenbar auf einer Täuſchung: denn das, was der Staat an Zinſen gewann, mußte nothwendig den Rentnern entzogen werden, die für ihren wirklichen Verluſt an Zinſen in der ſcheinbaren Vermehrung ihres Capitals keine Entſchädigung fanden, da ſie außer Stande waren, ihr vermehrtes Capital auf eine Weiſe anzulegen, die ihnen einen höhern Ertrag ſicherte, als der vom Staate gebotene. In der Abgeordnetenkammer würden die Klagen über die Verluſte der Rentenbeſitzer jedoch geringen Eindruck hervorgebracht haben, da man bei den Landedelleuten, welche die Mehrheit bildeten, keine außerordentliche Vorliebe für die Capitaliſten der Hauptſtadt vorausſetzen durfte. Dagegen zählte Villèle in den Reihen der entſchiedenſten Royaliſten eine Menge perſönlicher Feinde, die ihm die kluge Mäßigung nicht verzeihen konnten, welche er ſowohl bei Gelegenheit der ſpaniſchen Verwicklungen, als in Bezug auf viele der wichtigſten Fragen der innern Verwaltung bewieſen hatte. Als es zur Abſtimmung kam, erhielt der miniſterielle Plan der Rentenumwandlung zwar eine entſchiedene Stimmenmehrheit; dieſe war aber doch keineswegs ſo ſtark, wie man nach einer vorläufigen Muſterung der Streitkräfte, auf die man rechnen zu können glaubte, erwartet hatte.

In der Pairskammer, zu welcher der Geſetzentwurf jetzt hinaufgelangen mußte, hatte das Miniſterium eine ungleich dichter gedrängte und feſter vereinigte Maſſe von Gegnern als in der Abgeordnetenkammer, weil alle die verſchiedenen Verwaltungen, die der Villèle'ſchen vorausgegangen und durch dieſe verdrängt waren, dort durch die Beförderung ihrer vornehmſten Anhänger ihren Niederſchlag abgeſetzt hatten. Dennoch war Villèle weit davon entfernt, auch nur einen Augenblick an die Möglichkeit einer Niederlage zu denken, denn das wichtige politiſche Geſetz über die allgemeine Erneuung und die ſiebenjährige Dauer der Abgeordnetenkammer war eben von den Pairs mit weit überwiegender Mehrheit angenommen worden; und viele der entſchiedenſten Widerſacher des Miniſteriums hatten nicht allein bei der Erörterung

geſchwiegen, ſondern auch bei der Abſtimmung ihre Stimmen mit jenen der miniſteriellen Mehrheit vereinigt. Nur hätte man nicht vergeſſen ſollen, daß man ſich bei den Berathungen über das Wahlgeſetz auf einem neutralen Boden befand, da die weſentlichſten Beſtimmungen deſſelben keine neue Erfindung des Herrn von Villèle, ſondern aus dem früheren, damals von den Ultraroyaliſten zurückgewieſenen Geſetzentwurfe des Herzogs Decazes entlehnt waren und ſchon deshalb bei den zahlreichen Freunden, die der letzte noch immer in der Pairskammer zählte, einer günſtigen Aufnahme gewiß ſeyn konnten. Die Frage über die Herabſetzung des Zinsfußes der Rente war dagegen eine zum erſten Male aufgeworfene, die allen Parteien freies Feld ließ, die Stellung einzunehmen, die ſie ihren Anſichten und Intereſſen am angemeſſenſten fanden. Eine nicht geringe Anzahl der vornehmen Herren war durch die vorgeſchlagene Maßregel perſönlich ſehr bedeutenden Verluſten ausgeſetzt, da ſie einen mehr oder weniger beträchtlichen Theil ihres Vermögens in den Renten angelegt hatten. Dieſe bildeten einen Stamm, von dem ſich vorherſehen ließ, daß er den entſchloſſenſten Widerſtand leiſten würde; und es kam nur darauf an, welche Partei die verſchiedenen unabhängigen Meinungsſchattirungen in der Kammer ergriffen, um den Sieg mindeſtens zweifelhaft zu machen. Der Anfang der Berathungen ließ ſich für das Miniſterium ſo günſtig an, als dieſes irgend wünſchen konnte. Die mit der Prüfung des miniſteriellen Entwurfs beauftragte Commiſſion ſprach ſich zu Gunſten deſſelben aus. Der zum Berichterſtatter ernannte Herzog von Levis fand in einer Verminderung der vom Staate zu zahlenden Intereſſen um 28 Millionen eine zu wichtige Erſparniß, als daß man dieſelbe nicht mit beiden Händen annehmen ſollte. „Die kleinen Renteninhaber,“ bemerkte der Herzog, „werden leiden, aber es fehlt ihnen nicht an Mitteln, ſich zu entſchädigen. Diejenigen, welche ihre gegenwärtigen Einkünfte nicht verringert ſehen, ſondern noch vermehren wollen, dürfen ſich nur von der Rente zurückziehen, die ein Stand der Unthätigkeit iſt, um zu der arbeitenden Claſſe überzugehen. Die Bedürfniſſe des Ackerbaues und die Fortſchritte des Gewerbfleißes rufen von allen Seiten die Capitalien zu nützlichen und gewinnbringenden Unternehmungen auf. Wenn es ſehr natürlich iſt, daß das Geſetz bei den Claſſen Widerſtand findet, die dadurch unmittelbar verletzt werden, ſo haben doch auch die allgemeinen Intereſſen einen Anſpruch auf gerechte Genugthuung.“ Unter den Gegnern des Geſetzentwurfes war wegen ſeiner vertrauten Bekanntſchaft mit allen finanziellen Angelegenheiten der bedeutendſte Graf Roy,

Digitized by Google

einſt unter dem Miniſterium des Herzogs Decazes ſelbſt Finanzminiſter. Bei der Eröffnung der Verhandlungen ergriff er zuerſt das Wort. „Nicht ohne Bedauern,“ ſagte er, „trete ich dem Geſetzentwurf entgegen; aber meine Ueberzeugung iſt ſo tief begründet, daß ich meine Pflicht gegen den König und gegen das Vaterland vergeſſen würde, wenn ich ſie nicht ausſpräche. Zuvörderſt können wir uns einen Grundfehler in dem vorgeſchlagenen Syſteme nicht verbergen. Dieſer iſt, daß die Regierung die zur Rückzahlung erforderlichen Fonds weder beſitzt, noch ſich auch nur verſchaffen kann. Das Anerbieten, welches man macht, iſt daher ein trügeriſches und beruht nur auf der Unmöglichkeit, in welcher der Gläubiger ſich befinden würde, ſeine Gelder anderweitig unterzubringen, ſobald er die Rückzahlung verlangte. Kann der Rentner, der ſein Vermögen nur deshalb in Staatspapieren anlegt, um die Zinſen davon zu ziehen, von der in Ausſicht geſtellten Vermehrung des Capitals einen Nutzen haben? Nicht den geringſten; aller Vortheil kommt ausſchließlich dem Speculanten zu Gute, der die Renten nur kauft, um ſie wieder zu verkaufen. Der Rentner wird alſo allein den *Schaden tragen*, der für ihn aus der Zinſenherabſetzung hervorgeht, und wird an den Vortheilen, die damit verbunden ſeyn ſollen, keinen Theil nehmen. Heißt dies Billigkeit? Aber auch der Staat hat keinen Vortheil von dem miniſteriellen Plane, weil die Erſparniſſe, die eine Folge deſſelben ſeyn ſollen, durch die Capitalvermehrung der Schuld, die ſpäter dem Staate doch immer zur Laſt fällt, reichlich wieder aufgewogen werden. Der größte Nachtheil des Planes iſt jedoch, daß er ohne Noth eine zahlreiche und achtbare Claſſe von Familien unzufrieden macht, die meiſtentheils in der Hauptſtadt angeſeſſen ſind. Wenn auch eine Erſparniß von einigen Millionen die Folge der vorgeſchlagenen Maßregel wäre, kann dieſe gegen die Liebe, die der König immer in dem Herzen ſeines Volks finden ſoll, in die Wage gelegt werden?“ Graf Roy wurde von ſeinen Freunden in der Kammer, namentlich von den Grafen Mollien und Pasquier, mit einem außerordentlichen Aufwande von Mitteln und mit entſchiedener geiſtiger Ueberlegenheit unterſtützt; dagegen bewegten die Anhänger und Freunde des Miniſteriums ſich in Gemeinplätzen, die nur zu deutlich verriethen, wie wenig ſie dem Gegenſtande gewachſen waren. Herrn von Villèle entging dies Mißverhältniß der Kräfte keineswegs, und er erhob ſich daher zu wiederholten Malen perſönlich zu der Vertheidigung ſeines Geſetzentwurfes. „Man äußert eine ganz unbegründete Beſorgniß,“ entgegnete er dem Grafen Roy, „wenn man verſichert, daß die Regierung außer

Digitized by Google

Stande ſey, alle Rückzahlungsforderungen zu befriedigen, die an ſie gerichtet werden können. Unſer Plan iſt wohl berechnet, daß die Rentner die Umſchreibung ihrer 5 Procents in 3 Procents wünſchen müſſen, während die Bankhäuſer, mit denen wir uns in Verbindung geſetzt haben, ihrerſeits wünſchen, daß die Rentner in möglichſt großer Zahl die Rückzahlung verlangen. Daß die Rentner einen Verluſt an Einkünften erleiden werden, iſt nicht zu leugnen, aber wenn man ſich durch dieſe Rückſicht beſtimmen laſſen wollte, ſo könnte man keine Maßregel von allgemeinem Nutzen unternehmen, weil unter jeder einzelne Claſſen leiden werden. Der Hauptzweck und der Hauptvortheil der vorgeſchlagenen Maßregel beſteht darin, daß der Zinsfuß unſerer Staatsſchuldenmaſſe von 5 auf 4 Procent herabgeſetzt wird, daß wir nicht länger genöthigt ſind, Geld zu 5 Procent zu behalten, während wir daſſelbe zu 4 Procent haben können. Die Vermehrung der Staatsſchuld, die man als eine Folge der Maßregel darſtellt, iſt in der Wirklichkeit nicht vorhanden, denn zuvörderſt muß man von dem nominellen Belaufe dieſer Vermehrung das Capital abziehen, welches die jährlich erſparten Zinſen repräſentiren; ſodann läßt ſich mit Gewißheit vorausſetzen, daß die neuen 3 Procents das Pari nicht erreichen: es muß daher auch die ganze Summe, die den Unterſchied zwiſchen dem Tagescourſe und dem Nennwerthe der Rente bildet, abgezogen werden, und ſobald dies geſchieht, werden wir finden, daß die geſammte Schuldenmaſſe des Staates durch unſere Maßregel nicht vermehrt, ſondern um nahe bei 100 Millionen vermindert wird.“ Es war ſchwer, mit einiger Sicherheit vorherzuſagen, auf welche Seite bei dem Fortgange der Debatten die Wagſchale ſich ſenken würde; nur Villèle glaubte noch immer, ſeiner Sache gewiß zu ſeyn, als gegen das Ende der Erörterung der Erzbiſchof von Paris, Herr von Quelen, gegen den Geſetzentwurf das Wort nahm. „Iſt das Geſetz auch gerecht?“ fragte er, „darf man auf den Staat und ſeine Gläubiger dieſelben Regeln anwenden, die unter Privatperſonen herrſchen? Und wenn das Geſetz auch in ſeinem Grundſatze gerecht wäre, iſt es dies in der Art ſeiner Ausführung? Wird der Rentner, der weder die Speculationen des Handels, noch die Berechnungen der Banken kennt, der nur von ſeinem Einkommen lebt, nicht in dieſer Zinſenherabſetzung einen Umſturz, eine Umwälzung ſeiner Exiſtenz und der Exiſtenz ſeiner Familie ſehen? Ja, dies Geſetz wird mit ſeiner größten Strenge gerade auf eine Claſſe fallen, deren Sache zu vertheidigen meine Pflicht iſt. Dies iſt die Sache des Unglücks, des Unglücks, daß nirgend weiter verbreitet iſt,

Digitized by Google

nirgend tiefer gefühlt wird, als in dieſer Hauptſtadt. Wenn es Unglückliche giebt, welche durch die Verminderung ihres eigenen kleinen Beſitzes ſchwer getroffen werden, ſo giebt es andere, die durch die Verluſte leiden müſſen, welche die Reichen erfahren. Der Ueberfluß der Reichen kommt der Armuth zu Gute; und ich frage, ob es nicht zu erwarten ſteht, daß die Almoſen eben ſo um ein Fünftheil herabgeſetzt werden, als die Renten?“ Die Parteinahme des Erzbiſchofs von Paris gab den Ausſchlag; die ganze Bank der Biſchöfe wurde durch ſein Beiſpiel beſtimmt, und was irgend noch ſchwankend war, wurde jetzt mit fortgeriſſen. Eine Mehrheit von 120 Stimmen gegen 105 verwarf den Geſetzvorſchlag.

Selbſt in den höchſten Kreiſen der Geſellſchaft war die Anſicht vielfach verbreitet, daß dieſe Niederlage den Sturz des Herrn von Villèle zur Folge haben würde. Es fehlte nicht an Voreiligen, die bereits die Liſten anfertigten, aus denen, ihrer Meinung nach, die neue Verwaltung zuſammengeſetzt werden mußte. Man vergaß dabei nur, daß Villèle's Macht in der Abgeordnetenkammer, wie in dem Vertrauen des Hofes viel zu feſt begründet war, um durch einen noch ſo heftigen Stoß, den ſie von einer andern Seite erhielt, erſchüttert zu werden. Auch waren die Folgen ganz anderer Art, als irgend einer der Gegner des Miniſters geahnt hatte. Villèle konnte ſeiner ganzen Eigenthümlichkeit nach unmöglich eine beſondere Vorliebe für Châteaubriand, den dichteriſchen Staatsmann, haben, der neben ihm im Miniſterium die bedeutendſte Stelle einnahm. Zwei verſchiedenere Charaktere, als der kalt berechnende, in ſeiner Denkweiſe, wie in ſeinem Benehmen mehr klein bürgerliche Finanzminiſter und der hochfliegende, von Wärme des Gefühls überſtrömende Miniſter des Auswärtigen waren kaum denkbar; nur in einem Punkte waren beide einander nahe verwandt: der eine konnte ſo wenig als der andere die Unterordnung unter fremdes Uebergewicht ertragen. Es war natürlich, daß beide durch dieſe gemeinſchaftliche Eigenſchaft noch weiter von einander entfernt wurden, als ſie es durch die Verſchiedenheit ihrer Charaktere ohnedies bereits waren. Dem ſcheinbar nichts weniger als hochmüthigen Villèle war jede Theilung der Macht ſo ſehr zuwider, daß er nach der Beendigung des ſpaniſchen Krieges den Marſchall Herzog von Belluno nur deshalb aus dem Kriegsminiſterium verdrängt und durch den Baron von Damas erſetzt hatte, weil jener eine zu entſchiedene Unabhängigkeit beſaß, während dieſer eine eben ſo entſchiedene Null war. Châteaubriand war damals aus keinem andern Grunde von ihm beibehalten worden, als

weil er fürchtete, ein ſo überragendes Talent in die Reihen der royaliſtiſchen Oppoſition übergehen zu ſehen. Auch fehlte es an einem ſchicklichen Vorwande, den Miniſter zu beſeitigen, der die auswärtigen Angelegenheiten während der ſchwierigen Verwicklung des ſpaniſchen Krieges mit unleugbarem Geſchicke geleitet hatte. Jetzt boten die Verhandlungen über das Rentengeſetz eine Gelegenheit, ſich des unbequemen Nebenbuhlers zu entledigen, die der eiferſüchtige Finanzmann gewiß längſt herbeigewünſcht hatte. Châteaubriands Freunde in der Abgeordnetenkammer hatten gegen den miniſteriellen Entwurf geſtimmt; in der Pairskammer hatte Châteaubriand es verſäumt, zu der Vertheidigung deſſelben das Wort zu nehmen, obwohl es ihm nicht entgehen konnte, wie ſehr man ſeines Beiſtandes benöthigt war. Dem Könige, bei dem ſich Villèle zum Theil durch ſchmutzige Kunſtgriffe in die höchſte Gunſt zu ſetzen gewußt hatte, wurde dieſe Verſäumniß als eine offene Treuloſigkeit dargeſtellt; und es war nur zu leicht, den ſchwachen durch kränkelnde Gelüſte entnervten und ſtets in leidendem Zuſtande befindlichen Fürſten zu überzeugen. Drei Tage nach der Verwerfung des Rentengeſetzes, als Châteaubriand ſich in die Tuilerien zur Audienz begab, erhielt er durch einen Bedienten ein Billet des Premierminiſters, worin dieſer ihm ohne ein Wort der Erklärung oder des Beileids anzeigte, daß der König ihn von ſeiner Stelle, als Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten, entbunden habe. Die Abſetzung des geiſtreichen und ungeachtet mancher Ueberſpanntheiten bei allen Parteien hoch angeſehenen Staatsmannes erregte ein ungeheueres Aufſehen; die Journale aller Farben ſtimmten überein, einen Schritt, bei dem ſogar die gewöhnlichen Formen des Anſtandes außer Augen geſetzt waren, mit dem bitterſten Tadel zu überhäufen; aber Villèle hatte ſeinen Zweck erreicht: er war im Beſitze einer miniſteriellen Allgewalt, wie ſie noch keinem ſeiner Vorgänger im Amte zugeſtanden war. Zwar fielen die perſönlichen Freunde Châteaubriands, die dem Miniſterium immer nur eine ſehr ſchwankende und unſichere Unterſtützung geliehen, jetzt offen von demſelben ab. Wenn die allerdings zum Theil durch Geiſt und Adel der Geſinnung ausgezeichneten Männer inzwiſchen darauf rechneten, durch ihren Uebertritt zu der Oppoſition die Kammer der Abgeordneten, wie jene der Pairs, mit hinüber zu ziehen, ſo zeigten ſie nur, wie ſehr ſie ihre Kräfte in einer Verſammlung überſchätzten, die durch ihre Zuſammenſetzung bei weitem mehr geeignet war, die mit Händen zu greifenden Talente des Finanzminiſters, als den hohen Geiſtesflug ſeines Gegners zu würdigen.

Digitized by Google

An dem Tage, an dem von den Pairs der Geſetzentwurf über die Rentenumwandlung verworfen wurde, begannen in der Abgeordnetenkammer die Berathungen über das neue Wahlgeſetz, auf welches Villèle einen ungleich höheren Werth legte, weil er daſſelbe als einen Vertrag betrachtete, der den Mitgliedern der Wahlkammer die ſiebenjährige Dauer ihrer Vollmachten, ihm ſelbſt aber auf ſieben Jahre den Beſitz der höchſten Gewalt ſichern ſollte. Die beredteſten Stimmen erhoben ſich gegen den miniſteriellen Vorſchlag, in dem nicht allein die geringe Zahl der Liberalen, ſondern eine bei weitem größere der entſchiedenſten Royaliſten einen offenen Angriff auf die Verfaſſung ſah. Der tiefſinnige Royer Collard ſagte im Falle der Annahme die unſeligſten Folgen für Frankreich, für die Monarchie, vorher. „Der König," ſagte er, „vertritt allein die ſittliche Einheit der Staatsgeſellſchaft; er allein handelt, er allein befiehlt, er allein iſt der Urheber der Geſetze, deren erſter Antrag ihm ausſchließlich vorbehalten iſt. Der letzte Umſtand ſetzt es außer Zweifel, daß ihm gegenüber die anderen Gewalten eigentlich bloß Schranken ſind; aber ſie ſind lebende, der Bewegung fähige Schranken; wenn ſie ihre Stelle verlaſſen, wenn ſie vorrücken oder zurückweichen, ſo wird auf der einen Seite gewonnen, auf der andern verloren, und das Gleichgewicht iſt vernichtet. Die Macht der Wahlkammer, wie ſchon der Namen andeutet, beruht auf der Wahl, auf der Berührung mit dem Volke, in welchem ſie ihren Urſprung hat; bei getheilten Wahlen findet auch nur eine getheilte Berührung mit dem Volke und folglich eine getheilte Erneuung und Belebung der Kraft Statt; bei allgemeinen Wahlen erzeugt dieſe Kraft ſich ganz und ungetheilt; ſie wird ſtärker als die Kraft des Königthums, und kann aus dem Werkzeuge der Reform ein Werkzeug der Revolution machen. Wann haben wir ſeit einem halben Jahrhundert ein Syſtem gehabt, welches ſieben Jahre hindurch befolgt worden wäre, ein Miniſterium, das ſieben Jahre beſtanden, eine Wahrheit oder eine öffentliche Reputation, die man ſieben Jahre lang anerkannt hätte? Was wird man in ſieben Jahren thun? Man wird verfahren wie heute; man wird ſich bei Vermuthungen, Abneigungen, Beſorgniſſen und Hoffnungen Raths erholen: die Unbeſtändigkeit wird eine Autorität mehr für ſich haben. Es iſt ſeltſam; es geſchieht, um einen feſten Beſtand der Ordnung zu begründen, wie man uns ſagt, daß man die Charte angreift. Die Gemüther geben ſich den unerwartetſten Widerſprüchen hin. Weiſen wir die Machtvermehrung, die man uns gegen die Charte bietet, als ein

verderbliches Geſchenk zurück; ſie könnte ſich einſt gegen die Monarchie wenden!“ — „Was wollen die Miniſter,“ rief der General Foy aus, „mit ihrer allgemeinen ſiebenjährigen Erneuung? Was ſie wollen, meine Herren? Dem Geſetze der Sterblichkeit wollen ſie entgehen, das von der Reſtauration an bis auf den heutigen Tag die mittlere Dauer eines miniſteriellen Lebens auf zwei bis drei Jahre ſetzt? Allein wird eine ſiebenjährige Kammer gelehriger ſeyn, als eine jährlich theilweiſe erneute? Auch in der ſiebenjährigen Kammer wird eine Minorität gegen die Miniſter nicht fehlen, und wie dann, wenn dieſe Minorität zur Mehrheit würde? Doch dafür iſt geſorgt; man wird die Kammer den Abend vorher auflöſen; man wird das Spiel mit den Wahlen von vorne beginnen, durch welches man diesmal ſo glücklich zum Ziele gelangt iſt. Allgemeine Wahlen und ſiebenjährige Dauer verändern nichts in dem Weſen der Repräſentativverfaſſung; Leben oder Tod derſelben hängt von der Freiheit oder Unfreiheit der Wahlen ab. Den Wahlen müſſen Sie ihre Freiheit wiedergeben, wenn Sie Ihre conſtitutionelle Macht zum Wohle des Landes anwenden wollen. Bis dies geſchehen, bis die Freiheit der Wahlen geſichert iſt, kommt wenig darauf an, ob die Kammer ſièben, zehn oder zwanzig Jahre dauert, ob ſie zum Fünftheil, ganz oder gar nicht erneuert wird. Uebrigens ſtimme ich gegen den Geſetzentwurf, weil er dem Buchſtaben der Charte entgegen iſt.“ Herr von Villèle behauptete, das vorgelegte Geſetz ſey keinesweges der Charte zuwider; denn da dieſe keine Vorſchrift darüber enthalte, auf welche Weiſe einzelne Beſtimmungen derſelben abgeändert werden könnten, ſo müſſe man annehmen, daß das Recht zu ſolchen Abänderungen dem Zuſammenwirken der drei Staatsgewalten vorbzhalten ſei. Er widerlegte den Vorwurf, als ob die Regierung einen geſetzwidrigen Einfluß auf die Wahlen ausgeübt habe. Da es des Parteigeiſtes wegen unmöglich ſey, auf vollkommen reine Wahlen zu rechnen, ſo müſſe es wohl auch der Regierung erlaubt ſeyn, die ihr zu Gebote ſtehenden Mittel anzuwenden, um jene Wahlen durchzuſetzen, die ihr als die geeignetſten erſchienen. „Der einzige Zweck,“ ſchloß der Miniſter ſeine Rede, „den der neue Geſetzentwurf hat, iſt, der Kammer die Feſtigkeit zu geben, die mit jährlich, wenn auch nur theilweiſe, wiederkehrenden Wahl unvereinbar iſt. Dadurch allein wird es möglich, dem Lande manche noch fehlende Einrichtungen zu geben; und wir glauben daher, in dem Intereſſe des Gemeinwohles zu handeln.“ „Wie,“ entgegnete der ſtürmiſche de la Boudonnaye, „man verlangt von uns den Umſturz der einzigen Bürgſchaften, die

wir für das Beſtehen des Thrones und der öffentlichen Ruhe haben? Man will, daß wir die Einrichtungen der Charte über den Haufen werfen? Weil die Wahlkammer heute royaliſtiſch iſt und es vielleicht morgen nicht mehr ſeyn wird, eben deshalb dürfen wir die Rechte der Legitimität nicht bloß ſtellen, beſtimmte bleibende Intereſſen, die Intereſſen Frankreichs nicht dem augenblicklichen Vortheile eines Miniſteriums opfern, welches für den Thron wie für ſich ſelbſt keine andere Stütze ſuchen ſollte, als in den Lehren, die allein die Reſtauration befeſtigen können, in den Lehren der Religion, der Gerechtigkeit und der öffentlichen Sittlichkeit." Wie vielſeitige Meinungsverſchiedenheiten auch in der Kammer ſich äußern mochten, die Miniſter wußten zum voraus, daß ſie mit Sicherheit auf die Mehrheit rechnen durften. Es war für die würdigen Abgeordneten zu verführeriſch, ſich ſelbſt ihre Vollmachten auf die Dauer von ſieben Jahren zu verlängern. Die prophetiſchen Worte Royer Collards blieben ungehört; Niemand hielt es für möglich, daß ein Umſchwung in den Meinungen eintreten könnte, wie er erfolgt ſeyn mußte, wenn die unheilverkündende Weiſſagung in Erfüllung gehen ſollte. Das neue Wahlgeſetz wurde mit einer Mehrheit von 292 Stimmen gegen 87 angenommen und wenige Tage darauf wurde es durch die königliche Beſtätigung mit geſetzlicher Kraft bekleidet.

Villèle war jetzt zwar auf lange Zeit von der beſtändigen Unruhe der Wahlen befreit, doch mußte er wohl fühlen, daß er ſich keineswegs auf Roſen gebettet hatte. Die Mehrheit in der Abgeordnetenkammer war ihm zugethan, aber nicht in dem Sinne, daß ſie bereit geweſen wäre, ſich jederzeit ſeinen Weiſungen zu fügen, ſondern weil ſie bei ihm die meiſte Uebereinſtimmung mit ihren eigenen Meinungen und Neigungen vorausſetzte, und weil ſie ihn als den Mann betrachtete, der vorzugsweiſe die Mittel beſäße, ihren Wünſchen Genüge zu leiſten. Statt von dem Miniſter beherrſcht zu werden, wie dieſer ſich anfangs geſchmeichelt hatte, beherrſchte die in den engherzigſten Anſichten befangene Mehrheit vielmehr ihn und drängte ihn in einer Richtung vorwärts, die der ſcharfſichtige Staatsmann gewiß als eine verderbliche erkannte, weil ſie mit dem Geiſte der Zeit und der Nation im ſchroffſten Widerſpruche ſtand. Schon zu Anfange der Seſſion bei den Verhandlungen über die Adreſſe, mit welcher die Thronrede beantwortet wurde, hatte ſich dieſe Richtung kund gegeben; man war im höchſten Grade unzufrieden, daß nicht genug für die Geiſtlichkeit geſchehe, daß der Gottesdienſt nicht hinreichend geſchützt ſey; es wurde eine Stelle, welche dieſe Geſinnungen ausſprach, in die Adreſſe einge-

Digitized by Google

ſchoben. Die Mehrzahl der Abgeordneten hielt ſich in vollem Ernſte berufen, den alten religiöſen Glauben in ſeiner ganzen frühern äußerlichen Herrlichkeit in Frankreich herzuſtellen, und war unfähig zu begreifen, daß der Glaube, wenn er einmal aus den Gemüthern gewichen iſt, ſich nicht durch Maßregeln der Geſetzgebung zurückführen läßt. Während der ganzen Dauer der Seſſion wurden Forderungen auf Forderungen an die Regierung gerichtet, welche ſämmtlich auf die Förderung des einen großen Zieles gingen, deſſen Erreichung der Kammer als ihre vornehmſte Aufgabe erſchien. Eine Bittſchrift gab Veranlaſſung, daß man die Zurückſtellung der Regiſter des ſogenannten Civilſtandes an die Geiſtlichkeit verlangte; bei einer andern Gelegenheit verlangte man, daß die Einkünfte der Biſchöfe vermehrt würden, damit die Häupter der Kirche mit einem ihrer würdigen Glanze auftreten könnten. Man wünſchte, daß die Klöſter, wenn nicht vom Staate in Maſſe wiederhergeſtellt, doch durch den kräftigſten Schutz begünſtigt würden, daß ſie die unbedingte Ermächtigung erhielten, Eigenthum zu erwerben, ohne dazu einer vorgängigen Erlaubniß zu bedürfen. Man tadelte es bitter, daß Frevel gegen die Kirche und gegen den Gottesdienſt nicht mit Strafen belegt wären, welche auf die verhärtetſten Gemüther eine abſchreckende Wirkung hervorbrächten. Um die frommen Eiferer zu beſchwichtigen, brachte der Juſtizminiſter Peyronnet einen Geſetzentwurf ein, der die in Kirchen verübten Diebſtähle mit ſchwereren Strafen belegte, als auf gewöhnliche Vergehen dieſer Art geſetzt waren. Damit war die Mehrheit in der Abgeordnetenkammer aber nicht zufrieden; man drang darauf, daß die Verletzung der gottesdienſtlichen Gebäuden ſchuldigen Ehrfurcht und überhaupt die Gottloſigkeit an und für ſich beſtraft werde, wenn ſie auch mit keinem andern Vergehen verbunden wäre. Auf die Entweihung der Hoſtie ſollte, wie in den finſterſten Zeiten des Mittelalters, die Todesſtrafe geſetzt werden, und das ganze Geſetz wäre, wenn es nach dem Willen der Herren gegangen wäre, mit Blut geſchrieben worden. Das Miniſterium fand ſich veranlaßt, den Geſetzentwurf zurückzunehmen, weil ſich mit Gewißheit vorherſehen ließ, daß derſelbe in der Geſtalt, die man ihm geben wollte, von der Pairskammer keine Gnade gefunden hätte. Um wenigſtens etwas zur Beruhigung der Freunde in der Abgeordnetenkammer zu thun, beſchloſſen die Miniſter einige der geſetzlichen Beſchränkungen aufzuheben, die der Herſtellung der Klöſter entgegenſtanden. Man ging für den Anfang außerordentlich vorſichtig zu Werke; denn der Geſetzentwurf, welcher zuerſt der Pairskammer

Digitized by Google

vorgelegt wurde, weil man dieſer am wenigſten ſicher war, verlangte nur, daß den weiblichen religiöſen Gemeinſchaften die Fähigkeit verliehen werde, Eigenthum zu erwerben, ohne dazu der Ermächtigung eines beſondern von der Regierung und den Kammern genehmigten Geſetzes zu bedürfen. Man ſchlug vor, daß es in Zukunft der Regierung allein freigeſtellt werden ſollte, dieſe Ermächtigung zu ertheilen, ging alſo lange nicht ſo weit, als die Ultra der Abgeordnetenkammer wünſchten, welche alle Rechte vom Staate anerkannter Körperſchaften nicht allein für die weiblichen, ſondern auch für die männlichen religiöſen Gemeinſchaften forderten. Unter den Pairs ſaßen aber zu viele hellſehende Männer, die wohl begriffen, daß die vorgeſchlagenen Erleichterungen zur Herſtellung der Nonnenklöſter nur der Anfang waren, durch den man zu der Herſtellung der aufgehobenen religiöſen Orden im allgemeinen kommen wollte. Der miniſterielle Geſetzentwurf wurde daher abgelehnt und dadurch dem frommen Werke gleich beim erſten Beginnen ein Ziel geſetzt. Villèle war mit dieſer Wendung wahrſcheinlich perſönlich nichts weniger als unzufrieden; denn einmal konnte er jetzt, wenn ihm allzu übertriebene Zumuthungen gemacht wurden, die Pairskammer als ein unüberwindliches Hinderniß vorſchieben, ſodann durfte er darauf rechnen, daß die Abneigung, welche die Mehrzahl der Pairs gegen ihn und ſeine Maßregeln zeigte, die Mehrheit in der Abgeordnetenkammer um ſo unauflöslicher an ihn ketten würde. Zwar hatte er auch hier immer noch manchen harten Kampf zu beſtehen, da der unverſöhnliche de la Bourdonnaye, außer ſeinem eigenen Anhange jetzt auch durch den Anhang Châteaubriands unterſtützt, ſo leicht keine Gelegenheit vorübergehen ließ, ſeinem perſönlichen Grolle Luft zu machen, während die wenigen liberalen Abgeordneten, welche die allgemeine Niederlage ihrer Partei bei den Wahlen nicht aus der Kammer verdrängt hatten, ſo oft ihnen irgend eine der öffentlichen Freiheiten durch eine Aeußerung oder Maßregel der Miniſter bedroht ſchien, mit unerſchüttertem Muthe in die Breſche traten. „Wir ſind hier nur unſer eilf," rief Caſimir Périer bei einer heftigen Erörterung aus, als er durch das Murren der royaliſtiſchen Mehrheit unterbrochen wurde, „aber wir haben 30 Millionen Franzoſen hinter uns!" Und in dieſem kühnen Worte lag keine große Uebertreibung; denn je offener die Ultraroyaliſten mit ihren Planen hervortraten und je mehr die Regierung ſich auf ihre Seite neigte, um ſo entſchiedener wandte die öffentliche Meinung ſich nicht allein von dem Miniſterium, welches zufällig die Geſchäfte leitete, ſondern überhaupt von der Reſtauration

Digitized by Google

ab, deren ganze politiſche Richtung man immer allgemeiner als unvereinbar mit den wahren Intereſſen der Nation erkannte. Von alle dem ſchien Villèle, nur um die Mittel zur Behauptung ſeiner Stellung und um die unmittelbaren Bedürfniſſe des Augenblicks beſorgt, nichts zu bemerken. Die Pairskammer war zu beſonnen und zu gemäßigt, um über die Oppoſition gegen einzelne Maßregeln hinauszugehen; und wie leidenſchaftliche Anfeindungen Villèle auch in der Abgeordnetenkammer zu erfahren hatte, ſo blieb ihm doch ſeine Mehrheit unter allen Umſtänden treu; und mehr bedurfte er nicht, um ſich in vollkommener Sicherheit über alle Ausfälle ſeiner Gegner hinwegzuſetzen.

Nachdem es ihm auf dieſe Weiſe gelungen war, glücklich und wohlbehalten den Schluß der Seſſion zu erreichen, ging er daran, die Verwaltung, an deren Spitze er ſich befand, noch ſicherer in ſeinen Händen zu befeſtigen. Das Miniſterium des Auswärtigen war bisher unbeſetzt geblieben, und nur zeitweilig dem Marquis du Mouſtier übertragen worden, einem Manne, der, obwohl ohne tieferen politiſchen Blick, doch eine viel zu entſcheidende Selbſtſtändigkeit zeigte, als daß der erſte Miniſter, der nur Werkzeuge ſeines Willens in der Verwaltung haben wollte, mit ſeiner Wahl nicht bald im höchſten Grade unzufrieden geworden wäre. Unmittelbar nach der Beendigung der Seſſion wurde General Damas, der ſchon als Kriegsminiſter ſeine Bedeutungsloſigkeit hinreichend bewährt hatte, zum Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten ernannt. Das Miniſterium des Kriegsweſens erhielt an ſeiner Statt Herr von Clermont-Tonnerre, der bisherige Marineminiſter, und die Verwaltung der Marine ging auf Chabrol de Crouſol über, der zwar von dem Seeweſen nicht die geringſte Kenntniß hatte, dafür aber das Verdienſt beſaß, mit gefälligen Formen, die ihn nirgends anſtoßen ließen, eine unbedingte Ergebenheit gegen Villèle zu verbinden. General Lauriſton, ein Hofmann, zu dem jedoch der Premierminiſter kein rechtes Vertrauen hatte, wurde durch das Anerbieten einer hohen Hofcharge beſtimmt, das Miniſterium des königlichen Hauſes an den Herzog von Doudeauville abzutreten, der bei der Partei der Frommen in höchſtem Anſehen ſtand und durch ſeine Verbindungen dieſe enger an die Verwaltung knüpfte. An dieſe Veränderungen in der Beſetzung der verſchiedenen Miniſterien ſchloſſen ſich nicht weniger bedeutende Veränderungen in der Beſetzung der untergeordneten Stellen der Verwaltung an; Villèle erhielt dadurch eine Gelegenheit, die treue Anhänglichkeit zu belohnen und zugleich die ganze Verwaltung in beſſern Einklang mit dem Geiſte zu bringen, der

in der Abgeordnetenkammer vorherrſchte. Das Letzte erſchien um ſo unabweislicher, je mehr der aufgeklärte, wenngleich von mancherlei Vorurtheilen befangene Fürſt, der ungeachtet ſeiner körperlichen Schwäche noch immer einen Damm gegen das allzu auffallende Uebergreifen des geiſtlichen Einfluſſes bildete, ſich ſeiner Auflöſung näherte. Der Graf von Artois, der durch den Tod ſeines Bruders von einem Tage zum andern auf den Thron berufen werden konnte, hatte ſich mit ſeinen zunehmenden Jahren immer ungetheilter einer Richtung hingegeben, die ihn für ſich ſelbſt alles Heil in äußerlichen religiöſen Uebungen, für das Land in der Begünſtigung der überſpannteſten prieſterlichen Anſprüche ſuchen ließ. Villèle begriff, daß mit dem Syſteme, zu deſſen Annahme er durch die Neigungen des Thronfolgers gedrängt wurde, nichts unvereinbarer war, als die Freiheit der Preſſe, die ihm ſelbſt in jenem frühern Zeitpunkte, als er es noch für räthlich hielt, den Uebertreibungen des religiöſen Fanatismus zu ſteuern, ſchon mancherlei Verlegenheiten bereitet hatte. Mit der Vorſicht, die ihn niemals verließ, verſuchte er zuerſt, die Erörterungen der Preſſe ohne alles Aufſehen in der Stille zu erſticken. Der Plan war von der nächſten Umgebung des Grafen von Artois ausgegangen, aber er war unausführbar, wenn der Finanzminiſter nicht die dazu erforderlichen Geldmittel lieh. Denn es handelte ſich um nichts Geringeres, als um den allmälig zu bewirkenden Ankauf aller unabhängigen Journale. Man machte den Anfang mit ein paar kleinern Blättern, die verſchwanden, ohne daß irgend Jemand darauf geachtet hätte. Einigen Verdacht erregte es, als auch die Tablettes Universelles, eine vielgeleſene liberale Zeitſchrift, daſſelbe Schickſal traf. Aber das ganze Getriebe kam an den Tag, als man ein bedeutendes Tagblatt von der royaliſtiſchen Oppoſition, die Quotidienne, in miniſterielle Hände zu ſpielen ſuchte. Der Herausgeber, der anfangs getäuſcht worden war, widerſetzte ſich; und ein Prozeß war die Folge, der durch die Gerichte zu ſeinen Gunſten entſchieden wurde. Es gab einen ungeheueren Scandal, den die Gegner des Miniſteriums in der Abgeordnetenkammer begierig ergriffen, um daſſelbe mit wohlverdienten Vorwürfen zu überladen. So wie der Anſchlag einmal aufgedeckt war, mußte man denſelben als vereitelt anſehen. Es blieb daher nichts Anderes übrig, als ohne Umſchweife auf dem geraden Wege zum Ziele zu ſchreiten. Das Preßgeſetz vom J. 1822 gab der Regierung das Recht, unter Umſtänden von ernſter Bedeutung, die Cenſur wiedereinzuführen. Die Kammern waren keine vierzehn Tage geſchloſſen, als

das Miniſterium von dieſem Rechte Gebrauch machte. Durch eine königliche Ordonnanz vom 15. Auguſt wurde die periodiſche Preſſe von neuem der Cenſur unterworfen. Nachdem dadurch jede freie Beurtheilung der miniſteriellen Maßregeln unmöglich geworden war, ging Villèle auf dem Wege, den er ſchon bei ſeiner erſten Ergänzung und Umgeſtaltung des Miniſteriums eingeſchlagen, einen Schritt weiter, indem er ein beſonderes Miniſterium für die geiſtlichen Angelegenheiten ſchuf, mit dem er zugleich die oberſte Aufſicht über das geſammte Unterrichtsweſen vereinigte, und das er einem hohen geiſtlichen Würdenträger, dem Grafen Frayſſinous, Biſchofe von Hermopolis, in partibus übertrug. Außerdem wurde der Cardinal de la Fare, Erzbiſchof von Sens und Auxerre, zum Staatsminiſter ernannt, während zwei andere Erzbiſchöfe, jener von Beſançon, Graf Fére de Villefrancon, und der Erzbiſchof von Rheims, Graf Latil, ſowie der Biſchof von Autun, Graf de Vichi, in den Staatsrath gezogen wurden. Die geiſtliche Beimiſchung, welche die Verwaltung auf dieſe Weiſe erhielt, konnte bei der Abgeordnetenkammer, ſobald dieſe wieder zuſammentrat, der freudigſten Zuſtimmung gewiß ſeyn; eben ſo ſehr entſprach ſie der Geſinnung des Grafen von Artois, der bei der Abnahme der körperlichen und geiſtigen Kräfte des Königs einen mehr und mehr überwiegenden Einfluß auf die Staatsgeſchäfte gewann.

Ludwig XVIII. war bereits in einen Zuſtand gefallen, der es ihm nicht mehr erlaubte, ſeine perſönlichen Anſichten in Bezug auf die öffentlichen Angelegenheiten geltend zu machen. Unfähig ſich zu bewegen, wurde er nur noch durch die Kunſt der Aerzte in einer Art Traumleben erhalten; aber ſo ſparſam die Momente dem langſam abſterbenden Fürſten zugetheilt waren, ſo vereinigten ſich doch auch jetzt noch frömmelnder Ehrgeiz und ſchmutzige Habſucht, dieſelben zu verkürzen. Eine ſchöne Frau von vornehmem Stande, das Werkzeug der Partei der Frommen am Hofe, die es nicht verſchmähte, ſich eines ſolchen Mittels zu bedienen, um den klaren Geiſt des Königs zu umſtricken, war ehrlos genug, die letzten Kräfte des lebendig Verweſenden durch vergebliche Verſuche zur Anreizung der Sinnenluſt zu verzehren. So nahte ſich jener ernſte Augenblick, der das Ende alles irdiſchen Glanzes iſt, und der den letzten und niedrigſten der Erdenſöhne mit dem erſten und höchſten in gleiche Reihe ſtellt. In dem Gefühle des Todes, der bereits nach ſeinem Herzen griff, ermannte Ludwig XVIII. ſich noch einmal zu dem vollen Bewußtſeyn ſeiner Würde und ſeiner Geiſteskraft. Er befahl den Miniſtern, fortan ihre Vorträge ſeinem

Digitized by Google

Bruder zu halten. „Ich habe noch Pflichten zu erfüllen,“ ſagte er dem Grafen von Artois; „Sie, mein Bruder, haben Geſchäfte, die Ihre Gegenwart erfordern.“ Darauf beſprach er ſich in vertraulicher Unterredung mit dem Thronfolger über die Schwierigkeiten, die er ſelbſt bei ſeiner Regierung zu überwinden gehabt, und die dieſem noch bevorſtänden. „Ich habe zwiſchen den Parteien lavirt,“ ſagte er mit erlöſchender Stimme, „wie Heinrich IV.; aber ich habe vor ihm den Vorzug, daß ich in meinem Bette, in den Tuilerien, ſterbe. Handeln Sie, wie ich gethan habe, und Sie werden zu demſelben Ende des Friedens und der Ruhe gelangen. Ich verzeihe Ihnen allen Kummer, den Sie mir verurſacht haben, in der Hoffnung, die ich auf Ihr Benehmen als König ſetze.“ Nachdem er dieſe Worte geſprochen, verlangte er, daß die ganze königliche Familie ſich um ihn verſammele. Der königliche Greis, der nie während ſeines Lebens ſo groß und ſo verehrungswürdig erſchienen war, als jetzt im Tode, nahm von den Weinenden in würdiger Faſſung Abſchied und ertheilte ihnen ſeinen Segen. *Als der junge Herzog von Bordeaux in ſeine Nähe gebracht wurde, ſagte er,* die Hand mit Anſtrengung gegen ſeinen Bruder erhebend: „Möge Karl X. dieſem Kinde die Krone bewahren!“ Der Todeskampf des ſterbenden Königs verlängerte ſich über alle Erwartung vom 13. bis zum 16. September. So wie Ludwig XVIII. den Geiſt aufgegeben hatte, zogen die anweſenden Prinzen und Hofleute ſich in ein anſtoßendes Zimmer zurück; Karl X. verweilte allein in tiefer Rührung noch einige Augenblicke an dem Sterbebette ſeines Bruders. Als er daſſelbe verließ, öffnete der erſte Kammerherr, Graf von Damas, der ihm einige Schritte vorausging, beide Flügelthüren des Gemaches und rief mit lauter Stimme: „Meine Herren, der König!“ Alle Anweſenden warfen ſich bei dieſer Ankündigung auf die Kniee und geleiteten den neuen Regenten bis in ſein Cabinet. Eine Stunde darauf reiſte Karl X. mit ſeiner ganzen Familie nach dem königlichen Schloſſe Saint-Cloud ab. Dies waren die Formen, welche die alt herkömmliche Etiquette vorſchrieb. Die ſterblichen Reſte Ludwigs XVIII. wurden mit großem Pompe nach der königlichen Grabſtätte zu St. Dénis abgeführt; aber kein Prieſter zeigte ſich bei dem Leichenbegängniß, weil zwei hohe Würdenträger der Kirche, der Großalmoſenier und der Erzbiſchof von Paris, ſich nicht darüber hatten vereinigen können, welcher von beiden die Befugniß habe, die kirchlichen Ceremonien zu ordnen. Ein Zeichen ſo übler Vorbedeutung rief der geiſtliche Hochmuth hervor, ehe noch der Leichnam des Fürſten,

Digitized by Google

den die Franzoſen nach ſeinem Tode in dankbarer Anerkennung den Vater der Charte nannten, zur letzten Ruhe eingegangen war.

So verſchieden die Geſinnungen Karls X. von jenen ſeines Bruders waren, ſo war doch der Uebergang von der einen Regierung zu der andern ſo wohl vorbereitet, daß derſelbe ohne die Feierlichkeiten, welche den Thronwechſel begleiteten, kaum bemerkt worden wäre. In der That hatte der Graf von Artois während der letzten beiden Jahre auf alle öffentliche Angelegenheiten bereits einen entſcheidenden Einfluß geübt; und einer ſeiner erſten Schritte bei ſeiner Thronbeſteigung war, den Miniſtern die Verſicherung zu ertheilen, daß in dem Gange der Verwaltung nichts verändert werden ſollte. Obwohl urſprünglich mit den Formen der Verfaſſung nichts weniger als zufrieden, hatte er ſich doch allmälig mit denſelben verſöhnt; und als zu St. Cloud die anweſenden Mitglieder der beiden Kammern Karl X. vorgeſtellt wurden, erklärte er ihnen: „Ich habe als Unterthan verſprochen, die Charte und die Einrichtungen aufrecht zu erhalten, welche wir dem Fürſten verdanken, den wir beklagen; heute, da ſich die Gewalt in meinen Händen befindet, werde ich ſie ungetheilt darauf verwenden, zum Wohle meines Volkes den großen Act zu befeſtigen, den ich aufrecht zu halten geſchworen habe.“ Daß es dem nicht allzu weit blickenden, aber von aller Heuchelei weit entfernten Fürſten mit dieſen feierlich geſprochenen Worten vollkommen Ernſt war, läßt ſich auf keine Weiſe bezweifeln. Die Frage blieb nur, ob er bei den Anſichten, die ihn von Jugend auf beherrſchten, im Stande war, ſeinen Vorſatz in dem Sinne auszuführen, in dem die Nation die ihr ertheilte Zuſage verſtehen mußte; und dagegen konnten allerdings gerechte Bedenken aufſteigen, wenn man ſah, wie in den erſten Tagen der neuen Regierung Erinnerungen aufgefriſcht wurden, die, wenn auch ohne unmittelbare politiſche Bedeutung, doch vor aller Welt offen darlegten, in wie ſchroffem Widerſpruche die Richtung und die Neigungen des Hofes zu den Vorſtellungen der Gegenwart ſtanden. Für den Herzog von Angoulème und ſeine Gemahlin wurden die alten längſt vergeſſenen Titel Dauphin und Dauphine erneut; die Kammerherren des Thronfolgers wurden wieder zu Menins, was einſt die höfiſche Bezeichnung für die jungen Herren war, die gemeinſchaftlich mit dem Prinzen erzogen wurden. Die Pariſer witzelten über die bejahrten Geſpielen des Herzogs von Angoulème, aber ſie verziehen dem bereits in das Greiſenalter getretenen Könige eine Schwäche, die das liebenswürdigſte perſönliche Benehmen wieder gut machte. Karl X. beſaß

Digitized by Google

bei ſonſt nichts weniger als ausgezeichneten Geiſtesgaben doch in hohem Grade jenes feine Gefühl des geſellſchaftlichen Anſtandes, welches bei der leicht beweglichen Menge in Frankreich ſelten ſeine Wirkung verfehlt. Da er überdies durch ſeine offene Erklärung zu Gunſten der Charte die Beſorgniſſe zerſtreute, die in dieſer Beziehung früher geherrſcht hatten, ſo ſah er ſich bald von einer Volksgunſt umgeben, die ſeinen weiſern Bruder während der ganzen Dauer ſeiner Regierung in dieſem Maße niemals zu Theil geworden war. Als Karl X. von St. Cloud aus ſeinen feierlichen Einzug in die Hauptſtadt hielt, wurde er von den dichtgedrängten Volksmaſſen mit freudigem Zurufe und mit Aeußerungen der Liebe und Ergebenheit empfangen, die auf den eben ſo eiteln als im Grunde des Herzens gutmüthigen Fürſten ſichtlich den wohlthuendſten Eindruck hervorbrachten. Am Abende deſſelben Tages, als in den Tuilerien ſich der Miniſterrath verſammelte, brachte der Dauphin, dem die Wünſche ſeines Vaters nicht unbekannt ſeyn konnten, die Aufhebung der Cenſur in Vorſchlag, und die Miniſter, die ſechs Wochen vorher die engſte Beſchränkung der Preſſe für die Aufrechthaltung der Monarchie unerläßlich erklärt hatten, fanden jetzt, da die höchſten Perſonen des Königreichs ſich zu einer entgegengeſetzten Anſicht neigten, die Entfeſſelung der Preſſe beinahe eben ſo unerläßlich. Die königliche Ordonnanz, welche die Aufhebung der Cenſur verfügte, rief einen allgemeinen Freudenrauſch hervor. Zum erſten Male war wenigſtens für den Augenblick aller Parteihaß vergeſſen; zum erſten Male ſtimmten alle Journale ohne Unterſchied der Farbe in dem Lobe einer Maßregel der Regierung überein; alle wetteiferten in Betheuerungen der Liebe und der Treue gegen einen Thron, der jetzt zum erſten Male ein wahrhaft volksthümlicher geworden zu ſeyn ſchien.

Aber mitten in dem freudigen Taumel, von dem nicht allein die Bevölkerung der Hauptſtadt, ſondern die Maſſe der franzöſiſchen Nation hingeriſſen war, konnte der ſchärfere Blick ſchon jetzt die Urſachen der großen Veränderung ſich nicht verbergen, die früher oder ſpäter in der öffentlichen Stimmung eintreten mußte. Das religiöſe Gefühl war bei dem Mittelſtande in Frankreich ſo gut als völlig erloſchen; das Geſchlecht, welches ſeit der Revolution herangewachſen war und alle Eindrücke derſelben in ſich aufgenommen hatte, war gegen den chriſtlichen Glauben zwar nicht feindſelig geſinnt, aber, was beinahe noch ſchlimmer iſt, vollkommen gleichgültig. Von dieſem Zuſtande der religiöſen Bildung ſeines Volkes hatte Karl X. keinen Begriff. Er ſelbſt war ein eifriger Katholik und fand in den religiöſen Uebungen, welche

die katholiſche Kirche vorſchreibt, ſeinen einzigen Troſt gegen die Beängſtigungen, mit denen die Erinnerung an ſo manche Sünden ſeiner Jugend bei zunehmendem Alter ſein Gewiſſen beſtürmte. Er hielt es für heilige Pflicht, in den Rath ſeiner geiſtlichen Beiſtände unbedingtes Vertrauen zu ſetzen; und es wurde dem Clerus, dem Villèle bereits trefflich vorgearbeitet hatte, daher leicht, einen beinahe unbeſchränkten Einfluß auf alle Zweige der Verwaltung zu gewinnen. Die Congregation, die bisher mehr im Verborgenen gewirkt hatte, erhob jetzt offen ihr Haupt; und man hielt es kaum noch der Mühe werth, die geheimen Triebfedern zu verbergen, welche dieſe religiöſe Vereinigung leiteten. Die Jeſuiten — freilich nur ſpärliche Trümmer dieſes einſt ſo mächtigen Ordens, den die gemeinſchaftlichen Anſtrengungen aller Regierungen nie ganz zu vernichten vermochten — hatten ſchon zur Zeit des Kaiſerreiches unter dem Namen der Väter des Glaubens (Pères de la Foi) Eingang in Frankreich gefunden. Unter der Regierung Ludwigs XVIII., ſo wenig dieſer aufgeklärte Fürſt ſie begünſtigte, war es ihnen gelungen, den öffentlichen Unterricht allmälig ganz ihrer Aufſicht zu unterwerfen. Sie hatten gegen den Buchſtaben des Geſetzes eine nicht unbedeutende Zahl anerkannter Profeßhäuſer, die ſämmtlich unter der Leitung ihrer beiden großen Niederlaſſungen zu Montrouge und St. Acheul in der Nähe von Paris ſtanden. Da die Statuten des Ordens die Aufnahme von Mitgliedern geſtatten, die nicht das vollſtändige Gelübde, ſondern nur das eidliche Verſprechen unverbrüchlichen Gehorſams gegen ihre geiſtlichen Oberen ablegen, im Uebrigen aber ihren gewöhnlichen weltlichen Beſchäftigungen nachgehen und im geſellſchaftlichen Verkehr durchaus ungebunden ſind, ſo fehlte es nicht an vornehmen Herren und Männern aus den erſten Familien, denen es vortheilhaft ſchien, ſich auf bequeme Weiſe den Himmel zu erkaufen. Wurde doch behauptet, daß Karl X. ſelbſt in einer ſchwachen Stunde ſich habe affiliiren laſſen, wofür man inzwiſchen den Beweis ſchuldig geblieben iſt. Gewiß iſt, daß es bald nach dem Regierungsantritte dieſes Fürſten unter den höchſten Beamten und überhaupt in der vornehmen Welt zur Mode wurde, nach St. Acheul oder Montrouge zu gehen, dort eine Zeitlang zu verweilen und unter der Leitung der frommen Väter, die es nicht verſchmähten, für eine wohlbeſetzte Tafel und für alle Erforderniſſe des Luxus zu ſorgen, religiöſe Uebungen vorzunehmen. Der Orden hatte ſeine Hände überall und in Allem; unter den Pairs zählte er geheime Mitglieder, in der Abgeordnetenkammer verfügte er über die Mehrheit, und man kann ſagen, daß ſeine

Digitized by Google

Eingebungen es vorzugsweiſe waren, durch welche die ganze Regierung ihre Richtung erhielt. Selbſt in einer weniger dem religiöſen Glauben entfremdeten Zeit mußte die ausſchließende Herrſchaft eines geiſtlichen Ordens in allen Claſſen der Geſellſchaft auf entſchiedenen Widerſtand ſtoßen; in dem Frankreich, welches Karl X. zu regieren berufen war, hatte dies geiſtliche Regiment mit Ausnahme einer geringen Zahl von Gläubigen und einer nicht viel größern von ehrgeizigen Heuchlern die ganze Nation gegen ſich. Es kam daher nur darauf an, daß auf beiden Seiten der Schild offen erhoben wurde, und der Kampf mußte beinahe in demſelben Augenblicke, in dem er begann, auch beendigt ſeyn. Der gröbſte Widerſpruch, in den die Regierung unter dieſen Umſtänden mit ſich ſelbſt fallen konnte, war die Herſtellung der Preßfreiheit; denn wenn überhaupt für die Richtung, der ſie ſich hingab, der Sieg möglich war, ſo war er dies, ſo lange die Wege, die man einſchlug, im Dunkeln blieben. So wie es der Preſſe verſtattet war, den Feind auf jedem ſeiner Schritte zu verfolgen und alle ſeine Plane vor der Nation aufzudecken, ließ ſich der Ausgang mit leichter Mühe vorherſehen. Villèle, der doch weder den frommen Glauben, noch die blinde Zuverſicht des Königs theilte, täuſchte ſich über die Macht, die der Regierung zu Gebote ſtand, ſo ſehr, daß er keine Scheu trug, die überzahlreichen Reihen der Gegner noch durch eine ganze Maſſe der einflußreichſten und bedeutendſten Namen zu verſtärken. Eine königliche Ordonnanz ertheilte unter den nichtigſten Vorwänden nicht weniger als funfzig Generallieutenants und hundert Generalmajors (maréchaux de camp), die ihre Grade auf den Schlachtfeldern der Republik und des Kaiſerreiches erworben hatten, auf einmal ihren Abſchied. Faſt ſollte man ſich verſucht fühlen, anzunehmen, daß er in der Vorausſicht eines bevorſtehenden gewaltſamen Bruches zwiſchen dem Königthume und der Nation der letzten zum voraus habe ihre Führer anweiſen wollen. Wenigſtens würde es ihm ſchwer gefallen ſeyn, zweckmäßiger zu verfahren, wenn dies wirklich ſeine Abſicht geweſen wäre.

Zum 22. December waren die Kammern einberufen. Die Thronrede, mit der Karl X. dieſelben eröffnete, war mit kluger Umſicht darauf berechnet, das Vertrauen zu erhalten, welches die neue Regierung bei ihrem Anfange der großen Maſſe der Nation eingeflößt hatte. Der König ſprach zuvörderſt von dem traurigen Ereigniſſe, welches ihn eines geliebten Bruders, Frankreich eines weiſen und guten Regenten beraubt habe. „Das Andenken an ſeine Regierung," ſagte er, „wird nie erlöſchen; Ludwig XVIII. hat nicht allein den Thron ſeiner Ahn-

herren wieder aufgerichtet, ſondern er hat ihn auch durch Einrichtungen befeſtigt, welche, die Vergangenheit und die Gegenwart vereinend, Frankreich die Ruhe und das Glück wiedergegeben haben.“ „Das Vertrauen,“ fuhr Karl X. fort, indem er zu ſeiner eigenen Regierung überging, „das Vertrauen, mit dem meine Thronbeſteigung aufgenommen wurde, ſoll nicht getäuſcht werden. Ich kenne alle Pflichten, welche das Königthum mir auflegt, und ſtark in der Liebe meines Volkes, hoffe ich den Muth und die Kraft zu haben, ſie wohl zu erfüllen.“ Die Rede ſchilderte hierauf die äußere und innere Lage des Landes als vollkommen befriedigend. „Die Entwicklung unſers Wohlſtandes nimmt ihren Fortgang; dieſe heilſame Bewegung wird durch die Verbeſſerungen unterſtützt werden, welche die Religion und die wichtigſten Theile unſerer Geſetzgebung erheiſchen. Mein Bruder fand eine große Beruhigung darin, daß es ihm verſtattet war, die Mittel zur Heilung der letzten Wunden der Revolution vorzubereiten. Jetzt iſt der Augenblick gekommen, ſeine reifen Entwürfe auszuführen. Dieſe große Handlung der Gerechtigkeit wird vollbracht werden, ohne die Abgaben zu vermehren, ohne dem Credite zu ſchaden und ohne irgend einen Theil der Summen anzugreifen, die für den öffentlichen Dienſt beſtimmt ſind. Dieſe Ergebniſſe verdanken wir der durch Ihre Mitwirkung hergeſtellten Ordnung, dem Wohlſeyn des Staates und dem Frieden, deſſen Frankreich ſich erfreut.“ Zum Schluſſe kündigte der König an, daß es ſeine Abſicht ſey, die erſte Seſſion der Geſetzgebung während ſeiner Regierung durch die Feierlichkeit ſeiner Krönung zu beendigen. „Sie werden,“ ſagte er, „dieſer erhabenen Feierlichkeit beiwohnen, und ich werde in Gegenwart deſſen, der über Völker und über Könige richtet, meinen Eid erneuen, die Geſetze des Staates und die von meinem Bruder verliehenen öffentlichen Einrichtungen aufrecht zu halten.“ Zwei Punkte in der Thronrede, obwohl beide nicht ohne Abſicht in den allgemeinſten Ausdrücken gehalten, waren geeignet, die öffentliche Meinung zu beunruhigen. Davon war der erſte jener, der die Verbeſſerungen berührte, welche die Religion erheiſche. Man wußte zu gut, was die royaliſtiſche Partei unter den Forderungen der Religion verſtand, um nicht zu begreifen, daß es ſich, ſobald von denſelben die Rede war, nur um neue Zugeſtändniſſe an den Geiſt der Unduldſamkeit und an die Herrſchſucht der Geiſtlichkeit handeln könne. An den Gedanken einer Entſchädigung der Ausgewanderten, durch welche nach der amtlichen Redeweiſe die letzten Wunden der Revolution geheilt werden ſollten, hatte man ſich, wie ſehr derſelbe auch dem

Digitized by Google

allgemeinen Gefühle der Nation widerſprach, doch bereits ſeit einem Jahre gewöhnt; man ſah in der Entſchädigung die Abtragung einer Schuld, welche die Reſtauration einmal übernommen habe, und man glaubte, ſich dieſelbe daher als eine nothwendige Folge der letzten gefallen laſſen zu müſſen. Nur fürchtete man, daß in der wunderbaren Weiſe, mit der die Durchführung dieſer Maßregel bewirkt werden ſollte, ohne die Auflagen zu vermehren, ohne dem Credite zu ſchaden und ohne den öffentlichen Dienſt zu beeinträchtigen, der Plan verborgen liege, das im vergangenen Jahre von den Pairs verworfene Geſetz über die Herabſetzung der Zinſen der Staatsſchuld wieder hervorzuſuchen, und alle Beſorgniſſe, die dieſes damals unter den zahlreichen Rentenbeſitzern der Hauptſtadt erregt hatte, wurden daher von neuem erweckt.

Wenige Tage vergingen, und die Zweifel, die in der einen, wie in der andern Beziehung die Gemüther befangen hielten, wurden gelöſt. Der Pairskammer wurden zwei Geſetzentwürfe vorgelegt, welche die angekündigten religiöſen Verbeſſerungen enthielten: ein Geſetz über die Kirchenfrevel oder das Sacrilegium und ein anderes Geſetz über die Errichtung weiblicher religiöſer Gemeinſchaften. Zu gleicher Zeit brachte der erſte Miniſter drei andere Geſetze in die Abgeordnetenkammer, von denen das erſte die Feſtſtellung der ſogenannten Civilliſte und der für den König oder das königliche Haus ausgeworfenen Summen betraf, das zweite die bei der Entſchädigung der Ausgewanderten zu beobachtenden Grundſätze anordnete und das dritte einen neuen Plan zur Umwandlung der 5 Procent tragenden Renten darlegte, aber nicht wieder, wie man beſorgt hatte, zu einer gezwungenen Umwandlung, ſondern zu einer freiwilligen dem eigenen Gutbefinden der Rentenbeſitzer überlaſſenen, wodurch alſo wenigſtens die Befürchtungen, die in dieſer Beziehung beſtanden, zerſtreut wurden. In der Abgeordnetenkammer kam zuerſt das Geſetz über die Civilliſte in Berathung, das bei dem royaliſtiſchen Eifer der Mehrheit gewiß nicht den geringſten Anſtand gefunden hätte, wenn in daſſelbe nicht eine Beſtimmung zu Gunſten des Herzogs von Orleans aufgenommen worden wäre, dem die Ultra es niemals verzeihen konnten, daß er der Sohn eines Königsmörders war und die Waffen zur Vertheidigung ſeines Vaterlandes getragen hatte. Ludwig XVIII. hatte dem Herzoge im Jahre 1814 die von der Revolution eingezogenen Güter ſeines Hauſes, ſo weit dieſelben nicht in Privathände übergegangen waren, zurückgegeben; aber der ſcharfſichtige Fürſt konnte ſich eines tiefgefühlten Mißtrauens gegen die Perſon ſeines Vetters nicht erwehren, und er enthielt ſich daher jedes Schrittes, durch

Digitized by Google

den — wie er ohne Rückhalt erklärte — der dem Throne ohnedies ſo nahe ſtehende Prinz demſelben noch mehr genähert worden wäre. Der Familie des Herzogs war daher weder der Titel königliche Hoheit zugeſtanden, den dieſe wiederholt erbeten hatte, noch waren die Beſitzungen der Nebenlinie als Apanage anerkannt und dadurch unter die Garantie der Nation geſtellt. Karl der X., der für Eindrücke des Gemüths empfänglicher war, als ſein Bruder, ließ ſich durch das geſchmeidige einnehmende Weſen des Herzogs leicht gewinnen; unmittelbar nach ſeinem Regierungsantritte beeilte er ſich, dem Sohne des Bürgers Philipp Egalité und deſſen Angehörigen die längſt erſehnte königliche Hoheit zu verleihen, und auf ſeinen ausdrücklichen Befehl wurde in das Geſetz über die Civilliſte neben der Beſtimmung über die Apanage der königlichen Familie eine andere eingeſchaltet, welche die aus der urſprünglichen Apanage der Linie Orleans herrührenden Beſitzungen von neuem in dieſer Eigenſchaft anerkannte. Damit waren die Ultra der Abgeordnetenkammer übel zufrieden; alle Ergebenheit, die der Herzog ſpäter der Sache des Königthumes bewieſen, vermochte in ihren Augen die revolutionairen Erinnerungen nicht zu verwiſchen, die an ſeinem Namen hafteten; und es gelang Villèle nicht eher, die Abneigung der Kammer zu überwinden, als bis er den perſönlichen Willen des Königs geltend machte, dem die royaliſtiſche Mehrheit unmöglich entgegen ſeyn konnte, ſobald ſie nicht allen ihren Grundſätzen untreu werden wollte.

Den ungetheilteſten Beifall bei der ganzen royaliſtiſchen Partei fand anfangs, ehe die näheren Beſtimmungen bekannt wurden, der Geſetzentwurf über die Entſchädigungen der Ausgewanderten; aber auch hier zeigte es ſich bald, wie ſchwer es war, Anſprüche zu befriedigen, die ſich in demſelben Verhältniſſe ſteigerten, in dem die Ausſichten auf erfolgreiche Unterſtützung zunahmen. Nach dem miniſteriellen Plane ſollten 30 Millionen Renten zu 3 Procent, die folglich ein Capital von 1000 Millionen Franken darſtellten, dazu verwandt werden, um die Ausgewanderten für ihre Verluſte zu entſchädigen. Bei der Berechnung dieſer Verluſte ſollten nur die liegenden Gründe in Anſchlag kommen, nach dem wahrſcheinlichen Werthe, den ſie zur Zeit der Confiscation gehabt hatten. Eine Entſchädigung für das verlorene bewegliche Vermögen war als unzuläſſig erkannt worden, weil für dieſes kein Maßſtab der Schätzung aufzufinden war, und außerdem wohl auch, weil man ſich nicht verbergen konnte, daß Einbußen dieſer Art andere Klaſſen in nicht geringerem Maße getroffen hatten, als die Ausgewanderten, und weil es denn doch eine gar zu ſchreiende Ungerechtigkeit

Digitized by Google

geweſen wäre, wenn man die letzten für Nachtheile, die ſie nicht allein erfahren, allein ſchadlos gehalten hätte. Keine einzige der Beſtimmungen des Entſchädigungsgeſetzes genügte den überſpannten Forderungen, welche die Ultra erhoben; und als die Erörterungen in der Abgeordnetenkammer begannen, boten dieſelben das ſonderbare Schauſpiel, daß der miniſterielle Entwurf, der doch ausſchließlich darauf berechnet war, der royaliſtiſchen Partei zu gefallen, von den wenigen Stimmführern der Liberalen kaum heftiger bekämpft wurde, als von manchen der einflußreichſten und entſchiedenſten Royaliſten. Die Geſichtspunkte, von denen beide Theile ausgingen, waren freilich ſo weit von einander entfernt, als Himmel und Erde. Die Liberalen erklärten ſich mit glühender Erbitterung gegen die Entſchädigung, weil ſie die Auswanderung nicht als eine That großmüthiger Aufopferung betrachteten, die belohnt zu werden verdiene, ſondern als ein Verbrechen gegen das Vaterland, das höchſtens auf Verzeihung Anſpruch machen dürfe. Die Ultraroyaliſten waren dagegen der Meinung, daß die Miniſter der Revolution und den Revolutionairen noch viel zu große Zugeſtändniſſe machten und daß ſie dadurch die Pflichten verletzten, die ſie gegen die geheiligte Sache des Königthumes hätten. Der liberale Labbey de Pompierres, der zuerſt die Tribune beſtieg, warf die Frage auf, ob die Ausgewanderten denn wirklich Alles verloren hätten, wie man vorgebe. Er erklärte dies für eine lügneriſche Erdichtung, weil man nur die Wählerliſten durchzuſehen brauche, um zu ſehen, daß beinahe alle Ausgewanderte oder ihre Erben durch ihren Steuerſatz nicht allein Wähler, ſondern auch wählbar wären. „Die Confiscation," ſagte er zur Rechtfertigung dieſer Maßregel, „hat zwei Urſachen gehabt, einmal die Nothwendigkeit, den dringenden Bedürfniſſen des Staates abzuhelfen, die jeder Tag vermehrte, ſodann die eben ſo entſchiedene Nothwendigkeit, die Partei, die das Vaterland zerfleiſchte, ihrer Hülfsmittel zu berauben. Wo wäre die Macht, welche Anſtand nähme, dem Feinde ſeine Angriffsmittel zu entziehen? Die Confiscation war alſo eine Handlung der Selbſterhaltung und nicht der Rache." Mit nicht geringerer Kraft ſprach ſich in gleichem Sinne der General Foy aus. „Was ſuchten die Ausgewanderten im Auslande?" rief er aus: „Den Krieg! Den Krieg im Gefolge eines Heeres, das Frankreich erobern ſollte; den Krieg unter Führern und mit Soldaten, deren Ehrſucht und Wuth ſie nach dem Siege nicht zu mäßigen im Stande geweſen wären. Gern lege ich Handlungen, die durch Hingebung und Begeiſterung hervorgerufen ſind, edle Beweggründe unter, aber ich vergeſſe nicht,

Digitized by Google

daß auch die Nationen den Trieb und die Pflicht der Selbſterhaltung haben. Alle haben von jeher die feindliche Auswanderung mit den ſchwerſten Strafen belegt, die ihre Geſetzbücher enthielten. So will es das Geſetz der Natur, das Geſetz der Nothwendigkeit; und wenn dieſes Geſetz nicht beſtände, ſo müßte man es an dem Tage erfinden, wo das Vaterland in Gefahr geriethe. Die Nation, die den Grundbedingungen ihrer Selbſterhaltung entſagen könnte, wäre keine Nation mehr; ſie würde ihre Unabhängigkeit aufgeben, die Schande dafür eintauſchen und einen Selbſtmord begehen. Unter den auf die Auswanderung geſetzten Strafen war eine der ſchwerſten jene der Vermögenseinziehung; eine harte Strafe, ganz im Geiſte des Lehenweſens, welches im Staate nichts als Familien ſah, bald dieſe übermäßig vergrößerte und bereicherte, um die Dienſte eines Einzelnen zu belohnen, bald die Unſchuld der Kinder beſtrafte, um das Verbrechen des Vaters zu ſühnen. Die Confiscation lag im gemeinen Rechte Frankreichs und zwar nicht bloß die durch gerichtliche Urtheile ausgeſprochene, ſondern auch die durch politiſche Acte auf ganze Maſſen Franzoſen geſchleuderte. Zwar wendet man ein, die Confiscation ſey 1790 aufgehoben worden. Die Thatſache iſt wohlbegründet; aber ein anderer Beſchluß der geſetzgebenden Verſammlung ſtieß jenen frühern Beſchluß um; im J. 1792 wurde die Confiscation wieder eingeführt, und dies geſchah mit demſelben Rechte, mit dem ſie zwei Jahre vorher aufgehoben war. Wollte man dieſes Recht in Zweifel ziehen, ſo dürfen wir uns nur auf die Charte berufen. Die Charte hat alle Geſetze beſtätigt, die an dem Tage ihrer Bekanntmachung Frankreich regierten: die Geſetze über die Vermögenseinziehung der Ausgewanderten, wie alle übrigen. Um den Ausgewanderten alle Ausſicht auf Wiedereinſetzung in ihre Güter oder auf Entſchädigung abzuſchneiden, hat die Charte ausdrücklich erklärt, daß jeder Beſitz unverletzt erhalten werden ſolle, und hat ſie feſtgeſtellt, daß die Entſchädigungen für jede Einziehung von Eigenthumsrechten, die um des öffentlichen Nutzens willen erfolgte, vorausgehend ſeyn müßten. Wie könnte man aber eine Entſchädigung vorhergehend und der Charte gemäß nennen, die man für ein Opfer bewilligte, welches vor dreißig Jahren gebracht wurde? Nach dem geſetzlich beſtehenden Rechtszuſtande können ſich die Ausgewanderten daher unmöglich als die Gläubiger Frankreichs darſtellen. Dennoch fordern ſie, in Ermangelung einer unmittelbaren Schuldklage gegen das Land, bald das Königthum auf, eine Privatſchuld abzutragen, die ſie als den Lohn ihrer Treue und Ergebenheit fordern, als ob dieſe Treue und Ergebenheit den König

in den Palaſt ſeiner Ahnen zurückgeführt hätte; bald vergleichen ſie ihre angeblichen Rechte denen des Thrones, erheben Alter gegen Alter, Legitimität gegen Legitimität und ſprechen von einer Souverainetät des Grundeigenthumes, die an Unantaſtbarkeit jener der Krone nicht nachſtehen ſoll. Weiſen wir dieſe die Monarchie und die Charte umſtürzenden Lehren zurück; dulden wir nicht, daß die Anſprüche einer Partei Gleichheit und Rechtsgemeinſchaft zwiſchen der Familie unſerer Könige und anderen Familien herſtellen! Das iſt die Grundlehre der Erbmonarchie, daß der Thron der Nation gehört; daß er mit ihr verſchmolzen und eins geworden, daß er für ſie und allein zu ihrem Beſten von dieſer Dynaſtie und keiner andern, von dieſem Fürſten und keinem andern beſeſſen iſt. Privatbeſitzungen gehen von Hand zu Hand, werden verkauft und zertrümmert, um einer größern Anzahl Genuß zu verſchaffen; doch mitten in dieſer Bewegung bleibt der Thron allein untheilbar und unbeweglich zur Sicherheit und zum Schutze Aller. Wenn einſt ein Orkan den Monarchen von der Monarchie *losriß*, ſo iſt jetzt der Sturm vorüber; der Fürſt iſt dem Lande *wiedergegeben*, und Jene würden die königliche Majeſtät verleumden, die ſie zur Hülfsmacht einer Meinung oder einer Partei herabwürdigen und den König von Frankreich anderswohin ſtellen wollten, als an die Spitze der Liebe und des Ruhmes der Geſammtheit des franzöſiſchen Volkes." Ungleich ſchroffer und ſchärfer, als der tapfere General, der bei aller Entſchiedenheit ſeiner Anſichten doch niemals die Rückſichten der Klugheit aus den Augen ſetzte, trat der Rechtsgelehrte Dupont (von der Eure) auf: „Frankreich," ſagte er, „erntet jetzt die Früchte des Wahlgeſetzes, das man uns im Jahre 1820 aufbürdete. Durch dieſes Wahlgeſetz und durch die Mißbräuche der Verwaltung hat die bevorrechtete Klaſſe, die bereits im Beſitze aller Zugänge zum Throne wie zu der erblichen Kammer iſt, ſich auch jener zu der Wahlkammer bemächtigt. Man ſieht deshalb eine große Nation durch eine geringe Anzahl Bevorrechteter und durch die Auswanderung vertreten. Die Auswanderung iſt heute im Begriffe, ſich ſelbſt eine Milliarde zuzuerkennen; morgen wird die Geiſtlichkeit, auf das abſcheuliche Geſetz über den Kirchenfrevel geſtützt, gleichfalls ungeheure Entſchädigungen für die Vergangenheit oder neue Ausſtattung für die Zukunft verlangen. Iſt Einer unter uns, der zu ſagen wagte: er habe den Auftrag, das Staatsvermögen der Plünderung zu überliefern? Denn dies iſt es, was man will; man will der ganzen Revolution den Proceß machen und 30 Millionen Menſchen verurtheilen, der Auswanderung Abbitte

Digitized by Google

zu leiſten. Doch Eines muß uns tröſten: die Zeit der Täuſchung iſt vorüber, ſelbſt für die Furchtſamſten. Frankreich kann über das Loos, das man ihm bereitet, nicht mehr die Augen ſchließen. Iſt es nicht klar, daß dieſes Geſetz ein Geſetz der Eroberung und daß die Milliarde, die man uns abfordert, eine wahre Kriegsſteuer iſt, welche ihren Platz beſſer in einem der Verträge gefunden hätte, die im Jahre 1815 mit den Fremden abgeſchloſſen wurden, nur mit dem Unterſchiede, daß die Ausgewanderten nicht die traurige Ehre anſprechen können, ihr Vaterland erobert zu haben? Will man den ganzen Proceß richtig beurtheilen, ſo darf man ſich nur vergegenwärtigen, was der Gegenſtand deſſelben, wer die Parteien ſind und wer der Richter iſt. Der Gegenſtand iſt eine Milliarde, an die Auswanderung zu bezahlen; die Parteien ſind auf der einen Seite die Auswanderung, auf der andern alle Steuerpflichtigen Frankreichs; der Richter iſt die Mehrheit in dieſer Kammer, und dieſe Mehrheit iſt wieder die Auswanderung."

Während die Liberalen mit Gründen gegen den Geſetzentwurf ankämpften, die, wenn nicht auf die Kammer, doch auf die Gemüther der Maſſen den tiefſten Eindruck hervorbringen mußten, erhoben die Ultraroyaliſten nicht weniger lebhaften, ja zum Theil noch ungleich leidenſchaftlichern Widerſpruch. Der Graf de la Bourdonnaye ging von der Anſicht aus, daß die Ausgewanderten fortwährend von Rechtswegen Eigenthümer der Güter wären, deren man ſie thatſächlich beraubt habe. Die Geſellſchaft, zum Schutze des Eigenthums eingeſetzt, könne daſſelbe nicht ſelbſt verletzen. Die Charte habe, indem ſie aus Gründen der Politik den Käufern der confiscirten Güter den Beſitz derſelben ſicherte, ihnen kein Eigenthumsrecht übertragen können, es ſey denn, nachdem eine billige Entſchädigung vorausgegangen wäre. Das neue Geſetz ſolle nicht bloß ein Geſetz des Eigenthums, ſondern auch ein Geſetz der öffentlichen Sittlichkeit und der Bürgſchaft für den feſten Beſtand der Throne ſeyn. Um dieſe Bedingungen zu erfüllen, dürfe es auf keine Weiſe die revolutionaire Außerbeſitzſetzung der Ausgewanderten als eine geſetzmäßige anſehen; dies geſchehe aber, wenn man, wie der miniſterielle Entwurf beantrage, die damals angeordneten Schätzungen zu Grundlagen der Entſchädigung nehme. „Der miniſterielle Vorſchlag," rief der leidenſchaftlich erregte Redner aus, „täuſcht alle Hoffnungen; er gewährt den Ausgewanderten nicht genug, um die neuen Beſitzer zu beruhigen, und er giebt ihnen doch wieder zuviel, um jene nicht mißvergnügt zu machen, die gar nichts geben möchten. Bei der Abfaſſung hat ein Syſtem der Täuſchung den Vorſitz geführt;

Digitized by Google

der ganze Entwurf ſcheint keinen andern Zweck zu haben, als einen einzigen Menſchen mit der ungeheuern und willkürlichen Gewalt zu bekleiden, über den Reichthum des Landes, wie über alles Privatvermögen ohne Verantwortlichkeit, ohne Aufſicht, ohne Berufung an irgend eine andere Stelle zu verfügen." Einen andern Ton ſtimmte Herr von Beaumont an, welcher der Meinung war, daß der Staat, wenn er gerecht ſeyn wolle, nicht die Ausgewanderten für den Verluſt ihrer Güter entſchädigen, ſondern ihnen ihre Güter in natura zurückgeben und die Käufer entſchädigen müſſe. Die letzten, verſicherte der edle Herr, würden dabei nicht viel verlieren; denn ſo, wie die Sachen gegenwärtig ſtänden, werde man den Makel des gewaltſamen Urſprungs von den Nationalgütern doch nicht verwiſchen können. Dieſelbe Anſicht ſprach mit noch ſchneidenderer Schärfe Dupleſſis de Grénédan aus. „Man will eine Ungerechtigkeit gut machen," ſagte der ergrimmte Greis, „und man begeht eine neue Ungerechtigkeit. Ein Grundſatz des Völkerrechts, den alle Verträge geheiligt haben, iſt, daß die Güter, die während des Krieges confiscirt wurden, nach dem Frieden zurückgegeben werden. Das Eigenthum der Ausgewanderten hat nie aufgehört, unverletzlich zu ſeyn. Man muß Alles auf die Vorſchriften der Gerechtigkeit und auf die Grundſätze der Monarchie zurückführen; man muß den rechtmäßigen Eigenthümern endlich zurückgeben, was ihnen ungerecht geraubt worden iſt. Die Charte ſagt, daß alle Arten von Eigenthum unverletzlich ſind, aber ſie ſagt nicht, daß ſie es auch immer ſeyn werden; ſie kann nur die Abſicht haben, das rechtmäßige Eigenthum in Schutz zu nehmen, denn es wäre eigenſinnig, vorauszuſetzen, daß auch die Unverletzlichkeit des geſtohlenen Eigenthums aufgeſtellt werden ſollte." Ferdinand v. Berthier ging nicht ſo weit, wie ſeine ultraroyaliſtiſchen Vorgänger; er war es zufrieden, daß den Ausgewanderten ſtatt der Rückerſtattung ihrer Güter eine Entſchädigung gegeben werde; er verlangte nur, daß dabei ein anderer Maßſtab der Schätzung angenommen werde, als der von den Miniſtern vorgeſchlagene. Er berief ſich darauf, daß der Zweck der Confiscation keineswegs geweſen ſey, die Ausgaben der Revolution zu beſtreiten, ſondern das Eigenthum zu bekriegen, daſſelbe denen zu nehmen, die etwas beſaßen, und es jenen zu geben, die nichts hatten. Die eingezogenen Güter wären deshalb oft zu Preiſen verkauft worden, die ſich kaum ſo hoch beliefen, als die Einkünfte, die ſie ihren alten Beſitzern in einem einzigen Jahre eintrugen. Er ſchlug daher vor, zur Grundlage der Schätzung nicht den damaligen Verkaufspreis, ſondern das Hundertfache der gegenwärtigen Grundſteuer zu nehmen, weil die

Grundſteuer das Fünftheil des Einkommens ſey, und folglich, ſobald man dieſes zu 5 Procent vom Capitale ſchätze, gerade das Hunderttheil des letzten betrage.

Mitten unter den leidenſchaftlichen Aeußerungen der beiden einander ſo ſchroff gegenüberſtehenden und doch zu gemeinſchaftlichem Kampfe gegen die Regierung vereinigten Parteien ließen ſich wenige Stimmen vernehmen, die den miniſteriellen Geſetzentwurf mit Mäßigung unterſtützten. Villèle ſelbſt vertheidigte denſelben, zwar nicht mit der Beredſamkeit, zu welcher der Gegenſtand einem mehr durch das Gemüth beſtimmten Staatsmanne hinreichenden Stoff geboten hätte, aber mit überlegenem Verſtande, mit Geſchick und Gewandtheit. „Umſonſt,“ wandte er ſich gegen die liberale Linke, „umſonſt würde man durch Scheingründe der Vernunft und dem Gewiſſen Stillſchweigen gebieten; beide antworteten, daß die Confiscation ungerecht war, daß die Gutmachung, ſofern ſie weder die öffentliche Ruhe, noch die allgemeinen Intereſſen des Landes gefährdet, eine Handlung der Gerechtigkeit, der Weisheit und der Politik iſt. Die Charte und der vorliegende Geſetzentwurf haben die Grenzen bezeichnet, innerhalb welcher das gemeine Beſte den Privatanſprüchen die Pflicht auflegt, ſtehen zu bleiben. Die Charte und das vorgeſchlagene Geſetz haben den Beſitz der gegenwärtigen Eigenthümer als unverletzlich anerkannt; jeder über dieſe Schranke hinausgehende Verſuch wäre alſo unzuläſſig. Jene, die ihn machen, jene anderen, die ſich ſeiner bedienen möchten, um Beſorgniſſe zu verbreiten, würden auf gleiche Weiſe vor Ihnen, vor der andern Kammer, vor ganz Frankreich, vor der königlichen Macht und Gewalt ſcheitern. Die Entſchädigung iſt weder eine Strafe, die den einen aufgelegt, noch eine Belohnung, die den andern ertheilt wird; ſie iſt eine Maßregel, die unerläßlich zur Vollendung der Reſtauration, zur Vereinigung aller Franzoſen, zur Herſtellung der Sicherheit und Kraft des Landes iſt; ſie iſt eine Allen ertheilte Bürgſchaft gegen die Rückkehr der Confiscation und der bürgerlichen Unruhen, von denen jene nicht ſelten der Zweck und immer die wirkſamſte Nahrung iſt. Die Ausgewanderten, ſagen Sie, hatten Unrecht, ſich von dem brennenden Boden der Revolution zu entfernen; was iſt aber aus den zum voraus bezeichneten Schlachtopfern geworden, die nicht auswanderten? Und wie, wenn der erlauchte Begründer der Charte, wenn der König, der uns regiert, nicht ausgewandert wären? Man ſpricht von der Gefahr, die Fremden auf den Boden des Vaterlandes zu rufen, aber Leiden von mehr als einer Art können ein ſolches Ereigniß herbeiführen. Ungezähmter

Ehrgeiz war die einzige Urſache, die es in der letzten Zeit über Frankreich brachte. Was hätten wir, ohne die Auswanderung unſers Königshauſes im Jahre 1814 und nach den hundert Tagen, den Heeren Europas entgegenſetzen können, die in unſerer Hauptſtadt lagerten? Ich weiß es wohl, daß man einen Staat, wie Frankreich, nicht unterjocht und nicht zerſtückt. Allein, wieviel Blut hätte es nicht gekoſtet, wieviel Leiden und Demüthigungen hätten wir nicht zu erdulden gehabt, bevor das Gefühl der Entrüſtung alle Herzen durchdrungen und unſere Befreiung herbeigeführt hätte? Unſere Befreiung von den Fremden ohne Kampf und ohne Schmach, unſere öffentlichen Freiheiten, die Rückkehr des allgemeinen Friedens, die Wohlfahrt und das Glück, deſſen wir genießen, verdanken wir der Auswanderung, die uns unſere Prinzen erhielt. Man höre alſo auf, denen, die Alles verließen, um ihnen zu folgen, ein Verbrechen aus ihrer Ergebenheit und ihrer Treue zu machen." Villèle wußte ſehr gut, was er that, als er nur in ſchonenden Andeutungen die Uebertreibungen der Ultraroyaliſten zurückwies; er wollte die Spaltung in der royaliſtiſchen Partei nicht erweitern und hoffte allmälig auch die Ueberſpannteſten, ſofern ſie nicht durch perſönlichen Haß von ihm entfernt gehalten wurden, unter das miniſterielle Banner zurückzuführen. Der Erfolg bewies, wie richtig er geurtheilt hatte, wenn er die Feindſeligkeit ſeiner Gegner von dieſer Seite für wenig gefährlich hielt. Das Entſchädigungsgeſetz wurde, nachdem einzelne Beſtimmungen wenig bedeutende Veränderungen erfahren, von einer weit überwiegenden Mehrheit angenommen.

Unmittelbar nach der Erledigung der wichtigen Frage des Entſchädigungsgeſetzes begannen in der Abgeordnetenkammer die Erörterungen über den neuen Geſetzentwurf wegen der Rentenumwandlung. Villèle hatte dieſen ſo geſchickt mit der Entſchädigung der Ausgewanderten zu verbinden gewußt, daß, wer die letzte wollte, nicht leicht der Rentenumwandlung entgegen ſeyn konnte. Zuvörderſt handelte es ſich nicht mehr darum, neue 3 Procent tragende Renten zu ſchaffen; denn dieſe waren bereits in beträchtlicher Maſſe vorhanden, ſobald die Entſcheidung erfolgt war, daß die Ausgewanderten in 3 Procent tragenden Renten entſchädigt werden ſollten. Auch war Villèle dem Vorwurfe im voraus begegnet, der im vergangenen Jahre das Meiſte zur Vereitelung ſeines Planes beigetragen hatte, als ob die erzwungene Herabſetzung des Zinsfußes eine große Ungerechtigkeit gegen die Renteninhaber wäre. Er ſtellte es jetzt den Rentnern vollkommen frei, entweder ihre 5 Procent tragenden Renten zu behalten, oder dieſelben mit einer

Digitized by Google

nominellen Capitalvermehrung gegen 3 Procents, oder auch ohne Capitalvermehrung gegen neu zu ſchaffende 4½ Procents umzutauſchen, welche letzten den Vortheil boten, daß ihnen eine zehnjährige Bürgſchaft gegen jede weitere Herabſetzung des Zinsfußes ertheilt war. Dennoch ſtieß der miniſterielle Entwurf in der Abgeordnetenkammer beinahe auf lebhafteren Widerſpruch, als der bei weitem mehr durchgreifende des vorigen Jahres, da in demſelben Verhältniſſe, in dem es Villèle gelang, ſeine amtliche Stellung mehr und mehr zu ſichern, auch der Haß ſeiner Feinde zu einem höheren Grade der Erbitterung geſteigert wurde. Den vornehmſten Angriffspunkt bot eine ſcheinbar untergeordnete Beſtimmung des Geſetzentwurfes, wonach die Tilgungscaſſe angewieſen wurde, die ihr zugetheilten Fonds ausſchließlich auf den Ankauf ſolcher Staatspapiere zu verwenden, welche unter Pari ſtänden, alſo natürlich der 3 Procents, von denen nicht zu erwarten war, daß ſie jemals dieſen Stand erreichten. Es war nicht zu leugnen, daß dadurch der Börſenſpeculation ein weites Feld eröffnet wurde, und daß der Cours der 3 Procents künſtlich in die Höhe getrieben werden mußte. Es wurde hervorgehoben, daß die alten 5 Procents ihrer geſetzlichen Bürgſchaft beraubt würden, ſobald die Tilgungscaſſe aufhörte, jährlich eine beſtimmte Summe derſelben einzukaufen; es wurde nachgewieſen, daß der Staatsſchatz offenbaren Verluſt erleide, wenn er die 3 Procents zu einem höhern Cours wieder einkaufen müſſe, als jenem, zu dem er ſie ausgegeben. Labourdonnaye behauptete, daß die Staatsſchuld, ſobald die Rentenumwandlung vor ſich ginge, durch die den 5 Procents bewilligte Prämie um 1000 Millionen Franken vermehrt würde, und daß außerdem die unnatürliche Steigerung, die in dem Stande der 3 Procents eintreten werde, eine Spielwuth hervorrufen müſſe, welche nicht anders als mit dem Untergange des Credits, des Handels und des Gewerbfleißes enden könne. Bertin-Deveaux, ein vertrauter Freund Châteaubriands, verſicherte, der ganze Geſetzentwurf ſey nur ein Mittel zur Ausführung einer Privatſpeculation. Eine Geſellſchaft Banquiers, das Haus Rothſchild an der Spitze, die ſich verbindlich gemacht, für den Staat die zur Durchführung des vorjährigen Planes der Rentenumwandlung erforderlichen Summen beizuſchaffen, befinde ſich in dem Beſitze einer ungeheuern Maſſe Renten, die bei dem Scheitern jenes Planes in ihren Händen geblieben ſey, und die ſich jetzt nicht ohne den Verluſt von vielen Millionen veräußern ließen. Das neue Geſetz habe zum Zwecke, den getäuſchten Speculanten nicht allein dieſen Verluſt zu erſparen, ſondern ihnen auch

eine Gelegenheit zu reichem Gewinn zu bieten, da ſie ſich beeilen würden, ihre 5 Procents gegen 3 Procents umzutauſchen, und dann in dem ausſchließenden Beſitze des neuen Staatspapiers, weil die Zahlungen an die Ausgewanderten inzwiſchen noch nicht begonnen hätten, der Tilgungscaſſe, welche daſſelbe aufkaufen müſſe, den Preis beinahe willkürlich beſtimmen könnten. Wenn der Geſetzentwurf durchgehe, werde es großes Frohlocken, wenn derſelbe verworfen werde, noch größeres Wehklagen in Jeruſalem geben. Das Geſetz wurde aber nicht verworfen, ſondern mit großer Stimmenmehrheit angenommen, weil die Ausgewanderten ein entſchiedenes Intereſſe dabei hatten, den 3 Procents, in denen ſie entſchädigt werden ſollten, alle mögliche Vortheile zuzuwenden.

Nachdem die drei Geſetzentwürfe die Zuſtimmung der Abgeordnetenkammer erhalten hatten, blieb nur noch die für die beiden letzten ſchwierigere Aufgabe übrig, ſie auch in der Pairskammer durchzuführen. Die Apanage des Herzogs von Orleans fand bei den Pairs, bei denen ſchon vermöge ihrer geſellſchaftlichen Stellung die gehäſſigſten Leidenſchaften einen milderen Ausdruck annahmen, keinen Widerſpruch. Auch das Schickſal des Entſchädigungsgeſetzes war gegen die Erwartung derer, welche auf den Unabhängigkeitsgeiſt der Pairskammer gebaut hatten, keinen Augenblick zweifelhaft. Der Anhang der früheren Miniſter Richelieu und Decazes, der durch ſeine Vereinigung mit den übrigen unabhängigen Stimmen es in ſeiner Macht hatte, in den meiſten ſtreitigen Fragen den Ausſchlag zu geben, war zwar ſehr geneigt, dem Miniſterium, aber keineswegs der royaliſtiſchen Partei entgegenzutreten, und konnte ſich daher nur gegen einzelne Beſtimmungen des Entſchädigungsgeſetzes, aber nicht gegen dieſes ſelbſt erklären. Der Ausweg, den man fand, war der diplomatiſchen Kunſt eines Talleyrand würdig. Man beſchloß den Antrag zu ſtellen, daß die Entſchädigung nicht in dreiprocentigen Renten, wie der miniſterielle Vorſchlag war, ſondern in fünfprocentigen gewährt werden ſollte, was wegen der bedeutenden Erhöhung der Entſchädigungsſumme, welche die Folge geweſen wäre, den Ausgewanderten nur ſehr willkommen ſeyn konnte. Dabei war nur der Uebelſtand, daß die Gegner jeder Entſchädigung noch viel weniger für eine Erhöhung derſelben ſtimmen durften. Es trat daher die ſonderbare Erſcheinung ein, daß Villèle auf der einen Seite von ſeinen entſchiedenſten Gegnern gegen die in der Pairskammer nicht ſehr zahlreichen Liberalen unterſtützt wurde, welche die Verwerfung des ganzen Entſchädigungsgeſetzes verlangten, während ihn auf der andern

Digitized by Google

Seite dieſe gegen die Angriffe ſeiner royaliſtiſchen Gegner unterſtützten. Die Folge war, daß der Geſetzentwurf in der Form, in der er aus der Abgeordnetenkammer zu den Pairs hinauf gelangt war, unverändert angenommen wurde. Die Verhandlungen wurden mit der Mäßigung geführt, welche der Würde einer aus den Häuptern der vornehmſten Familien und aus den ausgezeichnetſten Staatsmännern Frankreichs zuſammengeſetzten Verſammlung angemeſſen war. Nur der fromme und überſpannte Herr von Bonald vergaß ſich ſo weit, daß er die Aeußerung fallen ließ: die Entſchädigung ſey eine Maßregel der Gerechtigkeit für die beraubten Eigenthümer und ein Act der Gnade für die Käufer der Nationalgüter. „Was verſteht man unter einer Gnade, die den Käufern erwieſen werden ſoll?“ erwiderte ſogleich der freiſinnige Graf Corundet; „die eingezogenen Güter ſind von den Ankäufern auf geſetzmäßige Weiſe erworben; denn bei allen politiſchen Erſchütterungen, wie gewaltſam ſie auch ſeyn mögen, kann doch nie die Staatsgewalt ſelbſt zu beſtehen aufhören.“ Die Annahme des Entſchädigungsgeſetzes bereitete bei den Pairs, wie in der Abgeordnetenkammer, auch die Annahme des Geſetzes über die Rentenumwandlung vor. Zwar blieb ein großer Theil der Gegner, welche der umfaſſendere Plan des vergangenen Jahres gefunden, unverſöhnt. „Gegenwärtig,“ erklärte Graf Roy, der wie im vergangenen Jahre den Kampf eröffnete, „gegenwärtig dürfen wir noch eine Tilgung der Schuld hoffen; mit dem miniſteriellen Entwurfe können wir dies nicht mehr. Die Vermehrung des Capitals macht jede Wiederbezahlung unmöglich. Unſer Credit wird den fremden Banquiers in die Hände gegeben. Alles, was wir thun, hat keinen andern Zweck, als das Börſenſpiel zu fördern; auf dieſer verderblichen Grundlage richten wir einen künſtlichen Credit auf, der bei der erſten Erſchütterung zuſammenbrechen und in der Stunde der Gefahr die Sicherheit unſeres Vaterlandes bloßſtellen wird.“ In gleichem Sinne ſprach der beredte Châteaubriand; auch Pasquier erhob ſeine gewichtige Stimme. Die Mehrheit war jedoch der Meinung, daß von einem Geſetzentwurfe kein weſentlicher Nachtheil zu fürchten ſey, der den Rentenbeſitzern keinerlei Art von Zwang auflegte, ſondern es ihnen nur freiſtellte, ihr Vermögen nach eigenem Gutbefinden in Staatspapieren anzulegen, die höhere oder niedere Zinſen trugen, von denen aber die einen wie die anderen verſchiedenartige Vortheile verſprachen. Größeren Einfluß als das Urtheil, welches über den Werth des Geſetzes an ſich gefällt wurde, ſcheint auf die Stimmung der Pairskammer die Ueberzeugung geübt zu haben, daß Villèle zu ſehr in der

Digitized by Google

Gunſt des Königs befeſtigt ſey, um von einem offenen Angriffe gegen ſeine Perſon, wie gegen die von ihm bevorworteten Maßregeln irgend einen Erfolg erwarten zu laſſen. Deshalb fanden auch die beiden Geſetzentwürfe über die Heiligthumsſchändung und über die weiblichen religiöſen Gemeinſchaften einen bei weitem weniger entſchiedenen Widerſtand, als unter anderen Umſtänden der Fall geweſen wäre. Der erſte dieſer beiden Geſetzentwürfe war ein Act des ſcandalöſeſten Fanatismus, und ſeine Beſtimmungen ſchienen eher der Barbarei der Kreuzzüge, als der neueren Zeit anzugehören. Die öffentliche Entweihung der Hoſtie wurde dem Vatermorde gleichgeſtellt, die öffentliche Entweihung der geheiligten Gefäße mit dem Tode beſtraft; auf den Kirchenraub unter den vom Geſetze vorhergeſehenen erſchwerenden Umſtänden war gleichfalls die Todesſtrafe geſetzt; lebenslängliche oder zeitweilige Zwangsarbeit, Gefängniß von kürzerer oder längerer Dauer, Geldbußen bis zu einer Höhe von 10,000 Franken waren die übrigen Strafen, die jedes in einer katholiſchen Kirche verübte Vergehen trafen. Es fehlte nicht an freiſinnigen und aufgeklärten Männern in der Pairskammer, die ſich mit Kraft gegen ein den Sitten und den Vorſtellungen unſerer Zeit ſo ſehr widerſprechendes Geſetz erhoben. „Nicht die Religionen ſind unduldſam,“ ſagte Graf Molé, als die Erörterungen in der Kammer begannen; „aber die leidenſchaftlichen Menſchen ſind es. Das Chriſtenthum allein fleht auch für jene zum Himmel, welche die übrigen Religionen mit dem Schwerte vertilgen; es ſetzt an die Stelle des Zornes das Erbarmen, es legt ſtatt des Haſſes die Liebe in das Herz des Menſchen. Dies iſt ſein wahrer Geiſt. Dürfen wir daher nicht erſtaunen, wenn man in ſeinem Namen Blutgerüſte errichten will? Dieſer Geſetzentwurf iſt eine Beleidigung des Himmels und der Erde, unſerer Religion und unſerer Zeit und außerdem eine Verletzung der Charte.“ — „Nein,“ rief der Graf de la Bourdonnaye aus, „wir müſſen die Beleidigungen unſerer heiligſten Geheimniſſe unterdrücken; ich ſchlage vor, daß der wegen Heiligthumsſchändung zum Tode Verurtheilte ſtatt eines ſchwarzen einen rothen Schleier trage, damit ein Verbrechen, welches mit keinem andern zu vergleichen iſt, auch in den Augen des Volkes auf eine auffallende Weiſe unterſchieden werde.“ — „Heute,“ entgegnete der Herzog von Broglie, „verlangt man, daß die Hand abgehauen werde, die ſich an heiligen Dingen vergreife, morgen wird man verlangen, daß die Zunge, die ſie geläſtert hat, mit einem glühenden Eiſen durchbohrt werde; man wird verlangen, daß die Kanzeln geſchloſſen werden, auf denen der Irrthum ſich vernehmen läßt;

man wird den abweichenden Glaubensbekenntniſſen den Unterricht unterſagen und den großen Grundſatz der Gewiſſensfreiheit offen umſtürzen. Hat die Charte nicht ausdrücklich feſtgeſtellt, daß das bürgerliche Geſetz gegen alle Glaubensbekenntniſſe parteilos ſeyn ſoll? Eine einzige Handlung zu Gunſten des einen derſelben führt von Stufe zu Stufe zur äußerſten Unduldſamkeit und zur Unterwerfung der bürgerlichen Gewalt unter die religiöſe Obmacht. Dies iſt die Frage, vor welcher alle anderen erbleichen und verſchwinden müſſen." — „Unterdrücken wir jeden Verſuch der Gottloſigkeit," rief dagegen der Herzog von Fitz-James den Frommen der Kammer zu, „die Revolution iſt noch mit ihrer ganzen Kraft in unſerer Geſellſchaft; nicht mehr mit ihren Ausſchweifungen, mit ihren Blutgerüſten, aber mit ihren Lehren und ihren Grundſätzen. Die Verderbniß hat die Salons verlaſſen, aber ſie iſt in die Kramläden herabgeſtiegen, ſie hält ſich auf der Straße und droht ſelbſt das flache Land zu überſchwemmen." — „Die chriſtliche Religion," erwiderte Herr von Châteaubriand, „zieht es vor zu verzeihen, ſtatt zu ſtrafen; ſie verdankt ihre Siege dem Erbarmen; ſie bedarf keiner Blutgerüſte, außer für ihre Märtyrer. Der Geſetzentwurf, den man uns vorlegt, verletzt die Menſchlichkeit, ohne die Religion zu ſchützen." — Dieſe milden Worte reizten den Vicomte von Bonald zu einem unglaublichen Ausbruche der Erbitterung. „Wenn die Guten ihr Leben der Geſellſchaft als einen Dienſt ſchulden," ſagte der fromme Mann, „ſo ſchulden die Böſen es ihr als ein abſchreckendes Beiſpiel. Die Religion beſiehlt dem Menſchen, zu verzeihen, aber ſie beſiehlt zugleich der Gewalt, zu ſtrafen; denn nicht ohne Urſache, ſagt der Apoſtel, trägt dieſe das Schwert. Der Erlöſer hat für ſeine Henker um Gnade gebeten, aber ſein Vater hat ihn nicht erhört, er hat die Strafe ſogar auf ein ganzes Volk ausgedehnt. Der Heiligthumsſchänder wird durch das Todesurtheil nur vor ſeinen natürlichen Richter geſchickt." — „Furchtbare Aeußerungen," bemerkte Graf Pasquier, „welche uns an den Ausruf des Inquiſitors in dem Kriege gegen die Albigenſer erinnern: Schlagt todt, ſchlagt Alles todt; Gott wird die Seinen ſchon erkennen!" — Wie unwiderleglich auch die Gründe waren, welche die Gegner des Geſetzentwurfes vorbrachten, die Mehrheit, die es nicht wagte, offen mit der Geiſtlichkeit zu brechen, entſchied ſich für die Annahme. Nicht ganz ſo günſtig für die Pläne der religiöſen Eiferer war der Ausgang, den die Berathungen über den Geſetzentwurf wegen der weiblichen religiöſen Gemeinſchaften nahmen. Der Miniſter der geiſtlichen Angelegenheiten, Frayſſinous, war ſo ehr-

Digitized by Google

lich geweſen, als er den Geſetzentwurf der Pairskammer vorlegte, einzugeſtehen, daß es ſchon 1800 Nonnenklöſter in Frankreich gebe. Dieſe Zahl, meinte er, ſey für eine Bevölkerung von dreißig Millionen noch lange nicht genug. Die Mehrheit der Pairskammer war verſchiedener Anſicht. Man wußte beſtimmt, daß die Nonnenklöſter nur vorgeſchoben wurden, um zu der Herſtellung einer gleichen oder noch größern Zahl von Mönchsklöſtern den Weg zu bahnen, und daß auf dieſe dann die öffentliche Anerkennung der Jeſuiten folgen ſollte, wodurch das bis jetzt nur auf geheimen Einflüſſen beruhende geiſtliche Regiment der frommen Väter ſeine feſte geſetzliche Begründung erhalten hätte. Dazu die Hand zu bieten, konnten die edlen Pairs bei all' ihrer Nachgiebigkeit gegen die Wünſche des Hofes ſich nicht entſchließen; und es wurde daher in dem Geſetzentwurfe eine kleine Veränderung getroffen, welche den ganzen Plan vereitelte, indem ſie die alten geſetzlichen Beſtimmungen im Weſentlichen aufrecht erhielt. In der Abgeordnetenkammer waren beide Geſetze zum voraus ihrer Annahme gewiß. Die beredten Worte, die ein Royer Collard, ein Benjamin Conſtant gegen die Barbarei des neu erfundenen Verbrechens der Heiligthumsſchändung ſprachen, blieben hier ungehört; aber um ſo tiefer war der Eindruck, den ſie in ganz Frankreich hervorbrachten. Dieſe Erörterungen zerſtörten den letzten Reſt der Volksgunſt, die Karl X. bei ſeiner Thronbeſteigung ſo leichten Kaufes gewonnen hatte.

Bei der Eröffnung der Kammern hatte König Karl X. angekündigt, das unmittelbar nach dem Schluſſe der Seſſion die feierliche Handlung ſeiner Krönung vorgenommen werden ſolle. Ludwig XVIII. war durch ſeine körperliche Schwäche abgehalten worden, ſich den mit dieſer Feierlichkeit verbundenen Beſchwerden zu unterziehen. Karls X. religiöſer Sinn legte den höchſten Werth auf eine Feier, welche in ſeinen Augen nicht allein durch das Herkommen geheiligt war, ſondern zugleich die Kraft beſaß, eine göttliche Weihe zu verleihen, die „den Geſalbten des Herrn“ hoch über alle übrige Sterbliche erhob. Die außerordentlichſten Vorbereitungen wurden getroffen, um den äußern Glanz des Feſtes zu vermehren; die Kathedrale von Rheims, in der (am 29. Mai 1825) nach uraltem Brauche die Krönung Statt fand, ſtrahlte von nie geſehener Pracht; die Geſandten aller größeren Höfe Europas, die Marſchälle von Frankreich, die vornehmſten Beamten, die Pairs und die Mitglieder der Abgeordnetenkammer waren zugegen, als der Erzbiſchof Latil Karl X. mit einem angeblich wieder aufgefundenen Reſte des heiligen Oeles ſalbte und ihm die gewichtige Krone Karls

Digitized by Google

des Großen auf das ſchwache Haupt ſetzte, und als der fromme Fürſt den in der Thronrede verſprochenen Schwur auf Haltung der Charte leiſtete. Aber alle Pracht, aller Glanz der feierlichen Handlung, welche die Erinnerungen von dreizehn Jahrhunderten zurückrief, war verſchwendet, ſobald man darauf gerechnet hatte, durch dieſelbe einen ernſten Eindruck auf die Nation hervorzubringen; der frivole Witz des Franzoſen, herausgefordert durch die Begünſtigungen des Prieſterthums, welche jeden Schritt der neuen Regierung bezeichneten, fand leicht die lächerliche Seite an einer Ceremonie auf, die ihre ernſte Bedeutung nur in dem Glauben hatte, der längſt aus den Gemüthern gewichen war. Die Lieder Berangers, des kühnen Sängers, der um dieſe Zeit anfing, den Thron der Bourbonen mit ſeinen höhnenden Verſen zu bekämpfen, erweckten in ganz Frankreich zugleich ein unauslöſchliches Gelächter und den unverſöhnlichſten Haß gegen die Dynaſtie, deren Herrſchaft als ein Schimpf für die Nation betrachtet wurde. Alles Andere würden die Franzoſen ihrer Regierung vielleicht verziehen haben, wenn dieſe nur ſo viel Kraft und Einſicht beſeſſen hätte, den geiſtlichen Einfluß, der ſie beherrſchte, nicht gar zu offen hervortreten zu laſſen. Selbſt unter den entſchiedenſten Royaliſten fanden ſich wenigſtens Einzelne, die ſich mit der Ausſicht auf das mittelalterliche Prieſterregiment, welches ſie in vollem Anzuge ſahen, nicht befreunden konnten. Graf Montloſier trat in einer Reihe von Aufſätzen, die in einem royaliſtiſchen Tagblatte erſchienen, als offener Ankläger gegen die Congregation auf, einen Verein, der, von den Jeſuiten geleitet und über ganz Frankreich verzweigt, wie er verſicherte, in der Abgeordnetenkammer allein mehr als hundert Mitglieder zählte. Er behauptete, daß dieſe Vereinigung zugleich „die Sicherheit des Staates, der Geſellſchaft und der Religion gefährde,“ wies nach, daß dieſelbe den alten in voller Kraft beſtehenden Geſetzen des Königreiches zuwider ſey, und forderte ſämmtliche Gerichtshöfe auf, gegen dieſelbe einzuſchreiten, wie ihre Pflicht es erfordere. Die Partei des Prieſterthums fühlte ſich indeſſen zu ſtark, um ſich durch ſolche Anklagen einſchüchtern zu laſſen. Zwei liberale Journale, die ihren Anſprüchen bei jeder Gelegenheit mit der unermüdlichſten Beharrlichkeit entgegentraten, der Courier français und der Conſtitutionel, hatten ſich beſonders ihren Haß zugezogen. Beide wurden durch den Generalprocurator vor Gericht geſtellt, weil ihr ganzes Streben darauf gerichtet ſey, die katholiſche Religion zu untergraben, um durch ihren Sturz eine neue Revolution herbeizuführen. „Was wollen dieſe Ruchloſen,“ fragte der fromme Generalprocurator, „die,

Feinde aller Ordnung, gern den Unfrieden hören möchten, um zu der Gewalt zu gelangen! Zuweilen wenden ſie die keckſte Verwegenheit, häufiger aber die Heuchelei an. Im Namen Gottes läſtern ſie die Staatsreligion, den Herrſcher im Himmel und alle heilige Dinge. Sie verbreiten Verachtung über die Gegenſtände, wie über die Diener der Religion. Sie reizen zum Haſſe gegen die Prieſter auf; ſie geben alle frommen Gebräuche dem öffentlichen Gelächter Preis. Ihr abſcheulicher Plan geht Schritt für Schritt ſeiner Vollendung entgegen, und es iſt Zeit, daß die Gerechtigkeit endlich ihre Augen über dieſe Ausbrüche der Wuth öffnet." Die Vertheidiger der angeklagten Journale, die Advocaten Dupin und Mérilhou, hatten einem Widerſacher gegenüber, der ſeine Gründe nicht aus dem Geſetze, ſondern aus der Rüſtkammer der Controversprediger hernahm, leichtes Spiel. „Die ganze Anklage, ſagt Dupin in ſeiner Vertheidigungsrede für den Conſtitutionel, iſt unbeſtimmt und ohne Gegenſtand. Heißt es die Religion angreifen, wenn man die Mißbräuche tadelt, die ſie entehren? Aber wir durchſchauen die geheimen Zwecke der Perſonen, die ihre eigenen Intereſſen mit *jenen* der Religion verſchmelzen und das weltliche Schwert unter dem *geiſtlichen* Mantel verbergen möchten. Die ganze Frage hat mit der Religion nichts zu thun; ſie iſt eine rein politiſche. Zwei Parteien kämpfen mit einander um die Gewalt, von denen die eine die gegenwärtige Regierung zu befeſtigen ſucht, während die andere uns das ancien régime, mit Abrechnung der gallicaniſchen Kirchenfreiheiten und mit Hinzufügung der Jeſuiten, zurückführen will. Für dieſe Partei iſt die Religion nur ein Vorwand; ſie will nicht durch Ueberzeugung ſiegen, ſondern durch das Stillſchweigen, welches ſie mit aller Gewalt ihren Gegnern aufzulegen ſucht." Bei weitem leidenſchaftlicher, aber in der Hauptſache mit den Anſichten Dupins übereinſtimmend, ſprach ſich Mérilhou aus, der den Courier français vertheidigte. Der Gerichtshof wies die Anklage zurück, weil die beiden Journale, wenn ſie auch in einzelnen Aufſätzen die Schranken überſchritten hätten, welche die der Staatsreligion ſchuldige Achtung ihnen ſetzte, dazu durch Umſtände gereizt worden wären, in denen eine Entſchuldigung liege. Dieſe Umſtände wären die Einführung von religiöſen Körperſchaften, welche das Geſetz verbiete, und die von einem Theile der franzöſiſchen Geiſtlichkeit ausgehende Verbreitung von Lehren, welche die bürgerlichen und religiöſen Freiheiten des Landes in Gefahr bringen könnten. Dieſer Spruch war ein Ereigniß, welches unter der Partei der Frommen nicht geringe Beſtürzung, am Hofe den äußerſten Unwillen erregte,

deſſen Bedeutung aber im erſten Augenblicke kaum in ihrem vollen Umfange gewürdigt wurde. Nachdem bereits die Pairskammer ſich genöthigt geſehen hatte, der Richtung ihren Widerſpruch entgegen zu ſetzen, der die Regierung ſich hingab, ſagten ſich jetzt auch die Gerichtshöfe von derſelben los, denen man doch unmöglich zum Vorwurf machen konnte, daß ſie durch irgend eine Art von Partei-Intereſſe geleitet würden. Auch dem Schwächſten und Schwankendſten mußte es unter dieſen Umſtänden klar werden, welches Urtheil er zu fällen habe. Wir können daher wohl ſagen, daß ſchon jetzt, mit Ausnahme einer gewiſſen Anzahl Ausgewanderter, Höflinge und Frömmlinge, ganz Frankreich nur eine Meinung hatte. Eine große Trauer gab der Volksgeſinnung die erſte Veranlaſſung, ſich auf eine Weiſe auszuſprechen, die keine Mißdeutung geſtattete. General Foy, der beredte, kühne Verfechter der Volksſache in der Abgeordnetenkammer, wurde im kräftigſten Mannesalter unerwartet von einem unheilbaren Leiden dahin gerafft (28. November 1825). Das Leichenbegängniß fand an einem froſtigen Decembertage Statt, während der Regen ſtromweiſe vom Himmel fiel. Dennoch drängten ſich mehr als 100,000 Menſchen aus allen Ständen zur Theilnahme; Pairs und Marſchälle von Frankreich, Abgeordnete, Richter, Officiere, Gelehrte, Kaufleute, Fabrikanten und Handwerker folgten entblößten Hauptes der Bahre, die von jungen Leuten, größtentheils Studirenden, getragen wurde. Der Zug von der Kirche des heiligen Johannes, wo das Todtenamt gefeiert wurde, nach dem Kirchhofe des Père Lachaiſe dauerte fünf Stunden; das tiefſte Stillſchweigen zeugte von dem ernſten Schmerze der unermeßlichen Menge. An der Gruft, welche die ſterblichen Reſte des großen Todten aufnahm, wurden mehrere Reden gehalten. „Begrüßen wir,“ rief Caſimir Périer aus, „begrüßen wir zum letzten Male im Namen des Vaterlandes, im Namen der Beredſamkeit, im Namen der heiligen Freundſchaft den berühmten Krieger, Bürger, Redner, Staatsmann, der ſich ſo verdient um ſie alle gemacht hat!“ Im Verfolge ſeiner Rede erinnerte Caſimir Périer an das traurige Loos der Wittwe, die der Verſtorbene, von allen Mitteln entblößt, mit fünf unmündigen Kindern zurückgelaſſen, und forderte die Anweſenden auf, an die Hinterbliebenen die Schuld der Nation abzutragen. „Ja, das wollen wir,“ war von allen Seiten einſtimmige Antwort. In den Geſchäftszimmern der liberalen Tagblätter wurden Liſten aufgelegt, in welche die Unterzeichnung von Beiträgen zu jedem, auch dem geringſten Belaufe, aufgenommen wurde, um dem zu früh Dahingeſchiedenen ein Denkmal zu errichten

Digitized by Google

und ſeinen Kindern eine unabhängige Zukunft zu ſichern. In wenigen Monaten war die Summe von einer Million Franken zuſammengebracht. Der Herzog von Orleans, der ſich in der Vorahnung einer ſtürmiſchen Zukunft um die Volksgunſt zu bewerben anfing, nachdem er von der Gunſt des Königs Alles erlangt, was dieſe gewähren konnte, hatte 10,000 Franken gezeichnet. Caſimir Périer das Doppelte; der im Beſitze fürſtlichen Reichthums auf mehr als fürſtliche Weiſe freigebige Banquier Laffitte das Fünffache.

Wie engherzig und beſchränkt auch die Grundſätze waren, denen Villèle in ſeiner innern Verwaltung folgte, ſo muß man ihm doch die Gerechtigkeit widerfahren laſſen, daß er in den Beziehungen Frankreichs zum Auslande, ſobald er nicht gezwungen war, ſeine eigenen Anſichten fremden Eingebungen unterzuordnen, die wahren Intereſſen ſeines Vaterlandes wohl wahrzunehmen wußte; hauptſächlich vielleicht gerade deshalb, weil er, jeder Auffaſſung von einem höhern Geſichtspunkte unzugänglich, die Dinge am liebſten von der Seite des zunächſt liegenden, mit Händen zu greifenden Vortheiles nahm. Zu dem Kriege in Spanien war er wider Willen gedrängt worden; nach der Befreiung Ferdinands VII. bot er Alles auf, um den unwürdigen, nur von den Gefühlen der Rache beſeelten Fürſten zu der Annahme einer verſtändigen, gemäßigt freiſinnigen Regierungsweiſe zu beſtimmen; nicht ſowohl aus Vorliebe für die liberalen Ideen, als weil er überzeugt war, daß nur auf dieſem Wege ſich in Spanien ein feſtgeordneter Zuſtand der Dinge begründen ließ. Wenn er in ſeinen Bemühungen ſcheiterte, ſo lag die Schuld nicht an ihm, ſondern theils an der Unfähigkeit und Erbärmlichkeit der Rathgeber, von denen König Ferdinand umgeben war, theils an dem Umſtande, daß ihm durch den geheimen Einfluß ſeines eigenen Hofes entgegengearbeitet wurde. Nachdem Villèle darauf verzichtet hatte, in Spanien zum Ziele zu gelangen, wo fortwährend ein franzöſiſches Truppencorps zurückbleiben mußte, um wenigſtens den äußern Schein der Ordnung zu erhalten, wandte er ſeine Blicke auf die ſpaniſch-americaniſchen Colonien, die ſich vom Mutterlande losgeriſſen, und die dieſes in ſeiner innern Zerrüttung keine Ausſicht hatte, jemals zu ihrer alten Abhängigkeit zurückzuführen. England hatte die Selbſtſtändigkeit der neuen ſpaniſch-americaniſchen Freiſtaaten bereits anerkannt; Villèle's Plan war, die ſpaniſche Regierung gleichfalls zu der Anerkennung der Unabhängigkeit ihrer ehemaligen Colonien zu vermögen, wobei er vorausſetzte, daß dieſen kein Preis zu hoch ſeyn würde, um ihre Sicherſtellung gegen alle ferneren Anfeindungen zu erkaufen. Aus den Millio-

Digitized by Google

nen, die auf dieſe Weiſe in den ſpaniſchen Schatz flöſſen, hoffte er zuvörderſt Frankreich für die ungeheuern Summen bezahlt zu machen, welche die franzöſiſche Regierung in Folge des ſpaniſchen Feldzuges Ferdinand VII. vorgeſchoſſen; außerdem vergaß er nicht, die Vortheile in Rechnung zu ziehen, die der franzöſiſche Handel und Gewerbfleiß zu erwarten hatte, wenn ein ganzer Welttheil demſelben ſeine bisher verſchloſſenen Märkte öffnete. Um mit einem guten Beiſpiele voranzugehen, welches, wie er ſich ſchmeichelte, ſeine Wirkung an dem ſpaniſchen Hofe nicht verfehlen könnte, hatte er in aller Stille Unterhandlungen mit dem Negerfreiſtaate Hayti angeknüpft, der auf den Trümmern des einſt franzöſiſchen Antheiles von San Domingo entſtanden war. Die Form, welche man dem mit dem Präſidenten des Freiſtaates Boyer abzuſchließenden Vertrage gab, entſprach den überſpannten Vorſtellungen von dem unverbrüchlichen Rechte der königlichen Gewalt, die am Hofe der Tuilerien herrſchten. Eine königliche Ordonnanz verfügte, daß der franzöſiſche Antheil von San Domingo in Zukunft unter ſeiner eigenen Regierung ſtehen und von der franzöſiſchen Herrſchaft frei ſeyn ſollte; daß der Freiſtaat Hayti den ihrer Beſitzungen beraubten franzöſiſchen Pflanzern eine Entſchädigung von 150 Millionen Franken zu zahlen habe; und daß die Häfen von Hayti den Schiffen aller Nationen geöffnet wären, wobei jedoch dem franzöſiſchen Handel beträchtliche Bevorzugungen vorbehalten wurden. Da ein franzöſiſches Geſchwader vor dem Hafen von Port-au-Prince erſchien und denſelben zu blockiren drohte, ſo entſchloß ſich der Präſident Boyer, den Vertrag ungeachtet ſeiner verletzenden Form und ungeachtet ſeiner drückenden, die Kräfte des Freiſtaates überſteigenden Bedingungen anzunehmen. Am 10. Auguſt trafen drei Commiſſaire von Hayti im Hafen zu Breſt ein, um die Acte über die Annahme des Vertrages zu überbringen. Der Moniteur verkündete den ſtaunenden Franzoſen, daß die Ordonnanz über die Freigebung von Hayti auf dieſer Inſel mit Hochachtung und Dankbarkeit aufgenommen worden ſey. So täuſchen die Mächtigen, von ihren vorgefaßten Meinungen befangen, ſich ſelbſt, indem ſie andere zu täuſchen meinen. Hr. v. Villèle erfuhr bald, wie ſehr er den Einfluß des franzöſiſchen Beiſpieles überſchätzte, wenn er vorausſetzte, daß daſſelbe hinreichend ſeyn würde, um Spanien zur Nachahmung zu veranlaſſen. Ferdinand VII. — und hierin zeigte er ſich als echten Spanier — war viel zu ſtolz, um auch nur einen Augenblick daran zu zweifeln, daß die abtrünnigen Colonien früher oder ſpäter unter die Botmäßigkeit des Mutterlandes zurückkehren müßten. So leer alle öffentlichen Caſſen ſeines Königreiches waren,

Digitized by Google

ſo wies er doch mit Verachtung den Vorſchlag zurück, um Gold zu verkaufen, was er als ſein gutes Recht betrachtete; und während Villèle ſchüchterne Verſuche machte, den durch franzöſiſche Hülfe allein auf ſeinem Throne erhaltenen Fürſten für ſeine Finanzſpeculationen zu gewinnen, ließ dieſer durch ſeine Geſandten bei allen europäiſchen Höfen anfragen: „durch welche Mittel die Colonien zu beruhigen und zum Gehorſam gegen das Mutterland zurückzuführen wären?“

Die Anerkennung von Hayti, wenn auch in der Form noch ſo verfehlt, blieb jedenfalls die Maßregel einer geſunden Politik, da es für Staaten eben ſo nachtheilig iſt, wie für den einzelnen Bürger, Anſprüche feſt zu halten, die ſich entweder gar nicht, oder doch nicht ohne unverhältnißmäßige Opfer geltend machen laſſen. Aber je verſtändiger eine Maßregel war, um ſo ſicherer konnte man vorherſehen, daß ſie bei der Mehrheit der Abgeordnetenkammer die entſchiedenſte Mißbilligung finden würde. Der Kreis der Anſichten, in welchem die in der Kammer vorherrſchende Partei ſich bewegte, war ein ſo engbegrenzter und zugleich ein ſo durchaus in ſeinem Grunde falſcher, daß es ſchwer hielt, dem geſunden Menſchenverſtande auf andere Weiſe als im Gefolge ſinnloſer Thorheit Eingang zu verſchaffen. Um für die Anerkennung von San Domingo Verzeihung zu erhalten, mußte Villèle ſich daher bequemen, einem Geſetzentwurfe ſeine Zuſtimmung zu geben, von dem er bei ſeinem ſcharfen durch die Nebel des Parteigeiſtes ungetrübten Blicke ſich unmöglich verbergen konnte, daß derſelbe recht gefliſſentlich darauf berechnet war, ganz Frankreich mit Beſorgniß, Beſtürzung und Unwillen zu erfüllen. Von allen Errungenſchaften der Revolution war keine den Franzoſen theurer geworden, keine allgemeiner in die Vorſtellungen, Sitten und Gewohnheiten der Nation übergegangen, als die Gleichheit vor dem Geſetze. Was dieſe verletzte, war gewiß, in allen Gemüthern die tiefſte Entrüſtung hervorzurufen. Man hatte nichts dagegen, wenn der alte Adel mit ſeinen Titeln, Stammbäumen und Wappen prunkte, weil damit keine Bevorrechtungen verbunden waren, welche die Gleichheit vor dem Geſetze aufgehoben hätten. Um ſo tiefer empörte es das ſittliche, wie das politiſche Bewußtſeyn der Nation, wenn man die Partei, welche die Gewalt in Händen hatte, bald offen, bald verdeckt, aber immer mit gleich unverrückter Folgerichtigkeit bemüht ſah, Unterſcheidungen zurückzuführen, die einer längſt abgeſtorbenen Vergangenheit angehörten. Der Geſetzentwurf, durch den Herr von Villèle die Zuſtimmung der Kammer erkaufen zu müſſen glaubte, hatte nichts Geringeres zum Zwecke, als die Gleichheit der Erbtheilungen aufzuheben,

Digitized by Google

die das bürgerliche Geſetzbuch vorſchrieb, und an deren Stelle das in den erſten Zeiten der Revolution abgeſchaffte Recht der Erſtgeburt mit ſeinem Gefolge erdichteter Schenkungen und letztwilliger Scheinvermächtniſſe wieder einzuführen. Dem aus der Verbannung zurückgekehrten Adel war nichts ein größerer Greuel, als die fortſchreitende Theilung des Grundeigenthumes, welche die ganze Oberfläche von Frankreich mit kleinen ſelbſtſtändigen Landbeſitzern bedeckte. Man klagte, daß das große Grundeigenthum, die feſteſte Stütze des Thrones, allmälig völlig verſchwände, und daß die ſtets zunehmende Maſſe der kleinen Eigenthümer durch das Uebergewicht, welches ſie bei den Wahlen erlangen müſſe, eine wahre Volksherrſchaft zu begründen drohe; um dieſen Klagen abzuhelfen, hatte der Juſtizminiſter Peyronnet ſeinen Geſetzentwurf ausgearbeitet, von dem man hoffte, daß er die Zeit um vierzig Jahre zurückſchrauben ſollte.

Als die Kammern wieder eröffnet wurden, legten die Miniſter den Geſetzentwurf über das Erſtgeburtsrecht den Pairs, jenen über die Anerkennung von San Domingo den Abgeordneten zur Genehmigung vor. Bei der Nachgiebigkeit, welche die Pairskammer in der letzten Seſſion gezeigt hatte, glaubte man auch jetzt auf gleiche Gefälligkeit rechnen zu dürfen. Dabei überſah man nur, daß eine Verſammlung, welche die Häupter der vornehmſten und vermögendſten Familien Frankreichs in ihren Reihen zählte, es nothwendig als ihren eigenſten Beruf erkennen mußte, die im Staate und in der Geſetzgebung beſtehende Ordnung zu erhalten und jedem Verſuche, dieſe durch verwegene Neuerungen zu untergraben, von welcher Seite derſelbe auch kommen mochte, mit Kraft zu begegnen. Die alten Bevorzugungen des Erſtgeburtsrechtes waren aber in Frankreich ſeit der Revolution ſo gänzlich in Vergeſſenheit übergegangen, daß man in dem Verſuche, dieſelben zurückzuführen, kaum etwas Anderes, als die keckſte Anmaßung ſehen konnte, welche alle Familienverhältniſſe zu zerrütten und damit die Grundlagen der bürgerlichen Geſellſchaft zu zerſtören drohte. Von dieſem Geſichtspunkte wurde Peyronnets Geſetzentwurf aufgefaßt, als derſelbe in der Pairskammer zur Berathung kam. Der miniſterielle Vorſchlag war, daß bei jeder Vererbung eines Vermögens, von dem 300 Franken Grundſteuer gezahlt würden, in gerader abſteigender Linie, der nach den Beſtimmungen der Geſetze zu freier Verfügung des Erblaſſers ſtehende Antheil, ſofern dieſer nicht ausdrücklich eine andere Anordnung getroffen hätte, von der Theilung unter den Kindern ausgenommen ſeyn und vorzugsweiſe dem erſtgeborenen Sohne zufallen ſollte. „Was werden die unvermeidlichen

Digitized by Google

und unbeſtreitbaren Folgen der Annahme oder Verwerfung dieſes Geſetzes ſeyn?“ fragte Graf Molé beim Beginne der Erörterung. „Die betheiligten Parteien ſind die Väter, die erſtgeborenen und nachgeborenen Söhne und ganz Frankreich. Werden die Väter durch das Geſetz einen höheren Grad von Anſehen und Gewalt gewinnen? Werden ſie nicht durch die unſittlichſte aller geſetzlichen Beſtimmungen dazu verurtheilt, eines oder mehrere ihrer Kinder wenigſtens theilweiſe zu enterben? Und die Erſtgeborenen! Wird dieſes Recht, welches ſie durch das Geſetz erhalten, das aber der Natur zuwider iſt, ſie nicht ihren Brüdern und Schweſtern verhaßt machen, und werden dadurch nicht die heiligſten Bande der Familie gelöſt werden? Die nachgeborenen Söhne und Töchter! der ganze Geſetzentwurf iſt gegen ſie gerichtet. Wird man nicht, indem man eine Ariſtokratie aus den Erſtgeborenen ſchaffen will, aus allen übrigen Kindern eine gefährliche Demokratie bilden? eine zahlreiche Klaſſe, die bei allen politiſchen Veränderungen ihren Vortheil findet? Wird man ferner, indem man den dritten oder vierten Theil alles Eigenthums dem Umlaufe entzieht, nicht den Ertrag des Grundbeſitzes vermindern? und werden wir dadurch nicht mit einer Vermehrung der Steuern bedroht? Alle dieſe Beſorgniſſe können wir nicht anders beſchwichtigen, als indem wir den Geſetzentwurf zurückweiſen.“ — „Der Grundſatz der Gleichheit vor dem Geſetze,“ rief Graf Pasquier aus, „wird durch den miniſteriellen Entwurf auf eben ſo ohnmächtige als ungeſchickte Weiſe angegriffen. Der miniſterielle Vorſchlag verletzt nicht bloß die öffentliche Sittlichkeit, ſondern die Sittlichkeit der Familien in ihrem innerſten Weſen. Der Familienvater wird durch denſelben in die falſcheſte und bedauernswertheſte Stellung gebracht. Ein Geſetz, das ſolche Uebelſtände darbietet, wäre das verderblichſte Geſchenk, das man dem Lande machen könnte.“ — „Unſere Sitten,“ erwiderte Herr von Peyronnet, „neigen ſich zur Gleichheit der Theilungen; und die Geſetze, ſagt man uns, ſollen der Ausdruck der Sitten ſeyn. Dieſe Behauptung beruht aber nur auf einem kindiſchen Wortſpiele. Die Geſetze ſind vielmehr der Ausdruck der Bedürfniſſe der Geſellſchaft; denn da man nur dann Geſetze geben ſoll, wenn ſie nothwendig geworden ſind, ſo werden ſie ein lebender Beweis des Bedürfniſſes, das ſie veranlaßt hat. Die Geſetze ein Ausdruck der Sitten! Wenn die Geſetze dies ſind, ſo ſind ſie es nur durch ihren Gegenſatz, aber nicht durch ihre Uebereinſtimmung mit den Sitten. Man verſichert uns, daß wir die natürlichen Gefühle des Menſchen in dem gegenwärtigen Zuſtande der Geſellſchaft verletzen, indem wir ihm die Mittel geben, ſeine Familie,

Digitized by Google

ſeine Güter und ſeinen Namen zu erhalten. Die Gefühle, auf die man ſich beruft, mögen natürlich ſeyn in dem Zuſtande der Wildheit und Rohheit, wo die Neigungen nicht über die phyſiſche Exiſtenz und das phyſiſche Wohlſeyn der Perſonen hinausgehen, die der Gegenſtand derſelben ſind. In dem Zuſtande der gebildeten Geſellſchaft hat der Menſch ausgedehntere und verwickeltere Neigungen; er will nicht mehr bloß die phyſiſche Exiſtenz, ſondern eine ſittliche und bürgerliche geben. Wir haben jetzt zu wählen, ob wir die natürlichen Gefühle des Wilden, oder jene des geſitteten und gebildeten Mannes vorziehen." Eine ſolche Auffaſſung der Dinge konnte dem unbefangenen Sinne beinahe nur als Hohn gegen die geſunde Vernunft erſcheinen; auch fand dieſelbe ſogleich ihre verdiente Zurechtweiſung. — „Wie?" rief der ſonſt im höchſten Grade gemäßigte Herr von Barante aus, „wollen die Miniſter alljährlich vor die Nation treten, um ihr einmal zu erklären, daß ſie keine Religion kenne, das andere Mal, daß ſie die Grundbedingungen der Familie vergeſſen habe, um ihr anzuzeigen, daß ſie ihre Sitten ändern, ihre Geſetze unnatürlich entſtellen müſſe? Blicken wir auf die tiefe Ruhe, die das Land mitten in dieſem Kampfe der Meinungen bewahrt, wie wäre dies möglich, wenn die Unternehmung, eine ganze Nation umzugeſtalten, nicht etwas ſo Maßloſes hätte, daß ſie nur als eitel und lächerlich erſcheint? Geſetze, die zu den Gewohnheiten und Meinungen einer Nation nicht paſſen, ſind Worte und weiter nichts." Umſonſt kam der Miniſter des Innern, Herr von Corbière, ſeinem hart bedrängten Collegen Peyronnet zu Hülfe und ſuchte nachzuweiſen, daß die Regierung nichts weiter bezwecke, als die gegenwärtige Vertheilung des Vermögens gegen allzugroße Veränderungen zu ſchützen. Die Mehrheit der Pairskammer entſchied ſich für die Ablehnung des Geſetzentwurfes, mit Ausnahme eines einzelnen Abſchnittes, bei dem das Erſtgeburtsrecht gar nicht in Frage kam, indem derſelbe die Wiedereinführung der ſogenannten Subſtitutionen oder der Schenkungen und Vermächtniſſe unter der Bedingung der Rückgabe an die natürlichen Erben des Schenkenden oder des Erblaſſers betraf. Auch gegen die Subſtitutionen ließen ſich gerechte Einwendungen erheben, weil ſie die Veräußerungen des Grundeigenthumes erſchwerten und zu der Zeit ihres früheren Beſtehens zu den abſcheulichſten Betrügereien Veranlaſſung gegeben hatten. Die Pairskammer hielt indeſſen dieſe Uebelſtände, wie es ſcheint, nicht für gewichtig genug, um zur Verhütung derſelben ſich in einen neuen Kampf mit der Regierung einzulaſſen. Man glaubte genug gethan zu haben, indem man die Herſtellung des Erſtgeburts-

rechtes abwandte; und in der That wurde die Entſcheidung der Pairskammer in ganz Frankreich mit allgemeinem Jubel aufgenommen; in der Hauptſtadt und in den vornehmſten Provinzialſtädten wurden öffentliche Erleuchtungen und Feſte veranſtaltet; und ſelbſt die ſtilleren Familienkreiſe feierten ein Ereigniß, welches ſie vor der Gefahr des Zwieſpaltes und der inneren Zerrüttung bewahrte.

Nicht geringern Beifall gewann das Benehmen der Pairskammer bei einer andern Gelegenheit. Die Regierung hatte derſelben einen Geſetzentwurf über die Vergehen und Verbrechen vorgelegt, die von Franzoſen in den Handelsplätzen der Levante verübt würden. Als über dieſen die Verhandlungen eröffnet wurden, erhob ſich der Vicomte von Châteaubriand und ſchilderte in den glühendſten Farben die Leiden des unglücklichen Griechenvolkes, das um dieſe Zeit ſeine letzten Kräfte aufbot, um den vaterländiſchen Boden gegen die europäiſch diſciplinirten Banden Ibrahim Paſchas zu vertheidigen. Schaaren gefangener Griechen wurden größtentheils auf europäiſchen und, wie es hieß, auch auf *franzöſiſchen* Schiffen nach Aegypten hinübergeführt, um dort als *Sclaven* verkauft zu werden. Châteaubriand ſtellte deshalb den Antrag, daß dem Geſetzentwurfe ein Abſchnitt zugefügt werden ſollte, welcher jede Betheiligung franzöſiſcher Unterthanen an dieſem abſcheulichen Handel nach den Umſtänden für ein ſchweres Verbrechen oder wenigſtens für ein ſtrafbares Vergehen erklärte; und eine nicht unbeträchtliche Mehrheit entſchied für die Annahme dieſes Antrages, der in der Abgeordnetenkammer zwar ungeachtet aller Bevorwortungen des Generals Sebaſtiani und Benjamin Conſtants verworfen wurde, deshalb ſeinen Eindruck auf die Gemüther jedoch nicht verfehlte und die unter den gebildeten Ständen allgemein verbreitete Theilnahme für die Sache des griechiſchen Freiheitskampfes in allen edleren Herzen zur Begeiſterung ſteigerte.

Inzwiſchen waren in der Abgeordnetenkammer die Verhandlungen über die Anerkennung der Unabhängigkeit von San Domingo mit einer Leidenſchaftlichkeit und Erbitterung geführt worden, zu der in dem Gegenſtande kaum eine Veranlaſſung lag. Dabei trat die auffallende Erſcheinung ein, daß die Liberalen, die man doch ſonſt ſo leicht nicht auf der Seite des Miniſteriums ſah, den miniſteriellen Geſetzentwurf auf das Lebhafteſte vertheidigten, weil derſelbe, wenn auch nicht in ſeiner Form, doch in den Ergebniſſen, die er herbeiführte, ihren Anſichten von dem allen Völkern zuſtehenden Rechte auf Freiheit, Gleichheit und Unabhängigkeit entſprach. Aus denſelben Gründen, aus denen

die Liberalen für die miniſterielle Maßregel ſtritten, wurde dieſelbe von den entſchiedeneren Royaliſten mit gleich lebhaftem Eifer bekämpft. Selbſt der beſonnene Agier vergaß ſich ſo weit, daß er ausrief: „Die franzöſiſche Regierung will mit rebelliſchen Negern unterhandeln! mit den Mördern ihrer Herren, den Räubern ihres Eigenthumes! Es erſchreckt und verletzt die öffentliche Sittlichkeit, wenn man zugiebt, daß die Freiheit durch das Verbrechen erobert werden kann. Die blutigen Fahnen der Empörung haben ſich vor dem Scepter der Legitimität nicht gebeugt; die Würde der Krone iſt bloßgeſtellt!“ In ähnlichem Sinne ſprachen der geiſtreiche Berthier, Baco de Romans und de la Bourdonnaye, die aber durch alle ihre heftigen Anklagen und Vorwürfe nicht zu verhindern vermochten, daß der miniſterielle Geſetzentwurf mit weit überwiegender Stimmenmehrheit angenommen wurde. Bei den Pairs fand die Annahme keine Schwierigkeit.

Ein neuer Sturm erhob ſich in der Abgeordnetenkammer, als die Berathungen über den von den Pairs arg gemißhandelten Geſetzentwurf über die Subſtitutionen begannen. Diesmal war der Unmuth der Ultraroyaliſten aber nicht ſowohl gegen die Miniſter gerichtet, denen man keinen Vorwurf machen konnte, wenn ſie außer Stande geweſen waren, den Erwartungen der Partei beſſer zu entſprechen, als gegen die Pairskammer, und da man dieſe nicht offen angreifen durfte, gegen die liberalen Ideen, die in ihr vertreten und die in ganz Frankreich freilich ſo allgemein verbreitet waren, wie die Luft, die ein Jeder einathmet, ohne daß eine irdiſche Gewalt ihn daran zu verhindern vermöchte, ſo lange er das Leben hat. Schon der Berichterſtatter der Prüfungscommiſſion, Mounier-Buſſon, ſprach ſein Bedauern darüber aus, daß der Geſetzentwurf nicht vollſtändiger ſey. Der bis zum Lächerlichen überſpannte Salaberry maß die Schuld der Freiheit der Preſſe und dem revolutionairen Geiſte bei, die täglich furchtbarere Fortſchritte machten. „Welche geſellſchaftliche Frage vermag eine Regierung dieſen unabläſſig wiederholten und immer ſtrafloſen Mißbräuchen der Preßfreiheit gegenüber zu löſen? Laſſen wir eine Thatſache nicht unbeachtet! Ein neues Lehnweſen des beweglichen Eigenthumes und des Gewerbfleißes iſt entſtanden; der letzte hat ſeine Vaſallen, ſeine Leibeigenen, ſeine Hörigen, die mehr unterdrückt ſind, als es jemals jene der alten Zeit waren. Schon thut die handeltreibende Mehrheit der Hauptſtadt, die Mehrheit der kleinen patentirten Wähler keinen Schritt außer nach dem Gutbefinden ihrer Lehnsherren, mit denen ſie Abrechnung halten. Dieſes neue Lehnweſen muß man in ſeinem ge-

fährlichen Einfluſſe hemmen, in ſeinen Fortſchritten aufhalten, bevor ſein Bündniß mit der Revolution vollkommen zu Stande gebracht iſt. Sofern dies nicht geſchieht, iſt die Monarchie verloren." — „Vortrefflich," entgegnete Benjamin Conſtant. „Man unterrichtet uns nun wenigſtens über den Zweck des Geſetzentwurfes; man verzichtet darauf, uns eine Falle zu legen, die man vor unſeren Augen verborgen hält. Jetzt wird der erſte Kanonenſchuß gegen unſere Einrichtungen abgefeuert, die aus dreißig Jahren des Sturms hervorgegangen ſind: ein Kanonenſchuß, der zwar nur ſchwach und dumpf erſchallt, dem aber bald andere folgen werden." — „Es iſt wahr," verſetzte dagegen der ſtörriſche Dupleſſis de Grénédau; „wozu ſoll uns ein ſolches Geſetz helfen? Leben wir nicht unter einer Regierung, die mehr republikaniſch, als monarchiſch iſt? und kann das neue Geſetz nicht durch ſeine Folgen dem Wunſche entgegentreten, ein altes Unrecht wieder gut zu machen, wenn dieſer in den Beſitzern der Emigrantengüter oder in ihren Kindern erwacht?" Wie wenig man auch mit den ſpärlichen Reſten zufrieden war, welche die Pairskammer von dem urſprünglichen Geſetzentwurfe übrig gelaſſen hatte, ſo mußte man doch für das Erſte darauf verzichten, mehr zu erreichen, als die Nachgiebigkeit der Pairs zu bewilligen geneigt war; denn wenn die Verfaſſung auch ein Mittel bot, den Widerſtand dieſes Zweiges der Geſetzgebung zu brechen, indem der König nur eine hinreichende Anzahl neuer Pairs ernennen durfte, um eine den Wünſchen und Planen ſeiner Umgebung günſtige Mehrheit zu ſchaffen, ſo war Villèle doch zu beſonnen, ohne Noth eine Maßregel hervorzurufen, deren weitreichende Folgen ſich unmöglich vorher berechnen ließen.

Ein unbeſtreitbares Verdienſt Villèle's war die gute Ordnung, die er in die Verwaltung der Finanzen einführte. Dennoch gaben ſeine Voranſchläge für den Staatshaushalt zu Ausſtellungen von allen Seiten Veranlaſſung. Eine in ihren Folgen wichtige Erörterung wurde durch die Bemerkungen hervorgerufen, die Hr. Agier über die Verwaltung der geiſtlichen Angelegenheiten machte. Agier bedauerte es, daß die Pfarrer auf dem Lande nicht hinreichend beſoldet wären. „Und doch", ſagte er, „ſind dieſe die wahren Seelenhirten, die Tröſter der Armen in der Noth, die eigentlichen Stützen der Religion; und ohne Religion kann es keine Staatsgeſellſchaft, keine Regierung geben. Wenn die religiöſen Bande reißen, ſo reißen auch die politiſchen. Bei uns aber reißen die religiöſen Bande, weil man ſie zu ſtraff anſpannt. Das göttliche Weſen der chriſtlichen Religion giebt ſich nicht durch

Verfolgungsſucht und Unduldſamkeit, ſondern durch Duldung und Ueberzeugung zu erkennen: dieſer milde Geiſt der Duldung herrſcht in jenem alten Clerus von Frankreich, der durch das Unglück und durch die Verfolgung gereiſt iſt; und dennoch ſehen wir, daß der entgegengeſetzte Geiſt der Unduldſamkeit in allen Kreiſen der Geſellſchaft immer ſchroffer hervortritt, daß die geiſtliche Gewalt ſich täglich gefährlichere Eingriffe in das Gebiet der weltlichen erlaubt. Woher drohen dieſe Eingriffe, die dem Geiſte unſerer Religion ſo ſehr entgegen ſind? Es iſt Zeit, dies offen auszuſprechen: von einer verborgenen Macht, von einem Vereine, deſſen Mitglieder zum großen Theile unſeren conſtitutionellen Staatseinrichtungen einen tödtlichen Haß geſchworen haben und ſie vernichten wollen, ſollte auch die Religion darüber zu Grunde gehen. Fragt man mich um den Namen des Vereins, ſo antworte ich durch Hinweiſung auf ſeine Wirkungen und ſeine Werke; an dem Namen iſt nichts gelegen. Dieſer Verein erregt Widerwillen gegen die Religion, entfremdet dem Könige die Herzen, und gefährdet ſelbſt die Sicherheit des Thrones; er beherrſcht das Miniſterium, das bald ſein Joch abſchütteln will, bald demſelben wieder ſich geduldig unterwirft; alle Beamten zittern vor ſeinem geheimen Einfluſſe; durch ihn werden alle Stellen im Civil wie im Militär vergeben. Aber man hüte ſich! das Frankreich, welches, geblendet vom Glanze der Waffen, den militairiſchen Deſpotismus ertrug, wird nicht eben ſo den Deſpotismus der religiöſen Heuchelei ertragen. Verſchließen wir nicht die Augen, während wir am Rande eines Abgrundes ſtehen! Alles hat ſich verwandelt in unſerm Vaterlande — Sitten, Gewohnheiten, Intereſſen, Ideen, — Alles iſt verwandelt in den Ländern um uns her. Umwälzende europäiſche Ereigniſſe bereiten ſich vor; die Welt ſcheint ſich auf ihrer Achſe umgedreht zu haben; und wir wähnen uns noch immer auf der alten Stelle. Wir ſind weiter, als wir denken. Die Zeit macht Rieſenſchritte; und wer ihr nicht folgt, den reißt ſie mit ſich fort.“ Der Biſchof von Hermopolis, der als Miniſter der geiſtlichen Angelegenheiten den kühnen Angriff Agiers nicht unbeantwortet laſſen konnte, übernahm es, denſelben als grundlos zurückzuweiſen; er nannte den Namen des Vereins, auf welchen der ſtreng royaliſtiſche, aber freiſinnige Redner nur angeſpielt hatte; er ging die ganze Geſchichte der Congregation von ihrem Urſprunge an durch und bemühte ſich darzuthun, daß der Zweck derſelben kein anderer ſey, als religiöſe Geſinnungen unter dem Volke zu verbreiten, er leugnete es ab, daß ſie ſich irgend einen Einfluß auf die weltliche Gewalt anmaße, und berief ſich dabei

auf ſeine eigene Erfahrung, da er, ſelbſt der Congregation nicht angehörig, während einer zweijährigen Theilnahme an der Verwaltung niemals etwas von einem ſolchen Einfluſſe wahrgenommen habe. Die gemäßigte und würdevolle Darſtellung des Prälaten würde nicht allein in der Abgeordnetenkammer, wo es deſſen kaum bedurfte, ſondern in der ganzen Nation den beruhigendſten Eindruck hervorgebracht haben, wenn nicht zu viele Thatſachen vorgelegen hätten, die mit ſeinen Behauptungen im ſchroffſten Widerſpruche ſtanden. Dabei beging er eine Unvorſichtigkeit, die ſich durch alle Gewandtheit der Rede nicht gut machen ließ. Er ſuchte die Beſorgniſſe zu widerlegen, die das Einſchleichen der Jeſuiten erregte. „Es giebt in Frankreich," ſagte er, „38 königliche und 60 ſtädtiſche Gymnaſien, 300 vom Staate anerkannte Erziehungsanſtalten, 80 Seminarien und wenigſtens 100 geiſtliche Vorbereitungsſchulen, die man kleine Seminarien nennt. Nicht ein Gymnaſium, nicht eine größere Erziehungsanſtalt, nicht ein theologiſches Seminarium befindet ſich in den Händen der Männer, die unter dem Namen Jeſuiten bekannt ſind. Und von den hundert kleineren Seminarien, wie viele ſind ihnen von dieſen anvertraut? Nicht mehr *als ſieben.* Bei ſo geringer Verbreitung können ſie unmöglich einen verderblichen Einfluß auf die Jugend üben und dieſelbe zu ihren Lehren hinüberführen." Bisher war die Anweſenheit der Jeſuiten in Frankreich nur von den Journalen als geſetzwidrig gerügt, von den Behörden aber immer beharrlich in Abrede geſtellt worden; jetzt wurde dieſelbe mit einem Male amtlich zugeſtanden; und man wußte nun, was man von den früheren Ableugnungen zu halten hatte. Die Wirkung dieſes Eingeſtändniſſes war ungeheuer. Auf der einen Seite wurde den amtlichen Widerlegungen, welche gegen die Vorwürfe und Beſchuldigungen der Journale gerichtet waren, aller Glaube genommen; auf der andern erhielt das Schreckbild, welches bisher ſich den Gemüthern nur in dunkler Form und in ſchwankenden Umriſſen gezeigt hatte, eine beſtimmte Geſtalt, und wurde dadurch den Angriffen, an denen es nicht fehlen konnte, zugänglich gemacht.

Die nächſte Folge war, daß ein Mann von erprobter royaliſtiſcher Geſinnung, der ſich aber bereits in einer frühern Schrift mit männlicher Kraft gegen das verderbliche Umſichgreifen einer irregeleiteten Religioſität ausgeſprochen hatte, der hochbetagte Graf Montloſier, jetzt als offener Ankläger der Jeſuiten und der Congregation auftrat*). Eine

*) Mémoire à consulter sur un système religieux et politique tendant à

Denkſchrift, die er an die vornehmſten Rechtsgelehrten, ſo wie an die Beiſitzer ſämmtlicher Gerichtshöfe des Königreiches verſandte, forderte die letzten auf, nach aller Strenge der Geſetze gegen die beiden religiöſen Vereine, deren geſetzwidriges Daſeyn er zur Anzeige brachte, ſo wie gegen die ganze Richtung, die ſich eines großen Theiles der franzöſiſchen Geiſtlichkeit bemächtigt habe, einzuſchreiten. Die angeſehenſten Mitglieder des Advocatenſtandes zu Paris, 43 an der Zahl, unterzeichneten nach vorausgegangener gemeinſchaftlicher Berathung eine Erklärung, worin ſie ſich zwar auf das Beſtimmteſte dagegen ausſprachen, daß die Gerichte gegen irgend eine geiſtige Richtung zu verfahren hätten, bevor dieſelbe in ſtrafbare Handlungen übergegangen wäre, zugleich aber anerkannten, daß das Beſtehen der Jeſuiten, als einer geſchloſſenen Körperſchaft, ſo wie jenes der Congregation allerdings den Geſetzen zuwider ſey, und daß Graf Montloſier durch ſeine Anklage ſich daher ein weſentliches Verdienſt um den Fürſten und um das Vaterland erworben habe. Der oberſte Gerichtshof des Reiches, vor welchen jetzt die Sache gebracht wurde, erkannte gleichfalls an, daß alle zu verſchiedenen Zeiten gegen die Jeſuiten, die Congregationen und ähnliche Verbindungen erlaſſenen Geſetze noch in voller Kraft wären, erklärte ſich ſelbſt aber für nicht ermächtigt, auf den Grund dieſer Geſetze ein Urtheil zu fällen, weil die Handhabung derſelben nur der höhern Polizei und keiner richterlichen Behörde zuſtehe. Dieſe Enſcheidung wurde von beiden Parteien als ein Sieg gedeutet: von den Freunden der Jeſuiten, weil ſie wohl wußten, daß dieſe von der Polizei nichts zu fürchten hatten; von den Gegnern, weil die Geſetzwidrigkeit der Herſtellung des verhaßten Ordens, ſo wie aller der Verbindungen, die mit demſelben in mehr oder weniger engem Zuſammenhange ſtanden, jetzt auf eine Weiſe feſtgeſtellt war, die keine Möglichkeit des Zweifels mehr zuließ. Thatſächlich wurde durch den Spruch des Gerichtes in dem Stande der Dinge nichts verändert; aber derſelbe enthielt eine Warnung, die kein anderer Fürſt verachtet hätte, der nicht ſo tief in den Schlingen des pfäffiſchen Aberglaubens befangen geweſen wäre, wie Karl X. Das Recht iſt ſelbſt für den Schwachen eine mächtige Waffe; den Beſtrebungen, die Karl X. begünſtigte, ſtand aber die ganze franzöſiſche Nation gegenüber; und dieſe erhielt jetzt zu dem Bewußtſeyn der Kraft

---

renverser la religion, la société et le trone; und Dénonciation aux cours royales relativement au système religieux et politique, signalé dans le mémoire à consulter.

Digitized by Google

welches ihr die ruhmreichen Erinnerungen der Revolution und des Kaiſerreiches liehen, die Gewißheit ihres guten Rechtes. Die Geiſtlichkeit, ſtatt das ernſte Zeichen zu verſtehen, welches für ſie in dem Urtheile eines Gerichtshofes lag, dem man Hinneigung zu den revolutionairen Ideen auf keine Weiſe zum Vorwurfe machen konnte, ſuchte die Urſache des allgemeinen Haſſes, deren Gegenſtand ſie war, nicht in ihren eigenen Uebertreibungen, ſondern in der Verkehrtheit der Preſſe, welche die öffentliche Meinung irre leite, die Gemüther dem Heiligſten entfremde und nach allen Richtungen die Saat des Unglaubens und der Lüge ausſtreue. Daß die Preſſe, weit davon entfernt, dem Volke eine fremde Meinung aufzudrängen, vielmehr ſelbſt nur der Ausdruck der in der Nation herrſchenden Meinung war, begriff man nicht oder wollte man nicht begreifen; und man glaubte daher Alles gewonnen zu haben, ſobald es nur gelänge, die freie Mittheilung des Gedankens durch die Preſſe auf engere Schranken zurückzuführen: als ob die Meinung, vor deren Macht man Scheu trug, deshalb weniger vorhanden geweſen wäre oder geringere Kraft beſeſſen hätte, wenn es ihr nicht mehr *geſtattet* war, ſich in den Zeitungen auszuſprechen. Die Abgeordnetenkammer hatte in ihrem religiöſen Eifer bei wiederholten Gelegenheiten den Wunſch geäußert, daß den Ausſchweifungen der Preſſe ein Ziel geſetzt werden möge. Karl X. war zwar einer Wiedereinführung der Cenſur entgegen, weil er fühlte, daß er dadurch den letzten Reſt der Volksgunſt, die ihm bei ſeinem Regierungsantritte entgegengekommen war, verſcherzen würde; auch lag in ſeinem Charakter eine Feſtigkeit, die ihn nur mit dem größten Widerwillen von einmal gefaßten Beſchlüſſen zurückkommen ließ. Dabei theilte er aber alle Vorurtheile der überſpannteſten Religionseiferer gegen die Preſſe; die Ausfälle, welche ſich die Journale gegen die Uebergriffe des geiſtlichen Einfluſſes erlaubten, waren ihm ein Greuel; und jedes Mittel, die verruchte Gottloſigkeit der Preſſe zu unterdrücken, mit der einzigen Ausnahme der Cenſur, war ihm daher willkommen. Dem Siegelbewahrer Peyronnet war es vorbehalten, einen Geſetzentwurf vorzubereiten, der darauf berechnet war, dem verderblichen Unweſen mit einem Schlage ein Ende zu machen. Der Name der Cenſur war vermieden, doch wenig mehr als der Name. Denn alle Druckſchriften von zwanzig oder weniger als zwanzig Bogen ſollten fünf, von mehr als zwanzig Bogen zehn Tage vor der Ausgabe der Behörde vorgelegt werden, die das Recht hatte, die Beſchlagnahme zu verfügen und eine gerichtliche Verfolgung anzuordnen, ehe das Buch noch wirklich erſchienen war. Außerdem wurden die Flugſchriften durch

Digitized by Google

einen übermäßig hohen Stempel vertheuert. Einem ähnlichen Stempel wurden die Journale unterworfen, deren Herausgabe zugleich an ſehr erſchwerende Bedingungen geknüpft wurde. Hohe Geldſtrafen drohten ſie, nachdem alle dieſe Schwierigkeiten überwunden waren, zu Grunde zu richten. Man hoffte, durch dieſe Maßregeln die freie Bewegung der Preſſe zu erdrücken, ohne daß man nöthig gehabt hätte, zu offenen Gewaltthätigkeiten ſeine Zuflucht zu nehmen.

Während das franzöſiſche Cabinet in ſeiner innern Verwaltung ſich immer mehr Einflüſſen unterordnete, die in allen ihren Beſtrebungen im ſchroffſten Widerſpruche gegen die bei der großen Mehrheit der Nation vorherrſchende Geſinnung und Geiſtesrichtung ſtanden, führte ein unvorhergeſehenes Ereigniß Verwicklungen in der auswärtigen Politik herbei, die, wenn dieſelben nicht noch zur rechten Zeit auf friedliche Weiſe gelöſt wären, eine unabſehliche Verwirrung anrichten und alle Berechnungen der ſcharfſinnigſten Staatsklugheit zerſtören konnten. Die Anweſenheit der franzöſiſchen Truppen in Spanien, die durch den ungeordneten Zuſtand dieſes unglücklichen Landes ſich von Jahr zu Jahr verlängerte, wurde von England mit den ungünſtigſten Augen betrachtet, weil dieſelbe den brittiſchen Einfluß, der ſo lange auf der pyrenäiſchen Halbinſel der vorwiegende geweſen war, für immer auszuſchließen oder doch in die engſten Grenzen zurückzuweiſen drohte. Um dieſer Gefahr zu begegnen, fanden die brittiſchen Staatsmänner kein geeigneteres Mittel, als der Willkürherrſchaft zu Madrid gegenüber in Liſſabon eine gemäßigte conſtitutionelle Regierung herzuſtellen, von der vorherzuſehen war, daß ſie bei der Gleichartigkeit der geſellſchaftlichen Zuſtände in Portugal und in dem mächtigeren Nachbarlande zu ihrer Selbſterhaltung des brittiſchen Schutzes nicht würde entbehren können. Die freie Verfaſſung, die Dom Pedro nach dem Tode König Johann's VI. von Braſilien aus ſeinem Vaterlande zum Geſchenk machte, war unverkennbar brittiſchen Urſprunges. Ihre Verkündigung wurde zu Liſſabon von der leicht beweglichen Menge mit Jubel, zu Paris dagegen, wie zu Madrid von den Anhängern der willkürlichen Gewalt mit unverhohlener Entrüſtung aufgenommen. Die eifrigſten Verfechter des unbeſchränkten Königthumes in Frankreich wie in Spanien drangen darauf, daß man nicht ſäumen dürfe, die Revolution, die an dem äußerſten Ende der Halbinſel ihr Haupt von neuem erhebe, mit Waffengewalt zu bekämpfen, bevor ſie hinreichend erſtarkt ſey, über die Grenzen des kleinen Königreiches Portugal hinauszugreifen. Villèle, der in der auswärtigen Politik freiere Hand hatte, als in der innern Ver-

waltung, war zu beſonnen, um auf ſo ausſchweifende Plane einzugehen, die einen Krieg zwiſchen England und Frankreich zur unvermeidlichen Folge haben mußten. Er verſtändigte ſich leicht mit dem edlen, obwohl ſchon halbgebrochenen Geiſte, der um dieſe Zeit die öffentlichen Angelegenheiten des brittiſchen Inſelreiches leitete; aber nicht ſo leicht gelang es ihm, die wüthenden Parteigänger im Zaume zu halten, welche, durch ihre franzöſiſchen Sinnesgenoſſen insgeheim unterſtützt, in dem Rathe des ſpaniſchen Ferdinand VII. den Ausſchlag gaben. Nur durch die Drohung, dem eben ſo ſchwachen und feigen, als übermüthigen und trotzigen Fürſten jeden Beiſtand zu entziehen, brachte er es dahin, daß man zu Madrid darauf verzichtete, die portugieſiſchen Flüchtlinge, die ſich in Schaaren in den ſpaniſchen Grenzprovinzen ſammelten, offen zu unterſtützen. Aber je vorſichtiger und weiſer die Politik war, die Villèle in dieſer Angelegenheit beobachtete, um ſo leidenſchaftlicher wurde ſie von den Ultras angegriffen, denen jede Mäßigung, wie dringend ſie auch durch die Umſtände geboten war, entweder als ein Zeichen verächtlicher Muthloſigkeit oder gar des Verrathes erſchien. In der Thronrede, mit der (am 12. December 1826) die Kammern wieder eröffnet wurden, ſagte der König: „er werde ſeine Bemühungen mit den Anſtrengungen ſeiner Verbündeten vereinigen, um den Unruhen, die in einem Theil der Halbinſel ausgebrochen wären, ein Ziel zu ſetzen.“ Dieſer Erklärung, die an und für ſich unzweideutig genug war, fügte Villèle in der Abgeordnetenkammer zur näheren Erläuterung hinzu, daß ſämmtliche europäiſche Mächte in Bezug auf die Angelegenheiten der Halbinſel ſich dahin vereinigt hätten, England verfahren zu laſſen, wie es ſeinen Intereſſen gemäß dies gethan habe, weil man darin das ſicherſte Mittel ſähe, den allgemeinen Frieden zu erhalten und die Ruhe in die Landſchaften zurückzuführen, in denen dieſelbe geſtört worden ſey. In ähnlichem Sinne ſprach Baron Dumas ſich in der Pairskammer aus; aber in beiden Verſammlungen hatten die Miniſter harte Kämpfe zu beſtehen. Die Ultraroyaliſten warfen ihnen vor, daß ſie die Ehre Frankreichs einer feigen Nachgiebigkeit gegen England geopfert hätten. De la Bourdonnaye nannte die Verbindung mit England einen politiſchen Selbſtmord, weil man durch die Mitwirkung zum Siege der portugieſiſchen Revolution ſich der Theilnahme an dieſem Staatsverbrechen ſchuldig gemacht habe. Die Liberalen wieſen mit Schadenfreude darauf hin, daß alle Verlegenheiten des Augenblickes nur durch das Einſchreiten in Spanien veranlaßt worden wären. Die ſeltſamſte Rolle ſpielte Châteaubriand, der die Verſicherung ertheilte,

Digitized by Google

daß er die portugieſiſche Verfaſſung mehr liebe, als die engliſchen Miniſter, die ihre Vorliebe für dieſelbe nicht offen einzugeſtehen wagten. „Ich glaube,“ ſagte der Urheber des ſpaniſchen Feldzuges von 1823, „daß man auf keinem Punkte des Erdbodens eine freie Verfaſſung umſtürzen kann, ohne dem ganzen menſchlichen Geſchlechte eine Beleidigung zuzufügen.“ Zugleich aber behauptete er, daß England kein Recht habe, ſich in die portugieſiſchen Angelegenheiten einzumiſchen, tadelte die ſtrafbaren Gefälligkeiten, welche die Miniſter England erwieſen, und weiſſagte in hohem Prophetentone, daß, wer ſich ſelbſt erniedrige, nicht den Frieden zu erwarten habe, ſondern nur die Schande. Die Pairskammer war jedoch zu beſonnen, um ſich durch Declamationen, die alles thatſächlichen Grundes entbehrten, hinreißen zu laſſen; und in der Abgeordnetenkammer hatte Villèle die miniſteriellen Cohorten zu wohl geordnet, als daß ſie ſo leicht durch den erſten ſtürmiſchen Anlauf zu durchbrechen waren. Die Angriffe, welche die auswärtige Politik des Miniſters in beiden Kammern zu erfahren hatte, verfehlten daher in beiden ihren Zweck: in der einen wegen der verſtändigen Mäßigung, die Villèle überall beobachtete, wo er der Herr ſeiner eigenen Entſchließungen war, in der andern ungeachtet dieſer Mäßigung.

Wenn die Mehrheit der Pairskammer der auswärtigen Politik Villèle's ihre Billigung nicht verſagen konnte, ſo trat ſie mit um ſo entſchiedenerer Feſtigkeit den Grundſätzen entgegen, die in ſeiner innern Verwaltung die vorherrſchenden waren; und dazu fand ſie in einer ihrer erſten Sitzungen nach der Eröffnung der Seſſion Gelegenheit. Da Graf Montloſier mit ſeinen Klagen gegen die Jeſuiten und gegen die Geiſtlichkeit bei dem oberſten Gerichtshofe des Reiches nicht durchgedrungen war, wenn er ſeinen Zweck auch nicht ganz verfehlt hatte, ſo wandte er ſich in einer Bittſchrift an die Pairskammer, um dieſe aufzufordern, im Wege der Geſetzgebung einzuſchreiten. Die Pairskammer konnte auf dieſe Einladung nicht eingehen, weil, nach den Beſtimmungen der Verfaſſung, der erſte Antrag der Geſetze ausſchließlich der Regierung zuſtand; dagegen erkannte ſie, aller Anſtrengungen des Cardinals de la Fare und des Biſchofs von Hermopolis ungeachtet, die Wiedereinführung des Jeſuitenordens in Frankreich, über welche nach den Eingeſtändniſſen des Cultusminiſters kein Zweifel mehr ſey, als geſetzwidrig an und beſchloß deshalb mit großer Stimmenmehrheit die Bittſchrift dem Präſidenten des Miniſterraths zu näherer Erwägung zuzuweiſen. Die Begünſtigung der Jeſuiten, deren Wiedererſtehen der Cardinal de la Fare im Laufe der Erörterung als ein Wunder dar-

Digitized by Google

ſtellte, in dem die Hand Gottes ſichtbar ſey, bezeichnete aber die ganze Richtung der Regierung; und indem die erſte Kammer ſich gegen die Duldung der Jeſuiten erklärte, ſprach ſie das Verdammungsurtheil gegen die Grundanſichten aus, welche die Verwaltung in allen ihren Zweigen leiteten. Dieſes Urtheil reichte in ſeinen Wirkungen höher hinauf, als bis zu den Miniſtern; denn Karl X., der mit dem Ordensgeneral im perſönlichen Verkehr ſtand, glaubte ſeine höchſte Regentenpflicht zu erfüllen, indem er dem Plane, den die Jeſuiten ſich zur Aufgabe geſtellt hatten, das mittelalterliche Kirchenthum wieder herzuſtellen, ſeinen königlichen Schutz lieh. Wenn ſelbſt eine Verſammlung von dem Range und der Bedeutung der Pairskammer ſich nicht länger durch die Rückſicht auf den perſönlichen Willen des Königs abhalten ließ, in dem Kampfe gegen die Anmaßungen der geiſtlichen Gewalt Partei zu ergreifen, ſo mußte ſich auch dem beſchränkteſten Verſtande, der von vorgefaßten Meinungen nur nicht völlig verdunkelt war, die Ueberzeugung aufdrängen, daß ganz Frankreich eines Sinnes, daß die ganze Nation einmüthig entſchloſſen war, ſich der Zurückführung längſt vergangener Zuſtände, die in der Gegenwart nirgend einen Anhaltspunkt fanden, mit Kraft zu widerſetzen.

Eine nicht weniger dringende Mahnung, wie in der Erklärung der Pairskammer über die Bittſchrift des Grafen Montloſier, lag in der Aufnahme, welche dem Entwurfe des neuen Preßgeſetzes in der öffentlichen Meinung zu Theil wurde. Die Journale aller Farben, die überſpannteſten royaliſtiſchen nicht ausgenommen, ſprachen ſich einſtimmig gegen ein Geſetz aus, welches offenbar darauf berechnet war, die nach der Charte jedem Franzoſen als ein unveräußerliches Recht zuſtehende Mittheilung ſeiner Gedanken durch die Preſſe völlig zu unterdrücken; von allen Seiten gingen Bittſchriften an die Kammern ein, welche die Verwerfung eines für die öffentliche Freiheit ſo verderblichen Geſetzes verlangten. Eine amtliche Vertheidigung im Moniteur war ungeſchickt genug, dem Gehäſſigen der Maßregeln auch noch die Lächerlichkeit hinzuzufügen, indem ſie dieſelbe als ein Geſetz der Gerechtigkeit und der Liebe (loi de justice et d'amour) bezeichnete. Der franzöſiche Witz heftete ſich ſogleich an dieſen widerſinnigen Ausdruck, der verkehrter nicht hätte gewählt werden können; und fortan hieß der Geſetzentwurf des Herrn von Peyronnet in ganz Frankreich nicht anders, als das Geſetz der Liebe. Die Entrüſtung war eine ſo allgemeine, daß ſelbſt die franzöſiſche Academie, welche doch die ſchüchternſten, dem politiſchen Leben und Treiben beinahe ganz entfremdeten Gelehrten in

ihrer Mitte zählte, in die Bewegung hineingezogen wurde. Die Academie beſchloß, eine Bittſchrift an den König zu richten, um den Fürſten, der ſeinen Ruhm in großmüthiger Pflege der Wiſſenſchaften ſuche, um die Zurücknahme des die Wiſſenſchaft bedrohenden Geſetzes anzugehen. Die Abordnung, die mit der Ueberreichung der Bittſchrift beauftragt war, wurde bei dem Könige nicht vorgelaſſen; und drei der Gelehrten, die an der Abfaſſung Theil genommen, und welche von der Regierung abhängige Stellen bekleideten, wurden, um ihnen die königliche Ungnade noch fühlbarer zu machen, ihrer Aemter entſetzt. Aber die Meinung der Nation ſprach ſich mit ſo kraftvoller Entſchiedenheit aus, daß ſelbſt die Abgeordnetenkammer, welcher der Geſetzentwurf zuerſt zur Berathung vorgelegt wurde, ungeachtet des fanatiſchen Haſſes der Mehrheit gegen die revolutionaire Preſſe ſich einſchüchtern ließ. Die von der Kammer ernannte Prüfungscommiſſion milderte die gehäſſigſten und ſomit auch die am meiſten bezeichnenden Beſtimmungen, ſo daß von dem urſprünglichen Entwurfe nicht viel mehr als ein Schatten übrig blieb. Der ganze Plan war jedoch zu folgerecht angelegt, als daß die Milderung einzelner Beſtimmungen hinreichend geweſen wäre, der Preſſe wirkſamen Schutz gegen die Unterdrückung zu gewähren, von der ſie bedroht war. Wie entſchieden in der Kammer auch der widerwärtigſte religiöſe und politiſche Fanatismus vorherrſchte, ſo fehlte es doch ſelbſt unter den Ultraroyaliſten nicht an wackern Vorkämpfern der Freiheit. Der Haß gegen die miniſterielle Willkür, die ſie in Villèle verkörpert ſahen, klärte ſie über die wahren Bedürfniſſe der Nation und des Königthums auf und ſie traten, wo dieſe gefährdet waren, kräftiger auf, als die Liberalen, weil ſie weniger Urſache hatten, eine Verkennung ihrer Abſichten zu fürchten. „Die Geſetzgebung der Preſſe,“ ſagte Agier, „bedarf einer Verbeſſerung; aber muß man deshalb die Freiheit der Preſſe ſelbſt vernichten? Sind die gegenwärtigen Geſetze wirklich unzureichend für ihre Vergehen? Die Antwort liegt in den Verurtheilungen, welche die Gerichtshöfe ausgeſprochen haben. Man findet dieſe nicht häufig, nicht ſtark genug; aber dann müßte man ſich über die Nachſicht der Gerichte, nicht über die Unzulänglichkeit der Geſetze beſchweren. Was will das Miniſterium? Keine politiſche Erörterungen, keine Druckſchriften, keine Zeitungen! Die öffentliche Meinung, welche kräftige Regierungen ſtets zu leiten und aufzuklären verſtehen, war eine kurze Zeit hindurch von einem Eroberer eingeſchläfert worden; allein ſie erwachte bei der Rückkehr der Bourbonen, unter denen Frankreich ſeine Stimme und ſeine Freiheit wiederfand. Wer

Digitized by Google

wird nicht trauern, wenn er einen Vergleich zwiſchen damals und jetzt anſtellt, wo man uns nur zu Rückſchritten bringen will?“ Noch kräftiger ſprach ſich Bacot de Romans aus. „Wahrlich,“ rief er aus, „zu keiner früheren Zeit war Frankreich eine ſolche Erniedrigung vorbehalten. Welches Geſetz legt man uns vor? Ein unförmliches Gewebe von Beſtimmungen, die den politiſchen Geſetzen eben ſo ſehr, als den bürgerlichen entgegen ſind, die ſich weder mit unſeren neuen Gewohnheiten, noch mit unſeren angeerbten Neigungen vereinigen laſſen: feindlich der Civiliſation, tödtlich für die Literatur und für die Freiheit, und nur durch die miniſterielle Reizbarkeit eingegeben! Noch mehr, als der Geſetzentwurf an ſich, iſt mir der Geiſt zuwider, der denſelben hervorgerufen. Dieſen Geiſt bezeichnet der Haß gegen die Wahrheit, das Zurückweiſen jedes Rathes, jeder Belehrung; er iſt die Grundlage eines Syſtemes, das bald nur noch ein Gemiſch allgemeiner Verderbniß und deſpotiſcher Willkür darſtellen wird. Die unvermeidliche Folge eines ſo unfranzöſiſchen Syſtems wird die Auflöſung aller geſellſchaftlichen und politiſchen Bande ſeyn, und ſobald es erſt ſo weit gekommen iſt, wird die legitime Souveränetät Frankreichs, die Seele des Vaterlandes, allein und unvertheidigt ſich allen Gefahren bloßgeſtellt ſehen.“ — „Wir machen ſchöne Fortſchritte,“ bemerkte Bourdeau höniſch, „man tödtet die Preſſe, um ſie Lebensart zu lehren. Bald wird es uns 500 Franken koſten, um von den Jeſuiten, der Congregation und den Klöſtern im Guten oder im Böſen zu ſprechen. Die Unverſchämtheit und die Lüge wird ſo weit getrieben, daß man uns einen Geſetzentwurf als Unterpfand der Liebe und der Gerechtigkeit bietet, in welchem die Willkür, die Rechtloſigkeit und die Confiscation ſich den Raub unſerer koſtbarſten öffentlichen Freiheiten ſtreitig machen. Großer Gott! Welches Miniſterium, welche Gerechtigkeit und welche Liebe!“ Benjamin Conſtant meinte: „wenn man die von der Charte verbürgten öffentlichen Freiheiten nicht anders wahrnehmen wolle, als in dem neuen Geſetze geſchehe, hätte man eben ſo gut gethan, ſie der Mainzer Commiſſion oder der Camarilla zu Madrid in Verwahrung zu geben. Bei dem Zwecke, den man erreichen wolle, habe man ſich viele unnöthige Mühe gegeben. Das nothwendige Werkzeug, ohne welches die Preßfreiheit nicht beſtehen könne, ſey die Buchdruckerkunſt; ſtatt die Aeſte des Baumes einzeln abzuhauen, wäre es viel einfacher geweſen, die Axt gleich an den Stamm zu legen.“ Die unbekannten und unbedeutenden Namen, welche zur Vertheidigung des Geſetzentwurfes ſprachen, wußten den kühnen Anklagen der Gegner nicht viel mehr

Digitized by Google

entgegenzuſetzen, als allgemeine Redensarten über den verderblichen Einfluß der Preſſe, dem nothwendig geſteuert werden müſſe. Am folgerechteſten war Salaberry, der ſich auf Baco von Verulam berief, um zu beweiſen, daß es gefährlich ſey, der wiſſenſchaftlichen Bildung eine zu weite Ausbreitung zu geſtatten. Seiner Meinung nach ſollte man nur ſo viel Kinder in den Schulen aufnehmen, als es öffentliche Aemter gebe, die durch ſtudirte Leute zu beſetzen wären. Von der Buchdruckerkunſt behauptete er, ſie ſey eine Plage, die einzige Plage, mit der Moſes Aegypten heimzuſuchen vergeſſen habe. Die Preſſe ſey eine Macht, welche die höchſte Gewalt im Staate an ſich zu reißen ſuche; entweder müſſe man ſich ihrem Joch unterwerfen, oder man müſſe es zerbrechen. Herr von Salaberry erklärte ſich daher gegen alle Verbeſſerungsvorſchläge der Commiſſion; ihm war der miniſterielle Geſetzentwurf eher zu ſchwach, als zu ſtark. „Das Geſetz," ſagte er, „wird gegen jene Schriftſteller verlangt, welche Feinde des öffentlichen Wohls, Feinde unſers Gottes und unſers Königs ſind; gegen die Revolution und gegen die Revolutionaire, welche durch die Frechheit dieſer Preſſe und durch die Ohnmacht der Geſetzgebung wieder an das Tageslicht hervorgezogen werden." Ihm entgegnete de la Bourdonnaye: „Kein Geſetz kann dem Uebel abhelfen, welches man den Journalen zuſchreibt. Dieſes Uebel liegt nicht in der Oppoſition, ſondern in den Handlungen, welche dieſelbe hervorrufen. Die Geſellſchaft erzürnt und erhebt ſich gegen eine Ordnung der Dinge, die alles bloßſtellt, was ihr theuer iſt: die volksthümliche Unabhängigkeit und das rechtmäßige Königthum. Die leidenſchaftlichen Journale würden es nicht wagen, die Aeußerungen zu wiederholen, die man täglich an den beſuchteſten öffentlichen Orten hört. Um die Wahrheit gerade herauszuſagen: der allgemeine Unwille hat noch niemals einen höheren Grad erreicht; die öffentliche Entrüſtung überſchreitet alle Grenzen. Man entſage dem Syſteme des Truges, welches man ſeit dem Jahre 1822 befolgt hat. Frankreich richtet ſeine Blicke nach dem Throne Heinrichs IV. und des heiligen Ludwigs, nach dem Scepter, der noch nie die Lüge beſchützte. Frankreich verlangt die Aufrechterhaltung ſeiner Preßfreiheit, die immer die ſicherſte Stütze des conſtitutionellen Thrones war." In ſeiner tiefſten Bedeutung faßte der philoſophiſche Royer Collard den miniſteriellen Entwurf auf. „Wir ſind ſchon weit von jenen Debatten zurückgekommen," ſagte er, „die in den erſten Jahren der Reſtauration Statt fanden; der Angriff, den wir jetzt zurückzuweiſen haben, iſt nicht gegen die Frechheit, ſondern gegen die Freiheit gerichtet; nicht allein

gegen die Freiheit der Preſſe, ſondern gegen jede natürliche, politiſche und bürgerliche Freiheit als etwas weſentlich Schädliches und Gefährliches. Im innern Weſen des Geſetzes liegt der Sinn, daß es an dem großen Schöpfungstage unklug geweſen ſey, den Menſchen frei und vernünftig in das Weltall eingehen zu laſſen. Daraus iſt der Irrthum und die Sünde hervorgegangen. Eine höhere Weisheit macht nun den Fehler der Vorſehung gut, beſchränkt die unvorſichtige Freigebigkeit derſelben und leiſtet der mit größerer Klugheit zugeſtutzten Menſchheit den Dienſt, ſie endlich zu der glücklichen Unſchuld des Viehes zu erheben. Dies ſind nicht etwa gewaltſam abgezwungene Folgerungen aus dem Geſetzentwurfe; ſie bieten ſich vielmehr von ſelbſt dar, und werden in amtlichen Anpreiſungen als ruhmwürdige Entdeckungen dargeſtellt. Das iſt die gerechte Strafe für eine große Verletzung öffentlicher und bürgerlicher Rechte, daß man ſie nicht anders vertheidigen kann, als indem man dem göttlichen Geſetze Hohn ſpricht. Es handelt ſich nicht mehr um die Preſſe, ſondern um den *Menſchen ſelbſt*, der, ſeiner urſprünglichen Würde beraubt, mit der *Freiheit auch* die Tugend, die ſein göttlicher Beruf iſt, verlieren ſoll. Die *Unterdrückung* der Preſſe, auf ſolche Grundſätze geſtützt, iſt nichts Geringeres, als das Manifeſt einer furchtbaren Tyrannei, die in ihrem Weſen alle Unterdrückungen enthält, zu allen berechtigt. Aber die Tyrannei iſt in unſeren Tagen ſo eitel, ſo thöricht, ſo unmöglich, daß es weder einen noch mehrere Menſchen giebt, die bei geſundem Verſtande nur den Gedanken daran, noch viel weniger die Hoffnung darauf hegen könnten. Solche wahnſinnige Verwegenheit findet man nur bei Factionen. Das Geſetz, das ich bekämpfe, verkündet demnach das Daſeyn einer Faction in der Regierung ſo gewiß, als ob die Faction offen herausträte und vor uns mit wehenden Fahnen aufzöge. Ich werde ſie nicht um ihren Namen fragen, ich werde ſie nicht fragen, woher ſie kommt, und wohin ſie geht; ſie würde lügen. Ich beurtheile ſie nach ihren Werken. Heute ſchlägt ſie uns die Zerſtörung der Preßfreiheit vor; vergangenes Jahr hatte ſie aus dem Mittelalter das Recht der Erſtgeburt ausgegraben, im Jahre vorher das Geſetz über die Heiligthumsſchändung. So macht ſie fortwährend neue Rückſchritte in der Religion, in der bürgerlichen Ordnung, in der Regierung. Sie ſtrebt durch den Fanatismus, die Bevorrechtung und die Unwiſſenheit zur Barbarei und nach der albernen Herrſchaft, welche durch die Barbarei begünſtigt wird.“ Der Premierminiſter, von dem man kaum erwartet hatte, daß er das Werk ſeines Collegen perſönlich vertheidigen würde, glaubte zu

den einſchneidenden Vorwürfen eines ſo tiefen Denkers und eines in der allgemeinen Achtung ſo hoch ſtehenden Mannes, wie Royer Collard, nicht ſchweigen zu können. „Man beſchuldigt die Regierung,“ erwiderte er, „durch den Geſetzentwurf die Tyrannei in Frankreich einführen zu wollen. Der einzige Tyrann, der auf Frankreich laſtet und täglich die geſetzlichen Gewalten des Landes höhnt und unterdrückt, iſt die Freiheit der Preſſe. Ihm verdankt man das Geſpenſt der Congregation, der Jeſuiten, der Gegenrevolution, durch das ſo viele Gemüther in Unruhe verſetzt werden, die außerdem die Wohlthaten einer milden und väterlichen Regierung dankbar genöſſen. All' dieſes Unheil rührt nur von der Preßfreiheit her. Die bürgerliche Geſellſchaft wird durch ſie mitten in ihrer Wohlfahrt, in ihrer Freiheit und in allen Elementen des Glückes geſtört und wieder in jenen Zweifel und in jene Verwirrung der Grundſätze und der Gedanken geworfen, welche den Nationen und den Regierungen den Tod bringen. Die Geſetzgebung hat die öffentlichen Gewalten bewaffnet, um ſich gegen die Ausſchweifungen dieſer Frechheit zu ſchützen; die Kammern können die gegen ſie gerichteten Ausſchweifungen ſelbſt beſtrafen; die Regierung kann in Abweſenheit der Kammern die Cenſur einführen, um die Verbreitung gefährlicher Schriften zu hindern; dennoch ſind die Intereſſen der Geſellſchaft durch die gegenwärtige Geſetzgebung nicht hinreichend geſchützt. Die Regierung hat die Lücke, die ſie bemerkte, auszufüllen verſucht; dies iſt der Zweck des vorliegenden Geſetzentwurfes.“ Gautier, ein Freund Royer Collards, nahm zur Rechtfertigung der von dieſem entwickelten Anſichten das Wort: „Es giebt eine doppelte Art, die Freiheit zu unterdrücken,“ ſagte er; „die gewöhnlichſte iſt, die Willkür ſtatt der Geſetze walten zu laſſen, die furchtbarſte aber iſt, Ungerechtigkeit und Gewalthat in die Geſetze ſelbſt einzuführen. Die Willkür iſt ihrer Natur nach vorübergehend; ſie kann ſich nur auf eine wirkliche oder vorgebliche Nothwendigkeit ſtützen, und hört von Rechtswegen mit dem Verſchwinden dieſer Nothwendigkeit auf. Unterdrückende Geſetze dagegen ſind eine ſtäte fortdauernde Tyrannei; und wenn die Ungerechtigkeit in den Geſetzen beſiegelt iſt, ſo muß man fürchten, daß unter den Anſtrengungen, welche das Volk macht, um dieſelbe aus den Geſetzen herauszureißen, das ganze Gebäude der geſellſchaftlichen Ordnung zuſammenſtürzt. Man ſagt uns: die Geſellſchaft ſey gefährdet, die Preſſe ſey zum höchſten Grade der Zügelloſigkeit gelangt, ſie greife unaufhörlich den religiöſen Glauben an, beleidige die öffentliche Sittlichkeit und vernichte den guten Ruf; die Geſetze wären ohnmächtig, ſie

gewährten weder der öffentlichen Ordnung, noch den Bürgern hinreichenden Schutz; man müſſe daher eilen, einem ſo großen Uebel Einhalt zu thun, uns aus einer ſo unſeligen Lage zu retten. Aber dieſe ganze Anſicht beruht auf einem weſentlichen Irrthume. Wenn die Geſetze unzureichend erſcheinen, ſo liegt die Urſache nicht in der Geſetzgebung, ſondern in dem Geiſte, in dem die Geſetze vollzogen werden. Die Gerichtshöfe ſprechen die Angeklagten, welche die Verwaltungsbehörden für ſtrafbar erklären, frei, weil ſie den Groll der letzten nicht theilen, weil ſie die Geſetze nicht nach der Laune und nach dem Willen des Miniſteriums anwenden mögen, weil ſie von dem Einfluſſe der öffentlichen Meinung beherrſcht werden. Es iſt falſch, die Preſſe immer als den Hebel der öffentlichen Meinung zu betrachten, ſie iſt vielmehr gewöhnlich nur der Ausdruck derſelben. Die Heftigkeit der Preſſe iſt nicht die Urſache der Gährung, von der alle Gemüther ergriffen ſind, ſie iſt vielmehr die Folge dieſer Gährung. Wenn die Preſſe und die ganze Literatur ſich gegen das Betragen des Miniſteriums *erklären*; wenn ſich keine Stimme zu der Vertheidigung deſſelben *erhebt*, als die es ſelbſt bezahlt hat; wenn die Gerichte ſtumm *bleiben*, während die Gewalt ihren Beiſtand anruft; wenn Männer, deren ganzes Leben Zeugniß von ihrer Hingebung an die Sache des Königthums ablegt, ſich von den Räthen der Krone trennen und mit Bedauern ſich den Gegnern derſelben anſchließen, ſo kann der Grund kein anderer ſeyn, als daß die Gewiſſen beunruhigt ſind, daß ſie die Richtung, welche die Regierung befolgt, als eine verderbliche betrachten, und daß ſie es als ihre Pflicht erkennen, dieſer Richtung zu widerſtehen. Was iſt die Urſache der allgemeinen Bewegung, deren Zeugen wir ſind? Was anderes, als daſſelbe, was wir mit Schrecken in dem Geſetzentwurfe wiederfinden, der unſerer Berathung vorliegt! Der Plan, den Gedanken in Feſſeln zu ſchlagen, allen Widerſtand zu erſticken, die Charte zu zerreißen, Frankreich, mit Händen und Füßen gebunden, einer feindlichen Faction zu überliefern, das Königthum durch die Ausſchweifungen zu gefährden, die man in ſeinem Namen begehen will!“ Der Siegelbewahrer Peyronnet erklärte, daß er ſich in das Dunkel nicht einlaſſen wolle, in welches einige der vorhergehenden Redner die Frage gehüllt hätten. Seiner Anſicht nach handle es ſich nur darum, ob das vorliegende Geſetz nothwendig ſey oder nicht. Die Nothwendigkeit gehe aber aus den Klagen hervor, die von allen Seiten gegen die Frechheit der Preſſe erhoben würden. „Wir bedürfen allerdings der Freiheit,“ bemerkte er, „und vieler Freiheit; die Freiheit,

deren wir bedürfen, iſt aber jene, die den Menſchen erhebt, den Kunſtfleiß ermuntert, großmüthige Gefühle erweckt und zu großen Handlungen anregt. Wenn es aber eine andere Freiheit giebt, eine Freiheit, die ſich mit einem Namen brüſtet, der ihr nicht gebührt und den ſie entehrt, eine Freiheit, die verwegen genug iſt, die Gnade Grauſamkeit, die unerſchütterliche Güte Tyrannei, die wahre Gottesverehrung Aberglauben, die Wohlfahrt Elend, die treue und regelmäßige Vollziehung der Geſetze Willkür, die ausgedehnteſte Sicherheit, die man jemals in einem Lande genoſſen hat, Sclaverei zu nennen; wenn dieſe hundertmal wiederholten Lügen endlich die Stelle der Wahrheit behaupten; wenn das Wahre als falſch, die Tugend als Laſter, die Treue als Verrath, die Seelenſtärke als Schwachheit, die Liebe zur Pflicht als Feigheit ausgelegt wird: ſo ſage ich ohne Leidenſchaft und ohne Furcht, daß dieſe Freiheit eine Plage der Völker und nicht die Freiheit iſt, welche das Glück derſelben begründen kann. Eine ſolche Freiheit kann die Nationen nur dem Verderben entgegenführen; und es iſt unſere Pflicht, ſie unter Aufſicht zu nehmen und in Schranken zu halten. Deshalb verlangen wir das Ihnen vorgelegte Geſetz.“ Dieſe eine ſchlechte Sache mit glänzendem Scheine verdeckende Rede wurde von der miniſteriellen Mehrheit mit lautem Beifalle begrüßt; alle Warnungen der uneigennützigſten Vaterlandsliebe und der bewährteſten Treue gegen das Königthum blieben unbeachtet; der Geſetzentwurf wurde in der gemilderten Form, die derſelbe durch die Commiſſion erhalten hatte, mit großer Stimmenmehrheit angenommen.

Die Frage war jetzt, ob es eben ſo leicht gelingen würde, die Zuſtimmung der Pairs zu erlangen, wie jene der Abgeordneten; und darüber mußten den Miniſtern, wenn ſie ſich des Schickſals ſo mancher ihrer früheren Geſetzentwürfe erinnerten, gerechte Bedenken aufſteigen. Die Zuſammenſetzung der Prüfungscommiſſion, welche die Pairskammer ernannte, hob bald den letzten Zweifel. Die Mehrzahl der Mitglieder, Graf Portalis, Baron Portal, Graf Baſtard de l'Eſtang, der Herzog von Broglie waren Männer, von denen auf keine Weiſe zu erwarten ſtand, daß ſie der noch ſo mächtig bevorworteten Unterdrückung die Hand bieten würden. Wenn der miniſterielle Entwurf ſchon in der Abgeordnetenkammer manche weſentliche Abänderungen erlitten hatte, ſo wurde von der Commiſſion der Pairskammer das ganze Gebäude über den Haufen geworfen; kein Stein blieb auf dem andern; und der Bericht, den die Commiſſion ausarbeitete, begründete eine ganz neue Geſetzgebung, die, ſtatt auf die Vernichtung, vielmehr auf die Sicher-

Digitized by Google

ſtellung der Preſſe berechnet war. An dem Tage, an dem der Bericht in der Pairskammer erſtattet werden ſollte, wurde der ganze Geſetzentwurf zurückgenommen, weil man ſich der Niederlage nicht ausſetzen wollte, die mit Gewißheit vorherzuſehen war. Noch an demſelben Abende war zum Zeichen der allgemeinen Freude ein großer Theil von Paris, an dem folgenden die ganze unermeßliche Hauptſtadt mit Ausnahme der öffentlichen Gebäude freiwillig erleuchtet; aufgeregte Volksmaſſen wogten durch die Straßen und äußerten ihre Gefühle durch lauten Jubel, zum Theil aber durch drohendes Wuthgeſchrei, was auf verſchiedenen Punkten das Einſchreiten der Polizei und der bewaffneten Macht zur Folge hatte. Einer der vorherrſchendſten Züge in dem Charakter Karls X. war eine Eitelkeit, die ſelbſt durch die Frömmigkiit ſeiner ſpäteren Jahre nur wenig gemäßigt wurde. Nichts verletzte den ſchwachen Fürſten ſo ſehr, als das Verſchwinden der äußeren Zeichen der Volksgunſt, von denen er ſich während der erſten Monate ſeiner Regierung umgeben ſah. Schmerz und Entrüſtung wareu in den Gefühlen gemiſcht, mit denen er nach den Tuilerien zurückkehrte, wenn ihn die Volksmaſſen bei irgend einer Gelegenheit, wo er ſich öffentlich zeige, mit ſtummer Gleichgültigkeit empfingen. Ein tapferer Feldherr, der aber zugleich ein eben ſo geſchmeidiger Höfling war, der Marſchall Oudinot, der die Pariſer Nationalgarde befehligte, glaubte die freudige Bewegung, welche die Zurücknahme des Preßgeſetzer veranlaßte, benutzen zu können, um dem Könige den lange entbehrten Genuß volksthümlicher Beifallsbezeugungen zu verſchaffen. Auf ſeinen Vorſchlag wurde (am 29. April 1827) eine große Heerſchau der Nationalgarde angeordnet. Karl X., von dem Dauphin und dem Herzoge von Orleans begleitet und von ſeinem Generalſtabe gefolgt, ritt durch die dicht gedrängten Reihen: überall wurde er mit dem Rufe: „Es lebe der König!“ begrüßt. Nur aus der zehnten Legion erſcholl daneben der Ausruf: „Nieder mit den Miniſtern! Nieder mit den Jeſuiten!“ Einem Grenadier, der aus dem Gliede trat, um dieſen Ausruf in der unmittelbaren Nähe des Königs vernehmlicher zn wiederholen, entgegnete Karl X. ſtolz: „Ich bin hierhergekommen, um Huldigungen, nicht um Lehren zu empfangen!“ Noch kräftiger wurden die mißbilligenden Aeußerungen laut, als die Legionen nach Beendigung der Heerſchau bei dem Hauſe des Finanzminiſters vorüberzogen. Am andern Morgen erſchien eine königliche Ordonnanz, welche die Nationalgarde in Maſſe verabſchiedete. Die ultraroyaliſtiſche Partei war längſt mit dem Plane einer Auflöſung der Nationalgarden umgegangen, weil ſie der

Meinung war, daß dieſe von revolutionairen Ideen angeſteckt ſey, und weil ſie überhaupt dem bewaffneten Bürger nicht trauete. Man wollte ſich nur auf das Heer ſtützen, deſſen man ſeit dem ſpaniſchen Feldzuge gewiß zu ſeyn glaubte. In dem Miniſterrathe hatte die Maßregel, von der ſich vorherſehen ließ, daß die ganze große Maſſe der Bevölkerung von Paris ſie als eine Beleidigung aufnehmen würde, lebhaften Widerſpruch gefunden. Herr von Chabrol hob die nachtheiligen Folgen, die aus einem Zurückſtoßen des geſammten Bürgerthumes hervorgehen würden, mit Schärfe hervor; der fromme Biſchof von Hermopolis fürchtete die Erbitterung, die ein ſo kühn durchgreifender Schritt erregen mußte; der Herzog von Doudeauville, deſſen Sohn eine höhere Officierſtelle in der Nationalgarde bekleidete, nahm ſeine Entlaſſung. In den Tuilerien ſelbſt herrſchte, nachdem der Beſchluß gefaßt war, nicht geringe Beſorgniß. Man hielt eine aufrühreriſche Bewegung, ja bewaffneten Widerſtand für nicht unmöglich. Um ſo größer war die Zufriedenheit, als man erfuhr, daß die Poſten der Nationalgarde ganz in der Stille von den Linientruppen abgelöſt worden wären, und daß Alles mit der größten Ruhe vorübergegangen ſey. „Paris iſt ruhig geblieben!“ ſagte man ſich mit Frohlocken. Man glaubte einen entſcheidenden Sieg davon getragen zu haben und hielt erſt jetzt die Revolution für vollkommen und auf immer bezwungen.

Die Entlaſſung der Nationalgarde hatte für die Regierung einen doppelten Nachtheil; einmal vermehrte ſie das Mißtrauen, das ohnedies jeden ihrer Schritte begleitete, ſodann ermuthigte ſie die überſpannte Partei, welche die Macht an ſich geriſſen hatte, zu immer größerer Verwegenheit, weil jetzt, ihrer Meinung nach, dem Volke die letzte Waffe entwunden war, von der es Gebrauch machen konnte, ſobald die Unterdrückung ſeine Geduld erſchöpfte. Es war daher zu erwarten, daß man von nun ſich an keine Rückſicht mehr gebunden halten und den Widerſtand, den man nicht mehr fürchten zu dürfen meinte, um ſo kecker herausfordern würde. Aber ſonderbar genug gab gerade um dieſe Zeit derſelbe Miniſter, der durch ſeine rückſichtsloſe Kühnheit der gefährlichſte Gegner der Volksfreiheit war, der Siegelbewahrer Peyronnet, der Nation ein bei weitem wirkſameres Mittel des Widerſtandes in die Hand, als die Bayonnette der Nationalgarde jemals geweſen wären, wenn man dieſe, ſtatt ſie aufzuheben, in feſter Ordnung zu halten gewußt hätte. Die Ultraroyaliſten verdankten die Ueberlegenheit, die ſie in der Abgeordnetenkammer beſaßen, großentheils dem Einfluſſe, den die Behörden auf die Wahlen ausübten. Sobald die Drohungen

und Verſprechungen nicht ausreichten, deren man ſich gewöhnlich bediente, um die Wahlen im Sinne der Regierung zu lenken, nahm man keinen Anſtand, geradezu die Liſten der Wähler zu verfälſchen. Herr von Peyronnet, ein leidenſchaftlicher, aber ſtreng rechtlicher Mann, ſcheint von dieſem Verfahren keine Kenntniß gehabt zu haben; unmöglich hätte er ſonſt daran denken können, den Geſetzentwurf über die Geſchwornenliſten auszuarbeiten, den er gleichzeitig mit dem Preßgeſetze den Kammern vorlegte. Um in das Geſchäft der Aufſtellung der Geſchwornenliſten, aus denen die Mitglieder der Geſchwornengerichte durch das Loos zu beſtimmen waren, eine regelmäßigere Ordnung zu bringen, ſchlug der Siegelbewahrer vor, die Liſten der Wähler zu Grunde zu legen, die alljährlich von den Behörden aufgenommen, öffentlich bekannt gemacht und von den Gerichten controlirt werden ſollten. Die Pairskammer erweiterte den Geſetzentwurf, indem ſie die Beſtimmung hinzufügte, daß in den Geſchwornenliſten neben den Wählern oder den höchſtbeſteuerten Bürgern auch jene einzutragen wären, die ſich durch wiſſentſchaftliche Bildung oder ausgedehnten Geſchäftsbetrieb auszeichneten; die politiſche Bedeutung des urſprünglichen Entwurfes wurde dadurch aber nicht verändert. Die Betrügereien, die bisher bei den Wahlen nicht ſelten den Ausſchlag gegeben hatten, wurden fortan unmöglich; und die Wahlen wurden das, was ſie in der Abſicht des Geſetzgebers ſeyn ſollten: der wahre Ausdruck der Geſinnungen, die in den vermögenderen Klaſſen der Geſellſchaft vorherrſchten.

Die Seſſion der Kammer ging ihrem Schluſſe entgegen; die Voranſchläge für den Staatshaushalt gaben noch zu den leidenſchaftlichſten Erörterungen Veranlaſſung, denen ein von dem geſchickten Rechnenmeiſter Villèle nicht vorhergeſehener Ausfall in den Staatseinkünften zum Anhaltspunkte diente. Der Finanzminiſter ſetzte den heftigſten Angriffen und Anklagen eine unerſchütterliche Ruhe entgegen, die ihren Grund hauptſächlich wohl darin hatte, daß ſein Entſchluß bereits gefaßt war, die Kammer aufzulöſen, in der ihm zwar eine ſichere Mehrheit zu Gebote ſtand, die ihm aber doch durch die ſteigende Erbitterung zahlreicher Gegner Unruhe genug bereitete. Gründe der verſchiedenſten Art wirkten zuſammen, um den vorſichtigen Villèle zu einem Entſchluſſe zu drängen, der immerhin ein gewagter blieb, weil das Ergebniß der Wahlen niemals mit Sicherheit vorherzubeſtimmen war. Einmal wollte der ſchlau berechnende Staatsmann den Wirkungen des neuen Geſetzes über die Geſchwornenliſten ausweichen, welches den Einfluß der Regierung auf die Wahlen in hohem Grade vermindern mußte, das aber

Digitized by Google

erſt mit dem nächſten Jahre in Kraft trat. Sodann hatte er ſich von der Nothwendigkeit überzeugt, den Zwieſpalt zwiſchen den Anſichten der Pairskammer und jenen der Abgeordnetenkammer, der in den Gang der Regierung ein beſtändiges Schwanken brachte, auszugleichen. Er hatte deshalb beſchloſſen, durch eine große Pairsernennung der liberalen oder halbliberalen Partei in der Pairskammer ihre Mehrheit zu entziehen. Die neuen Pairs konnten aber, wenn dieſer Zweck erreicht werden ſollte, größtentheils nur aus den der Regierung ergebenen Mitgliedern der Abgeordnetenkammer genommen werden. Eine nicht geringe Anzahl neuer Wahlen wäre daher auch ohne die Maßregel einer allgemeinen Auflöſung unvermeidlich geworden. Endlich ſtimmten die Behörden, die aufgefordert worden waren, ihre Meinung über den wahrſcheinlichen Erfolg allgemeiner Wahlen abzugeben, ſämmtlich überein, den Sieg der miniſteriellen Candidaten als unzweifelhaft darzuſtellen. Bei all' ſeiner geprüften Erfahrung wußte Villèle doch noch nicht, wie trügeriſch die Berichte der Behörden ſind, ſobald es darauf ankommt, den Stand der öffentlichen Meinung zu erforſchen. Der untergeordnete Beamte hat ſelbſt, wenn ihm die Wahrheit bekannt iſt, ein Intereſſe dabei, ſie ſeinem Vorgeſetzten zu verſchweigen, ſobald ſich vorausſehen läßt, daß ſie auf dieſen einen unangenehmen Eindruck machen würde. Niemand hört gern eine unangenehme Nachricht, und dieſe zu überbringen, iſt gewöhnlich die ſchlechteſte Empfehlung. Villèle, der alle Urſache zu haben glaubte, einen günſtigen Erfolg zu erwarten, wollte dennoch keine Vorſichtsmaßregel verſäumen, welche ihm durch die Umſtände geboten ſchien. Unmittelbar nach dem Schluſſe der Seſſion wurde durch eine königliche Ordonnanz die Cenſur wieder eingeführt, wie es hieß, um die Journale zu hindern, die öffentliche Meinung durch ihre Verläumdungen irre zu führen, während die Kammern geſchloſſen wären, die durch ihre würdevollen Erörterungen das nöthige Gegengift böten; in der That aber, um dem nachtheiligen Einfluſſe zu begegnen, den die freie Beſprechung in den Journalen auf die Stimmung der Wahlcollegien gewinnen konnte. Die Herſtellung der Cenſur für die Journale war aber ein Schritt, auf den man längſt gefaßt war; und die liberale Partei hatte daher alle Vorbereitungen getroffen, um denſelben unwirkſam zu machen. Unter dem Namen der Freunde der Preßfreiheit bildete ſich ein Verein, der aus den angeſehenſten und bedeutendſten Männern in Paris zuſammengeſetzt war, und es ſich zur Aufgabe ſtellte, in Flugſchriften, die in vielen Tauſend Exemplaren aufgelegt und zu den billigſten Preiſen verkauft wurden,

Alles bekannt zu machen, was den Journalen zu ſagen nicht erlaubt war. Ein anderer Verein, der ſich den Namen gab: „Hilf Dir ſelbſt, und Gott wird Dir helfen“ *), machte es ſich zur beſondern Aufgabe, auf die Wahlen in einem dem Miniſterium feindlichen Sinne einzuwirken. Bedeutende Geldſummen wurden verwandt, um geheime Verbindungen in ganz Frankreich anzuknüpfen und zu unterhalten. Das ſchlimmſte Vorzeichen für das Miniſterium aber war es, daß in beiden Vereinen Royaliſten, die mit dem Gange der Verwaltung unzufrieden waren, und Liberale einander die Hand boten. In dem Vereine zur Unterſtützung der Preßfreiheit führte der Vicomte de Châteaubriand den Vorſitz; an dem Vereine „Hilf Dir ſelbſt!“ nahmen Männer von der geſellſchaftlichen Stellung des Herzogs von Broglie Theil, und in den Departements ließen die unzufriedenen Royaliſten überall ſich beſtimmen, mit den Liberalen gemeinſchaftliche Sache zu machen; überall kamen beide Parteien überein, bei den Wahlen ihre Stimmen zu Gunſten ſolcher Candidaten zu vereinigen, die, gleichviel ob liberal oder royaliſtiſch geſinnt, ſich zu einer entſchiedenen Oppoſition gegen das Miniſterium verpflichteten. Dies war die Lage der Dinge, als am 6. November die königliche Ordonnanz erſchien, welche die Abgeordnetenkammer auflöſte und die neuen Wahlen ausſchrieb. Eine andere Ordonnanz von demſelben Tage verfügte die Erhebung von 76 größtentheils wenig bekannten Namen, unter denen ſich aber fünf Erzbiſchöfe befanden, in die Pairskammer.

Eine nothwendige Folge der Auflöſung der Abgeordnetenkammer war die Aufhebung der Cenſur, da das Geſetz dieſe nur in der Zwiſchenzeit zwiſchen den Seſſionen einzuführen erlaubte. Die Journale waren kaum von der drückenden Feſſel befreit, welche ſie vier Monate hindurch getragen hatten, als ſie durch verdoppelte Heftigkeit des Angriffs wieder einzubringen verſuchten, was ſie inzwiſchen verſäumt oder verloren hatten. Die Neuheit des freien Wortes in denſelben Blättern, in denen man ſo lange nur der zahmſten Geſchmeidigkeit zu begegnen gewohnt war, lieh dieſem ein vermehrtes Gewicht; und die Einmüthigkeit, mit der ſich die öffentliche Meinung in ganz Frankreich gegen die Regierung ausſprach, mußte ſelbſt die zuverſichtlichſten Anhänger derſelben bedenklich machen. Eine ſo entſcheidende Niederlage, wie das Miniſterium bei den Wahlen erlitt, hatten aber doch ſelbſt von den Gegnern nur wenige erwartet. Die Wahlen der kleineren Bezirke oder

*) Aide toi, le ciel t'aidera!

Digitized by Google

der Arrondiſſements, die acht Tage vor jenen der Departements vorgenommen wurden, fielen im Norden wie im Süden von Frankreich, man möchte beinahe ſagen, ohne Ausnahme auf erklärte Widerſacher der Verwaltung. Paris, das von ſeinen acht Bezirken acht Abgeordnete in die Kammer ſchickte, wählte ausſchließlich Männer, die durch ihre liberale Geſinnung bekannt waren. Die Freude über dies kaum gehoffte Ergebniß war unter allen Klaſſen der Bevölkerung allgemein; alle Straßen mit Ausnahme der wenigen, die von der hohen Ariſtokratie oder von beſitzloſem Pöbel bewohnt waren, wurden feſtlich erleuchtet. Gruppen von jungen Leuten, denen ſich allerlei verdächtiges Geſindel beigeſellte, zogen umher und ließen ihren Muthwillen oder ihre Bosheit an den vereinzelten Gebäuden aus, die ſich durch ihre Dunkelheit auszeichneten. Die Polizei, ſtatt dieſe unruhigen Haufen bei Zeiten zu zerſtreuen, ließ dieſelben ungeſtört ihr Weſen treiben, bis endlich die Unordnung ſo groß wurde, daß die Gensdarmerie einſchreiten mußte. Man kann ſich des Gedankens nicht erwehren, daß es von den Behörden abſichtlich darauf angelegt war, ein gewaltſames Zuſammentreffen zwiſchen den Volksmaſſen und der bewaffneten Macht zu veranlaſſen. Die Unterdrückung eines Aufſtandes in der Hauptſtadt mußte jedenfalls die Macht der Regierung vermehren, beſonders wenn derſelbe Ausdehnung genug erlangte, um das Ergreifen außerordentlicher Maßregeln zu rechtfertigen. Außerdem durfte man hoffen, daß die Kunde von einem Siege über die Revolution, die von neuem hereinzubrechen drohte, auf die noch unentſchiedenen Wahlen in den Departements nicht ohne Einfluß bleiben und die von dem Miniſterium abgefallenen Royaliſten beſtimmen würde, ihren Haß gegen die Perſonen der Miniſter über der Gefahr des Königthums zu vergeſſen. So viel iſt gewiß, daß die Maßregeln, die man ergriff, eher darauf berechnet ſchienen, die Unordnungen zu vergrößern, als ihnen vorzubeugen. In den engen Straßen St. Denis und St. Martin, mitten in dem volkreichſten Theile von Paris, waren Tauſende von Menſchen zuſammengedrängt, die, um ſich vor den Pferden der Gensdarmen zu retten, kein anderes Mittel fanden, als umgeſtürzte Wagen, Fäſſer und was ihnen ſonſt für Gegenſtände zur Hand waren, zu Verſchanzungen aufzuthürmen, von denen ſie die Andringenden mit Steinwürfen zurückwieſen. Jetzt wurde eine bedeutende Truppenmacht zuſammengezogen und dieſer nicht etwa der Befehl gegeben, die Verſchanzungen aus dem Wege zu räumen und der Polizei bei der Verhaftung der Unruheſtifter hülfreiche Hand zu bieten, ſondern die Barricaden zu erſtürmen und

Digitized by Google

auf die Volkshaufen, ſobald dieſe den geringſten Widerſtand leiſteten, zu feuern. Mehrere Menſchen wurden bei der pünktlichen Vollziehung dieſer Befehle getödtet, eine noch größere Anzahl wurde verwundet. In den Seitenſtraßen wurden ruhige Bürger, die friedlich ihres Weges gingen, von den Gensdarmen niedergehauen. Dieſelben Auftritte wiederholten ſich zwei Tage hintereinander (19. und 20. November); und erſt am dritten Abende kehrte die Ruhe zurück, weil Niemand ſich mehr auf die Straße wagte, der nicht durch die dringendſte Noth dazu gezwungen war. Der Telegraph meldete nach allen Wahlorten der Departemente, daß Paris im Aufſtande und der Thron durch den Aufruhr bedroht ſey. Die Wirkung, die man ſich von dieſer Ankündigung verſprochen hatte, blieb jedoch aus; die Departementswahlen nahmen für das Miniſterium einen nicht weniger ungünſtigen Ausgang, als die Wahlen der Bezirke. In der Kammer, wie ſie aus den neuen Wahlen hervorgegangen war, konnte das Miniſterium unmöglich auf eine Mehrheit rechnen. Villèle war aber zu ſehr an den Beſitz der Gewalt gewöhnt, in der Ueberſchätzung ſeiner Kräfte, die eine Folge des langen Beſitzes der Gewalt war, zu feſt von ſeiner Unentbehrlichkeit überzeugt, als daß er bei aller ſonſtigen Schärfe ſeines Urtheils ſich nicht dennoch über ſeine Lage hätte täuſchen ſollen. Er glaubte dem drohenden Sturme, wenn nicht trotzen, doch ausweichen zu können, indem er ſeine Collegen opferte, denen er gern die ausſchließende Verantwortlichkeit der Maßregeln aufgebürdet hätte, durch welche die öffentliche Meinung zu ſolcher Erbitterung gegen das Miniſterium aufgeregt worden war. Er wandte ſich nach allen Seiten, um neue Verbindungen an der Stelle der alten anzuknüpfen, die ihren Dienſt verſagten; kein Mittel blieb unverſucht, um die abgefallenen Royaliſten zu verſöhnen; aber alle Thüren, an die man klopfte, blieben verſchloſſen; in den Tuilerien, wo Villèle's Allmacht manche Eiferſucht erregt hatte, waren geheime Einflüſſe thätig, und zuletzt ließ ſelbſt Karl X., ſo ſehr ihm der Gedanke widerſtrebte, durch die Macht der Meinung beherrſcht zu werden, den Miniſter fallen, zu deſſen Fähigkeiten ſeit ſeiner Thronbeſteigung er ein unbedingtes Vertrauen gehabt hatte. Erſt als der König ihn fragte, ob es ihm gelungen ſey, ein neues Miniſterium zu Stande zu bringen, und als er ſeine Unfähigkeit eingeſtehen mußte, die getrennten Royaliſten zu vereinigen, wodurch es allein möglich geweſen wäre, die verlorene Stimmenmehrheit in der Abgeordnetenkammer wieder zu erlangen, erkannte Villèle die unvermeidliche Nothwendigkeit ſeines Rücktrittes von den Geſchäften. Am 3. Januar 1828 nahm er nebſt allen

ſeinen Collegen, mit Ausnahme des Marineminiſters Grafen Chabrol, ſeine Entlaſſung. Das Joch, das ſieben Jahre auf Frankreich gelaſtet, war geſprengt; aber der Haß, den Villèle's Verwaltung in allen Gemüthern genährt hatte, war mit ſeinem Sturze nicht erloſchen; und da der Ehrgeiz dieſes klugen und gewandten, kaltblütigen und beſonnenen, aber aller höheren Eigenſchaften des Staatsmannes entbehrenden Miniſters die ganze Macht der Staatsgewalt zu der Behauptung ſeiner perſönlichen Stellung verbraucht hatte, ſo war es nicht ſchwer vorherzuſehen, daß in der Zukunft gewaltige Ausbrüche der Volksleidenſchaften bevorſtanden, deren Ende kein menſchlicher Scharfſinn zu ermeſſen vermochte.

Drittes Hauptſtück.

Der Tod des Kaiſers Alexander und der ruſſiſche Türkenkrieg.

Mitten in die ungeheuere Aufregung, welche die Vorbereitungen zu den Wahlen in Frankreich verurſachten, war die Nachricht von dem großen Siege gefallen, den die vereinigten brittiſchen, franzöſiſchen und ruſſiſchen Flotten über die türkiſche Seemacht bei Navarino erfochten hatten. Zu jedem andern Zeitpunkte würde die unerwartete Siegesbotſchaft in ganz Frankreich die freudigſte Begeiſterung hervorgerufen haben; denn die Theilnahme an dem Schickſale des unglücklichen Griechenvolkes war unter allen Ständen, in allen Kreiſen der Geſellſchaft, von den höchſten bis zu den niedrigſten, allgemein. Auch zweifelte Villèle, der den leicht beweglichen Sinn und die Ruhmſucht ſeines Volkes kannte, keinen Augenblick daran, daß die Kunde von einer ſo glänzenden Waffenthat im Dienſte einer guten und edlen Sache den vortheilhafteſten Eindruck hervorbringen und in die ſchwankende Wagſchale der Wahlen ein entſcheidendes Gewicht zu Gunſten der Regierung legen würde. Der Telegraph beförderte die Berichte des franzöſiſchen Flottenführers mit Blitzeseile in alle Departemente, und nichts wurde verſäumt, um durch die ſinnreichſten Ausſchmückun-

Digitized by Google

gen die Meinung zu beſtechen. Aber der Erfolg, auf den der Miniſter gerechnet hatte, blieb aus. Die Erbitterung, welche die verkehrte Richtung der Verwaltung erregte, war zu tief in die Gemüther gedrungen; der Entſchluß, das vorhaßte Joch der Prieſterherrſchaft abzuwerfen, war zu feſt gefaßt, als daß irgend ein noch ſo erfreuliches Ereigniß ihn hätte erſchüttern können. Die Siegesbotſchaft von Navarino ging in dem Toben des Parteikampfes, der alle geiſtige und ſittliche Kräfte der Nation ausſchließlich in Anſpruch nahm, beinahe unbeachtet vorüber. Villèle ſelbſt war es mit den amtlichen Freudenbezeugungen, die er anordnete, nicht einmal Ernſt geweſen. Sein Scharfblick konnte ſich die Verlegenheiten nicht verbergen, welche die Schlacht von Navarino in den auswärtigen Beziehungen des Landes zur Folge haben mußte. Wie über die Angelegenheiten der pyrenäiſchen Halbinſel, ſo hatte er auch über die Verwickelungen des Orientes ſich mit dem großen Staatsmanne verſtändigt, der im Sommer d. J. 1827 noch mit den letzten Strahlen ſeines erlöſchenden Geiſtes die Geſchicke des brittiſchen Inſelreiches leitete. Der Vertrag vom 6. Juli, das ſchönſte Vermächtniß, welches Canning ſeinem Vaterlande und der Welt hinterließ, war allerdings darauf berechnet, das erliegende, nur noch mit ſchwachen Kräften ſeinen Unterdrückern widerſtehende Volk der Griechen vom Untergange zu erretten. Aber dieſer Zweck ſollte durch eine friedliche Dazwiſchenkunft erreicht werden, indem man vorausſetzte, daß die Türken vor dem Anblicke überlegener europäiſcher Streitkräfte ſich von ſelbſt zurückziehen würden, ohne einen Verſuch des Widerſtandes zu wagen. Villèle ſo wenig als Canning hielt auch nur die Möglichkeit für denkbar, daß die Aufſtellung der vereinigten Flotten im Archipel zu der Vernichtung der türkiſchen Seemacht führen könnte; denn beide Staatsmänner waren gleich weit davon entfernt, die Schwächung eines Reiches zu wünſchen, welches ungeachtet ſeines tiefen Verfalles und ungeachtet ſeiner eigenen heilloſen Barbarei für das geſittete Europa eine unentbehrliche Schutzwehr gegen das Andringen eines ungleich gefährlichern Barbarenthums war. Dieſelbe Anſicht herrſchte in allen europäiſchen Cabinetten, die Einſicht genug beſaßen, um ſich die allgemeine Lage des Welttheiles zu vergegenwärtigen; und während die Völker, welche die Dinge nicht von dem politiſchen, ſondern von dem menſchlichen Standpunkte beurtheilen, in lautem Jubel aufjauchzten, daß der Bann, der die Wiege europäiſcher Geſittung in den Feſſeln der unwürdigſten und ſchmachvollſten Knechtſchaft hielt, endlich gebrochen ſey, legten die Züge der Diplomaten ſich in bedenkliche Falten, und

Digitized by Google

bezeugte der eilige Wechſel der Couriere die ernſte Sorge, von der alle Höfe erfüllt waren.

Nur in einer der großen europäiſchen Hauptſtädte war die Freude ungetheilt. Das Volk der Ruſſen, wie wenig es ſonſt ſchon durch den Abſtand in ſeiner geiſtigen Bildung befähigt iſt, die Gefühle der feiner geſitteten europäiſchen Geſellſchaft zu theilen, war dennoch für den griechiſchen Freiheitskampf zu glühenderer Begeiſterung entflammt, als irgend eine andere der europäiſchen Nationen. Der Ruſſe ſah in dem Griechen aber nicht den kühnen Streiter für volksthümliche Unabhängigkeit und Freiheit, ſondern den leidenden Glaubensbruder, dem er hülfreiche Hand zu bieten ſich durch die heiligſte Pflicht des Gewiſſens berufen fühlte. Die Religion iſt dem Ruſſen noch, was ſie den übrigen europäiſchen Völkern während des Mittelalters war, der Mittelpunkt ſeines ganzen Daſeyns; ſein Glaube iſt der allein wahre und beſeligende; ſeine Nation iſt, weil ſie dieſen Glauben hat, die von Gott vorzugsweiſe geliebte und begnadigte; die Gemeinſchaft des Glaubens vereinigt nach ſeiner Ueberzeugung alle Bekenner, welchem Volksſtamme ſie auch angehören mögen, zu einer großen Nation, deren Glieder, wenn ſie auch durch die zufälligen politiſchen Verhältniſſe von einander getrennt ſind, doch im Geiſte ein Ganzes, einen einzigen Körper, bilden. Der Zaar iſt dem Ruſſen nicht bloß der weltliche Herrſcher, ſondern der Statthalter Gottes auf Erden, das Haupt des Glaubens; und daher rührt die unbeſchränkte Machtvollkommenheit des Kaiſers, deſſen vornehmſte Aufgabe es in der Meinung der Ruſſen iſt, die unter dem Joche der Ungläubigen ſchmachtenden Glaubensgenoſſen aus ihrer Unterdrückung zu befreien und in die große Gemeinſchaft des ruſſiſchen Staats- und Kirchenkörpers zurückzuführen. In dieſer religiöſen Weltanſchauung des ruſſiſchen Volkes liegt das ganze Geheimniß der ruſſiſchen Politik. Nicht erſt ſeit Peter dem Großen, ſondern ſeit Jahrhunderten haben die Zaaren von Moskau ſich als die Nachfolger der oſtrömiſchen Cäſaren und als die natürlichen Schutzherren der im Oriente zerſtreuten griechiſchen Chriſten betrachtet; und von jeher ſind auf dieſe Anſicht Anſprüche gegründet worden, die niemals aufgegeben, von Zeit zu Zeit zwar geruht haben, aber, ſo oft ſich eine Gelegenheit bot, immer wieder aufgenommen und mit einer Folgerichtigkeit geltend gemacht wurden, von der die Weltgeſchichte nur in den Anſtrengungen des weſtrömiſchen Papſtthumes ein zweites Beiſpiel kennt. Die ruſſiſche Politik unterſcheidet ſich dadurch von der Politik jedes anderen Staates, daß ſie weder von dem Charakter der

Digitized by Google

Staatsmänner, die an der Spitze der Verwaltung ſtehen, noch ſelbſt von dem Charakter des Regenten abhängt; ſie iſt das Eigenthum der ganzen Nation, wird von jedem Ruſſen mit der Muttermilch eingeſogen und kann von Rußland unmöglich verlaſſen werden, ſo lange das ruſſiſche Volksthum nicht in ſeiner Wurzel zerſtört iſt. Peter der Große iſt keinesweges, wie man im Weſten gewöhnlich annimmt, der erſte Urheber der ruſſiſchen Politik; durch ihn iſt nur das Ziel, welches vorher in weiter Ferne lag, mehr in die Nähe gerückt worden; er hat die Bahn eröffnet, auf der daſſelbe erreicht werden kann und, wenn nicht ganz Europa ſich mit vereinten Kräften entgegenſtemmt, erreicht werden muß. Die Politik des ruſſiſchen Hofes unterſcheidet ſich von der Politik des ruſſiſchen Volkes nur dadurch, daß ſie nicht, wie bei dieſem, Sache des Gefühles, ſondern des kalt berechnenden Verſtandes iſt. So lange die europäiſchen Nationen gewohnt waren, die Türken nur als die Feinde der Chriſtenheit zu betrachten, die man um jeden Preis aus Europa vertreiben müſſe, ging Rußland in ſeinen Eroberungsplanen gegen das osmaniſche Reich offen zu Werke; auf dieſe Weiſe iſt noch in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts das ganze nördliche Geſtade des ſchwarzen Meeres mitten im Frieden von Rußland gewonnen worden, ohne daß irgend eine der europäiſchen Mächte dagegen eine ernſtere Einwendung erhoben hätte. Erſt in einer viel ſpätern Periode, als die ungeheueren Fortſchritte, die der ruſſiſche Koloß in der Ausdehnung ſeiner Grenzen machte, dieſe bis in das Herz von Mitteleuropa vorſchoben, hat man ſeine Augen nicht länger vor der drohenden Gefahr verſchließen können. Auf dem Wiener Congreſſe dachte man zuerſt daran, dem weiteren Vordringen des nordiſchen Rieſenſtaates Schranken zu ſetzen. Gern hätte damals Oeſterreich ſeine galiziſchen Beſitzungen geopfert, wenn es möglich geweſen wäre, das St. Petersburger Cabinet zu der Herſtellung eines unabhängigen Königreiches Polen zu beſtimmen. Aber Rußland iſt nicht gewohnt, wieder herauszugeben, was es einmal in Händen hat. Man mußte auf den großmüthigen Plan verzichten, wenn man den nach zwanzigjährigen Kämpfen wiedergewonnenen Frieden nicht einer neuen Unterbrechung ausſetzen wollte. Das ruſſiſche Cabinet, obgleich in dieſer wichtigen Frage ſiegreich, begriff aber wohl, daß es fortan auf dem geraden Wege nicht länger hoffen dürfe, zum Ziele zu gelangen. Jede neue Gebietsvergrößerung, welche die Grenzen des ruſſiſchen Reiches noch weiter gegen Weſten vorgerückt hätte, würde ganz Europa gegen Rußland bewaffnet haben; und es ließ ſich vorherſehen, daß ſelbſt ſolche

Digitized by Google

Schritte, welche darauf berechnet waren, eine Gebietserweiterung für die Zukunft vorzubereiten, den lebhafteſten Widerſtand hervorrufen würden. Das einzige Mittel, welches der ruſſiſchen Staatsklugheit zu Gebote ſtand, ſich für ihre weit ausſehenden Entwürfe freieren Spielraum zu verſchaffen, war, den Mächten des Weſtens Verlegenheiten in ihrer nächſten Nachbarſchaft zu bereiten, die es ihnen unmöglich machten, ſich mit den Dingen zu beſchäftigen, welche in dem fernen Oſten vorgingen. Daß ſelbſt der fromme und milde Kaiſer Alexander es nicht verſchmähte, auf Anſchläge ſo treuloſer Art einzugehen, wird durch verſchiedene Umſtände außer Zweifel geſetzt. Zuerſt iſt es nicht denkbar, daß die Räthe eines ſo geiſtvollen mit unumſchränkter Machtvollkommenheit ausgeſtatteten Fürſten es gewagt haben ſollten, hinter ſeinem Rücken eine Politik zu befolgen, die ſeinen eigenen Abſichten fremd oder gar entgegen geweſen wäre. Sodann war die Doppelzüngigkeit, welche die ruſſiſche Politik bezeichnete, dem Charakter Alexanders keineswegs ſo ſehr entgegen, wie man bei einſeitiger Auffaſſung ſeiner beſſeren Seiten vorausſetzen ſollte. Der mächtige Herrſcher des ruſſiſchen Reiches war in den ſpäteren Jahren ſeines Lebens von der Ueberzeugung durchdrungen, daß die Vorſehung ihn mit der beſondern Sendung beauftragt habe, die Völker Europas auf den Weg des Heils zurückzuführen, von dem die Irrlehren der Revolution ſie abgeleitet hätten. Er glaubte, dieſe Sendung zu erfüllen, indem er die Fürſten aufforderte, ſich in den Kreuzzug gegen die liberalen Ideen einzulaſſen, der ihnen die Herzen ihrer Völker entfremdete; und indem er die Spannung, die dadurch im weſtlichen Europa entſtand, dazu benutzte, die alten Entwürfe zur Vergrößerung des ruſſiſchen Reiches im Oriente zur Reife zu bringen, genügte er nur einer andern Pflicht, die ihm nicht weniger heilig erſchien. Ein merkwürdiges Zuſammentreffen, wohl geeignet, dem ſcharfſichtigſten Staatsmanne Mißtrauen in ſeine eigene Einſicht einzuflößen, war es, daß gerade jenes Cabinet, welches das dringendſte Intereſſe hatte, der ruſſiſchen Politik entgegenzuwirken, dieſelbe am eifrigſten und thätigſten unterſtützte. Von Oeſterreich, dem deutſchen Staate, der durch die Ausführung der ruſſiſchen Plane im Oſten am meiſten gefährdet war, gingen die erſten Vorſchläge zu der Unterdrückung jener Beſtrebungen der weſteuropäiſchen Völker aus, welche auf die Entwickelung freier Verfaſſungen gerichtet waren. Fürſt Metternich, bei all' ſeinem Scharfblicke, ſah durch die endloſe Reihe von Verwickelungen nicht voraus, welche die Folge eines ſolchen Kampfes gegen die vorherrſchende Richtung der Zeit ſeyn mußten. Richti-

Digitized by Google

ger beurtheilte das St. Petersburger Cabinet die Lage der Dinge, das ſogleich die Vortheile begriff, welche die Verwirrung im Weſten ſeiner Politik verſprach. Während Fürſt Metternich ſich Glück wünſchte, daß Kaiſer Alexander von den freiſinnigen Neigungen ſeiner Jugend und ſeines kräftigen Mannesalters zurückgekommen war, ahnte er nicht, daß er ſelbſt nur als das Werkzeug zu der Verwirklichung von Planen diente, die für Oeſterreich ungleich verderblicher werden konnten, als die Begründung freier Verfaſſungen in Spanien und Portugal und auf der Südſpitze von Italien.

Ebenſo wie Fürſt Metternich in einer früheren, wurde der große brittiſche Staatsmann Canning in einer ſpäteren Periode von der ruſſiſchen Diplomatie überliſtet. Der Vertrag vom 6. Juli 1827 hatte neben der Befreiung des klaſſiſchen Bodens von Athen und Sparta aus dem barbariſchen Joche der Türken hauptſächlich zum Zwecke, Rußland jeden Vorwand zu einſeitigem gewaltſamen Einſchreiten in den Angelegenheiten des Orients zu nehmen. Aber dieſer Zweck konnte nur dann erreicht werden, wenn die Vermittlung der Mächte, wie Canning vorausſetzte, die Pforte zur Nachgiebigkeit beſtimmt hätte, ohne daß es nöthig geweſen wäre, gewaltſame Mittel anzuwenden. Zu St. Petersburg wußte man wohl, daß daran die türkiſche Hartnäckigkeit nicht denken ließ; und ſo wenig man ſich die Abſichten verbarg, in denen der Vertrag von brittiſcher Seite angeboten wurde, machte man doch keine allzugroße Schwierigkeiten, demſelben beizutreten, weil man vorausſah, daß die Forderungen der verbündeten Mächte der Pforte Verlegenheiten bereiten mußten, welche die Widerſtandsfähigkeit derſelben im Falle eines auswärtigen Angriffes unmöglich vermehren konnten. Der Erfolg übertraf die kühnſten Erwartungen. Denn das hatte man ſich in St. Petersburg nicht träumen laſſen, daß dieſelbe Macht, die es als eine der vornehmſten Aufgaben ihrer Politik betrachtete, das osmaniſche Reich in möglichſt ungeſchwächter Kraft zu erhalten, zuerſt die Hand dazu bieten würde, eine ſeiner Hauptſtützen zu zerſtören. Die Verluſte, welche die türkiſche Marine in der Schlacht bei Navarino erlitten hatte, ſetzten ſie außer Stand, bei dem Ausbruche des Kampfes, der vorlängſt beſchloſſen und vorbereitet war, der ruſſiſchen Flotte die Spitze zu bieten; die ganze ausgedehnte Küſte des ſchwarzen Meeres lag dem vordringenden ruſſiſchen Heere vertheidigungslos offen. Ein großer entſcheidender Sieg war mitten im Frieden gewonnen worden; der Krieg, den die mit Rußland verbündeten Mächte um jeden Preis

Digitized by Google

verhindern wollten, war von ihnen ſelbſt begonnen; und das St. Petersburger Cabinet hatte nur noch das Werk zu vollenden, deſſen halbe Arbeit bereits ohne alle Anſtrengung von ſeiner Seite gethan war.

Kaiſer Alexander hatte in ſeinen letzten Lebensjahren zu ſehr an geiſtigen, wie an körperlichen Kräften abgenommen, als daß er noch fähig geweſen wäre, einen kühn durchgreifenden Entſchluß zu faſſen. Es iſt nicht anzunehmen, daß die Truppenmaſſen, die auf ſeinen Befehl in den ſüdlichen Provinzen des Reiches und an der türkiſchen Grenze aufgehäuft wurden, keinen andern Zweck gehabt haben ſollten, als durch ihre Anweſenheit den Türken einen heilſamen Schrecken einzujagen. Aber zwei Gründe hielten ihn ab, den kriegeriſchen Gedanken, die von Zeit zu Zeit in ihm aufſtiegen, Raum zu geben: einmal die Rückſicht auf ſeine eigenen früheren Erklärungen, die es ihm beinahe unmöglich machten, in dem Kampfe, der die beſten Kräfte des osmaniſchen Reiches verzehrte, einzuſchreiten, ohne den bei wiederholten Gelegenheiten von ihm ſelbſt aufgeſtellten Grundſätzen untreu zu werden; ſodann die Rückſicht auf die verbündeten Souveraine, beſonders auf den Kaiſer von Oeſterreich, mit dem er bereits im October 1823 zu Czernowicz in der Bukowina eine perſönliche Zuſammenkunft gehabt hatte, in der die beiden Monarchen ſich über die Grundzüge der in den Wirren des Orients von ihnen zu beobachtenden Politik verſtändigten. Einen nicht geringen Antheil an der Unſchlüſſigkeit, welche die letzten Regierungsjahre Kaiſer Alexanders bezeichnete, ſcheinen auch die Beſorgniſſe gehabt zu haben, die in ihm über den inneren Zuſtand ſeines Reiches aufſteigen mußten. Die Officiere, die aus dem Kriege gegen Frankreich zurückgekehrt waren, hatten aus der Fremde Anſichten mitgebracht, die mit den Einrichtungen und Zuſtänden ihres Vaterlandes auf keine Weiſe zu vereinigen waren. Den Jüngeren unter ihnen erſchien nichts einfacher und leichter, als eine Revolution zu bewirken, welche an die Stelle der alten Willkürherrſchaft die Formen republikaniſcher Freiheit geſetzt hätte. Der Anblick der gräulichen Mißbräuche, die in der Rechtspflege, wie in allen Zweigen der Verwaltung, an der Tagesordnung waren, riß ſelbſt ältere und beſonnenere Männer hin, Planen des Umſturzes ihr Ohr zu leihen, die bei den vielfachen mit glücklichem Erfolge durchgeführten Palaſtverſchwörungen, die in der ruſſiſchen Geſchichte beinahe auf jeder Seite wiederkehren, in ihren Augen den Schein der Abenteuerlichkeit verloren, den ſie in jedem anderen Lande gehabt hätten. Junge Männer aus den älteſten und vornehmſten Geſchlechtern trugen ſich mit Erinnerungen an die Zeiten des alten Zaarthumes, wo die Großen

Digitized by Google

auf ihren Beſitzungen eine der Macht des Fürſten wenig nachſtehende Gewalt übten. Einzelnen mochte ſelbſt der Gedanke unerträglich ſeyn, ihr Vaterland von einem Regentenhauſe auswärtiger Herkunft beherrſcht zu ſehen, das ſein Vertrauen vorzugsweiſe Fremdlingen ſchenkte, auf die ihr Nationalſtolz mit Verachtung herabblickte. So verſchiedenartige Elemente vereinigten ſich in geheimen Verbindungen, deren letztes Ziel den Wenigſten der Theilnehmer klar bewußt war, die aber alle eine gewaltſame Veränderung der beſtehenden Einrichtungen zum Zwecke hatten. Als das nächſte Mittel zur Erreichung dieſes Zweckes drängte ſich den Eingeweihten, nach dem Beiſpiele ſo mancher früheren Vorgänge, die Ermordung des Kaiſers auf, der die Ueberſpannteſten die Vertilgung der ganzen kaiſerlichen Familie folgen zu laſſen kein Bedenken trugen. Bei wiederholten Gelegenheiten erhielt Alexander Anzeige von einer weitverzweigten Verſchwörung, die ihren vornehmſten Sitz in dem ruſſiſchen Heere hatte, ſich aber ſo geſchickt in ein undurchdringliches Dunkel hüllte, daß es unmöglich war, ihre Spuren mit einiger Sicherheit zu verfolgen. Warnungen von Mordanſchlägen gegen ſeine Perſon, die ihm von verſchiedenen Seiten zugingen, brachten auf ſeine leicht erregbare Einbildungskraft den erſchütterndſten Eindruck hervor; das Mißtrauen gegen die nächſten Kreiſe ſeiner Umgebung, welches ſich mit unwiderſtehlicher Gewalt ſeinem Gemüthe aufdrängte, übte einen zerſtörenden Einfluß auf ſeine Geſundheit; und im Spätſommer des Jahres 1825, als ihm von neuem die beunruhigendſten Mittheilungen beſtimmten, beſchloß er, den Schreckbildern, die aus den innerſten Gemächern ſeines Palaſtes gegen ihn aufſtiegen, zu entfliehen, indem er eine Reiſe nach den ſüdlichen Provinzen des Reiches antrat, von deren mildem Klima er ſich bei der Erſchöpfung ſeiner körperlichen Kräfte Erleichterung verſprach. Die Aufregung der Reiſe täuſchte ihn über ſeinen wahren Zuſtand; als er zu Taganrog, einer neu erblühenden Stadt am nordöſtlichen Ende des Meeres von Azow eintraf, konnte er ſich aber nicht länger die Vorzeichen ſeiner bevorſtehenden Auflöſung verbergen. Er ſtarb (am 1. December 1825) nach kurzem Krankenlager an einem Gallenfieber, welches er in den erſten Tagen, als Rettung noch möglich war, mit krankhaftem Eigenſinne vernachläſſigt hatte. In den letzten Stunden vor ſeinem Dahinſcheiden, als er erkannte, daß ſeine irdiſche Laufbahn beendigt war, hatte er noch einen Schritt gethan, der die ganze Zerriſſenheit ſeines Gemüthes, ſo wie die Haltungsloſigkeit eines durch frühe Theilnahme an fremder Blutſchuld gebrochenen Charakters verrieth: er war zur katholiſchen Kirche übergetreten,

Digitized by Google

um der Heilsmittel theilhaftig zu werden, welche dieſe für reuige Sün- der in Bereitſchaft hält*).

Die unerwartete Kunde von dem Tode des mächtigen Monarchen, der noch in der Blüthe des kräftigſten Mannesalters ſtand, rief in ganz Europa eine unbeſchreibliche Bewegung hervor. Die Fürſten, mit denen der ſo früh Dahingeriſſene durch die Bande perſönlicher Freundſchaft verbunden war, waren erſtarrt; denn ſie fühlten wohl, daß der Bund der Souveraine zur Aufrechterhaltung des Friedens und der beſtehenden Ordnung in Alexander ſeine feſteſte Stütze verloren hatte. Auch die Völker begriffen, daß in dem politiſchen Syſteme, welches ſeit dem Sturze des franzöſiſchen Kaiſerreiches den Welttheil beherrſchte, eine Lücke entſtanden war, die ſich ſo leicht nicht wieder ausfüllen laſſen würde; und je nachdem die Urtheile über dieſes Syſtem verſchieden waren, ſprachen ſich auch die verſchiedenartigſten Gefühle aus. Die Einen ſahen mit Schrecken einer Zeit neuer Gährung und Verwirrung, die Anderen mit Freude dem Anfange einer neuen fort- ſchreitenden Entwickelung volksthümlicher Freiheiten entgegen. Der heilige Bund, der es ſich zur Aufgabe geſetzt hatte, der Revolution einen undurchdringlichen Damm entgegenzuſtellen, der aber je länger je mehr ſich als das traurigſte Hemmniß jeder freieren Bewegung her- ausſtellte, war gelöſt: dies konnte Niemand verkennen, der mit unbe- fangenem Blicke die gegenſeitigen Beziehungen der Staaten und Völker Europas prüfte. So lange die Beſorgniß vor dem anſteckenden Beiſpiele der unruhigen Bewegungen des Weſtens die Cabinette beherrſchte, konnte unter den Mächten des Feſtlandes eine vollkommene Uebereinſtimmung obwalten; nur England mußte durch ſein Intereſſe beſtimmt werden, ſich den Anſprüchen des von Rußland, Preußen, Oeſterreich und Frankreich gebildeten Vierbundes entgegenzuſtellen, der ſeinen Willen Europa zum Ge- ſetz auflegte. Als jedoch durch den griechiſchen Freiheitskampf der tiefe Verfall des osmaniſchen Reiches aufgedeckt und damit die unſichere Lage des Orients in den Vordergrund der Politik gerückt wurde, fingen auch unter den Mächten des Feſtlandes die Intereſſen ſich zu ſondern an. Rußland verſäumte es nicht, die Zerrüttung des osmaniſchen Reiches nach Kräften zu vermehren, indem es zu den Verlegenheiten der Pforte durch ſeine Forderungen neue hinzufügte. Oeſterreich auf der andern Seite, welches ſeit dem Sinken der Osmanenmacht auf ſeiner ganzen ausgedehnten ſüdöſtlichen Grenze keine Gefahr mehr zu befürchten hatte

*) Polignac, études historiques, politiques et morales. Tome I. p. 234.

Digitized by Google

und daher bei jeder Unterbrechung des allgemeinen Friedens ſeine Kräfte ungetheilt nach dem Norden und nach dem Weſten tragen konnte, ſah in dem unverletzten Beſtande des barbariſchen Nachbarreiches die vornehmſte Bürgſchaft ſeiner äußern Sicherheit und bot daher, ſelbſt mit Verleugnung der heiligſten Pflichten der Menſchlichkeit, Alles auf, um das auseinander fallende Osmanenthum aufrecht zu halten und zu ſtützen. Preußens König, durch die Erinnerungen des Befreiungskrieges beherrſcht, konnte ſich von dem Gedanken nicht trennen, daß er in Rußland ſeinen treueſten und unentbehrlichſten Verbündeten habe; und das Berliner Cabinet unterwarf ſich daher in Bezug auf die Fragen des Orients beinahe unbedingt dem ruſſiſchen Einfluſſe. Frankreich neigte ſich aus anderen Gründen zu Rußland; die einflußreichſten Staatsmänner waren der Anſicht, daß Frankreich nur durch die engſte Verbindung mit Rußland das mit dem Erliegen Napoleons verlorene Gewicht in der Wagſchale der europäiſchen Intereſſen und beſonders jene Ausdehnung ſeiner Grenzen wieder erlangen könne, welche die Volksmeinung, durch den Glanz des Kaiſerthumes verführt, ſich als die natürliche zu betrachten gewöhnt hatte. So lange Villèle das Heft in der Hand hielt, vermochte dieſe Richtung der franzöſiſchen Politik ſich nicht geltend zu machen. Villèle war bei weitem mehr an der Begründung einer feſten Ordnung im Innern, als an auswärtigem Einfluſſe gelegen; als die nothwendigſte Bedingung für die Begründung einer feſten Ordnung im Innern erkannte er aber die Erhaltung des allgemeinen Friedens, und da er für dieſen die nächſte Gefahr in der Ausführung der ruſſiſchen Plane im Oriente ſah, ſo war er eher geneigt, denſelben entgegenzuwirken, als ſie, um welchen Preis auch immer, zu unterſtützen. England ſtand den ruſſiſchen Entwürfen von Anfang, als ſelbſt Oeſterreich die Gefahr derſelben in ihrem vollen Umfange noch nicht aufgefaßt hatte, am ſchroffſten entgegen. Aus demſelben Grunde, aus dem England beharrlich mit der Anſtrengung aller Kräfte gegen die franzöſiſche Republik und gegen das napoleoniſche Kaiſerreich angekämpft hatte, weil die Herrſchaft einer einzelnen Macht auf dem europäiſchen Feſtlande nicht allein ſeinen eigenen Einfluß ausſchloß, ſondern ſelbſt ſeine Sicherheit gefährdete, aus demſelben Grunde mußte es auch gegen jedes weitere Umſichgreifen des ohnedies bereits übermächtigen Zaarthumes ankämpfen. Alle die Mißverhältniſſe, die aus den Widerſprüchen in den Intereſſen und in der Politik der großen Mächte hervorgingen, wurden durch den Einfluß gemildert, den die Perſönlichkeit des verſtorbenen Kaiſers auf die

Digitized by Google

Souveraine übte; es ließ ſich aber auf keine Weiſe erwarten, daß ſein Nachfolger jemals zu einem ähnlichen Einfluſſe gelangen würde.

Einen eben ſo wenig gleichartigen Eindruck, wie im Auslande, brachte die von einem der entlegenſten Punkte des Reiches eintreffende Todesbotſchaft in Rußland ſelbſt hervor. Die Maſſe des Volkes, durch die Leibeigenſchaft zu träger Gedankenloſigkeit verurtheilt, beharrte in ihrer gewohnten Gleichgültigkeit. Bei den Großen erregte die Nachricht, je nach dem verſchiedenen Grade der Gunſt, die ſie genoſſen, oder der Ungunſt, die ſie erfahren hatten, die verſchiedenſten Gefühle. Die Verſchwörer, die gegen den milden und menſchenfreundlichen Kaiſer in ihren geheimen Zuſammenkünften ihre Dolche geſchliffen, waren wie vom Blitze gerührt; das Opfer, das ſie in wahnſinniger Vermeſſenheit dem Tode geweiht, war ihnen durch eine höhere Hand entrückt; alle die Plane, die ſie mit kaltblütiger Berechnung auf das verabſcheuungswürdigſte Verbrechen gebaut hatten, waren vereitelt. Großfürſt Nikolaus, der dritte unter den vier Söhnen, die Kaiſer Paul bei ſeinem blutigen Ende hinterlaſſen, verſammelte unmittelbar nach dem Eingange der Nachricht von dem Tode des Kaiſers zu St. Petersburg die Garden und alle Regimenter der Beſatzung, ſo wie ſämmtliche Oberbehörden und ließ ſie ſeinem älteren Bruder, dem in der Eigenſchaft eines Oberbefehlshabers des polniſchen Heeres zu Warſchau reſidirenden Großfürſten Konſtantin, als dem natürlichen Thronerben, den Eid der Treue ſchwören. In allen Provinzen wurde dem neuen Kaiſer Konſtantin I. gehuldigt. Die Eilboten, welche nach Warſchau geſandt wurden, um die Befehle Konſtantins einzuholen, kehrten aber bald mit der Meldung zurück, daß der Großfürſt auf ſeinem bereits im J. 1822*) ausgeſprochenen und damals von dem Kaiſer Alexander genehmigten Entſchluſſe beharre, dem Throne zu entſagen. Zwei Schreiben des Großfürſten, das eine an die verwittwete Kaiſerin, ſeine Mutter, das andere an ſeinen Bruder Nikolaus, beſtätigten dieſe Kunde; in dem letzten leiſtete Konſtantin ſeinem kaiſerlichen Bruder den Unterthaneneid, und dieſer konnte jetzt nicht länger zögern, von dem erledigten Throne Beſitz zu ergreifen, was der ruſſiſchen Nation durch ein Manifeſt bekannt gemacht wurde, welches alle auf die näheren Umſtände des Thronwechſels bezüglichen Urkunden begleiteten.

Der Morgen des 26. Decembers war dazu beſtimmt, den in St. Petersburg liegenden Truppen den Treueſchwur abzunehmen. Schon

*) Durch eine Urkunde vom 14. Jan. 1822.

Digitized by Google

war bei mehreren Regimentern die Ceremonie vollzogen, als das Garde-regiment Moskau, von ſeinen Subalternofficieren geführt, gegen Mittag aus ſeinen Caſernen ausrückte, mit fliegenden Fahnen nach dem Iſaaksplatze marſchirte, und ſich unter dem Rufe: „Es lebe der Kaiſer Konſtantin!“ in guter Ordnung vor dem Palaſte des Senates aufſtellte. Bald ſchloß ſich der empörten Truppe das unter gleichem Rufe von einer andern Seite anrückende Leibgrenadierregiment und ein Bataillon der Marinegarde an; zahlloſe Volkshaufen ſammelten ſich um die meuteriſche Soldateska und ſtimmten in das aufrühreriſche Geſchrei ein, welches dieſe ausſtieß. Kaiſer Nikolaus bewährte in dieſer unheilſchwangern Lage eine ſeltene Gegenwart des Geiſtes. Er ertheilte ſogleich den Befehl, daß ſich alle treu gebliebenen Regimenter um den Winterpalaſt zuſammenziehen ſollten, in dem ſich die Glieder der kaiſerlichen Familie befanden; er ſelbſt ſtellte ſich an die Spitze eines Bataillons vom Preobrajenskyſchen Garderegimente und ging den Meuterern entgegen, um ſie zu ihrer Pflicht zurückzuführen. Ehe er mit der ſchwachen Schaar ſeiner Getreuen den Platz noch erreicht hatte, hörte man Schüſſe fallen, und bald darauf kam die Meldung, daß der Generalgouverneur von St. Petersburg Graf Miloradowitſch, während er die Aufrührer durch vernünftige Vorſtellungen zu beruhigen ſuchte, ermordet worden ſey. Der Kaiſer, der inzwiſchen durch die Garde zu Pferde, durch die Chevaliergarde und durch das Garde-regiment Pawlowsk verſtärkt worden war, rückte gegen den Iſaaksplatz vor, der von einer dicht gedrängten Menſchenmaſſe gefüllt war. Er wandte ſich an die Volkshaufen, die ihm zunächſt ſtanden, erklärte, daß er kein Verlangen nach der Krone trage, und ſie nur angenommen habe, um ſein Volk glücklich zu machen, weil ſein Bruder auf den Thron verzichtet habe. Die Antwort war: „Es lebe Nikolaus! Die aufrühreriſchen Soldaten behaupteten jedoch ihre Stellung und luden auf den Befehl ihrer Anführer die Gewehre. Der Kaiſer, der bis unmittelbar in ihre Nähe vorgedrungen war, zog ſich vom Platze zurück. Die letzte Hoffnung auf Herſtellung der Ruhe und Ordnung durch friedliche Mittel war jetzt auf den Einfluß der Geiſtlichkeit gerichtet, der bei dem religiöſen Sinne der Ruſſen unter gewöhnlichen Umſtänden unbegränzt iſt. Die Metropoliten von St. Petersburg und von Kiew erſchienen in vollem Ornate mit vorgetragenem Kreuze vor den widerſpenſtigen Reihen; ſie wurden mit wildem Geſchrei empfangen und kamen nicht zu Worte. Der Abend brach herein, und es blieb nichts Anderes übrig, als Gewalt zu brauchen,

Digitized by Google

wenn die Reſidenz nicht während der Nacht allen Schrecken des Aufruhrs Preis gegeben bleiben ſollte. Die beiden Reiterregimenter der Garde erhielten den Befehl, die Meuterer durch einen raſchen Angriff auseinander zu ſprengen. Sie wurden durch eine Salve des unerſchütterlich feſtſtehenden Vierecks zurückgeworfen. Da traf gerade zur rechten Zeit eine Artilleriebrigade ein, die bei der erſten Kunde von dem Ausbruche des Aufſtandes zum Schutze des Winterpalaſtes entboten war. Acht Feldſtücke eröffneten ein mörderiſches Feuer gegen die Aufrührer, die nach einem vergeblichen Verſuche, die Kanonen zu nehmen, ihre Reihen auflöſten und ſich in wilder Flucht zerſtreuten. Die Reiterei, welche im entſcheidenden Augenblicke vorbrach, hieb eine große Anzahl der Fliehenden nieder und brachte an 500 Gefangene ein, während der Reſt ſich nach allen Richtungen zerſtreute. Vor dem Einbruche der Nacht war die Ruhe vollkommen hergeſtellt, und am andern Morgen war keine Spur von den blutigen Auftritten des vorhergehenden Tages zu bemerken, außer den Zeichen, welche die Gewehr- und Kartätſchenkugeln an den Gebäuden des Iſaaksplatzes und der benachbarten Straßen hinterlaſſen hatten.

Die Unterſuchung, welche angeſtellt wurde, um die Urſache und den Zweck des Aufruhrs, ſo wie die Anſtifter und Rädelsführer zu ermitteln, ergab bald, daß die Soldaten in gutem Glauben gehandelt hatten, indem ſie dem Eide, den ſie dem Großfürſten Konſtantin geſchworen, treu bleiben wollten. Man hatte ſie überredet, daß Konſtantin weit davon entfernt ſey, abzudanken, daß vielmehr ein verrätheriſcher Anſchlag im Werke ſey, ihn des Thrones zu berauben, und daß es die Pflicht ſeiner getreuen Garden wäre, das Verbrechen zu vereiteln. Durch die Ausſagen der Officiere, welche an dem Aufſtande Theil genommen, und die theils mit den Waffen in der Hand gefangen genommen, theils in ihren Wohnungen verhaftet wurden, kamen alle Umſtände der Verſchwörung an das Licht. Die ganze Bewegung war von dem Geheimbunde angeſtiftet und geleitet worden, von deſſen Daſeyn Kaiſer Alexander in ſeinem letzten Lebensjahre wiederholte Anzeigen erhalten, und der anfangs den Namen Bund des Heiles geführt, darauf den Namen Bund des öffentlichen Wohles angenommen hatte. Der Bund zerfiel in zwei von einander getrennte, aber in der engſten Verbindung ſtehende Abtheilungen, von denen die eine, der Verein den Nordens, ihren Sitz zu St. Petersburg, die andere, der Verein des Südens, ihren vornehmſten Sitz zu Tulczyn, dem Hauptquartier des in Podolien und den benachbarten Gouvernements

aufgeſtellten Armeecorps hatte. Neben dem Bunde für das öffentliche Wohl hatte ſich ein anderer Geheimbund, die Geſellſchaft der Vereinigten Slaven gebildet, der ähnliche Zwecke verfolgte, jedoch niemals zu ſolcher Bedeutung und zu einer ſo vollkommenen Organiſation gelangt zu ſeyn ſcheint, wie der erſtere, wenn es den Mitgliedern nicht vielleicht gelungen iſt, ihr Geheimniß beſſer vor der Entdeckung zu bewahren. Der urſprüngliche Plan des Bundes für das öffentliche Wohl war, durch die Ermordung des Kaiſers Alexander eine gewaltſame Umwälzung herbeizuführen und Rußland in eine Föderativrepublik umzugeſtalten, bei der es jedoch aller Wahrſcheinlichkeit nach mehr auf die Begründung einer reinen Adelsherrſchaft, als auf die Entwickelung der Volksfreiheit abgeſehen war. Der unerwartete Tod Alexanders verrückte alle Plane des Bundes, und einen Augenblick war man im Begriffe, dieſelben auf unbeſtimmte Zeit zu vertagen. Die ſonderbare Verwickelung, die bei dem Thronwechſel eintrat, gab den Verſchworenen jedoch neuen Muth; ſie beſchloſſen, die Umſtände zu der ungeſäumten Verwirklichung ihrer Entwürfe zu benutzen und das Heer durch das Gaukelſpiel, welches ſie mit dem Namen des Großfürſten Konſtantin trieben, auf ihre Seite hinüberzuziehen. An der Spitze der Vereinigung des Nordens ſtanden drei Directoren, der verabſchiedete Lieutenant Ryleiew, ein Mann von Talent, wenngleich ohne feſten Charakter, der in St. Petersburg die Seele der Verſchwörung war, der Obriſt der Preobrajenskyſchen Garde Fürſt Sergius Trubetzkoy und der Gardelieutenant Fürſt Eugen Obolensky. Als der Zeitpunkt, der zum Ausbruche beſtimmt war, heranrückte, wurde jedoch Fürſt Trubetzkoy der als einer der erſten Großen des Reiches eher geeignet ſchien, ſich Anerkennung und Gehorſam zu verſchaffen, zum Dictator mit unumſchränkter Gewalt ernannt. Die Verabredung war, daß der Fürſt den Befehl über die auf dem Iſaaksplatze zu vereinigenden Truppen übernehmen ſollte, einer der Verſchworenen, der verabſchiedete Lieutenant Kachowski, der ſich durch ſeinen glühenden Eifer vor allen andern auszeichnete, war dazu erſehen, in der Verwirrung, die nicht ausbleiben konnte, den Kaiſer zu ermorden. Darauf wäre eine proviſoriſche Regierung eingeſetzt worden, die der Bund, wenn ſie auch nicht ausſchließlich aus deſſen Gliedern gebildet worden wäre, doch leicht nach ſeinem Willen geleitet hätte. Das ganze verwegene und ruchloſe Unternehmen war darauf berechnet, daß Kaiſer Nikolaus in dem erſten Schrecken die Faſſung verlieren und es verſäumen würde, die erforderlichen Maßregeln zu ſeiner Vertheidigung zu treffen. Die Muthloſig-

Digitized by Google

keit, die man bei dem Kaiſer vorausgeſetzt hatte, bemächtigte ſich aber in der Stunde der Entſcheidung der Häupter des Bundes. Fürſt Trubetzkoy, ſtatt auf dem Platze zu erſcheinen, irrte rathlos in der Stadt umher und nahm nach der Beendigung des Kampfes ſeine Zuflucht in das Haus ſeines Schwagers, des öſterreichiſchen Geſandten, von dem er am andern Morgen auf eine Requiſition des Miniſters der auswärtigen Angelegenheiten ausgeliefert wurde. Gleiche Feigheit, die eine natürliche Folge des erſt im Augenblicke der That erwachenden Bewußtſeyns der Unzulänglichkeit ihrer Kräfte war, zeigten alle übrigen Häupter der Verſchwörung; alle waren nach ihrer Verhaftung von Reue zerknirſcht und ſuchten durch die Aufrichtigkeit ihrer Geſtändniſſe entweder ihre Schuld zu büßen oder, wie dies bei dem Fürſten Trubetzkoy der Fall war, die Gnade des Kaiſers zu erbetteln.

Durch ihre Ausſagen wurden alle Verzweigungen, die der Bund in den Provinzen hatte, aufgedeckt; und an dem Tage nach der Unterdrückung des Aufruhrs in St. Petersburg gingen Eilboten nach dem Hauptquartiere des zweiten Armeecorps ab, um dem commandirenden General den Befehl zu der Verhaftung aller Mitglieder der Verbindung des Südens zu überbringen. Alle, da ſie auf eine ſolche Wendung der Dinge auf keine Weiſe gefaßt waren, wurden ohne einen Verſuch des Widerſtandes verhaftet. Ein einzelner Mann bewährte eine eben ſo kühne als umſichtige Entſchloſſenheit, die einer beſſern Sache würdig geweſen wäre. Sergius Murawiew-Apoſtol, Obriſtlieutenant bei dem Regimente Tſchernigow, das in der kleinen Stadt Waſſilkow und in den umliegenden Ortſchaften vertheilt war, gehörte zu den vornehmſten Leitern des Bundes. Er war, durch einen der Theilnehmer gewarnt, im Begriff, mit ſeinem Bruder Matthias Murawiew ſich auf dem Lande zu verbergen, als er am 10. Januar 1826 durch den Obriſten ſeines Regimentes verhaftet wurde. Vier Officiere des Regimentes befreiten ihn in derſelben Nacht; und er faßte ſogleich den Entſchluß, die Truppen in der Nachbarſchaft aufzuwiegeln, um mit denſelben die in St. Petersburg mißlungene Revolution auf eigene Hand durchzuſetzen. Mit zwei Compagnien, die deren Officiere ihm zuführten, rückte er nach Waſſilkow, wo er eine dritte Compagnie an ſich zog, indem der befehligende Major, der umſonſt Widerſtand zu leiſten verſuchte, von ſeinen Leuten verlaſſen wurde. Von Waſſilkow, wo er mehrere verhaftete Officiere und Soldaten befreite, wandte er ſich gegen Kiew, in der Hoffnung, daß die in dieſer Stadt und in der Umgegend ſtehenden Mitglieder des Vereins der Slaven ſich ihm anſchließen und einen

Digitized by Google

Theil ihrer Truppen mit ſich fortreißen würden. Auf dem Marſche ſtießen noch zwei Compagnien ſeines Regimentes zu ihm, ſo daß die unter ſeinem Befehle vereinigte Macht ſich bereits auf 700 Mann belief. Da der Officier, der er nach Kiew geſandt hatte, nicht zurückkehrte, mußte er vermuthen, daß derſelbe aufgefangen war. Er änderte daher ſeine Richtung und ſchlug den Weg nach Belaja Therkow ein, wo ſich aber die Truppen, die dort ihre Standquartiere hatten, nicht mehr fanden. Er konnte jetzt nicht länger daran zweifeln, daß ſein Anſchlag entdeckt und daß er von überlegener Macht verfolgt war. Um die Gegner irre zu führen, wandte er ſich nach ſeinem Ausgangspunkte zurück, wo man ihn, wie er vorausſetzte, am wenigſten ſuchen würde. Bei dem Dorfe Uſtimowka wurde er jedoch von der Huſarenabtheilung des Generals Geismar eingeholt, die zu ſeiner Verfolgung ausgeſchickt war. Er ließ ſeine Compagnien eine Colonne bilden und befahl ihnen, ohne einen Schuß zu thun, auf die Kanonen loszuſtürmen, die gegen ihn aufgefahren waren. Eine Kartätſchen-Salve ſprengte die Colonne, in die gleichzeitig die Reiterei einhieb. Der kühne Murawiew ſank von einer Kugel getroffen zu Boden und wurde, ſchwer verwundet, gefangen genommen, während ſeine Leute, durch ſeinen Fall entmuthigt, die Waffen von ſich warfen und ſich ohne Widerſtand ergaben.

Die Unterſuchung zu St. Petersburg, die inzwiſchen ununterbrochen fortgeſetzt wurde, dehnte ſich wegen des großen Umfanges der Verſchwörung, deren Theilnehmer in allen Provinzen des Reiches zerſtreut waren, bis in den ſechſten Monat aus. Nachdem dieſelbe endlich geſchloſſen und der in die kleinſten Einzelheiten eingehende Bericht über die Ergebniſſe erſtattet war, wurde auf den Befehl des Kaiſers zur Aburtheilung der Schuldigen ein außerordentlicher Gerichtshof gebildet, der aus den drei höchſten Staatskörpern, dem Reichsrathe, dem dirigirenden Senate und der heiligen Synode, zuſammengeſetzt war, und bei dem der Juſtizminiſter das Amt eines Generalprocurators verſah. Am 24. Juli 1826 ſprach dieſer Gerichtshof, dem der Kaiſer noch eine Anzahl hoher Beamten und Generale beigeordnet hatte, ſein Urtheil. Fünf der am ſchwerſten Bezüchtigten, der Obriſt Peſtel, der die Verbindung des Südens geleitet hatte und als das Haupt der ganzen Verſchwörung erſchien, der Obriſtlieutenant Sergius Murawiew-Apoſtol, der verabſchiedete Lieutenant Ryleiew, die Lieutenants Beſtuſchew-Rumin und Kachowski wurden zum Tode durch das Rad, 31, unter denen die Fürſten Trubetzkoy, Obolensky, Bariatinsky, Sergius Wolkonsky, Tſchepin-Roſtowsky zur Enthauptung, 17 zu lebenslänglicher Zwangs-

arbeit in den Bergwerken von Nertſchinsk, 53 zu mehrjähriger Zwangsarbeit in den Bergwerken und zu lebenslänglicher Verbannung nach Sibirien, 3 zur Degradation, zum Verluſte des Adels und zur Verweiſung nach Sibirien, 9 zur Degradation und zur Dienſtleiſtung als gemeine Soldaten verurtheilt. Eine große Anzahl der Minderbetheiligten, unter denen der Generalmajor Michael Orlow, einer der ausgezeichnetſten Feldherren des ruſſiſchen Heeres, wurde durch den Kaiſer theils völlig begnadigt, theils mit geringeren Strafen belegt. Auch den zur Enthauptung Verurtheilten wurde inſofern die Gnade des Kaiſers zu Theil, als die Todesſtrafe, die gegen ſie erkannt war, in lebenslängliche Zwangsarbeit in den Bergwerken umgewandelt wurde. Die fünf Hauptverbrecher, denen der Kaiſer nur die barbariſche Hinrichtungsweiſe durch das Rad erließ, wurden dagegen auf dem Glacis der Citadelle von St. Petersburg gehängt. Dabei waren alle Verurtheilte zugegen; die Orden und die militairiſchen Dienſtzeichen, die ihnen abgenommen waren, wurden durch den Henker verbrannt, und ſie ſelbſt in die groben Gewande der Strafarbeiter eingekleidet. Des andern Tages wurde auf dem Iſaaksplatze, welcher der Schauplatz des Aufruhrs vom 26. December geweſen war, vor der verſammelten Beſatzung in Gegenwart der höchſten Behörden ein feierlicher Gottesdienſt gehalten, um der Vorſehung zu danken, daß ſie das Kaiſerreich von den verbrecheriſchen Planen der Uebelgeſinnten gerettet habe.

Kaiſer Nikolaus zeigte unmittelbar nach ſeiner Thronbeſteigung ſämmtlichen europäiſchen Höfen an, daß er feſt entſchloſſen ſey, „mit aller ſeiner Kraft auf den Wegen ſeines erlauchten Bruders fortzuſchreiten, die gleiche Treue gegen die von Rußland übernommenen Verbindlichkeiten zu beobachten, die gleiche Achtung vor allen durch die beſtehenden Verträge geheiligten Rechten an den Tag zu legen und die gleiche Anhänglichkeit an die erhaltenden Grundſätze des allgemeinen Friedens und an die Freundſchaftsbande zu bewähren, welche die großen Mächte mit einander verbänden.“ Die erſten Maßregeln, die Kaiſer Nikolaus nach ſeinem Regierungsantritte ergriff, ſchienen in der That darauf hinzudeuten, daß er, weit davon entfernt, eine Befriedigung ſeines Ehrgeizes in kriegeriſchen Planen zu ſuchen, alle ſeine Sorge nur auf die friedliche Entwickelung der inneren Hülfsmittel ſeines ungeheuren Reiches richtete. In allen Zweigen der Verwaltung wurden durchgreifende Verbeſſerungen eingeführt; in den Staatsausgaben wurden Erſparungen von vielen Millionen bewirkt; Unterſchleiſe von einem unermeßlichen Belauſe, die Jahr aus Jahr ein ſtraflos geblieben wa-

Digitized by Google

ren, wurden entdeckt und durch eine feſte Ordnung für die Zukunft, wenn nicht unmöglich gemacht, doch ſehr erſchwert. Die Rechtspflege, die in die gräulichſte Verwirrung gerathen war, wurde von den Mißbräuchen gereinigt, welche ſich durch die Unwiſſenheit, Saumſeligkeit und Beſtechlichkeit der Richter eingeſchlichen hatte. Unter den Papieren eines der in die Verſchwörung verwickelten Großen hatte ſich ein langes Verzeichniß der Verſchleuderungen, durch welche die Einkünfte des Reiches vergeudet wurden, und ein längeres der ſchweren Verbrechen gefunden, welche der Käuflichkeit der Gerichte zur Laſt fielen; und es iſt nicht unwahrſcheinlich, daß dieſes Actenſtück, welches einen tiefen Eindruck auf das Gemüth des Kaiſers hervorbringen mußte, in ihm zuerſt den Entſchluß geweckt hat, Uebelſtände zu beſeitigen, die auf anderm Wege ſchwerlich zu ſeiner Kenntniß gekommen wären. Aber nur ein ſehr geringer Theil der Verſchwörer war bei ihrem tollkühnen Unternehmen von dem Wunſche geleitet worden, wirkliche Gebrechen in der Staatsverwaltung abgeſtellt zu ſehen. Bei weitem die Mehrzahl war durch philoſophiſche und politiſche Anſichten beſtimmt, die nur der Dünkel einer oberflächlichen äußerlich aufgenommenen Bildung in Rußland für ausführbar halten konnte. Kaiſer Nikolaus glaubte daher, um der Wiederkehr ähnlicher Auftritte für die Zukunft vorzubeugen, vor Allem der Verbreitung politiſcher und philoſophiſcher Lehren entgegenwirken zu müſſen, die mit den Grundſätzen ſeiner Regierung nicht in Uebereinſtimmung ſtanden. Die Cenſur, die ſelbſt unter der Herrſchaft des feingebildeten Alexander nicht die mildeſte geweſen war, wurde deshalb außerordentlich verſchärft und beſonders mit der äußerſten Strenge gegen alle aus dem Auslande eingeführte Schriften angewandt. Bald ging man noch einen Schritt weiter, indem zu Anfange des J. 1827 auf den Befehl des Kaiſers die philoſophiſchen Vorleſungen auf allen ruſſiſchen Univerſitäten geſchloſſen und die Lehrſtühle für Philoſophie und Staatswiſſenſchaft aufgehoben wurden. Wenn man völlig ſicher ſeyn wollte, daß keine verkehrte und ſtaatsgefährliche Anſichten im ruſſiſchen Reiche Eingang fänden, konnte man freilich nichts Zweckmäßigeres thun, als indem man überhaupt die Aufſtellung jeder ſelbſtſtändigen Anſicht unterſagte; um folgerecht zu bleiben, hätte man aber nicht bloß das Lehren der Wiſſenſchaft, welche die Grundlagen aller einzelnen Zweige des menſchlichen Wiſſens enthält, ſondern das Denken überhaupt verbieten und eine Strafe auf jede Aeußerung ſetzen müſſen, die eine Uebertretung dieſes Verbotes verrathen hätte.

Während die inneren Angelegenheiten des Reiches die Sorge des

Digitized by Google

Kaiſers ausſchließlich in Anſpruch zu nehmen ſchienen, war die ruſſiſche Diplomatie nach außen in nicht weniger angeſtrengter Thätigkeit. Die friedlichen Verſicherungen, die Kaiſer Nikolaus bei ſeinem Regierungsantritte an die europäiſchen Höfe richtete, hatten Niemand getäuſcht. Man wußte zu London ſo gut, wie zu Wien und Berlin, daß das ruſſiſche Volk laut ſeine Stimme erhob, um die Rettung der erliegenden Glaubensbrüder in der Türkei durch die Gewalt der Waffen zu fordern, und man verbarg ſich nicht, wie wünſchenswerth ein auswärtiger Krieg ſchon deshalb dem Kaiſer ſeyn mußte, weil derſelbe eine Gelegenheit bot, die im Heere verbreiteten Gährungsſtoffe auf unſchädliche Weiſe abzuleiten. Der Herzog von Wellington, der von dem brittiſchen Cabinette nach St. Petersburg geſchickt wurde, um den Kaiſer bei ſeiner Thronbeſteigung zu beglückwünſchen, hatte den Auftrag, Alles aufzubieten, um einen gewaltſamen Bruch zwiſchen Rußland und der Pforte zu verhindern. Kaiſer Nikolaus würde die angebotene brittiſche Vermittelung wahrſcheinlich ohne Weiteres zurückgewieſen haben, wenn er ſich nicht überzeugt hätte, daß dieſelbe Vortheile verſprach, die ſelbſt durch eine augenblickliche Kriegserklärung gegen die Pforte nicht mit gleicher Sicherheit zu erreichen waren. Mehr, als die Begründung eines halb ſelbſtſtändigen, halb der Pforte untergebenen griechiſchen Staates, den alle ſeine Intereſſen zu der engſten Verbindung mit Rußland hinziehen mußten, durfte man kaum durch eine ganze Reihe gewonnener Schlachten zu erlangen hoffen. Daher die Bereitwilligkeit, mit der das St. Petersburger Cabinet auf die brittiſchen Vorſchläge einging, und die ſich um ſo leichter erklären läßt, als Rußland ſich in allen Punkten, die ſeine beſonderen Intereſſen berührten, vollkommen freie Hand vorbehielt.

Die Unterhandlungen, die in einem ſehr verſchiedenen Sinne zu London und zu Konſtantinopel geführt wurden, waren noch weit von ihrem Ziele entfernt, als ſich eine willkommene Gelegenheit bot, die ruſſiſchen Waffen zu beſchäftigen, ohne die Eiferſucht der europäiſchen Mächte zu reizen. Die Kunde von dem blutigen Aufruhr zu St. Petersburg war eben ſo, wie durch ganz Europa, bis in die entlegenſten Gegenden Aſiens gedrungen und hier, durch das Gerücht auf das Fabelhafteſte vergrößert, zu einem rieſenhaften Schreckbilde angewachſen. In Tauris, wo der kriegeriſche Sohn des Schahs von Perſien, Abbas Mirza, ſeine Hofhaltung hatte, war man der Meinung, daß das ruſſiſche Reich bereits in völliger Auflöſung begriffen ſey und der thatenluſtige Prinz hielt ſich feſt überzeugt, daß jetzt der Augenblick gekom-

Digitized by Google

men ſey, um für alle Unbilden, die ſein Vaterland ſeit länger als einem Jahrhunderte von den Ruſſen erduldet, Rache zu nehmen. Der alte König, Feth Ali Schah, durch die Erfahrungen des letzten Krieges gewarnt, gab erſt nach langem Zögern dem ſtürmiſchen Andringen ſeines Lieblingsſohnes nach. So wie ſeine Einwilligung ertheilt war, brachen die perſiſchen Reiterſchaaren, wie ein reißender Waldſtrom Alles vor ſich niederwerfend, in die ruſſiſchen Provinzen jenſeit des Kaukaſus ein. Die ruſſiſchen Truppen, eines ſolchen Ueberfalles ſich nicht verſehend, waren in weitläufigen Cantonirungen zerſtreut, und der Feind hatte bereits eine Menge ruſſiſcher Poſten aufgehoben und einen großen Theil des Landes überſchwemmt, ehe der ruſſiſche Feldherr, General Jermolow, noch Zeit gehabt hatte, die nöthigen Befehle zur Zuſammenziehung ſeiner Truppen zu ertheilen. Ueberall, wo die Perſer ſich zeigten, ſtanden die mahomedaniſchen Einwohner auf und vereinigten ſich mit den ſiegreichen Glaubensgenoſſen. Selbſt unter den chriſtlichen Georgiern kamen unruhige Bewegungen zum Ausbruche, als ein Nachkomme des alten von den Ruſſen verrätheriſch entthronten georgiſchen Königshauſes, Fürſt Alexander, von einer perſiſchen Reiterſchaar geleitet, in ihrer Mitte erſchien. In dieſer ſchwierigen Lage verleugnete Jermolow ſein wohlbewährtes Feldherrntalent nicht. Er ſandte, was er von Truppen in der Eile zuſammenraffen konnte, unter dem Befehle des Generals Madatow, dem Prinzen Alexander, den die ruſſiſchen Proclamationen für einen Abtrünnigen und Ueberläufer erklärten, entgegen und ließ den Aufſtand der Georgier niederſchlagen, ehe derſelbe weiter um ſich gegriffen hatte. Nachdem Madatow dieſen Auftrag vollzogen hatte, wandte er ſich mit ſeinem bis auf funfzehn Bataillone verſtärkten Corps gegen das perſiſche Hauptheer, welches im Begriff war, unter Abbas Mirza's perſönlicher Anführung auf der geraden Straße von Tauris nach Tiflis, der Hauptſtadt des einſt unabhängigen, ſeit keinem vollen Menſchenalter zur ruſſiſchen Provinz umgewandelten Königreiches Georgien, vorzurücken. An den Ufern des kleinen Fluſſes Schamhora ſtieß er auf die feindliche Vorhut, die aus 2000 Mann zu Fuß und 8000 Reitern mit vier Kanonen und zwanzig Feldſchlangen beſtand. Das ruſſiſche Geſchütz brachte die ſchlecht bedienten perſiſchen Feldſtücke bald zum Schweigen und richtete große Verheerungen unter der feindlichen Reiterei an, die, nachdem ihr Anführer Amin Khan, ein Oheim Abbas Mirza's, geblieben war, in äußerſter Verwirrung die Flucht ergriff und das Fußvolk, welches bis dahin tapfern Widerſtand geleiſtet hatte, mit ſich fortriß. General

Digitized by Google

Madatow, dem es mit Ausnahme weniger hundert Koſacken an Reiterei fehlte, konnte den Fliehenden nur langſam folgen. Die Beſtürzung, welche die Nachricht von dem verlorenen Treffen unter den Perſern verbreitete, war aber ſo groß, daß alle vorgeſchobenen Poſten derſelben ſich auf das Hauptheer zurückzogen, und daß ſelbſt die Beſatzung von Eliſabethpol, der Hauptſtadt des aus zwei ehemaligen mahomedaniſchen Fürſtenthümern zuſammengeſetzten gleichnamigen ruſſiſchen Bezirkes, die im erſten Schrecken von den einbrechenden Perſern ohne Widerſtand eingenommen war, dieſen Platz räumte, ohne nur die Ankunft der Ruſſen abzuwarten. Abbas Mirza hatte den günſtigen Augenblick unbenützt vorübergehen laſſen; denn es iſt keinem Zweifel unterworfen, daß er, wenn er mit ſeiner ganzen Macht ohne Aufenthalt bis nach Tiflis vorgedrungen wäre, die Ruſſen in Georgien eben ſo unvorbereitet überfallen hätte, wie in den vorliegenden Landſchaften; und die ruſſiſchen Truppen wären dann aller Wahrſcheinlichkeit nach theils in ihren Standquatieren vereinzelt aufgerieben, theils über den Kaukaſus geworfen worden. Vielleicht wäre es nach der Niederlage der perſiſchen Vorhut nicht zu ſpät geweſen, den von Anfang begangenen Fehler wieder gut zu machen; denn das ſchwache Corps des Generals Madatow würde für ſich allein ſchwerlich im Stande geweſen ſeyn, gegen die zehnfach überlegene Macht das Feld zu halten, die Abbas Mirza heranführte. Aber auch jetzt blieb dieſer in unbegreiflicher Unthätigkeit, bis der in Eilmärſchen vom Norden heranziehende General Paszkiewicz ſich mit Madatow vereinigt hatte. Erſt nachdem durch dieſe Vereinigung das ruſſiſche Corps zu einer Achtung gebietenden Stärke angewachſen war, entſchloß ſich der perſiſche Heerführer, zum Angriffe vorzurücken. Am 25. September 1826, in geringer Entfernung von Eliſabethpol, ſtießen die beiden feindlichen Heere auf einander. Der Kampf war ſchnell entſchieden. Die perſiſche Reiterei, die auf nicht weniger als 30,000 Pferde geſchätzt wird, warf ſich, nachdem ihr erſter ungeſtümer Anfall von den ruſſiſchen Vierecken zurückgewieſen war, zu zügelloſer Flucht; und das perſiſche Fußvolk, welches, obwohl nach europäiſcher Weiſe geordnet, dem ruſſiſchen weder an Zahl noch an militairiſcher Ausbildung gleichkam, mußte, von der Reiterei verlaſſen, ſeine Reihen auflöſen und ſich retten, ſo gut es konnte. Der Verluſt war auf beiden Seiten, wegen der kurzen Dauer des Gefechtes, von geringer Bedeutung; doch hatte der Sieg, den die Ruſſen erfochten, die wichtige Folge, daß Abbas Mirza das ruſſiſche Gebiet räumen und ſich über den Arares zurückziehen mußte, wo die Trümmer ſeines zer-

Digitized by Google

ſprengten und auseinander gelaufenen Heeres ſich unter dem Schutze der kleinen Feſte Abbas-Abad wieder zu ſammeln anfingen. Während alle Unternehmungen des perſiſchen Hauptheeres auf dieſe Weiſe vereitelt wurden, machte ein anderer Heerhaufe, mit dem ein jüngerer Bruder Abbas Mirza's, der Prinz Schiak Ali, von Maſanderan aus in die ruſſiſchen Provinzen am kaſpiſchen Meere eingebrochen war, überraſchende Fortſchritte. Die Bevölkerungen dieſer Landſchaften, die ausſchließlich von Mahomedanern bewohnt ſind, hatten ſich in Maſſe gegen die Ruſſen erhoben, und dieſe vermochten ſich nur noch in einzelnen feſten Plätzen, wie Baku, Derbend und Kuba, gegen die feindliche Uebermacht zu halten. Schon hatten die Perſer die Abſenker überſtiegen, die der Kaukaſus gegen das Geſtade des kaſpiſchen Meeres ausſchickt; das ganze Gebirge, welches bisher nie zu einem gemeinſchaftlichen Unternehmen ſich vereinigt hatte, war in Bewegung, und der Schrecken verbreitete ſich bis nach dem fernen Aſtrachan, wo die Einwohner ſich bereits zur Flucht anſchickten, als Schiak Ali die Nachricht von der verlorenen Schlacht bei Eliſabethpol erhielt. Ohne irgend eine Anordnung in Bezug auf ſeine Truppen zu treffen, ſetzte er ſich ſogleich auf das Pferd und ritt mit ſeinem Gefolge, beinahe ohne Halt zu machen, bis er ſich auf heimathlichem Boden in Sicherheit wußte. Das Heer, von ſeinem Anführer verlaſſen, löſte ſich auf, und die Ruſſen waren von aller Gefahr befreit, ohne daß ſie nöthig gehabt hätten, einen einzigen Schlag zu führen.

Bei der geringen Truppenzahl, die den ruſſiſchen Heerführern zu Gebote ſtand, und bei dem unruhigen Geiſte, der unter den Bevölkerungen der rückwärts gelegenen Landſchaften herrſchte, konnten die ruſſiſchen Heerführer nicht daran denken, die mit ſo leichter Mühe errungenen Vortheile weiter zu verfolgen. Die rauhe Jahreszeit, die in den Hochebenen des alten Armeniens mit der zweiten Hälfte des Octobers eintritt, bot ihnen daher einen willkommenen Vorwand, alle kriegeriſchen Bewegungen zu unterbrechen. Der Winter verging unter den Vorbereitungen, die auf beiden Seiten zu dem neuen Feldzuge getroffen wurden, der mit dem nächſten Frühjahre eröffnet werden ſollte. Die Nachläſſigkeit, welche der ruſſiſche Generalgouverneur Jermolow bewieſen, indem er ſich bei dem freilich unerwarteten Ausbruche des Krieges auf allen Punkten hatte überfallen laſſen, wurde durch ſeine Abberufung beſtraft; an ſeiner Stelle erhielt den Oberbefehl der thätige General Paszkiewicz, der durch ſein rechtzeitiges Eintreffen bereits im vorjährigen Feldzuge die Schlacht von Eliſabethpol ent-

Digitized by Google

ſchieden und durch ſeinen Antheil an dem Siege die Aufmerkſamkeit des Kaiſers auf ſich gezogen hatte. Mit der Wiederkehr der beſſern Jahreszeit begann Paszkiewicz ſeine Operationen, die jedoch durch die Unmöglichkeit, in einem durchaus verheerten Lande Unterhaltsmittel für zahlreiche Truppenmaſſen aufzufinden, ungemein erſchwert wurden. Während der drei Frühlingsmonate des Jahres 1827 beſchränkte ſich daher Alles, was die Ruſſen unternahmen, auf Streifzüge in den jenſeit des Arares gelegenen perſiſchen Provinzen Eriwan und Nakhitſchewan, in denen es beinahe täglich zu kleinen Gefechten kam, durch welche nichts entſchieden wurde; und von denen mehrere ſogar einen für die Ruſſen ungünſtigen Ausgang hatten. Erſt im Juli war General Paszkiewicz im Stande, mit anſehnlichen Streitkräften den Arares zu überſchreiten; und am 17. d. M. kam es in geringer Entfernung von der Feſte Abbas-Abad, welche die Ruſſen belagerten und zu deren Entſatze Abbas Mirza mit ſeiner ganzen Macht herbeieilte, zu einem Treffen, welches ungeachtet der wilden Tapferkeit der unregelmäßigen perſiſchen Reiterſchaaren mit ihrer völligen Zerſtreuung endigte. Die wichtigſte Folge des Sieges war die Einnahme der Feſtung Abbas-Abad, durch welche die Ruſſen einen ſichern Stützpunkt am Arares gewonnen. Abbas Mirza wurde jedoch durch ſeine Niederlage ſo wenig entmuthigt, daß er, ſtatt — wie man hätte erwarten ſollen — ſich in das Innere der unter ſeiner Verwaltung ſtehenden Provinz Aſerbeidſchan zurückzuziehen, vielmehr von neuem über den Arares ging und gegen den feſten Platz Eriwan vordrang, der von den Ruſſen ſeit dem Anfange des Feldzuges bald berannt, bald aus der Entfernung beobachtet wurde. Er griff das berühmte Kloſter Etſchmiadſin, welches die Ruſſen beſetzt hielten, mit Heftigkeit an und war im Begriffe, ſich dieſer wichtigen Stellung zu bemeiſtern, als General Kraſſowski, der das Beobachtungscorps vor Eriwan befehligte, mit demſelben zum Entſatze anrückte. Abbas Mirza, im Vertrauen auf die Ueberlegenheit ſeiner Streitkräfte, ging dem Feinde muthig entgegen, und es kam zu einem wüthenden Kampfe, in dem die Ruſſen bedeutenderen Verluſt erlitten, als in irgend einem früheren Gefechte während der ganzen Dauer des Krieges, zuletzt aber dennoch das Schlachtfeld behaupteten und die Perſer zwangen, ſich nach der einige Meilen von dem Kloſter entfernten Feſte Sardarabad zurückzuziehen. Der Sieg, den die Ruſſen erfochten hatten, kam ihnen ſo theuer zu ſtehen, daß ein zweiter ähnlicher Kampf das ganze Corps aufgerieben hätte. Um es dahin nicht kommen zu laſſen, zog General Paszkiewicz auf die erſte Nachricht von dem Ausgange des Treffens

Digitized by Google

mit ſeiner Hauptmacht gegen Eriwan heran. Bei ſeiner Annäherung wich Abbas Mirza über den Arares zurück; die Feſte Sardarabad, die einer ſeiner tapferſten Heerführer vertheidigte, wurde von den Ruſſen nach kurzer Beſchießung genommen, und Paszkiewicz, auf dieſer Seite gegen jede Beunruhigung geſichert, ſah ſich in den erſten Tagen des Octobers im Stande, vor Eriwan die Laufgräben zu eröffnen. Das ruſſiſche Wurfgeſchütz richtete in dem Platze, der bei den Perſern ſeiner ſteilen und ſchwer zugänglichen Lage wegen als uneinnehmbar galt, furchtbare Verheerungen an; bald war eine gangbare Breſche in die Mauer gelegt und ſchon rückten die ruſſiſchen Colonnen zum Sturme an, als die Beſatzung, an jeder Möglichkeit ferneren Widerſtandes verzweifelnd, die Waffen ſtreckte und ſich auf Gnade und Ungnade ergab. Die in ſo kurzer Zeit bewirkte Einnahme eines Platzes, welcher der Sage nach vorher niemals durch Gewalt der Waffen bezwungen war, verbreitete im perſiſchen Heere, ſo wie unter den Bevölkerungen der zunächſt gelegenen Provinzen einen allgemeinen Schrecken. Die leichten Reiterſchaaren, welche die Hauptmaſſe des perſiſchen Heeres bildeten, eilten haufenweiſe nach Hauſe; ſelbſt die regelmäßigen Truppen, die ſich bisher mit Tapferkeit geſchlagen hatten, waren nicht mehr zum Stehen zu bringen. Abbas Mirza, der nur noch wenige Tauſend Mann zuſammenzuhalten vermochte, zog ſich in das Innere von Aſerbeidſchan zurück, und General Paszkiewicz, von der Zerrüttung und Entmuthigung des feindlichen Heeres unterrichtet, verlor keinen Augenblick, mit Allem, was nach der Beſetzung der eroberten feſten Plätze von Streitkräften noch zu ſeiner Verfügung blieb, in Gewaltmärſchen nachzudrängen. Alojar Khan, der Schwiegerſohn und erſte Miniſter Feth Ali Schahs, hatte den Auftrag, die große, von ihrem früheren Glanze ſehr herabgekommene, aber noch immer mehr als 40,000 Einwohner zählende Stadt Tauris auf das Aeußerſte zu vertheidigen. Er ließ nichts unverſucht, um die Bevölkerung zu dem Entſchluſſe erbitterten Widerſtandes aufzuregen, überzeugte ſich aber bald von der Vergeblichkeit ſeiner Bemühungen. Bei der erſten Annäherung der ruſſiſchen Vorhut lief das ganze Truppencorps, welches ſeinem Befehle untergeben war, auseinander; der Pöbel brach in wilden Aufruhr aus und plünderte den Palaſt Abbas Mirza's; die angeſehenſten Einwohner, die mahomedaniſche Geiſtlichkeit an der Spitze, gingen den Ruſſen entgegen, um ihnen ihre Unterwerfung anzukündigen und Schonung des Lebens und des Eigenthums für ſich und für ihre Stadt zu erbitten. Alojar Khan ſelbſt, der ſich durch die Flucht zu retten ſuchte, wurde

Digitized by Google

von den nacheilenden Koſacken in einem ärmlichen Hauſe der Vorſtadt, wo er ſich verbergen wollte, entdeckt und gefangen genommen. Am 31. October hielt General Paszkiewicz unter dem Donner der Geſchütze ſeinen Einzug in die Hauptſtadt von Aſerbeidſchan, die zum erſten Male ſeit der Macedonier und der Römer Zeiten ein europäiſches Heer in ihren Mauern ſah. Zwei Tage ſpäter wurden durch einen Bevollmächtigten Abbas Mirza's Unterhandlungen angeknüpft, die bereits am folgenden Tage zu dem Abſchluſſe eines Friedensvertrages führten, welcher Perſien zwar die läſtigſten Bedingungen auflegte, jedoch bei der völligen Hülfsloſigkeit dieſes halbbarbariſchen Staates immer noch als ein Beweis großmüthiger Mäßigung von Seiten des Siegers aufgenommen werden mußte. Der Schah von Perſien trat die beiden jenſeit des Araxes gelegenen Provinzen Eriwan und Nakhitſchewan an Rußland ab und verpflichtete ſich, den Ruſſen eine Kriegsſteuer von 5 Millionen Tomans oder 20 Millionen Silberrubel zur Entſchädigung für die aufgewandten Kriegskoſten zu zahlen. Bis zur vollſtändigen Entrichtung dieſer Entſchädigungsſumme ſollten die Ruſſen die Provinz Aſerbeidſchan, die ſich größtentheils bereits in ihrer Gewalt befand, als Unterpfand beſetzt halten. Der Schah, der mit einem durchdringenden, wenngleich unausgebildeten Verſtande eine unerſättliche, in dieſem Maße nur aſiatiſchen Deſpoten eigne Goldgier vereinigte, verbarg ſich die Unmöglichkeit eines erfolgreichen Widerſtandes gegen die ſiegreichen Waffen des Feindes auf keine Weiſe; er war deshalb bereit, alle Bedingungen, welche ihm geſtellt wurden, wie hart ſie auch ſeyn mochten, ohne Weiteres zu unterzeichnen. Als er ſich aber entſchließen ſollte, die erſte Abſchlagszahlung auf die ausbedungene Entſchädigungsſumme zu machen, konnte er ſich von den Schätzen, die er während eines langen Lebens aufgehäuft hatte, nicht trennen. Er glaubte, daß es ihm, wenn er auch außer Stande war, den Ruſſen im freien Felde zu widerſtehen, doch wohl noch gelingen könnte, ihnen durch Liſt die Vortheile aus den Händen zu winden, welche das Kriegsglück ihnen gewährt hatte. Ein außerordentlicher Bevollmächtigter, den er an den General Paszkiewicz ſchickte, kündigte dieſem an, daß der Schah nicht eher den fälligen Termin der Entſchädigungsſumme zahlen würde, bevor die Ruſſen nicht die Provinz Aſerbeidſchan geräumt und ſich über den Araxes zurückgezogen hätten. Die Falle, die der ſchlaue Fürſt den Ruſſen bereiten wollte, war ſo grob angelegt, daß ſelbſt der beſchränkteſte Verſtand ſich ſo leicht nicht hätte in derſelben fangen laſſen. General Paszkiewicz erklärte, ſtatt aller Antwort auf die treuloſen Vorſchläge

Digitized by Google

des Schah, die Unterhandlungen für abgebrochen und ertheilte den beiden Heeresabtheilungen der Generale Pankratiew und Suchtelen den Befehl, auf der Stelle gegen die von den Perſern noch behaupteten Stellungen in Aſerbeidſchan vorzurücken. Die Stadt Urmia, an dem großen Binnenſee, der von derſelben den Namen hat, und auch die wichtige Feſtung Ardebil, die ſtärkſte in Aſerbeidſchan, öffneten die Thore, ſobald die ruſſiſchen Vorpoſten ſich vor ihren Mauern ſehen ließen. Feth Ali Schah hatte kaum die Nachricht von dem Wiederbeginne der Feindſeligkeiten erhalten, als er, in dem Bewußtſeyn ſeiner Ohnmacht, Alles aufbot, um den Zorn des durch ſeine Treuloſigkeit erbitterten Siegers zu entwaffnen. Ein Schreiben, welches der Schah perſönlich an den General Paszkiewicz richtete, betheuerte die friedlichſten Geſinnungen und zeigte zugleich an, daß die Summe von anderthalb Millionen Tomans, auf welche der erſte Termin der Kriegsentſchädigung angeſetzt war, bereits nach dem ruſſiſchen Hauptquartiere unterweges ſey. Der ruſſiſche Feldherr ſtellte, ſo wie er von der Wahrheit der letzten Angabe überzeugt war, die Feindſeligkeiten ein. Abbas Mirza, der perſiſche Thronfolger, hatte von ſeinem Vater unbeſchränkte Vollmachten erhalten; in einer Zuſammenkunft, die er mit dem ruſſiſchen Feldherrn hielt, beſtätigte er nochmals die früher feſtgeſtellten Friedensbedingungen, denen von ruſſiſcher Seite nur noch das Verſprechen zugefügt wurde, Abbas Mirza bei dem Ableben des Schah als den rechtmäßigen Herrſcher von Perſien anzuerkennen: eine Zuſage, die für den Prinzen von Wichtigkeit war, weil ſich vorher ſehen ließ, daß unter ſeinen zahlreichen Brüdern mehr als einer nicht abgeneigt ſeyn würde, ihm die Thronfolge ſtreitig zu machen. Am 22. Februar 1828 kam zu Turkmantſchei, einem kleinen Dorfe auf der Straße von Tauris nach Teheran, endlich der förmliche Abſchluß des Friedensvertrages zu Stande. Die Gebietserwerbungen, die Rußland durch denſelben machte, waren, wenn gleich nicht von allzubeträchtlichem Umfange, doch durch die Lage der abgetretenen Provinzen von deſto höherer Bedeutung. Rußland gewann durch dieſelben zuerſt feſten Fuß auf dem armeniſchen Hochlande, welches, zwiſchen der Türkei und Perſien getheilt, auf der einen Seite als der Schlüſſel von Kleinaſien, auf der andern als der Schlüſſel der einſt blühenden, jetzt durch Jahrhunderte der furchtbarſten Mißverwaltung verödeten Gefilde von Iran und damit von dem Herzen Aſiens zu betrachten iſt. Wie wenig das St. Petersburger Cabinet ſich dieſe Bedeutung ſeiner neuen Eroberung verbarg, geht aus allen Umſtänden hervor, die mit der Beſitzergreifung verbunden waren. Die

Digitized by Google

beiden Provinzen Eriwan und Nakhitſchewan wurden zu einer einzigen vereinigt und dieſer der Name Armenien beigelegt, der, ſeit uralten Zeiten berühmt, in dem über ganz Aſien verſtreuten Volke der Armenier tauſendjährige Erinnerungen zurückrief, welche jetzt gewiß nicht ohne Zweck an das ruſſiſche Zaarenreich geknüpft wurden. Man wollte ſich aber nicht damit begnügen, einen halbvergeſſenen geſchichtlichen Namen wieder in das Leben zu rufen; die neue Provinz Armenien ſollte auch wirklich in einen Sitz des armeniſchen Volksſtammes umgewandelt werden. Ein ruſſiſcher Heerführer, General Lajarew, der ſelbſt von armeniſcher Abſtammung war, erhielt den Auftrag, ſeine in Aſerbeidſchan zerſtreut wohnenden Stammgenoſſen um jeden Preis zur Auswanderung nach Rußland zu vermögen und ſie in dem neuen ruſſiſchen Armenien anzuſiedeln. Tauſende friedlicher Hirten und Bauern, durch glänzende Verſprechungen getäuſcht, folgten ſeiner Aufforderung, die aber nur zu dem Verderben der armen Leute führte, weil die ruſſiſche Regierung zwar für ihre Aufnahme Sorge getragen, es jedoch verſäumt hatte, während der erſten Zeit ihrer Ueberſiedelung ihnen Mittel des Lebensunterhaltes und der Verpflegung anzuweiſen.

Die Beendigung des perſiſchen Krieges konnte für das St. Petersburger Cabinet zu keinem gelegeneren Zeitpunkte eintreten, weil die verwickelten Beziehungen deſſelben zu der Pforte gerade jetzt eine Wendung genommen hatten, die den lange genährten Wunſch eines offenen Bruches endlich zu verwirklichen geſtattete, ohne daß man ſo leicht einen entſchiedenen Widerſpruch von irgend einer der großen europäiſchen Mächte erwarten durfte. Schon bei der Eröffnung der Unterhandlungen, die der Herzog von Wellington zu Anfange des Jahres 1826 zu St. Petersburg anknüpfte, zeigte es ſich unzweideutig genug, daß Rußland feſt entſchloſſen war, in den Angelegenheiten des Orients keinen andern Rath anzunehmen, als von ſeinen eigenen Intereſſen. Kaiſer Nikolaus erklärte dem Herzoge unumwunden, daß er nicht geſonnen ſey, in Dingen, die ſeiner Meinung nach Rußland allein angingen, eine fremde Einmiſchung zu dulden. Wenn das St. Petersburger Cabinet dennoch die Eröffnungen, die demſelben von dem brittiſchen Feldherrn und Staatsmanne gemacht wurden, nicht von der Hand wies, und wenn es ſogar zu dem Abſchluſſe einer Uebereinkunft kam, welche die Erledigung der wichtigen Streitfrage der griechiſchen Unabhängigkeit der gemeinſchaftlichen Entſcheidung der drei Mächte England, Frankreich und Rußland übertrug und dadurch jedem einſeitigen und vereinzelten Einſchreiten vorbog, ſo war die Nachgiebigkeit,

Digitized by Google

die Rußland bei dieſer Gelegenheit an den Tag legte, doch nur eine ſcheinbare; denn das St. Petersburger Cabinet behielt ſich vor, alle übrigen zwiſchen der Pforte und Rußland noch ſchwebenden Fragen durch beſondere Unterhandlungen zu Ende zu bringen, und es blieb demſelben daher ein hinreichender Spielraum, in dem ſeine Politik ſich durchaus frei und ungehemmt bewegen konnte. Am 4. April 1826 war zu St. Petersburg das bekannte Protocoll unterzeichnet worden, welches ſpäter zur Grundlage des verhängnißvollen Vertrages vom 6. Juli diente; am 5. April übergab der ruſſiſche Geſchäftsträger zu Konſtantinopel, Herr von Minciaky, eine Erklärung ſeines Kaiſers, welche die Abſtellung aller von ruſſiſcher Seite gegen die Pforte erhobenen Beſchwerden binnen kürzeſter Friſt forderte. Die bedeutendſte und allerdings eine durch die früheren Verträge vollkommen gerechtfertigte Forderung war, daß in den Donaufürſtenthümern Alles auf den Stand vor dem Ausbruche der Unruhen des Jahres 1820 hergeſtellt werde. Dieſe wurde, da der brittiſche Botſchafter Stratford Canning dieſelbe kräftig unterſtützte, auf der Stelle zugeſtanden; eben ſo wurde eine Anzahl ſerbiſcher Volksabgeordneten, die man zu Konſtantinopel widerrechtlich gefangen hielt, auf die ruſſiſche Verwendung ſogleich ihrer Haft entlaſſen; auch erklärte die Pforte, dem ruſſiſchen Andringen gemäß, ſich bereit, Bevollmächtigte nach einem an der ruſſiſchen Grenze liegenden Platze abzuſenden, um durch freundliche Beſprechungen und gütliche Uebereinkunft alle ſonſt noch obwaltenden Streitpunkte auszugleichen und zu ſchlichten. Daß es damit dem Sultan, der wohl vorherſah, daß die ruſſiſchen Anſprüche durch jede Nachgiebigkeit von ſeiner Seite nur höher geſteigert wurden, nicht recht Ernſt war, ging aus dem langen Zögern der türkiſchen Bevollmächtigten hervor, die, obwohl ſie bereits in der erſten Hälfte des Mai ernannt waren, dennoch erſt im Hochſommer an der ruſſiſchen Grenze erſchienen, wo ſie neue Schwierigkeiten machten, ehe ſie ſich entſchloſſen, nach dem zu ihrem Zuſammentreten mit den ruſſiſchen Bevollmächtigten beſtimmten Platze Akjerman in Beſſarabien abzugehen. Als die Verhandlungen zu Akjerman endlich begonnen hatten, rückten dieſelben ſo langſam vorwärts, daß Kaiſer Nikolaus zuletzt die Geduld verlor und damit drohte, ohne weiteren Verzug die Feindſeligkeiten zu eröffnen, ſofern man nicht aufhöre, den ruſſiſchen Forderungen durch leere Ausflüchte auszuweichen. Jetzt wurden die Türken geſchmeidiger, da die Pforte unmittelbar nach der Vernichtung ihrer zügelloſen, aber tapfern Janitſcharenbanden unmöglich daran denken konnte, einen auswärtigen Krieg zu führen. Alles,

Digitized by Google

was Rußland irgend verlangte, wie unbillig es auch war, wurde zugeſtanden, und ſo kam denn am 25. September 1826 der Vertrag von Akjerman zum Abſchluſſe, der ein immerwährendes Denkmal der hülfloſen Ohnmacht iſt, zu der das osmaniſche Reich in dieſen Tagen herabgeſunken war. Die Pforte verſprach zuvörderſt, in der Moldau und Walachei eine Ordnung der Dinge einzuführen, welche die beiden Fürſtenthümer beinahe noch mehr in ruſſiſche als türkiſche Provinzen verwandelte, da in denſelben nichts Weſentliches geſchehen durfte, was nicht vorher die Genehmigung des St. Petersburger Cabinettes erhalten hatte. Die Verwaltung des Landes wurde auf ſieben Jahre gewählten und nach Verlauf dieſer Friſt wieder wählbaren Hospodaren übergeben, die unabhängig von den türkiſchen Behörden nach dem Beirathe eines von dem Adel gebildeten ſogenannten Diwans regierten und von ihrer Stelle nicht ohne die Zuſtimmung des St. Petersburger Cabinettes entfernt werden konnten. Auch den Serben wurde die Unabhängigkeit ihrer innern Verwaltung, die freie Wahl ihrer Oberhäupter, ſo wie die Wiedervereinigung der in früheren Zeiten von Serbien losgeriſſenen und zu den benachbarten türkiſchen Statthalterſchaften geſchlagenen Bezirke verbürgt; die Pforte verzichtete auf die Wiedererlangung der an der aſiatiſchen Küſte des ſchwarzen Meeres gelegenen feſten Plätze, deren Herausgabe durch den Vertrag von Bukareſt im Jahre 1812 von Rußland zugeſagt, unter verſchiedenen Vorwänden jedoch bisher immer verweigert worden war. Die Pforte verpflichtete ſich, den ruſſiſchen Unterthanen, welche durch türkiſche Maßregeln irgend einer Art in früherer oder neuerer Zeit Verluſte erlitten hatten, volle Entſchädigung zu gewähren. Den ruſſiſchen Handelsfahrzeugen wurde die ungehinderte Durchfahrt durch den Bosporus und die Dardanellen, ſo wie überhaupt die freie Schifffahrt in allen Gewäſſern des osmaniſchen Reiches zugeſichert, und dem ruſſiſchen Handel wurden alle Vortheile des freien Verkehrs zu Waſſer und zu Lande in dem ganzen Umfange des Reiches bewilligt.

Nach dem Abſchluſſe einer ſolchen Uebereinkunft hätte man vorausſetzen ſollen, daß jeder Grund zu ferneren Zwiſtigkeiten zwiſchen der Pforte und Rußland auf lange Zeit aus dem Wege geräumt worden wäre. Jetzt traten aber die Unterhandlungen wegen der Beendigung des griechiſchen Unabhängigkeitskampfes, die in der Zwiſchenzeit mit auffallender Lauheit geführt waren, wieder in den Vordergrund. Das brittiſche Cabinet, dem bisher die Leitung dieſer Unterhandlungen vorzugsweiſe überlaſſen war, ging von der Anſicht aus, daß es in

dem allgemeinen europäiſchen Intereſſe liege, das osmaniſche Reich ſo wenig als möglich zu ſchwächen, und daß daher nichts wünſchenswerther ſey, als den Griechen die zu der Rettung ihres volksthümlichen Daſeyns unumgänglichen Bürgſchaften durch freiwillige Zugeſtändniſſe der Pforte bewilligt zu ſehen. Nur die ängſtliche Scheu, die man vor gewaltſamen Maßregeln trug, welche das osmaniſche Reich an den Rand des Unterganges bringen mußten, erklärt es, wie man es ſich verbergen konnte, daß auf dieſem Wege unmöglich das Geringſte zu erreichen war. So wie das St. Petersburger Cabinet durch den Abſchluß des Vertrages von Akjerman ſeine zunächſtliegenden Intereſſen gewahrt hatte, begann daſſelbe zu kräftigerem Einſchreiten zu drängen. Der Vertrag vom 6. Juli und die Schlacht bei Navarino waren die Folge. Noch war den türkiſchen Behörden zu Konſtantinopel keine Kunde von dem Schickſale zugegangen, welches die türkiſche Flotte bei Navarino erfahren, als die Bevollmächtigten von England, Frankreich und Rußland, durch ihre Admirale von dem Vorgefallenen unterrichtet, ſich zu dem Reis Effendi, dem türkiſchen Miniſter des Auswärtigen, begaben, um bei dieſem anzufragen, ob die Pforte auf ihren früher ausgeſprochenen Grundſätzen beharre, und was ſie dazu ſagen würde, wenn die drei verbündeten Geſchwader Gewalt brauchten, um dem erklärten Willen der Mächte Folgeleiſtung zu erzwingen. Die Antwort war, daß man auf eine Frage, die ſich auf noch nicht eingetretene Dinge beziehe, keine Antwort ertheilen könne, daß aber die Pforte von den Grundſätzen, die ſie einmal dargelegt habe, niemals abgehen werde. Am Abende deſſelben Tages trafen die erſten Berichte über die Schlacht im Serail ein. Die Wuth des Sultans war furchtbar, und man beſorgte, daß der über den Treubruch der Mächte im höchſten Grade empörte Fürſt in ſeinem Zorne den Befehl zu einer allgemeinen Niedermetzelung der chriſtlichen Bevölkerungen in der Hauptſtadt wie in dem ganzen Reiche ertheilen könne. Den Vorſtellungen des öſterreichiſchen Geſandten, deſſen aufrichtige Freundſchaft auch jetzt nicht in Zweifel gezogen wurde, gelang es, den ergrimmten Padiſchah ſo weit zu beſänftigen, daß wenigſtens nicht jede Möglichkeit einer friedlichen Ausgleichung durch die blutigen Entſchlüſſe abgeſchnitten wurde, welche die erſte Aufwallung in ſeinem ſtürmiſch erregten Gemüthe hervorgerufen haben mag. Nach zwei Tagen, während deren Alles in der bangſten Ungewißheit ſchwebte, beſchied der Reis Effendi die Dolmetſcher der Geſandten vor ſich und erklärte ihnen mit wilder Gebehrde: die hohe Pforte bereue es auf das Tiefſte, den treuloſen Einflüſterungen und

Verſprechungen der drei verbündeten Mächte nur einen Augenblick Gehör gegeben zu haben; es ſey fortan gleichgültig, ob die Geſandten derſelben länger zu Konſtantinopel verweilten oder ſich entfernten. An einem der folgenden Tage wurde ein hoher Rath bei dem Mufti, dem religiöſen Oberhaupte aller Gläubigen im osmaniſchen Reiche, gehalten, an dem ſämmtliche Geſetzeskundige der Hauptſtadt Theil nahmen, um die Lage zu erwägen, in welche die heilige Religion des Islam durch den Treubruch der Chriſten verſetzt ſey. Die große Mehrheit entſchied, daß alle Verträge mit England, Frankreich und Rußland, beſonders aber die erſt kürzlich geſchloſſene Uebereinkunft von Akjerman als nichtig und aufgehoben zu betrachten wären, und daß ſogleich alle Muſelmänner zur Abwehr der drohenden Gefahr unter die Waffen gerufen werden müßten.

Unmittelbar darauf wurde auf die Schiffe aller europäiſchen Nationen im Hafen von Konſtantinopel Beſchlag gelegt, und am 6. November richtete der Reis Effendi ein amtliches Schreiben an den öſterreichiſchen Internuntius, worin er dieſem erklärte, an eine Herſtellung des Friedens ſey nicht eher zu denken, als bis die verbündeten Mächte den Vertrag vom 6. Juli d. J. aufhöben, volle Entſchädigung für den bei Navarino erlittenen Verluſt leiſteten und der hohen Pforte Genugthuung für den ſchmählichen Friedensbruch gewährten. Zugleich wurde dem Internuntius angezeigt, daß nur ihm noch die Abſendung von Tataren nach der Grenze geſtattet ſey. Die drei Botſchafter antworteten gemeinſchaftlich (am 10. November): es ſey der unabänderliche Wille der Mächte, den zur Beruhigung Griechenlands geſchloſſenen Vertrag aufrecht zu halten und zur Vollziehung zu bringen; eine Entſchädigung für den Verluſt der Flotte könne die Pforte nicht anſprechen, weil nach den eingegangenen Berichten der erſte Angriff von den Türken ausgegangen ſey; und von einer der Pforte zu gewährenden Genugthuung könne gar nicht die Rede ſeyn, da die verbündeten Höfe gegen dieſelbe ſeit drei Jahren die äußerſte Langmuth bewieſen hätten, während alle ihre von der freundſchaftlichſten Theilnahme eingegebenen Bemühungen hartnäckig zurückgewieſen worden wären.

Sultan Mahmud, wie leidenſchaftlich er auch erregt war, verkannte doch die Schwierigkeiten ſeiner Lage keineswegs. Das Reich beſaß weder ein Heer, noch eine Flotte. Die jungen Truppen, die eben erſt in der Bildung begriffen waren, boten keinen Erſatz für die ungeregelte Tapferkeit der Janitſcharen, deren Vernichtung, obgleich unter anderen Verhältniſſen durch eine unabweisliche Nothwendigkeit gerecht-

Digitized by Google

fertigt, ſich jetzt als ein unverzeihlicher Fehler herausſtellte. So ſchwer dieſe Selbſtbeherrſchung dem ſtolzen Gemüthe des Großherrn ankam, überzeugte er ſich doch, daß ihm keine Wahl blieb, als ſeinen Grimm in der innerſten Bruſt zu verſchließen und Schritte der Nachgiebigkeit zu thun, durch die er wenigſtens hoffen durfte, Zeit zu gewinnen: die unerläßlichſte Bedingung, wenn er einige Ausſicht behalten wollte, die dem osmaniſchen Reiche widerfahrenen Unbilden zu rächen. Er ließ ſich daher beſtimmen, die angeordnete Beſchlagnahme der fremden Schiffe wieder aufzuheben, den Bevollmächtigten von Frankeich, England und Rußland von neuem freien Verkehr zu geſtatten und Unterhandlungen auf gemäßigtere Bedingungen anzuknüpfen, als die anfangs geſtellten. Am 24. November hatten die Geſandten der drei Mächte eine gemeinſchaftliche Zuſammenkunft mit dem Reis Effendi, in welcher der letzte Verſuch gemacht wurde, eine friedliche Ausgleichung herbeizuführen. Die erſte Forderung, welche die Geſandten erhoben, bot keine beſondere Schwierigkeiten dar; denn ſie ging nur auf die Herſtellung der abgebrochenen diplomatiſchen Verhältniſſe, wogegen die Pforte nichts einzuwenden hatte. Auch ließen die Türken ſich bereit finden, den Griechen einen Waffenſtillſtand zu bewilligen, indem ſie nur jene Förmlichkeiten deſſelben ausſchloſſen, welche ihren aufrühreriſchen Unterthanen das Anſehen einer anerkannten Macht gewährt hätten. An einem dritten Punkte, der freilich gerade die Hauptſache war, ſcheiterte jedoch die ganze Verhandlung. Der Reis Effendi verhieß den Griechen unbedingte Verzeihung des Geſchehenen, Zurückgabe ihres eingezogenen Eigenthums, Herſtellung ihrer Rechte und Gemeindefreiheiten, eine gerechte und milde Verwaltung, Verzichtleiſtung auf den Erſatz des dem Reiche durch den Aufſtand zugefügten Schadens, Erlaß der ſeit ſechs Jahren rückſtändigen Steuern und Abgabenfreiheit für die Dauer eines Jahres; dagegen wollte er weder von der Vermittlung der Mächte, noch von dem Zugeſtändniſſe einer ſelbſtſtändigen Verwaltung hören. Die Bevollmächtigten der drei Höfe konnten nach den Weiſungen, die ſie erhalten hatten, von dem, was in beiden Beziehungen durch den Julivertrag beſtimmt war, nicht abgehen; ſie drangen daher auf die unbedingte Annahme aller Beſtimmungen des Vertrages und drohten im Weigerungsfalle ihre Päſſe zu verlangen.

Dem alten Brauche gemäß, der unter ſchwierigen Umſtänden immer beobachtet worden war, wurde jetzt in dem Palaſte des Großweſirs eine Rathsverſammlung berufen, der 150 der angeſehenſten Männer aus allen Ständen beiwohnten, während eine unermeßliche

Digitized by Google

Volksmaſſe außen harrte und in den furchtbarſten Verwünſchungen ſeinen Grimm gegen die Franken und Chriſten ausließ. Der einmüthige Beſchluß der Verſammlung war, daß die Vorſchläge der Mächte, als den Geboten des heiligen Glaubens zuwiderlaufend, zurückgewieſen werden müßten. So wie dieſe Entſcheidung bekannt gemacht wurde, verlangten die Geſandten ſofort ihre Päſſe, worauf der Reis Effendi ihnen erwiderte, daß die hohe Pforte ihrer Abreiſe kein Hinderniß in den Weg legen, jedoch Alles vermeiden werde, was als eine Betheiligung bei dieſem Schritte erſcheinen könnte, und eben deshalb auch keine amtliche Kenntniß von demſeben nehmen wolle. Am 8. December ſchifften die Botſchafter von England und Frankreich ſich wirklich ein und ſegelten, ohne irgend einer Hemmung zu begegnen, durch die Dardanellen. Der ruſſiſche Geſandte wurde durch widrige Winde noch einige Tage zu Bujukdere zurückgehalten, ging jedoch, bei dem erſten günſtigen Hauche der Luft, nach Odeſſa unter Segel. Auch jetzt gab die Pforte die Hoffnung noch nicht auf, daß es ihr gelingen würde, wenn nicht den Frieden zu erhalten, doch Zeit zu ihren Rüſtungen zu gewinnen, und ſie verſchmähte, um dieſen Zweck zu erreichen, ſelbſt einen Schritt nicht, der für den türkiſchen Stolz eine offenbare Erniedrigung war. Der Großweſir richtete ein Schreiben an den ruſſiſchen Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten, Grafen Neſſelrode, worin er ſich über den ruſſiſchen Geſandten beklagte, der Konſtantinopel ohne allen Grund auf ſeine eigene Verantwortlichkeit verlaſſen habe. Die Vorſchläge, die der Pforte in Bezug auf Griechenland gemacht worden, wären den beſtehenden Verträgen entgegen geweſen; und da der Geſandte einer befreundeten Macht keine andere Aufgabe habe, als über die Aufrechterhaltung dieſer Verträge zu wachen, ſo handle er gegen das Völkerrecht, wenn er Erörterungen, die mit denſelben nichts gemein hätten, zur Veranlaſſung nehme, von ſeinem Poſten zu weichen. Die hohe Pforte wünſche nichts ſo ſehr, als den Frieden zu erhalten, und ſie ſey überzeugt, daß auch Rußland, ungeachtet des übereilten Schrittes ſeines Bevollmächtigten, nicht aufhören werde, die Pflichten eines gegenſeitigen freundſchaftlichen Verhältniſſes zu erfüllen. Auf dieſes Schreiben wurde von ruſſiſcher Seite keine Antwort ertheilt; Sultan Mahmud wartete aber nicht ſo lange, bis dieſelbe hätte eingehen können, um entſcheidende Maßregeln zu ergreifen. Bereits zu Ende des Decembers, während der öſterreichiſche und preußiſche Geſandte noch bemüht waren, die Pforte zu der Annahme der ihr gemachten Vorſchläge zu vermögen, erließ der Reis Effendi ein

Digitized by Google

Rundſchreiben an die Paſchas der Provinzen, welches den Ausbruch des Krieges für unvermeidlich erklärte und alle Hebel in Bewegung ſetzte, um die Leidenſchaften der mahomedaniſchen Bevölkerungen vom Grunde aufzuwühlen. „Es iſt wohl bekannt,“ hieß es gleich im Beginn, „daß ebenſo, wie die Muſelmänner die natürlichen Feinde der Ungläubigen, dieſe ihrerſeits die Feinde aller Muſelmänner ſind, und daß insbeſondere Rußland den tiefſten Haß gegen den Islam nährt und der vornehmſte Feind der hohen Pforte iſt. Seit ſechzig Jahren hat Rußland jeden noch ſo geringfügigen Vorwand mit Begierde ergriffen, um uns den Krieg zu erklären; Rußland hat dem Ungehorſam der Donaufürſtenthümer ſeinen Schutz geliehen; es hat den Aufſtand der Griechen, wenn nicht urſprünglich hervorgerufen, doch ermuthigt und begünſtigt. Der Vertrag von Akjerman iſt uns durch die ungerechteſten Mittel abgepreßt worden; er hätte niemals unterzeichnet werden ſollen und kann fortan nicht länger als bindend angeſehen werden. Die Vorſchläge, die in der letzten Zeit uns von den Franken gemacht wurden, hatten keinen anderen Zweck, als alle Länder in Europa und Aſien, in denen die Muſelmänner mit den Griechen gemiſcht wohnen, in die Hände der Ungläubigen zu ſpielen, die Raja allmälig an die Stelle der Osmanli zu ſetzen und die wahren Gläubigen zu der Lage der Raja zu erniedrigen, die Moſcheen in Kirchen zu verwandeln und durch den Schall der Glocken zu entweihen und überhaupt den Islam zu vernichten. Auf ſolche Vorſchläge ernſtlich zu hören, geſtattet weder die Vernunft, noch die Politik und die Religion. Aber obwohl die Abſicht der Franken von Anfang wohl erkannt war, und obwohl es keinem Zweifel unterlag, daß die Antwort zuletzt nur durch den Säbel gegeben werden konnte, ſo verſuchte die hohe Pforte doch, um Zeit zu ihren kriegeriſchen Rüſtungen zu gewinnen, die Unterhandlungen ſo ſehr als möglich in die Länge zu ziehen. Selbſt nach der Schlacht bei Navarino wurden deshalb die Unterhandlungen noch nicht abgebrochen. Der Krieg, der jetzt unvermeidlich geworden, iſt nicht, gleich früheren Kriegen, ein Kampf um Provinzen oder um die Grenzen; er iſt ein Kampf um den Glauben und um das Beſtehen des Reiches. Die Ungläubigen wollen den Islam vertilgen und das Volk der Muſelmänner unter die Füße treten. Mögen deshalb alle Gläubige, reich und arm, hoch und niedrig, bedenken, daß es unſere Pflicht iſt, zum Schwerte zu greifen! Mögen ſie jeden Gedanken an Soldrückſtände und Löhnung aufgeben! Laßt uns Eigenthum und Leben willig opfern und mit Leib und Seele für die Erhaltung des heiligen Glau-

Digitized by Google

bens kämpfen. Die Verehrer des Propheten haben keinen anderen Weg, ihre Seele in dieſer und in jener Welt zu retten!"

Die Pforte blieb aber nicht bloß bei Worten ſtehen. Es wurden Liſten von allen in Konſtantinopel lebenden Franker aufgenommen, und die Mehrzahl erhielt den Befehl, die Hauptſtadt ſofort zu verlaſſen. Zu gleicher Zeit wurden die Armenier, zwölf Tauſend an der Zahl, ausgetrieben und angewieſen, ihren Wohnſitz in Angora zu nehmen. Der Bosporus wurde für die Fahrzeuge aller Nationen geſchloſſen, und die Schiffe, welche mit Getreide beladen waren, wurden gezwungen, ihre Frachten der Regierung zur Verfügung zu ſtellen. In dem ganzen Reiche wurde die waffenfähige junge Mannſchaft ausgehoben und in aller Eile in die Regimenter geſteckt, die nach europäiſcher Weiſe eingeübt wurden. In Konſtantinopel hörte man nichts als den Schall der Trommeln und das Geräuſch der Waffen; täglich gingen Verſtärkungen nach den Päſſen des Balkan und nach den Donaufeſtungen ab, deren Werke ſo ſchleunig als möglich in Vertheidigungsſtand geſetzt wurden. In der Nähe von Adrianopel wurde ein großes Lager angelegt, in welchem die zur Bildung des Hauptheers beſtimmten Truppen ſich ſammelten und über das der zum erſten Seriaſker oder Heerführer ernannte Huſſein Paſcha den Befehl übernahm. Den Befehl über ein anderes Lager, das zu Daud Paſcha unmittelbar vor Konſtantinopel angelegt wurde, erhielt der zweite Seriaſker, Halil Paſcha. Von einem Verſuche, den Ruſſen irgend einen Widerſtand in offner See entgegenzuſetzen, konnte bei dem traurigen Zuſtande, in dem ſich die Trümmer der osmaniſchen Seemacht befanden, nicht die Rede ſeyn. Die wenigen Kriegsſchiffe, über welche die Pforte noch zu verfügen hatte, wurden zu der Vertheidigung des Zuganges zu der Hauptſtadt aus dem Mittelmeere bei den Dardanellen aufgeſtellt.

Der Ausbruch des Krieges, den man mit dem Beginne des Frühjahrs erwartete, verzögerte ſich länger, als dem St. Petersburger Cabinette wünſchenswerth ſeyn konnte, weil jede Stunde des Verzuges die Pforte in den Stand ſetzte, ihre Widerſtandsmittel zu vermehren. Die zweite Armee der ruſſiſchen Kriegsmacht, die unter dem Oberbefehle des Feldmarſchalls Grafen von Wittgenſtein ſeit Jahren in den ſüdlichen Provinzen lagerte, um bei den Streitigkeiten mit der Pforte auf den erſten Wink bereit zu ſeyn, das Schwert in die Wagſchale zu legen, war für ſich allein zu ſchwach, den Kampf zu beginnen; und bei den ungeheuern Zwiſchenräumen, welche die nachrückenden Heeresabtheilungen zu durchmeſſen hatten, dauerte es bis gegen das Ende

Digitized by Google

des März, ehe eine hinreichende Maſſe von Streitkräften an der Grenze vereinigt war. Jetzt verging aber wieder ein voller Monat, ehe das Verpflegungsweſen einigermaßen geordnet war, und ſo kam der Mai heran, bevor der Feldzug endlich eröffnet werden konnte. Am 26. April erließ die ruſſiſche Regierung ihre Kriegserklärung gegen die Pforte. Der Kampf, deſſen Beginn dieſes Actenſtück ankündigte, wurde als ein von der Pforte muthwillig hervorgerufener dargeſtellt. „Die Pforte," heißt es darin, „bereitet Rußland einen Kampf auf Leben und Tod; ſie ruft ihre Bevölkerungen in Maſſen zu den Waffen; ſie beſchuldigt Rußland, ihr unverſöhnlicher Feind zu ſeyn; ſie tritt den Vertrag von Akjerman und ſomit auch alle früheren durch denſelben beſtätigten Verträge mit Füßen; ja ſie nimmt keinen Anſtand zu erklären, daß ſie ſich zu den Bedingungen dieſes Vertrages nur verſtanden habe, um ihre Abſichten und ihre Rüſtungen zu einem neuen Kriege beſſer zu verbergen." Im weiteren Verlaufe werden die Ueberſchreitungen der Verträge, welche die Pforte ſich zu Schulden kommen laſſen, aufgezählt. Darunter nehmen die Beleidigungen, die der ruſſiſchen Flagge widerfahren wären, die erſte Stelle ein. Sechs Monate nach der Schlacht bei Navarino war die ruſſiſche Regierung unbefangen genug, es der Pforte zum Verbrechen anzurechnen, daß ruſſiſche Fahrzeuge auf ihren Befehl eine Zeitlang in türkiſchen Häfen zurückgehalten und deren Ladungen gegen baare Bezahlung ihnen abgenommen; daß ruſſiſche Unterthanen genöthigt worden wären, dem osmaniſchen Reiche den Rücken zu wenden; daß der Bosporus geſchloſſen und dem ruſſiſchen Handel dadurch erheblicher Nachtheil zugefügt worden ſey. So wenig die Türken ſich ſonſt gerade mit Lämmern vergleichen laſſen, ſo muß man doch ſagen, daß die uralte Wahrheit der Fabel von dem Wolfe, der dem Schäflein zum Vorwurfe macht, ihm das Waſſer getrübt zu haben, ſich nie treffender bewährt hat, als in dem Streite, den Rußland an der Pforte ſuchte. Ein ausführliches Manifeſt, welches die Kriegserklärung begleitete, wiederholte die Beſchwerdegründe, die in dieſer angegeben waren, und fügte neue hinzu, denen aber offenbar, da ihrer in dem Hauptactenſtücke keine Erwähnung geſchah, geringere Bedeutung beigelegt wurde. Da wurde denn auch des griechiſchen Freiheitskampfes und des Vertrages vom 6. Juli 1827 gedacht, zugleich aber ausdrücklich erklärt, daß die Gründe, um derentwillen Rußland mit der Pforte ſich im Kriegszuſtande befinde, von dieſem Vertrage unabhängig wären. Der wichtigſte Theil des Manifeſtes war jener, der die Zwecke des Krieges angab. Es wurde

Digitized by Google

mit Beſtimmtheit verſichert, daß Rußland weit davon entfernt ſey, ehrgeizige Plane zu nähren und eine Vergrößerung ſeines Gebietes zu ſuchen. Der Kampf ſey nur zu dem Ende unternommen, die Verträge, welche die Pforte als nicht vorhanden betrachte, wieder in Kraft zu ſetzen und nächſtdem dem Handel auf dem ſchwarzen Meere, ſo wie der Schifffahrt im Bosporus für die Zukunft eine unverletzliche Freiheit zu ſichern. Da der Krieg von der Pforte veranlaßt ſey, ſo werde er ihr auch die Laſt auflegen, die Koſten zu erſtatten, die durch denſelben verurſacht würden. Zu derſelben Zeit, während dieſe entſcheidenden Schritte geſchahen, würdigte der ruſſiſche Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten auch den Großweſir einer Erwiderung auf deſſen Schreiben, das bis dahin ohne Antwort geblieben war. Die Erwiderung ſetzte bei den Türken, wenn ſie nicht als offener Hohn aufgenommen werden ſollte, einen ſeltenen Grad der Gutmüthigkeit voraus. Die Vorſchläge, die der Pforte in Bezug auf die griechiſchen Angelegenheiten gemacht worden, hieß es, wären darauf berechnet geweſen, das wahre Wohl des osmaniſchen Reiches zu fördern. Dem ruſſiſchen Geſandten wäre, nachdem er ſo oft umſonſt auf die Annahme derſelben gedrungen, um die Würde ſeines Hofes zu wahren, nichts Anderes übriggeblieben, als Konſtantinopel zu verlaſſen, wodurch er der Pforte zugleich einen heilſamen Wink gegeben und Zeit gelaſſen hätte, die Gefahren zu erwägen, von denen ſie bedroht wäre. Dieſe freundſchaftliche Politik habe von Seiten der Pforte die feindſeligſten Maßregeln zur Folge gehabt, und es werde den Großweſir daher nicht befremden, wenn der Kaiſer den ruſſiſchen Truppen den Befehl ertheilt habe, die Grenze zu überſchreiten, um Genugthuung für ſeine gerechten Klagen zu verlangen.

Es fiel der Pforte nicht ſchwer, die Beſchuldigungen, die wider ſie erhoben wurden, zu widerlegen und nachzuweiſen, daß, wenn auf irgend einer Seite eine Verletzung der Verträge Statt gefunden, dieſe nicht ihr, ſondern dem St. Petersburger Cabinette zur Laſt falle. Dadurch wurden aber die ruſſiſchen Heere, die ſich gegen die Grenze in Bewegung ſetzten, in ihrem Marſche nicht aufgehalten. Am 7. Mai überſchritt eine ruſſiſche Colonne unter dem General Kleiſt bei Skuliani den Pruth, rückte an demſelben Tage in Jaſſy, der Hauptſtadt der Moldau, ein, aus der ſich die nur 50 Mann ſtarke türkiſche Beſatzung eilig entfernt hatte, entwaffnete die Leibwache des Hospodaren Stourdza und nahm dieſen, der Form wegen, gefangen, jedoch nur um ihn alsbald wieder zu entlaſſen, worauf er ſich auf ſeine

Digitized by Google

Güter in Beſſarabien zurückzog. Am folgenden Tage ging die ruſſiſche Hauptmacht aus zwei Infanteriecorps, dem 6. unter dem Generallieutenant von Roth und dem 7. unter dem General der Cavallerie von Woinow, aus einer Uhlanendiviſion und ſechs Regimentern Koſacken beſtehend, über den Strom, während auf dem linken Flügel das 3. Infanteriecorps unter dem Generallieutenant Rudgewitſch, nebſt einer Huſarendiviſion und zwei Regimentern Koſacken, noch bei Ismail zurückblieb, um hier ſeine Vorbereitungen zu dem Uebergange über die Donau zu treffen. Der Oberbefehlshaber, Feldmarſchall Wittgenſtein, erließ eine Bekanntmachung, worin er den Bewohnern der Moldau und Walachei die bevorſtehende Beſetzung der beiden Fürſtenthümer anzeigte, die ſtrengſte Beobachtung der Kriegszucht, ſo wie die gewiſſenhafteſte Aufrechterhaltung der Ordnung verſprach und zugleich für die Zukunft die Begründung eines dauernden geſetzlichen Zuſtandes verhieß, welcher alle Spuren der bisher von ihnen erlittenen Uebel verwiſchen ſollte. Die Ruſſen rückten in den Fürſtenthümern vor, ohne auf den geringſten Widerſtand zu ſtoßen; von den Bevölkerungen wurden ſie als Freunde und Befreier aufgenommen, und die türkiſchen Beſatzungen in den Donaufeſtungen hatten den Befehl, ſich auf die ſtrengſte Vertheidigung zu beſchränken; ſey es, weil die Pforte den europäiſchen Mächten noch im letzten Augenblicke zeigen wollte, wie ſehr ſie die Verträge achte, durch die ſie ſich verpflichtet hatte, die Donaufürſtenthümer mit Ausnahme der feſten Plätze von ihren Truppen unbeſetzt zu laſſen; ſey es, weil ſie es gerathen fand, ihre Streitkräfte in dem Kampfe gegen eine weit überlegene Uebermacht nicht durch Gefechte zu zerſplittern, über deren Ausgang man zum voraus keinen Augenblick in Zweifel ſeyn konnte. Das ruſſiſche Heer, welches am Pruth und an der Donau zuſammengezogen war, wurde auf 150,000 Mann geſchätzt; die ganze Macht, welche der Pforte zur Verfügung ſtand, belief ſich dagegen nach Abrechnung der Beſatzungen in den feſten Plätzen und in der Hauptſtadt kaum auf 50,000 Mann junger, großentheils noch ganz ungeübter Truppen. Bei einem ſolchen Mißverhälniſſe konnten die türkiſchen Heerführer nicht daran denken, die offenen Ebenen der Moldau und der Walachei zu behaupten; und ihr Feldzugsplan war daher von Anfang darauf berechnet, den Feind in Stellungen zu erwarten, in denen die Natur demſelben Hinderniſſe in den Weg legte, die ſeine Ueberlegenheit einigermaßen wieder ausglichen.

Bei jedem Kriege gegen Rußland ſind der europäiſchen Türkei zwei große natürliche Vertheidigungslinien geboten: zuerſt die Donau,

Digitized by Google

die von Widdin aus in einer Breite von 2000 bis 8000 Fuß fließt und auf dem linken Ufer durchgehends Niederungen hat, während auf dem rechten einzelne Höhen bis nahe an den Strom herantreten und der Thalrand jenen des linken Ufers überall mehr oder weniger überragt. Außerdem iſt die Donaulinie noch durch die Feſtungen Widdin, Nikopolis, Ruſtſchuk auf dem rechten, Giurgewo und Braila auf dem linken Ufer und durch die kleineren Feſten oder Forts Kale und Turnow auf dem linken, Hirſowa, Macſin, Iſakdſcha und Tuldſcha auf dem rechten Ufer verſtärkt. Die zweite noch ungleich vortheilhaftere Vertheidigungslinie iſt das Hämusgebirge oder der Balkan, der, in ſeinem Hauptzuge funfzehn bis zwanzig Meilen von der Donau entfernt, gleich dieſer beinahe gerade von Weſten nach Oſten läuft und daher von jedem Feinde, der von der Donau gegen Konſtantinopel vordringt, überſtiegen werden muß. Die äußerſte Höhe, welche der Balkan hier in ſeinem öſtlichſten Theile erreicht, beträgt zwar nur 4000 Fuß über der Meeresfläche; das Gebirge nimmt aber mit ſeinen Abſenkern nach Norden und nach Süden einen ſo bedeutenden Flächenraum ein, und es iſt ſo vielfach von Querthälern durchſetzt, daß bei geſchickter Benutzung aller Schwierigkeiten des Bodens auch ein ſchwächeres Heer hinreichende Mittel findet, dem überlegenſten Feinde mit Erfolg zu begegnen.

Die Pforte mußte, wie auf die Behauptung der Fürſtenthümer, ſo auch auf eine kräftige Vertheidigung der Donaulinie verzichten, weil ſie kein zweites Heer aufzuſtellen vermochte, ſobald das erſte bei dem Verſuche, die Ruſſen an der Donau aufzuhalten, vernichtet worden wäre. Die Donaufeſtungen blieben daher ſich ſelbſt überlaſſen, und alle Sorge wurde darauf gewandt, dem Feinde den Uebergang über den Balkan zu verwehren. Zwei Hauptſtraßen führen von der untern Donau nach Konſtantinopel: die eine im Oſten von Braila und Macſin über Baſardſchik, Paravadi, Aidos und Kirkiliſſe; die andere weiter weſtlich von Siliſtria oder Ruſtſchuk über Schumla, Eski-Stambul, Karnabad und Adrianopel. Eine dritte Straße, die längs des ſchwarzen Meeres über Warna, Burgas, Achteboli und Midja geht, iſt zu unwegſam, als daß ein europäiſches Heer mit ſchwerem Geſchütze ſich verſucht fühlen könnte, dieſelbe einzuſchlagen. Mit gleichen Schwierigkeiten hätte man auf einer vierten Straße zu kämpfen, die von Ruſtſchuk aus über Rasgrad öſtlich vor Schumla vorbei nach Kaſan und Karnabad führt, wo ſie mit der großen Straße nach Adrianopel zuſammentrifft. Als der Hauptpunkt, deſſen Einnahme die erſte Bedin-

gung zum Uebergange über das Gebirge ſey, war aber in allen früheren Kriegen das befeſtigte Lager bei Schumla betrachtet worden, weil von hier aus, wenn daſſelbe ſich auch umgehen ließ, dem vorrückenden Feinde leicht alle Verbindungen mit den an der Donau zurückgebliebenen Heeresabtheilungen abgeſchnitten werden konnten. Vor allen Dingen nahm man daher darauf Bedacht, das Lager bei Schumla zu verſtärken; hier wurde die Hauptmacht des Reiches zuſammengezogen, und hier hoffte man, im Vertrauen auf die bewährte Tapferkeit der Osmanli bei der Vertheidigung befeſtigter Stellungen, dem Vordringen der Ruſſen, wie in den früheren Kriegen, ein Ziel zu ſetzen.

Da die Ruſſen in den Donaufürſtenthümern keinen Feind vor ſich fanden, ſo ging die Beſetzung derſelben mit einer Schnelligkeit vor ſich, wie ſie nur einem mit ſo zahlreicher leichter Reiterei verſehenen Heere möglich iſt. Bereits am 12. Mai erreichten die doniſchen Koſacken Bukareſt, die Hauptſtadt der Walachei, wo am 15. General Geismar mit der Vorhut, am folgenden Tage General Roth mit der Maſſe der 6. Infanteriecorps eintraf. Der Hospodar Ghika, der nach der öſterreichiſchen Grenze entflohen war, kehrte bald zurück und ſtellte ſich, dem Beiſpiele des Fürſten Stourdza folgend, unter ruſſiſchen Schutz. Am 21. beſetzten die Koſacken Krajowa, den Hauptort der kleinen Walachei; und die Türken behielten jetzt auf dem linken Donauufer nur noch die feſten Plätze Braila und Giurgewo, ſo wie die Forts Kale und Turnow, an der Einmündung der Aluta, Nikopolis gegenüber, im Beſitze. Während der rechte Flügel des ruſſiſchen Heeres ſo raſche Fortſchritte machte, war das Centrum, welches der Feldmarſchall Wittgenſtein in Perſon führte, vor Braila angekommen, wo es auf den hartnäckigſten Widerſtand ſtieß. Bei der erſten Annäherung der ruſſiſchen Vorhut ging derſelben eine Schaar von 500 türkiſchen Reitern entgegen, die zwar geworfen wurden, jedoch in den Gärten vor der Stadt, nach denen ſie ſich zurückzogen, die Ruſſen mit einem ſo lebhaften Gewehrfeuer empfingen, daß dieſe ſich ihrerſeits zum Rückzuge genöthigt ſahen. Am 15. nahmen zwei ruſſiſche Bataillone nach einem unbedeutenden Gefechte die von den Türken größtentheils in Brand geſteckte Vorſtadt, und jetzt begann die eigentliche Berennung der Feſtung, die auf dem nicht ſehr hohen, aber ſteilen Thalrande der Donau, 500 Schritt von dem Strome entfernt liegt und fünf mit Mauerwerk bekleidete Baſtionen, von denen zwei an der Waſſerſeite, hat. Die Beſatzung unter dem Befehle Soliman Paſchas betrug 3000 Mann, die aber von der geſammten waffenfähigen Einwohnerſchaft unterſtützt

wurden. Auf der Donau lag eine türkiſche Flotille von 32 kleinen Fahrzeugen, welche, von Achmed Bei befehligt, die Verbindung mit der auf dem rechten Ufer gelegenen kleinen Feſte Macſin unterhielt. Das zur Belagerung beſtimmte ruſſiſche Corps zählte 25,000 Mann, und am 17. traf der mit der Leitung der Belagerung beauftragte Großfürſt Michael, ſo wie am 20. der Kaiſer Nikolaus ſelbſt, der St. Petersburg am 7. verlaſſen hatte, im Hauptquartiere ein. Die Belagerungsarbeiten konnten jedoch wegen der weiten Entfernung, aus der alles Material herbeigeſchafft werden mußte, erſt am 25. angefangen werden, nachdem Tages vorher der Kaiſer aus dem Lager wieder abgereiſt war. In der Nacht vom 25. auf den 26. wurde unter dem Feuer zweier Batterien, die der rechten und der linken Waſſerbaſtion gegenüber errichtet waren, die erſte Parallele eröffnet, aus der man bald zur zweiten und dritten Parallele überging, ohne daß die Türken dies zu hindern vermochten, deren Geſchütze durch das überlegene Feuer der Belagerer mehr als einmal zum Schweigen gebracht wurden. Am 1. Juni flog ein Pulvermagazin in der Feſtung auf; der Commandant, ſtatt dadurch entmuthigt zu werden, ſuchte dieſen Unfall zu benutzen, indem er, in der Vorausſetzung, daß die Ruſſen Alles in der Feſtung in Unordnung gerathen glauben und keinen Angriff erwarten würden, einen Ausfall unternahm, der aber nach einem hartnäckigen Kampfe zurückgeſchlagen wurde. Am 9. Juni griffen 17 ruſſiſche Schiffe, die von der ruſſiſchen Feſtung Ismail die Donau heraufgeſegelt waren, die türkiſche Flotille vor Braila an, nahmen den größten Theil derſelben hinweg und zwangen den Reſt, eine Zuflucht unter den Kanonen von Macſin zu ſuchen. Die ruſſiſchen Fahrzeuge waren jetzt im Stande, den Angriff auf Braila von der Waſſerſeite zu unterſtützen, während ſie zugleich den Belagerten jede Verbindung mit dem rechten Donauufer abſchnitten. In den nächſten Tagen rückten die Belagerungsarbeiten ſo weit vor, daß man mit gutem Erfolge hätte Breſche ſchießen können; die Ruſſen zogen es jedoch vor, ſich der Minen zu bedienen, mit denen ſie bereits bis unter den Hauptwall gekommen waren. Am 15. Juni des Morgens um drei Uhr ſollten drei große Minen, die neben einander angelegt waren, gleichzeitig geſprengt werden, und in demſelben Augenblicke ſollten zwei ſtarke Colonnen zum Sturme ſchreiten und durch die auf dieſe Weiſe entſtandene Breſche in die Stadt dringen. Bei der Ausführung dieſes wohlberechneten Planes wurde jedoch ein weſentlicher Fehler begangen. Die erſte Mine zur Rechten wurde zu früh geſprengt und verſchüttete die zweite, die deshalb gar

Digitized by Google

nicht aufflog, während die dritte zur Linken zu rechter Zeit geſprengt wurde. Als die ruſſiſchen Colonnen zum Sturme anrückten, fanden ſie die Breſche kaum gangbar. In dem Graben, der nicht ausgefüllt war, wurden ſie mit Kartätſchen zuſammengeſchoſſen, und 120 Freiwillige, denen es dennoch gelang, den Wall zu erſteigen, wurden beinahe bis auf den letzten Mann niedergemacht. Endlich, nachdem alle ihre Anſtrengungen vergeblich geweſen waren, ſahen die Stürmenden ſich genöthigt, ihren Rückzug anzutreten. Den Verluſt, den die Ruſſen erlitten hatten, gaben ſie ſelbſt auf 640 Todte, worunter zwei Generale, und 1435 Verwundete an, unter welchen letzten ſich ein General, drei Regimentschefs und 91 andere höhere und niedere Officiere befanden. Sechs Ausfälle, welche die Türken nach einander unternahmen, um die Werke der Belagerer zu zerſtören, wurden indeſſen zurückgewieſen; und da am 16. auch die Mine, welche Tages vorher nicht aufgeflogen war, mit Erfolg geſprengt wurde, während der größte Theil des Feſtungsgeſchützes durch das überlegene Feuer der Belagerer unbrauchbar geworden und die Beſatzung auf die Hälfte zuſammengeſchmolzen war, ſo überzeugte ſich Soliman Paſcha von der Unmöglichkeit eines längeren Widerſtandes und knüpfte Unterhandlungen an, die zu einer Capitulation führten, in deren Folge Braila am 28. Juni mit allem Kriegsbedarfe den Ruſſen übergeben wurde, die türkiſche Beſatzung aber, ſo wie der Theil der Einwohnerſchaft, der unter den Ungläubigen zurückzubleiben verſchmähte, freien Abzug nach Siliſtria erhielt.

Während das Centrum des ruſſiſchen Heeres vor Braila lagerte, war das Corps des Generals Rudgewitſch auf dem linken Flügel durch die Schwierigkeiten des Stromüberganges lange an der untern Donau zurückgehalten worden. Die Donau fließt von Galacz in großer Breite durch eine ſumpfige Niederung, die es unter allen Umſtänden einem Heere außerordentlich erſchwert, ſeinen Uebergang zu bewirken, und die jetzt überdies bei ungewöhnlich hohem Waſſerſtande des Stromes großentheils überſchwemmt war. Um nur bis an das Fahrwaſſer zu gelangen, mußte ein Damm von anderthalb Stunden Länge mit einer Menge Brücken erbaut werden, und die Vollendung dieſes ſchwierigen Werkes verzögerte ſich bis in die erſten Tage des Juni. Die Türken, durch die Anlegung des Dammes über den Uebergangspunkt belehrt, errichteten auf dem gegenüberliegenden Ufer mehrere Batterien, von denen aber nur die eine neun Geſchütze von ſchwerem Caliber hatte, während die beiden anderen etwa mit einem Dutzend Feldgeſchützen bewaffnet waren. Das zur Vertheidigung beſtimmte Corps unter

Digitized by Google

Haſſan Paſcha betrug nur wenige Tauſend Mann; und am 8. Juni, als die Ruſſen ihren Uebergang begonnen, wurde daſſelbe, nachdem die türkiſchen Batterien durch einige bewaffnete Fahrzeuge zum Schweigen gebracht waren, mit leichter Mühe in die Flucht geſchlagen. Unmittelbar darauf wurde unter den Augen des Kaiſers, der am 9. von Odeſſa im Hauptquartier eingetroffen war, der Bau einer Brücke über die Donau begonnen, die am 11. vollendet war. Am 12. war das ganze ruſſiſche Corps auf dem rechten Ufer der Donau. Schon Tages vorher hatte die in der Nähe des Uebergangspunktes gelegene Feſte Iſakdſcha ſich unter der Bedingung freien Abzugs der Beſatzung ergeben. Am 18. ergab ſich Macſin, das ſeit dem 14., am 23. Hirſowa, das ſeit dem 18. berannt war. An demſelben Tage fiel der kleine Hafenplatz Koſtendſche am ſchwarzen Meere und am 29. Tuldſcha, das, ſeit dem 13. berannt, noch den tüchtigſten Widerſtand geleiſtet hatte, den Ruſſen in die Hände. Ueberall erhielten die türkiſchen Beſatzungen freien Abzug mit den Waffen, außer zu Macſin, wo die Türken zwar nicht zu Gefangenen gemacht, aber entwaffnet wurden. Am 24. wurde das ruſſiſche Hauptquartier nach Karaſu, zwiſchen Hirſowa und Koſtendſche, verlegt, wo das Armeecorps Halt machte, um den Uebergang des noch vor Braila ſtehenden Corps auf das rechte Donauufer zu erwarten. Am 5. Juli traf die erſte Abtheilung des Belagerungscorps von Braila zu Karaſu ein; am 6. ſetzte ſich das ganze Heer gegen Baſardſchik in Bewegung, von wo ſchon am 7. die ruſſiſche Vorhut unter dem General Rüdiger den Feind vertrieben hatte. Ehe das Hauptheer, das aber nur 48 Bataillone und 16 Schwadronen, nebſt 250 Geſchützen und einigen Regimentern Koſacken ſtark war, ſich hier aufſtellte, wurde General Rüdiger mit 8 Bataillonen, 16 Schwadronen und einem Schwarm Koſacken gegen Kozliza auf der Verbindungsſtraße zwiſchen Warna und Schumla vorgeſchoben und die Generale Uſchakow und Suchtelen mit 8 Bataillonen und 9 Schwadronen zur Beobachtung von Warna abgeſchickt. General Benkendorf, der mit 4 Bataillonen und einer Anzahl Koſacken zu Raſſowa ſtand, hatte den Auftrag, den Marſch des Heeres gegen die Beſatzung von Siliſtria zu decken, bis das im Anzuge gegen dieſe Feſtung begriffene Corps des Generals Roth vor derſelben angelangt ſeyn würde.

Der Plan der Ruſſen war, wo möglich die Türken vor Schumla zu der Annahme einer Schlacht zu bringen, in der ſie, wie man nicht zweifelte, auf das Haupt geſchlagen worden wären. Nach der Vernichtung des einzigen bedeutenderen Heeres, welches die Pforte im

Digitized by Google

Felde hatte, würde die Straße von Konſtantinopel vertheidigungslos offen gelegen haben, und man durfte nur die Ankunft der aus dem Innern des ruſſiſchen Reiches heranziehenden Garden erwarten, um den Marſch nach Konſtantinopel anzutreten und durch das Erſcheinen vor dieſer Stadt dem Kampfe mit einem Male ein Ende zu machen. Sofern es nicht gelänge, die Türken zur Schlacht zu bringen, wollte man ſie in Schumla einſchließen, bis die feſten Plätze Siliſtria und Warna bezwungen wären, was, wie man vorausſetzte, höchſtens eine Belagerung von ſechs Wochen erfordern ſollte. Darüber wäre etwa das Ende des Auguſts herangekommen und da inzwiſchen die Garden und die übrigen nachrückenden Truppen bei dem Heere eingetroffen wären, ſo konnte dieſes ohne Gefahr den Balkan überſteigen und in die Ebene von Adrianopel hinabſteigen.

Am 16. Juli, nachdem die ruſſiſche Vorhut bereits einige Tage vorher auf der Straße von Schumla ein Gefecht mit der türkiſchen Reiterei beſtanden, brach die Hauptmacht, von dem Kaiſer perſönlich geführt, in derſelben Richtung auf. General Benkendorf, der vor Siliſtria von den Truppen des Generals Roth abgelöſt worden war, beſetzte Paravadi, um die Verbindung des Heeres mit dem Corps von Warna zu ſichern. Am 19. lagerte das Heer auf den Höhen von Jenibazar, vier Meilen von Schumla; am folgenden Tage rückte daſſelbe in Schlachtordnung gegen Schumla vor. So ſchwierig dadurch der Marſch wurde, wagte man es doch nicht, in getrennten Colonnen zu marſchiren, weil man dieſe einer Ueberraſchung durch die zahlreiche und kühne Reiterei des Feindes auszuſetzen fürchtete. Als das Heer das Dorf Buchanlik erreichte, zeigten ſich auf den jenſeit deſſelben gelegenen Anhöhen, welche den Keſſel von Schumla gegen Oſten ſchließen, beträchtliche Maſſen regelmäßiger türkiſcher Reiterei mit Geſchütz; ſchon glaubte man, der Tag einer allgemeinen entſcheidenden Schlacht ſey gekommen. Nach einer lebhaften Kanonade und nach einigen leichten Reiterangriffen zogen die Türken ſich jedoch nach ihrem verſchanzten Lager vor Schumla zurück, in deſſen Angeſichte ſich die Ruſſen befanden, ſo wie ſie die von dem Feinde verlaſſenen Höhen beſetzt hatten.

Schumla, eine Stadt von 50,000 Einwohnern, liegt amphitheatraliſch auf dem nördlichen Abhange des Balkan; im Norden und Weſten ſind die Zugänge durch einen Ausläufer des Hauptgebirgszuges, den ſteilen und beinahe ganz unzugänglichen Balkan Bazan gedeckt; nach Südoſten gegen Warna zu öffnet ſich jedoch das Thal in eine Ebene, welche nur durch verhältnißmäßig niedere Anhöhen unter-

Digitized by Google

brochen iſt. Die Stadt hat anderthalb Meilen im Umfange und iſt durch einen ſtarken von Thürmen gedeckten und mit einem breiten Graben verſehenen Wall geſchützt, der jedoch für ſich allein der europäiſchen Kriegskunſt einen ſehr unzulänglichen Widerſtand entgegenſetzen würde, wenn nicht im Norden in der Entfernung von zwei bis dreitauſend Schritt ein ſteil abfallender Höhenzug vorläge, deſſen ganzer Kamm, durch Baſtionen und andere Werke befeſtigt, ein weit ausgedehntes verſchanztes Lager bildet, welches mit einiger Hoffnung auf Erfolg nur durch einen weit überlegenen Feind angegriffen werden kann. Die Ruſſen erkannten bald, daß dazu ihre Kräfte nicht ausreichten, indem das zur Vertheidigung von Schumla beſtimmte türkiſche Heer, welches aus den Kerntruppen des osmaniſchen Reiches beſtand, ihnen an Zahl ziemlich gleich kam; ſie verſuchten daſſelbe daher nur in dem Platze einzuſchließen, um vor Warna und Siliſtria freie Hand zu erhalten, da die Einnahme dieſer beiden Feſtungen jetzt ihre Hauptaufgabe war. Zuvörderſt ſicherten ſie ſich in dem Beſitze der Höhen, die ſie am 20. genommen hatten, durch die Anlage einer Reihe von Redouten, deren Vollendung die Türken nicht zu verhindern vermochten, obwohl ſie beinahe täglich die wüthendſten Ausfälle unternahmen; darauf wurden durch ein ziemlich ſtarkes Corps im Norden die waldigen Anhöhen auf der Straße nach Siliſtria beſetzt, während eine Koſackenſchaar zu Rasgrad die Verbindung mit Ruſtſchuk abſchnitt. Endlich ſetzte ein anderes Corps unter General Rüdiger ſich, nach einem lebhaften Gefechte, in dem Flecken Eski-Stambul auf der Straße nach Adrianopel feſt und vollendete dadurch die Einſchließung. Da der Kaiſer ſah, daß mit den Streitkräften, die für den Augenblick zu ſeiner Verfügung ſtanden, ein entſcheidender Schlag nicht zu führen war, ſo verließ er das Heer vor Schumla und begab ſich mit den Truppen, die hier entbehrlich erachtet wurden, vor Warna, um das zur Berennung dieſes Platzes beſtimmte Corps zu verſtärken.

Das vor Schumla zurückbleibende Heer hatte mehr, als von den Türken, mit denen zwar täglich kleine Gefechte vorfielen, von der unerträglichen Hitze und von den Beſchwerden zu leiden, die der Dienſt im Angeſichte eines Feindes mit ſich brachte, gegen den man die äußerſte Wachſamkeit beobachten mußte. Der zu Schumla befehlende Seriaſker ſcheint den Plan gehabt zu haben, die Ruſſen durch den geringen Nachdruck ſeiner Angriffe ſicher zu machen, wobei er zugleich den Vortheil hatte, daß er ſeine Truppen, die in dem Gebrauche der Waffen noch wenig geübt waren, allmälig an den Krieg gewöhnte. Es

Digitized by Google

vergingen daher beinahe vier Wochen ſo gut als in völliger Unthätigkeit. Endlich glaubte Huſſein Paſcha den Zeitpunkt gekommen, wo er eine bedeutendere Unternehmung wagen konnte. In der Nacht vom 25. auf den 26. Auguſt rückten drei ſtarke türkiſche Heeresabtheilungen in aller Stille aus Schumla aus. Die erſte unter Halil Paſcha wandte ſich gegen den äußerſten rechten Flügel der Ruſſen; ſie näherte ſich dem ruſſiſchen Lager ſo vorſichtig und unbemerkt, daß ſie mit den fliehenden Vorpoſten beinahe zugleich in daſſelbe eindrang. Die rechte Flügelredoute wurde erſtürmt, die Beſatzung mit ihrem Anführer, dem General Wrede, ſprang über die Klinge, und ſechs Stücke Geſchütz wurden genommen. Erfolgreicheren Widerſtand leiſtete die zweite Redoute; hier wurden alle Angriffe der Türken zurückgeſchlagen, und beim Anbruche des Tages mußten ſie ihren Rückzug antreten, auf dem ſie die eroberten Geſchütze mit ſich führten. Zu derſelben Zeit, während dieſe Dinge auf dem rechten Flügel vorgingen, griff die zweite türkiſche Abtheilung unter Eſſaub Paſcha den linken Flügel des ruſſiſchen Lagers an. Die vorliegenden Verſchanzungen wurden auch hier im erſten Anlaufe genommen, dagegen vertheidigten die Ruſſen ſich in dem Dorfe Maraſch ſo lange, bis ſie Verſtärkung erhielten und den Feind zum Abzuge zwangen. Vier ruſſiſche Bataillone waren auf dieſem Punkte beinahe vernichtet worden; auch wurden die verlorenen Geſchütze nicht wiedergenommen. Der Hauptangriff der Türken war aber gegen das abgeſonderte Corps des Generals Rüdiger zu Eski-Stambul gerichtet; und hier war derſelbe vollkommen erfolgreich. Aliſch Paſcha ſtürmte gegen die ruſſiſchen Verſchanzungen mit ſolchem Ungeſtüm heran, daß General Rüdiger, um nicht ſein ganzes Corps der Vernichtung auszuſetzen, genöthigt war, ſeine Stellung aufzugeben und auf einem Umwege ſich auf die ruſſiſche Hauptmacht zurückzuziehen. Die Türken hatten den Zweck, um den es ihnen vornehmlich zu thun war, erreicht. Die große Straße von Adrianopel, die ihnen abgeſchnitten geweſen, war wieder frei, und wenige Tage darauf trafen auf derſelben Verſtärkungen und Mundvorräthe in Schumla ein.

Das ruſſiſche Heer begnügte ſich nach der empfindlichen Lehre, die es durch den Ueberfall vom 26. Auguſt erhalten hatte, eine beobachtende Stellung vor Schumla einzunehmen, welche den Türken volle Freiheit der Bewegungen ließ und nur darauf berechnet war, die inzwiſchen mit Kraft begonnene Belagerung von Warna zu decken. Die Nachrichten, welche die Ruſſen vor der Eröffnung des Feldzuges über den Zuſtand dieſer Feſtung eingezogen, und die ſie erwarten ließen, daß

ſie ſich derſelben ohne große Anſtrengung bemächtigen würden, hatten ſich durchaus unbegründet erwieſen. Warna war, wenn nicht nach allen Regeln der Kunſt befeſtigt, doch ſchon durch ſeine natürliche Lage ſo gut geſchützt, daß es bei entſchloſſener Vertheidigung einen langwierigen Widerſtand zu leiſten vermochte. Die Stadt, welche zu der Zeit, als die Ruſſen vor ihren Mauern erſchienen, 25,000 Einwohner zählte und eine Beſatzung von 5000 Mann hatte, liegt zwiſchen zwei Hügelreihen unmittelbar am Geſtade des ſchwarzen Meeres, welches hier einen geräumigen Hafen bildet. Im Süden zieht ſich der Dewna-See, der durch einen Canal mit dem Meere in Verbindung ſteht, bis gegen Kozliza hin, wodurch jeder Angriff von dieſer Seite ungemein erſchwert wird; und es bleibt daher zu Lande eigentlich nur ein Theil der Weſtſeite und die Nordſeite zugänglich, die durch hohe Steinmauern und ſtarke Baſtionen vertheidigt ſind.

Als General Suchtelen, der die zum Angriffe gegen Warna beſtimmten Truppen befehligte, vor dieſem Platze eintraf, zeigte es ſich bald, wie unzureichend ſeine Streitkräfte auch nur zu einer ernſtlicher gemeinten Einſchließung waren. Während er ſich auf den Höhen verſchanzte, die im Norden nach Warna hinüberſehen, zog auf der Südſeite vor ſeinen Augen der Kapudan Paſcha mit einer Verſtärkung von 5000 Mann in die bis dahin nur ſchwach beſetzte Stadt. Bald darauf mußte Suchtelen ſeine Stellung vor Warna aufgeben und ſich auf Derbend und Kozliza zurückziehen, wo er ſtehen blieb, um den Platz aus der Entfernung zu beobachten, bis in den letzten Tagen des Juli die ſehnlich erwartete ruſſiſche Flotte von Anapa auf der Höhe von Warna anlangte.

Die Flotte war bereits am 3. Mai mit zahlreichen Landungstruppen von Sevaſtopol unter Segel gegangen, um die türkiſche Feſtung Anapa an der Oſtküſte des ſchwarzen Meeres zu bezwingen, deren Beſitz beſonders um deswillen von hoher Wichtigkeit war, weil die Türken von hier aus, unterſtützt durch die kriegeriſchen Gebirgsvölker des Kaukaſus, in das Herz der ſüdlichen Provinzen des ruſſiſchen Reiches eindringen konnten, ſobald ihnen nicht überlegene Heeresmaſſen entgegengeſtellt wurden. Durch eine Windſtille und darauf durch widrige Winde zurückgehalten, vermochte die Flotte erſt am 18. das zur Belagerung beſtimmte Corps an das Land zu ſetzen, wo daſſelbe ſogleich mehrere leichte Gefechte mit den von ihren Bergen herabſteigenden Tſcherkeſſen zu beſtehen hatte. Die Ankunft der Ruſſen war gerade zu rechter Zeit erfolgt; denn wenige Tage darauf fanden ſie Gelegen-

Digitized by Google

heit, mehrere türkiſche Fahrzeuge zu nehmen, die der Feſtung Vorräthe und Verſtärkungen zuführen ſollten. Die nur 3000 Mann ſtarke Beſatzung leiſtete, dadurch nicht entmuthigt, den tapferſten Widerſtand. Erſt am 9. Juni, nachdem Tages vorher ein wüthender Ausfall der Türken zurückgeſchlagen und ein Theil der Ausfallenden gezwungen worden war, ſich mit den zu ihrer Hülfe herbeieilenden Abaſechen in die Berge zu werfen, gelang es, eine verſchanzte Linie auf der Landſeite der Feſte zu Stande zu bringen, wodurch alle Verbindungen derſelben mit den Gebirgsvölkern abgeſchnitten wurden. Die Belagerungsarbeiten wurden jetzt ſo eifrig betrieben, daß am 22. Juni drei gangbare Breſchen in den Wall gelegt waren. Am folgenden Tage ergab ſich die Beſatzung, die alle Widerſtandsmittel erſchöpft hatte und zu ſchwach war, um einen Sturm abzuwarten. Admiral Greigh, der die ruſſiſche Flotte befehligte, ließ vier Bataillone als Beſatzung in dem eroberten Platze zurück und ſchiffte den Reſt des Belagerungscorps ein, um denſelben nach Warna hinüberzuführen. Hier hatten die Türken inzwiſchen eine Stellung außerhalb der Stadt eingenommen, aus der ſie jedoch bei der Ankunft der Flotte durch das Corps des Generals Suchtelen verdrängt wurden, über welches der mit der Leitung der Belagerung beauftragte Viceadmiral Mentzikow den Befehl übernommen hatte. Unmittelbar darauf landete die Heeresabtheilung, die von Anapa herübergekommen war. Am 5. Auguſt traf Kaiſer Nikolaus mit den Truppen, die ihn aus dem Lager von Schumla begleitet hatten, vor Warna ein, wodurch die vor dieſer Feſtung vereinigte Macht auf 12 bis 14,000 Mann gebracht wurde. Zwar fuhr der Kaiſer noch an demſelben Tage auf einer Fregatte nach Odeſſa ab; die begonnene Berennung des Platzes wurde aber während ſeiner Abweſenheit mit allem Ernſte fortgeſetzt, welche die geringe Stärke des Belagerungscorps geſtattete. Vom 5. bis zum 11. Auguſt wurden die Höhen, die ſich im Norden und Weſten der Stadt vom Meere bis zum Dewna-See ziehen, mit Redouten gekrönt, und bereits am 6. waren die ruſſiſchen Batterien im Stande, aus ihrer erſten Parallele ein lebhaftes Feuer zu eröffnen, das von Zeit zu Zeit bei günſtigem Winde durch die Flotte unterſtützt wurde. Die Türken ihrerſeits ſuchten die Fortſchritte der Belagerer durch Ausfälle zu hemmen, bei denen ſie mit einer Tapferkeit kämpften, welche der beſten Zeiten des osmaniſchen Namens würdig war. Am 7. Auguſt rückten ſie bei Tagesanbruch in geſchloſſenen Colonnen aus der Stadt und fochten bis Sonnenuntergang, ehe ſie nach einem mörderiſchen Kampfe ſich zum Rückzuge entſchloſſen.

Digitized by Google

Am 9. wiederholte ſich daſſelbe Schauſpiel, und man ſah ſie an dieſem Tage zum erſten Male die ruſſiſche Infanterie mit der ihnen neuen Waffe des Bayonettes angreifen, von der ſie den unerſchrockenſten Gebrauch machten. Bis jetzt war der Platz auf der Südſeite, wo derſelbe durch den Dewna-See gedeckt iſt, noch nicht eingeſchloſſen, und es fand daher hier eine ungehinderte Verbindung zwiſchen den Belagerten und den in der Nähe ſtreifenden leichten türkiſchen Truppen Statt. Admiral Mentzikow entſandte eine Truppenabtheilung nach dem Südufer des Sees, um ſich auf der Straße von Warna nach Konſtantinopel feſtzuſetzen. Die Türken griffen das Corps jedoch auf ſeinem Marſche an und ſchlugen es in die Flucht, ehe es noch ſeinen Beſtimmungsort erreicht hatte. Am 19. waren die Ruſſen mit ihren Belagerungsarbeiten ſo weit vorgerückt, daß ſie eine zweite Parallele eröffneten, aus der ſie mit der Sappe bis auf ein paar hundert Schritt von der Feſtung vorgehen konnten. Um dieſe neuen Arbeiten zu zerſtören, machten die Türken am 20. einen Ausfall, bei dem ſie ſich mit ſo wildem Ungeſtüm auf die ruſſiſchen Werke ſtürzten, daß Admiral Mentzikow, um ſeine Stellung zu behaupten, genöthigt war, ſich perſönlich der äußerſten Gefahr auszuſetzen. Zuletzt wurde der Angriff zwar abgewehrt, aber der ruſſiſche Oberbefehlshaber war in dem Gewühle des Kampfes ſchwer verwundet worden und mußte das Commando niederlegen, welches jetzt auf den Generalgouverneur von Neurußland Grafen Woronzow überging. Die Türken verſuchten hierauf, den Belagerern durch Contreapprochen zu begegnen, die ſie indeſſen verlaſſen mußten, nachdem es den Ruſſen gelungen war, eine Mörſerbatterie zu errichten, die nur 250 Schritt von dem Hauptwalle entfernt war. Am 31. übernahmen die Türken wieder einen Ausfall, bei dem ſie die Belagerer von ihren vorliegenden Stellungen auf dem rechten Flügel verdrängten und ſich bis zum Einbruche der Nacht im Beſitze derſelben behaupteten. So wurde bis in die erſten Tage des September fortwährend gekämpft, ohne daß einer von beiden Theilen einen entſcheidenden Vortheil errungen hätte. Am 7. d. M. langte der Kaiſer von Odeſſa vor Warna an und ſchlug ſein Hauptquartier auf dem Linienſchiffe Paris auf. An demſelben Tage rückte der Großfürſt Michael mit den erſten Colonnen der Garde in das Lager ein, denen in den nächſten Tagen der Reſt des Corps folgte, welches 18,000 Mann zu Fuß und zu Roß ſtark war und einen zahlreichen Artillerietrain mit ſich führte. Die Türken wurden jetzt in einer Reihe blutiger Gefechte aus den vereinzelten befeſtigten Punkten, die ſie außer-

Digitized by Google

halb der Feſtung noch inne hatten, vertrieben; die Belagerungsarbeiten rückten ſo weit vor, daß die ruſſiſchen Ingenieurs ihre Minengänge bis unter die Gegenböſchung des Grabens führten, zugleich wurde eine Heeresabtheilung unter dem Befehl des Generaladjutanten Golowin nach dem rechten Ufer des Dewna-Sees abgeſchickt, um durch die Beſetzung deſſelben die Einſchließung der Feſtung zu vollenden. Am 14. September bei Tagesanbruch wurde die Gegenböſchung der auf der Nordſeite dem Meere zunächſt liegenden Baſtion geſprengt und in den Graben geworfen. Da die Baſtion ſelbſt durch das Feuer der ruſſiſchen Batterien bereits in einen Trümmerhaufen verwandelt war, ſo wurde dadurch ein Sturm möglich. Der Kaiſer ließ daher die Beſatzung zur Uebergabe auffordern. Der Kapudan Paſcha erklärte ſich bereit zu unterhandeln; es wurde ihm zu dieſem Zwecke ein Waffenſtillſtand bewilligt; eine Unterredung, die er mit dem Admiral Greigh hatte, zeigte aber auf das Unzweideutigſte, daß er nur Zeit zu gewinnen ſuchte. Die Unterhandlungen wurden daher abgebrochen, und das Feuer begann am folgenden Tage von neuem. Am 23. September war in den Hauptwall eine breite gangbare Breſche gelegt; aber auch jetzt wagten die Ruſſen noch nicht zu ſtürmen, weil ſie wohl wußten, daß ſie einen Empfang zu erwarten hatten, der ihnen wenig Erfolg verſprach.

Während Warna auf dieſe Weiſe von Tage zu Tage härter bedrängt wurde, hatte der Sultan zu Konſtantinopel, der die Wichtigkeit dieſes Platzes wohl begriff, keine Anſtrengung geſcheut, um denſelben zu retten. Zwölftauſend Mann friſcher Truppen waren von der Hauptſtadt nach dem Kriegsſchauplatze abgeſchickt worden; und wenn dieſes Corps ſeinen Marſch um wenige Tage beſchleunigt hätte, ſo wäre es noch zu rechter Zeit eingetroffen, um ungehindert in die Feſtung einzuziehen. Am 15. September, als daſſelbe an dem Kamtſchikfluſſe anlangte, der ſich im Norden der Hauptkette des Balkangebirges ſieben Meilen von Warna in das ſchwarze Meer ergießt, hatte der ruſſiſche General Golowin ſich bereits auf der Südſeite des Dewna-Sees feſtgeſetzt und es unmöglich gemacht, ſich der Feſtung anders als in Folge eines ſiegreichen Treffens zu nähern. Der aus dem griechiſchen Befreiungskampfe bekannte Arnautenführer Omer Vrione rückte an der Spitze von 8000 Mann von Schumla aus, um ſich mit dem von Konſtantinopel heranziehenden Hülfscorps zu vereinigen. Erſt durch dieſe Bewegung ſcheinen die Ruſſen auf die Annäherung der zum Entſatz von Warna beſtimmten Macht aufmerkſam geworden zu ſeyn.

Digitized by Google

Eine zur Einholung näherer Kundſchaft nach den Ufern des Kamtſchik entſandte ruſſiſche Abtheilung ſtieß hier gegen alle Erwartung auf den Feind und wurde in ein Gefecht verwickelt, in dem ſie eine empfindliche Niederlage erlitt. Durch dieſen Erfolg ermuthigt drang Omer Vrione am 27. September bis in die Nähe des Dewna-Sees vor, wo er bei Kurtupe ſich der Stellung der Ruſſen gerade gegenüber verſchanzte. Dieſe waren inzwiſchen ſowohl von dem Heere bei Schumla als aus dem Lager vor Warna bedeutend verſtärkt worden. General Biſtröm, der Golowin im Befehl erſetzte, hatte eine Macht zu ſeiner Verfügung, die jener der Türken an Zahl ziemlich gleich kam. Dennoch griff Omer Vrione bereits am 28. die ruſſiſche Stellung unverzagt an. Vier Stunden lang wogte der Kampf unentſchieden hinüber und herüber; es wurde auf beiden Seiten mit der äußerſten Hartnäckigkeit geſtritten, von den Ruſſen mit dem Muthe der Verzweiflung; denn das ganze Corps ſah im Falle des Unterliegens ſeine Vernichtung vor Augen, da es den Dewna-See und die Feſtung Warna im Rücken, das Meer zur Seite hatte. Endlich wurden die Türken durch einen Bayonettangriff geworfen, aber die beiden Gardebataillone, welche durch ihre Tapferkeit den Ausſchlag gaben, hatten den Verluſt ihres Anführers, des Generals Freitag, und ihrer beſten Officiere zu beklagen, und der geſchlagene Feind zog ſich unverfolgt in ſein Lager zurück. Erſt am zweiten Tage darauf wagten die Ruſſen einen Verſuch zur Benutzung des theuer erkauften Sieges zu machen. Während General Biſtröm zum Scheine den rechten Flügel der Türken bedrohte, rückte Prinz Eugen von Würtemberg mit den von Schumla herbeigezogenen Truppen zum Sturm gegen den linken Flügel an. Ungeachtet aller Schwierigkeiten des von Hohlwegen und Gebüſch durchſchnittenen Terrains trug er anfangs einige Vortheile davon. Eine vorgeſchobene Redoute wurde genommen; und ſchon hatte eine ruſſiſche Brigade die Bruſtwehr der Verſchanzungen des Lagers erſtiegen. Aber hier fielen die Türken ſo ungeſtüm mit der blanken Waffe über ſie her, daß die ganze Brigade, die in den Flanken umgangen war und bereits ihren Führer, den General Jurnow, verloren hatte, aufgerieben worden wäre, wenn ein kühner Angriff des Gardeuhlanenregimentes unter dem General von Noſtitz ſie nicht gerettet hätte. Prinz Eugen zog ſich in ſeine Stellung auf dem rechten Ufer des Dewna-Sees zurück, aus dem er erſt nach der Ankunft neuer Verſtärkungen wieder vorging, um ſich den Türken mehr in der Nähe zu zeigen.

Während mit ſo ſchwankendem Erfolge auf dem ſchmalen Raume

zwiſchen dem Dewna-See und dem Kamtſchik gekämpft wurde, ſchritten die Belagerungsarbeiten der Ruſſen vor Warna langſam, aber ununterbrochen fort. Am 3. October ſprengten ſie eine Mine, die unter der durch das Feuer der Geſchütze bereits halbzerſtörten nördlichen Baſtion am Meere angelegt war; am folgenden Tage wurde eine andere Mine geſprengt, deren Ladung die Türken wiederholt durch Ausfälle vergeblich zu hindern verſucht hatten. Durch dieſe Explosionen waren zwei neue gewaltige Breſchen entſtanden; dennoch warteten die Ruſſen noch zwei Tage, ehe ſie einen Sturm unternahmen. In der Nacht vom 6. auf den 7. October drang eine Abtheilung ausgewählter Truppen durch die Breſche in die Meerbaſtion und bis in das Innere der Stadt, während drei gleichzeitig unternommene falſche Angriffe die Aufmerkſamkeit der Türken nach anderen Punkten ablenkten. Die Beſatzung täuſchte ſich jedoch nicht lange über die wahre Gefahr; die eingedrungenen ruſſiſchen Compagnien, von allen Seiten mit Uebermacht angegriffen, vermochten ſich weder in der Stadt, noch in der eroberten Baſtion zu behaupten. Der größte Theil der zum Sturm verwandten Mannſchaft wurde niedergemacht; nur Wenige kehrten zu den Ihrigen zurück. So tapfer die Türken auch bei dieſer Gelegenheit wieder ſich geſchlagen hatten, ſo ſcheint doch der Umſtand, daß ſie durch die That überzeugt wurden, wie wenig Schutz ihnen ihre zertrümmerten Mauern noch gewährten, einen entmuthigenden Eindruck auf ſie hervorgebracht zu haben. Der Kapudan Paſcha ſuchte von neuem ſein altes Mittel hervor, durch Unterhandlungen Zeit zu gewinnen; und diesmal war allerdings jeder Tag, den er den Ruſſen abgewann, unſchätzbar; denn die Jahreszeit war bereits ſo weit vorgerückt, daß die Belagerung unmöglich noch lange fortgeſetzt werden konnte; überdies war der Großweſir mit friſchen Verſtärkungen auf dem Marſche; und es ließ ſich kaum erwarten, daß die Ruſſen, die Mühe gehabt hatten, den vereinzelten Angriff Omer Vrione's abzuwehren, den vereinigten Streitkräften Omers und des Großweſirs widerſtehen würden. Aber je bedenklicher die Lage der Ruſſen war, um ſo mehr mußten ſie Alles aufbieten, um ſo ſchnell als möglich zum Ziele zu gelangen. Wenn ſie ſich dennoch, ſtatt Sturm auf Sturm zu verſuchen, gerade in dem entſcheidenden Augenblicke dazu verſtanden, drei Tage lang zu unterhandeln, ſo konnte man ſchon hieraus mit ziemlicher Wahrſcheinlichkeit ſchließen, daß ſie in den Unterhandlungen ein Mittel gefunden hatten, auf ſicherere Weiſe ihren Zweck zu erreichen, als durch offene Gewalt. Auch ließ die Erklärung nicht lange auf ſich warten. Am

Abend des 10. Octobers erſchien Juſſuf Paſcha, der Commandant von Warna, in dem Zelte des ruſſiſchen Oberbefehlshabers und zeigte dieſem an, daß er, da die Feſtung nicht länger haltbar ſey, der Kapudan Paſcha aber dennoch von einer Uebergabe nichts wiſſen wolle, den Entſchluß gefaßt habe, ſich für ſeine Perſon unter den Schutz des Kaiſers zu ſtellen. Am andern Morgen zog die Beſatzung, die von ihrem Anführer ohne Zweifel zum voraus gewonnen war, haufenweiſe aus der Stadt und ging in das ruſſiche Lager über. Der Kapudan Paſcha warf ſich mit 300 Mann, die allein bei ihm zurückgeblieben, in die Citadelle. Da er hier ſeinen Entſchluß erklärte, ſich bis auf den letzten Mann zu vertheidigen und eher mit den Trümmern des Forts in die Luft zu ſprengen, als die Schmach der Gefangenſchaft über ſich ergehen zu laſſen, ſo bewilligte Kaiſer Nikolaus, dem an dem Beſitze eines unhaltbaren Schutthaufens nichts gelegen ſeyn konnte, ihm mit dem kleinen Häuflein ſeiner Getreuen freien Abzug. So fiel Warna nach einer eilfwöchentlichen Belagerung, während welcher die Beſatzung von 15,000 auf 6000 Mann zuſammengeſchmolzen war, aber auch die Belagerer ſowohl durch das Schwert des Feindes, als durch Entbehrungen und Seuchen ungeheuern Verluſt erlitten hatten, in die Hände der Ruſſen.

Omer Vrione, welcher die letzten Tage unthätig in ſeinem Lager verweilt hatte, weil er die Ankunft des Großweſirs erwartete, zog ſich, als er die Ruſſen in Warna einrücken ſah, in aller Eile auf das rechte Ufer des Kamtſchik zurück, wo inzwiſchen das Corps, welches der Weſir heranführte, bereits eingetroffen war. Prinz Eugen von Würtemberg, der ihn verfolgte, vermochte ihn nicht mehr zu erreichen. Dagegen beſtand ſeine Vorhut ein vortheilhaftes Gefecht gegen die Türken, als dieſe (am 15. October) auf das linke Ufer des Fluſſes hinüberkamen, um hier einen Brückenkopf anzulegen; die Türken flohen mit ſolcher Uebereilung, daß Viele von ihnen im Kamtſchik ertranken, weil die Zugbrücke, die über den Strom führte, zu früh aufgezogen wurde.

Die Einnahme von Warna war die einzige bedeutende Waffenthat, welche die Ruſſen in dem ganzen Verlaufe des Feldzuges vollbrachten. Durch den Beſitz dieſes wichtigen Platzes wurden ſie in den Stand geſetzt, wenigſtens mit einem Theile ihres Heeres eine Stellung auf dem rechten Donauufer zu behaupten; an weiteres Vordringen war bei dem Zuſtande, in dem das Heer ſich befand, nicht zu denken. Sie wandten daher alle ihre Sorge darauf, die zerſtörten

Digitized by Google

Werke, ſo gut dies in der Eile möglich war, herzuſtellen. So wie die Feſtung gegen einen Handſtreich geſichert war, erhielt das ganze Heer, welches den Türken am Fuße des Balkan gegenüberſtand, den Befehl zum Rückzuge über die Donau. Das vor Schumla ſtehende Corps, welches während des Septembers, ſo wie während der erſten Hälfte des Octobers vollauf zu thun gehabt, die Türken in ihrem Lager feſtzuhalten, trat bereits am 15. October ſeinen Abmarſch an und erlitt noch unterweges durch einen Angriff, den 8000 türkiſche Reiter in dem ſchwierigen Deſilé von Aidochda unternahmen, beträchtlichen Verluſt. Als Feldmarſchall Wittgenſtein vor Siliſtria anlangte, wohin er zunächſt ſich wandte, hatte die Berennung dieſes Platzes, obwohl dieſelbe am 21. Juli begonnen war, nur ſehr geringe Fortſchritte gemacht. General Roth, der zuerſt mit der Belagerung beauftragt war, hatte ſich im Laufe des Auguſt zwar der Höhen außerhalb der Stadt bemächtigt, welche die Türken zu befeſtigen angefangen; und aus den Redouten, welche er auf denſelben errichtete, wurde der Platz von Zeit zu Zeit heftig beſchoſſen. Die Entfernung war jedoch zu groß, als daß das Feuer der ruſſiſchen Batterien einen bedeutenden Eindruck hervorgebracht hätte und bei den Ausfällen, welche die Beſatzung machte, mußten die Ruſſen, die an Zahl wenig ſtärker waren, als die Belagerten, mehr als einmal mit aller Anſtrengung um den Beſitz ihrer eigenen Stellungen kämpfen. Um die Mitte des September war Roth durch die aus dem Innern Rußlands kommenden friſchen Truppen des Generals Scherbatow abgelöſt worden und zur Verſtärkung des Heeres vor Schumla und Warna abmarſchirt. Scherbatow erkrankte bald nach ſeiner Ankunft und General Langeron, der ſtatt ſeiner den Befehl übernahm, war ſo wenig im Stande, etwas Erhebliches auszurichten, als ſeine Vorgänger. Feldmarſchall Wittgenſtein fand bei ſeinem Eintreffen die Umgegend der Feſtung durch den häufigen Regen, der während des October gefallen war, ganz unter Waſſer geſetzt. Die Truppen hatten in ihrem Lager mit Entbehrungen aller Art zu kämpfen; außerdem mußte er fürchten, durch den Seriaſker, der ihm von Schumla gefolgt war, im Rücken angegriffen zu werden. Er beſchloß daher nur noch einen Verſuch zu machen, ob die Beſatzung ſich durch den Schrecken eines Bombardements zur Uebergabe vermögen ließ, und hob, nachdem er die Feſtung zwei Tage und zwei Nächte ohne Unterlaß beſchoſſen hatte, da die Türken keine Neigung zur Nachgiebigkeit zeigten, am 10. November die Belagerung auf. Eine Abtheilung ſeines Heeres ſetzte unmittelbar unterhalb Siliſtria

bei Kalaraſch über die Donau, um hier der Feſtung gegenüber eine beobachtende Stellung einzunehmen. Mit der anderen größeren zog er ſelbſt nach Hirſowa hinab, wo er gleichfalls über den Strom ging. Wenige Tage nach dem Abmarſche des Feldmarſchalls Wittgenſtein von Schumla hatten auch die Garden nebſt der Mehrzahl der übrigen Truppen vor Warna ihren Rückzug angetreten und ſich in die Winterquartiere begeben, die ihnen in Beſſarabien angewieſen waren. Auf dem rechten Donauufer blieb nur General Roth zurück, der mit ſechs Diviſionen Infanterie, einer Diviſion Reiterei und vier Koſackenregimentern Warna und Baſardſchik, ſo wie eine Vorpoſtenkette bis zum Walle des Trajan und Hirſowa an der Donau beſetzt hielt und angewieſen war, den Küſtenſtrich am ſchwarzen Meere zu behaupten. Die ruſſiſche Hauptmacht blieb in den Donaufürſtenthümern, welche die Ruſſen gleich zu Anfang des Feldzuges beſetzt hatten und in deren Beſitze ſie während des Verlaufes deſſelben kaum geſtört worden waren. Zwar hatten die Türken von den Donaufeſtungen aus einige Einfälle in die Walachei gemacht, um das Vieh hinwegzutreiben, welches dem Feinde zur Verpflegung diente. Ernſtere Gefechte hatten aber nur in der kleinen Walachei Statt gefunden, wo der Paſcha von Widdin dem General Geismar mit weit überlegener Macht gegenüberſtand. Schon am 8. Juli hatte General Geismar mit den 5000 Mann, die er unter ſeinem Befehle hatte, bei Kalefat, einem der Feſtung Widdin gerade gegenüberliegenden Orte, ein türkiſches Corps von 4000 Mann zu Fuß und 5000 zu Roß geſchlagen. Später war er genöthigt geweſen, ſich nach Cſorogul auf der Straße nach Krajowa zurückzuziehen, und die Türken hatten bei Kalefat ein Lager aufgeſchlagen, in welchem ſie ein Corps von 15,000 Mann zuſammenzogen. Mit dieſem rückte der Paſcha von Widdin am 24. September gegen Geismar an, der ihn aber nach einem unentſchiedenen Gefechte, welches er am Nachmittage des 28. beſtanden, in der Nacht überfiel und ſo auf das Haupt ſchlug, daß die Türken nicht einmal ihre Schanzen bei Kalefat zu vertheidigen wagten, ſondern ſich nicht eher in Sicherheit glaubten, als bis ſie durch die Donau vor dem verfolgenden Feinde geſchützt waren. Seitdem wagte der Paſcha von Widdin ſich nicht mehr auf das linke Ufer des Stromes hinüber.

Dies war das Ende eines Feldzuges, zu dem die Ruſſen Jahre lang die gewaltigſten Vorbereitungen getroffen, und den ſie mit der Zuverſicht eröffnet hatten, daß ſie ohne Aufenthalt bis vor die Mauern

Digitized by Google

von Konſtantinopel bringen und dem Sultan in ſeiner Hauptſtadt die Bedingungen des Friedens vorſchreiben würden.

Von ungleich glänzenderen Erfolgen begleitet, obſchon eben ſo wenig entſcheidend, war der Feldzug der Ruſſen in Aſien geweſen. Der ruſſiſche Oberbefehlshaber im Süden des Kaukaſus, General Paszkiewicz, zur Belohnung für ſeine Auszeichnung im perſiſchen Kriege erſt vor Kurzem zum Grafen von Eriwan erhoben, war mit ſeinem Heere noch auf dem Rückmarſche aus Perſien begriffen, als er den erſten beſtimmten Befehl erhielt, ſeine Vorbereitungen zum Kriege wider die Türken zu treffen. Die Mittel zur Kriegführung, die ihm zu Gebote ſtanden, waren ſo beſchränkt, daß er, wenn die Türken noch von ihrem alten kriegeriſchen Geiſte beſeelt geweſen wären, ſtatt ſeinerſeits zum Angriffe zu ſchreiten, Mühe genug gehabt haben würde, die ausgedehnten ſeiner Obhut untergebenen Provinzen zu vertheidigen. Das durch den perſiſchen Krieg ſehr zuſammengeſchmolzene Heer zählte im Ganzen keine 40,000 Mann; und da von demſelben ein Theil zur Beſetzung der perſiſchen Landſchaften zurückbleiben mußte, die als Unterpfand für die Zahlung der Kriegsentſchädigungen dienten, während ein anderer bei weitem größerer Theil in den ruſſiſchen Provinzen ſelbſt zum Schutze gegen die Einfälle der unabhängigen Gebirgsſtämme des Kaukaſus in Anſpruch genommen wurde, ſo belief ſich die Macht, die General Paszkiewicz nach großen Anſtrengungen zu Anfange des Juni zur Eröffnung des Feldzuges zuſammenbrachte, auf nicht mehr, als 12,000 Mann: ein Häuflein kriegsgewohnter Truppen, das es allerdings im Kampfe mit jeder noch ſo großen Zahl undiſciplinirter und halbbarbariſcher Aſiaten aufzunehmen vermochte, das aber doch viel zu ſchwach war, um bei der unermeßlichen Ausdehnung des Kriegsſchauplatzes irgend einen Schlag von entſcheidender Bedeutung zu führen. Die Pforte hatte von dem Augenblicke, wo der Ausbruch des Krieges als unvermeidlich erkannt wurde, nichts verſäumt, um dem Feinde in Aſien einen eben ſo kräftigen Widerſtand entgegenzuſetzen, wie in Europa. Halil Paſcha, der als einer der ausgezeichnetſten Staatsmänner des türkiſchen Reiches galt, wurde zum Seriaſker in Aſien und zum Regenten in Armenien und Anatolien ernannt, mit dem Auftrage, um jeden Preis ein achtunggebietendes Heer auf die Beine zu bringen; als Heerführer wurde ihm, da er ſelbſt größere Erfahrung im Rathe, als im Felde beſaß, der tapfere Kioſa Mahmud Paſcha zur Seite geſtellt, der bereits gegen die Franzoſen in Aegypten und ſpäter gegen die Ruſſen, Serben und Griechen gefochten hatte. Die Anſtalten, die Halil

Digitized by Google

Paſcha traf, rechtfertigten das Vertrauen vollkommen, welches ihn auf ſeinen wichtigen Poſten berufen hatte. Die während des langen Friedens halb verfallenen Grenzfeſten wurden in den beſten Vertheidigungsſtand geſetzt, mit Vorräthen aller Art und mit zahlreichen Beſatzungen verſehen; ſtarke Reiterabtheilungen wurden auf der Grenze und auf allen Straßen aufgeſtellt, die aus Georgien nach dem türkiſchen Armenien führen, und bei Arzerum wurde ein Heer zuſammengezogen, welches im Juni, als die ruſſiſchen Colonnen ſich in Bewegung ſetzten, mehr als 30,000 Mann ſtark war. Ungeachtet dieſer den Ruſſen an Zahl weit überlegenen Macht, ſcheint doch weder Halil, noch Kioſa Mahmud Paſcha in dieſelbe ein rechtes Vertrauen geſetzt zu haben; denn ſie wußten wohl, daß bewaffnete Haufen, aus den Contingenten von zwanzig verſchiedenen Provinzen zuſammengeſetzt, wenn ſie auch zu einer Streitmaſſe vereinigt werden, deshalb noch nicht den Namen eines Heeres verdienen, weil ſie nicht gewohnt ſind, dem Andrange des Feindes gegenüber zuſammen zu halten und weil das erſte ungünſtige Ereigniß ſie daher nur zu leicht, wie Spreu vor dem Winde, auseinanderſtäubt. Nur dadurch läßt ſich die auffallende Erſcheinung erklären, daß Kioſa Mahmud Paſcha noch hinter dem hohen Saganlugebirge verweilte, welches die nordöſtliche Grenze des Paſchaliks Arzerum bildet, während Paszkiewicz bereits bei dem in der Eile befeſtigten Dorfe Gumri die Grenze überſchritt und in vollem Marſche auf Kars, die Hauptſtadt des Paſchaliks gleiches Namens, begriffen war.

Kars, eine mit doppelter Mauerumfaſſung, weitläuftigen Außenwerken und einer ſtarken Citadelle verſehene Stadt an dem ſüdlichen Abhange des hohen und ſchwerzugänglichen Karadag, galt in der Meinung der Aſiaten als eine uneinnehmbare Feſtung, weil von ihren Mauern im Jahre 1735 der berüchtigte Nadir-Schah mit einem Heere von 100,000 Mann zurückgeſchlagen worden war und noch im Jahre 1807 der ruſſiſche General Neswatew nach einem vergeblichen Angriffe ſich zum Abzuge genöthigt geſehen hatte. Der türkiſche Befehlshaber Emin Paſcha hatte nicht weniger als 11,000 Mann zu ſeiner Verfügung, von denen 5000 unregelmäßige Reiter, 4000 bewaffnete Bürger und der Reſt aus der Bevölkerung des Paſchaliks aufgebotene Milizen waren. Aber obwohl er mit dieſen Streitkräften bei einigermaßen entſchloſſener Vertheidigung einen langwierigen Widerſtand zu leiſten vermochte, fühlte er doch ſo ſehr ſeine perſönliche Unzulänglichkeit, daß er bei der Annäherung des Feindes einen Boten nach dem andern an

Digitized by Google

Kioſa Mahmud Paſcha ſchickte, um dieſen zu ſchleunigſter Hülfeleiſtung aufzufordern. Kioſa Mahmud hielt es für unmöglich, daß eine Feſte wie Kars im erſten Anlaufe genommen werden könnte; ſein Plan war, die Ruſſen, indem er ſie ruhig gewähren ließ, zwiſchen zwei Feuer zu bringen; er ſäumte deshalb abſichtlich und brach nicht eher zum Entſatze des bedrohten Platzes auf, als bis die Berennung wirklich begonnen hatte. General Paszkiewicz, der auf dem Marſche von der türkiſchen Reiterei nur wenig beunruhigt worden war, traf am 30. Juni bei dem zerſtörten Dorfe Kitſchiköw im Angeſichte von Kars ein, wo er ſein Lager aufſchlug. Am folgenden Tage unternahm er eine Recognoſcirung gegen die Südſeite der Feſtung, wobei es zu einem lebhaften Reitergefechte kam, in dem die Türken anfangs ihren gewöhnlichen Ungeſtüm zeigten, zuletzt aber völlig auseinandergeſprengt und in die Stadt zurückgeworfen wurden. Dennoch machte die Beſatzung Tages darauf einen neuen Ausfall, der denſelben Erfolg hatte. Durch dieſe Niederlagen eingeſchüchtert, wagten die Türken ſich zwei Tage lang nicht mehr aus der Stadt heraus, und die Ruſſen konnten die zu der Beſchießung derſelben beſtimmten Batterien ungeſtört vollenden. Der Angriffsplan, den General Paszkiewicz entworfen hatte, kam jedoch nicht zur Ausführung, weil der Platz durch die Feigheit des Commandanten früher, als er ſelbſt dies gehofft hatte, in ſeine Gewalt fiel. Am 5. Juli bei Tages Anbruch griff eine ruſſiſche Abtheilung den außerhalb der ſüdweſtlichen Vorſtadt liegenden Friedhof an, den die Türken eine Zeitlang mit großer Hartnäckigkeit vertheidigten. In der Verwirrung der Flucht, als ſie endlich aus dieſer Stellung verdrängt wurden, räumten ſie zugleich das verſchanzte Lager, das auf einer ſteilen, die Stadt beherrſchenden Anhöhe angelegt war. Zwar gelang es der Beſatzung, die ſogleich in Maſſe ausfiel, ſich des Lagers noch einmal zu bemächtigen; ſie wurde jedoch bald mit dem Bayonette von der Anhöhe wieder hinuntergeworfen und bis in die Vorſtadt verfolgt, in der jetzt ein wüthender Kampf begann, da die Türken jede Straße und jedes Haus vertheidigten. Da die Vorſtadt von der eigentlichen Stadt durch den tiefen und reißenden Karsfluß getrennt iſt, ſo war ſelbſt mit dem Verluſte der erſten die Feſte immer noch im Stande ſich zu halten, wenn der türkiſche Befehlshaber nur nicht alle Beſinnung verloren hätte. Aber Emin Paſcha, obwohl von dem Anrücken des türkiſchen Hauptheeres unterrichtet, welches noch an demſelben Tage vor den Mauern von Kars eintreffen konnte, war in ſolche Rathloſigkeit gefallen, daß er alle Anſtalten zur Gegenwehr verſäumte und nicht einmal die Brücken

Digitized by Google

abbrechen ließ, die über den Karsfluß führen. Die Ruſſen nahmen, ſo wie der Widerſtand in der Vorſtadt auf dem rechten Ufer des Fluſſes überwältigt war, von den Außenwerken der Feſtung eines nach dem andern, ohne daß ſie auf irgend einem der noch ſo leicht zu vertheidigenden Punkte erhebliche Gegenwehr gefunden hätten. Die türkiſche Reiterei, die Alles verloren ſah, ergriff den einzigen Ausweg der Rettung, indem ſie aus den Thoren brach und auf ſteilen Gebirgswegen, auf denen die Ruſſen ihr nicht zu folgen vermochten, den Karadag hinaufjagte. Emin Paſcha ſah in ſeiner Burg dem Vordringen der Ruſſen, die ſich bald der ganzen Stadt bemächtigt hatten, unthätig zu und übergab, ſo wie ihm in ſeinem Zufluchtsorte mit einem Sturme gedroht wurde, auch die Citadelle, ohne nur einen Verſuch der Vertheidigung zu machen. Selten war ein Sieg um wohlfeileren Preis errungen worden; denn der ganze Verluſt der Ruſſen an Todten und Verwundeten betrug etwa 250 Mann, während von den Türken über 1000 geblieben und verwundet und 1300 während des Gefechtes gefangen worden waren. Dem Reſte der Beſatzung wurde geſtattet, in die Heimath zurück zu kehren, weil man gewiß war, daß ſie ſobald nicht wieder ſich durch kriegeriſchen Eifer zu neuen Kämpfen würde hinreißen laſſen. Das Glück hatte den ruſſiſchen Feldherrn außerordentlich begünſtigt, denn ſchon meldeten die Vorpoſten, daß die Spitzen der türkiſchen Vorhut von Arzerum her im Geſichte wären. Nach dem Falle von Kars konnte Kioſa Mahmud an einen Angriff nicht denken.

Während das türkiſche Heer ſich damit begnügte, die Ruſſen aus der Ferne zu beobachten, hatte ſich bei dieſen inzwiſchen ein Feind eingeſtellt, der ihnen ungleich gefährlicher zu werden drohte, als das Schwert der Aſiaten. Unter der Beſatzung von Kars herrſchte die Peſt, und wenige Tage nach der Einnahme dieſes Platzes brach dieſelbe auch unter den Siegern aus. Es wurden auf der Stelle die ſtrengſten Maßregeln ergriffen, um jeder weiteren Verbreitung der Seuche vorzubeugen; aber wenn es dadurch auch gelang, dieſe im Keime zu erſticken, ſo ſah General Paszkiewicz ſich doch durch die Vorkehrungen, die erforderlich waren, beinahe volle vier Wochen zur Unthätigkeit verurtheilt. Nicht eher, als in den letzten Tagen des Juli war er im Stande, wieder in das Feld zu rücken. Da er in Kars eine zahlreiche Beſatzung zurücklaſſen mußte, ſo war das Corps, welches ihm zur Verfügung blieb, viel zu ſchwach, als daß er es hätte wagen dürfen, mit demſelben in das Innere des Landes einzudringen. Er beſchloß daher, ſich ſeitwärts gegen die feſte Stadt Akhaltſikeh zu wenden, die, in einem ſchwer zu-

Digitized by Google

gänglichen Bergkeſſel auf dem ſüdlichen Abhange der imiretiſchen Grenzgebirge gelegen, den Türken jeder Zeit geſtattete, in Georgien einzubrechen und ſeine Verbindungen mit Tiflis abzuſchneiden, von wo er Verſtärkungen an Mannſchaft und an Kriegsvorräthen zu erwarten hatte. Um Kioſa Mahmud Paſcha über ſein wirkliches Vorhaben zu täuſchen, nahm er den Schein an, als ob er gegen Arzerum marſchiren wollte. Am 28. Juli ließ er ſeine Vorhut in dieſer Richtung aufbrechen; und er erreichte durch dieſe Scheinbewegung ſo vollkommen ſeinen Zweck, daß Kioſa Mahmud ſich in aller Eile nach dem Saganlugebirge zurückzog, um die Zugänge zu der Hauptſtadt des türkiſchen Armeniens zu ſchützen. Am nächſten Morgen trat er an der Spitze von 9000 Mann ſeinen Marſch ſtatt nach Südweſten nach Norden an; er zog in geringer Entfernung von der ruſſiſch-türkiſchen Grenze hin, überſtieg unter unſäglichen Mühſeligkeiten das hohe Tſchildirgebirge, welches die Paſchaliks Kars und Akhaltſikeh trennt, und erſchien am 4. Auguſt plötzlich vor der Felſenburg Akhalkalaki, welche die Straße nach Akhaltſikeh vertheidigte. Keine Seele zeigte ſich auf den Mauern, als die Ruſſen ſich der Feſte näherten, und dieſe hofften deshalb, den Platz ohne Kampf zu nehmen. Eine Aufforderung zur Uebergabe wurde jedoch mit Hohn zurückgewieſen, und ein ruſſiſcher Officier, der dicht an die Mauern heranritt, fiel von einer Menge Kugeln durchbohrt. Man ſah nun wohl, daß nichts anders übrig blieb, als Gewalt zu brauchen, und in der Nacht wurden mehrere Batterien von ſchwerem Geſchütz errichtet. Als dieſe am andern Morgen zu ſpielen begannen, hörten die Ruſſen aus dem Innern der Feſte den eintönigen Geſang der Verſe des Koran, durch welche die mahomedaniſchen Streiter, wenn ſie entſchloſſen ſind, für den Glauben zu ſterben, ſich zum Tode vorbereiten. Unmittelbar darauf begannen die Geſchütze der Burg das Feuer der ruſſiſchen Batterien zu erwidern, wurden aber nach Verlauf einer halben Stunde zum Schweigen gebracht. Bald waren die Zinnen der Mauern in Trümmer geſchoſſen; ein Regen von Kugeln und Granaten überſchüttete das Innere der Feſte und die Beſatzung, an keinem Orte vor dem Tode ſicher, faßte zuletzt, da jede Gegenwehr unmöglich, der Ausweg aus den Thoren aber von ihr ſelbſt durch Felsblöcke verſperrt war, den verzweifelten Entſchluß, ſich an Seilen von den Mauern herabzulaſſen, um ſich durch die Flucht zu retten. Die Mehrzahl wurde niedergemacht, nur etwa 100 entkamen, und der Reſt, 300 an Zahl, die in der Burg noch zurückgeblieben waren, ergab ſich, als die ſtürmenden Ruſſen die Mauern erſtiegen. Die ſeitwärts gelegene kleine

Digitized by Google

Feſte Khertwiß, mitten im Gebirg, capitulirte, als eine Abtheilung von 200 Tataren ſich vor ihren Mauern zeigte. Um dieſelbe Zeit erhielt General Paszkiewicz die Nachricht, daß die von den Türken beſetzte Feſtung Poti, am Ausfluß des Rion — des alten Phaſis — nach ſiebentägiger Berennung gefallen, und daß ein 1800 Mann ſtarkes Corps unter dem Generalmajor Popow zu ſeiner Verſtärkung von Georgien aus auf dem Marſche war. Ein anderes Corps, welches aber auch nur 2300 dienſtfähige Leute zählte, hatte ihm der General Fürſt Bebutow am Tage der Einnahme von Akhalkalaki zugeführt. Allen Nachrichten zu Folge, die er vom Feinde hatte, mußte der ruſſiſche Feldherr die Macht Kioſa Mahmud Paſchas noch weit entfernt glauben; er beſchloß daher, nachdem er ſeinen Truppen die nöthige Raſt gegönnt, ohne Säumen gegen Akhaltſikeh weiter zu ziehen, um ſich dieſes Platzes zu bemeiſtern, ehe das türkiſche Heer demſelben zu Hülfe kommen konnte.

Am 10. Auguſt ſetzte ſich das kleine ruſſiſche Heer von Akhalkalaki aus in Bewegung. Der Weg, den General Paszkiewicz einſchlug, führte über das ſteilſte Gebirge auf Saumpfaden, auf denen das ſchwere Geſchütz an vielen Stellen nur durch Menſchenhände weitergeſchafft werden konnte. Glücklicher Weiſe ließ ſich während dieſes gefährlichen Marſches kein Feind erblicken, und am 16. Auguſt war das ganze Corps in dem Thale des Kur, der in geringer Entfernung von Akhaltſikeh vorüberſtrömt, vereinigt. Hier erfuhr man, daß Kioſa Mahmud mit dem größten Theile ſeiner Macht unter den Mauern dieſer Feſte eingetroffen ſey; aber es gab jetzt keine Wahl mehr, da es noch gefährlicher geweſen wäre, den Rückzug anzutreten, auf dem man ohne Zweifel die ganze Maſſe des türkiſchen Heeres hinter ſich hergezogen hätte, als weiter vorzugehen. General Paszkiewicz ging, ohne die Ankunft Popows abzuwarten, der noch zwei Märſche entfernt war, über den Kur und beſetzte die Anhöhen, welche Akhaltſikeh gerade gegenüber das Thal beherrſchen, durch welches ein von dieſer Stadt herkommender und nach ihr Akhaltſik-tſchai benannter Bach dem Kur zufließt; die Türken, ſtatt ihm den Beſitz derſelben ſtreitig zu machen, begnügten ſich, mit ihren Reiterſchwärmen die lange Reihe der Packwagen anzugreifen, die aber von der Bedeckung mit gutem Erfolge vertheidigt wurden. Um ſich gegen einen Angriff des übermächtigen Feindes zu ſichern, gingen die Ruſſen ſogleich daran, die vortheilhafte Stellung, die ſie auf dem linken Ufer des Akhaltſik-tſchai eingenommen, durch Schanzen und Redouten zu befeſtigen. Am 19. Auguſt traf General Popow, der mit ſeinem ſchwachen Corps auf dem Marſche

Digitized by Google

nicht im geringſten beunruhigt worden war, in dem Lager ein. Paszkiewicz, deſſen Macht dadurch auf etwa 12,000 Mann gebracht wurde, erkannte, daß ein Angriff auf die zwar nicht regelmäßig befeſtigte, aber durch die Paliſaden und Baſtionen der Vorſtädte und durch die ſtarken Mauern der innern Stadt hinreichend geſchützte Feſte, im Angeſichte eines vor den Thoren lagernden an Zahl überlegenen feindlichen Heeres nicht ausführbar war, wenn er ſich nicht der Gefahr einer völligen Vernichtung ausſetzen wollte. Er beſchloß daher zuvörderſt ſich gegen Kioſa Mahmud zu wenden, der ſeine Truppen auf den Akhaltſikeh im Halbkreiſe umkränzenden Höhen in vier durch weite Zwiſchenräume von einander getrennte Lager vertheilt hatte, was natürlich die Mittel zur Vertheidigung jedes einzelnen derſelben außerordentlich ſchwächte. In der Nacht vom 20. auf den 21. Auguſt brach Paszkiewicz mit acht Bataillonen, ſeiner ſämmtlichen Reiterei und 25 Feldgeſchützen in aller Stille auf, umging in einem weiten Bogen die Feſtung und langte mit Tagesanbruch vor dem vorderſten Lager der Türken an, welches das der Feſtung zunächſt gelegene war. Erſt jetzt entdeckten die Türken ſeine kühne Bewegung; zahlreiche Reitermaſſen ſtürzten bald den Ruſſen entgegen, die aber inzwiſchen eine ſo vortheilhafte, durch Hohlwege und Schluchten gedeckte Stellung eingenommen hatten, daß ſie die wüthendſten Anfälle mit leichter Mühe zurückſchlugen. Nach ungefähr einer Stunde, nachdem die Türken ſich von der geringen Stärke ihrer Gegner überzeugt hatten, wiederholten ſie ihren Angriff, und diesmal nicht bloß mit der Reiterei, ſondern auch mit dichten Haufen ihres unregelmäßigen Fußvolkes, aber mit gleich wenig Erfolg. Der Kampf, der durch die ſteigende Hitze des Tages unterbrochen war, begann in den Nachmittagsſtunden mit neuer Heftigkeit. General Paszkiewicz ließ jetzt durch einen Theil ſeiner Reiterei eine Bewegung gegen den äußerſten linken Flügel der Türken ausführen, der dieſe auf die Meinung brachte, daß es auf ihr dort befindliches Lager abgeſehen ſey, in welchem ihre Kriegsvorräthe verwahrt waren. Um daſſelbe zu ſchützen, breiteten ſie ſich in zerſtreuten Haufen über einen Flächenraum von anderthalb Meilen aus. Dieſe Unbeſonnenheit benutzte der ruſſiſche Feldherr, um ſeinerſeits zum Angriffe zu ſchreiten. Während General Muraview, der mit vier Bataillonen zum Schutze der Wagenburg zurückgeblieben war, von dieſer Seite gegen das nächſte türkiſche Lager anrückte, ſtürmte eine Jägercolonne daſſelbe in der Front. Die Türken vertheidigten ſich muthig; der Generalmajor Korolkow, der die Colonne führte, blieb an

Digitized by Google

der Spitze ſeiner Leute, die ſchweren Verluſt erlitten, jedoch, durch die nachrückenden Bataillone unterſtützt, unaufhaltſam in die feindlichen Schanzen drangen und die fliehenden Türken bis an die Paliſaden vor der Stadt verfolgten. Bei dieſem Angriff wurde das türkiſche Heer von paniſchem Schrecken ergriffen, der am Fuße verwundete Kioſa Mahmud, in der Beſorgniß, durch die ihn in der Flanke drohenden Koſacken abgeſchnitten zu werden, ſtürzte ſich mit dem größten Theile der Infanterie in wilder Flucht nach der Stadt, und gab ſein zweites weiter rückwärts gelegenes Lager ohne Vertheidigung auf. Die Reiterei ſuchte die beiden entfernteren Lager zu gewinnen, verließ aber, da ſie ſich von den Ruſſen auf den Ferſen verfolgt ſah, auch dieſe und zerſtreute ſich in die Wälder, um auf dem nächſten Wege die gegen Kars zu liegende Feſte Ardagan zu gewinnen. Am Abende war das ganze zahlreiche türkiſche Heer, mit Ausnahme von 5000 Mann, die ſich in die Feſtung geworfen, vom Schauplatze verſchwunden.

Am andern Morgen wurde die Feſtung aufgefordert; Kioſa Mahmud erklärte jedoch, daß nur das Schwert entſcheiden ſolle; und die Belagerungsarbeiten, die ſich bisher auf die Errichtung einiger entfernter Batterien beſchränkt hatten, begannen daher mit verdoppeltem Eifer. Am 27. Auguſt war auf drei verſchiedenen Punkten in die Paliſaden, welche die Vorſtädte umgeben und die dem Feuer der ruſſiſchen Geſchütze unerwartet lange widerſtanden, Breſche gelegt; auch waren mehrere der zum Schutze der Paliſaden dienenden Thürme und Baſtionen in Trümmer geſchoſſen. General Paszkiewicz, der bei längerer Gegenwehr des Platzes in die äußerſte Verlegenheit gerathen wäre, weil er nur auf acht Tage mit Mundvorräthen verſehen war, beſchloß jetzt nicht länger zu ſäumen und traf alle Vorbereitungen zum Sturme. Um vier Uhr des Nachmittags rückte die Sturmcolonne unter dem Befehle des tapfern Obriſten Borodin gegen die Breſche an, welche ſich in dem äußerſten nördlichen Vorſprunge der Paliſadenlinie befand. Die Türken, die einen Angriff am Tage nicht erwarteten, weil derſelbe leichter abzuwehren iſt, als in dem Dunkel der Nacht, pflegten mit ihrer gewöhnlichen Sorgloſigkeit der Ruhe und hatten zur Vertheidigung der Breſche nur eine Wache aufgeſtellt. Dieſe wurde, obwohl ſie den tapferſten Widerſtand leiſtete, ſogleich überwältigt, und die Stürmenden drangen bereits in das Innere der Stadt ein, ehe ſich die durch das Getöſe des Kampfes aufgeſchreckten Einwohner ihnen entgegen zu werfen vermochten. Dennoch wurde das Gefecht zum Stehen gebracht; Obriſt Borodin fiel an der Spitze ſeiner Leute, die zwei Stunden lang mit

Digitized by Google

der äußerſten Anſtrengung aller Kräfte ſtreiten mußten, um nur ihre Stellung zu behaupten. Endlich gelang es den ruſſiſchen Sappeurs eine Reihe Paliſaden umzuhauen, durch die ſich friſche Bataillone den Weg in die Stadt bahnten. In dieſer wurde aber auch jetzt noch jedes Haus vertheidigt; die Ruſſen gewannen in den engen Gäßchen, welche die Stelle der Straßen vertraten, nur Schritt für Schritt einiges Terrain. Um ſieben Uhr Abends war der Kampf noch unentſchieden; bei der verzweifelten Wuth, mit der ſelbſt Weiber ſich, den Dolch in der Hand, auf die Feinde ſtürzten, war es nichts weniger als unwahrſcheinlich, daß die ruſſiſchen Bataillone wieder aus der Feſte herausgeſchlagen wurden. Da befahl General Paszkiewicz die Stadt in Brand zu ſtecken, um durch das Feuer den Widerſtand der Bevölkerung zu brechen. Bald griff die Flamme ſo furchtbar um ſich, daß in wenigen Stunden beinahe der dritte Theil der Stadt von derſelben verzehrt war. Viele Hunderte der Bewohner verbrannten in ihren Häuſern; die Ruſſen, die ſich in dem Schrecken, von dem die Vertheidiger ergriffen waren, aller Baſtionen der äußeren Verſchanzung bemächtigt hatten, geriethen ſelbſt in Gefahr; und nur die ſtrenge Ordnung, welche ihre Anführer aufrecht hielten, vermochte die auf allen Seiten von Feuerſäulen Umgebenen zu retten. Was von der Beſatzung dem Bayonette des Feindes und dem Tode in den Flammen entgangen war, zog ſich vor Tagesanbruch in die Citadelle zurück. Hier waren noch 4000 wehrhafte Männer vereinigt: der Reſt von zehn Tauſenden, die ſich nach dem Treffen vom 22. in die Feſte eingeſchloſſen. Aber auch die Ruſſen hatten durch das nächtliche Würgen ſo viele ihrer bravſten Leute verloren, daß General Paszkiewicz froh war, als eine Abordnung in ſeinem Lager erſchien, um über die Bedingungen zu unterhandeln, unter denen die Feſte ſich ergeben wollte. Die Forderung eines fünftägigen Waffenſtillſtandes ſchlug er zwar ab, weil dieſer ihn der Gefahr ausgeſetzt hätte, alle Früchte ſeines Sieges einzubüßen; dagegen bewilligte er Kioſa Mahmud nebſt ſeinen Tapfern freien Abzug mit Waffen und Gepäck. So fiel Akhaltſikeh: die ſtärkſte Vormauer des türkiſchen Armeniens, die in keinem früheren Kriege von einem auswärtigen Feinde bezwungen worden war. Am Tage darauf ergab ſich die Bergfeſte Azkhur, welche den nach Georgien führenden Engpaß beherrſcht; und in den erſten Tagen des Septembers beſetzte eine von Kars aus abgeſchickte Abtheilung die feſte Stadt Ardaghan, wohin General Paszkiewicz ſein Hauptquartier verlegte, weil er von hier aus leichter für die Verpflegung des Heeres ſorgen konnte. Um

Digitized by Google

dieſelbe Zeit bemächtigte ſich Fürſt Tſchawtſchewadſe mit einer Abtheilung des in den perſiſchen Grenzprovinzen ſtehenden Armeecorps des feſten Platzes Bajazeth, der von ſeiner Beſatzung verlaſſen war. Nicht lange darauf fiel auch die in der Nähe gelegene kleine Stadt Diadin in ſeine Hände und am 23. September beſetzte er die als unüberwindlich geltende Bergfeſte Toprakaleh auf der Straße nach Arzerum, welche die Beſatzung nicht zu vertheidigen wagte. Im October und November fielen noch einige leichte Reitergefechte in dieſen Gegenden vor. Inzwiſchen war aber der Winter mit aller Strenge, die er in dem armeniſchen Hochlande hat, eingebrochen. General Paszkiewicz war bereits am 10. October nach Tiflis gegangen; und es trat auf allen Punkten eine erzwungene Waffenruhe ein, bis mit dem nächſten Frühjahre der Schnee von den Feldern verſchwand, die er mehrere Monate hindurch oft mehrere Fuß tief bedeckt.

Während der Krieg zwiſchen den Ruſſen und den Türken in Europa und Aſien mit der äußerſten Heftigkeit entbrannt war, ohne daß ſich, ungeachtet aller Verluſte, welche die letzten erlitten hatten, noch das Ende mit einiger Sicherheit abſehen ließ, war in dem Befreiungskampfe der unglücklichen Griechen, der die Veranlaſſung zu dem Bruche geboten, eine entſcheidende Wendung eingetreten. Die drei vermittelnden Mächte hatten durch den Vertrag vom 6. Juli die Verbindlichkeit übernommen, den Verheerungen der Türken und Aegypter in Griechenland ein Ziel zu ſetzen. Dieſer Zweck war durch die Schlacht bei Navarino nicht erreicht worden, da dieſer Schlag zwar die Flotte, aber nicht zugleich das Heer der Barbaren getroffen hatte.

Um dem Lande wirkſamen Schutz zu gewähren, gab es kein anderes Mittel, als daß man die ägyptiſchen Truppen, die Morea beſetzt hielten, zwang, ſich nach ihrer Heimath einzuſchiffen. Frankreich erbot ſich, ein Heer auszurüſten, um die Halbinſel von ihren Bedrängern zu reinigen. Das engliſche Cabinet, welches eine ſolche Einmiſchung nur mit Widerwillen ſah, ſich derſelben aber doch nicht widerſetzen durfte, da ihm durch den Vertrag vom 6. Juli die Hände gebunden waren, beſchloß nun, Alles aufzubieten, um die Räumung von Morea durch friedliche Mittel herbeizuführen und die franzöſiſche Occupation, die nicht mehr abzuwenden war, wenigſtens ſo ſehr als möglich abzukürzen. Nach langen Unterhandlungen mit dem Paſcha von Aegypten brachte Admiral Codrington, der ſich perſönlich nach Alexandrien begeben, endlich am 6. Auguſt 1828 eine Uebereinkunft zu Stande, durch welche der Paſcha ſich anheiſchig machte, ſeine

Truppen aus Morea zurückzuziehen, bis auf 1200 Mann, die ihm in den feſten Plätzen zur Verſtärkung der ſchwachen türkiſchen Beſatzungen zurückzulaſſen verſtattet war, damit ihm nicht der Vorwurf gemacht werden könne, daß er ſeinen Glaubensgenoſſen ſeinen Beiſtand völlig verſagt habe. Wenige Tage darauf ging das franzöſiſche Geſchwader, welches die erſte Abtheilung des zur Beſitznahme von Morea beſtimmten Heeres an Bord hatte, von Toulon unter Segel, und am 28. Auguſt landete General Maiſon, der Oberbefehlshaber, mit etwa 9000 Mann in dem Golfe von Kalamata. Inzwiſchen hatte Ibrahim Paſcha die Befehle ſeines Vaters erhalten; und vom 17. September bis zum 4. October ſchifften ſämmtliche ägyptiſche Truppen mit Ausnahme der zurückbleibenden 1200 Mann ſich nach Alexandria ein. An dem Tage nach der Abfahrt der letzten ägyptiſchen Abtheilung forderte General Maiſon die von 400 Aegyptern beſetzte Feſte Navarino auf. Der Commandant erklärte, daß er keinen Befehl habe, den Platz zu übergeben, daß er ſich den Franzoſen, mit denen die Pforte im Frieden begriffen ſey, aber auch nicht widerſetzen würde. Die Franzoſen drangen hierauf durch die nur oberflächlich ausgebeſſerten Breſchen in die Stadt ein und nahmen die Beſatzung, ohne einen Schuß zu thun, gefangen. Auf ähnliche Weiſe fielen Modon, Coron und Caſtell Torneſe. Patras, wo ein türkiſcher Paſcha den Befehl hatte, ſchloß eine förmliche Capitulation, in die auch das Lepanto gegenüber gelegene Caſtell von Morea mit einbegriffen war. Hier war aber die Beſatzung, im Vertrauen auf die ſtarken Mauern der nur durch eine ſchmale Landzunge zugänglichen Feſte, nicht geneigt, ſo leichten Kaufes zu weichen. Die Franzoſen ſahen ſich genöthigt, eine regelmäßige Belagerung zu eröffnen; und nicht eher, als nachdem in die Mauern eine practicable Breſche gelegt war, ergaben ſich die Vertheidiger zu Kriegsgefangenen. Zu Ende des Octobers war die Halbinſel Morea von dem grauſamen und blutigen Drucke der Türken, der ſeit dem Sturze der nicht viel milderen venetianiſchen Herrſchaft auf dem klaſſiſchen Boden des alten Peloponneſes gelaſtet hatte, befreit.

Zwar erwies ſich die Hoffnung, daß die Franzoſen nach ihrem leichten Siege in Morea ihr Werk fortſetzen und über den Iſthmus nach dem nördlichen Griechenland vordringen würden, als trügeriſch. In dem Rathe der drei Mächte, von deren Beſchlüſſen das Schickſal der wieder erſtehenden Hellas abhing, hatte die brittiſche Anſicht überwogen, welche darauf ausging, das osmaniſche Reich möglichſt ungeſchwächt und ungeſchmälert zu erhalten, und die es deshalb als noth-

Digitized by Google

wendig erachtete, den halb ſelbſtſtändigen Schutzſtaat, den man aus dem freien Griechenlande bilden wollte, in die engſten Grenzen einzuſchränken. In einer Conferenz, die zwiſchen dem brittiſchen Miniſter des Auswärtigen und den franzöſiſchen und ruſſiſchen Bevollmächtigten am 16. November 1828 zu London Statt fand, wurde beſchloſſen, daß die Mächte, ohne übrigens die Frage wegen der Ausdehnung der Grenzen zu entſcheiden, für das Erſte ſich begnügen ſollten, Morea und die Cycladen unter ihren Schutz zu nehmen. Das franzöſiſche Hülfsheer durfte demgemäß den Iſthmus von Korinth nicht überſchreiten; und ſchwerlich würden in der Folge Griechenlands Grenzen weiter hinausgerückt worden ſeyn, wenn die Griechen ſich nicht ſelbſt geholfen hätten. Der von der Nationalverſammlung zu Damala zum Präſidenten ernannte Graf Johann Kapodiſtrias war, nachdem er auf einer Rundreiſe die Höfe zu St. Petersburg, Berlin, London und Paris beſucht und überall die beſten Verſprechungen, von dem ruſſiſchen Hofe außerdem eine anſehnliche Summe Geldes erhalten hatte, in der zweiten Hälfte des Januars auf griechiſchem Boden angelangt; er hatte ſogleich die Zügel der Regierung kräftig ergriffen, und es war an die Stelle der früheren allgemeinen Verwirrung und Zerrüttung wenigſtens der Anfang einer feſten Ordnung getreten. Schon vor der Ankunft des Grafen hatte General Church, der den Titel eines Oberbefehlshabers der griechiſchen Landmacht führte, den Schrecken, den die Niederlage von Navarino unter den Türken verbreitete, benutzt, um mit ein paar tauſend Mann zu Dragomeſtre im weſtlichen Griechenland zu landen, von wo er gegen Meſſalonghi vordrang und wo er ungeachtet eines ungünſtigen Treffens, das er gegen den von Arta anrückenden Veli Bei beſtand, ſich fortwährend im freien Felde behauptete. Im April ſchiffte Fürſt Demetrius Hypſilantis mit einer anderen Schaar ſich nach Megara ein, und während er ſelbſt die türkiſche Beſatzung zu Athen blockirte, ſtreiften die Banden rumeliotiſcher Palikarenhäuptlinge bis nach den Grenzen von Theſſalien und Epirus hin. Wenn die ſchwachen griechiſchen Haufen auch nicht im Stande waren, irgend eine bedeutende Unternehmung auszuführen, ſo wurde durch ihre Anweſenheit auf dem Feſtlande doch ſo viel erreicht, daß die griechiſche Nation ihre Anſprüche auf den Beſitz deſſelben bis zum Abſchluſſe des Friedens vor den Augen der Welt ungekränkt bewahrte.

Während der erzwungenen Ruhe der Waffen, die den Winter hindurch dauerte, war die Diplomatie aller europäiſchen Höfe um ſo thätiger beſchäftigt. Oeſterreich und England, die beiden Mächte,

Digitized by Google

welche der ruſſiſchen Politik im Oriente von Anfang am entſchiedenſten entgegen waren, hatten ſchon vor dem Ausbruche des Krieges kein Mittel unverſucht gelaſſen, um den drohenden Sturm von dem osmaniſchen Reiche abzuwenden. Der hartnäckige Widerſtand, den die ruſſiſchen Heere fanden, nachdem allen dieſen Bemühungen zum Trotze der Bruch dennoch erfolgt war, erregte zu Wien und zu London eben ſo lebhafte Freude, als Ueberraſchung. Man hatte die Türken ſo kurze Zeit nach der Vernichtung der unregelmäßigen, aber tapferen Miliz, auf welcher ſeit Jahrhunderten die vornehmſte Kraft des Osmanenreiches beruhte, ſo gewaltiger Anſtrengungen nicht fähig gehalten, und begrüßte jeden Erfolg, den ſie davon trugen, wie einen Sieg, den man ſelbſt über einen gefürchteten Feind errungen hätte. Fürſt Metternich, der von den Verhältniſſen genauer unterrichtet war, als irgend ein anderer europäiſcher Staatsmann, verbarg ſich jedoch nicht, daß die Hülfsmittel der Pforte durch den ungleichen Kampf erſchöpft waren, während Rußland nach allen ſeinen Verluſten in ungeſchwächter Kraft da ſtand. Er ſah daher keinen anderen Ausweg, um die Pforte von dem unvermeidlichen Verderben zu retten, als wenn er die Unterbrechung der Feindſeligkeiten, die ſich bei dem Eintritte der rauhen Jahreszeit erwarten ließ, dazu benutzte, einer Wiederaufnahme derſelben durch diplomatiſche Unterhandlungen und nöthigenfalls durch entſchloſſenes Einſchreiten mit bewaffneter Hand vorzubeugen. Schon im Laufe des Sommers 1828 begann Oeſterreich ernſtlich zu rüſten. Zu gleicher Zeit wurden aber die Vorbereitungen zu der Ausführung eines Planes getroffen, der, wenn derſelbe gelang, jede Entſcheidung durch die Gewalt der Waffen unnöthig machte. Allen europäiſchen Höfen mußte an der Erhaltung des beſtehenden Zuſtandes und folglich auch an der Erhaltung des allgemeinen Friedens, in dem dieſer Zuſtand ſeine einzige Bürgſchaft fand, gelegen ſeyn. Es war daher vorauszuſetzen, daß alle mit gleicher Bereitwilligkeit die Hand zu der Unterſtützung von Beſtrebungen bieten würden, die keinen andern Zweck hatten, als eine Störung des Friedens in näherer oder entfernterer Zukunft zu verhüten. Aus dieſem Grunde hielt Fürſt Metternich es für nicht unmöglich, eine Vereinigung ſämmtlicher Großmächte zu Stande zu bringen, welche die Vermittlung in dem Kampfe zwiſchen den Ruſſen und den Türken übernehmen und beiden Theilen die Bedingungen vorſchreiben ſollte, unter denen ſie ſich zu vertragen hätten. Daß Rußland es wagen würde, dem vereinten Willen von Europa die Spitze zu bieten, war nicht wahrſcheinlich; und es gab daher in der That

Digitized by Google

kein wirkſameres Mittel, den Frieden im Oriente herzuſtellen und jede Ausſicht auf eine Störung des allgemeinen Weltfriedens abzuſchneiden, als das von dem Fürſten Metternich vorgeſchlagene. Die erſten Eröffnungen machte der Fürſt dem Herzoge von Wellington, auf den nach dem kurzen Zwiſchenreiche, welches auf Cannings Tod folgte, die Leitung der brittiſchen Verwaltung übergegangen war. Eine Verſtändigung wurde ohne Mühe herbeigeführt, weil zwiſchen den Anſichten der beiden Cabinette zu Wien und London in Bezug auf die orientaliſchen Angelegenheiten von Anfang keine große Verſchiedenheit beſtand. Aber auch in Berlin ſcheinen Mittheilungen gemacht worden zu ſeyn, die eine freundliche Aufnahme fanden; denn Fürſt Metternich ſoll, als er den Herzog von Wellington aufforderte, Frankreich zum Beitritte zu vermögen, zu verſtehen gegeben haben, daß er ſich Preußens bereits verſichert hätte *). Der wohl berechnete Plan ſcheiterte an Schwierigkeiten, die kein menſchlicher Scharfſinn vorherzuſehen im Stande war. Das franzöſiſche Cabinet, obwohl gleich dem brittiſchen, öſterreichiſchen und preußiſchen von dem Wunſche durchdrungen, zu der Erhaltung des Friedens beizutragen, war von einer Seite, welche ſich nur errathen läßt, in einem Sinne bearbeitet worden, die es allen von Oeſterreich ausgehenden Anmuthungen im höchſten Grade abgeneigt machte. Karl X. hatte, bei aller Unfähigkeit zu großen politiſchen Auffaſſungen, von ſeinen Vorfahren auf dem Throne die alten Ueberlieferungen ihrer Politik geerbt, die in dem Hauſe Oeſterreich den natürlichen Gegner franzöſiſcher Macht und Größe ſah. Seit dem mehr mit Gold als mit Blut erkauften Ruhme des ſpaniſchen Feldzuges hielt Karl X. ſich berufen, den Thron der Bourbonen wieder mit dem Glanze und dem Anſehen zu umgeben, welche derſelbe in den Tagen Ludwigs XIV. beſeſſen hatte. Wohin er aber immer die Blicke wenden mochte, um den franzöſiſchen Einfluß geltend zu machen, hatte überall bereits Oeſterreich feſten Fuß gefaßt. Oeſterreich gebot in Italien von den Alpen bis zum Golf von Tarent, und in dem deutſchen Bunde hatte Oeſterreich ſelbſt über Preußen ein entſchiedenes Uebergewicht, das für franzöſiſche Ränke nirgend den geringſten Raum ließ. Am empfindlichſten war dem franzöſiſchen Hofe, daß auch zu Turin, unmittelbar an den Thoren Frankreichs, der öſterreichiſche Einfluß jede Mitbewer-

*) Geheime Depeſche des Grafen Pozzo di Borgo, Paris, 28. Nov. 1828: — le chancelier de cour et d'état — — avait donné à supposer, quoique ce ne fût q'un mensonge, qu'il s'était déjà assuré de la Prusse.

Digitized by Google

bung ausſchloß. Die Stimmung, die eine natürliche Folge dieſer Thatſache war, wurde auf geſchickte Weiſe benutzt, um einem Gerüchte Eingang zu verſchaffen, welches Oeſterreich darauf hinarbeiten ließ, den Prinzen von Carignan, der ſeine früheren revolutionairen Verirrungen durch ſeine Theilnahme an dem ſpaniſchen Feldzuge unter dem Herzog von Angoulême gebüßt hatte, vom ſardiniſchen Throne auszuſchließen, weil derſelbe der Hinneigung zu Frankreich verdächtig war. Zu dieſer politiſchen Eiferſucht, die allein hinreichend war, das Cabinet der Tuilerien dem öſterreichiſchen zu entfremden, kam noch eine zwar grundloſe, aber deshalb nicht weniger mächtig wirkſame Beſorgniß, die, durch treuloſe Einflüſterungen genährt, eine Quelle nicht bloß des Mißtrauens, ſondern des entſchiedenſten Haſſes zu werden drohte. Der Sohn Napoleons, der Herzog von Reichſtadt, wurde zu Wien erzogen; Kaiſer Franz gab ihm vielfache Beweiſe perſönlichen Wohlwollens, hielt aber Alles von ihm entfernt, was Gedanken des Ehrgeizes in ihm erwecken konnte. Dennoch blieb er der Erbe des väterlichen Ruhmes, und die Möglichkeit war allerdings denkbar, daß einſt Umſtände eintreten konnten, die ihm geſtatteten, auch auf ein anderes Erbe Anſpruch zu erheben. Nichts war leichter, als dem ſchwachen Gemüthe Karls X. als wirklich erſcheinen zu laſſen, was doch nur eine weit entfernte Möglichkeit war. Der Starke glaubt gern, was er hofft, der Schwache, was er fürchtet. Karl X. wurde überredet, daß öſterreichiſche Sendlinge in Frankreich bemüht wären, die napoleoniſchen Erinnerungen zurückzurufen und ihren Schimmer in der Meinung der Nation auf den Herzog von Reichſtadt zu übertragen. Der Herzog von Wellington kannte die Stimmung, die in den Tuilerien gegen Oeſterreich herrſchte; er hütete ſich daher wohl, dem franzöſiſchen Cabinette Vorſchläge zu machen, die eine Aufforderung zu gemeinſchaftlichem Handeln mit Oeſterreich gegen Rußland enthalten hätten, ſondern ſchlug einen andern Weg ein, von dem er hoffte, daß er gleichfalls zum Ziele führen würde. Karl X. war zu hoch betagt, um nicht ein aufrichtiger Freund des Friedens zu ſeyn; er verbarg ſich die Gefahren nicht, die bei längerer Dauer des Kampfes im Oriente der allgemeinen Ruhe drohten, und es war daher nicht allzuſchwer, ihn zu einem Schritte zu beſtimmen, bei dem Oeſterreichs Name nicht genannt zu werden brauchte, und der doch, wenn derſelbe weitere Folgen gehabt hätte, der erſte Anfang zu dem Werke der Friedensſtiftung geworden wäre. Das franzöſiſche Cabinet entſchloß ſich, nach der Unterzeichnung des Protocolls vom 16. November, einen Bevollmächtigten nach Kon-

ſtantinopel zu ſchicken, um die Pforte zu der Annahme der darin feſtgeſtellten Bedingungen zu vermögen und dieſelbe bei dieſer Gelegenheit zugleich über ihre Lage aufzuklären und ihr die dringende Nothwendigkeit begreiflich zu machen, in der ſie ſich befände, den Krieg um jeden Preis durch alle Zugeſtändniſſe zu beendigen, die Rußland billiger Weiſe fordern könnte. Ehe dies geſchah, hatte der ruſſiſche Geſandte zu Paris, Graf Pozzo di Borgo, der von dem Plane des Fürſten Metternich genau unterrichtet war, ſich beeilt, denſelben dem franzöſiſchen Hofe mitzutheilen und deſſen Abneigung gegen das öſterreichiſche Kaiſerhaus zu ſeinen Zwecken auszubeuten. Es gelang ihm, von Karl X. die Zuſage zu erhalten, daß er mit Rußland unter allen Umſtänden vereinigt bleiben wolle; und bei den Hindeutungen auf die Möglichkeit eines Bruches mit Oeſterreich, die ſich von ſelbſt darboten, ſcheint ſogar bereits davon die Rede geweſen zu ſeyn, daß Frankreich, ſofern es in dieſem Falle mit Rußland gemeinſchaftliche Sache mache, darauf rechnen könne, durch den Erwerb des linken Rheinufers entſchädigt zu werden *). Dieſe Lockung verfehlte auf einen Charakter, der wie jener Karls X. aus Schwäche und Starrſinn, Eitelkeit und Selbſtüberhebung zuſammengeſetzt war, ihre Wirkung nicht. Der Rhein war in der Meinung der Franzoſen, ſeit die Revolution denſelben für Frankreich gewonnen, ihre natürliche Grenze; und ungeachtet des glühenden Haſſes, den Karl X. gegen die Revolution im Buſen trug, war er doch ein zu guter Franzoſe, als daß er die Vorurtheile, die aus der Eitelkeit der Nation hervorgingen, nicht getheilt hätte. Von den geheimen Verhandlungen, die zu Paris zwiſchen dem ruſſiſchen Botſchafter und dem franzöſiſchen Cabinette Statt fanden, hatte Fürſt Metternich ſchwerlich eine Ahnung, doch wurde er frühzeitig genug darauf aufmerkſam gemacht, welchen Vortheil die ruſſiſche Diplomatie über ſeine Politik davon getragen. Als Graf Lebzeltern, der mit einer vertraulichen Sendung nach London beauftragt worden war, auf der Rückreiſe zu Paris den franzöſiſchen Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten, Grafen von Laferronays, fragte, was er in ſeinem Namen dem Fürſten Metternich Neues berichten könne, erwiederte ihm dieſer:

*) Am 28. Nov. 1828 ſchrieb Graf Pozzo di Borgo in der bereits erwähnten geheimen Depeſche: Il serait peut-être sage et utile de familiariser aussi la politique Prussienne avec l'idée que, si les évènemens lui fournissent l'occasion de s'aggrandir, la France de son coté ne peut se compromettre et se battre en pure perte.

Digitized by Google

„Sagen ſie dem Fürſten, daß der König nie zu einem gemeinſchaftlichen Schritte gegen den Kaiſer von Rußland die Hand bieten wird, um ihn zum Frieden zu ermahnen oder ſich in ſeine Angelegenheiten in irgend einer Art einzumiſchen.“ Im weiteren Verlauſe des Geſpräches äußerte Graf Laferronays: die franzöſiſche Regierung lege nicht den geringſten Werth auf das Gewicht, welches man ſeit einiger Zeit dem Sohne Napoleons geben zu wollen ſcheine, und eben ſo wenig beachte ſie die Mühe, die einige Perſonen ſich machten, ihn dem Gedächtniſſe der Franzoſen zurückzurufen. „Die Franzoſen,“ ſagte der franzöſiſche Miniſter, „werden keinen Souverain von der Hand der Fremden annehmen, und am wenigſten dieſen, wäre es auch nur, weil er als ein öſterreichiſcher Erzherzog betrachtet wird.“ Herr von Laferronays erwähnte auch des Gerüchtes, als ob der Fürſt Metternich den König von Sardinien gegen Frankreich einzunehmen und zu der Ausfertigung einer geheimen Acte zu beſtimmen ſuche, durch welche der Herzog von Carignan von der Nachfolge ausgeſchloſſen werden ſollte. Dieſen Gerüchten, bemerkte der hochmüthige Franzoſe, könne er um ſo weniger Glauben beimeſſen, als Fürſt Metternich, ſofern dieſelben ſich verwirklichen ſollten, in Italien gerade das herbeiführen würde, was er allen Grund habe zu vermeiden, nämlich die allgemeine Umwälzung, die in dieſem Lande bei dem Anblicke des franzöſiſchen Heeres ausbrechen müßte, welches in einem ſolchen Falle auf dem Gipfel der Alpen erſcheinen würde.

Der preußiſche Hof, der ſchon durch die Bande der Verwandtſchaft zu enge mit Rußland verbunden war, als daß er anders als im äußerſten Nothfalle ſich hätte entſchließen können, den ruſſiſchen Intereſſen kräftig entgegen zu treten, wurde durch ſeinen Geſandten zu Paris von Allem, was hier vorging, unterrichtet und ſäumte jetzt nicht länger, die förmliche Erklärung abzugeben, daß er weit davon entfernt ſey, den Plan des Fürſten Metternich zu billigen, den man vielmehr für gefährlich und unausführbar halte, was derſelbe in der That geworden war, nachdem Frankreich entſchieden für Rußland Partei ergriffen.

Fürſt Metternich ließ ſich durch alle obwohl noch ſo unerwartete Hinderniſſe, auf die er ſtieß, nicht entmuthigen. Es lag zu offenbar in dem wohlverſtandenen Intereſſe aller Höfe, dem Kampfe zwiſchen Rußland und der Pforte, der bei längerer Fortdauer dieſe dem Untergange entgegen führen mußte, Einhalt zu thun, als daß er ſo leicht die Hoffnung hätte aufgeben ſollen, ſeinen von der uneigennützigſten

Digitized by Google

Sorge für das gemeine Wohl eingegebenen Vorſchlägen Eingang zu verſchaffen. Er wußte, daß Rußland von Anfang bemüht geweſen war, den Krieg, der von ruſſiſcher Seite ein reiner Angriffskrieg war, als einen nur durch die unbeugſame Hartnäckigkeit der Pforte hervorgerufenen darzuſtellen. Auch nach der Beendigung des Feldzuges, der ihre Erwartungen ſo ſehr getäuſcht hatte, beharrten die ruſſiſchen Diplomaten in dieſem Syſteme, indem ſie mit unglaublicher Naivetät behaupteten, der Kaiſer habe den Kampf abſichtlich mit unzulänglichen Streitkräften eröffnet, weil er die Türken nicht auf das Aeußerſte treiben, ſondern ihnen Zeit laſſen wollte, ſich zu beſinnen. Um die von der Halsſtarrigkeit des Sultans hergenommenen Vorwände zur Verlängerung des Krieges zu widerlegen, gab es kein beſſeres Mittel, als den Beweis zu führen, daß die Pforte gern bereit ſey, alle billige Bedingungen, unter denen ihr der Friede geboten würde, anzunehmen. Dies war denn auch der Weg, den Fürſt Metternich einſchlug. Graf Apponyi, der öſterreichiſche Botſchafter zu Paris, theilte dem franzöſiſchen Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten eine Depeſche mit, die vermuthlich nur deshalb der Form nach an das Londoner Cabinet gerichtet war, weil man es vermeiden wollte, ſich einer directen Zurückweiſung auszuſetzen. In dieſer Depeſche erklärte der öſterreichiſche Staatskanzler, daß der Sultan von dem aufrichtigen Wunſche einer Herſtellung des Friedens durchdrungen ſey; daß er aber keinen Frieden wolle, der ein bloßer Waffenſtillſtand wäre, und, gleich den früheren Friedensverträgen, die Keime zu neuen Entzweiungen in ſich trüge, ſondern einen Frieden, welcher dem osmaniſchen Reiche und dem übrigen Europa volle Sicherheit gewähre, und daß dieſer Zweck ſeiner Ueberzeugung nach nur durch einen Congreß erreicht werden könne, der von den kriegführenden Parteien und von den vornehmſten europäiſchen Mächten gebildet und deſſen Ergebniß unter die Bürgſchaft aller Mächte geſtellt würde. Dieſe Eröffnung konnte dem unbefangenen Urtheile keinen Zweifel über die friedlichen Geſinnungen der Pforte laſſen. Die Voreingenommenheit des franzöſiſchen Cabinettes gegen Oeſterreich war aber viel zu feſt gewurzelt, als daß dieſelbe durch die unzweideutigſten Thatſachen noch zu erſchüttern geweſen wäre. Herr von Laferronays begnügte ſich, dem Grafen Apponyi zu entgegnen, daß ſein König es abgelehnt habe, ſich irgend einem Schritte anzuſchließen, der eine Einmiſchung in den Krieg zwiſchen Rußland und der Pforte zum Zwecke habe, und daß Se. Majeſtät auf dieſem Entſchluſſe beharre. Nachdem auf dieſe Weiſe alle Bemühungen des Fürſten Metternich geſcheitert

Digitized by Google

waren, beſchloß der Herzog von Wellington, der mit dem öſterreichiſchen Staatskanzler vollkommen einverſtanden war und ſich nur deshalb bisher im Hintergrunde gehalten hatte, um den perſönlichen Einfluß, den er am franzöſiſchen Hofe durch ſeinen Antheil an dem Sturze Napoleons und an der Wiedererhebung der Bourbonen beſaß, nicht ohne Noth bloßzuſtellen, ſeinerſeits vorzutreten und das letzte Mittel anzuwenden, von dem ſich noch irgend ein Erfolg erwarten ließ. Der franzöſiſche Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten war zu unbedingt für die ruſſiſchen Intereſſen gewonnen, als daß eine Veränderung in der franzöſiſchen Politik möglich geweſen wäre, ſo lange er an der Spitze der Geſchäfte ſtand. Aber Karl X. war dem Grafen von Laferronays perſönlich wenig geneigt; ſein alter Lieblingswunſch war, dem Fürſten von Polignac, dem Vertrauten ſeiner geheimſten Neigungen, der die Stelle eines Botſchafters in London bekleidete, die Leitung des auswärtigen Departements zu übertragen. Darauf baute der Herzog von Wellington, dem es leicht geworden war, den Fürſten Polignac bei ſeiner Uebereinſtimmung mit den politiſchen Geſinnungen der brittiſchen Ariſtokratie auch für die brittiſchen Anſichten in Bezug auf auswärtige Politik zu gewinnen, ſeinen Plan. Fürſt Polignac wurde auf Befehl Karls X. nach Paris berufen; er ſelbſt hielt ſeine Ernennung zum Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten für gewiß, und da er von dem ganzen dunkeln Getriebe, durch welches ſein Monarch zu Rußland hinübergezogen war, keine Kenntniß hatte, ſondern dieſe Wendung der franzöſiſchen Politik bloß für das Werk des Staatsmannes hielt, den er als ſeinen Vorgänger im Amte betrachtete, ſo hatte er bei ſeiner erſten Vorſtellung in den Tuilerien nichts Eiligeres zu thun, als ſich über die Nothwendigkeit eines Verſtändniſſes mit England und Oeſterreich zu verbreiten, um dem Oriente den Frieden zu geben. Karl X. entgegnete ihm, daß eine ſolche Vereinigung ihren Zweck nothwendig verfehlen und den Krieg nur erbitterter machen würde. „Ich will mit Rußland vereinigt bleiben,“ ſagte er. „Wenn Kaiſer Nikolaus Oeſterreich angreift, werde ich mich gerüſtet halten und mein Verfahren nach den Umſtänden einrichten; greift dagegen Oeſterreich ihn an, ſo werde ich meine Truppen ſofort gegen Oeſterreich marſchiren laſſen. Vielleicht kann ein Krieg gegen den Wiener Hof mir nützlich ſeyn, weil derſelbe den inneren Uneinigkeiten ein Ende machen und die Nation im Großen beſchäftigen würde, wie ſie es wünſcht“ *).

*) Siehe die Worte Karls X. in der geheimen Depeſche des Grafen Pozzo di Borgo, Paris, 14. Dec. 1828.

Digitized by Google

Fürſt Polignac war erſtarrt; er wurde nicht Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten, ſondern kehrte auf ſeinen Poſten nach London zurück.

Auf eine ſo entſchiedene Sprache von Seiten Frankreichs war weder der Herzog von Wellington, noch Fürſt Metternich gefaßt. Der Plan, über den beide ſich verſtändigt hatten, beruhte auf der Vorausſetzung, daß es ihnen gelingen würde, Rußland auf dem Wege friedlicher Unterhandlungen zur Nachgiebigkeit zu vermögen, wobei es denn höchſtens nothwendig geworden wäre, einige engliſche Linienſchiffe nach der Oſtſee und nach dem Mittelmeere abzuſchicken und ein öſterreichiſches Heer an der galiziſchen und ungarnſchen Grenze aufzuſtellen. Im ſchlimmſten Falle würde man ſich auch wohl nicht geſcheut haben, Gewalt zu brauchen, ſofern man mit Sicherheit darauf rechnen konnte, daß Rußland ſeinen eigenen Kräften überlaſſen geblieben wäre. Einen Kampf zu beginnen, in dem Oeſterreich und England auf der einen, Rußland, Frankreich und wahrſcheinlich auch Preußen auf der anderen Seite geſtanden hätten und durch den daher die ganze vor vierzehn Jahren mit ſo ungeheuren Opfern begründete oder hergeſtellte Ordnung der Dinge in Europa von neuem in Frage gezogen worden wäre, durfte man aber ohne die äußerſte, dringendſte Noth ſich nicht entſchließen; und dieſe war noch keineswegs vorhanden. Denn wie gehäſſig auch die Stimmung des franzöſiſchen Cabinettes gegen Oeſterreich, und wie enge die Freundſchaft zwiſchen dem Berliner und St. Petersburger Hofe war, ſo konnte doch Frankreich ſo wenig als Preußen eine Vermehrung der ruſſiſchen Macht im Oriente irgend erwünſcht ſeyn, welche das Beſtehen des osmaniſchen Reiches ernſtlich gefährdet hätte; und ſo wie der Kampf zwiſchen Rußland und der Pforte eine Wendung nahm, die zu einem ſolchen Ergebniſſe zu führen drohte, ließ ſich daher mit ziemlicher Gewißheit vorherſehen, daß die Verbündeten Rußlands die erſten ſeyn würden, welche das St. Petersburger Cabinet von einer weiteren Verfolgung ſeiner Vortheile abmahnten. Es handelte ſich daher eigentlich nur um die Zeit, zu welcher die von dem Fürſten Metternich gewünſchten gemeinſchaftlichen Schritte zur Herſtellung des Friedens geſchehen ſollten; und die Nachtheile, welche aus einer noch ſo ſpäten Verzögerung hervorgingen, konnten nie ſo groß ſeyn, wie jene, die ein Krieg zur Folge gehabt hätte, in den alle europäiſchen Mächte verwickelt worden wären. Fürſt Metternich entſchloß ſich deshalb, obwohl ungern und mit ſchwerem Herzen, auf den Plan, den er mit aller Kraft ſeines Geiſtes durchzuführen bemüht geweſen war, zu verzichten. In einer Unterredung, welche er mit dem ruſſi-

ſchen Geſandten zu Wien, Herrn von Tatitſchew hatte, ſtellte er die ihm untergeſchobene Abſicht, eine Einmiſchung der Mächte in die Angelegenheiten des ruſſiſchen Kaiſerreiches zu bewirken, in den beſtimmteſten Ausdrücken in Abrede. Bald darauf richtete Kaiſer Franz ein eigenhändiges Schreiben an den Kaiſer von Rußland, worin er die freundſchaftlichſten Geſinnungen gegen dieſen ausſprach, ſein Bedauern darüber zu erkennen gab, daß durch die Fortdauer des Kampfes im Oriente die Hoffnungen der revolutionairen Parteien im weſtlichen Europa neue Nahrung erhielten, jedoch zugleich darauf hinwies, wie wichtig es gerade deshalb wäre, zwiſchen den Souverainen das aufrichtigſte Einverſtändniß zu erhalten. Das St. Petersburger Cabinet, hoch erfreut, von der Verlegenheit befreit zu ſeyn, in welche Oeſterreichs drohende Haltung daſſelbe verſetzte, kam dieſen Verſuchen einer Annäherung auf halbem Wege entgegen. Schon Herr von Tatitſchew war klug genug geweſen, den Schein anzunehmen, als ob er den Verſicherungen des Fürſten Metternich den unbedingteſten Glauben beimeſſe, obgleich er die Beweiſe des Gegentheils in Händen hatte *). Kaiſer Nikolaus ging ganz auf die Anſichten ein, die der Kaiſer von Oeſterreich in ſeinem Schreiben geäußert hatte; er verſicherte, daß er die Verpflichtungen nie aus den Augen verloren habe, welche ihm die denkwürdigen Verhandlungen auflegten, denen die Welt ſeit funfzehn Jahren die Ruhe verdanke; er erkannte die Nothwendigkeit an, der Verwicklung im Oriente ſo bald als möglich ein Ziel zu ſetzen, unterließ aber nicht hervorzuheben, daß die Löſung eine Rußlands würdige ſeyn, dem ruſſiſchen Reiche jenes Anſehen, jenes Gefühl der Kraft geben müſſe, welches daſſelbe in früheren entſcheidenden Verhältniſſen allein befähigt habe, ſeinen Verbündeten wirkſamen Beiſtand zu leiſten. Durch die Erklärungen, die der Ueberbringer des kaiſerlichen Handſchreibens nach St. Petersburg, Graf Fiquelmont, hinzufügte, wurde wenigſtens äußerlich jeder Schatten, der die gegenſeitigen Beziehungen zwiſchen Rußland und Oeſterreich getrübt hatte, gehoben; und das St. Petersburger Cabinet konnte mit um ſo größerer Sicherheit alle ſeine Kräfte ungetheilt zu der Fortſetzung des türkiſchen Krieges aufbieten, da man wohl wußte, daß die Schwierigkeiten, mit denen Eng-

*) Dépêche réservée de Mr. de Tatitscheff, Vienne, 5. Févr. 1829. — j'aurais pu en démontrer l'existence au Prince de Metternich lui-même, si — je n'avais cru plus opportun de ne pas prolonger nos discussions sur un fait, qui appartient désormais au domaine de l'histoire. Vergl. Dépêche de Mr. le Comte te Nesselrode à Mr. de Tatitscheff, St. Petersb., 24. Févr. 1829.

Digitized by Google

land in ſeiner innern Lage zu kämpfen hatte, von dieſer Seite ſo leicht keine Gefahr befürchten ließen. Nur durch die genaue Kenntniß, die man in St. Petersburg von den inneren Verhältniſſen des brittiſchen Inſelreiches hatte, welche für den Augenblick die Sorge der engliſchen Regierung beinahe ausſchließlich in Anſpruch nahmen, erklärt ſich die Zuverſicht, mit der man bereits im Spätſommer 1828 es wagen konnte, eine Schiffsabtheilung aus der Oſtſee zur Verſtärkung der ruſſiſchen Seemacht im Mittelmeere abzuſchicken und die Meerenge der Dardanellen in Blokadezuſtand zu verſetzen, obgleich man früher das förmliche Verſprechen ertheilt hatte, ſich im mittelländiſchen Meere der Ausübung aller Rechte einer kriegführenden Macht zu enthalten. Die engliſche Regierung erkannte die Blokade an und betrachtete es als ein großes Zugeſtändniß, welches Rußland ihr machte, daß dieſelbe ſich nur auf Kriegsbedürfniſſe und Mundvorräthe erſtrecken und den engliſchen Handel nicht weiter beeinträchtigen ſollte. Die Blokade wurde den ganzen Winter hindurch aufrecht gehalten, ſo ſchwierig ſie auch durch die Stürme wurde, die während der rauhen Jahreszeit in dieſen Gewäſſern herrſchen.

Sultan Mahmud, obwohl in den Hoffnungen getäuſcht, die er auf die Verwendung der ihm befreundeten Mächte ſetzte, beharrte ungebeugten Muthes in dem Entſchluſſe, die letzte Kraft des Reiches zuſammenzuraffen, um dem übermächtigen Feinde zu widerſtehen. Unmittelbar nach dem Falle von Warna hatte er den Verräther Juſſuf Paſcha in die Acht erklärt und alle ſeine Güter eingezogen; auch der Großweſir war wegen der Lauheit, mit der er geſäumt hatte, der bedrängten Feſte Hülfe zu bringen bis es zu ſpät war, beſtraft und ſeines Amtes entſetzt, dagegen der tapfere Kapudan Paſcha zu ſeinem Nachfolger ernannt worden. Dieſer ſollte während des Winters Alles aufbieten, um den verlorenen wichtigen Waffenplatz wieder zu gewinnen, was keineswegs unmöglich ſchien, nachdem die ruſſiſche Hauptmacht über die Donau zurückgegangen war. Als der neue Weſir bei dem Heere eintraf, fand er dieſes jedoch in einem Zuſtande, der ihn bald von der Unausführbarkeit des kühnen Planes überzeugte. Die regelmäßigen Truppen, die während des Feldzuges durch ihre Tapferkeit alle Erwartungen übertroffen, hatten furchtbar gelitten; von wenigen Bataillonen waren mehr als dürftige Stämme übrig; die unregelmäßigen Schaaren aus Europa waren ihrer alten Gewohnheit gemäß nach Hauſe gegangen, und die Aſiaten, die ſich in dichten Maſſen bei dem Heere einzufinden anfingen, waren zu einem Winterfeldzuge auf keine Weiſe geeignet.

Digitized by Google

Der feurige Izzed Mehemed Paſcha ſah ſich daher ſehr wider ſeinen Willen zu einer Unthätigkeit gezwungen, welche ſich die Ruſſen in Warna auf das Beſte zu Nutzen machten, indem ſie nicht allein mit außerordentlichem Eifer an der Herſtellung der alten Feſtungswerke arbeiteten, ſondern auch alle vorliegenden Punkte befeſtigten, welche die Zugänge zu dem Platze vertheidigten. Die kleinen Gefechte, die inzwiſchen in der Umgegend vorfielen, waren ohne alle Bedeutung. Auch an der Donau ruhten die Waffen, nur gelang es dem unermüdlichen General Geismar, ſich der beiden kleinen Feſten Kale und Turnow zu bemeiſtern, die, auf dem linken Ufer des Stromes der Feſtung Nikopolis gegenüber gelegen, der ſtarken Beſatzung dieſes Platzes geſtatteten, ſo oft es derſelben beliebte, Einfälle in die Walachei zu unternehmen. Von ungleich größerer Bedeutung war die Einnahme der Stadt Siſſeboli, welche durch die ruſſiſche Flotte zu Ende des Februars bewirkt wurde. Die Küſte des ſchwarzen Meeres von dem ſüdlichen Abhange des Balkan bis zum Eingange des Bosporus iſt großentheils ſteil abfallend und daher von der Seeſeite nur an wenigen Stellen zugänglich. Gerade da, wo der Hauptrücken des Balkan mit dem Vorgebirge Emineh in das Meer hineinragt, bildet aber der Meerbuſen von Burgas einen tiefen mit vielen großen und kleinen Buchten verſehenen Einſchnitt in das Land, der mehrere vortreffliche Ankerplätze für die größten Kriegsſchiffe darbietet und deſſen Beſitz daher für ein Heer, das, durch eine Flotte unterſtützt, gegen Konſtantinopel vordringen will, von der höchſten Wichtigkeit iſt. Vier befeſtigte Plätze liegen hier auf den Punkten, welche die beſten und bequemſten Ankerplätze beherrſchen: Meſambri, Achioliu, Burgas und Siſſeboli. Von dieſen nimmt Siſſeboli die äußerſte Spitze einer ſchmalen Landzunge ein, welche den Meerbuſen im Südoſten begrenzt. Weil in keinem früheren Kriege eine Unternehmung gegen den Meerbuſen von Burgas verſucht worden war, ſo hielten die Türken ſich zu der Vorausſetzung berechtigt, daß dies auch in dem gegenwärtigen nicht der Fall ſeyn würde. Alle Vertheidigungsanſtalten waren daher auf das Aeußerſte vernachläſſigt, und namentlich war Siſſeboli zwar von 1600 Arnauten beſetzt, aber nur mit 11, noch dazu zum Theil leichten Geſchützen verſehen worden, die zu der Abwehr eines ernſteren Angriffs durchaus unzureichend waren. Die Ruſſen, die von allen dieſen Umſtänden unterrichtet waren, beſchloſſen, dieſelben nicht unbenutzt zu laſſen. Der Contreadmiral Kumani nahm zu Warna Landungstruppen ein und erſchien vor Siſſeboli. Die türkiſchen Geſchütze wurden durch wenige Lagen der ruſſiſchen

Digitized by Google

Kriegsſchiffe zum Schweigen gebracht, und der feige Commandant übergab den Platz, aus dem ſich jedoch die Beſatzung, die nach den Bedingungen der Capitulation kriegsgefangen ſeyn ſollte, in guter Ordnung zurückzog. Die Ruſſen beſetzten die mit ſo leichter Mühe eroberte Stadt mit ſieben Bataillonen und errichteten auf der Landenge, von der ſie allein einen Angriff zu befürchten hatten, ſtarke Verſchanzungen, hinter denen ſie ſich um ſo mehr geſichert hielten, als dieſelben zur See durch das Feuer ihrer Kanonenboote unterſtützt werden konnten. Erſt nach dem Verluſte von Siſſeboli ſahen die Türken den großen Fehler ein, den ſie durch die Vernachläſſigung ihrer Vertheidigungsanſtalten begangen hatten. Huſſein Paſcha brach mit einigen Tauſend Mann von Schumla auf und nahm mit denſelben gegen Ende des März eine Stellung bei Achioliu ein, um wenigſtens zu verhindern, daß dieſem Platze, vor dem die ruſſiſche Flotte ſich bereits gezeigt hatte, ſo wie Meſambri und Burgas nicht ein ähnliches Schickſal widerführe. Am 9. April machte er einen Verſuch, Siſſeboli wieder zu gewinnen. Er griff die Schanzen auf der Landzunge, die von einem Bataillon vertheidigt wurden, mit ſolchem Ungeſtüm an, daß er derſelben ſich ohne Zweifel bemächtigt haben würde, da eine Anzahl ſeiner Leute bereits in das Innere eingedrungen waren, wenn nicht die übrigen ruſſiſchen Bataillone aus der Stadt noch zu rechter Zeit zur Hülfe herangekommen wären. Da die ganze Macht, welche den Sturm unternommen hatte, aus nicht mehr als 5000 Mann beſtand, alſo den Ruſſen nicht einmal an Zahl gewachſen war, ſo wurde ſie jetzt mit Verluſt zurückgeſchlagen und mußte froh ſeyn, ſich unbeläſtigt nach Burgas zurückziehen zu können.

Dieſe Vorgänge, die ſich noch im Laufe des Winters ereigneten, waren das Vorſpiel der ernſten Kämpfe, welche bevorſtanden, ſobald die günſtigere Jahreszeit die Eröffnung der Feindſeligkeiten im Großen geſtattete. Das ruſſiſche Heer, das ſich zu Anfange des Maimonates von neuem zum Uebergange über die Donau anſchickte, war durch die Verſtärkungen, die es aus dem Innern des Reichs erhalten, auf nahe an 150,000 Mann gebracht worden und führte nicht weniger als 540 Geſchütze mit ſich. Die regelmäßigen Truppen, welche die Pforte dieſer Kriegsmacht entgegenzuſtellen vermochte, beliefen ſich auf nicht mehr als 42,000 Mann, von denen noch dazu 12,000 zum Schutze der Hauptſtadt zurückbleiben mußten, ſo daß eigentlich nur 30,000 Mann wirklich im Felde erſchienen. Dazu kam allerdings eine Maſſe von 100,000 unregelmäßigen Streitern, die aber bei all ihrer Tapferkeit, wie

Digitized by Google

ſich dies beſonders im aſiatiſchen Feldzuge gezeigt hatte, wenig geeignet waren, es im freien Felde mit europäiſch disciplinirten Truppen aufzunehmen. Auch war die Artillerie des türkiſchen Heeres auf keine Weiſe im Stande, ſich mit der ruſſiſchen zu meſſen; denn ſie zählte nur etwa 100 Geſchütze und dieſe waren zum bei weitem größten Theile mit Büffeln beſpannt, alſo ſchon durch die Ungeſchicklichkeit ihrer Bewegungen gegen die um mehr als das Fünffache ſtärkere feindliche Artillerie im entſchiedenſten Nachtheile. Den Oberbefehl über das ruſſiſche Heer hatte nach der Abdankung des Feldmarſchalls Fürſten Wittgenſtein, der den Erwartungen des Kaiſers im erſten Feldzuge wenig entſprochen, General Diebitſch erhalten, der einen von dem früheren völlig verſchiedenen Feldzugsplan entwarf. Um einen feſten Stützpunkt an der Donau zu gewinnen, wollte er zuvörderſt mit ſeiner Hauptmacht Siliſtria belagern. Während der Belagerung ſollte General Roth ſich begnügen, das türkiſche Heer bei Schumla zu beobachten, ohne ſich in ein ernſtes Treffen einzulaſſen. Wagte daſſelbe ſich jedoch aus ſeinen feſten Stellungen, entweder in der Abſicht, Siliſtria zu entſetzen, oder das Corps unter Roth anzugreifen, ſo weit hervor, daß ſich eine Gelegenheit zu einer entſcheidenden Schlacht bot, ſo wollte Diebitſch dieſe benutzen, die Türken, wie er mit Gewißheit vorausſetzte, ſchlagen und, ſobald er ſich auf dieſe Weiſe den Rücken geſichert, den Balkan überſteigen, um gegen Adrianopel und Konſtantinopel vorzudringen. Der Uebergang über den Balkan ſollte um jeden Preis erzwungen werden, ſelbſt wenn die Türken vorſichtig genug waren, jeder Hauptſchlacht auszuweichen. Nur mußte in dieſem Falle die Einnahme von Siliſtria abgewartet werden, weil die Türken ſonſt dieſe Feſte entſetzt und alle Verbindungen des vorrückenden Heeres mit ſeinen Reſerven und ſeinen Magazinen unterbrochen hätten. Am 8. Mai ging das ruſſiſche Heer auf einer Schiffbrücke bei Hirſowa über die Donau, konnte aber auf der Straße gegen Siliſtria nur langſam vorrücken, weil der Strom ausgetreten war und weite Strecken überſchwemmt hatte. Daher kam es, daß die Ruſſen erſt am Morgen des 17. vor Siliſtria eintrafen. Noch an demſelben Tage wurde die Einſchließung der Feſtung von allen Seiten zu Stande gebracht, indem die Beſatzung aus den Verſchanzungen, die ſie außerhalb des Platzes inne hatte, vertrieben und die kleine Flotte, welche die Verbindung mit den ſtromaufwärts gelegenen Feſten Ruſtſchuk und Dſchiurdſchewo unterhielt, durch die ruſſiſchen bewaffneten Fahrzeuge gezwungen wurde, ihre Zuflucht unter die Kanonen der Feſtung zu nehmen. Die Türken

Digitized by Google

waren ſo nachläſſig geweſen, daß ſie nicht einmal die Werke zerſtört hatten, welche die Ruſſen bei ihrer Belagerung im vorigen Jahre aufgeworfen. General Diebitſch fand dieſe daher ziemlich unverſehrt vor und konnte ſich die Anlegung einer erſten Parallele erſparen. Dennoch verzögerte ſich die eigentliche Eröffnung der Belagerung länger, als er gehofft hatte, weil ſein ſchweres Geſchütz noch zurück war, und weil das hohe Waſſer den Bau der Schiffsbrücke ſehr erſchwerte, die er unterhalb Siliſtria anlegen ließ, um auf derſelben ſeinen Belagerungstrain über den Strom zu ſchaffen.

Während die ruſſiſchen Colonnen aus ihren Standquartieren in Beſſarabien und in der Moldau gegen die Donau heranzogen, um dieſen Strom zu überſchreiten, verlor das türkiſche Heer, welches ſich allmälig wieder, an 40,000 Mann ſtark, bei Schumla geſammelt hatte, eine koſtbare Zeit in unbegreiflicher Unthätigkeit. Der Großweſir Izzed Mehemed war bereits im Februar ſeiner hohen Würde entſetzt worden, weil er das Unmögliche nicht möglich gemacht und Warna, wie der Sultan verlangte, wieder genommen hatte. An ſeine Stelle war der Seriasker von Rumelien, der kriegserfahrene Reſchid Paſcha getreten, dem der tapfere Halil Paſcha als zweiter im Befehl beigegeben war, da der bisherige Seriasker Huſſein Paſcha, der das Commando in Ruſtſchuk erhielt, als weniger tauglich erachtet wurde. Erſt um die Mitte des Mai ſetzte der neue Großweſir ſich von Schumla aus in Bewegung, um die Entfernung des ruſſiſchen Hauptheeres zu einem Schlage gegen das Corps des Generals Roth zu benutzen, welches in einem Halbkreiſe um Warna eine weite ausgedehnte Poſtenkette beſetzt hielt. Am meiſten mußte Reſchid daran gelegen ſeyn, den befeſtigten Flecken Paravadi zu nehmen, weil dieſer, nur fünf Meilen von Schumla entfernt, jedem Angriffe, den die Ruſſen gegen das türkiſche Lager unternehmen wollten, zum Stützpunkt diente, und weil überdies von hier aus die bequemſte Straße über den Balkan führte. General Roth hatte in der Nähe von Paravadi auf einer Anhöhe bei dem Dorfe Eski Arnautlar ſein Lager aufgeſchlagen, das er durch Feldſchanzen gegen einen Handſtreich geſichert hatte. Der Großweſir, der mit zwei ſtarken Colonnen von Schumla ausgerückt war, erſchien am 15. Mai bei Tagesanbruch plötzlich am Fuße der Anhöhe und griff die ruſſiſche Stellung mit ſolchem Ungeſtüm an, daß die Ruſſen ſich in ihren Redouten, in die der Feind bereits zu wiederholten Malen eingedrungen war, nur mit Mühe behaupteten, als General Wachten von dem nächſten Poſten zu Dewno mit friſchen Trup-

Digitized by Google

pen anlangte und dem Gefechte eine andere Wendung gab. Die Türken zogen ſich zurück und General Rynden erhielt den Befehl, ſie mit zwei Regimentern zu verfolgen. Als das eine dieſer Regimenter. jenes von Ochotsk, eine enge Schlucht durchſetzt hatte, wurde daſſelbe auf allen Seiten von türkiſcher Reiterei angefallen und nach tapferer Gegenwehr bis auf den letzten Mann niedergehauen. General Rynden, der ſich dies Unglück durch ſein unvorſichtiges Vordringen zugezogen hatte, blieb an der Spitze ſeiner Truppen; die vier Geſchütze, die er mit ſich führte, fielen dem Feinde in die Hände. Das zweite Regiment, welches umſonſt durch die Schlucht zu dringen verſucht hatte, um ſeinen Waffengefährten beizuſtehen, würde das Schickſal derſelben getheilt haben, wenn nicht in dem Augenblicke, wo es zu erliegen im Begriffe war, die Beſatzung von Paravadi einen kräftigen Ausfall gemacht hätte, während zugleich einige Bataillone aus dem Lager von Eski Arnautlar den Türken in die Flanken fielen und ſie zum Abzuge zwangen. Der blutige Kampf, der vom frühen Morgen bis zum Abende gedauert, und in dem die Ruſſen nach ihrem eigenen Geſtändniſſe allein an Todten 1600 Mann verloren, hatte auf den General Roth indeſſen einen ſolchen Eindruck hervorgebracht, daß er es nicht wagte, in dem zu ſehr bloß geſtellten Lager von Eski Arnautlar ſtehen zu bleiben, ſondern nach der weiter rückwärts gelegenen Stellung von Kosludſchi zurückging. Der Großweſir berannte jetzt den Flecken Paravadi, der von ſechs Bataillonen vertheidigt war, und zu deſſen Befeſtigung die Ruſſen allerdings alle ihnen zu Gebote ſtehenden Mittel angewandt hatten, der aber bei der ungeheuern Uebermacht der Türken einem mit einiger Geſchicklichkeit unternommenen Angriffe ſchwerlich länger als drei Tage widerſtanden hätte. Die Türken waren jedoch in allen Belagerungsarbeiten ſo unerfahren, daß eine Woche nach der andern verging, ohne daß ſie auch nur im Stande geweſen wären, das vorliegende Hornwerk zu nehmen, welches den im Thale gelegenen und von der Nordſeite durch eine künſtliche Ueberſchwemmung gedeckten Flecken gegen die Anhöhe ſchützte, auf der ſie ihre Batterien errichtet hatten.

General Diebitſch, der inzwiſchen vor Siliſtria nur geringe Fortſchritte gemacht hatte, war von dieſen Vorgängen kaum unterrichtet, als er mit ſicherm Feldherrnblicke alle Vortheile erkannte, die er aus der Langſamkeit und Ungeſchicktheit der Türken ziehen konnte. Die ganze Strecke zwiſchen Siliſtria und Schumla war völlig menſchenleer, da die Einwohner bei der Annäherung der Ruſſen in die Wälder und

Digitized by Google

Berge entflohen waren; die Ruſſen hatten die wichtigſten militairiſchen Punkte beſetzt, ohne daß es den Türken einfiel, ihnen dieſelben ſtreitig zu machen; und da die Türken ungeachtet der vortrefflichen leichten Reiterei, in der die vornehmſte Stärke ihrer aſiatiſchen Truppen beſtand, es nicht einmal nothwendig fanden, Streifpartien auszuſchicken, ſo erfuhr der Großweſir von Allem, was bei dem ruſſiſchen Hauptheere an der Donau vorging, nichts, während dieſes in ununterbrochener Verbindung mit dem vorgeſchobenen Corps bei Warna und am Fuße des Balkan blieb. Auf die unglaubliche Sorgloſigkeit, mit welcher der Großweſir es verſäumte, ſich auch nur die oberflächlichſte Kenntniß von den Bewegungen des Feindes zu verſchaffen, baute General Diebitſch ſeinen Plan. Er ließ das dritte Infanteriecorps unter dem General Kraſowski vor Siliſtria zurück und brach mit dem zweiten, das 21,000 Mann ſtark war und 94 Geſchütze mit ſich führte, am 5. Juni aus ſeinem Lager auf, um ſich auf die Verbindungslinie des Großweſirs mit Schumla zu werfen und dieſen dadurch zur Annahme einer Schlacht in offenem Felde zu nöthigen. Am 8. Juni erreichte ſeine Vorhut das Dorf Molatſch, von wo dieſelbe ſich mit dem General Roth in Verbindung ſetzte, der inzwiſchen mit einer Heeresabtheilung von 19,000 Mann zu Fuß und zu Roß und 68 Geſchützen ſeine alte Stellung bei Eski Arnautlar wieder eingenommen hatte. Die leichten Truppen des Generals Roth breiteten ſich längs des Newtſcha-Thales in der linken Flanke des Großweſirs aus und verdeckten auf dieſe Weiſe den Marſch des Generals Diebitſch, der in der Nacht vom 9. auf den 10. in einer Entfernung von nicht mehr als anderthalb Meilen unbemerkt bei dem türkiſchen Lager vorüberzog, ein ſchwaches Beobachtungscorps unter dem General Kreutz gegen Schumla vorſchickte und ſich ſelbſt am 10. bei Kulewtſcha und Tſchirkowna, halbweges von Schumla nach Paravadi, gerade im Rücken des Großweſirs aufſtellte. In der Nacht vom 9. auf den 10. war auch General Roth aus ſeinem Lager bei Eski Arnautlar aufgebrochen, in dem jedoch die Wachtfeuer fortwährend brennend erhalten wurden, und hatte ſich nach Tauſchan Kosludſchi gewandt, wo er dem Großweſir den Weg verlegte, wenn derſelbe ſich durch das Newtſcha-Thal hätte zurückziehen wollen. Erſt am Morgen des 10. nahm Reſchid Paſcha den Abmarſch des Generals Roth wahr, und da er bald darauf erfuhr, daß der Feind ſich bereits in ſeinem Rücken zeige, ſo trat er auf der geraden Straße nach Schumla ſeinen Rückzug an, um das ruſſiſche Corps, welches es gewagt, ſeine Verbindungen zu unterbrechen, dieſe Verwegenheit büßen zu laſſen. Er

glaubte es immer noch bloß mit dem Corps des Generals Roth zu thun zu haben, und hatte davon, daß er auf ein dem ſeinigen ſelbſt an Zahl, noch mehr aber an Bewaffnung überlegenes Heer ſtoßen würde, keine Ahnung. So wie der zu Paravadi commandirende ruſſiſche General Kuprianow bemerkte, daß die Türken ſich zur Aufhebung der Belagerung anſchickten, machte er mit dem größten Theile der Beſatzung einen Ausfall, der aber ſehr zu ſeinem Nachtheile ausſchlug, indem mehrere ſeiner Bataillone beinahe völlig vernichtet wurden. Das türkiſche Heer marſchirte, während die Nachhut dieſes Gefecht beſtand, über die waldbedeckte Hochebene von Markowtſcha in der Richtung gegen Kulewtſcha ab, wo General Diebitſch ihrer Ankunft in geſpannter Erwartung entgegenſah. Um ſechs Uhr Nachmittags erſchienen die Türken der ruſſiſchen Stellung gegenüber am Saume des Waldes, aus dem ſie die Koſacken, welche denſelben beſetzt hielten, ſogleich hinauswarfen. Da ſie jetzt ſich jedoch überzeugten, daß ſie nicht ein vereinzeltes Corps, ſondern das ganze ruſſiſche Heer vor ſich hatten, ſo machten ſie Halt und blieben die Nacht über im Walde ſtehen. Der Großweſir, der einer Schlacht nur dadurch ausweichen konnte, daß er Schumla ſich ſelbſt überließ und ſich ſüdwärts nach dem Kamtſchikfluſſe zurückzog, war von der Meinung, daß bei Schumla das Schickſal des osmaniſchen Reiches entſchieden werden müſſe, zu feſt durchdrungen, als daß er dieſen Gedanken hätte faſſen können. Er beharrte daher auf dem Entſchluſſe, ſich um jeden Preis durchzuſchlagen und traf unerſchrockenen Muthes ſeine Vorbereitungen zur Schlacht. Am 11. Juni um 7 Uhr des Morgens trat die türkiſche Vorhut, 6000 Mann ſtark, aus dem Walde heraus, einige Bataillone regelmäßiger Infanterie mit neun Geſchützen in der Mitte und die Reiterei auf beiden Flügeln. Diebitſch, der, durch die Ausſagen der Gefangenen irre geleitet, nicht gewiß war, ob der Großweſir nicht mit ſeiner Hauptmacht einen andern Weg eingeſchlagen, befahl, um ſich deſſen zu vergewiſſern, dem General Oſtrosſchenko die Türken mit ſeiner aus vier Bataillonen und drei Schwadronen Huſaren beſtehenden Vorhut anzugreifen, und ließ den General Pahlen mit dem in drei Staffeln aufgeſtellten zweiten Armeecorps zur Unterſtützung nachrücken, während General Roth, der mit ſeinen Truppen eben erſt eingetroffen war, die Reſerve bildete. Die Türken wichen bei dem Vordringen der Ruſſen in den Wald zurück und ließen ſogar die Batterie im Stiche, mit der ſie anfangs das Feuer der ruſſiſchen Geſchütze erwidert hatten. In dem Augenblicke aber, wo die ruſſiſche Infanterie im Begriffe war, ſich der Batterie zu bemächtigen, brach die

Digitized by Google

türkiſche Reiterei aus dem Hinterhalte, den ſie dem Feinde gelegt hatte, hervor, warf die ruſſiſchen Schwadronen, die ſich ihr entgegenſtellten, über den Haufen, und hieb das Bataillon Murom, auf welches ſie ſich zuerſt ſtürzte, nieder, ehe daſſelbe Zeit gehabt hatte, ein Viereck zu bilden. Auch die drei anderen ruſſiſchen Bataillone wurden hart bedrängt, da inzwiſchen die unregelmäßigen türkiſchen Fußtruppen herangekommen waren. Der größte Theil wurde niedergemacht, und den Reſt rettete nur die aufopfernde Tapferkeit des Huſarenregimentes, das immer wieder von neuem zum Angriffe vorſprengte. Durch dieſen günſtigen Erfolg war die Kampfluſt der Türken bis zur Wuth geſteigert worden; ſie nahmen das Dorf Tſchirkowna, welches die Ruſſen umſonſt zu halten verſuchten, im erſten Anlaufe, drängten das erſte Treffen des Generals Pahlen auf das zweite zurück und hätten nur noch wenig Terrain gewinnen dürfen, um, wenn es der Großweſir nicht vorzog, den ſo glücklich begonnenen Kampf fortzuſetzen, ihren Rückzug nach Schumla auf der Nebenſtraße über Tſcheremedin und Maraſch ohne Gefahr zu bewerkſtelligen. Allein das wilde Feuer, mit dem ſie gegen die Stellung der Ruſſen herangeſtürmt waren, verrauchte, als ſie bei dem zweiten Treffen des Generals Pahlen einen Widerſtand fanden, den ſie nicht ſogleich zu überwältigen vermochten. Das Gefecht kam zum Stehen. Die Ruſſen behaupteten ſich in dem Beſitze des an Tſchirkowna anſtoßenden Dorfes Kulewtſcha und feuerten mit 42 Geſchützen in die dichten Maſſen der unregelmäßigen türkiſchen Truppen, die bei der Verfolgung ihrer anfangs errungenen Vortheile in ſolche Unordnung gerathen waren, daß es dem Großweſir unmöglich wurde, ſie in Angriffscolonnen zu formiren. Die Türken waren um ſo mehr im Nachtheile, als ſie der ruſſiſchen Artillerie kein einziges Stück Geſchütz entgegenſtellen konnten, da ihre ſchwer beweglichen Kanonen ihnen nicht gefolgt waren. Dennoch fochten ſie mit verzweifeltem Muthe und fügten den ruſſiſchen Vierecken durch ihr wohlgerichtetes Gewehrfeuer großen Schaden zu. Da fuhr eine ruſſiſche reitende Zwölfpfünderbatterie von der Reſerve in vollem Trabe bis auf Kartätſchenſchußweite heran und ſchmetterte ganze Reihen der Türken nieder. Jetzt hielten dieſe nicht länger Stand, ſondern wandten ſich zur Flucht. Noch einmal gelang es dem Großweſir einen Haufen zu ſammeln, den er, von acht regelmäßigen Bataillonen unterſtützt, von neuem zum Angriffe gegen den äußerſten rechten Flügel der Ruſſen vorführte. Hier wurde er aber mit einem ſo furchtbaren Kartätſchenhagel empfangen, daß ſeine Schaaren, nachdem ſie vergebens in die ruſſiſchen Vierecke einzubrechen ver-

Digitized by Google

ſucht hatten, nicht länger zu halten waren, ſondern in wildeſter Flucht dem Walde zueilten, wobei das regelmäßige Fußvolk größtentheils ſeine Gewehre wegwarf. Es war drei Uhr Nachmittags und die Schlacht war entſchieden. Die Sieger hatten aber durch die wüthenden Angriffe der Türken ſo ſehr gelitten und waren durch den achtſtündigen Kampf ſo erſchöpft, daß ſie in ihren mühſam behaupteten Stellungen ſtehen blieben, ohne den fliehenden Feind zu verfolgen.

Dem Großweſir blieb nach dem Verluſte der Schlacht, um ſein Heer zu retten, nichts Anderes übrig, als, da er nach Schumla durchzudringen außer Stande war, ſeinen Rückzug auf dem einzigen Wege, der ihm noch nicht verſchloſſen war, nach dem Kamtſchik anzutreten. Er durfte hoffen, dieſe Bewegung ohne großen Verluſt auszuführen, da er vierzehn regelmäßige Bataillone, die auf ſeinem rechten Flügel noch beinahe gar nicht im Feuer geweſen waren, zur Deckung des Rückzuges verwenden konnte. Seine Anordnungen waren, wie es ſcheint, geſchickt genug getroffen. Denn da er ſeinen rechten Flügel unbeweglich ſtehen ließ, auch den Saum des Waldes fortwährend mit ſtarken Maſſen beſetzt hielt, ſo mußten die Ruſſen glauben, daß er *noch keinesweges* entſchloſſen ſey, den Kampf aufzugeben. Nachdem die ruſſiſchen Truppen hinreichende Zeit geruht hatten, ertheilte Diebitſch dem General Toll den Befehl, mit zwölf Bataillonen, zwölf Schwadronen und zwei Zwölfpfünderbatterien zum Angriffe vorzurücken. Erſt jetzt ſah man, daß die Türken ſich in den Wald zurückzogen. Die erſten Schüſſe der ruſſiſchen Geſchütze ſprengten einige Pulverkarren mitten unter den ohnedies nicht in der beſten Ordnung abziehenden türkiſchen Haufen in die Luft. Dadurch entſtand unter dieſen die heilloſeſte Verwirrung. Jeder ſuchte zu entfliehen, ſo gut er konnte. Die Kanoniere feuerten ihre Geſchütze noch einmal ab, ſchnitten dann die Stränge durch und ſprengten die übrigen Pulverkarren auf. Das ganze türkiſche Heer löſte ſich in unordentliche Haufen von 10, 50 oder 100 Mann auf, deren jeder für ſich die Richtung einſchlug, auf der er am beſten durchzukommen hoffte. Auch die regelmäßige Infanterie, die den Rückzug decken ſollte, wurde in die allgemeine Flucht mit hineingezogen, warf die Gewehre hinweg und ſuchte ihr Heil nur in der Schnelligkeit ihrer Füße. Die erſten ruſſiſchen Bataillone, die in den Wald eindrangen, fanden keinen Feind mehr vor ſich; dagegen war die Straße nach Paravadi, die einzige, die durch den Wald führte, zwei Stunden weit, ſo mit Kanonen, Gepäck und weggeworfenen Waffen gefüllt, daß ſie nur äußerſt langſam vorrücken konnten,

Digitized by Google

indem zwei ganze Bataillone vollauf zu thun hatten, die Straße zu räumen. Erſt gegen Abend erreichten ſie Markowtſcha, wo ſie ſich mit dem General Kuprianow vereinigten, der mit ſechs Schwadronen und zwei Bataillonen von Paravadi ausgerückt war. An eine weitere Verfolgung des Feindes war nicht zu denken, da dieſer in dem Dunkel der Nacht ſich in das unwegſamſte Waldgebirge geworfen hatte.

Der Verluſt der Türken in der Schlacht war nicht ſo bedeutend geweſen, daß derſelbe auf die Wendung des Krieges einen entſcheidenden Einfluß hätte üben können, denn ſie hatten nur etwa 2000 Mann an Todten und 1500 Gefangene verloren. Um ſo verderblicher wurde ihnen die Flucht, in die ſich der Rückzug verwandelte. Denn auf dieſem büßten ſie ihre ganze Artillerie, 48 Geſchütze außer den im Treffen den Ruſſen abgenommenen, nebſt dem geſammten Materiale ein. Die unregelmäßigen Truppen verliefen ſich und ſuchten auf dem nächſten Wege ihre Heimath zu gewinnen; die regelmäßigen Bataillone waren ohne Waffen und in einem Zuſtande der Auflöſung, der es, ſelbſt wenn ſie wieder geſammelt wurden, unmöglich machte, ſie in langer Zeit dem Feinde wieder entgegen zu führen. General Diebitſch ſuchte den Sieg zu benutzen, indem er am Tage nach der Schlacht das Corps des Generals Roth gegen Schumla vorrücken ließ. Genreal Roth ſah keinen Feind, bis er jenſeit Kaſanlie, noch etwa eine Stunde von Schumla, auf zwei Redouten ſtieß, welche die Ruſſen im vorigen Jahre zur Deckung ihres Lagers erbaut und die Türken ſeitdem beſetzt hatten. Ein Haufe türkiſcher Reiterei, der ſich auf die ruſſiſche Marſchcolonne ſtürzte, wurde zurückgeſchlagen, und beide Redouten, obwohl hartnäckig vertheidigt, wurden genommen. Darauf beſchränkte ſich aber Alles, was man gegen Schumla unternahm; denn man ſah wohl, daß die Beſatzung dieſes Platzes immer noch zu ſtark war, als daß ſich von einem Angriffe mit ſtürmender Hand ein günſtiger Erfolg erwarten ließ. Eben ſo wenig, wie ein Sturm auf Schumla, war aber der Uebergang über den Balkan ausführbar; denn da der größte Theil des ruſſiſchen Heeres noch an der Donau mit der Belagerung von Siliſtria und der Beobachtung der übrigen türkiſchen Feſtungen beſchäftigt war, während ein anſehnliches Corps vor Schumla ſtehen bleiben mußte, ſo würde Diebitſch zu dem kühnen Unternehmen höchſtens 20,000 Mann haben verwenden können, mit denen er bei allem Schrecken, der die Türken nach ihrer Niederlage ergriffen hatte, unmöglich etwas Erhebliches auszurichten vermochte. Was ihn noch mehr beſtimmen mußte, mit der äußerſten Vorſicht zu verfahren, war

Digitized by Google

die Nachricht, die er von den Rüſtungen des Paſchas von Scutari erhielt, dem von der Pforte längſt ſchon der Befehl ertheilt war, mit allen ihm zu Gebote ſtehenden Streitkräften nach dem Kriegsſchauplatze aufzubrechen, und der jetzt endlich im nördlichen Albanien ein zahlreiches Heer aus den kriegeriſchen Gebirgsſtämmen dieſer Gegenden zuſammengezogen, mit dem er ſich jeden Augenblick nach Bulgarien in Marſch ſetzen konnte. Unter dieſen Umſtänden hielt Diebitſch es für das Gerathenſte, dem geſchlagenen Feinde Anerbietungen des Friedens zu machen. Der Großweſir war bereits am 13. Juni, zwei Tage nach der Schlacht, mit einer Schaar von 1000 Reitern, die er auf ſeiner Flucht allein zuſammenzuhalten im Stande war, in Schumla eingetroffen. General Diebitſch ſchickte den Staatsrath Fontan mit einem Schreiben an ihn ab, worin er erklärte, daß er, den Weiſungen ſeines kaiſerlichen Herren gemäß, nichts ſo ſehr wünſche, als ſeinen Sieg als ein Mittel zu benutzen, dem Kriege durch friedliche Unterhandlungen ein Ende zu machen, und daß er den Ueberbringer des Schreibens deshalb beauftragt habe, alle näheren Aufſchlüſſe zu geben, die der Weſir verlangen würde. Reſchid Paſcha antwortete, als echter Türke: da der Sieg und die Niederlage Ereigniſſe wären, die von dem göttlichen Willen abhingen, ſo läge es außerhalb der Macht des Menſchen zu ändern, was die Vorſehung beſchloſſen habe. In den Schlachten, welche zuerſt bei Eski Arnautlar und darauf bei Kulewtſcha Statt gefunden, ſey der Erfolg den Augen beider Parteien offenbar geworden; der Verluſt, den ſpäter das Auffliegen der Pulverwagen verurſacht, ſey nur einem Zufalle zuzuſchreiben, den der Wille des Himmels gefügt habe; und die göttliche Weltordnung bringe es ſo mit ſich, daß man einmal auf den Sieg, ein anderes Mal auf die Niederlage gefaßt ſeyn müſſe. Im Uebrigen wünſche er ſehnlich, daß der Friede unter Bedingungen abgeſchloſſen werde, die beiden Reichen vortheilhaft wären; er ſey aber ein einfacher Kriegsmann und habe keine Kenntniß von den Staatsangelegenheiten; es werde daher am zweckmäßigſten ſeyn, den Unterhändler nach Konſtantinopel zu ſchicken, oder einen Tag zu beſtimmen, an dem beiderſeitige Commiſſarien zuſammentreten möchten.

Dazu hielt Diebitſch ſich nicht für ermächtigt; er nahm daher eine Stellung ein, die ihn in den Stand ſetzte, das türkiſche Lager vor Schumla genau zu beobachten, und beſchloß den Fall von Siliſtria abzuwarten, ehe er zu weiteren kriegeriſchen Unternehmungen ſchritte. Vor Siliſtria waren inzwiſchen die Belagerungsarbeiten auf

Digitized by Google

das Kräftigſte fortgeſetzt worden, obwohl die 8000 Mann ſtarke Beſatzung einen Widerſtand leiſtete, der durch ſeine Ausdauer alle Erwartungen der Belagerer täuſchte. Die ganze Befeſtigung des Platzes beſtand aus einer einfachen Umwallung, mit zehn kleinen Baſtionen, die ſo weit auseinander lagen, daß ſie ſich gegenſeitig nur geringe Unterſtützung gewährten. Die wenigen vorliegenden Werke waren ohne alle Bedeutung. In der Nacht vom 26. auf den 27. Mai hatten die Ruſſen ihre zweite Parallele eröffnet, aus der ſie ein heftiges Bombardement gegen die Stadt begannen, welches ſie aber bald wieder aufgaben, weil ſie ſich von der Nutzloſigkeit deſſelben überzeugten. Wiederholte Ausfälle, welche die Beſatzung machte, wurden zurückgewieſen; und in der Nacht vom 3. auf den 4. Juni rückten die Belagerer ſo weit vor, daß ſie mehrere Batterien nur 150 Schritt von dem bedeckten Wege anlegten. Die Türken, welche die Ausführung dieſer Arbeiten umſonſt durch das Feuer der Geſchütze von ihren Wällen zu hindern geſucht hatten, beſchloſſen in der folgenden Nacht einen Ausfall zu unternehmen, um dieſelben zu zerſtören. Dies Vorhaben wurde durch Ueberläufer, ehemalige Janitſcharen, die ſich mit der neuen Ordnung noch nicht verſöhnt hatten, verrathen; und alle Anordnungen waren daher zum voraus getroffen, um die Ausfallenden nachdrücklich zu empfangen. Dennoch ſtürzten die Türken mit ſo wildem Ungeſtüm auf die ruſſiſchen Werke, daß ſie bis zu der zweiten Parallele vordrangen und ſich des mittleren Theiles derſelben bemächtigten. Es gelang ihnen jedoch keine einzige der neu angelegten Batterien zu nehmen, und als die in Bereitſchaft gehaltenen ruſſiſchen Reſerven anrückten, wurden ſie nach hartnäckigem Kampfe in die Feſtung zurückgeworfen. Um dieſe zog ſich hierauf der Halbkreis der ruſſiſchen Schanzen und Batterien auf der Landſeite immer enger zuſammen. Vier Minen, die zu gleicher Zeit geſprengt wurden, füllten den Graben vor zwei Baſtionen, welche die Ruſſen ſchon jetzt hätten ſtürmen können, wenn ſie den verzweifelten Widerſtand der Türken nicht gefürchtet hätten; andere Minen legten breite Breſchen in die Baſtionen, welche von den ruſſiſchen Batterien mit einem ſo wirkſamen Feuer beſtrichen wurden, daß die Beſatzung dieſelben zu verlaſſen und ſich hinter einen in der Eile aufgeworfenen Abſchnitt zurückzuziehen genöthigt war. Am 30. Juni wurde auch in den Hauptwall eine Breſche geſprengt, und mehrere neue Minen waren bereit, die auf dieſe Weiſe gemachte Lücke zu erweitern. Dennoch beſaßen die Türken noch hinreichende Widerſtandsmittel, wenn nur nicht in ihrer Mitte Uneinigkeit ausgebrochen wäre. Der Paſcha von Siliſtria, ein Greis

von 70 Jahren, wollte von längerer Vertheidigung nichts wiſſen; er hatte die bewaffnete Bürgerſchaft auf ſeiner Seite; und der zweite Commandant, Achmed Paſcha, der die aus drei regelmäßigen Bataillonen und einigen Tauſend Aſiaten beſtehende Beſatzung befehligte, durfte es nicht wagen, mit derſelben gegen den Willen der Einwohner die Gegenwehr fortzuſetzen, da er in dieſem Falle den ſchmählichſten Verrath zu erwarten hatte. Noch am 30. Juni kam daher eine Capitulation zu Stande, in deren Folge die Feſtung des andern Tages den Ruſſen übergeben wurde. Die Beſatzung wurde kriegsgefangen; den Einwohnern wurde es freigeſtellt, zu bleiben oder ſich mit ihrer Habe zu begeben, wohin ſie wollten.

Durch die Einnahme von Siliſtria war das ganze Armeecorps des Generals Kraſowski, das bisher vor dieſem Platze geſtanden, frei geworden; General Diebitſch beſchloß daher jetzt die Ausführung ſeines alten Planes nicht länger zu verzögern, ſondern, ſobald er das Kraſowskiſche Corps an ſich gezogen, daſſelbe zur Beobachtung des Großweſirs in Schumla zu verwenden und mit dem Reſte des Heeres den Balkan zu überſteigen, um gegen Adrianopel und nöthigenfalls gegen die Hauptſtadt des osmaniſchen Reiches vorzubringen. General Kraſowski, durch die ſchlechten Wege aufgehalten, traf erſt am 14., die zweite Abtheilung ſeines Corps ſogar erſt am 16. Juli vor Schumla ein; unmittelbar nach ſeiner Ankunft befahl der ruſſiſche Oberfeldherr den drei Armeecorps der Generale Rüdiger, Roth und Pahlen, die er jetzt zu ſeiner Verfügung hatte, ſich gegen die Hauptkette des Balkan, an deren Fuße bisher alle Anſtrengungen der Ruſſen geſcheitert waren, in Bewegung zu ſetzen. Um den Großweſir zu täuſchen, ließ er das Heer nicht die Straße von Eski Schumla nach Adrianopel einſchlagen, die gerade vor ihm lag, ſondern wandte ſich rückwärts nach Jenibazar; von hier marſchirte General Roth nach dem untern Kamtſchik, um auf der Straße von Warna nach Burgas längs des ſchwarzen Meeres vorzubringen; General Rüdiger, dem das Corps des Generals Pahlen zur Reſerve diente, rückte auf der Straße von Paravadi nach Aidos gegen den Hauptpaß des Balkan an. Am 17. Juli erreichte General Rüdiger den Kamtſchik, einen zwar nicht ſehr breiten, aber reißenden Gebirgsfluß mit ſteilen, nahe zuſammentretenden Thalrändern und wenigen Furten, an denen die Türken Verſchanzungen angelegt hatten, die von ſchwerem Geſchütz vertheidigt waren. Bei Kiuprikoi, wo die große Straße über den Fluß führte, hatten die Türken ihre Anſtalten ſo gut getroffen, daß General Rüdiger daran

verzweifelte, den Uebergang zu erzwingen. Er ging daher zwei Stunden weiter abwärts bis nach dem kleinen Dorfe Karamaly herab, überfiel den hier aufgeſtellten türkiſchen Poſten und bewirkte am 18. ſeinen Uebergang, worauf Juſſuf Paſcha, der zu Kiuprikoi befehligte, da er die Unmöglichkeit einſah, dieſen Punkt länger zu halten, ſich mit dem Verluſte von vier Geſchützen auf Aidos zurückzog. General Roth war um dieſelbe Zeit an dem Punkte angelangt, wo die Straße von Warna nach Burgas über den Kamtſchik führt. Eine türkiſche Batterie von 12 Geſchützen erwiderte das Feuer, durch welches er ſie zum Schweigen bringen wollte, ſo nachdrücklich, daß er ſich gleichfalls zu einer Umgehung entſchloß. Er fand tiefer abwärts eine Stelle, die zwar von den Türken nicht unbewacht gelaſſen, aber nicht durch ſchweres Geſchütz vertheidigt war. Hier bewirkte er am 19. nach einem leichten Gefechte ſeinen Uebergang und griff ſogleich das in der Nähe befindliche verſchanzte Lager des Ali Scheffik Paſcha an, das er nach lebhaftem Widerſtande mit ſtürmender Hand nahm, worauf die Türken auch ihre Stellung an dem Hauptübergange über den Strom aufgaben. General Roth ſowohl als Rüdiger ſtieg jetzt den eben nicht allzu ſteil abfallenden Kamm des Balkan hinan, während die Reſerve unter Pahlen in die von dem erſten verlaſſene Stellung einrückte. Beide hatten einige unbedeutende Gefechte zu beſtehen, ſtießen aber erſt, als ſie den jenſeitigen Abhang des Gebirges hinabſtiegen, auf feindliche Maſſen, die ſtark genug waren, um ihnen einigermaßen erheblichen Widerſtand entgegen zu ſetzen. Abdurrahman Paſcha, der die Beſatzungen der Plätze am Meerbuſen von Burgas und das Beobachtungscorps vor Siſſeboli befehligte, hatte die vom untern Kamtſchik abziehenden Truppen geſammelt und ſich mit denſelben, etwa 7000 Mann ſtark, auf dem rechten Ufer eines kleinen Fluſſes nicht weit vom Meere aufgeſtellt. General Roth war kaum mit ſeiner Vorhut vor dieſer Stellung eingetroffen, als er gegen dieſelbe, ohne ſein Hauptcorps zu erwarten, zum Angriff vorrückte. Die Türken waren aber durch ihre Niederlage am Kamtſchik und durch das Erſcheinen des Feindes im Süden des ſo lange für unüberſteiglich gehaltenen Balkan ſo entmuthigt, daß ſie nach den erſten Kanonenſchüſſen die Flucht ergriffen, auf der ihnen die verfolgende Reiterei vier Geſchütze und mehrere hundert Gefangene abnahm. Eben ſo wenig wagten ſie ſich in den befeſtigten Plätzen am Meerbuſen von Burgas zu vertheidigen. In Meſambri ergab ſich die 2000 Mann ſtarke Beſatzung, nachdem die Stadt eine Nacht hindurch von den Feldgeſchützen des

Digitized by Google

Generals Roth auf der Landſeite beſchoſſen und von der ruſſiſchen Flotte, die bereits ſeit einigen Tagen auf der Rhede ankerte, bombardirt worden war. Achioliu beſetzte die Mannſchaft eines Linienſchiffes, welches den Ort von den Türken verlaſſen fand. Aus Burgas entfloh die Beſatzung, als die leichte Reiterei der Vorhut des Generals Roth vor der Stadt erſchien.

Obwohl die erſten Abtheilungen des ruſſiſchen Heeres bereits am 14. vor Schumla abgezogen waren, ſo vergingen doch beinahe acht Tage, ohne daß der Großweſir auch nur eine Ahnung von der Richtung ihres Marſches hatte. Erſt am 20., nachdem auch die Reſerve aufgebrochen war und nachdem General Kraſowski ſich auf Jenibazar zurückgezogen hatte, wurde dem türkiſchen Feldherrn plötzlich, wie durch einen Blitzſtrahl, die wahre Lage der Dinge klar. Er entſandte ſogleich einige Bataillone Infanterie und eine Reiterabtheilung nach Kiuprikoi, um dieſen wichtigen Poſten zu verſtärken, den die Türken aber bei ihrer Ankunft bereits vom Feinde beſetzt fanden, worauf ſie auf einem Nebenwege Aidos gewannen. Der Befehlshaber, Ibrahim Paſcha, deſſen ganze Macht nicht über 8000 Mann ſtark war, ſah die Unmöglichkeit ein, mit derſelben den Marſch des ganzen ruſſiſchen Heeres aufzuhalten; er faßte daher den einzigen Entſchluß, von dem er ſich noch einigen Erfolg verſprechen konnte, indem er ſich auf das vereinzelte Corps des Generals Rüdiger warf, welches in geringer Entfernung von Aidos Halt gemacht hatte, um die beiden Corps der Generale Pahlen und Roth, die in ſeiner linken Flanke marſchirten, zu erwarten. Die ruſſiſche Vorhut wurde zurückgedrängt; als die Türken jedoch auf das Hauptcorps ſtießen, wurden ſie nach kurzem Gefechte ihrerſeits zum Rückzuge gezwungen. Rüdiger folgte den in Unordnung Fliehenden auf dem Fuße, und griff ſogleich Aidos, ſo wie die zur Seite dieſer Stadt vom Feinde beſetzten Stellungen an. In den engen Straßen von Aidos wurde hartnäckig gekämpft; ſo wie aber hier der Widerſtand überwältigt war, ergriffen die Türken auf allen Seiten die Flucht und retteten ſich auf Fußwegen längs dem ſüdlichen Abhange des Gebirges nach Karnabad. Am folgenden Tage wurde auch dieſe kleine Stadt von den Koſacken beſetzt, und General Diebitſch verlegte jetzt ſein Hauptquartier nach Aidos, um von hier aus die ferneren Bewegungen ſeines Heeres zu leiten. Er ſchickte den General Pahlen in ſüdlicher Richtung nach Karabunar ab, von wo deſſen Vorhut bis nach Fakih, zehn Meilen von Adrianopel, vordrang. Zu gleicher Zeit rückte General Rüdiger mit ſeinem Corps weſtwärts nach

Digitized by Google

Karnabad, und da er vernahm, daß Halil Paſcha in dem etwa fünf Meilen entfernten Orte Jambol, ſeitwärts von der großen Straße nach Adrianopel, ein Corps von 10,000 Mann zuſammengezogen hatte, ſo entſandte er den General Scheremetiew mit acht Schwadronen Uhlanen und einigen Koſacken, um nähere Kundſchaft von der türkiſchen Stellung einzuziehen. Die Ruſſen waren bereits ſo übermüthig geworden und achteten den Feind ſo geringe, daß dieſe ſchwache Reiterabtheilung ſich ohne langes Beſinnen auf das türkiſche Lager ſtürzte und daſſelbe in Brand ſteckte. Zwar wurde Scheremetiew zuletzt zurückgeſchlagen; ſein kecker Angriff hatte aber die Türken ſo in Schrecken geſetzt, daß Halil Paſcha, in der Meinung, das ruſſiſche Heer ſey bereits gegen ihn im Anzuge, Jambol in aller Eile räumte und ſich nach Adrianopel zurückzog. Während die Ruſſen ſich auf dieſe Weiſe im Süden des Balkan ausbreiteten, hatte General Kraſowski den Befehl erhalten, von neuem gegen Schumla vorzurücken und den Großweſir von der Straße nach Adrianopel abzuſchneiden. Reſchid Paſcha machte einen Ausfall, bei dem er mit Verluſt zurückgeworfen wurde; und da er ſah, daß ſeine Anweſenheit in Schumla keinen Nutzen mehr hatte, weil die ruſſiſche Hauptmacht, ohne ſich um ihn zu bekümmern, auf der Südſeite des Balkan immer weiter vordrang, ſo ſchlug er zu Anfang des Auguſt mit etwa 12,000 Mann von den Truppen, die ſich nach der Schlacht bei Kulewtſcha allmälig wieder geſammelt hatten, die rauhen Gebirgswege im Weſten ein, die ihm allein noch offen ſtanden, und wandte ſich nach Selimo, einer ziemlich großen Stadt auf dem ſüdlichen Abhange des Balkan, einige Meilen weſtlich von Karnabad, wo er ſich feſt zu ſetzen beſchloß, weil er von hier aus, wenn die Ruſſen gegen Adrianopel marſchirten, ihre rechte Flanke bedrohen und ihre Verbindungslinie unterbrechen konnte. General Diebitſch hatte inzwiſchen ſowohl einen Theil der Reiterei des Generals Kraſowski, als die Beſatzung von Siſſeboli an ſich gezogen, die durch friſche Truppen erſetzt worden war, welche die Flotte von Sebaſtopol herübergeführt hatte. Er wurde dadurch in den Stand geſetzt, ohne irgend einen der bereits eingenommenen Punkte zu entblößen, mit einem Corps von 22,000 Mann gegen Selimno anzurücken. Dieſe Stadt iſt im Norden durch die letzten mit beinahe undurchdringlichem Geſtrüpp bedeckten Abhänge des Balkan umgeben; im Süden breitet ſich eine Ebene aus, durch welche der Weg nach Jambol führt. Hier, von wo die Türken den Angriff erwarteten, hatten ſie gegen die Stadt zu offene Feldſchanzen angelegt, die mit einigen Stücken ſchweren Ge-

Digitized by Google

ſchützes beſetzt waren. General Diebitſch ließ die Türken jedoch auf dieſer Seite nur durch ſeine Reiterei beſchäftigen, während er mit der geſammten Infanterie von Oſten her, auf dem Wege von Karnabad, gegen die Stadt vordrang. Dieſe wurde nur ſchwach vertheidigt, und da die Türken nach dem Verluſte der Stadt in ihren Schanzen keinen Schutz mehr fanden, ſo blieb ihnen nichts Anderes übrig, als ſich mit Zurücklaſſung ihrer Artillerie auf den Gebirgswegen, auf denen die ruſſiſche Reiterei ihnen nicht folgen konnte, ſich durch die Flucht zu retten.

General Diebitſch war jetzt im Rücken vollkommen geſichert; vor ſich ſah er bis nach Adrianopel hin keinen Feind, und er wußte wohl, daß er den Türken keine Zeit laſſen durfte, ſich von ihrem Schrecken zu erholen, da das ganze Heer, welches zu ſeiner Verfügung blieb, wenn man die Truppen abrechnete, die zur Beſetzung der feſten Plätze und zur Aufrechthaltung der Verbindungen unentbehrlich waren, kaum 30,000 Mann betrug. Er trat daher ohne Säumen ſeinen Marſch gegen die Stadt an, die, obwohl neuerer Zeit ſehr von ihrem alten Glanze heruntergekommen, doch immer noch 80,000 meiſt türkiſche Einwohner zählte und als die zweite Hauptſtadt des osmaniſchen Reiches galt. Am 19. Auguſt ſtieg das ruſſiſche Heer von den Höhen bei Bujuk Derbent in die Ebene hinab, in der Adrianopel mit ſeinen 30,000 Häuſern, ſeinen zahlreichen Moſcheen und den unzähligen Thürmen und Minarets auf beiden Ufern des Tundſchafluſſes ſich über einen unabſehlichen Flächenraum ausbreitet. Halil Paſcha, der 10,000 Mann größtentheils regelmäßige Truppen befehligte, hatte ſehr zweckmäßige Vertheidigungsanſtalten begonnen; die Batterien, die er auf dem von tiefen Gräben und Gärten durchſchnittenen Boden außerhalb der Mauern errichtet, waren aber noch nicht vollendet, und die Truppen, ſo wie die mahomedaniſchen Einwohner der Stadt waren durch das plötzliche Erſcheinen des Feindes, den ſie noch in weiter Ferne glaubten, ſo außer Faſſung gebracht, daß die Anführer ſich bald von der Unmöglichkeit eines erfolgreichen Widerſtandes überzeugten. Der türkiſche Oberbefehlshaber ein Mann von dem verwegenſten perſönlichen Muthe, ergab ſich in das Unvermeidliche und ſchickte eine Botſchaft an die Ruſſen, um ihnen eine Capitulation anzutragen. General Diebitſch erklärte ſich bereit, der feindlichen Bevölkerung die ungeſtörteſte Sicherheit des Eigenthums und der Perſonen zu gewähren und den Truppen freien Abzug zu geſtatten, jedoch unter der Bedingung, daß ſie vorher die Waffen niederlegten und entweder in ihre Heimath gingen oder ſich nach irgend einem Punkte im Innern, nur nicht in der

Digitized by Google

Richtung von Konſtantinopel, zurückzögen. Zur Annahme dieſer Bedingungen bewilligte er eine Friſt von vierzehn Stunden. Des andern Morgens um neun Uhr, als die Friſt verſtrichen war, gab er dem Heere den Befehl, ſich zum Sturme anzuſchicken. So wie die Türken dies bemerkten, erſchienen neue Abgeordnete in dem ruſſiſchen Lager, die anfangs günſtigere Bedingungen zu erlangen ſuchten, zuletzt aber, als ſie ſahen, daß die ruſſiſchen Colonnen bereits ihren Marſch antraten, froh waren, durch freiwillige Uebergabe von der Stadt die Schrecken einer gewaltſamen Beſitznahme abzuwenden. Die Truppen waren während der Nacht in der größten Unordnung, theils bewaffnet, theils ohne Waffen auf dem Wege nach Konſtantinopel abgezogen. So fiel Adrianopel, eine Stadt, die bei entſchloſſener Vertheidigung den langwierigſten Widerſtand hätte leiſten können, in die Hände der Ruſſen.

Die Lage, in welche das osmaniſche Reich durch dieſen Schlag verſetzt wurde, war eine beinahe völlig hoffnungsloſe. Der Sultan hatte kein Heer mehr, das er dem Feinde entgegenſtellen konnte, wenn derſelbe gegen Konſtantinopel vordrang. Zwar hatte Sultan Mahmud, unmittelbar auf die Kunde von dem Uebergange der Ruſſen über den Balkan, die außerordentlichſten Maßregeln ergriffen, um der hereinbrechenden Gefahr zu begegnen. Eilboten waren nach allen Provinzen abgeſandt worden, um die geſammte mahomedaniſche Bevölkerung zu den Waffen zu rufen. In Konſtantinopel wurde eine Liſte aller waffenfähigen Bürger aufgenommen, und es ergab ſich, daß die Hauptſtadt zu ihrer Vertheidigung 40,000 Mann in das Feld ſtellen konnte. Aber umſonſt begab der Großherr perſönlich ſich in das Lager bei Ramis Tſchiflik, wo die regelmäßigen Truppen der Beſatzung zuſammengezogen waren; umſonſt wurde die Fahne des Propheten entfaltet, zu deren Schutze früher von nahe und fern alle Gläubige zuſammenſtrömten. Die Thatkraft, welche das der Zahl nach ſchwache Volk der Osmanen einſt in den Stand geſetzt hatte, in drei Welttheilen eins der mächtigſten Reiche der Erde zu begründen, war erloſchen; die Niederlagen, welche die Heere des Padiſchah erlitten, erſchienen den wahren Gläubigen als die gerechte Strafe des Himmels für die Neuerungen, die mit Verletzung des heiligen Glaubens in den alten ruhmwürdigen Einrichtungen des Reiches getroffen waren; man hielt es für Frevel, ſich den Schickungen der Vorſehung zu widerſetzen, und in Konſtantinopel unter den Augen des Sultans zeigten ſich die Spuren einer Gährung, die, wenn dieſelbe nicht im Keime erſtickt wurde, dem Reiche den Untergang bringen konnte. Die Anhänger der Janitſcharen, die ſich ſo

Digitized by Google

lange in das verborgenſte Dunkel zurückgezogen hatten, fingen an, ſich wieder an das Licht hervorzuwagen; ſchon wurden in öffentlichen Kaffeehäuſern ihre Plane beſprochen; und der Befehlshaber der Schlöſſer am Bosporus wurde als das Haupt der Verſchwörung bezeichnet. Da erwachte der Grimm des Sultans auf furchtbare Weiſe; Hamid Bei, der Commandant des Bosporus, wurde ergriffen und enthauptet, viele Hunderte von Unzufriedenen wurden eingezogen, und Tag für Tag ſpülten die Fluthen des Bosporus die Leichen der Hingerichteten hinweg. Aber unter ſolchen Umſtänden mußte ſelbſt der Starrſinn des unerſchütterlichen Mahmud ſich der unvermeidlichen Nothwendigkeit beugen. Noch zu Anfange des Juli war er ſo feſt entſchloſſen geweſen, in keinem Punkte nachzugeben, daß er die Vorſchläge, die England und Frankreich ihm machten, durch die Annahme des Julivertrages die weſentlichſte Veranlaſſung des Krieges zu beſeitigen, beharrlich zurückwies. Da thatſächlich der Zweck des Julivertrages, ſo wie denſelben die ſpäteren Verhandlungen begrenzt hatten, durch die Befreiung von Morea und den Inſeln erreicht, auch nach der Herſtellung des guten Vernehmens zwiſchen Oeſterreich und Rußland ein Bruch des allgemeinen Friedens nicht zu befürchten war, ſo hatten nämlich ſowohl die Cabinette von London und Paris, als jenes von Berlin die erſte Gelegenheit ergriffen, ihre diplomatiſchen Verbindungen mit der Pforte wieder anzuknüpfen, weil ſie die hohe Wichtigkeit erkannten, welche bei dem leicht vorherzuſehenden Ausgange des ruſſiſchen Türkenkrieges die Anweſenheit ihrer Bevollmächtigten zu Konſtantinopel haben mußte. Preußen war noch einen Schritt weiter gegangen. Der Kaiſer von Rußland hatte bei einem Beſuche, den er im Sommer zu Berlin machte, die beſtimmteſten Verſicherungen ertheilt, daß er, weit entfernt von allen Eroberungsplanen, jeder Zeit bereit ſey, den Türken einen billigen Frieden zu gewähren, durch den die Unabhängigkeit des osmaniſchen Reiches nicht gefährdet werde, und in dem Rußland nur die Bedingungen erlange, die ſeine Ehre gebieteriſch erheiſche. Darauf geſtützt hatte König Friedrich Wilhelm III. im Laufe des Juli einen durch die Talente des Feldherrn und des Diplomaten gleich ausgezeichneten Mann, den Generallieutenant von Müffling, mit dem beſondern Auftrage nach Konſtantinopel geſchickt, den Sultan von den friedlichen Geſinnungen des Kaiſers Nikolaus zu überzeugen und ihn zu der Annahme der ruſſiſchen Bedingungen, für deren Mäßigung er ſich verbürgen ſollte, zu vermögen. General Müffling traf am 4. Auguſt in der Hauptſtadt des osmaniſchen Reiches ein; aber ſein Erſcheinen

Digitized by Google

erregte bei den Türken mehr Ueberraſchung, als Vertrauen. Erſt als die Nachricht von dem Verluſte von Adrianopel und von dem unaufhaltſamen Vordringen des ruſſiſchen Heeres einging, erwachte der Sultan zu dem vollen Bewußtſeyn ſeiner Lage, und General Müffling, der jetzt als ein Retter in der Noth erſchien, wurde beſtürmt, ſeine Vermittelung geltend zu machen. Auf ſeinen Rath wurden zwei Bevollmächtigte nach dem ruſſiſchen Hauptquartiere abgeſandt, denen er zur Begleitung einen höheren preußiſchen Geſandtſchaftsbeamten mitgab, um von dem ruſſiſchen Oberbefehlshaber die augenblickliche Einſtellung der Feindſeligkeiten zu erwirken. Gleichzeitig richteten der brittiſche und der franzöſiſche Geſandte Sir Robert Gordon und General Guilleminot ein gemeinſchaftliches Schreiben an General Diebitſch, worin ſie dieſem anzeigten, daß die Pforte aufhören würde zu beſtehen, ſobald die Ruſſen weiter gegen Konſtantinopel vorrückten, und daß in der furchtbaren Zerrüttung, welche unausbleiblich wäre, die chriſtlichen und die mahomedaniſchen Bevölkerungen des osmaniſchen Reiches ohne Unterſchied dem traurigſten Schickſale entgegenſehen könnten. Sie hielten es für ihre heiligſte Pflicht nicht allein gegen ihre eigenen Höfe, ſondern auch gegen den ruſſiſchen, ja gegen ganz Europa ihn von dieſem Stande der Dinge in Kenntniß zu ſetzen, und würden ſich fortan nur damit beſchäftigen, die Maßregeln zu ergreifen, die in ihrer Macht ſtänden, um die chriſtlichen Bewohner der Hauptſtadt von den drohenden Gefahren zu retten, die über ihren Häuptern ſchwebten.

In der That war kein Augenblick zu verlieren, wenn man die letzte Entſcheidung eines Verzweiflungskampfes um den Beſitz von Konſtantinopel abwenden wollte. Denn als die türkiſchen Unterhändler zu Adrianopel eintrafen, hatten die ruſſiſchen Vorpoſten bereits den Höhenzug des Tikiri Dagh überſtiegen, welcher die Halbinſel von dem feſten Lande trennt, auf deren äußerſter Südweſtſpitze die Stadt Konſtantins gelegen iſt. An dem Tage, an dem Diebitſch Adrianopel beſetzte, war die Vorhut des Pahlenſchen Armeecorps unter General Budberg bis Kirkiliſſe, etwa dreißig Meilen von Konſtantinopel, vorgerückt, hatte hier eine 3000 Mann ſtarke türkiſche Heeresabtheilung, die Abdurrahman Paſcha befehligte, auseinandergeſprengt und darauf ſeinen Marſch auf der Straße von Konſtantinopel, ohne ferneren Widerſtand zu finden, weiter fortgeſetzt. Am 5. September hatte General Pahlen ſein Hauptquartier zu Wiſa, halbweges zwiſchen Adrianopel und Konſtantinopel, von wo er ſich mit der Flotte des ſchwarzen Meeres in Verbindung ſetzte, welche noch im Auguſt die kleinen Städte

Digitized by Google

Waſiliko, Achteboli und Iniada an der Küſte nach einander im Beſitz genommen und am 7. September ſich durch eine Anzahl bewaffneter Boote auch des Hafenplatzes Midia, funfzehn Meilen von Konſtantinopel, bemächtigte. Auf der andern Seite hatte Diebitſch von Adrianopel aus das Armeecorps des Generals Rüdiger bis nach Ljule Borgas vorrücken laſſen, wo daſſelbe dem General Pahlen zum Rückhalte diente; und zugleich hatte er eine Reiterabtheilung mit einigen Geſchützen unter dem General Siewers über Dimotiko nach Enos am ägäiſchen Meere entſandt, um von hier aus mit der vor den Dardanellen kreuzenden Flotte des Admirals Heyden in Verbindung zu treten. General Siewers hatte eine Abtheilung türkiſcher Milizen, die von Salonichi nach Enos auf dem Marſche waren, ohne Mühe zerſtreut und dieſen Platz, in dem er 25 Stücke ſchweren Geſchützes fand, beſetzt, ohne daß der Commandant auch nur einen Verſuch des Widerſtandes gemacht hätte. Das ruſſiſche Heer befand ſich daher jetzt in der vortheilhafteſten Stellung, indem es mit dem einen Flügel ſich auf die Flotte des ſchwarzen Meeres, mit dem andern auf jene des Mittelmeeres ſtützte, und hätte in vollkommener Sicherheit bis unter die Mauern von Konſtantinopel vordringen können. Dennoch machte General Diebitſch keine Schwierigkeiten, den Türken den nachgeſuchten Waffenſtillſtand zu bewilligen, wozu ihm theils die Vorſtellungen des Generals Müffling, theils aber auch Rückſichten anderer Art beſtimmt zu haben ſcheinen. Das ganze Heer, welches er über den Balkan geführt, belief ſich mit allen Verſtärkungen, die er allmälig an ſich gezogen, auf nicht mehr als 40,000 Mann; von dieſen lagen in Folge der Einwirkung des ungewohnten Klimas nicht weniger als 10,000 in den Hoſpitälern; 10,000 Mann waren zu der Beſetzung der wichtigſten militairiſchen Punkte und zu der Unterhaltung der Verbindungen erforderlich; es blieben ihm daher höchſtens noch 20,000 Mann zu freier Verfügung, die allerdings zu der Einnahme von Konſtantinopel hinreichend geweſen wären, wenn er mit Gewißheit darauf rechnen durfte, daß er es nur mit den Türken zu thun gehabt hätte. Es war ihm jedoch nicht unbekannt, daß die Befeſtigungsarbeiten, die der Sultan in der Eile zur Deckung ſeiner Hauptſtadt unternahm, von brittiſchen Ingenieurofficieren geleitet wurden. Auch war eine ſtarke engliſche Flotte im ägäiſchen Meere erſchienen, welche die Bewegungen der ruſſiſchen Seemacht nicht aus dem Auge ließ; und nichts hielt die Engländer ab, wenn ſie die Beſitznahme der Hauptſtadt des osmaniſchen Reiches durch die Ruſſen verhindern wollten, die ruſſiſche Blokade

Digitized by Google

der Dardanellen zu durchbrechen und ihre Marinetruppen und Matroſen zu der Vertheidigung von Konſtantinopel auszuſchiffen.

Die Friedensunterhandlungen zu Adrianopel nahmen am 1. September ihren Anfang; die Bedingungen, welche die erſt kurz vorher im Hauptquartiere eingetroffenen ruſſiſchen Bevollmächtigten ſetzten, waren gemäßigt genug; nur über einen Punkt erhoben ſich Schwierigkeiten. Rußland forderte volle Entſchädigung für die Kriegskoſten, und da die verlangte Summe zu bedeutend war, um anders als in langen Friſten abgetragen zu werden, ſo fürchtete die Pforte, daß die jährlichen Zahlungen ihren Unterthanen als ein Tribut erſcheinen würden, zu dem ſie ſich gegen Rußland verpflichtet habe. Auch dieſer Anſtand wurde jedoch beſeitigt, und am 14. September unterzeichneten beide Theile den Vertrag, welcher den Krieg beendigte, durch den das osmaniſche Reich nach verzweiflungsvollen Anſtrengungen ſeinem Untergange nahe gebracht worden war. Rußland gab durch dieſen Vertrag faſt alle ſeine Eroberungen in Europa und Aſien zurück. In Europa ſollten fortan, wie bisher, der Pruth und die Donau die Grenze bilden; nur wurden die Inſeln in der Donaumündung an Rußland abgetreten, welches ſeinerſeits die Verpflichtung einging, auf denſelben weder Feſtungswerke anzulegen, noch andere Gebäude außer den nöthigen Quarantaineanſtalten zu errichten, während die türkiſche Seite des Stromes unterhalb ſeiner Trennung in den Sulinah- und Georgiewski-Arm bis auf zwei Stunden von dem Ufer unbewohnt bleiben ſollte. In Aſien behielt Rußland nur die feſten Plätze an der Oſtküſte des ſchwarzen Meeres und einen Theil des Paſchaliks Akhaltſikeh mit den Feſten Akhaltſikeh und Akhalkalaki: eine dem Umfange nach geringe Erwerbung, die aber durch die Lage der abgetretenen Gebietstheile von Wichtigkeit war, weil die Ruſſen jetzt die unwegſamen Gebirge überſchritten, welche bisher das ruſſiſche Georgien von dem türkiſchen Armenien trennten, und an dem Eingange des armeniſchen Hochlandes eine feſte Stellung gewannen. In Bezug auf die Moldau und Walachei, ſo wie auf Serbien wurden die Beſtimmungen des Vertrages von Akjerman erneut; die Pforte verſprach, die durch denſelben den Serben gemachten Zugeſtändniſſe binnen Monatsfriſt zur Ausführung zu bringen. Auch gewährte ein beſonderer Vertrag, der in Bezug auf die Moldau und Walachei geſchloſſen wurde, den beiden Donaufürſtenthümern beträchtliche Erweiterungen ihrer Rechte und Freiheiten. Die Hospodare ſollten in Zukunft ſtatt auf ſieben Jahre, auf Lebenszeit gewählt werden; die innere Verwaltung ſollte von den Hospodaren mit Zurathe-

Digitized by Google

ziehung ihrer Diwane unabhängig geordnet und geleitet werden; es ſollte ihnen freiſtehen, zur Aufrechthaltung der Ordnung eine eigene bewaffnete Miliz zu errichten; längs der Donau ſollten Quarantainen angelegt werden, um das Einſchleppen der Peſt zu verhüten; kein Mahomedaner durfte in Zukunft ſeinen Wohnſitz in den beiden Fürſtenthümern haben; und alle auf dem linken Donauufer gelegenen Feſtungen ſollten für immer geſchleift werden. Auch von den Auflagen, welche die Fürſtenthümer an die Pforte zu entrichten hatten, wurden ſie befreit; an die Stelle derſelben trat ein jährlicher Tribut, deſſen Summe erſt ſpäter feſtgeſetzt wurde. Eine der wichtigſten Beſtimmungen des Friedensvertrages war jene, welche den ruſſiſchen Unterthanen in dem ganzen Umfange des osmaniſchen Reiches vollkommene Handelsfreiheit zuſicherte. Unter dieſe Clauſel waren Zugeſtändniſſe gebracht, die keine europäiſche Macht jemals von der andern gefordert hätte. Alle ruſſiſchen Unterthanen ſollten während ihres Aufenthaltes im osmaniſchen Reiche nicht unter der Polizei und Gerichtsbarkeit der türkiſchen Behörden, ſondern ihrer eigenen Geſandten und Conſuln ſtehen. Kein ruſſiſches Handelsfahrzeug ſollte unter irgend einem Vorwande einer Durchſuchung unterworfen ſeyn. Die Durchfahrt durch den Canal von Konſtantinopel und durch die Meerenge der Dardanellen ſollte allen ruſſiſchen Handelsſchiffen, ſo wie den Kauffahrern aller mit der Pforte nicht im Kriege begriffenen Mächte jeder Zeit offen ſtehen, ohne daß ſie irgend einer Behinderung oder Bedrückung ausgeſetzt wären. Bei der erſten Verletzung einer dieſer Beſtimmungen erkannte die Pforte dem ruſſiſchen Hofe zum voraus das Recht zu, dieſelbe als eine Handlung erklärter Feindſeligkeit zu ahnden. Als Entſchädigung für die Verluſte, welche ruſſiſche Kaufleute ſeit vielen Jahren durch die Maßregeln der Pforte erlitten, verſprach dieſe innerhalb achtzehn Monaten die Summe von anderthalb Millionen holländiſcher Ducaten zu zahlen. Die Entſchädigung für die ruſſiſcher Seits aufgewandten Kriegskoſten, zu deren Zahlung die Pforte ſich gleichfalls verpflichtete, wurde durch einen beſonderen der öffentlichen Kenntniß durch Geheimhaltung entzogenen Vertrag auf zehn Millionen Ducaten feſtgeſtellt: eine Summe, die das osmaniſche Reich bei der gänzlichen Erſchöpfung ſeiner Hülfsquellen erſt in vielen Jahren aufzubringen vermochte, und die daſſelbe daher für dieſe ganze Zeit in die drückendſte Abhängigkeit von Rußland verſetzte. Endlich war in den Vertrag ein Artikel aufgenommen, durch welchen die Pforte ihre Zuſtimmung zu dem Vertrage vom 6. Juli 1827 und zu allen ſpäteren Anordnungen

Digitized by Google

erklärte, über welche die drei Mächte Rußland, England und Frankreich in Bezug auf die künftige Lage des befreiten Griechenlands übereingekommen waren.

Bei der Ohnmacht, zu welcher die Pforte in Folge des zweijährigen Kampfes herabgeſunken war, durfte ſie ſich über zu große Härte der ihr auferlegten Bedingungen nicht beklagen. Daran, daß Rußland noch ganz andere Forderungen erhoben hätte, wenn die drohende Stellung der brittiſchen Seemacht in der Nähe der Dardanellen nicht einige Rückſicht gebot, iſt kaum zu zweifeln; denn die Bedingungen, auf denen das St. Petersburger Cabinet noch nach dem wenig günſtigen Ausgange des erſten Feldzuges beſtehen zu müſſen glaubte, waren der Art, daß der ſchlaue Corſe, der mit der Wahrnehmung der ruſſiſchen Intereſſen am Hofe der Tuilerien beauftragt war, Graf Pozzo di Borgo, auf das Dringendſte die Geheimhaltung anempfahl, weil zu befürchten ſtehe, daß eine Mittheilung derſelben auch die befreundeten Mächte von Rußland abwenden würde *). Aber wieviel man auch nachgegeben hatte, der Hauptzweck des Krieges war erreicht. Dieſer war kein anderer, als die Macht des osmaniſchen Reiches in dem Augenblicke, wo dieſelbe ſich durch die Reformen des Sultans wieder zu erheben begann, zu brechen. Der Widerſtand, den die Türken in zwei Feldzügen leiſteten, bewies, daß man in der Verfolgung dieſes Planes nicht länger hätte zögern dürfen, ohne ſich der äußerſten Gefahr auszuſetzen. Selbſt die türkiſche Flotte, obwohl durch die Schlacht bei Navarino ihrer tüchtigſten Seeleute und vieler ihrer beſten Schiffe beraubt und daher außer Stand geſetzt, der ruſſiſchen Seemacht im ſchwarzen Meere die Spitze zu bieten, hatte eine Gelegenheit gefunden, zu zeigen, daß ſie, wenn auch der ruſſiſchen Seemacht nicht gewachſen, doch keineswegs ſo durchaus unbrauchbar war, wie man nach den früheren Seegefechten im griechiſchen Freiheitskampfe vorauszuſetzen pflegte. Zu Ende des Mais wagte der Kapudan Paſcha ſich mit mehreren Linienſchiffen und einigen kleineren Fahrzeugen aus dem Bosporus in das

*) Depeſche vom 28 Nov. 1828: Quelque soit le désir de satisfaire l'empéreur, je suis sur, que s'il s'agissait de réduire la question aux conditions déduites dans la note confidentielle du cabinet impérial, la France et toutes les autres puissances les trouveraient exorbitantes et nous exhorteraient à y renoncer. Eine dieſer Bedingungen, auf die man ſpäter verzichtete, war die Zerſtörung aller türkiſchen Feſtungen nicht bloß auf dem linken, ſondern auch auf dem rechten Donauufer, ſo wie auf dem nördlichen Abhange des Balkan. (Siehe eine frühere Stelle in derſelben Depeſche.)

Digitized by Google

ſchwarze Meer hinaus, um ein ruſſiſches Geſchwader aufzuſuchen, welches an der aſiatiſchen Küſte erſchienen war und bei Penderaklia eine türkiſche Fregatte, die dort auf den Werften lag, verbrannt hatte. Die Ruſſen waren bei ſeiner Ankunft bereits davon geſegelt; aber bei der Rückfahrt fiel er auf eine kleinere ruſſiſche Schiffsabtheilung, die aus einer Fregatte und zwei Briggs beſtand und vor der Mündung des Bosporus kreuzte. Den beiden Briggs gelang es zu entkommen, die Fregatte ergab ſich jedoch nach den erſten Kanonenſchüſſen, und das genommene Kriegsſchiff wurde zu nicht geringem Jubel der ſchauluſtigen Menge in den Hafen von Konſtantinopel aufgebracht.

Durch eine ſonderbare Verwicklung der Umſtände, wie ſie nur in einem halbbarbariſchen Staate möglich war, drohten gerade nach dem Abſchluſſe des Friedensvertrages die Feindſeligkeiten wieder mit erneuter Heftigkeit auszubrechen. Die Befehle zu der Aushebung der Contingente, die vor dem Beginne des Krieges ergingen, waren nur in den Konſtantinopel zunächſt gelegenen europäiſchen und aſiatiſchen Landſchaften befolgt worden. Bei den Bosniern, dem kriegeriſchen Slavenſtamme, der ſeit dem Sturze des Serbenreiches zum Islam übergetreten iſt, war der Haß gegen die Reformen des Sultans ſo groß, daß ſie keinen Mann in das Feld ſtellten und ihren Paſcha, denſelben Abdurrahman, der bei Kirkiliſſe geſchlagen wurde, nöthigten, das Land zu räumen. In Albanien hatte Muſtapha Paſcha, der Statthalter von Scutari, nach langem Zögern ein Heer zuſammengebracht, mit dem er im Juli, nach dem Falle von Siliſtria, in das weſtliche Bulgarien einrückte. Um dieſelbe Zeit, während General Diebitſch ſeine Vorbereitungen zu dem Uebergange über den Balkan traf, drangen 20,000 Arnauten auf dem rechten Donauufer von Widdin gegen Nikopolis vor. Eine Abtheilung von dem Corps des Generals Geismar, die vier Wochen vorher über die Donau gegangen war und durch die Einnahme der kleinen Stadt Rachowa die Verbindung zwiſchen Widdin und Nikopolis unterbrochen hatte, mußte bei der Annäherung des überlegenen Feindes jenen Poſten räumen und ſich auf das linke Ufer der Donau zurückziehen. Mit dieſem Erfolge zufrieden, begnügte Muſtapha Paſcha ſich, die Ruſſen auf dem jenſeitigen Donauufer zu beobachten, bis er auf die Nachricht von dem Vordringen der Ruſſen gegen Adrianopel ſich plötzlich über Sophia gegen Philippopolis in Bewegung ſetzte und Miene machte, den Kampf, den der Sultan aufgegeben, auf eigene Rechnung wieder aufzunehmen. Am 4. October, drei Wochen nach dem Abſchluſſe des Friedens, ließ er dem General Diebitſch

Digitized by Google

wiſſen, daß er Willens ſey, Adrianopel zu beſetzen, und daß die Ruſſen daher dieſen Platz zu räumen hätten. Die Antwort, die er erhielt, ſcheint ihn etwas bedächtiger gemacht zu haben, denn er rückte nicht über Philippopolis hinaus. Dennoch blieb es zweifelhaft, ob er geneigt ſeyn würde, die Befehle zu beachten, welche die Pforte ihm zuſchickte, bis eine ernſtere Lehre ihn zur Vernunft zurückführte. General Geismar, von dem Abmarſche des Paſchas aus den Donaugegenden unterrichtet, war ihm auf dem Fuße gefolgt. Am 16. October ſtieß er auf die 1700 Mann ſtarke Nachhut der Arnauten, die ſich ungeachtet ihrer minderen Zahl ihm keck entgegenſtellten, aber nach zweitägigem Kampfe überwältigt und gezwungen wurden, mit Verluſt ihrer Geſchütze die Flucht zu ergreifen. Erſt jetzt änderte ſich die hochfahrende Sprache des Paſchas; ſein Friedensbruch wurde auf Mißverſtändniſſe geſchoben, und ſeine Truppen gingen über die Linie, die ihnen die ruſſiſchen Vorpoſten bezeichneten, nicht wieder hinaus.

Ernſthafter waren die Kämpfe, die, gleichfalls noch nach dem Abſchluſſe des Friedens, auf dem Kriegsſchauplatze in Aſien Statt fanden. Hier hatten die Türken den Feldzug mitten im Winter mit einer Kraft eröffnet, die, wenn ſie verſtändiger geleitet und wenn ſie nachhaltiger geweſen wäre, den Ruſſen zum unvermeidlichen Verderben hätte gereichen müſſen. Der Erbfürſt der Adſcharen, eines kriegeriſchen Gebirgsſtammes im Nordweſten von Akhaltſikeh, hatte von der Pforte das Verſprechen ſeiner Ernennung zum Paſcha dieſes Platzes erhalten, ſobald es ihm gelänge, denſelben den Ruſſen wieder zu entreißen. Er rückte im Februar, während noch alle Wege mit tiefem Schnee bedeckt waren, mit einer Macht, die auf 20,000 Mann angegeben wird, in das Feld und brach an einem der erſten Tage des März plötzlich in die Vorſtädte von Akhaltſikeh ein, aus denen die Beſatzung ſich in das Innere der Feſtung zurückzog. Ein wüthender Sturm auf die Mauern wurde abgeſchlagen, und die Türken begnügten ſich darauf, den Platz aus einigen Geſchützen zu beſchießen, waren aber ſo ungeſchickt, ein ſchwaches ruſſiſches Corps, deſſen Zahl ſie überſchätzten, durch die Engpäſſe zu laſſen, die aus Georgien nach Akhaltſikeh führen, und hoben bei deſſen Annäherung die Belagerung auf, indem ſie ſich in der äußerſten Verwirrung nach ihren Bergen zurückzogen. Während deſſen waren die beiden Befehlshaber, der neue Seriaſker Hadſchi Salech Paſcha und Haki Paſcha, welche an die Stelle der wegen ihrer Unfälle im vorigen Feldzuge abgeſetzten Oberanführer getreten waren, zu Arzerum auf das Eifrigſte bemüht, ein möglichſt zahlreiches Heer

zu ſammeln, das ſie bei der unbeſchränkten Vollmacht, welche die Pforte ihnen übertragen, und bei den beträchtlichen Geldmitteln, die ihnen zur Verfügung geſtellt wurden, bald auf 50,000 Mann brachten. Statt mit einer ſo anſehnlichen Macht dem Feinde zuvorzukommen und in das ruſſiſche Gebiet einzubrechen, ehe General Paszkiewicz Zeit gehabt hatte, ſeine Streitkräfte zuſammenzuziehen, in welchem Falle ſie auf einen allgemeinen Aufſtand der mahomedaniſchen Bevölkerungen zu beiden Seiten des Kaukaſus rechnen konnten, zögerten ſie jedoch, bis die Ruſſen ihre Vorbereitungen zu dem Feldzuge vollendet und ſich ihrerſeits aus ihren Standquartieren in Georgien gegen das türkiſche Armenien in Bewegung geſetzt hatten. Sie beſchloſſen auch jetzt, durch das Schickſal ihrer Vorgänger eingeſchüchtert, ungeachtet ihrer Ueberlegenheit an Zahl nicht angriffsweiſe, ſondern vertheidigend zu Werke zu gehen, wobei ihnen allerdings die Lage des Landes außerordentlich zu Hülfe kam. Denn die Straße von Kars nach Arzerum, welche die Ruſſen einſchlagen mußten, wenn ſie gegen die letzte Stadt vorrücken wollten, führt über das waldbedeckte wild zerklüftete Zwiebel- oder Saganluggebirge, in welchem ſelbſt ein ſchwächeres Heer, welches ſich einigermaßen auf den Gebirgskrieg verſtände, das zahlreichſte lange aufzuhalten vermöchte. Am Eingange des Gebirges theilt ſich die Straße in zwei nicht weit von einander laufende Wege, die ſich nach einer Strecke wieder vereinigen. Es war nichts einfacher, als daß die Türken, um dem Feinde den Uebergang über das Gebirge zu verwehren, beide Durchwege beſetzten, wozu ſie bei der ihnen zu Gebote ſtehenden den Ruſſen beinahe um das Dreifache überlegenen Macht die hinreichendſten Mittel hatten. Sie verfuhren jedoch mit ihrer gewöhnlichen Langſamkeit und Unbeholfenheit, und ungeachtet General Paszkiewicz von Tiflis aus eine ungleich weitere Entfernung zu durchmeſſen hatte, als die beiden türkiſchen Heerführer, hatte doch erſt der eine, Haki Paſcha, mit etwa 20,000 Mann, in den Défilés auf dem öſtlichen Abhange des Gebirges eine Stellung eingenommen, als die Ruſſen 18,000 Mann ſtark vor demſelben eintrafen. Dennoch wäre nichts leichter geweſen, als ihnen den Durchzug mit Erfolg ſtreitig zu machen, da der Seriaſker mit der 30,000 Mann ſtarken Hauptmacht dem vorausgerückten Corps beinahe auf dem Fuße folgte. Haki Paſcha ließ ſich jedoch durch ein ſehr einfaches Maneuvre täuſchen, das nur gegen Türken gelingen konnte. General Paszkiewicz nahm den Schein an, als ob er auf dem ſüdlichen Wege durch das Gebirge dringen wollte, indem er ſeine Vorhut dahin aufbrechen ließ, während er ſelbſt am

Eingange ſtehen blieb. Haki Paſcha war kurzſichtig genug in die Falle zu gehen; er nahm mit ſeiner geſammten Macht vor dem Thale von Milli Düß eine in der Front und in den Flanken unangreifbare Stellung und beſchloß hier die Ruſſen zu erwarten. Während die Türken ſich zur Linken mit dem abgeſonderten ruſſiſchen Corps beſchäftigten, deſſen Angriffe ſie leicht zurückwieſen, ging General Paszkiewicz in geringer Entfernung von der rechten Flanke des türkiſchen Lagers auf der nördlichen Straße, auf der nicht ein einziger türkiſcher Poſten zurückgeblieben war, mit 60 Stücken ſchweren Geſchützes und einem Train von 3000 Wagen vollkommen ungehindert über das Gebirge und ſtieg in das Thal des Intſcha-ſu, auf dem weſtlichen Abhange der erſten Gebirgskette, hinab. Erſt jetzt entdeckte Haki Paſcha den groben Fehler, den er begangen hatte, und noch bot ſich eine Gelegenheit, denſelben wieder gut zu machen. Denn am 1. Juli, als die Ruſſen, die mehrere Tage gebraucht hatten, um die ihnen durchaus unbekannte Gebirgsgegend zu erforſchen, aus dem Thale des Intſcha-ſu in jenes eines andern Gebirgsbaches, des Kainly-tſchai, übergingen, um die türkiſche Stellung im Rücken, von wo ſie allein zugänglich war, anzugreifen, erſchien plötzlich die Vorhut des Seriaſkers und warf ſich mit Ungeſtüm auf den rechten Flügel des ruſſiſchen Heeres. Wenn Haki Paſcha jetzt mit ſeinem ganzen Heere auf den linken Flügel der Ruſſen gefallen wäre, der ihm zunächſt ſtand, ſo würde General Paszkiewicz in eine ſehr gefährliche Lage gerathen ſeyn, zumal da bei längerer Dauer des Gefechtes der Seriaſker Zeit gewann, mit ſeiner Hauptmacht heranzukommen. Statt einen ſolchen entſcheidenden Entſchluß zu faſſen, begnügte ſich der dumme Türke mit einer halben Maßregel, indem er nur 6000 Reiter unter ſeinem Kiaja Bei oder Stellvertreter gegen die Ruſſen abſchickte. Dieſe trennten durch eine geſchickte Bewegung die beiden feindlichen Corps, die ſie in einem weiten Halbkreiſe umſchwärmten, ließen die Vorhut des Seriaſkers ihre Kraft durch vergebliche Angriffe auf ihre Artillerie erſchöpfen und ſchlugen darauf, ihrerſeits zum Angriffe ſchreitend, die beiden türkiſchen Abtheilungen eine nach der andern in die Flucht. Erſt durch die im Gefechte gemachten Gefangenen erfuhr der ruſſiſche Feldherr, daß er es nicht etwa mit einem abgeſonderten türkiſchen Corps, ſondern mit der Vorhut des Seriaſkers zu thun gehabt habe, und daß dieſer ſelbſt bereits in vollem Anzuge begriffen war. Er beſchloß, ihm nicht Zeit zu laſſen, ſeine Truppen, die zum Theil noch auf der Straße von Arzerum zurückwaren, zu ſammeln, ſondern ging ihm ſogleich, noch um fünf Uhr

Digitized by Google

des Nachmittags, entgegen, erreichte nach kurzem Marſche den Feind, der ſich eben auf einem Abhange bei dem Dorfe Kainly zu verſchanzen angefangen hatte, und ſprengte denſelben beinahe ohne Kampf auseinander, da die Türken, bereits durch das frühere Gefecht entmuthigt, ihre Kanonen ſtehen ließen und die Flucht ergriffen, ſo wie ſie bemerkten, daß die ruſſiſche Reiterei eine Bewegung machte, um ihnen den Rückzug abzuſchneiden. Am andern Morgen rückte General Paszkiewicz zum Angriffe gegen das Lager Haki Paſchas vor, der von der Niederlage des Seriaſkers noch keine Ahnung hatte. Durch einen türkiſchen Gefangenen, den Paszkiewicz ihm zuſchickte, erhielt er die erſte Kunde von dem, was ſich anderthalb Stunden von ſeiner Stellung am vorhergehenden Abende zugetragen, und er wurde dadurch in ſolchen Schrecken geſetzt, daß er ſogleich denſelben Gefangenen zurückſandte und ſeine Unterwerfung anbot. Da inzwiſchen die Türken bei der Annäherung der Ruſſen aus ihren Batterien auf dieſelben zu feuern begannen, ſo verlor General Paszkiewicz keine Zeit mit Unterhandlungen, ſondern ließ ſeine Colonnen unter Trommelſchlag im Sturmſchritte anrücken. Die Türken warteten den Angriff nicht ab, ſondern warfen ſich nach allen Seiten in die Wälder, in denen ſie, durch das ſchwierige Terrain begünſtigt, faſt insgeſammt entkamen. Nur wenige hundert wurden gefangen, unter dieſen Haki Paſcha ſelbſt nebſt ſeinem ganzen ſtattlichen Gefolge. Die Ruſſen hatten in den drei Schlachten, die ſie an den beiden Tagen des 1. und 2. Juli lieferten, nur etwa 100 Mann an Todten und Verwundeten verloren, dagegen waren die beiden türkiſchen Heere, die bei beſſerer Führung jene nie über die Schluchten des Saganluggebirges hätten hinauskommen laſſen, ſo gut als vernichtet; denn wenn ihr Verluſt an Todten, Verwundeten und Gefangenen auch nicht viel über 3000 Mann betrug, ſo hatten ſie doch ihr ganzes Geſchütz nebſt allen Kriegsvorräthen eingebüßt, und die zerſtreuten Haufen, die ſich durch die Flucht retteten, dachten nicht daran, ſich wieder zu ſammeln, ſondern eilten ein Jeder auf dem kürzeſten Wege der Heimath zu.

General Paszkiewicz, entſchloſſen, ſeinen Sieg mit allem Nachdrucke zu benutzen, brach, ohne ſeinen Truppen mehr als einen einzigen Raſttag zu gönnen, gegen Arzerum auf. Er hatte ſich darauf gefaßt gemacht, unterweges den Türken ein neues Treffen zu liefern, denn er wußte, daß der Seriaſker ſeine Infanterie, die noch gar nicht im Gefechte geweſen war, mit dem, was ihm von ſeiner Reiterei geblieben, bei der alten halbverfallenen Feſte Haſſan Kaleh auf den Anhöhen auf-

Digitized by Google

geſtellt hatte, die das Thal beherrſchen, durch welches die Straße nach Arzerum geht. Am 5. Juli, als er noch einige Stunden von Haſſan Kaleh entfernt war, wurde ihm jedoch gemeldet, daß auch dieſer letzte Reſt des türkiſchen Heeres, ohne ſeine Ankunft abzuwarten, ſich aufgelöſt und nach allen Richtungen zerſtreut hatte. Der Seriaſker hatte es für nöthig gefunden, ſich perſönlich nach Arzerum zu begeben, um die erforderlichen Vorkehrungen zu der Vertheidigung dieſer großen Stadt zu treffen, die mehr als 100,000 Einwohner zählte und wohl 20,000 Bewaffnete aufzubringen vermochte. In ſeiner Abweſenheit waren ſeine Truppen auseinandergelaufen. Dieſes neue Beiſpiel der tiefen Entmuthigung, von der die Türken ergriffen waren, berechtigte den ruſſiſchen Feldherrn zu der Vorausſetzung, daß auch Arzerum mit allen dort noch gehäuften Widerſtandsmitteln ohne Gegenwehr in ſeine Hände fallen würde. Er erließ eine Kundmachung an die Einwohner, worin er den Krieg für einen gegen den Sultan perſönlich aber nicht gegen das Volk der Osmanen geführten erklärte, ihnen Achtung ihrer Religion und volle Sicherheit des Eigenthums ſo wie der Perſonen verſprach und ſie für das unnütze Blutvergießen verantwortlich machte, welches durch einen vergeblichen Verſuch zum Widerſtande gegen die unüberwindlichen ruſſiſchen Waffen veranlaßt werden würde. Ein Mann, der in der Stadt einen großen Einfluß beſaß, der frühere Janitſcharenhäuptling Mamiſch Aga, der bei Kainly in ruſſiſche Gefangenſchaft gerathen und durch freundliche Behandlung völlig für die Ruſſen gewonnen war, übernahm es, dieſe Bekanntmachung nach Arzerum zu bringen und die Bevölkerung zur Unterwerfung zu beſtimmen. Der alte Janitſcharen-Aga, dem es ſehr einleuchtend war, daß kein Grund vorhanden ſey, ſich für einen Sultan aufzuopfern, der ſo viele Tauſende ſeiner Brüder mit dem Schwerte vertilgt hatte, war kaum zu Arzerum angelangt, als er geheime Unterhandlungen mit den Häuptern der Stadt anknüpfte, die er leicht überzeugte, daß es vortheilhafter ſey, ſich den Ruſſen zu unterwerfen, als Gut und Blut in einem hoffnungsloſen Kampfe einzuſetzen. Aber die Maſſe des Volkes war von fanatiſchem Haſſe gegen die Ungläubigen beſeelt; und der Seriaſker hätte nur mit einiger Kraft auftreten dürfen, um jeden Verrath unmöglich zu machen. Während er unentſchloſſen in ſeinem Palaſte verweilte, war der Anhang Mamiſch Aga's um ſo thätiger. Es wurde das Gerücht verbreitet, daß er zu entfliehen beabſichtige, und die Bürger ſtellten ihm eine Wache vor die Thür, um ihn am Entweichen zu hindern. Inzwiſchen ſetzte General Paszkiewicz ſeinen Marſch fort

Digitized by Google

und am 7. Juli gegen Mittag traf er in dem weiten Thale ein, in welchem die Stadt Arzerum gelegen iſt. Die Unterhandlungen, welche wegen der Uebergabe eröffnet wurden, führten zu keinem Ziele, weil die tobende Menge von derſelben nichts wiſſen wollte; und als die Ruſſen am andern Mittag näher heranrückten, wurden ſie von den Wällen mit Geſchützfeuer empfangen. Aber die Vertheidiger waren ein ungeordneter Haufe, ohne Führer; als General Paszkiewicz gegen den Top-dag, eine verſchanzte Anhöhe, welche die Stadt beherrſcht, vorging, wurde ihm derſelbe ohne Widerſtand überlaſſen und die Ruſſen eröffneten von hier aus ein wirkſames Feuer gegen die Batterien auf den Wällen. Jetzt ſank auch den wildeſten Fanatikern der Muth; wer ſich den Ruſſen nicht ergeben wollte, floh; eine Abordnung überbrachte die Schlüſſel der Stadt und der Citadelle, und um 6 Uhr Abends hielt eine ruſſiſche Heeresabtheilung ihren Einzug in die Hauptſtadt des türkiſchen Armeniens. Der Seriaſker, der noch vor weniger als vierzehn Tagen an der Spitze eines zahlreichen und wohlgerüſteten Heeres geſtanden, wurde in ſeinem eigenen Palaſte gefangen genommen. Eine ruſſiſche Behörde übernahm die oberſte Leitung der Verwaltung, bald darauf kamen aus allen Theilen des Landes Abordnungen, welche freiwillig ihre Unterwerfung anboten. Der Paſcha von Wan, an der perſiſchen Grenze, der während des Marſches der Ruſſen über den Saganlug in das Paſchalik von Bajaſid eingefallen war und dieſe Feſte hart bedrängt hatte, eilte, ſo wie er die Kunde von der Niederlage des Seriaſkers und von der Einnahme der Stadt Arzerum vernahm, ſich in ſeine Hochgebirge zurückzuziehen. Gegen den Kiaja des Seriaſkers, der in der Gegend von Baiburt unter den ſtreitbaren Gebirgsſtämmen an der Grenze des Paſchaliks Trapezunt ein Heer zu ſammeln begonnen, mit dem er Arzerum zu Hülfe ziehen wollte, wurde der tapfere General Burzow, der ſich noch als Oberſt bei dem Entſatze von Akhaltſikeh ausgezeichnet hatte, mit einer Heeresabtheilung ausgeſandt. Die Truppen des Kiaja zerſtreuten ſich bei ſeiner Annäherung; die bedeutende Stadt Baiburt, funfzehn Meilen von Arzerum, eröffnete ohne einen Verſuch der Vertheidigung ihre Thore. Aber Burzow ließ ſich durch ſein kriegeriſches Feuer und durch die Verachtung des Feindes, welche ihm die bisherigen Gefechte eingeflößt, zu weit hinreißen. Er erfuhr, daß ſich der kriegeriſche Stamm der Laſen erhoben und den Gebirgsflecken Chart in geringer Entfernung von Baiburt mit anſehnlicher Macht beſetzt hatte, und brach ſofort dahin auf, ohne Rückſicht auf die Zahl der Feinde zu nehmen. Bei dem Sturm

Digitized by Google

auf Chart fand er aber den hartnäckigſten Widerſtand, und ſein Corps mußte, nachdem er ſelbſt tödtlich verwundet worden war, mit ſchwerem Verluſte den Rückzug auf Baiburt antreten. General Paszkiewicz war von dieſem Unfalle nicht ſo bald unterrichtet, als er mit allen verfügbaren Streitkräften gegen Baiburt und Chart marſchirte. Die Laſen hatten ſich inzwiſchen auf den Anhöhen um Chart verſchanzt und erwarteten, 3000 Mann ſtark, feſten Fußes die Ankunft des ruſſiſchen Heeres, welches am Morgen des 8. Auguſt von Baiburt her anrückte. Dem Andrange an Zahl überlegener, mit ſchwerem Geſchütz verſehener regelmäßiger Truppen vermochten ſie aber nicht zu widerſtehen; ſie wurden ungeachtet der verzweifelteſten Gegenwehr gegen Abend von ihren Bergen hinuntergeworfen und in dem Flecken eingeſchloſſen. Die Mehrzahl entkam in dem Dunkel der Nacht; der Reſt wurde am andern Morgen, da Jeder ſich bis zum letzten Athemzuge wehrte, beinahe bis auf den letzten Mann erſchlagen. Ein anderes ſtärkeres Corps, welches ſich tiefer in dem Gebirge verſchanzt hatte, wurde am folgenden Tage auseinandergeſprengt, und ein großer Theil der Gebirgslandſchaften unterwarf ſich jetzt den Ruſſen, die es nicht verſchmähten, die einflußreichſten Führer durch Beſtechungen zu gewinnen.

Inzwiſchen hatte der Statthalter von Trapezunt, Chaſyndar Oglu, ſeine Ernennung zum Seriaſker in Aſien anſtatt des gefangenen Hadſchi Salech Paſcha erhalten. Er bezeichnete den Antritt ſeiner neuen Würde, indem er einen allgemeinen Aufruf zur Bewaffnung aller Muſelmänner erließ und den Entſchluß ausſprach, die Ungläubigen um jeden Preis aus Arzerum zu vertreiben. Seine Aufforderungen verfehlten ihre Wirkung nicht; denn eben ſo wie die Laſen im Norden, fingen auch die Kurden in den ſüdlichen Gebirgen an ſich zu rühren. Die Verbindungen der Ruſſen wurden auf verſchiedenen Punkten bedroht oder unterbrochen, und überall begann die Treue der Bevölkerungen, die ſich eben erſt unterworfen hatten, zu wanken. General Paszkiewicz hielt es unter dieſen Umſtänden für das Räthlichſte, dem Feinde zuvorzukommen und deſſen Plane zu vereiteln, ehe dieſelben zur Reife gediehen waren. Er drang auf unwegſamen Bergpfaden in die Gebirge ein, welche die Paſchaliks Arzerum und Trapezunt trennen, und verſuchte es nach der Küſte durchzubrechen, um den Seriaſker in dem Hauptſitze ſeiner Macht aufzuſuchen. Bald überzeugte er ſich jedoch von der Unmöglichkeit, ſein ſchweres Geſchütz weiter fortzuſchaffen, und da überdies das ganze Gebirge in Aufruhr gerieth und die kriegeriſchen Bewohner von allen Seiten zu der Vertheidigung der Päſſe herbeieilten,

Digitized by Google

ſo blieb ihm nichts Anderes übrig, als ſeinen Rückzug anzutreten. Er räumte Baiburt, nachdem er die Feſtungswerke geſprengt hatte, und zog ſeine Truppen ſo viel als möglich um Arzerum zuſammen, um jeden Augenblick bereit zu ſeyn, ſich mit Heereskraft nach dem Punkte zu wenden, von dem eine ernſte Gefahr drohte. Es war in der zweiten Hälfte des Septembers, als General Paszkiewicz die Nachricht erhielt, daß der Seriaſker das Gebirge überſtiegen und um Baiburt beträchtliche Streitkräfte zuſammengezogen habe, mit denen er gegen Arzerum vorzudringen beabſichtige. Der ruſſiſche Feldherr, ſeinem Grundſatze treu, nie einen Angriff des Feindes abzuwarten, brach am 6. October mit zwei ſtarken Heerſäulen gegen Baiburt auf, drängte die türkiſchen Vorpoſten auf dieſen Platz zurück und rückte am 9. bei Tagesanbruch zum Sturme gegen die Stadt und gegen die verſchanzten Anhöhen vor derſelben, welche die Türken mit 10,000 Mann beſetzt hatten, vor. Osman Paſcha, welcher das türkiſche Corps befehligte, zu deſſen Unterſtützung der Seriaſker mit einem andern ungefähr eben ſo ſtarken auf dem Marſche war, beging den unverzeihlichen Fehler, als die Ruſſen herankamen, mit einem Theile ſeiner Macht die Schanzen zu verlaſſen und dem Feinde entgegen zu gehen. Er wurde geworfen und die verfolgenden Ruſſen drangen mit den Fliehenden zugleich in die Schanzen und in die Stadt ein. Umſonſt ſuchten die Türken ſich in einer rückwärts gelegenen Stellung noch einmal zu halten; ſie wurden auch hier geſchlagen und gezwungen, mit dem Verluſte von 800 Todten und 1200 Gefangenen auf den ſteilen Gebirgswegen, deren Unzugänglichkeit ſie allein vor der völligen Vernichtung rettete, die Flucht zu ergreifen. Der Seriaſker, der am Morgen der Schlacht bereits den Flecken Balachor, wenige Stunden von Baiburt, erreicht hatte, zog ſich auf die Nachricht von der Niederlage der Seinigen mit ſeinem Heere zurück. Er war ſeit mehreren Tagen durch einen ruſſiſchen Courier, der am 2. October zur See in Trapezunt eingetroffen war, von dem Abſchluſſe des Friedens unterrichtet, hatte aber dennoch in dem Vertauen auf ſeine Uebermacht, da er des Sieges gewiß zu ſeyn glaubte, den Entſchluß gefaßt, das Glück der Waffen zu verſuchen, und bequemte ſich erſt, nachdem die Entſcheidung gegen ihn ausgefallen war, dazu, den ruſſiſchen Feldherrn von der Beendigung des Krieges in Kenntniß zu ſetzen.

So kehrte denn endlich nach einem zweijährigen Kampfe, der die türkiſche Macht in ihren Grundfeſten erſchüttert und das Reich der Osmanen durch die äußerſte Erſchöpfung aller ſeiner Hülfsquellen in

Digitized by Google

unheilbare Schwäche geſtürzt hatte, in Aſien wie in Europa die Ruhe des Friedens zurück. Die eroberten türkiſchen Provinzen, mit Ausnahme der abgetretenen Gebietstheile, wurden von den ruſſiſchen Heeren in den zu Adrianopel feſtgeſetzten Friſten geräumt; nur die beiden Donaufürſtenthümer nebſt der Feſtung Siliſtria blieben den Beſtimmungen des Friedensvertrages gemäß in den Händen der Ruſſen, bis die Kriegsentſchädigung abgetragen war, die jedoch bei der erwieſenen Zahlungsunfähigkeit der Pforte ſpäter, im Mai 1830, von 10 Millionen Ducaten auf 7 Millionen herabgeſetzt wurde.

Während der Dauer des Kampfes waren auf dem ganzen europäiſchen Feſtlande die Erfolge der ruſſiſchen Waffen von den ſtaunenden Völkern mit Freuden begrüßt worden. Nur die Höfe gingen in ihrem Urtheile von dem politiſchen Geſichtspunkte aus; von den Völkern wurde der Krieg zwiſchen den Ruſſen und den Türken als ein Kampf europäiſcher Geſittung gegen aſiatiſche Barbarei betrachtet. Gutmüthige Schwärmer gaben ſich willig dem Glauben hin, daß der Sturz des osmaniſchen Reiches unvermeidlich ſey, und ſahen im Geiſte bereits den Halbmond auf den Zinnen des alten Byzanz von dem ſiegenden Kreuze verdrängt. Nur die tiefer Blickenden erkannten die Eiferſucht der Mächte, die eine Beſitznahme von Konſtantinopel durch die Ruſſen unmöglich machte. Dem äußern Scheine nach war das gute Vernehmen zwiſchen den Höfen keinen Augenblick geſtört worden, aber ganz in der Stille war in der europäiſchen Politik eine Veränderung vor ſich gegangen, welche die gegenſeitigen Beziehungen der Großmächte von Grund aus umgeſtaltete. Schon der Tod Kaiſer Alexanders hatte die Bande perſönlicher Freundſchaft, welche Oeſterreich, Preußen und Rußland zu einer großen Familie vereinigen ſollten, gar ſehr gelockert; die Sonderung der politiſchen Intereſſen, welche Oeſterreich durch ſeine offene Parteinahme für die osmaniſche Pforte kund gab, während Rußland, England und Frankreich ſich zur Rettung des edlen Hellenenvolkes verbanden, war aber nicht hinreichend geweſen, das Einverſtändniß aufzuheben, das zwiſchen den Höfen des Feſtlandes in Bezug auf beinahe alle andere große politiſche Fragen beſtand. Erſt durch den ruſſiſchen Türkenkrieg wurde dieſe Sonderung zur entſchieden feindſeligen Spaltung geſteigert; und wenn es auch gelang, den offenen Bruch zu vermeiden, ſo war doch fortan jene Einheit der Maßregeln nicht mehr möglich, durch welche, wenn ſie von den Stiftern des heiligen Bundes ſich auf die Nachkommen vererbt hätte, die politiſche Entwicklung auf dem europäiſchen Feſtlande zu einem ewigen Stillſtande verurtheilt

worden wäre. Der furchtbare Bann, der, obwohl durch die reinſten Abſichten hervorgerufen, die Geiſter zu tödtlicher Erſtarrung niederdrückte, war gebrochen. Von dem Augenblicke, wo die Höfe ſich trennten, wo ſie ſich entſchloſſen, in ihrer auswärtigen Politik jeder für ſich den Weg einzuſchlagen, den er ſeinem beſonderen Vortheile am angemeſſenſten erachtete, war auch den Völkern die Möglichkeit einer freien Ausbildung ihrer beſonderen Eigenthümlichkeit im Innern zurückgegeben.

Digitized by Google

Fünftes Buch.

Die franzöſiſche Juli-Revolution.

Erſtes Hauptſtück.

Der parlementariſche Sieg des Liberalismus in Frankreich.

Der Sturz des Miniſteriums Villèle in Frankreich war nicht bloß die Niederlage einer politiſchen Partei, ſondern zugleich eine entſcheidende Niederlage des Königthumes. Seltſam genug iſt es, daß gerade die Partei, die ſich vorzugsweiſe die royaliſtiſche nannte, und deren Mitglieder in der That, ihrer großen Mehrzahl nach, perſönlich von unzweifelhaft royaliſtiſchen Geſinnungen beſeelt waren, dennoch die Grundlagen der königlichen Macht zuerſt und am tiefſten untergrub. Die royaliſtiſche Mehrheit von 1815 eröffnete zuerſt jenen Kampf gegen die königliche Gewalt, welche den Mittelpunkt der politiſchen Macht von der Krone auf die Wahlkammer übertrug. Der König ernannte die Miniſter; aber das Vertrauen des Monarchen war nicht hinreichend, ihnen das Vertrauen der Kammer zu erwerben. Dieſe ſchrieb ihnen das Geſetz vor, welches ſie befolgen mußten, wenn ſie nicht auf die Unterſtützung der Kammer und damit auf die Leitung der Geſchäfte verzichten wollten. Schwerlich würde die royaliſtiſche Partei in ihrem Eifer für die Wahrnehmung verfaſſungsmäßiger Freiheiten ſo weit gegangen ſeyn, wenn ſie geahnt hätte, für wen ſie arbeitete. In dem augenblicklichen Beſitze der Macht glaubte ſie, dieſelbe für immer be-

Digitized by Google

haupten zu können, und vergaß, daß die Mehrheit einer durch freie Wahl gebildeten Körperſchaft ihrer Natur nach wandelbar iſt; daß die Vermehrung des Reichthumes, die eine nothwendige Folge der fortſchreitenden Entwicklung des Handels und des Gewerbfleißes war, im Verlaufe der Zeit eine immer größere Zahl aus der, wenn nicht von republikaniſchen und revolutionairen, doch von liberalen Anſichten durchdrungenen Maſſe des Bürgerſtandes zur Wahlberechtigung emporheben mußte; und daß auf dieſe Weiſe, ſelbſt ohne einen großen politiſchen Umſchwung, wie er bei den Wahlen des Jahres 1827 Statt fand, ſich eine Umgeſtaltung in der Zuſammenſetzung der Kammer vorbereitete, welche das für dieſe errungene Uebergewicht früher oder ſpäter in die Hände der Gegner legen mußte.

Die Verwaltung, welcher Herr von Villèle bei ſeinem erzwungenen Rücktritte die Zügel überließ, fand eine Aufgabe vor ſich, von der man ſagen kann, daß unter den obwaltenden Umſtänden keine menſchliche Kraft zu ihrer befriedigenden Löſung ausreichte. Die royaliſtiſche Mehrheit der Abgeordnetenkammer, auf welche das Miniſterium Villèle ſich geſtützt hatte, war durch die Wahlen geſprengt. Die liberale Partei, welche eine Menge vorragender Talente in ſich vereinigte, hatte zwar für ſich allein keine entſchiedene Mehrheit erlangt; aber eine nicht geringe Zahl der ſtrengſten Royaliſten war durch ihre Theilnahme an dem erbitterten Kampfe gegen den Staatsmann, der ſieben Jahre hindurch in ſeiner Perſon die Regierung Frankreichs verkörperte, Schritt für Schritt zu immer ſchrofferer Trennung von den Feldzeichen, denen ſie urſprünglich folgten, und zu einer ſo folgerechten Ausbildung der Grundſätze des conſtitutionellen Königthumes hingedrängt worden, daß ſie ſich von den eigentlichen Liberalen beinahe nur noch durch die Gefühle und Neigungen, die ſie mit unzerſtörbaren Banden an das Königshaus der Bourbonen ketteten, aber keineswegs mehr durch ihre politiſche Geſinnungen unterſchieden. Nur jene Abtheilung der Ultraroyaliſten, die ſich zur Parteinahme gegen Villèle nicht ſo ſehr durch eine tiefer wurzelnde Abweichung in den Anſichten, als durch perſönlichen Haß oder durch Mißtrauen in ſeine Aufrichtigkeit hatte hinreißen laſſen, blieb dem Banner der auf die Adelsherrſchaft geſtützten Monarchie, welches ſie von Anfang erhoben, mit unwandelbarer Treue zugethan. Zwiſchen dieſen beiden ſo weit von einander getrennten Abtheilungen der royaliſtiſchen Partei ſtand die ſehr zuſammengeſchmolzene Schaar der unbedingten Anhänger des geſtürzten Miniſterpräſidenten, die nach dem Verluſte ihres Führers bereit war, jedem neuen Haupte zu folgen,

Digitized by Google

welches die gleichen Bürgſchaften des Vertrauens der Krone mit ſich brachte. Wie ſchwer es war, dieſe verſchiedenen Abſchattungen der royaliſtiſchen Meinungen zu einem Ganzen zu vereinigen, konnte dem befangenſten Blicke nicht verborgen bleiben; auch Karl X. verkannte die Schwierigkeit nicht; er ſah wohl ein, daß es für den Augenblick unmöglich geworden worden war, in dem Sinne, dem die Verwaltung Villèle's entſprochen, offen fortzuregieren; aber er glaubte, daß einige leichte Zugeſtändniſſe, die er unter dem Vorbehalte ſpäterer Zurücknahme zu machen gedachte, vollkommen genügen würden, die abtrünnigen Royaliſten, welche ſich auf die liberale Seite neigten, zufriedenzuſtellen und zu ihren alten Fahnen zurückzuführen: ein verderblicher Irrthum, der von vorn herein jede Verſöhnung mit der ſiegenden Volksmeinung unmöglich machte, in dem er aber durch Villèle beſtärkt wurde, der mit ſeiner äußern Stellung nicht zugleich ſeinen in langjähriger Gewohnheit begründeten Einfluß auf die Entſchließungen des Monarchen verloren hatte. Von dieſer Anſicht ging der greiſe Fürſt aus, indem er ſein neues Miniſterium bildete. Graf Chabrol, der Marineminiſter der Verwaltung des Herrn von Villèle, wurde beauftragt, dem Könige die Namen vorzuſchlagen, die er für die geeignetſten hielt. Nach vielfachen vergeblichen Unterhandlungen kam endlich eine Liſte zu Stande, der Karl X. ſeine Genehmigung ertheilte. Nur zwei Männer, die niemals als Freunde Villèle's gegolten hatten, traten in das Cabinet: Graf Portalis, dem die Siegel übertragen wurden, und Graf Roy, der Vorgänger Villèle's in der Finanzverwaltung, der jetzt auch ſein Nachfolger wurde, aber ohne gleich ihm den Vorſitz im Miniſterrathe zu erhalten: beide durch den kräftigen Widerſtand, den ſie in der Pairskammer mehr als einer unvolksthümlichen Maßregel der Regierung entgegengeſetzt, zu ihrem Vortheile wohl bekannt. Das Miniſterium des Auswärtigen erhielt der Graf de la Ferronays, ein alter Edelmann von ehrenhaftem Charakter, der beinahe ſein ganzes Leben außerhalb Frankreichs zugebracht hatte, da er, von der Auswanderung als Kammerherr des Herzogs von Berry zurückgekehrt, nachdem er ſich mit dem Prinzen überworfen, lange Jahre zuerſt Geſandter in Kopenhagen und darauf Botſchafter zu St. Petersburg geweſen war. Von dem alten Miniſterium blieb außer dem Grafen Chabrol nur der Biſchof von Hermopolis, Frayſſinous, der ſich jedoch genöthigt ſah, einen wichtigen Theil ſeines Wirkungskreiſes, die Leitung des Unterrichtsweſens, aufzugeben, da Portalis die Trennung deſſelben von der Verwaltung der geiſtlichen Angelegenheiten zur Be-

Digitized by Google

dingung ſeines Beitrittes gemacht hatte. Wie wenig es aber damit Ernſt war, die alten Wege zu verlaſſen, und in die gemäßigte Richtung der Herren Portalis und Roy einzugehen, zeigte die Beſetzung der übrigen Miniſterſtellen. Der zum Miniſter des Innern ernannte Vicomte de Martignac, der neue Kriegsminiſter, General de Caux und der Handelsminiſter Graf de Saint Cricq hatten ſämmtlich bereits unter Villèle an der Spitze untergeordneter Zweige der Verwaltung geſtanden; der bedeutendſte unter ihnen, Herr von Martignac, den zwar der Ruf eines gewandten Redners, aber keineswegs eines Staatsmannes von ſelbſtſtändigen Anſichten begleitete, hatte bis zuletzt alle gute und ſchlimme Maßregeln Villèle's vertheidigt: und auch Herr von Vatimesnil, dem nach einigem Zögern unter dem Titel eines Großmeiſters der Univerſität das Miniſterium des öffentlichen Unterrichtes vertraut wurde, hatte als Generaladvocat bei dem Caſſationshofe ſich immer nur als der willige Diener der Gewalt bewährt. Welche Erwartungen Karl X. von ſeinen neuen Miniſtern hegte, ſprach er ohne Rückhalt aus, als ſie ſich zum erſten Male in den Tuilerien verſammelten. „Ich muß Ihnen erklären, meine Herren," — redete er ſie an — „daß ich mich ungern von Herrn von Villèle trenne; man hat ſich über ihn getäuſcht: ſein Syſtem war das meinige."

Das neue Miniſterium, wenn auch ſeiner Mehrzahl nach aus Beſtandtheilen zuſammengeſetzt, die daſſelbe beinahe als eine Fortſetzung der eben erſt aufgelöſten Verwaltung erſcheinen ließen, begriff doch, daß es um jeden Preis wenigſtens jene Mißbräuche beſeitigen müſſe, welche die Gefühle der Nation am empfindlichſten verletzten und gegen welche die öffentliche Meinung die lauteſten Anklagen erhob. Einer der erſten Schritte, die deshalb geſchahen, war die Niederſetzung einer Commiſſion, die den Auftrag erhielt, den Zuſtand der geiſtlichen Vorbereitungsſchulen zu unterſuchen und darauf zu achten, daß ihre Einrichtung mit den Geſetzen des Königreiches in Einklang gebracht, oder mit anderen Worten, daß die Leitung derſelben den Jeſuiten entzogen würde. Ebenſo verhaßt, wie die einſeitige religiöſe Richtung, welche ſich des Schulweſens bemächtigt hatte, war die willkürliche Handhabung der Polizei, der eine Menge Abſcheulichkeiten nachgeſagt wurden, und von der man behauptete, daß ſie gleichfalls jeſuitiſchen Einflüſſen zum Werkzeuge diente. Die Generalpolizeidirection, die unter dem mit Verwünſchungen überladenen Franchet alle Befugniſſe des früheren Polizeiminiſteriums in ſich vereinigte, wurde daher völlig aufgehoben und an die Stelle des Polizeipräfecten der Seine Delavau wurde der

Digitized by Google

redliche, von allen Parteien geachtete Debelleyme ernannt. Nach dieſen Zugeſtändniſſen, die der Volksſtimme gemacht wurden, glaubten die Miniſter ſich ſtark genug, den Parteien in den Kammern entgegenzutreten. Die Thronrede, mit der dieſe eröffnet wurden, hielt ſich in allgemeinen Redensarten, die darauf berechnet waren, den liberalen Neigungen der Nation zu ſchmeicheln, ohne daß man irgend eine beſtimmte Verpflichtung übernommen hätte. Der König ſagte, indem er feierlich die Stimme erhob: „Entſchloſſen, die Charte, die mein Bruder verliehen, und die ich aufrecht zu halten geſchworen habe, in meinen Staaten mehr und mehr zu befeſtigen, werde ich Sorge tragen, daß man mit Weisheit und Beſonnenheit daran arbeite, unſere Geſetzgebung mit derſelben in Uebereinſtimmung zu bringen.“ Im Verfolge wurde darauf hingedeutet, daß wichtige Fragen der innern Verwaltung in der Erörterung begriffen wären; aber keine einzige dieſer Fragen wurde näher bezeichnet; und es war daher ſehr verzeihlich, wenn die Worte des Königs von den Liberalen mit Mißtrauen aufgenommen wurden, da ſie nicht wußten, welchen Sinn die Miniſter denſelben unterlegten. Dieſen geſchah, wenn man vorausſetzte, daß ſie nicht allzuſehr geneigt wären, von freien Stücken einen der früheren Verwaltung geradezu entgegengeſetzten Gang einzuſchlagen, kein großes Unrecht. Denn ihre erſten Bemühungen nach dem Zuſammentreten der Kammern waren, dem Wunſche des Königs gemäß, darauf gerichtet, die Spaltungen auszugleichen, welche zwiſchen den, ſey es durch perſönliche Beweggründe, ſey es durch Verſchiedenheit der Meinung, getrennten Abtheilungen der royaliſtiſchen Partei beſtanden. In der Abgeordnetenkammer ſuchten ſie deshalb anfangs die Wiedererwählung des früheren Präſidenten Ravez zu bewirken, der ſo viele Jahre hindurch das Haupt derſelben Mehrheit geweſen war, die Herrn von Villèle ihre beharrliche Unterſtützung gewährt hatte. Alle ihre Bemühungen ſcheiterten indeſſen an dem Widerſtande der abtrünnigen Royaliſten, die es vorzogen, ſich mit den Liberalen, ſtatt mit den alten Anhängern Villèle's zu vereinigen, und die bei ihrer Stellung zwiſchen den beinahe gleichgetheilten Parteien es in ihrer Macht hatten, durch ihre Stimmen, je nachdem ſie ſich auf dieſe oder jene Seite wandten, den Ausſchlag zu geben. Unter den fünf Candidaten, welche die Kammer vorzuſchlagen hatte, erhielt bei der erſten Wahl keiner die geſetzlich erforderte Mehrheit. Es mußte zu einer zweiten Wahl geſchritten werden und bei dieſer fielen die Stimmen auf vier Mitglieder der Zwiſchenpartei Delalot, Hyde de Neuville, Royer Collard, Gautier, und auf einen Li-

Digitized by Google

beralen Caſimir Périer. Ravez, nebſt allen übrigen Candidaten der reinen Royaliſten, war beſeitigt. Der König ernannte Royer Collard, der zwar nur der Dritte auf der Liſte, deſſen Name ihm aber der am wenigſten anſtößige war, zum Präſidenten. Wenn es ſchon durch das Ergebniß der Präſidentenwahl offenbar wurde, daß eine Verſtändigung zwiſchen den conſtitutionellen Royaliſten und den Liberalen Statt gefunden haben mußte, ſo zeigte ſich dies doch noch unzweideutiger in dem überraſchenden Ausgange, zu dem die Verhandlungen über die Adreſſe führten. Die von der Abgeordnetenkammer zu der Abfaſſung des Adreßentwurfes niedergeſetzte Commiſſion hatte in denſelben eine Stelle aufgenommen, welche den bitterſten Tadel gegen das Miniſterium Villèle ausſprach. „Die Klagen Frankreichs," hieß es wörtlich, „haben das bedauernswerthe Syſtem (le système déplorable) zurückgewieſen, welches die Verheißungen Ew. Majeſtät zur Täuſchung machte." Darüber kam es, als der Entwurf der Kammer vorgelegt wurde, zu ſtürmiſchen Erörterungen. Herr von Montbel, ein perſönlicher Freund Villèle's, vertheidigte deſſen Verwaltungsmaßregeln mit allem Feuer des Südfranzoſen; „ſchon aus Achtung vor der Würde des Königthumes," rief er zum Schluſſe aus, „hätte man ein ehrerbietiges Stillſchweigen über die Handlungen der vorhergehenden Verwaltung beobachten ſollen!" — „Die Grundlage der Größe und der Dauer unſeres alten Königsſtammes," entgegnete Agier, der Wortführer der freiſinnigen Royaliſten, „iſt die conſtitutionelle Ordnung. Hat die Kammer nicht das Recht über ein gefallenes Syſtem zu urtheilen? Liegt dieſes Urtheil nicht in ihren conſtitutionellen Rechten?" — „Das abgetretene Miniſterium," meinte Herr Sirieys de Mayrinhac, „hat viel Gutes und Großes vollbracht; und es würde noch beſtehen, wenn die frühere Mehrheit noch in dieſer Kammer vorhanden wäre." — Benjamin Conſtant griff dieſe freilich ſehr naive Aeußerung auf, um alle die unſeligen Maßregeln aufzuzählen, welche den Gang der geſtürzten Verwaltung bezeichneten; er hob beſonders die Verſchleuderungen des ſpaniſchen Krieges und die zweimalige Einführung der Cenſur hervor, die das erſte Mal Frankreich aus Gründen aufgelegt worden ſey, welche eine Beleidigung für die franzöſiſchen Gerichtshöfe enthielten, das andere Mal, ohne daß man es für nöthig gefunden hätte, irgend erhebliche Gründe anzugeben. „Ein ſolches Verfahren," ſchloß er, „könne man nicht anders als bedauernswerth nennen." — „Es giebt hier nichts Bedauernswerthes, als die Adreſſe!" rief in leidenſchaftlicher Erregung der ultraroyaliſtiſche Marquis de la Boeſſière aus; er ſeinerſeits, fügte

Digitized by Google

er hinzu, würde ſich nie dazu verſtehen, wenn das Loos ihn zur Theilnahme an der Deputation beſtimmen ſollte, eine ſolche Adreſſe dem Könige zu überreichen. — Der liberale Herr von Chauvelin war der Anſicht, daß man allerdings Alles vermeiden müſſe, was die Gefühle des Monarchen verletzen könne; dagegen hielt er es für die Pflicht der Kammer, einen treffenden Tadel gegen eine durch die Weisheit des Königs verurtheilte Verwaltung auszudrücken, die nur mit Trug und Beſtechung zu Werke gegangen ſey, und eben ſo ſehr die theuerſten Intereſſen des Thrones, wie des Landes verkannt habe. — Herr von Labourdonnaye verlangte, ungeachtet ſeines perſönlichen Haſſes gegen Villèle, die Auslaſſung der Stelle, indem er es für unſchicklich erklärte, ſo harte Ausdrücke in Gegenwart des Königs zu gebrauchen. Von den Miniſtern nahm nur der Vicomte de Martignac an dem Streite Theil, ſprach aber mit einer Ruhe und Mäßigung, die ihm von den Freunden Villèle's als Lauheit, wo nicht als Verrath ausgelegt wurde. Sein Wunſch, daß die tadelnden Worte des Entwurfes gemildert werden möchten, fand bei den erbitterten Parteien kein Gehör; die Adreſſe wurde im Weſentlichen unverändert mit einer Mehrheit von 34 Stimmen angenommen.

Karl X. vernahm dieſen ihm ganz unerwarteten Erfolg der Verhandlungen mit der äußerſten Entrüſtung. „Sie ſehen," rief er den Herren von Martignac und Portalis entgegen, die des Abends in das Schloß beſchieden wurden, „Sie ſehen, wozu man uns bringt! Ich werde nicht dulden, daß man meine Krone in den Koth wirſt. Mein Entſchluß iſt gefaßt. Sie, Herr von Martignac, werden die Kammer in mein großes Cabinet berufen, dort umgeben von den Pairs und den Großen des Staates, werde ich den Abgeordneten erklären, daß ſie die königliche Majeſtät beleidigt haben, und daß ich ſie auflöſe." Die beiden Miniſter bewieſen dem Ausbruche des königlichen Unwillens gegenüber eine achtungswerthe Feſtigkeit. Herr von Martignac ſagte dem Könige, daß er vollkommen Recht habe, über den Ton der Adreſſe ungehalten zu ſeyn; auch die Miniſter wären weit davon entfernt, denſelben zu billigen; der Entſchluß, von dem Se. Majeſtät ſpreche, ſey aber zu ernſter Art, als daß Ihre Räthe nicht in Erwägung ziehen müßten, ob ſie länger im Stande wären, dem Könige zu dienen. Die Drohung des Rücktritts, die in dieſen mit aller ſchuldigen Ehrerbietung geſprochenen Worten lag, verfehlte ihre Wirkung nicht. Karl X. begnügte ſich, in die Antwort, die er der mit Ueberreichung der Adreſſe beauftragten Abordnung der

Digitized by Google

Kammer ertheilte, einige Aeußerungen einfließen zu laſſen, welche eine in die mildeſte und ſchonendſte Form gekleidete und nur durch den feinſten Tact herauszufühlende Zurechtweiſung enthielten.

Die beiden Mitglieder des Cabinettes, die in daſſelbe aus dem Miniſterium Villèle übergegangen waren, Graf Chabrol und der Biſchof von Hermopolis, hatten den Tadel der Kammer nicht abgewartet, um ſich aus einer Stellung zurückzuziehen, von der ſie zum voraus ſahen, daß ſie dieſelbe mit Ehren nicht würden behaupten können. Anſtatt des Grafen Chabrol übernahm die Verwaltung des Seeweſens der wackere, nur etwas zu leidenſchaftliche Hyde de Neuville, der als Geſandter zu Liſſabon durch ſein kräftiges und würdevolles Auftreten ſich die Achtung aller Parteien erworben hatte; den Biſchof von Hermopolis erſetzte Feutrier, Biſchof von Beauvais, ein Prälat, der, einſt durch den Cardinal Feſch begünſtigt, ſchon dadurch den Liberalen empfohlen war, ſich aber in der That vor den meiſten höheren Geiſtlichen durch wahre Frömmigkeit und die immer mit derſelben verbundene Duldung auszeichnete. Erſt nachdem das Cabinet auf dieſe Weiſe ergänzt war, erlangte daſſelbe jene *Einheit*, die zu der Durchführung einer feſten und ſelbſtſtändigen *politiſchen* Anſicht erforderlich war. Zwei Geſetzentwürfe, die in kurzer Friſt nach einander der Abgeordnetenkammer vorgelegt wurden, der erſte über die jährliche Durchſicht der Wähler- und der Geſchwornenliſten, der andere über die periodiſche Preſſe, ließen keinen Zweifel darüber, daß die Miniſter ſich von den traurigen Ueberlieferungen der Verwaltung des Herrn von Villèle jetzt völlig losgeſagt und für ein aufrichtiges Eingehen auf die in der Charte niedergelegten Grundſätze des conſtitutionellen Königthumes entſchieden hatten. Der Geſetzentwurf über die Wählerliſten hatte zum Zwecke, dem Mißtrauen gegen die Redlichkeit der Behörden zu begegnen, welches durch die Wahlbeſtechungen und Betrügereien unter Villèle verbreitet worden war. Die ſcharfſinnigſten Beſtimmungen waren getroffen, um alle Unterſchleife, ſo weit dies überhaupt durch ein Geſetz zu erreichen ſteht, unmöglich zu machen. Nicht allein den zunächſt Betheiligten, ſondern jedem Wähler wurde das Recht eingeräumt, gegen willkürliche Auslaſſungen Berechtigter aus den Liſten, ſo wie gegen die Eintragung Unberechtigter Beſchwerde zu erheben; und von der Entſcheidung der Präfecten wurde die Berufung an die königlichen Gerichtshöfe geſtattet, die in öffentlicher Sitzung ihr Urtheil abzugeben hatten, ſo daß nicht leicht irgend eine Bürgſchaft vermißt wurde, die man billiger Weiſe verlangen konnte. Dennoch waren weder die Ultraroyaliſten, denen man dies am wenigſten verargen

Digitized by Google

durfte, noch die Liberalen zufriedengeſtellt. Der liberale Abgeordnete Jars, der bei der Erörterung in der Kammer zuerſt das Wort nahm, erklärte den Geſetzentwurf für durchaus unzureichend, weil keine Strafen auf Uebertretungen von Seiten der Behörden geſetzt wären. Selbſt ſo gemäßigte Männer, wie Duchâtel und Deſtutt de Tracy, wollten nur unter der Bedingung für den miniſteriellen Entwurf ſtimmen, daß zahlreiche Verbeſſerungen in denſelben aufgenommen würden. Auf der andern Seite verſicherte der ultraroyaliſtiſche de la Boulaye, daß das vorgeſchlagene Geſetz ſehr unnöthig wäre. „Ihr wollt alle Betrügereien verhüten?“ wandte er ſich gegen die linke Seite; „dann muß das Geſetz auch die Verführung durch Verſprechungen oder Drohungen treffen; dann muß es die Mittel bieten, dem Einfluſſe jener leitenden Ausſchüſſe, jener berathenden Verſammlungen vorzubeugen, die darauf ausgehen, das ganze Wahlſyſtem umzuſtürzen.“ Dagegen bemerkte de Beaumont: es ſey allerdings nicht zu leugnen, daß Vereinigungen, die ſich zur Aufgabe ſetzten, die Wähler in einem gewiſſen Sinne zu bearbeiten, wie ſie bei den letzten Wahlen Statt gefunden, eine ernſte Gefahr drohten; man dürfe aber nicht vergeſſen, daß dieſe Vereinigungen nur durch die Willkürlichkeiten der jüngſten Verwaltung hervorgerufen worden wären, weil man in ihnen das einzige wirkſame Mittel des Widerſtandes geſehen. Das gegenwärtige Miniſterium gebe durch das Geſetz, welches daſſelbe der Kammer vorgelegt, eine Bürgſchaft gegen die Wiederkehr ſo verwerflicher Verirrungen. Agier, deſſen Stimme von bedeutendem Gewicht war, da er in gewiſſer Beziehung als das Haupt der conſtitutionellen Royaliſten galt, die bei ihm ſich regelmäßig verſammelten, trat zum erſten Male offen als der Freund und Vertheidiger des neuen Miniſteriums auf. Er ſprach ſeine Ueberzeugung aus, daß der Geſetzentwurf den wahren Bedürfniſſen des Landes Genüge leiſte; nicht durch die Furcht vor der Strafe, ſondern durch das Verlangen nach der öffentlichen Achtung müſſe die Vollziehung der Geſetze geſichert werden. Es ſey zu hoffen, daß jetzt, nachdem die Veranlaſſung gehoben ſey, alle Parteizwiſte ſich in der gemeinſamen Liebe des Königs und des Vaterlandes ausgleichen würden. Der Miniſter des Innern, der hierauf das Wort nahm, verbreitete ſich ausführlich über die Nachtheile, die aus der Aufnahme von Strafbeſtimmungen in das Geſetz hervorgehen würden; er zeigte, wie ſehr es den Gang der Verwaltung hemmen müſſe, wenn es jedem Wähler frei ſtehen ſollte, ſeinen Präfecten vielleicht nur in einer Anwandlung von übler Laune vor Gericht zu ziehen. „Man ſpricht von Einmiſchungen in

Digitized by Google

die Wahlen," ſagte er, „die Statt gefunden haben ſollen; allerdings haben ſolche Einmiſchungen Statt gefunden, aber nicht von Seiten der Regierung. Perſonen, denen die Regierung dies Recht nicht zugeſteht, haben zahlreiche Rundſchreiben verbreitet; ſie haben den Wahlcollegien Abgeordnete ihrer Wahl aufgedrängt. Was wir am meiſten zu fürchten haben, das iſt die drohende Thätigkeit der Parteimänner und die Unthätigkeit, die Gleichgültigkeit der friedlich Geſinnten." Der Veteran der Revolution Lafayette konnte es ſich nicht verſagen, einige Erinnerungen aus jener Zeit ſeines Ruhmes zurückzurufen. Damals, behauptete er, wäre Jedermann darüber einverſtanden geweſen, auf welche Weiſe die Wahlen geordnet werden müßten; denn man habe erkannt, daß die Wahlen die ſicherſte Bürgſchaft der Freiheit wären, und daß die Freiheit das höchſte Gut für edle Seelen ſey. Er geſtand zu, daß die Beſtimmungen des Geſetzentwurfes in gutem Glauben abgefaßt wären, leugnete aber ihre praktiſche Wirkſamkeit, ſo lange die Formen der Verwaltung nicht weſentlich verbeſſert würden. „Gehen wir dieſe ganze Beamtenhierarchie durch," ſagte er, „wo finden wir eine Spur von Unabhängigkeit? Präfecten, Unterpräfecten, Präfecturräthe, Gemeinderäthe, Maires, Friedensrichter, alle ſind Geſchöpfe der Gewalt und nach Gütdünken abſetzbar." — „Ich weiß nicht, ob ich mich irre," entgegnete Herr de Conny, „aber mir ſcheint die Zukunft Frankreichs von Revolutionen und öffentlichem Unglück ſchwanger. Das Geſetz, welches man uns vorſchlägt, iſt in ſeinen Grundlagen mangelhaft. Gerade die Hauptſache fehlt; denn es findet ſich keine einzige Beſtimmung darin, welche die Freiheit der Wahlen gegen unbefugte Einmiſchungen ſicherte. „In gleichem Sinne äußerte ſich Donadieu de Lesmaiſons. Die größte Gefahr drohe der Wahlfreiheit durch die Wahlvereine. Solche geſetzwidrige Vereinigungen hätten zur Zeit des Convents beſtanden. Der Convent habe Soldaten und Kanonen gehabt, und dennoch ſey er durch die Klubbs beherrſcht worden. Der gemäßigt liberale Etienne übernahm es, die Angriffe der royaliſtiſchen Redner zurückzuweiſen. „Woher," fragte er, „dieſes Gefühl der Unruhe, welches noch die Gemüther bewegt? Der Grund liegt darin, daß man unkluger Weiſe die Zukunft mit den Unfällen der Vergangenheit bedroht; daß man keck genug iſt, Frankreich, dies ruhige treu ergebene Land, als einen Heerd der Unordnungen anzuklagen; daß man furchtbare Schreckbilder heraufbeſchwört, um den Glauben an Meutereien zu erwecken, die nur jenen Herren zum Vortheile gereichen würden, welche den Schein annehmen, als ob ſie vor denſelben zitterten, und welche,

Digitized by Google

nachdem ſie alle andere Arten der Heuchelei erſchöpft, ſich jetzt zu der Heuchelei der Furcht flüchten.“ Der Widerſtand der Ultraroyaliſten hatte die Wirkung, die ſich erwarten ließ; er belehrte die Liberalen über ihr wahres Intereſſe, welches ſie zu verkennen im Begriff waren. Sie ſtimmten in Maſſe für den Geſetzentwurf, der beredter als durch das Lob ſeiner Vertheidiger, durch den Tadel der Gegner empfohlen wurde. Das Geſetz über die Wählerliſten wurde mit einer Mehrheit von 257 Stimmen gegen 105 angenommen.

Noch ſtand dem miniſteriellen Werke jedoch eine harte Prüfung in der Pairskammer bevor, in der die Häupter der geſtürzten Verwaltung, Villèle, Peyronnet und Corbières, die nach ihrer Verabſchiedung mit der Pairswürde bekleidet worden waren, durch ihre zahlreichen Ernennungen eine mächtige Partei beſaßen. Der Geſetzentwurf wurde von dieſer als eine verdeckte Anklage gegen die frühere Verwaltung aufgefaßt, welche nur zu häufig die Wahlen durch dieſelben Mittel zu ihren Gunſten gelenkt hatte, deren Wiederanwendung für die Zukunft unmöglich gemacht werden ſollte. Dennoch wagte Villèle keinen offenen Angriff auf den Entwurf als Ganzes, theils weil er dadurch ſeine geheimen perſönlichen Plane, die immer noch auf die Wiedererlangung der Macht gerichtet waren, zu ſehr bloßgegeben hätte, theils aber auch weil in dieſem Falle der Erfolg ſehr zweifelhaft erſchien, da ſich vorherſehen ließ, daß die geſammte frühere Oppoſition, die ſo manche ſeiner eigenen Maßregeln vereitelt hatte, auf die Seite der Miniſter treten würde. Er beſchloß vielmehr, alle ihm zu Gebote ſtehenden Streitkräfte gegen einen einzelnen Abſchnitt zu vereinigen, der vom royaliſtiſchen Streitpunkte aus die meiſten Blößen darbot, und deſſen Erörterung ihm daher, ſelbſt ſofern er mit ſeiner Anſicht nicht durchdrang, den Vortheil verſprach, ihn in der Meinung der Partei auf Koſten ſeiner Gegner, die derſelben doch auch noch angehörten, zu erheben. Der Kampf, zu dem es dennoch gleich bei der Vorlegung des Geſetzentwurfes kam, war daher nur als ein Vorſpiel der eigentlichen Entſcheidung zu betrachten. Herr von Martignac ſprach ſich, indem er das von der Abgeordnetenkammer angenommene Geſetz den Pairs vorlegte, in eben ſo angemeſſener als würdiger Weiſe aus. „Dieſer Entwurf,“ ſagte er, „hat zum Zwecke, die Regelmäßigkeit der Liſten zu ſichern, Irrthümer zu verhüten, wirklichen Rechten eine Bürgſchaft zu gewähren, und grundloſe Anmaßungen zu beſeitigen; er hat zum Zwecke, die Verwaltung von jenen Verdächtigungen zu befreien, die ſie erniedrigen, von jenen maßloſen Anfeindungen, die ſie ermüden und verwunden,

und ihr dagegen jenen gerechten und geſetzmäßigen Einfluß zurückzugeben, deſſen die Regierung bedarf.“ — „Euer Geſetz,“ entgegnete Forbin des Iſſards, „wird die Verwaltung erſt dem Lande verdächtigen; es thut der königlichen Macht und Würde ſchweren Abbruch; es iſt ſelbſt der Freiheit der Wahlen nachtheilig. Mit den Rechten, die man erſchafft, wird es einer tobenden Minderheit immer leicht werden, die ruhige und gewiſſenhafte Mehrheit zu unterdrücken. Man will wahrhafte und freie Wahlen; man wird die Wahrheit und Freiheit haben, wie im Jahre 1793, wie in den hundert Tagen und wie 1828.“ — Mit beinahe eben ſo arger Uebertreibung äußerte ſich Herr von Caſtelbajac. „Dieſes Geſetz,“ erklärte er, „erſcheint mir in einem Augenblicke durchaus unpaſſend, wo die Leidenſchaften einen ſo großen Einfluß üben. Eine Meinung, die lange Zeit unterdrückt war, iſt bei den letzten Wahlen wieder hervorgetreten; es iſt die Meinung, welche uns die bekannteſten Namen der Republik und des Kaiſerreiches als Stützen der Monarchie bietet; die Meinung, die in einer früheren Zeit den Grundvertrag brach und den Monarchen zurückwies.“ — „Etwas mehr Muth,“ verſetzte der ruhige Mounier; werft doch nur einen Blick auf den gegenwärtigen Zuſtand Frankreichs, dieſer iſt nicht ſo beunruhigend, wie Ihr ihn Euch vorſtellt. Statt Gefahren heraufzurufen, wird das Geſetz dem Lande den Frieden geben und ſein Vertrauen befeſtigen.“ — „Aber der Wahleinfluß der Regierung,“ entgegnete Herr von Frenilly, „wird auf eine Gegenregierung übergehen; das Geſetz wird einen Mißbrauch durch die Uſurpation, einen Scandal durch den Bürgerkrieg verbeſſern.“ — „Nein,“ erwiderte der Miniſter des Innern, „ich kann dieſe düſtern Vorherverkündigungen nicht gelten laſſen. Der König darf keine Feinde in der Auswahl der Bürger, in jenen Männern ſehen, die am meiſten bei der Aufrechthaltung der Ordnung und der ſchützenden Staatsgewalt betheiligt ſind. Hüten wir uns durch grundloſen Verdacht und ungerechtes Mißtrauen jene beklagenswerthen Spaltungen zu verewigen, die nur zu lange gedauert haben. Dies kann ich nicht Klugheit nennen; es iſt wenigſtens jene Klugheit nicht, die den Regierungen nützt.“ Der Hauptangriff der royaliſtiſchen Gegenpartei war gegen jene Beſtimmung des Geſetzes gerichtet, welche auch Unbetheiligten geſtattete, gegen Irrthümer oder Verfälſchungen der Liſten Klage zu erheben. Der Siegelbewahrer der Villèle'ſchen Verwaltung, Peyronnet, war unter den Erſten, welche gegen dieſe Beſtimmung Sturm liefen. Ein Redner nach dem andern ſuchte dieſelbe als die Quelle alles möglichen Unheils darzuſtellen; und die Miniſter

Digitized by Google

waren nahe daran zu unterliegen, denn der Antrag auf Verwerfung des angegriffenen Abſchnittes wurde nur durch eine Mehrheit von fünf Stimmen zurückgewieſen. Aber noch hielt die Partei ſich nicht für geſchlagen. Es wurde eine Verbeſſerung vorgeſchlagen, welche darauf berechnet war, die Ausübung des den Unbetheiligten eingeräumten Rechts unmöglich zu machen. Herr von Villèle nahm jetzt perſönlichen Antheil an dem Kampfe. „Ich billige den Grundgedanken des Entwurfes," ſagte er; „die Verwaltung wird wenigſtens den Vorwürfen des Betruges entzogen werden, denen die Bildung der Liſten nur zu oft zum Vorwande diente. Aber die Verbeſſerung, die man uns vorſchlägt, iſt von großem Nutzen; ſie wird die Ränke einer Partei verhindern, indem ſie das unmittelbare Zuſammentreffen des angegriffenen Wählers mit ſeinem Gegner vermeidet." Der Vorſchlag war nämlich, daß die Beſchwerden über einen unrechtmäßiger Weiſe eingetragenen Wähler dieſem durch den Präfecten mitgetheilt werden ſollten, ſtatt unmittelbar zu einer Klage vor Gericht zu führen. Nur drei Stimmen entſchieden die Verwerfung dieſes treuloſen Vorſchlages. Damit war aber auch aller Widerſtand der Ultraroyaliſten gebrochen; das ganze Geſetz wurde von einer weit überwiegenden Mehrheit genehmigt.

Eben ſo freiſinnig, wie das Geſetz über die Wählerliſten, war jenes über die Preſſe, welches der Siegelbewahrer Portalis ausgearbeitet hatte. Nach der beſtehenden Geſetzgebung beſaß die Regierung das Recht, in der Zwiſchenzeit von einer Seſſion der Kammern zur andern aus gewichtigen Gründen, über die ſie ſich aber nicht näher zu erklären brauchte, die Cenſur einzuführen, kein neues Journal durfte herausgegeben werden, außer in Folge einer beſonderen Erlaubniß der Regierung, und es ſtand dieſer frei, jede Zeitſchrift nicht bloß wegen einzelner Aufſätze, die irgend ein Strafgeſetz zu verletzen ſchienen, ſondern auch wegen ihrer ganzen Richtung, ſofern dieſe als eine feindſelige betrachtet wurde, vor Gericht zu verfolgen. Alle dieſe Beſchränkungen hatten ſich unwirkſam erwieſen; denn die Journale verdoppelten ihren Eifer, ſobald ſie wieder von der Cenſur befreit wurden; je geringer ihre Zahl blieb, um ſo bedeutender war der Einfluß jedes einzelnen; und die gerichtlichen Verfolgungen führten zu keinem Ergebniſſe, weil die Tribunale die angeklagten Blätter beinahe ohne Ausnahme freiſprachen. Die Miniſter faßten daher den Entſchluß, um den Vorwürfen ein Ziel zu ſetzen, die der Regierung wegen einer der That nach nicht einmal vorhandenen Unterdrückung der Preſſe gemacht wurden,

Digitized by Google

alle dieſe Beſchränkungen aufzugeben. Karl X. hatte wenig gegen die Aufhebung der Befugniß zu willkürlicher Auslegung der Cenſur einzuwenden, weil er die Vorliebe der alten ultraroyaliſtiſchen Oppoſition für die Freiheit der Preſſe theilte; um ſo ſchwerer war es, ihn zu der Bewilligung der übrigen Zugeſtändniſſe zu vermögen. „Was bleibt uns denn übrig," fragte er, „wenn wir auf alle Beſchränkungen verzichten?" — „Tüchtige Maßregeln gegen den Mißbrauch," erwiderte Graf Portalis, „und die Gerichte." — „Schlimmſten Falles," ſagte der König, ſeinen Gedankengang verfolgend, „finde ich Alles in dem vierzehnten Artikel der Charte." — Dies war der Artikel, der nach der Auslegung der Ultraroyaliſten dem Könige das Recht vorbehielt, unter dringenden Umſtänden alle Geſetze aufzuheben, und der zwei Jahre ſpäter eine ſo traurige Berühmtheit erlangen ſollte. — Die Erläuterungen, mit denen Portalis den Geſetzentwurf begleitete, als er denſelben den Kammern mittheilte, überraſchten durch ihren edeln Freimuth alle Parteien. „Die Oeffentlichkeit," ſagte der Miniſter, „iſt die Seele der Regierung, die wir der Weisheit unſerer Fürſten verdanken; und die Journale ſind die unentbehrlichen Werkzeuge dieſer Oeffentlichkeit. Ohne ſie wäre dieſelbe nur ein leerer Name und eine weſenloſe Form. Damit die Oeffentlichkeit aber wirkſam werde, müſſen ihre Organe aufrichtig ſeyn. Sowohl das ausſchließende Vorrecht, als die Abhängigkeit, verfälſcht ſie; vor dem erſten ſollen ſie durch die freie Mitbewerbung bewahrt, von der andern durch die Abſchaffung jeder vorgängigen Beaufſichtigung befreit werden. Dies iſt der doppelte Zweck, den das vorliegende Geſetz zu erreichen beabſichtigt. Das Monopol, welches nach der bisherigen Geſetzgebung für die gegenwärtig vorhandenen Journale beſteht, widerſpricht der durch die Verfaſſung feſtgeſtellten Gleichheit der Rechte, es hindert die freie Mittheilung der Thatſachen, der Handlungen und der Meinungen und benachtheiligt die politiſchen Intereſſen des Staates. Der Geſetzentwurf macht dieſem Mißbrauche ein Ende; er geſteht jedem großjährigen Franzoſen, der in dem Genuſſe ſeiner bürgerlichen Rechte iſt, die Macht zu, eine Zeitſchrift oder ein Tageblatt zu begründen. Die einzige Bedingung, die wir beibehalten haben, iſt die Forderung einer Caution, die aber vor Ihnen kaum einer Rechtfertigung bedarf. Wenn man von dem Notar, von dem Börſenagenten, von allen Caſſenbeamten eine ſolche Bürgſchaft verlangt, daß ſie das in ſie geſetzte Vertrauen nicht täuſchen, ſo iſt nichts billiger, als daß man auch dann zu derſelben ſeine Zuflucht nimmt, wenn es ſich um eine Art öffentlichen Unterrichts handelt, der

Digitized by Google

jeden Augenblick die wichtigſten allgemeinen oder beſonderen bürgerlichen Intereſſen gefährden kann. Je ſchrankenloſer die Freiheit war, die wir den Mittheilungen der Preſſe einräumen zu müſſen glaubten, um ſo mehr mußten wir darauf bedacht ſeyn, Sorge zu tragen, daß im Falle des Mißbrauches der wahre Schuldige der Strafe nicht entgehe. In dieſer Beziehung iſt die bisherige Geſetzgebung ſehr mangelhaft. Da verurtheilt man irgend eine Perſon, die ihren Namen zu der Herausgabe des ſtraffälligen Blattes geliehen, mit demſelben aber ſonſt nicht das Geringſte zu thun hat und für die Geld- oder Gefängnißſtrafen, welche die Gerichte ihr zuerkennen, durch die wirklich Betheiligten entſchädigt wird. Wir verlangen, daß in Zukunft jedes einzelne Blatt eines Journales von einem verantwortlichen Geſchäftsführer unterzeichnet werde, der einen Antheil an dem Eigenthume des Journales beſitzt und wenigſtens ein Viertel der Caution aus ſeinen Mitteln erlegt hat. Der Mann, der mit ſeiner Perſon und ſeinem Vermögen für den Inhalt eines von ihm herausgegebenen Blattes einſteht, wird es ſo leicht nicht unterlaſſen, eine ſorgfältige Aufſicht darüber zu üben, daß daſſelbe die Schranken des Geſetzes nicht überſchreite. Die Cenſur, die außerhalb des Kreiſes des allgemeinen Rechtes liegt, iſt deshalb völlig entbehrlich. Die Rückkehr zum Rechte kann nie eine Gefahr für das Königthum haben; denn ſollten wirklich ſchwierige Umſtände eintreten, ſo würden alle Wohlgeſinnten ſich um daſſelbe ſammeln und es würde, durch ihren Beiſtand ſtark, in ſeiner eigenen Kraft hinreichende Mittel zu ſeiner Vertheidigung finden.“ So beifällig die liberale Partei dieſe Darlegung der Gründe aufnahm, auf welche der Geſetzentwurf ſich ſtützte, ſo wenig vermochten die einzelnen Beſtimmungen deſſelben ihr zu genügen. Man ſah in den Cautionen, welche gefordert wurden, einen Widerſpruch gegen die Erklärung des Siegelbewahrers, daß es einem Jeden verſtattet ſeyn ſolle, Journale herauszugeben; in den Bürgſchaften der Geſchäftsführer einen Verſuch, die Cenſur unter anderem Namen herzuſtellen; in den ſchweren Geldſtrafen, in den Strafen zeitweiliger Unterbrechung der Herausgabe und immerwährender Unfähigkeitserklärung des Geſchäftsführers zu der Bekleidung eines ähnlichen Amtes für die Zukunft, mit denen das Geſetz drohte, die geheime Abſicht der Unterdrückung aller unabhängigen Journale. Sehr unzufrieden war man auch mit der in dem Entwurfe ausgeſprochenen Gleichſtellung der literariſchen und der politiſchen Blätter, da man vorausſetzte, daß die erſten ſchon durch die Höhe der Cautionen am Erſcheinen verhindert werden müßten. „Hüten wir uns doch,“ ſagte Keratry bei

Digitized by Google

der Eröffnung der Verhandlungen in der Abgeordnetenkammer, „in dem Körper der Geſellſchaft die zu ſeinem Leben erforderliche Bewegung zu hemmen! Eine Nation iſt todt ohne dieſen raſchen Umlauf der Gedanken und der Empfindungen, der hier die Wiſſenſchaft und die Kunſt belebt, dort eine löbliche Theilnahme an den politiſchen Angelegenheiten und, wo es nöthig iſt, eine wohlthätige Unruhe in Bezug auf die Erhaltung anerkannter Rechte erweckt. Man hat mit Unrecht den Journalen ein Verbrechen daraus gemacht, daß ſie dieſe Unruhe erwecken, während dies gerade der größte Dienſt iſt, den ſie dem Vaterlande leiſten können. Durch gehäuftes Unrecht hatte das vorige Miniſterium die Preſſe herausgefordert; aber die allgemeine Unzufriedenheit, die daſſelbe ſtürzte, iſt nicht durch die Journale gemacht worden; dieſe haben ſie nur ausgeſprochen und denjenigen von ihrem Vorhandenſeyn in Kenntniß geſetzt, der die Urſachen der Unzufriedenheit entfernen konnte. Wenn die öffentlichen Blätter in ſolchen Fällen ſchwiegen, wenn ſie nicht den Muth hätten, kräftig ihre Stimme zu erheben, ſo würde die ſchmachvollſte Verwaltung ihre Dauer auf unbeſtimmte Zeit verlängern. *Ohne die* Journale würden die Räthe der Krone, die uns in ihrem *Namen* Geſetze vorlegen, nicht zu dieſer Stunde dieſer Rednerbühne gegenüberſitzen, ohne die Journale würde dieſe Verſammlung, die dem Volke die Bürgſchaft einer freien Abſtimmung giebt, hier nicht vereinigt ſeyn. Daß dieſe Kammer der Preſſe ihr Daſeyn verdankt, wird von uns Allen offen eingeſtanden; gewiß wird ſie niemals von ſich ſagen laſſen, daß ſie feindlich gegen die Preſſe gehandelt hätte. Das würde aber der Fall ſeyn, wenn ſie den Geſetzentwurf billigte, der unſerer Berathung unterliegt. Zur Ehre der Männer, denen wir ſo gern unſere Achtung bewahrten, müſſen wir glauben, daß ſie nicht den ganzen Umfang der Täuſchungen, der Ränke, der inneren und äußeren Unmöglichkeiten und der Widerſprüche geſehen haben, die das Geſetz enthält, welches ſie uns zur Annahme vorſchlagen. Wir wollen hoffen, daß Miniſter, die ſich ſelbſt und die uns achten, einem ſolchen Geſetzentwurfe, wenn derſelbe nicht weſentlich umgeſtaltet wird, eine des königlichen Antragrechtes unwürdige Bevorwortung verſagen werden. Nein, nicht in dem Palaſte unſerer Könige hat dieſes Geſetz ſeinen Urſprung gefunden; es kam in denſelben nur durch die Feinde unſerer öffentlichen Einrichtungen und der Monarchie eingeführt worden ſeyn, welche das öffentliche Gedächtniß ohne Mühe nennen würde." Mit mehr Mäßigung ſprachen Cunin Gridaine, Méchin, Correlles, die ſich aber ſämmtlich gleichfalls nur unter der Bedingung für den miniſteriellen

Digitized by Google

Entwurf erklärten, daß deſſen Beſtimmungen weſentliche Verbeſſerungen erführen. Mit auffallender Heftigkeit trat Bejamin Conſtant auf, von dem man dies bei ſeiner ſonſtigen Beſonnenheit am wenigſten erwartet hatte. „Das einzige Verdienſt,“ ſagte er, „welches der Entwurf hat, iſt, daß er die Cenſur abſchafft. Aber auch dieſes Verdienſt verliert viel von ſeinem Werthe, wenn wir bedenken, daß die Miniſter, wenn ſie conſtitutionell ſeyn wollen, die Cenſur nicht wieder einführen können, weil die Cenſur die ſchamloſeſte Verletzung unſerer verfaſſungsmäßigen Rechte iſt, und daß ſelbſt ſolche Miniſter, denen es nicht darauf ankäme, ſich über die Verfaſſung hinwegzuſetzen, dies gegenwärtig nicht mehr thun könnten, ohne der Nation offen den Krieg zu erklären. Die Wiedereinführung der Cenſur wäre ein Manifeſt, welches der Nation erklärte: Wir wollen Euch unterdrücken, ohne daß Ihr Euch beſchweren dürft, nicht bloß Euch, ihr Schriftſteller und Journaliſten, ſondern Euch alle, Gutsbeſitzer und Fabrikanten, Kaufleute, Handwerker, Tagelöhner, die Ihr alle die Oeffentlichkeit brauchen könnt, um gegen die Unterdrückung Einſpruch zu erheben; wir wollen Euch zum Stillſchweigen verurtheilen, weil wir im Sinne haben, ſo zu regieren, daß jedes Wort, das aus Eurem Munde käme, eine Anklage gegen uns enthalten müßte. Welchen Erfolg dürfte man ſich aber von einer ſolchen Erklärung wohl verſprechen? Wie gewandt auch die vorigen Miniſter in der Unterdrückung waren, ſo ſind ſie doch durch ihr eigenes Werkzeug erlegen. Die Cenſur hat ſie getödtet, weil ſie entweder zu viel oder zu wenig gethan haben. Sie wollten mit der Unterdrückung einen gewiſſen Schein der Freiheit verbinden; aber das Wenige, was in dieſem Scheine von wirklicher Freiheit übrig blieb, war hinreichend, ihr ganzes Gerüſte der Zwingherrſchaft umzuſtürzen. Wenn man einer Nation ihre Rechte rauben will, darf man nicht auf halbem Wege ſtehen bleiben; das, was man ihr läßt, dient dazu, das Ganze wieder zu erobern. Die eine freigebliebene Hand des Gefeſſelten entledigt die andere der Ketten. Ich verwerfe den Geſetzentwurf, den man uns vorgelegt hat, und ich nehme um ſo weniger Anſtand, dies zu thun, weil ich nicht glauben kann, daß er von den Miniſtern ausgegangen iſt. Die Hand, welche die Darſtellung der Beweggründe aufſetzte, iſt nicht dieſelbe, welche die einzelnen Beſtimmungen des Entwurfes verfaßt hat. Dieſer iſt durch eine Faction entſtellt, welche das Miniſterium mit Unrecht fürchtet, und die es ſchwach genug iſt zu ſchonen, während es die Einflüſterungen derſelben verachten ſollte.“ Der Siegelbewahrer wies die Behauptung, als ob das Miniſterium bei der

Digitized by Google

Abfaſſung des Geſetzentwurfes fremden Eingebungen gefolgt wäre, mit Unwillen zurück. „Niemand hat an dieſen Entwurf ſeine Hand gelegt," erklärte er, „außer wir ſelbſt. Wir wollen durch denſelben einen Rechtszuſtand der Preſſe herſtellen; wir haben aber nicht vergeſſen, daß es ein doppeltes Recht giebt: jenes allgemeine Recht, welches die Regeln der ewigen Gerechtigkeit umfaßt, die alle Geſetze beherrſchen, und das gemeine bürgerliche Recht, das die Regeln für jeden beſondern Zweig der Geſetzgebung eines Landes feſtſtellt. Wenn man einen Zweig der Geſetzgebung nach den Grundſätzen ordnet, denen der Gegenſtand derſelben unterworfen iſt, ſo befindet man ſich in dem gemeinen Rechte. Ein Grundſatz, der in Bezug auf die Preſſe allgemein anerkannt wird, iſt, daß man die gewöhnlichen Erzeugniſſe derſelben von den periodiſchen unterſcheiden muß. Die Herausgabe einer Schrift iſt eine Privathandlung, und ſie ſoll deshalb auch von der Geſetzgebung nicht anders beurtheilt werden, wie jede andere Privathandlung. Die Errichtung eines Journals aber iſt eine öffentliche Unternehmung; ſie bezweckt nicht bloß Gewinn, ſondern eine wahre Herrſchaft der Geiſter; ſie *kann* unermeßlichen Einfluß auf die öffentliche Meinung und dadurch *auf* den ganzen Zuſtand der Geſellſchaft üben. Das Recht, ſeine Gedanken frei zu veröffentlichen, welches die Charte ausſpricht, zieht deshalb noch nicht unbedingt jenes andere Recht nach ſich, durch die Begründung von Journalen auf die öffentliche Meinung zu wirken. Das Recht, ein Erziehungshaus zu errichten, eine Handelsgeſellſchaft zu ſtiften, beſondere Vereine im Schooße der großen Geſellſchaft zu bilden, iſt gewiſſen beſchränkenden Maßregeln unterworfen; aber daß man dieſe einer verfaſſungswidrigen Härte beſchuldigt hätte, haben wir nie vernommen. Ein Journal hat ganz dieſelbe Beſchaffenheit, wie eine dieſer Geſellſchaften; warum ſollten wir ihm die Bürgſchaften erlaſſen, die von dieſen gefordert werden?" — Euſèbe Salverte meinte: wenn man von allen Perſonen Caution fordern wollte, die ſich in einflußreicher Stellung befänden, in der ſie Schaden anrichten könnten, müßte man zuvörderſt bei den Miniſtern anfangen. Der Einfluß der Journale ſey niemals zu fürchten, wenn man ſich nur dazu verſtände, die Mißbräuche abzuſtellen, die ſie aufdeckten. — Der Miniſter des Innern kam nochmals auf den Vorwurf zurück, der ihm und ſeinen Collegen gemacht worden war, daß ſie bei der Abfaſſung des Preßgeſetzes zu viele Rückſicht auf die Wünſche einer den Freiheiten der Nation feindſeligen Partei genommen. „Von verſchiedenen Seiten," ſagte er im Verfolg ſeiner Rede, „höre ich die Behauptung aufſtellen, daß die

Digitized by Google

Journale immer ein Bedürfniß und nie gefährlich wären. Ein Bedürfniß! Ich gebe es zu; bei dem Zuſtande unſerer geſellſchaftlichen Einrichtungen, bei einer Regierung, wie die unſrige, unter der alle Bürger an den öffentlichen Angelegenheiten Theil nehmen, iſt dieſe tägliche Ueberſicht aller Handlungen der Behörden allerdings ein unverkennbares Bedürfniß. Dieſe tägliche Oeffentlichkeit verhindert Fehlgriffe und Mißbräuche, hält die Beamten innerhalb der ihnen angewieſenen Grenzen, klärt den Fürſten über ſo Manches auf und ſetzt die oberſte Behörde von Allem in Kenntniß, was ihr zu wiſſen nöthig iſt. Die Zeitſchriften ſind daher allerdings ein Bedürfniß, und namentlich ſind dies freie und freiſinnige Blätter. Sind die Zeitſchriften aber deshalb niemals gefährlich? Iſt es wahr, daß ſie die Meinungen nur ausſprechen und nicht bilden, nicht hervorrufen? Dieſe Anſicht ſcheint mir auf einer Verkennung des Weſens der Zeitſchriften zu beruhen. Zeitſchriften ſind Unternehmungen, bei denen es, wenn auch nicht ausſchließlich, doch vorzugsweiſe auf Gewinn abgeſehen iſt. Schon aus dieſem Grunde muß ihr Intereſſe ein von dem allgemeinen geſondertes ſeyn. Das allgemeine Intereſſe iſt die Erhaltung der Ruhe und Stille; das Intereſſe der Zeitſchriften iſt dagegen eine immerwährende Bewegung, welche allein der öffentlichen Neugierde ſtäte Befriedigung gewährt. Der Einfluß der Journale iſt kein Hirngeſpinſt; er wirkt auf alle Gemüther, ergreift ſie gewaltig, ja erſchreckt ſie. Es giebt wenige Männer, man muß es ſagen, welche die Kraft beſitzen, ihm unerſchüttert die Spitze zu bieten. Ich ſelbſt, ich geſtehe es, vermag nur mit äußerſter Anſtrengung mich dieſem beherrſchenden Einfluſſe zu entziehen, und wahrlich zu dieſer Stunde iſt nur das Gefühl der heiligſten Pflichten im Stande, mich aufrecht zu halten, um allen den leidenſchaftlichen Angriffen zu trotzen, die mir ohne Zweifel bevorſtehen. Die Vernunft verlangt jedoch zum Schutze der Geſellſchaft gegen maßloſe Ausſchweifungen Schranken, die nicht ungeſtraft überſchritten werden dürfen. Sie werden ſehen, meine Herren, ob jene, welche der Geſetzentwurf gegen die Ausſchweifungen der Preſſe vorſchlägt, zu mächtig, zu beengend ſind. Wir haben nur gethan, was unſer Verſtand uns anrieth, was die Pflicht uns gebot. Auf die Bürgſchaften zu verzichten, welche in den Beſtimmungen des Entwurfs liegen, iſt uns unmöglich; wir können und dürfen den Thron, die Geſellſchaft, unſere Mitbürger nicht den Gefahren der periodiſchen Preſſe unvorſichtig Preis geben; wir werden Alles bekämpfen, was darauf abzielt, den von uns vorgeſchlagenen Vorſichtsmaßregeln ihre Wirkſamkeit zu nehmen.“ Der

Ton der Ueberzeugung, mit dem die Miniſter ſprachen, machte auf die Kammer vielleicht einen noch entſcheidenderen Eindruck, als das Gewicht ihrer Gründe. Alle weſentlicheren Beſtandtheile des Geſetzentwurfes wurden mit großer Stimmenmehrheit angenommen; die liberale Partei begnügte ſich damit, einige Milderungen in Bezug auf die Höhe der Caution und der Strafen, ſo wie auf die Verpflichtungen der verantwortlichen Geſchäftsführer durchzuſetzen. Ein Verſuch, den die äußerſte Linke machte, das Urtheil über die Preßvergehen von den königlichen Gerichtshöfen auf die Geſchwornengerichte zu übertragen, wurde mit einer Mehrheit von 150 Stimmen zurückgewieſen; eben ſo groß — 266 gegen 116 — war die Mehrheit, welche die Annahme des ganzen Geſetzes entſchied.

Wenn die Miniſter der öffentlichen Meinung gegenüber eine Rechtfertigung gegen die Klagen der Liberalen bedurften, die das Preßgeſetz beinahe als eine neue Maßregel der Unterdrückung darſtellten, ſo fanden ſie dieſe in den leidenſchaftlichen Angriffen, denen der Entwurf von Seiten der ultraroyaliſtiſchen Partei in der Pairskammer ausgeſetzt war, als er zu dieſer heraufgebracht wurde. Herr von Villèle und Graf Peyronnet hatten zwar ihre Niederlage bei den Berathungen über die Wählerliſten noch in zu friſchem Gedächtniſſe, als daß ſie ſich nicht vorſichtig zurückgehalten hätten; um ſo lauter erhoben dagegen ihre Freunde und Anhänger ihre Stimme. „Dieſer Geſetzentwurf," erklärte der Graf de Saint-Romans, „ſteht in offenem Widerſpruche mit der Charte; denn er entzieht dem Königthum die Mittel, ſich gegen ſeine Feinde zu vertheidigen." — „Es iſt unnöthig," entgegnete Graf Molé, „zur Vertheidigung des Entwurfes auf die Geſetzgebung zurückzukommen, an deren Stelle er tritt; denn dieſe Geſetzgebung zerſtörte die mächtigſte unſerer Freiheiten und er würde auf die Dauer die Regierung ſelbſt vernichtet haben. Von zwei Seiten wird das neue Geſetz mit Heftigkeit angegriffen; die Einen behaupten, daß es die Geſellſchaft ohne Schutz einer zügelloſen Frechheit überliefere; die Andern, daß es eine Freiheit verrathe, die es zu ſchützen vorgebe. Der eine dieſer Vorwürfe iſt ſo unbegründet, wie der andere. Ich will hier nur einige Worte über den letzten ſagen, der am meiſten geeignet iſt, die Meinung irre zu führen. Hütet Euch, rufe ich den Freunden der Preſſe zu, die für ihre Freiheit fürchten, hütet Euch vor allen Dingen vor ihren Ausſchweifungen, denn ſie würden ihr das Grab öffnen. Es geht mit den Ausſchweifungen der Preſſe, wie mit allen anderen: ſie führen eine unvermeidliche Gegenwirkung herbei. Aus dem Schooße der

Digitized by Google

Geſellſchaft, wenn dieſe lange genug durch die Ueberſchreitungen der Preſſe gereizt wäre, würde jener unwiderſtehliche Ruf des Unwillens aufſteigen, dem die Freiheiten ſo wenig, wie die Regierungen widerſtehen. Nur dadurch können wir den ungehemmten Gebrauch der Preſſe ſichern, daß wir ſie vor dem freſſenden Uebel ihrer Mißbräuche bewahren.“ — „Wer zittert nicht,“ fragte dagegen der Graf de la Bourdonnaye, „wenn er die angemaßte Gewalt der Journale ſieht? Und ihr wollt der Krone noch dazu alle Macht des Widerſtandes und der Abhülfe nehmen? Zu einem ſolchen Widerſpruche kann ich meine Zuſtimmung nicht geben.“ — „Eine einzige Bedingung,“ bemerkte der Vicomte de Caſtelbajac, „iſt gegenwärtig erforderlich, um ein Journal zu begründen; und dieſe iſt das Geld. Ob man monarchiſch oder republicaniſch geſinnt iſt, ein Gottesleugner oder ein frommer Chriſt, ein Gelehrter oder ein Dummkopf, darauf kommt wenig an; wer reich iſt, dem ſteht es frei, ſeine Bühne auf dem Forum zu erheben; nur der wird zum Stillſchweigen verurtheilt, der nichts für ſich hat, als Talent, Tugend und Ehre.“ — Sonderbar genug erhob auch einer der freiſinnigen Pairs, Boiſſy d'Anglas, ſeine Stimme gegen das Geſetz. „Man hat uns verſprochen, daß unſere Geſetzgebung in Uebereinſtimmung mit der Charte gebracht werden ſoll,“ ſagte er; „davon ſind wir aber noch weit entfernt. Das neue Geſetz führt das Privilegium und die Confiscation ein; das iſt nicht das, was man uns verſprochen hat.“ — „Es iſt doch wirklich ſeltſam,“ nahm hierauf der Siegelbewahrer das Wort, „daß man uns zu gleicher Zeit einer übertriebenen Schwäche und einer übertriebenen Strenge beſchuldigen will. Unſer Syſtem iſt ein Syſtem der Wahrheit und der Aufrichtigkeit; wir wollen die Dinge nicht anders erſcheinen laſſen, als ſie ſind; wir wollen nicht, daß die Geſetze unausgeführt bleiben; wir wollen nicht, daß der Verwaltung Befugniſſe beigelegt werden, die ſo ſchlecht begrenzt ſind, daß der rechtmäßige Gebrauch ſich täglich bloß geſtellt ſieht. Wir ſind der Meinung, daß es unſere Staatseinrichtungen entwickeln, die Geſetze mit dieſen Einrichtungen in Uebereinſtimmung bringen, die Freiheiten, welche ſie verbürgen, befeſtigen, die Verwaltung in die Schranken einer verfaſſungsmäßigen Ordnung zurückführen, nicht neue Zugeſtändniſſe machen, ſondern bereits gemachte Zugeſtändniſſe wirkſam anwenden heißt; und wir glauben, daß dies der einzige Weg iſt, zu verhindern, daß ſie ſich nicht, wie man nur zu oft geſehen hat, gegen die Krone kehren, die ſie verliehen.“ — „Ich ſtimme für den Geſetzentwurf,“ ſagte der Vicomte Chateaubriand, „weil ich ihn ungeachtet

Digitized by Google

ſeiner großen Unvollkommenheiten für einen unermeßlichen Fortſchritt halte. Ich bin überzeugt, daß die Freiheit der Preſſe aus unſerer Erörterung eben ſo, wie die Wahlfreiheit, ſiegreich hervorgehen wird." — „Die ganze Frage, um die es ſich handelt," äußerte Herzog Decazes, „iſt, zu wiſſen, ob irgend eine Gefahr darin liegt, das Monopol der Journale, die Cenſur und die Tendenzproceſſe aufzuheben; ich glaube dies nicht. Zu einer früheren Zeit habe ich ſelbſt die Cenſur verlangt; aber rufen Sie ſich die ernſten und ſchwierigen Umſtände zurück, in denen wir uns damals befanden! Und ſonderbar, dieſelben Menſchen, die ſie damals verweigerten, fordern ſie jetzt, da Frankreich in tiefſter Ruhe iſt." Das Geſetz wurde mit den leichten Veränderungen, die daſſelbe in der Abgeordnetenkammer erfahren hatte, durch eine Mehrheit von 139 Stimmen gegen 71 genehmigt: eine Minderheit, die unwillkürlich an die Zahl der 76 neuen Pairs erinnerte, welche Villèle ernannt hatte, und die dadurch allein hinreichend bezeichnet wurde.

Daß die Miniſter, ungeachtet des Haſſes und der Feindſeligkeit der Ultraroyaliſten, in beiden Kammern ſo ſtarke Unterſtützung fanden, war für ſie eine Bedingung ihrer Exiſtenz. Bei Hofe verzieh man ihnen nicht, daß ſie von den Grundſätzen der früheren Verwaltung, die ſie nur in weniger anſtößiger Form fortzuführen berufen waren, ſich weiter und weiter entfernten. Karl X. hatte überdies, durch die Urtheile ſeiner Umgebung beſtochen, von ihrer politiſchen Befähigung eine ſehr geringe Meinung, die er in dem Kreiſe ſeiner näheren Vertrauten ohne Rückhalt ausſprach. „Sie haben mir da recht ehrliche Leute gegeben," ſagte er eines Tages zu dem Grafen Chabrol; „aber welche traurige Politiker, welche beſchränkte Köpfe! Denken Sie ſich, daß ſie heute wieder aufheben, was ſie geſtern gethan haben, daß ſie ſich von den Launen, ich weiß nicht was für einer Art von Meinung, leiten laſſen, die ſie beſtimmt, ein Vorrecht der Krone nach dem andern aufzuopfern." Mehr als bei dem Könige ſtanden die Miniſter bei dem Dauphin in Gunſt, dem man bei der Bildung des neuen Cabinettes, um ihn für daſſelbe zu gewinnen, die Entſcheidung über die Beförderungen und alle ſonſtige perſönliche Veränderungen im Heere überlaſſen hatte. Der Herzog von Angoulème fand beſonderes Wohlgefallen an dem Kriegsminiſter de Caux; und dieſer konnte zum voraus darauf rechnen, daß alle ſeine Vorſchläge von dem Thronfolger gebilligt wurden, was er dazu benutzte, um manche Ungerechtigkeiten ſeiner Vorgänger gegen alte verdiente Officiere aus der Kaiſerzeit wieder gut zu machen. Aber der Herzog war viel zu ſehr an den Gehorſam gegen

Digitized by Google

ſeiner Vater gewöhnt, als daß er es je gewagt hätte, dieſem gegenüber eine eigene Meinung zu haben. Sein Wohlwollen war daher eine ſehr unzuverläſſige Stütze. Das Einzige, was die Miniſter hielt, war die Sorge vor den Stürmen, die ihre Verabſchiedung nach ſich ziehen mußte, die Unwahrſcheinlichkeit einer Mehrheit in den Kammern für eine ſtrenger royaliſtiſche Verwaltung, und die Ungewißheit des Erfolges, wenn man zu dem äußerſten Mittel einer Kammerauflöſung ſo kurze Zeit nach den kaum beendigten Wahlen ſchritt. Die Miniſter, die zu wenig Kenntniß von den Gewohnheiten des Hofes hatten, um nicht durch die äußere Freundlichkeit des Königs getäuſcht zu werden, ahnten die wahre Geſinnung nicht, die hinter dieſen gefälligen Formen verborgen war; aber ſie begriffen, daß ſie auf dem Wege, den ſie eingeſchlagen, nicht ſtehen bleiben durften, wenn ſie es nicht mit allen Parteien verderben wollten. Herr von Martignac, dem der verblendete Fürſt in ſeinen vertraulichen Unterhaltungen alles Talent abſprach, erhob ſich zu der Höhe eines Staatsmannes vom erſten Range; er ſah, daß der Zeitpunkt gekommen war, allen den Haß zu verſöhnen, der, das Erbe der letzten Verwaltung, die Nation von den Bourbonen trennte, und daß es, um dieſen Zweck zu erreichen, nichts bedurfte, als ein aufrichtiges Eingehen auf die Grundſätze, welche die Verfaſſung einmal an die Spitze des öffentlichen Rechtes geſtellt hatte, und die zu tief in alle Gemüther gedrungen waren, als daß irgend eine Gewalt vermögend geweſen wäre, ſie aus denſelben wieder herauszureißen. Der Vicomte von Martignac leitete zwar, gleich jedem andern ſeiner Collegen, nur einen einzelnen Zweig der Verwaltung; dennoch kann man ſagen, daß er die Richtung derſelben im Ganzen hauptſächlich beſtimmte, theils deshalb, weil ſeine Stellung, als das Haupt jenes Verwaltungszweiges, in dem alle Strahlen der öffentlichen Macht ſich wie in ihrem Brennpunkte vereinigten, ihn das Ganze am leichteſten überſehen ließ, theils aber auch, weil die perſönlichen Eigenſchaften ſeines Charakters, die Milde und die Unbefangenheit ſeines Urtheils, die Klarheit und Schärfe ſeines Blickes ihm im Rathe unter ſeinen Collegen, wie außerhalb des Cabinettes in dem Gewühle der Parteien den überwiegendſten Einfluß verſchaften. Daß das Streben der Regierung darauf gerichtet war, alle billige Wünſche der Nation zu befriedigen, konnte nur die leidenſchaftliche Verblendung des Parteigeiſtes verkennen. Die Verwaltung Villèle's war in ihrer Mißachtung des öffentlichen Urtheiles ſo weit gegangen, daß ſie die berühmteſten Gelehrten Frankreichs von ihren Stellen entfernte, ſobald ſie in ihren

politiſchen Meinungen ſich die geringſte Abweichung von dem herſchenden Syſteme erlaubten. So waren die Hörſäle Couſins, Guizots, Récamiers geſchloſſen, ſo waren Michaud, Villemain, Legendre ihrer Aemter entſetzt worden. Kaum hatte der neue Miniſter des Unterrichts, Vatimesnil, ſeine Verrichtungen begonnen, als alle dieſe Männer ihrem Berufe zurückgegeben wurden. Die Ernennung zu den oberſten Stellen der Rechtspflege fielen auf tadelloſe Namen, die keinen Zweifel an der Treue ihrer Pflichterfüllung zuließen. Die Verwaltung wurde, wenn auch nicht durchaus, doch ſo weit der Widerſtand des Hofes dies geſtattete, von jenen Parteigängern gereinigt, die ſich als die willigſten Werkzeuge der Unterdrückung bemerklich gemacht hatten. Den Officieren, die aus dem Heere entlaſſen waren, weil ihre Geſinnungen keine genügende Bürgſchaft zu bieten ſchienen, drohte eine frühere Verfügung den ſpärlichen Halbſold zu entziehen: eine Bittſchrift an die Abgeordnetenkammer war hinreichend, um die Zurücknahme des harten Beſchluſſes zu bewirken. Die Mehrheit der Commiſſion, welche damit *beauftragt* worden war, den Zuſtand der geiſtlichen Vorbereitungsſchulen oder der ſogenannten kleinen Seminarien zu unterſuchen, *hatte erklärt*, daß ſie in der Einrichtung derſelben nichts den Geſetzen Zuwiderlaufendes fände, obwohl es ſich ergeben habe, daß acht dieſer Schulen unter der Leitung einer geſetzlich nicht erlaubten Genoſſenſchaft — des Jeſuitenordens — ſtänden. Die Minderzahl der Commiſſion hatte aus dieſer Thatſache den richtigen Schluß gezogen, daß folglich allerdings in der Einrichtung der kleinen Seminare Geſetzwidrigkeiten vorhanden wären; und ſie wurde durch eine Menge Bittſchriften unterſtützt, die beinahe aus allen Gegenden Frankreichs einliefen. Das Miniſterium wartete die Erörterungen nicht ab, die in der Kammer angekündigt waren, ſondern legte dem Könige zwei Verfügungen zur Genehmigung vor, von denen die erſte die acht Jeſuitenſchulen der Aufſicht der Univerſität unterwarf und zugleich verordnete, daß Niemand zu der Leitung einer weltlichen oder geiſtlichen Erziehungsanſtalt zugelaſſen werden ſollte, der nicht ſchriftlich bekräftigte, daß er keiner in Frankreich nicht geſetzlich beſtehenden geiſtlichen Genoſſenſchaft angehöre. Die zweite Verfügung ſetzte die Zahl der Schüler, welche in die kleinen Seminare aufgenommen werden durften, von 40,000, die bisher dieſe Anſtalten beſuchten, auf die Hälfte herab und traf noch verſchiedene andere Anordnungen, die zum Zwecke hatten, ſie ihrer urſprünglichen Beſtimmung, dem geiſtlichen Unterrichte zurückzugeben, dem ſie durch den Einfluß der Jeſuiten größtentheils entfremdet worden waren,

Digitized by Google

indem dieſe ſich ihrer als eines Mittels bedienten, allmälig das geſammte Unterrichtsweſen an ſich zu ziehen. Karl X. zeigte ſich leichter zur Nachgiebigkeit bereit, als man bei ſeinen bekannten religiöſen Vorurtheilen erwartet hatte. Die frommen Männer, die ſeine Gewiſſensräthe waren, hatten ihm vorgeſtellt, daß es rathſam ſey, das kleinere Uebel dem größeren vorzuziehen. Als das größere Uebel aber betrachteten ſie mit gutem Grunde die unermeßliche Aufregung, in die ganz Frankreich geſtürzt worden wäre, wenn die Weigerung des Königs, die Verfügungen zu unterzeichnen, das Miniſterium genöthigt hätte, ſeine Entlaſſung zu nehmen. Dennoch hatte Karl X. einen ſchweren Kampf zu beſtehen, ehe er ſich zu einem Schritte entſchloß deſſen Unvermeidlichkeit er ſich nicht verbergen konnte. Als er im Begriffe war, die Unterzeichnung zu vollziehen, ſagte er zu dem Miniſter der geiſtlichen Angelegenheiten: „Mein lieber Biſchof, ich darf Ihnen nicht verhehlen, daß nichts in der Welt mich mehr Ueberwindung koſtet, als dieſe Unterſchrift; ich ſetze mich durch dieſelbe in Widerſpruch mit meinen treueſten Dienern, mit denen, die ich liebe, und die ich achte."

So mächtig war der Einfluß der Jeſuiten in Frankreich bereits geworden, daß ſie, ſelbſt nachdem der König gegen ſie entſchieden hatte, ihre Sache noch keineswegs verloren gaben. Die große Mehrzahl der Biſchöfe war auf ihrer Seite; faſt alle ertheilten ihre Zuſtimmung zu einer Denkſchrift, welche der Cardinal-Erzbiſchof von Touloufe, Herr von Clermont-Tonnerre, als Inhaber des älteſten Biſchofſitzes in Frankreich im Namen des franzöſiſchen Episcopates an den König richtete, um gegen die Eingriffe in die geiſtliche Gewalt zu proteſtiren, welche die Verfügungen über die kleinen Seminarien enthielten. „Es widerſtreitet unſerm Gewiſſen," erklärte der ſtolze Prälat, „der weltlichen Macht das Recht zuzugeſtehen, ſich in den geiſtlichen Unterricht zu miſchen; wir können die Verfügungen deshalb nicht vollziehen. Wir ſchicken Tag und Nacht unſere Gebete für den allerchriſtlichſten König zum Himmel; aber wir ſind auch des Gebotes eingedenk, welches uns die Pflicht auferlegt, Gott mehr zu gehorchen, als den Menſchen." Wie gottesfürchtig Karl X. auch war und wie leicht es der Geiſtlichkeit daher wurde, ſein Gemüth ihrem Einfluſſe zu unterwerfen, ſo überwog doch ſeine Vorſtellung von der Würde der Krone bei ihm jede andere Rückſicht; er hielt es für eben ſo unköniglich, den Rechten der Krone gegen die Geiſtlichkeit etwas zu vergeben, als gegen das Andringen der Volksgewalt. Die Miniſter bewieſen ihm, daß die Geiſtlichkeit in Frankreich ſelbſt zu der Zeit, als ſie noch ihre regelmä-

Digitized by Google

ßigen Concilien hielt, nicht berechtigt geweſen ſey, ſich zu verſammeln, außer in Folge einer Ermächtigung des Königs, und daß die Biſchöfe daher ohne dieſe Ermächtigung auch keinen gemeinſchaftlichen Schritt thun dürften, wie durch die Denkſchrift geſchehen ſey. Die Denkſchrift wurde nicht angenommen, und dem Erzbiſchofe von Toulouſe wurde zum Zeichen des königlichen Mißfallens der Hof verboten. Damit war aber der Widerſtand der Geiſtlichkeit nicht gebrochen; und wenn die Biſchöfe auf der Verweigerung ihrer Mitwirkung beharreten, hätte man zu dem Scandale äußerer Gewalt ſeine Zuflucht nehmen müſſen, um die Verfügungen zur Vollziehung zu bringen. In dieſer Verlegenheit fand das Miniſterium eine Auskunft, die zwar ihre großen Bedenken hatte, aber für den Augenblick noch größeren Uebelſtänden begegnete. Man wandte ſich an den heiligen Stuhl; und der Papſt, der eine willkommene Gelegenheit ſah, ſeine geiſtliche Obergewalt gegen die alten Freiheiten der gallicaniſchen Kirche geltend zu machen, ließ ſich bereit finden, die widerſtrebenden Biſchöfe in einem apoſtoliſchen Schreiben zum Gehorſam gegen den König zu ermahnen, in deſſen *hohe Frömmigkeit* und Weisheit ſie ihr volles Vertrauen ſetzen ſollten. *Erſt jetzt* gaben die ſtörriſchen Prälaten nach; die kaum noch für Werke der Gottloſigkeit erklärten Verfügungen wurden ohne ferneren Widerſpruch ausgeführt; und die Jeſuiten, die diesmal ihrem Grundſatze ſchlauer Geſchmeidigkeit untreu, ihren Orden nicht verleugnen wollten, verließen in Maſſe den ungaſtlichen Boden Frankreichs, um ſich nach den katholiſchen Kantonen der Schweiz und nach dem gläubigen Spanien zu wenden, wo ſie als Märtyrer der heiligen Religion mit offenen Armen aufgenommen wurden.

Ein Umſtand, der den Miniſtern weſentlich zu Hülfe kam, indem ſie ſich von allen Ueberlieferungen der früheren Verwaltung losſagten, war die Drohung einer Anklage, die über den Häuptern ihrer Vorgänger ſchwebte und dieſe, wie ihren Anhang, hinderte, die volle Thätigkeit zu entwickeln, die ſie gezeigt haben würden, wenn ſie ſich von aller Verantwortlichkeit frei gefühlt hätten. Es war am 14. Juni, als der liberale Abgeordnete Labbey de Pompières in der Kammer auftrat und in ausführlicher Rede den Antrag begründete, das vorige Miniſterium in Anklagezuſtand zu verſetzen. Er ging alle die Maßregeln deſſelben durch, die ſeiner Behauptung nach den Geſetzen und der Verfaſſung zuwider geweſen wären, und ſagte, nachdem er eine endloſe Liſte aufgezählt hatte: „Von der Laſt des öffentlichen Haſſes zu Boden gebeugt, ſuchten ſie denſelben dem Throne aufzubürden, in

Digitized by Google

der Hoffnung, dem Lande, das ſich ſo geduldig und ſo treu erwieſen, den Bürgerkrieg zu vermachen. Wie viele ſtrafbare Handlungen haben ſie nicht auf ihre Häupter geladen? Eine ohne Beweggrund eingeführte Cenſur, Menſchen anvertraut, die von der öffentlichen Meinung zurückgeſtoßen waren, und dazu beſtimmt, in der Dunkelheit betrügeriſche und beſtochene Wahlen vorzubereiten; Wahlliſten, im Geheimen entworfen und mit einem Namen bekleidet, der, ſtatt ein Recht zu ſichern, eine allgemein gefürchtete Laſt auflegte; Rundſchreiben, die den Wahlen ſtatt aufrichtiger Abſtimmung die Lüge aufdrängten, indem ſie den Beamten mit der Abſetzung, den Bürger mit dem Verluſte einer öffentlichen Anſtalt oder eines vom Staate verliehenen Vorrechtes bedrohten; die Pairskammer, durch die Congregation überſchwemmt, jene Einrichtung, die eine der vornehmſten Säulen des Staates iſt, in ihrem Weſen verfälſcht und dem Wohle von Perſonen geopfert, die ihre theuerſten Pflichten verrathen hatten! Ich glaube hinreichend nachgewieſen zu haben, daß die vorigen Miniſter dem Wunſche, ihre Stellen zu behalten, Alles nachgeſetzt haben, was ihnen heilig hätte ſeyn ſollen: die Volksbeliebtheit des Thrones, unſere wichtigſten Staatseinrichtungen, unſere weſentlichſten grundgeſetzlichen Freiheiten. Ich klage ſie deshalb des Verrathes gegen den König an, den ſie von ſeinem Volke getrennt haben; ich klage ſie des Verrathes gegen das Volk an, das ſie des Vertrauens ſeines Königs beraubt haben; ich klage ſie des Verrathes gegen Frankreich an, weil ſie die Verfaſſung des Landes und die Rechte der Bürger verletzt haben; ich klage ſie endlich des Unterſchleifes und der Erpreſſung an, weil ſie von den Kammern nicht bewilligte Steuern erhoben und die öffentlichen Gelder verſchleudert haben." Dieſe Anklage reichte in der Faſſung, in der ſie der Kammer vorgetragen war, höher hinauf, als der Antragſteller in ſeinem Eifer bedacht hatte. Der Miniſter des Innern, der die Unſchicklichkeit erkannte, die begangen worden war, indem man den Namen des Königs in dieſe Verhandlungen miſchte, erklärte, daß er ſich dem Antrage auf eine Anklage des vorigen Miniſteriums nicht widerſetzen wolle, weil er dazu einem Mitgliede der Kammer das Recht nicht ſtreitig machen könne, daß er aber nicht dazu ſchweigen dürfe, wenn man behaupte, der König ſey von dem Volke getrennt, dem Volke ſey das Vertrauen des Königs geraubt worden. Kein franzöſiſches Herz werde dies zugeben; Keinem ſey jenes unwillkürliche, unbeſchreibliche Gefühl fremd, das dem Vater des Vaterlandes Ehrfurcht und Liebe zolle. Ein allgemeiner Ruf: „Es lebe der König!" in den nur wenige der erbittertſten Liberalen nicht ein-

Digitized by Google

ſtimmten, nahm die Worte des Miniſters auf. Labbey de Pompières verſicherte, daß ſeine Meinung mißverſtanden worden ſey, indem er keinesweges habe ſagen wollen, daß der König wirklich vom Volke getrennt, daß er das Vertrauen zum Volke wirklich verloren, ſondern nur daß das vorige Miniſterium den Verſuch gemacht habe, ein ſo beklagenswerthes Ergebniß herbeizuführen. Labbey de Pompières nahm hierauf ſeinen urſprünglichen Antrag zurück und brachte ihn unmittelbar darauf *in* veränderter Form wieder ein; er beſchränkte ſich jetzt darauf, zu verlangen, daß die Kammer die Mitglieder des letzten Miniſteriums wegen der Verbrechen des Verrathes und der Erpreſſung anklage. Die entſchiedenſten Anhänger Villéle's willigten ein, daß dieſer Vorſchlag in Erwägung gezogen werde, weil ſie überzeugt waren, daß es unmöglich ſeyn würde, Beweiſe für beſtimmte Punkte der Klage zu finden, und weil ſie deshalb die Gewißheit zu haben glaubten, daß der große Staatsmann, den ſie verehrten, nur um ſo ſtrahlender aus dieſer kurzen Verdunkelung hervorgehen müſſe. Es wurde eine Commiſſion zur Prüfung des Vorſchlages niedergeſetzt, und dieſe erſtattete einen Bericht, *worin ſie erklärte*, daß allerdings Grund vorhanden ſey, eine Unterſuchung auf die gegen die Mitglieder des letzten Miniſteriums erhobene Anklage des Verrathes einzuleiten. Rechter Ernſt, die Klage durchzuſetzen, war es aber den ſelbſt Liberalen nicht; denn als die Frage geſtellt wurde, wann die Erörterungen über den Commiſſionsbericht beginnen ſollten, die der Entſcheidung vorausgehen mußten, ſetzte eine große aus der ganzen liberalen Partei und den gemäßigteren Royaliſten gebildete Mehrheit den Zeitpunkt nach den Berathungen über die Voranſchläge des Staatshaushaltes an, von denen man zum voraus wußte, daß mit ihnen die Seſſion geſchloſſen wurde. Die Folge war, daß über die Statthaftigkeit der Klage gar kein Beſchluß gefaßt werden konnte, zugleich aber auch, daß dieſelbe beſtändig ſchwebend erhalten wurde, da es in der nächſten Seſſion einem Jeden frei ſtand, ſie wieder aufzunehmen.

Der größte Fehler, den die Parteien, die zu verſchiedenen Zeiten und in verſchiedenen Ländern für die Rechte des Volkes in die Schranken traten, beinahe immer begangen haben, iſt, daß ſie ſich im Erfolge nicht zu mäßigen wußten, und, ſtatt zuvörderſt an die Sicherung der errungenen Vortheile zu denken, ihren Sieg vielmehr bis an die äußerſten Grenzen auszudehnen ſuchten, worüber derſelbe ihnen nicht ſelten aus den Händen gewunden wurde, ehe ſie noch wußten, wie ihnen geſchehen war. In dieſen Fehler fielen auch die franzöſiſchen Liberalen

Digitized by Google

nach dem Sturze Villèle's; denn ſtatt zu begreifen, daß ſie für das Erſte ſich mit dem begnügen mußten, was das neue Miniſterium ihnen bot, wenn aus keinem andern Grunde, ſchon um demſelben Zeit zu gönnen, ſich in der Gewalt zu befeſtigen, erhoben ſie Forderungen, welche die Miniſter unmöglich gewähren konnten, wenn ſie nicht auf den letzten Reſt des Vertrauens verzichten wollten, den ſie bei Hofe noch genoſſen. Es waren mehrere Bittſchriften an die Abgeordnetenkammer gerichtet worden, von denen die einen eine durchgehende Umgeſtaltung der Bürgerwehr des Königreiches, die anderen eine Herſtellung der aufgelöſten Nationalgarde von Paris verlangten. Der Miniſter des Innern erklärte, daß er nichts dagegen habe, wenn die erſten der Regierung von der Kammer zur Beachtung empfohlen würden, daß er aber in eine Unterſtützung der zweiten nicht willigen dürfe, weil der König bei der Auflöſung der Pariſer Nationalgarde ſich nur ſeines königlichen Rechtes bedient habe, von dem man ſich nicht auf die Volksmeinung berufen könne, ohne die Grundlagen der geſellſchaftlichen Ordnung zu zerſtören. Die liberale Partei, die dennoch darauf beſtand, auch die zweite Bittſchriftenreihe zu unterſtützen, wurde durch die Vereinigung einiger ihrer gemäßigteren Mitglieder mit den Royaliſten überſtimmt. Darüber entſtand ein Tumult, der ſo arg war, daß der Präſident die Sitzung unterbrechen mußte. Nach der Wiederaufnahme der Verhandlungen ſtellte Salverte den Antrag, den König durch eine Adreſſe um die Wiederherſtellung der Pariſer Nationalgarde anzugehen. Er rief die Dienſte zurück, welche die Nationalgarde geleiſtet habe, die bei dem Könige nur verleumdet worden ſey, und behauptete, daß die blutigen Auftritte des 19. und 20. Novembers des v. J. nicht vorgefallen wären, wenn die Nationalgarde noch beſtanden hätte. Herr von Labourdonnaye entgegnete, daß es ſich hier nicht bloß um die Auflöſung oder Herſtellung der Nationalgarde handle, ſondern um die Gewalt des Staatsoberhauptes über die öffentliche Macht: eine Frage, von der die Exiſtenz der Repräſentativregierung abhänge. Wenn man ſich zum Richter über Vergehen gegen die militairiſche Diſciplin aufwerfen wolle, vernichte man das wichtigſte Vorrecht der Krone, den Befehl über das Heer; daß ſolche Fragen nur aufgeworfen werden könnten, ſey ein Beweis, mit wie raſchen Schritten man ſich den greuelvollen Erinnerungen des Jahres 1793 nähere. Die liberale Partei wurde nochmals überſtimmt und der Antrag, obwohl nur durch eine ſchwache Mehrheit, beſeitigt. Aber ſchon der Umſtand, daß derſelbe überhaupt zur Erörterung gekommen war, mußte auf die Stimmung Karls X. die nach-

Digitized by Google

theiligſte Wirkung hervorbringen und ihn in der Meinung beſtärken, daß zwiſchen den Anforderungen der Liberalen und der Revolution kein Unterſchied ſey.

Auch in Bezug auf die financielle Verwaltung machte die liberale Partei den Miniſtern Zumuthungen, die, wenn ſie denſelben hätten entſprechen ſollen, ihnen arge Verlegenheiten bereitet hätten. Graf Roy hatte, indem er die Voranſchläge für den Staatshaushalt den Kammern vorlegte, es ſich nicht verſagen können, an ſeinem alten Widerſacher Villèle eine weder mit den Pflichten ſeiner Stellung zu vereinigende, noch eines Staatsmannes würdige Rache zu nehmen. Er ſtellte die Lage der Finanzen in dem ungünſtigſten Lichte dar und ſprach ſogar von einem durch die Einnahmen nicht gedeckten Ausfalle, den er auf 200 Millionen Fr. angab; eine Summe, die allerdings zu den ernſtlichſten Beſorgniſſen berechtigt und für ſich allein einen hinreichenden Grund zur Anklage gegen ſeinen Vorgänger gegeben hätte. Bei näherer Unterſuchung ſtellte es ſich indeſſen heraus, daß dieſe 200 Millionen eine alte Schuld waren, die zum Theil noch aus der Zeit des Kaiſerreiches herrührte, ſeitdem zwar beträchtlich vermehrt, aber niemals in die Voranſchläge des Staatshaushaltes mit aufgenommen war, weil ſie keine Zinſen trug und leicht ohne eine neue Belaſtung durch die Ausgabe von Scheinen des königlichen Schatzes gedeckt werden konnte. Die wirkliche Lage der franzöſiſchen Finanzen war eine nichts weniger als beunruhigende; denn wenn die öffentlichen Ausgaben auch durch die Koſten des ſpaniſchen Feldzuges, durch die Entſchädigung der Ausgewanderten und durch die geſteigerten Bedürfniſſe der Verwaltung ſich zu einer außerordentlichen Höhe erhoben hatten, ſo waren doch auch die Einnahmen durch die vermehrten Erträgniſſe des Handels, des Gewerbfleißes und des Landbaues in Folge des langen Friedens in gleichem Verhältniſſe gewachſen, ohne daß man nöthig gehabt hätte, zu neuen Steuern ſeine Zuflucht zu nehmen. Selbſt die überſpannteſten Liberalen wagten es nicht zu ſagen, daß das Land durch die Laſt der Auflagen erdrückt werde, weil es Jedermann vor Augen lag, daß der allgemeine Wohlſtand in ſtäter Zunahme begriffen war; aber ſie fürchteten die Macht der Regierung, die ſie als eine dem Volke feindliche betrachteten; ſie begriffen, daß dieſe Macht um ſo kräftiger in alle Verhältniſſe einzugreifen vermochte, je reichere Geldmittel ihr zu Gebote ſtanden, und ſie ſahen kein wirkſameres Mittel, dieſelbe zu ſchwächen, als indem ſie ihr von ihren

Hülfsquellen ſo viel als möglich entzogen. Deshalb wurde auf Erſparungen gedrungen, die, wenn ſie im Augenblicke hätten in das Werk geſetzt werden ſollen, die ganze Verwaltung zum Stillſtande gebracht hätten. Labbey de Pompières verlangte, daß man darauf verzichte, die Würde der Regierung in äußerem Glanze zu ſuchen. Die wahre Würde beſtehe in der Aufopferung ſeiner Zeit, ſeines Vermögens, ſeiner Perſon für das Vaterland, nicht in ſinnloſer Verſchwendung auf Koſten des Schweißes der Nation. Charles Dupin, der Statiſtiker der liberalen Partei, rechnete der Kammer vor, daß die 32 Millionen Bürger, welche Frankreich zähle, durch ihre Arbeit und ihr Capital, mit Hinzurechnung aller Hülfe der Hausthiere und Naturkräfte, jährlich nicht mehr als einen Werth von acht Milliarden Fr. hervorbrächten. Von dieſem Geſammtertrage erhebe die Regierung beinahe eine volle Milliarde, alſo ſo viel, als vier Millionen Franzoſen jährlich hervorzubringen vermöchten und als den Ertrag ihrer Arbeit für ſich anſprechen dürften. Wenn die Regierung die ihr geleiſteten Dienſte auch um das Doppelte theurer bezahle als der Privatmann, ſo müſſe man immer noch annehmen, daß ſie zwei Millionen Individuen beſolde, die im Durchſchnitte eine um das Doppelte beſſere Exiſtenz hätten, als alle übrigen Franzoſen. Er glaube aber, daß ſtatt dieſer zwei Millionen Angeſtellten eine Million vollkommen hinreichend ſey, um 32 Millionen zu regieren, zu vertheidigen, zu verwalten und zur Bezahlung ihrer Steuern anzuhalten. Auch Salverte meinte, daß eine Verminderung der Zahl der Beamten nothwendig ſey, war aber doch großmüthig genug, einzuwilligen, daß dieſe Verminderung nur allmälig vor ſich gehe, um durch plötzliche Abſetzungen nicht die Pflichten der Menſchlichkeit zu verletzen. Alexander Delaborde rief aus: „Während der Revolution hatten wir die Leidenſchaft der Gleichheit, ſpäter die Leidenſchaft des Ruhmes; haben wir jetzt die Leidenſchaft der Sparſamkeit!“ Als es zur Erörterung der einzelnen Abſchnitte kam, in welche der Voranſchlag der öffentlichen Ausgaben zerfiel, wurde es auch dem entſchiedenſten Freunde der Sparſamkeit klar, daß es unmöglich war, irgend einen einzelnen Poſten um ein Bedeutendes herunterzuſetzen, weil man nicht daran denken konnte, die ganze Verwaltung mit einem Schlage umzugeſtalten. Man begnügte ſich daher, um wenigſtens den guten Willen zu zeigen, an einzelnen Poſten, auf die gerade nicht allzuviel ankam, einige kleine Erſparungen zu machen, die den auf die ungeheuere Summe von 975 Millionen Franken geſetzten Voranſchlag der öffentlichen Ausgaben im Ganzen nur um anderthalb Millionen ver-

Digitized by Google

minderten, obwohl man ſich nicht geſcheut hatte, jedem der Miniſter an ſeinem Gehalte 30,000 Franken zu ſtreichen.

Am wenigſten fanden alle Parteien gegen die Verwaltung der auswärtigen Angelegenheiten zu erinnern, obgleich Graf de la Ferronays bei ſeinem erſten öffentlichen Auftreten eine arge Blöße gegeben hatte. Bei der kurzen Erörterung, die in der Pairskammer über die Adreſſe Statt fand, ſprach er die Hoffnung aus, daß der Friede im Oſten erhalten werden würde, und wenige Wochen darauf kam der Krieg zwiſchen Rußland und der Pforte zum Ausbruch. Graf de la Ferronays war ſeiner ganzen Eigenthümlichkeit nach wenig zum Diplomaten geeignet. Ein durch und durch ehrenhafter Charakter, unfähig ſich zu verſtellen, war er jeder Täuſchung zugänglich, die ſich ihm unter dem Scheine der Aufrichtigkeit nahte. Dem ruſſiſchen Geſandten zu Paris, Grafen Pozzo di Borgo, einem der gewandteſten Diplomaten der neuern Zeit, wurde es leicht, ihn ganz für ſeine Anſichten zu gewinnen; und die franzöſiſche auswärtige Politik fiel unter ſeiner Leitung daher in eine Abhängigkeit von jener des St. Petersburger Cabinettes, die ſie allen Zwecken deſſelben dienſtbar machte, ohne daß der biedere de la Ferronays eine Ahnung von der wahren Bedeutung der Rolle hatte, die man ihn ſpielen ließ. Der Irrthum, den er beging, war aber ein echt franzöſiſcher; denn das, was ihn hauptſächlich beſtimmte, ſich auf das Engſte an Rußland anzuſchließen, war die Ausſicht, die ſich ihm auf dieſem Wege zu eröffnen ſchien, Frankreich mit neuem Glanze und Ruhme zu umgeben; und daſſelbe Blendwerk, durch welches er getäuſcht wurde, nahm bald auch die große Maſſe der Nation gefangen. Noch waren die wichtigſten Fragen der innern Verwaltung, welche die Kammern entſcheiden ſollten, kaum angeregt, als der Finanzminiſter einen Geſetzentwurf vorlegte, der die Regierung ermächtigte, eine Anleihe von 80 Millionen Franken abzuſchließen, um im Stande zu ſeyn, bei den Verwickelungen, die der Krieg im Oriente herbeiführen könnte, die Würde Frankreichs zu behaupten. Kurze Zeit darauf wurde eine Aushebung von 60,000 Mann verfügt, um die in dem Heere allmälig entſtandenen Lücken auszufüllen. Als die Berathungen über den Plan der Anleihe in der Abgeordnetenkammer begannen, erklärte der Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten, daß alle Mittel, die ſich mit der Ehre Frankreichs vereinigen ließen, angewandt werden würden, um den Frieden zu erhalten. Wenn aber ſchon einmal eine unvorhergeſehene Wendung der auswärtigen Politik die Vorausſicht des Cabinettes getäuſcht hätte, ſo könnten andere Um-

Digitized by Google

ſtände von neuem alle Berechnungen der Klugheit vereiteln. Die Miniſter des Königs würden gegen ihre Pflicht verſtoßen, wenn ſie auf ſolche Verwickelungen ſich nicht gefaßt hielten und ſich durch die Ereigniſſe überraſchen ließen. Rußland habe das Recht, von der Pforte mit Gewalt die Vollziehung ihrer Verträge zu erzwingen. Andere Mächte hätten aber gleichfalls Verbindlichkeiten, die ſie nicht unerfüllt laſſen dürften. Frankreich, das den Vertrag vom 6. Juli mit unterzeichnet habe, könne die ſo lang fortdauernden Leiden der Griechen nicht gleichgültig anſehen; es müßten endlich Maßregeln ergriffen werden, um ſo viel Elend zu lindern. „Europa," — ſo ſchloß der Miniſter — „blickt auf Ihre Berathungen; Ihnen gebührt es, mitten unter einigen Zwiſtigkeiten über die innere Verwaltung, der Welt das große Schauſpiel der Vereinigung der Kammern mit der Regierung in Allem, was eine Sache des Vaterlandes iſt, zu geben. Die Meinungen ſchweigen, ſo wie die Stimme des Nationalgefühles ſich vernehmen läßt." Graf de la Ferronays hatte ſich in ſeiner Beurtheilung des franzöſiſchen Volkscharakters nicht betrogen. Wenn auch einzelne liberale Politiker in ihrer Abneigung gegen Alles, was von der Regierung ausging, nicht einſehen wollten, was Frankreich mit den Wirren im fernen Oſten zu thun habe, ſo wurden doch die verlangten Summen durch eine Mehrheit, die an Einſtimmigkeit grenzte, bewilligt. Die Ausrüſtung der Expedition nach Morea, die hierauf Statt fand, erregte eine allgemeine Begeiſterung. Gelehrte begleiteten die Krieger, die den klaſſiſchen Boden der griechiſchen Halbinſel von den Barbaren befreien ſollen, um die Zeit ihrer Anweſenheit zu wiſſenſchaftlichen Forſchungen zu benutzen. Die Kunde von den leichten Erfolgen, welche die franzöſiſchen Waffen davontrugen, wurde in der Heimath mit Jubel begrüßt.

So widerwärtig und verhaßt Karl X. faſt alle Maßregeln waren, welche das Miniſterium in der innern Verwaltung ergriff, ſo zufrieden war er mit der Richtung, welche der Graf de la Ferronays der auswärtigen Politik gab. Aber dieſelbe Zähigkeit, mit der König Karl X. an ſeinen politiſchen Meinungen feſthielt, zeigte er auch in ſeinen Neigungen oder Abneigungen gegen Perſonen, die auf ihn einmal einen beſtimmmten Eindruck gemacht hatten. Durch nichts in der Welt wäre es dem Grafen de la Ferronays gelungen, die einmal verſcherzte Gunſt des Königs wieder zu gewinnen. Dazu kam, daß Karl X. ſeinen alten Lieblingsplan, das Miniſterium des Auswärtigen dem Fürſten von Polignac zu übertragen, keinesweges aufgegeben hatte. Als

Digitized by Google

Graf de la Ferronays gegen das Ende des Jahres bedenklich erkrankte, entbot der König den Fürſten durch ein eigenhändiges Schreiben von ſeiner Botſchafterſtelle am brittiſchen Hofe nach Paris; und ſeine Ernennung zum Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten, wie wenig dieſelbe auch den meiſten Mitgliedern des Cabinettes genehm war, wäre ohne Zweifel erfolgt, wenn nicht Fürſt Polignac ſo unvorſichtig geweſen wäre, vor ſeiner Abreiſe von London gegen den Herzog von Wellington Verbindlichkeiten einzugehen, die ſich mit der mehr zu einem ruſſiſchen Bündniſſe hinneigenden Politik, für welche ſich nicht allein das Cabinet, ſondern der König perſönlich entſchieden hatte, unmöglich vereinigen ließen. Inzwiſchen verſchlimmerte der Geſundheitszuſtand des Grafen de la Ferronays ſich ſo ſehr, daß es für ihn zur unvermeidlichen Nothwendigkeit wurde, ſich von den Geſchäften zurückzuziehen. Fürſt Polignac, der Paris kaum vor drei Wochen unverrichteter Dinge verlaſſen hatte, wurde zurückberufen, und diesmal ſcheinen die Hinderniſſe, die ihm in der auswärtigen Politik Frankreichs entgegenſtanden, beſeitigt geweſen zu ſeyn; denn Karl X. ſoll ihm, da ſein Eintritt in die Verwaltung unvorhergeſehene Schwierigkeiten fand, die ausgedehnteſten Vollmachten ertheilt haben, die bis zu der Bildung eines neuen Cabinettes gingen. Aber die Preſſe, die ſeine frühere Anweſenheit kaum bemerkt hatte, war jetzt gewarnt. Alle Journale, mit Ausnahme der beiden ultraroyaliſtiſchen la Quotidienne und la Gazette de France, erhoben ſich mit ſo leidenſchaftlichem Ungeſtüm und mit ſolcher Einſtimmigkeit gegen ein Miniſterium, das, ſchlimmer als das Miniſterium Villèle, den Namen des Fürſten Polignac an der Spitze trüge, daß von allen den Staatsmännern, an die er ſich wandte, um die Zuſage ihrer Unterſtützung zu erlangen, keiner den Muth hatte, die öffentliche Ungunſt, die an ſeiner Perſon haftete, zu theilen. Darüber kam der Zeitpunkt heran, der zu der Wiedereröffnung der Kammern beſtimmt war. Karl X., der dieſen nicht ohne ein Miniſterium entgegentreten konnte, hatte daher keine andere Wahl, als die Räthe, von denen er ſich gern befreit geſehen hätte, zu behalten. Keine Vorſtellung war jedoch im Stande, ihn zu vermögen, daß er dem Grafen de la Ferronays einen Nachfolger gegeben hätte, der durch ſeine perſönliche Bedeutung geeignet geweſen wäre, das Gewicht der Verwaltung in den Kammern zu verſtärken. Graf de la Ferronays blieb daher dem Namen nach das Haupt des auswärtigen Amtes; ſeine Geſchäfte wurden während ſeiner Abweſenheit durch den Siegelbewahrer Portalis verſehen, und um dieſem die Leitung zweier ſo weit von

Digitized by Google

einander abliegender Verwaltungszweige zu erleichtern, wurde ihm im Juſtizminiſterium der Domainendirector Bourdeau, ein gemäßigter Liberaler, als Unterſtaatsſecretair beigegeben.

Die Thronrede, mit der bald darauf die Kammern eröffnet wurden, war mit kluger Umſicht darauf berechnet, das Vertrauen wieder herzuſtellen, welches durch die allgemein verbreiteten Gerüchte von der bevorſtehenden Rückkehr der ultraroyaliſtiſchen Partei zu der Gewalt tief erſchüttert war. Die äußere, wie die innere Lage Frankreichs wurde als eine gleich befriedigende geſchildert; und man kann nicht ſagen, daß das Bild, welches die von dem Könige in gewohnter würdiger Haltung vorgetragene Rede entwarf, mit übertriebenen Farben aufgetragen war. Denn allerdings hatte Frankreich, wenn ſeine auswärtige Politik auch in den gröbſten Täuſchungen befangen war, zum erſten Male ſeit der Reſtauration die einem großen Reiche gebührende Stellung in Europa eingenommen. Sein Wort hatte das Schwert in der Scheide gehalten, welches Oeſterreich und England gegen Rußland zu ziehen im Begriff waren; und wenn dieſe wichtige Thatſache vor den Blicken der Uneingeweihten durch das Geheimniß der diplomatiſchen Unterhandlungen verborgen wurde, ſo fehlte es doch nicht an äußerlich in die Augen fallenden Zeichen des bedeutenden Eingreifens franzöſiſchen Einflußes und franzöſiſcher Macht. Eine franzöſiſche Heeresabtheilung führte in Griechenland das Werk der Befreiung zu Ende, welches die Schlacht bei Navarino begonnen hatte. Und gleichſam, um den Gegenſatz ſchärfer hervorzuheben, in dem die gegenwärtige Verwaltung zu der vorhergegangenen ſtand, kehrten zu derſelben Zeit, während franzöſiſche Truppen die Freiheit eines nach Jahrhunderte langer Unterdrückung zu neuem Daſeyn erſtehenden Volkes begründeten, die Reſte des Heeres, welches die erſten Regungen eines freieren Aufſtrebens in dem benachbarten Spanien niedergeſchlagen hatte, aus den feſten Plätzen, die ſie ſeit dem Feldzuge des Jahres 1823 beſetzt gehalten, in die Heimath zurück, das unglückliche Land der unheilbaren Zerrüttung überlaſſend, die anſtatt der Ordnung eingetreten war, deren Herſtellung zum Vorwande des Einbruches gedient hatte. Auch in den außereuropäiſchen Welttheilen wurden die franzöſiſchen Intereſſen kräftig gewahrt. Ein in ſeinem Urſprunge geringfügiger Streit, in den der Uebermuth des Deys von Algier ihn mit der franzöſiſchen Regierung verwickelt hatte, war zwar noch nicht beendigt; die franzöſiſche Seemacht gewährte jedoch dem Handel den wirkſamſten Schutz, und die Corſaren, die bereit waren, ihrem alten Gewerbe des

Seeraubes nachzugehen, durften es nicht wagen, ihre Häſen zu verlaſſen. Das ferne Braſilien, welches im Kriege mit dem südamerikaniſchen Freiſtaate Buenos Ayres die Rechte der franzöſiſchen Flagge verkannt hatte, wandte die angedrohte Ahndung durch einen Vertrag ab, der neben voller Entſchädigung für die der franzöſiſchen Schiffahrt zugefügten Beeinträchtigungen die verlangte Sicherheit für die Zukunft verbürgte. Den im Innern Frankreichs erblühenden Wohlſtand durfte die Regierung ſich zwar nicht als ihr ausſchließendes Verdienſt anrechnen, da derſelbe großentheils eine natürliche Folge des ungeſtörten Friedens war. Ihr unleugbares Verdienſt blieb es aber, daß die Ruhe in die Gemüther zurückzukehren anfing, aus denen ſie durch die Thorheiten einer dem Volksgefühle in ſeinem innerſten Weſen entfremdeten Partei verbannt war. Die Preſſe, die man am liebſten als die einzige Urſache der öffentlichen Mißſtimmung angeſehen hätte, nahm von ſelbſt einen gemäßigteren Ton an, ſobald die Veranlaſſungen wegfielen, welche fortwährend zu neuen Ausbrüchen der Leidenſchaft gereizt hatten. Die Ueberſchreitungen und Ausſchweifungen Einzelner, die ſich in das rechte Maß nicht zu finden wußten, wurden von den Gerichten ſtrenge geahndet. Denn dieſe, die der Regierung ihren Dienſt verſagt hatten, ſo lange ſie ſahen, daß man ſie nur als Werkzeuge der Unterdrückung benutzen wollte, zeigten ſich unerbittlich, als es ſich nur noch darum handelte, wirkliche Vergehen zu ſtrafen. Ein geachteter Schriftſteller, Cauchois-Lemaire, der in einem Schreiben an den Herzog von Orleans auf die Möglichkeit einer neuen Revolution und auf die vortheilhaften Wechſelfälle hingedeutet hatte, welche dieſelbe dem jüngeren Zweige des Hauſes Bourbon bieten könnte, wurde zu einer Gefängnißſtrafe von fünfzehn Monaten und zu einer Geldbuße von 2000 Franken verurtheilt. Ein anderer liberaler Flugſchriftler, Fontan, hatte die Frechheit, den König einem wüthenden Hammel (un mouton enragé) zu vergleichen; dafür wurden ihm fünf Jahre Gefängniß und 10,000 Franken Geldbuße zuerkannt. Selbſt der Dichter Béranger, deſſen leichte ſcherzende Lieder der unverfälſchte Ausdruck des franzöſiſchen Volksgefühles waren, mußte auf neun Monate in das Gefängniß wandern, weil ſein Spott weder das geſalbte Haupt des Königs, noch die heiligen Geheimniſſe der katholiſchen Religion verſchont hatte. So widerlegten die Gerichte die Beſchuldigung, von der die frühere Verwaltung den Vorwand zur Einführung der Cenſur entlehnt hatte, daß ihre Lauheit der maßloſen Frechheit der Preſſe keine Schranken zu ſetzen wiſſe. Von allen den Unglücksweiſſagungen, in welche der Zorn der

ultraroyaliſtiſchen Partei über die volksthümlichen Maßregeln der Miniſter ſich ergoſſen, ging keine einzige in Erfüllung. Karl X. hatte auf einer Reiſe, welche er in die vom Geiſte des Liberalismus am tiefſten durchdrungenen öſtlichen Departements machte, perſönlich die Gelegenheit gehabt, ſich zu überzeugen, wie leicht es den Fürſten wird, die Herzen der Völker zu gewinnen, die ſich nur dann von einer Regierung abwenden, wenn dieſe ihren innerſten Gefühlen mit höhnendem Hochmuthe entgegen tritt. Inhaltſchwer waren die Worte, welche die Thronrede dem Könige in den Mund legte. „Jeder Tag," ließ Herr von Martignac Karl X. ſagen, „jeder Tag offenbart mir mehr die Zuneigung meines Volkes und macht mir die Verpflichtung heiliger, mein Leben ſeinem Wohle zu weihen. Dieſe edle Aufgabe, die ſie mir erfüllen helfen, wird von Tage zu Tage leichter. Die Erfahrung hat das Blendwerk unſinniger Staatslehren zerſtreut. Frankreich weiß, wie Sie, auf welchen Grundlagen ſein Glück ruht; und Die, welche es irgendwo anders, als in der aufrichtigen Vereinigung der königlichen Würde und der Freiheiten ſuchen, die von der Charte verbürgt ſind, werden ſchmachvoll von der Nation zurückgewieſen werden. Sie meine Herren, ſind berufen, dieſes Band immer enger und feſter zu knüpfen. Sie werden Ihren Auftrag als treue Franzoſen erfüllen, und der Beiſtand Ihres Königs wird Ihren Beſtrebungen ſo wenig entgehen, als der Dank der Nation."

Als die Adreſſe, mit der die Pairskammer dieſe Rede beantwortete, und die wie gewöhnlich nur ein Widerhall der königlichen Worte war, zur Berathung kam, erhob ſich zu allgemeiner Ueberraſchung der Fürſt von Polignac, um eine Anſprache an die Verſammlung zu halten. „Oeffentliche Blätter," ſagte er, „haben in dieſen Tagen mich mit den gehäſſigſten Verläumdungen überhäuft. Ohne eine Veranlaſſung von meiner Seite und allerdings auch ohne den geringſten Schein der Wahrheit, ohne eine einzige Thatſache, die ihnen zum Grunde oder auch nur zum Vorwande diente, haben ſie es gewagt, mich dem Lande als einen Menſchen darzuſtellen, der in ſeinem Herzen eine geheime Abneigung gegen unſere Staatseinrichtungen nährte, die doch, ſeit die königliche Hand, welche ſie uns verliehen, erſtarrt im Grabe ruht, die Weihe der Zeit und eine Art von unwiderruflicher Geltung erlangt haben. Wenn die Verbreiter dieſer verläumderiſchen Anſchuldigungen in das Innere meines Hauſes dringen könnten, würden ſie dort die beſte aller Widerlegungen und aller Antworten finden; ſie würden mich von den Früchten meiner unausgeſetzten Studien umgeben ſehen, die

Digitized by Google

alle keinen andern Gegenſtand und Zweck haben, als die Vertheidigung, ſofern ſie nöthig werden ſollte, und die Befeſtigung derſelben Einrichtungen, den Wunſch und das Verlangen, ſie auf unſere Kinder zu vererben und dieſen zu ihrem Glücke die ſüße Pflicht aufzulegen, das Andenken ihrer Väter zu ſegnen. Ja, unſere Staatseinrichtungen ſcheinen mir Alles zu vereinigen, was auf der einen Seite die Kraft und die Würde des Thrones, auf der andern eine gerechte volksthümliche Unabhängigkeit verlangen kann; ich habe daher in voller Uebereinſtimmung mit meinem Gewiſſen und mit meiner Ueberzeugung die feierliche Verpflichtung übernommen, zu ihrer Befeſtigung mitzuwirken. Und mit welchem Rechte könnte man mir die Abſicht zuſchreiben, geſetzlich erworbene Freiheiten zu opfern? Hat man mich je als einen knechtiſchen Schmeichler der Gewalt gekannt? Iſt meine politiſche Ueberzeugung jemals durch den Anblick der Gefahr erſchüttert worden? Wenn ich dagegen das Gewiſſen und das Leben meiner Ankläger befragen dürfte, würde ich ſie nicht zu derſelben Zeit vor ihrem Götzen das Knie beugend ſehen, während ich, unabhängiger als ſie, in Feſſeln der Gefahr und dem Tode trotzte?"

Fürſt Polignac hatte darauf gerechnet, daß ſeine Rede einen tiefen Eindruck hervorbringen und weſentlich dazu beitragen würde, die Vorurtheile zu zerſtreuen, die ſeiner Meinung nach nur durch bösartige Läſterer gegen ihn verbreitet waren. Schon das ſtumme Erſtaunen, mit welchem dieſelbe in der Pairskammer aufgenommen wurde, hätte ihn belehren können, wie ſehr er ſich täuſchte. Jedermann ſuchte den Zweck, den der ſtolze Fürſt gehabt haben könne, indem er ſich herabließ, durch die Ablegung eines politiſchen Glaubensbekenntniſſes ſich gegen Journalangriffe zu vertheidigen; und dieſer Zweck war nicht ſchwer aufzufinden. Der erſte Verſuch, den Fürſt Polignac gemacht hatte, eine Verwaltung in ſeinem Sinne zu bilden, war an dem allgemeinen Widerwillen gegen ſeine politiſchen Grundſätze oder gegen die Grundſätze, die man bei ihm vorausſetzte, geſcheitert. Offenbar war ſeine Abſicht jetzt keine andere, als für die Zukunft einem ähnlichen Mißlingen vorzubeugen. Aber das Mittel, das er anwandte, war für die Erreichung ſeines Zweckes ein nichts weniger als vortheilhaft gewähltes. Denn die Erfahrung hatte hinreichend gezeigt, daß die ſchönſten allgemeinen Verſicherungen feſter Anhänglichkeit an die Charte keine Bürgſchaft dagegen gewährten, daß nicht die klarſten Beſtimmungen derſelben bei Gelegenheit verkehrt worden wären; und wenn der Fürſt ſeinen Gegnern die Unterwerfung unter das napoleoniſche Regiment zum Ver-

Digitized by Google

brechen anrechnete, ſo ſtellte er damit ſich ganz Frankreich gegenüber, welches auf den kriegeriſchen Ruhm der Kaiſerherrſchaft noch immer mit Stolz zurückblickte.

Die Verhandlungen über die Adreſſe in der Abgeordnetenkammer boten ein nicht weniger merkwürdiges Schauſpiel dar, als jene in der Pairskammer. Die Abgeordnetenkammer hatte den Geiſt, von dem ſie durchdrungen war, ſchon durch ihre Präſidentenwahl auf eine Weiſe zu erkennen gegeben, die jede Mißdeutung ausſchloß. Unter den fünf Candidaten, die ihr in Vorſchlag zu bringen oblag, hatte diesmal Royer Collard die meiſten Stimmen vereinigt, der denn auch wieder zum Präſidenten ernannt wurde. Neben ihm ſtanden auf der Liſte Caſimir Périer, de Berbis, General Sebaſtiani und Delalot: alſo zwei Liberale und zwei conſtitutionelle Royaliſten. Die Adreſſe, mit deren Abfaſſung Etienne, als der Leiter des in vielen Tauſend Exemplaren verbreiteten liberalen Tagblattes le Conſtitutionnel einer der vornehmſten Tonangeber in der Journaliſtik, beauftragt wurde, war eine Umſchreibung der Thronrede, der ſie in allen Punkten beiſtimmte. Die liberalen Mitglieder der Kammer, die bei der Berathung das Wort ergriffen, General Lamarque, Laffitte, Mauguin, Sebaſtiani, Dupin der ältere, ſprachen einmüthig ihr beinahe unbedingtes Vertrauen zu dem Gange der Verwaltung aus. „Ich ſtatte der Thronrede den Zoll meiner ehrerbietigen Anerkennung ab,“ ſagte Lamarque, der zum erſten Male in der Kammer das Wort nahm; „ſie hat manche Beſorgniſſe zerſtreut und beinahe alle unſere Hoffnungen erfüllt.“ Nur mit der auswärtigen Politik der Regierung war der tapfere General nicht ganz zufrieden, indem er gewünſcht hätte, daß die Expedition nach Morea in einem größeren Maßſtabe unternommen und daß das befreite Griechenland nicht in ſo enge Grenzen eingeſchloſſen worden wäre. Laffitte äußerte: „Die Lage Frankreichs iſt befriedigender, als ſie jemals geweſen; ich ſehe überall nur Zufriedenheit und Hoffnung. Frankreich kann jetzt ſeine religiöſe, commercielle und bürgerliche Freiheit feſt begründen und ſeine Politik nach eigener Wahl beſtimmen. An uns iſt es jetzt, der Verwaltung jene Kraft zu verleihen, die unſer Intereſſe in gleichem Maße, wie unſer Ruhm erfordert.“ Mauguin verlangte gleich dem General Lamarque eine Erweiterung der Grenzen Griechenlands, worauf ihn der Siegelbewahrer beſchied, daß dieſe Grenzen noch keineswegs ihre ſchließliche Feſtſtellung erhalten hätten, da der Vertrag vom 6. Juli nur ein vorläufiger geweſen ſey, deſſen weitere Entwickelung bei dem Abſchluſſe des Friedens erfolgen würde. Die Ultraroya-

Digitized by Google

liſten ſchwiegen entweder oder ergingen ſich, wie Herr von Conny, in Klagen über die Revolution, die das Land bald dem grauenvollſten Unglück Preis geben werde, und deren Umſichgreifen ſich ſchon jetzt in dem Verfahren gegen ehrwürdige Geiſtliche zeige, die kein anderes Verbrechen begangen hätten, als daß ſie der Jugend einen heilſamen Unterricht ertheilten. — „Wir proteſtiren,“ rief Herr von Montbel aus, „gegen die Maßregeln, durch welche man die Rechte des Bürgers angetaſtet hat; man hat das Grundgeſetz verletzt; man hat die Freiheit der Gewiſſen vernichtet; wir ſtehen unter einer geſetzwidrigen Willkürherrſchaft!“ — „Iſt es jetzt an der Zeit,“ erwiderte der Biſchof von Beauvais auf dieſe Anklagen, „nachdem die Gerechtigkeit ihren Lauf gehabt hat, während die Biſchöfe keinen Widerſpruch mehr erheben, während die geiſtlichen Unterrichtsanſtalten durch die königliche Freigebigkeit blühen; iſt es jetzt an der Zeit, beigelegte Zwiſtigkeiten zu erneuern, die der Religion immer nachtheilig ſind? Die Zeit iſt gekommen, wo wir uns feſt an unſere Staatseinrichtungen halten müſſen; ich glaube, als Miniſter und als treuer Unterthan meine Pflicht gethan zu haben.“ — „Ja,“ rief Dupin der ältere aus, „Sie haben die wahren Gefühle des Landes begriffen; Denen zum Trotze, welche die Unordnung zu fürchten vorgeben, wie Jenen, die ſie hervorrufen möchten, iſt die Ruhe feſter geſichert, als je.“ Als es zur Abſtimmung kam, verließen die Ultraroyaliſten in Maſſe den Saal; die Adreſſe wurde mit 213 Stimmen gegen 8 angenommen.

Herr von Martignac hatte die große Aufgabe, die er zu löſen ſich für berufen hielt, in ihrer tiefſten Bedeutung aufgefaßt. Er erkannte den Widerſpruch, der zwiſchen der durch die Reſtauration geſchaffenen politiſchen Verfaſſung des Landes und dem noch vom Kaiſerreiche ererbten Syſteme der Verwaltung beſtand: zwiſchen einer Verfaſſung, welche die ausgedehnteſten Rechte in die Hände der Bürger legte, und einer Verwaltung, welche die Bürger von allen Rechten ausſchloß. In dieſem Widerſpruche ſah er die letzte, wenn gleich nicht offen zu Tage tretende Urſache aller der Reibungen, die bis jetzt jede dauernde Beruhigung der Gemüther verhindert hatte, und welche die Nation, wenn ſie ſich auch von Zeit zu Zeit mit Liebe ihrem alten Herrſcherſtamme zuwandte, demſelben immer wieder von neuem entfremdeten. Und in der That, was konnte unnatürlicher ſeyn, als daß man auf der einen Seite dem Volke das Recht zugeſtand, durch ſeine von ihm gewählten Vertreter über die wichtigſten allgemeinen Angelegenheiten zu entſcheiden, während man ihm auf der andern nicht ge-

Digitized by Google

ſtattete, ein ſelbſtſtändiges Urtheil über die Dinge zu haben, die jeden Einzelnen zunächſt berührten, über die Angelegenheiten ſeines Dorfes, ſeiner Stadt, ſeiner unmittelbarſten Nachbarſchaft? Keine Gemeinde in Frankreich durfte aus eigener Bewegung eine Brücke über einen Bach bauen, eine Straße nach der nächſten Gemeinde anlegen, eine den Einſturz drohende Kirche herſtellen; Alles bis auf das Kleinſte wurde von königlichen Beamten geordnet, die ihre Befehle von dem Präfecten des Departements, wie dieſer von dem Miniſterium zu Paris, empfingen. Und dabei wußte man es ſich nicht zu erklären, woher es kam, daß aller Thätigkeitstrieb der Nation ſich auf die allgemeine Politik warf und in dieſer die Befriedigung ſuchte, die ihm in der Beſchäftigung mit dem einem Jeden vor der Thüre Liegenden verſagt war! Herr von Martignac ſah ein, daß der Zweck der Verfaſſung nur dann auf wohlthätige Weiſe erreicht werden konnte, wenn die Verwaltung mit ihr in Einklang gebracht wurde; und dazu war das einfachſte Mittel, daß man den Stadt- und Landgemeinden, ſo wie jenen Abtheilungen des Bodens, welche die Revolution an die Stelle der alten Provinzen geſetzt hatte, ihre frühere Selbſtſtändigkeit in einer den Bedürfniſſen der Zeit angemeſſenen Form zurückgab. Er arbeitete zwei Geſetzentwürfe aus, von denen der erſte, eine neue Gemeindeordnung (loi municipale), die den Stadt- und Landgemeinden, der andere, eine Landſchaftsordnung (loi départementale), die den Kreiſen (cantons), Bezirken (arrondissements) und Departementen zuzugeſtehenden Rechte umfaßte. Nach dem Plane der neuen Gemeindeordnung ſollte in jeder Stadt und in jedem Dorfe Frankreichs eine ſelbſtſtändige Gemeindeverwaltung gebildet werden, die aus einem von der Regierung ernannten Bürgermeiſter (maire), in den Städten mit ſeinen gleichfalls von der Regierung ernannten Beigeordneten (adjoints) und aus einem von den Bürgern oder angeſeſſenen Einwohnern gewählten Gemeinderathe beſtand und alle inneren Angelegenheiten ihres Gemeinweſens nach ihrem Ermeſſen geordnet hätte. Der Regierung blieb nur in wichtigeren Fällen das Recht der Genehmigung vorbehalten, ſo wie ſie das Recht behielt, den Gemeinderath aufzulöſen, ſobald derſelbe ſeine Befugniſſe überſchritt oder ſonſt ſich gegen ſeine Pflicht verfehlte. Der Entwurf der Landſchaftsordnung hatte den Fehler, daß er, wie einfach auch der Grundgedanke war, doch in der Ausführung ſich etwas zu ſehr verwickelte. In jedem Departement beſtand ein ſogenannter allgemeiner Rath (conseil générale), der die Staatsauflagen unter die verſchiedenen Bezirke des Departements zu vertheilen, die beſonderen Ausgaben

und Belaſtungen, welche die Bedürfniſſe des Departements erforderten, zu berathen und die Rechnungen des Präfecten zu prüfen hatte. Eben ſo war in jedem Bezirke ein Bezirksrath (conseil d'arrondissement) vorhanden, der ähnliche Befugniſſe innerhalb ſeiner beſchränkteren Grenzen ausübte. Die Mitglieder der allgemeinen Räthe, wie der Bezirksräthe, wurden bisher durch die Regierung aus den angeſehenſten Einwohnern ernannt. Nach der neuen Landſchaftsordnung ſollten dieſelben in Zukunft durch die Höchſtbeſteuerten gewählt werden. Zu dieſem Zwecke wurden zuvörderſt Kreisverſammlungen angeordnet, in denen ſich die höchſtbeſteuerten Bürger in der Zahl von einem auf je hundert vereinigen ſollten, um für jeden Kreis ein Mitglied des Bezirksrathes zu ernennen; nächſtdem Bezirksverſammlungen, die von den höchſtbeſteuerten Bürgern in der Zahl von einem auf je tauſend gebildet worden wären und die Mitglider der allgemeinen Räthe erwählt hätten. Zu den Kreisverſammlungen wären auf dieſe Weiſe, da in den zahlreicher bevölkerten Kreiſen eine Beſchränkung der Wahlfähigkeit eintrat, nicht ganz 300,000, zu den Bezirksverſammlungen mehr als 32,000 Bürger berufen worden. Um aber die Vertretung der landſchaftlichen Intereſſen nicht ausſchließlich in die Hände der Höchſtbeſteuerten zu legen, ſollten zu den Kreisverſammlungen noch Abgeordnete der Gemeinderäthe, zu den Bezirksverſammlungen Abgeordnete der Kreisverſammlungen treten, und zwar die letzten in der Zahl von 8000, ſo daß die Geſammtzahl der Wähler, von denen die Ernennung der allgemeinen Räthe ausginge, auf 40,000 erhöht worden wäre. Schon dieſer künſtliche Mechanismus der Wahlen deutete darauf hin, daß der Miniſter bei der Ausarbeitung der Landſchaftsordnung nicht ganz freie Hand gehabt hatte. In der That war König Karl X. unfähig den von wahrer Staatsweisheit eingegebenen Gedanken zu begreifen, der den Plänen des Herrn von Martignac zum Grunde lag, jeder Erweiterung des Grundſatzes der Volksvertretung, der ihm von allen Greueln der Revolution ſchwanger erſchien, im höchſten Grade abgeneigt. Was ihn einigermaßen mit den Vorſchlägen des Miniſters verſöhnte, war die Beſchränkung der Zahl der Departementswähler auf jene Höchſtbeſteuerten, oder — was in den Provinzen beinahe überall daſſelbe war — auf die großen Grundbeſitzer, denen Villèle in ſeinem Wahlgeſetze ein doppeltes Wahlrecht beigelegt hatte, indem ſie in den Wahlverſammlungen der Arrondiſſements mit allen übrigen Wahlberechtigten zuſammen, und außerdem noch in den Wahlverſammlungen der Departements für ſich allein ſtimmten. Bei den

Digitized by Google

Departementswahlen hatte die royaliſtiſche Partei bisher immer eine entſchiedene Mehrheit gehabt, und nur in den Wahlen der Arrondiſſements war die liberale Meinung durchgedrungen. Aus dieſem Grunde ſah er eine Bürgſchaft für die Erhaltung der Ordnung in dem vermehrten Einfluſſe, der den Departementswählern zugetheilt wurde; und er machte es den Miniſtern daher ausdrücklich zur Bedingung, daß ſie die beiden Geſetzentwürfe den Kammern nicht nach einander, ſondern gleichzeitig vorlegten, und daß ſie ſich keine weſentliche Veränderung in der Landſchaftsordnung gefallen ließen. Nicht unwahrſcheinlich iſt es, daß auf den Entſchluß des Königs, indem er dieſe Bedingungen ſtellte, zugleich ein geheimer Anſchlag einwirkte, der in ſeiner nächſten Umgebung und unter den Häuptern der ultraroyaliſtiſchen Partei in der Abgeordnetenkammer ausgeſonnen war. Man rechnete auf die Ungeduld der Liberalen, von denen man vorausſetzte, daß ſie um keinen Preis in eine Beſchränkung des Einfluſſes in den Departements auf die Höchſtbeſteuerten einwilligen würden. Wurden die hierauf abzielenden Beſtimmungen verworfen, ſo ſahen die Miniſter, da ſie ihrer gegen den König übernommenen Verpflichtung nicht untreu werden konnten, ſich genöthigt, mit der liberalen Partei zu brechen; und damit entging ihnen die Mehrheit, auf die ſie bisher in der Abgeordnetenkammer ſich geſtützt hatten. Ohne eine Mehrheit in der Kammer waren ſie aber außer Stande, ſich an der Spitze der Verwaltung zu behaupten; und das verhaßte Regiment der Abtrünnigen, die der Revolution Thür und Thor öffneten, mußte daher nothwendig ein Ende nehmen.

„Umſonſt," ſagte Herr von Martignac, indem er ſeine beiden Geſetzentwürfe in die Kammer brachte, „umſonſt würden wir uns verbergen, daß die Verfaſſung, welche unſere Könige Frankreich gegeben haben, von dem Lande nicht als eine bloße Form, nicht als eine Täuſchung, ſondern als eine fruchtbare Wirklichkeit aufgenommen worden iſt. Die Aufforderung an alle Bürger zur Theilnahme an der Geſetzgebung, die Freiheit der Rednerbühne und die Freiheit der Preſſe, die Entwicklung des öffentlichen Unterrichtes — alle dieſe Folgen der Charte haben unter allen Klaſſen der Geſellſchaft ein lebendiges Intereſſe an den öffentlichen Angelegenheiten verbreitet und das allgemeine Verlangen, ſich in irgend einer Weiſe an denſelben zu betheiligen, hervorgerufen. Dies gilt von den Perſonen jedes Alters, beſonders wahr aber iſt es von dem Geſchlechte, welches eben erſt zur Reife heranwächſt und welches uns zu erſetzen beſtimmt iſt. Männer, die unter

der alten Monarchie geboren ſind und nach einander unter den Geſetzen der Revolution, des Kaiſerreiches und jenen der Regierung gelebt haben, die Ludwig XVIII. uns hinterlaſſen, haben unſere Staatseinrichtungen mit dankbarem Herzen angenommen, wie wir einen Hafen nach langem Sturm begrüßen. Aber ihre erſten Eindrücke, ihre politiſche Erziehung, ihre erſten Schritte in der Lebensbahn waren unſeren neuen Zuſtänden fremd und Erinnerungen der verſchiedenſten Art miſchen ſich noch in ihre Anhänglichkeit an dieſelben. Nicht ſo iſt es mit den Männern, die uns nachfolgen werden. Dieſe haben die alte Monarchie nicht mehr geſehen. Ihre Gebräuche, ſo wie die Unordnungen der Revolution nach ihrem Sturze ſind ihnen nur durch die Ueberlieferung bekannt. Einiger Stolz auf kriegeriſchen Ruhm iſt der einzige Theil der Vergangenheit, den ſie geſehen haben. Ihre politiſche Erziehung iſt auf unſere gegenwärtigen Staatseinrichtungen begründet, und ihre erſten Eindrücke von den Angelegenheiten unſeres Vaterlandes ſind von der neuen Ordnung der Dinge durchdrungen. Verdient dieſe Maſſe von wohlunterrichteten, arbeitſamen und thätigen jungen Männern nicht unſere Beachtung, welche die Oeffentlichkeit unterrichtet, die ihre geſellſchaftliche Stellung, das Gefühl ihrer Befähigung und das Beiſpiel ſo mancher ſchnellen Erhebungen — eben ſo unerwartet als die ihrige ſeyn würde — auf ſo vielen verſchiedenen Wegen zu den öffentlichen Angelegenheiten hintreibt? Welche Mittel haben wir, dieſe ihre natürliche und gerechte Ungeduld zu befriedigen? Welchen Antheil können wir ihnen an der Leitung der großen Intereſſen des Staates geben? Eröffnen wir ihnen eine neue Laufbahn! Ihre Gemeinde, ihr Departement hat auch Intereſſen, welche wahrzunehmen ſind: Verbeſſerungspläne, welche ausgeführt, große Bauunternehmungen, die angeordnet, Straßenverbindungen, die erweitert werden müſſen. Sie ſind begierig, ehrende Auszeichnungen durch die Stimmen ihrer Mitbürger zu erlangen, ſie wünſchen mit der Sorge für das Wohl derſelben beauftragt zu werden. Geben wir ihnen Gelegenheit, dieſen edlen Ehrgeiz bei ſich zu Hauſe zu befriedigen, und ziehen wir einen ehrenvollen Kreis um ſie, in dem ſie Vortheil und Ruhm finden mögen. Die allgemeine geiſtige Bewegung einer Nation iſt ſchwer aufzuhalten. Leite man ſie mit Klugheit, theile man ſie, daß ihre Wirkung weniger gewaltſam andrängend wird, und wende man ſie zum Beſten des Landes! In dem Herzen des Königreiches vereinigt und auf ein gemeinſchaftliches Ziel gerichtet, kann dieſe zunehmende Thätigkeit zu Gefahren führen; rufe man ſie auf verſchiedene Punkte, gebe man ihr Nahrung

Digitized by Google

der verſchiedenſten Art und beſchäftige man ſie mit vielfachen Sorgen, und man wird zugleich im Stande ſeyn, ſie zu ſchwächen und heilſam zu machen.“

Der Eindruck, den dieſe Rede durch ihre Klarheit, durch das unwiderlegliche Gewicht ihrer Gründe hervorbrachte, war unbeſchreiblich. Alle Mitglieder der Kammer, welcher politiſchen Richtung ſie auch angehörten, deren beſſere Einſicht nur nicht durch die blinde Wuth des Parteigeiſtes verdunkelt wurde, waren begeiſtert; und wenn dieſer erſte Eindruck ein bleibender geweſen wäre, ſo hätte Herrn von Martignac der glänzendſte Sieg über alle ſeine offenen und geheimen Gegner nicht entgehen können. Aber die Herren vom Hofe, die, geſchäftige Maulwürfe, ihm im Verborgenen den Boden unter ſeinen Füßen unterhölten, hatten nur zu richtig geurtheilt, wenn ſie auf den Ungeſtüm rechneten, mit dem die Liberalen ſtatt des gebotenen Guten dem unerreichbaren Beſſern und Beſten nachjagen würden. Die Commiſſionen, denen die Kammer dem Herkommen gemäß die vorläufige Prüfung der beiden Geſetzentwürfe übertrug, wurden beinahe ausſchließlich aus Liberalen zuſammengeſetzt, weil die Ultraroyaliſten, dem Verfahren treu, welches ſie bereits bei der Abſtimmung über die Adreſſe beobachtet hatten, ſich jeder Theilnahme an der Wahl enthielten. Die Commiſſion zur Prüfung der Gemeindeordnung, deren Berichterſtatter der ältere Dupin war, erklärte ſich mit allen weſentlichen Beſtimmungen des Geſetzentwurfes einverſtanden; nur in einem nicht unwichtigen Punkte ſchlug ſie eine Abweichung vor, indem ſie darauf antrug, daß die Regierung bei der Ernennung der Bürgermeiſter in den Städten keine freie Wahl haben, ſondern gehalten ſeyn ſollte, dieſelben aus dem von den Bürgern gewählten Gemeinderathe zu nehmen. Wenn ſchon in dieſer Forderung ſich die ungemeſſene Sucht verrieth, die königliche Gewalt ſo viel als immer möglich einzuſchränken und den Grundſatz der Volkswahl bis zu ſeinen äußerſten Grenzen auszudehnen, ſo war doch der Bericht Dupins ein ungemein gemäßigter im Vergleiche mit jenem, den General Sebaſtiani im Namen der Commiſſion, die zur Prüfung der Landſchaftsordnung niedergeſetzt war, abſtattete. Da war von dem künſtlichen Gebäude des Miniſters kein Stein auf dem andern geblieben. Sebaſtiani, der ſonſt ſo weit von aller Ueberſpannung entfernte militairiſche Diplomat, der bei mehr als einer Gelegenheit, freilich vergeblich, um die Gunſt des Hofes gebuhlt hatte, verlangte, daß das Recht der Theilnahme an den Wahlen der allgemeinen Räthe in den Departements von der verhältniß-

Digitized by Google

mäßig nicht allzu großen Zahl der Höchſtbeſteuerten auf die Geſammtheit aller Bürger, die zur Theilnahme an den Wahlen der Abgeordnetenkammer berechtigt wären, übertragen würde; daß die Wahlen der allgemeinen Räthe ſtatt in Bezirksverſammlungen, wie dies bei der geringeren Zahl der Wähler nothwendig ſchien, in Kreisverſammlungen Statt finden, und daß nicht bloß keine Bezirksverſammlungen gehalten, ſondern daß auch die ſeit dreißig Jahren beſtehenden Bezirksräthe aufgehoben werden ſollten, wodurch natürlich die Befugniſſe der allgemeinen Departementsräthe um ſo viel mehr erweitert worden wären. Der Sinn dieſer Forderung war klar. Aller Einfluß in den Departements wäre durch die Gewährung derſelben auf die Maſſe der ſogenannten kleinen Wähler übergegangen, die, dem großen Grundbeſitze gegenüber, den vermögenderen Handels- und Geberbsbeſtand vertraten und deren politiſche Geſinnungen ſich durch die letzten Wahlen zu der Abgeordnetenkammer unzweideutig ausgeſprochen hatten. Daß ſich der Hof zu einem ſolchen Zugeſtändniſſe, ſo lange ihm noch irgend eine Möglichkeit des Widerſtandes blieb, niemals entſchließen würde, ließ ſich mit Sicherheit vorherſehen: zum Ueberfluſſe wußte man, daß die Miniſter durch ein beſtimmtes Verſprechen gegen den König gebunden waren. Aber Herr Sebaſtiani war unzufrieden, daß ſeine perſönlichen Verdienſte nicht längſt ihre gebührende Anerkennung von Seiten der Regierung gefunden hatten. Eben ſo wenig, wie er ſelbſt, waren mehrere ſeiner politiſchen Freunde, unter denen beſonders der von dem Miniſterium erſt wieder in ſein Amt eingeſetzte Guizot genannt wird, geneigt, noch lange auf den Lohn ihrer Anſtrengungen zum Beſten des Vaterlandes zu warten. Sie waren der Meinung, daß ſie, die Häupter der liberalen Partei, allein das Miniſterium hielten, und ſahen nicht ein, warum ſie nicht eben ſo gut unmittelbar an die Spitze der Verwaltung treten ſollten. Die Kurzſichtigen, die es für möglich hielten, daß ein ſo ſtarrer Charakter, wie Karl X., nicht eher ſeine Krone auf das Spiel geſetzt, als Männer in ſeinen Rath gezogen hätte, die er als die geſchwornen Feinde ſeiner Dynaſtie, des Königthums und was ihm über Alles ging, der Religion betrachtete!

Nachdem die Wortführer der Commiſſionen ihre Berichte erſtattet hatten, mußte zuvörderſt darüber entſchieden werden, welcher von den beiden Geſetzentwürfen zuerſt zur Berathung kommen ſollte. Dieſe Frage war keine unbedeutende. In Bezug auf die Gemeindeordnung war durch den Commiſſionsbericht nicht jede Ausſicht auf eine Verſtändigung abgeſchnitten; und wenn dieſe zuerſt berathen wurde, ſo

Digitized by Google

durfte man wenigſtens hoffen, den einen der beiden Geſetzentwürfe durchzuſetzen, was bei der Wichtigkeit des Gegenſtandes für eine Seſſion vollkommen genügte. Die Landſchaftsordnung wäre dann, wenn die liberale Partei auf ihren Forderungen beſtand, entweder ganz bei Seite gelegt oder auf die nächſte Seſſion vertagt worden: eine Friſt, binnen welcher manche Veränderungen vor ſich gehen konnten. Aber die Ehrgeizigen, die ſich bereits im Beſitze der Miniſter-Portefeuilles wähnten, wollten ihren Sieg auch um keinen Augenblick verzögern; und die Maſſe der Liberalen, ohne Urtheil, durch den dunkeln Drang hingeriſſen, für ihre Meinung mit einem Schlage das weiteſte Gebiet zu erobern, folgte dem Beſpiele, welches von treuloſen Führern gegeben war. Umſonſt erinnerte Herr v. Martignac, daß man, ehe man ein Ganzes hinſtellen wolle, erſt die Beſtandtheile geſchaffen haben müſſe, aus denen daſſelbe zuſammengeſetzt ſey, daß man nicht eher daran denken könne, eine Vereinigung vieler Gemeinden zu ordnen, ehe man die einzelnen Gemeinden geordnet habe. Ihm entgegnete Mauguin mit bewundernswürdiger Naivetät: „Die Frage der Reihenfolge iſt eine Frage über Leben und Tod. Siegt der Commiſſionsantrag über die Landſchaftsordnung, ſo erhält die Partei in der Kammer, der ich angehöre, einen entſcheidenden Einfluß auf die Ernennung der allgemeinen Räthe. Durch dieſe Räthe wird man Meiſter der Präfecten, durch die Präfecten Meiſter der Maires und ſofort. Wird aber das Gemeindegeſetz angenommen, ſo macht man durch die Gemeinderäthe noch keine Maires und durch dieſe noch keine Präfecten.“ Die linke Seite erhob ſich bei der Abſtimmung mit Ausnahme weniger Beſonnenen in Maſſe für den Vorzug der Landſchaftsordnung; dennoch hielt ſie ſich ſchon für geſchlagen, weil die Gemäßigten in der Mitte vereinigt mit den Ultraroyaliſten oder der rechten Seite eine unzweifelhafte Mehrheit bildeten, als ſich, wie auf ein gegebenes Zeichen, auch die ganze rechte Seite erhob und durch ihre Verbindung mit ihren entſchiedenſten Gegnern den Ausſchlag gab. Die Sieger ſahen einander erſtaunt an, und in vielen mag wohl die Ahnung aufgeſtiegen ſeyn, daß ſie einen großen politiſchen Fehler begangen hatten. Aber die Entſcheidung war erfolgt. Die Ultraroyaliſten hatten ihren Zweck, das Miniſterium von der liberalen Partei zu trennen, erreicht.

Der Kampf, der ſich nun über den allgemeinen Inhalt, ſo wie über die einzelnen Beſtimmungen des zunächſt vorliegenden Geſetzentwurfes entſpann, hatte ein untergeordnetes Intereſſe, da über den Ausgang von Anfang kaum noch ein Zweifel vorhanden war. „Wir,

meine Freunde und ich," ſagte der Ultraroyaliſt Fromont, dem zuerſt das Wort gegeben wurde, „werden uns den miniſteriellen Geſetzentwürfen mit aller unſerer Kraft widerſetzen; wir können den einen ſo wenig annehmen, als den andern; denn wir glauben, daß beide darauf berechnet ſind, den Grundſatz der Volksherrſchaft einzuführen und den König ſeiner Vorrechte zu berauben. Nur deshalb, um dieſen Grundfehler zu bekämpfen, haben wir der Landſchaftsordnung den Vorrang ertheilt. Wenn unſere Gegner ſich auf den Boden angemaßter Freiheiten geworfen haben, ſo befinden wir uns auf dem ſichern Boden des geſetzmäßigen Rechts. Man will in unſere Departements, in unſere Städte, ja in die kleinſten Dörfer ein Schattenbild der Volksvertretung einführen, durch welches dieſe ſelbſt nur bloßgeſtellt würde. Die Charte hat das Wahlrecht in enge Schranken eingeſchloſſen; dadurch allein iſt der Staat vor einer allgemeinen Umwälzung geſchützt. Wo iſt eine Nothwendigkeit vorhanden, die Volksgewalt zu verſtärken, da wir bereits die Freiheit der Preſſe und die beiden Kammern beſitzen? Die Entwürfe der Miniſter ſind gefährlich, unnütz, unheilbringend." — „Wie kann man es wagen," entgegnete Herr von Corcelles, „uns mit einer Herrſchaft der Menge zu drohen, weil uns, zu keinem andern Zwecke, als um eine billige Ordnung in der Verwaltung unſerer Gemeinden und unſerer Departements einzuführen, eine Vertretung von 100,000 Steuerpflichtigen für 32 Millionen Einwohner vorgeſchlagen wird? Es iſt gerade, als beabſichtigten wir, den eigenthumloſen Handarbeitern politiſche Rechte zu geben, während wir doch nur die Rechte der ſchönſten Ariſtokratie, die es in der Welt giebt, der Auswahl der franzöſiſchen Nation, der Männer, die uns ſelbſt in dieſe Kammer geſchickt haben, verfechten." — Der bekannte Etienne verſicherte, daß der Entwurf der Landſchaftsordnung, wie denſelben die Miniſter vorgelegt hätten, durchaus unzuläſſig und unerträglich, die Intereſſen der Geſellſchaft verletzend, für das Land beleidigend, für die Monarchie gefährlich ſey. „Bei einem ſo aufgeklärten Volke, wie das unſrige," ſagte er, „bei einem Volke, welches weiß, wie viel gewiſſe Stände verloren und immer wieder zu erringen geſucht haben, würde große Einbildung dazu gehören, wenn man ſich ſchmeicheln wollte, durch Gewandheit oder Kunſt der Rede die öffentliche geſunde Vernunft zu täuſchen, das Vorrecht in eine Geſellſchaft einführen zu können, welche auf die Gleichheit vor dem Geſetze eiferſüchtig iſt, ſie zu überreden, daß man ſie nicht beraube, während man die kleine Zahl mit dem ausſchließenden Beſitze aller Einflüſſe und der aus-

ſchließenden Vertretung aller ihrer Rechte ausſtattete. Seit fünfzehn Jahren arbeiten alle Miniſterien daran, eine Ariſtokratie zu ſchaffen, und doch nützen ſich die Reſte unſerer alten Ariſtokratie täglich durch die Sitten ab. In der Abweſenheit aller Vorrechte, ohne welche ſie unmöglich iſt, ſieht man ſich genöthigt, das zerbrechliche Gebäude auf die bloße Grundlage des Vermögens zu bauen. In dem Maße aber, in dem es aufſteigt, wird es von unſerm bürgerlichen Geſetzbuche durch die gleiche Vertheilung des väterlichen Erbes unter die Kinder niedergeworfen; und ſicher erwartet man doch jetzt nichts weniger als einen neuen Verſuch zur Umgeſtaltung unſerer Geſetze, nachdem man den Erfolg geſehen hat, den das berüchtigte Geſetz des Erſtgeburtsrechts erlangte. Der miniſterielle Entwurf iſt in meinen Augen ein Gegenſtand des Mißtrauens und der Unordnung; ich verwerfe ihn. Der Entwurf der Commiſſion iſt ein Pfand der Sicherheit und des Friedens für mein Vaterland; ich ſtimme für denſelben mit innigſter Ueberzeugung.“ — „Die Miniſter,“ rief dagegen Herr von Salaberry aus, „arbeiten der Revolution in die Hände. Die Häupter der revolutionairen Partei verſichern uns zwar, ſie wollten keine Revolution. Sie wollen nur in einer neuen Charte, der Departementalcharte, eine Verrückung der königlichen Gewalt, nichts als ihre Umwandlung in die Volksgewalt, bloß das ſouveraine Volk ſtatt des ſouverainen Königs. Sie wollen durch die Geſetze ſelbſt den Umſturz unſeres Staatsgebäudes bewirken; ſie wollen eine Umwälzung ohne Hammerſchläge, eine Umwälzung, wie ſie durch die Bedürfniſſe der Zeit geboten ſey. Was ſie aber die Bedürfniſſe der Zeit nennen, ſind nur die perſönlichen Bedürfniſſe gewiſſer Leute, politiſcher Zwerge, die einander gegenſeitig als Rieſen begrüßen. Dieſe Herren haben einen liberalen Appetit nach Reichthümern, Stellen oder Einflüſſen, je nachdem ihnen die einen oder die anderen fehlen. Sie ſagen uns, daß ſie eben ſo wenig eine Revolution wollen, wie wir, weil ſie nicht wollen, daß die Revolution, die ſie vorbereiten, von unten herkomme, noch bis nach unten hingelange. Die Kette ſoll an den Thron befeſtigt werden, von dem Throne ſoll ſie ausgehen. Statt ſie aber bis in die letzte Hütte reichen zu laſſen, wollen die Geſcheiten ſie unterweges ergreifen und zu ihrem Nutzen und Frommen verwenden.“ Es iſt ein altes Sprichwort, welches heißt: Kinder und Narren ſagen die Wahrheit. Der greiſe Salaberry hatte ſeit vielen Jahren ſo manche närriſche Dinge in der Kammer geſprochen; diesmal aber hatte er, ohne es ſelbſt zu wiſſen, den Nagel auf den Kopf getroffen.

Digitized by Google

Herr von Martignac bewahrte, als er ſich auf dieſe Weiſe von allen Seiten angegriffen, von Niemand vertheidigt ſah, eine preiswürdige Feſtigkeit. „Es iſt eine edle und ſchöne Aufgabe für einen Miniſter," ſagte er, nach den leidenſchaftlichen Anklagen, die gegen ihn gerichtet waren, das Wort nehmend, „für ein großes Volk die Geſetze vorzubereiten, die ſeine theuerſten Güter berühren. Aber wie viele Schwierigkeiten, Hinderniſſe, Kämpfe reihen ſich an die Erfüllung dieſer Pflicht! Gegen wie viele beleidigende Anklagen muß er ſich vertheidigen ohne andere Waffen, als die der Vernunft und der Wahrheit, die nicht ſelten unmächtig ſind! Fremd der Zeit, in der wir leben, werfen ihm die Einen vor, er überliefere den Thron der Empörung, das Land der Zerrüttung, während die Anderen ihm in demſelben Augenblicke tyranniſche Plane Schuld geben, indem er ihnen eine neue Freiheit bringt. So zwiſchen zwei widerſprechende Parteien geſtellt, gäbe es ein einfaches Mittel, ſich den Angriffen der einen zu entziehen: die Aufopferung der eigenen Ueberzeugung. Die Pflicht aber kennt dieſen Rath nicht, und auf ſie allein darf ich hören. Seit fünfzehn Jahren forderten alle Meinungen, alle Parteien ein Geſetz der Gemeinden und der Departements. Die Bemühungen der bisherigen Miniſterien waren fruchtlos; auch wir wollten einen Verſuch machen, die Wünſche des Landes zu befriedigen; und die, welche in ſeinem Namen ſprechen, ſagen uns, daß wir uns getäuſcht haben. Der Irrthum iſt möglich; ich bin weit entfernt, dies zu beſtreiten, aber unſer Mißtrauen in uns ſelbſt geht nicht ſo weit, daß wir anſtehen ſollten, unſere Gründe auseinanderzuſetzen, und zu beweiſen, daß unſer Irrthum nicht aus Mangel an reifer Ueberlegung, noch aus einem Vergeſſen unſerer Pflichten hervorging. Man klagt uns an, daß wir dem Könige einen Theil ſeiner Vorrechte entzögen und durch die Einführung der Volkswahlen in die Verwaltung die Charte verletzten. Die Charte ſichert dem Könige allerdings die Beſetzung aller Verwaltungsſtellen. Unter öffentlicher Verwaltung verſteht man jenen Theil der Staatsgewalt, der im Namen des Königs die Geſetze zur Ausführung bringt: eine Thätigkeit, die von dem Throne bis zu dem letzten Diener der öffentlichen Macht hinabreicht. Kann dieſe Worterklärung auf die Befugniſſe jener Notabeln angewandt werden, die ſich alljährlich vierzehn Tage verſammeln, um über die Angelegenheiten ihres Departements zu berathen? Gewiß nicht. Und was ſchlagen wir Ihnen denn vor? Nichts Anderes, als dieſe berathenden Verſammlungen aufrecht zu erhalten, ihre Mitglieder aber durch eine gewiſſe Anzahl Einwohner deſſelben Gebie-

Digitized by Google

tes wählen zu laſſen, die aus jenen genommen ſind, welche bei der Erhaltung der Ordnung und Sparſamkeit das meiſte Intereſſe haben. Mögen diejenigen, die das Geſetz bloß deshalb verwerfen, weil es auf dem Grundſatze beruht, daß die Räthe aus der Wahl der Bürger hervorgehen ſollen, mögen ſie ſich erinnern, was unſeren Tagen vorangegangen iſt; mögen ſie ihren Blick auf die Gegenwart werfen und in die Zukunft richten, und dann thun, was ihnen die Vernunft, was ihnen die Pflicht gebeut! Die Commiſſion der Kammer iſt unſerem Geſetze nicht deshalb entgegen, weil es auf dem Grundſatze der Wahl beruht, ſondern weil es dieſen Grundſatz nicht weit genug ausgedehnt hat. Sie verwirft die Bezirksräthe, die durch ein Staatsgeſetz ſeit dreißig Jahren in Wirkſamkeit ſtehen und zu der Umlage der Steuern unter den Gemeinden unentbehrlich ſind, da dieſe den Departementsräthen nicht übertragen werden kann. Wir dürfen nicht zugeben, daß mit Hintanſetzung des königlichen Rechts des erſten Antrages geſetzlich beſtehende Einrichtungen durch ein bloßes Amendement aufgehoben werden, zumal wenn man, wie hier, nichts an die Stelle ſetzt und dadurch die Verwaltung in Verwirrung bringt. Die Commiſſion ſetzt an die Stelle der Bezirksverſammlungen, die nach unſerm Entwurfe die Departementsräthe wählen ſollten, Kreisverſammlungen und beruft zu dieſen nicht, wie wir vorſchlagen, die Höchſtbeſteuerten, ſondern alle Bürger über 25 Jahre, die 300 Franken directe Auflagen zahlen. Die Commiſſion kann nicht begreifen, warum die Wähler, welche das Wahlrecht der Mitglieder eines unſerer großen Staatskörper beſitzen, des Wahlrechts der untergeordneten Departementsräthe beraubt werden ſollen. Von dem Entziehen eines Rechts iſt aber gar nicht die Rede, denn man wird doch wohl nicht behaupten wollen, daß die Wähler, die bloß zu der Abgeordnetenwahl aufgeſtellt ſind, dadurch ein erworbenes Recht auf alle anderen Wahlen haben, welche die Geſetzgebung etwa für die Zukunft anordnen wird? Die Abgeordnetenkammer übt nur einen Theil der geſetzgebenden Gewalt aus; ſie vertritt nur das demokratiſche Element unſerer Regierung, und dieſes Element, ohne welches die beiden anderen unfähig zur Geſetzgebung wären, hat für ſich allein gleichfalls keine vollſtändige und unabhängige Wirkſamkeit. Der Vorſchlag der Commiſſion würde daher das in unſerer Verfaſſung beſtehende Gleichgewicht der Gewalt zerſtören, indem es den Wählern der einen Gewalt, der demokratiſchen, ausſchließlich alle Wahlrechte zuwendete. Verdienen wir in irgend einer Weiſe die bitteren Vorwürfe, mit denen man von allen Seiten uns

Digitized by Google

überhäuft! Wir haben zu gleicher Zeit die Einrichtung der Gemeinde-, der Bezirks- und der Departementsräthe vorgeſchlagen. Wiſſen Sie, meine Herren, wie viel Perſonen nach unſerem Plane zu der Wahl der erſten berufen werden? mehr als 1,500,000; zu der Wahl der Bezirksräthe 100,000; zu der Wahl der Departementsräthe über 40,000. Man hat die Erörterung des Gemeindegeſetzes beſeitigt, man unterdrückt die Bezirksräthe und läßt uns, ſtatt auf das Ganze unſerer Arbeit zu ſehen, nur den engen Kreis der Departementsräthe übrig. Aber worin beſteht denn, ſelbſt wenn wir uns in dieſen einſchließen, der Fehler unſeres Geſetzentwurfes? Wir ſchlagen vor, zu den Bezirksverſammlungen, welche die Departementsräthe wählen, je einen auf tauſend Einwohner zu berufen. Dies iſt ein Vorrecht, ſagt man uns, welches wir zu Gunſten des großen Eigenthums ſchaffen. Warum liegt denn aber in jener Berufung der Höchſtbeſteuerten etwas ſo Befremdendes? Handelt es ſich nicht um die Wahl eines Rathes, der Steuern und Ausgaben beantragen ſoll? Iſt es nicht das Eigenthum, das dieſe tragen muß? Von wem könnte man alſo beſonnene Wahlen am natürlichſten erwarten als von dem großen Eigenthum? Hier herrſcht kein Vorzug, kein Vorrecht, keine Auszeichnung. Das Geſetz beruft die am meiſten Betheiligten, welche die höchſten Laſten tragen müſſen, wer ſie ſonſt ſeyn, welcher Stellung im Leben ſie angehören mögen. Wer kann ſich darüber beklagen? Ihre Commiſſion war gleich bei ihren erſten Schritten von einem Gedanken eingenommen, von dem ſie ſich nicht losreißen konnte: gewählt durch die Kammer ſah ſie vor allem nur die Kammer und die, welche die Kammer gewählt haben. Sie glaubte, die Rechte der Wähler wären in unſere Verhandlungen verwickelt, legte ſich die Verpflichtung auf, die Rechte zu vertheidigen, und verlor darüber jedes andere Intereſſe aus dem Auge. Der König mußte die Dinge von einem weiteren, von einem höheren Geſichtspunkte auffaſſen. Nur das Intereſſe Aller iſt ſein Intereſſe. Es handelt ſich um eine im guten Gebrauche nützliche, im Mißbrauche verderbliche Einrichtung. Dies iſt der Gedanke, der Ihren Entſchluß beſtimmen muß, wenn Sie über das Schickſal des Geſetzes entſcheiden. Wir, meine Herren, die vorübergehenden Miniſter einer bleibenden Monarchie, haben die Pflicht, an das zu denken, was bleibt, und ich hoffe, Sie achten uns genug, um vorauszuſetzen, daß wir dieſe Pflicht erfüllen werden."

So überzeugend die Gründe, welche Herr von Martignac aufſtellte, für jeden Beſonnenen geweſen wären, der die Verhältniſſe mit unbefangenem Blicke gewürdigt hätte, ſo wenig vermochten ſie den

Digitized by Google

Haß und die Vorurtheile der Parteien zu entwaffnen. Mit höhnender Schadenfreude rief Herr von Labourdonnaye den Miniſtern zu: „Niemand will von Euren Geſetzen etwas wiſſen; nach vierzigjähriger Erfahrung ſind alle Parteien zu aufgeklärt und die hohen geſellſchaftlichen Stellungen zu klug, als daß ſie ſich von neuem dem Spiele der Volksleidenſchaften und den Gefahren der Anarchie ausſetzen ſollten! Die Kraft des Königthumes iſt die Schutzwehr aller unſerer Rechte, aller unſerer Intereſſen, aller unſerer Freiheiten; nie werde ich einwilligen, dieſe mächtige Bürgſchaft, die erſte Bedingung unſeres geſellſchaftlichen Vertrages und die erſte Nothwendigkeit der conſtitutionellen Monarchie, bloßzuſtellen.“ Der Siegelbewahrer Portalis und der Miniſter des öffentlichen Unterrichts Vatimêsnil unterſtützten Herrn von Martignac mit vieler Beredſamkeit, wenn ſie gleich ſeinen Gründen keine neue hinzuzufügen wußten; aber außer den Miniſtern nahm kein einziges bedeutenderes Mitglied der Kammer zur Vertheidigung des miniſteriellen Geſetzentwurfes das Wort. Die Liberalen Béranger, Salverte, Benjamin Conſtant, Bignon und die Ultraroyaliſten von Conny, von Montbel, de la Boullaye, Ravez ſprachen mit gleicher Entſchiedenheit, wenngleich von entgegengeſetzten Geſichtspunkten ausgehend, gegen das Geſetz: die Einen nur gegen die urſprüngliche Abfaſſung, die Anderen eben ſo ſehr gegen dieſe, wie gegen die Verbeſſerungsvorſchläge der Commiſſion. Als die Verhandlungen ſich ihrem Schluſſe näherten, beſchloß Herr von Martignac noch einen Verſuch zu machen, die Kammer zur Beſinnung zurückzuführen, indem er ihr geradezu erklärte, daß man ſich darauf gefaßt machen müſſe, gar nichts zu erhalten, wenn man die angebotene Erweiterung der Volksrechte verſchmähe. „Der ihnen vorgelegte Entwurf,“ ſagte er, „iſt kein gewöhnliches Geſetz, bei dem die drei Staatsgewalten ein gleichmäßiges gemeinſchaftliches Intereſſe haben. Die Krone beabſichtigt, dem Lande zu deſſen Gunſten ein großes Zugeſtändniß zu machen. Bis jetzt beſitzt der König das Recht, die Mitglieder der Bezirks- und Departementsräthe zu ernennen; er tritt dieſes Recht aus freiem Willen ab, aber eben deshalb muß es ihm auch freiſtehen, die Bedingungen zu beſtimmen, unter denen dies geſchehen ſoll. Hier erleidet daher der ſonſtige Gebrauch der Verbeſſerungsvorſchläge eine Ausnahme; denn der, welcher ein Geſchenk annimmt, darf die Bedingungen nicht zurückweiſen, unter denen daſſelbe gemacht wird. Wir unſererſeits ſind dem Könige und dem Lande für die Zukunft verantwortlich, welche die von uns vorgeſchlagene Neuerung herauſführen wird. Wir haben

Digitized by Google

es nicht verſäumen dürfen, alle Vorſichtsmaßregeln zu ergreifen, welche die Klugheit uns anrieth. Aendert man unſere Vorſchläge, hebt man unſere Vorſichtsmaßregeln auf, ſo können wir unſer Gewiſſen und unſere Verantwortlichkeit nicht mehr für unſern Plan einſetzen; nie werden wir dem Könige rathen, einen Entwurf anzunehmen, der ein anderer wäre, als der von uns vorgeſchlagene." Die Meinung des Miniſters war nicht leicht mißzuverſtehen; dennoch erregten dieſe Aeußerungen bei der liberalen Partei ſolchen Unwillen, daß ein heilloſer Tumult ausbrach. Dupin der ältere hielt den Miniſtern vor, daß ſie der Kammer das Recht abſtreiten wollten, Verbeſſerungsvorſchläge zu machen. Dazwiſchen wurde geſchrieen: durch ſolche Lehren ſey der ganzen Volksvertretung das Todesurtheil geſprochen; wenn die Miniſter ſich hinter die Perſon des Königs zurückziehen wollten, ſey keine Berathſchlagung mehr möglich. Es dauerte lange, ehe die Ruhe ſo weit wieder hergeſtellt wurde, daß die Berathung fortgeſetzt werden konnte. General Sebaſtiani vertheidigte die Unterdrückung der Bezirksräthe, über die bei der Erörterung der einzelnen Beſtimmungen des Geſetzentwurfes der Reihenfolge nach zuerſt entſchieden werden mußte. Die Gründe, auf die Sebaſtiani ſich berief, waren in dem Munde eines liberalen Abgeordneten merkwürdig. „Die Bezirksräthe," ſagte er, „legen keine Steuer auf, ſie beſtimmen über keine Ausgabe; ſie beſchäftigen ſich mit wenig und entſcheiden über nichts. Kann man ſich denken, daß eine unabhängige volksthümliche Körperſchaft ſich dieſe Bedeutungsloſigkeit gefallen laſſen ſollte? Die Bezirksräthe werden nothwendig, da ſie die Macht dazu haben, auch eine größere Gewalt zu erringen ſuchen. Wir glauben nicht, daß es klug ſey, auf dieſe Weiſe im Schoße der Geſellſchaft die müßigen Kräfte und die ehrſüchtigen Beſtrebungen zu vervielfältigen, eine gewaltige Bewegung hervorzurufen, ohne ſie gegen ein beſtimmtes Ziel zu lenken. Das Volk hat dabei kein Intereſſe und die Ausübung der königlichen Gewalt könnte darunter leiden." Selten hatte die Heuchelei es gewagt, in einem ſo wenig undurchſichtigen Gewande aufzutreten; aber die Parteien waren zu ſehr in leidenſchaftlicher Aufregung befangen, als daß die offenſte Darlegung der Treuloſigkeit ihrer Führer ſie noch hätte enttäuſchen können. Als es zur Abſtimmung über den Abſchnitt kam, der die Beſtimmungen in Bezug auf die Bezirksräthe enthielt, erklärte ſich beinahe die ganze linke Seite für die Verwerfung derſelben; nur wenige gemäßigte Liberale und die gemäßigteren Royaliſten ſtimmten für die Beibehaltung; die Ultraroyaliſten enthielten ſich jeder Theil-

nahme an der Abſtimmung. Eine ſchwache Mehrheit entſchied die Unterdrückung der Bezirksräthe. Unmittelbar darauf verließen die Miniſter Martignac und Portalis den Saal, kehrten aber nach kurzer Abweſenheit zurück, worauf der Miniſter des Innern das Wort verlangte und der Kammer ankündigte, daß der König durch eine in dieſem Augenblicke erlaſſene Verfügung die beiden Geſetzentwürfe über die Ordnung der Departements und der Gemeinden zurückgenommen habe.

Den Miniſtern war nach den Verpflichtungen, die ſie gegen den König eingegangen, keine Wahl geblieben, als zu handeln, wie ſie gethan hatten. Ihre Stellung in der Abgeordnetenkammer war jedoch durch ihren raſchen Schritt eine ſo unhaltbare geworden, daß ſie in keiner Frage, die dem Parteikampfe die geringſte Nahrung bot, noch auf eine Mehrheit rechnen konnten. Mit der linken Seite hatten ſie gebrochen, von der rechten wurden ſie zurückgeſtoßen, und die gemäßigten Männer der Mitte waren, wie der Erfolg gelehrt hatte, für ſie allein außer Stande, ihnen eine wirkſame Unterſtützung zu gewähren. Dennoch täuſchten ſie ſich über ihre Lage. Karl X. war nie liebenswürdiger geweſen; er überhäufte die Miniſter mit Artigkeiten, und dieſe glaubten in ſeinem Vertrauen feſter zu ſtehen, als je, während ihr gnädiger Fürſt nur deshalb ſich ſo freundlich gegen ſie bewies, weil ihm eine Laſt vom Herzen genommen, weil ihm jetzt die Gewißheit gegeben war, daß er von der Gegenwart ſeiner unbequemen Rathgeber in kurzer Friſt befreit ſeyn würde. Da Herr von Martignac durch ſeine Zugeſtändniſſe an die liberale Partei nicht im Stande geweſen war, eine Mehrheit in der Kammer zu erlangen, ſo blieb nach der Meinung des greiſen Monarchen nichts Anderes übrig, als eine kräftige Verwaltung zu bilden, die alle Zugeſtändniſſe verweigerte, den Muth der royaliſtiſchen Partei von neuem belebte und alle Schattirungen derſelben um den bedrohten Thron verſammelte. Die Ausführung dieſes Planes hatte nur ſo lange ihre Schwierigkeiten, als die Kammern vereinigt waren, weil die Spaltung, die unter den Royaliſten einmal vorhanden war, für den Augenblick den Liberalen das Uebergewicht lieh, welches ſie dazu benutzt haben würden, dem neuen Miniſterium unüberſteigliche Hinderniſſe in den Weg zu legen. Es ſchien daher räthlich, zu warten, bis die Seſſion ihr Ende erreicht hätte; und dazu hatte Karl X. ſich entſchloſſen. Die Miniſter waren ſo weit entfernt, zu ahnen, was in der Seele des Königs vorging, und welche Entſchlüſſe er in dem geheimen Kreiſe ſeiner Vertrauten gefaßt hatte, daß

Digitized by Google

ſie gerade jetzt wieder ernſtlich daran dachten, den Grafen de la Ferronays, der die beſtimmteſte Abneigung zu erkennen gab, zu den Geſchäften zurückzukehren, in der Verwaltung der auswärtigen Angelegenheiten zu erſetzen. Nach mehreren vergeblichen Verſuchen, die hauptſächlich an dem Widerſtande ſcheiterten, den der König der Hinzuziehung jedes bedeutenderen Namens entgegenſetzte, entſchied man ſich endlich, dem Grafen Portalis, der inzwiſchen das auswärtige Miniſterium zeitweilig neben dem Juſtizminiſterium verſehen hatte, daſſelbe ausſchließlich zu übertragen und an ſeiner Statt den Unterſtaatsſecretair Bourdeau zum Siegelbewahrer zu ernennen. Durch dieſe Anordnung wurde in der Zuſammenſetzung des Cabinettes ſo wenig als möglich verändert, was König Karl X., nachdem er den Sturz deſſelben bei ſich beſchloſſen, am wünſchenswertheſten ſeyn mußte.

Eine auffallende Erſcheinung war es, daß beinahe mit der Stunde, in welcher die Schwäche der Miniſter durch den Abfall der linken und die Feindſeligkeit der rechten Seite in ihrer ganzen Blöße hervorgetreten war, die Wege vor ihnen ſich zu ebenen begannen. Die Ultraroyaliſten hatten von ihren Führern, welche in die geheimen Pläne des Hofes eingeweiht waren, andere Weiſungen erhalten. Die Geſetzentwürfe, welche noch der Berathung vorlagen, betrafen ſämmtlich Geldforderungen, deren Gewährung für jedes folgende Miniſterium eben ſo wichtig waren, wie für das augenblicklich im Beſitze der Macht befindliche. Nichts war in der That natürlicher, als daß die Herren, die ſich bereits als die Erben des miniſteriellen Nachlaſſes anſahen, denſelben auf keine Weiſe zu ſchmälern ſuchten. Der Vorſchlag zur Ausſetzung einer bedeutenden Summe für die weniger bemittelten Glieder der Pairskammer, die Verlängerung des Staatsmonopols für den Tabakshandel, die Zuſchußforderungen zu den Ausgaben des vergangenen Jahres, ſo wie die Vorſchläge der Ausgaben und Einnahmen für das nächſte Jahr wurden daher ungeachtet aller Anſtrengungen der entſchiedeneren Liberalen zwar nicht ohne heftige Kämpfe, aber doch ohne ernſtliche Schwierigkeit bewilligt. Bei der Berathung über die Zuſchüſſe gab ein unerwarteter Zwiſchenfall der liberalen Partei noch einmal Gelegenheit, das Uebergewicht zu zeigen, welches ſie bei feſtem Zuſammenhalten in der Kammer beſaß. Unter den Zuſchüſſen, die für das Juſtizminiſterium verlangt wurden, befand ſich eine Summe von 179,000 Franken, die Herr von Peyronnet auf ſeine eigene Verantwortlichkeit zur beſſeren Ausſtattung des ihm angewieſenen Hotels verwandt hatte. Dieſe Eigenmächtigkeit, die wahrſcheinlich jedem an-

Digitized by Google

dern Miniſter außer dem Siegelbewahrer der verhaßten Verwaltung Villèle's nachgeſehen worden wäre, wurde in den bitterſten Ausdrücken gerügt, und die verlangte Summe wurde zuletzt nur mit dem Zuſatze bewilligt, daß man es ſich vorbehalte, eine Entſchädigungsklage gegen den früheren Siegelbewahrer anzuſtellen. Bei den Voranſchlägen hatte die Commiſſion der Kammer Erſparungen zu dem Belaufe von vier Millionen Franken beantragt, die der liberalen Partei aber bei weitem nicht genügten. Die Miniſter mußten Schritt vor Schritt jeden einzelnen Satz vertheidigen; beſonders waren die leidenſchaftlichſten Angriffe gegen die Verwaltung des Kriegsweſens gerichtet, wo die koſtſpieligen Generalſtäbe, die Unterhaltung eines Corps von 20,000 Mann geworbener Schweizertruppen, die Bevorzugung der ſogenannten Haustruppen und der Garden allerdings hinreichenden Stoff zu Ausſtellungen boten. Der Unmuth, in den das ungeſtüme Andrängen der Liberalen den Kriegsminiſter verſetzte, entſprach ſo ſehr den Gefühlen und Geſinnungen des Königs, daß dieſer in einer vertraulichen Unterredung alle Zurückhaltung, die er ſonſt gegen die Miniſter beobachtete, vergaß und ſeine geheimſten Gedanken errathen ließ. „Wie haben Sie die Kammer gefunden?“ fragte Karl X. eines Tages den General, der eben aus einer der ſtürmiſchſten Erörterungen kam. „Abſcheulich!“ antwortete General de Caux noch in vollem Unwillen. Darauf zog der König ihn bei Seite und ſagte zu ihm: „Nun, endlich werden Sie mir doch zugeben, daß das ſo nicht bleiben darf! Kann ich mich auf die Armee verlaſſen?“ Dabei faßte er ihn bei den Händen. General de Caux, der jetzt erſt ſah, daß er eine Unvorſichtigkeit begangen hatte, antwortete: „Sire, es kommt darauf an, wozu?“ — „Unbedingt!“ erwiederte der König. — „Wenn Ew. Majeſtät von der Armee irgend Etwas verlangen,“ verſetzte der General, „indem Sie ihr die Charte zeigen und im Namen der Charte handeln, ſo werden Sie unbedingten Gehorſam finden; aber außerhalb der Charte gewiß nicht. Ich habe eine Liſte der Armee aufnehmen laſſen; ich ſpreche nicht von Unterofficieren und Gemeinen; aber unter 20,000 Officieren giebt es nicht 500 Adelige und nicht tauſend, die 600 Franken eigenen Einkommens haben. Damit läßt ſich nicht auf die alte Weiſe regieren.“ — „Die Charte! die Charte!“ fuhr der König fort: „wer will ſie verletzen! Sie iſt allerdings ſehr unvollkommen; mein Bruder hatte ſolche Eile, die Regierung anzutreten; aber ich werde ſie achten. Nur hat die Armee nichts mit der Charte zu ſchaffen.“

So wie die Voranſchläge in den beiden Kammern angenommen

Digitized by Google

waren, wurde die Seſſion geſchloſſen. Wenige Tage vorher war Fürſt Polignac wieder in Paris angekommen, wie man vorgab, weil die Aerzte ihm einen Wechſel des Klimas gerathen, in der That, weil Karl X. ihn durch ein Handſchreiben an ſeine Seite berufen hatte. Am 8. Auguſt, acht Tage nach dem Schluſſe der Kammern, wurde dem Lande die Bildung eines neuen Miniſteriums angezeigt, an deſſen Spitze als Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten der Fürſt von Polignac ſtand. Beinahe in gleichem Maße, wie dieſer eine Name, waren alle übrigen bezeichnend. Der leidenſchaftliche Ultraroyaliſt de la Bourdonnaye, der bisher der heftigſte Gegner aller Miniſterien in der Abgeordnetenkammer geweſen war, weil ihm keines derſelben in der Durchführung royaliſtiſcher Grundſätze weit genug ging, erhielt die Verwaltung des Innern; General Bourmont, der verhaßteſte Name in Frankreich, weil die Eitelkeit der Nation ſeinem Verrathe die Niederlage von Belle Alliance zuſchrieb, wurde zum Kriegsminiſter ernannt; zum Siegelbewahrer der Generalprocurator Courvoiſier, der ſonſt unbekannt, durch die Flucht eines ſeiner beiden Söhne, die er zu den Jeſuiten nach Freiburg geſchickt, einen traurigen Ruf erlangt hatte; zum Finanzminiſter Graf Chabrol de Crouſol, der unter Villèle das Seeweſen verwaltet hatte; zum Miniſter der geiſtlichen Angelegenheiten und des öffentlichen Unterrichtes der Graf von Montbel, der eifrigſte Vertheidiger der Villèle'ſchen Verwaltung in der Abgeordnetenkammer. Das beſondere Miniſterium des Handels wurde aufgehoben und, wie früher, wieder mit dem Miniſterium des Innern vereinigt. Einigen Glanz und einige öffentliche Achtung konnte dem auf dieſe Weiſe zuſammengeſetzten Cabinette nur der Name des neuen Marineminiſters leihen, da die Verwaltung des Seeweſens dem Sieger von Navarino, Admiral de Rigny, übertragen wurde. Der ſcharfſichtige Seeheld war aber ſelbſt durch die Androhung der königlichen Ungnade nicht zur Uebernahme der ihm zugedachten Stelle zu vermögen; man ſah ſich genöthigt, ihn in Ermangelung eines andern Seemannes, der eine allgemeine Bildung beſeſſen hätte, durch den Präfecten des Departements der Gironde, Baron d'Hauſſez, zu erſetzen: einen gemäßigten, aber unentſchiedenen Charakter, der durch ſeine Bekanntſchaft mit den Intereſſen der Schifffahrt empfohlen war. Den Gedanken, der Karl X. beherrſchte, als er ſich entſchloß, die Geſchicke Frankreichs und die Geſchicke ſeines Königshauſes in ſolche Hände zu legen, ſprach er aus, indem er dem Grafen Portalis den Auftrag ertheilte, ſeinen Collegen ihre Entlaſſung anzukündigen. „Das Miniſterium,“ ſagte er, „war außer Stande, irgend

etwas Gutes zu bewirken; es hat ſich zu unermeßlichen Zugeſtändniſſen verleiten laſſen, ohne daß es die Parteien zufriedenzuſtellen vermocht hätte." Da die Zugeſtändniſſe, welche das Miniſterium Martignac der Volksmeinung machte, ihren Zweck verfehlt hatten, ſollte es jetzt mit dem Widerſtande und nöthigenfalls mit der Gewalt verſucht werden.

Ein Schrei des Unwillens, des Zornes, des Schmerzes, der durch ganz Frankreich ging, war die Antwort, welche die Nation auf die königliche Willenserklärung ertheilte, die für ſie in den neuen Miniſterernennungen lag. Die liberalen Blätter, die während der Verwaltung des Herrn von Martignac beinahe alle Farbe verloren hatten, weil es ſchwer war, die Maßregeln derſelben zu tadeln, ohne in eine Uebertreibung zu fallen, die dem geſunden Sinne der Mehrheit widerſtrebte, gewannen mit einem Male eine Kraft des Ausdruckes, die ſie zu keiner früheren Periode gehabt hatten. Selbſt der Sturm gegen Villèle ließ ſich mit dem tobenden Orkan nicht vergleichen, der ſich gegen das Miniſterium Polignac erhob. „Eine Partei," ſagte der gemäßigte liberale Conſtitutionel, „die in den letzten Wahlen beſiegt wurde, die gegen ſich die ungeheure Mehrheit der Nation hat, die, Meinungen eines andern Jahrhunderts vertretend und der Willkürherrſchaft huldigend, in den parlementariſchen Verhandlungen nicht das geringſte Talent zeigte, dieſe Partei iſt zu der Gewalt gelangt. Sie wird von der Waffe der Gewalt Gebrauch machen, die ſchützend iſt, wenn ſie der Mäßigung und der Weisheit vertraut bleibt, gefährlich aber ſelbſt denen, die ſie führen, ſobald die Inhaber von Leidenſchaften verblendet und vom Parteigeiſte hingeriſſen ſind; der erſte Augenblick war Staunen und Beſtürzung, der zweite Vertrauen auf das Recht und die Kraft im Entſchluſſe. Man nahm die Ruhe Frankreichs für Erſchlaffung; man täuſchte ſich: die Ruhe der Völker iſt ein Beweis ihrer Stärke; aller Zwiſt hört auf, wenn die Freiheit bedroht, und die Ordnung gefährdet wird. Da wir einmal dazu beſtimmt waren, ein Miniſterium der äußerſten Rechten zu erhalten, ſo iſt es beſſer, daß dies früher, als daß es ſpäter geſchieht. Man muß ſie einmal an der Arbeit ſehen, dieſe Menſchen. So viel iſt gewiß, daß Niemand ſie fürchtet." Kräftiger drückte denſelben Gedanken der Courrier français aus: „Vielleicht müſſen wir uns zu dieſem Entſchluſſe Glück wünſchen," meinte das an eine derbere Sprache gewöhnte Blatt. „Es war beklagenswerth, daß ein Land, wie Frankreich, ohne Unterlaß durch ſchwache Miniſter nach dem Belieben höfiſcher Ränke hin und wieder geworfen werden ſollte. Die öffentliche Meinung und ſogar auch die Wahlkammer waren durch

Digitized by Google

dieſes beſtändige Hinhalten mit Hoffnungen und furchtſamen Rückſichten entnervt. Jetzt iſt es unſere Pflicht, ein Miniſterium niederzuſchmettern, welches ein Gegenſtand der Unruhe für das Land iſt.“ In gleichem Sinne äußerte ſich das Journal du Commerce, welches ſich ſonſt hauptſächlich nur mit Handelsangelegenheiten beſchäftigte: „Frankreich weiß, daß es von der neuen Verwaltung nur eine düſtere Zukunft zu erwarten hat. Die Menſchen, denen die Gewalt in die Hände geliefert iſt, tragen Namen, die auf eine traurige Weiſe berüchtigt ſind, und deren bloßes Verzeichniß ein Manifeſt gegen unſere innere Freiheit und gegen unſere volksthümliche Unabhängigkeit iſt. Aber die ſchönen Tage des Jahres 1815 ſind vorüber. Die Nation hat ihr Daſeyn und ihre Kraft kennen gelernt, und wer ſie für nichts zählen wollte, würde ſich in ſeiner Rechnung täuſchen.“ Tieferen Eindruck, weil ſie aus einer tiefer gefühlten Ueberzeugung hervorging, als alles Lärmen der liberalen Journale, machte die Sprache eines royaliſtiſchen, aber zugleich conſtitutionell geſinnten Blattes, des Journal des Débats. „So iſt es alſo noch einmal zerriſſen,“ ſagte dieſes, „das Band der Liebe und des Vertrauens, welches das Volk an den Monarchen knüpfte! Siehe da noch einmal den Hof mit ſeinem alten Groll, die Auswanderung mit ihren Vortheilen, das Prieſterthum mit ſeinem Freiheitshaſſe, wie ſie vereint ſich auf Frankreich und ſeinen König werfen! Was das Land errang durch vierzig Jahre voll Mühen und Leiden, entreißt man ihm; was es zurückſtößt mit aller Macht ſeines Willens, mit aller Kraft ſeiner Wünſche, drängt man ihm gewaltſam auf. Welche treuloſe Rathſchläge konnten ſo ſehr die Weisheit Karls X. irre leiten und ihn in dieſer Zeit, wo die Ruhe um ihn die erſte Bedingung des Glücks iſt, in eine neue Bahn der Zwietracht ſtürzen? Und warum? Was haben wir gethan, daß ſich unſer König auf dieſe Weiſe von uns trennt? War das Volk je den Geſetzen gehorſamer? Wo hat das königliche Anſehen je den geringſten Angriff erlitten, wo hat die Gerechtigkeit irgend ein Hinderniß ihres Einſchreitens gefunden? Iſt die Religion nicht ſtets von unſerer Ehrerbietung umgeben? Vor einem Jahre, zu dieſer ſelben Zeit, beſuchte Karl X. ſeine öſtlichen Provinzen; wir rufen ſein Gedächtniß an: mit welchen Beweiſen der Liebe und des Dankes wurde er empfangen! Das rührende Bild eines von ſeinen Kindern umgebenen Vaters wurde damals zur glücklichen Wirklichkeit: heute würde er noch überall getreue Unterthanen, aber von unverdientem Mißtrauen ſchmerzlich ergriffene Herzen finden. Was hauptſächlich den Ruhm dieſer Regierung ausmachte, was um den Thron die Herzen

Digitized by Google

aller Franzoſen vereinigte, war die Mäßigung in der Ausübung der Gewalt. Die Mäßigung! Heute iſt dieſe unmöglich. Die Männer, welche jetzt die Verwaltung leiten, wollten ſie auch gemäßigt ſeyn, ſie könnten es nicht. Der Haß, den ihr Name in allen Gemüthern weckt, iſt zu tief, um nicht zurückgegeben zu werden. Gefürchtet von Frankreich, werden ſie Frankreich furchtbar werden. Vielleicht in den erſten Tagen werden ſie die Worte Charte und Freiheit ſtammeln wollen: ihre Ungeſchicktheit in dem Ausſprechen dieſer Worte wird ſie verrathen; man wird darin nur die Sprache der Furcht und der Heuchelei erblicken. Welche Freiheit, großer Gott, die Freiheit nach ihrer Weiſe! Welche Gleichheit, die uns von ihnen käme! Was werden ſie aber beginnen? Werden ſie eine Stütze in der Gewalt der Bayonette ſuchen? Die Bayonette haben Einſicht, ſie kennen und achten das Geſetz. Werden ſie, da ſie unfähig ſind, nur drei Wochen mit der Preßfreiheit zu regieren, dieſe zurückziehen wollen? Sie könnten es nicht, ohne das von den drei Gewalten angenommene Geſetz anzutaſten, d. h. ohne ſich außerhalb des Geſetzes des Landes zu ſtellen. Werden ſie dieſe Charte zerreißen, die Ludwig XVIII. die Unſterblichkeit und ſeinem Nachfolger die Macht verleiht? Sie mögen ſich wohl bedenken! Die Charte hat jetzt eine Feſtigkeit, an der alle Bemühungen des Deſpotismus ſcheitern würden. Dem Geſetze zahlt das Volk eine Milliarde, den Verfügungen eines Miniſters würde es keine zwei Millionen zahlen. Mit den ungeſetzlichen Steuern würde ein Hampden erſtehen, um ſie zu brechen: Hampden! Iſt es noch nöthig, dieſen Namen der inneren Unruhen und des Bürgerkrieges zurückzurufen? Unglückliches Frankreich! Unglücklicher König!“

In Zeiten, die mit großen Umwälzungen ſchwanger ſind, werden nicht ſelten Geiſter, die in den gewöhnlichen Verhältniſſen des Lebens nichts weniger als außerordentliche Fähigkeiten verrathen, mit einer Art Ahnungsvermögen begabt, welches ihnen einen Blick in die verborgenſten Geheimniſſe der Zukunft eröffnet. Der Verfaſſer des Aufſatzes im Journal des Débats war ein Schriftſteller Namens Bequet, der, früher kaum genannt, auch ſpäter in das Dunkel zurückgekehrt iſt, aus dem er einen einzigen flüchtigen Augenblick heraustrat. Unter allen den bedeutenden politiſchen Köpfen, die Frankreich in jener Periode zählte, hatte keiner die Lage der Dinge richtiger beurtheilt, die Ereigniſſe, die aus ihr hervorgehen mußten, ſicherer vorhergeſehen, als dieſer arme dunkle Bequet, den die Behörde nicht einmal der Ehre einer gerichtlichen

Digitized by Google

Verfolgung würdig hielt, die ſie dagegen, freilich vergeblich, dem Herausgeber des Blattes zu Theil werden ließ.

Das neue Miniſterium verſuchte es, die Beſorgniſſe, welche die bloße Kunde von ſeiner Ernennung hervorgerufen, durch die That zu widerlegen. Man ſuchte zuvörderſt die Verbindungen, die das verabſchiedete Cabinet mit den freiſinnigen oder conſtitutionellen Royaliſten unterhalten hatte, wieder anzuknüpfen. Aber ſchon der geringe Erfolg, den dieſe Bemühungen hatten, hätte die Miniſter belehren können, wie wenig ſie darauf rechnen durften, ſich auf friedlichem Wege in dem Beſitze der Gewalt zu behaupten. Alle Eröffnungen, die ſie den durch Herrn von Martignac gewonnenen höheren Beamten dieſer politiſchen Richtung machten, wurden mit unbeugſamer Feſtigkeit zurückgewieſen. Zuerſt nahm Debelleyme ſeine Entlaſſung, der durch ſeine perſönliche Milde, Geradheit und Redlichkeit bei den Bewohnern der Hauptſtadt die Härte der früheren Polizeiverwaltung in Vergeſſenheit gebracht hatte; er wurde durch den Rath am Caſſationshofe Mangin erſetzt, der durch ſein fanatiſches Auftreten als Generalprocurator zu Poitiers in dem Proceſſe des Generals Berton ſich den Ruf eines wüthenden Ultraroyaliſten erworben. Dem Beiſpiele Debelleyme's folgten die Herren Agier, Cambon, Bertin de Veaux, Villemain, Alexander de la Borde, Salvandy u. a. gleich achtungswerthe Männer, welche die gemäßigten Meinungen der Mitte in der Abgeordnetenkammer vertraten. Auch Châteaubriand, der die Stelle eines Geſandten zu Rom bekleidete, forderte ſeinen Abſchied. De la Bourdonnaye erließ unmittelbar nach ſeiner Uebernahme der Verwaltung des Innern ein Rundſchreiben an alle Präfecten, worin er dieſen erklärte, daß es der feſte Wille der Regierung ſey, die Ausſchweifungen der Zügelloſigkeit zu erdrücken, zugleich aber die öffentlichen Freiheiten aufrecht zu halten; daß die Regierung keinesweges die Abſicht hege, Rückſchritte zu thun oder amtliche Stellungen, die einmal erworben wären, zu ſtören, daß ſie vielmehr einen Jeden annehmen wolle, der ſich ihr anſchließen und ſie in der ſtrengen Beobachtung der conſtitutionellen Charte unterſtützen werde, daß ſie aber auch hoffe, diejenigen, die von dieſer unabänderlichen Linie abwichen, würden wenigſtens den Muth haben, ihr Unrecht offen zu bekennen. Dieſe Verſicherungen aus dem Munde eines Mannes, der während ſeiner ganzen parlementariſchen Laufbahn ſtets auf die gewaltſamſten Maßregeln gedrungen hatte, wurden nur als ein übermüthiger Hohn aufgenommen und ſteigerten die allgemeine Erbitterung, ſtatt

Digitized by Google

ſie zu verſöhnen. Unglücklicher Weiſe widerſprachen den friedlichen Zuſicherungen der Miniſter die Aeußerungen ihrer Anhänger, die in Journalaufſätzen und Flugſchriften die Anſicht verfochten, daß der König durch die Verfaſſung nicht gebunden ſey, ſondern, ſo wie dieſe ein Ausfluß der königlichen Gewalt geweſen wäre, auch das Recht habe, ſie erforderlichen Falles nach den Bedürfniſſen des Königthumes und der Ordnung umzugeſtalten. Daß das Miniſterium in der Abgeordnetenkammer die zur Leitung der öffentlichen Angelegenheiten erforderderliche Mehrheit finden ſollte, konnte Niemand für möglich halten, der mit dem Geiſte dieſer Verſammlung einigermaßen bekannt war. Es lag daher nahe, daß man vorausſetzte: die Miniſter würden, ſobald ſie ſich überzeugt hätten, daß ſie mit der Kammer nicht zu regieren vermöchten, ſich über dieſelbe hinwegſetzen und den Verſuch machen, ohne die Kammer zu regieren. Sofern ſie ſich zu dieſem Wageſtücke entſchloſſen, mußten ſie aber auch Steuern erheben, die von der Kammer nicht bewilligt waren; und da dieſer nach der Verfaſſung das Recht der Steuerbewilligung zuſtand, ſo waren alle Auflagen, die ohne ihre Bewilligung ausgeſchrieben wurden, geſetzwidrige, die Niemand zu zahlen auf geſetzlichem Wege angehalten werden konnte. Das einfachſte Mittel, die willkürliche Gewalt der Miniſter zu brechen, war daher, wenn ganz Frankreich ſich weigerte, die nicht auf verfaſſungsmäßige Weiſe verwilligten Steuern zu entrichten. Dieſer Gedanke, der zuerſt von dem Journal des Débats hingeworfen war, wurde ſogleich von den liberalen Blättern aufgenommen und nach allen Seiten erörtert. Der Saame fiel auf einen fruchtbaren Boden. Zuerſt trat in der kleinen Stadt Pontivy in der alten Bretagne, deren Bewohner von je her durch ihren Starrſinn bekannt waren, ein Verein zuſammen, deſſen Mitglieder ſich gegenſeitig verpflichteten, aus gemeinſchaftlichen Mitteln die Koſten der Pfändungen aufzubringen, denen man ſich durch die Verweigerung geſetzwidriger Abgaben ausſetzen würde. Bald breitete der Verein ſich über ſämmtliche Departements aus, in welche die Bretagne ſeit der Revolution getheilt war, und gewann eine feſte Geſtalt, ohne daß die Gerichte dagegen einſchritten. „Der gewaltſame Widerſtand,“ hieß es in einem Actenſtücke, worin die Vereinsglieder ihre Grundſätze ausſprachen, „wäre ein furchtbares Unglück; er wäre aber auch zwecklos, da die Geſetze einen geſetzlichen Widerſtand geſtatten.“ Es bedurfte nur eines ſolchen Vorangehens, um die ganze Maſſe der liberalen Bevölkerungen in Frankreich zur Nacheiferung aufzufordern; überall entſtanden ähnliche Vereine. Jener zu Paris hatte die Abge-

Digitized by Google

ordneten des Seinedepartements und die vermögendſten Grundeigenthümer an ſeiner Spitze.

Ein nicht weniger bedeutungsvolles Zeichen der öffentlichen Stimmung war die Aufnahme, die Lafayette auf einer Reiſe fand, welche er nach dem Departement der Iſère, im ehemaligen Herzogthume Burgund, unternahm. Der greiſe Republicaner hatte in der Abgeordnetenkammer nur ſelten geſprochen; aber nie während ſeines langen wechſelvollen Lebens hatte er die Grundſätze verleugnet, zu denen er ſich bei dem Ausbruche der Revolution im Jahre 1789 bekannte, und obwohl er weder durch ungewöhnliche Gaben des Geiſtes, noch durch eine beherrſchende Willenskraft ſich auszeichnete, ſo war doch dieſe Geſinnungstreue in einer Zeit, die ſo manche ſchmachvolle Beiſpiele des Abfalls geſehen hatte, hinreichend, ihn der Volksmeinung als den Bannerträger verfaſſungsmäßiger Freiheit darzuſtellen. Zu Vizille, in der kleinen Stadt, in der vor der Revolution die Stände des Herzogthumes Burgund ſich verſammelten, die damals unter den erſten die Forderung einer allgemeinen Volksvertretung erhoben, begrüßte ihn der Maire im Namen der Einwohnerſchaft und überreichte ihm einen ſilbernen Eichenkranz, der in Folge einer freiwilligen Unterzeichnung dem Helden zweier Welten gewidmet war. In der Nacht glühten alle Höhen der Umgegend von dem Wiederſcheine der Freudenfeuer, durch welche die Gemeinden die Durchreiſe des „Befreiers“ feierten. Zu Lyon wurde er durch 300 berittene junge Männer aus den erſten Familien eingeholt; die ganze Bevölkerung bedeckte die Straßen, durch welche der Zug ging, und der tauſendſtimmige Ruf: „Es lebe Lafayette!“ wollte kein Ende nehmen. Einer Abordnung, die ihn an den Thoren bewillkommnete, antwortete er: „Ich befinde mich in einem Augenblicke in Ihrer Mitte, den ich einen bedenklichen nennen würde, wenn ich nicht überall auf meiner Reiſe, ſo wie jetzt in dieſer mächtigen Stadt, jene ruhige und ſelbſt verachtende Feſtigkeit eines großen Volkes geſehen hätte, welches ſeine Rechte kennt, ſeine Kraft fühlt und ſeinen Pflichten treu ſeyn wird. Unter ſolchen Umſtänden freut es mich, Ihnen die Verſicherung ertheilen zu können, daß Sie nie einen vergeblichen Ruf an meine Hingebung richten werden.“

Niemand in ganz Frankreich war über den inhaltſchweren Sinn dieſer Auftritte in Zweifel; nur der Hof und die Miniſter gaben ſich einem Gefühle der Sicherheit hin, welches ſeinen Grund theils in der Unkenntniß der eigenen Schwäche, theils in einer aus gleicher Unkenntniß herrührenden Verachtung der öffentlichen Meinung hatte. Weil

es auf den Straßen keinen Tumult gab und weil alle Geſchäfte des bürgerlichen Lebens ihren gewöhnlichen Fortgang hatten, glaubte man, das Land ſey ruhig; das Geſchrei in den Journalen, die Drohung der Steuerverweigerung im Norden, die Vergötterung Lafayette's im Süden rühre nur von einigen überſpannten Köpfen her, die ſich von ſelbſt zum Ziele legen würden, ſobald ſie ſähen, daß ihre Thorheiten keine Beachtung fänden. Weil die Führer des Heeres und die Häupter der Verwaltung in den Provinzen es an Betheuerungen ihrer eigenen unbedingten Ergebenheit nicht fehlen ließen und dabei zugleich die Bürgſchaft für die dienſtwillige Pflichttreue aller ihrer Untergebenen übernahmen, glaubte man die Zügel der Gewalt in feſter Hand zu halten und hinreichende Kraft zu beſitzen, um jeden ernſtlichen Verſuch der Widerſetzlichkeit durch ein Zucken mit den Brauen niederzuſchlagen. Während der Boden ihnen bereits unter den Füßen zitterte, beſchäftigten die Miniſter ſich mit Einzelheiten der Verwaltung, in denen ſie manche lobenswerthe kleine Verbeſſerung anbrachten, von der ſie vorausſetzten, daß ſie ihnen den Dank des Landes verdienen würde, während dieſelbe in der allgemeinen Aufregung der Gemüther kaum bemerkt wurde. Der Miniſter des Innern de la Bourdonnaye beurtheilte die Lage, wenn auch nicht unbefangener, doch nicht mit gleich kurzſichtiger Beſchränktheit; er drang auf durchgreifende Maßregeln*), von denen aber ſeine Collegen nichts wiſſen wollten, weil ſie immer noch hofften, daß es ihnen gelingen werde, die gute Meinung des Landes zu gewinnen, ſobald erſt die Vortrefflichkeit ihrer Abſichten beſſer bekannt würde. Fürſt Polignac war gutmüthig genug, da er ſich den allgemeinen Haß der Nation unmöglich ganz verbergen konnte, dieſen auf Rechnung der Uebertreibungen des ſtürmiſchen de la Bourdonnaye zu ſetzen. Der ſtolze Mann, der wie überhaupt keine fremde Ueberlegenheit, ſo auch die äußerliche des Ranges nicht anzuerkennen vermochte, war dem Fürſten, welcher auf den ihm vom Papſte verliehenen Titel einen nicht geringen Werth legte, ſchon deshalb läſtig; und da Fürſt Polignac ſich ohne Zweifel die Fähigkeit zutraute, auf gleiche Weiſe

*) Capefigue (Histoire de la Restauration par un homme d'état, T. X. p. 232) leugnet dies, wie er überhaupt de la Bourdonnaye ungerecht beurtheilt. Man darf nur die Liſte der Ernennungen durchgehen, die de la Bourdonnaye während der kurzen Zeit ſeiner Verwaltung vornahm, um über ſeinen Vorſatz kräftigen Durchgreifens keinen Zweifel zu hegen. Die Auswahl ſolcher Perſonen war an und für ſich ſchon bezeichnend genug.

Digitized by Google

die innern, wie die auswärtigen Angelegenheiten Frankreichs nach ſeinem Plane zu ordnen, ſo kann man mit gutem Grunde annehmen, daß er keinen herzlicheren Wunſch hegte, als von dem unbequemen Mitbewerber um den Vorrang befreit zu ſeyn. Es bedurfte keiner großen Anſtrengungen, um dieſen Wunſch zu erfüllen. In dem Miniſterrathe wurde der Vorſchlag gemacht, man möge, um den Berathſchlagungen mehr Einheit zu geben, dem Fürſten Polignac den Vorſitz einräumen. De la Bourdonnaye, in ſeinem Innerſten verletzt, erklärte, daß er in dieſem Falle ſogleich ſeine Entlaſſung einreichen werde. Dieſe Drohung verfehlte ihren Zweck; der Vorſchlag wurde angenommen; und der Moniteur verkündete bald darauf, daß Fürſt Polignac zum Präſidenten des Miniſterrathes ernannt, der Graf de la Bourdonnaye ſeine Entlaſſung erbeten und im Miniſterium des Innern durch den Grafen von Montbel erſetzt worden ſey, der ſeinerſeits im Miniſterium des Cultus den Grafen Guernon de Ranville, bisherigen Generalprocurator bei dem königlichen Gerichtshofe zu Lyon, zum Nachfolger erhalten habe. Durch dieſen Perſonenwechſel wurde das Miniſterium in keiner Beziehung verſtärkt; denn wenn Graf von Montbel weniger hochmüthig und weniger heftig war, als de la Bourdonnaye, ſo kam er dieſem dafür auch weder an Kraft des Charakters noch an politiſcher Befähigung gleich, und der ganze Ruf des neuen Cultusminiſters gründete ſich auf einige ultraroyaliſtiſche Reden, die er vor Gericht gehalten und die der Nation zum Beweiſe dienten, daß die Verwaltung durch ſeinen Eintritt ihre Farbe nicht verändert hatte.

Die Eröffnung der Kammern war ſo lange hinausgeſchoben worden, als möglich. Man gab bis zum letzten Augenblicke die Hoffnung nicht auf, daß die einflußreicheren Mitglieder der gemäßigten Parteien in der Kammer der Pairs, wie in jener der Abgeordneten, ſich von ihrem Vorurtheile gegen die Perſonen, aus denen das Miniſterium zuſammengeſetzt war, zurückbringen laſſen würden. Man wandte ſich deshalb an Männer der verſchiedenſten politiſchen Richtung, und Fürſt Polignac ließ ſich ſogar herab, Verſprechungen zu machen, die, wenn ſie von jedem andern Staatsmanne ausgegangen wären, den günſtigſten Eindruck hervorgebracht hätten. Das Wahlgeſetz Villèle's mit ſeiner ſiebenjährigen Dauer der Vollmachten und mit ſeinem doppelten Stimmenrechte, welches die Liberalen oft genug für eine Verletzung der Charte erklärt hatten, ſollte aufgegeben und die Verfaſſung in allen ihren Beſtimmungen auf das Treueſte vollzogen werden. Allen dieſen Verheißungen wurde ein unbeſiegbares Mißtrauen entgegengeſetzt. Der

Digitized by Google

Siegelbewahrer Courvoiſier, der den reichen Fabrikbeſitzer und Abgeordneten Ternaux beſuchte, ſagte dieſem, als derſelbe ſein Erſtaunen nicht verbergen konnte: „die Regierung hat die Beiſtimmung aller Gutgeſinnten nöthig; ſie will bloß in der Bahn der Charte gehen.“ Ternaux antwortete mit echt bürgerlicher Derbheit: „Was wollen denn aber Sie dann im Miniſterium? Warum haben die Miniſter denn die frühere Verwaltung geändert?“ Man fürchtete ſich, ſelbſt die Geſchenke der Miniſter anzunehmen, weil man vorausſetzte, daß mit denſelben irgend ein geheimer Vorbehalt verbunden wäre, durch den man gefangen würde, ehe man ſich deſſen verſähe. Und dieſe durch den Scharfblick des Haſſes eingegebene Beſorgniß war nichts weniger als unbegründet. Wenn Fürſt Polignac von ſeiner Abſicht ſprach, ſich ſtreng an den Buchſtaben der Charte zu halten, ſo war er keineswegs gemeint, damit der liberalen Partei ein Zugeſtändniß zu machen. Er wollte zu den Beſtimmungen der Charte über die Wahlen zurückkehren, weil er glaubte, daß die Regierung bei einer jährlichen Erneuung der Kammern zu einem Fünftheil mehr Gelegenheit habe, ihren Einfluß geltend zu machen, als bei allgemeinen Wahlen. Außerdem aber hatte er bei ſeiner Berufung auf den Buchſtaben der Charte beſonders eine Beſtimmung (Art. 46.) im Sinne, die allmälig ganz außer Gebrauch gekommen war, und nach der den Kammern das wichtige Recht, Verbeſſerungen zu einem Geſetzentwurfe vorzuſchlagen, nur dann zuſtand, wenn die Regierung zu denſelben ihre Zuſtimmung erklärt hatte *). Im allgemeinen war er vollen Ernſtes entſchloſſen, dem Lande die alten Plane der royaliſtiſchen Partei aufzudrängen, die ſchon Villèle als unausführbar erkannt hatte. Die katholiſche Kirche ſollte in die Achtung gebietende Stellung wieder eingeſetzt werden, die ſie vor der Revolution inne gehabt hatte. Die Geiſtlichkeit ſollte von den jährlichen Bewilligungen der Gehalte durch die Kammern unabhängig gemacht und mit ihren Einkünften wieder wie früher auf liegende Gründe angewieſen werden. Die Erziehung der Jugend wäre wie im Mittelalter vorzugsweiſe den religiöſen Körperſchaften übergeben worden, und um dies möglich zu machen, hätte man die napoleoniſche Univerſität oder die Aufſicht des Staates über den öffentlichen Unterricht aufgehoben. Sodann war es im Werke, dem großen Grundeigenthume politiſche Vorrechte zu ertheilen, wie ſie der begüterte Adel in der alten Monarchie gehabt hatte. An die Stelle der Eintheilung in Departe-

*) Polignac, études. T. II. p. 56 f.

Digitized by Google

ments, welche die Revolution geſchaffen, um jede Erinnerung an die früheren monarchiſchen Zuſtände auszutilgen, ſollten wieder die alten Provinzen treten, in denen Provinzialſtände die wichtigſten Geſetzentwürfe berathen hätten, ehe ſie den Kammern vorgelegt worden wären, deren geſetzgeberiſche Thätigkeit man auf dieſe Weiſe auf das beſchränkteſte Maß zurückgeführt hätte. Endlich wäre auch den Gemeinen ihre alte Unabhängigkeit zurückgegeben worden, um die revolutionaire Centraliſation zu brechen, welche alle Gewalt in dem einen Mittelpunkte der Hauptſtadt vereinigte und dadurch zwar der Regierung eine ungeheure Macht verlieh, aber zugleich den Parteien die Gelegenheit bot, ſich dieſer Macht durch einen kühnen Handſtreich mit einem Schlage zu bemeiſtern. Durch dieſe Maßregeln, die, wie man nicht leugnen kann, ein ſehr folgerechtes Syſtem bildeten und nur um ein halbes Jahrhundert zu ſpät kamen, hoffte Fürſt Polignac nicht allein die verhaßte öffentliche Meinung (cette opinion publique toujours brulante et possionée) zu zügeln, welche die Herrſchaft in den Kammern behauptete, ſondern überhaupt für immer den Abgrund der Revolution zu ſchließen, den ſeiner Ueberzeugung nach die Charte in Frankreich von neuem geöffnet hatte*). Nachdem der Fürſt mit ſeinen Eröffnungen, die denn doch nur eine Ueberliſtung bezweckten, von den gemäßigten Liberalen in der Abgeordnetenkammer zurückgewieſen war, kam er auf den ſeltſamen Einfall, eine Unterſtützung bei den Pairs zu ſuchen, denen er, um ſie in den Stand zu ſetzen, dieſe zu gewähren, einen Einfluß in den Departements verſchaffen wollte, zu dem es leider nur an allen Elementen fehlte**). Der alte Großreferendar, Marquis von Sémonville, an den er ſich wandte, beklagte mit ihm die Erniedrigung, zu der die zweite Macht des Staates herabgeſunken ſey, und verſprach mit heuchleriſcher Bereitwilligkeit, ſeine Collegen zu Rathe zu ziehen. Nach einigen Tagen überbrachte er eine Note, welche den Wunſch der Pairskammer ausſprach, man möge, um ihren geſellſchaftlichen Einfluß zu erhöhen, den älteſten Söhnen der Pairs die Erlaubniß ertheilen, im Thronſaale — in apfelgrünem Frack zu erſcheinen. Fürſt Polignac verſtand die ernſte Lehre nicht, die in dieſer ironiſchen Antwort lag. Ueber dieſen ſonderbaren Verhandlungen und Entwürfen verging die Zeit, die man verſtändiger Weiſe darauf hätte verwenden

*) Polignac, études. T. I. p. 225. f.
**) Polignac, études. T. II. p. 82.

Digitized by Google

müſſen, ſich zu dem Kampfe vorzubereiten, der bei dem bevorſtehenden Wiederzuſammentreten der Kammern unvermeidlich war.

Fürſt Polignac war kein ſo beſchränkter Kopf, wie man ſich verſucht fühlt vorauszuſetzen, wenn man ihn bloß nach der auffallenden Unfähigkeit beurtheilt, die er bei jedem ſeiner Schritte an den Tag legte, ſobald es darauf ankam, den Parteikampf zu beherrſchen, in den er mit ſeiner Verwaltung hineingeworfen war. Er war ein vornehmer Herr von ſeltener Redlichkeit der Geſinnung, aufrichtiger Frömmigkeit und hoher weltmänniſcher Bildung, der aber den beſten Theil ſeines Lebens in der Verbannung außerhalb Frankreichs zugebracht und nach ſeiner Rückkehr ſich nicht die Mühe genommen hatte, die veränderte Lage ſeines Vaterlandes und die neuen Bedürfniſſe, die aus dieſer hervorgingen, gründlich kennen zu lernen, und der ſich deshalb verwegenen Muthes einer Aufgabe unterzog, der ſeine Kräfte ſo wenig, als die irgend eines Menſchen gewachſen waren. Dabei war er ein echter Franzoſe, dem der Ruhm und die Größe Frankreichs über Alles ging. An ſeiner Leitung der auswärtigen Angelegenheiten des Landes haben deshalb auch ſeine erbittertesten Feinde nichts auszuſetzen gefunden. Unter allen Fragen der allgemeinen europäiſchen Politik war ſeit dem letzten ruſſiſchen Türkenkriege die wichtigſte jene des Orients. Die Kraft der Pforte war durch die Vernichtung des kaum geſchaffenen regelmäßigen Heeres unwiderbringlich gebrochen; das osmaniſche Reich wurde ſeitdem nur durch den Schutz der europäiſchen Mächte aufrecht gehalten und es ließ ſich mit Gewißheit vorherſehen, daß die loſe verbundenen Beſtandtheile deſſelben in einer nicht weit entfernten Zukunft auseinander fallen mußten. Unter dieſen Umſtänden hatte ſchon Graf de la Ferronays erkannt, daß Frankreichs Intereſſen, wenn man bei der zu erwartenden Theilung nicht leer ausgehen wollte, am ſicherſten durch die Wiederaufnahme der alten Politik Ludwigs XIV. gewahrt wurden. Die franzöſiſche Krone hatte das wohlerworbene Recht, den Schutz der katholiſchen Bevölkerungen in Syrien, in Paläſtina und im Archipel anzuſprechen. Daraus war für die franzöſiſchen Conſulate in dieſen Gegenden ein Einfluß erwachſen, der dem franzöſiſchen Handel das Uebergewicht über den Verkehr aller andern ſeefahrenden Völker verſchaffte. General Guilleminot zu Konſtantinopel hatte bereits den Auftrag erhalten, bei der Pforte die Anerkennung der lange vernachläſſigten franzöſiſchen Anſprüche zu bewirken, als Fürſt Polignac an die Spitze des auswärtigen Amtes trat. Der Fürſt ging ganz auf die Anſichten ſeines Vorgängers mit einem Eifer ein, der durch ſeine

Digitized by Google

religiöſen Ueberzeugungen und durch ſeinen ritterlichen Sinn bis zum Abenteuerlichen geſteigert wurde. Er ſoll ſich mit dem Gedanken getragen haben, Jeruſalem zum Mittelpunkte eines ſelbſtſtändigen Staates zu machen und zur Vertheidigung des heiligen Grabes einen Ritterorden zu errichten, in dem der alte Glanz der Johanniterritter wieder aufgelebt wäre*). Aus derſelben Geiſtesrichtung ging ein ernſterer Plan hervor, deſſen Ausführung den Namen des Fürſten Polignac an eine der ſchönſten Waffenthaten der franzöſiſchen Kriegsgeſchichte und an die ruhmvollſte Erwerbung knüpft, welche die franzöſiſche Nation jemals außerhalb ihrer Grenzen gemacht hat. Seit langer Zeit beſtanden mit dem Dey von Algier Mißhelligkeiten wegen einer Schuldforderung, die ein unter franzöſiſchem Schutze ſtehender jüdiſcher Handelsmann an ihn hatte. Eine Roheit, die ſich der übermüthige Türke gegen den franzöſiſchen Conſul erlaubte, und die unter jeder andern Verwaltung durch eine leichte Buße geſühnt worden wäre, bot dem Fürſten Polignac eine willkommene Veranlaſſung, ſich ein Verdienſt um die Chriſtenheit zu erwerben, auf welches er mit Recht den höchſten Werth legte. Zwar waren die Zeiten vorüber, wo die Seeräubereien der Barbaresken alle Geſtade des Mittelmeeres unſicher machten; aber noch waren die italieniſchen Staaten, die Hanſeſtädte und ſelbſt Dänemark und Schweden genöthigt, dem Dey von Algier und dem Kaiſer von Marocco einen ſchimpflichen Tribut zu zahlen, um ihre Schifffahrt nicht einer Unterbrechung durch räuberiſche Anfälle auszuſetzen. Fürſt Polignac, der dazu leicht die Einwilligung Karls X. erhielt, beſchloß, dieſes Unweſen mit Stumpf und Stiel auszurotten und dabei zugleich die Gelegenheit zu ergreifen, um den franzöſiſchen Einfluß über die ganze afrikaniſche Küſte des Mittelmeeres auszudehnen. Er hatte anfangs die Abſicht, ſich zu dieſem Zwecke der Mitwirkung Mehemed Ali's, des türkiſchen Statthalters von Aegypten zu bedienen, der mitten in dem Verfalle des osmaniſchen Reiches die Mittel gefunden hatte, an den Ufern des Nil eine ſelbſtſtändige Macht zu begründen, die nur der ungeſtörten Entwickelung aller in derſelben liegenden Keime bedurfte, um zu einem neuen großen mahomedaniſchen Reiche zu erwachſen. Mehemed Ali war bereit, ein Heer von 15,000 Mann längs der Küſte des mittelländiſchen Meeres nach Algier marſchiren zu laſſen, wo ſich daſſelbe mit den Landungstruppen eines franzöſiſchen

*) Capefigue, l'Europe depuis l'avénement de Louis Philippe. (Paris, 1845. 8.) T. I. p. 16.

Geſchwaders vereinigt hätte. Aber die brittiſche Eiferſucht, die von dem Gelingen des Planes eine Beeinträchtigung ihres Anſpruches auf die Herrſchaft der Meere befürchtete, war erwacht; es kamen Vorſtellungen von Konſtantinopel und von London, die der ägyptiſche Paſcha nicht unbeachtet laſſen durfte; und er zog ſich daher von einem Unternehmen zurück, das zwar ſeinem Ehrgeize ſchmeichelte, aber mit Gefahren verbunden war, die außer allem Verhältniſſe zu den möglicherweiſe zu erlangenden Vortheilen ſtanden *). Fürſt Polignac ließ ſich durch das Fehlſchlagen in einem Theile ſeines Entwurfes von demſelben nicht zurückſchrecken, ſondern faßte jetzt den Entſchluß, allein auszuführen, was im Vereine mit mahomedaniſchen Streitkräften allerdings eine leichtere Aufgabe geweſen wäre. Nicht unwahrſcheinlich iſt es, daß ihn bei der Eile, mit der alle Vorbereitungen beſchleunigt wurden, vorzugsweiſe auch der Wunſch beſtimmte, die Aufmerkſamkeit der Nation von ihren innern Angelegenheiten abzulenken. Polignac verſprach ſich von dem Zuge nach Algier ohne Zweifel eine ähnliche Wirkung auf die öffentliche Meinung, wie ſie ſeiner Zeit der ſpaniſche Feldzug und ſpäter die Expedition nach Morea hervorbrachte. Die Eroberung von Algier ſollte ein Seitenſtück zu dem berühmten Heereszuge Bonaparte's nach Aegypten und Syrien bilden; und mit den treueſten und ergebenſten ſeiner Diener rechnete gewiß Karl X. ſelbſt darauf, daß ganz Frankreich eben ſo, wie damals, in freudigem Stolze die Augen nach dem fernen überſeeiſchen Geſtade richten und ſich durch den auswärts errungenen kriegeriſchen Ruhm hinreichend für alle Beſchränkungen der Freiheit im Innern entſchädigt achten würde.

Am 4. März 1830 wurden die Kammern mit den herkömmlichen Feierlichkeiten eröffnet. Die Abgeordneten und die Pairs von Frankreich waren in dem großen Saale des Louvre zu den Füßen des Thrones verſammelt, auf den König Karl X., umgeben von den Prinzen ſeines Hauſes und von den Großwürdenträgern ſeines Reiches, ſich niederließ. Die Thronrede, welche der König mit feſter Stimme verlas, verkündete dem Lande, daß Friede und Freundſchaft unter allen Mächten Europas beſtehe. Der Krieg im Oriente ſey beendigt, und die Unabhängigkeit Griechenlands durch die Wahl eines ſelbſtſtändigen zur Regierung berufenen Fürſten geſichert. Die Beleidigung, die der franzöſiſchen Flagge durch einen Barbareskenſtaat widerfahren ſey, werde nicht länger ungeſtraft bleiben; die glänzende Genugthuung, welche

*) Polignac, études. T. II. pag. 35 ff.

die franzöſiſchen Waffen erzwingen würden, ſolle zugleich die Ehre Frankreichs befriedigen und zum Beſten der Chriſtenheit gereichen. Indem der König hierauf zu der innern Lage des Landes überging, ſprach er ſeine Zufriedenheit darüber aus, daß die Staatseinkünfte die Abſchätzungen der Voranſchläge überſtiegen hätten. Daraus ergebe ſich die Möglichkeit, die öffentlichen Laſten zu erleichtern. Es ſolle ein Geſetz über die Tilgung der Staatsſchulden vorgelegt werden, welches auf gleiche Weiſe die Intereſſen der Steuerpflichtigen und jene der Gläubiger des Schatzes berückſichtigen werde. „Das erſte Bedürfniß meines Herzens," ſagte König Karl X. zum Schluſſe, „iſt, Frankreich glücklich und geachtet zu ſehen, zu ſehen, wie es alle Reichthümer ſeines Bodens und ſeines Fleißes entwickelt und wie es in Frieden der Staatseinrichtungen ſich erfreuet, deren Wohlthat ich feſt entſchloſſen bin, für die Dauer zu ſichern. Die Charte hat die öffentlichen Freiheiten unter den Schutz der Rechte meiner Krone geſtellt; dieſe ſind geheiligt; es iſt meine Pflicht gegen mein Volk, ſie meinen Nachfolgern unverletzt zu überliefern. Pairs von Frankreich, Abgeordnete der Departements, ich ſetze keinen Zweifel darein, daß Sie mich unterſtützen werden, das Gute zu bewirken, was ich thun will. Sie werden mit Verachtung die treuloſen Verdächtigungen zurückweiſen, welche die Böswilligkeit zu verbreiten ſucht. Wenn ſtrafbare Umtriebe meiner Regierung Hinderniſſe entgegenſetzen ſollten, die ich nicht vorherſehen kann, nicht vorherſehen will, ſo werde ich die Kraft, ſie zu überſteigen, in meinem Entſchluſſe finden, die öffentliche Ruhe aufrecht zu halten, in dem gerechten Vertrauen der Franzoſen und in der Liebe, die ſie immer gegen ihren König gezeigt haben."

Der erſte Schritt, den die Abgeordnetenkammer zu thun hatte, war die Wahl der Candidaten zu der Präſidentſchaft. Royer Collard ſtand wieder an der Spitze der Liſte, auf welcher ſich kein einziger Ultraroyaliſt befand. Der König ernannte Royer Collard. In die Commiſſion, die mit der Abfaſſung des Entwurfes der Adreſſe beauftragt war, wurden beinahe ausſchließlich entſchiedene Liberale gewählt. Der Entwurf, welcher der Kammer zur Annahme vorgelegt wurde, beantwortete den Eingang der Thronrede, der ſich über die günſtige äußere wie innere Lage Frankreichs verbreitete, in angemeſſenen Ausdrücken der Zuſtimmung und des Dankes; um ſo ernſter, wenn auch keinesweges die dem Monarchen ſchuldige Ehrfurcht verletzend, war dagegen die Sprache, in der die drohenden Schlußworte der königlichen Rede ihre Erwiderung fanden. „Fünfzehn Friedensjahre," ſagte die Adreſſe,

„die das franzöſiſche Volk Ihrem erlauchten Bruder und Ihnen verdankt, haben in ſeinem Herzen, durch die Freiheit der Erörterungen und durch die Theilnahme der Abgeordneten an der Regierung, den Dank tief eingewurzelt, den es an Ihre erhabene Dynaſtie knüpft. Am meiſten in Bezug auf die öffentliche Macht gilt in ſeinen Augen das Alterthum des Beſitzes als der heiligſte aller Rechtsanſprüche. Seine Ueberzeugung iſt demnach mit ſeiner Pflicht im Einklange, und es betrachtet die Rechte Ihrer Krone, die mit unſerer Einwilligung niemals angetaſtet werden ſollen, als eine nothwendige Bedingung der Erhaltung ſeiner eigenen Rechte und als die erſte Bürgſchaft ſeiner Freiheiten. Es weiß, daß die Jahrhunderte zu ſeinem Glücke Ihren Thron auf eine für die Stürme unzugängliche Höhe geſtellt haben. Inzwiſchen ſtört mitten unter dieſen Gefühlen eine lebhafte Sorge die Sicherheit, deren Frankreich zu genießen anfing, trübt die Quellen ſeiner Wohlfahrt und könnte, wenn ſie länger dauern ſollte, für ſeine Ruhe verderblich werden. Unſer Gewiſſen, unſere Ehre, die Treue, die wir Ihnen geſchworen haben und immer bewahren werden, legen uns die Pflicht auf, Ihnen die Urſache zu enthüllen. Die Charte, die wir der Weisheit Ihres erlauchten Vorgängers verdanken, und deren Aufrechthaltung Sie beſchworen haben, ſetzt die Dazwiſchenkunft des Volkes bei der Erörterung der öffentlichen Angelegenheiten feſt. Dieſe Dazwiſchenkunft iſt mit genau gezogenen Schranken umgeben, deren Ueberſchreitung wir niemals dulden werden; aber ſie iſt beſtimmt in ihrem Ergebniſſe; ſie macht das beſtändige Zuſammenwirken der politiſchen Anſichten Ihrer Regierung mit den Wünſchen Ihres Volkes zur unerlaßlichen Bedingung für den regelmäßigen Gang der Staatsgeſchäfte. Unſere Pflichttreue, Sire, unſere Ergebenheit verurtheilt uns dazu, Ihnen zu ſagen, daß dieſes Zuſammenwirken nicht vorhanden iſt. Ein ungerechtes Mißtrauen in die Gefühle und Geſinnungen Frankreichs iſt der herrſchende Gedanke der gegenwärtigen Verwaltung; Ihr Volk iſt darüber bekümmert, weil dieſer Gedanke für daſſelbe beleidigend, weil er für ſeine Freiheiten bedrohlich iſt. Dieſes Mißtrauen kann ſich Ihrem edlen Herzen nicht nähern. Nein, Sire, Frankreich will ſo wenig die Auflöſung der Ordnung, als Sie die Willkürherrſchaft wollen; es verdient, daß Sie ſeiner Hingebung vertrauen, wie es Ihren Verſprechungen vertraut. Zwiſchen denen, die eine ſo ruhige, ſo treue Nation mißkennen, und uns, die wir mit inniger Ueberzeugung in Ihren Buſen die Schmerzen eines ganzen Volkes niederlegen, möge die Weisheit Ew. Majeſtät entſcheiden! Ihre königlichen Vorrechte geben Ihnen die

Digitized by Google

Mittel, zwiſchen den Staatsgewalten jenen verfaſſungsmäßigen Einklang herzuſtellen, der die weſentlichſte Bedingung für die Macht des Thrones und für die Größe Frankreichs iſt."

Kaum hatte der Präſident der Kammer dieſes wichtige Actenſtück verleſen, als der ultraroyaliſtiſche Abgeordnete de l'Epine auf die Rednerbühne ſtürzte. „Die Ueberſchreitungen der Gewalt," rief er aus, „ſind die Züchtigungen der Völker; beginnen wir nicht jene Reihe unſeliger Ereigniſſe von neuem, die ähnliche Anmaßungen uns ſchon einmal zugezogen haben. Ich ſehe in der Adreſſe, die Ihnen vorgeſchlagen wird, einen Keim der Vernichtung für die öffentlichen Freiheiten; ſie verletzt das Recht des Königs, ſeine Miniſter zu wählen; ſie verletzt die Charte, nach welcher die Regierung des Landes dem Monarchen zuſteht. Sie werden," redete er die Kammer an, „den ſchmachvollſten Antheil der Mitſchuld, den man Ihnen an den Unordnungen der Preſſe aufbürden will, abzulehnen wiſſen; Sie werden dieſe Seſſion, um welche ſo viele frevelhafte Gedanken ſich bewegen, nicht damit anfangen, daß Sie das Herz des Königs betrüben." Der beſonnene Agier, deſſen Ergebenheit gegen die Sache des Königthumes vielfach erprobt war, entgegnete dem leidenſchaftlich aufgeregten Sprecher, daß nur die Unredlichkeit die gegenwärtige Zeit mit jener, die der Revolution voranging, vergleichen könne. „Frankreich," fuhr er fort, „iſt im Hafen angelangt und will darin bleiben; aber es will das behalten, was es beſitzt, ohne die Charte von den Königen zu trennen, die ſie gegeben haben. Es erkennt als Feinde der Monarchie nur die Männer, die durch Willkür herrſchen möchten. Wir verbergen uns nicht die Schwächung der Gewalt, die wir vor Augen haben. Aber liegt die Urſache nicht in der ſchlechten Wahl ihrer Vertrauten, in der plötzlichen Erhebung verdienſtloſer Günſtlinge? Die Geſetze ſind ohne Kraft, weil ſie nicht vollzogen werden. Die Journale, die als miniſterielle bekannt ſind, verſpotten, ſchmähen, verleumden täglich das Land, und das Miniſterium bleibt ruhig dabei. Sie verlangen die Aufhebung der Charte, den Umſturz der beſtehenden Ordnung, und das Miniſterium regt ſich nicht. Sie wollen," ſchloß der Redner gegen ſeine früheren Meinungsgenoſſen auf der rechten Seite gerichtet, „die Vollziehung der Charte zum Beſten Aller, aber nicht eines einzelnen Standes? Dieſer einzelne Stand, den Sie verachten, iſt wichtiger, als Sie glauben: er beſteht aus 32 Millionen Franzoſen mit Ausnahme eines kleinen Bruchtheiles. Sollen die 32 Millonen ſich vor dem kleinen Bruchtheile, oder ſoll dieſer ſich vor den 32 Millionen beugen?" —

Digitized by Google

„In dieſer Verſammlung,“ bemerkte Herr von Conny, der nach Agier das Wort nahm, „darf Alles geſagt werden. Verwerfen wir jene Heuchelei, die eine Beleidigung unſeres Volkscharakters iſt! Wenn ich die Charte für etwas der Dynaſtie und dem Lande Gefährliches hielte, ſo würde keine Macht der Erde mich hindern, dies zu ſagen. Zwei Lehren theilen die Welt: die eine erkennt die Rechtmäßigkeit der Throne, die andere die Volksgewalt als oberſten Grundſatz an. Die franzöſiſche Monarchie beruht auf dem erſten Grundſatze; den Grundſatz der Volksherrſchaft hat die Revolution verkündet. Die Charte war keine Eroberung der Revolution, ſondern ein freiwilliges, ich möchte ſelbſt ſagen, ein unerwartetes Geſchenk. Wohin gehen wir aber jetzt? Großer Gott, ſollen wir uns als Sclaven an den Wagen jener neuen Macht feſſeln laſſen, die man die öffentliche Meinung nennt! Wenn die Gewalt ſich ſo weit erniedrigte, daß ſie zu den Füßen dieſer Macht kröche, wäre ſie nicht mehr die Gewalt, hätte ſie ihr eigenſtes Weſen abgelegt, ihre hohe Beſtimmung verkannt. Dem gegenwärtigen Miniſterium iſt eine große Aufgabe geſtellt; es muß die Schöpfung der Reſtauration befeſtigen, den Parteigeiſt bekämpfen und vernichten; es wird den öffentlichen Unterricht auf die Uebereinſtimmung der Religion und der Wiſſenſchaften begründen; es wird aus unſeren Geſetzen die Willkür und den Deſpotismus der Republik und des Kaiſerreiches ausrotten. Ein Miniſterium, welches auf ſolchen Wegen fortſchreitet, kann bei den Vertretern des Vaterlandes nur Unterſtützung finden.“ — Der gemäßigte Liberale Faure rechtfertigte das Mißtrauen, welches ſich gegen die Miniſter zeige, indem er behauptete, dieſer Wahlſpruch ſey: keine Zugeſtändniſſe mehr! „Aber welche Zugeſtändniſſe,“ fuhr er fort, „hat man denn gemacht? Ein Geſetz über die Preſſe und das Wahlgeſetz. Was ſtellen dieſe beiden Geſetze vor? Das eine iſt eine Folge der Charte, welche die freie Aeußerung des Gedankens will; das andere ſchließt die Wahlbetrügereien aus. Wenn das Miniſterium dieſe Zugeſtändniſſe tadelt, ſo ſpricht es ſeine Abſicht aus, die Preſſe wieder in Feſſeln zu ſchlagen und die Wahlbetrügereien wieder einzuführen. Ohne dieſe allgemein verbreitete Meinung würde weniger Beſorgniß im Lande herrſchen.“ — Der Miniſter des Innern, Graf von Montbel, erwiderte: „Wenn man den Zuſtand Frankreichs nach den Schilderungen beurtheilen wollte, die man ſeit einiger Zeit in den Blättern lieſt, ſo ſollte man glauben, die öffentlichen Freiheiten wären gefährdet und die öffentliche Wohlfahrt zerſtört. Aber worauf kommt Alles hinaus, was man uns Schuld geben kann? Man ſagt uns: das Land habe ein-

mal Furcht vor der gegenwärtigen Verwaltung! Und deshalb fordert man vom Könige die Entlaſſung ſeiner Miniſter! Haben Sie das Recht zu einer ſolchen Forderung? Haben Sie das Recht, unſere Gedanken anzuklagen? Sehen Sie denn nicht, daß Ihr Verlangen unſere Staatseinrichtungen ſelbſt bedroht? Was ſollte aus den Beſtimmungen der Charte werden, die dem Könige die oberſte Gewalt zuerkennen? Wo bliebe die Unabhängigkeit der ausübenden Gewalt? Nein, das Zugeſtändniß, welches man heute verlangt, will der König, kann er nicht bewilligen, weil ſeine Rechte geheiligt ſind, weil er ſie ſeinen Nachfolgern unverletzt überliefern will, weil er geſchworen hat, die Staatseinrichtungen aufrecht zu halten, und weil er nie ſein Wort gebrochen hat. Was uns betrifft, wir verhehlen uns nicht die Schwierigkeit unſerer Pflichten; aber, von ihrer Wichtigkeit überzeugt, werden wir ſie zu erfüllen wiſſen. Der, deſſen Gewalt unſer Daſeyn geſchaffen, hat allein das Recht, es zu vernichten; ſo lange er es angemeſſen findet, werden wir uns ſeinem Dienſte widmen; nichts wird unſern Entſchluß erſchüttern, nichts unſere Standhaftigkeit ermüden." — Benjamin Conſtant folgte dem Miniſter auf der Rednerbühne. „Der Miniſter," ſagte er, „hat die Frage umgangen, indem er die Adreſſe beſchuldigte, daß ſie die Rechte des Königs antaſte. Die Kammer mußte ihr Mißtrauen gegen die Miniſter ausſprechen, da daſſelbe von ganz Frankreich getheilt wird. Wir ſind aber weit davon entfernt, der Krone irgend Etwas aufdrängen zu wollen. Die Krone hat ein ſicheres Mittel, ihr Vorrecht ungekränkt zu erhalten. Wenn ſich die Kammer täuſcht, wenn das allgemeine Volksgefühl dem Miniſterium nicht entgegen iſt, ſo wird eine Auflöſung der Kammer die wahre Meinung der Nation an den Tag bringen. Der Einklang wird dann zwiſchen den Gewalten wieder hergeſtellt werden. Uebrigens ſind eben ſo, wie die Beſchlüſſe der Miniſter, auch die unſerigen gefaßt. Auch wir haben unſere Erklärung abgegeben; ſie iſt ebenſo unſchuldig, eben ſo wohl begründet, wie die Erklärung derjenigen, welche verſichern, daß ſie unter allen Umſtänden die Monarchie vertheidigen werden. Wir und alle Bürger, die ſich unſerm Rathe anſchließen, werden keine Steuer bezahlen, keine Centime, die nicht der Charte gemäß bewilligt iſt; und dadurch werden wir nicht allein dem Vaterlande, ſondern auch der Dynaſtie einen Dienſt leiſten, jener Dynaſtie, die ohne Unterlaß durch ihre vorgeblichen Freunde bloßgeſtellt wird." — Der Miniſter des öffentlichen Unterrichts, Guernon de Ranville, antwortete auf dieſe kühne Herausforderung des liberalen Redners: „Man leugnet es ab, daß

Digitized by Google

die Aufforderung der Adreſſe einen Eingriff in das königliche Vorrecht enthalte. Aber wenn man uns ſagt: der König müſſe die Kammer auflöſen oder die Miniſter entlaſſen, heißt dies nicht eben ſo viel, als: der König müſſe zwiſchen der Kammer und den Miniſtern wählen? Die ganze Sache, um die es ſich handelt, iſt nur eine Frage der Perſonen oder vielmehr der Eigennamen. Die Vernunft, der Wortlaut der Geſetze, die Geſchichte, Alles ſtößt die Anmaßung zurück, die den König zwingen will, ſeine Miniſter zu entfernen. Dieſe ſind die Bewahrer der vollziehenden Gewalt, die nur dem Könige gebührt. Man will über das verfügen, was das Freieſte in der Welt iſt, über das Vertrauen; dem Könige vorſchreiben, daß er ſein Vertrauen denen entziehen ſolle, die er gewählt hat, heißt ſeine Freiheit angreifen. So wie Sie die Entlaſſung des gegenwärtigen Miniſteriums verlangen, könnten Sie auch die Entlaſſung ſeiner Nachfolger verlangen, und dann käme man dahin, daß die Mehrheit der Kammer ihre Wahl der Krone aufdrängte. Eine ſolche Lehre würde zur Anarchie führen. Auch im Jahre 1789 verlangte man von dem Könige die Entlaſſung der Miniſter, und Ludwig XVI. gab nach. Die Geſchichte hat aber die Folge dieſer Nachgiebigkeit mit blutiger Schrift aufgezeichnet. Durch den Willen des Königs an das Ruder berufen, werden wir es nur auf den Befehl des Königs verlaſſen. Wir treten, die Charte in der Hand, in Ihre Mitte; treu den Aufträgen, die uns der Vater des Vaterlandes gegeben, werden wir uns nur auf verfaſſungsmäßiger Bahn bewegen; weder Schmähungen noch Drohungen werden uns beſtimmen, von der Linie abzuweichen, die Ehre und Pflicht uns vorzeichnen." — „Sie haben die Meinung der Commiſſion nicht richtig aufgefaßt," entgegnete Dupin der ältere, der einen vorzüglichen Antheil an der Abfaſſung des Adreſſeentwurfes gehabt hatte. „Der Grundgedanke der Adreſſe iſt eine tiefe Verehrung für die Perſon des Königs; ſie drückt die hochachtungsvollſte Ergebenheit gegen jenes alte Geſchlecht der Bourbonen aus, und enthält nichts, was man als einen Eingriff in die Freiheit des Monarchen deuten könnte. Sie ſpricht nur eine Thatſache aus, deren Eindruck ſich allen Gemüthern aufdrängt. Wenn wir dieſe Thatſache verhehlen wollten, würde ſie deshalb nicht weniger vorhanden ſeyn. Da die Miniſter in der Thronrede, indem ſie von den Hinderniſſen ſprachen, die man ihnen entgegenſtellen möchte, kein anderes Mittel anführten, durch welches ſich dieſelben überſteigen ließen, als den Gebrauch der Gewalt, ſo glaubten wir, daß es uns erlaubt ſeyn würde, von dem Geſetze zu ſprechen. Wir haben als die einzigen

Digitized by Google

anwendbaren Mittel die geſetzlichen, verfaſſungsmäßigen bezeichnet. In dieſen liegt das königliche Vorrecht, welches durch nichts gehemmt, durch nichts geſchmälert werden kann. Der König iſt in ſeinem Vorrechte unbeſchränkt; wenn er von demſelben innerhalb ſeiner geſetzlichen Grenzen Gebrauch machen will, ſo kann Niemand dieſe Anwendung verzögern, Niemand ſich ihr widerſetzen." — Der ultraroyaliſtiſche Herr von Chantelauze erklärte, ohne auf die ſcharfſinnigen Unterſcheidungen ſeines rechtsgelehrten Vorgängers ſich einzulaſſen, die Adreſſe für verfaſſungswidrig, für feindlich gegen das Königthum. „Warum verſucht man es zu leugnen," ſagte er, „was einem Jeden klar vor Augen liegt? man will den Sturz des Miniſteriums gegen den Willen des Königs erzwingen. Dadurch würde aber das Königthum in das Herz getroffen; es hörte auf zu exiſtiren, wenn die Adreſſe angenommen würde. Man verlangt, die Kammer ſoll ſich allein der Gewalten anmaßen, die dem Könige, wie jener, die den Pairs zuſtehen. Damit wäre alles Gleichgewicht in unſeren Staatseinrichtungen aufgehoben Wir brauchen einen monarchiſchen fünften September; dieſer allein kann uns retten."

Die Parteien ſtanden einander in zu ſchroffer Trennung gegenüber, als daß alle dieſe Erörterungen, die doch zuletzt nur auf gegenſeitige Beſchuldigungen hinauskamen, auf den Ausgang einen weſentlichen Einfluß hätten üben können. Zwiſchen den beider großen Parteien, die einander offen die Stirn boten, in der Mitte ſchwankte unſchlüſſig ein ſchwaches Häuflein, welches dem Herrn von Martignac auch nach ſeinem Sturze treu geblieben war, und das ſich jetzt, gleich ſeinem Führer, weder entſchließen konnte, mit den Liberalen noch mit den Ultraroyaliſten gemeinſchaftliche Sache zu machen. Von dieſer Mittelpartei — wenn man die Vereinigung weniger Perſonen, die bei einem entſcheidenden politiſchen Kampfe ſich ſelbſt von der Theilnahme ausſchließen, ſo nennen kann — ging ein Vorſchlag aus, der zum Zwecke hatte, zwar nicht den Inhalt, aber doch die äußere Form der Adreſſe ſo weit zu mildern, daß dieſelbe die Gefühle des Königs wenigſtens nicht allzu empfindlich verletzt hätte. Vergebliches Bemühen! Der einzige Erfolg, den dieſer Verſuch der Verſöhnung hatte, war, daß beide Seiten der Kammer denſelben mit gleicher Beſtimmtheit zurückwieſen. Guizot, der, vor Kurzem erſt an die Stelle eines ausgeſchiedenen Mitgliedes in die Kammer gewählt, bei dieſer Gelegenheit zum erſten Male das Wort ergriff, drang darauf, daß die Kraft der Adreſſe nicht geſchwächt werde: „Die Freimüthigkeit unſerer Worte," ſagte er, „iſt die einzige Mahnung, welche die

Digitized by Google

Gewalt von uns erhalten, die einzige Stimme, die ſich bis zu ihr erheben und ihre Täuſchungen zerſtreuen kann.“ — „Was liegt daran,“ rief auf der andern Seite der Advocat Berryer aus, der gleichfalls zum erſten Male in der Kammer auftrat, „daß Ihre Adreſſe mit Verſicherungen der Hingebung, der Achtung und der Liebe angefüllt iſt, wenn ſie die Rechte des Königs verletzt, wenn ſie die Krone mißhandelt? Dieſer traurige Gegenſatz kann keine andere Wirkung hervorbringen, als daß er unſere Gedanken in Zeiten einer beklagenswerthen Erinnerung zurückverſetzt, daß er uns zurückruft, auf welchem Wege ein unglücklicher König, mitten unter den Schwüren des Gehorſams und den Betheuerungen der Liebe, dahin gebracht wurde, den Scepter, den er aus den Händen fallen ließ, gegen die Palme des Märtyrers zu vertauſchen.“ Die Adreſſe wurde, als es zur Abſtimmung kam, in unveränderter Geſtalt, durch 221 Stimmen gegen 181 angenommen.

Der Würfel war gefallen. Es blieb dem Könige keine andere Wahl, als entweder der Mehrheit, die ſich in der Kammer ausgeſprochen hatte, nachzugeben, oder die Kammer aufzulöſen, um durch neue Wahlen dieſe Mehrheit, wo möglich, zu brechen. Zur Nachgiebigkeit konnte Karl X. ſich nicht entſchließen, weil er darin ſeine Abdankung geſehen hätte. Er war auf das Aeußerſte entrüſtet, erzürnt. „Die Kammer ſpielt hohes Spiel,“ ſagte er zu einem Abgeordneten, „aber es könnte ihr ein theurer Spaß werden, daß ſie ſich auf dieſe Weiſe gegen meine Krone vergeht!“ Als Royer Collard, begleitet von der durch das Loos ernannten Abordnung der Kammer, dem Könige die Adreſſe überbrachte und mit bewegter Stimme den Inhalt derſelben vortrug, erwiderte der König: „Ich habe die Adreſſe gehört, die Sie mir im Namen der Kammer der Abgeordneten überreichen. Ich hatte ein Recht, auf die Mitwirkung der beiden Kammern zu der Ausführung alles des Guten, das ich beabſichtigte, zu rechnen. Mein Herz iſt bekümmert, die Abgeordneten der Departements erklären zu ſehen, daß dieſe Mitwirkung nicht vorhanden iſt. Meine Herren, ich habe meine Entſchließungen in meiner Rede bei der Eröffnung der Seſſion angekündigt; dieſe Entſchließungen ſind unerſchütterlich; die Wohlfahrt meines Volkes verbietet mir, mich davon zu entfernen. Meine Miniſter werden Ihnen meine Abſichten bekannt machen.“ Am folgenden Tage wurde die Kammer auf den erſten September vertagt. Als der Miniſter des Innern die königliche Verfügung vorgeleſen hatte, welche die Vertagung anordnete, erhob ſich die rechte Seite in Maſſe mit dem

Digitized by Google

Rufe: „Es lebe der König!“ „Es lebe die Charte!“ erſchallte zur Antwort eben ſo einſtimmig von der Linken.

Die Vertagung war eines jener Mittel, welche ſchwache Seelen ergreifen, wenn ſie, durch die Gewalt der Umſtände zu einem unwiderruflichen entſcheidenden Schritte gedrängt, den Muth nicht in ſich finden, den ein männlicher Entſchluß erfordert. In dem Cabinette waren die Meinungen getheilt. Der Miniſter des Innern, Graf von Montbel, verlangte, daß die Kammer nicht vertagt, ſondern ſofort aufgelöſt würde, und daß der König eine Proclamation an die Wähler richtete, um dieſen an das Herz zu legen, was die Würde des Königthumes erheiſche. Dagegen wandte Guernon de Ranville ein, daß das Anſehen des Königthumes auf das Aeußerſte bloßgeſtellt wäre, ſobald man den König perſönlich auf den Tummelplatz der Parteien herabſteigen ließe, und daß eine Niederlage in dieſem Falle die Monarchie in ihren Grundfeſten erſchüttern müßte. Graf von Montbel hatte als einen Hauptgrund für ſeine Anſicht hervorgehoben, wie die Liebe der Nation zu ihrem Fürſten jede Möglichkeit des Mißlingens ausſchließe. Graf Guernon de Ranville ſcheute ſich nicht, im Beiſeyn Karls X., welcher der Berathung beiwohnte, zu erklären, daß ſein College leider in einem bedauernswerthen Irrthume befangen ſey. „Die Franzoſen haben aufgehört, ihre Fürſten zu lieben,“ ſagte er. „Sehen Sie dies nicht aus dem unverſöhnlichen Haſſe, der die bedeutendſten und angeſehenſten Männer verfolgt, ſobald ſie durch das Vertrauen der Krone geehrt werden?“ Der Rath Guernons de Ranville, dem ſich auch Graf Chabrol und Courvoiſier anſchloſſen, behielt die Oberhand; ſtatt der Auflöſung der Kammer, welche mit einem Male zur Entſcheidung gedrängt hätte, wurde die Vertagung beſchloſſen, die Alles unentſchieden ließ und keinen einzigen Vortheil gewährte, der nicht den Gegnern in gleichem Maße zu Gute gekommen wäre. Denn wenn die Regierung die Friſt, die ſie gewann, immerhin dazu benutzen konnte, alle ihr zu Gebote ſtehende Triebfedern in Bewegung zu ſetzen, um auf die Stimmung der Wähler einzuwirken, von denen die Bildung der neuern Kammer abhing, ſo war doch vorauszuſehen, daß die liberale Partei, welche bei den Wahlen ſchon einmal den Sieg davon getragen hatte, dies eben ſo wenig verſäumen würde. Das, was Karl X. hauptſächlich beſtimmt zu haben ſcheint und was ihn über die Unentſchloſſenheit und Zaghaftigkeit täuſchte, die ihn jeden Vorwand der Zögerung willkommen heißen ließ, war die Hoffnung, die er auf den Krieg in Africa und auf die Wirkung ſetzte, die derſelbe in

Digitized by Google

Frankreich hervorbringen ſollte. Er vermochte es ſich nicht zu denken, daß Siegesbotſchaften, die ſeiner Vorausſetzung nach ganz Frankreich zu freudiger Begeiſterung erheben mußten, ohne Einfluß auf die Wahlen bleiben könnten. War in der That ſeit den Zeiten des heiligen Ludwig von Frankreich je ein Krieg geführt worden, der einen edleren, den Geboten der Menſchlichkeit und der Religion mehr entſprechenden Zweck gehabt hätte? Algier, jener alte Sitz des Seeraubes, der ſeit Jahrhunderten den Handel im Mittelmeere unſicher gemacht, alle ſeefahrende Nationen gebrandſchatzt und viele Tauſende unglücklicher Chriſten in die Feſſeln der Sclaverei geſchlagen hatte, ſollte endlich bezwungen, der Trotz blutgieriger und habſüchtiger Barbaren ſollte gebrochen und die unwirthliche Küſte, die an allen Geſtaden des Mittelmeeres nur mit Schrecken genannt wurde, europäiſcher Geſittung zurückgegeben werden. Denn der Plan war allerdings, ſich nicht mit dem eiteln Ruhme eines vorübergehenden Sieges zu begnügen, ſondern eine dauernde Eroberung zu begründen, die, während ſie einen der ſchmachvollſten Flecken der Völkergeſchichte austilgte, Frankreich zugleich eine Entſchädigung für den Verluſt der Colonien böte, die es in Folge der Revolutionskriege eingebüßt und bei dem Abſchluſſe des allgemeinen Friedens nicht wieder zurückerhalten hatte. Deshalb wurden die Rüſtungen in dem großartigſten Maßſtabe betrieben; die Abmahnungen, die das eiferſüchtige England an das franzöſiſche Cabinet ergehen ließ, wurden mit Feſtigkeit zurückgewieſen; und um die Mitte des Maimonates lag auf der Rhede von Toulon eine der ſchönſten Flotten, die jemals aus einem franzöſiſchen Hafen ausgelaufen waren, zur Aufnahme des Heeres bereit, welches zu dem Zuge nach Algier beſtimmt war. General Bourmont, der zum Oberbefehlshaber ernannt war und für den während ſeiner Abweſenheit Fürſt Polignac die Leitung der Geſchäfte des Kriegsminiſteriums übernahm, hatte 37,000 Mann der beſten franzöſiſchen Truppen, die mit einer zahlreichen Artillerie und mit allen Kriegsbedürfniſſen im Ueberfluſſe verſehen waren, unter ſeinem Befehle: eine Macht, die man nicht bloß zur Eroberung von Algier, ſondern nöthigenfalls der ganzen Nordküſte von Africa für hinreichend hielt.

Je näher der Zeitpunkt heranrückte, der zur Abfahrt dieſes neuen Heeres von Kreuzfahrern beſtimmt war, um ſo mehr wuchs Karl X. auch in Bezug auf die inneren Angelegenheiten Frankreichs der Muth. Am 16. Mai ſollte die Einſchiffung der Truppen zu Toulon beginnen; an demſelben Tage unterzeichnete König Karl in ſeinem Schloſſe Saint

Digitized by Google

Cloud die Verfügung, welche die Auflöſung der Abgeordnetenkammer ausſprach, die neuen Wahlen für die kleineren Wahlcollegien auf den 23. Juni, für die größeren auf den 3. Juli ausſchrieb und die beiden Kammern der Pairs und der Abgeordneten auf den 3. Auguſt einberief. Zwei Miniſter, der Siegelbewahrer Courvoiſier und der Finanzminiſter Graf Chabrol, hatten ſich der Auflöſung der Abgeordnetenkammer bis zum letzten Augenblicke widerſetzt, indem ſie von dieſer Maßregel die unheilvollſten Folgen vorausſagten. Sie waren überzeugt, daß man von den Wahlen bei der allgemeinen Stimmung der Gemüther den ungünſtigſten Ausgang zu erwarten habe, und nahmen, als ihre Vorſtellungen den Starrſinn des Königs ſo wenig zu beugen, als die Zuverſicht ihrer Collegen zu erſchüttern vermochten, mit ſchwerem Herzen ihre Entlaſſung. Karl X. fand Diener, die, von glühendem Eifer für die Sache des Königthumes bis zur Urtheilloſigkeit verblendet, bereitwilliger auf ſeine Anſichten eingingen. Graf Peyronnet, der verhaßteſte unter den Miniſtern, welche an der Verwaltung Villèle's Theil genommen, erhielt das Miniſterium des Innern, aus dem Graf von Montbel zu den Finanzen überging. Die Siegel wurden dem Präſidenten des königlichen Gerichtshofes zu Grenoble, Herrn Chantelauze, übergeben, der bei den Verhandlungen über die Adreſſe der 221 durch ſeine maßloſe Leidenſchaftlichkeit ſich ausgezeichnet und auch jetzt zur Bedingung ſeines Eintrittes die Anwendung der Lehren machte, die er in der Kammer als die einzigen Rettungsmittel des Königsthumes verkündet hatte. Außerdem wurde ein eigenes Miniſterium, jenes der öffentlichen Arbeiten, für den Baron Capelle geſchaffen: einen Mann, der bisher zwar noch niemals öffentlich bedeutend hervorgetreten war, um ſo mehr aber in der Stille gewirkt hatte. Herr von Capelle, zur Zeit Präfect des Departements der Seine und Oiſe, war in der Verwaltung des Innern unter Villèle Generalſecretair geweſen und hatte in dieſer Eigenſchaft vorzugsweiſe die Wahlen geleitet, die ſo lange das günſtigſte Ergebniß lieferten, bis der Sturm zu Ende des Jahres 1827 das ganze künſtliche Gewebe der Täuſchungen und des Betruges zerriß. Aehnliche Dienſte, wie er damals geleiſtet, verſprach man ſich von ihm auch jetzt. „Er allein," hatte der König ſchon früher von ihm geſagt, „verſteht ſich auf die Wahlen; im Falle einer Kammerauflöſung würde ich nur zu ihm Vertrauen haben."

Wenn irgend etwas vermögend war, die allgemeine Erbitterung gegen die Regierung noch zu einem höheren Grade zu ſteigern, ſo waren es dieſe Miniſterernennungen. Mit dem Austritte Courvoiſiers

Digitized by Google

und des Grafen Chabrol war die letzte Hoffnung, daß die Stimme der Mäßigung ſich bei Hofe und in dem Miniſterrathe noch Gehör verſchaffen werde, verſchwunden. Niemand erwartete jetzt andere, als die gewaltthätigſten Maßregeln. Aber der gebildete Bürgerſtand war durch das entſchiedene Auftreten der Abgeordnetenkammer mehr noch, als durch die unabläſſigen Aufreizungen der Journale, ſich ſeiner Kraft bewußt geworden; nirgend zeigte ſich weder Beſorgniß noch Unruhe. Man hielt ſich zum voraus gewiß, daß die Kammer, die man ſich als das Ergebniß der neuen Wahlen verſprechen dürfe, von denſelben Geſinnungen durchdrungen ſeyn würde, wie jene, die durch ihren unerſchrockenen Freimuth ihre Auflöſung herbeigeführt habe, und man war feſt entſchloſſen oder überredete wenigſtens ſich ſelbſt, daß man es ſey, ſofern die Miniſter den Verſuch machen ſollten, ohne die Mitwirkung der Kammern zu regieren, ihnen durch Verweigerung der Steuern die Mittel dazu zu entziehen. Die Auflöſung der Abgeordnetenkammer, wenn auch nach der Vertagung noch gegen alle Erwartung zwei Monate lang verzögert, hatte die liberale Partei auf keine Weiſe überraſcht. Der Verein: „Hilf Dir ſelbſt!“ der bereits auf die Wahlbewegung des Jahres 1827 einen beherrſchenden Einfluß übte, hatte in der Zwiſchenzeit ſeine Thätigkeit nicht eingeſtellt, ſondern dieſelbe vielmehr dazu benutzt, ſeine Verbindungen weiter auszudehnen und mehr zu befeſtigen. Dabei waren alle Vorkehrungen mit ſolcher Vorſicht getroffen, daß die Regierung, der weder das Daſeyn des Vereines, noch ſeine Thätigkeit unbekannt blieb, außer Stande war, irgend eins der beſtehenden Geſetze gegen verbotene Verbindungen in Anwendung zu bringen. Schon in den erſten Tagen des April hatte der Ausſchuß des Vereines — jenes berüchtigte comité directeur, in dem alle Cabinette Europas den vornehmſten Hebel der revolutionairen Wühlungen nicht bloß in Frankreich, ſondern auf dem ganzen europäiſchen Feſtlande ſahen — ein Rundſchreiben an die Wähler erlaſſen, welches dieſe aufforderte, bei der bevorſtehenden Auflöſung der Kammer, die unter den obwaltenden Umſtänden unvermeidlich wäre, auf ihrer Hut zu ſeyn und alle ihre Kräfte aufzubieten, um den Sieg verfaſſungsmäßiger Freiheit über die Unterdrückung zu ſichern. In allen Departements waren Vereinigungen angeſehener Männer zuſammengetreten, die es ſich zur beſondern Aufgabe ſetzten, über die unverfälſchte Reinheit der Wählerliſten zu wachen und die Wähler für die Candidaten der liberalen Partei zu gewinnen. Der Verein: „Hilf Dir ſelbſt,“ deſſen Vorſchriften überall als das oberſte Geſetz aufgenommen wurden, empfahl vor allen Dingen

Digitized by Google

die Wiedererwählung der 221 Abgeordneten, welche für die Adreſſe geſtimmt hatten, weil das Land dadurch den unzweideutigſten Beweis geben würde, daß es die Geſinnungen der aufgelöſten Kammer, über die es zu richten berufen ſey, theile. Den 221 waren daher alle Mitbewerber von der liberalen Seite gewichen, und nur an ſolchen Orten meldeten ſich neue Namen, die bisher durch Ultraroyaliſten oder Miniſterielle vertreten waren. Die Miniſter verkannten die Schwierigkeiten nicht, welche ihnen die nach einem feſten Plane getroffenen Anordnungen der Gegenpartei entgegenſtellten; aber ſie rechneten dennoch auf den Sieg, weil ſie von den Präfecten, die angewieſen waren, über die Stimmung ihrer Verwaltungsbezirke zu berichten, die glänzendſten Verſprechungen erhalten hatten. Man vergaß, daß gerade in Zeiten allgemeiner Gährung öffentliche Beamte am wenigſten in der Lage ſind, die Stimmung der Bevölkerungen richtig zu beurtheilen, weil ſie nur in ſolchen Kreiſen verkehren, die ein Intereſſe dabei haben, ſich ihnen angenehm zu erweiſen, und daß ihren Berichten außerdem auch deshalb nicht immer voller Glaube beizumeſſen iſt, weil ſie ſelbſt, um ihren Vorgeſetzten nicht mißfällig zu werden, die Dinge von der vortheilhafteſten Seite darſtellen. Der Miniſter des Innern, Peyronnet, war indeſſen ein zu erfahrener Geſchäftsmann, als daß er ſich einer erträumten Sicherheit hingegeben hätte. Von den ungeheuren Hülfsmitteln, die der Verwaltung zur Verfügung ſtanden, wurde kein einziges unbenutzt gelaſſen. Das Heer von Beamten aller Art, welches über ganz Frankreich verbreitet war, erhielt die ſtrengſten Befehle, alle Nerven anzuſpannen, um mit der Sache des Königthums ihre eigene Exiſtenz zu retten. Die Biſchöfe richteten Hirtenbriefe an die Geiſtlichen ihres Sprengels, die es dieſen zur Pflicht machten, den politiſchen Parteikampf ihren Pfarrkindern als einen Kampf des Unglaubens gegen die Religion zu ſchildern. Und endlich, wovon man ſich keine geringe Wirkung verſprach, erließ Karl X. eine Bekanntmachung, worin er perſönlich in einfachen und, man kann es nicht leugnen, in würdigen Worten ſich an die Nation wandte, ſie über die Beſorgniſſe beruhigte, welche hinterliſtige Feinde der öffentlichen Ordnung zu verbreiten ſuchten, und ſie aufrief, ihrem Könige ihr Vertrauen nicht zu verſagen. „Franzoſen!“ redete Karl X. ſein Volk an: „Die letzte Abgeordnetenkammer hat meine Abſichten mißkannt. Ich hatte das Recht, auf ihre Mitwirkung zur Vollbringung des Guten, das ich im Sinne trug, zu rechnen; ſie hat mir dieſelbe verweigert. Als Vater meines Volkes fühlte ich mein Herz bekümmert, als König wurde ich

Digitized by Google

beleidigt. Ich ſprach die Auflöſung dieſer Kammer aus. Franzoſen! Eure Wohlfahrt macht meinen Ruhm; Euer Glück iſt auch das meinige. Ihr werdet in der Stunde, wo die Wahlcollegien auf allen Punkten meines Königreiches eröffnet werden ſollen, auf die Stimme Eures Königs hören. Die conſtitutionelle Charte und die durch ſie begründeten öffentlichen Einrichtungen aufrecht zu erhalten, war immer das Ziel meiner Beſtrebungen und wird es immer ſeyn. Um dieſes Ziel zu erreichen, muß ich aber die geheiligten Rechte, die das Erbtheil meiner Krone ſind, frei ausüben und ihnen Achtung verſchaffen. In ihnen liegt die Bürgſchaft der öffentlichen Ruhe und Eurer Freiheiten. Die Natur der Regierung würde verkehrt werden, wenn ſtrafbare Eingriffe meine Vorrechte ſchmälerten; und ich würde meine Eide verrathen, wenn ich dies duldete." „Wähler," ſchloß der Aufruf, „eilt, Euch in Eure Collegien zu begeben! Möge ſie nicht eine tadelnswerthe Nachläſſigkeit Eurer Gegenwart berauben! Möge daſſelbe Gefühl Euch beſeelen, dieſelbe Fahne Euch vereinigen! Es iſt Euer König, der dies von Euch verlangt; es iſt ein Vater, der Euch ruft. Erfüllt Ihr Eure Pflicht; ich werde die meinige erfüllen."

Wir wiſſen nicht, welchen Eindruck dieſe königlichen Worte hervorgebracht haben würden, wenn ſie ohne alle Erläuterungen in die Hände der Wähler gelangt wären. An der Aufrichtigkeit der Geſinnungen, die ſie ausdrückten, iſt nicht zu zweifeln; denn Karl X. war von der Reinheit ſeiner Abſichten eben ſo tief durchdrungen, als von der Richtigkeit ſeiner Anſichten überzeugt. Das Mißtrauen, das die Namen eines Polignac, eines Peyronnet erweckten, hatte aber zu feſte Wurzeln gefaßt, als daß daſſelbe durch Worte, die, wie aufrichtig immer gemeint, doch einer vieldeutigen Auslegung fähig blieben, gehoben werden konnte. Mehr als die bösartigen Deutungen, mit denen die liberale Partei in den öffentlichen Blättern, wie in eigens vertheilten Flugſchriften die Bekanntmachung begleitete, ſchadete die Botſchaft, die Karl X. durch die von ihm ernannten Präſidenten der Wahlcollegien dieſen überbringen ließ. „Meine Herren," ſagte er den Wahlpräſidenten, die zugleich die Candidaten der Regierung waren, „wiederholen Sie den Wählern, daß die Kammer mich perſönlich beleidigt hat, und daß ich nicht dulden werde, daß man mich beleidigt; ſie können allerdings einen Kampf hervorrufen, aber ich werde nicht nachgeben." Und bei allem Scheine der Feſtigkeit, in dem der König ſich gefiel, konnte er dennoch düſterer Ahnungen ſich nicht erwehren. Bei einer Audienz, die der Präfect des Seinedepartements, Herr von

Digitized by Google

Chabrol Volvic, hatte, fragte er dieſen mit bewegter Stimme: „Nun, wie iſt Paris für mich geſtimmt?“ — „Ich darf Ew. Majeſtät nicht verhehlen,“ antwortete der Präfect, „daß Alles auf der Seite der Gegenpartei iſt.“ — Die Thränen traten dem greiſen Fürſten in die Augen. — „Was habe ich ihnen gethan? Ich will doch ihr Beſtes und habe ihre Liebe verloren! Sagen Sie mir, Herr von Chabrol, würde ich nicht gut thun, die Hauptſtadt zu verlaſſen?“ — Der Präfect entgegnete: „Als Vorſtand des Departements könnte ich einen ſolchen Rath meinem Könige nicht ertheilen; Paris hat von ſeiner Anweſenheit und von der Anweſenheit ſeines Hofes ſo große Vortheile.“ — „Sie haben Recht; ich werde bleiben, und die Liebe meiner Unterthanen wird mir zurückkehren.“

Es fehlte nicht an äußeren Zeichen, welche auf die Stimmung des durch die Laſt der Jahre und der Sorgen gebeugten Fürſten einen niederdrückenden Einfluß ausüben konnten. Die gegen Algier beſtimmte Flotte, deren Abfahrt bereits acht Tage über die feſtgeſetzte Friſt verzögert worden war, wurde durch widrige Winde längere Zeit in der Bai von Palma zurückgehalten. Statt der Siegesbotſchaften, die man erwartete, kam die Nachricht, daß zwei kleinere Kriegsſchiffe, die an der africaniſchen Küſte kreuzten, durch den Sturm an den Strand geworfen, und daß ihre Mannſchaften theils gefangen, theils niedergemetzelt worden waren. Um dieſelbe Zeit brachen auf verſchiedenen Punkten in den nördlichen Departements nächtliche Feuersbrünſte aus, die ungeachtet aller von den Behörden getroffenen Vorkehrungen ſich ſo häufig und in ſo großer Zahl wiederholten, daß ſie über das ganze Land Unruhe und Schrecken verbreiteten. Truppen wurden von verſchiedenen Seiten in Bewegung geſetzt; zwei Regimenter Garde rückten von Paris aus, um den geängſtigten Bewohnern der zunächſt bedrohten Landſchaften Schutz zu gewähren. Aber ſo widerſinnig auch ein ſolcher Verdacht war, von Munde zu Munde ging das Gerücht, daß die Regierung durch geheime Sendlinge die Brandſtiftungen veranlaſſe, welche die Departements verheerten, um die Gemüther in Schrecken zu ſetzen und durch Einſchüchterung auf die Wahlen zu wirken. Der Haß gegen die Miniſter war bis zu einem ſolchen Grade der Erbitterung gediehen, daß man ſie hätte beſchuldigen können, die Seine in Brand geſteckt zu haben, ohne daß die Unwahrſcheinlichkeit aufgefallen wäre. Dieſe Stimmung herrſchte in dem größten Theile des Landes, während die Wahlen Statt fanden; und der Erfolg war kein anderer, als er unter ſolchen Umſtänden zu erwarten war. Es

Digitized by Google

wurden 272 mehr oder weniger entſchiedene Liberale und nur 145 von den Candidaten der Regierung gewählt. Von den 221 Abgeordneten, welche für die Adreſſe geſtimmt hatten, kamen 202, von den 181, die ſich dagegen erklärt, nur 99 in die Kammer zurück.

Faſt könnte man ſich verſucht fühlen, es als einen Hohn des Schickſals anzuſehen, daß beinahe unmittelbar, nachdem die Ergebniſſe der Wahlen in Paris bekannt worden waren, die Kunde von dem vollſtändigen Erfolge des Zuges gegen Algier einging. Das Heer war am 14. Juni gelandet, hatte am 19. bei dem Weiler Staoueli die ſich demſelben entgegenwerfenden Maſſen des arabiſchen Landſturmes geſchlagen, am 4. Juli das die Stadt Algier beherrſchende Kaiſerfort, nachdem daſſelbe durch das Feuer der franzöſiſchen Batterien in einen Schutthaufen verwandelt war, genommen und Tages darauf die Stadt ſelbſt in Folge einer Capitulation beſetzt, welche den Einwohnern Sicherheit der Perſonen und des Eigenthumes, ſo wie die ungeſtörte Ausübung ihrer Religion, dem Dey die freie Wahl ſeines Aufenthaltes außerhalb des Landes und die Erhaltung ſeines Privatvermögens verbürgte. Am 11. Juli wurde zur Feier des ruhmvollen Ereigniſſes ein Tedeum in der Kathedrale von Paris gehalten. Karl X., der, von einem glänzenden Hofſtaate umgeben, der kirchlichen Feier beiwohnte, erſchien durch die freudige Botſchaft wie neu belebt. Er empfing die Glückwünſche der Behörden mit ſeiner gewohnten Würde, aber zugleich mit einer innern Heiterkeit, die ihm lange fremd geweſen war. Unter den Abordnungen, die dem Könige vorgeſtellt wurden, waren dem alten Herkommen gemäß auch jene der unterſten Volksklaſſen der Hauptſtadt, der ſogenannten Damen der Halle, der Laſtträger und der Kohlenträger. Die miniſteriellen Blätter verbreiteten mit affectirtem Wohlgefallen, daß einer der letzten ſich mit den Worten an den König gewandt habe: „Sire, ein Kohlenträger iſt Herr in ſeinem Hauſe; machen Sie es, wie der Kohlenträger, und verlaſſen Sie ſich auf uns!“ Karl X. bedurfte einer ſo zweideutigen Aufforderung nicht, um einen Entſchluß zu faſſen, in dem er ſeit langer Zeit ſich gewöhnt hatte, die einzige Rettung des Königthumes zu ſehen.

Zu Ende des Juni, als die Ergebniſſe der erſten Wahlen bereits einen ziemlich ſicheren Schluß auf den Ausgang der übrigen geſtatteten, wurde im Miniſterrathe zum erſten Male die Frage in Erwägung gezogen, was jetzt, nachdem die Berufung des Königs an die Treue und Anhänglichkeit der Nation ihren Erfolg verfehlt habe, zu thun ſey, um den Anmaßungen der liberalen Partei, deren Uebermuth nach ihrem

Digitized by Google

Siege bei den Wahlen keine Grenzen kennen werde, zu begegnen. Der Siegelbewahrer Chantelauze erklärte, daß es unmöglich ſey, eine Kammer zu verſammeln, die in ihrer Mehrheit aus Menſchen zuſammengeſetzt ſey, von denen der König perſönlich beleidigt worden ſey. Man müſſe die Kammer daher vor dem Zeitpunkte, der zu ihrer Einberufung beſtimmt ſey, noch einmal auflöſen und nochmals neue Wahlen ausſchreiben. Da man bei dieſen unter der beſtehenden Geſetzgebung aber nur auf eine neue Niederlage rechnen dürfe, ſo bleibe nichts Anderes übrig, als daß der König ſich der höchſten Gewalt, welche die Charte ihm zuerkenne, bediene und die Geſetze aufhebe, mit denen man, wie die Erfahrung gelehrt habe, nicht regieren könne. Die wahre Quelle alles Uebels liege in der Preßfreiheit. Dieſe müſſe zuvörderſt beſeitigt, die Journale, die alle Gemüther vergifteten und thatſächlich bereits alle Gewalt an ſich geriſſen hätten, müßten unter die ſtrengſte Aufſicht geſtellt und außer Stande geſetzt werden, ihre verderblichen Grundſätze, ihre Verläumdungen und ihre Entſtellungen der Wahrheit weiter zu verbreiten. Außerdem ſey es unerlaßlich, das Wahlgeſetz zu verändern. Die revolutionaire Partei habe ihre Hauptſtärke in jenen Wählern der kleinen Collegien, die nur durch ihren Gewerbsbetrieb die Wahlberechtigung erlangten. Dieſe müßten daher von dem Wahlrechte ausgeſchloſſen und überhaupt müßte den kleinen Collegien nicht mehr die unmittelbare Wahl, ſondern nur das Recht zugeſtanden werden, Candidaten zu ernennen, aus denen die großen Collegien erſt die wirkliche Wahl träfen. Dieſe Gedanken waren nicht neu; ſie waren in Privatunterhaltungen unter den Miniſtern, wie unter den näheren Vertrauten des Königs längſt vielfach beſprochen worden: aber jetzt wurden ſie zum erſten Male im Cabinette der Gegenſtand einer amtlichen Erörterung. Ueber die Geſetzlichkeit der vorgeſchlagenen Maßregeln wurde von keiner Seite der geringſte Zweifel erhoben; die Preßfreiheit war nicht durch die Charte begründet, ſondern durch ein Geſetz eingeführt; und die Wahlordnung war bereits im Jahre 1816 durch eine königliche Ordonnanz abgeändert worden. Alle Einwendungen, welche etwa gegen die Berechtigung der Krone zu einer einſeitigen Geſetzgebung ohne die Mitwirkung der Kammern hätten gemacht werden können, waren aber zum voraus durch die Berufung auf den 14. Artikel der Charte niedergeſchlagen, der dem Könige das Recht einräumte, alle Verordnungen zu erlaſſen, welche die Sicherheit des Staates erforderte. Dieſer Artikel war nie anders verſtanden worden, als daß derſelbe dem Könige geſtatte, im Falle einer außerordentlichen Gefahr ſich über die

Digitized by Google

Beſtimmungen der Charte hinwegzuſetzen. Der Urheber des Grundvertrages, Ludwig XVIII., ſelbſt hatte bei wiederholten Gelegenheiten, in den Jahren 1814, 1815 und 1816 von der unbeſchränkten Gewalt Gebrauch gemacht, die er durch den 14. Artikel für außerordentliche Fälle ſich vorbehalten; und der offenbare Widerſpruch, der darin lag, wenn man eine aus der Verfaſſung hergeleitete Gewalt zum Umſturze der Verfaſſung verwenden wollte, konnte Männern nicht einfallen, die ſich ſelbſt überredeten, daß ſie vollkommen verfaſſungsmäßig handelten. Nur der Cultusminiſter, Guernon de Ranville, glaubte, daß der Zeitpunkt noch nicht gekommen ſey, wo man zum Aeußerſten ſchreiten müſſe. „Die Wahlen," ſagte er, „ſind gegen uns ausgefallen. Dies thut nichts. Laſſen wir die Kammer ſich verſammeln; wenn ſie, wie es wahrſcheinlich iſt, uns ihre Mitwirkung verweigert, ſo wird es vor den Augen von ganz Europa erwieſen ſeyn, daß ſie die Regierung unmöglich macht. Die Verantwortlichkeit einer Steuerverweigerung würde der Krone nicht zur Laſt fallen. Unſere Lage wäre dann eine ungleich günſtigere, und wir könnten leichter die Schritte thun, die das Heil der Monarchie erfordert." Der feurige und willenskräftige Peyronnet, der aber Einſicht genug hatte, das Gewicht der Gründe Guernon de Ranville's zu begreifen, unterſtützte deſſen Anſicht, und es wurde in der erſten Berathung noch kein feſter Beſchluß gefaßt. Wenige Tage darauf wurde ein zweiter Miniſterrath gehalten. Die Wahlen, die inzwiſchen erfolgt waren, hatten die ſchlimmſten Erwartungen beſtätigt. Guernon de Ranville wurde jetzt mit ſeinen Einwendungen nicht länger gehört. Er ſtand allein; denn Peyronnet, von dem der König in einer vertraulichen Unterredung dieſen Dienſt als einen Beweis ſeiner Hingebung gefordert, hatte darauf verzichtet, ſeine Ueberzeugung geltend zu machen. Die Ordonnanzen, welche den Plan des Siegelbewahrers zur Ausführung bringen ſollten, wurden entworfen, und es wurde beſchloſſen, ſie dem Könige zur Genehmigung vorzulegen. In einer Cabinetsſitzung, die am 7. Juli im Beiſeyn des Königs und des Dauphins Statt fand, wurde der erſte rohe Entwurf der Ordonnanzen berathen. Guernon de Ranville wiederholte die Gründe, die ihn abhielten, ſeine Beiſtimmung zu geben. Der König hörte ihn aufmerkſam an, ließ ſich aber nicht überzeugen. Der Herzog von Angoulême ſagte: „Ihr Vorſchlag iſt geſetzlicher und vielleicht auch ſicherer; ich wäre ſehr geneigt, ihn vorzuziehen; aber die Mehrheit hat einmal anders entſchieden, und ich ſchließe mich der gemeinſchaftlichen Meinung an." So leichtſinnig oder vielmehr ſo gedankenlos ſetzte der Prinz,

Digitized by Google

der durch ſeine Geburt zur Thronfolge berufen war, die ſchönſte Krone Europas auf das Spiel! Alle einzelnen Beſtimmungen der Ordonnanzen wurden auf das Sorgfältigſte erwogen; und es vergingen daher mehr als 14 Tage, ehe die Arbeit vollendet war. Am Abende des 23. Juli wurde die Cabinetsſitzung gehalten, in welcher der von dem Siegelbewahrer verfaßte Bericht, der den Ordonnanzen zur Einleitung dienen ſollte, ſo wie der Text der Ordonnanzen zum letzten Male gemeinſchaftlicher Berathung unterworfen und ſchließlich genehmigt wurde. Auch jetzt gab Guernon de Ranville ſeinen, obwohl vergeblichen, Widerſtand noch nicht auf. Er ſagte in Bezug auf die Ordonnanz über das neue Wahlverfahren, die Graf Peyronnet ausgearbeitet hatte: „Eben ſo gut hätten Sie die ganze Verfügung in zwei Zeilen zuſammendrängen und einfach anordnen können, daß die Abgeordneten durch die Präfecten erwählt werden ſollten.“ Die Dinge waren bereits zu weit gediehen, als daß eine ſo ſchneidende Bemerkung noch eine Wirkung hätte hervorbringen können.

So ſehr täuſchten ſich ſowohl der König und der Dauphin, als die Miniſter über die wahre Lage des Landes, daß in keiner einzigen der Berathungen, welche über den beabſichtigten Staatsſtreich Statt fanden, auch nur von der Möglichkeit eines ernſtlichen Widerſtandes, einer bewaffneten Erhebung zahlreicher Maſſen die Rede war. Karl X. war allerdings nicht ganz ohne Beſorgniß. Er fragte eines Tages ohne alle äußere Veranlaſſung den Vicomte de Caux, ſeinen früheren Kriegsminiſter, ob man ſich auf den Beiſtand der Truppen verlaſſen könne. „Ja, Sire,“ antwortete der Miniſter, „unter den Bedingungen der Charte.“ „Aber die Charte geht ſie nichts an,“ bemerkte der König, der ſeine üble Laune nicht verbergen konnte. Die flüchtige Erregung, welche dieſe Unterhaltung hervorrief, ſcheint jedoch vorübergegangen zu ſeyn, ohne einen Eindruck auf das Gemüth des verblendeten Monarchen zu hinterlaſſen. Fürſt Polignac, der während der Abweſenheit des Generals Bourmont das Kriegsminiſterium verwaltete, gab ſich einer ſolchen Sicherheit hin, daß er kaum daran dachte, die Beſatzung von Paris zu verſtärken. Das Heer, welches in ganz Frankreich vertheilt war, zählte nach dem Abzuge von 50,000 Beurlaubten und von 34,000 Mann, die zu der Expedition nach Algier verwandt waren, 156,000 Mann unter den Waffen. Die unruhigen Bewegungen, welche der Glaubenseifer der katholiſchen Geiſtlichkeit in den ſüdlichen Provinzen des Königreiches der Niederlande veranlaßte, hatten den Fürſten beſtimmt, in der Nähe der Grenze zu St. Omer und zu

Digitized by Google

Luneville zwei Lager zu errichten, in denen 25,000 Mann vereinigt waren. Der König der Niederlande, der nicht ohne Grund einen gewaltſamen Ausbruch beſorgte, in den die ganze katholiſche Bevölkerung der ſüdlichen Provinzen ſeines Reiches hineingezogen werden konnte, hatte für dieſen Fall insgeheim die Unterſtützung des preußiſchen Hofes nachgeſucht. Fürſt Polignac war kaum von dieſem Umſtande unterrichtet, als er, von dem doppelten Intereſſe ſeiner Theilnahme für die Sache der katholiſchen Kirche und der Eiferſucht gegen die Ausdehnung fremden Einfluſſes in Frankreichs Nachbarſchaft geleitet, durch den franzöſiſchen Geſandten zu Brüſſel erklären ließ, daß die zu St. Omer und Luneville zuſammengezogenen Truppen ſofort in Belgien einrücken würden, ſo wie ein einziger preußiſcher Soldat die niederländiſche Grenze überſchritte. Polignac war viel zu ſehr von dem Gefühle der Pflicht durchdrungen, die Ehre und die Würde Frankreichs aufrecht zu halten, als daß es ihm hätte einfallen können, die beiden Lager an der Grenze aufzuheben, um in einem Augenblicke, wo er die öffentliche Meinung zum erbittertſten Kampfe herausforderte, ſich ihrer Beihülfe zur Sicherſtellung der Ordnung in der Hauptſtadt zu bedienen. Der Reſt des Heeres ſtand theils in zu weiter Entfernung von Paris, theils war derſelbe in den Provinzen unentbehrlich, die man nicht ganz von Truppen entblößen durfte, weil, wie man wohl wußte, faſt alle große Städte die Geſinnungen der Hauptſtadt theilten. Man begnügte ſich daher, das eine der beiden nach der Normandie entſandten Garderegimenter zurückzurufen, und vertraute im Uebrigen darauf, daß man keiner außerordentlichen Anſtrengungen bedürfen werde, um die Straßenaufläufe zu zerſtreuen, die etwa erfolgen möchten. Die Beſatzung von Paris zählte 11,550 Mann, die im Laufe weniger Stunden durch die zu Vincennes, Saint Denis, Sèvres, Verſailles und Saint Cloud liegenden Truppen auf 17,000 gebracht werden konnten. Bonaparte hatte, als er am 13. Vendémiaire die 25,000 Mann ſtarken regelmäßig geordneten und bewaffneten Sectionen aus dem Felde ſchlug, nicht die Hälfte, und da man überzeugt war, daß man es jetzt, wenn die Aufregung auch noch ſo hoch ſtieg, nur mit einigen zuſammengerotteten Pöbelhaufen zu thun haben würde, ſo erſchien es vollkommen überflüſſig, noch größere Anſtalten zu treffen, um einer Gefahr zu begegnen, von deren Daſeyn man keine Ahnung hatte.

Das, worauf man am meiſten rechnete, war, wie es ſcheint, die Wirkung der Ueberraſchung. Die Feinde des Thrones und des Altares ſollten durch die Ordonnanzen niedergeſchmettert werden, wie durch

Digitized by Google

Blitzſchläge, die aus wolkenreinem Himmel auf ihre verfehmten Häupter niederfielen. Die Berathungen, welche ſeit dem Ausgange des Juni unter den Miniſtern Statt fanden, waren in ein ſo ſtrenges Geheimniß gehüllt, daß ſelbſt die vertrauteſten Höflinge daſſelbe nicht zu durchdringen vermochten, und daß auch die auswärtige Diplomatie, der es doch ſonſt an Mitteln nicht fehlte, zu erfahren, was am Hofe und im Cabinette vorging, diesmal im vollkommenſten Dunkel blieb. Zu London und zu Wien hatte man den Sturz der Verwaltung des Vicomte von Martignac nicht ohne Genugthuung geſehen, weil man es nicht vergeſſen konnte, welche Rolle dieſelbe bei der Verwicklung während des letzten ruſſiſch-türkiſchen Krieges geſpielt hatte. Von Polignac wußte man, daß er den Fortſchritten der ruſſiſchen Macht im Oriente nichts weniger als günſtig war. Fürſt Metternich war mit ihm ebenſo, wie in Bezug auf dieſe wichtigſte Frage der auswärtigen Politik, auch über die weſentlichſten Grundſätze der innern Verwaltung einverſtanden. Er betrachtete es gleich ihm als die vornehmſte Aufgabe der Regierungen, die Revolution zu bekämpfen, wo und in welcher Geſtalt ſie ſich auch zeigen mochte. Aber Fürſt Metternich war ein zu erfahrener Staatsmann, als daß er es nicht für einen unverzeihlichen Fehler gehalten hätte, ohne Noth eine große politiſche Maßregel zu ergreifen, bei der man nicht des Erfolges zum voraus gewiß war. Er forderte deshalb wiederholt den franzöſiſchen Geſandten am Wiener Hofe, Herrn von Rayneval, auf, ſeiner Regierung die dringendſten Vorſtellungen zu machen, daß ſie nichts gegen die Revolutionaire unternehmen möge, bevor ſie nicht die unermeßlichſten Vorbereitungen getroffen hätte. Zwiſchen dem brittiſchen Cabinette und dem franzöſiſchen war in Folge der Expedition gegen Algier eine Entfremdung eingetreten, die zu gegenſeitigen vertraulichen Mittheilungen nicht auffordern konnte. Zu St. Petersburg und Berlin war die Ernennung des Fürſten Polignac weniger willkommen geweſen, als zu London und Wien. Der preußiſchen Regierung waren die engen Verbindungen nicht unbekannt, die zwiſchen der ultramontanen Partei der katholiſchen Geiſtlichkeit in Frankreich, Belgien und Deutſchland beſtanden. Die entſchiedene Begünſtigung, welche dieſelbe nicht allein in Frankreich, ſondern auch in Belgien von Seiten des Fürſten Polignac erfuhr, mußte Preußen mit gerechter Beſorgniß wegen ſeiner Rheinlande erfüllen, in denen der Katholicismus einen freilich ſeltſamen Bund mit den Erinnerungen der franzöſiſchen Republik und des Kaiſerreiches eingegangen war, um die Neigungen eines großen Theiles der Bevölke-

Digitized by Google

rung mehr nach den Ufern der Seine, als nach jenen der Spree hinzuziehen. Das St. Petersburger Cabinet ſah in der Beſeitigung des Grafen de la Ferronays und in ſeiner Erſetzung durch den Fürſten Polignac einen offenen Abfall von dem Bündniſſe, welches der erſte eingegangen war. Der ruſſiſche Geſandte zu Paris, Graf Pozzo di Borgo, ein alter Republicaner, den der Haß gegen Napoleon nach Rußland getrieben hatte, neigte ſich perſönlich auf die Seite der franzöſiſchen Liberalen und nahm ſogar an den geheimen Berathungen Theil, welche die Häupter der Oppoſition in den beiden Kammern hielten, um ſich über die Mittel zu verſtändigen, durch die man den Sturz des Miniſteriums herbeizuführen beabſichtigte. Kaiſer Nikolaus wurde durch die Berichte ſeines Geſandten darauf vorbereitet, von der Verwaltung des Fürſten Polignac die ſinnloſeſten Gewaltſtreiche zu erwarten. Bereits im Januar, als der franzöſiſche Miniſter zu St. Petersburg, Herzog von Mortemart, eine Urlaubsreiſe nach Frankreich antrat, ſagte der Kaiſer ihm in der Abſchiedsaudienz: „Der König von Frankreich iſt Herr in ſeinem Lande; er kann thun, was ihm gefällt. Wenn er aber Stürme erregt, wenn er die Charte angreift, ſo ſagen Sie ihm, daß wir ihm nicht helfen können. Sie wiſſen, daß die Verbündeten im Jahre 1815 und im Jahre 1818 ebenſo die Charte, wie den Thron verbürgt haben, und daß dies der Wunſch meines Bruders Alexander war. Wenn der König Karl X. einen Kampf beginnt, werden uns deshalb die Hände gebunden ſeyn. Er vertheidige ſich gegen die Parteien, dies iſt ſein Recht und ſeine Pflicht; wenn er aber ſelbſt angreift, ſo kommt es darauf an, wem der Sieg bleibt; und ich wiederhole es, wenn er unterliegt, werden wir nichts für ihn thun können" *).

Die Warnungen, welche von außen kamen, wurden von Karl X. ſo wenig beachtet, als die Vorzeichen des nahenden Sturmes, die jedem unbefangenen Blicke im Innern unverkennbar waren. Die einzige Wirkung, die jene hervorbrachten, war, daß man beſchloß, gegen die auswärtige Diplomatie auf ſeiner Hut zu ſeyn und ſie von den Maßregeln, mit denen man umging, nichts ahnen zu laſſen. Die ſcheinbare Ruhe und Gleichgültigkeit, welche die Miniſter zeigten, nachdem der Ausgang der Wahlen ihnen jede Hoffnung auf eine parlementariſche Ausgleichung genommen hatte, mußte den ſchärferen Beobachter

*) Capefigue, l'Europe depuis l'avénement de Louis Philippe. T. I. pag. 328 ff.

Digitized by Google

darauf führen, daß ſie ein Auskunftsmittel gefunden zu haben glaubten, welches kaum ein anderes als ein gewaltſames ſeyn konnte. Nachdem die Grundzüge der Ordonnanzen bereits genehmigt waren, bemerkte Graf Pozzo di Borgo gegen den Fürſten Polignac: „Man ſpricht von allerlei Dingen, mein Herr Fürſt; Sie bereiten einen großen Schlag vor, hat man mir geſagt; was ſoll ich darüber meinem Kaiſer ſchreiben?“ — „Beruhigen Sie ſich, mein Herr Botſchafter,“ verſetzte Fürſt Polignac; „das ſind nur Gerüchte von Bedienten und Subalternbeamten.“ Als Pozzo di Borgo hierauf hinzufügte, daß Europa wegen der Lage Frankreichs in einiger Unruhe ſey, entgegnete der Fürſt mit dem Ausdrucke der tiefſten Verachtung: „Im Gegentheile, wir ſind unruhig wegen Europas; möge es ſich etwas weniger um uns und etwas mehr um ſich ſelbſt bekümmern.“ Eine ähnliche Antwort ertheilte der Fürſt dem brittiſchen Botſchafter Lord Stuart de Rothſay, als dieſer von ihm zu wiſſen begehrte, was von den Gerüchten zu halten ſey, die über einen beabſichtigten Gewaltſtreich gingen. Man glaubte ſeiner Sache gewiß zu ſeyn und wollte ſich durch unnütze Rathſchläge nicht beläſtigen laſſen.

Am 25. Juli des Nachmittags wurde zu Saint Cloud, wohin der König ſeine Hofhaltung verlegt hatte, der letzte Miniſterrath gehalten, in dem die Ordonnanzen unterzeichnet wurden *). So wie dies geſchehen war, hatte man nichts Eiligeres zu thun, als für ihr Einrücken in das amtliche Blatt der Regierung, den Moniteur, zu ſorgen, wie dies bei gewöhnlichen Verfügungen üblich war. Sauvo, der Redacteur des Moniteur, der dieſes Blatt ſeit ſeiner erſten Begründung zu Anfange der Revolution leitete, wurde des Abends um eilf Uhr zu dem Siegelbewahrer beſchieden und erhielt von ihm den Befehl, die Ordonnanzen nebſt dem ſie begleitenden einleitenden Berichte über die Preſſe abdrucken zu laſſen. Sauvo wurde ſichtlich bewegt, indem er die wichtigen Actenſtücke durchblickte, die ihm übergeben waren. Der Miniſter des Innern, Graf Montbel, der ſich zufällig bei dem Siegelbewahrer befand, bemerkte dies und fragte, was es gebe. Der alte Mann, der ſo manche große Staatsveränderung gewiſſenhaft in ſeinem Blatte regiſtrirt hatte, nahm ſich das Herz zu erwiedern: „Gnädiger Herr, ich habe nur ein Wort zu ſagen: Gott erhalte den König!

*) Die pathetiſche Schilderung der Sitzung des Miniſterrathes, die Louis Blanc in ſeiner Histoire de dix ans giebt, wird von dem Fürſten Polignac für eine lächerliche Erdichtung erklärt. Etudes, T. II. p. 140.

Digitized by Google

Gott erhalte Frankreich!" „Das hoffen wir," entgegneten die beiden Miniſter gleichzeitig, und damit wurde Sauvo entlaſſen *).

Dieſen Abend, zu derſelben Stunde, ſpielte König Karl X. in dem Schloſſe zu Saint Cloud ſeine gewöhnliche Partie Whiſt. Es wurde kein Wort über die Ordonnanzen geſprochen.

Zweites Hauptſtück.

Die drei Tage.

Des Montages, am 26. Juli wurden zu Paris durch den Moniteur die Ordonnanzen bekannt, welche, obwohl in ihrer äußeren Form den Schein der Geſetzlichkeit bewahrend, thatſächlich die Verfaſſung des Landes außer Kraft ſetzten, indem ſie eine Abgeordnetenkammer auflöſten. die ſich noch nicht verſammelt hatte, alſo geſetzlich auch nicht als beſtehend betrachtet werden konnte; indem ſie die Preßfreiheit aufhoben, die durch ein von beiden Kammern angenommenes Geſetz eingeführt war und nach der Verfaſſung nur durch ein anderes auf gleiche Weiſe angenommenes Geſetz wieder abgeſchafft werden konnte; indem ſie die weſentlichſten Beſtimmungen des Wahlgeſetzes veränderten, die nach der Verfaſſung nur unter Zuſtimmung der beiden Kammern eine Abänderung erleiden konnten. Ungeachtet ſeit der Einſetzung des Miniſteriums Polignac fortwährend die düſterſten Gerüchte über deſſen Abſichten verbreitet waren, hatte doch Niemand weder einen ſo nahen, noch einen ſo kühnen Schlag erwartet. Man wußte, daß Karl X. ſo wenig, als der Miniſter, der zugleich ſein Diener und ſein Freund war, der Volksmeinung nachgeben würde, ſo lange beide nicht durch äußere Gewalt gezwungen waren; man war darauf gefaßt, daß ſie eine Kammerauflöſung auf die andere folgen laſſen und unter irgend einem Vorwande ſich allenfalls über die geſetzliche Bewilligung der Steuern hinwegſetzen würden; aber man hielt den König für zu gewiſ-

*) Capefigue, l'Europe depuis l'avénement de Louis Philippe. T. II. p. 35.

Digitized by Google

ſenhaft, als daß er ſich einen offenen Angriff auf die weſentlichſten Beſtimmungen der Verfaſſung erlauben ſollte, die er bei ſeiner Krönung feierlich vor Gott beſchworen. Der erſte Eindruck, den die Ordonnanzen unter ſolchen Umſtänden hervorbringen mußten, war jener der dumpfen Betäubung, die ein plötzlich hereinbrechendes durchaus unvörhergeſehenes öffentliches Unglück zu verurſachen pflegt. Im Palais royal — dem vornehmſten Vereinigungspunkte aller Neugierigen, Müßigen und Vergnügungsluſtigen der großen Hauptſtadt — ſtiegen einige junge Leute auf Stühle, laſen der Menge, die ſich um ſie drängte, den Moniteur vor, und riefen ſie auf, die Verletzung der Charte, die ſich die Regierung erlaubt habe, nicht zu dulden. Der Tumult, der durch dieſe Reden aus dem Stegreiſe hervorgerufen wurde, hatte jedoch keine Folgen. Die Menge verlief ſich, ſobald einige Polizeibeamte erſchienen, die mit der Aufrechterhaltung der Ordnung beauftragt waren. Die niederen Volksclaſſen, die nicht begriffen, um was es ſich handelte, gingen, wie gewöhnlich, ihren Arbeiten und ihren Vergnügungen nach. Die Banquiers, die Kaufleute, die Fabrikanten ſahen beſtürzt einander an und berechneten die Verluſte, die ihnen das Fallen der Staatspapiere und die Stockungen des Handels, die von allen großen Staatsveränderungen unzertrennlich ſind, zuziehen würden. Der erſte Gedanke an ernſtlichen Widerſtand ging von den Herausgebern und Mitarbeitern der Journale aus, die freilich durch die Aufhebung der Preßfreiheit und die ſie begleitenden Beſtimmungen in ihrem Eigenthume, in ihrer geſchäftlichen Thätigkeit und in ihrer ganzen geſellſchaftlichen Stellung zunächſt gefährdet waren. Schon am frühen Morgen begab ſich eine Anzahl liberaler Journaliſten zu dem berühmten Advocaten Dupin dem ältern, um ſich Raths zu erholen, ob es kein geſetzliches Mittel gebe, das Weitererſcheinen ihrer Journale zu ſichern, ohne daß ſie nöthig hätten, die beſondere polizeiliche Erlaubniß nachzuſuchen, welche die Ordonnanz über die Preſſe zur Bedingung der Herausgabe aller öffentlichen Blätter machte. Dupin erklärte, daß ſeiner Meinung nach die Gerichte der Ordonnanz keine rechtsverbindliche Kraft zuerkennen dürften, da die beſtehenden Geſetze nicht auf dem Wege miniſterieller Verfügungen abgeändert oder abgeſchafft werden könnten. Zugleich vergaß der vorſichtige Rechtsgelehrte nicht hinzuzufügen, daß er nur als Advocat, aber keineswegs als Abgeordneter ſpreche, indem dieſe letzte Eigenſchaft durch die Auflöſung der Kammer erloſchen ſey.

Die beiden entſchiedenſten liberalen Blätter waren der National,

Digitized by Google

der erſt ſeit dem Anfange des Jahres, und die Tribune, die ſeit noch kürzerer Zeit erſchien. Auf dem Bureau des National, von deſſen Redacteurs die beiden Geſchichtsſchreiber der Revolution Thiers und Mignet eben ſo ſehr durch ihr Talent, als Armand Carrel durch ſeinen männlichen Muth und die unerſchütterliche Feſtigkeit ſeines Charakters ausgezeichnet waren, kamen die angeſehenſten unter den Mitarbeitern der liberalen Blätter zuſammen, um zu überlegen, was anzufangen, was zu thun ſey. Einzelne hitzige Köpfe ſchlugen vor, man möge ſich ohne Weiteres auf die Straße ſtürzen, das Volk zu den Waffen rufen und die Gewalt, die den verbrieften Rechten der Nation geſchehe, mit Gewalt abwehren. Dagegen erinnerten die Beſonnenen, daß es ſehr zweifelhaft ſey, ob die Maſſen einem Aufrufe zur Empörung Folge leiſten würden; daß jedenfalls ein glücklicher Ausgang der bewaffneten Macht gegenüber wenig Wahrſcheinlichkeit habe, wogegen ſich von entſchloſſenem Widerſtande auf geſetzlichem Wege immer noch eher ein Erfolg erwarten laſſe. Dieſe Meinung gewann die Oberhand. Thiers, Chatelain, der Herausgeber des Courrier français, und Cauchois-Lemaire, einer der Redacteurs des Conſtitutionel, entwarfen eine Proteſtation, worin ſie auf den Wortlaut der Charte, auf den von der Regierung ſelbſt bisher anerkannten Gebrauch und auf die Entſcheidungen der Gerichte geſtützt, die Verfaſſungswidrigkeit der Ordonnanzen nachwieſen und den Grundſatz aufſtellten, daß die Regierung von dem Augenblicke, wo ſie aufgehört habe, rein geſetzlich zu ſeyn, auch das Recht verloren habe, von ihren Unterthanen Gehorſam zu fordern. „Die Bürger,“ hieß es, „welche zuerſt aufgefordert werden, den Ordonnanzen zu gehorchen, ſind die Verfaſſer der Journale; an ihnen iſt es, das erſte Beiſpiel des Widerſtandes zu geben. Wir werden den Verſuch machen, unſere Blätter herauszugeben ohne die Erlaubniß zu verlangen, die uns auferlegt wird. Wir ſind entſchloſſen, der Regierung in dem, was uns angeht, zu widerſtehen; die Sache der Nation iſt es, zu urtheilen, wie weit das Land ſeinen Widerſtand ausdehnen ſoll.“ Vierundvierzig Journaliſten unterzeichneten dies Actenſtück, welches am folgenden Tage an der Spitze der betheiligten Blätter erſcheinen ſollte.

Zwei Journale, der Courrier français und das Journal du Commerce, befolgten den Rath, den ihnen Dupin gegeben, und wandten ſich an die Gerichte, um von dieſen eine geſetzliche Ermächtigung zum Widerſtande gegen die Ordonnanzen zu erhalten. Der C o u r r i e r f r a n ç a i s klagte beim Handelsgerichte, das J o u r n a l d u C o m m e r c e bei

dem Gerichtshofe der erſten Inſtanz gegen die Buchdrucker, die ihnen nach einer mit denſelben getroffenen Verabredung ihre Preſſen verweigerten. Der Präſident des letzten Gerichtshofes, Debelleyme, fertigte ſofort einen Befehl aus, welcher dem Drucker des Journal du Commerce aufgab, ſeinen Verbindlichkeiten gegen dieſes Journal nachzukommen, ohne ſich an die Weiſungen der Polizei zu kehren, weil die Ordonnanz über die Preſſe keine geſetzliche Kraft habe, da ſie noch nicht auf regelmäßige Weiſe bekannt gemacht ſey. Zwei Tage ſpäter, als bereits der Donner der Kanonen durch die Straßen von Paris ſchallte, fällte das Handelsgericht unter dem Vorſitze des Präſidenten Ganneron ein ähnliches Urtheil zu Gunſten des Courrier français, indem daſſelbe erkannte, daß die königliche Ordonnanz für Niemand verbindliche Kraft habe, weil ſie der Charte zuwider ſey.

Nach dem Vorgange der Journaliſten hielt auch eine Anzahl wahlberechtigter Bürger auf dem Bureau des National eine Verſammlung. Auch in dieſer Verſammlung wurden Vorſchläge gemacht, wie ſie nur die Rückſichtsloſigkeit der leidenſchaftlichen Aufregung eingeben konnte; aber auch hier ſiegte die gemäßigtere Meinung. Man kam überein, dem verfaſſungswidrigen Verfahren der Regierung nur das ſtrenge Feſthalten an der Verfaſſung entgegenzuſetzen. Ein förmlicher Beſchluß konnte in dem Gewirre der Durcheinanderredenden, der Gehenden und Kommenden nicht gefaßt werden, aber die Mehrheit ſcheint der Anſicht geweſen zu ſeyn, daß das Mittel der Steuerverweigerung, deſſen Anwendung zum voraus beſchloſſen war, vollkommen hinreichen werde, die Regierung auf den Weg der Verfaſſung zurückzuführen. Zu derſelben Zeit, während die Wähler ſich in den Redactionszimmern des National verſammelten, vereinigten ſich mehrere der in Paris anweſenden Abgeordneten in dem Hauſe ihres Collegen Alexander de la Borde. Dieſer ſelbſt, ein Mann von klarem Verſtande, aber leicht erregbarem Gemüthe, war bis zur äußerſten Ueberſpannung der Leidenſchaft entflammt. Am Morgen hatte er der Verſammlung der Journaliſten beigewohnt; einer Abordnung von Studirenden, die ſich einſtellte, um zu erfahren, was geſchehen würde, hatte er erklärt, daß Worte jetzt nichts mehr helfen könnten, daß nur kräftiges einmüthiges Handeln die Freiheit zu retten vermöge. Unter den Abgeordneten, die ſich des Nachmittags auf ſeine Einladung bei ihm verſammelten, war die Anſicht vorherrſchend, daß die Kammer, da ihre Auflöſung nicht auf geſetzliche Weiſe erfolgt wäre, an dem Tage ihrer Einberufung zuſammentreten und den Umſtänden gemäß verfahren müſſe. „Wir wieder-

holen die Auftritte des Ballhauſes," rief Bavour, ein ſonſt ſehr beſonnener und gemäßigter Mann, aus. „Wir müſſen in dieſem entſcheidenden Augenblicke unſer Selbſt völlig verleugnen, und, wenn es Noth thut, die Nation zu den Waffen rufen!" erklärte der leidenſchaftlichere von Schonen. Da erſchien der durch ſeinen Reichthum, ſeine ausgebreiteten Verbindungen, ſein Talent der Rede und vielleicht ſelbſt durch ſein hochfahrendes gebieteriſches Weſen einflußreiche Caſimir Périer; er behauptete, wie früher Dupin, daß es keine Abgeordnete mehr gebe, da die Kammer aufgelöſt ſey; auch die Urheber des Gewaltſtreiches bezögen ſich auf die Charte; zwiſchen der Gewalt und der Meinung gebe es keinen Richter; man müſſe dem öffentlichen Unwillen Zeit laſſen, ſich auszuſprechen, und dem Könige, von ſeinem Irrthume zurückzukommen. Dieſe Worte, in dem Tone der Ueberzeugung und mit herriſcher Gebehrde von einem Manne ausgeſtoßen, der in der Kammer als einer der vornehmſten Führer der liberalen Partei galt, lähmten den Muth der Entſchloſſenſten; es wurde nichts entſchieden, und man begnügte ſich, das Anerbieten anzunehmen, welches Caſimir Périer machte, die Verſammelten des andern Tages in ſeinem Hauſe zu ſehen.

Dies war Alles, was an dem Tage, an dem die Ordonnanzen erſchienen, in der Hauptſtadt vorging. Am Abende erkannte ein Volkshaufe den Wagen des Fürſten Polignac und verfolgte ihn mit Steinwürfen bis in ſeine Wohnung, wo einige Fenſterſcheiben zertrümmert wurden. Nichts deutete darauf hin, daß ernſtere Ereigniſſe ſich vorbereiteten; nur verbreitete ſich unter dem Bürgerſtande das Gerücht, daß die großen Fabrikherren den Entſchluß gefaßt hätten, ihre Werkſtätten zu ſchließen und die brotloſen Arbeiter auf die Straße hinauszuſtoßen: was allerdings das ſicherſte Mittel war, Unordnungen hervorzurufen, die ohne ein gewaltſames Zuſammentreffen mit der bewaffneten Macht kaum ablaufen konnten, wobei ſich aber freilich nicht abſehen ließ, welchen Zweck man zu erreichen beabſichtigte.

Am Dienſtag Morgen wurden von den Zeitungen, denen Alles mit der geſpannteſten Erwartung entgegenſah, die beiden bedeutendſten, der Conſtitutionel und das Journal des Débats, nicht ausgegeben. Die Beſitzer, beſorgt, durch allzu kecken Widerſtand ein werthvolles Eigenthum zu verlieren, hatten ſich gleich den ultraroyaliſtiſchen Blättern den Ordonnanzen unterworfen, jedoch die von dieſen vorgeſchriebene Ermächtigung noch nicht erhalten. Der Courrier français blieb aus, weil der Eigenthümer das Urtheil des Handelsgerichtes

abwarten wollte. Dagegen erſchienen der National, das Journal du Commerce und zwei andere gleichfalls liberale, aber bisher nur in beſchränkteren Kreiſen verbreitete Journale, der Temps und der Globe, ſowie das Witzblatt, der Figaro, die Proteſtation der Journaliſten an der Spitze. Da ſich vorherſehen ließ, daß die Polizei nicht ſäumen würde, gegen dieſe offene Widerſetzlichkeit einzuſchreiten, ſo wurden vom frühen Morgen an ganze Ballen mit Hunderten von Exemplaren in die Kaffeehäuſer und andere öffentliche Orte geſchafft; junge Männer, die ihrer Tracht nach den höheren Ständen angehörten, ſtellten ſich auf die Eckſteine und laſen die aufregendſten Sätze den Vorübergehenden vor, die ſich um ſie ſammelten; andere eilten in die Werkſtätten und Kramladen und übernahmen hier daſſelbe Geſchäft; Haufen von Studenten durchzogen, mit Stöcken bewaffnet, unter dem Rufe: „Es lebe die Charte!" die Straßen. Inzwiſchen traf der Polizeipräfect ſeine Anſtalten, um den Widerſtand der Journale, die ohne Erlaubniß erſchienen, zu brechen. Die leidenſchaftlichſte Sprache hatte der Temps geführt, und gegen dieſes Journal waren daher die erſten Maßregeln der Behörden gerichtet. Um eilf Uhr des Vormittags ſtellte ſich eine Abtheilung Gensdarmen zu Pferde vor dem Bureau des Journals auf, welches auf der Rue Richelieu, eine der lebhafteſten Straßen von Paris, gelegen war. Der Herausgeber, Baude, ließ ſogleich die Thüren der Druckerei verſchließen und das Thor, welches auf die Straße führte, weit öffnen, während er ſelbſt mit ſeinen Redacteurs, Setzern, Druckern und Arbeitern aller Art den Polizeicommiſſair am Eingange erwartete. Dieſer kündigte ihm mit vieler Höflichkeit an, daß er den Auftrag habe, ſeine Preſſen mit Beſchlag zu belegen, worauf Baude mit Feſtigkeit erwiderte: „Sie kommen im Namen der Ordonnanzen, um unſere Preſſen zu zertrümmern; ich fordere Sie im Namen des Geſetzes auf, unſer Eigenthum zu achten." Der Commiſſair ließ einen Schloſſer holen. Als der Schloſſer kam und ſich anſchickte, die Thür der Druckerei zu öffnen, trat ihm Baude in den Weg und las ihm aus dem Strafgeſetzbuche die Beſtimmung vor, welche von dem Diebſtahl mit Einbruch handelt. Der ehrliche Mann entblößte ſein Haupt, um dem Geſetze ſeine Achtung zu bezeigen, ſchien aber doch, als der Polizeicommiſſair ſeinen Befehl wiederholte, geneigt, Folge zu leiſten. „Nur zu," ſagte Baude ihm kaltblütig; „Ihr wagt dabei nichts, als die Galeeren!" Zugleich zog er ſein Taſchenbuch heraus, um unter den Zuſchauern, die ſich zahlreich zu ſammeln anfingen, eine Zeugenliſte aufzunehmen. Der Schloſſer gerieth in Schrecken, raffte

Digitized by Google

ſein Arbeitszeug zuſammen und entfernte ſich unter lautem Beifallrufe der Umſtehenden. Es wurde ein anderer Schloſſer geholt, der ſich bereitwilliger zeigte; dieſem wurden aber ſeine Werkzeuge entwandt, und dem Polizeicommiſſair blieb zuletzt nichts Anderes übrig, als ſich der Hülfe des Schloſſers zu bedienen, der die zu den Galeeren verurtheilten Sträflinge in ihre Ketten ſchmiedet. Darüber waren aber mehrere Stunden vergangen, und es hatte ſich auf der Straße ein unermeßlicher Volksauflauf gebildet, der von den Gensdarmen nur mit Mühe zerſtreut wurde und in der ganzen Nachbarſchaft Aufregung und Unruhe verbreitete. Eben ſo wie die Preſſen des Temps, wenn auch unter weniger auffallenden Umſtänden, wurden jene des National und des Figaro mit Beſchlag belegt. Mehrere Beſitzer großer Druckereien, ſowie die Papierhändler, Schriftgießer, Buchhändler und Buchbinder, die mit ihnen in Verbindung ſtanden, entließen ihre Arbeiter und erklärten, daß ſie ihnen kein Brot mehr zu geben hätten; ſie möchten es ſich ſuchen, wo ſie wollten. Dadurch wurden einige Tauſend rüſtige und kräftige Männer aus jenen Volksclaſſen, die, weil ſie gewöhnlich aus der Hand in den Mund leben, am wenigſten mit Ueberlegung handeln, auf die Straße gewieſen, wo ſie, in Verzweiflung über den Verluſt des Erwerbes, der ſie und die Ihrigen erhielt, und in der äußerſten Erbitterung gegen die Regierung, die ſie deſſen beraubt hatte, umherzogen, bereit, jede Gelegenheit zu ergreifen, die ſich ihnen bieten würde, ihren Ingrimm auszulaſſen.

Während auf dieſe Weiſe die arbeitenden Stände in eine Bewegung hineingezogen wurden, von der ſie weder die Urſache begriffen, noch die Intereſſen theilten, fanden auf verſchiedenen Punkten Verſammlungen Statt, die ſämmtlich zum Zwecke hatten, über die Widerſtandsmittel zu berathen, die man dem Gewaltſtreiche der Regierung entgegenſetzen könne. Um zwei Uhr des Nachmittags fand ſich die Mehrzahl der zu Paris anweſenden liberalen Abgeordneten in dem Hauſe Caſimir Périers ein, wo Labey de Pompières, als der älteſte unter ihnen, den Vorſitz übernahm. Dupin, der unter den erſten das Wort ergriff, drang darauf, daß man ſich in keiner Weiſe von den Wegen der ſtrengſten Geſetzlichkeit entferne. Die Auflöſung der Kammer war ſeiner Behauptung nach ein Schritt, deſſen Verfaſſungsmäßigkeit ſich nicht bezweifeln ließ. Daraus folgerte er, daß die Anweſenden ſich nicht mehr als Abgeordnete betrachten dürften, und daß man nichts Anderes thun könne, als durch ehrerbietige Vorſtellungen den König zu der Zurücknahme der Ordonnanzen zu bewegen. Dieſe Anſicht unterſtützte General Sebaſtiani, der verlangte, daß man in dieſem Sinne

Digitized by Google

eine Bittſchrift an Karl X. entwerfen ſolle. Dagegen erhoben ſich Mauguin, de la Borde, Audry de Puyraveau, Bérard, Perſil mit leidenſchaftlichem Ungeſtüm. Der Befehl der Auflöſung, wurde von dieſen eingewandt, habe die Eigenſchaft eines Abgeordneten nicht aufheben können; Karl X. habe, indem er die Charte durch ſeine Ordonnanzen verletzte, ſich ſelbſt des Rechtes begeben, die Kammer aufzulöſen; die Abgeordneten blieben daher mit allen Befugniſſen ihrer Wahlvollmachten bekleidet. Es ſey widerſinnig, die Geſetzlichkeit zu Gunſten einer Gewalt anzurufen, die alle Bande derſelben zerbrochen habe; in einem Augenblicke, wo es ſich für Frankreich um Freiheit oder Knechtſchaft, um eine Regierung mit Volksvertretung oder um die Willkürherrſchaft eines Einzelnen handle, gebe es keine Rettung für das öffentliche Wohl, als in dem Erfolge offenen Widerſtandes gegen die Unterdrückung. Bertin de Vaux und Villemain ſuchten die beiden einander ſo ſchroff gegenüberſtehenden Meinungen zu vermitteln, indem ſie ſich zwar gleichfalls für die Nothwendigkeit entſchloſſenen Widerſtandes erklärten, dabei aber den alten verfaſſungsmäßigen Grundſatz geltend machten, daß man den König von den Miniſtern trennen müſſe und nicht die Vorwürfe, die dieſe verdienten, auf jenen übertragen dürfe. In unbeſchreiblicher Aufregung war, während dieſe Berathungen Statt fanden, Caſimir Périer; er ſprach beinahe kein Wort und gab nur durch ſtumme Gebehrden zu erkennen, wie wenig er irgend einen Vorſchlag billige, der als ein Verſuch zu gewaltſamer Auflehnung gedeutet werden konnte. Und wohl hatte er Urſache zur Unruhe; denn ſchon war es unter ſeinen Fenſtern zu blutigen Auftritten gekommen. Durch das Gerücht, daß die Abgeordneten ſich bei Périer verſammelten, war eine Maſſe junger Leute nach der Rue neuve du Luxembourg gezogen worden. Zwei Reiterabtheilungen, die von entgegengeſetzten Seiten kamen, erhielten den Befehl, die Straße zu räumen, und machten, da die in der Mitte zwiſchen ihnen Zuſammengedrängten nicht ausweichen konnten, von ihrer Waffe Gebrauch. Alle Häuſer öffneten ſich den Fliehenden, von denen mehrere ſchwer verwundet wurden; nur die Thore von Périers Hôtel blieben verſchloſſen. Die Beſprechungen der Abgeordneten im Innern nahmen ihren ungeſtörten Fortgang, bis ſie durch einen Zwiſchenfall unterbrochen wurden, auf den Niemand gerechnet hatte. Auch die Wähler von Paris, die Tages vorher ſich auf dem Bureau des National vereinigt hatten, waren bei der ernſteren Wendung, welche die Dinge allmälig zu nehmen anfingen, wieder zuſammengetreten. Die Mehrzahl waren jüngere Männer, die ſich ohne

Digitized by Google

Erwägung der Folgen von den Gefühlen des Augenblickes hinreißen ließen. Von der Steuerverweigerung, die man anfangs als das zweckmäßigſte Mittel des Widerſtandes betrachtete, war deshalb kaum noch die Rede. Man habe keine Wahl, hieß es, als die Maſſen in Bewegung zu ſetzen und der Gewalt mit den Waffen in der Hand zu begegnen. „Wir müſſen alſo unſere Feinde außer dem Geſetze erklären,“ rief einer der Ueberſpannteſten, „den König ſo gut wie die Gensdarmen.“ Umſonſt mahnte Thiers, der gleich ſeinem Freunde Carrel einen Kampf ungeregelter Volkshaufen gegen regelmäßige Truppen für das hoffnungsloſeſte Beginnen hielt, davon ab, den Namen des Königs in dieſe heißen Erörterungen zu miſchen und einen andern Weg, als jenen des geſetzlichen Widerſtandes, zu betreten. Es wurde der Beſchluß gefaßt, eine Abordnung in die Verſammlung der Abgeordneten zu ſchicken, und dieſe aufzufordern, ſich an die Spitze der Volkserhebung zu ſtellen. Als die Abordnung der Wähler gemeldet wurde, brach Périer das Stillſchweigen, das er bis dahin beobachtet hatte. „In welche Lage ſind wir verſetzt,“ rief er aus. „Empfangen wir die Abordnung, ſo erfährt man es in den Tuilerien, man zürnt uns und, wer weiß, welche Maßregeln man ergreift! Weiſen wir ſie zurück, ſo beklagt ſie ſich bei dem Volke, und wer kann bei der allgemeinen Erbitterung dafür ſtehen, was dann geſchieht?“ Die Abordnung wurde eingeführt und die Advocaten Merilhou und Boulay (von der Meurthe) ergriffen in ihrem Namen das Wort. „Alle Bande,“ erklärten dieſe Herren, „welche Frankreich an den Thron der Bourbonen feſſelten, ſind zerbrochen; die Nation darf und kann ihre Rettung nur noch in dem bewaffneten Aufſtande gegen eine Gewalt ſuchen, die alle Geſetze mit Füßen getreten hat; das Volk vertraut auf die Vaterlandsliebe und auf den Muth ſeiner Vertreter.“ Tiefes, durch keinen Laut unterbrochenes Stillſchweigen erfolgte; die Abordnung zog ſich in ein anſtoßendes Gemach zurück, um der Verſammlung volle Freiheit der Berathung zu laſſen. Noch war die große Mehrheit der Anweſenden von dem betäubenden Eindrucke beherrſcht, den eine ſo verwegene, durchaus unerwartete Aufforderung auf ſchwache und ſchwankende Gemüther hervorbringen mußte, als eine neue Abordnung, die von den Studirenden und anderen zum Kampfe entſchloſſenen jungen Leuten geſandt war, Zulaß begehrte. Périer ging den ungeſtüm Drängenden entgegen, beſchwor ſie, nicht auf einem Schritte zu beharren, den er nur als die höchſte Unbeſonnenheit betrachten könne, ſtellte ihnen vor, wie thöricht ihre Anſtrengungen gegen die ungeheuren Kräfte, die

der Regierung zu Gebote ſtänden, ſeyn würden, und ermahnte ſie, zur Geſetzlichkeit zurückzukehren und nicht auf der Straße einen Sieg zu ſuchen, der dort gewiß nicht zu finden ſey. Die jungen Leute entfernten ſich ſchweigend, aber den Unmuth im Herzen und in ihrem Entſchluſſe nicht erſchüttert. Inzwiſchen hatten in der Verſammlung der Abgeordneten die lebhafteſten Erörterungen über die ſchreckenerregende Zumuthung der Wählerabordnung begonnen. Nur wenige Stimmen erhoben ſich, die darauf drangen, daß man ohne Rückſicht auf die Gefahr ſich mitten in die Bewegung ſtürzen ſolle. Die Mehrheit kam auf den Vorſchlag Sebaſtiani's zurück, daß man den König durch eine ehrfurchtsvolle Bittſchrift erſuchen möge, ſein Miniſterium zu ändern und die verhängnißvollen Ordonnanzen zu widerrufen. Aber auch darüber wurde kein feſter Beſchluß gefaßt. Man ging auseinander, nachdem man ſich zugeſagt hatte, den nächſten Mittag bei Audry de Puyraveau wieder zuſammenzutreffen. Dieſer hatte ſein Haus zum Verſammlungsorte angeboten, da Caſimir Périer Anſtand nahm, das ſeinige zum zweiten Male einer ſo gefährlichen Vereinigung zu öffnen.

Zu der Zeit, als dieſe Rathloſigkeit unter den Männern herrſchte, die ſich ſelbſt als die Geſetzgeber Frankreichs betrachteten, war es bereits nicht mehr zu verkennen, daß Alles ſich für einen großen furchtbaren Ausbruch der Volksleidenſchaften vorbereitete. Bereits am Vormittage hatte ſich im Palais royal eine ungeheure Maſſe Menſchen geſammelt, unter denen von nichts die Rede war, als von den Ordonnanzen und von dem Widerſtande, den man denſelben entgegenſetzen müſſe. Ein Polizeicommiſſair erſchien und kündigte an, daß er den Befehl habe, das Palais zu ſchließen, weshalb er die Anweſenden auffordern müſſe, ſich zu entfernen. Als ſeiner Weiſung keine Folge geleiſtet wurde, drangen einige Abtheilungen Infanterie ein, die mit aufgepflanzten Bayonetten die murrende Menge aus dem Garten und aus den Gallerien trieben. Aber die Volksmaſſe, welche auf dieſe Weiſe aus dem Innern des Gebäudes verdrängt war, verlief ſich nicht, ſondern blieb außerhalb deſſelben in dichten Haufen der bewaffneten Macht gegenüberſtehen. Da die Zuſammenrottung, die ſich von Stunde zu Stunde vermehrte, einen drohenden Charakter annahm, ſo verſuchte eine Anzahl berittener Gensdarmen die nächſten Haufen, aus denen ſich der Ruf: „Es lebe die Charte!“ erhob, auseinanderzuſprengen. Mehrere Perſonen wurden überritten; das Volk ließ ſich jedoch nicht einſchüchtern, ſondern gerieth nur in um ſo größere Wuth. Von allen Seiten wurde das wilde Geſchrei erhoben: „Nieder mit den Gensdar-

Digitized by Google

men!“ und da ſich ein Haus in der Nähe befand, welches im Baue begriffen war, ſo regnete es bald nicht bloß auf die Gensdarmen, ſondern auch auf die Truppen der königlichen Garde, die längs des Palais royal aufgeſtellt waren, einen Hagel von Steinen. Lange bewahrten die Truppen ungeachtet dieſer Herausforderung eine ruhige unerſchütterliche Haltung. Der befehligende Officier forderte den Polizeicommiſſair des Viertels auf, den geſetzlichen Aufruf zu erlaſſen, um alle friedlichen Bürger zum Auseinandergehen zu ermahnen. Da aber inzwiſchen die Gensdarmen im Gedränge bereits von ihrer Waffe Gebrauch gemacht hatten, ſo weigerte der Polizeibeamte ſich, der an ihn gerichteten Aufforderung nachzukommen. Erſt jetzt ertheilte ein Bataillonschef, nachdem er ſich mit einem Officier des Generalſtabs beſprochen, ſeinen Leuten den Befehl zu feuern. Die Volkshaufen zogen ſich hierauf in die benachbarten Straßen zurück; mehrere Todte und Schwerverwundete lagen auf dem Platze. In der unmittelbaren Nähe des Palais royal war damit die Ruhe hergeſtellt; durch alle Straßen erging aber der Ruf: „Rache! Rache! Zu den Waffen!“ Der Leichnam eines Weibes, das entweder im Gedränge erſtickt oder auf andere Weiſe umgekommen war, wurde unter wildem Rachegeſchrei auf den Börſenplatz getragen und in der Vorhalle des Theaters des Nouveautés niedergelegt. Neue Zuſammenrottungen bildeten ſich; zahlreiche Volkshaufen drangen durch die Rue St. Honoré gegen den Platz des Palais royal vor. Eine Abtheilung der Garde, die von der Magdalenenkirche herkam, verlegte ihnen den Weg und zerſtreute ſie durch einmaliges Feuern. Ein Fremder, der aus dem Fenſter ſeines Hôtels mit einer Jagdflinte auf die Truppen ſchoß, wurde durch eine Kugel getödtet. Daſſelbe Schickſal erfuhr ein Bürger, der die Unvorſichtigkeit beging, ſich am Fenſter zu zeigen. Die erbitterten Haufen, welche durch die Straßen zogen, fingen jetzt auf verſchiedenen Punkten an, die Laden der Gewehrfabrikanten zu erbrechen, um ſich zu bewaffnen; auf der Rue St. Honoré, auf der Rue Richelieu und auf mehreren anderen Straßen in geringer Entfernung von den Truppen, deren Bewegungen man hemmen wollte, wurden durch umgeſtürzte Wagen, ſchweres Hausgeräthe und aufgehäufte Pflaſterſteine Barricaden errichtet, die zwar verlaſſen wurden, ſowie eine Truppenabtheilung heranrückte, um ſie zu nehmen, indeſſen bereits darauf hindeuteten, daß man ein Mittel gefunden hatte, die Vortheile aufzuheben, welche die geſchloſſenen Colonnen des Militairs durch ihr feſtes Zuſammenhalten und Zuſammenwirken im Gefechte mit ungeordneten Volksmaſſen vor dieſen

Digitized by Google

voraus haben. Darüber neigte ſich der Tag zu Ende und mit dem Einbruche der Nacht verbreitete ſich über ganz Paris die tiefſte undurchdringlichſte Finſterniß, indem alle Laternen in den Straßen durch herumziehende Banden junger Leute zertrümmert wurden. Nur vor dem Börſenplatze ſtieg kurze Zeit ein heller Feuerſchein auf. Ein Volkshaufe hatte ſich des hölzernen Gebäudes, welches einem Poſten der Linientruppen zum Wachthauſe diente, bemächtigt und daſſelbe in Brand geſteckt.

Während dieſe Dinge auf der Straße vorgingen, kamen die Männer, die in einer frühen Nachmittagsſtunde ſich auf dem Bureau des National verſammelt hatten, der dort getroffenen Verabredung gemäß bei Cadet=Gaſſicourt, einem der angeſehenſten und zugleich einem der freiſinnigſten und entſchloſſenſten Pariſer Bürger, von neuem zuſammen. Das Haus war auf der Rue St. Honoré gelegen, und zu der Stunde, in der die Vereinigung angeſagt war, beſtrich das Pelotonfeuer der Garde das obere Ende der Straße. Wer unter dieſen Umſtänden ſich in die Verſammlung begab, der hatte ſchon dadurch den Beweis abgelegt, daß er ſich nicht bedachte, ſein Leben in die Schanze zu ſchlagen. Zwar wurden auch hier, unter den zuerſt Gekommenen, gemäßigte Stimmen laut, die darauf beharrten, daß man ſich von dem geſetzlichen Wege nicht entfernen ſollte. Aber das Gewehrfeuer auf der Straße übte eine eigene reinigende Kraft. Die Furchtſameren verſchwanden und unter den Zurückbleibenden war von nichts Anderem mehr die Rede, als wie man den Widerſtand der Bürger bewaffnen, ordnen und leiten könne. Zuvörderſt wurde beſchloſſen, die Nationalgarde wieder herzuſtellen und zu den Waffen zu rufen, um den Truppen der Regierung eine überlegene geregelte Macht entgegenzuſetzen. Nächſtdem ernannte man aus den entſchloſſenſten Männern, die entweder zugegen oder den Anweſenden bekannt waren, zwölf Commiſſionen für die zwölf Abtheilungen der Stadt. Jede dieſer Commiſſionen ſollte ſich in den Beſitz der Mairie oder des Bürgermeiſteramtes ihres Viertels ſetzen, von dort aus den Widerſtand leiten und alle Vorkehrungen treffen, welche die Umſtände erheiſchen würden. Die Sorge für die allgemeine Leitung des Aufſtandes glaubte man der Abgeordnetenverſammlung überlaſſen zu müſſen, da Herr von Schonen, der ſich von der Vereinigung bei Caſimir Périer zu jener bei Cadet=Gaſſicourt begeben, um den Muth der Anweſenden zu beleben, für gut gefunden hatte, zu verſichern, daß die Abgeordneten den Beſchluß gefaßt hätten, in offner Sitzung vereinigt zu bleiben und der Gewalt mit Gewalt zu begegnen.

Digitized by Google

Zu derſelben Zeit, während der Plan des Aufſtandes in dem Hauſe Cadet-Gaſſicourts berathen wurde, fanden Berathungen ganz anderer Art in dem Hôtel des Miniſteriums der auswärtigen Angelegenheiten Statt. Erſt jetzt, nachdem der Aufruhr bereits einen großen Theil von Paris ergriffen hatte, fingen die Miniſter an zu ahnen, daß ſie auf ernſteren Widerſtand ſtoßen könnten, als ſie in ihrer Verblendung für möglich gehalten hatten. Das Gefühl der Sicherheit, welches Karl X. und ſeine Räthe beherrſchte, während ſie den Umſturz der Verfaſſung Frankreichs im Werke hatten, war ſo groß, daß man ſogar die gewöhnlichſten Vorſichtsmaßregeln nicht für nöthig erachtete. Selbſt der Polizeipräfect von Paris wurde von den Ordonnanzen nicht eher in Kenntniß geſetzt, als am Abende vor ihrer Bekanntmachung. Der Befehlshaber der erſten Militairdiviſion, dem es oblag, die militairiſchen Vorkehrungen zu treffen, war wegen Kränklichkeit von ſeinem Poſten entfernt; aber man dachte nicht eher daran, ihn zu erſetzen, als nachdem die Ordonnanzen unterzeichnet waren. Man warf das Auge auf den Marſchall Marmont, Herzog von Raguſa, der unter den alten Kriegsführern ſich am Hofe der meiſten Gunſt erfreute; aber obwohl ſeine Ernennung bereits am 25. ausgefertigt war, wurde dieſelbe dennoch zurückgehalten, weil man gar nicht daran zweifelte, daß der Commandant von Paris, General Wall, die erforderlichen Vorkehrungen eben ſo gut treffen würde. Am Montag Morgen ging Karl X. nach Rambouillet auf die Jagd, als ob nicht das Geringſte vorgefallen wäre, was in ſeine Vergnügungen und Lebensgewohnheiten eine kleine Unterbrechung hätte bringen können. Erſt am Dienstage, nachdem er von dem Angriffe auf den Wagen des Fürſten Polignac und auf deſſen Hôtel unterrichtet war, befahl er dem Marſchall, ſich nach Paris zu begeben und das Commando zu übernehmen, vergaß jedoch nicht hinzuzufügen, daß er, ſofern bis zum Abende die Ordnung wieder hergeſtellt ſey, nach St. Cloud an den Hof zurückkehren möge. Der Herzog von Raguſa, obwohl im Herzen die Maßregeln verabſcheuend, durch welche ſeiner Ueberzeugung nach die vernünftige Ordnung in Frankreich unterdrückt werden ſollte, eilte, dem Gebote des Königs Folge zu leiſten; er begab ſich nach Paris und ſchlug ſein Hauptquartier im Palaſte der Tuilerien auf, weil er mit ſicherem militairiſchen Blick erkannte, daß bei dem Ausbruche ernſtlicher Unruhen von hieraus, in einer Stellung, welche die beiden Seineufer mit ihren breiten Quais beherrſchte, am leichteſten jede Bewegung niederzuſchlagen wäre. Die Weiſungen, die er den Truppen ertheilte, waren menſchlich,

obwohl ſie freilich ſchwer zu befolgen waren und deshalb gar bald aus dem Auge geſetzt wurden. Die Truppen ſollten nicht eher Gewalt brauchen, als bis dies durchaus unvermeidlich geworden ſey; und auch dann ſollten ſie alle Angriffe mit dem Bayonette abwehren und nicht eher feuern, als bis ſie ſelbſt ein Gewehrfeuer von funfzig Schüſſen ausgehalten hätten. Die Miniſter beharrten inzwiſchen in ihrer Sorgloſigkeit; ſie verrichteten ihre gewöhnlichen Geſchäfte mit demſelben Gleichmuthe, wie in den Tagen der tiefſten Ruhe; keine einzige Behörde erhielt beſondere Verhaltungsbefehle, welche den Umſtänden angemeſſen geweſen wären. Der Generalprocurator, der die Proteſtation der Journaliſten im National geleſen hatte, nahm es über ſich, gegen die 44 Unterzeichner Haftbefehle auszuſtellen. Der höhere Polizeibeamte, der mit der Vollziehung beauftragt wurde, bemerkte jedoch, daß dieſe mitten in der allgemeinen Aufregung ihre Schwierigkeiten haben würde, und man beſchloß daher zu warten, bis die Unruhe ſich gelegt hätte. Erſt ſpät am Abende, nachdem der jetzt ſchon begonnene Kampf die Erbitterung der großen Mehrzahl der Bevölkerung auf den höchſten Grad geſteigert hatte, ſahen die Miniſter ein, daß möglicher Weiſe der gewöhnliche Geſchäftsweg zur Erhaltung der Ordnung doch wohl nicht ausreichen könnte. Sie verſammelten ſich daher bei dem Fürſten Polignac, und hier wurde nach lebhaften Erörterungen der Entſchluß gefaßt, die Stadt Paris in Belagerungszuſtand zu erklären, ſofern die Unruhen ſich am nächſten Morgen wiederholen ſollten. Auch erhielten die beiden Gardebataillone, die zu St. Dénis in Garniſon lagen, zwei Bataillone des vierten Garderegimentes, die zu Caen in der Normandie ſtanden, und drei Schweizerbataillone zu Orleans den Befehl, ſofort nach Paris aufzubrechen.

Was die Sicherheit der Miniſter Karls X. bei dem Sturme, den ſie ſelbſt hervorgerufen hatten, wenn auch nicht entſchuldigt, doch begreiflich macht, iſt die Thatſache, daß von Männern, die durch Stand und Erfahrung am meiſten befähigt waren, die Widerſtandsmittel einer im Aufruhr begriffenen Bevölkerung zu beurtheilen, kein einziger an die Möglichkeit eines Erfolges für die Sache des Volkes glaubte. Eine Menge alter Officiere des Kaiſerheeres, die ſämmtlich alle Urſache hatten, mit den Bourbonen unzufrieden zu ſeyn, befand ſich zu Paris; aber keiner dachte daran, an dem Aufſtande Theil zu nehmem oder gar ſich an die Spitze zu ſtellen; ſo hoffnungslos erſchien ihnen das Beginnen wehrloſer Bürger, ſich in einen Kampf mit der bewaffneten Macht einzulaſſen. Aber die Sache, für welche die Führer der ſieg-

Digitized by Google

reichen Schaaren Napoleons kein Herz hatten, begeiſterte die kaum in das Mannesalter tretende Jugend zu Thaten der kühnſten Entſchloſſenheit. Die Zöglinge der polytechniſchen Schule, jener Anſtalt, der Frankreich ſo lange die Ueberlegenheit ſeines Ingenieurcorps über die gleiche Truppenabtheilung aller anderen Länder verdankte, hatten durch einzelne ihrer Cameraden, denen es erlaubt geweſen war, Beſuche in der Stadt zu machen, Kunde von den Vorgängen des Nachmittags erhalten. Schon glühten die jugendlichen Gemüther; als aber das Gewehrfeuer in der Rue St. Honoré vom rechten Seineufer zu ihnen herüber erſchallte, war ihr Ungeſtüm nicht länger zurückzuhalten. Sie verachteten alle Mahnungen ihrer Lehrer und Aufſeher, verließen ihre Studienſäle, bewaffneten ſich mit in der Eile geſchärften Rappieren und ſandten eine Abordnung an Laffitte und Lafayette, um den Männern, von denen ſie erwarteten, daß ſie die Leitung des Aufſtandes übernehmen würden, ihre Dienſte anzubieten. Beide, der Banquier und der General, der erſte bei dem Mittelſtande, der andere beim Volke im höchſten Anſehen ſtehend, waren auf die erſte Kunde von dem Erlaſſe der Juliordonnanzen von ihren Landgütern nach der Stadt gekommen; beide waren, wie nicht zu bezweifeln iſt, feſt entſchloſſen, alle ihre Kräfte aufzubieten, um den verderblichen Anſchlägen zur Vernichtung der öffentlichen Freiheiten entgegenzuwirken; aber beide waren weit davon entfernt, eine Volkserhebung mit den Waffen in der Hand für räthlich zu halten oder gar ſich bei derſelben zu betheiligen. Als die Abordnung der polytechniſchen Schule am ſpäten Abende vor dem Hôtel Laffitte's erſchien und Einlaß begehrte, wurde ihr gemeldet, daß der Herr des Hauſes, eben erſt von der Reiſe zurückgekehrt, ſich bereits zur Ruhe begeben habe. Bei Lafayette, den die Jünglinge um vier Uhr des Morgens aufſuchten, wurden ſie zwar vorgelaſſen, doch gab ihnen der greiſe General den ſeltſamen Beſcheid: „Sie möchten ihren Cameraden rathen, ſich ruhig zu verhalten.“

Der Morgen des 28. Juli war angebrochen; kein Wölkchen trübte den Himmel, von dem die Sonne ihre ſengenden Strahlen herabſandte; kein Hauch der Luft milderte die drückende Schwüle. Wer aus dem Anblicke, den die große Stadt beim Anbruche des Tages gewährte, einen Schluß ziehen wollte, hätte ſchwerlich vermuthet, daß nach Verlauf weniger Stunden in allen Straßen der wüthendſte, erbittertſte Kampf auf Leben und Tod entbrannt ſeyn würde. Alles lag noch in der tiefſten Ruhe; die Truppen waren in ihre Caſernen zurückgekehrt; nirgend, außer an den Punkten, die das Militair immer beſetzt hielt,

Digitized by Google

waren Poſten ausgeſtellt; nur die zerbrochenen Laternen und da und dort der Verſuch einer Barricade erinnerten an die unruhigen Auftritte, an das Blutvergießen des vorhergehenden Tages. Dieſer friedliche Zuſtand war jedoch von kurzer Dauer. Der Präfect des Seinedepartements, Graf Chabrol-Volvic, ein alter treuer Diener der Bourbonen, der gleich bei dem Bekanntwerden der Ordonnanzen den Miniſtern erklärt hatte, daß er während der langen Jahre ſeiner Amtsführung ſich nie von dem geſetzlichen Wege entfernt habe und deshalb in die neue Art des Verfahrens ſich nicht werde zu finden wiſſen, erfuhr in dem Stadthauſe, wo er als das Haupt der ſtädtiſchen Verwaltung ſeinen Sitz hatte, am frühen Morgen, daß die Bewohner des benachbarten Faubourg St. Antoine ſich in Bewegung ſetzten und in Haufen zu ſechs und ſieben die Straße hinabzögen. Der Stadttheil, der mit dem Namen des Faubourg St. Antoine belegt wird, weil er einſt in die Ringmauern von Paris nicht eingeſchloſſen war, und der mit ſeinen engen, gewundenen Gaſſen und Gäßchen vorzugsweiſe von Handwerkern und Handarbeitern bewohnt iſt, ſtand noch von den Zeiten der Revolution her in dem Rufe einer unbezähmbaren Wildheit, die, wenn ſie ſich einmal einer Volkserhebung anſchließe, dieſer in ganz Paris die Herrſchaft gebe. Graf Chabrol war nicht ſo bald von der Erhebung der Vorſtädter unterrichtet, als er zu dem Miniſter des Innern eilte, um dieſem die Beſorgniſſe mitzutheilen, zu denen er ſich berechtigt hielt, und zugleich ihn auf die Nothwendigkeit aufmerkſam zu machen, das Stadthaus, welches nur eine Wache von ſechzehn Mann hatte, durch eine achtunggebietende Macht zu ſchützen, weil zu fürchten war, daß die Aufrührer, wenn ſie ſich dieſes wichtigen Punktes bemächtigten, hier eine vorläufige Verwaltung einſetzen und dadurch dem Aufſtande einen feſten Halt verleihen würden. Bei ſeiner Rückkehr fand er bereits alle Straßen von Menſchen gefüllt, die theils bewaffnet, theils unbewaffnet ſich gegen das Stadthaus drängten. Der Poſten hatte ſich, der zum voraus von ihm ertheilten Weiſung gemäß, in das Innere des Gebäudes zurückgezogen; die Thore waren verſchloſſen. Eine Zeitlang verweilte die Menge, unſchlüſſig, was ſie thun ſollte, auf dem Platze; endlich wurden unter dem Rufe: „Es lebe die Charte!" die Thore eingeſchlagen; die Stürmenden drangen ein, entwaffneten die wachthabenden Soldaten, erſtiegen den Thurm, von dem ſogleich die Sturmglocke erſchallte, und pflanzten auf demſelben eine dreifarbige Fahne auf, die mit einem ſchwarzen Flor umwunden war. Schon waren einzelne Nationalgardiſten in Uniform unter die tobenden Maſſen

Digitized by Google

gemiſcht; aber ſie waren in geringer Zahl und offenbar mehr von der Bewegung fortgeriſſen, als daß ſie ſelbſt dieſe geleitet hätten. Von dem andern Ufer der Seine dröhnte das tieftönende Sturmgeläute der großen Glocke von Notre-Dame herüber, die hellere Glocke von St. Severin antwortete in der Nähe, und aus der Ferne wurde von allen Thürmen dumpfes Geläute vernommen, welches die Bürger zu den Waffen rief. Bald rückte eine Abtheilung Truppen längs des Quai Lepelletier gegen den Grèveplatz vor; es entſpann ſich ein lebhaftes Gewehrfeuer; das Detaſchement, welches in unzureichender Zahl war, wurde zurückgeſchlagen. Eine zweite Abtheilung, die zur Unterſtützung nachrückte, vermochte eben ſo wenig auszurichten. Während auf dieſe Weiſe der Kampf um das Stadthaus begann, hatte derſelbe bereits auf allen Punkten von Paris, wo die bewaffnete Macht und das Volk ſich gegenüberſtand, ſeinen Anfang genommen. Die Wuth hatte ſich zuerſt gegen die äußeren Abzeichen der königlichen Gewalt gekehrt, die überall, wo dieſelben ſich fanden, — an den öffentlichen Gebäuden, auf den Schildern der Hoflieferanten und Fabrikanten, auf den Wagen der Poſt, — verwiſcht oder zertrümmert wurden. Die ſchwächeren Militairpoſten, die zum Schutze öffentlicher Anſtalten aufgeſtellt waren, wurden aufgehoben und entwaffnet. In allen Straßen hörte man den Ruf: „Es lebe die Charte!“ der von den Männern aus den gebildeten Ständen erhoben und von den Tauſenden der arbeitenden Volksclaſſen wiederholt wurde, die zwar keine genaue Vorſtellung davon hatten, um was es ſich handelte, aber wohl fühlten, daß eine große Ungerechtigkeit gegen das Land und gegen das Volk begangen ſeyn mußte, wenn der Handwerker ſeine Werkſtätte, der Student ſeine Bücher, der vornehme Herr ſeinen Salon verließ, um auf die Straße zu ſtürzen und im Kampfe gegen die Truppen der Regierung ſein Leben auf das Spiel zu ſetzen. Auch fehlte es nicht an einem Zeichen, welches Allen, dem Vornehmſten wie dem Geringſten, gleich verſtändlich war. Ohne Verabredung und doch mit einer Uebereinſtimmung, die nur aus einem längſt genährten, gemeinſchaftlichen Gefühle hervorgehen konnte, wurde auf den verſchiedenſten Punkten zu gleicher Zeit die dreifarbige Fahne entfaltet: das alte Banner, das die franzöſiſchen Heere viele Jahre in ganz Europa zum Siege und Ruhme geführt, das Frankreich zwar Ströme von Blut gekoſtet, die franzöſiſche Nation aber groß und mächtig gemacht und über alle Völker erhoben hatte, und das nicht eher den weißen Feldzeichen der Bourbonen gewichen war, als bis die Fremden nach verzweifeltem Ringen es zu Boden geſchlagen, die Frem-

Digitized by Google

den, welche zu Frankreichs Schmach ein halbvergeſſenes Fürſtengeſchlecht mit den Anſprüchen einer ganz vergeſſenen Zeit zurückgeführt hatten. Ueberall, wo das alte Banner des Sieges ſich zeigte, wurde es mit freudigem Zuruf begrüßt; und ſeltſam genug ſcholl: „Es lebe der Kaiſer! Es lebe die Charte! Es lebe die Freiheit!“ durcheinander, als ob der Kaiſer nicht ſeine vermeſſene, wenn auch großartige Selbſtſucht längſt durch den Tod gebüßt, als ob der Verrath, den er an der Freiheit begangen, ſich nicht durch ſeinen Fall gerächt hätte, und als ob die Charte nicht ein Geſchenk derſelben Bourbonen geweſen wäre, gegen die ſich jetzt alle Arme bewaffneten. Aber in dem Urtheile der Völker liegt immer ein tiefer Sinn, wenn daſſelbe den Thatſachen auch noch ſo ſehr zu widerſprechen ſcheint. Wenn Napoleon auch gewiß von freien Stücken niemals den Franzoſen die Charte gegeben hätte, ſo wäre ſie doch eben ſo gewiß ohne ihn niemals gegeben worden. Indem er die Revolution beendigte, befeſtigte er zugleich denjenigen Theil ihrer Errungenſchaften, der in dem Boden Frankreichs lebenskräftige Wurzeln geſchlagen hatte; und aus dieſem Grunde verdiente er es wohl, daß ſein Name mit jenem der Freiheit zuſammen genannt wurde.

Der Beſchluß, der am Abende des 27. in der Verſammlung bei Cadet-Gaſſicourt gefaßt war, ſich der Bürgermeiſtereien zu bemächtigen und durch die Einſetzung neuer revolutionairer Behörden den Aufſtand zu ordnen, erhielt nur eine ſehr unvollſtändige und zum Theil ſogar zweideutige Ausführung. Bereits am 27. hatten zwei achtbare Bürger aus dem Faubourg St. Germain mit ihrem Maire ſich in die Tuilerien begeben, um dem Herzoge von Raguſa die Nothwendigkeit einer Bewaffnung der Nationalgarde zum Schutze der Perſonen und des Eigenthumes vorzuſtellen. Die Antwort, die ſie erhielten, war, daß vor allen Dingen das Volk zur Ordnung zurückkehren müſſe; eine Herſtellung der Nationalgarde könne die bedenklichſten Folgen haben, wenn ſich ſchlechte Bürger in dieſelbe einſchlichen; das Beſte, was die Bewohner von Paris thun könnten, ſey, ſich ruhig zu Hauſe zu halten. Am Morgen des 28. fragten mehrere ehemalige Nationalgardiſten bei dem Maire des zweiten Stadtviertels an, ob ſie ſich bewaffnen ſollten. Der Beamte, ein verſtändiger Mann, der die Anfragenden kannte und nicht daran zweifelte, daß ihr einziger Zweck die Erhaltung der Ruhe und Ordnung war, wagte es doch nicht, die Entſcheidung in einer ſo wichtigen Sache über ſich zu nehmen. Er eilte in die Tuilerien, um ſich von dem Fürſten Polignac, der ſich aus ſeiner Wohnung be-

Digitized by Google

reits in das Schloß geflüchtet hatte, Verhaltungsbefehle zu erbitten. Von dieſem an den Herzog von Raguſa gewieſen, auf den durch den Belagerungszuſtand der Stadt alle Gewalt übergegangen war, wurde er bedeutet, daß zu einer Bewaffnung der Nationalgarden keine Ermächtigung ertheilt ſey, und daß ein ſolcher Schritt für die letzten nicht ohne Gefahr ſeyn würde. In der Bürgermeiſterei des erſten Stadtviertels, welches den Faubourg St. Honoré umfaßt, fand ſich eine große Anzahl Nationalgardiſten in Uniform ein, ohne eine Aufforderung abzuwarten. Da dieſe Bewegung verdächtig erſchien, ſo wurde ein Bataillon des 6. Garderegimentes abgeſchickt, um die Zuſammenrottung zu zerſtreuen und die Theilnehmer gefangen abzuführen. Kein Flintenſchuß fiel bei dem Anrücken der Truppen; vielmehr riefen die Nationalgardiſten zu ihrer Rechtfertigung aus: „Wir ſind hier nur, um das Eigenthum zu ſchützen!“ „Zu demſelben Zwecke kommen auch wir!“ entgegnete der befehligende Officier, Herr von Sala. Es erfolgte ein lebhafter Wortwechſel, der damit endigte, daß die Nationalgardiſten, zufriedengeſtellt, ihre Waffen niederlegten und einzeln nach Hauſe gingen. Ein Auftritt anderer Art, aber nicht weniger bezeichnend für die Stimmung des vermögenderen Theiles der Bürgerſchaft, ereignete ſich auf der Bürgermeiſterei des Viertels der Petits-Pères. Hier waren am früheſten Morgen mehrere feurige, junge Männer eingedrungen, indem ſie, von einem Volkshaufen unterſtützt, den Poſten überwältigt hatten. Die Gewehre, die ſich vorfanden, wurden vertheilt, und es wurde der Generalmarſch geſchlagen. Bei dem wohlbekannten Schalle erhoben ſich die Bürger der Nachbarſchaft aus ihrer Ruhe, legten ihre Uniformen an und eilten auf den Sammelplatz. Eine Abtheilung ſonderte ſich ab und marſchirte nach der Bank, um den dort aufgeſtellten Militairpoſten zu verſtärken, von dem ſie als willkommene Bundesgenoſſen aufgenommen wurde. Die übrigen begaben ſich nach der Bürgermeiſterei, wo ſie mit den wilden Geſtalten der gleich ihnen bewaffneten Menſchen aus den niedrigſten Volksclaſſen ein ſonderbares Gemiſch bildeten. Da werden Flintenſchüſſe ganz in der Nähe gehört. Mehrere der Anweſenden wollen hinausſtürzen, ihren kämpfenden Brüdern zu Hülfe. Aber die Nationalgardiſten halten ſie zurück, und einer derſelben ruft aus: „Was beginnt Ihr? Man wird uns für feindlich halten.“ „Und das mit Recht!“ antwortet der Führer der Bande, die den Poſten genommen hatte, indem er das Gewehr auf den pflichtgetreuen Bürger anſchlägt und ihn niederzuſchießen droht, wenn er nicht Raum gebe: „Anders verſtehen wir es nicht.“ Das

Digitized by Google

Gefühl, welches bei dem eigentlichen Bürgerſtande jedes andere verdrängte, war die Beſorgniß vor einer Gefährdung ſeines Vermögens und Eigenthumes, ſobald die beſitzloſen arbeitenden Claſſen die Oberhand gewännen. Nicht wenige der ehrlichen, mit allen ihren Gedanken und Beſtrebungen in den engen Kreis ihres bürgerlichen Lebens gebannten Leute waren durch den Anblick der in blaue Leinenkittel oder grobe Tuchjacken gekleideten Schaaren, die, mit Flinten, Spießen, verroſteten Schwertern, Aexten und Eiſenſtangen bewaffnet, ſich den Truppen der Regierung entgegenwarfen, in ſolchen Schrecken geſetzt, daß ſie nichts Geringeres erwarteten, als eine allgemeine Plünderung, die ohne Zweifel ihren Anfang nehmen werde, ſo wie der Tumult nur noch etwas höher geſtiegen ſey.

Aber es iſt ein ſonderbarer Irrthum, wenn man glaubt, daß der äußere Beſitz in irgend einer Weiſe den Werth des Menſchen beſtimme. Der Beſitz gewährt allerdings die Mittel, ſich leichter zu einer Stufe geiſtiger Bildung zu erheben, die nicht ohne Aufwand von Zeit und Mühe erlangt werden kann; aber er bedingt ſo wenig an und für ſich eine höhere Bildung, daß er vielmehr nicht ſelten die edelſten Seelenkräfte lähmt, indem er den Sinn von dem ewigen Reiche des Geiſtes abzieht und dem vergänglichen Gebiete der wandelbaren Materie zuwendet. Die erhebendſten Beiſpiele großmüthiger Aufopferung in der Geſchichte ſind daher viel ſeltener von den Reichen und mit Glücksgütern Geſegneten, als von den Armen, Mittelloſen ausgegangen. Nur dann ſinkt der Unbegüterte in den verächtlichen Zuſtand des für alle höhere Regungen unempfänglichen Sclaven hinab, wenn die Geſellſchaft ihn aus ihrer Mitte verſtößt und durch die Verſagung bürgerlicher Rechte unter die Würde des Menſchen erniedrigt. In der Hauptſtadt Frankreichs, die der Sammelplatz ſo vieler Tauſende der verworfenſten Verbrecher iſt, war dennoch das Eigenthum niemals in höherem Grade gegen jeden unberechtigten Eingriff geſichert, als nachdem durch den Vertragsbruch eines in beklagenswerther Selbſttäuſchung befangenen Fürſten alle Bande der bürgerlichen Geſellſchaft gelöſt waren. Der beſitzloſe Arbeiter, deſſen Angehörige vielleicht den drückendſten Mangel litten, während er ſelbſt bereit war, ſein Leben für einen dunkeln Begriff von Freiheit hinzugeben, ließ das Gold und Silber ſeiner reichen Mitbürger unberührt, die keinen andern Schutz hatten, als ſein eigenes Gefühl der Ehre und ſeine freiwillige Anerkennung der Unverletzlichkeit des Eigenthumsrechtes. So tief war die Achtung vor der beſtehenden Ordnung und vor den in dieſer begründeten

Gliederungen der Geſellſchaft in ihm gewurzelt, daß er überall, wo Männer aus den höheren oder gebildeteren Claſſen ſich an ſeine Spitze ſtellten, ohne Bedenken ſich freiwillig ihrer Leitung und ihren Befehlen unterordnete.

Durch den Eifer muthiger Bürger hatten ſich von ſelbſt mehrere Mittelpunkte des Widerſtandes gebildet, um die ſich die ſtreitluſtigen Maſſen zuſammendrängten. Der Abgeordnete Audry de Puyraveau, der Eigenthümer einer großen Frachtfuhrwerksunternehmung, hatte die Thore ſeiner geräumigen Behauſung weit geöffnet und vertheilte Gewehre und Schießbedarf an Jeden, der danach verlangte. Ein anderer vermögender Bürger, Gisquet, der die Nacht benutzt hatte, um Kriegsvorräthe in ſeiner Wohnung aufzuhäufen, verfuhr auf gleiche Weiſe. Der Theaterdirector Etienne Arago führte zwei große Packwagen mit Waffen auf den Börſenplatz und gab ſie dort dem Volke Preis. Der reiche Buchhändler Joubert hatte ſein Magazin in der Paſſage Dauphine in eine Rüſtkammer verwandelt und bewaffnete die zahlreichen Drucker und Setzer, die ſich hier verſammelten. In dem Faubourg St. Jacques griffen die Studirenden der Rechts- und der Arzneiſchule, die hier, in dem ſogenannten quartier latin, ihre Wohnung hatten, zu ihren Piſtolen und Jagdflinten und eilten nach den Orten, wo man zunächſt ein Zuſammentreffen mit dem Militair erwartete. Schon war der Kampf auf hundert verſchiedenen Punkten entbrannt, da die Truppen, ſo wie ſie aus ihren Caſernen ausrückten, überall mit Flintenſchüſſen begrüßt wurden. Es war zehn Uhr des Morgens, als den Zöglingen der polytechniſchen Anſtalt, die umſonſt der Rückkunft ihrer Abordnungen an Lafayette und Laffitte entgegenſahen, angekündigt wurde, daß ſie zur Strafe ihres Ungehorſams ſämmtlich entlaſſen wären. Alle verließen ſogleich, die meiſten in großer Uniform, die Anſtalt. Auf der Rue Montagne-Ste.-Geneviève, wo, wie überall ſelbſt in den entlegenſten Stadttheilen, zahlreiche Volkshaufen die Straße einnahmen, wurden ſie mit dem Rufe empfangen: „Es lebe die polytechniſche Schule!“ „Es lebe die Freiheit! Es lebe die Charte!“ antworteten die Schüler. Einer von ihnen ſchwenkte den Hut in die Luft, riß die weiße Cocarde ab und trat ſie mit Füßen, indem er ausrief: „Nieder mit den Bourbonen!“ Alle übrigen folgten ſeinem Beiſpiele. Darauf wandten ſie ſich nach dem Innern der Stadt und zerſtreuten ſich, theils um ihre Freunde und Verwandten aufzuſuchen, von denen viele zurückgehalten wurden, theils um die kämpfenden Volkshaufen, die hoch

Digitized by Google

erfreut waren, ſolche Genoſſen zu haben, gegen den Feind — gegen die Truppen des Königs — zu führen.

Während auf dieſe Weiſe der Volksaufſtand die erſten, obwohl ſehr rohen Anfänge einer feſten Organiſation gewann, entwarf der Herzog von Raguſa, der den größten Theil der Garden und die Schweizerregimenter auf dem Carrouſſelplatze zwiſchen dem Louvre und den Tuilerien zuſammengezogen hatte und mit ſtarken vorgeſchobenen Truppenabtheilungen auf der einen Seite den Vendômeplatz, auf der andern den Platz des Palais Royal beſetzt hielt, ſeinen Plan zur Unterdrückung der aufrühreriſchen Bewegung. Der Marſchall Marmont, beim Volke verhaßt, welches ſeinem Verrathe den Verluſt von Paris und den Sturz Napoleons im Jahre 1814 zuſchrieb, war ein zu hoch gebildeter Mann, als daß er die beſchränkten Anſichten, von denen Karl in ſeiner Regierung ausging, hätte theilen oder billigen können; er hatte ſich bei dem Erſcheinen der Ordonnanzen mit dem größten Unwillen gegen dieſelben ausgeſprochen. Aber ſeine Vorſtellungen von militairiſcher Ehre und Pflicht, zum Theil wohl auch ſeine perſönlichen Verhältniſſe, da er, tief verſchuldet, außer der Gunſt des Hofes keine Rettung ſah, geſtatteten ihm nicht, das Vertrauen, welches ihm durch Uebertragung des Oberbefehles bewieſen wurde, abzulehnen. Der Herzog war jedoch nicht genug Hofmann, um zu wiſſen, daß eine der erſten Bedingungen, wenn er am Hofe ſein Glück machen wollte, jene war, keine unangenehme Wahrheit zu ſagen. Der vollkommene Höfling läßt eher den Staat zu Grunde gehen, als daß er es verſuchte, ſeinen Fürſten aus einer Täuſchung zu reißen, in der dieſer ſich gefällt. Der Herzog von Raguſa ſchickte des Morgens um neun Uhr, ſo wie er ſelbſt von dem Zuſtande der Hauptſtadt hinreichend unterrichtet war, eine Depeſche an den König, worin er meldete, daß die Unruhen des vorhergehenden Tages ſich ernſter und drohender wiederholten. „Es iſt nicht mehr ein Auflauf,“ ſagte er, „ſondern eine Revolution. Es iſt dringend erforderlich, daß Ew. Majeſtät Maßregeln der Beruhigung ergreifen. Die Ehre Ihrer Krone kann noch gerettet werden; morgen iſt es vielleicht nicht mehr Zeit.“ Die Antwort, die der Marſchall erhielt, war der vom Könige unterzeichnete Befehl, der Paris in Belagerungszuſtand verſetzte, und den Fürſt Polignac ihm zuſandte. Gegen Mittag waren alle Anordnungen getroffen, welche die dem Marſchall zu Gebote ſtehenden Mittel zuließen, um den Widerſtand des Volkes mit Gewalt zu brechen. Der Plan war einfach, aber auf die Umſtände, wie auf die Oertlichkeit wohl berechnet. Zwei ſtarke Colonnen,

Digitized by Google

aus Reiterei, Fußvolk und Geſchütz zuſammengeſetzt, ſollten die eine auf dem geraden Wege längs der Seine gegen den Grèveplatz und das Hôtel de Ville aufbrechen, die andere in dem weiten Halbkreiſe der nördlichen Boulevards bis zum Platze der Baſtille ziehen und von da durch die Rue St. Antoine nach dem Hôtel de Ville herabſteigen, um ſich mit der erſten Colonne zu vereinigen. Die Truppen konnten ihrer zu geringen Zahl wegen dieſe beiden großen Linien unmöglich in ihrem ganzen Umfange beſetzt halten; man glaubte jedoch, daß ſie, wenn ſich auch in ihrem Rücken neue Zuſammenrottungen bildeten, immer im Stande ſeyn würden, dieſelben auseinander zu ſprengen. Dadurch wäre der Aufſtand in die volkreichen Quartiere im Innern der Stadt zuſammengedrängt worden, in denen er, jeder Nahrung von außen beraubt, zuletzt nothwendig erſticken mußte. Um dieſen Zweck zu erreichen, war es unerläßlich, die von den Truppen durchzogenen Linien in ununterbrochener Verbindung zu erhalten, weil ſonſt die empörte Bevölkerung innerhalb des ihr überlaſſenen Raumes eine durchaus freie und ungeſtörte Bewegung gehabt hätte und ſich aus demſelben, wie aus einem feſten Platze, mit überlegener Macht auf jeden augenblicklich geräumten oder vernachläſſigten Punkt des Umkreiſes ſtürzen konnte. Deshalb wurde dem General Quinſonnas der Befehl ertheilt, mit zwei Bataillonen der Garde und zwei Geſchützen den Marché des Innocents im Herzen der Stadt zu beſetzen und von hier aus die Rue St. Dénis nach Norden bis zu den Boulevards, nach Süden bis zu der Seine zu ſäubern.

Die erſte Colonne, welche zwei Bataillone der Garde mit zwei Geſchützen bildeten, rückte unter dem Befehl des Generals Talon auf dem Quai längs des rechten Seineufers vor, ohne auf den geringſten Widerſtand zu ſtoßen. Am Pont Neuf ſchloß ſich das 15te leichte Infanterieregiment an, welches hier aufgeſtellt war, und die Colonne ging hierauf über die Brücke, das rechte Seineufer verlaſſend, nach der Inſel der Altſtadt über, wo ſie den Quai de l'Horloge entlang bis zum Pont Notre-Dame marſchirte. Hier wurde einen Augenblick Halt gemacht; denn der Grèveplatz auf dem andern Ufer und alle Straßen, die nach demſelben führen, waren von Bewaffneten gefüllt, und durch die Rue Planche-Mibray, dem Pont Notre-Dame gegenüber, ſtürzten unter Trommelſchall zahlreiche Schaaren nach den Quais der Garde entgegen. Mit einem Male wurden am Eingange der Brücke die beiden Stücke Geſchütz aufgefahren; eine Kartätſchenlage, und die Trommel verſtummte; die Straße war geleert, nur Todte oder ſchwer

Verwundete bedeckten das Pflaſter. Die Garde drang jetzt über die Brücke, beſetzte die Quais de Gèvres und Pelletier, und verbreitete ſich über den Grèveplatz, während die Volksmaſſen eilig in die Nebenſtraßen entwichen, aus denen nur die Kühnſten ein ſchwaches Gewehrfeuer unterhielten. Auch das Hôtel de Ville wurde von den eingedrungenen Bürgern geräumt, indem dieſe, nachdem ſie ihre Flinten abgefeuert hatten, durch die Hinterthüren entflohen. Inzwiſchen war das 15te leichte Regiment auf dem jenſeitigen Ufer zurückgeblieben, wo es, das Gewehr bei Fuß, als ob der ganze Kampf daſſelbe nichts anginge, den Marché aux Fleurs einnahm. Bald eilten bewaffnete Bürger bei den Soldaten vorüber, die theils aus dem Faubourg St. Jacques, theils von der Paſſage Dauphine herkamen, und ſich auf den Quais der Altſtadt aufſtellten, von wo ſie, durch das hohe Parapet gedeckt, ihre ſicher treffenden Kugeln in die dichten Reihen der Garde auf dem Grèveplatze ſandten. Die Linientruppen machten keine Bewegung zur Unterſtützung ihrer Cameraden, und der befehligende Officier begnügte ſich, wenn neue Haufen bei ihm vorüberzogen, mit dem Degen auf die blutenden und verwundeten Arbeiter zu weiſen, die vom Kampfplatze getragen wurden, und ihnen zu ſagen: „Da ſeht Ihr es! Um Gottes willen geht nicht dahin!“ So laue Ermahnungen verwehten im Sturme ungehört. Die Erbitterung des Volkes hatte einen ſo hohen Grad erreicht, daß der Anblick des gewiſſen Todes keine Macht mehr ausübte. Auf der Hängebrücke, die oberhalb des Pont Notre-Dame nach dem Grèveplatz führt, war ein Geſchütz aufgepflanzt. Zu wiederholten Malen ſtürmten helle Haufen heran, um die Brücke zu nehmen; zu wiederholten Malen mußte ſie durch Kartätſchen gereinigt werden. Ein junger Menſch, der eine dreifarbige Fahne trug, ſtürzte unter dem Rufe voran: „Wenn ich ſterbe, meine Freunde, ſo gedenkt, daß ich von Arcole heiße!“ Er fiel, von Kugeln durchbohrt; aber die Brücke hat ſeitdem den Namen behalten, den der heldenmüthige Jüngling in der Erinnerung an eine der glänzendſten Waffenthaten aus den Kriegen der Republik ſich beigelegt. Eine Abtheilung der Garde rückte vor, um die Stürmenden abzuwehren; ſogleich verſchwanden dieſe in den Straßen, die nach dem Quai ausgehen, und die durch eilig aufgeworfene Barricaden verſperrt waren.

Mittlerweile hatte die zweite Colonne, die, aus einem Bataillone der Garde, einem Bataillone des 6ten Linienregimentes, zwei Schwadronen Lanciers und einer Abtheilung Cuiraſſiere nebſt zwei Geſchützen beſtehend, unter dem Befehle des Generals de St. Chamans von den

Digitized by Google

Tuilerien ausgerückt war, ihre Richtung durch die Boulevards nach dem Baſtillenplatze genommen ohne erheblichen Widerſtand zu finden, bis ſie in die Nähe der Porte St. Dénis und der Porte St. Martin gelangte. Hier wurde ſie von den wüthenden Volkshaufen, die ſich von allen Seiten zuſammendrängten, mit ſolchem Ungeſtüme angegriffen, daß ſie Halt machen und Feuer geben mußte. Die Soldaten hatten aber blind geladen, und es fielen weder Todte noch Verwundete. Die Menge, die im erſten Augenblicke zurückwich und auseinanderſtob, hatte ſich hiervon kaum überzeugt, als ſie unter lautem Gelächter zurückkehrte und den Angriff erneute. Jetzt rücken die Geſchütze vor; in dem Augenblicke, wo ſie abgefeuert werden ſollen, wirſt ſich ein dreizehnjähriger Knabe auf den Officier, und ſtreckt ihn durch einen Piſtolenſchuß todt zu ſeinen Füßen nieder. Die Colonne ſetzt ihren Marſch fort; aber die Volksmaſſe, die ſich vor ihr öffnet, ſammelt ſich in ihrem Rücken von neuem. Die hohen, prächtigen Bäume der Boulevards fallen unter den Streichen der Axt, und es werden Verhaue und Barricaden errichtet, die es den Truppen unmöglich machen, ihre Schritte zurückzuwenden. Auf dem Baſtillenplatze ſtößt der General de St. Chamans auf eine zahlreiche Zuſammenrottung, in der ſich nur Unbewaffnete, ſo wie Weiber und Kinder aus den niedrigſten Volksclaſſen finden. „Brot! Arbeit!“ iſt der Ruf, der ihn hier empfängt. Er miſcht ſich unter den bunten, kläglichen Haufen, und vertheilt alles baare Geld, das er bei ſich trägt, während ſeine Truppen, um in die Rue St. Antoine einzudringen, durch die ſie ihren Weg nach dem Grèveplatz verfolgen ſollen, ſich in Schwadrons- und Bataillonscolonnen formiren. So wie die erſte Schwadron ſich am Eingange der Straße zeigt, wird ſie aber mit einem ſo lebhaften Feuer von allen Ecken der Nebenſtraßen begrüßt, daß der General, um nicht einen zu großen Theil ſeiner Mannſchaft aufzuopfern, es vorzieht, den weiten Umweg über die ſüdlichen Boulevards zu machen, um die Tuilerien wieder zu gewinnen. Er geht über die Brücke von Auſterlitz und läßt auf dem Baſtillenplatze nur die Cuiraſſiere und eine Abtheilung Lanciers zurück. Während die Truppen des Generals de St. Chamans ſich allmälig ganz von jenen belebteren Stadttheilen entfernten, die der Schauplatz des Kampfes waren, traf auf dem Baſtillenplatze das 50ſte Linienregiment ein, welches von ſeiner Caſerne her kam und, mit den zurückgebliebenen Reitern vereinigt, die Richtung durch die Rue St. Antoine nach dem Hôtel de Ville einſchlug. Der Marſch war lang und blutig; in allen Nebenſtraßen und in nicht allzu weiten

Zwiſchenräumen auch in der Hauptſtraße waren Barricaden errichtet, von denen unſichtbare Feinde ein mörderiſches Feuer unterhielten. Aus allen Fenſtern regnete es Steine, Ziegel, Flaſchen, Töpfe und Hausgeräth auf die Truppen. So wie eine Barricade genommen war, verſchwanden die Vertheidiger, indem ſich ihnen die Thüren der Häuſer öffneten, die hinter ihnen ſogleich wieder verſchloſſen wurden. Jeder Schritt mußte erkämpft werden, und als endlich die Kirche St. Gervais erreicht war, erkannte der Befehlshaber die Unmöglichkeit, auf dem geraden Wege weiter vorzudringen. Er ließ daher unter dem Schutze eines Scheinangriffes, den die Lanciers mit bewunderungswürdiger Aufopferung ausführten, links abſchwenken und gewann den Quai de la Grève, auf dem er ohne weitere Anfechtung zum Hôtel de Ville gelangte. Hier hatte der Kampf inzwiſchen die ernſteſte Geſtalt angenommen. Alle Häuſer waren mit Bewaffneten gefüllt, und es wurde aus allen Fenſtern auf die Garden gefeuert, die auf dem Platze ſtanden. Die längſt erwartete Verſtärkung war daher im höchſten Grade willkommen, aber die Hülfe, die ſie bringen ſollte, erwies ſich als ſehr unzureichend. Die Truppen, die auf ihrem Marſche durch die Rue St. Antoine ſchweren Verluſt erlitten, waren halb für das Volk gewonnen. In den Ruf: „Es lebe die Charte!“ der ſie vor jeder Barricade empfing, war der andere: „Es lebe die Linie!“ gemiſcht. Die Soldaten, die wohl verſtanden, daß das Volk ſie nicht als Feinde betrachte, weigerten ſich länger gegen daſſelbe zu fechten; ſie wurden daher in den Hof des Hôtel de Ville gewieſen und ihnen die Patronen abgenommen, welche unter die Garden vertheilt wurden, die treuer zu der Sache des Königthumes hielten. Eine Abtheilung Schweizertruppen, die von den Tuilerien den Garden vor dem Hôtel de Ville zu Hülfe geſchickt wurden, rückte im Sturmſchritte auf den Quais heran. Der Anblick ihrer rothen Uniformen ſchien die Wuth der kämpfenden Pariſer zu verdoppeln; aus jeder der kleinen Gaſſen, die auf den Quai de la Megiſſerie und auf den Quai des Gèvres ausmünden, ſtürzten Hunderte von erbitterten Streitern; um eine Barrière, die in der Eile errichtet war, entſpann ſich der hitzigſte Kampf. Da erſchienen auf der andern Seite die Garden vom Grèveplatze; ſchon wichen die zwiſchen zwei Feuer Genommenen, als ein Jüngling, die dreifarbige Fahne ſchwingend, mit dem Rufe: „Ich werde Euch zeigen, wie man ſterben muß,“ ſich dem neuen Feinde entgegenwirft. Zehn Schritte von der Colonne fällt er, zum Tode getroffen. Aber ſein Beiſpiel begeiſtert die Wankenden zu gleicher Todesverachtung; erſt nachdem

Digitized by Google

der Quai mit den Leichen beider Theile bedeckt iſt, behauptet die Truppe den Platz.

Einen nicht weniger heißen Kampf hatte der General Quinſonnas auf dem Marché des Innocents zu beſtehen. Das Bataillon, welches er die Rue St. Dénis hinaufſchickte, um die Straße bis zu den Boulevards frei zu erhalten, konnte nur unter unſäglichen Anſtrengungen die Porte St. Dénis erreichen. Bei der Cour Batave wurden ſeine Reihen durch ein mörderiſches Gewehrfeuer gelichtet. Dreißig Mann waren todt oder kampfunfähig; der Obriſt von Pleineſelve wurde, tödtlich verwundet, auf einer Bahre getragen; und im Rücken des Bataillons war, ſo wie es weiter vorrückte, die ganze Straße mit Barricaden bedeckt worden, ſo daß an eine Umkehr nach dem Marché des Innocents nicht zu denken war. Hier mußte General Quinſonnas, der mit einem einzelnen Bataillon zurückgeblieben war, das Feuer aus den Fenſtern der den Platz einfaſſenden Häuſer aushalten, ohne nach irgend einer Seite durchbrechen zu können, weil ſich rings um ihn her ein Kranz von todtdrohenden Barricaden erhoben hatte.

Auf der Place des Victoires, welche durch die Rue Notre-Dame des Victoires mit dem Börſenplatze und mit dem Boulevard Montmartre verbunden und ſowohl vom Palais Royal, als vom Louvre und den Tuilerien her leicht zugänglich iſt, ſtand der General Wall mit einer ſtarken Abtheilung Linientruppen, welche den Auftrag hatten, die benachbarten Straßen und Plätze frei zu erhalten. Hier beobachteten die Parteien einander; und während ganz in der Nähe das Kleingewehrfeuer und der Kanonendonner ohne Unterlaß erſchallte, ſah man Weiber aus den niederen Volksclaſſen große Krüge voll Waſſer und Wein herbeitragen, mit denen ſie die vor Hitze verſchmachtenden Soldaten erquickten. Dennoch ruhte auch hier der Kampf keinesweges. Die Detaſchements, denen die Erhaltung der Verbindungen oblag, konnten keine Bewegung ausführen, bei der ſie nicht durch Flintenſchüſſe begleitet worden wären. Einer Compagnie des 5ten Regiments, die auf den Börſenplatz rückte, warf ſich ein einzelner Arbeiter entgegen, der gerade auf den Capitain zulief und ihn mit einer ſchweren Eiſenſtange über den Kopf ſchlug. Der wackere Officier, deſſen Geſicht mit Blut überſtrömt war, wankte, hatte aber noch Kraft genug, um mit dem Degen die Bajonette aufzuheben, die den Verwegenen durchbohren ſollten. Auf keinem der unzähligen Punkte, auf denen gekämpft wurde, fehlte es an Zügen der rückſichtsloſeſten Todesverachtung und der edelſten Großmuth. Die ganze Bevölkerung von Paris war in einem

Digitized by Google

Zuſtande der Aufregung, der oft ſich dem Wahnſinn näherte, zugleich aber alle Seelenkräfte weit über ihr gewöhnliches Maß ſteigerte. Knaben, die kaum dem Kindesalter entwachſen waren, kämpften in den Reihen der Männer; ſchwache Frauen trugen ſchwere Steine in die oberen Stockwerke der Häuſer, um dieſelben auf die vorüberziehenden Colonnen der königlichen Truppen herabzuſtürzen; Mütter ſchickten ihre Söhne in den Kampf; den Verwundeten waren alle Häuſer geöffnet; überall fanden ſie die ſorgſamſte weibliche Pflege.

Das, woran unter der Bevölkerung, die ſo bereitwillig ihr Leben für eine von ihr nicht begriffene, ja der größeren Zahl ſogar fremde Sache hingab, Niemand zweifelte, war, daß die zu Paris anweſenden Abgeordneten, die Häupter der Volksvertretung, deren Rechte zunächſt verletzt waren, eilen würden, an die Spitze der Bewegung zu treten, ſobald dieſe ſich nicht länger als ein gewöhnlicher Straßenauflauf betrachten ließ. Hunderte von Menſchen drängten ſich um die Wohnung Audry de Puyraveau's, wo, wie man wußte, die Abgeordneten ſich gegen Mittag verſammeln wollten. Unter den Erſten, die erſchienen, waren Lafayette und Laffitte, die mit lautem Zuruf begrüßt wurden. Nachdem eine hinreichende Zahl vereinigt war, übernahm der letzte den Vorſitz; und der Advocat Mauguin ergriff zuerſt das Wort. „Das Volk iſt erwacht,“ ſagte er; „wir hören hier den Donner der Kanonen und den Schall des Gewehrfeuers. Wir dürfen nicht länger zögern. Die Revolution hat begonnen; an uns iſt es, ſie zu leiten.“ Mehrere der Anweſenden unterbrachen den Redner, der ſeine Stimme aber nur kräftiger erhob, und mit flammendem Auge ausrief: „Ja, meine Herren, es iſt eine Revolution, die uns ruft; wir haben nur zu wählen, ob wir für das Volk oder für die königliche Garde Partei nehmen wollen.“ General Sebaſtiani und Charles Dupin erhoben ſich mit einem Unwillen, der den Schrecken nur ſchlecht verbarg, und erklärten, daß ſie ſich auf der Stelle entfernen würden, ſobald von einem Schritte die Rede wäre, der außerhalb der geſetzlichen Ordnung läge. Lafayette lächelte verächtlich und bemerkte, daß er nicht einſehe, wie man die geſetzliche Ordnung mit dem Moniteur und mit dem Gewehrfeuer, das jetzt zwei Tage dauere, vereinigen wolle. Guizot entgegnete, ſeiner Meinung nach dürfe man durch keine Unklugheit das gute Recht bloß ſtellen, in dem man ſich befinde. „Auf der andern Seite,“ ſagte er, „iſt es allerdings nothwendig, daß wir ſobald als möglich dem Volke ein Zeichen unſerer Gegenwart geben; nur haben wir nicht für die eine oder die andere Seite Partei zu ergreifen, ſondern wir müſſen eine

Digitized by Google

vermittelnde Stellung einnehmen. Um dieſe zu behaupten, dürfen wir uns von der geſetzlichen Ordnung nicht entfernen. So können wir dem Könige zeigen, wie er durch ſeine Miniſter getäuſcht worden iſt, und dadurch zugleich der Bewegung des Volkes Einhalt thun.“ In dieſem Augenblicke brachte ein junger Menſch, der von der Nähe des Kampfplatzes kam, die falſche Nachricht von der Wiedereinnahme des Stadthauſes durch die Bürger. „Jetzt wird man,“ rief Audry de Puyraveau aus, „uns doch wohl von einer Bittſchrift an den König nicht mehr ſprechen!“ „Von einer Bittſchrift,“ entgegnete Guizot, „iſt allerdings nicht mehr die Rede; wohl aber bringe ich den Entwurf zu einer Proteſtation.“ — „Laſſen Sie ſehen! laſſen Sie ſehen!“ hieß es von allen Seiten. Guizot verlas hierauf folgendes Actenſtück:

„Die Unterzeichneten, welche von den durch die Kraft einer königlichen Verordnung in Gemäßheit der conſtitutionellen Charte und der Wahlgeſetze ernannten Wahlcollegien der Bezirke und der Departements regelmäßig zu Abgeordneten erwählt und gegenwärtig zu Paris anweſend ſind, halten es durch ihre Pflicht gegen den König und gegen Frankreich für unbedingt geboten, gegen die Maßregeln zu proteſtiren, welche die Abſichten des Königs täuſchende Räthe der Krone zum Umſturze der geſetzlichen Ordnung der Wahlen und zur Vernichtung der Preßfreiheit durchgeſetzt haben. Die erwähnten Maßregeln, in den Verordnungen vom — — enthalten, ſind in den Augen der Unterzeichneten der conſtitutionellen Charte den verfaſſungsmäßigen Rechten der Pairskammer, dem öffentlichen Rechte der franzöſiſchen Nation, den Befugniſſen und Entſcheidungen der Gerichte geradezu entgegen und geeignet, den Staat in eine Verwirrung zu ſtürzen, welche auf gleiche Weiſe den Frieden der Gegenwart und die Sicherheit der Zukunft gefährdet. Demgemäß proteſtiren die Unterzeichneten, ihrem dem Könige und der conſtitutionellen Charte geſchworenen Eide unerſchütterlich treu, mit gemeiner Uebereinſtimmung nicht allein gegen die erwähnten Maßregeln, ſondern auch gegen alle Folgen, die aus denſelben hervorgehen könnten. Und in Betracht, eines Theils, daß die Kammer der Abgeordneten, da ſie nicht conſtituirt war, auch nicht geſetzlich aufgelöſt werden kann, andern Theils, daß der Verſuch, eine neue Kammer nach einem neuen und willkürlichen Verfahren zu bilden, in förmlichem Widerſpruche mit der conſtitutionellen Charte und den von den Wählern erworbenen Rechten ſteht, erklären die Unterzeichneten, daß ſie ſich fortwährend als durch die Bezirks- und Departementscollegien, deren Stimmen ſie erhalten haben, geſetzlich erwählte Abge-

Digitized by Google

ordnete betrachten, die nicht anders erſetzt werden können, als in Folge von Wahlen, die nach den Grundſätzen und in den Formen Statt finden, welche das Geſetz vorſchreibt. Und wenn die Unterzeichneten nicht wirklich ihre Rechte ausüben und ſich nicht aller der Pflichten entledigen, die ihnen durch ihre geſetzliche Wahl obliegen, ſo geſchieht dies nur deshalb nicht, weil ſie durch eine äußere Gewalt gehindert ſind, gegen die ſie nicht aufhören werden, zu proteſtiren."

Mehrere der Anweſenden, unter dieſen Lafayette, Mauguin, Audry de Puyraveau, Delaborde, von Schonen, fanden den Entwurf zu farblos, und glaubten, daß er ſeinen Zweck verfehlen würde; Laffitte bemerkte: geſtern würde die Proteſtation genügt haben, heute, nachdem das Volk ſein Blut bereits in Strömen vergoſſen habe, werde man ſie ſchwerlich für genügend halten. Die Mehrzahl erklärte ſich jedoch einverſtanden, und es wurde beſchloſſen, das wichtige Actenſtück durch den Druck bekannt zu machen. Caſimir Périer, der ſchon vorher mit Laffitte über die Nothwendigkeit geſprochen hatte, den Herzog von Raguſa zu gewinnen, ſchlug vor, eine Abordnung an den Marſchall zu ſchicken, um von dieſem eine Einſtellung der Feindſeligkeiten zu erlangen. „Dringender, als alles Andere," ſagte er, „iſt es, dem Blutvergießen ein Ziel zu ſetzen. Denn wenn wir Vorſtellungen machen und unterhandeln wollen, müſſen wir uns zuvörderſt wenigſtens Gehör verſchaffen. Vielleicht können wir Marmont beſtimmen, uns einen Waffenſtillſtand zu bewilligen, während deſſen wir unſere Beſchwerden vor den König bringen." Dieſer Vorſchlag fand allgemeinen Beifall; Laffitte wurde beauftragt, mit vier ſeiner Collegen, die er ſelbſt auswählen ſollte, und als die er Caſimir Périer, Mauguin und die Generale Lobau und Gérard bezeichnete, ſich in die Tuilerien zu begeben; und die Verſammlung ging auseinander, um, wie man verabredete, des Nachmittags um vier Uhr in dem Hauſe des Abgeordneten Bérard wieder zuſammenzutreten.

Als die Abordnung die Tuilerien erreichte, war ihr bereits ein Mann zuvorgekommen, der, mit dem Herzoge von Raguſa perſönlich befreundet, auf dieſen einen großen Einfluß ausübte: der berühmte Aſtronom Arago, der auf ſeine eigene Verantwortlichkeit den kühnen Schritt wagte, den Marſchall von der Fortſetzung der Feindſeligkeiten abzumahnen. So wie Arago mit ſeiner rieſigen Geſtalt im Vorzimmer erſchien, wurde er von den dienſtthuenden Officieren, die dieſes füllten, umringt; mehrere vergaßen ſich ſo weit, gegen den waffenloſen Gelehrten, der als einer der entſchiedenſten Liberalen bekannt war,

Digitized by Google

Drohungen auszuſtoßen; aber der Adjutant des Herzogs, ein Pole, Komierowski, trat an ihn heran und ſagte, indem er die Hand an den Säbel legte: „So wie irgend Jemand ſich an Ihnen vergreift, haue ich ihm die Fauſt mit der Wurzel herunter!“ Arago wurde ſogleich zum Herzog geführt, der ihm, ehe er noch den Mund geöffnet hatte, den Arm wie zur Abwehr vor ſich ausſtreckend, mit barſcher Stimme entgegenrief: „Schlagen Sie mir nichts vor, was mich entehren würde!“ — „Das, was ich Ihnen vorſchlagen will,“ entgegnete Arago, „würde Sie nicht entehren, ſondern ehren. Ich verlange nicht, daß Sie Ihren Degen gegen Karl X. kehren; aber lehnen Sie jeden Befehl ab, und eilen Sie zur Stunde nach St. Cloud!“ — „Wie?“ verſetzte der Marſchall: „Ich ſoll den Poſten verlaſſen, den mir das Vertrauen des Königs angewieſen hat? Ich, ein Soldat, ſoll vor aufrühreriſchen Bürgern davon laufen? Europa ſoll ſagen, daß unſere braven Truppen vor Volkshaufen gewichen ſind, die mit Steinen und Stöcken bewaffnet waren? Unmöglich! Unmöglich! Sie kennen meine Geſinnungen; Sie wiſſen, ob ich dieſe verdammten Ordonnanzen gebilligt habe. Aber ein furchtbares Verhängniß laſtet auf mir, ſo möge denn mein Geſchick in Erfüllung gehen.“ — „Sie können dies Verhängniß beſiegen,“ wandte Arago ein. „Ein Mittel bleibt Ihnen, um in dem Gedächtniſſe der Nation das Andenken an die Vergangenheit zu verwiſchen.“ — Arago wurde durch einen Tumult unterbrochen, der ſich im Vorzimmer erhob. Ein Menſch in der Jacke eines Arbeiters, eine ſchlechte Mütze auf dem Kopfe, war athemlos hereingeſtürzt; man wollte ihn verhaften; da gab er ſich als den Adjutanten des Generals Quinſonnas zu erkennen. Er verlangte den Marſchall zu ſprechen, und meldete dieſem, daß die Truppen auf dem Marché des Innocents hart gedrängt würden und nothwendig der Unterſtützung bedürften. — „Wie? haben Sie keine Kanonen?“ fragte der Marſchall. — „Was können wir mit unſern Kanonen gegen die Pflaſterſteine und Meubles ausrichten, die uns aus jedem Fenſter auf die Köpfe fallen?“ war die Erwiderung. „Man verlangt Bataillone,“ ſagte der Herzog von Raguſa, indem er mit großen Schritten hin und wiederging; „ich habe keine Bataillone, die ich ihnen ſchicken könnte. Sie mögen ſich herausziehen, ſo gut ſie können.“

So wie der Adjutant abgefertigt war, nahm Arago ſeine Ermahnungen wieder auf, die auf den Herzog von Raguſa einen ſichtlichen Eindruck hervorbrachten. „Nun gut,“ ſagte der Herzog halblaut· „Ich werde ſehen, — dieſen Abend“ — „Dieſen Abend!“

Digitized by Google

unterbrach ihn Arago, „wie können Sie ſo ſprechen? Dieſen Abend werden Tauſende von Familien in Trauer ſeyn; dieſen Abend wird Alles beendigt ſeyn! Und wie der Kampf auch ausfallen möge, Ihre Lage bleibt immer gleich ſchrecklich. Werden Sie beſiegt, ſo ſind ſie verloren; ſiegen Sie, ſo wird man Ihnen nie dieſes Blut verzeihen." Der Marſchall war tief erſchüttert; und Arago, um ihn bei ſeiner ſchwächſten Seite zu faſſen, fügte hinzu: „So muß ich Ihnen denn Alles ſagen? Ich habe auf meinem Wege hierher in der Menge die bitterſten Reden gehört: Man ſchießt das Volk mit Kartätſchen nieder; das iſt die Manier, wie Marmont ſeine Schulden bezahlt." Marmont, vom auflodernden Zorne überraſcht, griff nach dem Degen.

Man meldete die fünf Abgeordneten, welche mit dem Herzoge von Raguſa zu unterhandeln beauftragt waren. Arago zog ſich zurück, aber im Abgehen ließ er gegen den Escadronchef Delarue, einen der Adjutanten des Herzogs, die Aeußerung fallen, daß die Truppen vielleicht noch vor dem Anbruche des nächſten Tages auf die Seite des Volkes übergegangen ſeyn würden, da er ſie bereits auf dem Herwege auf verſchiedenen Punkten mit den Bürgern vollkommen befreundet geſehen habe. Der Adjutant, durch dieſe Mittheilung betroffen, bat Arago, über eine ſo wichtige Thatſache mit dem Fürſten Polignac zu ſprechen, und eilte auf Jenes Weigerung ſelbſt zum Fürſten, kam aber nach wenigen Augenblicken ganz verſtört zurück, und rief aus: „Wir ſind verloren! Unſer Miniſter verſteht kein Franzöſiſch. Als ich ihm ſagte: die Truppen gingen zum Volke über, antwortete er mir: „Wohlan, ſo muß man auf die Truppen feuern!"

Die Bevollmächtigten wurden, ſo wie ihre Namen gemeldet waren, ſogleich eingeführt. Laffitte, der als der Präſident der Abordnung in deren Namen das Wort nahm, ſchilderte in kräftigen Ausdrücken den traurigen Zuſtand, in den die Hauptſtadt durch die Verletzung aller Grundgeſetze des Landes verſetzt ſey; er ſprach von den Gefahren, die daraus nicht allein für die Ruhe Frankreichs, ſondern auch für die Sicherheit des Thrones hervorgehen könnten, und beſchwor den Marſchall, nicht länger das Blut ſeiner Mitbürger vergießen zu laſſen. Der Herzog von Raguſa entgegnete, daß er über die Verfaſſungswidrigkeit der Ordonnanzen nicht urtheilen dürfe; er ſey Militair, und die Ehre gebiete ihm, die Befehle zu vollziehen, die ihm der König ertheilt habe. So ſehr er auch das Blutvergießen beklage, ſo könne er ſich doch nicht eher auf eine Unterhandlung einlaſſen, als bis die Pariſer die Waffen niedergelegt hätten. „Die Ehre gebietet Ihnen," rief Laffitte aus, „die Ehre!

Digitized by Google

Es giebt aber nicht zwei Arten der Ehre; und die wahre Ehre gebietet vor allem Andern, kein Verbrechen an ſeinen Mitbürgern zu begehen.“ — „Können Sie gegen mich dieſe Sprache führen, Herr Laffitte,“ verſetzte der Herzog, „Sie, die Sie mich kennen? Was kann ich thun? Ich theile Ihre Gefühle, aber ich bin durch die Pflicht gefeſſelt.“ Darauf bat er die Abordnung, ihren Einfluß anzuwenden, daß die Bevölkerung von Paris zum Gehorſam zurückkehre. Laffitte verſetzte, daß da, wo alle Rechte des Landes verletzt wären, ein ſolcher Gehorſam nicht zu erwarten ſey. Um irgend einen Einfluß auf die Maſſen auszuüben, müßte man zuvörderſt im Stande ſeyn, ihnen die Entlaſſung der Miniſter und die Zurücknahme der Ordonnanzen anzukündigen. Der Herzog von Raguſa erwiderte, daß dies nicht von ihm abhänge; das einzige, was er zu thun vermöge, ſey, daß er an den König ſchriebe, um dieſem das Verlangen der Abgeordneten mitzutheilen und daſſelbe in ſeinem eigenen Namen zu unterſtützen. Laffitte fragte hierauf den Marſchall, ob er einige Hoffnung des Erfolges von dieſem Schritte habe? Der Herzog von Raguſa ſchüttelte verneinend den Kopf. „In dieſem Falle,“ erklärte Laffitte, „bin ich entſchloſſen, mich mit Leib und Leben und Vermögen in die Bewegung zu ſtürzen.“ Ein Officier trat ein und ſprach einige Worte leiſe mit dem Herzoge. Dieſer wandte ſich mit einem Male gegen die Abordnung und fragte: „Würden Sie etwas dagegen haben, den Fürſten von Polignac zu ſehen?“ Da die Antwort verneinend war, begab ſich Marmont in ein anſtoßendes Gemach, kehrte aber nach wenigen Minuten zurück. Der Fürſt hielt es für unnöthig, die Abordnung zu empfangen, die demnach die Tuilerien verließ, ohne irgend etwas ausgerichtet zu haben.

Der Herzog von Raguſa war kurze Zeit vor der Ankunft der Bevollmächtigten veranlaßt worden, den Befehl zu der Verhaftung mehrerer Perſonen zu ertheilen, von denen man vorausſetzte, daß ſie den Aufruhr leiteten, und an deren Spitze ſich Lafayette und Laffitte befanden. Schon am Morgen hatte Fürſt Polignac Erkundigungen über die geſetzlichen Förmlichkeiten eingezogen, die bei der Einſetzung von Kriegsgerichten in einer Stadt im Belagerungszuſtande zu beobachten wären; und die Liſten der Officiere, aus denen die Kriegsgerichte gebildet werden ſollten, waren bereit. Es iſt kaum daran zu zweifeln, daß mit den Verhafteten, wenn jene Befehle ihre Vollziehung erhalten hätten, kurzer Proceß gemacht worden wäre. Der Marſchall gab jedoch, nachdem er die Abordnung empfangen hatte, jeden Gedanken an Verhaftungen auf; er nahm den bereits ausgefertigten Befehl zurück,

Digitized by Google

indem er bemerkte, daß es eine Treuloſigkeit ſeyn würde, Männer verhaften zu laſſen, welche über die Herſtellung der Ruhe unterhandelten. Unmittelbar nach der Entfernung der Bevollmächtigten faßte der Herzog von Raguſa einen Bericht an den König ab, worin er über ſeine Zuſammenkunft mit denſelben Rechenſchaft ablegte und dringend anrieth, die Forderung der Zurücknahme der Ordonnanzen zu genehmigen, zugleich aber verſicherte, daß die Truppen ſich in ihren Stellungen vier Wochen halten würden. Fürſt Polignac hatte kurz vorher einen andern Bericht abgeſchickt, der wahrſcheinlich entgegengeſetzte Rathſchläge enthielt, und offenbar zum Zweck hatte, den König auf die Darſtellung des Marſchalls vorzubereiten. Der Obriſtlieutenant Komierowski, der das Schreiben des Herzogs von Raguſa überbrachte, kam mit Schweiß und Staub bedeckt zu St. Cloud an. Unterwegs war zu Paſſy auf ihn gefeuert worden; drei Leute ſeiner Begleitung waren verwundet. Er ſchilderte dem König die Lage von Paris, wie er ſelbſt ſie gefunden hatte. Nach langem Zögern gab Karl X. ihm den mündlichen Beſcheid: „er möge dem Marſchall ſagen, daß er ſich *gut halten* ſolle; er ſolle ſeine Truppen auf dem Carrouſſelplatze und auf dem Platze Ludwigs XV. zuſammenziehen und nur mit Maſſen wirken."

Auf die vierte Stunde des Nachmittags war die neue Verſammlung der Abgeordneten angeſetzt, die bei Bérard in der Rue neuve des Mathurins Statt fand. Inzwiſchen waren beinahe von allen Punkten, die der Schauplatz des Kampfes waren, die ungünſtigſten Nachrichten eingegangen; die Truppen hatten überall, wo ſie in einigermaßen beträchtlichen Maſſen vereinigt ſtanden, die Oberhand behalten. Unter den kämpfenden Volksmaſſen, die laut nach Führern riefen und ſich von allen bekannteren Namen verlaſſen ſahen, fing an ſich tiefe Entmuthigung zu verbreiten. Auch war die Zahl der Abgeordneten, die ſich bei Bérard zuſammenfand, ungleich geringer, als jene, die am Morgen bei Audry de Puyraveau verſammelt geweſen war. Laffitte ſtattete im Namen der Bevollmächtigten Bericht über den Erfolg ihrer Bemühungen ab. Der Eindruck war ein ſehr verſchiedenartiger. Die Einen riefen in voller Entrüſtung aus: „Jetzt dürfen wir nicht länger ſchwanken! Der Bürgerkrieg iſt begonnen; ſollen wir dieſe unglückliche Jugend und dieſe ganze Bevölkerung von Arbeitern vernichten laſſen, ohne uns an ihre Spitze zu ſtellen, wir, die wir ihnen die Lehren gepredigt haben, die ſie jetzt zur Ausführung bringen?" Andere ſchwiegen und verriethen die innere Beängſtigung nur in ihren Zügen. Wieder

andere knüpften Unterhaltungen unter einander an. „Man ſagt, daß Paris im Belagerungszuſtande ſey?“ — „Das iſt gewiß.“ — „Werden Sie dieſen Abend zu Hauſe ſchlafen?“ — „Warum?“ — „Man behauptet, daß mehrere Abgeordnete verhaftet werden ſollten.“ — „Den Teufel! Dieſe Ehrloſen!“ — „Man muß ſehen. Paris iſt groß.“ — „Wir werden uns immer herauszuziehen wiſſen.“

Mitten in dieſe unruhige Bewegung wurden Coſte, der Eigenthümer des Temps, und zwei Mitarbeiter dieſes Blattes, Audra und Barbaroux, eingeführt. Sie brachten eine Probe der Proteſtation, in der ſie alle Stellen geſtrichen hatten, in denen des Königs Erwähnung geſchah, die Coſte aber abdrucken zu laſſen verweigerte, wenn die proteſtirenden Abgeordneten nicht ihre Namen unterzeichneten. Dadurch entſtand eine neue Verlegenheit. Umſonſt beſchworen die Muthigeren unter den Anweſenden ihre zitternden Collegen, endlich eine feſte Partei zu ergreifen. „Die Jugend wird Sie vertheidigen, ſie wird für Sie ſterben. Wir ſind auf einigen Punkten geſchlagen, auf anderen ſind wir Sieger; aber Alles geht aus Mangel an Einheit, an Leitung verloren. Haben Sie nicht auch jetzt ſchon Ihre Exiſtenz gefährdet? Die Zeit drängt; jeder Augenblick der Zögerung iſt die Quelle unſäglichen Unglücks. Verlaſſen Sie das Vaterland nicht, das Sie ehrt, das Sie liebt!“ — Der geiſtreiche Villemain wußte auf dieſe erſchütternden Worte nichts zu erwidern, als daß die Zahl der Anweſenden zu gering ſey, um die Proteſtation zu unterzeichnen; Karl X. werde ſich nicht bedenken, ihre Köpfe fallen zu laſſen. Empört unterbrach ihn der junge Audra, indem er ausrief: „Bisher haben wir unſere Köpfe Preis gegeben, mein Herr, ohne daran zu denken, was die Herren Abgeordneten thun würden; es iſt Zeit, daß Sie auch die Ihrigen wagen!“ General Sebaſtiani nahm ſeinen Hut und ging; ihn begleiteten auf ſeine Aufforderung Bertin de Vaux und General Gérard. Mehrere andere Abgeordnete folgten dieſem Beiſpiele. Zuletzt blieben nur neun oder zehn zurück. Jetzt kamen wieder günſtigere Nachrichten von dem Kampfplatze; das Gewehrfeuer in der Nähe und in der Ferne dauerte ununterbrochen fort. Da ergriff Guizot das Wort und ſchlug vor: man möge, um, wie er ſagte, die wohlbegründeten Beſorgniſſe Villemains mit der gerechten Ungeduld der Jugend zu vereinigen, unter die Proteſtation nicht bloß die Namen der Anweſenden, ſondern aller jener Abgeordneten ſetzen, die als entſchiedene Liberale bekannt wären. Laffitte unterſtützte dieſen Vorſchlag mit bitterer Ironie: „Auf dieſe Weiſe,“ ſagte er, „wird, wenn wir beſiegt werden, Niemand unter-

Digitized by Google

zeichnet haben; wenn wir ſiegen, wird es an Unterzeichnern nicht fehlen.“ Man ſchritt ſogleich zum Werke, fand aber unter der Geſammtzahl von 430 Abgeordneten nur 62 Namen, auf die man mit einiger Sicherheit rechnen zu dürfen glaubte. Die Abgeordneten, welche die Verſammlung verließen, wurden von den Volkshaufen, durch die ſie ſich hindurchdrängen mußten, mit lautem Unwillen empfangen; beſonders gegen Sebaſtiani erhoben ſich die heftigſten Verwünſchungen; aber auch die Generale Gérard und Lobau wurden keineswegs geſchont.

Nicht viel geringere Beſtürzung, als unter den Vertretern der franzöſiſchen Nation zu Paris, herrſchte in der Umgebung des Königs zu St. Cloud. Auf die erſte Nachricht, daß Paris in Aufruhr ſey, trat hier eine Verwirrung ein, die nicht viel größer hätte ſeyn können, wenn die gefürchteten Revolutionaire bereits an den Thoren des Palaſtes erſchienen wären. Die Dienerſchaft lief durch einander, und verſäumte ihre gewöhnlichſten Obliegenheiten; von den Höflingen ergriffen viele die nächſte Gelegenheit, ihre Perſonen gegen jeden ungünſtigen Zufall in Sicherheit zu bringen, indem ſie in aller Stille den Hof verließen. Im Laufe des Morgens ſtürzte Frau von Gontaut, die Erzieherin des Herzogs von Bordeaux, die Hände vor das Geſicht haltend, in den Saal der Garden und rief: „Retten Sie den König, meine Herren, retten Sie den König!“ Im Augenblicke war Alles unter den Waffen. Herr von Damas, der mit dem jungen Prinzen im Park luſtwandelte, nahm ihn auf den Arm und ergriff, ſo eilig es ſein Alter geſtattete, die Flucht nach dem Schloſſe; Frau von Damas war im Begriffe, in Ohnmacht zu fallen, und dieſer ganze Schrecken hatte keine andere Veranlaſſung, als einen falſchen Lärmen, den einer der äußeren Wachtpoſten gemacht hatte. Bei alle dem war Karl X. ſo feſt von dem Erfolge überzeugt, daß nichts ihn in ſeinem Entſchluſſe erſchüttern konnte. Der Großjägermeiſter Alexander von Girardin hatte ſich am Morgen mit Caſimir Périer beſprochen, der ſeine Ueberzeugung gegen ihn äußerte, daß Frankreich ſich keine beſſere Regierung wünſchen könne, als jene der Bourbonen — ohne die Ultra, und ihn beſtimmte, ſich nach St. Cloud zu begeben, um den König zur Zurücknahme der Ordonnanzen zu vermögen. Alle Bitten, alle Beſchwörungen, die Herr von Girardin aufwandte, waren umſonſt. Während er mitten im Fluſſe ſeiner Rede war, erſchien die Herzogin von Berry und erklärte mit ihrer ſüdlichen Lebhaftigkeit, daß nur eine feſte Haltung die Majeſtät des Thrones retten könne. „Mein Gott, Madame,“ entgegnete Herr von Girardin, „es ſind ja nicht meine Intereſſen, die

ich hier vertheidige, ſondern die Ihrigen. Der König ſetzt nicht bloß ſeine Krone auf das Spiel, ſondern auch die Krone des Dauphins und die Krone Ihres Sohnes, Madame.“ Karl X., um ſich von dem Ueberläſtigen auf eine gute Art zu befreien, ſchickte ihn zu dem Dauphin. Dieſer antwortete auf ſeine Vorſtellungen trocken: „Ich bin der erſte Unterthan des Königreiches, und als ſolcher darf ich keinen andern Willen haben, als den Willen des Königs.“

Ein anderer Verſuch, den feſten Entſchluß Karls X. zu brechen, wurde am Abende von dem General Vincent gemacht. Dieſer, ein treuer Anhänger der Bourbonen, ſeit er von denſelben zu Gnaden aufgenommen war, hatte mit dem bonapartiſtiſchen General Pajol, ſeinem alten Waffengefährten, einen großen Theil von Paris durchwandert; er hatte mit eigenen Augen geſehen, wie erbittert die regelloſen Volkshaufen auf allen Punkten ſich ſchlugen; er hatte geſehen, wie die königlichen Truppen, die den ganzen Tag hindurch gekämpft hatten, ohne in der feindlichen Stadt weder durch Speiſe, noch Trank geſtärkt zu werden, erſchöpft und ermattet vor Hitze, Hunger und Durſt dahin ſanken; von den Officieren, an die er ſich gewandt, hatte er vernommen, daß man ohne Nachrichten von dem General Talon, wie von dem General de St. Chamans ſey. Er ging deshalb nach St. Cloud, um den König zu unterrichten, wie die Lage der Dinge ſich immer mehr verdüſtere. Aber unterwegs begegnete er einem Herrn vom Hofe, dem er mittheilte, welche traurige Meldungen er überbringe, und der, als echter Höfling wohl wiſſend, daß die angenehme Lüge gewöhnlich eine dankbarere Aufnahme findet, als die unangenehme Wahrheit, nichts Eiligeres zu thun hatte, als dem General zuvorzukommen und den König zum voraus gegen ſeine Darſtellung als eine ſehr übertriebene einzunehmen. Karl X. empfing den General Vincent mit Kälte und begnügte ſich auf ſeine beredte Schilderung zu erwidern: „Die Pariſer ſind in der Anarchie, und die Anarchie wird ſie nothwendig zu meinen Füßen zurückführen.“ Der General, in der Verzweiflung über die Erfolgloſigkeit ſeiner Bemühungen, und überzeugt, daß das Königthum verloren ſey, wenn es nicht gegen den Willen des Königs gerettet werde, faßte einen verwegenen Entſchluß. Er begab ſich zu der Frau von Gontaut, ſchilderte dieſer den Zuſtand der Hauptſtadt und erklärte ihr, daß das ganze Schickſal der Monarchie jetzt von einer kühnen That abhänge. Er erbot ſich, die Herzogin von Berry und ihren Sohn nach Paris zu führen. Dort ſollte ſich die Herzogin dem Volke zeigen und das zum Throne berufene Kind der

Digitized by Google

Großmuth der kämpfenden Vorſtädter anvertrauen. Frau von Gontaut wurde für den abenteuerlichen Plan gewonnen, und die Herzogin von Berry, deren romantiſcher Sinn ſich gerade durch das Abenteuerlichſte am leichteſten beſtechen ließ, ging auf denſelben ein. Alles zur Ausführung Erforderliche war verabredet, als die Treuloſigkeit eines Vertrauten Karl X. den Anſchlag verrieth, der auf dieſe Weiſe vereitelt wurde.

Inzwiſchen hatte der Herzog von Raguſa den Befehl erhalten, ſeine Truppen in der Nähe der Tuilerien zuſammenzuziehen. Er ließ daher den General Wall eine rückgängige Bewegung von der Place des Victoires nach dem Vendômeplatze machen, und befahl dem Obriſtlieutenant von Maillardoz, der mit einem Bataillon Schweizer auf dem Quai de l'Ecole in der Nähe des Louvre ſtand, mit demſelben nach dem Marché des Innocents vorzurücken und von dort den hart gedrängten General Quinſonnas zurückzuführen. Obriſtlieutenant Maillardoz drang durch die breite Rue de la Monnaie ohne Schwierigkeit bis zu der Ecke von St. Euſtache vor, ſtatt aber hier in die Rue Montmartre hinein zu ſchwenken, um nach dem Marché des Innocents zu ziehen, ſetzte er ſeinen Weg durch die gerade vor ihm ſich eröffnende Rue Montorgueil fort. Hier wurde er von allen Seiten mit Flintenſchüſſen empfangen, und erſt, als er bis zu der Querſtraße Rue Mandar gekommen war, welche die Rue Montorgueil und die Rue Monmartre verbindet, erkannte er ſeinen Irrthum. Er wollte jetzt durch die Rue Mandar die Rue Montmartre wieder gewinnen, mußte aber, um den Durchmarſch zu erzwingen, eine Barricade ſtürmen, die mit furchtbarer Hartnäckigkeit vertheidigt wurde. Endlich erreichte er ſeinen Zweck, aber nicht ohne eine gute Anzahl ſeiner tapferſten Leute verloren zu haben. Hierauf marſchirte er unter beſtändigem Feuern die Rue Montmartre hinab nach dem Marché des Innocents, wo er ſich mit dem General Quinſonnas vereinigte und mit dieſem ſich der Seine zuwandte, längs der er glücklich nach dem Quai de l'Ecole zurückgelangte. Um die Bataillone auf dem Grèveplatze, mit denen die Verbindung gleichfalls unterbrochen war, durch eine ähnliche Entſendung zu befreien, fehlte es an Truppen; General Talon blieb daher ſich ſelbſt überlaſſen und mußte den ganzen Nachmittag hindurch bis zum Einbruche der Nacht einen ſchweren Kampf beſtehen, der auf beiden Seiten viele Menſchen koſtete. Was den Truppen aber empfindlicher wurde, als die ſtürmiſcheſten Angriffe der Pariſer, war der Mangel an jeder Art von Verpflegung, den eine unverantwortliche Nachläſſigkeit

Digitized by Google

der Kriegsverwaltung verſchuldete. Herr von Champagny, der im Namen des Fürſten von Polignac die Verwaltung leitete, war ohne alle Nachrichten gelaſſen, und hatte daher auch die erforderlichen Vorkehrungen nicht treffen können. Zwar gelang es ihm, mit Hülfe der Vorräthe, die im Hôtel der Invaliden gehäuſt waren, die nöthigen Anſtalten in der Eile herzuſtellen; als es ſich aber darum handelte, die für die Truppen beſtimmten Lebensmittel dieſen zuzuführen, zeigte es ſich, daß dies unmöglich fiel, weil alle Verbindungen unterbrochen waren. So mußte alſo auch noch der Hunger hinzukommen, um die Truppen zu entmuthigen, die ſich mit ehrenwerther Aufopferung für die königliche Sache ſchlugen. Dadurch allein wäre, auch ohne den ausdrücklichen Befehl des Königs, der Herzog von Raguſa zuletzt genöthigt geweſen, ſeine Macht um die Tuilerien zuſammenzuziehen und den Pariſern den größten Theil des Terrains zu überlaſſen, das er ihnen den Tag über ſtreitig gemacht.

Als die bei Bérard vereinigten Abgeordneten auseinander gingen, hatte Audry de Puyraveau ſein Haus von neuem zu einer Verſammlung angeboten, die um acht Uhr des Abends gehalten werden ſollte. Kaum daß ſich ein Dutzend Perſonen zu der verabredeten Stunde einfand; ſo ſehr war die Mehrzahl von dem Schrecken gelähmt, der ſchon in der Verſammlung des Nachmittags geherrſcht hatte. Unter den Anweſenden war man überraſcht, Sebaſtiani zu ſehen, von dem man beinahe eher erwartete, daß er ſich von jeder Betheiligung an der Volksſache losſagen würde. Nachdem man ſich gegenſeitig mitgetheilt hatte, was man über den Fortgang des Aufſtandes wußte, verlangte de la Borde, daß ſämmtliche Abgeordnete ſich mit dem nächſten Morgen entweder in ihrem Coſtume oder in der Uniform der Nationalgarde an die Spitze des Volkes ſtellen ſollten. Sebaſtiani unterbrach ihn: „Meine Herren, vergeſſen Sie nicht, daß wir hier nur Bürger ſind, welche durch die Liebe zur Ordnung und durch den Wunſch zuſammengeführt ſind, dem Unglücke abzuhelfen, das die Hauptſtadt bedroht. Wir unterhandeln und dürfen nur als Vermittler auftreten. Unſere Vereinigung hat der Regierung gegenüber nichts Strafbares: wir wollen die Aufregung ſtillen, welche die Stadt bewegt, und ſuchen zu dieſem Zwecke einige Zugeſtändniſſe von der Gewalt zu erlangen.“ Mauguin fiel dem vorſichtigen Sprecher mit Heftigkeit in die Rede: „Ich für meinen Theil erkläre, daß ich hier bin, um mich zu verſchwören, wie das Volk ſich verſchwört;“ und Laffitte gab ihm Recht, indem er zurückrief, wie er dem Herzoge von Raguſa angezeigt habe,

daß er ſich mit Leib und Leben in die Bewegung werfen werde. Es war Mitternacht geworden, und ein Bürger kam vom Hôtel de Ville, welches die Truppen eben geräumt hatten. Die Kämpfenden hatten ſich beim Einbruche der Nacht zurückgezogen; die Truppen, die beinahe zwölf Stunden im ununterbrochenen Feuer geweſen waren, hatten ihre Patronen erſchöpft, und da rings um ſie her eine Grabesſtille war, traten ſie vorſichtig und möglichſt geräuſchlos ihren Rückweg nach den Tuilerien an. Der Berichterſtatter meldete, daß die dreifarbige Fahne aufgeſteckt worden ſey; „aber,“ fügte er hinzu, „der Kampf wird morgen wieder anfangen; wir müſſen Namen, Anführer, Befehle haben.“ Mauguin, Laffitte, Lafayette, Bavour, Chardel, Delaborde riefen wie aus einem Munde: „Wir müſſen unſern Sitz nach dem Hôtel de Ville verlegen, wir wollen mit dem Morgen die dreifarbige Cocarde annehmen.“ Sebaſtiani ſprang entrüſtet von ſeinem Seſſel auf: „Was fällt Ihnen ein? Einen Wechſel der Landesfarbe vorzuſchlagen, nicht mehr jene der Regierung anzuerkennen! Dadurch würde unſere ganze Stellung verdorben. Wenn die Erörterung in dieſem Tone fortfährt, werde ich mich ſofort zurückziehen.“ Der Saal war im Erdgeſchoſſe gelegen, und die Menge, die ſich im Hofe geſammelt hatte, ſah und hörte Alles, was vorging. Die bitterſten Aeußerungen des Zornes bezeugten den allgemeinen Unwillen, den die Geſinnungsloſigkeit Sebaſtiani's erregte. Der ehemalige Präfect Méchin, der mit Sebaſtiani gekommen war, erklärte ſich jedoch mit dieſem ganz einverſtanden. „Unſer Auftrag,“ bemerkte er, „iſt ein ſtreng geſetzlicher, unſere Rolle jene der Vermittler. Aber es iſt ſpät; wir wollen gehen!“ Guizot und Gérard, die, den Hut in die Augen gedrückt, ohne ein Wort zu ſprechen, in einem Winkel geſtanden hatten, fielen bei: „Ja, es iſt ſpät; wir müſſen gehen. Auf Morgen Mittag!“ Die vier Herren entfernten ſich. Der greiſe Lafayette blieb und wandte ſich an die wenigen Männer, die er noch um ſich ſah: „Ich habe mit Erſtaunen und Schmerz die Sprache Sebaſtiani's gehört. In der Lage, in der wir uns befinden, gebietet uns die Ehre und Manneswürde, uns mit unſeren Mitbürgern zur Eroberung der Freiheit zu vereinigen. Seit zwei Tagen ſetzen ſie ihr Leben den Kugeln und Kartätſchen aus, und wir feilſchen um die Befehle, die ſie von uns verlangen. Meine Herren, ich bin zu Ihnen gekommen, um Sie zu bitten, mir einen Poſten anzuweiſen. Ich werde mich ſogleich, noch dieſe Nacht dahin begeben.“ „Bravo! bravo! es lebe Lafayette!“ erſcholl es von außen. Laffitte fürchtete jedoch, daß, wenn man jetzt noch einen entſcheidenden

Digitized by Google

Beſchluß faßte, dies den Anſchein haben könne, als ob man ſich von den übrigen Abgeordneten trennen wolle. „Kommen wir deshalb des Morgens um ſechs Uhr noch einmal in meinem Hauſe zuſammen.“ „Und verlieren wir nicht wieder leere Worte,“ fiel Audry de Puyraveau ein, „wie wir heute gethan haben, ſondern greifen wir zum Gewehr und zeigen uns am Orte der Gefahr!“ — „Das iſt die Sprache, die ich liebe,“ ſagte Lafayette. „Morgen wollen wir unſere dreifarbige Fahne ruhmreich erheben, oder ſterben mit unſeren wackeren Mitbürgern!“ Alle noch Anweſenden ergriffen mit Rührung die Hand des alten Volksführers. Darauf gingen ſie auseinander*).

Die Nacht hatte ſich düſter und ſchweigend über die Stadt gebreitet, die den Tag über der Schauplatz des wildeſten Getöſes, des blutigſten Kampfes geweſen war. Die Mehrzahl der Streitenden hatte ſich, von den Anſtrengungen des Tages erſchöpft, zur Ruhe begeben; aber in den Stadttheilen, die dem Louvre und den Tuilerien zunächſt gelegen waren, und in denen man daher am Morgen den erſten Angriff erwarten mußte, kannte man keine Ruhe. Alles arbeitete an den Barricaden; Arbeiter, Handwerker, junge Männer aus allen Ständen waren die ganze Nacht hindurch thätig, um das Pflaſter aufzureißen, Gräben zu ziehen, Verrammelungen und Verſchanzungen aufzuführen, die an den wichtigſten Punkten feſt genug waren, um ſelbſt dem Feuer des ſchweren Geſchützes Widerſtand zu leiſten. Dabei verfuhr man, durch ein richtiges Naturgefühl geleitet, mit ſolchem Geſchick, daß die ausgezeichnetſten Ingenieurs wenig zu beſſern gefunden hätten. In den Hauptſtraßen, die ihrer ganzen Länge nach von dem Geſchütze beſtrichen werden konnten, wurden nur wenige, obſchon die ſtärkſten Barricaden angelegt, weil man wohl wußte, daß man hinter denſelben gegen die im Bogen geſchleuderten Granaten doch nicht geſichert war. Dagegen waren alle Nebenſtraßen mit der neuen Art von Verſchanzungen ganz bedeckt, ſo daß die Truppen, wenn ſie auch in die Hauptſtraße eindrangen, ſich in dieſer von allen Seiten einem Kreuzfeuer ausgeſetzt ſahen, gegen welches ſie ſich unmöglich zu halten vermochten. Mit Tagesanbruch begann der durch die Nacht unterbrochene Kampf von neuem; aber derſelbe hatte jetzt bereits eine ſehr veränderte

*) Wir folgen hier nicht der ſonſt trefflichen Darſtellung von Louis Blanc, ſondern dem Berichte eines Augenzeugen: Document pour l'histoire de France, ou conduite des députés durant le règne du peuple, par Armand Marrast. (Paris 1831 8.) Anderen Abweichungen liegen andere Quellen zum Grunde.

Digitized by Google

Geſtalt gewonnen. Jene Stadtviertel im Innern mit engen, gewundenen Straßen, in denen die arbeitende Bevölkerung dicht gedrängt bei einander wohnt, und die Tages vorher der Schauplatz der blutigsten Gefechte geweſen, waren von den Truppen geräumt. Dieſe hatten ſich in die unmittelbare Nähe des Louvre und der Tuilerien zurückgezogen und nahmen hier eine vertheidigende Stellung ein. Zwei Bataillone Schweizer hielten das Louvre beſetzt; auf dem Carrouſſelplatze, auf dem Platze Ludwigs XV., auf dem Boulevard de la Madeleine ſtanden die Garden, die zugleich den innern Hof des Palais Royal inne hatten, und mehrere Poſten in der Rue St. Honoré behaupteten. Die Linientruppen waren auf dem Vendômeplatze und im Garten der Tuilerien aufgeſtellt, wo ſie am wenigſten einer Berührung mit den andrängenden Volksmaſſen ausgeſetzt waren, auf die einzelne Abtheilungen bei wiederholten Gelegenheiten zu feuern ſich geweigert hatten. Gegen alle Straßen, welche in die nächſten Umgebungen der königlichen Schlöſſer ausmündeten, waren Geſchütze gerichtet, bereit, die Angreiſenden mit Kartätſchen niederzuſchmettern. Um die Truppen zu ermuthigen, war noch in der Nacht ein Tagesbefehl erlaſſen worden, der ſie für ihr pflichttreues Verhalten belobte und ihnen zur Belohnung für den folgenden Tag die Vertheilung eines anderthalbmonatlichen Soldes verſprach. Aus dem Kriegsminiſterium war der Befehl ergangen, die Lager von Luneville und St. Omer aufzulöſen und die in denſelben vereinigten Truppen in Eilmärſchen nach Paris rücken zu laſſen. Aber ſchon war die Thelegraphenlinie unterbrochen; ein Invalide mit einem hölzernen Beine mußte die Depeſche bis nach Ecouen tragen, damit ſie von dort weiter befördert würde.

Auf der andern Seite war das Volk, unter dem ſich gegen Abend bereits einige Entmuthigung zu verbreiten anfing, da alle ſeine Anſtrengungen an den ehernen Wällen der Garde ſcheiterten, zu neuer Hoffnung belebt worden, als es ſich zeigte, daß man doch nicht vergebens gekämpft hatte, daß der größte Theil der Stadt vom Feinde befreit und daß dieſer aus dem Angriffe in die Vertheidigung zurückgedrängt war. Zahlreiche Haufen zogen aus den Vorſtädten in dichten Reihen die Boulevards hinab, andere drangen längs der Quais gegen das Louvre vor, und alle Straßen zwiſchen den Boulevards und den Quais füllten ſich allmälig mit kampfluſtigen Schaaren, welche theils die Barricaden beſetzten, theils den Stellungen zueilten, die noch von den königlichen Truppen eingenommen waren. Während ſich auf dieſe Weiſe Alles zur Erneuerung des erbittertſten Kampfes anſchickte, begab

Digitized by Google

ſich ein einfacher Bürger, der Broncefabrikant Galle, der viel für den Hof arbeitete, in die Tuilerien, wo er durch die Vermittlung eines ihm dem Namen nach nicht bekannten vornehmen Herrn Einlaß erhielt, um dem Herzoge von Raguſa Vorſtellungen zu machen. Er hatte wenige Augenblicke vorher geſehen, wie ein Schweizer von dem Balcon eines der Häuſer, welche die königlichen Truppen in der Rue St. Honoré beſetzt hielten, einen unbewaffneten Menſchen auf der Straße niederſchoß, der ruhig ſeines Weges ging. Er fragte den Marſchall unerſchrocken, wie er die entſetzlichen Befehle habe geben können, die Paris ſeit zwei Tagen mit Blut überſchwemmten? „Ihre Truppen,“ ſagte er, „ſchießen in der Rue St. Honoré auf friedliche Bürger; können Sie denn nichts thun, um ſolchen Abſcheulichkeiten ein Ende zu machen?“ — „Sie beleidigen mich, mein Herr,“ erwiderte der Herzog von Raguſa, „wenn Sie mich als den Urheber ſolcher Befehle anſehen. Ich habe den Truppen befohlen, nicht anders zu feuern, als zu ihrer Vertheidigung. Eine Bekanntmachung wird Paris davon in Kenntniß ſetzen.“ — „Ich bin weit davon entfernt, Sie beleidigen zu wollen, Herr Marſchall,“ verſetzte der ehrliche Broncefabrikant; „nur die Sache der Menſchlichkeit hat mich hieher geführt. Ich glaubte meinem Vaterlande nützlich ſeyn zu können, wenn ich Sie die Wahrheit hören ließe. Wie iſt es möglich, Herr Marſchall? Sie laſſen ſeit zwei Tagen auf das Volk ſchießen, und noch hat ſich keine einzige bürgerliche Behörde gezeigt.“ — „Das iſt wahr,“ ſagte Marmont, indem er ſich mit der Hand vor die Stirn ſchlug, „ja, das iſt ein grober Fehler.“ Zugleich wandte er ſich gegen einen Secretair, der in ſeiner Nähe beſchäftigt war: „Fertigen Sie den Befehl aus, daß ſich die Bürgermeiſter von Paris binnen einer Stunde hier verſammeln ſollen!“ — „Binnen einer Stunde, mein Herr?“ fiel der muthige Bürger ein: „aber wer weiß, was ſich binnen einer Stunde ereignen wird? Vielleicht ſind dann weder Sie noch im Daſeyn, noch 200,000 Pariſer, noch der König, noch ich, der ich mit Ihnen ſpreche. Erlauben Sie mir, Ihnen zu ſagen, was Sie thun müſſen, Herr Marſchall! Setzen Sie ſich ſogleich zu Pferde; thun Sie dem Gewehrfeuer Einhalt, das Sie hier hören; gehen Sie nach St. Cloud und berichten Sie dem Könige, daß wir unſere Straßen entpflaſtert haben; daß die oberen Stockwerke unſerer Häuſer mit den Steinen gefüllt ſind; daß 100,000 Mann der tapferſten Soldaten Paris nicht nehmen würden; und daß Männer, die den Krieg verſtehen, ſich an die Spitze der Bevölkerung zu ſtellen im Begriff ſind, wenn nicht die umfaſſendſten

Digitized by Google

Zugeſtändniſſe gemacht werden." — „Auch das würde nichts helfen," entgegnete der Herzog von Raguſa niedergeſchlagen; „der König weiß Alles, was vorgeht, durch mich und durch den Fürſten von Polignac; ſein Wille iſt unbeugſam. Vielleicht würde er einer Abordnung der Bürgerſchaft Gehör geben; dieſe müßte aber wirklich von der Bürgerſchaft ausgehen."

Die Maires von Paris wurden dem Befehle des Herzogs von Raguſa gemäß in die Tuilerien entboten; aber nur vier konnten der erhaltenen Weiſung Folge leiſten. Dieſen trug der Marſchall auf, ſich nach den Punkten zu begeben, wo das Volk mit den Truppen handgemein wäre, und anzukündigen, daß die Truppen den Befehl hätten, das Feuern einzuſtellen und daß die Ordonnanzen zurückgenommen werden ſollten. Zu gleicher Zeit wurde eine Anzahl Gefangener in Freiheit geſetzt, um eine Bekanntmachung zu vertheilen, die in der Eile gedruckt war, und worin die Bevölkerung von Paris aufgefordert wurde, zur Ruhe zurückzukehren, da die Truppen keine Feindſeligkeiten mehr verüben würden, ſobald ſie nicht zuerſt angegriffen wären. Die beiden Maires des zweiten und des zehnten Bezirkes verfügten ſich in *ihrer* Amtstracht auf den Vendômeplatz, wo der General Wall ihnen anzeigte, daß er dem Befehle des Marſchalls gemäß das Feuern eingeſtellt habe und nur ſeine Stellung behaupten, aber keinen Schritt vorwärts thun werde. Die dem Volke wohlbekannten Beamten ließen hierauf ihre Taſchentücher wehen und verkündeten laut, daß der Friede hergeſtellt ſey, was denn auch zur Folge hatte, daß die Volkshaufen, die von der Ecke der Chauſſée d'Antin nach der Rue de la Paix herüberfeuerten, davon abließen. Sie gingen hierauf nach der Rue de l'Echelle, welche, dem einen Flügel der Tuilerien gerade gegenüber, die Rue St. Honoré mit der Rue de Rivoli verbindet, und wo ſich der hitzigſte Kampf entſponnen hatte. Sie meldeten dies dem Marſchall, der ihnen ſagte, daß er zwar den Befehl ertheilt hätte, auch hier mit dem Feuern einzuhalten, daß ſich aber das Volk dadurch nicht abhalten laſſe, angriffsweiſe zu verfahren. Der Herzog von Raguſa gab den beiden Maires einige Ordonnanzofficiere zur Begleitung, mit denen ſie, die Taſchentücher ſchwenkend, bis zu dem Théatre français kamen. Ueberall ſteckten die Soldaten der Garde ihre Taſchentücher auf die Bayonnette, und es gelang ihnen, allmälig ſich auch bei dem Volke Gehör zu verſchaffen, als plötzlich ein lebhaftes Gewehrfeuer in ihrem Rücken erſchallte. Dreißig oder vierzig Soldaten, die ein Eckhaus in der Rue St. Honoré eingenommen, feuerten auf die andrängenden

Digitized by Google

Volksmaſſen aus den Fenſtern. Der Kampf wurde im Augenblicke wieder allgemein, und die beiden wackeren Beamten, die ſich ſelbſt in ein benachbartes Haus flüchten mußten, ſahen jetzt wohl, daß ihre Sendung verfehlt war.

Noch vor der Ankunft der Maires in den Tuilerien hatten ſich zwei Männer von hohem Range hier eingefunden, die einen Vermittlungsverſuch anderer Art machten: der Großreferendar der Pairskammer Marquis von Sémonville und Graf d'Argout. Beide edle Pairs gehörten jener Schattirung des franzöſiſchen Adels an, die der Reſtauration von dem Kaiſerthume in hohen Ehren und Würden überliefert und von jener zu Gnaden aufgenommen war, da man ſich überzeugt hielt, daß man auf ihre Treue vertrauen durfte, ſo lange ihr Vortheil mit derſelben vereinigt war. Dieſe Herren, geſchickte Steuerleute, glaubten endlich nach ſo manchem Sturme den Hafen gewonnen zu haben, in dem ſie ſich von ihren Anſtrengungen erholen konnten, als ſie ihr Schifflein mit einem Male durch einen plötzlichen Windſtoß mitten in die empörte See hinausgeriſſen ſahen. Sie verwünſchten die Ordonnanzen; ſie verwünſchten den Fürſten Polignac, der das Vertrauen des Königs gemißbraucht hatte, um den gefeſſelten Orkan von neuem loszulaſſen; und ſie beſchloſſen, allen ihren Einfluß, alle ihnen zu Gebote ſtehende Kunſt der Rede, der Schmeichelei und der Berückung aufzubieten, um das Unwetter zu beſchwören. Sie eilten nach den Tuilerien; ſie verlangten den Fürſten Polignac zu ſprechen, von dem ſie, als er erſchien, ſeinen Rücktritt vom Miniſterium und die augenblickliche Zurücknahme der Ordonnanzen forderten. Der Fürſt entgegnete mit kalter Höflichkeit, daß er im Auftrage des Königs handle, und daß ſeiner Ueberzeugung nach die Monarchie verloren ſey, ſobald ſie ein Zugeſtändniß mache. Der greiſe Marquis von Sémonville erwiderte: Die Aufregung der Gemüther ſey ſo groß, daß man für nichts mehr ſtehen könne, und daß es die höchſte Unklugheit wäre, Alles auf das Spiel zu ſetzen. „Dann," verſetzte der Fürſt, „kann der Marquis von Sémonville als Vertreter der Pairskammer ſich nach St. Cloud begeben, dort die Miniſter anklagen, den König über die Lage der Dinge aufklären und von ihm erlangen, was er im Namen ſeiner Körperſchaft erbittet." Der alte Marquis wurde ſo heftig, daß Fürſt Polignac, um der Unterredung ein Ende zu machen, ihm ſagte: Der Miniſterrath werde über die Frage in Berathung treten. Während der Fürſt ſich in das Nebengemach zurückzog, in dem ſämmtliche Miniſter verſammelt waren, wandte Herr von Sémonville ſeine Rede an

Digitized by Google

den Herzog von Raguſa und deſſen Umgebung und erging ſich in den bitterſten Klagen über Polignac und ſeine Collegen. Alle Anweſende ſtimmten ihm bei. „Sie ſtürzen die Monarchie“ rief man aus, „und dieſe muß um jeden Preis gerettet werden.“ Der Gouverneur der Tuilerien, Baron von Glandeves, ein treuer, in Glück und Unglück bewährter Anhänger des königlichen Hauſes, forderte den Marſchall auf, die Miniſter zu verhaften und bot ihm ſeinen Degen an, ſofern er deſſen bedürfte. Der Herzog von Raguſa ſchwankte, als Graf Peyronnet eintrat und die beiden Pairs auf das Dringendſte einlud, keinen Augenblick zu verlieren, ſondern ſich nach St. Cloud zu begeben und dem Könige die Lage der Dinge zu ſchildern. Ein Wagen war bald bereit, und während ſie im Begriff waren, durch die große Allee der Tuilerien zu fahren, trat ihnen wieder Peyronnet entgegen, der, mit der einen Hand nach St. Cloud, mit der andern zurück nach Paris weiſend, ihnen zurief: „Eilen Sie! Eilen Sie!“ Die Gebehrde, die nur die Dringlichkeit der Umſtände darſtellen ſollte, wurde anders verſtanden, als ſie gemeint war. Denn als die beiden Pairs ſich umwandten, ſahen ſie einen Wagen, der ihnen folgte; es war jener des Fürſten von Polignac; und der Marquis von Sémonville glaubte, daß Alles daran gelegen ſey, dieſem zuvorzukommen.

Zu St. Cloud hatte inzwiſchen die Beſtürzung ihren höchſten Grad erreicht; nur der König bewahrte dieſelbe Ruhe und Gleichgültigkeit, mit der er von Anfang dem ſich anſammelnden Sturme entgegengeſehen hatte. Der Herzog von Mortemart, der mit einiger Vorliebe für gemäßigt liberale Anſichten den ritterlichen Sinn des alten Edelmannes und die unverbrüchlichſte Treue gegen die Perſon des Königs verband, war auf die erſte Kunde von dem Erlaſſe der Ordonnanzen herbeigeeilt, um ſeinen Poſten als Obriſt der „hundert Schweizer“ im Schloſſe einzunehmen. Er war am Mittwoch Abend durch Verſailles gekommen und hatte hier die ganze Stadt in Aufruhr gefunden. Am andern Morgen in aller Frühe erhielt er eine Audienz beim Könige, dem er offen darlegte, wie weit die Bewegung bereits um ſich gegriffen habe und wie geringe Wahrſcheinlichkeit noch für ihre Unterdrückung ſey. Karl X. erwiderte: der Herzog übertreibe den wahren Stand der Dinge. Er ſey gewiß ein treuer Diener; die Vorgänge der letzten Tage hätten aber nicht mehr zu bedeuten, als einſt der Auflauf der Straße St. Dénis; man werde leicht damit zum Ziele kommen. „Sie ſind jung,“ ſetzte er hinzu, „in der Revolution geboren, ſehen Sie die Dinge nach den neuen Vorſtellungen an und laſſen ſich durch das

Digitized by Google

geringſte Geräuſch überraſchen; ich meinerſeits habe die Ereigniſſe nicht vergeſſen, die ſich vor vierzig Jahren zugetragen; ich will nicht, wie mein Bruder, auf den Karren, ich will lieber zu Pferde ſteigen.“ — Der Herzog von Mortemart entgegnete: „Ich fürchte, Sire, daß Sie bald dazu genöthigt ſeyn werden.“ — „Wir werden ſehen, wir werden ſehen,“ ſagte Karl X. und entließ den Herzog, den er als einen unerfahrenen jungen Menſchen behandelte, weil derſelbe die Jahre des kräftigen Mannesalters noch nicht überſchritten hatte.

Bei der Nähe der Stadt Verſailles, von wo der königliche Palaſt zu St. Cloud ſtündlich bedroht werden konnte, hielt man es für dringend nothwendig, in derſelben zur Herſtellung der Ordnung mit Kraft einzuſchreiten. Im Hofe des Schloſſes befanden ſich zwei Compagnien Gardes-du-Corps, die man dieſer nicht ganz leichten Aufgabe in einer Stadt von 40,000 Einwohnern vollkommen gewachſen glaubte; leider fehlte es an einem Anführer, der nach den Vorſchriften der Etiquette durch ſeinen alten Adel befähigt geweſen wäre, die ausgezeichnete Truppe zu commandiren. Endlich entſchloß ſich der Dauphin, dem General Vincent, der ſeine Dienſte anbot, den Befehl zu übertragen. General Vincent nahm noch 200 berittene Gensdarmen mit ſich, die den Dienſt in der Nähe des Schloſſes hatten, und brach gegen Verſailles auf. Als er bis auf einen Flintenſchuß von der Stadt gekommen war, ließ er ſeine Leute halten und näherte ſich allein der Barrière. Er verlangte eine Beſprechung mit den ſtädtiſchen Behörden, und bald darauf erſchien der Bürgermeiſter, dem eine zahlreiche Abtheilung der Nationalgarde folgte. Dieſe war auf das Aeußerſte erregt, doch gelang es den Vorſtellungen des Generals, ſie zu beruhigen, als mit einem Male ein Haufe von Menſchen aus den niederen Volksclaſſen, mit Gewehren, Piſtolen oder Säbeln bewaffnet, unter wildem Geſchrei aus der Stadt brach. General Vincent hielt es jetzt für gerathen, ſich auf ſeine Truppe zurückzuziehen; aber in dem Augenblicke, in dem er dieſelbe erreichte, verließen ihn die Gensdarmen und gingen zum Volke über. Es blieb ihm nichts Anderes übrig, als die Gardes-du-Corps nach St. Cloud zurückzuführen.

Wenige Stunden nach dieſem Vorgange trafen die Herren von Sémonville und d'Argout, und beinahe gleichzeitig auch der Fürſt Polignac nebſt den übrigen Miniſtern zu St. Cloud ein. Der Marquis von Sémonville, dem die drohende Gefahr ſeine Jugendkraft wiedergegeben zu haben ſchien, ſtellte ſich Polignac in den Weg und erklärte ihm laut vor der ganzen umſtehenden Menge der Höflinge: er wolle

Digitized by Google

dem Präſidenten des Miniſterrathes den Vortritt nicht ſtreitig machen; denn dieſer habe allerdings noch eine wichtige Pflicht zu erfüllen. Er müſſe den König von der wahren Lage der Dinge unterrichten, die Ordonnanzen auf der Stelle zurücknehmen und ſeine Entlaſſung nehmen, um einem bedeutenden und bei der Nation beliebten Manne Platz zu machen, dem es vielleicht noch gelingen könne, die Trümmer der Monarchie zu retten. Damit eröffnete er dem Fürſten den Durchgang, der, ohne ein Wort zu erwidern, in das Schloß trat. Einen Augenblick darauf wurde Sémonville zum Könige berufen. Polignac, der ihn im Vorzimmer erwartete, ſagte ihm: „Sie glauben eine Pflicht erfüllen zu müſſen, indem Sie unter den gegenwärtigen Umſtänden hieher kommen; ich habe dem Könige Ihre Anweſenheit gemeldet. Sie klagen mich an; an Ihnen iſt es zuerſt zu ſprechen.“ In demſelben Augenblicke öffnete Fürſt Polignac die Thür, und der Marquis von Sémonville befand ſich vor Karl X. Der König empfing ihn ruhig und ernſt, und ohne das geringſte Zeichen innerer Erregung. Er hörte mit ungläubiger Miene die Schilderung, die der Marquis ihm von dem Zuſtande der Hauptſtadt und von der drohenden Wendung des Kampfes machte; wies die Bitten, mit denen derſelbe ihn beſtürmte, zurück und erklärte, daß alle Maßregeln getroffen wären, um den Aufruhr bei Zeiten zu unterdrücken. Nachdem Herr von Sémonville umſonſt alle Gründe der Politik und der Menſchlichkeit erſchöpft hatte, von denen er hoffte, daß ſie auf das Gemüth des Königs einen Eindruck hervorbringen könnten, rief er endlich in der Verzweiflung aus: „Aber die Dauphine! Denken Sie an die Dauphine, Sire!“ Die Herzogin von Angoulême war auf einer Reiſe begriffen, die ſie allerdings einer ernſten Gefahr ausſetzen konnte, wenn ſie das Unglück hatte, einem Haufen erbitterten Pöbels in die Hände zu fallen. Karl X. wurde durch dieſe Erinnerung ſichtlich bewegt; und Herr von Sémonville benutzte die Stimmung, in der er den greiſen Monarchen ſah, um ihn, wo möglich, doch noch zu einer Entſcheidung zu drängen, wie er ſie wünſchte. „Wenn in einer Stunde nicht die Ordonnanzen zurückgenommen ſind,“ fuhr er fort, indem er dem Könige zu Füßen fiel, „kann Alles verloren ſeyn. Das einzige Unglück, welches Madame noch nicht erfahren hat, in einem Leben, das unter Thränen verfloſſen iſt, das Unglück, die Mißhandlungen einer gereizten Volksmaſſe zu erdulden, kann ihr bevorſtehen, wenn bei ihrer Durchreiſe an einem Orte, wo die Behörden keine Macht mehr haben, die Fortdauer des blutigen Kampfes in Paris bekannt wird.“ Karl X.

Digitized by Google

ließ das Haupt auf die Bruſt ſinken, Thränen traten ihm in die Augen und er ſagte mit halb erſtickter Stimme: „Ich werde mit *meinem* Sohne ſprechen; er ſoll den Miniſterrath verſammeln“*).

Der König war tief erſchüttert, aber die Feſtigkeit ſeines Willens blieb ungebeugt. In dem Miniſterrathe, der unmittelbar darauf gehalten wurde, äußerte er über den Marquis von Sémonville: „der Großreferendar ſehe ſchlecht, weil er ſich zu ſehr mit der liberalen Partei eingelaſſen habe.“ Von den Miniſtern beharrte nur Fürſt Polignac noch in der gleichen Starrheit; alle Uebrige ſchwankten oder gaben ihre Sache unbedingt verloren. Peyronnet geſtand unumwunden ein, daß das Miniſterium vom 8. Auguſt nur ein Hinderniß für die Krone ſey, wenn noch eine Uebereinkunft mit den Aufrührern in Paris möglich wäre. Karl X. allein begriff, daß jeder Verſuch, eine *Ausgleichung* mit der revolutionairen Partei vergeblich ſeyn müſſe; daß jedes Zugeſtändniß, das man dieſer mache, nur ein zweites zur Folge haben würde, bis man zuletzt nichts mehr zuzugeſtehen hätte; und daß daher keine andere Wahl bleibe, als zu ſiegen oder mit Ehren zu fallen, da man durch feige Nachgiebigkeit doch den Untergang nur verzögern, aber nicht mehr vermeiden könne. In dieſer Stimmung war der König, als der Baron von Vitrolles gemeldet wurde: ein alter Vertrauter, der auf Karl X. immer einen nicht unbedeutenden Einfluß ausgeübt hatte, weil er zugleich ein vollendeter Hofmann und der entſchiedenſte Anhänger der äußerſten ultraroyaliſtiſchen Richtung war. Herr von Vitrolles entdeckte dem Könige die volle Wahrheit über den Stand der Dinge in Paris. Die Truppen könnten nicht mehr widerſtehen; in dem Stadthauſe habe eine aufrühreriſche Municipalbehörde ihren Sitz, die von hier aus die Empörung leite; die Verſammlungen der Abgeordneten hielten ihre Berathungen unter dem Schutze der dreifarbigen Fahne; nur durch augenblickliche Zugeſtändniſſe laſſe ſich dem Alles verſchlingenden Einfluſſe des Herrn von Lafayette ein Ziel ſetzen. Jetzt gab Karl X. ſich überwunden; im entſcheidenden Augenblicke fehlte

*) Die Scene, wie Louis Blanc ſie ſchildert (T. I. p. 271), iſt beſſer auf den Effect berechnet, widerſpricht aber den Ausſagen des Fürſten von Polignac, des Grafen Peyronnet und des Marquis von Sémonville vor dem Pairsgerichtshofe, und ſcheint aus einer nicht ganz zuverläſſigen Quelle (Mémorial de l'hôtel de ville par Hippolyte Bonnelier. Paris 1835. 8. p. 48—53) entlehnt. Auch Capefigue (L'Europe. T. II. p. 66—68) ſcheint den Auftritt willkürlich ausgeſchmückt zu haben; wir halten uns an das amtliche Protocoll über die Ausſage Sémonville's vor dem Pairshofe.

Digitized by Google

dem königlichen Greiſe die Kraft, um das Wort wahr zu machen, das er oft genug wiederholt hatte, und gleich ſeinem Ahnherrn Heinrich IV. perſönlich zu Pferde zu ſteigen: er war vernichtet. Die Miniſter, durch Herrn von Vitrolles dazu aufgefordert, nahmen unverweilt ihre Entlaſſung; und es war jetzt nur noch die Frage, wer in der hoffnungsloſeſten Auflöſung aller geordneten Verhältniſſe an die Spitze der Verwaltung treten, mit dem ſiegreichen Aufſtande unterhandeln und nicht ihm Zugeſtändniſſe machen, ſondern von ihm die Zugeſtändniſſe erlangen ſollte, die derſelbe zu bewilligen noch geneigt war. Der Baron von Vitrolles, der bereits am Mittwoch es unternommen hatte, unter der Hand die Geſinnungen der gemäßigteren Liberalen zu erkunden, nannte den Namen des Herzogs von Mortemart, deſſen politiſche Anſichten zwar dem Könige vielfachen Anſtoß gaben, deſſen Charakter aber jede Bürgſchaft bot, die man unter den obwaltenden Umſtänden wünſchen konnte. Dennoch war Karl X. nur nach langem Sträuben eine unwillige Zuſtimmung abzunöthigen. Er ſagte den Miniſtern, nachdem dieſe in tiefer Niedergeſchlagenheit ihre eigenen Entlaſſungen ausgefertigt hatten: „ſie hätten mit ihm das Gute gewollt; wenn er ihre Entlaſſung annähme, ſo bewahre er ihnen doch ſeine Achtung als treuen Dienern; er weiche nur der Gewalt der Umſtände." Die Miniſter verließen das Cabinet mit Thränen in den Augen und mit verzweifelnder Geberde; nur der Siegelbewahrer blieb noch einige Augenblicke zurück, um eine von ihm mit eigener Hand geſchriebene Ordonnanz zu unterzeichnen, die den Herzog von Mortemart zum Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten mit dem Vorſitze im Miniſterrathe ernannte.

Der Herzog von Mortemart hatte nach ſeiner erſten Audienz beim Könige den Entſchluß gefaßt, ſeine Pflicht als Officier zu thun, und ſich von aller Einmiſchung in die politiſchen Angelegenheiten entfernt zu halten. Er mußte nicht wenig erſtaunt ſeyn, als er vor den König beſchieden und von dieſem aufgefordert wurde, an die Spitze der Verwaltung zu treten. Seine erſte Bewegung war eine entſchiedene Weigerung; um dieſelbe nicht als eine bloße Aeußerung übler Laune erſcheinen zu laſſen, berief er ſich auf ſeine Unkenntniß der Perſonen, die eine Folge ſeines langen Aufenthaltes außerhalb Frankreichs ſey, und die ſo weit gehe, daß er kaum die Namen der Parteihäupter wiſſe. Man ſtürze ihn in ein Meer, deſſen Ufer er nicht kenne. Sein Leben gehöre dem Könige; aber man möge es auf nützliche Weiſe verwenden; nur an der Spitze ſeiner Compagnie ſey er an ſeinem Platze. Je

Digitized by Google

hartnäckiger der Herzog auf ſeiner Ablehnung beharrte, um ſo lebhafter drängte ihn der König, der ihm zuletzt nicht ohne Bitterkeit ſagte: „Es ſind die Häupter der Bewegung in Paris, die Sie als erſten Miniſter bezeichnet haben; Sie allein ſind im Stande, die letzten Trümmer der Monarchie zu retten.“ Der Herzog von Mortemart weigerte ſich fortwährend und wich vor dem Könige, der ſeine Ernennung in der Hand hielt, um ſie ihm zu übergeben, bis an die Wand zurück, wo der König ihm das Papier in die Degenkoppel ſteckte, indem er ſagte: „Sie weigern ſich alſo, meine Krone und den Kopf meiner Miniſter zu retten?“ Einer ſolchen Aufforderung konnte Herr von Mortemart nicht widerſtehen. Die Herren von Vitrolles und von Argout wurden gerufen, um die Maßregeln zu berathen, die der anzuknüpfenden Unterhandlung vorangehen mußten. Die Zurücknahme der Ordonnanzen fand keine Schwierigkeit; nur mit Widerſtreben willigte Karl X. dagegen in die Herſtellung der Nationalgarde. Er wollte den Befehl über dieſelbe dem Marſchall Maiſon übertragen, wie Ludwig XVIII. bereits im Jahre 1814 gethan hatte. Herr von Vitrolles, der Lafayette nicht zu nennen wagte, bemerkte, man müſſe den Namen des Commandirenden unausgefüllt laſſen. Zuletzt wurde die Einberufung der aufgelöſten Kammer auf den 3. Auguſt feſtgeſetzt. Leichter als für dieſe Maßregeln war die Zuſtimmung des Königs für die Ernennungen zu erlangen, die man ihm vorſchlug. Herr von Vitrolles hatte in Erfahrung gebracht, daß General Gérard und Caſimir Périer einer zahlreichen Partei in der Abgeordnetenkammer willkommen ſeyn würden. Der letzte war Karl X. auf ſeiner Reiſe durch den Elſaß bekannt geworden, wo derſelbe ihn in ſeiner Fabrik an der Spitze der feſtlich geſchmückten Arbeiter empfangen hatte; von dem erſten wußte er, daß er mit den Marſchällen Macdonald und Oudinot befreundet war, welche die aufrichtigſten Anhänger des Königthumes waren, und daß er ſich von jeder Theilnahme an geheimen Verſchwörungen entfernt gehalten hatte.

Ueber allen dieſen Verhandlungen war viele Zeit verſtrichen, und die Ereigniſſe hatten inzwiſchen in Paris ihren unaufhaltſamen Fortgang genommen. Der Kampf hatte beinahe mit Tagesanbruch auf allen Punkten, welche die Truppen noch beſetzt hielten, wieder begonnen. Da die königlichen Truppen auf dem rechten Seineufer in Maſſen gehäuft und durch Geſchütz gedeckt waren, ſo beſchränkten die Pariſer ſich hier darauf, aus den Fenſtern der nächſtgelegenen Häuſer oder hinter den Ecken der Straßen hervor auf ſie zu feuern. Nur ein-

Digitized by Google

zelne Haufen waren verwegen genug, gegen die Kanonen anzudringen, von denen ſie ſich niederſchmettern ließen, um durch ihren Tod die Ueberlebenden zu gleicher Hingebung zu begeiſtern. Erhebliche Vortheile wurden anfangs nur auf dem linken Seineufer errungen, wo noch mehrere vereinzelte Militairpoſten nicht abberufen waren, die einer nach dem andern genommen wurden. Die Gensdarmen aus der Caſerne der Rue Tournon entflohen mit Zurücklaſſung ihrer Gewehre, Säbel und Patrontaſchen, ſo wie ſich ein Volkshaufe, geführt von Zöglingen der polytechniſchen Schule, näherte. Das Depôt der Garde auf der Place de l'Eſtrapade lieferte ſeine Waffen aus. Der Poſten, welcher das Gefängniß Montaigu in der Nähe des Pantheon bewachte, leiſtete das Verſprechen, nicht auf das Volk zu feuern. Das Pulvermagazin bei dem Jardin des Plantes wurde in Beſitz genommen, ohne daß die Wachen den geringſten Widerſtand geleiſtet hätten. Das Pulver wurde nach dem Platze des Odeons gebracht, wo eine Menge Studenten und Arbeiter unter der Leitung einiger alten Soldaten damit beſchäftigt waren, Patronen zu verfertigen. Auf der Place St. Sulpice in der Nähe war eine Kugelgießerei angelegt, der man alles Blei und Zinn zuführte, deſſen man habhaft werden konnte. Zu einem ernſtlichen Kampfe kam es auf dem linken Seineufer nur um den Beſitz der Caſerne auf der Straße von Babylon, die von einer Abtheilung Schweizer beſetzt war. Drei Colonnen, deren jede etwa zwei- bis dreihundert Mann ſtark war, rückten von dem Platze des Odeons gegen die Caſerne an, die erſte gegen die Vorderſeite auf der Rue de Babylone, die andere gegen den Eingang auf der Rue Plumet und die dritte gegen die Gärten, welche von der Seite der Rue de Monſieur an die Caſerne ſtießen. Die beiden erſten Colonnen vermochten ſich der Caſerne kaum zu nähern, weil alle Fenſter mit Matratzen verhängt waren, hinter denen ein wohlgenährtes Gewehrfeuer gegen die Angreifenden unterhalten wurde. Die dritte Colonne wurde, als ſie in die Gärten einzudringen verſuchte, durch ein mörderiſches Gewehrfeuer empfangen, das von einem im Bau begriffenen Hauſe kam, in dem die Schweizer ſich feſtgeſetzt hatten. Sie wich in Unordnung zurück, nachdem einige der Vorderſten gefallen waren. Bald waren die Schweizer aber genöthigt, das unvollendete Gebäude, das ihnen zum Stützpunkte diente, zu verlaſſen, weil aus den Fenſtern der benachbarten Häuſer auf ſie geſchoſſen wurde. Die Angreifenden bemächtigten ſich der Gärten, ſo wie ſie das Dach eines auf der anderen Seite an die Caſerne ſtoßenden Hauſes einnahmen. Ungeachtet der

Digitized by Google

Unerſchrockenheit, mit der ſie ſich dem Feuer der Schweizer ausſetzten, hatten ſie jedoch wenig Ausſicht, den verzweifelten Widerſtand der Vertheidiger zu überwältigen, als ein Arbeiter auf den Gedanken fiel, den Eingang in die Caſerne durch Feuer zu erzwingen. Es wurde Stroh vor das Thor getragen und dieſes in Brand geſteckt. Jetzt hieß es unter den Schweizern: „Rette ſich, wer kann!“ Die meiſten entkamen mitten durch die Flintenſchüſſe, die von allen Seiten auf ſie gerichtet wurden; die anderen, die weder fliehen konnten, noch ſich ergeben wollten, wurden getödtet; unter dieſen ihr Anführer, der Major Dufay.

Nachdem die Stürmenden ihre Wuth an der geringen Zahl der Tapfern gebüßt hatten, die lebend in ihre Hände gefallen waren, ſammelte ſich der ganze Haufe von neuem auf der Rue de Sèvres und zog unter Trommelſchlag den Tuilerien zu. Aber ſchon war hier der Kampf entſchieden. Aus allen den kleinen Straßen, welche um die Kirche St. Germain l'Auxerrois gelegen ſind, drängten ſich Maſſen von Arbeitern, Studenten und jungen Leuten jedes Standes auf den Platz des Louvre, um den Palaſt, der von den königlichen Truppen gleich einer Feſtung vertheidigt wurde, mit Sturm zu nehmen. Zwei Schweizerbataillone, unter dem Befehle des Obriſten von Salis, waren zur Behauptung dieſes wichtigen Poſtens beſtimmt, und ſie vermochten denſelben ohne übergroße Anſtrengung zu halten, da ſie alle Vortheile der Stellung vor den Angreifenden voraus hatten. Durch das eiſerne Gitter, welches den Vorplatz von dem freien Raume des Platzes trennt, gegen den erſten Anlauf geſchützt, unterhielten ſie aus der Colonnade, in der ſie hinter den Säulen verſteckt ſtanden, ein furchtbares Feuer, das die Pariſer mit unerſchrockenem Muthe, aber ohne ſonderlichen Erfolg erwiderten. Es war gegen Mittag, als dem Herzog von Raguſa gemeldet wurde, daß die Linientruppen auf dem Vendômeplatze ſchwankten, und ſich mit den Bürgern in Verbindung zu ſetzen anfingen, welche ſie auf die Seite des Volkes hinüberzuziehen ſuchten. Es blieb kein anderes Mittel, ſich der Treue der zweifelhaften Regimenter zu verſichern, als indem man ſie vor jeder Berührung mit dem Volke bewahrte. Der Marſchall beſchloß, die Truppen von dem Vendômeplatze nach den Tuilerien und nach dem Platze Ludwigs XV. abmarſchiren zu laſſen, und ſie durch Schweizer zu erſetzen, von denen nicht zu fürchten war, daß ſie durch die Pariſer verführt werden würden. Ein Adjutant des Marſchalls überbrachte dem Obriſten von Salis den Befehl, ihm das eine ſeiner beiden Bataillone zuzuſchicken, da das andere zu der Vertheidigung des Louvre genüge. Herr von Salis

Digitized by Google

hatte ein Bataillon ſeit dem frühen Morgen im Feuer, während das zweite im Hofe des Louvre zur Reſerve aufgeſtellt war. Er hielt es für zweckmäßig, den Soldaten, die ſo lange im Gefechte geweſen waren, eine wenn auch nur augenblickliche Erholung zu gönnen und ließ ſie deshalb durch das Bataillon ablöſen, welches am Kampfe bisher noch keinen Theil genommen hatte. Durch eine Geiſtesabweſenheit, die unbegreiflich wäre, wenn es nicht zu viele Beiſpiele der wichtigſten Entſcheidungen gäbe, die ihre nächſte Veranlaſſung in ähnlichen Unbeſonnenheiten hatten, wurde zuerſt das Bataillon, welches die Colonnade des Louvre beſetzt hielt, zurückgezogen, ehe noch das andere deſſen Stelle eingenommen hatte. Kaum bemerkten die Pariſer, daß das Feuer der Schweizer nachließ und erloſch, als ſie im Augenblicke das Gitter überſtiegen oder ſprengten, in die Säle des Schloſſes drangen und aus den Fenſtern auf die im Hofe ſtehenden Truppen ſchoſſen. Die Schweizer, durch dieſen unerwarteten Angriff außer Faſſung gebracht, glaubten jetzt Alles verloren; und da ſie wohl wußten, welches Loos ihnen bevorſtand, wenn ſie in die Hände des Feindes fielen, ſtürzte ſich einer auf den andern, um in der wildeſten Flucht ſein Leben zu retten. Die beiden Bataillone kamen in völliger Auflöſung auf dem Carrouſſelplatze an, wo ſie ihre eigene Verwirrung den dort aufgeſtellten Garden mittheilten. Umſonſt ſuchte der Herzog von Raguſa die Fliehenden zu ſammeln. Mit Mühe gelang es ihm, eine ſchwache Schaar zuſammenzuhalten und in dem Hofe der Tuilerien den Volkshaufen entgegen zu führen, die ſich, durch den Erfolg ermuthigt und erhitzt, mit unwiderſtehlichem Ungeſtüm auf das geringe Häuflein der Treuen ſtürzten, die im erſten Anlaufe auseinandergeſprengt wurden. Die Maſſe der Fliehenden warf ſich jetzt unaufhaltſam durch die Tuilerien in den Garten des Schloſſes und durch den Garten auf den Platz Ludwigs XV., riß die Truppen, die auf dieſen Punkten noch in guter Ordnung ſtanden, mit ſich fort und wälzte ſich in einem verworrenen Knäuel, von den Flintenſchüſſen der Pariſer verfolgt, durch die Champs Elyſées und die Ebene von Chaillot dem Bois de Boulogne und der Straße von St. Cloud zu. Eine große Zahl der Soldaten warf in ihrem Schrecken nicht allein die Gewehre, ſondern auch die Uniformen von ſich; mehrere Officiere zerbrachen, als ſie ſich durch den Strom mit fortgeriſſen ſahen, in der Verzweiflung ihre Degen. An ein Halten war nicht mehr zu denken.

Inzwiſchen hatte der Volkshaufe, der zuerſt in das Louvre eingebrochen war, die Thüren der verſchloſſenen Gemächer geſprengt, und

Digitized by Google

war durch die lange Galerie des Muſeums in die Tuilerien geſtürzt. Bald waren die Säle des großen Palaſtes gefüllt; die Statuen der Könige wurden zertrümmert; die Portraits an den Wänden durch Piken und Bayonnette zerriſſen. In dem Thronſaale, in dem ſich eine Menge Arbeiter mit aufgeſtreiften Hemdsärmeln der königlichen Pracht gegenüber fanden, ſetzte ſich einer nach dem andern auf den Thron; zuletzt, als man des Spieles müde war, legte man den Leichnam eines Gefallenen darauf. Auf dem Gipfel des Gebäudes war die dreifarbige Fahne aufgepflanzt.

Die Mehrzahl der Sieger war aus den niedrigſten Volksclaſſen und von den unentbehrlichſten Bedürfniſſen des Lebens entblößt; Koſtbarkeiten lagen vor ihnen ausgebreitet, nach denen ſie nur die Hand ausſtrecken durften, um ſich für lange Zeit gegen den Mangel zu ſichern. Aber ſo ſehr waren alle von dem Gefühle ihrer Würde als Kämpfer für das, was ſie als die Volksfreiheit betrachteten, durchdrungen, daß ſie ſich für entehrt gehalten hätten, wenn in ihnen auch nur ein Gedanke an perſönliche Bereicherung aufgeſtiegen wäre. Viele der Eingedrungenen ſuchten ſich irgend etwas zuzueignen, was ſie als ein Andenken an den merkwürdigſten Tag ihres Lebens behalten wollten; Einzelne waren leichtfertig genug, ſich in die Gewande der Prinzeſſinnen zu hüllen, und ſchritten in der tollſten Vermummung einher; aber es wurde ſorgfältig darauf geachtet, daß kein Gegenſtand von Werth entfremdet wurde. Ein unglücklicher junger Menſch, der, durch den Anblick der, wie er glaubte, herrenlos gewordenen Reichthümer geblendet, ein ſilbernes Geräth von wenigen Franken am Werthe an ſich nahm, wurde nach kurzem Verhör auf der Stelle erſchoſſen. Kurze Zeit vorher, ehe das Louvre und die Tuilerien genommen wurden, waren andere Volkshaufen in den erzbiſchöflichen Palaſt in der Cité eingedrungen, weil man den Treubruch Karls X. eben ſo ſehr, wie ſeinen altmonarchiſchen Vorurtheilen, dem Einfluſſe der Geiſtlichkeit und beſonders dem Einfluſſe des Erzbiſchofs von Paris, Latil, zuſchrieb. Hier wurde furchtbarer gehauſt, als in den königlichen Schlöſſern, indem nichts der Zerſtörung entging, was durch Menſchenhände zu vernichten war. Prieſterliche Anzüge und Abzeichen, Kleinode und Koſtbarkeiten aller Art, die werthvollſten Bücher und Hausgeräthe wurden in die Seine geworfen; aber geplündert wurde ſo wenig, wie in den Tuilerien.

Mit dem Falle der königlichen Schlöſſer und der Flucht der Truppen, die ſie vertheidigten, war zwar der Sieg des Volkes entſchieden, aber

Digitized by Google

der Kampf in Paris doch nicht ſogleich beendigt. In der Rue de Rohan war bei der Räumung der Tuilerien eine Compagnie der Garde zurückgeblieben, die ſich dem Théatre français gegenüber in einem Eckhauſe feſtgeſetzt hatte, um die Verbindung zwiſchen dem Schloſſe und dem Palais Royal offen zu erhalten. Auch den Hofraum des Palais Royal, wie den Platz vor demſelben, hielten die Truppen noch beſetzt; und von dem Vendômeplatze, auf dem zwei Regimenter der Linie ſtanden, zogen die Reihen der Garde ſich über die Rue de la Pair und den Boulevard des Capucines bis zu der Magdalenenkirche. Auf allen dieſen Punkten dauerte das Gefecht mit größerer oder geringerer Hartnäckigkeit fort. Das Haus der Rue de Rohan wurde nach verzweifeltem Widerſtande genommen und die Mehrzahl der Vertheidiger getödtet. Der Capitain, der die Compagnie befehligte, wurde aus einem Fenſter des dritten Stockwerkes hinuntergeſtürzt; die Officiere und Soldaten, die nicht im Kampfe gefallen waren, wurden von den erbitterten Siegern hingemordet, nachdem ſie die Waffen niedergelegt hatten. Doch fehlte es auch nicht an Beiſpielen großmüthiger Schonung. Ein Lieutenant, der ſich mit ſeinen Leuten von Stockwerk zu Stockwerk vertheidigt hatte, war zuletzt in eine Kammer gedrängt worden, in die er ſich einſchloß. — „Tod dem Officier!“ ſchrie die wüthende Menge. Er öffnete und fiel ſogleich, von mehreren Bayonnetſtichen durchbohrt. Aber zwei der Angreifenden ſchloſſen ihn in ihre Arme, und brachten ihn mit Gefahr ihres Lebens in Sicherheit. Ein anderer Officier, der ſich unter einem umgefallenen Wandſchirme verborgen, wurde von einem der Verfolger entdeckt, der aber durch Liſt ſeine Kameraden zu entfernen wußte, und dem Unglücklichen die Mittel gab, ſich unter dem Schutze einer Verkleidung zu retten. Ein dritter Officier, der tödtlich verwundet war, hatte wenigſtens den Troſt, daß ſeine Sterbeſtunde durch den freundlichen Zuſpruch eines ſeiner Gegner verſüßt wurde, der ihm das Wort gab, ſeinen letzten Willen zu vollziehen.

Die Truppen der Garde, die zur Vertheidigung des Palais Royal beſtimmt waren, ſtanden theils auf dem Platze, theils auf dem innern Hofe des Palaſtes in guter Ordnung. Eine Schaar der empörten Pariſer drang durch die Rue Montpenſier gegen das Gitter vor, welches hier den Zugang zum Hofe verſchließt. Einer der Angreifenden hatte den Muth, über das Gitter zu ſpringen, und fand ſich auf einmal allein mitten unter den Gardiſten und Schweizern. Er war gefangen, nahm aber ſogleich den Ton des Unterhändlers an, und vermochte den befehligenden Officier, der von der Flucht des Herzogs von Raguſa bereits durch das Sieges-

Digitized by Google

geſchrei des Volkes unterrichtet war, zur Vermeidung unnützen Blutvergießens den Palaſt zu räumen.

Die äußerſten Poſten der Truppen auf dem Vendômeplatze hatten den Strom der Fliehenden geſehen, der ſich von den Tuilerien nach den Champs Elyſées ergoß. Die Niederlage der Garde war in den Reihen bekannt geworden, und die Soldaten, die von Anfang nicht ſehr geneigt geweſen waren, gegen das Volk zu kämpfen, gaben jetzt durch die unzweideutigſten Zeichen zu erkennen, daß es ſchwer fallen würde, ſie noch lange unter den Fahnen zu halten. General Wall, der einen anſtändig gekleideten Mann in der Nähe ſah, ritt an ihn heran und fragte ihn, ob er Caſimir Périer kenne? Es ſey von der höchſten Wichtigkeit, ihn ſogleich in Kenntniß zu ſetzen, daß der König ihn zu ſprechen wünſche. Caſimir Périer war nicht zu Hauſe; als er ſpäter die Botſchaft erfuhr, antwortete er durch ein Achſelzucken und durch eine ſtolze Zurückweiſung.

Mit dem Wechſel des Glücks hatte ſich die Stimmung der bisher noch Unſchlüſſigen, Furchtſamen, Schwankenden gar ſehr geändert. Laffitte hatte ſein Wort gehalten, das er Tages vorher dem Herzog von Raguſa gegeben. Der charakterfeſte, entſchloſſene Mann, der klug genug war, zu berechnen, daß er von der Kühnheit Alles zu hoffen und nicht mehr zu fürchten hatte, als bei der furchtſamſten Vorſicht, hatte ſich vom frühen Morgen an offen für den Aufſtand erklärt. In dem Hofe ſeines Hôtels wurden die Patronen vertheilt, die man in der von den Truppen verlaſſenen Caſerne der Rue verte in beträchtlicher Maſſe gefunden hatte. Gegen eilf Uhr, als man bereits wußte, daß das Volk in dem Kampfe gegen die Truppen überall im Vortheile war, ſtellten ſich allmälig einzelne der Abgeordneten ein, die ſich in der Nacht unter ſo verſchiedenartigen Bewegungen getrennt hatten. Bald wurde die Einnahme des Louvre und der Tuilerien gemeldet und kurze Zeit darauf erſchien ein Sergeant vom 53ſten Linienregimente, der ankündigte, daß ſein Regiment bereit ſey, ſich mit dem Volke zu vereinigen, und daß er den Auftrag habe, dies dem General Gérard anzuzeigen. Gérard, der ſich unter den Anweſenden befand, erklärte, daß er von dem Augenblicke, wo das Regiment überträte, ſeine Uniform anlegen und den Befehl über die Volstruppen übernehmen werde. Von ihm aufgefordert, begab ſich der Obriſt Heymes, einer ſeiner früheren Waffengefährten, mit dem Sergeanten nach dem Vendômeplatze. Der alte Krieger dringt durch die Reihen der Soldaten zu dem Obriſten, der das Regiment befehligt und von dem Abfalle, den ſeine Truppe

Digitized by Google

bereits beſchloſſen hat, nichts wiſſen will. Aber die jüngeren Officiere äußern laut ihre Zuſtimmung und ihren Beifall, der Obriſt wird mit fortgeriſſen, und das Regiment ſetzt ſich unter Trommelſchall nach dem Hôtel Laffitte in Marſch. Bald iſt der ganze geräumige Hof mit Soldaten gefüllt. Fünf Officiere, die in den Saal treten, in dem Laffitte, an einer Verſtauchung des Fußes leidend, auf einem Lehnſeſſel ausgeſtreckt liegt, geben für ſich und im Namen ihrer Cameraden ihr Wort, daß ſie die Waffen nicht wieder gegen das Volk kehren würden. Alles iſt in der freudigſten Aufregung, als mit einem Male ein lebhaftes Gewehrfeuer ganz in der Nähe erſchallt. „Die königliche Garde dringt vor, ſie greift das Hôtel an!“ rufen einige ängſtliche Stimmen. Die äußerſte Beſtürzung zeigt ſich auf allen Geſichtern; jeder ſucht ſich ſo gut zu retten, als er kann; und Laffitte ſieht ſich in dem großen Saale, in dem wenige Augenblicke vorher eine zahlreiche Geſellſchaft vereinigt war, allein. Seine Gattin iſt in Ohnmacht gefallen; nur ein Neffe iſt bei ihm zurückgeblieben. Es war ein falſcher Lärm, den die Freudenſchüſſe veranlaßten, welche durch den Sieg berauſchte Leute aus dem Volke in die Luft feuerten. Das fünfte Linienregiment, welches neben dem 53ſten aufgeſtellt war, folgte dieſem auf dem Fuße. Obriſt Heymes erkannte in dem commandirenden Obriſtlieutenant einen Kriegsgefährten aus der Kaiſerzeit; er ſprach mit ihm einige Worte; und der Obriſtlieutenant ließ ſein Regiment ſich nach der Rue Artois in Bewegung ſetzen, wo daſſelbe vor dem Hôtel Laffitte Halt machte.

So wie man erſt die Gewißheit hatte, daß von den Truppen nichts mehr zu fürchten ſey, weil ſie entweder auf die Seite des Volkes getreten waren oder Paris geräumt hatten, drängte ſich Alles in das Hôtel Laffitte, was auf den Gang der Ereigniſſe einigen Einfluß zu üben oder von demſelben wenigſtens bei Zeiten unterrichtet zu ſeyn wünſchte. Die Neugierigen waren auf die Dächer der Nachbarhäuſer geſtiegen, um zu ſehen, was im Inneren vorging. Gegen zwölf Uhr waren alle in Paris anweſende Abgeordnete, etwa 30 oder 40 an Zahl, eingetroffen, und die Verſammlung wurde unter dem Vorſitze Laffitte's eröffnet. Es war hohe Zeit. Denn wenn die Geſetzgeber noch länger geſäumt hätten, ſo war zu erwarten, daß das Volk, wie es ſich allein der bewaffneten Macht erwehrt hatte, auch ſeine Angelegenheiten allein geordnet haben würde. Schon am Abend hatte eine Anzahl Bürger, die in dem Hauſe der Brüder Garnier Pagès vereinigt waren, beſchloſſen, daß der General Lafayette, General Gérard und der Herzog von Choiſeul, der als einer der freiſinnigſten Pairs

Digitized by Google

bekannt war, eingeladen werden ſollten, die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten zu übernehmen. Am Morgen waren alle Straßenecken mit Anſchlägen bedeckt, welche den Bürgern von Paris bekannt machten, daß eine vorläufige Regierung eingeſetzt ſey, die aus den Generalen Lafayette und Gérard und dem Herzoge von Choiſeul beſtehe. Sobald die Verſammlung der Abgeordneten eröffnet war, gab Laffitte dem feurigen Mauguin das Wort. Dieſer erklärte, daß er nichts weiter zu ſagen habe, als was er von Anfang geſagt habe; nur hege er die Hoffnung, daß es jetzt beſſer aufgenommen werden würde. „Der Muth der Pariſer hat uns unſer Benehmen vorgezeichnet. Es ſcheint mir daher, daß wir uns beeilen müſſen, jene vorläufige Regierung einzuſetzen, die ſie durch eine kühne Unwahrheit geſtern ſchon als beſtehend angekündigt haben.“ Ein Abgeordneter, der eben vom Lande angekommen war, unterbrach den Redner: „Wie? wirklich? So ſchnell? — Ich dächte doch —“ General Sebaſtiani wandte ſich gegen den allzu Vorſichtigen und bemerkte lächelnd: „Es handelt ſich nur um eine Sicherheitsmaßregel.“

In dieſem Augenblicke wurde General Gérard herausgerufen. Bürger, die von dem Hôtel de Ville kamen, verlangten ihn zu ſprechen, da ſie gehört hatten, daß Lafayette noch nicht da ſey. Sie meldeten, daß das Hôtel de Ville vom Feinde gereinigt ſey, und daß fortwährend Menſchen kämen, die nach der vorläufigen Regierung fragten. Man habe ihnen bis jetzt geantwortet, daß Niemand zugelaſſen werde; aber es ſey ſehr zu wünſchen, daß der General erſchiene, um ſeine Befehle zu geben; denn noch ſey die Sache nicht beendigt. General Gérard erwiderte, daß er zu keiner vorläufigen Regierung gehöre, und nicht wiſſe, warum man dies Gerücht verbreitet habe. Wenn er ſich an die Spitze des Volkes ſtellen ſollte, würde er dies nicht ohne ſeine Collegen thun. Inzwiſchen kam Lafayette, an den ſich jetzt die Bürger wandten. „Meine Freunde,“ antwortete er, „ich habe keinen heißeren Wunſch, als heute wieder anzufangen, was ich im Jahre 1789 gethan habe. Euer Muth überraſcht mich nicht, aber er rührt und verjüngt mich. Ich will meinen Collegen nur zwei Worte ſagen, und bin dann ſogleich zu Euren Dienſten.“ So wie Lafayette in den Saal trat und ſeinen Entſchluß ankündigte, rief der ſonſt nichts weniger als den revolutionairen Erinnerungen befreundete Bertin de Vaur mit erkünſteltem oder in dieſem Augenblicke vielleicht ſogar wahrem Enthuſiasmus: „Wenn wir Bailly, den tugendhaften Maire von Paris im Jahre 1789, nicht mehr wiederfinden können, ſchätzen wir uns glücklich

den erlauchten Führer der Nationalgarde aus jener Zeit wiedergefunden zu haben." Es wurde einmüthig beſchloſſen, daß General Lafayette den Oberbefehl über die Nationalgarden, General Gérard den Befehl über die thätig zu verwendende bewaffnete Macht haben ſollte. Es wurde hierauf in der Berathung über die Einſetzung der vorläufigen Regierung fortgefahren, die Mauguin verlangt hatte. Guizot ſchlug vor, daß man ſtatt einer vorläufigen Regierung eine Municipalcommiſſion zur Leitung der öffentlichen Angelegenheiten ernennen möge, weil die Wirkſamkeit derſelben für das Erſte doch nur auf die Stadt Paris beſchränkt ſey. Dieſer Vorſchlag, der im ſchlimmſten Falle immer noch die Möglichkeit einer Ausgleichung mit dem Hofe übrig ließ, fand allgemeinen Beifall, und man ſchritt ſogleich zu der Wahl der Mitglieder der neuen Commiſſion. Die Namen, welche die meiſten Stimmen vereinigten, waren Caſimir Périer, Laffitte, Gérard, Odier und der Graf von Lobau; ein ſeltſames Gemiſch, dem ein ſo entſchiedener Charakter, wie Laffitte ſchwerlich beigegeben worden wäre, wenn ſein Name nicht unentbehrlich erſchien, um die zweideutige Haltung ſeiner Collegen zu verdecken, da kein einziger derſelben eher als im letzten Augenblicke und auch da noch zögernd für den Aufſtand Partei ergriffen hatte. Odier fühlte, daß er der wichtigen Stellung nicht gewachſen war, die man ihm zugewieſen; Laffitte, der bereits ganz andere Plane entworfen hatte, entſchuldigte ſich mit ſeinem Fußleiden, und General Gérard machte darauf aufmerkſam, daß ſeine militairiſchen Obliegenheiten ihm die Theilnahme an den Berathungen der Commiſſion nicht geſtatteten. An ihre Stelle traten von Schonen, Audry de Puyraveau und Mauguin, die nach ihnen die meiſten Stimmen gehabt hatten*), und denen man allerdings auf keine Weiſe den Vorwurf machen konnte, daß ſie an revolutionairem Eifer hinter irgend einem ihrer Mitbürger zurückgeblieben wären. Die urſprünglichen Wahlen der Municipalcommiſſion, ſo wie die Ernennung Lafayette's zum Haupte der Nationalgarde, ſtatt zum Anführer der geſammten bewaffneten Macht, ſprechen aber deutlich genug die Geſinnung aus, von der die Mehrheit der Abgeordneten beſeelt war. Nur ein verhältnißmäßig geringer Theil der Nationalgarde hatte mitgekämpft; indem man ſie nach dem Siege voranſtellte, konnte die Abſicht keine andere ſeyn, als die gährenden Maſſen, die augenblicklich auf den Straßen

*) So erzählt den Hergang Pépin (Deux ans de règne. 3e édition. Paris 1834. 8.) pag. 85.

Digitized by Google

und auf den öffentlichen Plätzen die Oberhand hatten, zur Ordnung zurückzuführen; und daß dieſer Wunſch in der That jeden andern überwog, wurde ohne Scheu durch die Bekanntmachung an den Tag gelegt, welche die Bewohner der Hauptſtadt von der Einſetzung der Municipalcommiſſion unterrichtete. In dieſem Actenſtücke, dem erſten, das ſeit der Proteſtation gegen die Ordonnanzen das Daſeyn einer Verſammlung von Abgeordneten bekundete, hieß es:

„Die zu Paris anweſenden Abgeordneten haben ſich vereinigen müſſen, um den ernſten Gefahren zu begegnen, welche die Sicherheit der Perſonen und des Eigenthumes bedrohen. Eine Commiſſion iſt ernannt worden, um bei der Abweſenheit jeder regelmäßigen Organiſation über die Intereſſen Aller zu wachen.“

Eine ſolche Sprache, in dem Augenblicke, in dem die arbeitende Bevölkerung und die Jugend die königlichen Truppen aus der Stadt hinausgeſchlagen hatte, konnte den würdigen Abgeordneten bei der ungünſtigſten Wendung der Dinge unmöglich zum Verbrechen angerechnet werden; und ſie war in der That eher geeignet, denſelben den Dank der Regierung zu verdienen, ſobald es dieſer gelang, den Aufruhr der Hauptſtadt durch feſte Behauptung ihres Anſehens in den Provinzen zu unterdrücken, da man ſich wohl gehütet hatte, durch die leiſeſte Andeutung eine Parteinahme zu verrathen.

Der greiſe Lafayette war viel zu ehrlich und ermangelte zu ſehr jedes tieferen politiſchen Blickes, als daß er von dem geheimen Vorbehalte ſeiner Collegen eine Ahnung gehabt hätte. Er zog an der Spitze der Municipalcommiſſion im Triumphe dem Hôtel de Ville zu, auf den Straßen, aus den Fenſtern, von den Dächern durch den vieltauſendſtimmigen Ruf: „Es lebe die Freiheit! Es lebe Lafayette!“ begrüßt, und den Grüßenden mit einer freundlichen Bewegung der Hand, mit einem wohlwollenden Lächeln dankend, wie vor vierzig Jahren, als er noch in jugendlicher Kraft zuerſt ſich einer Volksgunſt erfreute, wie ſie vor ihm nur wenigen Sterblichen zu Theil geworden war. Als der Zug nach der Rue aux Fers kam, wurde er von einer Wolke dreifarbiger Bänder bedeckt, die aus den Fenſtern herabgeworfen wurden. Lafayette befeſtigte eins derſelben an ſeinem Hute; ſeine Begleiter folgten ſeinem Beiſpiele. Auf dem Grèveplatze wurde ihm eine Anzahl Verwundeter vorgeſtellt, die er einen nach dem andern an ſein Herz drückte. In dem Hôtel de Ville waren ihm, als er ſich demſelben näherte, bereits drei Männer zuvorgekommen, die, ohne einen

Digitized by Google

andern Auftrag, als den ſie ſich ſelbſt ertheilt, vorläufig die Gewalt an ſich gezogen hatten.

Während des Kampfes am Morgen des 29., wie Tages vorher, verlangte das Volk laut nach Anführern, die ſich aber nirgend zeigen wollten, ſo lange der Ausgang noch nicht entſchieden war. Da hatte ein verabſchiedeter Officier der Kaiſerzeit, der Obriſt Dubourg, der mit dem verantwortlichen Herausgeber des Conſtitutionel, Evariſte Dumoulin, nahe befreundet war, den Einfall, eine Generalsuniform anzuziehen, und ſich dem Volke zum Anführer anzubieten. Bald waren einige Hundert Menſchen um ihn verſammelt, mit denen er ſich nach dem Hôtel de Ville begab. Hier ergriff er Beſitz von dem Geſchäftszimmer des Seinepräfecten und ließ ſogleich eine Menge Befehle von ſich ausgehen, welche die Umſtände zu erfordern ſchienen. Der eine dieſer Befehle ſtellte alle öffentlichen Kunſtwerke unter den Schutz der Nation; ein anderer betraf die Pflege der Verwundeten beider Parteien; ein dritter forderte die Bürger der verſchiedenen Stadtviertel auf, ſchleunigſt die Verwaltung ihrer Bürgermeiſtereien zu ordnen. Gleichzeitig mit dem General Dubourg war Baude, der verwegne Herausgeber des Temps, in das Hôtel de Ville eingedrungen; er nahm den Titel eines Secretairs der proviſoriſchen Regierung an, die Tages vorher erdichtet worden war, und ließ in dieſer Eigenſchaft eine Bekanntmachung drucken und an die Straßenecken anſchlagen, worin er den Pariſern Glück zu ihrem Siege wünſchte. Ein kühnerer Schritt war es, daß er den Befehl ertheilte, den erſten Präſidenten des königlichen Gerichtshofes zu verhaften und nach dem Hôtel de Ville zu führen, was jedoch nicht zur Ausführung kam, weil dieſer hohe Beamte vorſichtig genug war, ſich bei Zeiten zu verbergen. Die Vorſteher des Bäckergewerbes, die vor ihn beſchieden wurden, zeigten ihm an, daß Paris für einen Monat mit Brot verſehen ſey. Den Vorſtehern des Fleiſchergewerbes wurde auf ſeinen Befehl eröffnet, daß bis auf Weiteres alles Schlachtvieh ſteuerfreien Eingang in die Stadt habe. Mitten in der Beſchäftigung mit dieſen durch ihre Nothwendigkeit hinreichend gerechtfertigten Maßregeln erhielt Herr Baude einen Beſuch von einem Manne, der ſich ſelbſt als einen Attaché bei der preußiſchen Geſandtſchaft zu erkennen gab, und dem improviſirten Secretair einer nicht exiſtirenden Regierung vermuthlich nur aus eigenem Auftrage mittheilte, daß die Haltung des Volkes von Paris während dieſer ſtaunenswürdigen Tage alle Mitglieder des diplomatiſchen Corps zwar mit Schrecken, zugleich aber mit Bewunderung erfüllt habe; daß ihre Depeſchen den

Digitized by Google

Ausdruck dieſes doppelten Gefühles enthielten, und daß daher alle Wahrſcheinlichkeit für die Erhaltung des Friedens zwiſchen dem monarchiſchen Europa und dem revolutionairen Frankreich wäre. Bald darauf wurde von Leuten aus dem Volke unter lautem Geſchrei ein Menſch hereingebracht, der mit einem ſorgfältig verſiegelten Packete an einer der Barrièren ergriffen worden war. Das Packet enthielt Depeſchen des ſchwediſchen Geſandten Grafen Löwenhjelm an das Cabinet von Stockholm; Hr. Baude ließ daſſelbe, ohne es zu erbrechen, ſofort dem Geſandten zurückſtellen. Graf Löwenhjelm wollte dieſe Gelegenheit nicht unbenutzt laſſen, um ſich mit eigenen Augen von dem Stande der Dinge zu überzeugen. Er eilte nach dem Hôtel de Ville, und ſagte Herrn Baude, das eben ſo gemäßigte als kraftvolle Benehmen der Pariſer habe dem diplomatiſchen Corps die höchſte Achtung eingeflößt; an ſeinem Hofe wenigſtens würde die Nachricht von dieſen wunderbaren Ereigniſſen aller Wahrſcheinlichkeit nach keinen unvortheilhaften Eindruck machen.

Bald erſchienen auch ſchon Perſonen, die ſich um Aemter und Stellen bei der neuen Regierung bewarben, deren Sitz ſie in dem Hôtel de Ville vermutheten. Einer der erſten war Alexander Delaborde, der ſich an den ihm perſönlich bekannten Evariſt Dumoulin wandte. Dieſer hatte den General Dubourg in der Uniform eines Hauptmanns der Nationalgarde begleitet, und ſich durch denſelben zum Commandanten des Hôtel de Ville ernennen laſſen. Er ernannte ſeinerſeits den Grafen Delaborde unter Trommelſchall zum Präfecten des Seinedepartements. Graf Montalivet, der nicht lange darauf ankam, verlangte von Herrn Baude die Stelle eines Directors der Abtheilung der öffentlichen Bauten im Miniſterium des Innern, ſofern derſelbe ſich dieſen Poſten nicht etwa ſelbſt vorbehalten habe. Herr Baude hatte die Beſcheidenheit zu erwidern, daß es ihm weder zukäme, ein Amt zu verleihen, noch ſich ſelbſt zu einem Amte zu befördern. Eine Menge Bittſteller geringerer Art wurden ungehört zurückgewieſen.

Um zwei Uhr wurde dem General Dubourg die bevorſtehende Ankunft Lafayette's gemeldet, der zum oberſten Befehlshaber der Volksmacht ernannt ſey. Der Abenteurer, der ſich mit einem Male durch eine einfache Anzeige von der ganzen Höhe ſeines ſelbſtgeſchaffenen Anſehens auf den gewöhnlichen Boden herabgeſetzt ſah, benahm ſich bei dieſer Gelegenheit mit männlicher Würde. „Mein Herr,“ ſagte er dem Boten, „da ſich Niemand an die Spitze der Colonne ſtellte habe

Digitized by Google

ich mich vorangeſtellt. Aber Ehre, dem Ehre gebührt! So bald der General ſich zeigt, werde ich ihm das Hôtel de Ville übergeben.“ Als Lafayette unter dem nicht endenden Zurufe der vielen Tauſende, welche den Grèveplatz und alle anſtoßende Straßen bedeckten, ſich näherte, ging Dubourg ihm entgegen, verneigte ſich ehrerbietig und ſtellte ſich zu der Verfügung des Greiſes, der, wenn ſeine Kraft dem Willen entſprochen hätte, jetzt das Schickſal von Europa in der Hand hatte. Lafayette war von dem Augenblicke, wo er ſein Hauptquartier in dem Hôtel de Ville aufſchlug, der Herr von Paris, und damit bei dem unbegrenzten Einfluſſe der Hauptſtadt, von der alle Fäden der Verwaltung ausgehen, und von der die franzöſiſche Nation jede Anregung erwartet, der Herr von ganz Frankreich. Aber Lafayette war durch den plötzlichen Ausbruch der Revolution eben ſo ſehr überraſcht, wie Jedermann, mit Ausnahme der tapferen Handarbeiter und jungen Leute, die durch ihren unverzagten Muth den Sieg errungen hatten; er hatte weder einen Plan für die Zukunft, noch wußte er, was im Augenblicke zu thun ſey. Er ließ ſich daher, ſtatt der Bewegung, an deren Spitze er ſtand, die Richtung anzuweiſen, vielmehr ſeinerſeits durch jede Richtung beſtimmen, welche die Bewegung annahm oder die derſelben ohne ſein Zuthun gegeben wurde. So wie die Mitglieder der Municipalcommiſſion, die bei ihrer Ernennung zugegen geweſen waren, und die ihn begleiteten, ſich in dem Präfecturſaale des Hôtel de Ville niedergelaſſen hatten, zog er ſich in ein Seitengemach zurück, um, wie er ſagte, der Civilverwaltung nicht in den Weg zu treten, als ob von einer Civilverwaltung nur die Rede ſeyn konnte, während alle Bande der Geſellſchaft durch den Aufruhr zerriſſen waren. Wahrſcheinlich würde er in dieſer Abſonderung ſich völlig außer Stande geſehen haben, irgend eine Anordnung zu treffen, wenn er nicht einen alten Obriſten Namens Zimmer gefunden hätte, der unter den Erſten in das Hôtel de Ville gedrungen und, ſeinem militairiſchen Inſtinct folgend, ſogleich daran gegangen war, auf eigene Hand eine Art Generalſtab einzurichten, freilich den ſonderbarſten Generalſtab, den man ſich denken kann, da derſelbe aus Studenten und Handwerkern und jungen Männern aller Stände zuſammengeſetzt war, die ſich ſelbſt die Fähigkeit zutrauten, auf die Leitung der bewaffneten Volksmaſſen einigen Einfluß auszuüben. Das Erſte, wodurch Lafayette ſeine Anweſenheit ankündigte, war eine Proclamation, die bald, in Tauſenden von Exemplaren verbreitet, alle Mauern von Paris bedeckte. Mit folgenden Worten redete er die Pariſer an:

Digitized by Google

„Meine theueren Mitbürger und wackern Genoſſen!

„Das Volk von Paris beruft mich noch einmal zum Befehl der öffentlichen Macht. Ich habe die Gewalt, die mir vertraut iſt, mit Hingebung und Freude angenommen und ſtütze mich, wie im Jahre 1789, auf die Zuſtimmung meiner Collegen, die zu Paris anweſend ſind. Ich werde kein Glaubensbekenntniß ablegen: meine Geſinnungen ſind bekannt. Das Benehmen der Pariſer Bevölkerung in dieſen letzten Tagen der Prüfung macht mich ſtolzer darauf, als je, an ihrer Spitze zu ſtehen. Die Freiheit wird ſiegen oder wir werden mit einander untergehen. Es lebe die Freiheit! Es lebe das Vaterland!"

Während Lafayette durch ſeine Proclamation den Pariſern wenigſtens einen Namen bot, an den ſich die größten Erinnerungen knüpften, und der daher kaum eines Zuſatzes bedurfte, um mächtig zu allen Gemüthern zu ſprechen, verlor die Municipalcommiſſion ihre Zeit in durchaus unfruchtbaren Unterhaltungen, Beſprechungen und Berathungen, aus denen nur ſo viel hervorging, daß Niemand mit einiger Beſtimmtheit wußte, was er wollte. Da erſchienen die Herren Benjamin Conſtant, Girod (vom Ain), Bavour, Chardel und Andere, und fragten und ſprachen und hörten und ließen zum Schluß Alles eben ſo ungewiß, unentſchieden, ſchwankend, wie ſie es gefunden hatten. Endlich kam Mauguin, der bei ſeiner Ernennung nicht zugegen geweſen und deshalb zurückgeblieben war; ſelbſt die unruhige, planloſe Thätigkeit, die dieſer mit ſich brachte, hatte wenigſtens den Vortheil, daß ſie es unmöglich machte, länger in der alten Unſchlüſſigkeit zu beharren. Zuvörderſt wurde ein Rundſchreiben an ſämmtliche Bürgermeiſtereien erlaſſen, das den Befehl ertheilte, ſchleunigſt Commiſſionen zu bilden, welche die vorläufige Leitung der Geſchäfte übernehmen ſollten. Aber ſchon der Titel, unter dem die Municipalcommiſſion dieſen Befehl ertheilte, gab zu einem Zwiſte in ihrer eigenen Mitte Veranlaſſung. Mauguin verlangte, daß die Municipalcommiſſion ſich ſelbſt zugleich als proviſoriſche Regierung bezeichnen ſolle, weil ſie nothwendig alle Befugniſſe derſelben ausüben müſſe. General Lobau entgegnete, daß er dazu von der Abgeordnetenverſammlung keinen Auftrag habe, und widerſetzte ſich mit ſolcher Hartnäckigkeit, daß ſeine Meinung, aller Vorſtellungen Mauguins ungeachtet, durchdrang. Kaum war dieſer Zwiſt beendigt, als von verſchiedenen Seiten die Meldung kam, das Volk, welches ſeit zwei Tagen unter den Waffen ſtehe, habe nichts zu eſſen. Audry de Puyraveau trug darauf an, daß ſogleich alles Brot aufgekauft werde, welches in den Bäckerladen vorhanden ſey.

Digitized by Google

Aber dazu bedurfte man des Geldes. Caſimir Périer erklärte, daß er gern die erforderlichen Summen herſchießen würde, nur ſey leider ſeine Caſſe geſchloſſen. Mauguin bemerkte, es müſſe ſich Geld in der Polizeipräfectur finden, ernannte ohne Weiteres den Abgeordneten Bavour zum Polizeipräfecten und trug demſelben auf, von ſeinem neuen Poſten Beſitz zu ergreifen und zu berichten, was die Caſſen enthielten. Es fanden ſich mehrere Millionen, von denen einige Tauſend Franken genommen und unter die Zöglinge der polytechniſchen Schule vertheilt wurden, damit dieſe für die Schaaren, die ſie zum Kampfe geführt hatten, die unentbehrlichſten Lebensmittel einkauften. Keiner der bewaffneten Arbeiter, die ſich auf dem Grèveplatze drängten, war zu vermögen, ein Stück Geld anzunehmen: ſie verlangten nur Brot, um ihren Hunger zu ſtillen. Mit gleich wenig Förmlichkeiten, wie Bavour zum Polizeipräfecten, war der Abgeordnete Chardel zum Generalpoſtdirector ernannt worden. Er legte Beſchlag auf die ganze Correſpondenz, die während der Tage des Kampfes nicht befördert werden konnte, und ſchickte ſie in einem großen Sacke nach dem Hôtel de Ville, wo aber Niemand geneigt war, in Geheimniſſe des Privatlebens einzudringen, deren Kenntniß für die öffentliche Sache keinen Nutzen verſprach.

Während in Paris auf dieſe Weiſe ſich die erſten unſicheren Anfänge einer neuen Ordnung der Dinge entwickelten, herrſchte an dem Hofe zu St. Cloud eine Rathloſigkeit, die das Vorgefühl des unrettbaren Unterganges in ſich trug. Die Truppen, welche genöthigt geweſen waren, Paris zu räumen, hatten ſich bataillonsweiſe oder in noch kleineren Abtheilungen auf zwei verſchiedenen Wegen nach St. Cloud zurückgezogen. Selbſt in den Landgemeinden, durch welche ihre Straße führte, mußten ſie Flintenſchüſſe wechſeln. Zu Chaillot feuerten Knaben auf ſie, die ihnen den Durchmarſch ſtreitig zu machen verſuchten; einer der tapferſten Officiere der Garde fiel in einem Gefechte mit Feinden, gegen welche der Soldat ſich ſchämen mußte, ernſten Gebrauch von ſeinen Waffen zu machen. Am Ausgange des Bois de Boulogne kam den niedergeſchlagenen, in ſtummer Verzweiflung einherziehenden Schaaren der Herzog von Angoulème entgegen, der in einer ſeiner ſeltenen Anwandlungen fürſtlichen Stolzes und Muthes den kühnen Entſchluß gefaßt hatte, zu Pferde zu ſteigen und das Heer perſönlich gegen die Empörer zu führen. Er nahm dem Herzog von Raguſa den Befehl ab und ſtellte ſich an die Spitze der Truppen, die er durch eine feurige Rede für ihr altes Königshaus zu begeiſtern gedachte. Unglücklicher Weiſe fehlten ihm für ſeine Gefühle die Worte, weil die

Digitized by Google

unmännliche Wuth, die ihn bei der Nachricht von der ſchimpflichen Niederlage der Garden ergriffen, keines klaren Gedankens mächtig war. Er wandte ſich an einen Hauptmann und fragte ihn, wie viel Leute er verloren habe. „Viele, Königliche Hoheit!“ antwortete der ſchmerzlich bewegte Kriegsmann, dem eine dicke Thräne die Wange hinunterrollte. „Sie haben deren noch genug, Sie haben deren noch genug!“ verſetzte der Prinz, der in ſeine gewöhnliche Zerſtreuung zurückgefallen war und ſchon wieder vergeſſen hatte, was er ſagen wollte. Die Truppen kamen zu St. Cloud in dem traurigſten Zuſtande an: aufgelöſt durch die Hitze, erſchöpft durch Hunger und Durſt und dreitägige Anſtrengungen, gebeugt durch den unglücklichen Ausgang eines Kampfes gegen die eigenen Brüder, Landsleute, Mitbürger. Sie mußten in dem Parke des königlichen Schloſſes Biwacht halten, wo allmälig für ihre dringendſten Bedürfniſſe geſorgt wurde, wo aber Alles, was ſie ſahen und hörten, nur dazu beitrug, ihre Stimmung noch tiefer herabzudrücken. In dem Hofe ſtanden die Pferde geſattelt, die Wagen beſpannt; alle Vorbereitungen waren getroffen, das Leben des Königs und der königlichen Familie bei dem erſten Anſchein einer Gefahr durch die eiligſte Flucht zu retten. Die Dienerſchaft rannte unſtät hin und wieder. Die Zöglinge der adligen Militairſchule zu St. Cyr waren herbeigeeilt, um für ihren Monarchen zu ſterben, und vermehrten durch ihren kindiſchen Eifer nur die allgemeine Verwirrung. Es war fünf Uhr des Nachmittags, als der Marquis von Sémonville, der ſich ſeit dem Morgen im Schloſſe befand, vor den König gerufen wurde. „Es iſt zu ſpät, Sémonville!“ ſagte ihm Karl X. Der Marquis erfuhr, daß der König endlich ſich zur Nachgiebigkeit entſchloſſen habe. Der Baron von Vitrolles und Graf d'Argout erboten ſich, ihn nach Paris zu begleiten, um mit ihm die freudige Botſchaft zu überbringen.

Die drei Herren, denen es, jedem von ſeinem Standpunkte aus, ernſtlich darum zu thun war, die Monarchie zu retten, warfen ſich in einen Wagen und fuhren im beſten Vertrauen auf den Erfolg ihrer Sendung mit aller Eile, welche die Kräfte feuriger Roſſe geſtatteten, nach Paris. Unterwegs rief Herr von Sémonville, der dem Volke durch die Annahme ſeiner Sprache ſchmeicheln wollte, allen Vorübergehenden zu: „Die Ordonnanzen ſind zurückgenommen, die Miniſter ſind zum T..... gejagt!“ Von den Barrièren bis zum Grèveplatze wurde die Fahrt der Unterhändler ein wahrer Triumphzug; denn die Aufregung des alten Herrn, der ganz außer ſich war, theilte ſich bald den leicht beſtimmten gedankenloſen Maſſen mit. Von allen Seiten

Digitized by Google

antwortete ihm freudiger Zuruf; hundert ſchwielige Fäuſte drückten ihm die Hand. So gelangten ſie zu dem Hôtel de Ville. Aber der Anblick, der ſich ihnen hier darbot, war wohl geeignet, ihre Zuverſicht zu erſchüttern. Um das Hôtel de Ville drängten ſich die kühnſten der Kämpfer: männliche Geſtalten im groben Kittel; alle mit Waffen der verſchiedenſten Art bewehrt; viele mit offener Bruſt und aufgeſtreiften Aermeln; manche noch mit dem Blute erſchlagener Feinde beſpritzt. Da ſchien das Jahr 1793 in ſeiner ſchrecklichſten Geſtalt wieder heraufgeſtiegen. Welche Sprache war hier zu führen?

Es war gegen acht Uhr des Abends, als Herr von Sémonville mit ſeinen beiden Begleitern in den Saal der Municipalcommiſſion eingeführt wurde, in den ſich auf die Bitte der Commiſſion auch Lafayette begeben hatte. An dieſen richtete der Großreferendar, der nur mühſam ſeine Faſſung wieder erlangt hatte, das Wort: „Vor vierzig Jahren, Sie werden ſich deſſen erinnern, Lafayette, waren wir auch hier in dem Hôtel de Ville; wir waren Wähler und beriethen ohne einen amtlichen Auftrag über das Wohl der Stadt Paris. Keiner von Ihnen, meine Herren, iſt in einer amtlichen Eigenſchaft hier; auch ich, der ich mit Ihnen ſpreche, bin es nicht; aber wir werden Alle von der Liebe für das gemeine Beſte geleitet, und wir können uns daher wohl verſtändigen. Ich kenne Ihre Namen nicht, meine Herren —" „Die Namen thun nichts zur Sache," unterbrach Audry de Puyraveau. „Inzwiſchen," fuhr Herr von Sémonville fort, indem er mit der Hand auf Caſimir Périer wies, „glaube ich einen der neuen Miniſter des Königs wieder zu erkennen." Caſimir Périer verneigte ſich zuſtimmend. „Meine Worte werden daher amtliches Gehör finden. Dies iſt der Stand der Sache: Er hat das Miniſterium entlaſſen; er nimmt die Ordonnanzen zurück; er läßt die Truppen abziehen; er beruft die Kammern zum 3. Auguſt." — „Es iſt zu ſpät," fiel Herr von Schonen mit leidenſchaftlicher Erregung ein; „der Thron iſt in dem Blute ausgeglitten und geſtürzt; mag er darin bleiben!" — Der feine Mauguin hielt es denn doch für übereilt, auf dieſe Weiſe jede Möglichkeit zu der Eröffnung von Unterhandlungen abzuſchneiden; er bemerkte Herrn von Schonen, daß derſelbe nicht das Recht habe, im Namen Aller zu ſprechen, und fragte den Marquis von Sémonville, ob er mit ſchriftlichen Vollmachten verſehen ſey? Darauf war der Großreferendar nicht vorbereitet; er mußte zugeſtehen, daß er keine andere Vollmacht habe, als den mündlichen Auftrag des Königs. Jetzt erhob ſich Audry de Puyraveau und rief mit donnernder Stimme:

Digitized by Google

„Niemand iſt hier befugt, für das Volk ohne deſſen Ermächtigung zu handeln. Wenn noch ferner von einer Ausgleichung die Rede iſt, werde ich auf den Platz hinunterſteigen und dem Volke anzeigen, was hier vorgeht.“ Ueber den Erfolg dieſer Drohung konnte kein Zweifel ſeyn; denn kurz vorher hatte Baude, der bei der Ankunft des Herrn von Sémonville zugegen war, der Menge vom Fenſter herab angekündigt, daß Karl X. einwillige, die Ordonnanzen zu widerrufen. Darauf hatte eine einzelne Stimme ſich vernehmen laſſen: „Es lebe unſer guter König, der capitulirt!“ Aber die Maſſe beharrte in finſterm und nur zu beredtem Schweigen.

Die Unterhändler zogen ſich zurück, nachdem Herr von Sémonville noch eine kurze Unterredung mit Lafayette gehabt hatte. In dem Vorſaale hatte der erſchöpfte Greis einen Auftritt, von dem er tief ergriffen wurde. Ein Nationalgardiſt von ungewöhnlich hoher Geſtalt, in voller Uniform, wies auf ein Standbild Karls X., das mit abgeſchlagenem Kopfe auf dem Boden lag, und ſagte: „Wie können Sie verlangen, daß wir mit einem Menſchen unterhandeln, dem wir auf dieſe Weiſe mitgeſpielt haben?“ Der Großreferendar blickte auf das verſtümmelte Standbild und ſchauderte zuſammen; er gab jede Hoffnung auf und dachte nur noch daran, ſeine Wohnung zu gewinnen. Graf d'Argout, einem Winke Caſimir Périers folgend, begab ſich allein zu Laffitte.

Hier fand er bei der drückenden Schwüle die Fenſter geöffnet, den Hof und alle Gemächer mit Menſchen angefüllt, darunter viele bewaffnet, mit Staub bedeckt und noch alle Spuren des Kampfes an ſich tragend. Er zog Laffitte in eine Fenſterniſche und ſagte ihm: „Die Ordonnanzen ſind zurückgezogen; wir haben neue Miniſter.“ — „Man hätte ſich früher entſchließen ſollen,“ entgegnete Laffitte. — „Die Intereſſen ſind noch dieſelben.“ — „Gewiß; aber die Umſtände haben ſich verändert. Seit geſtern iſt ein Jahrhundert verfloſſen.“ — Bertin de Vaur, der unter den Anweſenden war, glaubte kaum zu vernehmen, daß Vorſchläge im Namen Karls X. gemacht würden, als er voller Freuden ausrief: „So können wir endlich unterhandeln!“ Dieſe Worte brachten jedoch auf die Menge, unter der ſie ſchnell verbreitet wurden, eine Wirkung hervor, die der Sprecher ſchwerlich erwartet hatte. Ein Mann aus dem Volke riß die Thüre auf und fragte, indem er ſein Gewehr geräuſchvoll auf den Fußboden ſtieß, mit drohender Gebehrde: „Wer wagt es hier, von Unterhandlungen mit Karl X. zu ſprechen?“ Zugleich riefen hundert Stimmen in dem Vorſaale: „Nichts mehr von den Bourbonen!“ — „Sie hören,“ bemerkte Laffitte. — „Sie

Digitized by Google

[illegible]

[illegible] verbrecher [illegible]

[illegible] Sohn.

[illegible] fragt, [illegible]

[illegible]

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

wollen alſo auf keine Vorſchläge eingehen?“ verſetzte Herr von Argout. — „Iſt Ihre Sendung eine amtliche?“ — „Nur eine vertrauliche; aber wenn ſie amtlich wäre?“ — „Dann bliebe es ſo, wie ſo!“ Herr von Argout entfernte ſich und ſuchte den Baron von Vitrolles auf, mit dem er nach St. Cloud zurückkehrte.

Denſelben Abend erhielt Laffitte noch einen Beſuch von Herrn de Forbin-Janſon, der einen Paß für ſeinen Schwiegervater, den Herzog von Mortemart, verlangte, welcher, von Karl X. zum erſten Miniſter ernannt, ſich in die Verſammlung der Abgeordneten zu begeben wünſchte, aber bei der ſtrengen Wachſamkeit, welche die Poſten der Pariſer übten, fürchten mußte, an den Barrièren angehalten zu werden. Die Abgeordneten, die ſich noch bei Laffitte befanden, beſchloſſen den Herzog zu erwarten, und blieben bis nach Mitternacht vereinigt, ohne daß dieſer erſchienen wäre.

Mit der Ernennung des Herzogs von Mortemart glaubte Karl X. Alles gethan zu haben, was die Umſtände erheiſchten. Er zweifelte keinen Augenblick, daß die empörten Pariſer, ſobald ſie die Zurücknahme der Ordonnanzen und die Einſetzung eines liberalen Miniſteriums vernähmen, ſich zufriedengeben und zum Gehorſam zurückkehren würden, da ihnen Alles bewilligt ſey, was ſie verlangten, und mehr, als ſie jemals erreicht hätten, wenn die Weisheit des Allmächtigen nicht neue Prüfungen über das verderbte Frankreich zu verhängen beſchloſſen hätte. In dieſer Vorausſetzung gab ſich der bethörte Fürſt einer ſolchen Sicherheit hin, daß er ſich des Abends mit derſelben Ruhe, wie in den Tagen der ungeſtörteſten Ordnung, zu ſeiner nach allen Vorſchriften der Etiquette geordneten Partie Whiſt niederließ. Während der König mit der Herzogin von Berry, dem Kammerherrn von Duras und dem Gardecapitain Herzoge von Luxemburg am Spieltiſche ſaß, war der Dauphin damit beſchäftigt, eine Karte von Frankreich zu betrachten, die auf einem andern Tiſche ausgebreitet war. Der Herzog von Mortemart allein hatte eine Ahnung des Verhängniſſes, welches über das alte Königshaus hereinbrach. Er konnte ſeine innere Bewegung nicht bemeiſtern und trat alle Augenblick auf den Balcon, der nach der Seite von Paris hinausging, um auf jedes entfernte Geräuſch zu lauſchen.

Die Nacht war gekommen, und die hohen Herrſchaften waren im Begriffe, ſich zur Ruhe zu begeben. Der Herzog von Mortemart bat den Dauphin, für ihn, der ſobald als möglich nach der Hauptſtadt müſſe, den Befehl aufzuheben, der alle Verbindung zwiſchen St. Cloud

und Paris unterbrach. „Wie?“ antwortete der Prinz verlegen: „den Befehl? gut, wir werden ſehen.“ Ein beſtimmterer Beſcheid war von dem ſchwachen Herrn, der ſich in den Kopf geſetzt hatte, daß er ſich groß und ſtark zeigen und jede feige Nachgiebigkeit gegen die Rebellen verhindern müſſe, nicht zu erlangen. Der Herzog wandte ſich an den König und ſagte ihm: „Sire, die Zeit drängt; ich muß ſofort von hinnen.“ Der König erwiderte: „Noch nicht, noch nicht; ich erwarte erſt Nachrichten aus Paris.“ Karl X. fand, ſo wie er die Faſſung wieder gewonnen, hundert Gründe, nichts zu übereilen. Wer konnte wiſſen, ob nicht die Pariſer, nachdem ſie den Widerſtand der königlichen Truppen überwunden, ſich ſelbſt überlaſſen, in ſich gingen, und ſich reuig ihrem ſchwer beleidigten Monarchen zu Füßen warfen?

Während der Nacht trafen die Herren von Argout und von Vitrolles ein. Sie begaben ſich ſogleich zum Herzoge von Mortemart und beſchworen ihn, nachdem ſie von der Lage der Dinge in der Hauptſtadt Bericht erſtattet, keinen Augenblick zu verlieren, um einen letzten entſcheidenden Schritt zu thun, der vielleicht Alles noch wieder gut machen könne. Der Herzog bemerkte, daß er außer Stande ſey, irgend etwas zu thun, ſo lange er nicht die Unterſchrift des Königs für die beſchloſſenen Maßregeln habe. Man kam überein, auf der Stelle die erforderlichen Verfügungen abzufaſſen und ſie ohne Zeitverluſt dem Könige zur Unterzeichnung vorzulegen. Mit Mühe verſchaffte man ſich Dinte, Feder und Papier. Es wurden vier Ordonnanzen ausgearbeitet, von denen die erſte jene vom 25. Juli zurücknahm und die Kammern zum 3. Auguſt einberief, die zweite die Herſtellung der Nationalgarde ausſprach. Die beiden andern enthielten die Ernennungen Caſimir Périers zum Miniſter der Finanzen und des Generals Gérard zum Kriegsminiſter. Aber das Schwierigſte war jetzt noch, die Unterſchrift des Königs zu erhalten. Die Poſten der Garde du Corps, welche die Zugänge zu den königlichen Gemächern beſetzt hielten, weigerten ſich, irgend Jemand, unter welchem Vorgeben es auch ſey, zuzulaſſen. Endlich gelang es dem Herzoge von Mortemart durchzudringen. Er fand den greiſen König im Bett. Der Monarch richtete ſich auf ſeiner Lagerſtätte mühſam empor und ſagte mit gedämpfter Stimme und mit leidender Miene: „Ach, Sie ſind es, Herr Herzog!“ Der Herzog ſtellte dem niedergedrückten Fürſten vor, daß die äußerſte Eile noth ſey; die Ordonnanzen müßten auf der Stelle unterzeichnet werden; er ſelbſt ſey bereit, abzugehen. — „Warten wir noch,“ antwortete Karl X. Herr von Mortemart erinnerte, daß Graf d'Argout

Digitized by Google

und der Baron de Vitrolles da wären, die über den Zuſtand von Paris Auskunft geben könnten. Der König verlangte, daß der Baron de Vitrolles eingeführt werde, und gab dem Herzoge ein Zeichen, ſich zu entfernen. Karl X. empfing den Herrn von Vitrolles, als dieſer ſich dem Bette näherte, mit ſtrenger Gebehrde. „Wie, Sie ſind es, Vitrolles; Sie kommen, um mir den Rath zu geben, vor rebelliſchen Unterthanen zu weichen?" Der Baron de Vitrolles entgegnete lebhaft, daß er ſo, wie gegenwärtig die Dinge ſtänden, ſeinem Könige keinen größeren Beweis der aufopferungsvollſten Treue zu geben vermöge; daß es den König täuſchen hieße, wenn er das Bittere der Lage irgend zu mildern verſuchte. Er verberge ſich nicht, wie ſchwer es die Würde der Krone verletzen müſſe, wenn der König jemals nach der empörten Hauptſtadt zurückehrte; aber es gebe kein Mittel, eine ganze Bevölkerung zu bezwingen, die ſich von allen Seiten erhebe. Beſſer wäre es gewiß, den Mittelpunkt des Krieges nach einer andern Seite zu verlegen. Wenn der König auf die Vendé rechnen zu können glaube, ſo ſey er entſchloſſen, ſich der Sache ſeines Fürſten bis zum Ende zu weihen. Karl X. war einen Augenblick nachdenklich. „Die Vendé", ſagte er für ſich, als ob er ſeinen eigenen Gedanken antwortete. „Das iſt ſchwierig! ſehr ſchwierig!"

Der Herzog von Mortemart wurde zurückgerufen. Karl X. unterzeichnete die Ordonnanzen. Herr von Mortemart ſtieg in den Wagen, der ihn mit dem Grafen d'Argout nach Paris führen ſollte. Darüber war der helle Morgen angebrochen. Als die Geſandten des Königs das Bois de Boulogne erreichten, wurden ſie von einem Poſten der Garde angehalten. Der Herzog von Angoulème hatte ſeinen Befehl zur Unterbrechung der Verbindungen nicht zurückgenommen; er beharrte darauf, die Monarchie auch gegen den Willen des Königs zu retten. Nach einem heftigen Streite erhielt Mortemart von dem commandirenden Officier die Erlaubniß, ſeinen Weg fortzuſetzen; er mußte aber ſeinen Wagen zurücklaſſen, und das Bois de Boulogne zu Fuß umgehen. Da er auf der andern Seite fürchtete, auch an der Barrière von Paſſy angehalten zu werden, ſo machte er mit ſeinem Begleiter einen weiten Umweg, ging auf der Brücke von Grenelle unterhalb Paris über die Seine, und drang in die Stadt ein, indem er eine gebrochene Mauerſtelle überſtieg. Gegen zehn Uhr, als er ſich in die Abgeordnetenverſammlung begeben wollte, von der er vorausſetzte, daß ſie bei Laffitte vereinigt ſey, begegnete ihm der Abgeordnete Bérard, der ihm ſagte, daß er bei Laffitte Niemand mehr finden würde; die

Digitized by Google

Verſammlung habe ſich vertagt und werde um Mittag in dem Sitzungsſaale der Abgeordnetenkammer im Palaſte Bourbon wieder zuſammentreten. Uebrigens ſey es zu der Anknüpfung von Unterhandlungen zu ſpät; keine menſchliche Macht werde Karl X. nach Paris zurückführen. Die Ströme von Blut, die in ſeinem Namen vergoſſen wären, müßten ihn für immer von Frankreich trennen. Der Herzog von Mortemart begab ſich, an dem Erfolge ſeiner Sendung verzweifelnd, nach Hauſe. In ſeiner früheren militairiſchen Laufbahn hatte er auf mehr als einem Schlachtfelde dem Tode unverzagt in das Auge geblickt; aber die Erſchütterungen und Anſtrengungen der letzten Tage hatten ihn ſo erſchöpft, daß er ſich kaum in der Mitte der Seinigen ſah, als er in eine lange Ohnmacht fiel. Um zwölf Uhr ſchickte er, ſtatt perſönlich in der Verſammlung der Abgeordneten zu erſcheinen, den Grafen Colin von Suſſy mit einem Billet an Caſimir Pèrier oder an den General Gèrard und mit den neuen Ordonnanzen nach dem Palais Bourbon. Er ſelbſt ging nach dem Luxemburg, wo, wie er wußte, der Marquis von Sémonville eine Anzahl der in Paris anweſenden Pairs vereinigt hatte. Er fand die Herzoge von Broglie, von Choiſeul und von Coigny, den Marſchall Maiſon, die Grafen Paſquier und Molé, den Marquis von Louvois: bedeutende Namen, von denen aber kein einziger im Stande war, auf das Volk einen enſcheidenden Einfluß zu üben. Er theilte ihnen den Inhalt der Ordonnanzen mit und erbat ſich ihren Rath, erhielt aber bald Gelegenheit, ſich von ſeiner eigenen Machtloſigkeit, ſo wie von der Machtloſigkeit ſeiner Collegen zu überzeugen. Er ſendet eine Abſchrift der Ordonnanzen an den Moniteur; der Redacteur Sauvo läßt ihm zurückſagen: „er könne die Ordonnanzen nicht abdrucken, weil die Municipalcommiſſion ſeine Bureaux beſetzt habe; es ſtänden Bewaffnete an den Preſſen, und aus dieſen könne deshalb nichts hervorgehen, als was jene Commiſſion einſchicke." Eine ähnliche Weigerung ertheilt der Buchdrucker der Pairskammer, bei dem man jetzt die Ordonnanzen abdrucken laſſen will. Dieſer erklärt, daß er ſich der Gefahr ausſetzen würde, ſeine Preſſen zertrümmert zu ſehen; ſo groß ſey die Aufregung unter ſeinen Arbeitern. Während die edlen Pairs ſich in dieſer Verlegenheit befanden, erſchien Châteaubriand in ihrer Mitte, den unterwegs eine Anzahl junger Leute erkannt und unter dem Rufe: „Es lebe die Charte! es lebe der Vertheidiger der Preßfreiheit!" auf ihre Schultern erhoben hatte. Der berühmte Schriftſteller war von ſeinem Triumphe ſo berauſcht, daß er keines beſonnenen Urtheiles mehr fähig war. „Wenn nur die Preſſe

Digitized by Google

gerettet iſt," äußerte er ſich, „ſo übernehme ich die Verantwortlichkeit für die Rettung der Legitimität. Eine Feder! zwei Monate! und ich erhebe den Thron von neuem!"

Die Entſcheidung, die der dichteriſche Vicomte noch in ſo weiter Ferne glaubte, war thatſächlich bereits erfolgt. Seit dem frühen Morgen bedeckte eine Bekanntmachung alle Mauern von Paris, die, nach einer Verabredung mit Laffitte, von Thier, Mignet und einem dritten Journaliſten, Larreguy, verfaßt, gleichzeitig im National, im Courrier français und im Journal du Commerce erſchien:

„Karl X. kann nicht wieder nach Paris zurückkehren; er hat das Blut des Volkes vergoſſen.

„Die Republik würde uns furchtbaren Spaltungen ausſetzen; ſie würde uns mit Europa entzweien.

„Der Herzog von Orleans iſt ein Prinz, welcher der Sache der Revolution ergeben iſt.

„Der Herzog von Orleans hat ſich niemals gegen uns geſchlagen.

„Der Herzog von Orleans war zu Jemappe.

„Der Herzog von Orleans iſt ein Bürgerkönig.

„Der Herzog von Orleans hat die dreifarbige Fahne im Feuer getragen; der Herzog von Orleans allein kann ſie wieder tragen. Wir wollen keinen Andern.

„Der Herzog von Orleans erklärt ſich nicht; er erwartet unſere Wünſche. Sprechen wir dieſe Wünſche aus, und er wird die Charte annehmen, wie wir ſie immer verſtanden und gewollt haben. Er wird ſeine Krone von keiner anderen Macht, als vom franzöſiſchen Volke haben."

Um acht Uhr des Morgens hatte in dem Hôtel Laffitte's wieder eine Verſammlung der auf die Seite der Revolution getretenen Abgeordneten Statt gefunden. Mehrere der nach und nach ſich Einſtellenden brachten Exemplare der Bekanntmachung mit, die unter allgemeinem Beifalle laut verleſen wurde. Von verſchiedenen Seiten wurde verlangt, daß man über dieſelbe ohne Weiteres abſtimmen und demgemäß die Abſetzung Karls X. und die Ernennung des Herzogs von Orleans zu ſeinem Nachfolger ausſprechen ſolle. Nur die Rückſicht auf die Unſchicklichkeit eines ſo formloſen und übereilten Verfahrens, auf welche die beſonneneren Mitglieder der Verſammlung aufmerkſam machten, verhinderte die augenblickliche Annahme des Antrages, gegen den gewiß Wenige den Muth gehabt hätten, ſich zu erklären, ſo begierig wurde der Gedanke aufgegriffen, einen Namen an die Sache des

Digitized by Google

Aufſtandes zu knüpfen, der den Meiſten als der letzte Rettungsanker in der allgemeinen Verwirrung erſchien. Nachdem man beſchloſſen hatte, die wichtige Frage zu vertagen und die Entſcheidung einer Verſammlung vorzubehalten, die zu dieſem Zwecke beſonders einzuberufen wäre, machte der Abgeordnete Bérard, der während einer kurzen Entfernung Laffitte's den Vorſitz übernommen, den Vorſchlag, daß die nächſte Vereinigung in dem gewöhnlichen Sitzungsſaale der Kammer im Palais Bourbon gehalten werden ſollte, was einſtimmig genehmigt wurde, ohne daß ein Einziger der Anweſenden den geringſten Zweifel darüber geäußert hätte, ob eine Anzahl von vierzig oder fünfzig unter ganz anderen Verhältniſſen zu Abgeordneten erwählten Bürgern, die ſich zufällig zu Paris befanden, das Recht habe, ſich ſelbſt als die vollſtändige Abgeordnetenkammer zu betrachten und die Befugniſſe, die dieſer zuſtanden, für ſich in Anſpruch zu nehmen.

Des Mittags um zwölf Uhr waren die Abgeordneten unter dem Vorſitze Laffitte's im Palais Bourbon vereinigt. Die Nachricht von der bevorſtehenden Ankunft des Herzogs von Mortemart mit den Ordonnanzen, durch welche Karl X. allen gegen ihn ausgeſprochenen Forderungen der Liberalen Genüge leiſtete, rief die verſchiedenartigſten Bewegungen in der Verſammlung hervor. Die Mehrzahl war von den kühnen Entſchlüſſen, zu denen ſie ſich am Morgen bereit gezeigt hatte, zurückgekommen und ſchwankte zwiſchen der doppelten Furcht, die ihr auf der einen Seite das Siegesgeſchrei des Volkes auf den Straßen, auf der andern die drohende Haltung des Hofes und der Garden zu St. Cloud erregte. In dieſer zweifelhaften Lage vermieden es die Meiſten, ſich offen auszuſprechen. Unmittelbar nach der Eröffnung der Verſammlung zeigte Bérard an, daß er den Herzog von Mortemart geſprochen habe, der wahrſcheinlich in ihrer Mitte erſcheinen werde und ſeinen Aeußerungen zufolge mit unbeſchränkten Vollmachten vom Könige verſehen ſey. Er habe dem Herzoge erklärt, daß eine unüberſteigliche Scheidewand zwiſchen dem Könige und der Nation erhoben ſey, daß er ſeinerſeits aber weder das Recht, noch den Willen habe, ſich den Mittheilungen zu widerſetzen, die er zu machen beauftragt ſeyn möge. Salverte warf die Frage auf, ob man den Herzog von Mortemart empfangen wolle. General Sebaſtiani bemerkte: man müſſe den Herzog jedenfalls vorlaſſen, wenn er gehört zu werden verlange. Es handle ſich um ernſte, um unermeßliche Intereſſen; man müſſe erwägen, welche Partei am klügſten und zweckmäßigſten zu ergreifen ſey; um zu wählen, müſſe man zuvörderſt die Lage kennen. Mauguin entgegnete: Wenn

Digitized by Google

Herr von Mortemart gegenwärtig wäre, würde auch er verlangen, daß er gehört werde. Aber in einem Augenblicke, wo die Minuten brennten, wo man von neuen Angriffen bedroht ſey, wo vielleicht der Untergang des Landes bevorſtehe, könne man nicht von dem Gutbefinden des Herrn Mortemart abhängen. Bérard ſtimmte dieſer Anſicht bei. Alle Zweige der Verwaltung ſeyen verlaſſen; es ſey dringend nothwendig, Maßregeln zu ergreifen, um ſie wieder in Gang zu bringen. Mauguin verſetzte: die erſten vorläufigen Maßregeln wären bereits getroffen. Die Hôtels der Finanzen, des Innern, der Poſt und der Polizei wären von der Nationalgarde bewacht; aber der Geſchäftsgang der Unterbeamten habe aufgehört, und die Kammer müſſe entſcheiden, was jetzt geſchehen ſolle. Der Präſident Laffitte erklärte: die Municipalcommiſſion ſey eine wirkliche Regierung, ſie übe wenigſtens ihre Befugniſſe aus; aber man müſſe weiter gehen. In einer ſo ernſten Lage dürfe die Vereinigung der Abgeordneten vor keiner Verantwortlichkeit zurückſchrecken. Der General Gérard, der während dieſer Debatten eingeführt wurde, meldete: er habe auf zuverläſſige Weiſe erfahren, daß in der Nähe von Sèvres 10,000 bis 12,000 Mann ſtänden, die aber nicht die geringſte Neigung hätten ſich zu ſchlagen. Die Reiterei ſey feindſeliger geſinnt; doch habe dies wenig zu ſagen. Man könnte höchſtens ſich der Tuilerien bemächtigen, aber die Vertheidigung der Hauptſtadt ſey geſichert. Mauguin nahm hierauf das Wort und ſagte: „Aus dem Berichte des Generals Gérard geht hervor, daß wir uns nicht genug beeilen können. Wir müſſen unterhandeln oder uns ſchlagen, aber ſogleich ohne Zögern, ohne Verzug.“ Salverte äußerte: „Man mag unterhandeln oder ſich ſchlagen wollen, ſo muß eine vorläufige Regierung ernannt werden, damit die Truppen zu uns herüberkommen. Man muß ihnen die Hand bieten, indem man ihnen die Dinge als bereits abgemacht zeigt; es muß auf der Stelle ausgeſprochen werden, daß die Bürger in den Beſitz ihrer Rechte zurückgekehrt ſind, daß ſie ihre Bürgermeiſter ſelbſt ernennen ſollen.“ Perſil erläuterte: „Es iſt der allgemeine Wunſch, daß eine feſte Regierung eingeſetzt werde; man verlangt es von außen. Ich muß die Vereinigung an die Entſcheidung erinnern, die ſie durch die Errichtung der vorläufigen Municipalcommiſſion getroffen hat.“ Méchin bemerkte: „Alle Maßregeln, die nothwendig waren, ſind bereits ergriffen.“ Dazwiſchen fragte Mauguin: „Giebt uns die Kammer die erforderliche Machtvollkommenheit?“ Der Präſident rief hierauf zurück, was für die Municipalcommiſſion geſchehen ſey und welcher Art die Vollmachten wären, die man ihr ertheilt habe: ſie ſey beauftragt, über die all-

gemeine Sicherheit, über die Beſchaffung von Mundvorräthen, über die Bewahrung des Schatzes, über die Wahrnehmung der öffentlichen Intereſſen und über die Anordnung von Vertheidigungsmitteln zu wachen. Jetzt ſchlage man vor, ihren Titel zu ändern und ihre Mitglieder zu erneuen. Der General Lobau ſagte: „Ich wünſche, und ich glaube, meine Collegen wünſchen mit mir, daß die Commiſſion ihren Namen behält; aber wir hielten es für beſſer, wenn die Mitglieder verändert würden oder wenn wenigſtens neue hinzugezogen werden könnten. Der Präſident erklärte, es ſey bereits entſchieden worden, daß die Commiſſion die Befugniß habe, ſich durch neue Mitglieder zu verſtärken. Von verſchiedenen Seiten dazu aufgefordert, ließ Laffitte durch den zeitweiligen Secretair eine förmliche Vollmacht für die Municipalcommiſſion entwerfen, die der Verſammlung vorgelegt und von ihr genehmigt wurde, und die folgendermaßen lautete: „Die gegenwärtige Vereinigung der Abgeordneten beſtätigt den Beſtand und die Vollmachten der vorläufigen Commiſſion, die unter dem Namen der Municipalcommiſſion eingeſetzt worden iſt. Dieſe Commiſſion bleibt aus denſelben Mitgliedern zuſammengeſetzt; ſie haben die Befugniß, Collegen hinzuzuziehen, deren Mitwirkung ihnen nothwendig ſcheint. Bei der Abweſenheit jeder Regierung in der Hauptſtadt iſt die Commiſſion beauftragt, über die allgemeine Sicherheit, über die Beiſchaffung von Mundvorräthen, über die Bewahrung des Schatzes und über die Wahrnehmung der öffentlichen Intereſſen zu wachen; ſie iſt außerdem ermächtigt, vorläufig alle Maßregeln zu ergreifen, um den Fortgang und die Erledigung der Geſchäfte in allen Theilen der Verwaltung zu ſichern und für alle Mittel der Vertheidigung zu ſorgen."

Hyde de Neuville, der einzige royaliſtiſche Abgeordnete, der anweſend war, erhob ſich und trug mit bewegter Stimme darauf an, daß eine Commiſſion von fünf oder ſechs Mitgliedern gebildet werde, die mit einer gleichen Anzahl von Commiſſairen der Pairs zuſammentreten ſollten, um gemeinſchaftlich zu erwägen, was zu thun ſey, um alle Intereſſen und alle Gewiſſen zu vereinigen. Salverte warf ein, daß dieſer Vorſchlag der Pairskammer einen Vorrang einzuräumen ſcheine, den ſie unter den gegenwärtigen Umſtänden und mitten unter Ereigniſſen, welche über die vorhandenen Gewalten entſchieden hätten, nicht mehr beſitze. Der Antrag wurde zur Abſtimmung gebracht und durch Stimmenmehrheit angenommen. Nicht weniger bezeichnend für den Geiſt der Verſammlung, als dieſer Beſchluß, der offenbar zum Zwecke hatte, nicht jede Möglichkeit einer Verſöhnung mit dem Hofe abſchnei-

Digitized by Google

den zu laſſen, waren die Namen, auf welche die Wahl fiel. Lafayette, Benjamin Conſtant, Bérard, Salverte und Marchal, welche die entſchiedenen Liberalen zu ernennen beabſichtigten, erhielten jeder nur neun Stimmen, wogegen ſich vierzig für Caſimir Pèriers Bruder Auguſtin, für Sebaſtiani, Guizot, Benjamin Deleſſert und für Hyde de Neuville ſelbſt erklärten. Während die fünf Commiſſaire ſich nach dem Palais du Luxemburg begaben, erſchien der Graf von Suſſy mit den Ordonnanzen Karls X. Eingeladen die ihm anvertrauten Actenſtücke mitzutheilen, las er die Ordonnanzen vor, und forderte hierauf den Präſidenten Laffitte auf, dieſelben an ſich zu nehmen, um ſie in dem Archive der Kammer zu hinterlegen, was Laffitte aber beharrlich ablehnte, weil er keinen Schritt thun wollte, der als eine Anerkennung des königlichen Anſehens gedeutet werden konnte.

Nachdem Herr von Suſſy ſich entfernt hatte, wurde der Advocat Odilon Barrot eingeführt, den die Municipalcommiſſion zu ihrem Secretair ernannt hatte. Er kündigte an, daß er zwar keinen beſonderen Auftrag erhalten habe; da ihm aber vertrauliche Mittheilungen über die Anſichten des Mannes geworden wären, dem der Ruhm vorbehalten geweſen ſey, zweimal an der Spitze der Wiedergeburt des Landes zu ſtehen, ſo habe er ſich verpflichtet geglaubt, der Abgeordnetenverſammlung einige Bemerkungen vorzutragen. General Lafayette hege eine Beſorgniß, und dieſe ſey, daß die Bevölkerung ohne die Dazwiſchenkunft der Kammern eine Entſcheidung treffen werde; auf der andern Seite fürchte er, daß man auf die Lehre vom göttlichen Rechte zurück komme, wenn man ohne Weiteres ein Staatsoberhaupt ausrufe, von dem man mehr oder weniger bedeutende Zugeſtändniſſe erwarte. Der General meine, um jede Mißhelligkeit zu vermeiden und um der Revolution jene Einigkeit zu geben, die allein ihr Kraft und Dauer ſichern könne, müſſe man, bevor man eine entſcheidende Partei ergreife, den Anfang damit machen, daß man in einer allgemeinen Verſammlung die Bedingungen des Volkes feſtſetze und zu derſelben Zeit die Krone verleihe, während man die ausbedungenen Bürgſchaften verkünde. So wie Odilon Barrot abgetreten war, erhob ſich Labbey de Pompières und ſagte: „Meine Herren, Sie kennen die Ordonnanzen von St. Cloud; Sie haben es vernommen: man glaubt ſich noch König; man vertagt ſie auf den 3. Auguſt; man will Zeit gewinnen, weil man Truppen erwartet. Ich denke, wir müſſen von unſerm Rechte Gebrauch machen und uns mit dem heutigen Tage für die Abgeordneten von Frankreich erklären." Ein Mitglied äußerte, daß es angemeſſen wäre, die Rückkunft der

Digitized by Google

Commiſſaire zu erwarten, die man nach der Pairskammer geſchickt habe. Darauf erwiderte Benjamin Conſtant: „Wir wiſſen zum voraus, was die Pairskammer uns ſagen wird: ſie wird einfach den Widerruf der Ordonnanzen annehmen. Ich will mich über die Frage der Dynaſtie nicht mit Beſtimmtheit ausſprechen; ich ſage nur, daß es für einen König doch gar zu bequem wäre, ſein Volk mit Kartätſchen niederſchießen zu laſſen und dann aller Verantwortlichkeit ledig zu ſeyn, indem er erklärte, daß nichts geſchehen ſey. Gebt uns erſt die 10,000 Bürger zurück, die eure Trabanten erwürgt haben!“ Dupin der Aeltere erklärte: „Paris iſt in einem leidenſchaftlich erregten heroiſchen Zuſtande, der aber nicht dauern kann; wer wagte es zu behaupten, daß Sie die Bevölkerung noch acht Tage zügeln könnten? Die Straßen ſind mit Barricaden überhäuft, jede freie Bewegung iſt unmöglich geworden; das Stillſtehen der Gewäſſer kann Seuchen hervorrufen; es können Empörungen ausbrechen, Parteien ſich bilden, es iſt kein Augenblick zu verlieren. Noch heute muß irgend etwas über den Zuſtand von Frankreich entſchieden werden; wir müſſen um jeden Preis aus der Ungewißheit heraus, in der wir uns peinlich fortſchleppen. Wir ſind ohne Regierung, wir müſſen eine Regierung haben.“ Der Präſident äußerte: „In dem, was um uns vorgeht, liegt eine gewiſſe Verlegenheit und Zweideutigkeit; man benimmt ſich nicht gerade und entſchieden; auch ich bin der Meinung, daß wir ohne Verzug in Berathung treten müſſen.“ Die Verſammlung beſchloß, ihr Secretair ſolle ſofort nach der Pairskammer eilen und den fünf Commiſſairen anzeigen, daß ſie von der Vereinigung der Abgeordneten erwartet würden und ſich auf der Stelle zurückbegeben möchten.

Während unter den Abgeordneten, die ihre Sitze in dem Palais Bourbon eingenommen, dieſe Dinge vorgingen, hatte Graf Colin von Suſſy ſeine Schritte nach dem Stadthauſe gewandt, um zu verſuchen, ob ſich hier leichter eine Unterhandlung anknüpfen laſſe. Graf Suſſy wurde von Lafayette empfangen, der ihm mit feiner Ironie ſagte: „Sie kommen von Herrn von Mortemart; wir ſind etwas verwandt mit einander, aber ich bin nicht ganz ſo königiſch geſinnt, wie er.“ Darauf nahm er die Papiere, die der Graf ihm überreichte, und breitete ſie auf einem Tiſche vor ſich aus. Eine Menge der aufgeregteſten und überſpannteſten jungen Leute, welche, die Waffen in der Hand, als die Abordnung einer Vereinigung von Republikanern gekommen waren, ſtanden umher. So wie der Inhalt der Ordonnanzen bekannt war, erſcholl ein Schrei der Entrüſtung durch den Saal: „Was ſoll das

heißen? Neue Miniſter von Karl X.! Wir ſind verrathen! Nein! nein! Nichts mehr von den Bourbons!" Lafayette kehrte ſich mit ſeiner gewöhnlichen Ruhe gegen Herrn von Suſſy: „Sie ſehen! das Glück der Waffen hat entſchieden!" Zugleich forderte er den Grafen auf, ſich an die Municipalcommiſſion zu wenden. General Lobau führte ihn bei dieſer ein, deren Mitglieder den größten Theil des Tages von ihrem Poſten abweſend geweſen waren, um den Berathungen der Abgeordnetenvereinigung beizuwohnen, und ſich erſt wieder eingefunden hatten, nachdem dieſe ihre Vollmachten beſtätigt und denſelben eine Ausdehnung gegeben, welche in der Hand kühner und entſchloſſen durchgreifender Männer beinahe jede beliebige Anwendung geſtattet hätte. Unter den Maſſen, die vor dem Stadthauſe verſammelt waren, herrſchte eine unruhige Bewegung, die mit jedem Augenblicke einen drohenderen Charakter annahm. Es hatte ſich das Gerücht verbreitet, daß Unterhandlungen mit dem Hofe im Gange wären; und von allen Seiten erhob ſich der Ruf: „Nieder mit den Bourbonen." Die Commiſſion ergriff unter dieſen Umſtänden eine Maßregel, welche mit dem unſicheren und ſchwankenden Benehmen der Abgeordnetenverſammlung im ſchroffſten Widerſpruche ſtand. Der Advocat Barthe wurde nach dem Stadthauſe berufen, um eine Bekanntmachung zu entwerfen, welche die Abſetzung Karls X. ausſprach. Die Bekanntmachung lautete:

„Bewohner von Paris,

„Karl X. hat aufgehört, über Frankreich zu regieren. Da er den Urſprung ſeiner Gewalt nicht vergeſſen konnte, hat er ſich immer als den Feind unſeres Vaterlandes und unſerer Freiheiten betrachtet, die er nicht zu begreifen vermochte. Nachdem er unſere öffentlichen Einrichtungen im Verborgenen durch alle Mittel der Heuchelei und des Betruges angegriffen, hatte er, ſo wie er ſich ſtark genug glaubte, ſie offen zu vernichten, den Beſchluß gefaßt, ſie im Blute der Franzoſen zu ertränken. Durch Euern Heldenmuth haben die Verbrechen ſeiner Gewalt ihr Ende erreicht.

„Einige Stunden waren hinreichend, um dieſe verderbte Regierung zu ſtürzen, die nichts anderes als eine beſtändige Verſchwörung gegen die Freiheit und das Wohl Frankreichs war. Die Nation allein ſteht noch aufrecht, geſchmückt mit ihren volksthümlichen Farben, die ſie um den Preis ihres Blutes erobert hat. Sie will eine Regierung und Geſetze, die ihrer würdig ſind.

„Welches Volk in der Welt verdient mehr die Freiheit? Im

Digitized by Google

Kampfe ſeyd Ihr Helden geweſen. Der Sieg hat jene Geſinnungen der Mäßigung und der Menſchlichkeit in Euch kundgegeben, welche in ſo hohem Grade die Fortſchritte unſerer Geſittung bezeugen. Als Sieger, Euch ſelbſt überlaſſen, ohne Polizei und ohne Behörden, haben Eure Tugenden die Stelle jeder Organiſation vertreten. Niemals ſind die Rechte eines Jeden gewiſſenhafter geachtet worden.

„Bewohner von Paris, wir ſind ſtolz darauf, Eure Brüder zu ſeyn. Eure Municipalcommiſſion hat, indem ſie von den Umſtänden eine ernſte und ſchwierige Vollmacht annahm, ſich Eurer Hingebung und Euren Anſtrengungen anſchließen wollen. Ihre Mitglieder fühlen das Bedürfniß, Euch die Bewunderung und Dankbarkeit des Vaterlandes auszudrücken.

„Ihre Geſinnungen, ihre Grundſätze ſind die Eurigen. Statt einer Gewalt, welche durch fremde Waffen aufgelegt war, werdet Ihr eine Regierung erhalten, die Euch ihren Urſprung verdankt. Die Tugenden ſind in allen Claſſen. Alle Claſſen haben die gleichen Rechte. Dieſe Rechte ſind geſichert. Es lebe Frankreich! es lebe das Volk von Paris! es lebe die Freiheit!"

Caſimir Périer war bei der Annahme dieſer Bekanntmachung nicht zugegen. Die vier übrigen Mitglieder der Commiſſion, von denen dieſelbe allein ausging, waren, nachdem ſie einen ſo kühnen Schritt gethan, wegen der Folgen nicht ohne Beſorgniß. Der tapfere Graf von Lobau ſagte, nachdem er der erſte unterſchrieben hatte, zu von Schonen: „Ich bin auf Alles gefaßt; als ich hierher kam, ſagte ich mir ſelbſt, daß ich das Blutgerüſt aufſuchte, ich habe aber meine Vorkehrungen getroffen." Dabei wies er auf eine Piſtole, die er aus der Taſche zog. Dieſer Auftritt war vorausgegangen, als Herr von Suſſy erſchien. Lobau und von Schonen waren nicht abgeneigt, ſich auf Unterhandlungen einzulaſſen. Mauguin hielt ſich zurück. Audry de Puyraveau allein wies mit rauher Entſchloſſenheit Alles zurück, was einer gegenſeitigen Annäherung ähnlich ſah. Jetzt trat auch Mauguin auf ſeine Seite. Von außen ſchlugen die jungen Leute, die bei Lafayette geweſen waren, mit den Kolben an die verſchloſſene Thüre, und verlangten, daß ihnen geöffnet werde. Herr von Suſſy, dem die Thränen in den Augen ſtanden, ſah wohl, daß nichts mehr zu hoffen war; aber er machte noch einen Verſuch, durch Liſt zu erreichen, was auf dem geraden Wege unmöglich war. Er wollte die Ordonnanzen bei der Commiſſion niederlegen, und erbat ſich einen einfachen Empfangſchein, der mit der Annahme der königlichen Befehle ſeiner Mei-

Digitized by Google

nung nach zugleich einen Act der Unterwerfung beſcheinigen ſollte. Da erhob Audry de Puyraveau ſeine Stimme und rief: „Nehmen Sie Ihre Ordonnanzen mit ſich zurück. Wir haben mit Karl X. nichts mehr zu ſchaffen!“

Inzwiſchen waren die Commiſſaire, welche die Abgeordnetenverſammlung in ihre Mitte zurückberufen hatte, im Palaſte Bourbon wieder eingetroffen. General Sebaſtiani verlangte im Namen ſeiner Collegen das Wort und erſtattete unter dem tiefſten Stillſchweigen aller Anweſenden Bericht über den Erfolg ihrer Sendung. „Meine Herren,“ ſagte er, „wir haben uns nach dem Palaſte des Luxemburg zu dem Herrn Großreferendar begeben und haben bei dieſem eine zahlreichere Vereinigung von Pairs gefunden, als wir gehofft hatten. Es waren ihrer zwanzig bis fünfundzwanzig. Auch der Herzog von Mortemart war gegenwärtig. Wir legten dar, was die Abgeordnetenvereinigung thun zu müſſen geglaubt hatte. Wir wieſen darauf hin, wie nothwendig es ſey, bald ein Mittel zu finden, das Frankreich die Bürgſchaften gäbe, welche es zu verlangen das Recht habe, und zugleich Ordnung, Sicherheit und öffentliches Vertrauen zurückführte und befeſtigte. Es entſpann ſich eine lange Erörterung; wir begegneten bei den Herren Pairs einer großen Verwandtſchaft der Anſichten und Geſinnungen; ein Jeder brachte in die Erörterung den aufrichtigen Wunſch, die Ordnung und Ruhe herzuſtellen. Beſonders zeichnete der Herzog von Mortemart ſich durch die Reinheit und den Adel ſeiner Abſichten aus; es war unmöglich, ſich vollkommener der perſönlichen Lage zu entäußern, in der er ſich befand, um auf die Unterſuchung der Mittel einzugehen, die geeignet wären, die Freiheit und den Frieden zu ſichern. Alle Möglichkeiten, alle Schwierigkeiten ſind berückſichtigt; wir haben darauf aufmerkſam gemacht, daß die unerläßlichſte, die dringendſte aller Maßregeln die Vereinigung der Kammern ſey, die ſich aber mit dem Staatsoberhaupte nicht bewirken laſſe, welches die letzten Ereigniſſe in eine ſo unangenehme Lage verſetzt haben. Wir haben eine Löſung geſucht; die Vereinigung der Pairs hat ſie gleich uns in einer Einladung gefunden, die an den Herzog von Orleans zu richten ſey, damit dieſer ſich nach Paris begebe und hier die Befugniſſe eines Generalſtatthalters des Königreiches ausübe. Wir hoffen, daß dieſe Maßregel Ihre Beiſtimmung erlangen wird.“ Statt über einen ſo wichtigen und enſcheidenden Vorſchlag eine Berathung zu eröffnen, brachte der Präſident Laffitte ohne Weiteres die Frage zur Abſtimmung: „Beabſichtigt die Vereinigung zu erklären, daß die gegenwärtig ver-

ſammelten Abgeordneten kein anderes Mittel zur Herſtellung der Ordnung und des Friedens zu finden wiſſen, als die Berufung des Herzogs von Orleans zum Range eines Generalſtatthalters des Königreiches?“ Alle Anweſende bejahten dieſe Frage mit Ausnahme von dreien, die ſich dagegen erklärten. Herr von Corcelles bemerkte: es ſey wichtig zu wiſſen, ob der Herzog von Orleans ohne Bedingung berufen ſey, oder ob man einen Zuſatz zu der Charte hinzufügen wolle. Benjamin Conſtant entgegnete: er habe die innige Ueberzeugung, daß die Bedingungen, die Herr von Corcelles verlange, vollkommen überflüſſig wären. Der Prinz, den man mit der Generalſtatthalterſchaft bekleiden wolle, werde der Sache der Freiheit treu bleiben, wie er es immer geweſen ſey. Er glaube an Jemappes und Valmy. Um alle Gewiſſen zu beruhigen, würde es indeſſen gut ſeyn, wenn man die Bürgſchaften bezeichne, welche die Nation fordere: wie die Herſtellung der Nationalgarde, die Wahlen der ſtädtiſchen und der Departementalbehörden und das Geſchworenengericht für die Preſſe.

Benjamin Conſtant und Sebaſtiani wurden beauftragt, ſofort eine Erklärung auszuarbeiten, die dem Herzoge von Orleans überbracht werden ſollte. Dieſe Erklärung, welche der Präſident vorlas, war folgendermaßen abgefaßt:

„Die Vereinigung der zu Paris anweſenden Abgeordneten hält es für dringend nothwendig, Se. königliche Hoheit den Herrn Herzog von Orleans zu bitten, ſich in die Hauptſtadt zu begeben, um dort die Befugniſſe eines Generalſtatthalters des Königreiches auszuüben, und ihm zugleich den Wunſch auszudrücken, daß die Nationalfarben beibehalten werden möchten.“

Herr von Corcelles verlangte, daß der Herzog von Orleans erſucht werde, die Befugniſſe eines Generalſtatthalters zu übernehmen, um mit der Verſammlung zuſammenzuwirken. Labbey de Pompière wollte, daß man ſage, die Ausübung der Gewalt werde dem Herzoge vertraut, bis die Kammern eine Conſtitution ausgearbeitet hätten. Bertin de Vaux engegnete: die Bevölkerung von Paris habe unter dem Rufe: Es lebe die Charte! gekämpft und geſiegt; die Charte dürfe nicht in Frage gezogen werden. Benjamin Conſtant äußerte: er habe bei einer Wanderung durch die Straßen von Paris überall den Ruf gehört: „Es lebe die Charte!“ Man wolle allgemein die Charte; man möge daher nur hinzufügen: „Die Kammern werden ſich in ihrer nächſten Seſſion mit den Bürgſchaften beſchäftigen, die für nöthig erachtet werden.“

Digitized by Google

Keiner dieſer Vorſchläge fand Berückſichtigung. Der Präſident ſprach die Anſicht aus, daß die Erklärung von allen denen, die für dieſelbe geſtimmt hätten, unterzeichnet werden müſſe. Dagegen erhoben ſich Odier und der alte Charles de Lameth. Der Letzte beſchwor ſeine Collegen naiv, ſie möchten an die Revolution und an die Gefahren denken, die in dieſer mit den Unterſchriften verbunden geweſen wären. Bei der Abſtimmung wurde durch Stimmenmehrheit beſchloſſen zu unterzeichnen. Villemain erklärte: er habe ſich mit ſeinem Gewiſſen berathen und finde darin nicht, daß ihm das Recht, einen Wechſel der Dynaſtie zu veranlaſſen, von ſeinen Wählern übertragen ſey. General Sebaſtiani verſetzte hierauf: die Frage eines Wechſels der Dynaſtie ſey dem Acte fremd, den die Vereinigung beſchloſſen habe; auch ſey es nicht die Abſicht der Commiſſaire geweſen, dieſe Frage zu erheben. Es ſey für den Augenblick keine Veranlaſſung gegeben, ſie zu verhandeln; man habe ſich nur mit den Mitteln beſchäftigt, der Unordnung und dem Blutvergießen ein Ende zu machen. Nach dieſer kurzen Unterbrechung wurde der Beſchluß gefaßt, daß zwölf Mitglieder, unter denen General Sebaſtiani das bedeutendſte war, ſich zu dem Herzoge von Orleans begeben und ihm die Erklärung der Abgeordnetenvereinigung in deren Auftrage überreichen ſollten.

Dies war das erſte entſcheidende Ergebniß, zu dem der Kampf der drei Tage führte.

Drittes Hauptſtück.

Das Bürgerkönigthum.

Nach dem Rückzuge der Truppen aus Paris war die große Stadt, ungeachtet der Einſetzung einer Behörde, der dem Namen nach die Gewalt übertragen war, völlig ſich ſelbſt überlaſſen. Ein allgemeiner Rauſch der Freude, von dem wenigſtens für den Augenblick auch die bemittelten Claſſen mit fortgeriſſen wurden, hatte die ganze Bevölkerung ergriffen. Unbekannte, die einander im Leben zum erſten Male begegneten, fielen bei der Kunde des Sieges einander mit Freudenthränen in die Arme; die verwundeten Söhne des Volkes fanden Auf-

Digitized by Google

nahme und Pflege in den Häuſern der Reichen, die ihnen zu jeder andern Zeit verſchloſſen geblieben wären; die Weinſchenken ſtanden einem Jeden offen, der in denſelben Erquickung ſuchte, ohne daß es den Wirthen eingefallen wäre, Bezahlung zu verlangen. Aber dieſes Vergeſſen aller gewöhnlichen Rückſichten, Bedenklichkeiten und Berechnungen dauerte nur kurze Zeit. Der arme Arbeiter, der, durch ein dunkles Gefühl geleitet, mit heldenmüthiger Aufopferung geſtritten hatte, ohne genau zu wiſſen, wofür, verläugnete zwar die uneigennützige Großmuth, die er während des Kampfes gezeigt, auch nach dem Siege nicht. Beim Einbrechen des Abends führte ein Zögling der polytechniſchen Schule eine Abtheilung des Haufens, der die Caſerne von Babylon genommen, nach dem Hôtel de Ville. Er fragte Lafayette, was mit den zweihundert Freiwilligen anzufangen ſey, die auf dem Grèveplatze warteten, und er erhielt die Antwort: „ſie möchten friedlich nach Hauſe gehen, denn ſie würden der Ruhe bedürfen.“ Der junge Anführer machte dem General bemerklich, daß Viele dieſer wackeren Männer, wenn ſie nach Hauſe kämen, kein Brot finden würden. „Nun gut,“ verſetzte Lafayette, „man gebe einem Jeden zwanzig Franken!“ Das Anerbieten wurde den Arbeitern mitgetheilt, die aber wie aus einem Munde riefen: „Wir ſchlagen uns nicht ums Geld!“ Sie nahmen nichts Anderes an, als Brot, das bei den Bäckern gekauft und unter ſie vertheilt wurde. Während die arbeitenden Stände ſolche Beweiſe einer adeligen Geſinnung gaben, die man in den höheren Schichten der Geſellſchaft vergebens geſucht hätte, war die bemitteltere Bürgerſchaft bereits großentheils wieder ganz in die gewöhnliche Engherzigkeit des Alltagslebens zurückgefallen. Das vorherrſchende Gefühl unter den großen und kleinen Fabrikanten, unter den Krämern, Kaufleuten und Banquiers, die in der Bürgerſchaft den Ton angaben, war die Furcht: auf der einen Seite die Furcht vor den Truppen, die jeden Augenblick Verſtärkungen an ſich ziehen und von neuem in die Stadt bringen konnten, auf der andern in noch viel höherem Maße die Furcht vor dem Volke, vor jenen beſitzloſen von der Arbeit ihrer Hände lebenden Claſſen, die man vereinzelt als nichts zu achten gewohnt war, die aber, als ſie in Maſſe bewaffnet die Straßen bedeckten, den Eindruck einer drohenden bisher nicht geahnten Gefahr hervorbrachten. Die Nationalgarde, die während der Schlachttage an dem Streite nur einen lauen und zweideutigen Antheil genommen, erſchien um ſo zahlreicher, nachdem der Kampf beendigt war. Auf allen Punkten wurden Poſten ausgeſtellt, die ſich durch Patrouillen in Verbindung ſetzten, und des Nachts

Digitized by Google

Niemand paſſiren ließen, der ſich nicht durch die vom Stadthauſe ausgegangene Loſung auszuweiſen vermochte. Es fanden deshalb eine Menge Verhaftungen Statt, von denen mehrere der tapferſten Kämpfer des Morgens betroffen wurden, die auf dieſe Weiſe bei Zeiten eine Gelegenheit erhielten, darüber nachzudenken, welche Art von Freiheit ſie erobert hatten. Der General Pajol, der unter den alten Officieren des Kaiſerreiches einer der Erſten geweſen war, die ſich der Sache des Volkes anſchloſſen, begegnete gegen Abend einem der feurigen jungen Männer, die in der Hitze des Gefechtes ſich durch den keckſten Muth ausgezeichnet hatten. „Sie haben entſchloſſene Leute in den Kampf geführt," ſagte er ihm: „Können Sie auf ihre Ergebenheit rechnen?" — „Gewiß!" — „So ſehr, daß Sie ihnen den Befehl geben dürfen, die Abgeordneten zu verhaften?" — „Dafür möchte ich denn doch nicht ſtehen." — „Dann," ſchloß der General die Unterhaltung, „iſt die Revolution verfehlt."

Die Revolution war verfehlt, wenn man von derſelben erwartete, daß ſie die gleichmäßige Betheiligung aller Volksclaſſen an der Herrſchaft einführen ſollte, die alle Schrecken des blutigen Jahres 1793 nicht durchzuſetzen vermocht hatten. Die Völker, die dem romaniſchen Stamme angehören, haben unter Freiheit von jeher nichts Anderes verſtanden, als einen Antheil an der Herrſchaft, den jeder Einzelne ſich ſelbſt ſo groß als möglich zuzumeſſen ſucht; und eben deshalb ſind alle Anſtrengungen, die ſie in der neuern Zeit gemacht haben, um die Freiheit zu erlangen, vergebens geweſen, weil Freiheit und Herrſchaft unmöglich mit einander zu vereinigen ſind. Wenn die Arbeiter und die jungen Leute, die während der drei Julitage ſich gegen die königlichen Truppen ſchlugen, für ihre perſönliche Freiheit zu kämpfen meinten, ſo irrten ſie ſich, weil es um dieſe in dem Streite zwiſchen der liberalen Partei in den Kammern und der Regierung, deſſen ſie ſich annahmen, ſich zunächſt gar nicht gehandelt hatte. Die liberale Partei war in ihren Beſtrebungen ſo offen geweſen, daß man den Vorwurf der Verſtellung, der ihr von den Gegnern oft gemacht worden iſt, nur als eine Ungerechtigkeit betrachten kann. Bei den Verhandlungen über das Departementalgeſetz, die den Sturz des Miniſteriums Martignac herbeiführten, hatten die Wortführer der Liberalen es ohne Rückhalt ausgeſprochen, daß es ihnen keinesweges darum zu thun ſey, für die Maſſe der Nation politiſche Rechte zu erringen, ſondern daß ſie nur darauf ausgingen, dem bemittelten Bürgerſtande, der ſie ſelbſt in die Kammer gewählt habe, das Uebergewicht zu ſichern.

Digitized by Google

Ein Mann wußte nach der Vertreibung der königlichen Truppen in der empörten Hauptſtadt ſich wenn nicht der vorragendſten Stellung, doch des wirkſamſten Einfluſſes zu bemeiſtern, indem er nicht ohne Geſchick den Umſtand benutzte, daß in ſeinem Hauſe, um ſeine Perſon in den Stunden der Gefahr Alles zuſammenſtrömte, was nicht von Anfang ſich blindlings in den Strom der Bewegung ſtürzte oder ſich gedankenlos von demſelben fortreißen ließ. Jacques Laffitte, der vor dreißig Jahren als ein junger Menſch ohne Mittel, ohne Empfehlungen und Verbindungen nach Paris gekommen und als Commis in ein Banquierhaus getreten war, hatte im Verlaufe dieſer Zeit durch den wohlverdienten Ruf unbeſtechlicher Redlichkeit Reichthümer, Anſehen und ein allgemeines Vertrauen erworben. Der edle Gebrauch, den er von ſeinem Vermögen machte, indem er ſein Haus allen aufſtrebenden Talenten öffnete und alle große vaterländiſche Unternehmungen mit fürſtlicher Freigebigkeit unterſtützte, ſtellte ihn in der öffentlichen Achtung höher, als irgend einen der Männer, die an Glücksgütern ſich vielleicht mit ihm meſſen konnten. Der Kern des Bürgerſtandes blickte mit Stolz auf ihn, als auf den würdigſten Vertreter ſeiner eigenen Geſinnungen; und man kann wohl ſagen, daß die Mehrheit zum voraus für Alles gewonnen war, was die Meinung Laffitte's für ſich hatte. Laffitte hatte Gelegenheit gehabt, bei der Rückkehr Napoleons und der Flucht der Bourbonen im Jahre 1815 dem Herzoge von Orleans durch anſehnliche Geldvorſchüſſe einen nicht unbedeutenden Dienſt zu erweiſen und er war ſeitdem, durch die Artigkeiten, die der Herzog ihm erzeigte, mehr, als er vielleicht ſich ſelbſt eingeſtand, geſchmeichelt, in unausgeſetzter Beziehung zu demſelben geblieben. Von dem Augenblicke, wo der Aufſtand der Pariſer eine ernſtere Wendung nahm und wo die Möglichkeit eines ſiegreichen Ausganges denkbar wurde, hatte Laffitte ſeine Augen auf den Herzog von Orleans gerichtet, deſſen Beitritt zur Volksſache ihm allein eine genügende Bürgſchaft für die Dauer des Erfolges zu bieten ſchien. Schon am Mittwoch, während der größten Hitze des Kampfes, hatte er einen ſeiner Vertrauten nach Neuilly geſchickt, wo der Herzog, unmittelbar vor den Thoren von Paris, in ländlicher Abgeſchiedenheit verweilte, um dieſen von ſeinen Planen zu unterrichten, die auf nichts Geringeres gingen, als den älteren Zweig des Hauſes der Bourbonen zu ſtürzen und den jüngeren an deſſen Stelle zu erheben. Der Herzog hatte die verwegene Botſchaft ſtillſchweigend empfangen und nichts darauf erwiedert, als daß er für die Mittheilung derſelben danke. Am folgenden Tage, nachdem

Digitized by Google

die Niederlage der königlichen Truppen entſchieden war, ſandte Laffitte wieder nach Neuilly und ließ in der Trunkenheit ſeiner Siegesfreude dem Herzoge ſagen: „er möge wählen zwiſchen einer Krone und dem Reiſepaſſe. Im Falle des Gelingens werde keine Proviſion von ihm verlangt werden; falls es mißlänge, könne er Alles in Abrede ſtellen.“ Ob dieſer Bote bis zum Herzoge gedrungen iſt, und welche Antwort er zurückgebracht hat, iſt niemals bekannt geworden.

Ludwig Philipp, Herzog von Orleans, bei dem Leben ſeines Vaters Herzog von Chartres genannt, hatte in ſeinen jungen Jahren, der Leitung ſeiner Erzieher und ſeines Vaters folgend, die franzöſiſche Revolution bei ihrem Ausbruche mit Feuer ergriffen; in den beiden erſten ſiegreichen Schlachten der Republik, bei Valmy und bei Jemappes, hatte er mitgeſtritten; und nicht eher, als bis längeres Verweilen auf dem Boden ſeines Vaterlandes für ihn die Gewißheit des Todes in ſich trug, hatte er das revolutionaire Frankreich verlaſſen. Auch im Auslande nicht ſicher vor ſeinen Feinden und gezwungen, ſich durch das tiefſte Geheimniß vor den Nachſtellungen derſelben zu verbergen, mußte er längere Zeit unſtät unter den verſchiedenſten Verhältniſſen in verſchiedenen Ländern umherirren, bis es ihm gelang, ſich mit den vor ihm ausgewanderten Prinzen des älteren Zweiges der Bourbonen zu verſöhnen, mit denen er bei dem Sturze Napoleons, ein eben ſo ſehr durch ſeine Erfahrungen wie durch die Jahre gereifter Mann, in das Vaterland zurückkehrte. Mit großer Gewandtheit wußte er ſchon während der erſten Reſtauration ſich zugleich um die Gunſt des Hofes und um die gute Meinung des Volkes zu bewerben. Schon damals bildete ſich eine Partei, die den Herzog allein für befähigt hielt, die Bedürfniſſe des neuen Frankreichs, wie daſſelbe ſeit der Revolution geworden war, mit den Intereſſen Europas in Einklang zu bringen. Ludwig XVIII. verzieh es ſeinem Vetter nie, daß deſſen Name ſelbſt in den Verhandlungen der auswärtigen Mächte, die der zweiten Reſtauration vorangingen, in dieſem Sinne genannt war. Karl X. hatte ein viel zu unbegrenztes Vertrauen auf die Würde der königlichen Gewalt und vielleicht eine zu hohe Meinung von der Feſtigkeit der Familienbande, als daß er auch nur an die Möglichkeit einer Gefahr von Seiten des Herzogs hätte denken können. Dieſer hielt ſich von aller thätigen Theilnahme an den politiſchen Angelegenheiten entfernt; er wandte ſeine ganze Sorge auf die Herſtellung des durch die Revolution zerſtreuten ungeheueren Reichthumes, mit dem die jüngere Linie des Hauſes Bourbon ausgeſtattet war, und ſcheute ſich nicht,

Digitized by Google

zur Erreichung dieſes Zweckes, Schritte zu thun, die mit den freiſinnigen politiſchen Grundſätzen, zu denen er ſonſt ſich bekannte, im ſchroffſten Widerſpruche ſtanden. Der Eigennutz, den er bei ſeinen Bemühungen zur Verbeſſerung ſeiner Vermögensverhältniſſe verrieth, wurde jedoch in den Augen der liberalen Partei reichlich durch die Verdienſte aufgewogen, die er dem gemeinen Glauben nach um die Sache des Volkes hatte, obwohl es, wenn es darauf angekommen wäre, dieſe Verdienſte namhaft zu machen, vielleicht einige Schwierigkeit gehabt hätte, ſie im Einzelnen nachzuweiſen. Der Herzog von Orleans war ein trefflicher Gatte und Familienvater; er ließ ſeine Söhne beinahe auf bürgerliche Weiſe erziehen, indem er ſie gleich dem einfachſten Privatmanne in die öffentlichen Schulen ſchickte. Während in den Tuilerien beinahe nur der alte Adel Zutritt hatte, ſtand das Palais royal jeder Auszeichnung ohne Unterſchied des Herkommens offen; und wie eifrig der Herzog es ſich auch angelegen ſeyn ließ, dem Könige ſeine unverbrüchliche Ergebenheit zu bezeugen, ſo wußte doch Jedermann, daß die auf Zurückführung des alten Zuſtandes der Dinge vor der Revolution gerichteten Maßregeln der Regierung bei ihm keine Billigung fanden.

Karl X. ließ dieſe Art ſtillſchweigender Oppoſition ſich gefallen, ohne großes Gewicht darauf zu legen. Er ſelbſt verſchmähte es keinesweges, ſich um die Volksgunſt zu bewerben, wenn ſich dazu ein Mittel bot, welches weder ſeinem Stolz noch ſeinem Grundſätzen zuwider war; und er verzieh es daher auch einem Prinzen von Geblüte, wenn er ſah, daß dieſer auf ſeine Art danach ſtrebte, ſich beim Volke beliebt zu machen. Da er keine Ahnung von der Schwäche der Stützen hatte, auf denen ſeine Macht beruhte, ſo konnte er auch nicht daran glauben, daß dem Benehmen des Herzogs von Orleans ein Plan zum Grunde lag, der gerade auf die Vorausſetzung jener Schwäche berechnet war. Der Herzog ſeinerſeits war weit davon entfernt, ein falſches Spiel zu ſpielen; er beging keine Untreue gegen den König, wenn er einer Regierung keine allzulange Dauer zutraute, die von einem Geiſte durchdrungen war, welcher beinahe in allen ſeinen Richtungen dem Geiſte der Nation mit ausgeſprochener Feindſeligkeit entgegentrat. Er wies alle Aufforderungen zurück, die voreiliger Eifer an ihn richtete, ſich mit den Gegnern des Königshauſes zu deſſen Sturze zu verbinden; aber er hatte keine Neigung, um fremder Thorheiten willen Frankreich noch einmal zu verlaſſen und im hohen Alter die Irrfahrten ſeiner Jugend von neuem zu beginnen; und er hielt es

Digitized by Google

deshalb der Klugheit angemeſſen, nichts zu verſäumen, um ſich mit der Volkspartei, deren Sieg er vorherſah, auf einen guten Fuß zu ſtellen. Ihm einen Vorwurf daraus zu machen, daß er die Verhältniſſe richtig beurtheilte, wie von den Royaliſten nicht ſelten geſchah, war eine der vielen Albernheiten, an denen die Höflinge Karls X. einen unerſchöpflichen Reichthum beſaßen.

Es war im Maimonate 1830, als der König von Neapel mit ſeiner Gemahlin eine Reiſe nach Frankreich machte, um das verwandte Königshaus zu beſuchen, mit dem er in engere Beziehung getreten war, ſeit die ſelbſtſtändige Haltung, welche das franzöſiſche Cabinet gegen außen behauptete, ihm Hoffnung gab, durch die Herſtellung des alten Familienbundes der Bourbonen der läſtigen Bande entledigt zu werden, welche der öſterreichiſche Schutz ihm auflegte. Der Herzog von Orleans veranſtaltete zu Ehren der königlichen Gäſte im Palais royal ein gl[illegible]endes Feſt, auf dem auch Karl X. mit ſeinem Hofe erſchien. Während alle Anweſende ſich der Freude und dem Vergnügen des Augenblickes hingaben, flüſterte Herr von Salvandy, dem einige ſchriftſtelleriſche Verſuche einen literariſchen Namen gemacht hatten, dem Herzoge von Orleans zu: „das Feſt iſt ein echt neapolitaniſches; wir tanzen auf einem Vulcan.“ Der Herzog ergriff den kecken Witzling am Arme und erwiderte: „Auch ich glaube, daß es einen Vulcan giebt, aber die Schuld liegt nicht an mir; ich kann mir nicht vorwerfen, daß ich nicht verſucht hätte, dem Könige die Augen zu öffnen. Was wollen Sie? Nichts wird gehört; Gott weiß wohin dieſes Alles führen wird.“ — „Meiner Ueberzeugung nach ſehr weit, Königliche Hoheit,“ verſetzte Salvandy. — „Gewiß,“ ſagte der Herzog von Orleans, „ich weiß nicht, was geſchehen wird; ich weiß nicht, wo ſie in einem halben Jahre ſeyn werden; aber ich weiß wohl, wo ich ſeyn werde. Auf alle Fälle werden wir, meine Familie und ich, in dieſem Palaſte bleiben; es iſt genug, durch fremde Fehler zweimal in die Verbannung getrieben zu ſeyn; ich werde mich ſo nicht wieder fangen laſſen. Welche Gefahr auch damit verbunden ſeyn mag, ich werde von hier nicht weichen; ich will mein Loos und das meiner Kinder nicht von jenem meines Vaterlandes trennen. Das iſt mein unabänderlicher Entſchluß. Ich verhehle meine Geſinnungen nicht; noch jüngſt, zu Rosny, habe ich mich über Manches ausgeſprochen. Sehen Sie, der König von Neapel, der mit uns war, hat unſere Lage ſehr richtig beurtheilt. Die äußern Umſtände zwingen ihn, unbeſchränkter Fürſt zu ſeyn, aber ſeine Neigung iſt dies nicht. Es war zu Rosny von einer Unterhaltung die Rede,

Digitized by Google

die Sie gehabt haben.“ — „Gnädiger Herr, ich habe geſagt, daß man die Monarchen zu Grunde richte; und ich bin zugleich überzeugt, daß der Sturz des Thrones vielleicht auf hundert Jahre das Wohl und die Freiheit Frankreichs vernichten wird.“ — „Obwohl ich mich eben ſo ſehr, wie Sie, über den Weg betrübe, den der König einſchlägt,“ fuhr der Prinz fort, „ſo hege ich doch keine Furcht vor den Folgen. Es herrſcht in Frankreich eine große Liebe der Ordnung. Dies Frankreich, das man nicht begreifen will, iſt vortrefflich, es iſt bewunderungswürdig. Sehen Sie, wie mitten unter ſo vielen Herausforderungen die Geſetze geachtet ſind; die Erfahrung der Revolution ſchwebt allen Gemüthern vor: man will ihre Eroberungen, aber man verabſcheut ihre Ausſchweifungen. Ich bin überzeugt, daß eine neue Revolution in nichts jener gleichen würde, die wir geſehen haben.“— „Gnädiger Herr, das heißt an eine Revolution von 1688 glauben. Aber als England ſich außerhalb der Legitimität ſtellte, blieb ihm ſeine Ariſtokratie als Element der Ordnung, und dieſes hat eine ſolche Macht, daß es jedes andere erſetzt. Unter uns giebt es nichts dem Aehnliches. Das Wenige, was wir von Ariſtokratie haben, wird mit den Bourbonen untergehen; man wird zum zweiten Male den Boden ebnen, und ich halte die reine Volksherrſchaft nicht für fähig irgend etwas zu begründen.“ — „Herr von Salvandy, Sie bringen die Verbreitung der Bildung nicht genug in Anſchlag, die eine Folge der Vertheilung der Vermögen iſt. Die Welt hat ſeit vierzig Jahren ihre Geſtalt verändert; die Mittelclaſſen ſind nicht die ganze Geſellſchaft, aber ſie bilden ihre Kraft; ſie haben ein beſtändiges Intereſſe für die Erhaltung der Ordnung, und ſie vereinigen mit den Kenntniſſen, die ſie in den Stand ſetzen, die Bedürfniſſe eines großen Reiches zu beurtheilen, die erforderliche Macht, um die ſchlechten Leidenſchaften zu bekämpfen und zu unterdrücken. Der Jacobinismus iſt nicht mehr möglich, wo die große Maſſe Eigenthum beſitzt.“ — „Ich bin immer der Meinung geweſen, gnädiger Herr, daß es ein gefährlicher Irrthum iſt, wenn man jedes Eigenthum ohne Unterſchied unter die Bürgſchaften der Ordnung rechnet. Das Eigenthum iſt bei uns ſo vertheilt, daß es auch ſeine Menge hat, die auf jede Ueberlegenheit neidiſch iſt und jede Gewalt haßt. Da dieſe die Zahl für ſich hat und ihren Haß gegen die höheren Stände immer durch Gleichmachungsbeſtrebungen zu befriedigen ſuchen wird, ſo fürchte ich, daß ſie uns gar bald zur Republik führen würde, wenn man nicht damit den Anfang macht.“ — „Herr von Salvandy, bedenken Sie, daß

Digitized by Google

Alles, was das Land will, die aufrichtige Herſtellung der conſtitutionellen Regierung iſt; man verlangt nichts Anderes. Alles Uebel iſt daher gekommen, daß man ſich nicht entſchließen konnte, ein für allemal alle Ergebniſſe der Revolution und namentlich die Charte vollſtändig anzunehmen. Was die Verirrungen der Revolution veranlaßt hat, war neben der ſchlechten Vertheilung der Vermögen und der geſellſchaftlichen Vorzüge die ſchlechte Erziehung des ancien régime. Darüber ſind wir hinweg. Meine politiſche Ueberzeugung iſt, daß man mit conſtitutionellen Geſinnungen Alles zum Guten lenken kann. Dieſe Grundſätze habe ich immer gehabt. Als ich in Sicilien war, wollte man mir meine Frau nicht geben, wenn ich nicht Zugeſtändniſſe machte. Ich erklärte, daß meine Anſicht unveränderlich ſey, daß ich darin meine Kinder erziehen würde, und daß ich dies eben ſo ſehr zu ihrem Beſten als aus Liebe zur Wahrheit thun wolle. Das Unglück der Fürſten, woraus alle Schwierigkeiten der Politik hervorgehen, iſt, daß ſie die Völker nicht kennen und in einem anderen Gedanken- und Meinungskreiſe leben, als dieſe. Dies iſt der Grund, weshalb ich meinen Kindern eine öffentliche Erziehung gegeben habe, die mir in jeder Hinſicht geglückt iſt. Ich wollte, daß ſie zugleich Prinzen und Bürger wären, daß ſie nicht einer anderen Art anzugehören glaubten, daß ſie nicht jenen Schleier vor den Augen hätten, den die Erziehung und das Leben an den Höfen geben, daß ſie ſich nicht an eine verderbliche Umgebung gewöhnten und von Jugend auf ſich mit einer Geſellſchaft verbänden, die ihre Welt für ſich bildet, die das Intereſſe hat ſie zu täuſchen, und die außerdem beinahe immer ſich ſelbſt betrügt. Dies war mein Zweck, und ich bin gewiß, daß ich zu der Partei, die ich jeder Zeit und in allen Tagen ergriffen, mir nur Glück zu wünſchen habe."

Der Prinz, der im Stande war, auf einem großen Hoffeſte, hinter dem Seſſel des Königs ſtehend, eine ſolche Unterhaltung zu führen, befand ſich, als die Ordonnanzen bekannt wurden, auf ſeinem Luſtſchloſſe zu Neuilly, in geringer Entfernung von den Barrièren der Hauptſtadt. Als der Sieg des Volkes in Paris entſchieden war und die erſte Botſchaft Laffitte's nach Neuilly kam, hielt der Herzog von Orleans es für räthlich, ſich nach dem in der Nähe befindlichen Landhauſe le Raincy zurückzuziehen, um hier im Verborgenen, gegen die Nachſtellungen beider Parteien geſichert, abzuwarten, bis die Dinge eine feſtere Geſtalt gewännen. Dieſe Vorſicht, wenn ſie gleich nicht von dem kühnſten Muthe zeugte, war doch durch die Umſtände gerecht-

Digitized by Google

fertigt. Am Abende des 29., als die Garden bereits ihren Rückzug bewerkſtelligt hatten, äußerte ein Officier, der von St. Cloud ausgeſandt war, um die Straße von Neuilly zu erkunden, in der Gegenwart des Königs, er ſey bis in die Nähe dieſes Schloſſes vorgedrungen und habe in der Umgebung deſſelben eine ungewöhnliche Bewegung bemerkt; es würde ihm leicht geweſen ſeyn, ſich der Perſon des Herzogs von Orleans zu bemächtigen, wenn er den Auftrag gehabt hätte. Karl X. verwies dem jungen Manne mit Strenge das voreilige Wort und ſagte, er würde einen ſolchen Schritt auf keine Weiſe gebilligt haben. Aber der Gedanke war ausgeſprochen, und der König konnte in der nächſten Stunde umgeſtimmt werden.

Als am 30. die Erklärung der Abgeordnetenvereinigung nach dem Palais royal gebracht wurde, hatte der Herzog ſein Verſteck noch nicht verlaſſen. Der Haushofmeiſter äußerte Zweifel, ob er in Neuilly zu finden ſeyn würde. General Sebaſtiani faßte daher ein Schreiben ab, welches er einem Diener übergab, der ſich anheiſchig machte, in zwei Stunden eine Antwort zu überbringen. In der That ließ dieſe nicht lange auf ſich warten; ſie war aber ſehr ungenügend, denn der Herzog beſchränkte ſich darauf, ſagen zu laſſen, daß er den andern Morgen nach Paris kommen wolle. Laffitte ſchrieb ſogleich ein kurzes Billet an den Herzog, worin er ſagte, daß derſelbe nicht morgen, ſondern auf der Stelle kommen müſſe, da kein Augenblick zu verlieren ſey. Auf dieſe dringende Mahnung begab ſich der Herzog noch denſelben Abend in bürgerlicher Tracht und zu Fuß, von einem einzigen Adjutanten begleitet, nach Paris und ließ ſogleich Laffitte, dem Fürſten von Talleyrand und wenigen ſeiner Vertrauten ſeine Ankunft melden.

Der Fürſt von Talleyrand war vor wenigen Tagen von einer Badereiſe nach Paris zurückgekehrt. Ungeachtet der geringen Gunſt, deren er ſeit ſeinem Ausſcheiden aus der Verwaltung in der erſten Zeit der Reſtauration bei Hof genoß, hatte er doch beſonders unter den auswärtigen Diplomaten immer ein hohes Anſehen behalten. Er hatte Gelegenheit gefunden, ſich von dem übeln Eindrucke zu überzeugen, welchen die Ordonnanzen auf die Botſchafter der großen Höfe machten. Graf Pozzo di Borgo rief, als er die Ordonnanzen im Moniteur las, unwillig aus: „Hätte man wenigſtens 60,000 Mann zu Paris, um eine ſolche Verwegenheit zu unterſtützen!“ Nach der Niederlage der königlichen Truppen, als man unter der Hand erfahren hatte, daß der Herzog von Mortemart beauftragt ſey, mit den Häuptern des Aufſtandes zu unterhandeln, beſchloſſen die Botſchafter

Digitized by Google

der fremden Mächte, ſich gemeinſchaftlich darüber zu berathen, ob ſie zu Paris bleiben oder Karl X. nach Saint Cloud folgen wollten. Es fand eine Verſammlung bei dem Nuntius des Papſtes Statt, dem nach den alten Ueberlieferungen der Hofetiquette der Vorrang unter den auswärtigen Geſandten zuſtand. Hier ſprachen zwar der Nuntius, die Botſchafter von Neapel und Sardinien und der ſchwediſche Geſandte ſich dafür aus, daß man es der königlichen Majeſtät ſchuldig ſey, zu ihren Gunſten das Gewicht in die Wagſchale zu legen, welches die Anweſenheit der Vertreter von Europa in der öffentlichen Meinung haben werde. Graf Pozzo di Borgo entgegnete, daß kein Grund vorhanden ſey, einen Schritt dieſer Art zu thun. Da von Seiten des Miniſters der auswärtigen Angelegenheiten keine amtliche Anzeige erfolgt wäre, ſo ſey anzunehmen, daß man von den Ereigniſſen keine Kenntniß habe; um Sr. Majeſtät dem Könige Karl X. zu folgen, müſſe man vorher zu ſeiner Perſon berufen werden. Der öſterreichiſche Bevollmächtigte Graf von Apponyi war von Paris abweſend; der preußiſche und der brittiſche Botſchafter ſchloſſen ſich der Anſicht des ruſſiſchen an. Zuletzt kam man beinahe einſtimmig überein, nichts zu übereilen, ſondern den Verlauf der Ereigniſſe zu erwarten*).

Auf dieſen Entſchluß der Diplomatie war Fürſt Talleyrand nicht ohne Einfluß geblieben. Er ſtand mit dem Grafen Pozzo di Borgo in vertrauter Verbindung und hatte dieſen leicht überzeugt, daß das Intereſſe der europäiſchen Mächte nichts anderes erheiſche, als daß in Frankreich eine feſte regelmäßige Regierung hergeſtellt und daß den beſtehenden Verträgen eine unzweideutige Anerkennung und Beſtätigung geſichert werde. Beide Bedingungen zu erfüllen, ſchien dem greiſen Diplomaten nur der Herzog von Orleans geeignet; er erinnerte daran, daß dieſer ſchon nach den hundert Tagen in Vorſchlag gebracht worden ſey. Wenn damals die Cabinette ihn zurückgewieſen hätten, ſo ſey die Urſache darin zu ſuchen, daß die Ereigniſſe noch nicht zur Reife gekommen waren; man habe die Legitimität aufrecht erhalten wollen, bis die Thorheiten Karls X. zugleich dieſen Grundſatz bloßgeſtellt und den Frieden von Europa gefährdet hätten. Von dem Fürſten Talleyrand war der Gedanke ausgegangen, den die Commiſſion der Abgeordnetenkammer ſich angeeignet hatte, den Herzog von Orleans zum Generalſtatthalter des Königreiches zu ernennen, weil dadurch noch

*) Capefigue, l'Europe T. II. p. 133 ff. Polignac, études. T. II. p. 96 ff.

Digitized by Google

nichts unwiderruflich entſchieden und doch der Uebergang von der alten Regierung zu einer neuen vorbereitet wurde.

Der Herzog von Orleans war kaum im Palais royal eingetroffen, als er den Fürſten Talleyrand und andere Männer von politiſcher Bedeutung um ſich verſammelte, um mit ihrem Beirathe einen feſten Entſchluß über das Verfahren zu faſſen, welches unter den obwaltenden Umſtänden einzuſchlagen ſey. Die ganze Nacht verging über dieſen Berathungen, da alle Fälle, welche in einer nicht zu weit entfernten Möglichkeit lagen, durchgeſprochen, die weſentlichſten Punkte, welche in der äußeren wie in der inneren Politik Frankreichs feſtzuhalten wären, erwogen und ſelbſt die Grundzüge der Erklärungen, der Reden und Antworten, die man von dem Prinzen erwartete, zum voraus feſtgeſtellt wurden. Der Morgen war bereits angebrochen, als der Herzog von Mortemart durch einen Adjutanten des Prinzen, „für den Dienſt des Königs," wie es hieß, nach dem Palais royal entboten wurde. Der letzte Miniſter Karls X. fand den Prinzen entkleidet und auf einem Lager ausgeſtreckt, welches in der Eile auf dem Fußboden aufgeſchlagen war. Die Züge des Herzogs von Orleans drückten den tiefſten Schmerz aus. So wie er den Herrn von Mortemart erblickte, richtete er ſich auf und ergriff mit Lebhaftigkeit das Wort. Er ſprach mit ſteigender Aufregung von der Anhänglichkeit, die er an den König und an den älteren Zweig des Hauſes Bourbon habe, und betheuerte, daß nichts in der Welt ihn beſtimmen ſolle, ſeinen Gefühlen untreu zu werden. „Wenn Sie den König eher ſehen, als ich," rief er aus, „ſo ſagen Sie ihm, daß man mich mit Gewalt nach Paris geführt hat. Geſtern Abend iſt eine Maſſe Menſchen in Neuilly eingedrungen und hat mich im Namen der Abgeordnetenvereinigung zu ſprechen verlangt. Auf die Antwort, daß ich abweſend wäre, haben dieſe Menſchen der Herzogin erklärt, daß ſie mit ihren Kindern nach Paris gebracht und als Gefangene zurückgehalten werden ſolle, bis der Herzog von Orleans wieder erſchienen wäre. Die Herzogin, erſchreckt durch ihre Lage und für ihre Kinder zitternd, ſchrieb mir ein Billet mit der dringenden Bitte, ſobald als möglich zurückzukommen. Dieſes Billet wurde mir durch einen zuverläſſigen Mann überbracht. So wie ich es empfing, ſchwankte ich nicht länger und kam, um meine Familie zu befreien. Sie haben mich ſpät am Abende hieher geführt." In dieſen Worten lag eine arge Uebertreibung, da Niemand daran gedacht hatte, körperliche Gewalt gegen den Herzog zu gebrauchen. Ganz freiwillig aber war ſeine Ankunft in Paris freilich nicht ge-

Digitized by Google

weſen, da die Aufforderungen, die an ihn gerichtet wurden, ihm in der That keine andere Wahl ließen, als denſelben zu folgen oder ſich dem Hofe zu Saint Cloud anzuſchließen und das Schickſal zutheilen, welches dieſem bevorſtand.

Des Morgens um neun Uhr erſchien die Abordnung der Kammer im Palais royal. Der Herzog von Orleans empfing ſie mit der zuvorkommendſten Freundlichkeit, ſchien aber wenig geneigt, auf die Anträge einzugehen, die ihm gemacht wurden. Er ſprach von den Familienbanden, die ihm perſönliche Verpflichtungen gegen Karl X. auflegten, und die ohne ernſte und reife Erwägung nicht zerriſſen werden dürften; er glaubte nicht, daß eine ſchnelle Entſcheidung ſo dringend nothwendig ſey, da der Hof zu St. Cloud nicht daran denke, die Feindſeligkeiten zu erneuern; und er machte Miene, die Abordnung zu entlaſſen, ohne ihr irgend einen beſtimmten Beſcheid gegeben zu haben, als ihm vorgeſtellt wurde, daß es ſich nicht mehr um die Beſorgniſſe handle, die St. Cloud noch einflößen könne, denn Karl X. habe für immer aufgehört zu regieren, ſondern um die gerechte Sorge, die man vor den Ausſchweifungen der Revolution haben müſſe, indem nur ein ſchneller und kräftiger Entſchluß es zu verhindern vermöge, daß nicht die Republik ausgerufen und der ganze Kreislauf der Erſchütterungen, Gefahren und Leiden, welche dieſe in ihrem Gefolge habe, noch einmal eröffnet werde. Nur nach langem Widerſtreben gelang es, die Bedenklichkeiten des Herzogs zu beſeitigen. Er bat die Abordnung, einige Augenblicke zu warten, und zog ſich mit General Sebaſtiani, ſeinem vertrauten Hausfreunde in ein Cabinet zurück, zu dem bald darauf auch Dupin der Aeltere, der gewöhnliche Rechtsbeiſtand des Herzogs, Zutritt erhielt. Nach drei Viertelſtunden trat der Herzog von Orleans wieder in den Saal ein, in dem die Abordnung ihn erwartete, und theilte dieſer eine Bekanntmachung mit, durch welche er der Bevölkerung von Paris ſeine Annahme der Generalſtatthalterſchaft anzeigte, und die mit großer Geſchicklichkeit in ſo vorſichtigen Ausdrücken abgefaßt war, daß aus derſelben dem Herzoge im Falle des Fehlſchlagens kaum ein Vorwurf gemacht werden konnte. Sie lautete folgendermaßen:

Bewohner von Paris!

„Die Abgeordneten Frankreichs, die in dieſem Augenblicke zu Paris verſammelt ſind, haben den Wunſch ausgedrückt, daß ich mich in dieſe Hauptſtadt begeben möge, um in derſelben die Obliegenheiten eines Generalſtatthalters des Königreiches auszuüben.

Digitized by Google

„Ich habe nicht angeſtanden, Eure Gefahren zu theilen, mich in die Mitte dieſer heldenmüthigen Bevölkerung zu verfügen und alle meine Kräfte aufzubieten, um Euch vor dem Bürgerkriege und einer allgemeinen Zerrüttung zu bewahren.

„Als ich in die Stadt Paris zurückkehrte, trug ich mit Stolz jene ruhmreiche Farben, die Ihr wieder angenommen habt, und die ich ſelbſt lange Zeit getragen hatte.

„Die Kammern werden zuſammentreten; ſie werden über die Mittel berathen, die Herrſchaft der Geſetze und die Aufrechterhaltung der Rechte der Nation zu ſichern.

„Die Charte wird fortan eine Wahrheit ſeyn.“

„Ludwig Philipp von Orleans.“

Die Abordnung fand in dieſer Bekanntmachung den treueſten Spiegel ihrer eigenen Geſinnungen; ſie beeilte ſich, dieſelbe der Kammer zu überbringen, wo einmüthiger, ſtürmiſcher Beifall die Acte aufnahm, die, je nachdem man ſie verſtand, ſehr viel oder ſehr wenig ſagte. Laffitte trug darauf an, daß man die Erklärung des Herzogs mit einer andern von Seiten der Kammer begleite, welche die Lage der Dinge klar und beſtimmt darſtelle. Benjamin Conſtant, Bérard und einige Andere drangen darauf, daß dem Volke in der Erklärung der Kammer zugleich die Bürgſchaften der Freiheit gegeben würden, die es nach den ſiegreichen Anſtrengungen der letzten Tage zu verlangen berechtigt ſey. Dagegen wurde eingewandt, daß man keine Zeit habe, ſich in eine Erörterung von Grundſätzen einzulaſſen, von der vorherzuſehen ſey, daß ſie kein Ende erreichen werde. Dieſer Streit hatte keine weitere Folge, indem Bejamin Conſtant, Bérard, Villemain und Guizot, die das Amt von Secretairen der Kammer übernommen, beauftragt wurden, den Entwurf der Erklärung auszuarbeiten. Guizot hatte die Vorausſicht gehabt, die Grundzüge zum voraus niederzuſchreiben; und es bedurfte keiner langen Beſprechung, um ſich über die Abfaſſung zu vereinigen, da die Nothwendigkeit der Verſtändigung allen Theilen klar war. Der Entwurf, den Guizot der Kammer vorlas und der in dieſer einſtimmige Billigung erhielt, lautete, wie folgt:

„Franzoſen,

„Frankreich iſt frei. Die Willkürherrſchaft erhob ihr Banner; die heldenmüthige Bevölkerung von Paris hat es niedergeworfen. Paris, zuerſt angegriffen, hat durch die Waffen der heiligen Sache den Sieg errungen, die umſonſt in den Wahlen geſiegt hatte. Eine Gewalt, die unſere Rechte kränkte, unſere Ruhe ſtörte, bedrohte zugleich die Freiheit

Digitized by Google

und die Ordnung. Wir kehren in den Beſitz der Freiheit und der Ordnung zurück. Keine Furcht mehr für unſere erworbenen Rechte, keine Schranke zwiſchen uns und den Rechten, die uns noch fehlen!

„Eine Regierung, die ohne Verzug uns dieſe Güter ſichert, iſt jetzt das erſte Bedürfniß des Vaterlandes. Franzoſen, diejenigen Eurer Abgeordneten, die ſich bereits zu Paris befinden, haben ſich vereinigt; in der Erwartung der regelmäßigen Mitwirkung der Kammern, haben ſie einen Franzoſen, der nie anders als für uns gefochten, den Herzog von Orleans, eingeladen, die Obliegenheiten eines Generalſtatthalters des Königreiches auszuüben. Dies iſt in ihren Augen das geeignetſte Mittel, um ohne Zeitverluſt im Frieden den Erfolg der rechtmäßigſten Selbſtvertheidigung zu vollenden.

„Der Herzog von Orleans iſt der Sache des Volkes und der Verfaſſung ergeben. Er hat immer deren Intereſſen vertheidigt und deren Grundſätze bekannt. Er wird unſere Rechte achten, weil er die ſeinigen von uns erhalten wird. Wir werden uns durch beſondere Geſetze alle erforderlichen Bürgſchaften ſichern, um die Freiheit ſtark und dauernd zu machen:

„Die Herſtellung der Nationalgarde nebſt der Theilnahme der Nationalgardiſten an der Wahl ihrer Officiere;

„die Betheiligung der Bürger bei der Bildung der örtlichen und landſchaftlichen Verwaltungen;

„das Geſchwornengericht für die Preßvergehen;

„die geſetzlich geordnete Verantwortlichkeit der Miniſter und der untergeordneten Verwaltungsbeamten;

„die geſetzliche Sicherheit der Stellungen im Heere;

„die Wiedererwählung der Abgeordneten, die zu öffentlichen Aemtern befördert werden.

„Wir werden, im Vereine mit dem Haupte des Staates, unſeren Einrichtungen die Entwickelung geben, deren ſie bedürfen.

„Franzoſen, der Herzog von Orleans hat bereits ſelbſt geſprochen; und ſeine Sprache iſt diejenige, die einem freien Lande geziemt. Die Kammern, ſagt er Euch, werden zuſammentreten; ſie werden über die Mittel berathen, die Herrſchaft der Geſetze und die Aufrechterhaltung der Rechte des Volkes zu ſichern.

„Die Charte wird fortan eine Wahrheit ſeyn."

Einunddeunzig Abgeordnete unterſchrieben dieſe Erklärung; und es wurde beſchloſſen, daß die Kammer in Maſſe dieſelbe dem Generalſtatthalter überbringen ſollte. Laffitte, der wegen einer Verletzung am Fuße

Digitized by Google

in einem Seſſel vor dem Zuge hergetragen wurde, triumphirte. Als er vor dem Herzoge von Orleans erſchien, ſagte er lächelnd dieſem in das Ohr: „Das, was ich Ihnen bringe, iſt etwas ſehr Schönes; es iſt eine Krone. Aber ſehen Sie nicht auf mein Bein! Ich will nicht ſagen, daß es ein Ohnehoſe iſt, der ſie Ihnen darreicht, aber einige Aehnlichkeit damit hat es.“ *)

So wie Laffitte die Erklärung der Kammer verleſen hatte, umarmte ihn der Herzog und drückte ihn an die Bruſt. Er führte ihn darauf an der Hand auf den Balcon hinaus und zeigte ſich mit ihm der Menge, aus der ſich der tauſendfache Ruf erhob: „Es lebe der Herzog von Orleans! Es lebe Laffitte!“

Bis dahin war Alles wohl gelungen; aber noch war es zweifelhaft, welche Aufnahme der Herzog und ſeine Begleitung im Hôtel de Ville finden würde, wo die Municipalcommiſſion unter ihrem beſcheidenen Titel alle Befugniſſe der Regierung ausübte, während Lafayette thatſächlich durch das Vertrauen des Volkes mit der höchſten militairiſchen wie bürgerlichen Gewalt bekleidet war. Auf Lafayette hatte beſonders die Jugend ihre Hoffnungen geſetzt, die, unbekannt mit den Greueln der erſten franzöſiſchen Revolution, von einer Wiederaufnahme der blendenden Irrthümer, welche dieſelben veranlaßt hatten, für Frankreich einen neuen Zeitraum des Ruhmes und weltbeherrſchender Größe erwartete. Die jungen Leute, die in den Reihen des Volkes mit heldenmüthiger Aufopferung wider die königlichen Truppen geſtritten, ſtanden in der Meinung, daß ſie nicht allein Karl X., ſondern das Königthum in Frankreich für immer geſtürzt hätten. Als am 30. Juli zuerſt der Name des Herzogs von Orleans genannt wurde, zeigte ſich unter den bewaffneten Haufen auf den Straßen beinahe überall nur ſtumme Verwunderung, während die Mehrzahl der Führer laut ihren Unmuth und ihre Entrüſtung ausſprach. „Wenn dem ſo iſt,“ riefen die Schriftſetzer und Drucker der Paſſage Dauphine, als ihnen die bevorſtehende Erhebung des Herzogs von Orleans gemeldet wurde, „ſo beginnt der Kampf von neuem, und wir wollen wieder Kugeln gießen!“ An dieſem Tage wurde Lafayette die Verhaftung des Herzogs von Chartres, des älteſten Sohnes Herzogs von Orleans, durch den Maire von Montrouge gemeldet. Der junge Prinz, der von Karl X. zum Obriſten eines Huſarenregimentes ernannt war, hatte daſſelbe auf die Kunde von dem Ausbruche der Revolution zu Paris verlaſſen, um zu ſeiner Familie

*) Marrast, document pour l'histoire de France, pag. 28.

Digitized by Google

zu eilen. Lafayette, unſchlüſſig, was zu thun ſey, wurde durch den Secretair der Municipalcommiſſion, Odilon Barrot, beſtimmt, den Befehl zur Freilaſſung des Prinzen zu geben. Aber eine Schaar der wildeſten und verwegenſten Burſchen, die unter der Anführung des Theaterdirectors Etienne Arago unter der Vorhalle des Théatre des Nouveautés lagerte, hatte kaum die Verhaftung des Prinzen vernommen, als ſie unter dem Geſchrei: „Es iſt ein Prinz! Wir wollen ihn erſchießen!“ ſich nach Montrouge auf den Weg machte. Umſonſt ſuchte ihr Führer ſie zurückzuhalten; und wenn dieſer nicht Mittel gefunden hätte, durch einen weiten Umweg, den er ſie machen ließ, ihren Marſch zu verzögern, bis der Befehl Lafayette's eintraf, wäre es um den Prinzen geſchehen geweſen. Auf dem Hôtel de Ville ſelbſt hatte der Befehl der Freilaſſung Widerſpruch gefunden; denn hier, wie auf dem Platze vor demſelben, drängten ſich die jungen Männer, die durch den Kampf am meiſten erhitzt und von den überſpannteſten politiſchen Anſichten beherrſcht waren. Die Regierungsform, die ſie für Frankreich beſtimmt hatten, war die Republik mit einem wählbaren Praſidenten an der Spitze.

Schon am 30. hatten ſich die entſchiedenſten Republikaner bei dem Reſtaurateur Lointier verſammelt, wo ſie, das Gewehr im Arm, ihre Berathungen hielten. Hier bot der berühmte Dichter Béranger, der vertraute Freund Laffitte's, alle ſeine Beredſamkeit auf, um die Gemüther für den Herzog von Orleans zu gewinnen. Aber ſo groß das Vertrauen war, deſſen der Volksſänger genoß, der die Bourbonen ſo lange mit ſeinen den glühendſten Haß athmenden Liedern bekämpft hatte, ſo gering war der Eindruck, den ſeine Worte zu Gunſten eines Fürſten aus dem Hauſe Bourbon hervorbrachten. Auf einen der wenigen Sprecher, die ihn unterſtützten, ſchlug ein Mitglied der Verſammlung das Gewehr an. Endlich wurde beſchloſſen, daß eine Abordnung der vorläufigen Regierung im Hôtel de Ville eine Adreſſe überbringen ſollte, die mit folgenden Worten begann:

„Das Volk hat geſtern ſeine geheiligten Rechte um den Preis ſeines Blutes wieder errungen. Das koſtbarſte dieſer Rechte iſt jenes, ſich ſeine Regierung frei zu wählen. Man muß es verhindern, daß keine Bekanntmachung erlaſſen wird, die ein Oberhaupt bezeichnet, ehe die Form der Regierung ſelbſt noch feſtgeſtellt ſeyn kann. Es beſteht eine vorläufige Vertretung des Volkes. Möge ſie vereinigt bleiben, bis der Wille der Mehrheit der Franzoſen bekannt ſeyn wird.“

Hubert, der junge Mann, der mit mehreren ſeiner gleichgeſinnten

Digitized by Google

Freunde beauftragt wurde, dieſe Adreſſe zu überbringen, trug dieſelbe an der Spitze ſeines Bajonnettes. Im Hôtel de Ville angelangt, überreichte er ſie Lafayette und beſchwor den greiſen General bei dem heiligen Namen der Freiheit, die Früchte des Volksſieges nicht vernichten zu laſſen. Er erklärte dem General, daß er dem Volke Rechenſchaft ſchuldig ſey für den Gebrauch, den er von dem Einfluſſe mache, welchen ihm ein allgemein verehrter Name leihe, und forderte ihn auf, die Dictatur zu übernehmen. Aber Lafayette war wenig mehr, als der Schatten ſeines alten Ruhmes. Der kühne Vorſchlag, der ihm gemacht wurde, konnte ihn nur noch erſchrecken. Er hielt eine lange Rede ohne Zweck und ohne Zuſammenhang, ſprach weitläufig von dem Unabhängigkeitskampfe der nordamericaniſchen Freiſtaaten, von der erſten Revolution, von dem Antheile, den er an dieſen großen Ereigniſſen gehabt habe, und leitete auf dieſe Weiſe eine leichte Unterhaltung ein, über welcher der Gegenſtand, um den es ſich handelte, aus dem Auge verloren wurde. Lafayette hatte in dieſen Tagen ohne Zweifel das Schickſal Frankreichs in die Hand; ſein Name, der dem Volke als gleichbedeutend mit dem Namen der Freiheit galt, würde, wenn er ſich an die Spitze der republikaniſchen Partei geſtellt hätte, alle noch Schwankende und Unentſchiedene und beſonders die große Maſſe der bewaffneten Handarbeiter mit ſich fortgeriſſen haben, denen es zwar an jeder ausgebildeten politiſchen Meinung fehlte, die aber mit einem dem Franzoſen angebornen Sinne für kriegeriſche Zucht ſich ſchnell gewöhnt hatten, ihren Führern, wo dieſe vorangingen, blindlings zu folgen.

Die verwegenſten Entſchlüſſe waren in der leidenſchaftlichen Aufregung, zu welcher der Kampf alle Gemüther geſteigert hatte, gerade jene, die in den meiſten Fällen ſich zuerſt darboten. Die Nationalgarde von St. Quentin, eine der erſten unter den Städten der Umgegend, die ſich für die Revolution erklärten, hatte nach Paris geſchickt, um zwei Zöglinge der polytechniſchen Schule zu Anführern zu verlangen. Es war bei dieſer Gelegenheit zugleich gemeldet worden, daß es leicht ſeyn würde, das Linienregiment, welches in dem benachbarten la Fére lag, für die Sache des Volkes zu gewinnen. Lafayette ließ zwei der Zöglinge kommen und ſtellte ſie der Municipalcommiſſion zur Verfügung. In dem Saale, in dem dieſe ihre Sitzungen hielt, war von den Mitgliedern der Commiſſion nur Mauguin anweſend, der auf eine Bemerkung Odilon Barrots es den jungen Männern überließ, den Aufruf, der an die Soldaten von la Fére gerichtet

Digitized by Google

werden ſollte, ſelbſt zu entwerfen. Als der Aufruf geſchrieben war, trat General Lobau ein, der aufgefordert wurde, denſelben zu unterzeichnen, dies aber verweigerte und den Saal verließ. „Er will ſeinen Namen zu nichts hergeben," ſagte hierauf Mauguin; „eben erſt hat er ſeine Unterſchrift für einen Befehl verweigert, der die Abführung eines Pulvervorrathes betraf." — „Er zieht ſich alſo zurück," bemerkte einer der Schüler der polytechniſchen Anſtalt. „Nichts iſt in einer Revolution gefährlicher, als die Menſchen, die ſich zurückziehen; ich werde ihn erſchießen laſſen." — „Woran denken Sie?" entgegnete Mauguin beſtürzt, „den General Lobau erſchießen laſſen, ein Mitglied der proviſoriſchen Regierung!" — „Warum nicht?" verſetzte der Jüngling und zeigte auf eine Schaar bewaffneter Arbeiter, die ſich auf dem Platze befanden und die ihm beim Angriffe auf die Caſerne von Babylon gefolgt waren. „Ich will dieſen braven Leuten ſagen, daß ſie unſern Herrgott erſchießen ſollen, und ſie werden es thun." Mauguin lächelte und unterzeichnete den Aufruf, ohne ein Wort zu erwidern.

Die Mitglieder der Municipalcommiſſion ſelbſt, obwohl bis auf Aubry de Puyraveau gemäßigte Männer, vermochten ſich dem Einfluſſe der revolutionairen Atmoſphäre, die ſie umgab, nicht zu entziehen. Die Einladung zur Uebernahme der Statthalterſchaft, welche die Verſammlung der Abgeordneten am Nachmittage des 30. Juli an den Herzog von Orleans gerichtet hatte, wurde erſt am Morgen des folgenden Tages der Municipalcommiſſion mitgetheilt, in der nur eine Stimme über den ungeeigneten Ton war, in dem man dieſelbe abgefaßt fand. Allgemeine Entrüſtung erregte es, daß ſelbſt die Beibehaltung der dreifarbigen Fahne nur als ſchüchterner Wunſch ausgeſprochen war; und Mauguin ſchrieb auf der Stelle an Laffitte, daß ein ſolches Actenſtück nicht anders als mit der Unterſchrift der Urheber bekannt gemacht werden könne. „Was mich betrifft," rief General Lobau aus, als ihm die Einladung bekannt wurde, „ich will ſo wenig von dieſem wiſſen, als von den anderen. Es iſt ein Bourbon."

Dies war die Stimmung auf dem Hôtel de Ville, als die Annahme der Statthalterwürde von Seiten des Herzogs von Orleans der Municipalcommiſſion angezeigt wurde. Jetzt war es zu ſpät, gegen dieſen Schritt zu proteſtiren, da man erfuhr, daß der Herzog bereits im Begriff ſtehe, ſich perſönlich nach dem Hôtel de Ville zu begeben In der That hatte der Herzog von Orleans, noch ehe die Municipalcommiſſion zu irgend einem feſten Entſchluſſe kommen konnte, ſich, von allen Abgeordneten, welche ihm die Erklärung der Kammer überbracht

Digitized by Google

hatten, in feierlichem Zuge begleitet, nach dem Stadthauſe in Bewegung geſetzt. Der Herzog, zu Pferde, ritt an der Spitze; ihm folgte Laffitte auf ſeinem Seſſel, der von vier Männern getragen wurde; hinterdrein kamen die übrigen Abgeordneten zu Fuß, die wegen des Volksandranges auf den Straßen nur langſam vorrücken konnten, ſo daß man ſich mehrmals genöthigt ſah, Halt zu machen, um die Zurückgebliebenen zu erwarten. Als der Zug aus dem Palais royal heraustrat, wurde er mit lautem Freudenrufe empfangen, der bis zum Platze des Louvre beinahe ununterbrochen anhielt, auf den Quais aber allmälig nachließ und bei dem Pont neuf völlig aufhörte. Die dichtgedrängten Maſſen, die, größtentheils bewaffnet, die Straßen und die Quais zwiſchen dem Pont neuf und dem Grèveplatze füllten, beobachteten ein düſteres Schweigen; auf dem Grèveplatze, der von einer unermeßlichen Menſchenmenge bedeckt war, verſuchten es Einzelne, den Ruf: „Es lebe der Herzog von Orleans!" zu erheben, der aber ſogleich durch ein tauſendfaches: „Es lebe die Freiheit! Es lebe Lafayette!" erſtickt wurde.

Der Herzog ſtieg bleich und ſichtlich erſchüttert die Stufen der großen Treppe hinan, an deren Fuße er von Lafayette mit der vornehmen Höflichkeit des feinen Weltmannes empfangen worden war. Beide traten zuſammen in den Waffenſaal, in dem ſich die Municipalcommiſſion und der Generalſtab Lafayette's befand. Laffitte übergab die Erklärung der Kammer einem Abgeordneten, der ſie mit vernehmlicher Stimme vorlaß. Bei der Stelle, wo es hieß, daß das Geſchwornengericht über Preßvergehen entſcheiden ſolle, neigte der Herzog ſich gegen Lafayette und ſagte halblaut: „Es wird kein Preßvergehen mehr geben!" Nachdem die Vorleſung beendigt war, legte der Herzog die Hand auf das Herz und ſprach die ſeine Empfindungen gewiß treu ausdrückenden, obwohl der Lage nicht ſehr angemeſſenen Worte: „Als Franzoſe beklage ich das Uebel, welches dem Lande widerfahren, und das Blut, das vergoſſen iſt; als Prinz bin ich glücklich, zur Wohlfahrt der Nation beitragen zu können." Die Abgeordneten gaben ihren Beifall zu erkennen; die Machthaber des Hôtel de Ville verriethen durch ihre Gebehrden, daß ſie weniger zufrieden waren. General Dubourg, der, obwohl bereits beſeitigt, nicht unterlaſſen hatte, ſich in dem Saale einzufinden, trat an den Herzog heran und ſagte, den Arm gegen den mit Bewaffneten gefüllten Platz ausſtreckend: „Sie haben Verpflichtungen übernommen; vergeſſen Sie nicht, ſie zu halten; denn wenn dies geſchieht, wird das Volk hier auf dem Platze ſie Ihnen

zurückrufen!“ Der Herzog wies dieſe Drohung mit Würde zurück, indem er entgegnete: „Sie kennen mich nicht, mein Herr, ich bin ein ehrlicher Mann; wenn es ſich um meine Pflicht handelt, laſſe ich mich weder durch Bitten beſtechen, noch durch Drohungen einſchüchtern.“ Dubourg wurde durch die Umſtehenden zurückgedrängt. Lafayette überreichte dem Herzoge eine dreifarbige Fahne, beide traten an das Fenſter und zeigten ſich der auf dem Grèveplatze in drohendem Schweigen beharrenden Menge; aber erſt, als Lafayette den Herzog umarmte, miſchte ſich der Ruf: „Es lebe der Herzog von Orleans!“ in den volksthümlicheren: „Es lebe Lafayette!“ Der Herzog kehrte hierauf, umgeben von den Abgeordneten, die ſein einziges Gefolge bildeten, nach ſeinem Palaſte zurück. Er hatte das, was er durch ſeinen Beſuch auf dem Hôtel de Ville bezweckte: die Anerkennung der durch die Abgeordnetenverſammlung ihm übertragenen Macht, erreicht.

Ungeachtet der Entſcheidung, die auf dem Hôtel de Ville erfolgt war, hielten die eifrigſten Anhänger der Republik unter der Jugend ſich noch nicht für beſiegt. Sie waren Zeugen des kalten Empfanges geweſen, den der Herzog von Orleans auf dem Grèveplatze gefunden, und glaubten, was ihrer Anſicht nach Lafayette durch ſeine Schwäche verſäumt hatte, ihrerſeits durch entſchloſſenes Handeln wieder einbringen zu können. Es wurden Bekanntmachungen gedruckt und verbreitet, in denen das Volk aufgefordert wurde, ſich die kaum errungene Freiheit nicht aus der Hand winden zu laſſen und allen Ränken des Feindes durch Ausrufung der Republik ein Ziel zu ſetzen. Aber das, was einige Stunden früher dem verwegenen Muthe einer geringen Anzahl überſpannter Schwärmer mit leichter Mühe gelungen wäre, war inzwiſchen zur Sache der Unmöglichkeit geworden. Der beſonnene Theil der Bevölkerung, der die Ernennung des Herzogs von Orleans mit Freuden begrüßt hatte, weil derſelbe ihm die ſicherſte Ausſicht auf baldige Herſtellung der Ruhe und Ordnung zu bieten ſchien, wurde durch den bloßen Namen der Republik in Schrecken geſetzt. Die republikaniſchen Maueranſchläge wurden überall, wo man dieſelben fand, herabgeriſſen. In einem Haufen, der ſich um einen dieſer Anſchläge verſammelt hatte, wurden Stimmen laut, die: „Nach der Tribune! nach der Tribune!“ riefen, weil man vorausſetzte, daß der Aufruf, welcher der Gegenſtand der allgemeinen Entrüſtung war, von dieſem Blatte ausgegangen ſey. Eine immer mehr wachſende Menge ſetzte ſich gegen das Haus, in dem das republikaniſche Blatt gedruckt wurde, in Bewegung. Schon waren die Vorderſten in den Saal der Redaction

Digitized by Google

gedrungen; und nur die kaltblütige Unerſchrockenheit der jungen Schriftſteller, die hier vereinigt waren, hielt die Erbitterten von Gewaltthätigkeiten zurück, als Lafayette, noch zu rechter Zeit von dem drohenden Ausbruche der Volkswuth unterrichtet, durch eine Abtheilung der Nationalgarde den Platz räumen ließ.

Ein ſolcher Auftritt war hinreichend, um es außer Zweifel zu ſetzen, daß die Maſſe des Volkes der Republik nichts weniger als geneigt war; aber der Herzog von Orleans hatte zu viel politiſche Erfahrung, um nicht zu wiſſen, daß bei großen gewaltſamen Erſchütterungen auch eine geringe Zahl entſchloſſener Männer, die ein beſtimmtes Ziel mit aller Kraft verfolgen, ihren Willen der weit überwiegenden Mehrheit zum Geſetze auflegen kann. In dem Bewußtſeyn ſeiner perſönlichen Ueberlegenheit hielt er es daher nicht unter ſeiner Würde, einen Verſuch zu machen, um die jungen Leute, die ihm als die Häupter der republikaniſchen Partei bezeichnet wurden, von der Irrigkeit ihrer Anſichten zu überzeugen und auf ſeine Seite hinüberzuziehen. Sechs junge Männer, die mit dem verwegenſten Muthe eine ungewöhnliche Kraft des Charakters und eine ſeltene Schärfe des Urtheils verbanden, Cavaignac, Boinvilliers, Guinard, Baſtide, Thomas und Chevallon, wurden am ſpäten Abend im Palais royal eingeführt und hatten eine lange und ernſte Unterredung mit dem Herzoge von Orleans. „Morgen werden Sie König ſeyn," ſagte Boinvilliers zu dem Prinzen, der ihm entgegnete, daß er weder nach der Krone geſtrebt habe, noch ſie wünſche; daß er aber allerdings von vielen Seiten gedrängt werde, ſie anzunehmen. Boinvilliers fragte den Herzog hierauf, wie er in Bezug auf die Verträge von 1815 geſinnt ſey. „Die Revolution," ſetzte er hinzu, „iſt nicht von den Liberalen gemacht; das, was das Volk erregt hat, war der Anblick der dreifarbigen Fahne; und es würde leichter ſeyn, Paris gegen den Rhein zu führen, als nach St. Cloud." Der Herzog von Orleans erwiderte: er ſey kein Freund der Verträge von 1815; aber es ſey nothwendig, den auswärtigen Mächten gegenüber große Vorſicht zu beobachten, und man dürfe nicht Alles laut ſagen, was man denke. Boinvilliers richtete eine zweite Frage an den Herzog, welche die Fortdauer der Pairie betraf, die, ſeiner Behauptung nach, keine Wurzeln mehr in der franzöſiſchen Geſellſchaft hatte, da der Code durch die gleiche Erbtheilung die Ariſtokratie in ihrem Keime erſtickt habe. Der Herzog übernahm die Vertheidigung der Erblichkeit der Pairswürde, die er als eine der Bedingungen einer guten Repräſentativver-

Digitized by Google

faſſung betrachtete; verſicherte jedoch zugleich, daß er, wenn ſie wirklich nicht mehr möglich ſeyn ſollte, ſich wohl hüten werde, ſie auf ſeine Koſten wieder aufzubauen. Er ſprach ſich bei dieſer Gelegenheit im Allgemeinen gegen die Republik aus, geſtand ein, daß auch er Republikaner geweſen ſey, erklärte aber, in dieſer Beziehung ſeine Anſichten ſehr geändert zu haben und zu der Ueberzeugung gekommen zu ſeyn, daß eine republikaniſche Verfaſſung in Frankreich durchaus unausführbar wäre. Hier fiel Baſtide ein und bemerkte, daß es doch, im Intereſſe der Krone ſelbſt, unvermeidlich ſeyn würde, die Urverſammlungen zu berufen. Der Prinz, der die Hand auf Baſtide's Arm gelegt hatte, zog ſie bei dieſer Bemerkung mit der Gebehrde der Ueberraſchung zurück, veränderte ſeine Züge und entgegnete mit Wärme, daß die Urverſammlungen mitten in die Revolution zurückführen würden, die allerdings neben allen ihren Ausſchweifungen auch einige ruhmvolle Seiten gehabt habe. Dabei wies er auf zwei Gemälde, welche die Schlachten von Valmy und von Jemappes darſtellten. Er äußerte ſich mit Bitterkeit über den Convent, als Cavaignac ihn mit leidenſchaftlicher Heftigkeit unterbrach: „Mein Herr, Sie vergeſſen, daß mein Vater Conventsmitglied war.“ — „Der meinige auch, mein Herr,“ erwiderte der Herzog von Orleans, „und ich habe nie einen größeren Ehrenmann gekannt.“ Der Generalſtatthalter nahm von dieſer Unterbrechung Veranlaſſung, ſich über die Verleumdungen zu beklagen, die gegen ſeine Familie ausgeſtreut worden wären; er rechtfertigte das Andenken des Regenten, ſprach von der alten Eiferſucht, die den älteren und den jüngeren Zweig der Bourbonen getrennt habe, und erging ſich, da er einmal in den Fluß der Rede gekommen war, ohne ſonderliche Tiefe, aber mit großer Leichtigkeit des Ausdruckes und einer Sicherheit des Urtheils, die für den Reichthum ſeiner Kenntniſſe zeugte, über die verſchiedenartigſten Gegenſtände. Als die jungen Republikaner ſich entfernten, äußerte einer von ihnen: „Er iſt nichts als Einer der Zweihunderteinundzwanzig!“ In dieſem Urtheile, welches die äußerſte Mißbilligung ausdrücken ſollte, lag die vollſtändigſte Rechtfertigung des Herzogs; denn nur jugendliche Ueberſpannung oder Verblendung des Parteigeiſtes konnte es verkennen, daß die Zweihunderteinundzwanzig die öffentliche Meinung von ganz Frankreich, ſo weit ſie zum Bewußtſeyn gekommen war, vertraten.

Durch die Ernennung des Herzogs von Orleans zum Generalſtatthalter hatte die vorläufige Regierung der Municipalcommiſſion thatſächlich ihre Entlaſſung erhalten. Auch erklärte von Schonen, ſo-

Digitized by Google

bald der Herzog das Hôtel de Ville verlaſſen hatte, daß nun nichts Anderes zu thun bliebe, als die Commiſſion aufzulöſen. Der republikaniſch geſinnte Audry de Puyraveau ſtimmte ihm bei, indem er bemerkte, daß man keine Veranlaſſung geben dürfe, des Ehrgeizes beſchuldigt zu werden. Mauguin allein entgegnete, daß man ſo wichtiger Obliegenheiten, wie ſie der Commiſſion übertragen wären, ſich nicht auf ſo leichte Weiſe entledige; auch bleibe immer noch viel zu thun übrig, und man könne noch weſentliche Dienſte leiſten. Dieſe Anſicht gewann nach einigem Hinundwiderreden die Oberhand; denn es war einleuchtend, daß für den Augenblick gar keine Regierung beſtanden hätte, wenn die Commiſſion von ihrem Amte zurückgetreten wäre, da der Herzog zwar die Generalſtatthalterſchaft angenommen, aber noch keinen Schritt zur Ausübung ſeiner Gewalt gethan hatte. Nachdem die Mehrheit der Municipalcommiſſion den Beſchluß gefaßt hatte, ihr Amt bis auf Weiteres fortzuführen, fand man es angemeſſen, die Verwaltung regelmäßiger zu ordnen und zu dieſem Zwecke für die verſchiedenen Zweige derſelben vorläufige Commiſſaire zu beſtellen. Dupont (von der Eure) wurde die Juſtiz, dem Baron Louis die Verwaltung der Finanzen, dem General Gérard das Heerweſen, dem Admiral de Rigny das Seeweſen, Bignon die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten, Guizot der öffentliche Unterricht, Caſimir Périer das Departement des Innern übertragen. Caſimir Périer ſträubte ſich gewaltig, als ſeine Collegen ihm ſeine Ernennung ankündigten; erſt als darauf hingedeutet wurde, daß der Erfolg der Revolution ihm wohl nicht ſicher genug ſchiene, ließ er ſich zur Nachgiebigkeit beſtimmen, vermochte aber noch am Abend einen der Secretaire der Commiſſion, ſeinen Namen in der für den Moniteur beſtimmten Liſte zu ſtreichen und ließ denſelben durch jenen des Herzogs von Broglie erſetzen. Die Ernennungen der Municipalcommiſſion wurden von dem Generalſtatthalter beſtätigt; ſie entſprachen dem Geiſte, der in der Abgeordnetenkammer vorherrſchte, aber außerhalb derſelben mußten ſie nicht geringes Erſtaunen erregen, da mit der einzigen Ausnahme des ſtrengen und unbeugſamen Dupont auch nicht einer der neuen Commiſſaire unzweideutige Beweiſe ſeiner Anhänglichkeit an die revolutionaire Sache gegeben hatte. Gérard und Guizot hatten bis zum letzten Augenblicke gezögert, ſich für die Revolution zu erklären; der Baron Louis war Finanzminiſter zur Zeit der erſten Reſtauration geweſen, er hatte erſt nach dem Siege des Volkes ſich im Hôtel Laffitte's gezeigt; der Admiral de Rigny hatte das von Karl

X. ihm angetragene Miniſterium ausgeſchlagen, aber daraus folgte nicht, daß er ein Miniſterium von der Revolution annehmen würde; und Bignon hatte in der Abgeordnetenkammer zwar ſeine napoleoniſchen Erinnerungen nicht verleugnet, aber viel zu ſehr danach geſtrebt, den Ruf eines Diplomaten zu bewahren, als daß er für die Volksſache entſchiedene Partei ergriffen hätte. Der Herzog von Broglie war einer der wenigen Pairs, die als Liberale galten; er hatte, ſo lange die Sache der Bourbonen nicht rettungslos verloren ſchien, ſich aber wohl gehütet, ſeinen Namen in irgend eine Weiſe bloßzuſtellen.

Während dieſe erſten Schritte zur Herſtellung einer geregelten Ordnung in der Verwaltung geſchahen, war der Sieg der Volkspartei zwar in Paris, aber noch keinesweges in Frankreich entſchieden. Am 30. Juli, zu der Stunde, als der Herzog von Orleans den Entſchluß faßte, der Einladung der Abgeordnetenverſammlung folgend, nach Paris zu gehen, befand Karl X. ſich noch, von königlichem Glanze umgeben, in ſeinem Luſtſchloſſe zu St. Cloud. Die Truppen, in deren Reihen es gelungen war, die Ordnung wieder herzuſtellen, zählten 12,000 Mann mit 3000 Pferden und 40 Stücken beſpannter Geſchütze. Die Lager vor Luneville und St. Omer mußten die Befehle erhalten haben, die ihnen während des Kampfes in Paris ertheilt waren, und man durfte vorausſetzen, daß die Heeresabtheilungen, die ſich in denſelben vereinigt fanden, ihren Marſch gegen die Hauptſtadt angetreten hätten. Noch war daher ſelbſt jetzt kein Grund vorhanden, alle Hoffnung aufzugeben, ſofern der König oder der Dauphin ein männliches Herz gehabt hätte. Es fehlte Karl X. nicht an perſönlichem Muthe; aber die mißverſtandene Frömmigkeit, der er, von fanatiſchen Prieſtern geleitet, in ſeinen letzten Jahren ſich hingegeben, hatte ſein Gemüth verdüſtert und den letzten Reſt von Thatkraft in ihm erſtickt. Er betrachtete den Aufſtand von Paris, ſobald er ſich überzeugt hatte, daß derſelbe nicht bloß das Werk einiger Meuterer, ſondern allgemein war, als eine Strafe des Himmels für ſeine Sünden und glaubte, daß ihm nichts Anderes zu thun bliebe, als ſich unter der Hand des Höchſten zu demüthigen. Der General Champagny, der ein zu guter Militair war, um von einem Angriffe auf Paris mit Truppen, die durch ihre Niederlage entmuthigt waren, einen günſtigen Erfolg zu erwarten, und der auf der andern Seite die Nachbarſchaft der Hauptſtadt für den Geiſt des kleinen Heeres gefährlich achtete, machte dem Könige den Vorſchlag, ſich nach Orleans zurückzuziehen, und legte ihm einen Plan vor, wie in dieſem Falle der

Krieg zu führen ſey. Karl X. durchlief mit ſichtlicher Zerſtreuung die Papiere, die der General ihm überreichte, und ſagte nach kurzem Schweigen: „Darüber müſſen Sie mit dem Dauphin ſprechen!" Der halberſtickte Ton der Stimme und die ſchmerzliche Gebehrde, mit der Karl X. dies ſagte, überzeugte den General Champagny, daß der König außer Stande war, ſich zu irgend einer Kraftanſtrengung zu ermannen.

Dem Herzoge von Angoulème war die niederdrückende Frömmigkeit ſeines Vaters fremd. Seit ſeinem ſpaniſchen Feldzuge hatte er durch die Schmeicheleien der Höflinge ſich einreden laſſen, daß er alle Talente eines großen Heerführers beſitze; auch ſprach er von nichts als von ſeinem Entſchluſſe, an der Spitze einer Armee in Paris einzurücken, und er hatte ſich dieſen Gedanken ſo feſt in den Kopf geſetzt, daß er den König in aller Form um die Ermächtigung dazu bat. Als Karl X. ſeine Zuſtimmung verweigerte, wurde er ſo entrüſtet, daß er ſich in ſein Gemach zurückzog und aus Wuth den Degen auf den Boden warf. Bald darauf fiel es ihm ein, daß es gut ſeyn würde, den Muth der Soldaten durch einen Aufruf zu beleben. General Champagny hatte dieſen entworfen, und der Dauphin hatte eben ſeine Genehmigung ertheilt, als ein Oberofficier gemeldet wurde, der vorgelaſſen zu werden verlangte. Es war General Talon, der zwei Tage vorher bei dem Kampfe um das Hôtel de Ville ſo wacker ausgehalten, und der jetzt kam, um über einen Tagesbefehl Beſchwerde zu führen, in dem zwar die Treue der Truppen belobt, zugleich aber die Zurücknahme der Ordonnanzen als ein erfreuliches Ereigniß angekündigt wurde. Der General, der in großer Aufregung war, erklärte, daß er zu jedem Beweiſe der Hingebung bereit ſey, wie er dies denn bereits gezeigt habe, daß er aber keine Beſchimpfung derſelben dulden werde. Der Dauphin war überraſcht, und als er erfuhr, daß der Tagesbefehl von dem Herzoge von Raguſa unterzeichnet ſey, gerieth er in den äußerſten Zorn. Er eilte ſogleich zum Könige, theilte dieſem mit, was vorgefallen war, und lief darauf durch das ganze Schloß, um den Marſchall zu ſuchen, der ſich im Billardſaale befand. Er trat tobend ein und befahl dem Herzoge von Raguſa, ihm in ein Nebenzimmer zu folgen. Hier hörte man einen lebhaften Wortwechſel, bis ſich plötzlich die Thüre mit Geräuſch öffnete und der Marſchall mit eiligen Schritten herausſtürzte. Der Dauphin verfolgt ihn mit unbedecktem Haupte und wuthentſtellten Zügen. Der Marſchall zieht ſich immer zurück, bis der Prinz ſich auf ihn wirft und ihm mit ſolcher Heftigkeit den Degen entreißt, daß das Blut von ſeinen Fingern ſprützt, mit denen

Digitized by Google

er in die Schneide gegriffen hat. Ganz außer ſich ruft der Dauphin jetzt: „Wache! Zu Hülfe!“ Die wachthabenden Garden umringen den Marſchall, verhaften ihn und führen ihn in ſeine Gemächer, wo er gefangen gehalten wird. Ein Vorfall, der ſo außerordentlicher Art war, konnte unmöglich verborgen gehalten werden; das Gerücht von der Verhaftung des Herzogs von Raguſa verbreitete ſich im Augenblicke unter den Soldaten und wurde von den ſchlimmſten Auslegungen begleitet. Niemand vermochte ſich das Verfahren gegen ihn anders zu erklären, als indem man annahm, daß er damit umgegangen ſey, die königliche Sache zu verrathen. Eine ſolche Vorausſetzung, ſo grundlos ſie auch war, mußte aber auf die Stimmung der Truppen beinahe ebenſo niederdrückend wirken, als wenn die That wirklich verübt worden wäre.

Karl X. war beſonnener und billiger, als ſein Sohn. Er hob die Haft des Marſchalls auf, ließ ihn zu ſich kommen und bot Alles auf, um die Mißhandlung, die er erfahren hatte, wieder gut zu machen. Der greiſe Fürſt, der ſo ſchwer vom Geſchicke getroffen war, vergaß ſein eigenes Unglück, um das Unrecht, das ſein Sohn gegen einen ſeiner Diener begangen hatte, auszugleichen. Der Herzog von Raguſa wurde gerührt; aber er war zu tief gekränkt, um dem Beleidiger zu verzeihen. Um den Befehlen des Königs zu gehorchen, begab er ſich zum Dauphin und entſchuldigte ſich gegen den Prinzen, der ſeinerſeits an ihn einige begütigende Worte richtete. Als der Dauphin ihm aber die Hand zur Verſöhnung bot, trat er einen Schritt zurück, machte eine tiefe Verbeugung und entfernte ſich.

Darüber kam der Abend heran. Tiefe Ruhe war über das Schloß gebreitet, das kurz vorher der Schauplatz ſo ſtürmiſcher Auftritte geweſen war, als mitten in der Nacht die Herzogin von Berry, die vergebens den Schlaf geſucht hatte, ſich erhob und, halb bekleidet, den Dauphin weckte, um ihn mit den bitterſten Vorwürfen über eine Hartnäckigkeit zu überhäufen, die das Leben ihres Kindes gefährdete. Der Herzog von Angoulême, der, durch die Erſchütterungen des Tages erſchöpft, jetzt völlig die Beſinnung verlor, ließ dem Könige ſagen, daß St. Cloud bedroht ſey, und daß er, um die Monarchie zu retten, ſeine Reſidenz weiter zurück verlegen müſſe. Wenige Stunden darauf waren Karl X. und die Herzogin von Berry mit ihren beiden Kindern unter dem Geleite einer Abtheilung Gardes du Corps auf dem Wege nach Trianon, wo ſie um fünf Uhr des Morgens ankamen.

Der Dauphin blieb mit den Truppen noch zu St. Cloud zurück

Digitized by Google

und ertheilte erſt gegen Mittag den Befehl zum Aufbruche. Die Nachricht von der Entfernung des Königs, die ganz das Anſehen einer nächtlichen Flucht hatte, war wenig geeignet, den gebeugten Muth der Truppen wieder aufzurichten. Zwei Bataillone des dritten Schweizerregimentes, die St. Cloud in der Richtung gegen Sèvres deckten, verließen, ſtatt in der ihnen angewieſenen Richtung abzumarſchiren, ihre Fahne und zerſtreuten ſich, ihre Waffen wegwerfend, nach verſchiedenen Seiten. Noch hielt eine Compagnie mit einem Stücke Geſchütz die Brücke über die Seine bei Sèvres beſetzt, unterließ es jedoch, das Feuer zu erwidern, welches die Pariſer Tirailleurs von dem andern Ufer des Fluſſes auf ſie richteten. Der Dauphin, hiervon unterrichtet, ſchickte den Herzog von Lévis mit dem Befehle ab, den Angriff zurückzuweiſen. Der Herzog überbrachte den Befehl dem Bataillonschef, der die Compagnie befehligte und mit übereinandergeſchlagenen Armen am Ende der Brücke ſtehen blieb, als ob er in tiefe Gedanken verſunken wäre. Der Dauphin, dem der Ungehorſam des Officiers gemeldet wurde, ſprengte ſelbſt herbei und redete die Soldaten an, die aber weder einen Laut von ſich gaben, noch eine Bewegung machten. Ergrimmt reitet er auf die Brücke vor; da er aber ſieht, daß Niemand ihm folgt, wendet er beſtürzt und beſchämt das Pferd und begiebt ſich nach St. Cloud zurück. Hier hatten ſich inzwiſchen die Truppen gegen Verſailles in Bewegung geſetzt. Als das ſechste Garderegiment im Aufmarſche begriffen war, wandte er ſich an den Obriſten und ſagte ihm: „Nun, das dritte Regiment iſt übergegangen; können Sie auf Ihre Leute rechnen?“ Der Obriſt antwortete ernſt, daß ein Jeder ſeine Schuldigkeit thun werde. Der Prinz machte einige Schritte, ohne ein Wort zu ſagen. Plötzlich bemerkte er einen Soldaten, deſſen Kragen nachläſſig offen ſtand. Dadurch erhielten ſeine Gedanken eine andere Richtung. „Dein Kragen ſitzt nicht ordonnanzmäßig!“ rief er dem Grenadier zu. Eine unwillkürliche Bewegung des Unwillens ging durch alle Reihen; denn ſo beſchränkt war auch der gemeine Soldat nicht, um nicht zu fühlen, daß jetzt keine Zeit war, ſich mit dem Sitzen eines Rockkragens zu beſchäftigen.

Die Garde trat ihren Rückzug an, den die Voltigeurs des ſechsten Regiments durch Flintenſchüſſe decken mußten, weil die Pariſer Freiwilligen, ſobald ſie die Brücke von Sèvres verlaſſen ſahen, dieſelbe überſchritten hatten und in den Park von St. Cloud eingedrungen waren. Die Soldaten, bei denen das Gefühl der Kriegerehre jedes

Digitized by Google

andere überwog, waren auf das Höchſte entrüſtet, daß ſie fliehen ſollten, ohne ſich mit dem Feinde gemeſſen zu haben. Die Grenadiere ſetzten zum Theil ihre Bärenmützen verkehrt auf, um mit ſoldatiſchem Witze zu verſtehen zu geben, daß es nicht an ihnen liege, wenn ſie den verfolgenden Pariſern den Rücken, ſtatt der Stirne, wieſen. Als die Truppen zu Verſailles ankamen, wurde ihnen, da man ſie in der feindlich geſinnten Stadt nicht einzuquartieren wagte, theils der Waffenplatz, theils ein freier Raum außerhalb des Schloßgartens zur Biwacht angewieſen. Mit großer Mühe verſchafften ihnen die Officiere die nothdürftigſten Verpflegungsmittel. Schon waren ſie einige Stunden gelagert, und noch hatte weder der Herzog von Angoulème, noch einer der Generale in ſeinem Gefolge daran gedacht, eine Muſterung zu halten. Der Soldat, der auf dieſe Weiſe ſich ſelbſt überlaſſen war, fing an zu murren, und das Mißvergnügen wurde immer allgemeiner, als von neuem der Befehl zum Aufbruche gegeben wurde.

Die Miniſter, obwohl bereits am 29. verabſchiedet, hatten Karl X. auch nach Trianon begleitet und hielten hier eine Berathung, in der auf den Vorſchlag Guernon-Ranville's beſchloſſen wurde, daß der König ſich mit dem Hofe und mit den Truppen nach Tours zurückziehen, und dahin die beiden Kammern, ſo wie alle Generale, die höchſten Beamten und die hohen Würdenträger des Reiches berufen ſollte. Man glaubte durch dieſe Maßregel den Aufſtand zu lähmen, indem man ihm die Häupter entzog, die ihn leiten und ordnen konnten, wenn es ſich auch bei der durch die Wahlen kundgegebenen Stimmung der Gemüther vorausſichtlich nicht verhindern ließ, daß derſelbe von Paris aus den ganzen Oſten und Norden von Frankreich ergriff. Mehrere Rundſchreiben waren in dieſem Sinne abgefaßt, und Karl X. hatte ſich bereit erklärt, ſie zu unterzeichnen, als er mit einem Male wieder ſeine Meinung änderte und dies den Miniſtern zu wiſſen thun ließ. Er hielt ſich durch die Aufträge, die er dem Herzog von Mortemart gegeben, für gebunden und wollte keinen Schritt thun, der als ein Bruch des Waffenſtillſtandes gedeutet werden konnte, welchen er, wie er annahm, durch die Sendung des Herzogs eingegangen war. Erſt durch die dringenden Bitten der Generale Laroche-Jacquelin und Bordeſoulle, die ihm vorſtellten, wie gefährlich der Aufenthalt zu Trianon wegen der Nähe von Verſailles ſey, wurde er vermocht, in eine neue Ortsveränderung zu willigen und ſich nach dem entfernteren Schloſſe von Rambouillet zu begeben. Die Unordnung, die unter den Truppen bereits in dem Lager von Verſailles eingeriſſen war, ver-

Digitized by Google

mehrte ſich mit jedem Schritte, der ſie weiter von Paris entfernte Als die erſten Regimenter am Morgen des 1. Auguſt den Wald von Rambouillet erreicht hatten, machte plötzlich die ganze Nachhut Halt, ohne einen Befehl erhalten zu haben, und ſchien geneigt, nach Verſailles zurückzukehren. Der General de Laroche-Jacquelin, dem dies gemeldet wurde, eilte gerade noch zu rechter Zeit herbei. Er ließ die Trommel rühren, die Truppen unter das Gewehr treten und hielt eine feurige Rede, in der er die Soldaten beſchwor, als Franzoſen ihrer Ehre zu gedenken und den Eid nicht zu vergeſſen, der ſie an ihre Fahnen binde. Die Truppen hatten zum erſten Male die Sprache eines Mannes gehört, und die Wirkung blieb nicht aus. Ein allgemeiner Ruf! „Es lebe der König!“ war die Antwort. Die Regimenter ſetzten ihren Marſch fort, ohne ein ferneres Zeichen des Widerſtrebens zu geben.

Der König und die Herzogin von Berry waren auf verſchiedenen Wegen bereits in der Nacht zu Rambouillet angelangt; am andern Morgen traf auch die Herzogin von Angoulème ein, die auf ihrer Reiſe das ganze Land in Aufruhr gefunden hatte, und den Gefahren, die ſie bedrohten, nur durch eine Verkleidung entgangen war. So wenig Einnehmendes die Prinzeſſin in ihrem rauhen, durch frühes Unglück verhärteten Weſen hatte, ſo war ſie doch bei den Soldaten der Garde in hohem Grade beliebt, weil ſie für die Truppen, die zur unmittelbaren Vertheidigung der königlichen Perſonen beſtimmt waren, mit kluger Berechnung immer eine mütterliche Vorſorge gezeigt hatte. Als ſie durch das Lager fuhr, welches zu beiden Seiten der Straße aufgeſchlagen, ſtürzten die Soldaten ihr in hellen Haufen entgegen. Sie grüßte mit der Hand, vor Thränen unfähig zu ſprechen; und die treuen Krieger zückten ihre Schwerter und ſchworen, für ihre gute Mutter zu ſterben. Karl X. ging der Tochter Ludwigs XVI. mit ausgebreiteten Armen entgegen und drückte ſie, gleich ihr zu Thränen hingeriſſen, an ſeine Bruſt. „So ſind wir denn, wie ich hoffe, für immer vereinigt,“ ſagte die Dauphine.

Zu Rambouillet war nicht das Geringſte für die Aufnahme des königlichen Hauſes vorbereitet. Die Herzogin von Angoulème konnte nicht einmal ihre Kleider wechſeln, und der König mußte, um die nothwendigſten Ausgaben zu beſtreiten, ſein Silberzeug verkaufen. Zu dieſen Verlegenheiten in Bezug auf die Bedürfniſſe des täglichen Lebens kamen aber ungleich ſchmerzlichere Erfahrungen. Der Obriſt des 15. leichten Regimentes überbrachte dem Könige ſeine Fahne; er war

Digitized by Google

von dreizehn Mann begleitet; der ganze Reſt war davongegangen. Wenn Karl X. den Ereigniſſen, die ihn zu Boden drückten, den feſteſten Muth entgegengeſetzt hätte, ſo hätte ein ſolcher Auftritt ihn erſchüttern müſſen. Sein Entſchluß war aber bereits gefaßt. Er hatte noch zu Trianon die Nachricht von der Ankunft des Herzogs von Orleans zu Paris und von ſeiner Ernennung zum Generalſtatthalter, ſo wie ein Schreiben erhalten, welches der Prinz dem Herzoge von Mortemart bei ſeiner Zuſammenkunft mit demſelben übergeben. An ſeiner eigenen Sache verzweifelnd, ſah er in der Ernennung des Herzogs den einzigen Ausweg, durch welchen der Friede wieder hergeſtellt und dem Hauſe Bourbon ſein gutes Recht bewahrt werden konnte.

So wie er zu Rambouillet angekommen war, vor Tagesanbruch unterzeichnete er daher folgende Erklärung:

„Um den Unruhen ein Ende zu machen, die in der Hauptſtadt und einem Theile von Frankreich Statt finden, und in dem Vertrauen auf die aufrichtige Ergebenheit ſeines Vetters, des Herzogs von Orleans, ernennt der König dieſen zum Generalſtatthalter des Königreiches.

„Nachdem der König es angemeſſen erachtet hat, ſeine Ordonnanzen vom 25. Juli zurückzunehmen, genehmigt er, daß die Kammern am 3. Auguſt zuſammentreten, und hofft, daß ſie die Ruhe in Frankreich wieder herſtellen werden.

„Der König wird hier die Rückkunft der Perſon erwarten, welche beauftragt iſt, dieſe Erklärung nach Paris zu bringen.

„Sollte man einen Verſuch gegen das Leben oder die Freiheit des Königs und ſeiner Familie zu unternehmen wagen, ſo würde er ſich bis auf den Tod vertheidigen.

„Rambouillet, 1. Auguſt.

Karl.“

Der Oberjägermeiſter, Graf von Girardin, dem Karl X. dieſes Schreiben zur Beſorgung anvertraute, traf mit demſelben des Morgens um ſieben Uhr im Palais royal ein. Schon zu dieſer frühen Stunde war der Advocat Dupin anweſend, der, je länger er gezögert hatte, ſich der Revolution anzuſchließen, jetzt um ſo eifriger bemüht war, die verlorene Zeit einzubringen. Dupin, wie alle ſchwache und verzagte Seelen, glaubte den Muth, der ihm in der Gefahr abging, zu erſetzen, indem er eine ſchonungsloſe Härte zeigte, ſobald die Gefahr vorüber war. Er rieth dem Generalſtatthalter, die Botſchaft des Königs

Digitized by Google

auf eine Weiſe zu beantworten, welche die Sache des Hauſes Orleans für immer von jener der älteren Linie trennte, und entwarf ſelbſt die Erwiderung, die in den ungeeignetesten Ausdrücken abgefaßt war. Der Herzog von Orleans nahm den Schein an, als ob er dieſe Roheit billige, entfernte ſich aber mit dem Schreiben des Advocaten, unter dem Vorgeben, daß er daſſelbe vor der Abſendung ſeiner Gemahlin mittheilen müſſe, und ſetzte in einem Nebenzimmer eine andere Antwort auf, die darauf berechnet war, auf den alten König einen wohlthuenden Eindruck zu machen und ihn in dem Vertrauen zu befeſtigen, welches er immer in die Treue und Ergebenheit des Herzogs geſetzt hatte. Wenige Stunden nach der Abfertigung dieſes Schreibens empfing der Generalſtatthalter den Herzog von Broglie, Caſimir Périer, Guizot, Sebaſtiani, Graf Molé, General Gérard und Laffitte und theilte dieſen Herren die von Rambouillet eingegangene Depeſche mit. Er ſchien entrüſtet und behauptete, die Abſicht Karls X. ſey keine andere, als ihn den Anhängern der Revolution zu verdächtigen. An einem ſolchen Zuge, ſagte er, erkenne er die ältere Linie wieder. Er ſprach ſich mit ſolchem Unwillen über die Hinterliſt aus, die man gegen ihn üben wolle, daß der ehrliche Laffitte die Vertheidigung des Königs übernahm *).

An demſelben Tage empfing der Herzog von Orleans die Municipalcommiſſion, die ihm durch den General Lafayette vorgeſtellt wurde, und die kam, um ihre Gewalt in die Hände des Generalſtatthalters niederzulegen. Der Herzog, der von ſeiner ganzen Familie umgeben war, benahm ſich mit der liebenswürdigſten Freundlichkeit; er entwickelte ſeine politiſchen Anſichten, die ſo freiſinnig waren, daß ſelbſt der entſchiedenſte Republikaner zufriedengeſtellt ſeyn konnte, und entließ die Commiſſion, indem er ihr für ihre dem Vaterlande bewieſene Hingebung dankte und verſicherte, daß er ſie in treuem Andenken behalten werde. Die Municipalcommiſſion hatte dem Herzoge ihren Entſchluß ſchon vorher in einem Schreiben angezeigt, welches hinter dem Rücken Mauguins abgefaßt war, weil man deſſen Widerſtand fürchtete. Als

*) Für manche der Einzelheiten, die den Charakter Ludwig Philipps nicht in dem glänzendſten Lichte erſcheinen laſſen, haben wir allerdings keine andere Bürgſchaft, als jene des Republikaners Louis Blanc, den wir kaum als einen vollgültigen Zeugen annehmen können; wir folgen ihm aber nur da, wo die innere Wahrſcheinlichkeit ſeine Ausſagen unterſtützt. Das alberne Geſchwätz eines Sarrans haben wir unberückſichtigt gelaſſen. Capefigue auf der andern Seite malt zu ſehr in das Schöne, als daß er in Allem, was er berichtet, unbedingten Glauben verdiente.

Digitized by Google

die Mitglieder der Commiſſion ſich entfernten, wurde Mauguin durch einen Adjutanten des Herzogs zurückgehalten und in ein Nebenzimmer geführt, in welchem Guizot ihm den Entwurf zu der Erwiderung mittheilte, durch welche der Generalſtatthalter das an ihn gerichtete Schreiben der Municipalcommiſſion beantworten wollte. Der Prinz dankte derſelben für die Dienſte, die ſie dem Lande geleiſtet, nahm die Entlaſſung an, die ſie als oberſte Staatsgewalt gegeben habe, erſuchte ſie aber, vorläufig noch im Hôtel de Ville vereinigt zu bleiben und die Leitung der Verwaltung von Paris zu behalten, bis ihr fernere Befehle zukämen. Das Wort Befehle ſetzte Mauguin in große Entrüſtung; er erklärte, daß die Municipalcommiſſion in dem Augenblicke, wo ſie ihre Gewalt niederlege, mit dem Herzoge von Orleans noch wie eine Macht mit der andern verhandle und daher keine Befehle annehmen könne. Guizot beruhigte den hitzigen, aber nicht ſehr charakterfeſten Eiferer leicht, indem er ſtatt Befehle Weiſungen ſetzte, was daſſelbe ſagte. Damit war der Widerſpruch beſeitigt, den Mauguin wohl fähig war zu erheben, wenn man ihn nicht zu begütigen gewußt hätte. Der Herzog von Orleans war jetzt nicht mehr bloß dem Namen nach, ſondern in der That der Inhaber der höchſten Staatsgewalt in Frankreich.

Karl X. wurde durch das Schreiben, in welchem der Herzog von Orleans ſeine Ernennung zum Generalſtatthalter beantwortete, tief ergriffen. Er hegte jetzt keinen Zweifel mehr, daß es der treuen Ergebenheit des Prinzen gelingen werde, alle Schwierigkeiten zu heben, die einer friedlichen Ausgleichung noch entgegenſtanden. Um ſo mehr mußte er überraſcht ſeyn, als am Nachmittage des folgenden Tages eine Abordnung aus Paris erſchien, die ſich als eine zugleich von dem Herzoge von Orleans und von dem Herzoge von Mortemart geſandte ankündigte und deren Zuſammenſetzung ſchon in ihm die widerſprechendſten Gefühle hervorrief. Herr von Mortemart war am frühen Morgen nach dem Palais royal entboten worden, wo ihm der Herzog von Orleans in lebhafter Bewegung entgegen trat. „Die Nachrichten, die wir von Rambouillet erhalten haben,“ ſagte er, „laſſen befürchten, daß der Aufruhr in der Umgegend der königlichen Reſidenz immer weiter um ſich greift. Es wäre entſetzlich, wenn eine verbrecheriſche Hand ſich gegen den König erhöbe. Es müßten Maßregeln zum Schutze ſeiner Perſon ergriffen werden, und das zweckmäßigſte Mittel wäre, Commiſſaire zu ernennen, die in ſeiner Nähe blieben und über weitere Zugeſtändniſſe unterhandelten. Die Aufregung der Maſſen nimmt immer mehr zu, und es wäre den Geboten der Klugheit zuwider, wenn Karl X. länger unter einem auf

das Höchſte gereizten Volke verweilen wollte.“ Herr von Mortemart theilte die Anſicht des Herzogs von Orleans; er hatte ſich längſt überzeugt, daß jede Unterhandlung im Namen Karls X. oder des Dauphins unmöglich geworden war; jetzt ſah er ſogar das Leben des Fürſten bedroht; es war daher nicht ſchwer, ſeine Zuſtimmung zu Allem zu erhalten, was nothwendig ſchien, um wenigſtens das Härteſte von dem greiſen Haupte des Monarchen abzuwenden. Man kam überein, daß ſowohl der alte König als ſein Sohn feierlich abdanken müßten, da beide an einem Vertrage mit der Hauptſtadt doch nicht mehr Theil nehmen könnten; und daß außerdem Karl X. und der Dauphin ſich entweder für den Augenblick oder für immer aus Frankreich entfernen müßten, um die Maſſen zu beruhigen. Herr von Mortemart ſelbſt bezeichnete den Herzog von Coigny, Adjutanten des Herzogs von Bordeaux, als einen der Commiſſaire, welche die Botſchaft von dieſen neuen Bedingungen nach Rambouillet überbringen ſollten; der Herzog von Orleans ernannte den Marſchall Maiſon, von dem er hoffte, daß ſeine Perſon Karl X. nicht unangenehm ſeyn werde, und Herrn von Schonen und Odilon Barrot, auf welche ſeine Wahl fiel, um der Partei Lafayette's und des Hôtel de Ville eine Bürgſchaft zu geben. Die Commiſſaire wurden beauftragt, dem Könige außer ihren Forderungen eine Summe von 600,000 Franken zu überbringen, da man mit Recht vorausſetzte, daß der unglückliche Monarch bei ſeiner bekannten Freigebigkeit mit baarem Gelde nicht im Ueberfluſſe verſehen ſeyn würde. Karl X. ließ von der Abordnung nur den Herzog von Coigny vor ſich, der ihm als alter Edelmann und als Abgeſandter ſeines Bevollmächtigten allein ſeines Vertrauens würdig ſchien. Er wies die Geldſumme, die man ihm anbot, mit Stolz zurück, indem er ſagte, daß er ſie nicht nöthig habe, ſprach ſich belobend über die ehrenhaften Geſinnungen des Herzogs von Orleans aus, erklärte aber, daß er zu Rambouillet bleiben werde, bis die Sendung des Herzogs von Mortemart vollendet wäre.

Mitten in dieſer Unterhaltung wurde der ruſſiſche Botſchafter Graf Pozzo di Borgo gemeldet, der nach mehrfachen Beſprechungen mit dem Fürſten von Talleyrand, ſo wie mit den einflußreichſten Mitgliedern der auswärtigen Diplomatie in aller Eile nach Rambouillet gekommen war, um die Bemühungen der Abordnung des Generalſtatthalters zu unterſtützen. Er ſtellte dem Könige vor, daß man in der Politik nicht immer nach den Grundſätzen des Wahren und Rechten handeln dürfe, ſondern ſich nicht ſelten durch das beſtimmen laſſen müſſe, was in

einer gegebenen Lage das Vortheilhafteſte ſey. Der König ſey bei dem Volke verleumdet, ſeine Güte, ſein Herz ſey verkannt, aber es ſey unmöglich, daß er, ſo wie die Dinge ſich einmal gewandt, die Gewalt behalte. Gegen den Dauphin ſey die allgemeine Stimmung nicht weniger gereizt, überdies habe er durch ſeinen Mangel an Haltung in den Julitagen auch das Zutrauen der Truppen verloren. Das Einzige, was unter dieſen Umſtänden zu thun bleibe, ſey, — wie ſehr man eine ſo traurige Nothwendigkeit auch beklagen müſſe — den Boden der Unterhandlungen von den Namen zu befreien, die den Maſſen verhaßt wären, um alle kräftige und zuverläſſige Gemüther um den jungen Herzog von Bordeaux zu vereinigen und wenigſtens den Grundſatz der Monarchie zu retten. Ein unſchuldiges Kind könne den Parteien weder Furcht noch Haß einflößen; ihm könne man keinen Vorwurf machen; auf eine Wiege würden ſich die Leidenſchaften nicht werfen. Dieſe Rathſchläge, die, wie bitter auch ihr Inhalt war, in der ehrerbietigſten Form ertheilt wurden, verfehlten ihren Eindruck auf den ſchwachen alten König nicht; er fügte ſich nach einigem Widerſtreben in das, was ihm als eine unvermeidliche Nothwendigkeit dargeſtellt wurde *). Der Dauphin unterwarf ſich, ſeiner Gewohnheit nach, dem Willen des Vaters und ſeufzte nur im Stillen über das Unglück, von dem er und ſein Geſchlecht betroffen war. Dennoch war er, wie ſeine Gemahlin, weit davon entfernt, es auch nur für denkbar zu halten, daß ſein Vetter, der Herzog von Orleans die Rechte des Herzogs von Bordeaux bei Seite ſetzen und für ſich ſelbſt nach der Krone ſtreben ſollte. Die Herzogin von Angoulème hatte die einzige Beſorgniß, daß der junge Heinrich unter der Vormundſchaft eines Liberalen, wie der Herzog von Orleans, in Grundſätzen erzogen werden würde, die den Ueberlieferungen der alten Monarchie und den Lehren der katholiſchen Kirche zuwider wären. Das unerſchütterliche Vertrauen zu der Anhänglichkeit und Treue des Herzogs von Orleans, von dem Karl X. durchdrungen war, ging auf die unzweideutigſte Weiſe aus der Urkunde hervor, mittelſt der er in ſeinem Namen und zugleich im Namen ſeines Sohnes den Act der Thronentſagung voll-

*) Capefigue, l'Europe T. II. pag. 204—211. Wenn Capefigue auch die Ernennung des Herzogs von Orleans zum Generalſtatthalter als eine Folge dieſer Unterhandlungen darſtellt, ſo ſcheint er weder das Datum noch den Inhalt der Urkunde recht beachtet zu haben. Die Details, die Louis Blanc giebt (T. I. p. 402—404), können nicht leicht aus der Luft gegriffen ſeyn.

Digitized by Google

zog. Dieſe Urkunde war in die Form eines Schreibens an den Generalſtatthalter gefaßt und lautete, wie folgt:

„Ich bin zu ſchmerzlich ergriffen von den Leiden, die meine Völker betrüben oder ſie doch bedrohen könnten, um nicht ein Mittel zu ſuchen, das geeignet iſt, denſelben vorzubeugen. Ich habe deshalb den Entſchluß gefaßt, der Krone zu Gunſten meines Enkels zu entſagen.

„Der Dauphin, der meine Gefühle theilt, verzichtet gleichfalls zu Gunſten ſeines Neffen auf ſeine Rechte.

„Sie werden daher, in Ihrer Eigenſchaft als Generalſtatthalter des Königreichs, die Thronbeſteigung Heinrichs V. bekannt zu machen haben. Sie werden außerdem alle Maßregeln treffen, die Sie angehen, um die Form der Regierung während der Minderjährigkeit des neuen Königs zu beſtimmen. Ich begnüge mich hier, dieſe allgemeinen Verfügungen zur Kenntniß zu bringen: es iſt ein Mittel, große Uebel zu vermeiden.

„Sie werden meine Abſichten dem diplomatiſchen Corps mittheilen und mir baldmöglichſt Kunde von der Bekanntmachung geben, durch welche mein Enkel unter dem Namen Heinrichs V. als König anerkannt werden wird.

„Ich beauftrage den Generallieutenant Vicomte de Latour-Foiſſac, Ihnen dies Schreiben zu übergeben. Er hat den Befehl, ſich mit Ihnen über die Anordnungen zu verſtändigen, die zu Gunſten der Perſonen zu treffen ſind, welche mich begleitet haben, ſo wie über die Anordnungen in Bezug auf Alles, was mich und den Reſt meiner Familie angeht.

„Wir werden ſpäter die übrigen Maßregeln anordnen, die eine Folge des Thronwechſels ſeyn werden.

„Ich wiederhole Ihnen, mein Vetter, die Verſicherung der Geſinnungen, mit denen ich bin Ihr wohlgeneigter Vetter.“

„Karl“

Karl X. war ſeiner Sache ſo gewiß, daß er dem General Grafen Latour-Foiſſac, indem er ihm das Schreiben übergab, zugleich den Auftrag ertheilte, die erforderlichen Vorbereitungen für den Einzug des Herzogs von Bordeaux in Paris zu treffen und über die in der Hauptſtadt zurückgebliebenen Truppen den Umſtänden gemäß zu verfügen. Der General kam am ſpäten Nachmittage des 2. Auguſt vor dem Palais royal an, wo Alles noch den wildeſten revolutionairen Anſtrich trug, da Menſchen aus den niedrigſten Volksclaſſen bis auf

Digitized by Google

den Treppen des Palaſtes lagerten. Er wurde bei dem Herzoge von Orleans eingeführt, der ihm erklärte, daß er die Abdankungsurkunde dem diplomatiſchen Corps mittheilen und in dem Archive der Kammern niederlegen werde. Die Anerkennung des Herzogs von Bordeaux hänge aber von hundert Umſtänden ab, die unmöglich vorher zu beſtimmen wären. Die Parteien ſtänden einander ſo ſchroff gegenüber, daß man vor allen Dingen an die Herſtellung der Ordnung denken müſſe. Wenn die regelmäßigen Gewalten erſt einmal wieder in Wirkſamkeit und anerkannt wären, dann könne man leichter an Fragen gehen, die unter allen Umſtändeu ihre Schwierigkeiten haben würden und auf das Zarteſte behandelt werden müßten; und bei alle dem würde ſehr viel von Zufälligkeiten und von den Leidenſchaften abhängen.

Die Lage des Herzogs von Orleans war ungeachtet des Namens der höchſten Gewalt, mit dem er bekleidet war, eine ſehr bedenkliche. Auf der einen Seite waren die bewaffneten Maſſen, die fortwährend alle Straßen der großen Hauptſtadt einnahmen, von gerechtem Mißtrauen gegen jeden Schritt erfüllt, der nur als ein Verſuch der Annäherung an den Hof erſchien. Ein untrügliches Naturgefühl ſagte ihnen, daß nichts in der Welt ſie vor der furchtbarſten Rache ſichern würde, ſobald die alte Hofpartei jemals wieder zu der Macht gelangte, welche Bedingungen ſie auch in der Noth des Augenblickes bewilligt haben möchte. Auf der andern Seite wäre ein kräftiger Entſchluß des Königs auch jetzt noch hinreichend geweſen, einen Bürgerkrieg zu entzünden, deſſen Folgen ſich unmöglich überſehen ließen. Rambouillet liegt auf dem Wege nach der Vendée, in der die Erinnerungen an die blutigen Kämpfe der Revolutionszeit noch ſo lebendig waren, daß ſie auf die erſte Aufforderung in wenigen Tagen ein ſchlagfertiges royaliſtiſches Heer aufgeſtellt hätte. Auch von den ſüdlichen Provinzen, in denen der Adel großentheils zu ſeinem alten Güterbeſitze und zu ſeinem alten Einfluſſe zurückgekehrt war, ließ ſich erwarten, daß ſie ſich, ſobald die königiſch Geſinnten von ihrem anfänglichen Schrecken zurückgekommen wären, zur Vertheidigung des Königthumes erheben würden.

Unter dieſen Umſtänden erſchien es von der höchſten Wichtigkeit, daß man Karl X. beſtimmte, ſobald als möglich die Nähe der Hauptſtadt und den Boden Frankreichs zu verlaſſen. Seine Abdankung war nur unter der Bedingung erfolgt, daß der Herzog von Bordeaux zu ſeinem Nachfolger ausgerufen würde, und konnte, ſofern dies nicht

Digitized by Google

geſchah, jeden Augenblick zurückgenommen werden. In einer vertraulichen Berathung, die noch am Abende des 2. Auguſt im Palais royal Statt fand, wurde deshalb beſchloſſen, die mit dem General Latour-Foiſſac zurückgekehrte Commiſſion nochmals nach Rambouillet zu ſchicken, um Karl X. zu augenblicklicher Abreiſe zu vermögen, ihn nach dem Hafen von Cherbourg zu geleiten und dort für ſeine Einſchiffung und für die Einſchiffung der königlichen Familie nach England Sorge zu tragen. „Er muß abreiſen," rief der Herzog von Orleans während der Berathung in leidenſchaftlicher Erregung aus; „es iſt durchaus nothwendig, daß er abreiſt!" Da es ſich gezeigt hatte, daß eine friedliche Sendung ihren Zweck verfehlte, ſo wurde darauf aufmerkſam gemacht, daß es gerathen ſeyn möchte, den König durch eine feindliche Bewegung einzuſchüchtern. Der Obriſt Jacqueminot unternahm es, dieſe hervorzurufen. Am Morgen des 3. Auguſt, mit Tagesanbruch, verbreiteten ſich in allen Stadtvierteln Menſchen, die den Ruf erhoben: „Karl X. bedroht Paris! Nach Rambouillet, nach Rambouillet!" Der Generalmarſch wurde geſchlagen, und bald war die ganze Hauptſtadt in Bewegung. Während der weniger kriegeriſche Theil ſich um die Zugänge zum Palaſte Bourbon drängte, wo inzwiſchen alle Vorbereitungen zur feierlichen Eröffnung der Kammern getroffen waren, ſammelten ſich Tauſende von Freiwilligen aus allen Ständen, mit Gewehren, Carabinern und Piſtolen, Säbeln, Degen und Piken bewaffnet, in den Champs Elyſées, um den Marſch gegen Rambouillet anzutreten. Alle Wagen, Fiacres, Cabriolets, die ſich auftreiben ließen, wurden in Beſchlag genommen, um die Fortſchaffung des revolutionairen Heeres zu erleichtern. Lafayette, der die Nothwendigkeit begriff, der ungeregelten tobenden und lärmenden Maſſe wenigſtens einen Schein militairiſcher Ordnung zu geben, ertheilte den Befehl, daß 500 Mann von jeder Legion der Nationalgarde mit ausrücken ſollten; er ernannte den kriegserfahrnen General Pajol zum Befehlshaber und theilte dieſem den Obriſten Jacqueminot als Chef des Generalſtabes und ſeinen Sohn, George Lafayette, als erſten Adjutanten zu. Dennoch war er nicht ohne Beſorgniſſe, wenn es zu einem ernſten Zuſammentreffen zwiſchen den undiſciplinirten Volkshaufen und den königlichen Truppen käme, und er ließ daher durch Eilboten den Nationalgarden von Arras und Amiens die Weiſung zugehen, ſich ſofort in Marſch zu ſetzen, um dem Expeditionscorps nöthigenfalls zu Hülfe zu kommen.

Während dieſe Anordnungen getroffen wurden, um ein Uhr Mit-

Digitized by Google

tags, fand nach einem unmittelbar bei der Uebernahme der Generalſtatthalterſchaft von Seiten des Herzogs von Orleans gefaßten Beſchluſſe die Eröffnung der Kammern im Palais Bourbon Statt. Es hatten ſich zwar anfangs einige Bedenken dagegen erhoben, daß die Eröffnung an dem Tage vorgenommen werden ſollte, den Karl X. dazu beſtimmt hatte, weil man den Anſchein vermeiden wollte, als ob noch den Befehlen des Königs Folge geleiſtet würde. Die große Mehrzahl der zu Paris anweſenden Abgeordneten war jedoch der Meinung geweſen, daß man ſich ſo viel als möglich innerhalb der geſetzlichen Formen halten müſſe; und der Herzog von Orleans war nichts weniger als geneigt, den Anfang ſeines Regimentes durch eine allzu ſchroffe Trennung von der Vergangenheit zu bezeichnen. Nur in dem Ceremoniel fand man es angemeſſen, einige Veränderungen vorzunehmen, indem der Generalſtatthalter nicht, wie bisher der König, die Verſammlung der Abgeordneten und der Pairs zu ſich in das Schloß entbieten ließ, ſondern ſich ſelbſt in ihre Mitte nach dem Palais Bourbon begab. Zu der Stunde der Eröffnung waren an 200 Abgeordnete und über vierzig Pairs anweſend; und man bemerkte unter beiden neben den bekannten Wortführern der Liberalen doch auch einige der eifrigſten Royaliſten, wie unter den Abgeordneten Berryer, Jacquinot de Pampelune, de Conny, Syrieys de Mayrinhac, unter den Pairs Châteaubriand, den Marquis de Dreux-Brézé, den Herzog von Caraman u. A. Der Herzog von Orleans, von Abordnungen der beiden Körperſchaften eingeführt, wurde mit dem Rufe: „Es lebe der Herzog von Orleans! Es lebe der Generalſtatthalter! Es lebe die Freiheit! Es lebe die Charte!“ begrüßt. Er hielt bedeckten Hauptes folgende Rede, welche die Lage der Dinge in wenigen großen Zügen, treu, aber mit würdevoller Schonung des Unglückes vorüber führte. „Meine Herren Pairs und meine Herren Abgeordneten!“ redete er die Verſammlung an: „Paris, durch eine bedauernswerthe Verletzung der Verfaſſung und der Geſetze in ſeiner Ruhe geſtört, hat beide mit heldenmäßigem Muthe vertheidigt. Mitten in dieſem blutigen Kampfe ſtand keine der Bürgſchaften der geſellſchaftlichen Ordnung mehr aufrecht: die Sicherheit der Perſonen, des Eigenthumes, der öffentlichen Rechte, Alles, was dem Menſchen und dem Bürger theuer iſt, war gefährdet. Bei der Abweſenheit jeder öffentlichen Staatsgewalt wandten ſich die Wünſche meiner Mitbürger auf mich; ſie erachteten mich würdig, mit ihnen zu der Rettung des Vaterlandes beizutragen; ſie luden mich ein, die Obliegenheiten eines Generalſtatthalters des Kö-

nigreichs auszuüben. Ihre Sache erſchien mir gerecht, die Gefahr unermeßlich, die Nothwendigkeit gebieteriſch, meine Pflicht heilig. Ich eilte in die Mitte dieſes thatkräftigen Volkes, von meiner Familie gefolgt, und jene Farben tragend, die zum zweiten Male unter uns den Sieg der Freiheit bezeichnet haben. Ich eilte mit dem Entſchluſſe herbei, jedes durch die Umſtände geforderte Opfer zu bringen, um die Herrſchaft der Geſetze wiederherzuſtellen, die bedrohte Freiheit zu retten und die Rückkehr ſo großen Unglücks dadurch unmöglich zu machen, daß die Macht jener Charte auf immer geſichert wird, deren Name während des Kampfes, aber auch nach dem Siege angerufen wurde. Bei der Löſung dieſer edeln Aufgabe gebührt es den Kammern, mich zu leiten. Alle Rechte müſſen feſt verbürgt ſeyn, alle zu ihrer vollen und freien Ausübung nöthigen Staatseinrichtungen müſſen die Entwicklung erhalten, deren ſie bedürfen. Von Herzen und aus Ueberzeugung den Grundſätzen einer freien Regierung anhängend, nehme ich zum voraus die Folgen derſelben an. Die Vergangenheit iſt mir ſchmerzhaft; ich beklage das Unglück, das ich gern verhütet hätte; aber inmitten dieſes großartigen Aufſchwunges der Hauptſtadt und aller franzöſiſchen Städte, im Angeſichte der mit bewunderswürdiger Schnelligkeit wieder eintretenden Ordnung, nach einem durch keine Ausſchweifungen befleckten Widerſtande, iſt mein Herz von einem gerechten Nationalſtolze durchdrungen und ich blicke mit Vertrauen in die Zukunft des Vaterlandes. Ja, meine Herren, es wird frei und glücklich ſeyn, dieſes mir ſo theuere Frankreich; es wird Europa zeigen, daß es, einzig mit ſeiner inneren Wohlfahrt beſchäftigt, den Frieden eben ſo ſehr wie die Freiheit liebt und nur das Glück und die Ruhe ſeiner Nachbarn wünſcht.“ Zum Schluſſe zeigte der Herzog den Kammern an, daß er die Abdankungsurkunden König Karls X. und des Dauphins erhalten und dieſelben in dem Archive der Pairskammer niedergelegt habe. Davon, daß dieſe Abdankungen zu Gunſten des Herzogs von Bordeaux erfolgt waren, geſchah keine Erwähnung; das Schweigen, welches er über einen ſo wichtigen Punkt beobachtete, war aber eben ſo beredt, wie eine ausdrückliche Erklärung. Nachdem der Generalſtatthalter ſich unter dem lauten Beifallsrufe der Verſammlung entfernt hatte, ging dieſe auseinander, um des andern Tages in getrennten Kammern ihre regelmäßigen Geſchäfte zu beginnen.

Ungefähr eine Stunde nach der Beendigung der Eröffnungsſitzung ſetzte ſich das Heer der Pariſer Freiwilligen, das im Ganzen etwa 6000 Mann zählte, aber nur wenige Hundert Reiter und kein einziges

Digitized by Google

Stück Geſchütz hatte, in grenzenloſer Verwirrung gegen Rambouillet in Bewegung. Zu Verſailles, wo der erſte Halt gemacht wurde, ſtießen 1500 Freiwillige von Rouen hinzu, die, nachdem ihre Vaterſtadt ſich für die Revolution erklärt hatte, ſogleich ausgezogen waren, um ihren kämpfenden Brüdern in Paris zu Hülfe zu eilen. Die Trümmer von zwei Infanterieregimentern, die noch in einer Caſerne lagen, lieferten dem General Pajol ihre Waffen aus. Auch wurden von der Militairſchule zu St. Cyr acht Stücke Geſchütz hinweggenommen, die zu den Uebungen der Schüler dienten, und welche jetzt die ganze Artillerie des Expeditionsheeres ausmachten. Gegen Abend kam die Vorhut der ohne alle Ordnung vordrängenden Maſſe bei Coignères, etwa eine halbe Meile von Rambouillet, an, wo General Pajol die Wagen zu einer Wagenburg zuſammenfahren und Anſtalten zur Biwacht für die Nacht treffen ließ. Vor Coignères erreichte die außerordentliche Commiſſion, die der Generalſtatthalter zum zweiten Male an Karl X. abſchickte, die Spitze der Vorhut und ſetzte, ohne ſich aufzuhalten, ihren Weg nach Rambouillet fort. Der Herzog von Coigny war zurückgeblieben, weil er an einer Sendung, deren Zweck mit ſeinen Grundſätzen nicht übereinſtimmte, nicht Theil nehmen wollte. Die Commiſſion beſtand daher nur noch aus den Herren von Schonen, Odilon Barrot und Marſchall Maiſon. Als die drei Herren das Schloß von Rambouillet zu Geſichte bekamen, wurden ſie von den Vorpoſten der königlichen Truppen angehalten. Nach einigem Parlementiren erſchien der Herzog von Raguſa und führte die Commiſſaire durch das Lager, in welchem die ſtrengſte militairiſche Ordnung hergeſtellt war, und das daher eine ſehr achtunggebietende Haltung bewahrte. Bei Karl X. fanden ſie einen Empfang, der rauher war, als man ihn bei einem ſonſt immer an die Beobachtung der feinſten Formen gewöhnten Fürſten hätte erwarten dürfen. „Was wollen Sie, meine Herren?“ rief er ihnen entgegen: „Alles iſt abgemacht; ich habe mich mit meinem Generalſtatthalter verſtändigt.“ — „Aber, Sire,“ verſetzte der Marſchall Maiſon, „der Generalſtatthalter ſchickt uns, um Ew. Majeſtät zu melden, daß das Volk von Paris gegen Rambouillet im Anzuge begriffen iſt, und Sie zu bitten, Sich den Folgen eines wüthenden Angriffes nicht auszuſetzen.“ Karl X., der jetzt zu ahnen anfing, wie ſehr ſein Vertrauen in den Herzog von Orleans ihn getäuſcht hatte, gerieth bei dieſen Worten in ſolche Entrüſtung, daß der Marſchall beſtürzt hinter ſeine beiden Begleiter zurückwich. „Was wollen die Pariſer von mir?“ rief der königliche Greis aus. „Habe

ich ſie je gedrückt? Können ſie jetzt nicht thun, was ihnen gefällt? Ich bin ſeit meiner Abdankung nichts. Der Generalſtatthalter hat alle meine Vollmachten, die ihm unter der Bedingung übertragen ſind, daß er den Herzog von Bordeaux ausrufen läßt. Bis dahin werde ich hier bleiben und mich bis auf den letzten Blutstropfen vertheidigen." — „Gerade zum Beſten des Herzogs von Bordeaux," entgegnete Odilon Barrot, „iſt es nothwendig, daß Ew. Majeſtät abreiſen. Dieſes Kind iſt bis jetzt in dem Streite noch nicht bloßgeſtellt; ſein Name darf nicht in die Erinnerungen eines Bürgerkrieges gemiſcht, der Thron des jungen Fürſten darf nicht mit Blut beſpritzt werden." Der Marſchall Maiſon, der den König bewegt ſah, fügte hinzu, daß der Kampf der Pariſer mit der Garde furchtbar ſeyn würde, da nicht weniger als 60,000 Mann Rambouillet bedrohten. Karl X., der mit großen Schritten im Zimmer umherging, blieb überraſcht ſtehen; er erklärte dem Marſchall, daß er auf ſeine Ehre vertraue, und fragte ihn auf ſein Wort, ob es wahr ſey, daß die im Anzuge begriffenen Schaaren der Pariſer 60,000 Mann ſtark wären. Marſchall Maiſon wiederholte ſeine Behauptung, die von ſeinen Begleitern beſtätigt wurde und Karl X. entſchloß ſich, nach einer kurzen Berathung mit dem Herzoge von Raguſa, dem Anſinnen der Commiſſaire nachzugeben und auf der Stelle ſeine Abreiſe anzutreten. Noch in der Nacht brach er mit ſeiner Familie, unter der Bedeckung der ihm treu gebliebenen Truppen nach Maintenon auf, wo er im Schloſſe des Herzogs von Noailles mit Herzlichkeit und innigem Mitgefühle aufgenommen wurde. Des andern Morgens ließ Karl X. ſich beſtimmen, die Garderegimenter und alle übrige Truppen, die bisher noch bei ihm ausgehalten hatten, mit Ausnahme der Garde du Corps, die ihn bis nach Cherbourg geleiten ſollten, zu verabſchieden. Er richtete einen Tagesbefehl an ſie, in dem er ſeinen Schmerz ausdrückte, ſich von ihnen trennen zu müſſen, ſie wegen ihres preiswürdigen Benehmens belobte und ihnen aufgab, nach Paris zu gehen und ſich dem Generalſtatthalter zu unterwerfen, der für ihre Sicherheit und ihr Wohlergehen in der Zukunft ſorgen werde. Als Karl X. mit den Seinigen das Schloß verließ, um ſeine traurige Reiſe über Dreux, wohin ihm die Commiſſaire voraus geeilt waren, weiter fortzuſetzen, ſtellte die Garde ſich längs der Straße in Schlachtordnung auf; die Trommeln wirbelten und die Fahnen ſenkten ſich: es war zum letzten Male, daß Karl X. in Frankreich königliche Ehren erwieſen wurden.

General Pajol, der mit ſeinen Freiwilligen bis in die Nähe von

Digitized by Google

Rambouillet vorgedrungen war, wurde durch die Nachricht von der Abreiſe des Königs von ſchwerer Sorge befreit. Er hatte bei ſeinem Vorrücken die feſte Ueberzeugung, daß das bunte Gemiſch von überſpannten Köpfen, Prahlhänſen und Taugenichtſen, das man ihm unter dem Namen eines Heeres übergeben hatte, bei dem erſten entſchloſſenen Angriffe der königlichen Truppen auseinandergeſprengt und in Stücke gehauen werden würde; und nur die Tollkühnheit, mit der er von jeher gewohnt war, auch das Unmögliche zu unternehmen, vermochte ihn, auf alle Gefahr voranzugehen. Er gab, ſo wie er ſich überzeugt hatte, daß gegen alle Wahrſcheinlichkeit der Zweck ſeines Zuges erreicht ſey, ſeinem Heere den Befehl, nach Paris zurückzumarſchiren. Dieſer Befehl war aber leichter ertheilt, als ausgeführt. Der größte Hauſe weigerte ſich, zu gehorchen und drängte in dichten Maſſen nach Rambouillet, wohin der General nothgedrungen folgen mußte, um die ärgſten Unordnungen zu verhüten. In wenigen Augenblicken war die kleine Stadt und das königliche Schloß überſchwemmt; Flintenſchüſſe wurden in den Straßen abgefeuert, ein junger Mann, der auf dem Poſten ſtand, wurde erſchoſſen; und größeres Unglück wäre kaum zu vermeiden geweſen, wenn einer der Anführer der zuchtloſen Banden nicht den glücklichen Einfall gehabt hätte, die tollſten Burſchen zu entfernen, indem er ſie aufforderte, in die königlichen Staatscaroſſen zu ſteigen und in denſelben nach Paris zu fahren. Arme Arbeiter, die ihre Piken und Bajonnette zu den Fenſtern herausſehen ließen, füllten die vergoldeten Wagen, die, mit acht Roſſen beſpannt, von den Hofkutſchern geleitet und von den Stallbedienten gefolgt, unter dem Gelächter und Freudengeſchrei des Volkes vor das Palais royal fuhren. Hier ſtiegen die Inhaber ab und ſchrien unter den Fenſtern des Generalſtatthalters: „Sehen Sie, Herr Herzog! Da haben Sie Ihre Wagen!“ Die Herzogin von Orleans wurde durch den Tumult auf das Aeußerſte erſchreckt; der Herzog verkannte jedoch die gute Abſicht nicht und zeigte ſich mit lächelnder Miene dem Volke.

In Paris ging die Entwicklung, nachdem man ſich von der letzten Beſorgniß vor Karl X. und den königlichen Truppen befreit ſah, mit raſchen Schritten ihrem Ziele entgegen. Schon am Montage hatte die Hauptſtadt großentheils ihren gewöhnlichen Anblick wieder gewonnen. Die Barricaden waren zwar nicht zerſtört, aber ſo weit bei Seite geſchafft, daß die freie Bewegung nicht mehr gehemmt wurde; die Läden öffneten ſich, die Fabriken begannen ihre Thätigkeit wieder und die fleißigen Arbeiter gingen, wie in den Tagen der tiefſten Ruhe,

Digitized by Google

ihrem friedlichen Broterwerb nach. Eine der erſten Maßregeln der Municipalcommiſſion war es geweſen, den Dienſt bei den Telegraphen wieder zu ordnen. Durch dieſen wurden allen Departements mit fliegender Eile die Nachrichten von dem Siege des Volkes, von der Ernennung des Generalſtatthalters und von der Abdankung Karls X., ſo wie die Befehle der neuen Regierung mitgetheilt. Die neue Ordnung der Dinge wurde überall anerkannt; nur an wenigen vereinzelten Punkten wurde im erſten Augenblicke von den alten königlichen Behörden ein Verſuch des Widerſtandes gemacht, der aber in demſelben Augenblicke an dem einmüthigen Willen der Bürger und an der geringen Neigung der Truppen, ſich für eine verlorene Sache zu opfern, ſcheiterte. In Paris waren, nach der ſtrengen Zuſammenfaſſung aller Gewalt, die Napoleon von der Republik, die Reſtauration von dem Kaiſerreiche ererbt hatte, alle Fäden des großen Netzes der Verwaltung vereinigt. Alle örtliche Behörden in ganz Frankreich hatten nur die Befehle zu vollziehen, die ihnen von Paris aus ertheilt wurden; und als nach dem Siege der Revolution der Telegraph nach allen Richtungen den Befehl überbrachte, die weiße Fahne durch die dreifarbige zu erſetzen, wurde demſelben an den meiſten Orten mit gleicher mechaniſcher Bereitwilligkeit Folge geleiſtet, als jeder andern Verfügung, die von dem Mittelpunkte der Gewalt ausging. In Rouen, der Paris zunächſt gelegenen großen Stadt, hatte die Bevölkerung die Nachricht von dem Aufſtande der Hauptſtadt nicht abgewartet, um ſich gegen die Vollziehung der Ordonnanzen zu erheben. Der Präfect, Graf Murat, meldete bereits in der Nacht vom 28. auf den 29. Juli nach Paris, daß er außer Stande ſey, den Verfügungen in Bezug auf die Preſſe Folge zu verſchaffen. Der Herausgeber des zu Rouen erſcheinenden liberalen Blattes hatte ſein Haus verrammelt; in demſelben und auf den benachbarten Straßen ſtanden Hunderte bewaffneter Bürger zur Vertheidigung der Preſſen bereit, und die Arbeiter aus den gewerbfleißigen Thälern der Umgegend ſchickten ſich an, auf das erſte Zeichen in Maſſe nach der Stadt zu kommen. Der Präfect verlangte deshalb neue Verhaltungsbefehle und vor allen Dingen, ſofern er die Ordonnanzen vollziehen ſolle, Verſtärkungen, da das Gardebataillon, welches er zu ſeiner Verfügung habe, nicht ausreiche. Zu Lyon, in der zweiten Stadt Frankreichs, hatte der Telegraph kaum die Einſetzung einer vorläufigen Regierung in Paris angekündigt, als auch ſchon die dreifarbige Fahne auf dem Stadthauſe entfaltet wurde, ohne daß der Präfect ſich zu widerſetzen wagte. Auf ähnliche Weiſe ging

Digitized by Google

es zu Marſeille, Nimes, Toulouſe und in den übrigen Städten des Südens, in denen zwar die weitaus überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung königlich geſinnt war, ſich aber gleich den Behörden durch das ſchnell entſchloſſene Handeln der liberalen Minderheit einſchüchtern und aus der Faſſung bringen ließ. Die ſtarken Feſtungen Lille, Metz und Straßburg, ſteckten auf den erſten Befehl von Paris die dreifarbige Fahne auf. Zu Nantes verſuchte der aus den Vendéekriegen bekannte General Laroche-Jacquelin an der Spitze der Beſatzung die Bewegung niederzudrücken; er ſah ſich aber nach den erſten Flintenſchüſſen von ſeinen Truppen verlaſſen und hatte Mühe, ſich durch die Flucht der Wuth des Volkes zu entziehen. Zu Bordeaux, in der Stadt, die im Jahre 1814 ſich zuerſt für die Bourbons erklärt hatte, drang die aufgeregte Maſſe in das Präfecturgebäude und warf ſämmtliche darin aufgehäufte Actenſtücke zum Fenſter hinaus. Der Präfect, Vicomte de Curzay, ſtach einen der Aufrührer nieder, wurde aber unmittelbar darauf entwaffnet, zu Boden geworfen und hätte ſeinen ſichern Tod gefunden, wenn er nicht durch die großmüthige Dazwiſchenkunft einiger junger Leute gerettet worden wäre.

An dem Tage nach der Eröffnung der Kammern traten beide in ihren gewöhnlichen Sitzungslocalen wieder zuſammen; die Pairskammer, um eine Commiſſion zu ernennen, welche eine Beantwortung der Eröffnungsrede des Generalſtatthalters vorbereiten ſollte, die aber, wie man ſich überzeugte, ohne eine vorausgegangene Verſtändigung mit der Abgeordnetenkammer nicht räthlich war; die letzte, um zuvörderſt die herkömmliche Prüfung der Wahlvollmachten vorzunehmen und demnächſt zu der Wahl ihrer Beamten zu ſchreiten, um den Geſchäftsgang in der üblichen Form zu ordnen. Bei der Wahl der fünf Candidaten zur Präſidentenwürde in der Abgeordnetenkammer erhielt Caſimir Périer, nach ihm Laffitte, die meiſten Stimmen. Der Generalſtatthalter ernannte Caſimir Périer zum erſten Präſidenten, weil auf dieſen die Mehrzahl der Stimmen gefallen war, erklärte aber dabei, daß ſeiner Ueberzeugung nach Niemand höhere Anſprüche auf die öffentliche Dankbarkeit habe, als Laffitte, und gab zu verſtehen, daß er nur deshalb den an der Spitze der Liſte ſtehenden Candidaten vorgezogen habe, weil er der Anſicht ſey, daß der Kammer das Recht zuſtehen müſſe, ihren Präſidenten, ohne die Dazwiſchenkunft des Regenten, zu ernennen. Wenn noch irgend ein Zweifel über die Geſinnungen obgewaltet hätte, von denen die Mehrheit der Abgeordneten beſeelt war, ſo mußte derſelbe nach der Wahl eines Mannes zum Präſiden-

ten ſchwinden, der bei dem Ausbruche der Revolution Alles, was an ihm lag, gethan, um ihren Fortgang zu hemmen, und der nicht eher, als bis der Erfolg bereits entſchieden war, aber auch dann noch zögernd und nicht ohne geheime Vorbehalte, ſich der Bewegung angeſchloſſen hatte. Die Kammer würde die Revolution, wenn dieſe nicht ohne ihr Zuthun durch das Volk auf den Straßen gemacht worden wäre, gewiß nicht veranlaßt haben. Auch nach der Abdankung Karls X. und der Ernennung des Herzogs von Orleans zum Generalſtatthalter würde ſie kein Bedenken getragen haben, den jungen Herzog von Bordeaux als ihren Monarchen anzuerkennen, wenn die Stimmung des Volkes ſich nicht allzu entſchieden gegen jeden Vergleich mit der älteren Linie der Bourbonen ausgeſprochen hätte, und wenn ſich daher nicht mit Gewißheit hätte vorherſehen laſſen, daß ein Vorſchlag dieſer Art einen neuen Ausbruch der Volksleidenſchaften hervorrufen mußte. Da von einer friedlichen Ausgleichung nicht die Rede ſeyn konnte, wie die Mehrzahl, wenn ihr freie Hand geblieben wäre, ſie gewünſcht hätte, ſo befand ſich dieſelbe in einem Zuſtande der Spannung und unbeſtimmter Erwartung, der ihr jeden freien Entſchluß ſo gut als unmöglich machte und ſie dagegen nur zu geneigt erſcheinen ließ, dem erſten von außen kommenden Anſtoße zu folgen. Niemand wäre in gleichem Maße vermögend geweſen, dieſen zu geben, als Lafayette, auf den die große Maſſe der Bevölkerung mit den Gefühlen einer kindlichen Verehrung blickte. Lafayette's perſönliche Neigungen zogen ihn zu der Republik; die Erfahrungen eines langen wechſelvollen Lebens hatten ihn aber belehrt, daß eine republikaniſche Verfaſſung mit dem Volkscharakter, mit den Sitten und Gewohnheiten und mit der ganzen Denkweiſe der Franzoſen unvereinbar war; alle ſeine Wünſche beſchränkten ſich daher darauf, unter den Formen der Monarchie ein möglichſt umfaſſendes Maß von perſönlicher und politiſcher Freiheit zu erlangen. In den Unterredungen, die er mit dem Herzoge von Orleans hatte, überzeugte dieſer ihn leicht, daß in ihren beiderſeitigen Grundſätzen eine vollkommene Uebereinſtimmung beſtehe. Bei der Argloſigkeit, die den Grundzug in Lafayette's von Natur edlem Charakter bildete, fiel es ihm nicht ein, daß der Herzog von Orleans es vielleicht nur der Rückſicht, die er auf die Umſtände nehmen mußte, ſchuldig zu ſeyn glaubte, eine Sprache zu führen, die keineswegs aus ſeinem innerſten Herzen kam. So ſehr der greiſe Republikaner auch von den jugendlichen Freunden, die ſich um ihn ſchaarten, gedrängt wurde, dem Generalſtatthalter Bedingungen vorzuſchreiben,

Digitized by Google

die eine feſte Bürgſchaft für die von ihm ſelbſt gewünſchten Freiheiten gewährt hätten, ſo konnte er es dennoch niemals über ſich gewinnen, mit irgend einer beſtimmten Forderung hervorzutreten. Und dennoch lag ſchon in der Wahl der Männer, mit denen der Herzog von Orleans ſich umgab und denen er die Leitung der wichtigſten Zweige der Verwaltung übergab, hinreichender Grund zu gerechtem Mißtrauen. Der Herzog von Broglie hatte ſeine von der Municipalcommiſſion erfolgte Beſtallung als vorläufiger Commiſſair für die Verwaltung des Innern nicht angenommen; ſtatt ſeiner wurde der gleichgeſinnte und Hrn. von Broglie nahe befreundete Guizot ernannt. Zwei Tage ſpäter wurde Bignon, deſſen Name an den europäiſchen Höfen unangenehme Erinnerungen wecken konnte, von den auswärtigen Angelegenheiten entfernt und mit der Leitung des öffentlichen Unterrichts beauftragt, wo er auch bald dem Herzoge von Broglie weichen mußte, der jetzt gegen ſeinen Eintritt in die Verwaltung nichts mehr einzuwenden hatte. Die auswärtigen Angelegenheiten wurden dem Marſchall Jourdan übertragen, einem hinfälligen Greiſe, der bei ſeiner Unkenntniß der auswärtigen Politik nur ſeinen Namen für Schritte hergeben konnte, deren Bedeutung er ſelbſt nicht zu beurtheilen vermochte. Daß General Sebaſtiani das ganze Vertrauen des Herzogs beſaß, und daß der alte Marſchall nur vorgeſchoben war, um für jenen das Portefeuille aufzubewahren, ſobald ſeine Zeit gekommen ſeyn würde, war kein Geheimniß. Bignon wurde zu ſeiner Entſchädigung mit der Stelle eines Miniſters ohne Portefeuille bekleidet, die ihm Sitz und Stimme im Miniſterrathe ohne Einfluß auf einen beſtimmten Zweig der Verwaltung verlieh. Die gleiche Stellung erhielten mit ihm Laffitte, Caſimir Périer und Dupin, von denen zwar der erſte ein aufrichtiger und entſchiedener Freund der Freiheit, aber durch die perſönlichen Gunſtbezeugungen des Herzogs von Orleans ſo bezaubert war, daß man ihn nur als ein blindes Werkzeug in deſſen Händen betrachten konnte.

Der Generalſtatthalter, zuvorkommend und freundlich gegen Jedermann und jeden Augenblick bereit, dem geringſten Bürger, der ihm begegnete, die Hände zu drücken, ließ Niemand in ſeiner Seele leſen. Ohne Zweifel befolgte er von Anfang einen tiefdurchdachten Plan; ſein Benehmen ſchien auf völlige Planloſigkeit zu deuten; denn während ſich um ihn her die wichtigſten Entſcheidungen vorbereiteten, beharrte er in einer Unthätigkeit, die unbegreiflich geweſen wäre, wenn ſich nicht leicht erkennen ließ, daß ſie eine wohlberechnete war. Er

Digitized by Google

wußte, daß die Gewalt, die das Ziel ſeiner Wünſche war, ihm nicht mehr entgehen konnte, und daß er um ſo ſicherer war, unter dem Jubel des Volkes zu derſelben emporgetragen zu werden, je ſorgfältiger er Alles vermied, was als ein begieriges Streben danach ausgelegt werden konnte. Statt ſeiner waren ſeine Anhänger und Vertrauten thätig. Dieſe arbeiteten, ſo wie ſie den Sturz Karls X. und der ganzen älteren Linie der Bourbonen als unvermeidlich erkannten, mit ſchlauem Vorbedacht darauf hin, die Revolution nach dem Maßſtabe einer einfachen Regierungsveränderung zu verkürzen. Der Herzog von Orleans ſollte den Thron als der natürliche Nachfolger Karls X., nach deſſen Verzichtleiſtung für ſich und ſeinen Sohn und der Entfernung des Herzogs von Bordeaux, aus eigenem Rechte beſteigen. Die Charte Ludwigs XVIII. wäre unter dem Vorgeben, daß zu ihrer Vertheidigung die Hauptſtadt ſich erhoben und geſtritten, mit Ausnahme weniger Beſtimmungen, die man ohne weſentliche Nachtheile für die unter der Reſtauration eingeführte Ordnung fallen laſſen konnte, unverändert beibehalten worden; und mit Abrechnung der beiden kleinen Thatſachen, daß die Regierung nicht mehr im Namen Karls X., ſondern des Herzogs von Orleans geführt worden wäre, und daß die Miniſter ſich nicht Polignac, Peyronnet und Chantelauze, ſondern Sebaſtiani, Broglie und Guizot genannt hätten, wäre Alles in dem alten Gleiſe fortgegangen, in dem die Regierung und die Verwaltung des Landes ſich vor dem Erlaſſe der Juliordonnanzen befand.

Der Anſchlag — denn anders können wir es nicht nennen, wenn eine geringe Anzahl Perſonen ohne einen Schatten von Berechtigung es ſich herausnimmt, durch geheime Ränke über das Schickſal eines Landes und Volkes zu entſcheiden — wurde durch den ungeſchickten Eifer eines einzelnen Mannes, des Abgeordneten Bérard, vereitelt, der mit ſehr beſchränkter politiſcher Einſicht ein ungewöhnliches Maß von Eitelkeit und Selbſtvertrauen verband, und durch dieſe nicht ſehr löblichen Eigenſchaften gewiß eben ſo ſehr, als durch die aufopfernde Vaterlandsliebe, die er zur Schau trug, getrieben, während die Abgeordnetenkammer noch mit ihren vorbereitenden Arbeiten beſchäftigt war, ſich vordrängte, um die Löſung der wichtigſten Fragen des Augenblickes in ſeine Hand zu nehmen. Er arbeitete aus eigener Bewegung, ohne einen Auftrag von irgend einer Seite, einen Vertragsentwurf aus, der die Bedingungen enthielt, unter denen dem Herzoge von Orleans die Krone angeboten werden ſollte. Der Entwurf wiederholte in gleichlautenden Worten die Erklärung der Rechte, welche

Digitized by Google

die Abgeordnetenkammer in ihrer Ankündigung der Ernennung des Generalſtatthalters niedergelegt hatte, fügte aber hinzu, daß in Zukunft alle Glaubensbekenntniſſe vor dem Geſetze gleichgeſtellt werden ſollten, daß der erſte Antrag der Geſetze den drei Gewalten gleichmäßig beigelegt, das Alter und der Steuerbelauf der Wahlbefähigung herabgeſetzt und die Pairie von Grund aus umgeſtaltet werden ſollte. Der redliche, aber kurzſichtige Dupont, dem Bérard ſeine Arbeit vorlegte, billigte dieſelbe durchaus und verſprach, ſie dem Miniſterrathe mitzutheilen. In dieſem erhoben ſich aber mancherlei Bedenken, und der Herzog von Orleans ſprach ſeine Meinung aus, daß es beſſer ſey, ohne Weiteres die Veränderungen in der Charte vorzunehmen, die als unerläßlich erſchienen, ſtatt allgemeine Grundſätze aufzuſtellen, deren Durchführung der Zukunft vorbehalten blieb und die Ungewißheit der Gegenwart auf dieſe überzutragen drohte. Guizot und der Herzog von Broglie wurden mit der Ausarbeitung der Vorſchläge beauftragt, die in dieſer Beziehung zu machen wären. Man hatte verſprochen, Bérard zu den Berathungen zu ziehen, welche die Miniſter über den von ihm zuerſt angeregten Gegenſtand hielten, was aber unterblieb, weil man es nicht angemeſſen erachtete, ihn zum Zeugen der Uneinigkeiten zu haben, die in dem Miniſterrathe ſelbſt Statt fanden. Dagegen übergab ihm Guizot am Morgen des 6. Auguſt, wenige Stunden vor der Eröffnung der Kammer, das von der Hand des Herzogs von Broglie geſchriebene Actenſtück, welches dazu beſtimmt war, den Entwurf Bérards zu erſetzen, und das man dieſem zumuthete, ſtatt ſeiner eigenen Arbeit vorzulegen. Bérard überzeugte ſich auf den erſten Blick, daß von ſeinem Entwurfe in der neuen Arbeit beinahe keine Spur übrig geblieben, und daß der Geiſt, der in der letzten herrſchte, ein mit ſeinen Anſichten auf keine Weiſe übereinſtimmender war. Im Eingange wurde der Thron für erledigt erklärt, weil Karl X. und der Dauphin abgedankt hätten und alle Mitglieder der älteren Linie der königlichen Familie im Begriff wären, Frankreich zu verlaſſen, ſo daß es den Anſchein gewann, als ob der Herzog von Orleans von Rechtswegen zum Nachfolger berufen würde. Der alte Cenſus der Wahlbefähigungen wurde beibehalten, ſo daß die Theilnahme an den politiſchen Rechten auf denſelben engen Kreis beſchränkt blieb, wie unter der Reſtauration. Bei der Aufzählung der Geſetze, die für die Zukunft verſprochen wurden, war die Betheiligung der Nationalgardiſten bei der Wahl ihrer Officiere, die geſetzliche Sicherſtellung der Officiere des Heeres und die Theilnahme der Bürger an der Bildung der örtlichen

und landſchaftlichen Verwaltungen, nicht mehr erwähnt. Ein Zuſatz von der Hand Guizots erklärte die Pairsernennungen, die unter der Regierung Karls X. Statt gefunden, für aufgehoben. Der Schluß lautete: „Vermöge der Annahme dieſer Beſtimmungen und Vorſchläge erklärt die Kammer der Abgeordneten, daß das allgemeine und dringende Intereſſe des franzöſiſchen Volkes S. K. H. Ludwig Philipp von Orleans, Herzog von Orleans, Generalſtatthalter des Königreiches und ſeine Nachkommen männlichen Geſchlechtes nach der Ordnung der Erſtgeburt mit immerwährender Ausſchließung der Frauen und ihrer Nachkommen zum Throne beruft. Demnach wird S. K. H. Ludwig Philipp von Orleans, Herzog von Orleans, eingeladen werden, die oben vorgezeichneten Beſtimmungen und Verpflichtungen, die Beobachtung der conſtitutionellen Charte und der angegebenen Veränderungen anzunehmen und zu beſchwören und ſich den Titel eines Königs der Franzoſen beizulegen.“ Bérard benutzte die kurze Zeit, die ihm noch zur Ueberlegung geſtattet war, um ſeinen urſprünglichen Entwurf in ſein Recht wieder einzuſetzen, indem er nur die Form von Abänderungen der Charte beibehielt, die das von dem Herzoge von Broglie ausgearbeitete Actenſtück hatte. Er ſtrich den Eingang und ſetzte an die Stelle deſſelben einen andern, worin die aus der Lage Frankreichs in Folge der Julitage hervorgehende Nothwendigkeit als der Grund angegeben war, weshalb der Thron für erledigt erklärt werde, ſchob alle die Zuſicherungen neuer Freiheiten, die der Herzog von Broglie wohlbedacht entfernt hatte, am gehörigen Orte ein und begab ſich in die Kammer, um das in ſolcher Uebereilung nach dem Belieben eines Einzelnen entſtandene Werk als das künftige Grundgeſetz des Landes in Vorſchlag zu bringen. Unterweges begegnete er Guizot, dem er flüchtig mittheilte, was er gethan, und der ihm erwiderte, daß er unrecht habe und daß man ihm nie verzeihen werde.

Bérards Entwurf fand, als er denſelben in der Kammer verlas, beinahe allgemeinen Beifall. Es wurde eine Commiſſion ernannt, um den Vorſchlag zu prüfen, ehe er regelmäßig zur Berathung kam. Die Kammer blieb vereinigt, während die Commiſſion ihren Auftrag vollzog. In der Zwiſchenzeit lief eine Mittheilung der Regierung ein, welche der Kammer die Abdankungsurkunde Karls X. zur Verfügung ſtellte. Mauguin verlangte, daß dieſe Urkunde als null und nichtig betrachtet werden ſolle, weil die Waffen über das Recht Karls X. entſchieden hätten, und das franzöſiſche Volk von uralten Zeiten das Recht beſeſſen hätte, ſeine Fürſten zu wählen. Die Mehrheit beſchloß,

Digitized by Google

daß die Urkunde in dem Archive hinterlegt werden ſollte. Mittlerweile hatte ſich die Nachricht von der wichtigen Entſcheidung, die in der Abgeordnetenkammer bevorſtand, durch ganz Paris verbreitet, und zugleich war Manches über das zweideutige Benehmen, welches die Miniſter in Bezug auf Bérards Vorſchläge beobachtet hatten, bekannt geworden. Beſondere Erbitterung erregte es unter der republikaniſch geſinnten Jugend, als man erfuhr, daß ſelbſt die Erblichkeit der Pairie unangetaſtet bleiben ſollte, in der man die Verkörperung des alten Adelthumes und die unverantwortlichſte Verletzung der republikaniſchen Gleichheit ſah. Von ſechs Uhr des Nachmittags an hatte ſich eine ungeheure Menſchenmaſſe um den Palaſt Bourbon geſammelt. Ein Haufe von einigen Hundert jungen Leuten drang bis in den Hof des Palaſtes und erhob hier unter wildem Toben und Drängen das Geſchrei: „Nieder mit der Erblichkeit! Die Kammer verräth uns! In die Seine mit den Abgeordneten!“ Als dieſer drohende Ruf in dem Sitzungsſaale vernommen wurde, bemächtigte ſich Angſt und Schrecken der würdigen Vertreter Frankreichs. Viele umringten Lafayette, Benjamin Conſtant und andere beim Volke beliebte Abgeordnete und flehten ſie um ihren Schutz an. Benjamin Conſtant und Labbey le Pompières traten in die Vorhalle, um die Menge zu beruhigen, was aber nicht eher gelang, als bis auch Lafayette erſchien, die Tobenden als ſeine guten Freunde anredete, ſie verſicherte, daß über ihre Intereſſen gewacht werde, und ſie beſchwor, auseinander zu gehen*). Gegen 10 Uhr des Abends kam Dupin und überbrachte den Bericht der Commiſſion über den Entwurf Bérards. Dieſer war in allen ſeinen weſentlichen Theilen unverändert genehmigt worden. Die Verbeſſerungen, welche die Commiſſion beliebt hatte, bezogen ſich, mit Ausnahme einiger Beſtimmungen von untergeordneter Wichtigkeit, größtentheils nur auf die Abfaſſung. Von mehreren Seiten wurde verlangt, daß man ſofort zur Erörterung ſchreiten und die Annahme beſchließen ſolle. Die Mehrheit fühlte jedoch die Unanſtändigkeit einer ſo maßloſen Eile, und die Sitzung wurde daher bis zum folgenden Morgen vertagt.

Des andern Morgens um 8 Uhr wurden die durch die Nacht unterbrochenen Verhandlungen wieder aufgenommen. Die Zahl der

*) Es iſt falſch, wenn Capefigue (T. II. p. 325) behauptet, während des Auflaufes ſey ein Beſchluß in Bezug auf die Pairie gefaßt worden. Wir folgen in unſerer Darſtellung der Verhandlungen Bérard, Souvenirs historiques sur la révolution de 1830. (Paris 1834, 8.) pag. 186 ff.

Digitized by Google

anweſenden Abgeordneten war auf 281 geſtiegen, unter denen ſich einige und dreißig entſchiedene Royaliſten befanden. Es hatte ſich vor dem Palaſte von neuem eine zahlreiche Zuſammenrottung gebildet, die in dem Verſammlungsſaale die ängſtlichſten Beſorgniſſe erregte. Lafayette, Salverte und einige andere Abgeordnete begaben ſich zu den jungen Leuten hinaus und vermochten ſie nach langen Unterhandlungen, ſich mit Allem zufrieden zu erklären, was die Kammer beſchließen würde. In dieſer ergriff der ultraroyaliſtiſche Abgeordnete von Conny zuerſt das Wort. „Meine Herren," ſagte er, „in der ernſten Lage, in die wir verſetzt ſind, iſt die Freiheit der Berathungen ein heiligeres Geſetz, als je. Ich werde ſie immer anrufen, und wenn von unſern verlaſſenen Bänken ſich kaum einige Stimmen erheben, ſo werden Sie es nicht verweigern, dieſelben anzuhören. Sie werden ſich durch das Geſchrei, welches um Sie her erſchallt, nicht unterjochen laſſen. Der Ruf des Gewiſſens ſpricht lauter als alles Toben der empörten Maſſen. Die Gewalt bildet kein Recht. Sie werden nicht wollen, daß die Geſchichte eines Tages von Ihnen ſage, Sie hätten Ihre Eide vergeſſen. Wenn Sie Ihrer Pflicht treu bleiben, werden Sie dem Vaterlande all das Unglück, alle die Verbrechen erſparen, welche die ungerechte Anmaßung der Gewalt nach ſich zieht. Indem ich mein Auge auf die Geſchicke Frankreichs richte, ſehe ich die doppelte Geißel des bürgerlichen und des auswärtigen Krieges unſer Vaterland bedrohen; ich ſehe die Freiheit, die man gegenwärtig anruft, ohne Rückkehr verſchwinden. Der Grundſatz der Legitimität, den die Charte anerkennt, iſt unſer einziger Heilsanker; er allein kann das Land vor einer ſchrecklichen Zukunft retten. Rufen wir es uns zurück, daß Frankreich durch ſeine Eide gefeſſelt iſt; daß dieſe Eide uns an den Thron binden, den das Kind beſteigen muß, welches zwei Abdankungen darauf berufen; daß keine Macht der Welt uns von dieſen Eiden entbinden kann. Wenn die Kammer den Grundſatz der Legitimität verleugnen ſollte, ſo gebietet mir die Pflicht zu erklären, daß ich nicht mehr das Recht haben würde, an ihren Berathungen Theil zu nehmen." Dem muthigen royaliſtiſchen Redner antwortete Benjamin Conſtant: „Man ſagt uns, daß die Gewalt kein Recht begründe. Darf man uns, die wir einen conſtitutionellen Fürſten auf den Thron erheben wollen, den Vorwurf machen, daß wir zu der Gewalt unſere Zuflucht nehmen? Haben wir die Waffen ergriffen, um die Charte zu vernichten? Haben wir in den Straßen mit Kartätſchen ſchießen laſſen, um abſcheulichen Grundſätzen den Sieg zu verſchaffen? Nein,

Digitized by Google

Andere haben die Gewalt, wir haben nur unſer Recht angerufen. Wir haben unſer Recht vertheidigt, mit Mäßigung und Großmuth, wie wir es ſtets vertheidigen werden. Ich bin immer der Meinung geweſen, daß in einem friedlichen Staate die friedliche Vererbung der Krone, weil ſie alle Mitbewerbung ausſchließt und jeden Ehrgeiz zum Schweigen bringt, eine glückliche Einrichtung ſey. Aber ich verabſcheue und verwerfe die Unterwerfung eines Volkes unter eine Familie, die es nach ihrem Gutdünken behandelt; die unbeſchränkte Gewalt, die Bürger in Feſſeln zu ſchlagen, Alles zu verletzen, was ihnen theuer und heilig iſt; die Macht, Jeden, der widerſteht, mit Kartätſchen niederzuſchmettern. Das Recht der Könige, wie ich es verſtehe, geht von einem Volke aus, welches einer Familie unter der Treue ihrer Eide und in dem Kreiſe der Geſetze eine ſchirmende Gewalt verleiht; jedes andere königliche Recht ſchwöre ich vom Grunde meines Herzens ab. Ich habe nur noch auf die Bemerkung ein Wort hinzuzufügen, daß wir von einem auswärtigen Kriege bedroht wären. Alle Cabinette wiſſen, daß wir bei uns zu Hauſe frei ſeyn wollen, und auf ein Syſtem des Angriffes verzichtet haben, welches zuerſt durch die Feindſeligkeiten des Auslandes hervorgerufen wurde und uns ſpäter durch die Ausſchweifungen einer zu weit ausgedehnten Gewalt ſo verderblich wurde. Europa, das ſich mißbilligend über die ſinnloſen und verbrecheriſchen Ordonnanzen ausgeſprochen hat, wird die edle Kraft unſeres Widerſtandes bewundern und nichts von unſerm Ehrgeize befürchten." Unter tiefem Stillſchweigen beſtieg der allgemein geachtete Hyde de Neuville die Tribune und erklärte, daß er Alles gethan habe, was ein Mann von Ehre, was ein guter Franzoſe thun konnte, um von ſeinem Vaterlande das furchtbarſte Unglück abzuwenden. Er ſey ſeinen Eiden, wie ſeinen Neigungen treu geblieben; er habe die königliche Familie nicht getäuſcht, die jetzt durch falſche Freunde, durch unſinnige, treuloſe, ſtrafbare Menſchen in den Abgrund geſtürzt ſey. „Ich," fuhr er fort, „werde das Unglück derer, denen ich von meiner Kindheit gedient habe, nicht verrathen; aber der Himmel hat mir die Macht nicht gegeben, den Blitz aufzuhalten; ich vermag nichts gegen den Strom, der aus ſeinen Ufern tritt; ich werde daher Schritten, die ich nicht unterſtützen und billigen kann, nur mein Schweigen und meinen Schmerz entgegenſetzen, höre aber deshalb nicht auf, meine glühenden Wünſche für die Ruhe, das Wohl und die Freiheit des Vaterlandes zum Himmel zu richten." Alexander Delaborde, der hierauf das Wort nahm, ſprach ſein Mitgefühl mit den Geſinnungen ſeines

Digitized by Google

Vorgängers aus, die deſſen Herzen Ehre machten. Dabei, meinte er, müſſe es aber auch ſein Bewenden haben. Von dem Lande, deſſen Rache man hervorgerufen, dürfe man nichts verlangen, als Mitleid mit dem Unglücke. Dieſes möge man gewähren; aber von Legitimität dürfe nicht die Rede ſeyn, wenn die Rechte des Volkes verletzt wären, wenn das Daſeyn der Bürger gefährdet ſey. Die einzige Legitimität, die es noch gebe, ſey die Dazwiſchenkunft des Volkes in der Erörterung ſeiner Intereſſen. Wenn man aber einmal von Legitimität ſprechen wolle, ſo ſtamme der tugendhafte Prinz, deſſen Söhne mitten unter ihren Studiengenoſſen gekämpft hätten, näher, als die gefallene Linie, von dem einzigen Könige ab, den das Volk in ſeinem Gedächtniſſe behalten habe, von Heinrich IV. Bei dieſer eben ſo unwahren, als unwürdigen Schmeichelei wurde der Redner von allen Seiten durch unwillige Ausrufungen unterbrochen. Herr von Lezardières berief ſich darauf, daß er, ehe er zum Abgeordneten ernannt worden, in dem Wahlcollegium geſchworen habe, dem Könige treu zu ſeyn und der conſtitutionellen Charte zugehorſamen. Sein Gewiſſen erlaube ihm nicht, ſeine Vollmacht zu verkehren. Er beurtheile die Ereigniſſe mit Kaltblütigkeit. Große Verbrechen wären verübt worden; unwürdige Rathgeber der Krone hätten am 25. Juli vielleicht gerechtfertigt, was nach dieſem Tage erfolgt ſey. Er billige die Maßregeln, durch welche die Ordnung hergeſtellt wäre; aber weiter dürfe er nicht gehen. Er glaube ſich nicht ermächtigt, die Geſetze umzuſtoßen, die er zu halten geſchworen habe. Euſèbe Salverte erwiderte: was ihn betreffe, ſo wolle er nicht von den Rechten, ſondern von den Pflichten der Verſammlung ſprechen. Frankreich erwarte von derſelben ſeine Rettung unter Umſtänden, wo ſie allein dieſe ſichern könnte. „Unſere Pflichten," ſagte er, „ſind das Maß unſerer Rechte. Wir haben keine Macht, Böſes zu thun; aber wir haben alle Macht, das Gute zu thun. Wenn ich mich mitten unter meinen Wählern aus dieſer großen Stadt befände, würde ich ihnen ſagen: Ich glaube, daß meine Vollmachten durch die Ereigniſſe erweitert worden ſind; außerdem aber nehme ich die Verantwortlichkeit für die Stimme, die ich abgebe, auf meinen Kopf. Es binden uns Schwüre an die Charte, aber dieſe Schwüre ſind durch das Feuer, das gegen das Volk gerichtet worden iſt, gelöſ't. An dieſem Tage hat der König ſich ſelbſt abgeſetzt, an dieſem Tage hat er und ſein Geſchlecht zu regieren aufgehört. Man ſpricht uns von der Legitimität, die man auf das Haupt eines Kindes niederlegen möchte; ich will mich der am wenigſten verletzenden Aus-

Digitized by Google

drücke bedienen und erinnere deshalb an ein Beiſpiel aus der engliſchen Geſchichte. Auch dort war ein Kind vorhanden, zu deſſen Gunſten man eine Erörterung erheben wollte, die vielleicht weniger klar geweſen wäre, als jene, die bei uns Statt finden könnte. Das Parlement wies eine ſolche Unterſuchung zurück und übte das ihm gebührende Recht aus, dem Staate ein Haupt zu geben, welches den Wünſchen des Volkes entſprach. Daſſelbe ſind jetzt auch Sie zu thun berufen, nachdem Sie die Bedingungen feſtgeſtellt haben, unter denen die erbliche Monarchie vom Volke angenommen werden kann.“ Der eifrige Royaliſt Pas de Beaulieu begann ſeine Rede mit den Worten: „Die geheiligte Liebe des Vaterlandes,“ die auf der linken Seite ein lautes Gelächter hervorriefen. Er faßte ſich kurz und bemerkte, daß die Vaterlandsliebe, vor der alle andere Neigungen ſchweigen müßten, auch ihm den Herzog von Orleans als den einzigen Mann erſcheinen laſſe, der im Stande ſey, Frankreich zu retten; er könne aber an dieſen Berathungen nicht Theil nehmen, weil er dazu von ſeinen Wählern keine Vollmachten erhalten habe. Aniſſon Dupeyron verſetzte: ihn hätten *ſeine* Wähler abgeſchickt, um auf der Tribune gegen die Gewaltthätigkeiten der Miniſter Karls X. zu kämpfen. Die ruhmvollen Bewohner von Paris hätten in ihrer patriotiſchen Begeiſterung das Recht gefunden, die Tyrannei zu brechen. Die Kammer werde in ähnlichen Geſinnungen das Recht finden, das Land von der Anarchie zu retten, die es bedrohe. Er vertraue auf die treffliche Charte, die Gott dem Lande ſchenke; wenn die Mehrheit der Anweſenden eben ſo denke, ſo möge ſie unter den in der Urkunde feſtgeſetzten Bedingungen über die Krone verfügen und ohne Furcht ihr Verfahren dem Urtheile des Landes unterwerfen. Arthur de la Bourdonnaye verſicherte, daß er die Meinung derer theile, welche es für nothwendig hielten, daß baldigſt eine ſtarke und erhaltende Gewalt geſchaffen werde; aber er glaube deshalb nicht das Recht zu haben, ſofort die Reihe von Ungeſetzlichkeiten zu genehmigen, die vorgeſchlagen werde. Man dürfe die Grundſätze der Geſellſchaft nicht ohne alle Prüfung auf andere Grundlagen übertragen, als jene des geſetzlichen Vertrages. Wenn er darüber geſeufzt habe, daß derſelbe zum Theil verletzt worden ſey, ſo ſey dies kein Grund, den Reſt unter die Füße zu treten. Je wichtiger die Veränderungen wären, um die es ſich handle, um ſo mehr müſſe man ſich hüten, ſie ohne beſondere Vollmacht dem Lande aufzulegen. Wenn die Verhandlungen ſo fortgingen, würde er mit ſeinen Freunden ſich von denſelben ausſchließen müſſen. Petou entgegnete den royaliſtiſchen Red-

nern: er habe gleich ihnen dem Könige Treue geſchworen; er ſey gleich ihnen der legitimen Monarchie ergeben geweſen; als er aber ſein Einberufungsſchreiben nach Paris erhalten, ſey er weit davon entfernt geweſen zu erwarten, daß er durch Ströme von Blut dahin kommen ſollte. Er könne ſich durch einen Eid nicht mehr gebunden achten, den er in gutem Glauben einer Regierung geleiſtet, die den ihrigen gebrochen habe. Der legitimiſtiſche Advocat Berryer machte einen letzten Verſuch, die Entſcheidung über die Frage der Thronveränderung wenn nicht ganz zu beſeitigen, doch wenigſtens auf eine günſtigere Zeit hinauszuſchieben, indem er verlangte, daß die verſchiedenen Vorſchläge, die in dem Antrage Bérards und der Commiſſion enthalten wären, getrennt würden, und daß die Kammer ſich vorläufig begnüge, über jene Veränderungen zu berathen, die in der Charte getroffen werden ſollten. An dieſen Berathungen Theil zu nehmen, halte er ſich vollkommen ermächtigt; denn er erkenne an, daß mehrere der gewünſchten Veränderungen unter den Umſtänden, in denen man ſich befände, nothwendig geworden wären, und in einem Augenblicke der allgemeinen Unruhe könne man ſich nicht auf die Erörterung ſchwieriger Rechtsfragen einlaſſen. So ſehr er aber auch das Bedürfniß fühle, die Ruhe des Landes zu befeſtigen, und ſo gerne er bereit ſey dazu mitzuwirken, um die für die Zukunft erforderlichen Bürgſchaften zu ſichern, ſo könne er ſich doch in ſeinem Gewiſſen nicht das Recht beilegen, weder den Thron für erledigt zu erklären, noch eine von der königlichen Gewalt ausgegangene geſetzliche Handlung aufzuheben, noch einen neuen König zu wählen. Villemain widerlegte die etwas geſchraubte Rede, indem er den Widerſpruch hervorhob, der darin liege, daß man Bürgſchaften für die Zukunft gewähren und dabei die große Lücke unausgefüllt laſſen wolle, welche die jüngſten Ereigniſſe hervorgebracht hätten. Es ſey ein gleich dringendes Bedürfniß, daß der Thron beſetzt und daß den öffentlichen Freiheiten eine feſte Bürgſchaft gegeben werde. Ohne das eine ſey auch das andere nicht möglich.

Damit wurde die allgemeine Berathung geſchloſſen, und man ging zu der beſonderen Erwägung der Einleitung über, welche der vorliegenden Umarbeitung der Charte vorausgeſchickt werden ſollte. Bei dem erſten Abſchnitte, der „in Betracht der Nothwendigkeit, welche aus den Ereigniſſen vom 26., 27., 28. und 29. Juli hervorgehe, und der allgemeinen Lage, in die Frankreich durch den im Namen der Charte davon getragenen Sieg und durch den heldenmüthigen Widerſtand der

Bürger von Paris verſetzt ſey," den Thron für erledigt erklärte, ſchlug Herr von Podenas vor, die Worte hinzuzufügen: „in Folge der Verletzung der conſtitutionellen Charte und der Landesgeſetze durch den letzten König." Herr von Podenas bemerkte zur Unterſtützung ſeines Antrages: ohne die Verletzung des Grundvertrages würde Alles in der gewohnten Ordnung geblieben ſeyn, und man würde heute nicht die furchtbaren Metzeleien zu beklagen haben, die im Namen eines Königs verübt wurden, welcher, der Erbe der Wuth eines Karl IX., nicht gleich dieſem den Muth gehabt habe, ſich am Tage der Gefahr zu zeigen. Gegen dieſe Worte wurde von Seiten der anweſenden Royaliſten lauter Widerſpruch erhoben. Herr von Podenas ließ ſich aber nicht ſtören, ſondern fuhr fort: „Ja, es iſt weſentlich nothwendig, in unſerer Erklärung den Grundſatz auszuſprechen, daß, ſo wie ein Volk, wenn es ſeine Eide vergißt, die dem Staatsoberhaupte verſprochene Treue verräth, in den Zuſtand des Aufruhrs tritt, eben ſo der König, wenn er die beſchworenen Einrichtungen zerſtört und den Grundvertrag bricht, der ihn an ſein Volk bindet, ſich in den Zuſtand der Abdankung verſetzt und den Thron erledigt." Dem rauhen leidenſchaftlichen Volkstribun folgte Herr von Martignac, der elegante, aber nicht allzu charakterfeſte Miniſter Karls X. „Es war nicht meine Abſicht," ſagte er, „in dieſen Verhandlungen das Wort zu nehmen. Ich fragte mein Gewiſſen, was ein guter Bürger unter den ernſten und gebieteriſchen Umſtänden zu thun habe, in denen wir uns befinden; und ich muß geſtehen, daß die Antwort nicht klar genug war, um mich ſelbſt zu befriedigen. Auf der andern Seite fühlte ich im Grunde meiner Seele etwas, das mich antrieb, meine Stimme zu Gunſten einer Familie vernehmen zu laſſen, die jetzt in das Unglück geſtürzt iſt, und die ich das Recht hatte, hier zu vertheidigen, als ſie auf die höchſte Stufe der geſellſchaftlichen Ordnung geſtellt war. In dieſem Zweifel, in dieſer Ungewißheit, durch meine eigenen Gefühle beſtürmt, beſchied ich mich zu ſchweigen. Aber das Schweigen iſt mir nicht mehr erlaubt, wenn ich den unglücklichen Mann, deſſen Charakter ich in vertraulichem Verkehr gekannt habe, von der Rednerbühne als einen Wüthrich anklagen höre. Nein, glauben Sie mir, meine Herren, dieſer Mann war kein Wüthrich. Nicht ſein Herz hat die Ordonnanzen dictirt, die Frankreich in Trauer geſtürzt haben. Treuloſe Rathgeber, gegen die ich ihren gerechten Unwillen theile, haben ihn irre leiten können; er iſt unwürdig getäuſcht worden. Aber er ein Wüthrich! er grauſam! Nein, die Liebe des Vaterlandes glühte in ſeinem Herzen.

Digitized by Google

Ich urtheile über die Bewegung nicht, die ihn geſtürzt hat; ich ſtaune nicht über den heldenmüthigen Widerſtand, der ſich in Paris gegen die ehrloſen Ordonnanzen erhoben hat; aber warum will man das Unglück verhöhnen? Warum müſſen, nachdem dieſe Familie gefallen iſt, auf einer Bühne, auf der nur Mäßigung und Weisheit vorwalten ſollten, ſich Worte vernehmen laſſen, die ein vom Unglücke gebeugtes Herz noch tiefer verwunden würden?" Der liberale Abgeordnete Bernard ließ den Beweggründen, die Herrn von Martignac zu ſeiner Erklärung beſtimmt hätten, Gerechtigkeit widerfahren, war aber der Meinung, daß derſelbe zu weit gegangen ſey, wenn er von der Liebe Karls X. zum Vaterlande geſprochen habe; Karl X. habe niemals Liebe zum Vaterlande gehabt, ſonſt würde er nicht treuloſe Rathſchläge gehört haben. Der Scepter ſey in ſeiner Hand ein Zeichen des Schutzes geweſen; er habe ihn zerbrochen, indem er damit ſein Volk geſchlagen. Alexis von Noailles wollte zur Unterſtützung der Behauptung, die Herr von Martignac aufgeſtellt, nur eine Thatſache anführen. „Wer war es," fragte er, „der die Antwort ertheilte und die Verantwortlichkeit über ſich nahm, als man dem Blutbade durch einen Schritt Einhalt thun wollte, der die Ordnung in der Hauptſtadt hergeſtellt hätte? Wurde die Entſcheidung des Souverains eingeholt? Nein! die Ereigniſſe, welche die Folge waren, dürfen daher auch nicht ihm angerechnet werden." Dupin bemerkte, daß der Vorſchlag, den Herr von Podenas gemacht, auch in der Commiſſion berathen worden ſey. Es wären nur durch einen Irrthum des Abſchreibers in der Einleitung einige Worte ausgefallen, die vollkommen der Abſicht des Herrn von Podenas entſprächen. Es müſſe allerdings eingeſchaltet werden, daß Frankreich „in Folge der Verletzung der conſtitutionellen Charte" in ſeine gegenwärtige Lage verſetzt ſey.

In dieſer Form wurde der erſte Satz der Einleitung einſtimmig genehmigt, da ſich die royaliſtiſch geſinnten Mitglieder aller Theilnahme an der Abſtimmung enthielten. Der zweite Satz erklärte, ohne Angabe irgend eines Grundes, daß das Vorwort der Charte Ludwigs XVIII. in der neuen Bearbeitung unterdrückt werden ſollte. In dieſem Vorworte war der Grundſatz ausgeſprochen, daß in Frankreich die geſammte Regierungsgewalt in der Perſon des Königs ruhe. Als dieſer Vorſchlag zur Berathung kam, trat Perſil, einer der liberalen Abgeordneten, welche durch die neuen Wahlen zum erſten Male in die Kammer gelangten, auf und bemerkte, daß man über einen ſo wichtigen Satz nicht ſo leicht hinweggehen dürfe. Es ſey nicht genug,

Digitized by Google

daß man denſelben aus der Charte entferne; man müſſe gerade das Gegentheil ausſprechen und den Satz, daß die Souverainetät nur vom Volke ausgehe, zur Grundlage des franzöſiſchen öffentlichen Rechtes machen. Nur dadurch könne die Kammer ihre Berechtigung begründen, über die Krone zu verfügen; nur dadurch ſey es zu verhüten, daß in Zukunft irgend Jemand ſich wieder als König aus göttlichem Rechte betrachte. Er trug deshalb darauf an, daß an die Spitze der Charte die Erklärung geſtellt werde: „Die Souverainetät gehört der Nation; ſie iſt unveräußerlich und unverjährbar. Die Nation, von der alle Gewalten ausgehen, kann dieſelben nur durch ihre Bevollmächtigten ausüben.“ Dupin verſicherte, daß ein ſolcher Zuſatz unnöthig ſey, da in der Commiſſion bereits der Vorſchlag gemacht worden ſey, zu der Bemerkung, daß das Vorwort der Charte unterdrückt werde, hinzuzufügen: dies geſchehe, weil daſſelbe die Würde der Nation verletze, indem es den Franzoſen Rechte als ein Geſchenk zu verleihen ſcheine, die ihnen weſentlich angehörten. Der nicht ganz treue Berichterſtatter vergaß zu erwähnen, daß der Vorſchlag von der Mehrheit der Commiſſion abgelehnt worden war. Die Kammer nahm die von Dupin verlangte Faſſung an und damit fiel der Antrag Perſils zu Boden. Als hierauf die Berathung über die einzelnen Artikel der Charte beginnen ſollte, die von der Commiſſion entweder unterdrückt oder verändert waren, trug General Demarçay darauf an, daß man die ganze Charte verleſe, weil dadurch jene Beſtimmungen derſelben, die unverändert beibehalten würden, eine feierlichere Anerkennung erhielten. Der ſehr verſtändige Antrag wurde durch die vorläufige Frage beſeitigt, weil die Mehrheit der Verſammlung befürchtete, daß die Vorleſung ſämmtlicher Artikel der Charte nur zu einer weiteren Ausdehnung der beabſichtigten Umgeſtaltung auffordern könnte. Bei den Verhandlungen über die unterdrückten oder veränderten Artikel gab die erſte Veranlaſſung zu lebhaften Erörterungen die Beſtimmung, nach welcher die katholiſche Religion nicht mehr als Staatsreligion, wie in der Charte Ludwigs XVIII., ſondern nur als die Religion der Mehrheit des franzöſiſchen Volkes bezeichnet werden ſollte. Die Forderung Salverte's, daß dieſe Bezeichnung beſeitigt werde, weil ſie keinen conſtitutionellen Grundſatz, ſondern nur eine wandelbare Thatſache enthalte, die nach zehn Jahren vielleicht nicht mehr vorhanden ſey, wurde abgelehnt; eben ſo der Antrag Viennets, wie den chriſtlichen, ſo auch den iſraelitiſchen Geiſtlichen eine Beſoldung aus der Staatscaſſe auszuſetzen. Bei der Erklärung der Charte, daß die Franzoſen das Recht

hätten, ihre Meinungen bekannt zu machen und drucken zu laſſen, wurde hinzugefügt, daß die Cenſur nie wieder hergeſtellt werden dürfe. Auf den Antrag des Obriſten Jacqueminots wurde eine beſondere Beſtimmung aufgenommen, nach der nie wieder fremde Truppen im Dienſte des Staates geduldet werden ſollten, außer in Folge eines eigenen Geſetzes. Im Uebrigen wurden die von Bérard und von der Commiſſion vorgeſchlagenen Verbeſſerungen der Charte im Fluge genehmigt, ohne daß man ſich Zeit genommen hätte, eine einzige einer gründlichern Prüfung zu unterwerfen. Die weſentlichſten dieſer Verbeſſerungen beſchränkten ſich darauf, daß man den Kammern das bisher dem Könige vorbehaltene Recht des erſten Antrages der Geſetze übertrug, die Sitzungen der Pairskammer, gleich denen der Abgeordnetenkammer, für öffentlich erklärte, das zum Eintritt in die Abgeordnetenkammer erforderliche Alter von 40 Jahren auf 30 herabſetzte und der Abgeordnetenkammer das Recht verlieh, ihre Präſidenten unmittelbar zu ernennen. An die Stelle der ſiebenjährigen Dauer der Kammer, die das Geſetz Villèle's eingeführt, trat durch die Rückkehr zu einer der urſprünglichen Beſtimmungen der Charte wieder die fünfjährige, doch wurde die gleichfalls von Villèle eingeführte Erneuung im Ganzen beibehalten. Der berühmte 14. Artikel wurde auf eine Weiſe umgeſtaltet, die keine Auslegung im Sinne der letzten Miniſter Karls X. mehr zuließ. Ein Zuſatzartikel erklärte die Pairsernennungen, die unter der Regierung Karls X. Statt gefunden hätten, für null und nichtig und behielt den Artikel der Charte, der dem Könige das unbeſchränkte Recht der Pairsernennung einräumte, einer neuen Erwägung im Laufe der nächſten Seſſion vor. Eine allgemeine Bewegung geſpannter Aufmerkſamkeit erfolgte, als Lafayette ſich das Wort erbat. „Die republikaniſchen Geſinnungen," ſagte der greiſe General, „die ich zu allen Zeiten und vor allen Gewalten bekannt, haben mich nicht abgehalten, der Vertheidiger eines conſtitutionellen Thrones zu ſeyn. Wir haben in der gegenwärtigen Erſchütterung es zweckmäßig gefunden, einen neuen volksthümlichen Thron zu erheben; und ich muß ſagen, daß meine Wünſche für den Prinzen, deſſen Wahl Sie beſchäftigt, ſtärker geworden ſind, ſeit ich ihn genauer kennen gelernt habe. Aber über die Frage der erblichen Pairie werde ich mit vielen von Ihnen nicht übereinſtimmen. Als Schüler der americaniſchen Staatslehre bin ich immer der Meinung geweſen, daß der geſetzgebende Körper in zwei Kammern mit verſchiedener Zuſammenſetzung getheilt ſeyn müſſe; aber ich habe es nie zu begreifen vermocht, wie es erbliche Geſetzgeber und

erbliche Richter geben könne. Die Ariſtokratie iſt ein übler Beſtandtheil der öffentlichen Einrichtungen. Ich drücke deshalb meinen Wunſch ſo ſtark als möglich aus, daß die Erblichkeit der Pairie aufgehoben werden möge, und ich bitte meine Collegen nicht zu vergeſſen, daß ich, wenn ich immer der Mann der Freiheit geweſen bin, nie aufgehört habe, auch der Mann der öffentlichen Ordnung zu ſeyn.“ Berryer glaubte, daß es nicht an der Zeit ſey, eine ſo wichtige Frage zu erheben, wie jene der Erblichkeit der Pairie, die jedenfalls die gründlichſte Prüfung erfordere; er ſprach daher nur gegen den Vorſchlag, die Pairsernennungen Karls X. rückgängig zu machen, indem er davor warnte, daß man nicht in denſelben Irrthum fallen möge, der vor vierzig Jahren es verſchuldete, wenn der Verſuch zur Eroberung der Freiheit mißlang, der damals gemacht wurde. Petou verlangte, daß die Erblichkeit der Pairie als Sühnopfer für das Blut, welches die heldenmüthige Bevölkerung von Paris zur Vertheidigung der theuerſten Rechte vergoſſen, auf dem Altare des Vaterlandes geopfert werde. General Sebaſtiani war der Meinung, daß die maſſenhafte Ernennung der Pairs unter Karl X. bereits eine Verletzung des Grundvertrages geweſen ſey. Wenn man einen Beſchluß faſſen konnte, der den Thron für erledigt erklärte, darf man gewiß auch dieſe Maßregel vervollſtändigen, indem man die Pairs beſeitigt, welche es gewagt haben, an der Vernichtung des Grundvertrages zu arbeiten. Die Frage der Erblichkeit ſey dagegen ſo ſchwierig, daß man wohlthun werde, ſie der nächſten Seſſion vorzubehalten. Bernard war der gleichen Meinung und ſchlug deshalb vor, die zweite Hälfte des Zuſatzartikels ſo zu faſſen, daß derſelbe ſich nicht bloß auf das Recht der Ernennung, ſondern auf die ganze Einrichtung der Pairie bezog. Dieſer Antrag wurde von Benjamin Conſtant unterſtützt und der ganze Artikel darauf mit großer Stimmenmehrheit genehmigt.

Eben ſo ernſte Verhandlungen, wie die Pairie, veranlaßte die Richterwürde, indem von mehreren Seiten der Antrag geſtellt wurde, durch einen beſondern Zuſatzartikel die Gerichte einer neuen Einrichtung zu unterwerfen. Herr von Brigode, der nach der Beſeitigung eines früheren Vorſchlages von Duris-Dufresne denſelben in veränderter Form wieder aufnahm, berief ſich darauf, daß Napoleon, als er von der Inſel Elba zurückkam, und Ludwig XVIII. im Jahre 1815 ſich vorbehalten hätten, den Gerichten eine neue Einrichtung zu geben. Er behauptete, daß die Unabſetzbarkeit der Richter ein Grundſatz ſey, der im engſten Zuſammenhange mit der Erblichkeit der Krone ſtehe. In

Digitized by Google

der monarchiſchen Ordnung werde durch den Tod nichts unterbrochen. Der König ſterbe, aber der Thron werde dadurch nicht erledigt, und es beſtehe deshalb auch Alles fort, was von ihm ausgehe. Etwas Anderes ſey es, wenn ein Wechſel der Dynaſtie eintrete; dann ergebe ſich eine Unterbrechung; es ſey nicht nothwendig, daß der neue König Alles anerkenne, was ſein Vorgänger gethan. Dagegen erklärte Dupin: es wäre merkwürdig, wenn man zu derſelben Zeit, während man alle geſellſchaftliche Verhältniſſe zu erhalten ſuche, damit keine andere als eine augenblickliche Unterbrechung eintrete, damit ein jeder ſogleich wieder an ſeine gewöhnlichen Beſchäftigungen gehe, wenn man zu derſelben Zeit Veränderungen in dem treffen wolle, was die meiſte Stätigkeit erfordere. Es ſey nicht zu leugnen, daß bei Beſetzung der Richterſtellen ſchlechte Wahlen Statt gefunden hätten. Jede Regierung habe ſich bisher der richterlichen Gewalt zu bemächtigen geſucht, um ſie einem Parteiintereſſe dienen zu laſſen. Dies dürfe gegenwärtig nicht geſchehen. Man müſſe erhalten, was einmal beſtehe. Es ſey nicht ſchwer, ſelbſt durch ſchlechte Menſchen Gutes zu bewirken, wenn man es von ihnen verlange. Salverte meinte, wenn man einige und ſiebenzig Pairsernennungen aufgehoben habe, könne man daſſelbe wohl auch mit einer Anzahl Richterernennungen thun. Seit Jahren wäre bei dieſer nur der Zweck verfolgt worden, die Gerechtigkeit der Gewalt dienſtbar zu machen. Dieſe Verſchwörung ſchreibe ſich nicht erſt von dem letzten Miniſterium her, ſchon unter Villèle und Peyronnet ſey dieſelbe in vollem Gange geweſen. Villemain unterſtützte die Anſicht Dupins, indem er hervorhob, daß die Würde und Freiheit der Gerichte mit dem Grundſatze der Unabſetzbarkeit untrennbar verbunden ſey. Dieſer Grundſatz mache ſelbſt mittelmäßige Wahlen zu vortrefflichen, wie ſich in der letzten Zeit noch gezeigt habe, da königliche Gerichtshöfe den Fall einer Verletzung der Geſetze durch die Regierung für unmöglich annehmbar erklärt und dadurch zum voraus die Gewaltſchritte verurtheilt hätten, die man doch bereits vorherſah. Mauguin dagegen verlangte, daß die Kammer ſich zu der Höhe der ihr vorliegenden Aufgabe erhebe. Sie habe Alles neu einzurichten und müſſe für die neuen Einrichtungen überall Nutzen ſuchen. Vor vierzehn Tagen habe man noch unter der Herrſchaft des göttlichen Rechtes geſtanden, gegenwärtig ſey der Grundſatz der Volksherrſchaft an die Spitze geſtellt. Man dürfe nicht erwarten, daß Körperſchaften, die unter der Herrſchaft des göttlichen Rechtes und der Congregation geſchaffen wären, den Grundſatz der Volksherrſchaft unterſtützen würden. Man

Digitized by Google

dürfe nicht geheimen Feinden eine Macht überlaſſen, die ſie nur anwenden würden, um einen Widerſtand zu leiſten, der leicht gefährlich werden könnte. Wenn man eine Revolution bewirkt habe, müſſe dieſe, um Beſtand zugewinnen, von dem Gipfel der Geſellſchaft bis zu ihren Grundlagen hinabgehen. Madier de Montjau wollte von einer ſolchen Forderung nichts wiſſen, da man dieſelbe nicht geltend machen könne, ohne alle geſellſchaftliche Stellungen und Verhältniſſe ohne Ausnahme zu erſchüttern. Wenn man ſtark ſeyn wolle, müſſe man großmüthig ſeyn, aber nicht die Grundlagen der Geſellſchaft umſtoßen. Die verſchiedenen Anträge, welche zum Zwecke hatten, die Gerichte von ihren ultraroyaliſtiſchen Beſtandtheilen zu ſäubern, wurden von der Mehrheit verworfen.

Als es zur Abſtimmung über den ganzen Entwurf kam, trug Labbey de Pompières darauf an, daß die Stimmenden ihre Namen in eine Liſte einſchrieben. Auch dagegen erklärte ſich die Mehrheit, die vielleicht immer noch fürchtete, durch ihre Namensunterſchrift einer möglichen Gefahr ausgeſetzt zu ſeyn. Man hielt es für zweckmäßiger, bei einer Königswahl daſſelbe einfache Verfahren anzuwenden, wie bei der Annahme des unbedeutendſten Geſetzentwurfes. Bei der Abſtimmung fanden ſich 219 weiße und 33 ſchwarze Kugeln; 39 Mitglieder der Kammer, unter denen ſämmtliche Ultraroyaliſten und fünf oder ſechs Liberale, die ſich nicht berechtigt glaubten, ohne beſondere Vollmachten von ihren Wählern eine Regierungsveränderung zu beſchließen, enthielten ſich jeder Theilnahme.

Caſimir Périer war ſeit der förmlichen Eröffnung der Kammer unter dem Vorgeben, daß eine Unpäßlichkeit ihn verhindere, die ihm übertragenen Obliegenheiten auszuüben, nicht mehr in derſelben erſchienen. Laffitte nahm daher als erſter Vicepräſident den Vorſitz ein. Unmittelbar nach der Beendigung der Abſtimmung und nach der Bekanntmachung ihres Ergebniſſes forderte er die Kammer auf, ſtatt, wie gewöhnlich, nur eine Abordnung zu ſenden, ſich in Maſſe nach dem Palais royal zu begeben und dem Herzoge von Orleans die Urkunde zu überbringen, die ihn auf den Thron von Frankreich erhob. Dieſer Vorſchlag wurde ohne Widerſpruch durch ſtürmiſchen Zuruf genehmigt und ſogleich zur Ausführung gebracht.

Der Herzog von Orleans empfing die Abgeordneten, von ſeiner ganzen Familie umgeben, in einem großen Prunkſaale. Laffitte las den von der Kammer angenommenen neuen Grundvertrag mit lauter Stimme vor. Der Herzog, der ſehr aufmerkſam zugehört hatte, erwiderte, daß

Digitized by Google

er die Erklärung der Kammer mit tiefer Bewegung annehme, daß er dieſelbe für den Ausdruck des allgemeinen Volkswillens halte, und daß ſie mit den politiſchen Grundſätzen übereinſtimme, die er ſein ganzes Leben hindurch bekannt habe. Ohne Ehrgeiz, an ein ruhiges Familienleben gewöhnt, habe er immer den Wunſch gehegt, daß es nie ſein Loos ſeyn möge, zum Throne beſtimmt zu ſeyn; aber unter den Gefühlen, die ſein Herz bewegten, beherrſche eines alle übrige; dies ſey die Liebe zum Vaterlande. Er wiſſe, was dieſe gebiete, und werde es thun. Darauf warf er ſich Laffitte in die Arme und erſchien mit dieſem und Lafayette auf dem Balcon, wo ihn von der unten harrenden Volksmenge der begeiſterte, obwohl etwas vorzeitige Zuruf: „Es lebe der König!“ begrüßte.

Am Abende deſſelben Tages verſammelte ſich die Pairskammer, in der 114 Pairs gegenwärtig waren. Der von dem Generalſtatthalter zum Präſidenten ernannte Baron Pasquier verlas die von der Abgeordnetenkammer wenige Stunden vorher gefaßten Beſchlüſſe. Der Vicomte de Châteaubriand ſprach ſich in feuriger Rede über die Schmach aus, welche die Pairskammer treffen müſſe, wenn ſie Beſchlüſſe genehmige, durch welche ihre eigenen Reihen decimirt würden; er erkannte die Rechtmäßigkeit des Widerſtandes an, den die Pariſer den Ordonnanzen geleiſtet, vertheidigte aber die Anſprüche des Herzogs von Bordeaux, den man nicht ohne ſchwere Ungerechtigkeit für eine fremde Schuld büßen laſſen könne. Er verkündete die unheilvollſten Folgen von dem Ueberwiegen der Volksgewalt, welches jetzt unvermeidlich ſey, und erklärte, daß er nach Allem, was er für die Bourbonen gethan, geſagt und geſchrieben, ſich ſelbſt für den Erbärmlichſten der Sterblichen halten müſſe, wenn er ſie in dem Augenblicke verleugnen wollte, wo ſie zum dritten und letzten Male in die Verbannung wanderten. Die große Mehrheit hatte nicht den Muth, ſich auch nur den Beſchlüſſen der Abgeordnetenkammer zu widerſetzen, durch welche eine Anzahl ihrer Collegen aus ihrer Mitte verſtoßen wurde; ſie vereinigte ſich darüber, daß ſie die Entſcheidung der hohen Weisheit des Generalſtatthalters überlaſſen wolle, und trat in allem Uebrigen der Erklärung der Abgeordnetenkammer bei. Dieſer Beſchluß wurde noch an demſelben Abende dem Herzoge von Orleans durch eine Abordnung überbracht, an deren Spitze Baron Pasquier ſtand, der an den Herzog eine mit vieler Gewandtheit abgefaßte, mehr beglückwünſchende, als politiſch bedeutende Anrede hielt, welche der Generalſtatthalter mit höflicher Würde beantwortete.

Digitized by Google

Der folgende Tag war für Paris ein Feſttag, der durch keinen Mißton getrübt wurde. Mit der leichten Beweglichkeit, die dem Franzoſen eigen iſt, gaben alle Parteien ſich dem Eindrucke des Augenblickes hin, und dieſer konnte für den Herzog von Orleans nicht anders als ein ſehr günſtiger ſeyn. Jedermann war erfreut, daß ſo viel ſchneller, als man ſelbſt nach der Vertreibung der Truppen aus der Hauptſtadt hätte ahnen können, ein geordneter Zuſtand der Dinge zurückzukehren verſprach; die Royaliſten, wenn ſie auch den Sturz der Dynaſtie mit Kummer ſahen, ſchätzten ſich doch glücklich, der Republik entgangen zu ſeyn, deren Einbruch ſie mit Schrecken erwartet hatten; und die Republikaner, die mit der Herſtellung des Königthumes allerdings wenig zufrieden waren, beruhigten ſich, da man ſie verſicherte, der neue Thron werde mit republikaniſchen Einrichtungen umgeben und die Verfaſſung nur dem Namen nach von einer republikaniſchen verſchieden ſeyn.

Montags am 9. Auguſt fand die Ceremonie der Thronbeſteigung des Generalſtatthalters Statt. Vom frühen Morgen an drängten ſich unzählige Volksmaſſen um den Palaſt Bourbon, in welchem der Sitzungsſaal der Abgeordnetenkammer für die feierliche Handlung hergerichtet war. Um zwei Uhr des Nachmittags erſchien der Herzog von Orleans, begleitet von ſeinen beiden älteſten Söhnen, den Herzogen von Chartres und von Nemours, ließ ſich auf einem Seſſel nieder, der vor dem mit dreifarbigen Fahnen geſchmückten Throne aufgeſtellt war, bedeckte ſich, lud mit Vernachläſſigung der herkömmlichen Formen der Etiquette die anweſenden Mitglieder der beiden Kammern ein, Platz zu nehmen, und forderte dann Caſimir Périer, den Präſidenten der Abgeordnetenkammer, auf die Erklärung derſelben vom 7. Auguſt zu verleſen. Nachdem dies geſchehen war, las Baron Pasquier die Beitrittsacte der Pairskammer vor; und der Generalſtatthalter las darauf ſeinerſeits die in folgende Worte gefaßte Erklärung ſeiner Annahme:

„Meine Herren Pairs, meine Herren Abgeordneten!

„Ich habe mit großer Aufmerkſamkeit die Erklärung der Abgeordnetenkammer und die Beitrittsacte der Pairskammer geleſen. Ich habe alle einzelne Punkte wohl erwogen und überlegt. Ich nehme ohne Beſchränkung noch Vorbehalt alle Beſtimmungen und Verpflichtungen, welche dieſe Erklärung enthält, ſowie den Titel eines Königs der Franzoſen an, den ſie mir verleiht, und bin bereit, ihre Beobachtung zu beſchwören."

Der Herzog erhob ſich hierauf, zog den Handſchuh aus, entblößte ſein Haupt und ſprach die Eidesformel, die der Juſtizminiſter Dupont ihm überreichte. Unter dem allgemeinen freudigen Rufe: „Es lebe der König!“ unterzeichnete er demnächſt die Originale der Verfaſſungsurkunde und des Eidſchwures, die in den Archiven niedergelegt werden ſollten, und beſtieg dann den Thron, bedeckte ſich und ſprach folgende Worte:

„Meine Herren Pairs, meine Herren Abgeordneten!

„Ich habe eine wichtige Handlung vollzogen. Ich erkenne tief den ganzen Umfang der Pflichten, die ſie mir auflegt. Ich habe das Bewußtſeyn, daß ich ſie erfüllen werde. Ich habe den Einigungsvertrag, der mir vorgelegt worden iſt, mit voller Ueberzeugung angenommen.

„Ich hätte lebhaft gewünſcht, nie den Thron einzunehmen, auf den der Volkswunſch mich berufen hat; aber Frankreich ſah, in ſeinen Freiheiten angegriffen, die öffentliche Ordnung in Gefahr; die Verletzung der Charte hatte Alles erſchüttert; die Wirkſamkeit der Geſetze mußte wieder hergeſtellt werden; und den Kammern lag es ob, dafür Sorge zu tragen.

„Dies haben Sie gethan, meine Herren! Die beſonnenen Abänderungen, die wir an der Charte vorgenommen haben, verbürgen uns die Sicherheit der Zukunft, und Frankreich wird, ich hoffe es, glücklich im Innern, geachtet von außen ſeyn und der Friede Europa's mehr und mehr befeſtigt werden.“

Der Herzog von Orleans war König; zwar nicht, wie er vorgezogen hätte, als rechtmäßiger Nachfolger der älteren Linie ſeines Hauſes, aber, was ihn unter den obwaltenden Umſtänden eine ungleich ſicherere Berechtigung lieh, durch die einmüthige Wahl des Volkes. Denn nachdem der Beſchluß der Kammern, der ihn zum Throne berief, bekannt geworden war, erhob ſich in ganz Frankreich keine Stimme des Widerſpruches.

Sieben Tage nach der Thronbeſteigung des Herzogs von Orleans ſchiffte Karl X., der ſeinen kummervollen Weg, auch jetzt noch auf einen ſeiner Sache günſtigen Umſchwung rechnend, in langſamen Tagereiſen zurückgelegt hatte, bis er durch den Aufſtand der Bevölkerungen von neuem geſchreckt und gedrängt wurde, ſich zu Cherbourg nach der gaſtlichen Küſte von England ein, um für immer dem ſchönen Heimathlande den Rücken zuzuwenden, deſſen Herrſchaft er mehr durch ſeine eigene Thorheit, als durch die Kurzſichtigkeit ſeiner Rathgeber verloren

Digitized by Google

hatte: glücklich, daß er in ſeiner unheilbaren Verblendung außer Stande war, die Schwere der Schuld zu erkennen, die er auf ſein Haupt geladen, und daß er in dem frommen Glauben an die Weisheit einer höheren Fügung einen Troſt fand, den ihm die Starrheit ſeiner politiſchen Grundſätze nicht zu gewähren vermochte: ein warnendes Beiſpiel der Vergeblichkeit des Beſtrebens, durch äußere Gewalt den Fortgang einer nach den nothwendigen Geſetzen des Denkens fortſchreitenden geiſtigen Entwicklung aufzuhalten.

Digitized by Google

Sechstes Buch.

Die nächſten Folgen der Juli-Revolution.

Erſtes Hauptſtück.

Das Königreich der Niederlande und die September-Revolution zu Brüſſel.

Als nach dem Sturze des napoleoniſchen Kaiſerreiches die verbündeten Monarchen zu Wien über die neue Ordnung der Dinge beriethen, die ſie auf den Trümmern in Europa zu gründen übereingekommen waren, hatten ſie vor allem Andern ihr Augenmerk darauf gerichtet, dem Strome der Revolution, den man zwar eben erſt in ſeine Ufer zurückgedämmt, vor deſſen erneuertem Durchbruche man ſich aber keinen Augenblick ſicher hielt, unzerſtörbare Bollwerke entgegenzuſetzen. Die Erfahrung lehrte, daß die Franzoſen bei ihren Eroberungszügen gegen Oſten immer am früheſten und leichteſten in den Provinzen der ehemaligen öſterreichiſchen Niederlande Eingang gefunden hatten, deren Bewohner ihnen großentheils durch Abſtammung, Sprache und Sitten verwandt ſind. Einmal im Beſitze dieſer reichen und bevölkerten, aber flachen und daher ſchwer zu vertheidigenden Landſchaften, hatten ſie ſich ohne Mühe des ganzen linken Rheinufers bemächtigt; und es hing nur von ihnen ab, über den Strom in das Herz von Deutſchland zu dringen. Hier wurde daher beſchloſſen, eine ſtarke Grenzmark zu errichten, die für ſich allein im Stande wäre, wenigſtens den erſten Anfall abzuwehren. Der alte Freiſtaat der vereinigten Niederlande, der ſich

Digitized by Google

im Jahre 1813, ſowie die franzöſiſchen Kriegsſchaaren über den Rhein zurückgeworfen waren, gegen die fremde Herrſchaft erhoben und den Prinzen von Oranien, den Sohn ſeines ehemaligen Erbſtatthalters zum ſouverainen Fürſten ausgerufen hatte, wurde mit den öſterreichiſchen Niederlanden, denen man noch das ehemalige Bisthum Lüttich hinzufügte, zu einem Staate vereinigt, der den Namen des Königreiches der Niederlande erhielt; und ein Theil des neuen Königreiches, das Großherzogthum Luxemburg, wurde, um das Ganze unauflöslich an Deutſchland zu knüpfen, für einen deutſchen Bundesſtaat erklärt, ſo daß der König der Niederlande, als Großherzog von Luxemburg, zugleich Mitglied des deutſchen Bundes war. Wenn irgend eine Schöpfung der neueren Politik alle Bürgſchaften der Dauer zu bieten ſchien, ſo war dies das Königreich der Niederlande. Die Natur ſelbſt ſchien durch den Lauf der Ströme und durch die gleichartige Beſchaffenheit des Bodens die jetzt zum erſten Male zu einem ſelbſtſtändigen Staate verbundenen Gebiete zur Vereinigung beſtimmt zu haben. Wenn auch ein Theil der südweſtlichen Bevölkerung romaniſchen Stammes war, ſo gehörte doch die Mehrzahl demſelben niederdeutſchen Volksſtamme an, wie die geſammte Bevölkerung der nordöſtlichen Landſchaften; und man hätte daher denken ſollen, daß wenige Jahre der Vereinigung unter einer Regierung hinreichen müßten, die innigſte Verſchmelzung herbeizuführen. Hatte doch eine ähnliche Vereinigung, obſchon nur kurze Zeit, bereits vor Alters beſtanden. Aber der Riß, der im ſechszehnten Jahrhunderte den Süden und den Norden der Niederlande von einander trennte, hatte tiefer in alle Verhältniſſe des Lebens eingegriffen, als bei oberflächlicher Betrachtung ſo leicht zu erkennen war. Während in den ſüdlichen Provinzen ſeit der gewaltſamen Ausrottung des Ketzerthumes der ſtarrſte Katholicismus herrſchte, hielten die nördlichen treu an ihrem proteſtantiſchen Glauben. Dieſe Spaltung zwiſchen dem Süden und dem Norden war durch die gemeinſame Unterwerfung unter die franzöſiſche Republik und das Kaiſerreich eher erweitert, als verwiſcht worden. Die ſüdlichen Provinzen, die unter der fremden Herrſchaft eine Erleichterung des früheren Zwanges fanden, ſchloſſen ſich derſelben willig an; franzöſiſche Sprache und Sitte gewann ſelbſt in dem niederdeutſchen Theile des Landes, in Brabant, Flandern, Antwerpen und Limburg unter den gebildeten Ständen die Oberhand, während die nördlichen Provinzen, die an Rechten und Freiheiten nur verloren hatten, um ſo feſter die alte deutſche Art bewahrten.

Digitized by Google

Dieſe weſentlichen Verſchiedenheiten wurden von der niederländiſchen Regierung von Anfang nicht in ihrer vollen Bedeutung gewürdigt. Schon der erſte Schritt, den die Regierung nach der Vereinigung der ſüdlichen mit den nördlichen Landestheilen that, war nichts weniger als geeignet, die erſten für den neuen Zuſtand zu gewinnen. Man beſchloß das Grundgeſetz, das von den nördlichen Provinzen nach der Vertreibung der Franzoſen angenommen war, ohne alle Abänderungen außer jenen, welche durch die Erweiterung des Gebietes unvermeidlich geworden waren, auch auf den Süden auszudehnen. Es wurde eine Verſammlung der angeſehenſten Männer aus den ſüdlichen Provinzen nach Brüſſel ausgeſchrieben, um über die Annahme des Grundgeſetzes zu berathen. Mehr als ein Sechstheil der Bevollmächtigten blieb aus, theils aus perſönlichen Gründen, theils aus allgemeinem Widerwillen gegen die neue Regierung. Von den erſchienenen 1323 ſtimmten nur 527 für die Annahme, 796, alſo eine Mehrzahl von 269, für die Verwerfung des Grundgeſetzes. Dennoch wurde dieſes von der Regierung für angenommen erklärt und als allgemeines Landesgeſetz verkündet, indem man den kleinlichen Kunſtgriff gebrauchte, nicht allein die 280 ausgebliebenen Bevollmächtigten der bejahenden Minderheit hinzuzufügen, weil vorauszuſetzen wäre, daß ſie durch ihr Nichterſcheinen ſtillſchweigend ihre Zuſtimmung hätten ausdrücken wollen, ſondern auch 126 von der verwerfenden Mehrzahl, weil dieſelben als den Grund ihrer Verwerfung die in dem Grundgeſetze ausgeſprochene Gleichſtellung aller Glaubensbekenntniſſe ausgeſprochen hatten, welche ein von den verbündeten Mächten aufgeſtellter Grundſatz des neuen europäiſchen Völkerrechtes ſey und deshalb von der geſetzgebenden Verſammlung eines einzelnen Staates nicht zurückgewieſen werden dürfe. Durch dieſes willkürliche Verfahren brachte man freilich eine beträchtliche Mehrheit zu Gunſten des Grundgeſetzes heraus; aber es blieb in den ſüdlichen Provinzen unvergeſſen, daß dieſes ihnen nur durch einen offenbaren Gewaltſtreich aufgedrängt war. Ein großer Theil der Geiſtlichkeit verweigerte den von ihr geforderten Eid auf die Verfaſſung, weil die Gleichſtellung der verſchiedenen Glaubensbekenntniſſe, ſowie die Unterordnung des öffentlichen Unterrichtes unter die Regierung ihrem Gewiſſen widerſtreite. Der Biſchof von Gent, Prinz Moritz von Broglie, wagte es, einen Jeden, der die Verfaſſung beſchwören würde, mit der Verweigerung der Sacramente zu bedrohen; ja er ging ſo weit, durch ſeine Sendlinge das Volk zu gewaltſamer Auflehnung gegen die Regierung aufzureizen. Dieſe ſchritt mit kräf-

Digitized by Google

tiger Entſchloſſenheit ein. Mehrere der ſtrengen Prieſter wurden abgeſetzt; dem Biſchofe von Gent ward wegen Hochverrathes der Proceß gemacht, und als er nach Frankreich entwich, wurde ſein Bildniß durch den Henker an den Pranger geſchlagen. Die Geiſtlichkeit und ihr Anhang, der die große Maſſe aller Volksclaſſen umfaßte, wurde dadurch zwar ſo weit eingeſchüchtert, daß ſie nicht mehr offene Schritte der Widerſetzlichkeit wagte; um ſo wüthender gährte dagegen der Haß im Geheimen, und um ſo maßloſer machte er in der Preſſe wie in mündlicher Rede ſich Luft, ſobald ſich irgend eine Gelegenheit bot. Den vornehmſten Gegenſtand des Streites bildete der öffentliche Unterricht, weil die Geiſtlichkeit wohl begriff, daß es um ihren Einfluß auf das Volk geſchehen war, ſobald die Leitung des Schulweſens ihr entzogen wurde. Die Regierung ließ ſich jedoch durch den heftigſten Widerſpruch nicht abhalten, ihre Pläne zur Begründung einer freiſinnigen Volkserziehung mit Kraft zur Ausführung zu bringen. Es wurden in den ſüdlichen Provinzen drei Univerſitäten und in allen größeren Städten Gymnaſien und andere höhere Lehranſtalten errichtet; die kleinen Seminare der Geiſtlichen, welche die vornehmſte Pflanzſchule des Fanatismus waren, wurden geſchloſſen, die Penſionate, welche der Glaubenseifer in Maſſe hervorrief, um den Beſuch der öffentlichen Lehranſtalten zu vermeiden, der ſtrengſten Aufſicht unterworfen, und den Theologie Studirenden zur Pflicht gemacht, die philoſophiſche Lehranſtalt zu beſuchen, die beſonders zu dem Zwecke, unter den angehenden Geiſtlichen eine höhere Bildung zu verbreiten, zu Löwen begründet war. Unglücklicher Weiſe ließ König Wilhelm, ein milder und wohlwollender Fürſt, den der Haß eines großen Theiles ſeiner Unterthanen ſchmerzlich berührte, gerade im entſcheidenden Augenblicke ſich überliſten. Der heilige Vater zu Rom, Leo XII., hatte ſich bei den Zwiſtigkeiten zwiſchen der Regierung und der katholiſchen Geiſtlichkeit anſcheinend mit großer Mäßigung benommen; er hatte den Clerus bei deſſen allzuſtürmiſchem Andrängen wiederholt zum Frieden ermahnt, ſich ſogar nicht ungünſtig über die philoſophiſche Lehranſtalt zu Löwen geäußert, die von der Geiſtlichkeit mit der bitterſten Gehäſſigkeit angefeindet wurde, und den gemäßigten aber ſchwachen Grafen Méan, der mit der Regierung in gutem Vernehmen ſtand, auf den biſchöflichen Stuhl von Mecheln erhoben. Der König, durch die Zuſicherungen der Curie getäuſcht, ließ ſich gegen die Anſicht des Staatsrathes (25. Juli 1827) zum Abſchluſſe eines Concordates vermögen, welches der Hierarchie die ausgedehnteſten Zugeſtändniſſe einräumte

und namentlich den theologiſchen Unterricht wieder ganz in die Hände der Biſchöfe legte. Dabei war in einem geheimen Vertrage ausbedungen, daß die Capitel bei der Wahl der Biſchöfe die Wünſche des Königs berückſichtigen, und daß in Bezug auf den Unterricht die Landesgeſetze beobachtet werden ſollten. Von dieſen geheimen Einſchränkungen war jedoch, ſo bald man die Zugeſtändniſſe erlangt hatte, die unter denſelben ertheilt waren, nicht mehr die Rede. Die kleinen Seminare entſtanden auf's Neue; die öffentlichen Schulen verödeten, weil Eltern, die ihre Kinder dahin ſchickten, die Abſolution verweigert wurde, und die philoſophiſche Lehranſtalt mußte geſchloſſen werden, weil Niemand dieſelbe mehr beſuchte, ſeit der frühere Zwang aufgehoben war. Die Geiſtlichkeit wußte der Regierung aber für ihre Nachgiebigkeit keinen Dank, weil ſie dieſelbe nicht als ein Zeichen des guten Willens, ſondern der Schwäche anſah, und weil ſie dieſer gegenüber ſich Alles erlauben zu dürfen glaubte. Die Angriffe gegen die Regierung verdoppelten ſich, die ausgelaſſenſten Schmähungen ergoſſen ſich gegen die Perſon des Königs, und es wurde offen die Frage aufgeworfen, mit welchem Rechte ein Ketzer gut katholiſche Chriſten beherrſchen könne.

Zu dem religiöſen Haſſe, der die ſüdlichen Provinzen der Regierung entfremdete, kam der Volkshaß, der durch die Bevorzugung der Holländer bei allen Anſtellungen in der Verwaltung, wie im Heere, genährt wurde. In den nördlichen Provinzen, den alten vereinigten Niederlanden, fand die Gerechtigkeitsliebe, die Freiſinnigkeit, der gerade biedere Charakter des Königs volle Anerkennung; die Söhne der alten Republikaner waren die eifrigſten Anhänger des Königthumes geworden; es war daher natürlich, daß ihnen vorzugsweiſe Vertrauen geſchenkt wurde. Es läßt ſich aber nicht leugnen, daß man hierin von Anfang, ehe noch ein genügender Grund zum Mißtrauen gegen die Bewohner der ſüdlichen Provinzen vorhanden war, viel zu weit ging. Beſonders auffallend war dies im Heerweſen, wo eine Menge der tüchtigſten Officiere bloß wegen der Treue, mit der ſie an Napoleon gehangen hatten, ſo lange das franzöſiſche Kaiſerreich beſtand, nach ihrer Entlaſſung aus dem franzöſiſchen Kriegsdienſte nicht wieder angeſtellt wurde. Der Prinz von Oranien, der einſah, daß es nicht der richtigſte Weg war, die Zuneigung der ſüdlichen Provinzen zu gewinnen, wenn man ihre Bewohner im Staatsdienſte planmäßig zurückſetzte, nahm ſich derſelben bei wiederholten Gelegenheiten auf das Kräftigſte an; aber ungeachtet des Einfluſſes, der ihm als Thron-

erben gebührte, vermochte er dennoch mit ſeinen Empfehlungen keinesweges immer durchzubringen. Bei der erſten Einrichtung des Heerweſens ſtand der Prinz dem Namen, der Kriegsminiſter Graf Goltz der That nach an der Spitze dieſes Zweiges der Verwaltung. Der Prinz verlangte die Anſtellung von 42 verdienten Officieren, die durch ihre Herkunft den ſüdlichen Provinzen angehörten. Graf Goltz wagte es nicht, der nur zu billigen, wenngleich ſeinen Vorurtheilen widerſprechenden Forderung offen zuwiderzuhandeln; er beſtimmte die Officiere für den Dienſt auf der Inſel Java, der ſie von ihrem heimathlichen Boden, von ihren Freunden und Verwandten und Allem, was ihnen theuer war, wahrſcheinlich für immer entfernte und daher eher einer Verbannung als einer Auszeichnung ähnlich ſah. Der Prinz von Oranien, durch ein ſo rückſichtsloſes Verfahren verletzt, drang jetzt darauf, daß entweder er ſelbſt oder der Miniſter von ſeinem Amte entbunden würde. Er erhielt ſeine Entlaſſung und gewann dadurch zwar große Volksgunſt bei den Bevölkerungen, für welche er dies Opfer brachte, beſtärkte dieſelben aber in dem Glauben, daß ihre Heimath als ein von den Holländern erobertes Land betrachtet und regiert werde. Noch höher ſtieg die Erbitterung, als einige Jahre ſpäter die holländiſche Sprache als die allein gültige in allen amtlichen Verhandlungen eingeführt wurde; denn wenn auch die eigentliche Volksſprache in dem größten Theile der ſüdlichen Provinzen, das Flämiſche, nur eine Mundart des in Holland zur Schriftſprache ausgebildeten Niederdeutſchen iſt, ſo war dieſe Mundart doch ſeit langer Zeit ſo vernachläſſigt, daß die gebildeten Stände ſich kaum noch in derſelben auszudrücken wußten und ſtatt ihrer ſelbſt im gewöhnlichen Verkehre ſich des Franzöſiſchen bedienten. Während auf dieſe Weiſe der gebildete Theil des Volkes zu immer bittererer Feindſeligkeit gegen die Regierung aufgeregt wurde, die nicht ganz von aller Schuld freigeſprochen werden kann, wenn ſie als eine wahre Fremdherrſchaft erſchien, wurde die Maſſe durch die Laſt der Steuern zu Boden gedrückt, die man als eine Folge der Vereinigung mit den nördlichen Provinzen anſah. Die geſammte Schuld der ehemaligen öſterreichiſchen Niederlande belief ſich auf die mäßige Summe von 4 Millionen Gulden jährlicher Renten, während die alte Schuld des Freiſtaates der vereinigten Niederlande, die jetzt gemeinſchaftlich getragen werden mußte, den ungeheuern Betrag von beinahe 2000 Millionen — nämlich 786,556,216 Gulden an verzinslicher und 1,204,933,512 Gulden an aufgeſchobener Schuld erreichte. Außerdem erforderten die Waſſerbauten der nördlichen Pro-

vinzen und die Seemacht, die man als deren ausſchließendes Eigenthum betrachtete, außerordentliche Summen, von denen man behauptete, daß ſie den ſüdlichen Landestheilen gar nicht zu Gute kämen. Dagegen erhielten dieſe allerdings durch den Aufſchwung, den ihr Handel und Gewerbfleiß nahm, volle Entſchädigung. Der Hafen von Antwerpen, der ſeit drei Jahrhunderten verödet war, fing an ſich mit Schiffen zu füllen und wetteiferte bald mit den beiden holländiſchen Stapelplätzen Rotterdam und Amſterdam; die Fabriken und Manufacturen zu Gent, Lüttich, Verviers und an vielen anderen Orten erhoben ſich durch den weiten Markt, den die niederländiſchen Colonien ihnen eröffneten, zu einer Blüthe, die jene ſtolzen Tage des Mittelalters zurückrief, in denen der flandriſche Gewerbfleiß die Bewunderung von ganz Europa auf ſich zog.

Aber wie augenfällig dieſe Vortheile auch waren, ſo wogen ſie doch in der Meinung die Verletzungen nicht auf, die der Glaubenseifer und der volksthümliche Stolz des Südens täglich zu erfahren hatte. Der uralte Name der Belgier, der im Volksleben längſt jede Bedeutung verloren hatte, wurde wieder hervorgeſucht, um die aus Deutſchen und Wallonen gemiſchten Bewohner der ſüdlichen Provinzen unter einer gemeinſchaftlichen Bezeichnung den rein deutſchen Holländern entgegenzuſetzen; und Belgier und Holländer, obwohl unter einer Regierung vereinigt, haßten einander ſo gründlich, wie dies irgend unter zwei einander feindlich gegenüberſtehenden Volksſtämmen der Fall ſeyn kann. Dieſe gegenſeitige Abneigung der Bevölkerungen und die Unzufriedenheit der Belgier mit der Regierung zu vermehren, trug die Preſſe ihr Redliches bei. Die durch das Grundgeſetz verbürgte Freiheit der Preſſe gewährte allerdings den erheblichen Vortheil, daß der Regierung nichts von alle dem, was die Gemüther bewegte, verborgen blieb; und wenn die geſetzlichen Beſtimmungen, welche dem Mißbrauche ſteuern ſollten, von Anfang mit Kraft gehandhabt worden wären, hätte die ganze Einrichtung gewiß eine ſegensreiche Wirkung hervorgebracht. Man glaubte aber die Preſſe ungeſtört ſich ſelbſt überlaſſen zu müſſen, weil man hierin ein wirkſames Mittel ſah, der Hinneigung nach Frankreich in den ſüdlichen Provinzen zu begegnen. Die leidenſchaftlichſten Angriffe gegen die Reſtauration, die in Frankreich der Scheere der Cenſur verfielen, wurden zu Brüſſel ohne Hinderniß gedruckt. Erſt als dies Beiſpiel gleich leidenſchaftliche und gehäſſige Angriffe gegen die holländiſche Regierung in Belgien hervorrief, begriff man den Fehler, den man begangen hatte, und ſuchte jetzt durch ſtrenge Durchführung

Digitized by Google

und durch Verſchärfungen der beſtehenden Geſetze wieder einzubringen, was man verſäumt hatte. Dadurch wurde aber das Uebel nur ärger, da die gerichtlichen Verfolgungen der Schriftſteller, die als Verfechter der Volksſache auftraten, dieſe in den Augen der Menge mit der Glorie des Märtyrerthums umgaben. Den nachtheiligſten Eindruck machte es, daß die Regierung zu ihrer Vertheidigung ſich der käuflichen Federn fremder Abenteurer bedienen mußte, während alle einheimiſche Schriftſteller in ihrer Verurtheilung übereinſtimmten. Die Erbitterung gegen den gemeinſchaftlichen Feind bewirkte, was keine äußere Gewalt jemals zu Stande zu bringen vermocht hätte: die freiſinnigſten Männer, die den Uebergriffen der Geiſtlichkeit immer mit Kraft entgegengetreten waren, verbündeten ſich mit ihren alten Gegnern zu gemeinſchaftlichem Kampfe gegen die Regierung. Auch in den Reichsſtänden, oder, wie ſie mit ihrem holländiſchen Namen genannt wurden, in den Generalſtaaten ſtanden die Mitglieder aus den ſüdlichen jenen aus den nördlichen Provinzen bei den wichtigſten Fragen in geſchloſſenen Reihen gegenüber. So viel die Regierung that, um den Wohlſtand, den Handel und Gewerbfleiß des Landes zu heben, und ſo ſehr es ihr auch um die Förderung geiſtiger Bildung Ernſt war, ſo mußte doch die Neigung zur Willkür, die ſie zeigte, ſobald ſie auf Widerſpruch und Hinderniſſe ſtieß, ſelbſt in dem begünſtigten Holland ihr die edelſten Gemüther entfremden. Der Juſtizminiſter van Maanen, einſt eifriger Republikaner, darauf das willige Werkzeug jeder Gewalt und ſtets bereit, die Geſetze vor dieſer zu beugen, war in Holland, wenn auch nicht in gleichem Maße verhaßt, wie in Belgien, doch nichts weniger als beliebt; und auch die Verwaltung der Finanzen gab im Norden wie im Süden, nur dort zu weniger allgemeinen und weniger gehäſſigen Ausſtellungen Veranlaſſung. Bei dem feſten Zuſammenhalten der großen Mehrzahl der belgiſchen Abgeordneten durfte ſich aber nur eine geringe Zahl von Stimmen aus dem Norden mit jenen vereinigen, um der Regierung in der Verſammlung der Stände mit Erfolg zu begegnen. So wurde bereits in der erſten Seſſion der Generalſtaaten ein Entwurf zur Verſchärfung der Preßgeſetze verworfen. In der Seſſion von 1820 wurde der Antrag, die ordentlichen Steuern auf 10 Jahre zu bewilligen, abgelehnt, und ſtatt der Voranſchläge des Miniſters wurden nur jene des vorigen Jahres genehmigt. Im nächſten Jahre wurden zwei neue Steuern, die Schlacht- und die Mahlſteuer, die zur Deckung eines Ausfalles von viertehalb Millionen Gulden nothwendig geworden waren, nur mit einer Mehrheit von zwei

Stimmen bewilligt. Im Jahre 1824 wurden neue Steuererhöhungen, die der Regierung nothwendig erſchienen, mit großer Stimmenmehrheit verworfen. Im Jahre 1826 erfuhren mehrere Anſätze in den Voranſchlägen für die Ausgaben daſſelbe Schickſal, und das Jahr darauf wurden zum zweiten Male ſeit der Errichtung des Königreiches alle von der Regierung geforderte Geldbewilligungen verweigert.

Ungeachtet oder vielleicht gerade wegen der Zugeſtändniſſe, welche die Regierung der katholiſchen Geiſtlichkeit machte und die dieſer nur den Muth zu immer neuen Forderungen gaben, ſtieg die Erbitterung mit jedem Jahre höher; und immer beunruhigendere Erſcheinungen gaben den zunehmenden Haß gegen die Regierung der Holländer kund. Hundertundfünfzig von vielen Tauſenden unterzeichnete Bittſchriften, welche die Abſtellung wirklicher oder angeblicher Mißbräuche verlangten, und die unter dem drohenden Namen der Beſchwerden des belgiſchen Volkes (griefs nationaux) zuſammengefaßt wurden, liefen bei den Generalſtaaten ein, welche dieſelben trotz des lebhafteſten Widerſtandes der Miniſter, von ihrer Empfehlung unterſtützt, der Regierung zur Berückſichtigung zuſandten. Dieſe antwortete in einem Tone, der mehr von gereizter Empfindlichkeit, als von männlicher Feſtigkeit zeugte, und legte, ſtatt die gehoffte Nachgiebigkeit zu beweiſen, einen Geſetzentwurf zur Unterdrückung der Mißbräuche der Preſſe vor, der, wenn derſelbe zur Ausführung gekommen wäre, die Regierung jeder Sorge von dieſer Seite für immer überhoben hätte. In den ſüdlichen Provinzen war jetzt nur eine Stimme, daß man die Zugeſtändniſſe, zu denen die Regierung ſich freiwillig nicht entſchließen könne, durch Verweigerung der Steuern erzwingen müſſe. In der That wurden in den Generalſtaaten zum dritten Male ſowohl die Voranſchläge der außerordentlichen Steuern für das nächſte Jahr, als jene der ordentlichen Steuern für die zehnjährige Finanzperiode verworfen. Als die Regierung hierauf aber neue vorläufige Steueranſchläge einbrachte, in denen die weſentlichſten Ausſtellungen an den früheren Steuergeſetzen beſeitigt und die verhaßte Mahlſteuer ganz fallen gelaſſen war, wagte man es doch nicht, die Dinge auf das Aeußerſte zu treiben. Die vorläufigen Anſchläge wurden von den Abgeordneten des Südens, wie von jenen des Nordens, beinahe einſtimmig angenommen, indem der einzige Baron de Staſſart ſich dagegen erklärte. Auch das Preßgeſetz wurde, nachdem die gehäſſigſten Beſtimmungen entfernt oder gemildert waren, genehmigt. Der Miniſter des Innern konnte daher in der Rede, mit welcher er am 2. Juni 1830 die Seſſion der Generalſtaaten ſchloß, nicht ganz mit

Digitized by Google

Unrecht ſagen, daß dieſelbe durch das glücklichſte Einverſtändniß zwiſchen dem Throne und dem Volke über diejenigen Punkte, an denen beiden am meiſten gelegen, gekrönt worden ſey.

Um das Werk der Verſöhnung zu vollenden, ergriff die Regierung zwei Maßregeln, welche mit weiſer Umſicht darauf berechnet waren, den gemäßigteren Theil der ſüdlichen Bevölkerungen zufriedenzuſtellen. Die Sorge für den Volksunterricht wurde ausſchließlich den Gemeinden überlaſſen und dadurch der letzte Vorwand zu der Beſchuldigung entfernt, als gehe die Regierung darauf aus, durch ihren Einfluß auf das Schulweſen die katholiſche Religion zu untergraben. Außerdem wurde der Gebrauch der franzöſiſchen Sprache in den Gerichtshöfen der ſüdlichen Provinzen freigegeben, wodurch dem Vorwurfe begegnet wurde, den die franzöſiſch-belgiſchen Blätter erhoben, daß es auf die Unterdrückung der belgiſchen Volksthümlichkeit abgeſehen wäre. Aber ſo gewiß dieſe Maßregeln zu jeder früheren Zeit die wohlthätigſte Wirkung hervorgebracht hätten, ebenſo gewiß mußten ſie dieſelbe verfehlen, nachdem die Aufregung eine Höhe erreicht hatte, die für die ruhige Beſinnung keinen Raum mehr geſtattete. In dem Augenblicke, wo die verſöhnenden Schritte der Regierung bekannt wurden, verließen vier Männer, unter denen der republikaniſch geſinnte Schriftſteller de Potter der bedeutendſte war, ihr Vaterland, um in die Verbannung zu gehen, zu der ſie der königliche Gerichtshof von Brüſſel wegen ihrer Betheiligung an einem Aufrufe zur Begründung eines belgiſchen Vereines verurtheilt hatte. Obwohl ihre Schuld in den Augen jedes Unbefangenen keinem Zweifel unterlag, galten ſie doch in der Meinung als die Opfer gewaltthätiger Willkürherrſchaft. Wenige Tage darauf wurde durch eine königliche Verordnung der oberſte Gerichtshof von Brüſſel nach dem Haag verlegt, was allgemein als ein Zeichen aufgenommen wurde, daß derſelbe in ein blindes Werkzeug der Regierung verwandelt werden ſollte.

So beunruhigend war die öffentliche Stimmung in den ſüdlichen Provinzen, als die Nachricht von den Julitagen zu Paris und von der Revolution in Frankreich einging. Der erſte Eindruck dieſes Ereigniſſes, auf welches Niemand weder im Haag noch in Brüſſel gefaßt ſeyn konnte, war ein betäubender. Die Leiter der Bewegung in Belgien hatten keine Urſache, von der Thronumwälzung des Nachbarlandes ſich ſonderliches Heil zu verſprechen; denn die Prieſterpartei, die in Belgien hauptſächlich die Gährung nährte, hatte ihre geheimen Hoffnungen nicht ſowohl auf die franzöſiſchen Liberalen, als auf den

Digitized by Google

geiſtlichen Einfluß am Hofe Karls X. gerichtet. Die beiden franzöſiſchen Läger, die zu St. Omer und Luneville errichtet waren, hatten zum offen ausgeſprochenen Zwecke, bei einem gewaltſamen Ausbruche in Belgien das Einſchreiten der benachbarten deutſchen Macht zu verhindern, deren Beiſtand für dieſen Fall der König der Niederlande angerufen hatte. Durch den Sturz Karls X. war dem belgiſchen Clerus mit einem Male der ſicherſte Stützpunkt entzogen, auf den er bei allen Ausſchreibungen rechnen konnte. Mehrere Wochen vergingen in ſcheinbarer Ruhe, ehe man ſich in die unerwartet veränderte Lage zu finden vermochte. In den Aufreizungen, die von der Geiſtlichkeit ausgingen, trat ein plötzlicher Stillſtand ein. Dadurch wurden aber die Gährungsſtoffe, die einmal in die Gemüther geworfen waren, nicht beſeitigt und bei der engen Verbindung, die zwiſchen Paris und Brüſſel Statt findet, wo das Beiſpiel der franzöſiſchen Hauptſtadt längſt in Bezug auf Sitten und Meinungen, wie auf Tracht und Ton der Geſellſchaft, als das oberſte Geſetz angeſehen wurde, konnte es nicht fehlen, daß auch der Wunſch einer Nachahmung der Julirevolution bald gleich anderen Modeartikeln eingeführt wurde. Die Aufführung eines Theaterſtückes, der Stummen von Portici, gab am 26. Auguſt die Veranlaſſung zu dem Ausbruche, der anfangs nur von einer Anzahl junger Leute ausgegangen zu ſeyn ſcheint, denen ſich aber allmälig Tauſende aus dem Pöbel und aus den niedrigſten Volksclaſſen zugeſellten. Statt den Aufruhr ſogleich mit Kraft zu unterdrücken, ließen die Behörden denſelben ungeſtört gewähren; erſt am andern Morgen, als bereits das Polizeigebäude ſowie das Haus eines im Solde des Miniſteriums ſtehenden Zeitungsſchreibers, des berüchtigten Grafen Libry-Bagnano, verheert und das Hôtel des Juſtizminiſters durch Brandſtifter in Aſche gelegt war, verſuchten es die Truppen auf einzelnen Punkten einzuſchreiten; die Ordnung wurde aber nicht eher wieder hergeſtellt, als bis der Stadtrath die Bürgergarde bewaffnet und dieſe, nicht ohne ernſtlichen Kampf, die Straßen vom Pöbel geſäubert hatte. Während des Aufruhrs waren, wie in Paris, überall die königlichen Abzeichen vertilgt worden; Niemand durfte es wagen, die Farben des Hauſes Oranien zu tragen; und der Stadtrath fand zur Beſchwichtigung der Volksleidenſchaften es angemeſſen, das alte ſchwarz-rothgelbe Banner der Provinz Brabant aufſtecken zu laſſen. Damit war in den Augen des Volkes zugleich eine Losſagung von der holländiſchen Herrſchaft ausgeſprochen; bald wehten in allen Orten der Provinz die brabanter Farben. Die Bewegung griff weiter und weiter um ſich; überall

Digitized by Google

traten die Bürgergarden unter die Waffen und die Truppen, die keinen Befehl hatten, ſich zu widerſetzen, zogen ſich in ihre Caſernen oder in die Werke und hinter die Wälle der feſten Plätze zurück. Von Brüſſel, Lüttich und Namur wurden Abordnungen nach dem Haag geſchickt, um von dem Könige ungeſäumte Einberufung der Generalſtaaten, Abſtellung der gerechten Beſchwerden der Belgier und die Entlaſſung des Juſtizminiſters van Maanen zu erbitten. Der erſten Forderung war der König bereits zuvorgekommen, indem er aus eigener Bewegung die Generalſtaaten auf den 13. September nach dem Haag berufen. Dadurch wurde auch die zweite Forderung erledigt, da die Abſtellung der Beſchwerden verfaſſungsmäßig nur von den Generalſtaaten ausgehen konnte. Die Verabſchiedung van Maanens aber wurde zwar nicht geradezu als Zugeſtändniß an die unzufriedenen Provinzen, doch wenige Tage nach der Audienz der Abordnungen in der ſchonenden Form der Annahme eines Entlaſſungsgeſuches bewilligt.

Schon vor der Ankunft der Abordnungen hatte der König ſeine beiden Söhne, den Prinzen von Oranien und den Prinzen Friedrich, nach den ſüdlichen Provinzen entſandt, den erſten, weil er hoffte, daß derſelbe durch ſeine Volksbeliebtheit auf die Beruhigung der Gemüther einwirken könne, den andern, um als oberſter Befehlshaber der bewaffneten Macht die erforderlichen militairiſchen Maßregeln zu ergreifen. Der Prinz von Oranien, bevollmächtigt, zur Herſtellung der Ordnung alle Anſtalten zu treffen, welche die Umſtände erheiſchen würden, begab ſich auf die Einladung einer ihm nach Antwerpen entgegengeſchickten Abordnung, nur von ſeinen Adjutanten begleitet, nach Brüſſel, wo er mit dem Rufe: „Es lebe der Prinz! Es lebe die Freiheit!“ empfangen wurde. Er ernannte einen aus den angeſehenſten Männern zuſammengeſetzten Ausſchuß, der ihm die Maßregeln vorſchlagen ſollte, welche geeignet wären, die Ruhe und das Vertrauen zurückzuführen. Aber die Bewegung, die anfangs nur auf ein unbeſtimmtes Ziel gerichtet war, hatte in der Zwiſchenzeit einen bedeutenden Fortſchritt gemacht. Allgemein ſprach ſich das Verlangen nach einer Trennung der ſüdlichen Provinzen von dem holländiſchen Norden aus, und der Ausſchuß gab als das einzige Mittel, durch welches ſich eine friedliche Herſtellung der Ordnung bewirken ließe, die Einführung einer beſonderen, von der holländiſchen getrennten Geſetzgebung und Verwaltung für Belgien an. Der Prinz von Oranien, dem der Ausſchuß unter dieſer Bedingung die unverbrüchlichſte Treue der Belgier verbürgte, reiſ'te mit dem Verſprechen, die vorgeſchlagene Trennung bei ſeinem

Digitized by Google

Vater zu bevorworten, nach dem Haag zurück. Hier wurde an dem feſtgeſetzten Tage die außerordentliche Seſſion der Generalſtaaten eröffnet, in der ſich gleich den Abgeordneten der nördlichen auch jene der ſüdlichen Provinzen einfanden. In der Eröffnungsrede beklagte der König die Meuterei in Brüſſel, die, an andern Orten nachgeahmt, durch Brand und Plünderung bezeichnet worden ſey; bemerkte, daß von verſchiedenen Seiten der Wunſch nach einer Umgeſtaltung des Grundgeſetzes, ja nach einer Trennung der Provinzen ausgeſprochen ſey, und erklärte, daß dieſe Frage den Hauptgegenſtand der Berathungen der Generalſtaaten bilden werde. In den Generalſtaaten nahmen die Verhandlungen ihren gewöhnlichen langſamen Gang, als ob man mitten im tiefſten Frieden geweſen wäre. In ganz Holland hatte ſich auf die erſte Kunde von den Vorgängen in Brüſſel die begeiſterte Anhänglichkeit an den König und zugleich die leidenſchaftlichſte Erbitterung gegen die belgiſchen Meuterer ausgeſprochen. Dieſe Gefühle fanden bei den Abgeordneten der nördlichen Provinzen in den Generalſtaaten ihren Wiederhall. Aber auch in Holland verlangte die allgemeine Stimme die Trennung, weil man behauptete, daß die Vereinigung mit Belgien nur zum Nachtheile der treuen nördlichen Provinzen gereiche. Beide Kammern der Generalſtaaten entſchieden ſich daher mit großer Stimmenmehrheit für die Trennung, und der König kündigte durch eine Botſchaft vom 1. Octbr. an, daß er eine Staatscommiſſion niedergeſetzt habe, um über die Grundſätze zu berathen, nach denen die Trennung der beiden Hälften des Königreiches in Geſetzgebung und Verwaltung durchzuführen ſey.

Dieſe Maßregel, die vierzehn Tage früher vielleicht hingereicht hätte, um allen Unruhen in den ſüdlichen Provinzen ein Ende zu machen, war aber jetzt bereits zu ſpät. Das Loos der Waffen hatte entſchieden, und es handelte ſich für Belgien nicht mehr um die Erlangung einer ſelbſtſtändigen Verwaltung und Geſetzgebung unter einem gemeinſchaftlichen Haupte mit den alten vereinigten Niederlanden, ſondern um die Begründung volksthümlicher Unabhängigkeit. Gleichzeitig mit der Sendung der beiden Prinzen nach den ſüdlichen Provinzen waren alle im Norden entbehrliche Truppen nach dem Süden in Bewegung geſetzt worden. Bereits in den erſten Tagen des September hatte Prinz Friedrich eine anſehnliche Truppenmacht zwiſchen Antwerpen und Brüſſel zuſammengezogen. An dem Tage, an dem der Prinz von Oranien Brüſſel verließ, um mit dem Vorſchlage der Trennung nach dem Haag zu eilen, hatte eine von Mecheln kommende Truppenabtheilung in Löwen einzudringen verſucht und war von den Bürgern mit

Digitized by Google

Verluſt zurückgeſchlagen worden. Dadurch wurden nicht allein in Brüſſel, ſondern in allen belgiſchen Städten die Gemüther auf das Aeußerſte gereizt. Mehrere Hundert Freiwillige zogen von Lüttich in Brüſſel ein, um bei einem Angriffe auf dieſe Stadt zur Vertheidigung mitzuwirken. Die Rede des Königs bei der Eröffnung der Generalſtaaten, welche Alles unentſchieden ließ und außerdem die plündernden Meuterer in Brüſſel mit den die Ordnung herſtellenden Bürgern zuſammenzuwerfen ſchien, vermehrte die allgemeine Gährung. Da die Vorpoſten der holländiſchen Truppen ſich der Stadt Brüſſel bis auf eine geringe Entfernung genähert hatten, unternahmen bewaffnete Haufen, unter denen die Lütticher Freiwilligen die erſten waren, ohne Befehl Streifzüge in die Umgegend, von denen ſie mit Beutepferden zurückkehrten, die ſie den Zollbeamten abgenommen. Als hierauf (am 19. Septbr.) der an die Stelle des Stadtrathes getretene Sicherheitsausſchuß eine Bekanntmachung erließ, worin derſelbe ähnliche Gewaltthätigkeiten mit ſtrenger Strafe bedrohte, erfolgte ein Ausbruch der Volkswuth, der damit endigte, daß die Bürgergarde entwaffnet, eine neu bewaffnete Macht aus dem unruhigſten Theile der Bevölkerung errichtet und eine vorläufige Regierung eingeſetzt wurde, die aus den erbitterteſten Gegnern der holländiſchen Regierung beſtand, und zu der auch der noch in Frankreich weilende Verbannte de Potter berufen wurde. Auf die Nachricht von dieſen Ereigniſſen beſchloß Prinz Friedrich mit ſeinem Heere in Brüſſel einzurücken. Bei der Annäherung der holländiſchen Truppen wurden die Aufrührer von der äußerſten Muthloſigkeit ergriffen; die Mitglieder der vorläufigen Regierung flohen oder hielten ſich verborgen; nur wenige Hundert der verwegenſten Tollköpfe wagten es, noch an Widerſtand zu denken. Als die Vorhut des Heeres am Morgen des 23. September an dem Schaerbecker Thore erſchien, wurde ſie von fünfzig oder ſechzig Leuten aus den niederſten Volksclaſſen mit Flintenſchüſſen empfangen; ein ähnlicher Haufe verſuchte die große und breite Rue royale zu vertheidigen, die nach dem Park und dem Palaſte des Königs führt, zerſtreute ſich aber bei dem Vorrücken der Truppen in wilder Flucht. Die ganze obere Stadt wurde ohne ernſtliches Gefecht beſetzt; und erſt als die Truppen in die engeren Straßen einzudringen verſuchten, die aus der inneren Stadt auf die Place royale auslaufen, ſtießen ſie hinter eilig aufgeworfenen Barricaden auf heftigere Gegenwehr, die bei einem entſchloſſenen Angriffe immer auch zu überwältigen geweſen wäre. Statt deſſen zogen ſie ſich nach der Place royale zurück, und begnügten ſich, im Park und in den dieſen einſchließenden Gebäuden

Digitized by Google

eine Stellung einzunehmen, in der ſie den Reſt des Tages und die Nacht hindurch unthätig ſtehen blieben und nur das Feuer der jetzt wieder vordringenden Volkshaufen erwiderten. Erſt als die Anführer ſahen, daß der Feind ſich mehr vor ihnen zu fürchten ſchien, als ſie vor dem Feinde, gewannen ſie neuen Muth. Jetzt griff Alles wieder zu den Waffen, Haufen von Landvolk strömten in die Stadt, um die Bürger zu unterſtützen; und es entſpann ſich um den Park, in dem die Truppen zuſammengedrängt waren, der erbitterteſte Kampf, der den 24. und 25. hindurch dauerte, und während deſſen die Truppen ſich immer in der Vertheidigung hielten. Am 26. übernahm der ſpaniſche Obriſtlieutenant van Halen, der zu Brüſſel in der Verbannung lebte, mit mehreren ehemaligen franzöſiſchen Officieren den Befehl über die Angreifenden. Die Holländer wurden jetzt ſo heftig gedrängt, daß ſie ſich mit Mühe in ihren Stellungen behaupteten. Mehrere der Häuſer, um die am wüthendſten gekämpft wurde, gingen in Flammen auf. Während der Nacht vom 26. auf den 27. räumten die Truppen, die längeres Verweilen einer völligen Vernichtung ausgeſetzt hätte, die Stadt und zogen ſich auf der Straße nach Mecheln und Antwerpen zurück.

Bevor dieſe Entſcheidung noch erfolgte, war es auch zu Lüttich, Mons, Löwen und an anderen Orten zu blutigen Kämpfen zwiſchen den Truppen und den bewaffneten Bürgern gekommen. So wie die Kunde von dem Siege des Volkes zu Brüſſel ſich verbreitete, war die Bewegung nirgend länger zurückzuhalten. Die belgiſchen Soldaten, welche die Mehrzahl der Beſatzungen bildeten, verließen ihre Fahnen; die Holländer, allein zu ſchwach, um erfolgreichen Widerſtand zu leiſten, mußten froh ſeyn, freien Abzug zu erhalten; und nach dem Verlaufe weniger Wochen waren die feſten Plätze Antwerpen und Maſtricht mit der Citadelle von Gent die einzigen Punkte in Belgien, auf denen die oraniſche Fahne noch wehte. Am 4. October erklärte die vorläufige Regierung, die ihre Verrichtungen wieder aufgenommen hatte, daß Belgien fortan einen unabhängigen Staat bilden werde. Es wurde ein Ausſchuß ernannt, um den Entwurf einer neuen Verfaſſung auszuarbeiten, und zugleich wurde angekündigt, daß ein Nationalcongreß einberufen werden ſollte, um dieſe Verfaſſung zu berathen und anzunehmen. Zu derſelben Zeit, während in Brüſſel dieſe die Losreißung der ſüdlichen Provinzen vom Königreiche vollendenden Schritte geſchahen, traf der Prinz von Oranien wieder in Antwerpen ein, um die Regierung der ſüdlichen Provinzen, die ihm ſein Vater mit unbeſchränkter Vollmacht übertragen hatte, zu übernehmen. Fruchtloſes Beginnen! Die Stimme des

Digitized by Google

Prinzen wurde in dem tobenden Gewühle der Volksleidenſchaften nicht mehr gehört, obwohl er in ſeinem Eifer, zu retten, was noch zu retten ſey, ſo weit ging zu erklären, daß er ſelbſt ſich an die Spitze der Bewegung ſtelle und daß er die Unabhängigkeit Belgiens anerkenne. Am 25. October mußte er Antwerpen unverrichteter Dinge verlaſſen; zwei Tage darauf kam ſelbſt in dieſer von 6000 Mann holländiſcher Truppen beſetzten Stadt der Aufſtand zum Ausbruche. General Chaſſé mußte ſich mit der Beſatzung in die Citadelle zurückziehen und rächte eine Verletzung des mit den Bürgern geſchloſſenen Waffenſtillſtandes auf furchtbare Weiſe, indem er die Stadt mehrere Stunden lang aus mehr als 100 Geſchützen beſchoß, die ſchönſten Straßen und Plätze in Trümmerhaufen verwandelte und durch die Verbrennung der großen Waarenniederlagen einen unermeßlichen Schaden verurſachte.

Während dieſe Dinge ſich ereigneten, eröffnete der König im Haag die ordentliche Sitzung der Generalſtaaten, zu der aber diesmal nur die Abgeordneten der nördlichen Provinzen einberufen waren. Er zeigte dieſen an, daß er den Süden des Reiches für den Augenblick völlig ſich ſelbſt überlaſſen wolle, bis es ihm möglich geworden wäre, ſich mit ſeinen Verbündeten über die Maßregeln zu vereinigen, die zu ergreifen wären. In der That ſuchte er, ſobald er ſich überzeugte, daß die ihm zu Gebote ſtehenden eigenen Streitkräfte zur Bezwingung des Aufſtandes nicht ausreichten, bei den Höfen von London, Berlin, St. Petersburg und Wien, die im Jahre 1815 den Beſtand des Königreiches der Niederlande verbürgt hatten, die bundesmäßige Hülfe nach, zu der ſie durch die Verträge verpflichtet waren. Das Band, welches die Mächte im Jahre 1815 vereinigte, war aber ſeitdem durch die Ereigniſſe gar ſehr gelockert worden. England war nichts weniger als geneigt, zur Erhaltung des Beſitzſtandes in den Niederlanden ſich in einen neuen Krieg auf dem Feſtlande einzulaſſen, der leicht eben ſo viele Millionen koſten konnte, als einſt die franzöſiſchen Revolutionskriege, da vorherzuſehen war, daß die eben erſt aus einer neuen Revolution hervorgegangene Regierung in Frankreich einen Angriff auf das vor ihrer Thüre gelegene revolutionaire Belgien von Seiten auswärtiger Mächte als einen gegen ſie ſelbſt gerichteten betrachten würde. Die gleiche Rückſicht hielt auch die Höfe von Wien und Berlin zurück, und Rußland, wo eine kriegeriſche Geſinnung herrſchte, war zu entfernt, um für ſich allein mit Gewalt der Waffen einzuſchreiten. Alles, was der König der Niederlande erlangen konnte, war daher, daß die zu London beglaubigten Geſandten von Oeſterreich, Preußen

und Rußland von ihren Höfen bevollmächtigt wurden, mit dem brittiſchen Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten und mit dem franzöſiſchen Botſchafter zu einer Conferenz zuſammenzutreten, und durch friedliche Unterhandlungen eine die allgemeinen europäiſchen Staatenverhältniſſe möglichſt wenig ſtörende Ausgleichung der belgiſchen Wirren zu Stande zu bringen. Der erſte Schritt in dieſem Vermittlungswerke war der in einem Protocolle vom 4. November niedergelegte Beſchluß, daß die beiden einander in den Niederlanden feindlich gegenüberſtehenden Parteien einen Waffenſtillſtand eintreten laſſen ſollten, während deſſen beiden Theilen durch ein zweites Protocoll vom 17. November die Grenzen angewieſen wurden, die ſie zur Zeit der Ankündigung des Waffenſtillſtandes inne hatten. So wenig eine ſolche Vermittlung die Anſprüche des Königs der Niederlande befriedigte, ſo entſchloß er ſich doch zur Einſtellung der Feindſeligkeiten, weil die Belgier durch den Uebertritt aller belgiſchen Truppentheile des zu zwei Drittheilen aus Belgiern beſtehenden Heeres eine unzweifelhafte Ueberlegenheit beſaßen. Auf der andern Seite hatten die Belgier keinen Grund, die ihnen angebotene Waffenruhe abzulehnen, weil ſie wohl fühlten, daß dieſe ihnen thatſächlich die volle Unabhängigkeit gewährte, auf die alle ihre Wünſche gerichtet waren.

Inzwiſchen hatte am 10. November zu Brüſſel die Eröffnung des Nationalcongreſſes Statt gefunden, zu dem 200 Mitglieder aus allen Provinzen, die ſich von Holland losgeriſſen, erwählt waren. In den erſten Sitzungen, nachdem die vorbereitenden Arbeiten beendigt waren, wurden die wichtigen Beſchlüſſe gefaßt, daß Belgien mit Vorbehalt der Beziehungen des Großherzogthums Luxemburg zum deutſchen Bunde einen unabhängigen Staat bilden werde; daß alle Glieder des Hauſes Naſſau-Oranien für immer von jeder Gewalt in Belgien ausgeſchloſſen wären, und daß die Form der in Belgien zu begründenden Regierung eine monarchiſche ſeyn ſolle. Darauf ſchritt man zu den Berathungen über die neue Verfaſſung, die jedoch noch nicht ganz zu Ende geführt waren, als man dem ſtürmiſchen Verlangen nicht widerſtehen konnte, die Frage, von deren Löſung jede andere abhing, über die Wahl des Staatsoberhauptes zu entſcheiden. Die walloniſchen Landestheile wurden durch ihre Stammverwandtſchaft und noch mehr vielleicht durch ihre gewerblichen Intereſſen nach Frankreich hinzogen: von vielen Seiten wurden geradezu Bittſchriften an den Congreß gerichtet, welche die Vereinigung mit Frankreich verlangten. Man erfuhr jedoch bald, daß dagegen ſämmtliche große Mächte ſich erklärt hätten,

und daß die franzöſiſche Regierung ſelbſt das Anerbieten nicht annehmen werde, um ſich nicht der Gefahr eines allgemeinen Krieges auszuſetzen. Dennoch war die Hinneigung nach Frankreich ſo ſtark, daß man, da man auf eine unmittelbare Vereinigung verzichten mußte, darauf beſtand, einen franzöſiſchen Prinzen zum Könige zu wählen, um wenigſtens für die Zukunft die Möglichkeit einer Vereinigung in Ausſicht zu ſtellen. Die Anhänger dieſes Planes zerfielen aber in zwei Parteien. Bei der großen Mehrzahl waren die Erinnerungen des napoleoniſchen Kaiſerthumes weit mächtiger, als die Vorliebe für das im Nachbarlande neu gegründete Bürgerkönigthum. Die meiſten Stimmen vereinigten ſich daher für den Herzog Auguſt von Leuchtenberg, den älteſten Sohn des Prinzen Eugen Beauharnois, Vicekönigs von Italien und Adoptivſohnes des Kaiſers Napoleon; die geringere Zahl, welche mehr die Lage der Gegenwart, als den Ruhm der Vergangenheit im Auge hatte, wünſchte den zweiten Sohn des Königs der Franzoſen, Herzog Ludwig von Nemours. Auch im Congreß würde ſich ohne Zweifel die Mehrheit für den erſten erklärt haben, wenn die franzöſiſche Regierung nicht alles in Bewegung geſetzt hätte, um eine Wahl zu vereiteln, welche durch die Wiedererweckung der ruhmreichen Erinnerungen des Kaiſerreiches ihre eigene Sicherheit gefährden konnte. Die franzöſiſche Diplomatie trieb, um ihre Zwecke zu erreichen, ein ſehr unwürdiges Spiel. Anfangs erklärte man offen, daß Frankreich den Herzog von Leuchtenberg nicht anerkennen werde, und daß der Herzog von Nemours die belgiſche Krone nicht annehmen könne, weil dies die übrigen großen Mächte nicht zugeben würden. Da dieſe Erklärung nur eine ſehr geringe Wirkung hervorbrachte und die öffentliche Stimmung in Belgien ſich immer allgemeiner zu Gunſten des Herzogs von Leuchtenberg ausſprach, ſo glaubte man, die Belgier einſchüchtern zu können, indem man der proviſoriſchen Regierung anzeigte, daß Frankreich die Ernennung des Herzogs von Leuchtenberg als eine Feindſeligkeit anſehen würde: eine ohnmächtige Drohung, da die franzöſiſche Nation ſich in Maſſe gegen einen Krieg erhoben hätte, der in einem ſo einſeitigen dynaſtiſchen Intereſſe geführt werden ſollte. Da auch die Drohung ihre Wirkung verfehlte, ließ man ſich zur Liſt herab, indem man zu derſelben Zeit, während man insgeheim vor der Londoner Conferenz das beſtimmteſte Verſprechen ablegte, daß der König der Franzoſen nie ſeine Einwilligung zu der Annahme der belgiſchen Krone von Seiten des Herzogs von Nemours geben würde, den Belgiern die Zuſicherung ertheilte, daß dieſe Einwilligung nicht ausbleiben werde, wenn

Digitized by Google

die Wahl auf den Prinzen fiele. Der franzöſiſche Geſandte in Brüſſel, Hr. Breſſon, warb beinahe offen für den Herzog von Nemours. So geſchah es denn, daß am 3. Februar 1831, als der Tag der Wahl gekommen war, die Mehrheit der Stimmen dem Herzoge von Nemours zufiel. Dieſer wurde vom Congreſſe zum Könige der Belgier ausgerufen; und eine Abordnung, den Präſidenten des Congreſſes, Baron Surlet de Chokier an der Spitze, begab ſich nach Paris, um dem Prinzen die Krone anzutragen. Erſt jetzt, nachdem der gefürchtete Herzog von Leuchtenberg beſeitigt war, der aller dieſer Ränke ungeachtet bei der Wahl nicht viel weniger Stimmen erhalten hatte, als ſein Nebenbuhler, wurde der Betrug, den man ſich an der belgiſchen Leichtgläubigkeit erlaubt hatte, offenbar. Der König der Franzoſen ſchlug die ſeinem minderjährigen Sohne angebotene Krone aus, weil die Annahme einen allgemeinen europäiſchen Krieg entzünden würde, den zu vermeiden eben ſo ſehr in dem Intereſſe Frankreichs, wie Europa's, liege. Der Unwille in Belgien war allgemein; aber auf die Wahl des Herzogs von Leuchtenberg konnte man jetzt nicht mehr zurückkommen, denn die Londoner Conferenz, die mit immer größerer Sicherheit als das oberſte Tribunal auftrat, welches über die Zukunft Belgiens zu entſcheiden habe, hatte als den Preis der Bereitwilligkeit, mit der Frankreich auf die belgiſche Krone für den Herzog von Nemours verzichtete, durch ein Protocoll vom 7. Februar die Erklärung abgegeben, daß der Herzog von Leuchtenberg von keiner der fünf großen Mächte anerkannt werden würde. Der belgiſche Congreß, der inzwiſchen ſeine Berathungen über die neue Verfaſſung beendigt und dieſe genehmigt und verkündet hatte, mußte ſich entſchließen, den einzigen Ausweg zu ergreifen, der ihm noch übrig blieb. Der Präſident Surlet de Chokier, ein einfacher, ſchlichter, ſtreng katholiſcher, aber freiſinniger und vaterlandliebender Mann, wurde am 24. Februar zum Regenten von Belgien ernannt, bis es gelungen ſeyn würde, dem jungen Staate durch eine neue Königswahl eine feſte Geſtalt zu geben.

Niemand konnte ſich die Gefahren verbergen, die dieſer unentſchiedene Zuſtand für Belgien hatte. Der König der Niederlande, durch den einmüthigen Volksgeiſt ſeiner treu gebliebenen Unterthanen unterſtützt, machte gewaltige Kriegsrüſtungen; der deutſche Bund, deſſen Hülfe er wegen des Großherzogthumes Luxemburg angerufen, ſchickte ſich an, dieſem Begehren zu willfahren; und die Londoner Conferenz, die zwar bereits durch ein Protocoll vom 20. Januar die Unabhängigkeit Belgiens als eines für alle Zeiten bei allen europäiſchen Händeln neu-

Digitized by Google

tralen Staates anerkannt hatte, protocolliſirte nach Wohlgefallen weiter, ſprach den Belgiern den Beſitz des Großherzogthumes Luxemburg ab, und beſchloß, ihnen einen Antheil an der niederländiſchen Staatsſchuld aufzulegen, der das durch die Opfer ſeiner Revolution erſchöpfte, durch die Losreißung vom Königreiche der Niederlande ſeiner bedeutendſten Hülfsquellen beraubte Land erdrückt haben würde. Zu den Gefahren, die von außen drohten, kamen nicht viel geringere Gefahren im Innern. Der Prinz von Oranien hatte noch immer eine Partei, die es beinahe ſchon wieder wagte, offen hervorzutreten. Der brittiſche Bevollmächtigte, Lord Ponſonby, wandte alle ihm zu Gebote ſtehende Mittel an, dieſe Partei zu verſtärken. Die gewaltſamen Ausbrüche, die auf verſchiedenen Punkten vorbereitet waren, wurden zwar bei dem Widerwillen der großen Maſſe der Bevölkerung mit leichter Mühe unterdrückt; dennoch wurden fortwährend neue Verſchwörungen entdeckt, und bei längerer Dauer des ungeſicherten Zuſtandes der öffentlichen Angelegenheiten war die tiefſte innere Zerrüttung faſt unvermeidlich. Schon war von einer Theilung des Landes zwiſchen dem Königreiche der Niederlande, Preußen und Frankreich die Rede. Da wurde ein Name genannt, der mitten unter den ſchweren Wetterwolken, die von allen Seiten im Anzuge waren, eine unverhoffte Ausſicht auf Rettung eröffnete. Der Herzog Leopold von Sachſen-Coburg, durch ſeine Verbindung mit der im Jahre 1817 verſtorbenen engliſchen Thronerbin dem brittiſchen Königshauſe nahe befreundet, lebte ſeit dem Tode ſeiner Gattin in ſtiller Zurückgezogenheit in dem Lande, welches durch ſeine Ernennung zum brittiſchen Prinzen ſeine zweite Heimath geworden war. Auf ihn, der ſchon einmal für den Thron des befreiten Griechenlandes in Vorſchlag geweſen war, wurden die Blicke der Belgier gelenkt, und von dem Augenblicke, wo die Unterhandlungen, die deshalb angeknüpft wurden, ſich ihrem Ziele näherten, ebneten ſich die erheblichſten Schwierigkeiten, die einer dauernden Befeſtigung der neuen Ordnung der Dinge in Belgien entgegenſtanden. England, vereint mit Frankreich, legte das Gewicht ſeines mächtigen Einfluſſes zu Gunſten des im Werden begriffenen Staates in die Schale. Die Londoner Conferenz, welche den drohendſten Ton gegen die revolutionairen Belgier angenommen hatte, zog gelintere Saiten auf; am 20. Juni wurden durch dieſelbe die Grundlagen eines Vertrages in achtzehn Artikeln entworfen, die, wenn auch nicht die überſpannteſten, doch alle billige Forderungen der Belgier befriedigten. Der belgiſche Nationalcongreß, der bereits am 4. Juni den Prinzen Leopold mit großer Stimmen-

Digitized by Google

mehrheit zum Könige erwählt hatte, entſchloß ſich nach ſtürmiſchen Verhandlungen, die vom 30. Juni bis zum 9. Juli währten, die Bedingungen der Conferenz zu genehmigen. Prinz Leopold, durch eine Abodrnung des Congreſſes eingeladen, erklärte ſich jetzt bereit, die ihm angetragene Krone anzunehmen. Er betrat am 17. Juli zum erſten Male den belgiſchen Boden, wo er mit allgemeinen Freudenbezeigungen empfangen wurde, hielt am 21. ſeinen feierlichen Einzug in Brüſſel und wurde am folgenden Tage, nachdem er vor dem verſammelten Congreſſe den Eid abgelegt, die Verfaſſung zu halten und die Unabhängigkeit des Landes, ſo wie die Unverletzlichkeit ſeines Gebietes zu bewahren, als König der Belgier anerkannt.

Mit der Thronbeſteigung des Königs Leopold I. war Belgien in die Rechte der unabhängigen Staaten der großen europäiſchen Völkerfamilie eingetreten.

Zweites Hauptſtück.

Die innere Entwicklung in Deutſchland vor der Juli-Revolution

und

die revolutionairen Bewegungen nach der Juli-Revolution.

Der Ausbruch der franzöſiſchen Julirevolution fand das Volk und das Land der Deutſchen in einem Zuſtande der tiefſten Ruhe, der für einen Beweis innerer Befriedigung hätte gelten können, wenn nicht in allen Lebensäußerungen ſich eine Abſpannung kund gegeben hätte, die man unmöglich als ein Zeichen ungeſtörter Geſundheit betrachten durfte. Alle Theilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten war erloſchen; die Stelle derſelben vertrat bei den gebildeten Ständen ein unruhiges Haſchen nach Neuigkeiten aus der Ferne, die irgend eine Veränderung in der allgemeinen Lage der europäiſchen Verhältniſſe vorzubedeuten ſchienen. Die Ereigniſſe des ruſſiſchen Türkenkrieges wur-

Digitized by Google

den mit einer Spannung verfolgt, die kaum größer hätte ſeyn können, wenn es ſich um das Wohl und Wehe des Vaterlandes gehandelt hätte. Die freiſinnigſten Männer, die den Grundſätzen der ruſſiſchen Willkürherrſchaft nichts weniger als zugethan waren, feierten die Triumphe der ruſſiſchen Waffen als Siege europäiſcher Geſittung über aſiatiſche Barbarei, ja, was noch ſeltſamer war, als Siege der Freiheit über die Unterdrückung. Nicht viel geringeren Antheil nahm man an den Verhandlungen der franzöſiſchen Abgeordnetenkammer, die nicht bloß in Deutſchland, ſondern beinahe auf dem ganzen europäiſchen Feſtlande als das Vorbild einer freimüthigen und kräftigen Volksvertretung galt; die vornehmſten Redner in derſelben wurden häufiger genannt, als die ausgezeichnetſten einheimiſchen Staatsmänner; und ſo weit ging die Bewunderung franzöſiſchen Weſens, daß die oberflächlichſten Aufſätze der franzöſiſchen Journale als Orakel politiſcher Weisheit betrachtet wurden. Die Ständeverſammlungen der conſtitutionellen deutſchen Staaten verloren den letzten Reſt des Schimmers, der ſie in den erſten Jahren ihrer Wirkſamkeit umgeben hatte. Der erſte Landtag, der in Baiern unter König Ludwig zuſammentrat (vom 11. November 1827 bis zum 10. Auguſt 1828), erregte zwar noch einige Erwartungen, die ſich aber gar ſehr herabſtimmten, ſobald man ſah, daß die Intereſſen der Bierbrauer mit ungleich lebhafterem Eifer wahrgenommen wurden, als die wichtigſten Angelegenheiten des Landes. Im Allgemeinen hegte man größeres Vertrauen zu der Einſicht des Königs, der durch ſeine im Jahre 1828 herausgegebenen Gedichte zwar ein ſehr mäßiges poetiſches Talent, aber die edelſte Geſinnung bekundete, als zu dem Einfluſſe der Stände, die ſchon durch die breite Weitläufigkeit ihrer Verhandlungen von jeder aufmerkſameren Beachtung zurückſchreckten. Wenn ſelbſt von der baieriſchen Ständeverſammlung, in der doch nicht alles Leben erſtorben war, zugeſtanden werden mußte, daß ſie den billigſten und beſcheidenſten Anſprüchen auf keine Weiſe genügte, ſo ſchienen die ſtändiſchen Verſammlungen in Würtemberg und Baden nur bemüht, ſo ſpurlos als möglich vorüberzugehen: die Regierungen ſprachen ihre Zufriedenheit mit ihrer Willfährigkeit aus, und im Lande war weiter nicht die Rede von ihnen. Aus dem Großherzogthum Heſſen vernahm man von Zwiſtigkeiten zwiſchen den Ständen und der Regierung, die aber zu keinem Ergebniſſe führten, als daß die erſten mit einem ungnädigen Abſchied entlaſſen wurden. In Sachſen und in Hannover, in Kurheſſen, Naſſau und den übrigen kleineren Staaten ging Alles ſeinen gewohnten Gang fort: vortrefflich, wenn es wahr

wäre, daß die Länder am beſten regiert ſind, von deren Verwaltung man am wenigſten zu hören bekommt.

Am meiſten zu reden gab in dieſer Zeit das kleine Herzogthum Braunſchweig. Der regierende Herzog Karl glaubte ſeine ſouveraine Gewalt nicht beſſer anwenden zu können, als indem er ſich jeder Laune ſeines leidenſchaftlich erregbaren und dabei weibiſch ſchwachen Charakters hingab. Eine Verfügung (vom 10. Mai 1827), durch welche er alle Verordnungen aus der letzten Zeit der vormundſchaftlichen Regierung für ungültig erklärte, ſofern ſie nicht bei nochmaliger Prüfung beſtätigt würden, verwickelte ihn in einen Zwiſt mit König Georg IV. von England, der auf beiden Seiten mit ſolcher Erbitterung geführt wurde, daß der Herzog den Grafen Münſter, den vertrauten Rathgeber des Königs, zuerſt perſönlich, darauf durch einen ſeiner Hofbeamten, den Oberforſtmeiſter von Praun, als ſeinen Stellvertreter zum Zweikampf fordern ließ. Die Haltungsloſigkeit, die Herzog Karl bei dieſer, wie bei andern Gelegenheiten, zeigte, verbunden mit einem herriſchen Weſen, welches ihm in ſeiner nächſten Umgebung alle Gemüther entfremdete, und das ihn beſonders bei dem eben nicht allzu begüterten und daher auf den Hof- und Staatsdienſt angewieſenen Adel verhaßt machte, ermuthigte dieſen zu einem Widerſtande, den er einem kräftigen Fürſten gegenüber gewiß nicht gewagt hätte. Der ſtändiſche Ausſchuß, welcher nach der neuen von der vormundſchaftlichen Regierung erlaſſenen Landſchaftsordnung die Rechte der Stände während deren Abweſenheit wahrnahm, berief (am 9. April 1828) aus eigner Machtvollkommenheit die von dem Herzoge nicht anerkannten Stände zu einem Landtage, der am 21. Mai deſſelben Jahres insgeheim zuſammentrat und einſtimmig den Beſchluß faßte, mit einer Bitte um Aufrechterhaltung ſeiner Rechte und Befugniſſe ſich an den Bundestag zu wenden. Das Land war bei dieſem Schritte wenig betheiligt, der eher als eine Angelegenheit des Adels angeſehen werden konnte, da auf dem Landtage neben einer geringen Zahl ſtädtiſcher und bäuerlicher Abgeordneten die ſämmtlichen größtentheils adeligen Rittergutsbeſitzer perſönlich Sitz und Stimme und folglich ein entſchiedenes Uebergewicht auf ihrer Seite hatten. Der Herzog, durch eine ſolche Auflehnung ſeiner eigenen Unterthanen auf das Aeußerſte entrüſtet, ließ ſich durch ſeine Leidenſchaftlichkeit von einer Unbeſonnenheit zur andern hinreißen. So verwies er den Oberjägermeiſter Freiherrn von Sierstorpff des Landes, weil dieſer ſeine Ernennung zum Oberhofmeiſter nicht auf die ehrerbietigſte Weiſe abgelehnt hatte. Ein Erkenntniß des Landesge-

Digitized by Google

richts, welches die willkürliche Verbannung für nicht geſetzlich zu Recht beſtehend erklärte, ließ er durch einen eigens dazu ernannten Commiſſair in voller Seſſion zerreißen. Herr von Cramm auf Sambleben, das thätigſte Mitglied des ſtändiſchen Ausſchuſſes, wurde nicht allein ſeiner Würde als Kammerherr mit allen Zeichen der Ungnade enthoben, ſondern es wurde außerdem durch ein Rundſchreiben des „Staatsminiſteriums“ allen herzoglichen Beamten jeder Umgang mit dem eben ſo ſehr Gefürchteten als Gehaßten bei Verluſt des Dienſtes unterſagt. Dieſe und andere Handlungen willkürlicher Gewalt erbitterten nicht bloß den Adel, ſondern den ganzen höheren Beamtenſtand; ebenſo ſehr wie beide wurde aber auch das Officiercorps durch Mißhandlungen und Verkürzungen, die ihren Grund in unzeitiger Sparſamkeit hatten, aufgebracht. Der Bürger, den alle dieſe Dinge nicht unmittelbar berührten, wurde doch ſchon durch ſeinen Rechtsſinn, der jeder Willkür widerſtrebte, dem Herzoge abgewandt. Mit Liebe hing an ihm nur der Bauer, der bei billigen Ablöſungen ſeiner Leiſtungen auf den Kammergütern ſeinen Vortheil fand, und der gemeine Mann im Militair, der in ihm den Sohn des bei Quatrebras gefallenen Helden verehrte. Daß die Mißſtimmung, die in Braunſchweig herrſchte, von hannoverſcher Seite genährt wurde, iſt bei der engen Verbindung, die zwiſchen dem braunſchweigiſchen und dem hannoverſchen Adel beſteht, mehr als wahrſcheinlich. König Georg IV. von England trug das Seinige dazu bei, um die Verlegenheiten zu vermehren, in die ſein ehemaliger Mündel ſich durch ſeine eigenen Thorheiten ſtürzte. Er klagte beim Bundestage über die Beleidigung, die ihm durch die Verfügung über die Verordnungen der vormundſchaftlichen Regierung widerfahren ſey, und der Bund erkannte (am 26. Juni 1829), daß der Herzog verbunden ſey, dieſe Verfügung zurückzunehmen. Da gütliche Ermahnungen an dem Eigenſinne des jungen Fürſten ihre Wirkung verfehlten, ſo beauftragte der Bundestag Sachſen, ſeinem Beſchluſſe nöthigenfalls durch militairiſche Gewalt Kraft zu geben. Auch jetzt noch zögerte der Herzog, bis er ſah, daß ſächſiſcher Seits in der That Vorbereitungen getroffen wurden, den Bundesbeſchluß zu vollziehen. Erſt am 22. April 1830, acht Tage vor dem Ablaufe der vom Bunde geſetzten Friſt, bequemte er ſich dazu, der Forderung, die er für einen rechtswidrigen Eingriff in ſeine ſouveraine Macht hielt, Folge zu leiſten.

Die beiden größten deutſchen Staaten, Oeſterreich und Preußen, waren jene, mit denen die öffentliche Aufmerkſamkeit in der allgemeinen

Digitized by Google

Erlahmung des durch die Befreiungskriege zu vorübergehenden Kraftäußerungen erweckten deutſchen Volksgefühles ſich am wenigſten beſchäftigte. Oeſterreich beharrte, ungeachtet des beherrſchenden Einfluſſes, den es durch die Bundesverſammlung auf die geſammte politiſche Entwicklung in Deutſchland übte, in jeder andern Beziehung auf ſeiner ſtrengen Abſonderung von allen gemeinſamen deutſchen Intereſſen. Preußen hatte freiwillig dem Erzhauſe den Vorrang und die vorwiegende politiſche Geltung überlaſſen. Wie es in ſeinen Beziehungen zum deutſchen Bunde ſich dem öſterreichiſchen Einfluſſe unterordnete, ſo ſchien es auch in ſeiner innern Verwaltung ſich das öſterreichiſche Syſtem des unverrückbaren Feſthaltens an dem einmal Gewordenen und Gegebenen zum Muſter genommen zu haben. Nur in einem ſehr weſentlichen Punkte war eine Uebereinſtimmung mit den öſterreichiſchen Grundſätzen unmöglich. Preußen iſt ein weſentlich proteſtantiſcher, Oeſterreich ein weſentlich katholiſcher Staat. Mit dem Proteſtantismus iſt aber die freie wiſſenſchaftliche Forſchung eben ſo untrennbar verbunden, wie mit dem Katholicismus die Unterordnung jeder ſelbſtſtändigen Forſchung unter die Vorſchriften einer höheren Macht, die ihre Beglaubigung von unmittelbarer göttlicher Eingebung hat. In Preußen konnte man daran denken, die Freiheit der wiſſenſchaftlichen Forſchung im Einzelnen zu beſchränken, ſobald ihre Ergebniſſe den politiſchen Grundſätzen der Staatsverwaltung zu widerſprechen ſchienen; man konnte aber nicht daran denken, die Freiheit der wiſſenſchaftlichen Forſchung im Allgemeinen aufzuheben, indem man ſie den Staatszwecken dienſtbar machte, wie dies auf den öffentlichen Lehranſtalten des öſterreichiſchen Kaiſerſtaates geſchieht. Die einflußreichſten Häupter der preußiſchen Verwaltung waren ſo tief von dem Geiſte des Proteſtantismus durchdrungen, daß ſie ſogar die Nothwendigkeit erkannten, die politiſchen Grundſätze, welche die Staatsverwaltung befolgte, wiſſenſchaftlich zu begründen oder mit den Ergebniſſen der wiſſenſchaftlichen Forſchung in Einklang zu bringen; und es war deshalb bereits im Jahre 1818 auf den Lehrſtuhl der Hochſchule zu Berlin, den einſt in den Tagen der Vorbereitung zu der kraftvollen Erhebung der Befreiungskriege der kühne Fichte eingenommen, ein Denker berufen worden, den die Stimme der Kundigen als den tüchtigſten Forſcher in dem Gebiete der philoſophiſchen Wiſſenſchaft bezeichnete, jener Grundwiſſenſchaft, aus der alle einzelne Zweige des menſchlichen Wiſſens, wie Ströme aus einer gemeinſchaftlichen Quelle, ihren Urſprung herleiten. Die angeſehenſten Staatsmänner, die höchſten Beamten ſaßen als gelehrige Schüler zu Hegels Füßen, der es

Digitized by Google

freilich verſtand, ſeine Lehre ſo geſchickt einzukleiden, daß viele Jahre hindurch Niemand ahnte, wie ſchwach und zweideutig die Stützen waren, welche dieſelbe dem Beſtehenden lieh, indem ſie dieſes für allein vernünftig, für den nothwendigen Ausdruck der ſelbſt denkenden und ſchaffenden Vernunft erklärte. Lange Zeit galt Hegels Lehre im eigentlichſten Sinne als die preußiſche Staatsphiloſophie; und es gab kaum eine wirkſamere Empfehlung zur Beförderung im Staatsdienſte als den Ruf einer vertrauten Bekanntſchaft mit dem neuen philoſophiſchen Syſteme.

Eben ſo wie mit dem politiſchen wußte der ſchwäbiſche Philoſoph die Lehren, die wie geheimnißvolle Orakelſprüche aus ſeinem Munde ertönten, mit dem religiöſen Bedürfniſſe der Zeit in Uebereinſtimmung zu ſetzen; und dies war es, was ihm in den höchſten Regionen zum Schilde gegen jeden Angriff diente, der etwa wider ihn gerichtet werden mochte. Der König war ein ſtrenggläubiger frommer proteſtantiſcher Chriſt, dem die Religion nicht Sache des Verſtandes oder der Phantaſie war, ſondern Sache des Herzens, weil ſie allein in den ſchmerzlichſten, in den kummervollſten Stunden ſeines Lebens ihm Troſt gereicht, aus der tiefſten Niedergebeugtheit in kräftigem Gottesvertrauen ihn wieder emporgerichtet hatte. Und weil es dem Könige mit ſeiner Frömmigkeit Ernſt war, weil ſeine Frömmigkeit aus aufrichtigem Herzen kam, war er gleichweit von den Verirrungen ſüßlicher Frömmelei und finſterer fanatiſcher Verfolgungsſucht entfernt. Er vermochte niemals den Werth der Religion in theologiſchen Spitzfindigkeiten, ſondern nur in dem lebendigen Geſammtinhalte der Chriſtuslehre zu ſehen. Von dieſem frommen Sinne des Königs ging eine Schöpfung aus, die, bei ihrem Entſtehen von Wenigen in ihrer wahren Bedeutung begriffen, erſt von der Zukunft ihre volle Entwicklung erwartet. Schon zu der Zeit, als die großen und durchgreifenden Verbeſſerungen in der Verwaltung getroffen wurden, welche darauf berechnet waren, in allen Claſſen der Bevölkerung das Bewußtſeyn eines kräftigen Bürgerthumes zu erwecken, hatte der König den Entſchluß gefaßt, auch den religiöſen und kirchlichen Sinn, den er als den innern Kern erkannte, aus dem alle Regungen eines friſchen und geſunden Volkslebens hervorkeimen müßten, aus dem tiefen Verfalle wieder zu erheben, den die allgemeine Erſchlaffung des geſammten Staats- und Volkslebens nach ſich gezogen hatte. Im Jahre 1811 ſetzte er eine liturgiſche Commiſſion nieder, welche alle proteſtantiſche Geiſtliche des Landes aufforderte, Vorſchläge zu machen, auf welchem Wege man hoffen dürfe, den

Digitized by Google

wichtigen Zweck am wirkſamſten zu fördern. Die ſtrenge Kirchenzucht, die von verſchiedenen Seiten empfohlen wurde, war dem Geiſte der Zeit zu wenig angemeſſen, als daß der allem hierarchiſchen Unweſen abgeneigte Fürſt darauf hätte eingehen können. Der ganze Plan wurde für den Augenblick aufgegeben, aber nur um wieder aufgenommen zu werden, ſobald günſtigere Zeitumſtände eine reifere Erwägung geſtatteten. Nach dem Frieden war der erſte Schritt, durch den der König ſeine fortwährende Sorge um das proteſtantiſche Kirchenweſen kund gab, die Herſtellung der Biſchofswürde, durch welche das Anſehen der Kirche in den Augen der nach dem äußeren Scheine urtheilenden Maſſe vermehrt werden mußte, wenn damit auch keine Erweiterung des Einfluſſes verbunden war, der den mit dieſer Würde bekleideten Geiſtlichen ihrer amtlichen Stellung nach zuſtand. Ein ungleich wichtigerer Schritt, der in der That als der bedeutendſte Fortſchritt in der innern Entwicklung des Proteſtantismus ſeit der Reformation betrachtet werden kann, geſchah im Jahre 1817, als der König durch einen Aufruf (vom 27. September) die beiden nebeneinander beſtehenden proteſtantiſchen Confeſſionen der Lutheriſchen und der Reformirten einlud, die dreihundertjährige Gedächtnißfeier der Reformation auf würdige Weiſe durch Ausſöhnung ihres alten Haders und durch ihre Vereinigung zu einer evangeliſchen Kirche zu begehen. Dieſer Gedanke war zuerſt von dem berühmten Gottesgelehrten Schleiermacher angeregt worden; aber Friedrich Wilhelm III. hatte ſich denſelben mit aller Kraft eines von feurigem Eifer für die Wahrheit erglühten Gemüthes angeeignet. Weithin über die Grenzen des preußiſchen Staates hinaus, beinahe überall in Deutſchland, wo lutheriſche und reformirte Gemeinden neben einander beſtanden, fanden die Worte des frommen Königs Eingang; und die Einigung wurde beinahe überall nach den von ihm genehmigten Vorſchlägen vollzogen. Am 30. October empfing der König mit ſeinem ganzen Hauſe in der Hof- und Garniſonkirche zu Potsdam das heilige Abendmahl nach dem bibliſchen Ritus, der das Unterſcheidende in der Auffaſſung der beiden Confeſſionen unberührt ließ. An demſelben Tage reichten ſich zu Berlin die beiden ausgezeichneten lutheriſchen und reformirten Gottesgelehrten und Geiſtlichen Marheineke und Schleiermacher bei gemeinſchaftlicher Abendmahlsfeier ihrer Gemeinden zum Zeichen der neuen Verbrüderung die Hände. Zwar konnte gegen das Werk der Union, welches auf dieſe Weiſe im begeiſterten Aufſchwunge ohne lange Verhandlungen und Erörterungen zu Stande gebracht wurde, mit ſcheinbarem Grunde einge-

Digitized by Google

wandt werden, daß dieſelbe nur eine äußerliche ſey, indem beide Theile bei ihrem Zuſammentreten das Unterſcheidende ihrer Glaubenslehren feſthielten. Aber gerade darin lag der weſentlichſte Fortſchritt in der Ausbildung des Proteſtantismus, der, indem er den Grundſatz der freien wiſſenſchaftlichen Forſchung dem Autoritätsglauben der römiſchen Kirche gegenüberſtellt, zugleich nothwendig die Zuläſſigkeit verſchiedenartiger Auffaſſungen der einen ewigen in den heiligen Schriften niedergelegten Wahrheit anerkennen muß. Es war nur eine Verirrung der Reformatoren, wenn jeder derſelben ſeine beſondere Auffaſſung der Glaubenslehren als die allein richtige geltend machen wollte; und von dieſer Verirrung kehrte man zurück, indem man in echt proteſtantiſchem Geiſte die verſchiedenartigſten Auffaſſungen freigab, ſofern ſie ſich nur von dem gemeinſchaftlichen Grunde in den heiligen Urkunden nicht losſagten. Damit war allein die Möglichkeit zu der Begründung einer einigen wahrhaft proteſtantiſchen und evangeliſchen Kirche gegeben, die freilich durch die Union nur begonnen war und deren Ausbau den kommenden Zeiten und Geſchlechtern überlaſſen werden wußte.

König Friedrich Wilhelm III. begnügte ſich nicht mit dem Anfange, zu dem er das Zeichen gegeben hatte; er wollte das begonnene Werk auch ſo weit fördern, als ſeine Einſichten und Kräfte dies zuließen. Er ſelbſt mit Zuziehung desjenigen ſeiner Diener, zu dem ihn das größte perſönliche Vertrauen hinzog, des inzwiſchen zum Generalmajor vorgerückten edeln von Witzleben arbeitete für die Hofkirche eine Agende aus, welche den Gottesdienſt ſo viel als möglich annähernd an die Formen der älteſten chriſtlichen Kirche ordnete, in der ja auch die verſchiedenartigſten Auffaſſungen der Glaubenslehre neben einander Statt fanden, ohne daß man deshalb die Einheit im Großen und Ganzen aufgegeben hätte. Die neue Agende wurde im Jahre 1822 ſämmtlichen proteſtantiſchen oder, wie ſie nach der Einführung der Union amtlich genannt wurden, evangeliſchen Gemeinden des Staates zur Annahme empfohlen. Dagegen erhob ſich lebhafter Widerſpruch. Dem Einen war die Agende zu orthodox, weil ſie auf die rationaliſtiſche, Alles verſtändig erklärende Auslegung der heiligen Schriften keine Rückſicht nahm; Andere ſahen in derſelben ſogar eine Annäherung an den Katholicismus, weil neben der Predigt die liturgiſchen Formen mehr hervorgehoben wurden; noch Andere erklärten dieſelbe für unlutheriſch und nicht orthodox, weil ſie in der Abendmahlsfeier durch die Zurückführung auf die bibliſchen Einſetzungsworte die freie reformirte Auf-

Digitized by Google

faſſung zu begünſtigen ſchien. Die große Mehrzahl der Geiſtlichen und Gemeinden betrachtete die Agende mit der in kirchlichen Dingen längſt zur Gewohnheit gewordenen Lauheit als etwas Gleichgültiges, in dem man dem Könige und dem Hofe wohl zu Gefallen ſeyn könnte; und ſo geſchah es, daß im Jahre 1825 von 7782 evangeliſchen Kirchen im ganzen Umfange des Staates bereits 5343 die Agende angenommen hatten. Jetzt hielten die Conſiſtorien oder die mit der Verwaltung der Conſiſtorialangelegenheiten beauftragten Abtheilungen der Regierungen es an der Zeit, den noch zurückgebliebenen Gemeinden die Einführung der Agende als Unterthanenpflicht einzuſchärfen. Durch dieſen Verſuch des Zwanges wurde aber gerade das Gegentheil von dem bewirkt, was man erreichen wollte. Erſt jetzt erhob ſich ein entſchiedener kräftiger Widerſtand, bei dem zwölf Prediger in Berlin, den um die Union ſo verdienten Schleiermacher an der Spitze, ſo wie der Magiſtrat und die Stadtverordnetenverſammlung der Hauptſtadt mit ihrem Beiſpiele vorangingen. Der König ſelbſt, milder und einſichtiger als ſeine übereifrigen Diener, überzeugte ſich jetzt von der Nothwendigkeit, die ernſten Erinnerungen ſo vieler hochachtbaren Männer anzuhören; die Agende wurde einer Commiſſion von Gottesgelehrten zu mehrmaliger Prüfung übergeben; und erſt in der veränderten Geſtalt, welche ſie durch dieſe erhielt, gelang es, derſelben ſeit dem Jahre 1829 allgemeinen Eingang zu verſchaffen.

Einen auffallenden Gegenſatz gegen die Thätigkeit, welche ſich in den kirchlichen Angelegenheiten zu regen anfing, bildeten die träge Ruhe und der Stillſtand, die in dem politiſchen Leben eingetreten waren, ſeit man aus demſelben durch die Unterdrückung der demagogiſchen Umtriebe alle ſtörende Elemente entfernt hatte. Zwar wurden die durch das allgemeine Geſetz vom 5. Juni 1823 angeordneten Provinzialſtände in den folgenden Jahren allmälig wirklich einberufen: zuerſt im Jahre 1824 die brandenburgiſchen und die pommerſchen; darauf im Jahre 1825 die ſchleſiſchen und die preußiſchen, im Jahre 1826 die rheiniſchen, weſtfäliſchen und ſächſiſchen und zuletzt im Jahre 1827 auch jene des Großherzogthums Poſen. Aber das Wenige, was über die Wirkſamkeit dieſer Verſammlungen durch die ſpät veröffentlichten Landtagsabſchiede bekannt wurde, war auf keine Weiſe geeignet, die Bevölkerungen zu dankbarer Theilnahme aufzufordern. Die brandenburgiſchen Stände ſtellten namentlich eine ganze Reihe von Anträgen, die großentheils darauf berechnet waren, den großen Grundeigenthümern Vortheile zuzuwenden, durch welche die übrigen Stände ver-

Digitized by Google

kürzt worden wären. Zuvörderſt erboten ſie ſich, die Lieferungen an Korn und Fütterung für die in der Provinz liegenden Truppen zu übernehmen, wobei ſie ſich Preiſe ausbedingten, welche die Marktpreiſe um ein Beträchtliches überſtiegen. Nächſtdem erbaten ſie eine Herabſetzung in der Beſteuerung der landwirthſchaftlichen Erzeugniſſe, ſo wie die völlige Aufhebung der Steuer von Tabakspflanzungen und eine Ermäßigung der Sporteln im Hypothekenweſen. Sie wünſchten eine höhere Entſchädigung als die geſetzlich feſtgeſtellte wegen der mit der Gewerbefreiheit eingeführten Aufhebung des Mahlzwanges, geſetzliche Beſchränkungen der Bodenzerſtückelung und ſonderbar genug eine Herabſetzung des Lohnes der Handwerksgeſellen und der Tagelöhner, ohne daran zu denken, daß die Regierung, wenn ſie auf den letzten Wunſch eingehen wollte, allen Grundſätzen einer vernünftigen Verwaltung den Rücken kehren mußte, die nicht allein im preußiſchen Staate, ſondern in der ganzen geſitteten Welt angenommen waren. Ernſtliche Beſchwerden wurden über die mangelhafte Geſchäftsführung erhoben, die eine Folge der durch die Städteordnung von 1808 getroffenen Einrichtungen ſey; ungleich ernſter aber über das Eindringen der Juden, die in verſchiedenen Landestheilen ſich auf ungemeſſene Weiſe vermehrten, und denen aller Schacher- und Hauſirhandel unterſagt, das Heirathen erſchwert und das Beſuchen chriſtlicher Schulen zur Pflicht gemacht werden ſollte. Kein einziger dieſer Anträge, mit Ausnahme des Lieferungsanerbietens wurde von der Regierung genehmigt, die dagegen bereitwillig darauf einging, den Ständen einen nicht unbedeutenden Einfluß auf die Provinzialverwaltung einzuräumen, den ſie als ihr geſchichtliches Recht in Anſpruch nahmen, und der bei dem Uebergewichte, welches die Ritterſchaft in den ſtändiſchen Verſammlungen beſaß, vorzugsweiſe dieſer zu Gute kam. Es wurden den Vorſchlägen der Stände gemäß in der Provinz Brandenburg drei ſogenannte Communalverbände eingerichtet: einer für die Kurmark, einer für die Neumark und der dritte für die Altmark. Jeder dieſer Communalverbände erhielt ſeinen eigenen Communallandtag, der jährlich einmal auf vier Wochen zuſammentrat, um über die beſonderen Angelegenheiten ihres Bezirkes zu berathen. Den Communallandtagen wurde die Sorge für die Landarmenanſtalten zugewieſen, deren Verwaltung die Regierung den Ständen wie vor Alters überließ; auch wurde ihnen die Aufſicht über eine Feuerverſicherungsanſtalt für das flache Land überlaſſen, deren Errichtung die Stände beſchloſſen hatten. Innerhalb der Communalverbände wurde wieder für jeden Kreis eine beſondere Vertretung auf den Kreis-

Digitized by Google

tagen angeordnet, deren Aufgabe es war, die Verwaltung der Landräthe durch ihren Beirath zu unterſtützen, und auf denen das große Grundeigenthum eine ſo gut als ausſchließende Herrſchaft übte, da auf denſelben neben einigen Abgeordneten für die Städte und dreien für den Bauernſtand ſämmtliche Rittergutsbeſitzer für ihre Perſon Sitz und Stimme hatten. Bereits im Jahre 1825 wurden die Communallandtage und Kreistage wie in der Provinz Brandenburg auch in Pommern eingeführt; und die Abſicht der Regierung war es, beide Einrichtungen auf die ganze Monarchie auszudehnen, was jedoch nur mit den Kreistagen gelang, welche durch die Kreisordnung vom 13. Juli 1827 in dem ganzen Umfange des Staates angeordnet wurden, während zu einem Communallandtage ſich nur noch in der Oberlauſitz Elemente fanden.

Nicht weniger merkwürdig, wie die Verhandlungen der brandenburgiſchen, waren jene der ſchleſiſchen Stände, die im Jahre 1825 zuerſt einberufen wurden. Der ſchleſiſche Landtag verlangte zu wirkſamem Schutze des inländiſchen Landbaues eine Erhöhung der Eingangs- und Durchgangsabgaben von Getreide, Vieh und andern landwirthſchaftlichen Producten, Beſchränkungen der Gewerbefreiheit, Abſtellung verſchiedner Gebrechen in der Städteordnung, namentlich Verminderung der Zahl der Stadtverordneten in den kleinen Städten, die Ausarbeitung eines beſonderen ſchleſiſchen Provinzialgeſetzbuches zur Ergänzung oder Erſetzung des allgemeinen Landrechtes, Beſchränkungen der durch die neuere Geſetzgebung den Juden eingeräumten Rechte und eine Ermäßigung der für die niederen Stände drückenden Claſſenſteuer, zu der dagegen nach der Meinung des Landtages auch die bisher befreiten Pfarrer und die dürftig ausgeſtatteten Schullehrer hinzugezogen werden ſollten. Größere Beachtung, als ihnen von der Regierung zu Theil wurde, hätten die Anträge in Bezug auf das Bergweſen verdient, da der ſchleſiſche Bergbau in nicht wenigen Oertlichkeiten alle Vortheile beſitzt, die man gewöhnlich als den ausſchließenden Vorzug des brittiſchen betrachtet, deren Benutzung im preußiſchen Staate aber durch eine längſt veraltete jede freie Thätigkeit lähmende Bergwerksordnung erſchwert, wo nicht unmöglich gemacht wird.

Die Landtage der beiden weſtlichen Provinzen waren die einzigen, auf denen dem großen Grundeigenthume kein gleich entſchiedenes Uebergewicht zuſtand, wie auf allen übrigen; und auf dieſen Landtagen gab daher allein nicht der ritterſchaftliche Adel, ſondern der Gewerbfleiß im Vereine mit dem kleinen ländlichen Beſitze den Ausſchlag. Auf dem weſtfäliſchen Landtage war zum Landtagsmarſchall der be-

Digitized by Google

rühmte Freiherr von Stein ernannt, der als Miniſter im Jahre 1808 den Grund zu allen den kühnen Schöpfungen gelegt hatte, denen der preußiſche Staat ſein Wiedererſtehen nach ſeiner ſchweren Niederlage verdankte, deſſen Ausſcheiden aus der Verwaltung von allen freiſinnigen Vaterlandsfreunden auf das Tiefſte bedauert wurde, der aber jetzt zeigte, wie irrig ihn alle jene beurtheilten, denen er als ein über die Vorurtheile ſeines Standes erhabener Staatsmann galt. In der Rede, die er bei der Eröffnung des Landtages hielt, ſprach er ſeine freudige Zuſtimmung zu den Grundſätzen aus, denen die Regierung bei der Einrichtung der Provinzialſtände gefolgt ſey. Seltſam genug war es aus ſeinem Munde zu vernehmen, daß es „die Sehnſucht nach dem Alten“ geweſen ſey, was die Bevölkerungen zu ihrem rettenden Aufſchwunge gegen die Fremdherrſchaft begeiſtert habe. Man ſah wohl, daß es an ihm nicht gelegen hatte, wenn nach der Befreiung die alte Reichsritterſchaft nicht in alle ihre verroſteten Freiheiten und Rechte wieder eingeſetzt worden war. Die Ritterſchaft nebſt den zahlreichen Standesherren zeigte ſich eines ſolchen Führers würdig, indem ſie nicht verſäumte, ſämmtliche in der weſtfäliſchen Zeit verlorene Vorrechte zurückzuverlangen, und, ſo oft ſie mit ihren Forderungen durch den vereinten Widerſtand der Bürger und Bauern unterlag, die Sonderung in Theile (itio in partes) geltend zu machen, die ihr das Mittel bot, auch ihre vereinzelte Stimme vor den Thron zu bringen.

Einen bei weitem ſchrofferen Gegenſatz gegen die übrigen ſtändiſchen Verſammlungen als die weſtfäliſchen bildeten die rheiniſchen Stände. Dieſe faßten ihren Beruf von Anfang als den einer wahren Volksvertretung auf, und die Regierung ſelbſt gab ihnen durch die Wahl der Gegenſtände, die ſie ihrer Berathung vorlegte, die Veranlaſſung. Es war von neuem der Plan angeregt worden, in den Rheinlanden alle Spuren der Fremdherrſchaft zu verwiſchen und in der Geſetzgebung wie in der Verwaltung die Dinge auf denſelben Stand zu bringen, wie in den öſtlichen Provinzen. Die rheiniſchen Stände wurden deshalb aufgefordert, ihr Gutachten darüber abzugeben, unter welchen Bedingungen in den Landſchaften jenſeit des Rheines das allgemeine preußiſche Landrecht ſtatt des franzöſiſchen Geſetzbuches einzuführen ſey. Die Nachricht von dieſem Vorhaben hatte in dem ganzen Rheinlande eine allgemeine Bewegung der Gemüther hervorgerufen; von allen Seiten waren Petitionen an die Stände gerichtet worden, um dieſe zu beſtimmen, ſich für die Beibehaltung des franzöſiſchen Geſetzbuches und der franzöſiſchen Gerichtsverfaſſung auszu-

ſprechen. Bei der Eröffnung des Landtages war der Landtagsmarſchall zwar der Anſicht, daß die Stände nicht befugt wären, die eingegangenen Petitionen anzunehmen, ſo wie die Unterzeichner nicht berechtigt wären, ſich mit ihren Eingaben an die Stände zu wenden; ihm ſtimmte die Mehrheit des hohen Adels und der Rittergutsbeſitzer bei. Die ſtädtiſchen und ländlichen Abgeordneten nahmen ſich aber der Sache der Bittſteller mit ſolchem Eifer an, daß der Landtagsmarſchall es gerathen fand, ſeine Meinung zu ändern und den Inhalt der Bittſchriften zur Kenntniß des Landtages gelangen zu laſſen. Dieſer erledigte darauf in zwei Sitzungen die vorliegende Frage, indem er ſich mit 62 gegen 17 Stimmen für Beibehaltung der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit im Gerichtsverfahren, mit 60 Stimmen gegen 19 für Beibehaltung des Geſchwornengerichtes und mit ähnlicher Mehrheit für ſo bedeutende Veränderungen im preußiſchen Landrechte erklärte, daß dieſes im Weſentlichen eine von dem franzöſiſchen Geſetzbuche nicht ſehr verſchiedene Geſtalt gewonnen hätte. Eine günſtigere Aufnahme als der Vorſchlag zur Einführung des preußiſchen Landrechtes fand ein anderer Vorſchlag der Regierung, der die Einführung der Städteordnung bezweckte. Die Stände verkannten die Vorzüge einer freien ſtädtiſchen Verwaltung vor der unbedingten Abhängigkeit des franzöſiſchen Städteweſens nicht; aber die Einführung der Städteordnung unterblieb, wie die Einführung des Landrechtes: die letzte, weil es denn doch bedenklich erſchien, einer von der Hauptmaſſe des Staates getrennten Provinz, die an der Grenze des unruhig bewegten Frankreichs lag, Geſetze aufzudrängen, die ſie durch den Mund ihrer verfaſſungsmäßigen Vertreter auf das Entſchiedenſte von ſich gewieſen hatte. Und beinahe eben ſo bedenklich ſchien es, jetzt die Städteordnung einzuführen, da man durch die Ausſtellungen, welche andere Landtage an dieſer gemacht hatten, auf manche Mängel aufmerkſam geworden war, die vor allen Dingen abgeſtellt werden mußten, ehe man an eine Uebertragung der ganzen Einrichtung auf Gebietstheile denken konnte, denen ſie noch fremd war.

Am längſten zögerte man mit der Einberufung der Provinzialſtände im Großherzogthume Poſen, weil die Verwaltung hier einem fremden Volksthume gegenüber mit Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, die in keiner der deutſchen Provinzen vorhanden waren, und von denen ſich vorherſehen ließ, daß eine ſtändiſche Vertretung ſie eher noch höher ſteigern, als mildern würde. Seit zwölf Jahren war das Großherzogthum mit Preußen vereinigt, und Vieles war in dieſer Zeit ge-

Digitized by Google

ſchehen, was das Land und das Volk wohl mit der fremden Herrſchaft verſöhnen konnte. Landbau, Handel und Gewerbe blühten, wie nie zuvor; überall wurde die ſtrengſte Gerechtigkeit geübt, und während früher die öffentliche Erziehung ganz vernachläſſigt war, wurden jetzt nicht allein in den kleinſten Städten, ſondern in allen Dörfern Schulen angelegt. Aber ein Umſtand ließ die Bewohner Alles vergeſſen, was die Regierung zu ihrem Beſten that. Faſt alle Beamte in der Rechtspflege, wie in der Verwaltung waren Deutſche; die meiſten Lehrer in den öffentlichen Schulen waren Deutſche; in deutſcher Sprache waren alle amtliche Verordnungen abgefaßt, in deutſcher Sprache wurden die Verhandlungen aller Behörden geführt, in deutſcher Sprache wurde der Unterricht in den Schulen ertheilt. Auch auf dem Landtage beſtand ein nicht geringer Theil der gewählten Ständemitglieder aus Deutſchen; dennoch mußte die Zahl der eingebornen Polen weit aus überwiegen, und es konnte daher nicht fehlen, daß die Stimme des gedrückten polniſchen Volksgefühles auf dem Landtage ſich am lauteſten vernehmlich machte.

Ein ſo buntes Gemälde boten die preußiſchen Provinzialſtände; der Regierung bereiteten ſie durch das Gewirre der verſchiedenartigſten Anträge manche Verlegenheit; aber man würde ſich ſehr täuſchen, wenn man glaubte, daß ſie in den Maſſen der Bevölkerung irgend Wurzel gefaßt hätten oder zu denſelben nur in eine lebendige Beziehung getreten wären. Die Wahlen wurden in der Stille abgemacht, ohne daß ſich irgend Jemand darum bekümmerte, der nicht zur unmittelbaren Theilnahme berufen war; und in derſelben Stille gingen die Verhandlungen vorüber, ohne daß irgend Jemand danach gefragt hätte, mit welchen Gegenſtänden man ſich beſchäftigte, wenn nicht einmal ein ſo außerordentlicher Fall eintrat, wie jener, wo es ſich um die Aufhebung der rheiniſchen Gerichtsverfaſſung handelte, die allerdings zu viele und zu wichtige Intereſſen berührte, als daß denſelben gegenüber ein gleichgültiges Verhalten möglich geblieben wäre.

Mitten in dem allgemeinen politiſchen Stillſtande, der in ganz Deutſchland von dem einen Ende bis zum andern herrſchte, keimte ein Gedanke, der, durch das dringendſte unabweisbarſte Bedürfniß geweckt, in den früheſten unſcheinbaren Anfängen ſeiner Verwirklichung von den einflußreichſten Staatsmännern nicht begriffen und von der großen Maſſe der Nation mit Lauheit aufgenommen, dennoch in dem Verlaufe weniger Jahre hinreichend erſtarkte, um eine Schöpfung hervorzurufen, welche bald als die erſte kräftige Aeußerung eines gemein-

Digitized by Google

ſamen deutſchen Volkslebens ſeit den Befreiungskriegen anerkannt werden mußte. Die argen Mißſtände, welche aus den Beſchränkungen des gegenſeitigen Handels und Verkehrs für alle Bundesſtaaten hervorgingen, waren bereits in den erſten Jahren nach dem Frieden ſo übel empfunden worden, daß die deutſche Bundesverſammlung von den Bevölkerungen mit Bittſchriften um Herſtellung der durch die Bundesacte zugeſagten Handelseinheit überhäuft wurde. Die Richtung, welche die Verhandlungen des Bundestages ſeit dem Karlsbader Congreſſe nahmen, mußte jedoch alle Hoffnung, die man auf Abhülfe von dieſer Seite ſetzte, zerſtören; und es fing ſich des deutſchen Handelsſtandes eine dumpfe Verzweiflung zu bemächtigen an, in der er das Unvermeidliche ſchweigend über ſich ergehen ließ und, um nicht von zu harten Verluſten getroffen zu werden, ſich darauf beſchränkte, ſeine Unternehmungen auf ein engeres und engeres Maß zurückzuführen. Ein regeres Leben in der gewerblichen Thätigkeit, als in dem ganzen übrigen Deutſchland, entwickelte ſich in den öſtlichen Provinzen Preußens, welche die bedeutendſte zuſammenhängende Ländermaſſe bildeten, und in denen die Steuergeſetzgebung des Jahres 1818 alle Hemmungen des innern Verkehrs hinweggeräumt hatte. Zwar wurde auch hier dem Gewerbfleiße durch den neuen ruſſiſchen Tarif im Jahre 1825 ein ſchwerer Schlag beigebracht, der namentlich die ausgedehnte Wollenmanufactur der kleinen Städte Schleſiens beinahe ganz zu Grunde richtete, der aber dennoch den Aufſchwung des Gewerbweſens im Allgemeinen nicht niederzudrücken vermochte. Auch äußerte hier das Uebergewicht der Maſſe eine ſo unwiderſtehliche Kraft, daß bereits im Jahre 1819 (durch den Vertrag vom 25. October) das kleine Fürſtenthum Schwarzburg-Sondershauſen ſich dem Drucke derſelben nicht anders zu entziehen wußte, als indem es ſich in das preußiſche Zollſyſtem aufnehmen ließ: das erſte Beiſpiel einer klugen Verzichtleiſtung auf eingebildete Souverainetätsrechte, die nur zum größten Nachtheile der eigenen Unterthanen ausgeübt werden konnten. Damit war der Weg bezeichnet, den man einſchlagen mußte, wenn man dem allgemeinen Leiden Einhalt thun wollte, an dem der öffentliche Wohlſtand in ganz Deutſchland danieder lag. Dennoch dauerte es noch lange Jahre, ehe die Erkenntniß, die einen ſo ſchwachen Anfang genommen, ſich weiter verbreitete; ehe man ſich überzeugte, daß, da man auf gemeinſchaftliche Maßregeln durch den Bund verzichten mußte, nichts Anderes übrig blieb, als daß die einzelnen Bundesſtaaten durch beſondere Verträge ſich ſelbſt halfen, ſo gut ſie es vermochten. Den erſten Schritt thaten

jetzt die beiden ſüddeutſchen Königreiche Baiern und Würtemberg, die am 12. April 1827 einen Vertrag ſchloſſen, durch den ſie einander beträchtliche Erleichterungen des gegenſeitigen Verkehrs ſicherten und die weitere Ausbildung der freilich noch unvollkommenen und deshalb auch ungenügenden Vereinigung ferneren Unterhandlungen vorbehielten. Bereits am 18. Januar 1828 kam zwiſchen beiden Staaten ein zweiter Vertrag zu Stande, in den auch die kleinen Fürſtenthümer Hohenzollern-Hechingen und Sigmaringen eingeſchloſſen waren, und der für beide alle noch vorhandene Hemmungen des Handels und Verkehrs aufhob und dagegen ein gemeinſchaftliches Zollſyſtem an den Grenzen nach außen einführte. Noch vor dem Zuſtandekommen dieſes zweiten Vertrages waren zwiſchen dem Großherzogthume Heſſen-Darmſtadt und Preußen Unterhandlungen angeknüpft worden, die den Abſchluß des Vertrages vom 14. Februar 1828 zur Folge hatten, durch welchen das Großherzogthum Heſſen der preußiſchen Zollgeſetzgebung beitrat und dafür den wichtigen Vortheil erlangte, daß alle Eingangs-, Durchgangs- und Ausgangsabgaben auf den beiderſeitigen Grenzen aufhörten und alle Erzeugniſſe des einen Staates, mit Ausnahme weniger mäßig beſteuerter Gegenſtände, völlig frei und unbeſchwert in den andern übergehen konnten. Die preußiſche Zollgeſetzgebung hatte durch die mit derſelben verbundenen Beſchränkungen und Erſchwerungen des auswärtigen Verkehrs allen benachbarten norddeutſchen Staaten ſo große Nachtheile zugefügt, daß eine wenn auch nicht ſehr bedeutende Erweiterung ihres Gebietes überall die lebhafteſten Beſorgniſſe erweckte. Man fürchtete nichts ſo ſehr, als daß nach dem Beiſpiele von Heſſen-Darmſtadt auch andere Staaten ſich in das preußiſche Syſtem hineinziehen ließen, und um dieſer Gefahr zuvorzukommen, verbanden ſich die beiden Königreiche Sachſen und Hannover, die Großherzogthümer Oldenburg und Sachſen-Weimar, die Herzogthümer Naſſau, Braunſchweig, Sachſen-Altenburg, Sachſen-Coburg-Gotha und Sachſen-Meiningen, nebſt den Fürſtenthümern Reuß-Greiz, Reuß-Schleiz, Reuß-Lobenſtein und Schwarzburg-Rudolſtadt, ſo wie den freien Städten Bremen und Frankfurt a. M. durch einen am 24. September 1828 zu Kaſſel abgeſchloſſenen Vertrag zu einem Vereine, der den Namen des mitteldeutſchen Handelsvereines annahm und der den Theilnehmern zwar nur wenige, beinahe ausſchließlich auf die unentbehrlichſten Lebensbedürfniſſe beſchränkte Erleichterungen des Verkehrs gewährte, ihnen aber die Verpflichtung auflegte, während ſeiner vorläufig auf ſechs Jahre beſtimmten Dauer keine einſeitige Zollverträge mit anderen

Digitized by Google

Staaten einzugehen. Daß die Beſorgniß von einer weiteren Ausdehnung der preußiſchen Zoll- und Handelsgeſetzgebung in der That nicht ohne Grund geweſen war, zeigte ſich bereits im nächſten Jahre, indem am 27. Mai 1829 zwiſchen Preußen und Heſſen-Darmſtadt auf der einen und den Kronen Baiern und Würtemberg auf der andern Seite ein Vertrag geſchloſſen wurde, der zwar für das Erſte die Freiheit des gegenſeitigen Verkehrs mit einheimiſchen Erzeugniſſen des Bodens und des Gewerbfleißes nur als einen allgemeinen Grundſatz annahm, von dem vorläufig eine Menge Ausnahmen zugelaſſen wurden, jedoch ſowohl die Aufhebung der in dieſer Beziehung noch fortbeſtehenden Beſchränkungen, als eine Vereinbarung über alle durch den Vertrag noch nicht berührte Theile des Zollweſens in Ausſicht ſtellte. Die Staaten des mitteldeutſchen Handelsvereines, die mit kluger Vorſicht übereingekommen waren, vor Ablauf von Jahresfriſt neue Berathungen über die weitere Ausbildung ihres ſehr mangelhaften Bundes zu halten, beeilten ſich vor allen Dingen, dieſem, wie wenig genügend er auch war, eine möglichſt lange Dauer zu ſichern. Durch einen Vertrag vom 11. October 1829 wurde demſelben auf ſechs fernere Jahre, nach Ablauf der erſten ſechsjährigen Friſt, rechtsverbindliche Kraft gegeben. Die meiſten der dem Vereine beigetretenen Staaten fühlten, wie geringen Nutzen eine Verbindung gewähren konnte, die offenbar nur den Zweck der Abwehr gegen das Umſichgreifen eines fremden Zollſyſtemes hatte, im Uebrigen aber die Verhältniſſe des inneren Verkehrs beinahe ganz in der alten Verwirrung ließ. Vier dieſer Staaten, Hannover, Kurheſſen, Oldenburg und Braunſchweig, vereinigten ſich deshalb durch einen beſonderen Vertrag, der am 27. März 1830 zu Eimbeck abgeſchloſſen wurde, zu der Annahme eines gleichmäßigen und gemeinſchaftlichen Eingangs- und Ausgangs- ſo wie Verbrauchsſteuerweſens. In dieſem Vertrage wurden aber nur allgemeine Grundſätze aufgeſtellt, deren Anwendung und Durchführung ſpäteren Uebereinkünften vorbehalten blieb, ſo daß das Ganze einen neuen Beweis bot, wie ſchwer es den mit den Verwaltungen der meiſten deutſchen Staaten betrauten Beamten wurde, ſich von dem engen Geſichtskreiſe ihres hergebrachten Geſchäftsganges zu irgend einer höheren Anſicht zu erheben.

Den Anſtrengungen, die von allen Seiten gemacht wurden, um die Scheidewand niederzureißen, die jeden einzelnen deutſchen Staat in ſeinen Verkehrsverhältniſſen von dem andern trennte, lag nirgend ein bewußter politiſcher Gedanke zu Grunde. Nirgend wurde das Bedürfniß gefühlt, der deutſchen Nation an der Stelle der vielen kleinen

Digitized by Google

Vaterländer, in die ſie zerfiel, ein großes gemeinſames Vaterland zu geben, die verſchiedenen deutſchen Stämme, die durch den Bund nur äußerlich an einander geknüpft waren, durch gemeinſame öffentliche Einrichtungen zu einem politiſchen Ganzen zu vereinen. Die Noth allein bewirkte, daß man Vorurtheile aufgab, deren nachtheilige Folgen zu ſchroff hervortraten, als daß ſelbſt der befangenſte Blick ſich dieſelben länger hätte verbergen können. In Bezug auf die innern politiſchen Verhältniſſe ihrer Staaten hielten die deutſchen Regierungen an der Anſicht feſt, daß den Bevölkerungen das weiteſte mit der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit verträgliche Maß von Rechten bereits eingeräumt ſey, und daß die beſtehenden Einrichtungen daher keiner weſentlichen Verbeſſerung bedürften. Dies war die Lage der Dinge in Deutſchland, als die franzöſiſche Thronumwälzung erfolgte, die in dem erträumten Gefühle einer allgemeinen unzerſtörbaren Sicherheit eine ungeheure Wirkung hervorbringen mußte, da auf eine ſolche Wendung Niemand gefaßt war. Hatte man auch den Kampf der Parteien in Frankreich nicht unbeachtet gelaſſen, ſo war man doch weit entfernt, einen ſo gewaltigen, die ganze durch das vereinte Europa begründete und verbürgte Ordnung der Dinge mit einem Male umſtürzenden Ausbruch für möglich zu halten. Vermehrt wurde der Schrecken, den der weithin hallende Donner der Julischlacht erregte, durch die Ereigniſſe in Brüſſel und in Belgien. Erſt jetzt fühlte man, wie unzulänglich die Anſtalten waren, die man getroffen, um den Lavaſtrom der Revolution, wenn er jemals in Frankreich ſich einen neuen Krater öffnete, von den eigenen Grenzen abzuhalten. Aber davon hatte auch jetzt noch Niemand eine Ahnung, daß der Boden, auf dem man ſelbſt ſtand, unterhöhlt war, daß auch in Deutſchland der täuſchende Schein der allgemeinen Ruhe und Befriedigung nur ein tiefes Mißbehagen verbarg, welches bei der geringſten Veranlaſſung ſich in gewaltſamen Bewegungen Luft machen ſollte, durch die das ganze Gebäude des deutſchen Bundes in ſeinen innerſten Grundfeſten erſchüttert werden konnte.

Zuerſt verführte das Beiſpiel in den benachbarten belgiſchen Städten Lüttich und Verviers den Pöbel in Aachen (30. Auguſt), einen Aufruhr zu erregen, bei dem eine dreifarbige Fahne herumgetragen wurde, bei dem aber ſonſt von einer politiſchen Idee keine Rede war. Zwei Fabrikgebäude, deren Eigenthümer ſich durch ihre ſtrenge Ordnungsliebe verhaßt gemacht hatten, wurden geplündert; darauf griff das Geſindel das öffentliche Gefängniß an, um ſeine darin verwahrten

Genoſſen zu befreien, wurde aber bei dieſem Verſuche von der Bürgerſchaft, die ſich in der Eile bewaffnet hatte, auseinandergetrieben. In Elberfeld fand zwei Tage darauf ein Auflauf von Fabrikarbeitern Statt, der völlig zwecklos war und gleichfalls durch das Einſchreiten der Bürger geſtillt wurde. Wenn auch die preußiſche Regierung in den Rheinlanden nicht allzu beliebt war, ſo hatte doch der beſonnenere Theil der Bevölkerung keine Neigung, ſeine Habe der Plünderung des Pöbels Preis zu geben, um auf eine recht auffallende Weiſe ſeinen Unmuth an den Tag zu legen. In den alten Provinzen Preußens war König Friedrich Wilhelm III. ein zu volksthümlicher Fürſt, als daß von irgend einer Seite an eine Auflehnung gegen ſeine Regierung gedacht worden wäre. Zwar kam es ſpäter, nachdem revolutionaire Bewegungen bereits beinahe den ganzen Norden von Deutſchland durchwühlt hatten, auch in Berlin und in Breslau zu unruhigen Auftritten, die aber ohne alle politiſche Bedeutung waren. In Berlin machten am 16. September die Schneidergeſellen einen Auflauf, weil mehrere der Ihrigen von der Polizei eingezogen worden waren. Der Tumult, der ſich am nächſten Abende wiederholte und durch eine ungeheure Menge Neugieriger vermehrt wurde, mußte durch Anwendung bewaffneter Gewalt zerſtreut werden, ging aber ohne weitere Folgen vorüber, als man ſah, daß die Regierung entſchloſſen war, von den ihr zu Gebote ſtehenden Mitteln zur Erhaltung der Ordnung Gebrauch zu machen. In Breslan durchzog am 27. September ein Haufe Handwerksburſchen die Straßen und ließ ſeinen Muthwillen an den in dieſer Stadt ſehr zahlreichen Juden aus, bis eine achtunggebietende militairiſche Macht dem Unfuge ein Ziel ſetzte. Auch in der alten Hanſeſtadt Hamburg hatte der unruhige Geiſt, der in alle Gemüther geworfen war, ſich gegen die armen Juden gekehrt. Am 31. Auguſt wurden mehrere jüdiſche Jünglinge aus den Kaffeehäuſern hinausgeworfen, in denen ſie ſich durch ihr eben nicht ſehr anſprechendes Weſen bemerklich machten; und mehrere Tage hindurch ſchwebte die ganze Judenſchaft in Todesangſt, da der Pöbel unter wüthendem Geſchrei ſich zuſammenrottete, bis es der Bürgerſchaft in Verbindung mit dem regelmäßigen Militair gelang, die Ordnung herzuſtellen. Auf ähnliche Weiſe, wie zu Hamburg und Breslau, äußerte ſich der Judenhaß der niederen Volksclaſſen zu Karlsruhe (am 16. September) und zu Mannheim (am 2. October), wo aber Polizei und Militair ernſteren Ruheſtörungen vorbeugten.

Alle dieſe Vorgänge, obwohl unverkennbare Zeichen einer bis in

Digitized by Google

das niedrigſte Volk hinabgedrungenen Aufregung, boten doch nur den Beweis, daß an den Orten, wo ſie Statt fanden, entweder gar kein Anlaß zu gerechtem Mißvergnügen vorhanden war, oder daß wenigſtens die vorhandenen Uebelſtände in dem Volke noch nicht klar genug zum Bewußtſeyn gekommen waren, um der Unzufriedenheit eine beſtimmte Richtung zu geben. Sehr verſchiedener Art waren die Ereigniſſe, deren Schauplatz im Laufe des Septembers das Königreich Sachſen, das Herzogthum Braunſchweig und das Kurfürſtenthum Heſſen war. In Sachſen befand ſich der Mittelſtand im Allgemeinen auf einer höheren Stufe der Bildung, als in irgend einem anderen Staate Deutſchlands. Die Regierung, obwohl milde und wohlwollend, war doch im Geiſte, wie in den Formen der Verwaltung, weit hinter allen Anforderungen der Zeit zurückgeblieben. Die alte landſtändiſche Verfaſſung, die zuletzt im Jahre 1728 eine Umgeſtaltung erfahren, war hier immer in anerkannter Wirkſamkeit geblieben; aber wenn die Landtage, die alle ſechs Jahre gehalten wurden, auch durch ihre Beaufſichtigung des Staatshaushaltes, wie durch ihren Antheil an der Geſetzgebung, nicht ganz ohne Nutzen waren, ſo mußte ihre Thätigkeit doch ſchon wegen ihrer veralteten Zuſammenſetzung aus Prälaten, Ritterſchaft und Städten eine ſehr einſeitige bleiben. Bereits im Jahre 1829 wurde in einem ſächſiſchen Blatte, der Biene, eine Stimme laut, welche die Einführung einer angemeſſenen Volksvertretung verlangte; der Landtag, der im Januar 1830 zuſammentrat, beantragte ſelbſt mehrere weſentliche Verbeſſerungen, und erreichte wenigſtens ſo viel, daß ihm geſtattet wurde, die Steuern ſtatt auf ſechs, nur auf drei Jahre zu bewilligen, wodurch ſeine frühere Wiedereinberufung nothwendig wurde. Die Maſſe des Volkes nahm jedoch an allem dem ſo gut als gar keinen Antheil. Fühlbarer wurden dieſer die Gebrechen der ſtädtiſchen Verwaltungen, die in den Händen ſich ſelbſt ergänzender Magiſtrate lagen; und allgemeinen Unwillen erregte der ſtörende Gebrauch, den die ſtädtiſchen Behörden zu Dresden und Leipzig von der ihnen anvertrauten Polizeigewalt machten, als am 25. Juni das dreihundertjährige Denkfeſt der Uebergabe der Augsburger Confeſſion im ganzen Lande mit großer Feierlichkeit begangen wurde. In beiden Städten hatten zahlreiche Verhaftungen Statt gefunden, und in Leipzig waren die Volkshaufen, die ſich in den Straßen geſammelt hatten, durch die Stadtſoldaten mit Gewalt auseinandergeſprengt worden, wobei es ohne vielfache Verwundungen und ſchwere Verletzungen nicht abging, und ein junger Mann, der an dem Tumulte gar keinen Theil

Digitized by Google

genommen, ſogar getödtet wurde. Noch war der Unmuth, den dieſe Vorgänge hervorgerufen, in allen Gemüthern lebendig, und die Kunde von den großen Ereigniſſen in Frankreich hatte denſelben zur bedenklichſten Gährung geſteigert, als ein an ſich unbedeutender Vorfall, in dem das Volk einen Mißbrauch der polizeilichen Gewalt ſah, einen gewaltſamen Ausbruch herbeiführte. Dem Polizeipräſidenten wurden die Fenſter eingeworfen, mehrere Mitglieder des Stadtrathes durch Pfeifen und mißtönendes Geſchrei verhöhnt und zugleich die Laternen in den Straßen zerſchlagen. An den folgenden beiden Abenden wiederholten ſich dieſe Auftritte; mehrere übelberüchtigte Häuſer, ſowie die Behauſungen einiger ſtädtiſchen Beamten wurden verheert, die Verhafteten aus dem Stadtgefängniſſe befreit, die Stadtſoldaten und Polizeidiener, welche einzuſchreiten verſuchten, zurückgeſchlagen. Das Militair, das in unzureichender Zahl vorhanden war, verhielt ſich unthätig. Die empörte Volksmaſſe, die bei allen ihren Ausſchweifungen eine gewiſſe Ordnung hielt, und namentlich weder Plünderungen noch Diebereien duldete, war im unbeſtrittenen Beſitze der Stadt, bis am Morgen des 5. die angeſehenſten Einwohner die Errichtung einer Bürgergarde beſchloſſen, die, mit den bewaffneten Studirenden vereint, die Ordnung wieder herſtellte. Auch in den nächſten Tagen dauerte die Ruhe ungeſtört fort; und eine von Dresden zur Unterſuchung des Tumultes herübergeſchickte Commiſſion konnte ohne Hinderniß ihre Nachforſchungen beginnen, die aber freilich ohne Ergebniß blieben, da Niemand den Angeber machen wollte. Inzwiſchen waren auch in Dresden ernſte Unruhen ausgebrochen. Ein Haufe Handwerksburſchen, unter denen ſich beſonders die Schloſſer- und Schmiedegeſellen bemerklich machten, ſtürmte in der Nacht vom 9. auf den 10. das Rathhaus und das Polizeigebäude, befreite die in dem letzten verwahrten Gefangenen, warf alle Acten auf die Straße hinunter und verbrannte die aufgehäuften Papiermaſſen unter lautem Jubelgeſchrei. Zugleich wurden die Wachen der Altſtadt überwältigt; der Reſt der Beſatzung wurde auf dem Altmarkte zuſammengezogen, war aber in zu geringer Zahl, um gegen die Ruheſtörer einzuſchreiten. Die ſchwache Bürgergarde, welche die öffentlichen Caſſen ſchützte, blieb unbeläſtigt. Am andern Morgen wurde eine außerordentliche Commiſſion unter dem Vorſitze eines königlichen Prinzen niedergeſetzt, um die Maßregeln zu ergreifen, welche die Umſtände erheiſchten. Eine Bekanntmachung forderte die Bürgerſchaft auf, zur ſchnellen Abhülfe gegen das ſtrafbare Beginnen der Meuterer mitzuwirken. Binnen wenig Stunden waren 2000 Bürger unter den

Digitized by Google

Waffen und militairiſch geordnet, und ebenſo ſchnell verſchwanden alle Spuren des Aufruhrs. Dagegen trat eine von den Bürgern gewählte Commiſſion zuſammen, um die mannigfachen Uebelſtände, über die ſie ſich zu beſchweren hatten, der Regierung zur Anzeige zu bringen. Der hochbetagte kinderloſe König Anton, der ſeinem Bruder Friedrich Auguſt am 5. Mai 1827 in der Regierung gefolgt war, ein gütiger Herr, dem es um das Wohl ſeines Volkes redlich zu thun war, dem aber in dieſen bewegten Zeiten die Laſt der Krone zu ſchwer wurde, entſchloß ſich am 13. September, ſeinen im blühendſten Mannesalter ſtehenden Neffen, den hochgebildeten und bei allen Ständen beliebten Prinzen Friedrich Auguſt, zu deſſen Gunſten ſein Vater, der jüngere Bruder des Königs, Maximilian auf die Thronfolge verzichtete, zum Mitregenten zu ernennen. Noch an demſelben Tage nahm der erſte Miniſter, Graf Detlev von Einſiedel, ein treuer und bewährter Diener ſeiner Fürſten, der aber in den Vorurtheilen der Vergangenheit ergraut war, ſeine Entlaſſung; an ſeine Stelle trat der freiſinnige allgemein verehrte Geheimerath Bernhard von Lindenau; und jetzt folgten raſch auf einander die wichtigſten Verbeſſerungen, ſo weit ſie ohne die verfaſſungsmäßige Mitwirkung der Stände möglich waren. Dieſe wurden auf den 1. März 1831 zum letzten Male in ihrer alten Form einberufen, um zuvörderſt über eine alle alte Mißbräuche abſtellende, auf dem Grundſatze freier Wahl beruhende Städteordnung und demnächſt über den Entwurf einer Verfaſſungsurkunde zu berathen, die allen Ständen eine gleichmäßige Vertretung und durch die Oeffentlichkeit der Verhandlungen allem Volke eine fortwährende Betheiligung an den öffentlichen Angelegenheiten ſicherte. Am 4. September wurde die neue Verfaſſung, nachdem dieſelbe von den Ständen und von der Regierung genehmigt war, als das fortan geltende Grundgeſetz des Landes mit großen Feſtlichkeiten verkündet.

In Kurheſſen hatte die ſtrenge Bevormundung, die jede freie Lebensregung erſtickte, längſt eine allgemeine Mißſtimmung erzeugt, die aber in die innerſte Bruſt zurückgedrängt wurde, ſo lange weder von innen noch von außen ein Schimmer der Hoffnung auf Abhülfe ſichtbar wurde. In der Hauptſtadt Kaſſel kam zu dem allgemeinen Gefühle des Mißbehagens der Druck einer ſichtlich zunehmenden Verarmung, die eine Folge der Stockung aller Zweige des Gewerbfleißes war. Die Nachrichten von dem Volksſiege in Paris wurden daher hier mit Begierde aufgegriffen; und die Erläuterungen, mit denen die mündliche Rede dieſe Nachrichten begleitete, brachten einem Jeden, was in dem verborgenſten Grunde

Digitized by Google

ſeiner Gedanken ſchlummerte, zum Bewußtſeyn. Schon am 2. September hatte der Küfermeiſter Herbold den Einfall, die Innungen zu einer Beſprechung ihrer Beſchwerden einzuladen. Das Verbot der Verſammlung von der Polizeibehörde war nicht geeignet, die Aufregung, die ſich allmälig auch den unterſten Volksclaſſen mittheilte, zu beſchwichtigen. Am 6. September rottete ſich das niedere Volk auf den Straßen zuſammen und begann die Brotladen der Bäcker zu ſtürmen, denen man übermäßige Vertheuerung vorwarf. Der Pöbel wurde durch das Militair zerſtreut, und mehrere Perſonen wurden hierbei verwundet, andere als Unruheſtifter verhaftet. Am folgenden Tage bewaffnete ſich die Bürgerſchaft, um gemeinſchaftlich mit der Beſatzung über die Erhaltung der Ruhe zu wachen. Am 12. kehrte der Kurfürſt, der während dieſer Vorgänge ſich in einem böhmiſchen Bade befunden hatte, nach ſeinem Luſtſchloſſe Wilhelmshöhe zurück; und ſogleich wurde eine Adreſſe in Umlauf geſetzt, die dem Fürſten zwar in den ehrerbietigſten Ausdrücken zu ſeiner Rückkunft Glück wünſchte, zugleich aber über den Nothſtand der Stadt und des ganzen Landes bittere Klage führte und als das einzige Mittel der Abhülfe die Einberufung der ſeit vierzehn Jahren nicht verſammelten Landſtände erbat. In kurzer Friſt war dieſe Adreſſe mit 1600 Unterſchriften bedeckt und eine Abordnung, den Stadtrath an der Spitze, begab ſich (am 14.) nach Wilhelmshöhe, um dieſelbe dem Kurfürſten zu überreichen. Die Weigerung des Kurfürſten, die Abordnung zu empfangen, die für den folgenden Tag nach dem Palaſte in der Stadt beſchieden ward, rief die höchſte Erbitterung hervor. Tauſende waren entſchloſſen, eher zum Aeußerſten zu ſchreiten, als die Fortdauer der beſtehenden Zwingherrſchaft zu dulden. Das Militair äußerte unverhohlen, daß es keinem Befehle Folge leiſten würde, die Waffen gegen ſeine Mitbürger zu gebrauchen. Als am 15. der Kurfürſt ſeinem Verſprechen gemäß zur Stadt kam, war der ganze Platz vor dem Palaſte mit bewaffneten Bürgern gefüllt. Die Abordnung der Bürger erhielt den erbetenen Zutritt, und bald wehte ein weißes Taſchentuch aus einem der Fenſter des Audienzſaales zum Zeichen, daß die Forderung der Bürgerſchaft bewilligt ſey. Ein ſchwarzer Handſchuh wäre das Zeichen der Zurückweiſung geweſen und hätte einen wüthenden Sturm gegen den Palaſt zur Folge gehabt. Allgemeiner Jubel nahm die kaum noch erwartete friedliche Botſchaft auf; am Abend war die Stadt feſtlich erleuchtet; die Bürgergarde, die auf dem Marktplatze aufgeſtellt war, wurde von dem Kurprinzen beſichtigt, den ſie mit freudigem Zurufe

Digitized by Google

begrüßte; und zwiſchen der Regierung und dem Volke war das beſte Vernehmen hergeſtellt. Vier Tage darauf erſchien eine Bekanntmachung, welche die Landſtände zum 16. October einberief. Eine Abordnung, die von Hanau eintraf, um dem Kurfüſten eine Adreſſe zu übergeben, in der neben der Bitte um eine zeitgemäße Verfaſſung die zweite um Aufhebung der den Verkehr dieſer Stadt hemmenden Mauthämter enthalten war, kehrte, nachdem ihr die Zuſicherung geworden, daß auch aus den in den alten Ständen nicht vertretenen Landestheilen Abgeordnete zum Landtage berufen werden ſollten, nach Hanau zurück. Der größere Theil ihrer Mitbürger war aber mit dem Erfolg ihrer Sendung übel zufrieden, da ſie keinen Beſcheid in Bezug auf die verhaßten Mautheinrichtungen mitbrachten. Am Abende des 24. rotteten ſich zahlreiche Volkshaufen zuſammen, welche die in der Stadt und am Maincanale gelegenen Mauthgebäude angriffen, die darin vorgefundenen Acten und Mobilien verbrannten und darauf, da ſie einmal auf dem Wege der Zerſtörung waren, auch das Haus eines reichen Kornhändlers verheerten. Am folgenden Tage wurde durch einen von Hanau ausgezogenen Haufen die ſogenannte Mainkur, eine an der Grenze gegen das Gebiet der freien Stadt Frankfurt gelegene Zollſtätte, zerſtört. Die Bewegung theilte ſich wie ein Lauffeuer der ganzen Umgegend mit, und in wenigen Tagen waren alle Zollſtätten im Hanauiſchen und Fuldaiſchen verſchwunden. Selbſt nach den benachbarten Orten im Großherzogthume Heſſen zogen Haufen von Landleuten aus dem Kurheſſiſchen und verſuchten hier, daſſelbe Spiel zu treiben, ſo daß eine Abtheilung großherzoglicher Truppen an die Grenze verlegt werden mußte. Erſt als der Kurprinz perſönlich in Hanau erſchien und die Verſicherung ertheilte, daß die verhaßte Mauth ſofort aufgehoben werden ſollte, was freilich thatſächlich bereits geſchehen war, wurde die Ruhe vollkommen wieder hergeſtellt. Am 16. October wurde die Ständeverſammlung nach alter Art in zwei Kammern oder Curien eröffnet. Die Regierung legte derſelben einen Verfaſſungsentwurf vor, der aber den Anſprüchen der aufgeregten Zeit ſo wenig entſprach, daß er von dem ſtändiſchen Ausſchuſſe, in dem ſich beſonders die Anſichten des Marburger Profeſſors Jordan geltend machten, durchaus umgearbeitet wurde. Die meiſten der vorgeſchlagenen Veränderungen wurden von der Regierung genehmigt; am 5. Jannar 1831 wurde die neue Verfaſſungsurkunde unterzeichnet und am 9. von den Miniſtern und den Ständen feierlich beſchworen. Am folgenden Tage brachten die Bürger von Kaſſel dem Kurfürſten zum Zeichen ihrer Dankbarkeit einen Fackel-

Digitized by Google

zug; aber ſchon am andern Morgen verbreiteten ſich die ungünſtigſten Gerüchte. Die Freundin des Kurfürſten, die vom Volke verabſcheute Gräfin Reichenbach Leſſonitz, war aus dem Auslande zurückgekehrt, und auf ihren Antrieb, hieß es, ſollte die kaum verkündete Verfaſſung wieder umgeſtürzt werden. Darüber kam es zu einem Auflaufe, der die Gräfin beſtimmte, ihre Perſon durch eine ſchleunige Abreiſe in Sicherheit zu bringen. Der Kurfürſt war auf das Empfindlichſte verletzt; er wartete nur den Schluß des Landtages ab, der nach der Annahme mehrerer durch die neue Ordnung nothwendig gewordener Geſetze am 9. März erfolgte, um Kaſſel zu verlaſſen und ſeine Reſidenz nach Hanau zu verlegen. Alle Bemühungen der Kaſſeler, die den Verluſt des Hofhaltes bitter empfanden und den erzürnten Fürſten durch Bitten und Vorſtellungen zur Zurücknahme ſeines Entſchluſſes zu bewegen ſuchten, waren vergebens. Der Kurfürſt, der den Umgang mit einer ſchönen und geiſtreichen Frau dem Lande vorzog, beſchloß endlich, um allen ferneren Behelligungen zuvorzukommen, „einſtweilen“ von der Regierung zurückzutreten und dieſe ſeinem Sohne zu überlaſſen. Er ernannte am 30. September den Kurprinzen zum Mitregenten und begab ſich mit der Gräfin und mit ſeinen vom Vater ererbten Schätzen in das Ausland.

Wilder, als in Heſſen und Sachſen, ging es in dem kleinen Ländchen Braunſchweig her. Der Herzog Karl, um bei der Demüthigung, die ihm der Bundesbeſchluß in Bezug auf ſeine Verordnung vom 10. Mai 1827 auflegte, nicht perſönlich zugegen zu ſeyn, hatte bereits im Januar 1830 eine Reiſe nach Paris angetreten, wo er noch zu der Zeit des Ausbruches der Julirevolution verweilte. Die Aeußerungen der Volkswuth, deren Zeuge er war, erſchreckten ihn ſo, daß er die Flucht ergriff, auf der er gezwungen war, einen Theil des Weges nach Brüſſel zu Fuß zurückzulegen. Am 13. Auguſt kam er in Braunſchweig an, von dem Schreckbilde der Revolution, das ihn aus Paris vertrieben, bis in das Schloß ſeiner Ahnen verfolgt. Noch war in Braunſchweig zwar die Ruhe nicht geſtört worden, aber ſchon wurden an öffentlichen Orten die verfänglichſten Reden über den Herzog vernommen; ſein allerdings etwas lächerlicher Rückzug von Paris hatte, was bis dahin von ehrerbietiger Scheu vor dem Landesfürſten noch vorhanden war, aus den Gemüthern getilgt. Der Magiſtrat, deſſen Vertreter im weiteren und engeren ſtändiſchen Ausſchuſſe ſich allen Schritten der Adelspartei angeſchloſſen, wagte es, eine Bittſchrift an den Herzog zu richten, worin über Nahrungsloſigkeit der Bürger und Noth der ar-

beitenden Claſſen geklagt und die Einberufung der Stände verlangt wurde, als ob dieſe der eingetretenen Vertheuernng des Getreides und den Stockungen des Handels zu ſteuern vermocht hätten. Der Herzog verweigerte die Annahme der Bittſchrift; und jetzt erſchienen aufrühreriſche Maueranſchläge, die darauf berechnet waren, den Pöbel aufzureizen. Unter den Häuptern des Adels hatten längſt geheime Verabredungen Statt gefunden, zu denen bei der ſteigenden allgemeinen Aufregung auch einzelne zurückgeſetzte oder mißvergnügte Beamte und Officiere zugezogen wurden. Man kannte die Muthloſigkeit des Herzogs und glaubte durch Einſchüchterung Alles bei ihm erreichen zu können. Schlimmſten Falles war man aber entſchloſſen, offene Gewalt anzuwenden. Am 6. September befand ſich der Herzog im Theater, ohne Ahnung von den verbrecheriſchen Anſchlägen, die gegen ihn vorbereitet waren. Die unruhige Bewegung, die ſich unter den Zuſchauern zeigte, beſtimmte ihn, das Schauſpiel früher als gewöhnlich zu verlaſſen. Er hatte ſich kaum in den Wagen geworfen, als ein Haufe verdächtiger Menſchen, unter denen mehrere Vermummte ſichtlich den höheren Ständen angehörten, ſich herandrängte und Miene machte, den Pferden in die Zügel zu fallen. Die Geiſtesgegenwart des Kutſchers, der die feurigen Roſſe zum ſchnellſten Laufe antrieb, rettete den Herzog. Der Haufe, der den Wagen mit Steinwürfen und drohendem Geſchrei verfolgte, mußte darauf verzichten, eine ernſtere Gewaltthat auszuüben. Eine ungeheure Menſchenmaſſe lief auf die Kunde von dieſem Vorfalle vor dem Schloſſe zuſammen, deſſen durch das Hauptgebäude und zwei Flügel gebildeter Hof von der Straße durch ein eiſernes Gitter getrennt war. Zwei Huſarenſchwadronen, die den Befehl erhalten hatten, aufzuſitzen, ſprengten auf die Volkshaufen ein, die aber, kaum auf der einen Seite zerſtreut, ſich auf der andern von neuem ſammelten. Zu gleicher Zeit fingen unnütze Buben, mit loſem Geſindel gemiſcht, an, in den Straßen die Laternen einzuſchlagen und an verſchiedenen öffentlichen Gebäuden die Fenſter einzuwerfen. Da die Menſchenmaſſe vor dem Schloßhofe nicht wich, auf dem inzwiſchen der größte Theil des in der Stadt befindlichen Militairs zuſammengezogen war, befahl der Herzog dem commandirenden General von Herzberg, die Menge zu fragen, was ihr Begehren ſey. Niemand antwortete, bis ein junger Advocat ſeine Stimme erhob und „Brot! Landſtände!“ ausrief, was denn ſogleich von Hunderten wiederholt wurde. Den Vorſtellungen des alten Generals gelang es endlich, die Gemüther zu beruhigen, und um zwei Uhr des Nachts verlief ſich die Menge. Der Her-

Digitized by Google

zog, der nach dem Anfalle, dem er am Abende ausgeſetzt war, ſich ſeines Lebens nicht ſicher hielt, faßte den Entſchluß, eine Reiſe nach England, die er ſeit längerer Zeit beabſichtigt hatte, mit dem kommenden Tage anzutreten, und ließ noch in der Nacht anſehnliche Geldſummen aus der Kaſſe der herzoglichen Kammer holen. Am Morgen war die Nachricht von ſeiner bevorſtehenden Abreiſe in der ganzen Stadt verbreitet, und die Aufregung, die durch zweckmäßige Maßregeln leicht zu beſchwichtigen war, wurde dadurch auf's Neue angefacht. Der Stadtdirector Bode, der eine Wiederholung der ſchon Tages vorher begonnenen Ausſchweifungen des Pöbels fürchtete, erlangte nach mehreren vergeblichen Verſuchen Zutritt beim Herzoge und erhielt die Erlaubniß, zur Erhaltung der Ruhe die achtbaren Bürger mit den Piken, die ſich noch von dem Kriege her im Zeughauſe befanden, zu bewaffnen. In der Bekanntmachung, die der Magiſtrat erließ, um die Bürgerſchaft hiervon in Kenntniß zu ſetzen, zeigte er zugleich an, daß der Herzog eine Summe von 5000 Reichsthalern angewieſen habe, um für die nothleidende Bevölkerung Lebensmittel anzuſchaffen, daß den bedürftigen Unterthanen die Perſonalſteuer für das Winterhalbjahr erlaſſen ſey, daß dieſelben während des Winters auch mit Feuerungsbedarf verſehen, und daß die brotloſen Arbeiter durch Straßenausbeſſerungen und durch das Niederreißen des alten Kreuzganges am Dome beſchäftigt werden ſollten. Der Tag verging ruhig, nur erregte es einigen Unwillen, daß den Eigenthümern der dem Schloſſe gegenüber gelegenen Häuſern angedeutet wurde, ſie möchten ihre Erdgeſchoſſe räumen, was darauf hinwies, daß der Befehl ertheilt war, bei einem neuen Volksauflaufe von den auf dem Schloßhofe aufgefahrenen ſchweren Geſchützen Gebrauch zu machen. Gegen Abend rotteten ſich wieder zahlreiche Haufen aus dem niedrigſten Pöbel zuſammen, unter denen eine Menge offenbar von außen hereingezogener Fremder bemerkt wurde, und die ſich theils gegen das Schloß wandten, theils nach den Plätzen, von denen man vermuthen konnte, daß der Herzog ſie berühren würde, wenn er die Stadt verließ. Abtheilungen der bewaffneten Bürger, welche dieſe Zuſammenrottungen zu zerſtreuen verſuchten, wurden verhöhnt und ihrer Piken beraubt. Der Herzog glaubte jetzt ſeine Abreiſe nicht länger verzögern zu dürfen, gewann auf einem Umwege unter Bedeckung eines Reitergeſchwaders das Petrithor und fuhr, nachdem ihm der General Herzberg in die Hand gelobt hatte, daß er um jeden Preis das Schloß behaupten werde, auf der Straße nach Hildesheim ab. So wie es bekannt wurde, daß der Herzog entflohen ſey,

Digitized by Google

erhob ſich aus den Volkshaufen, welche die zum Schloſſe führende Straße, den Bohlweg, einnahmen, das wildeſte Wuthgeſchrei. Schon ermuthigte Einer den Andern, durch das Gitter zu brechen, als General Herzberg, ſtatt die geeigneten Anſtalten zur Abwehr zu treffen, ſich zum Stadtdirector begab, um mit dieſem zu berathen, was zu thun ſey. Während ſeiner Abweſenheit drang ein Haufe, zum Theil mit Aexten und Beilen bewaffnet, durch einen Nebeneingang, der völlig unbeſetzt geblieben war, vom Marſtalle her in das Schloß, und bald brach aus dem linken Flügel die helle Flamme hervor. Es iſt zweifelhaft, ob der wüthende Volkshaufe oder eine Anzahl maskirter Herren, die unter denſelben gemiſcht waren, die Brandſtiftung verübt hat. Inzwiſchen beharrte das auf dem Schloßhofe aufgeſtellte Militair in ſeiner Unthätigkeit. Obwohl mehrere alte Soldaten mit Thränen in den Augen um die Erlaubniß baten, die Mordbrenner zu züchtigen, wollte doch keiner der höheren Officiere auf ſeine Verantwortlichkeit den Befehl geben, die Gewalt mit Gewalt abzutreiben. Da die Volksmaſſe ſah, daß das Militair ihr keinen Widerſtand entgegenſetzte, wurde der Andrang immer ſtürmiſcher. Das Gitter vor dem Schloßhofe wurde durchbrochen, alle Leidenſchaften der tobenden Maſſen waren entfeſſelt, und es begann ein Auftritt, der in einer deutſchen Stadt ſeit den roheſten Zeiten des Mittelalters nicht ſeines Gleichen gehabt hat. Viele Hunderte ſtürzten in das brennende Schloß, in dem die Flamme weiter und weiter um ſich griff. Die Einen plünderten, was ihnen des Raubens werth ſchien; Andere warfen die koſtbarſten Hausgeräthe auf den Platz herab, wo ſie von der Menge ergriffen und als willkommene Beute davongetragen wurden, Andere drangen in die Keller, um ſich an den darin aufbewahrten Weinen und geiſtigen Getränken gütlich zu thun. Von allen Thürmen der Stadt wurde Sturm geläutet, als aber die Feuerſpritzen und die zum Löſchen beſtimmten Mannſchaften herankamen, wurden ſie von dem raſenden Pöbel zurückgewieſen, der die Feuereimer benutzte, um Wein aus den Kellern zu holen und ihn den Umſtehenden aufzudrängen. So verging die ganze Nacht, während die Feuerſäulen aus dem brennenden Schloſſe hoch zum Himmel aufſtiegen und mit ihrem blutrothen Scheine alle Straßen erleuchteten. Am andern Morgen ſtanden von dem Hauptgebäude nur die ausgebrannten Mauern, der linke Flügel lag in Aſche; der rechte allein, der an ein Bürgerhaus ſtieß, war, weil man nicht auch dieſes den Flammen zum Raube laſſen wollte, gerettet.

Nachdem das Werk der Zerſtörung vollbracht war, wurden die

Digitized by Google

kräftigſten Maßregeln ergriffen, um der Zügelloſigkeit des Pöbels Einhalt zu thun. Die in der Eile errichtete Bürgergarde wurde geordnet und mit Gewehren verſehen; Patrouillen durchzogen mit dem Einbruche der Dämmerung die Straßen, auf denen nach ſieben Uhr nicht vier Menſchen zuſammenſtehen durften, ohne ſich einer Verhaftung auszuſetzen. Bereits am nächſten Tage vereinigte ſich der engere und weitere ſtändiſche Ausſchuß, um einen außerordentlichen Landtag einzuberufen. Am 10. kam der jüngere Bruder des geflüchteten Fürſten, Herzog Wilhelm, an, der, in preußiſchen Militairdienſten ſtehend, durch einen Eilboten von dem Geſchehenen unterrichtet war. Er wurde mit Jubel empfangen, begab ſich aber nicht in die Stadt, ſondern nahm ſeinen Sitz auf dem außerhalb derſelben gelegenen Luſtſchloſſe Richmond. In einer Bekanntmachung dankte er den Bürgern für den Eifer, den ſie bei der Herſtellung der Ordnung bewieſen, und verſicherte, daß er auch ſeinerſeits nach Kräften zur Erhaltung der Ruhe und für die Wiederkehr glücklicherer Tage mitwirken werde. Abordnungen von Braunſchweig und von Wolfenbüttel überreichten ihm Bittſchriften, worin er erſucht wurde, ſofort die Regierung zu übernehmen. Die Landſchaft, die am 27. September zuſammentrat, richtete an demſelben Tage eine Denkſchrift an den Herzog Wilhelm, welche alle die Unbilden aufzählte, die durch die willkürliche, alle Rechtsgrundſätze mißachtende Regierung ſeines Bruders dem Lande widerfahren wären, die Ueberzeugung ausſprach, daß der Herzog Karl unter dieſen Umſtänden unmöglich ſein Regiment fortſetzen könne, und zum Schluſſe die Bitte hinzufügte, daß Herzog Wilhelm, um jeden Zweifel zu entfernen, der die Gemüther von neuem entflammen könne, die Regierung übernehmen möge. Am folgenden Tage verkündete ein herzogliches Patent, daß Herzog Wilhelm, „bis auf Weiteres“ die Regierung übernommen habe. Der Herzog Karl ſelbſt hatte am 20. September zu dieſem Schritte ſeine Zuſtimmung gegeben, in der Vorausſetzung, daß ſein Bruder die Regierung nur in ſeinem Namen führen würde. Als jedoch von Braunſchweig aus die Vermittelung des Königs von England angerufen wurde, um ihn zur Verzichtleiſtung auf ſeine Rechte zu vermögen, und als er ſah, daß Herzog Wilhelm dieſe Berufung unterſtützte, beging er eine Uebereilung, die ſelbſt durch die äußerſte Unkenntniß der Verhältniſſe nicht entſchuldigt wird. Er begab ſich, von einem Abenteurer, Bender von Bienenthal, den er zum Rittmeiſter ernannt hatte, begleitet, nach Deutſchland zurück und beſchloß, die Revolution in Braunſchweig durch eine Gegenrevolution zu ſtürzen. Zu Frankfurt am

Digitized by Google

Main angekommen, nahm er zuvörderſt durch eine Acte vom 18. November die ſeinem Bruder verliehene Ermächtigung zurück und ertheilte darauf dem Baron Bender, der ihn in ſeinen romanhaften Entwürfen beſtärkte, unbeſchränkte Vollmacht, der von ihm für rechtswidrig angemaßt erklärten Regierung ein Ende zu machen und alle Maßregeln zur Herſtellung der rechtmäßigen Gewalt zu treffen. So wie man in Braunſchweig erfuhr, daß Herzog Karl auf deutſchem Boden angelangt ſey, verbreitete ſich eine unbeſchreibliche Gährung. Niemand zweifelte daran, daß er mit dem Plane einer Reſtauration umgehe, und am 21. November entſtand ſogar das Gerücht, daß er auf Richmond, einem vor der Stadt gelegenen Luſtſchloſſe, das vom Herzoge Wilhelm bewohnt wurde, eingetroffen ſey. Am folgenden Tage trat das Officiercorps des regelmäßigen Militairs zuſammen und unterzeichnete eine Acte, durch welche ſämmtliche Mitglieder ſich verpflichteten, nie wieder dem Herzoge Karl zu dienen. Auch wurden alle Compagnien der Bürgergarde, bei 3000 Mann ſtark, verſammelt und ihnen ein Revers mitgetheilt, welcher die Erklärung enthielt, daß man nie und unter keiner Bedingung den Herzog Karl wieder als Landesherrn anerkennen werde, dagegen feſt entſchloſſen ſey, dem Herzoge Wilhelm, als rechtmäßigem Landesherrn, jeder Zeit den ſchuldigen Gehorſam zu leiſten. Alles beeilte ſich, dieſen Revers zu unterzeichnen, und der Commandeur der Braunſchweiger Bürgergarde, Ludwig Löbbecke, richtete an die inzwiſchen auch in den kleineren Städten des Herzogthums gebildeten Bürgergarden Schreiben, worin er ſie von dem Vorhaben des Herzogs Karl, die Ruhe des Landes zu ſtören, unterrichtete und ſie deshalb aufforderte, auf ihrer Hut zu ſeyn und zur Vereitelung jenes Planes ſich bereit zu halten. Herzog Wilhelm erklärte wenige Tage darauf (am 26.), daß die Zuſtimmung ſeines Bruders, Herzogs Karl, zu ſeiner Uebernahme der Regierung zwar aufgehört habe, daß er aber, da derſelbe offenkundig außer Stande ſey, die oberſte Regierungsgewalt im Lande auszuüben, um dieſes nicht neuen Stürmen der Geſetzloſigkeit Preis zugeben, als nächſter Agnat und überdies von ſeinem Oheim, dem Könige von Großbritannien und Hannover, dringend aufgefordert, ſeiner höheren Pflichten eingedenk, ſich entſchloſſen habe, die Verwaltung bis dahin, daß das endliche Schickſal des Landes entſchieden ſeyn werde, fortzuführen. Da man Grund zu der Vermuthung hatte, daß Herzog Karl zuerſt den Verſuch machen würde, die armen Bevölkerungen der Harzgegenden aufzuwiegeln, ſo wurde zum Schutze derſelben eine Abtheilung des Leibbataillons entſandt, der zahl-

Digitized by Google

reiche Freiwillige aus der Bürgergarde auf Wagen folgten. Schon am 28. wurde Herr Bender von Bienenthal, der in dem Augenblicke, wo er die Grenze überſchritten, verhaftet worden war, und bei dem man eine Maſſe Proclamationen gefunden hatte, zu Braunſchweig gefänglich eingebracht. Herzog Karl ſelbſt, der einige Tage ſpäter in dem preußiſchen Dorfe Ellrich an der äußerſten Grenze erſchien, ſammelte hier einen Haufen von mehreren Hundert Gebirgsbewohnern, die, durch Geldvertheilungen gewonnen, zum geringſten Theile mit Flinten, meiſt nur mit Stöcken oder Heugabeln bewaffnet, unter ſeiner Anführung gegen die Grenze vorrückten. Hier ſtieß er auf ein ſchwaches Commando des Leibbataillons, mit deſſen Führer, einem Secondelieutenant, er eine Unterredung hatte, die ihn von der Vergeblichkeit ſeiner Beſtrebungen überzeugte. Er kehrte nach Ellrich zurück, nachdem er den zuſammengelaufenen Haufen ſeiner Begleiter entlaſſen hatte; wurde in der hannoverſchen Stadt Oſterode durch einen Volksauflauf gezwungen, zu Fuße die Flucht zu ergreifen, und entſchloß ſich, nachdem er in Coburg ſich von ſeinem Schrecken und ſeinen Anſtrengungen erholt, zum zweiten Male dem deutſchen Boden den Rücken zu wenden.

Der deutſche Bund, der auf den Antrag des hannoverſchen Bevollmächtigten bereits am 20. November die unter der vormundſchaftlichen Regierung angenommene Verfaſſung als rechtskräftig beſtehend anerkannt hatte, erſuchte durch einen Beſchluß vom 2. December den Herzog Wilhelm, die Regierung „bis auf Weiteres“ zu führen, und gab den Agnaten anheim, jene bleibende Anordnung für die Zukunft zu treffen, welche die Ruhe und geſetzliche Ordnung in dem Herzogthume Braunſchweig erheiſche. Nachdem Herzog Wilhelm ſich hierauf nochmals an ſeinen zu Paris verweilenden Bruder gewandt, um denſelben zu freiwilliger Verzichtleiſtung zu vermögen, und nachdem dieſer jede Zumuthung ſolcher Art auf das Beſtimmteſte abgelehnt hatte, kam Herzog Wilhelm mit König Wilhelm IV. von England, als dem Haupte der zweiten Linie des Hauſes Brannſchweig-Lüneburg, überein, daß die völlige Regierungsunfähigkeit des Herzogs Karl als eine notoriſche Thatſache auszuſprechen, die Regierung im Herzoge Braunſchweig daher als erledigt anzuſehen und die Nachfolge dem nach den Hausgeſetzen zu derſelben berufenen nächſten Agnaten zu eröffnen ſey. Indem Herzog Wilhelm dieſe Entſcheidung durch eine Bekanntmachung vom 20. April 1831 zur öffentlichen Kenntniß brachte, übernahm er zugleich die bisher nur als Vertreter ſeines Bruders geführte Regierung aus eigenem Rechte und ließ ſich dem Herkommen gemäß als

Digitized by Google

rechtmäßiger Regent und Landesherr die Huldigung leiſten. Inzwiſchen hatten ſich von verſchiedenen Seiten öffentliche Stimmen über die Unzulänglichkeit der kaum wiederhergeſtellten Verfaſſung erhoben, das Bedürfniß einer zeitgemäßen Umgeſtaltung derſelben wurde allgemein anerkannt, von einer zu dieſem Zwecke niedergeſetzten Commiſſion wurde daher der Entwurf zu einer neuen, auf dem Grundſatze einer gleichmäßigen Vertretung aller Stände beruhenden Verfaſſung ausgearbeitet, der, nachdem er von den zum 30. September einberufenen alten Ständen im Allgemeinen genehmigt, von einer ſtändiſchen Commiſſion im Einzelnen geprüft, mit den Veränderungen, die er durch dieſe erfahren hatte, der am 27. Auguſt 1832 eröffneten, bereits nach den Beſtimmungen der neuen Verfaſſungsurkunde erwählten Ständeverſammlung zu nochmaliger Berathung vorgelegt und, nachdem er von derſelben angenommen war, am 12. October 1832 unter dem Namen einer neuen Landſchaftsordnung als Grundgeſetz des Landes öffentlich verkündet wurde.

Das Beiſpiel einer erfolgreichen Volkserhebung in dem benachbarten Braunſchweig mußte in dem mit dieſem durch vielfache Beziehungen auf das Engſte verbundenen Königreiche Hannover, das über ganz andere Gebrechen der Verfaſſung und Verwaltung zu klagen hatte, nothwendig eine gewaltig aufregende Wirkung hervorbringen. Hannover, obwohl dem Namen nach unter der Leitung des als Statthalter im Lande reſidirenden Herzogs von Cambridge, eines wohlwollenden, jiedoch durch Kraft des Willens ſo wenig, als durch andere vorragende geiſtige Eigenſchaften ausgezeichneten Prinzen, wurde doch in der That von der ſogenannten hannoverſchen Canzlei in London, deren Seele der bekannte Graf Münſter war, regiert. Im Lande hatte ſeit der Abſtellung der Fremdherrſchaft der Adel die einträglichſten und wichtigſten Aemter und damit thatſächlich alle Gewalt in Händen. Bei einem ſtrengen Sinne für Rechtlichkeit war die Verwaltung von dem engherzigſten Geiſte geleitet, für den es bezeichnend iſt, daß in der Rede, mit der König Wilhelm IV. bei ſeiner nach dem Ableben Georgs des IV. erfolgten Thronbeſteigung das brittiſche Parlement eröffnete, die Erklärung, daß er nur über freie Völker regieren wolle, durch eine leichte Verbeſſerung der hannoverſchen Cenſur in die nichtsſagende Aeußerung verwandelt wurde, daß er nur über treue Völker regieren wolle. Niemand wagte es, über den Druck, der auf allen Ständen, außer dem einzigen bevorrechteten, laſtete, Beſchwerde zu führen, weil man wußte, daß doch keine Abhülfe zu hoffen war. Zwar hatten ſchon zu An-

Digitized by Google

fange Septembers zu Lüneburg, Uelzen und an einigen anderen Orten unruhige Bewegungen Statt gefunden, die aber mit leichter Mühe im Keime unterdrückt wurden, weil nur Wenige aus den unterſten Volksclaſſen an denſelben Theil nahmen. Erſt durch die Kunde von dem Aufſtande der Braunſchweiger wurde auch der Mittelſtand zum Nachdenken über ſeine Lage aufgefordert. Während die Ruhigeren und Beſonneneren nach deutſcher Art für ſich überlegten, auf welche Weiſe eine Abſtellung der unleugbaren, das Land drückenden Mißbräuche zu erlangen ſey, waren einzelne leichter Aufbrauſende bald zu raſcher That entſchloſſen. Zu Oſterode, wo die Gemüther in den erſten Tagen des Decembers 1830 durch die Anweſenheit des vertriebenen Herzogs Karl von Braunſchweig in beſondere Aufregung verſetzt waren, kam es zuerſt zum Ausbruche. In der Neujahrsnacht, bei fröhlichem Gelage, wurde der in der Stille vorbereitete Plan kund gegeben, den Magiſtrat durch einen von freiſinnigen Männern gebildeten Gemeinderath zu erſetzen und unter dem Vorwande, daß man für die Erhaltung der öffentlichen Ordnung ſorgen müſſe, eine Bürgergarde zu errichten, die dem Gemeinderathe als bewaffnete Macht dienen ſollte. Alle Städte Hannovers, hieß es, würden ſich zu derſelben Zeit auf gleiche Weiſe erheben und mit den Waffen in der Hand von der Regierung eine freie Verfaſſung und Aufhebung aller ſo lange ertragenen ungerechten Bedrückungen fordern. Nachdem ſo Gefährliches und Strafbares laut geworden war, konnten die voreiligen Sprecher nicht zurücktreten. Um einer Unterſuchung durch die Behörden zuvorzukommen, wurde in der That eine Bürgergarde errichtet und ein Gemeinderath gebildet, der eine Bittſchrift an die Regierung richtete, worin die Abſtellung einer ganzen Reihe von Beſchwerden verlangt war. Statt aller Antwort erging von Hannover der Befehl, die widerſpenſtige Stadt mit Militair zu beſetzen. Während dieſes in Oſterode einrückte, die Bürgergarde entwaffnete und die vornehmſten Unruheſtifter gefangen nahm, erfolgte in der Univerſitätsſtadt Göttingen ein ähnlicher Ausbruch. Die Veranlaſſung gab die Nachricht, daß die ſchwache Beſatzung vermehrt werden ſollte, um den auch hier befürchteten Unruhen zuvorzukommen. Am 8. Januar, dem Tage, an dem die angekündigten Truppen einrücken ſollten, zog eine Anzahl bewaffneter Bürger und Studirender, die Advocaten Eggeling und Seidenſticker und die Privatdocenten von Rauſchenplatt und Ahrens an der Spitze, auf den Markt und forderte zu der Errichtung einer Nationalgarde auf, welche den drohenden Unruhen ſteuern, zugleich aber ſich an den König mit der

unterthänigſten Bitte wenden würde, daß er eine demnächſt zu berufende, aus frei gewählten Volksvertretern zuſammengeſetzte Ständeverſammlung über das wahre Beſte ſeines getreuen Volkes berathen laſſen und dem Lande eine freie Verfaſſung gewähren möge. In wenigen Stunden ſtanden 2000 Bürger und 500 Studirende unter den Waffen. Die am Nachmittage ankommenden Truppen fanden die Thore geſchloſſen und mußten, da ſie keinen Einlaß erhielten, wieder abziehen. Am folgenden Tage wurde ein aus zwölf Perſonen beſtehender Gemeinderath gewählt, der ſich unter dieſem an die franzöſiſche Schreckenszeit erinnernden Namen alle Befugniſſe einer revolutionairen Regierung anmaßte. Die Farben des Fürſtenthums Calenberg: Lila, Grün und Roth, wurden aufgeſteckt und alle Anſtalten getroffen, die Stadt in Vertheidigungszuſtand zu ſetzen. Eine von dem glühendſten Haſſe eingegebene Druckſchrift: „Anklage des Miniſteriums Münſter vor der öffentlichen Meinung“ wurde in vielen Hundert Exemplaren vertheilt und auch auf dem Lande in weitem Umkreiſe verbreitet. Aus dem Sollinger Walde erboten ſich die kräftigen Bergbewohner, der Stadt in Maſſe zu Hülfe zu ziehen, was aber den verſorglichen Hausvätern Göttingens doch zu bedenklich und beſonders wohl zu koſtſpielig ſchien. Statt der Annahme einer ſolchen Unterſtützung wurde eine Abordnung an den Herzog von Cambridge nach Hannover geſchickt, welche den Statthalter bat, perſönlich nach Göttingen zu kommen, um ſich von der Treue der Bürger gegen ihr angeſtammtes Fürſtenhaus zu überzeugen, inzwiſchen aber den Gemeinderath und die Bürgergarde fortbeſtehen zu laſſen, die, wie ein Theil der Abordnung erklärte, jeden gewaltſamen Angriff abwehren würde. Da ein ſolches Zugeſtändniß offenbar die Umwälzung in dem ganzen Lande allgemein gemacht hätte, ſo ergriff die Regierung zu Hannover die kräftigſten Maßregeln zur Unterdrückung des Aufruhrs. Am 15. Januar ſtanden acht Schwadronen Reiterei und acht Bataillone Fußvolk mit zwei Batterien unter dem Befehle des Generalmajors von dem Buſche vor den Thoren von Göttingen. Nur Wenige der Ueberſpannteſten dachten jetzt noch an Vertheidigung. Der größere Theil der Studirenden hatte die Sache von Anfang mehr als einen „burſchikoſen Spaß“ mitgemacht; die Bürger erinnerten ſich ihrer Weiber und Kinder, und der Gemeinderath mußte eine Abordnung an den Befehlshaber der Truppen hinausſchicken, welche zu capituliren verlangte, aber nur eine Friſt bis zum andern Morgen erhielt, um ſich ohne Bedingung zu unterwerfen. In der Nacht entflohen die Hauptanſtifter des Aufſtandes; die geſetzlichen

Digitized by Google

Behörden traten wieder in ihre Rechte ein, und des Morgens um eilf Uhr hielten die Truppen ihren Einzug.

So wenig ernſthaft der Göttinger Aufſtand auch war und ſo ſchnell er unterdrückt wurde, ſo tief griff die Bewegung ein, die ſich durch denſelben dem ganzen Lande mittheilte. Am 15., als man noch erwartete, daß Göttingen ſich auf das Aeußerſte vertheidigen werde, wurde zu Münden eine Bürgerverſammlung gehalten, welche den Beſchluß faßte, eine Abordnung in das Hauptquartier des Generals von dem Buſche zu entſenden, die dieſen beſtimmen ſollte, bis auf weiteren Befehl keine Gewalt anzuwenden, und die darauf nach Hannover gegangen wäre, um ſich bei dem Herzoge von Cambridge für Göttingen zu verwenden, zugleich aber die zunächſt gelegenen Städte Nordheim, Eimbeck, Hameln und Hildesheim aufgefordert hätte, ihre Bemühungen gleichfalls durch die Abſendung von Abordnungen zu unterſtützen. Der Zweck dieſes Schrittes wurde durch die ſchnelle Uebergabe von Göttingen vereitelt; aber unmittelbar darauf richtete die Stadt Münden eine von der ganzen Bürgerſchaft unterzeichnete Bittſchrift an den König, welche um eine Verbeſſerung der Landesverfaſſung und Einführung einer wahren Volksvertretung bat und alle die Beſchwerden aufzählte, deren Abhülfe Noth thue. Dieſes Beiſpiel wurde beinahe in allen einigermaßen bedeutenden Städten des Landes nachgeahmt. Zwar erließ die hannoverſche Regierung (am 9. Februar) ein ſtrenges Verbot gegen die Vereine, die an verſchiedenen Orten zuſammengetreten waren, um die Abfaſſung und Unterzeichnung von Beſchwerdeſchriften zu fördern; dadurch wurde aber die bereits allgemein gewordene Bewegung nicht gehemmt. König Wilhelm IV., über die wahre Lage des Landes aufgeklärt, welches er bisher als das glücklichſte und zufriedenſte betrachtet hatte, ertheilte (am 12. Februar) dem nicht ohne eigenes Verſchulden allgemein verhaßten Grafen Münſter ſeine Entlaſſung, ernannte (am 22. d. M.) den Herzog von Cambridge zum Vicekönig des Landes mit beinahe unumſchränkter Vollmacht und machte dadurch der von London ausgehenden Cabinetsregierung ein Ende, welche die vornehmſte Urſache aller ſeit ſechszehn Jahren im Lande herrſchenden Mißbräuche und Uebelſtände war. Die Thronrede, mit der am 7. März die Ständeverſammlung eröffnet wurde, entſprach den Erwartungen, mit denen man derſelben entgegengeſehen, nur zum geringſten Theile. Der großen Verbeſſerungen, welche das Land in unzähligen Bittſchriften verlangte, geſchah nur in allgemeinen Ausdrücken Erwähnung; und es blieb den beiden Kammern der Ständeverſammlung über-

Digitized by Google

laſſen, beſtimmtere Anträge zu ſtellen. Nach weitläufigen Verhandlungen, bei denen die Herrenkammer ihr Widerſtreben gegen alle Neuerungen unzweideutig genug an den Tag legte, kamen dieſe überein, eine größere Oeffentlichkeit für ihre eigenen Sitzungen, die Vereinigung der bisher getrennten landſchaftlichen und herrſchaftlichen Caſſen, von denen nur die erſte der Beaufſichtigung der Stände unterlag, und endlich die Vorlegung eines neuen, den Bedürfniſſen des Landes entſprechenden Verfaſſungsentwurfes zu beantragen. Am 15. November wurden einer aus ſieben höheren Beamten, unter denen die geheimen Cabinetsräthe Roſe und Falk und der berühmte Geſchichtsforſcher Profeſſor Dahlmann die bedeutendſten waren, aus ſieben Mitgliedern der erſten und ſieben Mitgliedern der zweiten Kammer gebildeten Commiſſion die Grundzüge eines neuen Staatsgrundgeſetzes zu gemeinſchaftlicher Berathung vorgelegt. Die Arbeiten der Commiſſion verlängerten ſich bis in den Januar des Jahres 1832. Da inzwiſchen aber die Vollmachten der im Jahre 1826 einberufenen Mitglieder der Ständeverſammlung abgelaufen waren, ſo mußten neue Wahlen ausgeſchrieben werden, zu denen jetzt zum erſten Male auch der bisher noch gar nicht vertretene Bauernſtand und in den Städten außer den Magiſtraten auch die Bürgerſchaft hinzugezogen wurde. Die neue Ständeverſammlung, die am 30. Mai eröffnet wurde, nahm nach langen Erörterungen, bei denen beſonders durch die Mißhelligkeiten zwiſchen den beiden entgegengeſetzte Intereſſen vertretenden Kammern unendliche Schwierigkeiten zu überwinden waren, am 13. März 1833 den vielfach verbeſſerten Entwurf des Staatsgrundgeſetzes an, der, ſogleich nach London geſchickt, erſt im October mit der vom 26. September datirten Beſtätigung König Wilhelms IV. zurückkam und durch die Geſetzſammlung vom 9. October als rechtsverbindlich bekannt gemacht wurde, obwohl darin ohne Beirath und Zuſtimmung der Stände mehrere Abänderungen getroffen waren, welche nach einer gleichzeitig bekannt gemachten Erklärung des Königs die Sicherſtellung landesherrlicher Rechte und das Beſte der Unterthanen bezweckten: ein unſeliger Mißgriff, der zwar durch die nachträglich erfolgte unverlangte Zuſtimmung der Stände wieder gut gemacht wurde, jedoch deſſen ungeachtet die nachtheiligſten Folgen herbeiführen ſollte.

Nicht in allen deutſchen Staaten gab ſich die Aufregung, von der die ganze Nation ergriffen war, durch gleich gewaltthätige Ausbrüche kund, weil nicht überall eine gleiche Maſſe von leicht entzündbaren Brennſtoffen gehäuft war; aber ſelbſt an Orten, in denen ſich bisher kaum eine Regung der Theilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten

Digitized by Google

gezeigt hatte, blieb es nicht ohne unruhige Auftritte. In Altenburg erfolgte (am 11. September 1830) ein Auflauf, bei dem das Haus eines hohen Beamten zerſtört wurde, und die Ruhe wurde nicht eher wieder hergeſtellt, als bis der hochbetagte Herzog in der Mitte ſeiner Bürger erſchienen war und die Abſtellung mannigfaltiger Gebrechen zugeſagt hatte. Dennoch kam es bald darauf unter den Bauern im Amte Kahla zu einem Aufruhr, zu deſſen Unterdrückung Militair aus dem benachbarten Herzogthume Sachſen-Weimar herbeigezogen werden mußte. Im Weimariſchen ſelbſt fanden an verſchiedenen Orten Unordnungen Statt, die namentlich in der Univerſitätsſtadt Jena eine ernſtere Wendung zu nehmen drohten, jedoch ohne die Anwendung gewaltſamer Maßregeln beigelegt wurden. In der den beiden Zweigen der jüngeren Linie Reuß gemeinſchaftlichen Stadt Gera wurden bei wiederholten Gelegenheiten (am 16. September 1830 und am 22. und 23. März 1831) arge Ausſchweifungen verübt, die nicht eher ein Ende nahmen, als bis die geſammte 500 Mann zählende fürſtliche Kriegsmacht zur Herſtellung der Ordnung einrückte. In der Hauptſtadt des Großherzogthums Mecklenburg-Schwerin verſuchte der Pöbel (am 19. September) das Münzgebäude zu ſtürmen, um die darin liegenden Geldvorräthe zu plündern; das Militair mußte feuern und die Bürgerſchaft zu ſeiner Unterſtützung bewaffnet werden, worauf der Großherzog, um dieſer ſeinen Dank zu bezeugen, die läſtige Abgabe des Thorſperrgeldes aufhob. In der einſt, zu den Zeiten der Hanſe, berühmten Stadt Wismar erhob ſich die Bürgerſchaft gegen den Magiſtrat, der aus wenigen bevorrechteten Familien ſich ſelbſt ergänzte, und erlangte, nachdem eine großherzogliche Commiſſion ihre Beſchwerden unterſucht hatte, eine neue, den alten Mißbräuchen ſteuernde Städtverfaſſung. Im Großherzogthume Oldenburg, in Sachſen-Coburg und Sachſen-Meiningen, Schwarzburg-Sondershauſen, Hohenzollern-Hechingen und Sigmaringen fanden die Fürſten ſich veranlaßt, den auch bei ihnen befürchteten Volksbewegungen durch freundliche Zuſicherungen und freiwillige Verbeſſerungen zuvorzukommen.

In den conſtitutionellen Staaten des ſüdlichen Deutſchlands blieb die Ruhe im Ganzen ungeſtört, weil die Gährung, die auch hier in allen Gemüthern lag, in den freigewählten ſtändiſchen Verſammlungen einen geſetzmäßigen Ausweg fand. Nur im Großherzogthume Heſſen kam unter den Bauern der ſtandesherrlichen Bezirke der Landſchaft Oberheſſen gegen das Ende des Septembers 1830 ein Aufruhr zum Ausbruche, der, wenn derſelbe nicht bloß aus örtlichen Urſachen her-

Digitized by Google

vorgegangen und völlig planlos geblieben wäre, die furchtbarſte Erſchütterung hätte hervorrufen können. Den Anfang machten zuſammengerottete Haufen kurheſſiſchen Landvolks, die, nachdem ſie die Mauthämter im Hanauiſchen zerſtört hatten, nach dem großherzoglichen Gebiete herüberkamen, um hier das begonnene Werk fortzuſetzen. Zu Heldenbergen, auf der Straße von Hanau nach Friedberg, wurde ein ſolcher Haufe von den Einwohnern zurückgeſchlagen; beſſer glückte es einem andern zu Steinheim, wo alle Zollgebäude zerſtört wurden; allgemeinen Zulauf fanden die Meuterer aber erſt, als ſie in das Gebiet der ehemals reichsunmittelbaren Fürſten und Grafen von Iſenburg eindrangen. Hier erhob ſich Alles, um an den ſtandesherrlichen Beamten, die das arme Landvolk unter dem willkürlichſten Drucke hielten, Rache zu nehmen. „Freiheit und Gleichheit!“ war der Ruf des Haufens, der, Trommler vorauf, von einem Dorfe zum andern zog, die männlichen Einwohner, mitnahm und auf dieſe Weiſe zu mehreren Tauſenden angeſchwellt, ſich gegen die kleine Stadt Büdingen, den Sitz des Fürſten von Iſenburg, wälzte, welche die ſchwache Beſatzung nicht zu halten vermochte, und wo der tobende Schwarm die Wohnung des fürſtlichen Einnehmers verheerte und alle öffentliche Actenſtücke verbrannte. Von Büdingen ging es nach Mehrholz und Wachtersdorf, wo die Schlöſſer der Grafen von Iſenburg verheert wurden, nach Nidda, Ortenberg, Bingenheim, Schotten; überall wurden die Behauſungen der Beamten verwüſtet und geplündert und die Steuerregiſter, wie alle öffentliche Papiere, vernichtet. Das Volk, in dem Bewußtſeyn, daß es beſonders der pedantiſche Druck des Papierregimentes war, durch den es am härteſten litt, hatte einen ſo blinden Haß gegen den ſeiner Meinung nach verderblichen Stoff, daß man ſogar damit umging, eine in der Nähe liegende Papiermühle zu überfallen, um die dort aufgehäuften Vorräthe zu zerſtören. Die Nachricht von dieſen Unruhen erregte in Darmſtadt nicht geringen Schreck; am 30. September wurde für alle Orte, wo ſich die Aufrührer zeigten, das Kriegsgeſetz verkündet; alles irgend verfügbare Militair wurde nach Oberheſſen geſchickt, um den Aufſtand zu dämpfen; und da man in Bezug auf den Erfolg dieſes Feldzuges nicht ohne Beſorgniß war, wandte ſich die großherzogliche Regierung an Baden und Würtemberg, um nöthigenfalls bundesmäßige Hülfe zu erhalten. Der Tumult ging indeſſen eben ſo ſchnell vorüber, wie er gekommen war. Da der große Haufe der Aufrührer keine Führer hatte und überdies weder auf Ordnung geachtet, noch für die nothwendigſten Lebensbedürfniſſe geſorgt wurde,

Digitized by Google

ſo löſ'te derſelbe ſich bald von ſelbſt auf; die anſäſſigen Leute und ihre Knechte kehrten nach Hauſe zurück, und nur das loſeſte Geſindel trieb ſich noch in kleinen Schaaren umher, fand jetzt aber bei mehreren Gemeinden, gegen die es ſich wandte, kräftigen Widerſtand. Ein ſolcher Schwarm, der die Dörfer Södel und Wölfersheim in der Wetterau überfallen hatte, wurde von den Einwohnern wieder hinaus geworfen, die bei dieſer Gelegenheit ein Dutzend der Aufrührer gefangen nahmen. Der Ortsvorſtand von Södel berichtete den Vorfall nach der nahe gelegenen Stadt Friedberg, die eine Beſatzung hatte, und erbat ſich militairiſche Hülfe, da aller Wahrſcheinlichkeit nach ein neuer Angriff zu befürchten ſey. Dieſem Begehren wurde am folgenden Tage, dem 1. Octbr., gewillfahrt; die zum Schutze der beiden Ortſchaften entſandte Reiterabtheilung fiel aber, da ſie keine Feinde vorfand, mit viehiſcher Roheit über die friedlichen Einwohner her. In Södel wurde auf die Leute eingehauen, die den einziehenden Reitern freudig entgegenkamen; Männer und Weiber wurden durch Säbelhiebe oder Piſtolenſchüſſe verwundet; ein Förſter, der Tages vorher zuerſt das Zeichen zum Widerſtande gegen die Meuterer gegeben, wurde ergriffen, vor das Dorf geſchleppt und durch Säbelhiebe und Stiche ſo furchtbar zugerichtet, daß er zwei Tage darauf ſeinen Geiſt aufgab. Zu Wölfersheim wurde beinahe eben ſo arg gehauſ't. Fünf Wölfersheimer wurden verwundet; einer, der bereits ſchwer verletzt am Boden lag, wurde von ſeinem Verfolger in dieſem Zuſtande durch einen Piſtolenſchuß getödtet. Eine Unterſuchung, die zwei Monate darauf wegen dieſer Vorgänge veranſtaltet wurde, ergab die völlige Unſchuld der ſo unmenſchlich Gemißhandelten. Das ganze übrige Großherzogthum wurde durch die Bewegung, die einen Theil von Oberheſſen ergriffen hatte, nicht berührt.

In Baiern hatte ein an und für ſich ſehr unbedeutender Vorgang durch die Einwirkung, die er auf das Gemüth des Königs ausübte, die nachtheiligſten Folgen. Ein paar Studirende der Univerſität zu München, die in der Chriſtnacht 1830 ſingend die Straßen durchzogen, hatten in jugendlichem Uebermuthe an zwei Gensdarmen, die ihnen dieſe Ruheſtörung verwieſen, Hand angelegt; andere Studirende, die deſſelben Weges gingen, wurden darauf verhaftet, jedoch von der Thorwache, nach der ſie gebracht wurden, wieder freigegeben, weil ihre Freunde und Genoſſen ſich in Maſſe vor dem Poſten ſammelten und Gewalt zu brauchen drohten. Des andern Tages wurde der Beſatzung der Befehl gegeben, zu der Stunde, wo die öffentlichen Orte geſchloſſen wurden, die Straßen zu räumen, damit es nicht wieder zu nächtlichem

Unfuge käme. Mehrere Perſonen, die ſich der Weiſung, nach Hauſe zu gehen, nicht ſogleich fügten, wurden verwundet, andere verhaftet. Darüber entſtand eine allgemeine Aufregung. Vor der Hauptwache, auf der mehrere Bürger gemißhandelt ſeyn ſollten, liefen Tauſende von Menſchen zuſammen, die aber durch die ausgeſandten Patrouillen zerſtreut wurden, ohne Widerſtand zu leiſten. Dem Könige wurde dieſer Vorfall, welcher nur die Folge der unzweckmäßigen Ausführung einer polizeilichen Maßregel war, als ein Verſuch der über ganz Deutſchland verbreiteten revolutionairen Verbindungen dargeſtellt, auch in Baiern eine gewaltſame Umwälzung hervorzurufen. In der That war dieſe Anſicht in den höheren Kreiſen der Geſellſchaft ſo allgemein, daß ſogar der berühmte Schelling ſich aufgefordert fühlte, eine Rede zu halten, in der er die Studirenden warnte, ſich zur Theilnahme an ſtaatsgefährlichen Wühlungen verleiten zu laſſen. König Ludwig, obwohl ein kluger, jeder Unterdrückung abgeneigter Fürſt, war doch ſchon durch die Julirevolution tief erſchüttert und darauf durch die beinahe mit jedem Tage einlaufenden Nachrichten von neuen Ausbrüchen der Volksleidenſchaften im Innerſten verdüſtert worden. Es ſchien in dieſer Stimmung ihm nicht unglaublich, daß er ſelbſt, von einem Theile ſeiner Unterthanen verkannt, auf unterhöhltem Boden ſtehe, und er beſchloß, dem revolutionairen Beginnen, wo und unter welcher Geſtalt daſſelbe in Baiern ſich zeigen möge, mit Ernſt entgegenzutreten. Der erſte Schritt, welcher in dieſem Sinne geſchah, war gegen die Preſſe gerichtet. Die Cenſur war in Baiern bisher, ungeachtet der bekannten Karlsbader Beſchlüſſe, thatſächlich auf die politiſchen Zeitungen beſchränkt; alle übrige periodiſche Blätter waren gleich den nicht periodiſch erſcheinenden Schriften von jeder Beaufſichtigung vor der Ausgabe befreit geweſen. Eine Verordnung vom 28. Januar 1831, die der Handhabung der Preßpolizei in allen andern deutſchen Staaten gegenüber immer noch ſehr gemäßigt war, dehnte die Cenſur auch auf jene Zeitſchriften aus, die, ohne eigentliche Zeitungen zu ſeyn, ſich mit innerer oder äußerer Politik beſchäftigten; und obwohl den Cenſoren die gemeſſenſte Vorſchrift ertheilt war, das freie Urtheil auf keine Weiſe zu beſchränken, ſofern dadurch nicht irgend ein beſtimmtes Strafgeſetz übertreten war, ſo konnte es nicht fehlen, daß unter den Herausgebern bisher cenſurfreier Zeitblätter ſich eine große Unzufriedenheit äußerte, die, als allmälig wirkliche, durch die geſetzlichen Vorſchriften kaum gerechtfertigte Beſchränkungen eintraten, auf den ganzen Kreis ihrer Leſer überging. Eben ſo großes Mißvergnügen erregte die Zu-

Digitized by Google

rückweiſung der Vorſtellungen, welche die Bürger von Würzburg, Bamberg und Nürnberg an den König richteten, weil den von ihnen gewählten freiſinnigen Abgeordneten von Hornthal, Behr und Beſtelmeyer, als königlichen Beamten, die Erlaubniß zum Eintritte in die zweite Kammer verſagt worden war. Bei der feierlichen Eröffnung der Ständeverſammlung, die am 1. März erfolgte, ſprach König Ludwig ſchöne Worte. „Was in manchem andern Lande nur Wunſch iſt," erklärte er, „beſitzt Baiern bereits in ſeiner Verfaſſung. Das kann ich ſagen: gewiſſenhafter, als ich, hält Niemand die Verfaſſung; ich möchte nicht unumſchränkter Herrſcher ſeyn. Nicht nur die Verfaſſung ſelbſt zu beobachten, auch ſie beobachten zu laſſen, habe ich geſchworen; darin werde ich unerſchütterlich ſeyn, und unerſchütterlich ſeyn wird der Baiern Treue." Die Aufregung, welche mit Ausnahme des um politiſche Dinge durchaus unbekümmerten altbaieriſchen Hochlandes in Baiern, wie in dem ganzen übrigen Deutſchland herrſchte, hatte inzwiſchen auf die Zuſammenſetzung der Wahlkammer einen Einfluß geübt, der ſich ſchon in den erſten Sitzungen äußerte. Die bitterſten Klagen wurden über Maßregeln der Regierung laut, die in gewöhnlichen Zeiten kaum einen Widerſpruch erfahren hätten; man wollte wiſſen, daß eine geheime Polizei beſtehe, deren Späher an allen öffentlichen Orten lauerten; daß eine geheime, aus Jeſuiten und Jeſuitenfreunden zuſammengeſetzte Verbindung, die Congregation, die verderblichſte auf die Unterdrückung der politiſchen wie der religiöſen Freiheit abziehlende Thätigkeit entwickle; der Miniſter des Innern, Herr von Schenk, wurde von allen Seiten mit Vorwürfen überhäuft, denen beſonders die Verordnung vom 28. Januar über die Preßpolizei zur Veranlaſſung diente. Ein Antrag, dieſe Verordnung für verfaſſungswidrig zu erklären, führte zu den leidenſchaftlichſten Ausbrüchen eines maßloſen Haſſes. Der Abgeordnete Schwindel verlangte, daß Herr von Schenk in Anklagezuſtand verſetzt werden ſollte; ein anderer Abgeordneter, der dieſe Forderung unterſtützte, der Freiher von Cloſen, behauptete, daß das Volk Herrn von Schenk als Baierns Polignac bezeichne und rief dem Miniſter zu: „Ich kann mir denken, daß ein Miniſter, der ſich bewußt wäre, den Staat in großen Nachtheil gebracht zu haben und deshalb von der ganzen Nation als Gegenſtand des Abſcheues behandelt zu werden, am Miniſtertiſche ein peinlicheres Gefühl habe, als der Unglückliche am Schandpfahle." Umſonſt wies der Miniſter des Innern die Grundloſigkeit aller gegen ihn erhobenen Anklagen nach; umſonſt vertheidigten mehrere der Regierung anhängende Abgeordnete die angegriffene

Digitized by Google

Verordnung mit Gründen, deren Gewicht kein Beſonnener abzuleugnen vermochte, wenn auch die Thatſache, daß ſie im Widerſpruche gegen Sinn und Wortlaut der Verfaſſung ſtand, dem in Baiern herkömmlichen Sprachgebrauche nach, unzweifelhaft blieb; die Kammer verwarf am 16. Mai zwar den Antrag auf Anklage des verantwortlichen Miniſters mit einer Mehrheit von 23 Stimmen (73 gegen 50), ſprach aber mit einer Mehrheit von 67 Stimmen (96 gegen 29) aus, daß durch die Preßverordnung die Verfaſſung verletzt, und daher der König um ſchleunige Aufhebung derſelben zu bitten ſey. Wenige Tage darauf nahm Herr von Schenk ſeine Entlaſſung. Der zu ſeinem Nachfolger ernannte Staatsrath von Stürmer legte bereits am 3. Juni ein neues Preßgeſetz vor, welches, das freiſinnigſte bis dahin jemals von einer deutſchen Regierung ausgegangene, die Cenſur auf die Beſprechungen auswärtiger Verhältniſſe beſchränkte, für die ſie jedoch auch nur zeitweiſe und als Ausnahme fortbeſtehen ſollte, und die Beurtheilung der durch die Preſſe verübten Vergehen Geſchwornengerichten zuwies, die zu dieſem Zwecke beſonders zu bilden wären. Niemand, der in der ſtürmiſch erregten Zeit nicht alle Beſonnenheit verloren hatte, konnte verkennen, daß das neue Preßgeſetz Alles gewährte, was nach der Verfaſſungsurkunde billiger Weiſe zu verlangen und der Geſetzgebung des deutſchen Bundes gegenüber möglicher Weiſe zu erreichen war. Aber die Mitglieder der baieriſchen Abgeordnetenkammer verkannten ihre Stellung ſo ſehr, daß ſie die Macht zu haben glaubten, auch außerhalb ihres Verſammlungsſaales Alles durchzuſetzen, was ſie in demſelben mit Stimmenmehrheit beſchloſſen. Niemand wagte, die Cenſur zu vertheidigen, nachdem ſogar Herr von Schenk in ſeiner Rechtfertigungsrede zugegeben hatte, daß die Cenſur ein Uebel ſey, und daß er nur um äußerer Rückſichten willen ihre Beibehaltung für nöthig halte. Die Kammer beſchloß daher zuerſt (mit 103 Stimmen gegen 6), daß die Cenſur 6 Monate nach Verkündung des Preßgeſetzes gänzlich aufgehoben werden ſollte; darauf, als die Kammer der Reichsräthe dieſem Beſchluſſe ihren Beitritt verweigerte und dagegen den gemäßigten Antrag ſtellte, die Regierung möge erſucht werden, die Hinderniſſe zu beſeitigen, die einer völligen Befreiung der Preſſe entgegenſtänden: daß das neue Preßgeſetz nicht eher verkündet werden ſolle, als bis die Cenſur aufgehoben ſey. Umſonſt erinnerte der vorläufige Miniſter des Innern, Herr von Stürmer, daß man durch ein ſolches Verfahren einen ungleich ſchlimmeren Zuſtand verlängere, als er unter dem neuen Preßgeſetze möglich ſey. Man wollte das Gute nicht,

wenn man das Beſte nicht haben konnte. Manche nützliche Verbeſſerungen wurden beantragt, bei denen man freilich in der Kammer der Reichsräthe beinahe immer auf den hartnäckigſten Widerſtand ſtieß. Die Regierung kam jedoch den Wünſchen der Wahlkammer mit Bereitwilligkeit entgegen. Ein von der Wahlkammer angenommener Antrag auf die Erlaſſung eines Geſetzes zur Sicherſtellung der perſönlichen Freiheit gegen die Uebergriffe der Polizei und der Militairgewalt, war von den Reichsräthen für überflüſſig erklärt worden; die Regierung kündigte an, daß dennoch ein Geſetzentwurf, wie er gewünſcht ſey, ausgearbeitet werden ſollte. Ebenſo verſprach die Regierung ein Geſetz über die Verantwortlichkeit der Miniſter, und ein anderes, durch welches Oeffentlichkeit und Mündlichkeit in dem Gerichtsverfahren eingeführt werden würde, vorzulegen. Bei einiger Umſicht hätte die Kammer erkennen müſſen, daß der einzige Weg, auf dem ſie ſich dem gehofften Ziele nähern könne, jener der Verſtändigung mit der Regierung war; aber mit einer Verblendung, die den Feinden der Freiheit zu wünſchen wäre, verſchmähte ſie jede friedliche Uebereinkunft; und gleichſam um die Macht gegen ſich herauszufordern, griff ſie den König perſönlich in ſeinen liebſten Neigungen an. Die Voranſchläge für den Staatshaushalt waren mit einer Sparſamkeit berechnet, die wenig Veranlaſſung zu Ausſtellungen bot. Nur für einige Prachtbauten waren Summen angeſetzt, die ſich allerdings nicht durch die unbedingte Nothwendigkeit rechtfertigen ließen. Dieſe wurden geſtrichen; und als man den eifrigſten Wortführern bemerkte, daß es als ein Zeichen der Barbarei gelten würde', wenn man bereits begonnene Kunſtdenkmäler verfallen ließe, entgegnete Herr von Cloſen: die Ruinen würden nicht ein Zeichen der Barbarei, ſondern ein rühmliches Denkmal des ernſten Volkswillens ſeyn. Auch der Militairetat wurde um eine beträchtliche Summe verkürzt, obwohl derſelbe zur Erhaltung der durch die Bundesgeſetze verlangten Militairmacht unentbehrlich war. Die Verfaſſungsurkunde, hieß es, ſey älter als die Matrikel des deutſchen Bundes. Daß durch den Landtag, ungeachtet der vielen ſchönen Reden, die auf demſelben gehalten wurden, bei ſeinem Schluſſe (29. December 1831) nur wenig Gutes bewirkt war, konnte unter ſolchen Umſtänden nicht befremden. Der König, durch die ultraliberale Ueberſpannung, welche die Mehrheit der Abgeordnetenkammer gezeigt, und durch die Rückſichtsloſigkeit, die man gegen ihn ſelbſt beobachtet, auf das Tiefſte verletzt, entließ die Stände mit einem ſehr ungnädigen Abſchiede. Von dieſem Zeitpunkte ging eine Veränderung in ſeinen Anſichten vor, die, wenn ſie auch ſeine

Digitized by Google

urſprüngliche Natur nicht verwiſchen konnte, ihn doch in gar manchen Beziehungen fortan beinahe als das Gegentheil von dem erſcheinen ließ, was er während ſeiner erſten Regierungsjahre geweſen war.

In Würtemberg würde die Ständeverſammlung, wenn ſie in dieſen Tagen der allgemeinen Gährung zuſammengetreten wäre, der Regierung gegenüber ſchwerlich eine viel freundlichere Stellung eingenommen haben, als die baieriſche. Der Landtag, der in den erſten Tagen des Januars 1830 einberufen war, hatte die Steuern jedoch bis zum 1. Juli 1833 bewilligt; und da die Verfaſſung der Regierung nur die Pflicht auflegt, innerhalb eines Zeitraumes von je drei Jahren die Stände zu verſammeln, ſo war kein Grund vorhanden, dies früher zu thun, als die Ordnung des Staatshaushaltes es nothwendig machte.

Im Großherzogthum Baden war bereits vor der franzöſiſchen Julirevolution durch das am (30. März 1830 erfolgte) Ableben des Großherzogs Ludwig, eines um das Wohl ſeiner Unterthanen redlich beſorgten, aber den ungeſchmälerten Beſitz einer unbeſchränkten Regierungsgewalt eiferſüchtig bewachenden Fürſten, eine wichtige Veränderung eingetreten. Sein Nachfolger, Großherzog Leopold, ein ſiebenzehn Jahre jüngerer Halbbruder des Verſtorbenen, bezeichnete den Antritt ſeiner Regierung auf würdige Weiſe, indem er den Behörden jede Einmiſchung in die Landtagswahlen unterſagte, die bei dem Erlöſchen der Vollmachten der für einen Zeitraum von ſechs Jahren gewählten Abgeordneten ausgeſchrieben wurden. Auf dem Landtage, der am 17. März 1831 eröffnet wurde und bis zum 31. Decbr. deſſelben J. dauerte, fanden ſich in der Wahlkammer die freiſinnigſten Männer Badens vereinigt. Der Redner des Volkes war vor Allen der greiſe von Itzſtein, deſſen Worte am meiſten zum Herzen drangen, weil er mit biederer Geradheit immer auf dem kürzeſten Wege zum Ziele ging. Neben ihm erwarben ſich theils durch unerſchütterlichen Freimuth, theils durch rückſichtsloſe Kühnheit einen Namen, der weit über Badens Grenzen drang, von Rotteck, Duttlinger, Welcker; auch Mittelmaier, Beck, Rindeſchwender und manche Andere wurden mit Ehren genannt; und mitten in den großen Ereigniſſen, welche die Zukunft Europas in ihrem Schoße trugen, hing ganz Deutſchland mit athemloſer Spannung an den männlichen, wenn auch nicht immer mit vorbedenkender Klugheit abgemeſſenen Stimmen, die ſich in der badiſchen Wahlkammer erhoben. Die badiſche Wahlkammer leitete in dieſen Tagen die öffentliche Meinung, ſo weit die deutſche Zunge geſprochen wurde; die Geſinnungen, welche in der ba-

Digitized by Google

diſchen Wahlkammer mit feuriger Rede vertreten wurden, beſtimmten die Ueberzeugung, zu der ſich die große Mehrheit der denkenden Männer bei allen deutſchen Stämmen im Herzen bekannte. Zehn Monate waren die badiſchen Stände vereinigt, aber in dieſer langen Zeit wurde von ihnen auch eine ungeheure Maſſe der wichtigſten Arbeiten bewältigt; die weſentlichſten Verbeſſerungen in Geſetzgebung und Verwaltung wurden theils ſogleich durchgeführt, theils für die Zukunft vorbereitet; und das badiſche Volk, welches nach dem kurzen Jubel über die Verleihung ſeiner Verfaſſung in dieſelbe politiſche Gleichgültigkeit verſunken war, wie alle andere deutſche Stämme, ward vor allen zu friſchem und kräftigem politiſchen Leben, zu der regſten nachhaltigen Theilnahme an allen öffentlichen Angelegenheiten erweckt. Wo ſo Großes erreicht wurde, wäre es unwürdig, an kleinen Verſtößen im Einzelnen zu mäkeln. Mochte auch Rotteck ein Ausdruck entſchlüpfen, die berühmte „Handvoll Junker“, der eben ſo ungerecht gegen die Herrenkammer, als unbeſonnen gegenüber einem gleichberechtigten Zweige der geſetzgebenden Macht war; mochte auch Welcker zuweilen mit breiter ſelbſtgefälliger Ueberhebung die Schranken parlementariſcher Klugheit überſchreiten; es wäre ein Verrath gegen die heilige Sache der Wahrheit, wollte man leugnen, daß beide Männer, die, weil ſie gewohnt waren, bei den heißeſten Kämpfen auf die Breſche zu treten, von den Gegnern mit der größten Laſt des Haſſes überladen wurden, auch da, wo ſie irrten, nach beſtem Wiſſen und Gewiſſen nur das Wohl ihres Vaterlandes vor Augen hatten. Die wichtigſten Verhandlungen, die während der ganzen Dauer des Landtages Statt fanden, waren wie in Baiern jene über ein neues der Verfaſſung entſprechendes Preßgeſetz, welches nach Welckers von der Kammer einſtimmig genehmigtem Antrage auf dem Grundſatze vollkommener Preßfreiheit beruhen ſollte. Die Regierung zögerte mit der Vorlegung des bereits verſprochenen Geſetzes, weil ſie wußte, welche Schwierigkeiten dem deutſchen Bunde gegenüber die Durchführung haben würde. Darüber drohte das gute Vernehmen, welches bisher zwiſchen der Kammer und der Regierung beſtand, ſein Ende zu erreichen. Schon war von einer Verweigerung der Steuern die Rede, als die Regierung den Entſchluß faßte, lieber das Mißfallen der großen Höfe zu ertragen, als ſich mit ihrem eigenen Volke zu entzweien. Der Entwurf des Preßgeſetzes gewährte der Preſſe alle Erleichterungen, welche die Bundesgeſetzgebung zu geſtatten ſchien. Die zur Prüfung des Entwurfes niedergeſetzte Commiſſion faßte die Beſtimmungen der Bundesgeſetzgebung in anderem Sinne

Digitized by Google

auf, indem ſie auch die Ausgabe der Journale, ſo wie der weniger als zwanzig Bogen enthaltenden Schriften nur von der vorgängigen Genehmigung der mit der Preßpolizei beauftragten Behörde abhängig machte und für die Beurtheilung der Preßvergehen außerdem die Einſetzung von Geſchwornengerichten verlangte. Die Kammer wollte aber auch von den Beſchränkungen, welche die Commiſſion noch zugelaſſen hatte, nichts wiſſen; ſie verwarf ſelbſt die vorgängige Genehmigung und verſtand ſich erſt, als die Herrenkammer in dieſer Beziehung, wie in der Ablehnung der Geſchwornengerichte unbeugſam blieb, dazu, nachzugeben und anzunehmen, was ihr geboten war. Eine ernſtere Störung des Einverſtändniſſes, welches zwiſchen der Regierung und der Wahlkammer in Bezug auf alle weſentliche Fragen beſtand, konnte durch einen wohlgemeinten aber ſehr unzeitigen Antrag Welckers herbeigeführt werden. Welcker beantragte: die Regierung möge ſich bei dem Bundestage dafür verwenden, daß alle Bundesſtaaten nach den Vorſchriften der Bundesacte eine wahre repräſentative Verfaſſung erhielten, und daß zur Förderung der Zwecke, welche bei der Gründung des deutſchen Bundes öffentlich ausgeſprochen wären, neben dem Bundestage eine deutſche Nationalrepräſentation geſchaffen werde: ein deutſcher Volksrath, der zu dem Bundestage in daſſelbe Verhältniß träte, wie die Wahlkammern der conſtitutionellen deutſchen Staaten zu den Herrenkammern. Mit Recht fürchtete die Regierung, daß die Erörterung eines ſolchen Antrages, der nur zu ſehr geeignet war, die ohnedies vorhandene Aufregung der Gemüther in ganz Deutſchland zu einer fieberhaften Höhe zu ſteigern, das Land der Gefahr eines unmittelbaren Einſchreitens von Seiten des deutſchen Bundes ausſetzen könne. Der freiſinnige Staatsrath Winter ſprach den dringenden Wunſch der Regierung aus, daß man den Antrag ohne nähere Entwickelung fallen laſſen möge; er nebſt den übrigen Commiſſarien der Regierung erklärte, daß ſie die Verſammlung verlaſſen müßten, wenn der Antrag bevorwortet würde; dennoch entſchied die Kammer ſich mit großer Mehrheit dafür, den Antragſteller zu hören. Allgemeiner beiſtimmender Zuruf nahm die Rede auf, in der Welcker ſeine Gründe auseinanderſetzte. Die Mehrheit war jedoch zu beſonnen, um es auf das Aeußerſte ankommen zu laſſen; ſie faßte den Beſchluß, die weitere Erörterung wegen Mangels an Zeit für dieſen Landtag zu vertagen; und Herr von Rotteck, der bei der Abweſenheit des Präſidenten den Vorſitz einnahm, verkündete dieſen Beſchluß, indem er ſagte: „Der Antrag geht alſo nicht an die Abtheilungen der Kammer“, an die er

Digitized by Google

bei weiterer Fortſetzung der Erörterung nach dem Geſchäftsgange zur näheren Prüfung gewieſen werden mußte; „aber er geht an die Abtheilungen des deutſchen Volkes; Berichterſtatter wird die freie Preſſe ſeyn, und das große Parlement der öffentlichen Meinung wird darüber zu Gericht ſitzen.“

Der Landtag wurde, nachdem dieſe Klippe beſeitigt war, ruhig und friedlich zu Ende geführt; das Preßgeſetz wurde ungeachtet der Abmahnungen, die von dem Bundestage an die Regierung ergingen, bekannt gemacht; und Baden war der einzige Staat in Deutſchland, der ſich einer vollkommen freien durch das Geſetz von den Feſſeln der Cenſur entbundenen Preſſe erfreute. Leider nur kurze Zeit! Denn der unvorſichtige, ja man kann wohl ſagen, der gewöhnlichſten Klugheit ermangelnde Gebrauch, den der zu Freiburg im Breisgau erſcheinende Freiſinnige, die erſte ohne den geiſtlähmenden Druck der Cenſur geſchriebene deutſche Zeitung, von der neuen Freiheit machte, mußte den Gegnern der freien Preſſe die Waffen in die Hand geben. Nicht bloß der Freiſinnige wurde durch einen Bundesbeſchluß unterdrückt, ſondern der Großherzog von Baden wurde auch durch den Bund veranlaßt, das ganze Preßgeſetz (durch eine Verordnung vom 28. Juli 1832) außer Wirkſamkeit zu ſetzen und die aufgehobene Cenſur für alle Zeitſchriften und Druckwerke von weniger als 20 Druckbogen wieder einzuführen.

Die deutſche Bundesverſammlung war durch die revolutionairen Bewegungen des Jahres 1830 eben ſo überraſcht worden, wie alle einzelne deutſche Regierungen. Im erſten Augenblicke hatte bei dem allgemeinen Schwanken aller Verhältniſſe eine jede mit ſich ſelbſt genug zu thun, ohne an die Nachbarn, ohne an gemeinſame Maßregeln der Abhülfe zu denken. Die beiden großen deutſchen Mächte, Oeſterreich und Preußen, welche durch die allgemeine Bewegung am wenigſten unmittelbar berührt wurden, begriffen zuerſt die Nothwendigkeit, das loſe Band des deutſchen Bundes feſter zuſammenzuziehen, wenn das vor fünfzehn Jahren mit ſo großer Anſtrengung aufgeführte Gebäude nicht in Trümmern auseinanderfallen ſollte. Bereits am 18. September 1830 ſtellte Oeſterreich, nach vorhergegangener Verſtändigung mit dem Berliner Hofe, einen Antrag bei der Bundesverſammlung, in deſſen Folge dieſe eine Reihe der wichtigſten durch die Umſtände dringend gebotenen Beſchlüſſe faßte. Es wurde beſchloſſen, „daß in allen den Fällen, in denen nach den Beſtimmungen der Wiener Schlußacte die Mitwirkung der Geſammtheit zur Herſtellung der Ruhe und Ordnung in den Bundesſtaaten begründet ſey, ſämmtliche Bundesregierungen zur gegen-

Digitized by Google

ſeitigen Hülfeleiſtung verpflichtet wären, und daß, ſobald eine den Beiſtand des Bundes bedürfende Regierung ſich wegen Dringlichkeit der Gefahr unmittelbar an eine oder die andere benachbarte Regierung mit dem Erſuchen um militairiſche Hülfe wende, dieſe ſofort im Namen des Bundes geleiſtet werden müſſe, ſo weit die Kräfte des aufgeforderten Bundesſtaates ausreichten. Zur Erreichung dieſes Zweckes ſollten während der Dauer der obwaltenden außerordentlichen Zeitverhältniſſe die Bundescontingente in möglichſt verfügbarer Bereitſchaft gehalten werden. Um den Bundestag in den Stand zu ſetzen, in Fällen, in denen es ſich um die Erhaltung der Sicherheit und Ordnung in Deutſchland handle, ſeine Maßregeln mit der möglichſten Schnelligkeit zu ergreifen, ſollten die Bundesregierungen ihren Bevollmächtigten die ausgedehnteſten Inſtructionen ertheilen. Endlich ſollten die Cenſoren der öffentlichen Blätter politiſchen Inhalts auf das Beſtimmteſte angewieſen werden, bei Zulaſſung von Nachrichten über ſtattgefundene aufrühreriſche Bewegungen mit Vorſicht zu Werke zu gehen und die Bundesbeſchlüſſe des Jahres 1819 ſich gegenwärtig zu halten; ſo wie ihre Wachſamkeit ſich auch auf jene Tagblätter richten ſollte, die, auswärtigen Angelegenheiten fremd, bloß innere Verhältniſſe behandelten, indem auch dieſe bei ungehinderter Zügelloſigkeit das Vertrauen in die Landesbehörden und Regierungen ſchwächen und dadurch mittelbar zum Aufſtand reizen könnten." Indem der deutſche Bund dieſe Beſchlüſſe faßte, ſprach er zugleich die Hoffnung aus, „daß die auf verſchiedenen Punkten Deutſchlands ſichtbar gewordene Aufregung bald der ruhigen und beſonnenen Ueberzeugung von dem Werthe des innern Friedens weichen und in der Weisheit der deutſchen Regierungen ihr Ziel finden werde, da zu erwarten ſey, daß dieſe Regierungen einerſeits gerechten Beſchwerden, wo ſolche beſtänden und auf geſetzlichem Wege vorgebracht würden, mit landesväterlichem Sinne abhelfen, die ihnen bundesgeſetzlich obliegenden Verpflichtungen gegen ihre Unterthanen erfüllen und auf dieſe Weiſe jeden Vorwand zu ſträflicher Auflehnung beſeitigen, andererſeits aber auch eben ſo wenig einer unzeitigen oder mit ihren Bundespflichten unvereinbaren und für die Geſammtheit gefährlichen Nachgiebigkeit Raum geben würden." Schon in dieſen Beſchlüſſen lag die Andeutung, daß die großen Mächte, von denen dieſelben angeregt waren, den deutſchen Bund für berechtigt hielten, auch auf die inneren Angelegenheiten der einzelnen Bundesſtaaten einen Einfluß zu üben, der bisher noch niemals in Anſpruch genommen war. Noch wagte man es aber nicht, die Grenzen zu beſtimmen, bis zu denen

Digitized by Google

dieſer Einfluß ausgedehnt werden ſollte, da, wenn man auch der inneren Bewegungen in Deutſchland mit leichter Mühe Herr geworden wäre, doch die äußere Lage zu wenig geſichert erſchien, um nicht die ernſteſte Sorge hervorzurufen. Denn wenn man auch alle Urſache hatte, in die friedlichen Geſinnungen, welche die neue Regierung in Frankreich unmittelbar nach ihrer Einſetzung ausſprach, unbedingtes Vertrauen zu ſetzen, ſo blieb es doch ſehr zweifelhaft, ob dieſe ſelbſt die Kraft haben würde, den kriegeriſchen Geiſt der franzöſiſchen Nation, der durch den Anblick der dreifarbigen Fahne von neuem geweckt war, innerhalb ſeiner Grenzen zurückzuhalten. Schon war ohne einen Schwertſtreich das Bollwerk gefallen, welches man durch die Errichtung des Königreiches der Niederlande im Nordweſten geſchaffen hatte. Die ſchweizeriſche Eidgenoſſenſchaft, dazu beſtimmt, im Südweſten ein eben ſo mächtiges Bollwerk zu bilden, war von Unruhen durchwühlt, die ſie bei dem Ausbruche eines Krieges gleichfalls ohne Kampf dem Feinde in die Hände liefern mußten. Während auf dieſe Weiſe die deutſchen Grenzen gegen Weſten gerade da, wo man es am dringendſten nothwendig gefunden hatte, ſie zu verſtärken, von ihren Schutzwehren entblößt waren, hatte der Sturm der Revolution, der an den Ufern der Seine nur drei Tage bedurfte, um ein uraltes Königsgeſchlecht zu ſtürzen, nachdem er den ganzen Norden von Mitteleuropa durcheilt und auf ſeinem Zuge überall hier flüchtigere, dort tiefer eingreifende Spuren zurückgelaſſen, im fernen Oſten an den Ufern der Weichſel den lange unter der Aſche glühenden Funken der Freiheits- und Vaterlandsliebe eines ſchwer mißhandelten Volkes zur hellen Flamme angefacht und einen Brand entzündet, deſſen Wiederſchein weithin bis in die dunkeln Wälder von Lithauen und über die grünen Steppen der Ukraine leuchtete. Das Volk der Polen, ſeit ſechzig Jahren ein Spiel der treuloſen Politik und der unverſtändigen Habſucht ſeiner Nachbarn, hatte ſich mannhaft zur Wiedereroberung unverjährbarer Rechte erhoben und bot unter dem Zujauchzen des ganzen geſitteten Europa der erdrückenden Uebermacht des ruſſiſchen Rieſenreiches Trotz. Durch die belgiſche Revolution und durch den polniſchen Aufſtand war Preußen gefeſſelt. Oeſterreich, das ſeine geheimen Wünſche dem Unabhängigkeitskampfe der Polen nicht vorenthielt, war vollauf beſchäftigt, die Regungen des Unabhängigkeitsſinnes niederzudrücken, die auf der Halbinſel des Apennins unter den zum Bewußtſeyn ihres gemeinſchaftlichen Volksthumes erwachenden Bevölkerungen der kleineren italieniſchen Staaten zum Ausbruche kamen. So lange dieſer Zuſtand der Unſicherheit in

Digitized by Google

allen auswärtigen Beziehungen herrſchte, konnte man an eine kräftige Herſtellung und Befeſtigung der Ordnung im Innern des deutſchen Bundes nicht denken. Der Bundestag beharrte daher in beobachtender Unthätigkeit, bis das unglückliche Polen, von allen Seiten verlaſſen, von dem befreundeten Frankreich, auf das es ſein ganzes Vertrauen ſetzte, durch trügeriſche Verſprechungen gelähmt und von den begabteſten ſeiner eigenen Söhne verrathen, in ſeinem letzten verzweiflungsvollen Ringen erlegen war.

Das Mitgefühl, welches in ganz Deutſchland für die gute Sache des polniſchen Heldenvolkes ſich ausſprach, gab dem Bundestage die erſte Veranlaſſung, die Wiederaufnahme ſeiner Thätigkeit in Bezug auf die innern Angelegenheiten Deutſchlands an den Tag zu legen. Von verſchiedenen Seiten waren mit zahlreichen Unterſchriften bedeckte Eingaben an die Bundesverſammlung gerichtet worden, welche dieſelbe aufforderten, zu Gunſten Polens einzuſchreiten, um durch die Herſtellung der alten Zwiſchenmacht die deutſchen Grenzen im Oſten zu ſichern. Am 27. October 1831 faßte der Bundestag einen Beſchluß, der das Sammeln von Unterſchriften zu Vorſtellungen oder Adreſſen an die Bundesverſammlung über öffentliche Angelegenheiten des deutſchen Bundes unterſagte, weil darin ein das Anſehen der Bundesregierungen und die öffentliche Ordnung und Ruhe gefährdender Verſuch geſehen werden müſſe, auf die gemeinſamen Angelegenheiten und Verhältniſſe Deutſchlands einen ungeſetzlichen Einfluß zu üben. Vierzehn Tage ſpäter (am 10. November) wurde ein anderer Beſchluß gefaßt, der mit Bezugnahme auf die Mißbräuche der Preſſe, die in der letzten Zeit auf bedauerliche Weiſe um ſich gegriffen hätten, den Bundesregierungen die Verpflichtung in Erinnerung brachte, die ſie gegen einander übernommen, bei der Aufſicht über die in ihren Ländern erſcheinenden Zeitungen, Zeit- und Flugſchriften mit wachſamem Ernſte zu verfahren und dieſe Aufſicht dergeſtalt handhaben zu laſſen, daß dadurch gegenſeitigen Klagen und unangenehmen Erörterungen möglichſt vorgebeugt werde. An demſelben Tage wurde die in Folge der Karlsbader Beſchlüſſe eingeſetzte Commiſſion zur Beaufſichtigung der Preſſe, die ſeit langer Zeit ganz unbeſchäftigt geblieben war und kaum dem Namen nach fortbeſtanden hatte, durch neue Wahlen ergänzt, und kaum waren acht Tage vergangen, als die Wirkſamkeit dieſer Behörde ſich bereits durch das Verbot eines zu Straßburg erſcheinenden Tagblattes, „das conſtitutionelle Deutſchland" äußerte, welches allerdings in ſeinem Tone und in ſeiner ganzen Haltung nicht allein alle Schranken der Mäßi-

Digitized by Google

gung, ſondern des gewöhnlichſten Schicklichkeitsgefühles überſchritt. Am 2. März 1832 folgte auf dieſes Verbot ein anderes, welches die beiden in Rheinbaiern erſcheinenden Zeitſchriften, „die deutſche Tribune“ und den „Weſtboten,“ ſo wie die zu Hanau herausgegebenen „neuen Zeitſchwingen“ betraf. Die unverhohlen revolutionaire Richtung, welche dieſe Blätter eingeſchlagen, hatte denſelben längſt ſelbſt die freiſinnigſten Männer, die nur noch einige Beſonnenheit bewahrten, entfremdet; und ihre Unterdrückung erregte daher nur in jenen Kreiſen Bedauern, die auch in Deutſchland den Umſturz aller geſetzlichen Ordnung ſich zum Ziele geſetzt hatten. Die gewaltſamen Erſchütterungen, die in einem großen Theile Deutſchlands Statt gefunden, verbunden mit den Veränderungen, die in den Verfaſſungen, in der Verwaltung und Geſetzgebung der meiſten Bundesſtaaten eingetreten waren, hatten aber die Leidenſchaften der urtheilloſen Maſſe ſo tief von ihrem unterſten Grunde aufgerührt, daß keine Hoffnung vorhanden war, weder durch billige Zugeſtändniſſe, noch durch ſchonende Anwendung der beſtehenden Geſetze eine dauernde Beruhigung der Gemüther zurückzuführen. In Rheinbaiern, wo die Aufregung ſeit dem fruchtloſen Ausgange des baieriſchen Landtages von 1831 in ſtätem Wachſen begriffen war, drohte offener Aufruhr, bei dem man auf die Hülfe der Franzoſen rechnete. Die große Volksverſammlung, die am 27. Mai 1832 auf den Burgtrümmern zu Hambach gehalten wurde, und zu der aus einem weiten Umkreiſe viele Tauſende zuſammengeſtrömt waren, hatte die revolutionairen Plane einer täglich ſich verſtärkenden Partei ohne Rückhalt kund gegeben. Aehnliche Verſammlungen wurden in Baden, in beiden Heſſen, im baieriſchen Franken unter nicht viel geringerem Zulaufe veranſtaltet. Zu gleicher Zeit breitete ein Verein, der, anfangs zu dem Zwecke einer Unterſtützung der durch die beſchränkende Aufſicht der Regierungen unterdrückten Preſſe geſtiftet, allmälig eine entſchieden revolutionaire Richtung angenommen hatte, ſeine Verzweigungen über ganz Deutſchland aus. Unter dieſen Umſtänden wäre längeres Abwarten von Seiten der Regierungen einer freiwilligen Verzichtleiſtung auf die Gewalt gleichgekommen. Man hatte unter den Maßregeln, die zu ergreifen waren, keine Wahl. Nur die äußerſte durchgreifendſte Strenge bot Rettung. Selbſt jene Fürſten, die bisher, dem Bunde gegenüber, am eiferſüchtigſten über der Erhaltung ihrer Souverainetätsrechte gewacht hatten, zögerten jetzt nicht länger, dem Bundestage eine beinahe unbeſchränkte Macht zu übertragen. Die Maßregeln, die der Bundestag durch ſeine Beſchlüſſe vom 28. Juni und vom 5. Juli

Digitized by Google

1832 ergriff, haben viele der ſchönſten Hoffnungen des deutſchen Volkes gebrochen, ſie haben die edelſten Regungen des wiedererwachten deutſchen Volksgefühles auf lange Jahre zurückgedrängt; ſie haben die verbrieften Rechte aller unter conſtitutionellen Verfaſſungen lebenden deutſchen Stämme offenbar verletzt; aber ſie haben die geſetzliche Ordnung, den Beſtand des deutſchen Bundes und die Möglichkeit einer freien geſetzmäßigen, langſam fortſchreitenden, nichts übereilenden organiſchen Entwicklung aller im deutſchen Volke liegenden Kräfte und Anlagen für die Zukunft gerettet. Die Unterdrückung, die ſie in ihrem Gefolge führten, iſt nicht den deutſchen Regierungen, ſondern jenen unſinnigen Aufwieglern zur Laſt zu legen, die in alberner Selbſtüberſchätzung ihrem Vaterlande das beſchränkte Maß ihrer Einſicht zum Geſetze auflegen wollten, ohne zu bedenken, daß ſie ſelbſt bei dem Gelingen ihrer Entwürfe nur ganz Deutſchland in eine Zerrüttung geſtürzt hätten, die es den Fremden zur willkommenen Beute überliefern mußte.

Drittes Hauptſtück.

Der polniſche Freiheitskampf.

Wenn das äußere Wohlbehagen allein das Glück der Menſchen und der Völker begründete, ſo würde ſich das dem ruſſiſchen Scepter unterworfene Königreich Polen zu keiner früheren Zeit in einem glücklicheren Zuſtande befunden haben, als ſeit ſeiner Verbindung mit dem großen Zaarenreiche. Strenge Ordnung herrſchte in der Verwaltung; Ackerbau, Handel und Gewerbe blühten. Treffliche Straßen durchſchnitten Gegenden, die einſt ein unwegſamer Moraſt waren. In den Städten und ſelbſt in den Dörfern verbreitete ſich eine Wohlhabenheit, die das Land in den alten Tagen ſeiner Unabhängigkeit niemals gekannt hatte. Auch konnte man ſich über Unterdrückung der perſönlichen Freiheit nicht beklagen, da einheimiſche Geſetze von eingebornen Richtern gehandhabt wurden. Und dennoch zeigte ſich unter dem gebildeteren denkenden Theile der Bevölkerungen, bei dem man für die Vor-

Digitized by Google

theile ſeiner Lage die größte Empfänglichkeit vorausſetzen durfte, eine allgemeine Unzufriedenheit, die nur den Herrſchern gegenüber ſich hinter dem durchſichtigen Schleier einer erheuchelten Ergebenheit verbarg. Der Pole iſt unter allen ſlaviſchen Stämmen der lebhafteſte und beweglichſte; ſo leicht er jeden Eindruck annimmt, eben ſo leicht vergißt er ihn; nur ein Gefühl iſt bei ihm ſtark, tief und in jeder Lage unveränderlich: dies iſt die Liebe zum Vaterlande. Unvergeßlich ſchwebte jedem Polen auch nach der letzten Theilung ſeines viermal zerſtückten Landes die alte Größe und Macht, der alte Ruhm, die alte Freiheit und Unabhängigkeit deſſelben im Gedächtniſſe. Gegen dieſe Erinnerung ließ er keine Schadloshaltung gelten. Welche Wohlthaten die ruſſiſche Regierung dem Lande, dem ſie ſeinen alten Namen zurückgeben, auch erzeigen mochte, ſo konnte ſie deshalb dennoch niemals auf Dankbarkeit rechnen. Kaiſer Alexander mit ſeinem edlen weichen Gemüthe, der für die Polen das Beſte im Sinne trug, wurde durch dieſe Erfahrung im Innerſten verletzt. Er hatte bei der Errichtung des Königreiches einen politiſchen Fehler begangen, der aber, wenn nicht ſeiner Staatsklugheit, um ſo mehr ſeinem Herzen zur Ehre gereichte. Er begriff, daß es eine Ungerechtigkeit wäre, die gebildeten Polen nach demſelben Geſetze eiſerner Willkür zu regieren, wie die rohen ſelbſt in den höchſten Schichten der Geſellſchaft kaum für europäiſche Geſittung vorbereiteten Ruſſen, und gab ihnen daher eine freie Verfaſſung, ohne zu bedenken, daß ſie von dieſer keinen naturgemäßeren Gebrauch machen konnten, als um auch die volksthümliche Unabhängigkeit und Selbſtſtändigkeit zu erringen, die ihnen allein vorenthalten wurde, und ohne welche die politiſche Freiheit bei dem beſten Willen des Gebers immer nur ein Scheingeſchenk bleiben mußte. Als in den Verhandlungen des Reichstages, als in der Preſſe dieſes Beſtreben ſich ausſprach, nahm er daſſelbe für eine perſönliche Beleidigung, verſchärfte, um demſelben entgegen zu treten, die anfangs gelinde geübte Cenſur, entfernte durch gewaltſame Maßregeln die unruhigſten Köpfe aus der Landbotenkammer und entzog durch die Zuſatzacte vom 13. Februar 1825 dem Reichstage die Oeffentlichkeit ſeiner Sitzungen. Die Folge war die gewöhnliche jedes geſetzwidrigen Druckes. Die Gemüther wurden nicht beruhigt, ſondern aufgeregt und erbittert. Die geheimen Geſellſchaften, die ſich bereits in der erſten Zeit des Königreiches gebildet hatten, um über Entwürfen zur Wiedererlangung der verlorenen Unabhängigkeit zu brüten, vermehrten ſich und breiteten ſich über die engen Grenzen des neuen Königreiches bis zu den äußerſten

Digitized by Google

Grenzen aus, zu denen einſt der polniſche Name gereicht hatte. Schon in den letzten Tagen des Kaiſers Alexander wurden zwiſchen dieſen und den geheimen revolutionairen Vereinen in Rußland Verbindungen angeknüpft, die ungeachtet aller Vorſicht, welche die Polen beobachtet hatten, nach der Unterdrückung des Militairaufſtandes, den die ruſſiſchen Verſchwornen bei der Thronbeſteigung des Kaiſers Nikolaus in St. Petersburg angeſtiftet, durch die Geſtändniſſe der erſten auch zu der Entdeckung des Daſeyns der verbündeten polniſchen Vereine führten. Im Juni 1826 wurde eine aus Ruſſen und Polen gemiſchte Unterſuchungscommiſſion niedergeſetzt, die zahlreiche Verhaftungen vornehmen ließ und gegen das Ende des Jahres einen Bericht erſtattete, aus dem mit unzweifelhafter Gewißheit hervorging, daß ein weit verzweigter Geheimbund beſtanden hatte, deſſen Zweck die Herſtellung des alten unabhängigen Polenreiches war, und deſſen Mitglieder ſchwören mußten, alle Kräfte aufzubieten und nöthigenfalls Gut und Blut aufzuopfern, um die Wiedergeburt ihrer unglücklichen geliebten Mutter herbeizuführen. Nach dem Eingeſtändniſſe mehrerer der Verhafteten hatten ſie die Abſicht, ſobald Rußland in einen auswärtigen Krieg verwickelt wäre, einen Aufſtand in Maſſe zu bewirken, die Conſtitution vom 3. Mai auszurufen und die von dem Königreiche getrennten altpolniſchen Provinzen wieder mit demſelben zu vereinigen. Das Urtheil über die Theilnehmer an der Verſchwörung wurde dem Senate, als dem höchſten Reichsgerichte übertragen. Die Augen des ganzen Landes waren auf dieſe Verſammlung gerichtet, in der die Häupter ſeiner vornehmſten Familien ihren Sitz hatten. Nach dem Buchſtaben des Geſetzes war an der Schuld der Angeklagten nicht zu zweifeln. Aber die Wünſche, die ſie zu verwirklichen geſtrebt hatten, lagen in der Bruſt jedes Polen und wurden eben ſo von den Richtern, wie von dem geringſten Edelmanne, der ſelbſt hinter dem Pfluge herging, getheilt. Gleichgültig war nur der Landmann, der unter der alten Republik, an die Scholle geſeſſelt, ſich in einem Zuſtande völliger Rechtloſigkeit befunden und keine Zeit gehabt hatte, die Vortheile kennen zu lernen, welche die Conſtitution vom 3. Mai ihm zudachte. Eine Verurtheilung würde die Richter der allgemeinen öffentlichen Verachtung Preis gegeben haben. Der Senat ſprach die Angeklagten mit allen Stimmen gegen die einzige des Generals Vincenz Kraſinski frei. Der Verwaltungsrath, von dem Kaiſer beauftragt, das Urtheil zu prüfen und zu erforſchen, von welchen Beweggründen die Richter geleitet geweſen wären, erklärte, der Senat habe wegen Mangelhaftigkeit der

Digitized by Google

Geſetze nicht anders urtheilen können. Darauf wurden die Verhafteten in Freiheit geſetzt.

Dieſer Ausgang erfüllte ganz Polen mit einer Freude, die bei dem entſcheidendſten in offener Schlacht erkämpften Siege nicht größer hätte ſeyn können; er erſchien als eine feierliche von den Vätern und Geſetzgebern des Landes allen früheren Unternehmungen gegen die beſtehende Ordnung ertheilte Genehmigung und zugleich als eine Vollmacht für alle künftige Verſuche zum Umſturze der Regierung. Von dieſem Augenblicke wurde in Polen der Entſchluß, die fremde Herrſchaft abzuwerfen, allgemein, ja man kann ſagen, daß von dieſer Zeit an ſelbſt die Luft in Polen revolutionair wurde. Die alten revolutionairen Vereine ſtellten ihre Thätigkeit ein, weil ſie, einmal der über ihren Häuptern ſchwebenden Gefahr entgangen, nicht geneigt waren, dieſelbe zum zweiten Male über ſich heraufzubeſchwören. Neben ihnen entſtanden aber unter der ſtudirenden Jugend, wie unter der Jugend des Heeres andere geheime Verbindungen, die mit um ſo größerer Rückſichtloſigkeit darauf hinarbeiteten, einen gewaltſamen Ausbruch hervorzurufen, je weniger ſie ſelbſt im Stande waren, die Folgen zu überſehen und zu berechnen. Eine dieſer Verbindungen, die unbedeutendſte durch die untergeordnete Stellung ihrer Theilnehmer, war dazu berufen, durch die tollkühne Verwegenheit ihrer Führer die bedeutendſte Rolle zu ſpielen. Der Gardelieutenant Peter Wyſocki ſtiftete im December 1828 einen Geheimbund, der ſich die Befreiung Polens zum Ziele ſetzte, und dem außer einigen jüngeren Officieren bald ſämmtliche Zöglinge der Unterfähnrichſchule, an zweihundert junge Männer von militairiſcher Bildung und Diſciplin, beitraten. Da man wußte, daß Rußland in dem erſten Feldzuge des türkiſchen Krieges ungeheuere Verluſte erlitten hatte, ſo war der Monat März oder der Zeitpunkt vor der Eröffnung des zweiten Feldzuges zum Ausbruche beſtimmt. Später verſchob man dieſen jedoch bis in den Mai, weil man erfuhr, daß Kaiſer Nikolaus in dieſem Monate mit ſeiner ganzen Familie nach Warſchau kommen würde, um ſich zum Könige von Polen krönen zu laſſen, und weil ſich dadurch eine Gelegenheit zu bieten ſchien, das ganze kaiſerliche Haus mit einem Schlage zu vernichten. Es wurde jetzt die Verabredung getroffen, daß dem Kaiſer unmittelbar vor der Krönung eine von mehreren Landboten unterzeichnete Bittſchrift um Zurücknahme des die Oeffentlichkeit der Sitzungen aufhebenden Zuſatzartikels übergeben werden, und daß deren Zurückweiſung, an der nicht zu zweifeln war, den Verſchwornen zur Veranlaſſung des Los-

Digitized by Google

bruches dienen ſollte. Der Kaiſer kam, die Bittſchrift, obwohl nur von Wenigen unterzeichnet, wurde überreicht, aber den Landboten, die in das Vertrauen gezogen waren, entſank im entſcheidenden Augenblicke der Muth. Das verabredete Zeichen wurde nicht gegeben. Der Kaiſer entging einer Gefahr, von deren Daſeyn er keine Ahnung hatte; und da wenige Monate ſpäter der türkiſche Krieg für Rußland glücklich beendigt und der allgemeine Friede in Europa von neuem befeſtigt wurde, ſo verloren die Verſchwornen allmälig alle Hoffnung zur Verwirklichung ihrer verbrecheriſchen Entwürfe, und die Verſchwörung ſelbſt begann zu erlöſchen, als im Sommer 1830 die franzöſiſche Julirevolution wie ein elektriſcher Schlag alle Gemüther durchzuckte.

Neue Pläne wurden jetzt entworfen. Die Verſchwörung, zu neuem Leben erweckt, breitete ſich im Heere, unter den Mitgliedern der Verwaltung, in der ſtudirenden Jugend und unter allen Ständen des Volkes aus. Man kam überein, daß der Aufſtand, zu dem inzwiſchen alle Vorbereitungen in der Stille zu treffen wären, nicht eher als im nächſten Frühjahre erfolgen ſollte, weil man mit Gewißheit vorausſetzen zu können glaubte, daß bis dahin ein allgemeiner Krieg entbrannt ſeyn würde. So groß die Zahl der in das Geheimniß Eingeweihten war, ſo wurde dieſes doch von allen treu bewahrt. Dennoch war es bei der Stimmung, die in der Hauptſtadt in allen Claſſen der Bevölkerung herrſchte, nicht zu verhindern, daß ſich nicht Gerüchte über eine bevorſtehende Revolution verbreiteten, die ſich durch Anſchläge an den Straßenmauern und auf die verſchiedenartigſte Weiſe äußerten. Die jungen Leute in der Fähnrichſchule wurden ungeduldig und drangen auf Beſchleunigung des Ausbruches. Einer der Unterfähnriche, der nur im Allgemeinen unterrichtet war, verzweifelte, als er das ſinnloſe Treiben und Drängen ſeiner Cameraden ſah, an dem Erfolge und machte dem Großfürſten Konſtantin Anzeige von dem, was er wußte, indem er bemerkte: er wolle ſein Vaterland vor einer Revolution retten, die niemals gelingen könne. Der Großfürſt Konſtantin, eine wilde unbezähmbare trotzige Natur, aber bei all ſeiner Roheit der Großmuth und der edelſten Regungen einer ſtarken Seele fähig, ſtand ſeit dem Jahre 1818 unter dem Titel eines Oberbefehlshabers an der Spitze der Civil- und Militairverwaltung im Königreiche Polen, wie in den ruſſiſch-polniſchen Provinzen. In zweiter Ehe mit einer Polin, der ſchönen Fürſtin von Lowicz, vermählt, hatte er die Polen liebgewonnen und gab ihnen vor ſeinen eigenen Landsleuten, den Ruſſen, den

Digitized by Google

Vorzug. Das polniſche Heer, das er mit roher Strenge, mit kleinlicher Pedanterie, aber zugleich mit leidenſchaftlicher Liebhaberei ausgebildet hatte, war wegen ſeiner vollendeten kriegeriſchen Haltung und Schlagfertigkeit, die er als ſein Werk betrachtete, ſein höchſter Stolz; er ſetzte auf die Treue ſeiner Soldaten ein unbedingtes Vertrauen und verachtete deshalb alle Warnungen, die ihm zukamen. Wyſocki und deſſen Verbündeter, der Zahlmeiſter Urbanski, gegen welche die beſtimmteſte Anklage erhoben war, wurden zwar verhaftet, jedoch nach einem leichten Verhöre wieder freigelaſſen; und die einzige Vorſichtsmaßregel, die der Großfürſt zuließ, war, daß der Fähnrichſchule der Verkehr mit der Stadt unterſagt wurde. Ein Umſtand beſtimmte die Verſchwornen, die ſich bald ihrer gewöhnlichen Sorgloſigkeit wieder hingaben, den Zeitpunkt des Ausbruches näher heranzurücken. Der Finanzminiſter Fürſt Lubecki erhielt von St. Petersburg den Befehl, Alles aufzubieten, um den Schatz zu füllen, weil es möglich ſey, daß es mit dem Frühjahre zu einem Feldzuge in Belgien komme. Jetzt glaubte man keine Zeit mehr verlieren zu dürfen, weil man hauptſächlich auf die Truppen rechnete, durch deren Entfernung der ganze Plan vereitelt worden wäre. Man ſchickte daher ſogleich Sendlinge nach allen Provinzen, ſowohl in die Wojewodſchaften auf beiden Ufern der Weichſel als nach Lithauen, Wolhynien und Podolien ab, um Alles zum Aufſtande vorzubereiten. Der 10. December wurde zum Ausbruche feſtgeſetzt.

Je mehr dieſer Tag ſich näherte, um ſo übermüthiger und kecker traten die Mitwiſſenden auf. Unvorſichtige Aeußerungen, die ſelbſt an öffentlichen Orten gehört wurden, mußten zuletzt die Regierung aufmerkſam machen. Um die Mitte des Novembers wurden mehrere der Theilnehmer an der Verſchwörung eingezogen; ein Student legte wichtige Geſtändniſſe ab; ſchon mußte man fürchten, daß der ganze Anſchlag verrathen ſey; da beſchloſſen die Häupter, nicht länger zu ſäumen, ſondern den Schlag zu führen, ſo lange man noch die Mittel in Händen hatte. Die Geſammtzahl der Truppen, die in und um Warſchau lagen, belief ſich auf 17,000 Mann. Von dieſen waren 10,000 Polen, deren man ſich mehr oder weniger verſichert hielt, nämlich die beiden Garderegimenter der Grenadiere und der reitenden Jäger, das vierte Linienregiment, das Konſtantin immer vor allen anderen ausgezeichnet hatte, das Sappeurbataillon und die Grenadiercompagnien der eilf übrigen Linienregimenter. Die Ruſſen, drei Gardecavallerieregimenter, Cuiraſſiere, Ulanen und Huſaren, und zwei Gardeinfan-

Digitized by Google

terieregimenter, das wolhyniſche und lithauiſche, zählten nur 7000 Mann und hatten überdies ihr Geſchütz in einiger Entfernung von der Stadt. Der Großfürſt Konſtantin, der außerhalb der Stadt in Belvedere wohnte, fühlte ſich ſo ſicher, daß er zum Schutze ſeiner Perſon nicht einmal eine Wache hatte. Auf dieſe Umſtände war der Plan der Verſchworenen gebaut, zu deſſen Ausführung der 29. November gewählt wurde, weil an dieſem Tage alle Poſten von den polniſchen Truppen beſetzt waren. Der Journaliſt Ludwig Nabielak ſollte mit einer Anzahl Studenten und einigen Unterfähnrichen ſich beim Einbruche der Dunkelheit in den Palaſt des Großfürſten ſtürzen und dieſen gefangen nehmen oder ermorden, weil man den Einfluß fürchtete, den ſein Erſcheinen auf das Militair haben konnte. Die Fähnrichſchule ſollte mit den Grenadiercompagnien des erſten und dritten Jägerregimentes die vor demſelben Thore liegenden ruſſiſchen Cavallerieregimenter in ihren Caſernen einſchließen und zur Uebergabe nöthigen, was um ſo leichter war, da die Caſernen, niedere Holzgebäude, mit breiten Waſſergräben umgeben waren und man daher nur die Brücken zu beſetzen brauchte. Zu gleicher Zeit ſollte das Sappeurbataillon mit einem Bataillon des vierten Regimentes das eine, das Gardegrenadierregiment das andere der beiden ruſſiſchen Fußregimenter überfallen und entwaffnen, während ein Bataillon des vierten Regimentes ſich des Arſenals bemächtigte, einige Grenadiercompagnien die Pulvermagazine in Praga wegnähmen und die Verſchworenen aus dem Bürgerſtande das Volk in allen Vierteln der Stadt zu den Waffen riefen. Dieſer Anſchlag, ſo wohl er berechnet war, kam doch beinahe in keinem einzigen ſeiner Theile der Anordnung gemäß zur Ausführung. Von den Studenten, die zu der Unternehmung gegen das Belvedere beſtimmt waren, fanden ſich ſtatt der erwarteten 32 nur 13 auf dem Sammelplatze im Gehölze von Lazienki ein. Dieſe 13, mit drei Unterfähnrichen, zwei entlaſſenen Zöglingen der Fähnrichſchule und ihren beiden Anführern Nabielak und Goſzczynski drangen, als ſie das verabredete Zeichen, den Brand eines Brauhauſes, welches einer der Verſchworenen angeſteckt, erblickten, unter dem Rufe: „Tod dem Tyrannen!“ in das Schloß von Belvedere. Der General Gendre, der ſogleich in den Hof hinabſtürzte, um die nächſte Wache zu holen, wurde von den unten zurückgebliebenen Verſchwornen ermordet, die ihn, einer Aehnlichkeit in der Geſtalt wegen, für den Großfürſten gehalten zu haben ſcheinen; der Vicepräſident Lubowidzki wurde in dem Augenblicke mit vielen Bajonnettſtichen niedergeſtoßen, wo er den Großfürſten von der drohenden Gefahr be-

Digitized by Google

nachrichtigte; dieſer ſelbſt aber wurde durch die Geiſtesgegenwart ſeines Kammerdieners gerettet, der eilig die Thür ſeines Schlafgemaches verriegelte und ihn, während die Verſchwornen dieſe zu erbrechen ſuchten, in einer Dachkammer verbarg. Da inzwiſchen vom Hofe der Ruf hierauf erſcholl: „Kommt herunter; er iſt ſchon todt!“ ſo ließen die Eingedrungenen von ferneren Nachforſchungen ab und eilten, ſich mit der Unterfähnrichſchule zu vereinigen, welche um dieſe Zeit ihren Angriff auf die Cavalleriecaſernen begonnen, aber, weil ſie ſich von den Jägercompagnien verlaſſen ſah, die ſie unterſtützen ſollten, wieder aufgegeben hatte. Die Unterfähnriche, durch einen der Ihrigen benachrichtigt, daß das podoliſche Cuiraſſierregiment, welches bei dem erſten Lärmen aufgeſeſſen war und von ſeinem Befehlshaber nach dem Belvedere geführt wurde, im Anzuge ſey, hatten nur eben Zeit, ſich in ein großes unvollendetes Gebäude zu werfen, von dem ſie auf einen Zug Ulanen Feuer gaben, der ausgeſandt war, um die Urſache des Tumultes zu ermitteln, und bei der unverhofften Begrüßung mit Flintenkugeln eilends zurückkehrte, um zu melden, was er erfahren hatte. Die Jägercompagnien, die man umſonſt vor den ruſſiſchen Cavalleriecaſernen erwartet hatte, waren zur beſtimmten Zeit ausgerückt, aber auf dem Alexanderplatze, wo ſie verweilten, um ſcharfe Patronen zu empfangen, von dem General Kurnatowski aufgehalten worden, der an der Spitze des reitenden Gardejägerregimentes heranſprengte und ihnen den Befehl ertheilte, nach dem Belvedere zu marſchiren. In der Ueberraſchung wagten ſie nicht, ſich zu widerſetzen; und vor dem Belvedere angelangt, fanden ſie den Großfürſten bereits zu Pferde, von den Generalen Kuruta, Knorring, Strandmann, Markow und Dannenberg umgeben, vor der Fronte der drei ruſſiſchen Cavallerieregimenter. Noch wäre es Zeit geweſen, den mit eben ſo großer Unſicherheit weitergeführten als begonnenen Aufruhr im Keime zu erſticken. Denn eben ſo, wie der beabſichtigte Angriff auf die Cavalleriecaſernen, war auch jener auf die Caſernen der beiden ruſſiſchen Infanterieregimenter geſcheitert, da dieſe Truppen bereits unter den Waffen ſtanden, ehe die Verſchwörer zu dem verabredeten Ueberfalle bereit waren. Das wolhyniſche Regiment marſchirte in Folge einer früheren Anordnung in zwei Colonnen nach dem Arſenale, als es von den Grenadiercompagnien des fünften polniſchen Regimentes und von einem Bataillon des vierten Regimentes mit Gewehrfeuer empfangen wurde und, in der Ungewißheit, was zu thun ſey, ſich nach der Nalewkiſtraße zurückzog und neben einem Hauſe aufſtellte, welches die Verſchwornen

Digitized by Google

hier in Brand geſteckt hatten, weil das Feuer von dem zuerſt angezündeten Brauhauſe nicht weit genug geſehen wurde. Das lithauiſche Infanterieregiment und mit dieſem das polniſche Gardegrenadierregiment, das der Verabredung gemäß den Ueberfall gegen jenes ausführen ſollte, ſtatt deſſen aber den Befehlen Folge leiſtete, die von ſeinen der Verſchwörung fremden höheren Officieren ertheilt wurden, führte General Zymirski, welcher die aus beiden Regimentern zuſammengeſetzte Brigade befehligte, nach dem Marsfelde, wohin der Großfürſt, ſobald er die Reiterei um ſeine Perſon vereinigt ſah, ſämmtliche Fußtruppen beorderte. Während aller dieſer Vorgänge verhielt ſich die Bevölkerung der Stadt noch vollkommen theilnahmlos, da Niemand wußte, was die militairiſchen Bewegungen, die man wahrnahm, zu bedeuten hatten. Von fünfzig Verſchwornen, die es übernommen, das Volk aufzuwiegeln, fanden ſich nur acht bei Xaver Bronikowski, ihrem Anführer, ein. Dieſe ſtürzten, als das Gewehrfeuer in den Straßen ihnen den Ausbruch des Aufſtandes verkündete, in die Schenken und riefen unter dem Geſchrei: „Wir werden ermordet! Die Unſrigen werden geſchlachtet!“ den Pöbel zu den Waffen. Bald erſcholl jetzt der Ruf: „Zu den Waffen! zu den Waffen, Polen! die Ruſſen ermorden unſere Brüder! Sie verbrennen und verheeren die Stadt!“ durch alle Straßen. Viele Tauſende ſammelten ſich und drängten ſich gegen das Arſenal, deſſen Thore, von den Wachen nur ſchwach vertheidigt, im Augenblicke erbrochen waren. Die in ungeheurer Maſſe aufgehäuften Gewehre, Piſtolen, Säbel wurden unter die tobende Maſſe vertheilt, die ſich jetzt durch die ganze Stadt ergoß, was ihr von höheren Officieren, polniſchen wie ruſſiſchen, in die Hände fiel, mißhandelte, tödtete oder gefangen nahm und, da ſie nirgend auf Widerſtand ſtieß, ihre Wuth auch an allen Bürgern ausließ, die durch ihre Anhänglichkeit an die ruſſiſche Regierung bekannt oder derſelben verdächtig waren. Eine Menge ruſſiſcher Officiere, die theils im Theater, theils in Privatgeſellſchaften geweſen waren, theils aus ihren Wohnungen zu ihren Truppenabtheilungen eilten, unter ihnen die Generale Jeſſakow, Engelmann, Richter, Diakow, Kriwzow, Bontemps, wurden einzeln aufgegriffen und in den von den Aufrührern beſetzten Wachen oder in dem königlichen Schloſſe verwahrt. Der Befehlshaber der geſammten polniſchen Infanterie, General Stanislaus Potocki, wurde, als er alle Bitten und Beſchwörungen, ſich an die Spitze des Aufſtandes zu ſtellen, zurückwies und die Soldaten vielmehr aufforderte, ihm nach dem Belvedere zu folgen, vom Pferde geriſſen, mit Füßen getreten und

Digitized by Google

mit mehreren Schüſſen ermordet. Daſſelbe Schickſal erfuhren General Trembicki, der Befehlshaber der Unterfähnrichſchule, der Kriegsminiſter General Hauke, ein in den napoleoniſchen Feldzügen ergrauter Krieger, mit ſeinem Generalſtabschef, Obriſt Meciſzewski, General Blumer, der beſonders deshalb verhaßt war, weil er in mehreren Kriegsgerichten den Vorſitz gehabt hatte, und Obriſt Saß, den man mit Unrecht für einen Polenfeind hielt. General Nowicki wurde erſchoſſen, weil man ihn mit dem Commandanten Lewicki verwechſelte. Dagegen gelang es dem letzten, wie dem allgemein verwünſchten General Rozniecki, dem Chef der Gensdarmerie, jenem durch die Schnelligkeit ſeines Pferdes, dieſem mit Hülfe einer Verkleidung, zu entkommen. Während alle dieſe Blutthaten verübt wurden, machten die ruſſiſchen Truppen keine Bewegung zur Unterdrückung des Aufruhrs. Der Adjutant des Großfürſten, Graf Wladislaw Zamoyski, hatte dieſem vorgeſtellt, der ganze Aufruhr ſey daher entſtanden, weil ſich das Gerücht verbreitet habe, die Ruſſen wollten die Stadt in Brand ſtecken und wären mordend über die Polen hergefallen; man dürfe die ruſſiſchen Truppen daher nur zurückziehen, um die Gemüther zu beruhigen, indem der Ungrund jener Verleumdung ſich von ſelbſt ergeben würde. Der Großfürſt beſchloß, dieſem Rathe zu folgen, da, wie er ſagte, „die Ruſſen in einer polniſchen Schlägerei nichts zu thun hätten.“ Auf dieſe Weiſe wurde die Stadt ohne einen Verſuch der Gegenwehr dem Aufſtande Preis gegeben.

Dennoch drohte dieſer in ſich ſelbſt zu erlöſchen. Unter den Verſchwornen fand ſich keiner, der fähig geweſen wäre, den Befehl zu übernehmen. Von den polniſchen Generalen, an die man ſich wandte, hatte einer, der edle Potocki, es vorgezogen, ſein Leben hinzugeben, ſtatt ſich in ein Beginnen einzulaſſen, das dem vielgeprüften Manne als wahnſinniger Frevel erſchien. Chlopicki, der vor Allen ſich durch wohlerworbenen Waffenruhm auszeichnete, und auf den deshalb das Heer, wie die Nation mit der größten Zuverſicht blickte, hatte von jeher alle Theilnahme an den verſchiedenen Verſchwörungen, die ſich durch ſeinen Beitritt zu verſtärken ſuchten, mit Verachtung zurückgewieſen und hielt ſich jetzt in der Vorausſetzung, daß man ihn mit neuen Aufforderungen beſtürmen würde, verborgen. Endlich ließ General Sierawski, ein tapferer Soldat, aber von beſchränkter Einſicht, ſich vermögen, hervorzutreten. Er verſuchte es, einige Einheit in die allgemeine Verwirrung zu bringen, beſtimmte die Grenadiercompagnien, die, des zweckloſen Treibens müde, bereits in ihre Caſernen zurückgehen wollten,

Digitized by Google

umzukehren und auszuharren, wurde aber, als er die reitenden Jäger zu der Sache des Aufſtandes hinüberziehen wollte, die inzwiſchen vom Belvedere auf den ſächſiſchen Platz vorgerückt waren, auf Befehl des Generals Siemiontkowski verhaftet und in die Wohnung des Commandanten gebracht, wo er ſtrenge bewacht wurde. Das einzige, wodurch es jetzt noch gelang, unter den Truppen Ordnung zu erhalten, war, daß die jungen Officiere, die den Aufſtand leiteten, ohne Chlopicki's Wiſſen, deſſen Namen gebrauchten und in ſeinem Auftrage Befehle ertheilten, von denen er ſelbſt nicht die geringſte Kenntniß hatte. Noch in der Nacht berief Fürſt Lubecki, der den kühnen Plan entwarf, die Revolution zu erſticken, indem er ſich ſelbſt der Leitung derſelben bemächtigte, den Verwaltungsrath, deſſen Mitglieder bei dem geringen Einfluſſe, den ſie thatſächlich übten, in der Nation weder Haß noch Zuneigung zu erwerben vermocht hatten. Um dem Verwaltungsrathe das Anſehen zu geben, das demſelben fehlte, lud er eine Anzahl Männer, die durch Stand und Geſinnung der allgemeinen Achtung genoſſen, die Fürſten Adam Czartoryski und Michael Radziwil, die Caſtellane Grafen Pac und Kochanowski und den alten Waffengefährten und Freund Kosciuszko's, Julian Niemcewicz, ein, den Sitzungen beizuwohnen. So wie der auf dieſe Weiſe erweiterte Rath vereinigt war, ſchlug er demſelben vor, im Namen des Kaiſers und Königs die Vermittlung zwiſchen dem Großfürſten und den Aufrührern zu übernehmen, um das Land vor den verderblichen Folgen eines Aufſtandes zu retten, der bei ſeinen unzureichenden Mitteln keinen andern als den ungünſtigſten Ausgang haben könne. Zugleich ließ er den Großfürſten um Einſtellung der Feindſeligkeiten bitten, welche dieſer ohne Anſtand gewährte, indem er dem Verwaltungsrathe ankündigte: „er werde ſich zurückziehen und den Polen die Vereinigung der getrennten Gemüther überlaſſen." Mit dem Anbruche des Tages drohte es inzwiſchen, ungeachtet dieſes Vertrages, zum ernſten Kampfe zu kommen. Von allen Thürmen der Stadt erſchallte die Sturmglocke. Die Volksmaſſen, die während der Nacht ſich zerſtreut hatten, ſammelten ſich von neuem auf den Straßen, und mit denſelben vereinigt drangen die Sappeurs und mehrere Grenadiercompagnien, die erſten von dem Hauptmann d'Hauterive, die letzten von dem Major Antonini geführt, gegen die reitenden Gardejäger vor, die ſich noch immer auf dem ſächſiſchen Platze hielten, vor der Uebermacht aber nach dem Alexanderplatze wichen, wo ſie durch die Grenadiercompagnien des erſten und dritten Jägerregimentes verſtärkt wurden. Hier ſtanden beide Theile einander

Digitized by Google

mehrere Stunden beobachtend gegenüber, bis der Großfürſt, der ſein Hauptquartier zu Wirzba, einem in geringer Entfernung von der Stadt gelegenen Dorfe, aufgeſchlagen hatte, den noch zu ihm haltenden Truppen den Befehl zum Abzuge ertheilte.

Eine Bekanntmachung des Verwaltungsrathes hatte das Volk bereits am frühen Morgen zur Ruhe ermahnt, da die Ruſſen ſich zurückzögen und zu einer Erneuung der beklagenswerthen Ereigniſſe der vergangenen Nacht daher keine Veranlaſſung wäre. Da Niemand wußte, was durch dieſe Bekanntmachung bezweckt wurde, erregte dieſelbe nur den Hohn und Spott des Volkes. Um das ſtürmiſche Drängen nach einem Anführer zu befriedigen, ernannte der Verwaltungsrath, da Chlopicki noch immer ſich nicht ſehen ließ, zuerſt den General Pac, der durch den Namen ſeiner Familie empfohlen wurde, darauf den bei dem Abzuge der letzten ruſſiſchen Truppen freigelaſſenen Sierawski zum Oberbefehlshaber. Am Abende, als es endlich gelungen war, Chlopicki aufzufinden, mußte auch Sierawski zurücktreten, um dem bewährten Feldherrn Platz zu machen, der das ausſchließende Vertrauen des Volkes und des Heeres beſaß, den aber nur die dringenden Vorſtellungen des Fürſten Lubecki beſtimmten, den angetragenen Oberbefehl zu übernehmen. Aber während der Verwaltungsrath darauf ausging, den Aufſtand durch allmälige Zurückführung der geſetzlichen Ordnung zu bemeiſtern, blieben auch die Männer, die denſelben hervorgerufen und insgeheim durch ihre Rathſchläge geleitet hatten, nicht unthätig. Es bildete ſich ein patriotiſcher Verein, an deſſen Spitze der gelehrte Profeſſor Lelewel trat, der, ſeiner den Ruſſen verdächtigen Geſinnungen wegen von der Univerſität entfernt, immer einen unbegrenzten Einfluß auf die Gemüther der Jugend gehabt hatte und die geheime Triebfeder aller revolutionairen Bewegungen geblieben war. Ihm ſchloſſen ſich an Xaver Bronikowski, Moritz Mochnacki, Andreas Plichta, Machnicki und andere gleich dieſen zum Aeußerſten entſchloſſene junge Männer; und durch die Reden, die ſie in den Sitzungen des Vereins hielten, durch die Gerüchte, die ſie ausſtreuten, wurde die Aufregung der Bevölkerung planmäßig zum wüthendſten Fanatismus geſteigert. „Krieg! Krieg gegen Rußland!“ war die Loſung, die Befreiung aller altpolniſchen Provinzen, die Herſtellung des Polenreiches in ſeinen alten Grenzen das Ziel, welches als ein leicht erreichbares und zugleich als das einzige der Anſtrengungen des Volkes würdige dargeſtellt wurde. Fürſt Lubecki begriff, daß er den ſteigenden Wogen der Volksgährung gegenüber keine Hoffnung hatte, mit dem Verwal-

Digitized by Google

tungsrathe in ſeiner alten Zuſammenſetzung etwas auszurichten. Schon am 30. November war er genöthigt geweſen, zwei Mitglieder, gegen die ſich die öffentliche Stimme am lauteſten erhob, die Generale Koſſecki und Rautenſtrauch, zum Ausſcheiden zu vermögen; am folgenden Tage bildete er, um die Aufmerkſamkeit ganz von demſelben abzulenken, eine ausführende Abtheilung, welche ausſchließlich mit der vollziehenden Gewalt beauftragt wurde, und in der von den alten Mitgliedern nur er ſelbſt ſeinen Platz behielt, während neben ihm die Fürſten Czartoryski und Radziwil, die Caſtellane Kochanowski und Dembowski, der General Chlopicki, die Landboten Guſtav Malachowski, Wladislaw Oſtrowski und Lelewel eintraten, durch deſſen Aufnahme dem patriotiſchen Vereine ſein Haupt entzogen werden ſollte. Der erſte Schritt der neuen vollziehenden Behörde war, daß er dem General Chlopicki den Auftrag gab, ſämmtliche außerhalb Warſchau liegende polniſche Regimenter nach der Hauptſtadt zu entbieten; zugleich wurde der Befehl ertheilt, zur Erhaltung der Ordnung im ganzen Lande aus der waffenfähigen Bevölkerung eine ſogenannte Sicherheitswache zu errichten. Am 2. December begaben ſich auf das Verlangen des Großfürſten vier Mitglieder der vollziehenden Behörde, die Fürſten Lubecki und Czartoryski, Graf Wladislaw Oſtrowski und Lelewel, in ſein Hauptquartier. Der Großfürſt verſicherte die Abgeordneten, daß es ihm nie in den Sinn gekommen ſey, Warſchau anzugreifen; er verſprach, wenn er dennoch dazu genöthigt ſeyn ſollte, dies achtundvierzig Stunden vorher anzukündigen, und erklärte, daß er ſelbſt dem lithauiſchen Corps, wegen deſſen ihm Beſorgniſſe geäußert wurden, keinen Befehl ertheilt habe, in das Königreich einzurücken. Als die Abgeordneten hierauf mit der Forderung hervortraten, daß die ehemals polniſchen Provinzen wieder mit dem Königreiche vereinigt werden möchten, entgegnete er, daß er von ſeinem kaiſerlichen Bruder keinen Auftrag habe, über dieſen Gegenſtand zu unterhandeln, dagegen verhieß er, ſich bei dem Kaiſer für die Schuldigen zu verwenden. „Es giebt hier keine Schuldige!“ erwiderte ſtolz Graf Wladislaw Oſtrowski, und damit endigte die Unterredung. Schon Tages vorher hatte der Großfürſt beſchloſſen, die im Lande vertheilten Truppen an ſich zu ziehen, und dem zunächſt ſtehenden General Szembek war der Befehl zugegangen, mit ſeinen beiden Jägerregimentern zu ihm zu ſtoßen. Szembek ſetzte ſich ſofort mit dem erſten Regimente von Sochaczew, wo er ſeine Standquartiere hatte, in Bewegung und eilte ſeinen Truppen voraus nach Wirzba, wo er dem Großfürſten zuſagte, dieſelben ungeſäumt

herbeizuführen. Nach Blonie, wo er das Regiment gelaſſen, zurückgekehrt, fand er den Obriſten Kicki, der ihn im Auftrage des Verwaltungsrathes aufforderte, ſich nach Warſchau zu begeben. Anfangs weigerte er ſich; durch die Bitten der jüngeren Officiere beſtürmt, gab er jedoch nach, ſtieg zu Pferde und befahl dem Regimente, nach Warſchau aufzubrechen. Zugleich ſchrieb er ein Billet an den Lieutenant Kruſzewski von den reitenden Gardejägern, der zu den Verſchwornen gehörte und ihn im Lager zu Wirzba um Verhaltungsbefehle gebeten hatte, und gab dieſem auf, ſein Regiment gleichfalls nach der Hauptſtadt zu führen. General Szembek marſchirte die ganze Nacht hindurch und traf noch vor Tagesanbruch an der Barrière von Wola ein, durch welche er einige Stunden ſpäter unter dem Jubel der geſammten Bevölkerung ſeinen Einzug hielt. An demſelben Tage ertheilte der Großfürſt Konſtantin den polniſchen Truppen, die ihm bis dahin treu geblieben waren, die Erlaubniß, ſich ihren Cameraden anzuſchließen, um ihnen die Schmach eines Abfalles zu erſparen, der, wie er wohl wußte, nicht mehr zu verhindern war. Lieutenant Kruſzewski hatte unmittelbar nach dem Empfange des Schreibens von General Szembek daſſelbe allen Officieren ſeines Regimentes mitgetheilt, die ſogleich bereit waren, Folge zu leiſten. Hierauf hatte auch das Gardegrenadierregiment, das General Zymirski umſonſt zurückzuhalten verſuchte, nach Warſchau zu ziehen verlangt, um ſich mit ſeinen Brüdern zuvereinigen. An der Spitze der beiden Regimenter, die am Thore von jubelnden Volkshaufen empfangen wurden, ritten die Generale Kraſinski und Kurnatowski, die in der erſten Freude nicht bemerkt wurden, gegen die ſich aber von allen Seiten wüthendes Geſchrei erhob, ſo wie man ſie erkannte. Szembek und Chlopicki hatten Mühe, die beiden zu retten, indem ſie die Verhaßten, gegen die hundert Säbel gezückt, hundert Gewehre angeſchlagen waren, mit ihrem Leibe deckten. Endlich gelang es, ſie in den Palaſt der Bank zu bringen, wo der Verwaltungsrath ſeinen Sitz hatte; aber der Tumult, der immer drohender wurde, legte ſich nicht eher, als bis beide Generale auf einen Balcon hinaustraten, und auf zwei Fahnen mit den Nationalfarben, die ihnen dargereicht wurden, einen Eid ſchworen, daß ſie gegen dieſe Fahnen niemals weder offen noch insgeheim kämpfen wollten.

Der Großfürſt Konſtantin hatte mittlerweile, nachdem ihm auch die letzten polniſchen Truppen, auf deren Treue er rechnen zu können glaubte, abtrünnig geworden waren, ſich überzeugt, daß eine Ausſöhnung, wie er ſie bisher gehofft hatte, nicht mehr möglich war; er richtete daher

Digitized by Google

ein Schreiben an den Verwaltungsrath, worin er dieſem anzeigte, daß er im Begriff ſey, mit ſeinen ruſſiſchen Regimentern das Königreich zu verlaſſen, und daß er zu der polniſchen Ehrenhaftigkeit das Vertrauen hege, man werde ihn auf ſeinem Marſche nach der Grenze nicht beunruhigen. Als dieſe Nachricht nach Warſchau kam, erregte ſie einen allgemeinen Taumel der Freude; erſt jetzt hielt man die Revolution für vollendet, da der Abzug des Großfürſten gleichſam das Siegel auf Alles zu drücken ſchien, was geſchehen war. Obriſt Kicki eilte mit dem Schreiben nach Modlin und vermochte den Commandanten zur Uebergabe dieſer wichtigen Feſtung mit allen ihren ungeheuern Kriegsvorräthen. Bisher hatte mitten in der revolutionairen Bewegung noch ein Schein geſetzlicher Ordnung beſtanden, indem alle öffentlichen Acte im Namen des Königs erlaſſen wurden. Jetzt glaubten die Mitglieder des mit der ausübenden Gewalt beauftragten Ausſchuſſes weiter vorangehen zu müſſen; der Verwaltungsrath wurde aufgelöſ't und eine vorläufige Regierung eingeſetzt, in welcher Fürſt Adam Czartoryski den Vorſitz führte. Durch dieſe wurde der Reichstag auf den 18. December einberufen, dem General Chlopicki der Oberbefehl über das Heer übertragen, ein Aufruf an die Truppen bekannt gemacht, welcher ihnen die geheiligte Sache des Vaterlandes an das Herz legte, und zugleich eine Verordnung erlaſſen, die allen verabſchiedeten Soldaten und Unterofficieren befahl, ſich zum Wiedereintritte in den Dienſt zu melden.

Während alle dieſe Dinge vorgingen, hatte der patriotiſche Verein, insgeheim fortwährend durch die Rathſchläge Lelewels geleitet, ſeine Thätigkeit ununterbrochen fortgeſetzt. Bereits am 2. December, als er von der Entſendung der Abordnung in das Lager des Großfürſten Kunde erhalten, hatte der Verein durch zwölf Bevollmächtigte die gebieteriſche Forderung an den Verwaltungsrath geſtellt, daß ſofort die Feindſeligkeiten gegen Rußland eröffnet und die lithauiſchen Provinzen in Aufſtand verſetzt, die vorigen Miniſter zur Unterſuchung gezogen und unter Aufſicht geſtellt, alle Unterhandlungen mit dem Großfürſten, der als Geiſel zurückzubehalten wäre, abgebrochen und alle Truppenanführer, die nicht ſogleich auf die Seite der Nation träten, für Verräther erklärt würden. Nur der letzte dieſer Punkte war von dem Verwaltungsrathe angenommen worden; dagegen hatte Fürſt Lubecki den Verein noch einmal beſchwichtigt, indem er mit ſchlauer Politik die vier vornehmſten Wortführer, Bronikowski, Mochnacki, Plichta und Machnicki, einladen ließ, die Arbeiten des Verwaltungs-

Digitized by Google

rathes zu theilen. Bei der Einſetzung der vorläufigen Regierung waren dieſe vier jungen Männer übergangen worden, und bei ihrer Rückkehr in den patriotiſchen Verein erhob ſich in dieſem ſogleich ein neuer wüthender Sturm. Mochnacki ſcheute ſich nicht, Chlopicki einen Verräther zu nennen, weil derſelbe ſich gegen einen Bruch mit Rußland ausgeſprochen und erklärt habe, daß die polniſche Armee unmöglich auf die Dauer einen Kampf gegen die überlegenen Streitkräfte des ruſſiſchen Heeres beſtehen könne, weshalb nichts Anderes übrig bleibe, als eine Ausgleichung auf möglichſt billige Bedingungen zu ſuchen. General Chlopicki, von dieſem Angriffe unterrichtet, entbrannte in ſo heftigem Jähzorne, daß er ſofort in den Sitzungsſaal der vorläufigen Regierung ſtürzte, ſeinen Oberbefehl niederlegte und, während er die wildeſten Verwünſchungen gegen ſeine Verleumder ausſtieß, durch einen Schlaganfall ſcheinbar leblos zu Boden geworfen wurde. Beſtürzung, Schrecken, Unwillen ergriffen bei dieſem Anblicke alle Gemüther. Die Wuth des Volkes und des Heeres, welches den einzigen Feldherrn zu verlieren fürchtete, der das Land retten konnte, kannte keine Grenzen. Mochnacki wurde mit Mühe den Händen der Menge entriſſen, die ihm den Tod drohte. Der patriotiſche Verein, der ſich dennoch am Abende wieder zu verſammeln wagte, wurde durch Studenten und Officiere auseinander geſprengt. Alles, was in Warſchau einiges Anſehen hatte, drängte ſich in die Vorzimmer des Generals, der nach einem Aderlaſſe wieder zu ſich gekommen war. Fürſt Czartoryski und der greiſe Niemcewicz begaben ſich am andern Morgen zu ihm, um ihn zu der Wiederannahme des Oberbefehls zu vermögen. Er entgegnete, daß er ſich dazu nur entſchließen könne, wenn er mit unumſchränkter Gewalt bekleidet würde. Die Regierung, welche die Unentbehrlichkeit des einen Mannes erkannte, ſetzte eine Acte auf, worin ſie ihn zum Oberfeldherrn mit der Macht eines Dictators ernannte, jedoch zugleich die Hoffnung ausſprach, daß er ſich aller willkürlichen Schritte enthalten würde. Ehe dieſe Acte ihm aber noch überbracht war, erſchien er in voller Uniform, von ſeinen Adjutanten begleitet, im Sitzungsſaale, führte bittere Beſchwerde über die herrſchenden Unordnungen und erklärte: „es ſey Zeit, dieſen ewigen Schwankungen ein Ende zu machen. Das Vaterland bedürfe eines Mannes, der ſich ihm opfere und über ſeine Intereſſen wache; er wolle dieſe Bürde auf ſich laden und ergreife die Dictatur.“ Als man ihm hierauf die Acte überreichte, warf er dieſe auf den Tiſch. „Man giebt mir hier eine Ernennung; ich will keine. Da ich die Regierung ohne Kraft und Einigkeit ſehe, ernenne ich mich

Digitized by Google

ſelbſt zum Dictator, und wehe dem," dabei ſchlug er mit der Fauſt auf den Tiſch, „der mir nicht gehorcht!" Alles ſchwieg beſtürzt; er aber ſtieg zu Pferde und ritt nach dem Marsfelde, wo auf ſeinen Befehl die in der Hauptſtadt befindlichen Truppen verſammelt waren. Hier las er eine Bekanntmachung, worin er ſagte: „da die unſichere Lage des Staates die größte Kraft und Schnelligkeit der Maßregeln erheiſche, habe er auf wenige Tage die Dictatur übernommen; nicht Ehrſucht habe ihn beſtimmt, ſondern die Gewalt der Umſtände; er thue, was die Römer in ähnlichen Fällen gethan, und werde ſeine Macht in die Hände des Reichstages niederlegen, nachdem er ſie zum Beſten der Nation angewandt." Ein donnerndes Hurrah nahm dieſe Worte auf, die ganz nach dem Geſchmacke der Soldaten waren. Auch die Bevölkerung gab ihre freudige Zuſtimmung zu erkennen, weil ſie wohl fühlte, daß eine ſo durchgreifende Handlungsweiſe Noth that. Der Dictator beſtätigte darauf die proviſoriſche Regierung in ihren Verrichtungen, die ſich aber auf die innere Verwaltung beſchränkten, indem er die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten ſich ſelbſt vorbehielt. Auch mußte Lelewel aus der Regierung austreten, in die er mit den meiſten Mitgliedern des vollziehenden Ausſchuſſes übergegangen war.

Jetzt war im Heere und in der Verwaltung bald die ſtrengſte Ordnung hergeſtellt, weil Niemand kühn genug war, den Befehlen des Dictators entgegen zu handeln. Er ergriff die geeigneten Maßregeln, das regelmäßige Heer auf einen achtunggebietenden Fuß zu bringen, wies aber alle Aufforderungen zurück, welche die Häupter der revolutionairen Partei an ihn richteten, in Lithauen einzudringen, um auch dort den Aufſtand zu verbreiten, und wollte eben ſo wenig von einer allgemeinen Volksbewaffnung wiſſen, weil er, ein alter Soldat aus der napoleoniſchen Schule, die Kräfte untergeordneter Maſſen verachtete. Seine Hoffnung war, daß es ihm gelingen würde, auf eine anſehnliche Kriegsmacht geſtützt, im Wege der Unterhandlung mit Rußland ein Abkommen zu treffen, durch welches Polen zwar nicht ſeine Unabhängigkeit zurückgegeben, aber treue Vollziehung der bisher vielfach verletzten Verfaſſung geſichert würde; und er ſandte deshalb gleichzeitig den Fürſten Lubecki und den Grafen Jezierski nach St. Petersburg, um den Kaiſer zu verſöhnlichen Schritten zu beſtimmen, und den Marquis Wielopolski nach London, ſo wie den Generalintendanten Wolicki nach Paris, um die Vermittlung von England und Frankreich anzurufen.

Digitized by Google

Noch ehe der Tag heran kam, an dem die Verſammlung der Reichsſtände eröffnet werden ſollte, waren ſämmtliche Mitglieder beider Kammern aus allen Theilen des Landes in Warſchau eingetroffen. Die große Mehrzahl, beſonders jener, die ſich von Anfang entſchieden für die Revolution ausgeſprochen, war im höchſten Grade unzufrieden über die Wendung, welche die Dinge ſeitdem genommen. Denn das fühlte Jeder, daß mit Rußland unterhandeln ſoviel hieß, als ſich auf Gnade und Ungnade ergeben, und daß man nur dann einige Ausſicht hatte, den Kampf gegen die überlegene Macht des Feindes mit Erfolg zu beſtehen, wenn man ihn unvorbereitet überraſchte und den Krieg in ſeine eigenen Grenzen trug. Am 17. December, dem Vorabende des Tages, zu dem die Reichsſtände berufen waren, begab ſich eine Abordnung von zwanzig Landboten und mehreren Senatoren, den Fürſten Czartoryski an der Spitze, zu dem Dictator, um ihn zu kräftigerem Handeln im Sinne des Aufſtandes aufzufordern. Chlopicki erwiderte auf die an ihn gerichtete Anrede: „ſeine Abſicht gehe nur darauf, das Königreich innerhalb ſeiner durch den Wiener Congreß feſtgeſetzten Grenzen zu erhalten, da er überzeugt ſey, daß man mehr nicht verlangen könne, ohne das polniſche Heer auf die Schlachtbank zu liefern. Er habe dem Könige Nikolaus Treue geſchworen und werde ſeinen Eid halten; man dürfe alſo auf keine Weiſe glauben, daß er die mit Rußland vereinigten Provinzen wieder erobern wolle. Die Conſtitution werde künftig Bürgſchaften haben, die jede Verletzung unmöglich machten, und das Königreich ſolle in Zukunft den ruſſiſchen Truppen verſchloſſen bleiben: dies ſey Alles, wozu er ſich verpflichten könne.“ Leidenſchaftlich erregt, ergriff hierauf der Landbote Zwierkowski das Wort. „Das ſey nicht der Zweck des Aufſtandes geweſen,“ ſagte er. „Nicht deshalb habe man das Aeußerſte gewagt, um keine ruſſiſche Truppen mehr im Lande zu haben und die Conſtitution unverletzt zu erhalten; es gelte ganz Lithauen, Wolhynien, Podolien und die Ukraine, wo auch polniſche Brüder wohnten, die alle mit dem Königreiche gemeinſchaftliche Sache machen würden. Ohne jene ſey dieſes nichts; alle Polen müßten mit einander leben, oder untergehen.“ Zürnend antwortete Chlopicki: „er ſtehe hier im Namen des conſtitutionellen Königs, dem er durch ſeinen Eid verpflichtet ſey, und ſey nicht dazu da, mit den Landboten zu ſtreiten.“ Damit nahm er ſeinen Hut und verließ das Gemach. Verlegen ſahen die Landboten einander an, die auf eine ſolche Sprache nicht gefaßt waren. Um dem nachtheiligen Eindrucke vorzubeugen, den die Erklärung des Dictators auf das Volk

hervorgebracht haben würde, gaben alle einander das Wort, über den Vorgang das tiefſte Stillſchweigen zu beobachten.

Des andern Abends um ſechs Uhr traten die beiden Kammern der Reichsſtände zuſammen, nachdem man vergeblich den ganzen Tag darauf gewartet hatte, daß der Dictator ihre Sitzung in der hergebrachten Form eröffnen würde. Unter dem Vorſitze eines Alterspräſidenten wurde von den Landboten beſchloſſen, daß ſie die Revolution vom 29. November als eine Sache der Nation annähmen und beſtätigten. Darauf wurde Graf Wladislaw Oſtrowski durch einmüthigen Zuruf zum Vorſitzenden oder Marſchall der Kammer ernannt und auf den Armen zum Präſidentenſtuhle getragen. Endlich wurde auf den Antrag Zwierkowski's und Guſtav Malachowski's, um Niemand eine Ausflucht übrig zu laſſen, der Beſchluß, welcher den Aufſtand für eine Volksſache erklärte, von allen Anweſenden unterzeichnet. Chlopicki, bereits über das eigenmächtige Zuſammentreten des Reichstages entrüſtet, wurde durch die von demſelben ausgeſprochene Billigung des Aufſtandes zum äußerſten Zorne hingeriſſen, weil dadurch, wie er behauptete, ſeine Unterhandlungen zu St. Petersburg geſtört würden. Noch in der Nacht ſchickte er der vorläufigen Regierung und den Präſidenten der beiden Kammern ſeine Entlaſſung ein. Umſonſt boten Czartoryski, Oſtrowski und der alte Niemcewicz Alles auf, um ihn zu beſänftigen. Zuletzt erklärte er ſich nur unter der Bedingung bereit, den Oberbefehl und die Dictatur zu behalten, daß ihm durch den Reichstag eine völlig unbeſchränkte Gewalt übertragen werde, und daß dieſer, unmittelbar nachdem er das Ernennungsdecret ausgefertigt, auseinandergehe. Die Kunde von dem Rücktritte des Dictators rief von neuem eine ungeheure Aufregung hervor, das Heer, das Volk, beſonders aber die ſtudirende Jugend tobte. Die Studenten bedrohen einen Jeden, den ſie als den Gegner Chlopicki's anſehen, mit dem Tode. Moritz Mochnacki und ein paar andere Mitglieder des aufgelöſ'ten patriotiſchen Vereins, die ſie auf der Straße verfolgen, werden nur mit Mühe gerettet. Des andern Morgens, als der Reichstag ſich in einer außerordentlichen Sitzung verſammelte, waren alle Zugänge von Bewaffneten beſetzt, alle Tribunen von jungen Leuten gefüllt, die entſchloſſen waren, die Ernennung Chlopicki's zum Dictator mit Gewalt durchzuſetzen. Der Marſchall Oſtrowski eröffnete die Sitzung der Landbotenkammer, indem er ſeine Ueberzeugung ausſprach, daß bei der dringenden Gefahr des Staates kein anderes Mittel übrig bleibe, als dem General Chlopicki die Dictatur wieder zu übertragen. Er ſchlage

Digitized by Google

deshalb einen Geſetzentwurf vor, der die Bedingungen enthalte, unter denen Chlopicki bereit ſey, die Dictatur zu übernehmen. Dieſe Bedingungen waren, daß Chlopicki die unbeſchränkte Gewalt ohne alle Verantwortlichkeit übertragen werde; daß ihm ein Reichstagsausſchuß zur Seite ſtehe, welcher dieſe Gewalt ihm abnehmen und einem Andern übertragen könne; daß der Dictator die Mitglieder der Regierung nach eigener Wahl ernenne; daß der Reichstag ſogleich nach der Bekanntmachung des Geſetzentwurfes auseinandergehe und nur auf den Ruf des Dictators oder in den beiden Fällen, wenn dieſer mit Tode abgehe oder wenn ſeine Gewalt aufhöre, ſich wieder vereinigen dürfe. Ueber dieſen Vorſchlag erhob ſich ein heftiger Streit, in den ſich die Tribunen mit wildem Geſchrei miſchten. Eingeſchüchtert durch die Drohungen der Menge gaben die Landboten nach, nur Theophil Morawski hatte den Muth, als ihn die Reihe zu ſtimmen traf, ein lautes „Nein!“ zu rufen. Hundertundacht Stimmen gegen eine nahmen den Geſetzentwurf an. Ehe die Verſammlung ſich trennte, wurde aber auf Zwierkowski's Antrag beſchloſſen, eine Commiſſion niederzuſetzen, welche mit der Ausarbeitung eines Manifeſtes beauftragt wurde, das den Aufſtand rechtfertigen, die Nothwendigkeit der Unabhängigkeit Polens darthun, alle bisher vorgefallenen Verletzungen der Conſtitution nachweiſen und die Forderung der Wiedervereinigung aller ehemaligen polniſchen Provinzen mit dem Königreiche begründen ſollte. Nachdem dies geſchehen und nachdem der Ausſchuß zur Beaufſichtigung des Dictators ernannt war, vereinigten ſich die beiden Kammern, um Chlopicki zu empfangen, der bald darauf in großer Uniform mit allen ſeinen Orden, auch den ruſſiſchen, eintrat. Fürſt Czartoryski, der Präſident des Senates, hielt eine kurze Anrede an ihn, worin er ihm ſagte, daß die Nation ihm die höchſte Gewalt übertrage, in der Hoffnung, er werde nur zu ihrem Beſten von derſelben Gebrauch machen. Chlopicki erwiderte mit Würde: „er werde ſuchen, nach Kräften dem ihm bewieſenen Vertrauen zu entſprechen, er nehme die Dictatur an, weil die Umſtände die Vereinigung der Gewalt in einer Hand unerläßlich machten. Wenn der Reichstag ihm ſein Amt wieder abnehme, werde er mit gebeugter Stirn vor der Würde der Nation ſich in das Privatleben zurückziehen.“ Allgemeiner freudiger Ruf: „Es lebe das Vaterland! Es leben die Volksvertreter! Es lebe der Dictator!“ erſchallte im Saale und von den Tribunen und wurde von der außen harrenden Menge mit Begeiſterung wiederholt. Fürſt Czartoryski erklärte hierauf die Kammern bis zu ihrer Wiedereinberufung vertagt.

Digitized by Google

Unmittelbar nach ſeiner Wiederernennung hob Chlopicki die vorläufige Regierung auf und ſetzte ſtatt derſelben einen Nationalrath ein, deſſen Aufgabe es ſeyn ſollte, den Schatz mit den nöthigen Geldmitteln zu verſehen, für die Herbeiſchaffung von Mundvorräthen zu ſorgen, das Heer auszurüſten, über Ordnung und Sicherheit zu wachen und volksthümliche Geſinnungen zu verbreiten. Neben dem Fürſten Czartoryski und Radziwil, dem Reichstagsmarſchall Oſtrowski, dem Caſtellan Dembowski, dem Landboten Barzykowski und den Miniſtern der Finanzen Jelski, des Krieges Iſidor Kraſinski, der Juſtiz Bonaventura Niemojewski und des Innern Thomas Lubienski erhielt in dem Nationalrathe auch Lelewel eine Stelle, indem ihm das Miniſterium des öffentlichen Unterrichts zugetheilt wurde, ohne Zweifel, um ihn durch eine ſeinen Fähigkeiten angemeſſene Beſchäftigung von anderer die Plane des Dictators gefährdender Thätigkeit abzuhalten. Aber während dieſer alle ſeine Hoffnung auf den Erfolg der nach St. Petersburg geſandten Botſchaft ſetzte, bereiteten ſich Ereigniſſe vor, die ihn belehren mußten, daß ſelbſt die unbeſchränkte Gewalt, die ihm zu Gebote ſtand, nicht ausreichte, um den Aufſchwung des Volksgefühles zu unterdrücken, den er auf jede Weiſe in Schranken zu halten bemüht war. Die Reichstagscommiſſion brachte gegen das Ende des Decembers das Manifeſt zu Stande, mit deſſen Ausarbeitung ſie beauftragt war. In glühenden Farben und mit leidenſchaftlicher Uebertreibung waren alle die Leiden geſchildert, die Polen unter der ruſſiſchen Regierung erduldet habe; die Trennung der altpolniſchen Provinzen war als ein Unrecht dargeſtellt, welches die Ehre der Nation nicht länger zu ertragen geſtatte, und das Mitgefühl aller Völker wurde aufgerufen, indem der polniſche Aufſtand als die Vorhut in dem Kampfe der Freiheit gegen die nordiſchen Horden bezeichnet wurde, die ſich über Europa zu ergießen im Begriff wären. Der Dictator verlangte, daß das Manifeſt vor ſeiner Bekanntmachung ihm vorgelegt würde; die Commiſſion ließ daſſelbe jedoch unter Genehmigung des Beaufſichtigungsausſchuſſes drucken, obwohl der Dictator die Bekanntmachung unterſagte. Die Spannung, in welche Chlopicki dadurch mit dem Reichstagsausſchuſſe gerieth, wurde durch die Beſchwerden vermehrt, die der letzte über die Läſſigkeit der kriegeriſchen Rüſtungen erhob, da Chlopicki aller an ihn gerichteten Aufforderungen ungeachtet weder ſeine Zuſtimmung zu der Bildung einer lithauiſchen Legion gab, noch in die Errichtung einer Nationalgarde und die Verſtärkung des Heeres durch die Aufnahme von Senſenträgern einwilligte. Unter den eifrigſten Re-

Digitized by Google

volutionairen ward der Mißmuth und das Mißtrauen gegen den Dictator ſo groß, daß man in geheimen Zuſammenkünften darüber berathſchlagte, ob es nicht nothwendig wäre, ihn auf gewaltſame Weiſe bei Seite zu ſchaffen. Davon unterrichtet, ließ Chlopicki am 13. Januar Lelewel, Bronikowski und den Journaliſten Joſef Oſtrowski, die ihm als die Urheber des Anſchlages angezeigt waren, gefangen nehmen und verlangte von dem Juſtizminiſter Niemojewski, daß dieſer ſogleich eine außerordentliche Commiſſion niederſetze, um die Verhafteten zu richten. Niemojewski weigerte ſich, eine Maßregel zu ergreifen, die er für geſetzwidrig erklärte. Der Nationalrath, durch die Verhaftung eines ſeiner Mitglieder beleidigt, drohte, ſeine Würde niederzulegen. Ganz Warſchau gerieth in Gährung, und ſogar die academiſche Jugend, die dem Dictator bisher unbedingt ergeben geweſen war, forderte ungeſtüm Lelewels Freilaſſung. Chlopicki ſah ſich genöthigt, dieſe zu gewähren; denn ſchon konnte er nicht länger ſich verbergen, daß die Volksgunſt ſich völlig von ihm abgewandt hatte. Seine Vorzimmer, ſonſt bis in die ſpäte Nacht hinein gefüllt, fingen an zu veröden; ſtatt des freudigen Zurufes, der ihn bisher bei jedem öffentlichen Erſcheinen begrüßt hatte, begegnete er überall nur düſterer Niedergeſchlagenheit. Er ſelbſt hätte, wenn ſein unbeugſamer Starrſinn ihn nicht zu jeder unbefangenen Auffaſſung der Lage unfähig gemacht hätte, alle Urſache gehabt, an der Richtigkeit ſeiner Anſichten und an der Zweckmäßigkeit ſeiner Maßregeln zweifelhaft zu werden. In der äußerſten Unruhe über das Ausbleiben jedes Beſcheides von St. Petersburg hatte er bereits am 21. December ſeinen Adjutanten, den Obriſtlieutenant Wylecynski nach der nordiſchen Hauptſtadt abgeſchickt, mit dem Auftrage, den Fürſten Lubecki zu einer Antwort zu drängen, jedenfalls aber auch ohne dieſe ſofort zurückzukehren. In der Nacht vom 5. Januar war Wylecynski in Warſchau wieder eingetroffen; er brachte nichts als die Anzeige, daß Graf Jezierski ihm in Kurzem mit der Antwort des Kaiſers folgen würde. Zugleich aber meldete er, daß er auf ſeiner ganzen Reiſe alle Straßen mit Truppen bedeckt geſehen habe, die ſich gegen die polniſche Grenze in Bewegung ſetzten. Schon vorher hatte man in Warſchau Kunde erhalten, wie die Revolution in St. Petersburg aufgenommen worden war. Am 7. December hatte Kaiſer Nikolaus nach der Parade die Generale und Officiere der Garde um ſich verſammelt und ihnen die Warſchauer Ereigniſſe angekündigt. Ein Schrei der Wuth erſchallte von allen Seiten. „Führe uns gegen ſie!“ riefen tauſend Stimmen; und ſo ungezähmt ſprach

Digitized by Google

der alte Nationalhaß der Ruſſen gegen die Polen ſich aus, daß der Kaiſer ſelbſt die Erbitterung mäßigen zu müſſen glaubte. „Nicht alle Bewohner Warſchau's und des Königreiches," ſagte er, „wären gleich ſchuldig; man müſſe die Verführer von den Verführten unterſcheiden und nur jene ſtrafen." Am 16. December kam der Flügeladjutant des Kaiſers, Obriſt Hauke, der Bruder des ermordeten Kriegsminiſters, in Warſchau an, um die Polen zur Unterwerfung aufzufordern. Am 18. erließ der Kaiſer eine Proclamation an ſeine polniſchen Unterthanen, worin er ihnen Verzeihung und Vergeſſenheit des Vorgefallenen verhieß, wenn ſie ſich freiwillig ſeiner Gewalt unterwürfen. In dieſem Falle ſollten ſie alle gefangen gehaltene ruſſiſche Unterthanen ſofort befreien, den vom Kaiſer eingerichteten Verwaltungsrath wieder einſetzen, alle ungeſetzliche Behörden aufheben und jede in Folge der Unruhen angeordnete Bewaffnung einſtellen. Die polniſchen Truppen hätten ſich bei Plock zu vereinigen und dort die Befehle des Kaiſers zu erwarten. „Mit den Verſchwörern, Menſchen ohne Ehre und Treue," erklärte der Kaiſer zum Schluß, „werde er nie unterhandeln; das Unglück, welches ſie ihrem Vaterlande bereitet hätten, werde auf ihre eigenen Häupter zurückfallen; den augenblicklich Irregeführten ſtehe Rückkehr und Verzeihung offen, aber nie werde er ſich Zugeſtändniſſe mit den Waffen in der Hand abtrotzen laſſen." Eine ſolche Sprache, in der Lage des Kaiſers eine ſehr natürliche, bedurfte keiner nähern Erklärung. Dennoch wartete Chlopicki noch auf Beſcheid aus St. Petersburg. Dieſer ſollte endlich ihm werden. Am 13. Januar, dem Tage, an dem er Lelewel verhaftet und wieder freigelaſſen hatte, traf Graf Jezierski von St. Petersburg ein; er überbrachte ein Schreiben des mit Leitung der polniſchen Angelegenheiten im ruſſiſchen Cabinette beauftragten Miniſters, Grafen Grabowski, worin Chlopicki angezeigt wurde, daß der Kaiſer aus dem an ihn gerichteten Schreiben des Generals mit Vergnügen die Geſinnungen erſehen habe, von denen derſelbe belebt ſey. Se. kaiſerliche Majeſtät werde dieſen Geſinnungen um ſo eher Glauben beimeſſen, wenn der General einen unwiderleglichen Beweis davon ablege, indem er ſich ſo viel als möglich nach der Proclamation richte, die Se. Majeſtät am 18. December an die polniſche Nation erlaſſen habe.

Erſt am 16. theilte Chlopicki das empfangene Schreiben dem Nationalrathe mit, in deſſen Mitte ſich ein leidenſchaftlicher Streit über die Frage entſpann, ob man die Unterhandlungen mit Rußland jetzt noch länger fortſetzen oder ſogleich abbrechen ſolle. Die Mehrheit

Digitized by Google

entſchied für das Letzte, da durch eine Weiterführung der Unterhandlungen doch nichts zu erreichen ſey. Chlopicki erklärte ſich mit Heftigkeit gegen dieſe Anſicht, und da er ſich überſtimmt ſah, rief er aus: „er könne die Verantwortlichkeit eines Bruches nicht auf ſich nehmen, und halte es daher für ſeine Pflicht, den Reichstag zu berufen." Zu noch ſtürmiſcheren Auftritten kam es in der Sitzung des Aufſichtsausſchuſſes, die unmittelbar darauf Statt fand. Chlopicki rieth, die Dinge nicht auf das Aeußerſte zu treiben, ſondern durch Unterhandlungen unter preußiſcher Vermittlung das bevorſtehende Unglück abzuwenden. „Ich weiß wohl," ſagte er, „daß man mit geringen Kräften einen mächtigen Gegner ſchlagen kann; aber die unſerigen reichen nicht hin. Wir haben kaum 40,000 Mann den 150,000 der Ruſſen entgegenzuſetzen, und ſo wenig ich mit meinem Kopfe Mauern einrennen kann, ſo wenig vermag ich mit einem ſo kleinen Heere Rußlands Uebermacht zu brechen." Als ihm bemerkt wurde, daß man die Senſenträger in das dritte Glied ſtellen könne, erwiderte er: „Führt ſelbſt mit Eueren Senſenträgern Krieg, ich kann ſie nicht brauchen." Der Landbote Ledochowski erinnerte ihn daran, daß er ſelbſt die Dictatur verlangt habe, und ſie daher behalten und ſeine Pflicht thun müſſe, da die ruſſiſchen Streitkräfte ihm ſchon damals bekannt geweſen wären und der Stand der Dinge ſeitdem ſich nicht verändert habe. Dadurch wurde Chlopicki nur noch mehr erbittert. „Mit einem ſo kleinen Heere kann ich keinen Krieg führen," rief er ingrimmig aus. „Ich lege meine Würde nieder; ich will weder Dictator noch Anführer, weder Officier noch Soldat ſeyn." Am andern Morgen richtete der Aufſichtsausſchuß noch einmal eine förmliche Anfrage an den Dictator, unter welchen Bedingungen er die ihm anvertraute Macht behalten wollte, und wenn nicht dieſe, wenigſtens den Oberbefehl über das Heer. Die Antwort war: „er könne es nicht über ſich nehmen, das Land durch einen ungleichen Kampf ins Unglück zu ſtürzen; er werde daher die ihm anvertraute Macht nur behalten, wenn man ihm die unbeſchränkteſte Gewalt einräume, alle zweckdienliche Maßregeln zur Rettung des Vaterlandes zu ergreifen." Da der Ausſchuß dies ablehnte, reichte Chlopicki ſeine Entlaſſung ein und trat, ungerührt durch die drohende Gefahr, in der das Land ſchwebte, das ihn höher geehrt, als irgend einen andern ſeiner Söhne, in das Privatleben zurück. Mit ſtummem Schmerze, der ſich aber bald in grimmigen Zorn verkehrte, vernahmen Volk und Heer das Ausſcheiden des Feldherrn, unter deſſen Führung beide ſich für unüberwindlich gehalten hatten.

Digitized by Google

Wenn die Nationalgarde, die auf wiederholtes Andringen des Verwaltungsrathes erſt vor wenigen Tagen bewaffnet worden war, nicht alle Zuſammenrottungen zerſtreut hätte, wäre das Leben des Dictators gefährdet geweſen, der mit den bitterſten Verwünſchungen überhäuft wurde.

Zwei Tage darauf trat der Reichstag zuſammen, deſſen erſte und dringendſte Sorge es war, zu der Wahl eines neuen Oberbefehlshabers zu ſchreiten. Die polniſche Armee beſaß eine Menge Generale, die aber theils alt und kränklich waren, wie Klicki und Woiczynski, theils alles Talent als Anführer entbehrten, wie Sierawski, Szembeck, Fürſt Radziwil, Graf Pac, theils durch ihren zweideutigen Charakter die öffentliche Achtung verſcherzt hatten, wie Krukowiecki und Weißenhof. In der Verlegenheit kam man nochmals auf Chlopicki zurück; mehrere Mitglieder des Reichstages beſchworen ihn, dem Vaterlande ſeine Dienſte nicht zu entziehen. Er blieb unerſchütterlich bei ſeiner Weigerung, den Oberbefehl zu übernehmen; erklärte aber, daß er als Soldat in die Reihen des Heeres treten und dem Feldherrn, auf den die Wahl falle, ſeinen Beiſtand nicht vorenthalten werde. Auf die Frage, wen er zu wählen anrathe, bezeichnete er den Fürſten Radziwil, der zwar keine große Kriegserfahrung habe, aber perſönlich tapfer, hochgeſtellt durch ſeinen Rang und beim Volke beliebt ſey. Dieſe Empfehlung gab den Ausſchlag, weil man vorausſetzte, daß unter dem Namen des Fürſten doch eigentlich Chlopicki den Befehl führen würde. Von 140 anweſenden Reichstagsmitgliedern gaben 107 dem Fürſten Radziwil ihre Stimme. Als dieſer hierauf vom Senatspräſidenten zum Oberbefehlshaber ernannt wurde, erſchallte von allen Seiten der Ruf: „Er lebe! Er führe uns nach Lithauen! Zum Kampfe!“ Senatoren und Landboten ſprangen von ihren Sitzen und umringten den neuen Feldherrn, der ſeinerſeits beſcheiden ausrief: „Dem Willen der Nation gehorſam, nehme ich den mir angewieſenen Poſten an, aber nur bis ſich ein Würdigerer findet.“

Noch ehe dieſe Ernennung erfolgt war, hatte Roman Soltyk den Antrag geſtellt, das ruſſiſche Kaiſerhaus des polniſchen Thrones verluſtig zu erklären. Auf einen ſo entſcheidenden Schritt war Niemand gefaßt; dumpfe Erſtarrung nahm den Vorſchlag auf, der unter dem Vorwande, daß dem Reichstage nach der Verfaſſung nicht das Recht des erſten Antrages zuſtehe, für den Augenblick zurückgewieſen wurde. Bald überzeugten ſich aber auch die Gemäßigteſten, daß man bereits zu weit vorangegangen war, um nicht die einzige Wahrſcheinlichkeit

Digitized by Google

der Rettung darin zu ſehen, daß man jede Möglichkeit der Rückkehr abſchnitt. Um das Hinderniß zu beſeitigen, das dem Antrage Soltyks entgegenſtand, wurde ein Geſetzentwurf angenommen, der den Kammern das Recht des erſten Antrages einräumte. Tages darauf kamen zwei Proclamationen des ruſſiſchen Feldmarſchalls Diebitſch nach Warſchau, der an der Spitze eines zahlreichen und wohlgerüſteten Heeres im Anzuge war. Dieſe Proclamationen, an das polniſche Volk und an die polniſche Armee gerichtet, kündigten den bevorſtehenden Einmarſch der ruſſiſchen Truppen an. Volk und Armee wurden an ihre Pflichten gegen den Monarchen erinnert; die Einwohner aufgefordert, die rechtmäßigen Behörden wieder einzuſetzen, wie ſie vor dem Aufſtande geweſen wären, alle Waffen abzuliefern und den einrückenden Truppen ihre Unterwerfung durch Abordnungen mit weißen Fahnen anzuzeigen, die Soldaten, Officiere und Generale, die Fahnen des Aufruhrs zu verlaſſen und ſich den ruſſiſchen Kriegern anzuſchließen, die jeden Reuigen mit offenen Armen aufnehmen würden. Unter dieſen Bedingungen wurde Allen Strafloſigkeit zugeſichert, mit Ausnahme der Anſtifter des Aufſtandes und derer, die ihre Hände in Blut getaucht hätten. Jetzt verſchwanden alle Bedenklichkeiten, da man nicht länger in Zweifel ſeyn konnte, welches Loos man zu erwarten hatte. Am 25. Januar, nach einer langen Berathung über die Lage des Landes, in der Graf Jezierski unter lautem Zeichen des Mißfallens über den Erfolg ſeiner Unterhandlungen in St. Petersburg Bericht erſtattete, trat der Reichstagsmarſchall Graf Oſtrowski auf und erklärte mit ernſter feierlicher Stimme: „der Zweck der Revolution könne ohne Krieg nicht mehr erreicht werden; ſchon habe der Zaar von Moskau ſeinen Horden befohlen, in das Land einzubrechen; es ſey nicht das erſte Mal, daß daſſelbe mit den Gebeinen der Tataren beſäet würde; man dürfe jetzt nicht länger durch Gewohnheit oder Furcht ſich beſtimmen laſſen, Nikolaus als König von Polen anzuerkennen; nur der Eid ſey bindend, den der Pole von den älteſten Zeiten den Piaſten, Jagellonen und freierwählten Königen geſchworen.“ Ledochowski ſprang auf und rief mit gewaltiger Stimme: „Erklären wir ſofort, daß Nikolaus nicht mehr unſer König iſt!“ Alle Landboten erhoben ſich von ihren Sitzen und wiederholten: „Nikolaus iſt nicht mehr unſer König!“ Ungeachtet des Widerſpruches, den Graf Jezierski erhob, wurde der Staatsſecretair Niemcewicz beauftragt, auf der Stelle das Thronerledigungsdecret abzufaſſen, das folgendermaßen lautete: „Die polniſche Nation hat im Reichstage vereinigt erklärt, daß ſie ein unabhängiges Volk iſt und

Digitized by Google

das Recht hat, die Krone Polens demjenigen anzubieten, den ſie für würdig erachtet, und von dem ſie mit Gewißheit erwarten darf, daß er den geſchwornen Eid und die verbrieften Gerechtſame heilig und unverbrüchlich bewahren werde.“

Schon Tages vorher war auf Lelewels Antrag beſchloſſen worden, daß neben dem polniſchen Heere zwei Legionen errichtet werden ſollten, die eine von Lithauen und Schamaiten, die andere von Wolhynien, Podolien und der Ukraine. Am 29. wurde nach langen Verhandlungen die Errichtung einer neuen Regierung anſtatt des Nationalrathes beſchloſſen, zu deren Mitgliedern Fürſt Czartoryski, Vincenz Niemojewski, Theophil Marawski, Barzykowski und Lelewel erwählt wurden. Alle Kraft war fortan auf die ſchnellſte Förderung der Kriegsrüſtungen gerichtet. Bis zum Ende des Januars war das regelmäßige Heer, das beim Ausbruche des Aufſtandes nur 35,000 Mann, darunter 26,100 zu Fuß, 6800 Reiter und 2100 Artilleriſten mit 106 Geſchützen — gezählt hatte, auf 72,000 Mann gebracht, wovon 57,000 zu Fuß, 12,000 zu Roß und 3000 Artilleriſten mit 142 Stücken. Außerdem waren 8000 leichte Reiter oder Krakuſen, 6000 Warſchauer Nationalgarden und zahlreiche Haufen von Senſenträgern bewaffnet und 44 Bataillone, 69 Schwadronen und zwei Batterien Geſchütz in der Bildung begriffen, die, ſobald ihre Ausrüſtung vollendet war, das Heer noch um 50,000 Mann verſtärken mußten. Den richtigen Zeitpunkt zum Angriffe hatte Chlopicki ungenützt vorübergehen laſſen. Wenn er von Anfang, wie die Redner des patriotiſchen Vereines verlangten, die mit dem Großfürſten Konſtantin abziehenden ruſſiſchen Truppen entwaffnet oder nach der öſterreichiſchen Grenze gedrängt und auf der andern Seite mit allen zu ſeiner Verfügung ſtehenden Streitkräften einen Einfall in Lithauen unternommen hätte, ſo würde das Beiſpiel des polniſchen Heeres ohne Zweifel den größten Theil des 30,000 Mann ſtarken, mit 120 Geſchützen verſehenen lithauiſchen Corps mit ſich fortgeriſſen haben; das ganze Land hätte ſich erhoben und die heranziehenden ruſſiſchen Armeecorps hätten ſich vorläufig auf die Vertheidigung des eigenen Bodens beſchränken müſſen oder wären bei unvorſichtigem Vordringen einzeln geſchlagen worden. Zu der Ausführung eines ſo kühnen, aber beinahe unfehlbaren Erfolg verſprechenden Planes war es jetzt zu ſpät. Das lithauiſche Corps, von dem General Roſen befehligt, war bereits in der zweiten Hälfte des Decembers von allen unzuverläſſigen Officieren gereinigt; gegen das Ende des Monates war das erſte ruſſiſche Infanteriecorps

Digitized by Google

unter General Pahlen I., über 30,000 Mann ſtark, mit 96 Geſchützen, bis gegen Grodno und Kowno vorgedrungen. Das Grenadiercorps der Militaircolonien, gleichfalls über 30,000 Mann ſtark, mit 72 Geſchützen, war, vom Fürſten Schachowskoi geführt, im Begriff, von Nowgorod aufzubrechen; und vom Süden her waren zwei Cavalleriecorps, die 14,000 Pferde und 92 Geſchütze zählten, im Anzuge. Gegen das Ende des Januars hatte der Türkenſieger Diebitſch, der am 29. December von St. Petersburg zum Heere abgegangen war, eine Macht von 86,600 Mann Infanterie, 26,800 Reitern und 336 Geſchützen an der polniſchen Grenze vereinigt, während zu ſeiner Verſtärkung die 24,000 Mann ſtarke Garde mit 72 Geſchützen unter dem Großfürſten Michael auf dem Marſche war.

Dieſer gewaltigen Heeresmaſſe konnten die Polen nur ungefähr 54,000 Mann zu Fuß und zu Roß mit 132 Geſchützen in offenem Felde entgegenſtellen, da ſie von ihren Streitkräften einen nicht unbedeutenden Theil zur Beſetzung der beiden Feſtungen Modlin und Zamoſc, ſo wie zur Bildung der Reſerven auf dem linken Weichſelufer verwenden mußten. Von einem Angriffskriege konnte daher nicht mehr die Rede ſeyn. Auf Chlopicki's Rath entſchloß ſich Fürſt Radziwil, die Ruſſen in einer vortheilhaften Stellung, in geringer Entfernung von Praga, der Vorſtadt Warſchaus auf dem rechten Weichſelufer, zu erwarten und hier eine Schlacht zu liefern, von welcher der alte Feldherr ohne Zweifel vorausſetzte, daß ſie für ſeine Landsleute ungünſtig ausfallen und dem Kampfe mit einem Schlage, nur auf eine für die polniſchen Waffen nicht unehrenhafte Weiſe ein Ende machen würde. Als Diebitſch mit ſeinen Maſſen die Grenze überſchritt, war er erſtaunt, nirgend den geringſten Widerſtand zu finden; ſo wie ſeine Colonnen weiter vorrückten, zogen ſich die polniſchen Heeresabtheilungen, die ihm gegenüberſtanden, in guter Ordnung zurück. Nur der zum General beförderte Obriſt Skrzynecki, der die Nachhut befehligte, beſtand am 17. Februar bei Dobre ein Gefecht gegen die ruſſiſche Vorhut unter dem General Roſen, in welchem dieſe, ungeachtet ihrer Ueberlegenheit den ganzen Tag aufgehalten wurde und einigen Verluſt erlitt. Auf dem linken ruſſiſchen Flügel hatte ſchon einige Tage vorher ein abgeſondertes ruſſiſches Corps eine ſchimpfliche Niederlage erfahren. Der aus dem Türkenkriege bekannte General Geismar war mit 24 Schwadronen und 24 Stück Geſchütz bis an die Weichſel vorgedrungen, als ihm der alte polniſche Reitergeneral Dwernicki mit drei Bataillonen und ſiebenzehn Schwadronen friſch ausgehobener Trup-

Digitized by Google

pen, die ſechs von Warſchauer Bürgern bediente Geſchütze mit ſich führten, entgegenging, ihn bei Stoczek im erſten Anlauf über den Haufen warf, das ganze ruſſiſche Corps auseinanderſprengte und demſelben eine Menge Gefangene, ſo wie acht Kanonen abnahm. So wenig Bedeutung dieſes Reitergefecht auch hatte, erregte es doch in Warſchau eine Freude, die kaum lebhafter hätte ſeyn können, wenn eine große Feldſchlacht gewonnen worden wäre; und nicht ganz mit Unrecht, denn es hatte gezeigt, daß nicht lange militairiſche Uebung, ſondern das Herz den Soldaten macht, und daß junge kaum eingereihte Truppen unter einem tüchtigen Führer alten wohlgeübten Kriegern überlegen ſeyn konnten.

Aber näher und näher kam die Stunde, die der allgemeinen Erwartung nach das Loos der Nation entſcheiden ſollte. General Diebitſch rückte mit ſeiner geſammten Macht in dichten Gewalthaufen gegen Warſchau vor, überzeugt, daß er die Polen, wenn ſie ſich ihm entgegenzuſtellen wagten, durch ſeine Ueberlegenheit erdrücken müſſe, aber mit der geheimen Hoffnung, daß ſie es auf einen ernſten Kampf nicht ankommen laſſen, ſondern die Unmöglichkeit erfolgreichen Widerſtandes einſehen und ſich unterwerfen würden. Er ſollte früher enttäuſcht werden, als er es ahnte. Während die polniſche Nachhut auf dem rechten Flügel unter Skrzynecki bereits in die Stellung eingerückt war, die Chlopicki und Radziwil zum Schlachtfelde erſehen hatten, ſetzte der linke Flügel unter Zymirski, von den Ruſſen heftig gedrängt, noch ſeinen Rückzug fort. Am 19. des Morgens hatte Zymirski den Ausgang des großen Waldes, durch den die Straße von Milowna nach Warſchau führt, und die weite Ebene erreicht, in der man die Verſchanzungen von Praga und, darüber emporragend, die Thürme und Paläſte von Warſchau erblickt. Hier machte er Halt, um die Ruſſen, ſobald ſie aus dem Walde hervortraten, mit Kartätſchen niederzuſchmettern. Aus dieſem Gefechte, welches von den Oberfeldherren auf beiden Seiten weder angeordnet, noch vorhergeſehen war, entſpann ſich ein Kampf, in den allmälig immer bedeutendere Maſſen hineingezogen wurden, der mit furchtbarer Erbitterung den ganzen Tag hindurch dauerte und zuletzt, nachdem beide Theile mehrere Tauſend Todte und Verwundete verloren hatten, damit endigte, daß die Polen ihren Rückzug ungehindert fortſetzten. Am folgenden Tage kam es zu einem neuen Gefechte, bei dem die Ruſſen eine Menge Leute einbüßten, indem ſie es verſuchten, ein durch zwei ſumpfige Gräben durchſchnittenes Erlenwäldchen zu nehmen, welches den Schlüſſel der polniſchen Stel-

Digitized by Google

lung bildete. Der Widerſtand, den Diebitſch bei dieſem Angriffe fand, zeigte ihm, daß er alle ſeine Kräfte zuſammennehmen müſſe, wenn er denſelben brechen wollte. General Schachowskoi, der mit ſeinem Grenadiercorps noch auf dem rechten Ufer des Bug zurück war, erhielt den Befehl, in Eilmärſchen heranzuziehen; er ſollte die Polen in die linke Flanke faſſen und von Praga abſchneiden, während Diebitſch mit der Hauptmacht ſie in der Fronte angriff. Schachowskoi's Annäherung konnte aber nicht unentdeckt bleiben. Nachdem er den Bug überſchritten und das ſchwache polniſche Corps des Generals Jankowski bis nach Bialolenka vor ſich hergedrängt hatte, wurde er hier durch einige polniſche Bataillone ſo lange aufgehalten, daß am 25. Februar General Krukowiecki mit überlegener Macht heranrücken konnte, der hierauf die Ruſſen ihrerſeits zum Rückzuge zwang. General Diebitſch, um Schachowskoi zu retten, der verloren geweſen wäre, wenn ihm nicht bei Zeiten Luft gemacht wurde, ſah ſich genöthigt, die Schlacht ohne ihn zu ſchlagen. Der Hauptangriff der Ruſſen war gegen das Erlenwäldchen vor dem Dorfe Grochow gerichtet, das ſie bereits am 20. vergebens zu nehmen verſucht hatten, und welches nicht umgangen werden konnte, weil daſſelbe die große Straße beherrſchte, auf der die ruſſiſche Hauptmacht vorrücken mußte. Chlopicki, der ohne amtlichen Auftrag an Radziwils Stelle den Befehl übernahm, hatte zur Vertheidigung des Wäldchens den General Zymirski mit zwölf Bataillonen beſtimmt, zu deſſen Unterſtützung Skrzynecki mit dreizehn Bataillonen weiter rückwärts aufgeſtellt war. Das Wäldchen, gegen welches von ruſſiſcher Seite nach und nach 34 Bataillone andrangen, wurde von den Polen mit heldenmüthiger Tapferkeit vertheidigt. Genommen und wiedergenommen blieb es der Mittelpunkt des Kampfes, auf den von beiden Seiten ſich alle Anſtrengungen richteten. Schon iſt Zymirski tödtlich verwundet vom Schlachtfelde weggetragen, als Skrzynecki an ſeine Stelle tritt und über das Wäldchen hinaus, aus dem er die Ruſſen hinausgeſchlagen, gegen die ruſſiſchen Batterien anſtürmt. Aber Diebitſch ſelbſt mit neuen Bataillonen wirft ſich ihm entgegen; die Ruſſen füllen mit ihren Leichen die Gräben, die ihren Andrang ſo lange aufgehalten haben. Die Polen vermögen das Wäldchen nicht mehr zu behaupten, da keine friſche Truppen vorhanden ſind, die ihre erſchöpften Bataillone aufnehmen können. Umſonſt hat Chlopicki Befehle über Befehle an Krukowiecki geſchickt, mit ſeinem ganz unbeſchäftigten Corps zu ihm zu ſtoßen; er ſieht, daß die ruſſiſche Reiterei in dichten Maſſen vorgeht, um ſich auf ſein weichendes Fußvolk zu

Digitized by Google

ſtürzen, und befiehlt dem General Thomas Lubienski, ſich mit ſeinen Reiterregimentern, die, weiter zurück ſtehend, an dem Kampfe noch keinen Theil genommen haben, dem Feinde entgegenzuwerfen. Lubienski bleibt unbeweglich, weil Chlopicki ihm keine Befehle zu ertheilen habe. Die Polen, deren Reihen immer dünner werden, ziehen ſich, jeden Fußbreit Bodens vertheidigend, zurück; Chlopicki, verzweifelnd, ſtürzt, um die Schlacht zum Stehen zu bringen, in das dickſte Gewühl; durch eine Granate ſchwer verwundet, wird er zurückgetragen. Die ganze ruſſiſche Linie bewegt ſich unaufhaltſam vorärwts; ungeheure Reitermaſſen dringen vor, um die halb aufgelöſ'ten Reihen der polniſchen Infanterie zu durchbrechen. Das Cuiraſſierregiment Prinz Albrecht ſtürmt voran; vier Schwadronen, die Alles vor ſich her über den Haufen werfen, dringen bis unter die Wälle von Praga; aber die beiden anderen Schwadronen mit der übrigen Reiterei, durch eine congreviſche Racketenbatterie in Schrecken geſetzt, folgen ihnen nicht; von Kartätſchen niedergeſchmettert, müſſen ſie den Rückzug ſuchen; einem ſchwachen Häuflein gelingt es, ſich durchzuſchlagen; der Reſt der verwegenen Eiſenreiter bedeckt mit ſeinen Cuiraſſen das blutgetränkte Feld. Die Schlacht war beendigt; denn ſchon war die Dunkelheit eingebrochen; die Polen, durch die endlich angekommenen Bataillone Krukowiecki's verſtärkt, zogen ſich hinter die Wälle von Praga zurück; Diebitſch, durch die blutigen Opfer des Tages von der unerſchütterlichen Ausdauer der polniſchen Krieger belehrt und überdies unterrichtet, daß ſeine Geſchütze nur noch wenige Tauſend Schüſſe übrig hatten, wagte keinen Sturm. Zehntauſend ſeiner beſten Soldaten waren gefallen; die Polen hatten nicht weniger verloren, aber ſie hatten bei ihrem Rückzuge nur 3 Kanonen und 600 Gefangene eingebüßt. Während der Nacht ging das polniſche Heer ungeſtört über die Brücke auf das linke Ufer der Weichſel nach Warſchau hinüber und ließ zur Vertheidigung des Brückenkopfes von Praga nur eine Beſatzung von einigen Bataillonen unter Kaſimir Malachowski zurück.

Die Hauptſtadt war während der Schlacht, die man von hochgelegenen Punkten deutlich überſehen konnte, in unbeſchreiblicher Bewegung geweſen; der Ausgang erfüllte ſie mit tödtlicher Angſt, da man nicht daran zweifelte, daß Diebitſch, wie einſt Suwarow, Praga erſtürmen und darauf auch Warſchau nehmen würde. Die allgemeine Beſtürzung war um ſo größer, je gewiſſer man auf den Sieg gerechnet hatte; denn die vorausgegangenen Gefechte, in denen die Polen ſich zum erſten Male mit dem Feinde gemeſſen, waren ſämmtlich als Nie-

Digitized by Google

derlagen der Ruſſen dargeſtellt worden. Während des Treffens vom 19., aus dem der Kanonendonner zuerſt nach Warſchau herüberſchallte, war der Reichstag verſammelt geweſen. Es wurde beſchloſſen, daß die Sache des Vaterlandes ſelbſt dann nicht aufgegeben werden ſollte, wenn die Hauptſtadt in die Hände des Feindes fiele. An welchem Orte, außer in Rußland, ſich 11 Senatoren und 33 Landboten vereinigten, ſollte der Reichstag als vollzählig gelten und ermächtigt ſeyn, rechtskräftige Beſchlüſſe zu faſſen. So kühn die Haltung war, welche die geſetzgebende Verſammlung bei der Annäherung der Gefahr bewahrte, ſo wurde doch auch ſie von der allgemeinen Betäubung ergriffen, als der Verluſt der Schlacht die Hoffnungen zerſtörte, die man auf den Muth des Heeres geſetzt hatte. Um vier Uhr des Morgens wurden alle Generale und Obriſten zu einem Kriegsrathe verſammelt. Die meiſten Anführer waren kleinmüthig; andere, wie Krukowiecki und der vor wenigen Tagen aus ſeiner Haft in der preußiſchen Feſtung Glogau entflohene Uminski, zankten. Nur Skrzynecki, der auch in der Schlacht bis zum letzten Augenblicke mit der kühnſten Unerſchrockenheit gefochten hatte, blieb ruhig und ſetzte die Lage der Dinge mit Klarheit auseinander. Fürſt Radziwil, der nach der Verwundung Chlopicki's alle Beſonnenheit verloren und bei dem Angriffe der ruſſiſchen Cuiraſſiere ſich nach Praga hineingeflüchtet hatte, erkannte ſeine Unfähigkeit, das Heer zu führen, und legte den Befehl nieder. Alle Stimmen vereinigten ſich, Skrzynecki zu ſeinem Nachfolger zu ernennen, der, die Hände zum Himmel erhebend, Gott zum Zeugen anrief, daß er nicht aus Ehrgeiz den Befehl annehme, ſondern allein für das Wohl und die Errettung des Vaterlandes. Als gegen Mittag der Reichstag zuſammentrat, um die Wahl des neuen Feldherrn zu beſtätigen, wurde mit Mühe die erforderliche Anzahl Mitglieder zuſammengebracht: Landboten und Senatoren hatten in der Vorausſetzung, daß Warſchau ſich nicht zu halten vermöge, die Flucht ergriffen. Skrzynecki hatte inzwiſchen ſchon am frühen Morgen alle Anſtalten getroffen, Praga nachdrücklich zu vertheidigen. Auf ſeinen Befehl wurden alle außerhalb des Brückenkopfes liegende Gebäude in Brand geſteckt; die Wälle wurden mit Kanonen beſpickt, und auf dem linken höheren Weichſelufer wurden Batterien errichtet, welche die Zugänge zum Brückenkopfe beſtrichen. Zugleich verſäumte Skrzynecki nichts, um den Muth des Heeres von neuem zu beleben; die alten Regimenter, die am meiſten gelitten hatten, wurden durch die tüchtigſten Leute aus den neugeſchaffenen ergänzt; täglich wurden einzelne Regimenter gemuſtert, wobei ſich der Heerführer

Digitized by Google

vertraulich mit den Kriegern unterredete. Seinen ganzen Charakter ſprach der erſte Tagesbefehl aus, den er an das Heer erließ. „Soldaten," begann er, „es war gewiß eine Fügung Gottes, daß Ihr mich zu Euerem Oberfeldherrn erwähltet." Darauf hob er die große Macht des Feindes hervor und verwies auf den Schutz des Höchſten, zu dem man allein Vertrauen haben dürfe. „Schwören wir," ſchloß er, „das große Loſungswort: Sieg oder Tod! in ſeiner ganzen Bedeutung zu erfüllen, und wir werden als Vertheidiger der Völkerrechte in den Jahrbüchern der Geſchichte glänzen, ſelbſt wenn wir nicht ſiegen ſollten. Zu ſolchem Ruhme fordere ich Euch auf und biete Euch auf dieſer Helden- und Märtyrerbahn Lorbeeren an. Doch wird unſer die Siegeskrone ſeyn, wenn Ihr mich durch Gehorſam, Eintracht, Pflichterfüllung und Entſchloſſenheit unterſtützt."

Auf die Schlacht von Grochow folgte eine lange Waffenruhe, weil beide Theile ſich zu ſehr erſchöpft fühlten, um ſich in einen neuen ernſten Kampf einzulaſſen. Skrzynecki, ein Mann von gemäßigter Geſinnung, war von Anfang nur deshalb auf die Seite der Revolution getreten, weil er dies, nachdem ſie einmal erfolgt war, für die Pflicht jedes guten Polen hielt. Er wußte, daß von außen keine Hülfe zu erwarten war; denn die Botſchafter, die nach London und Paris gegangen, waren von den brittiſchen, wie von den franzöſiſchen Miniſtern mit Kälte empfangen worden; an die Möglichkeit eines erfolgreichen Widerſtandes mit den vereinzelten Kräften der polniſchen Nation glaubte er im innerſten Herzen nicht. Er hielt es daher, gleich Chlopicki, für den einzigen Weg der Rettung, einen Frieden auf ſo vortheilhafte Bedingungen zu ſchließen, als ſie zu erlangen wären. Um ſich der Zuſtimmung des Reichstages zu verſichern, lud er die vornehmſten Leiter deſſelben zu einer geheimen Berathung ein, in der er ihnen vorſtellte: die Ehre der Waffen ſey durch die bisherigen Kämpfe gerettet; den Krieg mit einiger Ausſicht auf Erfolg zu führen, ſey bei der Unzulänglichkeit der polniſchen Hülfsmittel nicht möglich; jede Verlängerung deſſelben werde das Land noch mehr zu Grunde richten und den Unwillen des Kaiſers ſteigern. Gegenwärtig ſey der Augenblick günſtig; man habe gezeigt, daß man ſo leicht nicht zu überwinden ſey und werde gewiß vortheilhaftere Bedingungen erhalten, als zu jedem ſpätern Zeitpunkte. Die Reichstagsmitglieder, die von ihrem früheren Schrecken zurückgekommen waren, da ſie in Warſchau ſich bei der Unthätigkeit des ruſſiſchen Heeres in Sicherheit ſahen, wollten von Unterhandlungen nichts wiſſen; mit Mühe erlangte Skrzynecki die Erlaubniß, dem

Digitized by Google

ruſſiſchen Feldmarſchall oberflächliche Eröffnungen zu machen, bei denen man hauptſächlich den Zweck hatte, Zeit zu gewinnen, um die mit Eifer betriebenen Rüſtungen zu vollenden. Skrzynecki ſchickte am 1. März den Obriſtlieutenant Grafen Mycielski in das ruſſiſche Hauptquartier, unter dem Vorwande einer Gefangenauswechſelung, in der That aber, um die Bedingungen zu erfahren, unter denen eine Ausgleichnng zu hoffen ſey. Die Antwort des Feldmarſchalls war, es könne von keiner andern Bedingung die Rede ſeyn, als von der Unterwerfung der Polen auf die Grundlage des kaiſerlichen Manifeſtes; der erſte Schritt dazu aber müßte die Zurücknahme des Reichstagsbeſchluſſes über die Thronerledigung ſeyn. Ungeachtet dieſes ungünſtigen Beſcheides wurde Graf Mycielski noch mehrere Male hinüber und herüber geſchickt, ohne daß die Unterhandlungen einen Schritt weiter gefördert worden wären, da auch Skrzynecki entſchloſſen war, lieber noch einmal das Glück der Waffen zu verſuchen, als ſich auf Gnade und Ungnade zu ergeben. General Diebitſch hatte von dem wahren Stande der Dinge keine Ahnung; er glaubte die Kraft der polniſchen Revolution durch die blutige Schlacht von Grochow gebrochen, und vertraute feſt, daß die Polen, wie ſehr ſie ſich auch ſträuben möchten, zuletzt doch von der Nutzloſigkeit aller ferneren Anſtrengungen ſich überzeugen und die Gnade des Kaiſers anrufen würden. Eine Erneuerung des Kampfes erachtete er ſo ſehr außerhalb aller Grenzen der Wahrſcheinlichkeit, daß er bereits am 7. und 8. ſeine Hauptmacht aus der Nähe von Warſchau zurückzog und ſie, um ihre Verpflegung zu erleichtern, in weitläufige Cantonirungen auseinanderlegte, während nur das Corps des Generals Pahlen, welches ſpäter durch jenes des Generals Roſen abgelöſ't wurde, zur Beobachtung des polniſchen Heeres zurückblieb.

Während auf dieſe Weiſe die beiden Heere, das eine auf dem linken, das andere auf dem rechten Weichſelufer einander unthätig gegenüberſtanden, fielen nur im Süden des Landes zwiſchen abgeſonderten Streifcorps einige nicht allzu erhebliche Gefechte vor. Bereits am 13. Februar, an dem Tage vor dem Gefechte bei Stoczek, in dem Geismar von Dwernicki geſchlagen wurde, war der ruſſiſche General Kreutz weiter aufwärts bei Pulawy mit 4000 Reitern und 18 Geſchützen über die Weichſel gegangen und bald darauf bis nach Radom vorgedrungen, wo er die begonnene Volksbewaffnung zerſprengte. Auf dieſe Kunde war Roman Soltyk von Warſchau abgegangen, um alle im Süden zerſtreute Streitkräfte zur Abwehr des Angriffs zu vereinigen.

Digitized by Google

Dwernicki wurde von Stoczek zurückgerufen, ſtieß am 19. zu dem General Sierawski, der bei Gora ein Senſenträger- und ein ſogenanntes Krakuſen-Regiment geſammelt hatte, und warf ſich noch an demſelben Tage bei Nowawies auf die Vorhut der Ruſſen, die, in die Flucht geſchlagen, zwei Kanonen verloren. Unmittelbar darauf wurde Dwernicki in die Nähe von Warſchau abberufen, weil man hier einen Uebergang des ruſſiſchen Hauptheeres über die Weichſel befürchtete. General Kreutz gewann dadurch Zeit, auf das rechte Weichſelufer zu entkommen. In Warſchau war inzwiſchen Lelewel, der bei jeder Gelegenheit an die Nothwendigkeit erinnerte, den Aufſtand über die altpolniſchen Provinzen zu verbreiten, ſchon in den erſten Tagen nach der Grochower Schlacht mit dem Vorſchlage durchgedrungen, ein Streifcorps zu dieſem Zwecke zu entſenden, und Dwernicki, ſelbſt aus Podolien gebürtig, erhielt den Auftrag, das gewagte Unternehmen auszuführen. Am 2. März ging Dwernicki bei Pulawy, wo einige Tage vorher eine ruſſiſche Dragonerſchwadron durch einen Ueberfall vernichtet war, über das auch hier ſchon ſchwankende Eis der Weichſel, ſchlug am folgenden Tage bei Kurow ein ruſſiſches Dragonerregiment, dem er ſeine beiden Kanonen abnahm, beſetzte am 4. die Stadt Lublin, von wo ſich an demſelben Tage General Kreutz zurückgezogen hatte, und verweilte hier einige Zeit, um ſein Corps durch den Zulauf, den er von allen Seiten hatte, zu verſtärken. Schon war er im Begriff, die ruſſiſche Grenze zu überſchreiten, als er vernahm, daß weit überlegene Streitkräfte gegen ihn im Anzuge waren, die General Diebitſch von ſeiner Hauptmacht zu der Verfolgung des kecken Parteigängers abgeſchickt hatte. Er zog ſich daher unter die Kanonen der Feſtung Zamoſc, wo die Ruſſen ihn nicht aufzuſuchen wagten, und beſchloß hier, auf einen günſtigeren Zeitpunkt zu warten.

Schon um dieſe Zeit offenbarte es ſich, daß Skrzynecki, obwohl ein edler Menſch, ein hochgebildeter Mann und der tapferſte Anführer in der Schlacht, jedes höheren Feldherrnblickes ermangelte. Vergebens drang Obriſt Prondzynski, den er ſelbſt als einen genialen Strategen erkannt und zum Chef ſeines Generalſtabes gewählt hatte, unaufhörlich in ihn, mit geſammter Macht aus Praga herauszufallen, ſich auf die in ihren Contonirungen zerſtreuten ruſſiſchen Corps zu werfen und dieſelben einzeln, ehe ſie ſich zu vereinigen vermochten, aufzureiben. Skrzynecki war der Meinung, daß man mit einem ſchwächeren Heere ſich nur in der Vertheidigung halten könne. Erſt als er erfuhr, daß das ruſſiſche Gardecorps den weiten Weg von St. Petersburg zur

Digitized by Google

polniſchen Grenze endlich zurückgelegt, dieſe bereits überſchritten habe und, abgeſondert von dem Hauptheere auf dem rechten Ufer des Bug einherziehend, zu Oſtrolenka eingetroffen ſey, ließ er ſich durch das Murren ſeiner Officiere, die wohl erkannten, daß längere Unthätigkeit zu unrettbarem Untergange führen müſſe, zu dem Entſchluſſe beſtimmen, einen Schlag gegen die Garden zu wagen: in der inzwiſchen eingetretenen Lage ein eben ſo verderbliches Beginnen, wie die thatloſe Trägheit nur immer ſeyn konnte. Denn ſchon hatte Diebitſch, über die wahren Abſichten der Polen enttäuſcht, den Entſchluß gefaßt, mit ſeinem durch vierwöchentliche Ruhe erfriſchten Heere oberhalb Warſchau über die Weichſel zu gehen; und während Skrzynecki ſich auf dem rechten Ufer des Bug und der Narew mit den Garden beſchäftigte, wäre auf dem linken Ufer der Weichſel das Schickſal von Polen durch die Einnahme ſeiner Hauptſtadt entſchieden worden. Prondzynski war, während dieſe Wendung ſich vorbereitete, durch eine Krankheit, die ihn ſeiner Stimme beraubte, an das Bett gefeſſelt. Die Bewegung der polniſchen Truppen nach dem Norden hatte begonnen, während Diebitſch ſeine Hauptmacht nach dem Süden gezogen und alle Anſtalten getroffen hatte, bei Tyrczyn, unterhalb der Einmündung des Wieprz, eine Brücke über die Weichſel zu ſchlagen. Da erlangte Prondzynski den Gebrauch ſeiner Stimme wieder, eilte, durch das Gefühl der Gefahr, die in jedem Verzuge lag, plötzlich geſundet, zu Skrzynecki und beſtimmte ihn durch ſiegende Gründe, ſtatt des Angriffs auf die Garden, ſich mit ſeiner ganzen Macht auf das vereinzelt vor Warſchau zurückgebliebene Corps des Generals Roſen zu werfen, das, nur noch 20,000 Mann ſtark, ſeine Vorhut unter Geismar bei Wawer hatte. Am 30. März gab Skrzynecki, um ſeinen nur ihm ſelbſt und ſeinem Generalſtabschef bekannten Plan vor jedem Verrathe zu ſichern, eine fröhliche Abendgeſellſchaft; um acht Uhr wurden die Befehlshaber der Diviſionen zu ihm berufen und erhielten ihre Anweiſungen; nach Mitternacht ging das polniſche Heer in tiefſter Stille über die Brücke von Praga, die mit Stroh bedeckt war, damit die ruſſiſchen Vorpoſten das Raſſeln der Geſchütze nicht hören konnten, und um drei Uhr des Morgens zog General Rybinski, der Geismar in ſeiner rechten Flanke umgehen ſollte, zum Schlage von Zombki, bald darauf Malachowski, Gielgud, Skarzynski, Lubienski, die zum Angriff in der Fronte beſtimmt waren, die Reiterbrigade des kühnen Kicki voran, zum Schlage von Grochow hinaus. Geismar, von zwei Seiten zugleich angegriffen, wurde nach hartnäckiger Gegenwehr überwältigt und wich mit ſchwe-

rem Verluſte nach Dembewielkie zurück, wo General Roſen mit einem Theile ſeines Corps ihn aufnahm. Hier leiſteten 12,000 Ruſſen in einer vortheilhaften durch Wald und Sumpf gedeckten Stellung tapfern Widerſtand, bis General Skarzynski mit ſeiner Reiterdiviſion gegen Abend mitten durch das vom Feinde beſetzte Dorf ſprengte, die jenſeits aufgeſtellten Vierecke durchbrach und die zu Hülfe eilende Reiterei über den Haufen warf. Die Trümmer des völlig auseinandergeſprengten ruſſiſchen Corps entkamen unter dem Schutze der Nacht; aber dieſes hatte allein an Gefangenen über 5000 Mann verloren, worunter ein vollſtändiges Regiment, welches bei Wawer die Waffen ſtreckte, ein General, ein Obriſt und 100 Officiere, außerdem fünf Fahnen und neun Geſchütze, ſo wie das geſammte Gepäck. Wenn Skrzynecki ſeinen Sieg mit Kraft und Entſchloſſenheit benutzt hätte, ſo wäre das ganze Roſen'ſche Corps unfehlbar vernichtet worden; er betrieb die Verfolgung jedoch mit aller Gemächlichkeit und war nicht einmal zu vermögen, die Stadt Siedlce wegzunehmen, wo ſich die Artillerieparks, die Spitäler und alle Vorräthe des ruſſiſchen Heeres befanden, das durch dieſen Verluſt in die bedenklichſte Lage verſetzt worden wäre. Während er ſeine Zeit in unnützen Märſchen verlor, hatte Diebitſch, von der Niederlage des Generals Roſen unterrichtet, wie Prondzynski richtig vorhergeſagt, den Uebergang über die Weichſel aufgegeben und ſich mit ſeiner geſammten Macht zurückgewandt, um Roſen zu retten und ſeine beinahe ſchon abgeſchnittenen Verbindungen mit Litbauen herzuſtellen. Nach langem unſchlüſſigen Zögern ließ ſich Skrzynecki endlich bewegen, die Unternehmung gegen Siedlce auszuführen, zu der es auch jetzt noch nicht zu ſpät war, da Roſen den Befehl hatte, dieſen Ort um jeden Preis zu halten, während Diebitſch noch mehrere Märſche zurück war. Der Plan war vortrefflich angelegt. Während Skrzynecki auf der großen Straße gerade gegen Siedlce anrückte, ſollte Prondzynski die ruſſiſche Stellung in der rechten, Lubienski in der linken Flanke umgehen. In der Nacht vom 9. April ſollten die drei Colonnen ſich in Bewegung ſetzen, um den Angriff am Morgen des folgenden Tages zu beginnen. Aber nur Prondzynski traf zu der beſtimmten Zeit an dem ihm angewieſenen Punkte ein; 7000 Mann ſtark hatte er das ganze Roſen'ſche Corps vor ſich, das, durch friſche Truppen verſtärkt, mehr als 20,000 Mann zählte und, ihm gerade gegenüber, das Dorf Iganie mit 6000 Mann beſetzt hatte. Prondzynski, in der Vorausſetzung, daß die beiden anderen Colonnen unmöglich ausbleiben können, greift unverzagt an, nimmt Iganie, ver-

Digitized by Google

nichtet in wüthendem Bajonnetkampfe den größten Theil des feindlichen Fußvolkes, kann aber die erlangten Vortheile nicht verfolgen, weil von Skrzynecki nichts zu ſehen iſt. Erſt ſpät am Abende kommt dieſer an. Er war ſtatt in der Nacht, erſt am Morgen aufgebrochen und hatte ſich auf ſeinem Marſche ſo viel Zeit genommen, daß er den ganzen Tag brauchte, um zwei Meilen zurückzulegen. So war der ſchöne Plan vereitelt; denn am Morgen des andern Tages erreichte die Vorhut des ruſſiſchen Hauptheeres Siedlce, und Skrzynecki hatte ſich durch Entſendungen nach allen Seiten zu ſehr geſchwächt, um einen Kampf gegen dieſes zu beſtehen.

Ungeachtet der groben Fehler, die der polniſche Oberfeldherr begangen, waren doch die Folgen ſeines Ausfalles aus Warſchau ſo bedeutend, wie es jene einer großen gewonnenen Feldſchlacht nur ſeyn konnten. Ein ruſſiſches Armeecorps, das bei dem Ausbruche des Krieges 30,000 Mann zählte, war auf kein volles Drittheil zuſammengeſchmolzen; der ruſſiſche Oberbefehlshaber, der zu Anfange des Märzes vor den Wällen von Praga lagerte und zu Ende deſſelben Monates ſich anſchickte, über die Weichſel zu gehen, hatte in der Mitte des April ſein Hauptquartier nach Siedlce zurückverlegt, wo er der lithauiſchen Grenze näher ſtand, als der polniſchen Hauptſtadt. Seine Lage konnte aber hier eine ſo gefährliche werden, daß die Vernichtung ſeines ganzen Heeres keineswegs außer den Grenzen der Möglichkeit lag. Denn während ein an Zahl nicht viel ſchwächerer, durch wiederholte Siege begeiſterter Feind ihm gegenüberſtand, war in ſeinem Rücken die Flamme des Aufruhrs aufgelodert und hatte ſich mit Blitzeseile über ganz Lithauen verbreitet, ſo daß es ihm kaum noch gelang, ſeine Verbindungen mit dem Innern von Rußland zu unterhalten. In Lithauen hatte die Nachricht von der Warſchauer Revolution eine ungeheure Aufregung verbreitet; nur die Furcht vor den Truppenmaſſen, die zu der Unterdrückung des polniſchen Aufſtandes das Land durchzogen, hielt den zahlreichen Adel ab, das Beiſpiel der Landsleute im Königreiche nachzuahmen. So wie die Truppenmärſche aber vorüber waren, und als man erfuhr, wie ausdauernden Widerſtand die Polen leiſteten, waren die in jeder Bruſt verſchloſſenen Gefühle nicht länger zurückzuhalten. Lithauen war von Truppen beinahe ganz entblößt; nur in der Hauptſtadt Wilna lag eine Beſatzung von 3000 Mann; in den meiſten kleineren Städten ſtanden bloß ſchwache Abtheilungen von 60, 100 oder 200 Mann. Als im März eine große Recrutenaushebung zur Verſtärkung des Heeres ausgeſchrieben wurde,

Digitized by Google

gaben zwölf Edelleute in Schamaiten das Zeichen zum Aufſtande. Die ausgehobenen Recruten wurden überall befreit; die kleineren ruſſiſchen Commandos entwaffnet, die Beamten gefangen geſetzt, und in weniger als acht Tagen waren 20,000 Landleute, freilich nur zum geringſten Theile mit Feuergewehr verſehen, meiſt von ihren Gutsherren geführt, unter den Waffen. Der Obriſt Bartholomäi, der mit 1200 Mann zu Kowno lag und bei der erſten Kunde von dem Ausbruche des Aufſtandes nach Schamaiten geeilt war, ſprengte zwar bereits am 28. März die von Ezechiel Staniewicz geführten Bauern bei Eiragola auseinander und beſetzte darauf Roſſiene, den Mittelpunkt der Volkserhebung im Norden, wurde aber bald aus dieſer Stadt wieder verdrängt und am 12 April genöthigt, bei Paſchwanten auf das preußiſche Gebiet überzutreten. Von Kowno war das anrückende Landvolk mit Verluſt zurückgeſchlagen worden, und die kleine Stadt Oszmiana, wo ſich ein Aufſtandsausſchuß gebildet hatte, wurde durch einen Theil der Beſatzung von Wilna erſtürmt und furchtbar verheert. An eine wirkſame Unterdrückung der Bewegung war aber nicht zu denken, ſo lange zu dieſem Zwecke nicht anſehnliche Streitkräfte angewandt werden konnten.

Wie in Lithauen, ſo gährte es auch in Wolhynien und beſonders in Podolien, wo zahlreiche kleine Edelleute, die Schlachcizen, auf das erſte Zeichen bereit waren, ſich in Maſſe zu erheben. Nur konnte man in dieſen Provinzen nicht ſo ſehr auf den Zutritt der großen Maſſe des Volkes rechnen, weil dieſelbe, nicht polniſchen, ſondern ruſſiſchen Stammes, kein Intereſſe hatte, für Herren zu kämpfen, die ſie ſeit Jahrhunderten im traurigſten Zuſtande der Leibeigenſchaft und rechtloſer Unterdrückung hielten. Auch war durch den Zug Dwernicki's nach Zamoſc die Aufmerkſamkeit der Ruſſen bereits rege geworden; der ruſſiſche General Rüdiger war mit Allem, was er an Streitkräften zuſammenraffen konnte, von Kiew nach Wladimir vorgerückt, von wo er jede Bewegung Dwernicki's beobachtete; und der noch ſeit dem letzten Türkenkriege in Beſſarabien zurückgebliebene Rott hatte den Befehl erhalten, mit ſeinem Corps zu der Unterſtützung Rüdigers in Eilmärſchen heranzuziehen. Da Rüdiger, dem auf der einen Seite General Kreutz, auf der andern Rott die Hand bot, für ſich allein noch einmal ſo ſtark war, als Dwernicki, ſo mußte man entweder auf den Plan, den kühnen Reiterführer nach Wolhynien und Podolien zu ſchicken, völlig verzichten, oder man mußte eine Macht zu ſeiner Verfügung ſtellen, die ihn in den Stand geſetzt hätte, dem Feinde in

Digitized by Google

offenem Felde zu begegnen. Einen Augenblick ſchien es, als ob das Letzte in der That geſchehen ſollte. Als Skrzynecki ſeinen Zug gegen Iganie antrat, ertheilte er den Generalen Pac und Sierawski, die, der eine mit einem Corps von 12,000 Mann und 12 Geſchützen, der andere mit 7000 Mann und 6 Geſchützen, auf dem linken Weichſelufer ſtanden, Befehl, den Strom zu überſchreiten, um ſeine Bewegung gegen die ruſſiſche Hauptmacht zu unterſtützen. Wenn dieſe beiden Corps ſich mit Dwernicki vereinigt hätten, würden ſie ein Heer von 25,000 Mann gebildet haben, dem weder Kreutz, noch Rüdiger, noch der aus weiter Ferne heranrückende Rott zu widerſtehen vermochte. Ehe Diebitſch, der durch das polniſche Hauptheer feſtgehalten wurde, einen Entſchluß faſſen konnte, wäre bereits ganz Wolhynien und Podolien befreit geweſen; die Empörung in Lithauen wäre durch jene in den ſüdlichen Provinzen verſtärkt worden und Diebitſch hätte ſich ohne eine Schlacht genöthigt geſehen, das Königreich zu räumen, um ſeine ganze Kraft zu der Bekämpfung des Aufſtandes in ſeinem Rücken zu verwenden. Aber Skrzynecki war keines großen und kühnen Gedankens fähig. Er ſetzte ſeine Hoffnung nicht auf den Erfolg der Waffen, ſondern auf diplomatiſche Unterhandlungen, ohne zu bedenken, daß dieſe nur durch den erſten Nachdruck erhalten konnten. In Frankreich war für die polniſche Sache das lebhafteſte Mitgefühl erwacht; dem alten General Kniazewicz, der Wolicki in Paris erſetzt hatte, wurde von Seiten der franzöſiſchen Regierung die freundlichſte Theilnahme bezeugt; auch zu Wien ſprachen einflußreiche Männer zu Gunſten des polniſchen Aufſtandes; und ſogar in Berlin waren wenigſtens einzelne Stimmen für denſelben gewonnen. Unter dieſen Umſtänden glaubte der polniſche Feldherr keinen klügeren Rath zu finden, als indem er den Krieg ſo viel als möglich in die Länge zog. Wenn es ihm nur gelang, den Kampf bis in den nächſten Winter zu verlängern, ſo zweifelte er nicht, daß ein europäiſcher Congreß, wie über das Schickſal von Belgien, auch über die Zukunft von Polen entſcheiden würde. Von der einen Seite durch Prondzynski zu kräftigem Handeln gedrängt, von der andern durch ſeine eigenen Hoffnungen zurückgehalten, war er daher in einem beſtändigen Schwanken, welches keinen feſten Entſchluß in ihm aufkommen ließ. So geſchah es, daß er den alten ängſtlichen General Pac von dem linken Weichſelufer, auf welches dieſer bei Potycze zwiſchen Gora und Pulawy übergegangen war, zurückrief, während Sierawski ſeinem früheren Befehle gemäß gegen Kreutz vordrang und Dwernicki, im Vertrauen auf Sierawski's Unterſtützung, ſich an-

Digitized by Google

ſchickte, in Wolhynien einzubrechen. Am 17. April wurde Sierawski bei Wronow vom General Kreutz mit überlegenen Streitkräften angegriffen; nach einem hartnäckigen Kampfe, in dem die Ruſſen durch ihre überlegene Reiterei und Artillerie ſiegten, trat er ſeinen Rückzug nach Kaſimierz an. Erſt jetzt erfuhr er, daß er auf Beiſtand von Pac nicht rechnen dürfe. Während er damit beſchäftigt war, ſein Geſchütz und ſeine Reiterei auf das andere Ufer der Weichſel überſchiffen zu laſſen, wurde er aber von neuem angegriffen. Nach tapferer Gegenwehr aus allen ſeinen Stellungen geworfen, ſchlug er ſich mit dem Reſte der Reiterei und zwei Kanonen nach Pulawy durch, wo es ihm gelang, über die Weichſel zu entkommen. Der größte Theil ſeines Fußvolkes wurde jedoch vernichtet, und es fielen den Ruſſen allein an Gefangenen 54 Officiere und 1500 Gemeine in die Hände. Inzwiſchen war Dwernicki bereits am 10. April bei Krylow über den Bug gegangen und in Wolhynien eingefallen. General Rüdiger, über die Macht des Gegners nicht genau unterrichtet, zog ſich über den Styr zurück. Dwernicki, der am 11. bei Poreck ein ruſſiſches Dragonerregiment geſchlagen hatte, verweilte den folgenden Tag in dieſer kleinen Stadt, weil er erwartete, daß die Bevölkerung von Wolhynien, wie hin und wieder gehende geheime Sendlinge verſprochen, ihm in Maſſe zufallen würden. Es ſchloſſen ſich ihm aber nur wenige Edelleute und 30 oder 40 Freiwillige aus den benachbarten Städten an; kein einziger Bauer trat in ſeine Reihen, und er hatte jetzt ſchon eine Ahnung, daß ſein Unternehmen den gehofften Erfolg nicht haben würde. Dennoch ging er kühn voran. Er wußte, daß in Podolien die Stimmung günſtiger war, und beſchloß, längs der öſterreichiſchen Grenze nach dieſer Provinz durchzubringen. Am 16. erreichte er den Flecken Boremel, wo er am folgenden Tage über den Styr ſetzen wollte. Drei Bataillone, die ihren Uebergang bewirkt hatten, wurden in der Nacht vom 17. auf den 18. von Rüdiger, der ſchnell herbeigeeilt war, über den Fluß zurückgeworfen. Durch die Gefangenen von der geringen Stärke des polniſchen Corps in Kenntniß geſetzt, ging Rüdiger ſelbſt über den Styr und griff dieſes in ſeiner Stellung vor Boremel mit Uebermacht an. Schon war das ſchwache polniſche Fußvolk durch das Feuer der ruſſiſchen Geſchütze zum Weichen gebracht, als Dwernicki mit ſeinen Reitern auf den rechten Flügel des Feindes ſtürzte, die ihm entgegen kommende ruſſiſche Reiterei über den Haufen warf und eine Batterie von acht Kanonen nahm, von denen er fünf in ſeine Linien zurückbrachte. Ein furchtbares Unwetter, das mit Sturm, Hagel und Platz-

Digitized by Google

regen losbrach, machte gegen Abend dem Kampfe ein Ende. In der Nacht ſetzte Dwernicki über den Styr, erreichte am 21. durch einen Gewaltmarſch Radziwilow an der galiciſchen Grenze, hielt aber hier, um ſeinen Truppen einige Erholung zu gönnen, einen Raſttag, während deſſen der verfolgende Rüdiger ihm den Vorſprung abgewann. Am 24. nahm Dwernicki bei Lutiniec an der äußerſten Grenze in einem durch Schluchten und Wald durchſchnittenen Terrain eine leicht zu vertheidigende Stellung ein, in der er ſich zu halten beſchloß, bis der Aufſtand in Podolien, zu dem, wie er durch ſeine Kundſchafter erfuhr, Alles vorbereitet war, ausgebrochen ſeyn würde und die Ruſſen nöthigte, ihre Kräfte zu theilen. General Rüdiger, dem die Gefahr jedes längeren Verzuges nicht unbekannt war, drang aber am 27. mit 12,000 Mann gegen das zu 4000 waffenfähigen Streitern zuſammengeſchmolzen Corps vor, umging daſſelbe, die Grenze nicht achtend, in ſeiner linken Flanke und nöthigte Dwernicki dadurch, ſich fechtend auf das öſterreichiſche Gebiet zurückzuziehen, wo die beiden kämpfenden Theile durch öſterreichiſche Huſaren unter dem Obriſten Fackh getrennt wurden. Dwernicki gab das Verſprechen, das öſterreichiſche Gebiet nicht zu verlaſſen, bis von Wien aus über ſein Schickſal entſchieden wäre. Am 1. Mai wurden die Polen auf Befehl des in Galicien commandirenden Feldmarſchall-Lieutenants von Stutterheim entwaffnet; Dwernicki wurde angewieſen, ſeinen Aufenthalt in Laybach zu nehmen; von ſeinen Truppen, die in das Innere gebracht werden ſollten, gelang es dem größten Theile, da ſie nur nachläſſig bewacht wurden, nach ihrem Vaterlande zu entkommen.

Während Dwernicki's kühner Reiterzug ein ſo trauriges Ende nahm, trug man ſich in Warſchau noch mit den glänzendſten Erwartungen von demſelben. Im polniſchen Hauptquartiere erkannte man jedoch ſeine wahre Lage, als von Poreck die Meldung einging, daß er ſich längs der galiciſchen Grenze nach Podolien zu wenden beabſichtigte. Der Brigade-General Chrzanowski, nach Prondzynski der geſchickteſte Anführer des polniſchen Heeres, machte den Vorſchlag, zu ſeiner Rettung ein Truppencorps nach Zamoſc zu entſenden. Skrzynecki ſtellte ihn ſelbſt an die Spitze, und am 3. Mai brach er mit 6500 Mann Kerntruppen und 10 Geſchützen von dem Hauptquartiere Jendrzejow auf, um mitten durch die ruſſiſchen Stellungen nach ſeinem Beſtimmungsorte zu marſchiren. Am 7. erreichte er Kock und erfuhr hier von ruſſiſchen Gefangenen das Schickſal Dwernicki's. Er verweilte anderthalb Tage, um neue Befehle von dem Oberbefehlshaber einzu-

Digitized by Google

holen, und ſetzte erſt am 9. ſeinen Marſch fort. An demſelben Tage ſchlug er den General Fäſi, den Kreutz ihm entgegen geſchickt hatte, am 10. wurde er von Kreutz ſelbſt bei Lubartow angegriffen, entzog ſich aber durch kluge Bewegungen und gewaltige Märſche dem weit überlegenen Feinde und traf am 12. Mai mit 500 Gefangenen in Zamoſc ein, nachdem er in zweimal 24 Stunden mehr als vierzehn Meilen Weges zurückgelegt hatte.

An dem Tage ſeines Aufbruches von Jendrzejow kam in Warſchau ein Abgeſandter aus Lithauen an, der die erſte genauere Kunde von der außerordentlichen Verbreitung des Aufſtandes in dieſer Provinz brachte und Officiere, Waffen, Schießbedarf, beſonders aber Kanonen verlangte, weil dieſe unentbehrlich wären, um die Bauern zum Kampfe gegen die Ruſſen zu ermuthigen. Der Lithauer wurde ſogleich in das Hauptquartier geſchickt, wo er von Skrzynecki das Verſprechen erlangte, daß zwar nicht ein Armeecorps, wie er wünſchte, aber ein General mit einer hinreichenden Anzahl Officiere zur Leitung des Aufſtandes entſandt werden ſollte. Die Unzufriedenheit des polniſchen Heeres über die Unthätigkeit, in der es gegen ſeinen Willen gehalten wurde, war inzwiſchen auf den höchſten Grad geſtiegen. Die Nachricht von dem Untergange des heldenmüthigen Dwernicki verſetzte die tapferen Krieger, unter denen ſich wenige fanden, die nicht jeden Augenblick mit Freuden bereit geweſen wären, ihr Leben für die Rettung des Vaterlandes hinzugeben, in die Wuth der Verzweiflung. Jetzt fühlte ſelbſt Skrzynecki, daß er, wenn er nicht alles Vertrauen verlieren wollte, ſich zu dem Wagniſſe einer großen entſcheidenden Unternehmung entſchließen müſſe. Der bereits früher, zur Unzeit, vorgeſchlagene Plan eines Angriffes auf die Garden, die in dem Waldlande zwiſchen Bug und Narew, durch den erſten Strom von dem ruſſiſchen Hauptheere getrennt, völlig vereinzelt ſtanden, wurde wieder aufgenommen; und alle Vorbereitungen zu dem empfindlichſten Schlage, der den Ruſſen beigebracht werden konnte, wurden unter dem Schleier des tiefſten Geheimniſſes getroffen. Am 12. Mai, beim Einbruche der Dämmerung, ſetzte ſich das polniſche Heer aus ſeinen Stellungen zwiſchen Kaluſzyn und Minsk gegen Sierock in Bewegung, um hier den Bug und die Narew zu überſchreiten und über die Garden herzufallen, ehe dieſe von ſeiner Annäherung etwas erfuhren und ehe der ruſſiſche Oberanführer ihnen zu Hülfe eilen konnte. General Uminski wurde deshalb mit 12,000 Mann zu Jendrzejow zurückgelaſſen, um den Feldmarſchall Diebitſch in dem Glauben zu erhalten, daß er fortwährend die polniſche Hauptmacht

Digitized by Google

vor ſich habe. Dieſer Plan gelang vortrefflich. Diebitſch, der durch einen ſonderbaren Zufall in derſelben Stunde, während das polniſche Heer nach Sierock abmarſchirte, aus ſeinem Hauptquartiere aufgebrochen war, um jenes bei Kaluſzyn anzugreifen, ſtieß auf Uminski, der ſich fechtend zurückzog. In der Meinung, daß die Polen, wie ſchon im April bei einer ähnlichen Bewegung geſchehen war, nur einer entſcheidenden Schlacht ausweichen wollten, kehrte Diebitſch mißmuthig hinter den Koſtrzyn zurück und verweilte hier bis zum 20. Mai, ohne eine Ahnuug von dem wahren Zuſammenhange zu haben. Inzwiſchen war Skrzynecki über den Bug und die Narew gegangen und hatte nun die ruſſiſchen Garden vor ſich, die er, wenn er ſich mit dem Ungeſtüme, der dem Polen im Angriffe eigen iſt, und mit ſeiner ganzen 46,000 Mann ſtarken Macht auf ſie geworfen hätte, in dem größtentheils von dichtem Walde bedeckten Gebiete, in dem alle Straßen enge Defilées bilden, ohne Zweifel vernichten konnte, da ſie, wenn auch ausgezeichnete Truppen, um die Hälfte ſchwächer waren und der todesmuthigen Begeiſterung eines für Freiheit und Vaterland kämpfenden Heeres nur ſoldatiſche Kriegszucht und Tapferkeit entgegenzuſetzen vermochten. Aber Skrzynecki ſchien in dem Augenblicke, in dem die Rettung des Vaterlandes in ſeine Hand gegeben war, der räthſelhaften Macht eines dunkeln Verhängniſſes verfallen. Statt, den einen Gedanken der Entſcheidungsſchlacht vor Augen, mit ungetheilter Macht unaufhaltſam vorzudringen, entſandte er den General Dembieski mit 4000 Mann auf dem rechten Narewufer gegen Oſtrolenka, um das ſchwache ruſſiſche Corps unter Sacken zu vertreiben, damit dieſes ihm nicht in den Rücken fiele, als ob von demſelben etwas zu fürchten geweſen wäre, und den General Lubienski mit 12,000 Mann auf dem rechten Ufer des Bug nach Nur, um jede mögliche Verbindung der Garden mit Diebitſch abzuſchneiden, als ob dies nöthig geweſen wäre, während Diebitſch in weiter Ferne durch Uminski bei Siedlce feſtgehalten wurde. So behielt er nur 30,000 Mann, mit denen er bedächtig vorrückte, und vielleicht hätten auch dieſe hingereicht, die 24,000 Mann ſtarken Garden zu ſchlagen; aber jetzt entſank ihm der Muth, da es ja möglich war, daß ungeachtet ſeiner Ueberlegenheit er ſelbſt geſchlagen wurde. Umſonſt drängte ihn Prondzynski, umſonſt beſchwor ihn dieſer feurige, alle Vortheile des ſchnellſten Entſchluſſes, wie alle Nachtheile des Zögerns klar erkennende Anführer auf den Knien: er hatte täglich einen neuen Vorwand, den Angriff zu verſchieben. Einmal mußte erſt Oſtrolenka genommen ſeyn, um den Rück-

Digitized by Google

zug geſichert zu ſehen; dann mußte man Nachrichten von Uminski und von Lubienski haben, von jenem, ob Diebitſch noch zu Siedlce ſtehe, von dieſem, ob er ſelbſt zu Nur angekommen ſey. Nachdem dieſe Nachrichten eingegangen und nachdem Oſtrolenka beſetzt war, mußte auch das im Rücken des Feindes liegende Lomza noch genommen werden, weil Sacken, der ſich dahin zurückgezogen, mit ſeinem unbedeutenden Heereshaufen wieder nach Oſtrolenka vordringen konnte; und die Generale Gielgud und Dembinski wurden deshalb mit 12,000 Mann nach Lomza entſandt. Während deſſen zogen ſich die Garden, jede vortheilhafte Stellung durch ihre Nachhut vertheidigend, ohne ein einziges Stück Geſchütz zu verlieren, langſam zurück. Erſt als ſie bereits im Begriff ſtanden, die Narew zu überſchreiten und ſo gut als in Sicherheit waren, da man über dieſen Strom ohne die äußerſte Unklugheit ihnen nicht folgen durfte, begann Skrzynecki zu drängen und ſetzte mit fliegender Eile nach, um ſagen zu können, er habe die Garden vom Boden des Königreiches vertrieben. Am 21. erreichte er Tykoczyn an der äußerſten polniſch-lithauiſchen Grenze, wo die Nachhut der Garden an demſelben Tage ihren Uebergang über die Narew bewirkt hatte. Am folgenden Tage wurde im Angeſichte des Standbildes, welches hier, in ſeiner Vaterſtadt, dem alten polniſchen Kriegshelden Czarnecki errichtet iſt, ein großes religiöſes Dankfeſt gehalten, um die Befreiung des vaterländiſchen Bodens von den fremden Unterdrückern zu feiern. Noch pflegte man der ſorgloſeſten Ruhe, als plötzlich von Lubienski die Schreckensbotſchaft kam, daß Diebitſch mit ſeiner ganzen Armee über den Bug gegangen ſey und die Polen in der rechten Flanke und im Rücken bedrohe. Prondzynski, mit ſeinem kühnen Feldherrnblicke, ſchlug vor, ſich auf Lomza zurückzuziehen, das von den Ruſſen ſtark befeſtigt und mit großen Vorräthen verſehen worden war, und von wo man, an die Narew gelehnt, dem Aufſtande in Lithauen die Hand bot. Skrzynecki fürchtete aber nichts ſo ſehr, als von Warſchau abgeſchnitten zu werden, obwohl er die Hauptſtadt unbeſorgt ſich ſelbſt überlaſſen konnte, da Uminski, der ſie decken ſollte, durch die beiden vom linken Weichſelufer herübergezogenen neu gebildeten Corps von Dziekonski und Bielinski verſtärkt, eine Macht von 25,000 Mann zu ſeiner Verfügung hatte. Das polniſche Heer trat daher in der größten Eile ſeinen Rückmarſch an, der auf Oſtrolenka gerichtet war, weil dadurch, wenn man dieſen Ort nur einige Tage zu behaupten vermochte, Gielgud eine Gelegenheit erhielt, ſich wieder mit der Hauptmacht zu vereinigen. Aber ſchon ſchallte der

Digitized by Google

Kanonendonner vom Bug herüber. Lubienski war von den Ruſſen, die oberhalb Nur den Strom überſchritten, in ſeiner Stellung angegriffen und mußte ſich mitten durch ihre Colonnen einen Ausweg bahnen. Bei Czyzewo ſtieß er zu dem Hauptheere, deſſen Nachhut er von dieſem Augenblicke bildete. Am 25. des Nachmittags traf Skrzynecki in Oſtrolenka ein, von wo er am Abend und in der Nacht auf das jenſeitige Ufer der Narew überging, jedoch in der Meinung, daß Diebitſch noch weit zurück ſey, Lubienski den Befehl ertheilte, ſich in einer vortheilhaften Stellung vor Oſtrolenka zu halten. Der polniſche Oberbefehlshaber war in ſolcher Sicherheit, daß er ſeine Parks in der Richtung von Modlin abſchickte und ſein Heer in aller Ruhe lagern ließ, als ob ein Angriff des Feindes außer den Grenzen der Möglichkeit läge. Nur wurde auf Prondzynski's Rath eine Reihe mit Wald bedeckter Sandhügel, welche die Narewbrücke beherrſchten, mit ſchwerem Geſchütz beſetzt, um die Ruſſen niederzuſchmettern, wenn ſie ſpäter den Uebergang verſuchen ſollten. Aber Lubienski hatte nicht, wie der Oberbefehlshaber glaubte, bloß die ruſſiſche Vorhut, ſondern den Feldmarſchall Diebitſch, der den Polen in angeſtrengten Eilmärſchen auf dem Fuße gefolgt war, mit ſeiner ganzen Armee vor ſich. Er wurde daher aus einer Stellung nach der andern verdrängt und zuletzt nach einem hartnäckigen blutigen Kampfe mit ſchwerem Verluſte aus dem brennenden Oſtrolenka herausgeſchlagen. Zwei ruſſiſche Regimenter gehen über die Brücke, nehmen zwei Kanonen, die am Ausgange derſelben aufgefahren ſind, und ſtellen ſich hinter einem mannshohen Damme auf, der ſie wie eine Bruſtwehr ſchützt. Bei dieſem Anblicke verliert Skrzynecki, der den tapfern Lubienski nutzlos dem Verderben ausgeſetzt hat, weil er bis zum letzten Augenblicke einen ernſten Angriff für unmöglich hielt, alle Faſſung. Er ſchickt zuerſt die Brigade Wengierski, darauf, als dieſe zurückgeworfen wird, die Brigade Langermann zum Angriffe vor, zieht ſeine Geſchütze ungeachtet aller Vorſtellungen Prondzynski's aus ihrer gedeckten Stellung auf den Waldhöhen und führt ſie in die ſumpfige Ebene, wo ſie keine Wirkung thun können, und läßt allmälig, da die Ruſſen hinter dem ſchützenden Damme ſich durch friſche Truppen immer mehr verſtärken, ein Corps nach dem andern auf dem engen Raume, auf dem große Maſſen ſich kaum entwickeln können, zum Sturme vorrücken. Auf dieſe Weiſe werden allmälig alle Regimenter des polniſchen Heeres, Fußvolk und Reiterei, als hätte man ſie abſichtlich dem Untergange geweiht, auf die Schlachtbank geführt. Denn der Sieg war unmög-

Digitized by Google

ſich. Die Narew, deren linkes Ufer bei Oſtrolenka das rechte überragt, macht eine Biegung, welche die kleine Ebene vor der Brücke, wie den Abſchnitt eines Kreisbogens, umfaßt. Die Ruſſen, dieſen Vortheil der Lage benutzend, hatten auf dem hohen Ufer zu beiden Seiten der Stadt Oſtrolenka ſtarke Batterien errichtet, welche den Zugang zu dem Damme, den die über die Brücke gegangenen Truppen vertheidigten, mit vernichtendem Feuer beſtrichen. Die immer wieder von neuem vordringenden polniſchen Colonnen waren daher bereits halb aufgelöſ't, ehe ſie zum Bajonnetangriffe kamen. In dieſem furchtbaren Kampfe blieben die tapfern Generale Kaminski und Kicki, der Ajar des polniſchen Heeres; Pac, Boguslawski und Malachowski wurden verwundet; Skrzynecki, der in der Hitze des mörderiſchen Kampfes ſeine Beſonnenheit wieder gewann, ſetzte ſich mehrere Stunden hindurch dem heftigſten Feuer aus, um die weichenden Trümmer ſeiner gebrochenen Bataillone zuſammenzuhalten. „Hier müſſen wir ſiegen oder alle untergehen,“ rief er ſeinen Adjutanten zu; „hier wird Polens Schickſal entſchieden!“ Alle Anſtrengungen, die Ruſſen wieder über die Narew zurückzuwerfen, waren vergebens. Um ſieben Uhr Abends machte die einbrechende Dunkelheit der Schlacht ein Ende, zum Glücke der Polen, die alle ihre Kräfte erſchöpft hatten, während der größte Theil des ruſſiſchen Heeres noch gar nicht im Feuer geweſen war. In der Nacht befahl Skrzynecki den Rückzug, weil er ſich in der Unmöglichkeit ſah, mit Truppen, die in völliger Auflöſung begriffen waren, am andern Morgen den Kampf zu erneuen. Gielgud, der erſt Tages vorher den Befehl erhalten hatte, ſeinen Rückmarſch von Lomza über Oſtrolenka anzutreten, ſowie Sierakowski, der das noch weiter vorgegangene ſchwächere Corps Dembinski's in deſſen Abweſenheit befehligte, mußten ihrem Schickſale Preis gegeben werden. Um beide Heeresabtheilungen wenigſtens nicht in die Nothwendigkeit zu verſetzen, ohne Widerſtand das Gewehr zu ſtrecken, erbot ſich General Dembinski, der ſich im Hauptquartiere befand, weil er über die Untüchtigkeit Gielguds Beſchwerde zu führen hatte, dieſem den Befehl zu überbringen, mit allen ſeinen Truppen nach Lithauen aufzubrechen, wohin ſchon bei dem unbeſonnenen Vordringen nach Tykoczyn General Chlapowski mit 100 Officieren und Unterofficieren und einigen Hundert Gemeinen vorausgeſandt war. Der Rückzug des polniſchen Heeres vom Schlachtfelde bei Oſtrolenka glich mehr einer regelloſen Flucht, als einem geordneten Marſche. Wenn Diebitſch den Zuſtand deſſelben geahnt und nur ſeine Reiterei zu raſcher Verfolgung abgeſchickt hätte,

Digitized by Google

wäre ſchwerlich die Hälfte nach Warſchau entkommen. Aber der ruſſiſche Feldmarſchall, in der Vorausſetzung, daß die Polen in geordneten Reihen abzögen, wagte es nicht, ſeinen Sieg zu benutzen, weil er vor allen Dingen ſeinen durch unabläſſige Märſche ermüdeten Truppen, die in der Schlacht an Todten und Verwundeten bei 5000 Mann verloren hatten, Ruhe gönnen und in der durch ſo viele Truppenzüge erſchöpften Gegend für die Herbeiſchaffung von Verpflegungsmitteln ſorgen zu müſſen glaubte. Dadurch gewann Lubienski, dem Skrzynecki den Befehl über das Heer übergab, während er ſelbſt nach Warſchau vorauseilte, Zeit, die Fliehenden zu ſammeln und wenigſtens die noch zu ihren Regimentern Haltenden zu ordnen. Am 29., nachdem er in drei Tagen 15 Meilen zurückgelegt hatte, traf er mit den Trümmern des Heeres in Praga ein. Von den 46,000 Mann, die Skrzynecki vor vierzehn Tagen über die Narew geführt hatte, waren nur noch 10,000 ſchlagfertig unter den Waffen; beinahe 9000 bedeckten mit ihren Leichen das Schlachtfeld von Oſtrolenka oder waren als Schwerverwundete zurückgeblieben; mehrere Tauſend Mann hatten die früheren Kämpfe gekoſtet; 12,000 unter Gielgud und Dembinski waren abgeſchnitten, und der ganze Reſt, der ſich noch gerettet hatte, bildete eine verworrene Maſſe, in die erſt durch Sonderung der verſchiedenen durcheinander gemiſchten Truppentheile einige Ordnung zu bringen war.

Skrzynecki, der auf dem Wege nach Warſchau, wie einſt Kosciuszko auf dem Schlachtfelde von Macieiowice, ausgerufen hatte: „Finis Poloniae!“ war kaum in der Hauptſtadt angelangt, als er, ſtatt ſogleich den Oberbefehl niederzulegen, zu dem er ſich endlich doch als durchaus unfähig erkennen konnte, ſich mit der Hartnäckigkeit der Verzweiflung an den Beſitz der Macht anklammerte. Kaum war ein Officier im Heere, der ihn nicht angeklagt hätte; er aber ſchob die Schuld ſeiner Niederlage auf Lubienski, der zu lange in Nur und in Oſtrolenka verweilt, und auf Uminski, der ſeinen Befehlen zuwieder gegen das ruſſiſche Hauptheer nicht angreifend vorgegangen wäre. Uminski wurde abgeſetzt; der alte kriegserfahrene Krukowiecki, der als Gouverneur von Warſchau mit ſtarkem Arme in der gährenden Hauptſtadt die Ordnung zu erhalten gewußt hatte, von ſeinem Amte entfernt, und Skrzynecki wurde durch den Reichstag in ſeiner Würde beſtätigt. In dem polniſchen Reichstage, obwohl derſelbe ausſchließend aus Edelleuten zuſammengeſetzt war, ſtanden doch von Anfang zwei Parteien einander gegenüber: die Partei des Adels und die des Volkes. Beide

Parteien, nur durch den gemeinſamen Haß gegen die ruſſiſche Herrſchaft verbunden, verfolgten durchaus entgegengeſetzte Zwecke. Die Volkspartei begriff, daß die Revolution, wenn ſie in dem ungleichen Kampfe gegen die ruſſiſche Rieſenmacht die Möglichkeit des Sieges behalten ſollte, zur Sache des ganzen Volkes und nicht bloß eines einzelnen Standes gemacht werden mußte. Sie war bereit, zu dieſem Zwecke jedes perſönliche Opfer zu bringen, und drang auf die Durchführung von Maßregeln, die allein geeignet waren, die Maſſe des Volkes für den Aufſtand zu begeiſtern. Die Adelspartei, die größere an Zahl und die mächtigere an Einfluß, wollte ſiegen, ohne den Sieg durch allzuſchwere Opfer zu erkaufen. In unbegreiflicher Verblendung ſetzte ſie ſich lieber der Gefahr aus, Alles, was ſie beſaß, zu verlieren, als daß ſie auf einen Theil ihres Beſitzthumes, zur Rettung des größeren Reſtes und zur Rettung des Vaterlandes, freiwillig verzichtet hätte. Unmittelbar nach der Schlacht bei Grochow war auf dem Reichstage in dem kleinen Beſtande, der in jenen Tagen des Schreckens zu Warſchau zurückgeblieben war, von dem Landboten Rembowski der Vorſchlag gemacht worden, den Bauern im Königreiche zu der perſönlichen Freiheit, die ſie ſeit der Begründung des Herzogthums Warſchau beſaßen, ohne daß dieſelbe ihnen von großem Nutzen geweſen wäre, Grundeigenthum und Befreiung von Frohndienſten und anderen drückenden Laſten zu verleihen. Ein ſolcher Beſchluß würde nicht bloß im Königreiche, ſondern auch in den altpolniſchen Provinzen, wo der Landmann noch in den Feſſeln der Leibeigenſchaft gehalten wurde, den ganzen Bauernſtand, die eigentliche Maſſe der Nation, für den Aufſtand gewonnen und zu den größten Anſtrengungen vermocht haben, weil dadurch das Wort der Freiheit, mit dem man das Volk zum Kampfe aufrief, zur Wirklichkeit geworden wäre. Der Zulauf, den Dwernicki bei ſeinem Einbruche in Wolhynien erwartete, würde ſchwerlich ausgeblieben ſeyn, wenn ihm die Kunde von der Befreiung der Bauern und von ihrer Erhebung zu freien Eigenthümern des von ihnen beſtellten Bodens vorausgegangen wäre. Aber ſelbſt in dem kleinen Beſtande des Reichstages, der beinahe nur noch die glühendſten Revolutionaire umfaßte, fanden ſich Einzelne, die nichts davon wiſſen wollten, daß ſie auf einen Theil ihres Grundbeſitzes verzichten ſollten. Die Berathungen wurden in die Länge gezogen; man machte die Entdeckung, daß der Reichstag, der doch über die Krone des Landes verfügt hatte, nicht das Recht habe, über das Eigenthum von Privatperſonen zu verfügen; und der Finanzminiſter Biernacki trat dem ur-

Digitized by Google

ſprünglichen Antrage mit dem Vorſchlage entgegen, daß nur den Bauern der Krongüter der von ihnen beſtellte Boden gegen eine mäßige, im zwanzigfachen Betrage ablösbare Abgabe als freies Eigenthum zugetheilt werde. Auch dagegen wurden heftige Einreden erhoben, weil man fürchtete, daß die Bauern die Güter des Adels verlaſſen und auf die Krongüter ziehen würden; und nach neuen zwanzigtägigen Verhandlungen beſchloß die Regierung endlich, den vollen Reichstag einzuberufen, weil der kleine Beſtand deſſelben über eine Angelegenheit von ſo hoher Wichtigkeit nicht entſcheiden könne. Dem vollen Reichstage wurden aber ſo viele dringendere Geſetzentwürfe, über die Vertretung der altpolniſchen Provinzen, die Errichtung neuer Regimenter, die Unterſuchung des Schatzes, die Voranſchläge des Staatshaushaltes und andere mehr, vorgelegt, daß die Frage der Verleihung von Grundeigenthum an die Bauern ganz in Vergeſſenheit gerieth.

Die Adelspartei, welche auf dieſe Weiſe das einzige Mittel, den Aufſtand zu einem wahrhaft volksthümlichen zu erheben, von der Hand gewieſen hatte, ſah in Skrzynecki ihre vornehmſte Stütze. Ihn fallen zu laſſen, ſchien ihr gleichbedeutend mit der Verzichtleiſtung auf ihren eigenen überwiegenden Einfluß. Am 31. Mai trat Johann Ledochowski, einer der eifrigſten Freunde Skrzynecki's, auf dem Reichstage mit dem Vorſchlage auf, zu handeln, wie einſt der römiſche Senat nach der Niederlage von Cannä, und durch eine feierliche Abordnung dem Feldherrn den Dank der Volksvertretung zu überbringen, daß er das Heer gerettet und nicht an der Sache des Vaterlandes verzweifelt habe. Der Antrag wurde einſtimmig angenommen; und der Zweck, Volk und Heer durch einen ſo ungewöhnlichen Schritt neu zu ermuthigen, wäre ſchwerlich unerreicht geblieben, wenn man nur wirklich gehandelt hätte, wie die Römer nach der Schlacht von Cannä, die ihren geſchlagenen Feldherrn mit Ehren empfingen, aber darauf ihm die Führung des Heeres entzogen. Skrzynecki nahm die Abordnung des Reichstages nicht mit der Beſcheidenheit, die nach ſeinem ſelbſt verſchuldeten Unglücke ihm ſo wohl angeſtanden hätte, ſondern mit der ſtolzen Würde des Siegers auf. „Die wahre Urſache der Erfolgloſigkeit aller Anſtrengungen des Heeres,“ äußerte er, „liege in der Vielhäuptigkeit der Regierung, die keine Kraft beſitze und deshalb ihn nicht gehörig unterſtützt und an dem Nothwendigſten habe Mangel leiden laſſen.“ Dieſe Andeutung, die unter den obwaltenden Umſtänden in jedem nicht Voreingenommenen den gerechteſten Unwillen hervorrufen mußte, wurde von Ledochowski mit Begierde aufgegriffen. In der Sitzung vom

Digitized by Google

2. Juni trat er zum Erſtaunen des Reichstages mit dem Antrage auf: die Regierung, um ihre Kraft zu vermehren, ſtatt fünf Mitgliedern, wie bisher, einem einzigen zu vertrauen. In der Rede, worin er dieſen Antrag entwickelte, griff er den Finanzminiſter Biernacki an, mit dem Alles unzufrieden ſey, ſprach von den Mißbräuchen der Preſſe, die alles Maß überſchritten, und kam dann auf den verderblichen Einfluß der revolutionairen Vereine, welche darauf ausgingen, die Grundlagen der Geſellſchaft zu erſchüttern, wobei Lelewel nicht unerwähnt blieb, der, obwohl ſelbſt Mitglied der Regierung, zugleich das Haupt des gefährlichſten jener Vereine ſey. Durch die Rede wurde innerhalb wie außerhalb des Reichstages bei Allen, die nicht unbedingt zur Fahne der Adelspartei geſchworen hatten, ein allgemeiner Sturm des Unwillens hervorgerufen. Nach langem leidenſchaftlichen Streiten, wodurch die Gemüther auf das Aeußerſte erregt wurden, kam es am 11. Juni zur Abſtimmung. Zu Anfange hielten die Parteien einander die Wage, indem 35 Stimmen gegen 35 ſtanden; da gaben die ſieben Mitglieder der Woiwodſchaft Auguſtowo den Ausſchlag, die auf die Seite der Volkspartei traten. Der Antrag wurde mit 42 Stimmen gegen 35 verworfen. Wenn die Adelspartei aber auch mit ihrem Plane unterlegen war, ſich ausſchließend der Gewalt zu bemächtigen, ſo hatte ſie doch ſo viel gewonnen, daß an die Entſetzung Skrzynecki's, die ſelbſt bei der Regierung ernſtlich in Anregung gebracht war, nicht mehr gedacht wurde. Während alle Aufmerkſamkeit ſich auf die Verhandlungen des Reichstages richtete, vergaß man die Unfähigkeit des Heerführers, der durch ſeine unverbeſſerliche Verkehrtheit eine ſiegende Sache an den Rand des Unterganges gebracht hatte. Skrzynecki behielt den Oberbefehl.

Feldmarſchall Diebitſch, der bis zum 1. Juni in Oſtrolenka verweilte, nur damit beſchäftigt, ſein Verpflegungsweſen zu ordnen, wozu ihm die ungeheuern, in Preußen aufgekauften und zum Theil aus den preußiſchen Magazinen gelieferten Vorräthe in den Stand ſetzten, hatte inzwiſchen ſein Hauptquartier am 4. Juni von Oſtrolenka weiter vorwärts nach Pultuſk verlegt, wo er ſein Heer, mit der Stirn gegen Warſchau, mit dem Rücken gegen die preußiſche Grenze gekehrt und den Lauf des Bug von Nur bis zum Einfluſſe in die Narew mit einer langen Poſtenlinie beſetzt haltend, kampfbereit aufſtellte. Das ganze rechte Weichſelufer zwiſchen dem Bug und dem Wieprz, welches vor der Schlacht bei Oſtrolenka der Hauptſchauplatz des Krieges geweſen war, wurde auf ſeinen Befehl geräumt. Er hatte den Plan entworfen,

oberhalb Thorn über die Weichſel zu gehen, wozu mit Beihülfe der preußiſchen Behörden alle Vorbereitungen getroffen wurden, zog deshalb auch das Corps des General Kreutz, an deſſen Stelle Rüdiger aus Wolhynien einrückte, an ſich und ließ zur Bewachung der ruſſiſchen Grenze und zur Erhaltung der Verbindung zwiſchen der Hauptmacht und dem abgeſonderten Corps unter Rüdiger nur den General Roſen zurück, deſſen Hauptquartier zu Brzeſc Litewski war, während eine vorgeſchobene Abtheilung zu Siedlce ſtand. Aber der ruſſiſche Feldherr ſollte die kühne Unternehmung, zu der er ſich entſchloſſen, nicht mehr ausführen. Schon trug er den Keim des Todes in ſich. Die furchtbare Seuche der Cholera, die bereits im April aus dem Innern von Rußland bis nach dem Königreiche Polen vorgedrungen war und ſeitdem hier ihre Verheerungen weiter und weiter ausgebreitet hatte, forderte ein edles Opfer. In der Nacht vom 9. auf den 10. Juni wurde Diebitſch von einem leichten Unwohlſeyn befallen, und am Abende des 10. war er nach achtzehnſtündigem Todeskampfe eine Leiche.

Wieder bot ſich eine Gelegenheit, die ſchweren Unfälle, welche das polniſche Heer durch die Unfähigkeit ſeines Führers erlitten, durch einen großen entſcheidenden Schlag gut zu machen. Der ruſſiſche General Rüdiger ſtand mit ſeinem 14,000 Mann ſtarken Corps, nach dem Abmarſche des Generals Kreutz, völlig vereinzelt auf dem linken Ufer des Wieprz. Von dem ruſſiſchen Hauptheere konnte er bei der weiten Entfernung deſſelben unmöglich Hülfe erhalten; und da ſich überdies Chrzanowski mit ſeinem noch unberührten Truppencorps bei Zamoſc in ſeinem Rücken befand und ihm den Rückzug nach Wolhynien abſchneiden konnte, ſo ſchien nichts leichter, als ihn durch einen raſchen Angriff mit überlegener Macht zu vernichten, wodurch das ganze Königreich Polen mit Ausnahme des ſchmalen Striches im Norden jenſeit des Bug und der Narew vom Feinde befreit und über Brzeſc Litewski die Verbindung mit dem lithauiſchen Aufſtande eröffnet worden wäre. Skrzynecki, der das Heer inzwiſchen wieder geordnet und durch neue Aushebungen den Abgang erſetzt hatte, begriff, daß er jetzt nur wenig vom Glücke begünſtigt ſeyn durfte, um die Schmach von Oſtrolenka zu rächen. Er brach am 14. Juni mit dem größten Theile der in und um Warſchau ſtehenden Truppen über Siennica gegen Kock und Lukow auf, während der Italiener Romarino, der, im Frühjahre mit mehreren anderen franzöſiſchen Officieren aus Frankreich herübergekommen, ſich in allen Gefechten durch ſeine Tapferkeit ausge-

zeichnet hatte, mit einem anderen Corps bei Gora über die Weichſel gehen, Chrzanowski aus Zamoſc an ſich ziehen und die Ruſſen in der Flanke und im Rücken angreifen ſollte. Am 16. rückte General Rybinski mit der Vorhut in Siedlce ein und wandte ſich gegen Kreutz, um dieſen zu hindern, zur Unterſtützung Rüdigers über den Bug zurückzukehren; der Flecken Kock am Wieprz, wo eine Brücke über dieſen ſeiner ſumpfigen Ufer wegen ſchwer zu überſchreitenden Strom führt, war vom General Jankowski beſetzt, der bereits im Marſche gegen Lukow war, als Skrzynecki die Nachricht erhielt, daß das ruſſiſche Hauptheer Miene mache, über die Narew gegen Warſchau vorzudringen. Sogleich eilte er mit der Reſerve nach der Hauptſtadt zurück und überließ es Jankowski, einem Anführer, der bisher noch in keinem einzigen Treffen weder Beweiſe von großem perſönlichen Muthe, noch von militairiſchem Blicke gegeben hatte, im Verein mit Romarino und Chrzanowski den Schlag gegen Rüdiger ohne ihn auszuführen. Jankowski hatte, wenn er ſeine Streitkräfte mit jenen der beiden anderen Generale vereinigte, über 24,000 Mann zu verfügen und war daher dem Feinde um das Doppelte überlegen. Rüdiger, um nicht von dieſer Macht erdrückt zu werden, beſchloß die Vereinigung derſelben nicht abzuwarten, ſondern ließ einige Tauſend Mann zur Beobachtung Chrzanowski's zurück und ging mit dem Reſt ſeines Corps bei Lyſaboki über den Wieprz, Jankowski entgegen. Dieſer, ſtatt ſich mit ſeiner ganzen Macht auf den Feind zu werfen, dem er auch allein vollkommen gewachſen war, befahl dem Cavalleriegeneral Turno, mit vier Bataillonen und drei Schwadronen das noch mehr als 10,000 Mann ſtarke ruſſiſche Corps anzugreifen, blieb, während dieſer ſich ſechs Stunden lang mit den Ruſſen herumſchlug, in geringer Entfernung vom Kampfplatze, von dem der Kanonendonner zu ihm herüberſchallte, unthätig ſtehen und trat, als Turno endlich zu weichen gezwungen war, in größter Eile mit dem Verluſte von Munition, Gepäck und Gefangenen ſeinen Rückzug nach Warſchau an. Jetzt mußten auch Chrzanowski und Romarino, die allein nicht das Feld zu halten vermochten, ſich über die Weichſel zurückziehen; und ſo endigte zum Schimpfe der polniſchen Waffen eine Unternehmung, die im Falle des Gelingens dem ganzen Kriege eine andere Wendung geben konnte.

Als Jankowski nach Warſchau zurückkehrte, wurde er, wie ſein Schwager Bukowski, der unter ihm eine Brigade befehligte, von allen Seiten eines abſichtlichen Verrathes beſchuldigt. In dieſer Stimmung fand das Gerücht, welches ein eben angekommener podoliſcher Flücht-

Digitized by Google

ling verbreitete, daß eine Verſchwörung beſtehe, um Warſchau den Ruſſen zu überliefern, leicht allgemeinen Eingang. Skrzynecki, der doch nur ſich ſelbſt hätte anklagen ſollen, daß er eben ſo wenig, wie er ſelbſt fähig war, das Heer zu führen, es verſtand, fähige Unteranführer zu wählen, Skrzynecki glaubte an das Daſeyn der Verſchwörung, ließ die Generale Jankowski, Hurtig, Salecki, den Obriſten Slupecki, den Kammerherrn Fenſhawe, den Conditor Leſſel und eine in Warſchau lebende Ruſſin Bazanow als der Theilnahme verdächtig verhaften und ſteigerte dadurch die ohne dies bereits vorhandene Aufregung der Bevölkerung zu ſolcher Wuth, daß zuſammengerottete Volkshaufen das Leben der Gefangenen bedrohten und die Nationalgarde nur mit Mühe den Auflauf zu unterdrücken vermochte.

So verging der Monat Juni, ohne daß von beiden Theilen innerhalb der Grenzen des Königreiches irgend etwas Erhebliches unternommen worden wäre. Die Ruſſen erwarteten den zum Nachfolger ihres verſtorbenen Oberbefehlshabers ernannten Feldmarſchall Paszkiewicz, vor deſſen Ankunft keiner ihrer untergeordneten Anführer die Verantwortlichkeit eines entſcheidenden Schrittes zu unternehmen wagte. Die Polen tröſteten ſich über die Unthätigkeit ihres Heeres mit den übertriebenſten Gerüchten, welche über die Ausbreitung des Aufſtandes in Lithauen und über die Erfolge ihrer dahin entſandten Heeresabtheilungen gingen. In der That würde das bei Lomza abgeſchnittene Corps des Generals Gielgud durch ſein plötzliches Erſcheinen an den Ufern des Niemen und der Wilia unter der Leitung eines entſchloſſenen Anführers ein bedeutendes Gewicht in die Wagſchale gelegt haben. Gielgud war bereits auf dem Marſche nach Oſtrolenka, als er den Befehl erhielt, nach Lithauen aufzubrechen. Er kehrte ſogleich um und ſetzte ſich nach der angewieſenen Richtung in Bewegung, beging aber von Anfang den Fehler, daß er ſeinen Leuten erlaubte, alle zu Lomza vorgefundene Beute mit ſich zu nehmen, wodurch er mit einem unverhältnißmäßigen Troß beſchwert und außer Stand geſetzt wurde, die ſchnellen Märſche auszuführen, welche die weſentlichſte Bedingung für das Gelingen der Unternehmung waren. Am 30. Mai ſtieß er vor Raygrod auf den General Sacken, der in der Vorausſetzung, daß die Polen in vollem Rückzuge begriffen wären, ſich eben zu ihrer Verfolgung anſchickte. Es kam zu einem hitzigen Gefechte, in dem das nur 3000 Mann ſtarke ruſſiſche Corps die Hälfte ſeiner Mannſchaft einbüßte. Mit dem Reſte zog Sacken ſich in Eilmärſchen nach Kowno zurück, das er am 2. Juni erreichte, und ließ Gielgud die Straße

Digitized by Google

nach Grodno, wo große Vorräthe für das ruſſiſche Heer aufgehäuft waren, und nach Wilna frei. Wenn die polniſchen Anführer es gewagt hätten, dieſen Vortheil zu benutzen, ſo konnten ſie Grodno mit ſeinen Magazinen nehmen und am 4. oder 5. Juni bereits vor der Hauptſtadt Lithauens erſcheinen, die, nur noch ſchwach beſetzt, ohne erheblichen Widerſtand in ihre Hände gefallen wäre und ihnen einen Mittelpunkt für ihre Operationen gewährt hätte, aus dem ſie die Ruſſen ſchwerlich ſo bald wieder zu verdrängen vermochten; die polniſchen Generale ließen ſich jedoch durch das Gerücht täuſchen, daß eine bedeutende feindliche Truppenabtheilung hinter ihnen im Anzuge wäre, und beſchloſſen daher, ſtatt gegen Wilna, ſich nach Schamaiten zu wenden, wo ſie ſich die Verbindung mit der Küſte eröffnen, in England aufgekaufte Waffenvorräthe erwarten, und durch die Bewaffnung der Bevölkerung ein zahlreiches Heer bilden wollten, mit dem ſie den Ruſſen die Spitze zu bieten gedachten. Gielgud, ein geborner Lithauer, war außerdem beſchränkt und eitel genug, ſich durch die Rückſicht beſtimmen zu laſſen, daß er auf dieſem Wege eine Gelegenheit fand, ſich in ſeinem Stammſchloſſe Gielgudiſchken zu zeigen. Er nahm daher dahin ſeine Richtung und ging hier, unterhalb Kowno, am 6. Juni über den Niemen, wodurch Sacken freie Hand erhielt, alle in der Nähe zerſtreute kleinere ruſſiſche Abtheilungen an ſich zu ziehen und ſich mit Wilna in Verbindung zu ſetzen.

Schon im Laufe des April war für den Aufſtand in Lithauen eine ſehr ungünſtige Wendung eingetreten. General Diebitſch hatte zur Unterdrückung deſſelben mehrere Regimenter von den zunächſt an der Grenze ſtehenden Corps abgeſandt, und außerdem war aus den benachbarten ruſſiſchen Provinzen Alles, was dort von Truppen ſich irgend zuſammenbringen ließ, zur Verſtärkung der ſchwachen Beſatzungen aufgebrochen. Die kriegsunerfahrenen Edelleute, die den Aufſtand leiteten, hatten im Vertrauen auf das Uebergewicht der Zahl ihre Bauern in dichten Maſſen den Ruſſen entgegengeführt; ſie waren in einer Menge einzelner Gefechte auseinandergeſprengt und genöthigt geweſen, in Wäldern und Sümpfen ihre Zuflucht zu ſuchen, aus denen ſie von Zeit zu Zeit mit kleinen Haufen hervorbrachen, die Couriere aufhoben, alle Verbindungen bedrohten und dem Feinde dadurch läſtig genug wurden, ohne ihm weſentlichen Abbruch zu thun. Dies war der Stand der Dinge, als ein gewandter polniſcher Parteigänger, der General Chlapowski, den der polniſche Oberbefehlshaber ſeinem bereits zu Anfange des Mai ertheilten Verſprechen gemäß noch während

Digitized by Google

ſeines unglücklichen Zuges gegen die Garden mit einem Ulanenregimente, 100 Jägern zu Fuß und 100 Officieren und Unterofficieren nach Lithauen geſchickt hatte, am Rande des großen über vierzig Geviertmeilen enthaltenden Urwaldes von Bialoweza erſchien. Chlapowski hatte ſich unbemerkt mitten durch die ruſſiſchen Stellungen durchgeſchlichen, fiel am 23. Mai auf den ruſſiſchen General Linden, der ihm mit 600 Mann und zwei Kanonen von Bialoweza entgegenrückte, nahm dieſem eine Kanone und 150 Gefangene ab, verſtärkte ſich durch ein paar Hundert Schützen, die ihm der Oberförſter Ronko zuführte, ging am 29. bei Moſty über den Niemen, vernichtete am 31. bei Lida zwei Compagnien ruſſiſches Fußvolk, die ſich mit zwei Kanonen auf Wilna zurückzuziehen ſuchten, und erhielt jetzt von allen Seiten ſolchen Zulauf, daß er ſich in den erſten Tagen des Juni an der Spitze von 5000 Mann ſah, aus denen er vier neue Cavallerieregimenter und zwei Regimenter Infanterie bildete. Mit dieſen ſtieß er am 8. Juni bei Kieydany zu Gielgud. Wenn ſchon die Ankunft Chlapowski's unter den zur Verzweiflung gebrachten Lithauern ungemeſſene Freude erregte, ſo kannte der Jubel bei dem Eintreffen der anſehnlichen Macht unter Gielgud keine Grenzen. Aus allen Kreiſen von Schamaiten ſtrömten Freiwillige herbei, und bald waren zu Kieydany und Zeymy 6000 derſelben verſammelt, die eingeübt und in Regimenter getheilt wurden. Da überdies bald darauf der Parteigänger Zaliwski, der inzwiſchen in der Woiwodſchaft Auguſtowo den kleinen Krieg führte, mit 1500 Fußgängern und 400 Reitern über den Niemen ſetzte, ſo hatte Gielgud ein Heer von mehr als 24,000 Mann zu ſeiner Verfügung, mit dem er bei geſchickter Leitung in wenigen Tagen ganz Lithauen von den Ruſſen befreien konnte. Aber gerade jetzt zeigte ſich die Unfähigkeit, die er ſchon durch ſeinen Zug nach Gielgudiſchken verrathen hatte, auf die traurigſte Weiſe. Er ließ ſich durch Chlapowski beſtimmen, ſeinen urſprünglichen Plane einer Feſtſetzung in Schamaiten aufzugeben und vor Wilna zu rücken. Statt aber zu dieſer entſcheidenden Unternehmung ſeine geſammte Macht zu verwenden, entſandte er den Obriſten Szymanowski mit ſeinem Regimente gegen Szawle und Polangen, wo derſelbe auf überlegene feindliche Streitkräfte ſtoßen mußte, den General Dembinski mit ſeinem Corps gegen Szyrwint im Norden von Wilna, um die Aufmerkſamkeit der Beſatzung nach dieſer Seite zu ziehen, und Chlapowski auf der Straße von Kowno nach dem Süden, während er ſelbſt in Zeymy zurückblieb, um die neugebildeten Truppen zu ordnen und eine vor-

Digitized by Google

läufige Regierung einzuſetzen, deren Mitglieder er beinahe ausſchließlich aus ſeinen Verwandten und perſönlichen Freunden wählte. In Wilna war inzwiſchen eine ruſſiſche Heeresabtheilung von 18,000 Mann mit 52 Geſchützen vereinigt, da man ſowohl dem General Sacken mit ſeinem Corps, als den von Norden heranziehenden Generalen Sulima und Fürſt Chilkow, ſo wie dem noch am 14. Juni mehrere Meilen entfernten Otrotſchenko hinreichende Zeit gelaſſen hatte, die am 4. Juni nur 6000 Mann zählende Beſatzung zu verſtärken, ſo daß weder Chlapowski noch Dembinski daran denken konnten, einen ernſten Angriff zu unternehmen. Fünf Tage nach Chlapowski's Abzuge ſetzte ſich endlich auch Gielgud in Marſch, verlor unterwegs noch einen vollen Tag an den Ufern der Wilia, um ſeinen Geburtstag feſtlich zu begehen und erreichte erſt am 18. Juni Rykonty im Süden von Wilna. Hier brach unter den Officieren ſeines Corps, die ſeine Unfähigkeit ſich unmöglich länger verbergen konnten, ein Aufruhr gegen ihn aus. Dreihundert derſelben verlangten, daß er zurücktreten und dem General Chlapowski den Befehl übergeben ſolle. Er beſchwichtigte ſie, indem er verſprach, am folgenden Tage die Ruſſen anzugreifen. Dies war aber inzwiſchen das ſinnloſeſte Wagniß geworden. Am 16. war von Grodno der ruſſiſche General Kuruta mit 6000 Mann Gardetruppen und 20 Geſchützen bei Wilna eingetroffen und hatte dadurch die ruſſiſchen Streitkräfte auf 24,000 Mann gebracht; am 17. war Dembinski, der bis in die Nähe der Stadt vorgedrungen war, mit überlegener Macht angegriffen und zum Rückzuge gezwungen worden. Gielgud hatte den Ruſſen nicht volle 20,000 Mann, worunter zwei Drittheile kaum eingeübte Truppen, entgegenzuſetzen. Dennoch wollte er ſeinem Worte nicht untreu werden, und griff daher am 19. den Feind, den er bei Ponary zwei Stunden von Wilna auf einer waldigen Hochebene in einer verſchanzten Stellung fand, mit unverzagtem Muthe an. Alle Verſuche der Polen und Lithauer, ſich der ruſſiſchen Schanzen zu bemächtigen, wurden durch das Feuer der feindlichen Artillerie vereitelt. Nachdem die Polen ihre Kraft in vergeblichem Anſtürmen erſchöpft hatten, gingen die Ruſſen ihrerſeits zum Angriffe über; die jungen lithauiſchen Truppen, die noch an kein feſtes Zuſammenhalten gewöhnt waren, wichen und löſ'ten ſich bald in unordentlicher Flucht auf. Auf dem Rückzuge verlief ſich die Mehrzahl der Lithauer, obwohl die Ruſſen es nicht wagten, die Fliehenden zu verfolgen, weil ſie fürchten mußten, daß die Stadt Wilna, ſo wie ſie ſich von derſelben entfernten, ſich in ihrem Rücken erheben würde, da Dem-

Digitized by Google

binski ſich inzwiſchen auf der Nordſeite von neuem genähert hatte. Nach ſeiner Niederlage bei Ponary kehrte Gielgud zu dem alten Plane zurück, ſich in Schamaiten zu halten, wozu doch nicht die geringſte Ausſicht mehr vorhanden war, da der Feind, durch die aus dem Innern kommenden Reſerven unter Tolſtoi verſtärkt, bereits die Wilia überſchritten hatte und mit 30,000 Mann gegen die 14,000, zu denen ſein Corps zuſammengeſchmolzen war, heranzog. Am 8. Juli unternahm er einen Angriff gegen die kleine Stadt Szawle, die durch 4000 von Polangen und Mitau gekommene Ruſſen vertheidigt war. Aber ſchon gehorchten die untergeordneten Anführer nicht mehr ſeinen Befehlen. Dembinski, der auf der einen Seite angriff, wurde von Rohland, der ihn auf der andern Seite unterſtützen ſollte, im Stiche gelaſſen und von den Ruſſen zurückgeſchlagen. Am andern Tage wurde ein Kriegsrath gehalten, in dem Dembinski den kühnen Vorſchlag machte, da man dem von Wilna und Kowno her andringenden Feinde nicht zu widerſtehen vermöge, ſich in das von Truppen entblößte Kurland zu werfen und, die ruſſiſchen Colonnen umgehend, durch das ſüdöſtliche Lithauen den Rückweg nach Polen zu ſuchen. So verwegen dieſer Plan war, ſo bot er doch allein eine Möglichkeit der Rettung. Im Kriegsrathe erklärte ſich keine einzige Stimme für denſelben; man beſchloß vielmehr das kleine Heer in drei Heerhaufen zu theilen, und es einem jeden zu überlaſſen, ſich ſo gut er konnte nach Polen durchzuſchlagen. Während Dembinski in ſüdöſtlicher Richtung abzog, wandten Gielgud und Chlapowski, von Rohland und Szymanowski gefolgt, in ſüdweſtlicher ſich gerade der preußiſchen Grenze zu. Noch ſtanden die Truppen in dem feſten Glauben, daß ſie gegen den Feind geführt würden, als man bereits die Grenze erreichte. Erſt jetzt, am 12. Juli, entdeckte Gielgud den Officieren ſeinen Plan, nach Preußen überzutreten, um ſo viele tapfere Männer für künftige Zeiten dem Vaterlande zu erhalten. In dem Tumulte, der hierauf erfolgt, ſieht man Truppen in der Ferne. Es iſt die nachrückende Abtheilung des Generals Rohland; aber der Ruf erhebt ſich: „Wir ſind verrathen! die Ruſſen kommen!“ und ein Theil des Gielgud'ſchen Corps flüchtet ſich über die Grenze. Ein Artillerieofficier reitet auf den Kreis zu, der ſich um Gielgud gebildet hat, und ſchießt den zwar nicht treuloſen, aber ſchwachen und unfähigen General vom Pferde. Die Verwirrung erreicht jetzt ihren Gipfel, und während derſelben geht der Reſt des Corps auf das preußiſche Gebiet hinüber und legt die Waffen nieder. Rohland zieht ſich noch drei Tage längs der Grenze hin;

Digitized by Google

ſeine Nachhut unter Szymanowski weiſ't alle Angriffe der verfolgenden Ruſſen zurück; zuletzt bleibt aber auch dieſen Tapfern, die immer härter gedrängt werden, nichts Anderes übrig, als die Grenze zu überſchreiten und ſich von den ihnen entgegengeſandten preußiſchen Landwehren entwaffnen zu laſſen. Nur Dembinski führt ſeinen eben ſo klug entworfenen als kühnen Plan glücklich aus. Er entgeht allen zu ſeiner Verfolgung ausgeſandten ruſſiſchen Colonnen, ſchlägt die ſchwächeren Haufen, die ihm den Weg verlegen, und kommt, nachdem er in 20 Tagen unter beſtändigen Gefechten über 100 Meilen zurückgelegt hat, mit ſeiner Heeresabtheilung, die zum Tode ermattet iſt, aber nur wenige Mannſchaft verloren hat, am 2. Auguſt in Warſchau an.

Einen wo möglich noch unglücklicheren Ausgang, als der lithauiſche Aufſtand, hatte lange vorher der Aufſtand genommen, der in Wolhynien und Podolien durch Dwernicki's Einbruch veranlaßt war. In Wolhynien wurden gleich zu Anfange die vereinzelten Erhebungen, die in dem nördlichen Theile des Landes Statt fanden, während General Rüdiger ſeine geſammte Macht im Süden zur Bekämpfung Dwernicki's zuſammenzog, durch eine von dem General Kreutz entſandte Reiterabtheilung niedergeſchlagen, und nur ſchwache Haufen hielten ſich noch in den unzugänglichen Sümpfen und Wäldern am mittleren Laufe des Przypiec; in Podolien ſetzte ſich, ſo wie die bevorſtehende Ankunft eines polniſchen Heeres gemeldet wurde, der größte Theil des Adels zu Pferde, um die Moſkowiter aus dem Lande zu treiben und die alten glorreichen Zeiten der Republik herzuſtellen. Der achtzigjährige Kolyſzko, der ſchon zu der Zeit Kosciusko's die podoliſche Conföderation befehligt hatte, brachte ein Corps von mehreren Tauſend Mann zuſammen, mit welchem er dem von Baſſarabien her anrückenden General Rott kühn entgegenging, aber am 14. Mai bei Daszew geſchlagen wurde und nach einem zweiten unglücklichen Gefechte am 26. Mai bei Satanow über die öſterreichiſche Grenze nach Galicien flüchten mußte. Glücklicher war ein ehemaliger Hauptmann der polniſchen Armee, Rozycki, der bei Szitomir in Wolhynien einige Hundert Reiter ſammelte, mit denen er Kolyſzko zuziehen wollte. Auf die Nachricht von deſſen Ausgange faßte er den Entſchluß, ſich nach dem Königreiche Polen durchzuſchlagen, beſtand mehrere Gefechte mit den zu ſeiner Verfolgung abgeſandten ruſſiſchen Abtheilungen, durchbrach die von Rüdiger beſetzte Linie am Bug und gelangte am 10. Juni glücklich nach Zamoſc, von wo Chrzanowski auf die Kunde von ſeiner Annäherung ihm einige Bataillone und Schwadronen entgegengeſchickt

Digitized by Google

hatte. Rozycki war es, der an der Spitze des aus ſeinen Reitern gebildeten Ulanenregimentes zuerſt auf das aus Lithauen zurückkehrende Corps des kühnen Dembinski ſtieß und daſſelbe nach Warſchau geleitete, wo die Heldenſchaar von der ganzen Bevölkerung gleich Brüdern, die einem gewiſſen Tode entgangen waren, mit Freudenthränen und Segnungen und begeiſtertem Zuruf empfangen wurde.

Aber die Hülfe, welche Dembinski ſeinen kämpfenden Landsleuten zuführte, war eine ſehr unzureichende bei der drohenden Gefahr, die jetzt bereits unabwendbar über ihren dem Untergange geweihten Häuptern ſchwebte. Skrzynecki hatte den Juli in gleicher Unthätigkeit vorüber gehen laſſen, wie den Juni, indem er, auf unbegreifliche Weiſe bethört, immer noch auf die Vermittlung der auswärtigen Mächte rechnete, weil er von Paris aus vertröſtende Zuſicherungen erhielt. Am 25. Juni war der neue Oberbefehlshaber des ruſſiſchen Heeres, der durch ſeine aſiatiſchen Kämpfe berühmte Paszkiewicz, in dem Hauptquartier zu Pultuſk angekommen. Er faßte ſogleich den Entſchluß, über die Weichſel zu gehen und auf dem linken Ufer mit geſammter Macht gegen Warſchau vorzubringen, um dem Kriege mit einem entſcheidenden Schlage ein Ende zu machen. Ein Punkt an der äußerſten Grenze wurde zum Uebergange gewählt, weil man vorausſetzte, daß Skrzynecki, durch ſeine gewöhnliche Vorſicht zurückgehalten, es nicht wagen würde, ſich ſo weit von der Hauptſtadt zu entfernen. Bei dem Dorfe Oſſiek, unfern der preußiſchen Grenze, theilen zwei Inſeln den breiten Weichſelſtrom in drei Arme. Hier wurden in den erſten Tagen des Juli, während das ruſſiſche Heer von Pultuſk, wo es bisher geſtanden, ſich rückwärts nach Plock in Bewegung ſetzte, alle Vorbereitungen zum Schlagen einer Brücke getroffen. In der Nacht vom 16. auf den 17. war dieſe vollendet, und am andern Morgen begann das Heer ſeinen Uebergang, der drei Tage lang dauerte, ohne daß ſich weder auf dem linken noch auf dem rechten Ufer der Weichſel auch nur ein polniſcher Poſten gezeigt hätte. Am 27. wurde in Folge eines Beſchluſſes der Landbotenkammer ein Kriegsrath in Warſchau gehalten, in dem Skrzynecki Rechenſchaft über die Maßregeln ablegte, die er zur Abwehr des Feindes ergriffen. Er wies nach, daß das regelmäßige Heer bis auf 80,000 Mann gebracht war, von denen 60,000 auf dem linken Weichſelufer den Ruſſen gegenüberſtanden, erklärte, daß er zu einem Kampfe auf Leben und Tod entſchloſſen ſey, und verſprach, in den nächſten Tagen eine entſcheidende Schlacht zu liefern. Inzwiſchen wurden in allen Kirchen Gebete für die Rettung des Va-

Digitized by Google

terlandes gehalten; die ganze Bevölkerung der Hauptſtadt, alt und jung, vornehm und gering, den Präſidenten der Nationalregierung Fürſten Czartoryski an der Spitze, drängte ſich zu den bereits in der erſten Zeit des Aufſtandes angelegten Verſchanzungen, um an deren Verſtärkung zu arbeiten. In den vom Feinde noch nicht beſetzten Theilen des Landes wurde einem früheren Beſchluſſe des Reichstages zufolge die geſammte männliche Bevölkerung zu den Waffen gerufen. Das Heer, welches ſeine Vorhut bis in die Waldungen auf dem linken Ufer der Bzura vorgeſchoben hatte, beharrte jedoch in ſeiner Unthätigkeit, machte keinen Verſuch, den Uebergang über dieſen Fluß zu vertheidigen, ſondern zog ſich vor den vorrückenden Ruſſen hinter die Rawka zurück, deren ſumpfige Ufer größere Sicherheit zu bieten ſchienen.

Die ungehinderte Annäherung des ruſſiſchen Heeres, welches jetzt nur noch wenige Meilen von der Hauptſtadt entfernt war, verbreitete in Warſchau eine allgemeine Beſtürzung. Selbſt der Reichstag, auf dem der Anhang Skrzynecki's doch ein entſchiedenes Uebergewicht hatte, begriff ein Zögern nicht, welches dem Feinde ohne die geringſte Gegenwehr alle Vortheile einräumte, die er nur durch ein ſiegreiches Treffen hätte gewinnen können. Am 9. Auguſt beſchloß die Landbotenkammer eine Abordnung in das Hauptquartier zu ſchicken, um den Oberbefehlshaber zur Rechenſchaft zu ziehen und ihm, falls er ſich nicht zu rechtfertigen vermöchte, den Befehl abzunehmen. Am 10. Auguſt wurde zu Bolimow, wo Skrzynecki ſein Hauptquartier hatte, ein Kriegsrath gehalten, zu dem alle Officiere des Heeres zugezogen wurden. Einſtimmig wurde die Abſetzung Skrzynecki's ausgeſprochen, deſſen Unfähigkeit endlich von allen Seiten anerkannt war. Die Mehrzahl der Stimmen ernannte den kühnen Dembinski, der ſeit ſeinem glücklichen Rückzuge der gefeierte Held der Nation war, obwohl er bisher nur ein Corps von wenigen Tauſend Mann geführt hatte, zu ſeinem Nachfolger. Aber der Zeitpunkt, die Ruſſen mit einiger Wahrſcheinlichkeit des Erfolges anzugreifen, war vorüber, da ſie zu Lowicz eine vortheilhafte Stellung eingenommen und dieſe überdies durch Verſchanzungen befeſtigt hatten. Auch zeigte es ſich bald, daß Dembinski zwar ein guter Parteigänger, aber nicht der Heerführer war, der eine bereits halb verlorene Sache wiederherſtellen konnte. Statt ſeine ungetheilte Aufmerkſamkeit auf den Feind zu richten, deſſen Feldlager in ſeinem Geſichte war, wandte er den Blick rückwärts nach der Hauptſtadt, in der die näher und näher herandringende Gefahr eine dumpfe

Digitized by Google

Gährung hervorgerufen hatte, welche durch die Rathloſigkeit der Führer, denen die Nation ihr Heil vertraut, nur zu ſehr gerechtfertigt war. Schon war, wie im Norden Paszkiewicz mit ſeiner Hauptmacht, auch im Süden unfern der öſterreichiſchen Grenze ein ſtarkes ruſſiſches Corps unter Rüdiger über die Weichſel gegangen und drängte von dieſer Seite die ihm gegenüber ſtehenden polniſchen Abtheilungen auf dem linken Weichſelufer gegen die Hauptſtadt, während auf dem rechten die Vorpoſten eines ſchwachen vereinzelt zurückgebliebenen andern ruſſiſchen Corps unter Golowin ungeſtraft bis in die Nähe von Praga ſtreiſten. Der patriotiſche Verein, der ſeit dem Sturze Chlopicki's wieder eröffnet war, und in dem der alte, durch Skrzynecki zurückgeſetzte und tödtlich beleidigte General Krukowiecki einen überwiegenden Einfluß erlangt hatte, hielt ſtürmiſche Sitzungen. Der fanatiſche Prieſter Pulawski, der ſich von Dwernicki's Corps nach Warſchau gerettet, und andere gleich ihm durch die Verzweiflung zur Wuth entflammte Sprecher bewieſen dem Pöbel, daß Polen nur, wie einſt Frankreich in einer gleich hoffnungsloſen Lage, durch eine Schreckensregierung gerettet werden könne. Ein gewaltſamer Ausbruch war vorherzuſehen, wenn die Gemüther nicht durch die Nachricht von einem Siege des Heeres beruhigt wurden. Dembinski, durch den Rath der ſämmtlich von ſeinem Vorgänger ernannten Generale beſtimmt, beſchloß, das Heer, ſtatt daſſelbe gegen die Ruſſen zu führen, zur Unterdrückung der Aufregung in Warſchau zu verwenden. Da dieſer Entſchluß in Warſchau bekannt wurde, beſchleunigte er nur den Ausbruch der Volkswuth, den er verhindern ſollte. Am 15. Auguſt, während Dembinski zum Erſtaunen der Ruſſen ſeine Stellung hinter der Rawka verließ, um ſich der Hauptſtadt zu nähern, durchtobte der erbitterte Pöbel die Straßen von Warſchau. Fürſt Czartoryski, der zum Frieden zu reden verſuchte, hatte Mühe, ſein Leben zu retten, indem er verkleidet aus der Stadt floh. Ein Ulanenregiment, das den Auflauf zerſtreuen ſollte, weigerte ſich, von den Waffen gegen ſeine Brüder Gebrauch zu machen. Die empörte Maſſe, durch keinen Zügel im Zaume gehalten, ſtürmte das Gefängniß, in dem ſich Jankowski und die mit ihm des Verrathes Angeklagten befanden, und ermordete die Unglücklichen, deren Schuldloſigkeit keinem Zweifel unterlag, da auch nicht der Schatten eines Beweiſes gegen ſie vorhanden war. Darauf riefen die Meuterer den lauernden Krukowiecki, der durch Rachſucht und Ehrgeiz getrieben, ihre Wuth geſchürt hatte, zum Gouverneur der Stadt aus, und der ergrimmte Alte ſäumte nicht, die ihm vom Pöbel übertragene Gewalt

Digitized by Google

anzunehmen. Dennoch dauerten die Unruhen auch am folgenden Tage noch fort. Ein gefangener ruſſiſcher Officier, der, verwundet, in das Hoſpital gebracht werden ſollte, wurde grauſam ermordet. Der Reichstag wagte nicht ſich zu verſammeln. Die Mitglieder der Regierung, durch die Flucht Czartoryski's ihres Hauptes beraubt, nahmen ihre Entlaſſung, nachdem ſie Krukowiecki gebeten hatten, die Gewalt, in deren Beſitze er war, zum Beſten des Gemeinwohles auszuüben. Am 17. rückten zwei Regimenter von dem Heere, welches inzwiſchen unmittelbar vor den äußeren Verſchanzungen angekommen war, auf Krukowiecki's Verlangen in die Stadt. Krukowiecki ließ durch dieſe Truppen den Regierungspalaſt, in dem der Reichstag zuſammengetreten war, umſtellen, wie er vorgab, um die Verſammlung gegen die Wuth des erbitterten Volkes zu ſchützen, in der That aber, um ihr durch den Anblick der von ſeinen Befehlen abhängigen Bajonnette ſeinen Willen als Geſetz aufzulegen. Der Reichstag, der in Krukowiecki den einzigen Führer ſah, welcher des Vertrauens der Nation nicht verluſtig geworden war, ernannte ihn ſeinem Wunſche gemäß zum Präſidenten der Nationalregierung, legte alle Gewalt, die dieſe bisher geübt hatte, in ſeine Hände, übertrug ihm das Recht, die Miniſter und den Oberbefehlshaber des Heeres zu ernennen, der ſeinen Weiſungen unterworfen ſeyn ſollte, und behielt ſich ſelbſt nur die Entſcheidung über Krieg und Frieden vor. Der neue Präſident trug den Oberbefehl dem ihm perſönlich befreundeten General Prondzynski an, der, ſeit dem Rückzuge von Oſtrolenka mit Skrzynecki entzweit, von dieſem außer Thätigkeit geſetzt war; aber Prondzynski, ohne Zweifel der am meiſten befähigte Officier des polniſchen Heeres, hatte bereits jede Hoffnung auf die Rettung des Vaterlandes aufgegeben und lehnte eine Würde ab, die ihn mit einer unermeßlichen Verantwortlichkeit belaſtete, welcher er ſich nicht mehr gewachſen fühlte. In einem Kriegsrathe, der an einem der nächſten Tage gehalten wurde, ſchlug Krukowiecki vor, dem Feinde, deſſen Vorpoſten eine halbe Stunde von der Stadt ſtanden, ſogleich eine Schlacht zu liefern. Aber nur zwei der anweſenden Generale, Chrzanowski und Rybinski, ſtimmten ihm bei, alle andere hielten eine Niederlage für unvermeidlich, und ſchwerlich mit Unrecht. Denn das Heer war durch den Rückzug entmuthigt, da es auf demſelben durch die Unbeſonnenheit des Führers der Nachhut einen empfindlichen Verluſt erlitten. Dieſer, ein franzöſiſcher Officier, Namens Gallois, der vor Kurzem erſt mit vielen gewichtigen Empfehlungen von Paris gekommen war, hatte ſich durch eine Koſackenſchaar in

Digitized by Google

einen Hinterhalt locken laſſen und war, nach tapferer Gegenwehr von der Uebermacht erdrückt, mit 1300 Mann der tügchtiſten Truppen von den Ruſſen gefangen worden. Sich vorläufig auf die Vertheidigung von Warſchau zu beſchränken und den Muth des Heeres durch kleine Gefechte wieder aufzurichten, war unmöglich; denn die frühere Regierung hatte ſo ſchlecht für die Verpflegung der großen Hauptſtadt geſorgt, daß ſich nur noch für 11 Tage Mundvorräthe fanden. Die Mehrheit des Kriegsrathes beſchloß daher, ein beträchtliches Truppencorps auf das rechte Weichſelufer zu werfen, dieſes, das nur ſchwach vom Feinde beſetzt war, zu ſäubern und Warſchau von daher mit Mundvorräthen zu verſehen, an denen, kurze Zeit nach der Beendigung der Erndte, auf dem Lande kein Mangel ſeyn konnte. Am 21. Auguſt zogen die Generale Lubienski mit 3000, Romarino mit 19,000 Mann und 40 Geſchützen über die Brücke von Praga. Der Erſte wandte ſich über Pultuſk und Plock gegen die preußiſche Grenze, trieb die ſchwachen Poſten des Feindes, die hier zurückgeblieben waren, vor ſich her und zwang die Ruſſen ihre Weichſelbrücke abzufahren, um ihn zu hindern, daß er nicht im Rücken ihres Hauptheeres über den Strom ging. Eben ſo raſch drang auf der andern Seite Romarino gegen das Corps des Generals Golowin vor, das in der Gegend von Minſk ſtand, ſchlug daſſelbe in mehreren kleinen Gefechten, ließ ſich aber, obwohl er die gemeſſenſten Befehle hatte, ſich nicht allzuweit von Warſchau zu entfernen, durch die Hitze der Verfolgung verleiten, über Siedlce bis nach Brzesc Litewski an der äußerſten Grenze des Königreiches vorzugehen, von wo er ſich nicht eher nach der Hauptſtadt zurückwandte, als bis hier bereits Alles vorüber war.

In Warſchau blieben mehr als 30,000 Mann mit 92 Feldgeſchützen zurück, die, da ſie überdies nöthigenfalls von der ganzen Bevölkerung unterſtützt werden konnten, zur Vertheidigung dieſer Stadt vollkommen hinreichend waren, ſobald nur einigermaßen zweckmäßige Anſtalten getroffen wurden. Aber das Heer, in dem ſich kaum ein Mann befand, der nicht entſchloſſen geweſen wäre, zum Schutze der Hauptſtadt das Leben einzuſetzen, hatte keinen Anführer. Krukowiecki hatte dem General Dembinski, in dem er einen politiſchen Gegner ſah, den Oberbefehl abgenommen, und an deſſen Stelle den tapfern, jedoch im großen Kriege unerfahrenen Malachowski zum oberſten Feldherrn ernannt. Dabei griff er in die Anordnungen, welche dieſer traf, jeden Augenblick perſönlich ein, ſo daß Niemand wußte, wer eigentlich den Befehl führe. Auch hatte Krukowiecki ſelbſt, nachdem ſein Vorſchlag

einer Entſcheidungsſchlacht in freiem Felde verworfen war, kein Vertrauen mehr auf den Erfolg eines Kampfes, der ſeiner Meinung nach im glücklichſten Falle nur einen hoffnungsloſen Krieg noch einige Zeit verlängern konnte. Er knüpfte deshalb bereits am 3. September, als Feldmarſchall Paszkiewicz ihn zur Unterwerfung auffordern ließ, Unterhandlungen an, bei denen er allerdings mit ſo ungemeſſenen Anſprüchen auftrat, daß dieſelben dem ruſſiſchen Feldherrn als ein unpaſſender Hohn erſchienen, die aber ſchon ein Schwanken verriethen, welches in ſeiner Lage eben ſo verderblich war, als wenn er den Entſchluß der Uebergabe bereits gefaßt hätte. Paszkiewicz, der zu Anfange des Septembers ſeine ganze Macht vor Warſchau zuſammengezogen hatte, ohne in einer einzigen ſeiner Bewegungen durch einen Angriff der Polen geſtört zu ſeyn, beſchloß, nachdem ſeine Hoffnung auf eine friedliche Ausgleichung geſcheitert war, zum letzten Mittel, zum Sturme, zu ſchreiten. Die Verſchanzungen von Warſchau, zu deren Ausführung man doch neun Monate Zeit gehabt hatte, waren ſo ſchlecht angelegt, daß eine erfolgreiche Vertheidigung, wenn nicht geradezu unmöglich, nur durch die außerordentlichſten Anſtrengungen und die geſchickteſte Verwendung der Streitkräfte zu erreichen war. Die ſchwache Stadtmauer, die einen tiefen aber nicht breiten Graben vor ſich hatte, war durch offene Flechen geſchützt, die kaum geeignet waren, den ſtürmenden Feind einen Augenblick aufzuhalten. Außerhalb der Mauer und in einiger Entfernung von derſelben bildete eine Reihe kleiner in den Kehlen nur mit Paliſaden geſchloſſener Redouten, die durch ihr Feuer ſich nicht einmal gegenſeitig unterſtützten, eine Linie, die von einer überlegenen Macht ohne Mühe auf allen Seiten durchbrochen werden konnte. Nur ein einziger Punkt war ſo befeſtigt, daß derſelbe bei tüchtiger Vertheidigung nicht im erſten Anlaufe genommen werden konnte: das ungefähr in der Mitte der polniſchen Stellungen gelegene Dorf Wola, das in eine große Redoute verwandelt war und im Innern mehrere ſtarke Abſchnitte hatte. Hier war daher die ſtärkſte Seite der Stadt, die auch deshalb am leichteſten mit Kraft zu behaupten war, weil ſich nach derſelben am ſchnellſten von allen anderen Punkten des einen Umfang von vier Stunden einnehmenden Halbkreiſes der äußeren Linie Verſtärkungen bringen ließen. Die ſchwächſte Seite war dagegen die Barrière von Mokotow im Süden, die durch vorliegende Werke gar nicht gedeckt war, und nach deren Einnahme das im Norden und Weſten noch kämpfende Heer ſogar von ſeiner einzigen Rückzugslinie über die Weichſelbrücke abgeſchnitten werden

Digitized by Google

konnte. Hier erwartete Krukowiecki den Angriff und hatte daher hier alle Kräfte zur Abwehr vereinigt. Paszkiewicz, der dies entweder vorherſah oder durch geheime Einverſtändniſſe in der Stadt davon unterrichtet war, beſchloß aber ſeinen Hauptangriff gerade gegen den Mittelpunkt der polniſchen Linien zu richten, wo die meiſten Schwierigkeiten zu überwinden waren. Am 6. September mit Tagesanbruch ſetzten ſeine Colonnen ſich gegen Wola und die beiden zunächſt liegenden Schanzen in Bewegung, gegen welche gleichzeitig 120 Geſchütze ihr verheerendes Feuer eröffneten. General Uminski, der, ſeit dem Uebergange der Ruſſen über die Weichſel wieder in Thätigkeit geſetzt, das polniſche Centrum befehligte, erkannte ſogleich die Gefahr, nnd ſchickte Boten über Boten ſowohl an Krukowiecki, der ſich bei der Barrière von Mokotow befand, als an Malachowski. Aber der Erſte beharrte, obwohl die Erde von dem Donner der feindlichen Geſchütze erbebte, auf ſeiner Anſicht, daß der Angriff gegen Wola nur ein Scheinangriff ſey; und Malachowski glaubte, daß er keine Befehle zu geben habe, da der mit der oberſten Civil- und Militairgewalt bekleidete Präſident perſönlich zur Stelle war. Uminski blieb ohne Unterſtützung. Das Feuer des ſchweren Geſchützes hatte über eine Stunde gedauert, als die Ruſſen gegen die Schanze zur Linken von Wola, die nur durch eine Compagnie und ſechs Kanonen vertheidigt war, in dichten Maſſen andrangen und dieſelbe, ohne ſehr hartnäckigen Widerſtand zu finden, wegnahmen. Da die ruſſiſchen Bataillone jetzt gegen Wola ſelbſt anrückten, ſo war der Zeitpunkt gekommen, ſie durch einen entſchloſſenen Gegenangriff zurückzuwerfen. Uminski ertheilte dem Artilleriegeneral Bem den Befehl, mit ſeinen Geſchützen aus der zweiten Linie vorzugehen. Die reitende Batterie, welche Bem vorführte, hielt den Feind nur kurze Zeit auf. Das Bataillon, welches zu ihrer Deckung beſtimmt war, warf ſich in die angegriffene Redoute, und die bloßgeſtellte Batterie mußte daher zurückweichen, während die Ruſſen ihren Sturm mit friſchen Colonneu erneuten. Die Geſchütze der um das Dorf aufgeworfenen Schanzen waren längſt durch das überlegene feindliche Feuer zum Schweigen gebracht, die Gräben wurden mit den Leichen der Stürmenden gefüllt, die Bruſtwehren erſtiegen; aber der alte General Sowinski vertheidigte im Innern jeden Abſchnitt mit der heldenmüthigſten Ausdauer, bis er ſelbſt in dem letzten, von Bajonnetten durchbohrt, zu Boden ſank. Von den 2000 Mann, welche die Beſatzung gebildet hatten, waren mehr als die Hälfte geblieben; Einige retteten ſich durch die Flucht; nur wenige Hundert wurden, durch

Digitized by Google

die Maſſe überwältigt, zu Gefangenen gemacht. Die Ruſſen beſetzten hierauf eine offene Feldſchanze zur Rechten von Wola ohne Widerſtand und wandten ſich gegen die zunächſt liegende Redoute, die von der ſchwachen Beſatzung mit ruhmwürdiger Tapferkeit vertheidigt wurde. Nachdem der Feind bereits eingedrungen war, ſprengte der commandirende Officier durch das Anzünden des Pulvermagazines ſich mit dem Reſte ſeiner Leute und einer Maſſe der Stürmenden in die Luft. Nach dem Verluſte des Punktes, welcher der Schlüſſel der polniſchen Stellungen war, verſuchte Uminski denſelben wiederzunehmen. Er hatte aber nur ein einziges Bataillon und wenige Schwadronen zu ſeiner Verfügung; und obwohl General Bem mit 40 Geſchützen bis auf halbe Schußweite von Wola vorging, ſo vermochten doch jene geringen Streitkräfte gegen die ganze im Vorrücken begriffene ruſſiſche Armee nichts auszurichten. Der Tag neigte ſich zum Abende, als Bem den Befehl erhielt, ſich hinter die zweite Linie der Verſchanzungen, die ſich unmittelbar vor den Barrièren befanden, zurückzuziehen. Damit hatte an dieſem Tage die Schlacht ein Ende, indem die Ruſſen nur noch eine Zeitlang eine ſtarke Kanonade unterhielten, die bei dem Einbrechen der Dunkelheit aufhörte. Die Polen hatten ihr wichtigſtes Bollwerk, aber an Todten, Verwundeten und Gefangenen nicht viel über 2000 Mann verloren, während der Verluſt der Ruſſen wohl das Dreifache betrug. Wenn man den ernſten Entſchluß gehabt hätte, die Hauptſtadt um jeden Preis zu halten, war der Kampf daher noch keineswegs entſchieden.

Aber Krukowiecki war der Meinung, daß jede fernere Vertheidigung nur nutzloſes Blutvergießen zur Folge haben würde. Sobald das Feuer der Geſchütze verſtummt war, erklärte er den Miniſtern, daß er die Abſicht habe, Unterhandlungen zu eröffnen. Auf ihren Widerſpruch entgegnete er, daß er als Präſident der Regierung das Recht habe, auch ohne ihre Zuſtimmung zu thun, was durch die Umſtände geboten ſey, und ſchickte den General Prondzynski in das ruſſiſche Hauptquartier, um die Bedingungen zu vernehmen, die Feldmarſchall Paszkiewicz zu bewilligen geneigt ſey. Dieſer ließ ihn auf den folgenden Morgen zu einer Beſprechung nach Wola einladen. Krukowiecki erſchien zu der feſtgeſetzten Stunde, und der ruſſiſche Feldherr kündigte ihm an, daß er noch jetzt auf den Grund des erſten kaiſerlichen Manifeſtes Verzeihung alles Geſchehenen zugeſtehe, wogegen die polniſche Nation ihre Unterwerfung auszuſprechen und das Heer ſich nach Plock zurückzuziehen habe, um dort die Befehle des Kaiſers zu

Digitized by Google

erwarten. Krukowiecki erklärte ſich für ſeine Perſon zur Annahme dieſer Bedingungen bereit, bemerkte aber, daß er ohne die Zuſtimmung des Reichstages keinen bindenden Vertrag abſchließen könne, und erhielt einen Waffenſtillſtand bis ein Uhr Nachmittags, um den Reichstag zum Beitritte zu vermögen. Dieſer war ſeit dem frühen Morgen verſammelt. Prondzynski legte im Auftrage des Präſidenten den Vertragsentwurf vor, welcher die ruſſiſchen Bedingungen enthielt; er ſtellte der Verſammlung die Hoffnungsloſigkeit jedes ferneren Widerſtandes gegen die feindliche Uebermacht vor, ſchilderte die Schrecken, denen die Hauptſtadt in Folge eines Sturmes ausgeſetzt ſeyn werde, und ſchien die Mehrzahl, die in tiefe Muthloſigkeit verſunken war, mit ſich fortgeriſſen zu haben, als die zu der Vertretung zugelaſſenen Landboten und Senatoren der altpolniſchen Provinzen, die bereits Alles verloren hatten und ſelbſt im Falle der Unterwerfung in die zugeſagte Begnadigung nicht eingeſchloſſen waren, mit feuriger Rede der Verſammlung ihren früher ſo oft ausgeſprochenen Entſchluß zurückriefen, zu ſiegen oder zu ſterben, und durch ihre glühende Begeiſterung den Muth der Zagenden wieder belebten. Schon erſchallte der Kanonendonner von neuem; denn der Waffenſtillſtand war während der Berathung abgelaufen. Da faßte der Reichstag, jede Gefahr vergeſſend, die kühnſten Beſchlüſſe. Die ruſſiſchen Bedingungen wurden zurückgewieſen, die Bürger durch eine Bekanntmachung zur Vertheidigung der Hauptſtadt auf die Wälle gerufen, Soldaten und Generale zum Widerſtande bis zum letzten Hauche ihres Lebens aufgefordert. Krukowiecki bot, als er dieſen Ausgang der Berathungen erfuhr, ſeine Entlaſſung an; er hatte aber bereits vorher Alles gethan, um die gefaßten Beſchlüſſe zu vereiteln. In der Vorausſetzung, daß die Unterwerfung ſo gut als angenommen ſey, hatte er das Heer ohne Befehl gelaſſen, zwei Regimenter von demſelben in die Stadt gezogen, um die Ordnung im Innern aufrecht zu halten, und ſogar die Reſerve nach Praga hinübergeſchickt. Als die Ruſſen um ein Uhr ihren Angriff begannen, fanden ſie dennoch einen Widerſtand, auf den ſie nicht mehr gerechnet hatten. In der erſten Viertelſtunde, nachdem das Gefecht begonnen hatte, wurde Feldmarſchall Paszkiewicz durch eine Kanonenkugel verwundet und gezwungen, das Schlachtfeld zu verlaſſen. General Toll, der ſtatt ſeiner den Befehl übernahm, führte das ruſſiſche Centrum gegen die Barrière von Jeruſalem vor. Alle Angriffe wurden hier, wo General Bem zwiſchen den Schanzen ſeine Batterien aufgefahren hatte, mit ſchwerem Verluſte für die Ruſſen zurückgeſchlagen. Ein

Digitized by Google

Huſarenregiment, welches in vollem Jagen zwiſchen den Batterien hindurch bis an die Barrière geſtürmt war, wurde beinahe ganz vernichtet; und der Feind vermochte durch alle ſeine Anſtrengungen keinen Fuß breit Terrain zu gewinnen. Weniger glücklich als Bem war General Uminski, der mit ſehr unzulänglichen Streitkräften die Schanzenlinie zwiſchen Wola und der Vorſtadt Czyſte zu halten verſuchte. Nachdem ſeine Bataillone das feindliche Feuer mehrere Stunden lang ausgehalten hatten, begannen ſie zu weichen. Als endlich auf Befehl des Generals Malachowski ein Theil der Reſerven zu ihrer Unterſtützung herankam, waren die ruſſiſchen Colonnen bereits in die Vorſtadt eingedrungen. Mehrere der leicht gebauten Häuſer der Vorſtadt gingen in Flammen auf; es gelang aber den Ruſſen, ſich in ihrer gewonnenen Stellung am Fuße der Stadtmauer zu behaupten, als die Dunkelheit einbrach und dem ſich immer wieder erneuernden Gefechte ein Ziel ſetzte.

Der Reichstag, der um zwei Uhr auseinander gegangen war, ehe Krukowiecki ſein Entlaſſungsgeſuch eingereicht hatte, war um vier Uhr wieder zuſammengetreten, während der Kampf vor den Barrièren gerade in ſeiner größten Heftigkeit entbrannte. Krukowiecki hatte kurz vorher, um Zeit zu gewinnen, den General Prondzynski nochmals zu dem ruſſiſchen Feldherrn hinausgeſandt, der aber bereits verwundet war, weshalb Prondzynski dem General Toll — vermuthlich, um ihn zur Einſtellung der Feindſeligkeiten zu vermögen — ankündigte, daß die Befehle des Kaiſers vollzogen wären. Bald darauf kehrte Prondzynski mitten durch das Feuer der beiden Parteien mit dem ruſſiſchen General Berg nach Warſchau zurück und führte dieſen zu Krukowiecki, der die Unterhandlungen abſichtlich in die Länge zog und zuletzt den ruſſiſchen Parlementair mit einem Schreiben an den Kaiſer, worin er wiederholt ſeine Unterwerfung ausſprach, und mit einem neuen Vertragsentwurfe, worin er unbedingte Verzeihung für alle Theilnehmer an der Revolution ohne Ausnahme verlangte, wieder fortſchickte. Der Reichstag, durch Malachowski von den verkehrten Maßregeln Krukowiecki's unterrichtet, welche die Vertheidigung gerade in dem entſcheidenden Augenblicke gelähmt hatten, ſprach inzwiſchen deſſen Entlaſſung von ſeiner Stelle als Regierungspräſident aus und ernannte Bonaventura Niemojewski zu ſeinem Nachfolger. Niemand wagte es, den Vorſchlag zu längerer Vertheidigung der Hauptſtadt zu machen, weil dieſe durch den Straßenkampf, der bereits nicht mehr zu vermeiden war, den furchtbarſten Verheerungen Preis gegeben worden wäre. Es

wurde daher beſchloſſen, das Heer auf das rechte Ufer der Weichſel hinüberzuziehen, die Brücke zu zerſtören und, nachdem man ſich mit den Corps unter Lubienski und Romarino vereinigt hätte, auf die ſtarke Feſtung Modlin geſtützt, den Krieg fortzuſetzen. Die Ruſſen hatten in den Kämpfen der beiden Tage nach ihrem eigenen Eingeſtändniſſe nicht weniger als 10,000 Mann verloren, wogegen der Verluſt der Polen, die größtentheils geſchützt ſtanden, verhältnißmäßig unbedeutend war. Die Ruſſen mußten einen großen Theil ihres ſo ſehr geſchwächten Heeres dazu verwenden, Warſchau im Zaume zu halten und konnten deshalb mit Abrechnung ihrer in einem weiten Kreiſe zerſtreuten Corps nur noch eine geringe Macht in das Feld ſtellen, wogegen die Polen durch einen einzigen Tagemarſch ein zahlreicheres Heer zuſammenziehen konnten, als ſie bei irgend einer der großen Schlachten während der ganzen Dauer des Krieges gehabt hatten. Während man noch in dieſen Berathungen begriffen war, des Nachts um eilf Uhr, erſchien der ruſſiſche General Berg, um die Unterhandlungen mit Krukowiecki zum Abſchluſſe zu bringen. An Niemojewski gewieſen, erklärte er, keine Vollmacht zu haben, um mit einer andern Perſon, als dem Präſidenten Krukowiecki zu unterhandeln. Mehrere Stunden gingen in Beſprechungen vorüber, in denen General Berg alle Gewandtheit eines ruſſiſchen Diplomaten bewies, indem er auf der einen Seite darauf hindeutete, daß er die ausgedehnteſten Vollmachten habe, und dadurch in dem ſchwächeren Theile der Anweſenden die Hoffnung erweckte, vortheilhaftere Bedingungen zu erlangen, als bisher angeboten waren, auf der andern mit dem Sturme drohte, zu dem für den andern Morgen alle Vorbereitungen getroffen wären. Da er dabei immer darauf beharrte, nur mit Krukowiecki zu unterhandeln, ſo wurde von den eingeſchüchterten, zwiſchen Furcht und Hoffnung ſchwankenden Mitgliedern des Reichstages, die noch zugegen waren, der Beſchluß gefaßt, dieſen holen zu laſſen und ihm auf's Neue unbeſchränkte Gewalt zu übertragen. Ehe aber Krukowiecki, der ſich nach Praga begeben hatte, um den Uebergang des Heeres zu leiten, noch herbeigeſchafft werden konnte, hatte der ſchwache General Malachowski ſich bereits dazu verſtanden, ein Schreiben an den Feldmarſchall Paszkiewicz zu richten, worin er dieſem anzeigte, daß das polniſche Heer, um ferneres Blutvergießen zu vermeiden und einen Beweis ſeiner Treue zu geben, bis des andern Morgens um 5 Uhr Warſchau, die Brücke über die Weichſel und Praga räumen werde, und dagegen darauf rechne, daß die Beſatzung der Stadt durch die ruſſiſchen Truppen auf eine Weiſe

Digitized by Google

geſchehen würde, welche die Bewohner nicht den Nachtheilen einer gewaltſamen Einnahme ausſetze, daß dem Heere alle demſelben gehörenden Gegenſtände, mit Ausnahme des Schießbedarfs, verabfolgt würden, und daß es Jedermann, der ſich dem Heere anzuſchließen wünſche, geſtattet ſeyn ſollte, innerhalb 48 Stunden Warſchau zu verlaſſen. Als Krukowiecki herbeigeführt wurde, erklärte er natürlich, daß er nicht mehr der Präſident der Regierung ſey und daher nichts zu ſagen habe; darauf eilte er von dannen, um dem Heere zu folgen, wurde aber an der Brücke von Praga auf Befehl des Generals Uminski zurückgewieſen, der drohte, ihn erſchießen zu laſſen, ſo wie er es wage, ſich hinüber zu begeben.

Am Morgen des 8. September ſtanden in Praga 40 Geſchütze bereit, um die Brücke zuſammenzuſchießen, als General Malachowski erſchien und dies verhinderte, indem er anzeigte, daß Praga mit der Brücke durch eine Militairconvention den Ruſſen übergeben ſey. Damit war jeder Gedanke an eine Fortſetzung des Krieges aufgegeben, da die Ruſſen, im Beſitze der Brücke, beide Weichſelufer beherrſchten. Das Heer zog ſich mißmuthig und niedergeſchlagen, von den Mitgliedern des Reichstages und einer langen Reihe von Perſonen gefolgt, die ihr Leben und ihre Freiheit der ruſſiſchen Großmuth nicht anzuvertrauen wagten, auf Modlin zurück. Hier legte Malachowski den Oberbefehl nieder, weil auch jetzt noch weder der Reichstag noch das Heer von einer Unterwerfung ohne Bedingungen etwas wiſſen wollte. In einem Kriegsrathe, den der Regierungspräſident Niemojewski berief, wurde General Rybinski zum Oberbefehlshaber ernannt; zugleich wurde der Beſchluß gefaßt, Romarino den Befehl zu ertheilen, mit ſeinem Corps zum Heere zu ſtoßen. Dieſer, der bereits am 6. die Nachricht von der Beſtürmung der Hauptſtadt erhalten, hatte, ſtatt ſogleich in Eilmärſchen zu Hülfe zu fliegen, erſt am folgenden Morgen ſich in Bewegung geſetzt, und war am 8. des Abends, während der Fall von Warſchau bereits entſchieden war, noch neun Stunden von Praga entfernt. Als Romarino den Befehl erhielt, nach Modlin aufzubrechen, hatte er ſeinen zu einem Kriegsrathe verſammelten Officieren den Vorſchlag gemacht, mit ſeinem Corps nach der Gegend von Zamosc zu ziehen, um den Krieg im Süden des Königreiches fortzuführen. Dieſer Vorſchlag war einſtimmig angenommen worden, weil man nach den erſten Mittheilungen des Generals Malachowski vorausſetzte, daß das aus Warſchau ausgerückte Heer ſich den Ruſſen unterworfen habe. Romarino verweigerte deshalb dem Befehle, der ihn nach Modlin rief, den

Digitized by Google

Gehorſam und wandte ſich, von dem General Roſen, den er wenige Tage vorher bis über die lithauiſche Grenze getrieben hatte, auf dem Fuße gefolgt, gegen Süden. Der Muth ſeiner Truppen war aber durch das Unglück von Warſchau gebrochen; auf jedem Marſche verließen ihn mehr oder weniger zahlreiche Haufen ſeiner Leute, und in der Nacht vom 16. auf den 17. September ſah er ſich, nachdem er in den letzten beiden Tagen noch zwei hartnäckige Gefechte beſtanden, an die äußerſte öſterreichiſche Grenze gedrängt, mit den Reſten ſeines Corps genöthigt, dieſe zu überſchreiten und nach Galicien auszutreten, wo er am folgenden Tage entwaffnet wurde. Daſſelbe Schickſal erfuhr bald darauf das an der oberen Weichſel dem General Rüdiger gegenüberſtehende Corps des Generals Rozycki, das, urſprünglich 20,000 Mann ſtark, durch das Auseinanderlaufen der friſch ausgehobenen Mannſchaften auf weniger als die Hälfte geſchmolzen war und nach mehreren unglücklichen Gefechten auf das Gebiet des Freiſtaates Krakau hinübergedrängt wurde, von wo es, da die verfolgenden Ruſſen die Grenzen des ſchwachen Staates nicht achteten, gleichfalls nach Galicien übertreten mußte.

Das polniſche Hauptheer, bei dem ſich der Kern der alten Regimenter befand, hielt feſter zuſammen, als die beiden abgeſonderten Heeresabtheilungen. Die Soldaten und die niederen Officiere waren immer noch zum Kampfe entſchloſſen, weil ſie keinen Begriff davon hatten, wie man das Vaterland verloren geben könne, ſo lange ſie die Waffen in ihrer Hand ſahen. Die höheren Anführer, welche die ganze Lage überblickten, verzichteten auf fernere Anſtrengungen, die nur das Unglück des Landes vermehren konnten, ohne die Möglichkeit eines Erfolges für ſich zu haben. Aber auch ſie, wie die Mitglieder des Reichstages, der in der kleinen Stadt Zakrocyn, in der Nähe von Modlin, verſammelt war, nährten die Hoffnung, daß das Königreich in dem alten Zuſtande, in dem es vor der Revolution geweſen war, erhalten werden würde; und der neue Oberbefehlshaber Rybinski verſuchte es deshalb fortwährend, mit den Ruſſen zu unterhandeln, um wenigſtens in dieſer Beziehung einige Sicherheit zu erlangen. Erſt als die Ruſſen, auf die Nachricht von dem Uebertritte Romarino's, den bereits abgeſchloſſenen und nur von dem Feldmarſchall Paszkiewicz nicht genehmigten Waffenſtillſtand widerriefen und augenblickliche unbedingte Unterwerfung forderten, bemächtigte ſich die äußerſte Verzweiflung aller Gemüther, da man jetzt klar erkannte, welches Schickſal dem Lande bevorſtand. Da wurde beſchloſſen, den Kampf, auch ohne Hoffnung des Sieges, auf Tod und

Leben fortzuſetzen. Am 21. September brach das Heer mit dem Reichstage, deſſen Mitglieder ſeinen Colonnen folgten, aus ſeinen Stellungen bei Modlin auf, um bei Plock über die Weichſel zu gehen und durch einen kühnen Marſch in der Flanke des ruſſiſchen Heeres die von Waldgebirgen durchſchnittene Landſchaft im Südweſten des Königreiches zu gewinnen, wo die Warta und Pilica ihre Quellen haben, und wo damals Rozycki noch Widerſtand leiſtete. Die Vorhut hatte ihren Uebergang bereits bewirkt, als ein Kriegsrath entſchied, daß dieſe Bewegung im Angeſichte eines überlegenen Feindes unausführbar ſey, und daß nichts Anderes übrig bleibe, als die Truppen nach Preußen hinüberzuführen. Auf dieſe Kunde brach das Heer in offenen Aufruhr aus, trug zuerſt dem General Bem, darauf Uminski den Oberbefehl an und verlangte mit Ungeſtüm, gegen die Ruſſen geführt zu werden. Aber ſchon näherten ſich von allen Seiten die Schlachthaufen des Feindes, die im Anzuge waren, um die Rebellen mit Gewalt der Waffen zur Unterwerfung zu zwingen. Ein Theil des Heeres, durch ſeine alten Generale verleitet, lehnte ſich gegen Uminski auf, den der Reichstag in ſeiner Würde beſtätigt hatte, und der dieſe jetzt wieder an Rybinski zurückgab. Dieſer, von den Ruſſen gedrängt, zog ſich, nachdem er vergebens neue Unterhandlungen anzuknüpfen verſucht hatte, über Lipno nach der preußiſchen Grenze, und am 5. October legten 24,000 polniſche Krieger, die mit 95 Geſchützen auf das preußiſche Gebiet übergetreten waren, die Waffen nieder.

So endigte der polniſche Aufſtand, auf den während eines zehnmonatlichen mit heldenmüthiger Ausdauer geführten Verzweiflungskrieges ganz Europa in Furcht und Hoffnung die Augen gerichtet, und der bei mehr als einer glücklichen Wendung die Herſtellung des alten unabhängigen Königreiches Polen in Ausſicht geſtellt hatte; nicht durch Mangel an Thatkraft, an aufopfernder Vaterlandsliebe und an begeiſterter Hingebung von Seiten des Volkes, ſondern durch den Mangel an Selbſtvertrauen, durch die Unfähigkeit, Selbſtſucht und Schwäche der Männer, denen die Nation vertrauensvoll ihr Schickſal in die Hand gelegt hatte.

Digitized by Google

Schluß.

Die Entwicklung in der Geſchichte der Völker und der Menſchheit geht weder in einem ſtätigen Fortſchritte, wie von Einigen, noch in gewaltigen Sprüngen, wie von Andern behauptet worden iſt, vor ſich; ſondern ſie wird, wie jede Entwickelung in der Natur und im Geiſtesleben, durch Gegenſätze bewirkt, die anfangs durchaus unvereinbar erſcheinen, einander ſchroff entgegentreten und mit Hartnäckigkeit bekämpfen, aber gerade durch dieſen Kampf, indem ſie einander gegenſeitig aufheben, eine höhere Löſung der ſtreitigen Fragen hervorrufen, die dann, als bleibender Gewinn, zur Grundlage einer neuen Bildungsſtufe dient. Die Ereigniſſe, welche in der Geſchichte der neueſten Zeit die Gegenſätze bezeichnen, deren Löſung ihre Aufgabe iſt, ſind auf der einen Seite die franzöſiſche Julirevolution, auf der andern die Unterdrückung des polniſchen Aufſtandes. Noch ſtehen die entgegengeſetzten politiſchen, geſellſchaftlichen und ſittlichen Grundſätze, die in beiden Ereigniſſen ihre Vertretung fanden, einander in ihrer ganzen Schroffheit gegenüber, da die Ausgleichung, welche das Jahr 1840 zu bringen verſprach, nur eine ſcheinbare war und, bevor ſie irgend eine der großen Fragen des Tages zu löſen vermochte, einer neuen Trennung weichen mußte. Noch ſind ſo wenig die Folgen der Pariſer Juliſchlacht, als jene des Sturmes von Warſchau beendigt. Die Parteien haben mit wechſelndem Erfolge gekämpft und demgemäß ihre Stellungen verändert: hier iſt die Revolution gewichen und der Gegendruck vorgedrungen, dort iſt das umgekehrte Verhältniß eingetreten; und wenn es bei oberflächlicher Betrachtung den Anſchein hat, als ob die Revolution im Allgemeinen an Terrain verloren habe, ſo darf man doch nur etwas tiefer auf den Grund ſehen, um ſich zu überzeugen, daß dieſer Anſchein ein ſehr trügeriſcher iſt. In Frankreich ſind die Wort-

Digitized by Google

führer der Revolution mit ihren Forderungen ziemlich weit zurückgedrängt worden; aber um ſo feſter iſt dafür das, was die Revolution wirklich gewonnen hat, begründet. Polen iſt für die Revolution verloren; dagegen ſind Spanien und Portugal, die ſich lange ihrem Einfluſſe entzogen, von ihr erobert. In Deutſchland hat Manches, was die Revolution als eine geſicherte Erwerbung betrachtete, zurückgegeben werden müſſen; dafür iſt aber Anderes, was bisher nur in dem Buchſtaben der Verfaſſungsurkunden einen papiernen Beſtand hatte, in das Leben der Nation übergegangen und auf dieſe Weiſe erſt zu ihrem wirklichen Eigenthume geworden. In England haben die Whigs den Tories wieder Platz machen müſſen; aber die Tories ſelbſt haben aufgehört, das zu ſeyn, was ſie in ihrer guten alten Zeit waren; ſie ſind zwar noch Conſervative, aber ihre Mittel, das Beſtehende zu erhalten, haben ſchon zuweilen einen ziemlich revolutionairen Anſtrich angenommen. England, das von Anfang in ſeiner politiſchen Entwicklung dem Feſtlande weit voraus war, wenn dieſelbe auch, wie auf dem Feſtlande, des Anſtoßes der Julirevolution bedurfte, um zum Durchbruche zu gelangen, iſt dem Ziele, welches unſere Zeit zu erreichen ſtrebt, der Aufhebung der Gegenſätze und der Verſöhnung der Parteien, am nächſten gekommen, wenngleich auch hier noch immer ein gutes Stück Weges zurückzulegen bleibt. In Mittelitalien ſind, wie in Polen, die revolutionairen Bewegungen der Jahre 1830 und 1832 gewaltſam erſtickt; und in Griechenland, wie im Lande der Serben, ſind ſogar durch revolutionaire Erſcheinungen gegenrevolutionaire Zwecke gefördert worden. Dagegen hat die revolutionaire Bewegung in ihrer mildeſten Form, als geſetzliches Streben nach Verbeſſerungen, ſich über den ganzen urdeutſchen Norden, über Dänemark, Schweden und Norwegen verbreitet; und wenn in Polen ein Glied der großen europäiſchen Völkerfamilie nach ſeinen letzten ſchmerzlichen Zuckungen dem Scheintode verfallen iſt, ſo hat dagegen das Land und das Volk der Ungarn, das aus langem todesähnlichen Schlummer zum kräftigſten, obwohl noch wild und ſtürmiſch gährenden Leben erwacht iſt, ſeine Stelle als die äußerſte Vorhut europäiſcher Volksfreiheit und Geſittung gegen den barbariſchen halb aſiatiſchen Oſten eingenommen.

Zu derſelben Zeit, während unſer kleines Europa der Schauplatz ſo großer Ereigniſſe geweſen iſt, ſind zwei unermeßliche, den größten Theil der bewohnten Erde umfaſſende Welttheile, die ſeit vielen Jahrhunderten, ja ſeit Jahrtauſenden von aller thätigen Theilnahme an der fortſchreitenden Entwicklung der Menſchheit ausgeſchloſſen waren, von

Digitized by Google

neuem in den Kreis derſelben gezogen worden. In Africa, wie in Aſien, in ſeiner ganzen ungeheuren Ausdehnung von dem äußerſten Oſten bis zum äußerſten Weſten ſtehen europäiſche Intereſſen, die ſich gegenſeitig bekämpfen, einander gegenüber. Selbſt das ferne Reich der Mitte, das mit ſeiner, der Geſammtzahl aller Bewohner Europa's gleichkommenden Bevölkerung von Anbeginn in ſtarrer Abgeſchloſſenheit beharrte, iſt dem europäiſchen Verkehr eröffnet worden, der in unſeren Tagen ſich zum allgemeinen Weltverkehr erhoben hat. Die junge americaniſche Weſtwelt hat angefangen, es zu erkennen, daß ſie mit dem alten Europa die Aufgabe theilt, die vielfach verſchlungenen Bahnen zu ebnen, auf denen die Menſchheit ihrer irdiſchen Beſtimmung zueilt; immer enger und inniger werden die Beziehungen, in die ſie zu den älteren Brüdern tritt, wenn auch noch ſchwere Kämpfe bevorſtehen, ehe ſo mancher verjährte Zwiſt geſühnt iſt. Und ſchon iſt es nicht mehr bloß der americaniſche Weſten, der ſeine Mitbewerbung anbietet; auch über die Inſelwelt der ſüdlichen Halbkugel ſind die Keime europäiſcher Geſittung ausgeſäet; auch hier reifen künftige Saaten der Zeit entgegen, wo alle Völker der Erde ſich zu dem großen Werke vereinigen werden, das die Menſchheit auf Erden zu vollenden hat.

Dies iſt der Inhalt der Geſchichte unſerer Tage, deren Grundzüge hier nur flüchtig angedeutet werden konnten, und deren ausführliche Darſtellung einer ſpäteren Arbeit vorbehalten bleiben mußte, wenn der Raum, der dem vorliegenden Werke geſtattet war, nicht ungebührlich überſchritten werden ſollte.

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Karl von Rotteck's

Allgemeine Geſchichte

vom

Anfang der hiſtoriſchen Kenntniß

bis auf unſere Zeiten.

Zwölfter Band.

Digitized by Google

Digitized by Google

Karl von Rotteck's allgemeine Geſchichte

vom

Anfang der hiſtoriſchen Kenntniß

bis auf unſere Zeiten.

Mit ſechsundzwanzig Stahlſtichen nach Original-Compoſitionen

und dem

Portrait des Verfaſſers.

In zwölf Bänden.

Geſchichte der letzten 25 Jahre

von

Karl Heinrich Hermes.

3 ter Band.

Braunſchweig,

Verlag von George Weſtermann.

1848.

Digitized by Google

Inhaltsanzeige des zwölften Bandes.

(Hermes' Supplement, dritter Band.)

Siebentes Buch.

Die weitere Entwicklung der politiſchen Verhältniſſe nach der Julirevolution.

Seite

Erſtes Hauptſtück. Die feſte Begründung des neuen Königthumes in Frankreich 1

Zweites Hauptſtück. Die politiſche Entwicklung vor und nach der Julirevolution in der Schweiz, in Italien, auf der pyrenäiſchen Halbinſel und in Griechenland 170

Achtes Buch.

Die politiſchen Veränderungen in Großbritannien und im ſcandinaviſchen Norden.

Erſtes Hauptſtück. Die Reform im brittiſchen Inſelreiche 337

Zweites Hauptſtück. Die politiſchen Veränderungen im ſcandinaviſchen Norden 529

Neuntes Buch.

Die rückwirkende Bewegung nach dem Abſchluſſe der Julirevolution.

Die Willkürherrſchaft des Bürgerkönigthumes in Frankreich 579

Digitized by Google

Digitized by Google

Siebentes Buch.

Die weitere Entwicklung der politiſchen Verhältniſſe nach der Julirevolution.

Erſtes Hauptſtück.

Die feſte Begründung des neuen Königthumes in Frankreich.

Wenn jemals eine revolutionaire Bewegung der unzweifelhafte Ausdruck des allgemeinen Volkswillens geweſen iſt, ſo war dies die franzöſiſche Julirevolution. Wie vielfach geſpalten und getrennt auch die Meinungen der Franzoſen in jeder andern Beziehung ſeyn mochten, ſo ſtimmte doch darin die unermeßliche Mehrheit überein, daß ſie eine tiefe Abneigung gegen das Königshaus nährte, das im Gefolge der Feinde Frankreichs auf den vaterländiſchen Boden zurückgekehrt und deſſen Herrſchaft daher in den Augen der franzöſiſchen Nation ein redendes Denkmal der ſchimpflichſten Erniedrigung war, die der franzöſiſche Stolz und Ehrgeiz jemals erfahren hatte. Selbſt die verſtändigſten und wohlthätigſten Regierungsmaßregeln würden dieſe Abneigung nur im Verlaufe einer langen Zeit der ungeſtörten Ruhe verwiſcht haben; ſtatt deſſen wurde ſie durch thörichte Verkehrtheiten von der einen, ſo wie durch gehäſſige Aufreizungen von der andern Seite bis zur leidenſchaftlichen Erbitterung geſteigert, die keine Weisheit der Welt mehr zu verſöhnen vermochte. Den Aufſtand der drei Tage zu Paris hätte die Regierung allerdings durch die Entwicklung beträchtlicherer

Digitized by Google

militairiſcher Streitkräfte nieder zu ſchlagen vermocht; damit wäre jedoch ſchwerlich mehr gewonnen worden, als eine Friſt, die früher oder ſpäter zu einem gleich gewaltigen und vielleicht zu einem furchtbarern Ausbruche geführt hätte. Mit der Repräſentativverfaſſung zu regieren, wie dieſelbe während der funfzehn Jahre der Reſtauration ſich ausgebildet hatte, war für Karl X. unmöglich geworden; denn jedes Zugeſtändniß, welches er der liberalen Partei machen konnte, würde immer nur neue und mehr überſpannte Forderungen zur Folge gehabt haben, bis am Ende nichts mehr zuzugeſtehen übrig geblieben wäre. Eben ſo unmöglich aber war es, die Repräſentativverfaſſung zu beſeitigen und ohne dieſelbe zu regieren, wie der greiſe Fürſt zuletzt verſuchte, weil in dem Kampfe, der dadurch hervorgerufen werden mußte, der Regierung nicht mehr bloß eine politiſche Partei, ſondern die ganze Nation gegenüberſtand, der auch das Heer angehörte, welches gegen ſie verwandt werden ſollte.

Unter allen Mitgliedern des königlichen Hauſes der Bourbonen war das einzige, welches durch den allgemeinen Volkshaß nicht getroffen wurde, der Herzog von Orleans, der von Anfang die Lage Frankreichs richtig begriffen, und, indem er ſich von jeder Theilnahme an der Politik des Hofes entfernt hielt, ſein Urtheil über dieſelbe unzweideutig genug zu erkennen gegeben hatte, um von den Häuptern der Volkspartei als einer der Ihrigen angeſehen zu werden. Selbſt Lafayette, dem ſein republikaniſcher Sinn nicht geſtattete, ſich um irgend eine Gunſt zu bewerben, verſchmähte es, wenige Monate vor der Julirevolution, nicht die Verwendung des Prinzen in Anſpruch zu nehmen, als es ſich darum handelte, das Schickſal einiger jener unglücklichen politiſchen Flüchtlinge zu mildern, die nach dem Fehlſchlagen ihrer Hoffnungen im Vaterlande eine Freiſtätte in Frankreich ſuchten. Am Morgen des 30. Juli, ehe die Berathungen der Abgeordnetenverſammlung begannen, in deren Folge dem Herzoge von Orleans die Generalſtatthalterwürde des Königreichs angetragen wurde, war Lafayette von mehreren der eifrigſten Freunde des Herzogs um ſeine Meinung befragt worden, weil man des Erfolges nicht eher gewiß war, als bis man ſich der Unterſtützung des alten republikaniſchen Generals verſichert hatte. Er erwiederte, daß er den Prinzen zwar nicht genauer kenne, jedoch vor ſeinem perſönlichen Charakter und vor der Einfachheit ſeiner Sitten alle Achtung habe; er habe ihn in ſeiner Jugend als feurigen Vaterlandsfreund geſehen; der Prinz habe nur unter der dreifarbigen Fahne geſtritten; dieſe Rückſichten wären hinreichend, um ihn ſelbſt zu

Digitized by Google

beſtimmen, ſich der Ernennung des Prinzen zum Generalſtatthalter nicht zu widerſetzen. Lafayette hielt den Herzog von Orleans, wie er ſpäter bei wiederholten Gelegenheiten eingeſtand, für einen guten, ehrlichen Mann mit beſchränkten Geiſtesfähigkeiten; er hatte weder eine Ahnung von der früh geübten Kunſt der Selbſtbeherrſchung, mit welcher der Herzog es verſtand, ſeine lebhafteſten Wünſche, ſeine Entſchlüſſe und ſeine Gedanken im innerſten Grunde ſeines Gemüthes zu verbergen, noch von der unüberwindlichen Zähigkeit ſeines Charakters, die den einmal gefaßten Vorſatz unter allen Schwierigkeiten, mit denen er zu kämpfen hatte, feſthielt und nie um die Mittel verlegen war, die, ſey es auf geradem, ſey es auf gewundenem Wege, zum Ziele führen mußten.

Der Herzog von Orleans hatte die lange Zeit, während welcher er, ſcheinbar um alle öffentliche Angelegenheiten unbekümmert, nur in dem Schoße ſeiner Familie lebte, nicht unbenutzt gelaſſen. Er war allen Wendungen, welche die Parteikämpfe innerhalb und außerhalb der Kammern nahmen, mit geſpannter Aufmerkſamkeit gefolgt, und er hatte ſich überzeugt, daß es keineswegs ein ungeordneter Freiheitsdrang in der Mehrheit des Volkes war, was die Stellung der Regierung immer ſchwieriger und bedenklicher machte, ſondern die Verblendung des Hofes, der nicht ſehen wollte, daß das neue Frankreich ſeit der Revolution durchaus verſchieden von dem alten Frankreich war, deſſen Sitten, Gewohnheiten und Einrichtungen man unkluger Weiſe zurückzuführen ſuchte; daß keine Macht der Welt den Bürgerſtand, der zu Reichthum, Anſehen und Einfluß gelangt war und den höchſten Werth auf ſeine politiſchen Rechte legte, zwingen konnte, den Rücken von neuem vor einem Adel zu beugen, der nichts mehr vor ihm voraushatte, als ſeine alten Namen, auf die in keinem Handelscomtoir der geringſte Credit gegeben wurde; und daß eben ſo hoffnungslos, wie die Beſtrebungen, dem Adel ſeine früheren Vorrechte zurückzugeben, die Bemühungen waren, die Gewiſſen wieder der Herrſchaft einer Geiſtlichkeit zu unterwerfen, deren Glaubenseifer in ſeinen jedenfalls unzeitigen Aeußerungen nicht allein von der Mehrheit des Bürgerſtandes, ſondern auch des Landvolkes verlacht und verſpottet wurde, und deren auf die Gunſt des Hofes geſtützte Anmaßungen überall, wo ſie ſich geltend zu machen verſuchten, den entſchloſſenſten, unbeugſamſten Widerſtand fanden. Der Herzog von Orleans ſah, daß die Nation weder die ſchrecklichen Lehren der Revolution, noch die nicht weniger eindringlichen des Kaiſerreiches vergeſſen hatte, daß ſie ſich nicht im

Digitized by Google

Geringſten geneigt zeigte, die Schule, in der ſie ſo ſchweres Lehrgeld gezahlt, noch einmal durchzumachen, daß das vornehmſte, das allgemein gefühlte Bedürfniß des Landes die Ruhe war, weil Jedermann zunächſt darauf ausging, durch friedlichen Erwerb ſich ſelbſt und den Seinigen ein behagliches Daſeyn zu begründen, und daß daher die Anforderungen, die an die Regierung gemacht wurden, nichts weniger als übertrieben waren, da man ſich gern zufrieden gegeben hätte, wenn man nur nicht mit Gewalt zu immer neuen Beſorgniſſen in Bezug auf jene Errungenſchaften der Revolution emporgeriſſen worden wäre, auf denen der ganze geſellſchaftliche Zuſtand Frankreichs beruhte.

Wenn auch vorlängſt auf eine Entwicklung vorbereitet, welche die verkehrten Maßregeln Karls X. abſichtlich herauszufordern ſchienen, war der Herzog von Orleans durch den plötzlichen Ausbruch und durch den beinahe eben ſo plötzlichen Erfolg der Julirevolution doch nicht viel weniger überraſcht, als der Hof zu St. Cloud in dem thörichten Wahne ſeiner Siegesſicherheit. Er wagte es nicht eher, die ihm angebotene Generalſtatthalterwürde anzunehmen, als bis er den Rath des Fürſten Talleyrand eingeholt und bis dieſer feine politiſche Kartenſpieler, der es nur nicht laſſen konnte, ſein Glück zuweilen durch eine kleine Nachhülfe zu verbeſſern, ihm die Zuſicherung ertheilt hatte, daß die Annahme von allen möglichen Schritten, zwiſchen denen er zu wählen habe, der am wenigſten gefährliche ſey, und daß ihm dabei ſogar die Billigung der auswärtigen Mächte nicht fehlen könne, ſobald es ihm gelinge, die republikaniſche Partei, welche die Zügel an ſich zu reißen drohe, von der Gewalt zu verdrängen. Talleyrand war der Meinung, daß man die revolutionairen Grundſätze, die durch die Julirevolution die Oberhand gewonnen hatten, durch dieſelben Menſchen allmälig ſchwächen und bändigen müſſe, welche die Revolution emporgehoben habe. Die Einen müßten durch den Ehrgeiz beſtochen, die Andern von der Unausführbarkeit ihrer Anſichten überzeugt, die Uebrigen durch die Befeſtigung der großen vorhandenen Intereſſen gefeſſelt werden; ſobald einmal eine regelmäßige Regierungsgewalt hergeſtellt ſey, werde ſie durch ihre natürliche Anziehungskraft alle gemäßigten Schattirungen der verſchiedenen Meinungen um ſich vereinigen und mit ihrer Hülfe werde man dann im Stande ſeyn, die Spuren der Erſchütterung zu vertilgen, die Frankreich erfahren habe, und eine neue feſte Ordnung zu begründen. Vor allen Dingen aber ſey es nothwendig, nicht auf halbem Wege ſtehen zu bleiben, ſondern eine beſtimmte entſchiedene Partei zu ergreifen. Eine längere Fortdauer der General-

Digitized by Google

ſtatthalterſchaft würde immer nur als eine vorläufige Auskunft erſcheinen und daher jeder nachhaltigen Kraft ermangeln; eine Regentſchaft während der Minderjährigkeit des Herzogs von Bordeaux würde überdies dem alten Haſſe gegen das Haus der Bourbonen neue Nahrung geben und dadurch jede Ausſicht auf eine endliche Befriedigung des Landes abſchneiden. Das Einzige, wovon ſich eine gründliche Heilung der Uebel erwarten laſſe, an denen Frankreich litte, ſey ein neues Königthum, welches, wie das brittiſche von 1688, mit allen Ueberlieferungen der Vergangenheit bräche, das allen Intereſſen eine gleiche Bürgſchaft gewähre und ſich vornehmlich auf den Bürgerſtand ſtütze, der allein vermögend ſey, von der ganzen geſellſchaftlichen Ordnung die furchtbare Gefahr abzuwenden, welche die ältere Linie der Bourbonen durch ihren Staatsſtreich heraufgerufen habe. Was die Beziehungen Frankreichs zu Europa betreffe, ſo ſeyen dieſe allerdings nicht ohne Schwierigkeiten; die Cabinette legten aber auf Fragen der Dynaſtie keineswegs ein ſo entſcheidendes Gewicht, wie man glaube; ſie ließen ſich mehr durch Rückſichten des Nutzens und der Zweckmäßigkeit, als einer Gefühlspolitik beſtimmen. Die ältere Linie der Bourbonen ſey in Europa überhaupt nicht beliebt; es beſtänden Abneigungen gegen ſie, die ſich bis auf den Stolz Ludwigs XIV. zurückführen ließen; im Jahre 1814 hätte es an einem Ungefähr gelegen, und ſie wäre ſchon damals nicht wieder eingeſetzt worden. Jetzt habe Karl X. durch ſeinen Angriff auf die Charte, allen Abmahnungen, die er erhalten, zum Trotze, die allgemeine Sicherheit in die größte Gefahr gebracht; dabei habe die ganze Familie ſolche Schwäche, ſolche Unvorſichtigkeit, ſolche Rathloſigkeit gezeigt, daß die Regierungen ſich unmöglich zu beſonderer Theilnahme für dieſelbe aufgefordert fühlen könnten. Unter dieſen Umſtänden könne den Cabinetten nichts wünſchenswerther ſeyn, als ein neues Königthum, welches die Sorge über ſich nähme, die Parteien zu zügeln und den Vulcan zu ſchließen, der ſeine glühende Lava von neuem über Europa auszuſtrömen drohe. Um die unmittelbare Anerkennung der europäiſchen Cabinette zu erlangen, dürfe man nur erklären: Eine verhängnißvolle Umwälzung habe die ältere Linie der Bourbonen vom Thron geſtürzt; wenn ihre Macht für immer gebrochen ſey, habe man die Urſache nur in ihr ſelbſt zu ſuchen. Mitten in der tiefen Zerrüttung ſey eine Gewalt hergeſtellt worden, deren die Geſellſchaft bedurft habe; dies ſey ein unzweifelhaftes Recht der franzöſiſchen Nation geweſen. Die Verträge mit den auswärtigen Mächten ſollten gewiſſenhaft geachtet, jede Verbreitung der revolutionairen Grund-

Digitized by Google

ſätze nach außen ſollte verhindert, im Innern werde die Ordnung zurückgeführt werden; das ſey die Aufgabe, welche die neue Krone zu löſen als ihre Pflicht anſehe.

Die Vorſtellungen Talleyrands mußten auf den Herzog von Orleans einen um ſo tiefern Eindruck hervorbringen, je mehr ſie deſſen eigenen Anſichten und Wünſchen entſprachen. Auch fand Talleyrands Rath eine gewichtige Unterſtützung durch den ihm perſönlich befreundeten ruſſiſchen Botſchafter Grafen Pozzo di Borgo, der in einer geheimen Unterredung, welche er mit dem Herzoge von Orleans hatte, dieſem ſagte: „Nehmen Sie die Krone an! das iſt der größte Dienſt, den Ew. Königliche Hoheit Europa, der Ordnung, dem Frieden leiſten können.“ Den Ausſchlag gab, wenn der Herzog anders wirklich ſo lange geſchwankt hätte, wie er ſelbſt gegen ſeine vertrauteſten Freunde den Schein annahm, die Antwort, die Lord Aberdeen, der brittiſche Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten, ertheilte*), als die Anfrage an ihn gerichtet wurde, ob der Herzog von Orleans, wenn er die Krone annähme, darauf rechnen könne, von England anerkannt zu werden. „Ja,“ lautete die Antwort, „unter der Bedingung, daß die Verträge aufrecht gehalten werden, welche das öffentliche europäiſche Recht regeln, wird England weder einen Mann, noch einen Thaler für die Rückkehr des älteren Zweiges der Bourbonen verwenden.“ Nicht gleich beſtimmt, aber doch keineswegs ungünſtig ſprach ſich der preußiſche Geſandte, Freiherr von Werther, aus; und der öſterreichiſche Botſchafter, Graf Apponyi, der ſich im Bade zu Dieppe befand, übernahm es, dem Fürſten Metternich zu melden, daß der Prinz, der zum Königthume erhoben werden ſolle, als Freund der Ordnung, voll Achtung gegen alle Verträge, nur die unterdrückende Hand zur Verhinderung aller Anſchläge ſeyn würde, welche die europäiſchen Regierungen bedrohen könnten. Die Revolution von Paris ſey zu gewaltig, als daß man ihr offen entgegentreten könnte; man müſſe ſie umgehen, die ſtürmiſcheſten Elemente, die ſie in ſich trage, beſänftigen: das ſey das Ziel, welches die neue Gewalt ſich geſetzt habe.

Als der Herzog von Orleans, am zehnten Tage nach ſeiner Uebernahme der Generalſtatthalterſchaft, durch einfache Stimmenmehrheit der

---

*) Capefigue, l'Europe depuis l'avénement de Louis Philippe T. II. p. 286 legt dieſe Antwort dem Herzoge von Wellington in den Mund, was aber ein Irrthum ſeyn muß, da nicht der Herzog, ſondern Lord Aberdeen die durch den brittiſchen Geſandten zu Paris an ihn gelangte Anfrage zu beantworten hatte.

Digitized by Google

Abgeordnetenkammer auf den Thron berufen wurde, fehlte es ihm bereits nicht an ſchmeichleriſchen Höflingen, die ſeine geheimſten Gedanken errathen zu haben glaubten, indem ſie den Wunſch äußerten, daß er als der rechtmäßige Nachfolger des älteren Zweiges der Bourbonen den Namen Philipp VII. annehmen möchte. Auf der anderen Seite verlangten die ſtrengen Anhänger der Volksſouverainetät, die eben von der Kammer anerkannt war, daß er, um den Urſprung ſeiner Gewalt als einen neuen aus dem Volkswillen fließenden zu bezeichnen, mit allen Erinnerungen an ſeine Vorfahren brechen, das Wappen Ludwigs des Heiligen und Heinrichs IV. — die drei Lilien, die der jüngeren Linie mit der älteren gemein waren — aufgeben und gegen den aus einer falſchen Wortdeutung hergeleiteten „galliſchen Hahn"*) vertauſchen, ſo wie ſich ſelbſt einen Namen beilegen ſollte, der jede Anknüpfung an das alte Königshaus ausſchloß. Der Herzog von Orleans würde ſchwerlich irgend einer dieſer eben ſo ſehr ſeine natürlichen Gefühle als ſeine politiſchen Grundſätze verletzenden Forderungen entſprochen haben, wenn dieſelben nicht durch Lafayette unterſtützt worden wären, deſſen gute Meinung er ſich um jeden Preis erhalten mußte. Er ſchrieb dem Patriarchen der Freiheit in engliſcher Sprache die Worte: you have gained your point! (Sie haben die Partie gewonnen!) und nahm für das Erſte zwar noch nicht den albernen galliſchen Hahn, aber doch den Namen Ludwig Philipp I. König der Franzoſen an. Der Plan, deſſen erſte Grundzüge er in jener geheimnißvollen Nacht, unmittelbar nach ſeiner Ankunft in den Mauern der empörten Hauptſtadt, mit dem Fürſten Talleyrand verabredet, ſtand ungeachtet dieſer ſcheinbaren Nachgiebigkeit in ſeiner Seele unumſtößlich feſt. Er hatte ſich überzeugt, daß die Regierungsweiſe der Reſtauration im Allgemeinen den wirklichen Bedürfniſſen des Landes vollkommen Genüge geleiſtet habe, und daß er nur die groben Fehler vermeiden dürfe, die den Sturz derſelben verſchuldeten, um alle Veranlaſſungen zu begründeten Klagen zu entfernen. Dieſe Anſicht wurde durch die Thatſache gerechtfertigt, daß bei den Berathungen, die in der Abgeordnetenverſammlung in Bezug auf die neu einzurichtende Ordnung der Dinge Statt fand, Niemand es für nöthig hielt, weſentliche Veränderungen in den Grundbeſtimmungen der Verfaſſung in Vorſchlag zu bringen, mit Ausnahme der einzigen, welche die Erblichkeit

*) Der Hahn, gallus, und die Gallier, Galli, haben außer dem Gleichklange des Wortes nicht das Geringſte mit einander gemein.

Digitized by Google

der Pairie betraf. Während des Kampfes der drei Tage war der Schlachtruf der Volksſchaaren die Verfaſſung geweſen, deren Verletzung durch die Verordnungen vom 25. Juli das Zeichen zum Ausbruche der Empörung gegeben. Die Verfaſſung war der Boden geweſen, auf welchem die Volkspartei in den Kammern während der ganzen Dauer der Reſtauration bei allen den unabläſſigen Angriffen, die ſie gegen die Regierung richtete, ihre geſicherte Stellung einnahm. Die Verfaſſung war daher in der Meinung der gebildeten Claſſen, wie der Maſſe des Volkes gleichbedeutend mit Allem geworden, was man unter dem vieldeutigen Namen und unter dem weitſchichtigen Begriff der Freiheit zuſammenfaßte. Aber ſelbſt unter den gebildeten Claſſen hatten nur Wenige ſich die Mühe gegeben, ſich eine klare und beſtimmte Vorſtellung über das Weſen und über die nothwendige Wirkſamkeit der Verfaſſung zu bilden. Dieſe Wenigen begriffen, daß durch dieſelbe der überwiegende Einfluß im Staate dem vermögenden Bürgerſtande zugetheilt war. Die wahre Urſache des Sturzes Karls X. war keine andere, als daß er dies nicht eingeſehen hatte, oder daß er, wenn er es einſah, ſich die Macht zutraute, ein Verhältniß zu verrücken, welches tiefer in den Grundlagen der geſellſchaftlichen Ordnung des Landes wurzelte, als der Thron, den fremde Gewalt auf der Oberfläche derſelben aufgerichtet hatte. Ludwig Philipp, der die geſellſchaftlichen Zuſtände Frankreichs genauer kannte und richtiger beurtheilte, war entſchloſſen, ſich hauptſächlich auf den bemittelten Bürgerſtand zu ſtützen, deſſen Vortheil mit dem ſeinigen zu verſchmelzen und ihm einen beträchtlichen Antheil an der Leitung der öffentlichen Angelegenheiten nicht vorzuenthalten. Damit war ohne Zweifel das Ziel erreicht, welches der Volkspartei während aller parlementariſchen Kämpfe der Reſtauration vorſchwebte; und Ludwig Philipp konnte für das Gelingen ſeines Planes zum voraus auf die bereitwillige Unterſtützung aller der Männer rechnen, die in dieſem Kampfe als Führer voran geſtanden hatten und jetzt durch den Sturm der Revolution mit ihm, an ſeiner Seite, zur Theilnahme an der Ausübung der Gewalt erhoben waren.

In jenen erſten Tagen des neuen Königthumes, als die Spuren der blutigen Volksſchlacht, der daſſelbe ſeine Begründung verdankte, noch auf allen Straßen und Plätzen und an allen öffentlichen Gebäuden zu leſen waren, gab es keine Spaltung der Meinungen. Ludwig Philipp ging, den Regenſchirm unter dem Arme, zu Fuß durch die Straßen und drückte dem Arbeitsmanne, der ihn erkannte und ſich an-

Digitized by Google

ſchickte, ihm die gebührende Ehrfurcht zu erweiſen, freundſchaftlich die Hände; er erſchien auf dem Balcon des Palais royal, während unter demſelben die Marſeillaiſe geſpielt wurde, und ſchlug den Tact zu der revolutionairen Volksweiſe; Tag für Tag kamen Abordnungen aus allen größeren und kleineren Städten Frankreichs an, die von begeiſterter Freiheitsliebe überſtrömende Anreden an ihn hielten, welche er in gleichem Sinne beantwortete. Eines Tages meldete der dienſtthuende Adjutant: „die Herren, die wegen politiſcher Verbrechen verurtheilt waren.“ Lafayette, der ſich an ihrer Spitze befand, ſagte dem Könige: „Sie ſehen hier die politiſchen Verurtheilten, die Ihnen durch einen Mitſchuldigen vorgeſtellt werden!“ Ludwig Philipp empfing die ſeltſame Schaar mit der rührendſten Theilnahme, rief Einzelnen die Verfolgungen zurück, die ſie zu ſeinem Bedauern erfahren hätten, und verſprach Allen eine baldige Entſchädigung für ihre langen unverdienten Leiden. Einer der erſten Schritte nach ſeiner Thronbeſteigung war es, Lafayette in dem Oberbefehl über die Nationalgarden zu beſtätigen, den ihm die Abgeordnetenverſammlung am 29. Juli übertragen. Lafayette hatte keinen Augenblick verloren, um von den Befugniſſen, die ihm als Oberbefehlshaber zuſtanden, im weiteſten Umfange Gebrauch zu machen. In ganz Frankreich und zwar nicht bloß in den Städten, ſondern auch in den Landgemeinden entſtanden die Nationalgarden, als ob ſie durch einen Blitzſchlag hervorgerufen wären. Lafayette führte die Einrichtung auf eigene Verantwortlichkeit, ohne Anfrage bei irgend einer Behörde, durch; er ſchuf neben den Legionen zu Fuß und zu Roß eine beſondere bürgerliche Artillerie; für den Anfang ernannte er ſelbſt ſämmtliche höhere Officiere, doch ordnete er zugleich an, daß in Zukunft die Officiere aller Grade nach den Beſtimmungen des Geſetzes von 1791 gewählt werden ſollten. Ehe der Monat Auguſt verging, befanden ſich in Frankreich 1,700,000 Nationalgardiſten, regelmäßig geordnet, von ſelbſt gewählten Anführern befehligt und großentheils uniformirt, unter den Waffen. Am 29. Auguſt hielt der König auf dem Märzfelde eine Heerſchau über 52 vollkommen ausgerüſtete Bataillone und Schwadronen, die zuſammen gegen 60,000 Mann zählend, ihre Fahnen und Standarten aus ſeiner Hand empfingen. Die kriegeriſche Haltung dieſes Bürgerheeres, das unter dem Zujauchzen von 300,000 Zuſchauern bei ihm vorüberzog, überraſchte Ludwig Philipp ſo, daß er ſich mit den Worten in Lafayette's Arme warf: „dies gilt mir mehr, als eine Krönung zu Rheims“; und wie auf ein gegebenes Zeichen brachen alle die anweſenden Hundertauſende in den ſtürmiſchen Zuruf

aus: „Es lebe der König! Es lebe Lafayette!“ Damals theilten in der That Lafayette und der König die Macht, und zwar keinesweges zu gleichen Theilen, denn anderthalb Millionen Nationalgarden, die mit unbegrenztem Vertrauen an ihrem Oberbefehlshaber hingen, legten ein Gewicht in die Wagſchale, gegen welches der Name des neubegründeten Königthumes jedenfalls zu leicht befunden worden wäre. Lafayette konnte bei den Anſichten und Geſinnungen, zu denen er ſein ganzes Leben hindurch ſich bekannt hatte, unmöglich mit Bewußtſeyn die Hand dazu bieten, die ausſchließende Herrſchaft eines bevorrechteten Theiles der Nation zu begründen; er würde, wenn er die Frage, um die es bei der Begründung der neuen Ordnung der Dinge ſich handelte, auf dieſe Weiſe aufgefaßt hätte, ſich mit gleicher Beſtimmtheit gegen jede Bevorzugung des bemittelten Bürgerſtandes erklärt haben, wie einſt gegen die althergebrachten Bevorzugungen des Adels; aber es fiel in der erſten Zeit nach der Julirevolution Niemand ein, einen Unterſchied zwiſchen dem bemittelten und dem weniger bemittelten Bürgerſtande oder zwiſchen dem Bürgerſtande im Allgemeinen und der Maſſe des Volkes zu machen. Daß die Theilnahme an den Wahlen zur Abgeordnetenkammer auf die höchſtbeſteuerten Claſſen beſchränkt war, fand man ganz in der Ordnung, weil man das größere Vermögen nur als eine Bürgſchaft der Unabhängigkeit von ungehörigen äußeren Einflüſſen anſah; und man nahm daher auf guten Glauben an, daß eine Volksvertretung, die aus den Wahlen der Höchſtbeſteuerten hervorging, wirklich die allgemeine Geſinnung des Volkes vertreten müſſe und nichts Anderes als das allgemeine Beſte des Landes bezwecken könne.

Von entſcheidender Wichtigkeit für die Entwicklung aller innern und äußern Verhältniſſe Frankreichs war die Zuſammenſetzung des Miniſteriums, welches die Municipalcommiſſion vor ihrer Auflöſung gebildet und das Ludwig Philipp noch als Generalſtatthalter durch einige leichte, im Drang der Ereigniſſe kaum bemerkte Veränderungen ſeinen Wünſchen gemäß umgeſtaltet hatte. Durch eine königliche Verordnung vom 11. Auguſt wurden folgende Miniſter ernannt: Dupon (von der Eure), Siegelbewahrer und Juſtizminiſter, General Gérard, Kriegsminiſter, Graf Molé, Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten, Graf Sebaſtiani, Miniſter des Seeweſens, Herzog von Broglie, Miniſter des Unterrichtsweſens und des Cultus, Baron Louis, Finanzminiſter, Guizot, Miniſter des Innern, Jacques Laffitte, Caſimir Périer, Dupin der ältere und Baron Bignon, Miniſter ohne Portefeuille. Alle dieſe Männer galten in der Volksmeinung als die eifrigſten

Freunde der Freiheit, weil ſie, wie weit auch in ihren Anſichten und Geſinnungen von einander entfernt, doch unter den Widerſachern der Mißbräuche und Verkehrtheiten der Reſtauration nicht ſelten neben einander genannt waren. Als eigentliche Vertreter der revolutionairen Richtung, die in den Julitagen zum Durchbruche gekommen war, durften unter ihnen allen nur Dupon, Laffitte und etwa noch Bignon angeſehen werden: Dupon, der rauhe, ungefuge, unbeſtechliche Republikaner, der nur Lafayette's Vorſtellungen nachgab, als er ſich widerſtrebend entſchloß, unter der Regierung eines Königs das Amt zu behalten, zu dem ihn die revolutionaire Municipalcommiſſion berufen; Laffitte, der ehrliche, eitle, in ſeinen politiſchen Anſichten nichts weniger als überſpannte Banquier, der durch ſeine großmüthige Hingebung an die Volksſache zum Revolutionair geworden war, ohne ſelbſt recht zu wiſſen, wie, ſich aber, nachdem er ſich einmal Kopf über in die Revolution geſtürzt, auch verpflichtet glaubte, alle nur nicht ganz ſinnloſe Erwartungen zu erfüllen, die an dieſelbe geknüpft werden mochten; Bignon, ein ſchwacher Charakter und mittelmäßiger Kopf, der noch weniger als Laffitte zu Uebertreibungen irgend einer Art geneigt, aber viel zu ſehr von den Ueberlieferungen der napoleoniſchen Politik erfüllt war, als daß er nicht über dem Wunſche, Frankreich von neuem eine gebietende Stellung in Europa einnehmen zu ſehen, jede andere Rückſicht hätte vergeſſen ſollen. Die vorragendſten Perſönlichkeiten in dem neuen Cabinette waren Graf Molé, der Abkömmling einer berühmten parlementariſchen Familie, deſſen ausgezeichnete Fähigkeiten bereits Napoleon erkannt und der in der erſten Zeit der Reſtauration unter der gemäßigten Verwaltung des Herzogs von Richelieu die Stelle eines Seeminiſters bekleidet hatte, ein großer Herr, der ſchon durch ſeinen Namen geeignet war, der auswärtigen Diplomatie Vertrauen zu der Feſtigkeit der neuen Ordnung der Dinge einzuflößen; der Herzog von Broglie, ein anderer vornehmer Herr, der mit hoher wiſſenſchaftlicher Bildung ſehr beſtimmt ausgeſprochene freiſinnige Grundſätze, aber zugleich einen eben ſo entſchiedenen Widerwillen gegen alle geſetzwidrige Ausſchweifungen verband, von welcher Seite ſie auch kommen mochten; Guizot, ein proteſtantiſcher Gelehrter, der mit dem Herzoge von Broglie ſeit langer Zeit befreundet, einſt Ludwig XVIII. nach Gent gefolgt, nach der Rückkehr der Bourbonen im Jahre 1815 Generalſecretair im Juſtizminiſterium geweſen war, darauf an der Univerſität zu Paris die Geſchichte gelehrt und erſt, als die Bourbonen unrettbar ihrem Untergange entgegen gingen, ſich der Volkspartei zugewandt hatte; Caſimir

Digitized by Google

Périer, ein krankhaft reizbarer, herriſcher Charakter, bei dem die ſtrenge Erhaltung der geſetzlich beſtehenden Verhältniſſe zur wahren Leidenſchaft geworden war, und an dem es nicht lag, wenn er nach der Julirevolution, ſtatt eines Mitgliedes der revolutionairen Volksregierung, nicht der letzte Miniſter Karls X. wurde; der Rechtsgelehrte Dupin, ein ſeltſames Gemiſch der widerſprechendſten Eigenſchaften, zugleich muthig und zaghaft, freiheitliebend und unterwürfig, charakterfeſt und wankelmüthig, geiſtreich und pedantiſch, aber bei alle dem immer, ſobald ſein allzufein zugeſpitzter Scharfſinn ihn nicht ſchwankend machte, auf der Seite der Geſetzlichkeit gegen die Willkür, der Ruhe und des Friedens gegen die Unruhe, der Ordnung gegen die Unordnung. General Gérard war ein alter ehrenhafter Kriegsheld, der ſeinem Kaiſer zu treu ergeben war, als daß er ſich jemals mit den Bourbonen hätte befreunden können, freiſinnig aus Gewohnheit, weil er während der Reſtauration zu den Gegnern der Regierung gehört hatte, aber ohne ausgebildete politiſche Anſichten und eben deshalb ohne beſondere Neigung, ſich in politiſche Erörterungen zu miſchen, und außerdem durch einen langen Ruheſtand zu läſſig, um nach einer neuen Thätigkeit zu verlangen, die weder ſeinen kriegeriſchen Ruhm vermehren, noch ſeine günſtige äußere Lage weſentlich verbeſſern konnte. Der Baron Louis, ein Mann von glänzenden Vermögensverhältniſſen und mit den einflußreichſten Geldmächten der Börſe in Verbindung, war der perſönliche Freund des Fürſten Talleyrand, mit dem er an dem erſten Miniſterium der Reſtauration Theil genommen hatte. Ausſchließlich mit den Finanzen des Staates beſchäftigt, wandte er ſeine ganze Sorge darauf, in dieſen der Zerrüttung zu ſteuern, welche die Revolution zur unvermeidlichen Folge hatte; aber er wußte zu gut, wie ſehr alle revolutionaire Erſchütterungen das Vertrauen in die Geldkräfte des Staates ſchwächen, das der Staatshaushalt ſo wenig entbehren kann, wie der Haushalt des Privatmannes, um nicht zum voraus für alle Maßregeln gewonnen zu ſeyn, die darauf berechnet waren, der revolutionairen Bewegung ſo bald als irgend möglich ihr Ziel zu ſetzen. Der einzige wirkliche Vertraute des Königs, der treue Bewahrer ſeiner geheimſten Entwürfe, war der General Sebaſtiani, ein geſchmeidiger Höfling und gewandter Unterhändler, ohne politiſche Grundſätze und ohne politiſche Geſinnungen, der während der Reſtauration nichts ſo ſchmerzlich empfunden hatte, als daß er ſich von jeder Ausſicht auf die Erlangung perſönlichen Einfluſſes und auf die Befriedigung ſeines Ehrgeizes abgeſchnitten ſah, und der, ſobald die Ernennung Ludwig Philipps zum General-

Digitized by Google

ſtatthalter erfolgt war, die Gelegenheit mit Begierde ergriff, dem neuen Regenten Dienſte zu leiſten, die, wie er wohl berechnete, ihn für die Zukunft unentbehrlich machen mußten.

Wer einiges politiſches Urtheil beſaß, der mußte ſich ſagen, daß das erſte Miniſterium Ludwig Philipps aus Männern zuſammengeſetzt war, die, wenn die Bourbonen ihren Vortheil nur einigermaßen verſtanden, eben ſo gut ſich in einem Cabinette der Reſtauration hätten zuſammenfinden können. Dieſer Gedanke, ſo nahe er lag, kam aber Niemand; denn man ſah in den Miniſtern nicht die ehemaligen Diener der Reſtauration und deren Sinnesverwandte, ſondern nur die beredten Vorfechter der Volksfreiheit, als die ſie ſich in den letzten Jahren Karls X. erwieſen hatten. Wenn bei Einzelnen vielleicht ein Verdacht hätte entſtehen können, daß es darauf abgeſehen ſey, die Dinge im Weſentlichen auf den Stand zurückzubringen, den ſie vor der Revolution gehabt hätten, ſo mußte jede Regung dieſer Art durch die Anweſenheit von Männern, wie Dupont, Laffitte und Bignon beſeitigt werden, deren Hingebung an die Sache der Revolution über allen Zweifel erhaben war. Ludwig Philipp, deſſen ganzer Plan darauf hinauslief, ſich von den Wegen der Reſtauration ſo wenig als möglich zu entfernen, hatte ſeine Wahl mit bewundernswürdiger Klugheit getroffen. Auf der einen Seite war er gewiß, daß die Verwaltung des Landes in dem Geiſte geleitet wurde, den er ſelbſt für den ſeinen Zwecken angemeſſenſten und förderlichſten hielt; auf der andern war er dagegen geſichert, daß ſelbſt dann, wenn durch den Gang der Verwaltung die bitterſten Beſchwerden hervorgerufen werden ſollten, die Schuld wenigſtens nicht ihm perſönlich zur Laſt gelegt wurde, ſo daß ſeiner Volksbeliebtheit keinenfalls Abbruch geſchah. Denn obgleich er bei allen Sitzungen des Miniſterrathes zugegen war, hütete er ſich doch wohl, ſeine perſönlichen Anſichten mit der Schärfe zu äußern, die erforderlich geweſen wäre, um den Verhandlungen eine beſtimmte Richtung zu geben. Er begnügte ſich damit, die allzu ſchroff hervortretenden Meinungsverſchiedenheiten, die eine Spaltung im Cabinette herbeizuführen drohten, durch freundliche Vermittlung auszugleichen, die Perſönlichkeiten, die einander gegenſeitig noch mehr durch die Verſchiedenheit der Charaktere, als der Meinungen abſtießen, einander zu nähern und ſo wenigſtens jene äußere Einigkeit herzuſtellen, die zur Führung der Geſchäfte unentbehrlich war.

Die Aufgabe, welche für den Augenblick die wichtigſte und die dringendſte war, weil von ihrer befriedigenden Löſung alles Andere

Digitized by Google

abhing, war, die Anerkennung der neuen Ordnung der Dinge in Frankreich von Seiten der großen europäiſchen Mächte zu erlangen. Ludwig Philipp ſo wenig, als Graf Molé, verbarg ſich die Schwierigkeiten, die in dieſer Beziehung noch zu überwinden waren, wenn man auch darauf rechnen konnte, daß die Geſandten der meiſten auswärtigen Höfe durch ihre Berichte eine nicht ungünſtige Stimmung an denſelben vorbereitet hatten. Im Jahre 1815 waren die Depeſchen Napoleons, in denen er ſeine Rückkehr anzeigte, obwohl er die gemäßigtſten Anerbietungen machte, nicht einmal angenommen worden. Durch den Vertrag von Chaumont, der auf dem Aachener Congreſſe ausdrücklich erneut worden war, hatten Rußland, Oeſterreich und Preußen die Verpflichtung übernommen, das Haus Bourbon nöthigenfalls mit bewaffneter Hand auf dem Throne zu erhalten. Durch ſpätere Verträge hatten die drei Mächte ſich gegenſeitig verbindlich gemacht, mit vereinten Kräften alle Regungen des revolutionairen Geiſtes in Europa zu unterdrücken. Seitdem hatte zwar England ſich von der Politik der Mächte des Feſtlandes entſchieden losgeſagt, und in Folge der Verwicklungen des Orients war auch die frühere Einigkeit unter den letzten geſtört worden; aber nichts bürgte dafür, daß bei dem Anblicke einer neuen gemeinſchaftlichen Gefahr nicht alle untergeordnete Rückſichten vergeſſen und die alten Bündniſſe von neuem in Kraft geſetzt wurden. Eine große Beruhigung war es daher für Ludwig Philipp, als die Botſchafter der Mächte zu Paris auf die an ſie gerichtete Anfrage die Zuſicherung ertheilten, daß die außerordentlichen Geſandten des Königs der Franzoſen, die dem Herkommen gemäß eigenhändige Schreiben deſſelben zu überbringen hatten, welche die amtliche Anzeige ſeiner Thronbeſteigung enthielten, von ihren Monarchen empfangen werden würden. Am ſicherſten war man des Erfolges in London, wo das Cabinet ſich zum voraus mit Beſtimmtheit über ſeine Anſichten ausgeſprochen hatte, und wo General Baudrand, der in zwei Tagen von Paris nach London eilte, in der That die zuvorkommendſte und wohlwollendſte Aufnahme fand. Der Herzog von Wellington, der als erſter Miniſter das Wort führte, ſagte ihm: „die ältere Linie der Bourbonen ſey durch ihre eigene Schuld gefallen, und die brittiſche Regierung werde nicht die geringſte Schwierigkeit machen, den König der Franzoſen anzuerkennen. Den erſten Beweis ihrer Geſinnung habe ſie gegeben, indem Karl X. wie der Herzog von Bordeaux nur als einfache Privatperſonen zugelaſſen worden wären. Das Cabinet werde mehr thun. Obwohl England durch die Verträge von 1815 mit den

Digitized by Google

großen Mächten des Feſtlandes verbunden ſey, werde es doch die Antworten der Höfe von Wien, Berlin und St. Petersburg nicht erwarten, um die Anerkennung des Königthumes in der Linie Orleans auszuſprechen, und nöthigenfalls werde England dem übrigen Europa die Ereigniſſe von Paris erklären, da der Umſturz zu plötzlich erfolgt ſey, um nicht wenigſtens bei einigen Höfen Erſtaunen und Mißwollen zu erregen.“ Zu Berlin wurde dem General Grafen Lobau, der hier dieſelbe Sendung hatte, wie General Baudrand zu London, ein nicht weniger freundlicher Empfang. Preußen hatte auf die erſte Kunde von dem Ausbruche der Julirevolution das erſte Aufgebot der Landwehr einberufen und ſein Heer dadurch auf 300,000 Mann gebracht; alle Vorbereitungen wurden getroffen, um im Falle einer Unterbrechung des allgemeinen Friedens dem Feinde mit Kraft zu begegnen. Dabei war man aber feſt entſchloſſen, den Frieden ſo lange aufrecht zu halten, als dies irgend ohne Gefährdung der weſentlichſten Intereſſen des Staates möglich war. Der Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten, Graf Bernſtorff, erklärte deshalb dem franzöſiſchen Bevollmächtigten, daß der Berliner Hof ſich zwar von den Mitunterzeichnern des Vertrages von 1815, von Oeſterreich und Rußland, nicht trennen wolle, daß aber die gemeinſchaftliche Anerkennung jedenfalls nicht ausbleiben werde. Zu Wien hatte General Belliard vor ſeiner feierlichen Audienz bei dem Kaiſer mehrere vertrauliche Unterredungen mit dem Fürſten von Metternich, der die freundlichſten und friedlichſten Geſinnungen kund gab. „Kaiſer Franz“, äußerte ſich der öſterreichiſche Staatskanzler, „habe ſich mit bitterer Verachtung über die Treuloſigkeit Karls X. ausgeſprochen; er ſey vollkommen bereit, den neuen Monarchen anzuerkennen, den Frankreich ſich gegeben habe. Welches Mitgefühl könne man auch für jene ältere Linie haben, die durch ihre Fehler, durch ihre Unbeſonnenheiten dreimal die Sicherheit von ganz Europa bloßgeſtellt habe? Das Einzige, was man von Frankreich wünſche, ſey Achtung vor den beſtehenden Verträgen, Bewahrung der übernommenen Verbindlichkeiten und beſonders die Unterdrückung jenes ſeltſamen Geiſtes der Propaganda, den die revolutionaire Partei durch die Vermittlung des Herrn von Lafayette über Europa verbreiten könne. Oeſterreich ſey die letzte Macht, die ſich in einen Krieg einlaſſen werde; es biete ſeine Dienſte zur Aufrechthaltung des europäiſchen Gleichgewichtes an, aber unter der Bedingung, daß man die deutſchen Bevölkerungen in Frieden laſſe und daß man keinenfalls und unter keinem Vorwande die Ordnung in Italien ſtöre.“ Auch von dem Sohne Napoleons,

Digitized by Google

dem Herzoge von Reichſtadt, war die Rede. Fürſt Metternich verbarg nicht, daß Sendlinge in Wien erſchienen wären, um eine Bewegung zu Gunſten des Herzogs von Reichſtadt vorzubereiten; ihre Anerbietungen wären jedoch zurückgewieſen, ihre Plane vereitelt worden. Wenn Frankreich das aufrichtige Verſprechen ertheile, der revolutionairen Propaganda Einhalt zu thun, ſo verſichere er auf ſeine Ehre, daß man jeden Verſuch verhindern werde, dem Herzoge von Reichſtadt in Frankreich eine politiſche Stellung zu geben, die ſich mit der Sicherheit der beſtehenden Regierung nicht vertrage. Aehnliche Zuſicherungen, wie in Bezug auf den Herzog von Reichſtadt, ertheilte der öſterreichiſche Staatskanzler in Bezug auf die Ausſichten der älteren Linie der Bourbonen. Karl X., erklärte er, habe um eine Zufluchtſtätte in Oeſterreich nachſuchen laſſen; Bande der Verwandtſchaft und das natürliche Ehrgefühl geſtatteten nicht, ihm dieſe zu verweigern. Wenn die verbannte Familie England verlaſſe, würden aber alle Ränke unterdrückt werden, die zum Zwecke hätten, die Herſtellung der älteren Linie zu begünſtigen. „Herr General“, fügte Fürſt Metternich mit ſeinem eigenthümlichen feinen Lächeln hinzu, „wir haben zwei edle Starrköpfe, vor denen wir uns gegenſeitig in Acht nehmen müſſen; beide ſind Ehrenmänner, echte Edelleute, denen ich ohne Beſorgniß Habe und Gut anvertrauen würde, die für ſie und für uns aber gleich gefährlich ſind: das iſt der König Karl X. und der Marquis von Lafayette. Ihre Julitage haben die thörichte Gewaltherrſchaft des alten Königs niedergeworfen, jetzt werden Sie gegen das Königthum des Herrn von Lafayette, gegen die Herrſchaft der Propaganda, ankämpfen müſſen. Der König der Franzoſen wird auch gegen den Mann, der ſich beſcheiden den Patriarchen der Freiheit beider Welten nennt, ſeine Schlachten liefern müſſen; erſt dann werde ich glauben, daß der Prinz Generalſtatthalter wirklich König von Frankreich iſt.“ Als General Belliard Franz II. das eigenhändige Schreiben des Königs der Franzoſen überreichte, bemerkte der Kaiſer: „Das iſt eine ſchwere Arbeit, die der König, Ihr Herr, ſich aufgelegt hat; ſagen Sie ihm, daß er mir bald einen Geſandten zuſchicke; der meinige ſoll ſeine Beglaubigungen in Gemeinſchaft mit den Vertretern von Rußland und Preußen erhalten.“ Der Kaiſer wiederholte, was bereits der Fürſt Metternich erklärt hatte, daß Karl X. durch ſeine eigene Schuld gefallen ſey, indem er die beſchworene Treue gebrochen habe, und daß man ſich nicht bewaffnen werde, um ihn zu unterſtützen. Die Vorſichtsmaßregeln, welche durch die Klugheit geboten waren, verſäumte man aber ungeachtet dieſer friedlichen Erklärungen in Oeſter-

Digitized by Google

reich ſo wenig, als in Preußen. Zu Mailand, Mantua, Verona und Venedig wurden die Beſatzungen verdreifacht; und in den Flächen der Lombardei wurde ein Lager für 80,000 Mann aufgeſchlagen, um jeder Zeit bereit zu ſeyn, ſich jedem Verſuche zur Gefährdung des in Italien beſtehenden Beſitzſtandes mit hinreichender Macht zu widerſetzen.

Als die ſchwierigſte Sendung betrachtete man nicht mit Unrecht jene des Generals Athalin nach St. Petersburg, weil man wußte, daß Kaiſer Nicolaus, auf deſſen Gemüth die blutigen Vorgänge bei ſeiner eigenen Thronbeſteigung einen unauslöſchlichen Eindruck gemacht hatten, der unverſöhnlichſte Gegner aller revolutionairen Bewegungen war. Aus dieſem Grunde war auf die Abfaſſung des Schreibens, welches dem nordiſchen Selbſtherrſcher die Thronveränderung in Frankreich meldete, die außerordentlichſte Sorgfalt gewandt worden; Ludwig Philipp hatte in Gemeinſchaft mit dem Grafen Molé jedes Wort auf das Genaueſte abgewogen, und der ruſſiſche Botſchafter zu Paris, Graf Pozzo di Borgo, hatte darauf das Ganze einer nochmaligen Durchſicht unterworfen, damit nichts verſäumt werde, was auf die Meinung des mächtigen Zaaren in günſtigem Sinne wirken konnte. Der König der Franzoſen ließ ſich herab, ſein perſönliches Benehmen nach den Julitagen durch eine ausführliche Darlegung ſeiner Beweggründe zu entſchuldigen. Er nannte im Eingange die Revolution, der er den Thron verdankte, ein unglückliches Ereigniß, welches er um jeden Preis hätte verhüten wollen (une catastrophe que j'ai tant voulu prévenir); er ſchob alle Schuld deſſelben auf die Miniſter Karls X., die durch ihre verwegene Verletzung der Charte die franzöſiſche Nation zum Kampfe herausgefordert hätten, vergaß nicht daran zu erinnern, welche hohe Bedeutung der verſtorbene Kaiſer Alexander dieſer Charte beigelegt habe, verſicherte, daß er ſich nicht eher entſchloſſen habe, den ihm gewordenen ſchwierigen Auftrag anzunehmen, als bis er ſich überzeugt, daß das geringſte Schwanken von ſeiner Seite zugleich die Zukunft Frankreichs und die Ruhe der Welt gefährden würde, und bat nicht aus dem Geſichte zu verlieren, daß er, ſo lange Karl X. in Frankreich regiert habe, der unterwürfigſte und treueſte ſeiner Unterthanen geweſen ſey, und daß er erſt in dem Augenblicke dem allgemeinen Volkswunſche nachgegeben habe, der ihn zur Krone berief, als jede Wirkſamkeit der Geſetze aufgehoben und die Ausübung der königlichen Gewalt vollkommen vernichtet geweſen wäre. Zum Schluſſe erklärte Ludwig Philipp, daß Frankreich vorzugsweiſe die Augen auf den Kaiſer von Rußland gerichtet habe, daß es in Rußland gern ſeinen natür-

Digitized by Google

lichſten und mächtigſten Verbündeten ſehe, und drückte die Ueberzeugung aus, daß der edle Charakter des Kaiſers das auf ihn geſetzte Vertrauen nicht täuſchen werde. Die letzte Wendung war mit nicht geringer Feinheit darauf berechnet, dem Kaiſer zurückzurufen, wie wenig der Fürſt von Polignac ſich ſeiner Zeit den ruſſiſchen Intereſſen ergeben gezeigt habe, und auf die Vortheile aufmerkſam zu machen, die bei einer neuen Verwicklung der orientaliſchen Verhältniſſe ſich von einer innigen Verbindung mit dem Frankreich der Julirevolution erwarten ließen. Kaiſer Nicolaus war bereits durch ſeinen Botſchafter zu Paris beſtimmt, die Julirevolution in milderem Lichte zu ſehen, als dies ſeine ſonſtigen politiſchen Grundſätze geſtattet hätten; eine Denkſchrift aus der Feder des preußiſchen geheimen Legationsrathes Ancillon hatte ihn von den friedlichen Geſinnungen des Berliner, ein Schreiben des Fürſten Metternich von den gleich friedlichen Abſichten des Wiener Hofes unterrichtet; er nahm daher den General Athalin mit zuvorkommender Freundlichkeit auf. Dennoch konnte er es nicht über ſich gewinnen, das eigenhändige Schreiben Ludwig Philipps in einem andern Tone zu beantworten, als jenem einer froſtigen, beinahe ironiſchen Höflichkeit. Er bezeichnete die Ereigniſſe, die dem Könige der Franzoſen nur eine grauſame Wahl gelaſſen hätten, als ewig beklagenswerth (des événemens à jamais déplorables) und bemerkte, daß er über die Beweggründe, die denſelben geleitet hätten, ſich nicht ausſprechen wolle. Dabei verſicherte er allerdings, daß er den Wunſch hege, die Vorſehung möge die Bemühungen und Anſtrengungen ſegnen, die Se. Majeſtät zum Wohle des franzöſiſchen Volkes zu machen beabſichtige, und fügte hinzu, daß er in Uebereinſtimmung mit ſeinen Verbündeten gern dem Wunſche entſprechen werde, den der König ausgedrückt habe, mit allen Staaten Europa's Beziehungen des Friedens und der Freundſchaft zu unterhalten, ſofern dieſelben auf die beſtehenden Verträge und auf den Willen gegründet wären, die durch jene Verträge geheiligten Rechte und Verpflichtungen zu achten. Am tiefſten verletzte es den franzöſiſchen Stolz, daß der Kaiſer in ſeiner Antwort es ſogar vermied, den König der Franzoſen, wie dies unter gekrönten Häuptern üblich iſt, als ſeinen Herrn Bruder anzureden; Ludwig Philipp rächte ſich dafür, indem er, ſobald die diplomatiſchen Verbindungen mit den auswärtigen Höfen hergeſtellt waren, zu ſeinem Bevollmächtigten in St. Petersburg den Herzog von Mortimart ernannte, der ſchon unter Karl X. Frankreich bei dem ruſſiſchen Hofe vertreten, und in dieſer Stellung ſich die beſondere Gunſt des Kaiſers erworben hatte.

Digitized by Google

Die großen Mächte beeilten ſich, wie widerſtrebend auch immer, das neue Königthum anzuerkennen, weil ſie den Sturz der älteren Linie der Bourbonen, nachdem derſelbe im Verlaufe von weniger als vierzig Jahren zum dritten Male erfolgt war, als eine unwiderrufliche Entſcheidung des Schickſals anſahen; weil ſie, durch die Erfahrungen der erſten Revolution belehrt, ſich nicht ohne die dringendſte Noth von neuem den Wechſelfällen eines allgemeinen Krieges ausſetzen wollten, der unter allen Umſtänden unermeßliche Opfer koſten mußte und möglicherweiſe die beſtehende Ordnung des ganzen Welttheiles in ihren tiefſten Grundlagen erſchüttern konnte; und weil unter allen möglichen Wendungen, welche die neue Revolution nehmen konnte, die Erhebung der jüngeren Linie des alten Königshauſes immer noch jene war, die ſich von den Ueberlieferungen des altherkömmlichen Erbrechtes der regierenden Familien am wenigſten entfernte, und die zugleich einige Ausſicht auf die Herſtellung einer feſten Ordnung im Innern von Frankreich bot, welche als die unerläßliche Bedingung der dauernden Erhaltung des Friedens in Europa erſchien. Dabei verbarg man ſich aber keinesweges die geringe Sicherheit, die für den kaum errichteten Thron in Frankreich ſelbſt vorhanden war. Derſelbe Sturm, der innerhalb vierzehn Tagen die neue Dynaſtie auf den Thron erhoben, konnte ſie in noch kürzerer Friſt wieder in den Staub hinunterwerfen, und der Gebieter des Sturmes war ein Mann, der während ſeines ganzen langen Lebens aus ſeiner Abneigung gegen das Königthum niemals ein Hehl gemacht hatte. So viel unterlag keinem Zweifel, daß der wahre Herrſcher Frankreichs, ſobald man den Beſitz der Macht dem Namen vorzog, nicht ſowohl Ludwig Philipp, als Lafayette war, der, wenn er von ſeinem ungeheuern Einfluſſe nur Gebrauch machen wollte, oder zu machen wußte, nicht allein die königliche Gewalt in Schatten ſtellen, ſondern ſeinen Willen ganz Frankreich als Geſetz auflegen konnte. So willkommen auch den Höfen die Verheißungen waren, zu denen Ludwig Philipp ſich in Bezug auf die innere, wie auf die äußere Politik ſeiner Regierung verſtand, ſo hielt man es doch vor allen Dingen für nothwendig, Lafayette's Abſichten und Plane zu erforſchen, um zu wiſſen, weſſen man ſich zu Frankreich zu verſehen habe. Den geradeſten und offenſten Weg ſchlug Preußen ein. Der berühmte Naturforſcher Humboldt, der durch ſeine wiſſenſchaftlichen Leiſtungen, durch gelehrte und geſellſchaftliche Verbindungen in Frankreich eben ſo eingebürgert iſt, wie in ſeinem Vaterlande, ging eines Tages ohne viele Umſtände zu Lafayette und forderte dieſen, im Namen ſeines Hofes,

Digitized by Google

auf, ihm beſtimmte Aufſchlüſſe über die Politik zu geben, welche die Julirevolution gegen Europa zu beobachten gedenke. Lafayette erklärte, daß er der Offenheit, mit der man ſich an ihn wende, mit gleicher Offenheit begegnen wolle. „Wir haben eine volksthümliche Revolution gemacht,“ ſagte er; „wir haben einen volksthümlichen Thron gewählt und wir wollen ihn mit republikaniſchen Staatseinrichtungen umgeben. Wir werden nicht geſtatten, daß irgend Jemand ſich in unſere Angelegenheiten miſcht, aber wir werden uns auch nicht in jene unſerer Nachbarn miſchen. Wenn Eure Völker zufrieden ſind mit ihren Regierungen, deſto beſſer für Euch; kommt es zu Erörterungen zwiſchen Euren Völkern und Euch, ſo gebührt es uns nicht, dazwiſchen zu treten. Wenn dagegen andere Völker unſer Beiſpiel nachahmen und ihre Freiheit wiedererringen wollen, ſo werden wir nicht dulden, daß fremde Regierungen ihre gegenrevolutionaire Gensdarmerie hinſchicken und die Freiheit unterdrücken. Sie ſehen ein, daß wir nicht durch Fremde bei andern Völkern den Grundſatz angreifen laſſen können, auf dem unſer eigenes Daſeyn beruht, den Grundſatz der Volksherrſchaft; daß es uns unmöglich iſt, Nationen vernichten zu laſſen, die im Falle *eines* Krieges mit den Willkürregierungen unſere Verbündete werden würden; daß wir nicht, um des Friedens willen, dazu ſtillſchweigen können, wenn Sie die Einleitung einer Kriegserklärung erlaſſen und Anſprüche erheben, die Sie ſpäter berechtigen würden, uns mit Krieg zu überziehen. Wir wünſchen mit allen unſern Nachbarn in Frieden zu bleiben; wir haben in unſre Revolution weder irgend eine Art von Ehrgeiz mitgebracht, noch alte Forderungen, die wir vielleicht geltend zu machen, noch eine Rache, die wir zu nehmen hätten. Aber wenn Ihr ungeachtet unſerer Mäßigung nochmals einen Bund gegen uns ſchließet, wenn Ihr wiederholt, was zu Pilnitz geſchehen iſt, und was man ſeitdem mehr als zweiundvierzig Jahre hindurch fortgeſetzt hat, ſo wird uns dies ein Beweis ſeyn, daß unſere Freiheit mit dem Daſeyn Eurer willkürlichen Diplomatie nicht zu vereinigen iſt. Wenn Ihr verſucht, bei uns einzudringen, ſo kann dies keinen andern Zweck haben, als uns zu unterdrücken, vielleicht unſer Land zu theilen; in dieſem Falle iſt es unſere Pflicht und unſer Recht, Euch mit den Waffen der Freiheit zu bekämpfen, Eure Völker zum Aufſtande gegen Euch zu vermögen, wo wir dazu irgend eine Gelegenheit haben; und wenn Eure Throne nicht zu gleicher Zeit mit der Unabhängigkeit und Freiheit Frankreichs beſtehen könnten, ſo geböte uns die Nothwendigkeit, die Waffen nicht eher niederzulegen, als bis Eure Throne zerbrochen

Digitized by Google

und vernichtet ſind. Wenn Ihr dagegen uns in Ruhe laſſet, wenn Ihr bei unſern Nachbarvölkern nicht die Freiheit unterdrückt, was eine unmittelbare nicht abzuleugnende Feindſeligkeit gegen uns ſelbſt wäre, ſo werdet Ihr Euch weder über Frankreich, noch über die Julirevolution zu beklagen haben."

Dieſe Erklärung enthielt die erſten Grundzüge eines neuen Völkerrechtes, dem nach Lafayette's Meinung das bisher in dem monarchiſchen Europa übliche weichen ſollte. Nach dem alten Völkerrechte, wie ſich daſſelbe durch den Gebrauch allmälig gebildet hatte, nahm man als etwas ſich von ſelbſt Verſtehendes an, daß jeder unabhängige Staat das Recht habe, nicht allein in ſeinem Innern für die Aufrechthaltung des geſetzlichen Zuſtandes zu ſorgen, ſondern auch außerhalb ſeiner Grenzen, ſo weit ſein Einfluß oder ſeine Macht reichte, Alles zu beſeitigen, was jenen geſetzlichen Zuſtand auf irgend eine Weiſe zu ſtören oder zu gefährden drohte. Dieſen völkerrechtlichen Grundſatz hatten die Regenten der großen europäiſchen Staaten, die ſich nach dem zweiten Pariſer Frieden zum heiligen Bunde vereinigten, offenbar zu weit ausgedehnt, indem ſie das Recht anſprachen, in ganz Europa eine Art hoher Polizei zu üben, die nirgend eine Regung des Volkslebens duldete, aus der möglicher Weiſe eine Gefahr für das bei den Samojeden oder Kamtſchadalen übliche Regierungsſyſtem hervorgehen konnte. Die Uebertreibung von der einen führte jetzt eine gleiche Uebertreibung von der andern Seite herbei. Denn Lafayette, der im Namen des revolutionairen Frankreichs ſprach, verlangte umgekehrt, daß die Fürſten ſich um ihre Nachbarſtaaten gar nicht bekümmern und jede Feuersbrunſt, die in denſelben zum Ausbruche käme, ruhig gewähren laſſen ſollten, wenn auch mit Gewißheit vorherzuſehen war, daß die Flammen bei weiterer Verbreitung nach ihrem eigenen Hauſe hinübergreifen würden. Der Grundſatz, den Lafayette aufſtellte, würde nur dann den allgemeinen Forderungen der Gerechtigkeit entſprochen haben, wenn die europäiſchen Staaten ohne alle gegenſeitige Beziehungen und Berührungen vereinzelt neben einander ſtänden. Dies iſt aber ſo wenig der Fall, daß ſämmtliche europäiſche Staaten viel eher als die Glieder einer einzigen großen Familie zu betrachten ſind, die bei der vollkommenſten Unabhängigkeit jedes Einzelnen ſich doch der Verpflichtung nicht entziehen dürfen, einige Rückſicht auf einander zu nehmen und namentlich Alles zu vermeiden, was den Andern den Untergang bringen würde. Die Fürſten hätten eben ſo gut ohne Weiteres von ihren Thronen ſteigen, als Lafayette's Zumuthungen nachgeben können; denn

Digitized by Google

ſobald ſie erſt einmal auf das Recht verzichtet hätten, eben ſo, wie in ihren eigenen Landen, auch bei den Nachbarn, mit denen ſie durch Verträge verbunden waren, auf Ordnung zu halten und die Bemühungen derſelben zur Aufrechterhaltung der Ordnung nöthigenfalls mit bewaffneter Hand zu unterſtützen, konnte es nicht ausbleiben, daß der Aufruhr, durch Frankreichs Beiſpiel hervorgerufen und durch franzöſiſche Aufreizungen geſchürt, bald hier bald dort das Haupt erhob, und, da er überall nur vereinzelte Kräfte zu bekämpfen hatte, höher und höher anſchwellend, zuletzt überall den Sieg davon trug. Zwiſchen Lafayette und den politiſchen Grundſätzen, die er vertrat, auf der einen und den beſtehenden Regierungen in ganz Europa auf der andern Seite war daher ein Krieg auf Leben und Tod unvermeidlich, ſobald der erſte ſich in dem Beſitze der Macht behauptete, zu der die Volksgunſt ihn emporgetragen hatte. Lafayette's Sturz war die Bedingung, an die ſich jede Ausſicht auf die Erhaltung des allgemeinen Friedens knüpfte. Lafayette's Macht mußte gebrochen werden, wenn Ludwig Philipps Plan zur Herſtellung einer mit den Forderungen des monarchiſchen Europa's verträglichen Ordnung in Frankreich zur Ausführung kommen ſollte.

Ludwig Philipp war ſich über ſeine Stellung zu Lafayette von Anfang klar. Er war keinen Augenblick darüber zweifelhaft, daß Lafayette ſein gefährlichſter Gegner war, und daß er ſich ſeiner um jeden Preis ſobald als möglich entledigen müſſe; aber er begriff wohl, daß jeder offene Angriff die verderblichſten Folgen haben könne, ſo lange er ſelbſt noch nicht hinreichend auf ſeinem Throne befeſtigt war. Noch waren die Gemüther nicht allein in Paris, ſondern in ganz Frankreich in fieberhafter Aufregung, und bei der geringſten Veranlaſſung konnten die Wogen der Revolution, die man kaum erſt angefangen hatte, in ein geregeltes Bette zurückzuleiten, von neuem alle Dämme durchbrechen. Die braven Handarbeiter, die während der Schlacht in den Straßen der Hauptſtadt mit aufopfernder Tapferkeit geſtritten, waren nach dem Siege zu ihren Werkſtätten zurückgekehrt, um ihre verlaſſenen Arbeiten wieder aufzunehmen; aber ſie fanden die Werkſtätten größtentheils geſchloſſen und ſahen ſich auf die Straße zurückgewieſen, um dort ihr Brod zu ſuchen. Die nächſte Folge der Revolution war eine allgemeine Stockung des Handels und der Gewerbe, die ſich in allen Schichten der Geſellſchaft fühlbar machte; die achtbarſten Handelshäuſer waren gezwungen, ihre Zahlungen einzuſtellen; Fabriken und Manufakturen, die Hunderte von Händen beſchäftigten, mußten ihre Thätigkeit auf den niedrigſten Grad derſelben einſchränken;

Digitized by Google

ſelbſt die Druckereien ſtanden ſtill, von denen man doch hätte voraus-ſetzen ſollen, daß die politiſche Aufregung ihnen einen unerſchöpflichen Stoff darbieten würde. Gegen das Ende des Auguſts zogen mehrere Tauſend Handwerker, nach ihren Gewerken geordnet, langſamen Schrittes und ſchweigend über die Boulevards und Quais nach dem Palaſte des Polizeipräfecten, dem eine Abordnung aus ihrer Mitte ihre trau-rige Lage vorſtellte und um Abhülfe der Noth bat, der ſie ſelbſt und die Ihrigen ausgeſetzt waren. Bald ſammelten ſich ganze Schaaren von Unglücklichen, die ſchon in ihrem Aeußern alle Spuren des Elendes an ſich trugen, auf den öffentlichen Plätzen, vor dem Stadthauſe, vor dem Palais royal, vor den verſchiedenen Miniſterien, um in rührende Klagen oder in wilde Drohungen auszubrechen. Unfähig, die tiefer liegenden Urſachen ihrer Noth zu erkennen, hielten ſich die armen hun-gernden Arbeiter an jene, die ihnen auf der Oberfläche unmittelbar entgegentraten. Die Einen beſchwerten ſich über die große Zahl von Ausländern, die in Paris arbeiteten und den Einheimiſchen das Brod wegnähmen, die Andern über die Anwendung der Maſchinen, durch welche ſo viele rüſtige Arme erſetzt würden. Die Zuſammenrottungen, die ſich bildeten, wurden durch die Nationalgarde zerſtreut; aber man begriff doch, daß irgend etwas geſchehen müſſe, um das ſchreiende Elend der arbeitenden Volksclaſſen zu mildern. Auf Guizots Antrag bewilligte die Abgeordnetenkammer eine Summe von fünf Millionen Franken, um öffentliche Arbeiten zu veranſtalten, welche den Bedürftigſten die Mittel gaben, wenigſtens ihr nacktes Leben zu friſten. Ganz Paris wurde neu gepflaſtert, das Märzfeld wurde mit neuen Terraſſen ver-ſehen, in den elyſäiſchen Feldern wurden große Abzugsgräben angelegt und manche andere Arbeiten wurden angeordnet, die keinen andern Zweck hatten, als den hungernden Volksmaſſen eine nothdürftige Be-ſchäftigung zu gewähren. Dies war der Lohn, den die Sieger der Juliſchlacht zur Entſchädigung für ihre großmüthige Aufopferung da-vontrugen. Mehr zu thun, um dem augenblicklichen Nothſtande der arbeitenden Bevölkerungen zu begegnen, lag außerhalb der Macht der Regierung; denn keine Regierung vermag, weder durch Maßregeln der Geſetzgebung, noch durch Geldunterſtützungen die Hemmungen zu heben, welche der Handel und der Gewerbfleiß eines großen Landes noth-wendig bei allen politiſchen Erſchütterungen erfahren, wenn die unge-heuern Capitalien, die beide erfordern, durch die Beſorgniß vor der Unſicherheit der beſtehenden Einrichtungen und Zuſtände aus dem Um-laufe zurückgezogen werden. Eine Summe von 30 Millionen Franken,

Digitized by Google

die mit Genehmigung der Abgeordnetenkammer zur Unterſtützung des Handelsſtandes angewieſen wurde, verſchwand wie ein Tropfen Waſſer, der auf einen glühenden Stein gegoſſen wird, ohne daß eine andere Wirkung bemerklich geweſen wäre, als daß einzelne bedeutende Häuſer, denen ein Theil dieſer Summe zu Gute kam, vor dem Bruche bewahrt wurden.

Aber nicht die Mißſtimmung, welche der Mangel an dem Nothwendigſten in den unterſten Schichten der Geſellſchaft hervorrief, war es, was Ludwig Philipp und ſeinen Rathgebern die lebhafteſte Sorge verurſachte; denn man konnte darauf rechnen, daß jedem Verſuche zur Störung der Ruhe von dieſer Seite die Nationalgarde in geſchloſſenen Reihen entgegentreten würde. Eine ſehr einfache Beſtimmung, welche es den Mitgliedern der Nationalgarde zur Pflicht machte, ſich ihre ziemlich koſtſpielige Bekleidung und Rüſtung aus eigenen Mitteln anzuſchaffen, hatte die Betheiligung wenn auch nicht auf den reichen, doch auf den einigermaßen vermögenden Bürgerſtand beſchränkt, der nichts ſo ſehr fürchtete, als daß es den beſitzloſen Claſſen jemals gelänge, ſich der Herrſchaft zu bemeiſtern. Eben ſo wenig, wie von den brodloſen Arbeitern, war eine ernſte Gefahr von den politiſchen Vereinen zu erwarten, die nach der Julirevolution das Andenken an die Klubbs der erſten Revolution zu erneuen ſuchten. Der wichtigſte dieſer Vereine war jener der Volksfreunde (amis du peuple), der ſeine regelmäßigen Verſammlungen in einer Reitbahn auf der Rue Montmartre hielt. Hier wurden Anträge geſtellt, politiſche Geſetzvorſchläge gemacht, Reden gehalten, die davon ausgingen, daß alle beſtehende Gewalten nur eine vorläufige Berechtigung hätten, welche ihre Beſtätigung erſt noch durch einen förmlichen Ausſpruch des allgemeinen Volkswillens erwarten müſſe und ohne eine ſolche Beſtätigung in ſich ſelbſt zuſammenfalle. Der Verein der Volksfreunde, dem unverkennbar der einſt ſo furchtbare Jocobinerklubb zum Vorbilde diente, erhob den beſcheidenen Anſpruch, in ſeiner Mitte den allgemeinen Volkswillen zu vergegenwärtigen, und war naiv genug, die verwegenſten Anſchläge, die alle Schrecken der erſten Revolution von neuem über Frankreich hinauf beſchworen hätten, öffentlich zu verhandeln. Aber vor ſolchen Verbündeten hatte doch ſelbſt Lafayette, wie theuer ihm auch der Name eines Volksfreundes war, eine gerechte Scheu; er hatte nicht vergeſſen, welche vergebliche Kämpfe er ſelbſt einſt gegen die Jacobiner beſtanden, und war nicht geneigt, die traurigen Erfahrungen ſeiner kräftigſten Mannesjahre im hohen Greiſenalter zu wiederholen. Er wandte daher nichts

Digitized by Google

dagegen ein, als Guizot beſchloß, den Verein der Volksfreunde auf Grund der Beſtimmung (Artikel 291) des napoleoniſchen Strafgeſetzbuches, die jede Vereinigung von mehr als 20 Perſonen verbietet, zu unterdrücken. Derſelbe königliche Gerichtshof, der bereits unter der Reſtauration gegen ſo manche aufrühreriſche Beſtrebungen eingeſchritten war, deren Urheber ſich jetzt die damals erlittenen Strafen zum Ruhme anrechneten, lud ſechs Wochen nach der Julirevolution den Präſidenten des Vereins der Volksfreunde Hubert mit zweien ſeiner Genoſſen wegen der Verbreitung aufrühreriſcher Maueranſchläge vor ſeine Schranken. In der Gerichtsſitzung benahm Hubert ſich mit maßloſer Heftigkeit. „Es iſt ein ſeltſames Schauſpiel,“ ſagte er, als ihm das Wort zu ſeiner Vertheidigung gegeben wurde, „daß man vor Sie zwei Monate nach der Revolution des 29. Juli Männer vorgeladen ſieht, die dem Erfolge jener großen Tage nicht fremd waren. Mögen jene, die vor einer ſo unnatürlichen Verirrung nicht zurückwichen, die Strafe tragen; ich meinerſeits werde nicht die unverantwortliche Schwäche haben, Sie als meine Richter anzunehmen. Als Freund der neuen, durch die Revolution geſchaffenen Ordnung bin ich über meine Meinung den Menſchen, die wir beſiegt haben, keine Rechenſchaft ſchuldig. Lange genug haben Sie keine Woche vorübergehen laſſen, ohne wenigſtens einen Freund der Freiheit in das Gefängniß zu ſchicken; die Zeiten haben ſich geändert. Richter Karls X., das Volk hat Euch Eurer Würde entkleidet, indem es Euern Opfern die Freiheit wieder gab, und Ihr ſelbſt habt ſein Urtheil beſtätigt, indem Ihr flohet, während es ſich ſchlug. Wenn Euch in Ermangelung der Gerechtigkeit nicht ein Gefühl des Anſtandes und der Schaam beſtimmt, zurückzutreten, ſo verurtheilt mich; aber richten werdet Ihr mich nicht; ich kann nicht einwilligen, in Euch einen rechtmäßigen Gerichtshof zu ſehen. Ich kann auf Euern Befehl in das Gefängniß gehen, aber ich kann mich ſo tief nicht herabwürdigen, Euch meine Rechtfertigung zu unterwerfen, die Ihr nach Eurer bisherigen Laufbahn nicht zu begreifen im Stande ſeid!“ Der Gerichtshof ließ ſich durch dieſe verwegene Sprache nicht einſchüchtern; er verurtheilte Hubert als Präſidenten und Thierry, den einen ſeiner Genoſſen, als Secretair des Vereins zu dreimonatlicher Gefängnißſtrafe und 300 Franken Geldbuße und verfügte die Auflöſung des Vereins, die darauf durch die Polizei ohne Widerſtand bewirkt wurde, da zahlreiche Abtheilungen der Nationalgarde zu ihrer Unterſtützung bereit ſtanden.

Bedenklicher für die Erhaltung der Ruhe und Ordnung, als die Noth der Arbeiter und als die Regungen der Schwärmer, welche die

Digitized by Google

Revolution von 1789 von vorne anfangen wollten, obwohl ſie ſich des Zieles, wohin ſie dieſelbe zu führen gedachten, eben ſo wenig klar bewußt waren, wie ihre Väter, — bedenklicher waren die Gährungsſtoffe, die ſich beſonders in der Hauptſtadt auch in jenem Theile der Bevölkerung fanden, deſſen thätige Unterſtützung die Regierung unmöglich entbehren konnte: in dem kleinen Bürgerſtande, aus dem die Legionen der Nationalgarde zuſammengeſetzt waren. Die Gewürzkrämer von Paris und die kleinen Grundbeſitzer der Bannmeile hatten nicht umſonſt funfzehn Jahre hindurch ihre liberalen Journale geleſen; ſie ſetzten ihren Stolz darein, aufgeklärte Männer zu ſeyn, die den Aberglauben verachteten, deſſen ſich ehrgeizige Prieſter bedienten, um das dumme und unwiſſende Volk nach ihren Zwecken zu leiten; ſie hegten eine aufrichtige Verehrung vor der Charte, welche die Freiheiten der franzöſiſchen Nation begründete, und einen tiefen Haß gegen die Willkürherrſchaft, welche die Reſtauration der Charte zum Trotze einzuführen beabſichtigte; beſonders aber waren ſie in glühende Wuth gegen den Miniſter Polignac und ſeine Collegen entbrannt, die den beſchränkten König Karl X. zum Treubruche verleitet, in den Straßen von Paris den Bürgerkrieg entflammt und die guten Bürger der Hauptſtadt drei Tage und drei Nächte in die tödtlichſte Angſt verſetzt hatten. Die Miniſter Karls X. hatten ihren Monarchen auf deſſen ausdrücklichen Befehl bis nach Trianon begleitet, weil der bei allen ſeinen Schwächen großmüthige Fürſt ſie nicht zum Opfer ihrer Feinde werden laſſen wollte und ſie durch ſeinen königlichen Namen ſchützen zu können glaubte. Erſt zu Trianon hatten ſie ſich von ihm getrennt, um nicht durch ihre Gegenwart den Erfolg der Unterhandlungen zu gefährden, die mit der vorläufigen Regierung zu Paris angeknüpft waren. Seitdem waren ſie, mit dem Haſſe des ganzen Landes beladen und ſelbſt von ihren ehemaligen politiſchen Freunden verwünſcht, unter den verſchiedenartigſten Verkleidungen in ſteter Sorge und Gefahr von Ort zu Ort geirrt, keinen Augenblick ſicher, erkannt und von dem wüthenden Volke zerriſſen zu werden. Den Herren von Montbel, Capelle und d'Hauſſez, die ſich eine Zeitlang zu Paris verborgen gehalten, gelang es, nach dem Auslande zu entkommen und ſich allen Verfolgungen, von denen ſie im Vaterlande umſtellt waren, zu entziehen. Nicht ſo günſtig war das Geſchick dem Fürſten Polignac, dem Grafen Peyronnet, dem Grafen von Guernon-Ranville und Herrn von Chantelauze. Polignac wurde in dem kleinen Hafenorte Granville durch zwei Nationalgardiſten verhaftet, als er eben im Begriff war, ſich nach England einzuſchiffen; Peyronnet,

Digitized by Google

Guernon-Ranville und Chantelauze wurden zu Tours und in der Nähe dieſer Stadt gefangen. Haftbefehle waren gegen keinen der Miniſter ausgefertigt, aber es bedurfte deren auch nicht; denn der allgemeine Ruf ging hinter ihnen her, wie hinter reißenden Thieren, die in eine Heerde eingebrochen ſind. Sie hatten ſich ſelbſt zu Jedermanns Feinden gemacht, und Jedermann war daher ihr Feind; Jedermann hielt ſich berechtigt, Hand an ſie zu legen, wo er ſie fand. Die Regierung erließ, ſobald ſie von ihrer Verhaftung unterrichtet war, den Befehl, ſie nach Vincennes zu führen, um dort in der Citadelle, die Polignac ſchon in ſeiner Jugend zur Zeit des Conſulates bewohnt hatte, die Entſcheidung über ihr Schickſal zu erwarten. Euſèbe Salverte hatte in der Abgeordnetenkammer bereits am 3. Auguſt, ehe noch irgend eine von den großen ſchwebenden Fragen der allgemeinen Lage des Landes gelöſ't war, den Antrag geſtellt, die Miniſter Karls X. wegen Hochverrathes in Anklagezuſtand zu verſetzen. Die Kammer hatte dieſen Antrag aufgenommen; und nach Erledigung der durch das Reglement vorgeſchriebenen Förmlichkeiten faßte ſie am 29. September den Beſchluß, die Miniſter Polignac, Peyronnet, Chantelauze, Guernon-Ranville, d'Hauſſez, Capelle und Montbel auf den Grund der einſchlägigen Beſtimmungen der Charte von 1814 und des Strafgeſetzbuches vor der Pairskammer des Verrathes anzuklagen und drei Commiſſaire aus ihrer Mitte zu ernennen, welche das Rechtsverfahren einleiten und die Anklage durchführen ſollten. Die Beſtimmungen des Strafgeſetzbuches, welche in dem Kammerbeſchluſſe angezogen waren (Artikel 91, 109, 110, 123, 125.), verhängten theils den Tod, theils Verbannung, theils Gefängnißſtrafe und Entziehung der bürgerlichen Rechte über die Schuldigen; und den Tod verlangte die allgemeine Stimme des Volkes, welches im Einklange mit der beſtehenden Geſetzgebung keine andere Sühne als eine blutige für ausreichend für die Ströme vergoſſenen Blutes erachtete.

Aber welche Folgen mußte unvermeidlich ein Bluturtheil nach ſich ziehen? Auf der einen Seite wurde dadurch allerdings der Revolution die ſicherſte Bürgſchaft gegeben, daß die neue Gewalt niemals daran denken konnte, ihre Sache von jener der Revolution zu trennen, auf der andern wurde aber der Bruch mit den europäiſchen Höfen entſchieden, die nur unter der Bedingung dem Könige der Franzoſen ihre Anerkennung zugeſagt hatten, daß er ſich von den Wegen der Revolution ab und den Bahnen einer feſten geregelten Ordnung zuwende, und die in der Hinrichtung der gefangenen Miniſter eine Erneuung jener Zeiten

Digitized by Google

der Schreckensherrſchaft geſehen hätten, welche die edelſten Häupter Frankreichs zu Hunderten und Tauſenden unter dem Mordbeile der Guillotine fallen ließen. Ludwig Philipp hatte ſein Wort darauf gegeben, daß weder Polignac noch die andern Miniſter der Volkswuth geopfert werden ſollten; und er war feſt entſchloſſen, ſein Verſprechen zu halten, denn er wußte wohl, daß ganz Europa in dem bevorſtehenden großen Rechtshandel das Ereigniß ſah, welches die Frage entſcheiden würde, ob das neue Königthum in Frankreich zu hinreichender Macht gediehen ſey, um dem Anwogen der Parteien zu widerſtehen, oder ob es nur einer zweiten revolutionairen Springfluth bedürfe, um den neuen Thron hinwegzuſpülen, wie den ſcheinbar ſo viel feſter begründeten, den drei Tage eines Straßenauflaufes geſtürzt hatten. Ludwig Philipp war mit der Vorausberechnung, die einen Grundzug ſeines Charakters bildete, von Anfang darauf bedacht geweſen, ſich einen Ausweg vorzubereiten, der ihm geſtattete, das Leben der Miniſter Karls X. zu ſchonen, ohne ſich mit der Volksmeinung in einen offenen Kampf einzulaſſen. Er hatte ſeit ſeiner Thronbeſteigung ſich beharrlich geweigert, ein Todesurtheil zu unterzeichnen, und die ſchwerſten Verbrechen waren deshalb ohne die nach den Geſetzen erkannte Ahndung geblieben. Als der Miniſterrath eines Tages beſchloß, daß das Gnadengeſuch eines Vatermörders verworfen werden müſſe, rief der König mit Thränen in den Augen aus: „Mein Vater iſt auf dem Blutgerüſt geſtorben!“ und die Vollziehung des Urtheils mußte aufgegeben werden. Die Abgeordnetenkammer kam den Wünſchen des Königs entgegen. In der Sitzung vom 17. Auguſt hatte der menſchenfreundliche Victor von Tracy den Antrag entwickelt, daß die Todesſtrafe aufgehoben werden möge. Der Rechtsgelehrte Bérenger ſprach ſich als Berichterſtatter gegen den Antrag aus und ſchlug deſſen Vertagung vor. Als am 8. October in den Kammern die Erörterung begann, erhob ſich Herr von Kératry und rief, den Zweck des Antrages ohne Umſchweife eingeſtehend, aus: „Ich bezeuge vor Ihnen, meine Herren, wenn es möglich wäre, in dieſem Umkreiſe die Eltern und Freunde der muthigen Opfer des Juli's zu verſammeln und ihnen die Frage vorzulegen: „Verlangt Ihr Blut um Blut?“ das ſchweigende Geſchwornengericht würde zum Zeichen der Verneinung das Haupt ſchütteln und mit ſeinem edlen Schmerze an den vereinſamten Heerd zurückkehren. Und ſollte ich mich täuſchen, ſo würde ich die Geiſter der edlen Gefallenen ſelbſt beſchwören und ſie auffordern, ein ſo wenig ihrer würdiges Urtheil abzuändern; denn ich weiß, daß die Tapfern,

Digitized by Google

die ihr Leben für eine heilige Sache wagen, kein Blut vergießen außer im Kampfe!“ Beifallsbezeugungen von allen Seiten des Saales nahmen dieſe Worte des Redners auf. Auch Lafayette erklärte ſich für den Antrag. „Es handelt ſich hier nicht um einen neuen Vorſchlag,“ ſagte er; „es handelt ſich um eine Frage, die längſt von den weiſeſten und tiefſinnigſten Denkern aller Länder und aller Zeiten beantwortet iſt. In der conſtituirenden Verſammlung wurde die Aufhebung der Todesſtrafe von Adrian Duport, von dem Vater des Antragſtellers, von jenem la Rochefoucault gefordert, der das Vorbild der guten und großen Bürger war. Und wie ſehr iſt es zu bedauern, daß ihr Wunſch damals kein Gehör fand! Was mich betrifft, ich werde die Aufhebung der Todesſtrafe verlangen, bis man mir die Unfehlbarkeit menſchlicher Urtheile beweiſ't. Die gegenwärtige Revolution hat einen Charakter, der ſie von allen andern unterſcheidet, die ihr vorausgegangen ſind. Das, was ſie auszeichnet, iſt die Vaterlandsliebe, die Tapferkeit, die Großmuth. Es wird für ſie eine gerechte und ruhmwürdige Huldigung ſeyn, wenn wir von ihrem Siege die Aufhebung der Todesſtrafe in Frankreich herſchreiben.“ Neue Beifallsbezeugungen übertönten die Stimme des geehrten Greiſes, und die Kammer beſchloß, eine Adreſſe an den König zu richten, worin ſie als den Grundſatz, deſſen Anerkennung die Bewunderung der Welt auf die Julirevolution ziehen würde, die Achtung vor dem Leben des Menſchen bezeichnete, und den Wunſch äußerte, daß dieſer Grundſatz allmälig in die Strafgeſetzgebung eingeführt werde. Ludwig Philipp erwiederte der Abordnung, die ihm dieſe Adreſſe überbrachte, der Wunſch, den ſie ausdrücke, ſey ſeit langer Zeit in ſeinem Herzen geweſen. In ſeinen jungen Jahren Zeuge des furchtbaren Mißbrauches, der von der Todesſtrafe in politiſchen Händeln gemacht werden könne, und des Unheils, das daraus für Frankreich und für die Menſchheit hervorgegangen ſey, habe er ſtets auf das Lebhafteſte ihre Abſchaffung erſehnt. Das Andenken an dieſe unglücklichen Zeiten möge Bürge für den Eifer ſeyn, mit dem er dafür ſorgen werde, daß der Kammer ein ihrem Wunſche entſprechender Geſetzentwurf vorgelegt werde.

Die Regierung glaubte jetzt ihr Ziel bereits erreicht zu haben; denn ſobald die Todesſtrafe für politiſche Verbrechen aufgehoben war, verſtand es ſich von ſelbſt, daß dieſelbe auch die Miniſter Karls X. nicht treffen konnte. Aber es zeigte ſich bald, daß in dieſe Berechnung ein Fehler mit untergelaufen war, den die geſchickteſten Rechenmeiſter überſehen hatten. Schon die Nachricht, daß der Pairshof berufen

Digitized by Google

werden ſolle, um über Polignac und ſeine Mitſchuldigen zu richten, hatte in der großen Maſſe der Bevölkerung von Paris eine lebhafte Unzufriedenheit erregt, weil man die Pairskammer überhaupt als einen der Julirevolution feindſeligen Körper betrachtete, und weil in der Pairskammer die Verwandten, die Freunde, die Verbündeten, vielleicht, wie der Argwohn eingab, die Mitwiſſenden der Angeklagten ſaßen. Als man jetzt vernahm, daß die Todesſtrafe für politiſche Verbrechen abgeſchafft werden ſollte, weil dieſer Weg als der ſicherſte erſchien, die Köpfe der Urheber der Juliordonnanzen zu retten, überſtieg die Aufregung alle Schranken, in denen ſie bisher der Zweifel und die Ungewißheit zurückgehalten hatten. Wie Meereswogen ſich durch dumpfes Brauſen aus der Ferne ankündigen, bis ſie mit donnerndem Getöſe an die Küſte ſchlagen, ſo durchliefen unheilverkündende drohende Gerüchte alle Kreiſe der großen Hauptſtadt, bis die ungezähmte Wuth der niedern Volksclaſſen ſich in einem furchtbaren Auflaufe Luft machte, der, wenn ſeine Kraft nicht an den Wällen von Vincennes und an dem Felſenherzen ihres Befehlshabers gebrochen worden wäre, die entſetzlichſten Ereigniſſe heraufgeführt hätte. Am 18. October waren aufrühreriſche Maueranſchläge in verſchiedenen Stadttheilen angeheftet. Gegen Abend bildeten ſich Zuſammenrottungen in den Vorſtädten, von denen aus zahlreiche Haufen unter dem Geſange der Marſeillaiſe die Straßen durchzogen. Dem zahlreichſten dieſer Haufen wird ein Banner vorgetragen, auf dem man die Worte lieſt: „Tod den Miniſtern!“ Er wendet ſich gegen das Palais royal, wo die Gitter geſchloſſen werden. Mehrere Bataillone der Nationalgarde eilen herbei, hinter denen ſich ſchüchtern ein Linienregiment verborgen hält, das von ſeinen Waffen gegen das Volk noch keinen Gebrauch zu machen wagt. Die Aufrührer, deren wüthendes Geſchrei unter dem Balcon des Palaſtes erſchallt, werden zurückgewieſen; aber ſie ſtürzen ſich jetzt in fortwährend anſchwellenden Maſſen auf den Weg nach Vincennes, um ihre Drohungen zur That zu machen. Die Dunkelheit iſt angebrochen. Tauſend Fackeln beleuchten den Zug der racheſchnaubenden Banden, die von dem wilden Rufe: „Tod den Miniſtern!“ die Luft erdröhnen laſſen. Vor den Mauern von Vincennes, das in ſeinem halbzerfallenen Zuſtande gegen einen ernſten Anlauf keine Sicherheit bot, tritt ihnen der Commandant der Feſte, der alte tapfere General Daumesnil, entgegen, hält ihnen die Unwürdigkeit ihres Beginnens vor und droht, wenn ſie in das Innere drängen, die Citadelle mit Allem, was darin ſey, in die Luft zu ſprengen. Dieſe Erklärung ſchreckt den Haufen, der

Digitized by Google

zugleich durch die Verſicherung beruhigt wird, daß die Gefangenen ihrer gerechten Strafe nicht entgehen würden; und damit zerſtreut ſich die Zuſammenrottung, die bei ihrer Ankunft auf dem Glacis von Vincennes zu vielen Tauſenden angewachſen war.

Der erſte Stoß der Bewegung, die ſo plötzlich und ſo gewaltſam zum Ausbruche kam, war glücklich abgelenkt; aber nichts bürgte dafür, daß ſich dieſelbe nicht in geſteigertem Maße wiederholte, ſo lange die Urſache fortwirkte, welche die Aufregung hervorgerufen hatte. Ob die Nationalgarde dem Aufſtande, wenn dieſer ſich in ſeiner vollen Kraft erhob, gewachſen, ob ſie auch nur geneigt ſeyn würde, gegen die Aufrührer mit hinreichendem Ernſte einzuſchreiten, war ſehr zweifelhaft, da es bei aller Hingebung, welche der Bürgerſtand ſonſt für die Erhaltung der Ruhe bewährte, denn doch vielleicht eine zu ſtarke Zumuthung war, von ihm zu verlangen, daß er ſich zur Vertheidigung der Miniſter Karls X. bewaffnen ſollte. Unter dieſen Umſtänden glaubte Odilon Barrot, der nach ſeiner Rückkehr von Cherbourg den eiteln und unfähigen de la Borde als Präfect des Seinedepartements erſetzt hatte, kein anderes Mittel zu haben, um neuen Unordnungen vorzubeugen, als indem er die Aufregung durch Entfernung ihrer nächſten Veranlaſſung beſchwichtigte. Er erließ eine Bekanntmachung, worin er zwar den bitterſten Tadel über die ſtattgefundenen Ausſchweifungen ausſprach, zugleich aber den Schritt (der Abgeordnetenkammer) als einen unpaſſenden (une démarche inopportune) bezeichnete, der die Vorausſetzung habe veranlaſſen können, daß ein Plan beſtehe, den gewöhnlichen Lauf der Gerechtigkeit zu Gunſten der ehemaligen Miniſter zu unterbrechen. Odilon Barrot verſicherte, daß dieſe Annahme nur auf einem Mißverſtändniſſe beruhe; er erklärte, daß die Gerechtigkeit ihren Lauf haben werde; die Vorbereitungen zur Anklage gegen die Miniſter dauerten fort; ſie gehörten dem Geſetze, und das Geſetz allein werde ihr Geſchick entſcheiden. „Die guten Bürger“, ſagte er, „können mehr nicht verlangen; aber was ſind dieſe Todesrufe, die in unſern Straßen, auf unſern öffentlichen Plätzen ausgeſtoßen werden, dieſe Herausforderungen, dieſe Maueranſchläge, als Gewaltthätigkeiten, die gegen die Gerechtigkeit verübt werden?“ „Volk von Paris“, wandte er ſich zum Schluſſe an die Bevölkerung der Hauptſtadt, „Du billigſt dieſe Gewaltthätigkeiten nicht; der Angeklagte iſt Dir etwas Heiliges; er iſt unter den Schutz des Geſetzes geſtellt; ihn beleidigen, ſeine Vertheidigung lähmen, dem Spruche der Gerechtigkeit vorgreifen, heißt die Geſetze jeder geſitteten Geſellſchaft verletzen, heißt die erſte Pflicht der

Digitized by Google

Freiheit verkennen, iſt mehr als ein Verbrechen, iſt eine nichtswürdige Feigheit." Die Bekanntmachung Odilon Barrots brachte die beabſichtigte Wirkung hervor; aber am Hofe erregte ſie einen Unwillen, der an Erbitterung grenzte: der Präfect des Seinedepartements nahm es ſich heraus, eine Sprache zu führen, durch die er ſich über die Abgeordnetenkammer und ſelbſt über den König ſtellte, der mit der Kammer einverſtanden war; eine Sprache, die an jene Zeiten der erſten Revolution erinnerte, wo die Gemeinde von Paris ſich die oberſte Entſcheidung in allen öffentlichen Angelegenheiten anmaßte. Der Miniſter des Innern, Guizot, der als der unmittelbare Vorgeſetzte des Seinepräfecten die Eigenmächtigkeit, die derſelbe bei dieſer, wie bei verſchiedenen früheren Gelegenheiten bewieſen hatte, als eine offene Auflehnung gegen ſein Anſehen betrachtete, verlangte die augenblickliche Abſetzung des störriſchen, unfügſamen Beamten. Ludwig Philipp erklärte ſich bereit, der Forderung Guizots zu entſprechen, und ſämmtliche Miniſter traten der Anſicht des Königs bei. Nur Laffitte vertheidigte den Seinepräfecten, und Dupont, welcher der Mehrzahl ſeiner Collegen längſt in unfreundlicher Spannung gegenübergeſtanden, drohte, ſeine eigene Entlaſſung zu nehmen, ſobald Odilon Barrot die ſeinige erhalte. Auch General Lafayette, der mit Dupont in allen wichtigen politiſchen Fragen einverſtanden war und in Odilon Barrot ſeinen treueſten und ergebenſten Verbündeten ſah, bot ſeinen Rücktritt an. Beide Männer, die bei der großen Maſſe der Bevölkerung in Paris, wie in ganz Frankreich eines beinahe gleichen Vertrauens genoſſen, waren aber in einem Augenblicke unentbehrlich, wo der Aufruhr nur eines Vorwandes bedurfte, um von neuem in lichten Flammen emporzuſchlagen. Dennoch konnte Ludwig Philipp ſich nicht überwinden, nachzugeben; ihm war es weniger darum zu thun, den Seinepräfecten wegen eines Verſtoßes gegen die Gebote der Unterordnung unter die vorgeſetzte Behörde zu ſtrafen, als der Macht Lafayette's die Stütze zu entziehen, die ſie in dem Haupte der Civilverwaltung des Departements hatte, welches die Hauptſtadt mit ihrer Umgegend umfaßte. General Sebaſtiani erbot ſich, durch ſeine freundſchaftliche Vermittlung Odilon Barrot zu freiwilliger Amtsniederlage zu vermögen. Auch davon wollte Dupont nichts wiſſen. Am Abende war eine Sitzung des Miniſterrathes. Der König kündigte an, daß die Entlaſſung des Seinepräfecten entſchieden ſey; Lafayette habe eingewilligt. — „Lafayette!" rief der rauhe Dupont aus; „Ew. Majeſtät ſind gewiß im Irrthume!" — „Ich habe es gehört, mein Herr!" — „Erlauben Sie mir, Sire, an

Digitized by Google

einen Irrthum von Ihrer Seite zu glauben. Lafayette hat ſich gegen mich in ganz anderer Weiſe geäußert, und ich halte den General für unfähig, ſich ſo ſehr zu widerſprechen. Uebrigens wollen wir nur davon reden, was mich ſelbſt angeht. Da Herr Barrot ſich zurückzieht, ſo wiederhole ich Ew. Majeſtät die Bitte, meine Entlaſſung anzunehmen." — „Aber Sie haben mir ja heute Morgen gerade das Gegentheil geſagt!" — „Ich Sire? Ich behaupte diesmal beſtimmt, daß Sie ſich irren." — „Wie, mein Herr, Sie beſchuldigen mich der Unwahrheit? Alle Welt wird erfahren, daß Sie die Achtung gegen mich verletzt haben." — „Sire," erwiederte Dupont, ohne ſich aus der Faſſung bringen zu laſſen, „wenn der König ja ſagt und Dupont nein, ſo weiß ich, welchem von Beiden Frankreich glauben wird!" Der ganze Miniſterrath wurde durch einen ſo unerhörten Auftritt in die äußerſte Beſtürzung verſetzt. Der Siegelbewahrer hatte ſich von ſeinem Sitze erhoben und war im Begriffe, das Gemach zu verlaſſen. Der Herzog von Orleans — der älteſte Sohn Ludwig Philipps, auf den bei der Thronbeſteigung des Vaters deſſen Titel übergegangen war, und der zufällig dem Miniſterrathe beiwohnte — hatte Einſicht genug, um zu begreifen, daß ein ſolcher Auftritt unter den gegenwärtigen Verhältniſſen um keinen Preis außerhalb der Mauern des Palaſtes bekannt werden dürfe. Er trat Dupont entgegen, faßte ihn bei den Händen und führte ihn zum Könige: „Herr Dupont iſt ein ehrenwerther Mann, mein Vater; es kann bei alle dem nur ein Mißverſtändniß obwalten." Der König wurde gerührt und umarmte den Miniſter, der, ſeinerſeits gleichfalls bewegt, ſich dazu verſtand, ſeine Entlaſſung zurückzunehmen *). Odilon Barrot blieb im Amte.

Nachdem die Dinge einmal ſo weit gediehen waren, konnte Guizot unmöglich ſeine Stellung behaupten; mit ihm nahm ſein vertrauter Freund, der Herzog von Broglie, den Abſchied, und ihrem Beiſpiele folgten Graf Molé, Caſimir Périer, Dupin und Bignon, ſo daß das Cabinet ſich in vollſtändiger Auflöſung befand. Alle dieſe Männer, ſelbſt Bignon nicht ausgenommen, der nur in der auswärtigen Politik von ſchwachen revolutionairen Anwandlungen nicht frei war, waren darin mit Guizot und dem Herzoge von Broglie einverſtanden, daß man die Revolution, nachdem ſie durch die Begründung des Julithrones ihren Abſchluß erreicht habe, keinen Schritt weiter vorwärts gehen laſſen dürfe. In ihrem Geiſte war bisher die Verwaltung ge-

*) Louis Blanc, histoire de dix ans. T. II. pag. 132, 3.

Digitized by Google

leitet worden; aber ſie erkannten, daß dies nicht länger möglich war, ſobald der revolutionairen Partei, die durch den Dreimännerbund Lafayette, Dupont und Odilon Barrot vertreten war, ein ſo überwiegender Einfluß geſtattet werden mußte, wie ſich bei dem Streite über die Bekanntmachung des Seinepräfecten herausgeſtellt hatte. Sie zogen ſich jetzt zurück, nicht weil ſie ihre Sache verloren gegeben hätten, ſondern nur um den Sturm, dem ſie für den Augenblick nicht die Spitze zu bieten vermochten, vorüberziehen zu laſſen und ihre Kräfte für eine gelegenere Zeit zu verſparen. Die Verwaltung, welche jetzt durch den Rücktritt ihrer vornehmſten Mitglieder geſprengt war, hatte keine volle drei Monate beſtanden; aber ſie hatte während dieſer wenigen Monate die Grundlagen der neuen Ordnung mit ſolcher Sicherheit befeſtigt, daß dieſelben nicht ohne ſchwere Kämpfe aus dem Boden wieder herausgeriſſen werden konnten.

Wichtiger als jede vereinzelte Maßregel, welche die Regierung ergreifen konnte, war die Beibehaltung der Abgeordnetenkammer in der Zuſammenſetzung, in der dieſelbe aus den letzten Wahlen unter Karl X. hervorgegangen war. Unmittelbar nach der Erhebung Ludwig Philipps konnte man an eine Auflöſung der Kammer nicht denken, weil der neue Thron einer Stütze in der Meinung bedurfte, welche nur die Verſammlung zu gewähren vermochte, die nach dem Sturze Karls X. thatſächlich alle Rechte der Souverainetät an ſich gezogen hatte und in der Ausübung derſelben von ganz Frankreich als berechtigt anerkannt worden war. Aber auch nachdem die erſte dringende Nothwendigkeit vorüber war, mußte es der Regierung im höchſten Grade wünſchenswerth ſeyn, eine geſetzgebende Verſammlung ſo lange als möglich ſich zur Seite zu erhalten, in der die Mehrzahl ſich von den gemäßigteſten Geſinnungen beſeelt zeigte, während rings um ſie her alle Leidenſchaften entfeſſelt waren. Die Mehrheit der Abgeordnetenkammer betrachtete es augenſcheinlich als die einzige Aufgabe, die ihr zu erfüllen oblag, der Regierung die Hand zu bieten, um alle Hinderniſſe zu entfernen, die etwa noch der Befeſtigung der neu begründeten Gewalt entgegenſtanden. Sie vermied alle ſtürmiſche Erörterungen, machte von dem Rechte des erſten Antrages auf neue Geſetze, das ſie durch die Charte von 1830 erworben, den ſparſamſten oder vielmehr ſo gut als gar keinen Gebrauch und begnügte ſich, alle Vorſchläge, welche das Miniſterium an ſie gelangen ließ, mit dem geringſten möglichen Zeitverluſte zu genehmigen. Die Regierung behandelte die Franzoſen als Kinder, denen man, wenn ſie ſich ungebehrdig anſtellen, mit ſüßen Worten ſchmeichelt

Digitized by Google

und glänzende Spielſachen giebt, um ihre Aufmerkſamkeit von den Gegenſtänden abzulenken, die ihnen verdrießlich ſind; und die Abgeordnetenkammer unterſtützte dies freilich durch die Umſtände gerechtfertigte Verfahren auf das Redlichſte. Der erſte Antrag, der in der Kammer nach der Vereidigung ihrer Mitglieder auf die neue Ordnung der Dinge zur Verhandlung kam, war, den Verwundeten des Julikampfes, ſo wie den Wittwen und Waiſen der Gefallenen Jahrgehalte auszuſetzen und Denkmünzen zur Vertheilung an die Sieger prägen zu laſſen. Später wurde beſchloſſen, daß zur Verherrlichung der Baſtilleſtürmer und der Julihelden eine Triumphſäule errichtet werden ſolle. Alle Redner, die bei dieſen Veranlaſſungen das Wort ergriffen, wetteiferten mit einander, die feurigſte Freiheitsliebe an den Tag zu legen. Im Einklange mit den revolutionairen Geſinnungen, zu denen ſich die Kammer bekannte, gab eine königliche Verordnung das Pantheon, welches die Reſtauration wieder in eine chriſtliche Kirche verwandelt hatte, der Beſtimmung zurück, die dieſem urſprünglich kirchlichen Gebäude die erſte Revolution geliehen, und ließ über dem Eingange die berühmte Inſchrift herſtellen: „Seinen großen Männern das dankbare Vaterland!" Ein beſonderes Geſetz rief die Mitglieder des Conventes zurück, die für den Tod Ludwigs XVI. geſtimmt hatten und durch die Reſtauration aus Frankreich verbannt waren. Ein anderes Geſetz hob die Todesfeier auf, welche die Reſtauration am Tage der Hinrichtung Ludwigs XVI. angeordnet hatte. Auch ſchien es, als ob die Regierung ſich beeilen wolle, die Verſprechungen in Bezug auf die Erweiterung der öffentlichen Freiheiten zu erfüllen, die bei der Annahme der neuen Charte eingegangen waren. An einem und demſelben Tage wurden durch den inzwiſchen zum Marſchall ernannten Kriegsminiſter Gérard, durch den Miniſter des Innern Guizot und durch den Juſtizminiſter Dupont drei Geſetzentwürfe in die Kammer gebracht, die von dem gleichen Geiſte des Fortſchrittes auf der Bahn der Revolution eingegeben ſchienen. Der erſte dieſer Geſetzentwürfe ſicherte den Officieren des Heeres ihre Stellungen, deren ſie in Zukunft nur durch ein förmliches Urtheil verluſtig erklärt werden durften. Der zweite beſtimmte, daß alle Mitglieder der Abgeordnetenkammer, die eine mit Beſoldung verbundene Anſtellung im Staatsdienſte annähmen, ſich der Wiedererwählung von Seiten ihres Wahlcollegiums unterwerfen ſollten. Der dritte dehnte die Gerichtsbarkeit der Geſchwornengerichte über alle politiſche Vergehen, ſo wie über alle Vergehen der Preſſe aus, die bisher von den königlichen Gerichtshöfen beurtheilt worden waren. Durch

Digitized by Google

dieſe Anſtrengungen ſchien aber auch ſowohl die Regierung, wie die Kammer ihre ganze ſchöpferiſche Kraft erſchöpft zu haben. In der Kammer machte der revolutionaire Eifer, der die erſten Sitzungen belebte, der Beſorgniß Platz, daß die Revolution ſich zu Uebertreibungen hinreißen laſſen könne, welche die Ruhe im Innern und den Frieden nach außen gefährden würden. Die Regierung war vollauf damit beſchäftigt, die Anſprüche zu befriedigen, welche die von allen Seiten ſich vordrängenden Leidenſchaften des Ehrgeizes und der Habſucht erhoben. Schon in den erſten Tagen nach dem Siege der Revolution hatte die Aemterjagd begonnen, die in ſteigendem Maße wuchs, je mehr ſich die neue Ordnung befeſtigte. In der Beſitzung der öffentlichen Stellen mußten nothwendig große Veränderungen vorgehen, weil man wenigſtens die wichtigeren derſelben nicht ohne Gefahr in den Händen der treuen Anhänger der geſtürzten Dynaſtie laſſen konnte, mit denen ſie beſetzt waren. Aber jetzt hielt jedes Mitglied der Abgeordnetenkammer, das ſich ſelbſt einigen Einfluß zutraute oder einige Bedeutung beilegte, ſich berechtigt, ſeine Angehörigen, ſeine Freunde und Günſtlinge zu empfehlen; und es fanden ſich nicht doppelt ſo viele Bewerber, als Aemter zu vergeben waren, ſondern die zehnfache, ja die hundertfache Zahl. Darüber wurden die Anſprüche vergeſſen, die das Land auf Vereinfachung der Verwaltung, auf Sparſamkeit in den Ausgaben, auf Verminderung und gerechtere Vertheilung der Abgaben hatte, die aber in der Abgeordnetenkammer unter ſo vielen beredten Vorkämpfern der Volksfreiheiten und Volksrechte auch nicht einen einzigen Vertreter fanden.

Nicht bloß unter den überſpannten Revolutionairen, ſondern auch unter jenen aufrichtigen Freunden des Vaterlandes, die eine große Revolution nur nicht allein zum Vortheile einer Anzahl gieriger Ränkeſchmiede ausgebeutet ſehen wollten, verbreitete ſich daher eine Mißſtimmung, die ſich in den bitterſten Klagen noch mehr über die Abgeordnetenkammer als über die Regierung Luft machte. Von allen Seiten wurde darauf gedrungen, daß die Kammer, nachdem ſie die Gegenſtände erledigt, die ohne weſentliche Nachtheile keinen Aufſchub geſtatteten, aus einander gehen und einer neuen von der Nation nach einer neuen Wahlordnung gewählten weichen ſollte, die nicht mehr die Spuren ihrer Ernennung unter der Leitung der Miniſter Karls X. an ſich trage, ſondern der wahre Ausdruck der Geſinnungen ſey, welche durch die Julirevolution den Sieg erlangt hätten. Damit wäre aber der Regierung wenig gedient geweſen, die gerade den Gang der Reſtauration im Weſentlichen einzuhalten beabſichtigte. Im Miniſterium hatte von

Digitized by Google

Anfang die Anſicht überwogen, daß die Kammer ſo lange als möglich ohne irgend eine Veränderung beizubehalten ſey; und man fürchtete nur, daß das Ausſcheiden der zahlreichen Legitimiſten, die Ludwig Philipp den Eid der Treue verweigerten, ſo wie der neu angeſtellten Beamten, die ſich der Wiedererwählung unterwerfen mußten, eine Auflöſung unvermeidlich machen möchte, da man mit einer unvollzähligen Kammer der Meinung des Landes doch nicht entgegenzutreten wagte. Guizot, der die Anknüpfung an die Zuſtände der Reſtauration am entſchiedenſten bevorwortete, hatte aber ein Mittel gefunden, auch dieſem Uebelſtande zu begegnen. Da eine Ergänzung der Kammer nach dem alten von der Volkspartei immer verworfenen Wahlgeſetze auf zu vielfachen Widerſpruch geſtoßen wäre, ſo legte er einen Geſetzentwurf vor, der vorläufig nur die anſtößigſten Beſtimmungen der alten Villèleſchen Wahlordnung beſeitigte und bloß bei den Wahlen in Anwendung kommen ſollte, welche nothwendig waren, um die Kammer auf ihre geſetzlich erforderte volle Zahl zu bringen. Bei den Verhandlungen, die über den Geſetzentwurf Statt fanden, verlangte Salverte, daß ſogleich die vollſtändige neue Wahlordnung eingebracht werde, welche durch die Charte von 1830 verheißen ſey. Der Wahlcenſus, ſo wie der Cenſus der Wählbarkeit müſſe nothwendig herabgeſetzt werden, wenn man die Körperſchaften der Wähler und Wählbaren auch nur auf den Stand zurückbringen wolle, den die Charte von 1814 beabſichtigt habe, da beide ſeitdem durch die fortſchreitende Theilung des Grundeigenthumes, ſo wie durch die Herabſetzung der directen Steuern fortwährend in ihrer Zahl vermindert worden wären. Auch Mauguin forderte ein vollſtändiges neues Wahlgeſetz, aber er erklärte zugleich, daß eine Ergänzung der Kammer unnöthig ſey, weil dieſe überhaupt in ihrer gegenwärtigen Zuſammenſetzung nicht länger fortbeſtehen dürfe. „Alles, was die Kammer bisher gethan hat,“ ſagte er, „hatte ſie ohne Zweifel, das Recht zu thun. Als die einzige beſtehende Gewalt mitten in der allgemeinen Zerrüttung war ſie verpflichtet, für das Wohl des Vaterlandes zu wachen. Damit hörten aber auch ihre Verpflichtungen und ihre Befugniſſe auf; ſie mußte der Nothwendigkeit gehorchen; die Nothwendigkeit iſt der Rechtstitel, der alle ihre Maßregeln rechtfertigt; aber eben deshalb darf ſie nicht darüber hinausgehen. Wenn ſie ihren Gang weiter fortſetzen wollte, woher würde ſie dann ihre Berechtigung nehmen? Würde ſie dieſelbe aus den letzten Wahlen herleiten? Aber welchen Auftrag haben wir durch dieſe erhalten? Unſer Auftrag war, mit einer Pairskammer zuſammen zu wirken, die jetzt verſtümmelt iſt,

Digitized by Google

mit einer Kammer, die von einem Könige geſchaffen war, der jetzt geſtürzt iſt, einen Theil einer Regierung zu bilden, die ein untrennbares Ganzes war, und die gegenwärtig nicht mehr beſteht. Soll der Theil fortbeſtehen, nachdem das Ganze vernichtet iſt? Nein, nein! täuſchen wir uns nicht; unſer Auftrag iſt erloſchen mit der Regierung, bei der er ausgeführt werden ſollte. Wenn die Julirevolution uns als eine nothwendige Macht geſchaffen hat, ſo hat ſie uns als eine geſetzliche Gewalt vernichtet. Wir wollen Alle das Wohl des Vaterlandes. Da dies der Fall iſt, ſo mögen wir auch nicht fürchten, uns von neuem ſeiner Wahl zu unterwerfen. Wenn es uns heute eben ſo beurtheilt, wie es uns früher beurtheilt hat, ſo werden wir geſtärkt durch unſer Gewiſſen und durch unſere doppelte Erwählung wiederkommen. Wenn Andere uns erſetzen, ſo werden wir mit jenem Spartaner ausrufen: „Glückliches Vaterland, du haſt beſſere Bürger, als wir ſind!“ — Dieſe Rede war von der Mehrheit mit ſchlecht verborgenem Unwillen angehört worden; mehrfache zum Theil unwürdige Ausrufungen, wie die, daß er doch ſelbſt ſeine Entlaſſung nehmen möge, hatten den Sprecher unterbrochen. Der betagte Agier vertheidigte die Kammer gegen die „Anklage“ Mauguins. Benjamin Conſtant geſtand ein, daß er die Regierung mit beſtimmt habe, nur ein vorläufiges Wahlgeſetz vorzulegen. Es ſey folgewidrig zu behaupten, daß die Rechte der Kammer erloſchen wären, ſobald es ſich darum handle, ein vorläufiges Wahlgeſetz zu geben, während man ihr das Recht einräume, ein bleibendes zu erlaſſen. Dupin, der ältere, griff dieſen ſophiſtiſchen Einwand auf, indem er der Kammer bemerkte: „Entweder haben Sie Vollmacht oder Sie haben keine. Haben Sie keine Vollmacht, ſo dürfen Sie ſo wenig ein bleibendes Wahlgeſetz machen, als ein vorläufiges. Ein vorübergehendes Wahlgeſetz iſt aber nöthig zur Verhinderung einer allgemeinen Zerrüttung; hier entſcheidet das große Geſetz der Nothwendigkeit. Glauben wir ja nicht, die phyſiſche Gewalt habe in unſerer Revolution Alles gethan. Während die bewaffneten Bürger die Hauptſtadt vertheidigten, berathſchlagten wir und boten ebenfalls unſere Köpfe dar; denn die Bewaffneten hätte Niemand mehr gefunden, uns hätte man aufzuſuchen gewußt. Verlaſſen wir daher unſere Arbeit nicht; beſeitigen wir die thörichte Furcht, auf einige Augenblicke unſere Volksbeliebtheit zu verlieren. Wir haben die Freiheit errungen, und iſt unſere Revolution gut geweſen, ſo wollen wir nicht fürchten, ſie zu beendigen.“ General Demarçay machte im Sinne Salverte's den Vorſchlag, den Wahlcenſus ſofort von 300 auf 200 Franken, den Cenſus der Wähl-

Digitized by Google

barkeit von 1000 Franken auf die Hälfte herabzuſetzen. Dieſer Vorſchlag wurde mit großer Stimmenmehrheit verworfen, darauf der urſprüngliche Geſetzentwurf mit wenigen unweſentlichen Veränderungen angenommen und folglich der Beſchluß gefaßt, daß die Kammer durch Wahlen ergänzt werden ſollte, die ohne eine durchgreifende Umgeſtaltung des Villèle'ſchen Wahlgeſetzes Statt finden mußten. Am 9. October vertagte ſich die Kammer, bis die Ergänzungswahlen vollendet wären, aus denen nicht weniger als 113 neue Mitglieder hervorgehen ſollten; und in der Zwiſchenzeit trat jener Zwieſpalt im Miniſterium ein, der nach einigen vergeblichen Verſuchen zur Ausgleichung deſſen Auflöſung zur Folge hatte.

Da der König die austretenden Miniſter der Nothwendigkeit geopfert hatte, den ſtörriſchen Dupont in ſeinem Rathe und Lafayette an ſeiner Seite zu behalten, ſo ſchien es unvermeidlich, daß die neue Verwaltung in einem Geiſte gebildet wurde, der den Geſinnungen Lafayette's und Duponts entſprach. Eine ſolche Verwaltung würde aber bei der Richtung, welche in der Abgeordnetenkammer herrſchte, keinen Augenblick haben beſtehen können, wenn ſie nicht die Ermächtigung gehabt hätte, die Kammer aufzulöſen; und dazu ſeine Einwilligung zu ertheilen, konnte Ludwig Philipp ſich unmöglich entſchließen, weil er dadurch dem Strome der Revolution, den man kaum in ſein Bette einzudämmen angefangen, von neuem alle Schleuſen geöffnet hätte. Unter dieſen Umſtänden ließ ſich kaum abſehen, wie die Schwierigkeiten überwunden werden ſollten, die dem Zuſtandekommen eines neuen Miniſteriums entgegenſtanden; auch dauerten die Unterhandlungen, die deshalb geführt wurden, acht Tage, ohne daß man zu einem Ergebniſſe gelangt wäre, bis endlich das Selbſtvertrauen des großherzigen, eiteln, jedes politiſchen Blickes entbehrenden Laffitte alle Hinderniſſe beſeitigte. Laffitte, der als ein ausgezeichneter Kenner des Finanzweſens galt, weil er ein geſchickter Banquier war, und der das unbedingte Vertrauen Ludwig Philipps zu beſitzen glaubte, weil er ihm außerordentliche Dienſte geleiſtet hatte, übernahm es zugleich, die verwickelte Verwaltung des Staatshaushaltes zu leiten und an die Spitze des Cabinettes zu treten, das er den unauflöslichen Schwierigkeiten der Lage zum Trotze durch ſeine perſönlichen Bemühungen zu Stande brachte, indem er alle Bedenklichkeiten, die ihm ſeine politiſchen Freunde entgegenhielten, durch ſeine eigene Zuverſicht über den Haufen warf. Laffitte glaubte einer Auflöſung der Kammer nicht zu bedürfen; denn er war überzeugt, daß einem Cabinette, in dem er ſelbſt den Vorſitz

Digitized by Google

hatte, die Zuſtimmung der Mehrheit nicht fehlen könne, da er ja erſt in der zweiten Hälfte des Auguſts, als Caſimir Périer aus Geſundheitsrückſichten auf die Leitung der Kammerverhandlungen verzichtete, beinahe einſtimmig — mit 245 Stimmen unter 259 — an deſſen Statt zum Präſidenten erwählt worden war. Der plumpe Dupont, der durch ſeinen Starrſinn den Austritt der gegenrevolutionairen Miniſter erzwungen hatte, wurde durch ſehr mäßige Zugeſtändniſſe beſtimmt, in ſeiner Stellung als Siegelbewahrer auszuharren. Er erlangte, daß der frühere Advocat Mérilhou, den er zum Generalſecretair im Juſtizminiſterium gemacht hatte, und in dem er ſeinen treueſten Sinnesgenoſſen ſah, anſtatt des Herzogs von Broglie zum Miniſter des öffentlichen Unterrichts ernannt wurde. Ein anderes Zugeſtändniß, auf welches er nicht geringeren Werth legte, war, daß die Stelle eines Polizeipräfecten von Paris dem ſchwachen unſicheren Girod (vom Ain) entzogen und dem freiſinnigen Grafen Treilhard übergeben wurde, von dem vorauszuſetzen war, daß er mit Odilon Barrot feſt zuſammenhalten und dadurch in die Verwaltung der Hauptſtadt eine Einheit bringen würde, die ſo leicht keinen Einbruch von Einflüſſen geſtattete, welche der Freiheit nachtheilig werden könnten. Außer Laffitte und Dupont verſtanden ſich auch Marſchall Gérard und General Sebaſtiani dazu, im Cabinette zu bleiben; und da man die Miniſterſtellen ohne Portefeuille nicht mehr nöthig fand, ſo waren nur noch zwei Ernennungen erforderlich, um die Verwaltung zu vervollſtändigen: freilich die wichtigſten von allen, nämlich jene für die Miniſterien des Innern und des Auswärtigen. Beide Aemter wurden auf eine Weiſe beſetzt die unbegreiflich geweſen wäre, wenn Laffitte's Leichtſinn nicht ſeiner Selbſtüberſchätzung und dem Anſehen, in dem er bei der Volkspartei ſtand, gleich gekommen wäre. Das Miniſterium des Innern wurde dem Grafen Bachaſſon von Montalivet übertragen, einem jungen Manne, der eben erſt Obriſt der Nationalgarde geworden war und ſich unter dieſer eine große Beliebtheit erworben hatte, aber keinen andern Anſpruch auf ein ſo bedeutendes Amt beſaß, wie das Miniſterium, von dem die Leitung der inneren Entwickelung ſeines Vaterlandes abhing, als etwa jenen, daß ſein Vater daſſelbe einſt zur Zeit des Kaiſerreiches bekleidet hatte. Eben ſo wenig wie Graf Montalivet für das Miniſterium des Innern war der Marſchall Maiſon für das Miniſterium des Auswärtigen befähigt, in dem er den Grafen Molé erſetzen ſollte. Das Einzige, was für ihn ſprach, war, daß Graf Molé ihn zum Botſchafter in Wien beſtimmt hatte, weil er ihm neben ſeiner wohlbe-

Digitized by Google

währten militairiſchen Feſtigkeit hinreichende Feinheit zutraute, um nicht bloß zu hören, was ihm geſagt, ſondern auch zu errathen, was ihm verſchwiegen wurde. Der geheime Grund, weshalb Marſchall Maiſon zum Miniſter ernannt wurde, war aber nicht ſowohl die Befähigung, die man ihm zutraute, als vielmehr gerade der Mangel an Fähigkeit, den man bei einem alten im Lager erzogenen Soldaten vorausſetzte, die auswärtigen Beziehungen Frankreichs ſelbſtſtändig zu ordnen. Als Ludwig Philipp ſich zuerſt mit dem Fürſten Talleyrand über die Richtung verſtändigte, die der allgemeinen Politik des Landes zu geben wäre, hatte er ſeinen vertrauten Rathgeber zu beſtimmen geſucht, in dem Miniſterium, deſſen Bildung bevorſtand, die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten zu übernehmen. Talleyrands Antwort war, daß ſein Platz nicht zu Paris, ſondern zu London ſey; denn hier würden alle große Fragen der europäiſchen Politik entſchieden werden. Das, woran Frankreich Alles gelegen ſeyn müſſe, ſey, in die engſte Verbindung mit England zu treten; ſobald England und Frankreich einverſtanden wären, ſey keine Gefahr für den europäiſchen Frieden zu fürchten. Dies war die alte Anſicht des greiſen Diplomaten, die er bei allen ſonſtigen Meinungs- und Stellungswechſeln ſeit dem Beginne ſeiner politiſchen Laufbahn feſtgehalten hatte, von der er bei ſeiner Sendung im Jahre 1792 ausgegangen war, die ihn beim Abſchluſſe des Friedens von Amiens geleitet hatte, im Jahre 1809 ihn verführte, hinter dem Rücken des Kaiſers Unterhandlungen mit England anzuknüpfen und auch bei den großen Unterhandlungen der Jahre 1814 und 1815 den Mittelpunkt aller ſeiner Beſtrebungen bildete. Nach der Julirevolution ſchien Talleyrand kein Opfer zu groß, wenn damit Englands Freundſchaft zu erkaufen war; und Ludwig Philipp, der ihm vollkommen beiſtimmte, hatte ihm bereits in den erſten Tagen des Auguſt mit dem Botſchafter-Poſten, den er verlangte, unumſchränkte Vollmachten zugeſichert. Talleyrands Name war aber wegen der zweideutigen Rolle, die er ſein ganzes Leben hindurch geſpielt, ſo übel berufen, daß ſich, als derſelbe zuerſt im Cabinette genannt wurde, beinahe alle Stimmen gegen ihn erklärten. Dennoch ſetzte der König, der diesmal ſeinen Willen mit einer Beſtimmtheit ausſprach, welche man noch nicht an ihm gewohnt war, ſeine Ernennung durch. Die Abreiſe Talleyrands wurde nur durch die Schwierigkeiten verzögert, welche der Ausbruch des belgiſchen Aufſtandes zu den ohnedies in der allgemeinen Lage der Dinge vorhandenen hinzufügte. Wie hohen Werth Graf Molé auch auf das brittiſche Bündniß legte, ſo war er

Digitized by Google

doch keineswegs der Meinung, daß man demſelben alle andere Intereſſen opfern müſſe. Obwohl ſonſt keineswegs geneigt, den von Lafayette aufgeſtellten Grundſatz der Nichteinmiſchung in ſeiner Ausdehnung bis an ſeine äußerſten Grenzen anzuerkennen, war er doch feſt entſchloſſen, eine Einmiſchung auswärtiger Mächte in die belgiſchen Händel nicht zu dulden; er hatte auf die erſte Anfrage, die der preußiſche Geſandte deshalb an ihn richtete, erklärt: daß in dem Augenblicke, in dem ein preußiſches Bataillon zur Unterſtützung der Holländer die Grenze überſchritte, auf der andern Seite ein franzöſiſches Heer in Belgien einrücken würde. Fürſt Talleyrand ging nicht eher nach London ab, als bis er die Gewißheit hatte, daß England bereit ſey, auf jede bewaffnete Einmiſchung in die belgiſchen Wirren zu verzichten. Eine der Bedingungen, unter denen Talleyrand ſeinen Botſchafterpoſten angenommen hatte, war, daß es ihm verſtattet wurde, neben dem gewöhnlichen Verkehr mit dem Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten einen unmittelbaren Briefwechſel mit dem Könige zu unterhalten. Neben der amtlichen öffentlichen Politik, die durch den Grafen Molé zu Paris vertreten war, gab es daher eine vertrauliche, in gar manchen Punkten von jener abweichende, die der König perſönlich leitete, und deren letztes Wort nur Talleyrand zu London beſaß. Mit einem ſolchen Verhältniſſe konnte weder Molé, noch irgend ein anderer Miniſter, der einige Selbſtſtändigkeit des Charakters hatte, zufrieden ſeyn; und es iſt nicht unwahrſcheinlich, daß dieſer Umſtand einen weſentlichen Antheil an ſeinem Entſchluſſe hatte, mit den Herren Guizot und Broglie, die er bei aller Verwandtſchaft der Anſichten eben nicht zu ſeinen vertrauteſten Freunden rechnete, zugleich das Miniſterium zu verlaſſen. Von ſeinem Nachfolger, dem Marſchall Maiſon, war eine ähnliche Empfindlichkeit ſo leicht nicht zu fürchten.

Am 2. November hatte der König die Verordnungen unterzeichnet, durch welche die neuen Miniſter ernannt wurden; am folgenden Tage trat die Abgeordnetenkammer nach dreiwöchentlicher Vertagung wieder zuſammen. Laffitte kündigte ſeine Ernennung zum Vorſitzenden im Miniſterrathe durch eine Rede an, die ſich mit großer Zurückhaltung über die jüngſten Veränderungen in der Zuſammenſetzung des Miniſteriums ausſprach. Die beſten, die talentvollſten Bürger hätten ernſten Ereigniſſen gegenüber ihren Kräften mißtraut, er habe den ſeinigen nicht weniger mißtraut; aber der König und Frankreich hätten Miniſter bedurft, und er habe ſich deshalb mit ſeinen Collegen der höheren Nothwendigkeit ergeben. Als die Aufgabe, die das neue Miniſterium

Digitized by Google

ſich geſtellt, bezeichnete er: die Ordnung zu befeſtigen, ohne die es keine wahre Freiheit gebe; die Geſetze zu ergänzen, zu vervollkommnen und vor Allem ihnen Achtung zu verſchaffen; das gute Vernehmen mit Europa zu erhalten und Allem vorzubeugen, was daſſelbe ſtören könnte. So gute Vorſätze wurden natürlich mit allgemeinem Beifalle aufgenommen; aber bereits in einer der nächſten Sitzungen zeigte es ſich, daß das Vertrauen der Kammer zu der neuen Verwaltung keineswegs ſo unbedingt war, wie Laffitte ſich geſchmeichelt hatte. Zwei der ausgetretenen Miniſter wurden, der erſte, Caſimir Périer, zum Präſidenten, der andere, Dupin d. Aeltere, zum Vicepräſidenten der Kammer erwählt, obwohl es bekannt war, daß das Miniſterium andere Bewerber vorgezogen hätte. Dieſe Wahlen waren um ſo bedeutungsvoller, als die Parteien, die einander gegenüberſtanden, unmittelbar vorher ihre entgegengeſetzten Anſichten mit rückſichtloſer Offenheit dargelegt hatten. Der Abgeordnete Bavour hatte einen Geſetzentwurf vorgeſchlagen, nach dem die von der Reſtauration eingeführte hohe Caution der Journale, die das Erſcheinen neuer politiſcher Blätter ungemein erſchwerte, in Zukunft auf den vierten Theil herabgeſetzt werden ſollte. Unter der Herrſchaft einer Revolution, zu der die Journaliſten das Zeichen gegeben hatten, ſchien nichts billiger, als die Forderung des ehrlichen Bavour, zumal da die Charte von 1830, gleich jener von 1814, ausdrücklich den Franzoſen das Recht zugeſtand, ihre Meinungen bekannt zu machen, ohne daß ein Wort von einer Caution geſagt war, die ſie vorher zu erlegen hätten. Aus dieſem Grunde ging Herr von Tracy einen Schritt weiter, als Bavour, und trug darauf an, daß die Caution ganz aufgehoben werde. Dagegen erhob ſich der alte Charles Lameth, der vor allen Begünſtigungen der Journale warnte, da dieſe doch nur die öffentliche Meinung irre führten. Die Preſſe erlaube ſich täglich die abſcheulichſten Ausſchweifungen, ohne daß von einer geſetzlichen Ahndung derſelben noch die Rede wäre. Auch Guizot erklärte ſich ſowohl gegen die Aufhebung, wie gegen jede Verminderung der Caution. Die Caution ſey eine politiſche Maßregel; ſie habe zum Zwecke, die periodiſche Preſſe in eine höhere Sphäre zu erheben, ſie zum Eigenthume einer gewiſſen Claſſe der Geſellſchaft zu machen und zu verhindern, daß ſie nicht dem erſten Beſten in die Hände falle. Uebrigens wären die älteren Journale, die ihre Caution bereits hinterlegt hätten, bei der Frage gar nicht betheiligt, ſondern nur die neuen aus der Revolution hervorgegangenen, die ſich nicht wie jene in den Schranken einer verſtändigen und gemäßigten Preßfreiheit hielten, ſon-

Digitized by Google

dern täglich alles Beſtehende, alle Exiſtenzen angriffen. Der Antrag Tracy's, wie der urſprüngliche von Bavour, wurden beide verworfen. Hierauf ſchlug der frühere Advocat Barthe, jetzt einer der Präſidenten des königlichen Gerichtshofes zu Paris, vor, die Stempelſteuer aufzuheben, die den Journalen aufgelegt ſey, durch deren Ausfall der Schatz nur einen Verluſt von 280,000 Franken erleiden würde, während die Aufhebung den Journalen eine große Erleichterung gewähren könnte. Laffitte war ſchwach genug, dagegen zu erklären, daß die Regierung in der gegenwärtigen Lage des Landes keine einzige der beſtehenden Auflagen entbehren könne. Auch Barthe's Vorſchlag wurde verworfen, und ſelbſt der äußerſt gemäßigte von Benjamin Conſtant theilte daſſelbe Schickſal, obwohl dieſer nur verlangte, daß den neuen Journalen eine Friſt von zwei Monaten bewilligt werde, um die durch das Geſetz geforderte Caution zu leiſten. Benjamin Conſtant hatte für nöthig gefunden, die neuen Journale gegen den heftigen Tadel zu vertheidigen, der gegen ſie gerichtet worden wäre, und gab dadurch Guizot eine willkommene Veranlaſſung, den ganzen Groll auszuſchütten, den er ſeit ſeinem Ausſcheiden aus der Verwaltung gehäuft hatte. Er beſchuldigte ſeine Gegner, den Sinn der Julirevolution nicht verſtanden zu haben. „Was war die Bedeutung dieſer Revolution?“ rief er aus. „Sie hat eine Dynaſtie verändert; aber ſie hat den Erſatzmann derſelben ſo nahe geſucht, als dies möglich war; der öffentliche Inſtinct hat das Land getrieben, jene Veränderung in die engſten Grenzen einzuſchränken. Ueberall haben ſich Verſöhnung, Mäßigung, Schonung aller Intereſſen als die wahren Grundzüge dieſer Revolution gezeigt; und alle leidenſchaftliche Regungen, die ſich ſpäter entwickelt, ſind ihrem wahren Charakter, wie der Stimmung Frankreichs gleich fremd geweſen. Ich ehre die Republik; ſie iſt eine Regierungsform, die auf edlen Grundſätzen beruht, welche die Seele zu edlen Geſinnungen, zu großmüthigen Gedanken erhebt. Wenn es mir erlaubt wäre, dies zu ſagen, ſo würde ich die Worte wiederholen, die Tacitus dem alten Galba in den Mund legt: Wenn die Republik hergeſtellt werden könnte, ſo wären wir würdig, daß ſie von uns ihren Anfang nähme. Aber Frankreich iſt nicht republikaniſch, es müßte ſeinen Ueberzeugungen Gewalt anthun, wenn es dieſe Regierungsform einführen ſollte. Ich achte die Theorien, weil ſie die Arbeit der menſchlichen Vernunft ſind; ich ehre die Leidenſchaften, weil ſie eine große und ſchöne Rolle in der Menſchheit ſpielen; aber nicht mit Kräften dieſer Art werden Regierungen gegründet.“ „Was ich geſagt habe,“ ſchloß der erregte Redner,

Digitized by Google

„zeigt, wie meine Freunde und ich die Revolution verſtanden haben, und warum wir dieſe Bahn nicht verlaſſen wollten, ſondern lieber aus dem Rathe des Fürſten austraten, als wir glaubten, daß wir darin nicht mehr unſere Anſichten und unſere Wünſche geltend machen könnten." Als Guizot von der Rednerbühne herabſtieg, wurde er von allen Seiten mit Glückwünſchungen empfangen, die über die Stimmung keinen Zweifel ließen, welche in der Kammer vorherrſchte. Ihm antwortete Odilon Barrot, der bei dieſer Gelegenheit zum erſten Male in der Kammer das Wort ergriff und unumwunden erklärte: ſeiner Ueberzeugung nach dürften ſich die ausgeſchiedenen Mitglieder der Verwaltung ſo wenig rühmen, die Revolution verſtanden zu haben, daß man vielmehr ſagen könne, ſie hätten die vornehmſten Grundſätze derſelben verkannt. Unmöglich könne man ihnen zugeben, daß die Revolution nur eine Fortſetzung der Reſtauration habe ſeyn wollen, daß die jetzige Dynaſtie nur wegen ihrer Verwandtſchaft mit der gefallenen gewählt worden ſey. „Darin," fuhr Barrot fort, „ſtimmen wir zwar mit unſern Gegnern überein, daß wir gleich ihnen der Meinung ſind, man müſſe der Gewalt Kraft geben, ſie befeſtigen, ſie auf unerſchütterlichen Grundlagen begründen; aber über die Art der Kraft, die der Gewalt zu geben iſt, weichen wir von ihnen ab. Sie wollen ihr die Kraft der Reſtauration mit ihren Beſchränkungen, ihren ariſtokratiſchen Formen geben; wir dagegen wollen ihr die lebendigen Kräfte der Nation zuwenden, jenes Mittelſtandes, der immer auf dem Boden des Vaterlandes blieb, immer zu ſeiner Vertheidigung bereit war. Auf dieſen Mittelſtand wollen wir die Regierung ſtützen; die Kräfte dieſes Mittelſtandes ſind es, die wir organiſiren wollen; und wir finden den Mittelſtand, der unſerer Ueberzeugung nach die wahre Kraft des Landes bildet, in der Geſchwornenliſte, in der Nationalgarde, in dem Wahlkörper, in den Gemeindeverwaltungen, die ſtets gegenwärtig, ſtets in Thätigkeit ſind." Dupin der Aeltere beſtritt die Behauptung Barrots, daß die ausgeſchiedenen Miniſter die Abſicht gehabt hätten, die Regierung gleich der Reſtauration auf die Ariſtokratie zu ſtützen; auch ſie ſähen die Kraft der Nation in dem Mittelſtande; aber die Veranlaſſung zu dem Zwieſpalte, der im Miniſterium ausgebrochen ſey, habe auch nicht hierin, ſondern in dem Umſtande gelegen, daß die Miniſter bei ihren Untergebenen nicht den nöthigen Gehorſam gefunden hätten. Durch dieſe Aeußerung wurde Odilon Barrot beſtimmt, nochmals die Rednerbühne zu beſteigen, um ſein Verfahren als Seinepräfect zu rechtfertigen; und Guizot, der ihm auf der Bühne folgte, geſtand

ein, daß die Bekanntmachung, die den erſten Anſtoß zum Ausbruche des Zwieſpaltes gegeben, an ſich nichts enthalte, was tadelnswerth ſey, daß ſie aber eine Anſicht ausgeſprochen habe, die mit der ſeinigen nicht übereinſtimme. Da jene Anſicht im Miniſterrathe vertreten geweſen ſey, und in dieſem ſich alſo entgegengeſetzte Grundſätze gegenübergeſtanden hätten, habe eine von beiden Parteien ſich nothwendig zurückziehen müſſen. Es ſey anfangs ganz zweckmäßig geweſen, daß die verſchiedenſten Meinungen im Cabinette ihren Platz neben einander eingenommen hätten, weil man dadurch Europa gezeigt habe, daß die Revolution alle Abſchattungen der Volksgeſinnung vereinige. Ein ſo zuſammengeſetztes Miniſterium ſey aber kein zur Regierung paſſendes; in einem Cabinette, das handeln ſolle, ſey vor Allem Gleichartigkeit und Uebereinſtimmung nöthig; nur dadurch könne die Regierung ſich befeſtigen und dauern. In der nächſten Sitzung nahm Laffitte das Wort, der es als das Haupt der neuen Verwaltung unmöglich einem untergeordneten Beamten allein überlaſſen konnte, die Grundſätze derſelben zu bevorworten. Er verſicherte, daß die Meinungsverſchiedenheiten in dem alten Cabinette keineswegs ſo bedeutend geweſen wären, wie man etwa vorausſetzen möge. „Sämmtliche Mitglieder des Miniſterrathes wußten und glaubten, daß die Freiheit immer mit der Ordnung verbunden ſeyn muß, daß fortwährende Vollziehung der beſtehenden Geſetze unerläßlich iſt, wenn nicht Verwirrung eintreten ſoll. Alle waren von den Erfahrungen durchdrungen, welche die Revolution von 1789 der Welt vermacht hat. Alle wußten, daß die Revolution von 1830 ein gewiſſes Maß beobachten, daß man ihr die Verſöhnung Europa's gewinnen muß, indem man eine ſtets ſich treu bleibende Mäßigung mit Würde verbindet. Ueber alle dieſe Punkte war man einig, weil es in dem Cabinette nur Männer von Verſtand und Beſonnenheit gab. Nur über die Art, wie man die Revolution von 1830 beurtheilen und leiten müſſe, beſtand eine Meinungsverſchiedenheit. Man glaubte nicht allgemein, daß ſie ſobald in eine Auflöſung aller Bande der Geſellſchaft ausarten würde, daß man ſobald gegen ſie ſich verwahren, ihr Mißtrauen und Feindſeligkeit zeigen müſſe. Außer dieſer Abweichung gab es keine tiefere Spaltung der Grundſätze, welche die Mitglieder des letzten Cabinettes getrennt hätte." Laffitte hatte vollkommen Recht; alle Parteien in dem Cabinette waren darüber einverſtanden, daß man vor allen Dingen, wie Odilon Barrot geſagt hatte, ſich auf den Mittelſtand ſtützen, oder, was daſſelbe war, daß man eine Herrſchaft des Mittelſtandes begründen müſſe; nur dehnten die Einen

Digitized by Google

dieſen etwas weiter aus, während die Andern ſeine Grenzen auf die höheren Schichten beſchränkten; und die Einen glaubten deshalb mit der Revolution in vollkommenem Einklange verfahren zu können, während die Andern erkannten, daß man nicht anders zum Ziele gelangen könne, als indem man der Revolution und allen Verſuchen, dieſelbe weiter fortzuführen, mit Kraft entgegentrete.

Das neue Miniſterium hatte kaum vierzehn Tage beſtanden, als eine Veränderung in demſelben nothwendig wurde, die Ludwig Philipp benutzte, um die obere Leitung der öffentlichen Angelegenheiten dem unzuverläſſigen Laffitte, dem ſie dem Namen nach übertragen war, unter der Hand zu entwinden, ohne daß dieſer eine Ahnung davon hatte. In der äußeren Lage des Landes war um die Zeit, wo die Verwaltung vom 11. Auguſt ſich auflöſ'te, eine große Veränderung eingetreten. Die friedlichen Ausſichten, welche die Anerkennung des Julithrones von Seiten der europäiſchen Mächte eröffnete, drohten in der Gährung zu verſchwinden, die ſich nach dem Vorgange der Julirevolution allmälig über ganz Europa verbreitete. Der belgiſche Aufſtand hatte eine Wendung genommen, welche die anfangs gehoffte friedliche Ausgleichung unmöglich machte. In verſchiedenen der kleineren deutſchen Staaten waren revolutionaire Bewegungen ausgebrochen, welche den Regierungen die bedenklichſten Zugeſtändniſſe abgenöthigt hatten. In Spanien war ein Einfall der conſtitutionellen Flüchtlinge des Jahres 1823, die ſich unter Begünſtigung franzöſiſcher Behörden an der Pyrenäengrenze geſammelt hatten, nur mit bewaffneter Gewalt abgewehrt worden; und man wußte, daß Lafayette, der bei dieſen voreiligen Unternehmungen die Hand im Spiele hatte, auch mit den geheimen revolutionairen Vereinen in Verbindung ſtand, die in Italien eine allgemeine Auflehnung gegen die einheimiſchen Regierungen, wie gegen die öſterreichiſche Herrſchaft vorbereiteten. Die Höfe des Feſtlandes hielten ſich jetzt überzeugt, daß der König der Franzoſen es nicht in ſeiner Macht habe, den revolutionairen Geiſt in Frankreich zu zügeln und deſſen Uebergriffen nach außen, wie er verſprochen, einen Riegel vorzuſchieben. Von St. Petersburg wurde auf die erſte Kunde von den Ereigniſſen in Belgien der Befehl nach Warſchau geſchickt, das polniſche Heer auf den Kriegsfuß zu ſetzen. Der Feldmarſchall Diebitſch, der Türkenſieger, wurde nach Berlin geſandt, um Preußen bei dem Ausbruche des Krieges, der als unvermeidlich vorausgeſetzt wurde, die Unterſtützung eines ruſſiſchen Heeres von 200,000 Mann zuzuſichern. Auf Oeſterreichs Theilnahme konnte man ſchon wegen

Digitized by Google

der Gefahr, in der deſſen italieniſche Beſitzungen ſchwebten, rechnen; und man hoffte zu Berlin früher oder ſpäter auch England ungeachtet ſeiner ausgeſprochenen Abneigung in den Bund zu ziehen, weil in die belgiſche Frage, um die es zunächſt ſich handelte, auch jene der Scheldemündung einbegriffen war, und weil man wohl wußte, daß kein britiſcher Staatsmann jemals zugeben konnte, daß der Hafen von Antwerpen wieder, wie zu der Zeit der Republik und des Kaiſerreiches, den Franzoſen in die Hände fiele. Bei dieſer Verwicklung der europäiſchen Angelegenheiten mußte dem Marſchall Maiſon ſeine Unfähigkeit, die ſchwierigen Obliegenheiten ſeines Amtes zu erfüllen, täglich fühlbarer werden. Auch Marſchall Gérard fühlte ſich ſeiner Aufgabe als Kriegsminiſter nicht mehr gewachſen, weil er, obgleich ein tüchtiger Feldherr, doch die Kraft des Geiſtes, die Ausdauer und Arbeitſamkeit nicht beſaß, die erforderlich waren, um ein Heer zu ſchaffen, welches nöthigenfalls dem vereinten Europa die Spitze zu bieten vermöchte. Maiſon, wie Gérard ſchieden daher mit dem Ablaufe der erſten Hälfte des Novembers aus der Verwaltung. An Gérards Stelle trat der Marſchall Soult, Herzog von Dalmatien, unter den Heerführern Napoleons jener, der nach dem Kaiſer den erſten Rang einnahm: ein Name, der zugleich eine Drohung für Europa war, — denn man hatte es nicht vergeſſen, daß er im Jahre 1814 nach der Capitulation von Paris und nach der Abſetzung Napoleons in offener Feldſchlacht die letzten Kanonenſchüſſe abfeuerte, — und eine Bürgſchaft für die Herſtellung der Kriegszucht im Heere, ſo wie für die Beſchleunigung der Rüſtungen, die er nur unter der Bedingung zu leiten übernahm, daß ihm in Bezug auf dieſelben völlig freie Hand gelaſſen würde. Den Marſchall Maiſon, der jetzt den Botſchafterpoſten in Wien antrat, erſetzte Sebaſtiani, den Fürſt Talleyrand dem Könige ausdrücklich als den nothwendigen Vermittler für ſeine geheimen Unterhandlungen bezeichnet hatte, deren Kenntniß um jeden Preis dem allzuoffenen und mittheilſamen Laffitte entzogen werden müſſe. Das Marineweſen, welches Sebaſtiani verließ, wurde dem Grafen d'Argout übergeben, der als der Begleiter des Marquis von Semonville an den letzten Unterhandlungen zu Gunſten Karls X. Theil genommen hatte, und der jetzt ein eben ſo treuer und ergebener Anhänger Ludwig Philipps, wie vor Kurzem noch des geſtürzten Monarchen, aber freilich in einem Cabinette, in dem Laffitte den Vorſitz führte, eine ſonderbare Erſcheinung war.

Talleyrand wußte ſehr gut, was er that, indem er Alles aufbot,

Digitized by Google

um das feine Gewebe ſeiner diplomatiſchen Kunſt in das tiefſte Geheimniß zu hüllen; denn ſelbſt in der Kammer, die Guizots Erklärung über die Fortſetzung der Reſtauration mit Beifall anhörte, würde das verletzte Gefühl des franzöſiſchen Stolzes einen Sturm des Unwillens erregt haben, wenn man in Erfahrung gebracht hätte, welche Ränke der Fürſt der Diplomatie anwandte, um vor ſich die Wege zu ebnen. Bei ſeiner erſten Zuſammenkunft mit dem Herzoge von Wellington und dem Grafen Aberdeen ſagte er dieſen: „Ich komme hierher nicht als der Bevollmächtigte Frankreichs, denn es giebt kein Frankreich mehr (il n'y a plus de France); ich will mich mit alten Collegen vereinigen, um mit ihnen die Mittel aufzuſuchen, den Frieden von Europa und das Gebäude der Verträge von 1815 aufrecht zu erhalten*).“ Weiter hatte wohl noch nie der Vertreter einer großen Nation die Erniedrigung getrieben; aber Talleyrand rechnete alle Fragen der Würde, mit denen kein greifbarer Vortheil verbunden war, zu dem Ceremoniel, auf welches er ſehr geringen Werth legte. Seinem alten Collegen vom Wiener Congreſſe konnte der Herzog von Wellington ungeachtet ſeines Widerwillens gegen alle revolutionaire Bewegungen die freundſchaftlichſte Aufnahme unmöglich verſagen, wenn derſelbe ſich von vorn herein bereit erklärte, das revolutionaire Frankreich, deſſen Intereſſen er wahrzunehmen hatte, völlig fallen zu laſſen. Dieſe unerwartete Wendung mußte den brittiſchen Miniſtern um ſo mehr erwünſcht ſeyn, als ſie ſelbſt bei der begeiſterten Theilnahme, welche die große Maſſe des brittiſchen Volkes für die Julirevolution zeigte, um ihre eigene ſchwankende Stellung zu ſichern, es gar nicht vermeiden konnten, ihre perſönliche Abneigung zu überwinden und mit Frankreich ein wenigſtens äußerlich freundliches Verhältniß einzugehen. Graf Aberdeen nahm daher keinen Anſtand, dem Fürſten Talleyrand ſo weit entgegenzukommen, daß er ihn fragte, ob er etwas dagegen haben würde, die Verhandlungen der Londoner Conferenz fortzuſetzen, die zu der Zeit der Geſandtſchaft des Fürſten Polignac zuſammengetreten war, um die griechiſchen Angelegenheiten zu ordnen und den Vertrag vom 6. Juli 1827 zur Ausführung zu bringen. Damit waren alle Wünſche des ſchlauen Diplomaten erreicht; denn er hatte jetzt einen Boden gewonnen, auf dem er ſich mit Sicherheit bewegte. Obwohl die Conferenz nur für die griechiſchen Angelegenheiten eingeſetzt war, hinderte

*) Capefigue, l'Europe depuis l'avénement de Louis Phi'ippe. T. III. pag. 286.

Digitized by Google

doch nichts, daß ihre Vollmachten über jede andere politiſche Frage ausgedehnt wurden, die überhaupt von irgend einer Seite aufgeworfen werden konnte. Zunächſt wurden die belgiſchen Unruhen in den Kreis der Verhandlungen gezogen, weil man ſich nach Talleyrands Aeußerungen zu der Vorausſetzung berechtigt hielt, daß eine Verſtändigung mit der franzöſiſchen Regierung keine außerordentliche Schwierigkeiten haben würde. Talleyrand hatte ſich nämlich vor der Aufnahme der Unterhandlungen bereit erklärt, zu einer Friedenſtiftung mitzuwirken, die darauf berechnet wäre, durch eine bloße Trennung in der Verwaltung zwiſchen den ſüdlichen und den nördlichen Provinzen des Königreiches der Niederlande die Souverainetät des Hauſes Naſſau ungekränkt zu erhalten; und dagegen hatten natürlich die großen Höfe des Feſtlandes ſo wenig als das brittiſche Cabinet das Geringſte einzuwenden. Das erſte Protocoll der Conferenz vom 4. November, welches den beiden kriegführenden Parteien die Einſtellung der Feindſeligkeiten auflegte, ließ die Hoffnung beinahe unverhohlen durchblicken, daß es gelingen werde, eine Ausgleichung in dieſem Sinne zu Stande zu bringen. Die entſchloſſene Haltung, welche der belgiſche Congreß den Zumuthungen der Diplomatie gegenüber behauptete, beſtimmte zwar die Conferenz, für den Augenblick auf die Ausführung ihres Planes zu verzichten und ſich vorläufig mit der Feſtſtellung der Grundſätze zu begnügen, unter denen die unvermeidlich gewordene Trennung Belgiens von dem Königreiche der Niederlande zuzulaſſen ſey. Es war aber wohl bekannt, daß die Höfe des Feſtlandes zu derſelben Zeit, während ihre Bevollmächtigten zu London Protocolle über Protocolle ausfertigten, insgeheim ſich vorbehielten, ſobald die allgemeine Lage der Verhältniſſe dies irgend geſtattete, die vertragsmäßigen Rechte des niederländiſchen Königshauſes mit bewaffneter Hand zu unterſtützen; und es iſt ſehr zweifelhaft, ob die diplomatiſche Feinheit des Fürſten Talleyrand ausgereicht hätte, einen gewaltſamen Bruch zu verhüten, wenn nicht ein Ereigniß dazwiſchen getreten wäre, welches von keiner Seite vorher geſehen war, und das alle Berechnungen der Staatsklugheit ſtörte und alle Entwürfe des leidenſchaftlichen Haſſes gegen die Revolution umſtieß, der die europäiſchen Höfe beſeelte. Die polniſche Revolution hielt die ruſſiſchen Heere, die im Begriffe waren, ſich auf den revolutionairen Weſten zu ſtürzen, im fernen Oſten zurück. Oeſterreich und Preußen, die überdies gleichfalls in ihren polniſchen Beſitzungen bedroht waren, durften es nicht wagen, ſich in einen Einzelkampf mit Frankreich einzulaſſen, ſo lange derſelbe nicht

Digitized by Google

durch die Pflicht der Selbſterhaltung unbedingt geboten war. Aus dieſer unerwarteten Wendung der Dinge iſt es zu erklären, wie die Beſchlüſſe der Londoner Conferenz eine bleibende Bedeutung erlangen konnten, die ihnen unter anderen Umſtänden ſchwerlich zugeſtanden worden wären.

Mitten unter den drohenden Verwicklungen, die ſich von allen Seiten aufthürmten, hatte inzwiſchen Ludwig Philipp die Vorſätze, mit denen er den Thron beſtiegen, keineswegs aufgegeben. Er war noch immer eben ſo feſt entſchloſſen, den Frieden um jeden Preis zu erhalten, als er feſt entſchloſſen war, dem revolutionairen Treiben in Frankreich um jeden Preis ein Ziel zu ſetzen. Die ungeheuren Rüſtungen, die er den Marſchall Soult veranſtalten ließ, hatten ganz andere Zwecke, als die revolutionaire Partei vorausſetzte, die durch den Schein des innigen Einverſtändniſſes mit Lafayette getäuſcht wurde, den Ludwig Philipp ſorgfältig bewahrte, ſo lange ihm derſelbe zur Beſchwichtigung der Gährung unter den aufgeregten Maſſen unentbehrlich war. Aber der Zeitpunkt, der ihm geeignet ſchien, die läſtige Vormundſchaft abzuwerfen, rückte immer näher heran; denn der entſcheidende Schlag, der endlich geführt wurde, war von langer Hand vorbereitet. Die Aufregung, welche die angekündigte Aufhebung der Todesſtrafe für politiſche Verbrechen hervorgerufen, hatte ſich gelegt, ſeit man wußte, daß dem gar zu grob angelegten Plane keine Folge gegeben wurde. Das im Auftrage der Abgeordnetenkammer eingeleitete Verfahren gegen die zu Vincennes in ſicherem Gewahrſam gehaltenen Miniſter hatte ſeinen regelmäßigen Fortgang genommen; die Unterſuchung war geſchloſſen; und am 10. December vor Tagesanbruch wurden die Gefangenen unter der Bedeckung einer ſtarken Reiterabtheilung von Vincennes nach dem Luxembourg übergeführt, wo ihnen geräumige und anſtändige Gemächer zu Gefängniſſen angewieſen wurden. Lafayette hatte ſich perſönlich für die Erhaltung der Ordnung während des Proceſſes verbürgt; der König übertrug ihm zu dem Oberbefehle über die Nationalgarde den Befehl über ſämmtliche Linientruppen, deren Dienſte bei dieſer Gelegenheit zur Unterſtützung der Nationalgarde erfordert wurden. Am 15. December wurden vor der Pairskammer, welche in Folge einer königlichen Verordnung auf den Grund einer Beſtimmung der Charte ſich in einen hohen Gerichtshof verwandelt hatte, die öffentlichen Verhandlungen des großen Rechtsfalles begonnen. An dieſem Tage waren alle Straßen und Plätze mit Truppen bedeckt, die, das Gewehr im Arm, bereit ſtanden, jede unruhige Bewegung

Digitized by Google

niederzuſchlagen; Patrouillen durchſchritten das ganze linke Seineufer, um jede Zuſammenrottung in ihrem Entſtehen zu zerſtreuen; Lafayette hielt, von ſeinem Generalſtabe umgeben, auf dem Hofe des Luxembourg, und die Adjutanten flogen nach allen Richtungen, um ſeine Befehle zu überbringen. Die Ruhe blieb ungeſtört, und nirgend ließen ſich jene blutdürſtigen Ausrufungen vernehmen, die vor zwei Monaten ganz Paris in Schrecken geſetzt hatten. Die Gruppen, die ſich auf verſchiedenen Punkten bildeten, waren nur durch die Neugierde zuſammengeführt, die es nicht erwarten konnte, Nachrichten von dem merkwürdigen Schauſpiele zu erhalten, welches in dem nur einer beſchränkten Zahl von Zuhörern zugänglichen Gerichtsſaale aufgeführt wurde; und dieſes Schauſpiel war allerdings ungewöhnlich genug, um nicht bloß die Bevölkerung von Paris, ſondern ganz Frankreich und, man kann wohl ſagen, ganz Europa in die lebhafteſte Spannung zu verſetzen. Die Männer, welche vor weniger als fünf Monaten das Schickſal eines der mächtigſten Reiche der Welt in Händen gehabt und durch ruchloſe Verwegenheit, nachdem ſie die Straßen der Hauptſtadt mit Blut überſchwemmt, den älteſten und glänzendſten Thron Europa's geſtürzt hatten, ſtanden jetzt auf den Tod angeklagt vor Gericht und erwarteten von einer Verſammlung ihr Urtheil, die, aus den adeligſten und berühmteſten Namen Frankreichs zuſammengeſetzt, von derſelben Revolution, in deren Namen ſie jetzt das Richteramt verſehen ſollte, bereits zu ſchmachvoller Verſtümmelung verurtheilt war und, ſofern nicht alle Zeichen trügten, damit keinesweges die letzte Kränkung ihrer Rechte erfahren hatte. Die drei erſten Sitzungen des Gerichtshofes wurden durch die Verhöre der Angeklagten und der vorgeladenen Zeugen ausgefüllt. Die Miniſter Karls X. behaupteten von dem Augenblicke, wo ſie zuerſt eingeführt wurden, eine gleichmäßige ruhige Würde, die ſelbſt auf ihre erbittertеſten Gegner einen nicht ungünſtigen Eindruck machte; ſie beantworteten alle Fragen, die ihren perſönlichen Antheil an den Ereigniſſen betrafen, mit unverkennbarer Offenheit und verweigerten nur dann jede Auskunft, ſobald ihnen zugemuthet wurde, ihren königlichen Gebieter bloß zu ſtellen. Die Zeugenausſagen rollten vor den Augen des erſchütterten Gerichtshofes das blutige Bild der Julirevolution in den ergreifendſten Zügen auf. Ein Bürger erzählte, wie der Kampf im Palais royal angefangen, und wie er ſeine Bude geſchloſſen, als er das Schießen gehört; ein anderer berichtete, wie die Soldaten bei den erſten Zuſammenrottungen des Volkes auf daſſelbe gefeuert hätten, ohne die geſetzlichen Aufforderungen vorausgehen zu

laſſen; ein Polizeicommiſſair beſtätigte dieſe Ausſage, indem er eingeſtand, daß ein Officier der Gensdarmerie ihn habe zwingen wollen, die Aufforderungen zu machen, daß er ſich aber geweigert habe, weil der Kampf bereits in vollem Gange geweſen ſey, und er ſich nicht unnütz der Gefahr habe ausſetzen wollen. Ein Vater hatte ſeine Familie gewarnt, ſich am Fenſter zu zeigen, als das Feuern auf der Straße begann; ſein Sohn beachtete dieſe Warnung nicht und war kaum an das Fenſter getreten, als er durch eine Kugel getödtet wurde. Andere Zeugen ſchilderten den wüthenden Volkskampf, wie von allen Straßenecken tödtliches Geſchoß die Truppen begrüßt habe, wie ſchwache Weiber und Kinder ihnen aus den Fenſtern Pflaſterſteine auf die Köpfe geworfen, Knaben, Jünglinge, Männer, Bewaffnete und Unbewaffnete ſich auf die Kanonen geſtürzt hätten und hundert ähnliche Auftritte. Die bedeutendſten Ausſagen waren jene des Aſtronomen Arago über ſeine Zuſammenkunft mit dem Herzoge von Raguſa, und jene des alten Marquis von Sémonville über ſeine Bemühungen, den Fürſten von Polignac und Karl X. zur Nachgiebigkeit zu vermögen.

Nach der Beendigung des Zeugenverhörs nahm einer der von der Abgeordnetenkammer ernannten Commiſſaire, Perſil, das Wort, um die Anklage gegen ſämmtliche Miniſter, als die Urheber des Blutbades in Paris, aufrecht zu halten, wobei er ſich aber in ſo viele Widerſprüche verwickelte, daß Herr von Martignac, der Vorgänger des Fürſten von Polignac im Miniſterium, der deſſen Vertheidigung übernommen, leichte Mühe hatte, ein ſo hinfälliges Gebäude über den Haufen zu werfen. Die Anklage ſtützte ſich auf die Verantwortlichkeit der Miniſter, welche die Charte feſtgeſtellt; darauf erwiederte Herr von Martignac: „Es giebt nur da eine Verantwortlichkeit der Miniſter, wo es eine Krone giebt, die gegen alle Stürme und Revolutionen geſchützt iſt; da Ihr den Fürſten geſtürzt, den Thron zertrümmert habt, ſo ſind die Miniſter nicht mehr verantwortlich, als der Officier, der auf höhern Befehl gegen das Volk feuern ließ. Wenn es eine Verantwortlichkeit der Miniſter giebt, ſo muß man Karl X. zurückrufen; wenn man Karl X. und ſeine Dynaſtie ſtraft, muß man die Miniſter freiſprechen, denn ſie waren nur die Werkzeuge und nicht der Gedanke.“ Der Hauptvorwurf, der Polignac gemacht wurde, war, daß er die öffentlichen Einrichtungen des Landes willkürlich abgeändert habe. Zur Widerlegung dieſes Vorwurfes berief der Vertheidiger ſich auf den 14. Artikel der Charte, der dem Könige eine über die Verfaſſung erhabene Gewalt beigelegt habe. Wenn der König das Recht hatte,

Digitized by Google

von dieſer Gewalt Gebrauch zu machen, ſo konnten die Miniſter für die Anwendung derſelben nicht verantwortlich ſeyn; daß der **14.** Artikel aber dem Könige dieſes Recht beilegte, war unzweifelhaft, weil ſonſt die Abgeordnetenkammer bei ihrer Umgeſtaltung der Charte es nicht nothwendig gefunden hätte, denſelben ausdrücklich aufzuheben. Um zu zeigen, daß ſein Client nichts weniger als der blutdürſtige Wütherich ſey, als den ihn die Anklage dargeſtellt hatte, hob der Vertheidiger aus dem Leben deſſelben alle die Umſtände hervor, die für ſeinen perſönlichen Edelmuth, für ſeine Milde, für ſeine Herzensgüte Zeugniß ablegten. Wie oft hatte er ſeinen Einfluß verwandt, um das Schickſal von Männern zu mildern, die ihrer politiſchen Geſinnungen wegen verfolgt waren; und jetzt war er ſelbſt in der Lage, daß unerbittliche Feinde ſeinen Kopf verlangten. „Weshalb? Was wollte man noch einer Rache hinzufügen, welche zwiſchen Frankreich und das von Frankreich verſtoßene Herrſchergeſchlecht die Wogen des Meeres und Ereigniſſe geſtellt hat, die noch unermeßlicher ſind, als die Meereswogen? Welchen Zweck könnte es haben, die ſiegreiche Gewalt auch noch grauſam zu machen? Und ſollte keine Gefahr darin liegen, wenn man die Augen des Volkes an die Aufrichtung von Blutgerüſten gewöhnte?" — „Ihr legt den Grund zu einem neuen Throne," rief Herr von Martignac zum Schluſſe den Richtern zu; „gebt ihm nicht einen Boden zur Unterlage, der mit Blut und Thränen getränkt iſt. Der Streich, den Ihr führen könnt, würde einen Abgrund eröffnen, den dieſe vier Köpfe nicht ausfüllen würden." Die beredten Worte Martignacs brachten auf die Verſammlung der Pairs einen unverkennbaren, tiefen Eindruck hervor; aber je günſtiger dieſer Eindruck den Angeklagten war, um ſo bedenklicher war die Nachwirkung, die derſelbe außerhalb des Gerichtsſaales hatte. Das Volk von Paris wurde nicht ſo leicht zu Gunſten der Miniſter Karls X. gerührt, als eine Verſammlung, deren Mitglieder mit denſelben zum Theil in vertraulichen Beziehungen geſtanden; das Volk wollte ſich die Opfer, die ſeine Rachſucht dem Tode geweiht hatte, nicht entgehen laſſen, und ſo wie ſich die Kunde von der Stimmung verbreitete, die in der Pairskammer herrſchte, regte ſich auch die Volkswuth von neuem, die man durch das zweideutige Verſprechen beſänftigt hatte, daß die Gerechtigkeit ihren Lauf haben ſolle. Lafayette, von verſchiedenen Seiten unterrichtet, daß ein großer Schlag im Werke ſey, der diesmal nicht bloß gegen die gefangenen Miniſter, ſondern gegen die ganze ſeit der Julirevolution hergeſtellte Ordnung der Dinge gerichtet ſeyn ſollte, erließ eine Bekanntmachung an die Bevölkerung

von Paris, worin er derſelben ſagte: „Wenn wohlmeinende, aber irregeleitete Bürger der Gerechtigkeit zu dienen glaubten, indem ſie das größte Verbrechen gegen dieſelbe begingen, jenes, die Richter zu bedrohen oder, wie man zu ſagen pflegt, ſich mit eigenen Händen Gerechtigkeit zu verſchaffen; gegen die Freiheit, welche die oberſte Gerechtigkeit iſt, indem ſie Mittel anwendeten, welche die Freiheit verwirſt; wenn ſie wegen vereinzelter Unzufriedenheiten auf jede Gefahr ihr eigenes Werk zerſtören wollten: ſo würde ich ihnen zurückrufen, daß auf dieſe Weiſe ſchon zu einer früheren Zeit das franzöſiſche Volk in die Schrecken einer meiſterloſen und blutigen Tyranney, welche den Bankerott, die Hungersnoth und das maximum hervorrief, und darauf durch die militairiſche Willkürherrſchaft unter die Schmach einer von den Fremden erzwungenen Reſtauration gefallen iſt. Uebrigens iſt das Vertrauen des Oberbefehlshabers in die Pariſer Bevölkerung, in die tapfern und großmüthigen Juliſieger, in jene kräftige Jugend, deren beſtändiger Freund zu ſeyn er ſich rühmt, in ſeine lieben Waffenbrüder von der Nationalgarde keinen Augenblick erſchüttert worden. Mitten unter unſern Barrikaden war er der Meinung, daß unſere gegenwärtige Regierung, welche auf die Volksſouverainetät gegründet iſt und Ludwig Philipp I. an ihrer Spitze hat, die beſte Einrichtung ſey, die wir in der dermaligen Lage Frankreichs und Europa's annehmen konnten; er iſt dieſer Meinung noch und vertheidigt die Regierung nicht bloß, weil er es verſprochen, ſondern auch weil er ſeine Anſicht nicht geändert hat. Was alle übrige politiſche Einrichtungen, was die untergeordneten Maßregeln der Verwaltung betrifft, ſo iſt die Rednerbühne und nicht ein Tagesbefehl der Ort, ſeine Meinung auszuſprechen. Ein volksthümlicher Thron, von republikaniſchen Einrichtungen umgeben, war das Programm, welches auf dem Stadthauſe durch einen Patrioten von 1789, der jetzt ein Bürgerkönig iſt, angenommen wurde. Volk und Fürſt werden ſich dieſem Vertrage treu zeigen.“

An dem Tage (19. December), an dem Lafayette dieſe Bekanntmachung erließ, fielen noch keine erhebliche Ruheſtörungen vor. Vor dem Pairshofe erhielt der Miniſter Peyronnet zu ſeiner eigenen Vertheidigung das Wort. Der ſtolze Mann, von dem man erwartete, daß er den Feinden, in deren Gewalt er ſich befand, mit kühner Herausforderung entgegentreten würde, ließ ſich herab, ihren Haß durch eine Darſtellung ſeines politiſchen Lebens zu entwaffnen, die — ein Muſter edler und männlicher Beredtſamkeit — hauptſächlich darauf berechnet war zu zeigen, wie ſehr ihn der Parteigeiſt verkannt habe.

Digitized by Google

Er hob hervor, wie er bei politiſchen Vergehen, ſo oft es irgend möglich war, ſich immer für die Milde ausgeſprochen habe. „Warum fragt Ihr nicht," rief er aus, „wer der Miniſter war, dem der Vorwurf gemacht wurde, daß er das Begnadigungsrecht gemißbraucht habe? Ja, meine Herren, dieſer Angeklagte, der vor Ihnen ſteht, dieſer Menſch ohne Nachſicht und ohne Erbarmen hat mehr als dreihundert politiſchen Verbrechern die Freiheit oder das Leben gerettet. Wenn es für den Kriegsgefangenen eines Löſegeldes bedarf, meine Herren, ſo iſt es zum voraus bezahlt; ich habe dem Feinde dreihundert Köpfe der Seinen für den meinigen gegeben." Thränen ſtanden in den Augen der Richter, als der ehemalige Siegelbewahrer ſeine Rede beendigt hatte; der Advocat Hennequin, den er ſelbſt zum Vertheidiger gewählt hatte, wußte wenig hinzuzufügen, was nicht bereits durch ſeinen Clienten erſchöpft geweſen wäre. Dagegen gelang es dem Vertheidiger des Miniſters Chantelauze, dem Advocaten Sauzet von Lyon, durch einen bilderreichen Vortrag voll redneriſcher Kunſtgriffe die Bewegung des Gerichtshofes noch höher zu ſteigern. Er ging davon aus, daß eine unabänderliche Nothwendigkeit die menſchlichen Geſchicke leite; daß die Nothwendigkeit die lebende Ergänzung aller Geſetze und jeder Verfaſſung ſey. Auch die Juliordonnanzen wären durch das Gebot der Nothwendigkeit vorgeſchrieben worden. „Die Dynaſtie der Bourbonen würde ſich vielleicht durch geſchickte Zugeſtändniſſe haben behaupten können, wenn die Quelle ihrer Gefahren nur in der Oberfläche der Geſellſchaft geweſen wäre, wenn ſie es nur mit der Feindſeligkeit der Liberalen im Parlemente oder mit dem verletzten Stolze der Wähler zu thun gehabt hätte; aber die Dynaſtie Karls X. war die Tochter fremder Einmiſchung; deshalb war ſie von Abgründen umgeben, deshalb ſtiegen gegen ſie von allen Seiten unbezähmbare Feinde empor und ließen ihr keine andere Wahl als zwiſchen der Gewaltherrſchaft oder der Selbſtvernichtung. Für Karl X. war der Verſuch, ſich mit Gewalt zu behaupten, eine unvermeidliche Nothwendigkeit; und wenn dieſer Verſuch ein Verbrechen war, ſo überſtieg es alle menſchliche Kräfte, daſſelbe nicht zu begehen." Die erlauchten Pairs waren von dieſer Entwicklung, die durch ihre Wahrheit überraſchte, tief ergriffen; ſie verließen ihre Plätze und umringten den Redner, um ihm Glück zu ſeinem glänzenden Erfolge zu wünſchen. Sauzet hatte ſeine Rede, von der Anſtrengung überwältigt, nicht ganz zu Ende bringen können; er vollendete dieſelbe in der Sitzung vom 20., aber nicht mehr mit gleicher Sicherheit. In den Zügen der

Digitized by Google

Richter verrieth ſich eine ängſtliche Unruhe, die ſie umſonſt zu verbergen bemüht waren. Der Advocat Crémieur, dem die Vertheidigung Guernons de Ranville oblag, zeigte unter ſeinem amtlichen Gewande, indem er den Arm erhob, die Uniform der Nationalgarde; er ſprach mit einer Erſchütterung, von der es zweifelhaft war, ob ſie die ſchwere Verantwortlichkeit des Vertheidigers in einem ſo wichtigen Rechtsfalle oder ob ſie ein anderer davon unabhängiger Umſtand hervorbrachte. Plötzlich verſagte ihm die Stimme, er fiel in die Arme eines der Nächſtſtehenden und mußte ohnmächtig aus dem Saale getragen werden. Die ganze Verſammlung erhob ſich in äußerſter Beſtürzung von ihren Sitzen; man vernahm das Wirbeln der Trommel; der Aufruhr umtobte den Palaſt. Ein Theil der Volksmaſſen, die ſich in den benachbarten Straßen gehäuft hatten, war bei einer zufälligen Oeffnung des Gitters in den Hof gedrungen und erhob unmittelbar vor der Thüre des Gerichtsſaales den furchtbaren Ruf: „Tod den Miniſtern! Wir wollen ihre Köpfe haben! Wir verlangen ihr Leben!“ Schon ſah man den Augenblick vorher, wo der raſende Haufe den Widerſtand der aus 600 Mann Nationalgarde beſtehenden Wache überwältigen und in das Innere des Palaſtes brechen würde, als Lafayette den Tobenden, von einigen Adjutanten begleitet, entgegentrat und ſie durch vernünftige Vorſtellungen beruhigte. Durch die kühne Entſchloſſenheit des Greiſes wurde nicht allein das Leben der Gefangenen, ſondern wahrſcheinlich auch jenes der Richter gerettet; bald darauf rückten die Colonnen der Nationalgarde in dichten Reihen an und vertrieben die erbitterten Volkshaufen aus der Nähe des Luremburg. Da für den andern Tag ein noch heftigerer Ausbruch zu beſorgen war, ſo wurde die Nationalgarde mit dem früheſten Morgen aufgeboten; zur Sicherung des Luremburg wurden allein an 15,000 Mann verwandt, die alle dahin führende Straßen abſperrten; andere zahlreiche Maſſen waren um das Palais royal, in dem Hofe des Louvre und auf den vornehmſten öffentlichen Plätzen aufgeſtellt. Die Pairskammer konnte in voller Sicherheit ihre am vorigen Abend unterbrochenen Verhandlungen wieder aufnehmen. Nachdem der Commiſſair der Abgeordnetenkammer Madier de Montjau geſprochen, und die Vertheidiger der Angeklagten einige Worte erwiedert, wurde die öffentliche Sitzung geſchloſſen, und es begannen die geheimen Berathungen über das Urtheil, welches zu fällen ſey. Während dieſe Berathungen noch fortdauerten, wurden die vier Gefangenen in einen Wagen geworfen und unter dem Geleite von 200 Reitern in fliegender

Digitized by Google

Eile nach Vincennes abgeführt. Ganz Paris gewährte, ſo wie die Dunkelheit anbrach, den Anblick einer Stadt im Belagerungszuſtande. Auf den Straßen und Plätzen brannten Wachtfeuer; die Nationalgarde hielt Biwacht, als ob ſie dem Feinde gegenüberſtände, und die Bewohner der Stadtviertel, die dem Luxemburg benachbart waren, hatten Lichter an die Fenſter geſtellt. Auf einigen Punkten kam es zu unruhigen Auftritten, die aber von geringer Bedeutung waren, weil man das Gerücht verbreitet hatte, daß die Angeklagten zum Tode verurtheilt wären. Nur das unwiſſende Volk konnte indeſſen durch ein ſolches Gerücht getäuſcht werden. Es dauerte bis nach zehn Uhr, ehe der Präſident der Pairskammer, Paſquier, das Urtheil verkündete. Dieſes lautete gegen den Fürſten von Polignac auf ewiges Gefängniß und den bürgerlichen Tod, gegen die übrigen Miniſter auf ewiges Gefängniß

Als dieſer von den Wenigſten geahnte Ausgang des großen Rechtshandels in Paris bekannt wurde, ging die Aufregung, die bisher nur unter den unterſten Volksklaſſen geherrſcht hatte, auch auf den niedern Mittelſtand über. Die Nationalgarde war auf das Aeußerſte entrüſtet, daß man ihre Dienſte nur dazu gebraucht habe, um Verbrecher, deren ſchwere Schuld außer Zweifel war, ihrer verdienten Strafe zu entziehen. Auf dem Platze des Pantheon wurde eine ſchwarze Fahne entfaltet. Um das Palais royal, wie um das Luxemburg häufte ſich eine ungeheuere Menſchenmenge, die verworrenes Geſchrei ausſtieß. Der Generalmarſch rief die Nationalgarde unter die Waffen, aber dieſe ſtellte ſich ſo ſpärlich ein, daß man wohl ſah, wie auf ſie nicht mehr zu rechnen ſey. Nur wenige Bataillone waren einigermaßen vollzählig. Da dieſe aber nicht hinreichend waren, ſo fiel man darauf, ſich an die Jugend der Schulen zu wenden, mit der Odilon Barrot ſchon während des Proceſſes unterhandelt hatte. Die polytechniſchen Schüler, in ihrer dem Volke von den Julitagen her wohlbekannten Uniform, die Studirenden der Rechts- und der Arzneiſchule zogen mit Abtheilungen der Nationalgarde vermiſcht durch die Straßen und forderten in ihrer Weiſe die tobenden Volkshaufen auf, zur Ruhe und Ordnung zurückzukehren. Tauſende von Arbeitern, ohne ſelbſt recht zu wiſſen, um was es ſich handelte, ſchloſſen ſich an; das Volk wurde verwirrt; und der ganze ſo ernſte Gefahr drohende Tumult endigte mit einem Lebehoch, welches Ludwig Philipp gebracht wurde, der ſeinerſeits, von einigen Dienern mit Fackeln begleitet, in den Hof des Palais royal herabkam, unter den dort verſammelten

Digitized by Google

Hunderten umherging, einigen die Hand drückte, ſich mit andern freundlich beſprach und bei allen eine freudige Begeiſterung erregte. Am folgenden Tage war keine Spur von der Aufregung der vorhergehenden zu bemerken. Die Abgeordnetenkammer, die während der vorausgegangenen Unruhen in der tödtlichſten Angſt geſchwebt hatte, beſchloß Dankſagungen an die Nationalgarde und zugleich, auf den beſondern Antrag Laffitte's, auch an die Studirenden zu richten, die jene ſo trefflich unterſtützt hatten. Bei den Verhandlungen, die über die letzte Dankſagung Statt fanden, wurde jedoch von mehreren Mitgliedern lebhafter Tadel gegen die Geſinnungen geäußert, welche die Studirenden für gut gefunden hatten, in einer öffentlichen durch die Journale mitgetheilten Bekanntmachung auszuſprechen; und dadurch fühlten ſich die jungen Leute ſo verletzt, daß ſie die Dankſagung der Abgeordnetenkammer mit Unwillen zurückwieſen, indem ſie erklärten, daß ſie die Ordnung, die wegen eines letzten Racheſchrei's zu verſchwinden ſchien, mit aufrecht gehalten hätten, weil ſie die Nothwendigkeit derſelben einſähen; daß ſie aber vollkommen übereinſtimmend mit der Maſſe des Volkes dächten, welches verlange, daß die auf dem Stadthauſe gemachten Verſprechungen nicht vergeſſen werden ſollten, daß der damals zugeſagte volksthümliche Thron mit republikaniſchen Einrichtungen eine Wahrheit werde. Dieſe nachträglichen Verwahrungen wurden von der in der Verwaltung, wie in der Abgeordnetenkammer herrſchenden Partei des Friedens und der Ordnung um jeden Preis mit Achſelzucken aufgenommen. Nachdem die letzte große Gefahr, welche die neugeſchaffene Gewalt bedroht hatte, glücklich überſtanden war, glaubte man den Zeitpunkt gekommen, wo man ſich allmälig aller Rückſichten überheben könne, die bisher durch die Klugheit geboten waren. Der Abgeordnetenkammer war ein Geſetzentwurf über die Einrichtung der Nationalgarden vorgelegt worden, den eine beſonders damit beauftragte Commiſſion ausgearbeitet hatte. Eine der von der Commiſſion angenommenen Beſtimmungen war, daß der Oberbefehl über die Nationalgarden des Königreiches dem General Lafayette bleiben, aber nach ihm keinem Andern mehr verliehen werden ſollte. In einer Sitzung des Miniſterrathes, der Lafayette beiwohnte, war der Beſchluß gefaßt worden, daß dieſe Beſtimmung wegfallen ſolle, weil ſie eine nicht zu rechtfertigende Beſchränkung der königlichen Gewalt enthalte, daß aber der Miniſter des Innern, Montalivet, der Abgeordnetenkammer im Namen der Regierung anzeigen ſolle, wie dieſe die Beibehaltung Lafayette's im Oberbefehl als eine unerläßliche Nothwendigkeit betrachte. Die Be-

Digitized by Google

rathungen der Kammer wurden am 11. December eröffnet, und ſie ſchritten ſo langſam fort, daß nach der Beendigung des Miniſterproceſſes und nach der vollkommenen Herſtellung der Ruhe, die Lafayette's Dienſte nicht mehr ſo ganz unentbehrlich machte, gerade jener Artikel zur Erörterung kam, in welchem von dem Oberbefehl die Rede war. Der Artikel lautete in der Form, in der er der Kammer vorlag, daß der König zwar in Gemeinden, in denen die Nationalgarden mehrere Legionen bildeten, einen Oberbefehlshaber ernennen könne, daß aber ein Oberbefehlshaber über die Nationalgarden eines ganzen Departements oder Arrondiſſements nicht ernannt werden dürfe. Lafayette war nicht genannt, er ſelbſt war abweſend, aber ſein Name war auf allen Lippen. Von verſchiedenen Seiten wurden Zuſätze vorgeſchlagen, die zum Zwecke hatten, eine Ausnahme zu ſeinen Gunſten zu begründen; alle Redner, welche nach einander das Wort nahmen, ſtimmten darin überein, daß ſie ihn mit den überſchwänglichſten Lobeserhebungen überſchütteten. Bis zum ſchlechtverſtellten frechen Hohne trieb die Heuchelei Charles Dupin, ein jüngerer Bruder des berühmten Advocaten. „Der General Lafayette," ſagte dieſer, „iſt ſeit dem 30. Juli das lebende Geſetz der Nationalgarden geweſen; er hat durch die Art, wie er dieſe große Aufgabe erfüllte, unermeßlichen Ruhm erlangt; aber der Freund, der Gefährte, der Nebenbuhler Waſhingtons fühlt gewiß, daß ein Menſch nicht ſein ganzes Leben hindurch das lebende Geſetz ſeyn kann, wenn das geſchriebene Geſetz nicht todt ſeyn ſoll. Wenn dieſer große Freund der Freiheit ſich in unſerer Mitte befände, würde er zuerſt ſagen: „„Ich will, daß das Geſetz lebe, und ich werde wieder, was ich bin, der Bürger beider Welten."" Nach dem Verſprechen, welches Lafayette ertheilt war, hätte jetzt der Miniſter des Innern das Wort nehmen und den Wunſch der Regierung ausſprechen müſſen, daß Lafayette der Oberbefehl gelaſſen werde; aber dieſes Verſprechen wurde nicht gehalten. Die verſchiedenen Vorſchläge zu Gunſten des Mannes, den alle Parteien den Retter des Vaterlandes, den uneigennützigen Vaterlandsfreund, den Helden der Freiheit nannten, wurden einer nach dem andern verworfen; und zuletzt trat Laffitte auf, der eitle Thor, der ſich ſelbſt als den Lenker der Geſchicke Frankreichs anſah und nach Lafayette's Sturze freiere Hand zu haben glaubte, und erklärte, daß Lafayette zwar den Oberbefehl niederlegen müſſe, ſobald das neue Geſetz verkündet ſey, daß der König ihm aber deshalb doch durch eine Verordnung den Ehrentitel eines Oberbefehlshabers beilegen könne. Dieſe Erklärung beſeitigte alle Bedenken der Scham, die bei Einzelnen noch obwalten mochten; der

Digitized by Google

Artikel des Geſetzentwurfes wurde mit großer Stimmenmehrheit angenommen, und damit war Lafayette's Abſetzung vom Oberbefehl der Nationalgarde, die er geſchaffen hatte, ausgeſprochen.

Lafayette, in gerechter Entrüſtung, wartete natürlich nicht ab, bis ihm der Befehl förmlich abgenommen wurde; er ſandte am andern Morgen dem Könige ſeine Entlaſſung und verzichtete zugleich auf den Ehrentitel, den ihm der Präſident des Miniſterrathes zugedacht, indem er bemerkte, daß dergleichen Scheinauszeichnungen weder den Einrichtungen eines freien Landes entſprächen, noch ihm ſelbſt zuſagten. Ludwig Philipp war durch den Entſchluß des Generals, wie er dieſem erwiederte, eben ſo ſchmerzlich berührt, wie überraſcht; denn er hatte noch nicht Zeit gehabt, die Journale zu leſen (Je n'ai pas encore eu le temps de lire les journaux!*) Er lud den General ein, ihn zu beſuchen und er hoffte, daß es ihm gelingen werde, denſelben von ſeinem Entſchluſſe zurückzubringen. In der Zuſammenkunft, die Lafayette hierauf mit dem Könige hatte, wurde er von dieſem mit Verſicherungen der innigſten Theilnahme und Freundſchaft überhäuft. Ludwig Philipp war untröſtlich über die Vorgänge in der Abgeordnetenkammer und über das ungeſchickte Benehmen, das ſein Miniſter ohne üble Abſicht beobachtet habe; er ſprach davon, daß der beklagenswerthe Artikel zurückgenommen werden müſſe. Dagegen erklärte Lafayette ſich jedoch auf das Beſtimmteſte; er ſagte dem Könige gerade heraus, daß das Syſtem der Regierung nicht mehr das ſeinige ſey. Es ſcheine ihm, als ob er durch das öffentliche Vertrauen einen Auftrag erhalten habe; er wolle nicht ſagen, wo derſelbe geſchrieben ſey; er ſey in der Meinung, vielleicht in der Luft; aber das franzöſiſche Volk und viele freiſinnige Männer aller Länder glaubten, daß, wo er ſey, die Freiheit keinen Eintrag erleiden könne. Nun ſehe er aber die Freiheit bedroht, bloß geſtellt, und er wolle Niemand täuſchen. Im Innern und im Aeußern ſey der Gang der Regierung nicht jener, den er den Intereſſen der Freiheit heilſam achte. Wenn er von der Regierung getrennt ſey, werde Jedermann beſſer wiſſen, woran er ſich zu halten habe. Der König verlangte vier und zwanzig Stunden Bedenkzeit, die Lafayette ſchon um der Schicklichkeit willen nicht verweigern durfte. Inzwiſchen beſtürmte ihn Laffitte, dem ſeine zweideutige Rolle leid geworden ſeyn

*) **Lafayette, ou la révolution de 1830 par B. Sarrans, Paris 1832. 8. T. II. pag. 110.** Als Vertrauter und Adjutant Lafayette's in Allem, was dieſen unmittelbar betrifft, eine unentbehrliche Quelle, obwohl nur mit Vorſicht zu benutzen.

mochte, ſo wie der Miniſter des Innern, dem ſich mehrere höhere Officiere der Nationalgarde anſchloſſen, nicht mehr den Oberbefehl über die Nationalgarden des Königreiches, aber jenen über die Nationalgarde von Paris zu behalten. Alle dieſe Vorſtellungen blieben vergeblich, wie man wohl vorhergeſehen haben mochte; aber ſie gewährten den Vortheil, daß ſie auf Lafayette den Schein warfen, als ob dieſer ſich freiwillig und aus bloßem Eigenſinne, weil nicht alle ſeine Anſprüche befriedigt werden könnten, zurückzöge. Am 26. December erließ der König eine Bekanntmachung, worin er mit ſchmerzlichem Bedauern den wackern Nationalgardiſten, ſeinen lieben Landsleuten, anzeigte, daß der General Lafayette ſeine Entlaſſung genommen habe. Was ihn tröſte, ſagte Ludwig Philipp, nachdem er der großen Dienſte erwähnte, die Lafayette der Sache der Freiheit geleiſtet, und des ruhmreichen Antheils, den der würdige General erſt vor wenigen Tagen an der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung genommen, was ihn tröſte, ſey, daß er das Bewußtſeyn hege, nichts vernachläſſigt zu haben, um der Nationalgarde einen Verluſt zu erſparen, der für ſie immer ein Gegenſtand lebhaften Bedauerns und für ihn ſelbſt eine Urſache wahren Schmerzes ſeyn würde. Die Abſicht, die der Hof bei dieſem ſchlau berechneten Verfahren vor Augen hatte, wurde nur zum geringſten Theile erreicht. Die Ueberraſchung und der Unwille über den Dank, mit dem man Lafayette's Dienſte gelohnt hatte, war allgemein: eine Heerſchau der Nationalgarde, die beabſichtigt war, mußte abgeſagt werden, weil ſich vorherſehen ließ, daß man auf derſelben Aeußerungen vernommen hätte, die aus den Reihen einer zahlreichen bewaffneten Macht nicht ohne ſchwere Bedeutung geweſen wären.

Mit Lafayette nahm der Siegelbewahrer Dupont (von der Eure) ſeine Entlaſſung, da für ihn jetzt der letzte Zweifel über die Richtung, welche die Regierung einzuſchlagen im Begriff ſtand, gehoben war. Sein Nachfolger wurde der einſt von ihm begünſtigte Mérilhou, der die frühere Strenge ſeiner Anſichten bedeutend gemildert hatte, ſeit ihm ſelbſt die Gelegenheit geworden war, die Süßigkeiten der Gewalt zu koſten. Ihn erſetzte im Miniſterium des Unterrichtes Barthe, ein anderer Advocat, den die Julirevolution zu einem der Präſidentenſitze am königlichen Gerichtshofe zu Paris erhoben: einſt der beredteſte Vertheidiger aller Verſchwörer und perſönlich tief verwickelt in alle die Verſchwörungen, die ſeit dem Jahre 1820 gegen die Reſtauration im Gange geweſen waren, aber jetzt um ſo eifriger bemüht, die Erinnerungen an ſeine revolutionaire Vergangenheit abzuſtreifen, weil er

nicht zu begreifen vermochte, was nach einer Revolution, die ihn zum Präſidenten und zum Miniſter gemacht hatte, noch zu wünſchen übrig bleiben ſollte. Noch war aber die Sinnesänderung, die ſowohl in Mérilhou als in Barthe vorzugehen anfing, nur durch ſchwache vereinzelte Andeutungen verrathen worden. Da überdies an Lafayette's Stelle der tapfre und kühne General Mouton, Graf von der Lobau, zum Oberbefehlshaber der Pariſer Nationalgarde ernannt wurde, der als Mitglied der vorläufigen Regierung auf dem Stadthauſe vollgültige Beweiſe für ſeine Ergebenheit an die Sache der Revolution abgelegt hatte, ſo war der durch ſeine ſcheinbare Machtvollkommenheit befangene Laffitte verblendet genug, nicht zu ahnen, daß das Ausſcheiden Lafayette's und Duponts ihn ſelbſt jedes feſten Haltes in der Verwaltung beraubt hatte, und daß der König, auf deſſen ihm freilich fortwährend betheuerte perſönliche Freundſchaft er mit felſenfeſter Sicherheit baute, entſchloſſen war, auch ihn nur ſo lange in ſeiner vorragenden Stellung zu dulden, als es noch nicht an der Zeit ſchien, eben ſo offen, wie mit der Revolution durch die Verabſchiedung Lafayette's, auch mit jener gemäßigteren Schattirung der Volkspartei zu brechen, welche, wenn ſie die Revolution auch um Alles in der Welt nicht weiter fortgeführt zu ſehen wünſchte, doch auf der andern Seite auch nicht das Herz hatte, ihr völlig den Rücken zu wenden, wie Ludwig Philipp und ſeine vertrauteren Rathgeber es ihrem Intereſſe angemeſſen fanden. Was die Selbſttäuſchung Laffitte's entſchuldigte, war, daß der Charakter Ludwig Philipps eben ſo unrichtig, wie von ihm, auch von allen andern Häuptern der Volkspartei beurtheilt wurde. Niemand glaubte an einen vorher erwogenen ſeit langer Zeit feſtſtehenden Plan; man hielt ſich überzeugt, daß der König nur dem Antriebe folge, der von der Mehrheit der Abgeordnetenkammer ausgehe; und man hielt ſich um ſo mehr berechtigt, auf eine baldige Rückkehr zu den Grundſätzen der Julirevolution zu rechnen, als man wußte, daß das neue Wahlgeſetz bereits ausgearbeitet war, nach deſſen Annahme die Auflöſung der Kammer, die längſt von allen Seiten verlangt war, nicht ausbleiben konnte, weil damit das Werk vollendet war, deſſen Zuſtandebringen bisher mehr zum Vorwande, als zur wirklichen Urſache ihrer Beibehaltung diente. Aus dieſem Grunde ließ ſich Odilon Barrot vermögen, in ſeinem Amte zu bleiben, obwohl daſſelbe jede politiſche Bedeutung verlieren mußte, ſobald er nicht mehr auf der einen Seite bei Dupont im Cabinette, auf der andern bei Lafayette außer und über demſelben ſeine Stütze fand. Aus dem gleichen Grunde

Digitized by Google

wurde bei den Erklärungen, die der Rücktritt Lafayette's und Duponts in der Abgeordnetenkammer hervorrief, von allen Parteien eine Mäßigung beobachtet, welche die Statt gefundenen wichtigen Veränderungen in dem unſchuldigſten Lichte erſcheinen ließ. Lafayette begnügte ſich, der Kammer anzuzeigen, daß er den Oberbefehl über die Nationalgarden niedergelegt habe, weil die meiſten ſeiner Collegen denſelben mit den beſtehenden öffentlichen Einrichtungen für unverträglich hielten, was vor vierzig Jahren auch ſeine Meinung geweſen ſey, als er ſich den Wünſchen von drei Millionen Nationalgarden entzogen habe, die ihm damals den Befehl antrugen. Laffitte verſicherte, der ausgezeichnete Befehlshaber der Nationalgarden habe das edle Beiſpiel Waſhingtons nachgeahmt, indem er troß aller dringenden Bitten der Regierung von ſeiner Stelle zurückgetreten ſey; der tugendhafte Dupont ſey gleichfalls zurückgetreten, wie dies ſeit langer Zeit in ſeiner Abſicht gelegen habe, nur habe derſelbe dieſen Entſchluß nicht eher ausführen wollen, als bis die Gefahr vorüber geweſen ſey. Das Miniſterium werde übrigens ſein Syſtem nicht ändern; es werde mit Offenheit auf der im Juli eröffneten Bahn der Wiedergeburt fortfahren, es werde aber auch den Geſetzen, wo dieſe bedroht werden ſollten, Achtung verſchaffen. Nach außen habe das Miniſterium den Grundſatz der Nichteinmiſchung angenommen. Dieſer wahre fruchtbare Grundſatz ſey aus der ganzen Lage Frankreichs hervorgegangen. Der heilige Bund habe zum Zwecke gehabt, die Freiheit der Völker überall, wo ſie ſich zeigte, zu erſticken; der neue von Frankreich verkündete Grundſatz ziele darauf hin, der Freiheit überall, wo ſie hervorkeime, ungehinderte Entwicklung zu ſichern. Der Grundſatz der Nichteinmiſchung habe den doppelten Vortheil, der Freiheit überall Achtung zu verſchaffen, aber ihre Ankunft nirgend vorzeitig zu beſchleunigen, weil ſie nur da gut ſey, wo ſie als eine natürliche Frucht erſcheine; weil die Erfahrung bewieſen habe, daß in allen Ländern die von Fremden gebrachte Freiheit ein eben ſo verderbliches Geſchenk ſey, wie die Willkürherrſchaft. Mit dem bloßen Ausſprechen dieſes Grundſatzes ſey aber noch wenig gethan geweſen; alles ſey auf die Anwendung deſſelben angekommen; und dieſe Anwendung habe jetzt begonnen, denn ſämmtliche große Mächte hätten ſich darüber vereinigt, die Unabhängigkeit Belgiens anzuerkennen. Damit ſey die belgiſche Frage, von der man zunächſt eine Veranlaſſung zum allgemeinen Kriege habe befürchten können, in ihrem weſentlichſten Punkte gelöſ't. Während der Unterhandlungen hätten die Mächte mehr in der Abſicht, für ihre eigene Sicherheit zu ſorgen, als zum Angriffe gerüſtet;

Digitized by Google

Frankreich ſeinerſeits habe ſich, um auf Alles gefaßt zu ſeyn, gleichfalls bewaffnet; ſeine Rüſtungen dauerten fort und würden nicht eher aufhören, als bis die Mächte die ihrigen eingeſtellt hätten. Frankreich habe ſich daher nach außen nicht ſchwach gezeigt, es habe mit Mäßigung, aber mit hinreichender Kraft geſprochen, um gehört zu werden. Alles beweiſe, daß der Friede werde erhalten werden. Der Sieg der Ordnung in ſeinem Innern werde ein neuer Grund für die Erhaltung des Friedens ſeyn. Die wackere Nationalgarde habe durch ihr ſchönes Benehmen für die Würde und die Macht Frankreichs nach außen eben ſo viel gethan, als wenn ſie Schlachten am Rhein oder auf den Alpen gewonnen hätte. Nach Laffitte nahm **Odilon Barrot** das Wort, um ſich gegen die Anklagen zu vertheidigen, die in einem unter miniſteriellem Einfluſſe ſtehenden Journale, dem Temps, gegen ihn erhoben waren. Man hatte ihm geradezu vorgeworfen, daß er mit den Aufwieglern, die vor Kurzem wieder die Hauptſtadt in Schrecken geſetzt hätten, in Verbindung ſtehe; daß er die Unruhen nach Gefallen hervorrufe und ſtille, um ſich derſelben als eines Mittels zur Erlangung der Volksgunſt zu bedienen. Er wies dieſe Vorwürfe mit Unwillen zurück. Er habe die Unordnung, ſagte er, im Namen der Freiheit bekämpft; denn es ſey ihm als das einzige Mittel erſchienen, alle Gemüther zu vereinigen, daß man ihnen zeige, wie die Ordnung die ſicherſte Bürgſchaft der Freiheit ſey. Die Gewalt dürfe man nicht eher anwenden, als bis alle verſöhnende Mittel erſchöpft wären. Bis zu dieſem äußerſten Punkte ſey man aber glücklicher Weiſe nicht gekommen. Die letzten Unruhen hätten ſich von ſelbſt gemacht, ohne daß es einer Aufwiegelung bedurfte, indem der Rachedurſt gegen die Miniſter Karls X. das Volk auf die Straßen trieb. Dabei könne man ſich nicht verbergen, daß es in der Geſellſchaft Urſachen der Unbehaglichkeit gebe, die von jenem Rechtshandel ganz unabhängig wären. Von den drei Gewalten, welche vereinigt die Souverainetät beſäßen, ſey nur eine vollkommen ausgebildet und feſtgeſtellt; ſie ſey von der Julirevolution geboren, die ſie mit ihrer ganzen ſittlichen Kraft, mit der Macht der Volkszuſtimmung umgebe. Die beiden anderen Gewalten wären dagegen durch die Umſtände zu einem nur vorläufigen Beſtande gekommen, der in den Gemüthern nothwendig eine gewiſſe Unruhe erhalte. „Die eine hat noch Erörterungen zu erwarten, in deren Folge ihre Verfaſſung die weſentlichſten Umgeſtaltungen erfahren kann; die andere hat eine große Aufgabe gelöſ't; ſie hat ſich unermeßliche Anſprüche auf den Dank des Landes erworben; ſie hat den Muth gehabt, eine Pflicht zu

Digitized by Google

erfüllen, die ihr die Nothwendigkeit auflegte. Aber man muß auch anerkennen, daß, gerade weil jene Aufgabe ihrer ganzen Natur nach eine außerordentliche war, ſie nicht über die Grenzen der Nothwendigkeit hinaus ausgedehnt werden darf, die ſie auflegte. Wenn das neue Wahlgeſetz angenommen ſeyn wird, das auch eine Folge der Nothwendigkeit iſt, wenn eine neue Kammer nach Bedingungen, die Sie, meine Herren, feſtzuſtellen haben, verſammelt ſeyn wird, dann wird kein Kampf mehr Statt finden zwiſchen der Vergangenheit und der Gegenwart, zwiſchen der Nothwendigkeit, gewiſſe Elemente der Reſtauration beizubehalten, und dem Bedürfniſſe, welches die Revolution fühlt, ſie zu erſetzen. Wenn dieſe Linie feſt und ſcharf gezogen ſeyn wird, dann wird alle Unruhe verſchwinden; die Bürger werden wiſſen, welchen Gang die Revolution nimmt, welcher Art ihre Folgen und Ergebniſſe ſind; ſie werden ihre gewöhnlichen Arbeiten wieder aufnehmen, und der öffentliche Wohlſtand wird wieder erblühen.“ Auf dieſe zwar ſehr allgemein gehaltenen, aber hinreichend verſtändlichen Andeutungen erwiederte der alte Schwätzer de Lameth in einer weitläuftigen Rede, in der er ſich über die Gefahr verbreitete, die jede Erweiterung der öffentlichen Freiheiten haben müſſe, da dieſe nothwendig zur Republik führen würde. Man ſpreche von einem Throne mit republikaniſchen Staatseinrichtungen; beide Worte ſtießen einander ab. Die Republik und das Königthum hätten nichts mit einander gemein, denn bekanntlich tödteten die Republiken die Könige. Die letzten Unruhen ſeyen, ohne Zweifel, durch eine Verſchwörung hervorgerufen, die den König und die beiden Kammern ſtürzen wolle, um die Republik zu begründen. Bignon ging die verſchiedenen Parteien durch, die ein Intereſſe dabei haben könnten, die Ruhe zu ſtören, Legitimiſten, Bonapartiſten und Republikaner, und zeigte die Ohnmacht jeder einzelnen, ſo bald ſie auf ihre eigenen Kräfte zurückgeführt wäre; gab dabei aber zu verſtehen, daß wohl noch eine vierte Partei vorhanden ſeyn möge, eine Partei überſpannter Männer, die, ohne den gegenwärtigen Thron umſtürzen zu wollen und ſogar mit Abſichten, die ſie für aufrichtige und loyale halte, die Aufſtände, die ſie ſelbſt nicht angeſtiftet, doch dazu hätte benutzen wollen, um der Regierung eine ihren perſönlichen Anſichten entſprechende Richtung zu geben. Dieſe Männer wären der Meinung geweſen, man müſſe aus einer Art Dankgefühl für die unermeßlichen Dienſte, die alle Claſſen der Pariſer Bevölkerung der Freiheit geleiſtet, wo nicht mit dem Aufruhre einen Vertrag ſchließen, doch eine Art Gährung dulden, deren Folgen ſie für unſchädlich hielten. Habe man über dieſen Punkt in den letzten Mo-

Digitized by Google

naten noch unentſchieden ſeyn können, ſo ſey dies doch jetzt nicht mehr der Fall. Jetzt müſſe das Geſetz überall ſeine volle Herrſchaft wieder einnehmen; alle Auflehnung und Widerſetzlichkeit müſſe aufhören und überall müſſe zwiſchen der Staatsgewalt und ihren Dienern Einklang beſtehen. Euſèbe Salverte erklärte, daß ſeiner Ueberzeugung nach das Schwanken in der öffentlichen Meinung, welches die jüngſten Unruhen veranlaßt habe, ſich noch von der Haltungloſigkeit des letzten Miniſteriums herſchreibe. Seitdem ſey ein grundloſes Mißtrauen erwacht, das ſich mit eingebildeten Uebeln plage, mit der Furcht vor einer Republik, die durchaus unmöglich ſey, weil Niemand ſie wolle, und das auch auf die Abgeordnetenkammer den nachtheiligſten Einfluß ausübe, wie ſich bei den Berathungen über die Journale und über die Nationalgarde gezeigt habe. Man ſpreche von Zugeſtändniſſen, die verlangt würden, ohne zu bedenken, daß dieſes Wort einer ganz andern Zeit angehöre. Die öffentlichen Einrichtungen, die in der Charte verſprochen wären, bildeten eine Schuld, deren Zahlung weder verweigert, noch verſchoben werden dürfe. Daran ſolle man denken, dann würden die Unruhen zugleich mit den unbegründeten Anklagen, die von denſelben hergeleitet würden, verſchwinden. Guizot ließ ſich nicht darauf ein, das Miniſterium zu rechtfertigen, deſſen Mitglied er geweſen war, ſondern verſuchte es, den Zuſtand der Unbehaglichkeit, der unleugbar vorhanden ſey und von allen Seiten zugegeben werde, aus ſeinen letzten Gründen herzuleiten. „Die Freiheit,“ ſagte er, „iſt nach mehreren Revolutionen gekommen, und ich zweifle nicht, daß auch unſere Julirevolution die Freiheit in ihrem Schoße trägt; aber der Geiſt der Revolutionen, der Unruhen iſt der wahren Freiheit gerade entgegengeſetzt. Der Geiſt der Revolutionen iſt eine ausſchließende leidenſchaftliche Gewalt, die alle Bedingungen der Zwingherrſchaft mit ſich führt, wenigſtens einer vorübergehenden Zwingherrſchaft. Die Freiheit dagegen kann nur aus der Theilung der Gewalten und aus der Achtung, die ſie gegenſeitig vor einander hegen, hervorgehen. Die Mächte des Aufruhrs ſind ſehr geeignet, eine Revolution zu vollbringen; aber man verlange von ihnen nicht die Freiheit! Sie ſind unfähig, dieſe zu gewähren. Das Geſetz, die Ordnung allein vermag die Freiheit zu bringen. Das wahre und tiefe Uebel, an dem wir leiden, iſt nichts Anderes, als das Beſtreben, zu Gunſten des Aufruhrs den 14. Artikel der Charte herzuſtellen.“ Selbſt ein Guizot wurde durch die Leidenſchaft ſo weit fortgeriſſen, daß er die vollkommen geſetzmäßige Forderung einer Auflöſung der Kammer, die von Lafayette und ſeinen

Freunden verlangt wurde, einem Staatsſtreiche verglich, durch den man eine Dictatur an ſich reißen wolle, wie der Artikel 14. der alten Charte ſie für außerordentliche Fälle geſtattete. „Darin,“ entgegnete Mauguin, „liegt die Quelle des Uebels nicht. Wir müſſen uns hüten, die äußern Anzeichen mit dem innern Grunde zu verwechſeln. Der Revolutionszuſtand darf nicht wie ein Zuſtand der Ruhe behandelt werden; er erfordert einen vorausſchauenden Geiſt und eine feſte Hand. Jede geſellſchaftliche Umwälzung hat zwei Grundzüge, der eine iſt die Unruhe und das Mißtrauen, denn ſie muß Feinde haben, weil ſie ſonſt nicht nöthig gehabt hätte, dieſelben zu überwinden; der andere Grundzug iſt, daß ſie offenbart, wo die Kraft einer Nation iſt, denn dieſe Kraft kann unmöglich ein Geheimniß ſeyn, da ſie den Sieg erlangt hat. Aus dieſen Betrachtungen ergiebt ſich als nothwendige Folge, daß eine Revolution ſich ſelbſt regieren oder ihren Grundſätzen gemäß regiert werden muß. Wenn man ſtatt deſſen die Kraft außerhalb des Kreiſes der Verwaltung läßt, ſo wird ſie unruhig und widerſpänſtig. Eine ſiegreiche Revolution muß die Gewalt haben und ſie ausüben können, oder die Gewalt muß ausgeübt werden, wie die Revolution es verlangt und verſteht. Sobald dies geſchieht, wird man nichts weiter zu fürchten haben.“ So viel Wahres in Mauguins Worten lag, ſo konnten dieſelben doch nur eine ſehr geringe Wirkung hervorbringen, weil Jedermann wußte, daß er, wenn er die Ausübung der Staatsgewalt für die Revolution verlangte, damit nichts Anderes meinte, als daß man dieſelbe ihm übertragen ſolle. Der neue Juſtizminiſter Mérilhou vertheidigte die Verwaltung gegen den in der Rede Mauguins liegenden Vorwurf, als ob ſie dem Geiſte der Revolution nicht entſpreche, mit allgemeinen Redensarten, die eine ſo blaſſe Farbe an ſich trugen, daß ſie wenigſtens für die revolutionaire Kraft der Verwaltung das ſchlechteſte Zeugniß ablegten. Die Anſpielung Guizots auf eine Partei, welche darauf ausgegangen, zu Gunſten der Revolution einen gewaltſamen Staatsſtreich auszuführen, zwang endlich auch Dupont das Stillſchweigen zu brechen. Er ſprach ſich mit gerechtem Unwillen über die Unwürdigkeit aus, die man begehe, indem man gegen Männer, deren Vaterlandsliebe und politiſche Redlichkeit wohl bewährt ſey, unter der Hand dunkle Anklagen verbreite, denen Niemand eine beſtimmte Form zu geben wage, die denn aber doch wichtig genug wären, um, wenn ſie einigen Grund hätten, offen von der Rednerbühne geltend gemacht und nicht bloß als geheimnißvolle Andeutung hingeworfen zu werden. „Aber ich ſage

Digitized by Google

ohne Scheu, daß dieſe Anklagen, offen vorgebracht, noch alberner als ernſthaft erſcheinen würden; ich warne die, welche den Gedanken gehabt haben, daß die Schande auf ſie ſelbſt zurückfallen wird; denn nie wird Frankreich glauben, daß Lafayette, Odilon Barrot und Dupont, deren Vergangenheit nicht ganz unbekannt iſt, Verräther an der Volksſache oder, um mich des gehäſſigeren Ausdrucks zu bedienen, den ein Journal angewandt hat, das uns den Sturz des erſten Cabinettes nicht verzeihen kann, daß ſie volksthümliche Polignac's geworden ſind.“ Zur Unterſtützung Duponts erhob ſich der grobe rückſichtsloſe Audry de Puyraveau: „Man ſpricht hier von einer Verſchwörung und möchte die Mittel, den Zweck, die Häupter derſelben kennen; ich will Ihnen hier Alles ſagen. Ich ſage im Angeſichte der Nation, in der Gegenwart von ganz Frankreich, daß eine Verſchwörung beſteht, daß die Verſchwörer auf offener That ergriffen ſind, daß ich zu ihnen gehöre und daß ich, wenn es ſeyn muß, mich zu ihrem Führer erklären will, obgleich mehr als einer meiner ehrenwerthen Freunde mir dieſe Ehre ſtreitig machen könnte. Ja, am 27., 28. und 29. Juli habe ich mich verſchworen, verſchworen, um einen Thron zu ſtürzen, der Frankreich erniedrigte; ich habe mich verſchworen für die Freiheit, und ich bin ſtolz darauf; ich habe mich verſchworen zur Herſtellung der Ordnung, um den ruhmwürdigen Charakter der großen Nation und der Stadt ohne Gleichen in vollem Glanze zu zeigen; ich habe mich verſchworen, um den Thron Ludwig Philipps zu errichten, als ich jene Menſchen zurückwies, die kamen, um für Karl X. zu unterhandeln. Ich habe mich verſchworen für die Freiheit und werde mich mein ganzes Leben für die Freiheit verſchwören. Und ſpäter, ſeit die Ereigniſſe und die Beſchränktheit ſich gegen Alles verſchworen haben, was großmüthige Männer gethan, da habe ich mich auch verſchworen, indem ich meine Freunde gebeten habe, Vertrauen zu der öffentlichen Vernunft zu haben, indem ich die Erhaltung der Ordnung gepredigt habe, weil die Freiheit, die wir errungen, nicht verloren gehen könne, weil ihr ſicherſter Schutz in der Perſon des Königs und in den kräftigeren Männern der Verwaltung liege. Ja, wir haben uns verſchworen und verſchwören uns noch für das öffentliche Wohl, und ich bin ſtolz darauf; beſonders aber ſtolz bin ich auf die Angriffe, die unſer Betragen nur glänzender hervorheben. Und nun ſeht jene Menſchen, die uns mit ihren Schmähungen beehren, ſeht ihre Handlungen, unterſucht die Früchte ihres politiſchen Benehmens und ſagt uns, wo die wahren Verſchwörer ſind.“ Der einfache, ſeine Mei-

Digitized by Google

nung ohne alle redneriſche Künſte gerade herausſagende Audry de Puyraveau hatte mit ſeinem geſunden Menſchenverſtande den Nagel auf den Kopf getroffen; er wurde deshalb von der in der Kammer vorherrſchenden Partei durch wiederholtes Murren unterbrochen. Auf dieſe Weiſe angefaßt, würde die Erörterung, die bisher haltlos hin und wieder ſchwankte, wohl zu einem beſtimmten Ergebniſſe geführt haben; aber es fand ſich in der Kammer kein zweiter Audry de Puyraveau. Ueberdies that General Lamarque in ſeinem kriegeriſchen Eifer der Regierung den Gefallen, den Kampf auf einen andern Boden zu ſpielen, der zwar nicht weniger heiß war, auf dem die Regierung jedoch den großen Vortheil hatte, daß ſie um den Stand der Dinge genau Beſcheid wußte, während ihre Gegner ſich nur in allgemeinen Vorausſetzungen und Vermuthungen bewegen konnten. General Lamarque ſprach von Ludwig XIV. und Heinrich IV., von Canning und Chatham, von den ſchmachvollen Verträgen der Jahre 1814 und 1815 und von den Beſorgniſſen, zu denen man berechtigt wäre, ſofern es ſich beſtätigte, daß der Beſchluß gefaßt ſey, bei der bevorſtehenden Vereinbarung über Belgien ſich ſo wenig als möglich von dieſen Verträgen zu entfernen. General Sebaſtiani antwortete ausweichend, indem er verſicherte, es wären zu London Conferenzen eröffnet worden, was alle Welt wußte, und Belgien habe dieſe Conferenzen gewünſcht, was der Wahrheit zuwider war. Es ſey von einem den Belgiern ungünſtigen Waffenſtillſtande geſprochen worden; Niemand habe ihnen aber den Waffenſtillſtand aufgedrängt, ſie hätten ihn gewiſſenhaft beobachtet, während ein anderer Staat, der mehr Intereſſe gehabt habe, ihn zu beobachten, weniger Achtung vor demſelben gezeigt habe. Damit nahmen die Verhandlungen, die drei Tage gedauert hatten, ein Ende, nicht als ob man auf irgend einer Seite durch den Erfolg befriedigt worden wäre, ſondern weil man einſah, daß man durch alles Sprechen keinen Schritt weiter kam, und daß überhaupt der ganze Streit, um den es ſich handelte, nicht durch Worte, ſondern durch die That entſchieden werden müſſe.

Während die Erörterungen noch in vollem Gange waren, brachte der Miniſter des Innern das neue Wahlgeſetz ein, das auf ſehr einfachen Beſtimmungen beruhte. Die Zahl der Wähler wurde verdoppelt, indem die höchſtbeſteuerten Bürger jedes Departements auf die Wahlliſten getragen wurden, bis dieſe das Doppelte der Zahl von 1830 erreichten. Zu den Höchſtbeſteuerten ſollten die ſogenannten geiſtigen Befähigungen gezogen werden, nämlich die Bürgermeiſter und

Digitized by Google

ihre Zugeordneten, die Mitglieder der Departementsräthe, die Mitglieder der gelehrten Geſellſchaften, verabſchiedete höhere Officiere, Doctoren der Facultäten u. ſ. w. Dagegen ſollte der Wählbarkeitscenſus von 1000 Franken nicht erniedrigt werden, ſo daß der beſchränkte Kreis, aus dem die Abgeordneten zu nehmen waren, unverändert derſelbe geblieben wäre. Dennoch glaubte man durch dieſen Geſetzentwurf der Meinung ein hinreichendes Zugeſtändniß gebracht zu haben, um ihr in anderer Beziehung deſto ſchroffer entgegentreten zu können. Die Artillerie der Pariſer Nationalgarde, in der ſich eine große Anzahl republikaniſch geſinnter junger Männer fand, und die man in Verdacht hatte, daß ſie während der Decemberunruhen ſich mit dem Volke habe vereinigen wollen, wurde ohne Angabe eines Grundes durch eine königliche Ordonnanz aufgelöſ't. Während ganz Frankreich die Kunde von den Fortſchritten des polniſchen Aufſtandes mit begeiſtertem Jubel aufnahm, wurde der Herzog von Mortemart, vor Kurzem noch der Geſandte Karls X. und einer der eifrigſten Anhänger des ruſſiſchen Bündniſſes, zum Botſchafter in St. Petersburg ernannt; und was dieſer Ernennung eine noch höhere Bedeutung lieh, war, daß man erfuhr, wie der ruſſiſche Miniſter des Auswärtigen, Graf Neſſelrode, dieſelbe zur ausdrücklichen Bedingung gemacht habe, unter welcher der bisherige ruſſiſche Bevollmächtigte in Paris, Graf Pozzo di Borgo, bei dem neuen franzöſiſchen Hofe beglaubigt werden ſollte. Zu derſelben Zeit, während man auf dieſe Weiſe amtlich ankündigte, daß man entſchloſſen ſey, dem guten Vernehmen mit Rußland jedes Opfer zu bringen und folglich auch Polen ſeinem Schickſale zu überlaſſen, wies General Sebaſtiani die Anerbietungen zurück, die von Seiten des belgiſchen Congreſſes gemacht wurden, in dem eine entſchiedene Mehrheit dafür war, Belgien entweder unmittelbar mit Frankreich zu vereinigen oder durch Erhebung eines franzöſiſchen Prinzen auf den belgiſchen Thron wenigſtens Frankreich ſo ſehr als möglich zu nähern. Beide Maßregeln der Regierung waren unerläßlich, wenn der Friede erhalten werden ſollte; aber beide waren gleich ſehr geeignet, das franzöſiſche Volksgefühl zu verletzen, denn die franzöſiſche Nation war von den Zeiten der Republik und des Kaiſerreiches her gewohnt, in den Belgiern ihre Landsleute, in den Polen ihre treueſten Verbündeten zu ſehen, die von ſich zu ſtoßen, ihr als ein Verrath erſchien, der an Frankreich ſelbſt begangen würde. Es bildete ſich daher jetzt in Frankreich im Gegenſatze zu den friedlichen Abſichten der Regierung, an denen man nicht länger zweifeln konnte, eine erklärte Kriegspartei, deren vornehmſtes Haupt

Digitized by Google

in der Abgeordnetenkammer der General Lamarque war, ein Heerführer, den Napoleon noch in ſeiner Verbannung auf St. Helena des Marſchallſtabes würdig genannt, und der in den großen Kriegen der Kaiſerzeit ſich durch eine Kühnheit ausgezeichnet hatte, die als tolle Verwegenheit bezeichnet worden wäre, wenn kaltblütige Umſicht nicht den Erfolg verbürgt hätte, wo dieſer ſelbſt den Tapferſten als unmöglich erſchien. Lamarque ſprach es unumwunden aus, was gewiß der größte Theil des franzöſiſchen Heeres mit ihm dachte: daß ein Krieg ein ſo feſter Kitt ſey, einen Thron mit ſo glänzenden Strahlen umgebe, eine neue Dynaſtie ſo tiefe Wurzeln ſchlagen laſſe, daß die Politik ihn zu beginnen gebiete, ſelbſt wenn keine Gründe dazu vorhanden wären (qu'il est politique de la vouloir, même sans motifs). Wer von einer ſolchen Vorausſetzung ausging, dem konnte es nicht ſchwer fallen, die ſchlagendſten Gründe aufzufinden. Und in der That entwickelte Lamarque, ſo oft es darauf ankam, die gebieteriſche Nothwendigkeit nachzuweiſen, die Anſprüche und Intereſſen Frankreichs mit Heeresmacht durchzuführen, eine ſo hinreißende Beredſamkeit, daß außer der franzöſiſchen Abgeordnetenkammer vielleicht jede andere Verſammlung in Frankreich von dem Gewichte ſeiner Gründe überzeugt worden wäre. Nicht ſo die Banquiers, Fabrikanten, Kaufherren, großen Grundbeſitzer und andere reiche Leute, welche die Mehrheit in der Abgeordnetenkammer bildeten; dieſe berechneten die ſchweren Verluſte, die ihnen das Sinken der Staatspapiere, die Stockung des Gewerbfleißes und des Handels, die Entwerthung der Grundſtücke zufügen würde, und ſie glaubten daher gern den Vorſtellungen der Friedenspartei, welche die Gefahren eines Krieges, in dem Frankreich vereinzelt dem vereinten Europa gegenüberſtände, in den ſchwärzeſten Farben ſchilderte. Guizot rief gegen Lamarque den Grundſatz der Nichteinmiſchung an, der allein zu dauerndem Erfolge führen könne, weil er auf der Achtung vor der Freiheit anderer Nationen beruhe. Dieſem Grundſatze ſtehe das Beſtreben entgegen, Europa gewaltſam eine Einheit der Staatseinrichtungen oder der Herrſchaft aufzudrängen, wie ſchon Ludwig XIV. der Welt die franzöſiſche Monarchie, der Convent die franzöſiſche Republik, Napoleon das franzöſiſche Kaiſerthum habe aufdrängen wollen, was aber immer nothwendig gewaltſame Rückwirkungen zur Folge gehabt habe, weil dadurch die Freiheit der Nationen angegriffen worden ſey. Gewaltthätigkeit oder Eroberung, von wem ſie auch ausgehen möchten, würden niemals zum Vortheil der Freiheit ausſchlagen. Die Bahn, auf welche man Frankreich hinleiten wolle, ſey die vom Convente vor-

Digitized by Google

gezeichnete. Der Convent habe jeden Vorwand benutzt, ſich zum Don Quixote des Aufſtandes und der Umwälzung zu machen. Dieſes Verfahren wolle man wieder einführen; aber man möge nur nicht vergeſſen, daß daſſelbe nicht allein alle Fürſten, ſondern alle Völker gegen Frankreich bewaffnet habe. Mauguin ſowohl als Lafayette, die, ohne ſo weit zu gehen, wie Lamarque, ſich doch gleich ihm bei jeder Gelegenheit der Belgier und der Polen annahmen, waren ungeſchickt genug, die Falle nicht zu bemerken, die ihnen durch die Erwähnung des Conventes gelegt war; der eine vertheidigte geradezu den Convent, der andere ſeine geliebte Revolution von 1789 gegen die Vorwürfe, die Guizot dem erſten gemacht hatte; und beide trugen dadurch, ohne es zu wollen, das Ihrige dazu bei, jenes Schreckgeſpenſt der Republik heraufzubeſchwören, vor welchem die Mehrheit der Kammer noch größere Furcht hatte, als ſelbſt vor der Gefahr eines allgemeinen Krieges, und das ſie ſich fortan als untrennbar vereint mit dieſem dachte, weil man vorausſetzte, daß Frankreich unmöglich einen Kampf gegen ganz Europa beſtehen könne, ohne von neuem jene ungeheuern Anſtrengungen zu machen, deren man nur die Republik fähig glaubte.

Mauguin, der bei aller Aufrichtigkeit ſeiner Ueberzeugungen doch viel zu eitel war, um einem anderen, und wäre dieſer auch ein Lamarque, die erſte Rolle zu überlaſſen, brachte wenige Tage nach dem Ausgange der von dem kühnen Feldherrn angeregten Erörterungen die Kriegsfrage von neuem zur Sprache. Er verlangte von dem Miniſter des Auswärtigen Auskunft darüber, weshalb man Belgien zurückſtoße, das ſich ſelbſt anbiete, und was man in Bezug auf Polen zu thun gedenke. General Sebaſtiani hatte diesmal keinen Hehl, daß bei dem Beginne der Unterhandlungen über Belgien der Grundſatz angenommen wäre, ſich von der Grundlage der Verträge der Jahre 1814 und 1815 ſo wenig als möglich zu entfernen. Zur Rechtfertigung berief er ſich darauf, daß Frankreich unmittelbar nach der Julirevolution ſo gut als ohne Heer geweſen ſey und deshalb ſich in der Unmöglichkeit befunden habe, jene Verträge zurückzuweiſen. Dies dürfe man gegenwärtig ſagen, weil es jetzt nur eines Winkes von dem Könige bedürfe, um die franzöſiſchen Bataillone zum Siege fliegen zu laſſen. Dazu ſey aber unter den gegenwärtigen Verhältniſſen kein Grund vorhanden; denn für Belgien ſey Alles geſchehen, was es billiger Weiſe verlangen konnte. Die Belgier wären zum erſten Male ſeit dem Beginn ihrer Geſchichte als beſonders unabhängiges Volk an-

Digitized by Google

erkannt. Das polniſche Volk habe Rechte auf das Wohlwollen und auf die Freundſchaft Frankreichs. Die Klagen Polens hallten in dem Grunde aller franzöſichen Herzen wieder. Es ſey aber unmöglich für Polen etwas zu thun, denn man ſey vierhundert Stunden von dieſem unglücklichen Volke entfernt. Selbſt wenn Frankreich zu deſſen Gunſten ſich allen Wechſelfällen des Krieges ausſetzen und den von ihm ſelbſt aufgeſtellten Grundſatz der Nichteinmiſchung verletzen wollte, ſo gebe es doch keinen anderen Weg, um nach Polen zu gelangen, als indem man die Eroberung des ganzen Nordens von Europa verſuchte. Wer dies verlangte, der ſchlüge vor, daß man die ungeheueren Feldzüge Napoleons erneuen ſolle. Gegen Sebaſtiani trat zuerſt Lamarque in die Schranken, der die Sache der Polen für die Sache aller Völker erklärte, weil es für alle von gleicher Wichtigkeit ſey, daß der alte Schutzwall, der den Weſten von Europa gegen die Barbarei des Oſtens ſicherte, wieder aufgerichtet, daß die alte Vorhut europäiſcher Geſittung verſtärkt werde. Der ruſſiſche Koloß ſey nur in ſeiner Heimath furchtbar, wo ihn die Kälte ſchütze; ohne den Beiſtand Englands könne er ſich nicht bewegen. Eine feſte Sprache würde ihn daher leicht auf die Bahn der Mäßigung und der Gerechtigkeit zurückführen; denn Polen ſey in ſeinem vollkommenen Rechte, da die ruſſiſche Regierung die polniſche Verfaſſung verletzt habe, deren Aufrechterhaltung von allen Mächten verbürgt ſey. Was Belgien betreffe, ſo ſey es unbegreiflich, wie man ein Land zurückſtoßen könne, das einſt Frankreich gehörte, ja das, von franzöſiſchen Gebeinen bedeckt und von franzöſiſchem Blute getränkt, ein unveräußerlicher Theil Frankreichs ſey. Darunter liege ein Geheimniß verborgen, das keine Klugheit zu durchdringen vermöge. Dupin der ältere wollte weder von einer Parteinahme für Polen, noch von einer Einverleibung Belgiens etwas wiſſen; er führte ſogar bittere Beſchwerden über die Vereine, die ſich gebildet hätten, Mannſchaften und Geld nach Polen zu ſchicken. Euſèbe Salverte entgegnete: er rechne es ſich zur Ehre, Mitglied eines ſolchen Vereins zu ſeyn, er glaube aber nicht, daß irgend Jemand in der Kammer ihm dies zum Verbrechen anrechnen werde. Sey doch zu der Zeit des griechiſchen Freiheitskampfes ein Unterſtützungsausſchuß für die Griechen gebildet worden; warum ſollte jetzt nicht daſſelbe für die Polen geſchehen. Guizot war der Meinung, daß der innere Zuſtand Frankreichs noch zu keinem Kriege rathen laſſe. Es fehle noch viel an jenem regelmäßigen Zuſtande, der ſeine Kräfte nach außen zu wenden geſtatte. Durch den Krieg würden, was man da-

Digitized by Google

gegen auch aufbieten möchte, die öffentliche Ordnung wie die allgemeine Wohlfahrt in Frage geſtellt werden. Corcelles beklagte es, daß durch den Gang, den die Verwaltung des Landes im allgemeinen nehme, die gute Meinung, in der Frankreich bei allen europäiſchen Völkern geſtanden habe, täglich tiefer ſinke. Der große Fabrikant Cunin-Gridaine war ſo naiv, offen einzugeſtehen, daß er beſonders deshalb gegen jede Vereinigung Belgiens mit Frankreich ſey, weil dieſelbe, wie er behauptete, dem franzöſiſchen Gewerbfleiße den Todesſtoß verſetzen werde. Von Schonen entwickelte die Anſicht, daß der Miniſter des Auswärtigen gar nicht das Recht gehabt habe, die von Belgien angetragene Vereinigung zurückzuweiſen. Die Entſcheidung dieſer Frage dürfe nur durch ein förmliches Geſetz erfolgen, bei dem alle Theile der geſetzgebenden Gewalt ihre Stimme abzugeben hätten. Der Marſchall Soult ließ ſich weder auf eine Erörterung der Frage ein, ob Frankreich die angebotene Einverleibung Belgiens habe annehmen ſollen, noch ob es Polen beiſtehen ſolle. Er ſagte: Während der fünfzehn Jahre, da fremder Einfluß auf dem Lande laſtete, ſey Frankreich der Friede nur vergönnt geweſen, jetzt könne es ihn fordern. Die Sprache, die es in ſeinen Unterhandlungen führe, müſſe vorzugsweiſe die Sprache der Kraft ſeyn; denn nur dadurch könne Frankreich ſeine Würde bei den Nationen behaupten und die Aufrechterhaltung des Friedens ſichern, die beide zur Entwicklung ſeines Wohlſeyns und der durch die ruhmreiche Julirevolution gegründeten Staatseinrichtungen nothwendig wären. Frankreich nehme gegenwärtig im Innern, wie nach außen die Stellung wieder ein, die das Gefühl ſeiner Würde und ſeiner Kraft verlange. Zu keiner Zeit der franzöſiſchen Geſchichte, ſelbſt damals nicht, als vierzehn Heere aus dem Boden Frankreichs hervorgingen, ſey die kriegeriſche Begeiſterung im Heere ſo groß geweſen, wie gegenwärtig. Niemand ziehe ſich von dem Dienſte zurück; die jungen Leute übten ſich während der Nacht in den Waffen, und freiwillige Vereine ſchöſſen die Koſten für die Räumlichkeiten und die Beleuchtung her, um dies möglich zu machen. Man ſey gegenwärtig ſicher, Frankreich in dem hohen Range zu erhalten, der ihm gebühre. Der ſonſt von der revolutionairen Partei, welche doch zugleich die Kriegspartei war, längſt abgewandte Bignon hielt einen ſehr ausführlichen Vortrag, in dem er zuvörderſt die Uebereilung des Miniſteriums tadelte, das die Einverleibung Belgiens zurückgewieſen habe, ehe irgend eine genügende Veranlaſſung dazu da geweſen wäre, und darauf die Anſprüche Polens auf ſein Beſtehen als

Digitized by Google

beſonderer Staat mit freien volksthümlichen Einrichtungen und Geſetzen ſtaatsrechtlich begründete, woraus er den Schluß zog, daß die Cabinette von Paris und London die dringende Verpflichtung hätten, die Bürgſchaft, die ſie im Jahre 1815 für dieſes ſelbſtſtändige Beſtehen Polens übernommen, unter den gegenwärtigen Verhältniſſen wahr zu machen. Daß dazu ein Krieg nicht gerade nothwendig ſey, zeige die Wirkſamkeit der Londoner Conferenz in Bezug auf Belgien. Aber Polen ohne Beiſtand zu laſſen, oder nur einen unwirkſamen Beiſtand zu leiſten, zu dulden, daß die Polen als Aufrührer behandelt würden, ſey für Frankreich unmöglich. General Sebaſtiani vertheidigte nochmals das Verfahren der Regierung in Bezug auf die belgiſchen Angelegenheiten, indem er Alles aufzählte, was dieſelbe für die Belgier gethan, und dabei geſchickt über alle jene Punkte hinwegſchlüpfte, die am meiſten geeignet waren, Anſtoß zu geben. Darauf äußerte er ſein tiefes Mitgefühl mit dem Schickſale Polens, hob aber hervor, daß auch Bignon zugebe, wie durch Gewalt der Waffen nichts auszurichten ſey, und deutete darauf hin, daß man ſich eine andere Art von Einmiſchung vorbehalte, daß er aber über Unterhandlungen, die im Gange wären, ſich nicht ausſprechen dürfe. Lafayette ſprach ſich mit vieler Mäßigung aus, ſchien aber den Krieg doch für unvermeidlich zu halten. Niemand, ſagte er, wolle den Krieg; aber es gebe Thatſachen, deren Folgen man ſich unterwerfen müſſe, da ſie mit der Ehre und dem geſellſchaftlichen Daſeyn Frankreichs zuſammenfielen. Zwei Grundſätze theilten Europa, das ſouveraine Recht der Völker und das göttliche Recht der Könige; auf der einen Seite wären Freiheit und Gleichheit, auf der andern Unterdrückung und Bevorrechtigung. Er wiſſe nicht, ob dieſe beiden Grundſätze ſich als gute Nachbaren würden vertragen können; aber das wiſſe er, daß der von Frankreich angenommene Grundſatz in ſtätigem, geſichertem und unvermeidlichem Fortſchritte begriffen ſey, und daß jede Feindſeligkeit gegen Frankreich deſſen Sieg beſchleunigen müſſe. Der Grundſatz der Nichteinmiſchung in dem Sinne, in dem er denſelben aufgefaßt, ſey auch von den Miniſtern als der leitende Grundſatz ihrer auswärtigen Politik anerkannt. Ueberall in Europa, wo ein Volk, wo ein Land ſeine Rechte anſprechen, ſeine Souverainetät ausüben wolle, werde demnach jede Einmiſchung fremder Regierungen zu dem Zwecke, ſich dieſem Beginnen zu widerſetzen, als eine unmittelbare und förmliche Kriegserklärung gegen Frankreich angeſehen werden, und zwar nicht bloß wegen der Pflichten Frankreichs gegen die Menſchheit, ſondern weil jeder ſolcher Schritt ein unmittel-

Digitized by Google

barer Angriff gegen die Grundbedingungen des Beſtehens der Julire-gierung, weil er eine Wiederherſtellung der Grundſätze von Pilnitz und jener des heiligen Bundes, eine Rechtfertigung jedes künftigen Angriffs und die offenbare Verkündung des Planes wäre, erſt die natürlichen Verbündeten der franzöſiſchen Nation zu zertreten und dann in dieſer ſelbſt jeden Keim der Freiheit zu erſticken. Mauguin verſicherte, daß Alles, was man auch aufbieten möge, um den Krieg zu verhüten, vergeblich ſeyn würde. Mit welchen Gefühlen die Julirevolution von den Höfen aufgenommen worden, ſey bekannt. Rußland habe anfangs die dreifarbige Flagge nicht zugelaſſen und ungeheuere Rüſtungen angeordnet, aber die Vorhut habe ſich, wie Lafayette ſchon früher einmal bemerkt, gegen das Hauptheer gekehrt. Der König von Holland weigere ſich ſeit fünf Monaten, Belgien anzuerkennen und rufe ſeine Verbündeten zu Hülfe; ſeine Geſinnungen ſeyen jene des ganzen Nordens. Oeſterreich unterhandle mit Rom, Neapel und Piemont, um alle italieniſche Staaten gegen Frankreich zu vereinigen. Preußens Heere ſtänden an der franzöſiſchen Grenze. England habe Spanien veranlaßt, ſich zum Kriege zu rüſten. Neuerer Zeit führten die Mächte allerdings eine andere Sprache, aber nur um Zeit zu gewinnen. Wenn erſt Polen unterjocht ſey, werde die Reihe an Belgien und darauf an die Schweiz kommen, und wenn alle Verbündete Frankreichs gefallen wären, dann würde man ſehen, in welcher Stellung ſich dieſes den Mächten gegenüber befinde. Ob die Mächte ſich wirklich über den angegebenen Plan verſtändigt hätten, wiſſe er nicht; aber daran ſey kein Zweifel, daß die Kriegsfrage nur noch eine Frage der Zeit ſey. Selbſt wenn die Annahme Belgiens unausbleiblich zum Kriege führen müßte, würde er deshalb dazu rathen; er ſey aber der Meinung, daß durch die Annahme gerade der Krieg vermieden werden könne, weil Frankreich dadurch ſo ſehr verſtärkt würde, daß man nicht wagen dürfe, es anzugreifen. Solche Faſeleien, die ſich ohne Mühe in das Endloſe ausſpinnen ließen, konnten unter beſonnenen Männern unmöglich einen Eindruck hervorbringen; und es wurde dem Miniſter des Auswärtigen daher nicht allzuſchwer, die Beſorgniſſe zu zerſtreuen, die man auf ſo ungeſchickte Weiſe zu erregen verſuchte. Er gab zu, daß im Norden bedeutende Rüſtungen Statt gefunden hätten. Die Regierung habe dieſe jedoch nicht aus der Acht gelaſſen; ſie habe erklärt, daß, ſobald ein ruſſiſches Heer Preußen oder Deutſchland beträte, Frankreich den status quo als gebrochen anſehen und ſich nur bei ſeiner Ehre Raths erholen werde. Darauf wären die aufrichtigſten und beſtimmteſten Erläuterungen ein-

Digitized by Google

gegangen, die noch vor den polniſchen Ereigniſſen erfolgt wären. Dennoch habe man ſich keineswegeſ einer unklugen Sicherheit hingegeben; Frankreich wolle den Frieden, aber es ſey nöthigenfalls zum Kriege bereit; ſeine Regierung habe ſich nicht einſchläfern laſſen.

Die Haltung, welche die Abgeordnetenkammer während dieſer Kämpfe zwiſchen der Regierung und der Kriegspartei beobachtete, ließ keinen Zweifel darüber, von welchen Geſinnungen die Mehrheit beſeelt war. Je ſicherer aber Ludwig Philipp der Unterſtützung der Kammer für ſeine innere, wie für ſeine auswärtige Politik war, um ſo weniger konnte er ſich entſchließen, ſich ſelbſt eines ſo kräftigen Beiſtandes zu berauben, indem er zu der Auflöſung geſchritten wäre, die längſt von allen Seiten verlangt wurde. Da es einmal als ausgemacht galt, daß die Auflöſung nicht länger ausgeſetzt werden dürfe, als bis das neue Wahlgeſetz angenommen ſey, welches der Kammer bereits am 30. December vorgelegt war, ſo wurde, um wenigſtens noch einige Zeit zu gewinnen, eine neue Gemeindeordnung eingebracht und beſchloſſen, daß die Berathung derſelben jener über das Wahlgeſetz vorangehen ſolle. Die Erörterungen über die Gemeindeordnung, die jetzt begannen, hatten für die Pläne Ludwig Philipps den weſentlichen Nachtheil, daß ſie den engherzigen Geiſt, der die Mehrheit beherrſchte, in ſeiner ganzen Blöße zeigten. Das neue Gemeindegeſetz war in der Form, in der es aus den Berathungen der Abgeordnetenkammer hervorging, bei weitem weniger freiſinnig, als jenes, welches einſt Martignac vorgelegt und das damals die liberale Partei verworfen hatte, weil es ihr nicht freiſinnig genug war. Es wurde beſchloſſen, die Bürgermeiſter und Beigeordneten ſollten fortwährend in den größeren Städten vom Könige, in den kleineren wie in den Land-Gemeinden von dem Präfecten ernannt werden. Der Gemeinderath, der dem Bürgermeiſter zur Seite ſteht, ſollte zwar fortan durch freie Wahl gebildet werden, aber nicht, wie Martignac vorſchlug, von allen anſäſſigen Einwohnern, ſondern nur von einer verhältnißmäßig nicht allzubedeutenden Zahl der Höchſtbeſteuerten, ſo daß jetzt derſelbe Grundſatz der ausſchließenden Herrſchaft des Reichthumes, den die Verfaſſung in der politiſchen Volksvertretung eingeführt hatte, auch in Bezug auf die örtlichen Angelegenheiten der Gemeinden geltend gemacht wurde. Die lähmende Abhängigkeit der Gemeindeverwaltungen von der allgemeinen Staatsverwaltung, die in den erſten alles ſelbſtändige Leben tödtete, und welche die Reſtauration vom Kaiſerreiche geerbt hatte, wurde nicht im Geringſten gemildert. Bei den

Digitized by Google

Berathungen kam es zu ſtürmiſchen Auftritten, weil es vielen freiſinnigen Männern denn doch zu arg ſchien, daß den Gemeinden Frankreichs nach der Julirevolution nicht einmal ſo viel an Freiheit zugeſtanden werden ſollte, als die Reſtauration ihnen geboten hatte. General Lamarque hatte vorgeſchlagen, daß zu den Gemeindewahlen nicht bloß die Höchſtbeſteuerten, ſondern alle Haus- und Grundeigenthümer, die ſelbſtändigen Gewerbtreibenden und Kaufleute, die dienſtthuenden Nationalgardiſten, Mitglieder der Ehrenlegion, penſionirte Officiere und vor dem Feinde durch ihre Wunden dienſtunfähig gewordene Soldaten zugelaſſen werden ſollten. Dagegen erhob ſich Dupin der ältere, bei all ſeiner Gelehrſamkeit und ſeinem derben Witze das wahre Muſter eines engherzigen Spießbürgers, mit leidenſchaftlicher Heftigkeit und vergaß ſich ſo weit zu äußern: „man ſtifte die Bettler an, gegen die Geſellſchaft aufzuſtehen“. Herr von Corcelles erklärte dieſen allerdings unwürdigen Ausfall für eine Schändlichkeit und Ehrloſigkeit, worüber ein Aufruhr entſtand, den der Präſident lange Zeit umſonſt zu ſtillen verſuchte, bis es endlich Dupins Beharrlichkeit gelang, wieder zum Worte zu kommen und ſeinen Vortrag zu beſchließen. Man hätte meinen ſollen, daß Dupin, der doch nicht geringen Werth auf die ziemlich zweideutige Rolle legte, die er während der Julirevolution geſpielt, es darauf abgeſehen habe, ſich bei der revolutionären Partei perſönlich ſo verhaßt zu machen, als möglich; und daß er dieſen Zweck, wenn derſelbe ihm anders wirklich vor Augen ſchwebte, vollſtändig erreicht hatte, ſollte er nach wenigen Tagen zu ſeinem Schrecken, wie zu dem Schrecken ſeiner Collegen in der Abgeordnetenkammer erfahren.

Die Anhänger der geſtürzten Dynaſtie, die in der erſten Zeit nach dem Julikampfe ſpurlos vom Schauplatze verſchwunden waren, weil ſie ihre ganze Ohnmacht erkannten, als ſie ſich zum erſten Male der unermeßlichen Mehrheit des franzöſiſchen Volkes gegenüberſahen, fingen an, ſich aus ihren Verſtecken wieder hervorzuwagen und kühner das Haupt zu erheben, ſo wie ſie wahrnahmen, daß die Wege, welche die neue Regierung einſchlug, die anfängliche Begeiſterung für dieſelbe immer mehr abkühlten und ſogar bei einem großen Theile der Volksmaſſe eine beſtimmte Unzufriedenheit hervorriefen, die, wie es ihnen ſchien, nur geſchickt benutzt zu werden brauchte, um eine neue Umwälzung im umgekehrten Sinne herbei zu führen. Die Häupter der Partei zu Paris beſchloſſen, ihre Kräfte zu muſtern, um demnächſt einen entſcheidenden Schlag vorzubereiten, und ſie erſahen zu dieſem

Digitized by Google

Ende den 14. Februar, als den Todestag des Herzogs von Berri, für den ſie ein feierliches Todtenamt anordneten, das zugleich dazu dienen ſollte, den Getreuen ſeines Sohnes, des jungen Herzogs von Bordeaux, den ſie als den rechtmäßigen König von Frankreich nach der Abdankung ſeines Großvaters und ſeines Oheims Heinrich V. nannten, eine Gelegenheit zur Vereinigung zu bieten. In der Kirche zu St. Roch, wo die Feier öffentlich angekündigt war, wurde ſie durch das vom Cultusminiſter veranlaßte Einſchreiten des Erzbiſchofs von Paris verhindert. Man hatte nicht daran gedacht, daß der Ort verlegt werden könnte; und am Morgen des 14. Februar fand ſich eine lange Reihe glänzender Equipagen vor der Kirche St. Germain l'Auxerrois ein, in deren Innern die Feierlichkeit ungeſtört Statt fand. Als dieſelbe beendigt war, wurde eine Sammlung zum Beſten der in den Julitagen verwundeten Soldaten der königlichen Garde veranſtaltet, und ein junger Mann befeſtigte an den Katafalk, der ſich in der Mitte der Kirche erhob, eine Lithographie, die den Herzog von Bordeaux darſtellte. Ein Immortellenkranz wurde darüber angebracht, und alte royaliſtiſche Officiere legten ihre Ehrenzeichen davor nieder. Inzwiſchen hatte ſich aber eine Maſſe Neugieriger vor der Kirche geſammelt, unter denen es bald bekannt wurde, was im Innern vorging. Die Neuigkeit flog mit den gewöhnlichen Uebertreibungen des Gerüchtes von Munde zu Munde; Verwünſchungen wurden laut; die Menge ſchwoll mit jeder Minute dichter an, und das, was anfangs nur ein zufälliger Zuſammenlauf war, wurde allmälig eine drohende Zuſammenrottung und zuletzt ein furchtbarer Aufruhr. Der Pöbel — und nicht bloß der Pöbel, denn man bemerkte unter dem Haufen nicht wenige wohlgekleidete Männer — brach in die Kirche, zerſtörte den Altar, zertrümmerte die Kanzel, zerbrach die Beichtſtühle, warf die Heiligenbilder von ihren Fußgeſtellen und vernichtete Alles, was durch Menſchenhände vernichtet werden konnte. Einzelne der Ausgelaſſenſten hüllten ſich in die geiſtlichen Gewande und führten in denſelben leichtfertige Tänze aus; Andere trieben unter frechen Gotteslaſterungen ſchamloſen Mißbrauch mit den heiligen Gefäßen. Und dieſes Alles geſchah, ohne daß von Seiten der Behörden das Geringſte verſucht wurde, dem Frevel Einhalt zu thun; vielmehr ſchienen dieſe mit den Meuterern gemeinſchaftliche Sache zu machen. Denn das große vergoldete Kreuz, welches den Tempel überragte, wurde auf Befehl des Bürgermeiſters des Stadtbezirkes durch eigens angeſtellte Arbeiter herabgeſtürzt. Da der Aufruhr ungehindert viele Stunden fortdauerte,

Digitized by Google

ſo wurde durch denſelben ganz Paris in Bewegung geſetzt. Von verſchiedenen Seiten wurde die Aeußerung vernommen, daß man jetzt wieder einbringen könne, was in der Julirevolution verſäumt worden ſey. Der König hatte den Polizeipräfecten Baude, der nach den Decemberunruhen an die Stelle des Grafen Treilhard getreten war, bei ſich zur Tafel; und die Berichte, die an dieſen eingingen, kamen ihm daher unmittelbar zu Ohren und Augen. Am Abende wurde gemeldet, daß des andern Morgens ein Sturm gegen den erzbiſchöflichen Palaſt beabſichtigt werde; andere Berichte kündigten an, daß ein Angriff auf das Palais royal im Werke ſey. Da ſoll Louis Philipp gegen Baude geäußert haben: „Man muß einem Jeden ſeinen Theil laſſen; denken Sie nur an das Palais royal!“*). Der Polizeipräfect ſchrieb deshalb an den Militairbefehlshaber der Hauptſtadt, er möge alle ihm zu Gebote ſtehende Streitkräfte zum Schutze des königlichen Palaſtes in Bereitſchaft halten und keine andere Bewegung anordnen, was ſich auch ereignen möge.

In der Nacht fielen einige Flintenſchüſſe; zwei oder drei Poſten wurden entwaffnet; und ein Volkshaufe zog vor die Wohnung des älteren Dupin und ſuchte unter dem Rufe: „Nieder mit Dupin! An die Laterne mit Dupin“ in das Haus zu dringen. Die Bewohner leiſteten ſo lange Widerſtand, bis eine Abtheilung der Nationalgarde herbeigeholt werden konnte, welche die wüthende Bande zerſtreute. Mit Tagesanbruch bildeten ſich drohende Zuſammenrottungen in der Nähe des Palais royal; ſie vermochten aber nicht durchzudringen, weil ſie alle Zugänge beſetzt fanden. Die Maſſe wälzte ſich daher nach dem erzbiſchöflichen Palaſte in der Altſtadt, wo nicht die geringſten Vorkehrungen zu ihrer Abwehr getroffen waren. Zwar wurde der Generalmarſch geſchlagen, um die Nationalgarde unter die Waffen zu rufen; aber nur eine ſchwache Abtheilung wurde nach der Altſtadt entſandt, die außer Stande war, etwas gegen die Menge auszurichten, welche den Eingang in den erzbiſchöflichen Palaſt erzwungen und hier ein Werk der Zerſtörung begonnen hatte, wie es mitten im Frieden in einer großen und volkreichen Stadt, wo den Behörden ein Heer regelmäßiger Truppen und bewaffneter Bürger zur Verfügung ſtand, in alten und neuen Zeiten ſchwerlich Statt gefunden hat. Alles, was irgend zerſtörbar war, wurde zerſtört; koſtbare Geräthe, werthvolle Gemälde, die Bücher einer reichen Bibliothek wurden in die

*) Louis Blanc, histoire de dix ans. T. II. pag. 288.

Digitized by Google

Steine geworfen, und von dem ganz großen Gebäude blieben nur die nackten Wände ſtehen, die in ſo baufälligen Zuſtand verſetzt waren, daß ſie ſpäter abgetragen werden mußten. Auch an dieſem zweiten Tage des Tumultes ſchienen die Behörden, deren Pflicht es geweſen wäre, dem geſetzwidrigen Treiben der zügelloſen Volkshaufen zu ſteuern, daſſelbe eher zu billigen. Die Menge verlangte, daß die Kreuze von den Kirchen entfernt würden, in denen ſie nicht ein Zeichen des Glaubens an den Welterlöſer, ſondern der Prieſterherrſchaft ſah; und auf einen Befehl des Grafen Montalivet verſchwanden die Kreuze von allen gottesdienſtlichen Gebäuden. Die Menge tobte gegen die Lilien, das uralte Wappen des franzöſiſchen Königshauſes, welches der jüngeren wie der ältern Linie der Bourbonen eigen war, und das Ludwig Philipp bisher beibehalten hatte, weil er auf ſeine Abſtammung von dem älteſten Fürſtengeſchlechte Europa's nicht geringeren Werth legte, als irgend ein Mitglied der älteren Linie. Man hielt es aber jetzt für bedenklich dem ausgeſprochenen Volkswillen zu widerſtreben, und der Moniteur brachte eine königliche Ordonnanz, welche die Lilien aus dem königlichen Wappen von Frankreich verbannte und durch ein aufgeſchlagenes Buch erſetzte, das die Charte von 1830 vorſtellen ſollte.

Da durch dieſe Zugeſtändniſſe den Maſſen, deren Blicke immer nur an dem äußerlich in die Augen Fallenden haften, alle Angriffspunkte entzogen wurden, ſo gelang es am dritten Tage nach dem Ausbruche des Aufſtandes, die Ruhe wieder herzuſtellen. Jetzt erholte ſich, wie der Hof, ſo auch die Abgeordnetenkammer von dem Schrecken, der beide befallen hatte. In der Abgeordnetenkammer verlangte Benjamin Deleſſert von den Miniſtern Auskunft über die Unordnungen, die in den letzten Tagen Statt gefunden hätten, und die nicht allein gegen die Religion, ſondern, wie man aus dem Angriffe gegen ein Mitglied der Kammer ſehe, auch gegen die Volksvertretung gerichtet geweſen wären. Der Miniſter des Innern ſchob alle Schuld auf den Uebermuth der legitimiſtiſchen Partei, welche, wie er ſich ausdrückte, zwar nichts vergeſſen, aber doch etwas gelernt habe, nämlich die Kunſt, ſich „geſetzlich zu verſchwören." Dabei machte er das naive Zugeſtändniß, daß es leicht ſey, von einer Regierung Kraft und Gewandtheit zu verlangen, daß dieſe ſich aber nicht bloß ſo vorſchreiben ließen. Der Polizeipräfect Baude war noch aufrichtiger. Er führte das Beiſpiel eines Handwerkers an, der an der Verheerung des erzbiſchöflichen Palaſtes Theil genommen und von einem gebildeten Manne darüber

Digitized by Google

zur Rede geſtellt, dieſem erwiederte: „Was wollen Sie? nichts geht, weder die Arbeit, noch die Regierung. Wir haben keine Journale; wir gehen nicht zum Könige noch in die Kammern, und wir ergreifen das nächſte beſte Mittel zu zeigen, daß wir wünſchen, es möchte anders ſeyn.“ Die Geſinnung, die dieſer Arbeiter ausſprach, ſey die allgemeine nicht bloß unter der geringeren Zahl derer geweſen, die ſich bei der Zerſtörung unmittelbar thätig erwieſen, ſondern auch unter der größeren der Umſtehenden, die ihren Beifall durch ihre Unthätigkeit zu erkennen gegeben. Wenn das Volk ſage, es gehe nichts, weder die Arbeit noch die Regierung, ſo meine es damit, daß die Nation geiſtige und materielle Bedürfniſſe habe, von denen weder die einen noch die andern befriedigt würden. Und in der That ſey zur Befriedigung dieſer Bedürfniſſe ſeit ſechs Monaten ſo viel als nichts geſchehen. Die Stimmung der Gemüther ſey eine ſehr ernſte, und der geringſte unvorhergeſehene Anlaß könne eine neue Verwirrung und Zerrüttung hervorrufen; er müſſe es daher gerade herausſagen, daß die gegenwärtige Geſetzgebung ihm nicht berufen ſcheine, die Bedürfniſſe des Landes zu befriedigen. Das Beſte, was die Kammer thun könne, ſey, ſobald als möglich die Steuern vorläufig bis zum 1. Juli zu bewilligen und irgend ein vorläufiges Wahlgeſetz anzunehmen. Die nächſte Kammer könne dann das bleibende Wahlgeſetz ausarbeiten. Das Volk, welches lebhaft auf eine Erneuung der geſetzgebenden Verſammlung dringe, würde darin ein Zeugniß des Vertrauens ſehen, welches hinreichen würde, es zu beſchwichtigen. Der Generalprocurator Perſil war anderer Anſicht. Er meinte, wenn es Leute gebe, die darüber klagten, daß man nicht genug für das Volk thue, ſo würde er ihnen ſagen: „Verſetzen Sie ſich doch in unſere Lage zu Anfang des Juli zurück; hätte das Volk wohl damals gewagt, Alles das zu fordern, was es bereits erhalten hat und noch erhalten wird? Als am 28. Juli Herr Mauguin von dem Herzoge von Raguſa die Zurücknahme der Ordonnanzen, die Entlaſſung des Miniſteriums verlangte, würde er da wohl gewagt haben, eine unbeſchränkte Preßfreiheit und deren Beurtheilung durch die Geſchwornen, die Wiederherſtellung der Nationalgarde, ein Gemeindegeſetz, welches auf dem Grundſatze der freien Wahl beruht, ein Wahlgeſetz zu hoffen, das ſtatt 80,000 Wählern deren 300,000 ſchafft?“ Das Volk habe nun aber alles dies oder werde es unverzüglich erhalten; und es hieße ſeine Zukunft gefährden, wenn man mehr verlangen wolle. Er, Perſil, fürchte das Volk nicht, wenn es ſich ſelbſt überlaſſen ſey; aber das Volk laſſe ſich leicht täu-

Digitized by Google

ſchen, man reize ſeine Leidenſchaften auf, man reiße es zu Ausſchweifungen hin, und dann ſey es zu fürchten. Uebrigens werde die Stadt Paris die ſtattgefundenen Unordnungen ſchwer büßen müſſen; die Verheerungen im erzbiſchöflichen Palaſte, für welche die Stadt aufkommen müſſe, zögen derſelben allein einen Verluſt von einer Million zu. Daß die Regierung keine größere Kraft entwickelt habe, um die Unruhen zu unterdrücken, könne freilich nicht befremden; denn dies werde ſo lange unmöglich bleiben, als ſie höhere Beamte beibehalte, die den Parteimännern zum Vereinigungs- und Stützpunkte dienten. Die letzten Worte riefen den Seinepräfecten Odilon Barrot, auf den ſie ſich unverkennbar bezogen, auf die Rednerbühne. Barrot erklärte, er ſey allen amtlichen Maßregeln, welche der Miniſter des Innern und der Polizeipräfect ergriffen, vollkommen fremd geblieben, weil man nicht für gut gefunden, ihn von denſelben zu unterrichten, und weil ihm keine Aufträge ertheilt worden wären. Was er gethan, ſey aus eigener Bewegung und ohne jede höhere Weiſung geſchehen, indem er als guter Bürger der Stimme ſeines Gewiſſens gefolgt wäre. Man behaupte, daß die Regierung keine Kraft habe, weil ſie Beamte behalte, die den Unruheſtiftern zum Vereinigungspunkte dienten. Dieſer Vorwurf ſey kein neuer; denn er ſey dem Miniſterium bereits gemacht worden, bevor ſich zwei Männer von ungleich höherer Bedeutung, als er ſelbſt ſich beilegen könne, von der Verwaltung zurückgezogen, der erlauchte General Lafayette und der ehrenwerthe Dupont. Er glaube, daß der Rücktritt dieſer beiden Männer der Regierung wenig genutzt habe. Wenn er, der ſich weder als eine Urſache der Kraft noch der Schwäche für die Regierung betrachten könne, dem Beiſpiele jener Männer nicht gefolgt ſey, ſo habe dies keinen andern Grund gehabt, als weil die Entlaſſung, die er angeboten, nicht angenommen worden ſey. Der junge Miniſter des Innern fühlte durch die Beſchwerde, die der Seinepräfect, einer ſeiner Untergebenen, über die ihm widerfahrene Vernachläſſigung erhob, ſich ſo verletzt, daß er alle Rückſichten vergaß, die er dem älteren, erfahrenern und jedenfalls um die Julirevolution in höherem Grade verdienten Manne ſchuldig war, und die von dem albernſten Hochmuthe eingegebene Bemerkung machte: er ſelbſt habe eher Urſache empfindlich zu ſeyn, als der Herr Seinepräfect, da die Empfindlichkeit ſich eher von oben nach unten (de haut en bas!) begreifen laſſe, als von unten nach oben. Odilon Barrot entgegnete mit bitterer Verachtung: wenn der Herr Miniſter ſeine Empfindlichkeit gereizt fühle, ſo habe er ein ſehr einfaches Mittel, ſich ſelbſt Genug-

thuung zu verſchaffen. Mauguin gab zu verſtehen, daß das Volk ſo unrecht nicht gehabt hätte, wenn es die Ausübung der Gerechtigkeit in ſeine eigene Hand genommen, da die Schwäche und Unentſchiedenheit der Verwaltung, dieſer Mangel an jeder Staatsgewalt, wo nicht an jeder Regierung ein gerechtes Mißtrauen hätte ausſtreuen müſſen, ſo daß man ſich fragen dürfe, ob die Behörden, wenn das Volk nicht gehandelt hätte, gegen die Urheber des Scandals vom 14. Februar auch nur eingeſchritten wären. Der ältere Dupin erklärte: ſein Glaubensbekenntniß ſey, Mäßigung, aber keine Schwäche, Feſtigkeit und Beharrlichkeit für Alles, was ihm als die wahre Freiheit erſcheine, jene beſonnene Freiheit, die ſich in die Schranken der Vernunft und des Rechtes einſchließe; fortſchreitende Entwicklung in den Staatseinrichtungen, aber durch Geſetze und nicht durch Straßenaufläufe. Er habe immer die Unordnung bekämpft, welches Banner ſie auch geführt habe, und die Feinde der Freiheit, welche Maſke ſie auch vorgenommen hätten; er habe immer die Zügelloſigkeit verabſcheut, und daß er ſie in ſeinem eigenen Hauſe thätig geſehen, habe ihn von ſeinem Widerwillen gegen zügelloſe Staatslehren nicht zurückkommen laſſen. Man beſchuldige die Kammer, ſie wolle die Fortdauer ihrer Gewalt in das Endloſe verlängern; aber man möge doch nur ihre Auflöſung ausſprechen. Die Kammer ſelbſt wünſche nichts anderes. Bei dieſen Worten wurde der Redner von allen Seiten durch zuſtimmende Ausrufungen unterbrochen; die Herren von der Mehrheit waren auf einmal zu der Erkenntniß der Gefahren gekommen, von denen ſie bei längerer Ausdauer auf ihren Sitzen perſönlich bedroht ſeyn konnten, und wie es ſchien, waren wenige unter ihnen geneigt, für ihre politiſche Meinung zu Märtyrern zu werden. Salverte ſprach ſich in ähnlichem Sinne aus, wie Mauguin; er war der Meinung, daß die Fortſchritte der Julirevolution nicht raſch genug geweſen wären, daß die Staatseinrichtungen noch nicht die Entwicklung erhalten hätten, deren ſie fähig wären, und daß hierin die Hauptſache des Ungemaches liege, das auf dem Lande laſte. Guizot trat als der bitterſte Ankläger des Miniſteriums auf. In Allem, ſagte er, was man bisher zur Erläuterung der jüngſten Vorgänge gehört habe, ſey nichts aufzufinden, was eine Regierung verſpräche. Die erſte Bedingung einer Staatsgewalt, welche alle beſtehende Rechte und folglich auch ihre eigenen zu ſchützen vermöge, ſey, daß ſie allein regiere, daß kein höherer Einfluß, keine äußere Gewalt, keine außergeſetzliche Einmiſchung ihren Gang aufhalte und hemme. Die Regierung müſſe an der Spitze

Digitized by Google

des Staates und nicht an ſeinem Schweife ſtehen. Es ſey immer eine Handlung der Unordnung, eine Regierung durch Dazwiſchenkunft äußerer Gewalt zu ſtürzen; und darin liege hauptſächlich die Quelle aller gegenwärtigen Verlegenheiten. Deshalb ſey er weit davon entfernt, über dieſe von dem Miniſterium Rechenſchaft zu fordern. Nur dürfe man nicht vergeſſen, daß es die Aufgabe der Zeit ſey, eine Einheit zu erreichen, die Einheit von Freiheit und Ordnung, und daß es um beide noch ſehr ſchlecht beſtellt ſey. Was die Ordnung betreffe, ſo ſey dieſe auf den Straßen nicht ſehr groß; aber eben ſo wenig, wie auf den Straßen, ſey ſie in der Regierung zu Hauſe. Das Miniſterium ſey mit der Mehrheit der Kammer nicht im Einklange, und es vermöge die Ordnung nicht einmal im Schooße der vollziehenden Gewalt aufrecht zu halten. Mit der Freiheit gehe es nicht beſſer. Ein Fremder, der geſehen hätte, wie Mancher in den letzten Tagen ſich durchkämpfen mußte, wie ein belgiſcher Geiſtlicher ſeiner Kleidung wegen nur durch das Einſchreiten guter Bürger vor Gewaltthätigkeiten geſchützt worden ſey, könne an die Erhaltung der perſönlichen Freiheit nicht beſonders glauben. Dieſelbe Bürgſchaft, wie allen anderen Freiheiten, gebühre auch der Freiheit des Cultus. Während der fünfzehn Jahre der Reſtauration ſey dieſe Freiheit den Proteſtanten durch Mißtrauen verkümmert worden; jetzt geſchehe daſſelbe den Katholiken. Eine gute Regierung könne nie beim Volke beliebt ſeyn; je tüchtiger eine Regierung ſey, um ſo mehr werde ſie den Ehrgeiz und getäuſchte Erwartungen gegen ſich aufbringen. Seit dem Jahre 1688 habe England kein beim Volke beliebtes Haus der Gemeinen gehabt*); die beliebteſten Staatsmänner hätten, ſo wie ſie zur Regierung gelangten, die Volksgunſt verloren. Verlange man von der Volksbeliebtheit eine Regierung, ſo werde man gar keine haben; er glaube, es ſey nicht möglich, länger in dieſer Lage zu bleiben. Laffitte hatte bei der ſichtlichen Uebertreibung, die in dieſer Auffaſſung lag, leichtes Spiel dieſelbe zu widerlegen. Er hielt ſeinem Ankläger vor, daß dieſer im October als Miniſter des Innern die Polizei und die Nationalgarde zu ſeiner Verfügung gehabt und dennoch nicht verhindert habe, daß der Palaſt des Königs während der Nacht durch blutdürſtiges Geſchrei beſtürmt worden ſey. Guizot ſey damals aus der Verwaltung getreten,

*) Aus dem einfachen Grunde, weil im Hauſe der Gemeinen bis zur Annahme der Reformbill, wie wir im achten Buche zeigen werden, nicht die Nation, ſondern nur die Ariſtokratie vertreten war.

Digitized by Google

aber nicht weil er Mittel gefunden hätte, die Unruhe zu verhüten, und weil dieſe Mittel nicht angenommen worden wären. Er habe damals kein Wort davon geſagt, daß die Volksbeliebtheit ein ohnmächtiges Mittel zur Handhabung des Regimentes ſey, und daß man ein kräftigeres bedürfe. Er ſagte im Gegentheil, die Staatsgewalt habe Vertrauen nöthig, welches Männer einflößen müßten, die beliebter wären, als er. Damals ſtand der Proceß der Miniſter Karls X. bevor; aber man ſagte nicht, daß man mit der Gewalt d. h. mit den Bajonnetten bereit ſeyn, ſondern daß man ſich auf die Volksgunſt ſtützen müſſe. Seitdem habe ſich die Lage ſehr gebeſſert. Zwei Monate wären in ungeſtörter Ruhe vorübergegangen, und wenn man noch am Vorabende des Tages, wo eine unſinnige Handlung die Gemüther erbitterte, die Lage der Dinge mit jener im October verglichen hätte, ſo würde man gefunden haben, daß die Ordnung wieder hergeſtellt, die Freiheit beſchützt ſey, und daß man die meiſten aus der Julirevolution entſprungenen Schwierigkeiten überwunden habe. Das Uebel erſcheine daher keinesweges ſo verzweifelt, als man es darſtellen wolle. Die Regierung habe hinreichende Kraft, um keine der Parteien, von denen eine Störung der Ruhe ausgehen könne, zu fürchten. Sie habe die öffentliche Meinung für ſich, die ſie erkundet habe. Die Kammer habe ihr jeden Beiſtand gewährt, den ſie erwarten durfte. Die Mehrheit, von der man geſprochen, ſey allerdings nicht immer deutlich zu erkennen geweſen; die Kammer ſcheine ſelbſt der Meinung zu ſeyn, daß man eine Mehrheit — durch Auflöſung der Kammer — vom Lande verlangen müſſe. Wenn ſie auf dieſer Anſicht beharre, die auch das Miniſterium theile, ſo werde dieſes nicht ſäumen, die Befehle des Königs einzuholen. General Sebaſtiani erklärte, daß er die Verantwortlichkeit für das Verfahren des gegenwärtigen Miniſteriums ſo wenig ſcheue, als für jenes, das demſelben vorangegangen. Zwiſchen ihm und Guizot habe eine einzige abweichende Anſicht beſtanden. Dieſer habe in der Kammer eine Mehrheit geſehen, die er nicht darin zu ſehen vermocht habe. Eine wirkliche Mehrheit werde nicht bloß durch die Kugeln bei der Abſtimmung, ſondern durch Gleichheit der Grundſätze gebildet; um dieſe zu beſitzen, hätten aber die Mitglieder der Mehrheit alle den Juliereigniſſen angehörten, durch dieſelben gleichſam die Taufe empfangen haben müſſen. Die beiläufige Bemerkung Sebaſtiani's, daß er die Erörterung nicht verlängern wolle, da das am meiſten geeignete Mittel, ſie zu beendigen, allgemeinen Beifall gefunden zu haben ſcheine, rief von allen Seiten Aeußerungen der Zuſtimmung

Digitized by Google

hervor. „Ja, ja! die Auflöſung!“ erſcholl es von den Mittelbänken, welche die Mehrheit einnahm. „Allerdings,“ riefen mehrere Mitglieder von der linken Seite, „aber mit einem neuen Wahlgeſetze!“ Dagegen erhoben ſich wieder die Mittelbänke: „Nein, nein! die Auflöſung ſogleich!“ Dieſe Forderung, die unter der revolutionairen Bewegungspartei auf der linken Seite einen wahren Aufruhr veranlaßte, war für die Geſinnungen der Mehrheit bezeichnend; denn eben ſo gut, wie unter dem alten Wahlgeſetze die neuen Wahlen vorzunehmen, konnte man die alte Kammer ohne Weiteres fortbeſtehen laſſen, da es keinem Zweifel unterlag, daß dieſelbe ihrer großen Mehrzahl nach wieder gewählt würde, ſobald die alten Wählerkörperſchaften unverändert beibehalten wurden. Der greiſe Lafayette, der bei dieſer Gelegenheit ſeine vielfach mißverſtandene und mißdeutete Forderung eines volksthümlichen Thrones mit republikaniſchen Staatseinrichtungen erläuterte, wandte ſich an das Schamgefühl der Mehrheit, indem er ihr vorſtellte, ſie könne doch unmöglich ſo gering von ſich ſelbſt denken, daß ſie es nicht wagen ſollte, ſich dem Urtheile eines erweiterten Wählerkreiſes zu unterwerfen. Dies wäre, nachdem die Regierung bereits einen Geſetzentwurf eingebracht, durch den ſie einer größeren Zahl von Franzoſen das Wahlrecht zuerkenne, mehr als Demuth, es wäre zugleich eine offene Hintanſetzung aller patriotiſchen Geſinnungen, deren er ſeine Collegen unmöglich für fähig halten könne. Niemand wagte es gegen die Anſprache des würdigen Greiſes ein Wort zu erwidern, und Béranger, der Vorſitzende des von der Kammer mit der Prüfung des Wahlgeſetzes beauftragten Ausſchuſſes, erklärte, auf eine Anfrage Lafayette's, daß der Bericht der Kammer in einer ihrer nächſten Sitzungen vorgetragen werden ſolle.

Der Ausſchuß der Kammer war mit dem miniſteriellen Entwurfe nicht ganz einverſtanden; ſtatt die Zahl der Wähler, wie dieſer vorſchlug, durch Zuziehung der Höchſtbeſteuerten zu verdoppeln, trug der Ausſchuß darauf an, daß der Cenſus der Wähler von 300 Franken, die das alte Wahlgeſetz beſtimmte, auf 240, der Cenſus der Wählbaren von 1000 auf 750 Franken herabgeſetzt werde. Die Kleinlichkeit, mit welcher der Antrag des Ausſchuſſes um wenige Franken marktete, erregte den allgemeinen Spott; ein legitimiſtiſches Blatt deutete darauf hin, daß man jetzt doch wiſſe, was die Julirevolution werth ſey, nämlich gerade 60 Franken, um welche der Wahlcenſus erniedrigt werden ſolle. Die liberale Preſſe ſprach ſich einſtimmig dahin aus, daß der Wahlcenſus wenigſtens auf 200, der Wählbarkeitscenſus auf 500

Franken herabgeſetzt werden müſſe. Man berechnete, daß durch eine ſolche Herabſetzung des Cenſus die Zahl der Wähler von 80,000 auf 200,000 und jene der Wählbaren von 8000 auf 24,000 erhöht werden würde; und damit glaubte man ungemein viel gewonnen zu haben; denn man zweifelte nicht daran, daß man mit jenen Ziffern die Stufe der Geſellſchaft erreicht habe, bei der man gewiß ſeyn könne, die freiſinnigſten politiſchen Anſichten vorherrſchend zu finden, zumal da eine Beſtimmung des miniſteriellen Entwurfes, welche auch der Ausſchuß der Kammer beibehalten hatte, der Zahl der Wähler, welche ihr Wahlrecht dem Steuerſatze verdankten, noch die ſogenannten Befähigten (les capacites) hinzufügte: die Mitglieder des Inſtituts, die verabſchiedeten höheren Officiere, Richter, Advocaten, Notare, Aerzte und Gelehrte mit einem von einer Facultät erworbenen Titel. Die von der Preſſe gewünſchte Veränderung wurde in der Abgeordnetenkammer durch den freiſinnigen de Sade zum Gegenſtande eines beſonderen Vorſchlages gemacht, für den ſich auch Lafayette erklärte, obwohl er hinzufügte, daß er, wenn ihm eine andere Wahl bliebe, einer ungleich größeren Erweiterung der Kreiſe, aus denen die Volksvertretung gebildet werden ſollte, den Vorzug gegeben hätte. Als es nach einigen Erörterungen zur Abſtimmung kam, entſchied die Mehrheit ſich für de Sade's Antrag; und auch die Hinzufügung der durch höhere Bildung Befähigten wäre ohne Zweifel angenommen worden, wenn die Volkspartei nicht einer Laune gefröhnt hätte, die dies unmöglich machte. Die Männer des liberalen oder des revolutionairen Fortſchrittes waren in hohem Grade unzufrieden darüber, daß man bei der Herſtellung der neuen Ordnung nach der Julirevolution die von der Charte verbürgte Unabſetzbarkeit des Richteramtes geachtet und nicht wenigſtens die von Karl X. ernannten Richter beſeitigt hatte. Sie konnten es ſich jetzt nicht verſagen, ihrem Unmuthe Luft zu machen, indem ſie ihre Stimmen mit jenen der Gegner jeder Erweiterung des Wählerkreiſes vereinigten und die Richter aus demſelben ausſchloſſen, wobei ſie nur nicht bedachten, daß damit auch die Ausſchließung der Advocaten und aller übriger wiſſenſchaftlicher Befähigungen entſchieden war, denen man unmöglich eine Auszeichnung zugeſtehen konnte, die dem Richterſtande verweigert war. Während der Verhandlungen über das Wahlgeſetz war die Vorausſetzung allgemein, daß der Annahme deſſelben die Auflöſung der Kammer auf dem Fuße folgen würde. Am 9. März, als die Annahme erfolgte, hatte aber bereits eine andere Entſcheidung Statt gefunden, welche die Auflöſung noch auf einige Zeit hinausſchob. Nach

Digitized by Google

der merkwürdigen Sitzung der Abgeordnetenkammer, in welcher der Polizeipräfect Baude und der Seinepräfect Barrot ihre Erklärungen über die Unruhen vom 14. und 15. Februar abgegeben, hatten beide ihre Entlaſſung erhalten. Die Säuberung der Verwaltung von ihren revolutionairen Beſtandtheilen, die mit der Verabſchiedung Lafayette's und Duponts begonnen hatte, war dadurch einen nicht unwichtigen Schritt weitergeführt worden. In einer ähnlichen Stellung, wie Odilon Barrot dem Grafen Montalivet, befand ſich ein anderer Beamter mit einem nicht viel weniger bedeutenden Wirkungskreiſe, der königliche Procurator Comte, dem Generalprocurator Perſil gegenüber. Comte, zu deſſen Amte die gerichtliche Beaufſichtigung der Preſſe gehörte, ging von der Anſicht aus, daß Verfolgungen derſelben in keinem andern Falle eintreten dürften, als wenn ſich ihr unzweifelhaft ſtrafbare Vergehen nachweiſen ließen, wogegen Perſil, ſein unmittelbarer Vorgeſetzter, ſich bereits ſo gut in die Wege gefunden hatte, die er während der Reſtauration zu bekämpfen gewohnt war, daß er in jeder freien Meinungsäußerung, die irgend eine wunde Stelle der Verwaltung berührte, ein unverantwortliches Verbrechen ſah. Der Zwieſpalt zwiſchen beiden Männern war zuletzt ſo weit gediehen, daß jedes gemeinſchaftliche Zuſammenwirken derſelben unmöglich wurde. Perſil verlangte die Abſetzung Comte's, die der Juſtizminiſter Mérilhou verweigerte, weil er die Anſicht des letzten theilte. Dagegen hatte Perſil einen Verfechter in dem Marineminiſter d'Argout, der die Sache vor den Miniſterrath brachte, und in dieſem wurde gegen Mérilhou's und Laffitte's abweichende Meinung entſchieden, daß Comte ſeinen Abſchied erhalten ſollte. Der Siegelbewahrer, durch dieſen Eingriff in ſein Departement empfindlich verletzt, zog es vor, ſeine eigene Entlaſſung zu nehmen, ſtatt gegen ſeine Ueberzeugung in die Abſetzung eines ſeiner Unterbeamten zu willigen. Herr von Argout wurde zum vorläufigen Stellvertreter des Juſtizminiſters ernannt, weil es nicht geeignet ſchien, dieſe Stelle anderweitig zu beſetzen, da es ſich inzwiſchen herauszuſtellen anfing, daß die ganze Verwaltung in ihrer dermaligen Zuſammenſetzung nicht länger haltbar war. Das Cabinet hatte unbedachter Weiſe den zuerſt von Lafayette aufgeſtellten Grundſatz der Nichteinmiſchung, den Graf Molé nur in Bezug auf die belgiſchen Angelegenheiten als maßgebend für die franzöſiſche Politik anerkannt hatte, in ſeiner weiteſten Ausdehnung ſich zu eigen gemacht. Der Präſident des Miniſterrathes, Laffitte, namentlich hatte wiederholt im Namen des Cabinettes auf der Rednerbühne in der Abgeordnetenkammer erklärt,

Digitized by Google

daß Frankreich ſich zwar niemals in die Angelegenheiten anderer Völker einmiſchen, daß es aber auch nicht dulden werde, wenn dies von andern Staaten geſchähe. Der Miniſter des Auswärtigen, General Sebaſtiani, hatte ſich mehrfach in ähnlichem Sinne ausgeſprochen, weil ſich ihm kein bequemeres Mittel zu bieten ſchien, manche unbequeme Zumuthung abzuweiſen und dabei zugleich der franzöſiſchen Eitelkeit zu ſchmeicheln, indem man ſie glauben ließ, daß Frankreich in Europa eine Stellung einnehme, die von jener einer oberſten Geſetzgebung nicht allzuweit entfernt geweſen wäre. Daß man aber gar bald beim Worte genommen werden könne, war ſchwerlich von irgend einer Seite vorhergeſehen worden. Am 8. März las Laffitte zufällig in einem Journale, daß Marſchall Maiſon zu Wien von dem Fürſten Metternich eine Erklärung erhalten habe, die den Krieg mit Oeſterreich unvermeidlich mache. Sebaſtiani, den er befragte, geſtand ein, daß ihm ſchon am 4. März eine Depeſche vom Marſchall Maiſon zugegangen wäre, die ihm aber zu unbedeutend erſchienen, um ſie dem Miniſterrathe vorzulegen. Die Depeſche wurde herbeigeſchafft; ſie erſtattete Bericht über eine Unterredung, die der franzöſiſche Geſandte mit dem Fürſten Metternich gehabt und worin dieſer, in Bezug auf die Unruhen, die im Laufe des Februars auf verſchiedenen Punkten Mittelitaliens zum Ausbruche gekommen waren, den feſten Entſchluß ausgeſprochen hatte, mit bewaffneter Hand einzuſchreiten. „Bisher," hatte der Fürſt geſagt, „haben wir Frankreich den Grundſatz der Nichteinmiſchung vorſtellen laſſen; aber es iſt Zeit, daß es erfahre, daß wir in Allem, was Italien betrifft, dieſen Grundſatz keineswegs anzuerkennen gemeint ſind. Wir werden unſere Waffen überall hintragen, wohin ſich der Aufſtand verbreitet. Wenn dieſe Einmiſchung den Krieg herbeiführen ſollte, nun, ſo komme der Krieg! Wir wollen lieber jede Gefahr deſſelben tragen, als mitten im Aufruhre untergehen." Der Botſchafter fügte hinzu: „Sie wiſſen, daß bisher Niemand ſich offener für den Frieden erklärt hat, als ich; aber ich bin gegenwärtig überzeugt, daß man, um die Gefahren abzuwenden, die Frankreich bedrohen, ohne Verzug und ehe die neuen Truppenaushebungen Oeſterreichs geordnet ſind, den Krieg eröffnen und ein Heer nach Piemont werfen muß." Dieſe Depeſche hatte General Sebaſtiani für zu unbedeutend gehalten, um ſie dem Miniſterrathe vorzulegen. Da Laffitte an der Spitze des Miniſteriums ſtand und, als Präſident des Miniſterrathes, die Verantwortlichkeit für den ganzen Gang der Verwaltung hatte, ſo war es ein offenbarer Treubruch, ihm ein Actenſtück von ſolcher Wichtigkeit zu

Digitized by Google

verheimlichen. Der Grund, weshalb dies geſchah, war aber nicht ſchwer zu errathen. Der König, deſſen Befehle Sebaſtiani befolgte, hatte nicht für gut gefunden, Laffitte in alle Geheimniſſe ſeiner Politik einzuweihen. Zu derſelben Zeit, während Marſchall Maiſon, der ſeine Weiſungen durch den Miniſterrath erhielt, dieſen zufolge bei der bevorſtehenden öſterreichiſchen Einmiſchung in Italien den Ausbruch des Krieges als eine unvermeidliche Nothwendigkeit anſah, ertheilte General Sebaſtiani im perſönlichen Auftrage des Königs dem öſterreichiſchen Botſchafter zu Paris, Grafen Apponyi, die friedlichſten Zuſicherungen, indem er erklärte, daß Frankreich gegen das öſterreichiſche Einſchreiten in Mittelitalien nichts einzuwenden habe. Nach einer ſolchen Erklärung hatte allerdings die Depeſche des Marſchalls Maiſon nur noch geringe Bedeutung. Laffitte, der ſich beim Könige über die Treuloſigkeit Sebaſtiani's beſchwerte, wurde von Ludwig Philipp mit Freundſchaftsbezeugungen überhäuft. Da er die Abſicht ausſprach, von ſeinem Amte zurückzutreten, ſo wurde er von ſeinem königlichen Freunde um der Dienſte willen, die er ihm bereits geleiſtet, gemahnt, noch ferner bei ihm auszuhalten. Dabei verbarg Ludwig Philipp jedoch nicht, daß auch unter den gegenwärtigen Verhältniſſen die Aufrechterhaltung des Friedens die vornehmſte Aufgabe ſeiner Politik ſey. Als Laffitte hierauf wiederholt um ſeine Entlaſſung bat, forderte der König ihn auf, ſich, ehe er einen ſolchen entſcheidenden Schritt thue, mit ſeinen Collegen zu verſtändigen. In dem Miniſterrathe, der demnächſt, am 9. März, Statt fand, entwickelte Laffitte die Grundzüge der Politik, die er für die Intereſſen und für die Ehre Frankreichs nothwendig erachte, und erklärte ſeinen Collegen, daß er, ſofern dieſes Syſtem nicht angenommen werde, ſich ſofort von den Geſchäften zurückziehen müſſe. Alle ſchwiegen; nur Montalivet entgegnete, daß er mit den Anſichten des Vorſitzenden nicht einverſtanden ſeyn könne. Des andern Tages ſuchte Laffitte nochmals ſeine Entlaſſung nach, und erſt jetzt wurde ihm dieſelbe bewilligt *). Wenn der eitle Mann nicht mit Blindheit geſchlagen geweſen wäre, ſo hätte er über ſein perſönliches Verhältniß zu

*) Auf dieſe Weiſe erzählen den Hergang, im Weſentlichen übereinſtimmend, Sarrans, Lafayette T. II. pag. 48 ff. und Louis Blanc, histoire de dix ans. T. II. pag. 322 ff. Capefigue, l'Europe T. IV. pag. 395 behauptet, es ſey eine Lüge, daß Laffitte wegen Verheimlichung der Depeſche ſeinen Abſchied genommen, giebt aber pag. 352 ff. die Thatſache der Verheimlichung und damit die Hauptſache zu

Digitized by Google

Ludwig Philipp längſt enttäuſcht ſeyn müſſen. Die Julirevolution, für die er ſo viel gethan, hatte ihm perſönlich ſo wenig Segen gebracht, als der großen Maſſe der franzöſiſchen Nation. Die ungeheuern Geldſummen, die bei dem allgemeinen Vertrauen zu ſeiner Redlichkeit in ſeiner Bank niedergelegt waren, wurden in Folge der Erſchütterungen, welche der öffentliche Credit erlitt, großentheils und plötzlich zurückgezogen. Da er darauf unmöglich gefaßt ſeyn konnte, ſo gerieth er in peinliche Verlegenheit, weil es ihm unmöglich war, ſeine Capitalien aus den Unternehmungen, zu denen ſie verwandt waren, ſo ſchnell herauszuziehen, als zur Befriedigung ſeiner Gläubiger erforderlich geweſen wäre. Der König, dem Laffitte ſeine Lage vertraute, war ſo großmüthig, dem Banquier, dem er die Krone verdankte, aus der Noth zu helfen, indem er ihm den ſchönen Wald von Breteuil aus ſeinen Privatmitteln für die Summe von 10 Millionen Franken abkaufte. Für Laffitte war es von großer Wichtigkeit, daß dieſer Verkauf nicht bekannt wurde, weil dadurch das ohnedies rege gewordene Mißtrauen ſeiner Gläubiger noch höher geſteigert werden mußte; man war deshalb übereingekommen, daß der Kaufvertrag nicht, wie gewöhnlich, bei einem Notar regiſtrirt werden ſolle. Das Unterlaſſen dieſer Förmlichkeit erſchien jedoch vertrauten Geſchäftsmännern bedenklich, weil bei der Möglichkeit eines Banquerottes die Gültigkeit des Vertrages angefochten werden konnte; Ludwig Philipp ließ ſich deshalb beſtimmen, die verſäumte Förmlichkeit ohne das Wiſſen Laffittes nachzuholen und zeigte dieſem nachträglich an, er habe dafür Sorge getragen, daß das Regiſtriren ſo geheim als möglich vorgenommen worden ſey. Da das Geheimniß eines ſolchen gerichtlichen Actes von der Offenkundigkeit nicht all zu ſehr verſchieden war, ſo war damit Laffitte ein ſchlechter Dienſt geleiſtet; und er hatte daher eine Warnung erhalten, die derb genug war, um auch in Verhältniſſen anderer Art ſo leicht nicht vergeſſen zu werden. In der Mitte des Novembers verkaufte Laffitte den Wald von Breteuil; in der Mitte des Januars ſah er ſich genöthigt, ſeine Bank aufzugeben und ſich mit ſeinen Gläubigern auseinander zu ſetzen; und keine zwei Monate ſpäter war ſeine politiſche Laufbahn eben ſo, wie ſeine financielle, beendigt.

Als der erſte Banquier in Frankreich nach Laffitte galt Caſimir Périer, der aber durch jenen eben ſo weit an Volksgunſt wie an Reichthum überflügelt wurde, obwohl er gleich ihm während der Reſtauration zu den vornehmſten Wortführern der Volkspartei gehörte,

Digitized by Google

und obwohl er ſeine Laufbahn nicht, wie Laffitte, als armer Handlungsdiener, ſondern als der Erbe eines vermögenden Hauſes begonnen hatte. Périer nährte längſt eine geheime Eiferſucht gegen Laffitte, dem er es nicht verzeihen konnte, daß dieſer in der öffentlichen Achtung den Vorrang einnahm, der ſeiner Meinung nach ihm ſelbſt gebührte. Schwerlich gab es in Frankreich noch zwei Charaktere, die verſchiedener waren, als jene der beiden wetteifernden Banquiers. Wie bei Laffitte die Eitelkeit, ſo bildete bei Caſimir Périer der ſtarrſte Hochmuth den Grundzug ſeines Charakters. Laffitte's Eitelkeit machte ihn zum Werkzeuge eines Jeden, der dieſe Schwäche mit Gewandtheit zu benutzen wußte; dabei wurde ſie aber, da ſie mit einem großmüthigen Herzen verbunden war, die Triebfeder zu Handlungen der edelſten Uneigennützigkeit und Aufopferung. Nie vergaß Laffitte ſeine Herkunft aus dem Volke, und ſo manche Folgewidrigkeiten er ſich auch in ſeiner Stellung als erſter Miniſter zu Schulden kommen ließ, der er auf keine Weiſe gewachſen war, ſo wurde er doch mit Wiſſen niemals der Sache des Volkes untreu. Périers Hochmuth, der ihn von aller Welt entfernte, geſtattete ihm nicht, für irgend eine andere Perſönlichkeit außer ſeiner eigenen ein Herz zu haben. Das Volk war ihm eine rohe Maſſe, die zu nichts taugte, als von den höher geſtellten Claſſen, deren Leitung ſie ſich blindlings unterwerfen mußte, zu ihren Zwecken verwandt zu werden. Laffitte war wegen ſeiner argloſen Gutmüthigkeit, ſeiner ſich ſelbſt verleugnenden Gefälligkeit und vielleicht ein wenig wegen der dem Gaſcogner eigenen leichten Beweglichkeit und Geſchwätzigkeit ſogar bei ſeinen politiſchen Gegnern beliebt; Caſimir Périer vermochte ſich beliebt auch bei ſeinen treuſten und ergebenſten Anhängern nicht zu machen. Aber er war der Mann des feſten Vorſatzes und der unerſchütterlichen Beharrlichkeit, von dem man wußte, daß er mit rückſichtsloſer Strenge den Plan durchführte, den er einmal gefaßt hatte, daß er ſich durch keine Schwierigkeiten von dem Wege abwenden ließ, den er einmal eingeſchlagen, und daß er die Hinderniſſe, die ihm entgegenſtanden, wenn ſie ſich auf mildere Weiſe nicht beſeitigen ließen, zertrümmerte. Deshalb hatte ihn die Partei in der Abgeordnetenkammer, der es vor allen Dingen darum zu thun war, den Frieden und die Ordnung zu erhalten und dem ungemeſſenen Fortſchreiten der revolutionairen Bewegung Schranken zu ſetzen, längſt zu ihrem Führer erſehen. Schon bei der Auflöſung des Miniſteriums vom 11. Auguſt war Caſimir Périer von einem vertrauten Zwiſchenträger aufgefordert worden, ſich an die Spitze der Verwaltung zu ſtellen; er hatte damals

Digitized by Google

den Antrag zurückgewieſen, indem er erwiderte: „Meine Zeit iſt noch nicht gekommen; erſt muß Laffitte vorangehen.“ Périer verbarg ſich nicht, daß damals ein offener Kampf mit der revolutionairen Partei noch keine Ausſicht des Erfolges hatte, und er hielt es daher für das Räthlichſte, zuvörderſt die Gewalt durch Männer befeſtigen zu laſſen, die das volle Vertrauen des Volkes beſaßen, ehe man daran denken konnte, von der Vertheidigung, auf die man bis dahin ſich beſchränken mußte, zum Angriffe überzugehen. Nach dem Rücktritte Laffitte's, der nicht eher erfolgte, als nachdem die Verwaltung durch die Beſeitigung Lafayette's und Duponts, Odilon Barrots und Baude's, Mérilhou's und Comte's von allen revolutionairen Beſtandtheilen geſäubert war, glaubte Caſimir Périer, daß die Zeit für ihn gekommen ſey; und er lehnte die Aufforderung, an die Spitze des Cabinettes zu treten, welche durch die Vermittlung des vielgeſchäftigen d'Argout an ihn gelangte, jetzt nicht mehr ab. Ludwig Philipp, der wohl wußte, daß er in Périer kein ſo gefälliges Werkzeug für ſeine eigenen Entwürfe finden würde, wie Laffitte ungeachtet ſeiner freiſinnigen Neigungen geweſen war, entſchloß ſich mit ſchwerem Herzen, den ſtolzen, herriſchen Banquier zu ſeinem erſten Miniſter zu ernennen; denn die erſte Bedingung, die dieſer ſtellte, war, daß ihm in der Wirklichkeit und nicht bloß dem Namen nach, wie bisher Laffitte, der Vorſitz im Miniſterrathe übertragen werde und daß demnach der König an den Berathungen, denen derſelbe unter der Verwaltung Laffitte's regelmäßig beigewohnt hatte, nicht mehr Theil nehme. Dieſe eine Forderung bezeichnete den ganzen Mann; denn deutlicher konnte Périer es unmöglich ausſprechen, daß er ſelbſt die Zügel zu ergreifen und keinem Andern, auch dem Könige nicht, einen entſcheidenden Einfluß zuzugeſtehen beabſichtigte. Aber Ludwig Philipp hatte keine Wahl; denn von allen den Staatsmännern, bei denen er in Bezug auf die innern Angelegenheiten des Landes insgeheim ſich Raths erholte, von Paſquier, den er zum Präſidenten der Pairskammer ernannt, wie von Decazes, der durch ſeine Günſtlinge Montalivet und d'Argout in der Verwaltung ſelbſt feſten Fuß gefaßt hatte, wurde er auf Périer als den einzigen Charakter gewieſen, der alle Schwierigkeiten der Lage zu beherrſchen vermöge. Am 13. März ernannte eine königliche Ordonnanz Caſimir Périer zum Miniſter des Innern und zum Präſidenten des Miniſterrathes. Périer hatte ſich außer dem Vorſitze, mit dem die Leitung der allgemeinen Politik verbunden war, insbeſondere die höhere Leitung der innern Verwaltung vorbehalten, weil dieſe ihm die Mittel in die

Hand gab, die Ordnung im Innern Frankreichs, wie er ſie verſtand, herzuſtellen und für die Dauer zu befeſtigen. Graf Montalivet wußte ihm deshalb das Miniſterium des Innern abtreten und ſich mit dem weniger bedeutenden Miniſterium des Unterrichts begnügen, aus dem Barthe ausſchied, um an Mérilhou's Stelle die Aufſicht über die Rechtspflege zu übernehmen. Marſchall Soult behielt das Kriegsweſen, weil er in dieſem als unerſetzlich anerkannt war; und um der Verwaltung durch einen andern nicht viel weniger berühmten Namen höheren Glanz zu verleihen, wurde das Seeweſen dem Viceadmiral von Rigny übertragen, dem d'Argout Platz machte, für welchen aus der zu dieſem Zwecke vom Miniſterium des Innern getrennten Aufſicht über den Handel und die öffentlichen Arbeiten ein eigenes neues Miniſterium geſchaffen wurde. Das Finanzweſen wurde auf Périers Wunſch wieder dem Baron Louis übergeben, der daſſelbe bereits in der Verwaltung vom 11. Auguſt inne gehabt hatte. Die auswärtigen Angelegenheiten blieben dem General Sebaſtiani, deſſen Mitwirkung Périer nicht ablehnen konnte, da er mit ihm im Allgemeinen darüber einverſtanden war, daß die Erhaltung des Friedens das Ziel ſey, auf welches man in der auswärtigen Politik mit gleicher Anſtrengung hinwirken müſſe, wie auf die Herſtellung der Ordnung im Innern. Um jedoch nicht ähnlichen Täuſchungen ausgeſetzt zu ſeyn, wie Laffitte, ließ ſich der neue Präſident des Miniſterrathes ausdrücklich zuſagen, daß ihm die eingehenden Depeſchen vorgelegt und daß keine wichtige Unterhandlungen ohne ſein Vorwiſſen geführt würden.

Nachdem die wenigen Tage vergangen waren, deren Périer bedurfte, um ſich mit den Einzelheiten der Verwaltung bekannt zu machen und ſich mit ſeinen Collegen über die allgemeine Richtung zu verſtändigen, die dieſer fortan zu geben ſey, trat er in der Abgeordnetenkammer auf, um vor Freund und Feind die Grundzüge ſeines politiſchen Syſtemes zu entwickeln. „Als mir der König die Ehre erwies," ſagte er, „mich in ſeinen Miniſterrath zu berufen, dachte ich, daß die Grundſätze der Julirevolution auch jene der Regierung ſeyn müſſen, die von ihr ihren Urſprung herleitet. Der oberſte Grundſatz der Julirevolution iſt aber nicht der Aufruhr, er iſt der geſetzmäßige Widerſtand gegen geſetzwidrige Ueberſchreitungen der Gewalt. Man hat Frankreich herausgefordert; man hat es angegriffen; es hat ſich vertheidigt; ſein Sieg war der Sieg der guten Sache, des gekränkten Rechts. Achtung vor der beſchwornen Treue, Achtung vor dem Geſetze, dies iſt der oberſte Grundſatz der Julirevolution, dies iſt der Grundſatz der Regierung, welche ſie einge-

Digitized by Google

ſetzt hat. Weder in unſern innern noch in unſern auswärtigen Verhältniſſen darf daher Gewaltthätigkeit der Charakter der Regierung ſeyn. Im Innern wäre jede Berufung auf die Gewalt, nach außen jede Aufforderung zum Aufruhr eine Verletzung ihres Grundſatzes. Im Innern iſt unſere Aufgabe einfach. Unſere Staatseinrichtungen ſind durch die Charte von 1830 geordnet. Das, was Frankreich von ſeiner Regierung verlangen kann, iſt Thätigkeit in allen Verwaltungszweigen. Die Ordnung muß aufrecht gehalten, das Geſetz vollzogen, die Staatsgewalt geachtet werden. Frankreich hat ſeine Rechte errungen; es iſt frei; aber durch die Unordnung wird es aufhören, frei zu ſeyn; denn es giebt keine Unordnung ohne Unterdrückung, und die Regierung, welche jener ſteuert, beugt dieſer vor. Die auswärtige Politik ſteht in der engſten Verbindung mit der innern. Bewaffnet zu der Vertheidigung ſeiner Rechte, weiß Frankreich auch die Rechte Anderer zu achten. Wir wollen den Frieden, weil der Friede für die Freiheit nothwendig iſt. Wir würden den Krieg wählen, wenn die Ehre und die Sicherheit Frankreichs bedroht wären, weil dann auch die Freiheit bedroht wäre. Wir werden die lebhafteſte Theilnahme an der fortſchreitenden Entwicklung der europäiſchen Geſellſchaft nicht von uns weiſen; aber ihr Schickſal liegt in ihrer Hand; überall muß die Freiheit volksthümlich ſeyn. Jede fremde Aufforderung zur Begründung der Freiheit iſt nur nachtheilig für ſie und gefährdet die Freiheit, ſtatt ſie zu fördern. Frankreich wird die Welt nie anders zur Freiheit laden, als durch das friedliche Beiſpiel einer geregelten Entwicklung ſeiner Staatseinrichtungen und ſeiner Achtung für die Rechte Aller. Wir haben den Grundſatz der Nichteinmiſchung aufgeſtellt; daraus folgt aber nicht, daß wir unſere Waffen überall hin tragen, wo derſelbe verletzt wird. Wir werden denſelben durch Unterhandlungen unterſtützen, aber wir geſtehen keinem andern Volke das Recht zu, das Blut der Franzoſen zu fordern, welches nur Frankreich gehört, über welches nur die Vertreter Frankreichs in der Abgeordnetenkammer zu verfügen haben.“ Nach dem Präſidenten des Miniſterrathes erhob ſich der Kriegsminiſter und erklärte: alle bisherige Rüſtungen hätten nur zum Zwecke gehabt, das Heer auf einen achtbaren Friedensfuß zu bringen; danach hätten ſich die Ausgaben gerichtet, und ſofern es zum Kriege kommen ſollte, würden jedenfalls neue Forderungen an die Kammer geſtellt, neue Opfer gebracht werden müſſen. Hierauf beſtieg der Finanzminiſter Baron Louis die Rednerbühne und gab eine Schilderung von dem Zuſtande des Schatzes, die nichts weniger als er-

muthigend war. Seit dem 1. Auguſt hätten die Ausgaben der Staatscaſſe die Einnahmen monatlich im Durchſchnitte um 37 Millionen Franken überſtiegen; dadurch ſey ein Ausfall von mehr als 250 Millionen entſtanden, der durch kleine Anleihen auf kurze Zeit gedeckt ſey. Dazu komme, daß die außerordentlichen Ausgaben des laufenden Jahres noch eine Summe von 220 Millionen über den gewöhnlichen Etat erfordern würden. Dieſe durch eine Anleihe aufzubringen, ſey nicht räthlich, ſofern man nicht zugleich zu zeigen vermöge, daß man die Mittel der Wiederbezahlung beſitze. Um Ordnung in den Staatshaushalt zu bringen, ſey daher eine Erhöhung der Steuern unerlaßlich. Dies war ungefähr der Inhalt des Vortrages, der einen Geſetzentwurf einleitete, durch welchen eine Erhöhung der Grundſteuer und der Steuer von den Patenten um 100 Millionen Franken gefordert wurde. Nachdem die ſchmerzliche Aufregung ſich gelegt hatte, welche eine ſo unerwartete Ankündigung hervorrief, kam der Siegelbewahrer an die Reihe und brachte einen Geſetzentwurf gegen die Zuſammenrottungen auf offener Straße ein, die gerade in der letzten Zeit beinahe Tag für Tag ſtattgefunden hatten. Für eine Zuſammenrottung wurde jede Anhäufung von Perſonen erklärt, die ſich in irgend einer Art bewegte, wenn damit auch kein drohender Zweck verbunden war; gegen die Theilnahme an jeder ſolchen Zuſammenrottung, wie unſchuldig ſie auch ſeyn mochte, wurden Strafen verhängt, über die je nach den verſchiedenen Stufen der Straffälligkeit die Polizeigerichte oder die Geſchwornen erkannten. Zur Rechtfertigung dieſer Strenge äußerte Herr Barthe: „Der innere Friede iſt das erſte Bedürfniß Frankreichs; er iſt das ſicherſte Mittel, den äußeren Frieden zu erhalten, deſſen Wohlthaten wir nicht zu verlieren wünſchen. Die Zuſammenrottungen und Aufläufe ſind die Veranlaſſung von Unordnungen, welche die Regierung unterdrücken muß, und gegen welche die beſtehende Geſetzgebung nicht zureichend iſt."

Kein Drama konnte wirkſamer darauf berechnet ſeyn, auf die Zuhörer einen erſchütternden Eindruck hervorzubringen, als das Auftreten der vier Miniſter, von denen einer den andern auf der Rednerbühne ablöſ'te. Wenn Périer nicht ohnehin einer unbedingten Unterſtützung von Seiten der Mehrheit gewiß geweſen wäre, ſo würde ſie ihm eine ſo geſchickt angeordnete Schauſtellung geſichert haben. Friede und Ordnung! Welcher Beſonnene würde für dieſe Güter nicht willig jedes noch ſo große Opfer gebracht haben? Zwar hatte beide auch die vorhergehende Verwaltung verſprochen; aber daß dieſe nicht die Kraft beſaß, die Ordnung zu ſchützen, hatte der Erfolg hinreichend

Digitized by Google

gezeigt; und zur Erhaltung des Friedens war jede Ausſicht verſchwunden, ſobald der Grundſatz der Nichteinmiſchung in dem Sinne geltend gemacht wurde, wie Laffitte ihn auslegte. Jetzt ſchlug Caſimir Périer alle Einwendungen nieder, die von der revolutionairen Partei gegen die Anwendung durchgreifender Strenge zum Schutze der Ordnung erhoben wurden, indem er ſich darauf berief, daß die Aufrechterhaltung der geſetzlichen Ordnung der eigentliche Zweck der Julirevolution geweſen ſey, und zugleich entfernte er jede Gefahr, die aus dem Grundſatze der Nichteinmiſchung drohte, indem er erklärte, daß derſelbe nicht durch die Waffen, ſondern durch Unterhandlungen geltend gemacht werden ſollte; der Satz, daß das Blut der Franzoſen nur Frankreich gehöre, war nicht allein aus dem Herzen aller Mitglieder der Kammermehrheit, ſondern des ganzen Bürgerſtandes geſprochen; und wenn ſich auch bei Vielen das Gewiſſen regte, das ihnen ſagte, eine große Nation dürfe die Hoffnungen, die ſie durch die feierliche Verkündung eines politiſchen Grundſatzes erregt, nicht täuſchen, wenn ſie nicht jedes Anſpruches auf Vertrauen und Achtung verluſtig gehen wollte, was konnte man thun, da man durch einen ſo tapfern Degen, wie den Marſchall Soult, vernahm, daß nach allen Anſtrengungen, die ſeit ſieben Monaten gemacht waren, das Heer nur eben auf den Friedensfuß gebracht ſey? und da man durch den Finanzminiſter erfuhr, daß der öffentliche Schatz bis auf den Grund geleert ſey, und daß man, um nur die laufenden Ausgaben zu beſtreiten, zu einer Erhöhung der Steuern ſeine Zuflucht nehmen müſſe? Friede und Ordnung waren unter dieſen Umſtänden nicht mehr bloß für die Wohlfahrt, ſondern zur Rettung des Landes gebieteriſch erfordert; und man vergaß es gern, daß es doch wohl den Grundſätzen der Julirevolution nicht ganz entſprechend war, wenn die aus der Revolution hervorgegangene Regierung durch den Mund eines ehemaligen Carbonoro zur Erhaltung der Ordnung Mittel verlangte, die weder die Gewaltherrſchaft des Kaiſerthumes, noch die Unterdrückung der Reſtauration jemals bedurft hatte. Der Erfolg, den das neue Miniſterium durch die erſte Darlegung ſeiner Grundſätze erreicht, wäre ein vollſtändiger geweſen, wenn ſich gegen daſſelbe nicht der Mann erhoben hätte, den man, da er zuerſt von der ſiegenden Revolution mit einer öffentlichen Gewalt bekleidet war, nicht ganz ohne Grund als die Verkörperung der Julirevolution anſah. Lafayette konnte es unmöglich ſtillſchweigend hingehen laſſen, daß der Grundſatz der Nichteinmiſchung, den er zuerſt aufgeſtellt und den die Regierung bisher als maßgebend für ihre geſammte

7*

Digitized by Google

auswärtige Politik anerkannt hatte, eine Auslegung erfuhr, die denſelben zu der Bedeutungloſigkeit einer Wortſpielerei herabſetzte; und eben ſo wenig konnte er dazu ſchweigen, wenn man von der Julirevolution behauptete, daß ſie keinen andern Zweck gehabt habe, als die geſetzliche Ordnung aufrecht zu erhalten. Der greiſe Bannerträger der Freiheit ſprach mit einer Mäßigung, die, da ihr die Wahrheit der Thatſachen zur Seite ſtand, ſelbſt in einer noch ſo ſehr gegen ſeine Anſichten eingenommenen Verſammlung ihre Wirkung nicht verfehlen konnte. Er begnügte ſich, darauf aufmerkſam zu machen, daß die Deutung des Grundſatzes der Nichteinmiſchung, die man eben vernommen, ſehr verſchieden von jener ſey, welche bisher die Zuſtimmung der Regierung erhalten und die vor Kurzem noch in amtlichen Depeſchen ihren Ausdruck gefunden habe. In dieſen Depeſchen habe der Miniſter der auswärtigen Angelegenheit erklärt, daß Frankreich nicht einwilligen werde (la France n'y consentirait pas), wenn die Oeſterreicher in Italien einſchritten. Was wolle ein ſolcher Ausdruck ſagen, wenn er im Namen eines großen Volkes gebraucht werde? Das Wort: „nein, ich willige nicht ein," während man ſeine Ehre ungeſtraft verletzen laſſe, könne zwar in einem komiſchen Heldengedichte, aber nicht in der Diplomatie eines ſiegreichen Volkes, des Julivolkes eine Stelle finden. Der Präſident des Miniſterrathes ſcheine zu glauben, daß die Julirevolution ſich darauf beſchränkt habe, den Angriff Karls X. abzuwehren; ſie ſey aber doch etwas weiter gegangen; ſie habe den Grundſatz umgewandelt, auf dem Frankreichs Regierung beruhe; ſie habe den Grundſatz der Volksſouveränetät an die Stelle jenes des göttlichen Rechtes und der aus Gnaden verliehenen Charte geſetzt; und deshalb ſey er, Lafayette, ungeachtet ſeiner Achtung für die Kammer immer der Meinung geweſen, daß es nothwendig ſey, die gegenwärtig beſtehende Volksvertretung durch eine andere abzulöſen, deren Urſprung nach der Julirevolution falle, weil die gegenwärtige Kammer ſelbſt bei den ihr am meiſten zur Ehre gereichenden Schritten, namentlich in der berühmten und fruchtbaren Adreſſe der 221, Geſinnungen und Grundſätze bekannt habe, die im entſchiedenſten Gegenſatze zu der Grundlage der neuen geſellſchaftlichen Ordnung ſtänden, auf welcher der einzige Rechtstitel einer der großen Mächte Europa's beruhe. Eine mächtigere Wirkung als Lafayette's Worte brachten die Actenſtücke hervor, die er zur Beſtätigung einer früheren Angabe mittheilte, welcher der Miniſter des Auswärtigen widerſprochen hatte. Lafayette hatte behauptet, daß Rußland bei der erſten Kunde von der Julire-

Digitized by Google

volution gegen Frankreich gerüſtet habe, und daß dieſe Rüſtungen nur deshalb ohne Folge geblieben wären, weil die Vorhut — Polen — ſich gegen das Hauptheer gewandt habe. Jetzt verlas er eine Reihe von Actenſtücken, die der Großfürſt Konſtantin bei ſeiner Flucht aus Warſchau zurückgelaſſen, und aus denen auf unzweifelhafte Weiſe hervorging, daß von ruſſiſcher Seite bereits im Auguſt die erſten Vorbereitungen zum Kriege angeordnet waren; daß im October der Befehl ertheilt wurde, das polniſche Heer auf den Kriegsfuß zu ſetzen; und daß man noch am 20. November zu St. Petersburg den Ausbruch des allgemeinen Krieges für unvermeidlich hielt. Nicht weniger bezeichnend war die Unterhaltung, die der Feldmarſchall Diebitſch mit dem polniſchen Obriſten Wylezynski gehabt hatte, der zu Anfange der polniſchen Revolution durch den Dictator Chlopicki nach St. Petersburg geſchickt war. „Meine Herren Polen," hatte der ruſſiſche Feldmarſchall ſich geäußert: „Ihre Revolution hat wenigſtens nicht das Verdienſt zur rechten Zeit gekommen zu ſeyn. Sie ſind in dem Augenblicke aufgeſtanden, wo alle Streitkräfte des Reiches auf dem Marſche gegen Ihre Grenzen begriffen waren, um die Revolutionaire Frankreichs und Belgiens zur Vernunft zu bringen." Als der Obriſt hierauf bemerkte, daß Polen ſich im Stande glaube, dieſen Strom ſo lange aufzuhalten, bis Europa, gewarnt, Zeit gewonnen habe, ſich zum Kampfe vorzubereiten, entgegnete Diebitſch: „Nun gut, was wird dadurch für Sie gewonnen? Wir rechneten darauf, einen Feldzug am Rhein zu machen; wir werden ihn an der Elbe oder an der Oder machen, nachdem wir Sie vernichtet haben. Darüber ſtellen Sie Ihre Erwägungen an!" Lafayette forderte zum Schluſſe ſeiner Mittheilungen die Kammer auf, darüber zu entſcheiden, ob er Recht gehabt habe, als er den Verdacht äußerte, daß Rußland mit feindſeligen Entwürfen gegen Frankreich umgehe. General Sebaſtiani, der mit erhobenem Haupte zur Rednerbühne ſchritt, ſo wie ſein Vorgänger dieſelbe verlaſſen hatte, leugnete zuvörderſt die Wichtigkeit der mitgetheilten Actenſtücke. Wenn man die geheimen Archive aller Mächte öffnete, ſey es leicht möglich, daß man darin Entwürfe fände, die ſich auf kriegeriſche Abſichten deuten ließen. Dergleichen habe aber nichts zu ſagen, denn man wiſſe wohl, wie flüchtig ſolche Entwürfe wären. Durch die Aufſtellung des Grundſatzes der Nichteinmiſchung als einer allgemeinen Regel habe die Regierung keinesweges erklärt, daß die Verletzung dieſes Grundſatzes in allen Fällen ein casus belli ſeyn ſolle. „Aber man ſagt uns, Oeſterreich ſchreitet in Modena ein, Ihr ſeid alſo un-

widerruflich zum Kriege verurtheilt. Zum Kriege, von dem man wohl weiß, wann er anfängt, aber nicht wann er aufhört. Aber, ſagt man, die Mächte täuſchen Euch; Ihr werdet den Krieg haben und den Krieg mit allen ſeinen Schrecken. Nein, meine Herren, die Mächte täuſchen uns nicht; thäten ſie es, ſo täuſchten ſie nur ſich ſelbſt, denn ſie müßten uns auf dieſem Boden aufſuchen, der eine ganze Coalition verſchlang. Auf dieſem Boden iſt unſere ganze Kraft. Gingen wir aber zum Angriffe über und trügen den Krieg in's Ausland, was würden wir in der Ferne mit unſern Nationalgarden machen? Wir müßten ungeheuere Opfer bringen und brächten dem Lande, dem wir uns zuwendeten, den Krieg, den Krieg mit allen ſeinen Schrecken." Dieſe Wiederholung des Krieges mit allen ſeinen Schrecken rief in der Kammer ein allgemeines Gelächter hervor; der Miniſter ließ ſich aber nicht ſtören, ſondern fuhr fort: „Was Modena betrifft, ſo hat Oeſterreich ein Rückfallsrecht darauf; über den Kirchenſtaat will ich mich hier nicht erklären. Es beſtehen Unterhandlungen, und die Kammer weiß, daß in Bezug auf begonnene Unterhandlungen uns das ſtrengſte Stillſchweigen vorgeſchrieben iſt. Schließlich ſage ich nur, daß, wenn wir berufen wären, Alle zu vertheidigen, die das Joch einer drückenden Regierung abwerfen, dies das Blut unſerer Kinder verſchwenden hieße. Es führte dies zu einem Kampfe aller Völker, zu einem ewigen Kriege mit ſeiner ganzen Gräßlichkeit." Neues Gelächter nahm die Schlußworte des Miniſters auf, dem Lafayette mit Ernſt und Würde entgegnete, indem er ihn fragte, ob es wahr ſey oder nicht, daß die Regierung amtlich erklärt habe, ſie werde nie einwilligen, daß ein öſterreichiſches Heer in die empörten Landſchaften Italiens einrücke. Darauf erwiederte Sebaſtiani mit ſeltener Unbefangenheit, es ſey ein großer Unterſchied zwiſchen nicht einwilligen und einen Krieg anfangen: eine Ausflucht, die Lafayette mit der Bemerkung zurückwies: er beharre darauf, daß es unvereinbar mit Frankreichs Ehre und Würde ſey, wenn man nach einer ſolchen amtlichen Erklärung dieſelbe verletzen ließe, ohne etwas Anderes zu thun, als auszurufen, daß man nicht einwillige.

Caſimir Périer achtete der Niederlage nicht, die ſein College erlitten; des Beiſtandes einer entſchiedenen Mehrheit in der Abgeordnetenkammer gewiß, ſchritt er mit feſter Entſchloſſenheit zur Ausführung des Planes, den er bei ſeiner Uebernahme der Gewalt entworfen. Ein Rundſchreiben an ſämmtliche Präfecten kündigte dieſen an, daß die Regierung den Meinungen die vollſte Freiheit laſſen wolle, ſo lange ſie ſich nicht in Handlungen verwandelten, die den Geſetzen zuwider

Digitized by Google

wären; daß ſie aber alle Meinungen von dem Augenblicke als feindſelig betrachte, wo ſie, um ſich geltend zu machen, zur Gewalt ihre Zuflucht nähmen. Dieſe Grundſätze müßten das Verfahren der Präfecten gegen die Parteien beſtimmen, die ſeit einiger Zeit mit zu großer Kühnheit aufgetreten wären. Es gebe Menſchen, die vielleicht der Revolution zugethan, aber der Regierung, welche dieſe begründet, nicht ergeben wären, und die offen Verachtung gegen die Geſetze und gegen alle regelmäßige Gewalten an den Tag legten; verführt durch in die Luft gebaute Hoffnungen, träumten ſie eine Umgeſtaltung der Grundformen der Geſellſchaft; Andere, durch eine mächtige Erinnerung beherrſcht, ſetzten dem Namen des Fürſten, den die Volksſtimme gewählt, einen andern Namen entgegen. Es ſey Zeit, daß dieſer Zuſtand ein Ende nehme. Wer von der Regierung mit amtlichen Obliegenheiten betraut ſey, möge wiſſen, daß ſie von ihm Gehorſam verlange. Wer ihr diene, könne ohne die ſchwerſte Schuld es ſich nicht beigehen laſſen, den Leidenſchaften der Parteien zu ſchmeicheln oder mit ihnen einen Vertrag zu ſchließen. Ihr Schutz ſey jenen Beamten geſichert, die mit Feſtigkeit die Geſetze des Landes ausführten und nicht durch Nachgiebigkeit oder Schwäche das Vertrauen der Staatsgewalt und die Intereſſen der Geſellſchaft verriethen. Eine ſo kräftige Sprache war bisher noch von keinem Miniſter vernommen worden, und ſie mußte beſonders jene höheren Beamten überraſchen, die, ſeit der Julirevolution ernannt, es als ihre vornehmſte Aufgabe anſahen, der revolutionairen Bewegung jeden möglichen Vorſchub zu leiſten, wie dies beſonders bei den zahlreichen Journaliſten der Fall war, welche den Lohn für ihre Leiſtungen im Dienſte der revolutionairen Sache durch ihre Erhebung zu den wichtigſten Stellen im Staate empfangen hatten. Aber Caſimir Périer war nicht der Mann, der bei Worten, bei Ermahnungen und Drohungen ſtehen geblieben wäre. Die erſte Veranlaſſung, dem Worte durch die That zu entſprechen, bot ihm der ſogenannte Volksverein (association nationale), der ſich noch in der letzten Zeit der Verwaltung Laffitte's gebildet und ſeitdem über ganz Frankreich ausgebreitet hatte. Die Anregung zu dem Vereine hatte der Bürgermeiſter von Metz, Bouchotte, gegeben, und in dieſer Stadt wie in allen öſtlichen Departements waren demſelben ſogleich eine Menge der angeſehenſten Einwohner und Beamten, ſo wie eine nicht geringe Anzahl Officiere von den an der Grenze aufgeſtellten Regimentern beigetreten. Der Zweck war durch eine Urkunde ausgeſprochen, welche ſämmtliche Mitglieder unterzeichnen mußten. Es war in dieſem

Digitized by Google

Actenſtücke von den Gefahren die Rede, denen Frankreich durch die Feinde der Julirevolution im Innern und von außen ausgeſetzt ſey. „In Betracht,“ hieß es, „daß die frühere Laufbahn einer großen Zahl von Betrauten der Staatsgewalt, die Schwäche und unſichere Haltung Anderer Grund zu der Beſorgniß geben, daß dieſen Gefahren nicht durch die kräftigen und wirkſamen Entſchlüſſe begegnet wird, welche das Wohl des Vaterlandes erheiſcht; in Betracht, daß ſolchen Gefahren gegenüber es Männern von Herz und Muth nicht geſtattet iſt, gleichgültig zu bleiben, daß es die Pflicht aller Franzoſen iſt, die dieſes Namens würdig ſind, was den Regierungsmaßregeln zur Vollſtändigkeit abgeht, ihrerſeits zu ergänzen und um den Preis der höchſten Opfer das Unheil einer dritten Reſtauration zu verhüten; aus dieſen Rückſichten machen alle Verbündete ſich mit ihrer Ehre und ihrem Leben verbindlich, durch jede perſönliche Aufopferung, ſo wie durch jede Aufopferung an Hab' und Gut die Fremden und die Bourbonen zu bekämpfen.“ In Paris hatte ſich Lafayette an die Spitze der Unterzeichner geſtellt, und mit ihm hatten ſich dem Bunde vierzig andere Abgeordnete angeſchloſſen, unter denen Dupont (von der Eure), Odilon Barrot, General Lamarque, de la Borde, Mauguin, Euſèbe Salverte die namhafteſten waren. Der Verein ſtellte offenbar der Regierung des Königs eine Volksregierung gegenüber, welche jene beaufſichtigen und, wo ſie es an thatkräftigem Handeln ermangeln ließ, ſtatt ihrer einſchreiten ſollte. Es war kein Geſetz vorhanden, welches eine ſolche Vereinigung unterſagt hätte, da der bekannte Artikel 291 des Strafgeſetzbuches gegen Verbindungen, die ſich an beſtimmten Tagen verſammelten, keine Anwendung auf einen Verein fand, welcher keine ſolche Verſammlungen hielt. Dennoch erließen ſämmtliche Miniſter Rundſchreiben an ihre Untergebenen, worin ſie die Theilnahme an dem Verein für unvereinbar mit den Pflichten erklärten, welche der Beamte gegen die Regierung habe; und zum Zeichen, daß dieſe Erklärung ernſtlich gemeint ſey, wurden Odilon Barrot und Alexander de la Borde von ihren Stellen im Staatsrathe entfernt, der Bürgermeiſter von Metz Bouchotte und der Generaladvocat Voirhaye am königlichen Gerichtshofe daſelbſt abgeſetzt und General Lamarque von dem Oberbefehle in den Departements des Weſtens, in denen man eine Schilderhebung der Legitimiſten befürchtete, abberufen. Im Ganzen wurde der Zweck, den man bei dieſer Strenge vor Augen hatte, erreicht; denn viele Beamte ließen ſich von den Liſten des Vereines ſtreichen; und die ganze Angelegenheit gerieth, da der Bund keine Gelegenheit

Digitized by Google

erhielt, ſich thätig zu zeigen, allmälig in das Stocken. Weniger glücklich war Périer mit dem Verſuche, dem der Regierung feindlichen Vereine einen freundlichen entgegen zu ſetzen. Es wurde eine Aufforderung verbreitet, eine Anleihe von 120 Millionen Franken, die zur Deckung des Ausfalls in den Einnahmen erforderlich war, durch freiwillige Unterzeichnungen zu Stande zu bringen. Man hätte 30,000 Theilnehmer bedurft, deren Jeder 200 Franken Rente übernommen hätte; es fanden ſich aber nicht ſo viel Hunderte, als man Tauſende erwartet hatte. Der ganze Plan mußte daher aufgegeben und die Anleihe unter ſehr ungünſtigen Bedingungen durch Vermittlung einiger großer Banquiers abgeſchloſſen werden. Zu derſelben Zeit, während der Aufruf ſo ſchlechten Erfolg hatte, den Caſimir Périer durch ſeine freiwillige Anleihe an die Geſinnungen oder die Geldbeutel der Capitaliſten richtete, machte man die Erfahrung, daß auch auf die Unterſtützung der weniger bemittelten Bürger keinesweges unter allen Umſtänden zu rechnen ſey. Der neue Siegelbewahrer Barthe hatte ſeinen Amtsantritt dadurch bezeichnet, daß er eine gerichtliche Verfolgung wieder aufnahm, die ſein Vorgänger fallen gelaſſen hatte, weil er vorherſah, daß dieſelbe nur zu unnützem Aergerniß führen würde. Während der Decemberunruhen war das Gerücht verbreitet, daß die Republikaner in der Artillerie der Nationalgarde damit umgingen, ihre Geſchütze dem Volke auszuliefern; man wollte ſogar wiſſen, daß zu dieſem Zwecke eine förmliche Verſchwörung Statt gefunden habe, als deren Häupter die beiden Hauptleute Cavaignac und Guinard genannt wurden. Beide, mit ſiebenzehn ihrer Genoſſen, wurden verhaftet und vor das Geſchwornengericht des Seine-Departements geſtellt. Sie ſelbſt ſo wenig als ihre Mitangeklagten verleugneten ihre republikaniſchen Geſinnungen, dagegen wieſen ſie die Beſchuldigung zurück, ſich in eine Verſchwörung eingelaſſen zu haben. „Wenn es eine Partei giebt, die ſich nicht verſchwört,“ ſagte Cavaignac in ſeiner Vertheidigungsrede, „ſo iſt es die republikaniſche; denn ſie iſt überzeugt, daß ſie nichts zu thun braucht, als die Dinge gehen zu laſſen. Wenn ſie ſich hätte verſchwören wollen, ſo hätte ſie dies gekonnt; ſie konnte es in der großen Woche, beim Scheine der Juliſonne, auf offener Straße; und der Beweis, daß ſie es konnte, iſt, daß man mit ihr unterhandeln wollte. Am 30. Juli ſind mehrere von uns, unter denen ich ſelbſt ſo wie Guinard war, zum Generalſtatthalter geführt worden.“ Lauter Beifall erſchallte im Gerichtsſaale, als Cavaignac zum Schluſſe ausrief: „Die Revolution iſt die ganze Nation mit Ausnahme der

Digitized by Google

Wenigen, die ſie ausbeuten; ſie iſt unſer Vaterland, das ſeine von der Vorſehung ihm verliehene Aufgabe erfüllt, die Völker zu befreien; ſie iſt das Frankreich, das ſeine Schuldigkeit gegen die Völker gethan hat. Auch wir haben unſere Schuldigkeit gegen das Vaterland gethan; es wird uns finden, ſo oft es unſer bedarf; was es von uns verlangen mag, werden wir ihm leiſten.“ Unter den Zeugen, die zu Gunſten der Angeklagten erſchienen, war Lafayette, bei deſſen Eintritte ſich alle Anweſende ehrerbietungsvoll von ihren Sitzen erhoben. Die Geſchwornen ſprachen ſämmtliche Angeklagte frei, die, ſo wie ſie ſich auf der Straße zeigten, vom Volke mit Jubel begrüßt und im Triumphe nach Hauſe geführt wurden. Eben ſo wenig, wie in dem Rechtshandel der Republikaner, entſprachen die Geſchwornen den Erwartungen, welche die Regierung von ihnen hegte, bei den Klagen, die, ſeit der Abſetzung des Procurators Comte, gegen verſchiedene Journale anhängig gemacht waren. Alle Urtheile, die gefällt wurden, lauteten auf: nicht ſchuldig, weil die Geſchwornen ſich nicht zu überzeugen vermochten, daß eine ſo ſchwere Schuld darin liegen ſollte, wenn die Journaliſten, welche die Julirevolution gemacht hatten, durch dieſelbe das Recht gewonnen zu haben glaubten, ihre Meinung frei und offen herauszuſagen.

Die Lehre, welche die Miniſter aus dieſen Erfahrungen zogen, war nicht, daß ſie eine falſche Richtung eingeſchlagen haben müßten, weil derſelben die breite Maſſe des Bürgerſtandes, aus der die Geſchwornen genommen wurden, ihre Unterſtützung verſagte, ſondern daß man dieſe Maſſe um keinen Preis zur Theilnahme an der politiſchen Gewalt zulaſſen dürfe und Alles aufbieten müſſe, um bei der unvermeidlich bevorſtehenden Auflöſung der Abgeordnetenkammer die Wahlen in einem Sinne zu leiten, der die Zuſammenſetzung der Kammer möglichſt unverändert erhielte, weil man ſonſt Gefahr liefe, die einzige Stütze zu verlieren, auf die man mit einiger Sicherheit rechnen durfte. Nicht geringe Sorge verurſachte der Regierung unter dieſen Umſtänden das neue Wahlgeſetz, welches die Abgeordnetenkammer bereits angenommen hatte, und das man nicht wieder zurücknehmen konnte, obwohl daſſelbe eine Erweiterung des Wählerkreiſes in Ausſicht ſtellte, welche durch die ſeitdem beſchloſſene Erhöhung der directen Steuern eine Ausdehnung gewann, die ungleich weiter ging, als in dem urſprünglichen Plan lag. Zuerſt fiel man darauf, ſich der Vermittlung der Pairskammer zu bedienen, um das drohende Unheil abzuwenden. Den edlen Pairs mußte Alles daran gelegen ſeyn, den Kreis der politiſchen Berechtigungen ſo

Digitized by Google

enge als möglich abgeſchloſſen zu erhalten, weil von der nächſten Abgeordnetenkammer die Entſcheidung über die wichtige Frage der Erblichkeit der Pairswürde und damit über die Grundbedingung des Beſtehens einer der drei Staatsgewalten in ihrer bisherigen Bedeutung abhing. Bei der Abſchließung des Wählerkreiſes in ſeine alten Schranken war einige Hoffnung vorhanden, die Erblichkeit zu retten, nicht die geringſte, ſobald auch jene niedern Schichten der Geſellſchaft, die allen Leidenſchaften der Menge zugänglich ſind, zu der Ausübung politiſcher Rechte zugelaſſen wurden. Zwar hatte bis jetzt die Pairskammer ihr Daſeyn ſo wenig bemerklich als möglich gemacht, indem ſie nicht viel mehr gethan hatte, als die Beſchlüſſe der Abgeordnetenkammer, mit der ſie nach dem Buchſtaben des Geſetzes, aber nicht in der That gleich berechtigt war, ohne lange Erörterungen zu beſtätigen. Der vielgewandte Decazes fand aber einen Rath, der ſo klug erſonnen war, daß man ſich verſucht fühlen konnte, ihn als ein Meiſterſtück der Politik anzuſehen, wenn die Schlinge, in der man den beſchränkten Volksverſtand fangen wollte, nicht doch etwas gar zu grob angelegt geweſen wäre. Der ſchlaue Herzog ſchlug vor, den Cenſus der Wahlbefähigung, wie der Wählbarkeit noch tiefer herabzuſetzen, als dies durch den Entwurf des neuen Wahlgeſetzes geſchehen war. Ein ſolches Geſchenk mußte die Volkspartei natürlich mit Freuden annehmen, und man hoffte, daß ſie die kleine Clauſel überſehen würde, durch welche man ihr daſſelbe unbemerkt wieder aus den Händen zu ſpielen und die ſcheinbare Erweiterung des Wählerkreiſes in eine wirkliche Beſchränkung zu verwandeln gedachte. Es ſollten nämlich bei dem neuen niederen Cenſus nicht alle directe Steuern, wie bisher, ſondern nur jene angerechnet werden, die am wenigſten dem Wechſel unterworfen wären, und dadurch war man auf die unſchuldigſte Weiſe von der Welt zu dem wünſchenswerthen Ergebniſſe gekommen, daß der neue niedere Cenſus in ſeiner Wirkung ſo ziemlich dem alten beinahe doppelt ſo hohen der Reſtauration entſprochen hätte. Vielleicht wäre der liſtige Anſchlag gelungen, wenn derſelbe nur nicht durch die unglückliche Oeffentlichkeit der Verhandlungen zur Kenntniß der Preſſe gelangt wäre. Dieſe deckte ſogleich das ganze Taſchenſpielerkunſtſtück auf, und damit war daſſelbe, wie ſich freilich von ſelbſt verſtand, auch vereitelt. In der Abgeordnetenkammer wagte es Niemand, die von den erlauchten Pairs beliebte Umgeſtaltung des Wahlgeſetzes zu vertheidigen. Es blieb der Regierung, ſofern ſie ſich bei den Wahlen nicht einer unvermeidlichen Niederlage ausſetzen wollte, nichts Anderes übrig, als einen andern Ausweg

Digitized by Google

zu ſuchen. Caſimir Périer ſchlug, als die weſentlichen Beſtimmungen des Wahlgeſetzes von der Abgeordnetenkammer zum zweiten Male in ihrer urſprünglichen Geſtalt angenommen waren, einen Zuſatz vor, wonach die nächſten Wählerliſten nach den Steuerrollen von 1830 aufgeſetzt werden ſollten. Der Grund, den er vorſchützte, war, daß die Zeit nicht mehr ausreiche, um die neuen Steuerrollen vollſtändig auszuarbeiten; und die Kammer war froh, einen ſcheinbaren Vorwand zu erhalten, um die von ihr ſelbſt beſchloſſene Erweiterung des Wahlrechtes wenigſtens für die nächſte Zukunft unwirkſam zu machen. Denn Niemand verbarg ſich, daß die Wirkung des Zuſatzes, der mit großer Stimmenmehrheit angenommen wurde, keine andere ſeyn konnte, als den Wählerkreis thatſächlich auf die Schranken zurückzuführen, die demſelben durch die Reſtauration geſetzt waren. Die Perſonen, welche nach den Steuerrollen von 1830 zweihundert Franken an directen Steuern zahlten und den Beſtimmungen des neuen Wahlgeſetzes gemäß jetzt in die Wählerliſten eingetragen wurden, hatten in der Wirklichkeit wegen der ſeitdem eingetretenen Steuererhöhung von 50 Prozent dreihundert Franken zu zahlen und würden daher auch nach dem alten Wahlgeſetze zur Theilnahme an den Wahlen berechtigt geweſen ſeyn.

Nachdem auf dieſe Weiſe der Gefahr vorgebeugt war, die bei einer ehrlichen Durchführung des neuen Wahlgeſetzes dem herrſchenden Syſteme bevorgeſtanden hätte, glaubte man der Zukunft mit Vertrauen entgegenſehen zu können. Am 20. April wurden die Kammern vertagt, und am 31. Mai wurde die Abgeordnetenkammer aufgelöſ't, um einer neugewählten Platz zu machen, die zum 23. Juli einberufen wurde. Von dem Augenblicke, wo die Auflöſung der Kammer im Miniſterrathe beſchloſſen war, ſetzte Caſimir Périer alle der Regierung zu Gebote ſtehende Hülfsmittel in Bewegung, um die Wähler zu Gunſten der von ihm verfochtenen Grundſätze zu ſtimmen. Alle öffentliche Beamte wurden angewieſen, den miniſteriellen Candidaten das Wort zu reden; ungeheure Maſſen von Flugſchriften wurden verſandt, in denen mit mehr oder weniger Gewandtheit der Beweis geführt war, daß nur auf dem Wege, den die Regierung in ihrer Weisheit erkoren, für Frankreich Heil zu erwarten ſey, wogegen den Widerſachern des Miniſteriums Schuld gegeben wurde, daß ſie darauf ausgingen, Frankreich ohne Noth in einen auswärtigen Krieg zu ſtürzen und im Innern endloſe Unordnungen hervorzurufen, deren letztes Ziel nothwendig die Republik mit einer Erneuung des blutigen Schreckensregimentes von 1793 ſeyn würde. Dabei verſäumte man nicht, den Einfluß,

Digitized by Google

welcher der Regierung die Abhängigkeit aller örtlichen Intereſſen von der Staatsgewalt ſicherte, im weiteſten Umfange zu benutzen; zum Ueberfluß wurde der König veranlaßt, eine Reiſe durch die nördlichen und öſtlichen Departements zu machen, um durch ſeine perſönliche Anweſenheit auf den Geiſt der Bevölkerungen in jenen Landſchaften zu wirken, in denen die freiſinnigen Meinungen am allgemeinſten verbreitet und am feſteſten gewurzelt waren. Auf der andern Seite vernachläſſigte aber auch die gegneriſche Partei nichts, wodurch ſie hoffen konnte, die Meinung in ihrer Weiſe aufzuklären. Die Geſellſchaft „Hilf dir ſelbſt," welche in den letzten Jahren der Reſtauration die Wahlen großentheils beherrſcht hatte, war auch jetzt wieder thätig, obwohl durch das Ausſcheiden vieler ihrer bedeutendſten Mitglieder, die auf die Seite der Regierung übergetreten waren, mit ſehr verminderten Kräften. Ein ſchwereres Gewicht, als jeder andere Einfluß, legte ein Schreiben in die Wagſchale, welches Lafayette an ſeine Wähler richtete, und in dem er, das Haupt der Volkspartei, ſeine Grundſätze mit einer Beſtimmtheit und mit einer Mäßigung darlegte, welche jeden Vorwand zu den von der miniſteriellen Preſſe wider ihn und ſeine Sinnesgenoſſen gehäuften Beſchuldigungen abſchnitten. Um ſo ſchärfer drang das Wort ein, in welches Lafayette ſein Urtheil über die Regierung zuſammenfaßte; er nannte ſie eine Quaſireſtauration und erſchöpfte damit Alles, was der bitterſte Haß zu ihrem Nachtheile ſagen konnte. Keine Partei konnte ſich rühmen, daß der Erfolg der Wahlen ihren Erwartungen vollkommen entſprochen habe. Auf beiden Seiten war eine beträchtliche Anzahl alter Mitglieder der Kammer nicht wieder gewählt worden; den empfindlichſten Verluſt hatte aber die Regierung erlitten, denn die Reihen der ihr ergebenen Mehrheit waren am meiſten gelichtet worden. Für geſchlagen hielt ſich Périer dennoch nicht; denn er wußte, daß die größte Zahl der neu eintretenden Mitglieder, wenn auch der Sache der Julirevolution entſchieden zugethan, doch keinesweges gewiß war, welche Partei ſie der durch die Revolution begründeten Regierung gegenüber ergreifen ſollte; und er rechnete darauf, daß ſeiner Politik die Anerkennung, die ſie verdiente, bei Männern nicht entgehen könne, die nicht bereits durch Parteivorurtheile befangen und gebunden waren. Die ſchwächſte Seite der Regierung war, wie Périer ſelbſt ſich nicht verbergen konnte, der Mangel an Haltung und Würde, den ſie in ihren auswärtigen Beziehungen gezeigt hatte. Périer war keineswegs geſonnen, von dem friedlichen Syſteme abzugehen, welches bisher beobachtet worden war; aber er war der Mei-

nung, daß man zum Erſatze für die Opfer, die man demſelben brachte, auch von den Mächten einige Zugeſtändniſſe verlangen könne. Er hatte nichts dagegen, daß die Oeſterreicher in Mittelitalien einſchritten; aber er wußte, daß die Italiener ihren Aufſtand nicht eher begonnen hatten, als nachdem durch den franzöſiſchen Miniſter des Auswärtigen auf der Rednerbühne der Abgeordnetenkammer der Grundſatz der Nichteinmiſchung öffentlich verkündet war, und er verachtete die erbärmliche Ausflucht, durch die General Sebaſtiani ſich zu helfen ſuchte, indem er ſeinen berühmten Unterſchied zwiſchen nicht Einwilligen und mit bewaffneter Hand Verhindern machte. Er glaubte daher etwas für die ſo ſchmählich aufgeopferten Italiener thun zu müſſen und verlangte von dem Wiener Cabinette, daß ſich dieſes dazu verſtehe, ſeine Truppen unmittelbar nach der Herſtellung der Ordnung aus dem Kirchenſtaate zurückzuziehen und ſich gemeinſchaftlich mit Frankreich beim Papſte dafür zu verwenden, daß derſelbe den untergeordneten Theilnehmern am Aufſtande eine allgemeine Begnadigung und den empörten Provinzen die Abſtellung ihrer gerechten Beſchwerden durch Verbeſſerungen in der Rechtspflege und Verwaltung bewilligte. Für das unglückliche Polen etwas zu thun, was den geringſten Erfolg verſprach, war unmöglich, da Rußland jede Verwendung von franzöſiſcher Seite mit Hohn zurückgewieſen haben würde, und da überdies Oeſterreich und Preußen durch einen geheimen Vertrag ſich längſt mit Rußland darüber verſtändigt hatten, die Unterdrückung des polniſchen Aufſtandes als eine den drei Mächten gemeinſchaftliche Angelegenheit zu behandeln, in die keine fremde Einmiſchung unter irgend einem Vorwande zu dulden ſey. Als ein zweideutiger Erſatz für die unvermeidliche Aufopferung des Landes, welches die Franzoſen als ein zweites Frankreich im Norden von Europa anzuſehen gewohnt waren, erſchien die endliche Löſung, welche die belgiſche Frage durch die Wahl des Herzogs Leopold von Sachſen-Coburg zum Könige der Belgier erhalten hatte. Herzog Leopold war, obwohl von Geburt ein deutſcher Fürſt, durch ſeine Vermählung mit der einſtigen brittiſchen Thronerbin zum brittiſchen Thronerben geworden, und ſeine Erhebung auf den Thron des neugeſchaffenen Königreiches wurde von der franzöſiſchen Volkseiferſucht daher mehr als ein Sieg des verhaßten brittiſchen als des franzöſiſchen Intereſſes betrachtet. Je weniger unter dieſen Umſtänden zu erwarten war, daß eine offene Darlegung der auswärtigen Verhältniſſe die franzöſiſche Eitelkeit befriedigt hätte, um ſo willkommener war Périer die Gelegenheit, die ſich durch einen glücklichen Zufall gerade jetzt bot, einen

Streich zu führen, der bei aller ſcheinbaren Kühnheit nicht mit der geringſten Gefahr verbunden war und doch auf unzweifelhafte Weiſe aller Welt bewies, daß Frankreich weder ſeine alte Macht, noch ſeine alte Geltung in Europa verloren hatte. Dom Miguel, der Tyrann von Portugal, hatte den Haß, den er gegen das revolutionaire Frankreich nährte, mehrfach an franzöſiſchen Unterthanen ausgelaſſen, welche durch den Handel nach dem ſeiner Gewaltherrſchaft unterworfenen Gebiete geführt waren. Die franzöſiſche Regierung nahm ſich ihrer Landsleute an, und da Dom Miguel beharrlich jede Genugthuung verweigerte, ſo wurde beſchloſſen, eine franzöſiſche Flotte auszurüſten, um durch Gewalt zu erzwingen, was vernünftige Vorſtellungen nicht zu erreichen vermochten. England, durch alte Verträge mit Portugal verbunden, hatte den portugieſiſchen Uſurpator ſo wenig anerkannt, als irgend eine andere der europäiſchen Großmächte, und hielt ſich daher auch nicht verpflichtet, ſich ſeiner in dieſem Streite anzunehmen. Zu Anfange des Juli ſammelte ſich auf der Höhe des Vorgebirges da Roca ein franzöſiſches Geſchwader von ſieben Linienſchiffen, zwei Fregatten und fünf kleineren Fahrzeugen unter dem Befehle des Contreadmirals Rouſſin. Eine letzte Aufforderung zu friedlicher Ausgleichung blieb ohne Erfolg, und am 11. Juli lief die franzöſiſche Flotte in die Mündung des Tejo ein, brachte das Feuer der Forts, welche beide Seiten des breiten Stromes beherrſchen, im Vorüberſegeln zum Schweigen, zwang nach einigen Geſchützlagen die aus acht Kriegsſchiffen beſtehende portugieſiſche Flotte, welche den Zugang zu der Hauptſtadt vertheidigen ſollte, die Flagge zu ſtreichen und ging unmittelbar darauf den Quais von Liſſabon gegenüber vor Anker. Jetzt bequemte Dom Miguel ſich zur Nachgiebigkeit; alle Forderungen, welche die ſiegreichen Franzoſen erhoben, wurden zugeſtanden. Die Urtheilsſprüche, welche portugieſiſche Gerichte gegen franzöſiſche Unterthanen gefällt, wurden vernichtet; jedem Franzoſen, der durch die portugieſiſche Regierung Nachtheil erlitten, wurde eine Entſchädigung bewilligt; das Haupt der Polizeiverwaltung des Landes wurde abgeſetzt, und endlich wurde der franzöſiſchen Regierung für die aufgewandten Koſten ihrer Ausrüſtung eine Summe von 800,000 Franken gezahlt. Admiral Rouſſin erbot ſich, die genommene portugieſiſche Flotte zurückzugeben, ſofern Dom Miguel ſich dazu verſtände, alle ſogenannte politiſche Verbrecher in Portugal, deren Zahl ſich in dem kleinen Königreiche auf viele Tauſende belief, in Freiheit zu ſetzen. Der feige Wüthrich büßte lieber die beſten Schiffe der portugieſiſchen Flotte ein, die als gute Priſen nach dem Hafen von Breſt

Digitized by Google

geführt wurden, als er auf die Ausübung ſeiner Rache verzichtet hätte, in der er zugleich das einzige Mittel ſah, ſeine angemaßte Gewalt gegen den Unwillen der beſten Bürger des Landes zu behaupten.

Die Nachricht von dieſem ruhmvollen Siege der franzöſiſchen Seemacht kam an dem Tage in Paris an, an dem Ludwig Philipp die Kammern eröffnete. Die Thronrede berief ſich darauf, daß das Verſprechen in Erfüllung gegangen ſey, welches der König bei ſeiner Uebernahme der Regierung gegeben, daß die Charte fortan eine Wahrheit ſeyn werde. Die Charte ſey die conſtitutionelle Monarchie mit allen ihren getreu aufrecht erhaltenen Einrichtungen, und mit allen ihren aufrichtig angenommenen Folgerungen. Es ſey Zeit, daß ein gleichförmiges Zuſammenwirken aller Staatsgewalten jenen fortwährenden Gährungen ein Ende mache, mit denen ſich die ſtrafbaren Hoffnungen derer nährten, die von der Rückkehr der gefallenen Dynaſtie träumten oder jener, die das Hirngeſpinnſt der Republik zurückführen möchten. „Frankreich“ ſagte Ludwig Philipp, „hat, indem es mich zum Thone berief, gewollt, daß das Königthum volksthümlich werde; es hat nicht gewollt, daß das Königthum ohnmächtig ſey; eine Regierung ohne Kraft würde für eine große Nation nicht geeignet ſeyn.“ „Ich habe kürzlich Frankreich durchreiſt; die Beweiſe der Zuneigung, die ich auf dieſer Reiſe erhielt, haben mich lebhaft gerührt; die Wünſche der Nation ſind meinen Gedanken gegenwärtig; Sie, meine Herren, werden mir zur Erfüllung derſelben behülflich ſeyn. Die Ordnung ſoll beſchützt, die Freiheit verbürgt, jeder Verſuch der Auflehnung beſchwichtigt und unterdrückt werden. So wird jenes Vertrauen in die Zukunft wieder erſtehen, das allein die Wohlfahrt des Landes herſtellen kann. — Ich erkenne den ganzen Umfang der Leiden an, welche die gegenwärtige Handelsklemme der Nation zugezogen hat; ich bin darüber bekümmert und bewundere den Muth, mit dem ſie getragen werden. Ich hoffe, daß ſie nun ihrem Ende nahe ſind, und daß bald die Befeſtigung der Ordnung die nöthige Sicherheit für den Geldumlauf herbeiführen und unſerm Handel, wie unſerm Gewerbfleiße jene Bewegung und jene Thätigkeit wiedergeben wird, die unter einer immerwährend durch die Volksintereſſen geleiteten Regierung nur vorübergehend gehemmt ſeyn können.“ Am ausführlichſten verbreitete die Thronrede ſich über die auswärtigen Verhältniſſe. Seit der Julirevolution habe Frankreich den ihm in Europa gebührenden Rang wieder eingenommen und nichts ſolle ihm denſelben in Zukunft rauben. Ueber die freundſchaftlichen Verhältniſſe, welche die auswärtigen Regierungen mit der franzöſiſchen unterhielten,

Digitized by Google

habe man ſich nur Glück zu wünſchen. Beſonders hervorgehoben wurde, daß die öſterreichiſchen Truppen auf Frankreichs Verlangen den Kirchenſtaat geräumt hätten, und daß Belgien von den großen Mächten als unabhängiger Staat anerkannt ſey. Lauter allgemeiner Beifallruf erſchallte, als Ludwig Philipp der in Portugal erzwungenen Genugthuung gedachte und dabei erklärte, daß die dreifarbige Fahne auf (sur) den Mauern von Liſſabon wehe. Alle nicht genauer Unterrichtete ſetzten nach dieſer Ankündigung voraus, daß Dom Miguel geſtürzt und die von ſeinem Bruder Dom Pedro verliehene conſtitutionelle Verfaſſung in Portugal wieder hergeſtellt ſey. Erſt am Abende erfuhr man, daß der König falſch geleſen habe, und daß die franzöſiſche Flagge nicht auf den Mauern, ſondern unter (sous) den Mauern von Liſſabon wehe, wodurch die Siegesfreude beträchtlich herabgeſtimmt wurde. Die wichtigſte Stelle der Thronrede war bei der auf das Aeußerſte geſpannten Theilnahme, mit der alle Stände und ſogar alle Parteien dem Ausgange des polniſchen Freiheitskampfes entgegenſahen, jene, die ſich auf Polen bezog. Caſimir Périer, von dem die Rede verfaßt war, hatte, um einen ſeinen Abſichten entſprechenden Eindruck hervorzubringen, es ſich nicht übel genommen, der Wahrheit auf eine Weiſe zu nahe zu treten, die in dem Munde des Fürſten eines großen und freien Landes ein ſchimpflicher Betrug war. Ludwig Philipp mußte verſichern, daß er keine Anſtrengung geſcheut habe, um das Ende „des blutigen und erbitterten Kampfes“ zu beſchleunigen; daß er ſeine Vermittlung angeboten und jene der großen Mächte angerufen habe. Er habe dem Blutvergießen Einhalt thun, den Süden Europa's vor der Geißel jener Seuche, welche der Krieg verbreite, bewahren und vor Allem Polen, deſſen Muth die alte Zuneigung Frankreichs wieder erweckt habe, jenes Volksthum ſichern wollen, das der Zeit und ihren Wechſeln widerſtanden habe. Caſimir Périer wußte, als er dieſe Worte dem Könige in den Mund legte, daß die franzöſiſche Diplomatie weder ihre Vermittlung angeboten, noch einen ernſten Verſuch gemacht hatte, die übrigen großen Mächte zur Vermittlung aufzurufen*); aber er wußte auch, daß die große Mehrheit in der Abgeordnetenkammer ſich niemals mit einer Politik einverſtanden erklären würde, die es nicht wagte, ein ärmliches Wort zu Gunſten eines erliegenden Brudervolkes einzulegen; und es war ihm weniger um die Wahrheit. als um die Stimmenmehrheit in der Kammer zu thun.

*) Capefigue, l'Europe T. V. pag. 148.

Bei dieſer eines Staatsmannes gewiß nicht würdigen Unredlichkeit hatte Périer den Muth, von der Abgeordnetenkammer unmittelbar nach ihrem Zuſammentreten einen Beweis rückſichtsloſer Ergebenheit zu verlangen, den er zur Bedingung ſeines Bleibens an der Spitze der Verwaltung machte. Laffitte, der im Auguſt des vorigen Jahres von der Kammer beinahe einſtimmig zu ihrem Präſidenten erwählt war, ſchien auch jetzt, nachdem er den Vorſitz im Rathe des Königs niedergelegt, vor allen andern Mitgliedern der Abgeordnetenkammer berufen, den Vorſitz in derſelben einzunehmen; Jedermann würde ſeine Wiedererwählung nicht als ein Zeichen der Zuſtimmung zu ſeinen politiſchen Grundſätzen im Gegenſatze zu jenen ſeines Nachfolgers, ſondern einer natürlichen Anerkennung der Verdienſte betrachtet haben, die er ſich um die Julirevolution erworben. Caſimir Périer erklärte, daß er die Wahl Laffitte's als eine Feindſeligkeit gegen ihn ſelbſt anſehen würde, und ſtellte dem Manne, der bisher in Frankreich als der erſte des franzöſiſchen Bürgerſtandes gegolten, den unbedeutenden Girod (vom Ain) als Mitbewerber gegenüber. Um Laffitte's Anſehen zu untergraben, wurde die ſchamloſe Lüge ausgeſprengt, daß er bankbrüchig und außer Stande ſey, eine Forderung von 5000 Franken Rente zu befriedigen, die der Staat an ihn habe. In der That gelang es, dem ſchwachen Girod bei der zweiten Abſtimmung ein Uebergewicht von fünf Stimmen über Laffitte zu verſchaffen: ein ſehr zweideutiger Sieg, da eine ſtärkere Mehrheit unmittelbar darauf Dupont (von der Eure) zum Vicepräſidenten ernannte, und da überdies eine beträchtliche Anzahl Doppelwahlen, die auf entſchiedene Gegner des Miniſteriums gefallen waren, die Reihen derſelben in wenigen Tagen noch mehr verſtärken mußte. Périer ſelbſt verbarg ſich ſo wenig die Bedeutung des Erfolges, den die Wahl gehabt hatte, daß er ſofort dem Könige ſeine Entlaſſung einreichte. Schon war die Rede von der Bildung einer neuen, aus den Vordermännern der revolutionairen Partei zuſammengeſetzten Verwaltung, als ein Ereigniß eintrat, welches Niemand vorhergeſehen hatte, und welches den Stand der Parteien, wie der Dinge, mit einem Male weſentlich veränderte. Am 2. Auguſt hatte Périer ſeine Entlaſſung eingereicht; am 4. traf die Nachricht ein, daß die Holländer in Belgien eingebrochen wären, und daß König Leopold um ſchleunige Hülfe bitte. Es wurde beſchloſſen, den Holländern ohne Zeitverluſt ein franzöſiſches Heer von 50,000 Mann unter dem Befehle des Marſchalls Gérard entgegen zu ſtellen, und drei Tage darauf, am 7. Auguſt, hatte die Vorhut deſſelben bereits die belgiſche Grenze überſchritten.

Digitized by Google

Périer hatte die Zügel von neuem ergriffen und dachte nicht mehr daran, von den Geſchäften zurückzutreten; denn ſeinem Scharfblicke war es nicht entgangen, welche Vortheile ſich aus der ſo plötzlich veränderten Lage ziehen ließen. Der Vorwurf feiger Nachgiebigkeit gegen das Ausland ließ ſich jetzt der Regierung ohne offenbare Ungerechtigkeit nicht mehr machen, und dieſer allein war es, den ſie bei dem reizbaren Ehrgefühle der franzöſiſchen Nation zu fürchten hatte. Auch war vorherzuſehen, daß ſich die kriegeriſchen Gelüſte, die ſich eines Theiles der Kammer bemächtigt hatten, gar ſehr abkühlen würden, ſo wie der Ernſt ſich vor der Thür zeigte. Bei den Verhandlungen über die Beantwortung der Thronrede, die am 9. Auguſt begannen, ſtellte ſich das Uebergewicht, welches die Umſtände der Regierung liehen, mit unzweifelhafter Sicherheit heraus. Die Rede, die der Präſident des Miniſterraths zur Rechtfertigung ſeiner Politik hielt, konnte durch die Neuheit der darin entwickelten Anſichten Niemand überraſchen; denn ſie ließ ſich in der Hauptſache auf die beiden Sätze zurückführen, daß man im Innern nicht über die unmittelbaren Ergebniſſe der Julirevolution hinausgehen und nach Außen Alles aufbieten wolle, um den allgemeinen Frieden zu erhalten. Zwei Worte, erklärte Périer, bezeichneten das ganze Syſtem der Regierung: die Charte und der Friede. Niemand werde zu behaupten wagen, daß die Julirevolution mehr gewollt habe, als die Charte. Sie ſey gekommen, nicht um die erſte Revolution von neuem anzufangen, ſondern um ſie zu beendigen. Sie ſolle Frankreich eine feſte Regierung ſichern, deren einziges Programm die Charte ſey. Alles, was man ſonſt für die nothwendigen Folgen der Julirevolution ausgebe, wären nur die Vorſpiele einer neuen Revolution; Frankreich ſpreche es aber täglich aus, daß es einen Abſcheu vor jeder neuen Revolution habe. Was die auswärtigen Beziehungen betreffe, ſo habe die gegenwärtige Verwaltung nur das Syſtem fortgeführt, welches bereits vor ihr im Gange geweſen; ſie ſey in daſſelbe nur mit feſterem Schritte und beſtimmterer Anſicht eingetreten, weil man dieſes Syſtem für das ſicherſte und für das würdigſte halte, weil man bei allem Vertrauen zu der unüberwindlichen Tapferkeit der franzöſiſchen Heere doch glaube, daß dem Lande ein ſchönerer und dauerhafterer Ruhm beſchieden ſey, wenn es ſich vielmehr durch ſeine vorragende ſittliche Kraft, als durch den Schrecken ſeiner Bayonnette an die Spitze der europäiſchen Geſittung ſtelle. Und dieſe Politik, die Politik des Friedens, habe Frankreich weder Opfer auferlegt, noch eine Täuſchung bereitet. Vielleicht habe Frankreich zu keiner früheren Zeit, ohne Krieg

Digitized by Google

zu führen, ein gleich großes Gewicht in die Wagſchale von Europa gelegt. Zum Beweiſe berief Périer ſich auf die glänzende Genugthuung, die Frankreich in Portugal erlangt habe, auf die Räumung des Kirchenſtaates, die auf Frankreichs Begehren erfolgt ſey, auf den Schutz, den man Belgien mit Heeresmacht gewährt habe und, was denn doch eine gar zu arge Uebertreibung war, ſelbſt auf das, was für Polen geſchehen ſey, wovon ſich nur freilich kein Erfolg nachweiſen ließ. Eine eben ſo große Treuloſigkeit als Unklugheit war es, daß Périer ſeine Politik durch kecke Entſtellung unleugbarer Thatſachen auf Koſten ſeines Vorgängers zu heben ſuchte. So wies er die Verantwortlichkeit für die öſterreichiſche Einmiſchung in Italien von ſich zurück, indem er darauf Bezug nahm, daß dieſelbe vor ſeiner Uebernahme des Miniſteriums begonnen habe; zugleich ſuchte er die Verdienſte, die er ſich um die polniſche Sache erworben haben wollte, in ein glänzenderes Licht zu ſetzen, indem er behauptete, vor dem 13. März ſey nicht einmal der Antrag im Miniſterrathe geſtellt worden, eine Vermittelung zu Gunſten Polens eintreten zu laſſen, während ſeitdem täglich neue Mittel freundlicher Verwendung verſucht würden. Die Verſuche freundlicher Verwendung zu Gunſten Polens, auf die Périer ſo hohen Werth legte, beſchränkten ſich auf den beiläufig und ſchüchtern genug angedeuteten Wunſch, daß den Polen bei der unzweifelhaft bevorſtehenden Unterdrückung ihres Aufſtandes keine all zu harte Stafe aufgelegt werden möge: eine Art der Verwendung, für welche die Polen der franzöſiſchen Diplomatie ſchwerlich großen Dank gewußt hätten, und zu welcher der Herzog von Mortemart bereits unter dem Miniſterium Laffitte's den Auftrag erhalten hatte. Was aber das Einſchreiten der Oeſterreicher in Italien anging, ſo konnte es Périer nicht unbekannt ſeyn, daß Laffitte gerade deshalb ſeinen Abſchied genommen hatte, weil ihm die erſte Ankündigung von der bevorſtehenden Einmiſchung der Oeſterreicher verheimlicht worden war, und daß derſelbe unmöglich am 8. März, dem Tage, an dem er ſeine Entlaſſung verlangte, von dem zwei Tage vorher erfolgten Einrücken der öſterreichiſchen Truppen in das Modeniſche unterrichtet ſeyn konnte. Aufrichtiger, als in Bezug auf die Einzelheiten der auswärtigen Politik, war Périer in Bezug auf den geheimen Grundgedanken, der dieſelbe ſeit der Thronbeſteigung Ludwig Philipps leitete. Er geſtand ein, daß der Einfluß, den Frankreich in Europa beſitze, nur auf dem Vertrauen beruhe, welches die Cabinette zu der Herrſchaft der Mäßigung (autorité de la raison) in Frankreich hätten. „Sollte Frankreich," ſagte er, „ſich jemals dem

Parteigeiſte, dem Strome der Volksleidenſchaften hingeben, ſo würde es ſogleich ſeinen Einfluß verlieren und bliebe dann nur auf die Gewaltthätigkeit verwieſen, um ſeine Intereſſen geltend zu machen. Man darf alſo mit Recht ſagen, daß der Friede der Welt von der innern Regierung unſeres Landes abhängt. Und Sie, meine Herren," wandte er ſich an die Kammer, „die Sie einen ſo großen Antheil an dieſer Regierung haben, erwägen Sie die ernſte Bedeutung der Entſchließungen, die Sie faſſen werden. Die Erörterung, die Sie zu dieſer Stunde beſchäftigt, wird aller Wahrſcheinlichkeit nach über die Zukunft von Europa entſcheiden. In der That liegt die Frage von Krieg oder Frieden in Ihren Händen. Möge dieſer Gedanke Ihnen gegenwärtig bleiben, und möge die Kammer in der Ausübung ihrer Vollgewalt immer ihre ganze Verantwortlichkeit vor Augen haben." Es bedurfte kaum dieſer Aufforderung, um die ſchwankende Mehrheit zu Gunſten einer Verwaltung zu beſtimmen, welche zugleich eine achtungswerthe Stellung in Europa und die Erhaltung des Friedens verſprach. Denn vor dem Kriege herrſchte unter dem vermögenden Bürgerſtande, der in der Kammer ausſchließlich vertreten war, eine nicht geringere Scheu, als vor der Republik, die man ſich von den Greueln des Schreckensregimentes nicht getrennt zu denken vermochte. Die Kriegspartei hatte in der Kammer zwar einzelne ausgezeichnete Führer, aber ein wenig zahlreiches Heer aufzuweiſen. Die große Mehrheit war freiſinnig, aber mehr aus Gewohnheit, als aus ſtarker lebendiger Ueberzeugung; ſie würde innerhalb und außerhalb Frankreichs der Freiheit jeden Sieg gegönnt haben, wenn derſelbe nur für ſie ſelbſt nicht mit allzugroßen Opfern verbunden geweſen wäre; und nichts war ihr daher im Herzen willkommener, als einen Vorwand zu erhalten, der ihr geſtattete, ihren Grundſätzen den Rücken zu kehren, und dabei den Schein zu retten, als ob man von denſelben um keine Haaresbreite abgewichen wäre. Die Kammer wollte getäuſcht ſeyn, und es war daher nicht ſchwer ſie zu täuſchen. Gute Dienſte leiſtete bei der Erörterung der Adreſſe ein Mann der Regierung, den Niemand auf der Seite des Miniſteriums zu ſehen erwartet hätte. Thiers, der frühere Redacteur des National, den Laffitte zum Unterſtaatsſecretair im Finanzminiſterium ernannt hatte, war mit dieſem aus der Verwaltung ausgetreten, hatte aber ſeitdem ſich überzeugt, daß die revolutionairen Ideen ſelbſt in der gemäßigten Form, in der Laffitte ſie bevorwortete, ohne eine neue Revolution nicht durchzuführen waren, und war deshalb, da er ſich nicht entſchließen konnte, auf die glänzenden Ausſichten zu verzichten, die

Digitized by Google

ihm ſein Ehrgeiz vorſpiegelte, in das feindliche Lager übergegangen. Thiers bekämpfte die Kriegspartei, indem er erinnerte, welche Mittel der Convent habe anwenden müſſen, um den Sieg möglich zu machen. Der vor Kurzem erſt zur Marſchallwürde erhobene General Clauzel machte es den Miniſtern zum Vorwurf, daß ſie durch ihre Verwaltung einen großen Theil an der Unbehaglichkeit hätten, die im Lande herrſche; ſie wären außer Stande, den Aufſchwung der Vaterlandsliebe zu unterſtützen, der am Tage der Gefahr nothwendig ſeyn würde. Die Verhältniſſe, die man mit den europäiſchen Mächten unterhalte, wären Frankreichs nicht würdig; alle Zugeſtändniſſe, die man den Fremden mache, würden den Vernichtungskrieg nicht abwenden, den die willkürliche Gewalt ſeit vierzig Jahren gegen den Geiſt der Freiheit führe. General Sebaſtiani verſicherte, daß auch ihm bei dem Anblicke der dreifarbigen Fahne das Herz höher geſchlagen, daß auch er die traurigen Verträge von 1815 zu zerreißen gewünſcht habe; als Miniſter habe er aber ſeine Gefühle ſchweigen laſſen müſſen und nur das wahre Intereſſe Frankreichs zu Rathe gezogen, und dieſes fordere, daß die Revolution des Julius ſich im Innern ohne Unruhen und nach außen ohne Krieg feſtſtelle. Die Erfahrung habe ſeit den letzten vierzig Jahren gelehrt, daß nur die Zwiſchenacte des Krieges der Freiheit nützlich geweſen wären. Man möge nur der Eroberungen gedenken, welche die conſtitutionelle Freiheit ſeit der Julirevolution in den Frankreich benachbarten Ländern gemacht habe. In Sachſen, in Kurheſſen, in Braunſchweig wären Umwälzungen erfolgt, ohne daß irgend eine auswärtige Einmiſchung dieſelben rückgängig zu machen verſucht hätte. Auch in Baiern und Baden mache ſich der Einfluß der Julirevolution fühlbar, indem er in beiden Staaten eine reißend ſchnelle Entwicklung des conſtitutionellen Syſtemes hervorgerufen habe, ohne daß eine äußere Störung dazwiſchen getreten wäre. Eben ſo, wie dieſe deutſche Staaten, ſey die Schweiz in den Kreis der von Frankreich ausgegangenen politiſchen Bewegung hineingezogen worden. Die Schweiz habe von ihren Verfaſſungen das, was dieſe allzu Ariſtokratiſches hatten, abgeſtreift; ſie habe den feſten Entſchluß ausgeſprochen, künftig ihre Neutralität vor jedem Eingriffe zu bewahren und habe ſo aus ihrer Unabhängigkeit zugleich ein Bollwerk für die Unabhängigkeit Frankreichs gemacht. Ueber die öſterreichiſche Einmiſchung in Italien ſchlüpfte Sebaſtiani flüchtig hinweg; um ſo lebhafteres Mitgefühl ſprach er für die Polen aus, mit denen er auf mehr als einem Schlachtfelde ſein Blut vergoſſen habe; er wieder-

Digitized by Google

holte, was bereits in der Thronrede über die Vermittlungsverſuche zu Gunſten Polens geſagt war, und bedauerte, daß er das Geheimniß der Unterhandlungen nicht aufdecken könne, als ob in der That die wichtigſten Unterhandlungen Statt gefunden hätten. Wolle man weitergehen, ſo müſſe man die rieſenhaften Unternehmungen Napoleons da wieder aufnehmen, wo ſie ihr Ende erreicht hätten. Unmöglich könne man von der Regierung verlangen, daß ſie etwas verſuchen ſollte, was Napoleon zu Wilna an der Spitze von 500,000 Mann, als Herr von ganz Polen und Lithauen, nicht zu thun wagte. General Lamarque, der hierauf das Wort nahm, hielt einen langen Vortrag, worin er zwar keine einzige der von den Miniſtern aufgeſtellten Behauptungen widerlegte, ihnen dagegen den Vorwurf machte, daß ſie Frankreich dazu verurtheilten, eine Rolle zu ſpielen, die ſich nur jener während der letzten Jahre Ludwigs XV. vergleichen ließe. Sie hätten Italien der öſterreichiſchen, Belgien der brittiſchen Herrſchaft überliefert; es ſey eben ſo gut, wenn ein engliſcher Prinz ſeinen Sitz zu Brüſſel, als wenn er denſelben, wie im dreizehnten Jahrhundert, zu Bordeaux habe. Als man Leopold den belgiſchen Thron gegeben, habe man geſagt, dies geſchehe, um Polen zu retten, weil England nur um dieſen Preis ſich den franzöſiſchen Bemühungen anſchließen wolle. Das ſey aber eine Täuſchung geweſen. Wenn man wirklich einen ſo großherzigen Entſchluß gefaßt hätte, würde man ſich beeilt haben, denſelben anzukündigen, und nicht bloß von abgelehnten Vermittlungen und auf's Neue angebotenen Vermittlungen ſprechen. Wenn die Kammer das Verfahren der Regierung billige, würde man 1300 Millionen Franken aufgewandt und 500,000 Soldaten aufgeſtellt haben, damit ſie, das Gewehr im Arm, der Hinrichtung der italieniſchen Patrioten, der Thronerhebung eines engliſchen Prinzen und dem Leichenbegängniſſe einer befreundeten Nation zuſähen. Mauguin verlangte, daß die nöthigen Actentenſtücke über die jüngſten Unterhandlungen in Bezug auf Italien, Portugal, Belgien und Polen vorgelegt würden, damit man beurtheilen könne, ob das Miniſterium die Ehre Frankreichs gewahrt habe, und wie man auf die Thronrede antworten müſſe. Er machte darauf aufmerkſam, daß wenig damit gewonnen ſey, wenn die Oeſterreicher auch die Romagna geräumt hätten, ſobald ſie ſich bereit hielten, jeden Augenblick, bei dem Ausbruche neuer Unruhen, wieder einzurücken. Noch dringender ſey es zu erfahren, was Frankreich für das heldenmüthige, für das unglückliche Polen gethan; in welcher Art es ſich an Rußland gewendet und ob es ſich nicht bloß darauf beſchränkt habe,

Digitized by Google

das Mitleid dieſer Macht anzuflehen. Bignon unterwarf die auswärtige Politik der Regierung einer ſcharfen, aber beſonnenen Kritik, die nur deshalb ihren Eindruck verfehlte, weil ſie nicht folgerichtig genug war, um die letzten Gründe aufzudecken, welche das Verfahren der Regierung erklärten. So behauptete er, der erſte Fehler, den die Regierung gemacht habe, ſey ihre Betheiligung an einer Conferenz, in der die Mehrheit der Stimmen entſchiede, weil ihr dadurch Verpflichtungen aufgelegt werden könnten, die ihren Grundſätzen, wie ihren Intereſſen zuwider wären. Man habe anfangs das Einſchreiten in Belgien als ein Zeichen der Kraft angeſehen; ſeitdem habe es ſich aber ergeben, daß Frankreich nur im Auftrage der Conferenz gehandelt, daß es nur die Beſchlüſſe der Conferenz vollzogen habe. Wenn nicht die Holländer, ſondern die Belgier der angreifende Theil geweſen wären, würde man eben ſo gegen die Belgier haben einſchreiten müſſen, wie man es jetzt gegen die Holländer thue. Ein anderer Fehler ſey geweſen, daß man geglaubt habe, vor allen Dingen die belgiſche Frage zu Ende bringen zu müſſen. Belgien ſey, ehe ſeine Zukunft feſtgeſtellt war, ein Bollwerk, ein Waffenplatz für Frankreich geweſen, von dem aus man Europa bedroht und es in Achtung gehalten habe. Von hier aus hätte man den Mächten ſeinen Willen in Bezug auf die italieniſchen und polniſchen Angelegenheiten erklären ſollen; und Frankreichs Worte würden gewiß nicht ungehört verhallt ſeyn. Jetzt ſey die günſtige Gelegenheit unbenützt vorübergegangen; Belgien bilde einen abgeſonderten Staat unter anderem Einfluſſe als dem franzöſiſchen; Italien ſchmachte unter der Gewalt der öſterreichiſchen Bayonnette und Polen verdanke nur ſeinem Heldenmuthe die Fortdauer ſeines ruhmreichen, aber täglich peinlicheren, täglich drohender gefährdeten Daſeyns. Noch widerſtehe Polen; aber ſchwerlich werde es lange widerſtehen. Bewaffneten Beiſtand könne man allerdings den Polen im Augenblicke nicht leiſten, aber man könne ihnen ſofort den Beiſtand ſeiner Stimme leihen, man könne zum voraus gegen ihren zeitweiligen Untergang ſich verwahren, man könne erklären, daß Frankreich nie ſeine Zuſtimmung geben werde, wenn man ſie aus der Reihe der Nationen verwiſchen wolle. Dazu bedürfe es keines Wagniſſes, welches die Klugheit des Cabinettes in Unruhe verſetzen möchte. Nicht das Cabinet, ſondern die Kammer ſolle ſprechen. Er trage darauf an, daß in die Adreſſe eine Stelle eingeſchoben werde, durch welche die Kammer erkläre: ſie wünſche in den rührenden Worten des Königs über das Unglück Polens die Gewißheit zu finden, daß Polen nicht untergehen werde. Ge-

neral Lafayette war mit einem ſo gemäßigten Vorſchlage nicht einverſtanden; er verlangte ſowohl in Bezug auf Italien, als auf Polen die beſtimmteſten Erklärungen, die, wenn die That den Worten auch nur einigermaßen entſprochen hätte, einen allgemeinen Krieg zur unvermeidlichen Folge haben mußten. Die Einwendungen, welche die Miniſter Sebaſtiani und d'Argout gegen die Forderungen Lafayette's machten, waren ſo ſchwach, daß ſie unmöglich auf die Kammer den geringſten Eindruck hervorbringen konnten, wenn dieſe nicht bereits zum voraus entſchieden geweſen wäre; aber es kam auf das Gewicht der Gründe nicht mehr an; die Anträge des alten Generals, die dieſer mit einer unter den obwaltenden Umſtänden bewundernswürdigen Naivetät entwickelte, wurden ohne lange Erörterungen mit großer Stimmenmehrheit verworfen. Um ſo lebhaftere Unterſtützung fand der Vorſchlag Bignon's, weil dieſer zu nichts verpflichtete und dabei doch geſtattete, Worte zu machen, die einen hochtönenden Klang hatten und, wenn man wollte, die größten Dinge erwarten ließen. Den Miniſtern waren aber eben deshalb auch dieſe Worte zu ſtark. Sie wollten es ſich gefallen laſſen, daß die Kammer die Hoffnung (espérance) ausſpräche, das polniſche Volksthum werde nicht untergehen, nur nicht die Gewißheit (certitude), da Niemand die Zukunft vorherſehen könne. Darüber erhob ſich ein Streit, in dem die Parteien in ſolchen Eifer geriethen, daß Caſimir Périer beinahe von der Rednerbühne geworfen worden wäre, und daß der Präſident der Kammer den Tumult nicht anders zu beendigen wußte, als indem er die Sitzung aufhob. Guter Rath kam über Nacht; Bignon verſtand ſich dazu, an die Stelle der Gewißheit die Sicherheit (assurance) zu ſetzen; dabei beruhigten ſich denn auch die Miniſter, und die Sicherheit, die man zu beſitzen vorgab, während Jedermann wußte, daß dieſelbe nicht vorhanden war, wurde mit allgemeinem begeiſterten Beifall in die Adreſſe aufgenommen. Dies war das bedeutendſte Ergebniß, welches bei den ſechstägigen Berathungen über die Beantwortung der Thronrede gewonnen wurde. Nicht ohne Einfluß auf den Gang der Verhandlungen war die Mittheilung, die der Marſchall Soult im Verlaufe derſelben machte, daß die Holländer den Befehl erhalten hätten, ihre angreifende Bewegung einzuſtellen und ſich vor den franzöſiſchen Truppen zurückzuziehen, wodurch jede Beſorgniß vor den Folgen, die ein feindliches Zuſammentreffen haben könne, gehoben wurde, während Frankreichs Macht ſich durch den glänzendſten Sieg nicht in großartigerer Weiſe zu zeigen vermochte, als durch den Erfolg, den das bloße

Digitized by Google

Erſcheinen eines franzöſiſchen Heeres ohne Schwertesſtreich erreichte. Die innern Angelegenheiten des Landes wären über den auswärtigen vielleicht ganz vergeſſen worden, wenn ein neu eintretendes Mitglied, Pagès (de l'Ariège), der Regierung nicht einige derbe Wahrheiten geſagt und dadurch auf der einen Seite Guizot, auf der andern Odilon Barrot auf die Bühne gerufen hätte. Pagès ſagte: das Gefühl der Unſicherheit, welches im Lande herrſche, habe ſeinen Grund darin, daß die Nation kein Vertrauen zu der Regierung habe; die Miniſter, welche die Revolution weder bewirkt noch begriffen hätten, ſondern denen ſie als eine Erbſchaft zugefallen wäre, hätten den Muth nicht gehabt, den Siegern den Sieg zu gönnen. Man ſey allerdings einem Jeden Schutz und Gerechtigkeit ſchuldig; dies ſey aber nicht ſo zu verſtehen, daß man nach gewonnener Schlacht dem Feinde die Beute überlaſſen ſolle. Ob die Julirevolution eine Wirkung ohne Urſache geweſen ſey, wiſſe er nicht, aber es ſcheine ihm, daß man eine Urſache ohne Wirkung daraus machen wolle. Die Regierung der Julirevolution verſtehe ſich nur auf ein Syſtem der Reſtauration, und bei einem ſolchen Syſteme werde der Boden immer unter ihren Füßen ſchwanken. Der Juli habe einen neuen Zeitraum eröffnet, er bedürfe einer neuen Regierung. Wenn einige Menſchen aus perſönlichem Ehrgeize die Ordnung von der Freiheit trennten, ſo wiſſe das Volk, das vernünftiger ſey, als alle Sophiſten, daß die Ordnung ohne Freiheit Zwingherrſchaft, die Freiheit ohne Ordnung Auflöſung der Geſellſchaft ſey. Pagès ließ ſeinen Unwillen beſonders über die Mittel aus, deren die Regierung ſich bedient habe, um auf die Wahlen einzuwirken. Die unbedeutendſten Straßenaufläufe wären durch telegraphiſche Depeſchen nach allen Richtungen als Ereigniſſe gemeldet worden, welche der beſtehenden Ordnung die ernſteſte Gefahr drohten. Der Zweck liege auf der Hand und bedürfe daher keiner Erörterung. „Unſere Miniſter," ſagte Pagès, „laſſen ſich herab, vom Volke zu ſprechen, aber nur um den Muth zu bewundern, mit dem es ſeine Leiden trägt, die Ausdauer zu loben, mit der es bezahlt. Aber das Volk iſt Frankreich, das Volk bedarf einer vorſorgenden Gewalt im Frieden, wie im Kriege. Das Volk kann nur zwei Dinge machen: Reichthümer, wenn es arbeitet, Aufſtände, wenn es Hunger hat. Das Elend iſt auf das Höchſte geſtiegen, und der Winter naht. Was wird die Regierung thun, um die Noth zu beſchwören? Die Charte und der Frieden reichen da nicht aus; es iſt Arbeit und Brot nöthig." Dieſe Worte, die einer tiefer eingehenden Erwägung wohl würdig waren, wurden von dem

Digitized by Google

alten Anhange des Miniſteriums durch mißbilligendes Murren beantwortet. Auf eine Widerlegung ließ ſich Niemand ein. Guizot entgegnete durch einen leidenſchaftlichen Angriff auf die Partei, die man die republicaniſche genannt habe, obwohl dieſelbe in gar keiner Beziehung zu der Republik ſtehe. Denn dieſe ſey eine regelmäßige Regierungsform, die gerecht und geſetzlich ſeyn könne, während jene Partei nur der Schweif der ſchlechten franzöſiſchen Revolution ſey, die Sammlung aller Ueberbleibſel, der Niederſchlag alles deſſen, was ſich in Frankreich von 1789 bis 1830 begeben habe; die Vereinigung aller falſchen Ideen, aller ſchlechten Leidenſchaften, aller unrechtmäßigen Intereſſen, die ſich mit der franzöſiſchen Revolution verbunden, ſie verdorben und dadurch vereitelt hätten. Der erſte Gedanke dieſer Partei ſey, Alles von neuem anzufangen, den Boden des Landes in eine nackte Fläche zu verwandeln, um auf derſelben ein neues Gebäude der Geſellſchaft aufzuführen. Sie erkenne weder in der Vergangenheit, noch in der Gegenwart irgend ein Recht an; ſie finde nichts Gutes, weder in dem was geweſen, noch in dem was gegenwärtig vorhanden ſey. Nichts verderbe die Menſchen tiefer, als der thörichte Stolz, der ſie verleite zu glauben, daß es in ihrer Macht ſtehe, das Werk der Schöpfung täglich von neuem zu beginnen. Dies ſey unmöglich. Die Geſellſchaften, die Regierungen, die Lehren wären nur das langſame Ergebniß der Zeit, der Menſchengeſchlechter; es bedürfe der Erfahrung mehrerer Jahrhunderte, um ſie zu bilden. Der zweite Gedanke der Partei, den man bei jeder Gelegenheit voranſtelle, ſey der Aufruhr, immer der Aufruhr, ein wahres Schwert des Damokles, welches fortwährend über dem Haupte der Regierungen hänge. Bei jedem Schritte, bei jeder Handlung der Regierung bedrohe man ſie; der Aufruhr ſey immer bereit, ſich auf ſie zu ſtürzen, ſie zu zerreißen. Noch ſey die Sprache der Partei nur ſchüchtern und zurückhaltend; ſie verſuche nur ihre Kraft; ſie wolle ſehen, ob man im Stande ſey, ihr zu widerſtehen. Wenn ſie ſich die Schwäche gegenüberfinde, wenn ſie nicht eine kräftige und durchgreifende Unterdrückung fürchten müſſe, werde man die Menſchen dieſer Partei ſich bald ihrer ganzen Roheit überlaſſen, werde man ſie auf die Plätze und Straßen herabſteigen und den Schmutz ihrer Seelen zur Schau ſtellen ſehen. Dieſe Partei, meinte Guizot, ſey es, gegen welche die Kammer ihre ganze Kraft wenden müſſe; ſie habe zu wählen zwiſchen den ſchlechten Leidenſchaften und der Freiheit, und von der Wahl, die ſie treffen werde, hänge die Rettung Frankreichs ab. Odilon Barrot ſprach ſeine Unzu-

Digitized by Google

friedenheit darüber aus, daß das Miniſterium, ſtatt ein beſtimmtes Syſtem zu entwickeln, welches für Jedermann klar und offen daläge, nur allgemeine Grundſätze aufgeſtellt habe, aus denen man machen könne, was man wolle. Die beiden Worte: „die Charte und der Friede," welche das miniſterielle Syſtem umfaſſen ſollten, könnten eben ſo gut von der Gegenpartei angenommen werden. Auch der ausgezeichnete Redner, der zuletzt geſprochen, habe ſich in ähnlichen Gemeinplätzen bewegt; denn wenn er die Kammer aufgefordert habe, zwiſchen den ſchlechten Leidenſchaften und der wahren Freiheit zu wählen, ſo könne die gleiche Aufforderung auch von dem Standpunkte der Oppoſition erlaſſen werden. Die Frage, auf welche jetzt Alles ankomme, von deren Entſcheidung die ganze conſtitutionelle Entwicklung Frankreichs abhänge, ſey jene über die Einrichtung einer der großen Staatsgewalten. Statt ſich über dieſe Frage zu erklären, habe man die Kammer von den Unruhen unterhalten, welche die Republikaner erregten. Die Staßenaufläufe, die bisher Statt gefunden, hätten aber nur die Ohnmacht der Menſchen gezeigt, die darauf ausgingen, die Ruhe zu ſtören. Darin könne alſo die Urſache der allgemeinen Unbehaglichkeit nicht liegen. Er, Odilon Barrot, habe mehr Vertrauen in die öffentlichen Einrichtungen, in die geſunde Vernunſt der Nation, in das natürliche Gefühl der Maſſe, welches immer für die Erhaltung der Ruhe und Ordnung ſey. Er ſeinerſeits habe nie die Schrecken der Staatsgewalt getheilt, er habe ſich niemals der Politik der Furcht angeſchloſſen. Die wahre Urſache der Beſorgniß, die in den Gemüthern liege, ſey, daß weder die Verfaſſung des Landes im Innern vervollſtändigt, noch die Lage deſſelben gegen das Ausland beſtimmt ſey. Man wiſſe nicht, ob die Regierung im Sinne habe, die Verfaſſung auf einen Erbadel zu ſtützen oder bloß auf zwei Kammern, die einander gegenſeitig beaufſichtigen und als Gegengewicht dienen ſollten. Die Männer, welche in der Oppoſition ſtänden, wären keine Republikaner; ſie hätten ſich aufrichtig der conſtitutionellen Monarchie angeſchloſſen, weil ſie dieſelbe für nothwendig hielten, um die Einheit Frankreichs zu ſchützen, um das Land vor inneren Spaltungen zu bewahren, um es den Fremden gegenüber nicht zu ſchwächen. Aber dieſe Männer wären der Meinung, daß man die conſtitutionelle Monarchie vielmehr gefährden, als verſtärken würde, wenn man ihr ein erbliches Vorrecht zugeſellte, das die Prüfung der Vernunft und des öffentlichen Gewiſſens nicht beſtehen könne. Sollte es ſich ergeben, daß über dieſe Frage nur eine Meinung in der Kammer herrſche, ſo würde kein tiefer gehender Grund

Digitized by Google

des Zwiſtes mehr vorhanden ſeyn. Denn wenn ſich auch über die Grundſätze der innern Verwaltung einige abweichende Anſichten herausſtellen ſollten, ſo blieben dieſe doch von untergeordneter Bedeutung; und dieſe Meinungsverſchiedenheiten würden ſicher vor dem Vertrauen verſchwinden, das man redlichen Männern bei der Gleichheit der Intereſſen, bei der Uebereinſtimmung des Urſprunges und des Zweckes nicht verſagen könne.

Die Adreſſe, welche die Kammer annahm, war in den koſtbarſten Redensarten abgefaßt; die Grundſätze der Julirevolution, die Freiheit und die Unabhängigkeit, die Ehre und die Würde Frankreichs waren gebührend hervorgehoben. Dabei war aber das Ganze ſo allgemein gehalten, daß man demſelben die verſchiedenſten Deutungen unterſchieben konnte; und da die Miniſter ſich zum voraus mit dem Inhalte einverſtanden erklärt hatten, ſo konnten ſie die Annahme von Seiten der Kammer mit gutem Grunde als ein Zeichen der Zuſtimmung anſehen, welches dieſe ihnen gegeben habe. Dieſe Zuſtimmung war aber nichts weniger als eine aufrichtige. Die große Mehrheit der Kammer war entſchieden den Grundſätzen der Julirevolution zugethan und ſie fürchtete nur durch die Folgen derſelben zu weit fortgeriſſen zu werden, während die Miniſter der Revolution ſelbſt entgegen waren, die ſie ſich nur hatten gefallen laſſen, weil dies einmal nicht zu ändern war. Das wahre Verhältniß, in dem die Geſinnungen der Kammer zu jenen des Miniſteriums ſtanden, trat hervor, als die in der Charte von 1830 vorbehaltene Prüfung des 23. Artikels der Charte Ludwigs XVIII. über die Einrichtung der Pairie zur Berathung kam. Die Miniſter insgeſammt waren gleich dem Könige für die Beibehaltung der Erblichkeit, ſchon aus dem einfachen Grunde, weil ſie ſo wenig als möglich Veränderungen in den alten Zuſtänden wünſchten. Die Kammer war dagegen darin die treue Vertreterin der Geſinnungen des franzöſiſchen Bürgerſtandes, daß ſie gegen nichts einen tieferen Haß hegte, als gegen Vorrechte, welche auf die Geburt gegründet und daher nicht einem Jeden zugänglich waren. Die Stimmung der Wähler hatte ſich bereits bei den Vorbereitungen zu den Wahlen kund gegeben, da an den meiſten Orten die Candidaten genöthigt geweſen waren, entweder ausdrückliche Verpflichtungen in Bezug auf die Erblichkeit der Pairie einzugehen oder doch beſtimmte Erklärungen über ihre Anſichten abzugeben. Eine wichtigere Frage als jene über die Erblichkeit der Pairswürde konnte in der ganzen Geſetzgebung nicht vorkommen; und da die Miniſter in Bezug auf dieſelbe von der Mehr-

Digitized by Google

heit der Kammer verſchiedener Meinung waren, ſo hätte es ſich nach den Grundſätzen der Repräſentativverfaſſung von ſelbſt verſtehen ſollen, daß ſie die Gewalt niederlegten und die Zügel Männern überließen, die mit den Geſinnungen der geſetzgebenden Verſammlung beſſer übereinſtimmten. Davon wäre aber die unvermeidliche Folge geweſen, daß die Regierung überhaupt eine andere Richtung hätte annehmen müſſen. Um dem vorzubeugen, entſchloß ſich Périer, lieber ſeine Ueberzeugung in einem einzelnen wenn auch noch ſo wichtigen Punkte zu verleugnen. Er ſelbſt brachte am 27. Auguſt einen Geſetzentwurf über die neue Einrichtung der Pairie in die Kammer, wonach die Erblichkeit aufgehoben und die Pairswürde in Zukunft auf Lebenszeit von dem Könige verliehen werden ſollte, ohne daß dieſem in Bezug auf die Wahl irgend eine Beſchränkung aufgelegt worden wäre. Dieſe Einrichtung ſollte aber nicht als eine für immer feſtſtehende gelten, ſondern in Zukunft wieder abgeändert werden dürfen, ſobald zwei auf einander folgende Verſammlungen der Geſetzgebung dies verlangten. Die Rede, welche Caſimir Périer bei der Vorlegung ſeines Geſetzentwurfes hielt, war merkwürdig durch ihre Aufrichtigkeit. Er geſtand ein, daß er perſönlich die Erblichkeit vorziehen würde; es habe ſich aber ein ſo allgemeines Widerſtreben dagegen gezeigt, daß man dem Drange der Umſtände nachgeben müſſe, nur ſcheine es zweckmäßig, nicht auch zum voraus über die Zukunft zu gebieten. Die Pairskammer gleich der Abgeordnetenkammer aus einer Volkswahl hervorgehen zu laſſen, ſey nicht räthlich, weil ſie dann nur eine zweite Abgeordnetenkammer ſeyn und den Charakter der Ständigkeit entbehren könne, den ſie haben müſſe. Man könne dem Könige unbeſorgt die Ernennung überlaſſen, weil unter einer Regierung, wie jene, welche durch die Julirevolution gegründet ſey, nie zu fürchten wäre, daß dies Recht zu bloßen Aeußerungen höfiſcher Gunſt gemißbraucht werde. Wenn die Kammer einen Begriff von dem Weſen einer freien Verfaſſung gehabt hätte, ſo mußte ſie ſich in Maſſe gegen einen Miniſter erheben, der es wagte, ihr gegenüber eine ſolche Sprache zu führen. Denn da die Kammer die Einſicht des Landes vertrat, ſo durfte es Niemand geſtattet ſeyn, ſeine perſönlichen Meinungen über die in der Kammer herrſchenden zu ſetzen, wie doch offenbar durch Périer geſchah, indem er erklärte, daß er in Bezug auf die Erblichkeit der Pairswürde gegen ſeine Ueberzeugung nur dem Drange der Umſtände nachgebe. Auch bedurfte es keiner tiefen Weisheit, um zu begreifen, daß ein Miniſter, der in einer ſo wichtigen Frage, wie jener der Pairie, mit der Kammer verſchiedener Meinung

Digitized by Google

war, unmöglich mit derſelben über den Gang der Verwaltung im Allgemeinen einverſtanden ſeyn konnte, da dieſe Frage den Mittelpunkt eines Syſtemes bildete, aus dem man nicht nach Belieben ein Stück herausnehmen und durch ein anderes erſetzen konnte, ohne den Geiſt des Ganzen zu verändern. Aber man fürchtete im Innern die Republik und nach außen den Krieg, und Périer verſprach das Land vor der einen wie vor dem andern zu bewahren. Darüber glaubte man alles Andere vergeſſen zu müſſen, weil allerdings jede andere Rückſicht verſchwand, ſobald es ſich, wie man vorausſetzte, um das Daſeyn der geſellſchaftlichen Ordnung und vielleicht um das Daſeyn des Landes als eines großen und mächtigen unabhängigen Staates handelte.

Das, was mehr dazu beitrug, als alle miniſterielle Reden, dieſer Auffaſſung bei der Mehrheit der Kammer Eingang zu verſchaffen, waren die Ausbrüche furchtbarer Aufregung, welche ein Ereigniß hervorrief, das von den Kundigen längſt vorhergeſehen, bei ſeinem Eintreten dennoch auf alle Claſſen der Bevölkerung den Eindruck eines unerwarteten großen öffentlichen Unglückes hervorbrachte. Am 16. September meldete der Moniteur, daß Warſchau nach zweitägigem Kampfe durch Capitulation an die Ruſſen übergegangen ſey. Eine Beſtürzung, die kaum größer hätte ſeyn können, wenn ein franzöſiſches Heer in einer großen Schlacht geſchlagen worden wäre, bemächtigte ſich aller Gemüther. Jenes dunkle Naturgefühl, welches bei den Maſſen die Stelle der verſtändigen Ueberlegung vertritt, ſagte ihnen, daß an der Weichſel nicht bloß das Schickſal einer verbündeten Nation, ſondern die Zukunft von Europa entſchieden worden ſey, und daß man ſich darauf gefaßt machen müſſe, die Sache der Revolution, die man ſich noch nicht gewöhnen konnte von der Sache Frankreichs zu trennen, fortan in immer engere Schranken zurückgedrängt zu ſehen. Wenige Wochen waren vergangen, ſeit eine unwürdige Täuſchung ganz Paris in freudigen Taumel verſetzt hatte. Es waren die Jahrestage der Julirevolution, zu deren Feier die Regierung mehrere Millionen verwandte, während ſie zugleich Alles aufbot, um die Folgen auf den möglichſt geringen Maßſtab zurückzuführen. Am dritten Tage, an dem eine große Heerſchau die Feſtlichkeiten beendigte, las man an allen Straßenecken Bekanntmachungen, nach denen die Polen einen großen Sieg erfochten haben ſollten. Die regelmäßigen Truppen, wie die Nationalgarden ließen, ſo wie ihre Bataillone und Schwadronen bei Ludwig Philipp vorüberzogen, den begeiſterten Ruf erſchallen: „Es lebe der König! Es lebe Polen! Tod den Ruſſen!“ So wie bei jener erſten Heerſchau der Nationalgarde,

Digitized by Google

bei der Lafayette dem Könige zur Seite erſchien, beſeelte nur das eine Gefühl freudiger Begeiſterung die bewaffneten Maſſen, die ſich auf mehr als 100,000 Mann beliefen. Ludwig Philipp ſelbſt, ſo ging die Rede, ſollte, hingeriſſen von dem allgemeinen Jubel, in den Ruf mit eingeſtimmt haben, der Polen leben ließ. Aber am folgenden Tage brachte der Moniteur die Widerlegung dieſes Gerüchtes, wie der durch ungeſchickte Anhänger des Hofes verbreiteten Siegesnachricht. Jetzt, ſechs Wochen ſpäter, kam die Schreckensbotſchaft, daß der Todeskampf des polniſchen Heldenvolkes zu Ende ſey. „Die Ordnung herrſche zu Warſchau" (l'ordre régne a Varsovie!), erklärte Sebaſtiani auf eine Anfrage, die in der Abgeordnetenkammer an ihn gerichtet wurde; und dieſes entſetzliche Wort ließ einen tiefen Blick in die Seele des Mannes thun, der vor Kurzem noch ſich damit gebrüſtet hatte, daß er das innigſte Mitgefühl für ein Volk hege, mit deſſen Kriegern er auf mehr als einem Schlachtfelde ſein Blut vergoſſen; es hob zugleich den Schleier von jenen geheimnißvollen Unterhandlungen, auf die ſich die Miniſter zwar wiederholt berufen, über die ſie aber beharrlich jede Mittheilung verweigert hatten, weil dadurch der Erfolg gefährdet werden könne. Es bedurfte nur der eben ſo unklugen als unbarmherzigen Aeußerung Sebaſtiani's, um der Entrüſtung, der die dumpfe Betäubung des erſten Augenblickes gewichen war, ihr Ziel anzuweiſen. Noch an demſelben Abende bildeten ſich vor dem Palais royal und bald auch auf den Boulevards Gruppen, die das wüthende Geſchrei ausſtießen: „Tod den Miniſtern! Tod den Verräthern, die ein tapfres Volk geopfert haben!" Ein Haufe von mehreren Hunderten zog vor das Hôtel des Miniſteriums der auswärtigen Angelegenheiten und warf hier die Fenſter ein. Am andern Tage waren die Zuſammenrottungen noch zahlreicher. Alle Straßen und Plätze waren von tobenden Volksmaſſen gefüllt. Im Garten des Palais royal wurden die Zeitungen vorgeleſen, Reden gehalten, die Polizeibeamten beſchimpft und gemißhandelt, bis die bewaffnete Macht die Ruheſtörer vertrieb. Périer, der mit Sebaſtiani ausfuhr, um den Siegelbewahrer zu beſuchen, wurde in der Nähe der Wohnung des letzten von der Menge erkannt und angehalten. „Tod den Mördern der Polen!" rief die erbitterte Volksmaſſe, die ſich immer dichter um ſie zuſammendrängte. Zum Glücke für die Miniſter kam ihnen eine Abtheilung Nationalgarde zu Hülfe, unter deren Schutze es ihnen gelang, ſich unverletzt zurückzuziehen. So dauerte das Toben mehrere Tage hindurch fort, bis allmälig die heftigſte Aufregung ſich legte, da die

Digitized by Google

beträchtlichen Streitkräfte, welche auf allen wichtigen Punkten der Hauptſtadt aufgeſtellt waren, es zu keinem ernſteren Verſuche der Ruheſtörung kommen ließen. Die neugewählten Abgeordneten, die aus ihren Departements zum erſten Male nach Paris kamen, waren entſetzt über die Dinge, die vor ihren Augen vorgingen; ſie begriffen kaum, wie es möglich war, daß die mit ſolchem Ungeſtüme angegriffene Ordnung nur einen Tag zuſammenhalten könne. Die Lage war allerdings, beſonders in den erſten Tagen, bedenklich genug, um ſelbſt den Miniſtern, die doch alle der Regierung zu Gebote ſtehende Mittel kannten, Beſorgniß und Schrecken einzuflößen. Einer von ihnen äußerte in der Unterhaltung gegen mehrere freiſinnige Abgeordnete: er wiſſe wohl, daß ſein Haupt der Guillotine verfallen ſey; aber ſie möchten nur nicht vergeſſen, daß dann auch ſie an die Reihe kommen würden.

Außer der Angſt, welche einen großen Theil der Kammer beherrſchte, kam den Miniſtern auch die Ungeſchicktheit ihrer Gegner zu Hülfe. Mauguin, der von den Miniſtern Auskunft über die ganze auswärtige Lage des Landes verlangte, überließ ſich ſeinem gewöhnlichen Redefluſſe und ſchwächte dadurch ſelbſt den Eindruck, den ſeine nur zu gerechten Vorwürfe wahrſcheinlich hervorgebracht hätten, wenn ſie einfach und beſtimmt geſtellt worden wären. Er ging davon aus, daß er früher allerdings für den Krieg geweſen ſey, daß davon aber gegenwärtig nicht mehr die Rede ſeyn könne, nachdem Frankreich ſeinen letzten Verbündeten verloren habe und nun in Europa allein ſtehe. Er wollte wiſſen, was die Regierung gethan habe, um Polen zu retten, und behauptete, daß dies auch ohne Krieg möglich geweſen ſey, wenn man es nur gewagt hätte, dem Auslande gegenüber mit einiger Kraft aufzutreten. Nur der Beiſtand, den die Ruſſen bei Preußen gefunden, habe den Fall von Warſchau herbeigeführt. Statt Preußen wegen der treuloſen Neutralität, die es beobachtet, zur Rechenſchaft zu ziehen, habe man ſich aber Alles gefallen laſſen, und dabei ſey das Schlimmſte, daß man nicht einmal aufrichtig genug geweſen ſey, offen zu erklären, daß man Polen dem Untergange Preis geben wolle. Wenn die Polen gewußt hätten, daß ſie von Frankreich keine Hülfe erwarten durften, würde vielleicht ihr eigener Muth ſie gerettet haben. Man habe ſie aber durch trügeriſche Verſprechungen hingehalten; noch zu Anfange des Juli habe man ſie verſichert, daß eine günſtige Entſcheidung ihres Schickſals erfolgen würde, wenn ſie ſich nur noch zwei Monate zu behaupten vermöchten. Dadurch wären ſie abgehalten wor-

Digitized by Google

den, ihre äußerſten Kräfte anzuſtrengen; nur deshalb hätten ſie jeden Kampf im freien Felde vermieden, nur deshalb ſich auf jenes Zögern eingelaſſen, welches ihrer Sache verderblich geworden ſey. Unter den Mitteln, die man gehabt haben ſollte, den Polen beizuſtehen, führte Mauguin an: man hätte eine Flotte in die Oſtſee und eine andere in das ſchwarze Meer ſchicken können, um den Aufſtand der ruſſiſch-polniſchen Provinzen zu unterſtützen; man hätte die Türkei und Perſien gegen Rußland aufreizen ſollen, um die Kräfte der nordiſchen Rieſenmacht zu theilen. Bei dieſen an und für ſich ſchon ausſchweifenden Forderungen blieb aber der beredte Advocat nicht ſtehen, ſondern er verbreitete ſich zugleich über die ganze auswärtige Politik, um zu zeigen, wie überall die Intereſſen Frankreichs vernachläſſigt wären, und verſuchte beſonders auch zu zeigen, daß dies in Belgien der Fall geweſen ſey, wo doch die Thatſache, daß der neue belgiſche Thron durch franzöſiſche Einmiſchung aufrecht gehalten war, alle ſeine Ausſtellungen widerlegte. Endlich berief er ſich auf die Erfahrung, die Spanien im Jahre 1823 gemacht habe. Auch dort habe man immer zur Mäßigung ermahnt, auch dort habe man den Aufſchwung des Landes abſichtlich niedergehalten, bis die Zeit gekommen ſey, die den Mächten zur Unterdrückung der Freiheit günſtig erſchienen wäre. Sebaſtiani vergaß ſich, indem er Mauguins Anklage zu widerlegen ſuchte, ſo ſehr, daß er im Eingange ſeiner Rede auf die feindſeligen Abſichten gegen Frankreich Bezug nahm, welche die Errichtung des Königreichs der Niederlande veranlaßt hatten, und dabei verſicherte, eine ſolche Zeit werde nicht wiederkehren, wenn Frankreich beſonnen (sage) ſey! Er behauptete wiederholt, daß Frankreich für Polen im Wege der Unterhandlungen Alles gethan habe, was die Umſtände geſtattet hätten, und berief ſich auf Depeſchen, in denen der franzöſiſche Geſchäftsträger, der den Herzog von Mortemart während einer Urlaubsreiſe in St. Petersburg vertrat, die Verſicherung ertheilte, der Herzog habe von dem ruſſiſchen Cabinette die bündigſten Verſprechungen in Bezug auf die Ausführung der Verträge zu Gunſten des Königreiches Polen erhalten. Daß man die Polen aufgefordert habe, keine Schlacht zu wagen und noch zwei Monate zu warten, ſey durchaus unbegründet. Leicht wurde es dem Miniſter, nachdem er auf dieſe Weiſe den Hauptangriff abgewehrt, die belgiſchen Angelegenheiten in günſtigem Lichte darzuſtellen; und lauten Beifall fand er, als er erklärte, das Vertrauen, welches man auf die Erhaltung des Friedens habe, gründe ſich eben ſo ſehr auf das eigene Intereſſe der Mächte, wie auf die von denſelben über-

Digitized by Google

nommenen Verpflichtungen; außerdem aber ſey das franzöſiſche Heer ſtark genug, um nicht allein der Unabhängigkeit des Landes Achtung zu verſchaffen, ſondern auch der Regierung den Einfluß zu ſichern, der ihr unter den europäiſchen Cabinetten gebühre. Lamarque fiel in denſelben Fehler, den Mauguin begangen hatte, indem er, ſtatt ſich auf wenige Hauptpunkte zu beſchränken und dieſe mit einer Klarheit und Schärfe hervorzuheben, die Niemand über den Stand der Frage in Zweifel gelaſſen hätte, ſich mit überſtrömender Beredſamkeit über ganz Europa ergoß und durch ſeine vielen gewagten Behauptungen auch die Wirkung der noch ſo wohlbegründeten aufhob. Thiers, der die Politik der Regierung vertheidigte, bekämpfte die Gegner mit den Waffen, deren ſie ſelbſt ſich zuerſt bedient hatten, indem er von der erſten franzöſiſchen Revolution, von der Theilung Polens und allen möglichen Dingen ſprach und dadurch noch mehr dazu beitrug, die Geſichtspunkte zu verrücken, die der einfache geſunde Menſchenverſtand in das Auge zu faſſen gebot. Lafayette ſtellte eine wichtige Thatſache feſt, die der Miniſter des Auswärtigen abgeleugnet hatte; er las ein Schreiben der polniſchen Geſandtſchaft zu Paris, worin dieſe erklärte, ſie habe in Folge einer Aufforderung des Miniſters am 7. Juli einen Courier nach Warſchau abgefertigt, um die polniſche Regierung zu vermögen, noch zwei Monate auszuhalten, weil die Unterhandlungen dieſe Zeit erforderten. Sebaſtiani ſchwieg; aber Guizot gab den Verhandlungen eine andere Wendung, indem er der Oppoſition vorwarf, daß ſie die Schuld trage, wenn in den auswärtigen Angelegenheiten nicht Alles nach Wunſche gegangen ſey. Sie habe die Völker zum Aufſtande gereizt und habe dadurch der Sache der Freiheit jene empfindlichen Niederlagen zugezogen, die man jetzt beklage. Die Regierung habe gethan, was ſie thun mußte; ſie habe Europa gezeigt, daß es mit Frankreich in Frieden leben könne. Man ſpreche immer von einem Kampfe zwiſchen der Willkürherrſchaft und der Freiheit; allerdings beſtehe dieſer Kampf; aber es beſtehe auch ein Kampf zwiſchen der Ordnung und allgemeiner Auflöſung, zwiſchen den Grundſätzen der Erhaltung und der Zerſtörung. Frankreich ſey dazu berufen, die Sache der Ordnung und der Freiheit zu ſchützen. Das einzige Hinderniß, auf welches es bei der Erfüllung dieſer Aufgabe ſtoße, ſey die Partei, die mit ſchlimmen Leidenſchaften enger, als mit der Ordnung und der Freiheit verbunden ſey, die den Völkern ſchmeichle und ſie zu Grunde richte. Odilon Barrot nahm den Fehdehandſchuh auf, den Guizot der geſammten Oppoſition hingeworfen. Er entgegnete:

Digitized by Google

die Freiheit ſelbſt habe etwas Anſteckendes, das keiner äußern Mittel zur Verbreitung bedürfe. Die fremden Regierungen, welche dieſe Anſteckung der Freiheit fürchteten, ſprächen von einer Propaganda, die ſie der Oppoſition zur Laſt legten. Wenn man ähnliche Anklagen auf der Rednerbühne der Abgeordnetenkammer wiederholen wolle, dürfe man aber vor allen Dingen die Beweiſe nicht ſchuldig bleiben. Man ſolle der Oppoſition nichts aufbürden, als die Verantwortlichkeit der Handlungen und Lehren, die wirklich von ihr ausgegangen wären. Man dürfe Europa nicht überreden, daß die Mäßigung und die Klugheit Frankreichs an dieſen oder jenen einzelnen Menſchen geknüpft ſey, während beide Eigenſchaften vielmehr die Grundlage der ganzen Julirevolution gebildet hätten. Was die Oppoſition verlange, ſey daſſelbe, was auch die Regierung ausgeſprochen habe: unbeſchränkte Unabhängigkeit für die innere Entwicklung Frankreichs, das Recht, die öffentlichen Einrichtungen des Landes mit der Stufe der Geſittung in Einklang zu bringen, die daſſelbe erreicht habe, ohne ſich darum zu bekümmern, ob dies andern Regierungen gefalle oder nicht. Die Anſichten, welche die Oppoſition über auswärtige Politik habe, ſeyen eben ſo einfach als redlich; ſie beruhten auf dem Grundſatze der ewigen Gerechtigkeit, der überall anerkannt werde, wo es Menſchen gebe, die ihre Unabhängigkeit und ihre Rechte bewahren wollten. Man wolle die Völker nicht zu Revolutionen aufreizen; man wolle ſich nicht einmiſchen, wenn Uneinigkeit zwiſchen einem Volke und ſeiner Regierung entſtehe; aber man wolle auch nicht dulden, daß in Frankreichs Nachbarſchaft, in dem Kreiſe franzöſiſchen Einfluſſes und franzöſiſcher Intereſſen eine Macht ſich das Recht anmaße, jeder Völkerſchaft, die ſie mit ihren Waffen erreichen könne, ſelbſt den Gedanken an die Gründung einer andern bürgerlichen Ordnung zu verbieten, daß ſie das Gewicht ihrer äußern Ueberlegenheit in die Wagſchale lege, um jeden Aufſchwung der Geſittung zu hemmen. Caſimir Périer erklärte: der Zweck aller dieſer Verhandlungen ſey keineswegeſ, Aufſchlüſſe irgend einer Art von der Regierung zu verlangen, ſondern die Worte der Miniſter mit ihren Handlungen in Widerſpruch zu ſetzen und die Kammer zu beſtimmen, daß ſie ihre in der Adreſſe ausgeſprochene Zuſtimmung zurücknehme. Aehnliche Erörterungen hätten ſchon mehrmals Statt gefunden, ohne zu einem beſtimmten Ergebniſſe zu führen. Dies dürfe nicht mehr ſeyn; es müſſe dieſen ſtets wiederholten Anklagen einmal ein Ende gemacht werden, und dazu bedürfe es einer förmlichen Erklärung. Nur dadurch könne das Land

dem Geiſte der Zerrüttung und der Lüge entriſſen werden; nur die Einigkeit der Gewalten könne die verbrecheriſchen Hoffnungen vernichten, die noch genährt würden. Die Kammer habe in ihrer Adreſſe bereits jene republikaniſchen Einrichtungen gerichtet, mit denen man den Thron umgeben wollte. Jetzt müſſe die Kammer ſich offen darüber ausſprechen, ob ſie ſich den Anſichten der Regierung anſchließe, ob ſie ihr Syſtem theile und unterſtützen wolle, denn die Ungewißheit, welche Frankreich im Innern wie nach Außen ſchwäche, dürfe nicht länger fortdauern; man müſſe dem Lande eine Zukunft ſichern, und dies geſchehe nicht, wenn man heute das Werk von geſtern umſtoße. Alle Künſte der Beredſamkeit könnten den wahren Grund der Frage nicht verhüllen; es handle ſich noch einmal darum, über Krieg und Frieden zu entſcheiden. Die Mehrheit möge ſich noch einmal für das Syſtem des Friedens erheben, und Frankreich werde beruhigt, die Zerrüttung beſiegt ſein. Mauguin, den Périer in ſeiner Rede perſönlich angegriffen, antwortete mit maßloſer Heftigkeit und Erbitterung. Es habe ſich in Frankreich eine Partei von Leuten gebildet, deren Talent er nicht beſtreite, die aber weder mit den Geſinnungen der Nation übereinſtimmten, noch politiſche Einſicht hätten, und die dennoch ſich allein für fähig hielten, das Land zu regieren. Dieſe Partei ſey im Jahre 1814 entſtanden, ſie habe mit den Feinden unter den Mauern von Paris unterhandelt, ſie ſey mit nach Gent gegangen und mit den Fremden zurückgekommen; ſie halte an der Reſtauration als an ihrem Werke, und Alles, was ſich von derſelben entferne, ſey in ihren Augen ſchlecht und verbrecheriſch. Dieſe Partei ſey nicht weit von der Regierung entfernt, ſie ſey darin geweſen und unterſtütze ſie noch mit ihrem Rathe; ſie habe wenig Einfluß in der Nation, aber um ſo mehr auf den Gang der öffentlichen Angelegenheiten. Zu London ſey derſelbe Mann, der die Legitimität geſchaffen, der im Jahre 1814 die für Frankreich erniedrigenden Verträge unterzeichnet habe. Selbſt unter den Miniſtern ſey nicht einer, der nicht in den Julitagen bis ans Ende die ſogenannte Geſetzlichkeit vertheidigt und, ſo viel er vermochte, den bewaffneten Widerſtand verhindert habe. Das Miniſterium des Innern ſey unter zwei Miniſter getheilt, davon ſey der eine offener, der andere geheimer Unterhändler Karl's X. auf dem Stadthauſe geweſen; der letzte (Périer) habe ſich noch zuletzt geweigert, die Acte der Abſetzung zu unterzeichnen. Dieſe Männer blieben ihren Geſinnungen treu, ihre Geſinnungen wären für die Reſtauration, die Reſtauration tauge aber nicht für Frankreich. Hierin liege das

Digitized by Google

Geheimniß der Unordnungen, die allgemein die ſchmerzlichſten Gefühle erweckten. Der Streit ging jetzt ganz auf das Gebiet der Perſönlichkeiten über, und da Mauguin zugeſtehen mußte, er zweiſle nicht daran, daß Périer der gegenwärtigen Ordnung der Dinge aufrichtig ergeben ſey, ſo ließen ſeine Ausfälle keinen andern Eindruck zurück, als jenen einer unwürdigen Gehäſſigkeit. So wurden die Miniſter von ihren eigenen entſchiedenſten Gegnern unterſtützt, und es konnte daher nicht befremden, wenn zum Schluſſe der Verhandlungen eine ſehr beträchtliche Stimmenmehrheit erklärte, daß ihr die von dem Miniſterium gegebenen Erläuterungen über ihre auswärtige Politik genügend erſchienen.

Nicht ohne Grund war das Zeugniß der Zuſtimmung, welches die Kammer den Miniſtern ausſtellte, auf die Grundſätze beſchränkt, welche dieſe in der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten befolgten. Denn daß eine gleiche Uebereinſtimmung nicht in Bezug auf die innere Verwaltung Statt fand, hatte ſich erſt vor wenigen Tagen bei der Erörterung eines Vorſchlages von Boiſſy d'Anglas ergeben, nach welchem die von Napoleon während der hundert Tage verliehenen militairiſchen Auszeichnungen und Beförderungen nachträglich anerkannt werden ſollten. Umſonſt widerſetzten ſich Dupin, der Marſchall Soult und der Juſtizminiſter Barthe, die behaupteten, daß ein ſolcher Act ein Eingriff in das Vorrecht des Königs ſey, der allein Orden zu ertheilen und Beförderungen im Heere vorzunehmen habe. Die Kammer, durch Lamarque, Clauzel, Odilon Barrot, Mauguin und den treuen Begleiter Napoleons General Bertrand beſtimmt, entſchied ſich mit großer Stimmenmehrheit für die Annahme des Vorſchlages, in dem ſie nur eine Handlung der Gerechtigkeit ſah, durch welche das königliche Vorrecht nicht gekränkt werden könne. Eben ſo unzweideutig ſtellte ſich die Verſchiedenheit in den Grundanſichten der Kammer und jener der Miniſter bei den Berathungen über die neue Einrichtung der Pairskammer heraus, die vierzehn Tage ſpäter begannen. Alle miniſterielle Redner ſprachen für die Erblichkeit der Pairswürde, und die bedeutendſten, Thiers, Royer Collard und Guizot, mit einem den Gegnern weit überlegenen Talente. Thiers ging von dem Satze aus, der, wie er behauptete, durch die Erfahrung bewährt ſey, daß von den drei möglichen Regierungsformen der Monarchie, Ariſtokratie und Demokratie, keine in ihrer Reinheit dauernden Beſtand habe; ſie gingen nothwendig durch das, was ihnen fehle, zu Grunde. Dagegen ſehe man an dem Beiſpiele Englands, wie lange eine Geſellſchaft bei einer aus dieſen

Digitized by Google

drei Elementen gemiſchten Regierung dauern könne, welche die Vortheile der monarchiſchen Einheit des Willens mit der Standhaftigkeit der Ariſtokratie und der Kraft der Demokratie verbinde. In Frankreich werde das Element des Königthumes, wie jenes der Demokratie von keiner Seite beſtritten, um ſo mehr ſey dies bei der Ariſtokratie der Fall. Aber noch nie habe Jemand daran gedacht, das Königthum der Demokratie allein gegenüber zu ſtellen; es bedürfe einer Vermittlung, welche nur die Ariſtokratie gewähren könne. Die Vortheile, welche zwei Kammern vor einer voraus hätten, wären einleuchtend, da die zweite Kammer verbeſſern könne, was die erſte verſäumt habe. Um aber keine unnütze Wiederholung zu ſeyn, müſſe die zweite Kammer ein anderes Intereſſe vertreten, als die erſte. In der Geſellſchaft gebe es hauptſächlich zwei Intereſſen, das des Fortſchrittes und das des Beſtehens; beide müßten ihre Vertretung haben. Eine Wahlkammer werde immer von den Leidenſchaften des Tages beherrſcht. Ein Volk könne ſich ebenſo gut täuſchen, wie der einzelne Menſch; leichter als jedes andere, das franzöſiſche, weil es lebhafter ſey. Nichts ſey daher ſo wichtig, als dafür zu ſorgen, daß das Schickſal des Landes nicht von den Eindrücken des Augenblickes abhänge. Dies geſchehe durch eine zweite Kammer, in der gewiſſe Ueberlieferungen vorwalteten. Der Geiſt und das Talent laſſe ſich zwar nicht vererben, wohl aber Anſichten, die vom Vater auf den Sohn übergingen und in einer Familie erblich würden. Ohne eine erbliche Kammer werde das Königthum kein Jahrhundert beſtehen; es könne ſich zwei Wahlkammern gegenüber nicht halten und müſſe nothwendig der Republik weichen. Man habe die Wahl zwiſchen der Verfaſſung der Vereinigten Staaten und der brittiſchen. Die erſte habe aber noch keine Probe beſtanden, während die letzte die Erfahrung von 150 Jahren für ſich habe. Dieſe Art der Beweisführung war nicht ſchwer zu widerlegen, da ſie ſich in der Hauptſache auf eine unrichtige Auffaſſung der brittiſchen Verfaſſung ſtützte. Bignon, der es übernahm, Thiers zu antworten, hielt ſich an Einzelheiten, über die er doch auch viel zu flüchtig hinglitt, um die Fragen, die ſich an dieſelben knüpften, irgend zu erſchöpfen. Er leugnete, daß man ſich von einer erblichen Ariſtokratie viel Gutes verſprechen dürfe. Bei dem größten Vermögen, bei jenen Claſſen der Geſellſchaft, die man die hohen nenne, finde ſich gewöhnlich auch die abſcheulichſte Habſucht. Die unermeßlichen Beſitzungen der engliſchen Pairie hätten dieſe nicht gehindert, für die jüngern Glieder ihrer Familien ſo viele einträgliche Stellen und Sinecuren in Anſpruch zu

nehmen, wie ſie den Miniſtern als den Preis ihres Beiſtandes im Parlement nur abnöthigen könnten. Eine erbliche Pairie habe ihre Stütze immer vorzugsweiſe auf dem Grundeigenthume, ſie ſuche dieſes deshalb von allen Laſten zu befreien und wälze dieſelben dem übrigen Volke auf. In England zwinge ſie das Volk ſogar durch ihre Korngeſetze das Brot zu übermäßigen Preiſen zu bezahlen, um ihr eigenes Einkommen zu vermehren. Wo es eine erbliche Ariſtokratie gebe, führe dieſe und nicht das Königthum die Herrſchaft, wie denn in England das Königthum nichts Anderes als ein Werkzeug der Ariſtokratie ſey. Man habe viel davon geſprochen, was die Nation als Folge der Julirevolution erwarte; das erſte ſey gewiß die Aufhebung der Erblichkeit der Pairswürde. In der franzöſiſchen Nation ſey ein Gefühl der Gleichheit vorwaltend, das die Reſtauration zwar unterdrückt habe, das aber ſeit der Julirevolution wieder zu ſeiner ganzen Kraft gelangt ſey, und welches man ohne eine vollkommene Gegenrevolution nicht zum zweiten Male bezähmen werde. Von einem höheren philoſophiſchen Standpunkte, als Thiers, beurtheilte die Frage der Erblichkeit Royer Collard, der aber gerade deshalb der Mehrzahl beinahe völlig unverſtändlich blieb. Die Frage der Erblichkeit, ſagte er, ſey keine Frage der Vernunft, ſondern der Revolution; denn man berufe ſich darauf, daß die Julirevolution, die Souveränetät des Volkes die Erblichkeit zurückſtoße. Aber daſſelbe ſey vor vierzig Jahren mit dem Königthume der Fall geweſen; es werde daher erlaubt ſeyn, von der Souveränetät des Volkes an eine andere Souveränetät zu appelliren, die allein dieſen Namen verdiene, an eine Souveränetät, die über den Völkern, wie über den Königen ſtehe, an die Souveränetät der Vernunft, den einzigen wahren Geſetzgeber der Menſchheit. Die Souveränetät des Volkes, die auf der Mehrheit der Individuen oder der Willen beruhe, ſey nichts anderes als eine ausſchweifende unſittliche Tyrannei; ſie kenne weder Gutes noch Böſes, weder Verfaſſung noch Geſetze, denn der Wille eines Tages nehme den Willen vom vorigen Tage zurück, ohne ſich für den folgenden zu verpflichten. Der Wille eines Einzigen, der Wille Mehrerer, der Wille Aller ſey doch nur die mehr oder minder mächtige Gewalt, und es gebühre keinem dieſer Willen als ſolchem weder Gehorſam noch Achtung. Die Willen ließen ſich nicht vertreten, ihre Souveränetät bleibe auf dem öffentlichen Platze, wo man ſie allein ſuchen dürfe. Die Kammer ſelbſt vertrete weder die Geſammtheit der Perſonen noch der Willen. Die, welche die Kammer bevollmächtigt, bildeten vielleicht nicht den fünfzigſten Theil

Digitized by Google

der Bevölkerung, und man würde ſie demnach von dieſem Geſichtspunkte aus nur als eine Oligarchie, mit offener Uebertretung der Volksſouveränetät, betrachten können. Das, was die Kammer vertrete, wären die Intereſſen. Die Charte habe für die in der Geſellſchaft vorhandenen berechtigten Intereſſen zwei Vertretungen angeordnet, von denen jede ihre eigenthümliche Natur und Beſtimmung habe: die demokratiſche Vertretung der allgemeinen Intereſſen, die zum Schutze der Freiheit berufen und deswegen der Wahl unterworfen ſey, und die ariſtokratiſche Vertretung der geſellſchaftlichen Ueberlegenheiten, welche die Ordnung und den Beſtand zu ſchützen habe und deshalb erblich ſeyn müſſe. Mit dem Könige, dem allgemeinen Beſchützer, der die Einheit und Unabhängigkeit des Landes vertrete, zuſammen bildeten die beiden Kammern die wahre Volksvertetung, in welche die Geſellſchaft mit allen ihren Rechten und Intereſſen übergegangen ſey, und in der daher die Souveränetät allein ihren Sitz habe. So erhebe ſich die Repräſentativregierung, das ſchönſte Werk des Menſchen, verſchieden nach Zeit, Orten und Sitten, und in ihrer Verſchiedenheit immer dieſelbe, weil in ihr die Gerechtigkeit geordnet, die Sittlichkeit bewaffnet, die Vernunft lebendig ſey. Die Erblichkeit ſey das nothwendige Geſetz der Pairie, weil ſie im Gegenſatze mit der Wahlkammer die Ungleichheit, die Ueberlegenheiten vertrete, nicht in deren Intereſſe, ſondern zum Schutze der ganzen Geſellſchaft. Sollte die Pairie gleich der Wahlkammer aus Volkswahlen hervorgehen, ſo würde ſie gleich dieſer nur noch die allgemeinen Intereſſen vertreten; die beiden Kammern wären dann nur eine einzige, die durch eine ſpaniſche Wand in zwei Abtheilungen getrennt wäre. Ginge ſie aus der königlichen Ernennung hervor, ſo verträte ſie gar nichts mehr; ſie könnte dem Königthume keinen Schutz gewähren und würde für daſſelbe nur eine Laſt ſeyn. Mit der Aufhebung der Erblichkeit hebe man die Pairie auf und verwandle die Regierung in eine königliche Demokratie, die, ob ſie ihr Schattenbild von Königthum behalte oder nicht, bald eine reine Demokratie ſeyn werde; damit käme man aber nur auf die Erfahrungen zurück, die man bereits mit den Verfaſſungen von 1791 und 1795 gemacht habe. Auf dieſe tiefſinnige Entwicklung, der zur Wahrheit nichts fehlte, als daß ſie noch die Täuſchung erkannt hätte, die in der angeblichen Vertretung der allgemeinen Intereſſen durch die Wahlkammer lag, wußte der alte Redacteur des Conſtitutionnel, Etienne, nichts zu erwiedern, als eine Anzahl Gemeinplätze, die aber den Vortheil hatten, daß ſie aus dem Gedankenkreiſe entlehnt waren, in dem ſich auch die große

Mehrheit der Kammer bewegte. Ein geiſtvoller Mann habe in den erſten Tagen der Revolution geſagt, der dritte Stand ſey das Volk. Damals habe der dritte Stand verlangt, Etwas zu ſeyn, jetzt ſey er Alles. Zwar werde es immer geſellſchaftliche Auszeichnungen geben, aber dieſe Auszeichnungen gebührten dem Genie, dem Vermögen, dem Muthe, nicht der Geburt; auch machten die bürgerlichen Einrichtungen alle Franzoſen vor dem Geſetze gleich. Die Intereſſen, welche die Pairie vertreten ſolle, wären nicht mehr vorhanden. Man ſuche vergebens eine Ariſtokratie in Frankreich. Wenn man ſie haben wollte, würde man ſie erſt ſchaffen müſſen. Die Pairie ſey nicht mehr möglich. Nach vierzig Jahren der Revolution verlange das einſichtvolle franzöſiſche Volk weiſe Führer; aber es wolle auch Bürgſchaften gegen die Ungleichheit. Guizot führte die Erörterung wieder auf das Gebiet der höheren Staatsweisheit zurück, auf welches ſein Freund Royer Collard dieſelbe verſetzt hatte. Die erbliche Ungleichheit der Rechte, die aus der Geburt hervorgehe, ſey der Grund jeder bürgerlichen Geſellſchaft. Durch die Erblichkeit erhalte jeder Menſch von ſeinen Vorfahren eine gemachte Lage, eine beſtimmte Exiſtenz. Dieſe Lage verändere jeder Einzelne und jede Generation den Forderungen der Vernunft und der Freiheit gemäß und mache ſie dadurch ſelbſt, ſo daß jeder Menſch das Ergebniß von zwei Elementen ſey: das eine ſey die Ueberlieferung, das Werk der Vorfahren, das andere die Umgeſtaltung, die ſein eigenes Werk ſey. Durch die Ueberlieferung beſtehe die Geſchichte, durch die Erblichkeit die Familie. Durch die perſönliche Thätigkeit vervollkommneten die Völker und die Einzelnen die Bedingungen der Erblichkeit. Die perſönliche Thätigkeit mache die Vervollkommnung des Menſchengeſchlechtes möglich, dadurch unterſcheide es ſich von den übrigen Geſchöpfen der Erde. Aber auch die Erblichkeit ſey in die große Charte der Welt eingeſchrieben, und alle Lehren, die ſie verwerfen, wären falſch und barbariſch. Damit die Pairie ihre Aufgabe erfülle, ſey es nothwendig, daß ſie erblich ſey. Die Erblichkeit ſchaffe eine Anzahl ganz fertiger Familien, für welche die öffentlichen Angelegenheiten das natürliche Element wären, die im Staate an die Spitze geſtellt würden, und die doch ihren Antrieb immer von der Demokratie erhielten; denn die Demokratie werde immer eine vorherrſchende Stimme haben und die Pairie ſich immer aus ihr ergänzen, wie dies ſelbſt in England geſchehe, wo die Pairie doch eine möglichſt ariſtokratiſche ſey. Das Land könne eine weſentlich politiſche Claſſe nicht entbehren, die aber keine unbedingte Gewalt üben, ſondern ſich aus allen fähigen

Digitized by Google

Männern ergänzen und eine feſte unabhängige Stellung einnehmen müſſe. Man wende ein, das Land wolle die Erblichkeit nicht; aber die freien Völker täuſchten ſich wie die andern und ſogar gerade wegen ihrer Freiheit mehr als andere. Man müſſe das Vertrauen zu dem Lande haben, daß es ſich enttäuſchen laſſen werde. Die Kammer wolle eine conſtitutionelle Monarchie begründen; ſie müſſe dann damit anfangen, die drei Staatsgewalten, die dieſe ausmachten, zu achten, ihre Unabhängigkeit anzuerkennen und allen eine freie Wirkſamkeit zu ſichern. Der legitimiſtiſche Abgeordnete Berryer ſprach ſich mit bitterm Unwillen über das Verfahren des Miniſteriums aus, welches ſich zugleich für die Erblichkeit erkläre und doch die Aufhebung derſelben beantrage. Man weiche alſo bloß vor dem Widerwillen des Volkes zurück, und das heiße man regieren, das eine Gewalt ausüben, das die Zukunft des Landes ſichern. Wenn wirklich ein ſolcher Widerwille vorhanden wäre, müßte man zuvörderſt fragen, ob derſelbe gerecht ſey. Wenn das Volk getäuſcht ſey, müſſe man es belehren. Der Kampf gegen den öffentlichen Irrthum ſey eine dringende Pflicht für den Staatsbeamten; die Grundſätze ſeiner Ueberzeugung aufzugeben, ſey dagegen eine Art Verrath. Die Miniſter erklärten auf der einen Seite, daß ſie die Volksſouveränetät in Schranken halten wollten; auf der andern opferten ſie dieſem tyranniſchen Souverän, was noch von Bürgſchaften der Ordnung vorhanden ſey. Die Aufhebung der Erblichkeit habe keinen andern Zweck, als die Exiſtenz der höheren Claſſen zu vernichten, um alle Theile des geſellſchaftlichen Körpers in die engen Schranken der Mittelclaſſen zuſammen zu drängen; denn während man die höhern Claſſen unterdrücke, weiſe man auch die Forderungen jener zurück, die für die niedern Claſſen Ausdehnung der Gemeindefreiheiten und der politiſchen Rechte anſprächen. So ſtelle ſich das Miniſterium zwiſchen den Tod oder die Lähmung der höheren und die Ohnmacht der niedern Claſſen. Ein ſolcher Zuſtand könne nicht dauern, weil in der Geſellſchaft jedes Intereſſe, welches keine natürliche Entwicklungswege habe, ſie wieder zu gewinnen ſuche. Lafayette verſuchte es, die Volksſouveränetät gegen die Angriffe Royer Collards zu vertheidigen, indem er ſie für das Lebensprincip der Geſellſchaft erklärte. Auch er erkenne nichts Vernünftiges an, als die Vernunft, und nichts Gerechtes als die Gerechtigkeit; deshalb ſey er der Meinung, daß man den Verfaſſungsurkunden einfache Erklärungen der Menſchen- und Geſellſchaftsrechte, ſo wie der Rechte vorausgehen laſſen müſſe, deren auch eine ganze Nation den Bürger nicht berauben dürfe. Der greiſe

Digitized by Google

Freiheitsheld ſprach hierauf von der Julirevolution und ihren Verſprechungen und vom Jahre 1789; er erinnerte daran, daß er ſchon zu Anfange der erſten Revolution die Ariſtokratie für einen ſchlechten Beſtandtheil in der Politik erklärt habe. Eine ſchlagende Wirkung brachte hervor, was er zur Widerlegung der Anſicht anführte, als ob die Ariſtokratie die ſicherſte Stütze der Throne ſey. „War es nicht die Ariſtokratie,“ fragte er, „welche die erſten Streiche gegen den vormaligen Thron führte? Ich weiß das recht gut, denn ich gehörte auch dazu; aber meine Freunde und ich thaten es im Intereſſe des Volkes, und die Andern thaten es in ihrem Privatintereſſe.“ Von erblichen Geſetzgebern wollte der alte Revolutionair eben ſo wenig wiſſen, wie von der Ariſtokratie überhaupt. Er meinte, was man zu Gunſten der Erblichkeit von der Erziehung der jungen Pairs ſage, ließe ſich auch auf die Notarien, Advocaten und Richter anwenden. Wenn aber Jemand in ſeinem Teſtamente verfügen wollte, daß ſeine Nachkommen auf immer gehalten wären, in ihren Geſchäften ſich der Kinder ſeines Notars oder Advocaten zu bedienen, ſo würde das Teſtament ohne Zweifel wegen Geiſteszerrüttung umgeſtoßen werden. Eine Menge Redner ſprachen noch gegen die Erblichkeit, unter denen die bedeutendſten Salverte und Barrot; aber kein Einziger wußte der Frage eine neue Seite abzugewinnen, kein Einziger faßte ſie tiefer, als von der äußerſten Oberfläche auf. Inzwiſchen bedurfte es keiner Beweisführung, da die Meinungen zum voraus feſtgeſtellt waren. Bei der Abſtimmung entſchieden 386 Stimmen gegen 40 die Aufhebung der Erblichkeit. Eben ſo wie die Erblichkeit wurde auch die von den Miniſtern verlangte ſpätere nochmalige Prüfung des neuen Geſetzes verworfen. Daſſelbe Schickſal erfuhren aber auf der andern Seite auch die von der revolutionairen Partei vorgeſchlagenen mittelbaren und unmittelbaren Volkswahlen; das Recht der Ernennung wurde nach dem miniſteriellen Antrage dem Könige vorbehalten und nur dadurch beſchränkt, daß daſſelbe an beſtimmte Bedingungen der Befähigung geknüpft wurde, die mit der kleinlichſten Genauigkeit feſtgeſetzt waren und zuletzt doch, wie Jedermann eingeſtand, nur auf eine Täuſchung hinausliefen.

Nachdem das ganze Geſetz von der Abgeordnetenkammer angenommen war, bot ſich noch eine ſchwierige Frage dar, über welche die Meinungen nicht weniger getheilt waren, wie über irgend eine der einzelnen Beſtimmungen, die den heftigſten Streit veranlaßt hatten. Die Einen verlangten, daß das Geſetz, nachdem es von den Abgeordneten

Digitized by Google

angenommen war, ohne Weiteres von dem Könige genehmigt und als ein Theil der Verfaſſung bekannt gemacht werden ſollten, weil auch im Jahre 1830 die Durchſicht der Verfaſſung von den Abgeordneten allein ausgegangen und die Entſcheidung über die Pairie damals vorbehalten worden wäre. Den Andern, und unter dieſen dem Könige ſelbſt wie den Miniſtern, erſchien ein ſolches Verfahren zu revolutionair, als daß ſich die Anwendung ohne die dringendſte Nothwendigkeit rechtfertigen ließe. Es wurde daher beſchloſſen, den gewöhnlichen Geſchäftsgang zu beobachten und das Geſetz über die Einrichtung der Pairie gleich jedem andern auch der Pairskammer zur Berathung und Annahme vorzulegen. Dabei war nur der Uebelſtand, daß die Mehrzahl der erlauchten Pairs ungeachtet aller Fügſamkeit, die ſie ſonſt gegen die Regierung bewieſen, auf keine Weiſe zu beſtimmen war, in ihre eigene Erniedrigung zu willigen. Es blieb unter dieſen Umſtänden nichts Anderes übrig, als den Widerſtand, der ſich von ihnen erwarten ließ, durch eine maſſenhafte Pairsernennung zu brechen, wie dies unter der Reſtauration bei wiederholten Gelegenheiten geſchehen war. Durch königliche Ordonnanz wurden 36 neue Pairs ernannt, wogegen ſich zwar in der Preſſe, wie in der Abgeordnetenkammer, die heftigſten Stimmen erhoben, was aber von Seiten der zunächſt betheiligten Pairskammer keinen Widerſpruch erfuhr. Damit war der Ausgang der Verhandlungen zum voraus feſtgeſtellt. Viele der berühmteſten Namen, die Herzoge von Coigny, von Fitzjames, von Noailles, von Mortemart, die Grafen Molé und Portalis, Siméon und Mounier, General Dejean und der Sohn des Marſchalls Lannes ſprachen gegen die Aufhebung der Erblichkeit; die Vertheidiger des Geſetzes die Herzöge Decazes, Broglie, Choiſeul nebſt einigen weniger bedeutenden hoben nur die politiſche Nothwendigkeit hervor; in der Sitzung vom 27. December wurde jedoch der ganze Geſetzentwurf, wie er aus der Abgeordnetenkammer heraufgekommen war, mit einer Mehrheit von 33 Stimmen angenommen.

Während die öffentliche Aufmerkſamkeit in Paris und in dem größten Theile von Frankreich beinahe ausſchließlich auf die Entſcheidung des Schickſales gerichtet war, welches einer der drei großen Staatsgewalten bevorſtand, erging an die Machthaber eine Mahnung, die ſo unerwartet kam, wie der Austritt reißender Gewäſſer, die durch einen Wolkenbruch geſchwellt ſind, und die von ſo ernſter Bedeutung war, daß ſie dem Staatsmanne von tieferem Blicke billig Bedenken über die Haltbarkeit des Grundes erregen mußte, auf dem das

Digitized by Google

ganze franzöſiſche Staatsgebäude aufgeführt war. Eine der wichtigſten Veränderungen, welche die erſte franzöſiſche Revolution in dem geſellſchaftlichen Zuſtande Frankreichs bewirkt hatte, war die Aufhebung des Zunftweſens, welches man bloß von ſeiner einen Seite als eine Hemmung der freien Entwicklung des Gewerbfleißes betrachtete, ohne zu bedenken, daß es zugleich eine feſte Ordnung im Gewerbsbetriebe begründete, die nur in ihrer Verknöcherung die Freiheit ausſchloß, in ihrer urſprünglichen lebensfriſchen Beweglichkeit aber gerade die Bedingung war, unter der allein die Freiheit gedeihen konnte. Das alte Zunftweſen gewährte den gewerbtreibenden Claſſen in allen Lebensverhältniſſen eine Sicherheit, ohne welche die Freiheit ſelbſt nur eine Täuſchung iſt, und die mit dem Augenblicke verſchwand, wo das Zunftweſen zerſtört wurde, ohne daß eine andere zweckmäßigere Ordnung an die Stelle getreten wäre. Es ſtand jetzt allerdings einem Jeden frei, ohne die Ueberwindung großer Schwierigkeiten das Gewerbe zu treiben, zu dem ihn ſeine Neigung führte; aber es fehlte der wohlthätige Zwang, der ihm die Verpflichtung auflegte, ſich einen gewiſſen Grad der Fertigkeit zu erwerben, der ihm allein ein genügendes Auskommen ſicherte; es fehlte jenes feſte Zuſammenhalten, welches den Einzelnen dagegen ſchützte, das Opfer unverſchuldeten Mißgeſchicks oder ungerechter Unterdrückung zu werden. Es blieb jedem Einzelnen überlaſſen, ohne alle Hülfe und Unterſtützung ſich ſelbſt ſeine Lage im Leben zu ſchaffen und ſie zu behaupten, ſo gut er vermochte, oder zu Grunde zu gehen, wenn ſeine Kräfte nicht ausreichten. Die unbeſchränkte Freiheit kam bald beinahe ausſchließlich dem Reichthum zu Gute, der im Stande war, die Gewerbe fabrikmäßig zu betreiben, und mit dem ganz abgeſehen von einer Menge anderer Vortheile, die derſelbe voraus hatte, der vermögenloſe Arbeiter ſchon deshalb die Mitbewerbung nicht auszuhalten vermochte, weil ihm die erſten Stoffe nur zu den theuern Preiſen des Detailhandels zugänglich waren. Die Folge davon war, daß der unabhängige Handwerkerſtand, der einſt die Kraft der ſtädtiſchen Bevölkerung bildete, immer mehr verkümmerte; daß aller Zweige des Gewerbfleißes ſich Fabrikanten bemächtigten, die eine mehr oder weniger bedeutende Zahl von Arbeitern beſchäftigten, und daß dieſe Arbeiter in eine Abhängigkeit von ihren Brotherrn geriethen, die ungleich drückender war, als jene, in der die Leibeigenen des Mittelalters jemals von dem grundbeſitzenden Adel geſtanden hatten. Unter der Reſtauration war die Lage der Fabrikarbeiter erträglich, weil durch den langen Frieden Handel und Gewerbe einen Aufſchwung gewannen,

Digitized by Google

der mehr arbeitende Hände erforderte, als ſich darboten. Die Julirevolution, an der die arbeitende Bevölkerung von Paris einen ſo weſentlichen Antheil hatte, brachte den arbeitenden Claſſen in ganz Frankreich ſtatt der Freiheit, die ſie errungen zu haben glaubten, nur ſchwerere Feſſeln. Die Handelsſtockung, welche in Folge der Revolution eintrat, nöthigte die Fabrikanten ihre Thätigkeit entweder ganz einzuſtellen, oder doch auf den niedrigſten Grad zu beſchränken. Da ſie auf den großen Gewinn, den ſie bisher genoſſen hatten, nicht mehr rechnen konnten, ſo erholten ſie ſich ihres Schadens wenigſtens zum Theil, indem ſie den Lohn ihrer Arbeiter herabſetzten, die ſich Alles gefallen laſſen mußten, weil ſie ſonſt Gefahr liefen, überhaupt keine Beſchäftigung zu finden. Zu derſelben Zeit, während auf dieſe Weiſe der Verdienſt der armen Leute ſich verringert, wurden die Abgaben, die ſie zu zahlen hatten, erhöht und ſtiegen in Folge der allgemeinen Steuererhöhung auch die Preiſe der unentbehrlichſten Lebensbedürfniſſe, ſo daß unter den arbeitenden Claſſen ein Nothſtand eintrat, wie ſie ihn in keiner früheren Zeit gekannt hatten. Je größere Maſſen der arbeitenden Bevölkerung auf einen Punkt zuſammengedrängt waren, um ſo furchtbarer mußte die Noth um ſich greifen. Dies war in allen größeren Städten, aber nirgend in gleichem Maße der Fall, wie in Lyon, der gewerblichen Hauptſtadt Frankreichs, wo 90,000 Seelen allein durch die Seidenweberei ihren Unterhalt fanden. Die Seidenweberei wurde in Lyon von acht bis zehntauſend Meiſtern betrieben, deren jeder drei oder vier Webeſtühle hatte und eine Anzahl Geſellen beſchäftigte, die von ihm mit dem nöthigen Arbeitszeuge verſehen wurden und denen er dagegen die Hälfte des Arbeitslohnes einbehielt, welchen der Fabrikant bezahlte. Die Fabrikanten, deren es an 800 gab, lieferten den Meiſtern die Rohſeide, die ſie ihrerſeits auch nicht aus der erſten Hand, ſondern von Zwiſchenhändlern oder Commiſſionairen bezogen, und nahmen ihnen die verarbeiteten Stoffe zu Preiſen ab, die, wie es hieß, durch gemeinſchaftliche Uebereinkunft, in der That aber nach der Willkür der Fabrikanten feſtgeſetzt wurden, da es von ihnen abhing, Arbeit zu geben, wem ſie wollten. Die alte Blüthe der Lyoner Seidenweberei war bereits unter der Reſtauration erſchüttert worden, indem ſeit dem Frieden ſowohl in der Schweiz, wie in den preußiſchen Rheinlanden eine Menge Fabriken entſtanden waren, welche beſonders für einfache Stoffe den Lyonern eine gefährliche Mitbewerbung bereiteten. Noch mehr wurde der Abſatz in Folge der Julirevolution vermindert, und die Fabrikanten, die dadurch em-

Digitized by Google

pfindliche Verluſte erlitten, ſuchten ſich gegen dieſelben zu decken, indem ſie ihre Einbuße auf die Schultern der armen Weber wälzten. Der Arbeitslohn für einfache Stoffe, der in früheren guten Jahren vier bis ſechs Franken betragen hatte, ſank allmälig auf 40, 35 und 25 Sous, und zuletzt vermochte der fleißigſte Arbeiter, der achtzehn Stunden des Tages am Webſtuhl ſaß, nicht mehr als 18 Sous — etwas über ſieben Silbergroſchen — zu verdienen. Davon zu leben, war in einer Stadt wie Lyon ſo gut als unmöglich. Noch ehe der Arbeitslohn zu dieſer äußerſten Tiefe herabgeſunken war, hatte der Rath der Werkverſtändigen (le conseil des prud 'hommes), der dazu eingeſetzt war, die Streitigkeiten zwiſchen den Arbeitern und den Fabrikanten zu entſcheiden, amtlich erklärt, daß es räthlich ſey, einen Tarif für den mindeſten Belauf der Preiſe feſtzuſtellen, da es allgemein bekannt wäre, daß viele Fabrikanten dieſelben zu tief herabdrückten. Der Präfect des Rhonedepartements Bouvier Dumolart, der einſah, daß irgend etwas geſchehen müſſe, um dem zunehmenden Elende der arbeitenden Bevölkerung ein Ziel zu ſetzen, berief das Handelsgericht und die Bürgermeiſter von Lyon, ſo wie der mit Lyon verbundenen drei Nebenſtädte la Croix-rouſſe, la Guillotière und Vaize zu einer Verſammlung, um über die Maßregeln zu berathen, die unter den obwaltenden Umſtänden zu ergreifen wären. Es wurde beſchloſſen, daß vierundzwanzig Bevollmächtigte der Arbeiter und eben ſo viele der Fabrikanten zuſammentreten ſollten, um ſich über die Grundlagen eines Tarifes zu verſtändigen. Der Tarif kam unter gemäßigten Bedingungen zu Stande, und der Rath der Werkverſtändigen wurde beauftragt, über die Ausführung deſſelben zu wachen. Die unglücklichen Seidenweber glaubten ſich jetzt aus ihrer Noth gerettet; ſie erleuchteten, um ihre Freude zu bezeugen, ihre Häuſer, und tanzten und ſangen die ganze Nacht hindurch. Um ſo unzufriedener war jedoch ein großer Theil der Fabrikanten. Schon an der vorläufigen Verſammlung, in der die Bevollmächtigten gewählt waren, hatten Viele keinen Theil genommen; ſie behaupteten jetzt durch die Beſchlüſſe, welche dieſe gefaßt hatten, nicht gebunden zu ſeyn. Die Feſtſtellung eines Tarifs ſey eine unerträgliche Tyrannei, durch die alle Freiheit des Verkehrs aufgehoben würde. Das Geſetz verhänge Strafen gegen alle Vereinigungen der Arbeiter, die zum Zwecke hätten, eine Erhöhung des Arbeitslohnes zu erzwingen, und die Behörden hätten, ſtatt unbillige Forderungen von Leuten in Schutz zu nehmen, die ſich erkünſtelte Bedürfniſſe geſchaffen hätten und deshalb mit einem mäßigen Lohne nicht mehr auskämen, ſich an den

Digitized by Google

Buchſtaben des Geſetzes halten und dieſes zur Anwendung bringen ſollen. Der Präfect wurde eingeſchüchtert und erklärte den Werkverſtändigen, daß der Tarif eine geſetzliche Kraft nicht haben könne und bei den Verhandlungen zwiſchen Arbeitern und Fabrikanten daher nur als freiwillig übernommene Verbindlichkeit zu Grunde gelegt werden dürfe. Die Fabrikanten, von denen eine große Zahl förmlich gegen den Tarif proteſtirt hatte, glaubten ſich jetzt von jeder Rückſicht entbunden und fügten zu dem alten Drucke erbitterte Härte. Die Weber verleugneten, ungeachtet aller ihrer Noth, die Mäßigung nicht, die ſie bisher beobachtet hatten; ſie beſchloſſen nur, eine Woche hindurch ihre Arbeiten einzuſtellen, um zu zeigen, daß ſie den Tarif als ihr gutes Recht betrachteten, von dem ſie nun und nimmermehr abgehen würden.

Die Stadt Lyon liegt auf einer Halbinſel, welche die beiden Ströme Rhone und Saone bei ihrem Zuſammenfließen bilden. Im Norden, am Eingange der Halbinſel, iſt auf einer Höhe, welche Lyon beherrſcht, die Stadt la Croix-rouſſe gelegen, die beinahe ausſchließlich von Seidenarbeitern bewohnt wird. Zwiſchen Lyon und la Croix-rouſſe iſt eine kleine Fläche, die ſich noch um einige Fuß über die Anhöhe von la Croix-rouſſe erhebt, und von der zwei Wege, die Grand-Côte und die Stiege der Carmeliter, nach Lyon hinabführen. Dieſe beiden Wege vereinigen ſich an ihrem untern Ausgange, indem ſie beide in die Straße der Capuciner münden, in der vorzugsweiſe die Fabrikanten wohnen, die alſo ihre Arbeiter gerade über dem Haupte haben. Auf dem öſtlichen Abhange der Croix-rouſſe und auf dem weſtlichen Ufer der Rhone ſind die beiden Vorſtädte Saint-Clair und Breſſe. Weiter unterhalb, auf dem öſtlichen Rhoneufer und durch den Strom von Lyon getrennt, liegen die Stadtviertel les Broteaux und la Guillotière. Auf der andern Seite der Stadt, jenſeit der Saone, iſt die Höhe von Fournières mit ihrer alten Kirche, die, wie das Neſt eines Adlers, über Lyon hängt, und die Vorſtadt Vaize, durch welche die Straße nach Paris geht.

Am 21. November, einem Montage, ſammelten ſich auf dem Marktplatze der Croix-rouſſe mehrere Hundert Arbeiter, während ſchwächere Abtheilungen umherzogen, um darüber zu wachen, daß der Verabredung gemäß in allen Werkſtätten gefeiert wurde. Nachdem man ſich deſſen verſichert hatte, beſchloß der ganze Haufe nach Lyon hinabzuſteigen, um, wie bereits bei Gelegenheit der Berathungen über den Tarif geſchehen war, ihr Elend in den Straßen der großen Stadt zur Schau zu tragen und dadurch das Mitgefühl ihrer Mitbürger für ihre

Digitized by Google

Leiden in Anſpruch zu nehmen. In der Mitte der Grand-Côte ſtößt die Schaar, die unbewaffnet und ohne feindliche Abſichten ihre Straße zieht, auf eine Grenadiercompagnie der Nationalgarde, die ausſchließlich aus Fabrikanten zuſammengeſetzt iſt, und von der ſie ohne alle vorausgegangene Aufforderung mit ſcharfem Feuer empfangen wird. Acht Arbeiter fallen; die übrigen ſtürzen im Schreck nach der Croix-rouſſe zurück, wo auf den Ruf: „Zu den Waffen! man mordet unſre Brüder!" die ganze Bevölkerung in Aufruhr geräth. Alles bewaffnet ſich, ſo gut man es vermag; in allen Straßen werden Barricaden errichtet; die Nationalgarde der Stadt vereinigt ſich mit den Arbeitern und liefert denſelben ihre beiden Feldſtücke aus. Eine ſchwarze Fahne wird entfaltet, mit der ernſten ergreifenden Inſchrift: „Leben in Arbeit, oder Sterben im Kampfe." Inzwiſchen entſchloß ſich der Präfect nebſt dem Befehlshaber der Nationalgarde General Ordonneau, an der Spitze einer Colonne Nationalgardiſten und Linientruppen nach der Croix-rouſſe hinauf zu marſchiren, um dort die Ordnung herzuſtellen. Die Colonne wurde auf der Grand-Côte mit einem Hagel von Steinen, Ziegeln und Flintenkugeln begrüßt und mußte zurückweichen. Der Präfect und General Ordonneau, mit denen zwei Officiere von der Nationalgarde des empörten Stadttheiles zu unterhandeln verlangt hatten, begaben ſich allein in die Mitte der aufgeſtandenen Bevölkerung, indem ſich beſonders der erſte auf die perſönliche Beliebtheit verließ, deren er wegen ſeiner Begünſtigung des Tarifes bei den Arbeitern genoß. Dumolart ließ ſich nach dem Stadthauſe bringen und ſprach von dem Balcon deſſelben zu dem auf dem Platze verſammelten Volke, das wenig geneigt ſchien, ſeinen Vorſtellungen nachzugeben. Mit einem Male wurden ſeine Worte durch lebhaftes Gewehrfeuer und Kanonendonner unterbrochen. General Roguet, der Befehlshaber der Militairdiviſion, hatte einen neuen Angriff auf die Croix-rouſſe befohlen. Eine Schwadron Dragoner, ein Bataillon und eine Batterie der Nationalgarde hatten mitten unter dem heftigſten Feuer die Höhe vor der Stadt gewonnen, die von hier aus mit ſchwerem Geſchütz beſchoſſen wurde, während die Arbeiter von den Dächern ihrer Häuſer antworteten. Die vor dem Stadthauſe verſammelten Volkshaufen hielten ſich verrathen. Der Präfect, wie General Ordonneau, wurde jetzt mit dem Tode bedroht; beide wurden gefangen genommen und als Geiſel zurückgehalten. General Ordonneau war ſchwach genug, dem Bataillon der Nationalgarde, welches ſeinen Poſten mit Entſchloſſenheit behauptete, den Befehl zuzuſchicken, denſelben zu räumen. Des Abends um acht Uhr gelang es

Digitized by Google

dem Präfecten, ſeine Freiheit zu erhalten, indem er den Arbeitern vorſtellte, daß er ſich immer ihrer angenommen, daß er aber nichts für ſie thun könne, ſobald man ihm nicht geſtattete, zu ſeiner Verwaltung zurückzukehren. Die Nacht hindurch brannten Feuer auf den Straßen der Croix-rouſſe, um welche die Arbeiter Biwacht hielten, weil ſie ſich gegen einen Ueberfall nicht ſicher glaubten; und dieſe Vorſicht war nicht ohne Grund. Denn General Roguet hatte beſchloſſen, mit dem früheſten Morgen einen neuen Angriff zu unternehmen, bei dem er außer ſeinen Linientruppen, die ſich auf kaum 3000 Mann beliefen, beſonders auf die Unterſtützung der Nationalgarde rechnete. Mit Tagesanbruch wurde der Generalmarſch geſchlagen; aber jetzt zeigte es ſich, wie ſehr der General in ſeinem Vertrauen auf die Nationalgarde ſich getäuſcht hatte. Von vier Bataillonen der innern Stadt ſtellten ſich nur 600 Mann, während mehrere Bataillone, die größtentheils aus Seidenwebern beſtanden, ſich ganz zurückhielten, um nicht gegen ihre Brüder zu kämpfen. Dennoch beharrte General Roguet auf ſeinem Vorhaben; er hatte während der Nacht das 40. Linienregiment von Trevour an ſich gezogen, und zweifelte keinen Augenblick, daß er mit der ihm jetzt zu Gebote ſtehenden Macht des Aufſtandes ohne Mühe Herr werden würde. Er ließ den Angriff durch einige Compagnien Infanterie eröffnen, die ſich auf der Höhe vor der Croix-rouſſe feſtſetzen ſollten, dieſelbe aber noch nicht erreicht hatten, als die Arbeiter von allen Seiten mit ſolchem Ungeſtüme über ſie herfielen, daß ſie, von der Uebermacht überwältigt, ſich genöthigt ſahen, die Waffen niederzulegen. Nach dieſem erſten Erfolge ſtürzten die Sieger in Maſſen den Abhang hinunter nach Lyon und überſchwemmten alle Straßen und Plätze, wo ſich überall die arbeitende Bevölkerung ihnen anſchloß, Barricaden errichtete und einen Militairpoſten nach dem andern entwaffnete. Zu gleicher Zeit ergriff die Empörung die jenſeit der Rhone gelegenen Stadttheile les Brotteaur und la Guillotière. Lange wurden die Bewohner durch eine Batterie, welche die Rhonebrücken beſtrich, gehindert, ſich mit der Bevölkerung des rechten Ufers zu vereinigen; zuletzt gelang es ihnen jedoch, den Uebergang zu erzwingen, und beim Einbruche der Nacht waren die Truppen von allen Punkten gegen den Platz les Terreaur und gegen das Stadthaus zurückgedrängt. Um Mitternacht wurde in einer Berathung, der die Generale Roguet und Fleury, der Präfect und der Generalprocurator, ſo wie die ſtädtiſchen Behörden beiwohnten, beſchloſſen, daß das Militair die Stadt räumen ſolle, da es ſich, von Lebensmitteln und Schieß-

Digitized by Google

bedarf entblößt, in der Unmöglichkeit befände, ferneren Widerſtand zu leiſten. Die Truppen ſchlugen in dichten Colonnen den Weg längs der Quais nach den Vorſtädten Saint Clair und Breſſe ein, wo aus allen Häuſern auf ſie gefeuert wurde, und von wo ſie, nachdem die Barricaden, die ihnen entgegenſtanden, durch Kanonenſchüſſe zerſtört waren, nicht ohne empfindlichen Verluſt ſich nach der Höhe von Monteſſuy zurückzogen, welche im Norden die Croix-rouſſe beherrſcht.

Ganz Lyon war jetzt in der Gewalt der empörten Seidenweber, denen aber bei ihrem Aufſtande jeder politiſche Gedanke fremd geblieben war, und die keinen andern Zweck vor Augen gehabt hatten, als die Aufrechterhaltung des Tarifs, dem die Fabrikanten ihre Anerkennung verweigerten. Nur von Einzelnen war der Ruf: „Es lebe die Republik!“ erhoben worden, der aber in den Maſſen keinen Widerhall fand. Der Präfect Dumolart, der mit den ſtädtiſchen Behörden allein zurückgeblieben war, baute hierauf ſeinen Plan, ohne allen Beiſtand von Seiten der bewaffneten Macht die Ordnung zurückzuführen. Schon am Abende vorher hatte er in Gemeinſchaft mit dem commandirenden General und dem Bürgermeiſter eine Bekanntmachung erlaſſen, worin alle drei ihr Ehrenwort verpfändeten, daß ſie ihren ganzen Einfluß aufbieten wollten, um die Fabrikanten zur Beobachtung des Tarifs zu vermögen, und worin zugleich den bedürftigen Arbeitern verſprochen wurde, daß ſie auf Koſten der Gemeinde unterhalten werden ſollten. Er wandte ſich jetzt an den Arbeiter Lacombe, eines der einflußreichſten Häupter des Aufſtandes, und zog dieſen ganz auf ſeine Seite, indem er ihn zum Commandanten des Stadthauſes ernannte. Eben ſo gewann er die Vorſteher der Sectionen, in die ſich die Arbeiter getheilt hatten. Dieſe übernahmen in Verbindung mit den ſtädtiſchen Behörden die Civilverwaltung; an die Stelle der Nationalgarde trat eine von den Arbeitern gebildete Bürgergarde, welche alle wichtigere Poſten beſetzte, Patrouillen ausſchickte und jedem Verſuche zu Unordnungen ſteuerte. Zwar hatte im erſten Augenblicke ſich eine Anzahl unruhiger Köpfe im Stadthauſe feſtgeſetzt, die darauf ausgingen, der Bewegung einen legitimiſtiſchen Anſtrich zu geben, und einen Aufruf in dieſem Sinne erließen. Sie waren jedoch von den Arbeitern nicht gekannt und wurden daher bald gezwungen, auf ihre angemaßte Gewalt zu verzichten. Bereits an dem Tage nach dem Abzuge der Truppen herrſchte in ganz Lyon eine Ruhe und Sicherheit, welche die Abweſenheit der regelmäßigen Behörden kaum bemerken ließ. Selbſt die Häuſer der reichen Fabrikanten, die ſich am unerbittlichſten gegen

Digitized by Google

die Arbeiter gezeigt hatten, blieben von der Volksrache verſchont. Nur das Kaféhaus La Perle und ein Privatgebäude, aus denen noch zuletzt auf das Volk gefeuert worden war, wurden im Innern verheert. Allmälig kamen die bemittelteren Bürger, die ſich anfangs verborgen gehalten, von ihrem Schrecken zurück; ſie miſchten ſich in der Tracht des niederen Volkes unter die Arbeiter, beſetzten mit dieſen die Poſten, bildeten eine Wache für den Präfecten und ſetzten dieſen dadurch in den Stand, die Theilnahme der Arbeiter an der Verwaltung in einen bloßen Schein zu verwandeln.

Als die erſten Nachrichten von dieſen Vorgängen nach Paris gelangten, erregten ſie eine nicht geringe Beſtürzung, weil ſich unmöglich vorherſehen ließ, daß der Aufſtand ſo bald in ſich ſelbſt zuſammenfallen würde. Caſimir Périer, der auch als Miniſter nicht vergaß, daß er einer der größten Manufacturbeſitzer Frankreichs war, nahm die Empörung der Lyoner Seidenweber als eine perſönliche Angelegenheit; er verlangte die ſtrengſte und rückſichtloſeſte Unterdrückung und verwarf alle Zugeſtändniſſe, die den Aufrührern gemacht waren, als Zeichen einer unwürdigen Schwäche. Der Telegraph überbrachte allen Truppen in einem Umkreiſe von dreißig Meilen um Lyon den Befehl, ſich ſofort gegen dieſe Stadt in Bewegung zu ſetzen. Dem Marſchall Soult wurde der Oberbefehl mit außerordentlichen Vollmachten übertragen; ihn begleitete der Herzog von Orleans, um Gnade zu üben, ſofern dieſe am Orte wäre. Am 2. December war ein Heer von 20,000 Mann zu Fuß und 6000 zu Roß vor Lyon zuſammengezogen, an deſſen Spitze am folgenden Tage der Marſchall und der Herzog ihren Einzug hielten. Die Arbeiter hatten bereits an den vorhergehenden Tagen die Waffen, deren ſie ſich während des Aufſtandes bemächtigt, ausgeliefert; jetzt wurde auch die Nationalgarde aufgelöſ't. Alle Verſprechungen, welche die Behörden den Arbeitern gemacht hatten, wurden für ungültig erklärt; der Tarif, deſſen Aufrechterhaltung ihnen auf das Beſtimmteſte zugeſichert war, wurde als geſetzwidrig beſeitigt. Der Präfect Dumolart, den der Herzog von Orleans doch auf das Zuvorkommendſte aufgenommen, erhielt die Weiſung, ſofort die Stadt zu verlaſſen. Um die Ruhe für die Zukunft zu ſichern, wurde der Befehl ertheilt, die Höhen, welche die Croix-rouſſe beherrſchen, mit Forts zu krönen, von denen dieſer Stadttheil bei einer neuen Erhebung zuſammengeſchoſſen werden konnte. Die Beſatzung wurde auf 20,000 Mann gebracht, und nicht weniger als 10,000 Seidenarbeiter, die nicht von Lyon gebürtig waren, wurden nach und

Digitized by Google

nach aus der Stadt gewieſen. Die einzige Gnadenbezeugung, die der Herzog von Orleans nach Lyon brachte, war eine Beſtellung des Königs auf Seidenwaaren für 600,000 Franken, die aber weniger den Arbeitern, als den Fabrikanten zu Gute kam, da dieſe in ihr altes Recht der willkürlichen Beſtimmung des Arbeitslohnes wieder eingeſetzt waren.

Caſimir Périer hatte es räthlich gefunden, für die Maßregeln, die zur Unterdrückung des aufrühreriſchen Geiſtes unter den Lyoner Arbeitern ergriffen wurden, ſich zum voraus der Mitwirkung der Kammern zu verſichern. In einer Mittheilung, die er der Abgeordnetenkammer machte, erklärte er: die Ereigniſſe wären ernſt, aber die Maßregeln, welche die Regierung angeordnet, würden denſelben durch ihre Kraft, ihre Schnelligkeit und ihren Zuſammenhang begegnen. Die Kammer beeilte ſich, dem Vertrauen, welches der Miniſter ihr bewies, zu entſprechen; ſie richtete eine Adreſſe an den König, worin ſie ihren Wunſch darlegte, daß die Regierung den beklagenswerthen Ausſchweifungen, deren Schauplatz Lyon geweſen, die ganze Kraft der Geſetze entgegenſtelle. Die Sicherheit der Perſonen ſey gewaltſam angegriffen, das Eigenthum in ſeinem erſten Grundſatze verletzt, die Freiheit des Gewerbfleißes mit der Vernichtung bedroht, die Stimme der Behörden nicht gehört worden. Dieſe Unordnungen müßten bald aufhören, ſolche Gewaltthätigkeiten müßten mit Kraft unterdrückt werden, damit — das glorreiche Werk der Julirevolution aufrecht gehalten werde. Auch die Oppoſition fand kein Wort zu Gunſten der unglücklichen Arbeiter, die auf ihrer Fahne den Wahlſpruch trugen: „Leben in Arbeit oder den Tod im Kampf;“ auch die Oppoſition fand es ganz in der Ordnung, daß die Freiheit des Gewerbfleißes geſchützt wurde, indem es der Willkür der reichen Fabrikanten überlaſſen blieb, den hungernden Arbeitern ihr kärgliches Brot zuzumeſſen, ohne daß von Seiten des Staates ein Schritt der Vorſorge für die Armen geſchah. Dagegen ließ ſich Mauguin mit Périer in einen perſönlichen Streit ein. Er bezweifelte, daß die Mittheilungen des Miniſters über den Lyoner Aufſtand „offen und vollſtändig“ geweſen wären, wie es in der Adreſſe hieß. Périer, darüber entrüſtet, bezeichnete Mauguin als ein „Individuum,“ und mußte es dafür hinnehmen, daß er von dieſem der Unverſchämtheit bezüchtigt wurde. Einige Wochen ſpäter, als die Lyoner Angelegenheiten wieder zur Sprache kamen und der Präſident des Miniſterrathes alle Schuld auf die Schwäche und Nachläſſigkeit des ehemaligen Präfecten Dumolart ſchob, trat dieſer, der ſich in der

Digitized by Google

Vorhalle des Abgeordnetenſaales befand, Périer entgegen und warf ihm mit groben Worten vor, daß er gelogen habe. Damit war die Erörterung über die Urſachen des Aufſtandes der Seidenweber beendigt.

Es wäre ungerecht, wenn man den Männern, die ſich ſelbſt berufen hielten, die Sache des Volkes zu führen, den Vorwurf der Heuchelei machen wollte, weil ſie ſich des Volkes nicht annahmen, als eine wahre Lebensfrage für daſſelbe zur Entſcheidung kam. Die alten Liberalen, die ihre politiſche Erziehung in den Kämpfen der Reſtauration erhalten hatten, waren naiv genug, in vollem Ernſte zu glauben, das Wohl und Wehe der Nation hänge ausſchließlich davon ab, ob einige Tauſend Bürger mehr oder weniger berechtigt wären, an den Wahlen zur Abgeordnetenkammer Theil zu nehmen, indem man um ſo größere Hoffnung habe, die wahre Meinung des Landes vertreten zu ſehen, je weiter das Wahlrecht ausgedehnt würde. Waren doch ſelbſt die entſchiedenſten Republikaner der Meinung, das Alles, was man wünſchen könne, erreicht ſey, ſobald jeder ſelbſtſtändige Bürger zum Stimmrechte zugelaſſen wäre. Daran, daß es für die Maſſe des Volkes noch wichtiger ſey, Brot zu haben, als politiſche Rechte, dachten nur wenige Einzelne; und dieſe Wenigen waren Schwärmer, die keine andere Hülfe für die Gebrechen der Geſellſchaft wußten, als wenn ſie, ſtatt mit vorſichtiger Schonung der beſtehenden Verhältniſſe im Einzelnen zu beſſern, das ganze Gebäude der geſellſchaftlichen Ordnung umgeſtürzt und von Grund auf neu aufgeführt hätten. Während der erſten franzöſiſchen Revolution lebte zu Paris ein Mann, der ein Abkömmling eines der erſten adligen Geſchlechter Frankreichs, an den welterſchütternden Ereigniſſen, die vor ſeinen Augen vorgingen, keinen andern Antheil nahm, als den des ſchweigenden Beobachters, weil er ſah, daß das Ziel der großen Bewegung nothwendig verfehlt werden müſſe, da der oberſte Grundſatz, von dem dieſelbe ausging, ein falſcher war. Der Graf Saint-Simon erkannte richtig, daß die Gleichheit, welche die Republik vorausſetzte und in der Geſellſchaft durchzuführen ſtrebte, eine Lüge war, weil die Menſchen vielmehr von Natur ungleich ſind, da ſie mit verſchiedenen Anlagen auf die Welt kommen. Seine Grundanſicht war, daß alles geiſtige Leben des Menſchen ſich in drei verſchiedenen Richtungen äußere, durch das Gemüth, durch den Verſtand und durch den Willen. Je nachdem eine dieſer Richtungen in dem Menſchen vorherrſchte, war ihm ſeine Aufgabe im Leben beſtimmt, indem er entweder dazu berufen war, vorzugsweiſe durch das Gemüth und die

Digitized by Google

Empfindung, oder durch den Verſtand und den Gedanken, oder durch den Willen und die That zu wirken. Danach zerfielen die Menſchen in drei Claſſen, die Saint-Simon Künſtler, Gelehrte und Gewerbtreibende nannte. Der Mittelpunkt, in dem alle verſchiedene Richtungen des Geiſteslebens ſich vereinigten, war ihm die Religion, und als die höchſte Religion erkannte er das Chriſtenthum an, aber in der Ausbildung, deren es ſeiner Meinung nach fähig war, nachdem es von allen irrigen Zeitvorſtellungen gereinigt worden wäre. Chriſtus hatte aus Rückſicht auf die römiſche Gewaltherrſchaft erklären müſſen, daß ſein Reich nicht von dieſer Welt ſey, und daß man dem Kaiſer geben ſolle, was des Kaiſers wäre. Dies war die Urſache jener großen Spaltung von Kirche und Staat, der Trennung von Papſt und Kaiſer, die im Mittelalter ſo ſchroff hervortrat. Dem wahren Prieſterthum gebührte die weltliche wie die geiſtliche Herrſchaft. Seine Aufgabe war, das chriſtliche Gebot der Nächſtenliebe in das Leben zu führen, aber in einer Ausdehnung, in der Chriſtus daſſelbe zu ſeiner Zeit nicht aufſtellen durfte, nämlich in dem Sinne, daß die große Maſſe der Menſchen zu der höchſten Stufe der Vervollkommnung und des Glückes erhoben würde, was nur dadurch möglich war, daß Künſtler, Gelehrte und Gewerbtreibende durch eine höhere Führung, ein Jeder ſeiner Fähigkeit gemäß, beſchäftigt wurden. Saint-Simon hatte der Ausbildung ſeiner Lehre ein glänzendes Vermögen und ſein Leben geopfert; er ſtarb in der äußerſten Armuth, aber voll Vertrauen auf den Erfolg der Sendung, die er ſeinen wenigen Schülern hinterließ. „Die Frucht iſt reif," ſagte er dieſen auf dem Todbette, „ihr werdet ſie pflücken!" Kurze Zeit nach dem Tode ſeines Meiſters im Jahre 1825 begründete einer ſeiner Schüler, Olinde Rodrigues, ein Jude, ein Journal, den Producteur, welches zwar nicht ausſchließlich zu der Verkündung der Lehren Saint-Simons beſtimmt war, aber Gelegenheit gab, talentvolle Männer für dieſelben zu gewinnen, unter denen ſich beſonders zwei, Enfantin und Bazard, durch ihre geiſtige Ueberlegenheit auszeichneten, welche zuerſt eine eigentliche Schule ſtifteten, in der ihnen ſelbſt der Erbe St. Simons, Rodrigues, mit einer in ſeinem Stamme ſeltenen Beſcheidenheit den Vorrang zugeſtand. Beide bildeten gemeinſchaftlich die Anſichten Saint-Simons zu einem abgerundeten Syſteme aus, welches ſie mit rückſichtloſer Kühnheit bis zu ſeinen äußerſten Grenzen durchführten, ohne ſich weder vor dem Unſittlichen und Ausſchweifendſten, noch vor dem Lächerlichen zu ſcheuen. Denn da der Grund, auf dem ſchon Saint-Simon gebaut

Digitized by Google

hatte, der roheſte Pantheismus, die roheſte Allvergötterung war, ſo mußte das ganze Syſtem nothwendig ein falſches ſeyn, und je folgerechter deſſen Entwicklung war, um ſo ſchroffer mußten auch die abenteuerlichſten Verirrungen hervortreten. Da dem Stoffe gleiches Recht mit dem Geiſte gebührte, ſo durfte auch die Sinnlichkeit nicht, wie das Chriſtenthum verlangt, bekämpft und unterdrückt werden. Den ſinnlichen Genüſſen wurde vielmehr, wie einſt im Heidenthume, eine religiöſe Bedeutung beigelegt. Die Geſchlechtsliebe wurde von allen Feſſeln der Sitte entbunden, und die Heiligung, die ſie erhalten ſollte, war eine ſo grob ſinnliche, daß dieſelbe nur in einigen aſiatiſchen Religionen ein Vorbild gefunden hat. Die Ehe in dem gewöhnlichen Sinne und folglich auch die Familie wurde aufgehoben. Dagegen wurde die ganze Menſchheit als eine große Verbrüderung gedacht, die durch gegenſeitige Liebe verbunden war. Die Lehre Saint-Simons, daß ein Jeder ſeine Stellung im Leben nach ſeiner Befähigung einnehmen ſollte, wurde dahin erweitert, daß einem Jeden auch nach ſeinem Verdienſte äußere Belohnungen zugemeſſen werden ſollten, als ob der wahre Lohn des Verdienſtes nicht in dem eigenen Bewußtſeyn läge, und als ob das Gebot der Liebe, welches doch das Grundgeſetz der Geſellſchaft werden ſollte, Belohnungen zugelaſſen hätte, die dem Einen auf Koſten des Andern ertheilt worden wären. Da einem Jeden ſeine Stellung nach ſeiner Befähigung angewieſen wurde, ſo verſtand es ſich von ſelbſt, daß von Erbe und Erbrecht nicht mehr die Rede ſeyn konnte; und eine natürliche Folge war es auch, was nur aus Vorſicht, um nicht zu viele Vorurtheile auf einmal zu verletzen, nicht ausgeſprochen wurde, daß es kein abgeſondertes Privatvermögen gab, ſondern daß Alles Gemeingut der Geſellſchaft war, aus dem jedem Einzelnen ſein Antheil nach dem Maße ſeines Verdienſtes zukam. Was allen dieſen Verirrungen — wenn man überhaupt bei einer ſo ungeheuern Verkennung alles Göttlichen und Menſchlichen ein mehr oder weniger zulaſſen will — die Krone aufſetzte, war die furchtbare Willkürherrſchaft, die unter dem Namen der Hierarchie eingeführt werden ſollte, und die Alles, was die Jeſuiten einſt in Paraguay verſucht haben, weit hinter ſich zurückgelaſſen hätte. Die Spitze der Hierarchie bildete ein Papſt, der das lebende Geſetz (la loi vivante) war, nach deſſen Winken ſich die ganze Geſellſchaft bewegte, der über die Fähigkeiten und Verdienſte eines Jeden urtheilte und nach ſeinem Gutbefinden einen Jeden auf den ihm gebührenden Platz ſtellte und mit den ihm zukommenden Glücksgütern bedachte. Und die Männer, die

Digitized by Google

für dieſe Lehren gewonnen wurden, waren nicht einfältige Thoren, ſondern die ausgezeichnetſten Köpfe Frankreichs: ſo tief war das Bedürfniß, welches nach der Zerſtörung alles religiöſen Glaubens in den höhern und mittlern Ständen, die das Werk der ſogenannten Philoſophie des achtzehnten Jahrhunderts war, die edelſten Geiſter empfanden, den verlornen Mittelpunkt ihres geiſtigen Seyns wieder zu finden, der ihrem Leben wie ihrem Denken allein einen feſten Halt gewähren konnte. Unter der Reſtauration hatten die Saint-Simoniſten, wie ſich die Anhänger der neuen Lehre nach dem Begründer derſelben nannten, ſich darauf beſchränkt, durch mündliche Rede in vertraulichem Kreiſe und durch die Preſſe zu wirken. Mit der Julirevolution ſchien ihnen jedoch die Zeit gekommen, in die volle Oeffentlichkeit hinauszutreten. In dem Saale Taitbout, in dem belebteſten Theile von Paris, wurden allſonntäglich begeiſterte Vorträge gehalten, die mit religiöſen Geſängen wechſelten und eine zahlreiche Zuhörerſchaft anzogen. Die ungläubigen Pariſer, die für alles Heilige nur leichtfertigen Hohn hatten, wurden hingeriſſen durch die glühende Beredſamkeit, mit der Anſichten vor ihnen entwickelt wurden, die zwar nicht ſelten den geſunden Menſchenverſtand beleidigten, aber zugleich durch ihre verwegene unerhörte Neuheit in Erſtaunen ſetzten. Der beſchränkte Kreis, den Enfantin und Bazard um ſich geſammelt hatten, erweiterte ſich mit jedem Tage; ſehr bedeutende Summen wurden der Geſellſchaft von ihren vermögendern Anhängern zur Verfügung geſtellt; ein großes politiſches Blatt, der Globe, das in die Hände der St. Simoniſten übergegangen war, wurde in mehreren Tauſend Exemplaren unentgeltlich ausgetheilt. Um die Lehre auch außerhalb der Hauptſtadt zu verbreiten, wurden Sendlinge nach allen Theilen Frankreichs geſchickt, die in allen größeren Städten nicht ohne Erfolg auftraten und beſonders in Lyon dauernde Erinnerungen zurückließen. Olinde Rodrigues entwarf einen Plan, durch welchen der Geſellſchaft alle Geldmittel, deren ſie zur Durchführung ihrer Lehren im Leben nach dem großartigſten Maßſtabe bedurfte, verſchafft werden ſollten. Es wurden zinstragende Papiere ausgegeben, die an der Börſe in Umlauf kamen. Jetzt glaubte die Regierung, dem Treiben der St. Simoniſten nicht länger gleichgültig zuſehen zu dürfen. Der königliche Procurator Descarliers ließ den Saal Taitbout ſchließen und den oberſten Vater Enfantin, ſo wie Rodrigues vor das Zuchtpolizeigericht laden, weil ſie gegen das Geſetz Verſammlungen von mehr als 20 Perſonen ohne obrigkeitliche Erlaubniß gehalten und durch ſchwindelhafte Vorſpiegelungen ſich Prellereien erlaubt hätten.

Digitized by Google

Beide Beſchuldigungen wurden jedoch auf eine den Unterſuchungsrichter zufriedenſtellende Weiſe widerlegt; und für das Erſte behielten daher die St. Simoniſten volle Freiheit, für ihre Lehre zu wirken, wie ihnen der Geiſt dies eingab. Die Regierung hatte erſt vor Kurzem erfahren, wie wenig ſie bei der Verfolgung politiſcher Vereine, die ihr in offener Feindſeligkeit gegenüberſtanden, auf die Unterſtützung der Geſchwornengerichte rechnen dürfe. Der Verein der Volksfreunde, der nach der Unterbrechung ſeiner Verſammlungen im Herbſte des J. 1830 ſich wieder aufgethan hatte, war wegen Uebertretung der bekannten Beſtimmungen des Strafgeſetzbuches vor die Geſchwornen des Seinedepartements geſtellt und von denſelben freigeſprochen worden, weil ſie jene Beſtimmungen als durch die Julirevolution aufgehoben erachteten. Wahrſcheinlich hielt man die St. Simoniſten nicht für gefährlich genug, um ſich ihretwegen einer neuen Niederlage auszuſetzen.

Auch hatte die Regierung genug mit der Unterdrückung der gewaltthätigen Auflehnungen zu thun, die beinahe in ganz Frankreich bald auf dieſem, bald auf jenem Punkte zum Ausbruche kamen. Schon ſeit langer Zeit gaben ſich im Weſten und im Süden Spuren der Gährung kund, die auf eine bevorſtehende Schilderhebung der legitimiſtiſchen Partei deuteten. In der Vendée, dem alten Schauplatze des Bürgerkrieges während der erſten Revolution, ſtreiften Banden ſogenannter Widerſpänſtiger, die ſich der Aushebung zum Heere durch die Flucht entzogen hatten und bei dem Landvolke, wenn auch nicht offenen Beiſtand, doch vielfachen Vorſchub fanden. Die Anhänger des geſtürzten Königshauſes, die mit demſelben durch ab- und zugehende Sendlinge in wohl unterhaltener Verbindung ſtanden, traten überall mit einer Zuverſicht auf, als ob eine dritte Reſtauration nicht ausbleiben könne. Dadurch wurden auf der andern Seite die Anhänger der Revolution bis zur Wuth gereizt, zumal da ſie wohl wußten, was ſie zu erwarten hatten, wenn die Gegner jemals wieder zur Macht gelangten. Zu Marſeille und Toulon, Montpelier, Caraſſonne, Clermont, Lunel, Alais, Pézenas kam es zu unruhigen Auftritten zwiſchen den Carliſten und den ſogenannten Vaterlandsfreunden, bei denen es nicht ohne blutige Köpfe abging und bei denen die Carliſten den Kürzern zogen. Zu Tarascon errichteten die Vaterlandsfreunde einen Freiheitsbaum, den die Behörden umſonſt hinweg zu ſchaffen verſuchten. Zu Nimes ſtanden Proteſtanten und Katholiken einander mit nicht viel geringerer Erbitterung gegenüber, wie im Jahre

Digitized by Google

1815, und ohne das Dazwiſchentreten der Behörden würden die erſten das damals vergoſſene Blut furchtbar gerächt haben. Zu nicht weniger bedenklichen Unruhen gab der Druck der Steuern Veranlaſſung, der auf einzelnen Punkten noch durch die Härte der Erhebung vermehrt wurde. Zu Straßburg wurde die freie Einführung von Schlachtvieh durch einen Auflauf erzwungen, gegen den weder die Nationalgarde, noch die Linientruppen einſchritten. Zu Grenoble, zu Montpelier, zu Poitiers wurden die Häuſer der Steuereinnehmer geſtürmt. Zu Grenoble rief einige Monate ſpäter die Gewaltthätigkeit des Präfecten Duval einen Aufruhr hervor, der das Syſtem der Verwaltung in ſeiner ganzen Blöße aufdeckte. Ein Dutzend junger Leute hatte am letzten Tage des Carnavals einen Maskenaufzug veranſtaltet, der die übermäßigen Bedürfniſſe des Staatshaushaltes lächerlich machte. Die Maskerade hatte ſich, von einer Menge Volks begleitet, zum Thore hinaus begeben, und auf Befehl des Präfecten wurde ihnen der Wiedereinlaß verwehrt. Als darüber ein arger Tumult entſtand, ließ der Commandant, der ſich perſönlich zur Stelle begab, das Thor öffnen, worauf ſich Alles friedlich verlief. Der Präfect wollte die Bevölkerung ſeinen Unwillen auf irgend eine Weiſe empfinden laſſen und verbot daher einen Maskenball, der am Abende Statt finden ſollte. Darüber entſtand eine allgemeine Unzufriedenheit, und am andern Abende ſammelte ſich eine Menge Menſchen vor dem Präfecturgebäude, die in mißtönendes Geſchrei ausbrachen. Herr Duval, der es verſäumt hatte, die Nationalgarde zur rechten Zeit aufzubieten, ließ jetzt zwei Compagnien Linientruppen aus ihren Caſernen holen und den Platz räumen, wobei man mit ſolcher Uebereilung und Roheit verfuhr, daß eine große Anzahl Perſonen mehr oder weniger ſchwer verwundet wurde, obwohl Niemand den Soldaten den geringſten Widerſtand entgegenſetzte. Die Entrüſtung, der Zorn, die ſich über ſolche Vorgänge in der Stadt verbreiteten, überſtiegen alle Grenzen. Die ſtädtiſchen Behörden ſelbſt vermochten das Verfahren des Präfecten nicht zu billigen, der alle geſetzliche Formen verletzt hatte; aber obgleich eine Bekanntmachung, die ſie erließen, ungetheilten Beifall fand, waren ſie doch nicht im Stande, die empörte Bevölkerung zu beruhigen. Die Nationalgarde machte mit dieſer gemeinſchaftliche Sache, und um einen blutigen Kampf zu vermeiden, mußte der Militairbefehlshaber des Departements General St. Clair ſich dazu verſtehen, das 35. Regiment, welches die Beſatzung bildete, in ſeine Caſernen zurückzuziehen und vom Oberbefehlshaber der Militairdiviſion, General Hulot, den Befehl einzuholen, daß daſſelbe

aus der Stadt geſchickt und durch andere Truppen erſetzt wurde. Als der Bericht über dieſe Auftritte in Paris einging, gerieth Caſimir Périer in die leidenſchaftlichſte Aufregung. Die bewaffnete Macht hatte ſich vor dem Aufruhr zurückziehen müſſen; die Militairbehörden hatten den Aufſtand, ſtatt ihn mit Gewalt zu unterdrücken, durch Zugeſtändniſſe beſchwichtigt! Keine Zugeſtändniſſe der Empörung! war der Grundſatz, den man ſchon bei den Lyoner Unruhen ausgeſprochen; und dieſem Grundſatze entſprachen die Beſchlüſſe, die der Miniſterrath auf den einſeitigen Bericht des Präfecten Duval ohne alle nähere Prüfung faßte. Der Oberbefehlshaber der Militairdiviſion General Hulot wurde nach Metz verſetzt; General Saint-Clair und der Platzcommandant von Grenoble wurden entlaſſen; die Nationalgarde von Grenoble wurde aufgelöſ't und entwaffnet, und das 35. Regiment, dem in einem Tagesbefehl an das Heer das größte Lob ertheilt wurde, erhielt den Befehl, mit Trommelſchall und fliegenden Fahnen, die Geſchütze mit brennenden Lunten in der Mitte, nach Grenoble zurückzukehren. Die gegenſeitige Erbitterung zwiſchen Bürgern und Soldaten machte ſich durch eine Menge Zweikämpfe Luft, die zwei Monate hindurch beinahe täglich Statt fanden, und in denen beinahe immer die Soldaten unterlagen, bis zuletzt ein Tumult, in dem es auf beiden Seiten Verwundete gab, die Regierung doch überzeugte, daß es zweckmäßig ſey, das verhaßte Regiment zu entfernen.

In Paris war es bei der angeſtrengten Aufmerkſamkeit, mit der die Behörden über der Erhaltung der Ruhe und Ordnung wachten, den außerordentlichen Anſtalten, die zu dieſem Zwecke getroffen wurden, endlich gelungen, der Straßenaufläufe Herr zu werden, die noch zu Anfange der Verwaltung Périers bei jeder Veranlaſſung die ganze große Hauptſtadt in Unruhe verſetzten und mehr als einmal ſogar dem Throne Ludwig Philipps ernſtliche Gefahr drohten. Wie abſcheulich die Einrichtung einer geheimen Polizei auch iſt, die, wo ſie in einem großartigen Maßſtabe angewandt wird, die innigſten Lebensverhältniſſe vergiftet und im geſelligen Verkehr alles Vertrauen zerſtören muß, ſo iſt doch nicht zu leugnen, daß dieſelbe in der Lage, in der die franzöſiſche Regierung ſich den Parteien gegenüber befand, weſentliche Dienſte leiſtete. Die Anſchläge der Ruheſtörer wurden den Behörden immer zum voraus bekannt; und die überſpannten Köpfe, die ſich ſonſt nur auf die Straße zu ſtürzen und irgend ein aufrühreriſches Geſchrei zu erheben brauchten, um gewiß zu ſeyn, daß ſie zahlreichen Zulauf hatten, verloren allmälig ihre Zuverſicht, ſeit ſie die

Digitized by Google

Erfahrung machten, daß jedesmal ſtatt des Anhanges, auf den ſie rechneten, die bewaffnete Macht zu ihrem Empfange bereit ſtand. Die Nachtheile, welche die Anwendung der geheimen Polizei immer zur Folge hat, blieben freilich auch nicht aus. Die Menſchen, die das ehrloſe Gewerbe der geheimen Spürerei treiben, wollen ihr Brod verdienen, und wenn ſie nichts Erhebliches zu hinterbringen wiſſen, ſo helfen ſie ſich durch Erdichtungen oder Uebertreibungen und ſtiften wohl gar durch ihre Aufreizungen erſt die Vergehen und Verbrechen an, von denen ſie nachträglich Anzeige machen. Auf einen ähnlichen Urſprung deutete eine Verſchwörung hin, die am 4. Januar 1832 entdeckt wurde. Von den Thürmen der Notredame erſchallte plötzlich die Sturmglocke. Die Polizeibeamten und Soldaten, die ſogleich eindrangen, fanden ſieben Perſonen verſteckt, die im Verhör bekannten, daß ſie das Zeichen zu einer allgemeinen Volkserhebung hätten geben wollen. In der Unterſuchung ergab ſich aber, daß die Polizei mehrere Tage vorher unterrichtet geweſen war und daß zwei geheime Agenten die Hand im Spiele gehabt hatten. Die Geſchwornen ſprachen die Mehrzahl der Angeklagten, deren im Ganzen acht waren, frei und erklärten nur drei, aber auch dieſe nicht wegen Theilnahme an einer Verſchwörung, ſondern wegen der Nichtanzeige für ſchuldig. Ernſter gemeint war die Verſchwörung von der Straße des Prouvaires. Die legitimiſtiſche Partei hatte den kühnen Plan entworfen, ſich der Perſon des Königs durch einen Handſtreich zu bemächtigen und gleichzeitig einen Aufſtand in Paris zu Gunſten des jungen Herzogs von Bordeaux hervorzurufen. Sehr beträchtliche Geldſummen, die zum Theil die Herzogin von Berry hergegeben, wurden zur Verfügung der Häupter der Verſchwörung geſtellt. Ein ſeiner legitimiſtiſchen Geſinnungen wegen bekannter Marſchall von Frankreich, vier Generale und mehrere andere bedeutende Perſonen hatten ihre Unterſtützung zugeſagt *); in zwei Regimentern der Beſatzung von Paris waren Verbindungen angeknüpft; eine Anzahl Officiere und Unterofficiere der ehemaligen königlichen Garde, die in Folge der Julirevolution aufgelöſ't war, viele verabſchiedete Diener des königlichen Hauſes und eine Menge Menſchen aus den niedern Volksclaſſen waren gewonnen. Die Leitung des An-

*) Louis Blanc, histoire de dix ans, T. III. pag. 177 nennt den Marſchall Victor, den bekannten General Montholon, den Herzog von Rivière ꝛc. Capefigue. l'Europe T. VI. pag. 72 ſucht die Sache als unbedeutend darzuſtellen, wie ſo manches Andere, was ihm nicht in den Kram paßt.

Digitized by Google

griffes auf die Tuilerien, wohin Ludwig Philipp ſeit dem 1. October des v. Jahres ſeine Reſidenz aus dem Palais royal verlegt, hatte ein Schuhmacher Namens Poncelet übernommen, der in den Julitagen tapfer mitgekämpft und ſeitdem, durch den Erfolg der Revolution enttäuſcht, der erbittertefte Gegner der neuen Regierung geworden war. Poncelet hatte ſich die Schlüſſel zum Louvre und zu den Tuilerien zu verſchaffen gewußt; die Nacht vom 1. auf den 2. Februar, in der auf dem Schloſſe ein großer Hofball Statt fand, war zur Ausführung des Ueberfalles erſehen, zu deſſen Unterſtützung, auf verſchiedenen Punkten der Stadt vertheilt, zwei bis drei Tauſend entſchloſſene Männer bereit ſtanden. Der Anſchlag war wohl berechnet, und nur zufällige Umſtände, die nicht vorherzuſehen waren, vereitelten denſelben. Nicht die Wirkſamkeit der geheimen Polizei; denn obwohl dieſe der Verſchwörung bei ihrer weiten Ausdehnung auf die Spur gekommen war, erfuhr ſie doch nichts Näheres über den Zuſammenhang. Aber einer der Agenten der Herzogin von Berry war unzufrieden damit, daß der Marſchall Victor an die Spitze geſtellt werden ſollte, und arbeitete im entſcheidenden Augenblicke dem verwegenen Unternehmen entgegen, indem er Verwirrung in die getroffenen Veranſtaltungen brachte. Dazu kam, daß ein Waffenhändler, bei dem Poncelet für 6000 Franken Gewehre beſtellt hatte, mißtrauiſch wurde und den Handel dem Polizeipräfecten anzeigte, der nach einem Wirthshauſe in der Straße des Prouvaires, wohin die Waffenlieferung gemacht werden ſollte, eine zahlreiche Abtheilung der Municipalgarde ſchickte. Man überraſchte hier eine große Anzahl der Verſchwornen, die nach einigem Widerſtand überwältigt und verhaftet wurden; die wenigſten waren jedoch in das geheime Getriebe tiefer eingeweiht, und dieſe Wenigen bewahrten das Geheimniß ſo treu, daß durch die Unterſuchung auch nicht einer der höheren Leiter bekannt wurde.

Die wichtigſte Folge, welche alle die Unruhen und Unordnungen hatten, durch die ſich die Zerrüttung der politiſchen und geſellſchaftlichen Ordnung in Frankreich kund gab, war, daß ſich Caſimir Périer ungeachtet der Abneigung, die gegen ihn ſowohl in den Tuilerien, als in den Kammern beſtand, immer mehr in der Gewalt befeſtigte, weil man ihm allein die Kraft des Charakters zutraute, die erforderlich war, um der Gefahr einer allgemeinen Auflöſung zu begegnen. In den Tuilerien wie in den Kammern erzwang Périer ſich durch den Glauben an ſeine Unentbehrlichkeit Gehorſam, obwohl nicht ohne ſchwere Kämpfe, in denen der reizbare, leidenſchaftlich erregte Mann zuletzt

Digitized by Google

nothwendig geiſtig und körperlich aufgerieben werden mußte. Am meiſten machte ihm der Unabhängigkeitsſinn der Abgeordnetenkammer zu ſchaffen, der, wenn auch mit feſter Hand gezügelt, doch immer von neuem ſeine Feſſeln brach. Wie in der Frage über die Erblichkeit der Pairie, mußte Périer auch in einer andern nicht viel weniger wichtigen ſeine perſönliche Ueberzeugung dem in der Kammer herrſchenden Geiſte zum Opfer bringen. In den erſten Monaten nach der Julirevolution war es, ſonderbar genug, verſäumt worden, dem neuen Königthume, das man begründet, ein feſtes Einkommen zu ſichern. Der Herzog von Orleans war zwar durch ſein Privatvermögen, ſo wie durch die aus der Revolution geretteten Stammgüter ſeines Hauſes einer der reichſten Fürſten Europa's; aber er war vorſichtig genug geweſen, am Tage vor ſeiner Annahme der Königskrone auf ſein Privatvermögen zu Gunſten ſeiner Kinder zu verzichten, um die Vereinigung deſſelben mit den Gütern der Krone zu vermeiden, die ihm bedenklich erſchien, da er die Dauer des Beſitzes für nichts weniger als geſichert hielt. Da nun überdies die Apanage des Hauſes Orleans auf den Thronfolger überging, ſo war Ludwig Philipp bei ſeiner Thronbeſteigung ohne alle eigene Habe; und wenn er ſich nicht den Nießbrauch *ſeiner* abgetretenen Güter vorbehalten hätte, ſo hätte der König der Franzoſen in die Lage kommen können, gleich dem beſcheidenſten Bürger zur Miethe wohnen zu müſſen. Man ſollte meinen, daß es um ſo dringender nöthig erſchienen wäre, dem Haupte des Staates die zu der Behauptung ſeiner Würde erforderlichen Einkünfte aus öffentlichen Mitteln anzuweiſen. Aber Ludwig Philipp hatte ſich in jenen erſten Tagen, in denen es ihm noch vor allen Dingen darum zu thun war, die gute Meinung der Männer des Stadthauſes zu gewinnen, ſich mit zu großer Beſtimmtheit über die geringen Bedürfniſſe eines Bürgerkönigs ausgeſprochen, als daß man es wagen konnte, ſo bald mit der Forderung der Millionen hervorzutreten, die ſich als unentbehrlich herausſtellten, ſo wie es darauf ankam, das Königthum der Julirevolution mit einem Glanze zu umgeben, der nicht allzu weit hinter jenem der Reſtauration zurückſtand. Schon im Jahre 1791 war durch die conſtituirende Verſammlung das jährliche Einkommen des Königs oder die ſogenannte Civilliſte auf 25 Millionen Franken feſtgeſetzt worden. Die gleiche Summe hatte nach der Reſtauration ſowohl Karl X. als Ludwig XVIII. bezogen. Ludwig Philipp erklärte ſich bereit, von der Civilliſte der älteren Linie 5 Millionen ſchwinden zu laſſen, und war, da Laffitte, damals noch ſein vertrauter perſönlicher Freund, auch

Digitized by Google

20 Millionen noch zu hoch fand, zuletzt mit 18 Millionen zufrieden, für die man ſo ſicher die Genehmigung der Kammer zu erhalten hoffte, daß ſie in dieſer Vorausſetzung vorläufig in monatlichen Friſten aus der Staatskaſſe wirklich erhoben wurden. Die monarchiſchen Geſinnungen, die in der Abgeordnetenkammer herrſchten, waren jedoch ſo lau, daß die Mehrheit ſelbſt über die ermäßigte Summe ihr mißfälliges Befremden äußerte, zumal als man erfuhr, daß außer derſelben die ſämmtlichen Paläſte, Luſtſchlöſſer und Domainen der älteren Linie die Ausſtattung der Krone bilden ſollten. Den ungünſtigſten Eindruck brachte eine Flugſchrift des Vicomte von Cormenin hervor, der nachrechnete, daß 18 Millionen Franken den Ertrag der Grundſteuer von 18 Departements ausmachten, daß eine ſolche Summe hinreichend wäre, um 60,000 fleißige Arbeiter ein Jahr hindurch zu unterhalten, daß ſie für den Sold eines Heeres von 55,000 Mann ausreichte und daß nur der neunte Theil für den öffentlichen Unterricht in ganz Frankreich verwandt würde. Als Bonaparte durch ſeinen kriegeriſchen Ruhm die Welt in Erſtaunen ſetzte, koſteten die drei Conſuln zuſammen Frankreich nur eine Million, — nicht ganz ſo viel, als jetzt für das Heizen der unterirdiſchen Oefen angeſetzt war; und ſelbſt Karl X. hatte, wenn man die Ausgaben abrechnete, die nach der Revolution nothwendig wegfielen, wie jene für die Haustruppen (die ſogenannte maison militaire), für viele Hofchargen u. dgl., nicht mehr als etwas über 11 Millionen gebraucht. Caſimir Périer wagte es, als die endliche Erledigung der dornichten Angelegenheit nicht länger zu verſchieben war, gar keine beſtimmte Summe zu fordern, ſondern überließ es in dem Geſetzentwurfe, den er der Abgeordnetenkammer vorlegte, dieſer ſelbſt, den Belauf der Civilliſte feſtzuſtellen. Die Commiſſion, die zur Prüfung des Geſetzentwurfes niedergeſetzt wurde, entſchied ſich für 14 Millionen; als die Berathungen in der Kammer begannen, wurde aber noch eine Menge anderer Vorſchläge gemacht. Die Einen verlangten, daß die Civilliſte auf 12, Andere, daß ſie auf 8, auf 6 und ſogar bloß auf 4 Millionen Franken herabgeſetzt werde. Auch von den Krongütern wollten Viele den größten Theil ihrer Beſtimmung entfremdet und zum Beſten des Staates verkauft wiſſen, während die Mehrheit der Commiſſion es ſich als von ſelbſt verſtehend angenommen hatte, daß dieſelben mit der Krone aus dem Beſitze der älteren in jenen der jüngeren Linie des Hauſes Bourbon übergingen. Die Erörterung, die an und für ſich ſchon nicht die zarteſte war, wurde durch einen Zwiſchenfall, den die Ungeſchicktheit des Cultusminiſters Grafen Mon-

Digitized by Google

talivet veranlaßte, noch mehr verbittert. Der junge Graf ſprach ſeine Meinung aus, daß jeder aufrichtige Freund der conſtitutionellen Monarchie auch dem Könige eine anſtändige Civilliſte gewähren werde. „Wenn der Luxus ſich aus dem Hauſe des Fürſten entfernt,“ ſagte er, „wird er bald auch aus den Häuſern der Unterthanen verbannt ſeyn.“ Das Wort Unterthanen war mehr, als die Geduld der würdigen Abgeordneten ertragen konnte. „Es giebt hier keine Unterthanen!“ ſchrie man von allen Seiten; „die Männer, welche Könige machen, ſind keine Unterthanen!“ Es entſtand ein ſo heilloſer Aufruhr, daß die Sitzung aufgehoben werden mußte. Am andern Tage unterzeichneten 124 Abgeordnete, denen ſpäter noch eine Anzahl beitraten, eine Verwahrung gegen den unglücklichen Ausdruck, deſſen ſich der Miniſter bedient hatte, und den man als einen Widerſpruch gegen die Charte anſah, die den Grundſatz der Volksſouverainetät geheiligt habe. Die Kammer ſetzte für die Civilliſte 12 Millionen aus und überwies derſelben außerdem beinahe alle Krongüter, von denen man nur Rambouillet, Bagatelle, die Schlöſſer zu Straßburg und Bordeaux und einige andere weniger bedeutende trennte, um zu zeigen, daß man die Macht dazu habe.

Eben ſo bezeichnend für den Geiſt der Abgeordnetenkammer, wie die Erörterungen über die Civilliſte, waren jene über einen Vorſchlag, der ſchon in der Seſſion von 1830 durch den Abgeordneten Baude gemacht, jedoch damals nicht zu Stande gekommen war und jetzt durch den Abgeordneten Bricqueville wieder aufgenommen wurde. Die thatſächliche Verbannung des älteren Zweiges der Bourbonen war Baude nicht hinreichend erſchienen, er hatte verlangt, daß dieſelbe durch ein beſonderes Geſetz ausdrücklich bekräftigt würde; Herr von Bricqueville fügte hinzu, daß jedes Mitglied der Familie Bourbon, das auf franzöſiſchem Boden betreten würde, dem Tode verfallen ſeyn ſollte. Ein ähnliches Geſetz war unter der Reſtauration gegen die Familie Napoleons erlaſſen worden; aber der rührenden Beredſamkeit Martignacs gelang es, die Wiederholung einer gleich barbariſchen Härte abzuwenden. Die Strafbeſtimmung wurde verworfen und bei dieſer Gelegenheit auch jene in dem Verbannungsgeſetze gegen die napoleoniſche Familie aufgehoben. Der Vorſchlag ſelbſt, auf die bloße Verbannung der Bourbonen beſchränkt, wurde angenommen und in der Pairskammer noch dahin gemildert, daß an die Stelle der Verbannung eine bloße Ausſchließung vom franzöſiſchen Gebiete trat. Ueberhaupt ſchienen die

Digitized by Google

erlauchten Pairs, nachdem ſie den ſchweren Schlag der Aufhebung der Erblichkeit überſtanden, es darauf abgeſehen zu haben, darzuthun, daß ſie mit der Erblichkeit nicht auch zugleich die Unabhängigkeit und ihren ſelbſtſtändigen Antheil an der Geſetzgebung verloren hätten. Sie verwarfen die von der Abgeordnetenkammer beſchloſſene Aufhebung der Feier des 21. Januars; und eben ſo lehnten ſie den von der Abgeordnetenkammer angenommenen Geſetzentwurf über die Wiedereinführung der unter der Reſtauration verbotenen Eheſcheidungen ab. Dieſe ſchüchternen Verſuche des Widerſtandes gegen den in der Abgeordnetenkammer herrſchenden Geiſt würden von Seiten der letzten ſchwerlich ungeahndet geblieben ſeyn, wenn die große Mehrheit der Mitglieder nicht, durch die Anſtrengungen der langen Seſſion ermüdet und außerdem durch den Ausbruch der Cholera in Paris in Schrecken geſetzt, ſich danach geſehnt hätte, ihre Geſchäfte zu beendigen, um in den Schoß ihrer Familien nach Hauſe zurückzukehren. Nur die Voranſchläge für den Staatshaushalt gaben noch zu ernſten Erörterungen Veranlaſſung, obwohl die Bemühungen Einzelner, bedeutende Erſparungen durchzuſetzen, wegen der Unausführbarkeit der von ihnen gemachten Vorſchläge nothwendig fehlſchlagen mußten. Aber es war immer üblich geweſen, an die Summen, die für die verſchiedenen Zweige der Verwaltung gefordert wurden, die Kritik der Verwendung zu knüpfen; und die Voranſchläge des auswärtigen Miniſteriums boten daher den Gegnern der Regierung eine willkommene Gelegenheit, ihre alten Angriffe auf die auswärtige Politik derſelben zu erneuen. Caſimir Périer hatte ſeit dem Anfange des Jahres 1832 auf die auswärtige Politik des Landes nicht bloß, wie früher, als Haupt der Verwaltung ſeinen Einfluß geübt, ſondern er hatte dieſelbe perſönlich geleitet, da dauernde, theils wirkliche, theils vorgeſchützte Unpäßlichkeit den General Sebaſtiani von allen Geſchäften entfernt hielt. Wenn die Oppoſition im Stande geweſen wäre, das Geheimniß der Unterhandlungen zu durchdringen, ſo würde ſie hinreichenden Stoff nicht allein zu dem bitterſten Tadel, ſondern zu den gerechteſten Anklagen gefunden haben. Denn Périer hatte, von ſeinem Hochmuthe verleitet, der ihn keine Schranken achten ließ, einen Schritt gewagt, der von dem Standpunkte des Repräſentativſyſtemes aus mit gutem Grunde als offener Verrath an den höchſten Intereſſen des Landes bezeichnet werden konnte. Er hatte ſich mit einem auswärtigen Staatsmanne, der ihm an Tiefe des Blickes, wie an Gewandtheit weit überlegen war, mit dem Fürſten Metternich in eine vertrauliche Verbindung eingelaſſen, die er zwar ſeiner Ueberzeugung nach

Digitized by Google

zum Beſten Frankreichs benutzte, die ihn aber in der That in eine Abhängigkeit von einer fremden Macht verſetzte, welche ſchwerlich mit dem Wohle, gewiß nicht mit der Würde Frankreichs vereinbar war. Der Zuſtand, in dem ſich ſeit dem Abzuge der Oeſterreicher der Kirchenſtaat befand, ließ ohne Mühe vorherſehen, daß eine neue Beſetzung in Kurzem unvermeidlich werden würde. Wenn dieſe, wie zu erwarten war, gerade in die Zeit der Berathungen über die Voranſchläge des Staatshaushaltes fiel, ſo konnte es ſich leicht ereignen, daß nicht allein die gewöhnliche Oppoſition, ſondern die Mehrheit der Kammer ſich gegen das Syſtem der Erhaltung des Friedens um jeden Preis auflehnte und der Regierung ihr Mißfallen durch Verwerfung der für das auswärtige Miniſterium veranſchlagten Summen zu erkennen gab. Denn ſchon die erſte öſterreichiſche Einmiſchung war nur mit Widerwillen geduldet worden, weil man denn doch nicht alle Erinnerung an die entſchiedenen Verwahrungen vertilgen konnte, die man ſeiner Zeit gegen das öſterreichiſche Einſchreiten in Neapel und Piemont eingelegt hatte; eine zweite Einmiſchung in weniger als Jahresfriſt würde der Vorbereitung zu einer dauernden Unterwerfung nicht unähnlich geſehen haben; und daß dieſe Frankreich nicht zugeben könne, darüber waren ſelbſt die eifrigſten Vertheidiger des Friedens einig. Périer ſah kein anderes Mittel, den drohenden Sturm zu beſchwören, als wenn er Oeſterreich gegenüber wenigſtens ſcheinbar eine Haltung behauptete, die den Vorwurf feiger Nachgiebigkeit und Schwäche auf keine Weiſe aufkommen ließ; und um dies ohne Gefahr für die Erhaltung des Friedens thun zu können, wandte er ſich mit einer in der modernen Diplomatie ſeltenen Offenheit an den Fürſten Metternich, theilte dieſem die Bedenken über ſeine Lage, der mißlichen Stimmung der Abgeordnetenkammer gegenüber, unverſchleiert mit und erbat ſich die Erlaubniß, mit Oeſterreich gemeinſchaftlich zur Herſtellung der Ruhe und Ordnung im Kirchenſtaate einzuſchreiten und dabei, um die Schreier in der Kammer zu beſchwichtigen, den Schein anzunehmen, als ob man ſich nur durch die Rückſicht auf die Bewahrung des franzöſiſchen Einfluſſes und Intereſſes in Italien leiten ließe. Der öſterreichiſche Staatskanzler, anfangs durch eine ſo ungewöhnliche Eröffnung überraſcht, gab willig ſeine Zuſtimmung, unter der Bedingung, daß die franzöſiſchen Truppen die gemeſſenſten Weiſungen erhielten, über die man ſich vorher verſtändigen müſſe, daß nirgend die päpſtliche Fahne verdrängt und daß dagegen die dreifarbige in die Caſernen eingeſchloſſen würde, während überall die päpſtliche Verwaltung und Polizei

ungeſtört bliebe *). Fürſt Metternich wußte wohl, was er that. Eine Einmiſchung, bei der die Franzoſen nur als die Gensdarmen erſchienen, die zur Unterſtützung der verhaßten päpſtlichen Behörden beſtimmt waren, mußte in den italieniſchen Bevölkerungen den letzten Reſt der Hoffnung, die ſie auf Frankreich geſetzt hatten, und damit die letzten Spuren der Anhänglichkeit, die ſie den Franzoſen bewahrten, zerſtören und konnte in der Volksmeinung nur eine für Oeſterreich vortheilhafte Umkehr bewirken, wenn man das zweideutige Verfahren der franzöſiſchen Regierung mit jenem der öſterreichiſchen verglich, die nie ihre Grundſätze verleugnete, die zwar bei den Nachbarvölkern keine aufrühreriſche Bewegungen duldete, aber zugleich ihnen Schutz gegen ungerechte und grauſame Bedrückungen lieh, wie dies überall geſchehen war, wo öſterreichiſche Truppen die Beſatzung bildeten. Périer ſah entweder die großen Nachtheile nicht, die ſeine Politik für Frankreich zur Folge hatte, oder er achtete derſelben nicht. Als die Nachricht in Paris einging, daß die Oeſterreicher zum zweiten Male in die Romagna eingerückt wären, gab er ſofort den Befehl, daß ein Geſchwader von drei Kriegsſchiffen mit zwei Bataillonen Landungstruppen unter dem Obriſten Combes von Toulon nach Ancona unter Segel gehen und dieſen Hafenplatz beſetzen ſollte. Gleichzeitig wurde der General Cubières, der den Oberbefehl über die Landungstruppen übernehmen ſollte, auf dem nächſten Wege nach Rom geſchickt, um ſich mit der päpſtlichen Regierung zu verſtändigen, und man rechnete darauf, daß er zeitig genug dort eintreffen würde, um alle Unterhandlungen zu beendigen, ehe das Schiffsgeſchwader, das einen ſo viel weiteren Weg beinahe um ganz Italien herum zurück zu legen hatte, in den Gewäſſern von Ancona erſchiene. Aber Cubières wurde auf der Ueberfahrt nach Livorno durch ungünſtige Winde zurückgehalten, und als er endlich in Rom ankam, wurde er mit den bitterſten Vorwürfen, empfangen, denn das franzöſiſche Geſchwader hatte inzwiſchen bereits Ancona erreicht; der Schiffscapitain Gallois der daſſelbe befehligte, fand es nicht gerathen, in der ſtürmiſchen Adria lange die hohe See zu halten, und landete deshalb (am 23. Februar) die Truppen, ohne die Weiſungen des Generals Cubières abzuwarten. Obriſt Combes ſeinerſeits konnte auf einem fremden Geſtade nicht in einer ungeſicherten Stellung bleiben; er ließ die Thore von Ancona, die vor ihm verſchloſſen wurden, durch ſeine Sappeurs einſchlagen, drang in die

*) Capefigue, l'Europe. T. VI. pag. 21—23.

Digitized by Google

Stadt, entwaffnete alle päpſtliche Poſten und bemächtigte ſich nach kurzen Unterhandlungen auch der Citadelle durch eine Capitulation, die den päpſtlichen Truppen die Wahl ließ, ob ſie mit Waffen und Gepäck und allen Kriegsehren abziehen oder mit den Franzoſen gemeinſchaftlich den Dienſt im Innern verſehen wollten. Zu Wien erregte die Kunde von einem Vorgange, der ſo wenig mit der Verabredung übereinſtimmte, nicht viel geringere Entrüſtung als zu Rom, und man beruhigte ſich nicht eher, als bis man erfuhr, daß Capitain Gallois ſeine Aufträge überſchritten und Obriſt Combes, nur durch die Nothwendigkeit ſeiner Lage gezwungen, mit einer von der franzöſiſchen Regierung keinesweges beabſichtigten Gewaltthätigkeit gehandelt habe. Die Beſatzung von Ancona wurde jetzt auf drittehalb Tauſend Mann gebracht; aber die päpſtlichen Behörden, die einſtweilen ihre Verrichtungen eingeſtellt hatten, traten wieder in Thätigkeit und die Fahne mit den beiden Schlüſſeln, die anfangs verſchwunden war, wehte neben der dreifarbigen. In Frankreich wußte man nicht, was man zu einem Ereigniſſe ſagen ſollte, welches man ſich bei der Unbekanntſchaft mit den vorausgegangenen Unterhandlungen unmöglich zu erklären vermochte. Die Oppoſition beurtheilte daſſelbe zwar, durch das Gefühl ihres Haſſes aufgeklärt, im Allgemeinen vollkommen richtig; aber ſie konnte für ihre Vermuthungen keine Beweiſe beibringen; und die Mehrheit der Abgeordnetenkammer war hoch erfreut, als Périer ihr die Verſicherung ertheilte, daß eine ſo unerwartete Kraftentwickelung, die man als eine Drohung gegen Oeſterreich anſah, den europäiſchen Frieden nicht gefährden würde. Die verlangten Geldbewilligungen für das auswärtige Miniſterium wurden ohne Verkürzung genehmigt, und unmittelbar darauf nahm General Sebaſtiani ſeine ſeit drei Monaten eingeſtellten amtlichen Verrichtungen wieder auf, weil es Ludwig Philipp bedenklich erſchien, die Leitung der äußeren Politik wie der inneren Verwaltung länger in der Hand eines Mannes von dem ungeſtümen, unbezähmbaren Charakter Périers zu vereinigen. Aber Caſimir Périers Kraft war erſchöpft; die Tage ſeines Lebens, das ſeit ſeiner Uebernahme der Gewalt ein fortwährender Kampf ohne Ruhe und Raſt geweſen, waren gezählt; noch wenige Wochen, und der mächtige Geiſt, der die ſchäumenden, überwallenden, tobenden Leidenſchaften des revolutionairen Frankreichs gezügelt, hatte alle Feſſeln geſprengt, die ihn in ſeiner irdiſchen Laufbahn hemmten.

Die aſiatiſche Seuche, welche die ruſſiſchen Heere zu Anfange des vergangenen Jahres in Polen eingeſchleppt, war, nachdem ſie, langſam

Digitized by Google

gegen Weſten vorrückend, ganz Deutſchland durchſchritten hatte, mit dem Ausgange des März in Frankreich eingedrungen. Am 27. März wurden die erſten Cholerafälle in Paris gemeldet, und bald griff die Krankheit ſo reißend um ſich, daß es den Gewerken nicht mehr möglich war, die zu der Beſtattung der Leichen erforderliche Zahl von Särgen zu liefern. Die Angſt vor der Cholera war jetzt das Gefühl, welches alle Stände beherrſchte und jede andere Gefühlsregung verdrängte; und dieſe Angſt rief Erſcheinungen hervor, welche der franzöſiſchen Selbſtgefälligkeit eine tiefe Beſchämung bereiten ſollten, indem ſie die Maſſe des niedern Volkes auf einer Stufe der ſittlichen Bildung zeigten, die von der roheſten Barbarei keineswegs allzuweit entfernt war. Wie bei dem erſten Auftreten der verheerenden Seuche in Moskau und St. Petersburg, ſo verbreitete ſich auch in Paris, der Hauptſtadt europäiſcher Geſittung, wie die Franzoſen ſie nennen, das ſeltſame unſinnige Gerücht, daß es gar keine Cholera gebe, daß vielmehr die Regierung, welche die zu dichte Anhäufung der Bevölkerung mit Beſorgniß ſehe, den abſcheulichen Beſchluß gefaßt habe, dieſelbe durch Vergiftungen in Maſſe zu verdünnen. Eine Menge Menſchen, die man um der geringfügigſten Urſachen willen oder ohne alle Urſache für Vergifter erklärte, wurde von dem wüthenden Pöbel in Stücke geriſſen, und ſo furchtbar raſ'te der entſetzliche Wahn, daß ſelbſt die bewaffnete Macht die Unglücklichen nicht immer zu retten vermochte, die bei ihr Schutz ſuchten. Nicht viel weniger ſchimpflich, als dieſe Ausſchweifungen des Pöbels, war die feige Selbſtſucht, die ſich unter den höheren Ständen kund gab, indem von dieſen, wem es irgend ſeine Mittel erlaubten, ohne Rückſicht auf die Pflichten ſeiner geſellſchaftlichen Stellung die verpeſtete Luft der Hauptſtadt floh, um ſich in ländlicher Zurückgezogenheit vor der Gefahr der Anſteckung zu ſichern. Von den Mitgliedern der Abgeordnetenkammer hatte bereits am 3. April, während die wichtigen Berathungen über die Voranſchläge noch in vollem Gange waren, ein gutes Drittheil Paris verlaſſen; am 13. waren nur noch 35 Abgeordnete anweſend, und die Sitzungen mußten bis zum 21. vertagt werden, wo in einem beinahe ganz leeren Saale der förmliche Schluß der Seſſion erfolgte. In dieſer allgemeinen Flucht gab Caſimir Périer einen Beweis bürgerlichen Muthes, der ihm zur höchſten Ehre gereichte, ihn aber wahrſcheinlich das Leben koſtete. Der Herzog von Orleans hatte beſchloſſen, weil man ſich davon eine gute Wirkung auf die Volksmeinung verſprach, die Spitäler der Cholerakranken zu beſuchen; Périer, obwohl ſelbſt leidend und durch ſeine

Digitized by Google

krankhafte Reizbarkeit für nachtheilige Erregungen doppelt empfänglich, begleitete den Prinzen. Drei Tage darauf zeigte der Moniteur die Erkrankung des erſten Miniſters an. Die Krankheit nahm von Anfang einen ſo bedenklichen Charakter an, daß dem Leidenden jede geiſtige Thätigkeit unterſagt werden mußte; aber ſo groß war die Achtung oder wohl auch die Scheu, die ſowohl der König als die Geſammtheit ſeiner Collegen vor dem gewaltthätigen Manne hatte, daß man lieber die wichtigſten Geſchäfte liegen ließ, als man es gewagt hätte, ihn durch einen Amtsverweſer zu erſetzen. Erſt als er ſelbſt erkannte, daß er auch im Falle ſeiner Herſtellung in langer Zeit nicht daran denken konnte, die anſtrengenden Arbeiten der Verwaltung wieder zu übernehmen, wurde auf ſeinen Rath (am 27. April) Graf Montalivet, der bisherige Miniſter des Unterrichts, an ſeiner Statt zum Miniſter des Innern ernannt, während auch jetzt noch dem ſchon beinahe mit dem Tode Kämpfenden wenigſtens dem Namen nach der Vorſitz im Miniſterrathe vorbehalten blieb. Der öffentliche Unterricht wurde dem Präſidenten der Abgeordnetenkammer Girod (vom Ain) übertragen, nicht ſo ſehr weil man ihm für dieſe Stellung eine beſondere Befähigung zutraute, als weil von ihm am wenigſten zu beſorgen war, daß er einer ſpäteren feſten Geſtaltung des Miniſteriums durch ſeine Anſprüche ein Hinderniß entgegenſetzte. Am 16. Mai 1832 erlag endlich Périers ſtarke Natur einem ſechswöchentlichen Siechthume. Sein Tod, wie lange auch von Tage zu Tage erwartet, erregte in ganz Frankreich eine Beſtürzung, die den ſicherſten Maßſtab für die Bedeutung des in noch kräftigem Mannesalter von dem politiſchen Schauplatze Abgerufenen gab. An der Bahre des Mannes, der in ſturmvoller Zeit, während alle geſellſchaftliche Verhältniſſe in unheildrohendem Schwanken begriffen waren, mit feſter Hand die Geſchicke des Landes gelenkt hatte, ſchwieg der Haß der Parteien. Jedermann geſtand zu, daß es nur einem ſo gewaltigen eiſernen Willen gelingen könnte, die in ihren tiefſten Grundlagen erſchütterte Ordnung von neuem zu ſichern. Die Anhänger der Regierung waren von Schrecken ergriffen, denn ſie hatten einen Führer verloren, der zugleich ihr Schild und ihr Schwert war, und ſie fühlten wohl, daß kein Anderer ihn zu erſetzen vermochte. Die Gegner erkannten an, daß Périer, wenn er ſich auch in der Wahl der Mittel geirrt, es treu und redlich mit dem Beſten des Landes gemeint und für ſeine Ueberzeugung mit der Kühnheit und Hingebung eines Helden geſtritten hatte. Auch wagten die Wenigſten, da ſich jetzt ihnen die Ausſicht auf den Sieg von neuem

Digitized by Google

zu bieten ſchien, ohne Grauen in den Abgrund zu blicken, den dieſer vor ihnen eröffnen konnte. Ein Mann bewahrte mitten in der zwieſpaltigen Bewegung der Parteien ſeinen ungeſtörten Gleichmuth, und dieſer Eine war gerade jener, der dem großen Todten ohne Zweifel am meiſten verdankte. Ludwig Philipp verbarg ſich keineswegs, wie ſchwer es ihm ohne die Mitwirkung Caſimir Périer's geworden wäre, ſich auf der ſchwindelnden Höhe zu behaupten, zu der er unter der einmüthigen Zuſtimmung Frankreichs erhoben war; aber er war der Meinung, daß der Preis, den Périer für ſeine Dienſte gefordert hatte, dieſelben vollkommen aufwog. Denn der Miniſter hatte durch die Alleinherrſchaft, die er thatſächlich übte, den König ſo in den Hintergrund gedrängt, daß dieſem außer dem äußeren Glanze und Gepränge von ſeiner erhabenen Würde wenig mehr als der Name blieb. Alle Verſuche, die Ludwig Philipp unter Périers Verwaltung machte, den entſcheidenden perſönlichen Einfluß auf die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten auszuüben, dem ſich doch der revolutionaire Lafitte willig gefügt hatte, wurden von dem gegenrevolutionairen Präſidenten des Miniſterrathes mit einer Schroffheit zurückgewieſen, die nicht ſelten ſelbſt die gewöhnlichen Formen der Achtung, ja des Anſtandes verletzte. Caſimir Périer bekannte ſich zwar nicht mit Worten, aber, was ungleich wichtiger war, durch die That zu der Lehre, die während der letzten Jahre der Reſtauration von den Stimmführern der Liberalen ausgebildet war, daß in einem conſtitutionellen Staate der König regiere, aber nicht die Verwaltuug leite (le roi règne, mais ne gouverne pas). Durch den Tod Périer's fühlte ſich Ludwig Philipp daher von einer Laſt befreit, die er nicht ohne tiefen geheimen Groll getragen hatte. Erſt jetzt konnte er ſagen, daß er König ſey; denn ſeiner Anſicht nach war die Krone etwas mehr als ein bloßer Schmuck, und er hatte wohl nicht unrecht, wenn er glaubte, daß die Franzoſen die Ehre, ein Oberhaupt zu haben, das auf einem purpurbedeckten Throne ſaß und die Hände in den Schoß legte, mit einem jährlichen Aufwande von 12 Millionen gar bald zu theuer bezahlt finden würden. Ludwig Philipps ganzer Charakter lag in der Bemerkung, mit der er die Nachricht von dem Dahinſcheiden ſeines erſten Miniſters einem ſeiner Vertrauten mittheilte: „Périer iſt todt. Iſt es ein Glück oder ein Unglück? die Zukunft wird es uns lehren.“

Digitized by Google

Zweites Hauptſtück.

Die politiſche Entwickelung vor und nach der Juli-Revolution

in der

Schweiz, in Italien, auf der pyrenäiſchen Halbinsel und in Griechenland.

Da Ludwig Philipp bei ſeiner Thronbeſteigung, ſtatt ſeine Regierung — wie er äußerlich den Schein annahm — als eine durch die Revolution begründete anzuerkennen, vielmehr unter der Hand entſchloſſen war, im Weſentlichen nur das Regiment der Reſtauration fortzuſetzen, ſo verſtand es ſich von ſelbſt, daß er darauf Bedacht nehmen mußte, eben ſo wie in der innern Verwaltung Frankreichs, auch in den Beziehungen zum Auslande Alles möglichſt unverändert zu erhalten. Als Fürſt Talleyrand bei ſeiner Ankunft zu London erklärte, daß er vor allen Dingen es als ſeine Aufgabe betrachte, die Verträge von 1815 aufrecht zu erhalten, handelte er daher in vollkommenem Einverſtändniſſe mit ſeinem königlichen Herrn, der in der Politik freilich wohl mehr ſein Schüler als ſein Gebieter war. Deſſen ungeachtet konnte man bei dem zweideutigen Charakter des alten Diplomaten, der auf allen ſeinen Wegen ſich gern eine Hinterthüre offen ließ, einigen Zweifel hegen, ob ſeine Erklärung ganz aufrichtig gemeint war, da er, als einer der Unterhändler in jener verhängnißvollen Zeit, unmöglich vergeſſen haben konnte, wie wenig freundlich gegen Frankreich der Geiſt war, der die Verträge von 1814 und 1815 dictirt hatte. Wenn die ruſſiſche Politik auch nach dem zweiten Sturze Napoleons verhinderte, daß die Franzoſen in die Grenzen zurückgewieſen wurden, welche die Natur ihnen geſetzt hat, ſo war doch die ganze europäiſche Staatenordnung, wie ſie der Wiener Congreß feſtſtellte, darauf berechnet, dem franzöſiſchen Ehrgeize für immer die Thore zu verſchließen, durch welche derſelbe ſeit Jahrhunderten bald mit ſchleichender Liſt herausgeſchlüpft, bald mit ſtürmender Gewalt ausge-

Digitized by Google

brochen war, um halb Europa ſeinem Einfluſſe oder ſeiner Herrſchaft zu unterwerfen. Auch franzöſiſche Staatsmänner, die weiſe genug geweſen wären, ſich über die Vorurtheile ihrer Volkseitelkeit zu erheben, würden damals begriffen haben, daß es das wahre Intereſſe der franzöſiſchen Nation keinesweges verletzte, wenn ihr die Veranlaſſungen zur Verführung entzogen wurden, die ſie oft genug verleitet hatten, ihre beſten Kräfte in Beſtrebungen zu vergeuden, die zuletzt doch immer nur zu ihrem eigenen Verderben ausſchlugen. Aber wir finden in der langen diplomatiſchen Laufbahn des Prinzen von Benevent nichts, was uns berechtigte, ihm jene höhere Einſicht zuzuſchreiben, welche für die Nationen ſo wenig als für die einzelnen Menſchen einen Vortheil kennt, der nicht mit der Gerechtigkeit zu vereinigen iſt. Fürſt Talleyrand hat zwar auf dem Wiener Congreſſe im Namen der Gerechtigkeit ſowohl gegen die Theilung Sachſens, als für die Herſtellung des Kirchenſtaates gekämpft; in beiden Fällen diente ihm die Gerechtigkeit jedoch nur zum Vorwande, den er benutzte, um ſeine wirklichen Beweggründe zu verbergen. Um den zweiten Pariſer Frieden nicht zu unterzeichnen und den Haß auf ſich zu laden, der die Urheber in der Meinung der franzöſiſchen Nation treffen mußte, hatte Talleyrand im Jahre 1815 ſeine Entlaſſung als Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten genommen. Die Ueberzeugung von der Gerechtigkeit der Verträge des Jahres 1815 war es alſo gewiß nicht, was ihn beſtimmte, in London als der Verfechter derſelben aufzutreten. Die Anerkennung der Verträge war ihm nur der Preis, um den Frankreich ſich die Verzeihung der Mächte für ſeine Julirevolution, die neue Dynaſtie ihre Aufnahme in den vertraulichen Rath der alten europäiſchen Herrſchergeſchlechter erkaufen ſollte. Talleyrands Plan war, die Londoner Conferenz zu einem neuen Wiener Congreſſe zu erweitern, der gleich dem erſten alle ſchwebende Fragen der europäiſchen Politik gelöſ't und das wankende Gebäude der europäiſchen Ordnung durch gemeinſchaftliche Maßregeln geſtützt hätte. Der belgiſche Aufruhr ſchien eine willkommene Gelegenheit zu bieten, den guten Willen der neuen franzöſiſchen Regierung durch etwas mehr als luſtige Verſprechungen an den Tag zu legen: aber ſchon dieſe einzelne Angelegenheit zeigte ſich, als die Verhandlungen über dieſelbe begannen, mit ſo großen Schwierigkeiten umgeben, daß ein Zurückkommen auf die Verträge von 1815 bald von allen Seiten als eine Unmöglichkeit erkannt wurde; und damit fiel jede Ausſicht auf einen neuen Congreß in ſich ſelbſt zuſammen. Wenn Talleyrand nicht von ſeinem gerühmten Scharfblicke gänzlich verlaſſen war, ſo bedurfte er dieſer War-

Digitized by Google

nung nicht, um ſich zu ernſten Bedenken über die Statthaftigkeit ſeiner Auffaſſung der Verhältniſſe aufgefordert zu fühlen. Er hatte am 29. Juli die Flucht der königlichen Garden aus ſeinem Fenſter mit angeſehen und hatte doch die Julirevolution nicht in ihrer vollen Bedeutung zu würdigen gewußt. Indem er dieſelbe bloß als einen Ausbruch des Volksunwillens gegen die Verkehrtheit der Reſtauration aufaßte, vergaß er, daß die Reſtauration keine vereinzelte Erſcheinung, ſondern ein nothwendiges Glied in der Kette des Europa beherrſchenden politiſchen Syſtemes war; daß dieſes Glied nicht geſprengt werden konnte, ohne daß die ganze Kette zerriſſen wurde, und daß andere Mittel erforderlich waren, als die Künſte der Diplomatie, wenn die getrennten Stücke wieder zuſammengefügt werden ſollten. Selbſt in dem brittiſchen Inſelreiche, das durch gegenſeitigen Volkshaß ſchroffer von Frankreich geſchieden war, als durch den Meeresarm, den von beiden Seiten mehr als einmal feindliche Heere überſchritten haben, blieben die Nachwirkungen des Schlages nicht aus, der Karl X. vom Throne geſtürzt. Vor Talleyrands Augen erhob ſich der Sturm, der die mächtigſten Pfeiler der ſeit länger als einem Jahrhunderte beſtehenden Adelsherrſchaft brach und eine Umgeſtaltung der Dinge vorbereitete, welche tiefer, als in Frankreich die Julirevolution, in alle Verhältniſſe eingriff. Und zu derſelben Zeit, während dieſer Umſchwung in England erfolgte, pflanzte ſich auf dem Feſtlande die Bewegung, die zuerſt in Belgien zu gewaltſamem Durchbruche kam, mitten durch Deutſchland bis zu den Ufern der Weichſel fort, erbebten die ewigen Alpen und löſ'ten ſich die Bande, welche die Befreier vom fremden Joche der freien Eidgenoſſenſchaft aufgezwungen, gährte es in Italien, und kündigten ſich auch für die beiden Staaten der pyrenäiſchen Halbinſel unzweideutige Zeichen bevorſtehende Erſchütterungen an. Unter ſolchen Umſtänden konnte die Diplomatie nur eine ſehr untergeordnete Rolle ſpielen; ſie mußte geſchehen laſſen, was nicht zu ändern war, und ſich darauf beſchränken, im Einzelnen nachzuhelfen, wo die Entſcheidung im Großen und Ganzen durch eine höhere Macht erfolgt war.

Drei Staaten waren durch die Verträge der Jahre 1814 und 1815 vorzugsweiſe dazu beſtimmt, die Grenzhut gegen Frankreich zu übernehmen und, ſofern der unruhige Sinn der Franzoſen das nur durch die vereinten Anſtrengungen von ganz Europa bezwungene Volk von neuem zu kriegeriſchen Gelüſten triebe, auf der einen Seite dem deutſchen Bunde, auf der andern der öſterreichiſchen Macht in Italien zu feſten Stützpunkten zu dienen: das Königreich der Niederlande, das

Königreich Sardinien und die Schweiz, wenn man anders dieſen ſonderbaren Staatenverein einen Staat nennen darf. Wie das aus dem alten Freiſtaate der vereinigten Niederlande hervorgegangene Königreich durch den Erwerb der belgiſchen Provinzen, ſo war der feſtländiſche Beſitz des Königs von Sardinien durch die Hinzufügung des ehemaligen Freiſtaates Genua verſtärkt worden, um den einen dieſer Staaten im Norden, den andern im Süden zu einer Macht zu erheben, die wenigſtens nicht ſo leicht durch den erſten Anlauf über den Haufen zu werfen war. Von nicht geringerer Wichtigkeit für die gegen Frankreich errichtete Vertheidigungslinie, als das Königreich der Niederlande und als Sardinien, war die ſchweizeriſche Eidgenoſſenſchaft; und man verſäumte es eben ſo wenig, ſie in den Kreis des Einfluſſes zu ziehen, den die verbündeten Höfe des öſtlichen Europa's ſich geſichert hatten, wie jene beiden Königreiche. Aber die Mittel, deren man ſich zur Erreichung deſſelben Zweckes bediente, waren ſehr verſchiedenartige. Während man den beiden monarchiſchen Staaten durch die Erweiterung ihres Gebietsumfanges eine Unabhängigkeit lieh, zu der ſie durch eigene Kraft ſchwerlich jemals gelangt wären, zerſtörte man in der Schweiz alle Elemente, aus denen ein ſelbſtſtändiges Staatsleben ſich entwickeln konnte. Man wagte es nicht, die uralte Freiheit der Eidgenoſſenſchaft aufzuheben, die ſelbſt Napoleon auf der ſchwindelnden Höhe ſeiner Siege und Eroberungen geachtet hatte; man hatte aber auf der andern Seite eine zu ängſtliche Scheu vor wahrer Volksfreiheit, als daß man das Beiſpiel derſelben im Herzen Europa's hätte dulden ſollen. Man ſchlug daher einen Mittelweg ein, indem man der Schweiz den Namen der Freiheit ließ und ihr zugleich die Möglichkeit entzog, von der Freiheit einen verſtändigen Gebrauch zu ihrem Wohle und Heile zu machen. Die bevorzugten Adels- und Bürgerfamilien, deren Herrſchaft man herſtellte, waren durch ſittliche Entartung zu tief von ihrer alten Herrlichkeit herabgeſunken, als daß ſie ohne fremden Beiſtand auf die Dauer vermocht hätten, ſich in der Gewalt zu behaupten. Man ſtützte ſich alſo hier, ſtatt auf die Kraft, auf die Schwäche; und es hätte ſeltſam kommen müſſen, wenn ein ſo grober Fehler ſich nicht beſtraft hätte.

Die erſte franzöſiſche Revolution fand die Schweiz in einem Zuſtande der Ohnmacht und des Verfalls, der im Kleinen und unter republikaniſchen Formen ein treues Abbild der gleichzeitigen Zuſtände des heiligen römiſchen Reiches deutſcher Nation bot. Ebenſo wie das deutſche Reich war die ſchweizeriſche Eidgenoſſenſchaft in eine

nur nicht ganz ſo große Zahl kleinerer und größerer Staaten zerſplittert, die, durch Verträge zu einem Ganzen verbunden, in der Wirklichkeit vollkommen unabhängig neben einander ſtanden, und von denen jeder einzelne kein höheres Intereſſe kannte, als ſeinen beſondern Vortheil oder noch häufiger den Vortheil ſeiner jeweiligen Machthaber. So wie Deutſchland, war auch die Schweiz in katholiſche und proteſtantiſche Staaten getheilt; in der Schweiz, wie in Deutſchland, hatten die beiden Glaubensparteien einander in blutigem Bürgerkriege mit den Waffen bekämpft, und der Glaubenshaß vermehrte die gegenſeitige Entfremdung, welche zunächſt eine Folge der politiſchen Zerriſſenheit war. Zu dieſen politiſchen und religiöſen Gründen der Spaltung kam in der Schweiz noch die Verſchiedenheit der Volksthümlichkeiten, da in beengtem Raume neben einer und einem Viertheil Million Deutſcher eine halbe Million Franzoſen, Italiener und romaniſch redende Wälſche wohnten: freilich eben auch nicht anders wie in Deutſchland, wo nur die Wallonen von Lüttich, die Italiener von Wälſch-Tyrol und Iſtrien und die ſlaviſchen Stämme des Oſtens durch weitere Zwiſchenräume getrennt waren. Die alte deutſche Volkskraft war in der deutſchen Schweiz ſo wenig erloſchen, wie im heiligen römiſchen Reiche; ſie hatte aber in der Schweiz eben ſo ſehr jede freie Regung verlernt, wie in Deutſchland, weil ſie in den ſchweizeriſchen Freiſtaaten unter demſelben engherzigen Zwange gehalten wurde, wie in den Reichsſtädten und in den geiſtlichen und weltlichen Fürſtenthümern Deutſchlands. Freiheit beſtand in der Schweiz nur für die regierenden Herren; und wenn es um die Freiheit überall in Europa nicht viel anders beſtellt war, ſo waren doch die Verhältniſſe zwiſchen Regierenden und Regierten nirgend in der Welt ſo wunderlich verſchiedenartig geordnet, wie in den Landen der ſchweizeriſchen Eidgenoſſenſchaft, wo es Cantone mit reiner Volksherrſchaft, andere mit der Herrſchaft weniger Adelsgeſchlechter und wieder andere mit Verfaſſungen gab, die entweder alle Gewalt oder den vornehmſten Antheil an derſelben den bemittelten Bürgern der Hauptſtadt liehen, und außerdem noch Unterthanenlande, welche der unbeſchränkten Gewalt der einen oder der andern Cantonsregierung unterworfen waren, zugewandte Orte, die unter dem Schutze der geſammten Eidgenoſſenſchaft ſtanden, und Bundesgenoſſen, deren Beziehungen zur Eidgenoſſenſchaft ſich auf die gegenſeitige Verpflichtung bewaffneter Hülfeleiſtung gegen das Ausland beſchränkten. Der Mangel an Einheit und Einigkeit, der bei ſo bunt gemiſchten Verhältniſſen unvermeidlich war, machte es den Franzoſen leicht, den

Digitized by Google

Widerſtand zu überwältigen, den ihnen bei ihrem Einbruche während der Revolutionskriege die Bevölkerungen auf vereinzelten Punkten entgegenſetzten. Das morſche Gebäude der ſchweizeriſchen Bundesverfaſſung bedurfte nur eines ſolchen Anſtoßes, um in Trümmern auseinander zu fallen. An ſeiner Stelle erſtand unter franzöſiſchem Einfluſſe die eine untheilbare helvetiſche Republik, die ſclaviſch dem Muſter der einen untheilbaren franzöſiſchen Republik nachgebildet war, ſich aber eben ſo wenig bewährte, wie das Vorbild, da ſie fortwährende Unruhen, Aufſtände und Bürgerkämpfe hervorrief, bis Napoleon Bonaparte (im Jahre 1803) mit Heeresmacht zur Herſtellung der Ordnung einſchritt und durch ſeine Vermittlungsacte eine neue Verfaſſung begründete, die den ſchweizeriſchen Zuſtänden ſo wohl angemeſſen war, daß mit Ausnahme der verhältnißmäßig geringen Zahl adliger und bürgerlicher Familien, welche durch die Revolution ihre alten Vorrechte und ihre alte Macht eingebüßt hatten, beinahe Niemand die früheren wurmſtichigen Einrichtungen zurückwünſchte. Den empfindlichſten Verluſt hatte der Berner Adel erlitten, der während des Beſtandes der alten Ordnung der Dinge in dem mächtigſten und größten der dreizehn Cantone eine beinahe unumſchränkte Gewalt übte. Dieſen ſtolzen Patriciern fiel es unerträglich, ſich mit ihren ehemaligen Unterthanen auf die gleiche Stufe der bürgerlichen Geltung herabgeſetzt zu ſehen; und ſo tief war ihr Groll, wie zugleich ihre Entartung, daß ſie ſelbſt vor dem Verrathe am Vaterlande nicht zurückbebten, ſobald ihnen dieſer eine Gelegenheit zu bieten ſchien, den Vorrang vor ihren Mitbürgern, der ihnen ihrer Meinung nach gebührte, wieder einzunehmen. Im Jahre 1807 baten ſie Napoleon, der Schweiz einen Prinzen ſeines Hauſes zum Könige zu geben, weil ſie die Hoffnung hegten, in dieſem Falle ſich als Schranzen an dem Hofe des fremden Gewaltigers brüſten zu können. Im Jahre 1813, als die Wagſchale des Kampfes ſich zu Gunſten der Verbündeten neigte, verſammelte ſich die Tagſatzung, wie die ſchweizeriſche Bundesbehörde auch nach der Vermittlungsacte mit ihrem altſchweizeriſchen Namen hieß, und ſprach die Unparteilichkeit der Schweiz, ſo wie den Entſchluß aus, die Unabhängigkeit des Vaterlandes und die beſtehende Verfaſſung deſſelben aus allen Kräften aufrecht zu halten. Ein Heer von 12,000 Mann wurde aufgebracht und unter dem Befehle Rudolfs von Wattenwyl zur Bewachung der ſchweizeriſchen Rheinübergänge aufgeſtellt, während Geſandte nach Paris und in das Lager der Verbündeten nach Frankfurt eilten, um von beiden Seiten die Anerkennung der ſchweizeriſchen Unparteilichkeit zu er-

Digitized by Google

langen. Napoleon, der davon freilich den größten Vortheil hatte, war ſogleich bereit, dieſelbe zuzugeſtehen. Bei den verbündeten Mächten war der amtlichen Geſandtſchaft aber bereits eine Abordnung der Berner Patricier zuvorgekommen, welche die Schweiz in ihrer zeitweiligen Lage als unbedingt dem franzöſiſchen Einfluſſe unterworfen darſtellten und die Befreiung von demſelben als ein dem allgemeinen Volkswunſche entſprechendes Geſchenk erbaten. Die Geſandten erhielten zu Frankfurt keinen beſtimmten Beſcheid; aber ein öſterreichiſcher Heerhaufen unter den Generalen Bubna und Langenau erſchien auf der badiſchen Rheinſeite vor Baſel. Da verließen die eidgenöſſiſchen Bundestruppen auf Befehl ihres Anführers, der ein Berner Patricier war, ihre Stellungen. Die Oeſterreicher überſchritten den Strom und ein Theil ihres Heeres rückte in das Innere der Schweiz ein, um die Straße nach Genf und Lyon einzuſchlagen. Gleichzeitig traf in Bern ein ſächſiſcher Graf Senft von Pilſach ein, der, obwohl ohne alle Beglaubigung, ſich als öſterreichiſchen Geſchäftsträger ankündigte und die beſtehende Regierung aufforderte, die Gewalt niederzulegen, um ſie den rechtmäßigen Behörden zurückzugeben, welche dieſelbe vor der Revolution inne gehabt hätten. Um den Nachdruck dieſer Aufforderung zu verſtärken, berief er ſich darauf, daß eine Abtheilung öſterreichiſcher Truppen, die zufällig des Weges zogen, zu ſeiner Unterſtützung bereit wäre. Mehr bedurfte es nicht, um die weiſen Herren des Berner Rathes von der Vergeblichkeit jedes Verſuches zum Widerſtande zu überzeugen. Da die alten Behörden nicht mehr vorhanden waren, ſo wurde einſtweilen aus den vornehmſten Patricierfamilien ein Geſetzgebungsausſchuß ernannt, um die Zurückführung der früheren Zuſtände und Einrichtungen vorzubereiten. Dem Beiſpiele von Bern folgten Freiburg, Solothurn und Luzern, wo gleichfalls die alten Einrichtungen hergeſtellt wurden, ohne daß man ſich von irgend einer Seite zu widerſetzen gewagt hätte. Nur eine ſchmerzliche Erfahrung mußten die Berner Patricier machen. Ihre ehemaligen Unterthanenlande, aus denen zwei neue ſelbſtſtändige Cantone gebildet waren, — Aargau und Waadt — weigerten ſich, zum Gehorſam zurückzukehren, und rüſteten ſogar, um einen gewaltſamen Angriff mit den Waffen abzuwehren. Auch blieb die Tagſatzung, von der ſich nur der Berner Geſandte zurückgezogen, zu Zürich vereinigt und verſuchte es, auf den Rath des ruſſiſchen Miniſters Grafen Kapodiſtrias und des öſterreichiſchen Freiherrn von Lebzeltern, eine Vermittlung zwiſchen dem gewaltſam ſich wieder vordrängenden Alten und dem aus der Revolution hervorge-

Digitized by Google

gangenen Neuen zu Stande zu bringen. Der Entwurf eines neuen Bundesvertrages, der am 8. September 1814 von der Tagſatzung angenommen wurde, ſicherte den in der Revolution entſtandenen neuen Cantonen Aargau, Thurgau, St. Gallen, Waadt, Teſſin und Graubündten ihr Fortbeſtehen zu, erhielt aber keine rechtliche Kraft, weil nicht allein Bern und Freiburg, ſondern auch Waadt dagegen Verwahrung einlegten. Inzwiſchen ſetzten in allen Cantonen die Anhänger des Alten ihre Wühlungen fort; und beinahe überall, ſelbſt in den neuen Cantonen, die doch das größte Intereſſe dabei hatten, jede Rückkehr zu den alten Einrichtungen von ſich abzuweiſen, wurden Veränderungen in den Verfaſſungen durchgeſetzt, welche mit wunderbarer Uebereinſtimmung darauf berechnet waren, alle öffentliche Gewalt in die Hände einer geringen Anzahl bevorrechteter Familien zu ſpielen. Von den alten Cantonen zeichnete ſich gerade der kleinſte, Zug, durch rühmliche Uneigennützigkeit aus, indem die Hauptſtadt deſſelben die Herſtellung ihrer früheren Bevorrechtungen vor den Landgemeinden ablehnte. Dagegen ging in der Erneuung veralteter Mißbräuche nach Bern und Freiburg das demokratiſche Schwyz am weiteſten, wo nicht allein die ſeit dem Jahre 1798 beſtehende gleiche Berechtigung der äußern Bezirke mit dem ſogenannten altgefreiten Lande aufgehoben, ſondern auch in dem gefreiten Lande der ſeit ſechszehn Jahren beſeitigte Unterſchied zwiſchen alten und neuen Landleuten hergeſtellt wurde, was für die letzten die Ausſchließung von allen ſtaatsbürgerlichen Rechten zur Folge hatte. Da die Schweizer ſelbſt über ihren Bundesvertrag ſich nicht zu verſtändigen vermochten, ſo übernahmen es die großen europäiſchen Mächte, die ſchweizeriſchen Angelegenheiten zu ordnen. Der Wiener Congreß verbürgte der Schweiz zuvörderſt eine immerwährende Parteiloſigkeit in allen europäiſchen Zerwürfniſſen. Zu den neunzehn Cantonen der napoleoniſchen Vermittlungsacte wurden drei neue hinzugefügt: Wallis, Genf und das ſouveraine Fürſtenthum Neuenburg, welches durch den erſten Pariſer Frieden an Preußen zurückgefallen war. Bern erhielt zur Entſchädigung für ſeine verlorenen Unterthanenlande eine anſehnliche Geldſumme und das, mit Neuenburg, Genf und Wallis, von Frankreich wieder abgeriſſene ehemalige Fürſtbisthum Baſel nebſt der Stadt Biel. In ſeinen Anordnungen in Bezug auf die gegenſeitigen Verhältniſſe der Cantone hielt der Bundesbrief, den der Congreß am 20. März 1815 annahm, ſich an die Beſtimmungen des Vertragsentwurfes, den die Tagſatzung von 1814 ausgearbeitet hatte. In ihrer innern Verwaltung blieben die einzelnen

Digitized by Google

Cantone, wie dies ſchon unter der napoleoniſchen Vermittlungsacte der Fall war, durchaus ſelbſtſtändig; in allgemeinen Bundesangelegenheiten entſchied die Tagſatzung, die abwechſelnd zu Zürich, Bern und Luzern gehalten wurde, und in der dann jedesmal das Haupt der Regierung des betroffenen Cantones unter dem Titel eines Landammanns den Vorſitz führte. In der Zwiſchenzeit von einer Tagſatzung zur andern hatte die Leitung der Geſchäfte der Vorort, oder der Canton, in dem die Tagſatzung gehalten wurde, deſſen Beſchlüſſe aber durch die Tagſatzung beſtätigt werden mußten, um geſetzliche Kraft zu erhalten. Dieſe Verfaſſung ließ ſich in mehrfacher Hinſicht jener des deutſchen Bundes vergleichen, wie ſie die Bundesacte vom 7. Juni 1815 feſtgeſtellt hatte. Auch darin, daß die Bevollmächtigten zur Tagſatzung die ſchwebenden Fragen nicht nach perſönlicher aus den Verhandlungen geſchöpfter oder durch dieſelben berichtigter Ueberzeugung, ſondern nach den ihnen von den Regierungen zum voraus ertheilten Weiſungen entſcheiden mußten, wodurch in vielen Fällen jede Vereinbarung unmöglich, immer eine außerordentliche Weitläufigkeit unvermeidlich wurde. Ein großer Vorzug der ſchweizeriſchen Bundesverfaſſung war jedoch, daß mit Ausnahme der wichtigſten Fragen über Krieg und Frieden und auswärtige Bündniſſe alle andere Angelegenheiten zu ihrer Erledigung nicht der Stimmeneinhelligkeit, ſondern bloß einer einfachen Mehrheit bedurften; ein nicht viel weniger bedeutender, daß die Schweiz auch in der Zeit, wo die Bundesverſammlung nicht vereinigt war, eine oberſte leitende Behörde beſaß, die wenigſtens vorläufig die Maßregeln ergreifen konnte, welche durch die Umſtände erheiſcht wurden.

Wenn es der Schweiz demnach in ihrer Bundesverfaſſung keineswegs an den Elementen der Einheit gebrach, welche zu der Entwickelung innerer Wohlfahrt und ſelbſtbewußter Volkskraft unentbehrlich waren, ſo fehlte es doch an der weſentlichſten Bedingung, die vorausgeſetzt werden mußte, wenn die Keime, die in dieſen Elementen lagen, gedeihen und nicht vor ihrer Zeitigung verkommen ſollten; es fehlte der Geiſt, der die Verfaſſung mit ſeinem belebenden Hauche durchdringen mußte, wenn dieſelbe nicht ein todter Buchſtabe bleiben ſollte. So wie das alte Vetterſchafts- und Gevatterſchaftsregiment, welches die Revolution ausgetrieben hatte, in den einzelnen Cantonen wieder einkehrte, mußte nothwendig jeder Sinn für das Allgemeine erſtickt werden. So wie in jedem einzelnen Cantone das Beſte des Gemeinweſens dem Privatvortheile der regierenden Familien nachgeſetzt wurde,

Digitized by Google

ſo in den allgemeinen Beziehungen der Eidgenoſſenſchaft das Gemeinwohl des Bundes dem Vortheile der einzelnen Cantone und Cantönlein. Das geringſte Opfer für allgemeine Zwecke ſchien zu groß, wenn dafür nicht auf der Stelle vollwichtiger Erſatz geboten wurde. So geſchah es, daß die Tagſatzung gewöhnlich nur zuſammenkam, um nach unnützem Hin- und Widerreden, das noch dazu nicht ſelten in die kleinlichſten und unwürdigſten Zänkereien ausartete, wieder auseinander zu gehen, ohne irgend etwas ausgerichtet zu haben, was der Rede werth geweſen wäre. Wie die Schweiz vor der Revolution ein treues Abbild des heiligen römiſchen Reichs geweſen war, ſo ſchien ſie jetzt ihre Ehre dareinzuſetzen, ein treues Abbild des deutſchen Bundes zu werden, das aber, in ſo viel kleineren Verhältniſſen, nothwendig zum abſcheulichſten Zerrbilde ausartete. Wie in Deutſchland jeder Bundesſtaat den andern als Ausland betrachtete, ſo in der Schweiz jedes Cantönlein das andere. Der ſchweizeriſche Bundesvertrag hatte auf ähnliche Weiſe, wie die deutſche Bundesacte, die Freiheit des innern Handels und Verkehrs als allgemeinen Grundſatz aufgeſtellt; dies hinderte aber eben ſo wenig in der Schweiz, daß ſich jeder Canton gegen den andern, wie in Deutſchland, daß ſich jeder Bundesſtaat gegen den andern abſperrte. Rechnet man hinzu, daß jeder Canton ſeine eigene Münze, ſein eigenes Maß und Gewicht, ſeine eigene bürgerliche und peinliche Geſetzgebung hatte, ſo kann man ſich leicht eine Vorſtellung von der Verwirrung machen, die daraus in den gewöhnlichſten Verhältniſſen des gegenſeitigen Verkehrs hervorgehen mußte. Eine der Schweiz eigenthümliche Landplage, die gerechte Strafe für unerhörte, die ewigen Rechte der Menſchheit verhöhnende Engherzigkeit, war aus den verſchiedenen Geſetzgebungen über Erwerbung und Verluſt des Bürgerrechts hervorgegangen. Es gab Tauſende von Unglücklichen, die, obwohl geborene Schweizer, im eigentlichſten Sinne des Worts Heimathloſe waren, an keinem Orte das Bürgerrecht beſaßen und deshalb auch von keinem Canton als ſeine Angehörige anerkannt wurden, nirgend ein geſetzliches Aufenthaltsrecht hatten und deshalb, überall ausgewieſen, unſtät umherirren und den Erwerb ſuchen mußten, den ihnen der Zufall bot. Dieſe Menſchen waren durch ihre Lage in die unvermeidliche Nothwendigkeit geſetzt, ihr Leben durch Betrug, Diebſtahl und andere Verbrechen zu friſten; ſie füllten alle Gefängniſſe und gaben der ſchweizeriſchen Rechtspflege vollauf zu thun. Das Unweſen war älter, als Menſchengedenken; aber dennoch fand man kein Mittel, demſelben zu ſteuern, weil ſich die verſchiedenen

Digitized by Google

Cantone nicht über gemeinſchaftliche Maßregeln zu verſtändigen vermochten.

Wie arg aber auch die Uebelſtände waren, die man mit Recht an den ſchweizeriſchen Einrichtungen rügte, ſo darf man doch nicht vergeſſen, daß ſie durch eben ſo viel Gutes aufgewogen wurden, was freilich weniger eine Folge der Geſetze, als der unverwüſtlichen Tüchtigkeit der Volksart war. Manches erfuhr den bitterſten Tadel, was nur aus Unkenntniß der Verhältniſſe nicht richtig verſtanden war. Dahin gehören die ſogenannten Capitulationen mit auswärtigen Staaten, namentlich mit Frankreich, Spanien, den Niederlanden, Neapel und dem Kirchenſtaate, für deren Kriegsdienſte nach altem ſchweizeriſchen Brauche viele Tauſend ſtreitbarer Schweizer ſich anwerben ließen. Von uralten Zeiten her galt es bei allen deutſchen Stämmen für ehrenvoll, wenn junge kräftige Männer, während die Heimath in Frieden war, auswärtige Kriegsdienſte ſuchten, um den Gebrauch der Waffen nicht zu verlernen; und wenn in der Schweiz dieſe Sitte ſich länger erhalten hat, als in andern deutſchen Landen, ſo ſind die Gründe ſowohl in dem Charakter des kühnen an Anſtrengungen und Entbehrungen gewöhnten Alpenvolkes, als in der Lage des Landes zu ſuchen, deſſen Boden ſeine Bevölkerung kaum zu ernähren vermag, und das zu arm iſt, um ein zahlreiches Heer zu unterhalten, während es doch zu der Behauptung ſeiner Unabhängigkeit weder der kriegsgeübten Führer noch Soldaten entbehren kann. Nur ſchwächliche Empfindſamkeit kann es verdammen, daß die rüſtigen Schweizerhirten und Bauern es vorzogen, fremden Fürſten um Lohn zu dienen, wobei ſie doch wenigſtens Gelegenheit hatten, ſich in der Welt umzuſehen, als einheimiſchen Fabrikherren, die ſie gleich Strafgefangenen in die dumpfen Säle ihrer Arbeitshäuſer einſchloſſen. Eben ſo ungerecht war der Tadel, den man gegen die Schweizer wegen der treuen Anhänglichkeit erhob, mit der ſie zu den religiöſen Ueberlieferungen ihrer Väter hielten. Wie nachtheilig auch der Einfluß war, den überſpannter Glaubenseifer von Seiten der Proteſtanten wie der Katholiken auf die politiſchen und ſittlichen Zuſtände der Schweiz übte, ſo war derſelbe doch das einzige Mittel, die Maſſen der Bevölkerungen vor jener Gleichgültigkeit gegen die höchſten Dinge zu bewahren, die dem Leben jede geiſtige Weihe raubt und überall die nothwendige Folge oberflächlicher und einſeitiger Verſtandesbildung iſt. Wer möchte es leugnen, daß der fromme katholiſche Kinderglaube des Hirten auf ſeiner einſamen Alp, ſo wie auf der andern Seite die Hingebung des ehrbaren Bürgers an die ſtarre

Digitized by Google

und düſtere Lehre Zwingli's oder Calvins in ihrer innerlichen Bedeutung der höchſten Wahrheit unendlich näher ſtehen, als jene troſtloſe Verzweiflung, zu der eine von halbwahren Vorausſetzungen ausgehende Weltweisheit ſo viele ſchwächere Gemüther führt? Nicht das biedere Schweizervolk, ſondern die ehrgeizigen und herrſchſüchtigen Führer treffe der Fluch, welche unter der Maske gottergebener Frömmigkeit das Heiligſte herabwürdigten, um daſſelbe zu der Erreichung ehrloſer vaterlandsverrätheriſcher Zwecke zu mißbrauchen! Die Plane der römiſchen Curie, die ſich ſonſt überall in vorſichtiges Dunkel hüllten, durften in der Schweiz mit rückſichtloſer Offenheit hervortreten, weil ſie in den katholiſchen Cantonen auf die unbedingte Ergebenheit der Machthaber rechnen konnten, die der Geiſtlichkeit willig in allen geiſtlichen Dingen freies Spiel ließen, ſofern dieſe ihnen dagegen ihren Beiſtand zur Befeſtigung des weltlichen Regimentes gewährte. Während in allen übrigen katholiſchen Ländern der römiſche Nuncius nur die Befugniſſe des Geſandten einer auswärtigen Macht hatte, waren demſelben in der Schweiz Vollmachten übertragen, die ihn thatſächlich zur oberſten geiſtlichen Behörde für die geſammte katholiſche Bevölkerung machten. Hundert und zwanzig Klöſter, die unter ſechzehn Cantone vertheilt, ſeiner Leitung unmittelbar untergeben waren, dienten ihm zu eben ſo viel Anhaltspunkten, von denen ſich ſein Einfluß nach allen Richtungen ausbreitete. Durch die Concordate, welche die Liſt der römiſchen Diplomatie zu Stande brachte, war dafür geſorgt, daß die Weltgeiſtlichkeit in dieſelbe Abhängigkeit verſetzt wurde, wie die Kloſtergeiſtlichkeit, welche, ihrer mittelalterlichen Beſtimmung treu, die regelmäßige Miliz des römiſchen Stuhles bildete. Alle dieſe Stützen ihrer geiſtlichen Macht ſchienen der Curie aber nicht hinreichend, eine Eroberung auf die Dauer zu ſichern, von der man wohl wußte, daß ſie durch die fortſchreitende wiſſenſchaftliche Bildung, die ſich allmälig bis in die entlegenſten Alpenthäler Bahn brach, täglich und ſtündlich auf allen Punkten bekämpft wurde. Um auch den Kampf mit den Fortſchritten der Wiſſenſchaft zu beſtehen, dem weder der naive Gehorſam der Bettelmönche, noch der erzwungene der Weltprieſter gewachſen war, mußte ein Orden zu Hülfe gerufen werden, deſſen furchtbare Aufgabe es war, dem geiſtigen Leben den Geiſtestod entgegenzuſetzen, der aber, wie überall, wo er jemals in Wirkſamkeit geweſen war, auch in der katholiſchen Schweiz zu gehäſſige Erinnerungen zurückgelaſſen hatte, als daß man hier nicht Gefahr gelaufen hätte, durch plumpes Dareinfahren ein bereits halb gewonnenes Spiel zu verlieren. Die Berufung der

Jeſuiten wurde beſchloſſen, aber zugleich wurde beſchloſſen, dabei mit einer Vorſicht zu verfahren, von der man hoffte, daß ſie den Argwohn der Gegner entwaffnen ſollte. Beinahe unmittelbar nach der Herſtellung des Jeſuitenordens durch Pabſt Pius VII. wurde zu Brigg im Canton Wallis, unter einer einfältigen ſtreng katholiſchen und ihrer Geiſtlichkeit blindlings vertrauenden Bevölkerung, eine Erziehungsanſtalt errichtet und den Jeſuiten übergeben, welche dieſelbe durch ihre einflußreichen Verbindungen bald in große Aufnahme brachten; ſo daß ſie aus der Nähe und aus der Ferne zahlreich beſucht wurde. Ein paar Jahre darauf ſtellte ein Jeſuitenfreund im ſouverainen Rathe des Cantons Freiburg den Antrag, dem Orden den Zutritt im Canton zu geſtatten und die Leitung des Erziehungsweſens zu übertragen, für welche derſelbe durch ſeine Frömmigkeit und Gelehrſamkeit vorzüglich geeignet ſey. Die Annahme des Antrags wurde durch grobe Ueberliſtung der Gegner im Staatsrathe und darauf durch eine ziemlich ſtarke Mehrheit auch im großen Rathe durchgeſetzt, und im October 1817 wurden die Jeſuiten durch ein amtliches Schreiben an den Ordensgeneral zu Rom eingeladen, von dem Michaeliscollegium zu Freiburg Beſitz zu ergreifen und die obere Leitung des geſammten Schulweſens im Cantone zu übernehmen. Kaum hatten die frommen Väter ſich in Freiburg eingeniſtet, als ſie von hier aus ſich weiter in der katholiſchen Schweiz zu verbreiten ſuchten. In Solothurn verſchafften ſie ſich Eingang, indem ſie einige Landgemeinden zu beſtimmen wußten, ſich von der Regierung Jeſuiten als Miſſionaire zu erbitten, und in Luzern begannen ſie unter dem Schutze der Nunciatur ihr Weſen zu treiben, ehe man es noch wagte, amtliche Schritte für ihre Zulaſſung zu thun. In den kleinen katholiſchen Cantonen bedurfte man keiner Jeſuiten, weil hier in dem einfachen Sinne des Volkes der Einfluß der Geiſtlichkeit auch ohne künſtliche Hülfen feſt genug begründet war. Wurde doch in Uri, Schwyz, Unterwalden und Appenzell-Innerrhoden, wie in Wallis, nicht allein der Uebertritt zum Proteſtantismus, ſondern ſogar das Eingehen einer gemiſchten Ehe mit dem Verluſte des Heimathrechtes beſtraft. Auf der Tagſatzung unterſtützten Uri, Schwyz, Unterwalden, Zug und Freiburg, ohne Rückſicht auf den Bundesvertrag, der den Canton St. Gallen als unabhängigen Bundesſtaat anerkannte, die übermüthige Forderung des ehemaligen Fürſtabtes von St. Gallen, der ſich fortwährend den Titel eines ſouverainen Fürſten und Bundesgenoſſen der Eidgenoſſenſchaft beilegte und die Wiedereinſetzung in ſeine durch die Revolution

verlorenen Rechte verlangte, wodurch jener Canton in ſein früheres Unterthänigkeitsverhältniß zu der inzwiſchen aufgehobenen Abtei zurückverſetzt worden wäre.

Zu derſelben Zeit, während Rom unermüdlich thätig war, um die katholiſche Schweiz unter das Joch ſeiner geiſtlichen Herrſchaft zu beugen, erfuhr die politiſche Unabhängigkeit der Eidgenoſſenſchaft von einer andern Seite Angriffe, die, wenn ſie gleichen Erfolg gehabt hätten, den uralten ſchweizeriſchen Freiheitsſinn, den ſelbſt die tiefſte innere Zerrütttung zwar zu lähmen, aber nicht zu brechen vermochte, für immer mit der Wurzel ausgerottet haben würden. Geringfügige Dinge zogen der Schweiz zuerſt das Mißfallen der großen Mächte zu. Von jeher hatte der freie Boden der Eidgenoſſenſchaft als eine ſichere Freiſtätte für politiſche Flüchtlinge aller Nationen gegolten; und es hatten ſich deshalb im Jahre 1815 mehrere der damals aus Frankreich Verwieſenen nach der Schweiz zurückgezogen. Auf Veranlaſſung der franzöſiſchen Regierung verlangten die Mächte, daß dieſe einſt einflußreichen Männer, deren Aufenthalt in der Nähe der franzöſiſchen Grenze man als gefährlich für die gemeine Ruhe und Sicherheit anſah, aus der Schweiz entfernt würden. Die betheiligten Cantone nahmen keinen Anſtand, dem an ſie gerichteten Begehren zu willfahren; aber man war weit davon entfernt, aus der in einem einzelnen Falle bewieſenen Nachgiebigkeit die Uebernahme einer allgemeinen Verpflichtung herzuleiten, wie von Seiten der auswärtigen Diplomatie geſchah. In den Jahren 1819 und 1820, als die Demagogenverfolgung in Deutſchland begann, entzogen ſich derſelben mehrere junge und einzelne ältere Männer, indem ſie nach der Schweiz auswanderten, wo ihnen theils ihre Kenntniſſe, theils früher angeknüpfte Verbindungen bereitwillige Aufnahme ſicherten. Einige fanden an der neuerrichteten Cantonſchule zu Chur in Graubündten, Andere an Lehranſtalten im Aargau und ſelbſt an der Univerſität in dem durch Frömmelei verſumpften Baſel Anſtellungen; das Turnweſen, in Deutſchland verpönt, wurde auf ſchweizeriſchen Schulen in den öffentlichen Unterricht aufgenommen, und die freie Schweiz erſchien den unzufriednen Deutſchthümlern, die dieſelbe größtentheils nur aus Schillers Wilhelm Tell oder aus Johann von Müllers Schweizergeſchichten kannten, als das gelobte Land, wohin alle ihre Wünſche gingen. Bereits im Jahre 1819 war von den deutſchen Burſchenſchaften*) ein ſogenannter Bur-

---

*) Zu Folge eines von der geſchäftsführenden Burſchenſchaft zu Berlin gefaßten Beſchluſſes.

Digitized by Google

ſchentag auf dem Rütli ausgeſchrieben worden, der zwar nicht zu Stande kam, aber doch Veranlaſſung gab, daß am 18. October Studirende von verſchiedenen deutſchen Univerſitäten auf dem claſſiſchen Boden der Schweizer-Freiheit den Jahrestag der deutſchen Befreieungsſchlacht feierten. Alle dieſe Dinge erſchienen den deutſchen Regierungen wichtig genug, um ſie zum Gegenſtande ernſter Vorſtellungen und Beſchwerden zu machen. Man irrte ſich aber, wenn man glaubte bei den eidgenöſſiſchen Behörden die gleiche Fügſamkeit zu finden, wie im Jahre 1817, als es ſich um die Austreibung der franzöſiſchen Verbannten handelte. Die Regierungen der Cantone, welche die angeſehenſten deutſchen Auswanderer bei ſich aufgenommen, rechtfertigten dieſelben gegen die Beſchuldigungen, die von der Diplomatie erhoben wurden, und wieſen namentlich auf das Beſtimmteſte das Anſinnen zurück, diejenigen auszuliefern, die aus irgend einem Grunde in die große Unterſuchung der geheimen demagogiſchen Verbindungen verwickelt waren. Jetzt wurde die Schweiz ſelbſt, ungeachtet des nichts weniger als revolutionairen Geiſtes ihrer zwei und zwanzig Regierungen, den großen Mächten als der Heerd revolutionairer Umtriebe verdächtig. Bezahlte Spürer wurden ausgeſandt, die das Land nach allen Richtungen durchſtreiften, und die, da ſie ihren Sold nicht umſonſt beziehen wollten, durch eigene Erfindungsgabe nachhalfen, wenn ſie nichts Gefährliches zu berichten fanden. Den reichſten Stoff zu grundloſen Anklagen bot die ſchweizeriſche Preſſe, der allerdings das ſchwere Verbrechen zur Laſt fiel, daß ſie in einem republikaniſchen Lande erſchien und daher nicht alle Spuren eines republikaniſchen Sinnes verleugnen konnte. Schon auf der erſten Verſammlung der Tagſatzung, welche nach der Annahme des Bundesvertrages Statt hatte, war Vorſorge getroffen worden, daß die ſchweizeriſche Preſſe nicht durch allzu freie Bewegung den regierenden Herren Verlegenheiten bereite. Die Tagſatzung, die ſich ſonſt ſelten über gemeinſchaftliche Maßregeln vereinigte, hatte am 20. Auguſt 1816 den Beſchluß gefaßt, daß die Regierungen aller Cantone ein wachſames Auge auf die Preſſe haben ſollten, damit durch „die Frechheit und den Leichtſinn“ politiſcher Schriftſteller den auswärtigen Mächten kein Anlaß zu Beſchwerden gegeben werde. Die meiſten Cantone hatten dieſe Empfehlung nicht abgewartet, um die Cenſur wieder herzuſtellen, deren beruhigende und einſchläfernde Wirkung ihnen aus den Zeiten vor der Revolution noch wohl erinnerlich war. Nur zwei der neuen Cantone, Aargau und St. Gallen, waren der Meinung, daß kein Grund vorhanden ſey, die Vergehen

Digitized by Google

der Preſſe einem andern Verfahren zu unterwerfen, als alle andere Vergehen, und das gedruckte Wort ängſtlich zu hüten, während man das bei weitem wirkſamere und nicht ſo wohl überlegte mündliche unbewacht laſſen mußte. Die wenigen Zeitungen und Zeitſchriften, die im Aargau und in St. Gallen herausgegeben wurden, waren die einzigen in der Schweiz, die nicht dem ſtrengſten Zwange der Cenſur unterlagen; in das Verdammungsurtheil, welches die den Höfen zugehenden geheimen Berichte auf dieſe noch dazu größtentheils ſehr gemäßigten und unſchuldigen Blätter begründeten, wurde aber des größeren Eindrucks oder der Kürze wegen die geſammte ſchweizeriſche Preſſe mit eingeſchloſſen. Da um dieſelbe Zeit die Zahl der fremden Flüchtlinge in der Schweiz durch eine Menge Italiener vermehrt wurde, die ſich aus dem Schiffbruche der Revolutionen von Neapel und Piemont gerettet hatten, ſo richteten die auf dem Laybacher Congreſſe vereinigten Mächte zwei Noten an den Vorort (übergeben am 19. Mai 1821), von denen die eine ausdrücklich forderte, daß in der Schweiz keine italieniſche Flüchtlinge geduldet würden, die in irgend einer Weiſe bei den letzten Unruhen betheiligt geweſen wären, während die andere mit Bezugnahme auf den Tagſatzungsbeſchluß vom 20. Auguſt 1816 über den revolutionairen Geiſt der ſchweizeriſchen Zeitſchriften Beſchwerde führte und darauf drang, daß die ſtrengſten gemeinſchaftlichen Maßregeln ergriffen würden. Der Berner Geſandte, mit plumper ſchweizeriſcher Derbheit, die ſich gern das Anſehen diplomatiſcher Feinheit geben wollte, empfahl den Mitſtänden: ſie möchten ja recht ſehr auf ihrer Hut ſeyn, denn es ſey bekannt, daß die Mächte der republikaniſchen Regierungsform überhaupt nicht gewogen wären. Die Bundesverſammlung zeigte jedoch mehr Sinn für Schweizer Ehre, als man ihr zugetraut hatte. Es wurde beſchloſſen, ſich das Recht zur Aufnahme fremder Flüchtlinge nicht nehmen zu laſſen, ſondern nur jene Fremden auszuweiſen, gegen deren Aufenthalt in der Schweiz von den Nachbarſtaaten beſtimmte und erhebliche Gründe vorgebracht würden oder welche die Gaſtfreiheit durch Handlungen mißbrauchten, die zu gerechter Klage Anlaß gäben. In Bezug auf die Preſſe wurden ſämmtliche Stände eingeladen, die äußerſte Vorſicht zu beobachten und, wo noch keine Cenſur beſtehe, die Einführung derſelben nicht länger zu vernachläſſigen. Aber weder Aargau noch St. Gallen folgten dem Rathe; nur wurde der Herausgeber der Aarauer Zeitung, gegen welche am häufigſten Beſchwerden erhoben, und die ſogar von der Berner Regierung bereits ſeit dem Jahre 1820 verboten war, unter der

Hand vermocht, dieſes Blatt freiwillig eingehen zu laſſen; und eben ſo gab der bekannte Schriftſteller Zſchocke ſeine zu Aarau erſcheinenden Ueberlieferungen — eine der gediegenſten und beſten deutſchen Zeitſchriften — auf, um jeden Vorwand zu Verdächtigungen abzuſchneiden, denen auch der eben ſo beſonnene wie wohlmeinende und nur etwas eitle, geiſtreiche Mann nicht entgehen konnte. Im nächſten Jahre, als die Mächte auf dem Congreſſe von Verona zuſammentraten, war die Schweiz von neuem der Gegenſtand ernſtlicher Verhandlungen; neue Mahnungen ergingen wegen vorgeblicher Ausſchweifungen der Preſſe, der man zum Vorwurf machte, daß ſie, der Ausdruck der Meinungen eines republikaniſchen Gemeinweſens, eine den monarchiſchen Grundſätzen ungünſtige Stimmung verrathe, und eine Note des Fürſten Metternich ſprach von Carbonarilogen, die durch flüchtige Italiener in der Schweiz errichtet, und von Waffenvorräthen, die zu aufrühreriſchen Zwecken an verſchiedenen Orten aufgehäuft wären. Der öſterreichiſche Geſandte machte eine ganze Liſte verdächtiger Perſonen namhaft, die aus der Schweiz entfernt werden müßten. Zugleich verbreitete ſich, durch Schweizer, die, des eidgenöſſiſchen Namens unwürdig, an der Erniedrigung ihres eigenen Vaterlandes arbeiteten, wie der berüchtigte Verfaſſer der „Reſtauration der Staatswiſſenſchaft“, Karl von Haller, der ſchwindleriſche Neuenburger, Fauche-Borel, und Andere, das Gerücht, daß der Schweiz durch bewaffnetes Einſchreiten der Mächte große Veränderungen bevorſtänden: und wenn der Ungrund dieſer und ähnlicher Aeußerungen auch mit leichter Mühe entdeckt wurde, ſo konnte man ſich doch nicht verbergen, daß thatſächlich an den großen Höfen ein nur zu entſchiedenes Mißtrauen gegen die Schweiz herrſchte. Die Tagſatzung glaubte, um die Unabhängigkeit des Landes nicht ernſtlichen Gefahren auszuſetzen, einige Opfer nicht ſcheuen zu dürfen. Es wurde deshalb der Beſchluß gefaßt, ſowohl die Aufſicht über die Preſſe, wie die Fremdenpolizei in einem Maße zu verſchärfen, welches allen nicht bis zur äußerſten Grenze der Unbilligkeit getriebenen Forderungen entſpräche. Kein Fremder ſollte in der Schweiz länger verweilen dürfen, der nicht mit regelmäßigen Päſſen verſehen ſey. Die Einführung der Cenſur, beſonders für politiſche Zeitungen, wurde allen Cantonen zur Pflicht gemacht. Jetzt (im Mai 1824) vermochte auch der Aargau ſeine ſo lange behauptete Preßfreiheit nicht mehr zu ſchützen: alle nicht wiſſenſchaftliche Schriften wurden der Cenſur unterworfen, und dieſe wurde fortan in der ganzen Schweiz mit einer Aengſtlichkeit gehandhabt, welche ſelbſt die Freiheit deutſcher Zeitungen als beneidenswerth erſcheinen

Digitized by Google

ließ. Für die Schweiz hatte dieſe Unterdrückung jeder freien Meinungsäußerung in der Preſſe Folgen, welche ſo weit außerhalb der Berechnung der Urheber lagen, daß dieſe bei dem Hervortreten derſelben gewiß am meiſten überraſcht waren. Der Geiſt, wo derſelbe einmal erwacht iſt, läßt ſich durch Cenſoren ſo wenig, wie durch Häſcher und Sbirren einfangen; wie ſorglich man ihn auch umſtellen mag, wird er doch immer auf irgend einem Wege ſich Bahn brechen. In der Schweiz aber bedurfte es deſſen nicht einmal, denn da ſtanden dem Volksgeiſte breite und wohlgeebnete Straßen offen, die Niemand weder zu verſchließen wagte, noch, wenn er es gewagt hätte, im Stande war. Wie in den demokratiſchen Cantonen alle freie Männer ſich zu ihren Landesgemeinden verſammelten, um über ihre gemeinen Angelegenheiten nach ihrer Einſicht zu entſcheiden, ſo gab es auch in jenen Cantonen, in denen den Maſſen jeder Antheil an der Verwaltung entzogen war, hundert Veranlaſſungen zu Volksverſammlungen, in denen ein Jeder ſprach, worüber er Luſt hatte, und in welcher Weiſe es ihm beliebte. Um einen begeiſterten Redner ſammelten ſich Hunderte und zuweilen wohl Tauſende, und die feurigen Worte wurden von Mund zu Mund durch die ganze Schweiz getragen, ſo weit die deutſche Sprache verſtanden wurde. Selten war in früheren Zeiten bei ſolchen Zuſammenkünften über politiſche Dinge verhandelt worden; ſo wie es aber bekannt wurde, daß die Regierungen, den Geboten des Auslandes gehorſam, die Preſſe in Feſſeln geſchlagen hatten, wurde Alles, was von dieſer verſchwiegen werden mußte, um ſo eifriger vom Volke beſprochen, wo ſich aus irgend einer Urſache eine größere oder geringere Zahl Perſonen zuſammenfand. Am lebendigſten ergriff die Sache des Vaterlandes, wie billig, die Jugend, die zwar ein zu geſundes Naturgefühl hatte, um ſich zu thätiger Einmiſchung in die öffentlichen Angelegenheiten befugt und befähigt zu halten, dafür aber um ſo treuer ihren wahren Beruf erkannte, ſich ſelbſt dazu tüchtig und würdig zu machen, dereinſt eine beſſere und freiere Zukunft heraufzuführen. Bereits im Jahre 1819 hatten Schweizer Studirende, angeregt durch das Beiſpiel der allgemeinen deutſchen Burſchenſchaft, den Zofinger Verein geſtiftet, um durch jährlich wiederkehrende Zuſammenkünfte, im Gegenſatze zu dem herrſchenden kleinlichen Cantönleinsweſen, den Gedanken der ſchweizeriſchen Volkseinheit in ihrer Mitte auszubilden. Der Verein breitete ſeine Verzweigungen durch die ganze deutſche und ſelbſt durch einen Theil der franzöſiſchen Schweiz und wirkte mächtig auf die Erweckung eines vaterländiſchen Sinnes nicht bloß unter der Jugend, ſondern auch unter

dem reiferen Alter, das allmälig aus der Jugend heranwuchs. Ein ſeit längerer Zeit beſtehender Verein von Männern, der Schinznacher, verfolgte mit größerer Nüchternheit ähnliche Zwecke, und ſeit dem Jahre 1822 ſchloß ſich dieſen Beſtrebungen der Sempacher Verein an, der darauf ausging, durch die Anordnung würdiger Denkfeſte zur Erinnerung an die alten ſchweizeriſchen Freiheitsſchlachten den kühnen Unabhängigkeitsgeiſt der Altvorderen in den Enkeln neu zu beleben. Gewaltig war die Wirkung, welche dieſe und andere Vereine hervorbrachten; unter dem gebildeteren Theile der Bevölkerungen bereitete ſich eine Sinnesumwandlung vor, die keiner äußeren Anregung bedurfte hätte, um im Verlaufe der Zeit auf dem Wege friedlicher Entwicklung eine vernünftige Umgeſtaltung der Bundesverfaſſung, wie aller der veralteten und verroſteten politiſchen Einrichtungen der einzelnen Cantone zu erzwingen. Auf der Tagſatzung des Jahres 1827 gaben ſich die erſten Vorzeichen der Bewegung kund, die ſeitdem von Jahr zu Jahr mit fortſchreitender Gewalt weiter um ſich griff. Als es ſich um die Erneuung des Bundesbeſchluſſes von 1823 über Fremdenpolizei und Preßbeſchränkungen, die bisher alljährlich als etwas ſich von ſelbſt Verſtehendes ohne lange Verhandlungen Statt gefunden, handelte, erhoben die Geſandten von Aargau, St. Gallen, Luzern und Waadt *lebhaften* Widerſpruch. Im nächſten Jahre fiel der Vorort Zürich darauf, nicht bloß die Beſtätigung der alten Preßbeſchränkungen, ſondern eine weitere Ausdehnung derſelben zu beantragen, indem er verlangte, daß die Cenſur mit gleicher Strenge, wie bisher in Bezug auf Aeußerungen über auswärtige Mächte, auch in Bezug auf die innern Angelegenheiten der Schweiz gehandhabt werde. Durch dieſen Antrag wurden aber die ſtürmiſcheſten Erörterungen hervorgerufen, und obwohl derſelbe von Bern, Freiburg, den Urcantonen und einigen andern Ständen auf das Eifrigſte unterſtützt wurde, ſo erklärte ſich doch eine nicht geringere Zahl mit gleich großer Entſchiedenheit dagegen, und die Freunde der Preßbeſchränkungen mußten froh ſeyn, nur die Tagſatzungsbeſchlüſſe von 1823 durch eine Mehrheit von zwei Stimmen noch für ein Jahr in Kraft erhalten zu ſehen. Im Jahre 1829 hatte die freiſinnige Partei ein ſo unzweifelhaftes Uebergewicht gewonnen, daß der zeitige Vorort, Bern, es nicht mehr wagte, auch nur die Verlängerung der Dauer der alten Tagſatzungsbeſchlüſſe in Vorſchlag zu bringen, ſo, daß dieſe von ſelbſt ihre Endſchaft erreichten, worauf in mehreren Cantonen Preßfreiheit, zum Theil freilich mit ſehr ſtrengen Preßgeſetzen, wie in Genf, an die Stelle der verhaßten Cenſur trat. Der

Digitized by Google

Geiſt der Unabhängigkeit, der ſich, hier ſtärker, dort ſchwächer, in allen Cantonen regte, hatte wenigſtens auf einzelnen Punkten die Befreiung der Preſſe nicht abgewartet, um vom Worte zur That überzugehen. In Appenzell-Innerrhoden, wo im Jahre 1814 durch einige leichte Abänderungen in der Verfaſſung die Landesgemeinde in einen bedeutungsloſen Schatten verwandelt war, hatten die biedern Landleute endlich eingeſehen, daß man ſie ganz in der Stille um ihre ſeit Jahrhunderten behaupteten Rechte betrogen; die Beſchwerden, die ſie deshalb führten (im Jahre 1827), waren von der Regierung als Aufruhr behandelt und durch das Anrufen eidgenöſſiſcher Hülfe unterdrückt worden; als aber im April 1829 die Landsgemeinde wieder zuſammen kam, gedachte ſie ihrer Pflicht, ſetzte die ſämmtlichen Beamten ab, die ſich ihr zu Herren aufgeworfen hatten, und wählte andere, denen ſie eine Durchſicht der Verfaſſung aufgab, durch welche das Volk in ſeine alten Gerechtſame wieder eingeſetzt wurde. Im Waadtlande hatte im Jahre 1814 der vom Volke ernannte große Rath die Unabhängigkeit des Cantons nicht anders retten zu können gemeint, als indem er aus eigener Machtvollkommenheit das Wahlrecht des Volkes in einer Weiſe beſchränkte, die daſſelbe thatſächlich in die Hände einer Anzahl Perſonen legte, welche zur Zeit dieſer Verfaſſungsveränderung ſich gerade im Beſitze der Gewalt befanden. Seit dem Jahre 1826 war beſonders General Laharpe, der Erzieher Kaiſer Alexanders von Rußland, ein geborener Waadtländer, der ſich in ſeinen letzten Lebensjahren in ſein Heimathland zurückgezogen, thätig, um das faule Familienregiment zu ſtürzen, das hieraus hervorgegangen war. Im Jahre 1828 wurde zuerſt im großen Rathe ein Antrag auf Verbeſſerung des verfälſchten Wahlſyſtemes geſtellt, der aber damals mit großer Stimmenmehrheit auf der Seite der Gegner durchfiel. Im folgenden Jahre gingen ſieben und zwanzig Bittſchriften ein, die von 4000 Bürgern unterzeichnet waren, um die Forderung zu wiederholen. Da erſchrak der Staatsrath, der die Regierungsgewalt in ſich vereinigte, und beſchloß dem drohenden Sturme durch einige Zugeſtändniſſe zu begegnen. Der größere Theil der Wahlen wurde dem Volke zurückgegeben, das wenigſtens für den Augenblick ſich dabei beruhigte, obwohl man bald erkannte, daß die Machthaber durch verſchiedene Nebenbeſtimmungen wohl dafür geſorgt hatten, ſich die Gewalt auch für die Zukunft zu ſichern. Eine merkwürdige friedliche Umwälzung ging in dem italieniſchen Cantone Teſſin vor ſich. Hier übte thatſächlich der Landammann Quadri, einſt ein wüthender Revolutionair, ſeit er zu Amt und Würden ge-

langt, ein eben ſo überſpannter Anhänger legitimiſtiſcher Staatsgrundſätze, eine beinahe unbeſchränkte willkürliche Gewalt, in der er ſich das Regiment der weiland ſchweizeriſchen Landvögte in den italieniſchen Vogteien zum Vorbilde genommen zu haben ſchien. Im Jahre 1814 war in der Verfaſſung des Cantons Teſſin eine ähnliche Veränderung vorgenommen worden, wie in jener des Waadtlandes. Dem Volke wurde die Hälfte der Wahlen zum großen Rathe entzogen, der fortan zur Hälfte ſich ſelbſt ergänzte; der Staatsrath, die oberſte Regierungsbehörde, die nach dem Buchſtaben des Geſetzes nur die Beſchlüſſe des großen Rathes vollziehen ſollte, erhielt einen ungemeſſenen Einfluß, und der Präſident dieſer Behörde oder der Landammann konnte, wenn er ſich mit ſeinen Collegen verſtand, ſchalten und walten, wie es ihm beliebte. Dieſe Verhältniſſe benutzte Quadri mit einer Schamloſigkeit, von der es in der Geſchichte alter und neuer Gewaltherrſchaften wenig Beiſpiele giebt. Nirgend in Europa gab es eine greulichere Wirthſchaft, als in dem kleinen Freiſtaate Teſſin, wo nichts für das Gemeinweſen und Alles nur zur Befriedigung der Gelüſte der Machthaber geſchah. Die Schuldenlaſt des armen Cantons ſtieg in den zwölf Jahren von 1817 bis 1829 von 1½ Millionen Lire, die eben ſo viel franzöſiſchen Franken gleich kommen, auf 5 Millionen, ohne daß dem Lande von dieſer für ſeine Verhältniſſe ungeheuren Summe irgend ein weſentlicher Nutzen zugefloſſen wäre. Lange hatte die Bevölkerung den auf ihr laſtenden Druck ſchweigend erduldet; im Jahre 1829 faßten jedoch einige Mitglieder des großen Rathes den Muth, eine Verbeſſerung der Verfaſſung anzutragen, die ſie mit Recht als die Quelle alles Unheiles anſahen. Sie wurden überſtimmt, und ihr Beginnen wurde durch eine Bekanntmachung des Landammanns als Hochverrath dargeſtellt. Drei vaterlandliebende Männer wagten es zu der Herausgabe eines Zeitblattes, des Osservatore del Ceresio, zuſammenzutreten, welches alle Sünden der Verwaltung mit ſchonungsloſer Strenge aufdeckte. Quadri verlangte von dem großen Rathe die Unterdrückung des verwegenen Blattes, vermochte aber diesmal mit ſeinem Willen nicht durchzudringen. Da bediente er ſich ſeines ſtets gefälligen Werkzeuges, des Staatsrathes, und ließ durch dieſen am 21. April 1830 eine Verordnung ausgehen, die nicht allein die fernere Herausgabe des Osservatore, ſondern jeder andern Zeitſchrift, die zur Unzufriedenheit mit der Regierung aufreizen würde, verbot und außerdem die Herausgeber des Osservatore als peinliche Verbrecher vor Gericht zu ſtellen befahl. Damit war aber das Maß der Geduld,

Digitized by Google

welche das Volk von Teſſin bisher bewieſen hatte, gefüllt. Wenige Tage ſpäter fanden in allen Kreiſen des Cantons die Wahlen zu dem großen Rathe Statt, und alle Wahlverſammlungen ertheilten den von ihnen gewählten Mitgliedern den beſtimmten Auftrag, dem Unweſen der bisherigen Verwaltung ein Ziel zu ſetzen und eine gründliche Verbeſſerung der Verfaſſung zu bewirken. Quadri wollte jetzt zu offener Gewalt greifen; aber der Staatsrath, wie knechtiſch ihm ſonſt auch ergeben, war durch den einmüthigen Volkswillen zu ſehr eingeſchüchtert, um ein ſo gefährliches Wagniß zu unterſtützen. An dem Tage, 7. Juni 1830, an dem der große Rath ſich vereinigte, übergab der Staatsrath demſelben den Entwurf zu einer Umgeſtaltung der Verfaſſung, die vollkommen den kundgewordenen Wünſchen des Volkes entſprach und an die Stelle der bisherigen Scheinvolksvertretung eine wirkliche Volksherrſchaft ſetzte mit einer ausſchließend vom Volke erwählten geſetzgebenden Verſammlung, dem großen Rathe, einem vom großen Rathe aus ſeiner Mitte ernannten Staatsrathe mit ſehr beſchränkten Befugniſſen und einem Präſidenten, deſſen Stelle unter den Mitgliedern des Staatsrathes monatlich wechſelte. Quadri, der ſich der öſterreichiſchen Regierung in Italien zu bedienen ſuchte, um Unruhen anzuzetteln, mußte ſich, als dieß mißlang, durch die Flucht in das Ausland vor der Volksrache retten.

In einem Lande, zu einer Zeit, wo die Volksmeinung ſich mit ſolcher Entſchiedenheit ausſprach, bedurfte es keiner beſondern Weisheit, um zu begreifen, daß die Mißbräuche, die man aus dem Schutte der Vergangenheit gefliſſentlich hervorgeſucht, um die ſchlechten Leidenſchaften Einzelner zu befriedigen, auf die Dauer nicht mehr zu halten ſeyn würden. In jenen Cantonen, in denen die Machthaber nicht durch Eigennutz und Herrſchſucht jede Freiheit des Blickes verloren hatten oder in Vorurtheilen ganz erſtarrt waren, wurden daher durch den freien Willen der Behörden Verbeſſerungen vorbereitet, durch welche man den verſtändigen und gemäßigten Theil der Bevölkerung zu beſchwichtigen gedachte, der gern mit Wenigem zufrieden iſt, wenn er nur überhaupt die Neigung zum Beſſeren ſieht. So in Luzern, wo eine Durchſicht der Verfaſſung durchgeführt wurde, welche der Rechtspflege ihre Unabhängigkeit zurückgab, die im Jahre 1814 durch ihre Vermiſchung mit der Verwaltung aufgehoben war; in Zürich, Baſel, Genf und ſelbſt in Bern, wo man doch auf der andern Seite kein Heil ſah, als indem man die Zügel ſo ſtraff wie möglich anſpannte. Bei der Eröffnung der Tagſatzung, am 4. Juli 1830, ſchilderte der zeitige Landammann,

Digitized by Google

Amtsſchultheiß Fiſcher von Bern, die innern wie die äußern Verhältniſſe der Schweiz als gleich zufriedenſtellend. In Bezug auf die innern Verhältniſſe rühmte er, daß „manche gute Pflanze“ erblühe. Es geſchähe Vieles für Schulen und Bildungsanſtalten. Bei kärglich zugemeſſenen Hülfsmitteln bewirkten haushälteriſche Ordnung und gewiſſenhafte Verwaltung die Möglichkeit koſtſpieliger Arbeiten zu allgemeinem Nutzen oder zu Schirmung vor künftiger Gefahr. Wohlthätigkeit mildere größere Uebel in jeder Geſtalt. In friedlicher Nachbarſchaft ſuchten beide Kirchen die Vorſchriften des geoffenbarten Wortes zu lehren, welches die ewige Wahrheit in ſich ſchließe und die Grundlage alles guten Wirkens darbiete. Ruhe und Sicherheit und alle Bedinge der Zufriedenheit gediehen unter der Hut verbeſſerter Geſetze und Einrichtungen. Es vernarbten mehr und mehr die Wunden jener Tage, in denen kaum die Hoffnung auf beſſere Zeiten übrig blieb. Es ſey freilich ſchwer, unerſchüttert zu beharren, im Sturm aufgeregter Leidenſchaften, unter dem böſen Einfluſſe regelloſen Treibens und pflichtloſer Unruhe, wie ſie aus den Weltereigniſſen hervorgegangen, die ſich in den engen Zeitraum eines Vierteljahrhunderts zuſammendrängten, welches zu durchleben den Zeitgenoſſen angewieſen worden. Doch dazu ſolle helfen des Landes Lage, ſeiner politiſchen Verhältniſſe anerkannte und beſtimmt ausgemittelte Geſtaltung, der Charakter des Volkes, ernſt, ruhig, bieder. Voranzugehen mit gutem Beiſpiele, geleitet durch Gewiſſenhaftigkeit und die einzige Furcht vor dem Richter, der jenſeits Rechenſchaft fordere, unbekümmert um der beweglichen Menge Gunſt und des Lobes Eitelkeit oder der Schmähſucht Bitterkeit, ungeſtört durch ſchwache Menſchenſcheu, gehorſam dem Geſetze, einfach, ohne Kunſt, frei im Herzen, das ſey Derjenigen Beruf, denen in den kleinen ſchweizeriſchen Haushaltungen das öffentliche Amt anvertraut werde.

Dies war die Lage der Dinge in der Schweiz, als die Nachricht von den Pariſer Julitagen, gleich dem Donner eines fernen Gewitters, an die Schweizer Alpen ſchlug. Die Bevölkerungen ſo wenig, wie die Regierungen verbargen ſich die Bedeutung dieſes folgenſchweren Ereigniſſes; aber es ſchien, als ob man ſich auf beiden Seiten erſt beſinnen müſſe, ehe man zu einem Schluſſe darüber kam, was man ſelbſt bei der politiſchen Veränderung der Weltlage, welche durch die Erhebung einer einzigen Stadt bewirkt war, zu thun habe. Am 22. September forderte der Vorort die Bundesregierungen auf, ſich der äußerſten Wachſamkeit gegen die Zeitungſchreiber zu befleißigen,

Digitized by Google

die darauf ausgingen, durch Aufreizungen zum Aufruhr die beſtehende Ordnung zu ſtürzen. Zugleich wurde daran erinnert, daß ein ſolches Beſtreben in offenem Widerſpruche mit dem Bundesvertrage und der damit von den Cantonen übernommenen Verpflichtung der gegenſeitigen Gewährleiſtung der rechtmäßigen Verfaſſung ſtehe. In Bern war längſt dafür geſorgt, daß keine aufregende Zeitſchriften erſchienen; die Berner Zeitung, der unter unmittelbarem Einfluſſe der oberſten Behörde geſchrieben wurde, verſicherte ihre Leſer, daß ſie mit den beſtehenden Einrichtungen vollkommen zufrieden wären, und daß nur einige unnütze Schreier mehr verlangten, als man ſchon habe. Aber gerade dieſe höchſt loyale Aeußerung gab die erſte Veranlaſſung zum Ausbruche des Unmuthes, der ſeit Jahren angeſammelt und verhalten war. Der Stadtrath von Burgdorf richtete an die Regierung eine Bittſchrift, worin derſelbe auf die Nothwendigkeit zeitgemäßer Verbeſſerungen der Verfaſſung aufmerkſam machte, und die Zeit der Ruhe und Ordnung zu benutzen bat, um die Wünſche des Volkes in dieſer Beziehung zu hören. Der kleine Rath, an den die Bittſchrift gelangte, wies ſie als geſetzwidrig zurück, weil weder eine ſtädtiſche Körperſchaft, noch überhaupt irgend Jemand das Recht habe, der Regierung Vorſtellungen über allgemeine Landesangelegenheiten zu machen. Dadurch wurde die Aufregung, die man durch Feſtigkeit und Strenge bemeiſtern wollte, nur höher geſteigert; in der Stadt Bern äußerte ſich die allgemeine Unruhe durch frechen Muthwillen, wie durch das Abreißen obrigkeitlicher Bekanntmachungen und das Abbrennen von Kanonenſchlägen oder, wie ſie in der Schweiz genannt werden, von Mordkläpfen. Die Regierung, in Schrecken geſetzt, bot zu ihrer Sicherheit zehn Compagnien der Miliz vom Lande auf und ließ dieſelben in die Stadt rücken. Dieſe Truppe erſchien aber als eine ſehr unzuverläſſige Hülfe, da ſie mit Beſtimmtheit erklärte, daß ſie gegen das Volk von ihren Waffen keinen Gebrauch machen würde. Außerdem verlangte, durch das Mißtrauen, das man ihr gezeigt, erbittert, auch die Bürgerſchaft, bewaffnet zu werden; es wurde eine Bürgergarde errichtet, die ſich ſelbſt, ſtatt der ihr vorgeſchlagenen Patricier, freiſinnige Männer aus dem Bürgerſtande zu Anführern wählte und durch ihre drohende Haltung den adligen Herren einen ſolchen Schrecken einjagte, daß großer und kleiner Rath ſich entſchloſſen, eine außerordentliche Commiſſion niederzuſetzen, welche die Wünſche des Volkes anhören und über dieſelben dem großen Rathe berichten ſollte, der dann, wie eine beſondere Bekanntmachung anzeigte, über die etwa nothwendig gewordenen Veränderungen in

Digitized by Google

der Verfaſſung berathen und entſcheiden würde. Die Abſicht der Patricier war, die unzufriedene Bevölkerung durch ſcheinbare Nachgiebigkeit nur für den Augenblick zu beſchwichtigen und auf dieſe Weiſe Zeit zu gewinnen, um die kräftigſten Maßregeln zur Unterdrückung der Gährung vorzubereiten. Denn ſchon am folgenden Tage berief die Regierung eine außerordentliche Tagſatzung ein, als deren vornehmſte Aufgabe ſie durch ihre Rundſchreiben die Herſtellung der Ruhe und Ordnung im Innern der Schweiz und die Aufrechterhaltung der beſtehenden Bundesverfaſſung bezeichnete. Nur in letzter Linie wurde auch die Nothwendigkeit erwähnt, in der ſich der Bund befinde, bei der Unſicherheit der allgemeinen europäiſchen Verhältniſſe Vorkehrungen zur Behauptung ſeiner Unabhängigkeit gegen das Ausland zu treffen. Wahrſcheinlich rechnete man darauf, daß es inzwiſchen, wenn nicht in allen, doch in den meiſten Cantonen, in denen ähnliche und zum Theile ungleich gewaltſamere Bewegungen ausgebrochen waren, wie in Bern, den Regierungen gelingen würde, derſelben Herr zu werden und ſich mit einander zu gegenſeitiger Hülfeleiſtung zu vereinigen. Man ſollte aber zeitig genug erfahren, wie ſehr man in dieſer Hoffnung ſich getäuſcht hatte. Einer der vornehmſten Berner Beamten, Herr von Muralt, war zu Ende des Novembers nach Freiburg geſchickt worden, um mit der befreundeten Regierung des benachbarten Cantons Verabredungen in Bezug auf die Einberufung der außerordentlichen Tagſatzung einzugehen. Er fand die Behörden in der äußerſten Verwirrung. Eine Eingabe der Stadt Murten, die in kräftiger Sprache Zurückgabe der im Jahr 1814 ihr und dem Lande widerrechtlich entzogenen Rechte forderte, war am 27. November durch den kleinen Rath zurückgewieſen worden, der aber durch die zunehmende über den ganzen Canton ſich verbreitende Gährung außer Faſſung gebracht, drei Tage ſpäter den Beſchluß faßte, ſich dem Volkswillen zu fügen und beim großen Rathe eine Durchſicht der Verfaſſung zu beantragen. Herr von Muralt, der am Abende deſſelben Tages eintraf, flößte den Zagenden neuen Muth ein, indem er ſie verſicherte, daß Bern beträchtliche Streitkräfte bereit halte, um im Nothfalle den verbündeten Ständen ſchleunige Hülfe zu leiſten. Jetzt beſchloß man nicht bloß den Entſcheid vom Morgen zurückzunehmen, ſondern auch nach Berns Beiſpiele Truppen aufzubieten und zur Unterſtützung der Regierung in die Stadt zu ziehen. Am 2. December, als der ſchon früher einberufene große Rath zuſammentrat, war das Stadthaus von Soldaten mit geladenem Gewehr und Geſchütz umgeben. Mit der vom Lande einberufenen Mannſchaft waren jedoch ganze Maſſen

Digitized by Google

des aufgeregten Landvolkes angekommen, die ſich um das Stadthaus ſammelten und, nachdem ſie ſich mehrere Stunden ruhig verhalten, durch einen Zwiſchenfall gereizt, unter wildem Geſchrei in daſſelbe eindrangen, ohne von Seiten des Militairs den geringſten Widerſtand zu erfahren, da dieſem im entſcheidenden Augenblicke verboten war, ſeine Waffen zu brauchen. Der große Rath genehmigte jetzt die von dem kleinen Rathe vorgeſchlagene Durchſicht der Verfaſſung und beauftragte den letzten, ſich ungeſäumt mit den erforderlichen Vorarbeiten zu beſchäftigen. Dadurch wurde zwar für den Reſt des Tages die Ruhe wiederhergeſtellt; am andern Morgen trat jedoch der Stadtrath von Freiburg an die Spitze der Bewegung, errichtete auf das Verlangen der Bürgerſchaft eine Bürgergarde und forderte die Regierung auf, jeden Anlaß zu neuen Störungen der Ruhe zu heben, indem ſie die Gewährung der allgemeinen Wünſche des Landes ausſpräche. Der kleine Rath, der wenige Tage vorher noch entſchloſſen war, die alte Ordnung mit bewaffneter Hand aufrecht zu halten, beeilte ſich eine Erklärung abzugeben, die zu jeder früheren Zeit mit allgemeinem Jubel aufgenommen worden wäre, unter den gegenwärtigen Umſtänden aber nur einen vorübergehenden Stillſtand in dem Volksſturme zu bewirken vermochte. Das Volk traute Verſprechungen nicht, von denen es wohl wußte, daß ſie nur durch die Noth erzwungen waren, und beruhigte ſich nicht eher, als bis das neue Verfaſſungswerk den alten Behörden abgenommen und einem Verfaſſungsrathe oder einer beſonderen Verſammlung übertragen war, die es aus ſeiner Mitte gewählt hatte. Früher als in irgend einem andern Cantone der Schweiz war die Mißſtimmung im Aargau laut geworden, wo doch die wenigſten Urſachen zu Klagen vorhanden waren, weil hier die Regierung niemals den freiſinnigen Geiſt ganz verleugnet hatte, der ihr ſchon durch ihre Lage den berneriſchen Anſprüchen gegenüber geboten war. Aber auch hier war im Jahre 1814 eine Veränderung in der Verfaſſung vorgenommen worden, durch welche die Gewalt in wenigen Händen vereinigt war, indem der kleine Rath ſich ſelbſt die Souverainetät anmaßte und den großen Rath oder die geſetzgebende Verſammlung auf die einfache Thätigkeit beſchränkte, zu den Vorſchlägen des kleinen Rathes ja oder nein zu ſagen. Am 12. Sept. verſammelte ſich eine Anzahl achtbarer Männer zu Lenzburg, die in einer Bittſchrift an den kleinen Rath eine Verbeſſerung der Verfaſſung verlangte. Als dieſe Bitte keine Beachtung fand, kamen auf einer Wieſe bei Wolenſchwyl an 4000 Männer zuſammen, die jene Forderung wiederholten. Auch jetzt noch glaubte die Regierung, wenn ſie

ſich auch dem Volkswillen nicht geradezu widerſetzen wollte, doch keine Urſache zur Eile zu haben, ſondern ſchrieb, wie in gewöhnlichen ruhigen Zeiten die Wahlen zur Erneuung des großen Rathes aus, den ſie zum 29. November einberief. Die Aufregung war aber inzwiſchen bereits ſo hoch geſtiegen, daß die Hälfte des Cantons die Vornahme der Wahlen verweigerte. An vielen Orten wurden Freiheitsbäume errichtet; man verlangte die Herſtellung der Verfaſſung von 1798 und drohete mit offener Gewalt. Es erſchienen Boten von Bern, welche der Regierung bewaffnete Unterſtützung von Seiten des Vororts antrugen, jedoch mit ihrem freundſchaftlichen Anerbieten nicht gehört wurden. Der große Rath entſchied vielmehr, daß die vom Volke verlangte Verbeſſerung der Verfaſſung bewilligt und daß zu dieſem Zwecke ein eigener Verfaſſungsrath ernannt werden ſollte. Unglücklicher Weiſe wurde die Einſetzung des Verfaſſungsrathes um vierzehn Tage hinausgeſchoben, und in dieſer Verzögerung ſahen die unruhigen Köpfe, die ſich der Leitung der Bewegung bemächtigt hatten, eine Falle, der man nur durch einen gewaltſamen Schlag begegnen könne. In dem Bezirke von Muri, wo die Aufregung am größeſten war, wurde der Landſturm aufgeboten, um nach Aarau zu ziehen und die Bildung eines Verfaſſungsrathes zu erzwingen, der nicht von der Regierung ernannt, ſondern vom Volke gewählt werden ſollte. Die Behörde ſandte den Aufrührern die einzige ihr zur Verfügung ſtehende Kriegsmacht, 600 Mann in der Eile einberufener Cantonstruppen, entgegen, die aber beim Anblicke der weit überlegenen Zahl der Gegner auseinanderließen und dieſen die Straße nach dem Hauptorte frei ließen. Am Abende des 6. Decembers rückte der 3000 Mann ſtarke Landſturm in Aarau ein, hielt hier aber gute Ordnung und begnügte ſich, dem regelmäßig vereinigten kleinen Rathe, eine Eingabe zu überreichen, worin das Verlangen ausgeſprochen war, das den Aufſtand veranlaßt hatte. Einer Bittſchrift, die von 3000 Bewaffneten bevorwortet wurde, war es nicht leicht, die Gewährung zu verſagen. Es wurde angeordnet, daß der Verfaſſungsrath vom Volke zu erwählen ſey; und da damit der Zweck der Bewegung erreicht war, kehrte ſogleich die Ruhe und Ordnung im ganzen Canton zurück. Die Regierung des kleinen Cantons Solothurn, die bisher mit der Berner und Freiburger an Engherzigkeit gewetteifert hatte, ließ es ſo weit, wie die letzte und die Aarauer, nicht kommen. Die Bittſchriften, die im Laufe des Octobers und Novembers um eine Verbeſſerung der Verfaſſung eingingen, blieben zwar gleichfalls unberückſichtigt, und noch am 18. November erließ der kleine Rath eine

Digitized by Google

Bekanntmachung, in der er vor Unruhſtiftern und vor der Verbreitung aufrühreriſcher Schriften warnte. Aber ſchon am 25. ſetzte das Gerücht, daß vom flachen Lande her ein Ueberfall drohe, die wohlweiſen Herren in ſolche Beängſtigung, daß ſie ſogleich den großen Rath einberiefen und durch dieſen einen Ausſchuß zur Ausarbeitung eines neuen Verfaſſungsentwurfes niederſetzen ließen. In allen Kirchen des Cantons wurden während einer ganzen Woche Gebete vor der Meſſe angeordnet, um den Segen des Himmels für das wichtige Werk zu erflehen. Alle Gebete der Gläubigen waren indeſſen nicht hinreichend, das ruchloſe Treiben der Volksaufwiegler zu hemmen. Als in der zweiten Hälfte des Decembers der Verfaſſungsentwurf bekannt wurde, fand man darin beſonders in Bezug auf die Wahlen ſo verwickelte Beſtimmungen, daß man wohl ſah, wie die Machthaber ein feines Spiel zu ſpielen gedachten, um mittelſt deſſelben die Zügel in der Hand zu behalten. Da traten zu Ballſtall 3000 Männer aus allen Gegenden des Cantons zuſammen, die offen erklärten, daß der Entwurf dem Wunſche des Volkes nicht entſpreche, und zugleich die Punkte angaben, deren Gewährung verlangt werde. Die Regierung verſuchte es noch einmal, mit halben Zugeſtändniſſen durchzukommen. Am 30. December verbreitete ſich aber wieder ein falſcher Lärm, der die letzten Bedenklichkeiten der ohnedies bereits Eingeſchüchterten hob. Um es nicht zu dem gefürchteten Sturme des Landvolkes gegen die Stadt kommen zu laſſen, geſtand man eilends Alles zu, was die Ballſtaller Verſammlung gefordert hatte.

Wo möglich noch geringeren Widerſtand, als zu Solothurn, leiſtete die herrſchende Partei dem Andringen der Volksbewegung zu Zürich, Luzern und St. Gallen. Im Canton Zürich verlangte während des Octobers eine Anzahl der vom Lande gewählten Mitglieder des großen Rathes, daß dieſer außerordentlich zuſammenberufen werde, um eine Prüfung der Verfaſſung von 1814 vorzunehmen, durch welche die Bewohner des flachen Landes Einbußen erlitten hätten, die keinesweges vergeſſen wären. Die Regierung willigte ohne Anſtand in dies Begehren und erkannte an, daß ſich in der Verfaſſung manches Mangelhafte finde, was der Abſtellung bedürfe. Die Commiſſion, die von dem großen Rathe eingeſetzt wurde, ging aber von der Anſicht aus, daß der Stadt Zürich, wenn auch nicht die ausſchließende Herrſchaft, die ihr die Verfaſſung des Jahres 1814 eingeräumt, doch immer ein Uebergewicht über das an Reichthum, wie an Bildung weit zurückſtehende flache Land gebühre, womit die Bevölkerung des letzten keines-

Digitized by Google

weges einverſtanden war. In einer Volksverſammlung die am 22. November zu Uſter Statt fand und an der gegen 10,000 Männer Theil nahmen, wurde beſchloſſen, daß eine vollkommene Umgeſtaltung der Verfaſſung erfolgen und daß dieſe von einem neuen ſofort zu wählenden großen Rathe ausgehen ſolle, in der die Landſchaft durch wenigſtens zwei Drittel, die Stadt Zürich nur durch ein Drittel der Stimmen vertreten ſey. Auch dieſe Forderung wurde zugeſtanden, und am 6. December wurde der neue große Rath erwählt, der am 14. ſeine amtlichen Verrichtungen antrat und am 17. einen Ausſchuß aus ſeiner Mitte mit der Ausarbeitung des Verfaſſungswerkes beauftragte, welches nach ſeiner Vollendung dem Volke zur Genehmigung vorgelegt werden ſollte. Auf ähnliche Weiſe ging es in Luzern und St. Gallen her. Zu Luzern hatte der große Rath, in Folge zahlreicher Bittſchriften aus allen Theilen des Cantons, am 26. November eine Commiſſion zur Ausarbeitung eines neuen Verfaſſungsentwurfes beſtellt, welcher bereits am 9. December vollendet war, zu deſſen Prüfung und endlicher Feſtſtellung aber jetzt nach dem durch neue Bittſchriften ausgedrückten Wunſche der ländlichen Bevölkerungen ein beſonderer theils vom großen Rathe, theils durch Volkswahlen zu ernennender Verfaſſungsrath angeordnet wurde. In St. Gallen hielt die Regierung es für rathſam, den Aufforderungen, die bei längerem Zögern auch hier nicht ausgeblieben wären, zuvorzukommen, indem ſie aus eigener Bewegung den großen Rath zur Bildung einer Verfaſſungscommiſſion veranlaßte. Die Lahmheit, mit der dieſe Commiſſion zu Werke ging, erregte aber allgemeine Unzufriedenheit; es wurden deshalb an mehreren Orten Volksverſammlungen veranſtaltet, welche unmittelbare Betheiligung der Bürger bei den Vorbereitungen der neuen Verfaſſung verlangten und die Regierung nöthigten, ihre Verfaſſungscommiſſion aufzulöſen und einen Verfaſſungsrath vom Volke wählen zu laſſen. Eben ſo, wie in den genannten Cantonen, gährte es im Thurgau und in den Stadtgebieten von Baſel und Schaffhauſen, wenn auch hier im Laufe des Jahres 1830 noch keine Ausbrüche erfolgten, welche die Regierungen zur Nachgiebigkeit gegen den Volkswillen zwangen. Im Waadtlande, wo die Verfaſſungsreform des Jahres 1829 nur auf die Täuſchung des Volkes berechnet geweſen war, gab die Einberufung der außerordentlichen Tagſatzung zu einer neuen Umwälzung Veranlaſſung, welche das, was damals verſäumt war, gründlich nachholte. Als es bekannt wurde, daß der große Rath ſich verſammelte, um die Inſtructionen des Tagſatzungsgeſandten zu berathen, lieſen von allen Seiten Bittſchriften

Digitized by Google

um Verbeſſerung der Verfaſſung ein. Am 16. December drangen ganze Schaaren des benachbarten Landvolkes in die Hauptſtadt Lauſanne, um die ſchriftlichen Bitten durch ihre perſönliche Gegenwart zu unterſtützen; in der Nacht leuchteten von allen Bergen die Flammen der Wachtfeuer herab, und am andern Morgen ſammelten ſich an 4000 Männer vor dem Schloſſe, in dem der Rath ſeine Sitzungen hielt. Dieſe wurden unterbrochen, weil die Berathungen nicht mehr frei waren, worauf die Volksmaſſe ruhig auseinanderging. Als aber am folgenden Tage der Rath wieder zuſammentrat, erſchallte die Sturmglocke, auf deren Ruf von neuem Tauſende gegen das Schloß und bis in den Sitzungsſaal drangen. Nach einer Stunde des wildeſten Tobens und Lärmens, während deſſen mit ihren Führern unterhandelt wurde, zogen ſie ſich zurück; der große Rath beſchloß die Bildung eines Verfaſſungsrathes, und dadurch war aller Tumult mit einem Male geſtillt. Kanonenſchüſſe verkündeten den errungenen Sieg, lauter Jubel ſchallte durch die Straßen und am Abende war die ganze Stadt feſtlich erleuchtet. Am wenigſten wurden von der Bewegung, welche durch die ganze Schweiz ging, die Cantone berührt, deren Verfaſſung auf den Grundſätzen der reinen Volksherrſchaft beruhten, wenn dieſe auch in der Anwendung durch Mißbräuche aller Art entſtellt wurden. Aber ſelbſt die drei Urcantone, die von jeher die feſteſten Stützen der alten Ordnung waren, blieben nicht frei von politiſcher Parteiung. In Schwyz verlangten die äußern Bezirke die Gleichſtellung mit dem alten gefreiten Lande zurück, die im Jahre 1814 aufgehoben war; und der Nachdruck, mit dem ſie ihre Forderung geltend machten, ließ vorherſehen, daß ſie ſich diesmal nicht, wie damals, bei einer einfachen Zurückweiſung ihrer Vorſtellungen beruhigen würden.

So ſchwierig und verwickelt waren die Umſtände, in denen die Eidgenoſſenſchaft ſich befand, als am 23. December die außerordentliche Tagſatzung zu Bern eröffnet wurde. Bern ſelbſt hatte ſich inzwiſchen überzeugt, daß die Ausführung ſeines urſprünglichen Planes, alle Unruhen in der Schweiz durch bewaffnete Einmiſchung des Bundes zu unterdrücken, zur Unmöglichkeit geworden war. Es wurden daher jetzt, ſtatt der innern, die auswärtigen Angelegenheiten der Schweiz vorangeſtellt; und der Vorort trug zuvörderſt darauf an, daß die Maßregeln verabredet würden, die der drohenden Gefahr eines allgemeinen Krieges gegenüber zur Sicherſtellung der Unabhängigkeit und Unparteiſamkeit der Eidgenoſſenſchaft erforderlich ſchienen. Ungeachtet aller

innern Spaltungen war doch das ſchweizeriſche Volksgefühl bei allen Ständen ſo überwiegend, daß der einmüthige Beſchluß gefaßt wurde, ſofort den doppelten Bundesauszug oder eine Truppenmacht von 65,000 Mann auszurüſten und in marſchfertigen Stand zu ſetzen, der ſich im Falle eines feindlichen Einbruches noch die Landwehr angeſchloſſen hätte, deren erſtes Aufgebot 32,000 Mann zählte, während das zweite allgemeine die geſammte männliche waffenfähige Bevölkerung umfaßte, ſo daß man dem zahlreichſten feindlichen Heere auf vaterländiſchem Boden mit Erfolg begegnen konnte. Seine Anträge in Bezug auf die innere Lage hätte Bern am liebſten ganz fallen laſſen, um die Niederlage zu vermeiden, die mit Gewißheit vorherzuſehen war. Als dieſelben zur Verhandlung kamen, trat zuerſt der Geſandte von Zürich auf und bemerkte: er habe den Auftrag zu erklären, daß ſein Stand ganz und gar keine Einmiſchung in die Verfaſſungsſtreitigkeiten anderer Cantone wolle. Er betrachte das Streben nach Verbeſſerung der Verfaſſungen nicht als ein Uebel, dem man entgegenwirken, ſondern als ein Gut, das man befördern müſſe. Wo die Ruhe geſtört ſey, möge dieſelbe dadurch hergeſtellt werden, daß die Regierungen ſich mit dem Willen der Bürgerſchaft in Einklang ſetzten. Luzern, Glarus, Zug, Freiburg, Solothurn, Appenzell Inner- und Außer-Rhoden, St. Gallen, Aargau, Thurgau, Waadt ſtimmten im Weſentlichen den zürcheriſchen Anſichten bei; Genf, Wallis und Neuenburg wollten in keinem Falle von einer bewaffneten Einmiſchung etwas wiſſen. Auch die drei Urcantone erklärten ſich gegen jede Einmiſchung. Uri wollte dieſelbe nur zu bundesmäßiger Gewährleiſtung der Ruhe und Sicherheit gelten laſſen; Schwyz hoffte, daß Alles gütlich ausgeglichen werden ſolle; Unterwalden dankte ſogar den Regierungen, daß ſie ſich an die Spitze der Bewegung geſtellt. Baſel meinte, daß der Bundespflicht durch die Abſendung eidgenöſſiſcher Commiſſaire Genüge geſchehen könne, falls irgend wo bedeutende Unruhen entſtänden. Schaffhauſen dagegen glaubte, man müſſe zwiſchen Thatſachen und Grundſätzen unterſcheiden. Die erſten könnten vorübergehende Beſtimmungen hervorrufen, die letzten wären bleibend. Sie müßten fortdauern, wenn die Regierungen auch für den Augenblick dem Drange der Umſtände nachgäben, und ſie verlangten, wo Sicherheit und Eigenthum verletzt würden, die Einmiſchung. Daran knüpfte der Vorort an, der zwar auch gegen jede Einmiſchung in Verfaſſungsangelegenheiten ſtimmte, aber denn doch der Meinung war, daß da, wo Zerſtörung und Auflöſung einträten, der Bund ſprechen müſſe. Schaffhauſen habe wohl unterſchieden zwiſchen Noth und

Digitized by Google

Grundſätzen. Es gebe Männer, welche im Jahre 1814 die von den Monarchen angewandte Einmiſchung als großſinnig geprieſen, und welche dieſelbe jetzt gänzlich verwürfen. Volksſchmeichelei ſey das große Uebel unſerer Tage. Vergebens würden jene Männer, die das Volk aufgehetzt, ſpäter mit ihrem Leben deſſen Beſänftigung zu erkaufen verſuchen.

Mit dem Ablaufe des Jahres ging die Leitung der Bundesangelegenheiten nach der Bundesverfaſſung von dem bisherigen Vororte auf Luzern über, und dadurch war den Berner Patriciern ein mächtiger Hebel entzogen, den ſie zu der Unterſtützung ihrer Intereſſen benutzen konnten. Dennoch hielten ſie ſich noch keinesweges für geſchlagen, ſondern boten in der Stille alle ihnen zu Gebote ſtehende Mittel auf, um ihre alten Vorrechte zu retten. Der Kriegsrath machte den Vorſchlag, ein Corps Freiwilliger zu bilden, auf welches man ſich unter allen Umſtänden verlaſſen könne; und unter der Hand wurden für daſſelbe beſonders die aus Frankreich zurückkehrenden Schweizerſoldaten geworben. Der Obercommandant der berneriſchen Truppen machte durch öffentlichen Anſchlag bekannt, daß er alle geſetzwidrige Volksaufläufe, die etwa, wie in andern Cantonen, entſtehen möchten, um der Regierung in ihren Rathſchlüſſen Zwang anzuthun, mit Gewalt unterdrücken würde. Aber die Wirkung, die man von dieſen kräftigen Maßregeln erwartete, wurde durchaus verfehlt. Die Bürgergarde von Bern erklärte, daß ſie das Freicorps, wenn ſie daſſelbe ſich gegenüberſähe, als ein feindliches behandeln würde; von Burgdorf wurde gemeldet, daß der Landſturm gegen Bern aufbrechen würde, wenn man die Miethlinge nicht ſofort entiieße; in Pruntrut (Porentruy) und dem ganzen 1814 mit dem Canton vereinigten Bisthum Baſel wurde den berneriſchen Behörden der Gehorſam aufgekündigt. Da entſchloß ſich der kleine Rath, die Geſetzwidrigkeit der in's Geheim vorgenommenen Werbungen anzuerkennen und auch die anſtößige Bekanntmachung des Obercommandanten für widerrechtlich zu erklären. Dadurch wurde wenigſtens ſo viel erreicht, daß der allgemeine Aufſtand, zu dem Alles ſich vorbereitete, nicht augenblicklich losbrach. Zu Münſingen, drittehalb Stunden von Bern, wurde am 10. Januar 1831 eine Berathung gehalten, zu der ſich an Tauſend der angeſehenſten Männer aus allen Theilen des Cantons vereinigt hatten. Alle waren darüber einverſtanden, daß man ſich mit Gewalt gegen die Regierung erheben müſſe, wenn dieſe noch weiter die verlangten Zugeſtändniſſe verzögere. Nur dem Einfluſſe des Doctors Schnell aus Burgdorf, der die Verſammlung hauptſächlich

Digitized by Google

veranlaßt hatte, gelang es, eine Vertagung auf acht Tage zu bewirken, innerhalb welcher man noch die Entſchließungen des großen Rathes erwarten wollte, ehe man den letzten entſcheidenden Schlag führte. In dem großen Rathe, der ſich am 13. verſammelte, fanden die ſtürmiſcheſten nnd leidenſchaftlichſten Erörterungen Statt. Die Einen drangen darauf, daß man für die Erhaltung der Macht das Aeußerſte wagen und der drohenden Volksgewalt Gewalt entgegenſetzen müſſe. Die Gemäßigteren machten auf die Unmöglichkeit jedes Widerſtandes gegen den einmüthigen Willen der ganzen Bevölkerung aufmerkſam und riethen zur Nachgiebigkeit, durch die man hoffen dürfe, noch einige Trümmer von dem unwiederbringlich Verlorenen zu retten. Zuletzt überwog eine mittlere Meinung, die ſich dahin ausſprach, daß man, wenn man einmal fallen müſſe, wenigſtens mit Ehren fallen wolle. Eine Mehrheit von 190 Stimmen gegen einige und dreißig entſchied, daß die Regierung, da ſie das Zutrauen des Landes verloren habe, die Gewalt niederlegen und es einem vom Volke gewählten Verfaſſungsrathe überlaſſen ſolle, die Form und Wahl einer neuen Regierung zu beſtimmen. Nur bis zur Einſetzung der neuen Behörden ſollten die alten noch in Thätigkeit bleiben. Bei dem ausſchließenden Einfluſſe, den die Patricier ſo lange geübt hatten, würde es ihnen nicht ſchwer gefallen ſeyn, unter jeder Verfaſſung ſich immer noch einen ſehr bedeutenden Einfluß zu ſichern. Aber die Leidenſchaft iſt ein ſchlechter Rathgeber. Die ſtolzen Adelsgeſchlechter, die durch Bürger und Bauern aus ihren angeſtammten Rechten verdrängt wurden, glaubten in ihrer Erbitterung nicht klüger handeln zu können, als indem ſie ſich von aller Theilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten zurückzögen. Da aus dem Volke Niemand Gelegenheit gehabt hatte, ſich in der höheren Verwaltung einige Geſchäftskenntniß zu erwerben, ſo ſetzten ſie voraus, daß nach ihrer Entfernung die Dinge über alle Begriffe ſchlecht gehen müßten, und daß man zuletzt ſich genöthigt ſehen würde, zu ihnen zurück zu kehren und ſie flehentlich zu bitten, ſich des verlaſſenen Regimentes wieder anzunehmen. Sonderbare Täuſchung, da die tägliche Erfahrung lehrt, daß ſelbſt die Edelſten und Beſten in dieſer Welt nicht unentbehrlich ſind, wenn ſie auch durch Schlechtere erſetzt werden! Aber ſoviel muß man den edlen Herrn von Bern nachrühmen, daß ſie, nachdem ihr thörichter Vorſatz einmal gefaßt war, in der Ausführung folgerecht blieben. Nur wenige von ihnen ließen ſich in den Verfaſſungsrath wählen, und dieſe hatten von ihren eigenen Angehörigen die ſchwerſten Vorwürfe zu erleiden, weil man ſie als Ueber-

Digitized by Google

läufer betrachtete. Drei Monate — vom 2. März bis zum 26. Juni — dauerten die Arbeiten des Verfaſſungsrathes, weil die Anſichten in demſelben ſich ſo ſchroff gegenüberſtanden, daß eine Verſtändigung über manche weſentliche Punkte unter den vornehmſten Wortführern unmöglich war, weshalb auch mehrere der letzten freiwillig ausſchieden. Das Werk, dem die alten Geſchlechter durch heimliches Entgegenwirken Hinderniſſe aller Art in den Weg legten, gedieh aber endlich doch zum Abſchluſſe. Am 31. Juli wurde die neue Verfaſſung, die den Grundſatz der Volksherrſchaft an die Stelle der bisherigen Adelsherrſchaft ſetzte, in allen Gemeinden des Cantons, mit Ausnahme der einzigen Stadt Bern, in der die Mehrheit eine verwerfende war, mit unermeßlicher Stimmenmehrheit angenommen. Im Auguſt erfolgten die Wahlen zum neuen großen Rathe, von denen die Patricier ſich wieder, wie von den Wahlen zum Verfaſſungsrathe entfernt hielten; und am 20. October, nachdem die neue Regierung vollſtändig geordnet war, nahmen die alten Behörden, die bis dahin die Leitung der Verwaltung ungehindert fortgeführt hatten, ihren Abſchied, indem ſie einen Rechenſchaftsbericht über das fünfzehnjährige Regiment der Berner Ariſtokratie ablegten, der ihnen ihrer Meinung nach als ein bleibendes Ehrendenkmal dienen ſollte, in der That aber nur einen actenmäßigen Beweis für die Verkehrtheit aller ihrer Regierungsgrundſätze bot. So wurde es, um nur eine Thatſache anzuführen, erſt jetzt bekannt, daß die Regierung während der fünfzehen Jahre von 1814 bis 1829 einen Schatz von nicht weniger als 10 Millionen Schweizer Franken geſammelt, und daß der Ueberſchuß der Staatseinnahmen über die Ausgaben allein im Jahre 1829 mehr als 600,000 Franken betragen hatte, ohne daß man ſich dadurch veranlaßt geſehen hätte, auch nur eine einzige der auf dem Volke laſtenden Auflagen aufzuheben oder herabzuſetzen. Und welchen andern Nutzen hatten die Berner Patricier jetzt von ihrem Schatze, als daß ſie durch denſelben den Gegnern, denen ſie mit allen ihren Reichthümern unterlegen waren, das wirkſamſte Mittel in die Hand gaben, ſich auf die Dauer in der Gewalt zu befeſtigen?

In der zweiten Hälfte des Octobers 1831, als der Sturz der Berner Adelsherrſchaft erfolgte, war der Sieg der revolutionairen Bewegung nicht allein in den Cantonen, die unmittelbar von derſelben ergriffen waren, ſondern in der ganzen Schweiz entſchieden. Von den dreizehn Cantonen, in denen die Gewalt nicht bereits durch ihre urſprünglichen Einrichtungen beim Volke war, hatte nur ein einziger

ſeine Verfaſſung unverändert erhalten: der kleine Freiſtaat Genf, weil hier die Regierung von je her eine freiſinnige und gemäßigte geweſen war, die das wahre Beſte des Gemeinweſens und nicht den Privatvortheil der Machthaber vor Augen hatte. Ein anderer, der Canton Baſel, war noch in vollem Kampfe begriffen, aber in dieſem Kampfe handelte es ſich nicht mehr um die Erhaltung des alten Zuſtandes oder die Begründung neuer Einrichtungen, ſondern um das Fortbeſtehen des Cantons in ſeinem alten Umfange oder ſeine Auflöſung in Beſtandtheile, die von Anfang ſchlecht zuſammengefügt waren. Dagegen war der Canton Teſſin allen übrigen mit ſeinem Beiſpiele vorangegangen, indem er ſeine Verfaſſungsumgeſtaltung, unabhängig von allen fremden Einwirkungen bereits im Jahre 1830 vollbrachte. Zunächſt folgte Freiburg, wo die neue Verfaſſung am 27. Januar 1831 verkündet wurde; darauf Luzern am 1. Februar, Solothurn am 14., Zürich am 20. März, St. Gallen am 7., Thurgau am 26. April, Aargau zu Anfang des Maimonates, Waadt am 14. Mai, Schaffhauſen am 2. Juni, und endlich am 20. October auch Bern. Ueberall mit der einzigen Ausnahme von Schaffhauſen, waren die Verfaſſungsveränderungen, nachdem die Regierungen ſich einmal zur Nachgiebigkeit entſchloſſen, wenn auch nicht ohne leidenſchaftliche Erregung, doch ohne Anwendung offener Gewalt und ohne einen Tropfen vergoſſenen Blutes vor ſich gegangen. In Freiburg, St. Gallen, Thurgau, Aargau, Waadtland, Bern wurde fortan der große Rath von den Wahlverſammlungen nach dem Verhältniſſe der Volkszahl gebildet; doch hatte man in Freiburg, wie ſpäter in Bern, dafür Sorge getragen, daß die Betheiligung der großen Maſſe durch doppelte Wahlſtufen gemildert wurde. In Luzern, Zürich, Solothurn, Schaffhauſen hatten die Hauptſtädte ſich wenigſtens einen Theil ihrer früheren Bevorzugung vorbehalten, der aber freilich bei weitem nicht hinreichend war, um ihnen die Fortdauer ihres alten Uebergewichtes über das flache Land zu ſichern. Die alte Selbſtergänzung der großen Räthe wurde entweder ganz aufgehoben, wie in Freiburg, St. Gallen, Thurgau, Bern, oder doch auf eine geringe Anzahl Glieder zurückgeführt. Ueberall wurden die Rechte des großen Rathes erweitert und jene des kleinen Rathes oder der Regierung beſchränkt. Im Thurgau trat dem kleinen Rathe ein Ausſchuß des großen als bleibende Aufſichtsbehörde an die Seite. Nur in Freiburg behielt er die Ernennung der Bezirksſtatthalter, die in den meiſten Cantonen auf den großen Rath, im Thurgau und in St. Gallen ſogar unmittelbar auf die Bezirksverſamm-

Digitized by Google

lungen überging. In St. Gallen allein wurde dem Volke die unmittelbare Entſcheidung über alle Fragen der Geſetzgebung übertragen, indem die neue Verfaſſung beſtimmte, daß jeder Geſetzvorſchlag den Gemeindeverſammlungen zur Genehmigung vorgelegt werden ſollte, die denſelben entweder annehmen oder verwerfen konnten. Die größten Schwierigkeiten, die auch nach der Einwilligung der Regierungen bei Begründung der neuen Verfaſſungen in verſchiedenen Cantonen zu überwinden waren, gingen aus der Einmiſchung religiöſer Zwiſtigkeiten hervor. In Luzern war die katholiſche Geiſtlichkeit, die nicht ahnte, daß ihren Zwecken gerade am beſten gedient war, wenn das Uebergewicht der freiſinnigen und gebildeten ſtädtiſchen Bevölkerung über das rohe und beſchränkte Landvolk gebrochen wurde, allen Veränderungen in den beſtehenden Einrichtungen entgegen. Bei der Bezirksverſammlung im Entlebuch erklärte der Präſident ſelbſt: „Wer unter ein Sklavenjoch kriechen will, der ſtimme für, wer aber Freiheit und Religion aufrecht erhalten will, der ſtimme gegen die neue Verfaſſung!“ Darüber entſtand ein Tumult, daß es zu gar keiner Abſtimmung kommen konnte. Von 20,293 ſtimmfähigen Cantonsbürgern nahmen überhaupt in dem ganzen Canton nur 10,652, alſo nicht viel über die Hälfte, an der Abſtimmung Theil. Von den letzten ſtimmten 7162 für und 3490 gegen die Verfaſſung, und da die Freunde derſelben gewiß in Maſſe erſchienen waren, ſo konnte man annehmen, daß ihre Zahl nicht viel über ein Drittheil der Geſammtzahl aller Cantonsbürger betrug. Das Geſetz hatte aber feſtgeſtellt, daß die ohne Entſchuldigung Ausbleibenden als Zuſtimmende angeſehen werden ſollten, und durch dieſe der Wahrheit wenig entſprechende Vorausſetzung wurde man in den Stand geſetzt, eine Zahl von 14,787 Stimmen für die Annahme der Verfaſſung herauszubringen. In St. Gallen wäre das Verfaſſungswerk ganz geſcheitert, wenn die revolutionaire Partei nicht zu der gleichen Vorausſetzung ihre Zuflucht genommen hätte. Hier waren die größten Uebelſtände und Mißbräuche aus der eigenthümlichen Kirchenverwaltung hervorgegangen, welche in dem verhängnißvollen Jahre 1814 eingeführt war. Um die gute alte Zeit der gefürſteten Abtei St. Gallen wenigſtens in kirchlichen Dingen ſo weit als irgend möglich herzuſtellen, übergab man die Leitung des Kirchen- und Schulweſens bei Katholiken und Proteſtanten beſondern Behörden, die von der Cantonalregierung völlig unabhängig waren und unter Anderem auch über das Kirchenvermögen nach ihrem Gutbefinden ſchalteten, ohne irgend Jemand über die Verwendung Rechenſchaft abzule-

Digitized by Google

gen. Alle einſichtige Männer des Cantons waren der Meinung, daß der Staat ſich die Leitung des Unterrichtsweſens um keinen Preis entziehen laſſen dürfe, und daß ihm auch die Oberaufſicht über die äußern Anordnungen und Einrichtungen der katholiſchen wie der proteſtantiſchen Kirche gebühre. Als aber die katholiſche Geiſtlichkeit vernahm, daß man bei Gelegenheit der Verfaſſungsverbeſſerung auch an ihr Kirchenweſen rühren wolle, ſetzte ſie Himmel und Erde in Bewegung, um ſo argen Frevel gegen das Heiligſte zu verhüten; und ihre Bemühungen hatten ſo guten Erfolg, daß in dem Verfaſſungsrathe alle Anträge, die auf Abſtellung kirchlicher oder zu kirchlichen Dingen nur in irgend einer Beziehung ſtehender Mißbräuche gerichtet waren, mit beträchtlicher Stimmenmehrheit verworfen wurden. Durch dieſen Sieg wurde der Unwille der empörten Glaubenseiferer nicht verſöhnt. Ein großer Theil des ſtreng katholiſchen Landvolkes war überredet worden, daß den beabſichtigten Verfaſſungsveränderungen kein anderer Zweck zu Grunde liege, als das Land lutheriſch zu machen; ſelbſt die Klügeren wollten mit einer Sache nichts zu thun haben, die ihnen denn doch verdächtig vorkam. So geſchah es, daß bei der Abſtimmung über die Annahme der neuen Verfaſſung 10,919 Cantonsbürger gar nicht erſchienen, und daß von den 18,595 Erſcheinenden nur 9011 für und 9584 gegen die Verfaſſung ſtimmten. Dieſe wäre ſonach ohne alle Frage verworfen geweſen, wenn man nicht klüglicher Weiſe, wie in Luzern, zum voraus angeordnet hätte, daß die Stimmen aller bei der Abſtimmung Ausbleibenden als genehmigende gelten ſollten, wodurch man eine künſtliche Mehrheit von 19,930 Stimmen für die Verfaſſung gewann, die ſeltſam genug auch von den Gegnern ohne Widerſpruch anerkannt wurde. Unter allen ſchweizeriſchen Städteregierungen, ſelbſt das Berner und Freiburger Patricierregiment nicht ausgenommen, die engherzigſte war jene des kleinen Cantons Schaffhauſen, wo der kleinliche ſpießbürgerliche Sinn der ſpäteren Zeit der deutſchen Reichsſtädte noch in vollſter Blüthe ſtand. Auch hier hatte ſich gegen das Ende des Jahres 1830 eine Aufregung gezeigt, die der Regierung bedenklich erſchien und ſie veranlaßte, die Bürgerverſammlungen oder die ſogenannten Zünfte zuſammenzurufen, die von Alters her angeordnet waren, um dem Volke eine Gelegenheit zu geben, ſeine Wünſche auszuſprechen. Die ſtädtiſchen Zünfte erklärten ſich, wie dies nicht anders zu erwarten war, ſämmtlich gegen jede Veränderung in der Verfaſſung, während die ländlichen eben ſo einſtimmig eine Verbeſſerung derſelben verlangten. Der kleine Rath, in der Beſorgniß, daß die Bewegung auf dem Lande

einen drohenden Charakter annehmen könnte, glaubte die Landgemeinden durch einige Zugeſtändniſſe beſchwichtigen zu müſſen und ernannte am 27. Januar einen Verfaſſungsrath, der bis zum 5. Mai in Thätigkeit war und einen Verfaſſungsentwurf zu Tage förderte, durch den unter etwas veränderten Formen die Dinge ſo ziemlich beim Alten geblieben wären. Darüber kam es zu einem gewaltſamen Ausbruche; das Landvolk zog in hellen Haufen bewaffnet gegen die Stadt, fand aber die Thore verſchloſſen und wurde, als es den Eingang erzwingen wollte, durch ein Kleingewehrfeuer zurückgewieſen, welches einen Landmann tödtete und mehrere ſchwer verwundete. Da überdies bald darauf eine vom Vororte Luzern entſandte eidgenöſſiſche Abordnung eintraf, welche zum Frieden redete, ſo beruhigten ſich die Landgemeinden und beſchloſſen das Ergebniß der Abſtimmung abzuwarten, die am 23. Mai in allen Gemeinden Statt fand. Der Verfaſſungsentwurf, obwohl in der Stadt angenommen, wurde durch das Uebergewicht der Stimmenzahl des flachen Landes mit bedeutender Mehrheit verworfen; und die Regierung ließ ſich jetzt durch die Vorſtellungen der eidgenöſſiſchen Vermittler beſtimmen, den Forderungen der Landgemeinden noch in einigen Punkten nachzugeben, zu denen namentlich die Aufhebung der bisherigen Vermiſchung des ſtädtiſchen Haushaltes mit jenem des ganzen Cantons und eine Vermehrung der Vertretung des flachen Landes im großen Rathe gehörte.

Ernſterer Art waren die Verwicklungen, die im Canton Baſel eintraten. Die Stadt Baſel hatte gerade in der Zeit, in der die großen Mächte die Eidgenoſſenſchaft mit den härteſten Zumuthungen drängten, einen rühmlichen Freiſinn bewieſen. Auch nach der franzöſiſchen Julirevolution war die Baſeler Regierung eine der erſten, welche die Nothwendigkeit zeitgemäßer Verbeſſerungen einſahen. Am 3. November 1830 verlangte der große Rath von dem kleinen Vorſchläge über eine Umgeſtaltung der Verfaſſung, wie ſie die veränderten Umſtände zu erfordern ſchienen. Unglücklicher Weiſe verzögerte die Lahmheit des gewöhnlichen Geſchäftsganges die Antwort bis in den December, und in der Zwiſchenzeit griff die Gährung der benachbarten Cantone auch nach dem Landgebiete von Baſel hinüber. In mehreren Gemeinden wurden Freiheitsbäume errichtet; eine Verſammlung von Bürgern aus verſchiedenen Landbezirken erklärte es für den Willen des ſouverainen Volkes, daß ein Verfaſſungsrath vom Volke erwählt werde, der binnen vierzehn Tagen eine auf den Grundſätzen der Volksſouverainetät und vollkommener Rechtsgleichheit beruhende Verfaſſung zu

entwerfen habe, die dann dem Volke zur Genehmigung vorgelegt werden müſſe. Am 9. December, als der große Rath wieder zuſammentrat, wurde den Vorſchlägen des kleinen Rathes gemäß die Ernennung eines Ausſchuſſes beſchloſſen, der die geſammte Verfaſſung einer genauen Prüfung und Durchſicht unterwerfen ſollte, und dem zugleich zwei weſentliche Punkte, die Selbſtergänzung des großen Raths und die Lebenslänglichkeit der Großraths- und Kleinrathsſtellen, als der Abſtellung bedürftig bezeichnet wurden. Der Ausſchuß erſtattete ſeinen Bericht am 3. Januar; nach demſelben ſollte eine Menge Mißbräuche abgeſtellt und namentlich das Verhältniß der Vertretung von Stadt und Landſchaft auf eine Weiſe geordnet werden, von der man vorausſetzte, daß ſie allen Wünſchen der letzten genügen würde *). Dies wäre auch aller Wahrſcheinlichkeit nach noch zu Anfange des Decembers der Fall geweſen; im Januar waren aber die Forderungen der Leiter der Bewegung auf dem Lande ſchon höher geſtiegen. Dieſe verlangten jetzt, daß die Vertretung, ohne alle Rückſicht auf die höhere Bildung, den ungeheuern Reichthum und die größere Betheiligung der Stadt an den Staatslaſten, ſich bloß nach der Kopfzahl richten ſolle. Am 4. Januar fand in der kleinen Stadt Lieſtal — drei Stunden von Baſel — eine Volksverſammlung Statt, zu der aus allen Theilen des Cantons ganze Maſſen bewaffneter Landleute zuſammenſtrömten, und die der Regierung eine Friſt von 24 Stunden ſtellte, binnen deren ſie alle ihre Forderungen zu genehmigen habe. Am 6., nach Ablauf der Friſt, wurde zu Lieſtal eine vorläufige revolutionaire Regierung eingeſetzt, welche den regelmäßigen Behörden den Gehorſam aufkündigte, alle Verbindungen mit der Stadt unterbrach, die Gemeinden, die ſich der Empörung nicht anſchließen wollten, mit Gewalt zum Beitritte zwang und den auf dem linken Rheinufer gelegenen größeren Stadttheil durch 2000 bewaffnete Landleute einſchließen und berennen ließ. Unter der Bürgerſchaft von Baſel hatte ſchon das erſte Bekanntwerden der Forderungen des übermüthigen Landvolkes eine allgemeine Entrüſtung hervorgerufen, weil man wohl begriff, daß das Zugeſtehen derſelben die reiche und blühende Handelsſtadt mit ihren Millionen in die unbedingteſte Abhängigkeit von dem flachen Lande verſetzen würde. Als

*) Nach der alten Verfaſſung waren im großen Rathe 64 Mitglieder von der Landſchaft und 90 aus der Stadt; ein ähnliches Verhältniß hatte ſelbſt unter der Verfaſſung von 1803 beſtanden. Nach dem neuen Verfaſſungsentwurfe ſollten 79 Mitglieder auf die Landſchaft und nur 75 auf die Stadt fallen.

Digitized by Google

nun gar offene Feindſeligkeiten begannen und mit einem Sturme gedroht wurde, griff die ganze männliche Bevölkerung zu den Waffen. Bald wurden Ausfälle und kleine Streifzüge in die Umgegend verſucht; und da bei dieſen den Bürgern immer der Sieg blieb, ſo wurde am 16. Januar eine Truppenabtheilung von 8 bis 900 Mann gegen Lieſtal entſandt, die den kleinen Ort ohne den geringſten Widerſtand beſetzte. Die vorläufige Regierung hatte ſich, da ihre Anhänger keine rechte Luſt zum ernſteren Kampfe zeigten, am Abende vorher aufgelöſ't, und die Mitglieder derſelben hatten ihre Perſonen durch die Flucht in Sicherheit gebracht. Schon einige Tage früher war von ihnen eine Mittheilung an die zu Luzern verſammelte Tagſatzung gerichtet worden, durch welche ſie die oberſte Bundesbehörde um ihre Vermittlung in dem Streite zwiſchen Stadt und Land erſuchten. Die Tagſatzung, hierauf eingehend, hatte eine Abordnung nach Baſel geſchickt, um beiden Theilen Niederlegung der Waffen, gegenſeitiges Vergeſſen alles Vorgefallenen und aufrichtige Verſtändigung über eine geſetzmäßige Umgeſtaltung der Verfaſſung zu empfehlen. Dieſe Abordnung traf an demſelben Tage in Baſel ein, an dem die Baſeler Truppen in Lieſtal einrückten; ſie entledigte ſich ohne Rückſicht auf die ſo durchaus veränderte Lage der Dinge ihres Auftrages. Die Baſeler Regierung konnte, ohne ſich der Gefahr einer augenblicklichen Erneuung der kaum unterdrückten Unruhen und außerdem noch eines Ausbruches der Erbitterung von Seiten der treugebliebenen Bürgerſchaft auszuſetzen, weder in die verlangte Entwaffnung, noch in die Verkündigung allgemeiner Strafloſigkeit für alle Theilnehmer und Urheber des Aufſtandes willigen; ſie widerſtand deshalb den wiederholten Anmahnungen, die ſowohl von der Tagſatzung, als von verſchiedenen ihrer Mitſtände an ſie ergingen, verfuhr aber thatſächlich mit einer Milde, die von einer öffentlich ausgeſprochenen allgemeinen Verzeihung beinahe nur durch das Feſthalten des Grundſatzes der Straffälligkeit verſchieden war, und zog nach vollkommener Herſtellung der Ruhe auch ihre Truppen von jenen Punkten zurück, die ſie als die Hauptſitze der Empörung eine Zeitlang militairiſch beſetzt gehalten hatte. Das unterbrochene Verfaſſungswerk nahm jetzt ſeinen ungeſtörten Fortgang. Der große Rath ertheilte dem von dem Verfaſſungsausſchuſſe ausgearbeiteten Entwurfe am 11. Februar ſeine Zuſtimmung; am 28. Februar wurde derſelbe in der Stadt Baſel von 1200 Bürgern mit Ausnahme eines einzigen einmüthig, auf dem Lande von 5298 billigenden Stimmen gegen 2582 verwerfende genehmigt. Am 16. Mai trat der neu gewählte

Digitized by Google

große Rath zuſammen, in dem unter den Vertretern der Landbezirke mehrere der entſchiedenſten Revolutionaire ihre Sitze einnahmen. Die neue Ordnung war allem Anſcheine nach für die Dauer begründet. Aber bedenklich konnte man ſchon werden, als bei der Bildung des kleinen Rathes unter 17 Mitgliedern nicht weniger als 13 aus der Stadt gewählt und 11 aus dem alten abgetretenen kleinen Rathe wieder ernannt wurden, wodurch die Landleute in dem Mißtrauen, welches ein großer Theil derſelben gegen die neue Verfaſſung hatte, beſtärkt werden mußten. Vermehrt wurde die Mißſtimmung, als der Antrag auf allgemeine Verzeihung, den mehrere Mitglieder vom Lande ſtellten, im großen Rathe mit weit überwiegender Mehrheit verworfen wurde; am nachtheiligſten aber wirkte eine allerdings nicht zu entſchuldigende Unbeſonnenheit der Regierung, welche dieſelben Officiere mit der Einübung der Miliz auf dem Lande beauftragte, die vor wenigen Wochen in dem Kampfe gegen das Landvolk befehligt hatten. Darüber kam es zu Auftritten, die bei einiger Klugheit leicht zu vermeiden geweſen wären. Ein Bataillon verſagte den Officieren den Gehorſam und brach in ſolche Gewaltthätigkeiten gegen dieſelben aus, daß ſie ſich mit Mühe durch die Flucht nach der Stadt retteten. Jetzt mußten neue Unterſuchungen eingeleitet und Verhaftungen vorgenommen werden, die noch mehr böſes Blut machten. Auf der andern Seite führte in der Stadt die Erbitterung, die unter der Bürgerſchaft gegen das Landvolk herrſchte, zu Ungebührlichkeiten, bei denen die Polizei eine ſträfliche Nachſicht bewies. Vor der Behauſung eines landſchaftlichen Großrathes, der auch in der Stadt ein Anweſen beſaß, rottete ſich zwei Nächte nach einander der Pöbel zuſammen, der ihm die Fenſter einwarf und andern Unfug verübte. Erſt in der dritten Nacht, als ein Haufe Arbeiter vom Lande ihm ein Lebehoch brachte, ſchritt die Polizei ein. Einige Tage darauf reichten 22 landſchaftliche Großräthe ihre Entlaſſung ein, und jetzt brach der lange verhaltene Unmuth auf dem Lande in lichten Flammen aus. An mehreren Orten wurden Freiheitsbäume errichtet und die Regierungsbeamten verjagt. Am 20. Auguſt bildete ſich zu Lieſtal eine neue revolutionaire Regierung, die ſogleich ein allgemeines Aufgebot ausſchrieb und einen Jeden für vogelfrei erklärte, der den Feinden der Freiheit Vorſchub leiſten würde. In der Nacht vom 20. auf den 21. rückte eine Truppenabtheilung von 800 Mann mit 6 Geſchützen von Baſel aus, um gegen Lieſtal zu ziehen. Eine Stunde vor dieſer kleinen Stadt wurden ſie von einem Gewehrfeuer begrüßt, das aus den Weinbergen

Digitized by Google

und Gebüſchen an der Straße gegen ſie gerichtet wurde. Gegen vier Uhr des Morgens kam die Colonne vor Lieſtal an und drang nach einem lebhaften Gefechte in den Ort ein, der von allen ſeinen Einwohnern verlaſſen war, mußte aber, da die Zahl der Gegner ſich durch Zuzug aus der Nachbarſchaft fortwährend vermehrte, zuletzt ihren Rückzug antreten, den ſie nicht ohne Verluſt bewerkſtelligte. Zwei Tage darauf traf eine neue Abordnung der Tagſatzung ein. Dem von dieſer gefaßten Beſchluſſe gemäß wurden beide Parteien aufgefordert, die Feindſeligkeiten einzuſtellen und die Waffen niederzulegen; außerdem wurde der revolutionairen Regierung zu Lieſtal der Befehl ertheilt, ſich aufzulöſen, indem überall im Canton die geſetzliche Ordnung hergeſtellt werden ſollte, wogegen dem großen Rathe von Baſel nochmals empfohlen wurde, eine vollſtändige Verzeihung für alles bisher Geſchehene auszuſprechen. Die ſtädtiſchen Behörden in Baſel waren jedoch eben ſo wenig geneigt, von ihren Grundſätzen in Bezug auf die Straffälligkeit der Unruheſtifter abzugehen, als die landſchaftlichen in Lieſtal, ihre Gewalt niederzulegen und die Verfaſſung vom 28. Februar anzuerkennen. Die Tagſatzung bot daher von neuem ein eidgenöſſiſches Truppencorps auf, welches in der erſten Hälfte des Septembers das baſeliſche Landgebiet beſetzte, um vorläufig hier den Gehorſam zu erzwingen. Erſt jetzt bequemte ſich die revolutionaire Regierung zur Nachgiebigkeit; ſie erklärte am 12. September ihre Auflöſung, verſäumte aber nicht, zugleich das Volk zu ermahnen, daß es feſt darauf beharre, der Verfaſſung, deren Annahme, wie man jetzt behauptete, nur durch Einſchüchterung erzwungen ſey, die Anerkennung zu verweigern. Die Bevollmächtigten der Tagſatzung fanden kein anderes Mittel, eine aufrichtige Verſöhnung zwiſchen Stadt und Land zu bewirken, als indem ſie die erſte zu beſtimmen ſuchten, der Landſchaft noch ein paar nicht ſehr erhebliche Zugeſtändniſſe in Bezug auf die Zahl ihrer Vertreter und auf eine künftige neue Durchſicht der Verfaſſung zu machen. Darauf ging jedoch der große Rath von Baſel ſo wenig ein, daß er vielmehr (am 11. October) den Beſchluß faßte, eher in eine Trennung der Landgemeinden von der Stadt, als in eine Abänderung der Verfaſſung zu willigen. Auf dem Lande hatten bisher nur Einzelne an eine völlige Losreißung von der Stadt Baſel gedacht, weil man ſich die Vortheile nicht verbarg, die man von der Verbindung mit dieſer hatte. Darauf fußte die Baſeler Regierung, indem ſie zuerſt das Wort der Trennung ausſprach, deſſen ſie ſich bloß als einer Drohung zu bedienen gedachte, von der ſie vorausſetzte, daß dieſelbe ihre Wirkung nicht verfehlen

Digitized by Google

könne. Um der Drohung einen Schein des Ernſtes zu geben, ging man noch einen Schritt weiter und ließ (am 23. November) in allen Landgemeinden förmlich darüber abſtimmen, ob dieſe bei der Stadt bleiben oder ſich von ihr losreißen wollten. Nur eine ſehr geringe Anzahl Stimmen war für die Trennung, weil die entſchiedenſten Gegner des ſtädtiſchen Regiments und unter dieſen 17 ganze Gemeinden gar nicht mitgeſtimmt hatten. Jetzt glaubte man ſich ſeiner Sache gewiß, und am 6. December beſchloß der große Rath, daß alle Gemeinden, die ſich nicht mit der Verfaſſung zufrieden erklären würden, aus dem Verbande mit dem Canton ausgeſtoßen werden ſollten. Die Tagſatzung, die der Vorort Luzern auf Veranlaſſung dieſer Vorgänge zu einer außerordentlichen Verſammlung einberief, vermochte ſich über die Maßregeln, welche ihr vorgeſchlagen wurden, nicht zu verſtändigen; und am 15. März 1832 ſchritt die Baſeler Regierung, nachdem der große Rath ungeachtet aller Abmahnungen von Seiten des Vororts am 22. Februar ſeinen Beſchluß vom 6. December wiederholt hatte, zur Ausführung der Trennung, indem ſie alle von ihr eingeſetzten Behörden aus den widerſpenſtigen Gemeinden zurückzog und dieſe völlig ſich ſelbſt überließ. Aber die Dinge kamen anders, als man in der Stadt erwartet hatte. Nur eine geringe Anzahl Gemeinden in den beiden Thälern von Gelterkinden und Reigoldswyl, die noch dazu von der Stadt durch eine weite Strecke feindlichen Gebietes getrennt waren, blieben den Baſelern treu, alle übrige traten auf die Seite der Abtrünnigen; und dieſe, ſtatt durch ihre Ausſtoßung in Verlegenheit geſetzt zu werden, griffen vielmehr begierig nach der Selbſtſtändigkeit, die ihnen ſo unverhofft geboten wurde. Bereits am 18. März kamen Abgeordnete aus allen Gemeinden in Lieſtal zuſammen, die eine vorläufige Regierung von fünf Mitgliedern, einen Verfaſſungsrath und ſogar zwei Geſandte zur Tagſatzung erwählten. Die Tagſatzung, die am 12. März wieder zuſammengetreten war, vermochte ſich jetzt ſo wenig, wie bei ihrer letzten außerordentlichen Verſammlung über einen entſcheidenden Beſchluß zu vereinigen; und das Einzige, worüber man übereinkam, war, daß die eidgenöſſiſche Beſetzung des Baſeler Cantonsgebietes fortdauern ſolle, um einen erneuten Ausbruch offener Feindſeligkeiten zu verhindern. Aber auch dieſer Zweck wurde nicht erreicht. Die Baſeler Regierung fand für gut, den abgefallenen Landſchaftlern ihre Kraft zu zeigen, indem ſie den treuen Gemeinden einen Schutz widerfahren ließ, den dieſe weder verlangt hatten, noch bei dem ungeſtörten friedlichen Verhältniſſe mit ihren Nachbarn bedurften. Eine

Digitized by Google

Schaar von 160 Mann geworbener Soldaten wurde heimlich durch badiſches und aargauiſches Gebiet nach Gelterkinden geſchickt, um dieſem Orte zur Beſatzung zu dienen; und darüber kam es zu einem Kampfe mit dem Landſturme, in dem ein Theil von Gelterkinden in Flammen aufging, und der zuletzt mit der Vertreibung der ſtadtbaſelſchen Truppe endigte. Nochmals (auf den 9. Mai) wurde die Tagſatzung zur Entſcheidung über die Baſeler Wirren einberufen, und nochmals wurde nichts entſchieden, als was ſich bereits durch alle frühere Verhandlungen zur Genüge herausgeſtellt hatte, daß die Bundesverſammlung in der Geſtalt, die ihr die Verträge von 1814 und 1815 gegeben, außer Stande war, irgend eine Verwickelung von einiger Schwierigkeit zu löſen.

Zu keiner früheren Zeit war dieſer Uebelſtand ſo allgemein und ſo tief empfunden worden, als jetzt, wo die Ohnmacht des Bundes es einer einzelnen Stadt erlaubte, durch unvernünftigen Starrſinn nicht allein einen einzelnen Canton in die heilloſeſte Zerrüttung zu ſtürzen, ſondern die ganze Schweiz in fortwährender Unruhe zu erhalten. Auf Baſel waren alle Blicke gerichtet. Das Beiſpiel von Baſel, der heldenmüthigen Stadt, — wie es in den öffentlichen Blättern der Partei hieß, — die allein mit Erfolg allen Wühlungen der Revolutionaire Trotz bot, ermuthigte die Anhänger und Verfechter der alten durch die Stürme von 1830 und 1831 geſtürzten Einrichtungen in allen Cantonen zu keckerem Auftreten. So lange Baſel noch ſtand, war kein Grund vorhanden, die Hoffnung auf einſtige Wiedereroberung des Verlorenen aufzugeben. Je unvorſichtiger und unverhohlener dieſe Geſinnungen ſich kund gaben, um ſo mehr mußte aber auch auf der andern Seite den Häuptern der überall ſiegreichen Bewegung die Wichtigkeit klar werden, die eine endliche Erledigung der Baſeler Angelegenheit für ſie hatte, und zugleich die Nothwendigkeit, irgend ein Mittel der Abhülfe für die Mängel der Bundesverfaſſung zu finden. Schon im März des Jahres 1832 hatten deshalb die Stände Bern, Zürich, Luzern, Aargau, Solothurn, Thurgau und St. Gallen einen beſondern Bund — das ſogenannte Siebener-Concordat — geſchloſſen, das zum Zwecke hatte, einander gegenſeitig den Beſtand ihrer im Laufe des vorigen Jahres neugeſtalteten Verfaſſungen zu gewährleiſten. Man verbarg ſich jedoch die Nachtheile nicht, die aus einem ſolchen Bunde im Bunde hervorgehen mußten, zumal da ſich bei andern Cantonen, die ſich in ähnlicher Lage befanden, wie Waadt, Freiburg, Schaffhauſen und Teſſin, wenig Geneigtheit zeigte, dem Vereine beizu-

Digitized by Google

treten. Dieſelben Cantone, die in dem Concordate vorangetreten waren, beſchloſſen daher ein anderes, kräftigeres und durchgreifenderes Mittel zu verſuchen, indem ſie geradezu eine Umgeſtaltung der Bundesverfaſſung verlangten. Auf der dritten dießjährigen Verſammlung der Tagſatzung, die am 2. Juli eröffnet wurde, gelang es ihnen den Beſchluß durchzuſetzen, daß eine Commiſſion ernannt wurde, die beauftragt war, eine Reviſion der Bundesacte vorzunehmen und das Ergebniß ihrer Arbeiten einer im Jahre 1833 beſonders deshalb einzuberufenden außerordentlichen Tagſatzung zur Entſcheidung vorzulegen. Nachdem auf dieſe Weiſe das Uebergewicht der Bewegungspartei ſich herausgeſtellt hatte, ſtrengte dieſelbe alle ihre Kräfte an, um ihren Anſichten auch in Bezug auf die wichtige Frage des Tages, die Beendigung der Baſeler Zerwürfniſſe, den Sieg zu verſchaffen. Geſchickte Unterhandlungen führten auch hierin zum Ziele. Am 14. September wurde durch Mehrheit der Stimmen der Bundesbeſchluß gefaßt, daß die Baſeler Landſchaft von der Stadt getrennt, jedoch mit derſelben in allen Beziehungen zum Bunde fortwährend nur als ein Canton angeſehen werden ſollte, indem beiden Theilen zuſammen auf der Tagſatzung nur eine Stimme zuzugeſtehen wäre, über die ſie ſich mit einander zu verſtändigen hätten. Durch dieſen Beſchluß wurde aber die Spannung zwiſchen den Cantonen, die einander in ihren Grundſätzen am ſchroffſten gegenüberſtanden, auf die Spitze getrieben. Nicht allein die Stadt Baſel, ſondern auch die fünf Stände Schwyz, Uri, Unterwalden, Wallis und Neuenburg legten gegen denſelben als bundeswidrig förmliche Verwahrung ein; und bald wurde es offenbar, daß jetzt die Stunde der letzten Entſcheidung für die Eidgenoſſenſchaft mit raſchen Schritten herannahte. Die drei Urcantone, durch beſondere uralte Verträge verbunden, würden ſchwerlich durch den Beſchluß über Baſel allein ſich zum Aeußerſten haben fortreißen laſſen, wenn nicht einer aus ihrer Mitte, der Canton Schwyz, in dem Schickſale, das über Baſel hereinbrach, ein Vorſpiel des ihm ſelbſt bevorſtehenden geſehen hätte. Wie die Baſeler Landſchaft von der Stadt, ſo hatten ſich die äußern Bezirke des Cantons Schwyz von dem altgefreiten Lande losgeriſſen; eben ſo, wie die Baſeler Landſchaft, hatten auch die äußeren Bezirke ihre beſondere Regierung eingeſetzt und ſich eine eigene Verfaſſung gegeben. Sobald die Selbſtſtändigkeit der Baſeler Landſchaft vom Bunde anerkannt war, ſtand nichts entgegen, daß daſſelbe nicht auch für die äußeren Bezirke geſchah. Neuenburg und Wallis hatten andere Gründe, entſchiedenen Haß gegen die Neuerer zu hegen; in Neuenburg war ein Verſuch zur Umwälzung mit Gewalt

Digitized by Google

unterdrückt worden, und das deutſche Wallis erwehrte ſich mit Mühe der Anſtrengungen, die der ſtärker bevölkerte franzöſiſche Theil des Cantons machte, das auf ihm laſtende Joch abzuwerfen. Dieſe Umſtände benutzte das erbitterte Baſel, um in der Schweiz, wo möglich, der Revolution die Gegenrevolution entgegenzuſtellen. Auf ſeine Einladung vereinigten ſich am 14. November zu Sarnen im Canton Unterwalden Bevollmächtigte von Schwyz, Uri, Unterwalden, Wallis, Neuenburg und der Stadt Baſel und ſchloſſen eine Uebereinkunft, wodurch ſie ſich gegenſeitig verpflichteten, an keiner Tagſatzung Theil zu nehmen, zu der Geſandte von Lieſtal oder von Außer-Schwyz zugelaſſen würden. Außerdem machte ſich Baſel anheiſchig, zu einer Wiedervereinigung mit der Landſchaft die Hand zu bieten; und es unterliegt keinem Zweifel, daß geheime Verabredungen getroffen wurden, um eine Schilderhebung vorzubereiten, bei der man mit Hülfe der katholiſchen Geiſtlichkeit zuvörderſt die Gebirgsthäler von Luzern und die Freiämter des Aargaus, demnächſt die ganze katholiſche Schweiz und durch andere Einwirkungen auch einen guten Theil von Bern und Zürich auf ſeine Seite zu ziehen hoffte. Daß dieſe Rechnung nicht ganz mit eingebildeten Größen gemacht war, trat hervor, als die Verfaſſungscommiſſion des Bundes, die bis in den December vereinigt geblieben war, ihren Entwurf einer neuen Bundesverfaſſung vollendet hatte, und der Inhalt deſſelben durch ſeine Mittheilung an die großen Räthe der verſchiedenen Cantone bekannt wurde. Die Unterdrückung der Bürgſchaft, welche die alte Bundesacte für das Beſtehen der Klöſter und die Erhaltung der religiöſen Stiftungen übernahm, gab der katholiſchen Geiſtlichkeit überall Veranlaſſung, das ganze Unternehmen einer Verbeſſerung des Bundesvertrages als einen Verſuch zur Untergrabung der katholiſchen Religion darzuſtellen, während auf der andern Seite die überſpannten Freiheitsmänner den Vorkämpfern der Unterdrückung in die Hand arbeiteten, indem ſie den Entwurf, weil er nicht alles Beſtehende mit einem Schlage über den Haufen werfen wollte, als ein verfehltes Machwerk angriffen, das der Sache wahrer Freiheit mehr ſchaden, als nützen werde. Unter dieſen Vorzeichen wurde die Tagſatzung am 11. März 1833 zu Zürich eröffnet. Die Sarner Stände blieben aus, mit Ausnahme von Wallis, dem der gegenrevolutionaire Bund doch etwas bedenklich geworden war und das ſich daher zurückzog, als derſelbe eine neue Conferenz zu Schwyz veranſtaltete. Erſt als die Tagſatzung beſchloß, den Geſandten von Baſelland einzuberufen, reiſ'te der Walliſer Bevollmächtigte nach Hauſe, um, wie er vorgab,

Digitized by Google

neue Inſtructionen zu holen. Ihm folgten bald auch die Bevollmächtigten von Zug und Appenzell, weil die Landsgemeinden in beiden Cantonen ſich gegen jede Veränderung des Bundesvertrages erklärt und den Beſchluß gefaßt hatten, an den Berathungen nicht Theil zu nehmen, ſobald eine ſolche Veränderung zur Erörterung käme. Einen unzureichenden Erſatz gewährte es, daß eine Mehrheit von 12½ Ständen die Zulaſſung des Geſandten von Außer-Schwyz beſchloß. Da auch Teſſin von den Verhandlungen über den neuen Verfaſſungsentwurf ſich entfernt hielt, Glarus keine Inſtructionen hatte und Graubündten dagegen ſtimmte, ſo war es nicht möglich, die erforderliche Mehrheit von 12 Stimmen zur Faſſung eines Beſchluſſes zu Stande zu bringen; und die außerordentliche Tagſatzung ging daher am 15. Mai auseinander, ohne in der wichtigen Sache, die ihre Hauptaufgabe war, mehr gethan zu haben, als daß ſie beſchloß, den Entwurf nochmals den Cantonsregierungen zugehen zu laſſen, um von dieſen einer neuen Prüfung unterworfen zu werden.

Als am 1. Juli die ordentliche Tagſatzung ſich verſammelte, waren zu derſelben ſiebenzehn ganze Stände und die beiden halben Baſelland und Außerſchwyz vereinigt. Dagegen waren Altſchwyz, Uri, Unterwalden, Baſelſtadt und Neuenburg zu einer beſondern Verſammlung zuſammengetreten, die ihren Sitz in dem Flecken Schwyz hatte und von hier aus auf's Neue kräftigen Widerſpruch gegen die Zulaſſung von Baſelland und Außerſchwyz zu der Tagſatzung erhob. Auf dieſer ſtellte Graubündten den Antrag, daß Alles verſucht werden möge, um eine Verſöhnung mit den Sarner Ständen zu bewirken, die vergebens zum Beſuche der Bundesverſammlung eingeladen worden waren. Eine beträchtliche Mehrheit war ſogleich bereit, alle Schritte zu thun, die in dieſer Beziehung einige Ausſicht auf Erfolg gewährten. Der Vorort Zürich lud ſämmtliche Cantone zu der Beſchickung einer Conferenz ein, die außerhalb der Tagſatzung bloß zu dem Zwecke einer gegenſeitigen Verſtändigung gehalten werden ſollte. Baſelſtadt ſowohl wie Innerſchwyz verhießen zu erſcheinen. Während man aber in Zürich gutmüthig genug war, ihre Geſandten zu erwarten, traf ſtatt deren die Kunde ein, zuerſt daß eine bewaffnete Schaar aus Innerſchwyz in die äußeren Bezirke, und beinahe unmittelbar darauf, daß eine anſehnliche Truppenabtheilung aus Baſelſtadt feindlich in die Baſeler Landſchaft eingefallen ſey. Verſchiedene Vorgänge, die in der letzten Zeit Statt gefunden, ſchienen den geheimen Leitern des Sarner Bundes den Augenblick als den günſtigſten für den längſt vorbereiteten Losbruch zu bezeichnen. In Luzern

Digitized by Google

hatte der große Rath ſich mit Stimmeneinhelligkeit für die Annahme des neuen Bundesvertrages erklärt, über den die Entſcheidung der Tagſatzung bevorſtand. Als es nun aber zu der Abſtimmung in den Bezirksverſammlungen kam, denen nach der Verfaſſung alle dieſe ſelbſt betreffende Fragen in letzter Stelle vorgelegt werden mußten, ſprach ſich das Volk in Maſſe gegen den Vertragsentwurf aus. Auch in Solothurn war derſelbe mit weit überwiegender Stimmenmehrheit verworfen worden, und die Regierung hatte nur dadurch eine künſtliche Mehrheit für die Annahme herausgeklügelt, daß ſie derſelben die Stimmen aller von den Bezirksverſammlungen Weggebliebenen zuzählte. Aus den aargauiſchen Freiämtern waren mit zahlreichen Unterzeichnungen bedeckte Bittſchriften bei der Tagſatzung eingegangen, welche die Verwerfung des neuen Vertrages verlangten. Zug, Appenzell, Graubündten, Teſſin und Wallis wollten von einer Veränderung der Bundesverfaſſung nichts wiſſen. Als in den Urcantonen den Landsgemeinden der Plan einer Abänderung der Bundesacte mitgetheilt wurde, erhoben ſich alle Hände dafür, daß man zu dem alten Bunde halten und mit ihm ſtehen und fallen wolle. Dieſe Stimmung glaubten die Führer nicht unbenutzt laſſen zu dürfen; denn ſie zweifelten nicht daran, daß ihnen, ſobald ſie das Banner der alten Eidgenoſſenſchaft gegen den neuen noch in der Berathung begriffenen Bund entfalteten, das Volk aus allen Cantonen in hellen Haufen zuſtrömen würde. Am 29. Juli wurde das Zeughaus in Schwyz geöffnet, damit ſich ein Jeder daraus bewaffnen könne, der Luſt trüge. In Küßnacht, dem Hauptorte eines der abgefallenen äußeren Bezirke, war es zu einem Tumulte gekommen, weil die „Alten“ die Berufung einer Landsgemeinde verlangten, um über die Wiedervereinigung mit dem altgefreiten Lande zu berathen. Die Alten, die in dem Streite unterlegen waren, ſchickten um Hülfe nach Schwyz und von hier brach ſogleich Obriſt Ab Yberg mit 600 Mann des in der Eile aufgebotenen Landſturmes und zwei Geſchützen gegen Küßnacht auf, wo er am 31. Juli in der Frühe, ohne bewaffneten Widerſtand zu finden, einrückte, mehrere Perſonen, darunter den Landammann des Bezirkes, verhaften ließ und einen von Luzern in aller Eile an ihn abgeſandten höheren Beamten, der ihn im Namen der Tagſatzung von jedem Friedensbruche abmahnte, mit der Bemerkung zurückwies, daß er keine Tagſatzung anerkenne. Am folgenden Tage kam die Nachricht von dem Vorgefallenen nach Zürich, und jetzt zeigte es ſich, daß jede, auch die ſchlechteſte Verfaſſungsform, wenn ſie nur von einem kräftigen und tüchtigen Geiſte ausgefüllt iſt, den

ſchwierigſten Verhältniſſen genügen kann. Noch an demſelben Tage wurde von der Tagſatzung der Beſchluß gefaßt, daß die Cantone Zürich, Luzern und Bern ſofort ihren ganzen erſten Bundesauszug, die Cantone Glarus, Freiburg, Solothurn, Schaffhauſen, Aargau, St. Gallen, Thurgau, Waadt und Genf die Hälfte des erſten Auszuges einzuberufen und in eidgenöſſiſchen Dienſt zu ſtellen hätten, während von dieſen Cantonen die zweite Hälfte der erſten Auszuges, von den Cantonen Zug, Appenzell, Graubündten, Teſſin, Wallis und Baſelland der ganze erſte Auszug zu baldigſter Einberufung bereit zu halten wäre; und daß ein eidgenöſſiſches Corps von 5 bis 6000 Mann unverweilt den Bezirk Küßnacht, ein anderes Truppencorps die übrigen gefährdeten Punkte des äußeren Landes Schwyz beſetzen ſolle. Nach Verlauf von drei Tagen ſtanden 20,000 Mann eidgenöſſiſcher Truppen unter den Waffen; eine Heeresabtheilung von 6000 Mann unter dem eidgenöſſiſchen Obriſten Bontems von Genf hatte von Luzern aus Küßnacht beſetzt, von wo Ab Yberg abgezogen war, ohne ſeine in einem gedruckten Kriegsberichte ausgeſprochene Prahlerei wahr zu machen, daß er weder den Beſchlüſſen noch den Bayonnetten der Tagſatzung weichen werde. Noch war dieſe erſte vorläufige Maßregel kaum ausgeführt, als ein Bote von Lieſtal meldete, daß die Baſeler mit Macht aus ihrer Stadt gebrochen, jedoch nach einem mörderiſchen Gefechte zurückgeſchlagen wären. Der erbitterte Haß zwiſchen den Städtern und Landleuten von Baſel hatte fortwährende zum Theil blutige Zwiſtigkeiten unvermeidlich gemacht, welche die ſchwache ſeit dem September des vorigen Jahres noch im Lande liegende eidgenöſſiſche Truppenabtheilung unmöglich zu verhindern vermochte. Davon nahm die Basler Regierung, unmittelbar nachdem ſie von dem Schwyzer Handſtreiche gegen Küßnacht unterrichtet war, den Vorwand her, um ihrerſeits zu der Wiedereroberung ihres alten durch eigene Schuld verlorenen Stadtgebietes in das Feld zu rücken. Am Morgen des 3. Augnſt zogen 1500 Mann theils regelmäßiger geworbener Truppen, theils bewaffneter Bürger mit zehn Geſchützen unter dem Befehle des Obriſten Viſcher von Baſel aus, um dem Treiben der nachbarlichen Regierung zu Lieſtal ein Ende zu machen. Die Colonne fand auf dem Marſche keinen Widerſtand, bis ſie das Dorf Pratteln erreichte, wo aus den Häuſern auf ſie geſchoſſen wurde, worauf die Soldaten dieſe mit Pechkränzen in Brand ſteckten. Das Corps ſetzte von hier ſeinen Marſch gegen Frenkendorf fort, wo ſich inzwiſchen der Landſturm geſammelt und, auf der einen Seite an eine tiefe Kiesgrube, auf der andern an eine alte

Digitized by Google

Schanze gelehnt, hinter einem Feldgraben aufgeſtellt hatte, der durch eine Anzahl Kanonen vertheidigt war. Die Baſeler ſchritten unverzagten Muthes zum Angriffe, wurden aber durch ein ſo heftiges Feuer empfangen, daß ſie in Verwirrung geriethen, was der Landſturm benutzte, um aus ſeiner Stellung vorzubrechen und den bereits entmuthigten Feind zurückzudrängen. Der Rückzug ging bis hinter Pratteln in guter Ordnung vor ſich; hier führt die Straße aber durch einen Wald, den die Landleute mit Scharfſchützen beſetzt hatten. Jetzt, im Rücken durch den Landſturm gedrängt, zu beiden Seiten den ſicher treffenden Schüſſen unſichtbarer Feinde ausgeſetzt, löſ'ten Soldaten wie Bürger ihre Reihen und ſuchten in wilder Flucht, ohne an Gegenwehr zu denken, nur ſo bald als möglich die ſchützenden Wälle von Baſel zu gewinnen. Da verlor in unrühmlichem Streite mancher wackere Mann ſein Leben. Der ganze Verluſt der Geſchlagenen an Todten und Verwundeten betrug zwar nicht mehr als 160 Mann; unter dieſen befanden ſich aber unverhältnißmäßig viele Officiere, die zum Theil Mitglieder der angeſehenſten Baſeler Familien waren, ſo daß durch die an und für ſich nicht bedeutende Niederlage die ganze Stadt in Trauer verſenkt wurde. Als der Bericht über den verunglückten Ausfall der Baſeler nach Zürich gelangte, war nur eine Stimme darüber, daß das Zuſammentreffen deſſelben mit dem Schwyzer Friedensbruche kein zufälliges ſey. Die Tagſatzung oder vielmehr die auf derſelben vorherrſchende Partei der Bewegung erkannte, daß ſich ihr jetzt eine Gelegenheit bot, ihre Gegner für immer unſchädlich zu machen, die, wenn man ſie einmal entſchlüpfen ließ, ſchwerlich jemals wiederkehrte, und ſie beſchloß daher eine Kraft zu entwickeln, deren bisher im Innern der Schweiz wie im Auslande niemand die ſchwerfällige ſchweizeriſche Bundesverſammlung fähig gehalten hatte. Am 5. Auguſt faßte ſie durch Stimmenmehrheit den Beſchluß, Baſel-Stadt und Land durch ein Corps von 5000 Mann Bundestruppen beſetzen zu laſſen, die nicht eher zurückgezogen werden ſollten, als bis die Verhältniſſe zwiſchen der Stadt uud der Landſchaft zu vollkommener Ausgleichung gediehen wären. Ein ähnlicher Beſchluß wurde am 6. in Bezug auf den Canton Schwyz gefaßt. Am 8. rückten die eidgenöſſiſchen Truppen in Schwyz, am 11., nachdem hier der große Rath noch einige Weitläuftigkeiten gemacht hatte, in Baſel ein. Am 12. beſchloß die Tagſatzung, daß der Sarner Bund nicht länger fortbeſtehen dürfe, und daß die fernere Theilnahme an demſelben als ein Bruch der Pflichten gegen die Eidgenoſſenſchaft angeſehen werden ſolle. Zu-

Digitized by Google

gleich wurden die Mitglieder eingeladen, ihre Geſandten zur Tagſatzung zu ſchicken. Alle beeilten ſich, dieſer Weiſung nachzukommen; nur Neuenburg im Vertrauen auf den mächtigen, obwohl etwas zu entfernten Schutz Preußens blieb halsſtarrig bei ſeiner Weigerung. Aber am 3. September gab die Tagſatzuug dem Stande Neuenburg auf, binnen acht Tagen ſeine Geſandtſchaft nach Zürich abzuordnen oder zu gewärtigen, daß der Canton durch Bundestruppen militairiſch beſetzt werde; am 10., einen Tag vor dem Ablaufe der Friſt, nahm der Neuenburger Geſandte ſeinen Sitz in der Bundesverſammlung ein, obwohl der Neuenburger Staatsrath die Verkehrtheit bereits ſo weit getrieben hatte, eine Abordnung nach Berlin zu ſchicken, um von dem Könige eine Abtrennung des Fürſtenthumes aus dem Verbande der Eidgenoſſenſchaft zu erbitten, worauf freilich keine andere als eine abſchlägliche Antwort ertheilt werden konnte. Die Bedingungen, welche die Tagſatzung der Stadt Baſel und dem altgefreiten Lande von Schwyz auflegte, um die Befreiung von ihren eidgenöſſiſchen Beſatzungen zu erhalten, waren hart genug; aber beide Stände waren ſo tief gedemüthigt und entmuthigt, daß ſie ſich ohne ein Wort der Widerrede fügten. Das altgefreite Land Schwyz, das mit den ſechs äußeren Bezirken wieder zu einem Canton vereinigt wurde, mußte ſich dazu bequemen, eine neue Verfaſſung anzunehmen, welche den Bewohnern der äußern Bezirke vollkommene Rechtsgleichheit mit den Altſchwyzern einräumte, die ſeit dem Jahre 1814 wieder daran gewöhnt waren, in jenen die Herren zu ſpielen. Außerdem wurde Innerſchwyz dazu verurtheilt, die auf eine halbe Million Schweizer Franken berechneten Koſten der Beſetzung durch eidgenöſſiſche Truppen, die es durch ſeinen Friedensbruch herbeigeführt, ausſchließlich zu tragen, und nur aus billiger Rückſicht auf die Armuth des Landes wurde vorläufig über die Art der Erhebung noch nichts feſtgeſetzt, ſondern die Entſcheidung dieſes Punktes der nächſten Tagſatzung vorbehalten. Ungleich härter wurde der Starrſinn der reichen Stadt Baſel beſtraft, der allerdings auch bei weitem weniger Entſchuldigungsgründe zu Gute kamen. Zuvörderſt wurde bei der Theilung des Cantons in zwei ſelbſtſtändig neben einander ſtehende Cantonshälften von der Stadt das ganze Landgebiet mit Ausnahme dreier kleiner Gemeinden auf dem rechten Rheinufer abgeriſſen; nächſtdem wurde feſtgeſtellt, daß das geſammte Staatsvermögen des Cantons Baſel, das ſeinem Urſprunge nach zum bei weitem größten Theile reines Stadtvermögen war, und wozu nicht nur das Zeughaus mit ſeinem großen Kriegsmateriale, ſondern der

ganze beinahe ausſchließlich von der Stadt herrührende Kirchen-, Schul- und Armenfonds und ſelbſt das Beſitzthum der von der Stadt begründeten Univerſität gerechnet wurde, zwiſchen Stadt und Land zu gleichen Theilen getheilt werden ſollte; und endlich mußte die Stadt von den auf 1,133,000 Schweizer Franken geſchätzten Beſatzungskoſten nicht weniger als drei Fünftheile (790,000 Franken) tragen, während der Landſchaft nur etwas über ein Fünftheil (235,000 Franken) zur Laſt fiel, und den Reſt (mit 208,000 Franken) die eidgenöſſiſche Bundescaſſe übernahm. Von Schwyz zogen die eidgenöſſiſchen Beſatzungstruppen ab, ſowie die neue Verfaſſung angenommen und die Verwaltung derſelben gemäß geordnet war; von Baſel nicht eher als bis durch die Theilung des vorhandenen Kriegsmateriales ein Anfang zu der Theilung des Staatsvermögens gemacht und bis volle Bürgſchaft für die Zahlung der Beſetzungskoſten geleiſtet war.

In der ſiegenden Gewalt, mit der die Tagſatzung im entſcheidenden Augenblicke der drohenden Gefahr eines allgemeinen Bürgerkrieges begegnete, ſchien ſie aber auch ihre ganze Kraft erſchöpft zu haben. Denn ſie fiel unmittelbar darauf, ſo wie es ſich darum handelte, die doch gerade in dieſer Gefahr ſo ſchroff hervortretenden Mängel der Bundesverfaſſung zu beſſern und dauernde den Bedürfniſſen der Zeit entſprechende Einrichtungen zum Wohle des gemeinſamen Vaterlandes zu begründen, in ihre alte Ohnmacht zurück. Ehe die Bundesverſammlung noch zuſammengetreten war, hatte es ſich bereits durch die Vorberathung in den einzelnen Cantonen ergeben, daß es beinahe unmöglich ſeyn würde, eine hinreichende Stimmenmehrheit für irgend eine auf neuen Grundlagen beruhende Umgeſtaltung der Bundesverhältniſſe zu Stande zu bringen. Nach ihrer Eröffnung hatte die Verſammlung zunächſt mit äußerſter Anſtrengung um ihr eigenes Daſeyn zu kämpfen und konnte daher nicht daran denken, an die Löſung der Aufgabe zu gehen, die ihr von der letzten außerordentlichen Tagſatzung übertragen war. Als der Friede hergeſtellt und ſeine Erhaltung, ſo weit die Blicke der zu Zürich vereinigten Staatsmänner reichten, durch kühn durchgreifende Maßregeln für die Dauer geſichert ſchien, wagte man es nicht mehr, ſich in einen neuen Kampf mit den unüberſehlichen Schwierigkeiten einzulaſſen, die einer gründlichen Erledigung der Verfaſſungsfrage entgegenſtanden. Man begnügte ſich deshalb, die ſchriftlichen Anweiſungen, die von den verſchiedenen Cantonen ihren Geſandten in dieſer Beziehung ertheilt waren, ſämmtlichen Ständen zur Vergleichung und Erwägung mitzutheilen, und überließ es

dem Vororte, die Geſichtspunkte hervorzuheben, die bei weiteren Berathungen und Entſchließungen von Seiten der Cantonsregierungen vorzugsweiſe in das Auge zu faſſen wären, um überhaupt eine Verſtändigung möglich zu machen. Damit war die ganze alle Bedingungen, von denen die Entſcheidung über das Wohl und Wehe der geſammten Eidgenoſſenſchaft abhing, umfaſſende Angelegenheit in eine unbeſtimmte Ferne hinausgeſchoben, und die innere Entwickelung der Schweiz blieb fortan jenem unbekannten Geſetze überlaſſen, welches der kurzſichtige Menſch den Zufall zu nennen pflegt, weil er die tiefſten und letzten Gründe der Erſcheinungen in der ſittlichen Welt ſo wenig klar zu erkennen vermag, als er ſie jemals in der Natur erkennen wird.

Eben ſo wenig, wie in der Schweiz, wo das Einſchreiten der Mächte im Jahre 1814 die Quelle alles Unheils wurde, welches ſeitdem über die Eidgenoſſenſchaft hereingebrochen iſt, vermochten die Verträge der Jahre 1814 und 1815 auf der ſchönen Halbinſel,

die das Meer umgiebt,
die Alpe trennt, der Apennin durchzieht,

eine dauernde, gegen alle Stürme der Zukunft geſicherte Ordnung zu begründen. Eben ſo, wie in der Schweiz, verſchmähte man es auch in Italien, die neuen Anordnungen auf die wirklichen Zuſtände, auf die wahren Bedürfniſſe des Landes und Volkes zu gründen; wie man in der Schweiz die letzten den Forderungen einer engherzigen nur ſelbſtiſche Zwecke verfolgenden Partei opferte, ſo in Italien den Forderungen einer Politik, welche, wenn auch dem Staate, der ſie mit Erfolg in Anwendung brachte, durch ſeine ganze Lage geboten, doch eben deshalb nicht weniger ſelbſtiſch war. Der kühne Feldzug Bonaparte's im Jahre 1797, der ein ſiegreiches franzöſiſches Heer in das Herz der öſterreichiſchen Monarchie führte, hatte zuerſt die Schwäche verrathen, welche die Grenzen des Kaiſerſtaates von dieſer Seite darbieten. Es war daher nicht bloß das eitle Verlangen nach Vergrößerung, das Oeſterreich beſtimmte, Alles aufzubieten, um ſeine alten Beſitzungen in Italien zu einem Umfange zu erweitern, der ſchon durch das Gewicht ſeiner Maſſe dem öſterreichiſchen Einfluſſe eine vorwiegende Geltung leihen konnte. Ein anderer Grund, der es für Oeſterreich zum unabweislichen Bedürfniſſe machte, wenn nicht ſeine Grenzen, doch ſeinen Einfluß über die ganze Halbinſel des Apennins auszudehnen, war die Nothwendigkeit, ſich mit dem römiſchen Stuhle in ein Vernehmen zu ſetzen, welches wenigſtens eine Bürgſchaft dagegen gewährte, daß die kirchliche Gewalt der Curie nicht, wie in

Digitized by Google

früheren Zeiten durch Frankreich und Spanien, von fremden Mächten zu feindlichen Zwecken gemißbraucht werde. Auch hatte das Haus Habsburg-Lothringen eben ſo wenig, wie die Erinnerung an die Pflichten und Rechte der alten Grafen der öſtlichen Mark, an deren Stelle es getreten war, die glänzendere Erinnerung an die Rechte und Pflichten der römiſchen Kaiſerkrone vergeſſen, die es bis zu dem Ausgange des deutſchen Reiches bewahrt hatte. Wie es das Amt der alten Markgrafen, die Grenzen des Reiches im Südoſten zu ſchirmen, treu und würdig verwaltete, indem es die Herrſchaft des deutſchen Namens die Donau hinab durch das Land der Magyaren bis zu dem ſerbiſchen Belgrad und von den Quellen der Weichſel durch das ſüdliche Polen bis zu dem podoliſchen Kaminiec am Dnieſter trug, ſo war es ſtets darauf bedacht, die Ehren der Krone ungekränkt zu erhalten, der es einſt gebührte, den Stuhl Petri zu beſetzen, die, das Erbe der römiſchen Cäſaren, den altrömiſchen Anſpruch auf die Weltherrſchaft erneute und der bis zum Beginne der Revolutionszeit von allen europäiſchen Mächten der Vorrang zuerkannt wurde. Dieſen freilich großartigen Rückſichten mußte aber in Italien jede andere weichen. Das ganze Gewicht des öſterreichiſchen Einfluſſes wurde in die Wagſchale gelegt, ſobald es galt, das Keimen eines ſelbſtſtändigen italiſchen Volkslebens zu erdrücken, weil man wohl begriff, daß daſſelbe früher oder ſpäter die öſterreichiſche Herrſchaft gefährden mußte. Dadurch gedieh es dahin, daß Oeſterreich vom Fuße der Alpen bis zum Meerbuſen von Tarent eine Art hoher Polizei übte, die den deutſchen Namen ſo verhaßt machte, als er es während des Mittelalters durch die Kämpfe zwiſchen Guelfen und Gibellinen irgend geweſen war. Die Unterdrückung der Revolutionen in Neapel und Piemont hatte aber einen ſolchen Schrecken vor den nordiſchen Barbaren erregt, die das Volk in ſeinem Aerger auch wohl die deutſchen Kohlköpfe (cavoli tedeschi), nannte, daß der Haß ſich überall in die innerſte Bruſt zurückzog und ſich höchſtens hier und da durch unvorſichtige Aeußerungen, nirgend durch gewaltſame Ausbrüche von einiger Erheblichkeit Luft machte. Dennoch blieb in ganz Italien, bei dem äußern Scheine der tiefſten Ruhe, der Boden fortwährend unterhöhlt. Die geheimen politiſchen Vereine, welche die Aufſtände von Neapel und Piemont hervorgerufen hatten, wurden durch die unnachſichtige Strenge, die ſie im Falle der Entdeckung erfahren mußten, nur zu größerer Vorſicht gezwungen, aber keinesweges vermocht, ihre Thätigkeit einzuſtellen, die ſie vielmehr nach jeder neuen Verfolgung im Verborgenen mit verdoppeltem Eifer fort-

Digitized by Google

ſetzten. Dieſe Ausdauer, von der in der Geſchichte kaum ein zweites Beiſpiel bekannt iſt, wäre unbegreiflich, wenn ſie nicht durch die Thatſache erklärt würde, daß die Geſinnungen, die inden Logen der Carbonari, der Adelfi, der Pellegrini bianchi, der Maëſtri perfetti und anderer geheimer Verbindungen mit verſchiedenen Namen und Formen, aber gleichen Zwecken oder gleicher Richtung ihren Mittelpunkt fanden, von allen Gebildeten bis zu den höchſten Stufen der Geſellſchaft getheilt wurden. Der Adel wie der bemittelte Bürgerſtand war überall zu der Ueberzeugung gekommen, daß für die heilloſen Mißbräuche, die von den Regierungen aller italieniſchen Staaten, mit Ausnahme des öſterreichiſchen lombardiſch-venetianiſchen Königreiches und des milde und einſichtsvoll, aber im Ganzen nach öſterreichiſchen Grundſätzen verwalteten Großherzogthums Toſcana, ſorgſam gepflegt wurden, nicht eher eine gründliche Abhülfe zu erwarten ſey, als bis alle durch die Bande volksthümlicher Einheit umſchlungen und in ein großes freies, die ganze Halbinſel umfaſſendes Reich verſchmolzen wären. In dem lombardiſch-venetianiſchen Königreiche durfte man zwar weder über den ſinnloſen Druck klagen, den die einheimiſchen Regierungen übten, noch über die greuliche Mißverwaltung, in der ſie, weil dieſelbe von den Vätern ererbt war, den ſicherſten Schutz der Throne ſahen; aber hier vermochte ſo wenig die gewiſſenhafteſte Rechtspflege, als die regelrechteſte Ordnung der Verwaltung und die aufmerkſamſte Sorge für materielle Verbeſſerungen das gekränkte Selbſtgefühl zu verſöhnen, das den Gedanken nicht ertragen konnte, der Bevormundung von Ausländern unterworfen zu ſeyn, über die man ſich eine ſo große Ueberlegenheit an jeder geiſtigen Befähigung zutraute, wie der feurige Italiener ſie an leichter Beweglichkeit, ſchneller Auffaſſung und Empfänglichkeit und überhaupt an Springkraft des Geiſtes wirklich über den kälteren Deutſchen beſitzt. Die Verſchwörung, welche die Regierungen in Italien zu bekämpfen hatten, war daher eine allgemeine des ganzen gebildeten Theiles der Nation, und es gab kein anderes Mittel, dieſelbe wirkſam zu unterdrücken, als indem man die Bildung ſelbſt unterdrückte. Eine einzige der größeren Regierungen war folgerecht genug, dies im eigentlichſten Verſtande des Wortes zu verſuchen. Im Königreiche Sardinien wurde bereits im Jahre 1823 dem Orden der Jeſuiten die Leitung des geſammten höheren Unterrichtsweſens übergeben, weil man zu demſelben das Vertrauen hatte, daß er eine Art des Unterrichts zu ertheilen verſtände, die in den jugendlichen Gemüthern zu derſelben Zeit, während ſie mit einer Maſſe gelehrten Stoffes gefüllt wurden, jede ſelbſtſtän-

Digitized by Google

dige Regung des Gedankens erſtickte. Im nächſten Jahre ging man einen Schritt weiter und verbot einem Jeden, der nicht einen Beſitz von 1500 Lire oder 400 Reichsthalern nachzuweiſen vermochte, das Leſen und Schreiben zu lernen, während man die Erlaubniß, eine hohe Schule zu beſuchen, auf die wenigen vom Glücke Begünſtigten beſchränkte, die ein ſicheres jährliches Einkommen von 1500 Lire nachwieſen. Mit beſonderer Aufmerkſamkeit achtete man darauf, daß das Gift der Volksverführung nicht von außen in das ſo wohl behütete Land drang. Von franzöſiſchen Journalen wurden in Turin nur die legitimiſtiſchen von der entſchiedenſten Haltung zugelaſſen, und Bücher, mit Ausnahme der durch geiſtliche Cenſur approbirten, war ſelbſt Reiſenden nicht geſtattet in ihrem Gepäck mit ſich zu führen. Dabei vernachläſſigte man auch die äußern Vorkehrungen zur Sicherſtellung der Ruhe und Ordnung keinesweges. Es wurde ein zahlreiches wohl geübtes Heer unterhalten, und jedes erdenkliche Mittel wurde angewandt, um daſſelbe vor der Anſteckung revolutionairer Grundſätze zu bewahren. In Neapel erwartete man wunderbare Dinge, als nach dem Tode des alten Königs Ferdinand (am 4. Januar 1825) ſein Sohn Franz zur Regierung kam, der während der Revolution von 1820 mit ſolcher Begeiſterung für die conſtitutionelle Sache geſchwärmt hatte. König Franz war jedoch durch die Erfahrungen, die er als Thronfolger gemacht, belehrt worden, daß Staatseinrichtungen, die ſich auf dem Papiere noch ſo vortrefflich ausnehmen, deshalb doch in der Ausführung die ſchlechteſten Früchte tragen können, wenn ſie den Zuſtänden, auf die ſie angewandt werden ſollen, nicht angemeſſen ſind und in der Geſinnung, den Sitten und der Denkweiſe des Volkes keine Stütze finden. Auch würde er bei dem beſten Willen außer Stande geweſen ſeyn, ſeinen früheren Neigungen zu folgen; denn das Land war noch von öſterreichiſchen Truppen beſetzt, deren Anweſenheit man nicht entrathen konnte, weil das einheimiſche Heer im Jahre 1821 aufgelöſ't und ſeitdem kein neues geſchaffen war. Ihm fehlte die Kraft des Charakters, die ihn befähigt hätte, die Umſtände zu beherrſchen; nach der gewöhnlichen Art ſchwacher Seelen warf er ſich, da er ſah, daß die Ideale der Freiheit ſich nicht an einem ſchönen Sommertage verwirklichen ließen, in die entgegengeſetzte Richtung; und wenn er auch in dieſer nicht bis zu ihren äußerſten Grenzen ging, ſo war die Urſache ſchwerlich in einer beſtimmt ausgeprägten politiſchen Anſicht, ſondern in der Unentſchloſſenheit zu ſuchen, die aus dem Mangel an jeder ausgebildeten feſten Anſicht hervorgeht. Er erließ bald nach ſeiner Thron-

Digitized by Google

beſteigung eine Begnadigungsacte, durch welche die große Mehrzahl der politiſchen Flüchtlinge und Verbannten in ihr Vaterland zurückgerufen wurden; ausgeſchloſſen blieben nur die Häupter, mit denen er ſelbſt einſt vertraulichen Umgang gepflogen. Im folgenden Jahre, als die Oeſterreicher, mit Ausnahme der Beſatzung der Hauptſtadt, abzogen, wurden die Bürgergarden, die zur Erhaltung der öffentlichen Sicherheit errichtet waren, aufgehoben und entwaffnet, weil man ihren politiſchen Geſinnungen nicht traute. Dagegen wurden ſchweizeriſche Söldner in Dienſt genommen; und erſt als er in dieſen treue und zuverläſſige Wächter für ſeine Perſon hatte (im März 1827), wagte es der König, den Reſt der öſterreichiſchen Truppen zu entlaſſen und zu der Bildung eines neuen einheimiſchen Heeres zu ſchreiten, das auf das Sorglichſte von allen revolutionairen Elementen geſäubert wurde. Den Jeſuiten wurde kein ſo ausgedehnter Einfluß eingeräumt, wie in Sardinien; doch wurde ihnen auch in Neapel ein bedeutender Antheil an dem öffentlichen Unterrichte überwieſen, und namentlich wurde ihnen (im Jahre 1829) eine Anſtalt, die zu der Erziehung der jungen Adligen begründet war, ausſchließend übergeben. Die Preſſe wurde nicht viel weniger ſtrenge überwacht, wie in Sardinien. Die Ruhe war nach den Erſchütterungen, die das Land vor einem vollen Jahrzehend erlitten, ſo wohl geſichert, daß der König ſich auf längere Zeit zu einer großen Reiſe entfernen konnte, auf der er die Höfe von Madrid und Paris beſuchte, und von der er unmittelbar vor der Julirevolution zurückkehrte, um, wenige Monate darauf (am 8. November 1830), in noch kräftigem Mannesalter nach kurzem Krankenlager in das Grab zu ſinken.

Wenn ſchon in Sardinien und in geringerem Maße auch in Neapel der politiſche Druck eine religiöſe Färbung hatte, ſo trat dieſe im Kirchenſtaate ſo entſchieden in den Vordergrund, daß man vielmehr ſagen kann, die Religion habe hier eine politiſche Färbung und Beimiſchung erhalten. Schon im Jahre 1814 glaubte Pius VII. ſeine Wiedereinſetzung nicht würdiger feiern zu können, als indem er den von ſeinem Vorgänger Clemens XIII. gewiß nicht bloß aus feiger Nachgiebigkeit gegen die Forderungen der weltlichen Mächte aufgehobenen Orden Loyala's wieder herſtellte. Aber ſo lange Pius VII. lebte, ſtand dem durch Altersſchwäche gebeugten Greiſe in dem Cardinal Conſalvi ein Staatsmann zur Seite, der, wenn er auch in innerſter Seele von dem Geiſte der Hierarchie durchdrungen war,

Digitized by Google

doch zu viel Scharfblick beſaß, um nicht zu erkennen, daß es keinen verkehrteren Weg geben könne, zu dem erwünſchten Ziele einer Erneuung der weltbeherrſchenden Macht des Papſtthumes zu gelangen, als wenn man der ganzen Geſittung der neueren Zeit offen entgegenträte. Der heilige Vater Leo XII., der nach dem Tode Pius VII. am 28. September 1823 mit der päpſtlichen Tiare gekrönt wurde, theilte dieſe ſeiner Ueberzeugung nach des Oberhauptes der katholiſchen Chriſtenheit unwürdigen Bedenklichkeiten auf keine Weiſe. Er kündigte ſeinen Regierungsantritt den oberſten Hirten der katholiſchen Kirche in allen Landen durch ein Schreiben an, worin er ſie ermahnte, vor allen Dingen beſorgt zu ſeyn, daß in ihren Sprengeln nicht jene sträfliche Duldung gegen Andersgläubige um ſich greife, die nichts Anderes ſey, als verkappte Gleichgültigkeit gegen den einzig wahren Glauben der alleinſeligmachenden Kirche, und am Ende nothwendig zu der verdammungswürdigen Ketzerei des Deismus führen müſſe. In welcher Ausdehnung dieſe Warnung zu verſtehen und zu befolgen ſey, zeigte er durch ſeine erſten Regierungsmaßregeln. Die Juden zu Rom, die in der ganzen Stadt zerſtreut wohnten, wurden in den Ghetto oder in das enge abgeſonderte Viertel zurückgewieſen, auf welches ſie vor der franzöſiſchen Revolution beſchränkt geweſen waren, und zugleich wurden ſie gezwungen, in ihrer Tracht das ſchimpfliche Abzeichen wieder anzunehmen, durch das ſie einſt von den Chriſten ſich unterſcheiden mußten. Die Inquiſition, das finſtere Glaubensgericht, das Pius VII. nur dem Namen nach wieder hergeſtellt hatte, wurde jetzt in volle Thätigkeit geſetzt, und um keinen Zweifel darüber zu laſſen, wie ernſtlich es damit gemeint ſey, wurde zu ſeinem Gebrauche ein weitläuftiges Gefängniß neu erbaut, da das frühere unter der franzöſiſchen Herrſchaft zerſtört worden war. Die Verletzung kirchlicher Gebote wurde nicht mehr bloß mit kirchlichen, ſondern mit polizeilichen Strafen belegt; ſo wurden Perſonen aus dem niedern Volke, von denen es bekannt geworden war, daß ſie die Faſten gebrochen, öffentlich ausgepeitſcht. Mit derſelben Strafe wurden auch Frauen bedroht, die durch allzu durchſichtige oder enganſchließende, die Formen des Körpers nicht züchtig genug verhüllende Kleidung Aergerniß gaben. Der düſtere Geiſt des Mönchthumes, der die Erde als einen Kerker anſah, aus dem man ſich nur durch vollkommene Ertödtung des Fleiſches befreien könne, erlangte eine ſolche Herrſchaft, daß ſelbſt die koſtbarſten Werke der Kunſt nicht verſchont, ſondern durch Ueberpinſelung oder Ueberkleiſterung verunſtaltet wurden, ſobald ſie durch anſtößige Nacktheiten fromme Augen beleidigten.

Digitized by Google

In der Zurückführung altherkömmlicher, längſt aus der Uebung ge- kommener kirchlicher Satzungen und Gebräuche ging der heilige Vater perſönlich mit ſeinem Beiſpiele voran. Er ſetzte das alte Verbot wie- der in Kraft, welches den Frauen das Betreten der innern Gemächer des Quirinals unterſagte, und ſtellte die allerdings ſchöne und ſinnige, nur der Vorſtellungsweiſe vergangener Jahrhunderte angehörende Sitte her, wonach täglich in einem Zimmer neben dem ſeinigen zwölf arme Pilger von ſeinem Tiſche geſpeiſ't wurden. Alle dieſe und eine Menge ähnlicher Maßregeln boten leichtfertigen Spöttern einen unerſchöpflichen Stoff der Erheiterung; wer jedoch den Zuſammenhang überſah, in dem ſie mit dem ganzen Syſteme der römiſchen Curie ſtanden, der konnte unmöglich geneigt ſeyn, ſie von ihrer beluſtigenden Seite auf- zufaſſen.

Es beſteht in Rom ein doppeltes Regiment neben einander, ein geiſtliches und ein weltliches, die ſich aber beide ſo innig durchdringen, daß es unmöglich iſt, das eine von dem andern zu trennen. Als Haupt der katholiſchen Chriſtenheit iſt der Papſt die lebendige Einheit der katholiſchen Kirche. Das Amt der Schlüſſel, das ihm als dem Nachfolger des glaubenskräftigſten der Apoſtel übertragen iſt, leiht ihm die Macht, die beſchwerten Gewiſſen zu löſen und zu binden; der Geiſt des Herrn, der ſich auf ihn herabgeſenkt hat, theilt ſich durch ſeine Vermittlung allen Gliedern der Kirche mit; ſein Stuhl iſt die Leuchte, von der ſich alles Licht in göttlichen Dingen über die Erde verbreitet. Da aber alles Irdiſche nur der Ausdruck des Göttlichen iſt, ſo muß dem Stuhle Petri mit der Entſcheidung über die göttlichen Dinge auch jene über die irdiſchen zuſtehen, ſo müſſen ihm, weil ſeine Gewalt eine göttliche iſt, auch alle weltliche Gewalten untergeordnet ſeyn. Dies iſt die erhabene Vorſtellung, die das Mittelalter von der Bedeutung des Papſtthumes hatte. Sie ſetzt voraus, daß der heilige Vater zu Rom an der Spitze aller geiſtigen Bildung und aller Geſittung ſtehe, wie dies in den Tagen der Begründung der päpſtlichen Macht wirk- lich der Fall war. Die Bedingung, unter der das Papſtthum den großen Gedanken, der demſelben zu Grunde lag, nicht bloß für eine Zeit, ſondern für alle Zeiten verwirklichen konnte, war aber eine un- möglich zu erfüllende, weil der Gedanke ſelbſt einen innern Widerſpruch enthielt. Gott iſt das eine unendliche, unbedingt vollkommene Weſen, das aber deshalb keiner denkbaren Veränderung unterliegt, ſondern in ſtäter Ruhe immer daſſelbe, ewig ſich gleich bleibt. Indem der Papſt den Anſpruch erhob, das Amt eines Verweſers Gottes auf Erden zu

bekleiden, mußte er dazu kommen, auch ſich ſelbſt im Geiſte die Grundeigenſchaften des höchſten Weſens, die gleich unbedingte Vollkommenheit, die gleiche Unveränderlichkeit beizulegen; er mußte behaupten, daß ſeine Lehre die ewige unwandelbare Wahrheit ſey, in der keine Täuſchung und kein Irrthum möglich und die deshalb auch keiner fortſchreitenden Ausbildung fähig iſt; und damit fiel er in den ungeheuerſten Irrthum, der je auf Erden ein menſchliches Gemüth befangen hat. Denn in dieſer irdiſchen Welt iſt nichts vollendet und nichts vollkommen; ſie iſt in die Grenzen des Raumes und der Zeit eingeſchloſſen, und wenn ſie der Ausdruck eines göttlichen Gedankens iſt, ſo iſt ſie es doch nur in der Form einer ſtätigen Entwicklung, die von der niedern Stufe fortwährend zu der höhern fortſchreitet, bis ſie das ihr geſetzte zeitliche Ziel erreicht hat, das in ſeiner höchſten Vollendung immer noch unendlich weit von der wahren Vollkommenheit entfernt iſt. Indem das Papſtthum ſich die unbedingte ewig unerreichbare Vollkommenheit beilegte, verurtheilte es nur ſich ſelbſt zu trotzigem Beharren auf der Stufe der Entwicklung, die es einmal erreicht hatte, und auf der es fortan ſtehen blieb, während die übrige Welt in raſtloſem Fortſchreiten begriffen war. Das ganze Daſeyn des Papſtthumes von dem Augenblicke, wo es zuerſt durch die geiſtige Entwicklung außer ihm überflügelt war, konnte daher nur ein fortwährender Kampf gegen dieſe Entwicklung, gegen alle Fortſchritte der Bildung und Geſittung ſeyn, die ſeitdem gemacht wurden; ein Kampf, den das Papſtthum in ſeiner Verblendung aber nicht als einen gegen die fortſchreitende Herausbildung der Wahrheit gerichteten erkannte, ſondern vielmehr für einen Kampf des einen unveränderlichen Göttlichen gegen die wechſelnden Irrthümer und Verirrungen dieſer Welt ausgab. Die unausbleibliche Folge, da die Welt durch eine ſo grobe Lüge ſich nicht immer bethören ließ, war die allmälige Abnahme und der immer tiefere Verfall der päpſtlichen Macht, der zuletzt zu ihrem völligen Untergange führte, als Napoleon, der kühnſte Vertreter der durch die franzöſiſche Revolution im Staatsleben durchbrechenden Zeitbildung, ſich der Perſon des zeitigen Papſtes bemächtigte und durch ſeine Gefangenſchaft alle Verbindung zwiſchen ihm und ſeinem Reiche in der katholiſchen Kirche unterbrach. Dieſer Untergang der päpſtlichen Macht war aber nur ein ſcheinbarer, weil die katholiſche Kirche auch den gefangenen Papſt fortwährend als ihr Oberhaupt anerkannte; und nach ſeiner Befreiung erhob ſich das Papſtthum, durch die Glorie des Märtyrerthums verklärt, zu erneutem Daſeyn mit einer Kraft, die es ſeit langen Jahren

Digitized by Google

nicht mehr beſeſſen hatte. Der Cardinal Conſalvi hatte den großartigen Plan entworfen, das Papſtthum, ohne von deſſen alten Anſprüchen das Geringſte aufzugeben, in Einklang mit den Fortſchritten der modernen Geſittung zu ſetzen. Es iſt aber zweifelhaft, ob er ſelbſt die ganze Ausdehnung der Forderung überſah, die er damit an das Papſtthum ſtellte. Denn dieſes hätte, ſobald es den Fortſchritten der Wiſſenſchaft ihre Berechtigung zugeſtehen ſollte, die ganze Grundlage aufgeben müſſen, auf der das Gebäude ſeiner früheren Größe aufgeführt war. Es galt nichts Geringeres, als das alte Papſtthum, welches eben erſt die Stürme der Revolution überſtanden, zu ſtürzen und ein neues an die Stelle zu ſetzen, deſſen Aufgabe es geweſen wäre, ſich immer nicht bloß auf der Höhe, ſondern an der Spitze der wiſſenſchaftlichen Bildung und der geſellſchaftlichen Geſittung des Jahrhunderts zu erhalten, deſſen Erfolg aber, ſelbſt wenn dies gelang, nichts weniger als verbürgt war, da keinesweges immer die größte geiſtige Macht in dem Kampfe mit äußern Hinderniſſen den Sieg erringt. Leichter war es offenbar, in dem alten wohlgeebneten Gleiſe fortzufahren und vor der Hand feſtzuhalten, was man ungeachtet aller Fortſchritte der Bildung von der früheren unbeſchränkten Gewalt über die Gemüther noch behauptet hatte; und leichter ſchien es ſogar, die ganze geiſtige Entwicklung der Welt um ein halbes Jahrtauſend zurückzuſchrauben und die europäiſche Geſittung etwa auf die Stufe zurückzuverſetzen, auf der ſie ſich in den Tagen Bonifacius VIII. befand. Ein ſolches Beginnen wäre wahnſinnig geweſen, wenn die römiſche Curie daſſelbe offen bekannt und wenn ſie ſich bloß im Vertrauen auf ihre geiſtliche Macht darauf eingelaſſen hätte. Man wußte daſſelbe aber geſchickt zu verkleiden, indem man ſogar den Schein ſorglicher Pflege der Wiſſenſchaften und Künſte annahm und bloß den durch eine falſche Aufklärung erſchütterten Glauben neu zu befeſtigen und die fromme Sitte der Väter in einer entarteten Zeit herzuſtellen verhieß. Für ſo löbliche Zwecke gelang es ohne Mühe, die meiſten europäiſchen und nicht bloß katholiſche, ſondern ſogar proteſtantiſche Fürſten zu gewinnen, beſonders nachdem die Revolutionen in Spanien und Portugal, Neapel und Piemont, ſo wie das Treiben der Liberalen in Frankreich, der Radicalen in England, der Demagogen auf den deutſchen Univerſitäten und in einigen deutſchen Ständeverſammlungen an den Höfen einen allgemeinen Abſcheu vor dem aufwiegleriſchen Geiſte der Zeit hervorgerufen hatten. Rom verſprach die irregeleiteten Völker durch den Glauben zum Gehorſam gegen ihre Obrigkeiten und zur Ehrfurcht vor

den von Gott ihnen geſetzten Regenten zurückzuführen *); und dieſes freundliche Anerbieten wurde beinahe überall mit Dank angenommen, obwohl man ſich unmöglich darüber täuſchen konnte, unter welchen Bedingungen daſſelbe ertheilt war. Denn wenn Rom den Völkern den Gehorſam gegen ihre weltlichen Obrigkeiten als ein göttliches Gebot zur Pflicht machte, ſo behielt es ſich doch das Recht vor, in geeigneten Fällen von dieſer Pflicht zu entbinden. Da man Gott mehr gehorchen ſoll, als den Menſchen, ſo verſtand es ſich von ſelbſt, daß der Gehorſam gegen die Diener Gottes jenem gegen jede weltliche Obrigkeit voranging; und daß der Schutz, den die Kirche den letzten verlieh, zurückgenommen wurde, ſobald ſie aufhörten, ſich als treue Söhne der Kirche zu bekennen, und ſobald ſie ſich weigerten, den Befehlen der liebevollen Mutter mit Verzichtung auf jeden eigenen freien Willen Folge zu leiſten. Die Anſichten Roms über das Verhältniß der weltlichen Gewalt zu der geiſtlichen waren mit Strömen von Blut in die Bücher der Geſchichte geſchrieben; alle Regierungen Europa's waren hinreichend gewarnt; und man hätte deshalb erwarten ſollen, daß keine einzige jemals zu einem Bunde mit der Hierarchie die Hand geboten hätte, durch wie einſchmeichelnde Reden derſelbe immer empfohlen war. Aber die Lehren der Geſchichte werden in dem großen öffentlichen Leben der Nationen eben ſo ſelten befolgt, wie die Ermahnungen von Eltern und Vormündern in den kleinen Beziehungen des Privatlebens. Selbſt jene Regierungen, welche die römiſchen Anerbietungen nicht ohne Mißtrauen aufnahmen, glaubten von denſelben doch zu ihrem Vortheile Gebrauch machen zu können, indem ſie meinten, daß es immer noch

*) Durch eine Bulle vom 12. April 1826, die durch den Militairaufſtand in St. Petersburg veranlaßt wurde, forderte Leo XII. den geſammten katholiſchen Clerus zur Verfolgung und Ausrottung der politiſchen Secten auf, welche die Throne und Altäre umzuſtürzen drohten, und befahl allen Geiſtlichen mit ſeiner oberhirtlichen Gewalt, „jedes Mittel anzuwenden, um die ſchon vorhandenen geheimen politiſchen Geſellſchaften zu entdecken und ſich der Bildung neuer ähnlicher Verbindungen zu widerſetzen.“ Zur Unterſtützung dieſes frommen Werkes wurde ein neuntägiges Gebet, verbunden mit ſtrengen Faſten, angeordnet, und in der Einladung zu demſelben hieß es: „der Geiſt des Schwindels und des Aufruhrs macht täglich neue Fortſchritte, ſelbſt unter den gebildeten Ständen; Irrthümer, welche vordem in irgend einem Winkel der Erde verſteckt lagen und — feige Ungeheuer — es kaum wagten, heimlich der reinen Braut des unbefleckten Lammes in den Fuß zu beißen, drohen ihr jetzt mit unerhörter furchtbarer Frechheit eine gänzliche Niederlage; wenn es anders möglich wäre, daß die Pforten der Hölle irgend etwas gegen die Reine und Heilige vermöchten.“

Digitized by Google

an der Zeit ſeyn würde, überſpannten Forderungen zu widerſtehen, nachdem man die bedrohte politiſche Ruhe und Ordnung mit dem Beiſtande der Curie nach Wunſche befeſtigt habe.

In nicht geringerem Maße, wie durch die Gunſt der Regierungen, wurden die Beſtrebungen Roms durch einen Grundzug in der allgemeinen Richtung der Zeit unterſtützt, die ſich, nachdem ſie die Seichtheit der pedantiſchen Aufklärerei des vorigen Jahrhunderts erkannt, überall wieder in vollem Strome einem tieferen Geiſtesleben zuwandte. In unklarem Ringen nach einer befriedigenden Löſung der Räthſel des irdiſchen Daſeyns, welche eine nüchterne Scheinweisheit mit einigen nur von der äußerſten Oberfläche hergenommenen Machtſprüchen abgethan hatte, gaben ſich weichere und ſchwächere Gemüther nur zu leicht jener reichen geheimnißvollen Welt von Wundern, poetiſchen Anſchauungen und das innerſte Mark durchſchauernden Ahnungen hin, die der Katholicismus des Mittelalters in ſchimmernder Farbenpracht entfaltete. Dieſer Stimmung konnte man das Tollſte und Aberwitzigſte bieten und gewiß ſeyn, gerade dafür, weil es ſich am weiteſten von dem Gewöhnlichen, Vernünftigen entfernte, die begeiſterteſte Aufnahme zu finden. Bei der Feier des großen Jubeljahres, die zu Rom vom 24. December 1824 bis zum 24. December 1825 begangen wurde, und die an Hunderttauſend frommer Pilger aus der ganzen Chriſtenheit herbeizog, war unter den mannigfaltigen Schauſtellungen, welche das römiſche Prieſterthum in ſeiner ganzen Herrlichkeit zeigten, die vorragendſte die Seligſprechung eines ſpaniſchen Franciscaners, dem unter andern Wundern, die er durch ſeine Heiligkeit bewirkt haben ſollte, nachgerühmt wurde, daß er eines Tages gebratene Lerchen vom Spieße gezogen und wiederbelebt habe, ſo daß ſie luſtig flatternd davon geflogen wären. Wenn die Frömmigkeit bereits wieder ſo hoch geſtiegen war, daß ſolche Wunder Glauben fanden, ſo war allerdings kein Grund vorhanden, weshalb man nicht auch das eben ſo unmögliche für möglich halten ſollte, daß eine längſt vergangene Zeit durch die Beſchwörungen frommer Prieſter in die Gegenwart zurückgerufen werde. Und an rüſtigen Helfern zu dem gottgefälligen Werke fehlte es nicht, da die geſammte katholiſche Geiſtlichkeit in allen Landen die Anordnungen, die von der Curie getroffen wurden, als ihr höchſtes bindendes Geſetz anerkannte, und die Befehle, die von Rom ertheilt wurden, mit dem blinden Gehorſam eines regelmäßigen Heeres befolgte. Die Garde dieſes Heeres bildete der Orden der Jeſuiten, der, ausdrücklich zu dem Zwecke geſtiftet, das wankende Gebäude der Hier-

Digitized by Google

archie zu ſtützen, zuvörderſt bemüht war, in ſeinen Mitgliedern alles Menſchliche zu tödten, um ſie zu willenloſen Werkzeugen ihrer Obern zu machen: unerforſchlich für den uneingeweihten Blick, gleich einer Maſchine, deren Anwendung man nicht kennt, in der angewieſenen Bahn eben ſo regelrecht und unermüdlich fortarbeitend, wie eine Maſchine, die einmal in Gang gebracht iſt, und auch darin dem künſtlichen Mechanismus einer Maſchine vergleichbar, daß ſie keine eigene Seele haben dürfen, die ihre Bewegungen leitet, ſondern ſtatt dieſer nur durch das Gebot des Werkmeiſters in Bewegung geſetzt werden; aber dabei mit der Schlauheit hölliſcher Geiſter begabt, welche jede Geſtalt annehmen, die geeignet iſt, ihre Plane zu fördern, und die alle noch ſo verborgene Wege aufzufinden wiſſen, welche zum Ziele führen. Ueberall, wo die Regierungen kurzſichtig genug waren, ihre Aufnahme zu geſtatten, ſuchten ſich die Jeſuiten vor allen Dingen des öffentlichen Unterrichts zu bemächtigen, weil dieſer das wirkſamſte Mittel bietet, die Gemüther der Menſchen zu beherrſchen. Auch da, wo ihnen der Zugang durch die Geſetze verwehrt war, wußten ſie ſich unter Verkleidungen aller Art einzuſchleichen und ließen keine Gelegenheit unbenutzt, kein noch ſo gewagtes und kein noch ſo geringfügiges Mittel unverſucht, um ſich einen Einfluß zu verſchaffen, den ſie, ihrer Ordensregel getreu, immer zu der größeren Ehre Gottes, immer zu der Förderung der Zwecke des Ordens anwandten. Obwohl Pius VII., als er die Jeſuiten herſtellte, ſie für die „kräftigen und erfahrenen Ruderer im Schiffe Petri" erklärte*), „die ſich anböten, die brauſenden Wetter zu durchbrechen, welche jeden Augenblick mit unvermeidlichem Verderben drohten," ſo hielt ihn doch eine Scheu, welche durch die frühere Geſchichte des Ordens hinreichend gerechtfertigt war, ab, ihnen ſein volles Vertrauen zuzuwenden; er erwies ihnen keine höhere Gunſt, als jedem andern der bedeutenderen Mönchsorden, namentlich als den Benedictinern, denen er ſelbſt angehört hatte, und den Dominicanern, den alten Gegnern der Jeſuiten. Durch Leo XII. dagegen wurden die Jeſuiten mit Auszeichnungen überhäuft. So wurde das mit reichen Mitteln ausgeſtattete Collegium romanum, die vornehmſte Erziehungsanſtalt in Rom, ihrer Leitung untergeben. Der Papſt ſelbſt beſuchte, umgeben von einer Menge Cardinale und Prälaten, die Hörſäle und ſprach ſeine Zufriedenheit mit der Unterrichtsweiſe aus: eine mächtige Empfehlung, die ihre Wirkung in der ganzen katholiſchen Chriſtenheit

*) In der Bulle sollicitudo omnium vom 7. Auguſt 1814.

Digitized by Google

nicht verfehlen konnte. Erſt unter ſeiner Regierung nahmen die Jeſuiten in Rom ihre frühere beherrſchende Stellung wieder ein; erſt jetzt begann auch außerhalb Italiens ihre Wirkſamkeit ſich in großartigſter Weiſe zu entwickeln. Dom Miguel rief ſie im Jahre 1824 zuerſt wieder nach Portugal, von wo ſie ſeit länger als ſechzig Jahren vertrieben waren; in demſelben Jahre kehrten ſie nach Spanien zurück, wo ſie durch Ferdinand VII. bereits im Jahre 1815 wieder in ihre alten Güter und Rechte eingeſetzt, im Jahre 1820 aber durch die Regierung der Cortes von neuem verbannt waren. In Frankreich hatten ſie unter dem beſcheidenen Namen der Väter des Glaubens ſchon zur Zeit des Kaiſerreiches Eingang gefunden; ſeit der Rückkehr der Bourbonen wagten ſie es, obwohl durch die Geſetze der alten Monarchie bei ſchweren Strafen des Landes verwieſen, offener hervorzutreten; aber erſt mit der Thronbeſteigung des frommen Königs Karl X. gewannen ſie einen ſo überwiegenden Einfluß, daß der öffentliche Unterricht nahe daran war, ganz in ihre Hände zu fallen, daß ihre Empfehlung der ſicherſte Weg war, um zu Aemtern und Ehren zu gelangen, und daß die wichtigſten Maßregeln der Verwaltung durch ihre geheimen Rathſchläge entſchieden wurden. Seitdem verdoppelten ſie auch in der Schweiz ihre Anſtrengungen, um das beſchränkte Gebiet, das ſie durch fromme Liſt erobert, Schritt für Schritt zu erweitern. In dem Königreiche der Niederlande ſchürten ſie durch ihre verborgene Thätigkeit die Gluth des Glaubenseifers und des Volkshaſſes, bis dieſelbe in der belgiſchen Revolution zur lichten Flamme ausbrach. Von hier aus verzweigten ſich die geheimen religiöſen Verbindungen und Verbrüderungen, die überall ihre Gegenwart ankündigen, auf der einen Seite über Münſter durch einen großen Theil des nördlichen Deutſchlands, auf der andern den Rhein hinauf bis nach Baiern, wo ſie, obgleich öffentlich nicht geduldet, im Geheimen eine um ſo tiefer eingreifende Wirkſamkeit übten. Im öſterreichiſchen Kaiſerſtaate waren ſie, ſeltſam genug, zwar in Galizien und der Lombardei, aber weder in den Erblanden noch in Ungarn geduldet; und auch in jenen beiden Provinzen mußten ſie ſich dazu bequemen, den Zwecken der Regierung zu dienen, während ſie ſonſt überall gewohnt waren, die Regierungen ihren eigenen Zwecken dienſtbar zu machen. In der Lombardei wurden ſie dazu benutzt, den Wühlungen der geheimen politiſchen Vereine auf denſelben unterirdiſchen Wegen entgegen zu arbeiten, auf denen dieſe zur Untergrabung der beſtehenden Ordnung thätig waren; in Galizien dagegen hatten ſie die wichtige Aufgabe, die Vorhut des Ka-

Digitized by Google

tholicismus gegen den griechiſchen Oſten zu bilden, dem auch das mächtige Oeſterreich keine ſchärfere Späher, keine zuverläſſigere Wächter gegenüberzuſtellen wußte, als die würdigen Väter der Geſellſchaft Jeſu. Ueberall, wo die Jeſuiten feſten Fuß faßten, wurden die Intereſſen der Curie mit einem Eifer gefördert, der ſelten den Zweck verfehlte, den man zunächſt im Auge hatte, und nur inſofern zuweilen die von der Klugheit vorgezeichneten Grenzen überſchritt, als derſelbe den Haß der Gegner zu rückſichtslos herausforderte.

Von geringer Bedeutung im Vergleiche zu dem rieſenhaften Unternehmen einer Herſtellung der mittelalterlichen geiſtlichen Herrſchaft des römiſchen Prieſterthumes war das weltliche Regiment, welches der Papſt im Kirchenſtaate zu führen hatte. Die Gewalt, die dem heiligen Vater als weltlichem Herrſcher zuſtand, war nicht weniger unumſchränkt, als jene, die er als Oberhaupt der katholiſchen Kirche anſprach; es hätte ſich daher im Kirchenſtaate die beſte Gelegenheit geboten, der Welt in einem glänzenden Beiſpiele zu zeigen, welche Segnungen ſie einſt von der Prieſterherrſchaft zu erwarten habe, die man mit ſo unermeßlicher Anſtrengung zu begründen bemüht war. Aber auch die unbeſchränkteſte Gewalt iſt an Bedingungen geknüpft, über die ſie ſich, ohne ihre eigenen weſentlichſten Intereſſen zu beeinträchtigen, nicht hinwegſetzen darf; und die Bedingungen, an welche die Ausübung der päpſtlichen Gewalt ſich knüpfte, waren der Art, daß ſie der Anwendung derſelben zum Guten nothwendig hemmend entgegentreten mußten. Der Papſt konnte, wenn er ſeine Macht nicht ſelbſt untergraben wollte, das Gebäude der Hierarchie nicht antaſten, deſſen oberſte Spitze er ſelbſt war. Er konnte nicht daran denken, dem Collegium der Cardinale, dem er ſelbſt ſeine Wahl verdankte, und das ſeinen Nachfolger zu wählen berufen war, ſein Vertrauen zu entziehen und die Gelegenheit abzuſchneiden, einen bedeutenden Einfluß auf die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten zu üben. An dem Widerſtande des Cardinalcollegiums ſcheiterten aber alle die Verbeſſerungsentwürfe, durch welche der ſtaatskluge Conſalvi die Verwaltung des Kirchenſtaates von ihren gröbſten Gebrechen reinigen und zu einer Stufe der Ausbildung erheben wollte, auf der ſie ſich wenigſtens einigermaßen jener der beſſer geordneten europäiſchen Staaten genähert hätte. Eben ſo wie der Papſt durch die Cardinale waren dieſe durch die Prälaten und Prieſter untergeordneten Ranges gebunden, aus deren Mitte ſie hervorgegangen, die fortwährend ihre einzige oder doch ihre vornehmſte Umgebung bildeten, ihr Urtheil beſtimmten und ſie an hundert unſichtbaren Fäden leiteten. So ging eine ununterbrochene Kette von

Digitized by Google

dem Papſte bis zu dem letzten Caplan in Rom; auch dieſer war wenigſtens aus dem Stoffe, aus dem die Päpſte gemacht werden; es ging ein Theil von dem Abglanze der Herrlichkeit des Statthalters Chriſti auf ihn über. Der Prieſter allein genoß im Kirchenſtaate Ehre, Anſehen und Einfluß. Mit Prieſtern waren die bedeutenderen Aemter in allen Zweigen der Verwaltung beſetzt; und da der Prieſter vor jeder ernſteren Ahndung des ſtrafwürdigſten Vergehens durch die unauslöſchliche Heiligkeit ſeiner Perſon geſchützt war, ſo beſtand thatſächlich für dieſe ganze Prieſterverwaltung in allen ihren Abſtufungen ſo gut als gar keine Verantwortlichkeit. Es that ein Jeder innerhalb ſeines Kreiſes, was ihm beliebte, und das Schlimmſte, was ihm begegnen konnte, wenn er alles Maß überſchritten, wenn er ſich zu unverſchämte Unterſchleife, zu harte Bedrückungen, zu ſchreiende Ungerechtigkeiten erlaubt hatte, war gewöhnlich nur, daß er von ſeiner Stelle entfernt wurde, um einem Collegen Platz zu machen, der es, wo möglich, noch ärger trieb. Am ſchwerſten wurde der Druck in den Legationen Bologna, Ferrara, Ravenna und Forli oder in der ſogenannten Romagna empfunden, die bereits ſeit dem Jahre 1797 durch den Vertrag von Tolentino vom Kirchenſtaate getrennt und ſeit dieſer Zeit an eine geordnete Rechtspflege und Verwaltung gewöhnt waren. In dieſen von der Natur durch Fruchtbarkeit des Bodens vor dem übrigen Kirchenſtaate begünſtigten Landſchaften war der Wohlſtand, zu dem ſie während ihrer Vereinigung mit dem Königreiche Italien emporgeblüht, durch die ſinnloſeſte Mißverwaltung innerhalb weniger Jahre vernichtet; und ſo unerſchwinglich die Steuern waren, die den Landbau, den Gewerbfleiß und den Handel zu Boden drückten, ſo war der Ertrag doch nicht einmal hinreichend, die Koſten der Verwaltung zu decken, die fortwährend Zuſchüſſe aus der Staatscaſſe erforderte, während die Legaten und deren Unterbeamte durch ihre Plünderungen und Erpreſſungen ſich bereicherten. Auf ihren Gipfel geſteigert wurde die allgemeine Zerrüttung durch den traurigen Zuſtand der Rechtspflege, die weniger dazu beſtimmt ſchien, der Gerechtigkeit ihren Schutz zu leihen, als dem Unrechte eine geſetzliche Form zu geben. Eine Menge der verſchiedenartigſten geiſtlichen und weltlichen Gerichtshöfe griffen mit ihrer Gerichtsbarkeit durcheinander; die Geſetze — eine Sammlung von Beſtimmungen aus den verſchiedenſten Jahrhunderten — ließen auf die Verhältniſſe der Gegenwart großentheils keine Anwendung zu und waren deshalb der verſchiedenartigſten Auslegung fähig; die Richter wurden nach Willkür eingeſetzt und abgeſetzt; ſie waren beinahe ohne

Ausnahme der Beſtechung zugänglich und hingen in allen wichtigeren Fällen von der Meinung der Prälaten oder der Polizeipräſidenten ab, die in den Gerichtsſitzungen den Vorſitz übernahmen, ſo oft ihnen dies angemeſſen ſchien. Mit ſolchen Einrichtungen und einer ſolchen Verwaltung konnte eine Bevölkerung, die zu den gebildeteſten Italiens gehörte, unmöglich zufrieden ſeyn. Die geheimen politiſchen Vereine, die durch ganz Italien verbreitet waren, faßten in der Romagna tiefere Wurzel als in irgend einem anderen Theile der Halbinſel. Wie zahlreich auch die Späher waren, welche die päpſtliche Polizei unterhielt, und in welchem Umfange das Gewerbe der Angeberei betrieben wurde, ſo vermochte man doch immer nur einzelnen Abzweigungen der großen Verſchwörung auf die Spur zu kommen; nicht ſelten wurden Späher und Angeber, wie Polizeibeamte, deren Eifer den Verſchwornen läſtig fiel, durch den Dolch oder die Kugel aus dem Wege geräumt; und im Jahre 1827, als eine eigene Commiſſion nach der Romagna geſchickt wurde, um die Urſachen der häufigen Mordthaten zu ermitteln, die in den letzten Jahren vorgefallen waren, wagte man es nicht, die Unterſuchung bis zu ihren äußerſten Grenzen zu führen, weil es ſich bald ergab, daß man dieſelbe über das ganze Land hätte ausdehnen müſſen, da keine einzige angeſehene Familie vorhanden war, von der nicht Mitglieder bei den verübten Verbrechen betheiligt geweſen wären. Noch größeren Kummer, als dieſe bedenklichen Zeichen politiſcher Aufregung, verurſachte in der Hauptſtadt der katholiſchen Chriſtenheit der tiefe Verfall der Religion in der Romagna, der freilich mit der allgemeinen Verachtung des päpſtlichen Regimentes im engſten Zuſammenhange ſtand. Als während des großen Jubeljahres fromme Prieſter aus Rom zu Forli erſchienen, um den Glaubenseifer der Bevölkerung durch eine ſogenannte Miſſion anzufachen, hatten ſie, wie überall, ungeheueren Zulauf. Tauſende ſammelten ſich um das rieſige hölzerne Kreuz, das, von Heiligenbildern umgeben, im Freien aufgepflanzt war, und vor dem die Miſſionaire mit feurigen Worten den Gläubigen in das Gewiſſen redeten. Die Revolutionaire von Forli hatten aber mit dem heiligen Werke von Anfang ihren Spott getrieben, und eine Anzahl frecher und muthwilliger Buben ſtörte daſſelbe, indem ſie Raketen unter die Menge warf, worüber ein ſolcher Tumult entſtand, daß nicht allein die Heiligenbilder in den Koth getreten, ſondern an hundert Menſchen mehr oder weniger ſchwer verletzt wurden. Das Aergſte dabei war, daß ſich die Volksmaſſe der Urheber des Frevels, als dieſe verhaftet wer-

Digitized by Google

den ſollten, annahm und in offenen Aufſtand gegen den Cardinal-Legaten ausbrach, dem man Schuld gab, daß er das ganze Unglück durch die Erlaubniß zum Halten der Miſſion veranlaßt habe.

Der größte Vortheil, den die römiſche Hierarchie vor jeder andern Regierungsweiſe voraus hat, iſt, daß ſie durch den Wechſel der Grundſätze und der Geſinnungen kaum berührt wird, der ſonſt überall eine Folge des unvermeidlichen Wechſels der Perſonen iſt. Indem der Papſt die Mitglieder des Cardinalcollegiums ernennt, trägt er auf die Geſammtheit deſſelben die Grundzüge ſeiner eigenen Denkweiſe über; und da das Cardinalcollegium bei dem Hintritt des Papſtes deſſen Nachfolger aus ſeiner Mitte wählt, ſo iſt zum voraus dafür geſorgt, daß dieſer ſeinem Vorgänger in ſeiner ganzen Denkweiſe ſo nahe ſtehe, wie es unter verſchiedenen Perſönlichkeiten überhaupt möglich iſt. Bewundernswürdig iſt die Umſicht, mit der das Cardinalcollegium beinahe zu allen Zeiten ſeine Wahlen mit der allgemeinen Lage der Weltverhältniſſe in Uebereinſtimmung zu bringen gewußt hat, ohne dabei jemals das für die Intereſſen des römiſchen Stuhles eben ſo weſentliche Erforderniß der unverrückbaren Stätigkeit in den Grundſätzen zu vernachläſſigen. In der ganzen Reihe der Päpſte finden ſich wenige, die, was man ſonſt an ihnen auszuſetzen haben mag, nicht ihrer Stellung an der Spitze der Hierarchie unter den gegebenen Verhältniſſen gewachſen geweſen wären. Schwerlich würde ein anderer Charakter, außer dem milden und geſchmeidigen und doch zugleich unbeugſamen Pius VII., im Stande geweſen ſeyn, die Stürme zu überſtehen, mit denen er während der erſten Hälfte ſeiner Regierung zu kämpfen hatte. Als die Umſtände ſich änderten und es darauf ankam, die Zügel des Kirchenregimentes ſtraffer anzuziehen, wurde der ſtarre und ſtrenge Leo XII. berufen, das von ſeinem Vorgänger begonnene Werk der Wiederherſtellung weiter fortzuführen. Im Frühjahre (27. Februar) 1829, als Leo XII. das Zeitliche geſegnet, hatte der Ernſt, mit dem er über der Beobachtung der kirchlichen Disciplin hielt, ſich ſo wohl bewährt, daß das Papſtthum in der That ſich wieder zu einer Macht zu erheben anfing, die zwar noch weit von der Weltherrſchaft entfernt war, welche es als letztes Ziel zu erreichen ſtrebte, aber doch beinahe täglich ihre Eroberungen weiter ausdehnte und ſelbſt durch die Niederlagen, die von Zeit zu Zeit nicht ausblieben, kaum merklich geſchwächt wurde. Durch dieſe Erfolge hielt das Cardinalcollegium ſich berechtigt, zu Leo's Nachfolger einen Mann zu erwählen, von dem vorherzuſehen war, daß er die durch jenen in Uebung ge-

brachte kirchliche Strenge eher verſchärfen als mildern würde. Cardinal Caſtiglione, der als Papſt den Namen Pius VIII. annahm, war ein düſterer Glaubensſchwärmer, der in ſeinem innerſten Gemüthe davon überzeugt war, daß außerhalb der katholiſchen Kirche keine Seligkeit zu erlangen, und daß es daher heilige Pflicht ſey, Jeden durch irrige Lehren von der Kirche Getrennten, ſofern es keine andere Mittel gab, mit Feuer und Schwert in den Schooß derſelben zurückzutreiben. Pius VIII. war nurwenige Wochen mit der päpſtlichen Tiare bedeckt, als er für die Bekehrung der Romagna Sorge trug, indem er auch für dieſe das Inquiſitionsgericht in dem vollen Umfange ſeiner alten Befugniſſe herſtellte. Die ſchrecklichſten geiſtlichen und weltlichen Strafen, zeitlicher Tod und ewige Verdammniß, wurden den Unſeligen gedroht, die ſich beigehen ließen, in irgend einem Punkte eine abweichende Meinung von der Lehre der alleinſeligmachenden Kirche zu hegen. Damit Niemand ſich mit Unwiſſenheit entſchuldigen könne, belehrte der neue Generalinquiſitor, Fra Angelo Domenico Ancarani, bei ſeiner Ankunft zu Forli die Bevölkerung über die verſchiedenen Arten des Irrglaubens, die überhaupt verbreitet wären, und gebot allen treuen Angehörigen der Kirche, bei Vermeidung der Excommunication und anderer Strafen, im Verlaufe eines Monates jeden ihnen bekannt gewordenen Fall von Ketzerei oder auch den bloßen Verdacht einer ſolchen dem Gerichte anzuzeigen, wobei zugleich den heimlichen Angebern unter allen Umſtänden Verſchweigung ihres Namens zugeſichert wurde. Die römiſche Curie rechnete mit Zuverſicht auf den Erfolg des entſcheidenden Schlages, der um dieſe Zeit von der gegenrevolutionairen Partei in Frankreich vorbereitet wurde; in dem ganzen romaniſchen Europa wäre damit jede freie politiſche Regung, wie man vorausſetzte, für immer unterdrückt geweſen; und man glaubte daher auch in Bezug auf die religiöſe und kirchliche Herſtellung ſich von jeder Rückſicht auf die herrſchenden Vorſtellungen des Zeitalters entbunden. Daß die verhängnißvollen Ordonnanzen Karls X. hauptſächlich durch römiſche Eingebungen veranlaßt ſind, unterliegt keinem Zweifel; da es bekannt iſt, daß noch am 18. Juli der Erzbiſchof von Paris und der Biſchof von Hermopolis im Namen der geſammten franzöſiſchen Geiſtlichkeit eine Denkſchrift*) an den Papſt richteten, worin ſie hervorhoben,

---

*) Il semble donc nécessaire à l'Eglise de France que le père commun des fidèles détermine, par les oracles de sa sagesse, le roi Charles X. à mettre un frein à la licence en rétablissant les lois répressives que son auguste frère avait si sagement imposées à la nation. Die Denkſchrift wies nach, daß in den ſechſte-

Digitized by Google

wie viel durch die Freigebigkeit und den frommen Eifer Karls X. bereits für die Kirche geſchehen ſey, ſich auf den Widerſtand bezogen, den die Frechheit der Preſſe den großherzigen Abſichten des Königs entgegenſetze, und es als unumgänglich nothwendig darſtellten, daß der gemeinſchaftliche Vater der Gläubigen den König Karl X. durch die Orakel ſeiner Weisheit beſtimme, jener Frechheit einen Zügel anzulegen. Daß dieſem amtlichen Schritte nicht vertrauliche Mittheilungen ähnlichen Inhaltes vorausgegangen ſeyn ſollten, iſt eben ſo unglaublich, als daß die Wirkung verfehlt worden wäre, die man durch dieſelben hervorzubringen beabſichtigte. Je ſicherer man zu Rom ſeiner Sache zu ſeyn glaubte, um ſo größeren Schrecken mußte die Kunde von dem Ausgange der Pariſer Juliſchlacht erregen. Die Curie ſah alle ihre Plane, welche auf die Unterſtützung des allerchriſtlichſten Königs gebaut waren, mit einem Schlage zerſtört; aber wie ſchmerzlich ſie auch durch die Vereitelung ihrer theuerſten Hoffnungen betroffen war, ſo wußte ſie ſich doch im nächſten Augenblicke ſchon zu faſſen. Statt in unnütze Klagen auszubrechen, die das Uebel nur noch ärger gemacht hätten, beeilte ſich der heilige Vater, die neue Ordnung der Dinge in Frankreich anzuerkennen. Bald hatte er den Troſt zu erfahren, daß der Verluſt, den die Kirche erlitten, wie ſchwer auch immer, doch nicht ſo unerſetzlich war, wie man in der erſten Ueberraſchung gefürchtet hatte. Der Geſandte Ludwig Philipps, Graf Latour-Maubourg, ertheilte die Verſicherung, daß der Monarch, den die Revolution auf den Thron erhoben, nicht geringeren Werth auf den Titel eines allerchriſtlichſten Königs lege, und nicht weniger ſtolz darauf ſey, ein Enkel des heiligen Ludwig zu heißen, wie Karl X. Die Kirche werde keine feſtere Stütze, der heilige Vater keinen aufrichtigeren Freund in den Stürmen finden, welche der Unglaube erregen könne; alle revolutionaire Ausſchweifungen ſollten mit Kraft unterdrückt werden; und man möge nur einige Zeit warten, ſo werde Alles zur Ordnung zurückkehren, und dann würden auch die Geſchäfte wieder ihren gewöhnlichen Lauf nehmen. Pius VIII. erwies ſich nicht undankbar; er machte es der franzöſiſchen Geiſtlichkeit zur Pflicht, ſich der neuen Ordnung der Dinge in ihrem Vaterlande ohne Widerſtand zu unter-

---

halb Jahren ſeit dem Regierungsantritte Karls X. der Kirche an frommen Gaben bereits 30 Millionen Franken zugefloſſen wären, während alle Schenkungen unter der zehnjährigen Regierung Ludwigs XVIII. nur 12, und in den dreizehn Jahren des Conſulats und des Kaiſerreiches nur 2 Millionen Franken betragen hätten.

Digitized by Google

werfen, den neuen Regenten gleich dem vorhergehenden in ſeine Gebete einzuſchließen und ihm gleiche Treue und gleichen Gehorſam zu bethätigen, wie dieſem. Aber wie gewandt auch der in ſeinem düſtern Glaubenseifer unbewegliche Greis ſich in die Zeitverhältniſſe zu fügen wußte, ſo drückte ihn doch das Bewußtſeyn zu Boden, daß in denſelben für ihn nicht mehr der rechte Platz ſey. Die Lebenskraft, die er bis in ſein hohes Alter bewahrt hatte, war gebrochen; er richtete ſich von dem Krankenlager, auf welches er körperlich erſchöpft und geiſtesmatt niederſank, nicht wieder auf und ſchied (am 30. November 1830), nachdem er die päpſtliche Würde nicht viel über anderthalb Jahre bekleidet hatte, aus einem Wirkungskreiſe, den er, wie er ſich ſelbſt ſagen mußte, nicht mehr auszufüllen vermochte.

Die neue Papſtwahl bot Schwierigkeiten, die in gleichem Maße bei wenigen früheren vorhanden geweſen waren. Zu der allgemeinen Verwirrung der europäiſchen Angelegenheiten, in der ſelbſt die erfahrenſten Staatsmänner an einer befriedigenden Löſung verzweifelten, kam die gefahrdrohende Stimmung eines großen Theiles der italieniſchen Bevölkerungen, die einen langjährigen Druck mit ſchweigendem Grimme ertragen hatten und jetzt mit Ungeduld dem Augenblicke entgegenſahen, der die verhaßten Ketten brechen ſollte. Die franzöſiſche Julirevolution war in ganz Italien hier mit lautem Jubel, dort, wo man das offene Einſchreiten der Gewalt oder die verborgene Beobachtung verrätheriſcher Späher fürchtete, mit geheimer Freude begrüßt worden. Die Erwartung war allgemein, daß in Kurzem wieder, wie zu der Zeit der erſten Revolution, ſiegreiche franzöſiſche Heere die Alpen überſchreiten würden; und in dieſem Falle würden ſie nicht bloß von den gebildeten Ständen, ſondern mit Ausnahme jener Landſchaften, die entweder durch ihre Lage oder durch andere örtliche Verhältniſſe allen Fortſchritten der Bildung unzugänglich waren, von der ganzen Nation mit offenen Armen aufgenommen worden ſeyn. Die geheimen Verbindungen, welche die politiſche Bewegung der Halbinſel leiteten, hatten jedoch zu viel blutiges Lehrgeld gegeben, als daß ſie nicht zu der Erkenntniß der Unzulänglichkeit ihrer Kräfte gekommen wären, ſo lange ſie es nicht bloß mit ihren einheimiſchen Regierungen, ſondern auch mit den öſterreichiſchen Bayonetten zu thun hatten, die ſtets zum Schutze der erſten bereit ſtanden. Eine gewaltſame Erhebung ohne die Gewißheit franzöſiſcher Hülfe ſchien deshalb den Häuptern nicht räthlich; ſtatt irgend etwas zu übereilen, wandten dieſe ſich daher vor allen Dingen nach Paris, um über die Abſichten der franzöſiſchen Regierung zuverläſſige Auskunft zu erlangen. Lafayette, der, damals noch an der Spitze der National-

garde, es in ſeiner Macht hatte, ſeine perſönliche Meinung dem Könige der Franzoſen als Geſetz aufzulegen, erklärte, daß Frankreich, wenn es auch darauf verzichtet habe, ſich in die innern Angelegenheiten anderer Nationen zu miſchen, doch feſt entſchloſſen ſey, eben ſo wenig von fremden Regierungen ein gewaltſames Einſchreiten in die Angelegenheiten ihnen nicht unterworfener Nationen zu dulden, und daß daher die Italiener, wenn es ihnen gelänge, durch ihre eigenen Anſtrengungen die Freiheit zu erringen, eine bewaffnete Einmiſchung von Seiten der Oeſterreicher nicht zu fürchten hätten. Später wurde von den Miniſtern Ludwig Philipps ähnliche Aeußerungen bei verſchiedenen Gelegenheiten von der Rednerbühne der Abgeordnetenkammer öffentlich wiederholt. Darauf hin entwarfen die italieniſchen Patrioten den Plan, das Banner der italiſchen Volksfreiheit und Volkseinheit zuerſt im Kirchenſtaate und in den benachbarten kleinen Fürſtenthümern zu erheben, weil man hier bei der Schwäche der einheimiſchen Regierungen darauf rechnen durfte, den geringſten Widerſtand zu finden. Sobald einmal für die italieniſche Revolution ein feſter Mittelpunkt gewonnen war, konnte es nicht fehlen, daß dieſelbe von dieſem aus mit Sturmesgewalt nach allen Richtungen getragen wurde; und dann ſtanden der Begründung des großen, die ganze Halbinſel umfaſſenden italiſchen Reiches, welches ſeit den Zeiten des napoleoniſchen Königreiches Italien das letzte Ziel der Wünſche jedes vaterlandliebenden Italieners bildete, keine Hinderniſſe mehr entgegen, die nicht mit leichter Mühe zu beſeitigen geweſen wären. Für die Ausführung dieſes allerdings etwas überſchwänglichen Planes fand man einen Verbündeten, der ſchwerlich von irgend einer Seite ſo bald in dem revolutionairen Lager geſucht worden wäre. Der Herzog Franz von Modena hatte in ſeinem kleinen Staate, ſeit die Verträge des Jahres 1814 ihn in den Beſitz deſſelben geſetzt, eine Regierungsweiſe durchgeführt, der an finſterer barbariſcher ſchonungsloſer Willkür ſelbſt in Italien keine andere gleich kam. Von den alten Einrichtungen und Zuſtänden, wie ſie in der Zeit vor der franzöſiſchen Revolution vorhanden geweſen waren, wurden nur jene wieder hergeſtellt, die geeignet ſchienen, die willkürliche Gewalt des Fürſten bis zu ihren äußerſten Grenzen auszudehnen, alſo namentlich die heilloſe Zerrüttung in der Geſetzgebung und Rechtspflege, die das Leben und das Eigenthum der Bürger von Gerichten abhängig machten, welche kein höheres Geſetz kannten, als den Befehl oder den Wunſch des Herzogs. Eben ſo wurden die alten ſchroffen Unterſcheidungen der Stände mit ihrem ganzen Gefolge von Vorrechten, Be-

ſchränkungen und Bedrückungen zurückgeführt; dagegen hütete man ſich wohl, die freien Städteverfaſſungen, welche die Verwaltung in die Hände ſelbſtgewählter Behörden legten, in ihr Recht wieder einzuſetzen. Auch fand man für gut, zu derſelben Zeit, während alle von der franzöſiſchen Verwaltung herrührenden und mit großem Koſtenaufwande verbundenen Anſtalten für öffentlichen Unterricht, öffentliche Geſundheitspflege, Landescultur und Bauten aufgehoben wurden, die Steuern auf dem Fuße des Königreiches Italien zu laſſen und durch neue Abgaben zu vermehren, ſo daß das Einkommen der herzoglichen Caſſen von 570,000 Lire, die daſſelbe unter der Regierung der letzten Eſte ertragen hatte, auf 2,300,000 Lire gebracht wurde. Die alte einſt berühmte Univerſität wurde aufgehoben, und an ihre Stelle wurden Collegien zur Abrichtung für den herzoglichen Dienſt mit mönchiſcher Zucht geſetzt. Die Leitung des geſammten niedern Unterrichtsweſens wurde den Jeſuiten übergeben; dabei wurden durch ein beſonderes Geſetz „über die Mißbräuche der Studien“ die mittleren und niederen Stände von dem Beſuche aller Anſtalten ausgeſchloſſen, auf denen ſie ſich wiſſenſchaftliche Bildung und Kenntniſſe hätten erwerben können. Dagegen wurden die Klöſter, die ſeit der Revolution in Abgang gekommen waren, wieder hergeſtellt, und Schaaren von Bettelmönchen durchzogen das Land, um in ihrer Art der ſchädlichen Aufklärung entgegen zu wirken. Die Cenſur wurde mit einer Strenge gehandhabt, die, wenn dies möglich geweſen wäre, jeden ſelbſtſtändigen Gedanken von den Grenzen des Herzogthumes zurückgewieſen hätte. Und als alle dieſe Maßregeln nicht ausreichten, das Ländchen vor dem Gifte der geheimen politiſchen Verbindungen zu ſchützen, die ſich in demſelben weiter ausbreiteten, als in irgend einem andern Staate Italiens, griff der entrüſtete Herzog zu einem Mittel, welches in gleicher Ausdehnung ſchwerlich jemals irgend wo verſucht worden iſt. Das ganze Land wurde unter polizeiliche Aufſicht geſtellt. Es wurde Niemand geſtattet, ſich ohne beſondere polizeiliche Erlaubniß von einem Orte in dem kleinen Herzogthume nach dem andern zu begeben. Außerdem wurde der Polizei eine völlig ſchrankenloſe Gewalt eingeräumt, indem ihr nicht allein das Recht zugeſtanden wurde, willkürliche Verhaftungen ohne Angabe der Gründe vorzunehmen, ſondern auch Strafen zu verhängen, ohne daß gegen ihre Anklagen eine Rechtfertigung oder von ihren Urtheilen eine Berufung erlaubt worden wäre. Im Jahre 1827 ſchien der Herzog mit einem Male geneigt, ein milderes Verfahren einzuſchlagen. Er verhieß allen Mitgliedern geheimer politiſcher Verbindungen, die ihre Theilnahme

Digitized by Google

freiwillig eingeſtehen würden, volle Verzeihung, wodurch neunundzwanzig Perſonen aus den höheren Ständen ſich beſtimmen ließen, im Vertrauen auf die herzogliche Gnade ihre Schuld zu bekennen. Auch wurde ihnen wirklich Begnadigung zu Theil; bald darauf aber wurden ſechzig andere, gegen die nur Gründe des Verdachtes vorlagen, gefänglich eingezogen und vier von ihnen durch ein Specialgericht zum Tode, alle übrige zu mehr oder weniger langwieriger ſchwerer Kerkerſtrafe verurtheilt, obwohl ihre Schuld nichts weniger als rechtlich erwieſen war. Und einen ſolchen Fürſten hatten zwei der einflußreichſten Häupter der großen italiſchen Verſchwörung, wir wiſſen nicht ob wir ſagen ſollen, die Verwegenheit oder die alberne Thorheit, in das Vertrauen ihrer Entwürfe zur Befreiung und Beglückung des gemeinſamen Vaterlandes zu ziehen. Ciro Menotti, ein vermögender Mann aus einer der angeſehenſten Familien Modena's, ſtand ſeit langer Zeit in einem vertraulichen Umgangsverhältniſſe mit dem Herzoge, der ſich gegen ihn ſo weit herabließ, ſeine Regierungsgrundſätze durch die Nothwendigkeit zu rechtfertigen, in der er ſich befände, alle von Wien aus ihm zugehende Weiſungen als Befehle zu befolgen, während er perſönlich die Leiden, zu denen eine engherzige Politik das unglückliche Italien verurtheile, auf das Tiefſte beklage und nichts ſehnlicher wünſche, als wenigſtens in Modena den Glanz des Hauſes Eſte zu erneuen, welches als das älteſte und erlauchteſte der einheimiſchen italieniſchen Fürſtengeſchlechter eher den Beruf hätte, in Italien Geſetze zu geben, als ſeine gegenwärtigen fremden Gebieter. Menotti war eitel genug ſich einzubilden, daß es ihm gelingen könne, den Herzog für den Plan einer allgemeinen italieniſchen Revolution zu gewinnen, indem er ihm die Ausſicht eröffnete, durch dieſelbe, falls er es wagte ſich an die Spitze zu ſtellen, auf den conſtitutionellen Thron des neu zu begründenden Königreiches Italien erhoben zu werden. Bereits im October verſchaffte er einem der thätigſten Agenten des Geheimbundes, zu deſſen Mitgliedern er ſelbſt gehörte, eine Audienz bei dem Fürſten, der ſich ſeinerſeits wahrſcheinlich der Thoren nur bedienen wollte, um durch ſie dem ganzen Getriebe der Verſchwörung auf den Grund zu kommen, deren verborgene Fäden ihm immer wieder entſchlüpft waren, wenn er ſie auch noch ſo genau erforſcht zu haben glaubte. Der Freund Menotti's, ein auch ſpäter noch viel genannter Herr Misley, wurde von dem Herzoge auf das Zuvorkommendſte empfangen. Dieſer ſagte ihm: „Sie können mir Ihr ganzes Herz eröffnen; mein Ehrenwort, das ich Ihnen hiermit gebe, ſichert Sie gegen jede Gefahr.“

Digitized by Google

Misley entgegnete, daß er das unbegrenzteſte Vertrauen hege, und daß ſeine Anweſenheit im herzoglichen Palaſte den beſten Beweis davon biete, da es Jedermann wohl bekannt ſey, daß ſeine Grundſätze republikaniſche wären. „Eben dieſer Grundſätze wegen,“ unterbrach ihn der Fürſt, „und wegen der Gradheit, mit der Sie dieſelben durchführen, beſitzen Sie meine volle Achtung.“ Im Verlaufe der Unterredung bedauerte der Herzog, daß die Rolle, die er genöthigt geweſen ſey, in Italien zu übernehmen, ihm jede Hoffnung abſchneide, die Liberalen ſich ihm nähern zu ſehen, zumal jene der Romagna, die alle ihre Leiden ihm zuſchrieben. Dieſe Aeußerung bezog ſich auf das in jenen Tagen viel verbreitete Gerücht, daß der Herzog an der Spitze einer von Oeſterreich beſoldeten geheimen Polizei ſtehe, deren Verzweigungen durch ganz Italien reichten. Misley ſuchte ihn zu überzeugen, daß die Häupter der Romagna, wie die leitenden Ausſchüſſe, die ſich in England und Frankreich gebildet hätten, nichts weiter von ihm erwarteten, als einen Beweis der Aufrichtigkeit ſeiner Abſichten, um ſich ihm anzuſchließen. Der Herzog ging jedoch nicht in die Falle; er hütete ſich, eine beſtimmte Erklärung abzugeben, und begnügte ſich, den Wunſch zu äußern: es möge ihm eine Gelegenheit werden zu zeigen, daß auch er ein guter Italiener, daß er bereit ſey, jedes Opfer für das wahre Wohl des Vaterlandes zu bringen. Zum Schluſſe beauftragte er Herrn Misley, den Vaterlandsfreunden, die ihm ihr Vertrauen geſchenkt, in ſeinem Namen Dank zu ſagen, und empfahl ihm, mit Klugheit zu handeln. Menotti fuhr fort, den Herzog von Zeit zu Zeit zu ſehen und ihm von den Schritten, die er zur Vorbereitung des großen Unternehmens der Befreiung Italiens that, in der Art, wie er ſelbſt es für gut fand, Bericht zu erſtatten; er traute dem Herzoge ſo wenig, wie dieſer ihm; glaubte aber wenn nicht auf die thätige Mitwirkung des Herzogs, doch auf nachſichtiges Gewährenlaſſen rechnen zu dürfen*), und betrieb ſeine Anwerbungen für die vaterländiſche Sache im größten Maßſtabe mit einer Offenheit, die Jedermann auf die Meinung bringen mußte, daß er im geheimen Auftrage des Herzogs handle. Dieſer hatte aber die Augen weiter offen, als Menotti vermuthete. Er ſah die Gefahr, der er ſich aus-

*) A mon retour, ſchrieb er am 29. December 1830 an Misley, je suis allé chez le duc pour le tenir toujours dans la même position. Il a été content de moi et moi de lui (!); — mais je ne crois rien tant que je ne verrais. Am 2. Januar 1831 aber ſchrieb er: Le duc est toujours décidé à laisser faire. Ainsi nous vivons comme dans une république.

Digitized by Google

ſetzte, wenn die Verſchwörung weiter um ſich griffe, und traf deshalb verſchiedene Anordnungen, die darauf berechnet waren, die Zwecke derſelben zu vereiteln. Menotti, dadurch gewarnt, beſchloß, den Ausbruch, zu dem Alles vorbereitet war, zu beſchleunigen. Am Abende des 3. Februars 1831 verſammelte er diejenigen ſeiner Verbündeten, die ſich in der Eile ohne Aufſehen herbeirufen ließen, in ſeinem Hauſe, von wo ſie während der Nacht den Palaſt des Herzogs überfallen und ſich ſeiner Perſon bemächtigen ſollten. Während die Verſchwornen, nicht mehr als vierzig an Zahl, noch in ihren Berathungen begriffen waren, wurde das Haus jedoch von Fußvolk, Reiterei und ſchwerem Geſchütz umſtellt, als ob es ſich darum handelte, ein feindliches Heer zu bekämpfen. In der That leiſtete die Handvoll Verſchwörer verzweifelten Widerſtand und ergab ſich nicht eher, als bis das Geſchütz zu ſpielen anfing. Am folgenden Morgen erließ der Herzog einen Tagesbefehl, worin er die Truppen wegen des Heldenmuthes belobte, den ſie in dem Kampfe — tauſend Mann gegen vierzig — bewieſen hätten; aber ſchon am nächſten Tage ergriff er ſelbſt die Flucht, indem er unter der Bedeckung ſeiner bewaffneten Macht den Weg nach Mantua einſchlug, wohin er den gefangenen und ſchwer verwundeten Menotti mit abführte. Er hatte die Nachricht erhalten, daß die Bewegung, die er zu Modena unterdrückt, inzwiſchen in Bologna zum Ausbruche gekommen war, und es ſchien ihm nach dem Vorgefallenen nicht räthlich, einen Zuſammenſtoß mit derſelben abzuwarten.

Nach Bologna war die Kunde von den Vorgängen zu Modena, wie gewöhnlich durch das Gerücht übertrieben, am 4. Februar gegen Abend gekommen. Sogleich verſammelten ſich einige hundert junge Leute in einem Kaffeehauſe und riefen mit ſtürmiſcher Begeiſterung die Freiheit Italiens aus. Der Prolegat, Monſignore Porecciani Clarelli, der in der Abweſenheit des Legaten die Verwaltung leitete, berief die angeſehenſten Einwohner der Stadt zu ſich, ernannte, durch den zunehmenden Tumult auf den Straßen beängſtigt, aus ihrer Mitte eine Commiſſion, der er die ausgedehnteſten Vollmachten übertrug, um für die Erhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit zu ſorgen, und unterzeichnete den Befehl, eine Provinzial-Bürgergarde zu bilden, welche dieſer Commiſſion zur Unterſtützung untergeordnet wurde. Am andern Morgen traf ein Eilbote von Rom mit der Meldung ein, daß das Conclave nach funfzigtägiger Dauer beendigt und der ſeiner Gelehrſamkeit, Frömmigkeit und Milde wegen allgemein beliebte Cardinal Capellari, der den Namen Gregors XVI. angenommen, am 2. Februar zum

Digitized by Google

Papſte erwählt ſey. Niemand beachtete dieſe wichtige Mittheilung, vielmehr fuhr man fort, die päpſtlichen Wappen und Abzeichen, wo ſich dieſelben noch fanden, zu entfernen und durch die italieniſchen revolutionairen drei Farben — weiß, grün, roth — zu erſetzen. Der Prolegat, der unter ſolchen Umſtänden in der aufrühreriſchen Stadt nicht länger verweilen konnte, reiſ'te nach Florenz ab, und die von ihm eingeſetzte Commiſſion nahm jetzt den Titel einer vorläufigen Regierung der Stadt und Provinz Bologna an. Die Bewegung pflanzte ſich mit Blitzeseile durch alle Provinzen des Kirchenſtaates vom Po längs der Küſte des adriatiſchen Meeres bis zur neapolitaniſchen Grenze fort; ſie überſchritt ſogar den Apennin, indem ihr jenſeit deſſelben die beiden Delegationen Perugia und Spoleto im Innern beitraten, und einen Augenblick hielt ſich der neu erwählte heilige Vater zu Rom ſelbſt ſo ernſtlich bedroht, daß bereits Anſtalten zu ſeiner Einſchiffung im Hafen von Civita vecchia getroffen wurden. Bis zu der Tiberbrücke Ponte felice, funfzehn Meilen von Rom, war die Revolution gedrungen, ohne daß ſie auf ihrem Wege auch nur durch einen Verſuch des Widerſtandes aufgehalten worden wäre. Die Feſte San Leone in der Delegation Urbino ergab ſich dem Obriſten Sercognani, der die Bürgergarden der Provinz befehligte, ohne ſeine Aufforderung abzuwarten. In der Citadelle von Ancona kündigte zwar der Commandant, ein Deutſcher Namens Sutermann, ſeinen Entſchluß an, ſich auf das Aeußerſte zu vertheidigen; er ſah ſich aber, als Sercognani vor den halbverfallnen Mauern erſchien, von ſeinen Officieren ſo ſchlecht unterſtützt, daß er froh ſeyn mußte, eine Capitulation zu erhalten, die ihm freien Abzug mit Waffen und Gepäck zuſicherte; und als er ſich anſchickte, mit den ihm zugeſtandenen Kriegsehren auszurücken, war die ganze Beſatzung zum Feinde übergegangen, ſo daß ihm nichts anderes übrig blieb, als ſich in eine Kutſche zu ſetzen und allein nach Rom abzureiſen. So wie der Aufſtand den Apennin überſtieg, zeigte es ſich aber bald, daß hier die Ideen der Freiheit und Unabhängigkeit keine Anziehungskraft mehr übten. Rom ſelbſt, die ewige Stadt, hat von dem Aufenthalte des Papſtes zu großen Vortheil, als daß die große Maſſe der Bevölkerung nicht ſchon deshalb der päpſtlichen Regierung aufrichtig zugethan ſeyn ſollte. Auch iſt der heutige Römer auf die geiſtliche Weltherrſchaft, die ſeine Prieſter üben, nicht weniger ſtolz, als es einſt die Quiriten auf die weltliche Herrſchaft über den ihnen bekannten Erdkreis waren, die ſie durch ihre Legionen behaupteten. So wie der Bevölkerung von Rom, ſo iſt auch

Digitized by Google

jener der umliegenden Landſchaften der Stuhl St. Peters noch heute der Thron des Gottesreiches auf Erden; hier hat die moderne Cultur nur die Spitzen der Geſellſchaft berührt; die franzöſiſche Revolution, wie das franzöſiſche Kaiſerreich iſt an den Römern vorübergegangen, ohne in den Geſinnungen Spuren zurück zu laſſen, die beide überdauert hätten. Als am 12. Februar eine Anzahl Verwegener den Verſuch machte, in Rom einen Aufruhr hervorzurufen, war die einzige Wirkung, die dadurch hervorgebracht wurde, eine allgemeine Entrüſtung; mehrere Tauſend Bürger ergriffen freiwillig zu der Vertheidigung der Hauptſtadt die Waffen, und die päpſtliche Regierung konnte den größten Theil ihrer regelmäßigen Truppen nach der Feſte Civita caſtellana ſchicken, wo ſie 2000 Mann ſtark eine Stellung einnahmen, welche die äußerſte Grenze bezeichnete, bis zu der die Fortſchritte der revolutionairen Bewegung reichten.

Während dieſe hier im Süden mehr durch die Theilnahmloſigkeit der Bevölkerungen, als durch die bewaffnete Macht des Papſtes gezwungen wurde, Halt zu machen, hatte ſie im Norden von Bologna nach Modena, von wo der erſte Anſtoß ausgegangen war, zurückgegriffen und von hier aus auch den kleinen Staat der Erzherzogin mit fortgeriſſen, die in den Umarmungen eines Grafen Neipperg die Erinnerung an den größten Mann der neuern Zeit vergaß. In Modena war nach der Flucht des Herzogs eine revolutionaire Regierung zuſammengetreten, an deren Spitze ein Advocat Namens Nardi als Dictator ſtand, und die den tapfern General Zucchi zum Oberbefehlshaber der Truppen ernannte, die er ſelbſt erſt zu bilden hatte. In Parma hatten ſich in der Nacht vom 11. auf den 12. Februar aufrühreriſche Bewegungen gezeigt, die aber zu keinem Ergebniſſe führten; der 12. Februar ging in ungeſtörter Ruhe vorüber, und erſt am 13. gab die Ankunft eines bewaffneten Haufens aus der modeneſiſchen Stadt Reggio das Zeichen zum Ausbruche einer Empörung, die damit begann, daß unter dem Rufe: „Es lebe die Freiheit!“ die italieniſchen drei Farben aufgeſteckt und neue revolutionaire Behörden eingeſetzt wurden, worauf die Herzogin mit ihrem Hofe ſich nach Caſal maggiore in der Lombardei zurückzog. Nach dem Plane, den die Häupter der geheimen revolutionairen Verbindungen in Italien mit ihren Freunden und Genoſſen im Auslande verabredet hatten, ſollte unmittelbar nach den Aufſtänden in der Romagna, in Modena und Parma auch eine Revolution in Piemont bewirkt werden, weil man dadurch ſich eine Verbindung mit Frankreich eröffnet hätte, die der drohenden Stel-

Digitized by Google

lung Oeſterreichs gegenüber unentbehrlich ſchien. Man erkannte aber die Unmöglichkeit, bei der Strenge, mit der die ſardiniſche Regierung jede ſelbſtſtändige Regung des Volksgeiſtes bewachte, im Königreiche Sardinien eine Umwälzung von innen heraus zu Stande zu bringen, und beſchloß deshalb von außen mit bewaffneter Hand einzudringen, indem man vorausſetzte, daß die Truppen wie die Bevölkerungen den Befreiern in Maſſe zufallen würden, ſobald ſie ſich durch den erſten Erfolg derſelben gegen die unmittelbare Ahndung der Behörden geſchützt ſähen. Mehrere hundert italieniſche Flüchtlinge, worunter die Mehrzahl Piemonteſen, die ſeit dem Jahre 1821 von ihrem Vaterlande abweſend waren, hatten ſich in Lyon geſammelt, von wo ſie, durch zahlreiche Schaaren franzöſiſcher Freiwilliger verſtärkt, auf zwei verſchiedenen Punkten in Savoyen einbrechen ſollten. Der Präfect des Rhonedepartements Paulze d'Yvoi leiſtete ihnen jeden möglichen Vorſchub, weil er dadurch die Abſichten der Regierung zu erfüllen glaubte, als er zu ſeinem Erſtaunen von Paris den Befehl erhielt, alle Verſammlungen der Italiener zu zerſtreuen und den Abmarſch derſelben nach der Grenze zu verhindern. Die Italiener, denen Alles daran gelegen war, mit der franzöſiſchen Regierung in gutem Vernehmen zu bleiben, beſchloſſen hierauf, ſtatt in geordneten Schlachthaufen, in kleinen Abtheilungen von Lyon aufzubrechen, die aber von eilends nachgeſandten Reitern erreicht und größtentheils entwaffnet und zur Rückkehr genöthigt wurden, während die zur Deckung der Grenze aufgeſtellten ſardiniſchen Truppen den ſchwachen Reſt, ſo wie dieſer ſich zeigte, mit leichter Mühe auseinanderſprengten. Damit war jede Ausſicht auf einen erfolgreichen Aufſtand in Piemont beſeitigt, und es ließ ſich ſchon jetzt vorherſehen, daß die Revolution auch im Kirchenſtaate und in den kleinen mittelitalieniſchen Fürſtenthümern keinen langen Beſtand haben würde. Wenn die franzöſiſche Regierung die geringſte Neigung gehabt hätte, die revolutionairen Bewegungen Italiens zu unterſtützen, würde ſie ſchwerlich ſo gewiſſenhaft geweſen ſeyn, den Einbruch der Flüchtlinge in Savoyen zu vereiteln, weil ihr nur das Gelingen dieſes freilich alle Grundſätze des Völkerrechtes verletzenden Unternehmens einen Weg in das Innere der Halbinſel bahnen konnte, den man ſich nicht erſt mit den Waffen zu erkämpfen brauchte. Oeſterreich würde ſich aber auch durch die kräftigſte Parteinahme von Seiten der Franzoſen nicht haben abhalten laſſen, mit ſeiner ganzen Macht zur Unterdrückung der italieniſchen Unruhen einzuſchreiten, weil es ſich dabei, wie man ſich unmöglich verbergen konnte, nicht bloß um die Behauptung ſeines Einfluſſes, ſon-

Digitized by Google

dern um die Erhaltung ſeiner eigenen Beſitzungen in Italien handelte. Dies wußte man zu Paris recht gut, denn Fürſt Metternich hatte bei der erſten Anknüpfung freundlicher Verhältniſſe mit der franzöſiſchen Regierung nach der Julirevolution ſich beſtimmt genug über die öſterreichiſche Politik in Italien erklärt. Nur die revolutionairen Behörden in Bologna, Modena und Parma hatten von dem wahren Stande ihrer eigenen Angelegenheiten keine Ahnung, indem ſie mit felſenfeſter Zuverſicht auf die Verſprechungen bauten, die ihnen von ihren Freunden zu Paris ertheilt waren. Ihre vornehmſte Sorge war, Alles zu vermeiden, was als eine Verletzung des Grundſatzes der Richteinmiſchung gedeutet werden konnte, weil ſie denſelben als den Grundpfeiler ihres eigenen politiſchen Daſeyns betrachteten. Deshalb verleugnete man ſogar das letzte Ziel, auf welches die ganze revolutionaire Bewegung gerichtet war, und behielt ſorgfältig die Trennung zwiſchen den verſchiedenen Staaten bei, die ſich für die gemeinſchaftliche Sache der italieniſchen Einheit erhoben hatten. Am richtigſten beurtheilte die Verhältniſſe noch der Dictator von Modena, Nardi, ein alter Revolutionair aus der Schule der cisalpiniſchen Republik, der wohl wußte, daß jede Revolution verloren iſt, ſobald ſie ſich erſt darauf einläßt, rechtliche Spitzfindigkeiten zu beobachten, weil ſie dadurch in einen Widerſpruch mit ſich ſelbſt geräth, da das Weſen der Revolution gerade in der Aufhebung des Rechtszuſtandes beſteht. Nardi erklärte unumwunden, daß der Grundſatz der Nichteinmiſchung für kleine Staaten keine Bedeutung habe; er veranlaßte den Zug der Modeneſen nach Parma und beſtimmte den tapfern General Zucchi, den Oberbefehl über die bewaffnete Macht zu übernehmen, die man mit äußerſter Anſtrengung auszurüſten bemüht war, obwohl die Theilnahmloſigkeit der niedern Volksclaſſen und noch mehr der Mangel an Waffen die Aufſtellung erheblicher Streitkräfte von Anfang unmöglich machten. In Bologna dagegen, wo man doch über ungleich bedeutendere Mittel verfügen konnte, dachte man kaum an kriegeriſche Rüſtungen. Man begnügte ſich damit, die Bürgergarden zu bewaffnen, über die dem alten polniſchen General Grabinski der Befehl übertragen wurde, geſtattete den Studirenden und anderen jungen Leuten Freicorps zu bilden, die von glühender Begeiſterung für die Freiheit und Unabhängigkeit Italiens erfüllt, aber weder in den Waffen geübt, noch geneigt waren, ſich den ſtrengen Forderungen der Kriegszucht zu unterwerfen, und errichtete einige Bataillone regelmäßiger Truppen, denen die auf die Seite des Aufſtandes übergetretenen päpſtlichen Soldaten zum Stamme dienten,

Digitized by Google

und die jetzt, von tüchtigen Officieren der ehemaligen italieniſchen Armee geführt, in Kurzem einen ganz kriegeriſchen Anblick gewährten, aber im Ganzen nie mehr als 3 oder 4000 Mann zählten und daher zu der Vertheidigung des Landes gegen einen feindlichen Angriff wenig oder gar nichts beitragen konnten. Statt ſich vor allen Dingen mit der Wehrhaftmachung der aufgeſtandenen Bevölkerungen zu beſchäftigen, um wenigſtens gegen den erſten Anlauf geſichert zu ſeyn, ging die vorläufige Regierung zu Bologna beinahe unmittelbar nach ihrer Einſetzung daran, durchgreiſende Verbeſſerungen in allen Zweigen der Verwaltung einzuführen. Die Aufhebung der Heerdſteuer (focalico) ließ ſich rechtfertigen, weil dieſe dem Landvolke einen ungerechten Druck auflegte, deſſen Fortdauer daſſelbe nothwendig der Sache der Revolution hätte entfremden müſſen. Aber die Abſtellung einer Menge von Mißbräuchen in der Rechtspflege hätte füglich einer gelegeneren Zeit vorbehalten bleiben können, da die verderbteſten Gerichte es auch ohne die Edicte der revolutionairen Regierung ſchwerlich gewagt haben würden, ſich der Gerechtigkeit länger zum Deckmantel für ungerechte Bedrückungen zu bedienen, ſobald ſie ſich nicht länger durch Häſcher und Söldner geſchützt ſahen, die ausdrücklich zur Aufrechterhaltung des Unrechtes angewieſen waren.

Der erſte Schritt der neuen Machthaber zu Bologna, der bewies, daß ſie die dringenden Bedürfniſſe der Lage doch nicht durchaus verkannten, war die Einberufung von Bevollmächtigten aus allen Provinzen des Kirchenſtaates, die ſich von der weltlichen Herrſchaft des Papſtes losgeſagt, zu einer geſetzgebenden Verſammlung, die den Auftrag erhielt, die neue Ordnung der Dinge zu begründen, welche an die Stelle des, wie man hoffte, auf immer beſeitigten Prieſterregimentes treten ſollte. Die Verſammlung, die am 26. Februar zu Bologna eröffnet wurde, faßte noch an demſelben Tage den einmüthigen Beſchluß, daß die weltliche Gewalt des Papſtes in den Landſchaften, die auf dem Congreſſe vertreten wären, für immer ein Ende haben ſolle, und daß dieſelben ſich fortan zu einem Staate vereinigten, der den Namen der vereinigten italieniſchen Provinzen (provincie unite Italiane) annähme und von einer gemeinſchaftlichen Regierung geleitet würde, dabei jedoch die bisher beſtehende Eintheilung in Provinzen mit ſelbſtſtändigen Provinzialverwaltungen beibehielte. Ein Ausſchuß, der gleichzeitig beauftragt wurde, die Grundzüge einer vorläufigen Verfaſſung zu entwerfen, beeilte ſeine Arbeit ſo, daß dieſelbe bereits am 4. März die Genehmigung der geſetzgebenden Verſammlung erhal-

Digitized by Google

ten konnte. Nach der neuen Verfaſſung wurde zum Sitze der Regierung die Stadt Bologna beſtimmt. Die ausübende Gewalt wurde in die Hände eines Präſidenten niedergelegt, dem ſieben gleich ihm verantwortliche Miniſter an die Seite geſetzt wurden. Die geſetzgebende Gewalt mit Einſchluß der Steuerbewilligung wurde einem geſetzgebenden Rathe (consulta legislativa) übertragen, zu dem jede Provinz ein Mitglied ernannte, und der daher aus zehen Mitgliedern beſtand, da die von Rom abgefallenen Legationen und Delegationen zehn an Zahl waren. Zum erſten Präſidenten wurde der Advocat Vicini erwählt, der bisher ſchon an der Spitze der vorläufigen Regierung von Bologna geſtanden hatte, ſeiner erweiterten Machtvollkommenheit ſich jedoch nur kurze Zeit erfreute. Ehe noch die erſten Nachrichten von den Aufſtänden in Mittelitalien nach Wien gelangt waren, hatten ſich bereits die öſterreichiſchen Truppen in der Lombardei mit Heeresmacht an der Grenze aufgeſtellt, wo ſie nur die Befehle der oberſten Hofſtelle erwarteten, um ſich zu weiterem Vorrücken anzuſchicken. Am 5. März überſchritt eine öſterreichiſche Heeresabtheilung, bei der ſich auch die mit ihrem Herzoge ausgetretenen modeneſiſchen Truppen befanden, unter dem Feldmarſchalllieutenant Geppert die Grenze des Herzogthums Modena. Eine Anzahl Bürgergarden ſuchte eine verſchanzte Stellung vor der kleinen Stadt Novi zu halten und vertheidigte ſich, nachdem ſie aus dieſer herausgeworfen wurde, noch in den Häuſern mit großer Tapferkeit, wurde aber durch die Uebermacht überwältigt und in die Flucht geſchlagen. Der öſterreichiſche General wurde durch den hartnäckigen Widerſtand, den er zu Novi erfahren, ſo vorſichtig gemacht, daß er ſeinen Marſch nur langſam, in geſchloſſenen Colonnen, fortzuſetzen wagte, wodurch die Mitglieder der revolutionairen Regierung und eine Menge anderer Perſonen, die nicht geneigt waren, der Großmuth des Herzogs zu vertrauen, Zeit gewannen, nach dem nahen Bologna zu entfliehen. General Zucchi hatte die Abſicht, Modena zu vertheidigen, wurde aber von den Bürgergarden verlaſſen und ſah ſich genöthigt, am 9. mit 1000 Mann regelmäßiger Truppen und zwei Geſchützen gleichfalls ſeinen Rückzug anzutreten, worauf die öſterreichiſche Vorhut in die verödete Stadt einrückte, in der jetzt Alles wieder zu der alten Ordnung zurückkehrte, wie ſie vor der Revolution beſtanden hatte. In Bologna trafen die erſten Flüchtlinge von Modena mit der Nachricht zuſammen, daß 3000 Oeſterreicher am 6. über den Po gegangen wären und Ferrara beſetzt hätten, wo unmittelbar nach ihrer Ankunft die päpſtliche Gewalt wieder hergeſtellt worden ſey. Schrecken

Digitized by Google

ergriff die Bewohner Bologna's, die ſich bis jetzt einem unbegreiflichen Gefühle der Sicherheit hingegeben hatten; der Congreß, der noch verſammelt war, löſ'te ſich auf, und die Mitglieder reiſ'ten eilends in ihre Heimath ab. Auch die Regierung verlor alle beſonnene Haltung; denn ſie ließ ſogleich den General Grabinski mit den regelmäßigen Truppen und den Bürgergarden nach der Romagna abziehen, während General Ollini mit der aus Studirenden zuſammengeſetzten Legion der Pallas den Oeſterreichern entgegengeſchickt wurde, als ob dieſe geringe Schar ein Heer in ſeinem Marſche aufzuhalten vermocht hätte. Bald kehrte den entmuthigten Leitern der Revolution jedoch das alte kindiſche Vertrauen zu dem Schutze zurück, den ihnen ihrer Meinung nach der Grundſatz der Nichteinmiſchung gewährte. Der öſterreichiſche General Fürſt von Bentheim, der in Ferrara eingerückt war, erklärte auf eine an ihn gerichtete Anfrage, daß er vorläufig keinen andern Befehl habe, als Ferrara und Comacchio zu beſetzen, wo Oeſterreich vertragsmäßig das Beſatzungsrecht habe; und von Florenz wurde gemeldet, die daſigen Geſandten, der öſterreichiſche ſowohl wie der franzöſiſche und britiſche, hätten die Zuſicherung ertheilt, daß Oeſterreich nur in Modena und Parma, aber nicht im Kirchenſtaate einſchreiten werde, weil die erſten beiden Fürſtenthümer zu dem öſterreichiſchen Kaiſerhauſe in Beziehungen ſtänden, die keine Anwendung des Grundſatzes der Nichteinmiſchung zuließen.

Jetzt wurde man ſeiner Sache von neuem ſo ſicher, daß ein Ausſchreiben vom 12. März die Abgeordnetenverſammlung, die ohne Abſchied auseinander gegangen war, zum 31. deſſelben Monates wieder nach Bologna einberief. Nur mit Mühe und gegen den Willen des Präſidenten ſetzte der Juſtizminiſter Silvani, ein Mann von kräftigem Charakter, es durch, daß wenigſtens einige Vorkehrungen zur Abwehr eines Angriffes getroffen wurden. General Zucchi wurde am 15. zum Oberbefehlshaber ſämmtlicher Streitkräfte der vereinigten Provinzen ernannt; ein Erlaß vom 16. befahl die Aushebung von 6 Regimentern zu Fuß und zwei Reiterregimentern; und um die Ausrüſtung dieſer Truppen möglich zu machen, wurde der Beſchluß gefaßt, daß alle directe Steuern auf ein Vierteljahr zum voraus erhoben werden ſollten. Zu der Ausführung dieſer Maßregeln, die freilich, auch wenn ſie früher ergriffen worden wären, nur wenig genutzt hätten, war es jedoch nicht mehr Zeit. Die Oeſterreicher hatten nach der friedlichen Einnahme von Modena am 13. März auch Parma beſetzt, ohne daß ſie nöthig gehabt hätten, einen Flintenſchuß abzufeuern.

Digitized by Google

Am 19. erließ der Oberbefehlshaber der öſterreichiſchen Truppen in Italien General Frimont eine Bekanntmachung, worin er ankündigte, daß er in Folge eines durch ihn ſelbſt nach Wien beförderten Hülfegeſuches ſeiner Heiligkeit des Papſtes im Begriff ſtehe, in den Kirchenſtaat einzurücken, um die von ihrem rechtmäßigen Beherrſcher abgefallenen Provinzen zum Gehorſam zurückzuführen; und am 21. März des Morgens hielt der öſterreichiſche General an der Spitze eines Heeres, das zwanzig Bataillone und zwölf Schwadronen zählte, ſeinen Einzug in Bologna, nachdem Tages vorher General Zucchi mit der geringen Macht, die zu ſeiner Verfügung ſtand, auf der Straße nach Forli und Rimini abmarſchirt war und die Regierung ihren Sitz nach Ancona verlegt hatte. Die Oeſterreicher ſetzten dem ſchwachen Heerhaufen, der ſich vor ihnen in guter Ordnung zurückzog, mit ſolchem Eifer nach, daß ſie denſelben am 25. des Nachmittags eine halbe Stunde von Rimini einholten. General Mengen, der die Vorhut führte, theilte die ſeit dem ſchmachvollen Ausgange der neapolitaniſchen Revolution allgemein verbreitete Meinung von der Feigheit der Italiener und glaubte daher mit dem Häuflein, das er vor ſich ſah, nicht viele Umſtände machen zu dürfen, ſondern ließ daſſelbe, ohne ſein Hauptcorps abzuwarten, bloß durch die Huſaren und Jäger angreifen, die ſeine äußerſte Spitze bildeten. Zucchi war jedoch ein zu erfahrener alter Soldat, als daß er ſich ohne Weiteres durch ein paar Schwadronen Cavallerie hätte überreiten laſſen. Er ließ die vier Geſchütze, die ſeine ganze Artillerie ausmachten, auf der Straße auffahren und nahm mit ſeinen Leuten zu beiden Seiten derſelben eine durch Hecken und Landhäuſer gedeckte Stellung ein, in der er den Feind feſten Fußes erwartete. Eine Schwadron Lichtenſtein-Huſaren, die in vollem Jagen heranſprengte, wurde mit einem ſo wohlgenährten Feuer empfangen, daß ſie ohne langes Beſinnen Kehrt machte und eben ſo ſchnell wieder verſchwand, wie ſie gekommen war. Nicht beſſer erging es den Tyroler Jägern, die zur Unterſtützung anrückten; und General Mengen fand ſich daher veranlaßt, ſein Urtheil über die Streitbarkeit der Italiener zu berichtigen und Halt zu machen, um die Ankunft der Hauptmacht zu erwarten. Zucchi ſetzte inzwiſchen ſeinen Rückzug nach Rimini fort, wo er die Vorſtadt verbarricadirte und von neuem das Gefecht anzunehmen beſchloß, um, wenn auch die Sache verloren war, für die er kämpfte, wenigſtens die Waffenehre ſeines Volkes zu retten. Es war ſechs Uhr des Abends, als die öſterreichiſchen Colonnen vor Rimini erſchienen. Nach hartnäckigem Kampfe gelang es

Digitized by Google

ihnen, die Barricaden durch das ſchwere Geſchütz zu zerſtören und in die Vorſtadt einzudringen, in der die Italiener auch jetzt noch jedes Haus vertheidigten, bis ſie durch das überlegene Feuer des feindlichen Geſchützes genöthigt wurden, ſich in die Stadt zu ziehen, wo alle Anſtalten zu neuer verzweifelter Gegenwehr getroffen waren. Da mittler Weile aber die Dunkelheit hereinzubrechen anfing, ſo hatte General Mengen keine Neigung ſich noch in einen Straßenkampf einzulaſſen; und Zucchi marſchirte unter dem Schutze der Nacht nach Peſaro ab, ohne vom Feinde verfolgt zu werden und ohne ein einziges Stück Geſchütz verloren zu haben. Erſt am folgenden Tage wagten die Oeſterreicher in Rimini einzurücken. Am 27., als General Geppert, der die zum weiteren Vordringen von Bologna aus beſtimmten öſterreichiſchen Truppen befehligte, ſein Hauptquartier nach Peſaro verlegte, erſchien vor ihm ein Parlementair, der einen Waffenſtillſtand verlangte und ein Schreiben des Cardinals Benvenuti aus Ancona überbrachte, worin dieſer Prälat anzeigte, daß die Mitglieder der revolutionairen Regierung ihm den Wunſch bezeugt hätten, ſich in die Arme ſeiner Heiligkeit zu werfen und die von ihnen abhängige Truppenmacht ohne Blutvergießen aufzulöſen, damit die päpſtlichen Behörden ohne Hinderniß wieder zu ihrer früheren amtlichen Wirkſamkeit zurückkehren könnten. Benvenuti war unmittelbar nach dem Ausbruche des Aufſtandes von dem Papſte zu ſeinem legatus a latere oder Bevollmächtigten ernannt und nach den empörten Provinzen abgeſchickt worden, um in denſelben mit Hülfe der Religion eine bewaffnete Erhebung unter dem Landvolke zu Gunſten der päpſtlichen Regierung hervorzurufen, hatte jedoch kaum ſeinen Biſchofsſitz zu Oſimo in der Mark Ancona erreicht, als er verhaftet und gefangen nach Bologna gebracht wurde, wo man eine ſo wichtige Perſon wie einen legatus a latere in gutem Gewahrſam hielt. Als die revolutionaire Regierung die Flucht nach Ancona ergriff, führte ſie den Cardinal mit ſich, weil man vorherſah, daß man von der Schwäche und Eitelkeit des Mannes noch würde guten Nutzen ziehen können. In Ancona überzeugte man ſich von der Unmöglichkeit, dieſe weder mit Mund- noch Kriegsvorräthen verſehene Feſte auch nur kurze Zeit zu halten. Man wandte ſich daher jetzt an den Gefangenen, um durch ſeine Vermittlung beſſere Bedingungen zu erhalten. Benvenuti ergriff mit Freuden die Gelegenheit, die Wichtigkeit ſeiner Perſon geltend zu machen, und als der Herſteller der Ruhe und Ordnung in den empörten Provinzen aufzutreten. Er unterzeichnete deshalb am 26. März eine Uebereinkunft,

Digitized by Google

nach welcher die revolutionaire Regierung ihre Gewalt in die Hände des Cardinals niederlegte, wogegen Se. Eminenz ihr heiliges Wort verpfändete, daß Niemand, wer es auch ſey, wegen ſeiner Theilnahme an der Empörung verfolgt, beſchwert oder beunruhigt werden ſolle; daß die früheren päpſtlichen Beamten auf keine Weiſe an ihren Rechten verkürzt werden ſollten, weil ſie ſich bei der vorgefallenen Veränderung betheiligt; daß es den regelmäßigen Truppen, ſobald ſie die päpſtliche Cocarde aufgeſteckt, geſtattet ſeyn ſolle, im Dienſte zu bleiben, während die Freiwilligen, mit Geleitsbriefen verſehen, in ihre Heimath zurückkehren könnten; daß alle Fremde, Beamte und Militairs, die dies vorzögen, Päſſe erhalten ſollten, mit denen es ihnen freiſtände, ſich ungehindert nach jedem beliebigen Orte im Auslande zu begeben. Außerdem verpflichtete ſich der Cardinal, es, wo möglich, bei dem Befehlshaber der öſterreichiſchen Militairmacht zu vermitteln, daß den Truppen der vorläufigen Regierung genügende Zeit gewährt werde, damit ihre Auflöſung der Uebereinkunft gemäß vor ſich gehen könne. General Geppert wies die Aufforderung des Cardinals, einen Waffenſtillſtand zu bewilligen, mit Höflichkeit, aber mit Beſtimmtheit zurück, „weil er mit keiner geſetzmäßigen Macht in Unterhandlungen treten könne, da mit einer ſolchen kein Krieg beſtehe.“ Am 29. trafen die öſterreichiſchen Truppen vor Ancona ein, wo ſchon ſeit zwei Tagen die päpſtliche Flagge wehte, und wo ſich Tages vorher General Zucchi und die übrigen Häupter des Aufſtandes auf Handelsfahrzeugen nach Corfu eingeſchifft hatten. Die Oeſterreicher beſetzten die Citadelle und die Forts, und zwei öſterreichiſche Goeletten, die gleichzeitig in den Hafen eingelaufen waren, wurden ſofort wieder ausgeſchickt, um auf die geflüchteten Empörer Jagd zu machen. Das Fahrzeug, auf dem General Zucchi nebſt vielen andern bedeutenden Männern ſich befand, wurde in offener See aufgebracht und nach dem Hafen von Venedig geführt, wo die Gefangenen, ohne Rückſicht auf die mit dem Cardinal Benvenuti geſchloſſene Uebereinkunft in ſtrenger Haft zurückgehalten wurden. Ein günſtigeres Loos traf den General Sercognani, der mit ſeiner Heeresabtheilung noch vor dem Einzuge der Oeſterreicher in Bologna nach Spoleto vorgerückt war, wo er am 30. März die Waffen niederlegte und mit ſeinen Officieren und vielen andern bei dem Aufſtande Betheiligten Päſſe nach Livorno erhielt, um ſich dort nach Frankreich einzuſchiffen.

Damit war die Revolution im Kirchenſtaate beendigt. Der Papſt, obwohl perſönlich zur Milde geneigt, mußte den Forderungen der hef-

Digitized by Google

tigeren Partei im Cardinalcollegium nachgeben und die Uebereinkunft des Cardinals Benvenuti für ungültig erklären, weil deſſen Vollmacht mit dem Augenblicke aufgehört habe, wo er in die Gefangenſchaft der Empörer gefallen ſey. Bald darauf wurden außerordentliche Commiſſionen eingeſetzt, um über die Perſonen zu richten, die ihnen als Theilnehmer an der Revolution bezeichnet werden würden. Man konnte indeſſen die Strenge, die man anfangs anzuwenden entſchloſſen war, doch nicht ganz durchführen, weil man einige Rückſicht auf die franzöſiſche Regierung nehmen mußte, die, nachdem ſie die unglücklichen Italiener Preis gegeben, welche ſich nur im Vertrauen auf den von der franzöſiſchen Tribune verkündeten Grundſatz der Nichteinmiſchung erhoben hatten, jetzt wenigſtens zum Scheine eine Reihe von Zugeſtändniſſen verlangte, um den Anklagen und Vorwürfen, mit denen ſie in der Abgeordnetenkammer beſtürmt wurde, zu begegnen. Die Bevollmächtigten der ſämmtlichen übrigen großen Höfe vereinigten ſich mit dem franzöſiſchen Botſchafter, um den heiligen Vater zu der Bewilligung von Verbeſſerungen in der Verwaltung und zur Abſtellung der Mißbräuche zu vermögen, welche zur Schmach der päpſtlichen Verwaltung durch den Aufſtand der Romagna aller Welt bekannt geworden waren. Zu Rom fanden jetzt ähnliche Conferenzen über die Angelegenheiten des Kirchenſtaates Statt, wie jene zu London über die belgiſchen Angelegenheiten, nur mit dem Unterſchiede, daß die fremden Miniſter zu Rom nicht ſo weit gingen, Protocolle abzufaſſen, denen ſie eine für die betheiligten Parteien verbindliche Kraft beilegten, ſondern ſich damit begnügten, beſcheidene Rathſchläge zu ertheilen, die der Papſt gerade ſo weit befolgte, als er ſelbſt und ſeine Umgebung es für gut fand. Am 31. Mai wurde dem päpſtlichen Staatsſecretair Cardinal Bernetti eine Denkſchrift überreicht, welche die Grundzüge der Verbeſſerungen andeutete, die von den Mächten gewünſcht würden. Der Cardinal beeilte ſich, in ſeiner Antwort Alles zu verſprechen, was man irgend verlangte; und am 5. Juli erſchien ein päpſtliches Edict, welches ſich in der That als eine Umgeſtaltung des ganzen Verwaltungsweſens im Kirchenſtaate, mit Ausnahme des Stadtbezirkes von Rom, ankündigte. Den Legaten und Delegaten, die übrigens nach wie vor mit unumſchränkter Macht ausgeſtattet blieben, wurde ein Rath an die Seite geſetzt, deſſen Mitglieder der Papſt ernannte, und der das Recht hatte, wenn er befragt wurde, ſeine Meinung auszuſprechen, und zu ſchweigen, wenn er nicht befragt wurde. In den Städten wurden Gemeinderäthe

eingeführt, deren Wahl den angeſehenſten Bürgern überlaſſen wurde; nur für das Erſte ſollten die Mitglieder von den Legaten und Delegaten ernannt werden. Endlich ſollten Provinzialräthe gebildet werden, deren Mitglieder aber auch für das Erſte von dem Legaten zu ernennen waren, und zwar, um ganz ſicher zu gehen, aus den Gemeinderäthen, die er gleichfalls ernannt hatte. Dieſe Anordnungen, die man doch nur zum Hohne für Grundzüge einer freien Provinzial- und Gemeindeverfaſſung ausgeben konnte, wurden von den Bevollmächtigten der Höfe als vollkommen befriedigend angeſehen; alle, der franzöſiſche Geſandte Herr von St. Aulaire nicht ausgenommen, erließen Rundſchreiben an die Conſulen und Conſularagenten ihrer Nation, worin ſie denſelben aufgaben, ihren ganzen Einfluß zur Unterſtützung der päpſtlichen Behörden aufzubieten und namentlich „die Gerüchte zu widerlegen, die etwa über angebliche Uneinigkeiten unter den Mächten in der verbrecheriſchen Abſicht verbreitet werden möchten, neue Revolutionen hervorzurufen, die nur das furchtbarſte Unglück für die Urheber und für die Bevölkerungen zur Folge haben könnten, welche ſich durch ſo beklagenswerthe Beiſpiele verführen ließen.“ Das Ausſtellen einer ſolchen Erklärung von Seiten des franzöſiſchen Botſchafters war die Bedingung, unter der Oeſterreich ſich dazu verſtanden hatte, den Kirchenſtaat zu räumen, weil man nicht daran zweifelte, daß die Bewohner deſſelben, ſobald ſie ſich erſt überzeugten, daß ihnen jede Ausſicht auf fremde Unterſtützung abgeſchnitten war, ſich ohne ferneres Widerſtreben darein ergeben würden, das Unvermeidliche über ſich ergehen zu laſſen. Am 15. Juli verließen die letzten öſterreichiſchen Truppen das päpſtliche Gebiet, aus welchem der größte Theil ſchon rüher nach und nach zurückgezogen war, weil man die Anweſenheit bedeutenderer Maſſen nach der Unterdrückung des Aufſtandes nicht mehr für nothwendig hielt. Das Edict vom 5. Juli hatte aber in den Provinzen die beruhigende Wirkung, die man ſich davon verſprach, auf keine Weiſe hervorgebracht, weil Jedermann begriff, daß durch daſſelbe in dem alten Unweſen der päpſtlichen Mißverwaltung nicht das Geringſte verändert wurde. Schon zwei Tage nach dem Abzuge der Oeſterreicher wurde den Geſandten der fünf großen Mächte von Bologna eine Denkſchrift zugeſchickt, die in ruhiger beſcheidener Sprache, aber mit erſchütternder Wahrheit die wirklichen Gebrechen, an denen die Verwaltung des Kirchenſtaates litte, auseinanderſetzte, den Beweis führte, daß ſelbſt eine aufrichtig gemeinte und nicht bloß in gleißneriſchen Schein gehüllte Gemeinde- und Provinzialverfaſſung keine genügende

Digitized by Google

Abhülfe gewähren könne, und die Gründe entwickelte, weshalb eine wahre Verbeſſerung nur durch gänzliche Trennung der weltlichen von der geiſtlichen Gewalt möglich ſey. Noch mehr als über den Inhalt der Denkſchrift war man zu Rom darüber entrüſtet, daß die Beſchwerdeführer den päpſtlichen Stuhl vorbeigegangen waren, und ſich unmittelbar an die auswärtigen Mächte gewandt hatten; man mußte aber für den Anfang die ſtreitbaren Romagnolen ſchonen, weil man nach dem Abzuge der Oeſterreicher keine Truppen hatte, welche ſtrengeren Maßregeln zur Stütze dienen konnten. Es wurden daher nach den Legationen Bologna, Ravenna und Forli, die man am meiſten fürchtete, ſtatt der geiſtlichen Legaten vorläufig weltliche Prolegaten geſchickt; und man erlaubte den Bewohnern ſogar, zum Schutze der öffentlichen Ordnung wieder Bürgergarden zu errichten, weil man einſah, daß irgend eine bewaffnete Macht vorhanden ſeyn mußte, wenn nicht eine allgemeine Zerrüttung aller geſellſchaftlichen Verhältniſſe eintreten ſollte. Die natürliche Folge dieſer Nachgiebigkeit war, daß ein Zuſtand der Dinge zurückkehrte, der ſich von jenem vor dem Einmarſche der Oeſterreicher nur dadurch unterſchied, daß dem Papſte der Gehorſam nicht offen aufgekündigt wurde, ſondern daß die päpſtlichen Befehle nur, wenn ſie den Bevölkerungen nicht zuſagten, unvollzogen blieben.

Zwei Umſtände trugen beſonders dazu bei, die Legationen in fortwährender Aufregung zu erhalten: einmal die Doppelzüngigkeit, mit der man von Rom aus, nachdem man die Herſtellung der Bürgergarden erlaubt hatte, doch auf jede Weiſe die Bewaffnung derſelben zu verhindern ſuchte; ſodann die Beſorgniß, daß die päpſtlichen Truppen, welche die Oeſterreicher in der Mark Ancona abgelöſ't hatten, dazu beſtimmt wären, ſobald ſie durch die fortdauernden Werbungen eine hinreichende Stärke erlangt hätten, auch die Legationen zu beſetzen. Vor dieſen Truppen trug man aber mit Recht eine heilige Scheu. Denn es war bekannt, daß in dieſelben nicht allein alles liederliche Volk von den Straßen Rom's, ſondern auch eine gute Anzahl Sträflinge von den Galeeren und das Raubgeſindel aus den ſüdlichen Gebirgen aufgenommen war, in die man den berüchtigten, durch Leo XII. begnadigten Räuberhauptmann Gasparone auf Werbung ausgeſchickt haben ſollte. Auch hatte die Stadt Rimini bereits erfahren, welche Art Dienſtleiſtungen von Soldaten dieſer Art zu erwarten war. Hier waren nach der Entfernung der Oeſterreicher die Päpſtlichen eingerückt, und ſie hatten gleich am erſten Tage ihre Ankunft nicht beſſer zu

Digitized by Google

bezeichnen gewußt, als indem ſie auf eine fröhliche Geſellſchaft, die unter Geſang bei dem Quartiere ihres Obriſten vorüberzog, Feuer gaben, wodurch mehrere Perſonen, und darunter eine zum Tode, verwundet wurden. Die Bewohner Bologna's, ſo wie die der größeren Städte der Romagna beſchloſſen darauf, ſich dem weiteren Vorrücken der päpſtlichen Truppen nöthigenfalls mit Gewalt zu widerſetzen. Zu Ende des Auguſts ging eine aus den angeſehenſten Männern zuſammengeſetzte Abordnung nach Rom, um dem Papſte Vorſtellungen über die Lage der Romagna zu machen und die Wünſche der Bevölkerungen vorzutragen. Sie verlangten ſehr naiv, daß für immer alle Geiſtliche von der Verwaltung ausgeſchloſſen bleiben, daß niemals päpſtliche Truppen in das Land verlegt und daß den Bürgergarden Waffen geliefert werden ſollten. Der Cardinal Bernetti, bei dem die Abgeordneten zuerſt vorgelaſſen wurden, machte ihnen bemerklich, daß er ſie als ſolche nicht empfangen könne, und daß die Legationen, wenn ſie ihre Wünſche an den heiligen Stuhl bringen wollten, zuvörderſt das Edict vom 5. Juli vollziehen müßten, wodurch ſie geſetzmäßige Organe für ihre Vorſtellungen erhalten würden. Uebrigens erinnerte er ſie daran, daß die Verwaltung für jetzt bei ihnen in weltlichen Händen ſey, und daß die päpſtlichen Truppen ihr Land noch nicht betreten hätten, womit ſie vorläufig wohl zufrieden ſeyn könnten, da es unmöglich ſey, ihnen Zuſicherungen für alle Zukunft zu ertheilen. Die Abordnung, deren Mitglieder ſelbſt einſahen, daß ihre Forderungen etwas zu hoch geſpannt waren, kehrte nach den Provinzen zurück, und ihr Einfluß bewirkte, daß die gemäßigtere Partei in denſelben wenigſtens für den Augenblick die Oberhand gewann. Unruhige Köpfe wollten das Spiel vom Februar und März auf's Neue beginnen, wurden aber durch die Bürgergarden in Ordnung gehalten. Inzwiſchen fuhr man zu Rom fort, Verbeſſerungen anzuordnen, welche ſich zwar von dem hergebrachten Gange der Verwaltung ſo wenig als möglich entfernten, dabei aber doch manche weſentliche Uebelſtände beſeitigten und daher immer als Fortſchritte zum Beſſeren mit Dank aufgenommen zu werden verdienten. So reinigte ein Edict vom 5. October die bürgerliche Rechtspflege, wenn nicht von allen, doch von den ärgſten Mißbräuchen: es wurde den Unterrichtern (Gobernatori) aufgegeben, nicht Recht zu ſprechen, ohne die Parteien gehört zu haben, kein Urtheil zu fällen, ohne die Gründe anzugeben, und ſich nicht mehr des Lateiniſchen, ſondern des Italieniſchen als Gerichtsſprache zu bedienen. An die Stelle der Einzelrichter oder der Prätoren traten in den Provinzial-

Digitized by Google

hauptſtädten Civilgerichtshöfe mit einem Präſidenten, einem Vicepräſidenten und vier Räthen; und während bisher alle Berufungen von einer niedern auf eine höhere Stelle nach Rom gingen, wurden jetzt zwei Appellationshöfe zu Bologna und zu Macerata eingerichtet, die den Parteien dieſen weiten Weg erſparten. Die Gerichtsbarkeit des Uditore zu Rom, der nach Belieben jederzeit willkürlich in den Rechtsgang eingreifen konnte, wurde aufgehoben, und die nicht weniger willkürliche Gerichtsbarkeit des oberſten, aus einem Cardinal und acht Prälaten zuſammengeſetzten römiſchen Gerichtshofes der Segnatura wurde auf die Befugniß zurückgeführt, Urtheile der zweiten Inſtanz wegen Formfehler zu caſſiren. Dem Edicte über das Gerichtsverfahren n bürgerlichen Sachen folgte (am 5. Novbr.) eine peinliche Gerichtsordnung, die aber ſelbſt den gemäßigteſten Hoffnungen, zu denen man ſich berechtigt hielt, ſo wenig entſprach, daß beinahe ſämmtliche Rechtsgelehrte der Romagna förmliche Verwahrung gegen dieſelbe einlegten, und daß der Prolegat von Bologna die Einführung auf ſeine eigene Verantwortlichkeit verſchob, wie er ſchon früher einen Befehl zur Schließung der Hörſäle der Univerſität zu Bologna umgangen hatte, um keine Veranlaſſung zur Unzufriedenheit zu geben. Einer der größten Uebelſtände der päpſtlichen Verwaltung war die Verſchleuderung des öffentlichen Einkommens, die von den höchſten Stellen anfing und bis zu den unterſten hinabreichte. Zwar beſtand eine Behörde, die beſonders zu der Prüfung der Rechnungen über die Einnahmen und Ausgaben eingeſetzt, deren Thätigkeit aber ſchwerlich ernſtlich gemeint war, da von derſelben niemals das Geringſte bekannt geworden iſt. Jetzt wurden zu dieſer Behörde drei Laien hinzugezogen, und man glaubte dadurch den Provinzen eine hinreichende Bürgſchaft für treue Rechnungsablegung gegeben zu haben, erreichte aber den Zweck, den man dabei vor Augen hatte, ſo wenig, daß das Edict (vom 21. Novbr.), welches die neue Einrichtung begründete, zu Bologna öffentlich verbrannt wurde. Durch ſolche Vorgänge mußte die Geduld des Papſtes endlich erſchöpft werden. Eine Anleihe von drei Millionen Scudi oder römiſchen Thalern hatte die leeren Caſſen gefüllt; die Heeresabtheilung unter dem Obriſten Barbieri, die zu Rimini und Peſaro ſtand, war allmälig auf 4- bis 5000 Mann gebracht worden; und der Obriſt Zamboni hatte zu Ferrara ein anderes ſchwächeres Corps geſammelt. Man glaubte daher, mit den aufrühreriſchen Bewohnern der Legationen nicht mehr viele Umſtände machen zu dürfen. Ein päpſtlicher Erlaß vom 15. December befahl die ungeſäumte Einführung der peinlichen

Digitized by Google

Gerichtsordnung, erklärte alle gerichtliche Urtheile, die ſeit der Bekanntmachung der neuen Gerichtsordnung nach den alten Formen gefällt waren, für null und nichtig, und drohte, daß bei längerer Zögerung das Appellationsgericht nach Ravenna verlegt werden ſolle. Ein Zeichen ſchlimmerer Vorbedeutung, als dieſer immer noch milde Erlaß, war die Ernennung des Cardinals Albani zum apoſtoliſchen Commiſſar mit unbeſchränkter Vollmacht für die nördlichen Provinzen. Albani war nicht allein als ſtarrer, unbeugſamer Charakter, ſondern zugleich als wüthender kirchlicher Eiferer und entſchiedener Anhänger der alten politiſchen Ordnung bekannt. Was man von ihm zu erwarten hatte, darüber war Niemand in Zweifel.

Dennoch ließen die Bologneſen wie die Romagnolen ſich nicht einſchüchtern; mit den päpſtlichen Soldaten glaubten ſie ohne Mühe fertig zu werden, und die Rückkunft der Oeſterreicher fürchteten ſie nicht, weil ſie vorausſetzten, daß dieſe ſich nicht ſobald entfernt hätten, wenn ſie vor Ablauf von Jahresfriſt wieder zu kommen beabſichtigten. Der alte General Grabinski, der ungeachtet ſeines vorragenden Antheils an der letzten Revolution nach Bologna zurückgekehrt war, wandte ſich an den franzöſiſchen Botſchafter zu Rom, um zu hören, weſſen man ſich zu Frankreich zu verſehen habe. Graf Saint-Aulaire erklärte unumwunden, daß den Bologneſen nichts Anderes übrig bleibe, als ſich unbedingt der päpſtlichen Gewalt zu unterwerfen, da es thöricht ſey, wenn ſie annehmen wollten, daß ſie es mit der Macht des Papſtes allein zu thun haben würden. Frankreich werde ſich keinenfalls in einen Kampf gegen ganz Europa ſtürzen, um ein Benehmen zu unterſtützen, dem man alle Beſonnenheit abſprechen müſſe. Denn es wäre den Bologneſen leicht geweſen, auf geſetzlichem Wege Alles zu erlangen, was ſie ſelbſt wünſchten. Da der Prolegat die Geſinnungen der Bevölkerung theile, wäre es gleichgültig geweſen, ob die Wahlen der Gemeinderäthe wie der Provinzialräthe von ihm oder von dem Volke ausgingen, weil man in dem einen wie in dem andern Falle darauf hätte rechnen können, daß ſie auf Männer gefallen wären, die das öffentliche Vertrauen beſäßen. Wenn dann die nach dem Edicte vom 5. Juli gewählten Provinzialräthe Vorſtellungen gemacht hätten, wäre es möglich geweſen, daß ſich die Diplomatie ihrer angenommen hätte. Gegenwärtig laſſe ſich nichts mehr verſprechen, weil der günſtige Augenblick vorüber ſey. Es handle ſich jetzt nicht mehr darum, Verbeſſerungen zu erlangen, ſondern größeres Unglück zu verhüten. Auch dieſer wohlgemeinte Rath kam zu ſpät. Denn am 24. December, dem

Digitized by Google

Tage, an dem Herr von Saint-Aulaire ſeinen Brief ſchrieb, wurde zu Bologna eine große Verſammlung gehalten, der die Mitglieder der ſtädtiſchen Behörden und die Befehlshaber der Bürgergarden aus allen Städten der Romagna, ſo wie die drei Prolegaten von Bologna, Ravenna und Forli beiwohnten, und in der beſchloſſen wurde, daß am 5. Januar 1832 ein neuer Congreß Statt finden ſolle, deſſen Mitglieder von Wahlbezirken nach dem Grundſatze zu ernennen wären, daß auf je 15,000 Einwohner ein Abgeordneter käme, und von dem eine Abordnung an den Papſt abzuſchicken ſey, um ihm von neuem die Wünſche des Landes an das Herz zu legen, wobei man vor allen Dingen darauf beſtehen müſſe, daß niemals päpſtliche Truppen in den Legationen zugelaſſen würden. Der Prolegat von Bologna, Graf Graſſi, ſandte die Protocolle der Verſammlung nebſt einem bevorwortenden Schreiben nach Rom, worin er ſich für die Volkswünſche, als vollkommen in der Gerechtigkeit begründete, mit Wärme verwandte, erhielt aber durch den Unterſtaatsſecretair Cappacini einen mißbilligenden Beſcheid, der das höchſte Befremden ausdrückte, daß der Prolegat nur von Verbeſſerungen rede, die zu bewirken wären, und die Miene annehme, als ob noch gar nichts geſchehen ſey. Zu gleicher Zeit wurden die Beſchlüſſe der Verſammlung zu Bologna für ungültig und geſetzwidrig erklärt, und der Entſchluß Sr. Heiligkeit angekündigt, die Abordnung nicht anzunehmen, die man an ſie abſchicken wolle. Der Prolegat von Bologna erließ hierauf (am 5. Januar) eine Bekanntmachung, durch welche er anzeigte, daß es ihm unmöglich ſey, ferner den Wünſchen des Volkes gemäß zu handeln, da der heilige Vater alles bisher Geſchehene mißbillige; er werde daher nicht länger anſtehen, das Edict vom 5. Juli 1831 zur Vollziehung zu bringen. Die Abgeordneten zu dem beabſichtigten zweiten Congreſſe nahmen ihre Entlaſſung. Der Befehlshaber der Bürgergarden, General Patuzzi, ſprach ſich in einem Tagesbefehle dahin aus: „Sie ſtänden an der letzten Linie, welche die Treue vom Aufſtande trenne; ſie wären keine Aufrührer und wollten es nicht werden“. Alles gewann demnach den Anſchein, als ob das Anſehen des Papſtes von ſelbſt wieder hergeſtellt werden ſollte, ohne daß es der Anwendung bewaffneter Gewalt bedürfte. Ein Umſtand nur machte die friedliche Ausgleichung unmöglich. Die Romagnolen blieben entſchloſſen, die päpſtlichen Truppen, die ſie als Mörder und Räuber betrachteten, nicht zuzulaſſen; und der römiſche Hof hatte, wie der Cardinal-Staatsſecretair Bernetti durch eine Note vom 10. Januar 1832 den Botſchaftern ſämmtlicher Mächte

Digitized by Google

anzeigte, den unwiderruflichen Beſchluß gefaßt, die Legationen durch ſeine Truppen zu beſetzen. Auf die Nachricht, daß bei den päpſtlichen Truppen zu Rimini alle Vorbereitungen getroffen würden, um in die Legationen einzurücken, marſchirten mehrere hundert Mann Bürgergarden von Bologna aus, um ihren Brüdern zu Forli und Ceſena, die zunächſt bedroht waren, zu Hülfe zu eilen. Eine Abordnung, die von Forli an den Cardinal Albani abgeſchickt wurde, welcher ſeinen Aufenthalt vorläufig zu Peſaro genommen hatte, erhielt eine ausweichende Antwort. Aber am 19. brach Obriſt Zamboni mit ſeinen Truppen von Ferrara auf, ſtieß am 20. bei dem kleinen Orte Baſtia auf eine ſchwache Abtheilung Bürgergarden, welche die hier befindliche Brücke über den Primero, einen Arm des Po, vertheidigte, ſchlug dieſelbe nach einem unbedeutenden Gefechte aus dem Felde und erzwang den Uebergang über den Strom, worauf er ſich gegen die Küſte wandte, weil er hier am wenigſten Widerſtand zu finden erwartete und ſich ſchlimmſten Falls nach Comacchio zurückziehen konnte, wo, wie in Ferrara, eine öſterreichiſche Beſatzung lag. Am 20. ſetzte ſich das Corps Barbieri's von Rimini über Savignano gegen Forli in Bewegung. Zwiſchen Savignano und Ceſena verlegten die Bürgergarden von Bologna, mit jenen von Forli und Ceſena vereinigt, den Päpſtlichen den Weg. Die Bürgergarden, im Ganzen nicht über 1200 Mann ſtark und mit einem einzigen Stücke Geſchütz verſehen, hatten eine vortheilhafte Stellung eingenommen, indem ſie die Straße vor ſich mit Gräben durchſchnitten und die Höhen zu beiden Seiten beſetzt hatten. Die Päpſtlichen wurden beim erſten Angriffe zurückgewieſen, benutzten aber ihre bedeutende Ueberlegenheit an Streitkräften und umgingen die Höhen, worauf die Bürgergarden, um nicht abgeſchnitten zu werden, ihren Rückzug antraten, nachdem ſie einen unerheblichen Verluſt erlitten hatten. Die päpſtlichen Truppen rückten ohne Widerſtand in die kleine Stadt Ceſena ein, fielen aber ſogleich über die friedlichen Einwohner her, plünderten die Häuſer, mordeten Männer, Weiber und Kinder und raubten ſogar die heiligen Gefäße aus einer Kirche: für Truppen des Papſtes das größte aller denkbaren Verbrechen. Am folgenden Tage ging der Marſch nach Forli, einer Stadt von 16,000 E., die aber ohne Waffen außer Stande war, ſich gegen eine mit ſchwerem Geſchütz verſehene Heeresabtheilung von mehr als 4000 Mann zu vertheidigen. In Forli wiederholten ſich die Schreckensauftritte von Ceſena. Gegen Abend ſtürzten die päpſtlichen Truppen ſich mit einem Male, ohne die geringſte Veranlaſſung außer ihrem eigenen Blutdurſte

Digitized by Google

und ihrer Raubgier, auf die nichts Arges ahnenden Bürger und ſchoſſen, hieben, ſtießen nieder, was ſich auf den Straßen blicken ließ. Am andern Morgen fand man die Leichen von dreiundzwanzig Perſonen, worunter zwei Frauen und ein ſiebenzigjähriger Greis, nackt ausgezogen und ſchrecklich verſtümmelt auf der Straße; außerdem waren einundvierzig Perſonen mehr oder weniger ſchwer verwundet und unter dieſen mehrere Männer, deren Anhänglichkeit an den päpſtlichen Stuhl wohl bekannt war. Der Cardinal Albani, der perſönlich zur Stelle war, bedauerte in einer öffentlichen Bekanntmachung das „unglückliche Ereigniß," beſchönigte daſſelbe aber, indem er es einem „jener Zufälle" zuſchrieb, „die ſich weder vorherſehen noch verhindern laſſen." Es ſollte nämlich aus unbekannter Urſache ein Gewehr losgegangen ſeyn, wodurch die Soldaten auf den Einfall gekommen wären, daß ſie von den Bürgern überfallen würden. Von einer Unterſuchung, die gegen die Schuldigen gerichtet worden wäre, oder von einer Beſtrafung war nicht die Rede. Der Cardinal begriff aber, daß er mit ſeiner Mordbande nicht tiefer in das Innere der Romagna dringen könne, ohne ſich der Gefahr auszuſetzen, mit derſelben durch den Grimm der Bevölkerungen vom Erdboden vertilgt zu werden. Er ſandte daher Eilboten an den commandirenden General der öſterreichiſchen Truppen in der Lombardei und ließ dieſen der zum voraus getroffenen Abrede gemäß um ſchleunigſte Unterſtützung bitten, während er ſelbſt mit dem Corps Barbieri's zu Forli ſtehen blieb. Am 24. Januar überſchritt die Heeresabtheilung des Generals Hrabowski, die zu Modena und Ferrara bereit gehalten war, die Grenze, marſchirte bei Bologna vorüber nach Faënza, wo ſie ſich mit den päpſtlichen Truppen vereinigte, und von wo ſie dieſe am 28. nach Bologna geleitete. Hier wurden die Oeſterreicher von dem Volke mit Freudengeſchrei begrüßt, weil ſie ſich durch ihre gute Mannszucht im vorigen Jahre beliebt gemacht hatten; die Päpſtlichen mußten in ihre Caſernen eingeſchloſſen werden, weil ſie, wenn ſie ſich auf den Straßen gezeigt hätten, von der Bevölkerung der großen Stadt ohne Zweifel erſchlagen worden wären, obwohl die Bürgergarde ihre Waffen bereits Tages zuvor hatte abliefern müſſen.

In Frankreich hatte ſchon das erſte Einſchreiten der Oeſterreicher bei der Kriegspartei in der Abgeordnetenkammer, unter der thatendurſtigen Jugend und ſelbſt in dem Heere eine Unzufriedenheit hervorgerufen, die nur durch die ſchnelle Räumung des Kirchenſtaates beſchwichtigt worden war. Der kräftig durchgreifende Périer wagte es

Digitized by Google

nicht, dem Unwillen zu begegnen, der über ihn hereingebrochen wäre, wenn die franzöſiſche Regierung einer Wiederholung deſſelben Schauſpieles unthätig zugeſehen hätte. Er zog es daher, da er ſeine friedliche Politik um einiger unruhigen Bewegungen im Kirchenſtaate willen nicht aufgeben wollte, vor, die franzöſiſche Nation zu täuſchen, indem er den Schein annahm, als ob er das Anſehen Frankreichs durch einen Schlag von überraſchender Kühnheit gewahrt habe, während er recht gut wußte, daß bei dem Wagniſſe, welches er unternahm, keine große Gefahr war, da er nicht vergeſſen hatte, ſich zum voraus mit dem Wiener Cabinette zu verſtändigen. Das unerwartete Erſcheinen eines franzöſiſchen Geſchwaders im adriatiſchen Meere und die plötzliche Einnahme von Ancona, die in der Nacht vom 22. auf den 23. Februar erfolgte, richtete nicht allein den gebeugten Muth der Bewohner des Kirchenſtaates wieder auf, ſondern erweckte in ganz Italien die überſpannteſten Hoffnungen. Die Bevölkerung von Ancona zumal, die thatſächlich von dem Drucke der päpſtlichen Herrſchaft befreiet war, gab ſich einem wahren Freudenrauſche hin, der ſich auf ſo ungeſtüme und gewaltthätige Weiſe gebehrdete, daß der heilige Vater zu Rom in der Ermangelung anderer Waffen zu dem neuerer Zeit nur wenig gefürchteten Bannſtrahle griff und die Uebermüthigen, welche ſich durch ihre Auflehnung an dem Erbtheile des heiligen Petrus vergriffen, zur Strafe aus der Gemeinſchaft der katholiſchen Kirche ausſtieß. Die leichtfertigen Anconitaner trieben mit der päpſtlichen Bulle ihren Spott; aber die Freiheit, deren ſie unter dem Schutze der franzöſiſchen Bayonnette genoſſen, ſollte von kürzerer Dauer ſeyn, als ſie bei dem Anblicke der dreifarbigen Fahne, die von den Zinnen ihrer Citadelle wehte, es ſich träumen ließen. General Cubières, der die franzöſiſche Beſatzung befehligte, erhielt die Weiſung, in Ancona die päpſtliche Verwaltung herzuſtellen, die mit der Landung der Franzoſen ihr Ende erreicht hatte. Die päpſtlichen Behörden, die durch den Haß der Einwohner vertrieben waren, kehrten zu dem vollen Umfange ihrer früheren Befugniſſe zurück; die Flüchtlinge aus der Romagna, die in Ancona eine Freiſtätte geſucht, wurden genöthigt, ſich nach Frankreich einzuſchiffen, wenn ſie nicht der Milde des Cardinals Albani vertrauen wollten, der inzwiſchen die Legationen mit ſeinen Spähern füllte, Commiſſaire umherſchickte, um Liſten von allen des Liberalismus Verdächtigen aufnehmen zu laſſen, und zu Bologna ein aus Militair- und Civilperſonen gemiſchtes Gericht einſetzte, um über die Verbrechen der Verſchwörung und des Hochverrathes zu richten. Von den Verbeſſe-

Digitized by Google

rungen in der Verwaltung, welche die Edicte des vorigen Jahres angekündigt hatten, war nicht weiter die Rede. Cardinal Albani löſ'te eigenmächtig die ſtädtiſchen Behörden auf und ernannte zu Gemeinderäthen, wie zu Richtern Menſchen, die kein anderes Verdienſt aufzuweiſen hatten, als daß ſie ſich durch ihre guten Geſinnungen empfahlen, zugleich aber in einem Maße mit der öffentlichen Verachtung beladen waren, welches es ihnen unmöglich machte, ihre amtlichen Verrichtungen auszuüben. Zu Ravenna verwahrte ſich der Stadtrath in einer kräftigen Vorſtellung gegen die neuen Mitglieder, die man ihm aufdrängen wollte; zu Faënza ſtellte der Magiſtrat ſeine Verrichtungen ein und ſchloß das Rathhaus; zu Bologna traten die angeſehenſten Einwohner zuſammen, erklärten, daß ſie die von dem Cardinal ernannten Beamten ihrer notoriſchen Schändlichkeit und Unfähigkeit wegen nicht anerkennen könnten, und beriefen ſich auf die Mächte, welche die verſprochenen Verbeſſerungen verbürgt hätten. Selbſt zu Rom überzeugte man ſich, daß der Gebrauch, den Cardinal Albani von ſeiner Machtvollkommenheit machte, dem päpſtlichen Stuhle unmöglich zur Ehre gereichen konnte. Da man es nicht wagte, den gefürchteten einflußreichen Prälaten abzuberufen, lockte man ihn durch eine Liſt nach der Hauptſtadt, wo man ihn feſtzuhalten wußte, um ſeinem Schreckensregimente ohne Aufſehen ein Ziel zu ſetzen. Die auswärtigen Diplomaten, die ſich der innern Angelegenheiten des Kirchenſtaates angenommen, hatten inzwiſchen ihre Berathungen unterbrochen, weil es widerſinnig geweſen wäre, friedliche Verbeſſerungen zu empfehlen, während man nicht zu verhindern vermochte, daß die Entſcheidung der Waffen angerufen wurde. Im Juli zeigte das brittiſche Cabinet dem öſterreichiſchen ſeinen Entſchluß an, ganz von den Berathungen zurückzutreten, weil von denſelben bei ihrer bisherigen Erfolgloſigkeit kein Nutzen abzuſehen wäre, und weil England die Verantwortlichkeit der Gefahren nicht theilen wollte, die daraus für den Kirchenſtaat hervorgehen müßten. Die brittiſche Note deutete darauf hin, daß alle Bemühungen, eine gründliche Verbeſſerung in der Verwaltung des Kirchenſtaates herbeizuführen, vergeblich ſeyn würden, ſo lange Rom in der Aufrechthaltung ſeiner alten Einrichtungen auf öſterreichiſchen Beiſtand rechnen dürfe. Fürſt Metternich widerlegte den Vorwurf, der in dieſer Andeutung lag, indem er daran erinnerte, daß Oeſterreich niemals ein Recht anerkannt habe, dem Papſte Bedingungen aufzulegen; man habe immer die Souverainetät des römiſchen Stuhles geachtet und ſey daher immer der Meinung geweſen, daß es ihm freiſtehen müſſe, zu beſtimmen,

Digitized by Google

wie weit er ſeine Zugeſtändniſſe ausdehnen wolle. Als aber die Legationen offenbar darauf ausgegangen wären, ſich ganz von der päpſtlichen Gewalt loszureißen, habe man ſich überzeugt, daß neue Zugeſtändniſſe nur neue Unruhen zur Folge haben würden; alle Gefahren, welche den päpſtlichen Staaten drohen könnten, wären demnach nicht Oeſterreich, wie von brittiſcher Seite geſchehe, ſondern nur dem Parteiweſen zur Laſt zu legen. Das brittiſche Cabinet beharrte auf ſeiner Anſicht, und zu Anfange des Septembers wurde Lord Seymour, der daſſelbe in den römiſchen Conferenzen vertrat, ohne beim Papſte beglaubigt zu ſeyn, von Rom zurückgerufen, womit zwar nicht jede Einmiſchung der auswärtigen Diplomatie in die Angelegenheiten des Kirchenſtaates, wohl aber die Conferenz ein Ende nahm, deren Zuſammentreten der Curie von Anfang als eine unerträgliche Anmaßung erſchienen war, wenn ſie es auch gerathen fand, ihren Unwillen hinter den ſanftmüthigſten und höflichſten Redewendungen zu verbergen. Die äußere Ruhe blieb fortan im Kirchenſtaate, wie im ganzen übrigen Italien ungeſtört, wenn auch das Feuer der revolutionairen Erregung fortwährend unter der Aſche glimmte. Seit die Franzoſen zu Ancona ſich dazu hergaben, als Schergen der Unterdrückung zu dienen, war jede Ausſicht auf Hülfe von dieſer Seite verſchwunden. Die öſterreichiſchen Truppen, welche Bologna und die vornehmſten Städte der Romagna beſetzt hielten, wurden kaum noch als Feinde, ſondern beinahe als Verbündete betrachtet, weil ihre Anweſenheit wenigſtens gegen die ärgſten Ausſchweifungen der Päpſtlichen ſchützte. Wenn bei alle dem die gebildeten Stände nicht auf jede Hoffnung einſtiger Befreiung verzichteten, ſo war doch Niemand ſo thöricht, ſich mit Planen der Selbſthülfe zu tragen, deren Vergeblichkeit für jeden nicht ganz von aller Beſinnung Verlaſſenen durch die bittern Erfahrungen der letzten beiden Jahre außer Zweifel geſtellt war.

Ein ähnliches Schauſpiel des Verfalles und der innern Zerrüttung boten, wenn nicht aus gleichen, doch aus nahe verwandten Urſachen, die beiden Staaten der pyrenäiſchen Halbinſel. Wenn in Italien die Lehren der franzöſiſchen Revolution beinahe eben ſo tief, wie in Frankreich, in die ganze Maſſe des Mittelſtandes und damit in den Kern der Nation eingedrungen waren, ſo hatten ſie auf der pyrenäiſchen Halbinſel nur die äußerſte Oberfläche der Geſellſchaft flüchtig berührt. Aber in Spanien hatten ſich während des fünfjährigen Kampfes gegen die napoleoniſche Gewaltherrſchaft aus dem innerſten Grunde der Gemüther die ſeit Jahrhunderten zurückgedrängten Ideen

Digitized by Google

der Freiheit wieder zum Bewußtſeyn emporgerungen und bildeten den Mittelpunkt einer neuen volksthümlichen Entwicklung, in der zwar noch die ſchroffſten Gegenſätze unvermittelt neben einanderlagen, die aber eben deshalb nach dem Siege über den äußern Feind um ſo reichere Blüthen zu treiben verſprach, wenn ſie nach der Rückkehr Ferdinands VII. nicht durch gewaltſame Zurückführung des alten ſinnloſen, allem geſunden Menſchenverſtande wie jedem menſchlichen Gefühle Hohn ſprechenden Druckes unterbrochen worden wäre. Die Revolution von 1820 rettete die edelſten Keime des wiedererwachenden ſpaniſchen Volkslebens von der Vernichtung, der ſie durch die Wuth eines feigen von herrſchſüchtigen fanatiſchen Prieſtern, entarteten Großen und verknöcherten Dienern der Gewalt unterſtützten Tyrannen geweiht waren. Die conſtitutionelle Partei, die während des Unabhängigkeitskampfes die ganze Nation umfaßt hatte, war aber jetzt nur noch auf den beſſeren Theil des hohen Adels, auf die gebildete Weltgeiſtlichkeit und auf den bildungsfähigen Bürgerſtand in den Städten beſchränkt. Die geſchwornen Feinde der Conſtitution waren jene geiſtig und körperlich verkommenen Granden, die ihre innere Nichtigkeit nur in dem Abglanz höfiſcher Gunſt zu verbergen wußten, und faſt ſämmtliche hohe Würdenträger der Kirche, die nicht allein ihre unermeßlichen Einkünfte, ſondern zugleich die unbeſchränkte geiſtliche Herrſchaft gefährdet ſahen, die thatſächlich ihre Gewalt zur erſten im Staate machte. Den Prälaten war aber die geſammte Geiſtlichkeit zu blindem Gehorſam verpflichtet; und wenn es auch Tauſend würdige Pfarrer gab, welche die Treue gegen das Vaterland dem Gehorſam gegen Biſchöfe und Erzbiſchöfe vorzogen, ſo ſtand dagegen ein Heer von 100,000 Mönchen bereit, jeden Wink, der ihnen von ihren geiſtlichen Obern kam, mit unbegrenzter aufopfernder Hingebung zu vollziehen; und die Mönche waren in Spanien zugleich die Heiligen und die Freunde, Rathgeber und Anführer der niedern Volksclaſſen, aus deren Mitte ſie der großen Mehrzahl nach hervorgegangen, mit denen ſie durch die Bande des Blutes, der Lebensgewohnheiten und ſelbſt der Bildung verbunden waren, und auf die ſie daher einen Einfluß ausübten, mit dem ſich kein anderer vergleichen ließ. Das einzige Mittel, durch welches die conſtitutionelle Partei hätte hoffen dürfen, die große Maſſe des Volkes und namentlich das Landvolk auf ihre Seite zu ziehen, wäre geweſen, wenn man es verſtanden hätte, den Eigennutz deſſelben zu gewinnen; denn der Bauer iſt in Spanien nicht weniger auf ſeinen Vortheil bedacht, als in allen andern Ländern. Man ſchlug

Digitized by Google

aber dazu den verkehrteſten Weg ein. Indem man die Zehnten aufhob und die Hälfte den Pflichtigen erließ, die andere Hälfte aber in eine Abgabe an den Staat verwandelte, die in baarem Gelde zu entrichten war, verminderte man nur ſcheinbar die Laſten des Landvolkes, dem es weniger ſchwer fiel, die zehnte Garbe auf ſeinen Feldern der Kirche zu überlaſſen, als deren Eigenthum ſie ſeit uralten Zeiten betrachtet wurde, als die Hälfte des Werthes dem Steuereinnehmer baar zu bezahlen, während es keine Märkte gab, auf denen ſich der ganze Ertrag verwerthen ließ. Dennoch würde die conſtitutionelle Partei, wenn Spanien ſich ſelbſt überlaſſen geblieben wäre, ohne Zweifel die Oberhand behalten haben, weil das im Unabhängigkeitskampfe geſchaffene Heer mit Begeiſterung der neuen Ordnung anhing, und weil der Bürgerſtand, in ſeinen mit feſten Ringmauern umſchloſſenen Städten gegen jeden Angriff ungeregelter Banden geſichert, eine entſchiedene Ueberlegenheit über das auf weiter Fläche zerſtreute, aller haltbaren Vereinigungspunkte entbehrende Landvolk behauptete; und ſelbſt bei dem Einbruche der Franzoſen im Jahre 1823 wäre der Sieg dem Herzoge von Angoulème gewiß nicht ſo leicht geworden, wenn ihm franzöſiſches Gold nicht den Weg gebahnt und wenn der Verrath die Streitkräfte der Conſtitutionellen nicht zerſplittert und gelähmt hätte. Nach der Befreiung Ferdinand's VII. aus der Gefangenſchaft in Cadiz konnte Niemand, der mit dem Charakter dieſes eigenſinnigen, launiſchen, grundſatzloſen, rachſüchtigen, durch ſeine Neigungen wie durch ſeine Bildung mehr zum niedrigſten Pöbel, als zu den höheren Ständen hingezogenen Fürſten nicht völlig unbekannt war, darüber in Zweifel ſeyn, welchen Gebrauch derſelbe von der wiedererlangten Gewalt machen würde. Das Miniſterium, welches er unmittelbar nach ſeiner Landung zu Puerto Santa Maria bildete, war mit Ausnahme des Seeminiſters Salazar, eines kenntnißreichen redlichen Beamten, aus Männern zuſammengeſetzt, die ſich nur durch die Starrheit ihrer königiſchen Grundſätze und beſonders durch grimmigen unverſöhnlichen Haß gegen Alles, was einer Regung der Freiheit ähnlich ſah, empfahlen. Der Beichtvater des Königs, Victor Saëz, der als Miniſter des Auswärtigen an die Spitze der Verwaltung trat, war ein finſterer fanatiſcher Mönch, deſſen Name nur genannt werden durfte, um ganz Spanien das blutigſte Schreckensregiment anzukündigen. Die Abſicht der franzöſiſchen Regierung war es jedoch keinesweges, in Spanien durch die franzöſiſchen Bayonnette die maßloſe Willkürherrſchaft herſtellen zu laſſen, welche die Revolution von 1820 hervorgerufen hatte. Selbſt

nachdem man den urſprünglichen Plan aufgegeben, die Spanier zu der Annahme einer der franzöſiſchen Charte nachgebildeten Verfaſſung mit zwei Kammern und gehörig geſichertem Uebergewichte der Krone zu vermögen, rechnete man wenigſtens darauf, daß man hinreichenden Einfluß behalten werde, um die tollſten Ausſchweifungen des Rache⸗durſtes und der Parteiwuth zu verhindern. Die drei öſtlichen Mächte, die das franzöſiſche Cabinet zu dem Einfalle in Spanien gedrängt hatten, vereinigten ihre Vorſtellungen mit den franzöſiſchen, um Fer⸗dinand VII. von der Nothwendigkeit zu überzeugen, die unbeſchränkte Gewalt mit Mäßigung anzuwenden, weil nur dadurch ein dauernder Zuſtand begründet werden könne, der zum wahren Wohle des Landes gereiche und die alte Macht und Größe deſſelben zu erneuern geſtatte. Wie wenig auch ſolche Rathſchläge nach dem Geſchmacke Ferdinands waren, ſo vermochte er doch denſelben ſich nicht ganz zu entziehen, weil er wohl begriff, daß er ohne fremde Unterſtützung ſich unmöglich in dem Beſitze der Herrſchaft behaupten könnte, deren Wiedererlangung er nur fremder Hülfe verdankte. Er entſchloß ſich daher das Miniſte⸗rium zu entlaſſen, deſſen Ernennung ſeine innerſten Gedanken zu früh und zu rückſichtslos verrathen hatte, und behielt aus demſelben nur den allgemein geachteten Salazar bei, während Victor Saëz durch den edeln Marquis Caſa Irujo erſetzt wurde, dem Graf Heredia de Ofalia als Miniſter der Gnaden und der Gerechtigkeit, Lopez Balleſteros als Finanzminiſter und der General de la Cruz als Kriegsminiſter an die Seite traten: ſämmtlich gemäßigte und beſonnene, in ihrer Treue gegen den König bewährte Männer, die ſchon durch ihre höhere Bildung von der Theilnahme an den wildeſten Verirrungen des Parteigeiſtes zurück⸗gehalten wurden. Die Lage, in der Spanien ſich befand, als die neuen Miniſter ihre amtlichen Verrichtungen übernahmen, war die traurigſte und hoffnungsloſeſte, zu der eine mächtige Nation jemals durch innere Zerrüttung herabgeſunken iſt. Die ſpaniſche Nation war in zwei feindliche Hälften auseinandergefallen, von denen die eine an Zahl bei weitem ſchwächere, aber an Bildung, Vermögen und zuſam⸗mengehaltener Kraft der anderen zahlreicheren überlegen, thatſächlich in einen Zuſtand völliger Rechtloſigkeit verſetzt und allen Mißhandlungen, Bedrückungen und Erpreſſungen von Seiten der Gegner ohne Anſpruch auf Schutz der Behörden oder der Geſetze Preis gegeben war. Das re⸗gelmäßige Heer war aufgelöſ't; die Soldaten waren in ihre Heimath entlaſſen, die Officiere theils auf der Flucht im Auslande, theils unter der Anklage des Hochverrathes im Kerker, theils in den Orten, die

Digitized by Google

ihnen zum Aufenthalte angewieſen waren, unter die Aufſicht der aus ihren Feinden zuſammengeſetzten Behörden geſtellt. Die Bürgergarden der größeren Städte, die beinahe überall den glühendſten Eifer für die conſtitutionelle Sache gezeigt hatten, theilten das Schickſal der regelmäßigen Truppen. Die Stelle der letzten nahmen die ſogenannten royaliſtiſchen Freiwilligen ein, denen die bewaffneten Banden zum Kerne dienten, welche ſich vor und nach dem Einmarſche der Franzoſen gegen die Conſtitution erhoben und ſeitdem durch die niedern Volksclaſſen in den Städten, ſo wie durch eine Menge beſitz- und berufloſen Geſindels und durch fanatiſche Glaubenseiferer aus allen Ständen verſtärkt worden waren. Zwar ſollte ein neues regelmäßiges Heer geſchaffen werden; dazu fehlte es aber an allen Mitteln. Die öffentlichen Caſſen waren geleert; die Steuern gingen in der allgemeinen Zerrüttung ſo ſpärlich ein, daß ſelbſt die gewöhnlichen Bedürfniſſe des Hofhaltes, für die doch immer zuerſt geſorgt wurde, kaum beſtritten werden konnten. Der Credit des Staates, den ſchon die Cortes durch ihre unter den ungünſtigſten Bedingungen geſchloſſenen Anleihen erſchöpft hatten, war durch das Decret, das dieſelben für ungültig erklärte, vernichtet. Umſonſt wurde Alles aufgeboten, um von den auswärtigen Börſen auch nur mäßige Summen vorgeſtreckt zu erhalten. Als der König mit dem Hofe im März 1824 die durch die Etiquette vorgeſchriebene Reiſe nach Aranjuez antreten wollte und der Verkauf der ſonſt ſo geſuchten päpſtlichen Ablaßbulle de la Cruzada den erforderlichen Ertrag nicht brachte, wußte man ſich nicht anders zu helfen, als indem man die Polizeicaſſe von Madrid hinwegnahm, die an den theuer bezahlten Aufenthaltsbewilligungen für Fremde und politiſch Verdächtige eine reiche Quelle von Einnahmen hatte.

Die erſte und unerlaßlichſte Bedingung, wenn der Staat nicht ganz aus den Fugen gehen und die bis in ihre tiefſten Grundlagen zerrüttete Geſellſchaft ſich nicht völlig auflöſen ſollte, war Herſtellung der Sicherheit des Lebens und des Eigenthumes; denn von beiden konnte nicht die Rede ſeyn, ſo lange es dem Pöbel freiſtand, jeden rechtlichen gebildeten Mann, der aus irgend einem Grunde ſeinen Haß auf ſich gezogen hatte, unter dem Vorwande, daß er ein Conſtitutioneller oder Schwarzer (Negro) ſey, zu plündern, in das Gefängniß zu ſchleppen oder zu ermorden; ſo lange die mit dem Pöbel verbündeten royaliſtiſchen Freiwilligen den Behörden das Geſetz vorſchrieben, und ſich jede Gewaltthätigkeit erlaubten, die ihnen die Laune eingab; und ſo lange die Soldaten des aufgelöſ'ten conſtitutionellen Heeres ſich

nicht anders vor den ſchmachvollſten Mißhandlungen retten konnten, als indem ſie ſich zu Räuberbanden vereinigten, die auf allen Landſtraßen lagerten und den Krieg auf eigene Rechnung führten. Caſa Irujo und ſeine Collegen erkannten, daß das einzige Mittel zur Beruhigung und Rettung des Landes die Einſtellung der Verfolgungen der beſiegten conſtitutionellen Partei war, da mehr als 40,000 der kenntnißreichſten und vermögendſten Männer die Gefängniſſe füllten, nachdem Tauſende bereits der Mordluſt eines raſenden Pöbels erlegen und andere Tauſende — die Blüthe und der Stolz der Nation — gezwungen waren, fern vom Vaterlande in freiwilliger Verbannung umherzuirren. Aber alle Vorſtellungen, die Ferdinand VII. von ſeinen Miniſtern gemacht wurden, waren vergebens; denn wie ſchwach und wankelmüthig dieſer Fürſt auch in jeder andern Beziehung war, ſo blieb ſein Rachedurſt doch unter allen Umſtänden unerſättlich. Das, was die Miniſter nicht durchzuſetzen vermochten, hielt ſich der hohe Rath von Caſtilien erlaubt, eine Behörde, die, aus den bedeutendſten Männern des Reiches zuſammengeſetzt, dem unbeſchränkten Königthume gegenüber durch die Unabſetzbarkeit ihrer Mitglieder von Alters her einen hohen Grad der Unabhängigkeit bewahrte. Ein von dem Präſidenten Villela unterzeichnetes Rundſchreiben gab allen Generalcapitainen der Provinzen auf, den Verfolgungen gegen die Conſtitutionellen ein Ziel zu ſetzen, die royaliſtiſchen Freiwilligen von der Ausübung fernerer Gewaltthätigkeiten abzuhalten, ſie zum Gehorſam gegen die Behörden zu ermahnen und ihnen anzudrohen, daß ſie bei der Fortſetzung ihrer Ausſchweifungen als Feinde der öffentlichen Ruhe behandelt werden würden. Dieſes Schreiben erregte, als daſſelbe in den Provinzen bekannt wurde, einen Sturm des Unwillens gegen den Rath von Caſtilien. Die royaliſtiſchen Freiwilligen, denen das Actenſtück vorgeleſen wurde, brachen in wilde Wuth aus und antworteten durch den Ruf: „Tod den Räthen von Caſtilien! Sie ſind Verräther und Negros!“ Zu Valladolid mußte ſich der Generalcapitain Carlos O'Donnell durch die Flucht retten, um nicht von den zornſchnaubenden Verfechtern des Königthumes erſchlagen zu werden. Ferdinand VII., um ſeine Mißbilligung des eigenmächtigen Verfahrens des Rathes von Caſtilien auszudrücken, griff in die uralten Vorrechte dieſer hohen Behörde ein und entließ vierzehn Mitglieder derſelben, deren Stellen er durch die entſchiedenſten Gegner aller Maßregeln der Milde und der Verſöhnung beſetzte. Mit ſeiner gewöhnlichen Treuloſigkeit beförderte König Ferdinand es ſelbſt, daß ſich neben der öffentlichen, amtlich von

Digitized by Google

ihm eingeſetzten Regierung unter dem Namen einer apoſtoliſchen Junta eine geheime Regierung bildete, deren bedeutendſte Mitglieder der Franciſcaner-Mönch Cirilo Alameda, der alte blutige General Eguia und der halb wahnſinnige Mataflorida waren, und auf welche der verabſchiedete Victor Saëz einen beherrſchenden Einfluß übte. Die apoſtoliſche Junta ſtand auf der einen Seite mit den vornehmſten Prälaten des Königreiches, auf der andern mit den Befehlshabern aller Corps der royaliſtiſchen Freiwilligen, ſo wie mit ſämmtlichen Bandenführern, die ſich im Kampfe gegen die Conſtitutionellen ausgezeichnet hatten, in engſter Verbindung; ſie hatte ihre Agenten in allen höheren Behörden, und ihre mächtigſte Stütze war der Infant Don Carlos, der ihren Eingebungen unbedingte Folge leiſtete. Ihre Befehle fanden in ganz Spanien ungleich willigeren Gehorſam, als die Befehle der Miniſter; und Ferdinand VII. verſchmähte es nicht, von Zeit zu Zeit ihren geheimen Sitzungen beizuwohnen und durch ſeine Gegenwart Beſchlüſſe gut zu heißen, die jenen der von ihm ſelbſtgewählten Rathgeber der Krone gerade entgegengeſetzt waren. Die apoſtoliſche Junta arbeitete aber keineswegs im Intereſſe des Königthums; die Plane, die ſie verfolgte, ſtanden der königlichen Gewalt nicht weniger feindlich entgegen, als alle Beſchränkungen, welche die Conſtitution von 1812 derſelben irgend auflegen konnte. Das Ziel, welches die apoſtoliſche Junta vor Augen hatte, war die feſte Begründung der unbeſchränkteſten Prieſterherrſchaft und ihre Erhebung über die königliche wie über jede andere Gewalt; ſie empfing ihre Weiſungen von Rom und unterhielt den vertraulichſten Verkehr mit der Prieſterpartei in Frankreich. Der vielvermögenden Verwendung der letzten verdankte ſie es, daß der Oberbefehlshaber des franzöſiſchen Hülfsheeres, das nach der Entfernung des Herzogs von Angoulème in Spanien zurückgeblieben war, General Bourmont, ſo weit er es vermochte, ohne ſich ſelbſt zu ſehr bloß zu ſtellen, die Zwecke der Junta unterſtützte und auf dieſe Weiſe dem franzöſiſchen Geſandten entgegenwirkte, der angewieſen war, um jeden Preis das gemäßigte Miniſterium zu halten und zu Gunſten deſſelben und ſeiner Maßregeln das ganze Gewicht ſeines Einfluſſes in die Wagſchale zu legen.

So lange Ludwig XVIII. nicht alle ſittliche und geiſtige Kraft verloren, durfte die römiſche Prieſterpartei in Frankreich jedoch nur innerhalb ſehr beſchränkter Grenzen auf die Nachſicht der Regierung rechnen. Als wiederholte Beſchwerden des franzöſiſchen Geſandten in Paris eingingen, wurde Bourmont zurückgerufen und ſtatt ſeiner Ge-

Digitized by Google

neral Digeon, ein alter Degen, dem der militairiſche Gehorſam über alle politiſche Rückſichten ging, mit dem Oberbefehle in Spanien beauftragt. Damit änderte ſich die ganze Lage der Dinge in Spanien. Die franzöſiſchen Rathſchläge gewannen ein Uebergewicht, welches ſie zu keiner früheren Zeit gehabt hatten. Graf Oſalia, der nach dem vorzeitigen Tode des ehrenwerthen Caſa Irujo an die Spitze des ſpaniſchen Cabinettes getreten war, ſetzte eine Begnadigungsacte durch, die Amneſtie vom 1. Mai, der zwar unzählige Ausnahmen einen großen Theil ihrer Wirkſamkeit nahmen, die aber doch der fortwährenden Todesnoth der Conſtitutionellen in Maſſe ein Ende machte. Das Wuthgeſchrei der Anhänger und Agenten der apoſtoliſchen Junta in den Provinzen gereichte nur zu ihrem eigenen Schaden; denn der franzöſiſche Botſchafter wies durch aufgefangene Correſpondenzen nach, daß die Junta ſo weit gegangen war, eine Verſchwörung gegen Ferdinand VII. anzuzetteln, den ſie ſeiner Unzuverläſſigkeit und Wankelmüthigkeit wegen aufgegeben und durch ſeinen Bruder Don Carlos, als ein bei weitem tauglicheres Werkzeug für ihre Plane, vom Throne zu verdrängen beabſichtigte. Jetzt wurden die Häupter der Partei, ein Victor Saëz, Pater Cirilo und Andere von Madrid verwieſen und ihre am meiſten bloßgeſtellten Agenten in den Provinzen, der Pfarrer Merino, der Trappiſt, der Abenteurer Beſſières, verhaftet. Der Bandenführer Capape, der zu Calamocha in Aragon bereits die Fahne der Empörung erhoben, wurde durch ein gegen ihn ausgeſchicktes franzöſiſches Regiment auf das Haupt geſchlagen und mit vierzehn ſeiner Unteranführer gefangen. Wenn Ferdinand VII. auch nur die geringſte Fähigkeit zu männlicher Feſtigkeit des Entſchluſſes gehabt hätte, ſo hätte man meinen ſollen, daß er nach einer ſolchen Enthüllung der Anſchläge einer Partei, der er ſein volles Vertrauen geſchenkt, niemals wieder von derſelben zu verſöhnen geweſen wäre. Aber ſein Haß gegen die Conſtitutionellen und ſeine Furcht vor ihrer einſtigen Wiedererhebung hatte über ihn eine ſo unbedingte Herrſchaft gewonnen, daß dadurch jedes andere Gefühl und jede andere Beſorgniß unterdrückt wurde. Auch wußte er wohl, daß es in dem glühenden Spanien keine Mittelpartei gab, ſondern daß er nur zwiſchen den Conſtitutionellen und zwiſchen den Apoſtoliſchen zu wählen hatte, und er wählte daher von zwei Uebeln jenes, welches für ihn das geringſte war. Er hütete ſich deshalb wohl, mit der apoſtoliſchen Partei ganz zu brechen. Die gefangenen Bandenführer, die voreilig den Schild gegen ihn erhoben, wurden nach kurzer Haft entlaſſen. Die apoſtoliſche Junta, deren Mitglieder nach ihrer Verweiſung aus

Madrid ihren Sitz nach Valladolid verlegt hatte, nahm ihre alten Verbindungen wieder auf und übte, ohne im Geringſten geſtört zu werden, nach wie vor ihre volle Gewalt aus. Die royaliſtiſchen Freiwilligen, welche die bewaffnete Macht der Junta bildeten, wurden nicht entwaffnet, wie man erwartet hatte, ſondern durch eine erweiterte Organiſation verſtärkt. Die Begnadigungsacte, welche die Wuth der Partei bis zum gewaltſamen Ausbruche gereizt hatte, erfuhr eine Auslegung, die nicht allein die Rückkehr, ſondern wo möglich die Verſchärfung der früheren Verfolgungen geſtattete, und eine von dem Juſtizminiſter unterzeichnete Verordnung befahl, mit jedem Rechtsverfahren gegen alle diejenigen einzuhalten, die aus Haß gegen das conſtitutionelle Unweſen Gewaltthätigkeiten begangen hatten. Der Juſtizminiſter war Calomarde, ein Menſch von der niedrigſten Herkunft, ohne gründliche Bildung, ohne Ehre und ohne Geſinnung, der aber einige Gewandtheit der Feder und bedientenmäßige Geſchmeidigkeit genug beſaß, um ſich in die Gunſt einflußreicher Großer hinein zu ſchmeicheln und mit ihrem Vorſchube von Stufe zu Stufe bis zu den wichtigſten Stellen im Staatsdienſte empor zu ſchwingen. Die apoſtoliſche Junta hatte ſeine Brauchbarkeit erkannt und ihn, als Graf Oſalia die Leitung der Rechtspflege mit den auswärtigen Angelegenheiten vertauſchte, in das Miniſterium eingeſchoben, in dem er geſchickt die Förderung der Zwecke ſeiner Gönner mit ſeinem eigenen Vortheile zu verbinden wußte. An Calomarde ſchloß ſich gewöhnlich der Finanzminiſter Balleſteros an, der, wenn er auch einſah, daß die gewaltthätigen Maßregeln, die der verächtliche Emporkömmling empfahl, zum Verderben des Landes gereichten, doch keine Neigung hatte, durch einen nutzloſen Widerſtand ſich mit der Partei zu verfeinden, deren Uebermacht er in ſeinem eigenen Verwaltungsfache oft genug erfahren hatte, da er genöthigt war, ſich mit den elendeſten Auskunftsmitteln zu behelfen, um dem Staatsſchatze einige Zuflüſſe zu verſchaffen, weil alle ſeine Entwürfe ſcheiterten, ſobald er ſich beigehen ließ, an die reichen Einkünfte der Geiſtlichkeit zu rühren. Während die Junta durch eine ihren Intereſſen dienende Minderheit es in ihrer Macht hatte, ihren Gegnern im Miniſterium ſelbſt entgegenzuwirken, war ſie von Seiten des hohen Rathes von Caſtilien nach deſſen jüngſter Umgeſtaltung der kräftigſten Unterſtützung gewiß. Dieſe dem Miniſterium zur Seite ſtehende und eher übergeordnete als untergebene Behörde ſtand nicht an, der miniſteriellen Mehrheit offen den Krieg zu erklären. Ein Aufſtand der royaliſtiſchen Freiwilligen zu Oviedo, der nach der Strenge der Geſetze beſtraft wer-

Digitized by Google

den ſollte, gab ihr Veranlaſſung, eine Denkſchrift an den König zu richten, worin ſie denſelben dringend erſuchte, die übeln Rathgeber von ſeiner Perſon zu entfernen, die von allem im Lande herrſchenden Unheile allein die Schuld trügen. „Vergeſſen Sie nicht die Vergangenheit, Sire“, redete der hohe Rath von Caſtilien den ſchwankenden Fürſten an, „glauben Sie nicht, daß gewiſſe Menſchen jemals anders ſeyn werden, als ſie im Jahre 1820 waren! Die königlichen Freiwilligen, dieſe guten Spanier, die treuen Freunde des Thrones und des Altares, ſind die wahre Macht, auf die Ew. Majeſtät unter allen Umſtänden rechnen können. Sire, Sie ſind von Feinden umgeben, die ſchlau, beharrlich und enge verbunden zur Ausführung ihrer verderblichen Plane ſind; entfernen Sie dieſe Menſchen und ſetzen Sie denſelben die Kraft der Nation entgegen, die in dem Heere der royaliſtiſchen Freiwilligen zuſammengedrängt iſt!“ Graf Ofalia erhielt ungeachtet aller Gegenvorſtellungen des franzöſiſchen Geſandten ſeine Entlaſſung, und einige Wochen ſpäter auch der Kriegsminiſter de la Cruz, dem die apoſtoliſche Partei es nicht verzeihen konnte, daß er den Verſuch gemacht hatte, in den Corps der royaliſtiſchen Freiwilligen einen Schatten von Kriegszucht einzuführen, und daß es ihm gelungen war, einige Regimenter regelmäßiger Truppen zu bilden, denen er ſtatt der royaliſtiſchen Bandenführer, wie die Junta verlangte, alte Officiere zu Befehlshabern gab, die ſich, wenn auch ihre politiſchen Geſinnungen die untadelhafteſten waren, doch von dem Vorwurfe nicht reinigen konnten, in der conſtitutionellen Armee gedient zu haben. Der unglückliche General de la Cruz wurde unmittelbar nach ſeiner Verabſchiedung in den Kerker geworfen, weil man ihm Schuld gab, keine Vorkehrungen getroffen zu haben, um dem Umſichgreifen der conſtitutionellen Banden in Andaluſien zu ſteuern, die unter der Anführung des Obriſten Francisco Valdez einen tollkühnen Handſtreich gegen die kleine Feſte Tarifa ausgeführt und hier zum Schrecken und Entſetzen Ferdinands VII. die Conſtitution ausgerufen hatten. Zwar wurde das ſchwache Häuflein der Verwegenen nach kurzer verzweifelter Gegenwehr durch die von Cadiz gegen ſie ausgeſandten franzöſiſchen Truppen überwältigt; die Unglücklichen, die lebend in die Hände des Feindes fielen, wurden nach ſpaniſcher Sitte als Verräther von hinten erſchoſſen; der Hinrichtungen, die in ganz Andaluſien erfolgten, waren ſo viele, daß man die übliche Bekanntmachung der Namen unterſagte, um nicht zu großen Abſcheu gegen die Henker zu erregen; und in dem Blute der Opfer war jede Gefahr einer neuen Schilder-

Digitized by Google

hebung von Seiten der Conſtitutionellen erſtickt. Die Häupter der apoſtoliſchen Partei ließen ſich inzwiſchen die willkommene Gelegenheit nicht entgehen, auf das Gemüth des zitternden Königs zu wirken und ihn zu überzeugen, daß nur die Strenge ihrer Grundſätze ihn gegen den Verrath zu ſichern vermöge, von dem er auf allen Seiten umgeben ſey. Durch ſolche Ränke wurde der feſte ſoldatiſche de la Cruz geſtürzt, deſſen wichtige Stelle der zum General beförderte Bandenführer Aymerich erhielt, der einer der überſpannteſten und ergebenſten Anhänger der apoſtoliſchen Junta war und dieſer die geſammte bewaffnete Macht des Königreiches zur Verfügung ſtellte.

Die Junta hatte jetzt, wie längſt im Rathe von Caſtilien, ſo auch im Miniſterium das Uebergewicht erlangt, und kein ernſtliches Hinderniß ſchien der Verwirklichung ihrer weit ausſehenden Plane mehr entgegenzuſtehen. Schon unter der Verwaltung Ofalia's waren die durch die Cortes verbannten Jeſuiten zurückberufen und in den Beſitz aller ihrer Niederlaſſungen und Güter wieder eingeſetzt worden. Das, was man vor allen Dingen erſtrebte, nachdem man durch den Sieg über die Gemäßigten freie Hand erlangt zu haben glaubte, war die Herſtellung der Inquiſition, jenes furchtbaren Glaubensgerichtes, deſſen finſterer entſetzlicher Gewalt einſt ſo viele tauſend Opfer gefallen waren, deſſen furchtbarer Arm in die höchſten Paläſte, wie in die niedrigſten Hütten reichte, und vor deſſen erbarmungsloſer, keine irdiſche Größe achtender Strenge ſelbſt Spaniens Könige bei all ihrer unbeſchränkten Machtvollkommenheit auf ihren Thronen erbebten. Aber Ferdinand VII. war, wenn er auch aller wiſſenſchaftlicher Bildung, aller ſittlicher Würde und alles Charakters entbehrte, doch ſo beſchränkt nicht, daß er nicht eingeſehen hätte, wie die Herſtellung der Inquiſition unter den Umſtänden, unter denen dieſelbe ihm zugemuthet wurde, für ihn einer Abdankung ziemlich gleich gekommen wäre; er war daher durch kein Drängen und durch kein Schmeicheln zu bewegen, in eine Maßregel zu willigen, deren wahre Bedeutung ihm die ſchlaueſten Vorſpiegelungen ſo wenig, als die ſcharfſinnigſten und glänzendſten Beſchönigungen zu verbergen vermochten. Auch wußte die apoſtoliſche Partei recht gut, daß Ferdinand, wenn er ſich ihr gleich in der Angſt ſeines Herzens ſcheinbar unbedingt in die Arme geworfen, doch deshalb ſein ihm zur andern Natur gewordenes Mißtrauen nicht abgelegt und die geheimen Vorbehalte nicht aufgegeben hatte, die er in die vertrauteſten Verhältniſſe zu übertragen gewohnt war. Er hatte zum Nachfolger Ofalia's keinen der Anhänger der apoſtoliſchen Junta, von denen

Digitized by Google

ſeine ganze Umgebung erfüllt war, ſondern einen der gemäßigteſten, geſchäftskundigſten und gewandteſten Staatsmänner Spaniens, den Botſchafter am Londoner Hofe Zea Bermudez beſtimmt. Dieſer beeilte ſich keineswegs, die bedeutende, aber gefährliche Stellung im Vaterlande, zu der er berufen war, in Beſitz zu nehmen, ſondern verweilte noch längere Zeit zu London und zu Paris, unter dem Vorwande, eine Anleihe abzuſchließen, die bei der weltbekannten Zerrüttung der ſpaniſchen Finanzen unmöglich zu Stande kommen konnte, in der That, um ſich mit der Diplomatie der großen europäiſchen Höfe über die Grundſätze, die in der innern Verwaltung Spaniens zur Anwendung zu bringen wären, zu verſtändigen und in der ſchwierigen Lage, die er zu beherrſchen unternahm, ſich ihres Beiſtandes zu verſichern. Im September, als er endlich zu Madrid eintraf, hatte die Verwirrung in dem ganzen Lande ihren Gipfel erreicht. Die Zügel der Regierung waren in den Händen der apoſtoliſchen Junta, die ihren Sitz zu Toledo hatte, wo Don Victor Saëz als Domherr den vor Kurzem zum Cardinal erhobenen Erzbiſchof, den einflußreichſten Prälaten des Königreiches, beherrſchte. Zu Sant Jago, zu Valencia und zu Tarragona waren gegen den Willen des Königs die Officien des Inquiſitionsgerichtes öffentlich hergeſtellt, und im Geheimen war daſſelbe in ganz Spanien wieder in Wirkſamkeit getreten, da ſämmtliche Geiſtliche, mehrere Tauſende an der Zahl, die während der Regierung der Cortes den Eid auf die Conſtitution geleiſtet hatten, zu ewigem ſchwerem Gefängniſſe verurtheilt waren, obwohl kein weltliches Gericht eine Strafe über ſie erkannt hatte. Ein Rundſchreiben des unter dem Miniſter der Gnaden ſtehenden Polizeiintendanten forderte alle ächte Spanier zur Ausrottung der Freimaurer, der Communeros und der Conſtitutionellen auf. Amtliche Bekanntmachungen des Kriegsminiſters befahlen alle Individuen, die ſich durch irgend eine Thatſache als Anhänger der Conſtitution gezeigt, wegen Hochverrathes durch Militaircommiſſionen zu richten, und Verfügungen des Juſtizminiſters ordneten die Beſchleunigung des in ſolchen Fällen zu beobachtenden Rechtsverfahrens an. Die royaliſtiſchen Freiwilligen ſchalteten überall nach Willkür, und der Umſtand, daß ſie beſonders in den kleineren Orten gewöhnlich Geiſtliche zu ihren Führern wählten, bezeichnete hinreichend die Richtung, in der ſie geleitet wurden. Zea war entſchloſſen, in ſeinem Vaterlande, wo irgend möglich, eine geordnete Verwaltung herzuſtellen; aber er durfte es nicht wagen, den Greueln, die an der Tagesordnung waren, offen entgegen zu treten, weil er dadurch nur ſeinen eigenen Plan noch

Digitized by Google

vor dem Beginne der Ausführung vereitelt hätte. Er ließ daher für das Erſte Alles geſchehen, was er doch nicht zu hindern vermochte, und beſchränkte ſeine Thätigkeit auf die auswärtigen Angelegenheiten, die allerdings hinreichende Schwierigkeiten darboten, um vorläufig ſeine ganze Geiſteskraft ausſchließend in Anſpruch zu nehmen. Die franzöſiſche Regierung, die ihre Dienſtleiſtungen zu Madrid nur mit Hohn und Verachtung vergolten ſah, drohte mit dem Ablaufe des Jahres ihre Truppen aus Spanien zurückzuziehen, ſofern Ferdinand VII. nicht in Bedingungen willigte, die er zurückgewieſen hatte, als er bei ſeiner Landung zu Puerto Santa Maria in den Franzoſen zuerſt ſeine Erretter begrüßte: die Anerkennung der mit den Generalen des conſtitutionellen Heeres geſchloſſenen Capitulationen, und die Verkündung einer allgemeinen Verzeihung für alle politiſche Verbrechen, wozu noch die Sicherſtellung der ausbedungenen Entſchädigung für die von Frankreich aufgewandten Kriegskoſten kam. Der Abzug der Franzoſen würde die Zerrüttung auf ihren Gipfel geſteigert und das ganze Land der Wuth der apoſtoliſchen Partei überliefert haben, die jetzt wenigſtens in jenen größeren Städten noch einigermaßen im Zaume gehalten wurde, in denen franzöſiſche Beſatzungen die Ordnung aufrecht erhielten. König Ferdinand konnte ſich des Grauens nicht erwehren, wenn er dachte, daß er ſich ſelbſt in die Hände von Menſchen geben ſollte, deren Anhänglichkeit an ſeine Perſon eine ſo zärtliche war, daß ſie ſich nicht damit begnügten, ihn gegen ſeine Feinde zu vertheidigen, ſondern zugleich darauf ausgingen, ihm die läſtige Mühe des Regierens abzunehmen und ihm alles ſelbſtſtändige Handeln unmöglich zu machen. Dennoch würde Ferdinand es vorgezogen haben, ſich dem Joche der apoſtoliſchen Junta zu unterwerfen, um nur nicht einen Vergleich mit den Conſtitutionellen einzugehen, wie die Franzoſen ihn verlangten. Schon triumphirte die Junta. Die reichen Capitel, die bisher unter dem Vorwande der eigenen Bedürftigkeit jede Beiſteuer zu den Bedürfniſſen des Staates verweigert hatten, erboten ſich mit einem Male, ſehr beträchtliche Summen als ein freiwilliges Geſchenk aufzubringen, ſobald man die Franzoſen ziehen laſſe. Zea Bermudez wußte jedoch die Gefahr, die Spanien bedrohte, abzuwenden, indem er einen Vertrag zu Stande brachte, nach welchem 34,000 Mann franzöſiſcher Truppen zurückblieben, welche Cadiz, Barcellona, Saragoſſa und einige andere Plätze beſetzt hielten, während zwei Schweizerregimenter in franzöſiſchen Dienſten dazu beſtimmt wurden, dem Könige zur Leibwache zu dienen und ihn nach jedem Orte zu geleiten, wohin er ſeine Reſidenz verlegte. Der
Digitized by Google

Zorn der apoſtoliſchen Partei, die ſich ſo unerwartet um alle ihre Hoffnungen betrogen ſah, überſtieg alle Grenzen, zumal da auf Zea's Veranlaſſung von der Geiſtlichkeit jetzt auch die Summen beigetrieben wurden, die ſie für den Fall der Entfernung der Franzoſen zu zahlen ſich erboten hatte. Um das niedere Volk, das gegen die Conſtitutionellen und gegen die Conſtitution in glühendem Haſſe entflammt war, zur äußerſten Erbitterung und, wo möglich, zu offenem Aufſtande zu reizen, wurde das Gerücht verbreitet, daß der König den Franzoſen habe verſprechen müſſen, eine Conſtitution einzuführen. Die Aufregung, die dadurch hervorgerufen wurde, war ungeheuer; und Ferdinand VII. war, um dieſelbe zu beſchwichtigen, genöthigt, (am 21. April 1825) eine Bekanntmachung zu erlaſſen, worin er das Gerücht für eine Verleumdung der Revolutionaire erklärte, die durch ihre hinterliſtigen Ränke die Treue ſeiner Unterthanen neuerdings irre zu führen ſuchten, und worin er zum Ueberfluſſe die feierliche Zuſicherung ertheilte, daß er feſt entſchloſſen ſey, die legitimen Rechte ſeiner Souverainetät in vollem Umfange ungeſchwächt zu erhalten und weder jetzt noch in Zukunft jemals das Geringſte von denſelben abzutreten, und daß auch ſeine erhabenen Verbündeten fortfahren würden, bei jeder Gelegenheit die legitime und unbeſchränkte Gewalt ſeiner Krone aufrecht zu erhalten, ohne ihm weder mittelbar noch unmittelbar irgend eine Neuerung in der Regierungsform anzurathen oder vorzuſchlagen.

Zea Bermudez ließ ſich durch die Drohungen ſeiner Feinde nicht einſchüchtern, ſondern bereitete gerade um dieſe Zeit einen Angriff gegen die abſolutiſtiſche Partei vor, deſſen Erfolg ihm nach ſeiner Kenntniß der Lage und der Perſonen unfehlbar ſchien. Er wußte dem elenden Calomarde die Leitung der höheren Polizei zu entziehen, indem er die Ernennung Recacho's, eines Mannes von unerſchöpflichen Hülfsmitteln, auf den er ſich ganz verlaſſen konnte, und der als Mitglied des Provinzialgerichtshofes zu Oviedo nur in einem ſehr beſchränkten Kreiſe bekannt geworden war, zum Oberintendanten der Polizei durchſetzte. Recacho kündigte ſeinen Amtsantritt durch einen Erlaß an, der einen Jeden ohne Anſehen der Perſon einzuziehen und auf das Strengſte zu ſtrafen befahl, der ſich den Tadel irgend einer Regierungsmaßregel ſo wie irgend einer geiſtlichen oder weltlichen Behörde erlaubte. Die ſtrengſten Strafen wurden beſonders auch den Perſonen angedroht, die Gerüchte verbreiteten, welche die Rechte des Königs verletzten oder die heiligen Lehren der Religion antaſteten. Dieſe Verordnung war ein zweiſchneidiges Schwert, da ſie zwar ihrer Faſſung nach vorzugsweiſe

gegen die Conſtitutionellen gerichtet war, aber erforderlichen Falles eben ſo gut gegen die Anhänger der apoſtoliſchen Partei gebraucht werden konnte, die bei weitem vorlauter waren, als die erſten. Recacho gewann durch ſeine Berichte, die ſtets mit den intereſſanteſten Neuigkeiten gefüllt waren, das unbedingte Vertrauen Ferdinands VII.; und wahrſcheinlich waren es hauptſächlich dieſe Berichte, die bereits in der erſten Hälfte des Juni die Entlaſſung des Kriegsminiſters Aymerich herbeiführten, dem es in ſeiner amtlichen Verwaltung mehr darum zu thun war, den Beifall der apoſtoliſchen Junta, als des Königs zu erhalten. Die Verabſchiedung Aymerichs war der empfindlichſte Schlag, der die Partei treffen konnte, und es wurde daher Himmel und Erde in Bewegung geſetzt, um denſelben abzuwenden oder, nachdem er erfolgt war, ihn rückgängig zu machen. Sämmtliche Oberofficiere der royaliſtiſchen Freiwilligen zu Madrid unterzeichneten noch an demſelben Tage eine Bittſchrift, welche die Beibehaltung des hochverdienten Mannes und die Entfernung ſeiner Feinde verlangte; und als dieſer Schritt erfolglos blieb, nahm man zu dem kräftigeren Mittel des Aufruhrs ſeine Zuflucht. Den royaliſtiſchen Freiwilligen wurden in ihren Caſernen vergiftete Kalbsköpfe vorgeſetzt, was natürlich Niemand anders veranlaßt haben konnte, als die verabſcheuungswürdigen Negros. Darüber entſtand ein furchtbarer Auflauf; von den Thürmen wurde Sturm geläutet; das Landvolk der Umgegend ſchickte ſich an, in die Stadt zu brechen; und es wäre ohne Zweifel zu einer allgemeinen Niedermetzelung aller den Apoſtoliſchen mißfälligen Perſonen gekommen, wenn der mit der vorläufigen Verwaltung des Kriegsweſens beauftragte Miniſter Salazar nicht zur rechten Zeit mit durchgreifender Kraft eingeſchritten wäre und dafür Sorge getragen hätte, daß die Freiwilligen von allen Poſten abgelöſ't, die zuſammengerotteten Haufen in den Straßen mit dem Bayonnette auseinander geſprengt und die bewaffneten Bauern von den Thoren zurückgetrieben wurden. Auch nach dieſen Vorgängen war der Einfluß der apoſtoliſchen Junta immer noch mächtig genug, um die Auflöſung und Entwaffnung der royaliſtiſchen Freiwilligen, die in Vorſchlag gebracht war, zu hintertreiben. Der Infant Don Carlos, der den letzten Hinterhalt der Partei bildete, trat perſönlich für ihre Intereſſen in die Schranken; und da Zea Bermudez es für unangemeſſen hielt, ſich mit dem Prinzen in einen Kampf einzulaſſen, der bei der Kinderloſigkeit des Königs der wahrſcheinliche Thronfolger war, ſo erbat er ſelbſt ſich den Abſchied. Ferdinand VII. war ſcharfſichtig genug, die Ränke, die hinter ſeinen Rücken geſpielt wurden, zu durch-

Digitized by Google

ſchauen; er zerriß das Entlaſſungsgeſuch ſeines Miniſters, und ſagte der Gemahlin ſeines Bruders, der portugieſiſche Infantin Franciska, die ſonſt einen bedeutenden Einfluß über ihn übte, als ſie ihn von der Nothwendigkeit der Entfernung Zea's zu überzeugen ſuchte: „Ich werde wiſſen, Ihren Gemahl mit ſeiner ganzen Partei im Zaume zu halten.“

Die Junta hatte mittler Weile Zea Bermudez hinreichend kennen gelernt, um nicht länger daran zu zweifeln, daß ſein Sturz die unerläßliche Bedingung war, unter der ſie überhaupt noch auf das Gelingen ihrer Plane rechnen durfte. Es wurde daher beſchloſſen, was man durch höfiſche Ränke nicht zu erreichen vermochte, mit Gewalt zu erzwingen. Am 16. Auguſt brach der berüchtigte Bandenführer Beſſières mit einem in der Eile zuſammengerafften Haufen ſeiner Anhänger von Madrid auf, um in den Gebirgen von Altcaſtilien und Aragon die Fahne des Aufruhrs zu erheben und den König, wie er erklärte, aus der Gefangenſchaft zu befreien, in der ihn die Negros hielten. In dem kleinen Orte Jetafe, wohin er ſich zuerſt wandte, zog er einige Compagnien Linientruppen an ſich, mit denen er in veränderter Richtung nach Brihuega marſchirte, wo er die königlichen Freiwilligen muſterte, jedoch nur kurze Zeit verweilte, weil er den gehofften Zulauf nicht fand. Er ſetzte ſeinen Marſch daher weiter fort nach Siguenza, hatte dieſe Stadt, die er zum Mittelpunkte ſeiner Bewegungen machen wollte, aber noch nicht erreicht, als ihm die Behörden eine königliche Bekanntmachung zuſchickten, die gegen ihn ſelbſt ſo wie gegen alle ſeine Anhänger, welche mit den Waffen in der Hand ergriffen würden, oder die ſich den königlichen Truppen nicht auf die erſte Aufforderung ohne Widerſtand ergeben hätten, die Todesſtrafe verhängte und den Gefangenen nur ſo viel Zeit zu laſſen befahl, daß ſie ſich zu einem chriſtlichen Ende vorbereiten könnten. Zugleich erfuhr er, daß der General de Eſpana, der zu ſeiner Verfolgung ausgeſandt war, mit 3000 Mann regelmäßiger Truppen im Anmarſche ſey. Die wenig zahlreiche Schaar, die er zuſammengebracht hatte, wurde durch dieſe Nachrichten ſo entmuthigt, daß die meiſten ihn verließen. Er ſelbſt ſuchte mit wenigen ſeiner Getreuen über das Gebirge nach Aragon zu entkommen, wurde aber am 23. Auguſt in der Nähe der kleinen Stadt Molina de Aragon von den Reitern Eſpana's eingeholt und dem königlichen Befehle gemäß mit ſieben Officieren, die bis zum letzten Augenblicke bei ihm ausgeharrt hatten, auf der Stelle erſchoſſen. In Madrid waren inzwiſchen unter den vornehmſten Anhängern der apoſtoliſchen Partei eine Menge Ver-

Digitized by Google

haftungen vorgenommen worden. Man hatte ermittelt, daß eine Summe von nicht weniger als 20 Millionen Realen (2 Millionen Gulden), welche die Geiſtlichkeit zuſammengeſchoſſen, zur Unterſtützung des verunglückten Anſchlages von Beſſières bereit gehalten war, und es gelang, einen Theil dieſer Summe mit Beſchlag zu belegen. Recacho hatte die ganze Organiſation der apoſtoliſchen Junta erforſcht, ihre Verzweigungen durch alle Provinzen von Spanien, ſo wie ihre geheimen Verbindungen mit Rom, Paris und Liſſabon nachgewieſen und den Plan, den ſie verfolgte, in allen ſeinen Einzelheiten aufgedeckt. Es war dabei aber zu Tage gekommen, daß der Cardinal-Erzbiſchof von Toledo, der Primas von Spanien, perſönlich die Verſchwörung leitete, daß in allen Erzbisthümern und Bisthümern des Königreiches aus den vornehmſten geiſtlichen Würdeträgern zuſammengeſetzte Synoden und außerdem in allen großen Städten Junten beſtanden, die eidlich verpflichtet waren, die Befehle des großen Rathes von Toledo zu vollziehen, und daß dieſer nur einen Wink geben durfte, um ganz Spanien in Feuer und Flammen zu ſetzen. Mit einer ſolchen Macht offen zu brechen, hatte Ferdinand nicht den Muth; und es gereichte zu ſeiner hohen Befriedigung, als er vernahm, daß die hochwürdigen Verſchwörer es nicht gerade darauf abgeſehen hatten, ihn vom Throne zu ſtürzen, ſondern daß es ihnen vollkommen gleichgültig war, ob er ſelbſt oder ſein Bruder Don Carlos dem Namen nach die Regierung führe, wenn ihnen nur die wirkliche Herrſchaft ungeſchmälert bliebe. Alles, was Zea unter dieſen Umſtänden von dem Könige zu erlangen vermochte, war, daß derſelbe ſeine Einwilligung zu der Errichtung einer berathenden Behörde ertheilte, deren Aufgabe es vorzugsweiſe ſeyn ſollte, die Hülfsquellen des Landes und die Urſachen ſeiner gegenwärtigen Verarmung, ſo wie die Mittel zur Verbeſſerung ſeines finanziellen Zuſtandes zu erforſchen. Zea war vorſichtig genug, zu Mitgliedern dieſer Behörde nur Männer von den bewährteſten royaliſtiſchen Geſinnungen zu ernennen; denn es war vorherzuſehen, daß die Vorſchläge derſelben, ſobald ſie es irgend ernſtlich meinte, nothwendig der Art ſeyn würden, daß ſie das höchſte Mißfallen der apoſtoliſchen Partei auf ſich ziehen mußten, zumal da ihr eine Hülfsjunta beigeordnet wurde, in der fünf und zwanzig erfahrene Männer aus allen Provinzen Spaniens ihren Sitz erhielten, und der es daher an der genaueſten Kenntniß der wahren Urſachen des öffentlichen Elendes nicht fehlen konnte. Aber die neuen Rathgeber der Krone hatten kaum ihre Wirkſamkeit begonnen, als ſich gegen dieſelbe ein Widerſpruch erhob, den Zea bei all ſeinem

Scharfblicke ſchwerlich erwartet hatte. Der hohe Rath von Caſtilien legte gegen die Einberufung einer ſolchen berathenden Verſammlung förmliche Verwahrung ein, indem er behauptete, daß dadurch ſeine eigenen Gerechtſame gekränkt würden, da ſeit der Aufhebung der alten Cortes alle Befugniſſe derſelben auf ihn übergegangen wären. Zea Bermudez vermochte den Anklagen, die jetzt von allen Seiten gegen ihn gehäuft wurden, nicht länger zu widerſtehen; am 25. Octbr. 1825 erhielt er ſeine Entlaſſung, und bald darauf wurde auch die auf ſeinen Rath gebildete berathende Behörde aufgehoben, nachdem ſie ſich dahin ausgeſprochen, daß eine Verbeſſerung in der traurigen Lage des Landes nicht eher möglich ſey, als bis eine allgemeine Begnadigung die Ruhe in die Gemüther zurückgeführt habe.

Zea's Nachfolger, der Herzog von Infantado, war Ferdinands VII. Jugendfreund und einer der reichſten Grundbeſitzer Spaniens. Mehr als einmal hatte ſeine Caſſe dem Könige aus der Noth geholfen; aber er willigte nur mit Widerſtreben ein, die Leitung der Verwaltung zu übernehmen, da er, wenn auch nichts weniger als ein ausgezeichneter Kopf, doch ſo viel wohl begriff, daß es für ihn kein undankbareres Geſchäft geben konnte. Seine Ernennung wurde von der apoſtoliſchen Partei mit Jubel begrüßt, weil dieſe ihn ſeiner bekannten politiſchen Grundſätze wegen als einen der Ihrigen anſah. Der Herzog war aber keineswegs geneigt, ſich ſelbſt zum Werkzeuge der apoſtoliſchen Junta zu erniedrigen und den hohen Adel, dem er angehörte, der Herrſchaft der Geiſtlichkeit zu unterwerfen. Einer ſeiner erſten Schritte war daher, daß er die Befugniſſe des Rathes von Caſtilien beſchränkte, in dem die apoſtoliſche Partei ihre vornehmſte Stütze hatte, und neben demſelben einen Staatsrath errichtete, der nicht ſo leicht den Angriffen ſeiner Gegner erliegen konnte, wie Zea's berathende Verſammlungen, da in demſelben der König perſönlich den Vorſitz führte, während die Mitglieder, die für unabſetzbar erklärt wurden, aus den Häuptern des hohen Adels wie der hohen Geiſtlichkeit und aus den erſten und bedeutendſten Namen des monarchiſchen Spaniens beſtanden. Die verſchiedenen Anſichten, die in dem Staatsrathe vereinigt waren, ſtießen aber ſo heftig wider einander, daß es zu den ſtürmiſcheſten Erörterungen kam und daß die Verhandlungen gewöhnlich völlig erfolglos blieben. Bei den Berathungen über das Heerweſen verlangte der Erzbiſchof von Toledo, daß die regelmäßigen Truppen aufgelöſ't würden, da die Soldaten wie die Officiere größtentheils Revolutionaire waren, und daß man dagegen die royaliſtiſchen Freiwilligen vermehre, die ein bei

Digitized by Google

weitem zuverläſſigeres Corps bildeten. Der Kriegsminiſter Zambrano trat dem würdigen Kirchenfürſten mit Feſtigkeit entgegen, aber er vermochte mit ſeinen Vorſchlägen nicht durchzudringen und mußte den Plan, den er entworfen hatte, dem Könige unmittelbar vorlegen, der demſelben auch, unbekümmert um die Meinung des Staatsrathes, ſeine Genehmigung ertheilte. Jetzt wurde das ſpaniſche Heer, mit Einſchluß der Garden, auf 50,000 Mann gebracht, deren Ausrüſtungs- und Verpflegungskoſten auf die verſchiedenen Provinzen vertheilt wurden; und gleichzeitig wurde auch das Corps der Freiwilligen einer Umgeſtaltung unterworfen, welche zwar die Stärke deſſelben vermehrte, aber das loſeſte Geſindel daraus entfernte und den Eintritt auf Männer beſchränkte, die ſich durch ein ehrliches Gewerbe nährten, während von den Officieren gefordert wurde, daß ſie von Adel oder Beſitzer eines Landgutes waren und — leſen, ſchreiben und rechnen konnten. Mit der franzöſiſchen Regierung wurde hierauf ein Vertrag abgeſchloſſen, in deſſen Folge dieſe die franzöſiſchen Beſatzungen in Spanien bis auf 15,000 Mann verminderte. Die Macht der apoſtoliſchen Partei war durch die neue Einrichtung des Heerweſens gebrochen; wie gewaltig auch immer ihr Einfluß blieb, ſo bedurfte es doch nicht mehr der fremden Verbündeten, um die Perſon des Königs gegen ſeine zudringlichen und überläſtigen Freunde zu ſchützen. Aller Haß, den dieſe wichtige, in aller Stille bewirkte Veränderung erregte, richtete ſich gegen den Herzog von Infantado, der den Namen zu derſelben geliehen hatte; und dem ſtolzen Herzoge wurde durch die Anfeindungen, denen er ſich ausgeſetzt ſah, ſeine Stellung ſo verleidet, daß er (am 19. Auguſt 1826) freiwillig von derſelben zurücktrat.

Für die apoſtoliſche Partei war dadurch wenig gewonnen, da die Entfernung des Herzogs, den der unbedeutende Staatsrath Salmon erſetzte, in der Verwaltung kaum bemerkt wurde. Die oberſte Junta zu Toledo, welche die Bewegungen der Partei leitete, hatte alle Thatkraft verloren, ſeit der verwegene Victor Saëz, der ihre eigentliche Seele war, durch ſeine Beförderung zum Biſchofe von Tortoſa in einen entlegenen Winkel des Königreiches verwieſen war. Aber dieſer Winkel wurde ſeitdem der vornehmſte Heerd der Verſchwörung, die in dem ganzen übrigen Spanien durch die Ungeſchicktheit oder Muthloſigkeit ihrer Häupter allmälig in das Stocken gerieth. Schon im Jahre 1825, zu derſelben Zeit, als Beſſières ſeinen tollkühnen Auszug von Madrid unternahm, erſchienen in der Nähe von Tortoſa bewaffnete Banden, die einen Verſuch machten, ſich dieſes feſten Platzes, in dem ſie geheime

Digitized by Google

Einverſtändniſſe hatten, zu bemächtigen, jedoch durch die Treue und Wachſamkeit der Beſatzung zurückgewieſen wurden. Im Auguſt 1826, unmittelbar nach Infantado's Entlaſſung, wurde derſelbe Verſuch mit gleich geringem Erfolge wiederholt; und im März 1827 wurde ein Anſchlag entdeckt, den Platz dem in der Nähe ſtreifenden Bandenführer Llobera zu überliefern, der einen Aufruf an alle königiſch geſinnten Spanier erlaſſen hatte, worin er ſie aufforderte, die Waffen zu ergreifen, da ohne ihre Hülfe der Sturz des Thrones unvermeidlich ſey, deſſen Feinde ſich von neuem in die höchſten Stellen der Verwaltung eingeſchlichen hätten. Bald darauf wurden im nördlichen Catalonien ähnliche Bekanntmachungen verbreitet, und es erſchienen auf verſchiedenen Punkten bewaffnete Banden, die aber, da ſie bei der Maſſe der Bevölkerung keine Unterſtützung fanden, mit leichter Mühe auseinander geſprengt wurden. Ferdinand VII. war ſchwach genug, den Theilnehmern an dieſen Unruhen Strafloſigkeit zu bewilligen, weil er durch ihre Beſtrafung den Grimm der apoſtoliſchen Partei noch mehr gegen ſich zu reizen fürchtete, und er ſchien dadurch das Gerücht zu beſtätigen, welches die Anführer ausgeſtreuet hatten, daß er im Herzen mit ihnen einverſtanden ſey. Nachdem dieſer Glaube einmal Eingang gefunden, ſchien der Zeitpunkt gekommen, eine entſcheidende, allgemeine Schilderhebung zu wagen. Im Laufe des Juli erneuerte ſich plötzlich der vor kaum drei Monaten unterdrückte Aufſtand mit verdoppelter Gewalt; eine Menge royaliſtiſcher Bandenführer, von denen viele erſt wegen ihres Antheils an den letzten Unruhen begnadigt waren, erhoben ſich plötzlich auf den verſchiedenſten Punkten im Norden und im Süden von Catalonien unter dem Rufe: „Es lebe der katholiſche Glaube! Es lebe die heilige Inquiſition! Es lebe der König!“ und überſchwemmten mit den Schaaren, die ihnen von allen Seiten zuliefen, das ganze Land von der franzöſiſchen Grenze bis zu den Ufern des Ebro; Mönche und Prieſter, das Crucifix in der Hand, zogen vor den ſchlecht geordneten, aber gut bewaffneten und reichlich mit Geld verſehenen Haufen her; beinahe überall machten die royaliſtiſchen Freiwilligen mit ihnen gemeinſchaftliche Sache; und die von der Regierung eingeſetzten Behörden ſahen ihre Gewalt bald auf einige feſte Plätze beſchränkt, die, wie Barcelona, die Seu d'Urgel und Figueras, noch von den Franzoſen beſetzt waren, oder wie Tortoſa, Tarragona und Lerida hinreichend ſtarke Beſatzungen aus regelmäßigen ſpaniſchen Truppen hatten, um gegen jeden Angriff noch ſo zahlreicher ungeregelter Banden geſchützt zu ſeyn. Die Leiter des Aufſtandes, der

Obriſtlieutenant Buſſons, genannt Jep dels Eſtanys, Samperes, Carnicer, Balleſter, gaben vor, durch geheime Befehle Ferdinands VII. zu ihrem Beginnen ermächtigt zu ſeyn; und es iſt nicht unwahrſcheinlich, daß die meiſten, wenigſtens im Anfange der Empörung, in gutem Glauben handelten. Die Gründe, die ſie in ihren öffentlichen Bekanntmachungen zur Rechtfertigung ihrer Auflehnung anführten, waren, daß der König von treuloſen Räthen umgeben ſey, die ihm gegen ſeinen Willen Geſetze vorſchrieben und von denen er ſich nicht befreien könne, weil ſie einmal die Macht in den Händen hätten. Ihre Forderungen bezeichneten unzweideutig genug die Quelle, aus der ihre Eingebungen gefloſſen waren. Sie verlangten die Herſtellung der Inquiſition, die allein den heiligen Glauben vor den Gefahren zu retten vermöge, mit denen derſelbe durch die Freimaurer und andere geheime Geſellſchaften bedroht ſey; die Verabſchiedung aller Civilbeamten und aller Officiere des Heeres, die zur Zeit der Conſtitution gedient hätten; die ausſchließende Anſtellung bewährter Royaliſten und endlich die Aufhebung der Polizei: eine Forderung, die, wie ſeltſam ſie erſchien, ſich doch leicht erklären ließ, wenn man ſich die weſentlichen Dienſte zurückrief, welche die Polizei unter Recacho's Leitung zur Entdeckung und Vereitelung aller Plane der apoſtoliſchen Junta geleiſtet. Ferdinand VII., als er die Ausbreitung der Empörung über ganz Catalonien erfuhr, faßte zum erſten Male in ſeinem Leben einen männlichen Entſchluß. Er beſchloß, ſich perſönlich nach Catalonien zu begeben, um durch ſeine Gegenwart das irre geleitete Volk zu überzeugen, daß er keineswegs mit den Aufrührern einverſtanden ſey. Er übertrug dem eiſernen Grafen de Eſpana, der ſeit Beſſières Hinrichtung der Schrecken der apoſtoliſchen Partei war, den Oberbefehl über die Provinz, ſchickte denſelben mit anſehnlichen Truppenverſtärkungen voraus und ließ den Empörern — mit Ausnahme der Anführer — wenn ſie binnen einer beſtimmten Friſt die Waffen niederlegten, zum letzten Male Verzeihung anbieten, zugleich aber ihnen ankündigen, daß alle, welche dieſe Friſt nicht benutzen würden, ohne Gnade erſchoſſen werden ſollten. Den geheimen Urhebern des Aufſtandes wurde die Sache jetzt doch bedenklich, und ſie ſagten ſich um ſo williger von derſelben los, als Ferdinand, um ihnen den Rückzug zu erleichtern, mit ſeiner ihm zur andern Natur gewordenen Treuloſigkeit ihnen den verhaßten Recacho Preis gab, der nach Oviedo verwieſen und von hier durch die Wuth des aufgereizten Pöbels genöthigt wurde, nach Frankreich zu entfliehen. Der Erzbiſchof von Tarragona, der bisher dem Treiben der Aufrührer wohl-

Digitized by Google

gefällig zugeſehen hatte, erließ jetzt einen Hirtenbrief, worin er die ihm anvertrauten Schäflein einlud, zum Gehorſam zurückzukehren, indem er ihnen zu Gemüthe führte, wie wenig glaubhaft es ſey, daß der König die Unruhſtiſter durch geheime Befehle zur Ergreifung der Waffen ermächtigt habe. Aber die Häupter des Aufſtandes waren bereits zu weit gegangen, um ohne Gefahr von ihrem verwegenen Unternehmen zurücktreten zu können; nur kühnes Beharren konnte ihnen noch Rettung bringen. Die Provinzialjunta zu Manreſa kündigte dieſen Entſchluß durch eine Bekanntmachung an, in der ſie die bitterſten Klagen über den Verrath führte, deſſen Opfer die treuen Catalonier werden ſollten. Es wurde den Biſchöfen unumwunden vorgeworfen, daß ſie es geweſen wären, welche den Aufſtand hervorgerufen hätten; indem ſie behaupteten, der König ſelbſt habe ſich unter das Banner verfluchter geheimer Geſellſchaften anwerben laſſen und die Religion wie die Monarchie würden zu Grunde gehen, wenn man nicht den Infanten Don Carlos auf den Thron erhöbe. „Als das Volk ſich erhob,“ hieß es weiter, „war die eigentliche tief verborgen liegende Abſicht jener Verräther erreicht, und nun verläßt man uns. Niemand will uns beiſtehen, man will uns von der Erde vertilgen; aber wir verlieren den Muth nicht. Vertheidigung der Religion und des Thrones bleibt unſere Aufgabe. Wir verachten die Verräther; wir wollen gegen ſie eine undurchdringliche Mauer bilden und unſere, wie unſerer Kinder Rechte bis zum letzten Lebenshauche vertheidigen.“ In der That dauerte der Aufruhr in ungeſchwächter Kraft fort, und als gegen das Ende des Septembers König Ferdinand, von 8000 Mann zu Fuß und 1000 Reitern geleitet, auf der Straße von Valencia in Catalonien einrückte, mußte ihm erſt ein hitziges Gefecht den Weg nach Tarragona eröffnen; die königlichen Truppen, die außerhalb der Stadt lagerten, wurden von den Aufrührern mit Wuth angegriffen; und Ferdinand konnte in dem erzbiſchöflichen Palaſte, in dem er abgeſtiegen war, drei Stunden hindurch das Gewehrfeuer hören. Die Stadt Reus, wenige Stunden von Tarragona, wurde von dem General de Eſpana nach hartnäckiger Gegenwehr erſtürmt, wobei beide Theile beträchtlichen Verluſt erlitten; und Alles gewann den Anſchein, als ob der Kampf den Charakter einer furchtbaren Erbitterung annehmen würde. Inzwiſchen verfehlte doch die Anweſenheit des Königs ihre Wirkung nicht, zumal da den Theilnehmern am Aufſtande nicht allein volle Begnadigung, wenn ſie freiwillig die Waffen niederlegten, ſondern auch die Abſtellung der Beſchwerden, die für ſie ſelbſt die größte Wichtigkeit

hatten, wie die Herabſetzung der drückenden Steuern, die Entlaſſung aller Beamten, die nur im Entfernteſten der Anhänglichkeit an revolutionaire Grundſätze verdächtig wären, und die ausſchließende Anſtellung entſchiedener Royaliſten, zugeſagt und zum Theil ſogar Geldbelohnungen bewilligt wurden. Unter den aufrühreriſchen Bandenführern entſtand innerer Zwieſpalt; die meiſten, die nicht durch ihr Benehmen jeden Anſpruch auf Begnadigung verwirkt hatten, unterwarfen ſich. Die Uebrigen, die noch das Feld zu halten ſuchten, wurden von dem General de Eſpana und ſeinen Unterbefehlshabern in verſchiedenen Gefechten geſchlagen und in der zweiten Hälfte des Octobers einer nach dem andern genöthigt, eine Zuflucht in Frankreich zu ſuchen. Die Gnadenverheißungen, die mehr als das Schwert dazu beigetragen hatten, die Ruhe herzuſtellen, wurden ſchlecht gehalten. Ganz Catalonien wurde mit Militaircommiſſionen bedeckt; Hunderte von Unglücklichen, die ſich ihrer Meinung nach für die Rechte des Königs erhoben und auf ſein Geheiß die Waffen niedergelegt, büßten ihr Vertrauen in die königlichen Verſprechungen mit dem Tode. Die eigentlichen Urheber des ganzen Aufruhrs ſuchte Niemand zu erforſchen, weil man zu hoch hinauf geführt zu werden fürchtete. Nur der Biſchof von Tortoſa, gegen den zu viele beſchwerende Anzeigen vorlagen, ging nicht ganz ſtraflos aus; er wurde ungeachtet ſeiner hohen geiſtlichen Würde zu ſtrenger Haft verurtheilt, die ihm jedoch in ſeinem eigenen biſchöflichen Palaſte abzubüßen verſtattet war.

Die unerwartete Kraft, welche die Regierung bei der Unterdrückung des großen cataloniſchen Aufſtandes entwickelt hatte, verbreitete unter den Anhängern der apoſtoliſchen Partei in ganz Spanien einen Schrecken, der ſie für das Erſte jeden Gedanken an eine gewaltſame Durchführung ihrer Plane aufgeben ließ. Die Partei vertagte ihre Entwürfe auf den aller Wahrſcheinlichkeit nach nicht mehr allzu weit entfernten Zeitpunkt, wo der oft ſchwer an der Gicht darnieder liegende König, der bisher ohne Leibeserben geblieben war, der Natur ſeine Schuld bezahlen und ſeinen Platz auf dem Throne dem Infanten Don Carlos einräumen würde, unter deſſen Regierung ſie mit gutem Grunde hoffen durfte, ohne Widerſtand an das Ziel ihrer Wünſche zu gelangen. Wenn auch von Zeit zu Zeit noch auf einzelnen Punkten Unordnungen vorfielen, die bei der tief eingewurzelten Zerrüttung aller Verhältniſſe unvermeidlich waren, ſo kehrte doch im Allgemeinen ein Zuſtand der Ruhe und Sicherheit zurück, den Spanien ſeit langer Zeit nicht mehr gekannt hatte. Die Wunden, die der unſeligſte Parteikampf

Digitized by Google

dem Lande geſchlagen, fingen an zu vernarben; Ackerbau, Gewerbfleiß und Handel erholten ſich allmälig von dem gemeinſamen Verfalle, in den ſie durch die allgemeine Unſicherheit geſtürzt waren; und damit hob ſich auch der Ertrag der Steuern, ſo wie überhaupt der öffentlichen Einkünfte; und es fehlte nicht an Schmeichlern, die rühmten, daß die goldenen Zeiten der alten caſtiliſchen Größe und des alten caſtiliſchen Ruhmes wieder im Anzuge wären. Ferdinand VII. war albern genug, weil er wieder einige Kriegsſchiffe auszurüſten und ein Paar Regimenter nach der Inſel Cuba zu ſchicken vermochte, ſich ſelbſt zu überreden, daß er im Stande ſey, die verlorenen Colonien auf dem americaniſchen Feſtlande wieder zu erobern. Am 5. Juli 1829 lief ein Schiffsgeſchwader von der Habana aus, welches ein Truppencorps von 3000 Mann unter dem Befehle des Generals Barradas an Bord hatte, und das dazu beſtimmt waren, das unermeßliche Mejico dem Mutterlande wieder zu unterwerfen. Es hätte nur eines ſehr geringen Maßes von Einſicht bedurft, um das Schickſal vorherzuſehen, das dieſe Expedition treffen mußte; denn ſo viel ſagte der einfache geſunde Menſchenverſtand auch dem am wenigſten Unterrichteten, daß die Zeiten eines Cortez vorüber waren; und General Barradas hätte bei einiger Beſcheidenheit ſich ſelbſt ſagen können, daß er kein Cortez war. Am 27. Juli landeten die Spanier in der Nähe des Hafens von Tampico, bemächtigten ſich dieſes kleinen Ortes, den ſie in der Eile befeſtigten, ſahen ſich aber bald von überlegenen Streitkräften eingeſchloſſen und waren, nachdem ſie ſechs Wochen mehr gegen den Hunger und anſteckende Seuchen als gegen den Feind gekämpft, genöthigt, am 11. September eine Capitulation einzugehen, in deren Folge ſie ihre Waffen ablieferten und ſich, auf die Hälfte ihrer urſprünglichen Zahl herabgebracht, wieder einſchifften. Von hoher Wichtigkeit war ſeiner Folgen wegen der Tod der liebenswürdigen und hochgebildeten Königin Marie von Sachſen. Ferdinand, obwohl er bereits das ſechs und vierzigſte Lebensjahr überſchritten, entſchloß ſich zu einer vierten Vermählung und wurde am 10. December 1829 mit der drei und zwanzigjährigen neapolitaniſchen Prinzeſſin Marie Chriſtine verbunden, einem ſchönen und kräftigen, lebensluſtigen, durch das Beiſpiel an dem Hofe ihres Großvaters früh verdorbenen Weibe, das unter einem ruhigen, heitern, ſtets ſich gleichbleibenden Aeußern die zügelloſeſten Leidenſchaften verbarg. Schon zu Anfange des dritten Monates nach ihrer Verheirathung fühlte die in der üppigſten Fülle der Geſundheit ſtrotzende Neapolitanerin ſich guter Hoffnung, und der

Digitized by Google

alternde Ferdinand war von dem Einfluſſe ſeiner jugendlichen Gemahlin, die den Schein der hingebendſten und aufopferndſten Liebe anzunehmen wußte, ſo unterjocht, daß er ſich beſtimmen ließ, durch die pragmatiſche Sanction vom 29. März 1830 das uralte Erbfolgerecht ſeines Hauſes aufzuheben, welches die weiblichen Nachkommen zu Gunſten der männlichen von der Thronfolge ausſchloß, und auf den Grund einer unter ganz andern Verhältniſſen von ſeinem Vater erlaſſenen aber niemals zur Bekanntmachung gelangten Acte vom Jahre 1789 das frühere bei der Thronbeſteigung Philipps V. beſeitigte caſtiliſche Erbrecht herzuſtellen, das den Frauen in näheren Graden der Verwandtſchaft vor den Männern in entfernteren Graden den Vorzug gab. Die Höfe von Paris und Neapel, deren verwandtſchaftliche Rechte durch das neue Geſetz beeinträchtigt waren, ſo wie die beiden Infanten Don Carlos und Don Franciſco proteſtirten; Ferdinand VII. ließ ſich aber dadurch von dem einmal gefaßten Beſchluſſe nicht abwenden; und als ſieben Monate darauf (am 10. October) die Königin von einer Tochter entbunden wurde, legte er derſelben den Titel einer Prinzeſſin von Aſturien bei, um durch denſelben ihr Anrecht auf die Tronfolge zu bekunden, da es herkömmlich war, daß der Thronfolger den Titel eines Prinzen von Aſturien erhielt. Schon die neue Vermählung war den Wünſchen der apoſtoliſchen Partei entgegen geweſen; auf das Aeußerſte empört wurde ſie durch das Geſetz, welches die Thronfolge veränderte; und es war ſeltſam, dieſelben Menſchen, die ſonſt als die entſchiedenſten Feinde jeder Beſchränkung der königlichen Gewalt auftraten, die Behauptung aufſtellen zu hören, daß der König nicht das Recht habe, eine Veränderung in dem Thronfolgegeſetze zu treffen. Der Eindruck, den die blutige Unterdrückung des cataloniſchen Aufſtandes hervorgebracht hatte, war jedoch noch zu wenig verwiſcht, als daß die Partei von neuem den Verſuch einer gewaltſamen Erhebung gewagt hätte; man unterwarf ſich daher mit dem ſtillſchweigenden Vorbehalte, ſobald die Zeit gekommen wäre, Alles wieder umzuſtoßen, was man ſich für den Augenblick gefallen laſſen mußte.

Ein Schlag, der die apoſtoliſche Partei tiefer entmuthigte, als die pragmatiſche Sanction vom 29. März, war die Julirevolution, welche die treuen Verbündeten in Frankreich von dem Gipfel der Macht mit einem Male zur tiefſten Hülfloſigkeit herabſtürzte. Am Hofe war die Beſtürzung nicht geringer, als unter den Häuptern der Junta; Ferdinand VII. beeilte ſich, die neue Ordnung der Dinge anzuerkennen, obwohl er die geheime Hoffnung nährte, daß dieſelbe nicht von langem

Beſtande ſeyn und bald durch eine neue Reſtauration verdrängt werden würde. Die wahren Geſinnungen Ferdinands ſprach ein Rundſchreiben aus, welches der Miniſter Calomarde an ſämmtliche geiſtliche und weltliche Behörden des Königreiches richtete, worin er ſich in den bitterſten Anklagen gegen die Julirevolution erging, die neue franzöſiſche Regierung als eine bloß vorläufige bezeichnete und zu der ſchärfſten Wachſamkeit gegen die unverbeſſerlichen Menſchen von 1820 aufforderte, welche vor der gerechten Strafe ihrer abſcheulichen Verbrechen ins Ausland entflohen wären und jetzt, unter der Begünſtigung der in Frankreich eingetretenen Ereigniſſe, neue Plane des Aufruhrs und der Zerſtörung ſchmiedeten. In der That waren mehrere Tauſende von den conſtitutionellen Flüchtlingen, die ſeit dem Jahre 1823 eine Freiſtätte in England gefunden, auf die erſte Kunde von der Julirevolution nach Frankreich herübergekommen, indem ſie nicht daran zweifelten, daß ſich ihnen nun bald eine Gelegenheit zur Rückkehr in das Vaterland bieten würde. Zu Paris bildete ſich unter den Augen der Regierung ein aus den angeſehenſten und bedeutendſten Namen, dem Grafen Toreno, dem Herzoge von Rivas, Martinez de la Roſa, Calatrava, San Miguel, Iſturiz, Mendizabal u. A., zuſammengeſetzter Ausſchuß, zu dem offen ausgeſprochenen Zwecke, Spanien in Revolutionszuſtand zu verſetzen. Lafayette, der ſich der ſpaniſchen Flüchtlinge auf das Thätigſte annahm, erhielt von Ludwig Philipp perſönlich zu ihrer Unterſtützung eine Summe von 100,000 Franken; der Miniſter des Innern, Guizot, erklärte: Frankreich habe im Jahre 1823 ein politiſches Verbrechen begangen, es ſey Spanien eine glänzende Genugthuung ſchuldig, und dieſe werde nicht ausbleiben. Der Polizeipräfect Girod gab den Spaniern, ſo wie den Pariſer Freiwilligen, die ſich anſchickten, ſie zu begleiten, Päſſe nach den Pyrenäen mit Anweiſungen auf Quartier und Verpflegung. Marſchall Gérard ſagte dem General Mina, als dieſer ihm vorgeſtellt wurde: „Reiſen Sie ohne Verzug nach Bayonne; aber verſprechen Sie mir nicht eher etwas zu unternehmen, als bis die Stellung Frankreichs gegen Europa entſchieden iſt!“ Nur Graf Molé war aufrichtig genug, die Flüchtlinge zu warnen. Er erwiederte Lafayette, als dieſer ihn einlud, das Unternehmen der ſpaniſchen Patrioten zu unterſtützen: „er habe geglaubt, beſſer gekannt zu ſeyn, als daß man in einer ſolchen Sache ſich an ihn wenden ſollte. Wenn er in Bezug auf Spanien einen Entſchluß gefaßt hätte, würde er denſelben dem Geſandten dieſes Landes eröffnen. Uebrigens ſey er amtlich unterrichtet, daß die ſpaniſchen Behörden die

Digitized by Google

genaueſte Kenntniß von dem Plane hätten, den man auszuführen beabſichtige. Die Flüchtlinge nach Spanien ſchicken heiße ſie unter dieſen Umſtänden einem gewiſſen Tode überliefern." Die Wahrheit war, daß man zu Paris erfahren hatte, wie die ſpaniſche Regierung ins Geheim Verbindungen mit den Legitimiſten im ſüdlichen Frankreich angeknüpft habe, die damit umgingen, einen bewaffneten Aufſtand zu erregen; man wollte ſich der Flüchtlinge nur bedienen, um den Hof von Madrid zu ſchrecken, und ſobald dieſer ſich bereit erklärte, ſeine Verbindung mit den Legitimiſten aufzugeben, ließ man ſeinerſeits die Sache der Flüchtlinge fallen *). Den franzöſiſchen Grenzbehörden wurde durch den Telegraphen der Befehl zugeſchickt, die ſpaniſchen Conſtitutionellen, die ſich zum Einbruche in ihr Vaterland rüſteten, anzuhalten und in das Innere von Frankreich zurückzuweiſen. Die Behörden hatten es aber nicht in ihrer Macht, die Befehle der Regierung in ihrer vollen Strenge zu vollziehen, da die Bevölkerungen an den meiſten Orten offen Partei für die Flüchtlinge ergriffen. Dieſe, um nicht genöthigt zu ſeyn, ein Unternehmen ganz aufzugeben, auf das ſie ihre letzte Hoffnung geſetzt, entſchloſſen ſich, daſſelbe auszuführen, ehe es noch hinreichend vorbereitet war. Sie überſchritten unter der Anführung der Oberſten Chapalongara und Valdez in ſchwachen Abtheilungen die Grenze, ſtießen auf weit überlegene Streitkräfte und wurden nach tapferer Gegenwehr theils niedergemacht, theils auf das franzöſiſche Gebiet zurückgeworfen. General Mina, der ſie vergeblich abgemahnt, aber ſeine Waffengefährten, als er von ihrem Aufbruche hörte, nicht im Stiche laſſen wollte, wurde in ihre Niederlage mit hineingezogen und mußte, von den Seinigen getrennt und vom Feinde einem wilden Thiere gleich mit Hunden gejagt, zwei Tage ohne Nahrung und ohne Obdach im Gebirge umherirren, ehe es ihm gelang, halb ſterbend nach Frankreich zu entkommen. Einen ähnlichen Ausgang hatte der Einfall, der gleichzeitig von Perpignan aus in Catalonien unternommen wurde. Nur der Verſuch, den die Generale Plaſencia und Gurrea gegen Aragon machen ſollten, wurde durch die franzöſiſchen Behörden vor der Ausführung vereitelt, indem ſie die für die Conſtitutionellen beſtimmten Gewehre und Kriegsvorräthe mit Beſchlag

*) Capefigue, l'Europe T. III. pag. 325 geſteht dies offen ein. Die Einzelnheiten der Verhandlungen mit Ludwig Philipp und Guizot finden ſich bei Louis Blanc (T. II. pag. 79 ff.), der ſie aus dem Munde der betheiligten Perſonen hat. Auch wurde in der franzöſiſchen Abgeordnetenkammer bei mehr als einer Gelegenheit auf dieſelben angeſpielt.

belegten. Das unglücklichſte Schickſal erfuhr der tapfere Torrijos, der zu Anfange des März 1831 durch geheime Verbindungen, die er mit einem Theile der Beſatzung von Cadiz unterhielt, ſich dieſes Platzes zu bemächtigen geſucht hatte und ſeitdem mit einer Anzahl ſeiner Gefährten zu Gibraltar verweilte, weil er die Hoffnung nicht aufgab, eine Erhebung zu Gunſten der Conſtitution auf der Küſte von Andaluſien ausbrechen zu ſehen, da es ihm wohl bekannt war, wie zahlreiche Anhänger die conſtitutionelle Sache in den großen Handelsſtädten des Südens hatte. Der royaliſtiſche General Moreno baute hierauf einen ſchändlichen Plan, der dem Verräther nur zu wohl gelang. Er knüpfte mit Torrijos einen freundſchaftlichen Briefwechſel an, worin er denſelben unter den ſtärkſten Betheuerungen der Treue ſeiner conſtitutionellen Geſinnungen verſicherte, und lockte ihn unter dem Vorwande einer Beſprechung in einen Hinterhalt, in dem er ihn mit ſeinen Begleitern gefangen nahm, ohne daß den Wehrloſen auch nur ein Verſuch der Vertheidigung möglich geweſen wäre. Auf beſonderen Befehl von Madrid wurden die Unglücklichen, ohne Rückſicht auf die eigenthümlichen Umſtände bei ihrer Gefangennehmung, insgeſammt erſchoſſen.

Im Innern Spaniens blieb während aller dieſer Aufregungen von außen die Ruhe ungeſtört, weil die conſtitutionelle Partei, ihrer bedeutendſten und einflußreichſten Häupter theils durch die Verbannung, theils durch das Schwert des Henkers beraubt, unter einem zu ſchweren Joche darniederlag, um eine Auflehnung zu wagen, die unmöglich einen andern Erfolg haben konnte, als die Vernichtung der Theilnehmer. Dennoch ſchien dem argwöhniſchen Ferdinand die Mäßigung, zu der er ſich in den letzten Jahren hingeneigt hatte, keine genügende Sicherheit mehr zu bieten, und er wandte ſich daher von neuem der apoſtoliſchen Partei zu, von der er ſchlimmſten Falles wenigſtens für ſeine Perſon nichts zu fürchten hatte. Als zu Anfange des Jahres 1832 der Miniſter Salmon ſtarb, der ſeit dem Austritte des Herzogs von Infantado die auswärtigen Angelegenheiten verwaltet hatte, ernannte er zu ſeinem Nachfolger den Grafen Alcudia, der als einer der entſchiedenſten Anhänger der apoſtoliſchen Partei galt, und da dieſe auch Calomarde's gewiß war, der unter dem Scheine des Gegentheils fortwährend ihren Intereſſen gedient hatte, ſo war ihr ein Einfluß auf die Verwaltung geſichert, der bei der zunehmenden körperlichen Schwäche des Königs eine verdoppelte Wichtigkeit erlangte, da derſelbe ihr geſtattete, für den Fall ſeiner Auflöſung zum vor-

Digitized by Google

aus alle Vorbereitungen zu treffen, die zu der Unterſtützung der Anſprüche des Infanten Don Carlos erforderlich waren. In dem Palaſte von Ildefonſo, wo der Hof den Sommer zubrachte, ſchienen endlich die letzten Augenblicke Ferdinand's VII. heranzunahen. Die Königin Chriſtine wich keinen Augenblick von dem Bette des Kranken, der unter furchtbaren Leiden ſeinem Ende entgegenſah; aber ſie vermochte weder den Beichtvater entfernt zu halten, der dem Sterbenden die Tröſtungen der Kirche brachte und ihn beſchwor, das ſchwere Unrecht wieder gut zu machen, das er begangen habe, indem er den Thron ſeinem rechtmäßigen Erben entzogen, noch den Infanten Don Carlos und ſeine Gemahlin, die durch die liebevollſten Betheuerungen einen Sinneswechſel in dem bereits halb Bewußtloſen hervorzurufen bemüht waren. Furchtbare Zuckungen, Anfälle von Tobſucht und ſchwere Ohnmachten wechſelten, zwiſchen denen nur kurze Augenblicke der Ruhe und der Erholung zurückkehrten. In einem der letzten verlangte er ſeinen Bruder Don Carlos ohne Zeugen zu ſprechen. Die Unterhaltung dauerte lange, und unmittelbar nach derſelben fiel König Ferdinand in eine Betäubung, die ſo lange dauerte, daß die Aerzte am 17. September des Morgens um 4 Uhr den Kranken für verſchieden erklärten. Da trat Don Carlos vor und behauptete, daß ſein Bruder in ſeiner letzten Unterredung die pragmatiſche Sanction zurückgenommen habe; alle höhere Beamte waren ſogleich bereit, den Infanten als ihren König anzuerkennen, und die Königin mit ihrer unmündigen Tochter Iſabella ſah ſich von allen Seiten verlaſſen. Dennoch behielt ſie Kaltblütigkeit genug, eine Bekanntmachung zu erlaſſen, worin ſie der ſpaniſchen Nation ankündigte, daß nach dem Dahinſcheiden ihres erhabenen Gemahls die Krone den beſtehenden ſeit undenklichen Zeiten üblichen Geſetzen gemäß ihrer Tochter Iſabella, des Namens der zweiten, zukomme, in deren Namen ſie ſelbſt die Regentſchaft übernahm, und daß ſie beſchloſſen habe, die alten Stände des Reiches, die cortes por estamentos, zuſammenzurufen, damit dieſe der jungen Königin den Eid der Treue leiſteten und ſich mit Allem beſchäftigten, was das Wohl und der Ruhm der Monarchie erfordere. Gleichzeitig erließ aber auch der Infant Don Carlos eine Bekanntmachung, worin er erklärte, daß ihn das ſeit der Begründung des Hauſes Bourbon beſtehende Grundgeſetz zur Krone berufe, daß zwar eine neuere Verfügung die beſtehende Ordnung geändert habe, indem nach derſelben die Töchter den entfernteren männlichen Erben vorgehen ſollten, daß aber bei dieſer Verfügung die für ſo wichtige Gegenſtände üblichen geſetzli-

chen Förmlichkeiten nicht beobachtet wären; und daß er daher nach den für ähnliche Fälle getroffenen Beſtimmungen der alten Reichsgeſetze, als nächſter Prinz vom Geblüte, im Intereſſe der öffentlichen Ordnung, vorläufig die Zügel der Regierung ergreife, um die Cortes einzuberufen und die Vertreter der Nation darüber entſcheiden zu laſſen, welches von den beiden Erbfolgegeſetzen in Kraft bleiben ſolle.

Während auf dieſe Weiſe die Parteien an dem Krankenbette, auf dem Ferdinand VII. darniederlag, ſich über ſeinen Nachlaß ſtritten, erwachte der ſcheintodte König aus ſeiner Erſtarrung und vernahm zu ſeiner nicht geringen Entrüſtung die Dinge, die während ſeines Todesſchlummers vor ſich gegangen waren. Er ließ den Miniſter Calomarde, der ſein volles Vertrauen beſeſſen, vor ſich beſcheiden und ſagte ihm mit ſchwacher Stimme: „Gehe weit weg; Du haſt mich betrogen!“ Sämmtliche Miniſter wurden abgeſetzt und erhielten die Weiſung, die Hauptſtadt zu verlaſſen. An die Spitze des neuen Cabinettes wurde als Miniſter des Auswärtigen Zea Bermudez geſtellt, der von dem apoſtoliſchen Partei mit zu großer Erbitterung verfolgt worden war, als daß er ſich jemals mit derſelben hätte verſöhnen können. Das Kriegsminiſterium wurde dem durch noch ſchwerere Verfolgung geprüften General de la Cruz übertragen, das Seeweſen dem kaum von deren Verdachte der Hinneigung zu revolutionairen Ideen gereinigten Ulloa, die Finanzen dem gemäßigten Encima y Piedra und die Juſtiz dem freiſinnigen Fernandez del Pino, während aus dem bisher mit der Rechtspflege vereinigten Miniſterium der Gnaden ein beſonderes Miniſterium des Innern gebildet wurde, das dem als Geſandten in Paris abweſenden Grafen Ofalia beſtimmt war. Wenige Tage ſpäter (am 6. October) ertheilte Ferdinand ſeiner Gemahlin unbeſchränkte Vollmacht, während der Dauer ſeiner Krankheit in allen Regierungsgeſchäften ſeine Stelle zu verſehen; und der erſte Gebrauch, den die Königin von der ihr anvertrauten Gewalt machte, war, daß ſie (am 7. October) eine Begnadigungsacte erließ, die zwar zunächſt nur auf die in den Gefängniſſen des Königreiches befindlichen politiſchen Verbrecher beſchränkt war, jedoch bald (am 15. October) auch auf die im Auslande umherirrenden Flüchtlinge ausgedehnt wurde, während nur eine verhältnißmäßig geringe Zahl der am meiſten Bloßgeſtellten ausgeſchloſſen blieb. Marie Chriſtine ſah ein, daß ſie eher bei den gemäßigten Conſtitutionellen, als bei den eifrigen Royaliſten, die mit wenigen Ausnahmen im Herzen dem Infanten Don Carlos zugethan waren, auf Beiſtand rechnen dürfe. Sie nahm daher keinen

Anſtand, Männer, die theils wegen ihrer conſtitutionellen Geſinnungen verdächtigt, theils ſogar erſt vor Kurzem aus der Verbannung zurückgekehrt waren, zu den wichtigſten Stellen zu befördern, wie denn der bisher zurückgeſetzte General Llauder an des grauſamen Eſpana Stelle zum Generalcapitain von Catalonien, Morillo zum Generalcapitain von Galizien, Ezpeleta zum Generalcapitain von Aragon, der Marquis de las Amarillas zum Generalcapitain von Andaluſien ernannt wurde. Die royaliſtiſchen Freiwilligen, welche die vornehmſte Stütze der apoſtoliſchen Partei waren, ohne Weiteres aufzulöſen, durfte Chriſtine nicht wagen, weil eine ſolche Maßregel aller Wahrſcheinlichkeit nach einen allgemeinen Aufſtand hervorgerufen hätte; dagegen wurde die unabhängige Stellung, welche dieſelben bisher durch die Einrichtung einer neben dem Kriegsminiſterium beſtehenden und nur dem Könige perſönlich verantwortlichen Generalinſpection einnahmen, aufgehoben und das Corps in den verſchiedenen Provinzen, gleich der übrigen bewaffneten Macht, unter die Befehle der Generalcapitaine geſtellt, die damit die Macht erhielten, dieſe zügelloſen Banden den Geſetzen der gewöhnlichen Kriegszucht zu unterwerfen. Die apoſtoliſche Partei glaubte jetzt keine Zeit mehr verlieren zu dürfen, um die Macht, die noch zu ihrer Verfügung ſtand, ſich nicht völlig aus der Hand winden zu laſſen; es wurde der Plan zu einer Empörung entworfen, die auf allen Punkten in ganz Spanien gleichzeitig ausbrechen und den Infanten Don Carlos mit Gewalt auf den Thron erheben ſollte. Aber die Partei hatte die Einheit, die ſie bis zu der Zeit des cataloniſchen Aufſtandes beſeſſen, nach der Unterdrückung deſſelben nicht wieder erlangt. Die Ausbrüche, die im Norden wie im Süden Spaniens, in Neu- und Altcaſtilien, Catalonien, Leon, Galicien, Andaluſien wirklich erfolgten, blieben vereinzelt; und die Empörer wurden daher mit leichter Mühe zu Paaren getrieben. In den meiſten Provinzen benutzten die Generalcapitaine die zweideutige Haltung, welche die royaliſtiſchen Freiwilligen bei dieſer Gelegenheit beobachtet hatten, um dies ihnen längſt verhaßte Corps auf ihre eigene Verantwortlichkeit zu entwaffnen und aufzulöſen. König Ferdinand, der mit dem 4. Januar 1833 wieder perſönlich die Regierung übernommen, ertheilte, von ſeiner Gemahlin gedrängt, allen Schritten, die dieſe in der Zwiſchenzeit gethan, und allen Anordnungen, die ſie getroffen, ſeine Genehmigung; gewiß nicht ohne Widerſtreben, da er ſich von dem Gedanken nicht trennen konnte, daß er verloren ſey, ſobald er außerhalb der ſtrengen Anhänger des Königthums eine Stütze

Digitized by Google

ſuche. Aus dieſem Grunde war es auch leicht, ihn gegen diejenigen der neu ernannten Miniſter, die nicht bereits, wie Zea und Ofalia, Proben ihrer Treue abgelegt, mit Mißtrauen zu erfüllen. Ulloa, Encima y Piedra und Pino erkannten, wie ſchwach der Grund war, auf dem die Nachfolge der jungen Prinzeſſin von Aſturien beruhte, ſo lange derſelben nicht durch die geſetzmäßig ausgeſprochene Zuſtimmung der Nation ein feſterer Boden gegeben war. Sie drangen deshalb in den König, die Cortes in ihrer alten Form zu berufen, um durch ihre Entſcheidung die Rechte ſeiner Tochter bekräftigen zu laſſen. Sie erhielten ſtatt der Einwilligung Ferdinands (am 25. März) ihre Entlaſſung, und wurden durch zwei bewährte Royaliſten Gonzalez und Martinez erſetzt. Wenige Wochen ſpäter geſtand Ferdinand der Königin zu, was er ſeinen Miniſtern verweigert hatte; ein königlicher Befehl berief die drei Stände des Königreiches, die hohe Geiſtlichkeit, den hohen Adel (Granden und Titulados) und die Abgeordneten der vornehmſten Städte, auf den 20. Juni nach Madrid, um der Thronerbin in altherkömmlicher Form den Huldigungseid zu leiſten. Don Carlos, der kurze Zeit vorher in Folge eines Wortwechſels, welchen ſeine Gemahlin mit der Königin gehabt, mit ſeiner Familie Spanien verlaſſen und ſich an den Hof des befreundeten Uſurpators von Portugal, Dom Miguel, begeben, wurde gleichfalls eingeladen, ſeine Pflicht als königlicher Prinz und Vaſall zu erfüllen, antwortete aber durch eine förmliche an den Rath von Caſtilien gerichtete Proteſtation und erklärte ſeinem Bruder, daß Religion und Gewiſſen ihm nicht geſtatteten, den geforderten Eid der Treue zu ſchwören, worauf König Ferdinand ihm „die Erlaubniß“ ertheilte, ſich nach den päpſtlichen Staaten zurückzuziehen, was jedoch den Neigungen des Infanten zu wenig entſprach, als daß derſelbe ſich dazu bequemt hätte, dem ſo zart ausgedrückten Wunſche ſeines „geliebten Bruders“ Folge zu leiſten. Am 20. Juni erfolgte unter großen Feſtlichkeiten die feierliche Huldigung, der das geſammte diplomatiſche Corps mit der einzigen Ausnahme des neapolitaniſchen Geſandten beiwohnte. Durch dieſe Handlung, die in ihren vorherzuſehenden Folgen einer Zurücknahme aller während ſeiner Regierung von ihm ausgegangenen Maßregeln gleich kam, ſchien Ferdinand VII. die letzte Aufgabe ſeines irdiſchen Daſeyns erfüllt zu haben. Seine körperlichen und geiſtigen Kräfte verfielen ſichtlich, bis ihn am 29. September 1833 der Tod von den furchtbaren Leiden befreite, durch die er einen geringen Theil der Schuld abbüßte, die er während eines von Blut, Verrath und Verbrechen überfüllten Lebens auf ſich geladen. Die Königin Marie

Digitized by Google

Chriſtine übernahm ſogleich unter dem Titel einer Königin-Regentin während der Minderjährigkeit ihrer Tochter die Regierung und beſtätigte vorläufig ſämmtliche Miniſter in ihren Stellen. Am 2. October wurde das Teſtament des verſtorbenen Königs eröffnet, welches am 10. Juni 1830 in dem Schloſſe von Aranjuez abgefaßt war, und wonach der Königin ein Regentſchaftsrath an die Seite treten ſollte, „mit dem ſie in ſchwierigen Angelegenheiten ſich zu berathen habe, ohne daß ſie jedoch irgend verpflichtet wäre, ſich ausdrücklich nach dem Willen desſelben zu richten." Die Zuſammenſetzung dieſes Regentſchaftsrathes bewies, daß Ferdinand VII. ſchon damals, als er noch in dem vollen Beſitze ſeiner Geiſteskräfte war, die Nothwendigkeit wohl erkannte, in der ſeine Gemahlin nach ſeinem Hintritte ſich befinden würde, ein gemäßigteres Regierungsſyſtem anzunehmen und eine Verſöhnung der einander feindlich gegenüberſtehenden Parteien zu verſuchen, daß er aber weit davon entfernt war, es für möglich zu halten, daß ſie jemals gezwungen ſeyn ſollte, ſich den Conſtitutionellen in die Hände zu werfen. An der Spitze ſtand der Cardinal Marco y Catalan, der, ſeit zwanzig Jahren von Spanien abweſend, ſeinen Wohnſitz zu Rom hatte; neben ihm ſaßen der greiſe General Caſtanos, ein Anhänger des unbeſchränkten Königthumes, der aber zugleich ein entſchiedener Gegner der apoſtoliſchen Partei war, der beſchränkte frömmelnde Herzog von Medina-Celi, der ſich zu der Zeit der Inquiſition es zur Ehre gerechnet hatte, den Titel eines Alguazilmayor oder oberſten Schergen dieſes furchtbaren Glaubensgerichtes zu führen, Don Joſe Maria Puig, das älteſte Mitglied des Rathes von Caſtilien, ein einſichtsvoller Mann von ſehr gemäßigten politiſchen Anſichten, der bekannte Marquis de las Amarillas, der Marquis von Santa-Cruz, einſt conſtitutioneller Alcade von Madrid, und der gleichfalls zu conſtitutionellen Geſinnungen ſich hinneigende Don Francisco Xaver Caro, Mitglied des Rathes von Indien. Zum Secretair war der Miniſter Graf Ofalia ernannt. Ganz anderen Charakters war die Mehrzahl der Stellvertreter, die dazu erſehen waren, den Regentſchaftsrath zu ergänzen, falls einzelne oder alle Mitglieder desſelben mit Tode abgingen, durch Krankheit behindert oder abweſend wären. Da fand ſich zwar auch der ehemalige conſtitutionelle Juſtizminiſter Gareli; aber neben dieſem der furchtbare Graf de Eſpana, der nach ſeiner Abſetzung als Generalcapitain von Catalonien ſich durch die Flucht nach Frankreich hatte vor der Volkswuth retten müſſen, der Herzog von Infantado, der ſtreng royaliſtiſche Kriegsminiſter Joſe de la Cruz, der nicht weni-

ger ſtreng royaliſtiſche Staatsrath Hevia y Noriega und der Prieſter Arias, Vorſitzender des geiſtlichen Gerichtshofes der Rota. Zum ſtellvertretenden Secretair war Don Francisco de Zea Bermudez beſtimmt. Die Abſicht Ferdinands bei der Ernennung dieſer Stellvertreter war offenbar, ſeine Gemahlin für den Fall, daß ſie bei der Durchführung gemäßigter Maßregeln auf unvorhergeſehene Schwierigkeiten ſtieße, an Männer zu verweiſen, die im Stande wären, ihr in andern Sinne eine kräftige Stütze zu gewähren. Die Königin-Regentin erklärte in einer Bekanntmachung, in der ſie ſich ausführlich über die Grundſätze ausſprach, die ſie in ihrer Regierung zur Anwendung bringen wolle, daß ſie es als ihre Pflicht betrachte, das ihr anvertraute Unterpfand der königlichen Gewalt unangetaſtet zu erhalten. Sie werde die Form und die Grundgeſetze der Monarchie gewiſſenhaft aufrecht halten, ohne gefährliche Neuerungen zu geſtatten, die, ob auch in ihren erſten Grundſätzen noch ſo achtungswerth, doch, wie die Erfahrung lehre, nur zum Unglücke des Landes gereichten. Zea Bermudez, der vornehmſte Rathgeber der Regentin, war in der That der Meinung, daß es ihm gelingen werde, durch die Einführung einer regelmäßigen unparteilichen Verwaltung nach dem Muſter derjenigen, die er während ſeines früheren Aufenthaltes in Deutſchland kennen gelernt, alle Anſprüche der ſpaniſchen Nation zu befriedigen. Er zeigte dadurch nur, wie wenig er die Sinnesart ſeiner eigenen Landsleute zu würdigen verſtand, denen das, was der ruhige Deutſche ſich gern als nothwendiges Erforderniß zur Bewahrung der geſetzlichen Ordnung gefallen läßt, als der unerträglichſte Druck erſchienen wäre. Wer mit unbefangenem Blicke die ſpaniſchen Verhältniſſe überſchaute, der konnte ſchon jetzt ſich unmöglich verbergen, daß über das kaum auf der Oberfläche beruhigte Land neue Stürme und ſchwerere, als daſſelbe noch erfahren hatte, im Anzuge waren.

Wie das kleine Königreich Portugal ſeiner natürlichen Lage nach, als der weſtliche Abfall der großen caſtiliſchen Hochebene, die den Kern der pyrenäiſchen Halbinſel bildet, nur als ein Anhang Spaniens erſcheint, ſo iſt daſſelbe auch in ſeiner politiſchen Entwickelung mit Ausnahme des kurzen glänzenden Zeitraumes, während deſſen es durch den Ruhm ſeiner kühnen Züge zur See alle andere Nationen verdunkelte, wenig mehr als ein Anhang Spaniens geweſen. Der tief gewurzelte Volkshaß, der die Portugieſen ſeit der Abwerfung des ungerechten ſpaniſchen Joches von ihren früheren Bedrückern trennt, vermochte den gemeinſchaftlichen Grundcharakter beider Völker nicht zu verwiſchen; und wir ſehen

Digitized by Google

aus dieſem bei beiden, wenn auch nicht in allen Einzelheiten übereinſtimmende, doch im Großen und Ganzen beinahe ganz gleichartige Erſcheinungen hervorgehen. Bei den Portugieſen, wie bei den Spaniern, waren durch ihre Theilnahme an dem Unabhängigkeitskampfe der Halbinſel neue Ideen geweckt worden, die nur bei jenen nicht ſo tief in das Innerſte des Volkslebens eindrangen, wie bei dieſen, theils deshalb, weil das portugieſiſche Volk niemals in gleichem Grade ſich ſelbſt überlaſſen war, wie das ſpaniſche, und daher zu ſeiner Befreiung von der Fremdherrſchaft bei weitem geringerer Kraftanſtrengungen bedurfte, hauptſächlich aber weil zwiſchen den höheren und den niederen Claſſen in Portugal eine Scheidewand beſtand, die der Spanier nicht kannte, und die beinahe nichts von alle dem, was die erſten bewegte, bis zu den letzten gelangen ließ. Die Maſſe des Volkes in Portugal, der Bauer und der kleine adlige Gutsbeſitzer oder Fidalgo auf dem Lande, wie der Bürger in den kleinen Städten des Innern, iſt ein eben ſo tüchtiger mit den trefflichſten Anlagen begabter Menſchenſchlag, wie in Spanien, nur noch ungleich mehr verwahrloſ't und verwildert, abergläubiſch, fanatiſch in ihrem Glauben und der Herrſchaft ihrer Prieſter, die nicht viel weniger roh und ungebildet ſind, unbedingt unterworfen. Der hohe Adel iſt geiſtig und körperlich eben ſo ſehr verkommen wie in Spanien. Einige wiſſenſchaftliche und allgemeine geſellſchaftliche Bildung findet ſich nur in den großen handeltreibenden Städten, und bei der verhältnißmäßig geringen Zahl von Studirten, die im ganzen Lande zerſtreut und nach ihrer Rückkehr von Coimbra, der einzigen Univerſität des Landes, nicht in die allgemeine Rohheit zurückgefallen ſind. Bezeichnend für den geiſtigen Bildungsgang der portugieſiſchen Nation iſt es, daß dieſe niemals eine eigene wahrhaft volksthümliche Literatur gehabt hat, ſondern daß dieſelbe, von den früheſten Zeiten an ausländiſchen Muſtern nachgebildet, immer nur das ausſchließende Eigenthum der höheren Stände geblieben iſt. In allen dieſen Verhältniſſen wurde auch durch den Unabhängigkeitskrieg wenig oder nichts verändert. Der Gedanke politiſcher Freiheit, der in Spanien einen großen Theil der Nation ergriff, fand in Portugal nur bei der geringen Zahl derer, die einen Anflug von allgemeiner Bildung hatten, Eingang. Die portugieſiſche Revolution von 1820 war nur eine Nachahmung der ſpaniſchen; ſie war gleich dieſer von dem Heere ausgegangen, weil die Anführer des Heeres am meiſten Gelegenheit gehabt hatten, ihren Ideenkreis zu erweitern; ihre vornehmſte Stütze waren die beiden Städte Liſſabon und Oporto, beſonders die letzte,

Digitized by Google

die durch ihren bedeutenden Verkehr mit England beinahe mehr zu einer brittiſchen, als portugieſiſchen geworden war. Dieſelbe Gleichgültigkeit, mit der das Volk der conſtitutionellen Bewegung von 1820 zugeſehen, zeigte es bei dem Umſturze der Conſtitution im Jahre 1823; und eben ſo ließ daſſelbe ſich im Auguſt 1826 wieder die Einführung der von Dom Pedro, dem Kaiſer von Braſilien, verliehenen Charte (Carta de ley vom 23. April 1826) mit ihren beiden Kammern, ihren Geſchwornengerichten, ihren Bürgſchaften der perſönlichen Freiheit, ihrer freien Preſſe und ihrer auf dem Papiere vorgeſchriebenen Ausdehnung des öffentlichen Unterrichtes gefallen, ohne ſich im Geringſten um alle die wichtigen Veränderungen zu bekümmern, die in ſeinen Zuſtänden verbreitet wurden. Als Dom Pedro von dem fernen Braſilien aus ſeinem Vaterlande eine Verfaſſung gab, die, um zur wirklichen Ausführung zu kommen, alle beſtehende Verhältniſſe deſſelben von Grund aus umgeſtalten mußte, war er ohne Zweifel von den edelſten und hochherzigſten Beweggründen geleitet. Er hatte ſich überzeugt, daß es kein anderes Mittel gab, Portugal aus ſeinem tiefen Verfalle wenigſtens zu einem Schatten ſeiner früheren Größe emporzuheben, als indem die ganze Nation zur thätigen Betheiligung an ihren öffentlichen Angelegenheiten herangezogen wurde; und er begriff, was wenige Fürſten vor ihm eingeſehen haben, daß die unbeſchränkteſte Gewalt in einem Lande, welches durch die Lähmung ſeiner edelſten Kräfte dem politiſchen Tode verfallen iſt, ein bei weitem geringeres Maß wirklicher Macht gewährt, als die von beſtimmten geſetzlichen Schranken begrenzte Herrſchaft über ein Volk, das durch die freie Entwicklung aller in ihm vorhandenen Anlagen in den Stand geſetzt iſt, ein reiches, blühendes, ob auch zuweilen vielleicht all zu üppig wucherndes Leben zu entfalten. Aber er war in zu jungen Jahren von Portugal entfernt worden, als daß er die wahren Zuſtände und Bedürfniſſe des Landes hinreichend hätte kennen ſollen, um ſeine neuen Einrichtungen denſelben auf zweckmäßige Weiſe anzupaſſen. Die Conſtitution Dom Pedro's verletzte eine Menge alter Gewohnheiten, Vorurtheile und Intereſſen und bot keinen einzigen, mit Händen zu greifenden Vortheil, der die Maſſen hätte beſtechen können. Eine unverzeihliche Unklugheit beging die Beſtimmung, welche die Freiheit der Religionsübung, wenn auch nur in häuslichem Gottesdienſte, ausſprach, weil ſich vorherſehen ließ, daß dadurch der Fanatismus der Geiſtlichkeit zum wildeſten Zorne entflammt werden würde. Dazu kam, daß die Einführung der neuen Verfaſſung, welche die volle Kraft

Digitized by Google

eines entſchloſſenen, kühn durchgreifenden Mannes erfordert hätte, den ſchwachen Händen einer Frau anvertraut war, die, keines eigenen Entſchluſſes fähig, zwiſchen den widerſprechendſten Einflüſſen hin- und herſchwankte. Die Infantin Marie Iſabelle, der Dom Pedro die Regentſchaft übertrug, war, wie alle portugieſiſche Prinzeſſinnen, ohne alle auch nur oberflächliche Bildung, aber ſanfter, wohlwollender Gemüthsart und ihrem älteren Bruder Dom Pedro aufrichtig zugethan, deſſen Anordnungen ſie daher willig und ohne Widerſtreben zur Vollziehung brachte. Am 30. October 1826 eröffnete ſie perſönlich die Stände, die nach den Beſtimmungen der Charte berufen waren, und hielt bei dieſer Gelegenheit eine Anſprache, die ſich in hochtönenden Redensarten über die Segnungen der neuen Regierungsform verbreitete. Die Prälaten und die Mitglieder des hohen Adels, welche die Pairskammer bildeten, nahmen mit ſichtlicher Genugthuung die Sitze ein, die ihnen eine Stellung im Staate einräumten, welche, wenn ſie auch ihre politiſche Bedeutung nicht zu würdigen vermochten, doch in hohem Grade ihrer Eitelkeit ſchmeichelte. Die Abgeordneten der Wahlbezirke gaben ſich ihrem wichtigen Berufe mit dem feurigſten Eifer hin, der ſich nur leider mehr durch einen unerſchöpflichen Wortſchwall, als durch beſonnene Erwägung der Verhältniſſe kund that. Alles ging vortrefflich, und die neue Ordnung der Dinge ſchien ſo gründlich befeſtigt, wie man es nur wünſchen konnte, da die Aufſtände, welche der Marquis von Chaves in Tras os montes und der Marquis von Abrantes in Algarbien zu Gunſten des abweſenden Infanten Dom Miguel erregt hatten, mit leichter Mühe unterdrückt worden waren. Die ſcheinbar ſo wohl geſicherte Ruhe ſollte jedoch bald ernſteren Erſchütterungen weichen. Der Marquis von Chaves hatte in Spanien, wohin er nach ſeinem erſten vergeblichen Aufſtandsverſuche geflüchtet war, zahlreiche Schaaren von Flüchtlingen und Ueberläufern geſammelt, mit denen er, durch die apoſtoliſche Partei mit Waffen, Kriegsvorräthen und Geld im Ueberfluſſe verſehen, um die Mitte des Novembers nach Portugal zurückkehrte. Das Landvolk, dem inzwiſchen die Mönche die neue Conſtitution als ein Werk des Teufels dargeſtellt hatten, fiel ihm in Maſſe bei; und auch die große Mehrzahl der kleinen Landedelleute, deren Ehrgeiz die Zurückſetzung verletzte, die ſie durch ein nur das Vermögen berückſichtigende Wahlgeſetz erfuhren, trat auf ſeine Seite. Seine Banden überſchwemmten daher den ganzen Norden von Portugal. Die Generale Pamplona und Rego, die gegen einen ſeiner Unteranführer, den Vizconde Montealegre, den Uebergang über den

Digitized by Google

Douro zu vertheidigen ſuchten, mußten ſich zurückziehen, weil der größte Theil ihrer Leute zum Feinde überging. Zu derſelben Zeit brach ein Hauſe Ueberläufer, der ſich unter dem Parteigänger Mageſſi im ſpaniſchen Eſtremadura geſammelt hatte, in die ſüdlich vom Tejo gelegene Provinz Alemtejo ein, bemächtigte ſich durch Verrath der Beſatzungen der feſten Plätze Villa viçoſa und Eſtremoz und ſetzte das flache Land bis in die Nähe von Liſſabon in Aufruhr. Die Regentin Iſabella wurde auf dieſe Kunde von ſolchem Schrecken ergriffen, daß ſie bereits damit umging, ihre Perſon auf dem Admiralſchiffe des im Tejo liegenden brittiſchen Geſchwaders in Sicherheit zu bringen, und die dringendſten Bitten um Hülfe an den verbündeten brittiſchen Hof ſchickte. Dieſe erſchien aber ſchneller, als man bei der weiten Entfernung es irgend für möglich gehalten hatte. Bereits am 23. December lief eine brittiſche Schiffsabtheilung mit 1500 Mann Landungstruppen in den Hafen von Oporto ein; und am 1. Januar 1827 landete zu Liſſabon ein ganzes, aus mehreren Tauſend Mann Reiterei und Fußvolk beſtehendes Armeecorps, über welches der tapfere General Clinton den Oberbefehl führte, während die brittiſche Flotte im Tejo auf eilf Linienſchiffe gebracht wurde. Die bloße Nachricht von der Ankunft der Engländer war hinreichend, die Kraft des Aufruhrs zu brechen. Der Marquis von Chaves war mit einem Heere, das mehr als 10,000 Mann zählte, gegen die Univerſitätsſtadt Coimbra aufgebrochen, wo ſich die Studenten zur Vertheidigung bewaffnet hatten, als die conſtitutionellen Generale Villaflor, Claudino und Azevedo mit 7000 Mann von drei Seiten gegen ihn anrückten. Er erwartete ſie feſten Fußes in einer geſchickt gewählten und durch Verhaue verſtärkten Stellung zwiſchen den beiden Ortſchaften Penaverde und Carouche. Der Kampf, der am 9. Januar gegen drei Uhr des Nachmittags durch einen Angriff der Conſtitutionellen auf die Verhaue begann, dauerte unentſchieden bis zum Einbruche der Dunkelheit. In der Nacht verbreitete ſich aber in den Reihen der Aufrührer das Gerücht, daß die Vorhut der Engländer, die zu Liſſabon gelandet, gegen ſie im Anzuge ſey; und jetzt waren weder Officiere noch Soldaten, weder Fidalgos noch Mönche, noch Landleute länger zu halten. Alles zerſtreute ſich in regelloſer Flucht. Der Vizconde Montealegre, der allein die Beſinnung nicht verlor, hatte Mühe, von den Fliehenden etwa 1000 Mann zu ſammeln, mit denen er ſich nach den Gebirgsſchluchten von Tras os Montes zurückzog. Die Engländer hatten jedoch keinen Befehl, die vereinzelten Aufſtände zu unterdrücken, die im Innern des

Digitized by Google

Landes noch fortdauerten; ſie nahmen eine Stellung bei Abrantes zur Deckung der Hauptſtadt ein, und begnügten ſich außerdem die beiden Städte Oporto und Coimbra zu beſetzen. Den Aufrührern wuchs dadurch von neuem der Muth. Dem Marquis von Chaves, der von Spanien aus mit reichen Geldmitteln unterſtützt und mit allen Kriegsbedürfniſſen verſehen worden war, gelang es, gegen das Ende des Januars wieder ein zahlreiches Heer auf die Beine zu bringen, mit dem er keck genug war, gegen Oporto vorzubringen und dieſer Stadt mit Plünderung und blutiger Verheerung zu drohen, ſofern ſie nicht ohne Widerſtand die Thore öffnete. Die Generale Villaflor und Marquis d'Andeja zogen ihm indeſſen mit ihren in der Eile zuſammengerafften Streitkräften entgegen und ſchlugen ihn in der Nähe von Penafiel auf das Haupt, ſo daß ſein ganzes Heer auseinanderlief und er ſelbſt froh ſeyn mußte, mit wenigen Getreuen über die Grenze nach Spanien zu entkommen. Damit war der Aufſtand plötzlich beendigt; denn die empörten Bevölkerungen kehrten, nachdem ihre Aufwiegler entflohen waren, überall ohne einen Verſuch der Widerſetzlichkeit zum Gehorſam zurück. Auch Spanien, das bisher den Aufſtand beinahe offen begünſtigt und ſogar mit einer bewaffneten Einmiſchung zum Umſturze der Conſtitution gedroht hatte, nahm wenigſtens äußerlich den Schein friedlicher Geſinnungen an. Denn wie ſehr Ferdinand VII. auch die Nachbarſchaft einer conſtitutionellen Regierung in Portugal fürchtete, ſo wagte er es doch nicht, ſich der Gefahr eines Bruches mit dem mächtigen Inſelreiche auszuſetzen, das die portugieſiſche Verfaſſung in ſeinen Schutz genommen. Als ein unzweideutiger Beweis dieſer Sinnesänderung durfte es betrachtet werden, daß die Flüchtlinge, die nach der letzten Niederlage des Marquis von Chaves über die Grenze kamen, entwaffnet und daß ihre Waffen den portugieſiſchen Behörden ausgeliefert wurden; und jeder Grund zur Unruhe von dieſer Seite verſchwand, als im Sommer 1827 der größte Theil des ſpaniſchen Beobachtungsheeres, das an der portugieſiſchen Grenze aufgeſtellt war, zurückgezogen wurde, weil die Unterdrückung des cataloniſchen Aufſtandes die Verwendung aller der ſpaniſchen Regierung zu Gebote ſtehenden Streitkräfte in einer andern Richtung erforderte.

Aber gerade jetzt, während die Ruhe in Portugal von innen wie von außen vollkommen geſichert ſchien, begann am Hofe zu Liſſabon ein Spiel der Ränke, deſſen Zwecke ſo dünn verſchleiert waren, daß man, um ſie zu durchſchauen, nicht in die Geheimniſſe des Hoflebens eingeweiht zu ſeyn brauchte. Am 24. Juli erhielt der Kriegs-

Digitized by Google

miniſter Graf Saldanha-Daun, der Enkel des berühmten Marquis von Pombal, ein kräftig durchgreifender Charakter, der als der entſchiedenſte Anhänger der Conſtitution bekannt war, ſeine Entlaſſung. Die Officiere mehrerer Regimenter, die von der Regentin die Wiedereinſetzung Saldanha's erbaten, wurden vor ein Kriegsgericht geſtellt. Daſſelbe widerfuhr dem Gouverneur von Oporto, General Stubbs, der in einer Adreſſe an die Regentin ſich erboten, ihr mit ſeinen Truppen zu Hülfe zu kommen, ſofern ſie nicht Kraft genug haben ſollte, Saldanha zurückzurufen. Das Corps des Generals Villaflor, das ſo gute Dienſte zur Unterdrückung des Aufſtandes geleiſtet, wurde aufgelöſ't. Die zu Liſſabon und Oporto erſcheinenden liberalen Blätter wurden unterdrückt, die Herausgeber verhaftet und wegen der ſchlechten Grundſätze, die ſie verbreiteten, zu gerichtlicher Verantwortung gezogen. Zu derſelben Zeit wurden mehrere bekannte Gegner der Conſtitution in den wichtigſten Stellungen beibehalten oder zu denſelben erſt befördert; und es unterlag daher kaum einem Zweifel, daß die Regentin abſichtlich darauf ausging, die Schöpfung Dom Pedro's zu untergraben, zu deren Schutze ſie ſelbſt vor wenigen Monaten den Beiſtand der Engländer angerufen hatte. Alles, was in dieſem widerſprechenden Benehmen als räthſelhaft erſchien, wurde aufgeklärt, als man erfuhr, daß Dom Pedro, durch die Verwendung des nahe verwandten öſterreichiſchen Kaiſerhauſes beſtimmt, den Entſchluß gefaßt hatte, der Infantin Iſabelle die Bürde der Regentſchaft, der ſie auf keine Weiſe gewachſen war, abzunehmen und zu ſeinem Verweſer ſeinen jüngeren Bruder Dom Miguel zu ernennen. Die Regentin wußte, welcher unverſöhnliche Haß ihren jüngeren Bruder von den Männern trennte, die unter den Anhängern der Conſtitution die hervorragendſten waren, und ſie bahnte daher nur jenem den Weg, indem ſie dieſe entfernte. Dom Miguel war von früheſter Jugend auf in ſeiner Erziehung durchaus verwahrloſ't, und in ſeinem heranwachſenden Jünglingsalter hatte der Einfluß ſeiner Mutter, eines ehrgeizigen, herrſchſüchtigen, wollüſtigen, grauſamen Weibes, die edleren Anlagen, die er von Natur beſaß, gefliſſentlich unterdrückt, um die roheſten Leidenſchaften in ihm zu nähren, die ihren eigenen Neigungen entſprachen. Er hatte das ein und zwanzigſte Jahr noch kaum überſchritten, als (im April 1824) die Mutter ihn verleitete, die ruchloſe Hand gegen ihren Gemahl, ſeinen Vater, zu erheben und die Zügel der Regierung an ſich zu reißen, indem er den greiſen Fürſten, gegen den er dabei fortwährend die ehrerbietigſte Liebe des Sohnes und den treuen Gehorſam des Unterthanen heuchelte,

Digitized by Google

in gefänglicher Haft hielt. Als der königliche Greis durch das Einſchreiten der brittiſchen Seemacht aus ſeiner unwürdigen Gefangenſchaft befreit wurde, verbannte er den entarteten Sohn aus ſeinem Angeſichte und verwies ihn an den kaiſerlichen Hof nach Wien, der ſich aus Rückſicht auf ſeine nahen Beziehungen zu dem portugieſiſchen Hofe bereit erklärte, den verdorbenen jungen Prinzen in ſeine Obhut zu nehmen und, ſofern dies möglich wäre, dafür zu ſorgen, daß die Mängel ſeiner Erziehung verbeſſert würden. Dom Miguel wußte mit der Verſchlagenheit des Wilden ſeine tiefe Verdorbenheit ſo gut zu verbergen, daß er ſelbſt den ſcharfen Blick eines Staatsmannes, wie Metternich, täuſchte, der ihm die beſten Zeugniſſe über ſein Wohlverhalten ausſtellte. Als Johann VI. mit Tode abging und ſein älteſter Sohn Dom Pedro bei der Wahl, die er zwiſchen der braſiliſchen und der portugieſiſchen Krone hatte, ſich für die erſte entſchied, während er auf die letzte zu Gunſten ſeiner noch im Kindesalter ſtehenden Tochter Donna Maria da Gloria verzichtete, glaubte er daher das Glück derſelben nicht zu gefährden, indem er ihre Hand dem ſiebenzehn Jahre älteren Oheim beſtimmte. Daß er der Beſſerung ſeines Bruders noch nicht ganz vertraute, bewies er jedoch, indem er ſeine Thronentſagung an Bedingungen knüpfte, durch welche er noch während einer guten Reihe von Jahren ſich ſelbſt den vollen Beſitz ſeiner Rechte vorbehielt. Die Entſagung ſollte nämlich erſt dann in Gültigkeit treten, wenn Dom Miguel den Eid auf die Charte geleiſtet, wenn er ſich mit der jungen Infantin Maria verlobt und wenn er ſeine Vermählung mit ihr vollzogen habe, was natürlich bei dem jugendlichen Alter der Prinzeſſin noch in ziemlich weiter Ferne lag. Dom Miguel hatte die erſten beiden Bedingungen erfüllt, indem er am 4. October 1826 zu Wien die conſtitutionelle Charte beſchworen und am 29. October ſich feierlich mit Donna Maria verlobt hatte; es blieb daher nur noch die Vollziehung der Vermählung übrig, als er durch einen Befehl vom 5. Juli 1827 von Dom Pedro zum Verweſer des Reiches ernannt wurde. Dom Miguel verweilte bis zum 6. October 1827 in Wien, und reiſ'te an dieſem Tage, nachdem er ſeinem väterlichen Freunde, dem Kaiſer Franz von Oeſterreich, noch die ſchönſten Verſprechungen ertheilt, über Paris und London nach Liſſabon ab. Am 22. Februar 1828, als er in Liſſabon an das Land ſtieg, ſchien er noch feſt entſchloſſen, den Verpflichtungen, die er bei ſeiner Uebernahme der Reichsverweſerſchaft eingegangen war, auf das Gewiſſenhafteſte nachzukommen. Eine Anzahl Schreier, die ihn mit dem Rufe: „Es lebe der unumſchränkte König!“ empfingen,

Digitized by Google

wurde auf ſeinen eigenen Befehl verhaftet. Am 26. Februar legte er nochmals in feierlicher Sitzung der Reichsſtände den verfaſſungsmäßigen Eid auf die Charte ab, und unmittelbar darauf bildete er ein neues Miniſterium, das zwar nicht gerade aus den bewährteſten Freunden der Verfaſſung, aber doch aus gemäßigten Männern zuſammengeſetzt war, von denen man keine Urſache hatte vorauszuſetzen, daß ſie ſich zum Umſturze der geſetzlichen Ordnung verſchwören würden. Der Prinz lebte ſehr zurückgezogen, und man bemerkte nur, daß ſich vor ſeinem Palaſte täglich Haufen aus dem niedrigſten Pöbel ſammelten, die den Ruf: „Es lebe der unumſchränkte König!“ erſchallen ließen. Dom Miguel hatte gegen dieſes aufrühreriſche Geſchrei nichts mehr einzuwenden, und er ließ ſogar eine Weiſung an die oberſte Polizeibehörde ergehen: „man möge den Aeußerungen der Begeiſterung und der Freude der Portugieſen keine Hinderniſſe mehr in den Weg legen.“ Allmälig begann der Plan, den der Prinz längſt für ſich in der Stille entworfen und den er unmittelbar nach ſeiner Ankunft mit ſeiner Mutter verabredet, ſich zu entwickeln. Alle höhere Beamte und Officiere, die ſich durch ihre Ergebenheit an die Sache der Verfaſſung ausgezeichnet hatten, wurden entlaſſen und durch bekannte Anhänger der Gegenpartei erſetzt. Am 13. März wurde die Abgeordnetenkammer aufgelöſ't und zugleich erſchien eine Bekanntmachung, durch welche der Nation angezeigt wurde, daß die conſtitutionellen Stände in der bisherigen Form nicht wieder einberufen werden könnten, weil das Wahlgeſetz mangelhaft ſey, und daß deshalb eine eigene Commiſſion niedergeſetzt wäre, um neue Einrichtungen zu ſchaffen, die ſowohl mit der Charte als mit den alten Sitten und Gebräuchen des Königreiches übereinſtimmen würden. Dom Miguel hatte mit dieſem erſten entſcheidenden Schritte ſo lange gewartet, bis die engliſchen Truppen, die in der Nähe von Liſſabon zuſammengezogen waren, ihre Einſchiffung begonnen hatten. Schon Canning hatte erklärt, daß das brittiſche Heer in Portugal keinesweges dazu beſtimmt ſey, ſich in die innern Angelegenheiten dieſes Landes zu miſchen, ſondern nur der Regierung deſſelben die bundesmäßige Hülfe gegen einen vom Auslande ausgehenden oder vom Auslande unterſtützten Angriff zu gewähren. Nachdem Spanien ſein Beobachtungsheer zurückgezogen und nachdem die offene Unterſtützung der royaliſtiſchen Aufwiegler in Portugal von Seiten der ſpaniſchen Behörden aufgehört hatte, war daher die Anweſenheit der brittiſchen Truppen zwecklos geworden; und ihre Entfernung konnte nicht länger verzögert werden, wenn England nicht den im brittiſchen

Digitized by Google

Parlemente vor ganz Europa ausgeſprochenen Grundſätzen ſeiner Politik untreu werden wollte. Dom Miguel, dem dies wohl bekannt war, wagte es dennoch nicht eher, die Maske völlig fallen zu laſſen, als nachdem der letzte engliſche Soldat das Land verlaſſen hatte, weil er in dem Bewußtſeyn der Treuloſigkeit, die er gegen ſeinen Bruder und gegen ſeine Nichte zu begehen im Begriffe ſtand, immer noch fürchtete, daß die brittiſche Regierung ihren Sinn ändern und zur Aufrechterhaltung der beſtehenden von ihm ſelbſt beſchwornen Ordnung mit bewaffneter Hand einſchreiten könne. So wie er ſich vor dieſer Gefahr ſicher geſtellt ſah, folgten die Schritte, die zu der Vollendung ſeines Verrathes noch übrig waren, in raſcher Folge auf einander. Durch einen Erlaß vom 3. Mai wurden die drei Stände des Königreiches, Geiſtlichkeit, Adel und Gemeinden, nach den Beſtimmungen der mittelalterlichen, längſt außer Gebrauch gekommenen Geſetze von Lamego zu einer Reichsverſammlung nach Liſſabon berufen, um, wie es hieß, „auf eine feierliche und geſetzliche Weiſe nach den Sitten und Gebräuchen dieſer Monarchie die Auslegung der portugieſiſchen Rechte vorzunehmen.“ Da dieſe Maßregel die erſte offenbare Ueberſchreitung der dem Infanten Dom Miguel als Reichsverweſer zuſtehenden Befugniſſe war, ſo ſtellten ſämmtliche bei ihm nur als ſolchem beglaubigte Geſandte der auswärtigen Mächte ſofort ihre amtlichen Verrichtungen ein, um weitere Befehle von ihren Höfen einzuholen. Dom Miguel ließ ſich durch die Mißbilligung, die ſein Verfahren bei der auswärtigen Diplomatie fand, auf dem Wege, den er einmal eingeſchlagen, nicht zurückhalten; er wußte, daß er die Maſſe des Volkes, bei der ihm ſelbſt ſeine jetzt wieder alle Schranken einer mühſam angenommenen Scheingeſittung durchbrechende Roheit zur Empfehlung gereichte, auf ſeiner Seite hatte, und er kannte die tiefe Entartung der höheren Stände zu gut, um von dieſen einen erheblichen Widerſtand zu fürchten. Nur das Heer, welches die Conſtitution gegen ſo viele wiederholte Aufſtandsverſuche vertheidigt hatte, flößte ihm Beſorgniſſe ein, die, wie er zeitig genug in Erfahrung brachte, wohlbegründet waren. Bei den zu Liſſabon liegenden Regimentern, ſo wie bei den meiſten Truppen, die in den Provinzen vertheilt waren, hatte die von dem Infanten befohlene Verabſchiedung der höheren Officiere keine Schwierigkeit. Als aber in Oporto am 16. Mai der Obriſt des 6. Regimentes Pereira ſeinen Leuten anzeigte, daß er ſeine Entlaſſung erhalten habe und ſich von ihnen trennen müſſe, erklärten ihm dieſe einſtimmig, daß ſie keinen andern Anführer wollten als ihn; ſie wüßten recht gut, daß er ſeine Ent-

Digitized by Google

laſſung nur deshalb erhalten habe, weil er ſeinem Dom Pedro geſchwornen Eide treu geblieben ſey, und ſie dächten eben ſo wie er. „Wenn dem ſo iſt," entgegnete der Obriſt, „ſo folgt mir und ruft: „Es lebe Dom Pedro, der rechtmäßige König von Portugal!" Damit führte er ſein Regiment auf den Hauptplatz von Oporto, wo ſich ihm bald die ganze Beſatzung dieſes wichtigen Platzes anſchloß. Am folgenden Tage unterzeichneten dreizehn Obriſten, Obriſtlieutenants und Majors einen Aufruf an das portugieſiſche Heer, worin ſie dieſes aufforderten, die Rechte Dom Pedro's IV., des rechtmäßigen Herrſchers, dem ſie den Eid der Treue geſchworen, aufrecht zu halten. Es trat eine Junta zuſammen, welche die vorläufige Regierung im Namen Dom Pedro's und der conſtitutionellen Charte übernahm; und der Aufſtand griff mit ſolcher Eile um ſich, daß derſelbe in wenigen Tagen ſich über die ganze Provinz entre Minho e Douro und über den größten Theil von Beira verbreitete. Ueberall erklärten ſich die Truppen für Dom Pedro und die Verfaſſung; und da Oporto durch die Freiwilligen, die zur Vertheidigung der Stadt die Waffen ergriffen, hinreichend geſchützt war, ſo rückte die ganze, aus drei Regimentern beſtehende Beſatzung aus, um gegen Liſſabon zu ziehen. Am 23. beſetzte das conſtitutionelle Corps Coimbra, wo ſich die Studenten für die Conſtitution bewaffnet hatten, und wo nach und nach noch fünf Regimenter eintrafen, die auf verſchiedenen Punkten für die conſtitutionelle Sache Partei ergriffen hatten. Dom Miguel hatte die größte Mühe, den Aufſtändiſchen ein paar Regimenter entgegenzuſtellen, auf deren Treue er ſich verlaſſen konnte; und die Conſtitutionellen würden daher wahrſcheinlich ohne erheblichen Widerſtand in Liſſabon eingezogen ſeyn, wenn ſie nur den Muth gehabt hätten, ihren Marſch ohne Aufenthalt fortzuſetzen. Aber ihr Heer, das ſich bereits auf 7000 Mann belief, war ohne Führer. Die Häupter der conſtitutionellen Partei waren, weil ſie ihr Leben und ihre Freiheit nicht der Gewalt Dom Miguels anvertrauen wollten, ſo wie dieſer mit ſeinem Plane zum Umſturze der Charte offen hervortrat, nach England entflohen; und die Stabsofficiere, die an der Spitze der Bewegung ſtanden, hatten ihre Bedenken, ob es erlaubt ſey, gegen den Infanten, den ſie zwar nicht als unumſchränkten König, aber doch als Reichsverweſer anerkannten, Gewalt zu brauchen. Sie blieben daher unthätig in der Nähe von Coimbra ſtehen, während ſich rings um ſie her das durch ſeine Gutsbeſitzer und durch die Geiſtlichkeit aufgeregte Landvolk für Dom Miguel erhob und der Infant, nachdem er ſich durch die Verhaftung von Hunderten der

angeſehenſten Einwohner und durch die Bewaffnung des Pöbels im Beſitze der Hauptſtadt geſichert, alle ihm zu Gebote ſtehende Mittel anwandte, um das ſchwache Truppencorps zu verſtärken, das für ihn unter dem Befehle des Generals Povoas das Feld hielt. Am 24. Juni griff Povoas mit 10,000 Mann die durch vierwöchentliche Unthätigkeit entmuthigten Conſtitutionellen in ihren Stellungen vor Coimbra an und ſchlug ſie nach einem leichten Gefechte in die Flucht. Die Geſchlagenen räumten, ohne einen Verſuch des Widerſtandes zu machen, die Stadt Coimbra und traten in möglichſter Eile ihren Rückzug nach Oporto an, auf dem ſich ein großer Theil ihrer Leute verlief, obwohl ſie vom Feinde nur lau verfolgt wurden. In Oporto waren inzwiſchen der Marquis von Palmella, Portugals erſter Staatsmann, die Generale Saldanha, Villaflor und Stubbs und mehrere Andere von den vornehmſten Häuptern der conſtitutionellen Partei eingetroffen, die ſich, durch die erſten Nachrichten von den Erfolgen der conſtitutionellen Bewegung getäuſcht, entſchloſſen hatten, nach ihrem Vaterlande zurückzukehren, und jetzt nur ankamen, um Zeugen der unrettbaren Niederlage der Sache zu ſeyn, deren Sieg ſie durch ihren Beitritt geſichert wähnten. Umſonſt verſuchte Saldanha das fliehende Heer, dem er entgegenging, zu ſammeln; er überzeugte ſich nur von der Unmöglichkeit, noch irgend etwas zu halten, nachdem bereits Alles verloren war. Am 3. Juli rückte die Vorhut des Generals Povoas in Oporto ein, nachdem Saldanha mit ſeinen Begleitern wenige Stunden vorher ſich wieder nach England eingeſchifft und der Reſt des conſtitutionellen Heeres ſeinen Rückzug nach dem Norden fortgeſetzt hatte, um wenige Tage ſpäter die galiciſche Grenze zu überſchreiten, wo derſelbe, noch über 4000 Mann ſtark, von den ſpaniſchen Behörden entwaffnet wurde.

Noch ehe eine ſo ſchnelle Entſcheidung irgend zu erwarten ſtand, hatten ſich die von Dom Miguel einberufenen Stände zu Liſſabon verſammelt; ſie hatten, ſorgfältig von allen Mitgliedern geſäubert, deren man nicht ganz ſicher war, bereits in ihrer erſten vorbereitenden Sitzung am 17. Juni ſich darüber vereinigt, daß Dom Pedro ſeines Thronrechtes verluſtig und Dom Miguel der rechtmäßige Nachfolger Johanns VI. ſey. Nachdem die Reichsverſammlung hierauf am 23. feierlich eröffnet war, hatten die drei Stände jeder für ſich den förmlichen Beſchluß gefaßt, daß Dom Miguel den Grundgeſetzen des Königreiches gemäß zur Krone berufen ſey, und ſie hatten ihn demzufolge ehrerbietig erſucht, den ihm gebührenden Titel als König anzunehmen. Der Infant hatte dieſen Beſchlüſſen durch eine Acte vom 30. Juni

Digitized by Google

ſeine königliche Genehmigung ertheilt, und am 7. Juli empfing er, nachdem er den altherkömmlichen Königseid geſchworen, in dem Palaſte von Ajuda die Huldigung der Stände. Dom Miguel hatte jetzt das Ziel ſeiner Wünſche erreicht; und bei der hohen Meinung, die er von ſeiner Macht, als unumſchränkter Herrſcher von Portugal, hatte, beunruhigte es ihn wenig, daß die Geſandten ſämmtlicher europäiſcher Höfe mit Ausnahme des ſpaniſchen Liſſabon verließen, und daß ganz Europa ihm als einen unrechtmäßigen Eindringling die Anerkennung verweigerte. War doch ſein Wille in dem Königreiche, das er in ſeiner Unwiſſenheit für das erſte der Welt hielt, das oberſte Geſetz, und konnte er doch jeder Eingebung ſeiner Laune folgen, ohne daß irgend eine Gewalt auf Erden ihn zu hindern vermochte. Als der großartigſte Beweis ſeiner Macht erſchien ihm aber der Schrecken, den er unter denjenigen ſeiner Unterthanen verbreitete, die er aus irgend einem Grunde in Verdacht hatte, daß ſie es an der ihm ſchuldigen Ehrerbietung mangeln ließen oder daß ſie Feinde ſeiner Perſon oder ſeiner Regierung wären. Ein unvorſichtiges Wort war hinreichend, den Verwegenen, der es geſprochen, dem Tode zu überliefern. Viele Tauſende von Unglücklichen wurden um der nichtigſten Gründe willen in die abſcheulichſten Kerker geworfen*); ſelbſt die nächſten Verwandten des Wütherichs waren vor den Ausbrüchen ſeiner brutalen Roheit nicht ſicher. Seine Schweſter Iſabelle, die frühere Regentin, die es gewagt hatte für eine ihr befreundete vornehme Dame eine Fürbitte einzulegen, wurde von ihm mit Piſtolen bedroht und mit Schlägen mißhandelt. Nach Tyrannenart liebte er es, um ſeine ſchrankenloſe Machtvollkommenheit zu zeigen, Perſonen aus den niedrigſten Ständen, die jedes Verdienſtes entbehrten, zu den höchſten Ehren zu erheben, wie er denn ſeinen Barbier zum Baron und Vizconde von Queluz ernannte und ihm einen Einfluß auf die Staatsangelegenheiten einräumte, den er keinem ſeiner Miniſter zugeſtand, bis er auch ſeiner überdrüſſig wurde und ihn durch ſeine Verweiſung vom Hofe in die Niedrigkeit wieder hinabſtieß, aus der ſeine Laune ihn emporgehoben hatte. Vergöttert wurde er nur von dem Pöbel, der unter ſeiner Regierung vollkommen freie Hand hatte. Von dem hohen Adel hatte ſich die eine Hälfte geflüchtet, die andere fügte

*) Nach einer von der Times und dem Courier mitgetheilten Angabe befanden ſich am 31. Juli 1831 nicht weniger als 26,270 Perſonen wegen politiſcher Verbrechen im Gefängniſſe; nach den Colonien deportirt waren 1600, ausgewandert 13,000 und im Lande verborgen hielten ſich 5000.

Digitized by Google

ſich mehr aus Feigheit, als aus Anhänglichkeit an die alten Formen der Regierung dem Joche. Die Geiſtlichkeit verzieh aus Haß gegen die Conſtitution dem Uſurpator ſeine Laſter und ſeine Verbrechen. Der Bürgerſtand in den größeren Städten wagte es aus Furcht vor den Spähern, von denen er ſich überall umgeben ſah, nicht zu athmen. Der Landmann lebte in ſeiner gewohnten Theilnahmloſigkeit gegen Alles, was außerhalb ſeines Kreiſes lag, fort, zufrieden, wenn er nicht durch Zumuthungen erdrückt wurde, die das Maß ſeiner Kräfte überſtiegen. Dem Könige Dom Miguel I. würde unter dieſen Umſtänden nichts an ſeinem Glücke gefehlt haben, wenn nicht die Rache ſeines ſchwer beleidigten Bruders fortwährend, als eine finſtere Drohung, über ſeinem Haupte geſchwebt hätte. Seine Gewalt war eben ſo, wie in Portugal ſelbſt, auch in allen von der portugieſiſchen Krone noch abhängigen überſeeiſchen Beſitzungen anerkannt; nur die kleine zu den Azoren gehörende Inſel Terceira war durch die Feſtigkeit ihres Statthalters Cabreira im Gehorſam gegen Dom Pedro und die junge Königin Maria erhalten worden; und zwei Verſuche, die gemacht wurden, das Eiland mit Gewalt zu unterwerfen, waren der eine durch die Ungunſt des Wetters, der andere durch die tapfere Vertheidigung der Beſatzung geſcheitert. Hier ſammelte ſich allmälig die Mehrzahl der flüchtigen Conſtitutionellen, die noch nicht alle Hoffnung auf den Sieg ihrer Sache aufgegeben; und im März 1830 wurde hier von Dom Pedro eine aus dem Marquis Palmella, dem Generale Villaflor und dem Rechtsgelehrten Guerreiro beſtehende Regentſchaft eingeſetzt, die ungeachtet des beſchränkten Raumes, über den ſie zu gebieten hatte, den Anſpruch erhob, als die rechtmäßige Regierung von Portugal zu gelten. Eine Anleihe an der Londoner Börſe ſetzte ſie in den Stand, ein Truppencorps auszurüſten, mit dem der tapfre Villaflor die ganze Inſelgruppe der Azoren eroberte.

Wie glänzend dieſer Erfolg auch war, ſo war er doch nicht geeignet, in dem Kampfe, den die Regentſchaft gegen die widerrechtliche Anmaßung Dom Miguels begonnen, ein fühlbares Gewicht in die Wagſchale zu legen. Der Thronräuber würde daher wenig Urſache gehabt haben, vor ſeinen Gegnern auf der fernen Inſelgruppe im atlantiſchen Ocean beſorgt zu ſeyn, wenn nicht zwei Umſtände eingetreten wären, die in der Lage der Dinge eine unvorhergeſehene Veränderung herbeiführten. Der erſte dieſer Umſtände war der Streit, in den er durch ſeinen ſinnloſen Uebermuth mit Frankreich verwickelt wurde, und der für ihn außer der wohlverdienten Demüthigung, die ihm

Digitized by Google

widerfuhr, den Verluſt der beſten Schiffe ſeiner Flotte zur Folge hatte, ſo daß Portugal fortan von der Seeſeite, von der ihm allein eine Gefahr drohen konnte, vertheidigungslos offen lag. Der andere Umſtand war die Umwälzung, die im April 1831 Dom Pedro aus Braſilien vertrieb und ihn nöthigte, ſich mit ſeinen Schätzen nach Europa einzuſchiffen. Dom Pedro war ein nicht all zu umſichtiger, eigenwilliger und phantaſtiſcher, aber edler und ritterlicher Fürſt. Er wurde bei ſeiner Ankunft in Frankreich wie in England mit allen ſeinem perſönlichen Charakter, wie ſeinem hohen Range gebührenden Ehren aufgenommen und entwarf, da er ſich durch die Volksſtimmung in beiden Ländern unterſtützt ſah, ſogleich den Plan, ſeiner Tochter Maria zu ihrem Rechte zu verhelfen und ſeinen ihm ſelbſt ſo wenig gleichenden Bruder wegen ſeiner Untreue zur Rechenſchaft zu ziehen. Er verwandte das beträchtliche Privatvermögen, das ihm bei ſeiner Entfernung aus Braſilien geblieben war, dazu ein freilich aus Abenteurern aller Nationen zuſammengeſetztes Truppencorps und ein Schiffsgeſchwader auszurüſten, das er unter der Begünſtigung der franzöſiſchen Regierung auf der Rhede der Inſel Belleville an der Küſte der Bretagne vereinigte, und mit dem er im März 1832 in dem Hafen von Porto Praya auf Terceira eintraf. Nachdem er hier ſeine Macht theils durch die bereits vorhandenen Truppen der Regentſchaft, theils durch neue Aushebungen auf den Azoren verſtärkt hatte, ging er am 27. Juni mit einer Flotte von 36 größtentheils ſehr kleinen und unbewaffneten Fahrzeugen, die ein mit allem Nöthigen verſehenes Heer von 7500 Mann führten, nach der portugieſiſchen Küſte unter Segel, lief am 7. Juli in dem kleinen Hafen von Villa do Conde ein und beſetzte am folgenden Tage ohne Schwertſtreich Oporto, von wo die migueliſtiſche Beſatzung auf die erſte Kunde von ſeiner Landung entflohen war. Der Kaufmannsſtand der großen Handelsſtadt nahm den kühnen Fürſten mit Begeiſterung als ſeinen Befreier von dem unerträglichſten Joche auf; aber die Hoffnung, die Dom Pedro gehegt hatte, daß bald auch in andern Theilen des Landes Erhebungen zu ſeinen Gunſten Statt finden würden, verwirklichte ſich nicht. Das Heer, das Dom Miguel durch außerordentliche Anſtrengungen auf mehr als 40,000 Mann gebracht hatte, blieb ſeinen Fahnen treu; und der Zug nach Liſſabon, den man ſich anfangs als eine leichte Sache gedacht hatte, wurde von den erfahrenſten Anführern widerrathen, weil derſelbe ſchon wegen des Mangels an Reiterei beinahe unvermeidlich mißlingen müſſe und dann die Vereitelung des ganzen Unternehmens zur unabwendbaren Folge haben

Digitized by Google

würde. Es blieb unter dieſen Umſtänden nichts Anderes übrig, als vorläufig ſich mit dem Beſitze von Oporto zu begnügen und dieſe Stadt durch in der Eile aufgeworfene Werke in einen haltbaren Waffenplatz zu verwandeln, wodurch freilich auf der andern Seite Dom Miguel Zeit gewann, alle auf irgend einem Punkte des Königreiches verfügbaren Streitkräfte am Douro zuſammen zu ziehen und zu der Einſchließung des Befreiungsheeres zu verwenden. Bald war eine überlegene Macht vor den Mauern von Oporto vereinigt, und es fanden jetzt beinahe täglich Gefechte Statt, die zwar meiſtens zum Nachtheile der Migüeliſten ausfielen, für dieſe aber immer den weſentlichen Vortheil hatten, daß dadurch die Reihen der Gegner gelichtet wurden, die ſich ſo leicht nicht wieder ergänzen ließen, während ihnen die Hülfsmittel eines ganzen Königreiches zu Gebote ſtanden, um den Abgang an kampffähiger Mannſchaft zu erſetzen, den ihnen das Schwert oder das Feuer des Feindes verurſachte. So währte der Kampf mit vielen oft Monate langen Unterbrechungen bis in die Mitte des Jahres 1833. Die Migueliſten, obwohl ſeit dem October des vorhergehenden Jahres durch die perſönliche Anweſenheit ihres Königs angefeuert, vermochten Oporto nicht zu nehmen; die Conſtitutionellen, über die Dom Pedro einem der bewährteſten Feldherren des franzöſiſchen Heeres, dem General Solignac, den Befehl übertragen, waren außer Stande, einen Fuß breit Bodens außerhalb ihrer Befeſtigungen zu behaupten. Dennoch war der Ausgang des Krieges, wenn derſelbe ſich auf dieſe Weiſe noch mehr in die Länge zog, ohne große Schwierigkeit vorherzuſehen, da die Mittel Dom Pedro's, ſobald dieſer auf den Beſitz einer einzigen Stadt beſchränkt blieb, zuletzt nothwendig erſchöpft werden mußten. Schon hatte der Engländer Sartorius, der das unthätig an der Küſte verweilende kleine Geſchwader befehligte, damit gedroht, daſſelbe nach England zu führen und die Schiffe zu verkaufen, weil ihm und ſeinen Leuten der Sold nicht mehr regelmäßig gezahlt wurde. Offenbar konnte in ſolcher Lage der verwegenſte Entſchluß allein Rettung bringen, und dieſer wurde gegen die Meinung Solignacs auf den Rath des brittiſchen Schiffscapitains Napier gefaßt, der den Befehl über die Flotte erhalten hatte, nachdem es gelungen war, den engherzigen Sartorius abzufinden. Der zum Herzoge von Terceira erhobene General Villaflor ſchiffte ſich mit einem Corps von 3000 Mann ein, die in Oporto entbehrlich waren, um einen Angriff gegen den Süden von Portugal zu unternehmen, der, wie man wußte, von Truppen beinahe ganz entblößt war. Er landete am 24. Juni bei Caſtro Marim in dem kleinen

Königreiche Algarbien, bemächtigte ſich nach einander der Hafenplätze Tavira, Villa real, Faro, Albufeira, Lagos und Sagres und war in wenigen Tagen im Beſitze der ganzen Provinz, da die Bevölkerung, die durch ihre Lage an einem ſchmalen von hohen und unfruchtbaren Bergen eingeſchloſſenen Küſtenſaume hauptſächlich auf Handel und Seefahrt angewieſen iſt, ihm überall in Maſſe zufiel. Während er die nöthigſten Anſtalten für die Verwaltung der ſo ſchnell gewonnenen Landſchaft traf und ſeinen Heerhaufen durch die zu ihm übergegangenen Truppen, ſo wie durch zahlreiche Freiwillige verſtärkte, erfocht Capitain Napier einen Sieg zur See, der bei dem ungeheueren Mißverhältniſſe der beiderſeitigen Streitkräfte den kühnſten Waffenthaten der alten und neuen Zeit gleichgeſtellt werden kann. Napier, der nach der Unterwerfung Algarbiens hier nichts mehr zu thun fand und deshalb nach dem Norden zurückſegelte, ſtieß am 5. Juli auf der Höhe des Caps St. Vincent auf die migueliſtiſche Flotte, die ungeachtet ihres durch den franzöſiſchen Beſuch im J. 1831 erlittenen Verluſtes noch zwei Linienſchiffe, drei Fregatten, drei Corvetten und zwei Briggs zählte und von Liſſabon unter Segel gegangen war, um den Fortſchritten der Conſtitutionellen Einhalt zu thun. Der brittiſche Seeheld, deſſen Geſchwader nur aus drei Fregatten, einer Corvette, einer Brigg und einem Schooner beſtand, griff den Feind ohne Rückſicht auf deſſen unverhältnißmäßige Uebermacht an, nahm mit ſeinen kleinen Fregatten die feindlichen Linienſchiffe, die bei gehöriger Vertheidigung ihn durch eine einzige Lage ihrer Geſchütze in den Grund gebohrt hätten, und bemächtigte ſich nach einem kurzen Kampfe, in dem er an Todten und Verwundeten nicht über 100 Mann verlor, der ganzen ſtolzen migueliſtiſchen Flotte mit Ausnahme der vier kleinſten Fahrzeuge, die gleich zu Anfange des Gefechtes, ohne ſich in daſſelbe einzulaſſen, die Flucht ergriffen hatten. Die fünf Kriegsſchiffe, die Napier genommen, hatten nicht weniger als 280 Geſchütze und eine Bemannung von 3200 Seeſoldaten und Matroſen, von denen die meiſten ſofort zu den Conſtitutionellen übertraten. Der Herzog von Terceira, der mannhafteſte und tüchtigſte unter allen portugieſiſchen Heerführern, faßte jetzt den Entſchluß, auch ſeinerſeits einen Schlag auszuführen, der an beinahe tollkühner Verwegenheit hinter der wunderbaren Seeſchlacht Napiers kaum zurückſtand. Er brach mit nicht mehr als 1500 Mann Linientruppen und einer Anzahl Freiwilliger geraden Weges gegen die Hauptſtadt auf, von der er wußte, daß ſie nur durch Gewalt und Schrecken unter der Botmäßigkeit des Tyrannen gehalten

wurde, gegen den er mit ſeinen Kampfgefährten ſich erhoben hatte, durchzog das menſchenleere Alemtejo, ohne auf den geringſten Widerſtand zu ſtoßen, nahm die Stadt Setuval, wo ihm ein migueliſtiſches Corps den Weg zu verlegen ſuchte, mit Sturm und ſprengte am 23. Juli einen in der Eile zuſammengerafften Haufen von 4000 Mann, den ihm der ſcheußliche Tellez Jordao — das Werkzeug Dom Miguels bei ſeinen ſchändlichſten Gewaltthaten — von Liſſabon entgegenführte, auf dem linken Ufer des Tejo im erſten Augenblicke des Zuſammentreffens auseinander. Der feige und unfähige Herzog von Cadaval, den Dom Miguel während ſeiner Abweſenheit von der Hauptſtadt in derſelben zu ſeinem Stellvertreter ernannt hatte, ergriff, ohne einen Angriff abzuwarten, mit den Truppen, die er noch zu ſeiner Verfügung hatte, die Flucht, worauf das Volk die Kerker der politiſchen Gefangenen erbrach, von dieſen geleitet ſich des Forts Joao und der im Arſenal befindlichen Waffenvorräthe bemächtigte und Donna Maria II. als Königin ausrief, ehe der ſiegreiche Villaflor noch Zeit gehabt hatte, über den breiten Strom zu ſetzen, der ihn von Liſſabon trennte. Erſt am folgenden Nachmittage hielt der Herzog von Terceira unter unermeßlichem Jubel alles Volkes ſeinen Einzug in die Hauptſtadt, in der vier Tage ſpäter auch Dom Pedro eintraf, der jetzt als Regent im Namen ſeiner Tochter die Zügel der Regierung ergriff, indem er die Vollmachten, die bis dahin der Marquis von Palmella gehabt hatte, für erloſchen erklärte.

Die Erwartung war allgemein, daß der Bürgerkrieg in Kurzem beendigt ſeyn würde, da der Beſitz von Liſſabon bisher immer das Schickſal von Portugal entſchieden hatte. Man vergaß dabei nur, daß die große Mehrheit des portugieſiſchen Volkes längſt aufgehört hatte, Dom Pedro als einen einheimiſchen Fürſten zu betrachten, und daß ſeine Landung an der Spitze eines großentheils aus Fremden zuſammengeſetzten Heeres dem Volke in der That nur als ein vom Auslande bewirkter feindlicher Einfall erſcheinen konnte, den alle gute Portugieſen mit vereinten Kräften abwehren mußten. An Dom Miguels gutem Rechte konnte die Maſſe nicht zweifeln, da die Anſprüche des Infanten derſelben nie anders als in dem vortheilhafteſten Lichte dargeſtellt waren. Dazu kam, daß die Geiſtlichkeit, die in Dom Pedro den Vertreter einer neuen, mit ihrer alten Herrſchaft über die Gemüther nicht zu vereinigenden Ordnung ſah, ihren ganzen Einfluß aufbot, um den bitterſten Haß gegen den unter dem Schutze der ketzeriſchen Engländer und der verhaßten Franzoſen in ſein Vaterland ein-

brechenden Abtrünnigen zu verbreiten. Die Eroberung von Liſſabon brachte daher beſonders in den innern, von der modernen Bildung wenig berührten Theilen des Landes ſo gut als gar keine Wirkung hervor; und wenn Dom Pedro darauf rechnete, daß dieſes ſich ſofort von dem blutigen Unterdrücker ſeiner öffentlichen Freiheit losſagen würde, ſo zeigte er nur, wie wenig er die Geſinnungen und die Zuſtände der Nation kannte, die er durch ſeine Geſetzgebung zu beglücken gedachte. Dom Miguel erhielt die Nachricht von dem Verluſte ſeiner Hauptſtadt in ſeinen Linien vor Oporto an dem Tage nach einem allgemeinen Sturme, den er auf den Rath des vor Kurzem erſt in ſeine Dienſte getretenen franzöſiſchen Marſchalls Bourmont unternommen und der mit großem Verluſte abgeſchlagen worden war. Er entſchloß ſich ſogleich, die Belagerung von Oporto aufzuheben, vor dieſem Platze nur ein zur Beobachtung deſſelben hinreichendes Corps zurückzulaſſen und mit ſeiner ganzen übrigen Macht in Eilmärſchen nach dem Süden aufzubrechen, um, was es auch koſten möge, die verlorene Hauptſtadt wieder zu gewinnen. Als er vor Liſſabon ankam, war dieſe große Stadt jedoch bereits durch die Befeſtigungen, die Dom Pedro ohne Zeitverluſt hatte aufführen laſſen, gegen einen Handſtreich geſchützt; die Beſatzung war durch die von Oporto herbeigezogenen Truppen auf nahe an 10,000 Mann gebracht, und mehrere Tauſend bewaffnete Bürger ſtanden bereit, ihre Anſtrengungen mit jenen des regelmäßigen Heeres zu der Vertheidigung ihrer Ringmauern zu vereinigen. Es wiederholte ſich jetzt an den Ufern des Tejo daſſelbe Schauſpiel, welches bisher ſeinen Schauplatz an der Mündung des Douro gehabt hatte. Es wurden eine Menge Gefechte geliefert, die bald zu dem Vortheile der einen, bald zu jenem der andern Partei ausfielen; und da Dom Pedro jetzt die reichen Hülfsmittel einer Stadt von nahe an 300,000 Einwohnern zu ſeiner Verfügung hatte, die ſobald nicht zu erſchöpfen waren, und ihm überdies durch ſeine Flotte die Verbindung mit der See offen gehalten wurde, ſo hätte ſich kein Ende des Kampfes abſehen laſſen, wenn nicht nach dem Tode Ferdinands VII. in Spanien eine Veränderung eingetreten wäre, die Dom Miguel nicht allein jede Unterſtützung entzog, auf welche er bisher von dieſer Seite rechnen konnte, ſondern ihn auch in offene Feindſeligkeiten mit dem Nachbarſtaate verwickelte, der bei all ſeiner eigenen inneren Zerrüttung doch noch Macht genug beſaß, um ihn durch entſchiedene Parteinahme für ſeinen Gegner zu erdrücken. Der beträchtliche Theil des hohen portugieſiſchen Adels, der bisher zu ihm gehalten hatte, gab ſeine Sache

Digitized by Google

auf, ſo wie durch die Parteinahme Spaniens die Wagſchale ſich zu Gunſten ſeines Bruders oder ſeiner Nichte zu neigen anfing. Zuerſt fielen die Silveiras in Tras os Montes von ihm ab, die er durch undankbare Zurückſetzung eines ihrer Familienhäupter von ſich entfernt hatte; und in der Gebirgslandſchaft, die von jeher die unerſchütterlichſte Anhänglichkeit an die Sache des unbeſchränkten Königthumes bewieſen, erſchienen jetzt conſtitutionelle Guerillas, die überall die migueliſtiſchen Behörden vertrieben und die Königin Donna Maria ausriefen. Um dieſelbe Zeit, im März 1834, nahm der tapfere Napier die Hafenplätze Caminha und Viana in der Provinz entre Minho e Douro, und bald darauf erklärte ſich Braga, die Hauptſtadt der Provinz, für Dom Pedro. Das Beobachtungscorps, welches vor Oporto aufgeſtellt war, löſ'te ſich auf; der Herzog von Terceira, der den Befehl in dieſer Stadt erhalten hatte, brach aus derſelben hervor, überſchritt bei Lamego den Douro und rückte gegen Coimbra vor, wo er ſich mit Napier vereinigte, der inzwiſchen mit einigen Hundert Mann bei Figueira gelandet war und dieſen wichtigen Hafen durch einen kecken Ueberfall weggenommen hatte. Von Coimbra drang er, die migueliſtiſchen Truppen, welche jenen Platz ohne Widerſtand geräumt hatten, vor ſich hertreibend, im Rücken der Stellung, die Dom Miguel mit ſeinem Heere noch vor Liſſabon inne hatte, bis über die kleine Stadt Thomar hinaus, wo er dem ſpaniſchen General Rodil die Hand bot, der in Folge eines am 23. April unter der Mitwirkung von Frankreich und England zwiſchen der Königin Regentin von Spanien und dem Regenten von Portugal Dom Pedro geſchloſſenen Bundesvertrages mit einer 7000 Mann ſtarken Heeresabtheilung die portugieſiſche Grenze überſchritten hatte, um den aus Spanien verbannten Kronprätendenten Don Carlos zu verfolgen, der ſeit zwei Jahren in Portugal verweilte und von hier aus durch ſeine Proteſtationen und Bekanntmachungen ſeine Anſprüche auf den ſpaniſchen Thron geltend machte. Um in ſeiner Stellung bei Santarem nicht von allen Seiten eingeſchloſſen zu werden, zog ſich Dom Miguel mit dem Reſte ſeines durch Verluſte vor dem Feinde, Krankheiten und Fahnenflucht ſehr geſchwächten Heeres über den Tejo nach Evora, wo er, von allen ſeinen bedeutendern Anhängern verlaſſen, mit ſeinem Bruder Unterhandlungen anzuknüpfen verſuchte, von dieſem aber ſtrenge und ſtolz zurückgewieſen, ſehr zufrieden war, als er durch eine zwiſchen den Oberbefehlshaber der ihm noch treu gebliebenen Truppen General Lemos und dem Herzoge von Terceira am 26. Mai zu Evoramonte geſchloſſene Uebereinkunft gegen das ſchriftlich von ihm ausgeſtellte

Digitized by Google

Verſprechen, daß er „ſich nie wieder in die Angelegenheiten des Königreiches miſchen wolle, die Erlaubniß erhielt, ſich nach jedem Orte außerhalb der pyrenäiſchen Halbinſel zu begeben, wohin es ihn beliebte, und daſelbſt das ihm ausgeſetzte Jahrgehalt von 60 Contos de reis oder 100,000 Reichsthalern unangefochten zu verzehren. So wie Dom Miguel, ſo wurde auch ſeinem Freunde und Verbündeten Don Carlos geſtattet, Portugal ohne perſönliche Kränkung und Gefährde zu verlaſſen; beide gingen an Bord brittiſcher Schiffe, die den einen — Don Carlos — nach England, den andern — Dom Miguel — nach Italien überführten.

Dom Pedro hatte die Regentſchaft im Namen ſeiner Tochter von Anfang nur unter dem Vorbehalte übernommen, daß er in derſelben nach den Beſtimmungen der von ihm im Jahre 1826 verliehenen Verfaſſung durch die Cortes beſtätigt würde. Es waren kaum vierzehn Tage nach ſeiner Ankunft zu Liſſabon vergangen, als er die Stände zu einem außerordentlichen Reichstage einberief und die Wahlen zur Abgeordnetenkammer in aller Form ausſchrieb. Die Ausführung dieſer Maßregel war damals unmöglich, weil das ganze Land mit Ausnahme der beiden Städte Liſſabon und Oporto und einiger kleinen Orte in Algarbien noch der Gewalt Dom Miguels unterworfen war. So wie der Vertrag von Evoramonte den Bürgerkrieg beendet hatte, verlor Dom Pedro jedoch keinen Augenblick die Reichsverſammlung von neuem einzuberufen, und zwei wichtige Verordnungen, die er gleichzeitig erließ, bezeichneten die Richtung, in der er, ſo weit dies von ihm abhing, die öffentlichen Angelegenheiten zu leiten entſchloſſen war. Durch die erſte dieſer Verordnungen, welche die Aufhebung ſämmtlicher Mönchsklöſter verfügte, wurde eines der weſentlichſten Hinderniſſe beſeitigt, welche jeder freien geiſtigen Entwickelung in Portugal entgegenſtanden. Die andere, durch welche die ſogenannte Weincompagnie von Oporto aufgehoben wurde, war ſcheinbar von geringerer Bedeutung, wie ihre unmittelbare Wirkſamkeit ſich denn in der That auf einen nicht allzu ausgedehnten Theil des Königreiches — die Uferlandſchaften zu beiden Seiten des Douroſtromes — beſchränkte. Aber in dieſen befreite die Verordnung den Anbau des Bodens von den drückendſten Feſſeln, die auf dem Landbau vielleicht jemals in irgend einem Lande gelaſtet haben; und außerdem war ſie der erſte Schritt zur Abwerfung des Joches, unter dem der portugieſiſche Handel und Gewerbfleiß ſeit länger als einem Jahrhunderte von England gehalten wurde. Denn die Weingeſellſchaft von Oporto war eine der vornehmſten Stützen des

Digitized by Google

Syſtemes der Colonialpolitik, nach dem der brittiſche Einfluß die gegenſeitigen Beziehungen zwiſchen England und Portugal geordnet hatte. Durch beide Verordnungen überſchritt Dom Pedro allerdings die Befugniſſe, die ihm nach dem Buchſtaben des Geſetzes als conſtitutionellem Regenten zukamen, aber ſie wurden durch die Nothwendigkeit gerechtfertigt, dem portugieſiſchen Volke eine Bürgſchaft zu geben, daß die blutigen Opfer, die es gebracht, durch etwas mehr vergolten werden ſollten, als durch einen bloßen Wechſel in den Perſonen, die es regierten, und in den Formen, nach denen es regiert wurde. Gegen die beſiegten Feinde übte Dom Pedro eine Großmuth, die zwar eben ſo ſehr durch die Politik, wie durch die Menſchlichkeit geboten war, ihm aber dennoch zur höchſten Ehre gereichte, wenn man bedenkt, wie ſelten von jeher die Beiſpiele menſchlicher Schonung in den bürgerlichen Entzweiungen der pyrenäiſchen Halbinſel waren, und wie furchtbare Verfolgungen ſeine Anhänger erfahren hatten, ſo lange die Gegner ſich im Beſitze der Gewalt behaupteten. Daß die hochadligen Herren, die Dom Miguel bei ſeinem Umſturze der Verfaſſung unterſtützt hatten, aus der Pairskammer ausgeſtoßen wurden, war keine Handlung der Rache, ſondern eine einfache Vorſichtsmaßregel, da man die Großmuth unmöglich ſo weit treiben konnte, dem kaum überwundenen Feinde einen weſentlichen Antheil an der höchſten Gewalt zu überlaſſen, damit er von derſelben auf's Neue zum Verderben des Vaterlandes Gebrauch mache. Auch nach der Herſtellung der äußern Ruhe waren in Portugal noch ſo viele Keime der Zerrüttung vorhanden, daß man wahrlich keine Urſache hatte, zu denſelben ohne Noth neue hinzuzufügen. Selbſt einem ſo kraftvollen, durch das Unglück geläuterten und veredelten Charakter, wie Dom Pedro, würde es nicht ohne ſchwere Kämpfe gelungen ſeyn, die Entwickelung, der er kühnen Muthes die Bahn gebrochen, zu einem gedeihlichen Ziele zu führen. Aber es war dem hochherzigen Helden nicht beſchieden, das Werk zu vollenden, das er unter Schwierigkeiten begonnen hatte, die wohl geeignet waren, auch einen muthigen Mann zurückzuſchrecken. Am 15. Auguſt 1834 eröffnete er bei bereits wankender Geſundheit den Reichstag mit einer Rede, in der er ohne Prahlerei und ohne Uebertreibung darlegte, was er gethan, um das Land aus der greuelvollen Gewaltherrſchaft eines entarteten Bruders zu erretten. Allgemeiner begeiſterter Beifall nahm die Worte des edeln Fürſten auf, und beide Kammern beſtätigten ihn am 28. Auguſt beinahe einmüthig in dem Amte eines Regenten, das nur wenige vereinzelte Stimmen mit Beſchränkungen zu umgeben riethen, welche

Digitized by Google

die Geſammtheit nach Abrechnung dieſer Wenigen als gleich unwürdig des portugieſiſchen Volkes, wie ſeines Befreiers verwarf. Wenige Tage ſpäter wurde Dom Pedro auf das Krankenlager niedergeworfen, von dem er ſich nicht wieder erheben ſollte. Bereits am 18. September war er genöthigt, die Regentſchaft niederzulegen; am 19. nahm er vom Heere Abſchied, das ihn mit aufopfernder Hingebung durch ſo viele Gefahren geleitet hatte, indem er von jedem der in Liſſabon ſtehenden Regimenter einen Soldaten an ſein Bette rufen ließ, ihn umarmte und beauftragte, ſeinen Kameraden das letzte Lebewohl ihres ſterbenden Führers zu überbringen, und am 24. gab er ſeinen Heldengeiſt auf, glücklich, daß er auf der Höhe ſeines Ruhmes nach der Vollendung des Werkes, an das er die volle, angeſtrengteſte Kraft ſeines blühenden Mannesalters geſetzt, von einem Schauplatze abberufen wurde, auf dem er bei längerem Leben den bitterſten Enttäuſchungen nicht hätte entgehen können. Portugal war frei, und die portugieſiſche Nation hatte es nur ſich ſelbſt zuzurechnen, wenn ſie von der Freiheit nicht den Gebrauch machte, der am beſten geeignet war, zu ihrem Wohle und Heile zu führen.

Der Vertrag vom 23. April 1834, der mehr noch durch ſeinen ſittlichen Einfluß, als durch die der conſtitutionellen Partei unmittelbar gewährte Hülfe in dem portugieſiſchen Bürgerkriege den Ausſchlag gab, war das politiſche Vermächtniß des Fürſten Talleyrand, der mit ſtolzer Befriedigung von ſeiner langen, vielfach wechſelnden Laufbahn zurücktrat, nachdem er die große Aufgabe gelöſ't hatte, die er ſeit der Julirevolution als das letzte Ziel ſeiner diplomatiſchen Thätigkeit verfolgte. Ein Bund zwiſchen England und Frankreich, wie der Vertrag ihn ausſprach, war, wenn beide Theile denſelben aufrichtig meinten, ein Ereigniß von weltgeſchichtlicher Bedeutung. Nirgend in Europa durfte das Schwert gezückt werden, wenn England und Frankreich vereint dies zu hindern entſchloſſen waren. Keine politiſche Frage von allgemeiner Wichtigkeit wäre gegen den Willen der beiden Mächte entſchieden worden; ſie hätten es in ihrer Gewalt gehabt, die Geſchicke der Völker zu beſtimmen und die Entwickelung der Menſchheit zu leiten. Aber ein ſo rieſenhafter Plan lag außerhalb Talleyrands Geſichtskreiſe; ſein Zweck war nur, durch den brittiſchen Bund Frankreich vor der Gefahr eines Angriffes von Seiten der großen Mächte des Feſtlandes zu ſichern, und er ſetzte ſeinen Ruhm darein, dieſen Zweck ſo billigen Preiſes zu erreichen, als möglich. Durch den Vierbundvertrag vom 23. April verpflichtete ſich Dom Pedro als Regent

Digitized by Google

von Portugal, alle ihm zu Gebote ſtehende Mittel anzuwenden, um den Infanten Don Carlos aus den portugieſiſchen Beſitzungen zu vertreiben; die Königin-Regentin von Spanien machte ſich verbindlich, ein ſpaniſches Truppencorps zur Unterſtützung Dom Pedro's in Portugal einrücken zu laſſen, und England verſprach, einen Theil ſeiner Seemacht zu dem gleichen Zwecke zu verwenden; nur Frankreich übernahm gar keine beſtimmte Verpflichtung, indem ſich der König der Franzoſen bloß dazu anheiſchig machte, zu thun, was er ſelbſt in Gemeinſchaft mit ſeinen erlauchten Verbündeten beſchließen würde, und was je nach den Umſtänden möglicher Weiſe ſehr viel, aber eben ſo gut auch gar nichts ſeyn konnte. Unglücklicher Weiſe iſt es das gemeine Loos der zu weit getriebenen Schlauheit, daß ſie zuletzt gewöhnlich damit endigt, ſich ſelbſt zu überliſten. Es war Talleyrand zwar gelungen, England in einen Bund hineinzuziehen, in dem England allein eine wirkliche Laſt übernahm, während Frankreich nur zum Scheine Erwartungen erregte und in der That völlig freie Hand behielt. Damit war aber viel weniger gewonnen, als der greiſe Diplomat ſich einbilden mochte; denn er hatte durch die unbeſchränkte Freiheit, die er dem franzöſiſchen Cabinette vorbehielt, nur dieſem ſelbſt eine Falle gelegt, da es ſich von ſelbſt verſtand, daß der Bund getrennt war, ſobald Frankreich ſich den billigen Anſprüchen entzog, die aus demſelben hervorgingen, und da ſich vorherſehen ließ, daß von Seiten Englands die bitterſte Feindſeligkeit an die Stelle der jungen Freundſchaft treten würde, ſobald die Erwartungen getäuſcht wurden, zu denen man ſich durch den Bund berechtigt hielt. Die Treuloſigkeit, die als geheimer Vorbehalt in dem Vierbundvertrage verborgen lag, war der Grundgedanke, der Talleyrand bei allen Beſtrebungen ſeiner Sendung an dem brittiſchen Hofe leitete. Denn zu derſelben Zeit, während er ſich auf das Angelegentlichſte um die brittiſche Freundſchaft bemühte, verrieth er zugleich die wichtigſten brittiſchen und franzöſiſchen Intereſſen, um den Haß des Zaaren gegen die neue franzöſiſche Dynaſtie zu verſöhnen und für den Fall, daß ſich kein dauerndes brittiſches Bündniß ſchließen ließe, die Ausſicht auf eine Vereinigung mit Rußland zu eröffnen. Bei ſeiner Ankunft zu London waren die Conferenzen über die griechiſche Frage wieder aufgenommen worden, wozu er bereitwillig die Hand geboten hatte, weil er darin ein Mittel ſah, ſich ſelbſt wieder, wie einſt auf dem Wiener Congreſſe, eine Stimme in den europäiſchen Angelegenheiten zu ſichern. Frankreichs Intereſſe, wie das brittiſche und jenes aller übrigen europäiſchen Mächte, mit der einzigen Aus-

Digitized by Google

nahme Rußlands, war es offenbar, das freie Griechenland zu einer möglichſt hohen Stufe der Macht zu erheben, weil bei der unvermeidlich bevorſtehenden Auflöſung des osmaniſchen Reiches nur dadurch eine Wiederholung des beklagenswerthen Schauſpieles der polniſchen Theilungen im Oriente verhindert werden konnte, daß ein ſtarkes griechiſches Reich bereit war, das erledigte Erbe anzutreten. Ein ſchwaches, in ſich zerfallenes Griechenland konnte bei dem Uebergewichte, welches der ruſſiſche Einfluß in demſelben erlangen mußte, nur dazu dienen, die einſtige Ausdehnung der ruſſiſchen Grenzen bis zu den Geſtaden des Archipels und des joniſchen Meeres vorzubereiten. Mit welchem Anſcheine großmüthigen Eifers das St. Petersburger Cabinet ſich auch ſeit dem Jahre 1826 der Sache des unglücklichen Hellenenvolkes angenommen hatte, ſo konnte es doch dem ſchärferen Blicke unmöglich verborgen bleiben, daß der wahre Zweck aller dieſer uneigennützigen Bemühungen kein anderer war, als die Griechen nach ihrer Befreiung vom türkiſchen Joche in eine Lage zu verſetzen, die es denſelben unmöglich machte, auf die Dauer ein unabhängiges Daſeyn zu behaupten. Unter dieſen Umſtänden wäre es die Pflicht Talleyrands geweſen, ſich auf das Engſte mit dem brittiſchen Bevollmächtigten in der Conferenz zu verbinden, um den ruſſiſchen Planen entgegenzuwirken. Aber für den Fürſten der Diplomatie hatte der geringſte Vortheil, den der Augenblick bot, einen höheren Werth, als die wichtigſte Entſcheidung, die in einer noch fernen Zukunft bevorſtand. Er wandte deshalb ſeinen ganzen Scharfſinn an, um die geheimen Abſichten des ruſſiſchen Cabinettes zu erforſchen, und kam dieſem mit einer Dienſtbefliſſenheit entgegen, die, wenn ſie nicht hinreichend war, die Abneigung des Kaiſers Nicolaus gegen das revolutionaire Frankreich zu mildern, doch jedenfalls dem Vertreter der franzöſiſchen Intereſſen in London ein wohlwollendes Lächeln von Seiten des mächtigen Selbſtherrſchers eintragen mußte *).

Die Schlacht bei Navarino hatte das Land und Volk der Hellenen in einem Zeitpunkte vom Untergange gerettet, in dem ſelbſt die kühnſten und tapferſten Streiter für die Freiheit jede Hoffnung aufzugeben anfingen. Schon hatten die Bevölkerungen des Feſtlandes mit

*) Capefigue, der größte Lobredner Talleyrand's, ſagt in ſeinem Werke l'Europe depuis l'avènement de Louis Philippe (T. VI. pag. 6.): M. de Talleyrand, très peu aimé à St. Pétersbourg, mettait de la coquetterie à se rapprocher de l'empereur Nicolaus par certaines concessions, und pag. 7.: toutes les idées de Pétersbourg sont soigneusement recherchées et acceptées!

Ausnahme weniger Tauſend Palikaren, die nach der Halbinſel Morea entwichen waren, ſich der Botmäßigkeit der Pforte unterworfen; der größte Theil von Morea war in eine Wüſte verwandelt, in der die ſpärlichen Bewohner mit Kummer und Mühe ihr Leben friſteten; die Inſeln waren durch die Anſtrengungen eines ſiebenjährigen Kampfes auf das Aeußerſte erſchöpft und, wenn auch ihr Muth nicht gebrochen war, doch durch das Verſiegen ihrer materiellen Hülfsmittel außer Stand geſetzt, den Krieg mit der Kraft, mit der ſie ihn begonnen, länger fortzuführen. Auf der andern Seite hatte Ibrahim Paſcha, der mit ſeinen Aegyptern die Herſtellung der Ruhe in Morea übernommen, erſt vor Kurzem wieder anſehnliche Verſtärkungen erhalten, durch welche die Verluſte ausgeglichen wurden, die er während der früheren Feldzüge erlitten; und die Stunde der letzten Entſcheidung ſchien daher mit unabwendbarer Gewalt näher und näher heranzurücken, als die Dazwiſchenkunft der großen Mächte einen Umſchwung in der Lage der Dinge herbeiführte, der, wenn er auch nicht alle Beſorgniſſe für die Zukunft entfernte, doch die dringendſte und drohendſte Gefahr des Augenblickes mit einem Schlage zerſtreute. Ibrahim Paſcha mußte nach der Zerſtörung ſeiner Flotte ein ähnliches Schickſal auch für ſeine Landmacht fürchten, die, wie er wohl wußte, regelmäßigen europäiſchen Truppen eben ſo wenig gewachſen war, wie ſeine Seemacht den europäiſchen Kriegsſchiffen. Er räumte daher die gebietende Stellung, die er zu Tripolitſa im Herzen von Morea inne hatte, und zog ſeine Streitkräfte am ſüdlichen Geſtade der Halbinſel zuſammen, deren Eroberung für ihn zur Unmöglichkeit geworden war, ſobald die europäiſchen Mächte ihre ſchützende Hand über dieſelbe ausſtreckten. Die Griechen, von der ſchwerſten Laſt, die ſie zu Boden drückte, befreit, athmeten wieder auf; und nachdem ſie ſich überzeugt hatten, daß die Aegypter nicht mehr daran dachten, die vertheidigende Stellung zu verlaſſen, in die ſie ſich zurückgezogen, beſchloſſen ſie ihrerſeits, von neuem angriffsweiſe zu Werke zu gehen. Zwei Heereszüge, beide freilich im kleinſten Maßſtabe, wurden veranſtaltet, der eine unter dem engliſchen General Church, der zum Oberbefehlshaber der geſammten griechiſchen Landmacht ernannt war, nach dem weſtlichen Feſtlande, um die Bewohner dieſer von den Türken nur ſchwach beſetzten Gegenden zu neuer Theilnahme an dem Befreiungskampfe aufzuregen, der andere unter dem franzöſiſchen Obriſten Fabvier nach der Inſel Chios, um die unglücklichen Chioten in ihre Heimath zurückzuführen, die bei der Verheerung ihrer Inſel der Sclaverei und dem Schwerte des Feindes durch die

Flucht entgangen waren. Wichtiger als beide Unternehmungen, denen es zum Gelingen an dem erforderlichen Nachdrucke fehlte, war die Ankunft des Grafen Johann Kapodiſtrias, der, bereits im April 1827 durch den Congreß von Damala zum Präſidenten des griechiſchen Freiſtaates erwählt, ſich nicht ſonderlich beeilt hatte, dem ehrenden, aber gefahrvollen Rufe zu folgen, weil er einſah, daß ſeine perſönliche Anweſenheit allein wenig helfen konnte, wenn er nicht zugleich eine Bürgſchaft für kräftige Unterſtützung von Seiten der Mächte mit ſich brächte. Er hatte ſich deshalb zuvörderſt nach St. Petersburg und von da nach längerem Verweilen nach London und Paris begeben, um, wie er ſelbſt der vom Congreſſe eingeſetzten vorläufigen Regierung meldete, vor allen Dingen Griechenland in ein ſicheres Verhältniß zu den großen europäiſchen Mächten zu ſtellen, und traf, nachdem über dieſen Verhandlungen beinahe der ganze Reſt des Jahres vergangen war, nicht eher als am 18. Januar 1828 an Bord eines brittiſchen Kriegsſchiffes in dem Hafen von Navplia ein. Das Erſcheinen des Mannes, auf den man ſeit beinahe einem Jahre gewohnt war als auf den einzigen Retter des Landes hinzublicken, brachte eine an das Wunderbare grenzende Wirkung hervor. Aller Haß, aller Neid, aller Groll, der die Griechen in ihrem tiefen Elende entzweit hatte, war vergeſſen; alle Parteien vereinigten ſich, um dem Präſidenten ihre unbedingte Ergebenheit zu bezeugen. Die wilden Häuptlinge, die der vorläufigen Regierung den Gehorſam verweigert und ſich mit Gewalt der Waffen im Beſitze der Forts von Navplia behauptet hatten, räumten auf den erſten Wink des Präſidenten ihre uneinnehmbaren Feſten. Die bewaffneten Banden der Wegelagerer, die, ſtatt die Türken zu bekämpfen, es vorzogen, ihre eigenen Landsleute zu plündern, erklärten ſich bereit, den Befehlen des Präſidenten Folge zu leiſten und ihre Kräfte der Vertheidigung des Vaterlandes zu widmen. Der Landmann wagte es, ſeine brachliegenden Felder wieder zu beſtellen; der Hirt weidete die Reſte ſeiner Heerden in Sicherheit. Die Mitglieder der vorläufigen Regierung legten, ſo wie Kapodiſtrias der geſetzlichen Vorſchrift gemäß die Verfaſſung beſchworen, ihre Gewalt in ſeine Hände nieder; und ſonderbar genug folgte auch der Senat dieſem Beiſpiele, der durch die Verfaſſung der Regierung als berathende und beaufſichtigende Behörde an die Seite geſetzt war. An die Stelle des Senates trat eine neue Behörde, das Panhellenion, deſſen Mitglieder der Präſident ſelbſt ernannte, und deſſen Thätigkeit vorläufig nur bis zum Zuſammentritte der Nationalverſammlung dauern ſollte, welche

der Präſident, einem Beſchluſſe des Senates gemäß, zum 1. April des laufenden Jahres einzuberufen verſprach. Dieſe wichtige Veränderung, die eine offenbare Verfaſſungsverletzung enthielt, war durch eine ausdrückliche Forderung des Präſidenten veranlaßt, der verlangte, daß ihm für das Erſte vollkommen freie Hand gelaſſen werde, weil er nur unter dieſer Bedingung die großen Dinge zu vollbringen vermöge, die er für das Vaterland zu wirken beabſichtige, und unter denen er namentlich die Vertreibung der Türken ohne fremde Hülfe obenanſtellte. Als der 1. April herankam, war von einer Einberufung der Nationalverſammlung nicht mehr die Rede; dagegen trat mit um ſo ſchärferer Beſtimmtheit der Plan hervor, den Kapodiſtrias lange vor ſeiner Ankunft in Griechenland entworfen hatte, an die Stelle der freien Einrichtungen, welche die Verfaſſung begründet, und die zum Theile ſogar ſchon unter dem türkiſchen Regimente beſtanden hatten, eine der ruſſiſchen Regierungsweiſe nachgebildete Willkürherrſchaft zu ſetzen. Er ernannte außerordentliche Commiſſaire zur Verwaltung der Provinzen mit Vollmachten, die ihnen eine beinahe unbeſchränkte Gewalt gaben; er ließ durch dieſe Commiſſaire die Demogeronten oder Gemeindevorſteher ernennen, die ſelbſt unter den Türken immer von den Einwohnern aus ihrer Mitte gewählt waren; er verſuchte es, freilich vergeblich, eine regelmäßige Aushebung von Mannſchaften für das Heer einzuführen, die eben ſo ſehr allen Sitten und Gewohnheiten des griechiſchen Volkes, wie den Geſetzen widerſprach; er verletzte nicht allein die beſtehenden Geſetze, ſondern die erſten von allen gebildeten Nationen anerkannten Rechtsgrundſätze, indem er den Verſuch machte, die bewaffneten Fahrzeuge, die das Privateigenthum ihrer Rheder waren, wider den Willen ihrer Beſitzer als Eigenthum des Staates zu behandeln. Darin hatte Kapodiſtrias unzweifelhaft Recht, wenn er in der Lage, in der Griechenland ſich befand, die Anwendung einer kräftig durchgreifenden oberſten Gewalt für unumgänglich nothwendig hielt; nur hätte er nicht vergeſſen dürfen, daß Geſetzwidrigkeiten unter allen Umſtänden bloß durch die unabweislichſte, Jedermann klar vor Augen liegende Nothwendigkeit ſich rechtfertigen laſſen; und daß die Hand, die ſich, ſey es auch zur Rettung des Vaterlandes, gegen die Geſetze eine willkürliche Gewalt anmaßt, frei von allen menſchlichen Schwächen ſeyn muß, wenn ſie nicht den Verdacht niedriger ſelbſtiſcher Zwecke auf ſich ziehen will. Graf Kapodiſtrias war aber, obwohl gewiß von den beſten Abſichten durchdrungen, ſo wenig frei von Schwächen, daß er durch ſein herriſches Weſen die tüchtigſten und edelſten Männer

Digitized by Google

von ſich zurückſtieß, während er ein Heer von Verwandten und Günſtlingen ohne alle Befähigung und ohne ein anderes Verdienſt als das einer blinden Ergebenheit gegen ſeine Perſon oder einer knechtiſchen Unterwürfigkeit unter ſeinen Willen zu den bedeutendſten Stellen im Staate emporhob. Dennoch blieb die große Mehrheit des Volkes ihm aufrichtig zugethan, weil ſie ihm die Ruhe und Sicherheit verdankte, die ſie zuerſt unter ſeiner Verwaltung kennen gelernt hatte. Man machte ihm keinen Vorwurf daraus, daß er ſein Verſprechen nicht halten konnte, den griechiſchen Boden ohne fremde Hülfe vom Feinde zu befreien, und war vielmehr geneigt, es ihm zum Verdienſte anzurechnen, als die Räumung der Halbinſel Morea durch die Maßregeln bewirkt wurde, über welche die großen Mächte ſich nach langen und weitläufigen Verhandlungen durch das Protocoll vom 19. Juli 1828 vereinigt hatten. Der brittiſche Admiral Codrington hatte Ibrahim Paſcha bereits im Mai aufgefordert, Morea freiwillig zu verlaſſen, weil die Mächte entſchloſſen wären, die Räumung der Halbinſel nöthigenfalls mit allen ihnen zu Gebote ſtehenden Mitteln zu erzwingen. Der ägyptiſche Feldherr erklärte ſich außer Stande, auf dieſes Anſinnen einzugehen, indem er auf einen Befehl des Sultans verwies, der allen Paſcha's zur Pflicht machte, die ihnen anvertrauten Poſten mit der äußerſten Beharrlichkeit zu behaupten. Die franzöſiſche Regierung rüſtete jetzt der zwiſchen den Mächten getroffenen Uebereinkunft gemäß ein Heer, um die Aegypter mit Gewalt zu vertreiben. Das brittiſche Cabinet, welches mit der franzöſiſchen Einmiſchung nicht all zu wohl zufrieden war, beſchloß derſelben durch ihre eigene vermittelnde Thätigkeit zuvorzukommen. Admiral Codrington erſchien daher zu Anfange des Auguſt mit ſeiner Flotte vor dem Hafen von Alexandrien und beſtimmte theils durch gütliche Vorſtellungen, theils durch Drohungen den Vicekönig von Aegypten, einen Vertrag zu unterzeichnen, in deſſen Folge er ſeine Truppen aus Morea zurückrief. Auf der andern Seite wollten ſich die Franzoſen die Ehre nicht entgehen laſſen, durch ihre Waffen die Rettung Griechenlands entſchieden zu haben; ſie beſchleunigten deshalb ihre Rüſtungen ſo, daß beinahe gleichzeitig mit den Transportſchiffen von Alexandria, welche die Aegypter nach ihrer Heimath zurückführen ſollten, auch das Geſchwader an der ſüdlichen Küſte von Morea eintraf, das die erſte Abtheilung des franzöſiſchen Hülfsheeres an Bord hatte. General Maiſon, der die Franzoſen befehligte, war gerade zu rechter Zeit gekommen, um Zeuge zu ſeyn, wie Ibrahim Paſcha mit ſeinen Truppen, die ſich noch auf

Digitized by Google

20,000 Mann belieſen, ſich nach Aegypten einſchiffte. Unnütz war inzwiſchen die Anweſenheit des franzöſiſchen Heeres keinesweges. Ibrahim Paſcha hatte die feſten Plätze, die in ſeinem Beſitze waren, bei ſeinem Abzuge in gutem Vertheidigungszuſtande verlaſſen, indem er erklärte, daß er dieſelben, da er ſie für den Sultan inne gehabt habe, nicht ohne deſſen Befehl einer fremden Macht übergeben könne. Die Griechen würden mit ihren Mitteln ſchwerlich im Stande geweſen ſeyn, einen einzigen dieſer Plätze zu bezwingen. Die Franzoſen fanden geringe Schwierigkeiten, da die Beſatzungen ſich zwar weigerten, auf die erſte Aufforderung die Thore zu öffnen, dabei aber dennoch aus dem ſeltſamen Grunde auf jeden Widerſtand verzichteten, weil die Pforte mit Frankreich nicht im Kriege begriffen ſey. So wurden nach einander Navarino, Modon, Koron und Patras genommen, ohne daß die Eroberer nöthig gehabt hätten, einen Flintenſchuß abzufeuern. Nur das Schloß von Morea, das mit dem gegenüberliegenden Fort von Lepanto die Einfahrt in den Meerbuſen von Lepanto beherrſcht, machte eine förmliche Belagerung erforderlich, weil die Beſatzung die Capitulation, die der türkiſche Befehlshaber in Patras geſchloſſen, für Verrath erklärte und nicht eher von einer Uebergabe etwas wiſſen wollte, als bis (am 30. October) eine gangbare Breſche in ihre alten Mauern geſchoſſen war.

Nachdem auf dieſe Weiſe Morea vom Feinde gereinigt war, wurde die Zukunft der Halbinſel, ſo wie der kleinen Inſeln, auf denen bisher hauptſächlich die Kraft des Aufſtandes geruht hatte, durch die Mächte ſicher geſtellt, indem dieſelben durch das Protocoll der Londoner Conferenz vom 16. November vorläufig die Bürgſchaft für das unabhängige Beſtehen des griechiſchen Staates innerhalb dieſer freilich ſehr beſchränkten Grenzen übernahmen, bis durch einen Vertrag mit der Pforte das Schickſal deſſelben für immer feſtgeſtellt ſeyn würde. Die franzöſiſche Regierung erbot ſich, eben ſo wie die Halbinſel Morea, auch Attika und Böotien von den Türken zu ſäubern, weil ohne den Beſitz dieſer Landſchaften die Halbinſel jedem feindlichen Anfalle offen läge. Dazu verweigerte aber das brittiſche Cabinet ſeine Zuſtimmung, weil es die bedenkliche Lage, in welche das osmaniſche Reich durch den ruſſiſchen Krieg verſetzt war, nicht durch neue Verlegenheiten verſchlimmern wollte. Das franzöſiſche Heer, welches unter dieſen Umſtänden in Griechenland nichts mehr zu thun fand, wurde daher größtentheils zurückgezogen, und es blieb nur eine Abtheilung von wenigen Tauſend Mann, deren längeren Aufenthalt Kapodiſtrias zur Unterſtützung ſeines

Digitized by Google

Anſehens gewünſcht hatte. Die Berichte der Reſidenten, die von den drei Mächten bei der griechiſchen Regierung zu Poros beglaubigt wurden, veranlaßten neue Unterhandlungen, in deren Folge die Londoner Conferenz am 22. März 1829 ein Protocoll unterzeichnete, welches inſofern jenes vom 16. November wieder umſtieß, als es die Entſcheidung über das künftige Schickſal des griechiſchen Staates, die damals noch einem endlichen Vertrage mit der Pforte vorbehalten war, ohne dieſen abzuwarten, zum voraus traf. Die Grenzen des freien Griechenlands wurden durch das Protocoll vom 22. März weiter ausgedehnt, indem beſtimmt wurde, daß dieſelben im Nordoſten bis zum Meerbuſen von Arta, im Nordweſten bis zum Meerbuſen von Volo reichen und nicht allein Akarnanien, Attika und Böotien, ſondern ſelbſt das ſchöne theſſaliſche Thal des Sperchios einſchließen ſollten. Mehr als aufgewogen wurde dieſer Vortheil aber durch die übrigen Beſtimmungen, nach denen der neue Staat an die Pforte einen jährlichen Tribut von 1,500,000 Piaſtern oder ungefähr 700,000 Reichsthalern entrichten und, obwohl in ſeiner innern Verwaltung vollkommen unabhängig, doch die Oberhoheit der Pforte anerkennen ſollte, der außerdem ein Antheil an der erſten Ernennung des erblichen Staatsoberhauptes zugeſtanden wurde. Durch daſſelbe Protocoll, welches auf dieſe Weiſe die künftigen Beziehungen Griechenlands zum osmaniſchen Reiche ordnete, machten die drei Mächte ſich verbindlich, den bereits durch den Vertrag vom 6. Juli gebotenen Waffenſtillſtand aufrecht zu halten und von den Griechen zu fordern, daß ſie unverzüglich die Feindſeligkeiten einſtellten und ihre Truppen vom Feſtlande nach Morea zurückzögen. Die Pforte, obwohl ſie bisher alle Vermittlungsvorſchläge beharrlich zurückgewieſen, hatte doch thatſächlich den Waffenſtillſtand von dem Augenblicke anerkannt, wo ſie ſah, daß die Mächte entſchloſſen waren, denſelben mit Gewalt zu erzwingen. Die Beſatzungen der feſten Plätze auf Morea hatten die Weiſung erhalten, den Franzoſen keinen Widerſtand entgegenzuſetzen; und die türkiſchen Befehlshaber auf dem Feſtlande beſchränkten ſich ungeachtet der wiederholten Angriffe und Herausforderungen, die ſie von Seiten der Griechen erfuhren, auf die ſtrengſte Vertheidigung. Es handelte ſich daher nur noch darum, auch die Griechen zur Beobachtung der Waffenruhe zu vermögen. Aber gerade um dieſe Zeit ergriff Kapodiſtrias ſeine Maßregeln, um den Krieg mit allem Nachdrucke zu führen, deſſen das erſchöpfte Griechenland fähig war. Graf Kapodiſtrias hatte unmittelbar nach ſeiner Ankunft in Griechenland keinen Hehl daraus gemacht, daß er die griechi-

ſchen Intereſſen als unauflöslich verbunden mit den ruſſiſchen betrachte. Er hatte bei ſeiner erſten Zuſammenkunft mit dem Admiral Miavlis ſich offen darüber ausgeſprochen, daß man nur nach dem Norden blicken dürfe, wenn man Freunde haben wolle. „Von dem jungen Herrn," ſagte er, den Kaiſer Nicolaus meinend, „müſſen und können wir Alles erwarten, was uns reich und geehrt machen ſoll." Von dieſer Ueberzeugung ausgehend, hielt er es für ſeine Pflicht, keine Anſtrengung zu ſcheuen, um ſich der ruſſiſchen Freundſchaft und des ruſſiſchen Schutzes würdig zu machen. Er wußte von wie hoher Wichtigkeit es für Rußland bei dem Ausbruche des ruſſiſchen Krieges mit der Pforte war, daß die türkiſchen Streitkräfte getheilt wurden, und bot deshalb Alles auf, um das ſchwache Corps des Generals Church, das ſich bis dahin mit Mühe in dem alten Akarnanien behauptet hatte, zu verſtärken. Im Spätherbſte des Jahres 1828 gelang es dem Fürſten Demetrios Hypſilantis, der mit einigen Tauſend Mann über die Meerenge von Korinth in Böotien eingebrochen war, die Türken aus Lebadia und Salona zu vertreiben. Im nächſten Frühjahre wurde das Heer auf dem Feſtlande auf 15,000 Mann gebracht, eine ſtärkere Macht, als die Griechen jemals im Felde gehabt hatten. Jetzt fielen auch die Feſten Lepanto, Meſolongi und Voniza; der wichtige Platz Preveſa am Meerbuſen von Arta, der Schlüſſel von Epiros und Albanien, wurde zur See blokirt; und die kriegeriſchen Arnauten, die dem Sultan wegen ſeiner Umgeſtaltung des alttürkiſchen Heerweſens aufſätzig waren, erhielten einen willkommenen Vorwand, zu Hauſe zu bleiben, weil ihre eigenen Grenzen bedroht wären. Die Unthätigkeit dieſes ſtreitbaren Volksſtammes machte es den Ruſſen allein möglich, den Balkan zu überſteigen und den Krieg ſiegreich zu beendigen, deſſen Ausgang immer noch zweifelhaft war, ſobald den Türken Zeit gelaſſen wurde, ihre Kräfte zu einem dritten Feldzuge zu ſammeln. Durch den Frieden von Adrianopel trat die Pforte nicht allein den Beſtimmungen des Vertrages vom 6. Juli 1827, ſondern auch jenen des Protocolls vom 22. März 1829 bei. Damit waren die letzten Zweifel gehoben, die bisher noch über das Daſeyn des neuen griechiſchen Staates beſtanden; aber die Lage, in welche derſelbe durch ſeine Zinspflichtigkeit von der Pforte verſetzt wurde, war eine ſo ungünſtige, daß die Griechen alle Urſache hatten, das zweideutige Geſchenk einer Freiheit zurückzuweiſen, von der vorherzuſehen war, daß ſie nur die Quelle neuer unabſehlicher Verwicklungen werden konnte.

Zum Glücke für Griechenland war ein Umſtand vorhanden, der

Digitized by Google

die Ausführung des Protocolls vom 22. März zur Sache der Unmöglichkeit machte. Nach einer der Beſtimmungen des Protocolls ſollte die Regierung Griechenlands einem chriſtlichen Erbfürſten übertragen werden, der im Einverſtändniſſe zwiſchen den drei Mächten und der Pforte zu erwählen wäre. Man kam überein, den griechiſchen Thron dem Prinzen Leopold von Sachſen-Koburg anzutragen, der als der Gemahl der verſtorbenen brittiſchen Prinzeſſin Charlotte eine beträchtliche Apanage genoß und den die Griechen bereits im Jahre 1825 ſich aus eigener Bewegung zum Fürſten erbeten hatten. Aber Prinz Leopold erklärte bei den erſten Eröffnungen, die ihm gemacht wurden, daß er niemals einwilligen werde, die Rolle eines Vaſallen der Pforte zu ſpielen; und man überzeugte ſich leicht, daß kein anderer chriſtlicher Fürſt eine größere Bereitwilligkeit zeigen würde. Es wurden daher neue Unterhandlungen angeknüpft, in deren Folge am 3. Februar 1830 ein Protocoll zu Stande kam, welches die früheren Beſtimmungen dahin abänderte, daß Griechenland ein völlig unabhängiger tributfreier Staat ſeyn, und daß dagegen die Grenzen desſelben, um der Pforte eine billige Entſchädigung zu gewähren, im Weſten vom Meerbuſen von Arta bis zur Mündung des Aſpropotamos und im Oſten vom Golfe von Volo bis zu der Mündung des Sperchios zurückgezogen werden ſollten. Nach einem zweiten Protocoll von demſelben Tage wurde dem Prinzen Leopold förmlich die Souverainetät über den enger begrenzten Staat angetragen, und der Prinz ſprach nach kurzem Bedenken ſeine Zuſtimmung aus, die zwar noch von einigen Bedingungen abhängig gemacht war, welche nur zum Theil von den Mächten genehmigt wurden, von denen aber der Reſt füglich ferneren Unterhandlungen vorbehalten bleiben konnte. Am 16. Februar ſetzte Prinz Leopold den Präſidenten Kapodiſtrias von der auf ihn gefallenen Wahl in Kenntniß, was ſchwerlich geſchehen wäre, wenn er damals nicht entſchloſſen geweſen wäre, die angebotene Krone anzunehmen. Aber gerade jetzt erhoben ſich von einer Seite neue Schwierigkeiten, von der er dieſelben gewiß am wenigſten erwartete. Graf Kapodiſtrias war keinesweges gemeint, ſich ſobald von der Gewalt zu trennen, die er vor zwei Jahren übernommen, und in der er ſeitdem ſich von Tage zu Tage gründlicher befeſtigt hatte. Erſt im vergangenen Sommer war es ihm gelungen, für die willkürliche Regierungsweiſe, durch die er die bedeutendſten Männer des Landes von ſich abgewandt hatte, eine geſetzliche Bekräftigung zu erhalten, die ſeinen Gegnern die wirkſamſte Waffe entzog, welche ſie gegen ihn in Händen hatten. Gegen das

Digitized by Google

Ende des Jahres 1828 war das Verlangen nach der Einberufung der Nationalverſammlung, die bereits im April hätte erfolgen ſollen, ſo ſtürmiſch geworden, daß Kapodiſtrias es endlich gerathen fand, demſelben nachzugeben, wobei er aber nicht vergaß, ſeine Vorbereitungen zu treffen, um ſich des Erfolges der Wahlen zum voraus zu verſichern. Gleich bei der Eröffnung des Congreſſes, die bis zum 23. Juli 1829 verzögert wurde, zeigte es ſich, daß derſelbe ſeiner großen Mehrheit nach aus unbedingten Anhängern des Präſidenten zuſammengeſetzt war. Das ganze bisherige Verfahren der Regierung wurde mit Lobeserhebungen überſchüttet; eine ausdrückliche Acte erkannte dem Präſidenten eine ſo gut als völlig unbeſchränkte Gewalt zu; an die Stelle des Panhellenions, das ungeachtet ſeiner bewährten Ergebenheit gegen den Präſidenten denſelben doch durch ſeine unmittelbare Betheiligung an der Verwaltung einer nicht immer angenehmen Aufſicht unterwarf, wurde ein Senat geſetzt, deſſen Mitglieder der Präſident ernannte und deſſen Rath er befolgen konnte, ſobald er dies für gut fand. Zum Schluſſe vertagte ſich der Congreß, bis es der Regierung angemeſſen erſcheinen würde, ihn wieder zuſammen zu berufen. Während Kapodiſtrias ſich in dem vollen Genuſſe der ſchrankenloſen Machtvollkommenheit befand, die ihm jetzt in geſetzlicher Form übertragen war, kam ihm das Schreiben zu, durch welches Prinz Leopold ihn von der Annahme ſeiner Wahl zum Regenten Griechenlands benachrichtigte. Die Antwort war des ſchlauen Corfioten würdig, der jedes Mittel für erlaubt hielt, durch welches es gelingen konnte, einen Mitbewerber um die höchſte Gewalt zu entfernen. Es wurde dem Prinzen bemerklich gemacht, daß die vermittelnden Mächte den Griechen ihre Entſcheidung aufdrängen zu wollen ſchienen, da ſie die Annahme derſelben nicht auf geſetzlichem Wege veranlaßt hätten; daß es befremdlich ſey, wenn die Protocolle vom 3. Februar kein Wort über die öffentlichen Freiheiten und Rechte der Griechen enthielten; daß es einen vortheilhaften Eindruck machen würde, wenn der Prinz ſeinen Uebertritt zur griechiſchen Kirche und die Annahme der beſtehenden Verfaſſung vorläufig offen erklären wolle; daß es unmöglich ſeyn würde, die Grenzbeſtimmungen ohne neue Verwicklungen zur Vollziehung zu bringen; daß die gegenwärtige griechiſche Regierung, ohne ihren Eid auf die Verfaſſung zu verletzen, die von den Mächten getroffenen Anordnungen nicht annehmen dürfe, bevor ſie nicht eine Verſammlung des Nationalcongreſſes einberufen hätte; daß aber der Prinz nur recht bald kommen und vor allen Dingen Geld mitbringen möge, da allein eine

Digitized by Google

Million Franken erforderlich ſey, um die zum 1. Mai fällige Soldzahlung zu berichtigen, deren Verweigerung die traurigſten Folgen nach ſich ziehen würde. Prinz Leopold erhielt dieſe Antwort, die zum Ueberfluſſe von einer vollkommen mit derſelben übereinſtimmenden Denkſchrift des Senates begleitet war, am 14. Mai, und am folgenden Tage zeigte der Prinz den Bevollmächtigten der drei Höfe, von denen ſeine Wahl ausgegangen war, an, daß er auf die ihm zugedachte Ehre unter den obwaltenden Umſtänden verzichten müſſe. Kapodiſtrias hatte ſeinen Zweck erreicht. Von dem Prinzen Leopold war nichts mehr zu fürchten; und es ließ ſich mit Sicherheit vorherſehen, daß nach den Vorgängen, die den Rücktritt des Prinzen veranlaßt hatten, nicht leicht ein Sproſſe aus fürſtlichem Geblüte geneigt ſeyn würde, ſich einem ähnlichen Mißlingen auszuſetzen.

Aber es iſt eine alte Erfahrung, welche durch die Geſchichte aller Zeiten beſtätigt wird, daß die ſchlaueſte Liſt, welche ihren Erfolg auf die Berechnung aller möglichen Wechſelfälle gründen will, zuletzt dennoch ſelten zum Ziele gelangt, weil die Zahl dieſer Wechſelfälle eine unendliche iſt und ſich daher unmöglich berechnen läßt. Graf Kapodiſtrias hatte alle ſeine Plane auf die Vorausſetzung geſtützt, daß die enge Verbindung, die zu der Zeit ſeiner Uebernahme der Gewalt zwiſchen den Höfen von Paris und St. Petersburg beſtand, eine unauflösliche ſey, weil ſie eben ſo ſehr auf dem Intereſſe der Bourbonen, als auf jenem des ruſſiſchen Kaiſerhauſes beruhte. Er wußte, daß das brittiſche Cabinet ihm entgegen war, weil es in ihm nur einen ruſſiſchen Statthalter ſah; aber er wußte auch, daß die brittiſche Feindſeligkeit ihm keine Gefahr bringen konnte, ſo lange Frankreich und Rußland zuſammenhielten. Da brach die franzöſiſche Julirevolution mit der Gewalt eines zerſtörenden Naturereigniſſes herein, und Kapodiſtrias rief aus, daß ſeine Stunde gekommen ſey. Beſorgte er, daß die Löſung des Bundes zwiſchen Frankreich und Rußland, die er als unvermeidlich erkannte, verderbliche Folgen für ihn haben müſſe, oder fürchtete er, daß das Beiſpiel einer ſiegreichen Volkserhebung, das die Franzoſen gegeben, auch die Griechen zur Nachahmung fortreißen würde? Wahrſcheinlich Beides. Aber das, was in der That die Schickſalswendung herbeiführte, die ſein vorahnender Geiſt ihm vorherverkündet hatte, war weder die Veränderung in den auswärtigen Beziehungen, die in Folge der Julirevolution eintrat, noch die Aufregung, welche die Kunde von dem Sturze der Bourbonen bei dem leicht beweglichen griechiſchen Volke hervorrief, ſondern mehr als alles andere die Gemüthsbefangen-

Digitized by Google

heit, die den Präſidenten hinderte, ſeine eigene Lage richtig zu beurtheilen, und die ihn die verkehrteſten Maßregeln zu der Abwendung von Gefahren ergreifen ließ, welche in der Wirklichkeit noch gar nicht vorhanden waren. Er glaubte die Zügel, die er zu verlieren fürchtete, noch ſtraffer anziehen zu müſſen und ſteigerte deshalb den Druck, den er ſich längſt erlaubt hatte, bis zum Unerträglichen. Gegen das Ende des Jahres 1830 wurde ein neues Geſetzbuch und eine neue Gerichtsordnung bekannt gemacht, die der Korfiote Genatas ausgearbeitet hatte, und die beide nur darauf berechnet waren, das Recht und die Rechtspflege in fügſame Werkzeuge der Gewalt zu verwandeln. Nach den neuen Geſetzen war kein Bürger ſeines Lebens und ſeines Vermögens ſicher, ſobald er das Unglück hatte, das Mißfallen der Regierung auf ſich zu ziehen. Am ausführlichſten waren die Majeſtätsverbrechen behandelt, welche von außerordentlichen Gerichtshöfen beurtheilt wurden, die der Regierung für jeden beſondern Fall einzuſetzen überlaſſen blieb. Kürzer abgefaßt, aber in ihrer Art nicht weniger eigenthümlich, waren die fiscaliſchen Geſetze. Für die geringſte Schuld an den Staat war der Schuldner mit ſeiner ganzen Habe verantwortlich, und die Regierung konnte dieſelbe jeden Augenblick, wenn die Schuld nicht auf die erſte Einforderung bezahlt wurde, ſofort mit Beſchlag belegen und unter den öffentlichen Aufſtrich bringen laſſen. Ein Recht, welches den Griechen durch die Verfaſſung verbürgt war, von dem ſie aber bisher noch gar keinen Gebrauch gemacht hatten, war die Preßfreiheit. Die beiden einzigen Buchdruckereien, die in Griechenland beſtanden, wurden ausſchließend von der Regierung beſchäftigt, und es gab daher auch keine andere Preſſe, als jene der Regierung. Erſt die Bewegung des Jahres 1830 erweckte in vaterlandliebenden Männern den Gedanken, Zeitſchriften herauszugeben, um durch dieſelben auf die Bildung des Volkes zu wirken. Sogleich erließ Kapodiſtrias aus eigener Machtvollkommenheit ein Preßgeſetz, welches zwar als oberſten Grundſatz die Preßfreiheit anerkannte, durch alle ſeine näheren Beſtimmungen aber jede freie Beſprechung unmöglich machte. Die erſte Nummer eines politiſchen Journals, welches zu Navplia erſcheinen ſollte, wurde unterdrückt, und der Herausgeber war genöthigt, mit ſeiner Preſſe nach Hydra zu fliehen, um unter dem Schutze der freiſinnigen Gemeindebehörde dieſer Inſel ſein Unternehmen fortſetzen zu können. Umſonſt verlangte Kapodiſtrias, der ſich deshalb im März 1831 auf einem ruſſiſchen Kriegsſchiffe perſönlich nach Hydra begab, die Auslieferung des Flüchtigen; die Primaten der Inſel begnügten ſich nicht damit,

Digitized by Google

dieſe Forderung mit Entſchiedenheit zurückzuweiſen, ſondern ſie erklärten ihrerſeits, daß ſie mit der Regierung überhaupt nicht eher etwas zu thun haben wollten, bevor nicht die Beſchlüſſe der letzten Nationalverſammlung, die nicht das Volk, ſondern der Präſident durch ſeine Beamten gewählt habe, aufgehoben, die Beſtimmungen der Verfaſſung in Kraft geſetzt und die Staatsrechnungen geprüft wären. Um dieſelbe Zeit, während dieſe Dinge auf Hydra vor ſich gingen, befand ſich auch der Gebirgsbezirk Maina in vollem Aufſtande. Der alte Häuptling der Mainoten Petros Mavromichalis wurde von Kapodiſtrias nebſt zweien ſeiner Brüder Kadſchakos und Konſtantin und ſeinem Sohne Georg unter nichtigen Vorwänden an dem Sitze der Regierung zurückgehalten, während der Bezirk, der ihr Geſchlecht ſeit Menſchengedenken als ſeine Fürſten anerkannt hatte, unter die Verwaltung eines von dem Präſidenten ernannten Beamten geſtellt war. Lange gährte es in der Maina, als Petros und Kadſchakos den Entſchluß faßten, ſich ihrer widerrechtlichen Haft durch die Flucht zu entziehen. Kadſchakos entkam glücklich, und auf ſeinen Ruf erhob ſich ſogleich der ganze kriegeriſche Stamm der Mainoten in den Waffen, um die ihrem alten Fürſtengeſchlechte widerfahrene Schmach zu rächen. Petros dagegen wurde ergriffen und nach Navplia zurückgebracht, wo er, des Einverſtändniſſes mit ſeinen empörten Landsleuten beſchuldigt, in dem Fort Itſchkale eingeſchloſſen und auf das Schärfſte bewacht wurde. Kapodiſtrias konnte nach dieſen und vielen andern weniger bedeutenden Vorgängen kaum daran zweifeln, daß er durch ſeine willkürliche Regierungsweiſe zum Gegenſtande des allgemeinen Haſſes geworden war; aber er verließ ſich darauf, daß ihm unter allen Umſtänden die kräftigſte Unterſtützung von Seiten Rußlands zugeſichert war, und daß eben ſo wie der ruſſiſche Reſident auch die Bevollmächtigten von England und Frankreich von ihren Regierungen angewieſen waren, ſein Anſehen als jenes des von den Mächten anerkannten Oberhauptes des griechiſchen Staates aufrecht zu halten; und da ihm überdies der größte Theil der von ihm beſoldeten bewaffneten Macht treu geblieben war, ſo glaubte er ſich im Stande, die unruhigen Bewegungen, die auf einzelnen Punkten zum Ausbruche gekommen waren, mit Gewalt zu unterdrücken. Während er ein Truppencorps gegen die Maina rücken ließ, um die empörten Bergbewohner zu bepbachten, erklärte er die Inſel Hydra unter dem Vorwande, daß auf derſelben die Peſt eingeſchleppt ſey, in Blokadezuſtand und ertheilte insgeheim den Befehl, die in dem Hafen von Poros liegende Seemacht auszurüſten, um die

widerſpenſtige Inſel zum Gehorſam zurückzuführen. Die Primaten von Hydra, von den Abſichten des Präſidenten unterrichtet, beſchloſſen der Ausführung zuvorzukommen und ertheilten ihrem berühmten Landsmanne, dem Admiral Miavlis den Auftrag, ſich des Geſchwaders zu Poros zu bemächtigen und daſſelbe ſchlimmſten Falls, ſobald die ruſſiſche Flotte ihm, wie zu erwarten war, in den Weg trete, lieber zu vernichten, als zum Werkzeuge der Unterdrückung ſeines Vaterlandes dienen zu laſſen. Am 30. Juli nahm Miavlis das Geſchwader der Regierung in Beſitz, das abgetakelt und ohne Bemannung nur von einigen Invaliden bewacht war. Wenige Tage darauf erſchien jedoch, einer Aufforderung des Präſidenten folgend, der ruſſiſche Admiral Ricord, verlangte die Herausgabe und bloquirte, als dieſe abgeſchlagen wurde, den Hafen von Poros zur See, während ein unregelmäßiges Truppencorps unter den dem Präſidenten ergebenen Klephthenführern Nikitas und Kalergis denſelben mit überlegener Macht von der Landſeite einſchloß. Schon hatten verſchiedene Gefechte zwiſchen hydriotiſchen und ruſſiſchen Fahrzeugen Statt gefunden, und Miavlis ſah ſich in der Unmöglichkeit, einem ernſteren Angriff, den er jeden Augenblick erwarten mußte, zu widerſtehen, als er den verzweifelten Entſchluß faßte, ſämmtliche in ſeinen Händen befindliche Kriegsſchiffe der Gewalt des Feindes durch Zerſtörung zu entziehen. Am 13. Auguſt ließ er das ganze Geſchwader in Brand ſtecken und acht und zwanzig bewaffnete Fahrzeuge, worunter die ſchöne Fregatte Hellas und mehrere Corvetten, deren Geſammtwerth auf 12 Millionen Thaler geſchätzt wurde, waren in wenigen Stunden eine Beute der Flammen. Während Miavlis mit ſeinen Seeleuten in der allgemeinen Verwirrung ſich unbemerkt entfernte, brachen Kalergis und Nikitas in Poros ein und gaben die wehrloſe Stadt, deren Bewohner an dem Vorgefallenen nicht den geringſten Antheil hatten, allen Greueln einer Plünderung Preis. Ein Ruf des Schreckens und des Entſetzens ging auf die Kunde von dieſen furchtbaren Ereigniſſen durch ganz Griechenland; ſelbſt der ſtarre Kapodiſtrias wurde erſchüttert und verſtand ſich endlich dazu, den Forderungen der Nation, die ſeine Hartnäckigkeit mit Recht als die Urſache des Verluſtes ihrer Flotte anklagte, wenigſtens ſo weit nachzugeben, daß er zum 20. September die Nationalverſammlung einberief. Der günſtige Eindruck, den dieſer Schritt hervorbrachte, ging aber durch die empörende Willkür verloren, mit der die Beamten der Regierung auf die neuen Wahlen einzuwirken verſuchten, und als der Tag herankam, der zur Eröffnung des Congreſſes beſtimmt war, hatte ſich zu Argos,

Digitized by Google

wo nach dem Ausſchreiben des Präſidenten die Sitzungen Statt finden ſollten, kein einziger Abgeordneter eingeſtellt, wogegen deren von den Inſeln des Archipels ſechzig in Hydra eingetroffen waren, die einen eigenen Congreß zu halten drohten, ſofern nicht ein Verſammlungsort beſtimmt würde, der von dem Einfluſſe der Regierung frei wäre. So drohte die Spaltung, die durch den Abfall von Hydra eingetreten war, ſich noch mehr zu erweitern, als eine Löſung der Verwicklung erfolgte, ſo furchtbar und grauenhaft, wie ſie von keiner der Parteien geahnt war. Die neunzigjährige Mutter des Mainotenfürſten Petros Mavromichalis, noch mehr, als durch das Alter, durch das Unglück ihres Geſchlechtes gebeugt, welches ſie, nachdem 41 ſeiner Mitglieder in dem Kampfe gegen die Türken den Heldentod für's Vaterland geſtorben waren, durch den Haß des Präſidenten mit ſeiner völligen Vernichtung bedroht ſah, hatte eine kurze Anweſenheit des ruſſiſchen Admirals Ricord benutzt, um die Verwendung des einflußreichen Mannes für die Befreiung der Ihrigen zu erflehen, die ſeit Monaten in Navplia gefangen gehalten wurden. Der Admiral vermochte den ruſſiſchen Reſidenten, Baron Rückmann, der mit Kapodiſtrias in den vertrauteſten Verhältniſſen ſtand, ſein gewichtiges Fürwort für die Gefangenen einzulegen; und dieſer machte den Verſuch, den Mainotenfürſten perſönlich bei dem Präſidenten einzuführen, damit er demſelben erkläre, wie er bereit ſey, ſeine und der Seinigen Freiheit als ein Geſchenk des Präſidenten anzunehmen und fortan in dem Schoße ſeiner Familie, zurückgezogen von allen politiſchen Händeln, in Frieden zu leben. Baron Rückmann wagte es nicht, den Fürſten, den er mit ſich nahm, ohne Weiteres dem Präſidenten vorzuſtellen, ſondern ließ ihn am Eingange des Hauſes bei der Thorwache ſtehen, während er ſelbſt den Grafen Kapodiſtrias zur Annahme des unerwarteten Beſuches beſtimmen wollte. Kapodiſtrias blieb aber unerbittlich; nach langen fruchtloſen Verhandlungen erklärte er, daß er einen ſo gefährlichen Verbrecher nicht begnadigen könne, und befahl, denſelben ſogleich nach ſeinem Gefängniſſe zurückzuführen. Da ergrimmte der in peinlicher Spannung harrende Greis, und entblößten Hauptes mit zum Himmel erhobenen Händen leiſtete er einen furchtbaren Schwur und flehte zu Gott um Rache gegen den Bedränger ſeines Vaterlandes und den Verfolger ſeines Geſchlechtes. Der Schwur wurde gehört. Drei Tage darauf, am Morgen des 9. October, als der Präſident ſich ſeiner Gewohnheit gemäß in die heilige Geiſtkirche begab, erwarteten ihn am Eingange derſelben, von ihren Wächtern begleitet, Georg und Konſtantin Mavromichalis,

Digitized by Google

die ihm den Weg vertraten, und von denen ihm der erſte mit einem bis dahin unter dem Mantel verborgen gehaltenen Piſtol eine Kugel durch den Kopf ſchoß, während der andere ihm ſeinen Jatagan bis an das Heft in den Unterleib ſtieß. Kapodiſtrias gab in der Kirche, in die er gebracht wurde, nach wenigen Minuten ſeinen Geiſt auf. Von den beiden Mördern wurde der eine, Konſtantin, auf der Stelle vom Pöbel zerriſſen. Georg entfloh in das Haus des franzöſiſchen Reſidenten, aus dem er aber auf die erſte Aufforderung der griechiſchen Behörden ausgeliefert wurde, um im Kerker ſeinem Urtheile entgegenzuſehen.

Der Mord des Staatsoberhauptes, dem man ungeachtet des durch ſeine Eigenmächtigkeit und Willkür herausgeforderten Haſſes große Verdienſte nicht abſprach, erregte in ganz Griechenland eine allgemeine Beſtürzung, in der für den Augenblick ſogar die bis zur höchſten Erbitterung gediehenen Parteizwiſtigkeiten vergeſſen wurden. Die einzige unter den vorhandenen Behörden, welche, obgleich nur mit ſehr beſchränkten Befugniſſen bekleidet, einen einigermaßen begründeten Anſpruch auf die vorläufige Ausübung der oberſten Gewalt erheben konnte, war der Senat, der ſich auch ſogleich verſammelte und eine aus drei Mitgliedern, dem jüngeren Bruder des ermordeten Präſidenten Grafen Auguſtin Kapodiſtrias, dem Klephthenführer und gegenwärtigen General Theodor Kolokotronis und dem gewandten Diplomaten Joannis Kolettis, beſtehende Regierungscommiſſion einſetzte. Dem jüngeren Kapodiſtrias wurde zum Zeichen der Dankbarkeit, welche die Nation gegen ihren vorigen Preiſes würdigen Präſidenten hege, der Vorſitz übertragen, und eine Bekanntmachung des Senates ſtellte den Gehorſam gegen die Commiſſion als die unerläßlichſte Bedingung dar, unter der das Vaterland aus ſeiner Noth und Bedrängniß noch gerettet werden könne. In der That zeigte die Partei, die ſich gegen die gewaltthätige Regierungsweiſe des Präſidenten Johann Kapodiſtrias aufgelehnt hatte, eine ſo rühmliche Mäßigung, daß nichts leichter geweſen wäre, als allem Zwieſpalte ein Ende zu machen, ſobald die neu ernannte Regierungscommiſſion nur dazu den Willen gehabt hätte. Aber Auguſtin Kapodiſtrias war von glühender Rachſucht gegen die Mörder ſeines Bruders durchdrungen, als deren Mitſchuldige er alle Gegner des Gemordeten betrachtete; er war entſchloſſen das Syſtem desſelben mit vermehrter Strenge fortzuſetzen; und da der rohe habſüchtige und gewaltthätige Kolokotronis ihm treu zur Seite ſtand, war ſeine Meinung in der Regierungscommiſſion die allein maßgebende. Eine Abordnung von Hydra, die

bereits am 13. October zu Navplia erſchien, um Vorſchläge zur Sühne zu machen, wurde zurückgewieſen, weil Auguſtin Kapodiſtrias unbedingte Unterwerfung forderte. Der Leichnam des Präſidenten Johann ſtand inzwiſchen noch unbeſtattet über der Erde, weil ſein Bruder Auguſtin ihm nicht eher die letzte Ehre erweiſen wollte, als bis der Mörder Georg Mavromichalis ſein verruchtes Verbrechen mit dem Tode gebüßt habe. Am 19. October wurde eine Militaircommiſſion niedergeſetzt, um den Unglücklichen zu richten; ſie ſprach nach kurzer Berathung in einer einzigen Sitzung das Todesurtheil aus, und am folgenden Tage wurde der durch gerechten Zorn zu einer freilich niemals zu rechtfertigenden Frevelthat getriebene Fürſtenſohn vor den Thoren von Navplia erſchoſſen, nachdem er eine Anrede an das verſammelte Volk gehalten hatte, in der er mit männlicher Feſtigkeit ſeine Ueberzeugung ausſprach: er habe nur ſeine Pflicht als guter Hellene gethan, indem er mit Aufopferung ſeines eigenen Lebens den Mann aus dem Wege geräumt, der die ihm vom Volke anvertraute Gewalt zur Unterdrückung des Volkes gemißbraucht und allein als unüberſteigliches Hinderniß zwiſchen dem Vaterlande und der mit dem theuerſten Blute erkauften Freiheit geſtanden habe. An demſelben Tage wurde der Leichnam des Grafen Johann Kapodiſtrias mit großen Feierlichkeiten zur Erde beſtattet. So wie dieſe heilige Pflicht erfüllt war, ging Auguſtin Kapodiſtrias, der ſich als den natürlichen Nachfolger ſeines Bruders anſah, daran, ſich in der ſchwankenden Gewalt, die ihm bis zum Zuſammentritte der Nationalverſammlung vertraut war, für die Dauer zu befeſtigen. Die Statthalter und ſämmtliche Regierungsbeamte in den Provinzen erhielten den Befehl, alle ihnen zu Gebote ſtehende Mittel anzuwenden, um auf die Wahlen zum Congreſſe einzuwirken, der bereits zum 20. September ausgeſchrieben, aber bisjetzt noch nicht zu Stande gebracht war. Die Stimmung war aber in dem ganzen Lande ſo entſchieden gegen die Regierung, daß die gewöhnlichen Mittel, deren man ſich ſchon unter der Verwaltung des Grafen Johann Kapodiſtrias bedient hatte, Beſtechung, Einſchüchterung und Verfälſchung der Wählerliſten, ihre Wirkung verfehlten. Man nahm daher zur offenen Gewalt ſeine Zuflucht, indem man an vielen Orten die einflußreichſten Wähler, deren Stimmen ſich nicht gewinnen ließen, in den Kerker warf; an andern die Wahlverſammlungen von der bewaffneten Macht umſtellen ließ und die Wähler durch Stockſchläge zwang zu ſtimmen, wie ihnen vorgeſchrieben war. Wo auch dieſe Maßregeln nichts halfen oder nicht auszuführen waren,

Digitized by Google

verſagten die Statthalter den von der Mehrheit gewählten Abgeordneten die Beſtätigung ihrer Vollmachten und ertheilten dieſe Beſtätigung Leuten ihrer Partei, auf die nur wenige vereinzelte Stimmen gefallen waren, oder ernannten auch wohl auf eigene Fauſt Abgeordnete nach ihrem Gutdünken, ohne eine Wahlverſammlung zuſammen zu rufen. Alle dieſe Mittel blieben jedoch auf dem größten Theile des Feſtlandes erfolglos, weil hier die Bevölkerungen durch den erſt vor zwei Jahren beendigten Türkenkrieg an den Gebrauch der Waffen gewöhnt waren und den Drohungen der Beamten ihre langen Flinten entgegenſetzten. Schon am 8. und 9. November hielt eine Anzahl der berühmteſten Palikarenhäuptlinge, die im weſtlichen Griechenland gewählt waren, mit einem zahlreichen bewaffneten Gefolge ihren Einzug in Argos, wo ſich ihnen am 18. und 19. die freigewählten Abgeordneten aus Oſtgriechenland anſchloſſen, die gleichfalls mit ihren bewaffneten Anhängern angekommen waren. Die Regierung hatte inzwiſchen aus Menſchen, auf deren Ergebenheit ſie rechnen konnte, eine Commiſſion gebildet, die mit der Prüfung der Vollmachten beauftragt wurde, und die ſich beeilte, alle ihrer Partei günſtige Wahlen anzuerkennen, ohne die geringſte Rückſicht darauf zu nehmen, ob ſie auch nur einen Schein der Berechtigung für ſich hatten. Auf dieſe Weiſe gelang es, gegen die Mitte des Decembers etwa achtzig Abgeordnete zuſammenzubringen, die zu allen Dienſten bereit waren, welche von ihnen gefordert wurden. Jetzt glaubte die Regierung die Mehrheit in der Nationalverſammlung auf ihrer Seite zu haben, und ſie beſchloß daher, dieſelbe zu eröffnen, obwohl die Abgeordneten des Feſtlandes erklärten, daß ſie ſich jeder Theilnahme enthalten müßten, ſofern die Prüfung der Vollmachten nicht der Nationalverſammlung vorbehalten bliebe, und ſo lange auf dem Congreſſe nicht das ganze Land vertreten wäre und namentlich auch die Abgeordneten der Inſeln, die noch auf Hydra verſammelt waren, und jene von Maina, denen die Truppen der Regierung zu Aſtros den Weg verlegt hatten, zugelaſſen würden. Ungeachtet dieſes Widerſpruches erfolgte am 18. December die erſte vorbereitende Sitzung der Nationalverſammlung. Da ſich aber nur die achtzig Regierungsmitglieder eingefunden hatten, während die geringſte Zahl, die nach der Verfaſſung erforderlich war, um gültige Beſchlüſſe zu faſſen, zwei Drittheile der Geſammtzahl aller Abgeordneten des Landes oder 140 betrug, ſo ſchienen alle Geſetzwidrigkeiten und Nichtswürdigkeiten, die man ſich erlaubt hatte, um zum Ziele zu kommen, vergebens aufgewandt zu ſeyn. Auguſtin Kapodiſtrias war jedoch nicht

Digitized by Google

der Mann, der ſich durch ſolche Kleinigkeiten, wie der Mangel an einer hinreichenden Zahl von Abgeordneten, von der Bahn hätte zurückſchrecken laſſen, die er einmal eingeſchlagen hatte. In der Nacht vom 18. auf den 19. wurden von den Behörden zu Navplia und Argos die aus den Provinzen zufällig anweſenden Beamten, Kaufleute und Handwerker in ihren Wohnungen aufgeſucht und für den Dienſt der Regierung angeworben; am folgenden Tage wurden ſie mit Vollmachten als Abgeordnete verſehen und in die Nationalverſammlung eingeführt, die, auf dieſe Weiſe verſtärkt, 175 Mitglieder zählte und jetzt förmlich eröffnet wurde. In der nächſten Sitzung, am 20. December, wurde der Vorſchlag gemacht, den Grafen Auguſtin Kapodiſtrias zum Präſidenten von Griechenland zu ernennen und mit der höchſten Gewalt zu bekleiden, bis die drei Schutzmächte das endliche Schickſal des Landes feſtgeſtellt hätten. Kein Wort der Widerrede erhob ſich, und der Vorſchlag wurde beinahe ohne alle Erörterung einſtimmig angenommen. Inzwiſchen hatten aber auch die Abgeordneten des Feſtlandes nicht vergeſſen, ihre Maßregeln zu ergreifen. Kolettis, unter den drei Mitgliedern der vom Senate ernannten Regierungscommiſſion das einzige durch ſtaatsmänniſche Bildung zur Leitung der Geſchäfte befähigte, war bereits im November zu der Gegenpartei übergetreten; auf ſeinen Betrieb conſtituirte ſich dieſelbe auch ihrerſeits als vorläufige geſetzgebende Verſammlung und ernannte eine neue Regierungscommiſſion, die aus Kolettis, dem Fürſten Demetrios Hypſilantis und dem reich begüterten Moreoten Zaimis zuſammengeſetzt war. Zwei Nationalverſammlungen und zwei Regierungen ſtanden daher einander zu Argos gegenüber, und Auguſtin Kapodiſtrias mußte fürchten, zuletzt den Kürzeren zu ziehen, da von ſeinen Truppen gerade die tüchtigſten, die alten Kämpfer des Freiheitskrieges, haufenweiſe zu den Gegnern übergingen. Da beſchloß er auf den Rath des wilden Kollokotronis dieſe durch einen unerwarteten Angriff mit der bewaffneten Macht, die ihm als dem erſt eingeſetzten Regenten zu Gebote ſtand, auf einen Schlag zu vernichten. Am 21. December wurde ſeine ſogenannte Nationalverſammlung nach Navplia verlegt und ein Bataillon regelmäßiger Truppen mit einigen Geſchützen nach Argos gezogen. An demſelben Tage kam es durch einen zufälligen Streit zwiſchen den beiden Parteien zum Kampfe, der zwar am 22. durch unaufhörliche Regengüſſe unterbrochen, am 23. aber mit um ſo größerer Heftigkeit und Erbitterung wieder aufgenommen und bis in die Nacht hinein fortgeſetzt wurde. Die Palikaren der feſtländiſchen Abgeordneten würden

Digitized by Google

ungeachtet der heldenmüthigen Tapferkeit, mit der ſie ſich in ihren Quartieren vertheidigten, zuletzt ohne Zweifel der Uebermacht erlegen ſeyn, wenn ſich am Morgen des 24. nicht die Reſidenten der drei Mächte, die alles bisher Vorgefallene ruhig mit angeſehen, dazwiſchen gelegt und Kapodiſtrias vermocht hätten, ſeinen Gegnern freien Abzug nach Korinth zu geſtatten. Die Rumelioten, wie die feſtländiſchen Griechen nach der alttürkiſchen Bezeichnung des weſtlichen Griechenlands gemeinhin genannt wurden, beſetzten in den erſten Tagen des Januars die wichtigen Päſſe bei Megara, welche alle Verbindungen zwiſchen Morea und dem griechiſchen Feſtlande beherrſchen; hier erhielten ſie von allen Seiten ſo zahlreichen Zuzug, daß ihre Macht gegen das Ende des Monates auf nahe an 8000 Mann ſtieg, denen Auguſtin Kapodiſtrias nur etwa 2000 Mann entgegenſtellen konnte. Den Abgeordneten, welche ſich abwechſelnd zu Perachore und zu Megara verſammelten, ſchloß ſich die große Mehrheit der ſeit dem September auf Hydra vereinigten Abgeordneten der Inſeln, ſo wie eine nicht unbedeutende Anzahl neugewählter oder von Navplia entflohener Abgeordneten an; und die Regierungskommiſſion, in welcher der unbrauchbare Hypſilantis durch den einflußreichen Hydrioten Konduriotis erſetzt war, wurde nicht allein auf dem ganzen Feſtlande anerkannt, ſondern hatte auch Verbindungen mit den angeſehenſten Familien in Morea angeknüpft, die ihr den Beitritt der Bevölkerungen ſicherten, ſobald der Druck gehoben war, unter dem ſie die räuberiſchen Banden einzelner Militairhäuptlinge, wie Kolokotronis, Tſavellas und deren Genoſſen, hielten.

Unter dieſen Umſtänden würde die Gewaltherrſchaft des Grafen Auguſtin Kapodiſtrias gar bald ihr Ende erreicht haben, ſofern es den Griechen überlaſſen geblieben wäre, ihre Angelegenheiten nach ihrem eigenen Dafürhalten zu ordnen. Mächtiger, als die allgemeine Volksmeinung in Griechenland, war jedoch das Urtheil der Schutzmächte, und dieſes allein vermochte den eben ſo albernen und unfähigen, als anmaßenden und gewaltthätigen Tyrannen zu halten, als ſelbſt ſeine treueſten und ergebenſten Anhänger ſeine Sache verloren zu geben und ſich von ihm abzuwenden anfingen. Erſt einige Wochen nach dem Tode des Präſidenten Johann Kapodiſtrias kam zu Navplia ein Protocoll der Londoner Conferenz vom 16. September 1831 an, welches mit Bezugnahme auf die Ereigniſſe in Paros den Entſchluß ausſprach, die in Griechenland beſtehende vorläufige Regierung zu unterſtützen, bis die Wahl eines Souverains erfolgt ſey, die in kurzer Friſt Statt finden

werde, und das demgemäß den Reſidenten der drei Höfe, den Befehlshabern ihrer Flotten im Archipel und dem Befehlshaber der franzöſiſchen Streitkräfte in Morea aufgab, allen ihren Einfluß aufzubieten, um jeden Verſuch zur Unordnung und Empörung zu unterdrücken. Namentlich ſollten die Reſidenten ſich mit der griechiſchen Regierung darüber verſtändigen, auf welche Weiſe der Aufſtand der Inſel Hydra beendigt und ſeine Ausbreitung nach den übrigen Inſeln des Archipels verhindert werden könne; und außerdem ſollten ſie dafür ſorgen, daß die früher vorgefallenen Seeräubereien, — von denen längſt kein Beiſpiel mehr vorgekommen war, — ſich nicht wieder erneuten und daß kein griechiſches Schiff in See ginge, welches nicht mit regelmäßigen Päſſen von der Regierung verſehen wäre. Die nächſte Wirkung dieſer Beſtimmungen war, daß ruſſiſche Kreuzer die Inſel Hydra bloquirten, und daß die Schifffahrt aller der Inſeln unterbrochen wurde, welche die Gewalt des Grafen Auguſtin Kapodiſtrias nicht anerkannten. Im Januar erhielt der neue Präſident ein Schreiben des ruſſiſchen Miniſters Neſſelrode, worin dieſer ihm anzeigte, daß der Kaiſer ihn beauftragt habe, den Grafen der Fortdauer der wohlwollenden Geſinnungen zu verſichern, welche er mit Vergnügen von deſſen verſtorbenem Bruder, der dieſelben ſo ſehr verdient habe, auf ihn übertrage. Das Schreiben des Miniſters war mit aller diplomatiſchen Zurückhaltung abgefaßt, die in Actenſtücken dieſer Art üblich iſt, doch erklärte daſſelbe mit Beſtimmtheit, „daß der Kaiſer niemals ſeine Einwilligung zu einer Einrichtung der Dinge geben würde, die drohen könnte, Griechenland jeden Augenblick zu einem Schauplatze von Unruhen, revolutionairen Beſtrebungen und Hintanſetzungen der Geſetze zu machen.“ Noch war der Eindruck dieſes Schreibens, welches die Häupter der Volkspartei in hohem Grade entmuthigte, nicht verwiſcht, als ein neues Protocoll der Londoner Conferenz (vom 7. Januar 1832) eintraf, das den Reſidenten der drei Höfe zur Pflicht machte, die vorläufige Regierung, die inzwiſchen ohne Zweifel durch den Congreß zu Argos beſtätigt und demnach unter Beobachtung aller geſetzlichen Formen eingeſetzt ſeyn würde, anzuerkennen und mit der gebührenden Achtung zu behandeln, ſo wie allen ihnen zu Gebote ſtehenden Einfluß anzuwenden, um die Erhaltung der Ruhe und Ordnung in dem ganzen Umfange des griechiſchen Staates zu bewirken, während auf der andern Seite von der neuen griechiſchen Regierung verlangt wurde, daß ſie das Land den Geſetzen gemäß mit Milde und Unparteilichkeit behandle und ſich bemühe, die Zwiſtigkeiten, die in der letzten Zeit Griechenland be-

wegt hätten, aufzuheben und in Vergeſſenheit zu bringen. Auguſtin Kapodiſtrias war bei all ſeiner ſonſtigen Beſchränktheit ſchlau genug geweſen, um zu begreifen, daß er, um ſich in ſeiner angemaßten Gewalt zu behaupten, ſich vor allen Dingen mit dem Scheine der Mäßigung umgeben müſſe. Er war daher der Aufforderung der Mächte zuvorgekommen, indem er bereits am 27. Januar eine Bekanntmachung erlaſſen hatte, worin er allen Bürgern ohne Unterſchied des Ranges, die an revolutionairen Verſammlungen und Bewegungen Theil genommen, vollkommene Vergeſſenheit des Vorgefallenen verſprach, mit Ausnahme der Mitſchuldigen an dem Morde des verſtorbenen Präſidenten, welche bereits als ſolche angeklagt oder für deren Strafbarkeit Beweiſe bei dem Juſtizminiſter niedergelegt wären, ſo wie mit Ausnahme aller derjenigen, die überhaupt bereits vor den Gerichten angeklagt oder verurtheilt wären. In die letzte Claſſe fielen aber ſämmtliche Häupter der Volkspartei, weil ſie alle entweder ſchon von Johann Kapodiſtrias, wie die Primaten von Hydra, als die Urheber des Brandes von Poros, oder von Auguſtin, wie die Rumeliotenhäuptlinge und die Mitglieder ihrer Regierung, in die Acht erklärt waren; und die ganze Vergeſſenheitsacte war daher nur eine grobe Täuſchung. Dennoch hatten die Reſidenten der drei Höfe nach dem Eintreffen des Protocolls vom 7. Januar, welches erſt in den letzten Tagen des folgenden Monates nach Griechenland gelangte, nichts Angelegentlicheres zu thun, als ſich auf jene Verzeihungsacte zu berufen, indem ſie die Primaten von Hydra und die Häuptlinge des Feſtlandes im Namen der verbündeten Mächte aufforderten, zum Gehorſam gegen die Regierung zurückzukehren, die ihnen die Hand der Verſöhnung biete. Das in der Nähe von Megara zuſammengezogene Heer war bisher unthätig geblieben, weil deſſen Führer es nicht wagten, gegen den ausgeſprochenen Willen der Mächte ſich Recht zu verſchaffen. Die Griechen waren ſcharfſichtig genug, um die Zwecke zu durchſchauen, die Rußland verfolgte, indem es um jeden Preis die Faction der Kapodiſtrias aufrecht erhielt, da man recht gut wußte, daß dieſe blinde Werkzeuge der ruſſiſchen Politik waren; aber ſie vermochten es nicht zu begreifen, wie England und Frankreich ſich dazu hergeben konnten, Plane zu unterſtützen, die ihren eigenen wohlverſtandenen Intereſſen offenbar entgegen waren. Sie hatten keine Ahnung von dem geheimen Getriebe der Londoner Conferenz und von dem falſchen Spiele, das bei derſelben Fürſt Talleyrand ſpielte, der allen ruſſiſchen Vorſchlägen, noch ehe ſie gemacht waren, entgegen kam und durch ſeine Doppelzüngigkeit auch den Bei-

Digitized by Google

tritt des brittiſchen Bevollmächtigten, des Lords Palmerſton, herbeizuführen wußte. Sie hatten eben ſo wenig eine Ahnung davon, daß der brittiſche Reſident in Griechenland, Herr Dawkins, ein Verräther an ſeinem Vaterlande war, indem er die wichtigſten Actenſtücke unterſchlug, die ſeiner Regierung Aufſchluß über die wahre Lage der Dinge gegeben hätten. Sie erwarteten deshalb, im Vertrauen auf ihr gutes Recht, bis zum letzten Augenblicke, daß England und Frankreich zur Einſicht kommen und ſich ihrer gegen die ſchändliche Unterdrückung annehmen würden, zu deren Opfern ſie ſich durch die Politik einer andern Macht beſtimmt ſahen. Als ihnen aber die Aufforderung der Mächte überbracht wurde, ſich der Gewalt eines Menſchen zu überliefern, den ſie nicht allein vom Grunde der Seele verachteten, ſondern der überdieß nur nach der Gelegenheit verlangte, an ihnen zum Henker zu werden, gingen ihnen die Augen auf; ſie ſahen, daß ſie keine Hülfe zu erwarten hatten, als die ſie ſich ſelbſt brächten, und beſchloſſen ohne Verzug gegen einen Feind aufzubrechen, deſſen Schwert viel weniger zu fürchten war, als ſeine hinterliſtige Treuloſigkeit. Noch einmal verſuchte es ein vielgeſchäftiger, wohlmeinender, aber ohne ſein Wiſſen gemißbrauchter Deutſcher, der Hofrath Thierſch, der im Auftrage der bairiſchen Regierung in Griechenland verweilte und eben die Nachricht erhalten hatte, daß ein bairiſcher Prinz von den großen Mächten zum künftigen Beherrſcher des griechiſchen Staates erwählt ſey, zum Frieden zu reden. Er erſchien in den letzten Tagen des Märzmonates zu Perachore und Megara, und bot alle ſeine Beredſamkeit auf, um die empörten Rumelioten von dem Marſche gegen Navplia zurückzuhalten, den ſie beſchloſſen hatten. Alles, was er erlangen konnte, war, daß ein Aufſchub von zwei Tagen bewilligt wurde, binnen deren das Gewaltregiment zu Navplia ſich zum Ziele zu legen habe. Am dritten Tage, den 2. April, brachen die tapferen Palikaren von Suli, Agrapha, Valtos, vom Cheromero, vom Olymp und von allen den Bergeshöhen, auf denen ihre Vorfahren ſeit Jahrhunderten die Freiheit behauptet hatten, auf gegen den Sitz des Tyrannen, warfen deſſen Söldlinge, welche die Landenge von Korinth zu vertheidigen ſuchten, beinahe ohne Kampf aus dem Wege und zogen unter dem jubelnden Zurufe alles Volkes in Argos ein, wo ſie Halt machten, um ſich zum Sturme auf die als uneinnehmbar geltenden Burgen von Navplia vorzubereiten. Noch verließ ſich Auguſtin Kapodiſtrias auf den Schutz, den ihm die Reſidenten der Mächte gewährten, und er rechnete darauf, daß wenigſtens ſein Freund, der ruſſiſche Admiral Ricord, ſeine Seeſoldaten

Digitized by Google

zu der Vertheidigung von Navplia landen würde, als eine brittiſche Fregatte den Golf heraufſegelte, welche Depeſchen von Konſtantinopel und in dieſen die Abſchrift eines neuen Protocolls der Londoner Conferenz vom 7. März brachte. Das Protocoll, auf den Grund der Berichte des brittiſchen Botſchafters zu Konſtantinopel, Stratford Canning, abgefaßt, der während der Ereigniſſe des Decembers kurze Zeit zu Navplia verweilt hatte, verlangte, daß bis zu der Ankunft eines Statthalters des für Griechenland beſtimmten Souverains eine Verwaltung gebildet werde, welche die beiden einander feindſelig gegenüberſtehenden Parteien in ſich vereinige und durch ihre Verſöhnung und Verſchmelzung im Stande ſey, die Ruhe wieder herzuſtellen. Dieſe Entſcheidung, die bald allgemein bekannt wurde, war für Kapodiſtrias und ſeine Partei ein Donnerſchlag. Die Militärhäuptlinge, die bisher am feſteſten zu Kapodiſtrias gehalten hatten, ein Tſavellas, Rankos, Manuris und ſelbſt Gennäos, der Sohn des alten Kolokotronis, verließen ihn und die Officiere drängten ſich in Maſſe nach Argos, um Kolettis ihre Dienſte anzubieten. Auf Veranlaſſung der Reſidenten verſammelte der Präſident den Senat, in dem er nur erſchien, um ſeine Entlaſſung einzureichen. Niemand erhob ſich, um ihn von dieſem Entſchluſſe abzubringen. Dagegen wurde ſogleich der Vorſchlag gemacht und durchgeführt, eine neue Regierungscommiſſion zu ernennen, in der allerdings die beiden Parteien auf ſehr ſonderbare Weiſe vereinigt waren, da dieſelbe aus dem alten Kolokotronis, aus Metaras und Buduris, drei Männern, die als die feſteſten Stützen des Anhanges der Kopodiſtrias bekannt waren, aus Zaimis, der in der letzten Zeit ſeinen Frieden mit der von den Mächten anerkannten Regierung gemacht hatte, und aus Kolettis, als einzigem Vertreter der Volkspartei zuſammengeſetzt ſeyn ſollte. So groß bei der erſten Nachricht von der Ankunft des Protocolls nicht allein zu Argos, ſondern auch unter den friedlichen Bürgern von Navplia die Freude geweſen war, ſo groß war jetzt der Unwille und die Beſtürzung. Die Bewohner von Navplia wurden durch die Beſatzung im Zaume gehalten; aber die Rumelioten zu Argos ſetzten ſich in ihrem Grimme ſofort gegen Navplia in Bewegung, um die Dinge mit dem Schwerte in Ordnung zu bringen. Schon waren ſie vor den Thoren angekommen, als es Kolettis gelang, ſie zu beruhigen und ſoviel über ſie zu gewinnen, daß ſie verſprachen, den Erfolg der Unterhandlungen abzuwarten, die mit den Reſidenten der Mächte angeknüpft werden ſollten. Am 13. April begab ſich Kolettis, nachdem der franzöſiſche Reſident ihm

Sicherheit ſeiner Perſon zugeſagt hatte, unter einer Bedeckung von 25 ſeiner Palikaren in die noch von ſeinen erbittertſten Feinden beſetzte Stadt; an demſelben Tage ſchiffte Auguſtin Kapodiſtrias mit dem Leichname ſeines Bruders, den er aus der Gruft nehmen ließ, ſich an Bord eines ruſſiſchen Kriegsſchiffes nach Korfu ein. Aber die Verhandlungen, die jetzt begannen, zogen ſich durch die Unvereinbarkeit der von beiden Seiten erhobenen Anſprüche ſo in die Länge, daß die Rumelioten bereits ungeduldig wurden und dieſelben völlig abzubrechen drohten, als man endlich übereinkam, daß der verhaßteſte der vom Senate vorgeſchlagenen Namen, jener des Kolokotronis, beſeitigt werden und daß die Commiſſion aus ſieben Mitgliedern beſtehen ſollte, von denen nur drei, Metaras, Koliopulos, genannt Plaputas, und Zaimis, Anhänger der geſtürzten Verwaltung waren, und vier, Kolettis, Konduriotis, Hypſilantis und Koſta Botſaris zu den Häuptern der Volkspartei zählten.

Wie vielfache Nachtheile auch unvermeidlich daraus hervorgehen mußten, daß die neue Regierung von Anfang der Einheit ermangelte, die in der ſchwierigen Lage des Landes nach einem kaum beendigten Bürgerkriege vor allem Andern erforderlich geweſen wäre, ſo wären dieſelben doch durch das Uebergewicht, welches die Volkspartei beſaß, einigermaßen gemildert worden, wenn der ausſchließlich aus Anhängern der Kapodiſtrias zuſammengeſetzte Senat, der ſich unter Zuſtimmung der Reſidenten eine alle ſeine geſetzlichen Befugniſſe überſchreitende Gewalt anmaßte, nicht Mittel gefunden hätte, dieſes Uebergewicht wieder aufzuheben, indem er eine Beſtimmung traf, die keinen andern Zweck haben konnte, als jede Thätigkeit der Regierung unmöglich zu machen und das Land in einen Zuſtand völliger Geſetzloſigkeit zu verſetzen. Es wurde der Regierung eine Inſtruction aufgedrängt, nach der nur ſolche Beſchlüſſe derſelben in Wirkſamkeit treten ſollten, über die ſich fünf Mitglieder vereinigt hätten, was, wie man wohl wußte, bei dem feſten Zuſammenhalten der drei Mitglieder der Minderheit niemals der Fall ſeyn konnte. Der Plan, der im Geheimen vorbereitet wurde, war, die Volkspartei durch die Unthätigkeit der Regierung, auf die ſie ihre Hoffnung geſetzt hatte, zu lähmen und allmälig ganz aufzulöſen, während die Militairhäuptlinge, mit denen man einverſtanden war, auf verſchiedenen Punkten die Fahne des Aufruhrs erheben, ſich der wichtigſten Plätze bemächtigen und zuletzt die von allen Seiten verlaſſene Regierung ſtürzen und eine andere an ihre Stelle ſetzen ſollten, welche man ſo gründlich zu befeſtigen gedachte, daß ſie im Stande

wäre, auch dem neuen von den Mächten ernannten Regenten ihren Willen als Geſetz aufzulegen. Dieſem Plane, der zwiſchen den vornehmſten Mitgliedern des Senates, den drei Mitgliedern der Minderheit in der Regierung und den Bandenführern Kolokotronis, Tſavellas, Manuris, Rankos, Kalergis, Nikitas und mehreren Andern verabredet war, ſagten der ruſſiſche Reſident, ſo wie der Befehlshaber der ruſſiſchen Seemacht Admiral Ricord ihre kräftigſte Unterſtützung zu, und das Gelingen ſchien um ſo unfehlbarer, als man darauf rechnen durfte, daß auch die Reſidenten des franzöſiſchen und des brittiſchen Hofes ihrer Gewohnheit treu bleiben und ihrem ruſſiſchen Collegen nicht entgegen ſeyn würden. Daß man in der letzten Vorausſetzung ſich nicht geirrt hatte, zeigte ſich bereits in den erſten Tagen nach der Einſetzung der neuen Regierung. Die Volkspartei forderte, wie dies in der Ordnung war, die Einberufung der Nationalverſammlung, und die drei Mitglieder der Minderheit wagten nicht zu widerſprechen, weil das rumeliotiſche Heer zuzuſchlagen drohte. Dagegen erhoben die drei Reſidenten ihre Stimmen, die von einer Nationalverſammlung nichts wiſſen wollten, weil dieſe, wie ſie behaupteten, die Verwirrung nur vermehren würde, in der That, weil der ruſſiſche Reſident es verhindern wollte, daß die Nationalverſammlung durch ihr Anſehen die Macht der Volkspartei in der Regierung verſtärke. Die Nationalverſammlung wurde ungeachtet der Einwendungen der Reſidenten einberufen; aber dieſe erſte Maßregel der Regierung war auch beinahe die einzige, die ſie überhaupt zu ergreifen im Stande war. Eine der unerläßlichſten Bedingungen für das Beſtehen der neuen Regierung war, daß die Beamten, die Kapodiſtrias ernannt, durch andere Männer erſetzt wurden, auf deren Treue man ſich verlaſſen konnte. Die drei Männer erklärten ſich jedoch gegen jede Veränderung dieſer Art, und die der Volkspartei feindlichen Beamten mußten beibehalten werden. Das Rumeliotenheer, das zu Argos und in den Ortſchaften der nächſten Umgegend lag, konnte hier nicht mehr erhalten werden, weil man kein Geld hatte, um demſelben ſeinen Sold zu zahlen und weil der kleine Landſtrich, dem die Verpflegung zur Laſt fiel, zu ſehr erſchöpft war. Es wurde deshalb verlangt, daß dieſe tapferen Schaaren über einen weiteren Raum vertheilt würden; aber die drei Männer widerſetzten ſich und es blieb den treuen Rumelioten überlaſſen ſich zu helfen, ſo gut ſie es vermochten, was auf die Dauer nothwendig zu argen Unordnungen und zuletzt zur Löſung aller Bande der Kriegszucht führen mußte. Die Volkspartei tröſtete ſich mit dem baldigen Zu-

Digitized by Google

ſammentritte der Nationalverſammlung, der aber durch die Nothwendigkeit, eine Menge neuer Wahlen vorzunehmen, und durch andere Hinderniſſe länger verzögert wurde, als man vorausgeſetzt hatte. Erſt zu Anfange des Juni war eine hinreichende Zahl von Abgeordneten zu Argos vereinigt, um die Eröffnung der Nationalverſammlung zu geſtatten, die denn auch am 13. dieſes Monates zu ihrer erſten vorbereitenden Verſammlung zuſammentrat. Jetzt vergingen wieder volle vier Wochen über der bloßen Prüfung der Vollmachten, der Schwierigkeiten aller Art entgegengeſetzt wurden; und inzwiſchen war der von dem ehemaligen Anhange der beiden Kapodiſtrias oder der ruſſiſchen Partei entworfene Plan nicht allein zur Reife, ſondern großentheils auch zur Ausführung gekommen. Zwar wurde der Anſchlag des Kalergis auf Koron, ſo wie jener des Rankos auf Meſolongi vereitelt; aber Manuri bemächtigte ſich der von Truppen entblößten Stadt Salona und machte dadurch die Abſendung einer Truppenabtheilung nach dem Feſtlande nothwendig, Tſavellas ſetzte ſich durch Einverſtändniſſe mit der Beſatzung in den Beſitz von Patras und die Banden des Kolokotronis machten alle Straßen von Morea unſicher und ſtreiften bis vor die Thore von Navplia, welches die Regierung bei ihrem innern Zwieſpalte nicht beſſer zu ſichern gewußt hatte, als indem ſie die Reſidenten vermochte, die Forts durch einen Theil der in Morea noch zurückgebliebenen franzöſiſchen Truppen beſetzen zu laſſen. Nachdem eine Abtheilung des Rumeliotenheeres unter Notos Botſaris gegen Tſavellas und eine andere ſtärkere unter Theodor Grivas nach Tripolitſa zu der Beobachtung des Kolokotronis entſandt war, hielt ſich die Nationalverſammlung in der offenen Stadt Argos nicht mehr für ſicher und verlegte ihren Sitz, da die Reſidenten der drei Mächte gegen ihre bereits beſchloſſene Ueberſiedelung nach Navplia Einſpruch erhoben, nach der Vorſtadt dieſes Platzes, wo ſie endlich am 26. Juli ihre förmlichen Berathungen begann. Der erſte Schritt der Nationalverſammlung war ein Beſchluß, der allgemeine Verzeihung für alles früher Vorgefallene verkündete und einen Ausſchuß beauftragte, mit der Regierung zur Herſtellung des Friedens unter den Parteien zuſammen zu wirken, der aber wegen der Uneinigkeit der Regierungscommiſſion weder bekannt gemacht wurde, noch zur Ausführung kam. Wenige Tage darauf erließ die Verſammlung eine Bekanntmachung, worin ſie der Nation ihren Beitritt zu der durch einen Staatsvertrag zwiſchen den drei Mächten und dem Könige von Baiern erfolgten Wahl des Prinzen Otto von Baiern anzeigte und worin ſie verhieß, ſich demnächſt mit der Abfaſſung einer die Rechte der Krone, wie des Volkes verbürgen-

Digitized by Google

den Verfaſſung, ſowie mit einer angemeſſenen Vertheilung der Nationalgüter zu beſchäftigen, auf die gebührende Belohnung der Streiter für die Freiheit Bedacht zu nehmen und der vorläufigen Regierung, welche das Land bis zu der Ankunft der neuen höchſten Obrigkeit verwalten ſolle, ihre Vorſorge zu widmen. So wie die Verſammlung daran ging, die Zuſtände des Landes in nähere Erwägung zu ziehen, mußte es ihr klar werden, daß alle ihre Bemühungen nicht eher einen Erfolg haben konnten, als bis eine Behörde beſeitigt war, die, obwohl ihre Vollmachten längſt erloſchen waren und obwohl ihre rechtlichen Befugniſſe von Anfang ſich auf eine bloße Mitberathung der Regierung beſchränkten, es ſich herausnahm, ſich ſelbſt die oberſte Gewalt beizulegen und der Regierung Geſetze vorzuſchreiben. In ſeiner Sitzung vom 8. Auguſt beſchloß der Congreß, den Senat aufzuheben, da derſelbe nach der beſtehenden Geſetzgebung von dem Augenblicke aufgelöſ't ſey, wo die Nationalverſammlung zuſammentrete. Durch dieſen Beſchluß wären alle Entwürfe der Faction, die darauf ausging, in der allgemeinen Zerrüttung, die Gewalt an ſich zu reißen, im Keime erſtickt worden. Aber die Reſidenten der drei Höfe waren entſchloſſen, den Senat, mit dem ſie bisher vortrefflich ſich vertragen hatten, nicht fallen zu laſſen. Sie richteten am 10. Auguſt eine Note an die vorläufige Regierung, worin ſie mit Bezugnahme auf ein bereits im Juni nach Griechenland gekommenes Protocoll der Londoner Conferenz vom 16. April erklärten, daß die vorläufige Regierung bis zur Ankunft der zu erwartenden Regentſchaft unverändert bleiben müſſe, daß in der Zwiſchenzeit keine Veräußerung von Nationalgütern vorgenommen und daß ohne Mitwirkung der königlichen Gewalt keine bleibende Verfaſſung vorgeſchlagen oder angenommen werden dürfe. Zugleich legten die Reſidenten die beſtimmteſte Verwahrung gegen die Aufhebung des Senates ein, den ſie als einen unzertrennlichen Theil der vorläufigen Regierung bezeichneten, und dem ſie allein die Befugniß zuſchrieben, Veränderungen in den Geſetzen anzuordnen, die durch unvorhergeſehene Umſtände geboten werden könnten; und endlich drohten ſie nöthigenfalls alle ihnen zu Gebote ſtehenden Mittel anzuwenden, um ihren Forderungen genaue Folgeleiſtung zu erzwingen. Mehrere der bedeutendſten Mitglieder der Nationalverſammlung und unter dieſen ſämmtliche Miniſter hielten es nicht für rathſam, den Bevollmächtigten der großen Mächte offen entgegenzutreten, und ſie verlangten daher von der Nationalverſammlung, daß ſie ſich den Zumuthungen der Reſidenten unterwerfe. Die Verſammlung glaubte jedoch,

Digitized by Google

ihrer Würde nichts vergeben zu dürfen; ſie rechtfertigte ihr Verfahren in einer Denkſchrift an die Regierungscommiſſion und ſetzte ihre Berathungen fort, ohne ſich auf dem vollkommen geſetzmäßigen Wege, den ſie eingeſchlagen, beirren zu laſſen. Am 22. Auguſt hatte ſie in einer Sitzung, die von einzelnen Mitgliedern durch abſichtlich erhobene Widerſprüche und Einwendungen von neun Uhr des Morgens bis um fünf Uhr des Abends hingezogen wurde, eine Reihe der wichtigſten Beſchlüſſe gefaßt, unter denen auch der durch die Lage der Dinge gebieteriſch hervorgerufen war, daß die Regierungscommiſſion, welche das vor einigen Tagen erfolgte Ableben des Fürſten Hypſilantis unvollzählig gemacht hatte, wieder auf ſieben Mitglieder gebracht, daß aus derſelben der ränkevolle Jonier Metaras, das Haupt der ruſſiſchen Partei, als Ausländer entfernt werden ſollte und daß zwei unbeſcholtene wenig gekannte Männer, der Pſarier Makrys und ein Sohn des alten Petros Mavromichalis, ihre Stellen einnehmen ſollten. Schon war die Sitzung geſchloſſen und die Abgeordneten waren im Begriffe, den Saal zu verlaſſen, als ein Haufe bewaffneter Rumelioten einbrach, unter wildem Geſchrei Hand an die Vertreter der Nation legte und den Präſidenten Panutſos Notaras mit 8 andern Abgeordneten gefangen in die nahen Berge führte, wo ihr Corps ſein Lager aufgeſchlagen hatte, und von wo die Gefangenen nicht eher entlaſſen wurden, als bis den Räubern ein anſehnliches Löſegeld gezahlt war. Aus der Unterſuchung, die angeſtellt wurde, ergab ſich, daß eines der Mitglieder der Regierungscommiſſion, der von der Volksſache abtrünnige Zaimis, den in der Nähe von Argos lagernden Rumelioten, die ſeit vielen Monaten keinen Sold bezogen, das Verſprechen ertheilt hatte, am 8. Auguſt eine Abſchlagszahlung zu machen, die er ihnen aber, als ſie zur beſtimmten Friſt erſchienen, verweigerte, indem er vorgab, daß er ſein Wort nicht halten könne, weil die Nationalverſammlung die Regierungscommiſſion abgeſetzt habe; ſie möchten ſich deshalb, wenn ſie Geld haben wollten, nur an die Verſammlung wenden. Die rohen Krieger befolgten den wohlmeinenden Rath und ſprengten die Verſammlung auseinander, deren Mitglieder, nachdem ſie eine feierliche Proteſtation erlaſſen, in ihre Heimath zurückkehrten, da ſie ſelbſt unter den Kanonen von Navplia keine Sicherheit mehr fanden. In Navplia erhob ſich ungeachtet der Anweſenheit der franzöſiſchen Beſatzung das Volk gegen die beiden Mitglieder der Regierungscommiſſion, — Metaras und Zaimis — welche die allgemeine Stimme beſchuldigte, durch ihre Ränke den ehrloſen Ueberfall der Nationalverſammlung veranlaßt zu haben. Schon war ein zuſammengerotteter Haufe im Be-

griff, die Häuſer der Verräther zu ſtürmen, als ein Staatsbote des Königs von Baiern aus München eintraf, der die nahe bevorſtehende Ankunft des jungen Königs Otto von Griechenland meldete. In der Freude über dieſe Nachricht, welche endlich die Ausſicht auf eine glückliche Löſung der immer höher ſteigenden Zerrüttung eröffnete, vergaß das Volk ſeinen Zorn; und bald darauf ging eine noch von der Nationalverſammlung ernannte Abordnung, die aus dem Admiral Miavlis und zwei Mitgliedern der Regierungscommiſſion, Konſtantin Botſaris und Koliopulos beſtand, von Navplia nach München ab, um den jungen König im Namen der Nation zu begrüßen und um möglichſte Beſchleunigung ſeiner Abreiſe zu bitten. Durch die Entfernung von Botſaris und Koliopulos wurde aber die Zahl der in Griechenland anweſenden Mitglieder der vom Senate ernannten Regierungscommiſſion auf vier herabgebracht, und da nach den vom Senate getroffenen Beſtimmungen deren wenigſtens fünf erforderlich waren, um einen gültigen Beſchluß zu faſſen, ſo behaupteten jetzt Zaimis und Metaras, daß die Commiſſion thatſächlich aufgelöſ't ſey, und daß es dem Senate zuſtehe, über die Regierung des Landes neue Anordnungen zu treffen, während die ihnen gegenüberſtehenden Konduriotis und Kolettis den Metaras nicht mehr als ihren Collegen anerkannten, weil derſelbe von der Volksverſammlung ſeine Entlaſſung erhalten habe, und den Senat als nicht mehr vorhanden betrachteten, weil deſſen geſetzliches Beſtehen mit dem Zuſammentreten der Nationalverſammlung aufgehört habe. Während der kleinlichen Zänkereien, die ſich hierüber entſpannen, verſchwand auch der letzte Schatten von Ordnung, der ſich bisher noch erhalten hatte. Kolokotronis, der ſowohl mit Metaras und Zaimis zu Navplia, als mit dem ruſſiſchen Admiral Ricord in der engſten Verbindung ſtand, hatte in den letzten Tagen des Auguſt den Rumeliotenhäuptling Grivas genöthigt, mit ſeinen durch unausgeſetzte Kämpfe ſehr geſchwächten Schaaren, Tripolitſa zu verlaſſen und ſich auf Argos zurückzuziehen, von wo er denſelben bald darauf gleichfalls verdrängte, um ſich mit ſeiner geſammten Macht vor den Thoren von Navplia aufzuſtellen. Nach einer Zuſammenkunft, die er an Bord des ruſſiſchen Admiralſchiffes mit den Häuptern ſeiner Partei zu Navplia gehabt hatte, glaubte der Senat es an der Zeit, die Maske fallen zu laſſen, hinter der er bisher die Beweggründe ſeines Verfahrens zu verbergen bemüht geweſen war. Durch einen Beſchluß vom 3. October übertrug er Zaimis, Metaras und Kolokotronis unter Zuordnung der Miniſter, die durch ihren Bruch mit der Nationalver-

Digitized by Google

ſammlung ſich dem Senate genähert hatten, ausſchließlich die Regierungsgewalt und erließ eine Bekanntmachung, worin er Alles, was ſeit der Abdankung des Präſidenten Auguſtin Kapodiſtrias und der Ernennung der erſten Regierungscommiſſion von fünf Mitgliedern geſchehen ſey, für ungeſetzlich und durch Gewalt erzwungen erklärte. Dieſe Bekanntmachung rief einen Volksauflauf hervor, den man durch das Bataillon regelmäßiger Truppen, das nebſt den Franzoſen die Beſatzung bildete, auseinandertreiben ließ. Dabei hatte man aber vergeſſen, daß die Sorge für die Erhaltung der Ordnung dem franzöſiſchen Commandanten oblag, der ſeinerſeits die franzöſiſche Beſatzung unter die Waffen treten, das griechiſche Bataillon, das ohne ſein Wiſſen gegen das Volk eingeſchritten war, entwaffnen, und die Bekanntmachung, welche die Urſache des ganzen Tumultes war, von den Straßenecken abreißen ließ. Einige Wochen ſpäter, als die Anzeige einging, daß ein Anſchlag im Werke ſey, die Feſtung den Banden des Kolokotronis zu überliefern, welche es bereits gewagt hatten, in die Vorſtadt Pronia einzudringen und aus derſelben von den Franzoſen mit Gewalt der Waffen herausgeworfen waren, nahm der Commandant es ſich heraus, ohne Weiteres den Präſidenten des Senates zu verhaften, weil er vorausſetzte, daß derſelbe bei dem Anſchlage betheiligt ſey. Der Senat, durch dieſe Vorgänge belehrt, daß er keine Ausſicht habe, in Navplia zum Ziele zu gelangen, entwich auf einem ruſſiſchen Kriegsſchiffe aus dieſer Stadt und verlegte ſeinen Sitz nach dem kleinen Orte Aſtros, wo er, ſelbſt von Zaimis und Metaras und zuletzt auch von Kolokotronis verlaſſen, ſeine Thätigkeit damit beſchloß, daß er die Albernheit beging, den ruſſiſchen Admiral Ricord zum Präſidenten von Griechenland zu ernennen, was dieſer natürlich nicht annehmen konnte. So kam es dahin, daß in ganz Griechenland mit Ausnahme der vereinzelten Punkte, die von den Franzoſen beſetzt waren, keine andere Gewalt galt, als jene der Militairhäuptlinge, die ſich, da kein Grund mehr vorhanden war, um deſſentwillen ſie einander bekämpfen ſollten, mit einander vertragen hatten und gemeinſchaftlich, ein Jeder in dem Bezirke, den er mit ſeinen Leuten inne hatte, die friedliche Bevölkerung brandſchatzten. In einen gleichen Zuſtand der Auflöſung aller geſellſchaftlichen Verhältniſſe hatten weder die Türken, noch die Aegypter Ibrahim Paſcha's während der ganzen Dauer des Befreiungskampfes das Land zu ſtürzen vermocht. Alle Grundlagen, auf denen ſich ein geordnetes Staatsweſen aufführen ließ, ſchienen zerſtört, als am 30. Januar 1834 das Geſchwader in

Digitized by Google

den Golf von Navplia einlief, welches den jugendlichen König Otto nebſt der während ſeiner Minderjährigkeit ihm an die Seite geſetzten Regentſchaft nach den helleniſchen Geſtaden überführte. Dies waren die Früchte des Schutzes, den die drei Mächte Rußland, England und Frankreich nach dem Vertrage vom 6. Juli 1827 den Griechen angedeihen ließen; und wenn dieſe Früchte erſt nach der franzöſiſchen Julirevolution zu ihrer vollen Reife gelangten, ſo hatte Griechenland den Dank zuerſt der unbarmherzigen Politik des Cabinettes, das ſeit anderthalb Jahrhunderten den Orient als ſein ihm von rechtswegen zukommendes Erbe anſieht, und das ſeine rieſenhaften weltumfaſſenden Plane nur über den Leichen der Völker und über den Trümmern der ganzen europäiſchen Bildung und Geſittung zur Ausführung bringen kann, daneben aber der engherzigen leichtfertigen Selbſtſucht des Mannes abzuſtatten, der das revolutionaire Frankreich in der Londoner Conferenz vertrat und den, nachdem er ſo viel Eide gebrochen, als in Frankreich ſeit der erſten Revolution Regierungen auf einander gefolgt waren, die europäiſche Diplomatie als ihr unerreichtes Vorbild bewunderte.

Digitized by Google

Achtes Buch.

Die politiſchen Veränderungen
in
Großbritannien und im ſcandinaviſchen Norden.

Erſtes Hauptſtück.

Die Reform im brittiſchen Inſelreiche.

Es iſt eine in dem innerſten Weſen der menſchlichen Natur begründete Erfahrung, daß die großen Gedanken, die dazu beſtimmt ſind, die Welt zu bewegen und die Geſchicke der Völker zu entſcheiden, nachdem ſie lange unklar und verworren in den Gemüthern der Maſſen gelegen haben, immer erſt von einem überlegenen Geiſte zu vollem Bewußtſeyn erhoben und durch das Gepräge ſeiner Eigenthümlichkeit zu einer beſtimmten Geſtalt geformt ſeyn müſſen, ehe ſie jene allgemeine Geltung erlangen, die ihnen dann ihre unwiderſtehliche Macht und Gewalt leiht. Die Maſſen, von ihrem dunkeln Triebe geführt, können ungeheuere äußerliche Veränderungen, Erſchütterungen, Umwälzungen zu Wege bringen, ohne daß dadurch irgend etwas bewirkt würde, außer einer Zerrüttung aller geſellſchaftlichen Verhältniſſe, die zuletzt ihnen ſelbſt am wenigſten zum Heile gereicht. Dagegen bedarf es zuweilen nur eines einzigen Wortes, das ein klarer ſich ſelbſt bewußter Geiſt zur rechten Stunde ſpricht, um der Entwickelung der Völker und der Menſchheit für eine lange Reihe von Jahren ihr Ziel anzuweiſen. Ein ſolches Wort war Cannings Wahlſpruch: „bürgerliche und reli-

Digitized by Google

giöſe Freiheit über die ganze Welt!" denn dieſes Wort ſtellte die Politik des kühnen Staatsmannes, der daſſelbe ausſprach, der Politik der bisherigen Machthaber auf das Schroffſte entgegen; es gab den Gefühlen, die in der Bruſt jedes Engländers verſchloſſen waren, ihren einfachſten und zugleich ihren ſchärfſten und unzweideutigſten Ausdruck, es vereinigte Millionen brittiſcher Herzen unter einem gemeinſchaftlichen Banner und machte es dadurch den störriſcheſten Feinden der Volksfreiheit unmöglich, wenn ſie die Zügel der Gewalt an ſich riſſen, aus der einmal eröffneten neuen Bahn in die alte verlaſſene zurückzulenken. Als Canning ſeinem Vaterlande durch einen vorzeitigen Tod entriſſen wurde, glaubte König Georg IV., daß es, um die Verwaltung in dem Geiſte des großen Dahingeſchiedenen fortzuführen, hinreichend ſey, wenn in den Perſönlichkeiten, aus denen dieſelbe zuſammengeſetzt war, ſo wenig Veränderungen vorgenommen würden, als möglich. Er verbarg ſich keinesweges, daß Cannings Verluſt ein unerſetzlicher war; aber er rechnete darauf, daß die Anerkennung, die dieſer durch ſeine geiſtige Ueberlegenheit erzwungen hatte, auch wohl einem minderbegabten Staatsmann zu Theil werden könne, der die gleichen Zwecke verfolge und mit gleich redlichem Willen geſchmeidige Formen und eine weniger ſchroff hervortretende Selbſtſtändigkeit des Urtheils verbände. Viscount Goderich, der frühere Herr Robinſon, der an Cannings Stelle berufen wurde, die Verwaltung zu leiten, war einer jener nur eben über die flachſte Mittelmäßigkeit hervorragenden Köpfe, die überall geprieſen werden und beliebt ſind, weil ſie Jedermann freundlich entgegenkommen, und die keine Feinde haben, weil ſie zu wenig Feſtigkeit und Stätigkeit des Willens beſitzen, um irgend Jemand Anſtoß zu geben. Lord Goderich fühlte ſeine eigene Schwäche zu gut, als daß er auch nur einen Verſuch gewagt hätte, den Wogenſturm des Parteigeiſtes zu beherrſchen, indem er gerade hindurch ſteuerte; ſeine Hoffnung war, daß es ihm gelingen würde, durch geſchicktes Laviren den Hafen zu gewinnen, indem er den beiden großen politiſchen Parteien, die ſich beide nur mit Widerſtreben Cannings Verwaltung hatten gefallen laſſen, wechſelsweiſe Zugeſtändniſſe machte. Da das Parlement nicht verſammelt war, ging Alles während der erſten Monate vortrefflich; denn man hatte nur die laufenden Geſchäfte abzumachen, wobei keine beſondere Schwierigkeiten zu überwinden waren. Zuerſt wurde das Vertrauen des ſchwachen Goderich zu ſeinen eigenen Fähigkeiten erſchüttert, als die Nachricht von der Schlacht bei Navarino einging, die ungeachtet des Ruhmes, den die brittiſchen

Waffen erfochten hatten, für jeden brittiſchen Staatsmann ein Donnerſchlag war. Als Canning den Vertrag abſchloß, durch den England ſich mit Rußland und Frankreich zur Rettung des unglücklichen Griechenvolkes verband, war er weit davon entfernt, zu ahnen, daß in Folge dieſes Vertrages brittiſche Schiffe die Seemacht des osmaniſchen Reiches vernichten und dieſes wehrlos in die Hände ſeines Erbfeindes liefern würden. Seine Abſicht war, gerade dadurch, daß er dem unſeligen Kampfe zwiſchen Griechen und Türken ein Ziel ſetzte, dem St. Petersburger Cabinette jeden Vorwand zu einem Angriffskriege zu entziehen. Die ſtreitenden Parteien ſollten durch die Dazwiſchenkunft der Mächte auseinander gebracht werden; aber er war der Meinung, daß dies bei der unverhältnißmäßigen Ueberlegenheit der Verbündeten durch eine einfache Blokade der Küſten bewirkt werden könne, ohne daß es deshalb zu einer Entſcheidung durch die Waffen kommen dürfte. Dieſen Plan hatte auch die neue Verwaltung aufgenommen, und in dieſem Sinne waren die Verhaltungsbefehle abgefaßt, die dem Befehlshaber der brittiſchen Seemacht in den griechiſchen Gewäſſern, Sir Edward Codrington, zugegangen waren. Das gewaltſame Zuſammentreffen, welches in England von vielen vaterlandliebenden Männern als ein öffentliches Unglück beklagt wurde, war durch drei kleine Wörtlein veranlaßt, die ohne das Wiſſen der Miniſter in die Depeſche eingeſchoben waren. Der Herzog von Clarence, der als Großadmiral die Depeſche unterzeichnen und an ihre Beſtimmung befördern mußte, hatte in einer Anwandlung kriegeriſcher Laune darunter geſchrieben. „Drauf los, Eduard!“ (Go it, Nell!); und Sir Edward Codrington hatte dieſen freundſchaftlichen Zuruf von Seiten des wahrſcheinlichen Thronerben als förmlichen Befehl verſtanden und ſich beeilt, demſelben mit aller Kraft des brittiſchen Seemannes Folge zu leiſten. Die Miniſter, denen die bitterſten Vorwürfe gemacht wurden, hatten an dem Ereigniſſe, welches in ſeinen Folgen das osmaniſche Reich ſeinem Untergange nahe bringen ſollte, keinen Antheil; aber Jedermann ſagte ihnen, daß daſſelbe nicht erfolgt wäre, wenn Canning die Zügel noch in der Hand gehabt hätte. Eben ſo unzulänglich, wie in Bezug auf die auswärtigen Angelegenheiten des Landes erwies ſich Lord Goderich bald in der innern Verwaltung. Eine der wichtigſten Aufgaben, die Canning ſich geſtellt und die er ſeinem Nachfolger als ein heiliges Vermächtniß hinterlaſſen hatte, war die Einſetzung einer Commiſſion, die das geſammte Ausgabeweſen einer genauen Prüfung unterwerfen und die Erſparungen ausmitteln ſollte, die zu machen wären, um dem Volke einen Theil ſeiner drücken-

Digitized by Google

den Steuerlaſt abzunehmen. Als gegen das Ende des Jahres 1827 die Bildung dieſer Commiſſion in Anregung gebracht wurde, um dem Parlemente wenigſtens mit einer Maßregel entgegentreten zu können, die dem Lande einen erheblichen Nutzen verſprach, kam es zu einem Zwiſte im Cabinette, den ein kräftig durchgreifender Charakter mit leichter Mühe beſeitigt hätte, den aber Lord Goderich, der es mit keiner der beiden Parteien verderben wollte, ſich ſo über den Kopf wachſen ließ, daß dadurch ſeine ganze Verwaltung auseinandergeſprengt wurde.

Unter den Freunden Cannings, die nach deſſen Tode ſeine Verwaltung unter Lord Goderichs Leitung fortzuführen übernahmen, war der bedeutendſte Lord Huſkiſſon, der als Handelsminiſter zuerſt es gewagt hatte, die Anwendung des von den bewährteſten Lehrern der Staatswirthſchaft längſt feſtgeſtellten Grundſatzes der Handelsfreiheit zu fordern und dem Vorurtheile den Krieg zu erklären, welches die ganze beſtehende brittiſche Handelsgeſetzgebung beherrſchte, daß der Gewerbfleiß in einem Lande nur dann gedeihen könne, wenn er durch unbedingte Verbote oder durch dem Verbote nahe kommende Eingangszölle gegen jede fremde Mitbewerbung geſchützt ſey. So groß der Haß war, den er durch dieſe Verwegenheit bei den eigennützigen Anhängern des alten Schutz- und Verbotſyſtemes und namentlich bei der übermächtigen Claſſe der Grundeigenthümer erregte, die ſehr wohl begriffen, daß auch ihr einträgliches Monopol des Getreidehandels nicht mehr zu halten ſeyn werde, ſobald einmal der Grundſatz des freien Verkehrs im Allgemeinen als der allein vernünftige und gerechte anerkannt wäre: ſo ungetheilt war der Beifall, den er bei der unermeßlichen Maſſe der Gewerbtreibenden fand, die verſtändig genug waren, um einzuſehen, daß ſie die Stützen, an denen die Gewerbe ſich in ihrer Kindheit hatten forthelfen müſſen, nicht mehr bedurften, nachdem die letzten zu männlicher Reife gekommen waren, daß ſie keine Urſache hatten, irgend eine fremde Mitbewerbung zu ſcheuen, und daß die Beibehaltung der alten Verbote keine andere Wirkung haben konnte, als das Ausland zur Wiedervergeltung herauszufordern, was für ſie ſelbſt die nachtheiligſten Folgen haben mußte, da ſie ſich im Stande fühlten, die ganze bewohnte Erde mit den Erzeugniſſen ihres Fleißes zu verſehen. Huſkiſſon war der Mann des Handels- und des Gewerbsſtandes; und bei dem gewaltigen Einfluſſe, den dieſem noch mehr wegen ſeines ungeheuern Reichthumes, als wegen der ungeheuren von ihm abhängenden Volksmaſſen ſelbſt der ſtolze grundbeſitzende Adel nicht verweigern durfte, war ſein Name daher wohl geeignet, jeder

Digitized by Google

Verwaltung zur kräftigſten Stütze zu dienen. Huſkiſſon verlangte, als von der Errichtung der beabſichtigten Finanzcommiſſion die Rede war, daß an die Spitze derſelben Lord Althorp geſtellt werde, einer der vornehmſten Wortführer der Whigs im Hauſe der Gemeinen und ein Mann, der ſowohl durch ſeine gründlichen Kenntniſſe, wie durch die Biederkeit ſeines Charakters und die Redlichkeit ſeiner Geſinnungen in ſeltenem Maße das allgemeine Vertrauen genoß. Dem widerſetzte ſich aber der Finanzminiſter Herries, ein ſtarrer unbeweglicher Tory, den Lord Goderich nur deshalb zu ſeiner wichtigen und einflußreichen Stellung erhoben hatte, um, nachdem er zwei der vornehmſten Häupter der Whigs, den Marquis von Lansdown und den Grafen Carlisle, die unter Canning zwar Sitz und Stimme im Cabinet, aber keinen unmittelbaren Antheil an der Geſchäftsführung gehabt, den einen als Miniſter des Innern, den andern als Geheimſiegelbewahrer in die Verwaltung hineingezogen hatte, auch der Gegenpartei eine Bürgſchaft zu geben, daß es keinesweges ſeine Abſicht ſey, ihren Grundſätzen irgendwie entgegen zu handeln. Der Streit zwiſchen Huſkiſſon und Herries wurde ſo heftig, daß der erſte erklärte, er müſſe ſeine Entlaſſung nehmen, wenn ſein Gegner nicht aus der Verwaltung ſchiede. Jetzt war es an Goderich, als dem Haupte des Cabinettes, den Ausſchlag zu geben; aber dazu wäre eine Entſchiedenheit des Entſchluſſes erforderlich geweſen, deren der Schwache und Schwankende nicht fähig war. Er zog es vor, dem Könige den Fall vorzutragen und deſſen Befehle zu erbitten. Georg IV. war, obwohl durch frühe Ausſchweifungen geiſtig und körperlich zerrüttet, ein ſcharf blickender Fürſt; der Bericht ſeines Miniſters enthüllte ihm die ganze Lage der Dinge, und ſeine Antwort war ſchnell bereit. „Da Huſkiſſon ſeine Entlaſſung nimmt,“ ſagte der König, den Schein eines Mißverſtändniſſes annehmend, welches kein Mißverſtändniß war und kein Mißverſtändniß zuließ, „ſo betrachte ich die Verwaltung als aufgelöſ't!“

Am andern Morgen — dem 9. Januar 1828 — wurde der Herzog von Wellington zum Könige berufen. Der Herzog war, wie er mit ſoldatiſcher Offenheit ſelbſt eingeſtand, kein Staatsmann, denn er beſaß weder die umfaſſenden Kenntniſſe, noch den Reichthum der Gedanken und die lichtvolle Beredſamkeit, die von dieſem verlangt werden; aber die Eigenſchaften, die ihn als Feldherrn auszeichneten, der ſichere Blick, der ihn ſofort den Punkt erkennen ließ, auf deſſen Behauptung es im Kampfe ankam, die eiſerne Feſtigkeit, mit der er durch alle Hinderniſſe zum Ziele drang, die unerſchütterliche Beharrlichkeit,

Digitized by Google

mit der er den einmal gefaßten Entſchluß unter allen Umſtänden feſthielt, blieben ihm in jeder Lage des Lebens eigen; und dieſe Eigenſchaften ſind für den Lenker der Volksgeſchicke im Rathe nicht weniger unentbehrlich, wie für den Führer der Heere im Felde. Der Herzog war ſeinen politiſchen Grundſätzen nach ſtrenger Tory; ihm erſchien die Erhaltung der beſtehenden Ordnung als die höchſte Aufgabe der Staatsweisheit; und er war in dem Kampfe der Partei gegen Canning vorangetreten, weil er überzeugt war, daß die Veränderungen, die dieſer Staatsmann bevorwortete, weiter gehen würden, als er ſelbſt es beabſichtigte, und daß, ſobald erſt einmal durch unnöthige Neuerungen eine Breſche in die beſtehenden Einrichtungen gelegt ſey, das Ganze ſeinen Halt verlieren und bei dem erſten Anſtoße in ſich zuſammenbrechen müſſe. Georg IV. war, wenn nicht ganz derſelben Anſicht, doch auch nicht all zu weit von derſelben entfernt. Er hatte nicht ohne Widerſtreben Canning die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten überlaſſen, weil er dafür hielt, daß ein ſo überlegener Geiſt in der Regierung weniger zu fürchten ſey, als außer derſelben, und weil er es als unmöglich erkannte, dem ſtürmiſchen Verlangen nach Verbeſſerungen, das alle Stände ergriffen, zu widerſtehen. Nach dem Scheitern des Verſuches, den Lord Goderich gemacht hatte, Cannings Regierungsweiſe ohne Canning fortzuſetzen, blieb dem Könige nichts anderes übrig, als ſich an die Gegenpartei zu wenden; und er übertrug daher dem Haupte derſelben die Sorge, eine neue Verwaltung zu bilden. Aber auch der Herzog von Wellington ſah, ſo wie er ſelbſt zum Beſitze der Gewalt gelangte, die Unmöglichkeit, die Grundſätze, zu denen er ſich bekannte, in ihrer vollen Strenge geltend zu machen. Die Verwicklung im Oriente, welche durch die Schlacht bei Navarino nicht gelöſ't, ſondern nur zu einer unentwirrbaren Höhe geſteigert war, konnte von Tage zu Tage England in die Nothwendigkeit verſetzen, die wichtigſten Intereſſen mit gewaffneter Hand zu wahren. Nur dadurch konnte man hoffen, den Frieden zu erhalten, wenn England bei Zeiten eine Haltung annahm, die keinen Zweifel darüber ließ, daß es wohl befähigt ſey, nöthigenfalls die Entſcheidung der Waffen anzurufen. Dazu war aber die erſte Bedingung, daß das Land im Innern beruhigt und nicht durch wilden Parteikampf zerriſſen war. Aus dieſem Grunde ſcheute es der eiſerne Herzog, dem allgemeinen Volkswillen ſo ſchroff entgegenzutreten, wie es ſonſt wohl ſeine Art geweſen wäre. Er entſchloß ſich deshalb einen Mittelweg einzuſchlagen und, während er feſt entſchloſſen blieb, in der Hauptſache nichts nachzugeben, einige weniger bedeutende

Digitized by Google

Punkte zu opfern, die er in ſeiner Weiſe, die Dinge aufzufaſſen, als verlorene Poſten betrachtete. Durch die Zugeſtändniſſe, die er machte, ließen ſich mehrere der alten Freunde Cannings, ein Huſkiſſon, Dudley, Palmerſton, Charles Grant beſtimmen, die Stellen, die ſie in Lord Goderichs Verwaltung bekleidet hatten, auch in dem Cabinette des Herzogs von Wellington zu behalten; und Huſkiſſon erklärte bei der Parlementswahl zu Liverpool, der er ſich in Folge ſeiner neuen Annahme eines öffentlichen Amtes unterwerfen mußte, daß nicht allein er ſelbſt in der Zukunft, wie in der Vergangenheit, Cannings Grundſätze immer ſich zu Wegweiſern dienen laſſen würde, ſondern daß er auch die Gewißheit habe, daß ſeine Collegen ſich von denſelben nicht entfernen würden. Dies war denn freilich mehr, als der ſtolze Herzog von Wellington zugeben konnte, der, ſo lange Canning lebte, ſein hartnäckigſter Gegner geweſen war; und er ergriff daher die nächſte Gelegenheit, um im Hauſe der Lords Huſkiſſons Erklärung eine unumwundene Ableugnung entgegen zu ſetzen. Die Wahrheit war, daß der Herzog allerdings nichts weniger als geneigt war, Cannings Grundſätze als ſeine Richtſchnur anzuerkennen, daß er aber wider ſeinen Willen durch die Gewalt der Umſtände gezwungen wurde, dieſen Grundſätzen zu folgen. Mehr als Wellington während der Dauer ſeiner Verwaltung für die Sache der Freiheit gethan hat, würde Canning bei längerem Leben ſchwerlich geleiſtet haben; aber der große Unterſchied zwiſchen beiden war, daß Canning ein Sohn des Volkes war, der alle ſeine Kräfte aufbot, um für das Volkswohl zu wirken und nur deshalb nicht mehr zu wirken vermochte, weil er bei jedem Schritte durch den Widerſtand des Adels aufgehalten wurde, während der Herzog von Wellington, einem der vornehmſten adligen Geſchlechter angehörend, vor allem Andern darauf bedacht war, dem Adel die Herrſchaft zu erhalten, und, wenn er im Einzelnen der Volksmeinung wich, dabei keinen andern Zweck hatte, als eine feſtere Stellung einzunehmen, die leichter gegen den Andrang der Maſſen zu vertheidigen war.

In keinem andern Lande der Welt, in dem jemals eine Adelsherrſchaft beſtanden hat, iſt dieſelbe umſichtiger und feſter begründet worden, als in England. Der Grundzug des brittiſchen Volkscharakters, den die Engländer mit allen den verſchiedenen Abzweigungen theilen, welche aus der gemeinſchaftlichen Wurzel des großen deutſchen Volksſtammes hervorgegangen ſind, iſt ihr ſtarres Feſthalten an dem einmal anerkannten beſtehenden Rechte. Dieſes Feſthalten an dem Rechte, von dem freiwillig auch der kleinſte Theil nicht aufgegeben

Digitized by Google

wird, iſt der Grund, auf dem noch heute die Macht des brittiſchen Adels beruht; und nur deshalb, weil derſelbe die Anſprüche, die er erhob, immer auf den Buchſtaben des Rechtes ſtützte, iſt es ihm möglich geweſen, ſo lange alle Angriffe erfolgreich abzuwehren, die der Adel neuerer Zeit in England, wie in allen Ländern Europas erfahren hat. Die aus dem Mittelalter hervorgegangene brittiſche Verfaſſung hatte das Recht der Geſetzgebung gleichmäßig zwiſchen dem Könige und den beiden Häuſern des Parlementes getheilt, von denen das eine, das Haus der Lords, dazu beſtimmt war, die beiden vornehmſten Stände, den Adel und die Geiſtlichkeit, das andere, das Haus der Gemeinen, die große Maſſe des Volkes zu vertreten. Bei allen deutſchen Stämmen und ſo auch bei den Engländern iſt aber das Volk niemals ein verworrener unterſcheidungsloſer Haufe, ſondern immer in beſtimmte Genoſſenſchaften gegliedert geweſen, die jedem Einzelnen ihrer Mitglieder die Rechte verbürgten, welche derſelbe für ſeine Perſon beſaß. Die bedeutendſten dieſer Genoſſenſchaften waren die Städte, in denen die gewerbtreibende Bevölkerung zuſammengedrängt war, und die Grafſchaften, in welche das flache Land mit ſeiner ackerbautreibenden Bevölkerung zerfiel; und von den Städten und Grafſchaften wurden die Männer gewählt, welche das Volk in dem Hauſe der Gemeinen zu vertreten hatten, während in dem Hauſe der Lords die Häupter der adligen Geſchlechter und die hohen Würdenträger der Kirche perſönlich erſchienen, um den Adel und die Geiſtlichkeit zu vertreten. Im Verlaufe der Zeit kam aber die Mehrzahl der alten blühenden Städte des Landes in Abgang, und während dieſe alten Städte entweder ganz verfielen oder zu kleinen unbedeutenden Ortſchaften herabſanken, blühten einſt unbedeutende Ortſchaften durch Handel und Gewerbfleiß zu mächtigen Städten auf. Da die Krone urſprünglich das Recht hatte, die Städte nach ihrem Gutbefinden zum Parlemente einzuberufen, ſo wäre es an ihr geweſen, das allmälig entſtehende Mißverhältniß auszugleichen, indem ſie das Wahlrecht von den alten verfallenen Ortſchaften auf die neuen großen Städte übertragen hätte. Sie verſäumte es jedoch aus eigennützigen Beweggründen von ihrem Rechte Gebrauch zu machen; und das Wahlrecht haftete daher fortwährend an den alten verfallenen Orten, während die neuen großen Städte von demſelben ausgeſchloſſen blieben. Dieſe Vernachläſſigung benutzte der Adel, um nach und nach den Grund und Boden der verfallenen Orte und damit auch das an demſelben haftende Wahlrecht in ſeinen Beſitz zu bringen, und da der Adel vermöge ſeines ausgedehnten Grundbeſitzes auf dem Lande auch

Digitized by Google

einen überwiegenden Einfluß auf die Wahlen der Grafſchaften übte, ſo kam es dahin, daß die Mehrzahl der Mitglieder des Hauſes der Gemeinen nicht mehr vom Volke, ſondern von wenigen adligen Geſchlechtern ernannt wurden. Im Hauſe der Lords hatte der Adel immer ein entſchiedenes Uebergewicht über die verhältnißmäßig geringe Zahl der Prälaten gehabt, die neben ihm ihre Sitze einnahmen; und da er jetzt in beiden Häuſern des Parlementes den Ausſchlag gab, ſo wurde es ihm leicht, auch die Krone, die bei allen ihren Maßregeln der Zuſtimmung des Parlementes nicht entbehren konnte, in eine unbedingte Abhängigkeit von ſich zu verſetzen. Eben ſo einfach, wie die Mittel, deren ſich der brittiſche Adel bediente, um zur Herrſchaft zu gelangen, waren jene, die er anwandte, um ſich in der erlangten Herrſchaft auf die Dauer zu befeſtigen und zu behaupten. Zuvörderſt wurden alle beſtehende Rechte gewiſſenhaft geachtet, ſo daß das Volk niemals Veranlaſſung zu einer Klage über Rechtsverletzungen erhielt und daher auch ſeinerſeits zu keiner Rechtsverletzung herausgefordert wurde. Sodann trug man Sorge, die vorragendſten politiſchen Talente, die aus dem Volke auftauchten, in die Reihen des Adels aufzunehmen, um dieſem neben der Herrſchaft immer auch die geiſtige Ueberlegenheit zu ſichern, welche dieſelbe allein erträglich machen konnte. Dabei vergaß man aber nicht, daß die unerläßlichſte Bedingung zur Bewahrung der Herrſchaft das ungetheilte Zuſammenhalten des großen Beſitzes war, durch den es dem Adel überhaupt möglich geworden war, die Herrſchaft an ſich zu ziehen. In keinem andern Lande Europas iſt das Erſtgeburtsrecht, welches dem Lehenweſen des Mittelalters ſeinen Urſprung verdankte, mit größerer Strenge aufrecht gehalten worden, wie in England, wo die jüngeren Söhne der adeligen Geſchlechter nicht allein von jedem Anſpruche an das väterliche Erbe, ſondern von dem Adel ſelbſt ausgeſchloſſen ſind, der mit dem ganzen ungetheilten Beſitze der Familie allein dem Haupte derſelben vorbehalten bleibt. Ein ſo ſehr allen menſchlichen Gefühlen widerſtrebendes Geſetz würde jedoch in England ſo wenig, wie in den meiſten andern Ländern, in denen daſſelbe im Gebrauche geweſen iſt, lange Beſtand gehabt haben, wenn dem Adel nicht durch ſeine politiſche Macht die Mittel zu Gebote geſtanden hätten, die ihres Antheiles an dem väterlichen Erbe beraubten Familienangehörigen auf andere Weiſe zu verſorgen. Die bedeutendſten und einträglichſten Stellen in der Verwaltung, im Heere und in der Flotte wurden als die natürliche Entſchädigung angeſehen, die man den jüngern Söhnen, Brüdern. Vettern ſchuldig war; und was von

Digitized by Google

dieſen, ſey es aus Mangel an Befähigung oder aus andern Urſachen, im Staatsdienſte nicht untergebracht werden konnte, das wurde auf die Kirche angewieſen, die mit ihren reichen Pfründen und Sinecuren zugleich die vornehmſte Verſorgungsanſtalt für die jüngeren Söhne des brittiſchen Adels und eines ſeiner wichtigſten Regierungsmittel war. Bei der Kirchenverbeſſerung des ſechzehnten Jahrhunderts wurde zwar auch in England, wie in allen andern proteſtantiſchen Ländern ein großer Theil des alten katholiſchen Kirchengutes zum Beſten der Machthaber eingezogen; der bei weitem größte Theil ging aber ungeſchmälert auf die neue anglicaniſche Kirche über, die ſich in ihren Einrichtungen, wie in ihren Glaubensſätzen weniger ſchroff von dem Katholicismus unterſchied, als alle andere proteſtantiſche Kirchen. Mit der weiſen Mäßigung, welche mit ſeltenen Ausnahmen die ganze Regierungsweiſe des brittiſchen Adels bezeichnet, widerſtand derſelbe der Verſuchung, die fürſtlich ausgeſtatteten hohen Würden der Kirche für ſeine Familienglieder als ſolche in Anſpruch zu nehmen, weil er fühlte, daß das Kirchenregiment in einem proteſtantiſchen Lande ſich nicht nach weltlichen Grundſätzen handhaben ließ, ohne ſeinen ganzen Einfluß auf die Gemüther zu verlieren, wovon die unvermeidliche Folge geweſen wäre, daß man die mächtige Unterſtützung hätte entbehren müſſen, welche die Kirche durch ihre Lehre und durch ihr Gebot der Regierung in der Volksmeinung gewähren konnte, indem ſie die beſtehenden politiſchen Einrichtungen mit der Weihe religiöſer Heiligung umgab. Zu Biſchöfen und Erzbiſchöfen wurden daher in England faſt immer ohne Rückſicht auf die Herkunft Männer gewählt, die durch umfaſſende Gelehrſamkeit und wahre Frömmigkeit würdig ſchienen, die höchſten Stufen in der geiſtlichen Hierarchie einzunehmen. Dagegen gab es eine Menge Pfründen ohne alle in das kirchliche Leben eingreifende Verrichtungen, ſo wie reiche Pfarreien, deren Obliegenheiten nach altem Gebrauche immer durch ärmlich beſoldete Stellvertreter oder Vicarien verſehen worden waren; und dieſe Stellen, die dem Inhaber ein bedeutendes Einkommen ohne alle erhebliche Verpflichtungen ſicherten, ſtand der Adel nicht an, als gute Beute unter ſeine Angehörigen zu vertheilen, wobei er den in den Augen des Engländers vollgültigen Rechtsgrund für ſich hatte, daß es von jeher, auch ſchon in der alten katholiſchen Zeit, nicht anders geweſen war. Die anglicaniſche Kirche und die beſtehenden politiſchen Zuſtände oder der Staat waren in allen Beziehungen ſo eng und unauflöslich verbunden, daß man die erſte nicht angreifen konnte, ohne den andern zu gefährden;

Digitized by Google

und dies war der Grund, weshalb zwar nicht der ganze Adel, aber jene Abtheilung deſſelben, welche ſeit langen Jahren mit kurzen Unterbrechungen die Gewalt immer in Händen gehabt hatte, — die Partei der Tories — es für ihre Pflicht hielt, jeden Angriff auf kirchliche oder zu der Kirche in irgend einer Beziehung ſtehende Einrichtungen mit gleicher Entſchiedenheit abzuwehren, wie einen Angriff, der auf ſie ſelbſt und auf die Vorrechte des Adels unmittelbar gerichtet geweſen wäre.

Die Einrichtungen, welche aus der Verbindung zwiſchen dem Staate und der Kirche herrührten, waren aber offenbar die ſchwächſte Seite des ganzen brittiſchen Staatsweſens. Von dem Geſetze war ſeit dem ſechzehnten Jahrhunderte die anglicaniſche Kirche als die einzige in England beſtehende anerkannt; keine andere Form der Gottesverehrung wurde geduldet, und ſchwere Strafen waren über Jeden verhängt, der ſich beigehen ließ, einen andern Glauben, als den von der anglicaniſchen Kirche in ihren 89 Artikeln feſtgeſtellten, zu bekennen. Im Verlaufe der Zeit hatte die allgemeine Milderung der Sitten allerdings die Aufhebung der alten Strafbeſtimmungen erzwungen. Allmälig, ſeit der unblutigen Revolution des Jahres 1688, war nicht allein den proteſtantiſchen kirchlichen Gemeinſchaften, die in ihren vornehmſten Grundlehren mit der anglicaniſchen Kirche übereinſtimmten, ſondern zuletzt auch den Katholiken, die bis in die zweite Hälfte des vorigen Jahrhunderts den härteſten Verfolgungen ausgeſetzt waren, die öffentliche Ausübung des Gottesdienſtes in ihrer Weiſe geſtattet worden. Dabei blieb aber die alte geſetzliche Annahme, daß die anglicaniſche Kirche die einzige im Staate vorhandene ſey, in ihren wichtigſten politiſchen Folgen in ungeſchwächter Kraft. Die im Jahre 1662 erlaſſene Teſtacte (Corporation and Test-Acts), nach welcher Niemand in ganz England zu einem ſtädtiſchen Amte zugelaſſen werden durfte, der nicht ein volles Jahr vorher das heilige Abendmahl nach dem Brauche der anglicaniſchen Kirche empfangen hatte, und Niemand zu einer Stelle im Staatsdienſte, der ſich nicht verpflichtete, innerhalb der nächſten drei Monate das Abendmahl in der Kirche zu empfangen, wurde nicht aufgehoben. Während dieſe Beſtimmungen auf allen der anglicaniſchen Kirche nicht angehörenden Proteſtanten eben ſo, wie auf den Katholiken laſteten, waren die letzten außerdem durch ein beſonderes Geſetz von beiden Häuſern des Parlementes ausgeſchloſſen. Durch die vielfachen Beſchwerden und die wiederholten heftigen Stürme, welche dieſe Beſchränkungen hervorriefen, war nichts weiter erreicht

Digitized by Google

worden, als daß man ſeit dem Jahre 1790 durch ſtillſchweigende Uebereinkunft die Beſtimmungen außer Kraft treten ließ, welche die proteſtantiſchen Andersgläubigen oder die Diſſenters an dem Eintritte in den Staatsdienſt verhinderten, indem die Regierung von Jahr zu Jahr eine ſogenannte Indemnitybill in das Parlement brachte: ein Geſetz, das den Staatsbeamten für den Verlauf des Jahres die Strafen erließ, welche auf die Verletzung der durch die Teſtacte geforderten Verpflichtungen geſetzt waren. Schwerlich würde die Regierung in ihrer Nachgiebigkeit auch nur ſo weit gegangen ſeyn, wenn ſie nicht gefürchtet hätte, das ſtreitbare und hartnäckige Volk der Schotten zu erbittern, bei dem die anglicaniſche Kirche niemals Eingang gefunden hatte, und bei dem durch die Acte über die Vereinigung des Königreiches Schottland mit England im Jahre 1707 die von der anglicaniſchen Kirche beſonders in ihrer Verfaſſung weſentlich abweichende Kirche der Presbyterianer ausdrücklich als die Staatskirche anerkannt war. Die Schotten hatten hauptſächlich den Sturm gegen die Ausſchließung der Diſſenter vom Staatsdienſte geleitet, und da ſie ſich bei der thatſächlichen Zulaſſung beruhigten, ſo war die Frage über die Rechte der Diſſenter allmälig beinahe ganz in Vergeſſenheit gekommen, als dieſelbe nach dem Sturze der Verwaltung des Viſcount Goderich von der Partei der Whigs wieder aufgenommen und zum Angriffe gegen das Cabinet des Herzogs von Wellington benutzt wurde.

Am 29. Januar wurde das Parlement eröffnet. Die Thronrede, die ſich mit beſonderer Ausführlichkeit über die Angelegenheiten des Orients verbreitete, gab durch den Umſtand, daß die Schlacht bei Navarino als ein unwillkommenes Ereigniß (untoward event) und die Pforte als der alte Verbündete Englands bezeichnet war, zu lebhaften Erörterungen Veranlaſſung, durch welche die Wortführer der Whigs nur ihre Unfähigkeit zu richtiger und unbefangener Würdigung der auswärtigen Politik des Cabinettes verriethen, da ſie ſich begnügten, ihre menſchenfreundliche Theilnahme an dem Schickſale der Griechen zur Schau zu tragen, ohne eine Ahnung von den großen europäiſchen Intereſſen zu haben, die im Oriente auf dem Spiele ſtanden. Außer dieſen Verhandlungen kam in beiden Häuſern des Parlementes nichts zur Sprache, was dem Parteikampfe hätte Nahrung geben können, bis am 25. Februar Lord John Ruſſel im Hauſe der Gemeinen den Antrag ſtellte, das Haus möge ſich ſelbſt in einen Ausſchuß zur Unterſuchung der Corporations- und Teſtacte verwandeln. Der neue Miniſter des Innern, Sir Robert Peel, der Leiter der miniſteriellen Par-

Digitized by Google

tei im Hauſe der Gemeinen, widerſetzte ſich mit einem Eifer, der unzweideutig zu erkennen gab, wie viel ihm an der unveränderten Aufrechterhaltung der beſtehenden Geſetzgebung gelegen war. Er hielt jede Unterſuchung für unnöthig, da die Teſtacte doch nur ein todter Buchſtabe ſey, ſeit die Diſſenter zu allen höheren Aemtern im Staatsdienſte zugelaſſen würden. Es könne ſich jetzt nur noch darum handeln, ob da oder dort ein diſſentirender Bürger zum Magiſtratsmitgliede gewählt oder ein unbedeutender Menſch, der kein Glied der anglicaniſchen Kirche ſey, etwa zum Acciſebeamten ernannt werden ſollte, worauf doch wohl nicht viel ankommen werde. Dagegen ſey es von Wichtigkeit, daß der Kirche der Vorrang nicht entzogen werde, der ihr wenn auch nur nach dem Buchſtaben des Geſetzes zuſtehe; und es ſey außerdem zu befürchten, daß die Schmälerung dieſes Vorranges, die der Antrag bezwecke, nur das Vorſpiel zu ernſteren Angriffen ſeyn werde. So gewichtig dieſe Gründe in den Augen der ſtrengeren Tories waren, ſo wenig vermochten ſie die Mehrheit des Hauſes zu überzeugen, das ſich mit 237 Stimmen gegen 193 für die Annahme des Antrages erklärte. Die Erwartung war jetzt allgemein, daß die Regierung kein ihr zu Gebote ſtehendes Mittel unverſucht laſſen würde, um die Teſtacte auf das Aeußerſte zu vertheidigen. Der Ausgang des Kampfes wäre in dieſem Falle ſchwerlich ein der Sache der religiöſen Freiheit günſtiger geweſen, da die Regierung, ſelbſt wenn ihr die Mehrheit im Hauſe der Gemeinen entſchlüpfte, unter allen Umſtänden auf die kräftigſte Unterſtützung von Seiten des Hauſes der Lords rechnen konnte. Um ſo mehr überraſchte es, als am 19. März, nachdem das Haus der Gemeinen mit großer Mehrheit die Aufhebung der Teſtacte beſchloſſen hatte, Sir Robert Peel die Erklärung abgab: das Miniſterium halte es unter den gegenwärtigen Umſtänden für unmöglich, die Beſtimmungen der Teſtacte ferner in Anwendung zu bringen, und verlange nur, daß an die Stelle des nach der Teſtacte neben dem Empfange des Abendmahles erforderten Eides in Zukunft die Verſicherung träte, daß der zu irgend einem Amte Beförderte niemals ſeinen amtlichen Einfluß dazu verwenden wolle, die Staatskirche zu benachtheiligen oder zu ſtürzen. Der Herzog von Wellington hatte einen Kriegsrath gehalten, worin der Beſchluß gefaßt wurde, die Teſtacte fallen zu laſſen, weil man ſich des Mittels, welches man noch in dem Hauſe der Lords beſaß, um die Aufhebung zu hintertreiben, nur im äußerſten Nothfalle bedienen dürfe, da zu fürchten ſey, daß zu häufiger Gebrauch deſſen Kraft abnutze und erſchöpfe. Am 28. April wurde der vom Hauſe der Gemeinen

Digitized by Google

genehmigte Geſetzvorſchlag über die Aufhebung der Teſtacte auch vom Hauſe der Lords angenommen, nachdem die einfache Verſicherung in eine feierliche Betheuerung „bei dem Glauben eines Chriſten“ verwandelt worden war; und am 9. Mai erhielt der Vorſchlag durch die königliche Beſtätigung Geſetzeskraft.

Der vornehmſte Grund, der den Herzog von Wellington und ſeine Collegen beſtimmte, ſich in der Angelegenheit der Teſtacte nachgiebig zu erweiſen, war ohne Zweifel der Entſchluß, den ſie gefaßt hatten, ihre Kräfte für die wichtigere Frage der Katholiken-Emancipaion zu verſparen, deren Erörterung in dem Laufe der Seſſion nicht zu vermeiden war. Seit dem Jahre 1812 war im Hauſe der Gemeinen beinahe alljährlich darauf angetragen worden, das Geſetz abzuſchaffen, welches die Katholiken vom Parlemente ausſchloß, indem es den Mitgliedern beider Häuſer zur Pflicht machte, einen Eid abzulegen, durch den ſie ſich als gute Proteſtanten bekundeten; beinahe jedesmal war der Antrag von einer freilich nicht beträchtlichen Mehrheit angenommen, aber jedesmal im Hauſe der Lords von einer nicht viel ſtärkern Mehrheit verworfen worden. Inzwiſchen war der Zuſtand der Inſel Ireland, wo unter ſechs Millionen Katholiken ungefähr anderthalb Millionen Proteſtanten zerſtreut waren, von Jahr zu Jahr bedenklicher geworden. Mehr als die früheren Aufſtände und Empörungen ſchreckte die tiefe Ruhe, die auf der ganzen Inſel herrſchte, weil dieſe Ruhe nur ein Beweis der unbegrenzten Herrſchaft war, die der katholiſche Verein zu Dublin unter O'Connells Leitung über die Maſſe der katholiſchen Bevölkerung übte. Auf den Befehl des katholiſchen Vereins hörten die innern Fehden auf, die, von den Vätern ererbt, ſeit Menſchengedenken den Frieden unter dem Landvolke geſtört hatten, ohne daß die Regierung ungeachtet aller ihrer Anſtrengungen jemals im Stande geweſen wäre, denſelben ein Ende zu machen; auf den Befehl des katholiſchen Vereins verſchwanden die bewaffneten Banden, die zur Nachtzeit in die Behauſungen der reichen Pächter und Gutsherren einbrachen, um blutige Rache für die Härte zu nehmen, mit der dieſelben ihren Zins von den armen Bauern eintrieben. Niemals hatte die engliſche Regierung mit ihren Bayonnetten über das iriſche Volk eine Gewalt zu erringen vermocht, die jener gleich oder nur nahe gekommen wäre, welche dem katholiſchen Verein durch die Uebereinſtimmung der Geſinnungen freiwillig zugeſtanden wurde. Schon unter der Verwaltung Lord Liverpools hatte die Regierung es nicht mehr gewagt, den Anſprüchen der iriſchen Katholiken auf Gleichſtel-

Digitized by Google

lung in allen bürgerlichen und politiſchen Rechten mit ihren proteſtantiſchen Mitbürgern entſchieden entgegen zu treten. Die Katholiken-Emancipation war damals zu einer ſogenannten offenen Frage gemacht worden, was in der engliſchen parlementariſchen Sprache ſo viel heißt, als es war jedem Mitgliede des Cabinettes anheimgeſtellt worden, im Parlemente nach ſeiner freien perſönlichen Ueberzeugung für oder wider die Gleichſtellung der Katholiken zu ſtimmen. Daſſelbe war unter Canning und unter Lord Goderich geſchehen; und auch der Herzog von Wellington, perſönlich der entſchiedenſte Gegner der Emancipation, hatte für nöthig geachtet, das gleiche Verfahren zu beobachten, indem er ſein Cabinet zu gleichen Theilen aus Freunden und aus Gegnern der Katholiken zuſammenſetzte. Es war am 8. Mai, dem Tage vor der königlichen Genehmigung der Teſtacte, als dießmal die Verhandlungen über die Katholiken-Emancipation begannen; und am 13. Mai des Morgens um drei Uhr nahm das Haus der Gemeinen mit 272 Stimmen gegen 266 den von Sir Francis Burdett geſtellten Antrag an, „die Geſetze in Erwägung zu ziehen, welche die römiſch-katholiſchen Unterthanen Sr. Majeſtät betreffen.“ Da mit Sicherheit vorherzuſehen war, daß die Sache der Katholiken auch jetzt im Hauſe der Lords keine günſtigere Aufnahme finden würde, als bei früheren Gelegenheiten, ſo verſuchte Burdett es, den Widerſtand, der ſich von dieſer Seite erwarten ließ, zu umgehen, indem er eine gemeinſchaftliche Beſprechung zwiſchen den Gemeinen und den Lords beantragte. Die Beſprechung kam zu Stande, aber ohne den gewünſchten Erfolg. Am 9. Juni verwarf das Haus der Lords den Beſchluß der Gemeinen mit 182 Stimmen gegen 137 nach einer Erörterung, in der nichts ſo merkwürdig war, wie die Erklärung des Herzogs von Wellington, daß er von Herzen eine Ausgleichung wünſche, nur könne dieſe nicht eher Statt finden, als bis die Katholiken genügende Bürgſchaften böten, daß durch ihre Gleichſtellung mit den Proteſtanten die Sicherheit der proteſtantiſchen Kirche und des Staates nicht gefährdet werde. Man könne unmöglich eine fremde Gewalt im Lande zulaſſen, man könne unmöglich die Ernennung der katholiſchen Biſchöfe durch den römiſchen Stuhl dulden; eben ſo wenig könne man aber ein Concordat mit Rom abſchließen, wie dies in andern proteſtantiſchen Ländern geſchehen ſey. Was geſchehen ſolle, dürfe nur von der brittiſchen Geſetzgebung ausgehen. Man ſah wohl, der ſtarre Herzog von Wellington war erſchüttert. Er konnte ſich nicht überwinden, nachzugeben, weil er von der Gleichſtellung der Katholiken für

Digitized by Google

die Zukunft den Sturz der anglicaniſchen Kirche und damit des ganzen Gebäudes der brittiſchen Verfaſſung fürchtete. Zugleich ſchien ihm aber die Gefahr, welche von einer Aufreizung der Katholiken durch unbedingte Zurückweiſung ihrer Anſprüche für den Augenblick drohte, ſo dringend, daß er es vorzog, die Gewährung an eine Bedingung zu knüpfen, von der er wußte, daß ſie niemals erfüllt werden konnte, weil die Katholiken ihre Verbindung mit Rom nicht aufgeben konnten, wenn ſie nicht aufhören wollten, Katholiken zu ſeyn.

Als der Herzog dieſe ausweichende Erklärung von ſich gab, war in der Zuſammenſetzung des Cabinettes eine Veränderung vor ſich gegangen, von der man annehmen darf, daß ſie ihm, wenn er ſie auch nicht abſichtlich herbeiführte, doch nichts weniger als unwillkommen war. Er hatte ſich zu der Aufnahme Huſkiſſons und der übrigen Freunde Cannings nur aus dem Grunde verſtanden, weil er es vermeiden wollte, durch die Bildung einer reinen Toryverwaltung die Volksmeinung von Anfang zu ſehr von ſich zu entfernen. Eine Ungeſchicktheit Huſkiſſons gab ihm, als er feſteren Fuß gefaßt hatte, Gelegenheit, ſich von den unzuverläſſigen Verbündeten los zu machen, ohne daß dieſe Urſach gehabt hätten, ſich über eine Ungerechtigkeit zu beklagen, die ihnen widerfahren wäre. Unter den vielen wichtigen politiſchen Fragen, über welche die beiden Adelsparteien der Whigs und der Tories verſchiedener Meinung waren, war die wichtigſte jene der Parlementsreform. Die Whigs, obwohl eben ſo wenig geneigt, wie die Tories, ihren Antheil an der Herrſchaft aufzugeben, hielten es für unklug, dieſelbe auf eine ſo offenbare Verkehrung des urſprünglichen Sinnes der Verfaſſung zu ſtützen, wie das Wahlrecht der verfallenen Flecken. Sie hielten es für unmöglich, auf die Dauer große und blühende Städte, wie Mancheſter, Birmingham, Leeds von der Vertretung im Parlemente auszuſchließen, während dieſelbe ein paar verfallenen Hütten zuſtand, die nur eben noch das Andenken an einen früher vorhanden geweſenen ſeiner Zeit bedeutenden Ort erhielten; und ſie glaubten, daß die Rechte des Adels nicht ſicherer gewahrt werden könnten, als wenn dieſer aus eigner Bewegung es übernähme, die Veränderungen einzuführen, die im Verlaufe der Zeit ſich doch als unabweisbar herausſtellen mußten. Schon während des americaniſchen Krieges, als das Beiſpiel der Colonien auch im Mutterlande den ſchlummernden Freiheitsſinn weckte, war der Ruf nach einer Parlementsreform erhoben worden, die das Volk in den ihm unrechtmäßiger Weiſe entzogenen Antheil an der Verfaſſung wieder ein-

Digitized by Google

ſetze*). Wenige Jahre ſpäter, nach dem Ausbruche der franzöſiſchen Revolution, wurde die Aufregung, die ſchon damals bis in die unterſten Schichten der Geſellſchaft hinabgriff, durch die Lehren, die ſich von den Ufern der Seine über ganz Europa verbreiteten, von neuem angefacht und in den Köpfen unſinniger Volksaufwiegler bis zur wildeſten Wuth geſteigert. In den Vereinen, die ſich nach dem Muſter des franzöſiſchen Jacobinerclubbs bildeten, wurde jetzt nicht mehr die Zurückgabe der alten in der Verfaſſung begründeten Volksrechte, ſondern wurden Freiheit und Gleichheit als das unveräußerliche unverlierbare Recht der Menſchheit gefordert; und es handelte ſich jetzt nicht mehr um die Abſtellung verjährter Mißbräuche, ſondern um den Umſturz jeder geſetzlichen Ordnung, um die Zerſtörung der tiefſten Grundlagen, auf denen das ganze Gebäude der modernen Geſellſchaft und Geſittung beruht. Die einflußreichſten Häupter der Whigs waren der Meinung, daß man dem drohenden Volksſturme am beſten begegnen würde, wenn man dem Volke alle Veranlaſſungen zu gerechten Beſchwerden nähme, und es wurde deshalb von ihnen wiederholt darauf gedrungen, daß eine Parlementsreform den verjährten Mißbräuchen ſteuere, durch welche die Verfaſſung ihren urſprünglichen Grundſätzen entfremdet worden ſey. Dieſe Anſichten fanden aber ſelbſt bei einem großen Theile der Whigs keinen Eingang, und noch weniger bei den Tories, die es für das gefährlichſte Mittel der Beruhigung erklärten, welches man in Zeiten der Gährung anwenden könne, wenn man das Volk durch Zugeſtändniſſe zu beſchwichtigen ſuche, da dieſe immer als ein Zeichen der Schwäche angeſehen würden und die Aufwiegler nur zu neuen größeren Forderungen ermuthigten. Der Krieg gegen das revolutionaire Frankreich ſchien ihnen ein zweckmäßigeres Mittel, die im Innern von England vorhandenen Gährungsſtoffe abzuleiten; und in der That erwies ſich dies Mittel ſo wirkſam, daß die Sache der Parlementsreform zuletzt beinahe ganz in Vergeſſenheit gerieth. Sechs Jahre nach der Herſtellung des allgemeinen Friedens, im Jahre 1821, als die Revolutionen von Spanien und Portugal, Neapel und Piemont die Gemüther von neuem in Bewegung ſetzten, brachte Lord John Ruſſell zum erſten Male wieder einen Antrag auf Parlements-

*) Es war der große Chatham, der im Jahre 1782 zuerſt im Hauſe der Gemeinen die Parlementsreform beantragte, ohne mit ſeinen ſehr gemäßigten Vorſchlägen durchdringen zu können. Im Jahre 1792 brachte der damalige Mr. Grey, ſpäter Viscount Howick und zuletzt Graf Grey, die Sache der Parlementsreform in Anregung.

Digitized by Google

reform in das Haus der Gemeinen, in dem derſelbe aber nur von wenigen Stimmen unterſtützt und durch eine ungeheuere Mehrheit verworfen wurde. Im Jahre 1826, als Lord John Ruſſell ſeinen Antrag erneute, fand derſelbe zwar eine zahlreichere Unterſtützung; aber er ſelbſt mußte beklagen, daß ſich für eine ſo wichtige Sache ſo wenig Theilnahme im Lande zeige. Ruſſell ſelbſt, ſo wie die Männer, die ſich ihm angeſchloſſen, überzeugte ſich jetzt, daß eine allgemeine Maßregel, welche der Vertretung der verfallenen Flecken mit einem Male ein Ende gemacht hätte, für das Erſte keine Ausſicht des Gelingens hatte, und ſie beſchloſſen daher, den Mißbrauch, den ſie im Großen und Ganzen unangetaſtet laſſen mußten, im Einzelnen durch die Heraushebung ſolcher Fälle anzugreifen, in denen die Verletzung beſtimmter noch gültiger, wenngleich ſeit langer Zeit nicht mehr angewandter Geſetze nachzuweiſen war. Außer den verfallenen Flecken, die das Eigenthum einer reich begüterten Familie waren, gab es kleine ſelbſtſtändige Orte, die noch einige hundert Einwohner hatten, und in denen es ſeit Menſchengedenken üblich war, daß die verarmten Bürger das ihnen zuſtehende Wahlrecht zu einer Quelle des Einkommens machten, indem ſie ihre Stimmen an den Meiſtbietenden verkauften. Es beſtand aber ein altes Geſetz, das jeden ſolchen Handel bei ſchwerer Strafe verbot und welches namentlich verfügte, daß der Ort, in dem die Wähler der Annahme von Beſtechungen überführt würden, ſein Wahlrecht für immer verlieren ſolle. Dieſes Geſetz wurde nach den Parlementswahlen des Jahres 1826 gegen die beiden Orte Penryn und Eaſt-Redford angerufen. Eine Unterſuchung, die ſich bis in das Jahr 1828 fortſchleppte, ſtellte den Thatbeſtand des Vergehens mit unzweifelhafter Gewißheit feſt; und nachdem das Haus der Gemeinen entſchieden hatte, daß beide Orte ihres Wahlrechtes verluſtig wären, machte Lord John Ruſſell den Vorſchlag, daß das Wahlrecht von Penryn auf die große Stadt Mancheſter, jenes von Eaſt-Redford auf das gewerbreiche Birmingham übertragen werden ſollte. Beide Vorſchläge fielen durch, weil die Tories fürchteten, daß das erſte einmal gegebene Beiſpiel nicht das letzte ſeyn, ſondern eine ähnliche Umgeſtaltung der ganzen bisher beſtehenden Vertretungsweiſe zur unvermeidlichen Folge haben würde. Bei der Entſcheidung über Eaſt-Redford, die am 19. Mai Statt fand, hatte der Miniſter Huſkiſſon mit ſeinen politiſchen Freunden, den Whigs, geſtimmt, obwohl es ihm nicht unbekannt war, wie ſehr der Herzog von Wellington und die Mehrheit ſeiner Collegen der vorgeſchlagenen Maßregel entgegen waren. In der Aufregung, in

welche ihn die Verhandlungen verſetzt hatten, ſchrieb er an den Herzog und erklärte demſelben, daß er bereit ſey, ſofern ihre Meinungsverſchiedenheit dies nothwendig machen ſollte, ſein Amt niederzulegen. Der Herzog nahm dieſe Erklärung als ein Entlaſſungsgeſuch auf, ſetzte davon den König in Kenntniß und beharrte auf ſeiner Deutung, obwohl Huſkiſſon durch ſpätere Erläuterungen ſeinem übereilten Schritte eine ganz andere Auslegung gab. „Es iſt kein Mißverſtändniß,“ ſagte der Herzog zu einem vermittelnden Freunde; „es kann kein Mißverſtändniß ſeyn, und es ſoll keines ſeyn.“ Eine ſolche Antwort war unzweideutig. Huſkiſſon mußte ſich von der Verwaltung zurückziehen. Ihm folgten ſeine Freunde Graf Dudley, der Miniſter des Auswärtigen, Lord Palmerſton, der Kriegsminiſter, und Charles Grant, der Handelsminiſter, von denen der erſte durch den Grafen Aberdeen, der andere durch den General Sir Henry Hardinge, der dritte durch Veſey Fitzgerald, den bisherigen Generalzahlmeiſter des Heeres, ſo wie Huſkiſſon ſelbſt, als Miniſter der Colonien, durch den General Sir Georg Murray erſetzt wurden.

Von den vier austretenden Miniſtern hatte der Herzog von Wellington einen einzigen, den beredten und gewandten, in Huſkiſſons Plane und Grundſatze durchaus eingeweihten Handelsminiſter Grant durch Vorſtellungen aller Art zurückzuhalten verſucht, weil er das Bedürfniß fühlte, durch die fortdauernde Wirkſamkeit dieſes Mannes der gewerbtreibenden Bevölkerung eine Bürgſchaft zu bieten, daß ſie auch von einer reinen Toryverwaltung jene Verbeſſerungen in der Handelsgeſetzgebung erwarten dürfe, welche die fortſchreitende Entwicklung des brittiſchen Gewerbweſens nothwendig mache und für die ſich ein unabweisliches Bedürfniß herausſtelle. Dem Herzoge waren, ſobald er ſeinen perſönlichen Neigungen folgte, alle Veränderungen in der Handelsgeſetzgebung nicht weniger zuwider, als die Veränderungen in dem politiſchen Zuſtande des Landes, denen er ſich mit dem ganzen Gewichte ſeines Namens widerſetzte; denn er fühlte den innigen Zuſammenhang, der zwiſchen dem alten Syſteme der Verbote und Monopole im Handel und dem Monopole der Adelsherrſchaft beſtand; und er begriff, daß die letzte eine ihrer weſentlichſten Stützen verlieren mußte, ſobald dem Verbotſyſteme ein Ende gemacht wurde. Die Claſſen der gewerbtreibenden Bevölkerung, welche von der Ausſchließung fremder Mitbewerbung, gleichviel ob auswärtiger oder einheimiſcher, ihren Vortheil zogen, waren die natürlichen Verbündeten des Adels, weil ihre Intereſſen von jenen der Geſammtmaſſe des

Digitized by Google

Volkes nicht weniger ſcharf getrennt waren, als die Intereſſen des Adels, und weil ſie daher vorherſehen konnten, daß von dem Augenblicke, wo die Maſſe des Volkes einen überwiegenden Einfluß auf die allgemeine Geſetzgebung erlangte, die ihnen durch das Verbotſyſtem geſicherten Vortheile eben ſo wenig länger zu halten ſeyn würden, als die Vorrechte des Adels. Noch feſter wurde der Verband zwiſchen den durch das Verbotſyſtem und die Handelsmonopole bevorzugten Volksclaſſen und dem Adel dadurch zuſammengezogen, daß dieſer ſelbſt durch die beſtehende Geſetzgebung über die Getreideeinfuhr das wichtigſte aller Handelsmonopole, das Monopol des Getreidehandels, in Händen hatte. Der Herzog von Wellington war es geweſen, der das Monopol des Getreidehandels rettete, als daſſelbe unter Cannings Verwaltung durch das von Huſkiſſon ausgearbeitete Geſetz über die Getreideeinfuhr ernſtlich bedroht war. Die Anſichten des Herzogs hatten in dem kurzen Zeitraume, der von dem Tode Cannings bis zu ſeiner eigenen Uebernahme der Gewalt vergangen war, ſchwerlich eine weſentliche Veränderung erfahren. Aber die von Huſkiſſon bereits ſeit mehreren Jahren in der Handelsgeſetzgebung bewirkten Veränderungen — die Freigebung des Verkehrs fremder Nationen mit den brittiſchen Colonien, die Aufhebung der hohen Zölle, durch die fremde Schiffe von den brittiſchen Häfen beinahe ganz ausgeſchloſſen waren, die Aufhebung des Einfuhrverbotes gegen fremde Seidenwaaren — hatten für den Verkehr im Allgemeinen einen ſo überraſchend günſtigen Erfolg gehabt; die Volksmeinung in England war durch dieſen Erfolg ſo entſchieden zu Gunſten des Grundſatzes der Handelsfreiheit geſtimmt, daß eine offene Verleugnung deſſelben von Seiten der Regierung, nachdem dieſe ihn durch Huſkiſſons Aufnahme in die Verwaltung ſeit fünf Jahren ſich zueigengemacht, unter dem größten Theile des Handels- und Gewerbſtandes einen Unmuth hervorgerufen hätte, der durch das Hinzutreten anderer unvorhergeſehener Urſachen der Aufregung zu einem Sturme des Unwillens geſteigert werden konnte. Nur die unverkennbare Nothwendigkeit einer ohne Gefahr nicht mehr zu vermeidenden Nachgiebigkeit gegen die öffentliche Stimmung hatte den Herzog von Wellington vermocht, Huſkiſſon zum Eintritte in ſein Cabinet einzuladen. Die Bedingung, unter der Huſkiſſon ſeinen Beitritt zuſagte, war, daß die Regierung den von ihm eröffneten Weg in der Handelsgeſetzgebung nicht verlaſſe; und eine Folge davon war, daß der Herzog von Wellington ſich dazu verſtand, ſeine Zuſtimmung zu einem Geſetze über die Getreideeinfuhr zu geben, welches ſich von dem erſt im vorigen Jahre hauptſächlich durch

Digitized by Google

ſeinen Widerſtand verworfenen im Grundſatze gar nicht und in den einzelnen Beſtimmungen nur durch etwas höhere der Einfuhr weniger günſtige Zollſätze unterſchied. Das Verbot der Zulaſſung fremden Getreides auf brittiſchen Märkten wurde durch das neue Geſetz, wie durch das im vorigen Jahre unter Cannings Verwaltung eingebrachte, aufgehoben; die Eingangszölle wechſelten wie in dieſem nach der Höhe des brittiſchen Marktpreiſes; aber die Zollſätze waren ſelbſt bei ſehr hohen Marktpreiſen noch ſo beträchtlich, daß die brittiſchen Landwirthe nicht leicht eine fremde Mitbewerbung zu fürchten hatten. Immer war ſchon viel dadurch gewonnen, daß wenigſtens der Grundſatz des Verbotes beſeitigt war, da ſich vorherſehen ließ, daß in der Zukunft eine Milderung der Zollſätze nicht ausbleiben würde, nachdem einmal die Zulaſſung im Allgemeinen geſtattet war. Die Annahme des neuen Getreidegeſetzes im Hauſe der Lords erfolgte erſt nach Huſkiſſons Austritte aus der Verwaltung. Die Ausführung dieſer wichtigen Maßregel ſchien daher thatſächlich die Erklärung zu bekräftigen, die der Kanzler der Schatzkammer Goulbourn nach Huſkiſſons Entlaſſung im Hauſe der Gemeinen abgab, daß die Regierung nach wie vor auf dem bisher befolgten Gange in Bezug auf das Handelsweſen beharren werde. Ganz aufrichtig gemeint war dieſe Erklärung aber keinesweges. Man wußte wohl, daß der neue Handelsminiſter Veſey Fitzgerald weder ein Huſkiſſon, noch auch nur ein Grant war; daß er, wenn auch noch ſo aufrichtig bemüht, das von ſeinen Vorgängern begonnene Werk in deren Geiſte fortzuführen, doch der dazu erforderlichen ſchöpferiſchen Kraft entbehrte; und man konnte daher vorausſehen, daß Alles, was fortan geſchehen würde, um den Verkehr von ſeinen drückenden Feſſeln zu entbinden, nicht mehr der nothwendige Beſtandtheil eines neuen in dem Geiſte ſeines Urhebers bereits vollſtändig ausgearbeiteten Syſtemes, ſondern ein vereinzeltes, aus dem Zuſammenhange geriſſenes Bruchſtück ſeyn würde: ein Zugeſtändniß, das den Machthabern durch den augenblicklichen Drang des Bedürfniſſes abgenöthigt war.

Auf ähnliche Weiſe, wie der Herzog von Wellington das Verlangen des brittiſchen Handelsſtandes nach einer Umgeſtaltung der ganzen beſtehenden Handelsgeſetzgebung durch einzelne kleine Zugeſtändniſſe und eine mehr ſcheinbare als wirkliche Nachgiebigkeit zu beſchwichtigen ſuchte, dachte er auch die iriſchen Katholiken zu beruhigen, indem er ihrem ſtürmiſchen Andrange vorſichtiges Hinhalten entgegenſetzte und ſich damit begnügte, den auf ihnen laſtenden Druck durch möglichſte Milde der Verwaltung zu erleichtern. Der Marquis von

Digitized by Google

Angleſey, der als Lord-Lieutenant oder Statthalter von Ireland durch genauere Kenntniß von den Zuſtänden der Inſel aus einem leidenſchaftlichen Gegner zum eifrigen Freunde der Katholiken geworden war, behielt ſeine Stellung, ſo ſehr ſeine Anſichten von den im Cabinette vorherrſchenden abwichen; und als mit Huſkiſſon, Dudley, Grant und Palmerſton auch der freiſinnige Staatsſecretair für die iriſchen Angelegenheiten Lamb ſeinen Abſchied nahm, wurde er nicht, wie man nach der ausſchließend toryſtiſchen Zuſammenſetzung des Cabinets hätte erwarten ſollen, durch einen Tory, ſondern durch den Whig Lord Gower erſetzt, der die Anſprüche der Katholiken auf das Entſchiedenſte begünſtigte. Es wurde im Wege der Verwaltung Manches gebeſſert. Die öffentlichen Herausforderungen, Beſchimpfungen und Mißhandlungen der Katholiken, die bisher an der Tagesordnung waren, um in dem iriſchen Volke das Bewußtſeyn ſeiner Erniedrigung und Unterdrückung beſtändig wach zu erhalten, wurden mit Ernſt unterſagt. Es wurde den Katholiken, ſo weit dies von der Macht der Regierung abhing, wenigſtens die Möglichkeit gewährt, bei Streitigkeiten mit Proteſtanten zu ihrem Rechte zu kommen. In der Maſſe von Elend, Unrecht und zermalmender Bedrängniß, die in Ireland gehäuft war, mußten aber alle Maßregeln der Verſöhnung, die darauf hinausliefen, einzelnen Ungerechtigkeiten zu ſteuern, nothwendig ihren Zweck verfehlen. Denn der ganze Zuſtand von Ireland war eine große Ungerechtigkeit, die ſo ungeheuer war, daß das Mehr oder Weniger des Unrechtes im Einzelnen ſich gar nicht mehr unterſcheiden ließ. Die große Mehrzahl der iriſchen Katholiken iſt von den proteſtantiſchen Engländern nicht bloß durch die Verſchiedenheit des Glaubens getrennt. Die urſprüngliche Bevölkerung von Ireland iſt ein von den Engländern in Volksart, Sprache, Sitten und Gewohnheiten durchaus verſchiedener Volksſtamm, der erſt nach den blutigſten, unter mannigfaltigen Wechſeln und Unterbrechungen länger als ein halbes Jahrtauſend fortgeſetzten Kämpfen der brittiſchen Herrſchaft für die Dauer unterworfen worden iſt. Niemals ſeit den großen Völkerſtürmen des Mittelalters hat ein eroberndes Volk in Europa von dem Waffenrechte gegen die Beſiegten einen gleich furchtbaren entſetzlichen Gebrauch gemacht, wie die Engländer in Ireland. Viel grauenhafter als alle die rohen Gewaltthaten früherer Jahrhunderte war die kaltblütige Berechnung, mit der die engliſche Politik ſeit den Tagen der Kirchenverbeſſerung einen der edelſten Volksſtämme planmäßig dem Untergange weihte. Es wäre ein Irrthum, wenn man annähme, daß überſpannter Glaubenseifer dieſer Politik zu Grunde

Digitized by Google

gelegen habe. Wenn dies der Fall geweſen wäre, würde man wenigſtens den Verſuch gemacht haben, die iriſchen Katholiken zum proteſtantiſchen Glauben zu bekehren. Man würde mit den Soldaten, welche die eingebornen Iren von Haus und Hof trieben und ihre von den Vätern ererbten Grundſtücke proteſtantiſchen Engländern überlieferten, Prieſter und Lehrer nach Irland hinübergeſchickt haben, welche der Landesſprache kundig geweſen wären und das Volk in der neuen Lehre unterrichtet hätten. Statt deſſen wurde es den Iren von Anfang, nachdem die hohe Geiſtlichkeit in Irland, wie in England, ſich der ſeltſamen Reformation Heinrichs VIII. gefügt hatte, unmöglich gemacht, dem Beiſpiele ihrer Hirten zu folgen. Denn eine Parlementsacte verfügte, daß in der iriſchen Kirche kein Geiſtlicher mehr ordinirt werden ſollte, der nicht engliſch ſprechen könne, was damals noch ungefähr eben ſo viel hieß, als daß kein eingeborner Ire mehr als Geiſtlicher angeſtellt werden ſolle. Dadurch mußte es dahin kommen, daß ſich zwar zu den reich ausgeſtatteten Pfründen der iriſch-anglicaniſchen Kirche eine hinreichende Zahl von Bewerbern fand, die aber dem Volke vollkommen fremd blieben, welches ſeinerſeits, wenn es nicht auf jede Religionsübung verzichten wollte, gezwungen war, ſich an die aus ſeiner Mitte hervorgegangenen Geiſtlichen zu halten, die ihrem alten katholiſchen Glauben treu geblieben waren. So entſtand in Irland eine proteſtantiſche Staats-Kirche, die mit Gütern und Einkünften reicher ausgeſtattet war, als irgend eine andere Kirche der Erde, da das ganze alte katholiſche Kirchenvermögen auf ſie übergegangen war, die aber in dem größten Theile der Inſel gar keine, in dem übrigen nur aus eingewanderten Engländern gebildete Gemeinden hatte; und neben ihr beſtand die katholiſche Volkskirche, der es zwar an zahlreichen Gemeinden nicht fehlte, da die ganze iriſche Nation ihr anhing, die aber, vom Staate nicht anerkannt und Jahrhunderte hindurch ſchmählich verfolgt, gar kein feſtes Einkommen hatte, ſondern von dem in das tiefſte Elend verſunkenen Volke durch freiwillige Beiträge erhalten werden mußte. Die Politik, welche ein zugleich ſo ſonderbares und abſcheuliches Mißverhältniß hervorrief, würde als völlig ſinnlos erſcheinen, wenn derſelben nicht der Plan zum Grunde gelegen hätte, die ſchöne fruchtbare Inſel in eine engliſche Colonie zu verwandeln, in der die urſprüngliche Bevölkerung, um jeden Gedanken an Unabhängigkeit und Freiheit in ihr zu erſticken, zu einem ſolchen Zuſtande der Erniedrigung herabgedrückt werden ſollte, daß ſie jedes Gefühl ihres volksthümlichen Daſeyns und alles Bewußtſeyn der Menſchen-

Digitized by Google

würde verlieren mußte. Deshalb wurden in Irland im Verlaufe von anderthalb Jahrhunderten unter den nichtigſten Vorwänden, wenn man es überhaupt der Mühe werth hielt, Vorwände zu brauchen, neunzehn Zwanzigtheil alles angebauten und unangebauten Bodens von der engliſchen Regierung confiſcirt und an proteſtantiſche Engländer unter der Bedingung verliehen, daß dieſe die ihnen zugefallenen großen Looſe in kleineren Stücken unter proteſtantiſche oder engliſche Pächter vertheilen ſollten; deshalb wurde es den katholiſchen Iren, nachdem ſie durch unerhörte Gewaltthaten ihres väterlichen Erbes beraubt waren, durch eine Reihe von Geſetzen unmöglich gemacht, auch in der Zukunft jemals wieder Grundeigenthum zu erwerben; deshalb wurden die katholiſchen Iren durch andere Geſetze nicht allein von allen bürgerlichen Ehren und Auszeichnungen, vom Staatsdienſte, von den Parlementswahlen und von der Vertretung im Parlemente, ſondern ſogar von dem ſelbſtſtändigen Betriebe der Gewerbe und des Handels ausgeſchloſſen. Daß an allen dieſen, ſo wie an vielen andern zum Theil allen menſchlichen Gefühlen Hohn ſprechenden Bedrückungen der Glaubenshaß einen nicht geringen Antheil hatte, läßt ſich nicht bezweifeln. Daß aber der engliſchen Regierung bei weitem weniger daran gelegen war, den Proteſtantismus in Irland auszubreiten, als die Inſel in eine Lage zu verſetzen, in der ſie außer Stande wäre, ſich jemals der brittiſchen Botmäßigkeit zu entziehen, dafür bieten die beiden Thatſachen einen unumſtößlichen Beweis, daß während der dreihundert Jahre, welche die religiöſen Verfolgungen dauerten, niemals das Geringſte geſchehen iſt, um dem iriſchen Volke eine Gelegenheit zu verſchaffen, ſich über die Grundlehren des Proteſtantismus zu belehren, und daß die engliſche Regierung ſich nicht damit begnügte, die iriſchen Katholiken zu recht- und beſitzloſen Bettlern zu machen, ſondern daß ſie der Inſel überhaupt, alſo der proteſtantiſchen, wie der katholiſchen Bevölkerung, alle Quellen des Wohlſtandes abſchnitt, welche dieſelbe früher bereichert hatten, indem die einſt blühende iriſche Wollenmanufactur zu derſelben Zeit durch ſchwere Ausfuhrſteuern erdrückt wurde, während man die engliſche Wollenmanufactur durch Einfuhrverbote emporbrachte; und indem man den Landbau durch Ausſchließung aller Produkte deſſelben aus den brittiſchen Häfen dazu verurtheilte, in ſeinem eigenen Ueberfluſſe zu verkommen. Die natürliche Folge dieſer engherzigen Politik war, daß ſich die iriſchen Proteſtanten in gleichem Maße, wie die Katholiken von der engliſchen Regierung abwandten. Die trotzig drohende Hal-

Digitized by Google

tung, welche die engliſch-proteſtantiſche Bevölkerung während des americaniſchen Unabhängigkeitskrieges der Regierung gegenüber annahm, nöthigte dieſe zuerſt an Erleichterung des unerträglichen Druckes zu denken, der auf den Katholiken laſtete, damit die Flammen der Empörung nicht über der ganzen Inſel zuſammenſchlügen, wenn die zwar zur äußerſten Muthloſigkeit, aber noch nicht ganz zur Gefühlloſigkeit für ihre Leiden herabgeſunkenen Katholiken ſich ermannten und mit den unzufriedenen Proteſtanten zu gemeinſchaftlicher Auflehnung vereinigten. Damals wurden von den alten Zwangsgeſetzen nur jene außer Kraft geſetzt, welche den erſten Begriffen des Rechtes bei allen gebildeten Völkern widerſprachen und die daher, wenn ſie einen Aufſtand der unglücklichen Iren hervorriefen, den engliſchen Namen mit dem Fluche der ganzen geſitteten Welt beladen hätten. Um den Reſt der barbariſchen Strafgeſetze — penal laws, wie die Engländer ſelbſt ſie nannten — zu beſeitigen, bedurfte es eines neuen äußeren Anſtoßes, der ſo gewaltig war, wie die Erſchütterung, welche die beſtehende Ordnung in ganz Europa durch die franzöſiſche Revolution erfuhr. Um die Gefahr einer allgemeinen Volkserhebung in Irland abzuwenden, die von neuem drohend vor der Thür ſtand, entſchloß ſich die brittiſche Regierung zu neuen bedeutenden Zugeſtändniſſen, durch welche beinahe alle geſetzliche Beſchränkungen aufgehoben wurden, denen die Katholiken noch unterworfen waren. Selbſt die Theilnahme an den Parlementswahlen wurde ihnen (im Jahre 1793) bewilligt; und ſie blieben fortan nur noch vom höheren Staatsdienſte, von den örtlichen Verwaltungen und von der Vertretung im Parlemente ausgeſchloſſen. Wie wichtig dieſe Zugeſtändniſſe aber auch waren, da ſie dem iriſchen Volke wenigſtens den freien Gebrauch ihrer Kräfte geſtatteten, der erforderlich war, wenn ſie ſich jemals aus ihrem bejammernswerthen Elende emporarbeiten ſollten, kamen dieſelben doch nur den einigermaßen Bemittelten, ſo wie den geiſtig höher Begabten zu Gute. Die große Maſſe konnte durch die bloße Erlaubniß, ſich frei zu regen und zu bewegen, aus der traurigen Lage, in die ſie das Unrecht vieler Jahrhunderte hinabgeſtoßen hatte, nicht herausgeriſſen werden. Sie blieb dazu verurtheilt, den Boden, der ihren Vätern mit Gewalt geraubt war, und den ſie, ihre alten Ueberlieferungen treu bewahrend, noch immer als ihr rechtmäßiges Erbe betrachtete, in der bitterſten Noth für fremde Herrn zu bauen; ſie blieb dazu verurtheilt, von dem Ertrage ihrer um ſchweren Zins gepachteten Felder, der kaum zu ihrem eigenen nothdürftigſten Lebensunterhalte ausreichte, den zehnten Theil

Digitized by Google

zu der Unterhaltung einer fremden Kirche abzugeben; ſie blieb ſogar thatſächlich in der Rechtloſigkeit, zu der die aufgehobene barbariſche Geſetzgebung ſie verurtheilt hatte, da alle Behörden, mit denen ſie zu thun hatten, ſie mochten als Kläger oder als Angeklagte auftreten, nach wie vor ausſchließend aus Proteſtanten zuſammengeſetzt blieben, die gewohnt waren, die katholiſchen Iren als einen untergeordneten von der Natur zur niedrigſten Dienſtbarkeit beſtimmten Volksſtamm zu verachten, der ſich in ſeiner geiſtigen Ausbildung nur wenig über das Thier erhebe, und gegen den daher eben ſo wenig, wie gegen dieſes, ein Unrecht verübt werden könne. Dieſe große Maſſe nahm an Allem, was in den höheren Schichten der Geſellſchaft vorging, nicht den geringſten Antheil; und ſie konnte keinen Antheil daran nehmen, weil ihr von Allem, was außerhalb ihres Kreiſes geſchah, kaum etwas zu Ohren kam. Die Frage der Katholiken-Emancipation, welche die beiden berühmten Häupter der Whigs For und Lord Grenville bereits im Jahre 1805 in das Parlement brachten, und zu deren Förderung die jungen katholiſchen Advocaten zu Dublin alle ihre Rednergabe aufboten, hatte für die Maſſe des iriſchen Volkes keine Bedeutung, weil ſie keinen Anſpruch darauf machte, Stellen im Staatsdienſte zu bekleiden, noch einen Sitz im Parlemente einzunehmen. Da drang O'Connells mächtige Stimme aus dem Verſammlungsſaale des katholiſchen Vereins zu Dublin bis in die entlegenſte Hütte des ärmſten und verlaſſenſten iriſchen Landmannes; ſein gewaltiger Ruf weckte die bewußtlos träumenden Maſſen aus ihrem langen trägen Geiſtesſchlafe; er wußte die Sprache zu ſprechen, welche die Maſſen verſtanden und ſagte ihnen, daß die Aufhebung des Geſetzes, welches die Katholiken vom Parlemente entfernt halte, gleichbedeutend ſey mit ihrer eigenen Befreiung; daß das katholiſche Irland nicht eher Gerechtigkeit zu erwarten habe, als bis es im Parlemente vertreten ſey; daß die Vertretung des katholiſchen Irelands im Parlemente für den armen katholiſchen Landmann billigeren Grundzins, das Aufhören der Zehnten und eine menſchlichere Behandlung von Seiten der proteſtantiſchen Gutsherren und Behörden zur Folge haben würde. Von dieſem Augenblicke war die Frage der Katholiken-Emancipation zur Sache des iriſchen Volkes geworden; und O'Connell durfte mit feſter Zuverſicht darauf rechnen, daß, ſo oft er das Banner der Emancipation erhob, kein katholiſcher Ire ſäumen würde, ſeinem Rufe Folge zu leiſten. Bei den Parlementswahlen des Jahres 1826 hatte er zuerſt erprobt, wie unbegrenzt ſein Einfluß auf das iriſche Volk war, und

wie weit deſſen hingebende Treue und Aufopferungsfähigkeit ging. Es bedurfte nur eines Wortes von ihm, und die armen katholiſchen Pächter, die bisher von ihrem Grundherren gleich einer Heerde willenloſen Viehes nach den Wahlorten getrieben worden waren, um ihre Stimmen der erhaltenen Weiſung gemäß abzugeben, warfen mit einem Male das ſchmähliche Joch ab und ſtimmten als freie Männer, ſtatt nach dem Befehle ihrer Herren für Gegner, nach ihrer Ueberzeugung für Freunde der Katholiken-Emancipation. So wie der Herzog von Wellington zur Gewalt gelangte, erklärte O'Connell, daß jetzt die Stunde gekommen ſey, in der das Volk von Ireland zeigen müſſe, daß es nachhaltige Kraft beſitze; denn wer der Verwaltung des Herzogs anhänge, wie achtbar ſein perſönlicher Character und wie wohlwollend ſeine Geſinnung auch ſeyn möge, müſſe von dem iriſchen Volke als Feind betrachtet werden, da der Herzog ſich nie dazu verſtehen werde, Gerechtigkeit gegen Ireland zu üben. Damals hatte O'Connell vielleicht noch keine Ahnung, wie nahe die Entſcheidung bevorſtand; aber er hatte einen Rath gefunden, der die Dinge auf ihre äußerſte Spitze treiben mußte, und der durch ſeine Verwegenheit wohl geeignet war, auch den unbeugſamen Sinn des Herzogs von Wellington zu brechen; und die Gelegenheit zur Ausführung trat früher heran, als in dem gewöhnlichen Verlaufe zu erwarten geweſen wäre. Veſey Fitzgerald, der neue Handelsminiſter, gehörte einem der angeſehenſten proteſtantiſchen iriſchen Geſchlechter an; er war als wohlwollender Gutsbeſitzer von ſeinen katholiſchen Hinterſaſſen geliebt, als Freund der Katholiken und Vertheidiger der Emancipation bekannt und hatte die Grafſchaft Clare im ſüdlichen Ireland fünfmal im Parlemente vertreten. Durch die Annahme ſeines Amtes in der Verwaltung des Herzogs von Wellington war er genöthigt, ſeinen Parlementsſitz aufzugeben und ſich einer neuen Wahl zu unterwerfen. Da kündigte O'Connell an, daß er ſelbſt ſich um den erledigten Parlementsſitz bewerben würde, weil weder das iriſche Geſetz Wilhelms III., welches die iriſchen Katholiken von dem iriſchen Parlemente ausſchloß, noch das brittiſche Karls II., durch welches die brittiſchen Katholiken von dem brittiſchen Parlemente ausgeſchloſſen waren, auf das vereinigte Parlement eine rechtliche Anwendung zulaſſe. Der 30. Juni war der Tag, auf den die Wahlhandlung angeſetzt war. Die Reiſe, die O'Connell von Dublin nach Ennis, dem Hauptorte der Grafſchaft Clare, machte, war ein Triumphzug, wie er ſelten den mächtigſten Fürſten zu Theil wird. Am Tage zogen ihm aus allen Ortſchaften, die er unterweges berührte, unzählige

Digitized by Google

Haufen Volkes entgegen, um ihn als den Befreier von Ireland zu begrüßen; des Nachts waren alle Städte und Dörfer, durch welche er kam, feſtlich erleuchtet. Als er zu Ennis eintraf, wurde er zwar nicht von den Behörden, aber von den Bürgern und ihren Zünften in feierlichem Aufzuge eingeholt. Veſey Fitzgerald, der alle Gutsbeſitzer der Grafſchaft auf ſeiner Seite hatte, bot alle erdenkliche Mittel auf, um ſeine Wiedererwählung durchzuſetzen; und die Wahl, die ſonſt gewöhnlich in ein paar Stunden abgemacht war, zog ſich deshalb ſechs volle Tage hin. Aber die katholiſchen Bauern und Pächter, die bei der Unſicherheit der iriſchen Pachtverhältniſſe nicht wußten, ob ſie nicht in der nächſten Stunde aus ihren elenden Hütten auf die Landſtraße geworfen würden, ſtimmten Mann für Mann für Daniel O'Connell, den Vertreter der iriſchen Volksrechte, und am 5. Juli mußte dieſer als das geſetzmäßig erwählte Parlementsmitglied für Clare bekannt gemacht werden. Ein unermeßlicher Jubel erſcholl auf dieſe Kunde durch ganz Ireland; aber Zorn und Schrecken ergriff die iriſchen Proteſtanten und die mit ihnen verbündeten Häupter der Tories in England, die der Meinung waren, daß der Beamte, der die Wahl leitete, ſeine Pflicht verletzt habe, da er einen Katholiken gar nicht hätte als geſetzmäßig erwählt anerkennen dürfen. Der Herzog von Wellington mit ſeinem beſonnenen Feldherrnblicke ſah ſogleich, daß die Schlacht verloren war, und daß man ſich nur einer noch ſchwereren Niederlage ausſetzen mußte, wenn man dieſelbe, ſtatt ſich bei Zeiten zurückzuziehen, auf demſelben Felde erneute. Es war mit Beſtimmtheit zu erwarten, daß in Zukunft zu den meiſten iriſchen Parlementsſitzen Katholiken erwählt werden würden; und wenn man darauf beſtand, dieſe vom Parlemente auszuſchließen, ſo konnte es dahin kommen, daß Ireland in dem brittiſchen Parlemente gar nicht mehr vertreten worden wäre, während ſich ein beſonderes iriſches Parlement zu Dublin verſammelt hätte, welches mit allem Anſcheine des Rechtes die Union für aufgehoben erklären konnte. Sein Entſchluß war ſchnell gefaßt. Er zweifelte nicht daran, daß England hinreichende Kraft beſaß, um die Inſel Ireland, wenn ſie der brittiſchen Regierung den Gehorſam aufſagte, mit eben ſo ſicherm Erfolge wieder zu erobern, wie in früheren Jahrhunderten; aber er wußte auch, daß ein ſolcher Krieg Englands Macht auf lange Jahre hinaus bis zur äußerſten Erſchöpfung ſchwächen und während dieſer Zeit jeder Stimme in den allgemeinen europäiſchen Angelegenheiten berauben mußte. Er beſchloß daher zu gewähren, was ohne die größte Gefahr unmöglich länger zu verweigern war.

Digitized by Google

Wenn jemals auf dem Schlachtfelde, ſo bewies der Herzog von Wellington kühnen Mannesmuth, indem er es unternahm, die Emancipation der Katholiken durchzuführen. Von dem Tage, an dem er zuerſt einen thätigen Antheil an den politiſchen Angelegenheiten ſeines Vaterlandes genommen, war er allen Anſprüchen der Katholiken entgegengeweſen; und die Partei der Tories, die ihn durch ihre Unterſtützung zur Macht erhoben, hatte ihn aus keinem andern Grunde zu ihrem Führer erkoren, als weil ſie zu ihm überhaupt das Vertrauen hatte, daß er unter allen Sterblichen der letzte ſeyn würde, der ſich durch irgend eine Macht der Welt ein Zugeſtändniß abnöthigen ließe. Von den Verſtändigeren der Partei war allerdings zu erwarten, daß ſie dem Gewichte der Gründe, die den Herzog zur Nachgiebigkeit beſtimmten, ihre Anerkennung nicht verſagen würden; aber eben ſo gewiß war vorherzuſehen, daß ein ſehr bedeutender und noch dazu vielleicht der durch großen Beſitz und geſellſchaftliche Stellung einflußreichſte Theil ſich unter keinen Umſtänden von der Nothwendigkeit eines Zugeſtändniſſes überzeugen laſſen würde, in dem ein Herzog von Newcaſtle, ein Graf Winchelſea, ein Lord Eldon den Anfang zum Sturze der anglicaniſchen Kirche oder, was in ihrer Auffaſſung gleichbedeutend war, des Proteſtantismus und damit auch den Anfang zum Sturze der Verfaſſung und der in dieſer begründeten Adelsherrſchaft ſahen. Da dieſe Herren ſich ſchon mit dem neuen Getreidegeſetze und mit der Aufhebung der Teſtacte nichts weniger als zufrieden gezeigt hatten, ſo konnte man ſich jetzt zu ihnen verſehen, daß ſie den Herzog von Wellington der erbärmlichſten Geſinnungsloſigkeit bezichtigen und Himmel und Erde in Bewegung ſetzen würden, um dem ſchwarzen Verrathe zu begegnen, der ihren heiligſten Intereſſen drohte. In der That war der Herzog keineswegs ſicher, daß die Maßregel, die er beabſichtigte, nicht noch in der letzten Stunde durch die Fanatiker ſeiner eigenen Partei vereitelt würde, während er auf der andern Seite wohl wußte, wie wenig er im Falle des Gelingens auf den Dank der Katholiken rechnen durfte, deren billige Forderungen in ihm ihren heftigſten Widerſacher gehabt hatten, ſo lange fernerer Widerſtand nicht vernünftiger Weiſe unmöglich geworden war. Alle dieſe Rückſichten hielten den Herzog nicht ab, ſobald er einmal ſeinen Entſchluß gefaßt hatte, die Mittel zur Durchführung deſſelben mit aller ihm zu Gebote ſtehenden Kraft vorzubereiten. Der Beweis, daß kein Anderer als er ſelbſt ſein Rathgeber war, liegt in der militairiſchen Strenge, mit der er in einer politiſchen Angelegenheit nach allen Regeln der Kriegskunſt verfuhr.

Zuvörderſt wurde den Mitgliedern des Cabinets die Beobachtung des ſtrengſten Geheimniſſes zur Pflicht gemacht, um die Gegner unvorbereitet zu überraſchen und ihnen keine Zeit zur Rüſtung zu laſſen. Nächſtdem verſuchte der Herzog, ohne das Geheimniß ſeines Planes Preis zu geben, die iriſchen Katholiken, die in der Sache der Emancipation ſeine Vorhut bildeten, zu beruhigen, damit ſie durch allzu ungeſtümes Andrängen den Feind nicht veranlaßten, ſeine Streitkräfte zuſammenzuziehen, und damit ſie außerdem durch ihr leidenſchaftliches Benehmen nicht auch die gemäßigteren Tories noch mehr von ihrer Sache entfernten. Er wandte ſich deshalb an den katholiſchen Erzbiſchof von Armagh, ſprach gegen dieſen ſeinen Wunſch aus, eine Ausgleichung der katholiſchen Angelegenheit herbeigeführt zu ſehen, äußerte aber zugleich, daß dazu keine Ausſicht vorhanden ſey, ſo lange die Parteien einander in leidenſchaftlicher Befangenheit gegenüber ſtänden, und erklärte, daß er an einem befriedigenden Heilmittel nicht verzweifeln würde, wenn es nur möglich wäre, den Streit auf einige Zeit in Vergeſſenheit zu begraben und inzwiſchen die ſich von beiden Seiten darbietenden Schwierigkeiten zu erwägen. Der Erzbiſchof theilte dies Schreiben dem Lord-Lieutenant von Ireland, Marquis von Angleſey, mit, und dieſer, der ungeachtet ſeiner hohen amtlichen Stellung in das Geheimniß des Cabinettes nicht eingeweiht war, ließ ſich von ſeinem Eifer für die katholiſche Sache ſo weit fortreißen, daß er geradeheraus erklärte: er theile die Anſicht des Herzogs von Wellington, daß es vortheilhaft ſeyn würde, die Frage auf einige Zeit in Vergeſſenheit zu begraben, keinesweges, ſondern ſey vielmehr der Meinung, daß die Katholiken, wenn ſie ihrer Sache den Sieg ſichern wollten, unabläſſig bemüht ſeyn müßten, dieſelbe durch alle verfaſſungsmäßige Mittel zu fördern. Der Herzog von Wellington war nicht der Mann, der eine ſolche Verletzung der militairiſchen Subordination geduldet hätte; der Marquis von Angleſey erhielt unmittelbar nach dem Bekanntwerden ſeines wohlgemeinten Rathes ſeine Entlaſſung. Alle Gerüchte, die ſich ungeachtet der Schweigſamkeit der Miniſter über einen bevorſtehenden entſcheidenden Schritt zu Gunſten der Katholiken verbreitet hatten, ſchienen durch dieſe Maßregel widerlegt, da man ſich nicht denken konnte, daß ein ſo entſchiedener Freund der Katholiken, wie der Marquis von Angleſey, von ſeiner Stelle entfernt worden wäre, wenn die Regierung damit umginge, in ſeinem Sinne zu verfahren. Die leidenſchaftlichſten Gegner der Emancipation, die bereits angefangen hatten, die Einfalt des engliſchen Landvolkes zu

Digitized by Google

benutzen, um daſſelbe durch aufreizende Reden in großen öffentlichen Verſammlungen gegen die Uebergriffe des Papſtthumes in Bewegung zu ſetzen, gaben ſich einer erträumten Sicherheit hin; und es erregte ein allgemeines auf der einen Seite freudiges, auf der andern unwilliges Erſtaunen, als man wenige Tage vor der Eröffnung des Parlementes erfuhr, daß die Frage, die man wenigſtens noch auf das nächſte Jahr hinausgeſchoben glaubte, im Cabinette bereits zur Erledigung gebracht ſey.

Die Thronrede, mit der am 5. Februar 1829 das Parlement eröffnet wurde, empfahl dieſem, den Zuſtand von Ireland in Erwägung zu ziehen und die Geſetze einer Durchſicht zu unterwerfen, welche die römiſch-katholiſchen Unterthanen Seiner Majeſtät des Königs mit bürgerlicher Unfähigkeit behafteten. Einer ſo unſcheinbaren Form bediente ſich das Cabinet, um die wichtigſte Maßregel anzukündigen, die ſeit der Vereinigung der Inſel Ireland mit England unter einer Geſetzgebung für die erſte getroffen war. Man befolgte darin nur den gewöhnlichen Gebrauch der brittiſchen Staatsſprache, die immer die einfachſten Redewendungen vorzieht, um die größten und wichtigſten Dinge auszudrücken. Aber etwas mehr, als herkömmliche Form der Rede war es, wenn die Thronrede zu derſelben Zeit, während ſie die bevorſtehende Befreiung der Katholiken nur ſcheu und flüchtig andeutete, mit Nachdruck die Nothwendigkeit hervorhob, der Wirkſamkeit eines den öffentlichen Frieden gefährdenden, mit dem Geiſte der Verfaſſung unvereinbaren Vereins ein Ziel zu ſetzen, deſſen Fortbeſtehen alle Bemühungen zu dauernder Verbeſſerung des Zuſtandes von Ireland vereiteln würde, und wenn außerdem das größte Gewicht darauf gelegt wurde, daß vor allen Dingen zu ermitteln ſey, ob die bürgerliche Gleichſtellung der Katholiken auch erfolgen könne, ohne den proteſtantiſchen kirchlichen und ſtaatlichen Einrichtungen, dem geſetzlich eingeführten proteſtantiſchen Glauben, den Rechten und Vorrechten der Biſchöfe, wie überhaupt der Geiſtlichkeit den geringſten Abbruch zu thun, da jene Einrichtungen unter allen Umſtänden heilig gehalten werden müßten, und da Seine Majeſtät der König es als ihre Pflicht erkennten, dieſelben unangetaſtet zu erhalten. Indem auf dieſe Weiſe eine Maßregel, die doch bereits feſtbeſchloſſen war, noch als ungewiß und zweifelhaft dargeſtellt wurde, war die Abſicht offenbar, jene zahlreiche Abtheilung der Tories zu begütigen, die von Zugeſtändniſſen an die „Papiſten“ um keinen Preis etwas wiſſen wollte, weil ſie die fürſtlichen Pfründen der anglicaniſchen Kirche in Ireland für verloren

Digitized by Google

achtete, ſobald es den Katholiken verſtattet war, ihre Stimme im Parlement zu erheben und dem brittiſchen Volke die ungeheuere Verſchleuderung vor Augen zu legen, welche daſſelbe durch die Unterhaltung einer verſchwenderiſch ausgeſtatteten Kirche ohne Gläubige und ohne Gemeinden beging. Um dieſe Partei zu verſöhnen, ſchlug das Cabinet ein Verfahren ein, welches im höchſten Grade unpolitiſch war, da der Zweck, auf den man es zunächſt abgeſehen hatte, doch nicht erreicht wurde, während man die iriſchen Katholiken durch die Verkümmerung des großen Zugeſtändniſſes, das man ihnen nicht länger vorenthalten konnte, von allen Verpflichtungen zur Dankbarkeit entband. Dem Antrage auf die Abſtellung der geſetzlichen Beſchränkungen, denen die Katholiken unterlagen, wurden zwei Maßregeln vorausgeſchickt, welche arge Verletzungen der weſentlichſten, dem iriſchen Volke zuſtehenden politiſchen Rechte enthielten. Die erſte dieſer Maßregeln war ein Geſetz, das dem Lord-Lieutenant von Ireland für die Dauer eines Jahres die Macht verlieh, alle politiſche Verſammlungen und Vereinigungen zu unterdrücken, die ihm mit der öffentlichen Ordnung unverträglich erſchienen, und namentlich auch jede Erhebung von Geldern, die zur Verfügung von Privatperſonen geſtellt würden, bei ſchwerer Strafe zu unterſagen. Dieſes Geſetz war vorzugsweiſe gegen den katholiſchen Verein gerichtet, der durch ſeine Anſtrengungen die Katholiken-Emancipation erzwungen hatte, und den, wie Sir Robert Peel bei der Vorlegung der Bill im Hauſe der Gemeinen offen eingeſtand, die Regierung nicht eher zu unterdrücken wagte, als bis ſie darauf rechnen durfte, daß die Gewährung der Emancipation die Gemüther der iriſchen Katholiken hinreichend beruhigen würde, um von ihnen keinen gewaltſamen Widerſtand befürchten zu laſſen. Die andere Maßregel war die Erhöhung des Wahlcenſusin Ireland von der allerdings ſehr niedrigen Summe von 40 Schillingen oder 13 bis 14 Thalern auf 10 Pfund Sterling oder 70 Thaler. Durch dieſe Beſtimmung wurde mit einem Federſtriche mehr als zweimal hundert tauſend kleinen iriſchen Pächtern das Wahlrecht entzogen, das ſie ſeit ſechs und dreißig Jahren geübt hatten, und es wurde eine neue bemitteltere Wählerclaſſe geſchaffen, in der die Katholiken, wenn auch immer noch ein entſchiedenes Uebergewicht, doch wenigſtens keine ausſchließende Herrſchaft mehr hatten. Die Berathungen über das Geſetz gegen die politiſchen Verſammlungen wurden ſo ſehr beeilt, daß daſſelbe, nachdem es innerhalb vierzehn Tagen durch beide Häuſer des Parlementes gegangen war, bereits am 5. März die königliche Genehmigung erhielt. Dennoch war daſſelbe

Digitized by Google

an dem Tage, an dem es in Kraft trat, ſchon unnöthig geworden; denn der katholiſche Verein, der nur zu dem Zwecke gebildet war, die Katholiken-Emancipation durchzuſetzen, hatte ſich freiwillig aufgelöſ't, ſo wie es amtlich bekannt wurde, daß die Emancipation von der Regierung beſchloſſen wurde. Die Berathungen über das Geſetz zur Beſchränkung des Wahlrechts in Ireland boten die ſonderbare Erſcheinung dar, daß daſſelbe von den Whigs, den alten Vorkämpfern für die Volksrechte vertheidigt wurde, weil daſſelbe den verfaſſungswidrigen Einfluß der katholiſchen Prieſterſchaft auf die Wahlen ſchwächen und der übermäßigen Zerſplitterung des Grundeigenthumes vorbeugen würde, die ihre Urſache hauptſächlich in dem Streben der Gutsbeſitzer gehabt habe, die Zahl der von ihnen abhängigen Wähler zu vermehren, wogegen gerade die eifrigſten Tories den miniſteriellen Vorſchlag auf das Heftigſte bekämpften, indem ſie jeden Eingriff in die beſtehende Wahlfreiheit für eine Verletzung der Verfaſſung erklärten. Die beiden großen politiſchen Parteien des brittiſchen Inſelreiches ſchienen ihre Rollen gewechſelt zu haben, und dennoch verfuhren beide vollkommen folgerecht nach den Grundſätzen, zu denen ſie ſich immer bekannt hatten. Denn den Whigs, die auf eine durchgehende Parlementsreform drangen, mußte es willkommen ſeyn, wenn überhaupt einmal ein Anfang dazu gemacht wurde, unwürdigen Wählern das Wahlrecht zu entziehen, und ſie nahmen es daher mit Beifall auf, als Sir Robert Peel zur Vertheidigung der Wahlbeſchränkung ſich darauf berief, daß ſeit dem Jahre 1822 in einer einzigen iriſchen Grafſchaft über 23,000 neuer ſogenannter Vierzig-Schilling-Freiſaſſen in die Wählerliſten eingetragen wären, von denen mehr als 19,000 nicht einmal ihren Namen ſchreiben konnten. Eben ſo folgerecht waren die Tories, die ſich jeder Verbeſſerung in den Wahlgeſetzen widerſetzten, wenn ſie auch von einer ſolchen nichts wiſſen wollten, die darauf berechnet war, den Antheil des niederen Volkes an der Geſetzgebung zu ſchmälern, da gegen das Wahlrecht der verfallenen Flecken ſich noch weit triftigere Gründe anführen ließen, als gegen jenes der armen iriſchen Freiſaſſen, die ihren Namen nicht ſchreiben konnten.

Der kleine Streit, den die Beſchränkung der iriſchen Wahlrechte veranlaßte, war nur ein ſchwaches Vorſpiel zu dem gewaltigen leidenſchaftlichen Kampfe, der in beiden Häuſern des Parlements über die Frage der Emancipation entbrannte. Noch ehe der Geſetzentwurf ſelbſt vorgelegt war, verging kein Tag, an dem nicht ganze Maſſen von Bittſchriften für und gegen die Emancipation eingereicht worden wären,

Digitized by Google

die jedesmal die heftigſten Erörterungen hervorriefen. Es war der 5. März, als Sir Robert Peel die Emancipationsbill im Hauſe der Gemeinen einbrachte. In einer zwar nicht durch dichteriſche Bilder glänzenden, aber durch ſtaatsmänniſche Ruhe, Beſonnenheit und Klarheit ausgezeichneten Rede rechtfertigte Peel zuvörderſt ſeinen perſönlichen Meinungswechſel in der katholiſchen Frage, indem er die Umſtände angab, die ihm wider Willen die Ueberzeugung aufgedrängt hätten, daß fernerer Widerſtand gegen die Anſprüche der Katholiken nur zum Verderben des Landes führen könne. Er zeigte die Fortſchritte, welche eine den Katholiken günſtige Meinung während der letzten Jahre in England gemacht habe, und ging darauf zu einer Schilderung des Zuſtandes der Zerrüttung und Unruhe über, in dem Irland ſich ſeit der Union der iriſchen Geſetzgebung mit der brittiſchen befinde. Als das Ereigniß, welches die Nothwendigkeit einer endlichen Ausgleichung außer Zweifel geſtellt, hob er die Wahl für die Grafſchaft Clare hervor; er führte an, daß nach amtlichen Berichten 23 iriſche Grafſchaften bereit wären, dem Beiſpiele von Clare zu folgen, und fragte, ob man unter ſolchen Umſtänden noch daran denken könne, die Ausſchließung aufrecht zu halten? Er gab zu, daß dies in einer Zeit des Friedens möglich ſey, wenn das Parlement die Regierung unterſtütze. Wie aber dann, wenn ein auswärtiger Krieg ausbräche? Und was würde die Folge ſeyn, wenn aus dem Zwieſpalte der Geiſter, der immer den Zwang und die Ausſchließung begleite, ein Bürgerkrieg entſpränge? Zwar könne eine Empörung durch Gewalt unterdrückt werden; aber auch damit wäre nichts gewonnen, denn die erſte Frage, die nach der Unterdrückung des Aufſtandes von neuem emportauchte, würde immer wieder die katholiſche ſeyn. Alle Opfer, die der Krieg erforderte, würden alſo umſonſt gebracht, alles Blut würde umſonſt vergoſſen ſeyn. Bedeutende Schwierigkeiten ſtänden allerdings einer glücklichen Löſung der Frage entgegen; aber wenn man unter dieſen Schwierigkeiten das meiſte Gewicht auf die Meinung lege, daß eine bürgerliche Gleichſtellung der Katholiken mit dem proteſtantiſchen Glauben unverträglich wäre, ſo ſey das ein offenbarer Irrthum. Die Frage ſey eine rein politiſche, die nur nach Gründen des politiſchen Verſtandes zu entſcheiden ſey, und mit der Religion nicht das Geringſte zu thun habe. Niemand werde behaupten wollen, daß der gegenwärtige Zuſtand zur Ausbreitung des Proteſtantismus beigetragen habe; er habe im Gegentheile die Fortſchritte des Proteſtantismus gehindert; ein großherziges Gefühl werde den Katholiken immer um ſo feſter an ſeine Religion feſſeln, je

mehr dieſelbe durch die Politik gedrückt ſey. „Wollte Gott", ſagte Sir Robert Peel zum Schluſſe, „daß die lebhaften Erwartungen derer in Erfüllung gingen, die ſchon vor Jahren als Kämpfer in dieſer Sache vorantraten! Wollte Gott, daß die Aufhebung der bürgerlichen Beſchränkungen der Katholiken auch die bürgerlichen Zwiſte des Landes aufhöbe und ein freundlicher Verkehr den gegenſeitigen Haß zum Schweigen brächte; daß Proteſtanten und Katholiken, ſtatt ſich gegenſeitig als Feinde zu betrachten, ſich gemeinſam der Rechte freier Bürger erfreuten, ſich achten, den gegenſeitigen Werth erkennen lernten. Vielleicht bin ich nicht ſo lebhaft in meinen Erwartungen, wie Andere, aber ich nehme keinen Anſtand, die Ueberzeugung auszuſprechen, daß die Beilegung dieſer Frage den proteſtantiſchen Intereſſen und den proteſtantiſchen Einrichtungen beſſere Bürgſchaften, als der gegenwärtige Zuſtand der Dinge, gewähren und daß ſie die Gefahren abwenden wird, die nahe und unmittelbar vor uns ſtehen. Ich hoffe, daß die trüben Waſſer des Streites vorüberfließen; ſollte aber dieſe Hoffnung getäuſcht werden; ſollte Kampf und Entzweiung auch dann noch Platz greifen, wenn der Zwiſt nicht mehr aus künſtlichen Unterſcheidungen und ungleichen Rechten entſpränge; ſollte wirklich in dem Weſen der römiſch-katholiſchen Religion etwas liegen, was, nicht zufrieden mit der Gleichheit der Rechte, ein Uebergewicht erſtrebte: ſo würde ich dennoch die Aenderung nicht bereuen, die ich jetzt vorſchlage. Muß der Kampf gekämpft werden, ſo wird er dann um andere Dinge gekämpft werden. Mag das Schlimmſte zu dem Schlimmen kommen, jedenfalls wird der Streit ein anderes Ziel ſich wählen und auf anderem Boden ausgefochten werden. Nicht für Gleichheit der bürgerlichen Rechte wird dann gekämpft werden, ſondern ob eine unduldſame Religion herrſchen oder beherrſcht werden ſoll. Uns wird der Vortheil in den Kampf begleiten, daß wir das ſittliche Band, welches jetzt alle Katholiken vereinigt, gelöſ't haben, indem wir ihnen nicht verweigern, was das Recht fordert. Wir werden in den Kampf gehen mit jenen dunkeln Gewalten, die ſo lange ſich dieſer Frage entgegenſetzten, und — zweifeln Sie nicht — wir werden ſiegen, ſiegen durch die einſtimmigen Gefühle dieſes Landes, in denen ich die beſte Bürgſchaft für die proteſtantiſche Verfaſſung ſehe." Stürmiſcher, lange anhaltender Beifall von der großen Mehrheit des Hauſes nahm dieſe ſchönen eindringlichen Worte auf, die aber auf die ſtarrſinnigen Anhänger der hohen Kirche (high-church-men), wie ſich die ſtrengeren Tories zum Unterſchiede von den gemäßigteren wohl auch ſelbſt nannten, nicht den geringſten

Digitized by Google

Eindruck hervorbrachten. Dieſe wußten den Gründen des Miniſters, den ſie bisher als ein Orakel politiſcher Weisheit verehrt hatten, zwar keine Gründe entgegen zu ſetzen, waren jedoch um ſo reicher an perſönlichen Schmähungen und hohlen hochtönenden Redensarten. Herr Bankes, der zuerſt das Wort nahm, verſicherte, die beſte Widerlegung des Miniſters ſey in den Reden zu finden, die er ſelbſt in den letzten funfzehn Jahren gehalten. Sir Robert Inglis äußerte über den Herzog von Wellington, daß dieſer in der Anwendung roher Gewalt wohl erfahren ſey, aber wenig von der ſittlichen Kraft der öffentlichen Meinung zu verſtehen ſcheine. Herr Clinton behauptete, daß die Miniſter ſelbſt zugäben, ihre Maßregel werde den Frieden in Ireland nicht auf die Dauer herſtellen; die Regierung verzichte auf ihre lange bewahrten Grundſätze nur, um für den Augenblick vor dem katholiſchen Vereine Ruhe zu haben. Aber nicht dazu wären die Grundſätze der glorreichen Revolution von 1688 erkämpft worden, um als Auskunftsmittel für vorübergehende Zwecke zu dienen und für einen kurzen und ſchwankenden Waffenſtillſtand mit den Katholiken geopfert zu werden. Der Marquis von Blandford erklärte, die Sprache verſage ihm Ausdrücke, um ſeine ganze Verachtung gegen eine Handlungsweiſe darzulegen, die dem Hauſe nur die jämmerliche Wahl laſſe zwiſchen den Uebeln einer Rebellion und eines Bürgerkrieges oder einer erniedrigenden Unterwerfung unter die Forderungen und Drohungen von Jeſuiten und Jacobinern. Solchen Ausbrüchen der Wuth von Seiten alter begeiſterter Anhänger der Miniſter gegenüber erhoben ſich die bisherigen Häupter der Oppoſition, ein Brougham, Burdett, Hobhouſe nur, um ihre freudige Zuſtimmung zu der vorgeſchlagenen Maßregel auszuſprechen; und als es nach zweitägigen Verhandlungen zur erſten vorläufigen Abſtimmung über die Zulaſſung des Geſetzentwurfes kam, wurde dieſelbe durch 318 Stimmen gegen 160 genehmigt. Mit geſteigerter Erbitterung wurden die Verhandlungen über die zweite Leſung der Bill geführt, die vier bis tief in die Nacht dauernde Sitzungen, vom 17. bis zum 20. März, ausfüllten. Auch jetzt überboten die Gegner einander nur in wüthenden Ausfällen gegen die Miniſter. Faſt alle Einwendungen, die gegen den Geſetzentwurf erhoben wurden, ließen ſich auf die eine höchſte und letzte zurückführen, daß die Verfaſſung des Landes eine proteſtantiſche ſey, und daß ſie aufhöre, dies zu ſeyn, ſobald Katholiken zu den höchſten Staatsämtern und zum Eintritte in das Parlement zugelaſſen würden. Eigenthümlich waren die Gründe, die ein neu eingetretenes Mitglied, Herr Sadler, vorbrachte, indem derſelbe geltend machte,

Digitized by Google

daß die Bill zwar den Ehrgeiz einiger den höheren Claſſen angehörenden Katholiken befriedige, die wahren tiefen Leiden, welche die Maſſe des iriſchen Volkes zu Boden drückten, aber ganz unberührt laſſe. Das hungernde iriſche Volk verlange Brot und man gebe ihm die Bill. Wenn man Ireland wirklich beruhigen wolle, ſolle man der in die äußerſte Noth verſunkenen Bevölkerung durch verſtändige Armengeſetze zu Hülfe kommen; man ſolle ſtatt der katholiſchen Prieſterherrſchaft die Wohlthaten einer chriſtlichen Erziehung verbreiten; man ſolle den jetzt einem unfreiwilligen Müßiggange und dem Bettelſtabe verfallenen Maſſen Gelegenheit zur Arbeit verſchaffen, und man ſolle die herzloſen Reichen, die ihre unermeßlichen Einkünfte in der Fremde verzehrten, durch hohe Geldſtrafen zwingen, im Lande zu bleiben, um durch ihren Aufwand einen Theil ihres Ueberfluſſes auf die arme einheimiſche Bevölkerung übergehen zu laſſen. Dieſen wohlgemeinten Rathſchlägen ſtand nur die Unmöglichkeit der Ausführung entgegen, da die weiſeſten Armengeſetze in einem Lande nichts helfen können, welches unter ſieben Millionen Einwohner zwei Millionen Bettler zählt und da Fabriken und Manufacturen ſich in keinem Lande durch Befehle der Regierung oder durch Beſchlüſſe einer geſetzgebenden Verſammlung hervorrufen laſſen. Bei der Abſtimmung hatte ſich die Mehrheit um fünf, die Minderheit um dreizehn Stimmen verſtärkt, ſo daß jetzt 253 Stimmen 173 gegenüberſtanden. Größere Mäßigung als in den früheren Berathungen herrſchte in jenen über die dritte Leſung, die der Form nach der wirklichen Annahme vorangehen muß. In der Sitzung vom 30. März, die ſich bis um 4 Uhr des folgenden Morgens verlängerte, wurde der Antrag des Marquis von Chandos auf Verwerfung der Bill durch eine Mehrheit von 320 Stimmen gegen 142 zurückgewieſen; und am Abend des 31 brachte Sir Robert Peel den von den Gemeinen angenommenen Geſetzentwurf in das Haus der Lords, wo die Verhandlungen einen zugleich würdigern und gründlichern Charakter annahmen, als im Hauſe der Gemeinen, obwohl allerdings von den Erzbiſchöfen und Biſchöfen, welche gegen die Bill ſprachen, eine ſehr überflüſſige theologiſche Gelehrſamkeit verſchwendet wurde, um den Beweis zu führen, daß es nach den Grundſätzen, zu denen die katholiſche Kirche ſich bekenne, gefährlich ſey, Katholiken in einem proteſtantiſchen Lande irgend einen erheblichen politiſchen Einfluß einzuräumen. Die Wuth des Parteigeiſtes ſchien ſich in den Stürmen erſchöpft zu haben, die noch vor dem Beginne der eigentlichen Berathungen bei Gelegenheit der zahlreichen Bittſchriften für und wider die Bill beinahe Tag für

Digitized by Google

Tag losgebrochen waren und zu Auftritten geführt hatten, welche unmöglich überboten werden konnten. War doch Lord Colcheſter ſo weit gegangen, in unzweideutigen Worten ſeine Meinung auszuſprechen, daß das Haus Braunſchweig ſeine Rechte auf die Krone verwirkt habe, ſobald die Katholiken Zutritt in das Parlement erhielten. Hatte doch der Herzog von Newcaſtle die Bill als einen Verſuch zur Beſchimpfung und Herabwürdigung des Königs und zur Einführung papiſtiſcher und willkürlicher Gewalt bezeichnet. War es doch zwiſchen dem Grafen Winchelſea und dem Herzoge von Wellington bis zum Zweikampfe gekommen, weil jener dieſen beſchuldigt hatte, er habe durch eine Unterzeichnung zu Gunſten einer proteſtantiſchen Stiftung den Leuten Sand in die Augen ſtreuen wollen. Waren doch ſelbſt die Brüder des Königs, der Herzog von Clarence und der Herzog von Cumberland, ſo heftig an einander gerathen, daß der Streit von einer ähnlichen Wendung nicht allzuweit entfernt ſchien, indem der Herzog von Cumberland den Ausdruck ehrlos auf ſich bezog, den der Herzog von Clarence von den gegen die Regierung gerichteten Angriffen gebraucht hatte. Nachdem der Grimm in ſo maßloſen Uebertreibungen ſich Luft gemacht, mußte in einer Verſammlung von Männern, die eine ſo vorragende und ausgezeichnete geſellſchaftliche Stellung einnehmen und durch ihren großen Beſitz in ſo hohem Grade bei dem allgemeinen Wohl und Wehe des Landes betheiligt ſind, wie die Häupter der britiſchen Ariſtokratie, nothwendig auch die Ruhe und Beſonnenheit ihre Rechte geltend machen; und es konnte eine außerordentliche Wirkung nicht verfehlen, als der Herzog von Wellington bei dem Antrage auf die zweite Leſung der Bill erklärte, daß die Aufregung in Irland zu einem Maße gediehen ſey, welches die Herſtellung der Ruhe und Ordnung durch Anwendung friedlicher, geſetzlicher Mittel unmöglich gemacht habe; daß alſo nur noch die Anwendung bewaffneter Gewalt übrig geblieben wäre, wozu aber keine geſetzmäßige Veranlaſſung gegeben worden ſey, weil nirgend offener Widerſtand gegen die Behörden Statt gefunden habe; und als der Feldherr, den die Engländer für den erſten der neuern Zeit halten, hinzufügte: er habe eine längere Zeit ſeines Lebens unter kriegeriſchen Auftritten und beſonders auch unter Auftritten des Bürgerkrieges zugebracht, als viele andere Menſchen; er müſſe aber ſagen, daß er gern ſein Leben zum Opfer bringen würde, wenn er damit einem Lande, das er liebte, auch nur vier Wochen Bürgerkrieg erſparen könnte. Nichts zerſtöre ſo ſehr alles Recht, alles Eigenthum, alle Sittlichkeit, als wenn der Nachbar gegen den Nach-

Digitized by Google

barn aufſtehe, der Bruder gegen den Bruder, wenn der Sohn die Hand gegen den Vater erhebe, der Diener gegen den Herrn. Den Einwand, auf den im Hauſe der Gemeinen das meiſte Gewicht gelegt war, daß die Emancipation die Verfaſſung verletze, hatte Lord Holland von vorn herein abgeſchnitten, indem er unmittelbar nach dem Einbringen der Bill darauf aufmerkſam machte, daß dieſelbe im Weſentlichen nichts als die Zurücknahme zweier Acten Karls II. verlange, die man durch eine ſonderbare Verwechſelung die proteſtantiſche Verfaſſung des Landes nenne, und durch eine noch ſonderbarere als eine Errungenſchaft der Revolution von 1689 darſtellen wolle, während ſie doch einer viel früheren Zeit angehörten und auch damals nur die Folge von Befürchtungen des Augenblicks geweſen wären, da man kurz vorher entdeckt habe, daß der Fürſt auf dem Throne damit umgehe, die Religion, die Freiheiten und die Verfaſſung des Landes zu verrathen. Der Lordkanzler erinnerte daran, daß die feſte Begründung des Proteſtantismus in England nicht erſt von Wilhelm III., ſondern von der Königin Eliſabeth herzuleiten ſey. Ein volles Jahrhundert hindurch hätten Katholiken in dem proteſtantiſchen England ihre Sitze im Parlemente eingenommen; aber die Gefahren, welche den Proteſtantismus in jener Zeit bedroht hätten, wären nicht daraus, ſondern aus der Vorliebe der Regenten für die katholiſche Kirche hervorgegangen. Der Marquis von Angleſey ſagte: mit der Annahme der Bill werde eine vollkommene Wiedergeburt von Ireland beginnen. Vor allem Anderen bedürfe Ireland der Ruhe und dieſe werde es dann in wenigen Monaten erlangen. Seine Kerker würden leer, ſeine Polizei müßig, die bewaffnete Macht überflüſſig werden. Brittiſches Capital würde ſich in reichem Strome nach Ireland ergießen. Dadurch würde zuerſt der Bodenwerth erhöht werden; dann werde man Canäle eröffnen, Moorgründe trocken legen, Ländereien urbar machen, Manufacturen errichten und auf dieſe Weiſe der ganzen Bevölkerung Beſchäftigung geben. Die abweſenden Gutsherren würden zurückkehren und die Sitze ihrer Väter wieder einnehmen, und es werde ſich zwiſchen den Grundeigenthümern und ihren Hinterſaſſen ein Band des Vertrauens knüpfen, welches die feſteſte Stütze der Ordnung bilden werde. Graf Grey geſtand den Gegnern der Bill zu, daß dieſe den Katholiken eine politiſche Macht verleihe, leugnete aber, daß die Katholiken die Macht verlangten, um die Rechte Anderer zu kränken, ſtatt ihre eigenen zu wahren. „Die Bill giebt ihnen allerdings politiſche Gewalt, aber ſie giebt ihnen bloß, was ſie in einem freien Lande zu fordern berechtigt ſind. Sie haben ein Recht auf po-

litiſche Macht, um ihre bürgerlichen Rechte zu ſchützen und um die ausübende Gewalt zu beaufſichtigen. In einem freien Lande muß der Bürger dieſe Macht haben; ſie nicht haben iſt Sclaverei, ſie verlieren heißt zum Sclaven gemacht werden. Haben die Katholiken dieſe Macht mit edler Leidenſchaft gefordert, ſo haben ſie ſich dadurch nur ein um ſo beſſeres Recht darauf erworben. Hätten ſie ſich zahm und friedlich unterworfen, hätten ſie zufrieden die Hände in den Schoß gelegt, ſo verdienten ſie die Unterdrückten und Herabgewürdigten zu ſeyn, die ſie bleiben würden, ſo lange die gehäſſigen Ausſchließungen dauerten. Die Gefahren, die man von der Zulaſſung katholiſcher Mitglieder in das Parlement vorherſage, würden weit überwogen durch ihre Vereinigung mit dem allgemeinen Staatskörper, durch die Eröffnung der Bahn der Ehre für Millionen tüchtiger Mitbürger, durch die Richtung ihrer beſten Kräfte auf die Förderung der gemeinſamen Intereſſen des Landes. Lord Plunkett erklärte: es ſey der Grundſatz jeder vernünftigen freien Verfaſſung, daß Rechte und Freiheiten das Eigenthum des ganzen Volkes wären und daß die Volksrechte nur in Folge der höchſten politiſchen Nothwendigkeit zeitweilig aufgehoben werden dürften. In der Frage der Emancipation ſpreche aber die Nothwendigkeit eben ſo ſehr wie die Gerechtigkeit für die von der Regierung vorgeſchlagenen Maßregeln. Seit im Jahre 1793 die drückendſten Strafgeſetze gemildert worden, hätten große Fortſchritte in Ireland Statt gefunden. Mächtig ſeyen Wohlſtand und Bildung geſtiegen und beide böten jetzt dem großen brittiſchen Reiche ihre Hülfe bei der edeln Aufgabe, die ihm vom Schickſale zugewieſen ſey, bei der Aufgabe, die fortſchreitende Entwicklung der geſitteten Welt zu fördern. Dieſer über alle Erwartung günſtige Erfolg ſey bloß durch die bürgerlichen Geſetze bewirkt worden, während die politiſchen Geſetze die iriſchen Katholiken noch fortwährend unterdrückt und in beſtändiger Aufregung erhalten hätten. Es ſey aber unmöglich, die große Maſſe einer wohlhabenden, verſtändigen Bevölkerung mitten unter freien Staatseinrichtungen lange von den Wohlthaten derſelben ausgeſchloſſen zu halten. Das Mißvergnügen, das dadurch erweckt worden ſey, habe nothwendig immer allgemeiner werden müſſen; jetzt ſey daraus ein Wirbel hervorgegangen, der Tugend und Laſter, Bildung und Roheit, Talent und Stumpfſinn, Wohlſtand und Armuth in einen gemeinſchaftlichen Schlund herabziehe. Man habe nur eine Wahl: militäriſche Gewalt oder gerechte Geſetzgebung; und eine ſolche Wahl könne Niemand zweifelhaft laſſen. Alle dieſe Gründe würden die Mehrheit der edlen Lords, die immer der Emancipation entgegen geweſen war,

Digitized by Google

ſchwerlich beſtimmt haben, ihre alten Ueberzeugungen aufzugeben, wenn das eine Wort „Bürgerkrieg“ im Munde des Herzogs von Wellington nicht ein entſcheidendes Gewicht in die Wagſchale gelegt hätte. Die Kühnheit, es auf einen Bürgerkrieg ankommen zu laſſen, vor dem ſelbſt der Herzog von Wellington zurückbebte, hatte nur ein geringes Häuflein der ſtarrſinnigſten Vertheidiger des unveränderten Beſtandes in Staat und Kirche, welches ſich um den alten ehemaligen Lord-Kanzler Eldron ſchaarte, und in dem eine Anzahl der vornehmſten Prälaten der anglicaniſchen Kirche, die Erzbiſchöfe von Canterbury, von York und von Armagh, die Biſchöfe von London, von Salisbury und von Durham die vorderſten Reihen einnahmen. Die Grundanſicht, von der dieſe Kirchenfürſten ausgingen, war, daß man unmöglich die Wahrheit und den Irrthum neben einander als gleich berechtigt anerkennen könne, woraus ſie folgerten, daß man die der Lüge verfallenen Papiſten auch im bürgerlichen Leben nicht zur Rechtsgleichheit mit den im reinen Lichte der Wahrheit wandelnden Proteſtanten zulaſſen dürfe. Der Erzbiſchof von Canterbury, Lord Primas von England, bezog ſich auf den Krönungseid, der den König verpflichte, den wahren Glauben des Evangeliums und die Rechte und Vorrechte der proteſtantiſch-reformirten Kirche aufrecht zu erhalten. Der Erzbiſchof von Armagh, Lord Primas von Ireland, erklärte: die Feindſchaft der römiſch-katholiſchen Prieſterſchaft gegen die proteſtantiſche Kirche ſey ewig und müßte es ſeyn. Der katholiſche Clerus müſſe in einem proteſtantiſchen Staate ſtets allein und geſondert ſtehen; er ſelbſt habe den Markſtein ewiger Trennung geſetzt durch ſeine der Natur, nicht aber der Politik widerſprechenden Grundſätze ſeiner zuſammenhaltenden Exiſtenz, durch ſeinen anmaßenden aber die Menge beſtechenden Anſpruch auf Untrüglichkeit, durch die gemeinſame Verbindung mit dem Souverain eines fremden Staates und vor allem durch das Gebot, das ihm zur Pflicht mache, Freunde, Verwandte, Vaterland den ausſchließenden Intereſſen ſeiner Kirche nachzuſetzen. Die Emancipation werde aber die iriſchen Wahlen unfehlbar dem Einfluſſe der katholiſchen Prieſterſchaft überliefern. Wer dieſe Maßregel vertheidige, unterſtütze daher die Sache des Papismus, und Niemand könne dies thun, der die practiſchen Wirkungen dieſer furchtbaren Religion kenne. In ähnlichem Sinne ſprach ſich die Mehrzahl der hohen geiſtlichen Würdenträger aus. Ungleich gemäßigter waren die Anſichten, welche die weltlichen Gegner der Emancipation äußerten. Graf Harewood behauptete, daß der Herzog von Wellington die Nothwendigkeit der Bill nicht bewieſen habe; der Mar-

Digitized by Google

quis von Salisbury vermißte die Bürgſchaften, die jedem Zugeſtändniſſe vorausgehen müßten. Es dürfe Niemand eine Macht im Staate haben, der nicht ein Intereſſe an ſeiner Erhaltung habe. Durch die Emancipation werde aber der katholiſchen Prieſterſchaft eine ſehr bedeutende Macht eingeräumt, es ſey daher unumgänglich, ſie ſo feſt als möglich an den Staat zu knüpfen, indem der Staat es übernähme, durch Beſoldungen für ihren Unterhalt zu ſorgen. Der Lord-Oberrichter von England Graf Tenterden beſtritt das Recht des Parlements nicht, die früheren Beſchränkungsgeſetze zurückzunehmen, aber er hielt die Maßregel für nichts weniger als heilbringend, weil er vorherſah, daß die Katholiken die ihnen eingeräumte Macht vorzugsweiſe dazu gebrauchen würden, die ihnen früher entzogenen Kirchengüter und kirchlichen Einkünfte wieder an ſich zu reißen und dadurch der proteſtantiſchen Kirche in Ireland den Untergang zu bringen. Auch Graf Eldron war der Meinung, daß die Geſetze allerdings geändert werden dürften, wenn das Beſte des Staates es erfordere; aber ſie ſollten nie geändert werden, ohne daß die ſtrengſte Nothwendigkeit nachgewieſen würde. Er wollte ſich über den Krönungseid nicht auslaſſen, weil dies eine Sache ſey, die der König nur zwiſchen Gott und ſeinem eigenen Gewiſſen abzumachen habe. Aber die Verfaſſung von 1688 ſey der Stolz, die Ehre, der Ruhm des Landes. Das brittiſche Volk habe ſein ganzes Vertrauen darauf geſetzt. Einen ſolchen feſtſtehenden Glauben bei der Nation zu ſchwächen, an die Stelle der Sicherheit Zweifel zu ſetzen, ſey ein thatſächliches Uebel, das ſchwerlich durch irgend ein vorausgeſetztes Gutes aufgewogen werden könne. Nachdem die zweite Leſung erfolgt war, und als die Verhandlungen über die dritte Leſung ihrem Ziele entgegen gingen, erhob ſich der greiſe Eldron noch einmal und ſagte: „Es iſt vielleicht das letzte Mal, daß ich in dieſem Hauſe über eine politiſche Frage ſpreche, daher darf ich wohl Ew. Herrlichkeiten nicht vergebens bitten, mir geduldiges Gehör zu ſchenken, ſelbſt wenn meine Anſichten irrig ſeyn ſollten. Ich weiß, daß Beharren im Irrthume der größte Flecken in dem Charakter eines Staatsmannes iſt; aber meine Ueberzeugung, daß ich in dem vorliegenden Fall mich nicht im Irrthume befinde, ſteht ſo unerſchütterlich feſt, daß ich, ſo wahr mir Gott helfe, in dieſem Augenblicke lieber ſterben möchte, als meine Zuſtimmung geben. Wir übergeben den Katholiken alle Gewalt, ohne uns irgend eine Bürgſchaft für deren treue Anwendung vorzubehalten. Nicht plötzlich wird die Gefahr hereinbrechen, aber einſt, wenn ich den gemeinſamen Zoll der Sterblichkeit

Digitized by Google

bezahlt habe und in das Grab hinunter geſenkt bin, wird Alles erfüllt werden, was ich fürchte; daran zweifle ich ſo wenig, als daß ich hier ſtehe. Ich bitte zu Gott, die Uebel abzuwenden, die ich vorausſehe. Meine Lords, verzeihen Sie mir, wenn ein Mann, ſo hoch in Jahren, erklärt, daß er williger den kurzen Reſt ſeines Daſeyns hingäbe, als er erführe, daß dieſe Maßregel durchgegangen ſey. Während meines langen Lebens habe ich den Gegenſtand geprüft und wieder geprüft und konnte nie einſtimmen in den Widerruf von Anordnungen, die ich als grundgeſetzliche betrachte, als nothwendig zur Erhaltung des Thrones und der Kirche, welche die reinſte Lehre des Chriſtenthums verkündigt, ſo wie zur Sicherheit des Adels, der Verfaſſung des Landes, wie ſie beſteht aus König, Lords und Gemeinen. Lieber hörte ich, daß ich morgen nicht mehr ſeyn, daß ich nicht mehr aufwachen werde von dem Schlafe dieſer Nacht, als daß ich hörte, dieſe Maßregel ſey zum Geſetze des Staates geworden. Dies iſt mein Gefühl und meine Ueberzeugung, ſo daß ich als Verräther meines Vaterlandes handeln würde, wenn ich anders ſpräche!“ Am 10. April entſchied eine Mehrheit von 213 Stimmen gegen 109 die dritte Leſung der Emancipationsbill im Hauſe der Lords, und am 13. April wurde die Bill durch die königliche Genehmigung zum Geſetze des Landes erhoben. Als nach den Oſterferien, die bald darauf eintraten, beide Häuſer des Parlements ſich wieder verſammelten, nahmen im Hauſe der Lords zum erſten Male der katholiſche Herzog von Norfolk, das Haupt der erſten adligen Familie von England, und die katholiſchen Lords Clifford, Dormer, Stafford, Petre und Stourton ihre Sitze ein, von denen dieſe alten adligen Geſchlechter ſeit anderthalb Jahrhunderten ausgeſchloſſen waren. Graf Shrewsbury war auf einer Reiſe in Italien begriffen und konnte daher nicht ſo ſchnell von ſeinem wiederhergeſtellten alten Rechte Gebrauch machen; und Lord Arundel, der achte katholiſche Pair von England, blieb gleichfalls abweſend.

Obwohl das neue Geſetz im Allgemeinen den Grundſatz aufſtellte, daß fortan unter Katholiken und Proteſtanten eine vollkommene Rechtsgleichheit beſtehen ſollte, waren in daſſelbe doch zur Beruhigung der überſpannteſten Eiferer Beſtimmungen aufgenommen, die den Katholiken immer noch einige, wenn auch nicht ſehr erhebliche Beſchränkungen auflegten. Die Katholiken wurden für unfähig erklärt, die beiden Stellen eines Lordkanzlers und Lordlieutenants von Ireland zu bekleiden; es wurde ihnen beim Eintritte in das Parlement ein

Eid aufgelegt, wodurch ſie die Abſicht abſchwören mußten, die beſtehende proteſtantiſche Kirche zu ſtürzen oder ſich der ihnen als Parlementsgliedern zuſtehenden Rechte zur Schwächung der proteſtantiſchen Religion zu bedienen. Es wurde den katholiſchen Biſchöfen unterſagt, die Titel von Biſchofsſitzen der anglicaniſchen Kirche zu führen, und die religiöſen Orden, namentlich die Jeſuiten wurden Beſchränkungen unterworfen, die ihre fernere Ausbreitung verhindern ſollten. Unwürdig war eine Beſtimmung, die ausdrücklich zu dem Zwecke eingeſchaltet war, an O'Connell eine kleinliche Rache zu üben, indem man es ihm verweigerte, in Folge ſeiner vor der Annahme der Emancipationsbill erfolgten Wahl in das Parlement zu treten, und ihn nöthigte, ſich einer neuen Wahl zu unterwerfen. O'Connell hatte ſeine Freunde im Parlemente erſucht, um ſeinetwillen den Fortſchritten der Bill keine Hinderniſſe in den Weg zu legen; er hielt es aber für ſeine Pflicht, nach der Annahme der Bill einen Verſuch zu machen, ob es ihm ungeachtet der gegen ihn getroffenen Beſtimmung nicht geſtattet ſeyn würde, den ihm zuſtehenden Sitz im Hauſe der Gemeinen einzunehmen. Zur Vertheidigung ſeiner Anſprüche vor die Schranken des Hauſes gelaſſen, ſprach er mit einer Ruhe und Würde, der ſelbſt die Gegner des iriſchen Aufwieglers ihre Anerkennung nicht verſagen konnten, wurde aber nach lebhafter Erörterung durch Stimmenmehrheit zurückgewieſen. So wie er nach Irland zurückgekehrt war, erließ er eine Zuſchrift an die Wähler von Clare, worin er ihnen ankündigte, daß er ſich von neuem um ihre Stimmen bewerben müſſe, und zugleich darauf hindeutete, auf welche Weiſe er den Sieg, der durch ihre aufopfernde Beharrlichkeit errungen ſey, zu benutzen gedenke. Es habe bisher, ſagte er, im Parlemente verſchiedene Parteien gegeben. Die Miniſter hätten ihre Partei, die Oppoſition habe ihre Partei, Whigs und Tories, Sünder und Heilige hätten ihre Partei, nur das Volk habe noch keine Partei gehabt, und dieſe Partei wolle er begründen. Vor allem Andern werde er keine Anſtrengung für das Wohl von Irland ſcheuen. Er hoffe Irland noch zu ſehen, „verbunden mit England durch das Band der Krone, aber groß, ruhmreich und frei unter der väterlichen Sorge einer einheimiſchen Geſetzgebung." Der wahre Sinn dieſer inhaltſchweren Worte wurde damals von Niemand verſtanden. Die engliſchen Journale ertheilten O'Connell mit vornehmer Herablaſſung den Rath, er möge mit ſeinen Verſprechungen lieber etwas vorſichtig ſeyn, denn er ſelbſt würde ſich gewiß bald überzeugen, wie vergeblich jeder Verſuch ſey, die Union zwiſchen England und

Digitized by Google

Irelanb rückgängig zu machen. Die Wiedererwählung O'Connells in der Grafſchaft Clare erfolgte nach uralter Sitte ohne förmliche Abſtimmung durch das Handerheben der ganzen verſammelten Volksmaſſe, weil ſich kein Mitbewerber fand, der die Abſtimmung gefordert hätte. In der Rede, die O'Connell an ſeine Wähler hielt, ſprach er ſich über die Plane, die er für die Zukunft vorbereitete, ſchon näher aus. Er verſprach den armen katholiſchen Bauern, die ihn zu Tauſenden umgaben, die Zehuten abzuſchaffen, die ſie ihren reichen proteſtantiſchen Pfarrern zu entrichten hätten. Die Aufhebung der Zehnten war der erſte Schritt, den O'Connell entſchloſſen war in der großen Bahn zu thun, welche die Katholikenemancipation vor ihm eröffnet hatte, und als deren letztes Ziel er zwar nicht die Losreißung ſeiner Heimathinſel von dem Verbande mit England, aber die Herſtellung eines geſonderten ſelbſtändigen iriſchen Parlementes bezeichnete, weil er wußte, daß die Heilung der tiefen Wunden, die vielhundertjährige Unterdrückung ſeinem Volke geſchlagen, nur durch die unabläſſigſten außerordentlichſten Anſtrengungen zu erreichen war, zu denen er keine Hoffnung hatte, die leichtbeweglichen ſchnell erregten, aber bald wieder entmuthigten Maſſen zu begeiſtern, als, indem er ſie auf das Höchſte hinwies, was jedes iriſche Herz bewegte: die Wiedererlangung der alten längſt verlorenen, aber in dem tiefſten Gemüthe des Volkes durch ſeine Sagen und Lieder noch lebenden volksthümlichen Unabhängigkeit. Noch waren die Entwürfe, mit denen O'Connell ſich trug, in ſeiner eigenen Bruſt nicht gereift; auch war die Zeit zur Ausführung deſſen, was ihm als das nächſte erſchien, wie die Aufhebung der Zehnten, noch nicht gekommen. Denn für den Augenblick waren die höheren und mittleren Claſſen der katholiſchen Bevölkerung, ohne deren Mitwirkung es unmöglich blieb, die Maſſen in Bewegung zu ſetzen, durch das Zugeſtändniß der gleichen politiſchen Berechtigung mit den Proteſtanten befriedigt. Als O'Connell gegen das Ende des Jahres den Verſuch machte, einen Verein zu dem Zwecke der Untergrabung und Zerſtörung der Union zu Stande zu bringen, ſcheiterte dies Unternehmen an der Gleichgültigkeit derſelben Männer, welche die thätigſten Arbeiter in dem aufgelöſ'ten katholiſchen Vereine geweſen waren. Aber der Same, den die erſten anregenden Worte ausgeſtreut, war deshalb dennoch auf keinen unfruchtbaren Boden gefallen; er bedurfte nur des Wechſels von Regen und Sonnenſchein, um zu keimen, aufzugehen und reichen Ernten entgegen zu wachſen.

Zu derſelben Zeit, während in Ireland ein augenblicklicher Still-

ſtand in der Bewegung eintrat, welche dem unterdrückten katholiſchen Volke die Rechtsgleichheit mit ſeinen proteſtantiſchen Beherrſchern erkämpft hatte, bereiteten ſich in England die erſten Anfänge einer Entwicklung vor, auf die das von der Nachbarinſel gegebene Beiſpiel friedlicher Auflehnung nicht ohne beſtimmenden Einfluß blieb, und die in ihren Folgen, ſchon wegen ihres größeren Schauplatzes, zu ungleich großartigeren Ergebniſſen führen mußte, als in Irland durch die Katholikenemancipation erreicht waren. Während der Verhandlungen über die Emancipationsbill im Hauſe der Lords hatte ſich der Graf von Winchelſea, einer der eifrigſten Vorkämpfer der beſtehenden Einrichtungen in Staat und Kirche, durch die Leidenſchaft ſo weit fortreißen laſſen, daß er in daſſelbe Verdammungsurtheil, welches er über die abtrünnigen Miniſter ausſprach, auch das Haus der Gemeinen einbegriff, in dem jene ungeachtet ihres abſcheulichen Verrathes die bereitwilligſte Unterſtützung fanden. Die tiefe Verderbniß, hatte er in ſeinem Grimme erklärt, in die er das Haus der Gemeinen verſunken ſehe, habe ihn überzeugt, daß England verloren ſey, wenn die Entſcheidung über die wichtigſten Angelegenheiten des Landes länger ſolchen Geſetzgebern anvertraut bliebe, und wie ſehr er bisher ſeinen Grundſätzen gemäß auch jedem Antrage auf Parlementsreform entgegen geweſen wäre, ſo ſehe er doch jetzt, daß dem Lande nicht anders, als durch eine umfaſſende, tief eingreifende Reform in der gegenwärtigen Art der Volksvertretung zu helfen ſey. Obwohl die wunderbare Bekehrung eines der heftigſten Eiferer gegen alle Veränderungen im Staatsweſen bei der Mehrzahl der Lords keinen ſonderlichen Beifall erhielt, ſo trieb doch das Gefühl des maßloſen Haſſes, welches den Grafen Winchelſea beherrſchte, mehr als Einen der überſpannteren Tories zu gleicher Verleugnung aller politiſcher Grundſätze, zu denen ſie ihr ganzes Leben hindurch ſich bekannt hatten. Die Erbärmlichkeiten der Wahlverfälſchung, denen die miniſteriellen Mitglieder ihren Sitz im Parlemente verdankten, wurden mit beißendem Spotte an das Licht gezogen, und die neuen Reformer ſchienen ganz zu vergeſſen, daß die ſchwerſten Angriffe, die ſie gegen ihre Widerſacher richteten, mit verdoppelter Gewalt auf ſie ſelbſt zurückfielen. Auf der andern Seite hatte die Katholikenemancipation gezeigt, wie viel ein beharrlicher Wille auch unter der beſtehenden Geſetzgebung gegen die am tiefſten eingewurzelten Vorurtheile der Geſetzgeber auszurichten vermöge. Ein reicher angeſehener Eiſenfabricant zu Birmingham, Herr Attwood, fiel darauf, ſich das Verfahren O'Connels zum Muſter zu nehmen, und

Digitized by Google

urch dieſelben Mittel, durch welche dieſer die bürgerliche Gleichſtellung einer Glaubensgenoſſen erreicht hatte, eine Reform in der Zuſammenetzung des Hauſes der Gemeinen durchzuſetzen. Dabei kam ihm der edrückte Zuſtand zu Hülfe, in dem ſich gleichzeitig das Gewerbweſen n Folge einer jener von Zeit zu Zeit immer wiederkehrenden Handelstockungen und der Landbau in Folge des ungenügenden Ausfalls der etzten Erndte befand. Auf ſeinen Betrieb wurde deshalb am 25. Januar 1830 zu Birmingham eine große öffentliche Volksverſammlung eranſtaltet, um, wie es in der Ankündigung hieß, die bedrängte Lage es Landes in Erwägung zu ziehen, welche von der ſchlechten Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten herrühre. In der Verſammung, zu der ſich an 15,000 Männer vereinigten, wurden die heftigſten Reden gegen den Herzog von Wellington und die übrigen Miniſter ehalten, denen man vorwarf, daß ſie mit allen ihren Verbeſſerungsentwürfen nur das Volk zu täuſchen beabſichtigten. Herr Attwood ſchlug ierauf vor, einen politiſchen Verein zu ſtiften, dem ſichtlich der ehemalige katholiſche Verein zu Dublin zum Vorbilde diente, und der auptſächlich zum Zwecke haben ſollte, eine Parlamentsreform zu bewirken, durch die man allein hoffen dürfe, wirkſame Abhülfe für die Leiden des Volkes zu erlangen. Der Vorſchlag wurde durch allgemeinen Zuruf angenommen, und der Verein, deſſen Leitung einem Auschuſſe von 25 Perſonen übertragen wurde, zählte bald mehrere Tauſend Mitglieder, da ein Jeder, der einen vierteljährlichen Beitrag von einem Schilling oder zehn Silbergroſchen zahlte, zum Beitritte berechtigt war. Zwar blieb das Beiſpiel einer feſten Vereinigung zu der Erreichung eſtimmter politiſcher Zwecke, welches die Fabrikbeſitzer und Fabrikareiter von Birmingham gaben, ein vereinzeltes, weil in einem Lande, n dem es allem Volke freiſteht, ſich, ſo oft ihm dieß wünſchenswerth rſcheint, öffentlich zu verſammeln und alle öffentliche Angelegenheiten mit unbeſchränkter Freiheit zu beſprechen, das Bedürfniß zu der Erichtung abgeſchloſſener Verbindungen nur ausnahmsweiſe unter der Einwirkung außerordentlicher Umſtände erwachen kann. Aber die Unufriedenheit mit der Verwaltung, welche in *einer* großen Stadt dieſe ngewöhnliche Erſcheinung hervorrief, äußerte ſich, ob auch in weniger uffallender Weiſe, doch mit nicht geringerer Entſchiedenheit in ganz England. Hier verlangte man eine thätigere Sorge für die Intereſſen es Landbau's, dort für jene des Handels und des Gewerbfleißes, ohne u bedenken, daß die Uebel, über welche man wirklich zu klagen Urſache

Digitized by Google

hatte, veraltete Schäden waren, die ſich unmöglich weder an einem Tage, noch in einem Jahre abſtellen ließen.

Auf den Herzog von Wellington machten alle dieſe Regungen des Mißvergnügens geringen Eindruck; er ließ ſich durch dieſelben um ſo weniger beirren, als die Beendigung des Krieges im Oriente, der noch gerade in ſeinem Ausgange die für den allgemeinen europäiſchen Frieden bedenklichſte Wendung zu nehmen drohte, ihm geſtattete, ſeine ungetheilte Aufmerkſamkeit den innern Angelegenheiten des brittiſchen Inſelreiches zuzuwenden. Von ferneren Zugeſtändniſſen an die Volksmeinung war jetzt nicht mehr die Rede. Der Herzog war entſchloſſen, das Regiment mit feſter Hand zu führen, einzelne unleugbare Gebrechen in der Verwaltung abzuſtellen, durch gewiſſenhafte Sparſamkeit die Laſten des Volkes zu erleichtern, aber in der Vertheidigung des verfaſſungsmäßigen Bodens der beſtehenden Einrichtungen ſich auch keinen Schritt weiter zurückdrängen zu laſſen. In dieſem Sinne war die Thronrede abgefaßt, mit der am 4. Februar 1830 eine königliche Commiſſion das Parlement eröffnete. Dieſes Actenſtück verſprach beträchtliche Herabſetzungen der Ausgaben, erwähnte wichtiger Verbeſſerungen in der Rechtspflege, mit denen die Regierung ſich in der letztern Zeit beſchäftigt habe, und gedachte des Nothſtandes, der in einem Theile des vereinigten Königreiches herrſche, nur, um die äußerſte Vorſicht der Erwägung dieſes Gegenſtandes zu empfehlen, da man nicht vergeſſen dürfe, die Ungunſt der Jahreszeiten und anderer Urſachen, die außer dem Bereiche der geſetzgebenden Macht lägen, in billigen Anſchlag zu bringen. In der That hielt die Regierung feſt an dem in dieſer einfachen Darlegung angedeuteten Gange. Die Anträge, die in beiden Häuſern des Parlements geſtellt wurden, um die Einſetzung beſonderer Ausſchüſſe zur Unterſuchung der Urſachen des im Lande verwaltenden Nothſtandes zu erlangen, wurden zurückgewieſen; gleiches Schickſal erfuhren die in verſchiedener Geſtalt dreimal wiederholten Anträge auf Parlementsreform. Dagegen wurde bei der Vorlegung der Voranſchläge für den Staatshaushalt des nächſten Jahres dem Hauſe der Gemeinen mitgetheilt, daß die Regierung die Bierſteuer, deren Ertrag ſich allein jährlich auf 3 Millionen Pfund Sterling, oder 20 Millionen Reichsthaler, die Steuer vom Obſtwein, die ſich auf 250,000 Pfund oder 1,666,666 Reichsthaler, und die Lederſteuer, die ſich auf 300,000 Pfund oder 2 Millionen Reichsthaler belief, völlig aufzuheben und an deren Statt nur die Branntweinſteuer um jährlich etwa 300,000 Pfund oder 2 Millionen Reichsthaler zu erhöhen. An-

Digitized by Google

ßerdem brachte Sir Robert Peel, der ſich ſchon ſeit Jahren große Verdienſte durch die Bevorwortung von Verbeſſerungen in der Rechtspflege und namentlich in der Strafgeſetzgebung erworben, einen Geſetzvorſchlag ein, nach dem die von den alten Geſetzen beinahe in allen Fällen verhängte Todesſtrafe bei dem Verbrechen der Fälſchung in den meiſten Fällen durch gelindere Strafen erſetzt werden ſollte; und es folgten mehrere andere Geſetzentwürfe, die darauf berechnet waren, das koſtſpielige und verwickelte Rechtsverfahren bei den Civilgerichtshöfen zu vereinfachen. Bei der unzweifelhaften Gewißheit der Nützlichkeit und Wohlthätigkeit aller von der Regierung ausgehenden Vorſchläge, glaubte der Herzog von Wellington in ſeiner ſoldatiſchen Ehrlichkeit mit Zuverſicht darauf rechnen zu dürfen, daß es ihm nicht allein gelingen würde, den Widerſtand, den er von dem Parteigeiſte im Parlemente zu erwarten hatte, mit leichter Mühe zu überwinden, ſondern auch den ganzen nach ſeiner Schätzung weitaus überwiegenden nüchternen und beſonnenen Theil der Bevölkerung in den drei vereinigten Königreichen auf ſeine Seite zu ziehen. Die Seſſion war jedoch noch nicht weit vorgerückt, als er in der erſten Hinſicht ſich vollkommen enttäuſcht fand. Die überſpannten Tories, früher ſeine feurigſten Bewunderer, waren durch ſein Benehmen in der Katholikenſache zu ſo glühender Erbitterung entbrannt, daß ſie es vorzogen, ſich mit ihren abgeſagten Feinden, den Whigs, gegen die Miniſter zu verbinden, ſtatt ſich mit ihren alten bewährten Freunden und Führern zu verſöhnen. Die Folge war, daß die der Regierung zur Führung der Geſchäfte unentbehrliche Mehrheit im Hauſe der Gemeinen auf eine Weiſe erſchüttert wurde, die dem Cabinete jeden ſichern und zuverläſſigen Halt entzog und ſeine Stellung beinahe mit jedem Tage ſchwieriger machte. Bei der Erörterung über die Voranſchläge für die Ausgaben wurden zwei Poſten geſtrichen, die zwar an ſich von geringer Bedeutung waren, deren Verwerfung aber die Würde des Cabinets empfindlich verletzte. Es waren die Penſionen, die zwei Miniſterſöhnen wegen geringer dem Staate geleiſteter Dienſte ausgeſetzt waren. Bei der Berathung über das neue Strafgeſetz gegen Fälſchungen mußte Sir Robert Peel es ſich gefallen laſſen, daß die Todesſtrafe auch für ſolche Fälle aufgehoben wurde, in denen er ſie beibehalten wiſſen wollte. Ein Zeichen der übelſten Vorbedeutung aber war es, daß ſelbſt der wichtigſten Maßregel der Regierung, der Aufhebung der Bierſteuer, Schwierigkeiten entgegengeſetzt wurden, welche dieſelbe den größten Theil der Seſſion hindurch zu einem völligen Stillſtande brachten. Die Bierſchenken in London, mehrere Tauſend an Zahl, beſaßen in Folge

Digitized by Google

der bisherigen Beſteuerung, wegen der durch die Erhebung bedingten Umſtändlichkeiten, ein Monopol, das ſie mit der Abſchaffung der Steuer zu verlieren fürchteten; und der Einfluß, den die Wirthe ſich auf eine geringe Anzahl von Mitgliedern des Hauſes der Gemeinen verſchafften, war hinreichend, das weitere Fortſchreiten einer Maßregel zu hindern, die dem ganzen Lande eine weſentliche Erleichterung verſprach.

Ein Umſtand, der die Lage der Miniſter noch ſchwieriger machte, war der beunruhigende Geſundheitszuſtand, in dem der König ſich befand, da es wenig wahrſcheinlich war, daß der Thronnachfolger, der Herzog von Clarence, dem Herzoge von Wellington die perſönliche Beleidigung verzeihen würde, die dieſer ihm angethan, indem er unmittelbar nach der Bildung ſeiner Verwaltung dem Bruder des Königs den Oberbefehl über die Flotte entzog, um ſeine Mißbilligung der Veranlaſſung, welche zu der verhängnißvollen Schlacht bei Navarino geführt hatte, auf unzweideutige Weiſe an den Tag zu legen. Die Erwartung war allgemein, daß der Herzog von Clarence, ſo wie er zur Regierung gelangte, ſeinem alten Gegner Gleiches mit Gleichem vergelten würde; die Miniſter ſelbſt, die der Auflöſung des Königs ſtündlich entgegen ſahen, betrachteten ſich beinahe nur als zeitweilige Verweſer ihrer Stellen; und ſogar jene unbedingten Anhänger der Regierung im Parlemente, die gewohnt waren, für jeden miniſteriellen Vorſchlag zu ſtimmen, gewährten ihnen nur noch eine ſchwankende und unſichere Unterſtützung.

Am 26. Juni 1830, des Morgens um 4 Uhr, nach langer ſchmerzlicher Krankheit, verſchied König Georg IV., ein Fürſt, der mit den ausgezeichnetſten Fähigkeiten begabt, von dieſen kaum jemals einen andern Gebrauch gemacht hatte, als, mit der Hintanſetzung aller Regentenpflichten, für die Verfeinerung ſeines ſinnlichen Lebensgenuſſes zu ſorgen, von Niemand, außer den Dienern und Gehülfen ſeiner Ausſchweifungen, betrauert, von allen edler geſinnten Geiſtern verachtet, von dem Lande, das ihm die Schuld des Druckes einer unerträglichen Steuernlaſt beimaß, verwünſcht und durch das öffentliche Urtheil, ehe ſich noch das Grab über ihm geſchloſſen, als ein herzloſer Wollüſtling gebrandmarkt*). An demſelben Tage wurde der Herzog von Clarence, ſein nur um drei Jahre jüngerer Bruder, aber in allen Stücken das gerade Gegentheil des Verſtorbenen, durch ſeine Erziehung nicht zum

*) An inveterate voluptuary is the most selfish of all beings, ſagte die Times in einem Aufſatze, der ſeine Regierung beurtheilte.

Digitized by Google

Regenten, ſondern zum Seemann ausgebildet, derb, freimüthig, kräftig, von beſchränkten Geiſtesgaben, aber von ehrenhaften Character, unter dem Namen Wilhelms IV. mit großen Feierlichkeiten als König von Großbritannien und Irland verkündet. Der erſte Schritt ſeiner Regierung war der wahrhaft königliche, daß er alles Unangenehme vergaß, was ihm als Privatmann widerfahren war. Er verſöhnte ſich mit dem Herzoge von Wellington und erklärte dieſem, wie ſämmtlichen Miniſtern, daß ſie ſein volles Vertrauen beſäßen, und daß er darauf rechnete, ſie würden die Verwaltung mit derſelben Treue fortführen, die ſie ſeinem Bruder bewieſen. Eine Botſchaft an das Parlement forderte daſſelbe auf, ſeine laufenden Geſchäfte mit möglichſter Eile zu beendigen, weil dem Geſetze gemäß ſeine Auflöſung in Kurzem erfolgen würde. Die Miniſter gewannen durch die offene und biedere Erklärung des Königs, daß er ihnen ſein Vertrauen nicht zu entziehen gedenke, neue Kraft. Die Anträge, welche die Gegner der Verwaltung in beiden Häuſern des Parlementes ſtellten, um gegen den Wunſch der Miniſter eine Verlängerung der Verhandlungen über die Adreſſe zu erlangen, durch welche die königliche Botſchaft beantwortet werden ſollte, wurden durch eine größere Stimmenmehrheit abgelehnt, als die Miniſter ſeit langer Zeit auf ihrer Seite gehabt hatten. Daſſelbe Schickſal erfuhr im Hauſe der Gemeinen der Antrag auf eine beſondere Adreſſe an die Krone, die zum Zwecke hatte, die Vorlegung eines Geſetzentwurfes über die Einrichtung einer Regentſchaft für den Fall des Ablebens des Königs zu erbitten. Jetzt ging auch das Geſetz über die Aufhebung der Bierſteuer durch, und die Miniſter waren nur genöthigt, die beabſichtigte Erhöhung der Branntweinſteuer fallen zu laſſen, weil dagegen ſich zu entſchiedener Widerſpruch erhoben hatte. Am 23. Juli wurde das Parlement geſchloſſen, um am 10. Auguſt feierlich aufgelöſ't zu werden, wie dieß zum voraus angekündigt war.

Das ganze Land war mit den Vorbereitungen zu den neuen Wahlen beſchäftigt; die Aufregung, welche ſich zu Anfange des Jahres gezeigt hatte, war, da ſich ihr kein beſtimmtes erreichbares Ziel darbot, in ſich ſelbſt zuſammengeſunken, als die Kunde von dem Ausbruche der franzöſiſchen Julirevolution eine Erſchütterung in den Gemüthern hervorrief, die ſo gewaltig und ſo allgemein war, daß ſie das friedliche England vom tiefſten Grunde aufwühlte. In London und andern großen Städten wurden Unterzeichnungen eröffnet, um den Opfern des Volkskampfes in der benachbarten Hauptſtadt eine Enſchädigung zu bieten; große Volksverſammlungen wurden gehalten, in

Digitized by Google

denen Redner auftraten, welche die Zuſtände Frankreichs unter den Bourbonen mit jenen Englands unter der Toryherrſchaft verglichen, und in denen Adreſſen an das franzöſiſche Volk beſchloſſen wurden, welche demſelben das Mitgefühl und die bewundernde Theilnahme des brittiſchen zu erkennen gaben. Die Frage der Parlementsreform, die Lord John Ruſſell in der letzten Seſſion nur auf die beſcheidenſte Weiſe anzuregen gewagt hatte, ohne ſich dadurch einen erheblicheren Erfolg zu ſichern, fing von neuem, wie in den Jahren 1817 und 20 an, die Maſſen in Bewegung zu ſetzen. Der Pöbel in den Städten faßte die Sache in ſeiner Weiſe auf, indem er unter der Reform den Sturz der Machthaber verſtand, die ihm verhaßt waren, weil er dieſelben als Feinde der Volksfreiheit kannte. Aber der Geiſt der Unruhe und Unzufriedenheit, deſſen Aeußerungen man in den unteren beweglichen Schichten der ſtädtiſchen Bevölkerungen zu ſehr gewohnt war, um dieſelben einer beſonderen Beachtung zu würdigen, drang dießmal auch zu jenen Volksclaſſen, die allen früheren politiſchen Bewegungen fremd geblieben waren. Auf dem Lande, zuerſt in der fruchtbaren Grafſchaft Kent, bald auch in Suſſex und andern der Hauptſtadt näher gelegenen Landſchaften, rötheten beinahe allnächtlich Feuersbrünſte den Himmel, über deren Urſprung durch abſichtliche Brandſtiftung kein Zweifel war, während es doch in keinem einzigen Falle gelang, die Thäter zu entdecken. In anderen Gegenden drangen die Tagelöhner, die in England ſeit der Mitte des vorigen Jahrhunderts den alten kräftigen Bauernſtand erſetzt haben, in Haufen auf die Höfe der bemittelten Pächter und nöthigten ihnen durch Drohungen ein höheres Arbeitslohn ab. Eine ſeltſame Gährung hatte ſich in einem großen Theile von England des Landvolkes bemächtigt, das mit einem Male, ohne daß man zu erforſchen vermochte, wodurch, zu dem Bewußtſein des ungerechten Druckes erwacht war, den es ſeit ſo vielen Jahren, wie es ſchien, gefühllos ertragen hatte.

Inzwiſchen waren die Wahlen beendigt, und die Zeit kam heran, wo das neue Parlement eröffnet werden ſollte. In allen Theilen des Landes wurden Volksverſammlungen gehalten, um Bittſchriften zu berathen, von denen die meiſten in nichts weniger als bittender Form gehalten waren. Hier verlangte man eine auf billigen Grundſätzen beruhende Verbeſſerung der Volksvertretung, dort einen Erlaß der drückendſten Steuern und an andern Orten andere nicht weniger dringende Dinge. Alles war in der geſpannteſten Erwartung auf die Maßregeln, welche die Regierung ergreifen würde; denn daran, daß

Digitized by Google

irgend etwas geſchehen werde, um die allgemeine Unruhe zu beſchwichtigen, zweifelte Niemand, da man wußte, daß in Bezug auf die auswärtige Politik ſelbſt der ſtarre Herzog von Wellington ſich die Nothwendigkeit nicht verborgen hatte, den Umſtänden nachzugeben. Die Thronveränderung in Frankreich war auf die erſte amtliche Anzeige anerkannt worden; und man glaubte aus der Bereitwilligkeit, mit der dieſe Anerkennung erfolgt war, ſchließen zu können, daß die Regierung überhaupt darauf verzichtet habe, einen Schritt zu der Unterdrückung der revolutionairen Bewegungen des Feſtlandes zu thun. Die Thronrede, mit welcher der König am 2. November das Parlement eröffnete, enttäuſchte einen Jeden, der den Herzog von Wellington fähig gehalten hatte, vom Kampfsplatze zu weichen, ſo lange noch eine Möglichkeit des Erfolges vorhanden war. Der revolutionairen Wühlungen auf dem Feſtlande war in einer Weiſe gedacht, welche keinen Zweifel darüber ließ, daß die Regierung entſchloſſen war, mit den großen öſtlichen Mächten zur Aufrechterhaltung oder Herſtellung der alten Ordnung gemeinſchaftliche Sache zu machen. „Jederzeit von der Nothwendigkeit durchdrungen,“ erklärte König Wilhelm, „Treu und Glauben bei öffentlichen Verpflichtungen zu achten, bin ich überzeugt, daß mein Entſchluß, im Vereine mit meinen Verbündeten jene allgemeinen Verträge aufrecht zu erhalten, durch welche das beſtehende politiſche Syſtem Europa's gegründet wurde, die beſte Bürgſchaft für die Ruhe der Welt darbieten wird.“ Dieſe Verträge legten aber unter Anderem den großen Mächten die Verbindlichkeit auf, das Königreich der Niederlande in unverletztem Beſtande zu erhalten; und da der belgiſche Aufſtand das Königreich der Niederlande in zwei Hälften auseinander geriſſen hatte, ſo mußte man nach der Erklärung, die dem Könige in den Mund gelegt war, gewärtigen, daß England nöthigenfalls mit gewaffneter Hand gegen die Empörer einſchreiten werde. Eine gleiche unbeugſame Strenge, wie in der Auffaſſung der auswärtigen Angelegenheiten, ſprach ſich in dem Urtheile über die innere Lage des Landes aus. Da war weder von der Abſtellung verjährter Mißbräuche, noch von einer Erleichterung der Laſten, über deren Druck das Volk ſich beklagte, die Rede. „Nicht ohne Schmerz und Unwillen,“ ſagte der König mit einem Hinblicke auf die Aufregung, die O'Connell auch nach der Erlangung der Emancipation in Irland verbreitete, „kann ich die Verſuche ſehen, die von verſchiedenen Seiten gemacht werden, den Geiſt der Unzufriedenheit und des Mißvergnügens zu erwecken und die Eintracht zu ſtören, die glücklicher Weiſe in den Theilen meiner Beſitzungen vorherrſcht, deren

Vereinigung zu ihrer gemeinſamen Stärke, zu ihrem gemeinſamen Wohle weſentlich iſt. Ich werde mit meiner äußerſten Kraft alle Mittel anwenden, die das Geſetz und die Verfaſſung zu meiner Verfügung ſtellen, um den Aufruhr zu ſtrafen und jede Unordnung und Gewaltthat auf das Schnellſte zu unterdrücken.“ In dem Parlemente wurde dieſe Rede zwar von der Mehrzahl der Lords mit Beifall, von der Mehrheit der Gemeinen aber mit ſtummem Befremden aufgenommen. Kaum waren die letzten aus dem Hauſe der Lords, in dem ſie dem alten Herkommen gemäß die Thronrede gehört, in ihren gewöhnlichen Sitzungsſaal zurückgekehrt, als Brougham, der ſeiner geiſtigen Ueberlegenheit wegen von den Tories eben ſo gefürchtete und gehaßte, als von der Volkspartei geehrte Vordermann der Oppoſition auftrat und mit erhobener Stimme ankündigte: er werde nach Verlauf von vierzehn Tagen dem Hauſe einen umfaſſenden Plan zur Parlementsform vorlegen. „Ich werde nicht eher ruhen,“ erklärte er, „bevor nicht eine große und durchgreifende Verbeſſerung in der Vertretung des Volkes bewirkt iſt. Meinem Wunſche nach ſoll dieſe Maßregel zwar eine durchgreifende, aber keine revolutionaire werden; ſie wird nur den Ruhm der uralten brittiſchen Verfaſſung wieder herſtellen. Ich will keine Revolution, ich will nicht den Untergang der Verfaſſung, ſondern ihre Herſtellung zu der alten urſprünglichen Reinheit.“

Als darauf die übliche Adreſſe zur Erwiederung der Thronrede in Vorſchlag gebracht wurde, erklärte Lord Althorp, das Land befinde ſich in einer ernſten Lage, welche die weiſeſte Umſicht von Seiten Derer erfordere, denen ſein Wohl anvertraut ſey. Er habe die Ueberzeugung, daß die gegenwärtigen Miniſter dieſer Lage nicht gewachſen wären; er ſetze kein Vertrauen in ſie und ſey Willens jede Maßregel zu unterſtützen, die zum Zwecke habe, ſie von ihren Stellen zu entfernen. In Bezug auf die auswärtige Politik bemerkte Lord Althorp, daß er nicht begreife, wie die Miniſter dazu kämen, im Parlemente ihr Bedauern über die franzöſiſche Revolution auszudrücken. England habe ſich in die franzöſiſchen Angelegenheiten ſo wenig einzumiſchen, als in die niederländiſchen, und was die letzten betreffe, ſo müſſe er gegen die angekündigte brittiſche Einmiſchung feierliche Verwahrung einlegen. Sir Robert Peel hatte leichte Mühe den Angriff zurückzuweiſen, da die Thronrede die Julirevolution nur als Thatſache erwähnt, aber gar kein Urtheil, alſo auch kein bedauerndes über dieſelbe ausgeſprochen hatte. „Uebrigens“, ſagte der Miniſter, „beklage ich allerdings das, was in Frankreich vorgegangen iſt, ich beklage aber auch, was die Veranlaſſung dazu

Digitized by Google

gegeben hat. Welchen Grund hat man zu glauben, daß die Regierung Sr. Majeſtät die Handlngen billigte, welche den Ausbruch hervorgerufen hat? Man beſchuldigt mich an dieſer Billigung Theil zu nehmen; will man damit ſagen, daß ich die Ordonnanzen für vereinbar halte, mit einer geſunden Politik oder mit dem Grundgeſetze Frankreichs, ſo irrt man ſich ſehr; denn Gott weiß, ich kann nicht ſagen, daß ſie einen ſolchen Character an ſich tragen. Weſentlich verſchiedener Art von den Verhältniſſen Frankreichs ſind jene der Niederlande. Es iſt bekannt, daß die belgiſchen Provinzen abwechſelnd unter der Herrſchaft Spaniens, Oeſterreichs und Frankreichs und daß ſie immer die Urſache großer Streitigkeiten in Europa und eben deshalb immer ein Gegenſtand hohen Intereſſes für alle europäiſche Staaten und beſonders für England waren. Es iſt bekannt, auf welche Weiſe und unter welchen Bedingungen ſie mit den Königreiche der Niederlande vereinigt wurden; die Revolution, welche in Belgien ausgebrochen iſt, hat die Trennung des Landes von Holland zum Zwecke. Noch in dieſem Augenblicke wüthet ein blutiger Bürgerkrieg zwiſchen den Belgiern und Holländern; und es fragt ſich nun, ob es von Seiten der Mächte, die Belgien an Holland gegeben haben, unweiſe iſt, wenn ſie ſolche Mittel zur Wiederherſtellung der Ruhe aufſuchen, als mit der guten Regierung der Niederlande und mit der Sicherheit anderer Staaten vereinbar ſein mögen". Dies waren die Worte der Thronrede, denen Sir Robert Peel aber eine ſehr beruhigende Auslegung gab, indem er hinzufügte, daß „dieſelbe Bahn der Politik, welche England als die räthlichſte erſchienen, als ſolche auch von dem Könige der Franzoſen anerkannt worden ſey." Nach einer ſolchen Erklärung konnte von einer gewaltſamen Unterdrückung des belgiſchen Aufſtandes durch brittiſche Waffen nicht mehr die Rede ſein; und damit fielen alle Beſorgniſſe, welche die Thronrede erregt hatte, in ſich ſelbſt zuſammen. Aehnliche Erläuterungen, wie Sir Robert Peel im Hauſe der Gemeinen, gab der Herzog von Wellington im Hauſe der Lords, wo Graf Grey der miniſteriellen Politik mit großer Mäßigung aber zugleich mit entſchiedener Feſtigkeit entgegengetreten war. Der Herzog ertheilte die beſtimmte Zuſicherung, daß weder von Seiten der Miniſter noch von Seiten irgend einer feſtländiſchen Macht die Abſicht beſtehe, mit Waffengewalt in den Niederlanden einzuſchreiten, ſondern daß es der allgemeine Wunſch ſey, alle ſtreitigen Punkte bloß auf dem Wege der Unterhandlung abzumachen. Zu derſelben Zeit aber, während der Herzog auf dieſe Weiſe bemüht war, die Beſorgniß vor einer Erneuerung jenes rieſenhaften zwanzigjährigen

Kampfes zu entfernen, den die Politik der brittiſchen Adelsherrſchaft zu Ende des vorigen Jahrhunderts gegen die franzöſiſche Revolution begann, zu derſelben Zeit trug er Sorge, dem Lande die Gewißheit zu geben, daß die herrſchende Partei deshalb den allgemeinen politiſchen Grundſätzen, die ſie von jeher leiteten, keineswegs entſagt, ſondern daß ſie nur nothgedrungen eingewilligt habe, ſich aus dem Angriffe in die Vertheidigung zurückzuziehen und ſich auf die Behauptung der Stellung zu beſchränken, die ſie im Augenblicke einnahm. Der Herzog erklärte, daß er ſich jedem Antrage auf Parlementsreform widerſetzen werde, weil England eine beſſere Geſetzgebung habe, als irgend ein anderes Land der Welt und daher einer Verbeſſerung nicht bedürfe.

Dieſe Anzeige war als eine Kriegserklärung gegen das ganze Land zu betrachten, und ſie ließ ſich in ihrer Wirkung, wenn dieſelbe auch keine gleich gewaltſame war, füglich mit jener vergleichen, welche die Ordonnanzen des Fürſten Polignac in Frankreich hervorgebracht hatten. Der Pöbel in London, der den Herzog bereits bei der Eröffnung des Parlementes mit Ziſchen und Pfeifen empfangen hatte, verfolgte nach dem Schluſſe der Sitzung ſeinen Wagen mit Steinwürfen und drohte Gewaltthätigkeiten an ſeiner Perſon auszuüben. Zahlreiche Haufen aus den niedrigſten Volksclaſſen durchzogen die Stadt mit Fahnen, auf denen die Inſchrift zu leſen war: „Kein Peel! Kein Wellington! Parlementsreform!“ Und ſo wenig man auch ſonſt auf die Aeußerungen der Unzufriedenheit des hauptſtädtiſchen Geſindels zu achten gewohnt war, ſo mußten dieſelben doch jetzt die ernſteſten Bedenken erregen, da ſie nur als der Ausdruck der allgemeinen Stimmung des Landes erſchienen. Am 9. November ſollte das große Feſt gefeiert werden, welches die Stadt London alljährlich ihrem neu erwählten Bürgermeiſter, dem Lord Major, giebt. Zu dieſem Feſte werden gewöhnlich ſämmtliche Miniſter eingeladen, und dießmal hatte auch der König verſprochen, daſſelbe durch ſeine Gegenwart zu verherrlichen. Man brachte aber in Erfahrung, daß eine Anzahl verzweifelter Geſellen den verwegenen Plan entworfen hatten, an dem Tage des Feſtes durch einen Angriff auf das königliche Gefolge das Zeichen zu einem allgemeinen Aufſtande zu geben. Die ungeheuere Stadt ſollte an verſchiedenen Stellen in Brand geſteckt werden; und wenn man auch mit Gewißheit darauf rechnen konnte, daß die militairiſchen Streitkräfte, die ſeit längerer Zeit in der Hauptſtadt und in der Umgegend zuſammengezogen waren, zur Unterdrückung des Aufruhrs hinreichen würden, ſo ließ ſich doch der Umfang des Unheils nicht abſehen, welches in der Verwirrung durch den ent-

Digitized by Google

arteten Auswurf der Bevölkerung einer ſo großen Stadt angerichtet werden konnte, in der die Zahl der Diebe, der Räuber und der gefährlichſten Verbrecher ſich allein auf viele Tauſende beläuft. Man hielt es daher für das Gerathenſte das Feſt abzuſagen, ohne zu bedenken, daß dadurch das Gefühl der Unſicherheit und Unbehaglichkeit, welches ſich ohnedieß weiter und weiter verbreitete, in hohem Grade vermehrt werden mußte. Im Parlemente wurden den Miniſtern die bitterſten Vorwürfe gemacht, daß ſie ihre perſönliche Unbeliebtheit auf den König übertrügen, der in der Mitte ſeines treuen Volkes nichts zu fürchten habe und bei dem Bürgerfeſte ohne alle Gefahr hätte erſcheinen können. Im Hauſe der Gemeinen wurde ſogar von verſchiedenen Seiten die beſtimmte Aufforderung an ſie gerichtet, von Plätzen zurückzutreten, auf denen ihre Anweſenheit nur den Frieden des Landes gefährden könne.

Der Herzog blieb unerſchüttert; er war entſchloſſen nicht eher zu weichen, als bis das Parlement ihm ſeine Unterſtützung verſagte; und daß dieß geſchehen ſollte, hielt er nicht für wahrſcheinlich, da bei dem Anblicke der drohenden Gefahr viele der entſchiedenſten Ultratories, die wegen ſeiner Nachgiebigkeit in der Katholikenfrage von der Verwaltung abgefallen waren, ſich ihm wieder zugewandt hatten, und da es in der That kaum denkbar war, daß die Partei, die ſich durch ihr feſtes Zuſammenhalten ſeit beinahe einem Menſchenalter ununterbrochen in dem Beſitze der Gewalt behauptet, gerade in dem entſcheidenden Augenblicke, in dem es die Aufrechterhaltung aller ihrer alten Vorrechte galt, die Nothwendigkeit verkennen ſollte, ihre inneren Zwiſtigkeiten aufzugeben und ſich auf das Engſte an einander zu ſchließen. Aber der Parteihaß hat ſich noch von jeher mächtiger gezeigt, als die klügſte Berechnung. Die kirchlichen Eiferer, die in der Zulaſſung der Katholiken in das Parlement einen Frevel gegen die göttliche Weltordnung ſahen, blieben unverſöhnlich. Dazu kam, daß eine Anzahl der gemäßigteren Tories es als das einzige Mittel betrachtete, das Uebergewicht, welches dem hohen Adel ſein großer Beſitz lieh, gegen den Andrang der großen in einer allgemeinen Gährung begriffenen Maſſe des Volkes zu ſichern, daß man den vermögenden Mittelſtand durch Zugeſtändniſſe zufriedenſtellte, die ſeine Sache von jener der niederen Volksclaſſen trennten. Die Entſcheidung des parlementariſchen Kampfes, den ſchon die Verhandlungen über die Adreſſe begonnen hatten, war näher, als dieß vielleicht von irgend einer Seite erwartet wurde. Der erſte Geſetzentwurf, den die Miniſter in das Parlement brachten, war jener, durch den das Einkommen der Krone oder die ſogenannte Civilliſte während

der Lebensdauer des Monarchen feſtgeſtellt wurde. König Georg IV. hatte jährlich die Summe von 1,221,600 Pf. St. bezogen. Es wurde jetzt vorgeſchlagen, dieſe Summe auf 970,000 Pf. herabzuſetzen, zugleich aber der Civilliſte einige bisher auf derſelben ruhende Laſten zu dem Belaufe von 166,000 Pfd. abzunehmen, ſo daß die eigentliche Erſparniß nur noch 161,000 Pf. betrug. Gegen dieſen Vorſchlag erhob ſich Lord Althorp, der den miniſteriellen Plan beſonders deshalb mißbilligte, weil derſelbe eine Menge Ausgaben der Civilliſte zuwieſe, die mit dieſer gar nichts gemein hätte, wodurch die für die Krone erforderliche Summe unnöthiger Weiſe zu einer Höhe angeſchwellt würde, die bei Unkundigen ganz irrige Vorſtellungen erwecken müſſe. Sir Henry Parnell ſtellte den Antrag, es möge ein beſonderer Ausſchuß zur Unterſuchung der Forderungen für die Civilliſte niedergeſetzt werden, wogegen die Miniſter einwandten, daß ein Verfahren, wie man es jetzt verlange, ohne Beiſpiel in der ganzen früheren Geſchichte ſeyn würde. Am 15. November, als es zur Abſtimmung kam, wurde Sir Henry Parnells Antrag von 233 Stimmen gegen 204, alſo mit einer Mehrheit von 29 Stimmen angenommen. Am folgenden Tage zeigte Sir Robert Peel im Hauſe der Gemeinen, der Herzog von Wellington im Hauſe der Lords an, daß ſämmtliche Miniſter von dem Könige ihre Entlaſſung begehrt und erhalten hätten.

Daß nach dem Sturze der Toryverwaltung die Gewalt auf ihre Gegner, die Whigs, übergehen mußte, verſtand ſich nach dem alten Herkommen von ſelbſt, da alle parlementariſchen Kämpfe in England ſeit anderthalb Jahrhunderten nur zwiſchen den beiden Adelsparteien der Whigs und der Tories geführt wurden, die an großem Beſitze einander ziemlich die Wage hielten, und von denen es wohl bekannt war, daß alle ihre Beſtrebungen vorzugsweiſe darauf ausgingen, einander gegenſeitig von der Gewalt zu verdrängen. Obwohl die Whigs nicht weniger große Herren waren, als die Tories, hatten ſie ihre alten Ueberlieferungen, die ſie zu Vertheidigern der Volksrechte machten, nicht vergeſſen; und ſie galten daher als die natürlichen Häupter der Volkspartei, die ſich allmälig aus dem Mittelſtande herausgebildet hatte, und die den Zweck verfolgte, die ausſchließende Herrſchaft des Adels zu brechen und für ſich ſelbſt die Theilnahme an der Macht zu erringen. Es war ein ſeltſamer Bund, da die Whigs keineswegs geſonnen waren, ihren alten Vorrechten zu Gunſten des Mittelſtandes zu entſagen; aber ſie waren der Meinung, daß ſie zur Behauptung ihres Vorranges keiner künſtlichen Hülfsmittel, wie der Aufrechterhaltung der alten Mißbräuche

Digitized by Google

in der Vertretung bedürften, ſondern daß die Macht ihnen von ſelbſt durch den überwiegenden Einfluß zufallen müſſe, den ihnen ihr großer Beſitz unter allen Umſtänden ſicherte. An dem Tage, an dem König Wilhelm IV. der Toryverwaltung ihren Abſchied gegeben, ließ er den Grafen Grey, der ſeit langen Jahren als das Haupt der Partei der Whigs anerkannt war, zu ſich entbieten und ertheilte ihm den Auftrag, ein neues Cabinet zu bilden, welches im Stande ſey, in der ſchwierigen Lage des Landes die Regierung mit Erfolg zu führen. Graf Grey hatte, in der Vorausſetzung, daß früher oder ſpäter die Tories genöthigt ſeyn würden, von der Gewalt zurückzutreten, ſeine Vorbereitungen zum Voraus getroffen, und er bedurfte daher keiner langen Unterhandlungen, um für alle Stellen der Verwaltung Männer zu gewinnen, die denſelben theils durch ihre frühere Erfahrung, theils durch ihre in den parlementariſchen Kämpfen erlangte Ausbildung vollkommen gewachſen waren. Am 22. November war die Zuſammenſetzung des neuen Miniſteriums vollendet, an deſſen Spitze Graf Grey als erſter Lord des Schatzes trat, und in dem ihm die vornehmſten Wortführer ſeiner Partei in beiden Häuſern des Parlements, der zur Pairswürde erhobene berühmte Rechtsgelehrte Brougham als Lord Kanzler, der Marquis von Lansdown als Präſident des Geheimen Rathes, Lord Althorp als Finanzminiſter oder Kanzler der Schatzkammer, Lord Melbourne als Miniſter des Innern, Graf Durham als Siegelbewahrer, Lord Holland als Kanzler des Herzogthums Lancaſter, Sir James Graham als erſter Lord der Admiralität, Lord Auckland als Präſident des Handelsbureau, Lord John Ruſſell als Kriegszahlmeiſter, Poulett Thompſon als Vicepräſident des Handelsbureau und Herr Stanley als Staatsſecretair für Irland zur Seite ſtanden. Graf Grey hatte ſich jedoch nicht verbergen können, daß eine ausſchließend aus Whigs zuſammengeſetzte Regierung wenig Ausſicht auf dauernden Beſtand haben würde, da die Tories, durch ihren langen Beſitz der Gewalt ein unzweifelhaftes Uebergewicht im Parlemente erlangt hatten. Er hatte deshalb auch mit verſchiedenen einflußreichen Staatsmännern von der Partei der Tories, die als Gegner des Herzogs von Wellington bekannt waren, Verbindungen angeknüpft und ſich ihrer Unterſtützung verſichert, indem er denſelben eine Anzahl der wichtigſten Stellen in der Verwaltung einräumte. So wurde Lord Goderich zum Staatsſecretair für die Colonien, Lord Palmerſton zum Miniſter des Auswärtigen, Charles Grant zum Präſidenten des oſtindiſchen Controlebureau, Charles Wynn zum Kriegsminiſter, Lord Hill zum Oberbefehlshaber des Heeres und der Marquis von Angleſey zum Lord-Lieute-

Digitized by Google

nant von Ireland ernannt; und auch der Herzog von Richmond, ein Ultratory, der nur durch die Katholikenfrage von dem Herzoge von Wellington getrennt war, ließ ſich beſtimmen, als General-Poſtmeiſter einen Sitz im Cabinete anzunehmen. Die Verwaltung des Grafen Grey konnte in gewiſſer Beziehung als eine Erneuerung und Fortſetzung der früheren von Lord Goderich betrachtet werden, deren vornehmste Mitglieder auch in dem neuen Miniſterium ihre Stelle fanden, und die gleich dieſem aus Tories und Whigs gemiſcht war, nur mit dem Unterſchiede, daß in dem Cabinette des Lords Goderich die Tories den Hauptbeſtandtheil bildeten, der durch eine Beimiſchung von Whigs gemildert war, während in dem Cabinette des Grafen Grey die Whigs den Vorrang behaupteten und die Tories ſich mehr im Hintergrunde hielten.

An dem Tage, an dem Graf Grey ſeine Verwaltung zu Stande gebracht hatte, kündigte er im Hauſe der Lords an, daß er keine Zeit verlieren werde, den Vorſchlag zu einer durchgreifenden Parlements-reform einzubringen, wie ſie ihm durch die Lage des Landes gebieteriſch erfordert zu ſein ſcheine. Nur durch eine Verbeſſerung der Mängel, welche die Zeit in der Vertretung des Volkes im Hauſe der Gemeinen herbeigeführt, könne in der öffentlichen Meinung jenes Vertrauen auf die Entſcheidungen des Parlementes wiederhergeſtellt werden, welches die bisherige Zuſammenſetzung des Hauſes der Gemeinen nicht in dem Maße zugelaſſen habe, wie es die Sicherheit der Regierung und das Wohl des Landes erheiſche. „Ich wünſche," ſagte Graf Grey, „ſo weit ich es vermag, die beſtehenden Staatseinrichtungen aufrecht zu erhalten; ich erkenne aber zugleich, daß eine Reform unumgänglich nothwendig iſt, und wünſche dieſelbe deshalb in der Art anzuordnen, daß dem Volke ein gerechter Einfluß auf jene Rathsverſammlung zugeſtanden wird, in der es ſeine beſondere Vertretung findet. Eine Reform, die nicht ſo weit ausgedehnt würde, wäre unzulänglich, weil ſie das Vertrauen des Volkes auf das Parlement und damit ſeine Zufriedenheit nicht wieder herſtellen würde; weitergehende Maßregeln, wie die Einführung des allgemeinen Stimmrechtes und ähnliche plötzliche Veränderungen würden nicht zu einer Verbeſſerung, ſondern zu einer Vernichtung der Verfaſſung, zu allgemeiner Verwirrung und Auflöſung führen." Im Uebrigen bemerkte der Graf, daß er nebſt ſeinen Collegen ſeine eifrigſte Sorge darauf richten werde, die unleugbar vorhandene Noth des Landes zu erleichtern, daß ſie aber feſt entſchloſſen wären, die Unordnungen, zu denen ein Theil des engliſchen Volkes ſich hab-

Digitized by Google

verleiten laſſen, zu unterdrücken und alle Unruhen, die auf irgend einem Punkte zum Ausbruche kämen, mit Nachdruck und Strenge niederzuſchlagen. Um wo möglich eine Verminderung der öffentlichen Laſten eintreten zu laſſen, wolle man alle Zweige der Regierung einer Unterſuchung unterwerfen und von den Ausgaben Alles abſchneiden, was ohne Nachtheil für den öffentlichen Dienſt erſpart werden könne. In Bezug auf die auswärtigen Verhältniſſe des Landes erkenne das Cabinet es als ſeine erſte und vornehmſte Pflicht an, durch alle mit der Ehre des Landes vereinbare Mittel den Frieden zu erhalten. Englands wahre Politik liege in dem Grundſatze der Nichteinmiſchung in fremde Angelegenheiten. Zwiſchen zwei Regierungen, wie jene Englands und Frankreichs, die gegenwärtig beide auf die Grundſätze der Freiheit gegründet wären, müſſe eine Einheit des Verfahrens Statt finden, die von ſelbſt aus der Gemeinſchaft der Grundſätze hervorgehe, die aber zugleich eine der Politik freier und aufgeklärter Staaten würdige Beſeitigung aller niedriger Abſichten des Ehrgeizes und der Vergrößerung vorausſetze.

Bereits am folgenden Tage erſchien eine Bekanntmachung, durch welche eine Belohnung von 500 Pf. St. für die Verhaftung jedes Brandſtifters und eine geringere von 50 Pfund für die Verhaftung jedes Theilnehmers an meuteriſchen Volksbewegungen ausgeboten wurde. Zugleich wurden ſo kräftige Maßregeln angeordnet, daß es in kurzer Friſt gelang, den Unruhen ein Ziel zu ſetzen, die bereits einen beträchtlichen Theil des flachen Landes im ſüdlichen England ergriffen hatten und ſich immer weiter auch nach dem Norden zu verbreiten drohten. Mehrere Garderegimenter, die man in London entbehren konnte, weil die Ankündigung der Parlementsreform mit einem Male ſelbſt den Pöbel zufriedengeſtellt hatte, wurden nach den Gegenden entſandt, in denen die Unordnungen am meiſten um ſich gegriffen hatten. Außerdem wurden die Milizen unter die Waffen gerufen und die Yeomanry oder die Reiterei des alten außer Gebrauch gekommenen Landſturmes aufgeboten, wodurch es möglich wurde, den zuſammengerotteten Banden, die das Land durchzogen, auf allen Punkten mit überlegener Macht entgegenzutreten, ganze Maſſen gefangen zu nehmen und den Gerichten zur Beſtrafung zu überliefern und den Reſt zu zerſtreuen. Dieſer ſchnelle Erfolg, gegenüber der Unthätigkeit, zu welcher der Herzog von Wellington durch die drohende Haltung der ſtädtiſchen Bevölkerungen gezwungen war, trug nicht wenig dazu bei, das Vertrauen zu der neuen Verwaltung unter den Gemäßigten aller Parteien zu befeſtigen,

Digitized by Google

ſteigerte aber um ſo mehr den Unmuth der Anhänger des geſtürzten Miniſteriums, welche gerade das Gegentheil erwartet hatten, und die ihre Gefühle ſo wenig zu bemeiſtern vermochten, daß ſie dieſelben beinahe täglich durch die kleinlichſten Ausfälle und Ausſtellungen verriethen, die von den Miniſtern oder ihren Freunden mit leichter Mühe zurückgewieſen wurden. Ein Antrag, den Lord Wynford am 9. December im Hauſe der Lords auf Einſetzung eines Ausſchuſſes zur Unterſuchung der Urſachen des herrſchenden Nothſtandes ſtellte, gab den Häuptern der beiden großen einander gegenüberſtehenden Parteien, dem Herzoge von Wellington und dem Grafen Grey, Veranlaſſung, ihre politiſchen Anſichten mit einer Schärfe auszuſprechen, die den ſchroffen Gegenſatz ihrer beiderſeitigen Grundſätze und Grundanſchauungen im grellſten Lichte erſcheinen ließ. Der Herzog von Wellington war der Meinung, daß die Ausbrüche der Unzufriedenheit unter den armen Arbeitern auf dem Lande nur eine Frucht der böſen Beiſpiele wären, welche benachbarte Staaten gegeben hätten; hauptſächlich aber wären ſie durch falſche Anpreiſungen und unwahre Darſtellungen der Urſachen und der Beſchaffenheit jener bedauernswürdigen Ereigniſſe herbeigeführt worden, die im vergangenen Sommer in einem benachbarten Reiche Statt gefunden, ſo wie durch den Mangel an richtiger Kenntniß der Nachtheile, welche jede Nachahmung dieſer Ereigniſſe zur Folge haben mußte. Dagegen bemerkte Graf Grey: er wolle keine allgemeine Betrachtungen anſtellen, glaube aber, daß die ungünſtige Lage, in der das Land ſich befinde, eine Folge der ſchlechten Politik ſey, welche die Regierung ſeit einer langen Reihe von Jahren, vom americaniſchen Kriege an und beſonders bei dem Beginne der franzöſiſchen Revolution beobachtet habe; daraus wären Kriege entſtanden, die eben ſo unnöthig als ungerecht geweſen wären und das Land mit Laſten überbürdet hätten, die es noch jetzt kaum zu tragen im Stande ſey. Der Antrag, der dieſe Erörterungen hervorgerufen, hatte keine weitere Folge, da derſelbe vom Urheber ſelbſt zurückgenommen wurde; aber weithin, nicht allein über ganz England, ſondern über Europa wurden die Worte getragen, deren hohe weltgeſchichtliche Bedeutung, als das Ende der alten und als der Anfang der neuen brittiſchen Politik, von allen Kundigen wohl verſtanden wurde.

Am 23. December wurde das Parlement bis auf den 4. Februar vertagt, weil die Miniſter Zeit gewinnen wollten, um die Maßregeln vorzubereiten, durch die ſie ihren Eintritt in die Verwaltung zu bezeichnen gedachten, namentlich jene große Maßregel der

Digitized by Google

Parlementsreform, mit der, wie ſie ſich unmöglich verbergen konnten, ein neuer Zeitraum in der Geſchichte ihres Vaterlandes beginnen mußte, und die dazu beſtimmt war, ihre Namen entweder mit ewigem Ruhme oder mit ewiger Schmach bedeckt auf die Nachwelt zu bringen. In der Zwiſchenzeit war das ganze brittiſche Inſelreich in einer Bewegung, von der man ſeit Menſchengedenken kein Beiſpiel kannte. Aller Orten wurden Volksverſammlungen gehalten, zu denen ſich Tauſende und aber Tauſende drängten und in denen Bittſchriften an beide Häuſer des Parlementes berathen und angenommen wurden, die mit wenigen vereinzelten Ausnahmen die Parlementsreform in beinahe gebieteriſcher Sprache verlangten. Zu Birmingham, erklärte Attwood, der Vorſitzende der politiſchen Union, bei dem Feſte, welches an dem Jahrestage ihrer Stiftung gefeiert wurde: der Verein zähle jetzt 9000 Mitglieder, die aber durch ihren Einfluß die ganze geiſtige Kraft der 150,000 Einwohner ihrer Stadt und der noch einmal ſo ſtarken Bevölkerung der Umgegend in ſich zuſammenfaßten. Wenn der König in dem großen Werke, das ſeine Miniſter angekündigt hätten, auf Schwierigkeiten ſtoßen ſollte, welche die Hartnäckigkeit der Oligarchie bereite, ſo könne der Verein in weniger als vier Wochen zwei Heere aufſtellen, von denen jedes ſo ſtark wäre, wie das, welches bei Waterloo ſiegte. Den bedenklichſten Charakter nahm die Bewegung in Ireland an, wo dieſelbe aber keinesweges auf die Erlangung einer Parlementsreform, ſondern auf Trennung des Verbandes gerichtet war, der die Inſel ſeit einem Menſchenalter durch Aufhebung ihres ſelbſtändigen Parlements und Vereinigung deſſelben mit dem brittiſchen an England geknüpft hatte. O'Connell hatte nicht geſäumt, das Wort wahr zu machen, welches er bei ſeiner Rückkehr von London nach ſeiner erſten Wahl für die Grafſchaft Clare geſprochen, daß er keine Anſtrengung ſcheuen werde, um Ireland, der väterlichen Sorge einer einheimiſchen Geſetzgebung zurückzugeben. Er ließ keine Gelegenheit vorübergehen, den Iren zurückzurufen, daß alle Leiden, über die ſie zu klagen hätten, nur durch die brittiſche Unterdrückung hervorgerufen wären, daß ſie von England niemals Gerechtigkeit zu erwarten hätten, und daß es kein anderes wirkſames Mittel der Abhülfe gäbe, als die Herſtellung eines ſelbſtändigen Parlementes in College-green, wo das alte iriſche Parlement einſt ſeine Sitzungen hielt. Dennoch wagte er es nicht eher, mit einem beſtimmten Plane hervorzutreten, als bis er ſah, daß das Beiſpiel der franzöſiſchen Julirevolution auch in England eine Wirkung hervorbrachte, die, wie er ſogleich erkannte, große Veränderungen zur Folge haben und jedenfalls die Aufmerkſam-

Digitized by Google

keit der Regierung theilen mußte. Im Spätſommer 1830 kündigte er ſeine Abſicht an, einen Verein „zur Verbeſſerung der Geſetzgebung“ zu ſtiften, der aber unter dieſem beſcheidenen Namen keine geringere Aufgabe hatte als „durch alle geſetzliche Mittel“ die Aufhebung der Union herbeizuführen. Da der Verein noch vor ſeinem Zuſtandekommen durch den Lord-Lieutenant verboten wurde, ſo ſetzte er ſogleich einen andern unter dem bedenklichen Namen „der iriſchen Freiwilligen“ an die Stelle, der zwar unmittelbar nach ſeinem erſten Auftreten gleichfalls aufgelöſt wurde, deſſen Mitglieder aber den einmal empfangenen Anſtoß auch in ihrer Vereinzelung über das ganze Land verbreiteten. Nach dem Sturze der Verwaltung des Herzogs von Wellington richtete O'Connell von London aus eine Zuſchrift an ſeine Landsleute, worin er ſie warnte, ſich keinen trügeriſchen Hoffnungen hinzugeben, da Irland von den neuen Miniſtern eben ſo wenig Gutes zu erwarten habe, als von ihren Vorgängern. Während der Vertagung des Parlementes nach Irland zurückgekehrt, hatte er nichts Eiligeres zu thun, als neue Vereine zu begründen, die nach ſeinem Plane die ganze Inſel bedecken ſollten, und denen der harmloſe Zweck zum Vorwande diente, Bittſchriften an das Parlement vorzubereiten, die aber einen großen Theil der Bevölkerung in ſolche Gährung verſetzten, daß der neue Lord-Lieutenant ſich genöthigt ſah, ihre Zuſammenkünfte zu unterſagen, weil die öffentliche Ruhe durch dieſelben gefährdet werde. Der erfinderiſche Geiſt O'Connels war um Mittel nicht verlegen, das Verbot zu umgehen, und zuletzt blieb den Behörden, wenn ſie ſich nicht offen Hohn ſprechen laſſen wollten, nichts Anderes übrig, als den unermüdlichen Aufwiegler zu verhaften und wegen der geſetzwidrigen Beſtrebungen, die er offen an den Tag legte, vor Gericht zu ſtellen. Erſt jetzt ſah O'Connell ein, daß er zu weit gegangen war, da er keinesweges die Abſicht hatte, die Dinge auf das Aeußerſte zu treiben, ſondern alle ſeine Wühlungen nur als Schreckmittel brauchen wollte, um der Regierung Zugeſtändniſſe abzunöthigen, von denen er wohl wußte, daß ſie auf anderem Wege niemals zu erreichen waren. Er erlangte noch an dem Tage ſeiner Verhaftung ſeine Freiheit wieder, indem er Bürgſchaften zu dem Belaufe von 2000 Pf. St. für ſein Erſcheinen vor Gericht ſtellte. Bei dem Beginne der gerichtlichen Verhandlungen bekannte er ſich ſelbſt ſchuldig, was den Kronanwalt beſtimmte, die Anklage fallen zu laſſen, weil eine Verurtheilung die Aufregung nur vermehrt hätte, während die Schonung, die man O'Connell bewies, dieſem die Verpflichtung auflegte, auch ſeinerſeits ein verſtändiges Maß zu beobachten.

Digitized by Google

Am 3. Februar 1831 trat das Parlement wieder zuſammen. Im Hauſe der Lords kündigte der Lord-Kanzler an, daß er demnächſt einen Geſetzentwurf zur Verbeſſerung der Mißbräuche in der Rechtspflege des Kanzleigerichtshofes (court of chancery) einbringen werde: ein kühner Schritt, da gerade dieſe Mißbräuche, die den Advocaten ein fürſtliches Einkommen verſchaffen und das Vermögen von Tauſenden verſchlangen, von den Anhängern der alten Ordnung als ein Heiligthum betrachtet wurden, an die nur der ruchloſeſte Frevel Hand anlegen könne. Graf Grey erklärte, daß die Miniſter ſich über den Plan einer Parlementsreform geeinigt hätten, der, ohne die Grenzen einer gerechten und beſonnenen Mäßigung zu überſchreiten, alle billige Anſprüche befriedigen werde. Lord Melbourne ſprach über den traurigen Zuſtand der Inſel Irland und bereitete auf eine Reihe von Maßregeln vor, durch welche die Regierung den augenfälligſten Uebeln zu begegnen beabſichtige. Im Hauſe der Gemeinen zeigte Lord Althorp an, daß die Miniſter ihren Plan der Parlementsreform, dem ſämmtliche Mitglieder des Cabinets ohne Ausnahme beiſtimmten, am 1. März dem Hauſe vorlegen würden. Am 4. legte Lord Althorp den neuen Geſetzentwurf über die Civilliſte vor, die durch das Ausſcheiden aller mit derſelben nicht unmittelbar zuſammenhängenden und daher auf die gewöhnlichen Voranſchläge für den Staatshaushalt übertragenen Ausgaben auf die Summe von 510,000 Pf. St. herabgeſetzt war, wobei es freilich nicht möglich geweſen war, eine höhere unmittelbare Erſparniß zu bewirken, als die ſehr unbedeutende von 20,000 Pf., wozu mit der Zeit durch das allmälige Erlöſchen von Penſionen noch eine weitere von 69,000 Pf. kommen ſollte. Der Geſetzentwurf wurde nach dem früheren Beſchluſſe des Hauſes einem Unterſuchungsausſchuſſe zugewieſen. Am 11. brachte Lord Althorp die Voranſchläge für den Staatshaushalt ein. In den Ausgaben waren anſehnliche, wenn auch nicht augenblicklich eintretende Erſparniſſe vorbereitet, indem allein 210 hochbeſoldete Beamtenſtellen aufgehoben wurden. In den Steuern wurde eine Verminderung von nicht weniger als 3,170,000 Pf. St. (über 21 Millionen Reichsthaler) vorgeſchlagen, wovon aber eine Summe von 2,740,000 Pf. durch die Einführung neuer Steuern und die Erhöhung einzelner bereits beſtehender gedeckt werden mußte, ſo daß die eigentliche Herabſetzung nur 430,000 Pf. oder 2,860,000 Rthlr. betrug. Dieſer Steuerplan rief die heftigſten Angriffe hervor; beſonders erregte der Vorſchlag, alle Güterverkäufe, ſowie alle Umſchreibungen von verzinslichen Staatspapieren einer Abgabe von 1/2 Procent zu unterwerfen, unter dem

Digitized by Google

Handelsſtande ſo allgemeine Unzufriedenheit, daß die Miniſter ſich genöthigt ſahen, denſelben ſchon nach drei Tagen zurückzunehmen. Bald darauf überzeugte man ſich von der Nothwendigkeit, auch in anderen Theilen des Steuerplanes Veränderungen eintreten zu laſſen, wovon die unvermeidliche Folge war, daß das Anſehen des Cabinets in der Meinung ſehr erſchüttert wurde, weil es ſich allerdings unverkennbar herausſtellte, daß die Miniſter in einem ſo wichtigen Theile der Verwaltung, wie das Steuerweſen, mit Uebereilung zu Werke gegangen waren. Dadurch gewannen die Gegner der Reform, die ihre Sache bereits verloren gegeben, neuen Muth. Sie hielten es jetzt für möglich, durch geſchicktes Manoeuvriren von neuem zu der Gewalt zu gelangen und den Volksſturm, vor dem ſie ſich zurückgezogen, durch kleine Zugeſtändniſſe zu beſchwören, die, wie ſchwer ſie ſich zu denſelben entſchließen konnten, doch auch von ihnen als unvermeidlich erkannt wurden, um wenigſtens die Grundlagen des alten Gebäude der Adelsherrſchaft zu retten. Am 17. Februar trat zu allgemeiner Ueberraſchung der Marquis von Chandos, einer der entſchiedenſten Gegner der Reform, im Hauſe der Gemeinen mit dem Antrage vor, dem Flecken Evesham, gegen den eine Klage wegen Beſtechlichkeit erhoben war, das Wahlrecht zu nehmen und daſſelbe auf die Stadt Birmingham zu übertragen. Auf ähnliche Weiſe gedachte man auch Mancheſter, Leeds und einige andere bedeutende Städte zu begütigen und von der allgemeinen Bewegung abzuziehen, die nachdem ſie ihre großen Mittelpunkte verloren, wie man meinte, ſich von ſelbſt wieder legen ſollte. Die Partei vergaß, daß ihr Anſchlag, wie ſchlau auch erſonnen, doch gar zu grob war, um ihre Abſichten dem Unkundigſten zu verbergen, und daß das, was noch vor einem Jahr mit allgemeinen Jubel aufgenommen worden, wäre, gegenwärtig gewiß war, einem eben ſo allgemeinen Hohne zu begegnen.

Am 1. März war das Haus der Gemeinen zahlreicher verſammelt, als bei den wichtigſten Verhandlungen, die jemals in demſelben Statt gefunden hatten. Auf eine Aufforderung des Sprechers erhob ſich Lord John Ruſſel und ſagte: „Der Geſetzentwurf, den ich dem Hauſe vorlegen will, geht aus der reifen Berathung des Cabinets hervor, welches einſtimmig der Meinung iſt, daß die wichtigſten öffentlichen Einrichtungen des Landes unmöglich länger aufrecht zu erhalten ſind, wenn wir uns nicht entſchließen, die Mißbräuche zu beſeitigen, welche dieſelben ſeit langen Jahren verfälſcht haben. Das Haus, wie es gegenwärtig beſteht, kann nicht fortdauern. Wenn die Refor-

Digitized by Google

ıer früherer Tage erſtänden, denen wir dieſe Einrichtungen verdanken, nd wenn ſie ſähen, wie eine mit Gras überwachſene alte Schanze oder ine zerfallene Mauer zwei Mitglieder in das Parlement ſchickt, würden e nicht wenig erſtaunt ſein; und eben ſo ſehr würden ſie erſtaunen, wenn ſ in den Norden unſeres Landes gingen, vor blühende Städte mit un- eheuern Niederlagen des Handels und des Gewerbfleißes erblickten ınd hörten, daß dieſe Städte keine Vertreter in das Parlement ſenden. Noch höher aber würde ihr Erſtaunen ſteigen, wenn ſie in eine große ınd reiche Stadt, wenn ſie nach Liverpool kämen und vernähmen, aß das Verfahren, das hier bei den Wahlen beobachtet wird, das egenwärtig in England übliche Syſtem der Volkswahl ſey. Sie vürden hier die Beſtechung und Käuflichkeit in einem Umfang geübt ehen, von deſſen Möglichkeit ſie keine Ahnung gehabt hätten; ſie vürden ſehen, wie die Wähler für ihre Stimmen auf offener Straße ezahlt werden, und ſie würden nicht begreifen, wie Volksvertreter, ie ſo gewählt ſind, das Recht anſprechen können, der Nation Geſetze u geben. Daher ruft die Nation laut nach Reform, deshalb erklärt ie laut, daß ſie zu der gegenwärtigen Zuſammenſetzung des Hauſes ein Vertrauen hat. Die Miniſter fühlen, daß es gegenwärtig nicht mehr hinreichend iſt, eine bloß theilweiſe Reform zu bewilligen, bloß einige wuchernde Zweige von dem Geſtrüppe des Mißbrauchs abzu- ſchneiden; ſie ſind überzeugt, daß halbe Maßregeln nicht mehr genügen; daß jedes Schwanken und Straucheln in ihrem Gange nur ihrem Wunſche entgegenwirken würde, dem Throne Feſtigkeit, dem Parlemente Kraft und dem Lande Befriedigung zu geben.“ Lord John Ruſſell entwickelte hierauf die Gründe, welche dafür ſprächen, allen verfallenen Flecken, ſo wie überhaupt den Orten mit weniger als 2000 Einwoh- nern das Wahlrecht ganz zu entziehen, bei Städten, die weniger als 4000 Einwohner zählten und gegenwärtig zwei Parlementsglieder zu wählen hätten, daſſelbe auf die Hälfte zu beſchränken, und überall, wo das Wahlrecht in wenigen Händen ruhte, wie in der volkreichen Stadt Bath, wo daſſelbe von fünf Perſonen geübt wurde, die zwei Par- lementsglieder ernannten, es auf eine größere Wählerzahl auszudehnen. Der Redner gab zu, daß die Berechtigungen, die er aufzuheben vor- ſchlug, unter gewöhnlichen Umſtänden die ſtrengſte Achtung zu fordern hätten; aber er war der Meinung, daß Staatsrückſichten es nicht bloß wünſchenswerth, ſondern zur Pflicht machen könnten, die wichtigſten Intereſſen zu opfern; er bezog ſich auf die Maßregel, durch welche vor zwei Jahren 200,000 iriſche Wähler ihres Wahlrechtes beraubt

Digitized by Google

worden waren, und erinnerte an die Worte, die Sir Robert Peel damals geſprochen: „Gewiß iſt das Wahlrecht ein geſetzlich erworbenes Recht, aber es unterſcheidet ſich von dem Eigenthumsrechte und anderen Privatrechten; es iſt ein anvertrautes öffentliches Pfand, an das man allerdings nur mit Vorſicht und mit widerſtrebendem Herzen rühren ſoll, das aber immer ein Recht bleibt, über welches das Parlement verfügen kann." Nach dem Plane, den Lord John Ruſſel darlegte, ſollten 60 verfallene Flecken das Wahlrecht völlig verlieren, 47 kleine Städte zur Hälfte, wodurch die Mitgliederzahl des Hauſes der Gemeinen von 658 auf 490 herabgebracht worden wäre, welche Zahl aber durch die Verleihung eines doppelten Wahlrechtes an ſieben große Städte: Mancheſter, Birmingham, Leeds, Greenwich, Wolverhampton, Sheffield und Sunderland, des einfachen Wahlrechtes an 20 minder große Städte, durch die Vermehrung der Vertreter von London um 8, jener der engliſchen Grafſchaften um 45, durch 5 neue Sitze für Schottland, 1 für Wales und 3 für Irland wieder um 106 vermehrt und folglich im Ganzen auf 596 erhöht werden ſollte. Die Zahl der Wähler ſollte im Ganzen um beinahe eine halbe Million vermehrt werden, von denen auf die engliſchen Städte allein 255,000, auf die engliſchen Grafſchaften 100,000, auf Schottland 60,000, auf Irland 40,000 kämen. In den Städten wurde das Wahlrecht auf jeden ſelbſtändigen Einwohner ausgedehnt, der ein Haus zu dem Werthe von 10 Pfd.St. oder 67 Rthlrn. jährlichen Miethsertrages inne hatte; in den Grafſchaften behielten die vierzig Schilling-Freiſaſſen, freie Eigenthümer von Grundſtücken mit einem jährlichen Ertrage von wenigſtens 40 Schillingen oder 14 Rthlr. ihr Wahlrecht, doch wurden ihnen alle Schriftſaſſen (Inhaber ſogenannter copyholds) hinzugefügt, deren Grundbeſitz einen jährlichen Ertrag von 10 Pf.St. lieferte, und alle Pächter, die einen Pachtvertrag von 21jähriger Dauer und einem Belaufe von wenigſtens 50 Pfund oder 333 Rthlrn. aufzuweiſen hatten. „Eine halbe Million Perſonen," ſagte Lord John Ruſſell, erhalten alſo, auf ihr Eigenthum geſtützt, die Theilnahme an einem Rechte, das nicht hoch genug geachtet werden kann; Männer, die dabei intereſſirt ſind, das Eigenthum des Landes zu bewahren, und von denen jeder künftige Kampf abhängen wird, den dieſes Land zu beſtehen haben mag, erhalten einen Theil an dem Rechte, das ſie befähigt, das Parlement und den Thron zu unterſtützen, um einen ſolchen Kampf zu einem ſiegreichen Ende zu führen. Der Wunſch nach dem Beſitze dieſes Rechtes wird ein Antrieb mehr zu gutem Benehmen ſeyn; er

Digitized by Google

wird zum Fleiße, zur Mäßigkeit und Redlichkeit anſpornen, um den guten Namen, den ein tüchtiger Bürger unter ſeinen Nachbarn genießt, und die geachtete Stellung, die er in der Gemeinde einnimmt, zu erhalten. An Einwendungen gegen dieſe wichtige Maßregel wird es freilich nicht fehlen. Die erſten Einwürfe werden von jenen kommen, welche denken, alle ſolche Dinge wären Neuerungen und eine Abweichung von der Weisheit unſerer Voreltern. Sie werden ſagen: „„da unſere Vorväter es für angemeſſen hielten, daß Old Sarum zwei Mitglieder in das Parlement ſchickte, ſo muß Old Sarum ſie auch jetzt und in alle Zukunft ſchicken."" Unſere Voreltern waren aber der Meinung, daß die großen Städte das Parlement beſchicken ſollten, und wir folgen keineswegs den Grundſätzen unſerer Voreltern, wenn wir einen Ort, der jetzt geſunken iſt, noch gerade ſo behandeln, wie er zu Eduards III. Zeiten behandelt wurde, reiche und blühend emporgewachſene Städte aber, wie Birmingham und Mancheſter ausſchließen. Man wird ferner einwenden, durch jene verfallenen Flecken hätten ſich bisher Kenntniſſe, Talent und Reichthum den Weg in das Parlement gebahnt; ich frage aber, wird in ruhigen und volkreichen Städten der Einfluß jener Anſprüche geringer ſeyn, als in den verfallenen Flecken? Endlich wird man behaupten, der Einfluß und die Macht des großen Beſitzes werde vernichtet. Wenn ich das Gegentheil glaube, ſo meine ich jenen großen Beſitz, der ſich mit dem Volke vereint, ſeine Bedürfniſſe kennt, ſeine Laſten theilt und an der Spitze ſeiner Bildung ſteht. Solch ein großer Beſitz wird ſtets den Einfluß haben, den ihm jeder Wohlgeſinnte wünſchen muß. Meint man aber einen großen Beſitz, der nicht unter dem Volke lebt, das Volk nicht kennt, ſich um das Volk nicht bekümmert, Rang ohne Verdienſt, Aemter ohne Talent, Penſionen ohne geleiſtete Dienſte ſucht, ja dann muß ich geſtehen, daß ich mit einem ſolchen großen Beſitze kein Gefühl gemein habe. Je früher dieſe Art von Einfluß des großen Beſitzes nebſt der Verderbniß, die ſie herbeiführt, verſchwindet, deſto beſſer für das Land! Die Frage iſt, können wir ohne eine umfaſſende Reform, die Angelegenheiten des Landes mit dem Vertrauen und der Unterſtützung des Volkes fortführen? ich ſage nein. Man kann es in Frage ſtellen, ob wir dem vorliegenden Reformplane zu widerſtehen vermögen, oder nicht; das iſt aber außer aller Frage, daß wir eine Reform haben müſſen, wenn nicht die brittiſche Verfaſſung zu Grunde gehen ſoll. Wenn die Miniſter der Krone von dieſer Wahrheit durchdrungen ſind, wenn ſie einem Monarchen dienen, der ihnen geſtattet,

Digitized by Google

ihre Vorſchläge dem Hauſe vorzulegen, wenn das Volk außerhalb der Thore durch eine Maſſe Bittſchriften und mit Millionen Stimmen daſſelbe fordert, wird da wohl das Haus der Gemeinen ſagen wollen: wir allein ſind die gültigen Richter, wir verachten die Vorſchläge der Krone, wir verachten die warnende Stimme des Volkes und nehmen alle Folgen, die da kommen mögen, über uns? Ich berufe mich auf Englands Adel. Nie fehlte er dem Lande in den Zeiten großer Gefahren; in den Kriegen gegen auswärtige Feinde trat er in die vorderſten Reihen; drückten ſchwere Laſten das Land, ſo theilte er ſie mit ſeinen Mitbürgern; ihn frage ich nun, wird er das große Opfer bringen, das ſeinen Edelmuth zeigen, ſeinen öffentlichen Geiſt bewähren, ihn eins machen wird mit dem Volke, das ihn umgiebt? ihn frage ich, wird er vortreten und dem Throne Feſtigkeit, dem Parlemente Kraft, dem Lande Frieden geben? Was auch der Erfolg dieſer Vorſchläge ſeyn mag, die Miniſter wiſſen, daß ſie ihre Pflicht gethan haben. Sie haben bis jetzt ſtets offen und gerade gehandelt, weder um die Gunſt einzelner Claſſen buhlend, noch die Mißbilligung anderer fürchtend. Sie haben bewieſen, daß ſie beharrlich ſeyn können, wenn ihre ſtrenge Pflicht auch mit den Volksgefühlen im Widerſpruche ſtand. Durch eine feſte Handhabung des Geſetzes hörten jene Unruhen auf, die, als ſie in das Amt traten, in ſo vielen Theilen des Landes vorherrſchten; ſie geſtanden nichts dem Geſchrei und der Volksverirrung zu, aber ſind jetzt auch überzeugt, Vertrauen zu verdienen, wenn ſie mit einer für die Wohlfahrt des Landes ſo wichtigen Maßregel vortreten. Lange waren unſere öffentlichen Einrichtungen die Bewunderung fremder Länder wegen des Volksgeiſtes, der ihnen einwohnt; aber ſie können nicht länger beſtehen, wenn jenem Volksgeiſte nicht die halbverſchüttete Bahn wieder geöffnet wird. An Ihnen, meine Herren, iſt es nun zu zeigen, daß ſie nicht die Wächter kleiner Claſſen, abgeſonderter Intereſſen ſeyn, ſondern einen Körper bilden wollen, der das Volk vertritt, vom Volke ausgeht, ſeine Gefühle theilt und deshalb es mit gutem Gewiſſen auffordern kann, des Landes Laſten zu tragen, des Landes Kämpfe zu kämpfen. Freudig wird Ihnen dann das Volk folgen, überzeugt, daß Sie mit Herz und Hand ihm vereint ſind und kein anderes Ziel vor Augen haben, als Englands Wohl und Englands Ruhm."

Stürmiſcher lange anhaltender Beifallruf von der Seite des Hauſes, auf welcher die Freunde der Verwaltung ſaßen, nahm dieſe Rede auf, die in den Reihen der Tories ſtumme Erſtarrung verbreitete, weil

Digitized by Google

Niemand es für möglich gehalten hatte, daß die Miniſter es wagen würden, eine ſo durchgreifende, alle durch ihr Alter geheiligte Mißbräuche des beſtehenden Wahlſyſtemes mit der Wurzel ausrottende Maßregel in Vorſchlag zu bringen. Der erſte von den Sprechern der Gegenpartei, der zu der Bekämpfung des miniſteriellen Antrages das Wort ergriff, war Sir Robert Inglis. Dieſer behauptete: Es ſey unbegründet, daß das Volk eine Maßregel fordere, die man keine Verbeſſerung, keine Herſtellung nennen dürfe, ſondern die eine wahre Revolution ſey. Aber ſelbſt wenn das Volk eine ſolche Maßregel verlangte, dürfe das Parlement nicht auf das Geſchrei des Tages hören, ſondern müſſe die dauernden Intereſſen des Landes im Auge behalten. Die vorhandene Aufregung rühre bloß von dem Beiſpiele anderer Länder her; vor vierzig Jahren, bei dem Ausbruche der erſten franzöſiſchen Revolution, habe ſich dieſelbe Erſcheinung gezeigt; damals habe der berühmte Condorcet vorhergeſagt, die nächſte Parlementsſeſſion müſſe nothwendig zu einer Reform führen. Jedermann wiſſe, wie dieſe Weiſſagung in Erfüllung gegangen ſey. Die Bevölkerung zur Grundlage der Vertretung zu machen, wie man jetzt beabſichtige, widerſpreche den Grundſätzen des altengliſchen Wahlſyſtemes. Die geſchloſſenen Flecken hätten nicht um ihrer Bevölkerung willen das Wahlrecht erhalten, denn ſonſt hätte man manche ſchon damals bedeutende Städte nicht übergehen können, wie Halifax, Wakefield und Mancheſter. Ueberhaupt frage es ſich, ob es denn ein ſo großer Vortheil für eine Stadt ſey, Mitglieder in das Parlement zu ſchicken? Ob Mancheſter z. B. deshalb, weil es dieſes Rechtes entbehrte, geringere Fortſchritte gemacht habe, als Liverpool? Bloß durch die geſchloſſenen Flecken hätten junge Männer von Geburt, Talent und Erziehung bisher hoffen dürfen, zum erſten Male in das Parlement gewählt zu werden. Auf dieſe Weiſe wären Lord Chatham, Pitt, Fox, Burke, Canning und ſo viele andere Zierden Englands in das Parlement gekommen, während die neue Maßregel nur der Pöbelberedſamkeit den Zutritt geſtatten würde. Das Haus könne unmöglich in der öffentlichen Meinung geſunken ſeyn, da es früher viel abhängiger von der Krone geweſen wäre, wie man wohl nicht in Abrede ſtellen werde, wenn man an die Zeit denke, wo der Sprecher die Adreſſen auf den Knieen habe überreichen müſſen, wo die Sheriffs angehalten wurden, die vom geheimen Rathe empfohlenen Mitglieder zu wählen, und wo Parlementsmitglieder verhaftet wurden, weil ſie ſich in die Civilliſte zu miſchen verſuchten. Die wahre Reform des Parlements und eine voll-

Digitized by Google

kommen hinreichende ſey durch den ungeheueren Einfluß der Preſſe und durch die früher verbotene Bekanntmachung der Verhandlungen bewirkt worden. Nie habe in irgend einem Lande eine ſo ausgedehnte Volksvertretung, wie die jetzt vorgeſchlagene, mit einer freien Preſſe auf der einen Seite und dem monarchiſchen Syſteme auf der andern beſtehen können; auch habe ſchon Canning vorhergeſagt, daß ein reformirtes Haus der Gemeinen die ganze geſetzgebende und ausübende Gewalt allein an ſich reißen würde. In ähnlicher Weiſe ſprach ſich Horace Twiſt aus, der verſicherte: noch vor zwei Monaten würde es ſich der ärgſte Radicalreformer nicht im Traume haben einfallen laſſen, daß die Miniſter der Krone dem brittiſchen Hauſe der Gemeinen einen Geſetzentwurf vorlegen könnten, der darauf berechnet ſey, alle Markſteine der Verfaſſung zu zerſtören. „Man macht den kleinen Flecken den Vorwurf, daß ſie unter den Einfluß der Krone und des Adels gefallen wären; ich frage dagegen, ob nicht der Wille des Volkes ſchon zu oft das ruhige Urtheil ſeiner Vertreter überwältigt hat? Keine Regierung kann im Widerſpruche mit dem Volksgeiſte beſtehen, kann ſie es doch kaum im Widerſpruche mit dem Volksgeſchrei. Die Krone muß Einfluß in beiden Häuſern des Parlements haben, ſonſt behält die Regierung nicht die nöthige Kraft, um ihre Maßregeln gegen die ſteigende Sucht nach Volksbeliebtheit durchzuſetzen. Darin liegt die wahre Gefahr, reißt man die Dämme hinweg, welche die Volksleidenſchaften heilſam umſchließen, ſo werden dieſe alle Pfeiler der Verfaſſung hinwegſchwemmen. Mit welcher Stirne können die Miniſter ſich entſchließen, heute die eine Hälfte der Verfaſſung freiwillig zu opfern, deren andere Hälfte ſie dann vielleicht morgen zum Opfer bringen müſſen? das Volk, ſagt man, rufe laut nach Reform; wir aber haben zu prüfen, ob dieſer Ruf das Ergebniß der Vernunft oder vorübergehender Aufregung iſt. Offenbar iſt dieſe Aufregung nur durch Aufwiegler hervorgerufen, die das Beiſpiel der Bewegung in Frankreich nachahmen möchten. Wenn wir ſehen, wie benachbarte Nationen Alles auf's Spiel ſetzen, um eine Verfaſſung gleich der brittiſchen zu erlangen, ſollen wir da das engliſche Volk auffordern, Alles auf's Spiel zu ſetzen, um ſeine Verfaſſung zu verlieren?“ Der Kanzler der Schatzkammer, Lord Althorp, erwiederte auf dieſe Rede: „Der ehrenwerthe Herr nennt die gegenwärtige Aufregung vorübergehend und ſchreibt ſie den Aufwiegelungen Einzelner zu. Er irrt ſich; in England fanden keine ſolche Aufwiegelungen Statt. Wenn der Wunſch des Volkes nach Reform nur ein vor-

Digitized by Google

übergehender iſt, wie kommt es, daß er ſchon ſo lange dauert? Wie können Klagen vorübergehend ſeyn, deren Grund ein bleibender iſt? Das Volk iſt unzufrieden mit den Wahlen, die in den verfallenen Flecken Statt finden; wollen wir es überreden, daß es von dieſen verfallenen Flecken großen Vortheil ziehe? Allerdings erhielten durch dieſelben ſchon oft Männer vom größten Talente Sitze im Parlement. Wurde dieſer zufällige Vortheil aber nicht durch viel größere Nachtheile überwogen? Wurden dadurch nicht Männer von großem Vermögen in den Stand geſetzt, der Regierung Geſetze vorzuſchreiben und jeder guten Maßregel in den Weg zu treten? Häufig waren große Männer in dem Beginne ihrer parlementariſchen Laufbahn die Vertreter ſolcher Flecken, weil dieſe das leichteſte Mittel boten, in das Parlement zu kommen; folgt aber daraus, daß jene Männer nicht in das Parlement gekommen wären, wenn es keine ſolche Flecken gegeben hätte? Das engliſche Volk will eine Regierung von Lords und Gemeinen, aber nicht von Gemeinen, die ihre Sitze durch Kauf und Begünſtigung erhalten. Deshalb ſchlagen wir vor, das Recht der Ernennung aus der Hand weniger Perſonen in die Hand der Mittelclaſſen zu legen. So lange dieſe Mittelclaſſen in eine der Regierung feindliche Lage geſtellt ſind, kann dieſe nie ſicher ſeyn. Daß die Mittelclaſſen jetzt weit mehr Charakter und Einſicht beſitzen, als zu irgend einer früheren Zeit, iſt zum Ueberfluſſe bewieſen; ich bin überzeugt, daß ſie ſo gut wie jede andere Claſſe befähigt ſind, Vertreter zu wählen, die ſich durch Charakter, Redlichkeit und Talent auszeichnen. Wir haben nicht, wie man uns zum Vorwurf macht, die Bevölkerung zur Grundlage des Wahlrechtes genommen, ſondern das Eigenthum. Unſer Wunſch iſt, die Volksvertretung in die Hände der Mehrheit des Mittelſtandes zu legen, und dieſem Lande ein Haus der Gemeinen zu geben, das nicht um die Gunſt der Krone buhlt, ſich nicht um den Schutz des hohen Adels bewirbt, ſondern nach dem Beifalle und nach dem Danke ſeiner Mitbürger ſtrebt."

Nach einigen unbedeutenden Aeußerungen eines ſchottiſchen Mitgliedes, Lord Gower, der an dem vorgeſchlagenen Plane unter Anderem auszuſetzen fand, daß derſelbe in Schottland keine Verbeſſerung bewirken werde, wurde die Berathung vertagt, um am folgenden Tage wieder aufgenommen zu werden. Da trat zuerſt der bekannte derbe unbeſtechliche und unverſöhnliche Gegner der Adelsherrſchaft, der Schotte Joſeph Hume auf. „Obwohl ich unſtreitig ein Radicalreformer bin," ſagte er unter beifälligem Gelächter der Tories, „ſo hat doch der Plan der

Regierung alle meine Erwartungen übertroffen. In dieſer Hinſicht hat die Regierung das Verſprechen, das ſie gegeben, vollkommen eingelöſ't. Zwar möchte am Einzelnen Manches auszuſetzen ſeyn, aber man muß bedenken, daß es die Pflicht der Regierung iſt, ſtufenweiſe zu Werke zu gehen. Zwei Redner, die wir geſtern gehört haben, ſprachen ſich gegen alle Reform aus. Ich frage aber einen Jeden, ob er es im Ernſte für möglich hält, bei dem gegenwärtigen Zuſtande der öffentlichen Meinung eine Parlementsreform zu verweigern? Können wir noch länger der Stimme des Volkes unſer Ohr verſchließen? Man weiſ't auf die neuerlichen politiſchen Veränderungen des Feſtlandes hin. Welchem andern Grunde ſind aber dieſe Veränderungen zuzuſchreiben, als daß man nicht bei Zeiten auf die Wünſche der Völker hörte? Man war taub gegen ihr Bitten, bis Gewalt die Herrſcher zwang, darauf aufmerkſam zu ſeyn. Wenn beiläufig ein edler Lord behauptet, daß durch die Maßregel in Schottland nichts verbeſſert werde, ſo will ich ihm nur bemerklich machen, daß die Zahl der ſchottiſchen Wähler von 3000 auf 60,000 erhöht wird.“ Lord Stormont begriff nicht, auf welchen Grund man die Wahlrechtsberaubung ſo vieler Plätze ſtützen wolle. Er z. B. vertrete einen Ort, der, wie klein auch immer, doch noch eben ſo bevölkert ſei, wie zu Eduards I. Zeiten. Die Mauern wären zerfallen; aber der Raum, den ſie umſchlöſſen, könne niemals eine größere Bevölkerung gefaßt haben, als ſeine gegenwärtige. Das könne man doch nicht erwarten, daß er und ſo viele ſeiner Collegen, die ſich in ähnlicher Lage befänden, für ihren eigenen Tod ſtimmen ſollten? Die Ausdehnung des Wahlrechtes auf die Zehnpfundmiether führe beinahe zu allgemeinem Stimmrechte und zuletzt zur Revolution, in welcher der Raub an die Stelle des Beſitzes und die Gottesverleugnung an die Stelle des Glaubens trete. Sir John Walſh forderte das Haus auf, ſich ſelbſt als ein Geſchwornengericht anzuſehen, das über das Leben eines Menſchen zu urtheilen habe, deſſen Tod das Volksgeſchrei verlange. Ein feſtes, gewiſſenhaftes Gericht werde ſich durch ſolches Geſchrei nicht irre machen laſſen; noch weniger ſollte dieß das Parlement, das über die Geſchicke eines großen Landes, über die Zukunft Großbritanniens zu entſcheiden habe. Der gelehrte Schotte Macauley hielt zur Rechtfertigung des Geſetzentwurfes eine lange Rede, die das Treffende ihrer Auffaſſung nur durch zu weit abliegende Vergleichungen aus dem ganzen Gebiete der Geſchichte ſchwächte. „Man will uns belehren, ſagte er, daß unſere Verfaſſung nie beſſer geweſen ſey, als gegenwärtig, und daß ſie deß-

Digitized by Google

halb keine Verbeſſerung bedürfe; wir haben aber hier nicht zu unterſuchen, wie es geweſen iſt, ſondern wie es ſeyn ſoll. Wir ſind keine Alterthumsforſcher, wir ſind Geſetzgeber. Die Verfaſſung mag in frühern Zeiten ganz gut geweſen ſeyn, aber ſie entſpricht nicht mehr dem gegenwärtigen Bedürfniß des Landes. Während ſie ſtill ſtand, ſchritten Bevölkerung und Bildung ununterbrochen fort, und auf unſere Zeiten müſſen wir blicken, nicht auf die Jahrhunderte, die vorüber ſind. Unmöglich können wir uns denken, daß der Sitz der Regierung von London nach York verlegt werden ſollte, weil York einſt zu Conſtantius Chlorus Zeit die Hauptſtadt des Landes war. Sollen wir heute noch die Volksvertretung beibehalten, wie ſie im dreizehnten Jahrhundert gebildet wurde, als die Bevölkerung, für die ſie beſtimmt wurde, nur zwei Millionen betrug? Seitdem iſt neues Eigenthum entſtanden, die ganze Geſtalt der Geſellſchaft hat ſich geändert, und der größte Theil unſeres Reichthumes und unſerer Bildung iſt bloß deshalb nicht vertreten, weil er damals noch nicht vorhanden war. Man nennt die Maßregel revolutionair. Aber wenn die Reform und Wiedergeburt Revolution iſt, ſo befinden ſich die Staaten und Völker in einer fortwährenden Revolution. Wir können die Blätter der Weltgeſchichte nicht aufſchlagen, ohne überall zu ſehen, wie ſtets neue Intereſſen in das Leben treten, die Anfangs ſchwach ſind und verachtet werden, aber immer ſtärker und ſtärker erwachſen, bis ſie die überragen, die in blindem Stolze eben noch wähnten, ſie mit Füßen treten zu können. Bietet man ihnen, wenn ſie in voller Entwickelung vor uns ſtehen, die ſchützende Hand dar, ſo iſt es gut; wo nicht, ſo beginnt ein Vernichtungskampf. Ein ſolcher Kampf war jener zwiſchen den Plebejern und den Patriciern Roms, zwiſchen den Städten und den Großen Italiens im Mittelalter, zwiſchen den nordamericaniſchen Colonien und dem brittiſchen Mutterlande; ein ſolcher Kampf iſt der Kampf zwiſchen den Katholiken und Proteſtanten in Ireland, und der jetzt in Jamaica beginnende Kampf zwiſchen den freien Farbigen und der Ariſtokratie der weißen Haut, während in England die Ariſtokraten, die ſich keineswegs durch Talent und Genie auszeichnen, dem Reichthum und der Bildung der Mittelclaſſen den ihr gebührenden Theil an der Vertretung ihres Landes vorenthalten. Die Vorausſetzung der Verfaſſung iſt, daß das Eigenthum vertreten werde; warum wollen wir dieſe Vorausſetzung nicht wahr machen? Das Volk vergißt nicht, was es dem Könige und den Pairs ſchuldig iſt; nicht ihnen will es ihre Rechte ſchmälern, ſondern gegen das Haus der Gemeinen, gegen uns erhebt

Digitized by Google

es ſeine Stimme, gegen die corruptio optimi pessima*). Man ſagt uns, dieſe Meinung im Volke ſey bloß eine vorübergehende, bloß eine Folge der Revolution in Frankreich und Belgien. Wenn dieß der Fall iſt, ſo kenne ich die Geſchichte ſchlecht. Dieſe Unzufriedenheit iſt keine Geburt des Tages; ſie trägt alle Zeichen einer tief eingewurzelten Krankheit. Sie geht jetzt ſchon durch zwei Menſchenalter. Die Geſetzgebung hat jedes in ihrer Gewalt ſtehende Mittel verſucht, um ſie zu beſeitigen; und ſie hat durch alle ihre Anſtrengungen nicht den geringſten Erfolg erreicht. Blicken Sie um ſich; jetzt, wo es Wahnſinn wäre, einen Kampf aufzurufen mit dem Geiſte des Jahrhunderts, der eben erſt Europa's ſtolzeſte Krone niederſchlug und den vertriebenen Erben von vierzig Königen in den Paläſten Englands eine unrühmliche Zuflucht ſuchen ließ, jetzt, wo Alles um uns ſchwankt und bebt, das Herz Englands aber noch geſund iſt, jetzt iſt der Tag der Rettung, der verheißene Augenblick, wo die große Schuld der Ariſtokratie an das Volk bezahlt werden ſoll, um des Volkes Glück zu ſichern und nie vergeſſen zu werden in ſeinem dankbaren Herzen. Werden aber die Zeichen der Zeit verkannt und ſcheitert die Maßregel, ſo bitte ich Gott, daß ihre Gegner nie gezwungen ſeyn mögen, ihr Verfahren zu bereuen, zu bereuen, daß ſie nicht die Mittel anwandten, die in ihre Hand gelegt waren, die Auflöſung der geſellſchaftlichen Ordnung zu verhindern." Hunt, der alte Volksaufwiegler, der bei den letzten Wahlen für Preſton erwählt war, der einzigen Stadt in England, in der das Stimmrecht allen Einwohnern zuſtand, erhob ſich mit ſichtlicher Selbſtzufriedenheit und ſprach zwar für die miniſterielle Maßregel, erklärte aber zugleich, daß er eine größere Ausdehnung derſelben, geheime Abſtimmung und kürzere Dauer der Parlemente wünſche. „Mögen die Herren," ſagte er, „nur nicht zwiſchen zwei Stühlen niederſitzen! Wenn der ſogenannte Pöbel keine Stimme haben ſoll, ſo frage ich, ob man ihn auch vom Abgabenzahlen, vom Militair- und Milizdienſt befreien will! Man ſtraft Jeden, der das Geſetz verletzt, warum ſoll alſo nicht auch Jeder an der Vertretung Theil nehmen, die das Geſetz macht! In Mancheſter wurde das Volk niedergeritten und mit Säbelhieben auseinander gejagt." — Von verſchiedenen Seiten wurde der Sprecher durch den Ruf: „nein! nein!" unterbrochen; Hunt ließ ſich aber nicht irre machen. „Wer kann nein ſagen? Ich ſage ja, ja! Ich wurde zu Ilcheſter eingekerkert." — Wieder wurde der Redner durch den Ruf

*) Gegen jene Verderbniß des Edelſten, welche dieſes zum Schlechteſten macht.

zur Frage, zur Frage! unterbrochen. „Nun wahrhaftig, wenn die ehrenwerthen Herren in ihren Reden bis zur Zeit Eduards III. zurückgehen, werde ich mich doch auf einige Jahre rückwärts berufen dürfen. Damals war ich in dem Gewahrſam des ſehr ehrenwerthen Baronets neben mir;“ (Hunt hatte ſeinen Sitz gerade neben Sir Robert Peel genommen;) „jetzt aber ſtehen wir einander anders gegenüber. Ich fühle große Achtung vor ſeinem Talente, doch freut es mich, ihm jetzt mich als Gleicher an die Seite ſtellen zu können. Ich will nun hören, was die beiden großen Oppoſitionskanonen ſagen, ich meine die ſehr ehrenwerthen Vertreter von Tamworth (Peel) und von Boroughbridge (Wetherell). Bis jetzt habe ich nichts Neues gehört. Alles, was noch in dieſem Hauſe geſagt wurde, haben ſchon vor zwanzig Jahren die Weber von Lancaſter geſagt.“ Unmittelbar nach Hunt trat Sir Charles Wetherell auf. „Ich befinde mich in der unglücklichen Lage eines Menſchen“, begann er, „der ſeine eigene Leichenrede hält. Wenn je die Bitte um die Aufmerkſamkeit der Zuhörer zu entſchuldigen iſt, die ich mir erlaube an Sie zu richten, ſo iſt ſie es, wenn der Sprecher zum letzten Male ſpricht. Gewähren Sie die letzte Bitte des ſterbenden Mitgliedes von Boroughbridge. Denn der edle Heerzahlmeiſter hat Boroughbridge mit in ſeine Verbannungsliſte aufgenommen; ich muß alſo gewärtigen, was meine Wähler auch ſagen mögen, caſſirt zu werden. Der edle Heerzahlmeiſter hat, obgleich er noch ziemlich neu in ſeinem Amte iſt, ſchon ganz militairiſche Gewohnheiten angenommen. Er iſt erſt ſechs oder acht Wochen im Amte und ſchlägt doch ſchon vor, hundert und zwanzig Corporationen ungehört zu verurtheilen und ſo die Parlementsreform in eine Art ſummariſches Standrecht zu verwandeln. Hundert und ſiebenundſechzig Parlementsglieder ſollen nach ſeinem Plane caſſirt werden, nach einem Verfahren, welchem man ſchwerlich einen andern Namen wird geben können, als jenen der Corporationsplünderung. Die Regierung verſichert, ſie wolle die öffentlichen Einrichtungen des Landes aufrecht erhalten; und dennoch iſt ihr Reformplan der Form und dem Weſen nach faſt derſelbe, wie der von 1649 nach der Ermordung des Königs und nach der Vernichtung der Pairie. Althorp und Compagnie folgen den Fußſtapfen von Cromwell, Fairfax und Compagnie. Ich gehöre nicht zu denen, die jeder Reform entgegen ſind; nie habe ich geleugnet, daß die Wahlgeſetze einer Verbeſſerung fähig ſind, noch daß es gegenwärtig nicht vertretene Plätze gebe, denen das Wahlrecht verliehen werden könne. Aber ich bin ein entſchiedener Gegner jeder Rechtsverletzung. Bis auf dieſe Stunde hatte nie ein

Digitized by Google

Miniſterium, nie ein Parlement gewagt, ohne vorausgegangenes Vergehen irgend ein Privilegium anzutaſten; nun aber nach dieſem neuen Militairgeſetze werden ohne irgend ein Vergehen, ohne Unterſuchung und Urtheil die bürgerlichen und verfaſſungsmäßigen Rechte von mehr als hundert Gemeinden vernichtet. Und glaubt Ihr, man werde bloß bei dieſem einen Zweige der Verfaſſung ſtehen bleiben? Wenn wir dem Einen ſeine Rechte nehmen, können wir's nicht eben ſo gut dem Andern? Unter welchen andern Bürgſchaften ſtehen die verfaſſungsmäßigen Rechte der Kirche, der Pairie, der engliſchen Bank, der oſtindiſchen Compagnie, aller Gemeinden und Corporationen des Reiches? Schon hören wir die Radicalen ſchreien, daß im Grunde nichts gethan ſey, wenn nicht alles Volk mitſtimmen dürfe, und man giebt uns zu verſtehen, daß dieſes jetzt doch nur wieder in zwei Claſſen getheilt werde, eine herrſchende und eine beherrſchte. Der Kampf, den man uns zu ſchlichten anräth, wird uns alſo doch nicht erſpart werden. Und dieſer Plan iſt alſo das Heilmittel, das Oel, das Ihr in die Wunde träufelt! Ihr befolgt die Heilmethode des ſeligen John Lony — (eines engliſchen Arztes, der ſich in England eines gleich vortheilhaften Rufes erfreut, wie bei uns in Deutſchland der bekannte Dr. Eiſenbart) —, der mit den Schäden ſeiner Patienten ſtets ſo gründlich zu Werke ging, daß er ſie bald aller Schmerzen dieſes Lebens enthob! Aber noch näher liegt die Erinnerung an Cromwells berüchtigte Parlementspurganz. Der edle Heerzahlmeiſter will jetzt, als Obriſt Pride's Nachfolger, das alte Cromwell'ſche Recept wiederholen und 167 Mitglieder hinaustreiben, weshalb ich vorſchlage, die Maßregel die Ruſſelpurganz zu nennen." Nachdem Sir Charles Wetherell unter den Beifallsbezeugungen ſeiner Partei ſich niedergelaſſen, erhob ſich zu der Zurückweiſung ſeiner derben Ausfälle der neue Kronanwalt Sir Thomas Denman. „Der ehrenwerthe und gelehrte Herr," erwiederte er, „will behaupten, daß er keinesweges jeder Reform abgeneigt ſey. Dieſe Erklärung giebt er aber nebſt allen, die ihn unterſtützen, erſt in dieſem Augenblicke ab, wo ſie ſich dazu gezwungen ſehen. Wollen ſie dieß leugnen, ſo frage ich ſie, welchen Reformplan ſie je vorſchlugen, welchem, der von Andern vorgeſchlagen wurde, ſie ſich nicht widerſetzten? Oder will man es eine Reform nennen, wenn man, um die Bewegung abzuleiten, mit unendlichem Zeit- und Geldverluſte und höhnender Heuchelei einem oder zwei armen Flecken ihr Wahlrecht nahm und ein Paar arme Teufel von Wählern vor die Schranken ſtellte, weil ſich ihnen nachweiſen ließ, daß ſie ſich hatten beſtechen laſſen, während es doch klar wie der Tag

Digitized by Google

iſt, daß nicht bloß dieſe zwei oder drei, ſondern Hunderte von Sitzen auf die gleiche Weiſe erworben worden waren? Warum ſoll es bloß dem armen Manne verboten ſeyn, ſeine Stimme zu verkaufen, während der Reiche die Stimmen aller Wähler zuſammen erkauft und verkauft? Ich weiß nicht, wie es kommt, daß manche ehrenwerthe Mitglieder ſo ſtolz auf Sitze ſind, die unter einem ſolchen Syſteme erlangt wurden. Man ſagt uns, daß Pitt, Fox, Burke ihren erſten Zutritt zu dem Hauſe durch ſolche Flecken erlangten; aber ich frage, ob jene großen Männer einen ſolchen Eintritt ſich wohl zum Ruhme angerechnet haben? Es iſt bekannt, daß alle drei für die Reform waren. Pitt, der ſchon 1780 vorſchlug, vierzig Wahlflecken zu beſeitigen, erklärte, mit einem ſolchen Hauſe der Gemeinen könne kein ehrlicher Mann Miniſter des Landes ſeyn, welches Wort ſpäter Fox mit Bitterkeit gegen ihn ſelbſt kehrte, indem er ausrief: Pitt ſcheine dazu beſtimmt, ſeine eigene Wahrſagung zu verwirklichen. Wenn es nöthig iſt, daß Pairs ihre Günſtlinge in das Parlement ſchicken, warum hat dann nicht jeder Pair ohne Weiteres ſein Parlementsmitglied, etwa wie ſeinen Caplan oder Hausmeiſter? Aber das Privilegium gebührt nicht ſeinem Range, ſeiner Stellung; ſondern es iſt nur zufällig durch den Kauf eines Fleckens erworben, der zwei Mitglieder in das Parlement ſchickt. So hat der edle Pair die Macht erlangt, Einfluß zu üben auf die Berathungen der Volksvertreter und die Krone zu zwingen, zunächſt auf ſeine Wünſche, auf ſeine Intereſſen Rückſicht zu nehmen. Auf dieſelbe Weiſe kann ein Jeder, und wäre es ein indiſcher Nabob oder irgend eine andere Perſon in den fünf Welttheilen, in dem brittiſchen Hauſe der Gemeinen ſich Vertreter gewinnen, wenn er nur Geld genug hat, einen Wahlflecken zu erkaufen und Klugheit genug, die Beſtechung ein wenig zu verſchleiern. Wann, wendet man gegen die Maßregel ein, welche dieſem Mißbrauche ein Ende machen ſoll, wann hat man je gewagt, ſo viele Wahlrechte aufzuheben? Erſt vor wenigen Jahren, antworte ich, hat dieſes nämliche Haus die Wähler von ganz Ireland um die Hälfte vermindert und nicht weniger als 200,000 Freiſaſſen ohne Urtheil und Recht ihr Wahlrecht genommen. Wenn jene Wahlrechtsaufhebung zu rechtfertigen war, ſo iſt es die gegenwärtige gewiß zehnmal mehr.“ Wenn der gegenwärtige Kronanwalt Denman ſeinem früheren Vorgänger im Amte mit Ernſt begegnete, ſo bezahlte in der nächſten Sitzung der Radicalreformer Hobhouſe den erbitterten Widerſacher der Reform für ſeine beißenden Witze mit gleicher Münze. Er erinnerte ihn daran, daß er ſchon gegen Sir Robert Peel, als dieſer die Katholikenemancipation vorſchlug, eben

Digitized by Google

ſo ſpaßhaft geweſen ſey. Damals habe man den ſterbenden Kronanwalt gehört, wie jetzt das ſterbende Mitglied für Boroughbridge; damals habe er von Peel und Comp. geſprochen, wie jetzt von Althorp und Comp. Wahrſcheinlich habe das gelehrte Mitglied dieſe feinen und geſchliffenen Scherze in den academiſchen Schattengängen der Univerſität Oxford oder in den verwandten Hallen von Lincolnsinn kennen gelernt.

Unter den Rednern, die in der nächſten Sitzung für die Parlamentsreform das Wort nahmen, war der Miniſter Lord Palmerſton der bedeutendſte. Lord Palmerſton hob hervor, daß es durchaus nicht im Character des brittiſchen Volkes liege, nach Neuerungen zu haſchen; ſtets habe es ſich durch beharrliche Anhänglichkeit an ſeine volksthümlichen Einrichtungen ausgezeichnet und habe darin einen auffallenden Gegenſatz gegen ſeine nächſten Nachbarn gebildet, die oft durch die Neuheit ihrer Einrichtungen geblendet wurden, während das Volk Altenglands ſich des Alters der ſeinigen erfreute. „Wenn wir ſehen, daß ein Volk, das ſonſt ſo ungern Veränderungen irgend einer Art zugab, jetzt dringend den Wunſch nach Neuerungen ausſpricht, einen Wunſch, nicht beſchränkt auf wandernde Volksaufwiegler und Marktplatzredner, ſondern von großen Maſſen ausgedrückt, mit Inbegriff der Männer von Rang, Reichthum und Einfluß im Lande, — ſo dürfen wir wohl annehmen, daß große Mißbräuche beſtehen, die laut nach Heilung rufen. Man ſagt, wenn das Volk ſich ſelbſt überlaſſen bliebe, ſo würde es ruhig ſeyn und nicht daran denken, ſolche Forderungen zu erheben. Von den vielen Beweiſen, die ich gegen dieſe Behauptung aufſtellen könnte, will ich nur den einen anführen, daß wir hier auf den Miniſterbänken ſitzen, die vor kurzem noch von den ehrenwerthen Herren auf der Gegenſeite eingenommen waren. Die ehrenwerthen Herren mögen ſagen, was ſie wollen, aber es war nicht die Meinungsverſchiedenheit wegen der Civilliſte, es war nicht die Herabſetzung der Beſoldungen von einem halben Dutzend Stellen, was den Sturz der letzten Verwaltung veranlaßte; der Felſen, an dem ſie ſcheiterte, war ihre Verachtung der öffentlichen Meinung; ich wiederhole es, ihre Verachtung der öffentlichen Meinung im Innern und nach Außen war es, was ſie ſtürzte. Es ſitzen viele Männer in dieſem Hauſe, die um des vielen Guten willen, das unſere Verfaſſung hat, gern auch ihre Mängel trügen, und denen es daher am liebſten wäre, wenn die Dinge blieben, wie ſie ſind. Ihnen ſage ich, daß, wenn ſie ſich jetzt genöthigt ſehen, zu wählen zwiſchen einer Veränderung, die ſie fürchten, und den übeln Folgen,

die im Falle einer Verweigerung drohen, die Schuld auf Jene fällt, die vor drei Jahren ſich weigerten, dem Volksgefühle auch nur das kleinſte Zugeſtändniß zu machen. Hätte man damals allmälig die großen nicht vertretenen Städte die Stelle verdorbener Flecken einnehmen laſſen, hätte man damals in eine gemäßigte Reform gewilligt, ſo würde das Haus jetzt keinen ſolchen allgemeinen Reformplan zu berathen haben. Damals unterſtützte ich alle jene Vorſchläge einer gemäßigten Reform, nicht bloß, weil ich ſie an ſich für gut hielt, ſondern weil ich klar ſah, daß wir, wenn man ſie verweigerte, ſpäter genöthigt ſeyn würden, weitere und ausgedehntere Veränderungen zuzugeſtehen. Aus Gründen, die meinen früheren ähnlich ſind, unterſtütze ich jetzt die größere Maßregel, die mein edler Freund vorſchlug.“ Nach dem Miniſter des Auswärtigen ergriff unter dem tiefen Schweigen der geſpannteſten Aufmerkſamkeit Sir Robert Peel das Wort: „Ehe ich zu einer Erwägung der verhängnißvollen Frage übergehe, die uns vorliegt, ſey mir die Bemerkung erlaubt, daß ich mit unbeſchreiblichem Schmerze erfüllt bin, eine ſolche Aufgabe löſen zu müſſen. Man fordert mich auf, ich will gerade nicht ſagen, eine Revolution in meinem Vaterlande zu fördern, aber doch an die Stelle ſeiner gegenwärtigen Verfaſſung eine ganz andere zu ſetzen; und dieß geſchieht nicht etwa nach einer ruhigen leidenſchaftloſen Unterſuchung, ſondern unter Berufung auf Gründe, nach denen ich nicht die Furcht dem Verſtande, ſondern den Verſtand der Furcht zu unterwerfen hätte. Man will die Gegner der vorgeſchlagenen Maßregel durch die Möglichkeit eines Aufſtandes ſchrecken; dieſe Drohung ſoll mich nicht zurückhalten, meine aufrichtige Meinung zu ſagen. Den Miniſtern will ich zunächſt ſagen: „Wälzt nicht von Euern eigenen Schultern die Laſt der Verantwortlichkeit ab, eine ſolche Maßregel vorgeſchlagen zu haben; ſagt nicht, wir wollen beweiſen, daß wir regieren können, ſondern rühmt Euch Eurer Geſchicklichkeit im Zerſtören!“ Ich meinestheils habe nie zu denen gehört, die mit wohlbedachter Abſicht, wie ein Sturm, die wogende Menge aufregten und alle ihre Talente dazu verwandten, Unzufriedenheit und Mißvergnügen auszuſtreuen. Ich habe niemals die Sprache eines edeln Lords geführt (Lord John Ruſſells), der im Jahr 1827 ſein Leidweſen darüber zu erkennen gab, daß das Volk, welches er ruhig, friedfertig und zufrieden fand, ſich nicht unwillig gegen die Zuſammenſetzung des Hauſes der Gemeinen erhebe. Ich habe nie das Volk bis zum Wahnſinne aufgeregt, damit es aus ſeiner Gleichgültigkeit heraustrete und zur Nacheiferung revolutionairer Ausſchweifungen übergehe. Wenn daher dieſe Maßregel, die der gemeine

Menſchenverſtand ſich wohl gehütet hätte, in einer ſolchen Lage unſerer inneren und auswärtigen Angelegenheiten vorzuſchlagen, wo neue Urſachen zur Aufregung weislich vermieden werden ſollten, — wenn daher, ſage ich, dieſe Maßregel durchfallen ſollte, ſo würde ich niemals geſtatten, daß die Verantwortlichkeit der Folgen mir oder einer andern Perſönlichkeit außer dieſem Hauſe beigemeſſen würde. Es iſt darauf hingedeutet worden, daß ein Gegner der Maßregel ſich nicht mit gehöriger Achtung über die Meinung der Mittelclaſſen ausgeſprochen habe. Hat er dieß wirklich gethan, ſo theile ich ſeine Geſinnung nicht; im Gegentheil, ich weiſe ſie von mir; denn Alles, was ich bin, alle meine Kraft beruht auf dieſem Stande; ich ſelbſt gehöre ihm an und werde immer ſtolz darauf ſein, ihm anzugehören. Ich hege von dem Urtheile und von dem geſunden Sinne des Mittelſtandes eine ſehr hohe Meinung, und leicht könnte es ſein, daß er jetzt mehr Einſicht und Mäßigung bewieſe, als ſeine Beherrſcher. Der Mittelſtand liebt die Verfaſſung; der Mittelſtand erkennt es an, daß jene weiſe Vertheilung der Gewalt, welche die Einheit der Ausführung der Krone überträgt, und in der Geſetzgebung den Einfluß der Krone, der Ariſtokratie und des Volkes ſich das Gleichgewicht halten läßt, zum Heile des Landes gereicht. Und dieſe Ueberzeugung, die in unſerm Mittelſtande noch immer vorwiegt, iſt ſeit den älteſten Zeiten die Ueberzeugung der weiſeſten Staatsmänner geweſen. Keine andere Regierungsform kann Cicero vor Augen gehabt haben, als er ſagte: existimo, eam esse optimam rempublicam, quae constituta est ex tribus generibus*). Dieſelbe Regierungsform bezeichnet Tacitus als die beſte und dauerhafteſte. Bemerkte doch Lord Ruſſel ſelbſt noch im Jahre 1819, daß der Flecken Old Sarum in ſeiner jetzigen Geſtalt ſchon beſtanden habe, als Montesquieu von der brittiſchen Verfaſſung ſagte, ſie ſey diejenige, die unter allen bisherigen Verfaſſungen der Völker der Vollkommenheit ſich am meiſten annähere; und verſicherte doch damals noch der edle Lord, er wolle ein Werkzeug, das ſchon ſo viel Volksglück geſchaffen, nicht gegen ein aufgeſtutztes polirtes Stück moderner Fabrikarbeit vertauſchen. Die Geſchichte lehrt uns, daß alle Regierungsformen, in denen dem Einfluſſe der Maſſen ein zu großer Spielraum gelaſſen war, den ſchlechteſten Erfolg gehabt haben. Die vereinigten Staaten von Nordamerica, welche die einzige Ausnahme zu bilden ſcheinen, dürfen deshalb nicht in Betracht

*) Ich bin der Meinung, daß jener Staat die beſte Verfaſſung hat, in dem es drei Arten der Gewalt giebt ꝛc.

Digitized by Google

kommen, weil dort ganz andere Bedingungen und Elemente vorhanden ſind, als in den geſellſchaftlichen Einrichtungen der alten Welt. England hat anderthalb Jahrhunderte und während einer Zeit, da es in ganz Europa ſtürmte, unerſchütterlich feſtgeſtanden und iſt auf der Bahn der Wohlfahrt immer weiter vorangeſchritten. Hier hat kein kriegeriſcher Ruhm die Macht der Verfaſſung umſtürzen können; eben ſo wie Marlboroughs Commandoſtab, iſt auch jener des Siegers von Waterloo vor einer Abſtimmung der Gemeinen in Staub zerſplittert. Welche Vortheile eine mehr volksthümliche Regierungsform bringen ſoll, läßt ſich nicht abſehen, da es bekannt iſt, daß eine ſolche geringere Sicherheit gegen den Krieg gewährt, und da auch die gegenwärtige reformirende Verwaltung bereits bekennen muß, daß ſie im Staatshaushalte keine Erſparniſſe zu machen weiß. Oft ſind zu Zeiten, wenn Unruhen auf dem Feſtlande ausgebrochen waren, oder andere politiſche Veränderungen in der Welt Statt fanden, auch in England Verſuche zu Nachahmungen und Neuerungen gemacht worden, aber immer ohne Erfolg. Im Jahre 1780, als die Nordamericaner ihre Unabhängigkeit erkämpften, war Pitt der Verfechter der Reform; dieſer große Mann kam aber bald davon zurück. Im Jahre 1790, als die franzöſiſche Revolution die Gemüther erregte, ſtellten Fox und Flood die franzöſiſche Regierung zum Muſter auf; die Zeit hat ſie jedoch bald widerlegt. Im Jahre 1821 dienten die Ereigniſſe in Spanien zum Vorwande eines Reformplanes; damals pries Lord Durham die ſpaniſche Freiheit, von der gegenwärtig nicht mehr die Rede iſt. Gegenwärtig hegt ein Theil des Landes die Meinung, daß wir nur dem Beiſpiele zu folgen brauchen, welches Frankreich durch ſeine jüngſte Revolution gegeben, um unſern Zuſtand weſentlich zu verbeſſern. O, laſſen Sie uns doch warten, bis wir mehr von den Ergebniſſen des Verſuches ſehen, den unſere Nachbarn machen, ehe wir ihn ſelbſt in unſerm glücklichen Lande wiederholen! Laſſen Sie uns, ehe wir ſelbſt dieſen Verſuch wagen, erſt die Ueberzeugung gewinnen, daß die in Frankreich gegenwärtig beſtehende Freiheit, wenn ſie die Frucht einer rechtmäßigen Umwälzung iſt, auch jene Freiheit ſey, welche die Gerechtigkeit und Tugend zu ihren Begleitern und Friede und Wohlfahrt in ihrem Gefolge hat! In dieſem Augenblicke ſehe ich noch keinen Grund, ſolche Ergebniſſe von der letzten franzöſiſchen Revolution zu erwarten, und eben deshalb bin ich weit davon entfernt, ſie unſerm Lande zum Vorbilde zu empfehlen. Begnügen wir uns vielmehr mit der ruhigen Freiheit, deren wir ſchon jetzt uns erfreuen, und die wir uns erhalten

Digitized by Google

können, wenn wir mit altbrittiſcher Beſonnenheit zu Werke gehen! Leicht iſt es hundert Feuerbrände in das Land zu werfen, die an unſern heimiſchen Herd Unruhe und Gefahr bringen; aber nicht leicht iſt es, wenn das Uebel geſchehen iſt, ein Heilmittel dagegen zu finden. In den gegenwärtigen Schwierigkeiten unſerer Lage müſſen wir alle Kräfte zuſammennehmen und Sorge tragen, daß wir nicht, durch die Untergrabung der Grundpfeiler des Gebäudes unſerer Freiheit, ſtatt einer Verbeſſerung unſerer Verfaſſung, unſere eigene Vernichtung herbeiführen. Deshalb ſtimme ich gegen die Vorſchläge der Regierung."

Die Verhandlungen drohten ſich in das Endloſe zu verlängern, weil in einer Angelegenheit, von der, wie man ſich unmöglich verbergen konnte, die Entſcheidung über die Zukunft des Landes vielleicht für alle Zeiten abhing, beinahe kein Mitglied, das irgend der Rede mächtig war, ſich damit begnügen wollte, ſeine Stimme ſchweigend abzugeben. Zwar wurden in der Hauptſache immer nur dieſelben Gründe für wie gegen die Reform wiederholt, doch wußten, nachdem zwanzig Redner geſprochen und die Frage ſcheinbar erſchöpft hatten, zwanzig andere derſelben dadurch, daß ſie bisher weniger beachtete Einzelheiten hervorhoben, eine neue Seite abzugewinnen. Allgemeine Ueberraſchung erregte der Kriegsminiſter Wynn, indem er, den man für einen Freund der Reform hielt, erklärte, daß er ſeine Stelle in der Verwaltung niedergelegt habe, weil er, wenn er auch die Nothwendigkeit von Verbeſſerungen anerkenne, ſich doch nicht zu überzeugen vermöge, daß Maßregeln, welche die ganze beſtehende Ordnung von Grund aus umgeſtalteten, eine heilſame Wirkung hervorbringen können. Spencer Percival faßte einen Geſichtspunkt auf, den kein früherer Redner berührt hatte, indem er mit düſterer Leidenſchaft die Gefahren ſchilderte, welche auch die Kirche, den Glauben, die Religion bedrohten, wenn die feſte Ordnung der bürgerlichen Geſellſchaft erſchüttert werde. Der redliche, aber etwas beſchränkte Obriſt Sibthorp rief ein herzliches Gelächter hervor, indem er verſicherte: er ſey ein entſchiedener Freund der Reform, aber die Reform, die er unterſtützen ſolle, dürfe keine Revolution ſeyn, die das Unterſte zu oberſt kehre; ſie müſſe oben laſſen, was oben, und unten, was unten ſey, und ſie müſſe überhaupt Alles beim Alten laſſen. Auf der andern Seite wußte der ſchottiſche Kronſachwalter Jeffreys die Aufmerkſamkeit zu feſſeln, indem er die Nothwendigkeit einer Erweiterung der öffentlichen Freiheiten nicht bloß aus der gegenwärtigen Lage, ſondern aus den Geſetzen der allgemeinen Entwicklung der Völker herleitete. „Ich will es nicht leugnen," ſagte

Digitized by Google

er, „daß wir ſeit zwei bis dreihundert Jahren unter unſerer gegenwärtigen Verfaſſung fortwährend an Wohlſtand an Macht und Ruhm zugenommen haben. Aber ſchon in den Tagen der Tudors und der Stuarts begannen Reichthum, Glanz und ein hoher Grad von Bildung uns vor andern Völkern auszuzeichnen; ſchon damals hatten wir im Vergleiche mit andern europäiſchen Staaten einen ſehr bedeutenden Fortſchritt in der Ausbildung unſerer bürgerlichen Freiheit gemacht. Hätte man alſo nicht unſern Voreltern in den Zeiten der Tudors und Stuarts ſagen können, ſie ſollten ſich mit dem Wohlſtande und mit der Freiheit, die ſie bereits beſäßen, begnügen und nicht nach mehr ſtreben, weil ſie dadurch leicht das bereits Erlangte gefährden könnten? Aber wenn man ſich auf unſern gegenwärtigen Wohlſtand beruft, um uns von allen Veränderungen in unſeren beſtehenden Einrichtungen abzumahnen, ſo vergeſſe man nur nicht die Thatſache, daß zu der Erlangung eines ſehr hohen Grades von Wohlſtand oft ein ſehr geringer Grad von politiſcher Freiheit hinreichend iſt. Jeder Willkürherrſcher, der — ſey es aus eigenem Intereſſe oder aus Gleichgültigkeit oder aus einer Art Menſchlichkeit, — ſeinem Volke einen kleinen Kreis politiſcher Freiheit gönnt, muntert den Gewerbfleiß und den Unternehmungsgeiſt auf. Der Gewerbfleiß und der Handel vermehren den Reichthum und aus dem allgemeinen Wohlſtande erblüht zuletzt die Freiheit: weit öfter die Tochter, als die Mutter des Glückes. So erhoben ſich die italieniſchen Republiken, ſo die deutſchen freien Reichsſtädte, ſo die niederländiſchen Städte, ſo unſere eigenen, die, mächtig durch ihren Gewerbfleiß und Reichthum, die Befreiung von dem Drucke des Lehenweſens und jene Gemeinderechte erlangten, welche die Grundlage unſerer gegenwärtigen Freiheit bilden. So wie bei zunehmendem Wohlſtande die Menſchen ſich mehr beſtrebten, Schutz zu erhalten gegen Beläſtigungen und ungeſetzliche Eingriffe, ſo führte die mit dem Wohlſtande Hand in Hand gehende Zunahme der Bildung und Verbreitung der Kenntniſſe zu größerer Sorgfalt in der Geſetzgebung und zu klarerem Blicke auf die Bedürfniſſe der Gegenwart. So wie die Nationen fortſchreiten, erweitern ſich auch die Kreiſe ihrer politiſchen Einrichtungen, und auf dieſe Weiſe entſteht das Bedürfniß, dieſe Einrichtungen ſo auszubilden und zu vervollſtändigen, daß ſie den ſich mehrenden Schwierigkeiten gewachſen bleiben, die aus ſo verwickelten Intereſſen hervorgehen. Iſt es nun wahr oder nicht, daß die Ereigniſſe der letzten 25 Jahre im Lande eine Maſſe politiſcher Intereſſen und Einſichten erzeugt haben, die in keiner früheren Zeit unſerer Geſchichte vorhanden war? Man ſagt,

Digitized by Google

eben deshalb ſollten wir jetzt ſtehen bleiben, weil wir nie früher eine ſo hohe Stufe der Nationalgröße erreicht hätten. Wo iſt aber der Menſch, der ſagen kann, bis hieher und nicht weiter? Wer hätte in den letzten Jahrhunderten fortſchreitender Verbeſſerung ein ſolches Wort ausſprechen dürfen, und wer dürfte es jetzt? Wo liegt, wenn das unberechenbare Gebiet des Geiſtes ſich erweitert, der Punkt, über den man nicht hinausſchreiten darf, ohne in das Verderben zu fallen?"

Einen bedeutenden Eindruck brachte ungeachtet der Mißgunſt, mit der er im Parlemente gehört wurde, Daniel O'Connell hervor, der ſowohl durch die genaue Sachkenntniß, die er an den Tag legte, wie durch ſeine kraftvolle männliche Beredſamkeit ſelbſt ſeinen erbittertſten Gegnern Achtung abnöthigte. „Die gegenwärtige Verwaltung," begann er, „handelt unklug, tyranniſch gegen Irland; ich gehöre deshalb nicht zu ihren Freunden, und wenn ich mir nur bei der Leidenſchaft Rath holte, ſo würde es mir an Gründen nicht fehlen, die ich gegen die Maßregel der Miniſter geltend machen könnte. Der Vortheil, den ſie dem brittiſchen Volke verſpricht, gebietet aber in dieſem Augenblicke allen anderen Rückſichten Stillſchweigen. Sie legt das Gartenmeſſer an alle verdorbenen Zweige der Verfaſſung und führt es mit ſchonungsloſer Meiſterhand gegen alle krankhafte Auswüchſe, während ſie alle geſunde Theile unberührt und unverletzt läßt. Die verfallenen Flecken ſind eine Verletzung des oberſten Grundſatzes der Verfaſſung, des Grundſatzes der Volksvertretung. Wenn die Herren ſagen, die Maßregel gebe dem Lande eine neue Verfaſſung, ſo möchte ich ſie zuerſt fragen, ob ſie auch wiſſen, welcher Art die alte Verfaſſung war. Wollte Englands alte Verfaſſung, daß der Wall von Old Sarum, der Park von Gatton oder die Mauerblenden von Medhurſt im Hauſe der Gemeinen vertreten werden ſollten? Die Herren auf der Gegenſeite drohen und erheben laute Klage, als ob man unverletzliche Rechte berauben wolle. Ich habe noch niemals gehört, daß irgend einem vornehmen Herrn das Recht verliehen worden ſey, Mitglieder in das Haus der Gemeinen zu ſchicken; wohl aber habe ich gehört, daß ſolche Rechte einſt dem Volke verliehen waren, und daß ſie dem Volke geraubt worden ſind. Und jetzt ſagt das Volk zu den Fleckenbeſitzern: Ihr habt uns unſere Rechte genommen, unſere Freiheiten an Euch geriſſen, unſer Eigenthum geraubt; gebehrdet Euch, wie Ihr wollt, Ihr müßt es wieder herausgeben. Man hat den Geſetzentwurf einen Corporationsraub genannt. Da ich ein Rechtsanwalt bin und etwas von der Neugierde dieſes Standes beſitze, ſo ging ich die Liſte der Flecken, die

Digitized by Google

ihr Wahlrecht verlieren ſollen, durch, um zu ſehen, wie viele von ihnen Corporationen haben; und da fand ich, daß von den ſechzig nur ſechzehn Corporationen ſind, unter welchen letzten ſich aber keineswegs Boroughbridge befindet. Man klagt darüber, daß das Geſetz willkürlich Wahlrechte aufhebe. Es würde mich freuen, wenn die Herren, die dieſe Sprache führen, mich in meinen Bemühungen zur Zurücknahme der Union unterſtützen wollten; denn wenn ſie glauben, daß die Geſetzgebung nicht befugt ſey, Wahlrechte aufzuheben, was denken ſie davon, daß in Irland 200 Flecken durch eine einzige Parlamentsacte ihrer Wahlrechte beraubt worden ſind? Dieß iſt durch die Union geſchehen. Der Hauptgrund, den man zu der Vertheidigung des beſtehenden Syſtems anführt, iſt, daß daſſelbe ſich in ſeinen Wirkungen als ein gutes und als ein wohlthätiges bewährt habe. Aber welche Beweiſe kann man dafür vorbringen? Etwa die Feuersbrünſte, welche die Grafſchaften verheeren? oder die Unglücklichen, welche, dem Hungertode nahe, auszogen, um die Maſchinen zu zertrümmern, und die nun die Kerker des Landes füllen? Oder die Geſetze gegen den Wilddiebſtahl, die jährlich ſo viele Mordthaten veranlaſſen? Ich will Ihnen Beweiſe vorlegen, wie das Wahlfleckenkrämerſyſtem gewirkt hat. Bei der Abſtimmung über die großen Erſparungen, die im Jahre 1822 vorgeſchlagen wurden, ſtimmten die Vertreter der 19 Flecken mit weniger als 500 Einwohnern ſämmtlich gegen alle Erſparungen, von den 15 Vertretern der Flecken mit weniger als 1000 Einwohnern ſtimmten 33 dagegen, von den 61 Vertretern der Flecken mit weniger als 1000 Einwohnern 44 und von den 113 Vertretern der Flecken unter 5000 Einwohnern 66. Das Burgkrämerparlement hat England mit einer Landesſchuld von 900 Millionen Pfund Sterling belaſtet. Wenn das Land dennoch glücklich und groß wurde, ſo wurde es dieß nicht durch jenes Syſtem, ſondern ungeachtet deſſelben durch die großen unverſieglichen Lebensquellen des Volkes. Die Ariſtokratie und ihre Diener haben ſich gemäſtet von dem öffentlichen Raube, und die Folge dieſes Syſtemes der Mißverwaltung, der Beſtechung und der Plünderung iſt es, daß alle Gemüther ſich in Unmuth erheben und daß es kein anderes Mittel giebt, die Verfaſſung von Alt-England zu retten, als indem man das geſammte Volk von England als Schutzwache für ſie aufruft.“

Nach neuntägiger Dauer der Berathung über die bloße Ankündigung der Reformbill, gedieh dieſelbe endlich am 9. März zum Schluſſe, indem Lord John Ruſſell dem alten Herkommen gemäß die Erlaubniß um Einbringen ſeines Geſetzvorſchlages ertheilt wurde. Obgleich damit

noch wenig erreicht war, da dieſe vorläufige Erlaubniß noch keinesweges eine Verpflichtung zur Annahme enthält, ſo wurde doch ganz England in freudige Bewegung verſetzt. Wenn vorher noch ein Zweifel über die Stimmung des Landes möglich war, ſo wurde derſelbe jetzt durch die Hunderttauſende von Unterzeichnungen gehoben, die in wenigen Tagen die Bittſchriften an das Parlement, die Dankadreſſen an den König bedeckten, welche von zahlreichen Volksverſammlungen in allen einigermaßen erheblichen Städten Englands wie Schottlands und Irelands angenommen wurden. Davon hatte die Partei, welche die alten Bevorrechtigungen vertheidigte, ſich längſt überzeugt, daß offener Widerſtand gegen den einmüthigen Volkswillen unmöglich einen günſtigen Erfolg haben könne; aber ſie gab die Hoffnung nicht auf, wenn ſie auch einen Theil der in ihrem Beſitze befindlichen ſchönen Vortheile als unrettbar verloren erkannte, doch den größeren und wichtigeren Reſt zu retten. Dazu erſchien aber als die erſte unerläßlichſte Bedingung der Sturz der Miniſter. Die ſchwächſte Seite der neuen Verwaltung waren jedenfalls ihre Plane zur Herabſetzung und Umgeſtaltung der Steuern, weil dieſe, um zur Reife zu gelangen, gründlichere Vorarbeiten erforderten, als den Miniſtern bei der kurzen Zeit ihrer Amtsführung geſtattet geweſen waren. Eine Steuerfrage, — der Vorſchlag des Finanzminiſters zur Herabſetzung der Eingangszölle von norwegiſchem und baltiſchem Schiffsbauholze — mußte deshalb die erſte Gelegenheit zum Angriffe bieten. Der Vorſchlag, der allerdings mannichfaltige Intereſſen, namentlich jene der großen canadiſchen Holzhändler, verletzte, wurde mit großer Stimmenmehrheit verworfen; und man erwartete nun, daß die Miniſter, da das Haus der Gemeinen ihnen ſeine Unterſtützung verſagte, ihren Abſchied nehmen würden. Darin hatte man ſich jedoch verrechnet, da Lord Althorp gleich ſeinen Collegen wohl wußte, daß ihm eine wichtigere Aufgabe zu löſen oblag, als die Herabſetzung der Eingangszölle von norwegiſchen Balken und Bohlen. Es blieb daher nun nichts Anderes übrig, als was man freilich gern vermieden hätte, die Schlacht in der Hauptfrage anzunehmen. Am 21. März ſtellte Lord John Ruſſell den Antrag auf die zweite Leſung ſeiner Reformbill. Ihm trat Sir Robert Vyvyan, einer der unbeugſamſten unter den Vorkämpfern der Adelsherrſchaft mit dem Antrage entgegen, die Vorleſung der Bill auf ſechs Monate zu verſchieben, oder, was daſſelbe ſagen wollte, ſie ohne Weiteres zu verwerfen. Sir Robert Vyvyan behauptete, daß noch niemals in irgend einem Lande eine allgemeine Maßregel der Reform eingeführt worden ſei

velche den Einfluß der Maſſe des Volkes bedeutend vermehrt habe, ohne eine Revolution zur Folge zu haben, welche die Sicherheit des Eigenthums gefährdete. Dies werde auch bei der Parlementsreform der Fall ſeyn, die jetzt in Vorſchlag gebracht ſey. In den größeren Manufacturſtädten müſſe die Ausdehnung des Wahlrechtes auf die Zehnpfundmiether beinahe zu einem allgemeinen Stimmrechte führen. In dem neuen Parlemente, welches aus ſolchen Wahlen hervorgehe, verde weder die Staatsſchuld noch das in derſelben angelegte Eigenthum ſicher ſeyn; denn es ſey etwas nur zu gewöhnliches, daß neue Regierungen die Schulden der alten vergäßen. Mit blutiger Schrift habe die franzöſiſche Revolution die Folgen aufgezeichnet, welche entſtänden, wenn die Inhaber der Macht vom Schrecken und von der Furcht ſich die Gewalt entreißen ließen. In allen neuen Verſammlungen wären Anfangs viele Gutgeſinnte, auch in der franzöſiſchen Nationalverſammlung hätten dieſe die Mehrheit gebildet; bald aber erhielten die Schlechten das Uebergewicht; denn die Schlechten wirkten, ſo lange noch die Guten zu überwinden wären, zuſammen nach einem Ziele, während die Guten, der Einheit ermangelnd, immer mehr an Zahl und an Einfluß verlören. Zuletzt nehme Zügelloſigkeit und Verderbniß ſo überhand, daß keine andere Rettung bleibe, als ſich dem Deſpotismus in die Arme zu werfen. Uebrigens ſchlug Sir Robert Vyvyan vor, zur Beruhigung des Landes das Verſprechen einer gemäßigten Reform zu ertheilen, die darin beſtehen ſollte, daß keiner der bisher berechtigten Ortſchaften das Wahlrecht ohne einen förmlichen Urtheilsſpruch entzogen, daſſelbe aber den größeren Städten, die bisher nicht vertreten geweſen wären, verliehen werde. In dem gleichen Sinne ſprach eine ganze Reihe Toryredner, von denen Einzelne ſich ſo weit vergaßen, daß ſie in leicht verſtändlichen Worten darauf hindeuteten, die Reform müſſe zu einer Revolution führen, die den König die Krone und vielleicht den Kopf koſten könne. Unter den Sprechern für die Reform zeichnete ſich am meiſten der iriſche Advocat Shiel aus, der von dieſem Tage, an dem er zum erſten Male in dem Parlemente das Wort ergriff, eine Stelle unter den erſten Rednern Englands einnahm. Shiel widerlegte die Behauptung Sir Robert Vyvyans, daß das neue Parlement nach der Annahme der Reformbill einen durchaus verſchiedenen Charakter von dem alten haben werde. Es ſei bekannt, wie ſehr das Volk an alten Geſchlechtern hänge, und wie ausgedehnten Einfluß immer die großen Grundeigenthümer behalten müßten. Von einer Erweiterung des Wahlrechtes ſey daher für die Verfaſſung keine

Digitized by Google

Gefahr zu befürchten. Auch nach der Durchführung der Parlementsreform würden die Söhne der angeſehendſten und einflußreichſten Familien in das Haus der Gemeinen kommen, nur würden ſie nicht mehr durch Kauf und Beſtechung, ſondern auf dem offenen rechtmäßigen Wege der Volkswahl Zutritt finden. „Um den gegenwärtigen Zuſtand zu verurtheilen,“ bemerkte Shiel, „genügt eine einzige Thatſache: die Mehrheit des Hauſes der Gemeinen wird nicht durch das Volk, ſondern durch 150 Perſonen gewählt. So ſind einige große Fleckenbeſitzer im Stande, durch ihre oligarchiſchen Verbindungen dem Souverain, der Regierung und dem Volke Geſetze vorzuſchreiben. Die Sitze im britiſchen Hauſe der Gemeinen wurden im Aufſtrich verkauft, es wurde ein offener Markt, ein Parlementsbazar eröffnet, um die Wahlrechte des Volkes zu verhandeln. Eine Sultanin erhielt ſonſt häufig eine Provinz für ihren Halsſchmuck, eine andere für ihre Armſpangen, eine dritte für ihren Gürtel. Bei unſerm gegenwärtigen Syſteme dürfte man ſich nicht wundern, wenn irgend eine Lady der großen Welt Gatton als Brautſchatz und Old-Sarum als Nadelgeld erhielte. Das Volk hält es für reinen Hohn, dieß eine Volksvertretung zu nennen; und ſtatt in den Parlementsgliedern den Spiegel des öffentlichen Geiſtes zu ſehen, ſieht es in ihnen nur die Taſchenſpiegel, welche die Geſichter einiger großen Fleckenbeſitzer getreulich wiedergeben. Natürlich pflanzte ſich die Anſteckung fort. Wenn die Lords ihr Intereſſe im Parlemente in Gold verwandelten, ſo verwandelte der arme Wähler durch denſelben Proceß politiſcher Alchymie ſeine Stimme in Silber. Wie konnten wir die Beſtechung bei den Einen verdammen, während wir ſie bei den Anderen aufrecht hielten? Wurde das unendlich größere Vergehen bloß durch die Höhe des Lohnes kleiner? Die Heuchelei war der Beſtechung zugeſellt. Manchmal zog man ein Paar arme Wahlmänner zur Unterſuchung und verurtheilte ſie nach den Grundſätzen ſpartaniſcher Sittenreinheit; man beſtrafte den Dieb nicht, weil er geſtohlen hatte, ſondern weil er einfältig genug war, ſich ertappen zu laſſen. Iſt es nun zu verwundern, daß im ganzen Lande nur ein Gefühl des Unwillens über dieſen ſchändlichen Handel herrſcht; daß ganz England ſich erhebt und austreibt aus dem Tempel der Verfaſſung die Käufer und die Verkäufer und umſtößt die Tiſche der Wechsler und die Stühle der Krämer?“ — Es war am 22. März des Morgens um vier Uhr, als es zur Abſtimmung kam. Die zweite Leſung der Reformbill wurde mit 304 gegen 303 Stimmen, alſo mit der Mehrheit *einer* Stimme genehmigt.

Digitized by Google

Ein ſolcher Sieg war ein ſehr zweideutiger, denn da die Zulaſ-
ung eines Geſetzentwurfes zur zweiten Leſung nach dem parlementa-
iſchen Gebrauche keine andere Bedeutung hat, als daß das Haus ſeine
Zuſtimmung zu den Grundſätzen deſſelben im Allgemeinen zu erkennen
iebt, ſo konnten bei der Berathung über die einzelnen Beſtimmungen,
ie jetzt in dem ſogenannten Ausſchuſſe des ganzen Hauſes (committee
f the whole house) folgten, ſo viele Veränderungen getroffen werden,
aß kein Stein auf dem andern blieb; und je geringer die Mehrheit
oar, die ſich für die Bill im Allgemeinen erklärt hatte, um ſo leichter
onnten durch den Abfall weniger Mitglieder die weſentlichſten Beſtim-
nungen umgeſtoßen werden. Nachdem die Gegenpartei die Hoffnung
erloren hatte, die Miniſter durch Angriffe auf ihre Steuerverbeſſe-
ungen zum Rücktritte zu nöthigen, mußte ihr daher Alles daran ge-
gen ſeyn, zu erforſchen, welches Verfahren die Regierung einſchlagen
oürde, ſobald die Bill in der Ausſchußberathung eine weſentliche Um-
eſtaltung erlitte. Aus dieſem Grunde hauptſächlich verdoppelten ſich
tzt die Angriffe, die von Anfang im Hauſe der Lords weniger gegen
en allgemeinen Grundſatz einer Verbeſſerung in der Vertretung, als
egen die Ausdehnung gerichtet waren, bis zu welcher die miniſterielle
Maßregel dieſe Verbeſſerung führen wollte. Ein Paar Bittſchriften
egen die Reform mit einer geringen Anzahl Unterſchriften, die man
nit vieler Mühe zuſammengebracht hatte, gaben zu Beſprechungen Ver-
nlaſſung, in denen Männer, die ihr ganzes Leben hindurch als die
ntſchiedenſten Gegner jeder Reform bekannt waren, ſich nicht abgeneigt
rklärten, in gemäßigte Verbeſſerungen zu willigen, dabei ſich aber mit
eidenſchaftlicher Heftigkeit gegen den Plan der Miniſter erhoben, den
ie als einen revolutionairen bezeichneten. Der Lord-Kanzler ließ die
dlen Lords das ganze Uebergewicht ſeiner durchdringenden Schärfe
es Urtheils und ſeines einſchneidenden Witzes empfinden, indem er
hnen ſeine Freude über ihre plötzliche Bekehrung bezeugte. Dabei unter-
ieß er aber nicht, ernſte Worte der Warnung hinzuzufügen: „Möge
Niemand warten und ſäumen,“ ſagte er, „bis die Zeit der Rettung
orüber iſt und die Pforten der Fluthen ſich öffnen, die uns alle mit
Vernichtung bedrohen!“ Der Marquis von Londondery ſprach ſich
nit der äußerſten Entrüſtung darüber aus, daß man mit einer Auflö-
ung des Parlements drohe, wenn die Bill nicht angenommen würde,
ie doch der Ariſtocratie den Untergang bringen und im Lande eine
Geſetzloſigkeit herbeiführen müſſe, wie ſie in mehreren Staaten des
eſtlandes herrſche. Da erhob ſich Graf Grey und ſagte: „Als die

Stelle, die ich jetzt einnehme, mir von meinen gnädigen Souverain in einer Weiſe angetragen wurde, die mir, ſo lange ich lebe, Achtung, Dank und Liebe gebieten wird, da machte ich meinem Könige die Vorſtellung, und meine Dienſte wurden unter dieſer Bedingung angenommen, daß ich Sr. Majeſtät nicht treulich und nützlich dienen könne, wenn mir nicht erlaubt würde, dem Parlemente eine Maßregel vorzuſchlagen, wie ſie dem andern Hauſe vorgelegt iſt. Der edle Marquis beklagt ſich, daß man Drohungen einer Auflöſung des Parlementes habe durchblicken laſſen, und er fordert mich zu einer beſtimmten Erklärung darüber auf. Ich werde keine ſolche Erklärung geben. Ich ſage nur, daß ich mich für die Maßregel beſonders verpflichtet habe, ohne die Möglichkeit eines Vergleiches oder Rücktrittes zuzugeben; ich werde mit ihr ſtehen oder fallen, und bin entſchloſſen, in nichts zu willigen, was ihre Wirkſamkeit lähmen könnte. Ich bin nicht eitel genug, um zu behaupten, die Bill ſey ſo vollſtändig und vollkommen, daß nicht Einzelnes einer Verbeſſerung bedürfen könnte; aber nie werde ich in Etwas willigen, was ihrer Wirkſamkeit im Ganzen entgegentreten würde. Noch einmal ſpreche ich es aus: ich werde mit dieſer Bill ſtehen oder fallen, und ohne daß ich irgend eine Drohung ausſtoßen wollte, erkläre ich doch, daß ich, um eine Maßregel durchzuſetzen, die ich für geeignet halte, das Beſte des Landes zu bewirken, indem ſie die Stimme der Klage beſchwichtigen, die Unzufriedenheit entfernen und das Volk in Vertrauen und Liebe mit der Regierung vereinigen wird, — daß ich, um eine ſolche Maßregel durchzuſetzen, vor keinem Schritte zurückſchrecken werde, den die Pflicht gegen den Staat mir gebietet." Der Herzog von Wellington bemerkte hierauf: „Ich bin fern davon, dem edeln Grafen die Abſicht beizumeſſen, eine revolutionaire Maßregel einzuführen; aber ich kann die Bill nur als geeignet betrachten, eine völlige Umänderung in dem Syſtem der Regierung und dem Weſen unſerer Staatseinrichtungen hervorzubringen. Ich habe kein perſönliches Intereſſe dabei; aber ich ſtehe vor ihnen, meine Lords, als ein Mann der dem Könige faſt ein halbes Jahrhundert hindurch diente. Neun und vierzig Jahr lang ſtand ich im Dienſte der Krone, und davon diente ich dreißig ereignißvolle Jahre im Commando der Heere des Königs, in fremden Geſandtſchaften und im Rathe der Krone; und die Erfahrung, die ich in der Erfüllung dieſer verſchiedenartigen Pflichten erwarb, gebietet mir zu erklären, daß ich auf dieſe Maßregel nicht ohne die ernſteſte Beſorgniß blicken kann, daß von der Zeit ihrer Annahme ſich der Sturz der Verfaſſung herſchreiben wird."

Digitized by Google

Als nach einer vierzehntägigen Feier, die das Oſterfeſt veranlaßt hatte, das Parlement wieder eröffnet wurde, trat zu allgemeinem Befremden der alte Pöbelaufwiegler Hunt auf und verſicherte, unter dem Volke habe die Begeiſterung für die Reformbill bedeutend nachgelaſſen; wer ſein Wahlrecht verliere, ſpreche gegen die Bill; daſſelbe thue die Million Eigenthümer, die zu den neuen Wahlrechten nicht zugelaſſen würden. Nur die neuen Wahlberechtigten lobten ſie. Was ihn ſelbſt betreffe, ſo werde er für die Bill ſtimmen, aber nicht weil er ſie für vollkommen, ſondern weil er ſie für den erſten Anfang einer Verbeſſerung halte. Dieſe Rede wurde von den Tories mit lärmendem Beifall aufgenommen; aber O'Connell warf dem Volksmanne vor, er ſcheine ſich den Tories verkauft zu haben, in deren Händen er doch keinen rothen Pfennig werth ſeyn werde; und Hunt wußte darauf nichts zu erwiedern, als indem er in echter Pöbelweiſe ſeinen Gegner beſchuldigte, dieſer habe ſich der Regierung verkauft. Die Behauptung des eiteln Thoren, der durch ſein ſelbſtändiges Auftreten, wie er es nannte, ſich ſelbſt nur eine höhere Wichtigkeit geben wollte, wurde durch die That widerlegt; denn mit ſeiner vieljährigen Volksgunſt war es von Stund' an vorbei; er durfte ſich nicht mehr öffentlich ſehen laſſen, ohne von ſeinem eigenen früheren Anhange gehöhnt und verfolgt zu werden.

Am 18. April begann die Berathung über die Reformbill im Ausſchuſſe des Hauſes der Gemeinen. Die Adelspartei hatte inzwiſchen ſich über ihren Feldzugsplan vereinigt. General Gascoyne verbreitete ſich ausführlich über die Nachtheile, die es haben werde, wenn die Zahl der engliſchen Mitglieder des Hauſes der Gemeinen vermindert und jene der iriſchen und ſchottiſchen vermehrt werde. Dadurch werde den iriſchen Mitgliedern ein Einfluß gegeben, den ſie bei der Vertheilung der Steuern, ſo wie bei vielen andern Gelegenheiten zur Benachtheiligung Englands und beſonders zur Verkürzung der proteſtantiſchen Kirche benutzen könne. Deshalb ſchlug er vor, die gegenwärtige Zahl der engliſchen Mitglieder möge unverändert beibehalten werden. Niemand verbarg ſich, daß der Zweck dieſes Vorſchlages kein anderer war, als den ganzen miniſteriellen Plan zu vereiteln; denn ſobald einmal der Beſchluß gefaßt war, daß die Zahl der engliſchen Parlementsglieder nicht vermindert werden ſolle, konnte es an Vorwänden nicht fehlen, auch alle jene kleinen Orte, die nur noch einen Schatten ihrer früheren Bedeutung hatten, gegen den angedrohten Verluſt des Wahlrechtes zu ſichern. Lord Althorp wies die Grundloſigkeit der Beſorgniß vor einer ungemeſſenen Vermehrung des iriſchen

Digitized by Google

Einfluſſes im Parlemente nach, die unmöglich erheblich ſeyn könne, wenn zu den hundert Mitgliedern der Schweſterinſel noch fünf neue hinzukämen; zugleich forderte er alle Freunde der Reform auf, ſich dem Antrage des Generals zu widerſetzen, der den ganzen in der Berathung begriffenen Geſetzentwurf bloßſtellen würde. Es fanden weitläuftige Verhandlungen Statt, in denen man ſich gegenſeitig die bitterſten Vorwürfe machte, und deren Ergebniß Lord John Ruſſel zum Schluſſe zuſammenfaßte, indem er ſagte: „Ich kann den Antrag des tapfern Generals nur als eine Probe jener parlementariſchen Kunſtgriffe anſehen, durch die ein Mitglied, das eine Maßregel zu beſeitigen wünſcht, zuerſt alle ihre Feinde zuſammenbringt, dabei aber verſucht, auch einige ihrer Freunde zu fangen, die thöricht oder ſchwach genug ſind, in die Falle zu gehen, die ihnen geſtellt iſt. Ich weiß nicht, zu welchen Folgen die Verwerfung der Bill führen würde, doch kann ich zum Voraus erklären, daß Se. Majeſtät mit einer Entſcheidung, durch welche die Bill verworfen würde, nicht zufrieden ſeyn, ſondern ſich auf das Land berufen würde. Sollte ſtatt des jetzt vorgeſchlagenen ein umgeänderter Reformplan durchgehen, ſo würde er das Land nicht befriedigen. Es würde ein ſteter Kampf zwiſchen dem Volke und dem Parlemente eintreten, während die vorliegende Bill geeignet iſt, die Liebe zur Regierung zu wecken, die Treue gegen den Thron zu befeſtigen und ſo eine bleibende Schutzwehr für alle unſere Staatseinrichtungen zu bilden. Bei der Abſtimmung, die am 19. des Morgens um 4 Uhr erfolgte, entſchieden 299 Stimmen gegen 291 den Sieg der Tories.

Die Aufregung, welche dieſe Entſcheidung zuerſt in London, bald aber im ganzen Lande hervorrief, war ungeheuer; denn überall nahm man dieſelbe als gleichbedeutend mit einer Verwerfung des miniſteriellen Planes der Reformbill auf. Die Zeitungen, mit Ausnahme der wenigen, die Partei für die Tories ergriffen, forderten das brittiſche Volk auf, feſt zuſammenzuſtehen, da eine Auflöſung des Parlementes jetzt nicht ausbleiben könne und Alles darauf ankomme, daß die Nation bei den neuen Wahlen ihren einſtimmigen Willen kund gebe. An allen öffenltichen Orten wurden Verſammlungen gehalten, in denen drohende Beſchlüſſe gefaßt wurden. Die Ruhe wurde nirgend geſtört, weil Niemand daran zweifelte, daß die neuen Wahlen die entſchiedenſte Mehrheit zu Gunſten der Reform in das Parlement ſchicken würden. Seltſam genug wollten nur die Tories nicht daran glauben, daß die Miniſter ſich entſchließen würden, das Parlement aufzulöſen. Am 21. erklärte Lord Althorp, auf eine Anfrage Sir Robert Vyvyans, daß die Miniſter nicht die Abſicht hätten, mit

Digitized by Google

der Bill weiter zu gehen, verweigerte aber über die eigentliche Frage, ob ſie das Parlement auflöſen würden, jede Auskunft. Sir Robert Peel beſchwor die Miniſter, an keine Auflöſung zu denken, weil ſie dadurch die ſchwerſte Verantwortung auf ſich laden würden, zumal da gar keine zwingende Veranlaſſung dazu vorhanden ſey. Eine gemäßigte Reform möge zweckmäßig ſeyn, aber nie hätte man ſie bei der gegenwärtigen Aufregung vorſchlagen, ſondern ruhigere Zeiten abwarten ſollen. Wenn man nun gar ſo weit gehen wollte, das Parlement aufzulöſen, ſo würde die Verwirrung erſt auf ihren Gipfel gebracht werden; dann würde das Parlement bei ſeinem Wiederzuſammentreten vollkommen berechtigt ſeyn, das Miniſterium in Anklageſtand zu verſetzen. Dagegen rief Daniel O'Connell mit ſeiner alles Geräuſch, das im Hauſe herrſchte, überdröhnenden Stimme aus: „Ich hoffe, die Miniſter werden dem Könige, den Gott ſegnen möge, den Rath ertheilen, unverweilt ſich auf den beſonnenen geſunden Sinn des Volkes zu berufen und es zur Hülfe aufrufen gegen jene verderbten Einrichtungen, die England vor den Augen Europa's herabwürdigen. Die Stimmung, die ſich auf beiden Seiten ausſprach, wurde immer leidenſchaftlicher, bis der Tory William Bankes darauf antrug, das Haus möge ſich vertagen, obwohl die Voranſchläge für den Staatshaushalt auf der Tagesordnung waren. Umſonſt widerſetzten ſich die Miniſter; die Vertagung wurde mit 164 gegen 142 Stimmen beſchloſſen. An demſelben Tage fanden im Hauſe der Lords nicht weniger leidenſchaftliche Erörterungen Statt; auch hier erklärten ſich die Tories mit Heftigkeit gegen eine Auflöſung des Parlements; und Lord Wharncliffe kündigte an, er werde des andern Tages den Antrag auf eine Adreſſe ſtellen, durch welche der König gebeten werden ſolle, von dem ihm zuſtehenden Vorrechte im gegenwärtigen Augenblicke keinen Gebrauch zu machen.

Des andern Mittags ſtrömten die Mitglieder bereits um ein Uhr in das Haus der Gemeinen, deſſen Sitzungen doch ſonſt gewöhnlich nicht vor vier oder fünf Uhr beginnen. Die Sitzung gewährte den Anblick einer Verwirrung, die in der parlementariſchen Geſchichte Englands ohne Beiſpiel war. Zuerſt trat Sir Robert Vyvyan auf, um in die maßloſeſten Anklagen gegen die Miniſter auszubrechen. Darauf verlangten viele Mitglieder zugleich das Wort, und es entſtand ein Tumult, in dem Niemand ſich vernehmlich machen konnte, bis der Sprecher, ein Tory, gegen ſeine gewöhnliche Unparteilichkeit, für Sir Robert Peel entſchied, obwohl das parlementariſche Herkommen verlangt, daß

Digitized by Google

die Redner zwiſchen den beiden einander gegenüberſtehenden Parteien wechſeln. „Noch iſt kein Grund, zu verzagen,“ ſagte Peel. „Wie tadelnswerth und gefährlich das Benehmen der Regierung auch iſt, ſo hege ich doch zuviel Vertrauen auf die Beſonnenheit und Vaterlandsliebe des Volkes, um das Ergebniß der Berufung zu fürchten, die jetzt an daſſelbe ergehen ſoll. Wenn die, welche Eigenthum beſitzen, die Hände in den Schooß legen und ſich plündern laſſen, dann in der That kann ihnen Niemand helfen; wenn ſie ſich aber vereinigen, wenn ſie zu ihrer Erhaltung gemeinſchaftliche Sache machen, dann wird auch die Verfaſſung erhalten, dann werden die gegenwärtigen Miniſter“ — Hier wurde Sir Robert Peel durch den Ruf: zur Ordnung! zur Ordnung! von der Reformpartei unterbrochen. In der höchſten Aufreizung wandte er ſich gegen ſeine Unterbrecher und erklärte, daß dies Benehmen eine Probe des Geiſtes der Reformbill ſey. Wenn dieſe Reformbill durchgehe, werde das brittiſche Volk der Sclave der ſchlechteſten Art von Deſpotismus werden, des Deſpotismus der Pöbelaufwiegler. Er verſuchte es darauf ſeine Rede fortzuſetzen, zwiſchen die der Donner der Geſchütze ſchallte, die am St. Jamespalaſte gelöſ't wurden, während der König in feierlichem Aufzuge nach dem Parlemente fuhr, das er in Perſon aufzulöſen beſchloſſen hatte. Der Lärm der durch einander Sprechenden und Schreienden war jedoch ſo groß, daß man nur einzelne Sätze verſtehen konnte, bis endlich der Herold mit dem ſchwarzen Stabe erſchien und das Haus nach dem Verſammlungsſaale der Lords entbot, um dort die Thronrede des Königs zu vernehmen. In dem Hauſe der Lords hatten inzwiſchen nicht weniger ſtürmiſche Auftritte Statt gefunden. Lord Wharncliffe hatte den Antrag auf die von ihm angekündigte Adreſſe eingebracht, als der Lord Kanzler Brougham eintrat und ſogleich das Wort ergriff: „Ich habe noch niemals gehört, daß die Krone das Parlement nicht auflöſen dürfe, beſonders wenn das Haus der Gemeinen es für angemeſſen hält, ſeine Mitwirkung zu verweigern.“ Der Anblick des verhaßten Plebejers, der vor kurzem erſt zu gleichem Range mit ihnen erhoben war, und mit dem unverholenen Anſpruche auf geiſtige Ueberlegenheit in ihre Mitte trat, ſchien den edlen Lords im höchſten Grade zu mißfallen. Der Ruf: „zur Ordnung!“ und „Schande! Schande!“ überſchallte ſelbſt Broughams Rededonner. Der Herzog von Richmond drohte, das Reglement vorleſen zu laſſen, wonach keine beleidigende Sprache im Hauſe der Lords geführt werden darf. Der Marquis von Londonderry rief, den Tumult überſchreiend, ihm zu: „Das iſt ein jämmerlicher

Digitized by Google

Nothbehelf, den Ausdruck der Meinung über dieſen Gewaltſtreich niederzuſchlagen.“ Die Aufregung ſtieg immer höher; der Marquis von Londonderry, der ſich nicht mehr vernehmlich machen konnte, drohte Brougham mit der Fauſt. Endlich, als die Geſchütze bereits das Nahen des Königs ankündigten, gelang es dem Grafen Mansfield ſich Gehör zu verſchaffen. „Mit Erſtaunen hörte ich von dem edeln und gelehrten Lord, daß der König das Parlement auflöſen müſſe, wenn das Haus der Gemeinen den beiſpielloſen Schritt thue, die Geldmittel zu verweigern. Ich möchte keinen zu heftigen Ausdruck gebrauchen, aber ſo weit mir Gott Urtheilskraft verlieh, fühle ich, daß der König und das Land an einen ſo furchtbaren Abgrund gebracht werden, wie nie vorher.“ In dieſem Augenblicke wurde der König gemeldet, die Pforten öffneten ſich und Wilhelm IV. trat ein, ſtieg mit feſtem Schritte die Stufen des Thrones hinan und verlas, nachdem er ſich auf demſelben niedergelaſſen, eine Rede, die in ihrem Eingange ſeine Abſicht ankündigte, das Parlement aufzulöſen. „Ich ſah mich veranlaßt,“ ſagte der König, „zu dieſer Maßregel zu greifen, um mir über die Meinung meines Volkes Gewißheit zu verſchaffen, auf dem einzigen Wege, auf dem dieſelbe am wahrſten und geeignetſten ausgedrückt werden kann, während es im Werke iſt, ſolche Veränderungen in der Vertretung vorzunehmen, wie ſie die Umſtände zu erfordern ſcheinen und wie ſie, gegründet auf die anerkannten Grundſätze der Verfaſſung, ſowohl die der Krone gebührenden Rechte und Vorrechte aufrecht erhalten, als den Freiheiten des Volkes eine genügende Bürgſchaft geben können.“ Viele Tauſende hatten ſich, in der Ungewißheit der Dinge welche kommen würden, außerhalb des Parlementsgebäudes verſammelt, die den König bei ſeiner Ankunft wie bei ſeiner Rückkehr mit freudigem Zurufe begrüßten. „Fort mit den Burgkrämern!“ riefen dazwiſchen unzählige Stimmen, und: „Gott ſegne Ew. Majeſtät, daß Sie denken, wie Ihr Volk!“

Deſſelben Tages, an dem das Parlement geſchloſſen und aufgelöſ't war, gingen die Befehle zur Ausſchreibung neuer Wahlen an alle Behörden in dem vereinigten Königreiche Großbritannien und Ireland, die mit der Leitung der Wahlgeſchäfte beauftragt waren. Eine wunderbarere, der Menſchheit in höherem Grade zur Ehre gereichende Erſcheinung weiſ't die Weltgeſchichte kaum auf, als das Benehmen des brittiſchen Volkes bei den Wahlen, aus denen das Parlement hervorgehen ſollte, von dem die Entſcheidung über die von einem Theile des hohen Adels ſelbſt in Vorſchlag gebrachte, von dem andern

Digitized by Google

mit erbitterter Hartnäckigkeit bekämpfte Verfaſſungsumgeſtaltung abhing. Die Gegner der Reform hatten mit Gewißheit vorhergeſagt, daß die Vornahme der Wahlen in dem Zuſtande der Aufregung, in dem das engliſche Volk durch Aufreizungen aller Art verſetzt ſey, zu den beklagenswertheſten Ausſchweifungen führen müſſe. Aber es ſchien, als wenn ganz England ſich das Wort gegeben habe, durch gemeſſene männliche Ruhe und Feſtigkeit zu beweiſen, daß es der Freiheit würdig ſey, die es für ſich in Anſpruch nahm. Beinahe in allen Grafſchaften, beinahe in allen größeren Städten und überall, wo die Wahlen nicht geradezu in den Händen weniger reicher Familien waren, zeigte ſich eine ſo einmüthige Stimmung, daß die Gegner der Reform entweder freiwillig von der Bewerbung zurücktraten oder ungeachtet aller ihrer Anſtrengungen, ungeachtet der ungeheuerſten Geldopfer, die ſie brachten, durch die überwiegende Mehrheit der Stimmen geſchlagen wurden. Unter 82 Mitgliedern, welche die Grafſchaften zu wählen hatten, wurden nur ſechs Tories gewählt, und dieſe in Gegenden, wo ihr unermeßlicher Grundbeſitz ihnen einen Einfluß ſicherte, der ſie beinahe zu unbedingten Herren des Grundes und Bodens machte; von 50 Mitgliedern, die für die größeren engliſchen Städte gewählt wurden, waren nur acht Tories; von 132 Mitgliedern für die ſogenannten offenen Flecken, in denen zwar gewöhnlich der Einfluß einzelner begüterter Geſchlechter vorherrſchte, wo aber doch Volkswahlen Statt fanden, zählten die Tories nur 24 zu den ihrigen. Selbſt in einzelnen jener Ortſchaften, die bisher immer nur die Befehle ihrer Beſitzer oder Gebieter vollzogen hatten, regte ſich zum erſten Male ein Geiſt der Unabhängigkeit, der den „Burgkrämern" anzeigte, daß es mit ihrer Herrſchaft vorüber ſey. Zu Old Sarum, wo die Wahl von den Dienern des Grundbeſitzers vorgenommen wurde, verſammelten ſich nach vollzogener Wahlhandlung die Bewohner der Umgegend und fällten die alte Ulme, unter der die Wahlen ſeit Menſchengedenken Statt gefunden. In Ireland gab O'Connells gewaltige Stimme den Ausſchlag, der, unterſtützt durch den Einfluß der katholiſchen Geiſtlichkeit, es zu bewirken wußte, daß die grüne Inſel unter ihren 100 Mitgliedern nicht weniger als 71 Freunde der Reform in das Parlement ſchickte. Selbſt in Schottland, wo das Wahlrecht ausſchließend von einer geringen Anzahl Bevorrechteter geübt wurde, gewann die Reformpartei das Uebergewicht. In Edinburgh, wo der ſich ſelbſt ergänzende Stadtrath das Wahlrecht hatte, kam es zu unruhigen Auftritten, als es bekannt wurde, daß derſelbe einen Gegner der Reform gewählt hatte. Die Aufruhracte mußte verleſen werden,

Digitized by Google

und der Lord Provoſt, die erſte obrigkeitliche Perſon der Stadt, konnte nur durch das Ausrücken der Truppen vor Mißhandlungen geſchützt werden.

Am 21. Juni wurde das neue Parlement eröffnet. Der Ausgang der Wahlen hatte die Gegner der Reform überzeugt, daß von erfolgreichem Widerſtande gegen die Hauptgrundſätze des von dem Cabinete entworfenen Geſetzes im Hauſe der Gemeinen nicht mehr die Rede ſeyn, und daß jeder Verſuch dieſer Art durch die Vermehrung der allgemeinen Aufregung, die er zur Folge haben mußte, nur das Gegentheil von dem, was er bezweckte, bewirken könne. Die Häupter der Partei waren deshalb übereingekommen, ihre Angriffe auf einzelne Beſtimmungen zu beſchränken, welche als weniger weſentliche Beſtandtheile des Planes erſchienen, und die Verhandlungen ſo viel als möglich in die Länge zu ziehen, um die öffentliche Theilnahme zu ermüden und dadurch jene Abſpannung herbeizuführen, die gewöhnlich in den großen politiſchen Kämpfen eintritt, ſobald das Ziel, das man in unmittelbarſter Nähe glaubte, in die Ferne hinausgerückt wird. Die eigentliche Entſcheidungsſchlacht ſollte dann in dem Hauſe der Lords geliefert werden, wo die Kraft der Partei noch nicht gebrochen, und wo ſie daher entſchloſſen war, feſten Stand zu halten. Aber auch hier war die Abſicht keineswegs, jede Verbeſſerung von der Hand zu weiſen; man wollte nur dem miniſteriellen Plane entgegentreten, der die ganze Verfaſſung des Landes umzuſtürzen drohe, und dabei die größte Bereitwilligkeit an den Tag legen, gemäßigte Vorſchläge zu unterſtützen, die alle billigen Wünſche befriedigen würden. Die veränderte Stellung der Parteien gab ſich ſchon in der erſten Sitzung beider Häuſer des Parlementes kund. Im Hauſe der Gemeinen erklärte zwar Sir Robert Peel den Miniſtern, daß er noch jetzt der Meinung ſey, die Auflöſung des Parlementes unter den obwaltenden ſchwierigen Umſtänden ſey eine unzweckmäßige und gefährliche Maßregel geweſen, doch ließ er die Anklage, mit der er in der letzten ſtürmiſchen Sitzung gedroht hatte, ſtillſchweigend fallen. Im Hauſe der Lords verſicherte Graf Winchelſea, daß er ſeit Jahren von der Nothwendigkeit einer Parlementsreform überzeugt und in Bezug auf dieſe Frage an und für ſich daher von den Mitgliedern der gegenwärtigen Verwaltung nicht verſchiedener Meinung ſey; dennoch könne er derſelben kein volles Vertrauen ſchenken, weil er ſehe, daß ſie eine Ausdehnung der politiſchen Freiheit beabſichtige, die nothwendig das Gleichgewicht zwiſchen den drei Gewalten des Staates vernichten müſſe. Dieß ſey jetzt die Frage, um die es ſich in

Digitized by Google

allen Parteikämpfen handele. Die alten Parteien der Whigs und der Tories hätten alle Bedeutung verloren; das, was jetzt die Parteien ſcheide, ſey nur die Frage, ob ſie die Aufrechterhaltung der Verfaſſung und der beſtehenden Staatseinrichtungen wollten, oder nicht. Graf Grey entgegnete, daß die Regierung auf keine Weiſe die Abſicht habe, das Gleichgewicht zwiſchen den drei Staatsgewalten zu ſtören. Die Reform ſey nicht zum Umſturze, ſondern zu der Erhaltung der Verfaſſung vorgeſchlagen worden. Die ſicherſte Grundlage des Einfluſſes der Pairs ſey die Ausübung der Macht, über die ihr Rang, ihr Reichthum und ihre Bildung gebiete. Nicht dieſen Einfluß, ſowie überhaupt nicht den Einfluß des Hauſes der Lords berühre die Bill, ſondern nur den Einfluß weniger Einzelner, welche zum Nachtheile der übrigen acht bis zehn Mitglieder in das Haus der Gemeinen ſchicken konnten und dadurch im Stande waren, alle ihre Verwandten mit öffentlichen Stellen und Vortheilen aller Art zu verſorgen. Dieſem gehäſſigen Ernennungsſyſteme ſolle ein Ende gemacht werden, das nur eine abſcheuliche Ausartung der Repräſentativregierung ſey, das allen Grundſätzen der Verfaſſung widerſpreche, auf die man ſich immer berufe; denn man dürfe nicht vergeſſen, daß dieſe Verfaſſung es für ein Staatsverbrechen erkläre, wenn ein Pair ſich in die Wahl der Mitglieder des andern Hauſes miſche. Ein Ausruf, durch welchen der Herzog von Cumberland zu erkennen gab, daß auch er der Meinung ſey, die Miniſter gingen darauf aus, die Verfaſſung umzuſtürzen, veranlaßte den Grafen Grey ſich zu unterbrechen und dem Prinzen zu erklären, daß von deſſen Seite ein Widerwille gegen die Reform ihn nicht in Verwunderung ſetze, da der edle Herzog jeder Zeit ein Feind der Erweiterung der Volksrechte, ein Feind aller Fortſchritte der bürgerlichen, wie der religiöſen Freiheit geweſen ſey. Das wollte ſich aber jetzt auch der Herzog von Cumberland nicht nachſagen laſſen; er betheuerte, daß er von jeher der eifrigſte Freund der Volksfreiheit geweſen ſey, und daß man ihn ſehr verkannt habe, wenn man daran im Geringſten zweifeln konnte.

Wenn ſelbſt der Herzog von Cumberland ein Freund der Volksfreiheit geworden war, ſo ließ ſich allerdings nicht länger daran zweifeln, daß die ganze Partei der Tories ſich in allen ihren politiſchen Anſichten von Grund aus bekehrt hatte und mit Waffen und Gepäck aus dem Lager der ausſchließenden Adelsherrſchaft in das Lager des Volkes übergegangen war. Dabei war nur das Auffallende, daß die Wortführer der Partei im Hauſe der Lords, wie im Hauſe der Ge-

Digitized by Google

meinen keine Gelegenheit vorübergehen ließen, die auswärtige Politik der Regierung anzugreifen, der man doch am Ende keinen andern Vorwurf machen konnte, als daß ſie die Ueberlieferungen der alten Torypolitik aufgegeben hatte, die darauf berechnet war, die Adelsherrſchaft in England durch die engſte Verbindung mit allen jenen Mächten zu befeſtigen, welche der Volksfreiheit auf irgend einem Punkte in Europa feindlich entgegenſtanden. Obwohl weder der Herzog von Wellington noch Graf Aberdeen, als die Gewalt noch in ihren Händen war, es gewagt hatten, der franzöſiſchen Julirevolution offen entgegen zu treten, konnten beide doch ihren Unmuth nicht verhehlen, daß ihre Nachfolger ſo weit gegangen waren, ſich mit dem revolutionairen Frankreich in freundliche Verhältniſſe einzulaſſen. Daß Dom Miguel in Portugal nicht anerkannt, daß er bei ſeinem Streite mit den Franzoſen nicht geſchützt worden war, wurde als eine grobe Vernachläſſigung der brittiſchen Intereſſen gedeutet. Am meiſten aber nahm man es den Miniſtern übel, daß ſie ſogar in Bezug auf den belgiſchen Aufruhr mit den Franzoſen gemeinſchaftliche Sache gemacht hätten, ſtatt das gute Recht des Königs der Niederlande, eines treuen Verbündeten, zu unterſtützen. Es wurde den Miniſtern leicht, den Tadel, den ſie erfuhren, zu widerlegen, indem ſie nachwieſen, daß ſie in ihrer auswärtigen Politik ſich durch kein anderes Intereſſe leiten ließen, als durch das Intereſſe des Landes, welches ihnen vor allen Dingen geböte, den allgemeinen Frieden aufrecht zu erhalten, der am beſten dadurch gewahrt werde, daß man ſich nicht in die Angelegenheiten anderer Völker miſche, bei denen England nicht unmittelbar betheiligt ſey. Für das brittiſche Volk hatten dieſe Erörterungen den Nutzen, daß ſie demſelben die Augen offen erhielten, wenn die Verſicherungen zärtlicher Theilnahme für ſein Wohl und ſeine Freiheit, an der ſeine neuen Freunde, die Tories es nicht fehlen ließen, ſeine Wachſamkeit vielleicht hätten einſchläfern können. Denn darauf, daß man es für möglich hielt, die erregten Maſſen mitten in ihrem zur Hälfte gewonnenen Siege wieder einzuſchläfern, war der ganze Plan gebaut, durch den die Partei dem drohenden Volksſturme zn begegnen gedachte.

Am 24. Juni brachte Lord John Ruſſel ſeine Reformbill, die in der Zwiſchenzeit zwar eine leichte Ueberarbeitung erfahren hatte, in ihren Hauptzügen aber völlig unverändert geblieben war, von neuem in das Haus der Gemeinen; die erſte Leſung erfolgte ohne alle Erörterung. Die Verhandlungen, die über die zweite Verleſung Statt

Digitized by Google

fanden, wurden zwar drei Abende hindurch vom 4. Juli bis zum 7. des Morgens um 5 Uhr hinausgezogen; aber es waren auf beiden Seiten mit wenigen Ausnahmen nur Redner von untergeordnetem Range, welche das Wort nahmen, und der Kampf wurde mit einer Lauigkeit geführt, die befremdlich geweſen wäre, wenn man nicht gewußt hätte, daß das Schickſal der Maßregel dießmal nicht im Hauſe der Gemeinen, wo die Stimmen zum voraus gezählt waren, ſondern in einer andern Verſammlung entſchieden werden würde. Bei der Abſtimmung erklärten ſich 367 Stimmen für, 231 gegen die Bill. Bei der Berathung über die einzelnen Beſtimmungen des Geſetzentwurfes, die jetzt begann, mußte es auch dem Kurzſichtigſten offenbar werden, daß die Tories bei allen den Einwendungen, die ſie erhoben, keinen andern Zweck vor Augen hatten, als die Verhandlungen ſo ſehr als möglich in die Länge zu ziehen. Zuerſt wurde der Antrag geſtellt, man möge jeder Ortſchaft, die ihr Wahlrecht ganz oder theilweiſe verlieren ſollte, geſtatten, ihre Anſprüche durch beſondere Bevollmächtigte vor den Schranken des Hauſes zu vertheidigen: ein Verfahren, welches, wenn man darauf eingegangen wäre, für ſich allein die ganze Seſſion hinweggenommen hätte, ſofern es überhaupt möglich geweſen wäre, dasſelbe in irgend einer gegebenen Friſt zu Ende zu führen. Als dieſer Vorſchlag zurückgewieſen war, begann der Streit um jeden einzelnen Flecken, dem ſein Wahlrecht genommen oder geſchmälert werden *ſollte*, und darauf um jede einzelne, wenn auch noch ſo unbedeutende Beſtimmung, ſo daß die Berathung des Ausſchuſſes, die am 12. Juli angefangen hatte, nicht eher als am 6. September ihr Ende erreichte. Die Tories waren beinahe bei allen den angeblichen Verbeſſerungsvorſchlägen, mit denen ſie hervortraten, geſchlagen worden; doch war es dem Marquis von Chandos gelungen, einen Zuſatz einzuſchwärzen, der für die Treuloſigkeit dieſer ganzen Art des Kampfes bezeichnend war. Der Marquis ſtellte den Antrag, daß das Wahlrecht in den Grafſchaften nicht bloß auf die ſelbſtändigen Grundeigenthümer und auf die größern Pächter, die ihre Pachtungen eine Reihe von Jahren im Beſitze hatten, beſchränkt bleiben, ſondern auf alle Pächter ausgedehnt werden ſollte, die ein Pachtgeld von 50 Pf. St. zahlten, wenn die Dauer ihres Pachtvertrages auch von der Willkür des Gutsherrn abhing. Der Vorwand bei dieſem Vorſchlage war, daß man das Wahlrecht nicht in zu enge Grenzen einſchließen dürfe, die wirkliche Abſicht aber, den großen Grundbeſitzern ein Mittel in die Hand zu geben, durch welches ſie auf ihren Gütern eine beinahe beliebige Anzahl von ihnen abhängiger Wähler

Digitized by Google

ſchaffen und dadurch auf die Wahlen der Grafſchaften einen Einfluß üben konnten, der ihnen den Verluſt ihres Einfluſſes auf die verfallenen Flecken wenigſtens einigermaßen erſetzte. Niemand verbarg ſich die Beweggründe, von denen der Antragſteller geleitet wurde. Aber es befand ſich unter den Freunden der Reform eine nicht geringe Zahl, der es mit dem Eifer nicht Ernſt war, den ſie für die Sache des Volkes zur Schau trug, und die daher mit Begierde nach allem griff, was ihnen eine Gelegenheit bot, ihren geheimen Neigungen zu folgen, die ſie auf die Seite der alten Adelsherrſchaft zogen, ohne den Verpflichtungen untreu zu werden, die ſie nothgedrungen gegen ihre Wähler übernommen hatten. Als endlich alle Hinderniſſe überwunden waren, die ſowohl die verſteckte Untreue falſcher Freunde, wie die Argliſt und der Haß offener Feinde den Fortſchritten der „Bill" in den Weg gelegt hatten, und der Sprecher ankündigte, daß die 60. Clauſel, der letzte Abſchnitt derſelben, angenommen ſey, da brach die miniſterielle Partei in lauten Beifall aus. Die Gegner ſchwiegen, nur Obriſt Sibthorpe erhob ſich und ſagte mit tiefem Ernſte: „Die Freunde der Miniſter jubeln; aber ihre Arbeit iſt noch nicht beendigt, ſie hat erſt begonnen. Ich bedauere, daß die Bill ſo bald angenommen iſt. Ich bitte Gott, daß die Bill nie durchgehen möge. Wenn die Bill durchgehen ſollte, was — wie ich zu Gott hoffe — nie geſchehen wird, ſo bleibt mir nichts Anderes übrig, als mit jenem großen Staatsmanne, deſſen Andenken nie erlöſchen wird, auszurufen: „Gott erhalte, Gott rette mein Vaterland! Möge Gott es vor der Revolution bewahren und ihm die gebührende Achtung vor dem Adel und der Kirche erhalten." Schallendes Gelächter nahm jeden Satz des greiſen Redners auf, der ſich nicht eher beruhigte, als bis der Sprecher ihn daran erinnerte, daß es nicht üblich ſey, den Abſtimmungen des Hauſes ſolche Herzensergießungen nachzuſchicken. Am 20. September fand die dritte Verleſung der Reformbill Statt, ohne daß derſelben eine neue Berathung vorausgegangen wäre; als aber nach erfolgter Verleſung Lord John Ruſſel darauf antrug, das Haus möge nun erklären, daß die Bill durchgegangen ſey, was gewöhnlich nach der dritten Verleſung nur als eine ſich von ſelbſt verſtehende Förmlichkeit betrachtet wird, trat der Rechtsgelehrte Sir James Scarlett, der frühere Kronanwalt der Verwaltung des Herzogs von Wellington, mit einer langen Rede auf, worin er nachträglich alle die Vortheile auseinanderſetzte, deren die brittiſche Nation durch ihre alte Verfaſſung ſich erfreut habe, und welche durch die neue revolutionaire Maßregel verloren gehen müßten, die, wie er warnend vorher-

Digitized by Google

ſagte, nothwendig zu dem Umſturze des Thrones und des Altares, zur Republik, zur Plünderung des Eigenthumes und zur Auflöſung aller Bande der Geſellſchaft führen werde. Darüber entſpann ſich von neuem eine weitläufige Erörterung, in der auf beiden Seiten zwar nichts vorgebracht wurde, was nicht ſchon innerhalb und außerhalb des Parlementes hundertmal geſagt worden wäre, die aber doch erſt in der nächſten Sitzung ihr Ende erreichte, indem von allen Seiten die Abſtimmung verlangt wurde. Bei dieſer erklärten ſich 345 Mitglieder für, 236 gegen die Bill, ein Ergebniß, deſſen Ankündigung von der miniſteriellen Seite mit donnerndem Beifallrufe beantwortet wurde.

Das parlementariſche Herkommen verlangt, daß ein Geſetzentwurf, der in dem Hauſe der Gemeinen angenommen iſt, demnächſt durch das Mitglied, welches denſelben vorgeſchlagen hat, in das Haus der Lords „hinauf" gebracht wird, wo der Lord Kanzler das Actenſtück in Empfang nimmt. Gewöhnlich wird das Mitglied, das ſich mit ſeiner Bill vor die Schranken des Hauſes der Lords begiebt, von einer geringen Anzahl ſeiner perſönlichen Freunde begleitet, die dann das Haus der Gemeinen vorzuſtellen haben, und die ſich nach der Uebergabe eben ſo geräuſchlos entfernen, wie ſie gekommen ſind. Die Ueberbringung der Reformbill fand aber mit einer Feierlichkeit Statt, welche den alten zur leeren Förmlichkeit herabgeſunkenen Gebrauch mit einem Male wieder in ſeiner vollen Bedeutung erſcheinen ließ. Es war am 22. September des Nachmittags um fünf Uhr, als der Staatsbote der Lords mit dem ſchwarzen Stabe die Ankunft einer Botſchaft von dem Hauſe der Gemeinen ankündigte. Sämmtliche anweſende Lords beeilten ſich ihre Sitze einzunehmen; es trat eine feierliche Stille ein, und der Lord Kanzler rief: „Laſſet die Botſchaft eintreten!" Die Thüre ging auf, Lord John Ruſſel, mit der Reformbill in der Hand, trat herein und ihm folgten drittehalb Hundert Mitglieder des Hauſes der Gemeinen. Vor den Schranken ſprach er, indem er die Bill dem Lord Kanzler übergab, mit erhobener Stimme: „Dieß, mein Lord, iſt eine Bill zur Verbeſſerung der Volksvertretung in England und Wales; das Haus der Gemeinen hat ſie angenommen und wünſcht dazu die Mitwirkung Ew. Herrlichkeiten." „Hört! hört!" riefen die anweſenden Mitglieder der Gemeinen, was ihnen von mehreren der Lords als die Ordnung verletzend verwieſen wurde. Der Lord Kanzler ſchritt nach der Empfangnahme der Bill nach ſeinem Präſidentenſitze „auf dem Wollſacke" zurück und trug den weſentlichen Inhalt der Botſchaft mit feſter Betonung vor, während die Verſammlung in lautloſer Stille zuhörte.

Digitized by Google

Bald darauf erſchien Graf Grey und trug ſofort auf die erſte Verleſung der Bill an, die ohne Widerſpruch erfolgte. Erſt jetzt zogen die Mitglieder des Hauſes der Gemeinen ſich zurück.

Am 3. October brachte Graf Grey die zweite Verleſung in Vorſchlag. Der Graf war von ſichtlicher Bewegung ergriffen und bedurfte mehrerer Minuten, ehe er hinreichende Faſſung gewann. „Mehr als einmal,“ ſagte er, „und immer in Zeiten der Gährung und der Unruhe, habe ich in dem andern Hauſe des Parlements Anträge geſtellt, welche denſelben Zweck hatten, wie der gegenwärtige; man darf deshalb über die Bewegung, in der ich mich befinde, und die ich nicht zu verbergen ſuche, nicht erſtaunen. Auf meinen Schultern mehr als auf denen irgend eines Andern laſtet die ganze Verantwortlichkeit einer Maßregel, welche ein Theil der Staatsgeſellſchaft als den Umſturz der beſtehenden Einrichtungen des Landes betrachtete, während ich ein ſehr verſchiedenes Ergebniß von derſelben erwarte. Aus den Erfahrungen, die mir eine lange parlementariſche Laufbahn leiht, habe ich die Ueberzeugung geſchöpft, daß man die Löſung dieſer wichtigen Maßregel nicht mehr ohne ernſte Gefahr verſchieben kann. Die Unordnungen, die in verſchiedenen Theilen des Landes ausgebrochen ſind, die Verbindungen, die ſich in andern gebildet haben, Alles beweiſ't mir unumſtößlich, daß wir nicht länger zögern durften, Sr. Majeſtät dem Könige einen Plan zur Parlementsreform vorzulegen. Die Aufregung des Volkes konnte in manchen Augenblicken ſich legen, aber der Eifer für die Sache der Reform erwachte immer wieder mit neuer Stärke. Um gegen den drohenden Sturm zu kämpfen, iſt die Parlementsreform die ſicherſte Waffe und das am wenigſten koſtende Hülfsmittel. Der Sturm iſt nahe bevorſtehend; ich bin davon überzeugt, mag man nun die Urſache in einheimiſchen oder fremden Veranlaſſungen ſuchen. Daß Etwas geſchehen muß, wird von allen Seiten zugegeben; und es fragt ſich daher nur, was geſchehen ſoll. Unſere Meinung iſt, daß etwas Wirkſames geſchehen muß, was beim Volke Vertrauen erweckt. Halbe Maßregeln würden Niemand befriedigen; eben ſo wenig Jene, die jeder Reform entgegen ſind, und denen das Geringſte, was geſchähe, doch immer noch viel zu viel ſeyn würde, als das Volk, welches eine wirkliche Abhülfe verlangt, und das durch ſcheinbare Zugeſtändniſſe ſich nicht beſchwichtigen laſſen würde. Daraus habe ich den Schluß gezogen, daß die Klugheit und die Rückſicht auf die Ruhe des Landes eine kühne Maßregel gebieten, welche dem allgemeinen Wunſche des Volkes entſpricht, ohne ſich von den wahren Grundſätzen der Verfaſſung zu ent-

Digitized by Google

fernen. Man wirft uns vor, daß unſer Plan ein revolutionairer ſey, daß er zum Umſturze der Verfaſſung, zu einer Umwälzung aller beſtehenden Einrichtungen führen werde. Aber in der Ihnen vorgelegten Maßregel liegt nichts, was die Regierung, was den Stand, dem Ew. Herrlichkeiten angehören, gefährden könnte; ich vertraue vielmehr darauf, daß unſer Stand in dieſer Maßregel die feſteſte Stütze finden wird, während das Volk durch denſelben vollkommen zufrieden geſtellt iſt.“ Nachdem Graf Grey den miniſteriellen Plan in ſeinen Grundzügen dargeſtellt hatte, fuhr er fort: „Ich fordere einen Jeden auf zu ſagen, ob ſich irgend ein rechtlicher Einwand gegen dieſen Plan geltend machen läßt. Der erſte Grundſatz unſerer Verfaſſung iſt, daß die Parlementswahlen frei und regelmäßig ſein ſollen. Kann irgend Jemand einen ſo groben Mißbrauch entſchuldigen, wie der iſt, wenn einzelne reiche Perſonen die Parlementsglieder nach ihrem Gutdünken ernennen? Chatham und Saville, Pitt, Fox und Grattan haben dieſen Mißbrauch als den Krebsſchaden betrachtet, der das Lebensmark unſerer Verfaſſung verzehre und zu gleicher Zeit die Freiheiten des Volkes, die Sicherheit dieſes Hauſes und den feſten Beſtand des Thrones untergrabe. Wird nicht bei dem Beginne jeder Seſſion der Befehl erneuert, daß die Pairs ſich nicht in die Wahlen der Gemeinen miſchen ſollen? Und will man deſſen ungeachtet behaupten, daß die Pairs das Recht hätten, Parlementsſitze zu kaufen und zu verkaufen? Ein zweiter Grundſatz unſerer Verfaſſung iſt, daß Niemand anders als durch ſeine eigenen Stellvertreter beſteuert werden kann. Das Haus der Gemeinen iſt in dieſer Beziehung ſo eiferſüchtig auf ſeine Vorrechte, daß es dieſem Hauſe nicht geſtattet, das Geringſte in Geſetzen zu ändern, in denen es ſich um Geldbewilligungen handelt. Wird irgend Jemand behaupten wollen, daß die Ernennung von Parlementsgliedern durch Pairs mit dieſem Grundſatze übereinſtimme? Auch iſt es wohl bekannt, daß es früher zu den Rechten der Krone gehörte, die Aufforderungen zu den Wahlen an Städte und Flecken nach ihrem Ermeſſen ergehen zu laſſen, und daß dieſe Aufforderungen nicht mehr ausgefertigt wurden, ſobald die Städte und Flecken in Verfall geriethen. Mag immerhin jenes Recht vielfach gemißbraucht worden ſeyn, ſo ſpricht dieß doch nicht gegen die Thatſache, daß es ein alter Grundſatz unſerer Verfaſſung war, daß Städte und Flecken ihr Wahlrecht verloren, ſobald ſie von ihrer urſprünglichen Bedeutung herabſanken. Jetzt will man freilich behaupten, daß durch die Aufhebung des Wahlrechtes in ähnlichen Fällen ein Raub an rechtmäßigem Eigenthume begangen werde; aber

Digitized by Google

keine noch ſo lange Verjährung kann einen offenbaren Mißbrauch, ein offenbares Unrecht in Recht verwandeln. Und zum Ueberfluſſe fehlt es auch in der neueren Zeit nicht an Beiſpielen, daß zahlreichen Ortſchaften das Wahlrecht entzogen worden iſt, ohne daß man deshalb behauptet hätte, es ſey ein Raub an ihnen begangen worden. Bei der Union mit Schottland wurden die 45 in dieſem Königreiche vorhandenen Wahlflecken auf 15 herabgeſetzt; bei der Union mit Irland wurde 100 Flecken, welche 200 Mitglieder in das iriſche Parlement ſchickten, das Wahlrecht entzogen. So wenig dieſe beiden Maßregeln damals als ein Raub betrachtet werden konnten, eben ſo wenig kann die gegenwärtige von uns in Vorſchlag gebrachte Maßregel als ein Raub betrachtet werden. Man wirft uns vor, daß wir durch die Entfernung der Mißbräuche, die wir beſeitigt haben, die Verfaſſung untergraben hätten; ich bin vielmehr überzeugt, daß unſere Maßregel die Verfaſſung von neuem befeſtigen wird. Wir haben den verfaulten Theil unſerer Verfaſſung hinweggeſchnitten, und wir ſind bemüht geweſen, ihm friſche Kraft und Stärke zu verleihen, damit der alte Stamm einer dauernden Geſundheit genieße und neue, ſchöne Früchte trage. Wir haben die Lücke, welche durch die Aufhebung des Wahlrechtes der verfallenen Flecken im Hauſe der Gemeinen entſtehen mußte, dadurch wieder ausgefüllt, daß wir den Grafſchaften 64 neue Mitglieder gegeben haben, 24 andern zwölf großen Städten, die bisher nicht vertreten waren, und 28 ebenſo viel anderen Städten, deren jede eine Mitglied erhalten ſoll. Daß bei dieſer Vertheilung das Intereſſe des Grundeigenthumes vernachläſſigt ſey, wird Niemand ſagen können. Wir haben in den Grafſchaften alle gegenwärtig beſtehenden Wahlrechte beibehalten, keinem Freiſaſſen iſt ſein Recht genommen worden, und die neuen Wahlberechtigungen, die wir geſchaffen haben, kommen nur unabhängigen Grundbeſitzern zu Gute. Bei den Berathungen, die in dem andern Hauſe Statt gefunden haben, iſt aber eine Beſtimmung eingeſchoben worden, die weder von den Miniſtern, noch von einem ihrer Freunde ausging, und von der ich fürchte, daß ſie eine nachtheilige Wirkung hervorbringen wird. Dieſe Beſtimmung überträgt das Wahlrecht auch Pächtern auf kurze Zeit, die keinen eigentlichen Beſitz haben. Es liegt auf der Hand, daß dadurch den großen Grundeigenthümern eine Macht verliehen wird, die ſie mißbrauchen können; aber denen, welche den Einfluß des großen Grundeigenthumes zu vermehren wünſchen, muß durch die Aufnahme einer ſolchen Beſtimmung die Bill nur empfohlen wer-

Digitized by Google

den. Man behauptet, daß die Aufhebung des Wahlrechtes der verfallenen Flecken das Anſehen und den Einfluß der Ariſtokratie ſchmälern wird. Aber bemerken Sie wohl, meine Lords: nicht dieſes Haus hat die Verfügung über gewiſſe Plätze im Parlemente, ſondern es ſind wenige Perſonen, welche eine ſolche Gewalt zu ihrem eigenen Vortheile, zu der Erreichung ehrgeiziger Abſichten ausüben, und nur der Haß fällt auf das ganze Haus zurück. Auch wird dieſe Gewalt nicht ausſchließend von Pairs geübt, ſondern ſie iſt mit Geldmäklern und Sachwaltern getheilt, welche mit dem Kaufe und Verkaufe jener Flecken ſpeculiren. Die Folge iſt, daß die Abtheilung des Volkes für die Pairs vermindert wird, und daß Aemter, welche nur die Belohnung des Verdienſtes ſeyn ſollten, zur Verfügung weniger Perſönlichkeiten geſtellt ſind. Durch die Entfernung ſolcher Mißbräuche werden Sie die Pairs von dem Haſſe befreien, der auf ihnen laſtet, und zugleich dem Volke Gerechtigkeit widerfahren laſſen. Sie ſelbſt werden, wenn die Bill durchgeht, nur gewinnen; denn der Einfluß, den Sie gegenwärtig als Grundbeſitzer und als Geſetzgeber beſitzen, wird in dieſem Falle nicht nur aufrecht gehalten, ſondern vermehrt werden. Sollte die Bill aber verworfen werden, ſo fürchte ich, daß der billige, natürliche und wohlthätige Einfluß, den die Pairs im Lande beſitzen, eine ſehr ernſte Verminderung erfahren wird. Trotz alle dem, was man vom Gegentheil geſagt hat, läßt es ſich unmöglich verkennen, daß die Meinung des Landes ſich laut und unzweideutig ausgeſprochen hat. Wenn man behauptet, das Haus habe ſich darum nicht zu bekümmern, ſondern die Maßregel bloß nach ihrem innern Werthe zu beurtheilen, ſo erwiedere ich, ohne damit eine Drohung ausſprechen zu wollen, möge das Haus ſich den gerechten, auf unzweideutige Art ausgedrückten Wünſchen des Volkes nicht widerſetzen! Erinnern Sie Sich, meine Lords, daß die Bill Ihnen vom Könige empfohlen, daß ſie im Hauſe der Gemeinen mit einer überwiegenden Mehrheit durchgegangen iſt und vom Volke in zahlloſen, jedoch in achtungsvoller Sprache abgefaßten Bittſchriften verlangt wird. Wollen Sie Sich der Volksmeinung widerſetzen, die Bill verwerfen und ſo kraftvoll, ſo einſtimmig die gelegten Erwartungen täuſchen? Lange würden Sie, auch wenn die Bill mit großer Mehrheit verworfen werden ſollte, den wachſenden Strome der Volksmeinung nicht widerſtehen können; und wenn Sie dem Strome nicht widerſtehen können, iſt keine Gefahr vorhanden, daß er nicht Sie mit Gewalt hinwegſchwemmen wird? —

Tiefes Schweigen folgte auf dieſe Rede, bis Lord Wharncliffe

Digitized by Google

ſich erhob und mit feſter Stimme auf die Verwerfung der Bill antrug. „Der edle Graf an der Spitze der Regierung,“ bemerkte Lord Wharncliffe, „hat uns geſagt, daß er mit dieſer Bill ſtehen oder fallen werde; er hat uns zu verſtehen gegeben, daß wir, wenn wir dieſe Bill nicht annehmen, ſpäter uns würden Schlimmeres gefallen müſſen laſſen. Ich bin aber hier nur zu dem Urtheile verpflichtet, in wiefern dieſe Bill mit Sicherheit für die Verfaſſung angenommen werden kann, und ich glaube verbunden zu ſeyn, auf ihre Verwerfung anzutragen. Es iſt auffallend, daß die ganze Rede des edlen Grafen nur die Mißbräuche des gegenwärtigen Syſtemes betraf, daß er aber kein Wort zu der Vertheidigung der von ihm vorgeſchlagenen Aenderungen ſagte. Wird dieſe Bill angenommen, ſo können die drei Stände, König, Lords und Gemeine, nicht mehr mit gleicher Berechtigung neben einander beſtehen; ein Zweig der Geſetzgebung wird ſich dem andern unterwerfen müſſen. Ich behaupte, daß durch die miniſterielle Maßregel die Volksgewalt im Hauſe der Gemeinen ſo ſehr vermehrt werden muß, daß ſie jede andere Gewalt verſchlingen wird, daß dieſes Haus nur noch ein Schatten und daß ſogar das Vorrecht der Krone gefährdet ſeyn wird. Schon jetzt erklären die, welche die Reform am heftigſten verlangen, daß ſie nur ein Mittel zu ferneren Zwecken ſey; und es beſteht eine Partei im Lande, welche nichts ſo eifrig wünſcht, als die Errichtung einer Republik. Der edle Graf verſichert uns zwar, daß die Pairs, was ſie auf der einen Seite an ungeſetzlichem Einfluſſe verlieren, auf der andern an geſetzlichem gewinnen werden. Was dieſen Punkt betrifft, ſo dürfen wir, um uns von der Grundloſigkeit der Behauptung des edlen Grafen zu überzeugen, nur die beabſichtigte Ausdehnung des Wahlrechtes in den Städten in’s Auge faſſen. Hier wird das Wahlrecht allen den Perſonen verliehen, die 10 Pfd. St. jährlich an Miethe zahlen oder eigentlich allen, die wöchentlich 3 Schilling 6 Pence zahlen. Dadurch wird das Wahlrecht ſo ausgedehnt, daß es beinahe einem allgemeinen Stimmrechte gleichkommt. Eben ſo wenig, wie ich dieß zu billigen vermag, vermag ich es zu billigen, daß ſo viele größere Städte das Recht erhalten, Mitglieder in das Parlement zu ſchicken. Dieß beweiſ't, daß die Maßregel von dem Grundſatze ausgeht, nicht das Eigenthum, ſondern die Bevölkerung vertreten zu laſſen. Ein ſolcher Grundſatz kann aber, wenn er einmal angenommen iſt, nicht wieder hinweg geſchafft werden; und dennoch wird derſelbe unvermeidlich zu immer neuen Veränderungen führen. Der edle Lord behauptet die Intereſſen der Grundeigenthümer wahr-

genommen zu haben; aber er täuſcht dieſe Intereſſen nur. Wenn wir annehmen, er habe wirklich die Abſicht gehabt, durch die Vermehrung der Stimmen der Grafſchaften ein Gegengewicht gegen den überwiegenden Einfluß der gewerblichen Intereſſen zu ſchaffen, ſo weiß ich nicht, warum jene Vermehrung gerade den volkreichen gewerbtreibenden Landſchaften des Nordens, wie Yorkſhire, und nicht den vorzugsweiſe ackerbauenden bewilligt iſt. Ich ſehe vorher, daß in jenen Landſchaften die Intereſſen des Ackerbaues von den gewerblichen völlig überwältigt werden. Man kündigt uns die Maßregel als eine letzte bleibende an; es läßt ſich aber mit Beſtimmtheit vorherſagen, daß ſie dieß nicht ſeyn kann. Sobald wir den Leuten einmal das Recht zugeſtehen, eine volle freie Volksvertretung zu haben, wie ſie dieſelbe verſtehen, ſo werden ſie ohne Zweifel bald von uns verlangen, daß wir dem Volkseinfluſſe die Thür noch weiter öffnen. Wenn das Haus der Gemeinen nur von der Volkswahl abhängt, ſo muß es bald das wahre Abbild des Volkswillens ſeyn, ſo muß es eine ſo gewaltige unwiderſtehliche Körperſchaft werden, daß es die Entſcheidungen dieſes Hauſes völlig nutzlos machen wird. Erwägen Sie, meine Lords, die Umſtände, in denen wir uns ſchon jetzt befinden. Wir haben volksthümliche Wahlen gehabt, und das aus dieſen Wahlen hervorgehende Haus der Gemeinen hat die Bill angenommen. Nun ſagt man uns gerade zu, daß uns nichts übrig bleibt, als den Beſchluß der Gemeinen einzuregiſtriren. Wenn dieß ſchon jetzt geſchieht, wie wird es in der Folge werden? Ich ſage nichts für die verfallenen Flecken, ich würde mich einer Maßregel nicht widerſetzen, die in dieſer Beziehung eine Verbeſſerung empföhle; was aber alle übrige Theile der Bill betrifft, ſo betrachte ich ſie als den Sturz der Verfaſſung. Das Haus der Gemeinen hat es für zweckmäßig erachtet, den conſtituirenden Körper umzugeſtalten; müſſen deshalb auch wir darein willigen? Als Pairs ſind wir verpflichtet, zwiſchen dem Vorrechte der Krone und der Volksaufregung mitten inne zu ſtehen und das Gleichgewicht zu erhalten. Thun wir unſere Pflicht und ſtellen wir den Erfolg furchtlos dem Verſtande und der redlichen Geſinnung des Volkes von England anheim."

Der Kampf, den Lord Wharncliffe mit ſo kühner Entſchloſſenheit eröffnete, war der großartigſte, der jemals in einer zahlreichen berathenden Verſammlung Statt gefunden hat. Das Haus der Lords war nicht wie das Haus der Gemeinen, eine Verſammlung von Männern, die ſich durch geiſtige Auszeichnung, durch Rang, Reichthum oder an-

Digitized by Google

dere Einflüſſe das Vertrauen ihrer Mitbürger erworben und von denſelben den Auftrag erhalten hatten, darüber zu entſcheiden, was ſie ihrer beſten Einſicht nach für das Wohl des Landes am zuträglichſten hielten. Es war eine Verſammlung von Fürſten, die aus eigenem Rechte in gemeinem Rathe die Regierung des mächtigen Reiches der Erde leiteten, die, ſtolz auf ihre perſönliche Stellung und ihre perſönliche Macht, Urſache hatten, ungleich ſtolzer auf die ſtaatsmänniſche Klugheit zu ſeyn, mit der ſie in dem Verlaufe von anderthalb Jahrhunderten das Land und das Volk, deſſen erbliche Häupter ſie waren, zu einer Stufe der Macht, der Größe und des Wohlſtandes erhoben, die vorher in der ganzen Geſchichte der Menſchheit keine andere Nation jemals erreicht hatte, und mit der in der Gegenwart keine andere Nation ſich auch nur entfernt vergleichen konnte. Dieſe Verſammlung hatte jetzt darüber zu entſcheiden, ob ſie, dem Andrange aufgeregter Volksmaſſen nachgebend, freiwillig auf die wirkſamſten Mittel verzichten wollte, durch welche es ihr möglich geworden war, alle die Dinge auszurichten, die ſie mit gutem Grunde ſich zu unvergänglichem Ruhme anrechnete, oder ob ſie dem Volksſturme die Stirn bieten und auf jede Gefahr behaupten wollte, was ſie als ihr unzweifelhaftes, wohl erworbenes Recht betrachtete. Da traten auf beiden Seiten Männer gegen einander in die Schranken, deren politiſcher Blick auf gleiche Weiſe durch die Erfahrungen eines langen im Mittelpunkte aller öffentlichen Angelegenheiten zugebrachten Lebens geſchärft war, die einander eben ſo wenig, wie an ausgebildeter Urtheilsfähigkeit an Rang, Reichthum und jeder Art geſellſchaftlicher Auszeichnung nachgaben und deren Jeder den Anderen daher als einen ſeiner in jeder Beziehung würdigen Gegner anerkennen mußte. Zur Widerlegung der von Lord Wharncliffe entwickelten Anſichten ergriff Graf Mulgrave das Wort, der erklärte, daß er an die Gefahren, die der edle Lord vorher verkünde, nicht glauben könne. Er ſeinerſeits betrachte die Verzichtleiſtung auf den verfaſſungswidrigen Einfluß, den einzelne Pairs im Hauſe der Gemeinen übten, als ein geringes Opfer, wenn man dadurch die Sicherung aller dem Hauſe der Lords wirklich gebührenden Rechte erlangen könne. Auch er ſey der Meinung, daß das Daſeyn der Lords unbedingt nothwendig ſey, um das Gleichgewicht in der Verfaſſung zu erhalten und als Schiedsrichter zwiſchen dem Fürſten und dem Volke aufzutreten; aber man dürfe ſich nur nicht verbergen, daß keine Verſammlung weniger geeignet ſey, den beiden andern Zweigen der geſetzgebenden Gewalt Widerſtand zu leiſten, ſobald dieſe, wie im gegenwärtigen Falle,

30*

ſich zu einem Beſchluſſe vereinigt hätten. Man dürfe auf keine Weiſe hoffen, daß die Verwerfung der Bill die Frage erledigen werde, und man möge wohl erwägen, daß der Entſchluß, zu dem man jetzt gelangen werde, für den Einfluß des Hauſes in allen öffentlichen Angelegenheiten auf lange Zeit hinaus entſcheidend ſeyn könne. Lord Mansfield vermochte ſich nicht zu überzeugen, daß die Parlementsreform durch irgend eine Nothwendigkeit geboten ſey. Ihm erſchein ſelbſt der Grundſatz der Reform als ein Uebel, denn er betrachte die alten wohlbewährten brittiſchen Einrichtungen mit allen ihren Unvollkommenheiten ebenſo, wie ein Anderer die Unvollkommenheiten ſeiner Geliebte anſehe. Auch die Mängel der Verfaſſung wären von Vortheilen begleitet, welche dieſelben reichlich aufwögen. „Man hat behauptet, fuhr Lord Mansfield fort, „ſchon vor vierzig Jahren wäre eine Reform nöthig geweſen, und zum Beweiſe hat man ſich auf den großen Krieg berufen, der damals zum Ausbruche kam. Ich halte dieſen Krieg jedoch noch jetzt für unumgänglich nothwendig. Er war von großen Ausgaben und von einer entſprechenden Vermehrung der Staatslaſten begleitet; aber der Hauptzweck wurde erreicht: Frankreich wurde verhindert, ſich zum Herrn von Europa aufzuwerfen. Wenn das Haus der Gemeinen geändert würde und nur aus Abgeordneten beſtände, welche die Geſinnungen, Leidenſchaften und Vorurtheile des Volkes verträten, könnte man dann die Ruhe und Feſtigkeit von ihm erwarten, die damals von dem Parlemente entwickelt wurde? Der miniſterielle Geſetzentwurf will die Beſtechung abſchaffen; aber, um dieſen Zweck zu erreichen, nimmt er an vielen Orten ſehr redlichen und unbeſtechlichen Wählern das Wahlrecht, um es in den großen Städten einem Haufen hinzugeben, der gerade jeder Beſtechung zugänglich iſt. Gegen das Uebel der Beſtechung giebt es nur ein Mittel, und dieſes bieten die vorragenden Eigenſchaften derer, die ſich um die Stimmen bewerben. Man ſpricht uns von den Gefahren, die im Falle einer Verwerfung der Bill drohen ſollen. Ich leugne nicht, daß ein großer Theil des Volkes für die Reform iſt; aber ich halte dieſe Geſinnung nicht für allgemein, und wenn auch eine bedeutende Ueberlegenheit der Zahl auf der Seite der Reformer ſeyn mag, ſo glaube ich doch, daß der größere Theil des Beſitzthumes gegen ſie iſt. Wenn Unruhen ausbrechen ſollten, ſo würde ich dieß ſehr bedauern, weil bei Unterbrechungen der geſetzlichen Ordnung der Unſchuldige gewöhnlich mit dem Schuldigen leiden muß; aber ich ſetze das volle Vertrauen in die Regierung Sr. Majeſtät, daß ſie allen Unordnungen bald ein Ende

Digitized by Google

machen würde. Was das Volk von der Reform erwartet, ſind Täuſchungen. Es hofft eine Verminderung der Abgaben, die Tilgung der Nationalſchuld und eine Menge ähnlicher Dinge, die, wenn ſie zu erreichen wären, ihm ſelbſt am nachtheiligſten ſeyn würden. Darum müſſen Ew. Herrlichkeiten, vereinigt mit der Minderheit des Hauſes der Gemeinen, ſich der Meinung des Volkes zu deſſen eigenem Beſten widerſetzen, wie dieß ja auch ſchon bei andern Gelegenheiten geſchehen iſt. Ich glaube, daß dann die gegenwärtige Aufregung ſich bald legen würde. Mögen Ew. Herrlichkeiten ſich erinnern, daß nicht das Schickſal Englands allein von ihrer Entſcheidung abhängt. Wenn England in Zuckungen geräth oder auch nur eine unblutige Revolution erleidet, ſo fällt in Europa die letzte Schranke gegen die Fortſchritte der Geſetzloſigkeit. Ein allgemeiner Krieg wird unvermeidlich, und das dieſen begleitende Unglück wird nicht gemindert werden, wenn das Volk nach dem Rathe ſeiner gegenwärtigen Regierung ſich mit ſeinen früheren unverſöhnlichen Feinden verbindet und gegen ſeine älteſten Freunde und Verbündeten die Waffen ergreift." — Lord King beſchwor die Verſammlung um des öffentlichen Friedens willen, das Volk nicht ſo weit zu treiben, daß es die Zahlung der Steuern verweigere, womit Einzelne bereits gedroht hätten. Man möge nicht vergeſſen, daß die Umſtände gegen früher ſich ſehr verändert hätten. Aus einer dem Hauſe der Gemeinen vorgelegten Liſte gehe hervor, daß die Mitglieder des Hauſes der Lords an Penſionen und Beſoldungen allein 300,000 Pf. St. von dem Ertrage der Steuern bezögen. Von etwas der Art hätte früher in dem andern Hauſe Niemand reden dürfen, ohne von dem Sprecher zur Ordnung verwieſen zu werden; jetzt ſpreche man offen davon, als von einer Folge des Einfluſſes, den die Pairs auf die Zuſammenſetzung des Parlementes übten. „Man ſagt, die vorliegende Bill ſey eine neue Verfaſſung; weſſen Fehler iſt es aber, daß man eine ſolche Bill vorlegen mußte? Gewähren Sie dieſe Bill nicht, meine Lords, ſo ſage ich Ihnen vorher, daß eine ſtärkere nachkommen wird." —

Graf Winchelſea verſicherte, indem er das Wort nahm, er ſey von jeher der Meinung geweſen, daß in Bezug auf die verfallenen Flecken irgend eine Veränderung vorgenommen werden müſſe, wenn man ſie nicht ganz aufgeben wolle. Sie liehen der miniſteriellen Macht ein ungemeſſenes Uebergewicht, daß gegen die Verfaſſung angewandt werden könne, wie dieß bereits bei der Katholiken-Emancipation geſchehen ſey, die in einem reformirten Parlemente gewiß nicht durchgeſetzt wor-

Digitized by Google

den wäre. Damals habe man den Bittſchriften des Volkes nicht die gehörige Aufmerkſamkeit geſchenkt, und ſeitdem ſey die Achtung vor der geſetzgebenden Gewalt auf Schrecken erregende Weiſe geſunken. Graf Winchelſea war eben ſo wenig, wie der Aufhebung des Wahlrechtes der verfallenen Flecken, der Verleihung deſſelben an die großen Manufacturſtädte entgegen, allein dennoch hielt er die miniſterielle Maßregel für verwerflich, weil dieſe, ſtatt die Betheiligung an den Wahlen nur auf die vermögenden Claſſen zu übertragen, die große Maſſe des mittelloſen Volkes zulaſſe. „Man kann der Krone einmal einen ungebührlichen Einfluß zugeſtehen, dieſes Haus kann ſich eine verfaſſungswidrige Macht anmaßen, Alles das ſind Uebel, die man wieder verbeſſern kann; aber was einmal dem Volke hingegeben iſt, gewinnt man niemals wieder. Iſt das Gleichgewicht der drei Gewalten einmal geſtürzt, ſo iſt es nicht wieder herzuſtellen. Wir leben in einer Zeit, wo man wohl darauf achten muß, von welchen Grundſätzen andere Länder beherrſcht werden, und namentlich jenes Land, welches der Fluch Europa's geworden iſt, welches eigentlich gar keinen Grundſatz hat und von gar keinem Grundſatze beherrſcht wird. Es iſt nothwendig, die Partei nicht aus dem Auge zu verlieren, welche in jenem unglücklichen Lande die Art an die Wurzel alles geſellſchaftlichen Lebens legt, und wohl zu erwägen, daß dieſelben Grundſätze auch ſchon unſer Ufer erreicht haben. Es iſt hohe Zeit, den Geiſt der Geſetzloſigkeit in das Auge zu faſſen, der unter der Maske der Reform auch ſchon bei uns umherzieht. Ich hoffe, daß dieſe Bill verworfen werden, und daß ihr eine andere folgen wird, die nicht ſo viel gegen ſich hat.“ — Auch Graf Harrowby erklärte ſich im Allgemeinen keinesweges für einen Gegner der Reform; er ſey immer der Meinung geweſen, daß man der Beſtechung begegnen müſſe, indem man den Orten, denen dieſelbe am meiſten zum Vorwurfe gemacht werde, das Wahlrecht entziehe und daſſelbe auf große Städte übertrage, die gegenwärtig im Parlemente nicht vertreten wären. „Auch die vorliegende Maßregel würde ich unterſtützen, wenn ſie dieſe beiden Grundſätze mit Mäßigung zur Anwendung brächte, weil ich überzeugt bin, daß es für ein Land nicht genug iſt, gut regiert zu ſeyn, wenn nicht auch die Mehrheit der Bevölkerung glaubt, daß ſie gut regiert ſey. Die Gewalt einer Regierung beruht großentheils auf dem Zutrauen, welches das Volk in die Regierung ſetzt, und wenn dieſes Zutrauen fehlt, ſo iſt es die Pflicht der Regierung, Maßregeln zu ergreifen, welche dies Vertrauen wieder gewinnen und ſichern können. Dieß geſchieht aber nicht durch Ver-

Digitized by Google

änderungen, welche die Ruhe des Landes gefährden. An und für ſich iſt jede Veränderung ein Uebel; und man ſollte ſich daher niemals entſchließen, Veränderungen vorzunehmen, die nicht durch eine unbedingte Nothwendigkeit geboten ſind. Unſere Verfaſſung iſt aber überdieß ihrem ganzen Charakter nach allen Veränderungen entgegen; ſie beruht auf dem Eigenthumsrechte, das ſie als ein unverletzliches anerkennt; dem Eigenthume iſt der überwiegende Einfluß eingeräumt; und dieſer Grundſatz entſpricht ſo ſehr den Geboten der Staatsweisheit, daß ohne ihn keine Staatsgeſellſchaft beſtehen kann. Dennoch wird derſelbe von dem Geſetzentwurfe der Miniſter verkannt. Die Bill geht von der Bevölkerung aus; ſie nimmt daher zu ihrer Grundlage einen ewigen Wechſel; denn wer meint, daß hier inne zu halten ſey, der täuſcht ſich. Dabei iſt dem Manufactur-Intereſſe ein unverhältnißmäßiger Einfluß eingeräumt, und zwar durch eine unermeßliche Wählerzahl, die den großen Fabrikbeſitzern zuletzt nothwendig das Geſetz vorſchreiben wird. Frankreich hatte früher nur 80,000 Wähler; die franzöſiſche Volkspartei hat nach ihrer Revolution die Wählerzahl doch nur auf 200,000 zu vermehren gewagt. Wir haben ſchon jetzt zwiſchen 4- und 500,000 Wähler; die Bill ſchafft dazu noch ungefähr eine halbe Million; wir erhalten daher auf 12 Millionen Einwohner ungefähr eine Million Wähler, während Frankreich bei 30 Millionen deren nur 200,000 hat. Ueber die Nachtheile, die eine ſo ungeheuere Wählerzahl zur Folge haben muß, kann Niemand in Zweifel ſeyn. Der edle Graf ſpricht davon, daß es ſeine Abſicht ſey, die Verfaſſung ihrer urſprünglichen Geſtalt näher zu bringen; aber ich möchte wohl wiſſen, wenn die Verfaſſung dieſes Landes jener ähnlich war, wie ſie durch die gegenwärtige Bill werden ſoll? Man greift allen Einfluß an, den einzelne Perſonen beſitzen; aber ich fordere Jeden auf, mir einen Zeitraum anzugeben, wo kein ſolcher Einfluß Statt fand. Ich wünſchte, der edle Graf hätte uns geſagt, wie er die Wahlen einrichten wird, damit aus ihnen eine Verſammlung hervorgehe, die fähig ſey, das Land zu regieren? In einem nach dieſer Bill berufenen Parlemente wird die höchſt nützliche Claſſe von Mitgliedern fehlen, welche in dem Staatsdienſte gleichſam großgezogen ſind, und die dadurch jene Kenntniß der öffentlichen Geſchäfte erlangt haben, welche man ſich nur in einer amtlichen Stellung erwirbt, und die dem Hauſe der Gemeinen ſo unentbehrlich ſind. Eine andere nicht weniger wichtige Frage iſt, wie werden Ew. Herrlichkeiten im Stande ſeyn, ihre älteſten Söhne in das Parlement zu bringen? Dieß kann, wenn die Reformbill durchgegangen

Digitized by Google

iſt, nur noch in einzelnen Fällen vorkommen. Und doch, wenn überhaupt noch ein Haus der Lords beſtehen ſoll, ſollen nicht auch alle die Kenntniſſe darin vereinigt ſeyn, die man nur mit Mühe erwirbt, und die nur durch fortdauernde Anſtrengung zur Reiſe kommen! Während meiner fünfzigjährigen Laufbahn kann ich mich nicht erinnern, daß zehn ausgezeichnete Staatsmänner in dieſem Hauſe ſaßen, die nicht ihre Schule früher in dem Hauſe der Gemeinen gemacht hätten. Ich würde dieſen Einwand nicht anführen, wenn ich nicht überzeugt wäre, daß das Land bei demſelben eben ſo betheiligt iſt, wie dieß Ew. Herrlichkeiten ſind. Ich glaube genug geſagt zu haben, um meinen Widerſtand gegen die Bill zu rechtfertigen. Schon durch den bloßen Vorſchlag haben die Miniſter viel Uebles gethan, was nicht wieder gut zu machen iſt. Mit Leidweſen erkenne ich, daß es beinahe eben ſo gefährlich iſt, den Vorſchlag zu verwerfen, als ihn anzunehmen. Der edle Graf iſt ein Mann von ausgezeichneten Talenten; ich habe ihn ſelten, aber immer mit Vergnügen ſprechen hören; mit Vergnügen würde ich ihn am Ruder des Staates geſehen haben; aber wie viel Gutes er auch durch ſeine großen Eigenſchaften dem Lande hätte leiſten können: dieſer Vorſchlag löſcht Alles aus. Es ſtand in ſeiner Gewalt, dem Lande eine große und dauernde Wohlthat zu erweiſen. Er konnte zwiſchen zwei Parteien, zwiſchen den Alles umwälzenden Radicalen und zwiſchen den Gegnern jeder Verbeſſerung, das Gleichgewicht halten. Pitt gab ihm einſt, als er noch in jungen Jahren ſtand, eine Warnung, an die er wohl thun wird, ſich jetzt zu erinnern. Pitt ſagte ihm: Er möge ſich vor einer Partei hüten, die weder Redlichkeit, noch Gefühl, noch Tugend habe, und welche dem Talente, wo es ſich zeige, feindlich entgegentreten werde. Ich glaube, das gegenwärtige Verhalten des edlen Grafen giebt der Partei eine Macht, die er nicht mehr wird bemeiſtern können. Nach Allem, was ich geſagt habe, halte ich es meiner Pflicht zuwider, für die Bill zu ſtimmen; ich kann kein Mitſchuldiger des großen politiſchen Verbrechens werden, welches durch die Bill verübt wird.“ Dieſer kraftvollen Anklage gegenüber mußte die Vertheidigung der Bill, mit der Lord **Melbourne** vortrat, ſehr matt erſcheinen, da der Miniſter, ſtatt ſich auf die einzelnen Punkte der Rüge einzulaſſen, die Graf Harrowby hervorgehoben, ſich in Allgemeinheiten erging, welche zwar die Nothwendigkeit einer Reform, aber keineswegs einer Reform von dem Umfange, in dem ſie vorgeſchlagen war, nachwieſen. Lord Melbourne gab zu, daß das Haus der Lords in der Verfaſſung den Grundſatz

Digitized by Google

der Erhaltung darſtelle, daß es die Verpflichtung habe, ſich allen voreiligen Veränderungen entgegenzuſtemmen; aber er meinte, daß man den Wünſchen des Volkes zu lange widerſtanden habe, und warnte davor, daß man ja nicht etwa glauben möge, weil das Volk bei den früheren Verweigerungen der Reform ſich beruhigt habe, werde auch jetzt die Ruhe nach der Zurückweiſung der Bill ſo bald wiederkehren. Der Herzog von Wellington, der jetzt das Wort ergriff, bezog ſich zuvörderſt auf die Vorwürfe, die ihm und ſeinem ehrenwerthen Freunde im Hauſe der Gemeinen — Sir Robert Peel — gemacht worden wären, weil ſie im letzten Parlemente ſich gegen jede Reform erklärt. Es ſey ein Irrthum, wenn man behaupte, daß durch dieſe Erklärungen das allgemeine Verlangen nach Reform hervorgerufen worden wäre, welches gegenwärtig das Land durchdringe. „Der Geiſt der Reform in dieſem Lande," ſagte der Herzog, „iſt nur eine Folge der franzöſiſchen Revolution. Zwar iſt es wahr, daß ſchon ſeit dem americaniſchen Kriege von Zeit zu Zeit das Verlangen nach einer Parlementsreform in dieſem Lande laut geworden iſt, aber dieſe Aeußerungen wurden von Jahr zu Jahr ſchwächer und weniger häufig, bis zum Ausbruche der franzöſiſchen Revolution. Unglücklicher Weiſe wurde das Parlement wenige Tage vor dem Erſcheinen der Ordonnanzen aufgelöſ't, und die neuen Wahlen wurden unter dem Einfluſſe der großen Bewegung vorgenommen, welche die Ereigniſſe in Frankreich auch in dieſem Lande hervorriefen. Es iſt nicht zu läugnen, daß bei dieſen Wahlen ſich ein ſtarker Geiſt der Reform zeigte, und daß viele Candidaten ſich verpflichten, die Reform zu unterſtützen. Dennoch haben wir uns keinesweges vor der Frage der Parlementsreform zurückgezogen; wir haben uns nur zurückgezogen, weil wir aus andern Gründen das Vertrauen des Hauſes der Gemeinen verloren hatten, und weil wir es allerdings nicht für geeignet hielten, eine Frage von ſo entſcheidender Wichtigkeit, wie die Frage der Parlementsreform von einer Regierung vertheidigen zu laſſen, welche das Vertrauen der Gemeinen nicht mehr beſaß. Als der edle Graf in die Verwaltung trat, kündigte er an, daß es ſeine Abſicht ſey, einen Plan der Parlementsreform vorzulegen, der auf den gegenwärtigen Einrichtungen des Landes beruhen ſolle. Er brachte ſeinen Entwurf ein, derſelbe wurde im andern Hauſe zum zweiten Male geleſen, in dem Ausſchuſſe aber ſchlug man eine Aenderung in dem Plane der Miniſter vor. Entſchloſſen ſich jetzt die edlen Lords von der uns entgegengeſetzten Seite ihre Maßregel der geſetzlichen Einwirkung der Verfaſſung und den Meinungen des andern Hauſes an-

Digitized by Google

zupaſſen? Keinesweges. Sie löſ'ten das Parlement auf, und von dieſer Auflöſung ſchreibt ſich all unſer Unglück her. Da ward das Volk geradezu aufgefordert, die Maßregel zu berathen, und aus dieſem Grunde beſchuldige ich den edlen Grafen, daß er an der Aufregung des Landes Schuld iſt. Wir werden nicht ſo bald von dieſen Bevollmächtigten im Parlemente befreit ſeyn, die von ihren Wählern beherrſcht ſind, die von jeder Abſtimmung ihren Wählern Rechenſchaft ablegen müſſen und gezwungen ſind abzutreten, ſobald ihre Wähler nicht mehr mit ihnen zufrieden ſind. Meine Lords, dieſe von dem Volke zum voraus erörterte Maßregel ſtellt ein ganz neues Wahlſyſtem auf. Die Gleichförmigkeit der Wähler in den Städten wird Verbindungen veranlaſſen, welche ſich der Herrſchaft über die Wahlen bemächtigen; dieſe Verbindungen werden den Einfluß auf die Wahlen an ſich reißen, den gegenwärtig einzelne reich begüterte Familien üben. Man ſagt uns, daß die Vermehrung der Grafſchaftsvertreter den Intereſſen des Grundeigenthumes einen Erſatz für das böte, was ſie auf andere Weiſe verlieren ſollen. Dieß iſt aber ein offenbarer Irrthum, weil nicht allein die Freiſaſſen, die in den Grafſchaften wählen, großentheils in den Städten leben, ſondern auch die Schriftſaſſen und kleinen Pächter, auf die man jetzt das Wahlrecht übertragen will, ſehr oft von den Städten abhängen. Werfen wir einen Blick auf die Veränderung, welche die vorgeſchlagene Maßregel in Ireland hervorbringen wird. Vor zwei Jahren glaubten wir irriger Weiſe den Streit zwiſchen den Proteſtanten und Katholiken in Ireland zu Ende gebracht zu haben. Was geſchieht jetzt? Durch die Ausdehnung des Wahlrechtes auf die kleinen Pächter wird auch in den iriſchen Grafſchaften eine ungeheuere Menge Wähler geſchaffen, die beinahe ſämmtlich Katholiken ſind. In den Städten werden jene geſchloſſenen Körperſchaften, die unter der Regierung Jacobs I ausdrücklich zu dem Zwecke errichtet wurden, um die proteſtantiſche Religion und die Kirche von England zu unterſtützen, durch die katholiſchen Hausinhaber, die 10 Pfund Miethe zahlen, überſchwemmt, und das Gleichgewicht, welches wir herzuſtellen bemüht waren, wird auf dieſe Weiſe völlig über den Haufen geſtoßen. Man ſpricht hie und da von einer Radicalreform, worunter man allgemeines Stimmrecht und Abſtimmung durch geheime Wahlzettel verſteht; aber ich erkläre, daß ich dieſe von der Regierung vorgeſchlagene Maßregel für nichts anderes, als für eine Radicalreform halten kann. Und das Verderblichſte iſt, daß wir bei dieſer Maßregel nicht einmal können ſtehen bleiben. Da ſie wenigſtens in Bezug auf die Städte auf der Bevölke

rung beruht, wird es in Zukunft möglich ſeyn, irgend einer Stadt das Recht zu der Ernennung eines Vertreters zu verweigern, ſobald ſie eine Bevölkerung von 30,000 oder 35,000 Seelen hat? Hier können wir nicht inne halten, wir müſſen vorwärts gehen, und es erſcheint unvermeidlich, daß das Haus der Gemeinen zuletzt in eine reine Volksherrſchaft verwandelt wird. Man ſagt uns, daß wir nicht genöthigt ſeyn werden, weiter zu gehen, weil das Volk ſeiner gegenwärtigen Regierung, weil es dem Könige, den Lords und dem Hauſe der Gemeinen anhängt. Was ſind König, Lords und Gemeinen? In dem Könige vereinigt ſich alle öffentliche Gewalt, aber dennoch kann er nichts gegen das Geſetz thun. Darum ſind die Miniſter da, welche nicht bloß für die Geſetzmäßigkeit, ſondern für die Zweckmäßigkeit aller Regierungshandlungen verantwortlich ſind. Und wem ſind ſie verantwortlich? den beiden Häuſern der Lords und der Gemeinen, namentlich aber dem letzten, weil dieſes die ausſchließende Verfügung über die Einkünfte des Landes hat. Da das Haus der Gemeinen die Oberaufſicht über jede Handlung der Regierung in bürgerlichen, militäriſchen und kirchlichen Angelegenheiten hat, ſo iſt es für das Haus der Lords von der höchſten Wichtigkeit zu wiſſen, wie das andere Haus zuſammengeſetzt iſt, um verſichert zu ſeyn, daß daſſelbe ſeine hohen Pflichten mit Klugheit und mit Ueberlegung erfüllt. Darum frage ich, auf welche Weiſe die Regierung unter dem Syſteme der neuen Reformbill geführt werden ſoll. Welche Parlementsglieder erregen ſchon jetzt der Regierung die meiſte Unruhe und Sorge? Ohne Zweifel die aus den großen Städten, und je größer die Zahl derſelben wird, um ſo ſchwieriger muß die Stellung der Regierung werden. Die Parlementsglieder aus den großen Städten werden künftig die Gewalt haben, die Miniſter zu zwingen, jede Maßregel, die ihnen mißfällt, aufzugeben und jede Maßregel anzunehmen, die von ihnen empfohlen wird. Jeder Unbefangene, der dieſe Frage erwägt, muß begreifen, daß durch die Aenderungen, welche dieſes Syſtem bewirken muß, die Führung der öffentlichen Angelegenheiten unmöglich wird. Meine Meinung iſt daher, daß nichts Gutes daraus hervorgehen kann, wenn wir dieſe Bill zum zweiten Male verleſen laſſen, denn ich glaube nicht, daß man ſie ſo ändern kann, daß ſie eine nützliche und heilſame Maßregel wird. Was die Drohungen betrifft, durch die man uns von gewiſſen Seiten um unſer eigenes Beſtehen beſorgt machen möchte, ſo haben wir dieſe nur mit Verachtung zu behandeln. Uebrigens bin ich allerdings der Meinung, daß die Frage der Reform durch das Verfahren der Miniſter gegenwärtig eine

Digitized by Google

Geſtalt angenommen hat, die es, was auch aus der uns vorliegenden Maßregel werden mag, unvermeidlich macht, daß der Gegenſtand in kurzer Friſt abermals zur Berathung kommen muß; ich halte es daher für angemeſſen, daß wir unſere Entſcheidung in einer Weiſe geben, welche uns nicht zum voraus gegen jede andere Reformmaßregel verpflichtet, die auf geſetzlichem Wege vor uns gebracht werden kann.“

Graf Dudley griff die Miniſter mit einer Heftigkeit an, wie keiner der Herren, die vor ihm gegen die miniſterielle Maßregel geſprochen. Die Miniſter behauptete er, ſeyen nicht im Stande geweſen, eine einzige finanzielle Maßregel durchzuführen, und jetzt kämen ſie her und wollten die ganze Verfaſſung umgeſtalten und umſtürzen. Der leitende Gedanke ihres Geſetzentwurfes ſey, daß England niemals eine gute Regierung gehabt habe. Die Verfaſſung ſey noch dieſelbe, wie ſie zur Zeit der Revolution von 1688 war. „Die einzige Veränderung, die ſeitdem vorgegangen, iſt, daß das Volk an Einfluß gewonnen und die Ariſtokratie verloren hat. Manche Urſachen haben dazu beigetragen, am meiſten die Oeffentlichkeit der Verhandlungen beider Häuſer des Parlements und die Thätigkeit der Preſſe, die eine neue und furchtbare Gewalt im Staate und der ſichere Bundesgenoſſe aller Volksverführer iſt. Der Einfluß des Volkes iſt fortwährend im Steigen, und es iſt daher kein Grund vorhanden, demſelben noch durch eine Parlementsreform zu Hülfe zu kommen. Das einzige Uebel, worunter das Land leidet, iſt eine im Verhältniſſe zu den Erwerbs- und Unterhaltsmitteln unmäßig große Bevölkerung. Dafür hat man manche Gegenmittel vorgeſchlagen, und was könnte ein reformirtes Haus der Gemeinen für neue Geheimmittel ausfindig machen, die dem Scharfſinne aller früherer Staatsmänner entgangen wären? Das, was die Miniſter wollen, iſt das Verkehrteſte, was man ſich denken kann, ſie wollen mit geſchwächten Mitteln die Maſſen im Zaume halten, die ſie mit der ganzen unverſehrten Gewalt der Verfaſſung nicht zu zügeln vermögen. Nach der Lehre der Schule ſollen das Haus der Gemeinen und das Haus der Lords einander gleich ſeyn; das iſt aber in der Wirklichkeit nicht wahr. Selbſt das jetzige Haus der Gemeinen würde, wenn es mit den zwei andern Gewalten in Streit käme, beide überwältigen. Nur durch die ſogenannten Mißbräuche der Verfaſſung wird das Gleichgewicht aufrecht gehalten. Würden auf das Verlangen nach der Reform nicht bald andere Forderungen folgen, andere Aenderungen nöthig werden? Den Namen des Hauſes der Lords würde man vielleicht noch eine Zeitlang fortbeſtehen laſſen, aber nur um die Befehle

der Volkstyrannen zu regiſtriren. Wie lange würden noch die Inhaber erblicher Ehren eines politiſchen Daſeyns genießen, wenn alle Bollwerke zu ihrer Vertheidigung niedergeriſſen wären? Ich fordere Ew. Herrlichkeiten auf, vor dem übermüthigen und herrſchſüchtigen Geiſte der Zeit nicht zurückzuweichen und dieſem erſten großen Angriffe auf Ihre unzweifelhaften Rechte entſchloſſenen Widerſtand entgegen zu ſetzen." — Der Marquis von Lansdowne wies zuvörderſt den Vorwurf zurück, als ob die Miniſter durch ihre finanziellen Maßregeln einen Beweis ihrer Unfähigkeit gegeben hätten, da der Widerſtand, den dieſe Maßregeln erfahren, nur von Einzelintereſſen ausgegangen ſey, die ſich auf Koſten des Gemeinwohles geltend gemacht hätten. Was die Anklage betreffe, daß die Miniſter die Verfaſſung umſtürzen wollten, ſo bedürfe dieſelbe ſchon deshalb keiner Widerlegung, weil beinahe alle die edlen Lords, die bisher gegen den Vorſchlag der Regierung das Wort ergriffen, doch dabei die Nothwendigkeit irgend einer Reform zugegeben und ſich nur gegen die Ausdehnung erklärt hätten, welche die Miniſter ihrer Maßregel zu geben beabſichtigten. „Ein edler Graf, der die Nothwendigkeit der Reform anerkannte, hat die Bill dennoch als ein politiſches Verbrechen bezeichnet, dieſe Aeußerung war aber gewiß nur eine durch die Hitze der Erörterung hervorgerufene. Ich ſtimme mit dem edlen Grafen in allen ſeinen Vorderſätzen überein; ich gebe ihm zu, daß jede politiſche Veränderung ein Uebel iſt, und daß keine Staatsgeſellſchaft mit Sicherheit beſtehen kann, in welcher nicht dem Eigenthume, — wenn auch gerade kein überwiegender, — doch ein großer Einfluß eingeräumt iſt. Aber die Folgerung, die er aus dieſen Sätzen zieht, daß der Charakter der Verfaſſung dieſes Landes allen durch die Zeit gebotenen Veränderungen einen hartnäckigen Widerſtand entgegen ſetze, erkenne ich keineswegs an. Was waren die Geſetze über die Einführung der Reformation, über die Vorrechte der Krone unter den Stuarts, über die Thronfolge des Hauſes Hannover, über die Vereinigung von Schottland und England, über die iriſche Union und beſonders jenes, welches ein edler Herzog ſelbſt vorſchlug, und das drei Fünftheile der Wähler von Irland ihres Wahlrechtes beraubte? Was ſind alle dieſe Geſetze Anderes, als eben ſo viele Beiſpiele, daß die Einrichtungen dieſes Landes ſich den Umſtänden fügten, und daß dieſe Aenderungen in den Rückſichten der politiſchen Zuträglichkeit ihre Entſchuldigung fanden? Der Grundcharakter unſerer Einrichtungen iſt, daß ſie die ganze Kraft der Meinung und die ganze Macht des Eigenthumes um ſich verſammeln. Sich den Umſtänden zu fügen, liegt

Digitized by Google

deshalb durchaus in dem Charakter unſerer öffentlichen Einrichtungen, und wenn dieß nicht wäre, ſo würde die Verfaſſung längſt Schiffbruch erlitten haben und als elendes Wrack zum Denkzeichen und zur Warnung am Ufer des Stromes der Zeiten liegen. Beinahe alle die Herren, welche bis jetzt gegen die Bill geſprochen, haben zugleich für die Reform geſprochen; aber was in dieſem Sinne auch vorgebracht wurde, wollte bisher noch immer keine feſte Geſtalt gewinnen. Immer noch weiß das Volk von England nicht, worin ſein Heil beſtehen ſoll, wenn dieſe Maßregel verworfen wird; und ich glaube, daß das brittiſche Volk das Recht hat, ſich darüber zu beklagen, daß in den ſechs Monaten, ſeit dieſe Frage verhandelt wird, von Seiten unſerer Gegner noch kein einziger Vorſchlag gemacht iſt, der an die Stelle unſerer Maßregel treten könnte. Allerdings ſind gegen die Bill Einwendungen erhoben worden, die, wenn ſie begründet wären, ſchwer in das Gewicht fallen müßten. Ein edler Lord hat die Befürchtung ausgeſprochen, daß bald nach der Annahme der Bill der neue Wahlkörper das Uebergewicht gewinnen und daſſelbe dazu verwenden würde, den Abgaben zur Zahlung der Zinſen der Nationalſchuld ein Ende zu machen. Ich wünſchte, der edle Lord gäbe ſich die Mühe, und überlegte, wer denn die ſo ſehr gefürchteten Zehnpfund-Wähler ſind. Ich habe hier eine Berechnung über die Vertheilung des Vermögens im Lande vor mir liegen. Die Bank von England z. B. zahlt an 274,823 Perſonen Dividenden aus, und darunter ſind 264,668, die weniger als 200 Pfd. St. eingelegt haben. Iſt nicht alle Wahrſcheinlichkeit, ja beinahe die Gewißheit vorhanden, daß ſich unter dieſen eine Menge der geringeren Wähler befindet, welche durch die Bill geſchaffen werden? Was wird aber dann aus den angegebenen Befürchtungen? Der edle Herzog hat behauptet, die Beſtimmung über das Zehnpfund-Wahlrecht werde einen einförmigen Wahlkörper ſchaffen, der leicht unter die Herrſchaft gewiſſer Verbindungen fallen werde; aber 10 Pfd. Miethe iſt nur der geringſte Satz, und das iſt eine ſonderbare Gleichförmigkeit, welche Wahlmänner von 10 bis zu 10,000 Pfd. in ſich begreift. Ich kann den edlen Herzog verſichern, daß es in den Städten, wo 10 Pfd. Miethe das Wahlrecht leihen, mehr Wähler von 20 Pfd. und darüber geben wird, als von 10 Pfd. Eine Behauptung des edlen Herzogs iſt, das Verlangen nach Reform ſey den jüngſten Ereigniſſen in Frankreich zuzuſchreiben. Das beſtreite ich durchaus, denn die ganze Geſchichte unſers Landes zeigt, wie die Frage entſtand und nach und nach an Bedeutung und Wichtigkeit zunahm, obgleich ihre Fortſchritte

Digitized by Google

nicht gleichmäßig waren und nur in verſchiedenen Zeiten Stoff zum Mißvergnügen gaben. Wo aber einmal eine Maſſe von Mißvergnügen vorhanden iſt, da können allerdings auswärtige Ereigniſſe einen Ausbruch veranlaſſen. Hier iſt keine dauernde Sicherheit zu hoffen, wenn man nicht den Grund des Uebels heilt, das ſonſt mit Gefahren droht, während man am wenigſten vorbereitet iſt, ihnen zu begegnen. Der letzte und wichtigſte Einwurf gegen die Maßregel iſt der, daß durch dieſelbe das künftige Daſeyn dieſes Hauſes gefährdet werde. Ich habe dem, was darüber geſagt worden iſt, mit großer Aufmerkſamkeit zugehört, aber ich habe nichts gehört, wodurch dieſe Beſorgniß gerechtfertigt würde. Das Haus hat gewiß nicht das Geringſte zu fürchten, ſobald es auf verfaſſungsmäßigem Boden ſteht, worin mehr als in dem ungeſetzlichen Einfluſſe, den einige Pairs ausüben mögen, ſeine Kraft ruht. Kann man aber behaupten, daß man auf verfaſſungsmäßigem Boden ſtehe, wenn man Gatton und Old Sarum vertheidigt? Wenn Sie in gerechter Sache auf Ihre verfaſſungsmäßige Gewalt ſich ſtützen, wird das Volk dieſe mit Achtung betrachten; denn die Achtung vor der Verfaſſung lebt in dem Herzen des Volkes. Aus dieſem Grunde habe ich den edlen Herzog nie mit größerem Vergnügen angehört, als indem er die Behauptung, daß Ausbrüche des Volksunwillens gegen ihre verfaſſungsmäßige Macht vorkommen könnten, mit Verachtung zurückwies. Weiter habe ich nichts zu bemerken.“ — Der Marquis von Londonderry, der gewohnt war, in den parlementariſchen Verhandlungen ſich durch ſeine natürliche Heißblütigkeit hinreißen zu laſſen, überhäufte die Regierung mit den leidenſchaftlichſten Vorwürfen, und verkündete beſonders für Ireland von der Annahme der Reformbill die ſchrecklichſten Folgen vorher. Ireland, verſicherte er, das in dieſem Augenblicke durch den Willen eines einzelnen Menſchen gelenkt ſey, werde ſich mit der Reform nicht begnügen, ſondern dieſelbe nur als den erſten Schritt zum Widerrufe der Union betrachten. Ganz Ireland werde den Katholiken überliefert, die proteſtantiſchen Intereſſen, welche die Inſel allein an England bänden, würden mit der proteſtantiſchen Kirche vernichtet werden. — Lord Goderich vertheidigte die Miniſter beſonders gegen die Beſchuldigung, daß ſie die herrſchende Aufregung hervorgerufen hätten, „Niemand,“ ſagte er, „der die Frage vorurtheilsfrei prüft und die Geſchichte ihrer Fortſchritte in Erwägung zieht, kann ein ſo engherziges Urtheil über die öffentliche Meinung fällen. Dieſe Frage hat die Aufmerkſamkeit des Landes ſeit fünfzig, ſeit ſechzig Jahren fortwährend in höherem oder geringerem Maße beſchäftigt. Auffallend

iſt es, daß ſie bei ihrer erſten Anregung im Hauſe der Gemeinen keineswegs mit Mißgunſt aufgenommen wurde. Gegen das Ende des vorigen Jahrhunderts ging allerdings eine bedeutende Veränderung vor, und man wurde allen politiſchen Veränderungen ſehr abgeneigt. Nach dem Frieden erhob ſich der Wunſch jedoch mit neuer Stärke. Die erhöhten Steuern, die heftigen Erſchütterungen, welche der ſchnelle Uebergang von einem langen Kriegszuſtande zum Frieden in den Verhältniſſen von Hunderttauſenden hervorbrachte, drückten ſchwer auf die Staatsgeſellſchaft; man ſah ſich nach einem Heilmittel um; das Parlement vermochte dieſes nicht zu geben, und davon ſah man die Urſache, wohl nicht mit Unrecht, hauptſächlich in ſeiner fehlerhaften Zuſammenſetzung. Als die Frage über die Parlementsreform im vorigen Jahrhunderte zur Sprache kam, ging bald ein Geſetz gegen den Handel mit Wahlflecken durch, welches denſelben für ungeſetzlich und verfaſſungswidrig erklärte. Was ſoll nun das Volk denken, wenn man die Abſtellung dieſes Handels für eine verfaſſungswidrige Maßregel erklärt?" Da Lord Goderich in ſeiner ganzen früheren Laufbahn als der entſchiedenſte Gegner der Parlementsreform aufgetreten war, ſo hielt er es für ſeine Pflicht, ſeinen perſönlichen Meinungswechſel zu rechtfertigen. Er geſtand ein, daß er ſeine Anſichten geändert habe, dieß ſey aber nur nach der reifſten Erwägung geſchehen; er habe manche theure Erinnerungen aufgeben müſſen, dafür entſchädige ihn das Bewußtſeyn der Redlichkeit ſeiner Abſichten und die Ueberzeugung, daß die vorgeſchlagene Maßregel in hohem Grade zum Vortheile der Pairie, wie des ganzen Landes gereichen werde. — Graf Haddington ſprach ſich mit Mäßigung, aber deshalb mit nicht geringerer Beſtimmtheit gegen den miniſteriellen Plan aus: „der edle Lord, der ſo eben ſprach, hat behauptet, die gegenwärtige Regierung habe die Aufregung in der Nation nicht veranlaßt, ſondern vorgefunden. Allerdings iſt die Reformfrage allmälig im Laufe der Zeit zu ihrer gegenwärtigen Bedeutung emporgeſtiegen, aber die fieberiſche Bewegung, die in dieſem Augenblicke herrſcht, die Hoffnung ungemeſſener Vortheile, die man ſich von der Reform verſpricht, iſt dennoch das Werk der vorliegenden Bill. Die Miniſter Sr. Majeſtät haben die Aufregung vorgefunden, aber, ſtatt ſie zu beſchwichtigen, haben ſie dieſelbe höher entflammt. Mein Freund, der verſtorbene Canning, hat in einer ſeiner letzten Reden über die Reform vorhergeſagt, daß die Zeit kommen werde, wo die Nothwendigkeit derſelben überwiegen würde; er rühmte bei dieſer Gelegenheit die Feſtigkeit und Folgerichtigkeit des edlen Grafen, der gegenwärtig an der

Digitized by Google

Spitze der Regierung ſteht, und erklärte in prophetiſchem Geiſte, der Ruhm, eine ſolche Maßregel vorzuſchlagen, würde dem edeln Grafen zufallen, ihm ſelbſt aber werde der Ruhm bleiben, ihr bis an's Ende widerſtanden zu haben. Meiner Meinung nach hat man den edeln Grafen mit Unrecht getadelt, daß er nicht einen weniger ausgedehnten Plan vorgelegt habe; dieß hätte der Herzog von Wellington thun können, aber nicht der edle Graf, der dadurch den ganzen Ruf ſeiner Geſinnungstreue und Aufrichtigkeit eingebüßt hätte. Der edle Graf iſt jedoch weitergegangen, als die Sorge für ſeinen Ruf nöthig machte. Nie werde ich das Erſtaunen und die Unruhe vergeſſen, welche das Bekanntwerden dieſes Planes auch bei den eifrigſten Reformern erregte. Meine einzige Hoffnung beruht jetzt darauf, daß das engliſche Volk bei ſeinem bekannten geſunden Verſtande und ſeiner Mäßigung bald wieder zu ſeinen alten gewohnten Anſichten und Vorſtellungen zurückkehren wird.“ — Graf Radnor fand es ſeltſam, daß die Gegner der Miniſter beinahe ohne Ausnahme die Nothwendigkeit der Reform zugäben und ſich doch gegen die Bill erklärten. „Man ſetzt an der Bill aus, daß ſie eine Veränderung bezwecke, aber wir leben in einer Welt der Veränderungen. Ich liebe die Veränderungen auch nicht, aber wenn Veränderungen das geringere Uebel ſind, ſo halte ich es für klug, dieſes zu wählen. Wenn die öffentlichen Einrichtungen den Bedürfniſſen der Geſellſchaft entſprechen ſollen, ſo müſſen ſie ſich nach den Veränderungen richten, die in der Geſellſchaft vor ſich gehen. Die geſchloſſenen Körperſchaften ſind im Verlaufe der Zeit noch enger geſchloſſen, die verfaulten Flecken noch fauler geworden, das iſt der natürliche Gang der Dinge. Die urſprünglich mit dem Wahlrechte begabten Bürger wurden nach und nach ausgeſchloſſen, weil die Körperſchaften allmälig die Macht dazu erlangten; auf zehn Flecken, die ſich enger abſchloſſen, kommt nicht einer, der ſich erweitert hätte. Ich will einmal den Flecken nehmen, als deſſen Eigenthümer ich mich betrachten kann. In dem Flecken gilt das Burglehnrecht, und es befinden ſich hundert Burglehen darin, die bis auf eines alle mir gehören; die ganze wählende Körperſchaft des Fleckens bin alſo ich ſelbſt. Sie ſehen, meine Lords, daß eine Körperſchaft enger nicht abgeſchloſſen ſeyn kann. Ich erwähne dieſe Thatſache, um zu zeigen, wie die Sachen ſich nach und nach geſtaltet haben, und um darauf hinzuweiſen, daß unſere Einrichtungen ſich in gleichem Maße hätten ändern müſſen. Dieß iſt nicht geſchehen, und jetzt ſagt man uns, wir thun einen verzweifelten Schritt. Ich geſtehe, er iſt etwas groß; das Unglück aber

iſt, daß wir zu weit zurückgeblieben waren und jetzt das Verſäumte auf einmal nachholen müſſen. Kenntniſſe aller Art, auch politiſche, haben ſich im Volke verbreitet; das Volk kennt ſeine Rechte und will ſie beſitzen. Bildung iſt Macht, und die Bildung breitet ſich mit jedem Tage weiter im Volke aus.“

Graf Falmouth wußte nichts Neues vorzubringen, ſondern wiederholte nur die Vorwürfe, die den Miniſtern bereits von einem halben Dutzend der frühern Redner gemacht waren. Nichts habe eine ſo unſelige Wirkung hervorbringen, ſo viel zur Vermehrung der Aufregung beitragen können, als die letzte Auflöſung des Parlementes. In der damals herrſchenden Stimmung wären Männer von anerkannter Geſchicklichkeit, von erprobter Rechtſchaffenheit, von bewährten Verdienſten bei den Wahlen verworfen worden, oder hätten ſich genöthigt geſehen, ganz von der Bewerbung zurückzutreten. Glücklicher Weiſe habe aber ſeitdem bereits die Rückwirkung begonnen, und es ſei daher noch nicht alle Hoffnung verloren. — Graf Roſeberry bemerkte: Er ſey ſeit geraumer Zeit überzeugt geweſen, daß das Parlement entweder in eine allmälige Verbeſſerung der Volksvertretung willigen müſſe, oder daß irgend ein Miniſterium durch den Drang der Umſtände genöthigt ſeyn werde, eine umfaſſende Maßregel vorzulegen. Die Möglichkeit einer allmäligen Verbeſſerung ſey nun vorüber, und die beſte Gelegenheit dazu habe man im letzten Parlemente unbenutzt verſtreichen laſſen. Er hege die höchſte Achtung für den edeln Herzog (von Wellington), aber trotz Allem, was derſelbe geſagt habe, müſſe er ihn und ſeine Collegen für die wahren Urheber des gegenwärtigen Reformplanes halten. Indem ſie ſich gegen eine allmälige Aenderung des Parlements erklärten, hätten ſie ihren Nachfolgern keine andere Wahl gelaſſen, als zu einer Maßregel, wie die gegenwärtige, zu greifen. — Graf Carnarvon verſicherte, er habe die Reden der Miniſter mit der größten Aufmerkſamkeit angehört; aber keiner derſelben habe ſich die Mühe genommen, die practiſchen Uebel des gegenwärtigen Wahlverfahrens und die practiſchen Vortheile der vorgeſchlagenen Aenderung nachzuweiſen. „Das, was ſie uns bis jetzt geſagt haben, kommt darauf hinaus, daß es ſich darum handle, ob eine Reform bewilligt werden ſolle oder ob keine Reform bewilligt werden ſolle. Kaum kann ich, ohne perſönlich beleidigend zu werden, meine Mißbilligung ſtark genug, nicht bloß über die Bill, ſondern auch über die Art ausdrücken, wie man ſie dem Lande aufdrängen will. Ich will nicht ſagen, daß die Miniſter abſichtlich uns zu ſchrecken verſuchten, allein ſie haben für

Digitized by Google

ihre Maßregel keinen ſchlagenderen Grund anzuführen gewußt, als die gegenwärtige Aufregung des Volkes. Wenn die Miniſter ſelbſt erſchreckt ſind, ſo kann ich nur beklagen, daß ſie, ſtatt der Aufregung des Volkes mit der Entſchloſſenheit eines Pitt entgegenzutreten, ſtatt zu warten, bis die Gährung ſich gelegt hätte, den Sturm anfachten, den ſie abwenden ſollten. Ich betrachte die Bill als eines der vorübergehenden Erzeugniſſe der revolutionairen und republicaniſchen Zeit, in der wir leben. Wir haben Conſtitutionen für eine franzöſiſche, eine cisalpiniſche, eine parthenopiſche Republik geſehen, mit deren Abfaſſung ſich der philoſophiſche Geiſt alle mögliche Mühe gab; heute waren ſie entſtanden, und der Hauch des folgenden Tages hatte ſie hinweggeweht. Ich würde die Bill mit mehr Achtung behandeln, wenn ich irgend ein Element der Dauer darin entdecken könnte. Ich war ſtets ein Freund der Reform; ich habe ſtets behauptet, man müſſe den großen Städten Vertreter geben, aber man müſſe ſtufenweiſe und mit Mäßigung zu Werke gehen, um die practiſche Gleichmäßigkeit der Verfaſſung zu bewahren und doch die Vertretung den Fortſchritten der Geſellſchaft anzupaſſen. Man wirft uns vor, daß wir mit keinem Vorſchlage hervortreten; erlauben Sie mir, meine Lords, Ihnen ein Gleichniß zu geben. Setzen wir den Fall, es wolle Jemand einen neuen Koch annehmen, und lade einige Gaſtronomen ein, um über ſeine Kunſt ein Urtheil zu fällen. Wenn nun der Hausherr nach vollbrachtem Mahle fragte, wie ſie den Tiſch fanden, und die Gäſte antworteten: Ein Paar Schüſſeln ausgenommen, ſcheint uns die ganze Mahlzeit die ſchlechteſte Kocherei in Europa, würden Sie es nicht ſeltſam finden, wenn der Hausherr entgegnete: „Sie haben meine Mahlzeit getadelt, gehen Sie einmal in die Küche und verſuchen Sie, ob Sie es beſſer machen können!“ Und wenn dieſe Aufforderung ſonderbarer Weiſe angenommen würde, hätten dann die Gäſte nicht ein Recht zu ſagen: „ehe wir unſere Kunſt verſuchen, müßt Ihr uns wenigſtens die Küche öffnen!“ So ſage ich: laßt Eure Gegner erſt in das Miniſterium, und wenn ſie dann nichts Beſſeres vorbringen, mögt Ihr ſie mit Recht tadeln. Die Miniſter verlangen, daß wir ihre Maßregel im Ausſchuſſe berathen ſollen; ſie ſträuben ſich nicht gegen Aenderungen, die wir darin anbringen, nur ſoll nichts gegen die leitenden Grundſätze vorgenommen werden. Wie ſollen wir aber der Aufforderung der Miniſter Folge leiſten, wenn wir nicht mit einem Male das ganze Syſtem unſerer Vertretung umſtürzen wollen? Wenn wir dieß nicht wollen, ſo würde auch die Berathung im Ausſchuſſe nichts helfen, denn ſie würde nur neue Illu-

Digitized by Google

minationen im Lande zur Folge haben. In dem fieberiſchen Zuſtande, in den die Revolutionen das Land um uns her verſetzt haben, kann eine ſo wichtige Frage, wie jene der Reform, nicht mehr mit der nöthigen Ruhe erwogen werden. Uebrigens ſteht, wenn die Bill verworfen werden ſollte, den Miniſtern nichts entgegen, die dringendſten Gegenſtände zuerſt einzeln vorzuſchlagen, ohne daß ſie deshalb den Ueberreſt aufzugeben brauchen. Einem ſolchen Verfahren würde ich mich nicht widerſetzen, wohl aber der Anmaßung, die allgemeinen Grundſätze und die zahlloſen Einzelheiten einer Maßregel von ſo unermeßlichem Umfange mit einem Male zur Berathung zu bringen. Der große Angriffspunkt, von dem die ganze Bill ausgeht, ſind die verfallenen Flecken; ich liebe ſie nicht, und wenn irgend etwas ſich ausfindig machen läßt, wodurch die Regierung dieſes Landes wirkſam fortgeſetzt werden kann, wodurch die Verbindung der drei Gewalten bewahrt wird, ſo will ich dem Vorſchlage gern vor dem gegenwärtigen Syſteme den Vorzug geben. Mein Einwurf iſt nur, daß man ſie alle mit einem Male abſchaffenwill, ehe man ſieht, ob nicht ein Theil derſelben mit Nutzen beibehalten werden kann. Jede Gewalt in der Verfaſſung iſt mit den übrigen verbunden, und um dieſe Verbindung aufrecht zu erhalten, ſind jene Flecken unentbehrlich. Wenn es kein ſicheres Mittel giebt, wodurch die Miniſter ſtets Mitglieder des einen oder des andern Hauſes werden, ſo hat es mit ihrer Verantwortlichkeit ein Ende. Die Anklage hilft nichts, das iſt ein Mittel in terrorem, das Niemand abſchreckt; aber der ehrgeizigſte Miniſter, der verderbliche Plane hegt, kann nicht gegen die täglichen Fragen und Erörterungen im Parlemente aushalten. Darum iſt es im Intereſſe der Freiheit, daß die Miniſter ſtets einen Sitz im Parlemente haben müſſen. Hier iſt ſchon mancher Kampf, der das Land mit Blut überſchwemmt haben würde, blutlos durchgefochten worden. In unſerm gegenwärtigen Syſteme ſind Mängel; könnt Ihr ſie verbeſſern, ſo thut es in Gottes Namen; aber erinnert Euch, daß Ihr einen gefährlichen Weg eingeſchlagen habt; wenn Ihr fehl tretet, iſt die Verfaſſung verloren. Facilis descensus Averni, sed revocare gradum!“ — Dem beredten Grafen Carnarvon, deſſen Worte einen tiefen Eindruck auf die erlauchte Verſammlung hervorgebracht hatten, trat ein ausgezeichneter Rechtsgelehrter, Lord Plunkett, der Lord Kanzler für Ireland, entgegen. Er ging davon aus, daß nach der Erklärung, die der Herzog von Wellington gegeben, nicht daran zu zweifeln ſey, daß die Auflöſung des vorigen Cabinets im engſten Zuſammenhange mit der Reformfrage geſtanden habe. „Der Gedanke,

Digitized by Google

der bei der Auflöſung des Cabinets vorherrſchte, war, daß daſſelbe unter den Umſtänden, in die es ſich verſetzt fand, nicht im Stande ſey, der Frage der Parlementsreform im Hauſe der Gemeinen die Spitze zu bieten. Die gegenwärtige Regierung wurde gebildet, um dem Grundſatze der Parlementsreform die Oberhand zu verſchaffen, weil man der Ueberzeugung war, daß ohne die Reform die Regierung dieſes Landes nicht fortzuführen ſey. Der edle Graf, der vor mir ſprach, ſcheint zu glauben, daß die Wünſche des Volkes für die Reform einem Zephyrhauche geglichen hätten; er hat behauptet, mein edler Freund und ſeine Collegen hätten dieſelben erſt zum Sturme angefacht; ich kann mir indeſſen nicht denken, daß ein Zephyr den edeln Herzog von ſeinem Amte vertrieben hätte; es mußte doch wohl ein Sturm ſeyn, und zur Beſchwichtigung dieſes Sturmes hat mein edler Freund das einzige ſichere Mittel ergriffen. Eine Maßregel, beinahe dieſelbe, wie ſie jetzt dieſem Hauſe vorliegt, wurde dem Hauſe der Gemeinen vorgelegt, ſtreng geprüft von Feinden und Freunden und ging bei der erſten Abſtimmung mit der Mehrheit einer Stimme durch. Die Miniſter hielten es nicht für gerathen, die Maßregel weiter zu verfolgen, ſondern erachteten es für nöthig, das Volk zu befragen. Dieſes drückte ſeine Geſinnung faſt mit Einſtimmigkeit nicht für eine Parlementsreform überhaupt, ſondern für dieſe Maßregel in's Beſondere aus. Die Berathungen im Hauſe der Gemeinen wurden mit Ueberlegung und mit Ausdauer geführt, und die Maßregel ging nach einigen Abänderungen mit einer Mehrheit durch, die man bei einer ſo beſtrittenen Sache beinahe der Einſtimmigkeit gleich ſetzen kann. Nun würden Ew. Herrlichkeiten allerdings nur ein geſetzliches Recht ausüben, wenn Sie dieſe Bill verwerfen wollten, aber mögen Sie bedenken, daß das Volk von England bereits ſeine Anſicht darüber ausgeſprochen hat; und daß die Bill ausſchließlich die Rechte und Freiheiten des Volkes betrifft. Darum bitte ich Ew. Herrlichkeiten auf das Inſtändigſte, die Folgen zu erwägen. Iſt ein Grund vorhanden, zu vermuthen, der Eifer des Volkes werde nach und nach hinſterben? Wenn dieß nicht der Fall iſt und die Bill verworfen wird, ſo heißt dieß ſo viel, als wenn man die Räder der beiden Häuſer des Parlements ſperren wollte, damit die Staatsmaſchine ſtillſtehe. Welche Regierung würde die Kraft und die Mittel haben, nach der Verwerfung der Bill noch die Angelegenheiten des Landes zu leiten? Auf den edeln Herzog würden ſich zuerſt die Blicke richten; aber dieſer hat es ſchon im vorigen Jahre unmöglich gefnuden, die Leitung der Regierung zu behalten; würde er

Digitized by Google

im Stande ſeyn, unter noch viel ſchwierigeren Umſtänden die Zügel wieder aufzunehmen? Würde er jetzt hoffen können, das Vertrauen des Hauſes der Gemeinen zu gewinnen? Die Gefahr liegt nicht in Volksaufſtänden, ſondern darin, daß die Regierung nicht fortgeführt werden könnte, weil den öffentlichen Behörden alles Vertrauen entzogen und darum das Land in einem Zuſtande der Geſetzloſigkeit wäre. Ich weiß es, viele edle Lords wünſchen die Aufrechterhaltung der beſtehenden Einrichtungen dieſes Landes mit den Beſtimmungen der Bill zu vereinigen. Ich will deshalb Ihre Aufmerkſamkeit für die beſondere Frage, die uns vorliegt, näher in Anſpruch nehmen und frage zuerſt, ob das Haus der Lords ſich in einer richtigen Stellung befindet, wenn es ſich mit dem Hauſe der Gemeinen in einen Streit über die Reform der Gemeinen einläßt? Ew. Herrlichkeiten ſind die erblichen Rathgeber der Krone, warum wollen Sie aber auch Ihren Antheil an der Volksvertretung im Hauſe der Gemeinen behalten? Wenn das Haus der Gemeinen die Rechte der Krone oder des Hauſes der Lords antaſten wollte, dann wären Ew. Herrlichkeiten verpflichtet, auf jede Gefahr Widerſtand zu leiſten. Iſt aber dieß hier der Fall? Ein ebenſo erhabener als einfacher Grundſatz iſt das Gebot: Thue nicht, was Du nicht willſt, das Dir die Leute thun ſollen! Wenn das Haus der Lords es nöthig fände, ſeine eigenen Angelegenheiten, die Ertheilung der Titel erblicher Pairswürden zu ordnen, und ſendete darüber eine Acte an das Haus der Gemeinen, würden nicht die Mitglieder dieſes Hauſes ſich ungeziemend behandelt glauben, wenn das Haus der Gemeinen dieſe Acte verwürfe oder ſolche Veränderungen darin anbrächte, welche die ganze Anlage der Maßregel umgeſtalteten und die davon erwarteten Vortheile vernichteten? Würden Ew. Herrlichkeiten ſich verbunden achten, dieſen Anordnungen ſich zu unterwerfen? Der Grundſatz, nach welchem Ew. Herrlichkeiten eine Gewalt über die Volksvertretung behaupten wollen, iſt ganz unhaltbar. Es iſt der Anſpruch eines Theiles der Oligarchie einen Theil der Demokratie zu bilden, und ich erkläre, daß ich die Rechtmäßigkeit eines ſolchen Anſpruches nicht einſehe. Hiebei iſt noch zu bemerken, daß nicht alle Pairs Theil an der Vertretung im Hauſe der Gemeinen haben. Die, welche eine ſolche Gewalt nicht beſitzen, ſind von den Andern in Schatten geſtellt, und es iſt eins der Verdienſte der Bill, daß ſie Ew. Herrlichkeiten insgeſammt auf gleichen Fuß ſetzt und in Beziehung auf Ew. Herrlichkeiten ſelbſt ungerechten Bevorzugungen ein Ende macht. Der edle Herzog hat den Zweifel aufgeworfen, ob nach der Annahme der Bill noch irgend eine Regie-

Digitized by Google

rung möglich ſeyn werde. Ich muß geſtehen, daß ich nicht weiß, wie die Sitte, Parlementsſitze zu verkaufen, irgend einen Einfluß auf die Erhaltung der Regierung haben könnte. Ich kann mir den Fall denken, daß eine Maßregel einſtimmig vom Volke verlangt, vom Könige empfohlen würde, und daß ſich die Herren, welche mit den Parlementsſitzen Handel treiben, widerſetzten; ich kann mir den Fall denken, daß der König ſich aus Männern, die ihm gefielen, ein Miniſterium bilden wollte, und daß die 150 Herren, die mit Parlementsſitzen handeln, erklärten: ſie willigten nicht ein, weil das die Monarchie und die öffentlichen Einrichtungen gefährden würde. Dieſe Art der Beweisführung iſt dieſelbe, als wenn die Herren ſagen wollten, ſobald das Volk gut vertreten und ihnen die Macht genommen würde, könne keine Regierung beſtehen. Was kann man bei dem gegenwärtigen Stande der öffentlichen Meinung ſich Abenteuerlicheres denken, als die Behauptung, daß die verfallenen Flecken als ein weſentlicher Theil der Verfaſſung beibehalten werden müßten, weil in ihnen das Volk nicht vertreten ſey, und daß es mit den Geſetzen, mit allen Einrichtungen in der Kirche und im Staate ein Ende habe, ſobald die Vertretung durch die Beſeitigung der Flecken vervollkommnet würde? Die Pflicht des Staatsmannes iſt in dieſer Lage der Dinge, von einem hohen Standpunkte aus zu ermitteln, welcher Art die Rechte und die Pflichten des Volkes ſind; und ſofern er die Kraft, Gutes zu wirken in ſich fühlt, die Fahne zu erheben und voranzugehen.

Der greiſe Lord Eldon beklagte mit dem Ausdrucke des tiefſten Schmerzes, daß er in ſeinem hohen Alter den Tag noch erleben ſolle, an dem auch an die alte Eiche der brittiſchen Verfaſſung die Axt gelegt werden ſolle; er habe ſein ganzes Leben hindurch die Hoffnung genährt, daß die weithin gebreiteten Aeſte des rieſigen Baumes noch den ſpäteſten Nachkommen Schatten und Schutz gewähren würden, und ſollte es nun noch erleben, daß derſelbe in ſeinem Sturze die Größe und die Macht von England begraben und Alles mit ſich fortreißen ſolle, was ſo viele Jahrhunderte hindurch der Ruhm und der Stolz von England geweſen ſey. Da erhob ſich der Lord Kanzler Brougham und erklärte: Er ſey mit dem ernſten Willen den Verhandlungen gefolgt, jeden Einwand gegen die wichtige Maßregel, die der Erwägung des Hauſes unterbreitet ſey, auf das Gewiſſenhafteſte zu prüfen und nicht eher ein Urtheil zu fällen, als bis der Thatbeſtand der Frage ihm, wie derſelbe von beiden Seiten dargeſtellt worden, vollſtändig vorliege. Er glaube, daß jetzt die Erörterung weit genug fortgeſchritten

Digitized by Google

ſey, um zu ihrem Schluſſe geführt zu werden, weil er die Gründe, welche die Gegenpartei vorbringen könne, für erſchöpft halte. Er für ſein Theil müſſe aber geſtehen, daß Alles, was er in der ſo weit ausgedehnten Berathung vernommen, ihn nur in ſeiner Ueberzeugung nicht bloß von der Zweckmäßigkeit, ſondern von der unbedingten Nothwendigkeit der miniſteriellen Maßregel mehr befeſtigt habe. Er halte es für angemeſſen, einen Rückblick auf den Gang der Verhandlungen zu werfen, weil ihm dadurch die beſte Gelegenheit gegeben werde, die Gründe zu entwickeln, die es ihm unmöglich machten, der gegneriſchen Anſicht beizutreten. „Ich beginne meine Ueberſchau mit der Rede eines edeln Lords*), der mit vieler Wärme de rebus publicis, de novis rebus, de novarum rerum cupiditate**) geſprochen, aber die vorliegende Bill kaum berührt hat. Der edle Lord hat uns von den Conſtitutionen geſprochen, die er entſtehen und vergehen geſehen; er hat uns aber jede Belehrung darüber vorenthalten, in welchem Zuſammenhange die Bill mit dieſen Conſtitutionen ſtehen ſoll. Der edle Lord iſt der Meinung, daß den großen Städten Vertreter gegeben werden müſſen; er billigt es aber nicht, daß dieß mit einem Male geſchehe; er iſt kein Freund der verfallenen Flecken, er ſagt aber von ihrer Aufhebung den Umſturz der Verfaſſung vorher; er giebt zu, daß in dem gegenwärtigen Wahlſyſteme Mängel ſind; wenn wir ihn aber fragen, auf welche Weiſe wohl er ſelbſt dieſe Mängel beſſern würde, ſo antwortet er uns mit einem Gleichniſſe, welches zwar große Heiterkeit erregt hat, das mir aber doch etwas zu hinken ſcheint. Die Bill, ſagt der Lord, ſey der Küche eines Hauswirthes zu vergleichen, der ſeine Gäſte auf ein ungenießbares Mahl einlade, und wenn ſie auf ſein Befragen die Küche nicht lobten, ihnen ſage: „Ihr ſeid ſchlechte Leute, mir ſo zu begegnen; verſucht es einmal und kocht etwas Beſſeres!" Das wäre freilich ein ſeltſamer Hauswirth, der ſich das einfallen ließe. Die Sache verhält ſich aber anders. Nicht von denen, die berufen ſind, das Mahl zu verzehren, verlangen wir jetzt ihre Meinung, ſondern von Köchen, die unſere Nebenbuhler ſind und ſelbſt in die Küche wollen. Wir gleichen hier alle den Köchen, die nicht eſſen werden, was ſie zubereiten. Das Haus der Gemeinen ſoll das Mahl verzehren und wir ſollen von dem köſtlichen Geruche nichts haben. Wir würden unſere Pflicht verletzen,

*) Graf von Carnarvon.

**) Von den öffentlichen Angelegenheiten, von Neuerungen und von der Sucht nach Neuerungen.

wenn wir die Speiſe berühren wollten, die wir jetzt bereiten. Aus dieſem Grunde bin ich mit meinem edeln Freunde über ſein erläuterndes Gleichniß gar nicht einig. Warum hat er es nicht offen ausgeſprochen, daß unſere Gegner in die Küche wollen und ſehen, wie wir kochen? Um dieß zuzulaſſen, müſſen wir aber erſt wiſſen, wer die Herren ſind. Ein edler Graf, der gegenwärtig als der entſchiedenſte Gegner der Bill auftritt, hat bereits vor drittehalb Jahren ſich überzeugt erklärt, daß nur eine durchgreifende Reform dem Lande helfen könne, und erſt vor vier oder fünf Monaten hat er es öffentlich ausgeſprochen, daß die Bill ſeine ganze Zuſtimmung habe." — Lord Brougham unterbrach hier ſeinen Vortrag und las einige Auszüge aus einer Rede vor, die Graf Winchelſea im März vor einer Verſammlung von Grundbeſitzern der Grafſchaft Kent gehalten, und aus der allerdings hervorging, daß er damals der von der Regierung vorgeſchlagenen Maßregel ſeine volle Billigung ertheilte. — „Ich meine," fuhr der Lord Kanzler fort, daß wir uns doch wohl ein wenig bedenken müſſen, ehe wir einem Führer blindlings folgen, der ſo ſchnell ſeine Ueberzeugungen wechſelt. Ich gehe zu einem andern edeln Lord *) über, der in der Frage unſer Führer ſeyn will. Der edle Lord geſteht ein, daß das Volk die Reform wolle, daraus folge aber ſeiner Meinung nach keineswegs, daß das Volk gerade die Reformbill der Miniſter wolle, denn dieſe habe das ganze Land in Schrecken geſetzt. Das Volk verlangt in ſeinen Petitionen nach dem edlen Lord irgend eine Reform, aber jede andere, nur die von der Regierung vorgeſchlagene nicht. Mir will es jedoch auf keine Weiſe einleuchten, daß das Volk Petitionen um die Reform mit Hunderttauſenden von Unterſchriften bedecken ſollte, wenn es die Reform nicht wollte. Aber der edle Lord iſt ſelbſt ein Reformer; er läßt die verfallenen Flecken fallen, deren Vertheidigung er nicht übernehmen will, und geräth dadurch in denſelben Widerſtreit mit der Gegenpartei, in dem wir uns befinden; denn gerade die verfallenen Flecken werden von unſeren Widerſachern mit der größten Vorliebe in Schutz genommen. Ein edler Graf **) hat ſich in einer ganz eigenthümlichen Art der Beweisführung gefallen. Er beklagt es beſonders, daß durch die Bill die älteſten Söhne der Pairs von dem Hauſe der Gemeinen ausgeſchloſſen werden würden, wodurch ſie die beſte Gelegenheit verlören, ſich die Erfahrungen und Kenntniſſe zu erwerben, deren ſie einſt in dieſem Hauſe bedürften. Ich halte die Beſorgniß vor einer Aus-

*) Lord Wharncliffe. **) Harrowby.

ſchließung der Pairsſöhne für völlig unbegründet; denn ich habe eine zu gute Meinung von den Sprößlingen unſerer erlauchten Geſchlechter, als daß ich ihnen die Befähigung abſprechen ſollte, auf anderm Wege als durch die verfallenen Flecken in das Haus der Gemeinen zu kommen, während ich auf der andern Seite nicht verhehlen darf, daß mir das Haus der Gemeinen nicht dazu beſtimmt ſcheint, als Erziehungsanſtalt für edle Pairs zu dienen. Aber befremdlich iſt es, daß der edle Graf ſich eines Umſtandes nicht erinnert, der allein hinreichend geweſen wäre, alle ſeine Beſorgniſſe zu heben. Der edle Graf hat einen Sohn, der für die Reform günſtig geſtimmt iſt. Seine Familie iſt von Alters her mit einem Flecken verbunden, über deſſen Vertretung im Parlemente ſie verfügt; nach der Anſicht des edlen Grafen hätte es ſich daher, wie es ſcheint, von ſelbſt verſtanden, daß ſein Sohn durch dieſen Flecken in das Haus der Gemeinen gelangte. Seine eigene Familie hatte aber den Beſchluß gefaßt, denſelben wegen ſeiner politiſchen Geſinnungen vom Parlemente auszuſchließen, und ernannte ihn deshalb nicht zum Vertreter jenes Fleckens. Da wandte ſich der Sohn an eine unabhängige Wählerſchaft und wurde von der großen Stadt Liverpool zu ihrem Abgeordneten erwählt. Der edle Graf behauptet, durch die Bill werde die Bevölkerung zum Maßſtabe der Vertretung gemacht. Dieſe Behauptung iſt nicht ganz unbegründet; denn die Bevölkerung iſt wirklich im Maßſtab der Vertretung, aber ſie iſt es nicht allein, ſondern Bevölkerung und Eigenthum ſind es mit einander. Iſt die Bevölkerung der Maßſtab in den Grafſchaften? Gewiß nicht; denn Freiſaſſen, Schriftſaſſen und Pächter ſtimmen Kraft ihres Eigenthumes. Kann man von den Flecken ſagen, daß in dieſen das Eigenthum nicht beachtet ſey? Da wirft man uns freilich die Zehnpfundwähler vor. Ich gebe zu, daß dieſer Anſatz in London und in den größeren Städten niedrig iſt, in den kleineren Orten iſt er es aber keinesweges. In den kleinen Städten iſt ein Mann, der zehn Pfund Sterling Miethe zahlt, immer ein wohlhabender Mann. Auffallend erſcheint mir übrigens dieß übermäßige Zartgefühl für das Eigenthum bei den Herren, welche die Behauptung aufſtellen, daß man den Corporationen das Wahlrecht nicht nehmen dürfe und es überhaupt allen gegenwärtigen Wählern erhalten müſſe, weil daſſelbe ihr Eigenthum ſey. Da fällt man in einen groben Widerſpruch mit ſich ſelbſt und mit der Wahrheit. Wie geht es in den Wahlflecken zu? Hier, ſagt man, ſey Eigenthum. Ja wohl, aber es gehört dem, der den ganzen Flecken beſitzt; die Wähler haben keines. Am Tage der

Digitized by Google

Wahl erhalten ſie Mittags um zwei Uhr die Urkunde darüber, daß ſie ein Burglehen beſitzen; um drei Uhr wählen ſie nach dem Befehle ihres Patrons und um vier Uhr geben ſie die Urkunde wieder in die Hände ſeines Geſchäftsführers. Nennt man das Eigenthum? Es iſt ein ſchändlicher Mißbrauch der Worte, es ſo zu nennen; es iſt aber noch mehr als ein Mißbrauch der Worte: es iſt ein Mißbrauch der Verfaſſung von England und darf nicht länger geduldet werden. Es iſt der ſchändlichſte Betrug, und wenn man es ein dem Eigenthume anklebendes Recht nennt, die ärgſte Heuchelei. Und dennoch haben wir gerade hier den Hauptſchlüſſel zu allen Schleuſen des Unwillens, die gegen uns eröffnet ſind. Dieſe Maßregel, wiederholt man uns immer und immer wieder, ſchließt allen Einfluß des Eigenthumes aus und zerſtört die wohlerworbenen Rechte Einzelner, der Pairs und Anderer nämlich, die Eigenthümer von Wahlflecken ſind. Aber haben wir es hier mit den Rechten Einzelner, oder mit den Rechten des Hauſes der Gemeinen, mit der Regierungsform des Landes zu thun? Das kann man nicht beſtreiten; aber man wendet ein: das hieße doch dem Volke das Recht, ſeine Vertreter zu wählen, ganz und gar frei geben, und das ſey abſcheulich, verfaſſungswidrig und durchaus verderblich. Aus dem Beſchluſſe eines Ausſchuſſes des Hauſes der Gemeinen vom Jahre 1693 geht hervor, daß nach dem Landesgeſetze nicht nur die Burgmänner in den Flecken zu wählen berechtigt ſind, ſondern alle Hausbeſitzer. Demnach wäre das Wahlrecht nicht auf diejenigen beſchränkt, die zehn Pfund Miethe zahlen, ſondern auf alle ausgedehnt, die ein Dach über dem Kopfe haben. Wenn Se. Majeſtät ohne Weiteres eine Wahlausſchreibung nach Mancheſter oder irgend einer andern Stadt ergehen ließe, die keine Corporation hat, ſo hätten alle Hausinhaber das Stimmrecht. Weit davon entfernt, das geſetzliche Wahlrecht zu erweitern, beſchränken wir es daher vielmehr. Der edle Graf hat ferner bemerkt, es ſey das unzweifelhafte Recht der Krone, ihre Räthe zu ernennen, und wenn alle verfallene Flecken abgeſchafft würden, könne der Fall eintreten, daß ein Cabinetsmitglied, ein Staatsſecretair, ein Kronſachwalter keinen Platz im Parlemente fände, ſo nothwendig auch die Anweſenheit dieſer Männer wäre. Darauf antworte ich, daß dieß ein verhältnißmäßig unbedeutendes Uebel iſt, gegen welches ſich wohl noch ein Mittel auffinden läßt; und wenn ich zwiſchen unſerm verdorbenen Fleckenweſen und dieſem Uebel die Wahl habe, ſo wähle ich das letzte und ſchaffe mir die faulen Flecken vom Halſe. Ich komme nun zu der letzten Bemerkung des edeln Grafen, nämlich zu ſeiner Klage über

Digitized by Google

das Benehmen meines edlen Freundes an der Spitze der Regierung und über die unnöthigen Opfer, die er dem Geſchrei der Menge gebracht haben ſoll, indem er auf die Seite der Radicalen getreten ſei. Nach dieſen Vorwürfen ſollte man meinen, daß es ſich um Zugeſtändniſſe an den Pöbel handle, mit dem doch mein edler Freund ſein ganzes Leben hindurch niemals in Berührung gekommen iſt; es iſt aber hier nicht von dem Pöbel die Rede, ſondern von dem Volke, von den Mittelclaſſen, den zahlreichſten und wohlhabendſten im Lande. Ihr, die Ihr ſo leichthin von dieſen Claſſen ſprecht, bringt alle Eure Paläſte, Schlöſſer, Landſitze und Güter herbei, verkauft ſie, und Ihr werdet ſehen, daß alles dieß nichts iſt im Vergleich mit dem Reichthume, den die mittleren Claſſen Englands beſitzen. Doch bei ihnen iſt nicht Reichthum allein, ſondern außerdem geſunder Verſtand und Redlichkeit. Die Mittelclaſſen beſtehen aus thätigen, wohlunterrichteten, bedachtſamen Leuten. Wenn ſie ſich irren, ſo irren ſie nur aus zu weit getriebener Vorſicht. Sie verachten die Sophiſterei, welche ihnen ihre Rechte vorenthalten will, und fürchten Spottreden ſo wenig, als ſie Kanonenkugeln fürchten würden. Daß ſie eben ſo feſt, als bedachtſam ſind, das beweiſt die Erklärung eines ſo klugen Mannes, wie der edle Herzog, der es nicht unternehmen wollte, in der Regierung zu bleiben, weil er die Unterſtützung der Mittelclaſſen nicht mehr hatte. Wenn, was der gnädige Gott verhüten wolle, Unruhen ausbrechen ſollten, ſo verlaſſen wir uns auf das Volk, das die Ordnung wieder herſtellen und bewahren wird. Man beklagt ſich über die Preſſe, über die Volksvereine und über die Wühlungen, die von dieſen ausgehen. Meine Lords, ich betrachte die übermäßige Gewalt, welche allerdings von der Preſſe und von den Volksvereinen errungen iſt, als die Ausgeburt der gegenwärtigen verdorbenen Art der Volksvertretung; ſie iſt die Folge der verweigerten Gerechtigkeit, des entzogenen Rechts, des begangenen Unrechts, der Thorheit, daß man glaubt, Menſchen gegen ihren Willen regieren zu können. Die wahre öffentliche Meinung, die ſich in dem Hauſe der Gemeinen nicht Bahn brechen konnte, fand ihren Weg in die Journale und Vereine. Aus Furcht haben wir eine falſche Anſicht von der Sache bekommen; man beachtete nicht die Urſache und führte einen endloſen Krieg gegen die Wirkung, die ſich in tauſend verſchiedenen Geſtalten kund gab. Man ſagt Ihnen, Sie ſollen ſich um das Geſchrei des Pöbels nicht kümmern; aber bedenken Sie auch, daß es keine niedrigere und verächtlichere Furcht giebt, als die Furcht, der Furchtſamkeit beſchuldigt zu werden. Meine Lords, dieß iſt derſelbe

Digitized by Google

Saal, in welchem Ew. Herrlichkeiten im Jahre 1828 über die bürgerliche Gleichſtellung der Katholiken berathſchlagten; auch damals wurden Sie aufgefordert, den Einflüſterungen der Furcht nicht nachzugeben; Sie folgten dieſem Rathe und verſchloſſen Ihr Ohr der Stimme der Klugheit. Der Sommer ging vorüber, der Herbſt kam mit ſeinen ſchwellenden Früchten, aber die köſtliche Frucht des Friedens brachte er nicht. Die Aufregung des Volkes ging ihren Weg fort und ein Katholik ward in das proteſtantiſche Haus der Gemeinen gewählt. Der Winter band die Erde mit ſeinen Ketten, aber nicht die ſtürmiſche See iriſcher Volksaufregung. Der Frühling kam mit ſeinen Blüthen, aber nicht mit dem ſüßen Dufte der Eintracht; denn in dieſem Augenblicke war die Gährung in Ireland heftiger als je und tauſendmal gefährlicher, als im Juli des vergangenen Jahres. Was thaten endlich Ew. Herrlichkeiten? Weiſe, vaterlandliebend und feſt retteten Sie das Land und hörten nicht länger auf den Kuckucksruf: befreit ſie nicht; man wird ſagen, Ihr hättet es aus Furcht gethan. Und nun, meine Lords, wende ich dieſe Erfahrung auf die Gegenwart an. Sie haben eine bedenkliche Wahl. Wenn Sie die Reform jetzt verwerfen, in der thörichten Einbildung, daß man Sie durch Schrecken dahin bringen will, ſo werden Sie leben, um etwas zu ſehen, worüber verſtändige Männer in der That erſchreckt ſeyn würden. Sie werden leben und Tauſende werden Sie haſſen; Sie werden leben, um Alles gegen Sich verbündet zu ſehen, denn Sie allein ſtehen der Erfüllung der Volkswünſche im Wege. Stehen etwa die Miniſter mit ihrer Vorliebe für die Bill allein? Sind Graf Marſhal, der Herzog von Bedford, der Herzog von Devonſhire, John Ruſſel und William Cavendiſh nicht auch Ariſtokraten? Haben ſie kein Eigenthum im Lande, keine Titel, keine Auszeichnungen, kein Normannenblut in den Adern? Oder was iſt es ſonſt, worauf Ihr ſo ſtolz ſeyd? Der Gedanke, dieſe Bill ſey nur vom Volke unterſtützt und der Adel ihr entgegen, iſt ſo unvernünftig, als wäre er aus dem Irrenhauſe entſprungen. Es ſind 79 Pairs in dieſem Hauſe, welche dieſe Würde ſchon vor der Thronbeſteigung Georgs III. beſaßen; von dieſen ſtimmen 54 für die Bill; man kann alſo nicht ſagen, daß der alte engliſche Adel dieſer Maßregel bis auf den letzten Mann Krieg geſchworen habe. Unterſtützen Ew. Herrlichkeiten dieſe Bill, ſo wird Friede und Zufriedenheit die Folge ſeyn; ich fürchte aber das Gegentheil und dann wird Ihnen von anderen Miniſtern unter weniger günſtigen Umſtänden eine noch weit umfaſſendere Maßregel vorgelegt werden. Vergeſſen Sie nicht die

Digitized by Google

Geſchichte der alten Sibylle! Sie bietet Ihnen jetzt einen Band um den Preis, daß Sie die alte Verfaſſung wieder herſtellen. Sie wollen das Buch nicht um dieſen mäßigen Preis; gut, die Sibylle geht. Sie werden es bereuen und rufen ſie zurück; aber das Buch iſt nicht mehr vollſtändig; die Blätter des Friedens ſind halb zerriſſen. Sie verlangt dennoch einen höheren Preis, und Sie müſſen ihn zahlen mit jährlichen Parlementen, mit Wahlen durch Millionen und durch geheime Abſtimmung. Sie wollen das nicht und ſenden ſie abermals weg: was ſie dann verlangt, wenn ſie zum dritten Male kommt, der Preis, den Sie dann bezahlen müſſen, das iſt mehr als ich ſagen mag. Meine Lords, ich beſchwöre Sie bei allem, was Ihnen heilig iſt, ich beſchwöre Sie auf meinen Knien, verwerfen Sie dieſe Bill nicht!“

Nach dieſer Rede, die einen gewaltigen Eindruck hervorbrachte, nahm zwar noch eine Anzahl zum Theil ſehr bedeutender Perſönlichkeiten wider und für die Bill das Wort, wider: der frühere Lord Kanzler Lyndhurſt, der Lord Oberrichter Tenderten, der Erzbiſchof von Canterbury, der Herzog von Gloceſter und Graf Harewood; für: der Herzog von Suſſex, der Marquis von Haſtings und Lord Barnham; aber es war unmöglich, dem von den ausgezeichnetſten Talenten der ausgezeichneten Verſammlung in ſo weit ausgedehnten Verhandlungen erörterten Gegenſtande eine neue Seite abzugewinnen: und wenn einzelne der Sprecher, wie der Erzbiſchof von Canterbury und der Herzog von Gloceſter auf der einen, der Herzog von Suſſex auf der andern Seite die allgemeine Aufmerkſamkeit in hohem Grade feſſelten, ſo verdankten ſie dieſen Erfolg weniger dem Gewichte der Gründe, welche ſie in die Wagſchale legten, als der vorragenden Stellung in der Geſellſchaft, welche das Haupt der anglicaniſchen Kirche und die beiden Prinzen einnahmen. Nur dem Lord Kanzler der Verwaltung des Herzogs von Wellington gelang es, durch die einſchneidende Schärfe der Kritik, der er nicht bloß die der Berathung vorliegende Maßregel, ſondern die ganze innere und äußere Politik der Whigverwaltung unterwarf, die allgemeine Abſpannung zu überwinden: aber einen ſeltſamen Widerſpruch zu der bittern Feindſeligkeit, die aus jedem ſeiner Worte ſprach, bildete es, daß Lord Lyndhurſt zum Schluſſe einer Rede, die den Grafen Grey mit Vorwürfen überhäufte, es dieſem dennoch zur Pflicht machte, in ſeinem Amte auszuharren, indem er ihm geradezu erklärte, daß es den König auf verbrecheriſche Weiſe verlaſſen hieße, wenn er daſſelbe unter den gegenwärtigen Umſtänden niederlegen wolle, ſofern die Bill von dem Hauſe der Lords verworfen würde.

Digitized by Google

Graf Grey wies die leidenſchaftlichen Anklagen, die Lord Lyndhurſt gegen ihn perſönlich, wie gegen ſeine Verwaltung gerichtet, mit Ernſt und mit Würde zurück. „Der edle und gelehrte Lord," ſagte er, „ſucht mir nachzuweiſen, daß meine Anſichten über die Reform ſich geändert hätten. Ich bin immer der Meinung geweſen, daß man die Verfaſſung reformiren müſſe, um ſie zu erhalten. Haben aber die veränderten Umſtände nicht auch ein verändertes Verfahren nöthig gemacht? Wenn ich im Jahr 1792 eine minder ausgedehnte Reform wünſchte als jetzt, iſt dieß ein Mangel an Folgerichtigkeit, ſobald es ſich nachweiſen läßt, daß jetzt nur eine ausgedehntere Reform dem Lande genügen kann? Iſt es nicht eine Erfahrung aller Zeiten, daß verzögerte Gewährung die Anſprüche ſteigert? Iſt die bürgerliche Gleichſtellung der Katholiken nicht ein Beweis davon? Und wer macht mir den Vorwurf, daß ich meine Meinung änderte? Hat der edle und gelehrte Lord niemals ſeine Meinung geändert? War er nicht einſt ein ſo guter Reformer wie ich? Als ich es unternahm eine Regierung zu bilden, war die Reformfrage zur unausweichlichen Nothwendigkeit geworden, und darum machte ich ſie zur Bedingung meines Eintrittes in die Regierung. Die Reformbill war die Folge und nicht die Urſache der allgemeinen Aufregung. Die Verwerfung der Bill würde allgemeine Unzufriedenheit hervorrufen, ich hege jedoch zu dem Volke das Vertrauen, daß es trotz ſeiner Leiden den öffentlichen Frieden nicht gefährden wird. Bei den Verhandlungen über die Bill hat ſich ſehr viel Parteigeiſt gezeigt; denn die Abſicht iſt unverkennbar hervorgetreten, die Regierung zu ſtürzen. Alles, was ich in dieſer Beziehung ſagen kann, iſt, daß ich mich gebunden achte, dieſe Maßregel oder eine andere von ähnlichem Umfange durchzuführen. Der edle und gelehrte Lord hat geſagt, wenn ich mein Amt niederlegte, ſo hieße dieß den König auf verbrecheriſche Weiſe verlaſſen. Was ich zu thun habe, werde ich ſelbſt überlegen. Ich werde gewiß den König nicht verlaſſen, ſo lange ich ihm irgend von Nutzen ſeyn kann. Aber ich kann dem Könige nur nützlich dienen, ſo lange ich im Stande bin, Maßregeln durchzuführen, welche ich für die Sicherheit des Landes nothwendig halte. Wenn ich meinen Character aufopfern könnte, ſo würde jeder Andere dem Könige beſſer dienen als ich, denn ich mache keinen Anſpruch auf Geſchicklichkeit und Fähigkeit, wie ſie lange Gewohnheit im Amte giebt. Worauf ich aber Anſpruch machen zu können glaube, das iſt ein redlicher Eifer und der Wunſch, ſo gut ich es immer vermag, meine Pflicht zu erfüllen. Ich fühle meine Mängel, aber ich fühle auch, daß es kein perſönliches Opfer giebt, das ich dem

Digitized by Google

Könige nicht bringen würde, deſſen Güte für mich, was auch immer geſchehen mag, bis zu meinem letzten Athemzuge nicht aus meinem Herzen verſchwinden wird. Ich ſuchte keine Stelle im Staate; ſie ward mir angeboten unter Umſtänden, wo nur das Gefühl der Pflicht mich zur Annahme bewegen konnte. Ich lebte in glücklicher Zurückgezogenheit in dem Schoße meiner Familie und nichts, als das überwältigende Gefühl meiner Pflicht gegen das Land konnte mich beſtimmen, mich auf die ſtürmiſche See hinauszuwagen. Ich werde fortfahren, meine Pflicht zu erfüllen; und wenn das Parlement und das Land mir ihr Vertrauen entziehen ſollten und ich dem Könige nicht länger nützlich dienen kann, werde ich mein Amt niederlegen und in der Zurückgezogenheit wenigſtens mit dem Bewußtſeyn zurückblicken können, daß ich mein Beſtes gethan habe, um dem Könige und dem Lande zu dienen.“ Lange anhaltender rauſchender Beifall nahm dieſe einfachen, aber mit der überzeugenden Kraft der Wahrheit geſprochenen Worte auf; und nachdem der Herzog von Wellington das Haus noch durch eine kurze Anſprache ermahnt hatte, in Bezug auf die Parlementsreform keine bindende Verpflichtung einzugehen, kam es am 8. October des Morgens um ſechs Uhr zur Abſtimmung, bei der die zweite Leſung der Bill mit 199 Stimmen gegen 158 auf ſechs Monate hinausgeſchoben und folglich verweigert wurde.

Die Wirkung, die dieſe Entſcheidung in ganz England hervorbrachte, war weniger jener eines electriſchen Schlages, als dem Wogen und Brauſen des ſtürmiſch erregten Meeres zu vergleichen. Mit derſelben Gleichmäßigkeit, aber auch mit derſelben unwiderſtehlichen Gewalt, wie der Wogenſchlag des Meeres, gab ſich der Unwille des brittiſchen Volkes über das verwegene Beginnen von nicht ganz zweihundert adlichen Herren kund, die es wagten, ihre Meinung der Meinung von zwanzig Millionen Britten entgegen zu ſetzen. In London, wo man einen gewaltſamen Ausbruch des Pöbels befürchtete, wurden die kaum geöffneten Läden, ſo wie das Ergebniß der Berathungen im Hauſe der Lords bekannt wurde, wieder geſchloſſen. Noch an demſelben Morgen verſammelten ſich die angeſehenſten Kaufleute auf dem Stadthauſe und unterzeichneten eine Erklärung, worin ſie den Entſchluß ausſprachen, den Miniſtern bei der Durchführung der Reform jede Unterſtützung zu gewähren. Am Nachmittage wurde eine Verſammlung aller Bürger der Altſtadt gehalten und eine Adreſſe an den König angenommen, welche die gleichen Geſinnungen kund gab; und ähnliche Verſammlungen fanden an den folgenden Tagen nicht allein in allen

Digitized by Google

Kirchſpielen von London, ſondern in allen Städten und Ortſchaften von England Statt, ſo wie die Zeitungen die Nachricht von der Verwerfung der Reformbill brachten. Am 10. October ſtellte Lord Ebrington im Hauſe der Gemeinen den Antrag, das Haus möge in einer Reihe von Beſchlüſſen ſein Bedauern über die Verwerfung der Reformbill ausdrücken, ſeinen Entſchluß ankündigen, bei den Grundſätzen derſelben zu beharren, und zugleich ſein ungeſchwächtes Vertrauen zu den Miniſtern darlegen. Der ſonſt gemäßigte Macauley drohte dem brittiſchen Adel, wenn er nicht bei Zeiten in ſich ginge, mit dem Schickſale, welches den franzöſiſchen während der erſten Revolution getroffen. Gegen eine ſolche Sprache erhob zwar Sir Robert Peel ſeine warnende Stimme, indem er verlangte, man ſolle, ſtatt Oel in das Feuer zu gießen, vielmehr Alles aufbieten, um die Gemüther zu beruhigen. Das Dringendſte, was man jetzt zu thun habe, ſey, dem Volke Gehorſam gegen die Geſetze zu predigen, ihm Achtung vor den Rechten eines Jeden einzuprägen und beſonders ihm ohne Unterlaß zu wiederholen, daß die Unabhängigkeit der Pairs eine Bürgſchaft und ein Unterpfand für die Freiheit des Volkes ſey; daß überhaupt keine Sicherheit beſtehen könne, wo nicht die Rechte eines Jeden geachtet würden. Auch der Antrag Lord Ebrington's ſchien aus dieſem Grunde Sir Robert bedenklich, deſſen wohlmeinender Rath aber wenig Gehör fand, indem 329 Stimmen gegen 180 ſich für die Annahme des Antrages entſchieden. Kaum waren dieſe Verhandlungen durch die Zeitungen zur allgemeinen Kenntniß gekommen, als ſämmtliche Gewerke von London in feierlichem Aufzuge, dem eine ungeheuere auf hunderttauſend Köpfe geſchätzte Menſchenmaſſe ſich anſchloſſen, ſich nach dem St. James Palaſte in Bewegung ſetzten, um dem Könige eine Bittſchrift zu überreichen, in welcher der Fürſt mit geziemender Ehrerbietigkeit erſucht wurde, auf ſein treues Volk geſtützt, die große Maßregel der Parlementsreform durchzuführen. Der unermeßliche Zug hielt die ſtrengſte Ordnung. Dagegen drang ein Pöbelhaufe, dem der Marquis von Londonderry begegnete, drohend auf dieſen ein, und als der Marquis unvorſichtig genug war, zu ſeiner Vertheidigung die Piſtolen zu ziehen, warf ihn ein Steinhagel vom Pferde, ſo daß er ſchwer verwundet in eine nahe Caſerne gebracht werden mußte. Auch ein Angriff gegen den Palaſt des Herzogs von Wellington wurde unternommen, doch wurde hier der zuſammengerottete Haufe noch zu rechter Zeit durch das Einſchreiten der bewaffneten Macht auseinander getrieben.

Digitized by Google

Schlimmere Nachrichten gingen aus einigen Provinzialſtädten ein. Zu Derby hatten die Gegner der Reform ihre Freude über die Verwerfung der Bill durch die Veranſtaltung von Feſtlichkeiten zu erkennen gegeben, dadurch wurde das niedere Volk ſo gereizt, daß es in den Häuſern, deren Beſitzer als Tories bekannt waren, alle Fenſter zertrümmerte. Das Landvolk aus der Umgegend ſtrömte in die Stadt und machte gemeinſchaftliche Sache mit dem tobenden Volkshaufen; die Gefangenen aus dem ſtädtiſchen Gefängniſſe wurden befreit und ein Angriff auf das feſte Grafſchaftsgefängniß mußte mit Flintenſchüſſen abgewehrt werden, bis die Ankunft der Yeomanry dem Tumulte ein Ende machte. Zu Nottingham ſteckte der Pöbel das prachtvolle Schloß des Herzogs von Newcaſtle Nottingham Caſtle in Brand, ſprengte die Thore und zerſtörte das ganze große Gebäude, ſo daß nur die nackten Mauern übrig blieben. Zu ſolchen Ausſchweifungen kam es jedoch nur an wenigen vereinzelten Punkten; im Ganzen bewahrte das brittiſche Volk auch in der furchtbaren Erregung, zu welcher der Widerſtand der Ariſtokratie die Maſſen aufgeſtachelt hatte, den Sinn für Geſetzlichkeit und Ordnung, der die ſchönſte Frucht freier öffentlicher Einrichtungen iſt. Im Vertrauen auf dieſe Geſinnung des brittiſchen Volkes durfte die Regierung es wagen, am 20. October das Parlement zu ſchließen und die Erledigung der Frage, die das ganze Land in fieberiſcher Spannung erhielt, der nächſten Seſſion zu überlaſſen. Man hielt zur vorläufigen Beruhigung der Gemüther die Worte der Thronrede für hinreichend, durch welche der König die Wiederaufnahme der Verhandlungen über die Reform in der nächſten Seſſion ankündigte, und durch die er ſeinen unwandelbaren Wunſch ausdrückte, eine ſolche Verbeſſerung in der Vertretung der Nation zu bewirken, wie ſie erforderlich ſei, „um dem Volke den vollen Genuß ſeiner Rechte zu ſichern.“ Ganz ungeſtört blieb jedoch ſelbſt die äußere Ruhe nicht. In Briſtol gab ein zufälliger Umſtand, die Rückkehr des bekannten Parlementsgliedes Sir Charles Wetherell, der eine obrigkeitliche Stelle in dieſer Stadt bekleidete, zu einem furchtbaren Aufruhr Veranlaſſung. Das Stadthaus, wo Sir Charles Wetherell mit einem feſtlichen Mahle bewirthet werden ſollte, wurde von dem Pöbel erſtürmt und verheert. Die Verhaftungen, welche die Polizeibeamten unter dem angreifenden Haufen vornahmen, wandten deſſen Wuth gegen das ſtädtiſche Gefangenhaus, das in Brand geſteckt wurde. Die Behörden waren ſo in Schrecken geſetzt, daß ſie die gewöhnlichſten Maßregeln zur Aufrechterhaltung oder Herſtellung der Ordnung verſäumten, und das ruchloſeſte Ge-

Digitized by Google

ſindel, das jetzt allen ſeinen Leidenſchaften den Zügel ſchießen laſſen konnte, blieb zwei Tage lang in dem unbeſtrittenen Beſitze der Stadt. Da wurden zuerſt die Zollhäuſer geplündert und niedergebrannt, darauf der Palaſt des Biſchofs und endlich eine ganze Reihe Privathäuſer, deren Inhalt eine reiche Beute verſprach. Erſt am dritten Tage, nachdem eine in der Eile entbotene Truppenabtheilung eingerückt war, wurde nach einem blutigen Kampfe die Ruhe hergeſtellt. So furchtbar dieſe Auftritte waren, ſo waren ſie doch von geringerer politiſcher Bedeutung als die ernſten Vorbereitungen, die beinahe in allen größeren Städten des Landes getroffen wurden, um die Reform nöthigenfalls mit Gewalt zu erzwingen. Der Birminghamer politiſche Verein, deſſen Mitgliederzahl zu vielen Tauſenden angewachſen war, gab ſich ſelbſt eine Einrichtung, die auf die Abſicht hindeutete, ſobald die Führer dieß angemeſſen fanden, als geordnetes Heer in das Feld zu rücken. Nach dem Beiſpiel der Birminghamer wurden in allen größeren Städten des Landes ähnliche Vereine gebildet, wie namentlich in Mancheſter, in Newcaſtle und ſelbſt in London, wo der bekannte Reformer Sir Francis Burdett, einer der reichſten Männer Englands, an die Spitze trat. Ueberall ſprach ſich der feſte Entſchluß aus, eher das Aeußerſte zu wagen, als zu dulden, daß dem Volke das, was man als ſein gutes Recht betrachtete, vorenthalten werde.

Da die beinahe kriegeriſche Haltung, welche die politiſchen Vereine anzunehmen begannen, der nächſte Schritt zu einer offenen Auflehnung gegen die Staatsgewalt war, ſo wagten es die Miniſter, ein Verbot gegen alle nach Art der Birminghamer Union geordneten und gegliederten Verbindungen zu erlaſſen; zugleich trugen ſie aber Sorge, das Parlement in kürzeſter Friſt wieder einzuberufen, weil ſie ſich unmöglich zu verbergen vermochten, daß jeder Verſuch zu ſtrengerer Handhabung der Geſetze die verderblichſten Folgen nach ſich ziehen mußte, ſobald der Nation nicht die Ausſicht auf baldige Abhülfe in geſetzlichem Wege eröffnet wurde. Am 6. December trat das Parlement wieder zuſammen, und der König ſagte in der Rede, die er bei der Eröffnung deſſelben hielt: „Ich fühle mich vor Allem verpflichtet, Ihrer ſorgſamſten Erwägung die Maßregeln zu empfehlen, welche Ihnen zu einer Reform des Hauſes der Gemeinen ſollen vorgelegt werden. Eine baldige und genügende Beilegung dieſer Frage wird täglich dringender und nothwendiger für die Sicherheit des Staates und für die Zufriedenheit und Wohlfahrt meines Volkes.“ Die kurzen Verhandlungen, die in beiden Häuſern des Parlements über die Beantwortung der

Digitized by Google

Thronrede Statt fanden, ließen keinen Zweifel darüber, daß in den Geſinnungen der hartnäckigſten Gegner der Reform eine große Veränderung vorgegangen war. Graf Grey erklärte im Hauſe der Lords unumwunden, daß die neue Maßregel der Parlementsreform auf denſelben Grundſätzen beruhen werde, wie die zuletzt vorgelegte; dennoch ſprach Graf Harrowby ſeine Ueberzeugung aus, daß es die Pflicht des Hauſes ſey, dem Geſetzentwurfe die vorurtheilsfreieſte Erwägung angedeihen zu laſſen; und der alte Lord Eldon, der unbeugſamſte Verfechter aller durch ihr Alter ehrwürdigen Mißbräuche, verſicherte ſogar, daß er gern bereit ſey, jeden Schritt, den er früher gethan, zurückzunehmen, ſofern er bei nochmaliger reifer Prüfung finden ſollte, daß er im Irrthume geweſen.

Am 12. December brachte Lord John Ruſſell ſeine neue Reformbill in das Haus der Gemeinen. Die Veränderungen, die in derſelben getroffen waren, um ſie als eine neue Maßregel erſcheinen zu laſſen, waren ſo unbedeutend, daß die allgemeinen Grundſätze, von denen der urſprüngliche Entwurf ausging, durch dieſelben kaum berührt wurden. Inzwiſchen war man dem Einwurfe begegnet, der gegen die frühere Bill erhoben war, daß dieſelbe das Wahlrecht nicht an das Eigenthum, ſondern an die Bevölkerung knüpfe, indem man die Beſtimmung aufhob, daß die Flecken, die weniger als 2000 Einwohner hätten, ihr Wahlrecht ganz, und jene, die weniger als 4000 Einwohner hätten, das Wahlrecht zur Hälfte verlieren ſollten; die neue Bill ſetzte vielmehr feſt, daß jenen 100 Flecken, die nicht eine gewiſſe Anzahl Häuſer zählten und einen beſtimmten Belauf an Steuern aufbrächten, das Wahlrecht ganz oder theilweiſe zu entziehen ſey. Die Wirkung beider Beſtimmungen war jedoch ſo gleichartig, daß von der Liſte der Flecken, die ihr Wahlrecht ganz verloren, — der ſogenannten schedula A —, nur fünf auf die Liſte derer übergingen, die ihr Wahlrecht zur Hälfte verloren, oder auf die schedula B, und umgekehrt fünf andere Orte von der schedula B auf schedula A. Sodann hatte man darauf verzichtet, die Zahl der Parlementsglieder zu verringern; und es wurde daher den zehn beträchtlichſten Orten auf der schedula B ihr Wahlrecht ganz gelaſſen, der bisher mit Rocheſter vereinigten Stadt Chatham ein beſonderes Parlementsmitglied zugetheilt, und außerdem wurden den zwölf bisher nicht vertretenen Städten, die nach dem früheren Plane nur ein Mitglied erhalten ſollten, deren zwei zugewieſen. Endlich wurden noch einige Beſtimmungen in Bezug auf die Befähigung zur Ausübung des Wahlrechtes hinzugefügt, die im Ganzen von geringer

Erheblichkeit waren. Eine offenbare Verſchlechterung, zu der man ſich aus Nachgiebigkeit gegen die Forderungen der Tories bequemt hatte, war nur, daß das Wahlrecht in den Städten allen denen gelaſſen wurde, die daſſelbe bisher geübt hatten, wenn ſie auch den neuen geſetzlichen Beſtimmungen über die Wahlbefähigung nicht genügten und alſo kein Haus von 10 Pf. St. jährlichen Miethsertrages inne hatten. Am 16. December trug Lord John Ruſſel auf die zweite Leſung der neuen Bill an, und es begann eine Erörterung, die zwei Nächte hindurch fortgeführt wurde, in der aber ſelbſt die entſchloſſenſten Gegner ihre unverkennbare Ueberzeugung durchblicken ließen, daß ſie einen hoffnungsloſen Kampf kämpften. Auch waren die Tories unter ſich getheilt. Die Einen behaupteten, daß die Bill noch ſchlechter ſey, als die frühere, weil ſie den großen Städten, deren unruhigen Geiſt man am meiſten zu fürchten habe, eine noch zahlreichere Vertretung beilege; die Anderen gaben zu, daß der neue Entwurf weſentliche Verbeſſerungen enthalte, ſchloſſen aber daraus, daß die Miniſter ſelbſt keinen feſten Plan hätten. Nur Einzelne wollten auch jetzt von Zugeſtändniſſen irgend einer Art nichts wiſſen, indem ſie ſich darauf beriefen, daß dieſe in Zeiten einer großen und allgemeinen Aufregung noch nirgend eine Beruhigung der Gemüther bewirkt, ſondern überall erſt die gewaltſamſten Ausbrüche veranlaßt hätten. Sir Robert Peel verſicherte, daß er für das Eigenthum zwar inſofern keine Gefahr befürchte, als er nicht erwartete, daß daſſelbe durch Confiscationen vernichtet werden könne; aber es würden Schritte geſchehen, welche das Vertrauen zu der unverletzlichen Feſtigkeit des Eigenthumsrechtes erſchütterten, und damit werde der Hauptanreiz, Eigenthum zu erwerben, ſein Ende erreichen: dieſer Anreiz, der in England ſo unermeßliche Reichthümer geſchaffen und dem Lande die höchſte Stellung unter allen Nationen Europas gegeben habe. „Darum," ſchloß er, „widerſetze ich mich dieſer Reform unſerer Verfaſſung, weil ſie die Gefühle der Achtung erſchüttert, die vielleicht auf Vorurtheil, vielleicht auf wahre Verehrung für unſere öffentlichen Einrichtungen gegründet ſind. Weil ich glaube, daß die Reform dieſe Folge haben muß, werde ich mich mit aller Kraft den Fortſchritten des Geiſtes der Volksherrſchaft widerſetzen, dem wir nach der Meinung unſerer Gegner allmälig nachgeben ſollen; denn wenn wir dieſe Zugeſtändniſſe machen, ſo werden wir nothwendig zu der Anerkennung des Grundſatzes geführt. Wir können eine Republik gründen, der es nicht an Kraft und geiſtiger Auszeichnung fehlen, die aber unſere gemiſchte Regierungsform ſtürzen wird, welche uns ſo

lange Frieden und Wohlfahrt gewährt und dieß Land zum ſtolzeſten Königreiche in den Jahrbüchern der Weltgeſchichte gemacht hat.“ Bei der Abſtimmung waren 324 Stimmen für, 162 gegen die zweite Vorleſung.

Die Ausſchußberathungen, die wegen einer längeren Vertagung des Parlements erſt am 20. Januar des nächſten Jahres (1832) begannen, verzögerten ſich bis zum 10. März, weil auch jetzt noch jeder einzelne Punkt auf das Lebhafteſte beſtritten wurde. Die dritte Leſung erfolgte nach dreitägigen Verhandlungen am 22., nachdem ſich von 594 anweſenden Parlementsmitgliedern 355 für und 239 gegen dieſelbe erklärt hatten. Aber auch am folgenden Tage, als der Antrag geſtellt wurde, daß die Bill jetzt „durchgehen“ ſolle, kam es zu einer Erörterung, die, freilich ſehr gegen die Meinung der Urheber, das ſcherzhafte Nachſpiel zu dem ernſten Drama bildete. Obriſt Sibthorpe beſchwor das Haus der Gemeinen, noch in dieſer letzten Stunde die Gefahr abzuwenden, die dem Lande durch „dieſe revolutionaire, verabſcheuungswerthe, fluchwürdige Bill“ drohe; der eifrige alte Krieger wurde in ſeiner Rede durch fortwährendes ſchallendes Gelächter unterbrochen, in welches einzelne jüngere Mitglieder die ergötzlichſten Nachahmungen von verſchiedenen Thierſtimmen miſchten, wie das Miauen einer Katze, das Bellen eines Hundes, das Krähen eines Hahnes und den ſchauerlichen Schrei eines Uhu, der beſonders eine erſchütternde Wirkung hervorbrachte. Dennoch überbot ein rüſtiger Fuchsjäger und Gutsbeſitzer, Kearsley, der ſonſt ſelten das Wort nahm, aber jetzt ſeinen Unwillen nicht länger zu mäßigen vermochte, den tapfern Obriſten noch in Verwünſchungen der abſcheulichen Bill. „Die Bill“, rief er aus, „iſt wie eine Schlange, braun, ſchwarz und grün; ſie iſt eine ekelhafte Pille, aus zwei vergifteten Ingredienzien, dem Ruſſelgebräu und Durhamſenf, beſtehend; wollte Gott, ich hätte die eine in dieſer meiner rechten, die andere in dieſer meiner linken Hand, wie wollte ich ſie zuſammendrücken!“ Jetzt wurde ſelbſt der Sprecher, der bisher unter ſeiner Allongenperücke ſeinen gewöhnlichen unerſchütterlichen Ernſt bewahrt hatte, einen Augenblick von dem Sturme des allgemeinen Gelächters mit fortgeriſſen; er bat den tobenden Redner, ſich etwas mehr an die Sache zu halten. Die Frage, ob jetzt die Bill angenommen werden ſolle, wurde mit lautem Zurufe von der weit überwiegenden Mehrheit bejaht.

Am 26. März brachten die Lords John Ruſſell und Althorp, begleitet von zweihundert Mitgliedern des Hauſes der Gemeinen, die Bill nach dem Hauſe der Lords, wo Graf Grey ohne weitere Bemer-

Digitized by Google

kung auf die erſte Leſung derſelben antrug. Es war dem Grafen gelungen, die gemäßigteren unter den Häuptern der Gegenpartei zu überzeugen, daß jeder fernere Widerſtand gegen die Reform für die Ariſtokratie nothwendig verderbliche Folgen haben müſſe. Der König hatte ihm unbeſchränkte Vollmacht ertheilt, jede erforderliche Anzahl Pairs zu ernennen, um im Hauſe der Lords eine Mehrheit für die Reform zu Stande zu bringen. Zu einem ſolchen Schritte konnte aber der Graf ſelbſt ſich nur in dem äußerſten Nothfalle entſchließen, weil er begriff, daß dadurch das Anſehen und der Einfluß der alten Adelsgeſchlechter für immer untergraben worden wäre, was durchaus außerhalb ſeiner Abſicht lag, da er vielmehr die Hoffnung hegte, durch die Zugeſtändniſſe, die er der Volksmeinung machte, die vornehmlich auf ſeinem großen Beſitze beruhende Macht des Adels vielmehr gründlicher zu befeſtigen, indem er ſie von den Mißbräuchen befreite, die den allgemeinen Haß herausforderten. Selbſt den erbittertſten unter den Gegnern des Grafen Grey fiel es nicht ein, in die Aufrichtigkeit ſeiner ariſtokratiſchen Geſinnungen den geringſten Zweifel zu ſetzen, um ſo leichter mußte es ihm werden, den gemäßigten Theil zu der Unterſtützung ſeiner Anſichten zu vermögen, ſobald er ſo unwiderlegliche Gründe in Händen hatte, wie die Vollmacht zu den Pairsernennungen. In der That erklärten ſich ſowohl Graf Harrowby als Lord Wharncliffe jetzt bereit, ihren Widerſpruch gegen die Bill aufzugeben, ſofern die Regierung nur in einige Abänderungen willige, die ihnen unumgänglich nothwendig erſchienen. Der Biſchof von London, der im vorigen Spätſommer mit beinahe allen übrigen Prälaten gegen die zweite Leſung geſtimmt hatte, ging ſogar ſo weit, zu verſichern, daß er auch zu Abänderungen ſeine Zuſtimmung nicht geben könne, die den Hauptgrundſätzen der Bill irgend zu nahe träten. Nur der Herzog von Wellington, nebſt der Partei, die ſich ſeiner Führung anvertraute, blieb feſt auf ſeiner Meinung und wies jede Annäherung zurück.

Die Verhandlungen über die zweite Leſung der Bill waren auf den 9. April angeſetzt. Ehe dieſelben noch eröffnet wurden, hatte der Herzog von Buckingham bei Gelegenheit der Ueberreichung einer Bittſchrift gegen die Reform ſeinen Entſchluß angekündigt, ſofern das Haus, wie er hoffe, die miniſterielle Bill verwerfen ſollte, gleich nach Oſtern ſeinerſeits eine andere einzubringen, durch welche den volkreichen Gewerbsbezirken zweiundſiebenzig neue Mitglieder bewilligt und die Wahlrechte an gewiſſen Orten mehr zuſammengezogen werden würden. Auf dieſe Weiſe könne man Intereſſen die Vertretung gewähren, welche

derſelben gegenwärtig entbehrten, ohne daß man nöthig hätte, beſtehende Rechte zu verletzen. Graf Grey benutzte dieſen Umſtand, indem er die erlauchte Verſammlung darauf aufmerkſam machte, daß die Anzeige des edeln Herzogs ihn der Nothwendigkeit überhebe, auf eine weitläuftige Entwicklung einzugehen, um die Vortheile der vorgeſchlagenen Maßregel nachzuweiſen. Wenn ſelbſt der edle Herzog das Bedürfniß einer Reform anerkenne, die auf der Erweiterung und auf der Beſchränkung von Wahlrechten beruhe, dürfe man wohl ohne Weiteres vorausſetzen, daß dieſe Anerkennung eine allgemeine ſey. Er begnüge ſich daher, dem Hauſe zu ſagen, daß die Bill in ihren weſentlichen Grundſätzen von der früheren nicht abweiche, daß aber Verbeſſerungen in dieſelbe aufgenommen wären, durch welche verſchiedenen Einwendungen begegnet werde, die man gegen die vorjährige Maßregel geltend gemacht habe. Graf Grey verbreitete ſich hierauf über die Veränderungen, die in der Bill getroffen wären, und ſprach die Hoffnung aus, daß die edeln Lords, denen jetzt die Entſcheidung obliege, nachdem das ganze Land ſich laut und einſtimmig für die Reform erklärt, einer Maßregel nicht länger ihre Zuſtimmung vorenthalten würden, die geeignet ſey, die Ruhe und den Frieden in die Gemüther zurückzuführen. Die große Mehrzahl der Redner, die in der mehrere Tage hindurch ausgedehnten Berathung für oder wider das Wort nahmen, wiederholte nur die Gründe, die bei den vorhergegangenen Erörterungen ſchon mehr als einmal vorgebracht waren, und die Meiſten vermochten daher nur durch die Achtung vor den Namen, die ſie trugen, einen bedeutenden Eindruck hervorzubringen; um ſo höher geſpannt war das Intereſſe, welches jene Staatsmänner erregten, die noch vor einem halben Jahre die miniſterielle Maßregel verworfen hatten, wie die Grafen Haddington und Harrowby und Lord Wharncliffe, und die jetzt ihre Ueberzeugung ausſprachen, daß dieß die letzte Gelegenheit ſey, welche das Haus der Lords habe, noch mit Würde und Freiheit über die wichtige Frage zu berathen und vielleicht Manches, was ihnen in dem vorliegenden Entwurfe gefährlich erſcheine, aus demſelben zu entfernen, wogegen eine abermalige Verwerfung der von der ganzen Nation anerkannten Grundſätze dem Hauſe ſelbſt das Vertrauen des gemäßigten Theiles der Bevölkerungen entziehen und daſſelbe in die Lage verſetzen würde, nachher das gezwungen thun zu müſſen, was es jetzt, geſtützt auf ſeine geſetzlichen Vorrechte, noch verweigern könne. Dagegen behaupteten Graf Salisbury und andere Lords, die auf derſelben Seite ſprachen, daß die Gefahr, deren Daſeyn ſie ſich keineswegs verbergen

Digitized by Google

wollten, doch immer bloß möglich, der Untergang der Verfaſſung durch die Annahme der Bill aber gewiß ſey, und daß man daher wohlthue, unter den beiden Uebeln, zwiſchen denen man ſich befände, das kleinere zu wählen. Der Biſchof von Exeter hielt eine lange Rede gegen die Reformbill, von der er im Falle ihrer Annahme nicht bloß den Untergang der Verfaſſung, ſondern auch den Untergang der proteſtantiſchen Kirche und folglich auch der proteſtantiſchen Religion in England erwartete. Die gehäſſigen perſönlichen Ausfälle, die der würdige Prälat ſeinem theologiſch-politiſchen Vortrage beimiſchte, zogen ihm eine derbe Züchtigung von dem Grafen Grey zu, der ihm bemerkte, wenn in den grundloſen Beſchuldigungen, die der ſehr ehrwürdige Prälat gehäuft habe, ſich die chriſtliche Liebe eines Biſchofs ausſpräche, ſo müſſe er ſelbſt von dem Weſen dieſer Tugend bisher ganz irrige Vorſtellungen gehabt haben. Der Herzog von Wellington ſprach von der Aufregung, unter der das gegenwärtige Parlement gewählt worden ſey, und behauptete, daß dieſe Aufregung ſeitdem durch das Gerücht unterhalten werde, der König wünſche eine Parlementsreform, wie die vorliegende Bill ſie vorſchlage. Er ſeinerſeits glaube davon kein Wort; ſeiner Anſicht nach folge der König bloß dem Rathe ſeiner Diener. Seiner Anſicht nach werde die Rolle, welche man den Namen des Königs ſpielen laſſe, eine Reform beinahe unumgänglich machen; dagegen ſey er überzeugt, daß der edle Graf nicht im Stande ſeyn werde, die Bill durchzuführen, ſobald die wahren Geſinnungen des Königs dem Lande bekannt würden. Der größte Theil der Grundbeſitzer, ſo wie der gelehrten Stände, und beinahe der geſammte Reichthum des Landes ſey der Bill entgegen, welche nur durch die edlen Lords ihm gegenüber, durch deren nicht ſehr zahlreichen unmittelbaren Anhang im Lande, durch die Gegner der Kirche und durch alle die unterſtützt werde, die bei der Durchführung der Maßregel einen Einfluß zu erhalten hofften, den ſie gegenwärtig nicht beſäßen. Im Allgemeinen ſey die große Maſſe des engliſchen Volkes der Bill keinesweges ſo günſtig, wie man dieß gewöhnlich darſtelle; namentlich blicke der größere Theil des Mittelſtandes nur mit Beſorgniß auf die Folgen. Und das mit gutem Grunde. Denn um ſich zu überzeugen, welche Früchte eine auf dem Grundſatze der Volksherrſchaft aufgebaute Regierung dem Lande tragen würde, dürfe man nur unterſuchen, was ſeit zwei Jahren in Frankreich vorgehe, wo derſelbe Grundſatz zur Anwendung gekommen ſey. Dort wären die Koſten des Staatshaushaltes in dieſen zwei Jahren um 10 Millionen Pfund Sterling vermehrt und außerdem 50 Millionen

Pfund außerordentliche Ausgaben gemacht worden. Ludwig XVIII. und Karl X. hätten die Ruhe in Paris mit 1000 Gensdarmen aufrecht erhalten; ſeit der Julirevolution müſſe die Regierung wenigſtens alle vier Wochen einmal 60,000 Mann aufbieten. „Dieſes Beiſpiel vor Augen kann man die ſinnloſen Behauptungen, die über die zu erwartende Wirkung der Reformbill aufgeſtellt wurden, gar nicht anhören. Wird, wenn die Bill durchgegangen iſt, die Regierung bei uns wohlfeiler oder beſſer werden? wird ſie mehr Gewalt haben als bisher? wird ſie mit einer geringeren Truppenzahl auskommen? Die Unruhen zu Briſtol wurden mit 90 Mann unterdrückt, ſobald ſich ein Offizier fand, der die ihm anvertraute Macht gebrauchen wollte. Wurden die Unruhen zu Lyon eben ſo leicht und eben ſo ſchnell unterdrückt? Ich weiß, meine Lords, ſie waren von größerer Ausdehnung; aber man brauchte 40,000 Mann der beſten Truppen unter einem ſehr geſchickten General und einem Prinzen von Geblüt, um darüber Herr zu werden. Erwägen Sie, meine Lords, die Urſachen dieſer Verſchiedenheit, und ſprechen Sie, ob Sie erwarten können, daß die Verwaltung nach der Annahme dieſer Bill ſo fortzuführen ſeyn wird, wie bisher." Die Anſicht des Herzogs ging von einer ſo einſeitigen Auffaſſung der Verhältniſſe aus, daß es keine allzu ſchwierige Aufgabe war, ſie für jeden Unbefangenen überzeugend zu widerlegen. Der Lordkanzler Brougham entgegnete dem Herzoge, daß gar kein Grund vorhanden ſey vorauszuſetzen, daß ein reformirtes brittiſches Parlement den franzöſiſchen Kammern ſeit der Julirevolutiongleichen werde. „Warum," fragte er, „ſollten wir überhaupt England mit Frankreich vergleichen? Warum iſt der franzöſiſche Staatshaushalt koſtſpieliger als früher? Weil das Heer beträchtlich vermehrt werden mußte, und davon lag die Urſache nicht in der Vermehrung der Wähler, ſondern in der Veränderung der Dynaſtie und in der Beſorgniß, daß ein innerer oder auswärtiger Krieg ausbrechen könnte. Daß ein reformirtes Parlement die Ausgaben erhöhen ſollte, iſt auf keine Weiſe zu erwarten. Wenn ein reformirtes Parlement in irgend etwas die Linie der Mäßigung überſchreiten ſollte, ſo wird dieß gewiß eher in der Verminderung, als in der Vermehrung der Ausgaben geſchehen; aber auch in dieſer Beziehung vertraue ich der Einſicht des Parlementes und ſeiner Sorge für die Aufrechterhaltung der Landesintereſſen. Ein reformirtes Parlement wird allerdings das Günſtlingweſen der Patronage abſchaffen, es wird aber deshalb eine Regierung, die ihre Pflicht thut, nicht weniger unterſtützen. Die Regierung wird nur genöthigt ſeyn, ihre Kraft in ihrem

Digitized by Google

Verdienſte, ſtatt in Gönnerſchaften und Günſtlingſchaften zu ſuchen." Graf Grey faßte zum Schluſſe das Ergebniß der ganzen Berathung zuſammen, indem er nochmals hervorhob, daß die Nothwendigkeit einer Verbeſſerung beinahe von allen Seiten anerkannt ſey. Dem Grundſatze, auf dem die Bill im Allgemeinen beruhe, werde daher die Mehrheit des Hauſes ihre Zuſtimmung nicht verweigern können; und wenn in Bezug auf die einzelnen Beſtimmungen der Maßregel Meinungsverſchiedenheiten vorhanden wären, ſo könnten dieſe erſt bei der Berathung im Ausſchuſſe zur Erwägung kommen. Er halte es allerdings für ſeine Pflicht, ſich jeder Veränderung zu widerſetzen, die mit dem Hauptzwecke der Bill im Widerſpruche ſtände. Wenn aber bewieſen würde, daß in eine der schedulae ſich eine Ungerechtigkeit eingeſchlichen, wenn bewieſen würde, daß ein höherer Wahlcenſus als 10 Pfd. dem Betruge und dem Mißbrauche weniger offen ſey, ſo werde er einer entſprechenden Veränderung nicht entgegen ſeyn. Es war am 13. April des Morgens um halb ſieben Uhr, als die Verhandlungen zu ihrem Schluſſe gediehen. Von den anweſenden Pairs ſtimmten 128 für, 126 gegen die zweite Leſung der Bill; zu den erſten kamen aber noch 56, zu den anderen nur 49 übertragene Stimmen (proxies), ſo daß die ganze Mehrheit für die Bill neun Stimmen betrug. Der Herzog von Wellington gab mit 74 anderen Pairs eine Proteſtation gegen die zweite Leſung eines ſeiner Behauptung nach offenbar verfaſſungswidrigen Geſetzentwurfes zu Protocoll. Wenige Tage darauf wurden beide Häuſer des Parlements wegen des Oſterfeſtes bis zum 7. Mai vertagt.

Der Sieg der Parlementsreform im Hauſe der Lords wurde außerhalb deſſelben mehr mit Verwunderung als mit Befriedigung vernommen. Niemand vertraute auf die Aufrichtigkeit einer ſo ſchnell erfolgten Bekehrung; die Erwartung war allgemein, daß hinter der ſcheinbaren Nachgiebigkeit eine Falle verborgen liege, die zeitig genug zum Vorſchein kommen würde. Selbſt in den Grafen Grey fing man an Mißtrauen zu ſetzen, weil man die Abneigung kannte, die er gegen Pairsernennungen in Maſſe hatte, wie man ſie zur Sicherung des Erfolges für unumgänglich erforderlich hielt. Von allen Seiten gingen daher Mahnungen an die Miniſter ein, die Pairsernennungen, die doch unvermeidlich blieben, nicht länger zu verſchieben. Zu Leeds wurde eine große Volksverſammlung gehalten, in der die angeſehenſten Männer der Stadt als Redner auftraten. Alle waren der Meinung, daß von den Lords nichts Gutes zu hoffen ſey, und daß das Volk nicht

Digitized by Google

eher zu ſeinen Rechten gelangen werde, als bis der Trotz der adelichen Herren mit Gewalt gebrochen ſey. Man kam überein, eine Bittſchrift an den König zu richten, in der es hieß: „Einige Lords kennen das Volk nicht; ſie achten ſeine Geſinnungen und ſeine Rechte nicht nach Gebühr und ſcheinen die Befugniſſe und die Verfaſſung ihres eigenen Hauſes falſch zu beurtheilen. Die Achtung vor dem Hauſe der Lords würde durch eine Vermehrung ſeiner Mitgliederzahl oder eine Aenderung ſeiner Geſinnungen, welche zu einer reineren Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten nothwendig geworden iſt, nicht vermindert werden. Wir flehen Ew. Majeſtät unterthänigſt an, zu geeigneter Zeit durch eine furchtloſe und kräftige Ausübung Ihres königlichen Vorrechtes uns mit einem Male gegen eine ausſchließende Adelsherrſchaft zu ſchützen und mit Hülfe Ihrer gegenwärtigen Miniſter, die allein das Vertrauen des Volkes beſitzen, den Sieg der Reformbill und die Erhaltung der Landesverfaſſung zu ſichern."

Am 7. Mai, als das Parlement wieder zuſammengetreten war, wurde im Hauſe der Lords eine ganze Reihe von Bittſchriften für die Reform vorgelegt, unter denen die bedeutendſte jene des Lord Mayors, der Aldermen und des Gemeinderathes von London war, die um der Ruhe und Wohlfahrt der Hauptſtadt und des ganzen Landes willen um baldige Annahme der Bill baten. Nach einer kurzen Beſprechung über den Inhalt und die Wichtigkeit der eingegangenen Bittſchriften erhob ſich Graf Grey und trug darauf an, daß das Haus ſich in einen Ausſchuß begeben möge, da jetzt die Zeit gekommen ſey, ſich mit den Einzelheiten der Reformbill zu beſchäftigen. Er ſchlug zuvörderſt vor, den erſten Abſchnitt der Bill anzunehmen, welcher lautete: „Jeder der in der Liſte A. aufgeführten Flecken hört auf, einen Vertreter in das Parlement zu ſchicken." Dagegen trat Lord Lyndhurſt mit dem Vorſchlage auf: Man möge die Berathung über die beiden erſten Abſchnitte, welche die Wahlrechtsentziehungen ausſprächen, ſo lange ausſetzen, bis man ſich über die Abſchnitte verſtändigt habe, welche die neuen Wahlrechtsertheilungen enthielten. Von vorne herein den Grundſatz anzuerkennen, daß gewiſſe Theile des Hauſes der Gemeinen ſo unverbeſſerlich verdorben wären, daß man ſie ohne Weiteres abſchneiden müſſe, würde ſehr gefährlich ſeyn; denn dadurch müſſe bei der Menge der Eindruck hervorgebracht werden, daß alle Geſetze und Einrichtungen, welche von einem ſolchen Parlemente ausgegangen wären, und beſonders auch die Verpflichtungen, welche es der Nation durch die öffentliche Schuld aufgelegt, gar keine Kraft hätten und mit vollem Rechte

umgeſtoßen werden könnten. Wenn dagegen zuerſt entſchieden würde, daß gewiſſe Städte und Landbezirke vermöge der Zunahme ihrer Bevölkerung und ihres Reichthumes Vertreter erhalten ſollten, die ſie bisher nicht gehabt, dann könnte man, um das Haus der Gemeinen nicht übermäßig zahlreich werden zu laſſen, den unbedeutendſten Ortſchaften eben ſo viele Vertreter entziehen, ohne daß dieſe ſich über ein ihnen widerfahrenes Unrecht beklagen dürften. Der Plan, den Lord Lyndhurſt erſonnen, war des ehemaligen radicalen Advocaten, der ſich durch Talent und Grundſatzloſigkeit zu der hohen Stellung eines Lord-Kanzlers von England emporgeſchwungen, vollkommen würdig. Er wußte den Herzog von Wellington zu überzeugen, daß jeder Verſuch zu offenem Widerſtande gegen die Reformbill vergeblich ſeyn würde, daß man dieſelbe aber durch ſcheinbar nicht allzuweſentliche Veränderungen in einer Weiſe umgeſtalten könne, welche die Wirkſamkeit derſelben ſo ziemlich auf nichts herabbrächte, während man ſich doch immer darauf berufen könne, daß man dem allgemeinen Verlangen des Volkes nach einer Parlementsreform entſpräche. Dadurch werde es möglich werden, jene ſchwachen und ſchwankenden Pairs, die in der letzten Zeit dem Grafen Grey ihre Unterſtützung zu der Durchführung der Reformbill zugeſagt, wieder von der Partei des Grafen abzuziehen, weil ſie ihrer übernommenen Verpflichtung, die Reformbill in ihren Hauptgrundſätzen zu unterſtützen, nicht untreu zu werden brauchten; und auch der König werde, wenn man ihm die Lage der Dinge in dem rechten Lichte darſtelle, ſchwerlich geneigt ſeyn, die Ermächtigung zu neuen Pairsernennungen ſo weit auszudehnen, daß von derſelben nicht bloß zu der Ueberwindung des Widerſtandes gegen die Hauptgrundſätze der Bill, ſondern auch zu der Beſeitigung jeder Meinungsverſchiedenheit über weniger weſentliche Einzelheiten Gebrauch gemacht werden könne. Alles komme darauf an, den Grafen Grey zu ſtürzen, damit man die Bill ſelbſt in die Hand nehmen und Alles aus derſelben entfernen könne, was den beſtehenden Einrichtungen Gefahr drohe. Nachdem man ſich über den Feldzugsplan verſtändigt, wurde Alles in Bewegung geſetzt, um demſelben einen unzweifelhaften Erfolg zu ſichern. Zuerſt wurden Unterhandlungen mit den Lords Harrowby und Wharncliffe angeknüpft, deren Beitritt man mit leichter Mühe gewann, ſo wie man den edeln Herren die Gründe klar zu machen wußte, die für die Wahrſcheinlichkeit des Gelingens ſprachen. Darauf wurde der Einfluß, den die Tories noch von alter Zeit her am Hofe beſaßen, aufgeboten, um auf das Gemüth des redlichen, aber kurzſich-

Digitized by Google

tigen Königs zu wirken. Die Königin, eine ſachſen-meiningiſche Prinzeſſin, die ungeachtet ihres vieljährigen Aufenthaltes auf brittiſchem Boden kein einziges der Vorurtheile abgelegt hatte, welche den kleinen deutſchen Höfen eigen ſind, war den Tories mit Leib und Seele ergeben, und ließ kein Mittel unverſucht, um ihren fürſtlichen Gemahl zu einem, wie ſie behauptete, ſeiner würdigen Entſchluſſe zu vermögen; und König Wilhelm IV. war ſchwach genug, den Eingebungen der eiteln und hochmüthigen Frau zu folgen. Als Lord Lyndhurſt mit ſeinem treuloſen Vorſchlage im Hauſe der Lords auftrat, glaubte er daher alle Urſache zu haben, ſeiner Sache gewiß zu ſeyn. Umſonſt wies Brougham mit aller Schärfe ſeines überlegenen Verſtandes nach, daß die beiden erſten Abſchnitte der Bill bei Seite legen eben ſo viel heiße, als die ganze Bill bei Seite legen, da dieſe gerade auf dem in dieſen Abſchnitten ausgeſprochenen Grundſatze beruhe, daß verfallene Flecken, die jeder Beſtechung offen ſtänden, nicht mehr im Parlemente vertreten ſeyn ſollten. Graf Harrowby war der Meinung, daß es wenig darauf ankomme, ob die beiden Abſchnitte zuerſt oder zuletzt berathen würden, und Lord Wharncliffe hielt dieß gleichfalls für ganz unweſentlich und verſicherte, er wolle damit, daß er für die Verweiſung jener Abſchnitte an den Schluß der Berathung ſtimme, noch gar kein Urtheil über die Zweckmäßigkeit derſelben abgeben. Daß es aber allerdings auf die Verwerfung des Grundſatzes der Aufhebung des Wahlrechtes der verfallenen Flecken abgeſehen ſey, hatten die entſchiedenern Tories, der Herzog von Wellington und der Herzog von Newcaſtle, Lord Berley, Lord Ellenborough und Graf Winchelſea kein Hehl. Graf Grey bemerkte daher, nachdem er in ausführlicher Rede alle Gründe gegen den Vorſchlag entwickelt hatte: „Ich hoffe, die edeln Lords werden ſich nicht ſelbſt täuſchen, indem ſie wähnen, die Bill könne, nach der Annahme dieſes Antrages, noch zu einem glücklichen Ende geführt werden. Der edle und gelehrte Lord, der den Vorſchlag machte, erklärte ſelbſt, wenn derſelbe angenommen ſey, wolle er ſehen, welche Bahn weiter zu verfolgen ſeyn würde. Mehr brauche ich nicht zu ſagen; aber ich fürchte die Folgen, die es haben wird, wenn das Haus der Lords ſich den dringenden Wünſchen und Bedürfniſſen des Volkes als eine unüberſteigliche Schranke entgegenſtellt.“ Der Vorſchlag Lord Lyndhurſt's wurde mit 151 Stimmen gegen 116 angenommen. Graf Grey trug nun darauf an, die weitere Berathung auszuſetzen, was die übliche Form war, um ſeinen Entſchluß anzukündigen, mit der Bill nach der über ſie getroffenen Entſcheidung nicht weiter vorzugehen.

Digitized by Google

Jetzt erfolgte der Hauptſchlag, auf deſſen Wirkung die Partei, die ſich zu dem Sturze des Miniſteriums vereinigt, hauptſächlich rechnete, indem ſie das Wagniß unternahm, dem einſtimmigen Willen von ganz England die Stirn zu bieten. Lord Ellenborough erhob ſich und kündigte an, daß der Herzog von Wellington ſich entſchloſſen habe, wenn er von neuem zu der Leitung der Geſchäfte berufen werden ſollte, in die Entfernung von 113 Fleckenvertretern zu willigen. Nach dem Plane des Grafen Grey ſollten nur 56 Flecken ihre Vertretung ganz und 44 dieſelbe zur Hälfte verlieren. Der Unterſchied in der Zahl der Vertreter, die den verfallenen Flecken entzogen werden ſollten, war alſo nicht ſo groß, daß man daraus allein auf die Abſicht hätte ſchließen können, jede wirkſame Parlementsreform zu vereiteln und die Nation durch bloße Scheinverbeſſerungen zu täuſchen. Man hoffte deshalb, daß die große Mehrzahl des Mittelſtandes, dem in gewöhnlichen Zeiten vor allem Anderen an der Erhaltung des Friedens und der Ordnung gelegen iſt, ſich beruhigen würde, indem ſie vorausſetzte, daß es ſich am Ende nur um ein nicht weſentliches Mehr oder Minder in der Reform handle, die von dem Herzoge von Wellington eben ſo gut als von dem Grafen Grey zu erwarten ſey.

Am andern Morgen begaben ſich Graf Grey und der Lord Kanzler nach Windſor, wo die königliche Hofhaltung war, um dem Könige anzuzeigen, daß ſie ſich in der Unmöglichkeit befänden, die Reformbill ohne eine zahlreiche Pairsernennung durchzuführen, und um ihre Entlaſſung anzubieten, ſofern ihr königlicher Herr eine andere Anſicht über die Sache hegen ſollte. König Wilhelm IV. empfing die beiden Miniſter mit ſeiner gewöhnlichen Leutſeligkeit und biedermänniſchen Freundlichkeit und erwiederte ihnen, er wolle mit ſich ſelbſt zu Rathe gehen und ihnen am folgenden Tage ſeine Antwort zukommen laſſen. Die Antwort war die Annahme der Entlaſſung. So lange hatten die Bürger von London nicht geſäumt, um ihrerſeits ihre Meinung darzulegen. Wenige Stunden, nachdem die Entſcheidung der Lords bekannt geworden war, richtete eine beträchtliche Anzahl von Mitgliedern der alten Corporation der Bürgerſchaft ein Schreiben an den Lord Mayor, worin dieſer aufgefordert wurde, ſofort eine Verſammlung zu berufen, die über eine Adreſſe an den König berathen ſollte, welche die Bitte ausſpräche, Se. Majeſtät möge ſo viel Pairs ernennen, als erfordert würden, um die Reformbill unverſtümmelt durchzuſetzen. Zugleich ſollte erwogen werden, ob nicht auch das Haus der Gemeinen zu bitten ſey, daſſelbe möge zu keinem Zwecke ferner Geldbewilligungen machen. Die

Digitized by Google

Verſammlung fand Statt, und ſowohl die Adreſſe an den König, wie die vorgeſchlagene Petition an das Haus der Gemeinen wurde angenommen. Aehnliche Verſammlungen, wie in der Altſtadt, wurden in den nächſten Tagen in allen übrigen Theilen der Hauptſtadt gehalten, und überall wurden ähnliche Beſchlüſſe gefaßt. In einer Verſammlung auf dem Leiceſterplatze, bei der 16,000 Menſchen zugegen waren, ſagte einer der Redner: „Der Herzog von Wellington iſt der einzige Mann im Lande, der behauptet, daß keine Reform, ſondern nur eine ſtarke Regierung nöthig ſey, um das Volk nieder zu halten.“ Eine Menge Stimmen riefen dazwiſchen: „Hängt ihn! hängt ihn!“ — „Dieß iſt die Bahn,“ fuhr der Redner fort, „die Karl X. vom Throne trieb, um an unſern Küſten eine Zufluchtsſtätte zu ſuchen. Wollte Gott, daß der unglückliche Herr in Windſor einen kleinen Ausflug nach dem Norden machte; er würde von Karl X. gewiß beſſern Rath erhalten, als von den Speichelleckern des Hofes. Auch ſollte die unglückliche Frau, die ihrem Manne ſo zugeſprochen haben ſoll, auf das Beiſpiel der Königin eines andern Karls blicken, die arm und elend aus dem Lande getrieben wurde, über das ihr Mann einſt geherrſcht hatte.“ — „Schickt ſie nach Hannover!“ rief man dazwiſchen. — „Ich möchte dem Herzoge von Wellington ſagen, daß wir die Macht in Händen haben, weil wir unſern Vertretern aufgeben können, die Geldbewilligungen zu verweigern; ſäße ich im Hauſe der Gemeinen, bei Gott ich gäbe dem Könige nicht mehr als 10,000 Pf. jährlich. Das erſte Volk der Welt, die Republicaner von Nordamerica, zahlen ihrem Präſidenten nur 5000 Pf. des Jahres.“*) In andern Verſammlungen wurden nicht bloß ähnliche, ſondern ungleich heftigere Reden geführt. Aber nicht in London zeigte ſich die Kraft des Volkswillens am gewaltigſten, weil derſelbe in dieſer ungeheuern Stadt ſich auf einer Menge verſchiedener Punkte zerſplitterte und ihm daher die Einheit abging, welche die Bedingung jedes großen Entſchluſſes iſt. In der allgemeinen Erregung des Unwillens, der Entrüſtung, des grimmigen Zornes, der das ganze Land von dem einen Ende bis zum andern wie ein Orkan durchbrauſte, trat mit dem Beiſpiele der kühnſten Entſchloſſenheit die Stadt Birmingham voran. Hier hatte der Ausſchuß des politiſchen Vereins, in der, wie der Erfolg bewies, wohlbegründeten

*) Hr. Charles Buller, dieß war der Redner, wurde beim Worte genommen: er wurde bei den nächſten Wahlen in das Parlement gewählt, aber er unterließ es denn doch einen Antrag zu ſtellen, daß die Civilliſte auf 10,000 Pf. herabgeſetzt werden möge.

Vorausſetzung, daß die Parlementsreform nicht eher geſichert ſey, als bis ſie zum Geſetze des Landes erhoben wäre, längſt alle Vorbereitungen getroffen, um den leicht vorherzuſehenden Widerſtand der Lords, ſobald die Umſtände dieß erheiſchten, durch einen entſcheidenden Schlag zu brechen. Die Männer, welche den Verein leiteten — reiche Eiſenwaarenfabrikanten, die perſönlich über die Arme von Tauſenden rüſtiger Arbeiter verfügen konnten, hatten ſich mit den Vereinen, die beinahe in allen größern Orten Englands beſtanden, in Verbindung geſetzt und von allen Seiten die Zuſicherung der kräftigſten Unterſtützung erhalten. Schon in einer früheren Verſammlung des Vereins war der Beſchluß gefaßt worden, daß man keine Steuern mehr bezahlen wollte, ſobald die Reformbill verworfen würde. So wie die Nachricht von der Entlaſſung der Miniſter nach Birmingham kam, wurde ſogleich eine allgemein öffentliche Verſammlung auf einem freien Platze außerhalb der Stadt berufen, die noch an demſelben Tage Statt finden ſollte, um über die Maßregeln zu berathen, welche die Lage der Dinge erheiſche Da ſtrömten nicht bloß aus der Stadt, ſondern aus allen den zahlreichen gewerbfleißigen Orten der Umgegend Tauſende und aber Tauſende zuſammen, wehende Fahnen und Muſikbanden vorauf, in guter Ordnung: ein waffenloſes, aber unermeßliches Heer. Und als die ganze weit über hundert Tauſend Männer zählende Maſſe ſich um das Gerüſt geſchaart hatte, das zur Aufnahme der Redner beſtimmt war, erſchallte aus ihrer Mitte der brauſende Geſang, das Bundeslied der Union:

Ja, wir hören! Ja! wir kommen
    Schnell dem Ruf der Freiheit nach!
Ja, wir kommen, kommen, kommen,
    Für das Werk des Ruhmes wach;
Und wir erheben von Meer zu Meer
Der Freiheit Banner, hoch und heer.

Gott mit uns! von Feld und Fluth,
    Amboß, Richtſcheit, Weberei
Kommen wir, und unſer Muth
    Bricht der Zwingherrn Trug entzwei;
Und wir erheben von Meer zu Meer
Der Freiheit Banner, hoch und heer.

Gott mit uns! Kein Schwert gezückt,
    Friedlich, einig, treu und echt, —
Unverkümmert, unzerſtückt, .
    Fordern wir der Väter Recht;
Und wir erheben von Meer zu Meer
Der Freiheit Banner, hoch und heer.

Digitized by Google

Als Attwood, der Vorſitzende des Vereins, an die Brüſtung des Gerüſtes vortrat, erfolgte eine Stille, wie ſie unter einer ſo zahlloſen Menſchenmaſſe nur die wunderbarſte Uebereinſtimmung der Geſinnungen möglich machen kann. Der Redner erklärte, die Stunde der Entſcheidung ſey gekommen, in der jeder Engländer ſich als ein Mann bewähren müſſe. Der Adel, im Vertrauen auf die Macht des Staates, die ihm zur Verfügung ſtehe, habe dem Volke von England den Handſchuh hingeworfen, und das Volk dürfe ihn nicht liegen laſſen: denn es handle ſich um ſeine Freiheit, um ſein altes langgekränktes Recht, um alle die Güter, die dem Leben einen Werth verliehen. Das Volk werde zeigen, daß es der Freiheit würdig ſey, die es nicht mehr erbitte, ſondern gebieteriſch, mit unwiderſtehlicher Gewalt als ſein rechtmäßiges Eigenthum, fordere. Das Volk werde ſich der Freiheit würdig zeigen, indem es ſich ſtrenge auf dem Wege des Geſetzes halte, ſo lange das Geſetz ſelbſt noch beſtehe. Das Volk werde rechtswidrige Gewaltthaten abwehren, die man jetzt erwarten müſſe, aber es werde, wie frevelhaft es auch herausgefordert ſey, keine Gewaltthätigkeiten verüben; es ſey gewiß, durch ſeine vereinte Kraft den Sieg mit unblutigen Waffen zu erringen. Noch könne das Volk ſich an eine mächtige Säule lehnen; das Haus der Gemeinen habe ſeine Sache nicht verlaſſen. Das nächſte, was man zu thun habe, ſey, ſich an das Haus der Gemeinen zu wenden, dieſes der einmüthigen Unterſtützung des brittiſchen Volkes zu verſichern und es mit kräftigen Worten an die Pflicht zu erinnern, die es zu erfüllen habe, an die Pflicht, alle ihm zu Gebote ſtehende geſetzliche Mittel anzuwenden, um den Uebermuth einer kleinen Anzahl adlicher Herren zu demüthigen und dem Volke zu ſeinem Rechte zu helfen. Das wirkſamſte dieſer Mittel ſey die Verweigerung der Steuern; kein Engländer werde einen Pfennig an Steuern bezahlen, die nicht von dem Parlemente bewilligt wären. Er ſchlage deshalb vor, eine Bittſchrift an das Haus der Gemeinen zu richten, um daſſelbe aufzufordern: ſeine großen Pflichten männlich und furchtlos zu erfüllen. Nicht alle Redner, die auf einander folgten, um einzelne Theile der in dem Ausſchuſſe der Union entworfenen Bittſchrift in Vorſchlag zu bringen, ſprachen ſo gemäßigte Worte. Es war auch von dem Rechte die Rede, welches „die Bill der Rechte“ dem engliſchen Volke gewähre, „Waffen zu haben zu ſeiner Vertheidigung:“ und es wurde offen ausgeſprochen, daß das Volk entſchloſſen ſey, wenn kein anderes Mittel übrig bleibe, von dem Waffenrechte Gebrauch zu machen. Einen furchtbar erhabenen Eindruck brachte es hervor,

Digitized by Google

als die ganze große Verſammlung auf die Aufforderung eines der Sprecher den Schwur leiſtete, nicht zu weichen noch zu wanken, zu ſiegen oder zu ſterben in dem Kampfe, auf den ſie ſich gefaßt machen müſſe. Deſſelben Tages wurden von dem Ausſchuſſe des politiſchen Vereins, der ſeine Sitzungen Tag und Nacht ununterbrochen fortzuſetzen beſchloß, zwei Bevollmächtigte an den Stadtrath der Altſtadt von London geſchickt, um dieſem anzuzeigen, daß in den Grafſchaften Warwickſhire und Staffordſhire hundert Tauſend Mann bereit ſtänden, um der Hauptſtadt auf den erſten Wink zu Hülfe zu ziehen.

Inzwiſchen war es in beiden Häuſern des Parlements zu ſtürmiſchen Erörterungen gekommen. Im Hauſe der Lords drückte am 9. Graf Carnarvon ſein Erſtaunen darüber aus, daß die Miniſter um einer ſo unbedeutenden Urſache willen, wie die Verſchiebung der beiden Eingangsabſchnitte ihrer Bill, von der Verwaltung zurückgetreten wären. Es ſey doch vollkommen gleichgültig, ob man zuerſt schedula A und B und dann C und D berathe oder zuerſt C und D und zuletzt A und B. Und um eines ſolchen Grundes willen habe man einen der abſcheulichſten Vorſchläge gemacht, mit dem je ein Unterthan das Ohr ſeines Souverains zu beleidigen gewagt habe; der König habe in in dieſer Lage gehandelt, wie es einem Fürſten aus dem Hauſe Braunſchweig gebühre, und habe ſich dadurch einen abermaligen Anſpruch auf die Achtung und Liebe ſeiner Unterthanen erworben. Uebrigens werde das Haus, wenn auch die Miniſter die Bill aufgäben, ſich nicht abhalten laſſen, ſeine Berathungen über dieſelbe fortzuſetzen; denn es laſſe ſich nicht verkennen, daß allerdings eine ſehr ausgedehnte Reform dem Lande Noth thue. Graf Grey erklärte, daß er zu ſeiner perſönlichen Vertheidigung kein Wort verlieren werde, weil ſein Charakter bekannt genug ſey, um von Beſchuldigungen, wie ſie der edle Graf gegen ihn erhebe, nicht zu leiden. Daß die Gründe, welche die Miniſter zu ihrer Handlungsweiſe beſtimmten, eine bloße Förmlichkeit beträfen, ſey nicht der Fall. Der Vorſchlag, den ein edler und gelehrter Lord gemacht, habe vielmehr die Grundlage, auf der die Bill beruhe, umgekehrt, und dieſer Vorſchlag ſey von allen denen unterſtützt worden, welche von Anfang jeder Reform feindlich entgegengetreten wären. Unmöglich habe er, als Miniſter, dulden können, daß ihm die Bill aus der Hand genommen und zugeſtutzt, verſtümmelt und zerſtört würde, wie es ihren Gegnern gut deuchte. Er ſey dem Volke für ſein Benehmen verantwortlich und werde jeder Anklage Rede ſtehen.

In dem Hauſe der Gemeinen trat Lord Ebrington, der älteſte

Digitized by Google

Sohn des Grafen Forteſcue aus einem der berühmteſten und geehrteſten brittiſchen Adelsgeſchlechter, auf und ſprach ſein Bedauern aus, daß eine Maßregel, welche die Gemeinen mit ſo großer Mehrheit angenommen hätten, von den Lords verworfen worden ſey. „Unter dieſen Umſtänden,“ ſagte er, halte ich es für meine Pflicht, auf eine unterthänige Adreſſe dieſes Hauſes an Sr. Majeſtät anzutragen, und obgleich ich hoffe, daß jeder, zu welcher Meinung er ſich auch bekennen möge, bei dieſer Gelegenheit der Sitzung beiwohnen wird, auf morgen einen namentlichen Aufruf aller Mitglieder zu veranlaſſen.“ Niemand verbarg ſich die weitreichende Bedeutung des in ſo beſcheidener Form angekündigten Antrages. Der Finanzminiſter der zurückgetretenen Verwaltung Lord Althorp wünſchte die Verſchiebung desſelben, weil es räthlich ſey, bei dem gegenwärtigen Stande der öffentlichen Angelegenheiten Alles zu vermeiden, was der Bildung einer neuen Verwaltung Hinderniſſe in den Weg legen könne. So hohe Achtung Lord Althorp jedoch nicht bloß wegen ſeiner amtlichen Stellung und als der vornehmſte Leiter der Verhandlungen im Hauſe der Gemeinen, ſondern noch mehr wegen ſeines anſpruchloſen, milden, aber feſten und ehrenhaften perſönlichen Charakters bei allen Parteien genoß, ſo fand ſein Rath doch bei den leidenſchaftlich erregten Verfechtern der Reform wenig Eingang. Der ſonſt ſehr gemäßigte Sir John Newport entgegnete: In Zeiten, wie die gegenwärtigen, müſſe man ſich vor allen Dingen der Meinung der Mehrheit des Hauſes verſichern; daß dieſe unzweideutig und feſt ausgeſprochen werde, ſey unerläßlich für die Wohlfahrt des Landes. Der entſchiedenere Labouchere verſicherte, wenn das Haus jetzt ſeine Pflicht vergäße, ſey das größte Unglück zu fürchten. Handle das Haus, wie es das Land zu erwarten berechtigt ſey, ſo werde dieſes die Nachricht von der Entlaſſung der Miniſter zwar mit Kummer, aber in ruhiger Haltung aufnehmen. Stelle das Haus ſich dagegen nicht, ſeiner Pflicht gemäß, in die vorderſte Reihe des Kampfes, ſey es ſo feige, eine Verwaltung, die ihr Wort ehrenvoll gelöſ't habe, durch die Feindſeligkeit des anderen Hauſes verdrängen zu laſſen, dann habe man Auftritte zu gewärtigen, vor denen Jedermann ſchaudern müſſe. In ähnlichem Sinne äußerten ſich Hume, O'Connell, Duncombe, Macauley und Lord Milton. Nur Alexander Baring und Sir Robert Peel erinnerten daran, daß man noch durchaus außer Stande ſey, ein Urtheil zwiſchen der Krone und den Miniſtern zu fällen, da man die nächſte Veranlaſſung nicht kenne, welche die Auflöſung des Cabinets zur Folge gehabt hätte.

Digitized by Google

Alles, was man bis jetzt wiſſe, ſey, daß die Miniſter Sr. Majeſtät einen Rath gaben, der verworfen wurde. Man müſſe doch wenigſtens erſt erfahren, welcher Art dieſer Rath geweſen ſey. Das Gerücht ſage, die Miniſter hätten an den König das Verlangen geſtellt, 60 bis 70 Pairs zu ernennen. Das wäre der verbrecheriſcheſte, verfaſſungswidrigſte Rath, den man möglicher Weiſe hätte geben können: es wäre eine unerhörte Verletzung der Verfaſſung. Aber man müſſe vor allen Dingen wiſſen, ob das Gerücht begründet ſey. Lord Althorp verweigerte jede Auskunft.

Des andern Abends, am 10. Mai, nachdem eine kräftige Petition des Stadtrathes von London zu Gunſten der Reform verleſen worden war, welche dieſe hochangeſehene Körperſchaft, den Lord Mayor und die Sheriffs an der Spitze, in corpore überbracht hatte, erhob ſich Lord Ebrington und ſtellte nach einer Rede, in der er das unzweifelhafte Recht des Hauſes der Gemeinen nachwies, in wichtigen Entſcheidungsfällen der Krone ſeinen Rath zu ertheilen, um keinen Irrthum über die Geſinnungen des Hauſes obwalten zu laſſen, den Antrag auf eine Adreſſe an den König, welche „das tiefe Bedauern des Hauſes über die in dem Rathe Sr. Majeſtät durch den Rücktritt von Miniſtern, in welche dieſes Haus fortwährend ein ungeſchwächtes Vertrauen ſetzte, ſtattgefundene Veränderung ausdrückte, und die zugleich die unterthänige, aber dringende Bitte an Se. Majeſtät richtete, in Ihren Rath nur ſolche Perſonen zu berufen, welche die Bill zur Reform der Vertretung des Volkes, die kürzlich in dieſem Hauſe durchgegangen, in allen ihren weſentlichen Beſtimmungen unverſehrt durchzuführen beabſichtigten.“ Herr Alexander Baring kam wieder auf ſeine Behauptung zurück, daß man bei dem fortgeſetzten Schweigen der Miniſter eigentlich gar nicht wiſſe, um was es ſich handle, und der Krone daher auch keinen Rath zu ertheilen vermöge. Außerdem leugnete er, daß das Haus ein Recht habe, auf die Entſchließungen der Krone einen Einfluß auszuüben, wie ihn der Antragſteller verlange. Für den Einklang und die Sicherheit des Ganzen ſey die unabhängige Wirkſamkeit jedes einzelnen Zweiges der Regierung nothwendig. Schon jetzt beſitze das Haus der Gemeinen ein ſtarkes Uebergewicht und der gegenwärtige Vorſchlag ſey geeignet, daſſelbe noch zu vermehren. „Was will der Vorſchlag des edeln Lords, ſo wie das verwerfliche und thörichte Benehmen des Londoner Stadtrathes anderes heißen, als den König zu nöthigen, die Miniſter, welche ihre Entlaſſung ſelbſt genommen haben, wieder in ſeinen Rath zu berufen? Ich bitte das Haus, nicht auf dieſe verfaſſungswidrige Weiſe

Digitized by Google

die nützlichen Vorrechte der Krone anzutaſten. Geſchieht dieß dennoch und willigt die Krone in ſolches Anſinnen, ſo werden allmälig die Adreſſen des Hauſes der Gemeinen zu Befehlen und mit den Privilegien und Rechten der Monarchie hat es ein Ende.“ Lord Althorp bemerkte, es ſey auffallend, daß der ehrenwerthe Herr vor ihm behauptet, er wiſſe die Urſache des Rücktrittes der Miniſter nicht, während doch jedes ſeiner Worte beweiſe, daß er dieſe Urſache ſo gut kenne, wie jedes andere Mitglied des Hauſes. Die Urſache ſey, daß die Miniſter Se. Majeſtät gebeten hätten, ſie in den Stand zu ſetzen, ſolche Schritte zu thun, welche den Erfolg der Bill ſichern würden; daß ſie die Ernennung einer hinreichenden Anzahl von Pairs verlangt hätten, um die Reformbill durchzuführen. Sie hätten keine andere Wahl gehabt, als entweder Vollmacht zu erlangen, um die Bill durchzuführen, oder ihre Entlaſſung zu nehmen. Da das Erſte nicht möglich geweſen ſey, hätten ſie das Letzte gewählt. Was ihn perſönlich betreffe, ſo hätte er gewünſcht, daß ſein edler Freund ſeinen heutigen Vorſchlag nicht gemacht hätte; das aber müſſe er leugnen, daß derſelbe zum Zwecke habe, die abgetretenen Miniſter mit Gewalt in das Amt zurück zu bringen. Es handle ſich nur darum, den Erfolg der Bill zu ſichern. Hume warf dem Mitgliede für Thetford vor, daß derſelbe bei ſeiner Beweisführung das Volk gänzlich vergeſſen habe. Die Mitglieder des Hauſes der Gemeinen hätten allerdings eine heilige Pflicht gegen die Krone, aber die Krone habe eine eben ſo heilige Pflicht gegen das Volk. Wenn er an dem Vorſchlage in Frage etwas auszuſetzen habe, ſo ſey es nur, daß derſelbe nicht weit genug gehe. Man ſollte Se. Majeſtät geradezu auffordern, in der Reformangelegenheit weiter voranzugehen und zum Beſten des Volkes die erforderliche Anzahl Pairs zu ernennen. Wenn Se. Majeſtät dieſen Rath nicht annehmen wolle, ſo habe das Haus die Macht, Se. Majeſtät zu zwingen. „Ich muß geſtehen,“ fuhr Herr Hume fort, „das Benehmen des Königs iſt ſo außerordentlich, daß ich es mir nicht erklären kann. Welche ſchlimme Rathgeber ſind in der Nähe des Königs, und wenn ſie hinter dem Throne ſtehen, warum hat man ſie nicht entlarvt? Ich bin erſtaunt über die Sprache des ehrenwerthen Herrn, der den Aufruf unſerer großen Stadt London eine thörichte und verwerfliche Petition nennt. Wenn die Petition dem ehrenwerthen Herrn nicht gefällt, ſo will ich ihm noch etwas ganz Anderes ſagen; ich will ihm ſagen: Wenn Miniſter gegen den erklärten Willen der Vertreter des Volkes ernannt werden ſollten, ſo muß das Haus parlementariſche Commiſſaire ernennen und dieſen die Verwaltung

Digitized by Google

der öffentlichen Gelder übertragen. In Zeiten, wie die gegenwärtigen, darf weder die Krone noch das Haus der Lords ſich in unſere Rechte miſchen.“ Sir Robert Peel erklärte ſich gegen den Antrag zuvörderſt, weil er kein Zutrauen in die Miniſter ſetze, ſodann weil er über die Nützlichkeit der von ihnen vorgeſchlagenen Maßregel verſchiedener Meinung ſey, endlich weil der Antrag ein Verſuch ſey, dem Souverain in ſeinem unzweifelhaften Rechte der Miniſterernennung Feſſeln anzulegen. Der Antrag, wenn er von dem Hauſe genehmigt werde, ſey nicht mehr noch weniger als ein Befehl an die Krone. In der Verfaſſung des Hauſes finde ſich nichts, was dieſem das Recht liehe, der Krone vorzuſchreiben, welche Miniſter ſie wählen ſolle. Das ehrenwerthe Mitglied für Middleſex habe von geheimen Ränken geſprochen, die hinter dem Throne angeſponnen wären; wenn er ſolche kenne, ſo möge er die Perſonen namhaft machen. Er ſeinerſeits könne ſich keinen verfaſſungswidrigeren und für die Freiheit des Landes verderblicheren Schritt denken, als eine Pairsernennung zu dem einzigen Zwecke, eine beſondere Maßregel durchzuſetzen. Man würdige dadurch die geſetzgebende Macht zu einem Schatten herab und ſtürze die Unabhängigkeit des Parlements. Daſſelbe Hülfsmittel könne man bei nächſter Gelegenheit zu der Erreichung jedes beliebigen andern Zweckes anwenden. Er finde in dem Benehmen des andern Hauſes nichts, was ein ſolches Verfahren nothwendig machen könnte. O'Connell entgegnete: die Rede des ehrenwerthen Herrn ſey den Zeitumſtänden wenig angemeſſen; es gelte keinen Krieg um Worte, keinen Streit zwiſchen Whigs und Tories, ſondern es gelte das Schickſal Englands und die Freiheit der Welt. Das Volk ſey ſo entſchloſſen wie je, das Syſtem parlementariſcher Beſtechung nicht länger zu dulden. Die Lords hätten einen feinen Plan erſonnen; ſie wollten die Miniſter drei Wochen lang mit eiteln Hoffnungen herumziehen, damit dieſe das Vertrauen des Landes verlören. Aber die Herren hätten ſich in ihren eigenen Schlingen gefangen. Das Benehmen der Miniſter ſey der Art geweſen, daß ſie ihren hohen Charakter behaupteten und das Zutrauen des Landes bewahrten, und er hoffe, ſie würden in Kurzem wieder an das Ruder kommen, um dem Volke die Bill zu verleihen, ohne die es unterdrückt und erniedrigt würde. Macauley erklärte, der ſehr ehrenwerthe Baronet habe entſchiedenes Unrecht, wenn er behaupte, das Haus ſey nicht befugt, ſich in das Vorrecht der Krone hinſichtlich der Wahl der Miniſter zu miſchen. Es fehle dafür nicht an Beiſpielen in der brittiſchen Geſchichte. Die Ernennung der Miniſter gebühre allerdings dem Könige, aber hinſichtlich jedes Kronrechtes

Digitized by Google

ſtehe es dem Hauſe zu, dem Souverain ſeinen ehrfurchtvollen Rath z
ertheilen. „Man behauptet, eine Pairsernennung zerſtöre das Gewic
und das Anſehen des andern Hauſes und ſey deshalb nach allen Grun
ſätzen der Verfaſſung nicht zu vertheidigen. Die Verfaſſung bietet d
Mittel, eine gehäſſige und verkehrte Oppoſition von Seiten der G
meinen durch die Auflöſung des Parlementes zu brechen. Dies Ha
hat wieder ein Mittel, um den König im Zaume zu halten: es ka
die Auflagen verweigern. Sollte es nun gar kein Mittel des Wi
ſtandes gegen das Haus der Lords geben? Die Verfaſſung hat
Souverain ausdrücklich für ſolche Fälle mit dem Rechte bekleidet, Pa
zu ernennen; und die Miniſter ſind berechtigt, dem Könige zur Au
übung dieſes Rechtes zu rathen. Und wenn es je einen Fall gab,
dieſes Vorrecht ausgeübt werden ſollte, ſo iſt es der gegenwärti
denn die ganze Maſchinerie der Verwaltung würde ſtille ſtehen, we
man nicht zu einem ſolchen Auswege griffe. Man muß durch e
Pairsernennung aus der Whigpartei das Gleichgewicht gegen die i
30 oder 40 Jahren vorgenommenen Pairsernennungen aus der To
partei herſtellen. Ich glaube nicht, daß man gegen eine Ernenn
von 50 Pairs an einem Tage viel einwenden kann, wenn man ge
die Ernennung von 200 Pairs der andern Partei im Verlaufe ein
Menſchenalters nichts eingewandt hat. Ich billige deshalb den Ra
den die Miniſter dem Könige gaben, vollkommen und bedauere
daß er nicht angenommen wurde. Wenn die jetzigen Miniſter nich
wieder in das Amt kommen, ſo iſt die Reformbill verloren; denn i
kann nicht begreifen, wie bei dem gegenwärtigen Stande der Partei
irgend ein anderes Miniſterium ſich bilden ließe, das eine umfaſſen
Reformbill — und nichts Anderes würde dem Lande genügen — dur
führen könnte. Daß die gegenwärtige Oppoſition ein ſolches Miniſte
rium ſollte bilden wollen, iſt unglaublich. Sie kann ihren eigen
Charakter, ihr erſt kürzlich beobachtetes und unbeugſam fortgeſetz
Benehmen unmöglich ſo ganz vergeſſen. Daß Leute, welche im He
1830 lieber vom Amte abtreten, als irgend eine Reformmaßregel
bringen wollten, — welche ſich der Reformbill auf allen ihren Sta
widerſetzten, — welche die Entziehung des Wahlrechtes für einen o
nen Raub, die Ertheilung deſſelben für den Weg zur Pöbelherrſch
erklärten, — daß dieſe Leute in das Miniſterium treten könnten, u
eine Reformbill durchzuſetzen, iſt unmöglich. Die Erklärungen d
Partei ſind zu neu, der Widerſpruch wäre zu ſchreiend, der Zweck lä
gar zu offen vor. Was aber diejenigen betrifft, welche die Rolle eine

Digitized by Google

Polignac ſpielen möchten, ſo ſage ich ihnen, daß das brittiſche Volk noch viel entſchloſſener iſt, als das franzöſiſche. Noch hallen ihre Reden in den Ohren des Volkes wieder, und ſie ſollten es wagen, an die Spitze der Regierung zu treten? Einen ſolchen Kampf kann kein brittiſcher Staatsmann wagen. Pitt ſelbſt, in der Fülle ſeiner Gewalt, wäre vor einem ſolchen Kriege mit der öffentlichen Meinung zurückgeſchreckt. Ich ſage dieſen Gegnern der Reform: Tretet nur in das Amt, wenn Ihr der Welt das ſchlagendſte Beiſpiel von ohnmächtigem Ehrgeize geben wollt, wenn Ihr Euch als die kleinen Männer auszeichnen wollt, in deren Händen ein großes Reich zu Grunde ging!" Sir Charles Wetherell hielt in der Hitze, von der er hingeriſſen wurde, eine Anſprache, die alles logiſchen Zuſammenhanges entbehrte. Er verwies die Miniſter auf ihre Voranſchläge für den Staatshaushalt, die ſie ſo hätten zuſammenhacken laſſen, daß nur ein Wrack davon übrig geblieben ſey, und fand einen argen Widerſpruch darin, daß ſie in ihrer Reformbill nicht die geringſte Veränderung zugeben wollten. Der vorliegende Antrag erkläre mit anderen Worten das Haus der Lords für unnütz; und dieß ſey eine eben ſo offenbare Verletzung der Verfaſſung, als wenn man dem Könige vorſchreiben wolle, wen er zum Miniſter ernennen ſollte. Bei der Abſtimmung wurde der Antrag Lord Ebringtons durch eine Mehrheit von 80 Stimmen — 288 gegen 208 — angenommen.

Weder der drohende Volksſturm noch die ernſt mahnende Stimme des Hauſes der Gemeinen vermochte den Herzog von Wellington zu erſchüttern, der, als er vernahm, daß aus den Fabrik- und Manufacturſtädten Hunderttauſende ſich anſchickten, nach London aufzubrechen, um die Reform zu erzwingen, kaltblütig verſicherte: er bedürfe keiner vierzehn Tage, um die Ruhe in ganz England herzuſtellen. Der eiſerne Herzog hatte ſich von den Unterhandlungen, die der ſchlaue Lyndhurſt angeknüpft, um den Sturz der Miniſter herbeizuführen, entfernt gehalten, denn er fühlte, daß es ſeiner nicht würdig ſey, politiſchen Gegnern, denen er in offenem Kampfe nicht gewachſen war, durch geheime Ränke hinter ihrem Rücken ein Bein zu ſtellen. Erſt als der König ihn durch Lord Lyndhurſt in Kenntniß ſetzen ließ, daß es ſeine Abſicht ſey, ein neues Cabinet zu bilden, welches es übernähme, eine Parlementsreform ohne Pairsernennungen durchzuführen, ſagte er ſeine Mitwirkung zu. Er ſetzte voraus, daß die Gründe, die ihn ſelbſt zu einer Nachgiebigkeit beſtimmten, die zwar mit allen ſeinen politiſchen Grundſätzen im ſchroffſten Widerſpruche ſtand, jedoch durch die Lage der Dinge gebieteriſch erheiſcht wurde, für ſeine politiſchen Freunde von

gleichem Gewichte ſeyn würden; daß nicht allein die geſammte Partei der Tories, ſondern jener ganze achtbare Theil der Nation, in dem die erbliche Verehrung gegen das Königthum noch nicht erloſchen war, ſich um ihn ſchaaren würde, und, wie es ſcheint, — denn darüber iſt keine Gewißheit vorhanden — war er entſchloſſen, den Widerſtand, den er von Seiten der Mehrheit des Hauſes der Gemeinen erwarten mußte, durch eine Parlementsauflöſung zu beſeitigen, ſo wie die gewaltſamen Ausbrüche, die auf einzelnen Punkten erfolgen konnten, durch die bewaffnete Macht niederzuſchlagen. Aber ſelbſt unter jenen Häuptern des Adels, welche in der Parlementsreform den unvermeidlichen Untergang nicht allein ihrer ausſchließenden Herrſchaft, ſondern aller ihrer alten Vorrechte ſahen, waren doch nur wenige, die nicht vor dem Gedanken an einen Bürgerkrieg zurückgebebt wären. Sir Robert Peel, der einſichtvollſte Staatsmann der Partei, war nicht zu bewegen, einer Verwaltung beizutreten, die ſich, wie er wohl begriff, ſelbſt durch die Anwendung der gewaltſamſten Mittel unmöglich zu behaupten vermochte. Der Herzog von Wellington war daher nach vielfachen vergeblichen Bemühungen genöthigt, dem Könige anzuzeigen, daß er außer Stande ſey, ein Cabinet zuſammenzubringen, welches einige Ausſicht habe, die ſchwierige Lage des Landes zu beherrſchen.

Auf den Tag, den 14. Mai, an dem der Herzog von Wellington dieſe Erklärung abgab, hatte Joſef Hume einen neuen namentlichen Aufruf des Hauſes der Gemeinen angekündigt; er beabſichtigte den Antrag zu ſtellen, daß das Haus die Lage des Landes in Erwägung ziehen und die Beſchlüſſe faſſen möge, die den Umſtänden angemeſſen wären. Ehe die Sitzung noch eröffnet war, waren ihm inzwiſchen die Schwierigkeiten bekannt geworden, die der Herzog von Wellington bei der Zuſammenſetzung ſeines Cabinetes fand; es war zu erwarten, daß der Herzog von der unmöglichen Aufgabe, die er übernommen, freiwillig zurücktreten würde, und Hume verſchob daher ſeinen Antrag, für den er keine Veranlaſſung mehr vorhanden glaubte. Dennoch konnte, in der allgemeinen fieberhaften Spannung, eine Beſprechung über den Stand der Dinge nicht ausbleiben, in der die leidenſchaftlichſten Vorwürfe und Anklagen gegen den Herzog gehäuft wurden. Lord Ebrington betheuerte: Seine Abſicht ſey keineswegs, der Bildung eines Cabinets Hinderniſſe in den Weg zu legen, aber ſein Gewiſſen mache ihm die Erklärung zur Pflicht, daß er nach den Reden und Proteſtationen des Herzogs niemals ein von dieſem geleitetes Miniſterium unterſtützen werde. „Wird der edle Herzog“ fragte er, „und

Digitized by Google

mit der einen Hand die Bill und mit der andern ſeine Proteſtationen vorlegen? Welches Zutrauen könnte alsdann ſein Miniſterium finden? Wenn es noch eine Achtung für öffentliche Sittlichkeit giebt, wie können Menſchen, welche die Bill auf allen ihren Stufen für einen verbrecheriſchen Raub erklärten, auf das Gebot eines Mannes, wie hochgeſtellt derſelbe immer ſeyn möge, die Geſinnungen und die Sprache ihres ganzen Lebens verläugnen und als Vertheidiger der Reform auftreten?" Ungleich heftiger ſprach ſich Duncombe aus, der mit Bezugnahme auf eine ſprichwörtliche Redensart *) verſicherte: Wenn der Herzog von Wellington die Reformbill zu der ſeinigen mache, ſo wolle er lieber der Schneider ſeyn, der dem Herzoge den Rock wende, als der Herzog mit all ſeinem Ruhm. Man habe geſagt, eine ſo ſtarke Pairsernennung, wie ſie beabſichtigt war, würde das Haus der Lords erniedrigen; eine ſo niederträchtige Verleugnung aller politiſchen Grundſätze, wie ſie von der andern Seite im Werke ſey, müſſe das Haus der Lords aber noch mehr erniedrigen, als dieß die Ernennung von hundert Pairs vermocht hätte. Selbſt der gemäßigtere Macauley ſprach von der Ehrloſigkeit hochſtehender Staatsmänner, die keine Scheu trügen, ihre Grundſätze aufzugeben, um zu Stellen in der Verwaltung zu gelangen; und Sir Robert Inglis, ein unbeugſamer Gegner der Reform, aber ein gerader Biedermann, geſtand zu, daß der Herzog von Wellington, wenn er in das Miniſterium träte, um die Reformbill zu genehmigen, ſehr unrecht handeln und ſich ſelbſt widerſprechen würde. Sehr ſchwach war, was die Freunde des Herzogs zu ſeiner Rechtfertigung beibrachten; aber die ſeltſamſte Vertheidigung führte der ſonſt ſcharfſinnige Rechtsgelehrte Sugden, indem er ſagte: „Wenn die ehrenwerthen Mitglieder des Hauſes glauben, daß der Herzog von Wellington keine Urſache hat, ein Amt zu wünſchen, daß eine Vermehrung ſeiner Einkünfte ſeine Handlungsweiſe nicht zu beſtimmen vermag, ſo müſſen ſie anerkennen, daß er durch die Annahme des Miniſteriums in dieſem Augenblicke das größte Opfer bringt, welches ein Staatsmann zu Gunſten ſeines Landes bringen kann. Was er gethan hat oder zu thun im Begriff ſteht, iſt entweder die niederträchtigſte Handlung, deren ſich je ein Menſch ſchuldig machte, oder ein Beweis der größten Hochherzigkeit und Bürgertugend, eine That, die Alles übertrifft,

*) A turncoat, Einer, der ſeinen Rock umwendet, iſt im Engliſchen eine ſehr gewöhnliche Bezeichnung für einen Menſchen, der ſeine politiſchen Meinungen wechſelt; und der Turncoat iſt in England bei weitem mehr verachtet, als bei uns der Achſelträger, der den Mantel nach dem Winde hängt.

Digitized by Google

was unſere Geſchichte darbietet, und die den Ruhm früherer Jahrhunderte verdunkelt!" Wenige, aber würdige Worte ſprach Sir Robert Peel, dem große Lobeserhebungen ertheilt worden waren, weil man erfahren hatte, daß er es abgelehnt, eine Stelle in dem neuen Cabinete zu übernehmen: „Ich muß es bitter bedauern," ſagte er, „in der Lage, in der Se. Majeſtät ſich befindet, kein Amt annehmen zu können; am meiſten bedauere ich dieß, weil meine Weigerung einen Vorwand zu Angriffen gegen diejenigen giebt, welche glauben, in die neue Verwaltung eintreten zu können. Welchen Weg auch mein edler Freund, der Herzog von Wellington einſchlagen mag, ſo bin ich überzeugt, daß er von dem furchtloſeſten Muthe und dem reinſten Ehrgefühle geleitet ſeyn wird, die je ein Staatsmann beim Eintritte in das Amt oder beim Austritte aus demſelben bewieſen hat." Der Sturm, der die Verſammlung bewegte, legte ſich nicht eher, als bis Alexander Baring, von dem es bekannt war, daß ihm der Herzog von Wellington eine bedeutende Stellung in ſeiner Verwaltung angetragen, und der im Laufe der Verhandlungen bereits wiederholt zur Vertheidigung des Herzogs das Wort ergriffen, noch einmal auftrat und, ſichtlich überwältigt durch den maßloſen Haß, von dem er ſich ſelbſt nebſt ſeinen Freunden betroffen ſah, ſich in einer Weiſe erklärte, die keinen Zweifel darüber ließ, daß der Plan der Partei geſcheitert war. „Ich bin der Meinung," äußerte Herr Baring, „daß, wenn Graf Grey zum Könige zurückginge und erklärte, er wolle die Mittel, gegen welche er nach ſeinem eigenen Geſtändniſſe ſelbſt einen ſo großen Widerwillen hegt, nicht anwenden, und er erwarte, die Lords würden nur in einigen weniger weſentlichen Beſtimmungen der Bill mit ihm verſchiedener Anſicht ſeyn, — wenn Graf Grey ſich ſo gegen den König erklärte, ſo ſehe ich keinen Grund, weshalb nicht die Miniſter ſollten ihre Stellen wieder einnehmen können." „Ich ſage dieß mit aller Aufrichtigkeit," bemerkte Herr Baring, als ihn ein höhniſches Gelächter unterbrach, „es wäre ein ſehr großes Unglück, wenn die Miniſter darauf beharrten, ihre Aemter niederzulegen. Wenn die Bill, die ſo große Erwartungen erregt hat, durchgehen ſollte und dieſe Erwartungen getäuſcht würden, in welcher Lage befände ſich das Miniſterium, das dann im Amte wäre? Man würde ihm vorwerfen: wenn das Reformminiſterium im Amte geblieben wäre, ſo würden wir mehr erhalten haben. Ich bin nicht ganz ohne Hoffnung, daß Se. Majeſtät eine Mittheilung erhalten wird, die ihn deſſen überheben kann, wogegen er eine ſo große Abneigung hat, nämlich einer übergroßen Pairsernennung. Es läßt ſich nicht leugnen, daß die

Digitized by Google

schedula A. noch durchgehen kann, in dieſem Falle würde nichts die Miniſter rechtfertigen, wenn ſie ihr Amt niederlegten. Ich befinde mich in einer beſondern Lage und mache dieſe Erklärung dem Hauſe mit aller Aufrichtigkeit. Wenn ich etwas dazu beitragen könnte, ohne Nachtheil für die Krone, eine Vereinbarung zu Stande zu bringen, würde ich dieß für den glücklichſten Augenblick meines Lebens halten." Jedermann verſtand die Meinung dieſer Andeutungen. Joſef Hume, von dem man wohl wußte, daß von ihm kein feiges Zurücktreten zu befürchten war, ſchlug dem Hauſe vor, ſich ſogleich zu vertagen und die Dinge ihren Gang gehen zu laſſen, da ſich ein Schimmer der Verſöhnung zeige. „Ein größeres Glück," bemerkte er, „als eine ſolche Beilegung könnte dem Lande in ſeinem gegenwärtigen aufgeregten Zuſtande nicht zu Theil werden; und ich will daher jedes Wort vermeiden, das einen ſolchen Erfolg verhindern oder von neuem zornige Gefühle erwecken könnte. Wenn Se. Majeſtät wünſcht, gut mit dem Volke zu ſtehen, ſo mag ſie nicht zögern, die abgetretenen Miniſter wieder in ihren Rath zu berufen." Der Vorſchlag der Vertagung wurde ohne Widerrede von irgend einer Seite angenommen.

Bereits am folgenden Tage kündigte Graf Grey im Hauſe der Lords an, daß er eine Mittheilung von Sr. Majeſtät empfangen habe, welche ſich auf die öffentlichen Angelegenheiten beziehe. König Wilhelm IV. war zwar durch die drohende Sprache, welche die Volksredner in unzähligen öffentlichen Verſammlungen gegen ihn geführt, ſo wie durch die perſönlichen Beleidigungen, die er erfahren, ſo oft er ſich öffentlich zeigte, auf das Aeußerſte gegen die Reformpartei erbittert, deren Aufreizungen er allein die Schuld der veränderten Stimmung des Volkes beimaß; er hatte ſich jedoch, als er die Unmöglichkeit erkannte, eine andere Verwaltung zu Stande zu bringen, nothgedrungen entſchloſſen, zum böſen Spiele eine gute Miene zu machen, und hatte deshalb den Grafen Grey zu ſich beſcheiden laſſen und ihn aufgefordert, ſeine Entlaſſung zurückzunehmen. Der Graf erneute natürlich ſein Verlangen, daß ihm unbedingte Vollmacht zur Pairsernennung gegeben werde, weil er ohne dieſe ſich einer Wiederholung ſeiner früheren Täuſchung ausgeſetzt haben würde. Dazu wollte der König ſich aber auch jetzt noch nicht verſtehen; die Unterhandlungen dauerten drei Tage, ehe Graf Grey im Stande war, dem Hauſe der Lords anzuzeigen, daß die Miniſter in ihren Stellen bleiben würden, da er nun „Gründe und die nöthige Bürgſchaft für die zuverſichtliche Erwartung" habe, daß er die Bill in allen ihren weſentlichen Punkten durch das Haus zu bringen

Digitized by Google

vermögen werde. Die nicht in allzu großer Zahl anweſenden Tories hörten dieſe Erklärung in ſtummer Entrüſtung; nur Graf Winchelſea rief aus: Es möge kommen; was da wolle, ſo werde er ſich der Bill widerſetzen; und Graf Carnarvon bemerkte bitter, wenn die Miniſter wirklich mit ihren fünfzig oder ſechzig Staatslakaien in das Haus kämen, ſo bäte er ſie, ihn und ſeine Freunde mit einer ſolchen Entwürdigung zu verſchonen und ihnen zu geſtatten, ſich wieder zu dem Range engliſcher Gemeinen zu erheben. Schon am Tage vorher hatte eine hitzige Erörterung Statt gefunden, zu welcher der Herzog von Wellington Veranlaſſung gegeben, indem er dem Hauſe ausführliche Auskunft über die Gründe des in der Zwiſchenzeit von ihm beobachteten Verfahrens ertheilte. Der Herzog hatte bei dieſer Gelegenheit ſeine entſchiedene Mißbilligung der ganzen Parlamentsreform von neuem ausgeſprochen; er hatte ausdrücklich erklärt, daß er auch jetzt noch keinen Theil der miniſteriellen Maßregel für ungefährlich halte, jedoch zugeſtanden, daß er Willens geweſen wäre, „lieber einen Theil der Bill ſeinen Einfluß auf die Regierung ausüben, als die ganze Bill durchgehen und außerdem die Unabhängigkeit des Hauſes der Lords vernichten zu laſſen.“ „Als ich das erſte Mal davon hörte,“ ſagte der Herzog, „daß die Bill durch eine Pairsernennung durchgeſetzt werden ſollte, hielt ich dieß geradezu für unmöglich. Ich konnte nicht glauben, daß ein engliſcher Miniſter je eine ſolche Maßregel Se. Majeſtät vorſchlagen könne: eine ſo verderbliche, ſo verfaſſungswidrige Ausübung des Vorrechtes der Krone; denn ich behaupte, daß das Vorrecht der Krone nicht ſo weit geht, um Se. Majeſtät zu der Ernennung einer außerordentlichen Zahl von Pairs zu ermächtigen, die keinen andern Zweck hätte, als irgend eine beſondere Maßregel durchzuſetzen.“ Graf Grey begnügte ſich, die Vorwürfe, die der Herzog ihm im Tone des unverholenen Haſſes gemacht, mit gemeſſener Ruhe zu widerlegen. Er bewies, daß das Recht der Krone in ſolchen Fällen, in denen ein Zuſammenſtoß zwiſchen dem Hauſe der Gemeinen und dem Hauſe der Lords zu befürchten ſey, durch eine Pairsernennung eine Ausgleichung zu bewirken, ganz unzweifelhaft ſey, indem er ſich auf einen Beſchluß des Hauſes der Gemeinen bezog, welches gerade aus dieſem Grunde ſchon unter der Regierung Georgs I. einen von dem Hauſe der Lords genehmigten Antrag verworfen hatte, der darauf gerichtet war, das Recht der Krone zur Pairsernennung zu beſchränken. Die Mäßigung und die würdige Haltung des Grafen vermochten den Zorn ſeiner Gegner ſo wenig zu entwaffnen, als ſeine unwiderleglichen Gründe.

Digitized by Google

Die Grafen Mansfield, Winchelſea, Salisbury, Carnarvon machten nach einander dem Grimme, von dem ſie verzehrt waren, in Ausbrüchen Luft, die alles Maß überſchritten. Graf Carnarvon ſchloß ſeine von der äußerſten Wuth eingegebene Rede, in der er den Grafen Grey zuerſt mit Cromwell und darauf mit Robespierre verglich, indem er darauf antrug, die Berathung der Reformbill von der Tagesordnung zu ſtreichen. „Mögen die edeln Lords ihr ſchmutziges Werk allein verrichten!" Damit ſtürmte er aus dem Hauſe, und in demſelben Augenblicke erhob ſich auch der Herzog von Wellington und die ganze Partei und verließ die Verſammlung. Die große Mehrzahl der Torylords war, um die gefürchtete Pairsernennung abzuwenden, die ihrer Partei für immer das Uebergewicht im Hauſe der Lords entzogen hätte, übereingekommen, ſich jeder ferneren Theilnahme an den Berathungen über die Reformbill zu enthalten.

Am 21. Mai wurden auf den Antrag des Grafen Grey die bisher unterbrochenen Verhandlungen über die Reformbill wieder aufgenommen. Da durch den früheren Beſchluß die Entſcheidung über die beiden erſten Abſchnitte bis zum Schluſſe der ganzen Berathung ausgeſetzt war, ſo ging man zu der Erörterung der folgenden Abſchnitte über. Die Verhandlungen waren ſo friedlich und gemäßigt, als ob über den Hauptzweck der Maßregel niemals eine weſentliche Meinungsverſchiedenheit beſtanden hätte. Zwar waren in jeder Sitzung eine Anzahl von den Widerſachern der Bill zugegen; auch wurden zu allen wichtigeren Beſtimmungen Abänderungen in Vorſchlag gebracht; dabei war aber die Abſicht offenbar nur zu zeigen, in welchem Sinne die Partei die Maßregel umgeſtaltet haben würde, wenn ſie freie Hand gehabt hätte. Denn theils ließen es die Antragſteller ſelbſt nicht zur Abſtimmung kommen, theils wurden die Anträge wegen der geringen Zahl der anweſenden Tories mit großer Mehrheit verworfen. Nur wenige ganz unweſentliche Verbeſſerungen wurden angenommen. So gedieh die Berathung im Ausſchuſſe bereits am 30. Mai zum Ende. Am 4. Juni kam es zur dritten Verleſung, und da verlangte denn Graf Roden die Abſtimmung, bei der ſich 106 Stimmen für und 22 gegen die Bill fanden. Die von den Lords getroffenen kleinen Veränderungen wurden am 5. vom Hauſe der Gemeinen genehmigt; am folgenden Tage wurde die Bill der herkömmlichen Form gemäß in das Haus der Lords zurückgebracht; und am 7. Juni wurde derſelben die königliche Beſtätigung ertheilt, welche „die Bill" zum Geſetze des Landes erhob. Die mit der engliſchen Reformbill in ihren Grundzügen

Digitized by Google

durchaus übereinſtimmenden beſonderen Geſetzentwürfe zur Verbeſſerung der in Schottland und Irland beſtehenden Mißbräuche in den Vertretungen, die ſchottiſche und die iriſche Reformbill, die zwar längſt im Hauſe der Gemeinen eingebracht, aber bisher auf den erſten Stufen der Berathung ſtehen geblieben waren, wurden jetzt ſo ſchnell durch beide Häuſer gefördert, daß die ſchottiſche Reformbill bereits am 1 Juli, die iriſche am 5. Auguſt die königliche Genehmigung erhalten konnte. Nur über die iriſche Bill fanden im Hauſe der Gemeinen lebhafte Erörterungen Statt, weil O'Connell verlangte, daß den früheren vierzig Schillingwählern ihr Wahlrecht zurückgegeben, und die ſtädtiſche Wahlrechtsbefähigung von 10 Pf. Sterling auf die Hälfte herabgeſetzt werde, was bei den geringeren Preiſen aller Dinge in Irland erſt das richtige Verhältniß herſtellen würde. Beide Forderungen wurden mit großer Stimmenmehrheit zurückgewieſen.

Vierzehn Tage nach der Annahme der iriſchen Reformbill, am 1 Auguſt 1832, wurde das Parlement vertagt, in dem während der ganzen über acht Monate ausgedehnten Seſſion die entſcheidende Frage der Reform alle andere Gegenſtände in den Hintergrund gedrängt hatte, wie ſehr dieſelben auch unter andern Umſtänden geeignet geweſen wären, die allgemeine Theilnahme in Anſpruch zu nehmen. Selbſt die wichtigſten auswärtigen Angelegenheiten, die Löſung der belgiſchen Wirren, welche die Diplomatie von ganz Europa beſchäftigte, der Bruderkrieg in Portugal, die Aufſtände in Mittelitalien und das traurige Schickſal, welches nach dem unglücklichen Ausgange ſeines Freiheitskampfes das beſiegte Polen traf, ſo wie die Begründung des neuen griechiſchen Königreiches konnten nur flüchtige und oberflächliche, wenngleich durch die Einmiſchung des Parteihaſſes leidenſchaftlich erregte, Beſprechungen veranlaſſen. England hatte, ſo lange der Kampf um die Parlementsreform währte, keine Zeit, ſich um Dinge zu bekümmern, die außerhalb ſeiner meerumſpülten Ufer vorgingen. Auch iſt niemals, in keinem Lande der Erde, ein Kampf um größere Belange auf gleich großartige Weiſe zu Ende geführt worden. Niemals hat in einem Lande eine Macht beſtanden, die einen ſo rieſenhaften Umfang erreicht hätte und ſo gründlich befeſtigt geweſen wäre, wie die brittiſche Adelsmacht, die ſich weit von den brittiſchen Geſtaden über alle Welttheile erſtreckte und nicht bloß in den öffentlichen Einrichtungen, ſondern eben ſo tief in allen Sitten und Gewohnheiten der brittiſchen Nation wurzelte. Und dennoch genügte eine einfache, aber einmüthige, unerſchütterliche und durch ihre mannhafte Ausdauer unüberwindliche Willenserklärung

des brittiſchen Volkes dieſe gewaltige Macht zu ſtürzen, ohne daß der Friede und die Ruhe des Landes und die Herrſchaft des Geſetzes auch nur einen Tag unterbrochen worden wäre. Geſtürzt aber war die Macht des brittiſchen Adels mit dem Tage, wo ihm das Recht entzogen wurde, eine ſo große Anzahl von Mitgliedern des Hauſes der Gemeinen zu ernennen, als hinreichend war, um die Entſcheidung über alle öffentliche Angelegenheiten in beiden Abtheilungen des geſetzgebenden Körpers ausſchließend in ſeine Hand zu legen. Von dem Augenblicke, wo das alte, aber ſeit der Herſtellung der Stuarts zum größeren Theile außer Gebrauch gekommene Recht des Volkes, die Mitglieder des Hauſes der Gemeinen durch freie Wahl zu ernennen, dem Volke zurückgegeben wurde, ging die oberſte Entſcheidung in der Geſetzgebung und damit die Regierung des Landes an das Volk oder an jene politiſche Meinung über, die im Volke die vorherrſchende war; denn das Haus der Gemeinen beſaß die geſetzlichen Mittel, um jeden Widerſtand gegen ſeine Beſchlüſſe unmöglich zu machen. Dem Adel blieb nur jener Einfluß, der überall von dem großen Beſitze unzertrennlich iſt, und der in England allerdings durch die von jedem Britten mit der Muttermilch eingeſogene Achtung und Verehrung vor den großen Namen ſeiner Geſchichte zu einem höheren Maße geſteigert wird, als der große Beſitz allein zu gewähren vermöchte, der aber, wie weit er auch gehen mag, von der Herrſchaft immer noch ſo weit entfernt iſt, wie der aus freiem Willen gewährte Gehorſam von knechtiſcher willenloſer Unterdrückung.

Zweites Hauptſtück.

Die politiſchen Veränderungen im ſcandinaviſchen Norden.

Kein anderer deutſcher Volksſtamm hat ſo vielfache fremdartige Beimiſchungen in ſich aufgenommen, wie der ſächſiſche in England, und dennoch hat kein anderer die urälteſten Einrichtungen des deutſchen Volkslebens ſich mit gleicher Treue bewahrt. In England allein haben

Digitized by Google

jene großen allgemeinen Volksverſammlungen ſich erhalten, bei denen einſt in allen öffentlichen Angelegenheiten die oberſte Entſcheidung war. Wenn dieſe Verſammlungen auch jetzt keine entſcheidende Stimme mehr haben, was in einem großen Reiche, wie das brittiſche, unvermeidlich zur Auflöſung aller geſetzlichen Ordnung führen würde, ſo können ſie doch noch jetzt, ſobald ſich in ihnen der einmüthige Wille des Landes ausſpricht, wie dieß bei dem großen Kampfe um die Parlementsreform der Fall war, in den wichtigſten Fragen den Ausſchlag geben. Die alten deutſchen Volksgerichte haben auch in England eine weſentliche Umgeſtaltung erfahren; aber die brittiſchen Geſchwornengerichte ſind dem urſprünglichen Charakter des deutſchen Gerichtsweſens treuer geblieben, als ſich dieß von der Gerichtsverfaſſung irgend eines andern deutſchen Stammes rühmen läßt. Einen auffallenden Gegenſatz zu dem brittiſchen Volke bilden in dieſer Beziehung die Bevölkerungen des ſcandinaviſchen Nordens, die ſich zwar von jeder Vermiſchung mit Fremden vollkommen rein erhalten, dabei aber dennoch in den vielfachen innern Umwälzungen, deren Schauplatz der ſcandinaviſche Norden ſeit dem Mittelalter war, von ihren alten volksthümlichen öffentlichen Einrichtungen beinahe jede Spur verloren haben, und in denen das volksthümliche Bewußtſeyn, nach langem traumloſem Schlummer, wie bei uns Deutſchen in dem weiland heiligen römiſchen Reiche deutſcher Nation, erſt in der neueſten Zeit wieder zu erwachen beginnt.

Die ſcandinaviſchen Völkerſchaften haben ihre große Geſchichte, durch die ſie mächtig in die allgemeine Entwicklung der europäiſchen Menſchheit eingriffen, gehabt, als ihre Seekönige alle Küſtenlandſchaften Europas plünderten, bleibende Niederlaſſungen auf der Nordküſte von Frankreich und auf der Oſtküſte von England gründeten und ein mächtiges Reich in Rußland errichteten; darauf als die Dänen ganz England ihrer Botmäßigkeit unterwarfen und mit ihren Flotten die ganze ausgedehnte Südküſte der Oſtſee bis zum finniſchen Meerbuſen beherrſchten und zuletzt als die Schweden durch ihre Waffengewalt im ganzen Nordoſten von Europa das Uebergewicht behaupteten. Dieſe Zeiten werden niemals wiederkehren. Nur durch übermäßige Anſtrengungen vermochten wenig zahlreiche Bevölkerungen eine vorübergehende Macht zu erringen, die ſie auf die Dauer zu behaupten außer Stande waren. Indem die ſcandinaviſchen Völkerſchaften ihre ganze Kraft nach außen wandten, erſchöpften ſie dieſelbe im Innern, daß ſie in jene Schwäche verſanken, von der ſie bis auf den heutigen Tag ſich nur theilweiſe zu erholen vermochten, und welche die Urſache aller der

Digitized by Google

Zerrüttungen war, in denen ihre alte Freiheit mit ihren alten öffentlichen Einrichtungen zu Grunde ging.

Die drei Völkerſchaften der Schweden, der Norweger und der Dänen haben in den älteſten Zeiten ihrer Geſchichte jede für ſich geſondert ihr ſelbſtändiges Daſeyn gehabt; und dieß iſt der Zuſtand, auf den ſie durch die Natur angewieſen ſind, denn die Schweden und Norweger ſind durch das Hochgebirge der Kjölen, beide zuſammen durch das Meer von den Dänen ſo ſcharf von einander getrennt, wie irgend wo auf der Erde verſchiedenartige Völker von einander geſchieden ſind. Lange Zeit, vom Ausgange des vierzehnten bis in den Anfang des ſechzehnten Jahrhunderts, waren zwar die drei Stämme unter einem gemeinſchaftlichen Scepter vereinigt; aber dieſe Vereinigung, die nur mit blutiger Gewalt aufrecht gehalten werden konnte, hat keinem der Stämme viel Segen gebracht. Von ihr ſchrieb ſich der glühende Haß her, der ſo lange zwiſchen den Schweden und den Dänen beſtand, und der ſo viele erbitterte Kämpfe zwiſchen den beiden Brudervölkern veranlaßt hat. Von längerer Dauer und größerer Feſtigkeit, als die Vereinigung der drei Reiche in Folge der Calmar'ſchen Union, war die Vereinigung zwiſchen Norwegen und Dänemark, weil hier ein nahe liegendes natürliches Bedürfniß vorhanden war, welches die beiden Länder an einander knüpfte. Dänemark hat auf ſeinen Inſeln, ſo wie auf der Halbinſel Jütland und in den mit dem Königreiche verbundenen deutſchen Herzogthümern Schleswig und Holſtein ſo viel fruchtbaren Ackerboden, daß es mehr Getreide erzeugt, als ſeine Bevölkerung zu verzehren vermag. Ganz Norwegen iſt dagegen, mit Ausnahme des Südens, wo ſich die drei Thäler Guldbrandsthal, Oſterthal und Nummethal zu der fruchtreichen Ebene von Hedemarken vereinigen, ein rauhes von Bergen erfülltes Land, in dem nur ſpärlicher Hafer gedeiht. Im Norden nähren ſich die Bewohner der kahlen und nackten Felſen am Strande der zahlloſen Buchten, welche die See in die Felſenküſte einſchneidet, ausſchließlich vom Fiſchfange, der aber eine ſo reiche Ausbeute giebt, daß ſie von ihrem Ueberfluſſe noch große Maſſen in das Ausland führen. Außerdem beſitzt Norwegen in den Waldungen, die ſeine Höhen bedecken, einen unerſchöpflichen Reichthum, der Dänemark abgeht. So kann jeder von beiden Theilen dem andern gerade mit dem aushelfen, was dieſem am meiſten fehlt. Zwar war das Regiment, welches die Könige von Dänemark in Norwegen führten, auf keine Weiſe geeignet, eine beſondere Liebe und Anhänglichkeit zu erwecken. Norwegen wurde in jeder Hinſicht als ein Nebenland behandelt,

Digitized by Google

auf welches man die Grundſätze anwandte, die den däniſchen Zuſtänden zu entſprechen ſchienen, ohne darnach zu fragen, ob ſie hier nicht mit der ganzen Beſchaffenheit des Landes, wie mit den Sitten, Gewohnheiten und Gebräuchen des Volkes im ſchroffſten Widerſpruch ſtanden. Aber die Natur iſt mächtiger, als alle Beſtrebungen und Bemühungen der Menſchen. Die Anordnungen der däniſchen Regierung waren darauf berechnet, Alles, was im Lande geſchah, von oben her zu leiten und jede freie Bewegung unmöglich zu machen. Ganz Norwegen wurde mit däniſchen Beamten überſchwemmt, weil man den einfachen nicht ſchriftgelehrten Norweger für zu roh und ungebildet hielt, um bei dem künſtlichen Getriebe, in dem man die höchſte Staatsweisheit ſah, eine Stelle einzunehmen. Durch das Schreiberweſen, welches in Norwegen wie in Dänemark in Gang kam, wurde manche Störung veranlaßt, manches Unheil angerichtet. So wurden die alten Volksgerichte vernichtet, indem die Gerichtsſchreiber, die urſprünglich nur die Erkenntniſſe niederzuſchreiben hatten, die Befugniſſe der frei aus dem Volke gewählten Richter an ſich zogen und dieſe zu der Rolle ſtummer Zeugen verurtheilten. Es wurden Verfügungen über alles Mögliche und Unmögliche erlaſſen, in der wohlwollenden Abſicht, für das Beſte der armen und, wie man glaubte, verwahrloſten Bevölkerungen zu ſorgen; und die biedern ehrlichen Norweger hätten ihr Lebenlang genug zu thun gehabt, um nur alle das kennen zu lernen, was ſie in jedem einzelnen Falle zu thun oder zu laſſen hätten. Aber ſie lernten es gar nicht kennen; ſie ließen die Herren in ihren Amtsſtuben ſo viel regieren, als ihnen beliebte, gingen ihnen ſo weit aus dem Wege als möglich und thaten, was ſie ihren alten Gewohnheiten nach für recht und gut hielten. Wie hätte man auch darauf achten wollen, daß alle Verordnungen der Regierung befolgt wurden, da mit Ausnahme der wenig zahlreichen Städtebewohner das ganze Volk ein Bauern- oder Fiſchervolk war, das in weit auseinander liegenden Gehöfden oder Hütten, durch wogenbeſtürmte Klippen oder undurchdringliche Felſen und unwegſame Gebirge von aller Welt abgeſondert, über einen weiten Raum zerſtreut lebte, deſſen Ausdehnung allein hinreichend war, die kräftigſten Maßregeln der Behörden zu vereiteln? So rettete der norwegiſche Bauer ſein hohes Bewußtſeyn der Menſchenwürde, ſeinen edeln Stolz, der ihn in jedem Menſchen ſeines Gleichen erkennen ließ, und jenen ungebrochenen Unabhängigkeitsſinn, den ſich die däniſchen Beamten gefallen ließen, weil ſie ſeine Aeußerungen dem Mangel an Lebensart und Bildung zu Gute ſchrieben.

Digitized by Google

Um die neuere Entwickelung in Dänemark zu begreifen, muß man auf die Revolution des Jahres 1660 zurückgehen, die leicht die merkwürdigſte iſt, welche jemals in irgend einem Lande Statt gefunden hat. Während des Mittelalters war in Dänemark, in Folge der unabläſſigen Kämpfe, in welche das Land verwickelt war, ein reich begüterter Adel entſtanden, der im Verlaufe der Zeit ſeine Macht von Stufe zu Stufe erweiterte, bis er um die Mitte des ſiebenzehnten Jahrhunderts beinahe ausſchließend alle öffentliche Gewalt an ſich gezogen hatte. Der freie Bauernſtand, einſt die große Maſſe der Nation, war zu einem Zuſtande ſchmachvoller Abhängigkeit, zur Leibeigenſchaft herabgedrückt. Die Geiſtlichkeit ſo wie der Bürgerſtand, die nach der Verfaſſung mit dem Adel gleich berechtigt waren, hatten thatſächlich alle politiſche Rechte verloren, da die Reichstage, auf denen ſie gleich dem Adel und dem Bauernſtande vertreten waren, ſelten oder gar nicht verſammelt wurden. Das Königthum war zu einem ohnmächtigen Schatten herabgeſunken, während der von den Häuptern der vornehmſten Adelsgeſchlechter gebildete Reichsrath ſich in dem beinahe ganz ungetheilten Beſitze der Regierungsgewalt befand, von der dieſe Körperſchaft mit einer unerhörten Vernachläſſigung aller öffentlicher Intereſſen einen lediglich auf ihren Privatvortheil und auf den Vortheil ihres Standes berechneten Gebrauch machte. Da führte der ſchwediſche Krieg des Jahres 1658 das Land an den Rand des Unterganges. Der Reichsrath hatte ſelbſt der drohenden Kriegsgefahr gegenüber für nichts geſorgt; dem Könige, Friedrich III., der den Krieg führen ſollte, waren weder Steuern bewilligt, noch Mannſchaften geſtellt. Zwei Jahre lang hausten die Schweden in Dänemark nach Willkür; nur die ſich ſelbſt überlaſſene Bürgerſchaft von Kopenhagen leiſtete tapfern entſchloſſenen Widerſtand, und eine holländiſche und brittiſche Flotte, die der Hauptſtadt zu Hülfe kam, beſtimmte den Feind endlich einen Frieden auf billige Bedingungen zu bewilligen. Aber jetzt ſah man erſt, zu welcher furchtbaren Höhe die Noth geſtiegen war. Alle Vorräthe waren erſchöpft, die Felder unbeſtellt, der Viehſtand vernichtet; eine Hungersnoth drohte den Reſt der Bevölkerung, der den Krieg überſtanden, hinweg zu raffen. Der Reichsrath wußte ſich nicht anders zu helfen, als indem er nach langer Unterbrechung wieder einen Reichstag ausſchrieb, in der Abſicht, der Geiſtlichkeit, den Städtern und den ohnedieß erdrückten Landleuten neue Steuern aufzubürden. Aber das Maß war gefüllt; man forderte das offenbar Unmögliche, und jetzt zum erſten Male wagten es die beiden Stände der Geiſtlichkeit und der Städte,

Digitized by Google

ſich den Befehlen des Reichsrathes zu widerſetzen; ſie erklärten die Vorrechte des Adels für rechtswidrig angemaßt, den Reichsrath für aufgelöst und die Wahlcapitulationen, durch welche die königliche Gewalt auf nichts herabgewürdigt war, für aufgehoben. Der Adel, der wohl wußte, daß er in Kopenhagen keine Unterſtützung zu hoffen hatte, wollte entfliehen; aber er fand die Thore der Stadt verſchloſſen und war daher genöthigt, den Beſchlüſſen der beiden andern Stände beizutreten und ſich der wogenden Volksmaſſe anzuſchließen, die zum Palaſte ſtrömte und König Friedrich III. zum Enevoldsherrſcher oder alleinigen Inhaber der Gewalt in Dänemark ausrief. Das war die Revolution vom 8. October 1660, welche durch die Beſchlüſſe des Reichstages vom 13. und vom 16. October die geſetzliche Genehmigung und durch die Annahme der Acte vom 10. Januar 1661, welche dem Könige „alle Majeſtätsrechte und abſolute Gewalt“ übertrug, und die nicht bloß von ſämmtlichen Mitgliedern des Reichstages, ſondern von allen adlichen Familienvätern, von allen Geiſtlichen und von allen Magiſtraten im Lande unterzeichnet wurde, die nochmalige Beſtätigung im Namen des ganzen däniſchen Volkes erhielt. Das berühmte Königsgeſetz vom 14. November 1665, welches Friedrich III. gemäß der ihm durch die Stände übertragenen Vollmacht ausarbeiten ließ, dehnte die königliche Gewalt bis an ihre äußerſten denkbaren Grenzen aus und unterwarf dieſelbe, um jede Möglichkeit einer Rückkehr des früheren Zuſtandes für alle Zukunft abzuſchneiden, einer einzigen Beſchränkung, der ſeltſamſten, die jemals dem Königthum aufgelegt worden iſt, nämlich der, daß ſie niemals das Recht haben ſollte, ſich ſelbſt zu beſchränken. Und Dänemark iſt unter dieſer unbeſchränkten Königsgewalt glücklicher geweſen, als irgend ein anderes Land in Europa. Andere Völker haben größere Regenten gehabt, aber nicht weiſere, denen es ernſtlicher darum zu thun geweſen wäre, das allgemeine Beſte zu fördern. Früher als ſonſt irgendwo auf dem europäiſchen Feſtlande wurde in Dänemark die Leibeigenſchaft aufgehoben; und bereits im Jahre 1770 wurde die Preßfreiheit eingeführt, damit die Regierung erfahre, wie ihre Anordnungen im Lande beurtheilt würden. Aber das iſt das Unglück der kleinern Staaten, daß ſie ſich ſelbſt nicht gegen fremde Unbilde zu ſchützen vermögen. Dieſes Unglück hat Dänemark ſo ſchwer erfahren, daß es noch in dieſem Augenblicke zweifelhaft iſt, ob es ſich jemals ganz von den Folgen erholen wird. Schon im Jahre 1801 wurde Dänemark durch brittiſche Gewalt gezwungen, dem nordiſchen Bunde zu entſagen, durch den es in den damaligen krieg-

Digitized by Google

riſchen Zeitläuften die Achtung ſeiner Flagge zu wahren gedachte. Aber wenn das unparteiiſche Urtheil ſchon den damaligen Angriff als eine Handlung rechtswidriger Gewalt bezeichnet, ſo müſſen wir den Ueberfall und den Brand von Kopenhagen am 13. April 1807, in deſſen Folge die däniſche Flotte nach einer erzwungenen Capitulation von den Engländern in Beſitz genommen und als gute Beute nach England geführt wurde, als einen Raubzug brandmarken, welcher der Politik der brittiſchen Ariſtokratie auf ewige Zeiten zur Schande gereichen wird. Daß Dänemark nach dieſer Unthat ſich ohne Rückhalt in die Arme Napoleons warf, war nicht allein durch das gerechte Gefühl der Rache, ſondern auch durch die politiſche Nothwendigkeit gerechtfertigt. Man kann es vielleicht unklug, aber nicht unehrenhaft nennen, daß König Friedrich VI. dem franzöſiſchen Bunde treu blieb, nachdem das Kriegsglück ſich gewendet hatte; aber auch Mangel an vorſchauender Klugheit wird man dem trefflichen Fürſten nicht zum Vorwurfe machen, wenn man weiß, daß das ſchwere Opfer, um welches er nach vergeblichem Widerſtande den Frieden erkaufen mußte, der lange vorher bedungene Preis war, den England und Rußland den Schweden für ihren Beitritt zu dem Bündniſſe gegen Frankreich zugeſagt hatten, und daß daher auch eine frühere Nachgiebigkeit für Dänemark ſchwerlich billigere Bedingungen zur Folge gehabt hätte.

Durch den Kieler Frieden, am 14. Januar 1814, verzichtete König Friedrich VI. auf den Beſitz von Norwegen und erhielt zur Entſchädigung das ſchwediſche Pommern, welches aber keineswegs für Dänemark wirklich erworben wurde, da der Anſpruch darauf durch den zu Wien am 4. Juni 1815 geſchloſſenen Vertrag mit Preußen gegen den überelbiſchen Antheil des kleinen Herzogthums Lauenburg vertauſcht werden mußte. Aus dem ſiebenjährigen Kriege, den der Kieler Friede beendigte, ging Dänemark nicht bloß mit dem Verluſte des ſeit ſo vielen Jahrhunderten der däniſchen Krone untergebenen Bruderlandes, ſondern mit einer Erſchöpfung ſeiner Kräfte hervor, gegen die keine Regierungskunſt ein Heilmittel bot. Der däniſche Handel, die vornehmſte Quelle des Reichthums für ein Seefahrervolk, war vernichtet; und wenn auch zu erwarten ſtand, daß derſelbe im Frieden ſich allmälig wieder beleben würde, ſo waren doch in den allgemeinen Verhältniſſen des Weltverkehrs Veränderungen eingetreten, die jede Ausſicht auf eine Rückkehr der früheren Blüthe abſchnitten. Zu Anfange des Jahres 1813 hatte die Regierung in ihrer Geldverlegenheit ſich genöthigt geſehen, zu einer Finanzmaßregel ihre Zuflucht zu nehmen,

Digitized by Google

die das ganze Land mit einer drückenden Bürde belaſtete und doch nur ſehr unzureichende Hülfe gewährte. Die Kopenhagener Bank wurde in eine Reichsbank verwandelt und das geſammte Grundeigenthum des Landes für dieſelbe zur Sicherheit beſtellt, indem alle Grundſtücke in den Herzogthümern, wie im Königreiche mit ſechs vom hundert ihres Steuerwerthes der Bank verhaftet wurden, ohne daß es dadurch möglich geworden wäre, die Maſſe der ausgegebenen Bankzettel vor einer Entwerthung zu ſchützen, die in allen Verkehrsverhältniſſen die größte Zerrüttung anrichtete. Die durch die ſogenannten Bankhaften vermehrte Steuerlaſt drückte ſo ſchwer auf den Grundbeſitz, daß derſelbe beinahe in Maſſe dem öffentlichen Aufſtriche verfallen wäre, wenn die Regierung bei der Eintreibung der Steuerreſte nicht die äußerſte Nachſicht beobachtet hätte. Dabei vermochte die ſtrengſte Sparſamkeit und die muſterhafteſte Ordnung das Gleichgewicht zwiſchen den Einnahmen und Ausgaben des Staates nicht herzuſtellen, und man ſah ſich daher genöthigt, fortwährend zu neuen Anleihen ſeine Zuflucht zu nehmen, wodurch die Staatsſchuld zu einer Höhe geſteigert wurde, welche die gerechteſten Beſorgniſſe für die Zukunft hervorrief. Dennoch war die Regierung bereits in den erſten Jahren nach dem Frieden im Stande, dem Lande die weſentlichſten Erleichterungen zu gewähren. So erfuhr am 1. Auguſt 1818 die Reichsbank eine Umgeſtaltung, welche den Staat und das Land von den läſtigſten Verbindlichkeiten befreite, indem die Verwaltung der Anſtalt den bei derſelben betheiligten Beſitzern überlaſſen wurde, wogegen die neue Nationalbank ſämmtliche Schulden und Forderungen der Reichsbank übernahm. Um die öffentlichen Ausgaben ſo viel als irgend möglich einzuſchränken, wurde das Landheer allmälig auf den im thätigen Dienſte befindlichen Beſtand von 6000 Mann herabgeſetzt. Dagegen konnte man ſich nicht entſchließen, auf die Herſtellung einer Seemacht zu verzichten, die außer allem Verhältniſſe zu den Mitteln des Landes ſtand, und von der ſich doch nicht abſehen ließ, welchen Vortheil ſie dem Lande bringen ſollte, da zum Schutze des Handels eine Anzahl kleinerer bewaffneter Fahrzeuge ausgereicht hätte, während die großen Linienſchiffe und Flegatten, die man baute, unbemannt im Hafen von Kopenhagen liegen blieben, um allmälig zu verfaulen, ohne jemals zu irgend einem Zwecke benutzt zu ſeyn. Preiswürdig waren die Anſtrengungen, die fortwährend gemacht wurden, um den Handel, den Gewerbfleiß und den Landbau zu heben; noch rühmlicher aber war, was für die Pflege der Wiſſenſchaften und für die Ausbreitung der Anfangsgründe des Wiſſens unter dem Volke geſchah. Die Ein-

Digitized by Google

führung des wechſelſeitigen Unterrichtes in den Elementarſchulen, welche durch die Regierung zwar nicht befohlen, aber durch den Vorſteher des Schulweſens Abrahamſom, ſo wie durch den König perſönlich begünſtigt war, hatte bereits im Jahre 1830 ſo gute Früchte getragen, daß ſich damals in dem ganzen Umfange des Königreichs kein Menſch mehr fand, der nicht leſen und ſchreiben konnte. Die Freiheit der Preſſe hatte zwar, wegen mehrfacher Beſchwerden, die von Seiten der auswärtigen Diplomatie erhoben waren, verſchiedene Beſchränkungen erfahren; doch wurden die beſtehenden Anordnungen von den Behörden im freiſinnigſten Geiſte ausgelegt und angewandt, ſo daß das in den Schranken des Anſtandes und der Mäßigung gehaltene freie Wort auf keine Weiſe verkümmert wurde. Dabei war die perſönliche Freiheit durch die milde Geſinnung des Regenten und ſeiner vornehmſten Räthe nicht weniger geſichert, als durch die Geſetze, die in ihren Grundlagen auf die älteſten däniſchen Volksgeſetze zurückzuleiten ſind. Wer verhaftet wird, muß nach dem däniſchen Geſetze innerhalb vier und zwanzig Stunden verhört werden. Das Gerichtsverfahren iſt einfach und kurz durch die Vermeidung aller unnöthiger Weitläuftigkeiten, gewährt aber dabei den Parteien jeden Schutz, den die Gerechtigkeit erfordert. Die Zeugenverhöre ſind öffentlich; die Urtheile, die öffentlich bekannt gemacht werden, geben die Entſcheidungsgründe unter ſteter Anführung der Belegſtellen aus den Geſetzen an. Es ſteht einem Jeden frei, ſeine Sache ſelbſt zu führen; und die Hülfe der Anwälte wird daher nur da in Anſpruch genommen, wo eine genauere Kenntniß der Geſetze wünſchenswerth iſt, als ſie dem Unkundigen zu Gebote ſteht. Die Unabhängigkeit der Gerichte iſt niemals angetaſtet worden, und die Würde derſelben ſteht höher, als in irgend einem andern Lande Europa's; denn in Dänemark allein hat ſich der uralte Gebrauch erhalten, daß der König perſönlich alljährlich am 4. März die Sitzungen des oberſten Gerichtshofes eröffnet.

Unter dieſen Umſtänden konnte es nicht befremden, daß Dänemark von allen den Gährungen, die das übrige Europa durchwühlten, kaum berührt wurde. Der Mangel an politiſcher Freiheit, der in der Ausſchließung des Volkes von jeder Theilnahme an der Geſetzgebung lag, wurde nicht empfunden, weil man mit den Geſetzen zufrieden war, nach denen das Land regiert wurde. Allgemeines Erſtaunen erregte es im Jahre 1820 zu Kopenhagen, als man eines ſchönen Morgens in den Zeitungen las, daß eine Verſchwörung entdeckt worden ſey, welche zum Zwecke gehabt habe, eine Revolution in Dänemark zu bewirken.

Digitized by Google

Ein Halbgelehrter, Dr. Dampe, dem die Vorgänge in Spanien, Portugal und Neapel als ein nachahmungswerthes Beiſpiel erſchienen, hatte auf ſeiner Studirſtube den Entſchluß gefaßt, auch ſein Vaterland mit einer freien Verfaſſung zu beglücken. Es war ihm gelungen, einen Schmiedemeiſter, dem die Triſtigkeit ſeiner Gründe einleuchteten, für ſeinen Plan zu gewinnen. Beide predigten ihre neue Lehre einer Anzahl Leute aus dem niedrigſten Volke, die den begeiſterten Redner mit Verwunderung zuhörten und ihnen Beifall zollten, wenn ſie verſicherten: das müſſe anders werden in Dänemark, und es könne nicht eher anders werden, als bis man den König gezwungen hätte, ſeiner unbeſchränkten Gewalt zu entſagen und ſeinem Volke eine Conſtitution zu geben. Der Doctor und der Schmied wurden verhaftet; das Gericht verurtheilte beide (am 14. Februar 1821) nach der Strenge des Geſetzes zum Tode. Der König begnadigte die beiden Thoren und ſchickte ſie in lebenslängliche Gefangenſchaft nach der Inſel Bornholm, und damit war die ganze Revolution vergeſſen. Auch die große Bewegung der Juli-Revolution erregte im eigentlichen Dänemark kein anderes Intereſſe, als jenes der Neugierde. Nur in dem deutſchen Herzogthume Holſtein zeigten ſich Spuren einer Aufregung, der die Thätigkeit eines einzelnen Mannes eine beſtimmte politiſche Richtung gab.

König Friedrich VI. war im Jahre 1815 für das Herzogthum Holſtein dem deutſchen Bunde beigetreten. In ganz Deutſchland war damals die Erwartung auf die landſtändiſchen Verfaſſungen gerichtet, welche die Bundesacte für alle deutſche Bundesſtaaten verhieß, und das Wiedererwachen des deutſchen Volksgefühles, das in ſeinen erſten unklaren Regungen nach einer Form ſuchte, in der es feſte Geſtalt gewinnen könnte, griff auch nach Holſtein hinüber, wenn es ſich hie gleich nur in einzelnen der gebildeteren Kreiſe geltend machte. Die Erinnerungen an die alte landſtändiſche Verfaſſung der Herzogthümer Holſtein und Schleswig, die zwar ſeit länger als hundert Jahren außer Gebrauch gekommen war, wurden zurückgerufen. Man ſah ein, daß die Gerechtſame der mittelalterlichen Stände auf die Gegenwart keine Anwendung mehr zuließen; aber von verſchiedenen Seiten wurde der Wunſch laut, daß auf den alten Grundlagen ein neuer den Bedürfniſſen der Zeit entſprechender Bau aufgeführt werden möge. Am lebhafteſten ſprach ſich das Verlangen nach einer Erneuerung der früheren Verfaſſung unter den vornehmſten adelichen Gutsbeſitzern oder unter der Ritterſchaft der Herzogthümer aus, die einen guten Theil ihrer alten

Vorrechte bis in die neueſte Zeit bewahrt hatte. König Friedrich VI. war ein zu edelgeſinnter Fürſt, als daß er nicht ſelbſt gewünſcht hätte, Anſprüchen, die auf guten Rechtsgründen zu beruhen ſchienen, in jeder Weiſe gerecht zu werden. Am 17. Auguſt 1816 beſtätigte er die Vorrechte der Ritterſchaft*), ſo weit dieſelben noch rechtskräftigen Beſtand hatten; zwei Tage darauf berief er eine aus den angeſehenſten Männern Holſteins zuſammengeſetzte Commiſſion nach Kopenhagen, um den Entwurf einer ſtändiſchen Verfaſſung für das Herzogthum auszuarbeiten. Die Thätigkeit der Commiſſion dauerte bis in den April des folgenden Jahres, als ihre Sitzungen vertagt wurden, weil es ſich inzwiſchen herausgeſtellt hatte, daß ihre Arbeiten unmöglich zu einem befriedigenden Ergebniſſe führen konnten. Seit uralten Zeiten waren die Dänen gewohnt, den Eiderſtrom, der das Herzogthum Schleswig von Holſtein trennt, als die ſüdliche Grenze des däniſchen Landes zu betrachten. Zwar war in Folge der engen Verbindung, die Jahrhunderte hindurch unter der ſelbſtſtändigen Regierung deutſcher Fürſten zwiſchen den beiden Herzogthümern beſtand, die däniſche Sprache in dem größten Theile von Schleswig längſt durch die deutſche verdrängt worden; und die Schleswiger fühlten ſich durch die ganze neuere Geſchichte ihres Landes, wie durch deſſen Verfaſſung und Geſetzgebung und durch alle Verkehrsverhältniſſe ungleich näher zu dem ſtammverwandten Holſtein als zu dem Königreiche hingezogen. Aber auf der andern Seite hatten die Dänen jene frühere Zeit nicht vergeſſen, durch welche das alte Hethabye — der alte däniſche Name der Stadt Schleswig — an ihre ruhmreichſten Erinnerungen geknüpft war. Auch mußte der däniſchen Regierung nach der Schwächung, die ſie durch den Verluſt von Norwegen erlitten hatte, Alles daran gelegen ſeyn, die Verbindung mit jenen Gebietstheilen, die ihr noch geblieben waren, nicht weiter aufzulockern, ſondern ſo enge als möglich zuſammenzuziehen. Schon die Vereinigung Holſteins mit dem deutſchen Bunde war daher ein Zugeſtändniß, zu dem ſie ſich ſchwerlich entſchloſſen hätte, wenn ſie nicht Grund gehabt hätte, darin eher eine Verſtärkung der Sicherheit ihres Beſitzes, als die Gefahr einer einſtigen Ablöſung des durchaus deutſchen Landes zu ſehen. Ganz anders aber geſtaltete ſich das Ver-

*) Und dieſe ſind bedeutend genug, da unter Anderem die wenigen adlichen Familien, welche die Ritterſchaf. ausmachen, aus ihrer Mitte die ſogenannten Prälaten ernennen, unter die der Nießbrauch der ehemaligen Kloſtergüter vertheilt iſt, deren Werth man auf mehrere Millionen Rthl. anſchlägt.

Digitized by Google

hältniß, wenn auch Schleswig, indem es den deutſchen Neigungen des größeren Theiles ſeiner Bevölkerung folgte, dem däniſchen Volksthum völlig entfremdet wurde. Durch eine Herſtellung der alten Verbindung zwiſchen Schleswig und Holſtein wäre das Königreich in zwei Hälften zerfallen, eine deutſche und eine däniſche, die einander gleich berechtigt gegenüber geſtanden hätten. Holſtein und Schleswig vereint, würden neben dem Königreiche einen ſelbſtſtändigen Staat gebildet haben, der kräftig genug geweſen wäre, ſobald das Band, das ihn mit Dänemark verband, ihm irgend unbequem geworden wäre, dasſelbe allenfalls mit Gewalt zu ſprengen. Aus dieſen Gründen mußte die Regierung, wenn ſie ſich gleich durch die deutſche Bundesacte verpflichtet hielt, Holſtein eine ſtändiſche Verfaſſung zu verleihen, entſchieden dagegen ſeyn, dieſe Verfaſſung auch auf Schleswig auszudehnen, wo von einer ſolchen Verpflichtung nicht die Rede ſeyn konnte. Auch das begonnene Verfaſſungswerk für Holſtein mußte ihr daher in hohem Grade bedenklich werden, als es ſich zeigte, daß dasſelbe in dem benachbarten Schleswig Hoffnungen erregte, die man unmöglich erfüllen konnte, ohne das Wohl des ganzen Staates zu gefährden. Nicht allein von der Ritterſchaft, ſondern auch von allen einigermaßen bedeutenden Städten des Herzogthums Schleswig wurden Bittſchriften an den König gerichtet, welche die Nachtheile hervorhoben, die für das Land daraus hervorgehen würden, wenn die alte Verbindung zwiſchen Holſtein und Schleswig gelöſt würde, wie dieß unvermeidlich ſey, ſobald Holſtein eine Verfaſſung erhielte, an der nicht auch Schleswig Theil nähme. Die Sprache, die in einzelnen dieſer Bittſchriften geführt wurde, ging ſchon beinahe über die Grenzen der Bitte hinaus. So hieß es in dem einen: „Die ganze Richtung der Zeit ſtrebt nach Einſchränkungen der Herrſchergewalt. Die Stimme von ganz Europa fordert ſtändiſche Verfaſſungen für alle geſittete Völker. Manche haben ſie ſchon erhalten; alle übrige werden ſie erlangen.“ Dazu kam, daß die Holſteiniſche Ritterſchaft von ihren kaum beſtätigten Vorrechten in einer Ausdehnung Gebrauch machte, auf die man keineswegs gefaßt war. Die immerwährende Deputation der Ritterſchaft, ein ſtändiſcher Ausſchuß, der ſich noch aus den Zeiten der alten Verfaſſung erhalten hatte, nahm ohne Weiteres das nach dieſer den Ständen zuſtehende Steuerbewilligungsrecht in Anſpruch. Sie ſprach ſich in ihren Berathungen dahin aus, daß die den Herzogthümern während der Kriegszeit ohne ſtändiſche Bewilligung aufgelegten Steuern und namentlich die aufgedrängten Belaſtungen für die däniſche Reichsbank rechtswidrig wären, und daß

Digitized by Google

man daher keine Verbindlichkeit anerkenne, die daher rührenden Steuerrückſtände zu zahlen. Am 18. April 1817, dem Tage, an dem die Sitzungen der Verfaſſungscommiſſion geſchloſſen wurden, unterſagte ein königlicher Befehl auch der ritterſchaftlichen Deputation die Fortſetzung ihrer Erörterungen. Der Erlaß war in der mildeſten Form abgefaßt; die Deputation wurde beſchieden, daß eine Erleichterung in den öffentlichen Laſten der Herzogthümer bereits angeordnet ſey, und daß die Regierung darauf Bedacht nehmen werde, auch ferner die durch den Krieg nothwendig gewordenen Auflagen ſo viel als möglich zu vermindern. Auf dieſen Beſcheid entgegnete die Deputation am 26. April: „Wir werden nur der Gewalt weichen, aber nicht von unſerm Rechte laſſen; denn ſo lange das unſer Recht iſt, was unſern Vorfahren Schutz gab, und was Ew. königliche Majeſtät unlängſt anerkannt und beſtätigt haben, können die Maßregeln nicht für rechtsbeſtändig gelten, welche jenes geradezu vernichten. Wir müſſen bitten, daß unſere Rechtsfrage im Wege Rechtens von einem unparteiiſchen Gerichte entſchieden werde. Wir müſſen bitten, daß die für die Bedürfniſſe des Staates im laufenden Jahre 1817 und fortan außer der ordinairen Contribution erforderlichen Beiträge auf verfaſſungsmäßige Weiſe, es ſey durch Berufung eines Landtages oder durch die an deſſen Stelle tretende erſehnte neue Verfaſſung, beſtimmt werden mögen.“ So ſprach eine Deputation, die von einigen und zwanzig adlichen Herren ernannt war, zu ihrem Könige. Die Ritterſchaft fühlte aber wohl, daß ſie keine Ausſicht habe, mit ihren Forderungen durchzudringen, ſo lange ſie mit denſelben allein ſtand und auf keine Theilnahme außerhalb ihres abgeſchloſſenen Kreiſes rechnen durfte. Deshalb erließ ſie an die Städte und Landgemeinden eine Erklärung, worin ſie die Verpflichtung einging: „Falls der König in der neuen hoffentlich nach freiſinnigen Grundſätzen auf allgemeine Landesvertretung gegründeten Verfaſſung den Ständen das Steuerbewilligungsrecht einräumen werde, wolle ſie durchaus kein Vorrecht vor ihren Mitbürgern verlangen, ſondern alle Laſten mit ihnen gleichtragen.“ An ein Aufgeben der fetten Pfründen der Prälaturen war dabei freilich nicht gedacht, obwohl ſich nach allgemeinen ſtaatsrechtlichen Grundſätzen nicht abſehen ließ, mit welchem Rechte die Ritterſchaft das zu Zwecken der Armenpflege und des öffentlichen Unterrichtes beſtimmte alte Kirchenvermögen ferner für ſich ſelbſt in Beſchlag nehmen wollte, ſofern ſie kein Vorrecht vor ihren Mitbürgern verlangte.

König Friedrich VI. war keinesweges gemeint, ſich abtrotzen zu

Digitized by Google

laſſen, was er ſeiner Ueberzeugung nach nicht in dem Intereſſe ſeiner perſönlichen Macht, ſondern in dem Intereſſe des däniſchen Staates verweigern mußte. Der Ritterſchaft wurde ihr ordnungswidriges Benehmen verwieſen; und da ſie darauf beharrte, die rückſtändigen Steuern nicht zu zahlen, wurden dieſe im Wege der Execution eingetrieben. Darauf wurden zwei ritterſchaftliche Abgeordnete nach Kopenhagen geſchickt, um zuvörderſt eine Einſtellung der unangenehmen Executionsmaßregeln zu erbitten und nächſtdem eine Vereinbarung über die Verfaſſungsangelegenheit zu Stande zu bringen. Die Vereinbarung, die man vor Augen hatte, wäre aber in der That eine ſonderbare geweſen, denn ſie hätte darin beſtanden, daß die Regierung allen Forderungen der Ritterſchaft nachgegeben hätte. Schleswig und Holſtein ſollten ſtaatsrechtlich vereinigt, ein allgemeiner alle Stände umfaſſender Landtag ſollte baldigſt zuſammenberufen und das Steuerbewilligungsrecht, als das weſentlichſte aller ſtändiſcher Rechte, anerkannt und genehmigt werden. Die Abgeordneten kehrten unverrichteter Dinge von Kopenhagen zurück. Die Ritterſchaft legte jetzt, am 27. März 1818, eine förmliche Verwahrung gegen die Executionen ein und beſchloß, eine Beſchwerde an den deutſchen Bundestag zu richten. Um dieſen Schritt aber nicht als einen ganz einſeitigen erſcheinen zu laſſen, wurde, ehe man denſelben zur Ausführung brachte, eine Bittſchrift an den König unter allen Ständen in Umlauf geſetzt, die ein glänzendes, nur nicht ganz der Wahrheit getreues Bild der alten Verfaſſung enthielt. „Es iſt der allgemeine Wunſch,“ heißt es darin, „daß die alte Landesverfaſſung von neuem belebt werden möge, weil eine ſolche Verfaſſung“ — in welcher der Adel allein Alles zu ſagen hatte! — „dem Verhältniſſe des Fürſten zu einem Volke von Freien angemeſſen iſt. Die unſchätzbaren Vortheile derſelben haben ſich bewährt, alle Laſten wurden vom Volke“ — aber nicht vom Adel! — „williger getragen; dem Landesherrn fehlten nie die nöthigen Geldvorſchüſſe; ſie wurden willig gegeben, und dem Volke entſchwand bei dem mannigfaltigen Wechſel der menſchlichen Dinge niemals das feſte Vertrauen. Daher bitten wir Ew. Majeſtät, auf den alten ehrwürdigen Grundlagen unſerer Landesgerechtſame eine von den Mängeln der alten gereinigte Verfaſſung beider Herzogthümer neu aufzuführen, der zur Einleitung der Verfaſſung von Holſtein berufenen Commiſſion eine Anzahl einſichtvoller vaterlandliebender Männer aus dem Herzogthume Schleswig beizuordnen und die ſtändiſche Verfaſſung beider Herzogthümer bald in Wirkſamkeit treten zu laſſen.“ Die Unterſchriften zu dieſer Bittſchrift gingen ſpärlich ein; die Regierung nahm auf dieſelbe keine

Rückſicht, und die Ritterſchaft fand nicht für gut, ihre Beſchwerde bei dem Bundestage zu übereilen. Erſt nach Verlauf von vier Jahren, am 28. März 1822, wurde der Beſchluß der Beſchwerdeführung wiederholt gefaßt, und jetzt wurde dem Bundestage wirklich eine von dem Kieler Profeſſor Dahlmann ausgearbeitete Denkſchrift übergeben, in welcher die Vermittelung des deutſchen Bundes wegen Wiederherſtellung der alten landſtändiſchen Verfaſſung des Herzogthums Holſtein angerufen wurde. Ungeachtet des günſtigen Berichtes, den (am 10. Juni 1823) der Referent der zur Prüfung der Sachlage niedergeſetzten Commiſſion Graf von Beuſt erſtattete, und ungeachtet der Unterſtützung, welche derſelbe von Seiten des würtembergiſchen, des hannoverſchen und des kurheſſiſchen Geſandten fand, überwog doch die von dem däniſchen Bevollmächtigten Grafen von Euben bevorwortete und von den beiden großen Mächten Oeſterreich und Preußen unterſtützte Anſicht, daß die Bundesverſammlung keine Veranlaſſung habe, ſich in dieſe Angelegenheit einzumiſchen, weil die alte Verfaſſung der Herzogthümer keinesweges, wie in der Denkſchrift behauptet war, in anerkannter Wirkſamkeit beſtehe. Die Beſchwerdeführer wurden daher durch den Bundesbeſchluß vom 27. November 1823 ab und zur Ruhe verwieſen. Ein Nachtrag zu der Denkſchrift, der zur Widerlegung der von dem Grafen Euben entwickelten Anſichten eingereicht wurde, veranlaſſte nur den Beſchluß (vom 15. Januar 1824), daß gedruckte Denkſchriften, die der Bundesverſammlung überreicht werden ſollten, vorher gleich allen andern Druckſchriften der Cenſur zu unterwerfen wären. Die däniſche Regierung war inzwiſchen der Meinung, daß nach der Abweiſung der Beſchwerde von Seiten des Bundestages ſich leichter eine Verſtändigung mit der ſtörriſchen Holſteiner Ritterſchaft werde bewirken laſſen. Es wurde deshalb durch ein königliches Schreiben vom 12. December 1823 eine neue Commiſſion nach Kopenhagen berufen, um das ſeit länger als ſechs Jahren unterbrochene Verfaſſungswerk wieder aufzunehmen. Die neue Commiſſion fand jedoch bei ihren Arbeiten nicht geringere Schwierigkeiten, als die frühere; ſie erbat ſich, nachdem ſie bis in den Mai 1824 vereinigt geweſen war, einige Monate der Ruhe zur Erholung von ihren Anſtrengungen und trat, obwohl der 1. September zu ihrer Wiedervereinigung beſtimmt war, nicht wieder zuſammen.

Seitdem ruhte die ganze Verfaſſungsangelegenheit, bis im Herbſte des Jahres 1830 eine, man kann beinahe ſagen, zufällige Anregung ſie aus ihrer Vergeſſenheit wieder hervorrief. Uwe Jens Lornſen ein

Digitized by Google

Nordfrieſe, von der kleinen Inſel Sylt an der Weſtküſte von Schleswig, hatte zu Kiel und Jena in jenen Jahren des wiedererwachenden deutſchen Volksbewußtſeyns ſtudirt, in denen die deutſchen Univerſitäten die Mittelpunkte waren, von denen die kräftigſten Schwingungen des neubelebten Geiſtes volksthümlicher Freiheit ausgingen. Die Gedanken, die damals mehr noch durch den Umgang mit gleichgeſinnten Genoſſen, als durch die Vorträge freiſinniger Lehrer in dem Jünglinge geweckt wurden, begleiteten den Mann durch das Leben, und ſelbſt die einförmige aller Selbſtſtändigkeit entbehrende Amtsſtube zu Kopenhagen, in die er zehn Jahre hindurch ſich ſelbſt vergrub, vermochte das heilige Feuer der Vaterlands- und Freiheitsliebe, das ſeine Seele durchglühte, nicht zu dämpfen. Die Kunde der Julirevolution rief ihm alle Träume und Hoffnungen der Jugend zurück; es duldete ihn nicht mehr in den beengenden Schranken des däniſchen Schreiberweſens; er bewarb ſich um das untergeordnete Amt eines Landvogtes auf ſeiner Heimathinſel, um wieder in unmittelbare Berührung mit dem Volke zu treten und ſich auf die größere Wirkſamkeit vorzubereiten, zu der er ſich berufen glaubte. Denn das hielt er für unzweifelhaft, daß der Volksſieg in Frankreich der Bevormundung der Völker durch die Beamtenregierungen in ganz Europa ein Ende machen und früher oder ſpäter bei allen Nationen die Volksherrſchaft begründen würde. Um die Mitte des Octobers kam Lornſen auf der Reiſe von Kopenhagen nach der Heimath zu Kiel an, wo er in dem Kreiſe alter Freunde und Bekannten einige Tage verweilte. Hier erfuhr er, daß in dem ganzen Lande eine dumpfe Mißſtimmung herrſche. Mißrathene Erndten, in deren Folge die Armenlaſten zu einer drückenden Höhe geſtiegen waren, hatten den Wohlſtand des Landes erſchüttert; aber man maß der ſchlechten Verwaltung der Regierung die Schuld bei, als ob dieſe Regen und Sonnenſchein in ihrer Gewalt gehabt hätte. Die Freunde Lornſen's, durch das Beiſpiel der Umwälzungen erregt, die, nach dem Oſten fortſchreitend, weiter und weiter um ſich griffen, hielten eine große politiſche Veränderung für unvermeidlich, ſobald nur der erſte Anſtoß gegeben werde; und in Lornſen reifte in wenigen Stunden der Plan, der Befreier ſeines Vaterlandes zu werden. Er wollte keine gewaltſame Umwälzung bewirken; er war, nach ſeiner Kenntniß der Verhältniſſe in Kopenhagen überzeugt, daß es nur einer kräftigen Aeußerung der Volksmeinung bedürfe, um die däniſche Regierung zu beſtimmen, in alle Forderungen zu willigen, die ihm ſelbſt als gerecht und billig erſchienen. Der Plan, den Lornſen entwarf, war, zu Kiel eine Verſamm-

Digitized by Google

lung freigeſinnter Männer der beiden Herzogthümer zu veranſtalten, in der man ſich über die Grundzüge einer Verfaſſung vereinigen wollte, welche den Bedürfniſſen des Landes entſpräche. In allen Städten und Ortſchaften ſollten dann Bittſchriften an den König umlaufen, für welche man die Unterſchriften der Geſammtheit oder der großen Mehrzahl der Bevölkerungen zu gewinnen gedachte. Die allgemeine Landesverſammlung ſollte am 1. November Statt finden, weil bei der Anberaumung einer längern Friſt zu erwarten ſtand, daß die Regierung Gegenmaßregeln ergreifen würde. Lornſen ſelbſt unternahm es, auf einer eiligen Rundreiſe die nöthigen Einladungen zu beſorgen. Er kam aber nur bis Flensburg, da er überall eine Lauheit und Gleichgültigkeit fand, auf die er nicht gerechnet hatte, ſo daß er ſich zuletzt entſchloß, den ganzen Plan aufzugeben und nach Kiel zurückzukehren, um ſeine Freunde zu überzeugen, daß die Ausführung ihrer Entwürfe auf die Zukunft verſchoben werden müſſe. Inzwiſchen war aber der 1. November vor der Thür; nach vielen Orten waren ſchriftliche Einladungen ergangen, auf die eine zuſagende Antwort ertheilt war, und die zurückzunehmen man nicht mehr die Zeit hatte. Die Verſammlung mußte daher, wenn auch in verkleinertem Maßſtabe, gehalten werden. Lornſen warf in den wenigen Stunden, die ihm noch blieben, eine kleine Schrift hin: „Ueber das Verfaſſungswerk in Schleswig-Holſtein“ und dieſe las er in der nicht ſehr zahlreichen Geſellſchaft der Männer vor, die am Abende des 1. November in einem Gaſthofe zu Kiel zuſammenkam. Die Schrift, welche in warmer lebendiger Darſtellung die allgemein bekannten Anſichten über die Vortheile einer Repräſentativverfaſſung entwickelte, erhielt allgemeine begeiſterte Zuſtimmung; es wurde beſchloſſen, ſie dem Drucke zu übergeben und auf den Grund derſelben die Verbreitung der Bittſchriften um eine Verfaſſung zu beginnen. Mit vieler Mühe gelang es, die Schwierigkeiten zu überwinden, welche die ſeit dem Jahre 1819, in Folge der Karlsbader Beſchlüſſe, in Holſtein eingeführte Cenſur entgegenſtellte; 10,000 Abdrücke waren in wenigen Tagen vergriffen, und nun erſt begann eine Aufregung zu entſtehen, wie ſie die Freunde Lornſen's, von ihrer eigenen Stimmung auf die allgemeine ſchließend, ſchon bei deſſen erſter Ankunft als vorhanden vorausgeſetzt hatten. Die umlaufenden Bittſchriften fanden wie in Kiel, ſo an andern Orten zahlreiche Unterſchriften, wenn auch noch viel daran fehlte, daß die Theilnahme eine ſo allgemeine geworden wäre, wie die Urheber des Planes gewünſcht hätten. Aber ſonderbar genug wurde der ganze Bittſchriftenſturm in

dem Augenblicke, wo derſelbe in ſeiner vollſten Gewalt daher brauſte, durch die eigene Unbeholfenheit der Unternehmer vereitelt. Die Unterzeichner im übrigen Lande wagten es nicht, ihre Bittſchriften abzuſchicken, bevor nicht die Kieler mit ihrem Beiſpiele vorangegangen wären, weil man nicht recht wußte, ob es geſetzlich erlaubt war, dem Könige Actenſtücke dieſer Art zuzuſchicken; und die Kieler, die ihrer Sache auch nicht recht gewiß waren, richteten ihre Bittſchrift an den Stadtrath und an die Gemeindevertreter, mit dem Geſuche, dieſelbe durch ihr kräftiges Wort zu unterſtützen. Die ſtädtiſchen Behörden hatten aber nicht die geringſte Neigung, ſich bei der bedenklichen Angelegenheit zu betheiligen; ſie hielten daher die Bittſchrift, ſtatt ſie weiter zu befördern, zurück, und damit erreichte die ganze Bittſchriftenbewegung ihr Ende.

Die Regierung, welche die zunehmende Gährung nicht ohne Beſorgniß geſehen hatte, glaubte ein Beiſpiel der Strenge nicht vermeiden zu können, weil ſie es unmöglich jedem Einzelnen geſtatten konnte, nach ſeinem Belieben das ganze Land in Unruhe zu verſetzen, jedesmal, wenn ihm aus irgend einem Grunde eine politiſche Veränderung wünſchenswerth erſchien. Lornſen wurde daher verhaftet, nach der Feſtung Rendsburg geführt und vor eine außerordentliche Commiſſion geſtellt, die zu dem Zwecke der genaueſten Ermittelung aller einzelnen Umſtände bei dem ihm zur Laſt gelegten Verbrechen der Aufwiegelung beſonders ernannt war. Die Unterſuchung dauerte wegen der großen Zahl der näher oder entfernter Betheiligten über ein halbes Jahr, worauf die Acten an das ſchleswig'ſche Obergericht zum Spruche eingeſandt wurden. Das Urtheil gegen Lornſen lautete auf Amtsentſetzung, auf einjährige Feſtungsſtrafe und auf Erſtattung ſämmtlicher Unterſuchungskoſten. Es machte einen ungünſtigen Eindruck, daß in dem Erkenntniſſe weder die Entſcheidungsgründe angegeben, noch die Geſetze angeführt waren, nach denen der Spruch gefällt war; es hieß nur, die Verurtheilung erfolge „wegen Handlungen, welche hätten gefährlich werden können.“ Wenn das däniſche Gerichtsverfahren auch in den Herzogthümern zur Anwendung gekommen wäre, hätte eine ſolche Verletzung der einfachſten Rechtsgrundſätze unmöglich Statt finden können. Lornſen's Kraft war durch die herbe Erfahrung, die er gemacht hatte, gebrochen; auch die Beweiſe der Achtung, die ihm nach ſeiner Entlaſſung aus der Gefangenſchaft von allen Seiten zu Theil wurden, vermochten ihn nicht wieder aufzurichten; er verließ, nachdem er eine Zeit lang in ländlicher Zurückgezogenheit unter ſeinen biederherzigen frieſiſchen Landsleuten ge-

Digitized by Google

weilt hatte, die Heimath, in der ihm durch ſeine Amtsentſetzung jede Ausſicht auf eine ſeinen Wünſchen entſprechende Wirkſamkeit benommen war, um unter dem glühenden Himmel des fernen Braſiliens die Herſtellung ſeiner geſchwächten Geſundheit zu ſuchen, wurde aber nach wenigen Jahren eines beinahe unausgeſetzten Siechthums in der Blüthe ſeines Mannesalters durch den Tod von allen ſeinen leiblichen und geiſtigen Leiden erlöſt. Ein Troſt war ihm auch in den Schmerzen ſeines letzten Krankenlagers geblieben: das Bewußtſeyn, daß er ſein Leben wenigſtens nicht ganz umſonſt geopfert hatte. König Friedrich VI. verbarg ſich nicht, daß dem Verlangen nach einer freien Verfaſſung, welches ſich bei wiederholten Gelegenheiten in den Herzogthümern kund gegeben, wenn die Aeußerungen deſſelben auch immer durch die Einwirkung Einzelner hervorgerufen waren, ein tiefer gefühltes Bedürfniß zum Grunde liegen müſſe. Er ſah in einem der mächtigſten europäiſchen Staaten, in dem der Grundſatz der unbeſchränkten Königsgewalt mit gleicher Strenge aufrecht gehalten war, wie in Dänemark, und in dem, wie in Dänemark Bevölkerungen verſchiedenen Stammes vereinigt waren — in Preußen — ſeit einer Reihe von Jahren eine ſtändiſche Verfaſſung in Wirkſamkeit, welche dem Volke einen Antheil an der Geſetzgebung einräumte, ohne daß dadurch in dem gemeſſenen Gange der Verwaltung die geringſte Störung verurſacht worden wäre. Dem Beiſpiele Preußens, davon war König Friedrich VI. überzeugt, konnte auch Dänemark mit vollkommener Sicherheit folgen. Zu Anfange des Jahres 1831, als die Bewegung im Holſteinſchen nur noch durch die Unterſuchung gegen den unglücklichen Lornſen in der Erinnerung gehalten wurde, ging den beiden Kanzleien der oberſten Verwaltungsbehörden für die Herzogthümer und das Königreich, der Befehl zu, einen Geſetzentwurf über die Einführung von Provinzialſtänden auszuarbeiten, bei welchem die preußiſche Geſetzgebung über die in Preußen beſtehenden provinzialſtändiſchen Einrichtungen zu Grunde gelegt werden ſollte. Da durch dieſe Weiſung der ganzen Arbeit zum voraus ihre Richtung gegeben war, ſo ging dieſelbe raſch von Statten, und ſchon am 28. Mai 1831 erſchien ein Geſetz, welches die Grundlagen der im Königreiche und in den Herzogthümern einzuführenden ſtändiſchen Verfaſſung feſtſtellte. Der Grundbeſitz ſollte, wie bei den preußiſchen Provinzialſtänden, die ausſchließende Bedingung der Standſchaft ſeyn. Auch königliche Beamte wurden als Grundbeſitzer für wahlberechtigt und wahlfähig erklärt, doch ſollten ſie einer beſondern königlichen Erlaubniß bedürfen, um die Wahl annehmen zu können. Die Stände

Digitized by Google

ſollten in der Regel alle zwei Jahre einberufen werden. Jeder Geſetzentwurf, der eine Veränderung in den perſönlichen Rechten oder in den Eigenthumsrechten der Unterthanen bezweckte, oder ſich auf die Steuern, auf die öffentlichen Abgaben und Gefälle bezog, ſollte den Ständen zur Erwägung und Begutachtung vorgelegt werden, ehe derſelbe geſetzliche Kraft erhielt. Außerdem wurde den Ständen das Recht beigelegt, aus eigenem Antriebe Vorſtellungen und Vorſchläge zu machen in Bezug auf Veränderungen in den beſtehenden Geſetzen und Staatseinrichtungen, ſo wie auf eingeſchlichene Mißbräuche und Mängel der Verwaltung; und endlich ſollte ihnen noch eine näher feſtzuſetzende Einwirkung auf die örtlichen Verwaltungsangelegenheiten eingeräumt werden. Vor der bleibenden Feſtſtellung der einzelnen Beſtimmungen des neuen Grundgeſetzes wollte der König aber nicht bloß die Meinung ſeiner vertrauteſten Räthe, ſondern auch die Stimme des Landes hören. Es wurde deshalb zum voraus angekündigt, daß erfahrene und einſichtvolle Männer aus allen Theilen des Reiches einberufen werden ſollten, um das Verfaſſungswerk, bevor daſſelbe zur Ausführung käme, in allen ſeinen Einzelheiten zu prüfen. Die Einberufung der erfahrenen Männer, deren Zahl auf 35 beſchränkt wurde, verzögerte ſich bis in den Sommer des Jahres 1832, und darnach vergingen wieder beinahe zwei volle Jahre, ehe endlich, am 28. Mai 1834, die vielfach erwogenen und wieder erwogenen Verfaſſungsgeſetze für die däniſche Monarchie bekannt gemacht wurden, nach denen dieſe fortan in vier Provinzen zerfiel, deren jede ihren beſonderen Landtag erhielt. Den Provinzialſtänden der Inſeln war zum Verſammlungsorte die alte Stadt Roeſkilde auf der Inſel Seeland, jenen der Provinz Jütland Viborg, denen von Schleswig die gleichnamige Hauptſtadt des Herzogthums und den Holſteinern der kleine Ort Itzehoe angewieſen. Ein gleichzeitig mit den Verfaſſungsurkunden erſcheinendes königliches Schreiben ordnete die baldigſte Vornahme der Wahlen an, weil es die Abſicht des Königs ſey, die ſtändiſchen Verſammlungen „mit dem allerförderſamſten" einzuberufen. Dieſe förderſamſte Einberufung wurde aber dennoch über Jahr und Tag hinausgeſchoben. Die neuen Geſetze fanden eine Aufnahme, auf welche weder der greiſe König noch ſeine Räthe gefaßt waren. An die Stelle des ruhigen feſten Vertrauens zu der höhern Einſicht der Regierung, das bisher unter allen Ständen geherrſcht hatte, trat mit einem Male ein Geiſt der Forſchung und Prüfung, der eine Menge Dinge in Frage ſtellte, welche man ein für allemal abgemacht zu haben glaubte. Die Preſſe, die ſich bisher ungeachtet ihrer Freiheit beinahe

von allen politiſchen Erörterungen entfernt gehalten hatte, bemächtigte ſich des Stoffes, den die angeordneten Veränderungen ihr boten, mit einem rückſichtloſen Eifer, der die alten in ihrem gewohnten abgemeſſenen Geſchäftsgange ergrauten Beamten in Schrecken ſetzte, ja ihnen durch den Mangel an Reſpect, den ſeine Aeußerungen bekundeten, verbrecheriſch erſchien. Profeſſor David, der Verfaſſer der bedeutendſten unter den über die Verfaſſungsangelegenheit herausgegebenen Schriften wurde wegen Verletzung der dem Regenten ſchuldigen Achtung und wegen Aufreizung zum Mißvergnügen unter Anklage geſtellt. Dieſer Schritt, in dem friedlichen Dänemark ein ſeit vielen Jahren unerhörtes Ereigniß, rief die Aufregung, der man begegnen wollte, und die in der That noch gar nicht vorhanden war, erſt hervor; erſt jetzt wandte ſich die allgemeine Aufmerkſamkeit den aufgeworfenen Fragen zu; und wenn die Ueberzeugung von dem ernſten Willen der Regierung, das Wohl des Landes nach Kräften zu fördern, nicht in jedem Dänen zu tief und zu feſt gewurzelt geweſen wäre, um ſo leicht erſchüttert zu werden, ſo hätte die Verſtimmung, die ſich in einem großen Theile der gebildeten Bevölkerung zeigte, zu einer bedenklichen Höhe ſteigen können. Profeſſor David wurde von allen Anſchuldigungen, die gegen ihn erhoben waren, in zwei Inſtanzen freigeſprochen. Die Regierung war aber, noch ehe ſie dieſe Warnung erhielt, bereits von dem Irrthume zurückgekommen, daß gerichtliche Verfolgungen der geeignete Weg wären, die Meinung über Fragen des Staatsrechts und der Staatswiſſenſchaft zu berichtigen. Sie entſchloß ſich, dem Streite über die Verfaſſungsangelegenheiten dadurch ein Ende zu machen, daß ſie die Geſetze, die denſelben veranlaßt hatten, in das Leben treten ließ. Die Ständeverſammlungen für die Inſeln und für das Herzogthum Holſtein wurden am 1. October 1835 eröffnet. Die treue, ſtreng geſetzliche, gemäßigte, von jeder Ueberſpannung weit entfernte Geſinnung, die ſich in beiden ausſprach, mußte auch die verknöchertеſten Anhänger der alten Beamtenbevormundung mit den neuen Einrichtungen verſöhnen. Der Landtag von Roeſkilde erklärte in ſeiner Erwiederung auf die Eröffnungsrede des königlichen Commiſſarius, daß jetzt das däniſche Volk nicht die geringſte Veranlaſſung mehr habe, eine Veränderung in ſeiner Verfaſſung zu wünſchen. Nicht ganz ſo genügſam war der holſtein'ſche Landtag, der verſchiedene Anträge auf zum Theil ſehr weſentliche Veränderungen und Verbeſſerungen annahm, von denen aber doch auch kein einziger über die von der Verfaſſung gezogenen Grenzen der ſtändiſchen Wirkſamkeit hinausgriff. Beide Verſammlungen beſchäftigten

Digitized by Google

ſich am Angelegentlichſten mit dem Staatshaushalte, über den ihnen zwar nur eine allgemeine Ueberſicht mitgetheilt war, welche aber hinreichende Aufſchlüſſe gab, um zu den ernſteſten Beſorgniſſen zu berechtigen. Die Schuldenlaſt des kleinen Landes belief ſich auf 130 Millionen Reichsbankthaler; mehr als ein Drittheil der Staatseinkünfte war zur Zahlung der Zinſen erforderlich, und da die Ausgaben die Einnahmen um eine Summe, die zu 300,000 Thaler angegeben wurde, überſtiegen, ſo mußte, ſobald dieſem Uebelſtande nicht geſteuert wurde, die Maſſe der Schulden fortwährend vermehrt werden. Beide Ständeverſammlungen fanden vielfache Ausſtellungen zu machen; beide drangen vor allem Andern auf Herſtellung des Gleichgewichtes zwiſchen den Ausgaben und den Einnahmen, und im nächſten Frühjahre ſchloſſen ſich den weſentlichſten ihrer Anträge auch die beiden Landtage von Jütland und Schleswig an, die nach dem Schluſſe der Verſammlungen von Roeſkilde und Itzehoe einberufen wurden. Obwohl die Regierung jede Forderung zurückwies, die ihr als ein Verſuch erſchien, den Staatshaushalt einer ſtändiſchen Controle zu unterwerfen, blieben die Mahnungen der Stände doch nicht unbeachtet. Man nahm den einfachen Grundſatz an, nicht mehr auszugeben, als man einzunehmen hatte, und brachte es durch die gewiſſenhafte Strenge, mit der man denſelben feſthielt, dahin, daß man nach Verlauf von zwei Jahren den Ständen, als dieſe zum zweiten Male zuſammentraten, eine Berechnung vorlegen konnte, nach der nicht bloß ſämmtliche Ausgaben durch die Einnahmen gedeckt waren, ſondern ſich ſogar ein mäßiger Ueberſchuß ergab. Zwar fehlte es auch dießmal nicht an wohlbegründeten Rügen; die Stände klagten über die Unvollſtändigkeit der Nachweiſungen, die ihnen zugingen, und ſie mißbilligten beſonders die übermäßige Summe, die für Penſionen, Wartegelder und ſogenannte Gratificationen ausgeworfen war, und die ſich beinahe auf den vierzehnten Theil der geſammten Staats-Einnahme belief; ſie erkannten aber auch den unzweifelhaften Fortſchritt zum Beſſern, der gemacht war; und im Ganzen ſtellte ſich zwiſchen der Regierung und den Ständen nicht bloß der däniſchen, ſondern auch der deutſchen Provinzen das freundlichſte Vernehmen her. Als im Sommer 1839 der hochbetagte König von Kopenhagen nach Kiel herüberkam, um ſeine deutſchen Beſitzungen zu ſehen, wurde er mit allgemeinem ungeheuchelten Jubel empfangen. Es waren nicht bloß amtliche Feſtlichkeiten, durch welche ſeine Anweſenheit gefeiert wurde: denn Bürger und Bauern drängten ſich auf allen Punkten, die er auf einem kurzen Ausfluge berührte, aus eigener Bewegung zuſammen,

Digitized by Google

um dem Greiſe ihre Hochachtung zu bezeugen, in dem ſie eben ſo ſehr den edeln hochherzigen Menſchen, als den durch das Geſchick hart geprüften, um das Wohl ſeiner Unterthanen väterlich beſorgten Fürſten ehrten. Dieſe Reiſe war die letzte, die König Friedrich VI. machte. Am 3. December verſchied er, im zwei und ſiebenzigſten Jahre ſeines Alters und im zwei und dreißigſten ſeiner Regierung, ohne Krankheit, in Folge der allmäligen Abnahme der Kräfte, die dem Leben des Menſchen ein Ziel ſetzt, ſobald ſein von der Natur ihm verliehenes Maß erfüllt iſt.

Die nächſten Stammverwandten der Dänen, nach den Norwegern, die ihnen noch näher ſtehen, da ſie dieſelbe Schriftſprache haben, ſind die Schweden, deren Sprache nur mundartlich von der däniſchen verſchieden iſt; nur ein ſchmaler Meeresarm trennt Schweden von Dänemark; hundert und fünf und zwanzig Jahre waren beide Länder unter gemeinſchaftlichen Regenten vereint; und dennoch iſt die Geſchichte derſelben ſo weit von einander verſchieden, als hätte niemals die geringſte Gemeinſchaft unter ihnen Statt gefunden. Während Dänemark ſeit jener Revolution von 1660, welche die erſt nach dem Ausgange des Mittelalters zur höchſten Stufe der Ausbildung gelangte Adelsherrſchaft ſtürzte, unter der unbeſchränkten Königsgewalt die tiefſte innere Ruhe bewahrte und die weſentlichſten Vortheile der Freiheit ohne ihre Gefahren genoß, iſt Schweden unter einer ſtändiſchen Verfaſſung, die in ihren Grundlagen noch aus dem vierzehnten Jahrhunderte herrührt, beinahe bis in die neueſte Zeit beſtändig in einem Zuſtande der Gährung begriffen geweſen, der erſt ſeit nicht viel länger als einem Menſchenalter unter einem aus der Fremde berufenen neuen Regentenhauſe einer Befriedigung gewichen iſt, welche dem Lande endlich geſtattet, ſeine reichen bisher beinahe völlig vernachläſſigten innern Hülfsmittel zu entwickeln. Seit dem Bündniſſe, welches zur Zeit des dreißigjährigen Krieges zwiſchen Schweden und Frankreich beſtand, waren die Schweden immer gewohnt, in den Franzoſen ihre natürlichen Verbündeten zu ſehen. Wie Frankreich den Schweden durch den Frieden von Münſter den Erwerb des deutſchen Elſaſſes, ſo verdankt dreißig Jahre ſpäter durch den Frieden von Nimwegen Schweden den Franzoſen den Wiedererwerb des bereits verlorenen Pommerns. Unter dem erbärmlichen ſtändiſchen Reichsrathsregimente, welches nach dem Tode Karls XII. bis zu der Revolution von 1773 länger als fünfzig Jahre Schweden beherrſchte, war der franzöſiſche Geſandte zu Stockholm der eigentliche Gebieter Schwedens, da die franzöſiſchen Louisd'or und die „Hüte", welche die

von Frankreich bezahlte Adelspartei trug, auf den Reichstagen immer den engliſchen Guineen und den ruſſiſchen Rubels der „Mützen“ den Rang abliefen *). Die Ueberlieferungen jener goldenen, obwohl für Schweden ſchmachvollen Zeit leiteten Ankarſtröm's Arm, als er das Blut des edelſten und ausgezeichnetſten Regenten vergoß, den ſein Vaterland ſeit dem Tode Guſtav Adolfs gehabt hatte. Dieſe Erinnerungen riefen die ehrloſe Meuterei hervor, welche am 24. März des Jahres 1809 den freilich unfähigen Guſtav IV. vom Throne ſtürzte und ſtatt ſeiner ſeinen eben ſo unfähigen Oheim, den ehrgeizigen kläglichen Herzog von Südermanland erhob. So gut franzöſiſch geſinnt waren noch die Enkel der Hüte, daß ſie bei der Kinderloſigkeit Karl's XIII. den Blick nach Frankreich wandten und den Beſchluß faßten, ſich von den Ufern der Seine aus der Zahl der durch ihren Ruhm geadelten Feldherren, die den Thron des neuen galliſchen Cäſars umſtanden, den Stifter eines neuen Regentenſtammes für das verwaiſte Reich der Waſa zu holen. Daß die Wahl vor ſo vielen andern ruhmgekrönten Helden auf Jean Baptiſte Bernadotte, Prinzen von Pontecorvo, fiel, war nicht bloß eine Folge der Dankbarkeit, zu der dieſer durch ſein mildes ritterliches Benehmen die ſchwediſchen Offiziere verpflichtet hatte, die bei dem Sturme von Lübeck in franzöſiſche Gefangenſchaft gefallen waren. Das Jahr darauf war Bernadotte der Führer der franzöſiſchen Schaaren geweſen, die nach dem Brande von Kopenhagen der verheerten däniſchen Hauptſtadt zu Hülfe eilten. Die Leutſeligkeit und Freundlichkeit, mit der er die gebeugten Bürger wieder aufrichtete, die unter den Trümmern ihrer Häuſer verzweifelnd umherirrten, hatte ihm alle Herzen gewonnen; und der Ruf ſeiner menſchlichen Milde hatte ſich auch in Schweden bei allen Ständen verbreitet. Auch war es wohl bekannt, daß der Marſchall Bernadotte ſelbſt Napoleon gegenüber ſeine republikaniſchen Geſinnungen niemals verleugnet hatte, und der ſchwediſche Adel vertraute darauf, daß er von einem ſolchen Fürſten gewiſſenhaftere Achtung ſeiner ſtändiſchen Freiheiten zu erwarten habe, als von jedem andern. Der Schwede iſt unter allen deutſchen Stämmen jener, der am meiſten durch die äußere Erſcheinung beſtochen wird. Die hohe Geſtalt, die kriegeriſche Haltung, verbunden mit einer nicht angelernten Würde des von Karl XIII. an Sohnesſtatt angenommenen

*) Hüte und Mützen nannten ſich von ihren äußerlichen Unterſcheidungszeichen die beiden Adelsparteien, die einander mit der bitterſten Feindſeligkeit bekämpften, während ſie beide auf gleiche Weiſe das Vaterland den Fremden verkauften.

Digitized by Google

Thronfolgers trug nicht wenig dazu bei, der Wahl des Reichstages den Beifall alles Volkes zu ſichern. Bedenklich wurden die Schweden allerdings, als Karl Johann, der bereits als Kronprinz die Leitung aller Regierungsgeſchäfte übernommen hatte, bei dem Ausbruche des franzöſiſch-ruſſiſchen Krieges im Jahre 1812, die Gelegenheit verſäumte, das verlorene Finland wieder zu gewinnen; und noch ſeltſamer erſchien es ihnen, als ſie im folgenden Jahre im Bunde mit den verhaßten Ruſſen die Waffen gegen Frankreich ergreifen mußten. Wenn dieſe Politik ihnen aber auch nicht als eine recht ſchwediſche erſchien, ſo verſöhnten ſie ſich mit derſelben doch, als ſie erfuhren, daß der Erwerb von Norwegen der Preis war, um den Rußland und England den Beitritt des Kronprinzen zu dem widernatürlichen Bündniſſe erkauft hatten. Karl Johann war ganz der Fürſt, deſſen das mit ſeinen Neigungen mehr auf den Schein als auf das Weſen gerichtete Volk der Schweden bedurfte. Ohne den tieferen Blick des Staatsmannes beſaß er jenes einfache geſunde Urtheil, welches ihn in den Dingen, die ihm zunächſt vor Augen lagen, leicht unterſcheiden ließ, worauf es hauptſächlich ankam. Er begriff ſchnell, daß die vornehmſte Urſache des Verfalls, in dem er Schweden fand, die Vernachläſſigung war, die ſowohl der Landbau, als der Handel und Gewerbfleiß unter den früheren Regierungen erfahren hatten, welche ihre ganze Sorge ausſchließend auf das Kriegsweſen richteten. War es doch durch die Verwahrloſung aller landwirthſchaftlichen Intereſſen dahin gekommen, daß ein Land, welches einſt ganz mit Hochwald bedeckt war, jetzt ſogar an Bauholz und Brennholz Mangel litt. Das Eiſen, das vortrefflichſte der Welt, welches die Bergwerke beinahe in jeder beliebigen Maſſe liefern, ging roh nach England und kam von dort verarbeitet zurück. Der auswärtige Handel, dem im Mittelalter alle ſchwediſche Städte ihre Entſtehung verdankten, wurde durch fremde Schiffe betrieben; und der Binnenhandel war noch in ſeiner Kindheit, weil weder Land- noch Waſſerſtraßen vorhanden waren, auf denen kaufmänniſche Güter verführt werden konnten. Allen dieſen Uebelſtänden auf einmal abzuhelfen, war unmöglich; aber Bernadotte that mehr, als einer ſeiner Vorgänger aus dem alten einheimiſchen Fürſtenhauſe gethan hatte; und er ſorgte dafür, daß Alles, was er that oder veranlaßte, in das glänzendſte Licht geſtellt und der Welt als ſein Werk bekannt wurde. Der Göthacanal, der im Jahre 1832 vollendet wurde und der, quer durch ganz Schweden, eine hundert und fünfzig Meilen lange Waſſerverbindung zwiſchen dem Wener- und Mälarſee und dadurch zwiſchen

Digitized by Google

der Nordſee und Oſtſee eröffnete, war jedoch eine Unternehmung, die keiner wortreichen Anpreiſung bedurfte, um der ſchwediſchen Nation keinen Zweifel darüber zu laſſen, daß die Regierung Karl Johann's von einem andern Geiſte beſeelt war, als jene des träumeriſchen Karl's XIII. oder des überſpannten thörichten Guſtav des Vierten.

Bernadotte hatte noch nicht lange auf ſchwediſchem Boden geweilt, als er begriff, daß die Verfaſſung des Landes, wie große Macht ſie auch in die Hände der Reichsſtände legte, doch nur mit einiger Geſchicklichkeit gehandhabt zu werden brauchte, um die königliche Gewalt viel weniger zu beſchränken, als es die Abſicht der Geſetzgeber geweſen war. An der ſchwediſchen Verfaſſung iſt im Verlaufe der Jahrhunderte ſo viel herumgeflickt und verbeſſert worden, daß die urſprünglichen einfachen Grundlagen unter dem künſtlichen Machwerke, das ſie überdeckt, kaum zu erkennen ſind. In vier Stände zerfällt ſeit jenen Tagen des Mittelalters, in denen zuerſt die katholiſche Geiſtlichkeit, darauf der begüterte Adel zur Macht gelangte, und zuletzt auch der handeltreibende Bürgerſtand in den Städten an der Küſte, ſich aus der Maſſe des biedern kraftvollen Bauernvolkes emporarbeitete, die ſchwediſche Nation: in Geiſtlichkeit, Adel, Bürgerſtand und Bauernſtand, und dieſe vier Stände haben nach der Verfaſſung den Beruf und die Befugniß, Regierung bei der Geſetzgebung zu berathen und die Steuern zu bewilligen, deren ſie zu der Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten bedarf. Dieſe vier Stände treten in getrennten Verſammlungen zuſammen, deren jede für ſich ihre Berathungen hält und Beſchlüſſe faßt; und da jeder der vier Stände von dem andern durchaus verſchiedene Intereſſen wahrzunehmen hat, ſo iſt die natürliche Folge, daß ſie in ihren Beſchlüſſen beinahe niemals übereinſtimmen, ſo daß von vier Rädern am Staatswagen jedes nach einer andern Seite fahlen würde, wenn nicht eine Vorkehrung getroffen wäre, um ſie zuſammen zu halten, und in einer gemeinſchaftlichen Richtung zu treiben. Das zunächſt ſich darbietende Mittel wäre geweſen, die Stände zu einer Verſammlung zu vereinigen, um durch gemeinſchaftliche Berathung eine Ausgleichung der unter ihnen obwaltenden Meinungsverſchiedenheiten zu bewirken. Aber dieſes Mittel war, abgeſehen von allen andern Gründen, ſchon deshalb unanwendbar, weil bei einer Abſtimmung, die nicht nach Ständen, ſondern nach Köpfen erfolgt wäre, der Adel allein die drei übrigen Stände zuſammengenommen überſtimmt hätte. Im Ritterſtande haben nämlich die Häupter ſämmtlicher in Schweden beſtehender Adelsgeſchlechter,

an Zahl, das Recht, perſönlich zu erſcheinen; und wenn auch die Koſten, die mit einem längeren Aufenthalte in der Hauptſtadt verbunden ſind, fünf Sechstheile von ihnen entfernt halten, da die Reichstagsmitglieder in Schweden ſo wenig, wie die Mitglieder des Parlements in England oder der Kammern in Frankreich für ihren Aufwand aus der Staatskaſſe entſchädigt werden, ſo iſt doch die Zahl der wirklich erſcheinenden vier bis fünfhundert immer noch groß genug, um ihnen ein entſchiedenes Uebergewicht über die Zahl ſämmtlicher übriger Reichstagsglieder zu ſichern. Denn der Prieſterſtand, der durch die lutheriſchen Biſchöfe und durch die von den Pfarrern der verſchiedenen Sprengel gewählten Bevollmächtigten vertreten wird, zählt, wenn derſelbe vollzählig verſammelt iſt, nicht mehr als ſiebenzig Mitglieder. Von den Abgeordneten der Städte, die in ihrer Geſammtzahl 108 betragen, kommen gewöhnlich nur vierzig oder funfzig, meiſtentheils von dem Könige ernannte Bürgermeiſter oder andere Angeſtellte und Betitelte. Der Bauernſtand, aus den Abgeordneten der ſteuerfreien oder ſteuerpflichtigen ſogenannten Hufengutsbeſitzer zuſammengeſetzt, erſcheint nach dem Adel am zahlreichſten; doch iſt auch von ihm kein Beiſpiel bekannt, daß von ſeiner Geſammtzahl, die ſich auf 250 belaufen würde, mehr als die Hälfte gegenwärtig geweſen wäre. Da unter ſolchen Umſtänden eine Durchzählung mit einer ausſchließenden Uebertragung der Gewalt an den Adel, wie derſelbe ſie früher lange genug geübt hat, gleichbedeutend geweſen wäre, ſo hat man ein ungemein kunſtreiches Verfahren erſonnen, um dennoch die zu einer wirkſamen Beſchlußnahme unumgänglich erforderliche Uebereinſtimmung zu Wege zu bringen. Zuvörderſt hat man dafür Sorge getragen, den Geſchäftsgang ſo ſchleppend als möglich zu machen, um den Berathungen einen Charakter der Beſonnenheit und Bedachtſamkeit zu geben, der allerdings, wenn überhaupt eine Verſtändigung möglich iſt, dieſe ſehr erleichtern muß. Unmittelbar nach der Eröffnung des Reichstages werden durch Wahlen einer gleich großen Anzahl von Mitgliedern aus jedem Stande ſechs verſchiedene Ausſchüſſe gebildet, welche die Gegenſtände, die zur Berathung kommen ſollen, vorher erwägen und beſchlußreif machen. Die Anträge der Ausſchüſſe, die den vier Ständen vorgelegt werden, dürfen in dieſen zuerſt nur vorläufig beſprochen werden, ohne daß es geſtattet wäre, Abänderungen in Vorſchlag zu bringen; ſie kehren vielmehr nach der Beſprechung unverändert in den Ausſchuß zurück, der ſie einer nochmaligen Prüfung und Erwägung unterwirft, und in der Geſtalt, die ſie nun erhalten, nochmals den

Digitized by Google

Ständen vorlegt. Erſt jetzt dürfen in den vollen Verſammlungen der Stände Abänderungen beantragt werden. Sofern ein Stand den Vorſchlägen des Ausſchuſſes ſeine Zuſtimmung verweigert, ſo ernennt dieſer Deputirte, welche die Vorſchläge in der Verſammlung des Standes vertheidigen. Beharrt der Stand auch dann auf ſeiner Meinung, ſo kommt es darauf an, was die übrigen Stände ſagen; was in ſolchem Falle drei derſelben beſchließen, muß auch der vierte als Reichstagsbeſchluß anerkennen. Noch weitläuftiger iſt das Verfahren, wenn die Meinungen unter den Ständen gleich getheilt ſind, ſo daß zwei Stände gegen zwei ſtehen. Dann wird der Ausſchuß durch eine Anzahl neuer Mitglieder aus jedem Stande vermehrt, Eines ſcheidet aus, damit in der Ausſchußverſammlung keine Stimmengleichheit eintreten kann, und es wird jetzt nach Köpfen bloß über Ja oder Nein geſtimmt. Die Meinung der Mehrzahl gilt als Reichstagsbeſchluß. Daſſelbe Verfahren wird beobachtet, ſobald es ſich um Geldbewilligungen oder Verfaſſungsveränderungen handelt, wenn auch nur ein einzelner Stand dagegen iſt. Die unvermeidliche Folge aller dieſer Weitläuftigkeiten iſt, daß auf den Reichstagen in der Regel ſo viel als Nichts zu Stande gebracht wird. Es wird unermeßlich viel geſprochen, es werden Ränke geſponnen, und darüber vergehen die vier Monate, welche als die gewöhnliche Dauer des Reichstages beſtimmt ſind, ohne daß man ſich über eine einzige Frage von erheblicher Bedeutung geeinigt hätte. Durch die Abſtimmung nach Köpfen in den verſtärkten Ausſchüſſen iſt neuerer Zeit wenigſtens die Möglichkeit einer Beſchlußfaſſung gegeben. Dieſe Abſtimmungsweiſe einzuführen hat man ſich aber erſt im Jahre 1823 entſchloſſen. Bis dahin wurde auch in den Ausſchüſſen nur nach Ständen geſtimmt, was natürlich zur Folge hatte, daß bei Meinungsverſchiedenheiten, welche die Stände theilten, ſich die Ausſchüſſe eben ſo wenig über einen Beſchluß vereinigen konnten, wie die vollen Ständeverſammlungen.

Mit gleicher Vorſicht, wie dafür geſorgt war, daß der Reichstag weder Böſes noch Gutes thun konnte, hatte man dafür zu ſorgen gedacht, daß auch die Regierung weder Gutes noch Böſes thun könne. Es war zwar im Allgemeinen ausgeſprochen, daß der König als ſouverainer Herr regiere; aber die Miniſter, die er ernannte, waren dem Reichstage verantwortlich gemacht. Und da man hierin keine genügende Sicherheit fand, war dem Könige ein gleichfalls von ihm ernannter Staatsrath an die Seite geſetzt, deſſen Gutachten über alle wichtigen Angelegenheiten gehört werden mußte, und der dem Reichstage beſonders dafür verantwortlich war, daß von der Regierung nichts unter-

Digitized by Google

nommen wurde, was der Verfaſſung oder den Geſetzen zuwider ſey. Um dem Reichstage jeder Zeit Rede ſtehen zu können, mußte der Staatsrath über alle ſeine Verhandlungen die genaueſten Protokolle aufnehmen. Um die Verantwortlichkeit der höchſten Behörden aber nicht bloß in dem Buchſtaben der Verfaſſung — der ſogenannten „Regierungsform", die auf dem Reichstage von 1809 angenommen war — beſtehen zu laſſen, ſondern ihr wirkſame Kraft zu geben, wurde ein beſonderer ſtändiſcher Rechtsſachwalter, der Ombudsman, ernannt, der verpflichtet war, auch in der Zwiſchenzeit zwiſchen den Reichstagen auf die ſtrengſte Beobachtung der Verfaſſung und der Geſetze zu achten, dem es freiſtand, den Sitzungen der verſchiedenen Collegien beizuwohnen und dem auf ſein Verlangen alle Acten und Protocolle der Behörden vorgelegt werden mußten. Bei dem Zuſammentreten des Reichstages wurde dann, ſo oft eine Veranlaſſung zur Klage gegeben war, ein oberſtes Reichsgericht gebildet, vor dem der Ombudsman die Klage anbringen mußte, und das über Schuld oder Unſchuld der Angeklagten zu entſcheiden hatte. Alle dieſe Einrichtungen hätten, wenn ſie ihrer vollen Strenge nach in Kraft getreten wären, die Regierung ſo einengen müſſen, daß ihr nicht allein jede Ueberſchreitung der Geſetze, ſondern jede freie Bewegung unmöglich geworden wäre. Dennoch übte in der That Karl Johann eine nicht viel weniger eingeſchränkte Gewalt, als wenn alle Verclauſulirungen der Verfaſſung gar nicht vorhanden geweſen wären. Der König war unverantwortlich, und ſeine Rathgeber galten als hinreichend entſchuldigt, wenn ſie aus den Protocollen nachweiſen konnten, daß ſie gegen Maßregeln, die ihnen mit den Geſetzen nicht übereinſtimmend erſchienen, ſich verwahrt hatten. Der Fall, daß ſie dann doch von ihnen ſelbſt als geſetzwidrig erkannte Befehle vollzögen, war nicht vorhergeſehen, und es konnte ihnen daher daraus nach dem Buchſtaben der Verfaſſung kein Verbrechen gemacht werden. Selbſt in Bezug auf die zu der Führung der Regierung erforderlichen Geldmittel war der König nur inſofern an die ſtändiſche Bewilligung gebunden, als er keine neue Steuern ausſchreiben konnte, die nicht von den Ständen bewilligt waren. Wenn der Reichstag auseinanderging, ohne daß es über die Voranſchläge der Regierung zu einem Beſchluſſe gekommen war, ſo wurden in der Zwiſchenzeit bis zu dem nächſten Reichstage die einmal bewilligten Steuern forterhoben. Die Steuern waren aber bereits unter den früheren Regierungen zu einer ſolchen Höhe hinaufgetrieben, daß von einer Steigerung derſelben mit oder ohne ſtändiſche Bewilligung kaum die Rede ſeyn konnte, wenn

man nicht etwa die ſteuerfreien Güter des Adels heranziehen wollte, was ſo leicht keine Regierung wagen durfte.

Wie weit der Spielraum reichte, welcher bei allen Beſchränkungen der Verfaſſung der Regierung blieb, zeigte ſich am unzweideutigſten in den Verhältniſſen der Preſſe. Eine der Grundbeſtimmungen der „Regierungsform" war die Preßfreiheit. Ueber alle Vergehen, welche von der Preſſe begangen wurden, hatten die ordentlichen Gerichte zu entſcheiden. Im Jahre 1812 war aber dem Könige die Vollmacht ertheilt worden, alle Zeitſchriften ohne Weiteres zu unterdrücken, deren Inhalt ihm aus irgend einem Grunde gefährlich ſchien; und von dieſer Vollmacht wurde in einer Ausdehnung Gebrauch gemacht, welche in ihrer Wirkung von einer völligen Aufhebung der Preßfreiheit ſchwer zu unterſcheiden war. So wie ein Tagblatt aufkam, welches durch freimüthige Aeußerungen den geringſten Anſtoß gab, wurde es ſofort unterdrückt; und wenn es auch dem Herausgeber freiſtand, an die Stelle der verbotenen Zeitſchrift eine andere treten zu laſſen, welche ſich von jener vielleicht nur durch einen kleinen Zuſatz bei dem Titel unterſchied, wie denn nach der erſten Unterdrückung des „Argus" ſogleich ein „neuer Argus" und nach deſſen Unterdrückung ein „zweiter" und „dritter neuer Argus" erſchien, ſo konnte doch unter ſolchen Verhältniſſen die Preſſe unmöglich zu einer höhern Entwickelung gelangen. Die ſchwediſchen Journale blieben ungeachtet aller Verſuche des Widerſtandes die farbloſeſten und geiſtloſeſten, die im ganzen Norden von Europa erſchienen. Mit gleicher Aengſtlichkeit, wie die einheimiſche, wurde auch die auswärtige Preſſe bewacht, damit ſich ja nicht eine freie Meinungsäußerung in Schweden einſchleichen könne. Lange Zeit war von deutſchen Zeitungen, die bei der beinahe allgemeinen Verbreitung der Kenntniß deutſcher Sprache und Literatur unter den gebildeten Ständen auf den weiteſten Leſerkreis hätten rechnen können, nur der Hamburger Correſpondent zugelaſſen; und der Hamburger Correſpondent ſtand im Solde der ſchwediſchen Regierung*).

Daß eine ſo planmäßige Unterdrückung der Meinung von einem Fürſten ausging, der auch auf dem Throne ſeine frühere republikaniſche

---

*) Daran kann für Niemand, der den Hamburger Correſpondenten noch in den dreißiger Jahren geleſen hat, ein Zweifel ſeyn. Bei der Anklage gegen den Miniſter Wetterſtedt behauptete der C. z. B., dergleichen habe in Schweden nicht viel zu bedeuten, da man dort ſchon daran gewöhnt ſey, alljährlich einen Miniſter in Anklagezuſtand verſetzt zu ſehen! Alljährlich, während der Reichstag nur alle fünf Jahre zuſammentrat!

Digitized by Google

Laufbahn keineswegs vergeſſen hatte, würde unbegreiflich erſcheinen, wenn die Stellung, die Karl Johann von Anfang in Schweden einnahm, ihm nicht einen Zwang aufgelegt hätte, der ſein ganzes politiſches Syſtem beſtimmte. Er hatte die ſchwediſche Geſchichte zu dem Gegenſtande eines eifrigen Studiums gemacht, und die eindringlichſte Lehre, die ihm aus derſelben entgegentrat, war, daß der ſchwediſche Adel es immer in ſeiner Macht gehabt hatte, die Geſchicke des Landes zu beherrſchen. Er betrachtete es deshalb als eine unerläßliche Bedingung für die Dauer ſeiner eigenen Regierung, wie für die Dauer ſeiner Dynaſtie, ſich mit dem Adel in ein gutes Vernehmen zu ſetzen. Er war, als er zur Thronfolge in Schweden berufen wurde, der ſchwediſchen Sprache völlig unkundig, und zu bejahrt, um ſich dieſelbe noch anzueignen. Er lernte deshalb die Zuſtände des Landes nur durch die Darſtellungen kennen, die ihm ſeine ausſchließlich aus den Häuptern der vornehmſten Adelsgeſchlechter zuſammengeſetzte Umgebung gab. Er hatte kein Mittel, ſich von den Geſinnungen der Maſſe des Volkes zu unterrichten; und wenn dieſe in der Preſſe einen Ausdruck fanden, ſo glaubte er den Verſicherungen ſeiner adlichen Rathgeber, daß nur einzelne unruhige Köpfe als Tadler aufträten, deren Unzufriedenheit durch perſönliche Beweggründe veranlaßt ſey. In dieſer Anſicht mußte ihn beſtärken, daß er ſich ſelbſt bewußt war, nach Kräften für die öffentliche Wohlfahrt zu ſorgen. Er hatte die Finanzen in der heilloſeſten Zerrüttung gefunden, und es war ihm gelungen, dieſelben nach der Herſtellung des allgemeinen Friedens in ſo gute Ordnung zu bringen, daß von Jahr zu Jahr ein Theil der aus dem unglücklichen Kriege von 1809 herrührenden Staatsſchuld abgetragen werden konnte, während ungleich bedeutendere Summen, als zu irgend einer früheren Zeit, auf Canalbauten, Landſtraßen und andere Werke des öffentlichen Nutzens verwandt wurden. Dabei vergaß er nur, daß die trefflichſte Ordnung in den Einnahmen und Ausgaben des Staates dem Volke nicht genügen konnte, wenn daſſelbe keine Erleichterung in den Laſten fühlte, von denen es zu Boden gedrückt wurde. Die Berufung Bernadotte's war zwar zuerſt durch den Adelſtand angeregt worden, der durch ſeine Ueberlieferungen aus der Zeit der Hüte und Mützen geleitet wurde. Der Prieſterſtand folgte in ſeiner Beiſtimmung ungewöhnlich nur dem Vorgange der regierenden Herren; aber der Bürger- und Bauernſtand, der die Thronveränderung nur geduldet hatte, weil die Unfähigkeit Guſtav's IV. aller Welt klar vor Augen lag, ließ ſich hauptſächlich durch den Ruf beſtimmen, der über die republikaniſchen

Geſinnungen Bernadotte's auch im Norden verbreitet war. So lange Bernadotte als Kronprinz im Namen Karls XIII. regierte, ſah man ihm nach, daß er keine große Veränderungen in dem hergebrachten Gange der Verwaltung bewirkte, weil man den Rückſichten Rechnung trug, die er, wie man vorausſetzte, auf die Meinung des alten Königs nehmen mußte. Als er jedoch nach dem Tode Karls XIII., am 5. Februar 1818, ſelbſt auf den Thron ſtieg, war die Erwartung allgemein daß jetzt die bis dahin vertagten Verbeſſerungen nicht ausbleiben würden. Auf dem Reichstage von 1818 herrſchte deshalb eine ſeltene Einmüthigkeit; wenig Beſchwerden wurden laut, obwohl es an Veranlaſſungen zu denſelben nicht gefehlt hätte; alle Forderungen der Regierung wurden ohne Anſtand bewilligt; und König Karl Johann konnte in ſeiner Schlußrede ſagen: „Während dieſer Sitzungen hat das Volk und haben ſeine Vertreter einen großen öffentlichen Geiſt gezeigt und ich habe das Vergnügen zu ſehen, wie Ihr bei Eurer Trennung überzeugt ſeyd, daß eine Nation, welche ihren politiſchen Beſtand neben einem wohlerworbenen Ruhme Geſetzen verdankt, die ihr Urſprung in der wahren Legitimität der Volksrechte heiligt, denſelben nur mit der Ehre oder mit dem Aufhören ihres volksthümlichen Daſeyns entſagen kann.“ Als jedoch nach dem Verlaufe der verfaſſungsmäßigen Friſt von fünf Jahren der Reichstag im Jahre 1823 wieder zuſammenkam, ſprach ſich bereits eine ſehr verſchiedene Stimmung aus. Der vornehmſte Wortführer des Bauernſtandes Anders Danielſon von Wädtle im Elfsborglehen ſprach bei der herkömmlichen Begrüßung der übrigen Stände ſchwer gewichtige Worte. „Wir trennten uns,“ ſagte er, „mit großen Hoffnungen, und jetzt verſammeln wir uns wieder mit leider ſehr verſchiedenen Gefühlen. Die allgemeine Noth iſt geſtiegen und droht noch höher zu ſteigen. Mit ſolchen Worten einen Reichstag zu beginnen, iſt freilich nicht angenehm, aber noch viel trauriger wäre es, ihn zu ſchließen, ohne daß der Klageruf der Noth einige Wirkung gehabt hätte. Tiefe Einſichten in die Finanzen laſſen ſich von unſerm Stande nicht erwarten; aber ſoviel wiſſen wir ohne gelehrte Forſchungen, daß alle Finanzkünſte nichts helfen, wenn ungemeſſene Beſchatzungen vom Volke erpreßt und ſo alle Quellen des Wohlſtandes bis auf den Grund erſchöpft werden. Unſer Staat, das wiſſen wir auch, muß mit Einſchränkungen beſtehen können, welche große Verminderungen der Steuern geſtatten. Dazu iſt vor Allem nöthig, daß das Heer verringert, der ſoldatiſche Prunk beſeitigt, die Beamtenmaſſe auf eine geringere Zahl gebracht, Gewerbefreiheit ge-

Digitized by Google

währt und eine gleichmäßige Vertheilung der Steuern eingeleitet werde.“ Im Ritterſtande wurde von dem Obriſtlieutenant Hjerta der Antrag geſtellt, einen beſondern Ausſchuß niederzuſetzen, der die Urſachen der herrſchenden Noth unterſuchen und Mittel zur Abhülfe finden ſollte. Zwei Stände, der Adel und der Bauernſtand nahmen den Antrag an, während die beiden andern ſich dagegen erklärten; derſelbe gelangte daher an den verſtärkten Verfaſſungsausſchuß, der ihn durch Stimmenmehrheit ablehnte. Ein ähnliches Schickſal erfuhren, weil die Stände ſich untereinander nicht verſtändigen konnten, die meiſten andern Anträge, welche auf Abſtellung von Beſchwerden und auf Verbeſſerungen gerichtet waren. Nur die Aufhebung des im Jahre 1817 eingeführten Luxusgeſetzes, durch welches Wein, Taback, Seidenſtoffe und andere für entbehrlich geachteten Gegenſtände mit ungeheuern, einem Verbot gleichkommenden Eingangsſteuern belaſtet waren, wurde durchgeſetzt, weil die Regierung ſelbſt nichts dagegen hatte, da ſich von einer Herabſetzung dieſer Steuern nur eine Vermehrung ihrer Einnahmen erwarten ließ. Ein Antrag, ſämmtliche Miniſter und Staatsräthe wegen verfaſſungswidriger Ueberſchreitung der Regierungsgewalt in Anklagezuſtand zu verſetzen, wurde zurückgewieſen und nur gegen den Staatsſecretair des Kriegsweſens von Quidding aufrecht gehalten, der ſich offenbare Willkürlichkeiten erlaubt hatte, jedoch von dem Reichsgerichte freigeſprochen wurde. Wie allgemein im Bauernſtande die Stimmung war, die Anders Danielſon am kräftigſten vertreten hatte, gab ſich bei der Einberufung des nächſten Reichstages zu Ende des Jahres 1828 kund, indem der wackere Mann von nicht weniger als 21 verſchiedenen Bezirken gewählt wurde. Der Bauernſtand wurde jedoch von den übrigen Ständen im Stiche gelaſſen, wie ſich ſchon unmittelbar nach der Eröffnung des Reichstages bei der Bildung der Ausſchüſſe zeigte, die beinahe ausſchließend aus entſchiedenen Anhängern der Regierung zuſammengeſetzt waren, wodurch es von vorn herein unmöglich wurde, mit Vorſchlägen irgend einer Art, die derſelben mißfällig waren, durchzubringen. Wie richtig der Bauernſtand ungeachtet ſeines Mangels an gelehrter Bildung die Lage der Dinge beurtheilte, ging aus dem von ihm angenommenen aber freilich von den übrigen Ständen verworfenen Antrage hervor, daß in Zukunft Niemand mehr zum Landeshauptmann oder Bezirksſtatthalter ernannt werden ſolle, der nicht das juriſtiſche Examen gemacht habe; denn das war die wahre Quelle der meiſten Uebelſtände, an denen Schweden litt, daß alle höhere Beamtenſtellen ausſchließlich vom Adel beſetzt wurden, deſſen Söhne weder wiſſen-

Digitized by Google

ſchaftliche Kenntniſſe noch irgend einen anderen Anſpruch zu beſitzen brauchten, außer jenem, den ihnen der Name eines alten vornehmen Geſchlechtes lieh. Nach dem Schluſſe des Reichstages blieb die Verwaltung in ihrem gewohnten Gleiſe; in der allgemeinen Stimmung des Volkes bereitete ſich aber eine Veränderung vor, die ſeltſam genug von der Regierung völlig unbeachtet blieb, obwohl es an Anzeigen nicht fehlte, die jeden Verſtändigen über den Stand der Dinge aufklären mußten, der nicht abſichtlich ſeine Augen verſchloß. Die große Erſchütterung der Julirevolution hatte ihre letzten Schwingungen bis nach der ſcandinaviſchen Halbinſel ausgebreitet; viel mächtiger aber als das Beiſpiel der ſiegreichen Volkserhebung an den Ufern der Seine wirkte das näher liegende der ruhig fortſchreitenden Entwickelung des mit Schweden unter demſelben Scepter vereinten Schweſterreiches Norwegen. Während in Schweden der allgemeine Wohlſtand ſich nur langſam und für die Maſſe des Volkes kaum merklich erhob, machte derſelbe in Norwegen ſo raſche Fortſchritte, daß der Unterſchied den nächſten Nachbarn unmöglich verborgen bleiben konnte, und über die Urſache konnte auch der Kurzſichtigſte nicht in Zweifel ſeyn. In Norwegen gab das Volk ſich ſelbſt die Geſetze, nach denen es regiert ſeyn wollte; kein Stand wurde zu Gunſten des andern ausgebeutet, wogegen in Schweden die alten Geſetze aufrecht gehalten wurden, die das Adelsregiment dem Lande aufgelegt hatte, und ungeachtet der gleichmäßigen Vertretung aller Stände eine Anzahl begüterter Adelsgeſchlechter auf Koſten des Ganzen ſich bereicherte. Die Meinung gewann daher von Jahr zu Jahr mehr Boden, daß Schweden nicht anders geholfen werden könne, als indem es entweder gerade zu die norwegiſche Verfaſſung annähme oder wenigſtens die ſeinige einer Umgeſtaltung unterwürfe, welche dieſelbe jener ſo nahe als möglich brächte. Und dieſe Anſicht fand nicht bloß unter dem Bauern- und Bürgerſtande immer allgemeineren Eingang, ſondern ſie gewann ſelbſt unter dem Adel Freunde. Denn bei der übergroßen Zahl der adlichen Familien war es unmöglich alle Anſprüche zu befriedigen. Wie in der alten Zeit der Hüte und Mützen bildeten ſich daher auch jetzt im Adel zwei Parteien, von denen die eine darauf ausging, die andere zu ſtürzen, und dabei keinen Anſtand nahm, ſich jedes Mittels zu bedienen, von dem ſie hoffen konnte, daß es zum Ziele führen würde. Der Reichstag, der zu Ende des Januars 1834 zuſammentrat, mußte unter dieſen Umſtänden ſtürmiſcher werden, als irgend einer der vorhergegangenen. Der Verfaſſungsausſchuß, der die Protocolle des Staatsrathes aus der fünfjährigen Zeit

Digitized by Google

ſeit dem letzten Reichstage zu prüfen hatte, um ſich zu überzeugen, daß inzwiſchen keine Verletzungen der Verfaſſung vorgekommen waren, verſetzte den ganzen Staatsrath in Anklagezuſtand. Zwar wußten die Mitglieder deſſelben nachzuweiſen, daß ſie alle geſetzliche Förmlichkeiten beobachtet hatten, und ſie wurden deshalb von dem Reichsgerichte freigeſprochen. Eine Anklage, die der Freiherr von Ankarſwärd im Ritterſtande gegen den Miniſter des Auswärtigen Grafen Wetterſtedt erhob, kam nicht bis in den Verfaſſungsausſchuß, weil dieſelbe bei der Mehrheit des Standes keine Unterſtützung fand; und als die Klage durch den Aſſeſſor Cruſenſtolpe aus dem Bürgerſtande wiederholt wurde, wies ſie der Ritterſtand als eine abgemachte Sache zurück, worauf auch der Verfaſſungsausſchuß ſie fallen ließ. Dagegen wurde ein Antrag des Verfaſſungsausſchuſſes, der Regierung das Recht zur willkürlichen Unterdrückung der Zeitungen zu entziehen, von allen vier Ständen angenommen. Mehrere Forderungen der Regierung, welche eine Vermehrung der Ausgaben zur Folge gehabt hätten, ein Geſetzentwurf, nach dem die Bank von Stockholm dem unmittelbaren Einfluſſe des Königs untergeordnet und dieſem dadurch eine beinahe unbeſchränkte Herrſchaft über das geſammte Geldweſen des Landes gegeben werden ſollte, ſo wie ein Plan zu dem Abſchluſſe einer auswärtigen Anleihe, wurden verworfen. Am entſchiedenſten aber ſprach der Unabhängigkeitsgeiſt, der in Schweden zu erwachen anfing, ſich in den Verhandlungen aus, welche die von allen Seiten ſich drängenden Vorſchläge zu durchgreifenden Veränderungen der Verfaſſung hervorriefen. Als die Urſache aller Mißbräuche, unter denen die Nation zu leiden habe, wurde die viertheilige Spaltung der ſtändiſchen Vertretung bezeichnet; man ging in das andere Aeußerſte über und verlangte, ohne Rückſicht auf die in allen Verhältniſſen eingewurzelten ſtändiſchen Unterſcheidungen allgemeine Volkswahlen, während von der andern Seite auch die gemäßigteſten Anſprüche in ſtarrer Unbeweglichkeit zurückgewieſen wurden. Ein beſtimmtes Ergebniß konnte aus einer ſolchen Verwirrung der Meinungen nicht hervorgehen, und König Karl Johann unterwarf in der Rede, die er am 27. Mai 1835 zum Schluſſe des über ſechzehn Monate hinaus verlängerten Reichstages hielt, die Verbeſſerungsanträge, mit denen die Stände ſich beſchäftigt hatten, einer ſcharfen Kritik. „Mehrere Entwürfe zur Veränderung unſerer ſtändiſchen Vertretung,“ ſagte er, „ſind vorgebracht worden. Wir haben vielfach wiederholen gehört, daß dieſelbe mangelhaft ſey. Sie iſt das Werk von Menſchen, und zwar von Menſchen, die eben ſo gut waren als wir; aber allerdings iſt ſie

der Verbeſſerungen fähig. Weit entfernt, mich ſolchen Anträgen zu widerſetzen, die man als nützlich anerkennen wird, ſoll die Nation mich jederzeit geneigt finden, ſie nach meiner Ueberzeugung und mit der von der Verfaſſung mir verliehenen Gewalt zu erleichtern. Alles, was ſie genehmigt, was die Nothwendigkeit erfordert, ſoll eingeführt werden; aber dieß ſoll nach den in den Grundgeſetzen vorgezeichneten Regeln und nicht nach einer Aufwallung des Augenblickes geſchehen." Wieder verfloſſen fünf lange Jahre, aber die Aufwallung des Augenblickes ging nicht vorüber. Die Räthe des Königs fielen in den gewöhnlichen Irrthum, dem Staatsmänner ausgeſetzt ſind, welche die Zuſtände eines Landes nur von dem Geſichtspunkte eines abgeſchloſſenen Kreiſes beurtheilen; ſie hielten die Bewegung, deren Daſeyn ſie ſich unmöglich verbergen konnten, für die Folge von Aufreizungen Einzelner und glaubten, indem ſie dieſe unſchädlich machten, die Bewegung ſelbſt zu beſeitigen. Noch während der Dauer des Reichstages war ein Hauptmann Lindberg wegen leidenſchaftlicher Aeußerungen über die Regierung vor Gericht geſtellt und auf den Grund eines veralteten, aber nicht aufgehobenen Geſetzes zum Tode verurtheilt worden: eine Strafe, die natürlich nicht zur Vollziehung kam, ſondern in ſtrenge gefängliche Haft verwandelt wurde. Ein ähnliches Schickſal erfuhr einige Zeit ſpäter der Aſſeſſor Cruſenſtolpe, der ſchon durch ſeine Anklage des Miniſters Wetterſtedt auf dem Reichstage ſich das Mißfallen der Regierung zugezogen hatte, und es wagte, in einer Druckſchrift ſeine Anſichten über die Mängel der Verwaltung und Verfaſſung freimüthig darzulegen. Statt der Wirkung, die man ſich von dieſen Verfolgungen verſprach, wurde gerade das Gegentheil erreicht. Die Volksmeinung ſprach ſich ſo unzweideutig aus, daß die Regierung genöthigt war, ihre Verfolgungen der Preſſe einzuſtellen und thatſächlich ſogar auf die Ausübung des Rechtes zur willkürlichen Unterdrückung der Journale zu verzichten. Die Wahlen des Bürger- und Bauernſtandes, die zu Ende des Jahres 1839 für den im nächſten Jahre bevorſtehenden Reichstag Statt fanden, fielen in ſolcher Mehrheit auf die entſchiedenſten Gegner der Regierung, daß kein außerordentlicher Scharfſinn erforderlich war, um zu ſehen, daß ſich ein Unwetter zuſammenzog, dem die geſchickteſte Steuermannskunſt Mühe haben würde zu widerſtehen. Der greiſe Karl Johann, der in ſein 76. Jahr getreten war, blieb unerſchüttert. In der Thronrede, mit der er am 25. Januar 1840 den Reichstag eröffnete, rief er den Schweden alle Verdienſte zurück, die er ſich um ihr Land erworben; er verglich den Zuſtand der Zerrüttung, in dem er

es vor dreißig Jahren gefunden, mit der Kraft und dem Wohlſtande, wozu es ſich in der Gegenwart erhoben. Er ſprach von den Denkmalen, die er Schweden bei ſeinem Tode hinterlaſſen werde. „Dieſe Denkmale," ſagte er, „ſind die Tilgung Eurer auswärtigen und des größten Theiles Eurer einheimiſchen Schuld, ein jährlicher Ueberſchuß der Bankeinnahmen von 700,000 Bankthalern, die Grabung von Canälen, die Schiffbarmachung von Strömen und Flüſſen, die Anlegung neuer Landſtraßen, die Errichtung von Feſtungen, Häfen und Dämmen, gefüllte Magazine und Zeughäuſer, ein Heer von 100,000 Mann, nicht aus Greiſen und Kindern, ſondern aus alten Soldaten und Männern beſtehend, eine Küſtenflotte von 250 Kanonenboten und die Vermehrung der großen Flotte mit Fregatten und Linienſchiffen, ein von Jahr zu Jahr fortſchreitender Landbau, ein Gewerbfleiß, der ſeine Erzeugniſſe mehr als verdoppelt hat, eine beinahe verdreifachte Zolleinnahme bei Herabſetzung der Eingangs- und Ausgangsſteuern, eine Bevölkerung, beinahe ſo ſtark, wie die von Schweden und Finland vor dem Verluſte des letzten und über ein Viertheil ſtärker, als ich ſie bei meiner Ankunft vorgefunden; und zuletzt, das erſtaunlichſte von Allem, die Vereinigung mit einem Volke, welches ſeit den Uranfängen der Geſchichte faſt immer in Feindſchaft mit Euch begriffen war." So allgemein die Rührung war, welche dieſe Worte des hochbetagten Königs hervorbrachten, ſo mußte der Eindruck derſelben doch ſehr geſchwächt, wo nicht aufgehoben werden, als er in ſeinen beſonderen Anſprachen an die einzelnen Stände den Adel an die Vorzüge erinnerte, die ihm ſeine Dienſte und uralte Sitten verliehen, und der Geiſtlichkeit die Bewahrung der Vortheile zuſicherte, die ſie genöſſe und die allerdings nichts weniger als unbedeutend waren, da ihr ſehr ungleich vertheiltes Einkommen auf 4 Millionen Reichsbankthaler geſchätzt wurde. Auch bezeichneten ſchon die erſten Schritte des Reichstages das Uebergewicht, welches die Gegner der Regierung auf demſelben beſaßen, da dieſe in ſämmtlichen Ausſchüſſen eine unzweifelhafte Mehrheit erhielten. Schon nach dem Verlaufe der erſten Monate war ein Miniſterwechſel unvermeidlich geworden; Karl Johann war, wenn er nicht in offene Feindſeligkeit gegen den Reichstag treten wollte, gezwungen, Männer in ſeinen Rath zu berufen, auf die er aus freier Wahl ſchwerlich ſein Vertrauen übertragen hätte, da ſie zwar nicht zu den entſchiedenen Widerſachern der bisherigen Regierungsweiſe, aber doch zu einer Mittelpartei gehörten, die ſich mehr auf die Seite der Gegner, als der Freunde neigte. Umſonſt unterſtützte die Mehrheit des Ritter-

ſtandes und der Geiſtlichkeit die Regierung, da bei der Einigkeit, welche unter den beiden anderen Ständen herrſchte, die wichtigſten Angelegenheiten an verſtärkte Ausſchüſſe gelangten, welche gegen die Regierung entſchieden. Daß die Umſtände eine durchgehende Umgeſtaltung der Verfaſſung unvermeidlich machten, war ſo allgemein anerkannt, daß ſelbſt im Ritter- und Prieſterſtande nur eine geringe Stimmenzahl ſich dagegen verwahrte. Der Verfaſſungsausſchuß hatte darauf angetragen, daß an die Stelle der vier Stände, wie in Norwegen eine geſetzgebende Verſammlung treten ſollte, die in zwei Abtheilungen zerfiele und nicht durch Standeswahlen, ſondern durch allgemeine Volkswahlen zu bilden wäre. Dieß erſchien aber doch nicht bloß dem Adel und der Geiſtlichkeit, ſondern auch dem Bürgerſtande als eine zu weit greifende Veränderung, und dieſe drei Stände erklärten ſich daher für eine Verfaſſung mit zwei Kammern, die durch Standeswahlen zuſammengeſetzt wären. Nur der Bauernſtand genehmigte mit einigen Milderungen den Plan des Verfaſſungsausſchuſſes, der darauf beſchloß, daß bei der Unvereinbarkeit der Anſichten in den verſchiedenen Ständen die Entſcheidung einem verſtärkten Ausſchuſſe gebühre; und der verſtärkte Ausſchuß nahm den Plan mit den vom Bauernſtande getroffenen Abänderungen an und erhob denſelben dadurch zum Reichstagsbeſchluſſe. Damit war nun freilich die Umgeſtaltung der Verfaſſung in dieſem Sinne noch keineswegs entſchieden; denn nach einer Beſtimmung der „Regierungsform“ waren alle Beſchlüſſe eines Reichstages, die in dieſer ſelbſt eine Veränderung bezweckten, nur als Vorſchläge anzuſehen, die dem nächſten Reichstage von neuem vorgelegt werden mußten und erſt durch deſſen Beſtätigung wirkſame Kraft erhielten. Aber das alte Gebäude der ſchwediſchen Verfaſſung war in ſeinen Grundlagen untergraben; und wenn es auch noch gelang, daſſelbe eine Reihe von Jahren aufrecht zu erhalten, ſo ließ ſich doch ſchon jetzt mit Beſtimmtheit vorherſagen, daß der Zeitpunkt nicht mehr ſehr weit entfernt ſeyn kann, wo daſſelbe in Trümmern zuſammenbrechen wird.

Unter allen den zahlreichen Geſetzgebungen der neueren Zeit, die nicht aus der natürlichen fortſchreitenden Entwickelung der allgemeinen Bildung und des volksthümlichen Bewußtſeyns, ſondern ohne Anknüpfung an die beſtehenden Einrichtungen und Zuſtände wenigſtens dem äußern Anſchein nach eine Schöpfung des Augenblickes aus dem zufälligen Dafürhalten einzelner Menſchen hervorgegangen ſind, hat keine andere ſich in gleichem oder auch nur in annäherndem Maße

bewährt, hat keine ſegensreichere Früchte getragen als die norwegiſche Verfaſſung vom 17. Mai 1814. Man würde ſich jedoch täuſchen, wenn man daraus ſchlöſſe, daß dieſe Verfaſſung ſich vor andern durch größere Reife des Urtheils, durch tiefere Weisheit der Gedanken und der Beſtimmungen auszeichnete. Sie leidet an nicht weniger weſentlichen Mängeln und Gebrechen, als alle die anderen zum Theil freilich wunderbaren Ausgeburten des menſchlichen Scharfſinnes, von denen die Völker im Verlaufe der letzten beiden Menſchenalter ihr Heil erwartet haben. Aber ſie hatte vor anderen auf denſelben Grundſätzen beruhenden Verfaſſungen den großen Vortheil voraus, daß ſie für ein Volk beſtimmt war, welches, einfach, unverdorben, den Sitten der Väter treu, der Freiheit würdig war und nur der Aufhebung einer ganz unnöthigen Bevormundung bedurfte, um ſich in voller männlicher Kraft zu dem beſonnenen Gebrauche uralter, ſeit Jahrhunderten ruhender, aber niemals in der Erinnerung erloſchener Rechte zu erheben.

Als im Frühjahre 1814 die Nachricht von dem Abſchluſſe und von den Bedingungen des Kieler Friedensvertrages nach Norwegen kam, war der Erbprinz Chriſtian Friedrich, ein Vater-Brudersſohn König Friedrichs VI., däniſcher Statthalter des Landes: ein hochgebildeter Fürſt, im erſten Mannesalter, der großmüthigſten Aufwallungen, wie der kühnſten Entſchlüſſe fähig. Prinz Chriſtian Friedrich verſammelte auf einem Landgute bei Chriſtiania die vornehmſten Offiziere und Beamten, die ſich in der Nähe befanden, theilte ihnen den Inhalt der Depeſchen mit, die er erhalten hatte, und legte ihnen die Frage vor, was ihrer Meinung nach unter ſolchen Umſtänden zu thun ſey. Einſtimmig war die Antwort, die uralte Selbſtändigkeit Norwegens dürfe den Schweden nicht geopfert werden; wenn Dänemark das Land verlaſſe, werde es ſich ſelbſt vertheidigen. Von allen Seiten wurde der Prinz beſtürmt, ſich an die Spitze zu ſtellen und vorläufig den Titel eines Prinzen Regenten anzunehmen. Prinz Chriſtian wollte nicht eher einen feſten Entſchluß faſſen, als bis er ſich durch eigene Anſchauung von der Stimmung und von dem Willen des Volkes überzeugt hätte. Er unternahm eine Reiſe durch die bevölkertſten Theile von Norwegen; in allen Thälern ſtrömte das biedere Landvolk zuſammen und betheuerte, daß es für Norwegens Freiheit ſiegen oder ſterben wolle. An der Säule im Guldbrandsthale, die zum Andenken an den Tag errichtet iſt, an dem die Bauern den ſchottiſchen Obriſten Sinclair mit ſeinen Miethtruppen erſchlugen, die derſelbe über das Gebirge Karl XII. zuführen wollte, erhoben Tauſende die Hand zu

Digitized by Google

dem Schwure, eher den vaterländiſchen Boden mit ihrem Blute zu röthen, als ihn durch den Fuß der Schweden entweihen zu laſſen. Jetzt entſchloß ſich der Prinz, eine Verſammlung der angeſehenſten Männer des Landes nach dem Eiſenbergwerke Eidsvold bei Chriſtiania zu berufen, um von ihr das Schickſal Norwegens entſcheiden zu laſſen. Am 10. April wurde von der Verſammlung der Beſchluß gefaßt, daß Norwegen fortan ein unabhängiges Reich bilden ſolle, da König Friedrich VI. von Dänemark zwar das Recht gehabt habe, für ſich ſelbſt und für die däniſche Krone auf die Herrſchaft zu verzichten, aber nicht über dieſelbe zu Gunſten eines Dritten zu verfügen. An demſelben Tage legte Prinz Chriſtian Friedrich als Regent ſeinen Eid in die Hände der Verſammlung ab, die darauf einen Ausſchuß ernannte, um den Entwurf einer freien Verfaſſung auszuarbeiten. In kurzer Friſt war die Arbeit vollendet, an welcher der Lehrer der Hochſchule von Chriſtiania, Sverdrup, den beſten Antheil hatte, und am 17. Mai wurde dieſelbe von der Reichsverſammlung mit wenigen unweſentlichen Abänderungen angenommen und zum Grundgeſetze des Landes erhoben, worauf Chriſtian Friedrich, als König von Norwegen ausgerufen, vor allem Volke ſchwor, die neue Verfaſſung heilig und unverletzt zu erhalten. Inzwiſchen waren bereits ſchwediſche Abgeordnete erſchienen, welche die Unterwerfung des Landes verlangten, jedoch mit Entſchiedenheit zurückgewieſen wurden. König Friedrich VI. von Dänemark ermahnte die Norweger, ſich in das Unvermeidliche zu fügen, und berief den Erbprinzen ab, deſſen Schritte er in unzweideutiger Sprache mißbilligte, der aber, nachdem er einmal ſeine Wahl getroffen, ſo leicht nicht wieder zurücktreten konnte. Auch eine Vermittelung, welche eine außerordentliche Geſandtſchaft der bei dem Kieler Frieden betheiligten Mächte verſuchte, blieb ohne Erfolg. Vielmehr griff alles Volk in Norwegen zu den Waffen; die eilig in Regimenter eingereihten Wehrmänner wurden an die Grenze geſchickt; und Alles gewann den Anſchein, als ob ein Kampf der Verzweiflung bevorſtehe. Da befahl gegen das Ende des Juli der Kronprinz von Schweden ſeinem aus dem franzöſiſchen Feldzuge zurückgekehrten Heere in Norwegen einzurücken. Es kam zu verſchiedenen kleinen Gefechten; auf dem linken Flügel, der ſich an das Gebirge lehnte, ſiegten die Norweger und drängten die Schweden zurück; dagegen wich der rechte Flügel und die Mitte, ohne einen ernſten Kampf anzunehmen, und die Feſte Frederiksſtad am Eingange des Meerbuſens von Chriſtiania öffnete die Thore, ſowie ſie von den ſchwediſchen Truppen zur Ueber-

Digitized by Google

gabe aufgefordert wurde. Der vor drei Monaten erſt auf den Thron erhobene däniſche Prinz hatte ſich überzeugt, daß der tapferſte Widerſtand vergeblich ſeyn würde, weil er es nicht mit Schweden allein zu thun hatte, da auch England drohte, eine Flotte abzuſenden und die norwegiſche Küſte, welche der Zufuhr vom Auslande nicht entbehren konnte, zu blockiren. Er ſelbſt hatte den Befehlshabern des Heeres die Weiſung ertheilt, ſich zurückzuziehen; und am 16. Auguſt 1814 unterzeichnete er zu Moß zwiſchen Frederiksſtad und Chriſtiania einen Vertrag, durch den er der norwegiſchen Königswürde entſagte. Er berief nach den Beſtimmungen der Verfaſſung eine neue Reichsverſammlung nach Chriſtiania, in der er unmittelbar nach der Eröffnung am 7. October die Krone niederlegte. Am 20. October willigte der Reichstag oder das Storthing in die Vereinigung Norwegens mit Schweden, unter der Bedingung, daß es als für ſich beſtehendes Reich ſeine volle Unabhängigkeit, eine getrennte Regierung und Verwaltung, ein beſonderes Heer und eine beſondere Flotte behalten und nur den König von Schweden zugleich als König von Norwegen anerkennen ſolle. Am 4. November wurden jene Abänderungen in der Verfaſſung angenommen, welche durch die Vereinigung der beiden Kronen auf einem Haupte nothwendig geworden waren; und an demſelben Tage wurde König Karl XIII. von Schweden durch das Storthing förmlich zum Könige von Norwegen gewählt.

Keine andere Verfaſſung, die jemals in einem monarchiſchen Lande beſtand, hat die königliche Gewalt in engere Grenzen eingeſchränkt und dem Volke oder den vom Volke erwählten Vertretern deſſelben eine ausgedehntere Macht eingeräumt, als die norwegiſche Verfaſſung vom 17. Mai. Zwar iſt dem Könige die geſammte ausübende Gewalt übertragen; er kann Anordnungen erlaſſen und aufheben, die den Handel und das Zollweſen, den Gewerbfleiß und die Polizei betreffen; er hat das Begnadigungsrecht, ernennt alle Beamte, hat den Oberbefehl über die Land- und Seemacht, kann den Krieg erklären und Frieden ſchließen, Bündniſſe mit auswärtigen Mächten eingehen und rückgängig machen, Geſandte abſenden und annehmen. Seine Perſon iſt unverletzlich und er hat daher für den Gebrauch, den er von ſeinen Befugniſſen macht, keine Verantwortlichkeit; aber er iſt auf der andern Seite auch in Bezug auf die Ausübung dieſer Befugniſſe ſo ſtrenge an die Geſetze gebunden, daß ſeine ganze Gewalt zuletzt auf den Auftrag hinaus kommt, dafür zu ſorgen, daß die Geſetze vollzogen werden. Ihm zur Seite ſteht ein aus norwegiſchen Bürgern

Digitized by Google

ernannter Staatsrath, der bei allen Regierungshandlungen vorher gehört werden muß und dem Storthing für die Geſetzmäßigkeit dieſer Handlungen verantwortlich iſt. Jedes Mitglied des Staatsrathes iſt verpflichtet, dem Könige freimüthig ſeine Meinung zu ſagen, gegen Beſchlüſſe, die ihm geſetzwidrig oder dem Wohle des Staates nachtheilig erſcheinen, Gegenvorſtellungen zu erheben und, ſofern es mit denſelben nicht durchdringt, ſeine Verwahrung ſchriftlich in das Protocoll einzutragen. Die Beamten, in deren Händen doch immer thatſächlich die Verwaltung liegt, wenn ſie auch im Namen des Königs geführt wird, ſind ſo unabhängig geſtellt, daß ſie keine Veranlaſſung haben, ſich zu Dienern einer willkürlichen Gewalt herzugeben; ſie können nicht ohne ein beſtimmtes über ſie gefälltes Urtheil verabſchiedet werden, und ſie genießen, im Falle ihrer Verabſchiedung, zwei Drittheile ihres vollen Gehaltes, bis das Storthing über ihre Anſprüche entſchieden hat.

Das Volk hat die geſetzgebende Gewalt in ihrer weiteſten Ausdehnung und übt dieſelbe durch die „große Verſammlung“ oder das Storthing (stor thing) aus. Das Wahlrecht iſt ſo weit ausgedehnt, daß beinahe jeder ſelbſtändige Bürger an demſelben Antheil hat. Stimmberechtigt und wählbar ſind alle norwegiſche Bürger, die das fünf und zwanzigſte Jahr zurückgelegt haben und entweder Beamte ſind oder geweſen ſind, Grundbeſitz haben oder fünf Jahre hindurch ein in das Steuerverzeichniß eingetragenes Grundſtück gebaut haben, in einer Handelsſtadt das Bürgerrecht erworben haben oder in einer Stadt ein Grundſtück zu dem Werthe von 300 Rthlrn. beſitzen. Die Wahlen erfolgen in doppelten Abſtufungen, indem auf dem Lande je 100, in den Städten je 50 Wähler einen Wahlmann ernennen; dieſe Wahlmänner verſammeln ſich in größeren Wahlbezirken und wählen in den Städten ein Viertheil, auf dem Lande ein Zehntheil ihrer eigenen Zahl zu Mitgliedern des Storthing, wobei jedoch die Grenze geſetzt iſt, daß kein noch ſo bevölkerter Wahlbezirk eine größere Zahl von Vertretern auf dem Storthing ernennen darf, als vier, ſo wie die Geſammtzahl der Mitglieder des Storthings nicht unter 75 und nicht über 100 betragen darf, von denen nicht mehr und nicht weniger als ein Drittheil die Vertretung der Handelsſtädte bilden dürfen. Das Storthing tritt jedes dritte Jahr am erſten Wochentage des Februar in der Hauptſtadt zuſammen, ohne daß dazu eine beſondere Einberufung erforderlich wäre, und bleibt wenigſtens drei Monate verſammelt, ohne daß es während dieſer Zeit vom Könige aufgehoben werden könnte. Es theilt ſich ſelbſt unmittelbar nach ſeinem Zuſammentreten in zwei Abtheilungen, indem

Digitized by Google

die Geſammtheit aller Mitglieder aus ihrer Mitte ein Viertheil auswählt, die das Lagthing ausmachen, während die übrigen drei Viertheile das Odelsthing bilden. Jedes Thing hält ſeine abgeſonderten Verſammlungen und ernennt ſeinen beſondern Vorſitzenden und Schreiber. Das Storthing in ſeiner Geſammtheit hat das Recht, Geſetze zu geben und aufzuheben, Steuern, Abgaben und Zölle aufzulegen, Anleihen für den Staat zu eröffnen, das Geldweſen des Reiches, namentlich die Verwaltung der Reichsbank, zu beaufſichtigen und die zu den öffentlichen Ausgaben erforderlichen Geldſummen, mit Einſchluß der Bedürfniſſe des königlichen Hofhaltes zu bewilligen. Das Protocoll, welches der Staatsrath über alle Regierungshandlungen führt, wird dem Storthing vorgelegt und von demſelben der genaueſten Prüfung unterworfen; eben ſo werden ihm alle Verträge mit auswärtigen Mächten mitgetheilt; es geht die Liſten der Beſoldungen und Penſionen durch und trifft in denſelben die Veränderungen, die es für gut findet, ſo daß der Gehalt der Beamten nicht von der Regierung, ſondern von dem Storthing feſtgeſetzt wird. Jeder norwegiſche Staatsbürger, mit Ausnahme des Königs und der Mitglieder der königlichen Familie, muß auf eine an ihn gerichtete Vorladung vor dem Storthing erſcheinen; das Storthing allein hat das Recht, Fremden das norwegiſche Bürgerrecht zu ertheilen.

Alle Geſetze müſſen zuerſt auf dem Odelsthing in Vorſchlag gebracht werden; und dieß kann zwar durch die Regierung, es kann aber eben ſo gut von jedem Mitgliede der Verſammlung geſchehen. Iſt ein Geſetzvorſchlag von dem Odelsthing durch Stimmenmehrheit angenommen, ſo wird er an das Lagthing geſandt, das denſelben entweder gleichfalls annimmt oder ablehnt. Im letzten Falle geht er mit Hinzufügung der Urſachen der Verwerfung an das Odelsthing zurück, und er wird in dieſem einer nochmaligen Berathung unterworfen und in Folge derſelben entweder bei Seite gelegt oder nochmals angenommen. Iſt ein Geſetzentwurf zweimal von dem Odelsthing angenommen und von dem Lagthing verworfen worden, ſo tritt das ganze Storthing zu einer Verſammlung zuſammen, und es wird mit zwei Drittheilen der Stimmen über die ſchließliche Annahme oder Verwerfung entſchieden. Jeder von dem Storthing angenommene Geſetzentwurf wird durch eine Abordnung an den König oder, wenn dieſer in Norwegen nicht anweſend iſt, an den Vicekönig oder Statthalter geſchickt. Genehmigt der König den Antrag, ſo erhält derſelbe durch ſeine Unterſchrift Geſetzeskraft; in dem entgegengeſetzten Falle ſendet er ihn an das Odelsthing

Digitized by Google

mit der Erklärung zurück, daß er es zur Zeit nicht angemeſſen finde, den Beſchluß zu genehmigen. Während der Dauer des eben verſammelten Storthing darf ein auf dieſe Weiſe verworfener Vorſchlag dem Könige nicht zum zweiten Male vorgelegt werden; dagegen kann er von dem nächſten Storthing wieder aufgenommen werden, und der König hat das Recht, ihn alsdann nochmals zu verwerfen. Wird aber derſelbe Beſchluß von einem dritten Storthing in beiden Abtheilungen angenommen und dem Könige mit dem Begehren vorgelegt, daß Se. Majeſtät einem von dem Storthing nach reifer Erwägung gefaßten Beſchluſſe ihre Genehmigung nicht verſagen möchten, ſo erhält derſelbe erforderlichen Falls auch ohne die königliche Beſtätigung Geſetzeskraft. Das Storthing wird bei offenen Thüren gehalten, und ſeine Verhandlungen werden durch den Druck bekannt gemacht. Um die Berathungen des Storthing gegen jede Einwirkung von Seiten der Regierung zu ſichern, ſind weder die Miniſter noch die Mitglieder des Staathsrathes zu denſelben zugelaſſen. Das Odelsthing hat das Recht, die Mitglieder des Staatsrathes, ſo wie jene des oberſten Gerichtshofes wegen Pflichtverletzungen vor dem Reichsgerichte anzuklagen. Dieſes, in dem der Präſident des Lagthing den Vorſitz führt, wird durch die Vereinigung des Lagthing mit dem oberſten Gerichtshofe gebildet, doch kann der Angeklagte nach ſeiner Wahl ein Drittheil der Mitglieder verwerfen.

Beſondere Beſtimmungen der Verfaſſung ſichern die perſönliche Freiheit und die Freiheit der Preſſe. Sogenannte Stammgüter und Fideicommiſſe dürfen, außer den geſetzlich beſtehenden, nicht mehr errichtet werden; auch iſt ausdrücklich feſtgeſetzt, daß in Zukunft keine perſönliche, erbliche Vorrechte mehr verliehen werden dürfen. Alle Bürger ohne Unterſchied des Standes ſind zur Vertheidigung des Vaterlandes verpflichtet.

Karl Johann hatte dieſe Verfaſſung, welche die königliche Gewalt beinahe auf nichts herabſetzte und das Storthing zum ausſchließenden Gebieter des Landes machte, angenommen, weil er ſah, daß es kein anderes Mittel gab, den Beſitz von Norwegen auf friedlichem Wege zu erlangen. Außerdem hatte er ſich durch die Erfahrung überzeugt, wie wenig die verwickelten mit der kleinlichſten Aengſtlichkeit alle Möglichkeiten vorherſehenden Beſtimmungen der ſchwediſchen Verfaſſung ihn an der freien Ausübung der Macht zu hindern vermochten; und es war ihm nicht entgangen, daß auch in der norwegiſchen Verfaſſung ſich eine Lücke fand, durch welche die unbeſchränkte Gewalt eindringen

Digitized by Google

konnte. Die Mitglieder des Staatsrathes, welche die ganze Verwaltung leiteten, waren dem Storthing verantwortlich; ſie waren verpflichtet, ſich gegen alle Befehle des Königs, die ihnen den Geſetzen zuwider zu ſeyn ſchienen, ſchriftlich zu verwahren; aber der Fall war nicht vorhergeſehen, daß ſie dieſe Befehle, nachdem ſie ihre Verwahrung eingelegt, dennoch zur Ausführung bringen konnten und ſogar, da ſie dem Könige zum Gehorſam verpflichtet waren, zur Ausführung bringen mußten. Noch mehr, als auf dieſen Nothbehelf, rechnete Karl Johann auf den Eindruck der perſönlichen Ueberlegenheit, deren er ſich bewußt war; und er zweifelte daher nicht daran, daß es ihm eben ſo leicht gelingen würde, das rohe norwegiſche Bauernvolk nach ſeinem Willen zu lenken, als den feingebildeten ehrgeizigen ſchwediſchen Adel. Aber wie gering auch die politiſche Bildung in Norwegen war, ſo wurde ſie doch durch den Unabhängigkeitsſinn erſetzt, den das Mißtrauen gegen den fremden Regenten und die gerechte Scheu vor dem Beiſpiele der ſchwediſchen Adelsherrſchaft nährte. In Norwegen gab es eigentlich keinen einheimiſchen Adel mehr, da dieſer unter der däniſchen Regierung in den gewöhnlichen Bauernſtand herabgeſunken war. Die wenigen adlichen Familien, die noch vorhanden waren, ſtammten von Beamten, die aus Dänemark herübergekommen waren. Dennoch fürchtete man, daß mit der Zeit in Norwegen eine ähnliche Adelsmacht begründet werden könne, wie in Schweden; und ſchon das erſte Storthing, das nach der Vereinigung der norwegiſchen mit der ſchwediſchen Krone zuſammentrat, faßte im Jahre 1815 den Beſchluß, daß die dem Adel zuſtehende gutsherrliche Gerichtsbarkeit wie das Kirchenpatronat, die von demſelben behauptete Steuerfreiheit, ſo wie überhaupt die erbliche Adelſchaft mit dem Leben der gegenwärtigen Inhaber aufhören ſollte. Der König verweigerte dem Beſchluſſe ſeine Zuſtimmung und wiederholte dieſe Weigerung, als derſelbe von dem nächſten Storthing erneut wurde. Als die Angelegenheit auf dem Storthing von 1821 zum dritten Male angeregt wurde, warnte der König in einer beſonderen Botſchaft vor dem Mißfallen der großen Mächte und erbat ſich wenigſtens ein Jahr Bedenkzeit; aber die ehrlichen Norweger waren viel zu wenig in die Geheimniſſe der Diplomatie eingeweiht, um zu begreifen, was dieſer an der Aufrechterhaltung des norwegiſchen Adels gelegen ſeyn könne; der Beſchluß wurde daher zum dritten Male wiederholt und, da er jetzt nach der Verfaſſung auch ohne die königliche Genehmigung in Kraft trat, am 2. Juni 1821 zum Landesgeſetze erhoben. Als eine der bedenklichſten

Beſtimmungen der norwegiſchen Verfaſſung erſchien Karl Johann jene, welche der Preſſe eine beinahe völlig ſchrankenloſe Freiheit geſtattete, da er in derſelben den vornehmſten Hebel des Unabhängigkeitsgeiſtes erkannte. Dem Storthing von 1818 wurde deshalb ein Zuſatz zu der Verfaſſungsurkunde vorgelegt, durch welchen die Preßfreiheit angemeſſenen Beſchränkungen unterworfen werden ſollte, der aber beinahe einſtimmig zurückgewieſen wurde, und bei ſeiner Erneuung auf dem Storthing von 1821 daſſelbe Schickſal erfuhr. Dadurch nicht abgeſchreckt, beſchloß König Karl Johann, auf dem nächſten Storthing im Jahre 1824 einen allgemeinen Sturm gegen alle Beſtimmungen der Verfaſſung zu unternehmen, von denen ſich allerdings nicht leugnen läßt, daß ſie im ſchroffſten Widerſpruche mit den Grundſätzen einer monarchiſchen Regierung ſtanden. Um die Gemüther auf die beabſichtigte Veränderung vorzubereiten, wurde der vor Kurzem erſt mit der liebenswürdigen, durch Schönheit und Anmuth bezaubernden Prinzeſſin Joſephine von Leuchtenberg vermählte Kronprinz Oscar als Vicekönig nach Chriſtiania geſchickt. Das einnehmende Weſen des jugendlichen Paares gewann alle Herzen, während der Glanz, den eine reiche Hofhaltung entfaltete, ſeine beſtechende Wirkung auf einen großen Theil der hauptſtädtiſchen Bevölkerung nicht verfehlte. Geſchmeidige Höflinge verſprachen den Planen der Regierung einen unzweifelhaften Erfolg. Auf dem Reichstage wurde eine Reihe königlicher Vorſchläge eingebracht, welche offenbar nur den Anfang zu einer durchgreifenden Umgeſtaltung der ganzen Verfaſſung machen ſollten. Zuvörderſt ſollte dem Könige das unbedingte Recht zugeſtanden werden, die Beſchlüſſe des Storthing durch die Verweigerung ſeiner Beſtätigung unwirkſam zu machen; der König ſollte das Recht erhalten, die Präſidenten des Lagthing, wie des Odelsthing zu ernennen, die nach der Verfaſſung von beiden Verſammlungen aus ihrer Mitte gewählt wurden; er ſollte berechtigt ſeyn, das Storthing aufzulöſen, wenn daſſelbe auch ſeine geſetzliche Dauer von drei Monaten noch nicht erreicht hatte; es ſollte ihm freigeſtellt werden, die Verwaltungsbeamten auch ohne förmliches Urtheil zu entlaſſen und endlich ſollte ein neuer Verdienſtadel geſchaffen werden, um die Stelle des alten aufgehobenen Erbadels einzunehmen. Alle dieſe Anträge wurden von dem Storthing in ehrerbietiger, aber gemeſſener Haltung abgelehnt. Der Kronprinz kehrte bald darauf, durch ſeinen königlichen Vater abgerufen, nach Stockholm zurück, und die Bürger von Chriſtiania vergaßen bald den glänzenden Hof, deſſen ungewohnter Anblick ſie zwar in der erſten Ueberraſchung

Digitized by Google

blenden, ihnen aber doch nicht auf die Dauer als eine genügende Entſchädigung für die weſentlichen Vortheile erſcheinen konnte, welche die Verfaſſung dem ganzen Lande gewährte. Denn die ſtrenge Sparſamkeit, welche das Storthing in allen Zweigen der Verwaltung einführte, geſtattete zu derſelben Zeit eine Herabſetzung der drückendſten Steuern, während ſie die Ausſicht auf eine nahe bevorſtehende Tilgung des bei der Trennung von Dänemark übernommenen Antheiles der däniſchen Staatsſchuld eröffnete und die Verwendung beträchtlicher Summen zu der Ausführung öffentlicher Bauten und anderer für das Gemeinweſen nützlicher Verbeſſerungen erlaubte. Noch hatte bisher die Reichsverſammlung eine gewiſſe Scheu getragen, von dem Rechte der ausſchließenden Verfügung über die Landeseinkünfte, welches ihr die Verfaſſung einräumte, in vollem Umfange Gebrauch zu machen, weil die Regierung in ihren Voranſchlägen eine anerkennenswerthe Mäßigung beobachtete. Der Reichstag von 1827 machte zuerſt mit Entſchiedenheit den Grundſatz geltend, daß es ihm allein gebühre, die Verwendung der öffentlichen Gelder zu beſtimmen, was der König zwar in einer Weiſung an den Statthalter als eine Ueberſchreitung der dem Storthing zuſtehenden Befugniſſe bezeichnete, jedoch nicht zu hindern vermochte. Ein Verſuch, die dem letzten Storthing vorgeſchlagenen Abänderungen der Verfaſſung nochmals anzuempfehlen, fand ſo ungünſtige Aufnahme, daß Karl Johann ſich entſchloß, die bereits eingebrachten Anträge, noch ehe ſie zur Berathung kamen, zurückzuziehen, indem er erklärte: er wolle warten, bis die Meinung des norwegiſchen Volkes mehr geläutert und die Ueberzeugung von der Wohlthätigkeit jener Veränderungen allgemein geworden ſey.

Den nachtheiligſten Eindruck auf die norwegiſche Volksſtimmung brachte der Umſtand hervor, daß König Karl Johann nur Schweden zu Statthaltern ernannte, die mit allen Vorurtheilen des ſchwediſchen Adels nach dem Bauernlande herüberkamen und durch die Rückſichtsloſigkeit, mit der ſie ihre Geſinnungen an den Tag legten, bei dem größeren Theile der Bevölkerung ein beinahe allgemeines Gefühl des Haſſes und der Erbitterung hervorriefen. Seit mehreren Jahren war in engeren geſellſchaftlichen Kreiſen der 17. Mai, als der Tag, an dem Norwegen ſeine Selbſtändigkeit erlangt hatte, ohne Aufſehen und Geräuſch feſtlich begangen worden; im Jahre 1826, als das Mißbehagen über die ſchwediſche Statthalter-Regierung bereits einen hohen Grad erreicht hatte, verſuchte man es zuerſt, die Feier zu einem öffentlichen Volksfeſte zu machen, was der Statthalter Graf Sandels zwar

Digitized by Google

nicht geradehin zu verbieten wagte, aber durch ſeinen Einfluß auf den Beamtenſtand in jeder Weiſe zu hindern bemüht war. Der Erfolg dieſer Beſtrebungen war natürlich kein anderer, als daß die Feier jetzt zu einer Ehrenſache aller freiſinnigen Männer des Landes wurde. Im Jahre 1827 nahm Graf Sandels, dem die Laſt des allgemeinen Volkshaſſes allmälig unerträglich geworden war, ſeinen Abſchied, und ein anderer Schwede, Graf Platen, wurde zu ſeinem Nachfolger ernannt, ein einſichtvoller, ehrenwerther Mann von feſtem Charakter, der aber in Bezug auf das Verhältniß Norwegens zu Schweden von den Vorurtheilen ſeiner Vorgänger nicht frei war. Auch ihm erſchien das Verfaſſungsfeſt als eine Drohung gegen die ſchwediſche Regierung; und im Jahre 1829, als das Volk zu Chriſtiania bei demſelben etwas lauter als gewöhnlich wurde, vergaß er ſich ſo weit, dem in der Hauptſtadt liegenden Reiterregimente den Befehl zu ertheilen, die Volkshaufen, welche unter Hurrahruf die Straßen durchzogen, mit Gewalt auseinander zu ſprengen. Eine ſo unerhörte, durch nichts gerechtfertigte Maßregel rief einen Schrei der Entrüſtung hervor, der durch das ganze Land ging. Der König war genöthigt, den Statthalter abzuberufen, und fand es zweckmäßig, die Stelle, zu der er einen Norweger zu ernennen ſich nicht entſchließen konnte, in den nächſten Jahren unbeſetzt zu laſſen. Die vortheilhafte Wirkung dieſer Veränderung zeigte ſich auf den beiden Reichstagen von 1830 und 1833, auf denen ſich keine Spur der Aufregung kund gab, die in dieſen ſtürmiſch bewegten Tagen von dem Weſten Europa's ſich bis nach dem äußerſten Norden und Oſten verbreitete; das Mißtrauen, welches alle Schritte der Regierung eiferſüchtig bewachte, fing an ſich zu legen, und ſelbſt die Anträge auf Abänderungen der Verfaſſung zur Erweiterung der königlichen Gewalt, die König Karl Johann mit unerſchütterlicher Beharrlichkeit immer wieder erneute, vermochten das gute Vernehmen nicht zu ſtören, weil man ſich daran gewöhnte, dieſe Angelegenheit als eine Liebhaberei des alten Fürſten anzuſehen, der man nur nicht nachzugeben brauchte, um ſie vollkommen unſchädlich zu machen. Das Selbſtändigkeitsgefühl des norwegiſchen Volkes entwickelte ſich inzwiſchen immer höher. Schon auf dem Reichstage von 1827 waren die Uebelſtände hervorgehoben worden, die für Norwegen daraus hervorgingen, daß ſeine Beziehungen zum Auslande ausſchließend durch den ſchwediſchen Miniſter des Auswärtigen geordnet würden, was vielfache Vernachläſſigungen norwegiſcher Intereſſen zur Folge habe. Das Storthing von 1833 verlangte mit ausdrücklicher Hinweiſung auf die Beſtimmungen der Verfaſſung,

Digitized by Google

die durch den bisherigen Gebrauch verletzt wären, eine Abſtellung der deshalb erhobenen Beſchwerden durch die Zuziehung des norwegiſchen Miniſters zu Stockholm zu allen diplomatiſchen Verhandlungen und durch die Anſtellung beſonderer norwegiſcher Conſuln. Auf beide Anträge wurde ein beruhigender, obwohl ausweichender Beſcheid ertheilt; und da die Regierung allen den Planen zu innern Verbeſſerungen, für die ſich das Storthing erklärte, mit wohlmeinender Bereitwilligkeit entgegenkam, ſo konnte das beſonnene Volk der Norweger unmöglich unzufrieden ſeyn, wenn auch nicht alle ſeine Wünſche in dem Augenblicke in Erfüllung gingen, in dem ſie ausgeſprochen wurden. Dennoch trat im Jahre 1836 eine neue Spannung ein, die glücklicher Weiſe nicht von tieferer Bedeutung war. Die Mitglieder der Reichsverſammlung hatten ſich bei der Feier des 17. Mai in einer Weiſe betheiligt, welche zu Stockholm großen Unwillen erregte. Der König war um ſo mehr verletzt, als die gewöhnlichen Vorſchläge zur Aenderung des Grundgeſetzes dießmal gar nicht zu der Ehre einer Erörterung gelaſſen, ſondern ohne Weiteres bei Seite gelegt waren. Da Karl Johann hierin eine perſönliche Beleidigung ſah, ſo beſchloß er den Norwegern ſein Mißfallen unzweideutig zu erkennen zu geben. Das Storthing, welches, wie gewöhnlich die geſetzlich beſtimmte Zeit von drei Monaten überſchritten hatte, wurde mitten in dem Laufe ſeiner Berathungen, ſogar ehe es noch die Voranſchläge für den Staatshaushalt angenommen, aufgelöſ't; und viele für Norwegen wichtige Verbeſſerungen, die im Werke waren, erlitten dadurch einen unvermeidlichen Aufſchub, da das außerordentliche Storthing, welches zu Ende des Jahres einberufen wurde, zu kurze Zeit verſammelt war, um alle die zahlreichen in der Erörterung begriffenen Fragen zu erledigen. Dennoch kam am 14. Januar 1837 ein Geſetz zu Stande, das zu vielen großen öffentlichen Freiheiten, deren das Land ſich erfreute, eine neue und wahrlich nicht die unweſentlichſte hinzufügte: eine neue Gemeindeordnung, welche die ländlichen wie die ſtädtiſchen Gemeindeverwaltungen von der noch aus den Zeiten der däniſchen Herrſchaft herrührenden Beamtenbevormundung befreite und, indem ſie dieſelben in die Hände der Bürger legte, in Uebereinſtimmung mit dem Geiſte der Verfaſſung des ganzen Landes brachte. Einen nicht weniger bedeutſamen Abſchnitt in der Entwickelung des norwegiſchen Volkes, wie das Storthing des Jahres 1836 bezeichnete das nächſte von 1839, das den Staatshaushalt in ſo guter Ordnung fand, daß es im Stande war, eine Steuer ganz aufzuheben, welche bis jetzt die Verwaltung keines andern europäiſchen

Digitized by Google

Staates entbehren kann, obwohl ſie beſonders für den unbemittelten Landmann beinahe überall die läſtigſte und drückendſte iſt: die Grundſteuer, die übrigens bereits im Jahre 1833 auf die Hälfte ihres früheren Betrages herabgeſetzt war.

So ſehen wir jedes der drei ſcandinaviſchen Reiche auf ſeinem beſonderen Wege einem gemeinſchaftlichen Ziele entgegenſchreiten: der Verwirklichung des großen Gedankens volksthümlicher Freiheit, der uns in den älteſten Zeiten der ſcandinaviſchen, wie aller deutſcher Stämme zwar in ſeiner entſchiedenſten Schärfe und Beſtimmtheit, aber auch in einer Rohheit entgegentritt, welche in dem Kampfe mit einer von außen eindringenden Geſittung nothwendig erliegen mußte, der aber in dem Jahrhunderte hindurch von der mütterlichen Erde bedeckten Grundſtocke des innerſten Volksgefühles immer eine ſo geſunde Kraft bewahrte, daß er nur einer leichten Auflockerung des Bodens bedurfte, um in neuen lebensfähigen Keimen Geſtaltungen hervorzutreiben, welche eine Zukunft von unendlich reicherem Inhalte verſprechen, als die Vergangenheit jemals gehabt hat.

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Neuntes Buch.

Die rückwirkende Bewegung nach dem Abſchluſſe der Julirevolution.

Die Willkürherrſchaft des Bürgerkönigthumes in Frankreich.

Nichts iſt leichter, als die Dinge nach dem Erfolge zu beurtheilen, weil, ſobald eine Handlung vollendet iſt, die ganze Kette der Urſachen und Wirkungen ſich ohne beſondere Anſtrengung überſehen läßt, deren einzelne Glieder im Augenblicke der That zerſtreut umherliegen und erſt durch dieſe ſelbſt an einander gereiht werden. Dennoch iſt nichts trügeriſcher, als das Urtheil, welches gewöhnlich nach dem Erfolge gefällt wird; denn gewöhnlich glaubt man von den Folgen einer Handlung auf die Abſichten, Beweggründe und Zwecke der Handelnden ſchließen zu können, was ſchon deshalb in hohem Grade unſicher iſt, weil ſelten eine That fertig aus dem Geiſte ihres Urhebers entſpringt, ſondern faſt immer der Gedanke erſt mit der That, durch dieſe getragen und genährt, heranwächſt und groß wird. An und für ſich iſt der Geiſt eine unmeßbare Größe, und da alle Handlungen der Menſchen aus dem Geiſte hervorgehen, ſo bleibt bei jeder Zergliederung derſelben immer noch etwas übrig, was zu fein, zu flüchtig, zu unfaßbar iſt, um mit in die Rechnung gezogen zu werden, und was doch, wenn ihm nicht Rechnung getragen wird, das ganze Urtheil zu einem einſeitigen und irrigen machen kann.

Wenn wir das Verfahren, welches der König der Franzoſen Ludwig Philipp nach der Julirevolution beobachtete, nur nach den Thatſachen beurtheilen wollten, die auf der Oberfläche der Erſcheinungen liegen, ſo könnten wir uns leicht verſucht fühlen, ihn einem geſchickten Taſchenſpieler zu vergleichen, der Frankreich die durch einen großen

Digitized by Google

Entſchluß errungene Freiheit unter der Hand zu entwinden und die alte kaum geſtürzte Willkürherrſchaft mit ſolcher Gewandtheit wieder an die Stelle zu ſchieben gewußt habe, daß das franzöſiſche Volk in dem Augenblicke, in dem die Vertauſchung vorgenommen wurde, den Kunſtgriff gar nicht zu bemerken vermochte. So lange die Revolution noch in vollem Strome daher brauſte, ließ Ludwig Philipp es ſich gern gefallen, wenn das neue Königthum nur als eine andere Form der Volksherrſchaft geprieſen wurde; Lafayette, der Held beider Welten, der allen Franzoſen als das Sinnbild der Republik galt, war ſein vertrauteſter Freund, gegen den er ſeinen Kummer über den engherzigen Geiſt ausſchüttete, der in der Abgeordnetenkammer vorwaltete; kein wichtiger Beſchluß wurde gefaßt, ohne daß Lafayette's Meinung vorher gehört worden wäre; und die Gewalt war zwiſchen Lafayette und Ludwig Philipp nicht bloß zum Scheine getheilt, da der greiſe Republikaner als Oberbefehlshaber der Nationalgarde die geſammte bewaffnete Bevölkerung Frankreichs zu ſeiner Verfügung hatte. Aber Lafayette ſelbſt mußte die Kraft des Stromes der Revolution brechen, indem er ſich demſelben mit dem ganzen Gewichte ſeines Namens entgegenſtellte. Es war kein Taſchenſpielerkunſtſtück, was den edlen Lafayette beſtimmte, in dem Hofe des Luxembourg ſich dem Andrange der blutdürſtigen Maſſen entgegen zu ſtemmen, welche die Köpfe der Miniſter Karls X. verlangten. Ludwig Philipp mit all ſeiner Schlauheit und Liſt würde die verblendeten Urheber der Juliordonnanzen nicht gerettet haben, nur Lafayette vermochte dieß. Denn alle Macht war damals noch bei der Revolution, und Lafayette war in den Augen des Volkes die verkörperte Revolution. Indem die Revolution ſich dazu verſtand, in die Bahn der Ordnung einzulenken, gab ſie ſelbſt ihre Entlaſſung; denn Ordnung, Menſchlichkeit und Großmuth ſind mit der Revolution ſo unvereinbar, wie das Waſſer es mit dem Feuer iſt. Als Ludwig Philipp Lafayette bei Seite ſchob, vollzog er nur das Urtheil, welches die Revolution über ſich ſelbſt gefällt hatte.

Aber durch dieſe erſte und wichtigſte Entſcheidung war der Kampf zwiſchen der Ordnung und der Revolution nicht beendigt. Die Revolution iſt ein Ungeheuer mit unzähligen Köpfen; nicht wenn eines ihrer Häupter gefallen iſt, darf man ſie als beſiegt anſehen, ſondern erſt dann, wenn ſie alle gefallen und wenn die Wunden mit verzehrendem Feuer ausgebrannt ſind, weil ſonſt ſtatt eines abgeſchlagenen Kopfes aus dem Rumpfe zwei neue hervorſchießen. Alle die jungen Männer in Paris, welche während des Straßenkampfes gegen die

Digitized by Google

königlichen Truppen die Volksſchaaren geführt hatten, waren ſelbſtändige Häupter der Revolution; denn ſie hatten Lafayettes Zuruf nicht erwartet, um ſich auf die Bayonnete der Garde zu ſtürzen; und es war keiner unter ihnen, der nicht jeder Zeit bereit geweſen wäre, bei einer neuen Bewegung ſich von neuem an die Spitze zu ſtellen. Bedeutendere Häupter, als die Anführer des Volks auf der Straße, waren jene Meiſter der Rede und der Schrift, welche in der Abgeordnetenkammer oder in der Preſſe das Wort führten, und die, ſelbſt von den Grundſätzen der Revolution beherrſcht, ſtets dafür Sorge trugen, den Gedanken der Revolution, den ſie in den Gemüthern erweckt hatten, nicht erlöſchen zu laſſen. Und auch nach Lafayette's Entlaſſung ſtand noch immer ein großer Theil der Staatsgewalt der Revolution zu Gebote; denn noch war Jacques Laffitte Präſident des Miniſterrathes; noch leiteten Männer, wie Odilon Barrot, als Präfect des Seinedepartements, und Baude, als Polizeipräfect, beide durch die Revolution plötzlich aus dem Nichts hervorgehoben, die Verwaltung jener großen Hauptſtadt, die zugleich das Herz und der Kopf von Frankreich iſt. Aber wenn Lafayette zu edel war, um der Revolution in der Weiſe zu dienen, die ihr allein von Nutzen ſeyn konnte; ſo waren Baude und Odilon Barrot und Laffitte zu ehrlich, um die Zwecke der Revolution zu fördern und dabei den Schein zu behaupten, als ob ſie wirkſam der Sache der Ordnung dienten. Alle drei mußten eben ſo, wie vor ihnen der größere Lafayette, erſt durch die Thorheit, mit der ſie eine unmögliche Aufgabe zu löſen unternahmen, den Zauber zerſtören, der ſich an ihre Namen knüpfte, ehe Ludwig Philipp ſie beſeitigen konnte. Hatte Ludwig Philipp die Unmöglichkeiten geſchaffen, die in der Stellung jener drei Männer lagen? Er benutzte allerdings die Fehler, die ſie begingen, um ſich dem Ziele zu nähern, welches er vor Augen hatte; aber alle Klugheit und Gewandtheit, die er dabei bewies, würde ihn dieſem Ziele nicht einen Schritt näher gebracht haben, wenn daſſelbe nicht zugleich durch die Umſtände als der einzige Ausweg bezeichnet worden wäre, der mitten in der von allen Seiten drohenden Auflöſung und Zerrüttung noch offen ſtand.

Caſimir Périer war ſeinem Charakter, wie ſeinen politiſchen Geſinnungen nach der entſchiedenſte Gegner der Revolution; er würde der treueſte Diener Karls X. geweſen ſeyn, wenn dieſer, ſtatt auf den alten Adel und auf die Geiſtlichkeit, ſich auf den vermögenden Bürgerſtand geſtützt hätte, dem Périer angehörte. Denn er verlangte vor allen Dingen eine feſte Handhabung der Gewalt, wie ſie nur da mög-

lich iſt, wo ein Wille die Zügel führt; und er begriff die Vorzüge des erblichen Königthumes vor dem Schwanken der Wahl zu gut, um ſich nicht auch mit den Vorausſetzungen des göttlichen Rechts verſöhnen zu können. Ein tiefes Gefühl der Ordnung band ihn an die Sache derſelben Bourbonen, deren Regiment er auf der Rednerbühne von ſeinem erſten Eintritte in die Abgeordnetenkammer mit dem glühenden Eifer der Leidenſchaft bekämpfte. Aber eben dies Gefühl machte es ihm unmöglich, die Verehrung, die er gegen den rechtmäßigen Erben eines uralten Königsgeſchlechtes fühlte, auf einen abgefallenen Seitenſprößling deſſelben Stammes zu übertragen, der ſich ohne eine andere Berechtigung als die einer ſehr zweideutigen Wahl auf den durch rohe Gewalt erledigten Thron geſetzt. Er hatte ſich die Julirevolution nur als ein Ereigniß gefallen laſſen, welches er nicht zu hindern vermochte; er war feſt entſchloſſen, ſich allen weiteren Fortſchritten der Revolution mit aller ihm zu Gebote ſtehenden Kraft entgegenzuſtemmen; aber der Punkt, auf dem er ſie feſthalten wollte, lag weit entfernt von jenem, zu dem Ludwig Philipp die Revolution zu führen gedachte. Der Bürgerſtand in der Beſchränkung, in der Périer denſelben zwar nicht als ſeines Gleichen, aber doch als einen achtbaren Theil der Geſellſchaft anerkannte, war durch die Julirevolution zur Herrſchaft gelangt; und Périer, der ſich ſelbſt als das Haupt dieſes Bürgerſtandes betrachtete, vermochte keinen Grund abzuſehen, weshalb der Bürgerſtand oder, was für ihn gleichbedeutend war, weshalb er ſelbſt auf dieſe Herrſchaft zu Gunſten eines Dritten verzichten ſollte. Er verſtand das neue Königthum, welches durch die Julirevolution begründet war, in keinem andern Sinne, als Laffitte und ſelbſt als Lafayette; denn er war eben ſo wenig, als einer dieſer beiden gemeint, dem Königthume eine wirkliche leitende Macht zuzugeſtehen. Das Königthum ſollte ihm nur zum Zeichen der Ordnung dienen, welches den zügelloſen Maſſen entgegengehalten wurde; die Macht aber gebührte ſeiner Meinung nach dem, der durch die Ueberlegenheit ſeines Geiſtes die Vertretung des Bürgerſtandes in der Kammer beherrſchte.

Erſt nach dem Tode Caſimir Périers konnte Ludwig Philipp daran denken, perſönlich die Gewalt zu ergreifen und die Revolution auf jenes Maß zurückzuführen, welches ihm als das richtige ſchien. Denn auch deshalb iſt es eine eben ſo unwürdige als verkehrte Auffaſſung der Verhältniſſe, wenn man Ludwig Philipp beſchuldigt, daß er Frankreich durch ein Taſchenſpielerkunſtſtück um ſeine Freiheit betrogen habe, weil er ohne allen Zweifel in gutem Glauben handelte. Er war in der-

ſelben Täuſchung begriffen, die während der Reſtauration ganz Frankreich theilte, daß alle Uebelſtände, über die man ſich mit Recht zu beklagen habe, nur in der ſchlechten Treue ihren Grund hätten, mit der die von Ludwig XVIII. der Nation verliehene Verfaſſung vollzogen werde, und daß Frankreich nur einer Regierung bedürfe, die es nicht verſchmähe, auf die Stimme des Landes zu hören, wie dieſelbe in der Abgeordnetenkammer ſich ausſpreche, um auf die höchſte Stufe der Wohlfahrt und des Glückes erhoben zu werden. Die tiefer liegenden Urſachen der Zerrüttung, deren äußere Anzeigen alle die Streitigkeiten über Fragen und Formen der Verfaſſung waren, welche die Zeit der Reſtauration ausfüllten, erkannte Ludwig Philipp ſo wenig als Karl X. Er glaubte ſich berufen, die Geſchicke Frankreichs zu leiten, und ahnte nicht, daß er ſelbſt nur ein willenloſes Werkzeug jener höheren Fügung war, die ſich in der allgemeinen Entwicklung des Geiſtes der Nationen kund giebt, und welche auf dunkeln unerforſchten Wegen die Menſchheit einem unbekannten Ziele entgegen führt. Nur die begabteſten Geiſter begreifen die Aufgabe, zu deren Löſung ſie berufen ſind, und dieſe beherrſchen die Umſtände, ſtatt ſie durch kleine Mittel zu der Erreichung ihrer Zwecke zu benutzen.

Die Perſönlichkeit Caſimir Périers war eine ſo gewaltige, daß alle Parteien das ſchwere Joch, welches ſein herriſcher Charakter ihnen auflegte, zwar nicht ohne Murren, aber ohne einen ernſtlichen Verſuch des Widerſtandes trugen. Die Ordnung, die er geſchaffen, war ſo gründlich befeſtigt, daß während des langen Todeskampfes, den ſeine kräftige Natur beſtand, ſeine Abweſenheit von den Geſchäften kaum bemerkt wurde. Graf Montalivet, der unbedeutendſte unter den unbedeutenden Menſchen, die ihm in der Verwaltung zur Seite ſtanden, war von ihm ſelbſt dazu erſehen worden, ihn während ſeiner Krankheit in dem wichtigen Miniſterium des Innern zu erſetzen, weil das Gelüſt zur Gewaltthätigkeit im Stile des napoleoniſchen Kaiſerthumes, welches Montalivet bereits als Miniſter des Innern in der Verwaltung Laffittes zur Schau getragen, am beſten geeignet ſchien, den Mangel an durchgreifender Kraft eine Zeitlang zu verbergen. Als die bevorſtehende Auflöſung des an ſein Krankenlager gefeſſelten Rieſen keinem Zweifel mehr unterlag, wurde die vorläufige Ernennung in eine bleibende verwandelt, während das dadurch erledigte Miniſterium des öffentlichen Unterrichtes, das Graf Montalivet bisher inne hatte, auf den ſchwachen Präſidenten der Abgeordnetenkammer Girod (de l'Ain) überging. Alle übrige Miniſter, der geſchmeidige eitle Sebaſtiani, der ſeinem großen

Digitized by Google

Namen ſo wenig entſprechende Admiral de Rigny, der vielgeſchäftige grundſatzloſe Graf d'Argout, der durch ſeinen plötzlichen Uebertritt von der revolutionairen Partei zur Partei der Ordnung und Erhaltung der öffentlichen Verachtung Preis gegebene Barthe und jener alte Degen des Kaiſerreiches, der Marſchall Soult, von dem es wohl bekannt war, daß ihn niemals höhere Leidenſchaften bewegt hatten, als maßloſer Ehrgeiz und gemeine Habſucht, behielten ihre Stellen; und mit dieſen Helfern unternahm es Ludwig Philipp nach dem Hinſcheiden Périers das Erbe des großen Todten anzutreten. Er ſelbſt behielt ſich den Vorſitz im Miniſterrathe vor; er ſelbſt wollte fortan die Bahn beſtimmen, in der ſich die politiſche Entwickelung Frankreichs bewegen ſollte. Unter der Reſtauration hatte es ſich von ſelbſt verſtanden, daß der König bei den Berathungen der Miniſter den Vorſitz führte, da dieſe ſeine Diener waren und nur ſeine Befehle zu vollziehen hatten. Die Verantwortlichkeit, die ſie gegen die Abgeordnetenkammer hatten, wurde nur ſo verſtanden, daß ſie verpflichtet wären, in allen Maßregeln, die ſie, ſey es aus eigener Bewegung, ſey es auf Befehl des Königs, ergriffen, ſich ſtreng innerhalb der Grenzen der Geſetze zu halten; und da nach der Verfaſſung auch einem Befehle des Königs nicht Folge geleiſtet werden durfte, wenn derſelbe nicht von einem Miniſter unterzeichnet war, ſo ſollte es durch die Verantwortlichkeit der Miniſter auch dem Könige unmöglich gemacht werden, gegen die Geſetze zu handeln. Innerhalb der Schranken der Geſetze aber ſollte dem Könige freier Spielraum bleiben; und es war Ludwig XVIII., als er ſeine Beſtimmung über die Verantwortlichkeit der Miniſter in die Charte aufnahm, ſchwerlich eingefallen, daß dieſelbe jemals dazu benutzt werden könnte, dem Könige jeden ſelbſtthätigen Antheil an der Regierung zu entziehen, indem man ſich darauf beriefe, daß die Handlungen der Regierung, da ſie allein von den Miniſtern verantwortet würden, auch nur allein von ihnen ausgehen dürften. Ja Ludwig XVIII. dachte wohl überhaupt nicht daran, daß der König durch die Miniſterverantwortlichkeit irgend beſchränkt werden könne; denn bei allen ſeinen Schwächen war dieſer Fürſt ſo tief von der Würde des Königthums durchdrungen, daß er es als unmöglich vorausſetzte, daß ein König die Geſetze, die er ſelbſt, oder die ſeine Vorfahren gegeben, verletzen könne; er betrachtete daher den Zwang, den er dem Königthum durch die Miniſterverantwortlichkeit auflegte, mehr als einen Schutz gegen die Täuſchungen, die ſich untreue Miniſter erlauben konnten, aber gewiß nicht als eine wirkliche Beſchränkung der königlichen Gewalt.

Digitized by Google

Anders faßte auch Ludwig Philipp die Miniſterverantwortlichkeit nicht auf; er gab nicht zu, daß durch die Revolution die ganze Grundlage, auf der ſeine Gewalt beruhte, eine andere geworden war, denn er leitete ſein Recht nicht von der Revolution, ſondern von jenen uralten Ahnen her, die dem Hauſe Orleans mit der älteren Linie der Bourbonen gemeinſchaftlich waren. Und wenn er mit dieſem Anſpruche nicht laut und öffentlich hervortrat, ſo geſchah dieß nur deshalb nicht, weil er es für unklug hielt, die revolutionairen Leidenſchaften herauszufordern, ſo lange der Kampf mit ihnen noch keine Sicherheit des Erfolges bot. Auch lag es in dem ganzen Charakter Ludwig Philipps, daß es ihm weniger auf den Namen als auf die Sache ankam. Es war ihm vor allen Dingen darum zu thun, ſich in den Beſitz der Gewalt zu ſetzen; und ſobald dieſe ihm nicht ſtreitig gemacht wurde, ſchien es ihm weniger weſentlich, ob dieſelbe in der Meinung aus dem Auftrage des Volkes hergeleitet wurde, den ihm die Revolution gegeben, oder aus dem erblichen Rechte, welches nach der Flucht Karls X. auf ihn übergegangen ſey.

Aus dieſem Grunde hielt er es der Klugheit angemeſſen, auf keine Weiſe die große Veränderung hervorzuheben, die in der ganzen Lage der Dinge eingetreten war, indem er ſelbſt unmittelbar die obere Leitung der öffentlichen Angelegenheiten übernommen hatte; es mußte vielmehr Alles aufgeboten werden, den Schein zu erregen, als ob gar nichts Außerordentliches vorgegangen wäre. Deshalb hatte Ludwig Philipp nichts dagegen, als Graf Montalivet für gut fand, bei ſeinem Amtsantritte ein Rundſchreiben an alle ihm untergeordnete Behörden zu erlaſſen, worin er dieſen ankündigte, daß „es immer noch das Miniſterium vom 13. März ſey, welches die Verwaltung leite; daß die Miniſter den Grundſätzen treu blieben, welche die Handlungen der Regierung ſeit länger als einem Jahre beſtimmten, und dem Syſteme, das durch die Zuſtimmung der Kammern ſeine Weihe erhalten; daß die Miniſter dieß Syſtem nicht verlaſſen könnten, ohne ſich undankbar oder treulos gegen die verfaſſungsmäßigen Gewalten zu zeigen, die ihnen die Ausführung deſſelben anvertraut und denen ſie Rechenſchaft abzulegen hätten." Durch dieſe Verſicherungen wurden die Journale nicht getäuſcht. Von der revolutionairen Preſſe wurde die Thatſache, daß der König den Vorſitz im Miniſterrathe einnahm, ihrer vollen Bedeutung nach gewürdigt und als die unzweideutigſte Rückkehr zu den Grundſätzen der Reſtauration dargeſtellt. Nicht die Miniſter, hieß es, die den Kammern verantwortlich wären, regierten alſo das Land, ſondern der König, der

Digitized by Google

dadurch ſelbſt verantwortlich werde. Man ſey durch den bloßen Wechſel der Dynaſtie um nichts gebeſſert; die Erfahrung lehre, daß ein aus der Volkswahl hervorgegangenes Königthum eben ſo gut ſeine Privatintereſſen habe, wie das Königthum des göttlichen Rechtes, und daß dieſe Privatintereſſen für die Volksfreiheit eben ſo verderblich ſeyen. Der von der Revolution geheiligte Grundſatz der Volksherrſchaft, der an der Spitze der neuen Verfaſſung ſtehe, ſey bereits zur Lüge geworden; man zahle unter dem Julikönigthume höhere Abgaben, als unter der Reſtauration; der Hofhalt des Bürgerkönigs koſte eben ſo viel, wie der Hofhalt Ludwigs XVIII. und Karls; der neue Hof unterhalte eben ſo vertraute Verbindungen mit den despotiſchen Regierungen des Oſtens wie der alte; und man ſey daher gegenwärtig eben ſo wenig gegen Gewaltſtreiche geſichert, wie früher. Die maßloſeſten Angriffe wurden gegen die Perſon Ludwig Philipps gerichtet: und wenn es auch nicht offen ausgeſprochen wurde, ſo lag doch der Schluß zu nahe, um ſich dem Leſer nicht von ſelbſt aufzudrängen, daß es für Frankreich kein anderes Rettungsmittel gebe, als eine neue Revolution, die dem Königthum für immer ein Ende mache und die Republik, als die einzige vernünftige Regierungsweiſe, an ſeine Stelle ſetze. Dieſe Geſinnung, die in der Preſſe von dem National, von der Tribune und von mehreren anderen größeren und kleineren Journalen ſo wie von unzähligen namenloſen Flugſchriften vertreten wurde, herrſchte in der Jugend der Schulen und des Handelsſtandes, unter den zahlreichen Arbeitern, die während der Julitage die Waffen ergriffen, und die mit Verwunderung ſahen, daß durch ihren Sieg weiter nichts verändert war, als daß ſich der König nicht mehr Karl X., ſondern Ludwig Philipp nannte, außerdem aber unter einer nicht geringen Zahl kräftiger, kühner, entſchloſſener Männer aus den verſchiedenſten Ständen, welche aus allen den blutigen Erfahrungen der erſten Revolution keine andere Lehre gezogen hatten, als die ſeltſame, daß man, um die Freiheit und das Wohl Frankreichs dauernd zu begründen, da wieder anfangen müſſe, wo die ihrer Meinung nach nur durch den Verrath ihrer eigenen Söhne unterbrochene Revolution aufgehört habe. Es war ſelbſt dem kräftigen Arme Périers nicht gelungen, die republicaniſchen Vereine zu unterdrücken, die nach der Julirevolution theils aus der Verborgenheit, in der ſie bis dahin ſich gehalten, herausgetreten, theils in der Aufregung jener Tage entſtanden waren; das Geſetz, welches man in ſeiner vollſten Strenge gegen ſie anwandte, war leicht zu umgehen; und mit Ueberſchreitung des Geſetzes offene Gewalt zu gebrau-

Digitized by Google

chen, wagte auch Périer nicht. Wer einer Verſammlung eines dieſer Vereine beiwohnte, der konnte glauben, daß er ſich mitten in dem Jahre 1793 befände. Da wurde das Königthum unumwunden als ein großes öffentliches Uebel bezeichnet, das man abſtellen müſſe, ſo wie ſich eine Gelegenheit böte. Darein, daß dieſe Gelegenheit kommen werde, wurde von den wuthentflammten Sprechern kein Zweifel geſetzt; nur darüber beſtand eine Meinungsverſchiedenheit, ob man den unausbleiblichen Ausbruch des Volksunwillens abwarten, oder ob man ihn verwegen hervorrufen ſolle, indem man, die Waffen in der Hand, das Zeichen gäbe.

Und zu leugnen war es nicht, daß ſelbſt eines großen Theiles des Bürgerſtandes, der die Thronbeſteigung Ludwig Philipps mit Freuden begrüßte, ſich eine ſehr unbehagliche Stimmung bemächtigt hatte, da von allen den unbeſtimmten Erwartungen, die man an das neue Königthum knüpfte, keine einzige in Erfüllung gegangen war. Man ſah beinahe alle die Namen, die in der glorreichen Revolution als die Häupter der Volkspartei hervorgetreten waren, bei Seite gedrängt; man hörte von allen Seiten, daß die Regierung im Begriff ſtehe, in alle Irrwege der Reſtauration wieder einzulenken; und man konnte ſich unmöglich verbergen, daß dieſe Anklage, wie unwillig ſie auch von den Freunden der Regierung zurückgewieſen werden mochte, doch durch die unzweideutigſten Thatſachen nur zu ſehr gerechtfertigt wurde. Laffitte, der die große Zeit nicht vergeſſen konnte, wo er die Geſchicke Frankreichs in ſeiner Hand hatte, hielt nach dem Tode Caſimir Périers es für ſeine Pflicht, dieſe Erinnerungen in der Form einer feierlichen Mahnung Ludwig Philipp in das Gedächtniß zurückzurufen. Er ladete alle in Paris anweſende Mitglieder der Abgeordnetenkammer, bei denen er eine Uebereinſtimmung mit ſeinen eigenen Geſinnungen vorausſetzte, zu einer Verſammlung in ſeinem Hauſe ein. Es erſchienen deren ein und vierzig, und Laffitte forderte ſie auf, ſich mit ihm zu einem Schreiben zu vereinigen, das man gemeinſchaftlich an den König richten wolle. Gegen dieſen Vorſchlag wurde lebhafter Widerſtand erhoben; es wurde darauf aufmerkſam gemacht, wie wenig Ausſicht auf Erfolg ein ſolcher Schritt habe, durch den man ſich nur einer unnöthigen Demüthigung ausſetzen würde, da auf keine Weiſe zu erwarten ſey, daß Ludwig Philipp ſelbſt zugeben werde, er habe ſeit ſeiner Thronbeſteigung einen verkehrten Weg eingeſchlagen. An die Nation müſſe man ſich wenden, ihr müſſe man Rechenſchaft ablegen, ihr müſſe man den Stand der Dinge vor Augen führen, ſie

zwiſchen den gegenrevolutionairen Beſtrebungen der Regierung und den Anſtrengungen der vaterlandliebenden Männer entſcheiden laſſen, die derſelben mit ihrer ganzen Kraft entgegengetreten wären. Der Rechenſchaftsbericht (Compte rendu) wurde aufgeſetzt; man konnte ihn eben ſo gut eine Anklage gegen die Regierung nennen, der durch offenkundige Thatſachen nachgewieſen war, daß ſie von Anfang nur darauf ausgegangen ſey, die Verwaltungsweiſe, wie die Geſetzgebung der Reſtauration möglichſt unverändert beizubehalten, während die Gegenpartei, welche die Julirevolution als eine Fortſetzung der großen Revolution von 1789 betrachtete, mit ihren Forderungen nicht durchzubringen vermocht habe. „Wir erklären es mit ſchmerzlicher und tiefer Ueberzeugung,“ hieß es zum Schluſſe: „wenn das gegenwärtige Syſtem länger fortdauert, ſind die Julirevolution und Frankreich ihren Feinden überliefert. Die Reſtauration und die Revolution ſtehen einander gegenüber; der alte Kampf, den wir beendigt glaubten, beginnt von neuem. Möge die Regierung wählen: die zweideutige Stellung, die ſie einnimmt, iſt nicht haltbar. Sie giebt ihr weder die Kraft der Reſtauration, die nicht wieder aufzurichten iſt, noch jene der Revolution, die aufgereizt wird und mißtraut!“

Welche Abſicht auch die Männer hatten, die dieſes durch alle Zeitungen bekannt gemachte Actenſtück unterzeichneten, — und unter denſelben fanden ſich die Namen Lafayette und Laffitte, Dupont (de l'Eure), Odilon Barrot, Mauguin, Audry de Puyraveau, Arago, General Bertrand, General Lamarque und Marſchall Clauzel, — ſo konnte die Wirkung doch keine andere ſeyn, als jene einer offenen Kriegserklärung gegen die Regierung; und ſo wurde der Rechenſchaftsbericht von ganz Frankreich aufgefaßt. Denn die Wahl, die man ſcheinbar der Regierung freiſtellte, war von ihr bereits getroffen; und die Frage blieb daher nur, ob man ſich der Kriegserklärung anſchließen und die neue Regierung durch eine neue Revolution ſtürzen oder ob man es mit der Regierung gegen die Revolution halten wollte. Aber Laffitte und ſeine Freunde begingen einen ſeltſamen Irrthum, wenn ſie nicht ſahen, daß auch dieſe Frage ſchon beantwortet war, da die Mehrheit, welche die Regierung bei allen den Stürmen unterſtützte, die in der Abgeordnetenkammer wider ſie erhoben worden waren, ohne Zweifel die Geſinnungen der großen Mehrzahl jenes bemittelteren Theiles des Bürgerſtandes ausdrückte, der, wenn er auch verhältnißmäßig nur einen geringen Bruchtheil der ganzen Nation ausmachte, doch durch ſeine höhere Bildung, wie durch ſeine geſellſchaftliche Stellung allein befähigt

Digitized by Google

war, bei jedem politiſchen Kampfe das entſcheidende Gewicht in die Wagſchale zu legen. Anderer Meinung waren allerdings die Mitglieder jener politiſchen Geſellſchaften, die alle Gährungsſtoffe der Hauptſtadt in ſich vereinigten, und die, wenn auch die in ihrer Form gemäßigte Faſſung des Rechenſchaftsberichtes ſie wenig befriedigte, doch durch die Namen, die er ihnen zu Verbündeten bot, zu der verwegenſten Entſchloſſenheit ermuthigt werden mußten. An einen augenblicklichen gewaltſamen Ausbruch wurde jedoch von keiner Seite gedacht, weil man wohl fühlte, daß es dazu einer beſtimmten Veranlaſſung bedurfte, welche die Maſſen des Volkes in Bewegung ſetzte.

Eine ſolche Veranlaſſung konnte aber, nachdem es einmal dahin gekommen war, daß ſie gefliſſentlich geſucht wurde, nicht lange ausbleiben. Wenige Tage, nachdem er noch an den Berathungen über den Rechenſchaftsbericht Theil genommen, wurde General Lamarque von der Cholera hingerafft. Unter allen Wortführern der Partei, welche für treue Erfüllung der Verſprechungen der Julirevolution kämpfte, war Lamarque jener, der durch die feurige Kraft ſeiner Rede am meiſten auf die Gefühle der Maſſen wirkte. Man hielt ihn noch zu großen Dingen beſtimmt; denn es wurde verſichert, daß Napoleon ihn in den letzten Stunden ſeiner Gefangenſchaft auf St. Helena zum Marſchall ernannt habe. Sein Tod brachte einen allgemeinen erſchütternden Eindruck hervor; und die liberale Partei, die in ihm eines ihrer einflußreichſten Häupter verloren hatte, beſchloß ſein Leichenbegängniß mit einem Gepränge auszuſtatten, durch welches daſſelbe zugleich zu einer Schauſtellung der ihr zu Gebote ſtehenden Streitkräfte dienen ſollte. Die republicaniſchen Vereine überlegten, ob es jetzt nicht an der Zeit ſey, das Zeichen zum Kampfe zu geben. Die Société Gauloiſe kündigte an, daß das trauernde Frankreich über der Leiche Lamarque's die Republik ausrufen werde. Die mächtigere Geſellſchaft der Volksfreunde hielt den Augenblick zwar noch nicht für geeignet, kam aber überein, da ein Ausbruch unvermeidlich ſcheine, ſich zur Annahme der Schlacht anzuſchicken. Andere Vereine faßten andere Beſchlüſſe. Der Regierung blieb von allen Bewegungen und Verabredungen der Verſchwörer keine einzige unbekannt. Statt denſelben zuvorzukommen, was durch kräftiges Einſchreiten ohne erhebliche Schwierigkeit zu bewirken geweſen, aber freilich ohne ungeheures Geſchrei nicht abgegangen wäre, beſchloß ſie den Meuterern freies Spiel zu laſſen, um die Unordnungen, die ſich vorherſehen ließen, mit einem gewaltigen Schlage niederzuſchmettern und dadurch allen Anſchlägen und Planen ihrer Gegner für immer ein Ende zu machen.

Digitized by Google

Die wichtigſten militairiſchen Punkte der Hauptſtadt wurden mit regelmäßigen Truppen beſetzt. Der Reſt der Beſatzung, die ſich auf 24000 Mann belief, wurde in den Caſernen bereit gehalten; und 30000 Mann wurden in der nächſten Umgegend zuſammengezogen und ſo aufgeſtellt, daß ſie auf den erſten Wink herbeieilen konnten. Außerdem konnte man auf einen guten Theil der Nationalgarde rechnen, die ihren Haß gegen die Republikaner bei verſchiedenen Gelegenheiten an den Tag gelegt hatte; und eine Gefahr war nach ſolchen Anordnungen von den unbewaffneten Maſſen, die zur Auflehnung verleitet werden konnten, auf keine Weiſe zu fürchten. Am 5. Juni des Morgens um neun Uhr begann die Todtenfeier durch die Ausſtellung der Leiche des Generals in ſeinem Hauſe auf dem Boulevard des Madeleines. Nachdem die in der katholiſchen Kirche üblichen Gebräuche beobachtet waren, ſetzte ſich der Zug über die Boulevards nach der Brücke von Auſterlitz in Bewegung, wo ein Gerüſt aufgeſchlagen war, von dem die Reden zu Ehren des Verſchiedenen gehalten werden ſollten, bevor deſſen ſterbliche Ueberreſte nach dem Familiengrabe in der Provinz abgeführt wurden. General Lafayette und Marſchall Clauzel, Laffitte und Mauguin hielten die Zipfel des Leichentuches, das den Wagen bedeckte, welchen junge Leute aus den verſchiedenſten Ständen zogen. Es folgten eine große Anzahl Generale, Abgeordnete und andere perſönliche Freunde des Verblichenen, mehrere tauſend Nationalgardiſten in Uniform, darauf die politiſchen Flüchtlinge aus allen Ländern, die Zöglinge des Rechts und der Arzneiſchule, denen ſich die Mitglieder der republicaniſchen Vereine anſchloſſen und ſämmtliche Gewerke von Paris. Jeder der verſchiedenen Abtheilungen wurden Banner mit ihren Farben und Abzeichen voraufgetragen; und es fiel beſonders auf, daß ſich unter den Fahnen der politiſchen Geſellſchaften eine blutrothe befand, die man für die Fahne der Jakobiner erklärte. Als der Zug bei der Porte St. Dénis vorüberkam, trat ein Polizeibeamter an den Träger der Fahne heran und forderte ihn auf, ſich zu entfernen. Dieß gab die erſte Veranlaſſung zum Tumult, da die Begleiter des revolutionairen Banners ſich natürlich widerſetzten. Neue unruhige Auftritte erfolgten auf dem Baſtillenplatze, wo mit einem Male an hundert und funfzig Zöglinge der polytechniſchen Schule erſchienen, denen die Theilnahme an dem Leichenzuge unterſagt war und die ſich mit Gewalt von dem ihnen aufgelegten Zwange befreit hatten. Bei ihrem Anblicke, der allen Anweſenden jene heißen Tage der Julirevolution zurückrief, in denen die polytechniſche Schule eine hervorragende Rolle ſpielte, erſchallte von allen Seiten der Ruf: „Es lebe

die polytechniſche Schule! Es lebe die Freiheit!“ und nicht wenige Stimmen wurden vernommen, die hinzufügten: „Es lebe die Republik!“ Ungeachtet dieſer und anderer ähnlicher Vorfälle ging die ganze Feier ohne Unterbrechung vorüber, bis bei dem Schluſſe derſelben Alles ſich anſchickte, friedlich auseinander zu gehen. Eine Anzahl junger Leute, in deren Mitte die ſchon früher bemerkte rothe Fahne wehte, drängte ſich um den General Lafayette zuſammen, als dieſer im Begriff war, in eine Kutſche zu ſteigen, um ſich nach Hauſe zu begeben. Unter dem Rufe: „Es lebe der General Lafayette! Es lebe die Republik!“ ſpannten die Bewunderer Lafayette's die Pferde aus; Einzelne verlangten, man ſolle den General nach dem Stadthauſe führen und zum Präſidenten der Republik ausrufen. Der Wagen fing ſich jedoch kaum durch die Menge zu bewegen an, als ſich das Geſchrei erhob: „Die Dragoner kommen! Zu den Waffen! Man ermordet uns!“ Eine Schwadron Dragoner aus der in der Nähe befindlichen Caſerne des Celeſtins hatte den Befehl erhalten, die Bemühungen der Polizei zur Aufrechterhaltung der Ordnung unter der ſich zerſtreuenden Volksmaſſe zu unterſtützen. Die Schwadron öffnete ihre Reihen, um den Wagen Lafayette's durchzulaſſen, den die jungen Leute, welche ſich deſſelben bemächtigt hatten, durch dieſe Bewegung von der Menge getrennt, hierauf nicht nach dem Stadthauſe, ſondern nach ſeiner Wohnung Rue d'Anjou St. Honoré brachten*). Beinahe in demſelben Augenblicke, in dem Lafayette auf dieſe Weiſe entführt wurde, fielen mehrere Gewehrſchüſſe aus der Mitte des Volkshaufens, der mit Ungeſtüm auf die Schwadron eindrang und verlangte, daß die Soldaten die Waffen niederlegen ſollten. Die Lage der Dragoner, die ſich weder vorwärts noch rückwärts bewegen konnten, war bedenklich, und der Obriſt des Regimentes ſetzte ſich an die Spitze einer ſtärkeren Abtheilung, um ſeine eingeſchloſſenen Leute zu befreien. Er hatte den Boulevard Bourbon, der nach der Brücke von Auſterlitz führt, noch nicht erreicht, als ihn ein Gewehrfeuer empfing, welches mehrere Dragoner vom Pferde warf. Die Schwadronen ſetzten ſich in Galop, ſprengten die Volksmaſſe, die nicht wußte, was vorging, auseinander, ſahen ſich aber bald einem mörderiſchen Feuer ausgeſetzt, denn ein Theil der erbitterten Menge, welche ſich meuchleriſch überfallen glaubte, hatte das nur durch einen

*) Wie Louis Blanc (T. III. p. 300.) dazu kommt, Lafayette wirklich nach dem Hôtel de ville führen zu laſſen, wiſſen wir nicht. Vergl. Sarrans, Lafayette, T. II. pag. 378.

Digitized by Google

ſchwachen Poſten geſchützte Arſenal genommen, und feuerte von hier aus, ſo wie von dem benachbarten großen Getreidemagazin, dem Grenier d'abondance, auf die Truppen. Die Dragoner mußten ſich, nachdem ſie mehrere ihrer Offiziere verloren hatten, auf einem Umwege nach ihrer Caſerne zurückziehen. Der Aufruhr, der jetzt in vollem Gange war, verbreitete ſich im Augenblicke über die beiden Vorſtädte Saint-Antoine und Saint-Marceau und drang von da auf dem rechten Seineufer bis zur Place des Victoires und zur Börſe, auf dem linken bis zu der Caſerne der Veteranen und zu den Barrieren. Ueberall wurden die Militairpoſten aufgehoben und entwaffnet; eine große Waffenfabrik, die in die Gewalt der Republikaner gefallen war, hatte ihnen zwölfhundert Gewehre geliefert; nur auf wenigen vereinzelten Punkten wurde ihnen Widerſtand geleiſtet. Am erſten Tage des Ausbruches der Julirevolution war der Sieg der Volkspartei lange nicht ſo vollſtändig geweſen. Die Truppen trugen ſichtliche Scheu, ſich mit ihren bürgerlichen Gegnern in einen Kampf einzulaſſen. Die Lage der Dinge ſchien ſelbſt einem Manne, wie Laffitte, der doch nichts weniger als republikaniſch geſinnt war, ernſtlich genug, um ihn zu veranlaſſen, ähnliche Schritte zu thun, wie während der Julirevolution. Er berief die Abgeordneten, welche den Rechenſchaftsbericht unterzeichnet hatten, zu einer Verſammlung, um zu berathen, was zu thun ſey. Wie in den Julitagen, ſo kamen auch jetzt von allen Seiten Abordnungen, welche über die Fortſchritte des Aufſtandes Bericht erſtatteten. Auch Lafayette erſchien, um ſich mit ſeinen Freunden zu beſprechen; man blieb bis gegen Mitternacht vereinigt, trennte ſich jedoch zuletzt, ohne zu irgend einem Beſchluſſe gekommen zu ſeyn.

Inzwiſchen hatte Ludwig Philipp, der am Morgen von Saint-Cloud nach der Hauptſtadt hereingekommen war, ſeit dem Mittage ſämmtliche Miniſter um ſich verſammelt. Um drei Uhr erhielt man die erſten Nachrichten von dem Auftritte, der auf dem Baſtilleplatze ſtattgefunden hatte, und Marſchall Soult ertheilte ſogleich allen Truppen der Umgegend den Befehl, in Eilmärſchen nach Paris aufzubrechen. Spätere Berichte ſchilderten den Eindruck, den das Erſcheinen der rothen Fahne, die an der Bahre Lamarques mit einer Jakobinermütze gekrönt worden war, auf den ruhigen Bürger hervorgebracht hatte. Die Freunde der Regierung und mit ihnen eine Menge verkleideter Polizeiagenten, die in der Stadt vertheilt wurden, hatten dafür Sorge getragen, die übertriebenſten Gerüchte über die Plane der Republikaner zu verbreiten, die damit umgehen ſollten, alle Blutthaten von 1793

Digitized by Google

zu wiederholen, das Vermögen der bemittelten Bürger der Plünderung Preis zu geben und ein Pöbelregiment einzuführen, welches alle Schrecken der erſten Revolution überbieten würde. *) Der Bürgerſtand, der ohnehin von der Republik nichts wiſſen wollte, wurde durch dieſe geſchickt angebrachten Einflüſterungen zum äußerſten Unwillen und Zorne gegen die Menſchen gereizt, von denen er zugleich ſein Leben und ſein Eigenthum gefährdet hielt; die Nationalgarde, durch den Generalmarſch zuſammenberufen, fing an ſich zahlreicher zu verſammeln, als man gehofft hatte, und einzelne Abtheilungen zeigten ſolche Erbitterung, daß ein von den Republicanern ausgeſtellter Poſten, den ſie gefangen nahmen, auf der Stelle von ihnen niedergeſchoſſen wurde. Da die unſichere Haltung der regelmäßigen Truppen gerechte Beſorgniß erregte, ſo wurde der erſte Angriff der Nationalgarde überlaſſen, und dieſer gelang es, am Abende und während der Nacht die Republicaner aus allen den Stellungen, die ſie in den äußeren Stadttheilen in geringer Zahl beſetzt hielten, zu verdrängen. Siebenzehn der Empörer, welche die Brücke am Hôtel Dieu vertheidigten, wurden von einer zahlreichen Colonne übermannt, niedergeſtoßen und in die Seine geſtürzt. Ein wüthender Kampf fand um eine Barricade Statt, welche eine Handvoll Verwegener am Eingange der Paſſage du Saumon von der Rue Montmartre errichtet hatte. Wiederholte, von beträchtlichen Maſſen unternommene Angriffe wurden zurückgeſchlagen, bis gegen vier Uhr des Morgens ein letzter Sturm die wenigen Vertheidiger, die noch am Leben waren, überwältigte.

Am 6. Juni, als der Tag anbrach, hielten ſich die Republicaner nur noch in einem kleinen Theile der Vorſtadt St. Antoine und in der Straße Saint-Martin, welche den auf der Nordſeite der Seine gelegenen Theil der Stadt ziemlich in der Mitte durchſchneidet, ſowie in den Nebenſtraßen Saint-Méry, Aubry-le-Boucher, Planche-Mibray und des Arcis und den kleinen Gaſſen Briſe-Miche, Taille-Pain, Pierre au Bord um die Kirche und die Reſte des ehemaligen Kloſters Saint-Méry. In der Straße St. Martin waren zwei ſtarke Barricaden aufgeworfen, von denen ſich die eine im Norden von der Rue Maubuée nach der gegenüberliegenden Häuſerreihe zog, während die

*) „Ces bruits répandus, exagérés peut-être à dessein, devaient donner à la bourgeoisie un violent sentiment de colère etc.“ Capefigue, l'Europe, T. VI. pag. 207. Capefigue iſt der begeiſterte Verehrer L. Ph's., und ein ſolches Urtheil in ſeinem Munde iſt daher gewiß unverdächtig.

Digitized by Google

andere im Süden die Ecke der Rue-Saint-Méry mit der Ecke der R
Aubry-le-Boucher verband. Hieher hatten ſich die Tapferſten der R
publicaner, ſo wie ſie aus ihren übrigen Stellungen allmälig verdrä
wurden, zurückgezogen; ihre Geſammtzahl belie ſich auf zwei- bis dreihun
dert, aber Alle waren entſchloſſen, in dem Kampfe, in dem ſie das R
auf ihrer Seite zu haben glaubten, zu ſiegen oder zu ſterben. Schon
Abends des 5. hatte die Nationalgarde nach einander drei Angriffe ge
die Barricaden der Rue St. Martin unternommen, war aber jedesm
mit Verluſt zurückgeworfen worden. Wiederholte Stürme der Kerntrup
der Municipalgarde hatten keinen beſſern Erfolg gehabt. Die ſchwa
Schaar, die ſich hier, im Mittelpunkte der Stadt, verſchanzt hatte, w
der Meinung, daß es nur eines Beiſpieles ausdauernder Tapferk
bedürfe, um ganz Paris gegen die Unterdrückung unter die Waffen
rufen. Vom früheſten Morgen wurde deshalb in der Kirche des he
gen Medardus, die in ihrer Gewalt war, unaufhörlich Sturm geläutet: k
verwandter Ton antwortete dem drohenden Schalle; rings blieb Al
ſtill; man hörte nur das Raſſeln der Geſchütze, die auf den Qu
und auf den Boulevards aufgefahren wurden; den ſchweren Schritt d
Colonnen, welche die benachbarten Straßen durchzogen; das Hufſtamp
der Roſſe der Reiterei und das Klirren der Waffen. Der Marſchal
Soult, der perſönlich den Oberbefehl über die bewaffnete Macht üb
nommen, hatte beſchloſſen, den Aufſtand durch ſolche Maſſen zu erſticke
daß kein Verſuch des Widerſtandes aufkommen könne. Des Morgen
um ſieben Uhr hielt Ludwig Philipp in dem Hofe der Tuilerien Hee
ſchau über die Legionen der Nationalgarde des Weichbildes von Par
die während der Nacht in die Stadt eingerückt waren, und unter denen
man das Gerücht verbreitet hatte, daß eine Verſchwörung der mit den
Republicanern vereinigten Carliſten ausgebrochen und daß Paris ein
Bande Räuber und Mörder preisgegeben ſey. Die ganze Linie entlang
erſchallte der Ruf: „Es lebe der König! Nieder mit den Carliſten
Nieder mit den Republicanern!“ Bald darauf wurde das Zeichen z
Angriffe gegeben. Drei ſtarke Heerſäulen Fußvolk unter dem Befeh
des Generals Schramm, unterſtützt von ſchwerer Reiterei und Geſchütz
verdrängten nach kurzem Kampfe die Empörer aus der Vorſtadt Saint
Antoine; zugleich wurden die Poſten der Republicaner, welche die Zu
gänge der Barricaden in der Straße Saint-Martin bewachten, auf die
zurückgetrieben. Nachdem dieſe Bewegung ausgeführt war, ſetzte ſich Ludwig
Philipp zu Pferde und ritt, von dem Herzoge von Nemours, den Marſchällen
Soult und Gérard, den Miniſtern Montalivet und d'Argout und einem

Digitized by Google

ahlreichen Stabe begleitet, die Boulevards entlang, auf denen 30000
Mann regelmäßiger Truppen und Nationalgarden aufgeſtellt waren, welche
eine aufmunternden Worte überall mit dem Rufe: „Es lebe der König!“
rwiederten. Als er in die Tuilerien zurückgekehrt war, wurden Laffitte,
Odilon Barrot und Arago gemeldet, die als Abordnung von einer
Verſammlung der Abgeordneten erſchienen, die am Morgen von neuem
uſammengetreten und jetzt, da der Sieg der Regierung nicht mehr
weifelhaft war, übereingekommen waren, ſich an den König zu wenden,
um ihn durch eine Hinweiſung auf den Kampf in den Straßen der
Hauptſtadt zu einer Aenderung der Politik zu vermögen, welche dieſe
lutigen Auftritte veranlaßt habe. Odilon Barrot, der im Namen der
lbordnung das Wort ergriff, erklärte: Sie kämen, um in dem Her-
en des Königs den Schmerz aller guten Bürger niederzulegen, die ihm
ufrichtig ergeben wären, und um ihn zu bitten, daß er ſein Ohr nicht
en gewaltſamen Maßregeln leihen möge, die ihm ohne Zweifel ange-
athen werden würden. „Wer trägt die Schuld dieſer Unordnungen?“
nterbrach Ludwig Philipp den Sprecher; „wer hat dieſes Blutvergie-
ßen zu verantworten? Einige Elende haben das Leichenbegängniß des
Generals Lamarque benutzt, um meine Regierung anzugreifen und die
Nationalgarden, wie die Linientruppen niederzuſchießen. Iſt da meine
Pflicht nicht vorgezeichnet?“ In dieſem Augenblicke erſchallte ſo heftiger
Kanonendonner, daß die Fenſter des Palaſtes erzitterten. Ludwig Phi-
ipp fuhr, ohne ſich ſtören zu laſſen, fort: „Das ſind die Kanonen,
ie man vorrücken läßt, um ohne zu großen Menſchenverluſt das Kloſter
Saint Méry zu nehmen, in das ſich die Meuterer geworfen haben.“
Odilon Barrot bemerkte, er zweifle nicht daran, daß der Sieg vollſtän-
ig ſeyn werde. „Dann,“ ſagte er, „muß aber Milde eintreten; man
arf ſich durch den Sieg nicht berauſchen laſſen. Maßregeln der Ge-
valt würden nur zu einer unvermeidlichen Erſchütterung führen.“ —
Ich weiß nicht,“ entgegnete der König, „wie Sie zu der Voraus-
etzung kommen, daß man mir Gewaltmaßregeln anrathen wird. Auf
em Ritte, den ich durch die Straßen von Paris gemacht habe, hörte
ch häufig den Ruf: „„Sire, ſtrenge Gerechtigkeit!““ Ich habe von
ieſem Wunſche des Volkes den Siegelbewahrer in Kenntniß geſetzt;
ie Gerechtigkeit ſoll ohne irgend eine Gewaltthätigkeit ihren regelmä-
igen Lauf haben.“ — Hier fiel Laffitte ein: „Es iſt nicht hinreichend,
u ſtrafen, Sire; es müſſen auch Mittel gefunden werden, die allge-
meine Aufregung zu beruhigen. Eine Regierung kann ſich nicht bloß
urch die äußere Gewalt behaupten, ſie bedarf auch der ſittlichen Kraft,

Digitized by Google

der Liebe der Bürger. Das Land iſt mit dem Gange der öffentlichen Angelegenheiten nicht zufrieden; das iſt die wahre Urſache der Unordnungen." — „Ich bin mir keiner Handlung bewußt," verſetzte der König, „durch die ich die Liebe des Landes hätte verlieren können. Ich weiß zwar, daß die Preſſe unaufhörlich daran arbeitet, mich zu ſtürzen; aber das geſchieht nur mit Hülfe der Lüge. Ich frage Sie, iſt wohl je ein Menſch mehr mit Verleumdungen überſchüttet worden!" — Arago, der jetzt das Wort nahm, bezog ſich auf ſeine perſönliche Stellung, als Mann der Wiſſenſchaft, der nach keinem politiſchen Einfluſſe ſtrebe; er glaubte deshalb verſichern zu können, daß ſein Urtheil ein ganz unbefangenes ſey; aber dennoch könne er ſich nicht verbergen, daß der König nicht mehr beim Volke beliebt ſey, weil man die öffentliche Freiheit durch die Regierung gefährdet ſehe; weil die Regierung nicht aufrichtig auf den Wege der Julirevolution eingehe. Es ſey durchaus nothwendig, daß der König ſeiner Politik eine andere Richtung gebe. Ludwig Philipp fiel dem gelehrten Mathematiker in die Rede: „Sie ſagen, ich ſey nicht mehr beim Volke beliebt. Darin liegt etwas Wahres; aber die Urſache ſind nicht die Fehler meiner Regierung, ſondern die Verleumdungen, die man über mich ausſprengt. Man ſpricht von Verheißungen, die ich auf dem Stadthauſe gemacht und nicht erfüllt habe. Das iſt eine ehrloſe Lüge; ich berufe mich auf Herrn Laffitte. Ich habe keine Verſprechungen gemacht und ich hatte keine zu machen. Die Revolution von 1830 war unter dem Rufe: Es lebe die Charte! erfolgt. Es war alſo die Charte, was das Volk verlangte; und es beſitzt jetzt die verbeſſerte Charte. Seit meiner Thronbeſteigung habe ich den Weg eingeſchlagen, der mir gut ſchien, und der mir noch gut ſcheint. Beweiſen Sie mir, daß ich mich irre, ſo werde ich meine Anſichten aufgeben, bis dahin aber werde ich auf denſelben beharren; ich folge meinem Gewiſſen und meiner Ueberzeugung." Arago erging ſich in den gewöhnlichen Ausſtellungen, welche die Gegenpartei an der Politik der Regierung machte, die er von dem Tage des Eintrittes Caſimir Périers in das Cabinet als das Syſtem des 13. März bezeichnete. „Sie nennen mein Regierungsſyſtem das Syſtem des 13. März," unterbrach ihn Ludwig Philipp, „ich muß Sie darauf aufmerkſam machen, daß dieſe Bezeichnung eine durchaus ungeeignete iſt. Das Syſtem, welches wir heute befolgen, iſt daſſelbe, welches ich nach ernſten Erwägungen annahm, als ich auf den Thron ſtieg; es iſt in nichts von jenem verſchieden, welches die Verwaltung leitete, deren Haupt Hr. Laffitte war." — Laffitte, ſo geradezu herausgefordert, konnte ſich nicht enthalten zu

Digitized by Google

bemerken, daß hier weder der Ort noch die Zeit ſey, die Gründe zu erörtern, weshalb manche Maßregeln zweier ſo verſchiedener Miniſterien ſehr gegen ſeinen Willen mehr Aehnlichkeit gehabt hätten, als er gewünſcht habe. Die Unterhaltung ging hierauf auf den Rechenſchaftsbericht über, in dem Ludwig Philipp nichts Neues gefunden hatte, und von dieſem auf die auswärtige Politik. Ludwig Philipp widerlegte alle Einwendungen, die gegen ſein Syſtem gemacht wurden, ſprach von ſeinen Sorgen, von ſeinen Anſtrengungen, um den Lehren des Liberalismus den Sieg zu verſchaffen, erklärte ſich für einen Freund der Preßfreiheit und betheuerte, daß alle Schwierigkeiten der gegenwärtigen Lage nur daher rührten, daß man ihm nicht Gerechtigkeit widerfahren laſſe, daß die Böswilligkeit darauf ausgehe, ihn zu ſtürzen. „Wenn ich dem Miniſterrathe beiwohne,“ ſagte er, „ſo iſt nach der Behauptung der Journaliſten der Staat verloren; von dieſem Augenblicke beſteht keine conſtitutionelle Regierung mehr. Und doch iſt es in dieſem Rathe, von dem man mich entfernt halten will, gewiß nicht mein Einfluß, der Beſchlüſſe wider die Freiheit hervorrufen wird. Erſt dieſen Morgen z. B. wurde der Vorſchlag gemacht, Paris in Belagerungszuſtand zu erklären; ich habe mich dem mit Entſchiedenheit widerſetzt. Die Geſetze ſind hinreichend; ich will nur nach den Geſetzen regieren.“ Nach verſchiedenen anderen Zwiſchenreden, die zu keinem Ergebniſſe führten, rief Laffitte, indem er eine tiefe Verbeugung machte, aus: „Ich ziehe mich in tiefem Schmerz zurück, weil ich an die Aufrichtigkeit der Ueberzeugungen glaube, die ein noch größeres Unglück unvermeidlich machen. Ich fürchte dieß für Frankreich und noch mehr für den König. Das Uebel kommt von der verſchiedenen Auffaſſung der Julirevolution: die einen haben in derſelben nur die etwas verbeſſerte Charte von 1814 und einen einfachen Wechſel der Perſonen geſehen; die große Mehrzahl, alle thatkräftige Männer den Sieg eines volksthümlichen Syſtemes und die vollſtändige Vernichtung der Reſtauration. Seit langer Zeit hat die Preſſe gegen das Syſtem des 13. März proteſtirt; auch jene ungeheuere Menſchenmaſſe hat dagegen proteſtirt, die ſich zu dem Leichenbegängniſſe des Generals Lamarque begeben hat, jene Maſſe, die aus allen Ständen und Stellungen im Leben zuſammengeſetzt war, aus Militairs und Bürgern, aus der Jugend, dem Volke und der Nationalgarde. Wenn des andern Tages fünfzehn bis zwanzigtauſend dieſer Bürgerſoldaten der Regierung ihren Beiſtand gewährt haben, ſo iſt dieß nur geſchehen, weil ihr Daſeyn bedroht war. Man hat den 13. März vergeſſen, um das Julikönigthum zu retten.“

Digitized by Google

Während dieſer ganzen Unterredung dauerte der Kanonendonner beinahe ununterbrochen fort. Der Verzweiflungskampf der Republicaner näherte ſich ſeinem Ende. Zu ihrem Hauptvertheidigungspunkte hatten ſie das Eckhaus der Straßen Saint-Martin und Saint-Méry gemacht, ein maſſives Gebäude, welches gerade auf die ſtärkſte der Barricaden ſah. Hier führte ein alter Soldat Vigouroux die Vertheidiger. Schon am Morgen ſagte dieſer zu ſeinen Waffengefährten: „Wir ſind verloren; wenn noch Solche unter Euch ſind, die hier etwas anderes wollen, als ſterben, ſo iſt es Zeit; ſie mögen ſich entfernen!“ Kein Einziger verließ ſeinen Poſten. Bald darauf rückte eine Abtheilung Infanterie an. Ein Sergeant, der vortrat, erklärte: Die Soldaten verlangten nur durch die Barricaden gelaſſen zu werden; ſie würden keinen Schuß abfeuern, wenn man ihnen kein Hinderniß in den Weg lege. Ein einfacher Arbeiter, Jeanne, der an der Barricade befehligte, entgegnete, indem er ſeine Hand über dieſelbe ausſtreckte: ſie ſey unverletzlich, denn ſie ſey von Männern vertheidigt, die geſchworen hätten, ſie nicht anders zu verlaſſen, als wenn ſie von ihrem Blute überſchwemmt wäre; zugleich forderte er die Soldaten auf, ſie möchten nicht vergeſſen, daß auch ſie Söhne des Volkes und daß ſie ihren Arm und ihr Leben der Sache der Freiheit ſchuldig wären. Der Anführer erwiederte, daß er ſeiner Pflicht treu bleiben werde, aber er gab ſeinen Leuten den Befehl, kehrt! zu machen; die Truppe zog ſich langſam zurück, und von den Barricaden wurde ihr nachgerufen: „Es lebe die Linie!“ Wenige Minuten ſpäter erſchien, die ganze Breite der Straße Aubry-le-Boucher einnehmend, eine Legion der Nationalgarde des Weichbildes, die, von Wein und Zorn entflammt, die Luft mit ihren Verwünſchungen erfüllte. So wie die Spitze der Colonne auf die Straße Saint Martin hinaustrat, wurde ſie von einem ſo wohlgenährten Gewehrfeuer empfangen, daß ſie augenblicklich Halt machte. Die ganze Colonne wurde von paniſchem Schrecken ergriffen, wandte ſich nach den Quais und zerſtreute ſich in regelloſer Flucht, indem Viele ihre Waffen, Andere ihre Czakos wegwarfen. Aber neue und wieder neue Colonnen folgten, die ſich mit geringerem Uebermuthe näherten und mit größerer Feſtigkeit im Kampfe aushielten; ſchweres Geſchütz wurde aufgefahren, wo man daſſelbe in den engen Straßen irgend anzubringen vermochte, auf der Straße Saint Martin und am Ausgange der Straße Aubry-le-Boucher; die Barricaden wurden in einen Trümmerhaufen verwandelt und die Lücken, welche die Kugeln in die Reihen der Vertheidiger riß, wurden nicht wieder ausgefüllt.

Die Zahl der Kämpfenden war auf die Hälfte zuſammengeſchmolzen, als in einem Augenblicke der Ruhe, nachdem eben ein neuer Sturm abgeſchlagen war, einer der Ueberlebenden über Hunger klagte und verlangte, daß Lebensmittel gebracht würden. „Lebensmittel!“ antwortete Jeanne; „es iſt drei Uhr und um vier haben wir aufgehört zu leben!“ Zwei Geſchütze, die gegen den Haupteingang der Kirche des heiligen Medardus (Saint-Méry) gerichtet waren, zertrümmerten das feſte Eichenthor. Jetzt gaben die Vertheidiger ein Zeichen, daß ſie capituliren wollten. Der Marſchall Soult, der perſönlich in der Nähe war, zog die Uhr und erklärte, er bewillige zehn Minuten zu bedingungloſer Unterwerfung. Darauf erfolgte keine Antwort. Die Republicaner, die ihre Patronen verſchoſſen hatten und ſich den Eindringenden mit dem Bayonnet entgegenwarfen, wurden durch die Maſſe überwältigt und auf den Stufen des Altares erwürgt. Die Barricaden waren beinahe völlig zerſtört; und eine ſtarke Colonne Infanterie drang die Straße St. Martin hinab. Da ſtellte Jeanne ſich an die Spitze des Häufleins der Tapfern, das noch am Leben war, durchbrach die erſte Linie der Soldaten und verſchwand, nachdem er bloß drei Mann verloren hatte, in einer Nebenſtraße, die nicht beſetzt war. Auch jetzt noch dauerte die Vertheidigung des Eckhauſes der Straßen Saint-Martin und Saint-Méry fort, aber die Thür war im Augenblicke erbrochen; ſiebenzehn der Empörer wurden in den Gemächern, in denen man ſie fand, niedergeſtoßen; eine Anzahl entkam über die Dächer in ein Haus der Straße St. Méry, wo ſie zu Gefangenen gemacht wurden. Es war fünf Uhr des Nachmittages, als der Kampf beendigt war. Am Abende war großer Empfang in den Tuilerien, und ganz Paris gewährte wieder ſeinen gewöhnlichen Anblick.

Ludwig Philipp war, als der Ausgang des Kampfes bereits unzweifelhaft war, noch feſt entſchloſſen, bei der Beſtrafung des Aufſtandes mit einer Mäßigung zu verfahren, welche ſich ſtrenge innerhalb der Grenzen der beſtehenden Geſetze hielte. Aber die Nationalgarde von Paris zählte die Verluſte, die ſie in dem Kampfe erlitten, und rief laut nach Rache; die zahlreiche Klaſſe der Kleinhändler war auf das Aeußerſte erbittert über die Störungen, die der Handel und Verkehr durch die Tollheit einer geringen Anzahl überſpannter und unruhiger Köpfe erlitt, und auch die Miniſter waren der Meinung, daß man die Gelegenheit nicht vorübergehen laſſen dürfe, einer Partei, die ſich mit der beſtehenden Ordnung doch niemals aufrichtig verſöhnen würde, mit einem Schlage ein Ende zu machen. Es wurde daher noch im Laufe

Digitized by Google

des Tages eine Reihe von Verordnungen erlaſſen, durch welche die polytechniſche Schule und die Veterinärſchule von Alfort aufgelöſt, die Artillerie der Pariſer Nationalgarde wegen der Betheiligung vieler ihrer Mitglieder am Aufruhre aufgehoben und ganz Paris in Belagerungszuſtand erklärt wurde. Der Polizeipräfect Gisquet, ein bereitwilliges Werkzeug aller Plane der Unterdrückung, ertheilte Haftbefehle in Maſſe und zwar nicht bloß gegen Männer, die im Verdachte ſtanden republicaniſche Geſinnungen zu nähren, ſondern auch gegen die angeſehenſten Häupter der legitimiſtiſchen Partei, gegen einen Chateaubriand und einen Hyde de Neuville, weil man unter dem Volke den Glauben verbreiten wollte, daß die Republicaner ſich mit den Anhängern der geſtürzten Dynaſtie verbündet hätten. Er ließ die Hoſpitäler militairiſch beſetzen, damit von den in denſelben aufgenommenen Verwundeten keiner der geſetzlichen Ahnung entgehe, und erließ auf den Grund eines alten Edictes vom Jahre 1666 eine Verfügung, welche es den Aerzten und Chirurgen zur Pflicht machte, die Verwundeten, die von ihnen behandelt würden, binnen vierundzwanzig Stunden der Polizei anzuzeigen. Durch die Verordnung, welche die Hauptſtadt in Belagerungszuſtand erklärte, wurden den gewöhnlichen Gerichten ihre Befugniſſe entzogen und ſtatt derſelben zwei ſtehende Kriegsgerichte eingeſetzt, um über alle der Theilnahme am Aufruhr Beſchuldigte ohne Unterſchied des Standes militairiſches Standrecht zu halten. Am 18. Juni ſprach das eine der beiden Kriegsgerichte ſein erſtes Todesurtheil. Der Verurtheilte, ein Maler Namens Geoffroy, der angeklagt war, bei dem Leichenbegängniſſe Lamarque's eine rothe Fahne mit der Inſchrift „Freiheit oder Tod!“ getragen und darauf an dem Kampfe gegen die Truppen Theil genommen zu haben, bediente ſich jedoch des einzigen Rechtsmittels, welches ihm noch zu Gebote ſtand, indem er wegen Verletzung der geſetzlichen Formen in dem Urtheilsſpruche Verwahrung bei dem oberſten Gerichtshofe — dem Caſſationshof — einlegte; und dieſer entſchied (am 29. Juni), daß das Kriegsgericht ſeine geſetzlichen Befugniſſe überſchritten habe; daß die Verordnung über den Belagerungszuſtand den Geſetzen und der Charte zuwider und daß der Urtheilsſpruch gegen Geoffroy daher ungültig und nichtig ſey.

Durch dieſe Entſcheidung fiel der Belagerungszuſtand in ſich ſelbſt zuſammen. Die Miniſter, welche nicht während des Kampfes, ſondern nach der Herſtellung der Ruhe und Ordnung die Hauptſtadt in Belagerungszuſtand verſetzt hatten, waren durch den Ausſpruch des höchſten Gerichtshofes deſſelben Verbrechens der Verfaſſungsverletzung überwieſen,

Digitized by Google

um deſſentwillen vor kaum anderthalb Jahren die Miniſter Karls X. verurtheilt waren; aber es beſtand zwiſchen beiden freilich der große Unterſchied, daß die Einen der Partei angehörten, die beſiegt war, die Andern jener, welche geſiegt hatte. Graf Montalivet ſo wenig als einer ſeiner Collegen wurde durch den Spruch des Caſſationshofes im Geringſten aus der Faſſung gebracht; man hob den Belagerungszuſtand wieder auf, entließ die Verhafteten, gegen die ſich gar kein rechtlicher Grund der Anklage auffinden ließ, aus dem Gefängniſſe und ſtellte jene, die entweder mit den Waffen in der Hand gefangen oder durch genügende Beweiſe der Theilnahme am Aufruhre zu überführen waren, vor die gewöhnlichen Gerichte, und fuhr fort zu regieren, als ob damit Alles abgethan und in der Ordnung geweſen wäre. Der Juſtizminiſter Barthe, der ehemalige Vertheidiger aller Verſchwörer unter der Reſtauration, ſchien dem Grafen Montalivet den Ruhm der Verordnung über den Belagerungszuſtand zu beneiden; er richtete beinahe unmittelbar nach der Zurücknahme derſelben ein Rundſchreiben an die Generalprocuratoren, worin er ſich über die Ausſchweifungen der Preſſe in einer Weiſe äußerte, die nur eine geiſtloſe Nachbildung des geiſtreichen Berichtes über die Preſſe von Chantelauze war, welcher die Juliordonnanzen begleitete. Die der Regierung feindlichen Journale in den Provinzen, wie in der Hauptſtadt wurden mit einem Eifer verfolgt, der Alles, was die Regierung Karls X. in dieſer Beziehung geleiſtet hatte, weit hinter ſich zurückließ. Herr Barthe war jetzt mit einem Male zu der Erkenntniß gekommen, daß die wahre Urſache der politiſchen Zerrüttung in Frankreich in der Verwirrung der Meinungen lag, die, wie er behauptete, vornehmlich durch den Mißbrauch der Preſſe verſchuldet war. Die alten Grundſätze der Ordnung, die Herr Barthe ſelbſt vor wenigen Jahren noch mit wüthendem Eifer bekämpft hatte, ſollten jetzt in die Gemüther zurückgeführt werden; und da dieſe Grundſätze ihre Wurzel in dem religiöſen Glauben hatten, ſo mußte auch dieſer gegen die Wühlungen der Neuerer in Schutz genommen werden. Die Verfolgung der Saint-Simoniſten, die bereits in der erſten Zeit der Verwaltung Caſimir Périers begonnen, jedoch damals wieder aufgegeben war, weil die Verbreitung ihrer Lehren die beſtehende Ordnung mit keiner unmittelbaren Gefahr bedrohte, wurde jetzt wieder aufgenommen. Die Häupter der Saint-Simoniſten wurden angeklagt, ſich gegen die Beſtimmung des Strafgeſetzes vergangen zu haben, welches alle Verſammlungen von mehr als zwanzig Perſonen an zum voraus feſtgeſetzten Tagen von einer beſondern polizeilichen

Digitized by Google

Erlaubniß abhängig macht, unter ſchwindleriſchen Vorſpiegelungen von den Mitgliedern ihrer Geſellſchaft Geldſummen erhoben und endlich durch Reden, wie durch Druckſchriften die öffentliche Sittlichkeit beleidigt zu haben. Wenn die Lehre der Secte dem geſunden Menſchenverſtande nicht zu offenbar entgegengeweſen wäre, ſo hätte der Rechtshandel, zu dem dieſe Anklage Veranlaſſung gab, ihr die weiteſte Verbreitung ſichern müſſen. Denn die Angeklagten traten in ihrer Vertheidigung ihrerſeits als Ankläger des geſammten geſellſchaftlichen Zuſtandes auf, den ſie zu verbeſſern unternommen hatten, und es lag eine unleugbare, tiefe Wahrheit in den Beſchuldigungen, die ſie gegen denſelben erhoben, wenn ſie behaupteten, daß die Sittenlehren, die man ihnen entgegenhielt, nur auf der unwürdigſten Heuchelei beruhten, da ſie von Niemand beobachtet würden; daß alle Grundlagen der beſtehenden Geſellſchaft von einer ſittlichen Fäulniß zerfreſſen wären, deren Fortſchritten man nicht anders Einhalt zu thun vermöge, als durch eine durchgehende Erneuerung der erſten Grundſätze des geſellſchaftlichen Zuſammenlebens. Es waren ſeltſame, aber ernſter Beachtung werthe Worte, die Enfantin, der oberſte Vater der Saint-Simoniſten, in ſeiner Vertheidigungsrede ſprach: „Ihr, die Ihr uns anklagt," ſagte er, „müßt, ehe Ihr uns richten wollt, erſt beſſere Heilmittel bieten, als wir. Ich ſehe aber nichts, als auf der einen Seite einige Anſtalten zur Beſſerung der Gefallenen und das Hoſpital, auf der andern das Zuchthaus und das Gefängniß. Unſere Mittel ſind die Heiligung der Schönheit und die Wiedereinſetzung des Fleiſches in ſeine Rechte; Leitung der thieriſchen Begierden; Ordnung des Eigenthumes; denn das Elend des Arbeiters und der Reichthum des Müſſiggängers ſind die wirkſamſten Urſachen der Verführung. Aber ſeht: wenn wir ſagen, daß das erbliche Elend und der erbliche Müſſiggang, die Folgen der gegenwärtigen Einrichtung des Eigenthumes, welches auf dem Geburtsrechte beruht, aufhören müſſen, ſo beſchuldigt man uns, daß wir den Staat umwälzen wollen. Wir mögen uns immerhin darauf berufen, daß dieſe Umwandlung des Eigenthumes nicht anders als ſtufenweiſe vor ſich gehen kann, friedlich und freiwillig; daß ſie viel leichter zu bewirken ſeyn wird, als die Aufhebung der aus dem Lehenweſen des Mittelalters herrührenden Rechte mit allen erdenklichen Entſchädigungsarten, daß ſie ſogar langſamer erfolgen wird, als Ihr ſelbſt bei der Außerbeſitzſetzung um des öffentlichen Nutzens willen verfahrt; man hört uns nicht, man verurtheilt uns; wir ſind Ruheſtörer!" Enfantin hatte ſein Schickſal ſelbſt vorherverkündet, er wurde zu einer Geldſtrafe

Digitized by Google

und einem Jahre Gefängniß verurtheilt. Damit war die Geſellſchaft, welche die Saint-Simoniſten zur practiſchen Durchführung ihrer Lehren gebildet hatten, auseinandergeſprengt; ſie trat auch nach der Beendigung der Haft des oberſten Vaters nicht wieder zuſammen, aber die Anregung, die von ihr zu einer gründlichen Prüfung der Gebrechen des geſellſchaftlichen Zuſtandes ausgegangen war, ging keinesweges verloren; es waren Keime in den Boden gelegt, die bis jetzt zwar nur ſpärliche und ſehr ungenießbare Früchte getragen haben, die aber, wenn ſie einſt vollkommen gezeitigt ſeyn und die Umgeſtaltung erfahren haben werden, welche die Reife mit ſich bringt, die reichſten Erndten verſprechen.

Ludwig Philipp war mit ſeinen Miniſtern eben ſo zufrieden, wie dieſe mit ſich ſelbſt, als die Zeit allmälig herankam, wo die Kammern wieder zuſammentreten mußten. Man fand es jetzt gerathen, bei den einflußreichſten Mitgliedern der Abgeordnetenkammer Erkundigungen darüber einzuziehen, auf welche Unterſtützung das Miniſterium in dieſer rechnen könne, und war nicht wenig erſtaunt, als man erfuhr, daß die entſchiedenſten Freunde der beſtehenden Ordnung von dem Cabinete des Belagerungszuſtandes doch nichts wiſſen wollten. Ludwig Philipp trennte ſich mit ſchwerem Herzen von den treuen Dienern, die willigere Werkzeuge für alle ſeine Plane waren, als er ſie ſo leicht wieder finden konnte; aber er überzeugte ſich, daß es, wenn man nicht darauf verzichten wollte, die aus den verſchiedenartigſten widerſtrebenden Beſtandtheilen zuſammengeſetzte Abgeordnetenkammer nach einem feſten Ziele zu leiten, unerläßlich ſey, einen Namen an die Spitze zu ſtellen, der geeignet war, allen Parteien Achtung einzuflößen. Zuerſt dachte er an ſeinen alten Geſchäftsfreund Dupin, der noch in dem vollen Beſitze ſeines unter der Reſtauration wohlfeil erworbenen Rufes als der erſte Rechtsgelehrte und als einer der freiſinnigſten Männer ſeiner Zeit ſtand. Aber Herr Dupin, der ſich ſelbſt für einen großen Staatsmann hielt, obwohl er keinen einzigen ſtaatsmänniſchen Gedanken hatte, machte zu dem Erſtaunen des Königs ſo überſpannte Anſprüche, daß es zu einem Auftritte kam, der alle fernere Unterhandlungen abſchnitt, da Ludwig Philipp ſeinem Generalprocurator ſagen mußte, er werde nicht dulden, daß man ihn in ſeinem Hauſe beſchimpfe. Die vorragendſten Talente in der Abgeordnetenkammer waren Guizot und Thiers, von denen aber der erſte durch die Schroffheit ſeines Charakters, wie durch ſeine Erinnerungen aus der erſten Zeit der Reſtauration ſelbſt bei den ergebenſten Anhängern des Julikönigthumes ſolchen Widerwillen erregte,

Digitized by Google

daß ein Cabinet, als deſſen Haupt er vorgetreten wäre, einen allgemeinen Sturm erregt hätte, während auf der andern Seite Thiers zwar durch die Gewandtheit, mit der er die Ideen der Revolution und die Intereſſen der Ordnung zu vereinigen wußte, ſich zahlreiche Freunde und Bewunderer, aber doch noch nicht hinreichende Achtung erworben hatte, um die ſelbſtändige Leitung der Verwaltung zu übernehmen. Talleyrand, der während des Belagerungszuſtandes von London herübergekommen war, um in einer Lage, deren entſcheidende Bedeutung er erkannte, ſeinen Rath zu ertheilen, hatte zuerſt darauf hingewieſen, daß es am zweckmäßigſten ſeyn würde, den Marſchall Soult voranzuſtellen, der durch ſeinen kriegeriſchen Ruhm ſowohl dem Auslande, wie den Parteien im Innern Ehrfurcht gebieten würde und jede Verwaltung, zu der er den Namen hergäbe, wenn ſie die Meinung nur nicht allzu ſchroff herausforderte, wohl zu decken vermöchte. Auf dieſen Rath kam nach langem Schwanken und Erwägen Ludwig Philipp zurück; und am 11. October machte der Moniteur die Bildung eines neuen Miniſteriums bekannt, in dem der Marſchall Soult, Herzog von Dalmatien, mit der Beibehaltung ſeiner Stelle als Kriegsminiſter den Vorſitz übernahm. Der Herzog von Broglie wurde zu der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten, Thiers zur Verwaltung des Innern, Guizot zum Miniſterium des öffentlichen Unterrichtes und der Elſaſſer Humann zu jenem der Finanzen berufen. Barthe blieb Juſtizminiſter, Graf d'Argout Miniſter der öffentlichen Arbeiten und Admiral Rigny Miniſter des Seeweſens.

Die am wenigſten bedeutende Stellung in der neuen Verwaltung hatte Guizot, der aber gerade ſowohl durch ſeine perſönliche Ueberlegenheit, als durch die vertraute Verbindung, in der er mit dem Herzog von Broglie und mit dem Finanzminiſter ſtand, auf die ganze politiſche Richtung des Cabinets den überwiegendſten Einfluß ausübte. Der erſte Schritt, durch welchen daſſelbe ſein Daſeyn ankündigte, war eine Maßregel, der ein tiefer politiſcher Gedanke zu Grunde lag. Es wurden durch eine königliche Verordnung 62 neue Pairs ernannt: mit Ausnahme weniger Zugeſtändniſſe, die der höfiſchen Gunſt gemacht waren, ſämmtlich Namen, die theils durch altadliche Abkunft, theils durch Waffenruhm, Auszeichnung im Staatsdienſte oder Verdienſte um die Wiſſenſchaft einen Glanz beſaßen, der wohl geeignet ſchien, die Körperſchaft, der ſie durch ihre Ernennung angehörten, aus dem Verfall, zu dem dieſelbe durch die Julirevolution verurtheilt war, zu neuem Anſehn zu erheben. Die Abſicht war offenbar, der Pairskammer den

Digitized by Google

Einfluß, den ſie durch die Ausſtoßung der Pairs Karls X. und durch die Aufhebung der Erblichkeit verloren, wenigſtens theilweiſe zurückzugeben, was Guizot als eine unerläßliche Bedingung erſchien, um eine Stätigkeit in die Verfaſſung zu bringen, die das Königthum derſelben nicht zu gewähren vermochte, ſo lange es allein dem durch den Wechſel der Wahlen bedingten Schwanken der Abgeordnetenkammer gegenüber geſtellt blieb. Man verbarg ſich aber nicht, wie ſehr eine ſolche Maßregel den revolutionairen Neigungen zuwider war, die bei aller Scheu vor neuen gewaltſamen Erſchütterungen in der Mehrheit der Abgeordnetenkammer vorherrſchten; und man begriff daher die Nothwendigkeit, auch der Revolution eine Bürgſchaft zu geben, indem man jene Forderungen erfüllte, auf welche ſie, durch ein ſicheres Naturgefühl geleitet, das meiſte Gewicht legte. Nichts hatte die revolutionaire Partei der Regierung ſo übel genommen, als die Schonung, die ſie den Anhängern der geſtürzten Dynaſtie erwies. War man doch in den erſten Tagen nach der Julirevolution ſo weit gegangen, das Gerücht auszuſtreuen, daß Ludwig Philipp eine geheime Uebereinkunft getroffen habe, durch die er ſich anheiſchig gemacht, bei vollkommener Herſtellung der Ruhe den Herzog von Bordeaux in ſeine Rechte wieder einzuſetzen. Der neue Miniſter des Innern, Thiers, übernahm es, der revolutionairen Meinung eine Genugthuung zu geben, die den hartnäckigſten Zweifler überzeugen mußte, daß die Regierung der geſtürzten Dynaſtie in nicht weniger entſchiedener Feindſeligkeit gegenüber ſtehe, wie die Nation.

König Karl X. war bei ſeiner Ankunft in England als einfacher Privatmann aufgenommen worden, und er ſelbſt ſchien während der erſten Zeit ſeines Aufenthaltes auf dem Schloſſe Lullworth, welches ihm die Gaſtfreiheit des einer alten katholiſchen engliſchen Familie angehörenden Cardinals Weld zum Wohnſitze eingeräumt hatte, feſt entſchloſſen, alle Erinnerungen an die verlorene königliche Würde zu verbannen, und nur darum bemüht, ſeinen Frieden mit dem Himmel zu machen. Der Herzog von Angoulème folgte wie gewöhnlich dem Beiſpiele des Vaters; nur die Herzogin von Berry konnte den Gedanken nicht ertragen, daß ihr Sohn, der Herzog von Bordeaux, der ſchönſten Krone Europa's beraubt ſeyn ſollte; ſie knüpfte zuerſt die abgebrochenen Verbindungen mit den Häuptern der royaliſtiſchen Partei in Frankreich wieder an; ſie erhob nach den Ueberlieferungen der alten Monarchie den Anſpruch auf die Regentſchaft während der Minderjährigkeit ihres Sohnes, auf den durch die Abdankung Karls X. und des Dauphin die Krone übergegangen ſey, und ſie entwarf den kühnen Plan, den

Digitized by Google

jungen König Heinrich V. nach Frankreich zurück zu führen und die treuen Vendéer für ſeine Rechte zu bewaffnen. Mit dieſem verwegenen Entwurfe war jedoch Karl X. keineswegs einverſtanden. Nachdem er ſich von ſeiner anfänglichen Betäubung erholt hatte, war der Gedanke in ihm aufgeſtiegen, daß es ihm durch die Vorſehung noch immer beſchieden ſeyn könne, das franzöſiſche Volk, ſobald daſſelbe von ſeiner augenblicklichen Verwirrung zurückgekommen ſeyn würde, der Segnungen ſeines väterlichen Regimentes theilhaftig werden zu laſſen; er erklärte ſeine Thronentſagung für nichtig, da die Bedingung nicht erfüllt war, unter der er dieſelbe ausgeſtellt, und richtete nach dem Beiſpiele, welches ſein Bruder Ludwig XVIII. ihm während der Zeit ſeiner erſten Verbannung gegeben, in dem Schloſſe zu Holyrood bei Edinburgh, wohin er ſich begab, einen königlichen Hofhalt ein, der ihn in allen Täuſchungen beſtärkte, denen ſein ſchwacher Sinn ſich hingab. Die Anſprüche der Herzogin von Berry erſchienen ihm zugleich als eine frevelhafte Anmaßung und als eine noch frevelhaftere Auflehnung gegen die Rathſchlüſſe der Vorſehung, denen ihre Ungeduld vorgreifen wollte; er entzog ihr daher die Vormundſchaft über ihren Sohn, den er mit ſich nach Holyrood führte, während ſie ſelbſt zu London zurückblieb. Aber der Widerſpruch des königlichen Greiſes vermochte die Entſchloſſenheit der feurigen Italienerin nicht zu brechen; ſie zog ſich, da ſie in London jeden ihrer Schritte bewacht ſah, zuerſt an den Hof ihres Bruders nach Neapel zurück, und als ſie auch bei dieſem nicht die Aufnahme fand, die ſie erwartet hatte, nach dem kleinen Fürſtenthume Maſſa, wo ihr der Herzog von Modena vollkommen freie Hand für alle ihre abenteuerliche Anſchläge ließ. An dem kleinen Hofe, den die Prinzeſſin hier um ſich ſammelte, war ſie als Regentin von Frankreich anerkannt; der Marſchall Bourmont, der ſich ihr angeſchloſſen, war ihr Kriegsminiſter, der ehemalige Geſandte Karls X. in Spanien, Herr von Saint-Prieſt, ihr Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten, der als ſolcher zwar nicht mit den Regierungen, aber mit Prinzen und Staatsmännern in ganz Europa den lebhafteſten Briefwechſel unterhielt und von allen Seiten die tröſtlichſten Zuſicherungen empfing. Die Berichte, die aus Frankreich eingingen, ließen keinen Zweifel darüber, daß die Mutter Heinrichs V. ſich nur zu zeigen brauche, um in dem royaliſtiſchen Süden und Weſten einen allgemeinen Ausbruch hervor zu rufen. Es wurde verſichert, daß ſelbſt unter den Bevölkerungen des Nordens und des Oſtens an die Stelle der früheren revolutionairen Begeiſterung eine allgemeine Enttäuſchung getreten ſey; die Unzufriedenheit

mit der revolutionairen Regierung mache täglich größere Fortſchritte; das Heer ſey unſicher und ſchwankend; ein kühner Handſtreich könne Alles entſcheiden; denn ſobald man ein einziges Regiment auf ſeiner Seite habe, werde das ganze Heer mit Freuden unter die weiße Fahne zurückkehren. Die Herzogin von Berry glaubte, daß unter dieſen Umſtänden keine Zeit zu verlieren ſey; alle Vorbereitungen wurden getroffen, um die längſt beſchloſſene Schilderhebung zu beſchleunigen, und an einem der letzten Tage des Aprils 1832 ſchiffte die Herzogin ſich mit einem wenig zahlreichen Gefolge nach der ſüdfranzöſiſchen Küſte ein. Ihre Agenten zu Marſeille hatten ihr die Zuſicherung ertheilt, daß dieſer große und wichtige Handelsplatz, deſſen Bevölkerung ſich immer durch ihre royaliſtiſchen Geſinnungen ausgezeichnet hatte, bereit ſey, ſie mit offenen Armen aufzunehmen. Durch reichliche Geldſpenden waren einige Hundert Leute aus den unterſten Volksclaſſen angeworben worden; ein ehemaliger Gardeobriſt ſollte ſich an die Spitze der Bewegung ſtellen, und man rechnete darauf, daß die geſammte Bevölkerung bei dem Anblick der dreifarbigen Fahne ſich in Maſſe erheben und daß auch die aus einem Linienregimente beſtehende Beſatzung ſich fortreißen laſſen werde. Als das Dampfboot, auf dem die Herzogin von Berry ſich befand, die Höhe von Marſeille erreichte, wehte in der That auf dem aus weiter Ferne ſichtbaren Thurme der Laurentiuskirche die weiße Fahne, aber nur, um nach wenigen Augenblicken der dreifarbigen zu weichen. Das Unternehmen war durch die Ungeſchicklichkeit der Führer und die unerwartete Feſtigkeit der Truppen geſcheitert. Die Herzogin ließ ſich indeſſen durch dieſes Mißlingen auf einem einzelnen Punkte nicht zurückſchrecken; ſie landete in einem offenen Boote an einer unbewachten Stelle der Rhede, durchzog, als ſie ſah, daß der Süden nicht in Bewegung zu bringen war, in der Begleitung ihres Stallmeiſters ganz Frankreich und erſchien um die Mitte des Mai in der Vendée, auf jenem claſſiſchen Boden der Treue, wo ſie gewiß war die begeiſterungsvollſte Aufopferung für die Sache des Königthums zu finden. Von dem Schloſſe Plaſſac bei Saintes ließ ſie den Befehl ergehen, daß alle Royaliſten am 24. Mai zu den Waffen greifen ſollten. Aber auch in der Vendée, wie im Süden von Frankreich, hatte ſich ſeit dem Jahre 1815 Manches verändert, was der Eifer der alten royaliſtiſchen Häuptlinge, deren Geſinnungen allein unverändert geblieben waren, nicht bemerkt hatte. Der Landmann war durch den langen Frieden bereichert und durch die Straßen, welche das ganze Land durchſchnitten, mit der Bildung der Städte in nähere Berührung ge-

Digitized by Google

bracht worden, ſeine rauhen Sitten hatten ſich gemildert, und er hatte mit der früheren Rohheit zwar nicht ſeine alte Biederkeit aber einen großen Theil ſeiner alten Schlagfertigkeit abgelegt. Dazu kam, daß auch der royaliſtiſche Adel unter ſich geſpalten war, indem zwar die Laroche-jaquelein, Laroche-Macé, Charette, Bordigné, Pontſarcy, Al ihrem Muthe Alles für möglich hielten, die Laroche-Saint-André, Gu laine, Goyon, Tinguy aber der Meinung waren, daß eine vereinzelte Erhebung der Vendée nur ihre Vernichtung zur Folge haben, und um der Sache des Königthumes zu nützen, dieſelbe für die Zukunft ihrer feſteſten Stütze berauben würde. Statt eines allgemeinen Aufſtandes erfolgten daher nur vereinzelte Ausbrüche. In den Gefechten von R allé, an der „Eiche" und auf verſchiedenen andern Punkten bewährten die Vendéer ihre alte Tapferkeit; die Vertheidigung des Schloſſes la Péniſſière iſt den ruhmwürdigſten Waffenthaten beizuzählen, welche die neuere Geſchichte kennt. Aber gegen eine Macht von 50000 Mann regelmäßiger Truppen, welche überdieß durch zahlreiche Colonnen der aus den Käufern der Nationalgüter zuſammengeſetzten beweglichen Nationalgarde unterſtützt wurden, vermochte die heldenmüthigſte Aufopferung nichts auszurichten. Die ſchwachen royaliſtiſchen Schaaren wurden, wo ſie ſich zeigten, durch Uebermacht zerſprengt oder erdrückt; die kühnſten der Führer fielen im vergeblichen Kampfe. Die Herzogin von Berry, die das Fehlſchlagen aller ihrer Hoffnungen nicht zu ermuthigen vermochte, wurde aus einem Zufluchtsorte nach dem andern getrieben, und nur durch die unverbrüchliche Treue der wackern Vendéeer entging ſie den Gefahren, die ſtündlich über ihrem Haupte ſchwebten. Zuletzt, als ſie Alles verloren ſah, ſchrieb ſie von Nantes aus, wo ſie ſich mehrere Monate verborgen hielt, an ihre Tante, die Königin der Franzoſen und bat dieſe um ihre Verwendung zu Gunſten der Tapfern, die ſich für die Sache ihres Sohnes bloßgeſtellt hätten. „Ungeachtet der Verſchiedenheit unſerer gegenwärtigen Lage," ſchrieb ſie, „iſt, wie Sie wiſſen, auch unter Ihren Füßen ein Vulcan.—Gott allein weiß, was er uns beſtimmt hat, und vielleicht werden Sie mir es eines Tages danken, daß ich Vertrauen zu Ihrer Herzensgüte gehabt und Ihnen eine Gelegenheit geboten habe, von derſelben gegen meine unglücklichen Freunde Gebrauch zu machen." Das Schreiben, welches der Königin zukam, wurde nicht beantwortet. Ludwig Philipp befand ſich in nicht geringer Verlegenheit. So lange die Herzogin von Berry noch in der Vendée verweilte, konnte der Aufſtand nicht als beendigt angeſehen werden; denn wenn derſelbe auch für den Augenblick unterdrückt war

ſo bürgte doch nichts dafür, daß bei der erſten einen Ausbruch begünſtigenden Veranlaſſung die unter der Aſche glimmenden Funken nicht von neuem zu heller Flamme angefacht wurden. Und eine ſolche Veranlaſſung konnte möglicher Weiſe bereits in der nächſten Zukunft geboten werden. Denn die belgiſchen Angelegenheiten hatten durch den unbeugſamen Starrſinn des Königs der Niederlande eine Wendung genommen, welche eine Entſcheidung durch die Waffen unvermeidlich machte. Niemand wußte, ob der erſte Kanonenſchuß in Belgien nicht einen allgemeinen Krieg herbeiführen würde; und daß das Erſcheinen eines feindlichen Heeres an der franzöſiſchen Grenze die Royaliſten nicht bloß in der Vendée, ſondern auch im ſüdlichen Frankreich unter die Waffen rufen würde, konnte man beinahe mit Gewißheit vorher ſagen. Unter dieſen Umſtänden mußte dem Könige der Franzoſen Alles daran gelegen ſeyn, der abenteuernden Prinzeſſin habhaft zu werden, deren männlicher Muth ihre erbittertеſten Feinde zu bewundernder Anerkennung zwang. Die Aufgabe war keine leichte, da ſie nur durch Verrath gelingen konnte, während kein Beiſpiel bekannt war, daß in der Vendée ſich jemals ein Verräther gefunden hätte. Aber ſchon dem Grafen Montalivet war es gelungen, eine Verbindung anzuknüpfen, die nur geſchickt benutzt werden durfte, um die nichts Arges ahnende Heldin in ein unauflösliches Netz zu verwickeln; und der gewandte Thiers war keinen Augenblick unſchlüſſig über das, was er zu thun hatte. Ein zum Katholicismus übergetretener Jude, Namens Deutz, hatte ſich während des Aufenthaltes der Herzogin von Berry in Italien in ihr Vertrauen eingeſchlichen; er war zu wichtigen Sendungen gebraucht worden und hatte die Geheimniſſe, in deren Beſitz er auf dieſe Weiſe gelangte, um namhafte Summen der Regierung verkauft. Deutz war der Mann, der unter der Maske des treuen Dieners den Aufenthalt der Herzogin entdecken und ſie ihren Feinden ausliefern konnte. Thiers, der gegen die Anwendung eines ſolchen Mittels nicht das geringſte Bedenken hatte, war kaum in ſein Amt getreten, als der neue Judas in der Begleitung eines tüchtigen Polizeicommiſſärs ſich auf den Weg nach Nantes machte, und am 8. November wurde die Herzogin von Berry, die arglos in die Falle gegangen war, verhaftet. Ein Schiff, das zu ihrer Aufnahme bereit lag, führte ſie nach der Mündung der Gironde über, wo das Thor der kleinen auf einer Inſel gelegenen Feſte Blaye ſich hinter ihr ſchloß, und ſie ſo lange in ſicherm Verwahrſam gehalten wurde, bis die Mutter Heinrichs V. durch einen Zuſtand, der ſich unmöglich verbergen ließ, zu der Erklärung genöthigt war, daß ſie in

Digitized by Google

geheimer Ehe mit dem ſicilischen Grafen Lucheſi-Palli verbunden ſey, wodurch aller Zauber geſtört wurde, der ſich an ihren Namen knüpfte.

Ungleich bedenklicher als die Lage im Innern von Frankreich war bei der Bildung des Miniſteriums vom 11. October die Lage der auswärtigen Angelegenheiten. Die Erhebung des Prinzen Leopold von Sachſen-Koburg zum Könige der Belgier hatte die belgiſche Verwicklung keinesweges, wie man in Paris und London vorausſetzte, gelöſ't, ſondern für den Augenblick nur heilloſer verwirrt. Der König der Niederlande hatte zwar das Protocoll der Londoner Conferenz vom 20. Januar 1831 angenommen und dadurch den Grundſatz anerkannt, daß Belgien in Zukunft einen ſelbſtändigen Staat bilden ſollte; er war aber zu dieſer Nachgiebigkeit nur durch die Vorausſetzung beſtimmt worden, daß die Belgier aus der Verlegenheit, in welche ſie ihre doppelte vergebliche Königswahl verſetzte, keinen andern Ausweg finden würden, als indem ſie ſich zuletzt doch noch entſchlöſſen, ſich einen ſeiner Söhne als Regenten gefallen zu laſſen. Als dazu jede Ausſicht verſchwunden war, und zugleich durch den Vertrag der achtzehn Artikel die Zumuthung an ihn gerichtet wurde, ſeinen abtrünnigen Unthertanen bei weitem günſtigere Bedingungen zuzugeſtehen, als vorher feſtgeſetzt waren, faßte er den Entſchluß, die Entſcheidung der Waffen anzurufen. Er erklärte ſich durch die Aufhebung der früher angenommenen Bedingungen von allen Verbindlichkeiten befreit, und am 1. Auguſt, neun Tage nachdem König Leopold zu Brüſſel den Thron beſtiegen, ſetzte ſich das 70,000 Mann ſtarke niederländiſche Heer, welches unter dem Befehle des Prinzen von Oranien und des Herzogs Bernhard von Sachſen-Weimar im nördlichen Brabant zuſammen gezogen war, gegen die belgiſche Grenze in Bewegung. König Leopold hatte perſönlich den Oberbefehl über die aus regelmäßigen Truppen und beweglichen Bürgergarden zuſammen geſetzte Kriegsmacht übernommen, die in einer langen Linie von Antwerpen bis Maeſtricht dem niederländiſchen Heere gegenüberſtand; er vertraute auf den kriegeriſchen Geiſt, den die Belgier von jeher bewährt, verſchmähte es aber doch nicht, für den Fall einer Niederlage die Unterſtützung des Königs der Franzoſen nachzuſuchen. Nur durch dieſe Vorſicht wurde der neue Thron gerettet. Denn König Leopold war an der Spitze der Heeresabtheilung, mit der er dem Feinde entgegen rückte, noch nicht weit über Löwen hinaus gekommen, als er die Schreckensbotſchaft erhielt, daß General Daine, der den rechten Flügel des belgiſchen Heeres befehligte, auf dem Marſche von Haſſelt nach Tongern auf das niederländiſche

Digitized by Google

Corps des Herzogs von Weimar geſtoßen ſey, und daß ſeine Leute nach den erſten Gewehrſchüſſen die Waffen weggeworfen und ohne einen Verſuch ernſtlichen Widerſtandes die Flucht ergriffen hätten. Zwei Tage darauf wurde Leopold in ſeiner Stellung vor Löwen durch den Prinzen von Oranien angegriffen, und ungeachtet aller Anſtrengungen, welche er machte, um die Helden der Brüſſeler Septemberrevolution zu männlicher Gegenwehr anzufeuern, mußte er ſehen, wie ſein ganzes Heer, nachdem es kaum einen Augenblick verſucht hatte, Stand zu halten, in wilder Auflöſung auseinander lief. Schon war Löwen durch Capitulation übergegangen, und der Weg nach Brüſſel ſtand den Siegern offen, als ſich ihnen ein Hinderniß entgegenſtellte, auf welches der Prinz von Oranien ſo wenig, als der König der Niederlande gerechnet hatte. König Leopold hatte unmittelbar nach dem Eingange der Nachricht von der Niederlage bei Haſſelt einen Eilboten an den Marſchall Gérard geſchickt, der das an der Grenze ſtehende franzöſiſche Beobachtungsheer befehligte, und hatte ihn um ſchleunigſte Hülfe gebeten; und die Franzoſen beeilten ſich ſo, daß die Spitze ihrer Vorhut am 12. bereits in Brüſſel einzog, während die Holländer ſich eben erſt anſchickten, Löwen in Beſitz zu nehmen. Man wußte im Haag zwar, daß Frankreich und England übereingekommen waren, einen Bruch des durch die Protocolle der Conferenz gebotenen Waffenſtillſtandes durch gemeinſchaftliches Einſchreiten zu verhindern, aber man war auf die ſchnelle Entſchloſſenheit der Franzoſen nicht gefaßt, ſondern ſetzte voraus, daß man Zeit genug behalten würde, die belgiſchen Angelegenheiten auf eigene Hand zu ordnen, worauf denn England wie Frankreich das Nachſehen gehabt hätten. Nicht bloß mit den belgiſchen Aufrührern, ſondern auch mit den Franzoſen ſich in einen Kampf einzulaſſen, hatte der Prinz von Oranien keinen Befehl; und als am 13. Auguſt der franzöſiſche General Belliard bei den holländiſchen Vorpoſten erſchien, kam daher eine Uebereinkunft zu Stande, in deren Folge das niederländiſche Heer bereits am folgenden Tage ſeinen Rückmarſch antrat. Der holländiſche Ueberfall war unter allen Umſtänden eine Voreiligkeit, weil man wohl wiſſen konnte, daß man eben ſo wenig von Seiten Preußens und Oeſterreichs als Rußlands eine Unterſtützung zu erwarten hatte, ſo lange der polniſche Freiheitskampf noch nicht beendigt war. Vier Wochen ſpäter war Warſchau in der Gewalt der Ruſſen, und damit trat in der ganzen politiſchen Lage Europas eine Veränderung ein, welche der Rückwirkung gegen die von der franzöſiſchen Julirevolution angeregte Bewegung beinahe auf allen Punkten

Digitized by Google

ein entſchiedenes Uebergewicht verſchaffte. Auch in den Verhandlungen, die zu London über die belgiſchen Angelegenheiten Statt fanden, wurden die Folgen der eingetretenen Veränderung ſichtbar. Schon vor dem Sturme von Warſchau hatte Frankreich ſich dazu verſtehen müſſen ſeine Truppen unmittelbar nach dem Abzuge der Holländer wieder vom belgiſchen Gebiete zurück zu ziehen, obwohl der Marſchall Soult in der Abgeordnetenkammer angekündigt hatte, daß ſie auf demſelben bis zum Abſchluſſe des Friedens verweilen ſollten. Nach der Beendigung des Kampfes an der Weichſel ſetzten die drei öſtlichen Mächte es durch, daß der Vertrag der achtzehn Artikel, nach dem das ganze Großherzogthum Luxemburg und beinahe ganz Limburg bei Belgien geblieben wäre, aufgehoben und ſtatt deſſelben (am 15. October) ein neuer Vertrag in vier und zwanzig Artikeln entworfen, der den Belgiern ungleich härtere Bedingungen auflegte, indem Luxemburg und Limburg jetzt zwiſchen Belgien und Holland getheilt wurden. Die Belgier, die vor nicht viel mehr als drei Monaten die achtzehn Artikel nur mit äußerſtem Widerſtreben angenommen hatten, waren durch den Erfolg ihres vierzehntägigen Feldzuges ſo entmuthigt, daß die Mehrheit ihres Congreſſes (am 1. November) die vier und zwanzig Artikel ohne Widerrede genehmigte, um nur aus einer Lage heraus zu kommen, die ſie jeden Augenblick der Gefahr eines neuen Angriffes ausſetzte. Aber der König der Niederlande wollte von dem günſtigeren Vertrage ſo wenig wiſſen als von dem früheren ungünſtigen; und die drei Höfe des Oſtens, die mehr oder weniger offen ſeine Partei nahmen, ſchoben ihre Ratification auf unbeſtimmte Zeit hinaus. An dem Hofe zu Berlin, wie zu Wien und St. Petersburg war eine einflußreiche Partei thätig, welche mit Ungeſtüm verlangte, daß man die Gelegenheit nicht vorübergehen laſſe, den ausgetretenen Strom der Revolution bis zu ſeiner Quelle zurück zu drängen und dieſe durch ſtrenge Züchtigung der Franzoſen wie der Belgier für immer zu verſtopfen. Auch beſonnene Staatsmänner wurden nur durch die Scheu vor einem Kriege zurückgehalten, in dem man es nicht allein mit Frankreich, ſondern zugleich mit England zu thun gehabt hätte, das durch ſeine Flotte es in der Macht hatte im Rücken der verbündeten Heere den kaum gedämpften Unabhängigkeitskampf der Polen von neuem zu entzünden. Die Kriegspartei wußte einer ſo gewichtigen Abmahnung nicht anders zu begegnen, als indem ſie auf die durch ihre Verbindungen mit den Tories in England genährte Hoffnung hinwies, daß dieſe in Kurzem von neuem zur Macht gelangen und das alte Bündniß mit den öſtlichen Mächten erneuern

würden. Nur ein Umſtand ſtörte alle Plane, die auf dieſe Vorausſetzung gebaut waren. Frankreich und England hatten die Ratification des Vertrages für ſich allein bereits am 24. November vollzogen. Es war bekannt, daß König Friedrich Wilhelm III. von Preußen perſönlich im höchſten Grade abgeneigt war, in ſeinem Alter ohne zwingende Urſachen ſich in einen Krieg zu ſtürzen, deſſen Wechſelfälle keine menſchliche Weisheit mit Sicherheit vorher zu berechnen vermochte. Dieſe Stimmung ſoll durch einen geheimen Einfluß, den das Cabinet der Tuilerien ſich zugänglich zu machen wußte, benutzt worden ſeyn, um eine ſeinen Intereſſen günſtige Wendung herbeizuführen.*) Am 7. Januar 1832 ratificirte Preußen den Vertrag vom 15. October. Wenige Monate ſpäter, am 21. März, folgte Oeſterreich dem von Preußen gegebenen Beiſpiele, und nur Rußland hielt ſeine Genehmigung noch zurück, weil der Kaiſer dieſe Rückſicht ſeinen verwandtſchaftlichen Verhältniſſen mit dem Könige der Niederlande ſchuldig zu ſeyn glaubte. Aber auch Kaiſer Nicolaus hielt unter den obwaltenden Umſtänden wenigſtens einen vorläufigen Frieden für ſo dringend geboten, daß er ſeinen Günſtling, den Grafen Orlow, beſonders zu dem Zwecke nach dem Haag ſchickte, um dem Könige der Niederlande vorzuſtellen, wie wenig er ſeinen Intereſſen vergäbe, wenn er dem Vertrage der vier und zwanzig Arikel beiträte, da Belgien in der Lage, in welche dieſer es verſetzte, unmöglich auf die Dauer beſtehen könne und daher früher oder ſpäter jedenfalls unter ſeine Herrſchaft zurückkehren müſſe, während für den Augenblick doch nichts Anderes zu thun bleibe, als die Zeit zu erwarten, die es geſtatten würde, im Vereine mit Europa den Krieg zu beginnen.**) Der ſtarre Naſſauer wurde durch dieſe Vorſtellungen nur in ſeinem Entſchluſſe beſtärkt, auf ſeinem Rechte zu beharren, weil er überzeugt war, daß die befreundeten Höfe ihn zuletzt, wenn es zum Aeußerſten käme, nicht im Stiche laſſen würden. Während Ludwig Philipp perſönlich die franzöſiſche Verwaltung leitete, geſchah in der belgiſchen Frage nicht das Geringſte, was ſie auch nur einen Schritt weiter gefördert hätte. Der König der Franzoſen war zu ſehr von dem Gedanken der Erhaltung des Friedens beherrſcht, als daß er ſich zu irgend einer Maßregel entſchließen konnte, welche auch nur die Möglichkeit einer Störung deſſelben in Ausſicht geſtellt hätte. Er begnügte ſich eine Vermählung des Königs der Belgier mit ſeiner älteſten

*) Vergl. Capefigue, l'Europe T. VI. pag. 327. n

**) Capefigue, T. VI. pag. 13.

Digitized by Google

Tochter Louiſe zu Stande zu bringen, um durch dieſe Familienbande den Regenten des Nachbarlandes enger an die Intereſſen ſeines Hauſes zu knüpfen. So wie dagegen der Herzog von Broglie die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten übernahm, drang ein anderer Geiſt in die bisher nur läſſig geführten Unterhandlungen. Wenige Tage nach der Bildung des Miniſteriums vom 11. October wurde der zuerſt von Lord Palmerſton angeregte Plan, den König der Niederlande durch gewaltſame Maßregeln zum Abſchluſſe des Friedens mit Belgien zu zwingen, von franzöſiſcher Seite mit kräftiger Entſchloſſenheit aufgenommen. Die Verhandlungen wurden jetzt nach Paris verlegt, und der Herzog von Broglie zeigte den Bevollmächtigten der drei öſtlichen Höfe an, daß England und Frankreich übereingekommen wären, ſei[illegible] der König der Niederlande ſich nicht zum Ziele lege, zuvörderſt gemeinſchaftlich die holländiſche Küſte zu blockiren, und daß, ſobald dieſe Maßregel ihren Zweck verfehlte, ein franzöſiſches Heer die Grenze überſchreiten werde, um jene Punkte des belgiſchen Gebietes, welche die Holländer noch beſetzt hielten, von ihrer Anweſenheit zu befreien. Umſonſt erhoben die Diplomaten die mannigfaltigſten Einwendungen, umſonſt drohte der preußiſche Geſandte, Herr von Werther, ſeine Päſſe zu fordern; die That folgte dießmal der Drohung auf dem Fuße. Der König der Niederlande wurde aufgefordert, bis zum 12. November das belgiſche Gebiet und namentlich die Citadelle von Antwerpen nebſt den von derſelben abhängigen Forts zu räumen. Auf ſeine Weigerung wurden alle holländiſche Fahrzeuge in brittiſchen und franzöſiſchen Häfen mit Beſchlag belegt; ein vereinigtes engliſches und franzöſiſches Geſchwader erſchien vor der holländiſchen Küſte und verſetzte alle holländiſche Häfen in Blockadezuſtand, und am 15. November, drei Tage nach dem Ablaufe der zur Vollziehung des Vertrages der 24 Artikel geſetzten Friſt, rückte das ſchon ſeit dem Ausgange des Septembers an der Grenze zuſammengezogene franzöſiſche Heer unter dem Befehle des Marſchalls Gérard in Belgien ein. Am 30. Nov. wurde der tapfere holländiſche General Chaſſé, der in der Citadelle von Antwerpen den Befehl führte, zur Uebergabe aufgefordert. Jetzt begann ein ſeltſamer Kampf, den man in ſpäteren Zeiten vielleicht Mühe haben wird, zu begreifen. Die Belagerung der Citadelle wurde nach allen Regeln der Kriegskunſt geführt; aber die Franzoſen begnügten ſich, dieſelbe von der Feldſeite anzugreifen und ließen die Stadtſeite völlig unangefochten, um den Belagerten keine Veranlaſſung zu geben, die Verheerungen des Jahres 1830 zu wiederholen. Die Belgier, welche doch die ganze

Digitized by Google

Sache zunächſt anging, waren durch eine beſondere Uebereinkunft von jeder Theilnahme an dem Kampfe ausgeſchloſſen, weil man den Holländern keinen Vorwand bieten wollte, den mit jenen beſtehenden Waffenſtillſtand zu brechen. Auf der anderen Seite ſtand ein zahlreiches kriegsgeübtes holländiſches Heer in dem Lager zu Tilburg, zwei Tagemärſche von Antwerpen, und ſah, das Gewehr im Arme, der Belagerung zu, ohne eine Bewegung zu machen, um ſeinen bedrängten Waffenbrüdern zu Hülfe zu kommen. General Chaſſé vertheidigte ſich tapfer, aber alle Ausdauer, welche die Beſatzung bewies, war zwecklos, weil ſich an dem Tage, an dem die Laufgräben eröffnet wurden, der Zeitpunkt mit mathematiſcher Gewißheit vorher berechnen ließ, an dem das überlegene Feuer der feindlichen Geſchütze jede fernere Gegenwehr unmöglich machen würde. Am 23. December, nachdem eine Breſche gelegt, und das Innere der Feſte in einen Schutthaufen verwandelt war, welcher ſelbſt für die Kranken und Verwundeten nirgend mehr einen ſichern Aufenthalt bot, übergab der Held Chaſſé den ihm anvertrauten Poſten auf ehrenvolle Bedingungen. Noch waren zwar die beiden kleineren Feſten Lillo und Lieſkenshoek unterhalb Antwerpen von den Holländern beſetzt; um dieſer beiden Punkte willen ſeinen Aufenthalt in Belgien zu verlängern, der nicht allein den Widerſpruch der Höfe des Feſtlandes hervorrief, ſondern ſelbſt die alte Eiferſucht der befreundeten Engländer gegen die Franzoſen wieder zu erwecken anfing, hatte jedoch Marſchall Gérard keinen Auftrag. Das franzöſiſche Heer trat daher ſofort ſeinen Rückmarſch an; und da der König der Niederlande ſich nach der Einnahme der Citadelle von Antwerpen eben ſo wenig zur Nachgiebigkeit geneigt zeigte, als vorher, ſo wurde die Lage des neuen belgiſchen Königreiches im Weſentlichen wenig gebeſſert.

Der vornehmſte Zweck, welchen, wenn auch nicht der gerade, biedere, hochgebildete, nur etwas einſeitige, ungelenke und ſteife Herzog von Broglie, doch die Mehrheit ſeiner Collegen und mit ihnen wohl auch der König vor Augen gehabt hatte, war inzwiſchen erreicht. Vier Tage, nachdem Marſchall Gérard die Grenze überſchritten, am 19. November, wurden zu Paris die Kammern eröffnet, und es brachte keine geringe Wirkung hervor, als Ludwig Philipp in der Thronrede ſagte: „Unſer Heer, deſſen Mannszucht ſeiner Tapferkeit gleich ſteht, kommt in dieſem Augenblicke vor den Mauern von Antwerpen an; meine beiden Söhne ſind in ſeinen Reihen.“ Wie die Verhaftung der Herzogin von Berry den Verdacht entwaffnete, den die

überſpannten Revolutionaire gegen die Regierung nährten, als ob ſie in geheimem Einverſtändniſſe mit dem geſtürzten Königshauſe handelte, ſo widerlegte der belgiſche Feldzug den Vorwurf, der ihr ſelbſt von gemäßigten Männern gemacht wurde, daß ſie gegen das Ausland eine unwürdige Schwäche zeige. Ein Vorfall, auf den man allerdings vorher nicht hatte rechnen können, trat hinzu, um die letzten Reſte der Mißſtimmung zu verwiſchen, die der Belagerungszuſtand bei jenen zahlreichen Mitgliedern der Abgeordnetenkammer hinterlaſſen hatte, bei denen ungeachtet ihrer ſonſtigen Hinneigung zu der Regierung die verworrenen Grundſätze der Julirevolution noch nicht ganz in Vergeſſenheit gekommen waren. Als Ludwig Philipp ſich zu der Eröffnung der Kammern, von glänzendem Gefolge umgeben, zu Pferde nach dem Palaſte Bourbon begab, fiel ein Piſtolenſchuß, der ohne Zweifel dem Leben des Königs galt. Dieſer, der einen Augenblick zuſammenfuhr, aber ſogleich ſeine Geiſtesgegenwart wieder gewann, blieb unverletzt. Von dem Thäter war keine Spur zu finden, obwohl die Gruppe, aus welcher der Schuß aufgeblitzt war, auf der Stelle verhaftet wurde. Anzeigen, die von verſchiedenen Seiten eingingen, leiteten den Verdacht auf einige junge Männer, die durch ihre republicaniſchen Geſinnungen bekannt waren. Die ſpäteren gerichtlichen Verhandlungen ſtellten zwar die Unſchuld der Angeklagten heraus, aber die Meinung blieb allgemein, daß das Verbrechen nur der republicaniſchen Partei beizumeſſen ſey. Der Unwille, den die Frevelthat hervorrief, kam der Regierung trefflich zu Statten; ließ ſich doch ſelbſt der ſonſt nicht allzuleicht erregbare Odilon Barrot von dem Eindrucke des Augenblickes ſo hinreißen, daß er ausrief: „Unter ſolchen Umſtänden giebt es keine Oppoſition mehr!“ In der Abgeordnetenkammer vereinigten ſich alle Schattirungen der gemäßigt freiſinnigen Partei um die Regierung, und die Unterzeichner des Rechenſchaftsberichtes, die ſich einmal in einen entſchiedenen Gegenſatz zu derſelben geſtellt hatten, blieben in einer Minderheit, die keinen Anſpruch mehr darauf hatte, einen irgend wie erheblichen Einfluß auf den Gang der Verhandlungen auszuüben. Da auf der anderen Seite auch die entſchiedenen Anhänger der Regierung für ſich allein nicht ſtark genug waren, eine Mehrheit zu bilden, ſo lag der eigentliche Schwerpunkt der Kammer in jener Mittelpartei, welche zwiſchen den Grundſätzen der Revolution und der Anhänglichkeit an das neue Königthum noch unſicher hin und wieder ſchwankend, hauptſächlich durch die Furcht vor der Republik mehr nach der letzten Richtung hingedrängt wurde. Der vornehmſte Stimm-

Digitized by Google

führer dieſer Partei war der grundſatzloſe, im bunteſten Farbenſchimmer des Meinungswechſels ſchillernde, aber übermäßig eitle und deshalb immer den Schein der Unabhängigkeit bewahrende Generalprocurator Dupin (der ältere), und Dupin, den das Cabinet in richtiger Würdigung der Parteilage als ſeinen Candidaten bezeichnet hatte, wurde mit großer Stimmenmehrheit zum Präſidenten der Kammer erwählt. Der ganze Charakter des Mannes ſprach ſich in der Dankrede aus, die er nach ſeiner Ernennung hielt. „Der Vorſitz in der Abgeordnetenkammer," ſagte er, „iſt in meinen Augen die erſte Würde des Staates. Man kann, wenn man dahin gelangt iſt, nur herabſteigen. In dieſem Palaſte hat die geſetzliche Regierung, die aus unſerer glorreichen Julirevolution hervorgegangen iſt, ihren Urſprung genommen; in dieſem Palaſte iſt die Charte vom 7. Auguſt 1830 angenommen worden; hier hat Ludwig Philipp den Titel eines Königs der Franzoſen erhalten, hier hat er unſern Eidſchwur gehört, nachdem wir den ſeinigen empfangen." Offenbar ſetzte durch dieſe Rede Herr Dupin den Präſidenten der Abgeordnetenkammer über den König; und dennoch war der wankelmüthige Advocat, wenn es darauf ankam, das bereitwilligſte Werkzeug, das Ludwig Philipp finden konnte. Den wahren Sinn der hochtrabenden Anſprache Dupins enthüllten die Verhandlungen über die Adreſſe. Dieſe war ein treuer Wiederhall der Thronrede; über den Belagerungszuſtand von Paris glitt man vorſichtig hinweg; alle Anſtrengungen der Rechenſchaftspartei, ein Wort der Mißbilligung einzuſchieben, wurden mit beträchtlicher Stimmenmehrheit zurückgewieſen. Die Anſichten, welche der Miniſter des Innern Thiers entwickelte, beſchwichtigten alle Beſorgniſſe, die unter den weiſen Häuptern des Tiers Parti etwa noch in Bezug auf die Richtung der Regierung beſtehen mochten. Um darzuthun, wie wenig die Regierung des Bürgerkönigs daran denke, der Sache der Revolution untreu zu werden, berief er ſich darauf, daß bereits zwei Miniſterien — jenes des Grafen Molé und das des Belagerungszuſtandes — gewechſelt worden wären, weil man vorausſetzen mußte, daß ſie bei der Mehrheit der Abgeordnetenkammer keine Unterſtützung finden würden. „Die Herrſchaft der Stimmenmehrheit in der Abgeordnetenkammer," fügte er hinzu, „iſt die wahre Volksherrſchaft. Die Reſtauration verachtete die Meinung der geſetzgebenden Stimmenmehrheit; daher ihr Sturz. Einer Umgeſtaltung der Geſetze und der öffentlichen Einrichtungen bedurfte das Land nicht; denn dieſe hatten ihren Urſprung ſämmtlich theils in der Republik, theils in dem Kaiſerreiche." Und dieß war allerdings — daran

iſt nicht zu zweifeln — die Meinung der weit überwiegenden Mehrzahl aller Franzoſen; es war auch die Meinung Ludwig Philipps, nur mit jenen Abänderungen, die ihm nothwendig erſchienen, um der Königswürde zu ihrem Rechte zu verhelfen.

Die wichtigen Geſetzentwürfe, welche das Miniſterium den Kammern vorlegte, ſtanden mit der Bewunderung, welche Herr Thiers vor den Geſetzen der Republik und des Kaiſerreiches ausgeſprochen, nicht ganz im Einklange; denn der Grundgedanke, der jene Vorlagen beherrſchte, war offenbar, daß die beſtehende Ordnung einer feſteren Begründung bedürfe, als die vorhandenen Geſetze ihr gewährten. Auf ganz äußerliche Weiſe und folglich allerdings im Sinne der Revolution und des Kaiſerreiches faßte dieſe Aufgabe ein von dem Juſtizminiſter Barthe ausgearbeiteter Geſetzentwurf, welcher die Bedingungen feſtſtellte, unter denen es der Regierung geſtattet ſeyn ſollte, bei ernſter Gefährdung der öffentlichen Ruhe in irgend einem Theile des Landes das Kriegsrecht an die Stelle der gewöhnlichen Geſetze treten zu laſſen. Durch ein ſolches Geſetz wäre der Belagerungszuſtand von Paris nicht bloß nachträglich gebilligt, ſondern auch für künftige Fälle zum voraus geſetzlich bekräftigt worden. Aber man hatte doch nicht den Muth, mit demſelben unmittelbar vor die Abgeordnetenkammer zu treten, ſondern brachte den Entwurf zuerſt bei der Pairskammer ein, bei der man eher Urſache zu haben glaubte, auf freundliches Entgegenkommen zu rechnen; und da ſelbſt den Pairs viele der weſentlichſten Beſtimmungen als eine allzu unvorſichtige Herausforderung erſchienen, ließ man zuletzt das ganze Kunſtſtück der Geſetzgebung auf ſich beruhen, ohne daſſelbe nur zur Erörterung zu bringen. Reifer durchdacht waren zwei andere Geſetzentwürfe, in denen ſich unverkennbar Guizot's Einfluß bemerklich machte, und von denen der eine ausſchließend ſein Werk war. Der erſte war ein Geſetz über die Departementalverwaltung und die Vertretung der örtlichen Intereſſen bei derſelben, welches im Weſentlichen auf denſelben Grundſätzen beruhte, wie jenes, welches im Jahre 1829 der Miniſter Martignac den Kammern vorgelegt hatte. Das neue Geſetz war darauf berechnet, das Syſtem der Volksvertretung in der Begrenzung, welche demſelben das Wahlgeſetz von 1830 gegeben hatte, durch Ausfüllung der Lücken, die noch zwiſchen der Städteverfaſſung (der loi municipale) von 1830 und der allgemeinen Landesverfaſſung beſtanden, vollſtändig durchzuführen. Wie dem Könige die von einem beſtimmten Wählerkreiſe gewählte Abgeordnetenkammer, ſo ſollte jedem Präfecten in ſeinem Departement eine

Digitized by Google

von den vermögendſten Grundeigenthümern gebildete Departemental-verſammlung (das conseil général), dem Unterpräfecten in jedem Arrondiſſement ein Arrondiſſementsrath (conseil d'arrondissement) und dem Bürgermeiſter in jeder Gemeinde der Gemeinderath gegenüber-ſtehen, nur mit dem Unterſchiede, daß alle dieſe örtlichen Verſammlun-gen nicht eine entſcheidende Gewalt, wie die Abgeordnetenkammer, ſondern bloß die Befugniß des Beirathes haben ſollten. Die ganze Veränderung, welche dieß Geſetz in den beſtehenden Einrichtungen be-wirkt hätte, wäre darauf hinausgekommen, daß die bereits vorhandenen Departements- und Arrondiſſementsräthe nicht mehr von der Regierung, ſondern von den vornehmſten Eigenthümern ernannt worden wären; aber dieſe Veränderung wäre wichtig genug geweſen, da die Wähler der berathenden örtlichen Verſammlungen nach dem miniſteriellen Plane mit den Wählern der Abgeordnetenkammer zuſammenfielen, die dadurch zu einem eigenen Stande erhoben worden wären, in deſſen Händen ſich eben ſo alle örtliche Intereſſen, wie die allgemeinen Landesinter-eſſen befunden hätten. Die Abgeordnetenkammer begriff die Bedeutung des Geſetzes nicht; aber ſie war doch noch zu ſehr von revolutionairen Neigungen beherrſcht, als daß es ihrem Gefühle nicht hätte widerſtreben ſollen, den Wählerkreis für die örtlichen Rathsverſammlungen auf eben ſo enge Grenzen einzuſchränken, wie den Wählerkreis für die allgemeine Geſetzgebung des Landes. Sie erweiterte den erſten daher durch Er-niedrigung des maßgebenden Steuerſatzes und durch Hinzuziehung der ſogenannten geiſtigen Befähigungen. Dadurch ſprach ſie ihrem eignen Werke das Urtheil; nachdem das Geſetz von der Kammer angenommen war, ließen die Miniſter es bis zum Schluſſe der Seſſion liegen, ohne daſſelbe in die Pairskammer zu bringen, was eben ſo viel war, als wenn ſie es ausdrücklich zurückgenommen hätten. Höheren Werth als auf das Departementalgeſetz legte Guizot auf den zweiten der beiden Geſetzentwürfe, die dazu beſtimmt waren, die geſetzgeberiſche Arbeit der Seſſion zu bilden. Dieſer war ein Unterrichtsgeſetz, nach welchem in ganz Frankreich Volksſchulen in doppelter Abſtufung errichtet werden ſollten: niedere, in denen nur Leſen, Schreiben, Rechnen und die Grund-ſätze der chriſtlichen Religion gelehrt werden ſollten, und höhere, in denen der Unterricht bis zu den Anfangsgründen der Geometrie und der Meßkunſt, der Naturwiſſenſchaft, Erdkunde und Geſchichte, des Zeichnens und des Geſanges ausgedehnt war. Im allgemeinen fand das Geſetz großen Beifall, weil es eine der alten Lehren des Liberalis-mus war, daß man vor allen Dingen den Volksunterricht befördern

Digitized by Google

müſſe; zurückgeſtoßen wurde die Mehrheit der Abgeordnetenkammer
durch die Ahnung, daß es bei demſelben am Ende darauf abgeſehe
ſey, die alte, von der Revolution ſo gründlich ausgerottete Religion
und die alte fromme Sitte herzuſtellen. Man fand es unverzeihl
daß nach dem Geſetze den Prieſtern ein Einfluß auf die Volkserzieh
zuſtehen ſollte, wußte ſich aber zu helfen, indem man den Pfarr
dem ein Sitz in dem Aufſichtsrathe jeder Schule eingeräumt war, a
demſelben verbannte. Damit wäre der ganze Zweck des Geſetzes verei
geweſen, wenn Guizot hier nicht entſchloſſen geweſen wäre, mit Kr
durchzugreifen. Durch die Pairskammer wurde die ausgemerzte B
ſtimmung wieder in ihr Recht eingeſetzt; und bei der zweiten Berathun
die dadurch nothwendig wurde, fand der Pfarrer denn auch vor
Abgeordnetenkammer Gnade, da dieſe doch einige Scheu trug, ihr
Prieſterhaß ganz unverholen zur Schau zu tragen.

Nicht bloß in dieſen Berathungen verrieth ſich die revolution
Richtung der Abgeordnetenkammer, ſondern alle Verhandlungen wa
von demſelben Geiſte durchdrungen, der ſich zwar nicht in wichtig
Entſcheidungen, aber in unzähligen kleinen bezeichnenden Zügen au
ſprach. Mit der größten Offenheit machte ſich die Vergötterung d
Revolution geltend, als ein liberaler Abgeordneter darauf antrug, d
die von der Reſtauration eingeführte Todesfeier Ludwigs XVI. (
21. Januar) abgeſchafft werden ſolle. Die glänzendſten Reden wur
zur Verherrlichung der großen Zeit von 1789 gehalten, und eine
überwiegende Mehrheit entſchied ſich für den Antrag. Alle Bemüh
gen der Pairs, wenigſtens den Namen der Trauer für den Tag
erhalten, wurden beharrlich zurückgewieſen, weil man eine ſo koſtb
Gelegenheit, ſich ohne das geringſte Opfer den Ruf einer echt revo
tionairen Geſinnung zu retten, um keinen Preis entſchlüpfen la
durfte. In ſonderbarem Gegenſatze zu dieſer Verehrung der Revol
tion ſtand freilich die mit derſelben verbundene Angſt vor der Republ
welche doch die nothwendige Folge der Revolution war, und der au
dieſer Angſt hervorgehende wüthende Grimm gegen jene folgerech
Revolutionaire, die, durch ihre Niederlage in den Junitagen nicht en
muthigt, mit der verwegenſten Keckheit ihren Plan verfolgten, die R
publik zu begründen. Die republicaniſchen Journale, der National
gemäßigter, durch die Abgeſchliffenheit der Form gemilderter Sprache
die Tribune, der Bon Sens, der Populaire, in roheſter Schroffhe
griffen Tag für Tag nicht allein die Perſon Ludwig Philipps, ſondern
überhaupt das Königthum an und verkündeten den Sieg der Republ

Digitized by Google

als unausbleiblich, als nahe bevorſtehend; und dabei war das Bedrohlichſte, daß ſie in dem niedern Mittelſtande immer mehr Beifall zu finden ſchienen. Denn obwohl der Generalprocurator Perſil es an gerichtlichen Verfolgungen nicht fehlen ließ, vermochte er doch nur ſelten mit denſelben durchzudringen, da die Geſchwornen beinahe immer die angeklagten Blätter freiſprachen. Beinahe eben ſo übel, wie von dem Hofe Ludwig Philipps, wurden dieſe Niederlagen von der Abgeordnetenkammer empfunden, die von der republicaniſchen Preſſe nicht weniger verſchont wurden. Zwei Aufſätze, in deren einem der Kammer der Beiname der „feilen“ (prostituée) beigelegt war, während der andere mehreren Abgeordneten und unter dieſen namentlich Herrn Viennet, einem redlichen, aber beſchränkten Manne, der durch ſeine perſönliche Anhänglichkeit an den König ſich zu manchen Uebereilungen hinreißen ließ, geradezu den Vorwurf der Beſtechlichkeit machte, brachten den lange genährten Groll zum Ausbruche. Auf eine förmliche Anklage Viennets wurde nach langen und leidenſchaftlichen Verhandlungen beſchloſſen, den Herausgeber der Tribune, Lionne, vor die Schranken der Kammer zu laden, um ihn zur Verantwortung aufzufordern. Der Angeklagte erſchien mit zwei Vertheidigern, die er unter den redegewandteſten und geiſteskräftigſten Häuptern ſeiner Partei ausgewählt hatte. Beide machten nicht den entfernteſten Verſuch, die Beſchimpfung zu mildern, die der Kammer widerfahren war; ſie erhoben ſich vielmehr ihrerſeits zu Anklägern der Kammer, die ſie in unverhüllten Worten beſchuldigten, die Sache der Freiheit nicht bloß in Frankreich, ſondern in ganz Europa verrathen und verkauft zu haben. Der erſte der beiden Redner, Cavaignac, durch beſonnene Thatkraft und kühne Entſchloſſenheit unter allen Führern der republicaniſchen Partei der bedeutendſte, erklärte den Abgeordneten, daß er ſie als Richter nicht anerkennen könne, weil er in ihnen nur die Feinde der Sache ſehe, deren Vertheidigung das angeklagte Blatt ſich zur Aufgabe geſtellt habe. Er warf ihnen vor, daß ſie Mitſchuldige der verbrecheriſchen Verſchwörung gegen die öffentliche Freiheit wären, die in Frankreich ſeit dem erſten Siege der Revolution beſtehe, und die bis zum 18. Brumaire gegen die Perſonen, unter dem Kaiſerreiche gegen die Gedanken, unter der Reſtauration gegen die Gefühle und Intereſſen des Volkes und ſeit dem Jahre 1830 gegen alle Bürgſchaften des Gemeinwohls gerichtet ſey. „Und jetzt,“ rief er aus, nachdem er in großen Zügen die Geſchichte dieſer Verſchwörung hingeworfen hatte, „und jetzt dieſer Rechtshandel zu einer Zeit, wo die Geſellſchaft um

Digitized by Google

Euch her in einem ganz andern Rechtshandel begriffen iſt, wo ſelbſt ihre Achſe zuſammenzubrechen droht, wo man nicht weiß, in welchen Kreis einer neuen Umwälzung dieſe zerſtörte Welt ſich ſtürzen wird. Wie? In dieſem Sturme, der rings um Euch her brüllt, hört Ihr den Schrei eines Journaliſten? Dieſe Herren, die ſchlagfertig bereit ſtehen, weil man von Frankfurt bis Konſtantinopel wohl weiß, wie die Könige und Völker bewegen muß, wenn Deutſchland in jenem erblichen Geiſte gährt, der Karl V. lähmte und Napoleon ſtürzte. Europa erglüht bei der Rückkehr des Brandes, den das Jahr 1830 in ſeinem Mittelpunkte entzündet hatte, der revolutionaire Geiſt erhebt ſich von neuem gegen jenes Geſetz der heiligen Allianz, welches die Völker fortan nicht mehr binden darf; ein Funke des Juli iſt auf den Heerd der großen europäiſchen Familie gefallen, und Ihr, Ihr richtet!“ — Nachdem Cavaignac alles Feuer ſeines glühenden Zornes ausgeſtrömt hatte, nahm der nicht weniger leidenſchaftliche, aber kälter berechnende Marraſt das Wort, der Verfaſſer der Aufſätze, welche die Anklage veranlaßt hatten. Er führte den Beweis, daß die Kammer nicht bloß wirklich eine „feile“ ſey, ſondern daß ſie auch gar nicht anders als käuflich ſeyn könne, daß dieß eine nothwendige Folge der Verfaſſung ſey, die man dem Lande aufgedrängt habe. „Zwei feindliche Lager,“ ſagte er, „ſtehen einander gegenüber; wir ſind Ihnen die ſchlechte Preſſe; Sie ſind uns eine — nicht im Einklange mit dem Lande befindliche Kammer. Alſo Krieg! immerwährender Krieg! Ja es ſind zwei nicht bloß von einander abweichende, ſondern einander durchaus entgegengeſetzte, nicht bloß getheilte, ſondern unverſöhnlich feindſelige Syſteme, feindſelig, wie das Vorrecht es gegen die Freiheit iſt, die Unterdrückung gegen die Rechte, die ſie verweigert, das Monopol gegen die Bürger, die es ausbeutet. Zwei Syſteme ſind es, die einander überall entgegentreten, kämpfend ohne Raſt, wie Gutes und Böſes: im öffentlichen Haushalte die Arbeit und der Müſſiggang, in der ſittlichen Welt die Selbſtſucht und die Hingebung, in der politiſchen die Freiheit und die Willkür, die Revolution und die Gegenrevolution. Freiheit und Recht, Arbeit und Hingebung — das iſt für uns die Republik; das Gegentheil ſehen wir in dem Königthume. Wir vertheidigen die eine, wir kämpfen gegen das andere; und der wahre Richter in dieſer Sache ſind nicht Sie, das Land iſt es. Das Land iſt nicht eine Auswahl von ein paarmal hundert tauſend Menſchen aus einer Bevölkerung von 32 Millionen, ſondern das Land: die ganze Maſſe der Bürger, Arme und Reiche, Eigenthumloſe und Eigenthümer.

Nur der Volksherrſchaft iſt es möglich, in ihrem weiten Kreiſe alle dieſe geſellſchaftlichen Kräfte zu entwickeln; Sie aber haben ſich einem Syſteme angeſchloſſen, das ſich ſelbſt als unvolksthümlich bekennt. Wo iſt alſo ſein Leben? Im Volke? Nein. Wie erhält es ſich? Man muß die Kräfte, die es ſtützen, außerhalb des Volkes ſuchen. Was liegt aber außerhalb dieſer mächtigen Wirklichkeit? die Täuſchung, die Lüge, die Liſt und — ich muß die Sache bei ihrem Namen nennen, weil dieſer Alles umfaßt — die Beſtechung!" — Marraſt begnügte ſich nicht damit, dieſe Behauptung im Allgemeinen aufzuſtellen er ging zum Beweiſe der Wahrheit auf Einzelheiten ein, deren ſchwer gewichtige Bedeutung ſich die Kammer ſelbſt unmöglich verbergen konnte. Er führte die Börſenſpeculationen an, zu denen die Nachrichten des Telegraphen benutzt wurden, von denen die nicht Eingeweihten erſt einen Tag ſpäter Kenntniß erhielten; die Bewilligungen zu geheimen Ausgaben, die in den zwei erſten Jahren nach der Julirevolution ſich auf eine höhere Summe beliefen, als die Reſtauration während ihrer letzten ſechs Jahre gebraucht hatte; und die Prämien auf die Zuckerausfuhr, die ſich ſeit dem Jahre 1830 von 7 Millionen Franken auf 19 erhoben hatten, wovon beinahe der dritte Theil ſechs großen Handelshäuſern zu Gute kam, deren Chefs Périer, Humann, Deleſſert, Fould, Santerre, Durand in der Kammer ſaßen. „Wenn dieß bloß ein Krieg gegen die Tribune iſt," ſchloß Marraſt ſeine Rede, „ſo iſt er kindiſch; iſt es ein Krieg gegen die Preſſe, ſo werdet Ihr darin Euern Untergang finden." Aber die Wahrheit iſt das ſchlechteſte Mittel, eine Beſchimpfung in den Augen des Beſchimpften zu rechtfertigen; eine Mehrheit von zwei Drittheilen der abſtimmenden Kammermitglieder verurtheilte den Herausgeber der Tribune zu einer Geldſtrafe von 10,000 Franken und zu dreijährigem Gefängniß. Die Geldbuße wurde von den Republicanern durch freiwillige Beiträge aufgebracht; ein anderer Herausgeber trat an die Stelle des im Gefängniß ſitzenden Lionne, und die Tribune fuhr fort, den Beweis der Beſtechung, den Marraſt der Abgeordnetenkammer in das Geſicht geſchleudert, durch neue Thatſachen zu vervollſtändigen. So gab das republicaniſche Blatt in einer ſeiner nächſten Nummern ein Verzeichniß von 122 Beamten, die zugleich Mitglieder der Kammer waren und an Gehalten eine Summe bezogen, die hinreichend geweſen wäre, um mehr als 800,000 armen Bürgern ihr tägliches Brot zu geben. Unmittelbar darauf wies die Tribune nach, daß der Eingangszoll von 2,380,000 Franken, der zum größten Nachtheile des Landbaues und

Gewerbfleißes von auswärtigem Eiſen und Stahl erhoben wurde, durch die mittelſt deſſelben bewirkte Steigerung der Preiſe 26 miniſteriellen Abgeordneten zu Gute kam, die bei großen Eiſenwerken betheiligt waren. Die Tribune hätte, wenn ihr Haß nicht ausſchließlich gegen die Gewalthaber des Tages gerichtet geweſen wäre, noch weiter gehen und nachweiſen können, daß das ganze Steuerweſen des Landes ein großes Beſtechungsſyſtem war, welches der großen Maſſe des Volkes die ſchwerſten Steuern nicht zum Vortheile des Gemeinwohles, ſondern der verhältnißmäßig geringen Zahl von Bemittelten auflegte, welche durch ihre Eigenſchaft als Wähler die politiſche Macht in Händen hatten.

Wenige Tage, nachdem der Proceß gegen die Tribune beendigt war, am 25. April 1833, wurden die Kammern geſchloſſen, aber nur um unmittelbar darauf zu einer neuen Seſſion eröffnet zu werden. Darauf hatte der Finanzminiſter Humann gedrungen, weil es kein anderes Mittel gab, mit den Rechnungen für den Staatshaushalt in Ordnung zu kommen, da es in der Verwirrung des Jahres 1830 nicht möglich geweſen war, regelmäßige Voranſchläge aufzuſtellen, und man ſich ſeitdem deshalb immer mit vorläufigen Monatsbewilligungen (douzièmes provisoires) hatte behelfen müſſen. Da außer den Voranſchlägen in der neuen Seſſion kein anderer Geſetzentwurf von Bedeutung eingebracht wurde, ſo beſchäftigte ſich die Kammer beinahe ausſchließlich mit finanziellen Erörterungen, welche nur gelegentlich zu Abſchweifungen auf das Gebiet der allgemeinen Politik führten. Obwohl faſt alle Forderungen der Regierung ohne gründliche Prüfung bewilligt wurden, ſo verrieth die Mehrheit doch ihren alten revolutionären Unabhängigkeitsſinn, indem ſie eine Summe von 18 Millionen Franken für den Ausbau des Louvre verweigerte, durch welchen nach Napoleons Plane das königliche Schloß in eine Citadelle verwandelt werden ſollte, die von allen Seiten geſchloſſene Vertheidigungslinien geboten hätte. Zu wichtigen Verhandlungen gaben die Summen Veranlaſſung, die für Algier verlangt wurden. Unmittelbar nach der Julirevolution war der General Clauzel, einer der kühnſten Feldherrn des Kaiſerreiches, nach Algier geſandt worden, um den Marſchall Bourmont, dem man aus guten Gründen nicht traute, in dem Befehle des Heeres abzulöſen, von dem man noch nicht wußte, ob es ſich für die Revolution erklären oder der geſtürzten Dynaſtie treu bleiben würde. Bourmont, der in dem Glauben ſtand, daß Ludwig Philipp im Auftrage Karls X. die Regierung führe, machte keine Schwierigkeiten, den Befehl abzu-

geben, und General Clauzel, der zum Statthalter der neu gewonnenen Colonie ernannt war, traf, um den Beſitz derſelben dauernd für Frankreich zu ſichern, die kräftigſten Anſtalten, die aber in Paris keine Billigung fanden und nach Verlauf von ſieben Monaten ſeine Zurückberufung zur Folge hatten, obwohl man ihn ſpäter, um ſeine Unzufriedenheit zu beſchwichtigen, für ſeine in Algier geleiſteten Dienſte, zum Marſchall ernannte. Sein Nachfolger General Berthézène, deſſen Verwaltung auch nicht länger als ſieben Monate dauerte, warf Alles wieder um, was General Clauzel begonnen hatte; und als der bekannte Polizeiminiſter Napoleons, Savary, Herzog von Rovigo, ihn erſetzte, fand dieſer die Dinge bereits in ſo heilloſer Zerrüttung, daß mit den beſchränkten Mitteln, die ihm zu Gebote ſtanden, an eine Herſtellung nicht zu denken war. Im April 1833, als Savary durch eine unheilbare Krankheit genöthigt wurde, Algier zu verlaſſen, befanden ſich die Franzoſen nur noch im Beſitze der Stadt Algier mit ihrer nächſten Umgebung, des Platzes Oran im Weſten und der alten Burg von Bona im Oſten. In der Abgeordnetenkammer fehlte es nicht an Stimmen, welche auch die Räumung dieſer drei Punkte verlangten, weil ſie die Wichtigkeit derſelben nicht begriffen und den Aufwand, den die Behauptung erforderte, für eine unnütze Verſchwendung erklärten. Auf der andern Seite wurde der Regierung vorgeworfen, daß ſie die ſchöne Eroberung Karls X. abſichtlich vernachläſſige; ſie ſey feige genug, eine Colonie, der bei einiger Pflege die glänzendſte Zukunft bevorſtehe, die zu einem neuen Frankreich auf der ſüdlichen Küſte des Mittelmeers erwachſen könne, der britiſchen Eiferſucht zum Opfer zu bringen, welche eine zu große Erweiterung der franzöſiſchen Macht von einem ſolchen Erwerb befürchte. In den Journalen wurde ſogar verſichert, Ludwig Philipp ſey gegen England die geheime Verpflichtung eingegangen, auf den Beſitz von Algier zu verzichten, ſobald die öffentliche Stimmung dieß irgend geſtatte; und es war wohl begründet, daß Talleyrand zu London ſich in ähnlichem Sinne ausgeſprochen hatte; aber der Fürſt der Diplomaten hatte damit nur ſeine Privatmeinung geäußert. Ludwig Philipp war nichts weniger als geſonnen, eine Erwerbung aufzugeben, deren Werth er wohl zu ſchätzen wußte, deren Benutzung er aber auf künftige Zeiten verſchieben zu müſſen glaubte, um die britiſche Freundſchaft nicht zu gefährden, die er im Augenblicke als unentbehrlich für die Intereſſen Frankreichs und ſeiner Dynaſtie erkannte. Denn England hatte allerdings noch unter Karl X. ſowohl vor der Expedition von Algier als nach dem Gelingen derſelben beſtimmten Wider=

ſpruch dagegen erhoben*), daß die Beſitznahme der Regentſchaft in eine bleibende verwandelt werde, und nach der Julirevolution war bei den Unterhandlungen über die Anerkennung Ludwig Philipps die erſte Frage geweſen, wie man es mit Algier zu halten gedenke, worauf denn eine ſcheinbar Alles, in der That nichts verſprechende Antwort ertheilt war. Um ſich dem Drängen der Abgeordnetenkammer auf eine Entſcheidung zu entziehen, ergriff die Regierung ein Auskunftsmittel, welches klüger nicht gewählt werden konnte. Es wurde beſchloſſen, eine beſondere Commiſſion zur Unterſuchung der algierſchen Angelegenheiten niederzuſetzen. Während die Commiſſion unterſuchte, hatte man ſowohl vor den Anmahnungen Englands, als vor dem Ungeſtüme der Freunde und Feinde in Frankreich Ruhe.

Als die zweite Seſſion von 1833 ſich ihrem Schluſſe näherte und nur noch die Zuſtimmung der Pairskammer zu den von der Abgeordnetenkammer bewilligten Voranſchlägen zu erwarten war, trat in der letzten Thiers auf, der inzwiſchen das Miniſterium des Innern mit dem Miniſterium der öffentlichen Arbeiten vertauſcht hatte, und kündigte an, daß die Regierung entſchloſſen ſey, Paris zu befeſtigen, und daß ſie an den Werken, die zu der Vertheidigung der Hauptſtadt gegen einen auswärtigen Feind dienen ſollten, mit unabläſſigem Eifer arbeiten laſſen werde. Man hatte es vermieden, für dieſe Arbeiten in den Voranſchlägen eine Summe anzuſetzen, weil man fürchtete, daß ſie von der Kammer nicht bewilligt werden würde; denn ſchon war der Plan der Regierung vielfach beſprochen worden, und die Journale hatten darauf aufmerkſam gemacht, daß die Forts, die man rings um Paris anlegen wollte, eher dazu beſtimmt ſchienen, die Hauptſtadt im Falle eines Aufſtandes im Zaume zu halten, als ein feindliches Heer abzuwehren. Auch in der Kammer erklärten mehrere freiſinnige Abgeordnete, daß es ſich nicht um die Anlegung von Feſtungswerken zum Schutze von Paris, ſondern um die Errichtung neuer Baſtillen handle, durch welche man eine neue revolutionaire Bewegung zu unterdrücken beabſichtige. Thiers beruhigte indeſſen die Mehrheit, die in die revolutionairen Geſinnungen des Geſchichtſchreibers der Revolution volles Vertrauen ſetzte, indem er verſicherte, das Feuer der Geſchütze, die in den Forts aufgeſtellt werden ſollten, könne nicht bis in die Stadt reichen, und die würdigen Abgeordneten, welche durch die lange Dauer ihrer geſetzgeberiſchen Thätigkeit ermüdet waren, reiſten nach Hauſe,

*) S. die Depeſchen bei Capefigue, T. VII, pag. 166—169.

ohne den Schluß der Seſſion abzuwarten oder ſich um die Befeſtigung von Paris zu bekümmern. Die Regierung glaubte jetzt gewonnenes Spiel zu haben, und die Befeſtigungsarbeiten, die man bereits im Jahre 1831, obwohl damals wirklich in der Vorausſetzung eines bevorſtehenden Angriffes von außen, begonnen, wurden mit angeſtrengteſter Kraft wieder aufgenommen. Die Beſtimmung derſelben lag auch dem Kurzſichtigſten klar vor Augen; denn auf dem Wege, den die Regierung einſchlug, ließ ſich nicht abſehen, wie es jemals zu einem gewaltſamen Zuſammenſtoße mit dem Auslande kommen ſollte. Der belgiſche Feldzug war beendigt, ohne daß das gute Vernehmen mit den öſtlichen Mächten geſtört worden wäre. Die fortdauernde Beſetzung von Ancona, die unter andern Umſtänden einen kriegeriſchen Anſchein gehabt hätte, hatte die Zuſtimmung des römiſchen Stuhles unter Bedingungen erhalten, die für Frankreich nicht die ehrenvollſten waren. Die dreifarbige Fahne durfte nicht mehr auf den Wällen aufgeſteckt werden, und die päbſtliche Polizei, die in ihre Rechte wieder eingeſetzt war, handhabte ihre Aufſicht mit ſolcher Strenge, daß Bürger, welche durch die Anweſenheit der Franzoſen ſich zu der Uebereilung hatten verleiten laſſen, eine Nationalgarde zu bilden, als Verſchwörer verurtheilt und nach den Galeeren abgeführt wurden, ohne daß von franzöſiſcher Seite auch nur eine Verwendung zu ihren Gunſten erfolgt wäre. Die polniſchen Auswanderer, die ſeit ihrer gaſtlichen Aufnahme auf franzöſiſchem Boden gleich anderen politiſchen Flüchtlingen eine ſpärliche Unterſtützung von der Regierung erhielten, waren der ſchärfſten Ueberwachung unterworfen; die Mitglieder des polniſchen Volksausſchuſſes, welcher in Paris zuſammengetreten war, wurden auf die erſte Aufforderung des ruſſiſchen Geſandten aus der Hauptſtadt verwieſen; und als bei der revolutionairen Erhebung, welche die deutſchen Geheimbündler in den erſten Tagen des Aprilmonates 1833 verſuchten, über vierhundert polniſche Offiziere aus ihren Aufenthaltsorten im Innern von Frankreich entwichen und nach der Schweiz austraten, um ihren Verbündeten die Hand zu reichen, wurden ſogleich Anſtalten getroffen, um ihnen die Rückkehr zu verwehren, während man ſich beeilte, die auswärtigen Höfe von ihrem Vorhaben in Kenntniß zu ſetzen. Unmöglich konnte die franzöſiſche Regierung, nachdem ſie ſo freundliche Beziehungen zu den Mächten des Feſtlandes eingegangen war, einen Krieg mit dem Auslande erwarten; um ſo mehr Grund hatte dagegen Ludwig Philipp, bei den vielfachen Elementen der Gährung, die fortwährend in der Hauptſtadt gehäuft waren, vor einem Ausbruche im Innern beſorgt

Digitized by Google

zu ſeyn. Die Journale trugen Sorge dafür, daß dieſe Lage der Verhältniſſe auch dem einfachſten Bürger nicht unbekannt blieb; ſie theilten ein Actenſtück mit, aus dem ſich ergab, daß ſchon die Reſtauration mit dem Plane der Befeſtigung von Paris umgegangen ſey; zugleich führten ſie den mathematiſchen Beweis, daß von den Forts, an denen gearbeitet wurde, ganze Quartiere der Hauptſtadt in einen Aſchenhaufen verwandelt werden konnten. Während dieſe Fragen an allen öffentlichen Orten, in den Kaféhäuſern und Theatern und in jeder Familie beſprochen wurden, nahte die Jahresfeier der Julitage heran. Die Regierung hatte, um den Volksneigungen zu ſchmeicheln, das Standbild des Kaiſers, welches unter der Reſtauration von der Siegesſäule auf dem Vendômeplatze entfernt war, wieder aufſtellen laſſen, und am 28. Juli, nachdem daſſelbe enthüllt worden, marſchirten alle Regimenter der Beſatzung und alle Legionen der Nationalgarde vor der Säule und vor dem Könige, der mit ſeinem Generalſtabe zugegen war, in Parade vorüber. Allgemein war der Ruf: „Es lebe der Kaiſer!“ nur einzelne Regimenter riefen: „Es lebe der König!“ während die übrigen mehr finſter und ſchweigend vorüberſchritten; aber drohend und herausfordernd erhob ſich aus den Reihen der Nationalgarden der Ausruf: „Nieder mit den Forts! Nieder mit den Forts!“ Unmittelbar darauf wurde der Befehl ertheilt, alle Arbeiten an der Befeſtigung von Paris einzuſtellen. Man begriff, daß der Weg, auf dem man die Regierungsgewalt über das Spiel der Parteien erheben wollte, nicht der richtige oder wenigſtens ein voreiliger war.

Nachdem die Regierung ſich genöthigt geſehen hatte, auf einen Plan zu verzichten, der ihr die wirkſamſte Bürgſchaft für die Erhaltung der Ordnung zu bieten ſchien, mußte ſie darauf Bedacht nehmen, andere Mittel aufzufinden, die ihre Gewalt hinreichend verſtärkten, um den Wühlungen der Parteien mit Erfolg zu begegnen. Von den Anhängern der geſtürzten Dynaſtie war zwar für das Erſte nichts zu befürchten, nachdem von der Gräfin Luccheſi-Palli, die nach ihrer Entbindung von einem geſunden Töchterlein in den Schoß ihrer Familie zurückgeſandt war, ſich ſelbſt die einflußreichſten der alten Adelsgeſchlechter losgeſagt hatten. Die Wallfahrten, die von einer Anzahl adelicher Herren nach Prag unternommen wurden, wohin der greiſe König Karl X. mit Genehmigung der öſterreichiſchen Regierung ſeinen Sitz verlegt hatte, waren durch die bei derſelben zur Schau getragene Eitelkeit eher lächerlich, als gefährlich. Um ſo bedenklicher war dagegen die Stellung, welche die republikaniſche Partei einnahm, die

Digitized by Google

unter der Leitung der Abgeordneten Garnier Pagès, Voyer d'Argenſon, Corménin, Cabet, Joly, Audry de Puyraveau und des alten Lafayette, der Journaliſten Carrel und Marraſt, Cauchois-Lemaire, Rodde, Raſpail, der Advocaten Dupont, Marie, Conſeil, Michel und kühner Männer der That, wie Cavaignac, Guinard, Kerſaudie, eine Kraft zu entwickeln begann, welche der Regierung gerechte Beſorgniß einflößte. Der Verein der Menſchenrechte, an deſſen Spitze Cavaignac ſtand, gewann von Tag zu Tag weitere Ausbreitung. Er umging das napoleoniſche Geſetz, welches alle Vereinigungen von mehr als zwanzig Perſonen von der Genehmigung der Polizei abhängig macht, indem er ſich in Abtheilungen von weniger als zwanzig Perſonen theilte, die unter der Leitung ihrer Abtheilungsführer beſondere Verſammlungen hielten und nur durch den Gehorſam, zu dem ſie ſich insgeſammt gegen den leitenden Ausſchuß des Vereins verpflichteten, zu einem Ganzen verbunden waren. Alle Mitglieder waren bewaffnet und wurden regelmäßig in den Waffen geübt. Commiſſaire, welche der Ausſchuß ernannte, nahmen von Zeit zu Zeit Muſterungen vor. Auch verwaltete der Ausſchuß die gemeinſchaftliche Caſſe, welche durch freiwillige Beiträge der Mitglieder gebildet wurde. Um die Mitte des Jahres 1833 beſtanden zu Paris 163 Sectionen des Vereines, der demnach über eine bewaffnete Macht von 3260 Mann verfügen konnte. Aber von Paris aus fing derſelbe an, ſich durch ganz Frankreich zu verzweigen. Zu Lyon, Saint-Etienne, Châlons-ſur-Saone, Grenoble, Marſeille, Perpignan, Dijon, Clermont-Ferrand, Epinal, Arbois waren Vereine nach dem Muſter des Pariſer errichtet, die mit dieſem in Briefwechſel ſtanden; und es war den Verbündeten außerdem gelungen, in mehreren Regimentern Verbindungen anzuknüpfen, durch die ſie allmälig das Heer auf ihre Seite zu ziehen hofften. Was den Leitern aber das größte Vertrauen auf den Erfolg gab, war die Aufnahme, die ihre Lehren bei dem Handwerkerſtande und überhaupt bei der großen Maſſe der Handarbeiter fanden. Denn ſo enge ſie ſich an die Grundſätze der erſten Revolution anſchloſſen, ſo gingen ſie doch darin über dieſelben hinaus, daß ſie einzuſehn anfingen, wie wenig mit der bloßen Verkündigung einer allgemeinen Freiheit geholfen war, wenn nicht zugleich für Geſetze geſorgt wurde, welche die Freiheit in allen Kreiſen der Geſellſchaft ordneten und ſchützten. Eine Bekanntmachung, welche der Verein im Juli erließ, ſprach die Aufgabe, zu deren Löſung derſelbe ſich berufen hielt, in klaren, unzweideutigen Worten aus. Das, was man verlangte, war eine ſtarke, einheitliche Gewalt, die

Digitized by Google

aber wählbar, nach Ablauf einer beſtimmten Friſt wechſelnd und verantwortlich ſeyn ſollte; eine Volksherrſchaft, welche das allgemeine Stimmrecht verwirklichen ſollte; Freiheit der Gemeindeverwaltung aber unter der Oberaufſicht der Staatsgewalt, ein Syſtem des öffentlichen Unterrichtes, durch welches die kommenden Geſchlechter zur Freiheit erzogen würden; Ausdehnung der Volksgerichte auf das geſammte Gerichtsweſen und endlich die Befreiung der arbeitenden Claſſen durch eine beſſere Theilung der Arbeit und eine billigere Vertheilung des Ertrages derſelben. Solche Verſprechungen konnten ihre Wirkung auf jene große Maſſe nicht verfehlen, die in Frankreich, wie in allen übrigen Ländern der Erde, darauf angewieſen iſt, ihr tägliches Brod durch ihrer Hände Arbeit zu erwerben, und welche durch die erſte Revolution zwar von den beſchränkenden Feſſeln des Zunftzwanges und des Lehenweſens befreit, aber zugleich des Schutzes gegen die äußerſte leibliche Noth beraubt waren, den dieſe Feſſeln gewährten. Die Geſetzloſigkeit, welche die Revolution unter dem Namen der Freiheit einführte, ſetzte an die Stelle der uralten durch Geſetz und Sitte gemilderten Knechtſchaft in der That nur eine neue viel härtere Knechtſchaft, welche die arbeitenden Maſſen viel unbedingter der Willkür der arbeitgebenden Herren unterwarf. Der Gedanke der Freiheit, welchen die Julirevolution von neuem in den Maſſen der ſtädtiſchen Bevölkerungen erweckte, mußte von ihnen daher zunächſt auf ihre perſönliche Lage angewandt werden. Durch ganz Frankreich ging eine große Bewegung, die ſich in allen bedeutenderen Städten durch Zuſammenrottungen und geſetzwidrige Verbindungen der Arbeiter zu dem Zwecke der Ertrotzung eines höheren Lohnes kund gab, aber unmöglich zu irgend einem erreichbaren Ziele führen konnte, weil die Arbeiter, ſelbſt wenn es ihnen gelungen wäre, einen höheren Lohn zu erzwingen, doch die Arbeitgeber nicht zwingen konnten, Unternehmungen fortzuſetzen, welche keinen Gewinn mehr brachten, und weil daher der vollſtändige Sieg der arbeitenden Claſſen keine andere Folge gehabt hätte, als die Vernichtung des Gewerbfleißes, von dem ſie ſelbſt ihren Lebensunterhalt bezogen. Viel weiter, als die Weisheit der tobenden Handwerker, welche meinten, daß es nur von dem guten Willen der Fabrikanten abhinge, ſie in eine beſſere Lage zu verſetzen, ging aber auch die Einſicht der Leiter des Vereines der Menſchenrechte nicht. In der Bekanntmachung, in der ſie ihre Grundſätze darlegten, ſagten ſie: „Unter zwei und dreißig und einer halben Million Einwohner zählt Frankreich 00,000 ſchwelgende Müſſiggänger, eine Million glücklicher Sclaven,

ein und dreißig Millionen Heloten, Parias, große Seelen, die bei der Geburt allen Qualen des Körpers und des Geiſtes geweiht ſind. Das Königthum kann das Glück und die Leiden nur von einer Stelle auf die andere ſetzen; die Republik allein vermag die Quelle der letzten auszutrocknen und jedem Einzelnen ſeinen Antheil von Genuß und Glück zu geben. Die Republik allein kann eine Regierung führen, die keinen großen Aufwand erfordert; ſie wird nur Bürger zu Soldaten haben; wenig Steuern; der Arbeiter wird ſeinen Lohn mit dem Unternehmer feſtſetzen; die Verbrauchsſteuern werden durch eine Auflage auf das Ueberflüſſige erſetzt werden; der Fiscus wird dem Armen, dem Eigenthumloſen (prolétaire) nicht mehr jeden Biſſen Brod und jedes Glas rothgefärbtes Waſſer zuzählen." Auf welche Weiſe man eine Erhöhung des Lohnes bewirken wollte, indem man es dem Arbeiter überließ, denſelben in Gemeinſchaft mit dem Unternehmer feſtzuſetzen, war nicht geſagt; und der Grund dieſes Stillſchweigens war, daß die Häupter des Vereines darüber mit ſich ſelbſt nicht einig werden konnten, indem die einen die Veränderung einiger Beſtimmungen in dem napoleoniſchen Handelsgeſetzbuche (code du commerce) für genügend hielten, während die andern ſich bis zu der Aufhebung alles Eigenthumsrechtes verſtiegen und für die Republik das Recht anſprachen, den „Ueberfluß" in einer Weiſe zu beſteuern, die von der Confiscation nur durch die Form verſchieden geweſen wäre.

Man ſollte meinen, daß es unter ſolchen Umſtänden nur einer einfachen wahrheitgetreuen Darſtellung der Lage bedurft hätte, um nicht bloß in dem höheren Bürgerſtande, dem durch die Verfaſſung alle politiſche Macht übertragen war, ſondern auch in dem eigentlichen Mittelſtande, der doch immer noch etwas zu verlieren hatte, das Bewußtſeyn der Gefahr zu erwecken, von der das ganze Gebäude der geſellſchaftlichen Ordnung bedroht war; und ſofern dieß geſchehen wäre, würde die Regierung in den beſtehenden Geſetzen hinreichenden Schutz ſowohl gegen die verwegenen Entwürfe des Vereins der Menſchenrechte, als überhaupt gegen das Treiben der Republikaner gefunden haben. Aber die Männer, die an der Spitze der Regierung ſtanden, waren gleich ihren Gegnern Parteimänner; ſie waren gleich dieſen in der Schule der Revolution gebildet und von den Leidenſchaften der Revolution beherrſcht und ſie vermochten daher eben ſo wenig, wie die Partei, die ſie bekämpften, Maß zu halten. Herr Viennet, dem das Vertrauen des Hofes eine höhere Bedeutung beilegte, als ſeinen ſehr mäßigen Geiſtesgaben gebührte, rief in der Abgeordnetenkammer aus: „Die

Digitized by Google

Geſetzlichkeit bringt uns um!" (c'est la légalité qui nous tue!) Der Generalprocurator Perſil häufte Anklagen auf Anklagen gegen die revolutionaire Preſſe und beſchuldigte die Geſchworenen, deren Gerechtigkeitsgefühl ſeine Uebertreibungen verletzten, daß ſie ſich durch ſchmähliche Feigheit abhalten ließen, ſeinen Wünſchen gemäß zu verurtheilen; der Polizeipräfect Gisquet unterhielt ein Heer geheimer Spione und tappte, ihren Ausſagen blind vertrauend, mit ungeſchicktem Eifer dazwiſchen, ohne zu unterſcheiden, ob eine gerechte Veranlaſſung zum Einſchreiten der Staatsgewalt vorhanden war oder nicht. Bei Gelegenheit der Juliſeier erfuhr Herr Gisquet durch ſeine Agenten, daß der Verein der Menſchenrechte im Begriff ſtehe, das Zeichen zum Aufſtande gegen die Regierung zu geben; dieß war für ihn genug, um ihn zu beſtimmen, auf das Gerathewohl 150 Perſonen verhaften zu laſſen, von denen ihm eine Anzahl als Mitglieder des Vereins der Menſchenrechte angezeigt waren, während gegen alle Uebrige nichts weiter vorlag, als der Verdacht, daß ſie Feinde der Regierung wären und darauf ausgehen könnten, ſie durch eine gewaltſame Erhebung zu ſtürzen. Nur gegen 27 der Verhafteten wurde die Anklage aufrecht gehalten, daß ſie an einer Verſchwörung gegen die Sicherheit des Staates Theil genommen hätten. Perſil benutzte dieſe Gelegenheit, um die Anklage auf die ganze Geſellſchaft der Menſchenrechte auszudehnen, obwohl dieſe doch gar nicht vor Gericht ſtand. „Dieſe Geſellſchaft," ſagte er in ſeiner Anklageacte, „iſt von Ehrgeizigen geſtiftet, welche die Revolution nicht befriedigt hat; ſie iſt aus Menſchen zuſammengeſetzt, die bei einem Umſturze nichts zu verlieren und Alles zu gewinnen haben, die unter dem Vorwande, die Regierung anzugreifen, es nur auf das Vermögen der Bürger und auf das Eigenthum abgeſehen haben. Die Theilung der Güter, die Beraubung der Reichen, die zu lange im Beſitze ſind, und denen man der Billigkeit gemäß nur ſo viel laſſen ſoll, als ſie zu ihrem Lebensunterhalte bedürfen, das iſt es, was eine Menſchenclaſſe in Bewegung ſetzt, welche es bequemer findet, Andere zu berauben, als ſich ſelbſt durch Arbeit zu erhalten." In ähnlicher Weiſe ſprach ſich der Staatsanwalt bei den gerichtlichen Verhandlungen aus, die am 11. December ihren Anfang nahmen, was zur Folge hatte, daß ihm einer der Zeugen zurief: „Du haſt gelogen, Elender!" und daß der ganze Gerichtsſaal in Verwirrung gerieth. Es handelte ſich aber gar nicht um die Grundſätze des Vereins der Menſchenrechte, ſondern um die Frage, ob die Angeklagten am 28. Juni in der verbrecheriſchen Abſicht verſammelt geweſen wären, die Waffen gegen die

Regierung zu ergreifen; und was dieſen Punkt betraf, ſo erklärten mehrere mit der größten Offenheit, daß ſie allerdings ihre Waffen bereit gehalten hätten, aber nur um für den Fall von denſelben Gebrauch zu machen, daß es zu einem Kampfe zwiſchen den Linientruppen und der Nationalgarde gekommen wäre, was die Geſchwornen, die ſelbſt Nationalgardiſten waren, in ihrem Herzen nicht mißbilligen konnten. Außerdem ſtellte es ſich heraus, daß die Angeklagten durch zwei geheime Polizeiagenten zum Losſchlagen aufgereizt waren, von denen der eine auf Reiſen begriffen war und der andere eben nur zu leugnen vermochte. Die Geſchwornen konnten nach der Ermittlung ſolcher Thatſachen unmöglich anders als ihr: „nicht ſchuldig!" ausſprechen.

Tages darauf, am 23. December, wurden die Kammern eröffnet; in der Thronrede ſagte der König: die Ruhe des Landes ſey zwar ſeit der letzten Seſſion nicht geſtört worden, doch bemühten unſinnige Leidenſchaften, ſtrafbare Umtriebe ſich fortwährend, die öffentliche Ordnung zu untergraben, und es ſey daher eine angeſtrengte Wachſamkeit erforderlich, um die letzten Hoffnungen der Parteien zu zerſtören. Die Abgeordnetenkammer erwiederte: Frankreich erhebe einmüthig ſeine Stimme, um allen den Wühlungen, allen den dunkeln Verſchwörungen ein Ziel zu ſetzen, welche nur die Entwicklung ſeiner großen Geſchicke aufhalten könnten. Die Einſtimmigkeit, welche man nach dieſer Erklärung in ganz Frankreich vorausſetzen ſollte, war aber in der Kammer ſelbſt nicht vorhanden. Zum erſten Male ſeit der Julirevolution wagten es mehrere Mitglieder ſich offen zu republikaniſchen Geſinnungen zu bekennen. Garnier Pagès erklärte: Wenn das Volk zu ſehr gedrückt werde, müſſe es ſich wohl auflehnen; die ganze Geſellſchaft ſey nicht auf dauernden Grundlagen gegründet; die ganze Geſellſchaft ſtehe außerhalb des Rechtes, außerhalb des Sittengebotes, welches die allgemeine Gleichheit ſey. Voyer d'Argenſon und Audry de Puyraveau ſprachen es unverholen aus, daß ſie dem Könige den Eid der Treue nur unter dem Vorbehalte der höheren Anerkennung der Volksherrſchaft geleiſtet hätten, und daß ihr Eid ſie daher nur ſo lange verpflichte, als das Volk mit ſeiner gegenwärtigen Regierungsform zufrieden ſey. Der greiſe Lafayette verſicherte, nachdem er ſein ganzes Leben hindurch die Freiheit gegen die Monarchie vertheidigt, werde er jetzt nicht anfangen, die Monarchie gegen die Freiheit zu vertheidigen. So hoch ſtieg die gegenſeitige Erbitterung der Parteien, daß ein unbedachtes Wort, welches dem perſönlich ſehr unbedeutenden Abgeordneten Dulong, einem Freunde und Verwandten Dupont's (de l'Eure)

Digitized by Google

entfiel, einen Zweikampf mit dem General Bugeaud zur Folge hatte, den die Verblendung der Leidenſchaft als eine Art Gottesgericht an... und daß man, als der unglückliche Dulong durch ſeinen waffengeüb... Gegner getödtet wurde, den König ſelbſt beſchuldigte, durch geh... Aufreizungen die Hand des Mörders geleitet zu haben. Dupont, d... in den erſten Tagen nach der Julirevolution neben Lafayette u... Laffitte den bedeutendſten Einfluß geübt hatte, und den die liber... Partei gewohnt war, dem Lande als das Sinnbild politiſcher u... bürgerlicher Gewiſſenhaftigkeit und Ehrenfeſtigkeit darzuſtellen, füh... ſich durch den Verluſt des jüngeren Freundes, an dem er Vaters St... vertreten, ſo tief erſchüttert, daß er ſeine Entlaſſung aus der Ab... ordnetenkammer nahm, weil der Streich *), der dem unglücklichen D... long den Tod gegeben, ihn ſelbſt in das Herz getroffen habe, auß... dem aber, weil er das Land nicht länger in der Täuſchung la... dürfe, als glaube er in der gegenwärtigen Lage der Dinge, bei d... Gefahr, von der alle öffentliche Freiheiten bedroht wären, durch ... längeres Verweilen in der Kammer noch irgend etwas nützen zu k... nen. An demſelben Tage, an dem dieſes Schreiben verleſen wurd... begann die Erörterung über einen Geſetzentwurf in Bezug auf d... öffentlichen Aufrufer, den der Siegelbewahrer Barthe gleich nach d... Eröffnung der Seſſion eingebracht hatte. Das vornehmſte Mi... durch welches die republikaniſche Partei auf die niedern Volkscla... einwirkte, war das Ausrufen ihrer Tagblätter und Flugſchriften auf d... Straßen, wodurch es ihr allein möglich wurde, den Arbeiter, der ge... wöhnlich keine Zeitſchriften lieſt, auf den Inhalt der ihrigen aufmer... ſam zu machen. Der Polizeipräfect hatte es verſucht, den Rep... kanern dieß Mittel zur Verbreitung ihrer Anſichten zu entziehen, inde... er das öffentliche Ausrufen von einer beſondern polizeilichen Er... laubniß abhängig machte; die Gerichte erkannten jedoch die Verbind... lichkeit der deshalb erlaſſenen Polizeiverordnung nicht an; und ei... der Herausgeber des Bon Sens, der verwegene Rodde, erzwang die Zu... rücknahme derſelben, indem er, mit Piſtolen bewaffnet, auf den Bou... levards erſchien und unter ungeheurem Zulaufe ſein Blatt ſelbſt au... rief, dabei aber ankündigte, daß er einen Jeden niederſchießen wür... der es wagte, ihn an der Ausübung ſeines Rechtes zu hindern. D... Geſetzentwurf Barthe's hatte zum Zwecke, dem Polizeierlaſſe nach...

*) Le coup. Dulong wurde bekanntlich durch einen Piſtolenſchuß (coup d... pistolet) getödtet.

lich die fehlende geſetzliche Bekräftigung zu geben. Herr Barthe bemerkte, man dürfe nichts verrachten, weil ſonſt das Verachtete leicht ſtark werden könne. Garnier Pagès entgegnete, man ſolle vielmehr das Volk daran gewöhnen, Alles zu leſen und richtig zu verſtehen. Vergebens verſuchte die liberale Partei das neue Geſetz als einen Einbruch in die Preßfreiheit und folglich als eine Verletzung der Verfaſſung darzuſtellen; die Kammer entſchied ſich mit großer Stimmenmehrheit für die Annahme deſſelben und die Ausführung veranlaßte zwar einige unruhige Auftritte, fand aber, da ſie durch die bewaffnete Macht unterſtützt wurde, keine erhebliche Schwierigkeiten.

Das Geſetz über die Ausrufer war aber nur der Vorläufer einer bei weitem wichtigeren Maßregel, die nicht gegen eine vereinzelte Thätigkeit der Republikaner, ſondern gegen den Kern und Mittelpunkt ihres ganzen Treibens gerichtet war. Am 25. Februar 1834 legte Barthe der Abgeordnetenkammer einen Geſetzentwurf vor, der zwar ſeinem ausgeſprochenen Zwecke nach nur zur Waffe gegen die republikaniſchen Vereine dienen ſollte, welche den Umſturz der beſtehenden Ordnung als ihre Aufgabe verfolgten, der aber ſo weit ausgedehnte Beſtimmungen enthielt, daß er in der That das Recht der freien geſellſchaftlichen Vereinigung, welches ſowohl der Despotismus des Kaiſerreiches, als der Argwohn der Reſtauration geachtet hatte, weil daſſelbe die Grundlage alles menſchlichen Beiſammenlebens iſt, völlig aufhob und, wenn dieſe Beſtimmungen ihrer ganzen Strenge nach zur Vollziehung kamen, jede noch ſo unſchuldige, noch ſo weit von aller Berührung mit der Politik entfernte geſellige Zuſammenkunſt ſtrafbar machte, zu der nicht vorher eine beſondere polizeiliche Ermächtigung eingeholt war. Und vermehrt wurde die Gehäſſigkeit eines ſolchen Geſetzes, welches darauf berechnet ſchien, alle Gefühle der menſchlichen Natur zu verletzen, nicht allein durch die Höhe der Strafen, ſondern noch mehr durch die ſchlaue Vorſorge, welche dem Urtheile des Landes mißtrauend, die Entſcheidung über die Straffälligkeit den Geſchwornengerichten entzog, um ſie auf die von der Regierung abhängigen Polizeigerichte und in den ſchwerſten Fällen, die man als Verbrechen gegen die Sicherheit des Staates bezeichnete, auf den noch ungleich mehr abhängigen Gerichtshof der Pairs zu übertragen. Aber der Siegelbewahrer erklärte, indem er den Geſetzentwurf auf den Tiſch des Präſidenten niederlegte: er müſſe es gerade herausſagen, die Regierung glaube nicht, daß die Erhaltung der öffentlichen Ordnung geſichert ſey, wenn man nicht wirkſame Maßregeln ergreife, um jene aufrühreriſchen

Verbindungen zur Ohnmacht zurückzuführen, die den Unzufriedenen aller Länder offen ſtänden. Dieſe Ankündigung lieh den republikaniſchen Vereinen eine Bedeutung, die auch feſtere Männer in Schrecken ſetzen konnte, als die ehrſamen Fabrikanten, Kaufleute, Banquiers und Grundbeſitzer, welche die Mehrzahl in der Abgeordnetenkammer bildeten. Gleichſam als ob es ihm darum zu thun geweſen wäre den Eindruck, welchen die Rede Barthe's gemacht hatte, zu verſtärken, erhob ſich unmittelbar nach der Eröffnung der Berathungen der Abgeordnete de Ludre, der eines der thätigſten Mitglieder des Vereins der Menſchenrechte war, um die Behauptung des Miniſters zu widerlegen, daß der Verein darauf ausgehe, Meutereien anzuſtiften. „Die Geſellſchaft der Menſchenrechte," ſagte er, „wird keine Meutereien anſtiften; wenn ſie nicht entſchloſſen wäre zu warten, bis der Wille des franzöſiſchen Volkes ſich kund giebt, ſo wäre ſie durch die Zahl und den Muth ihrer Mitglieder ſtark genug, eine Schlacht zu liefern." Welches überzeugenderen Beweiſes bedurfte die Regierung, um die dringende Gefahr, welche die öffentliche Sicherheit bedrohte, außer Zweifel zu ſetzen? Die Vertheidigung des Geſetzentwurfes, welche die Anhänger der Regierung führten, war außerordentlich ſchwach, weil derſelbe mit Gründen der Vernunft ſich unmöglich vertheidigen ließ. Wußte doch ein ſo ſcharfſinniger Kopf wie Thiers nur die erbärmlichſten Sophismen vorzubringen, indem er daraus, daß in einer geordneten Geſellſchaft jedes Recht, alſo auch das Recht der geſellſchaftlichen Vereinigung durch die Geſetzgebung geordnet werden müſſe, den wunderbaren Schluß zog, daß folglich keine Vereinigung geduldet werden dürfe, die nicht vorher eine beſondere Genehmigung erhalten habe; aber er ſagte zugleich, daß der Staat verloren ſey, wenn man dem Aufruhr geſtatte, eine regelmäßige Geſtalt anzunehmen, der Geſetzloſigkeit ſich zu diſcipliniren, und dieſe Worte brachten eine ganz andere Wirkung hervor, als die verfehlten Grundſätze ſeiner ſehr oberflächlichen Staatsweisheit. Er geſtand offen ein, daß die Regierung verloren ſey, wenn ihr nicht eine willkürliche Gewalt eingeräumt werde; und die Ueberzeugung von der Aufrichtigkeit dieſes Eingeſtändniſſes, die Ueberzeugung, daß man keine andere Wahl habe, als zwiſchen einer Dictatur oder einer Auflöſung aller Bande der Geſellſchaft, entſchied die große Mehrheit der Kammer, und in dieſer nicht bloß jene knechtiſchen Anhänger der Gewalt, die bereit waren, für jede Maßregel der Unterdrückung zu ſtimmen, nicht bloß jene feigen Krämerſeelen, die bei dem Gedanken an eine Gefahr, welche ihre Geldſäcke bedrohen könnte,

Digitized by Google

alles beſonnene Bewußtſeyn verloren, ſondern auch wahrhaft freiſinnige Männer, die nur die Ordnung in jeder Geſtalt für eine ſichrere Bürgſchaft der Freiheit hielten, als die Geſetzloſigkeit und die Unterdrückung. Umſonſt bewies daher Odilon Barrot, daß weder die Freiheit der Preſſe, noch ſelbſt das Stimmrecht der Bürger bei den Wahlen geſichert ſey, wenn das Recht der freien Vereinigung aufgehoben werde; umſonſt rief Berryer, dieſer große Redner, der den Eindruck ſeiner Worte nur durch ſeine hoffnungsloſe Anhänglichkeit an das geſtürzte Königshaus ſchwächte, mit edelm Zorne aus: „Nach vier Jahren einer Revolution, die im Namen der Freiheit gemacht wurde, giebt es keine Freiheit, die nicht von den Miniſtern angetaſtet wäre!“ Umſonſt rief Garnier Pagès zurück, wie der Herzog von Broglie ſein Haus unter der Reſtauration dem Vereine der Freunde der Preßfreiheit geöffnet, wie Guizot den Verein: Hilf dir, und der Himmel wird dir helfen! geleitet, wie Barthe dem königsmörderiſchen Geheimbunde der Carbonari als Mitglied angehört habe. Alle Verſuche, auch nur die übertriebene Strenge des Geſetzentwurfes zu mildern, wurden zurückgewieſen; ſogar der Vorſchlag, wenigſtens literariſche Vereinigungen nicht von der Erlaubniß der Polizei abhängig zu machen, fand keine Gnade. Das ganze Geſetz wurde nach vierzehntägigen Erörterungen unverändert angenommen.

Ein ſo erbitterter leidenſchaftlicher Kampf, wie jener, den das Geſetz über die Vereine in der Abgeordnetenkammer hervorgerufen, konnte ohne Verluſte auf beiden Seiten nicht abgehen. Zwar hatte die liberale Partei eine entſcheidende Niederlage erlitten; aber von den vorragendſten Häuptern ihrer Gegner waren zwei, Broglie und Guizot, durch die Erinnerung an ihre eigene Vergangenheit ſchwer verletzt, und ein Dritter, Barthe, hatte eine tödliche Wunde empfangen, da er das Bewußtſeyn nicht zu unterdrücken vermochte, daß es ihm, dem ehemaligen Carbonaro, nicht zuſtehe, Maßregeln der Strenge gegen politiſche Vereine durchzuführen. Gewachſen in der Meinung war von ſämmtlichen Miniſtern allein Thiers, deſſen Rede den größten Eindruck gemacht hatte, weil er am rückſichtloſeſten mit der Sprache herausgegangen war, und weil er es überhaupt am beſten verſtand, die willkürliche Gewalt, welche die Lage erheiſchte, mit dem revolutionairen Geiſte der Abgeordnetenkammer in Einklang zu bringen. Thiers aber nahm im Cabinete die politiſch unbedeutendſte Stellung ein, da er ſchon zu Anfange der Seſſion von 1833, nachdem er ſeinen Auftrag, die Gefangennehmung der Herzogin von Berry, vollzogen, das Mini-

Digitized by Google

ſterium des Innern wieder an den geſchäftskundigeren d'Argout zurückgegeben und ſich ſtatt deſſen mit der Verwaltung der öffentlichen Arbeiten und Bauten begnügt hatte. Der Spielraum, der hier ſeinem raſtloſen Geiſte angewieſen war, wurde ihm jedoch bald zu eng; er griff in Augenblicke über die Grenzen ſeiner amtlichen Befugniſſe in das abgegebene wichtigere Departement hinüber und machte dem geiſtig weniger beweglichen Inhaber deſſelben das Leben ſo ſauer, daß Herr d'Argout, der in dem ungleichen Kampfe faſt immer den Kürzeren zog, herzlich nach der Ruhe verlangte. Eben ſo unbehaglich, wie Barthe und d'Argout, war aus andern Gründen dem Herzog von Broglie ſeine Lage geworden. Der Herzog von Broglie übertrug die Ehrenhaftigkeit ſeines perſönlichen Charakters auch auf ſeine amtliche Thätigkeit in der Verwaltung der auswärtigen Angelegenheiten; er wollte um keinen Preis weder eine Verletzung der Würde noch der wohl erwogenen Intereſſen Frankreichs geduldet haben. Ludwig Philipp, der in der Politik den Vortheil über die Ehre ſetzte, war ſchon durch die männliche Kraft, mit welcher der Herzog von Broglie, unmittelbar nach ſeinem Eintritte in das Cabinet, in die belgiſchen Angelegenheiten eingriff, zu nicht geringen Bedenklichkeiten veranlaßt worden; denn die Erhaltung des Friedens unter allen Umſtänden erſchien dem Könige der Franzoſen als die unerläßliche Bedingung, unter der es ihm allein gelingen könne, die Herrſchaft ſeines Hauſes in dem revolutionairen Frankreich feſter zu begründen; und nichts bürgte dafür, daß das preußiſche Heer, welches gleich dem franzöſiſchen an der Grenze zuſammengezogen war, das Gewehr im Arm zuſehen würde, während die Franzoſen die Belagerung einer Feſte unternahmen, die von den Truppen einer Preußen befreundeten Macht vertheidigt wurde. Deshalb hatte Ludwig Philipp zu derſelben Zeit, während er den etwas zu revolutionairen Thiers beſtimmte, das Miniſterium des Innern gegen einen weniger umfaſſenden Wirkungskreis zu vertauſchen, Sorge getragen, auch dem ritterlichen Sinne des Herzogs von Broglie einen Hemmſchuh anzulegen, indem er ſeinen bewährten treuen Sebaſtiani, der bei der Bildung des Miniſteriums vom 11. October aus der Verwaltung ausgeſchieden war, als Miniſter ohne Portefeuille in dieſelbe wieder aufnahm. Dadurch wurden aber die Unbequemlichkeiten, welche der unabhängige Charakter des Herzogs von Broglie verurſachte, nur wenig gemildert. Die Botſchafter der großen auswärtigen Mächte waren gewohnt, mit dem früheren Miniſter des Auswärtigen, wie bei Gelegenheit mit dem Könige ſelbſt über alle mög-

liche Dinge, beſonders aber auch über die Lage Frankreichs im Innern vertraulich zu plaudern, wodurch ſich eine Art Familienverhältniß bildete, auf welches Ludwig Philipp den höchſten Werth legte. Zu einem ähnlichen Austauſche vertraulicher Eröffnungen war der Herzog von Broglie nicht zu vermögen, weil er es der Würde Frankreichs zuwider hielt, Fremden eine Einmiſchung in ſeine Angelegenheiten zu geſtatten*). Wenn Ludwig Philipp mit der perſönlichen Schroffheit des Herzogs, über welche die Geſandten der Höfe ſich beklagten, nicht allzuwohl zufrieden war, ſo war er noch viel weniger mit der ſtolzen Haltung einverſtanden, in der die franzöſiſche Diplomatie unter Broglie's Leitung Intereſſen wahrnahm, deren Wichtigkeit der Scharfblick des Königs ſich keineswegs verbarg, denen er aber dem einen höchſten Intereſſe der Erhaltung des Friedens gegenüber eine untergeordnete Bedeutung beilegte.

So hochgebildet der Herzog von Broglie war, ſo hatten ihn doch ſeine wiſſenſchaftlichen Forſchungen nicht über das gemeine Vorurtheil ſeiner Landsleute zu erheben vermocht, daß die franzöſiſche Nation unter allen Völkern der Welt die höchſte Stufe der Geſittung einnehme, daß ſie vorzugsweiſe dazu berufen ſey, die Entwicklung der Menſchheit zu leiten, und daß es ihr daher auch zukomme, in allen Fragen der allgemeinen europäiſchen Politik, die in dem großen Rathe der europäiſchen Völkerfamilie zur Erörterung gebracht würden, durch ihre entſcheidende Stimme den Ausſchlag zu geben. Zwar hatte der Glanz des napoleoniſchen Kaiſerthums, welches mit rieſenhafter Kraft dieſelbe Anſicht zu verwirklichen ſuchte, ihn nicht zu beſtechen vermocht, weil er wohl begriff, daß die rohe Gewalt unmöglich geeignet ſeyn könne, die höchſten Zwecke der Menſchheit zu fördern; ſeine vollſte Bewunderung wurde dagegen dem Reiche Ludwigs XIV. zu Theil, welches doch nicht weniger auf rohe Gewalt begründet war und dieſe nur geſchickter unter einer äußerlichen Abgeſchliffenheit zu verbergen gewußt hatte. Als die vornehmſte Aufgabe der franzöſiſchen Politik erſchien es dem Herzoge von Broglie daher, an die Ueberlieferungen jenes Fürſten wieder anzuknüpfen, den die Franzoſen den Großen nennen, obwohl er durch keine einzige wirklich große Eigenſchaft ausgezeichnet war, außer durch die Größe ſeiner Laſter und durch die Größe ſeiner Verbrechen an ſeinem Volke und an der Menſchheit. Dieſen Ueberlieferungen getreu erneute der Herzog von Broglie den alten franzö-

*) Vergl. Capefigue, l'Europe T. VII. pag. 94.

Digitized by Google

ſiſchen Anſpruch auf eine oberſte ſchiedsrichterliche Gewalt in Deutſchland, indem er bei der Beſetzung der freien Stadt Frankfurt durch deutſche Bundestruppen in Folge des Aufſtandes vom 3. April 183[illegible] gegen dieſe Maßregel als gegen eine Verletzung der von Frankreich verbürgten Verträge des Jahres 1815 Verwahrung einlegte und ſich die Miene annahm, als ſey Frankreich bereit, die kleineren deutſchen Bundesſtaaten gegen die ihnen von Oeſterreich und Preußen drohende Unterdrückung zu ſchützen: ein Verſuch zur Ausübung eines Einfluſſes, für den in den Verhältniſſen ſo wenig, wie in den Geſinnungen des deutſchen Volkes noch der geringſte Boden vorhanden war, und der daher nur eine ſehr unzweideutige Zurechtweiſung von Seiten des deutſchen Bundes zur Folge haben konnte. Eine weit bedenklichere Wendung nahmen um dieſelbe Zeit die Verhandlungen, welche über eine Frage ſtatt fanden, deren hohe und entſcheidende Bedeutung, als dieſelbe zuerſt in Anregung gebracht wurde, ſelbſt die ſcharfſichtigſten Staatsmänner nicht in ihrem vollen Umfange würdigten. Ein in ſeinen Anfängen geringfügiger Streit, in den Mehemed Ali, der ſtaatskluge Weſir von Aegypten, mit einem benachbarten ſyriſchen Paſcha verwickelt war, hatte zu Ende des Jahres 1831 in dieſen damals von der europäiſchen Politik beinahe ganz unbeachtet gelaſſenen Gegenden eine Kriegsflamme entzündet, die weiter und weiter fortſchreitend den ganzen Orient zu ergreifen drohte. In drei Schlachten hatte Ibrahim Paſcha, der Pflegeſohn und Feldherr Mehemed Alis, die osmaniſchen Heere geſchlagen, die wider ihn ausgeſandt waren; ganz Syrien, dieſes [illegible] liche Land, welches die Barbarei der osmaniſchen Türken verödet hatte, war in die Gewalt der Aegypter gefallen, und noch ahnte man weder zu Paris noch zu London, daß es ſich hier um Intereſſen von weltgeſchichtlicher Bedeutung handelte. Der Poſten des franzöſiſchen, wie jener des engliſchen Botſchafters zu Konſtantinopel war erledigt, als Ibrahim Paſcha aus den Engpäſſen des Taurus auf das innere Hochland von Kleinaſien heraufſtieg und (am 21. December 1832) in einer vierten Schlacht bei dem alten Iconium das letzte Heer vernichtete, welches ihm die Pforte entgegenzuſtellen vermochte. Der Weg nach Konſtantinopel lag vor ihm offen. Die mahomedaniſchen Bevölkerungen, die dem Padiſchah weder die furchtbare Schlächterei der Janiſcharen, noch das Unglück des ruſſiſchen Krieges und den Verluſt von Griechenland verziehen hatten, jauchzten dem ſiegreichen Helden entgegen, von dem ſie die Erneuung der alten Macht des Halbmondes und die Wiederbelebung des Islam erwarteten. Der ägyptiſche Feldherr [illegible]

Digitized by Google

es in ſeiner Gewalt durch einen kühnen Marſch ſich in den Beſitz der Hauptſtadt des osmaniſchen Reiches zu ſetzen und damit die Geſchicke des Orients in eine neue Bahn zu lenken. Von allen europäiſchen Cabinetten hatte ein einziges die Möglichkeit einer ſolchen Wendung der Dinge vorhergeſehen und ſeine Maßregeln getroffen, um durch dieſelbe nicht unvorbereitet überraſcht zu werden. Schon im December hatte der Kaiſer von Rußland dem Sultan ſeinen Beiſtand angetragen, ſofern die Kriegsereigniſſe eine Wendung nehmen ſollten, welche die Sicherheit der Hauptſtadt gefährdete. Sultan Mahmud erkannte die Gefahr, die in dieſem Anerbieten lag, zu gut, als daß er ſich ohne die äußerſte Noth zu der Annahme hätte entſchließen können; er wußte wohl, daß durch ähnliche Hülfeleiſtungen die Ruſſen auch in Polen den Grund zu ihrer Herrſchaft gelegt hatten. Erſt als jede andere Ausſicht auf Rettung verſchwunden ſchien, faßte er den verzweifelten Entſchluß, ſich den Todfeinden des osmaniſchen Namens in die Hände zu werfen. Am 21. Januar, als Ibrahim auf der Straße nach Konſtantinopel bereits in Kiutahia eingerückt war, richtete Sultan Mahmud die dringende Bitte um Hülfe an Rußland; an demſelben Tage ſchiffte ſich der zum franzöſiſchen Botſchafter bei der Pforte ernannte Admiral Rouſſin, einer der tüchtigſten franzöſiſchen Seemänner, aber ein ſehr untergeordneter Staatsmann, zu Toulon nach Konſtantinopel ein. Der Herzog von Broglie, der im Geiſte noch mitten in der Zeit verweilte, wo Frankreich im Oriente als die erſte Macht des chriſtlichen Europas geachtet wurde, hatte dem Admiral den Auftrag ertheilt, die ruſſiſche Einmiſchung um jeden Preis zu verhindern. Dazu war es aber zu ſpät; denn Rouſſin war kaum auf ſeinem Poſten eingetroffen, als bereits ein ruſſiſches Geſchwader in den Bosporus einlief und den reizenden Landſitzen von Budſchukdere gegenüber vor Anker ging. Zwar gelang es dem Admiral durch hochtönende Worte den Sultan auch jetzt noch zur Verzichtleiſtung auf die ruſſiſche Hülfe zu beſtimmen, indem er ſich perſönlich dafür verbürgte, daß er eine friedliche Ausgleichung zu Stande bringen werde. Dieß Verſprechen war jedoch eine Uebereilung; denn Mehemed Ali, den die Drohungen des Franzoſen nicht einſchüchterten, verwarf die Bedingungen, die ihm im Namen des Sultans angeboten wurden; dieſem blieb, nachdem ihn das Vertrauen getäuſcht hatte, welches er in die Verheißungen des franzöſiſchen Botſchafters ſetzte, nichts Anderes übrig, als den verſchmähten ruſſiſchen Beiſtand von neuem anzurufen. Der ruſſiſche Bevollmächtigte, Herr von Buteniew, verrieth nicht die geringſte Empfindlichkeit. Er hatte die

Digitized by Google

ruſſiſchen Kriegsſchiffe, ungeachtet der Entlaſſung, die ihnen von der Pforte ertheilt war, im Bosporus zurückgehalten, weil er von der Lage der Dinge zu gut unterrichtet war, um nicht zum voraus zu wiſſen, daß man in Kurzem genöthigt ſeyn würde, zu ihm zurückzukehren. Aus demſelben Grunde hatte er auch den Truppenſendungen, die in den Häfen des ſchwarzen Meeres vorbereitet wurden, keine Gegenbefehle zugehen laſſen; und wenige Tage, nachdem die Pforte ihr Hülfegeſuch wiederholt hatte, (am 5. April) landete daher ein ruſſiſches Corps von 5000 Mann bei Scutari, dem einige Wochen ſpäter ein zweites gleich ſtarkes folgte, während auf dem Landwege ein Heer von 30,000 Mann in die Donauprovinzen einrückte. Es bedurfte jetzt nur noch weniger Schritte, und das St. Petersburger Cabinet hatte das Ziel erreicht, welches die ruſſiſche Politik ſeit Peters des Großen Zeiten verfolgt. Das osmaniſche Reich hätte, wenn es auch den äußern Schein der Selbſtändigkeit noch eine Zeitlang bewahrte, als unabhängiger Staat zu beſtehen aufgehört; es wäre thatſächlich in eine ruſſiſche Statthalterſchaft verwandelt worden, deren völlige Einverleibung nur noch eine Frage der Zeit geweſen wäre. Damals bewahrte der kühne Muth des Herzogs von Broglie und zum Theil allerdings auch die überſpannte Vorſtellung, die er von der Frankreich zukommenden Obmacht in den europäiſchen Angelegenheiten hatte, Europa vor einer Gefahr, die ſpäter nur durch die größten Opfer abzuwenden geweſen wäre. Der Herzog von Broglie ſetzte es durch, daß Frankreich im Oriente eine eben ſo entſchiedene Haltung annahm, wie es in Bezug auf die belgiſchen Angelegenheiten behauptet hatte; in allen franzöſiſchen Häfen wurde gerüſtet; und Admiral Hugon erhielt den Befehl, ein Geſchwader von Kriegsſchiffen nach der Bai von Smyrna zu führen, um den Forderungen des franzöſiſchen Botſchafters zu Konſtantinopel den nöthigen Nachdruck zu geben. Zu gleicher Zeit gelang es dem Herzoge auch das britiſche Cabinet aus der unbegreiflichen Sorgloſigkeit empor zu reißen, mit der daſſelbe bisher die Verwicklung im Oriente betrachtet hatte. Zu Malta wurde eine anſehnliche britiſche Flotte zuſammen gezogen, welche die Beſtimmung hatte, ſich mit dem franzöſiſchen Geſchwader vor den Dardanellen zu vereinigen, um nöthigenfalls die Durchfahrt durch die Meerenge zu erzwingen. Ein feindliches Zuſammentreffen mit den vereinten britiſchen und franzöſiſchen Streitkräften würde ohne Zweifel die Vernichtung der ruſſiſchen Seemacht und die Zerſtörung aller der großartigen Anlagen an der Küſte des ſchwarzen Meeres zur Folge gehabt haben, welche den

Digitized by Google

Schlüſſel zu den geheimſten Gedanken der ruſſiſchen Politik enthalten. Das St. Petersburger Cabinet entſchloß ſich unter dieſen Umſtänden, einen vorſichtigen Rückzug anzutreten und für den Augenblick ſich mit jenen Vortheilen zu begnügen, die ohne die Gefährdung höherer Intereſſen zu erlangen waren. Das bereits bis an die Ufer der Donau vorgerückte ruſſiſche Heer machte Halt auf ſeinem Marſche, die neuen Truppenſendungen, die zur Verſtärkung des Lagers am Bosporus vorbereitet waren, wurden eingeſtellt; und damit waren alle die Schwierigkeiten gehoben, die bisher der Austragung des Zwiſtes zwiſchen dem Sultan und ſeinem abtrünnigen Vaſallen entgegenſtanden. Mehemed Ali ſtimmte ſeine Forderungen einigermaßen herab, und Sultan Mahmud machte Zugeſtändniſſe, die er bisher im Vertrauen auf den ruſſiſchen Beiſtand verweigert hatte. Ganz Syrien, ſo wie der Bezirk von Adana, der zuletzt noch den vornehmſten Gegenſtand des Streites gebildet hatte, wurde dem Paſcha das erſte als Lehen, der letzte unter dem beſcheidenen Titel eines Mohaſſils oder einer Pachtung verliehen. Unmittelbar darauf traten die ägyptiſchen Truppen ihren Rückmarſch an, und nachdem die letzten Colonnen derſelben den Taurus überſchritten, brachen auch die Ruſſen ihr Lager auf der aſiatiſchen Seite des Bosporus ab und ſchickten ſich an, das Gebiet des osmaniſchen Reiches zu räumen. Der Preis, den ſie auch jetzt noch für ihren Beiſtand forderten und den Sultan Mahmud nicht den Muth hatte zu verweigern, bot einen Maßſtab für die Anſpüche, welche das St. Petersburger Cabinet erhoben haben würde, wenn ſeine Plane nicht durch die drohende Stellung geſtört worden wären, welche die britiſchen und franzöſiſchen Hochborde vor der Einfahrt in die Dardanellen einnahmen. An dem Tage, an dem das ruſſiſche Hülfscorps ſich an Bord des Geſchwaders im Bosporus einſchiffte, (8. Juli) wurde in dem Lager zu Hunkiar Skeleſſi ein Bundesvertrag zwiſchen der Pforte und Rußland auf die Dauer von acht Jahren abgeſchloſſen, durch den der Kaiſer von Rußland ſich anheiſchig machte, der Pforte jeden Beiſtand zu Waſſer und zu Lande zu leiſten, deſſen ſie innerhalb dieſer Zeit bedürfen würde, und dem eine geheime Clauſel angehängt war, welche der Pforte die Verpflichtung auflegte, die Meerenge der Dardanellen gegen jede andere Seemacht außer der ruſſiſchen zu verſchließen.

Was Ludwig Philipp von Anfang beſorgt hatte, als er nur mit Widerſtreben ſich entſchloß, die Verwaltung der auswärtigen Angelegenheiten in die Hände des Herzogs von Broglie zu legen, war in einem Maße erfüllt worden, welches weit über ſeine Erwartungen

Digitized by Google

hinausging. Zweimal in dem Verlaufe weniger Monate hatte das kräftige Durchgreifen des Herzogs die Dinge auf eine Spitze getrieben, auf der die Entſcheidung über Krieg oder Frieden von dem geringſten Schwanken der Wage abhing. Das Bedenklichſte aber war, daß die rückſichtsloſe logiſche Strenge, mit welcher der philoſophiſche Herzog von Broglie die allgemeinen Grundſätze ſeines politiſchen Syſtemes in den diplomatiſchen Verhandlungen geltend machte, die ganze auswärtige Politik des Landes in eine Bahn zurückzulenken drohte, welche die Herſtellung eines freundlichen Vernehmens mit den Mächten des Feſtlandes unter allen Umſtänden unmöglich machen mußte. Der Geſchichtſchreiber der Diplomatie des Kaiſerreiches, der pedantiſche Bignon, der einer wohlberechneten Auszeichnung Napoleons den Ruf eines großen Politikers verdankte, hatte die Gewohnheit, alljährlich bei den Berathungen über die Adreſſe einen Vortrag über die auswärtige Politik zu halten, welcher der franzöſiſchen Eitelkeit das Bild der großen Nation zurückrief, deren ſiegreiche Adler einſt von Liſſabon bis nach Moskau geflogen waren. Dieſe Vorträge waren von der Mehrheit der Kammer immer mit Wohlgefallen gehört worden; man fand um ſo mehr Vergnügen daran, ſich durch große Worte kitzeln zu laſſen, als daraus keine Verbindlichkeit hervorging, große Thaten folgen zu laſſen. Es konnte im Grunde nichts Unſchuldigeres geben, als die Herzensergießungen des Herrn Bignon, der ein viel zu friedliebender Mann war, als daß er ſelbſt im Ernſte daran gedacht hätte, die Zeiten der großen Nation zu erneuern. Allgemeines Erſtaunen erregte es daher, als im Frühjahre 1834 nach einer ähnlichen Kundübung der Miniſter des Auswärtigen auftrat und erklärte, daß er ſich ganz den Anſichten Bignons anſchließe und entſchloſſen ſey, verſchiedene ſeiner Gedanken zu verwirklichen, ſobald ſich die Gelegenheit biete. Das ganze diplomatiſche Corps gerieth in Bewegung; man ſah ſich im Geiſte bereits in die Zeit zurückverſetzt, wo man mit Lafayette unterhandeln mußte. Selbſt Guizot, der vertraute Freund des Herzogs, war beſtürzt. Ludwig Philipp war ernſtlich erſchrocken. Zwar wurde der Herzog vermocht, ſchon am folgenden Tage ſeine Aeußerungen in der Kammer in einem Sinne auszulegen, der die ſchwere Bedeutung ſeiner Erklärung ermäßigte; aber dadurch wurde der Eindruck, den dieſe gemacht hatte, keineswegs aufgehoben. Sich der Gefahr, die er jetzt erſt in ihrem vollen Umfange überſah, zu entledigen, indem er dem Miniſter, mit dem er unzufrieden war, ſeine Entlaſſung gegeben hätte, durfte Ludwig Philipp nicht wagen, weil gegen eine ſolche Ver-

Digitized by Google

letzung aller Grundſätze des Repräſentativſyſtemes die Abgeordnetenkammer ſich in Maſſe erhoben hätte. Die Kammer ſelbſt mußte dem gefürchteten Staatsmanne ihre Unterſtützung verſagen, um ihn unſchädlich zu machen und zu beſeitigen. Und um dazu eine Veranlaſſung herbeizuführen, genügte ein ſehr einfaches Mittel.

Die Regierung der vereinigten Staaten von Nordamerika hatte in Folge rechtswidriger Beſchlagnahme nordamerikaniſcher Handelsfahrzeuge, die zur Zeit der napoleoniſchen Continentalſperre Statt gefunden, eine Entſchädigungsforderung an Frankreich, die ſchon unter dem Kaiſerreiche und unter der Reſtauration der Gegenſtand vielfacher Unterhandlungen geweſen war. Nach der Julirevolution, als ganz Frankreich für den großen Gedanken der republikaniſchen Freiheit ſchwärmte, der in den Vereinigten Staaten allein in ſeiner Reinheit verwirklicht war, hatten die Nordamerikaner nichts Eiligeres zu thun, als dieſe günſtige Stimmung zu benutzen, um ihre alte Forderung hervorzuſuchen. Es kam jetzt (am 4. Juli 1831) ein Vertrag zu Stande, durch welchen die franzöſiſche Regierung ſich anheiſchig machte, eine Entſchädigungsſumme von 25 Millionen Franken zu zahlen. Dieſe Summe war ſo übertrieben, daß der damalige Miniſter des Auswärtigen, Sebaſtiani, es nicht wagte, den Vertrag den Kammern zur Genehmigung vorzulegen, obwohl dieſe nicht zu umgehen war, da die Kammern das Geld bewilligen mußten, welches man zu zahlen verſprochen hatte. Die Amerikaner, die wohl wußten, daß ſie einen guten Handel gemacht hatten, ließen ſich eine kurze Verzögerung ohne Widerrede gefallen; allmälig wurden aber ihre Mahnungen dringender; und der Herzog von Broglie, der von der Anſicht ausging, daß man das, was man einmal verſprochen habe, auch halten müſſe, übernahm es, während der Seſſion von 1834 die Genehmigung der Kammern zu verlangen. Bei der unbedingten Billigung, welche bisher alle Vorſchläge der Regierung in der Abgeordnetenkammer gefunden hatten, zweifelte Niemand an der Annahme des Vertrages, wenn es auch noch ſo klar erwieſen wurde, daß Frankreich bei demſelben von den ſchlauen Amerikanern übervortheilt war. Das Miniſterium verſäumte nichts, um ſich die Unterſtützung ſeiner getreuen Mehrheit zu ſichern; als es zur Abſtimmung kam, ergab ſich jedoch zur allgemeinen Ueberraſchung, daß die Zahl der verwerfenden ſchwarzen Kugeln jene der annehmenden weißen um acht überwog. Man erfuhr, daß die Vertrauten des Hofes gegen die Annahme geſtimmt hatten; und es war daher nicht ſchwer zu errathen, durch welchen geheimen Einfluß die miniſterielle Mehrheit geſprengt

Digitized by Google

war*). An demſelben Abende (1. April) reichten ſowohl der Herzog von Broglie als der mit ihm gleich betheiligte General Sebaſtiani ihre Entlaſſung dem Könige ein, der keinen Verſuch machte, den einen oder den andern zurückzuhalten. Der Austritt des Herzogs von Broglie führte aber eine völlige Umgeſtaltung des Miniſteriums herbei, da ſowohl Graf d'Argout als Barthe die Gelegenheit ergriffen, ſich von Stellungen, die ihnen zur Laſt waren, auf ſichere, einträgliche und ehrenvolle Ruheposten zurückzuziehen. Zum Miniſter des Auswärtigen wurde ſtatt des Herzogs von Broglie der geſchmeidige Admiral Rigny ernannt, bei dem der König größere Fügſamkeit gegen ſeine perſönlichen Anſichten erwarten durfte, und ſtatt deſſen zu der Verwaltung des Seeweſens Admiral Rouſſin berufen wurde. Die Stelle des Grafen d'Argout nahm Thiers ein, der zum Nachfolger im Miniſterium der öffentlichen Arbeiten den durch Guizot empfohlenen Grafen Duchâtel erhielt, einen Mann von Geiſt und Talent, durch den Guizot ſeinen perſönlichen Einfluß im Cabinete zu verſtärken ſuchte. Die auffallendſte und die am meiſten bezeichnende der neuen Ernennungen war aber jene des Generalprocurators Perſil zum Juſtizminiſter: eine Wahl, die jede Erklärung über die Richtung, welche das Cabinet in Bezug auf die innere Verwaltung einzuſchlagen entſchloſſen war, unnöthig machte, da Perſil nicht etwa ein eifriger Anhänger und Vertheidiger der beſtehenden Ordnung, ſondern ein wuthentbrannter Tollhäusler war, der eher verdient hätte, daß man ihn in die Zwangsjacke ſteckte, als daß er an die Spitze der Rechtspflege geſtellt wurde.

Ein entſcheidender Kampf zwiſchen der Regierung und den Parteien, die auf den Sturz derſelben ausgingen, war freilich unvermeidlich geworden. Der Verein der Menſchenrechte, der den thatkräftigen, ſtreitbaren Keim der republikaniſchen Partei in ganz Frankreich in ſich vereinigte, hatte es noch während der Berathungen über das Geſetz gegen die Vereine in öffentlichen Bekanntmachungen ausgeſprochen, daß er dem Geſetze ſich nicht unterwerfen, ſondern durch alle Mittel widerſtehen werde. Ein großer Theil des Vereines, namentlich der jüngere und weniger gebildete, der keinen Maßſtab für die richtige Schätzung ſeiner Kraft hatte, verlangte nach nichts ſo ſehr, als nach einer Veranlaſſung, ſich mit den Waffen gegen die Regierung zu er-

*) Louis Blanc, T. VI. p. 226. Capefigue, T. VII. p. 366 deutet nur vorſichtig auf die Einmiſchung des Hofes hin, indem er ſagt: il semblait que le scrutin avait pressenti la dislocation du ministère.

Digitized by Google

heben. Aber die beſonnenern Häupter zählten die Schaaren, auf deren Mitwirkung ſie rechnen konnten, und kamen zu der Ueberzeugung, daß jeder voreilige Ausbruch nur verderbliche Folgen haben könne; daß der Verein vor allen Dingen ſich die Unterſtützung bei weitem zahlreicherer Maſſen ſichern und bis dahin einen Kampf mit den Waffen um jeden Preis vermeiden müſſe. Sie waren der Meinung, daß man für das Erſte ſich darauf beſchränken müſſe, der drohenden Verfolgung auszuweichen, indem man die Thätigkeit des Vereines, ſo weit ſie von dem Geſetze getroffen werden könne, durch ſtrenge Geheimhaltung der Kenntniß der Behörden entzöge. Dieſer Plan würde allerdings, wenn es möglich geweſen wäre, denſelben zur Ausführung zu bringen, für die Regierung der gefährlichſte geweſen ſeyn; in der That war aber von dem Augenblicke, wo die republikaniſchen Vereine gezwungen wurden, auf jede öffentliche Wirkſamkeit zu verzichten, auch ihre Kraft gebrochen, weil damit jede Möglichkeit zu ihrer maſſenhaften Entwickelung abgeſchnitten war. Nur die Bewegungen Einzelner, aber nicht die Bewegungen großer Maſſen laſſen ſich verborgen halten. Die Regierung hätte, ſobald es ihr gelang, die republikaniſchen Vereine in das Dunkel des Geheimniſſes zurückzudrängen, ſich um ſo mehr beruhigen können, als ſie die Erfahrung der Reſtauration vor Augen hatte, der ungeachtet der allgemeinen Abneigung des franzöſiſchen Volkes alle geheimen Verſchwörungen nicht das Geringſte zu ſchaden vermochten, bis ſie ſelbſt durch eine frevelhafte Herausforderung die Maſſen gegen ſich unter die Waffen rief. Aber es giebt etwas, was den Blick und das Urtheil der ausgezeichnetſten Geiſter verwirrt: dieß iſt das böſe Gewiſſen. Die Männer, welche in Frankreich an der Spitze der Regierung ſtanden, waren ſelbſt Mitglieder von Geheimbünden, Verſchwörer und Aufwiegler geweſen; ſie ſelbſt hatten zuerſt das Beiſpiel zu den Wühlungen gegeben, die ſie jetzt zu unterdrücken ſuchten, und ſie mußten ſich daher ſelbſt ſagen, daß ſie am wenigſten berechtigt waren, die Strenge zu üben, die ſie doch als unerläßlich erkannten. Deshalb übertrieben ſie ſich die Gefahr, deshalb begnügten ſie ſich nicht damit, die gewöhnlichen Vorſichtsmaßregeln zu ergreifen, die bei kluger und kräftiger Handhabung vollkommen ausreichend geweſen wären; deshalb griffen ſie zu Hülfsmitteln, die nicht bloß unnöthig und unklug, ſondern verbrecheriſch waren.

Wie weit auch der Verein der Menſchenrechte in der kurzen Zeit ſeines Beſtehens ſeine Verzweigungen verbreitet hatte, ſo war es ihm, außerhalb der Hauptſtadt doch bisher nur gelungen, an einem einzigen

Orte wirklich feſten Fuß zu faſſen: dieſer Ort war die Stadt Lyon. Auf Lyon mußte die Aufmerkſamkeit der Republikaner ſchon durch den Aufſtand vom November 1831 gezogen werden; ſie hatten ſeitdem nichts unverſucht gelaſſen, um ſich der Gährungsſtoffe zu bemächtigen, die hier gehäuft waren; und es war ihnen in der That gelungen, beſonders unter dem mittleren Bürgerſtande einen zahlreichen Anhang zu gewinnen. Es beſtanden zwei republikaniſche Journale, der Précurſeur und die Glaneuſe. Zu einem Feſtmahle, durch welches im März 1833 die Freiſprechung der Glaneuſe von einer der gegen dieſes Blatt erhobenen Anklagen gefeiert werden ſollte, fanden ſich 6000 Unterſchriften; und als die Polizeibehörde zur Verhinderung der Feier einſchritt, ſtieg die Aufregung ſo hoch, daß ohne die Beſonnenheit der Feſtordner ein gewaltſamer Ausbruch unvermeidlich geworden wäre. Dennoch war die republikaniſche Partei von dem Ziele, das ſie im Augen hatte, noch weit entfernt, da gerade unter der arbeitenden Bevölkerung, auf die ſie am meiſten rechnen zu können glaubte, ihr Einfluß immer nur ein ſehr beſchränkter blieb. Die lyoner Seidenweber kannten die wahren Urſachen ihres Elendes und ihrer Noth zu gut, um den Republikanern auf ihr Wort zu glauben, daß die Schuld allein an der politiſchen Verfaſſung des Landes läge und daß ſie nur die Republik ausrufen dürften, um allen ihren Leiden ein Ende zu machen. Sie wußten, daß ihr Gewerbe ſeine höchſte Blüthe unter dem alten Königthum erreicht hatte, und daß die Freiheit und Gleichheit, welche die Revolution verkündete, für ſie nur eine Quelle des Verderbens geworden war, da die eine ſo wenig wie die andere den Schutz zu erſetzen vermochte, den ihnen die alte Zunftverfaſſung gewährte; und ſie ſuchten ihr Heil daher nicht in politiſchen Veränderungen, ſondern in einer Herſtellung der genoſſenſchaftlichen Verbände, welche die Freiheit und Gleichheit der Revolution aufgelöſt und der Deſpotismus des Kaiſerreichs durch ſein butiges Strafgeſetz in die Acht erklärt hatte. Unter der Reſtauration, welche die Strafbeſtimmungen des napoleoniſchen Geſetzbuches zwar nicht aufhob, aber doch nicht mehr in ihrer vollen Strenge vollziehen ließ, war es den Seidenwebern in Lyon nachgeſehen worden, daß ſie ſich zu einem Bunde vereinigten, der die gegenſeitige Unterſtützung der Theilnehmer zum Zwecke hatte und deshalb den Namen der Geſellſchaft der Gegenſeitigkeit (la société mutuelliste) annahm*). Der Verein

*) Es iſt ein Irrthum, wenn Louis Blanc (T. IV. p. 247) behauptet, der Verein ſey erſt im J. 1828 entſtanden; in dieſes Jahr fällt nur die Abfaſſung der Statuten, die demſelben eine feſtere Geſtalt gaben.

Digitized by Google

umging die Beſtimmungen des Strafgeſetzes, indem er ſich in Logen gliederte, deren jede zwanzig Mitglieder zählte; aber er hatte ſeinen gemeinſchaftlichen Vorſtand, der jährlich in einer allgemeinen Verſammlung aller Logen gewählt wurde, und ſeine gemeinſchaftliche Caſſe, die durch monatliche Beiträge gebildet und dazu beſtimmt war, den Verein in den Stand zu ſetzen, ſeine Mitglieder bei Unglücksfällen, Krankheiten und Arbeitloſigkeit zu unterſtützen. Die einzelnen Logen hielten jeden Sonntag ihre Verſammlungen, in denen Beſprechungen über die allgemeinen Angelegenheiten des Gewerbes ſtattfanden und in denen Alles zur Anzeige gebracht werden mußte, wovon ſich für dasſelbe ein Vortheil erwarten ließ, wie namentlich Verbeſſerungen in der Fabrication, ſo wie überhaupt im Gewerbebetriebe. An diejenigen, die im Verlaufe des Jahres die verdienſtlichſten Mittheilungen gemacht hatten, wurden Prämien vertheilt, die aber nicht in Geld, ſondern nur in einer ehrenden Auszeichnung beſtanden. Durch eine Beſtimmung der Statuten waren religiöſe und politiſche Gegenſtände ausdrücklich von den Beſprechungen ausgeſchloſſen; und an dieſer Beſtimmung ſcheiterten alle Verſuche der Republikaner, den Verein der Gegenſeitigen ihren Zwecken dienſtbar zu machen. Eine nicht unbeträchtliche Anzahl der letzten waren zugleich Mitglieder des Vereines der Menſchenrechte; aber es gelang ihnen weder eine Verſchmelzung, noch eine nähere Verbindung zwiſchen beiden Vereinen zu Stande zu bringen. Erſt das Geſetz gegen die Vereine, von dem die gewerblichen Vereinigungen nicht weniger als die politiſchen getroffen wurden, gab den beiden in ihren Zwecken ſo weit von einander getrennten Geſellſchaften ein gemeinſchaftliches Intereſſe. Zweitauſend fünf hundert und vierzig Mitglieder des Gegenſeitigkeitsvereines unterzeichneten eine Bekanntmachung, worin ſie erklärten, „daß ſie nie ihren Nacken unter ein ſo ſchimpfliches Joch beugen und in der Vertheidigung eines Rechtes, welches keine menſchliche Gewalt ihnen entreißen könne, vor keinem Opfer zurückbeben würden.“ Denſelben Geiſt des Widerſtandes zeigten alle andere Gewerke in Lyon, die Schneider, Schuſter, Tiſchler, unter denen ähnliche, nur weniger feſt geordnete geſellſchaftliche Verbindungen beſtanden; und der Entſchluß, ſich der Durchführung des Geſetzes mit Gewalt zu widerſetzen, war ſo ernſtlich gemeint, daß die verſchiedenen Gewerke einen gemeinſchaftlichen Ausſchuß bevollmächtigten, die Anordnungen zu treffen, welche die Umſtände erfordern würden. Die Pflicht der Behörden wäre es jetzt geweſen, da durch dieſen Schritt die Auflehnung gegen die geſetzliche Ordnung thatſächlich bereits be-

Digitized by Google

gonnen hatte, die Theilnehmer zu verhaften und dem Aufſtande, der ſich vorbereitete, vorzubeugen, indem man die Häupter und Anführer unſchädlich machte. Man wollte aber dem Aufſtande nicht zuvorkommen; man ſuchte planmäßig einen gewaltſamen Ausbruch herbeizuführen, um denſelben mit bewaffneter Gewalt niederzuſchlagen und die Parteien, die der beſtehenden Ordnung Gefahr drohten, für immer zu vernichten. Bereits im Februar hatte eine Herabſetzung des Arbeitslohnes für den Plüſch den Verein der Gegenſeitigen beſtimmt, die allgemeine Einſtellung aller Arbeiten zu beſchließen, um auf dieſe Weiſe die Fabrikanten und Großhändler zu zwingen, einen höheren Lohn zu zahlen; 20,000 Webſtühle wurden mit einem Male außer Thätigkeit geſetzt, und Tauſende der feiernden Arbeiter zogen täglich haufenweiſe durch die Straßen. Aber die Wirkung, die ſie von dieſem Schritte erwarteten, blieb aus. Die Fabrikanten konnten den Stillſtand länger aushalten, als die Arbeiter, die zum größeren Theile aus der Hand in den Mund lebten, und nachdem ihre kleinen Erſparniſſe verzehrt waren, ſich genöthigt ſahen, ihre Arbeiten wieder aufzunehmen und ſich alle Bedingungen gefallen zu laſſen, die ihre Brodtherren ihnen ſetzten. Das Verfahren der Arbeiter widerſprach den Beſtimmungen des Geſetzes, welches alle Vereinigungen und Verabredungen zur Erzwingung eines höheren Arbeitslohnes ausdrücklich verbietet. So lange der Stillſtand dauerte, war aber kein einziger Arbeiter verhaftet worden, und man mußte daher annehmen, daß die Behörden entweder nicht die Abſicht oder nicht den Muth hatten, das Geſetz in Anwendung zu bringen; erſt nachdem ſämmtliche Webſtühle wieder im Gange waren, wurden ſechs Seidenwirkermeiſter eingezogen und als Aufwiegler vor Gericht geſtellt. Dadurch wurde die Aufregung, die im Erlöſchen begriffen war, von neuem angefacht. Am 5. April, dem Tage, an dem die Sache vor dem Gerichtshofe aufgerufen wurde, kam es zu Unordnungen, die den Präſidenten beſtimmten, die Verhandlungen bis zum 9. zu vertagen, ſo daß die Behörden hinreichende Zeit hatten, alle Vorbereitungen zu treffen, um die Wiederkehr ähnlicher Auftritte zu verhindern. Statt deſſen traf man die Vorbereitungen zu einer Schlacht. Zehntauſend Mann regelmäßiger Truppen mit zahlreichem Geſchütze und allen Kriegsvorräthen verſehen wurden am Morgen des 9. April auf den vornehmſten Plätzen und auf den Quais der Rhone wie der Saone ſo aufgeſtellt, daß ſie die Verbindung zwiſchen den verſchiedenen Stadttheilen unterbrachen; ſie hatten den Befehl, den Ausbruch des Aufruhrs, den man mit Gewißheit vorherſah, zu er

warten und ſobald derſelbe erfolgt war, ohne Erbarmen alle Mittel der Zerſtörung anzuwenden, welche die moderne Kriegskunſt erfunden hat. Auf der anderen Seite hatte der Ausſchuß der Gewerke, der ſich am Vorabende verſammelte, den Beſchluß gefaßt, daß man zwar ſelbſt nicht angreifen, aber einen Angriff der bewaffneten Macht mit Kraft zurückweiſen wolle; und für dieſen Fall hatte eine Anzahl muthiger Männer aus dem Volke den Auftrag erhalten, ſich an die Spitze zu ſtellen und die Bewegung zu leiten. Die Häupter des Vereins der Menſchenrechte hatten bis zum letzten Augenblicke Alles aufgeboten, um von einem Kampfe abzumahnen, deſſen Hoffnungloſigkeit ſie zum Voraus erkannten*); nur fand ſich unter ihnen kein Charakter, der im Stande geweſen wäre, die Gemüther der Maſſen zu beherrſchen; ſie ſelbſt wurden vielmehr von dem Strome der allgemeinen Aufregung überfluthet, und ſtatt denſelben, wie ſie ſich einbildeten, zu leiten, wurden ſie ſelbſt in der Richtung mit fortgetragen, in der die Wogen durch ihre eigene Gewalt ſich ihr Bette wühlten. Es war dafür geſorgt, daß ein Zuſammenſtoß zwiſchen den Truppen und dem Volke nicht ausbleiben konnte. Der Platz St. Jean, auf dem das Gerichtsgebäude gelegen iſt, in dem die Sache der verhafteten Gegenſeitigen entſchieden werden ſollte, war abſichtlich unbeſetzt gelaſſen. Am frühen Morgen war der ganze Platz mit Menſchen überfüllt; und während die Menge begierig auf Nachrichten aus dem Gerichtshofe harrte, fiel es einer abgeſonderten Schaar ein, am Eingange einer der engen Straßen, die auf den Platz führen, eine Barricade zu errichten. Ein Gensdarme, der dieſes Beginnen zu hindern verſuchte, wurde von einem der Arbeiter thätlich beleidigt und ſtreckte den Meuterer durch einen Gewehrſchuß nieder. Der tödlich Verwundete wurde in das nahe Gerichtsgebäude getragen und dort an ſeiner Binde als ein Polizeiagent erkannt. Ehe dieſe Entdeckung aber noch gemacht war, wurde den Truppen, die zum Schutze des Gerichtshofes aufgeſtellt waren, der Befehl ertheilt, den Platz zu räumen. Die Menſchenmenge, die von demſelben verdrängt war, entfloh in die benachbarten Straßen, in denen ſie ſich nach dem Beiſpiele, das einmal gegeben war, durch Barricaden zu ſchützen ſuchte. Dieß war das Zeichen zum Ausbruche der Empörung, die ſich in wenigen Augen-

*) Dieß geht mit unzweifelhafter Gewißheit aus den Thatſachen hervor, die Louis Blanc (T. IV. p. 253—263) berichtet; es iſt daher falſch, wenn Capefigue (T. VII. p. 389) behauptet, der Verein habe den Angriff beſchloſſen.

Digitized by Google

blicken über die ganze Stadt verbreitete. Der Kampf war begonnen. Die Truppen feuerten auf Alles, was in ihr Bereich kam, während die empörten Arbeiter und Republikaner, ohne Verbindung unter einander, ohne feſtgeſtellten Plan, aber durch ein ſicheres Naturgefühl geleitet, in allen Stadttheilen ſich aller jener Punkte bemächtigten, welche gegen die Zerſtörungsmittel der Kriegskunſt den beſten Schutz boten. Anführer war, wen der verwegenſte Muth voranſtellte. Nur im Herzen der Stadt, auf dem Platze und in den Straßen um die Kirche der Cordeliers gewann der Aufſtand eine regelmäßigere Geſtalt. Hier führte der von dem Ausſchuſſe der Gewerke ernannte Oberanführer, ein einfacher Arbeiter Namens Lagrange, den Befehl; nur zwei- bis dreihundert Bewaffnete hatten ſich um ihn geſammelt; aber die kühne Entſchloſſenheit, die unerſchöpfliche Thatkraft, die bewunderungswürdige, alle Erfahrungen des bewährteſten Kriegshelden erſetzende Umſicht des Führers wußte die Stellung, welche dieſe ſchwache Schaar einnahm, in eine unnahbare Feſte zu verwandeln. Der Kampf dauerte bis zum Abende und begann am folgenden Tage von neuem, ohne daß die Truppen erhebliche Vortheile errungen hätten, obwohl ihnen beinahe überall nur ungeordnete Banden von zwanzig oder dreißig Mann gegenüberſtanden. Der Commandirende, Generallieutenant Aymar, hatte ſeine ganze Sorge darauf gerichtet, ſich die großen Verbindungslinien offen zu erhalten, in deren Beſitze er ſich befand. Die Barricaden der Aufrührer, ſo wie die Gebäude, aus denen ſie die Truppen beunruhigten, wurden durch das ſchwere Geſchütz zertrümmert oder durch Petarden in die Luft geſprengt; Granaten und Bomben trugen Tod und Verheerung in die entfernteren Stadttheile; und die Feuersbrünſte, die auf verſchiedenen Punkten gleichzeitig zum Ausbruche kamen, vermehrten den Schrecken der unglücklichen Bevölkerung, die mitten im Frieden ſich allen Gefahren einer feindlichen Belagerung ausgeſetzt ſah. Auch der dritte Tag brachte noch keine Entſcheidung, und erſt am vierten, nachdem es ſich mit der unzweifelhafteſten Gewißheit herausgeſtellt, daß man es mit einer nur ſehr geringen Zahl von Verwegenen zu thun hatte, entſchloß ſich General Aymar aus der mehr vertheidigenden Haltung, die er bisher beobachtet, zum Angriffe überzugehen. Die Vorſtadt la Guillotière auf dem linken Rhoneufer, aus der die Aufrührer durch die Feuersbrunſt verdrängt waren, welche die ſchönſten Paläſte zu verzehren drohte, wurde ohne Mühe beſetzt; die Vorſtadt Vaiſe auf dem rechten Ufer der Saone wurde mit Sturm genommen; und nachdem der Aufſtand auf dieſe Weiſe in die Mitte

Digitized by Google

der Stadt zurückgedrängt war, ſchritt man dazu, ihn auch hier zu ſtickeren. Nach tapferer Vertheidigung wurden die Barricaden des Stadtviertels der Cordeliers erſtürmt. Noch hielt ſich die Kirche, die das Hauptquartier des Aufſtandes geweſen war; aber die Thüren wurden durch Kanonenſchüſſe geſprengt, und der Reſt der Vertheidiger, der ſeinen Widerſtand bis auf die Stufen des Altars fortſetzte, fiel unter den Bayonnetſtößen der eindringenden Soldaten. Am 13. April währte der Aufruhr nur noch auf dem unzugänglichen Plateau von Fournières und in den am Fuße deſſelben liegenden Stadtvierteln St. George und St. Paul, ſo wie in den Häuſergruppen auf den Abhängen der Anhöhe, auf welcher die Stadt la Croix rouſſe liegt, welche, durch die ſeit dem Jahre 1831 errichteten Feſtungswerke von Lyon abgeſchnitten, an dem ganzen Aufſtande nur einen ſehr lauen Antheil genommen hatte und nach deſſen Unterdrückung auf den Hauptpunkten von ſelbſt zur Ruhe zurückgekehrt war. Es vergingen noch zwei Tage, ehe auch dieſe äußeren Stadttheile zur Ordnung zurückgeführt waren; erſt am 15. des Morgens, nach ſechstägigem Kampfe, war die Beruhigung von Lyon beendigt. Die Kunde von den Vorgängen zu Lyon, welche durch das Gerücht wie gewöhnlich übertrieben wurden, rief an einer Menge verſchiedener Orte, in denen der Verein der Menſchenrechte Verbindungen unterhielt, gewaltthätige Bewegungen hervor, die aber nirgend von den Bevölkerungen unterſtützt und daher überall mit leichter Mühe unterdrückt wurden. Zu ernſteren Auftritten kam es in den Straßen von Paris, wo ſich am 12. durch eine unvorſichtige Aeußerung des Miniſters Thiers die Meinung verbreitet hatte, daß der Aufſtand zu Lyon geſiegt habe. Die Häupter des Vereins der Menſchenrechte, durch dieſe Nachricht getäuſcht, beſchloſſen jetzt den Verſuch zu machen, ob ſich die Aufregung, die eine ſo unerwartete Wendung der Dinge veranlaſſen mußte, nicht zu ihren Zwecken benutzen ließe. Am andern Morgen verkündete die Tribune, daß zu Lyon eine vorläufige Regierung eingeſetzt ſey, daß Chalons, Beaume, Dijon, ſo wie alle Städte auf der Straße nach Paris aufgeſtanden wären und daß zu Béfort das 52. Regiment die Republik ausgerufen habe. Eine Anzahl Sectionen erhielt den Befehl, ſich auf die Straße zu werfen, um die Stimmung des Volkes zu erforſchen. Aber die Regierung war von Allem unterrichtet. Alle bedeutende Führer wurden im Laufe des Tages verhaftet, und die wenigen hundert Verbündeten, die dem Befehle Folge geleiſtet hatten, blieben ohne Leitung ihrer eigenen wilden Verwegenheit überlaſſen. Die Barricaden, die ſie

Digitized by Google

in den gewundenen engen Straßen deſſelben Stadttheiles erricht
hatten, der auch der Schauplatz des Kampfes vom Juni 1832 geweſe
war, wurden zum Theil noch am Abend des 13. genommen; a
andern Morgen waren nur noch die Straßen Transnonain, Bea
bourg und Montmorency von einem ſchwachen Haufen der Republi
kaner beſetzt, gegen die ein Heer von 40,000 Mann aufgeboten wa.
Der Widerſtand der Tollkühnen wurde leicht überwältigt. Die Sol
daten hatten die Weiſung erhalten, keinen Aufrührer zu ſchonen, de
in ihre Hände fiele; dadurch wurden Greuel veranlaßt, die jede
menſchliche Gefühl empören mußten, die aber unter dem um ſeine
ruhigen Beſitz beſorgten bemittelten Bürgerſtande nur den Unwille
gegen die Partei vermehrten, welche durch ihre Vermeſſenheit ſolche
Entſetzen unvermeidlich mache. Am 14., dem Tage, an dem in de
Rue Transnonain wehrloſe Greiſe, Weiber und Kinder geſchlacht
wurden, beſchloß die Abgeordnetenkammer, ſich in Maſſe nach de
Tuilerien zu begeben, um dem Könige ihre Mitwirkung zu allen Maß
regeln zuzuſagen, welche die Umſtände erforderten. Am folgenden Tag
legte der Siegelbewahrer Perſil der Abgeordnetenkammer einen Geſetz
entwurf vor, welcher eine allgemeine Entwaffnung der franzöſiſche
Nation verlangte. Die Aufbewahrung oder der Beſitz von Waffe
ohne beſondere polizeiliche Erlaubniß wurde mit ſchwerer Strafe be
droht; auf bewaffnete Theilnahme an einer aufrühreriſchen Bewegung
wurde die Todesſtrafe, auf unbewaffnete entehrende Zwangsarbei
geſetzt. Und unmittelbar nachdem dieſer Geſetzentwurf verleſen war, tra
der Marſchall Soult auf und beantragte eine Vermehrung des Heere
um 35,000 Mann, wodurch daſſelbe auf 360,000 Mann gebracht
wurde: eine Macht, die zahlreicher war, als jene, mit welcher ein
die Revolution den Kampf gegen ganz Europa beſtanden hatte. Di
Erläuterung zu dieſen Vorlagen für die Geſetzgebung bildete eine Or
donnanz im Moniteur, durch welche die Pairskammer in einen Gerichts
hof verwandelt und beauftragt wurde, die Theilnehmer an dem Au
ſtande zu Lyon, an dem Aufruhr zu Paris und an allen andern au
rühreriſchen Bewegungen derſelben Zeit zu richten. Dieſe Maßregel
war auf einen Artikel der Verfaſſungsurkunde geſtützt, der bei de
flüchtigen Ueberarbeitung der Charte Ludwigs XVIII. aus derſelbe
ohne Prüfung in jene von 1830 übergegangen war, obwohl er i
offenem Widerſpruche mit der Grundbeſtimmung ſtand, nach der Nie
mand ſeinem natürlichen Richter entzogen werden ſollte. Die Ver
faſſungsurkunde wies allerdings „Verbrechen gegen die Sicherheit des

Digitized by Google

Staates" vor den Hof der Pairs; aber es waren weder Beſtimmungen über das Verfahren feſtgeſtellt, welches der Pairshof zu beobachten hatte, noch waren die Verbrechen näher bezeichnet, welche als ſolche „gegen die Sicherheit des Staates" zu betrachten wären. Die Charte forderte ausdrücklich, daß die Bezeichnung durch ein beſonderes Geſetz erfolgen ſolle, und dieß Geſetz war noch nicht erlaſſen, ſo daß die ganze Gerichtsbarkeit, die man zur Anwendung brachte, ihres Bodens ermangelte. So untergeordnete Rückſichten vermochten eine Verwaltung, in der Perſil die Rechtspflege leitete, auf dem Wege, den ſie einmal eingeſchlagen, nicht aufzuhalten. In der Abgeordnetenkammer fand zwar das Waffenverbot wie die Vermehrung des Heeres den lebhafteſten Widerſpruch. Die vornehmſten Sprecher der liberalen Partei wiederholten ihre alte Klage, daß die Regierung durch Vereitelung der Hoffnungen, welche die Julirevolution erweckt, die Gährung ſelbſt hervorgerufen habe, die ſie jetzt mit Gewalt unterdrücken wolle. Der alte General Bertrand rief entrüſtet aus: man wolle das franzöſiſche Volk entehren, indem man ihm die Waffen raube, von denen es immer einen ſo edeln und heldenmüthigen Gebrauch gemacht habe; und Laffitte erklärte: Er habe noch Waffen von den Julitagen her in ſeinem Hauſe; wer es wagen wolle, ſie ihm abzunehmen? Aber der Eindruck, den dieſe Aeußerungen des Unwillens hervorbrachten, war wenig geeignet, die Schrecken zu verwiſchen, welche der Anblick der vom Bürgerkriege verheerten Städte hervorrief; die Mehrheit glaubte mit Thiers, der ihr das düſterſte Gemälde von dem Zuſtande des Landes entwarf, daß nur eine Dictatur Frankreich zu retten vermöge, und war bereit, der Regierung jede Gewalt zu bewilligen. An dieſen Berathungen hatte Lafayette keinen Theil genommen, der ſeit längerer Zeit an das Krankenlager gefeſſelt war und nach dem Scheitern aller der Plane, durch die er den Traum ſeiner Jugend erneuern zu können glaubte, in ſichtlicher Abnahme der Kräfte ſeiner Auflöſung entgegenging. Durch ſeinen Tod, der am 20. Mai erfolgte, wurde Ludwig von einem Gegner befreit, deſſen Name noch ein mächtiger Schild der Freiheit war, nachdem die Schwäche des Alters längſt ſeinen Geiſt, wie ſeinen Körper gelähmt hatte. Wenige Tage nach dem Dahinſcheiden des alten Vorkämpfers der Freiheit wurde die Seſſion der Kammern geſchloſſen und die Abgeordnetenkammer aufgelöſ't. Sie hatte die Zwecke, welche die Regierung durch ihre Unterſtützung erreichen konnte, erfüllt; und dieſe wollte den Augenblick nicht vorübergehen laſſen, in dem der vermögende Mittelſtand noch ganz von dem Ein-

Digitized by Google

drucke der letzten republikaniſchen Erhebung beherrſcht war, um ſich durch die neuen Wahlen eine eben ſo leicht zu leitende Kammer zu ſichern.

Das Ergebniß der Wahlen entſprach den Erwartungen, die man gehegt hatte. Die entſchiedenſten Republikaner, Voyer d'Argenſon, de Ludre, Cabet und ſo manche Andere wurden nicht wiedererwählt, und auch jene Liberalen, die ſich nur entfernt nach dieſer Seite hinneigten, ſahen ihre Reihen ſehr gelichtet; an achtzig Liberale und Republikaner wurden theils durch miniſterielle Abgeordnete, theils durch Männer jener Mittelpartei erſetzt, die zwar einen ſehr freiſinnigen Anſtrich zur Schau trug, dabei aber in allen wichtigeren Fragen mit der Regierung ging. Im Miniſterium war dieſe Richtung beſonders durch Thiers vertreten, deſſen Bedeutung ſehr geſtiegen war, da nicht allein der entſcheidende Sieg über die Republikaner großentheils auf ſeine Rechnung kam, ſondern auch der günſtige Erfolg der Wahlen wenigſtens theilweiſe von ſeinen Anordnungen abhing. Zugleich hochgeſtellt in der Gunſt des Königs und der Unterſtützung der Abgeordnetenkammer gewiß, glaubte er ſich vorzugsweiſe berufen, die allgemeine Politik des Landes zu leiten; und da er Mäßigung und Beſcheidenheit genug beſaß, um zu begreifen, daß er auf den Vorſitz im Miniſterrathe noch keinen Anſpruch machen konnte, ſo ging er darauf aus, einen bedeutenden Namen an dieſe vorragende Stelle zu bringen, dem er die Ehre, und der ihm die Macht überlaſſen hätte. Der Marſchall Soult hatte die Aufgabe, die er allein zu löſen geſchickt war, erfüllt, indem er das Heerweſen nach den Ueberlieferungen des Kaiſerreiches geordnet hatte; er ſchien daher entbehrlich, und es war leicht, ihn bei Seite zu ſchieben, da man nur ſeinen ſoldatiſchen Neigungen mit einer Schärfe der Gründe entgegentreten durfte, welcher der mehr an die Sprache des Lagers als des Cabinets gewöhnte alte Krieger nicht zu begegnen vermochte, um den ſtolzen Mann, der ſich für unerſetzlich hielt, zu freiwilligem Rücktritte zu beſtimmen. Am 17. Juli nahm der Marſchall Soult ſeine Entlaſſung, und an demſelben Tage wurde der ſeiner Redlichkeit wegen allgemein geachtete, aber kränkelnde und mehr von ſeiner Umgebung, als von feſten politiſchen Grundſätzen geleitete Marſchall Gérard zu ſeinem Nachfolger ernannt. Im Uebrigen blieb das Cabinet, das ſich auf die Weigerung des Admirals Rouſſin, ſeinen Poſten in Konſtantinopel zu verlaſſen, durch die Ernennung des Admirals Jacob zum Marineminiſter ergänzt hatte, unverändert. Zum 31. waren die Kammern einberufen. Die Stellung der Parteien in der Abgeordneten-

kammer war ungeachtet der Niederlage, welche die Liberalen bei den Wahlen erlitten, im Weſentlichen dieſelbe geblieben, wie während der letzten Seſſion. Die Liberalen waren zwar zu einer Schwäche herabgeſunken, die ungleich augenfälliger hervortrat, aber auch der feſtgeſchloſſene Anhang der Regierung war keinesweges ſtark genug, für ſich allein die Mehrheit zu bilden. Die Entſcheidung lag daher in der Hand der Mittelpartei, welche bisher ſich mehr im Hintergrunde gehalten hatte, die aber nun zu dem vollen Bewußtſeyn ihrer Bedeutung gelangte. Das Haupt dieſer Partei, der ehrgeizige, dabei aber im Grunde des Herzens feige und deshalb wetterwendiſche Dupin, der auch dießmal, wie ſeit ſeiner erſten Ernennung noch in jeder Seſſion, zum Präſidenten erwählt wurde, glaubte, daß für ihn der Zeitpunkt gekommen ſey, die politiſche Rolle zu ſpielen, zu der er in ſeiner Eitelkeit ſich befähigt hielt. Zwar konnte er nicht an die Spitze der Verwaltung treten, weil er dazu, nach ſeiner eigenen Erklärung, von einer höheren Stellung hätte herabſteigen müſſen; aber ſeine Freunde ſollten die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten übernehmen, und er wollte durch ihre Vermittlung herrſchen. Die vorausgegangene Ernennung des Marſchalls Gérard zum Präſidenten des Miniſterrathes erſchien ihm zu einer ſolchen Geſtaltung der Dinge als eine willkommene Vorbereitung, denn auch der Marſchall zählte zu ſeinen Freunden; und es kam nur darauf an, die übrigen Miniſter — etwa mit Ausnahme Perſils, der als alter Advocat gleichfalls ein Freund des ehemaligen Advocaten Dupin war — zu beſeitigen und durch Männer der rechten Farbe zu erſetzen*). Der Anſpruch, den Dupin erhob, wie ſehr er auch das Maß ſeiner Kräfte überſtieg, war dennoch nach den Anſichten der conſtitutionellen Staatslehre vollkommen gerechtfertigt. Da der Volksvertretung in der Abgeordnetenkammer die Beſtimmung der Richtung gebührt, in der die öffentlichen Angelegenheiten geleitet werden ſollen, ſo muß auch die Partei, welche über die Stimmenmehrheit in der Kammer gebietet, die Miniſter aus ihrer Mitte ernennen. Das Verfahren, welches die untergeordneten Führer der Mittelpartei einſchlugen, war wohl darauf berechnet, zu dem Ziele zu führen, das ſie ſich ſelbſt zwar kaum einzugeſtehen wagten, welches aber der Gegenſtand aller ihrer Wünſche war. Sie ſetzten eine Adreſſe durch, welche in den vorſichtigſten Ausdrücken und in Redewendungen, die ſogar als eine Zuſtimmung zu der Thronrede gedeutet werden konnten, eine Mißbilligung

*) Vergl. Capefigue, l'Europe T. VIII. p. 48.

des ganzen Syſtemes enthielt, das bisher von der Regierung befolgt war. Es wurde von der Dynaſtie geſprochen, welche durch die Charte von 1830 gegründet ſey, von der fortſchreitenden Entwicklung der conſtitutionellen Einrichtungen, von ſtrengen Erſparungen, durch welche das Gleichgewicht zwiſchen den Einnahmen und Ausgaben hergeſtellt werden müſſe, von einer Verſöhnung der Parteien, die wünſchenswerth geworden ſey, und ſogar von der Anſtellung treuer und einſichtvoller Beamten, die man der Krone empfehlen müſſe. Alle dieſe Andeutungen wurden in der Berathung über den Adreſſentwurf mehr verhüllt, als hervorgehoben; und die Miniſter konnten in denſelben daher unmöglich einen Angriff erkennen, da man ſich wohl hütete, ihnen zu ſagen, daß ſie nicht treue und einſichtsvolle Beamte wären. Aber der Marſchall Gérard erklärte, daß er gleich der Kammer eine Verſöhnung der Parteien als durch das wahre Intereſſe Frankreichs geboten anſehe, und verlangte, als das ſicherſte Mittel, dieſe herbei zuführen, eine allgemeine Begnadigungsacte, durch welche die vor wenigen Monaten erſt im offenen Kampfe beſiegten Republikaner aus ihren Kerkern befreit worden wären. Mit einer ſolchen Maßregel konnten die übrigen Miniſter unmöglich einverſtanden ſeyn, weil ſie durch dieſelbe ihre eigene Verurtheilung ausgeſprochen hätten. Auch Ludwig Philipp war nichts weniger als geneigt, den bedenklichen Verſuch zu wagen, ob die geſchwornen Feinde des Königsthumes ſich durch Großmuth mit demſelben verſöhnen ließen. Marſchall Gérard beſtand jedoch auf ſeiner Forderung und nahm, als er mit derſelben nicht durchzudringen vermochte, (am 27. October) ſeinen Abſchied.

Durch den Rücktritt des Marſchalls Gérard war das Cabinet in eine Lage verſetzt, die ungleich weniger günſtig war, als nach dem Austritte des Herzogs von Dalmatien. Zu der Schwierigkeit, einen Namen zu finden, der hinreichende Geltung beſaß, um die ganze Verwaltung in der öffentlichen Achtung zu heben, war eine noch bei weitem größere Schwierigkeit gekommen. Der Widerſpruch, in welchem das Miniſterium mit der in der Adreſſe niedergelegten Meinung der Kammer ſtand, ließ ſich unmöglich verbergen, nachdem das Wort der Begnadigung ausgeſprochen war, welches die Andeutungen der Adreſſe in die Form einer beſtimmten Forderung brachte und damit den Kern eines neuen Syſtemes bildete. Ludwig Philipp wäre am liebſten zu dem Marſchall Soult zurückgekehrt, der als echter Soldat die Regierung nicht anders verſtand, als daß den Befehlen des Königs Folge geleiſtet werden müſſe, und für den das Kammerweſen daher nicht

viel mehr war, als ein Zierrath zur Ausſchmückung, ein Spielwerk, das dem Volke hingeworfen würde, um daſſelbe zu beſchäftigen. Aber von einer ſolchen Wiederaufpflaſterung des Cabinetes konnte keine Rede ſeyn, da Soult ein zu hohes Bewußtſeyn ſeiner Würde beſaß, um ſich ſo leicht in eine Verwaltung zurückziehen zu laſſen, aus der er eben erſt hinausgedrängt war. Der Herzog von Orleans, den Soult zu den Berathungen des Cabinetes zugezogen hatte, weil nach ſeinen monarchiſchen Begriffen der Thronerbe von den Staatsgeſchäften nicht ausgeſchloſſen werden durfte, hielt ſich berufen, in der ſchwierigen Lage, in der er die Verwaltung ſah, auch ſeine Meinung zu äußern; er war der Anſicht, daß die Regierung ſich wirklich, wie ihr ſo oft zum Vorwurfe gemacht war, zu weit von den Grundſätzen der Julirevolution entfernt habe; er nannte deshalb den Namen des Grafen Molé, der am beſten geeignet ſeyn würde, Alles wieder in das Gleiche zu bringen; denn Graf Molé hatte nach dem Dafürhalten des Prinzen durch ſeine kraftvolle und doch den Frieden nicht gefährdende Leitung der auswärtigen Angelegenheiten in der erſten Zeit nach der Julirevolution einen hinreichenden Beweis geboten, daß die Grundſätze der Revolution ſich mit den Forderungen der Mäßigung und Klugheit wohl vereinigen ließen. Graf Molé, der dem Andringen des Prinzen keine Weigerung entgegenſetzen wollte, wandte ſich an Dupin, um mit dieſem zu berathen, was zu thun wäre, überzeugte ſich aber bald, daß bei Dupin kein Rath zu finden war, und zog ſich daher zurück, ehe ihm noch ein eigentlicher Auftrag geworden war. Inzwiſchen hatten auch Guizot und Thiers, die durch ihre geiſtige Ueberlegenheit immer die wahren Häupter der Verwaltuug geweſen waren, ihren Rath gehalten, und beide kamen überein, daß die Forderung der Begnadigungsacte, nachdem ſie einmal als Cabinetsfrage aufgeſtellt war, eben ſo gefährlich zurückzuweiſen, als zu gewähren ſey; daß man dieſelbe nicht mehr ablehnen könne, ohne ſich das erdrückende Gewicht des allgemeinen Haſſes aufzuladen, daß aber nicht die Regierung, ſondern die Kammer, von der die Forderung ausgegangen ſey, unmittelbar die Verantwortlichkeit übernehmen müſſe, weil ſie dann die unausbleiblichen nachtheiligen Folgen nicht der Regierung als Schuld anrechnen könne und um ſo leichter bereit ſeyn werde, alle Maßregeln zu bewilligen, welche die Umſtände erfordern würden. Da Marſchall Gérard ſeine Stelle als Präſident des Miniſterrathes nur wegen der Verweigerung der Begnadigung niedergelegt hatte, ſo ſchien es ſich von ſelbſt zu verſtehen, daß er von neuem an die Spitze des Cabinetes treten würde;

Digitized by Google

als unverläßlich aber erſchien es, daß dieſes ſich nicht bloß durch einen bedeutenden Namen, ſondern auch durch eine bedeutende geiſtige Kraft verſtärkte, um allen Schwierigkeiten gewachſen zu ſeyn, die ſich vorher ſehen ließen; und da bot ſich von ſelbſt der Name des Herzogs von Broglie dar, der, je unbequemer er der auswärtigen Diplomatie wurde, um ſo mehr des Beifalles der ruhm- und ehrſüchtigen Nation gewiß war. Der Plan, den Guizot und Thiers entworfen hatten, fand bei ihren Collegen keinen Widerſpruch, und ſie legten denſelben daher dem Könige vor, deſſen Abneigung gegen den Herzog von Broglie wie gegen die Begnadigung ſie zwar kannten, aber durch das Gericht ihrer Gründe zu überwinden hofften. Ludwig Philipp ſetzte jedoch allen Vorſtellungen eine unbeugſame Feſtigkeit entgegen; und als die beiden Miniſter drohten, ihre Entlaſſung zu verlangen, entgegnete der beleidigte König: „Gut, meine Herren; ich werde Ihnen meinen Entſchluß eröffnen.“*)

Deſſelben Tages waren ſämmtliche Miniſter bei dem Admiral von Rigny zur Tafel geladen, und die Vorgänge des Vormittages dienten natürlich zum vornehmſten Gegenſtande der Unterhaltung. Thiers, der im vertraulichen Umgange den Muthwillen des Journaliſten noch nicht abgelegt hatte, erging ſich in beißenden Spöttereien über die Verlegenheit, in welcher der König ſich ſehen würde, ſobald er es verſuchte, ein neues Cabinet zu bilden. Selbſt der ernſte Guizot ſtimmte bei, und die ganze Geſellſchaft wurde durch die Poſſen des Miniſters des Innern in eine Heiterkeit verſetzt, die an Ausgelaſſenheit grenzte. Nur Perſil blieb ſchweigſam und mürriſch, und am andern Morgen war der König von Allem unterrichtet, was der Uebermuth ſeiner Miniſter ſich erlaubt hatte. Der treue Perſil erhielt jetzt den Auftrag, ein neues Miniſterium zu Stande zu bringen, und ſein erſter Gang war zu Freund Dupin, der ſich zwar weigerte, ſelbſt eine Stelle anzunehmen, aber nur den Almanach royal anfſchlagen durfte, um alle Namen zu finden, deren man bedurfte. Am 11. November 1834 las man im Moniteur, daß die Entlaſſung von de Rigny, Thiers, Duchatel, Guizot und Humann angenommen und der Herzog von Baſſano zum Miniſter des Innern und Präſidenten des Miniſterrathes, der Geſandte am preußiſchen Hofe Breſſon zum Miniſter des Auswärtigen, der Generallieutenant Bernard zum Kriegs-

*) Dieſe Vorgänge, die übrigens in allen Journalen beſprochen wurden, berichtet am treueſten Louis Blanc, T. IV. p. 338 ff. Capefigue verſchweigt ſie, weil ſie ihm nicht in den Kram paſſen.

miniſter, der Abgeordnete Charles Dupin zum Marineminiſter, der Abgeordnete Teſte zum Handelsminiſter und der Abgeordnete Paſſy zum Finanzminiſter ernannt ſey. Der Herzog von Baſſano, Maret, der vieljährige Staatsſecretair Napoleons, war der alte Gönner Etienne's, des Verfaſſers der verhängnißvollen Adreſſe, und Ludwig Philipp, dem es ſchmeichelte, wenn er der Napoleon des Friedens genannt wurde, ſah keinen Grund, weshalb das einſt ſo tüchtige, freilich ſchon etwas verbrauchte Werkzeug des Kaiſers nicht auch ihm noch gute Dienſte leiſten ſollte. Charles Dupin war der jüngere Bruder des Präſidenten der Abgeordnetenkammer, und da er ein dickleibiges Werk über die britiſche und franzöſiſche Marine geſchrieben, konnte man an ſeiner Befähigung zum Marineminiſter nicht zweifeln. General Bernard war ein alter Ingenieuroffizier, der während der ganzen Reſtauration in den Vereinigten Staaten gelebt und aus denſelben eine Vorliebe für republikaniſche Einrichtungen mitgebracht hatte, die, da ſie völlig unſchuldig war, ihn der halbliberalen Mittelpartei empfahl. Auch Teſte war die ganze Reſtauration hindurch verbannt geweſen, und er hatte den Ruf der Unabhängigkeit, den er ſich dadurch erworben, durch eine feſte und gemeſſene Haltung in der Abgeordnetenkammer zu behaupten verſtanden. Paſſy war nach Dupin dem älteren der bedeutendſte Kopf der Mittelpartei und wegen ſeiner Kenntniſſe im Finanzweſen ſeit langer Zeit zu ihrem Finanzminiſter beſtimmt, und Breſſon war dem Könige durch den Fürſten von Talleyrand empfohlen, der eine beſondere Vorliebe für fähige Subalternen hatte, welche die ihnen aufgetragene Arbeit mit Geſchick und Gewandtheit und ohne zu ängſtliche Wahl der Mittel verrichten, ohne auf ihre Verdienſte hohe Anſprüche zu begründen. Da es dem neuen Cabinete noch an einem Redner fehlte, dem die erforderliche Fülle hochtönender Worte zu Gebote ſtand, ſo wurde die Stelle eines Miniſters des öffentlichen Unterrichtes dem Advocaten Sauzet zu Lyon offen erhalten, der zwar keinen außerordentlichen Reichthum an Gedanken, aber einen um ſo größeren Vorrath von angenehm in das Ohr fallenden Redensarten beſaß. Dieß war das Miniſterium, das der weiſe Dupin für geeignet hielt, Frankreich im Sinne der Conſtitution nach ſeiner Auffaſſung und mit Hülfe ſeiner Eingebungen zu regieren. Ludwig Philipp war mit dieſem Miniſterium wohl zufrieden, denn er hielt es nicht für möglich, daß Leute, die nie einen eigenen Gedanken, nie eine ſelbſtändige politiſche Anſicht gehabt hatten, dennoch den Anſpruch erheben konnten, ihre Anſichten geltend zu machen, und er fühlte ſich von einer drückenden

Digitized by Google

Laſt befreit, indem er die Fähigkeiten der Commis, die ihn umgaben mit der Geiſtestiefe eines Guizot oder mit der geiſtigen Schnellkraft eines Thiers verglich. Um ſo mehr war er überraſcht und um ſo unangenehmer enttäuſcht, als er die Entdeckung machte, daß mittelmäßige Köpfe, die von ſich ſelbſt eine hohe Meinung haben, viel ſchwerer zu leiten ſind, als die ausgezeichnetſten Geiſter, welche bei der Verfolgung ihrer Plane die Rückſichten nicht vergeſſen, die ſie den Umſtänden ſchuldig ſind. Der Herzog von Baſſano war keineswegs gemeint, ſich dem Bürgerkönige gegenüber mit der beſcheidenen Stellung eines expedirenden Secretairs zu begnügen; in dem alten Manne waren alle ſeine revolutionairen Erinnerungen aus dem Jahre 1791 wieder erwacht, und ſeine Meinung war, daß die Conſtitution, die damals verunglückt war, jetzt in das Leben geführt werden müſſe. Der erſte Schritt, den er that, nachdem er Beſitz von ſeinem Amte genommen, war, daß er Rundſchreiben an alle Behörden erließ, worin er dieſen ankündigte, daß durch das neue Miniſterium die Julirevolution wieder in ihre Rechte eingeſetzt werden ſolle; und zum Beweiſe, daß dieſe Erklärung nicht etwa ein bloßer Scherz ſey, wurden die Kammern, die unmittelbar nach der Annahme der Adreſſen auf unbeſtimmte Zeit vertagt waren, weil das damalige Cabinet in der neu gewählten Abgeordnetenkammer ſeine Stellung nicht hinreichend geſichert fühlte, zum 1. December, alſo binnen einer Friſt von nicht vollen drei Wochen, einberufen. Der Gegenſatz, in dem die Plane der neuen Miniſter ſich zu der Meinung und dem Willen des Königs befanden, konnte ſchon in der erſten Cabinetsſitzung unmöglich verborgen bleiben, die im königlichen Schloſſe Statt fand, da in dieſer, wie es bisher immer gehalten worden war, Ludwig Philipp perſönlich den Vorſitz führte. Man wußte ſich indeſſen zu helfen, indem man, um das Hinderniß zu beſeitigen, welches hieraus hervorging, die naive Forderung ſtellte, daß der König an den Berathungen des Cabinetes nicht mehr Theil nehmen ſolle. Dazu verweigerte Ludwig Philipp ſeine Einwilligung. Schon des andern Tages reichten Paſſy und Teſte ihre Entlaſſung ein; Charles Dupin folgte ihrem Beiſpiele, und da auf dieſe Weiſe das kaum gebildete Miniſterium thatſächlich aufgelöſ't war, ſo blieb auch dem Herzog von Baſſano, der ſich am hartnäckigſten an die Gewalt anklammerte, nichts Anderes übrig, als zurückzutreten.

Noch ehe der Herzog von Baſſano von der Vereitelung ſeiner kühnen Entwürfe unterrichtet war, wurde Thiers nach den Tuilerien beſchieden. Ludwig Philipp trat ihm mit lächelnder Miene entgegen.

„Ich bin geſchlagen,“ ſagte er, „aber meine Soldaten waren auch wirklich gar zu traurig! Was ſind das für Menſchen!“ Thiers machte einige Schwierigkeiten, wieder in das Miniſterium zu treten; aber er überzeugte ſich leicht, daß kein Grund mehr vorhanden war, weshalb das alte Cabinet ſeine Verrichtungen nicht wieder aufnehmen ſollte, da die Gefahr einer Auflehnung der Mittelpartei durch die lächerliche Schwäche, welche die Eintagsdauer ihrer Verwaltung verrathen hatte, vollkommen beſeitigt war. Was konnte man von Gegnern fürchten, die im Beſitze der Gewalt ſich nicht drei Tage zu behaupten vermochten? Man hatte es jetzt weder nöthig, das immer bedenkliche Zugeſtändniß der Begnadigung zu machen, noch bedurfte man einer Verſtärkung durch neue geiſtige Kräfte; und es kam nur darauf an, irgend einen Namen zu finden, der hoch genug in der Meinung ſtand, um allenfalls jenen des Marſchalls Gérard oder des Herzogs von Dalmatien zu erſetzen. Dafür wußte Ludwig Philipp Rath. Der Marſchall Mortier, Herzog von Treviſo, ein alter bewährter beim Heere beliebter Krieger ohne alle höhere geiſtigen Fähigkeiten, der dem Könige noch von früheren Zeiten perſönlich zugethan war, ließ ſich beſtimmen, das Kriegsminiſterium und den Vorſitz im Miniſterrathe anzunehmen. Thiers, Guizot, Rigny, Duchatel, Humann kehrten jeder zu ſeinem früheren Amte zurück; Perſil, dem ſein Verrath verziehen wurde, hatte das ſeinige noch nicht aufgegeben; nur der alte Admiral Jacob, dem der ſchlüpfrige Boden des Hofes auf keine Weiſe zuſagte, machte einem anderen eben ſo derben, aber weniger unpolitiſchen Seemanne, dem Admiral Duperré Platz. Vierzehn Tage ſpäter kamen die Kammern zuſammen. Das erneute Cabinet war ſeiner Sache ſo ſicher, daß es die Gegner, ſtatt ihren Angriff zu erwarten, ſelbſt zum Kampfe herausforderte. Thiers legte der Abgeordnetenkammer einen Geſetzentwurf vor, der die Bewilligung einer anſehnlichen Summe zu dem Bau eines Saales verlangte, in welchem der Gerichtshof der Pairs bei dem großen Prozeſſe der Aprilgefangenen ſeine Sitzungen halten ſollte. Die Lage des Landes, erklärte er bei dieſer Gelegenheit, geſtatte keine Begnadigung, wie wünſchenswerth dieſe auch ſonſt geweſen wäre; die Regierung würde jedoch ihre Pflicht verletzen, wenn ſie den begonnenen Act der Gerechtigkeit nicht vollendete. Damit war der Boden bezeichnet, auf dem ſich der Kampf bewegen mußte, wenn derſelbe ſich zu irgend einer höheren Bedeutung erheben ſollte. Statt von den allgemeinen Intereſſen des Landes, von der gefährdeten Freiheit zu reden, die ſie zu retten entſchloſſen geweſen wären, verbreiteten die Mitglieder des drei-

Digitized by Google

tägigen Miniſteriums ſich vielmehr über die kleinlichſten Einzelheiten, deuteten darauf hin, daß der perſönliche Wille des Königs ihnen im Wege geweſen ſey, und hatten doch wieder nicht den Muth, dieß offen auszuſprechen. Einer ſolchen Haltungloſigkeit gegenüber konnte die Ueberlegenheit von Männern wie Thiers und Guizot keinen Augenblick zweifelhaft erſcheinen. Nach zweitägigen Verhandlungen ging die Kammer auf den Antrag eines miniſteriellen Abgeordneten unter der ausdrücklichen Zuſicherung ihres unbedingten Vertrauens in die Verwaltung zur Tagesordnung über. Nach einer ſolchen Erklärung kann man ſagen, wie dieß von der liberalen Preſſe mit ſchneidender Bitterkeit hervorgehoben wurde, daß die Abgeordnetenkammer ihre Entlaſſung gegeben habe, da ſie fortan ohne mit ſich ſelbſt in Widerſpruch zu gerathen, den Miniſtern in keinem Falle ihre Unterſtützung verſagen durfte. In eine ungleich größere Unabhängigkeit, wie von der Kammer, wurde das Cabinet aber von dem Königthume verſetzt; denn während die erſte durch nichts gehindert war, ihr Vertrauen jeden Augenblick zurückzunehmen, war der König jeder Freiheit der Wahl beraubt, da die Miniſter auf das Vertrauen der Kammer geſtützt, der Gunſt des Hofes füglich entbehren konnten. Ludwig Philipp, dem vor allen Dingen an der Begründung ſeiner perſönlichen Gewalt gelegen war, ſah ſich weiter von ſeinem Ziele entfernt als jemals, ſobald erſt der Grundſatz zur förmlichen Anerkennung gelangte, daß die Mehrheit der Abgeordnetenkammer die Miniſterien einſetzte und abſetzte. Es war ihm daher ſchwerlich unwillkommen, daß die Unzulänglichkeit des Marſchalls Mortier, der wegen ſeines Mangels an aller Rednergabe in den Verhandlungen der Kammer die traurigſte Rolle ſpielte, allmälig ſo ſchroff hervortrat, daß deſſen Rücktritt und damit die Auflöſung der Verwaltung, der er den Namen lieh, unvermeidlich wurde. Ludwig Philipp wandte jetzt von neuem ſeine Blicke auf den Marſchall Soult, der ſeinerſeits ſogleich bereit war, dem Könige ſeinen Degen und ſeinen Namen zur Verfügung zu ſtellen. Da man vorausſetzte, daß die Mittelpartei, nachdem ſie durch die Erfahrung von ihrer Schwäche überführt war, ſich geſchmeidiger und fügſamer zeigen würde, ſo wurde ein neuer Verſuch gemacht, aus ihrer Mitte ein Cabinet zu bilden, das zugleich auf die Unterſtützung der Abgeordnetenkammer rechnen konnte, und es ſich doch gefallen ließ, in der Leitung der öffentlichen Angelegenheiten die höhere Einſicht des Königs als maßgebend anzuerkennen. Der Verſuch ſcheiterte jedoch von vorne herein an der Frage der Begnadigung, die jetzt von neuem vorangeſchoben wurde, weil auch

Digitized by Google

Graf Molé, dem die Verwaltung des Innern beſtimmt war, es für unerläßlich erklärte, durch einen großen öffentlichen Act eine Veränderung des politiſchen Syſtemes anzukündigen, dem die Regierung bisher gefolgt war. Dazu konnte Ludwig Philipp ſich jetzt ſo wenig entſchließen, ſeine Zuſtimmung zu geben, als vor vier Monaten; es wurden daher neue Unterhandlungen angeknüpft, die ebenſo erfolglos blieben, wie die erſten. Die Miniſter, die ihren Abſchied verlangt, aber noch nicht erhalten hatten, erledigten die laufenden Geſchäfte, überließen aber im Uebrigen die Verwaltung ſich ſelbſt, die daher nur von den Unterbeamten in der gewohnten Weiſe mechaniſch fortgeführt wurde. Dieſer Zuſtand hatte länger als 14 Tage gedauert, während deren die öffentlichen Angelegenheiten gingen, wie ſie wollten, als endlich der liberale Abgeordnete de Sade es in der Abgeordnetenkammer zur Sprache brachte, daß keine für die Verwaltung verantwortliche Miniſter vorhanden wären, wie ſie die Verfaſſung verlange. Guizots Verſicherung, daß die Bildung eines neuen Miniſteriums im Werke ſey, beſchwichtigte zwar die allgemeine Aufregung für den Augenblick; da jedoch die Erwartung, die man hierauf gründete, ſich als eine trügeriſche erwies, ſo kam es einige Tage ſpäter, am 10. März 1835 zu einer ſtürmiſchen Erörterung. Odilon Barrot erklärte, daß Miniſter, die unter ſolchen Umſtänden die Verwaltung fortführten, verdienten in Anklagezuſtand verſetzt zu werden, was jedoch Guizot mit der Behauptung zurückwies, daß dann die ganze Kammer in Anklagezuſtand verſetzt werden müſſe, weil ſie die politiſchen Grundſätze derſelben Miniſter ſeit vier Jahren unterſtützt habe. Ein miniſterieller Abgeordneter kündigte an, daß er in der nächſten Sitzung eine Adreſſe an den König in Antrag ſtellen wolle. Eine ſolche Maßregel ſchien der Mehrheit zu bedenklich. In einer beſonderen Verſammlung der miniſteriellen Abgeordneten nach dem Schluſſe der Sitzung wurde beſchloſſen, eine Abordnung an die ausgetretenen Miniſter zu ſchicken, um ſie im Namen des Vaterlandes aufzufordern, im Amte zu bleiben. Da dieſer Schritt von Männern ausging, welche die feſteſten Stützen der Regierung waren, ſo konnte er ſeine Wirkung nicht verfehlen. Die Miniſter entſchloſſen ſich zu bleiben, und Ludwig Philipp entſchloß ſich, ſie zu behalten und die Bedingung anzunehmen, unter der ſie im Amte zu bleiben ſich erboten, indem er dem Herzoge von Broglie das Miniſterium des Auswärtigen und den Vorſitz im Miniſterrathe übertrug. Der Admiral de Rigny, der froh war, von einer Stellung befreit zu ſeyn, der er ſich ſelbſt nicht gewachſen fühlte, wurde zum Miniſter

Digitized by Google

ohne Portefeuille ernannt und übernahm vorläufig die Verwaltung des Kriegsweſens, bis zur Ankunft des für dieſelbe beſtimmten Marſchalls Maiſon, der als Geſandter in St. Petersburg abweſend war.

Der americaniſche Vertrag, der den Herzog von Broglie im vorigen Jahre aus der Verwaltung verdrängt hatte, würde ihm auch jetzt noch entgegengeſtanden haben, wenn die Mehrheit der Abgeordnetenkammer nicht zum Voraus die Verbindlichkeit eingegangen wäre, Alles zu genehmigen, was die Miniſter verlangten. Durch die Zurückweiſung des Vertrages von Seiten der Abgeordnetenkammer war eine Wendung der Dinge herbeigeführt worden, welche das Beharren auf der Verweigerung der ausbedungenen Entſchädigung nicht mehr bloß zu einer Frage der Billigkeit und der Gerechtigkeit, ſondern zur Sache der franzöſiſchen Volksehre machte. Der Präſident der Vereinigten Staaten, General Jackſon, hatte am 1. Dezember 1834 dem nordamericaniſchen Congreß eröffnet, daß der mit der franzöſiſchen Regierung bereits im Jahre 1831 abgeſchloſſene Vertrag zwar noch immer nicht vollzogen, daß aber er, der Präſident, entſchloſſen ſey, die Rechte der Republik nöthigenfalls mit Gewalt der Waffen geltend zu machen. Eine ſo unhöfliche Drohung konnte von der franzöſiſchen Regierung unmöglich mit lächelnder Miene aufgenommen werden. Die diplomatiſchen Verbindungen zwiſchen den Cabinetten von Waſhington und Paris wurden abgebrochen, der franzöſiſche Geſandte zu Waſhington wurde abberufen, dem nordamericaniſchen Bevollmächtigten zu Paris wurden ſeine Päſſe zugeſtellt, und die Entſcheidung durch die Waffen, mit der Jackſon gedroht hatte, ſchien daher alles Ernſtes bevorzuſtehen, wenn die franzöſiſche Regierung nicht mehr auf die Stimme berechnender Klugheit, als auf jene des gereizten Ehrgefühles gehört hätte. Von einem Kriege mit den Vereinigten Staaten konnte man ſich keinenfalls den geringſten Vortheil verſprechen. Die Rüſtungen und die Verluſte, welche die franzöſiſche Handelsſchiffahrt erfahren hätte, würden in kurzer Friſt die Summe von 25 Millionen Franken bei weitem überſtiegen haben, die man überdieß einmal zu zahlen verſprochen hatte. Man entſchloß ſich daher zu derſelben Zeit, während man der drohenden Sprache der Americaner eine gleich drohende Haltung entgegenſetzte, doch Anſtalten zu treffen, um ihre Forderungen zu befriedigen; und der Finanzminiſter Humann hatte deshalb den nordamericaniſchen Vertrag bald nach Eröffnung der Seſſion von neuem der Kammer vorgelegt. Als der Herzog von Broglie an die Spitze des Cabinets trat, unterlag die Annahme des Vertrages keinem Zweifel mehr.

Digitized by Google

In der Erörterung war das Gewicht der Gründe unſtreitig auf der Seite der Gegner; aber umſonſt erſchöpfte Berryer alle Gewalt ſeiner zermalmenden Beredtſamkeit; die Kammer ertheilte (am 18. April) mit einer Mehrheit von 289 Stimmen gegen 158 die verlangte Genehmigung und fügte nur, um den Schein zu vermeiden, als habe man ſich durch die americaniſchen Drohungen einſchüchtern laſſen, die Bedingung hinzu, daß die bewilligten Summen nicht eher ausgezahlt werden ſollten, bevor die nordamericaniſche Regierung nicht eine genügende Erklärung über die Botſchaft des Präſidenten Jackſon an den Congreß gegeben hätte. Außer dem nordamericaniſchen Vertrage war der einzige Geſetzentwurf von Bedeutung, den die Miniſter in die Kammer brachten, jener, durch welchen zu den bereits bewilligten Voranſchlägen für die innere Verwaltung ein Zuſchuß von 1,200,000 Fr. für geheime Ausgaben gefordert wurde. Jedermann wußte, zu welchen Zwecken dieſe Summe verwandt wurde; daß ſie dazu beſtimmt war, geheime Späher in allen Klaſſen der Geſellſchaft zu beſolden und Dienſte zu belohnen, die ſo ſehr das Licht des Tages ſcheuten, daß ſelbſt der Verworfenſte ſie kaum öffentlich einzugeſtehen gewagt hätte. Die liberalen Abgeordneten erinnerten daran, daß die Reſtauration in ihren ſchwierigſten Zeiten niemals ein ähnliches Anſinnen geſtellt habe; aber Thiers entwarf ein ſo düſteres Bild von der Lage des Landes, er ſchilderte in ſo grellen Farben die Gefahr, welche hundert geheime Verbindungen drohten, die ſeit dem Verbote aus den öffentlichen Vereinen der Republikaner hervorgegangen wären, daß die Kammer in einen paniſchen Schrecken gerieth, in dem ſie bereit war, Alles zu bewilligen und Alles zu billigen, was die Regierung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung für erforderlich hielt. Und die Lage Frankreichs war wirklich eine außerordentliche. Zu keiner frühern Zeit ſeit dem furchtbaren Jahre 1793 war ein ähnliches Schreckensſyſtem geübt worden; zu keiner frühern Zeit hatten ſo maſſenhafte Verhaftungen auf ſo loſe Verdachtsgründe Statt gefunden, waren bei den polizeilichen Nachforſchungen und Unterſuchungen, die der geringſte Schatten eines Verdachtes hervorrief, alle Rechtsformen mit gleicher Rückſichtsloſigkeit verletzt worden. Der bitterſte Vorwurf, den die Revolution von 1789 dem ancien régime zu machen wußte, war die Baſtille, über deren geheime Schrecken die ſeltſamſten Fabeln verbreitet waren. Statt einer Baſtille erhoben ſich in dem Frankreich der Julirevolution deren hundert, in denen die Gefangenen mit einer Härte behandelt wurden, die gegen die ſchwerſten Verbrecher nicht zu

rechtfertigen geweſen wäre. Die Zahl der Perſonen, die noch im Frühjahr 1835 in ganz Frankreich wegen politiſcher Vergehen verhaftet waren, belief ſich auf nicht weniger als 1300, nachdem eine größere Zahl, deren Schuldloſigkeit ſich bei der erſten oberflächlichen Unterſuchung herausgeſtellt hatte, der Freiheit zurückgegeben war.

Die Voruntersuchung des dem Gerichtshofe der Pairs übertragenen Proceſſes gegen die Theilnehmer an den Aprilunruhen erforderte eine ſo ungeheuere Arbeit, daß dieſelbe ſieben volle Monate hindurch dauerte, und daß der Bericht, der endlich erſtattet wurde, obwohl derſelbe die Ergebniſſe in gedrängteſter Ueberſicht zuſammenfaßte, drei ſtarke Foliobände füllte. Fernere fünf Monate vergingen, ehe alle Vorbereitungen des eigentlichen Gerichtsverfahrens beendigt waren. Am 5. Mai begannen die öffentlichen Verhandlungen, aber ſchon in der erſten Sitzung ſtieß man auf Schwierigkeiten, die ſich von Anfang hätten vorherſehen laſſen, und die im weiteren Verlaufe jedes regelmäßige Verfahren unmöglich machen mußten. Die gefangenen Republikaner, deren Muth ſo wenig ihre lange Haft, als ihre Niederlage gebrochen hatte, waren entſchloſſen, den Kampf gegen die Regierung auch in dem Gerichtsſaale fortzuſetzen. Der Proceß, auf den ganz Frankreich und, man kann ſagen, ganz Europa die Augen geheftet hatte, bot ihnen eine willkommene Gelegenheit, ihre Grundſätze vor aller Welt zu verkünden; ſie wollten nicht ihre Perſonen, ſondern ihre Sache vertheidigen und den Beweis führen, daß ſie vollkommen in ihrem Rechte geweſen wären, indem ſie darauf ausgingen, an die Stelle eines verdorbenen Königthumes die Volksherrſchaft der Republik zu ſetzen, und ſie waren deshalb übereingekommen, ihre Vertheidiger vor dem Pairshofe aus den bedeutendſten ihrer Meinungsgenoſſen in ganz Frankreich zu wählen. Die Folge davon wäre geweſen, daß der Proceß ſich in einen politiſchen Meinungskampf verwandelt hätte, in dem alle Vortheile auf der Seite der Republikaner geweſen wären, da der Pairshof ſich unmöglich auf eine Widerlegung ihrer Anſichten einlaſſen konnte. Um dieſem Uebelſtande zu begegnen, faßte der Pairshof den Beſchluß, die Wahl der Vertheidiger auf Rechtsgelehrte zu beſchränken, welche in die Liſte der Advocaten eingetragen waren, und jenen Angeklagten, die ſolche Vertheidiger zu wählen verweigerten, von Amtswegen Vertheidiger zu ernennen, was ſich zwar politiſch, aber nach dem bisher üblichen Gerichtsbrauche nicht rechtlich rechtfertigen ließ und daher beinahe von Seiten des geſammten franzöſiſchen Advocatenſtandes offenen Widerſpruch hervorrief. Als nun die Verhandlungen eröffnet wurden,

Digitized by Google

weigerten ſich die Angeklagten irgend eine der an ſie gerichteten Fragen zu beantworten, weil ſie das ganze gerichtliche Verfahren als kein geſetzliches anerkennen könnten, da ihnen die von den Geſetzen verlangte Freiheit der Vertheidigung genommen ſey. Dieſer erſte Schritt war nur das Vorſpiel zu Auftritten der Leidenſchaft und der Wuth auf der einen, der Gewaltthätigkeit und der Willkür auf der andern Seite, wie ſie ſchwerlich jemals in irgend einem Gerichtshofe der Welt erhört worden ſind. Unter ſolchen Unterbrechungen ſchleppten die Verhöre ſich langſam fort, bis es der Mehrzahl der wichtigeren Gefangenen durch eine ſeltene Vereinigung von Kühnheit und Liſt gelang, aus ihrem Kerker auszubrechen und ſich der gerichtlichen Verfolgung durch die Flucht zu entziehen. Dadurch verlor der Proceß den größten Theil ſeines Intereſſes, und bald darauf wurde die öffentliche Aufmerkſamkeit ganz von demſelben abgelenkt, da ein Ereigniß eintrat, welches, an und für ſich furchtbar und ſchrecklich, durch ſeine Folgen eine Bedeutung erlangte, die wohl geeignet war, nicht bloß den Proceß gegen die Aprilgefangenen, ſondern auch die Straßenkämpfe von Paris und Lyon, die denſelben veranlaßt hatten, in Vergeſſenheit zu bringen.

Am 28. Juli 1835 hielt Ludwig Philipp zur herkömmlichen Feier des Gedächtniſſes der Julitage eine Heerſchau über 30,000 Mann Linientruppen und 20,000 Nationalgardiſten, die in endloſen Reihen auf den Boulevards von Paris aufgeſtellt waren. Er war, von einem zahlreichen Generalſtabe umgeben, zu der achten Legion der Nationalgarde gekommen, als plötzlich eine furchtbare Exploſion erfolgte. Der Marſchall Mortier, mehrere andere Generale und Officiere, Nationalgardiſten und Zuſchauer, die ſich in der unmittelbarſten Nähe des Königs befanden, wurden durch einen Hagel von Kugeln und gehacktem Blei niedergeſchmettert. Ludwig Philipp ſelbſt blieb, wie durch ein Wunder, unverletzt. In dem erſten Schrecken glaubte man, daß ein neuer republikaniſcher Aufſtand ausgebrochen wäre; es zeigte ſich jedoch bald, daß der mörderiſche Anfall nur die That eines einzelnen Verbrechers war. Der Mörder wurde, ſchwer verletzt durch die Entladung der hölliſchen Maſchine, deren er ſich bedient hatte, ergriffen, während er zu entfliehen verſuchte, und der Tag, deſſen Feier auf ſo furchtbare Weiſe unterbrochen war, ging ruhig vorüber. Am folgenden Tage wurde der Pairskammer eine Ordonnanz vorgelegt, welche ihr die Unterſuchung des ſtattgefundenen Verbrechens und das Gericht über die Urheber übertrug. Zugleich wurden die Mitglieder der Ab-

geordnetenkammer, die, ermüdet durch die lange Dauer der Seſſion, noch vor dem förmlichen Schluſſe derſelben auseinander gegangen waren, durch den Telegraphen nach der Hauptſtadt zurückgerufen, um ſofort ihre Berathungen wieder zu eröffnen. In den erſten Tagen des Auguſt war eine große Anzahl wieder eingetroffen, und am 4. beſtieg der Herzog von Broglie die Tribune, um der Kammer drei Geſetzentwürfe vorzulegen, die von dem Eindrucke des Augenblickes eingegeben, wie er ſelbſt erklärte, zum Zwecke hatten, die letzten Keime der Zerrüttung, welche die Julirevolution und die von dieſer hervorgerufene Gährung in der Geſellſchaft zurückgelaſſen, zu zerſtören. „Ein großes Verbrechen,“ ſagte der Herzog, „hat Frankreich in Beſtürzung und Unwillen geſetzt; es hat ein grelles abſchreckendes Licht auf die Lage der Geſellſchaft geworfen. Seit fünf Jahren verfolgt Frankreich eine Bahn, die zugleich eine Bahn des Fortſchrittes und der Gefahr iſt. Nie iſt mit größerem Wohlbefinden mehr Unruhe verbunden geweſen, nie ſah man ſo viele Tage des Krieges mitten im Frieden. Die Gefahr iſt kaum unter einer Geſtalt beſeitigt, ſo tritt ſie unter einer andern von Neuem auf. Mit Mühe ſiegt die öffentliche Macht in den Kämpfen, zu denen die Parteien ſie zwingen; aber wir glauben feſt an das Glück Frankreichs, an den Sieg unſerer Sache. Die Gefahren entmuthigen uns nicht; ſie zeigen uns nur die Nothwendigkeit zu handeln, und die Mittel, ihnen zu begegnen. Fünf Jahre der Prüfung haben unſere Gefühle und unſere Ueberzeugungen geſtählt. Frankreich weiß jetzt, wie ein großes Volk die Revolution beherrſcht, die es gemacht hat. Wie groß auch der Uebermuth der Parteien ſeyn mag, wie gefährlich ſie ſeyn mögen; ſie ſind beſiegt. Sie fordern uns nicht mehr heraus, aber ſie beſtehen noch; jeder Tag enthüllt uns das Uebel, das ſie anrichten, und die Uebel, die ſie angerichtet haben. Ueberall haben ſie ihre unheilvollen Spuren zurückgelaſſen. Sie haben ein Gift in die Gemüther geworfen, welches ſobald nicht aufhören wird zu wirken. Die Vorurtheile, die ſie verbreitet, die Leidenſchaften, die ſie entflammt, die Laſter, die ſie genährt haben, gähren fort, und wenn in dieſem Augenblicke die Meuterei von der Straße verſchwunden iſt, ſo dauert dagegen die ſittliche Empörung. Eine Aufregung ohne Zweck und Ziel, ein tödtlicher Haß gegen die geſellſchaftliche Ordnung, das hartnäckige Streben ſie zu ſtürzen, die Hoffnung des Erfolges, die Erbitterung über fehlgeſchlagene Plane, die unverſöhnliche Demüthigung getäuſchter Eitelkeit, die falſche Schaam, der Durſt nach Rache: dieß Alles iſt noch in den Reihen der Verblendeten zurück-

Digitized by Google

geblieben, welche die Geſellſchaft beſiegt, aber nicht unterworfen hat. Dieſe Lage der Dinge würde länger dauern, ſie würde ſich verſchlimmern, wenn wir nicht ein ſchnelles und wirkſames Hülfsmittel anwenden. Dulden wir noch, daß die Parteien, zwar nicht mehr mit den Waffen in der Hand, auch nicht mehr durch Drohungen, aber durch hochmüthigen Widerſpruch alle Gewalten der Geſellſchaft angreifen; dulden wir noch, daß ſie ohne Rückhalt der Landesregierung die Anerkennung verweigern; dulden wir, daß ſie öffentlich einer Regierung Treue ſchwören, die Frankreich nicht mehr will, oder einer Regierung, die Frankreich nie gewollt hat; dulden wir, was nie zuvor ein freies Land geduldet hat, ſo können wir darauf rechnen, daß das ganze Leben der Geſellſchaft nichts als eine revolutionaire Gährung ſeyn wird. Die untergrabene Ordnung wird allmälig in Stücke zerfallen, man wird zweifeln, ob es eine Regierung giebt; die Achtung vor den Geſetzen und die Furcht, welche die Achtung erſetzt, werden verſchwinden. Dieß ſind die Uebel, die uns erwarten, wenn wir ſie nicht im Keime erſticken." Offenbar lag dieſer ganzen Darſtellung die Vorausſetzung zu Grunde, daß der Mordanſchlag gegen den König kein vereinzeltes Verbrechen, ſondern eine That war, deren Schuld der republikaniſchen Partei in Maſſe zur Laſt fiel. Man glaubte, daß der Thäter nur ein Werkzeug der geheimen republikaniſchen Vereine geweſen ſey, die, da ſie ſich von der Hoffnungloſigkeit jedes Verſuches einer offenen gewaltſamen Erhebung überzeugt hätten, zu der entſetzlichen Waffe des Meuchelmordes ihre Zuflucht nähmen. Bei unbefangener Prüfung der Umſtände würde man leicht die Grundloſigkeit dieſes Verdachtes erkannt haben. Denn wenn die republikaniſchen Vereine von dem Anſchlage unterrichtet geweſen wären, würden die Häupter derſelben nach ihrer Flucht aus dem Kerker nicht ſich beeilt haben, den franzöſiſchen Boden zu verlaſſen, ſondern ſie hätten ſich zu Paris verborgen gehalten, um den Ausgang abzuwarten und die Verwirrung, die im Falle des Gelingens eintreten mußte, für ihre Plane zu benutzen. Nur in ſofern konnte man der republikaniſchen Partei mit Recht die Schuld beimeſſen, als der glühende Haß, den ſie gegen die Perſon Ludwig Philpps nährte, allein es möglich machte, daß in einzelnen Individuen der Gedanke des Königsmordes aufſtieg; aber die ruchloſe Verachtung aller göttlichen und menſchlichen Geſetze, welche die That vorausſetzte, war nicht durch die republikaniſche Partei verſchuldet, ſondern ſie war eine Folge der allgemeinen Fäulniß, welche das innerſte Leben der Geſellſchaft ergriffen, ſeit die Revolution alle Dämme des

alten Glaubens, der alten Sitte und der alten geſellſchaftlichen Ordnung durchbrochen hat.

Von den drei Geſetzentwürfen, welche der Herzog von Broglie in die Abgeordnetenkammer brachte, war der wichtigſte der erſte, der die Unterdrückung der Mißbräuche der Preſſe, zugleich aber eine möglichſt enge Beſchränkung des ganzen Zeitungs- und Zeitſchriftenweſens zum Zwecke hatte. Eine der vornehmſten Beſtimmungen der Charte Ludwigs XVIII. gewährte den Franzoſen das Recht, ihre Meinungen über politiſche und religiöſe, wie über wiſſenſchaftliche, ſittliche und geſellſchaftliche Gegenſtände (durch den Druck) bekannt zu machen. Eine ausdrückliche Beſtimmung der Charte von 1830 umgab dieſes Recht, welches unter der Reſtauration vielfach umgangen worden, mit neuen Bürgſchaften, indem ſie das Urtheil über Vergehen der Preſſe, das bisher den königlichen Gerichtshöfen vorbehalten war, den Geſchworenengerichten zuwies. Dieſer Beſtimmung zum Trotze erklärte der neue Geſetzentwurf jede Beleidigung der Perſon des Königs und jeden Angriff gegen das Princip oder die Form der Regierung durch die Preſſe für ein Verbrechen gegen die Sicherheit des Staates, und verlangte, daß daſſelbe, als ſolches, von der Pairskammer gerichtet werden, und außer verhältnißmäßiger Gefängnißſtrafe Geldbußen von 10,000—50,000 Franken unterliegen ſollte. Ein anderer Artikel des Geſetzentwurfes erhöhte die Caution, die bei der Herausgabe eines politiſchen Journals geſtellt werden muß, für Paris von 50,000 auf 100,000 Fr., die zu zwei Drittheilen baar zu erlegen waren, für die Provinzialſtädte nach dem Verhältniſſe ihrer Größe gleichfalls auf ſo bedeutende Summen, daß die freie Meinungsäußerung durch die Preſſe nur noch dem Beſitze eines ſehr großen Vermögens geſtattet blieb. Völlig unterdrückt aber wurde die Freiheit der Meinung, ſofern dieſe ſich durch theatraliſche Vorſtellungen oder durch andere Leiſtungen der Kunſt äußerte, denn es wurde verfügt, daß kein Theaterſtück zur Aufführung kommen ſollte, kein Kupferſtich und kein Steindruck herausgegeben werden durfte, ohne daß der Miniſter des Innern in Paris, oder der Präfect in den Departements ſeine Erlaubniß ertheilt hatte. Beinahe ebenſo wichtig als dieſer erſte Geſetzentwurf gegen die Preſſe war der zweite, der gegen die bisherige Einrichtung der Geſchworenengerichte gerichtet war. Nach der alten Einrichtung ſprach jeder der Geſchworenen ſein Urtheil frei und offen aus, ſo daß es aller Welt bekannt wurde, und in Folge eines beſondern Geſetzes, welches erſt ſeit der Julirevolution eingeführt war und als eine der bedeutendſten Erwer-

bungen derſelben betrachtet wurde, war eine Mehrheit von zwei Drittheilen der Stimmen, 8 gegen 4, erforderlich, um eine Verurtheilung zu bewirken. Das neue Geſetz verfügte, daß die Abſtimmung geheim, durch eine Art Ballottement erfolgen, und daß die einfache Mehrheit, alſo 7 Stimmen gegen 5, zur Verurtheilung hinreichen ſollte. Der letzte Geſetzentwurf war durch die ärgerlichen Auftritte vor dem Pairshofe veranlaßt; er gab den Aſſiſenhöfen das Recht, Angeſchuldigte, die ſich weigern würden, vor ihren Schranken zu erſcheinen, mit Gewalt vorführen zu laſſen und, ſobald dieß nicht ausführbar ſey, das Urtheil ohne Verhör in ihrer Abweſenheit zu fällen. Der Eindruck, den dieſe Vorſchläge in ganz Frankreich hervorbrachten, war ungeheuer. Alle Journale, die nicht unmittelbar unter dem Einfluſſe der Regierung ſtanden, erklärten ſich gegen dieſelben, in gemäßigten Ausdrücken die gemäßigten, in den heftigſten und leidenſchaftlichſten die republikaniſchen, die ultraliberalen und die legitimiſtiſchen. Selbſt der denkende Bürgerſtand, der die Regierung bisher immer gegen das tolle Treiben der Parteien unterſtützt hatte, fühlte ſich durch das Mißtrauen, welches dieſe jetzt gegen die aus ſeiner Mitte hervorgehenden Geſchworenengerichte zeigte, tief verletzt, und war empört über die Leichtigkeit, mit der man ſich ſelbſt über die Grundbeſtimmungen der Charte hinwegſetzte.

Eine andere Stimmung herrſchte in der Abgeordnetenkammer, in welcher nur der vermögendſte Theil des Mittelſtandes vertreten war. Die Banquiers, die Rentenbeſitzer, die großen Fabrikanten waren ängſtlich beſorgt vor jeder Störung, welche die öffentliche Ruhe erfahren konnte. Ihnen waren die Mittel, welche die Regierung anwandte, um die Aufregung zu unterdrücken, noch lange nicht ſtrenge genug; ſie würden die Einführung der Cenſur gewünſcht haben, um der aufreizenden Sprache der Journale ein Ende zu machen, und ſie würden mit Freuden ihre Zuſtimmung gegeben haben, wenn jeder Unruheſtifter ohne Weiteres vor ein Kriegsgericht geſtellt worden wäre. Als in der Abgeordnetenkammer die Berathung über die neuen Geſetze eröffnet wurde, ſprachen in dieſem Sinne ſich mehrere miniſterielle Mitglieder aus. Zwar erhob ſich nicht allein die liberale Partei, ſondern beinahe Alles, was einiges Talent, einigen Anſpruch auf geiſtige Auszeichnung beſaß, gegen die Vorſchläge der Regierung, die mit den Juliordonnanzen Karls X. verglichen wurden; und ſelbſt auf den miniſteriellen Bänken des Centrums entſtand eine unruhige Bewegung, als der greiſe Royer-Collard das Wort nahm, der Lehrer Guizot's,

der Präſident der Kammer, die durch ihre Proteſtation gegen die Verwaltung des Fürſten Polignac die Julirevolution veranlaßt hatte. „Ich rufe nicht die Charte an," ſagte der ernſte Mann, der ſeit der Julirevolution ſich von aller Theilnahme an den politiſchen Angelegenheiten zurückgezogen hatte und jetzt zum erſten Male ein fünfjähriges Stillſchweigen brach, „ich rufe nicht die Charte an; aber es giebt noch Etwas, was über der Charte ſteht. Das Geſchworenengericht iſt keine von jenen gewöhnlichen Gerichtsbarkeiten, mit denen die Feder des Geſetzgebers ſpielen und ſie nach Gefallen erheben und herabſetzen kann; ſie iſt nicht einmal eine Gerichtsbarkeit, ſondern eine politiſche Inſtitution; ſie iſt Frankreich, ſie übt, gleich der Kammer, die Souverainetät der Nation. Man mißtraut den Geſchworenengerichten, ſie verurtheilen nicht genug; aber ich für meinen Theil erkläre, daß ich in meinem tiefſten Innern einer Regierung mißtraue, welche auch nur in die gewöhnliche Juſtiz, geſchweige denn in die Juſtiz des ganzen Landes Mißtrauen ſetzt. Es iſt ein den ſchlechten Regierungen einwohnendes Mißtrauen, welches ſie zu der Erfindung aller gerichtlichen Tyrannei geführt hat. Das Uebel, mit dem wir zu kämpfen haben, iſt groß, ſehr groß; beſteht es aber ſeit geſtern oder ſeit vorgeſtern, oder ſeit drei Jahren? Iſt es lediglich dem Preßunfug beizumeſſen? Schon ſeit fünfzig Jahren iſt bei uns eine Schule der Unſittlichkeit eröffnet, deren Lehren heute, weit mächtiger als alle Zeitungen, in der ganzen Welt wiederhallen. Dieſe Schule ſind die Ereigniſſe, die ſich faſt unausgeſetzt unter unſern Augen zugetragen haben. Denken Sie an den 6. Oct., an den 10. Aug., an den 21. Jan., an den 18. Fructidor, an den 10. Brumaire! Was ſehen Sie in dieſer Reihenfolge von Revolutionen? Den Sieg der Gewalt über die beſtehende Ordnung und Lehrſätze zur Rechtfertigung der Gewalt. Wir haben den durch die materielle Gewalt uns aufgelegten Regierungen gehorcht; wir haben nacheinander den widerſprechendſten Grundſätzen gehuldigt. Die alte Ehrfurcht iſt erloſchen, und nichts betrübt mich mehr, weil ich nichts höher ſchätze, als die Ehrfurcht vor der geſetzlichen Autorität. Die Hülfsmittel, denen die Regierung vertraut, ſind Maßregeln der Verzweiflung, die der Freiheit den Todesſtoß verſetzen würden, der Freiheit, deren Verſtändniß und Bedürfniß wir gleichzeitig verloren zu haben ſcheinen, und die doch durch ſo viele Anſtrengung, durch ſo viele Schmerzen, durch ſo viel Blut erkauft worden iſt." Die miniſterielle Mehrheit war zu feſt geſchloſſen, als daß ſelbſt die warnende Stimme eines Royer-Collard, die, allen Parteikämpfen fremd, wie aus einer andern Welt

Digitized by Google

herübertönte, einen nicht bloß flüchtig vorübergehenden Eindruck hätte machen können; alle drei Geſetzentwürfe wurden angenommen, und am 9. Sept. 1835, dem Tage, an welchem auch die Pairskammer ihre Zuſtimmung erklärt hatte, wurden ſie durch die königliche Genehmigung das Geſetz des Landes. Zwei Tage darauf wurden die Kammern geſchloſſen. Die Wirkung, welche die Septembergeſetze hervorbrachten, war eine augenblickliche. In den Departements hörten über hundert Journale auf zu erſcheinen, weil ſie die hohe Caution nicht zu leiſten vermochten. In der Hauptſtadt waren die republikaniſchen, wie die legitimiſtiſchen Blätter, die bisher der beſtehenden Regierung offen ihre Anerkennung verweigert hatten, genöthigt, ihren Ton zu ändern. Da es jetzt ein Verbrechen gegen die Sicherheit des Staates war, wenn man die Rechtmäßigkeit der Regierung leugnete, ſo wagten die Parteien nicht mehr, ihre Angriffe offen gegen den König oder gegen das Königthum zu richten; ſie ſahen ſich genöthigt, ihren Ingrimm hinter gewundenen Wendungen zu verbergen, wodurch derſelbe um ſo mehr alle Wirkung verlor, als die Leſer, durch die frühere rückſichtsloſe Sprache der unverholenen Erbitterung verwöhnt, weder die Geduld, noch die Uebung hatten, die erforderlich iſt, um die verſtohlenen Andeutungen machtloſer Bosheit aufzuſuchen. Aber auch jene öffentliche Blätter, die dem Königthume oder der Julidynaſtie nicht gerade feindlich geſinnt waren, ſondern nur der Regierung gegenüber eine unabhängige Stellung einnahmen, fühlten ſich in ihrer freien Bewegung vielfach gehemmt, da eine der Beſtimmungen des Geſetzes über die Preſſe unter Anderem jede Einmiſchung des königlichen Namens in die politiſchen Erörterungen bei ſchwerer Strafe verbot, während es doch wohl bekannt war, daß der perſönliche Antheil des Königs an der Regierung bisher bei allen jenen Wendungen der innern wie der auswärtigen Politik des Landes, von denen die wichtigſten Entſcheidungen abhingen, immer den Ausſchlag gegeben hatte.

Die bedeutende Veränderung, welche die Septembergeſetze nicht bloß in der Stellung der Parteien, ſondern in der ganzen innern Lage Frankreichs hervorbringen mußte, konnte auch auf die allgemeinen europäiſchen Angelegenheiten nicht ohne Einfluß bleiben. Selbſt nach der Unterdrückung der Aprilunruhen hatten die Höfe des Feſtlandes kein feſtes Vertrauen zu der Dauer des neuen Bürgerkönigthumes zu faſſen vermocht; immer noch überwog die Beſorgniß, daß die revolutionäre Gährung, die ſich fortwährend durch ſo gewaltige Erſchütterungen kund gab, zuletzt doch den Sieg davontragen werde, und man

Digitized by Google

betrachtete den Frieden mit Frankreich, den, wie man wußte, vorzugsweiſe die Perſönlichkeit Ludwig Philipps verbürgte, daher nur als einen Waffenſtillſtand, welcher zu unausgeſetzter ſtrengſter Wachſamkeit aufforderte. Erſt durch die Septembergeſetze erſchien die Revolution in Frankreich als beendigt; denn man überzeugte ſich, daß die franzöſiſche Regierung jetzt zu einer Gewalt gekommen war, die im Weſentlichen jener, welche Karl X. durch ungeſchickte Staatsſtreiche zu erreichen ſuchte, wenig oder nichts nachgab. Die leitenden Staatsmänner zu Wien und zu Berlin, die von Anfang an erkannt hatten, wie viel ſie den beharrlichen Anſtrengungen des Königs der Franzoſen verdankten, empfanden, als ſie ſein mühevolles Werk vollendet ſahen, eine Art zärtlicher Rührung, die ſelbſt die abgemeſſenen Formen der diplomatiſchen Verhandlungen nicht verbargen; die Stimmung der Höfe wurde eine ſo freundſchaftliche, daß die letzten Spuren des alten Grolls und der alten Zurückhaltung verſchwanden. Ludwig Philipp ſah ſich in dem, was er als die Hauptſache betrachtete, an dem Ziele ſeiner Wünſche: er ſah ſich in die Gemeinſchaft der regierenden Häuſer aufgenommen, welche die Geſchicke der Völker leiten, und deren Häupter in ihrem perſönlichen Verkehre untereinander keinesweges bloß ein leeres Wort gebrauchen, wenn ſie einander gegenſeitig den Brudernamen geben. Die Herſtellung des vertraulichen Verhältniſſes mit den Höfen war nach der Meinung des Königs der Franzoſen die vornehmſte Aufgabe, welche Frankreichs auswärtige Politik ſich ſetzen mußte. Einer ſolchen Auffaſſung der franzöſiſchen Politik ſtand aber noch mehr der Charakter, als die politiſche Anſicht des Herzogs von Broglie entgegen, der ſchon durch ſeine hochmüthige Zurückhaltung der auswärtigen Diplomatie unerträglich war, und deſſen überſpannte Anſprüche in nicht viel geringerem Maße geeignet waren, das Mißtrauen der Mächte zu erwecken, als die Ausbrüche der revolutionären Bewegung, zu deren Unterdrückung der Herzog ſo kräftig mitgewirkt hatte. Mit ſchwerem Herzen hatte Ludwig Philipp ſich daher entſchloſſen, den Herzog von Broglie an die Spitze der Verwaltung zu ſtellen; denn wie günſtig ſich auch die Beziehungen zu den öſtlichen Höfen geſtaltet hatten, ſo fehlte es doch nicht an Veranlaſſungen, die neue ſchwere Zerwürfniſſe herbeiführen konnten, ſobald ein hochfahrender Sinn es unternahm, ſtatt vorſichtig den Gang der Ereigniſſe abzuwarten, denſelben durch keckes Eingreifen ihre Richtung vorzuzeichnen.

Die orientaliſchen Wirren, welche durch die ruſſiſche Einmiſchung den Frieden und die Ruhe Europas in Frage zu ſtellen drohten, wa-

Digitized by Google

ren ſeit der wenigſtens zum Schein erfolgten Verſöhnung zwiſchen dem Paſcha von Aegypten und dem Sultan, obwohl noch weit von ihrer Ausgleichung entfernt, in den Hintergrund zurückgetreten, da England und Frankreich ſich damit begnügten, dem Vertrage von Hunkiar Skeleſſi ihre Anerkennung zu verſagen, ohne ſich dadurch zu weiteren Schritten beſtimmen zu laſſen. Für den Augenblick hatte daher von dieſer Seite Ludwig Philipp keine Störung ſeiner friedlichen Politik zu befürchten. Eine um ſo ernſtere Gefahr war dagegen in der unmittelbarſten Nachbarſchaft Frankreichs erwachſen; und hier ſtanden die franzöſiſchen Intereſſen jenen der öſtlichen Mächte in ſo ſchroffer Trennung gegenüber, daß ſelbſt die äußerſte Mäßigung unfreundliche Berührungen kaum zu vermeiden vermochte. Nach dem Tode Ferdinands VII. war die Königin Chriſtine in ganz Spanien ohne Widerrede als Regentin im Namen ihrer unmündigen Tochter Iſabella anerkannt worden; nur in den drei kleinen Herrſchaften des Baſkenlandes an der franzöſiſchen Grenze, die von einem eigenthümlichen durch Sprache, Sitten und Geſetze von den Spaniern durchaus verſchiedenen Volksſtamme bewohnt und mit der ſpaniſchen Krone bloß durch einen ihre volle Unabhängigkeit verbürgenden Vertrag verbunden ſind, brach zu Gunſten des Infanten Don Carlos ein allgemeiner Aufſtand aus, der anfangs gering geachtet wurde, weil man einem Ländchen, deſſen Geſammtbevölkerung keine 300,000 Seelen betrug, keine nachhaltige Widerſtandsfähigkeit zutraute, welcher aber allmälig eine Kraft entwickelte, die das Erſtaunen und die Bewunderung von ganz Europa erregte und mit überlegenen Waffen gegen die geſammte Macht der ſpaniſchen Monarchie ankämpfte. Das Baſkenvolk wurde, indem es ſich für das alte von Ferdinand dem VII. willkürlich abgeänderte Thronfolgerecht erhob, von dem richtigen Gefühle geleitet, daß das Recht auf der oberſten Spitze der Geſellſchaft nicht gebrochen werden kann, ohne daß auch in den untern Schichten derſelben alle Rechte gefährdet würden; ſie kämpften daher, indem ſie für das Recht des Infanten ſtritten, zugleich für ihre eigenen alten volksthümlichen Rechte, für ihre alte auf dem Grundſatze der Volksherrſchaft beruhende Verfaſſung, für ihre alte Volksfreiheit; und in dieſem Kampfe waren ſie unüberwindlich. Denn in ihrer Mitte erſtand ein Held, wie alle Jahrhunderte und alle Völker von den älteſten Zeiten der Geſchichte keinen größeren hervorgebracht haben. Zumalacarregui, im regelmäßigen Kriegsdienſte zum Soldaten gebildet, wußte aus friedlichen Bauern und Hirten ein Heer zu ſchaffen, welches nicht bloß in ſeinen heimathlichen Gebirgspäſſen und Bergſchluchten,

Digitized by Google

ſondern in offenem Felde den beſten und kriegsgeübteſten Truppen Europa's gewachſen war. Als er an die Spitze des Aufſtandes trat, fehlte ihm außer dem kühnen Muthe entſchloſſener Männer Alles, was zur Kriegsführung erforderlich iſt: Waffen, Kriegsvorräthe, Verpflegungsmittel, Geld; ſeine unerſchöpfliche Geiſteskraft allein erſetzte Alles. Waffen und Kriegsbedürfniſſe nahm er dem Feinde ab; für die Verpflegung ſorgte die Vaterlandsliebe der Bevölkerungen, er verſtand ſie aber ſo geſchickt zu ordnen, daß nirgend ein Mangel eintrat und bei die beſchränkteſten Mittel ausreichten; und die Stelle des Geldes vertraten ſeine Anweiſungen. Der Erfolg, den der baſkiſche Volksaufſtand hatte, ermuthigte in ganz Spanien die Anhänger des Don Carlos kühner das Haupt zu erheben. Auf verſchiedenen Punkten, in den Gebirgsgegenden von Altcaſtilien, Catalonien, Aragon, Valencia, bildeten ſich bewaffnete Banden; und überall traten die unzweideutigſten Anzeigen einer weiter und weiter um ſich greifenden Aufregung hervor, der die Regierung unmöglich zu begegnen vermochte, wenn ſie ſich, wie dieß unter Ferdinand VII. geſchehen war, auf dieſelben Volksclaſſen ſtützte, in denen Don Carlos vorzugsweiſe ſeinen Anhang hatte, auf den Pöbel, auf den ungebildetſten Theil der Bevölkerung in den Städten und auf das von der Geiſtlichkeit beherrſchte Landvolk. Kaum waren drei Monate ſeit dem Tode Ferdinand's VII. verfloſſen, als zuerſt der Generalcapitain Llauder von Catalonien in einer öffent Erklärung an die Königin Regentin es ausſprach, daß es unumgänglich nothwendig ſey, den ſeit dem Jahre 1823 unterdrückten und entwaffneten liberalen Mittelſtand durch Zugeſtändniſſe zu gewinnen, die, wie ſich leicht vorherſehen ließ, eine Umgeſtaltung des ganzen Regierungsſyſtemes zur Folge haben mußten. Zea Bermudez, der davon nichts wiſſen wollte, erhielt ſeine Entlaſſung, und ſtatt ſeiner wurde (am 17. Januar 1834) der freiſinnige, hochgebildete, aber ſchwache und ängſtliche Martinez de la Roſa zum erſten Miniſter ernannt, der als das Haupt der gemäßigten Liberalen galt, und der ſeinen Amtsantritt durch eine Veränderung des Regierungsſyſtemes bezeichnete, welche in ruhigen Zeiten ohne Zweifel die Wünſche aller Beſonnenen befriedigt hätte, in Zeiten des Sturmes aber nur neue Keime der Gährung zu den bereits vorhandenen hinzufügen konnte. Am 10. April 1834 wurde das Eſtatuto real bekannt gemacht, eine ſichtlich der Charte Ludwig's XVIII. nachgebildete, aber mit weiſer Schonung die beſtehenden Verhältniſſe berückſichtigende Verfaſſungsurkunde, die eine in zwei Kammern getheilte halb ſtändiſche, halb ohne ſtändiſche Unterſcheidungen

Digitized by Google

bloß auf den Beſitz eines mäßigen Vermögens begründete Volksvertretung einführte, durch welche der Schwerpunkt der Macht in der königlichen Gewalt unverrückt blieb. Dieß war der Plan, den die gemäßigte Partei in den Cortes ſchon im Jahre 1823 entworfen hatte, um eine Verſöhnung zwiſchen den beiden äußerſten einander bekämpfenden Richtungen zu Stande zu bringen; aber ſo wie dieſer Plan damals von beiden Theilen verworfen wurde, ſo wurde er es auch jetzt. Die Geiſtlichkeit wurde durch die Sitze in der Kammer der Proceres, die ihren Biſchöfen und Erzbiſchöfen eingeräumt waren, mit dem Verluſte der ungetheilten Macht nicht ausgeſöhnt, die ſie unter den beſtehenden Regierungsformen übte. Auf der andern Seite wollten die Liberalen ſich von der reinen Volksherrſchaft der Cortesverfaſſung von 1812 nichts abdingen laſſen und beharrten um ſo hartnäckiger auf ihrer Forderung, als ſie vorherſahen, daß die Regierung bald ihrer Hülfe nicht würde entbehren können. Denn der Aufſtand der Baſken gewann von Tage zu Tage eine drohendere Geſtalt; drei der bewährteſten Anführer des königlichen Heeres, Sarsfield, Valdez und Queſada, hatten einer nach dem andern umſonſt ihr Glück verſucht, als zu Anfange des Juli Don Carlos ſelbſt, nachdem er, aus Portugal verdrängt, kurze Zeit zu London verweilt hatte, in der Mitte ſeiner Getreuen erſchien und, indem er ſich nun als Karl V. zum Könige ausrufen ließ, ſeinem Anhange in ganz Spanien einen Vereinigungspunkt lieh. Schon jetzt begriff Martinez de la Roſa die Gefahr, die für die Regierung der Königin in der Verlängerung eines Kampfes lag, welcher bei einem ſo tief fühlenden Volke, wie dem ſpaniſchen, alle Leidenſchaften bis zum höchſten Grade der Wuth zu entflammen drohte; und da er die der Regierung zu Gebote ſtehenden Hülfsmittel als unzureichend erkannte, ſo knüpfte er Unterhandlungen an, um von England und Frankreich wirkſame Unterſtützung zu erlangen. Am 18. Auguſt wurden zu London vier ſogenannte Zuſatzartikel zu dem Vierbundvertrage vom 22. April unterzeichnet, durch welche der Zweck deſſelben dahin erweitert wurde, daß er nicht mehr auf die Beruhigung von Portugal beſchränkt blieb, ſondern die ganze pyrenäiſche Halbinſel umfaßte. Frankreich machte ſich zwar nur verbindlich, den Aufſtändiſchen in Spanien alle Zufuhren an Waffen und Kriegsvorräthen von der Pyrenäengrenze her abzuſchneiden; aber England verſprach nicht allein, den Truppen der Königin die Kriegsbedürfniſſe zu liefern, die ihnen von Nöthen ſeyn würden, ſondern auch durch ſeine Seemacht zur Unterdrückung des Aufſtandes mitzuwirken; und Portugal verpflichtete ſich, die Königin von

Digitized by Google

Spanien nöthigenfalls mit ſeiner ganzen Macht zu unterſtützen. Inzwiſchen rückte General Rodil, der ſich durch ſeinen kurzen portugieſiſchen Feldzug als tüchtiger Heerführer bewährt hatte, mit friſchen Truppen gegen das Baſkenland heran. Er war nicht glücklicher als ſeine Vorgänger und wurde, nachdem er mehrere Niederlagen erlitten, durch den alten Kriegshelden Mina abgelöst, der einſt, in den Tagen des Unabhängigkeitskampfes, als der am meiſten gefürchtete aller ſpaniſchen Guerillaführer auf demſelben Boden den Grund zu ſeinem Kriegsruhme gelegt hatte, welcher jetzt wieder das Feld ſeiner Thätigkeit ſeyn ſollte. Mina erfocht einige unbedeutende Erfolge, die jedoch im Ganzen keine Veränderung in der Lage der Dinge herbeiführten. Das Heer Zumalacarregui's war auf 25,000 Mann angewachſen, die überall, wo ſie mit den Truppen der Königin in gleicher Zahl zuſammentrafen, eine entſchiedene Ueberlegenheit behaupteten; und zu derſelben Zeit vermehrten die carliſtiſchen Banden, welche unter einer Menge von einander unabhängiger Führer in den Gebirgsgegenden von Catalonien, Niederaragon und Valencia ſtreiften, ſich in einem Maße, welches zu ihrer Bekämpfung die Aufſtellung neuer Heere nöthig machte. Unter dieſen Umſtänden ſah Martinez de la Roſa für Spanien keine Rettung, außer in einer franzöſiſchen Einmiſchung, von der er hoffte, daß ſie gleichzeitig dem carliſtiſchen Aufſtande ein Ende machen und der Regierung die Macht geben würde, den Forderungen der immer ungeſtümer andrängenden Liberalen zu widerſtehen. Als das Hülfegeſuch der ſpaniſchen Regierung dem Cabinete der Tuilerien eröffnet wurde, waren in dieſem die Meinungen getheilt. Ludwig Philipp war gegen jede Einmiſchung, weil er fürchtete, durch dieſelbe das gute Vernehmen mit den Mächten des Feſtlandes zu gefährden, die zwar nicht offen für Don Carlos Partei ergriffen, unter der Hand jedoch Millionen zu ſeiner Verfügung geſtellt hatten und ihm ſogar zugeſagt haben ſollten, ihn als den rechtmäßigen Beherrſcher von Spanien anzuerkennen, ſobald er die erſte bedeutende Stadt in ſeine Gewalt gebracht hätte. Um ſich noch mehr in ſeiner Meinung zu befeſtigen, zog der König den Fürſten Talleyrand zu Rathe, obwohl derſelbe kurze Zeit vorher, durch die zunehmenden Schwächen ſeines Alters an das Bedürfniß der Ruhe gemahnt, ſeine Botſchafterſtelle zu London niedergelegt hatte und in das Privatleben zurückgetreten war; und der Fürſt arbeitete eine ausführliche Denkſchrift aus, worin er alle die Gründe entwickelte, die es nicht räthlich machten, ein franzöſiſches Heer die Pyrenäen überſchreiten zu laſſen. Unter den Miniſtern war dagegen Thiers der entſchiedenſte

Verfechter der Einmiſchung, indem er den Sieg der revolutionairen Sache in Spanien für eine unerläßliche Bedingung der Befeſtigung der Julirevolution in Frankreich erklärte. Guizot vermied es, eine beſtimmte Meinung auszuſprechen, weil ihm die Gründe für und wider gleich ſchwer in das Gewicht zu fallen ſchienen; dagegen neigte der Herzog von Broglie ſich auf die Seite des revolutionairen Miniſters des Innern und drang nur darauf, daß man ſich zuvörderſt mit England verſtändige, da dieſes durch den Wortlaut des Vierbundvertrages unzweideutiger zur Hülfeleiſtung verpflichtet ſey, als Frankreich *). Die Unterhandlungen, die mit dem britiſchen Cabinete gepflogen wurden, führten dahin, daß zwar die unmittelbare Unterſtützung durch ein franzöſiſches Heer abgelehnt werden mußte, weil dieſe ſelbſt den Engländern unerwünſcht geweſen wäre, daß aber auf der einen Seite die engliſche Regierung zu der Errichtung einer britiſch-ſpaniſchen Legion Werbungen in dem ganzen Umfange des britiſchen Inſelreiches zu veranſtalten geſtattete, während auf der andern Seite die franzöſiſche Regierung mit der ſpaniſchen (am 28. Juni 1835) einen Vertrag abſchloß, durch den die aus Flüchtlingen aller Nationen zuſammengeſetzte Fremdenlegion aus Algier aus franzöſiſchen Dienſten in ſpaniſche überging.

In Algier hatte die ſchwankende Politik, die Ludwig Philipp in Bezug auf dieſe Colonie beobachtete, ſchlechte Früchte getragen. Nach dem Abgange des Herzogs von Rovigo war in dem doch nicht allzuweit ausgedehnten Gebiete, welches die Franzoſen inne hatten, die äußerſte Verwirrung eingeriſſen. General Voirol, der den Herzog von Rovigo erſetzte, hatte nur beſchränkte Vollmachten und noch beſchränktere Mittel, mit denen er ſich begnügen mußte, die Ruhe und Sicherheit in der nächſten Umgebung der Stadt Algier herzuſtellen. Ganz unabhängig von Voirol war General Desmichels, der zu Oran und in den dieſem Platze benachbarten kleinen Hafenorten Arzew und Moſtaganem den Befehl führte und ſich durch einen Juden von Algier überreden ließ, daß es das ſicherſte Mittel ſeyn würde, die franzöſiſche Herrſchaft auch über das Innere des Landes auszubreiten, wenn er einen eingebornen Häuptling, der ſich beſtimmen ließe, die franzöſiſche Hoheit anzuerkennen, zur Obergewalt über alle arabiſche Stämme erhöbe, die durch Fremde doch niemals in Ordnung zu halten ſeyn würden. Ein ehrgeiziger, durch die ſeltenſten Geiſtesgaben ausgezeichneter

*) Vergl. Louis Blanc, T. IV. p. 461 ff. und Capefigue, T. VIII. p. 180 f.

Digitized by Google

junger Araber, Namens Abd el Kader (der Knecht des Mächtigen), der ſich bei ſeinen Stammgenoſſen den Ruf der Heiligkeit erworben und dadurch in großes Anſehen geſetzt hatte, trat mit dem franzöſiſchen General in Verbindung; und dieſer, der keine Ahnung davon hatte, daß er ſelbſt der franzöſiſchen Herrſchaft den gefährlichſten Feind heranbilde, ſchloß am 26. Februar 1834 mit dem damals noch wenig bedeutenden jungen Heiligen einen förmlichen Friedens- und Freundſchaftsvertrag, worin er demſelben den Titel eines Fürſten der Gläubigen beilegte, alle Rechte eines unabhängigen Herrſchers zugeſtand und außerdem die wichtige Erlaubniß ertheilte, ſich in den franzöſiſchen Häfen mit Waffen und Kriegsvorräthen zu verſehen. Abd el Kader wußte von der Gewalt, welche die Franzoſen ihm eingeräumt, den geſchickteſten Gebrauch zu machen; er vermochte eine Menge kleiner arabiſcher Stämme, die er aus den franzöſiſchen Arſenalen bewaffnete, ihn als ihr Oberhaupt anzuerkennen, und rief, ſobald er ſeinen Zweck erreicht hatte, alle wahre Gläubige zu dem ihnen durch die Religion gebotenen heiligen Kriege auf, indem er ihnen ankündigte, daß er die Franzoſen aus Africa vertreiben werde. Ehe er die Maſke noch fallen gelaſſen hatte, war General Desmichels von Oran abberufen und Trézel, ein alter Soldat, der ſich wenig auf politiſche Feinheiten verſtand, ſtatt ſeiner zum Befehlshaber ernannt worden. General Trézel war noch nicht lange auf ſeinem Poſten, als er ſich mit Abd el Kader in Zwiſtigkeiten verwickelt ſah, weil dieſer zwei den Franzoſen befreundete arabiſche Stämme gegen ihren Willen von der Küſte in das Innere verpflanzen wollte, um ihren Verkehr mit den Ungläubigen zu unterbrechen. Eine Botſchaft, die Trézel deshalb an Abd el Kader richtete, wurde von dieſem nicht beantwortet, und der General zog deshalb mit einer Heeresabtheilung von mehreren Tauſend Mann von Oran aus, um den untreuen Verbündeten aufzuſuchen. Er war auf der Straße von Oran nach der Stadt Maſcara, wo Abd el Kader ſeinen Sitz hatte, etwa neun franzöſiſche Meilen vorgerückt, als er plötzlich (am 26. Juni 1835) in einem Engpaſſe, in dem er ſeine Truppen nicht entwickeln konnte, von einer weit überlegenen Macht angegriffen wurde. Nicht ohne Verluſt ſchlug er den Anfall zurück und drang bis zu den Ufern des Sigfluſſes durch, wo er in einem weniger durchſchnittenen Terrain eine vortheilhaftere Stellung einnehmen konnte. Hier verſuchte er es, mit Abd el Kader zu unterhandeln, was aber bei dem Hochmuthe, mit dem dieſer alle Forderungen der Franzoſen zurückwies, zu keinem Ergebniſſe führte. Von dem Rückwege nach Oran abge-

Digitized by Google

ſchnitten, beſchloß Trézel, ſich nach dem nur einen Tagemarſch entfernten Arzem durchzuſchlagen, erlitt aber auf dem Marſche durch eine ihm ganz unbekannte Gegend eine Niederlage, in der er mehre Hundert Mann an Todten und Verwundeten, ſein ganzes Gepäck und ein Stück Geſchütz verlor. Eine ſolche Schmach für die franzöſiſchen Waffen durfte nicht ungerächt bleiben. Der Herzog von Broglie ſetzte es durch, daß der durch ſeine frühere Statthalterſchaft von Algier mit den Verhältniſſen vertraute Marſchall Clauzel zum Generalgouverneur ernannt wurde. Der Marſchall war kaum auf africaniſchem Boden angekommen, als er erklärte, daß der übermüthige arabiſche Häuptling, der es gewagt habe, ſeine Hand gegen die Franzoſen zu erheben, der verdienten Züchtigung nicht entgehen werde. Die Vorbereitungen, die zu dieſem Zwecke nöthig waren, verzögerten ſich jedoch bis in den November, weil das franzöſiſche Heer durch den gerade in dieſer Zeit erfolgenden Abgang der Fremdenlegion zu ſehr geſchwächt war und die zum Erſatz dienenden Verſtärkungeu lange auf ſich warten ließen. In der zweiten Hälfte des Novembers waren endlich 13,000 Mann zu Oran vereinigt. Marſchall Clauzel übernahm den Oberbefehl, und mit ihm war auch der Herzog von Orleans eingetroffen, um den Zug mitzumachen, der ſich am 26. November gegen Maſcara in Bewegung ſetzte. Erſt am vierten Tage des Marſches bekam man die erſten feindlichen Reiterhaufen zu ſehen, die ſich auf ihre Hauptmacht zurückzogen, welche an den Ufern des Sig eine mit vielem Geſchick gewählte Stellung einnahm. Aus dieſer wurden die Araber nach fünfſtündigem Kampfe herausgeworfen, was ſie aber ſo wenig entmuthigte, daß ſie ſchon am folgenden Tage, als die Franzoſen ihren Marſch gegen Maſcara fortſetzten, die Colonnen derſelben mit wüthendem Umgeſtüme angriffen. Der Kampf dauerte den ganzen Tag hindurch. Abd el Kader, der überall perſönlich zugegen war, bewies die glänzendſte Tapferkeit, vermochte aber gegen die feſtgeſchloſſenen Tod ſprühenden Maſſen, die in ununterbrochenem Vorrücken begriffen blieben, mit ſeinen leichten Reitern nichts auszurichten, und begnügte ſich fortan, die Nachhut zu beunruhigen. Am 6. December rückte die franzöſiſche Vorhut in Maſcara ein, fand dieſe Stadt aber von allen Einwohnern mit Ausnahme einiger Hundert Juden verlaſſen und von allen Hülfsmitteln entblößt, da Abd el Kader ſie vor der Räumung der Plünderung Preis gegeben hatte. Der Plan, den Marſchall Clauzel urſprünglich gehegt hatte, in derſelben einen einheimiſchen Bei einzuſetzen, zeigte ſich als unausführbar; er beſchloß daher, um ein dauerndes Denkmal der franzöſiſchen Rache zu hinter-

Digitized by Google

laſſen, die Stadt durch Feuer zu zerſtören und trat, nachdem er dies in das Werk geſetzt, ſeinen Rückmarſch an, auf dem er jedoch nicht wieder die Straße nach Oran, ſondern die kürzere nach Moſtaganem einſchlug.

Die Siegesberichte, die Clauzel nach Frankreich ſchickte, trafen gerade zu rechter Zeit ein, um der Thronrede, mit der am 29. December 1835 die Kammern eröffnet wurden, einen die franzöſiſche Volkseitelkeit beſtechenden Schmuck zu leihen. Es bedurfte deſſen aber kaum, denn die Schilderung, welche die Rede von der allgemeinen Lage des Landes entwarf, war eine ſo erfreuliche, wie noch in keinem früheren Jahre ſeit der Julirevolution. Der öffentliche Wohlſtand war in ſtetigem Zunehmen begriffen, die innere Ruhe gegen jede Störung geſichert, und auch von Außen war keine Unterbrechung des Friedens zu beſorgen, weil mit allen europäiſchen Mächten die freundlichſten Beziehungen unterhalten wurden. Die Verwaltung des Herzogs von Broglie durfte unter dieſen Umſtänden auf ein langes Beſtehen rechnen, denn es fehlte ſelbſt an einem Vorwande, der einen Angriff hätte hervorrufen können, da die liberale Partei ſeit der Annahme der Septembergeſetze, von der Erfolgloſigkeit aller ihrer Anſtrengungen überzeugt, ſich beinahe von jeder thätigen Theilnahme an den Berathungen zurückgezogen hatte. Man ſah daher einer Seſſion entgegen, die das in Frankreich ſeit dem Beſtehen der Repräſentativverfaſſung nicht erhörte Schauſpiel einer allgemeinen Einigkeit und Uebereinſtimmung geboten hätte, als am 14. Januar 1836 der Finanzminiſter Humann die Voranſchläge für den Staatshaushalt des nächſten Jahres vorlegte. Nichts deutete in dem ruhigen und beſonnenen Vortrage, den er bei dieſer Gelegenheit hielt, darauf hin, daß derſelbe der Kammer eine Ueberraſchung bereiten ſollte. Die geſpannteſte Aufmerkſamkeit wurde jedoch erregt, als er zum Schluſſe eingeſtand, daß die Ausgaben fortwährend die Einnahmen überſtiegen, und als er hinzufügte, daß eine Herſtellung des Gleichgewichtes nur auf doppeltem Wege möglich ſey, indem man entweder die Steuern erhöhte, was er aber ſelbſt nicht für räthlich erklärte, oder indem man die Zinſen der Staatsſchuld herabſetzte, was nicht allein ausführbar, ſondern auch durch die Gerechtigkeit geboten ſey, da alles übrige Eigenthum in Frankreich bloß einen Ertrag von 3 Procent abwerfe, während man den Staatsgläubigern allein 5 Procent zahle. Auf der Miniſterbank entſtand bei dieſen Worten eine unruhige Bewegung; der Herzog von Broglie verrieth ſein Erſtaunen durch eine zornige Gebehrde und Thiers, der neben ihm ſaß, ſoll ihm

Digitized by Google

zugeflüſtert haben: „Stecken Sie ihre Hand in die Taſche, theuerſter Herzog; Sie werden ein Ereigniß darin finden!“ In der Kammer fragte ſich Jedermann, was es zu bedeuten habe, daß der Finanzminiſter eine Maßregel, deren dringende Nothwendigkeit er auf das Unwiderleglichſte dargethan, dennoch nicht in Vorſchlag bringe; und da er ſich über die Gründe, die ihn abhielten, nicht ausſprach, wurde ihm ein Tag beſtimmt, an dem er Rede und Antwort ſtehen ſollte. Ehe dieſer Tag noch gekommen war, verkündete der Moniteur, daß der Finanzminiſter Humann ſeine Entlaſſung genommen habe und durch den Grafen d'Argout erſetzt worden ſey, jenen geſchmeidigen Höfling, der ſeit der Julirevolution ſich dem Könige der Franzoſen jeder Zeit zu jeder Art der Dienſtleiſtung bereit gezeigt, und der daher nach einander Seeminiſter und Handelsminiſter, Miniſter des Innern und als vorläufiger Stellvertreter ſogar Juſtizminiſter und Miniſter des Auswärtigen geweſen war.

Die Erklärung, die Humann in der Kammer über die Veranlaſſung ſeines Austrittes aus der Verwaltung gab, war eher dazu geeignet, die Frage zu verdunkeln als aufzuhellen. Er verſicherte, daß in dem Cabinete über die Zweckmäßigkeit einer Herabſetzung des Zinsfußes nur eine Meinung geherrſcht, und daß er bei der Vorlegung des Budgets die Gemüther daher auf eine ſo viele Privatintereſſen berührende Maßregel habe vorbereiten wollen. Seitdem habe die Frage eine andere Geſtalt angenommen, und er habe deshalb, um der Abgeordnetenkammer gegenüber nicht in eine ſchiefe Stellung zu treten, ſeine Entlaſſung eingereicht. Im ſchroffſten Widerſpruche mit dieſer Erklärung ſtand die Behauptung des Herzogs von Broglie, der unmittelbar darauf das Wort nahm und ſeinerſeits verſicherte, daß die Frage der Herabſetzung des Zinsfußes noch niemals im Cabinete zur Erörterung gekommen wäre, und daß man daher im höchſten Grade überraſcht geweſen ſey, als der Finanzminiſter dieſelbe bei der Vorlegung des Budgets in der Kammer aufgeworfen habe. Humann ſchwieg; aber das Opfer, welches er dadurch brachte, verhehlte den wahren Stand der Sache auch vor dem Kurzſichtigſten nicht. Er hatte die Wahrheit geſagt, als er ſich darauf berief, daß ſämmtliche Miniſter über die Herabſetzung des Zinsfußes einverſtanden geweſen wären, wenn auch bisher über dieſelbe nur gelegentliche Beſprechungen und noch keine förmliche Berathungen Statt gefunden hatten. Der Widerſtand gegen die Maßregel kam nicht von irgend einem Mitgliede des Cabinets, ſondern von Ludwig Philipp, der nichts davon wiſſen wollte, weil er

Digitized by Google

in den zahlreichen Rentenbeſitzern der Hauptſtadt, die durch eine Erniedrigung des Zinsfußes benachtheiligt worden wären, die feſteſte Stütze ſeiner Regierung ſah, und lieber der Maſſe der Nation eine ſchwerere Laſt auflegen, als die Anhänglichkeit dieſer Claſſe verlieren wollte *). In der Kammer konnten dieſe Gründe, da man die Perſon des Königs nicht bloßſtellen durfte, nicht zur Erörterung kommen, und der Beweis für die Nothwendigkeit der Maßregel, den Humann geführt hatte, behielt daher ſeine volle Kraft. Die Mittelpartei, die das Fehlſchlagen ihrer Hoffnungen in der vorjährigen Seſſion nicht vergeſſen hatte, ergriff mit Begierde die Veranlaſſung, welche die zweideutige Lage des Cabinets bot, um dieſes in Verlegenheit zu ſetzen. Ein Abgeordneter der Partei, Gouin, nahm den Vorſchlag auf, den die Miniſter nicht durchzuführen wagten, und ſtellte ohne Weiteres einen ſelbſtändigen Antrag, der die Herabſetzung des Zinsfußes der Staatsſchuld forderte. Paſſy, Sauzet, Dufaure und mehrere andere Häupter der Mittelpartei traten nacheinander zur Unterſtützung des Vorſchlages auf, der von dem Cabinete auf eine ſonderbare Weiſe bekämpft wurde. Der Miniſter des Innern, Thiers, der in dem Namen ſeiner Collegen das Wort nahm, gab zu, daß die Herabſetzung des Zinsfußes eine Maßregel ſey, zu der man vollkommen berechtigt wäre, deren Vortheile ſich nicht in Zweifel ziehen ließen und die zuletzt unvermeidlich werden würde; dagegen glaubte er, daß ſie für die Rentenbeſitzer zu hart ſey. Um dieſe Anſicht drehete ſich die ganze Erörterung; die miniſteriellen Redner waren von dem tiefſten Mitgefühle für die Rentenbeſitzer ergriffen, die ſelbſt bei fünf Procent Zinſen von ihrem Capital kaum zu leben vermöchten, und hatten nicht das geringſte Mitgefühl für das Volk, welches dieſe Zinſen durch unerſchwingliche Steuern aufbringen mußte. In der Abgeordnetenkammer waren zwar die Freunde der Regierung, die mit den Grundſätzen derſelben im Allgemeinen einverſtanden waren, in großer Mehrzahl; aber dieſe Mehrzahl beſtand nicht aus Rentenbeſitzern, und konnte ſich daher nicht davon überzeugen, daß es das Heil des Staates erfordere, den Rentenbeſitzern durch die Zahlung unverhältnißmäßiger Zinſen ein Geſchenk zu machen, welches Humann auf 26 Mill. Fr.

*) Daß dieß der wahre Zuſammenhang iſt, geht aus einer unbefangenen Prüfung der Kammerverhandlungen über die Rentenreduction mit unwiderleglicher Gewißheit hervor. Die unwürdige Intrigue, die Louis Blanc, T. IV. p. 491 Ludwig Philipp Schuld geben möchte, entbehrt dagegen eben ſo ſehr, wie das ſaubere Geſchichtchen, welches Capefigue T. VIII. p. 383 f. von der angeblichen Verrätherei des verhaßten Thiers erzählt, aller Wahrſcheinlichkeit.

Digitized by Google

jährlich berechnete. Die Miniſter, da ſie die ungünſtige Stimmung der Kammer ſahen, begnügten ſich zuletzt, nur eine Vertagung der Berathung zu verlangen; die Kammer verwarf jedoch dieſen Antrag in der Sitzung vom 5. Februar mit einer Mehrheit von 194 Stimmen gegen 192 und beſchloß am folgenden. Tage mit einer ungleich zahlreichern Mehrheit, Gouin's Vorſchlag in Erwägung zu ziehen. Noch an demſelben Tage nahmen ſämmtliche Miniſter ihre Entlaſſung, da ſie ſich von der Kammer nicht die Verbindlichkeit auflegen laſſen konnten, eine Maßregel auszuführen, gegen die ſie ſich mit der äußerſten Beſtimmtheit ausgeſprochen hatten.

Da das Cabinet, welches ſich gegen die Herabſetzung des Zinsfußes der Staatsſchuld erklärt hatte, durch eine Entſcheidung der Abgeordnetenkammer zu Gunſten dieſer Maßregel geſtürzt, und da ohne die Unterſtützung der Abgeordnetenkammer jede Regierung unmöglich war, ſo ſchien es ſich von ſelbſt zu verſtehen, daß die neue Verwaltung aus den Häuptern der Partei gebildet wurde, die in der Kammer geſiegt hatte. In der That wurden Dupin, Paſſy und Sauzet, die drei vorragendſten Häupter der Mittelpartei in die Tuilerien beſchieden, und Ludwig Philipp unterhielt ſich mit ihnen über die Nothwendigkeit, ein neues Miniſterium zu Stande zu bringen, welches auf die Unterſtützung der Kammern rechnen könne; er ſprach davon, daß es zweckmäßig ſeyn würde, wenn auch die Pairskammer in dem Miniſterium vertreten wäre, und forderte die drei Abgeordneten auf, ihm in dieſer Beziehung Vorſchläge zu machen, worüber ſich Unterhandlungen mit dem Marſchall Gérard und mit dem Grafen Molé entſpannen, die der König perſönlich führte, ohne daß auf dieſem Wege irgend ein Ziel erreicht worden wäre, bis zuletzt Dupin die Geduld verlor und dem Könige geradezu erklärte, daß er an Unterhandlungen, die ſo geführt würden, keinen Theil mehr haben wolle; es ſey unter der Würde der Abgeordnetenkammer bei der Pairskammer als Bittſtellerin aufzutreten; um ein Cabinet zu bilden, dürften nicht mehrere Perſonen zugleich den Auftrag erhalten, ſondern es müſſe ein Präſident ernannt werden, der ſeinerſeits ſeine Collegen bezeichnete. Ludwig Philipp wußte dieß eben ſo gut, wie Herr Dupin, da ihm das Verfahren, welches in England beobachtet wird, wohl bekannt war; aber er wußte auch, daß er damit die Gewalt aus den Händen gegeben und auf ſeinen perſönlichen Einfluß verzichtet hätte, was durchaus außerhalb ſeines Planes lag. Die Lage war aber jener im vergangenen Jahre nicht zu vergleichen, wo man zuletzt nur Alles beim Alten laſſen

durfte, da dießmal keine Abordnung der Kammer kommen wollte, um die zurückgetretenen Miniſter zu bitten, im Amte zu bleiben. Am Ende würde er ſich deshalb vielleicht doch noch genöthigt geſehen haben, den Forderungen der Mittelpartei nachzugeben, wenn es ihm nicht gelungen wäre, die feſte Vereinigung, die bisher ungeachtet der Verſchiedenheit ihrer Grundanſichten zwiſchen Guizot und Thiers beſtand, zu löſen, und dadurch den Sturm zu beſchwichtigen, den man, wenn der Ernſt der Geſchichte die tändelnde Ausdrucksweiſe der Franzoſen geſtattete, füglich als die Verſchwörung der mittelmäßigen Köpfe bezeichnen könnte. Die Abneigung, welche die Mittelpartei gegen die Verwaltung des Herzogs von Broglie hegte, war nicht ſowohl auf dieſe oder jene einzelne Meinungsverſchiedenheit, als auf einen Gegenſatz der ganzen politiſchen Grundanſchauung begründet, der nicht allein jede Ausgleichung, ſondern jede Annäherung unmöglich machte. Man würde dem Herzoge von Broglie, wie Guizot die unerbittliche Strenge, die ſie in dem Kampfe gegen die Anhänger der Republik bewieſen hatten, gern verziehen haben; aber man verzieh ihnen nicht, daß ſie darauf ausgingen, der regelloſen Willkür, welche die Revolution mit der Freiheit verwechſelte, auch in den Meinungen ein Ziel zu ſetzen und die Geſellſchaft, ſtatt ihre Grundlagen noch tiefer zu zerſtören, auf den alten Fundamenten der Religion, der Sitte und einer feſten Ordnung wieder aufzubauen. Man hatte für Broglie, Guizot und ihre Freunde, unter denen Royer Collard der bedeutendſte war, ſchon in der letzten Zeit der Reſtauration den Spottnamen der Doctrinaire oder Männer der Lehre erfunden, um ſie als pedantiſche Schulmeiſter zu bezeichnen, die dem Leben fremd wären. Als ſie aber nach der Julirevolution zu einer Macht gelangten, die ihnen geſtattete, ihre Lehre in das Leben einzuführen, kehrte ſich der wüthendſte Haß gegen ſie, weil man nun erſt die Gefahr erkannte, die von der gering geachteten „Secte“ den Abgöttern drohte, deren Verehrung der franzöſiſche Liberalismus zu ſeinen unumſtößlichen Glaubensſätzen rechnete. Und hierin ſtand Thiers, wenn er auch in allen practiſchen Fragen mit Guizot übereinſtimmte, ganz auf der Seite der Mittelpartei. Er war ſich des innern Zwieſpaltes, der zwiſchen ihm und Guizot obwaltete, immer wohl bewußt geweſen; man brauchte daher nur ſeinen Ehrgeiz zu ſtacheln, ihm nur vorzuſpiegeln, daß nichts ihn hindern könne, die oberſte Leitung der Geſchicke Frankreichs anzuſprechen, ſobald er ſich von dem Gewicht des Haſſes, mit dem die Doctrinaire beladen wären, nicht mit niederziehen laſſe, um ihn von einem Bunde abzuwenden, den kleine Eiferſüchteleien

Digitized by Google

längſt erſchüttert hatten. Dazu kam, daß gerade in der letzten Zeit die Meinungsverſchiedenheit, die ihn von Guizot trennte, ſchärfer hervorgetreten war. Und dazu mußte der Ausgang des Aprilproceſſes und der Erfolg der Unterſuchung gegen die Urheber des königsmörderiſchen Anſchlages vom 28. Juli weſentlich beitragen. Der Aprilproceß hatte ſich, durch die dazwiſchen fallende Unterſuchung unterbrochen, bis in den Anfang des Jahres 1836 hingezogen und war erſt im Januar durch die Verurtheilung der entflohenen Pariſer Angeklagten in contumaciam beendigt worden. Keiner der Gefangenen war zum Tode verurtheilt, aber alle bei den republikaniſchen Unruhen ſchwerer Betheiligten büßten theils durch lebenslängliches, theils durch vieljähriges Gefängniß die Schuld ihrer Auflehnung gegen die Geſetze. Der Zweck, den die Regierung vor Augen hatte, indem ſie den ihr angebotenen Kampf annahm, ſtatt den vorhergeſehenen Ausbruch durch vorbeugende Maßregeln zu verhindern, war vollſtändig erreicht. Die republikaniſche Partei war durch den Kerker oder durch die Flucht in das Ausland ihrer thatkräftigſten Häupter beraubt und damit zu einer Ohnmacht herabgeſunken, welche die an die Stelle des auseinandergeſprengten großen Vereines der Menſchenrechte getretenen geheimen Verbindungen, wenn auch nicht ganz unſchädlich, doch ſchon deshalb wenig gefährlich machte, weil die ſtete Furcht vor der Entdeckung ſie auf einen engen Kreis beſchränkte und es ihnen unmöglich machte, auf die Maſſen zu wirken. Die Vorausſetzung, von der man bei der Vorlegung der Septembergeſetze ausgegangen war, daß das Verbrechen vom 28. Juli mit einem tief angelegten und weit verzweigten Plane zuſammenhänge, hatte ſich durch die Unterſuchung als unbegründet erwieſen. In den erſten Tagen des Schreckens und der Aufregung waren über hundert durch ihre republikaniſchen Geſinnungen bekannte Perſonen eingezogen worden; faſt alle mußten jedoch nach den erſten Verhören wieder in Freiheit geſetzt werden, und zuletzt blieb der Verdacht der Theilnahme nur auf fünf politiſch ganz unbedeutenden Menſchen haftend. Der unzweifelhafte Urheber des Mordanſchlages war ein Corſe, Fieschi, ein ehemaliger Soldat von ruchloſem, verwegenem Charakter, ohne alle Bildung und ſelbſt ohne eine beſtimmte politiſche Meinung. Seiner Ausſage nach hatten ihn zwei republikaniſch geſinnte Bürger, frühere Mitglieder des Vereines der Menſchenrechte, der Krämer Pépin und der Sattler Morey, zu ſeiner furchtbaren That angereizt und mit den nöthigen Geldmitteln verſehen. Zwei republikaniſche Handwerksgeſellen, Boireau und Beſcher, waren erſte durch Pépin in das Vertrauen gezogen, der andere ohne alle Mitwiſſenſchaft

Digitized by Google

verleitet worden, die Papiere herzugeben, deren Fieschi ſich auf ſeiner Flucht bedienen wollte. Die öffentlichen Verhandlungen des Proceſſes, die am 30. Januar begannen, ſtellten die ehrloſe Banditennatur des Corſen und die politiſche Bedeutungsloſigkeit ſeiner Mitſchuldigen in das hellſte Licht. Fieschi, Pépin und Morey wurden zum Tode verurtheilt und am 19. Februar unter dem Zulaufe einer unermeßlichen Menſchenmenge hingerichtet; Boireau war wegen unzweifelhafter Mitwiſſenſchaft, deren Ausdehnung nur im Dunkeln blieb, zu zwanzigjährigem Gefängniß verurtheilt, Beſcher als völlig ſchuldlos freigeſprochen worden. Was die öffentlichen Verhandlungen des Proceſſes ganz Frankreich vor Augen geſtellt hatten, daß man ſich getäuſcht, als man der republikaniſchen Partei in ihrer Geſammtheit die Schuld eines Verbrechens beimaß, welches nur aus der ſittlichen Entartung eines rohen grundſatzloſen Böſewichtes entſprungen war, davon hatten die Miniſter ſich bereits im Laufe der Vorunterſuchung überzeugen können. Thiers war unter dieſen Umſtänden der Meinung, daß kein Grund mehr vorhanden ſey, die außerordentlichen Maßregeln in Anwendung zu bringen, die er ſelbſt am eifrigſten empfohlen hatte, als es ſich darum handelte, einer drohenden und dringenden Gefahr zu begegnen. Er hielt es nach der Herſtellung der Ruhe und des Friedens an der Zeit, die Geſetze, die er nur als ein unentbehrliches Rüſtzeug für den Krieg betrachtete, in das Arſenal niederzulegen, indem dieſelben bis zu der einſtigen Rückkehr neuer Tage des Kampfes ungebraucht zu verwahren wären; und als dieſe Frage zur Erörterung kam, zeigte er ſich als der entſchiedenſte Gegner Guizot's und ſeiner Freunde, des Herzogs von Broglie und des Grafen Duchâtel, die nicht zugaben, daß die Gefahr vorüber ſey, weil dieſelbe nicht in den Aufläufen und Kämpfen auf der Straße, auch nicht bloß in der Verkehrtheit der politiſchen Meinungen, ſondern in der allgemeinen Löſung der alten Bande der Sitte und der Zucht liege, weshalb denn auch die nachſichtloſeſte Strenge in der Handhabung der Geſetze nicht bloß für den Augenblick, ſondern für die Dauer unerläßlich bleibe.

Ludwig Philipp neigte ſich perſönlich mehr zu der Anſicht der Doctrinaire, als der revolutionairen Mittelpartei; er erkannte gleich jenen die Herſtellung des alten Glaubens in den Gemüthern als die ſicherſte Bürgſchaft für die Erhaltung der geſetzlichen Ordnung; aber er erkannte in der ſtrengen Folgerichtigkeit der politiſchen Geſinnungen eines Guizot und eines Herzogs von Broglie ein größeres Hemmniß für die Begründung ſeiner perſönlichen Obergewalt, als in den re-

Digitized by Google

volutionairen Neigungen des bei weitem weniger ſeiner ſelbſt gewiſſen und in ſich ſelbſt befeſtigten Thiers; und aus dieſem Grunde entſchloß er ſich, nach langem Schwanken, Thiers mit der Verwaltung der auswärtigen Angelegenheiten, nach der ſein Ehrgeiz im Geheimen lange verlangt hatte, den Vorſitz im Miniſterrathe und die Sorge für die Zuſammenſetzung eines neuen Cabinetes zu übertragen*). Die Schwierigkeiten, die bisher dem Zuſtandekommen einer neuen Verwaltung entgegenſtanden, waren jetzt ſchnell gehoben. Drei Tage nach der Hinrichtung Fieſchi's, am 22. Februar, trat Thiers als Präſident des Miniſterrathes und Miniſter des Auswärtigen an die Spitze des Cabinets, in dem von den übrigen älteren Mitgliedern nur die aller politiſchen Bedeutung entbehrenden, der Finanzminiſter Graf d'Argout, der Kriegsminiſter Marſchall Maiſon und der Seeminiſter Duperré ihre Stellen behielten, während von den Häuptern der Mittelpartei (des tiers parti, der jetzt ſpottweiſe auch wohl der parti Thiers genannt wurde), Sauzet ſtatt des ausſcheidenden Perſil die Siegel, Paſſy ſtatt des Grafen Duchâtel die Leitung der öffentlichen Arbeiten und des Handels und Pelet (de la Lozère) ſtatt Guizots das Unterrichtsweſen übernahmen. Das wichtige Amt eines Miniſters des Innern war dem Grafen Montalivet zugetheilt, der ſeit ſeinem Ausſcheiden aus der Verwaltung Intendant der Civilliſte und als ſolcher in täglichem unmittelbarem Verkehr mit dem Könige geweſen war. Sauzet, Paſſy und Pelet waren alle drei Vicepräſidenten der Abgeordnetenkammer und konnten daher mit gutem Grunde als die eigentlichen Vertreter der Mehrheit in derſelben angeſehen werden. Alle drei hatten ſich für die Herabſetzung des Zinsfußes der Staatsſchuld ausgeſprochen; aber viel wichtiger als die Durchführung dieſer Maßregel ſchien ihnen die Verdrängung der Doctrinaire, und ſie nahmen daher keinen Anſtand, dem größeren Zwecke den untergeordneten zu opfern, indem ſie ſich bei einer Verwaltung betheiligten, von der ſie wohl wußten, daß ſie die Herabſetzung des Zinsfußes nicht durchſetzen werde. An dem Tage, an dem die neuen Ernennungen bekannt gemacht wurden, erſchien Thiers mit ſeinen Collegen in der Abgeordnetenkammer und hielt eine Lobrede

*) Dieſe Darſtellung, für die actenmäßige Beweiſe zu liefern freilich unmöglich iſt, rechtfertigt ſich durch ihre innere Wahrheit. Sie macht es uns überflüſſig, die kleinlichen Ränke zu erwähnen, zu denen ſowohl Capefigue (T. VIII. p. 394 f.) als Louis Blanc (T. IV. p. 491 ff.) ſeine Zuflucht nimmt, um das Zuſtandekommen des Miniſteriums vom 22. Februar zu erklären: der erſte, um nebenbei Thiers, der andere, um Ludwig Philipp in möglichſt ungünſtigem Lichte erſcheinen zu laſſen.

auf das aufgelöſte Cabinet, dem die Zeit eine vollkommene Einheit
Anſichten und Geſinnungen verliehen hätte, verſicherte, daß das
Miniſterium gleich jenem der Unordnung, wenn ſie wieder erwachte,
eine unüberwindliche Schranke entgegenſetzen werde, fügte aber hinzu,
daß es ſeine Abſicht nicht ſey, die Trennung der Gemüther, den
teihaß zu verewigen, und ſprach das vielbedeutende Wort, daß er
hüten werde, zum voraus den Gang zu bezeichnen, den das neue
binet einſchlagen wolle: der Wunſch deſſelben ſey, nicht nach
Worten, ſondern nach ſeinen Thaten gerichtet zu werden. Die
ſetzung des Zinsfußes der Rente wurde auch nicht durch die
Andeutung erwähnt, und Niemand fand gegen dieſes auffallende
ſchweigen das Geringſte zu erinnern. Die Erörterung, wie unangenehm
ſie ſeyn mochte, war jedoch nicht zu vermeiden. Ein beſtimmter
ſchlag war gemacht; die Kammer hatte beſchloſſen, denſelben in
gung zu ziehen, und der Tag kam heran, an dem die Berathung
ginnen mußte. Der Berichterſtatter der Commiſſion, welche die Kammer
zur Prüfung niedergeſetzt hatte, Lacave-Laplagne, hielt einen
Vortrag, worin er nachzuweiſen bemüht war, daß eine Herabſetzung
des Zinsfußes von 5 auf 4½ Procent dem Staate immer noch
deutenden Vortheil und den Rentenbeſitzern verhältnißmäßig
Schaden bringen würde; zum Schluſſe trug er aber nicht darauf an,
daß die Kammer ſich nun für dieſe Maßregel erklären, ſondern daß
die Erörterung vertagen ſollte, weil die Miniſter verſprochen hätten,
im nächſten Jahre ſelbſt einen Geſetzentwurf darüber einzubringen.
Thiers beſtätigte dieß, fügte jedoch vorſichtig hinzu: er übernehme
Verpflichtung nur unter der Vorausſetzung, daß die Umſtände im
ſten Jahre günſtiger ſeyn würden als in dieſem Augenblicke.
Kammer war durch dieſe Zuſage, welche der Herzog von Broglie
ſo gut hätte machen können, vollkommen befriedigt und beſchloß
Antrage der Commiſſion und dem Wunſche der Miniſter gemäß
Vertagung. Die Doctrinaire, die von Anfang ihren Groll gegen
neue Cabinet nur mit Mühe hatten unterdrücken können,
denſelben jetzt nicht länger zurückzuhalten, da ſie ſahen, daß es ſich
der That nicht ſo ſehr um die Maßregel, die ſie bekämpft hatten,
um ihre eigene Ausſchließung handelte. Wenige Tage ſpäter, als
neue Miniſter des Innern die Bewilligung der gewöhnlichen Zuſchüſſe
zu den geheimen Ausgaben ſeines Departements verlangte, erklärten
mehrere liberale Abgeordnete, daß ſie dem neuen Cabinete ihre
ſtützung nicht verweigerten, weil ſie den großen Unterſchied wohl

Digitized by Google

griffen, der zwiſchen den Anſichten deſſelben und den Anſichten des alten Miniſteriums beſtehe. Bisher ſey der Wahlſpruch geweſen: Strenge und Widerſtand; jetzt ſey derſelbe: Mäßigung und Verſöhnung. Dieß war für Guizot zuviel. In feuriger Rede vertheidigte er die Politik, welche die Regierung ſeit ſechs Jahren befolgte, die aber, ſowie er dieſelbe auffaßte, eigentlich nur ſeine eigene war. Er behauptete, daß ſeine Politik niemals eine rückſchreitende geweſen ſey, weil in einer Zeit, wo zügelloſe Leidenſchaften alle Dämme zu durchbrechen drohten, der wahre Fortſchritt in der Rückkehr zur Ordnung liege. Die Gefahr ſey auch jetzt noch nicht vorüber, deshalb dürfe dieſe Politik auch jetzt noch nicht aufgegeben werden. Das einzige Mittel, der Gefahr mit Erfolg zu begegnen, beſteht aber darin, daß man eine vollkommene Uebereinſtimmung zwiſchen den drei Staatsgewalten — König, Pairie und Abgeordnetenkammer — herſtelle. Da Guizot nicht geradezu als Gegner des neuen Miniſteriums auftrat, ſondern vielmehr die Ueberzeugung ausſprach, daß dieſes von der Politik, welche er als die ſeit ſechs Jahren befolgte bezeichnete, nicht abweichen werde, ſo zwang er die Miniſter, zwiſchen den beiden Richtungen, nach denen ſie auf der einen Seite von den gemäßigten Liberalen, auf der andern von den Doctrinairen hingezogen wurden, zu wählen. Sauzet, der neue Siegelbewahrer, übernahm es, Guizot zu antworten und ſeine Erwiderung, wenn auch in allgemeinen Ausdrücken gehalten, ließ keinen Zweifel darüber, welche Partei das Cabinet ergriffen hatte. Sauzet erklärte, daß auch dem neuen Cabinete die Grundſätze der Ordnung heilig ſeyn würden, die ſeit dem J. 1830 vorgeherrſcht hätten; gegenwärtig ſey aber eine Ruhe eingetreten, die man nicht dadurch ſtören dürfe, daß man die Gemüther, die ſich einander näherten, von neuem aufreize; vielmehr müſſe man jetzt die Parteien, die ſich ſelbſt aufzulöſen anfingen, mit der Regierung vereinigen und verſöhnen. Die Nation ſey der politiſchen Händel müde geworden; aber man dürfe nicht vergeſſen, daß ihre Thätigkeit nie auf lange Zeit in Schlaf verſinke; man müſſe daher den gegenwärtigen Stillſtand dazu benutzen, um alle mögliche Verbeſſerungen einzuführen, damit ſie dieſe bei ihrem Erwachen finde, weil dann ihr Erwachen nicht gefährlich ſeyn werde. Sauzet hatte nicht bloß in ſeinem eigenen Namen, er hatte im Namen des ganzen Cabinets geſprochen, und ſeinen milden, verſöhnenden Worten entſprach die That. Die Geſetze, die man, von dem Drange des Augenblickes hingeriſſen, dem Sturme der Parteien entgegengeſtellt hatte, wurden nicht zurückgenommen, aber ſie wurden in der tiefen Ruhe,

Digitized by Google

die auf dieſen Sturm gefolgt war, nicht zur Anwendung gebracht; die Verfolgungen gegen die Preſſe, die von der letzten Verwaltung über alles Maß hinausgetrieben waren, hörten auf; und wenn die Polizei ihre unermüdliche Wachſamkeit nicht aufgab, ſo vernahm man doch nichts mehr von den rohen Gewaltthätigkeiten, durch welche ſie früher manche Unordnungen beinahe abſichtlich hervorzurufen ſchien. Der ſchwierigſte Theil der Aufgabe, welche das neue Miniſterium ſich geſtellt hatte, war offenbar die Einführung der Verbeſſerungen, die Sauzet ankündigte. Für den Anfang mußte man ſich damit begnügen, in die Handelsgeſetzgebung, die in der heilloſeſten Zerrüttung begriffen war, einige Ordnung zu bringen, denn hier hatte dem neuen Handelsminiſter ſein Vorgänger Duchâtel vortrefflich vorgearbeitet. Die franzöſiſche Handelsgeſetzgebung, wie ſie vom Kaiſerreiche auf die Reſtauration und von dieſer auf die Juliregierung übergegangen war, hatte hauptſächlich zum Zwecke, den einheimiſchen Gewerbfleiß und die einheimiſche Production durch Schutzſteuern zu ſichern, die in den meiſten Fällen einem unbedingten Einfuhrverbote gleich kamen. Allmälig überzeugte man ſich, daß die urſprüngliche Strenge der Beſteuerung in den meiſten Fällen nur wenigen vereinzelten Privatintereſſen von Vortheil und dem ganzen Lande vom weſentlichſten Nachtheile war; manche Veränderungen des Zolltarifs erſchienen ſo dringend, daß ſie durch vorläufige königliche Verordnung in Kraft geſetzt wurden, ehe die Kammern noch ihre Zuſtimmung ertheilt hatten, und eine Durchſicht der geſammten Handelsgeſetzgebung war daher zuletzt unvermeidlich geworden. Der Geſetzentwurf, den der Handelsminiſter Paſſy zu dieſem Zwecke der Abgeordnetenkammer vorlegte, blieb im Weſentlichen bei den alten Grundſätzen des Verbotſyſtems ſtehen, und beantragte nur im Einzelnen Erleichterungen, welche durch die Erfahrung als nothwendig bewährt waren. Die Verhandlungen, zu denen es darüber kam, gereichten der Einſicht und dem Gemeinſinne der würdigen Abgeordneten gleich wenig zur Ehre. Wenn man das unermeßliche Geſchrei hörte, welches bei jedem einzelnen Vorſchlage erhoben wurde, der eine Herabſetzung der beſtehenden Schutzſteuern zum Zwecke hatte, ſo hätte man meinen ſollen, daß man ſich nicht in einer Verſammlung von Geſetzgebern, die über Mittel zur Beförderung der allgemeinen Wohlfahrt beriethen, ſondern von Krämern befinde, welche ſich gegenſeitig die Vortheile eines Handelsgeſchäftes ſtreitig machten. Ein Privatintereſſe ſtritt mit dem andern, und jenes, welches die zahlreichſten Vertreter in der Kammer zählte, behielt natürlich den Sieg, ohne daß dabei auf das allgemeine

Digitized by Google

Beſte die geringſte Rückſicht genommen worden wäre. In dieſen Verhandlungen trat zum erſten Male die wahre Bedeutung des franzöſiſchen Repräſentativſyſtemes und damit überhaupt des Repräſentativſyſtemes, wie daſſelbe in allen conſtitutionellen Staaten Europa's mit der einzigen Ausnahme des ſcandinaviſchen Norwegens ſich ausgebildet hat, in unverhüllter Nacktheit hervor. Die theoretiſche Vorausſetzung des Repräſentativſyſtemes oder der Verfaſſungen, die auf dem Grundſatze einer ſogenannten allgemeinen Volksvertretung beruhen, iſt, daß eine Verſammlung, deren Mitglieder von den vermögendſten und deshalb angeſehenſten und gebildetſten Claſſen der Bevölkerung gewählt werden, am beſten geeignet ſey, durch Maßregeln der Geſetzgebung die nöthige Vorſorge für das allgemeine Wohl zu treffen. Dieſe Vorausſetzung würde auch vollkommen begründet ſeyn, wenn der Beſitz von Vermögen, Anſehen und Bildung zugleich eine Bürgſchaft für jene höchſte ſittliche Erhebung böte, die mit freudiger Verzichtleiſtung auf den eigenen Vortheil nur darauf ausginge, das Wohl aller Mitmenſchen und aller Mitbürger zu fördern. Die Selbſtſucht, dieſe unerſchöpfliche Quelle aller menſchlichen Verirrungen, iſt aber ſo tief in der menſchlichen Natur gewurzelt, daß auch die höchſte wiſſenſchaftliche Bildung, ob ſie das Verwerfliche der Eigenſucht gleich noch ſo klar erkennt, dieſelbe nicht auszurotten vermag. Nur der fromme Gottesglaube hat da, wo er in den Gemüthern wahrhaft lebendig iſt, dieſe Macht. Die ganze geſellſchaftliche Entwickelung in Frankreich hatte aber lange vor der erſten Revolution eine Richtung genommen, die nothwendig den Glauben aus den Gemüthern mehr und mehr verdrängen mußte. Frankreich war daher unter allen Ländern Europa's jenes, dem es am meiſten an der Bedingung fehlte, unter der die Vorausſetzung des Repräſentativſyſtemes allein zur Wahrheit werden kann, obwohl wir, um nicht ungerecht zu werden, uns nicht verbergen dürfen, daß nirgend auf der ganzen Erdoberfläche eine noch ſo kleine Gemeinſchaft, viel weniger eine große Nation zu finden iſt, die zu einer ſo hohen Stufe der allgemein menſchlichen Entwickelung gelangt wäre, daß ſie die Selbſtſucht völlig überwunden hätte. In Frankreich tröſtete man ſich damit, daß die großen ſittlichen Gedanken der Ehre, der Freiheitsliebe und der Begeiſterung für das Vaterland die Selbſtſucht nicht weniger wirkſam bekämpfen würden, als dieß in früheren Zeiten die Religion zu thun vermocht habe. Dabei vergaß man nur, daß auch dieſe erhabenen Gedanken ihre wahre Grundlage in der Religion — in dem lebendigen Bewußtſeyn des innigen Zuſammenhanges jedes

Digitized by Google

Einzelnen mit dem Allgemeinen — habe, und daß ſie, ſobald ihnen dieſe Grundlage entzogen iſt, weder in die Maſſen dringen, noch eine nachhaltige gleichmäßige Wirkung äußern können, ſondern immer nur auf einzelnen Spitzen der Geſellſchaft ſtoßweiſe durchbrechen und die größere Zahl nur vorübergehend mit ſich fortreißen werden. Unter der Reſtauration war es weniger bemerkt worden, daß die Verſammlung, welcher die Charte Ludwigs XVIII. den vornehmſten Antheil an der Geſetzgebung lieh, ihre Macht dazu benutzte, um unter dem Vorwande der Förderung des gemeinen Beſten ihr eigenes Beſte und das Beſte der Claſſen zu fördern, welche die Körperſchaft der Wähler bildeten. Damals zogen die Kämpfe gegen die Beſtrebungen zur Herſtellung des alten Adelthums und des alten Einfluſſes der Geiſtlichkeit beinahe ausſchließend die öffentliche Aufmerkſamkeit auf ſich, und es wurde daher kaum beachtet, daß die durch den leidenſchaftlichſten politiſchen Haß entzweiten Parteien in der Abgeordnetenkammer vollkommen mit einander einverſtanden waren, ſobald es ſich darum handelte, den großen Grundeigenthümern, Capitaliſten oder Fabrikanten, aus denen beide Parteien zuſammengeſetzt waren, gemeinſchaftliche Vortheile auf Koſten des allgemeinen Volkswohles zuzuwenden. Durch das neue Wahlgeſetz von 1830 wurde der enge Kreis, auf den unter der Reſtauration die Berechtigung zur Theilnahme an den Wahlen beſchränkt war, zwar beträchtlich erweitert, und man glaubte dadurch einen großen Sieg für die Freiheit errungen zu haben; aber der Charakter des Wählerkörpers erfuhr durch dieſe Erweiterung keine weſentliche Veränderung, ſondern es wurde nur die Zahl derer vermehrt, welche mit der politiſchen Macht zugleich die Berechtigung erhielten, ſich auf Koſten des Gemeinweſens zu bereichern. Bei den Verhandlungen, welche das neue Zollgeſetz in der Abgeordnetenkammer veranlaßte, ſprach ſich mit der rühmlichſten Offenheit Graf Jaubert aus: „So oft in dieſer Verſammlung eine Erörterung über das Zollweſen Statt gefunden hat,“ ſagte er, „haben wir zwei große Syſteme einander gegenüberſtehen geſehen: das Syſtem der Handelsfreiheit und das Syſtem der Schutzſteuern. Das erſte dieſer Syſteme verhält ſich zu dem andern, wie in der Politik die Bewegung zum Widerſtande. Auf der Seite der Handelsfreiheit, wie der politiſchen Bewegung ſehe ich dieſelben gefährlichen Lehren des Umſturzes, denſelben Haß gegen jede geſellſchaftliche Ueberlegenheit: hier greift man die Ariſtokratie, dort den großen Beſitz an. Zu den erſten Pflichten der Regierung gehört es, die materiellen Intereſſen des Landes zu ſchützen. Davon, daß nicht allein die Grundeigenthümer, ſon-

Digitized by Google

ıern auch die großen Gewerbtreibenden den beſonderen Schutz der Ge- etzgebung erfahren, hängt in hohem Grade die Erhaltung der beſtehen- ıen geſellſchaftlichen Ordnung ab.. Das Königthum muß ſich auf die ›orragenden Höhen der Geſellſchaft ſtützen; wenn dieſe nicht aufrecht ɟehalten werden, verliert jenes ſelbſt ſeine ſicherſten Stützpunkte.“ Mit ıicht geringerer Entſchiedenheit, wie Graf Jaubert, der große Eiſen- ͻammerbeſitzer, erklärte ſich Cunin Gridaine, ein großer Wollen- 'abrikant, gegen alle noch ſo geringfügige und größtentheils ſogar ıur nominelle Ermäßigungen der Schutzſteuern; aber er nahm einen 'ehr verſchiedenen Standpunkt der Beurtheilung ein. Er war der Mei- ıung, daß man bei allen Fragen in Bezug auf die Freiheit oder auf Beſchränkungen des Handels vor allen Dingen darauf Bedacht nehmen nüſſe, der großen Maſſe der Bevölkerungen Arbeit zu geben und da- ›urch das materielle Wohl der Maſſen zu fördern. Dieß geſchehe aber iberall am zweckmäßigſten, indem man den Gewerbfleiß zu heben ſuche. Davon ſchwieg Herr Gridaine, daß er ſelbſt durch ſeine Bemühungen ım das Wohl der Maſſen zum Millionair geworden war, während die Paar Tauſend Arbeiter, die er beſchäftigte, kaum ihr kümmerlichſtes ägliches Brot hatten. Charles Dupin fand es ſehr anſtößig, daß man ›on dem Wohle der Maſſen oder der Proletarier ſpreche. Es gäbe keine Proletarier in einem Lande, wo der ärmſte Bürger Marſchall werden :önne, wo der Ackerknecht, der irgend ein Werkzeug des Landbaues ›erbeſſert habe, eine goldene Medaille und das Kreuz der Ehrenlegion aus ›en Händen ſeines Fürſten empfangen könne. Herr Charles Dupin ver- icherte, die vornehmſte Urſache der allgemeinen Beliebtheit beim Volke, ›eren Napoleon genoſſen, ſey der Schutz geweſen, den er den Ge- verben durch ſeine Einfuhrverbote gewährte. Seitdem habe das Schutz- yſtem eine Menge von Gewerben emporgehoben, die vernichtet werden vürden, ſobald man daſſelbe fallen laſſe. Zwar fehlte es nicht an beredten Stimmen, die ſich gegen die Ungerechtigkeit erhoben, die darin liege, daß nan die ganze Nation einer ſchweren Beſteuerung unterwerfe, um einzelne Klaſſen zu begünſtigen. „Schutzſteuern“, bemerkte Duvergier de Hauranne, ein vertrauter Freund des Grafen Jaubert, aber kein Ham- nerbeſitzer, „können Einzelnen einen unverhältnißmäßigen Gewinn zuwen- ›en, indem ſie ihnen ein Monopol verſchaffen, wie dieß z. B. mit den Stein- 'ohlen an vielen Orten der Fall iſt. Aber iſt es nicht eben ſo ungerecht, ıie Einkünfte eines Einzelnen auf Koſten aller anderer zu vermehren, ıls es gefährlich ſeyn würde, wenn man dieſe Einkünfte willkürlich be- 'chränken wollte? Durch Begünſtigungen dieſer Art wird der Reich-

Digitized by Google

thum eines Landes nicht vermehrt, ſondern nur von der einen Stelle an die andere verſetzt: das, was der eine in die Taſche ſteckt, iſt offenbar aus der Taſche des Andern genommen.“ Der Dichter Lamartine rief in edler Begeiſterung aus: „Die Frage, die uns vorliegt, iſt eine ernſte Frage, eine Frage der Freiheit, der Freiheit von 1789; es handelt ſich darum Bevorrechtungen und Monopole zu vernichten. Wir wollen uns nicht durch eine unbeſonnene Aufwallung hinreißen laſſen; aber wir wollen die unbeſtreitbare Wahrheit verkünden, daß die freie Mitbewerbung in dem Intereſſe des Gemeinwohles liegt. Wir haben zu der Begünſtigung des Eiſenbergbaues ſeit 25 Jahren die ungeheure Summe von 1000 Millionen Franken gezahlt, und von dieſer Summe iſt der größte Theil nur einer geringen Zahl von Hammerbeſitzern zu Gute gekommen. Wir verlangen für alle Intereſſen einen gleichen Schutz, aber nicht für Einzelne einen Schutz, der den Andern zum Nachtheile gereicht.“ Der kräftigſte Widerſtand gegen die Freunde der Schutzſteuern ging von den Vertretern der Weinbauintereſſen und des Seehandels aus. Der Abgeordnete Wüſtemberg von Bordeaux bewies durch unwiderlegliche Ziffern, daß der Weinbau in der Gironde ſeit 20 Jahren nicht geſtiegen, ſondern zurückgegangen ſey, und daß der Tonnengehalt der franzöſiſchen Schifffahrt ſogar ſeit dem Jahre 1787 auf demſelben Punkte ſtehen geblieben ſey, während die Schifffahrt aller anderer ſeefahrender Nationen ſich unverhältnißmäßig vermehrt habe. Beides, erklärte Wüſtemberg, ſey nur eine Folge der Schutzſteuern. Der Weinbauer müſſe Erzeugniſſe des Gewerbfleißes, die nur 6 Franken werth wären, weil man ſie zu dieſem Preiſe aus dem Auslande beziehen könne, jetzt mit 10 Franken bezahlen. Indem er dieſe Erzeugniſſe des Gewerbfleißes kaufe, entrichte er daher eine Steuer von 4 Franken an den Fabrikanten, und wenn dieſer dafür ein Paar Flaſchen Wein trinke, müſſe der Weinbauer ſie umſonſt liefern, weil ſie ihm mit ſeinem eigenen Gelde bezahlt würden. Eben ſo unvermeidlich ſey bei dem Beſtehen der ſogenannten Schutzſteuern der Verfall der Seeſchifffahrt. Denn da den meiſten Waaren des Auslandes der Eingang in Frankreich verwehrt ſey, ſo bliebe den franzöſiſchen Schiffen wenig oder nichts, was ſie aus auswärtigen Häfen abholen könnten. Alle die Gründe, die gegen das beſtehende Schutzſteuerſyſtem vorgebracht wurden, machten auf die Kammer nicht den geringſten Eindruck; mit um ſo größerem Beifalle wurde dagegen der Miniſter Thiers gehört, der ſich zwar nicht darauf einließ, die Behauptung zu widerlegen, daß durch die Schutzſteuern dem ganzen Lande zu Gunſten einzelner Claſſen

Digitized by Google

ein ungerechter Druck aufgelegt werde, der ſich aber viele Mühe gab, um zu beweiſen, daß es unbegründet ſey, wenn man behaupte, daß einzelne Gewerbe auf Koſten der andern begünſtigt wären. Er verſicherte, daß alle Gewerbe auf gleiche Weiſe geſchützt ſeyen. „Man ſpricht von dem Schutze," ſagte er, „den Steinkohlen und Eiſen erfahren; aber durch dieſen Schutz wird zugleich der Preis des Holzes geſteigert und davon zieht der Landbau Nutzen, denn das Holz iſt ein Theil des Landbaues. Das Getreide iſt ein Theil des Landbaues, die Viehzucht gehört dem Landbau an und Getreide wie Viehzucht ſind durch Eingangsſteuern geſchützt. Bei genauerer Unterſuchung wird man finden, daß in der That alle Gewerbe geſchützt ſind, und daß die Regierung gegen die verſchiedenen Zweige des Gewerbfleißes ſich völlig unparteiiſch gezeigt hat." Dieſe Art der Beweisführung war unwiderſtehlich; denn was ſie ſagte, war eben ſo viel, als wenn man der Verſammlung, in der die großen Grundeigenthümer, Viehzüchter, Beſitzer von Waldungen, Steinkohlengruben und Eiſenhämmern, Inhabern von Fabriken und Manufacturen aller Art vereinigt waren, geradezu geſagt hätte: ſie möchten ſich gegenſeitig den Antheil, der jedem Einzelnen von den ungezählten Millionen zufließe, welche aus dem Lande durch ſein Steuerſyſtem herausgepumpt würden, nicht beneiden, ſondern der Klugheit der Regierung vertrauen, die es mit Keinem von ihnen zu verderben wünſche und ſchon dafür ſorgen werde, daß Keiner bei der Vertheilung der allgemeinen Plünderung zu kurz käme. Und das von Herrn Thiers in Anſpruch genommene Vertrauen wurde ihm denn auch nicht vorenthalten. Die Kammer ließ ſich die von der Regierung vorgeſchlagenen Steuerherabſetzungen gefallen, weil ihr nachgewieſen wurde, daß die betheiligten gewerblichen Intereſſen von denſelben keinen Schaden haben könnten, da auch die herabgeſetzten Steuern immer noch hoch genug wären, um nur das aller Unentbehrlichſte in geringer Quantität aus dem Auslande zuzulaſſen. Dagegen wurden alle weiter gehende Anträge, die eine wirkſame Mitbewerbung des Auslandes möglich gemacht hätten, mit gerechtem Unwillen verworfen. Unter dieſen war der wichtigſte jener, welcher eine Herabſetzung des Eingangszolles von Eiſenbahnſchienen verlangte. Die Vertheidiger des Antrages beriefen ſich darauf, daß die franzöſiſchen Eiſenhämmer unmöglich die zum Bau der Eiſenbahnen in größerem Maßſtabe erforderliche Maſſe Schienen liefern könnten und daß man dieſelben daher nothwendig aus England beziehen müſſe, wenn man nicht auf den Eiſenbahnbau ganz verzichten oder wenigſtens hinter

Digitized by Google

allen übrigen europäiſchen Staaten zurückbleiben wolle. Gegen eine ſolche Rückſicht hatten die Hammerbeſitzer und ihre guten Freunde taube Ohren; der gelehrte Herr Charles Dupin, der ihnen zu Hülfe kam, bewies ſogar, daß die Eiſenbahnen überhaupt von Uebel wären; er verſicherte, daß eine Menge Gewerbe durch dieſelben beeinträchtigt würden. Der Entſcheidung, welche die Abgeordnetenkammer in ihrer Sitzung vom 18. Mai 1836 traf, hat Frankreich es zu danken, wenn noch zu dieſer Stunde die vornehmſten Mittelpunkte ſeines Handels und Gewerbebetriebes nicht durch Eiſenbahnen verbunden ſind *).

Das neue Zollgeſetz war der wichtigſte Geſetzentwurf, mit dem die Kammern ſich im Laufe der Seſſion beſchäftigten. Zwar veranlaßten die Zuſchußſummen, welche zu der Vollendung der von Thiers zu der Zeit ſeiner Verwaltung des Handelsminiſteriums begonnenen großen Bauten in Paris verlangt wurden, noch lebhafte Erörterungen, indem die Freunde Guizots, die ihren Grimm über die Ausſchließung dieſes Staatsmannes von der Leitung der öffentlichen Angelegenheiten nicht zu unterdrücken vermochten, die durch die neuen Forderungen gebotene Gelegenheit benutzten, um die bitterſten Anklagen gegen den Präſidenten des Miniſterrathes zu erheben, der ſich gegen den Vorwurf eines unverantwortlichen Leichtſinnes in der Verwendung der öffentlichen Gelder nicht zu rechtfertigen vermochte, da er die ihm bewilligten Summen bei ſeinen Bauten um Millionen überſchritten und dieſelben dennoch unvollendet gelaſſen hatte. Thiers hatte ſich indeſſen viel zu feſt in dem Vertrauen der Kammer befeſtigt, als daß ſolche Kleinigkeiten, die noch dazu in eine frühere Zeit zurückfielen, die ihm ergebene Mehrheit hätten irre machen können. Die verlangten Zuſchüſſe wurden bewilligt; und nachdem auch die Voranſchläge für den Staatshaushalt erledigt waren, an deren ernſtliche Prüfung ſeit den letzten Jahren nicht mehr gedacht wurde, eilte Alles, noch vor dem förmlichen Schluſſe der Sitzungen, auf das Land, nach der Heimath, in den Schoß der Familie zurück, von der man durch die ſchwierigen Arbeiten der Ge-

*) Schon im Jahre 1836 machte der Verfaſſer dieſes Werkes darauf aufmerkſam, wie wichtige Aufſchlüſſe über das Weſen des franzöſiſchen Repräſentativſyſtems durch die Verhandlungen über das Zollgeſetz gegeben wären. S. die ausführliche Kritik in der (Braunſchweiger) deutſchen Nationalzeitung, Nr. 108—114 des Jahrganges 1836 Bezeichnend für die Einſeitigkeit der franzöſiſchen Geſchichtſchreibung iſt, daß Louis Blanc in ſeinem fünften Bande dieſer Verhandlungen mit keinem Worte erwähnt und Capefigue (T. IX. p. 25) ſie mit ein Paar nichtsſagenden Zeilen abfertigt.

Digitized by Google

ſetzgebung lange genug getrennt war. Wenige Tage nach dieſer auf ſo wenig feierliche Weiſe erfolgten Auflöſung der geſetzgebenden Verſammlung — am 25. Juni — ereignete es ſich, daß der König mit ſeiner Gemahlin und ſeiner Schweſter Adelaide nach ſeinem Landſitze Neuilly fahren wollte, um ſich von den Geſchäften des Tages zu erholen. Der Wagen war eben im Begriff, aus der engen Pforte der Tuilerien herauszurollen, als ein junger Mann an den Schlag trat, bedächtig eine Stockflinte anlegte und auf Ludwig Philipp feuerte, der jedoch durch den Schuß nicht getroffen wurde, weil er in demſelben Augenblicke ſich zur Seite beugte. Der Meuchelmörder, der auf der Stelle ergriffen wurde, war ein Handlungsdiener Namens Alibaud, der zu dem Zwecke der Ausübung ſeines Verbrechens eigens von Perpignan nach Paris gekommen war und in ſeinen Verhören mit unerſchütterlicher Ruhe und Feſtigkeit eingeſtand, daß er den Entſchluß gefaßt habe, den König zu tödten, weil er denſelben für einen Tyrannen halte, durch den die Freiheit ſeines Vaterlandes unterdrückt worden ſey. Der Gerichtshof der Pairs wurde beauftragt, dem Unglücklichen den Proceß zu machen, der keine lange Zeit hinwegnahm, weil es ſich bald herausſtellte, daß derſelbe bei ſeiner ruchloſen That keine Mitſchuldige gehabt habe. Das Urtheil lautete auf den Tod und wurde am 11. Juli in einer frühen Morgenſtunde vollzogen. Dießmal wurden die Kammern nicht wieder zuſammenberufen, weil Thiers ſo wenig als ſeine Collegen es nöthig fand, um eines einzelnen Verbrechens willen, wenn daſſelbe auch aus einer Gedankenrichtung hervorging, die ohne Zweifel weiter verbreitet war, allgemeine Beſchränkungen der Freiheit eintreten zu laſſen.

So gerechte Anerkennung die beſonnene Haltung verdient, die Thiers in Bezug auf die innere Verwaltung bewahrte, ſo wenig gereichte ihm die unmännliche Schwäche zur Ehre, die er in ſeinem perſönlichen Verkehr mit der auswärtigen Diplomatie verrieth, und welche auf die ganze Stellung Frankreichs zum Auslande einen ſehr zweideutigen Einfluß übte. Thiers hatte einen zu durchdringenden Verſtand, als daß die Artigkeiten und Schmeicheleien, mit denen er von den Miniſtern und Botſchaftern der großen Mächte überhäuſt wurde, ihn gefangen genommen hätten; er hatte aber zugleich eine zu hohe Meinung von ſich ſelbſt und zu geringe Kenntniß von den glatten Sitten und dem feinen Tone der Höfe, als daß er den leiſen Anklang des Hohnes hätte herausfühlen können, den ein mehr geübter Blick vielleicht in dem zwangloſeſten Sich-gehen-laſſen der vertraulichen

Annäherung entdeckt hätte. Freilich wurde auch Ludwig Philipp, dem es an Erfahrung im Leben der Höfe nicht fehlte, durch die freundſchaftlichen Verſicherungen, die ihm nicht bloß von den Cabineten, ſondern von den Souverainen perſönlich zugingen, und an deren Aufrichtigkeit nicht zu zweifeln war, ſo weit getäuſcht, daß er die feine Grenzlinie überſah, die von den Höfen noch keineswegs überſchritten war und nicht überſchritten werden konnte, ſo lange nicht alle Ueberlieferungen vergeſſen waren, die mit dem Daſeyn der regierenden Familien in Europa untrennbar verbunden ſind. Der König der Franzoſen war ein zu guter Hausvater, als daß es nicht einer der vornehmſten Gegenſtände ſeiner Sorge geweſen wäre, ſeine Söhne, ſo wie ſie zu dem Alter gekommen waren, ſtandesmäßig zu verheirathen. Das mächtige Gewicht, welches die Familienverbindungen der Höfe in die Wagſchale der politiſchen Verhältniſſe legen, war ihm zu wohl bekannt, als daß ihm irgend ein Opfer zu groß erſchienen wäre, um welches er die Hand einer Prinzeſſin aus einem der großen Regentenhäuſer für ſeinen künftigen Nachfolger, den Herzog von Orleans, hätte erkaufen können. Und Thiers, der Staatsmann der Revolution, war ſchwach genug, auf die geheimen Wünſche des Königs einzugehen, obwohl er von ſeinem Standpunkte aus ſich ſelbſt ſagen mußte, daß die Bedingung, unter der die Verwirklichung dieſer Wünſche möglich werden konnte, keine andere war, als daß Frankreich auf die letzten Erinnerungen an die Revolution verzichtete, die ihn ſelbſt wie Ludwig Philipp erhoben hatte. Als er die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten übernahm, war von den öſtlichen Höfen die Anzeige eingegangen, daß ſie den Beſchluß gefaßt hätten, den Freiſtaat Krakau militairiſch zu beſetzen, dem der Wiener Congreß ſein unabhängiges Beſtehen verbürgt hatte, weil die drei großen Nachbarſtaaten ſich nicht darüber zu vereinigen vermochten, welchem von ihnen die alte polniſche Königsſtadt zufallen ſollte. Seit dem unglücklichen Aufſtande von 1831 war Krakau der Zufluchtsort geworden, nach dem ſich die letzten Trümmer des polniſchen Volksthumes zurückgezogen hatten. Von hier aus wurden ſowohl mit dem ruſſiſchen Königreiche Polen, als mit den preußiſchen und öſterreichiſchen polniſchen Provinzen Verbindungen unterhalten, die den Mächten gerechte Beſorgniſſe erregten. Dieß war der Grund, weshalb zuerſt an den Senat des Freiſtaates die Aufforderung gerichtet wurde, alle politiſche Flüchtlinge aus dem Gebiete deſſelben auszutreiben, und weshalb nach dem Verlaufe einer Friſt, in der dieß bei aller Bereitwilligkeit der Behörden offenbar unmöglich war, der kleine Staat von

Digitized by Google

öſterreichiſchen, preußiſchen und ruſſiſchen Truppen beſetzt wurde. Der Herzog von Broglie würde gegen eine Maßregel, die dem Wortlaute des von ſämmtlichen großen Mächten verbürgten Vertrages über die Errichtung des Freiſtaates zuwider war, eine kräftige Verwahrung eingelegt haben, die, da ſie auf die nachdrücklichſte Unterſtützung von Seiten Englands rechnen konnte, ſchwerlich ganz unbeachtet geblieben wäre. Thiers ſchätzte ſich glücklich, eine ſo leichte Gelegenheit zu erhalten, die gute Meinung der europäiſchen Diplomatie zu verdienen, und nahm keinen Anſtand, amtlich zu erklären, daß er das Verfahren der drei Schutzmächte vollkommen in den Verträgen begründet finde. Kurze Zeit darauf ſtellte Graf Pahlen, der ruſſiſche Geſandte, die Forderung an das franzöſiſche Cabinet, daß es den Ausſchuß der polniſchen Ausgewanderten in Frankreich auflöſen ſolle, der ſich ſelbſt als die rechtmäßige Regierung der polniſchen Nation betrachtete, als ſolche Bekanntmachungen erließ und alle ihm zu Gebote ſtehende Mittel anwandte, um eine neue Erhebung des Königreichs Polen gegen die ruſſiſche Gewalt vorzubereiten. Dieſelbe Forderung war bereits an den Herzog von Broglie gerichtet worden, der ſie mit Unwillen zurückgewieſen hatte. Thiers beeilte ſich den Ausſchuß aufzulöſen, und die Mitglieder aus Frankreich zu verbannen. Noch entſchiedener als in der Krakauer Angelegenheit und in der Angelegenheit des polniſchen Ausſchuſſes trennte Thiers ſich von der Politik der Revolution in einer Frage, die für Frankreich eine ungleich höhere Bedeutung hatte. Die revolutionairen Bewegungen, welche nach der Julirevolution in der Schweiz zum Ausbruche kamen, waren von der franzöſiſchen Regierung offen unterſtützt worden. Der franzöſiſche Geſandte bei der Eidgenoſſenſchaft, Herr von Rumigny, ſtand mit den vornehmſten Leitern der Bewegung in der vertrauteſten Verbindung, und er behielt dieſe Stellung auch dann noch bei, als in Frankreich ſelbſt die Revolution bereits in ihre engſten Grenzen zurückgeführt war. Erſt im October 1835, als nach der Annahme der Septembergeſetze die Rückwirkung in Frankreich ihre äußerſte Spitze erreicht hatte, ſchien es dem Herzog von Broglie nicht mehr angemeſſen, gleichzeitig mit den Revolutionairen der Schweiz zu liebäugeln. Herr von Rumigny wurde daher abberufen und der Herzog von Montebello an ſeiner Stelle ernannt, der ſchon durch ſeinen unverſtändigen Hochmuth jede bedenkliche Berührung ausſchloß. Die Schweiz war um dieſe Zeit der Sammelplatz der verwegenſten politiſchen Abenteurer aus allen Ländern Europas. Alle jene politiſche Flüchtlinge, die in Frankreich für ihre Wühlungen keinen Raum mehr fanden,

Digitized by Google

hatten ſich nach der freien Schweiz gewandt, und hier wurden am hellen Tage Verſchwörungen angeſponnen, die nichts Geringeres zum Zwecke hatten, als den Umſturz aller Throne und die Verbrüderung aller Nationen des Welttheiles zu gemeinſchaftlichem Kampfe gegen das Königthum. Dieſer kühne Plan war in dem Kopfe des italieniſchen Flüchtlings Mazzini entſprungen, der ſchon im Jahre 1832 der vornehmſte Leiter der Bewegung geweſen war, die damals in Modena, Parma und im Kirchenſtaate zum Ausbruche kam, und der, durch den unglücklichen Ausgang dieſer Unternehmung nicht entmuthigt, erſt im Frühjahre 1834 wieder eine neue italieniſche Revolution angezettelt hatte, die dießmal ihren Heerd im Königreiche Sardinien haben und ſich auf bewaffnete Banden ſtützen ſollte, welche in den erſten Tagen des Februars von Genf, von Lyon und Grenoble aus in Savoyen einfielen, aber die ſardiniſchen Behörden nicht unvorbereitet fanden, und deshalb mit Schimpf und Schande zurückgejagt wurden. Mazzini hatte aus der Erfolgloſigkeit aller der ungeheuren Anſtrengungen, die ſeit der erſten franzöſiſchen Revolution in Frankreich, in den Niederlanden, im weſtlichen Deutſchland und in Italien zu der Begründung republikaniſcher Verfaſſungen gemacht waren, nicht den ſich von ſelbſt ergebenden Schluß gezogen, daß dieſe Verfaſſungen unausführbar wären, weil ſie in den ſittlichen und geſellſchaftlichen Zuſtänden der europäiſchen Völker keinen Boden hatten; ſondern er war, da er von der Vorausſetzung der Unübertrefflichkeit der republikaniſchen Einrichtungen ausging, darauf gefallen, die Urſache ihres Unterganges in der ſelbſtiſchen Vereinzelung zu ſuchen, in der die Völker auch unter der republikaniſchen Staatsform beharrten, und die ſie das eine gegen das andere bewaffnet habe. Er ſah demgemäß kein anderes Mittel zu einer dauernden Befeſtigung der Volksfreiheit als in einem allgemeinen Völkerbunde, in dem alle beſondere Intereſſen der einzelnen Nationen aufgingen, und der einen neuen Völkerfrühling hervorriefe, durch welchen die Träume der Dichter von einem an dem Anfange der Geſchichte ſtehenden goldenen Zeitalter verwirklicht würden. Die Ausführung dieſes überſchwänglichen Planes war die Aufgabe, die ſich der von Mazzini geſtiftete republikaniſche Geheimbund des jungen Europa ſetzte, der in ſo viele Gliederungen zerfallen ſollte, als es verſchiedene europäiſche Nationen giebt. Wirklich zu Stande gebracht wurden von den Einzelgliedern, welche der Bund umfaſſen ſollte, das junge Italien, das junge Deutſchland, das junge Polen, das junge Frankreich und die junge Schweiz. Das junge Italien (la giovine Italia) erlangte

Digitized by Google

durch ſeine Verzweigungen, die ſich bald über ganz Ober- und Mittel-Italien verbreiteten, eine erhebliche Bedeutung; in der Geburt verkamen das junge Frankreich und die junge Schweiz, weil die Franzoſen durch ihren Nationalſtolz abgehalten wurden, ſich einer Verbindung anzuſchließen, in der ſie nicht die ausſchließende Herrſchaft hatten, und weil die Schweizer begriffen, wie lächerlich es war, Beſtrebungen in einem Geheimbunde zu verfolgen, die Niemand ſie hinderte, durch offene Anträge in ihren geſetzgebenden Verſammlungen geltend zu machen. Auch das junge Polen und das junge Deutſchland blieb nur auf einen engen Kreis ſehr unbedeutender Menſchen beſchränkt; aber die Deutſchen wußten, der löblichen Gewohnheit deutſcher Verſchwörer gemäß, durch ungebehrdiges Toben und Lärmen in ihren eigenen Augen zu erſetzen, was ihnen an Zahl und Gewicht abging. Den Thorheiten und Tollheiten des jungen Deutſchlands hatte die Schweiz es hauptſächlich zu danken, wenn das Treiben der politiſchen Flüchtlinge innerhalb ihrer Grenzen den Mächten noch ungleich bedenklicher und gefährlicher erſchien, als es in der Wirklichkeit war. Unter der Verwaltung des Herzogs von Broglie, der doch wahrlich kein Freund des republikaniſchen Verſchwörungsweſens war, hatte die franzöſiſche Regierung ſich von jeder Theilnahme an den Schritten entfernt gehalten, durch welche die öſtlichen Mächte die Schweizer Bundesbehörde zu einer allgemeinen Austreibung aller politiſchen Flüchtlinge zu beſtimmen ſuchten. Man war in Paris zu genau von dem Zwieſpalte unterrichtet, der zwiſchen den geheimen republikaniſchen Vereinen in Frankreich und jenen in der Schweiz beſtand, um von dieſer Seite irgend eine Gefahr zu befürchten, und der Herzog von Broglie legte zu hohen Werth auf die alte Freundſchaft mit der Eidgenoſſenſchaft, um dieſelbe durch ungeſtümes Andrängen in einer Angelegenheit, in der er kein unmittelbares franzöſiſches Intereſſe gefährdet ſah, auf das Spiel zu ſetzen. Als Thiers von dem öſterreichiſchen Botſchafter eingeladen wurde, mit den Mächten gemeinſchaftliche Sache zu machen, zeigte er ſich willfähriger. Der Herzog von Montebello erhielt die Weiſung, ſich mit den Bevollmächtigten der übrigen Cabinete zu verſtändigen, um mit ihnen gemeinſchaftlich die Vertreibung der Flüchtlinge zu verlangen. Damals hatte der Vorort Bern die Leitung der allgemeinen ſchweizeriſchen Bundesangelegenheiten. Die Berner Regierung war aus denſelben Männern zuſammengeſetzt, die an der Spitze der Bewegung des Jahres 1831 geſtanden hatten, durch welche das alte Patricierregiment geſtürzt worden war. Aber die damaligen Revolu-

Digitized by Google

tionaire waren durch den Beſitz der Gewalt von den meiſten ihrer früheren Uebertreibungen geheilt worden. Sie waren daher weit davon entfernt, das ſinnloſe Treiben der Flüchtlinge zu billigen, und noch weniger waren ſie geneigt, durch den Schutz, den ſie denſelben gewährten, ſich der Gefahr eines Bruches mit den großen Mächten auszuſetzen. Am 22. Juni richtete deshalb der Vorort eine Note an den Herzog von Montebello, welche der franzöſiſchen Regierung anzeigte, daß die Schweiz entſchloſſen ſey, alle jene Flüchtlinge von ihrem Boden zu entfernen, welche das gute Vernehmen mit den Nachbarſtaaten durch ihre Betheiligung an revolutionairen Unternehmungen ſtörten. Dieß war Alles, was die Mächte verlangt hatten, und man hätte daher meinen ſollen, daß dabei auch Thiers ſich wohl hätte beruhigen können. Statt deſſen erwiederte er — in der berühmten Note vom 18. Juli — das Anerbieten des Vorortes durch Drohungen, für die nicht der geringſte Grund mehr vorhanden war, und die daher den ſchweizeriſchen Unabhängigkeitsſinn muthwillig herausforderten. In der That durchdrang ein Gefühl des Unwillens und der Entrüſtung die ganze Schweiz von den fruchtbaren Geländen am Bodenſee bis zu dem gletſcherumkränzten Gebirgsthale, durch welches die Rhone dem Genfer See zueilt. In den liberalen Cantonen, zu Reiden im Canton Luzern, zu Wiedikon bei Zürich, zu Menzingen im Canton Zug, zu Flawyl in St. Gallen wurden Volksverſammlungen gehalten, an denen Tauſende Theil nahmen, die ſich bereit erklärten, Gut und Blut zur Vertheidigung der ſchweizeriſchen Freiheit und Unabhängigkeit daran zu ſetzen. Auch auf der Tagſatzung, die inzwiſchen zuſammengetreten war, fanden ſich beredte Stimmen, welche dieſelbe Geſinnung ausſprachen; doch überwog in der Bundesverſammlung die beſonnene Bedächtigkeit, die den Schweizern wie allen Deutſchen eigen iſt, und es wurden von derſelben ohne Rückſicht auf die herrſchende Aufregung den Anträgen des Vororts entſprechende Beſchlüſſe gefaßt.

Es war nicht mehr der Wunſch, den Mächten gefällig zu ſeyn, der Thiers in ſeinem ſchroffen und unpolitiſchen Verfahren gegen die Eidgenoſſenſchaft antrieb, ſondern eher das Gefühl der Schaam über ſeine eigene Verblendung, die er ſich aber nicht eingeſtehen wollte, und über die Demüthigung, die er dadurch ſich zugezogen. Er hatte mit ſeiner ganzen ſüdlichen Lebhaftigkeit den Gedanken aufgefaßt, daß es ihm vorbehalten ſey, das revolutionaire Frankreich mit dem unbeweglichen europäiſchen Oſten zu verſöhnen, und er glaubte, daß es ſeinem wohlbegründeten perſönlichen Anſehen bei der Diplomatie ohne Schwie-

Digitized by Google

rigkeit gelingen werde, eine Familienverbindung zu Stande zu bringen, die das Siegel auf dieſe Verſöhnung drücken ſollte. Mit großer Vorſicht war zuvörderſt herausgefühlt worden, welche Aufnahme die franzöſiſchen Prinzen zu erwarten hätten, wenn ſie eine Reiſe nach Berlin oder Wien unternähmen. Durch zuvorkommende Einladungen in dieſer Beziehung beruhigt, glaubte Thiers einen Schritt weiter gehen zu können, und verbreitete ſich in vertraulichen Unterhaltungen mit dem öſterreichiſchen Botſchafter, Grafen Apponyi, über die Vortheile, welche für eine befriedigende Geſtaltung aller europäiſcher Verhältniſſe aus einer innigeren Vereinigung zwiſchen den Häuſern Habsburg-Lothringen und Orleans hervorgehen würde. Er ſah in dem Rauſche, in den ihn die wohlberechneten Schmeicheleien der Diplomatie verſetzt hatten, weder den blutigen Schatten der Königin Marie Antoinette, der ihm drohend entgegentrat, noch das bleiche warnende Bild des vorzeitig verſchiedenen Herzogs von Reichſtatt, und betrachtete die höfliche Aufmerkſamkeit, die Graf Apponyi ihm nicht verweigerte, bereits als eine beſtimmte Einwilligung. Die beiden Prinzen, der Herzog von Orleans und der Herzog von Nemours, überſchritten, nachdem ſie von ihrem königlichen Vater die weiſeſten Lehren empfangen, von einem glänzenden Gefolge begleitet, die franzöſiſche Grenze und traten zuerſt die Reiſe nach Berlin an, wo die vorurtheilsfreie Milde König Friedrich Wilhems III. ihnen die herzliche väterliche Gaſtfreundſchaft eines deutſchen Fürſten von altem echtem Schrot und Korn bewies. Von Berlin begaben ſie ſich nach Wien, wo ihnen nicht geringere Ehren und Auszeichnungen erwieſen wurden, und wo nach der Erwartung des Herzogs von Orleans ſeine Verlobung mit der Erzherzogin Maria Thereſia, älteſten Tochter des Erzherzogs Karl, Statt finden ſollte. Die Prinzen ſetzten jedoch nach mehrwöchentlichem Aufenthalte in der Kaiſerſtadt ihre Reiſe weiter fort, ohne daß einer von ihnen Gelegenheit gefunden hätte, ſich zu verloben. Thiers wurde durch das Fehlſchlagen ſeiner voreiligen Hoffnung mit einem Male aus der Täuſchung emporgeriſſen, der er ſich in eitler Selbſtgefälligkeit hingegeben. Er beſaß zu viele Selbſtbeherrſchung, um durch das unangenehme Gefühl des plötzlichen Erwachens ſich zu einem auffallenden Wechſel in ſeiner Politik verleiten zu laſſen; aber er ſäumte nicht, wo er ſich ſelbſt noch nicht gebunden hatte, in die alte revolutionaire Bahn zurückzulenken, aus der er, wie er jetzt wohl erkannte, nicht ungeſtraft herauszutreten vermochte. Der carliſtiſche Aufſtand in Spanien hatte ſeit der Ankunft der franzöſiſchen Fremdenlegion und der Landung des in England geworbenen Hülfscorps unter

Digitized by Google

General Evans mit verdoppelter Gewalt um ſich gegriffen. Obwohl das heldenmüthige Baſkenvolk durch den Tod ſeines Führers Zumalacarregui, der am 16. Juni 1835 bei der Belagerung von Bilbao gefallen war, einen unerſetzlichen Verluſt erlitten hatte, war daſſelbe doch bereits zu tüchtig zum Kriege gebildet, als daß es nicht auch unter den ſchwächern Feldherren Eraſo, Moreno und Villareal ſeine Ueberlegenheit über alle ſeine Gegner bewährt hätte. Der talentvolle, aber charakterloſe General Cordova, der nach Minas Rücktritte und nach wiederholten Niederlagen des zum zweiten Male ſich an den Basken verſuchenden Valdez zum Oberbefehlshaber des Heeres der Königin ernannt war, hatte es von Anfang aufgegeben, auch nur einen Verſuch zur Unterwerfung des empörten Gebirgslandes zu machen, und begnügte ſich, daſſelbe in weitem Halbkreiſe zu umſtellen, um die Ausbreitung des Aufſtandes über die Ebenen von Navarra und über den Ebro zu verhindern. Aber während die Regierung zu Madrid ihre beſten Kräfte zu der Unterſtützung dieſes Planes verwandte, trieben die carliſtiſchen Banden in den von Truppen entblößten Provinzen ihr Weſen ſo ungeſtört, daß daraus für den Thron der jungen Königin keine geringere Gefahr erwuchs als aus dem baſkiſchen Aufſtande. Auf dem flachen Lande ſpielten die Banden überall, wo ſie ſich zeigten, den Meiſter, weil das Landvolk durch den Einfluß der Geiſtlichkeit in Maſſe für Don Carlos gewonnen war; ſchon waren auch die kleinern Städte nicht mehr vor ihnen ſicher; und der Bürgerſtand, der durch die Unterbrechung des Verkehrs in die äußerſte Noth gerieth, ſo wie das Heer, das in hundert kleinen ruhmloſen Gefechten aufgerieben wurde, mußten immer ſchwieriger und unzufriedener werden, da ſie nicht ohne Grund die wahre Urſache der Vergeblichkeit aller Anſtrengungen zur Unterdrückung des Aufruhrs in der Lauigkeit und Unzuverläſſigkeit der Perſonen fanden, denen die Regierung vorzugsweiſe ihr Vertrauen ſchenkte, und mit denen ſie daher alle Beamtenſtellen in der Verwaltung und alle Offizierſtellen im Heere beſetzte. Immer allgemeiner verbreitete ſich die Ueberzeugung, daß man Rettung nur von der Rückkehr zu den Grundſätzen und zu den Männern der Verfaſſung von 1812 und von 1820 zu hoffen habe. Davon waren gewaltſame Ausbrüche und blutige Aufſtände beinahe in allen großen Städten des Landes die Folge. Umſonſt ſtemmte Graf Toreno, der das neue Grundgeſetz durch Zugeſtändniſſe an die conſtitutionelle Partei zu halten ſuchte, zugleich ſich der fortſchreitenden revolutionairen Bewegung mit aller ſeiner Kraft entgegen. Die Maßregeln der Strenge, die er nach

der Unterdrückung des Aufſtandes in Madrid vom 16. Auguſt 1835 ergriff, riefen nur entſchiedeneren Widerſtand hervor. In den Hauptſtädten aller Provinzen bildeten ſich ſelbſtändige Verwaltungsausſchüſſe oder Junten, die der Regierung den Gehorſam aufkündigten; und von Andaluſien aus zog Graf de las Navas, der vornehmſte Wortführer der Bewegungspartei in der Abgeordnetenkammer, welcher ſich der ihm angedrohten Verhaftung nur durch die Flucht entzogen hatte, mit einem Heere von Freiwilligen gegen Madrid heran. Toreno wußte keinen Rath mehr, da die Truppen, die gegen de las Navas abgeſchickt wurden, zu ihm übergingen. Die Königin Regentin, die von einer ſiegreichen meuteriſchen Bande das Aergſte fürchtete, ſchickte ſich an, aus Spanien zu entfliehen, als der conſtitutionell geſinnte Finanzminiſter Mendizabal ihren Muth wieder aufrichtete, indem er ſich für die Herſtellung der Ruhe und Ordnung verbürgte, ſofern ſeine Rathſchläge befolgt würden. Mendizabal, der jetzt an die Spitze des Miniſteriums trat, ſchloß ſeinen Frieden mit den Junten, gewährte beinahe unbeſchränkte Preßfreiheit, berief die Kammern zu der Berathung eines neuen Wahlgeſetzes und ordnete eine allgemeine Volksbewaffnung an, welche alle unverheirathete und kinderloſe Spanier zwiſchen dem achtzehnten und vierzigſten Jahre umfaßte. Eine beſondere Behörde wurde zur Unterſuchung des Benehmens der Ordensgeiſtlichen in den bürgerlichen Unruhen eingeſetzt, und von den 1900 Klöſtern, die in Spanien beſtanden, wurden mit Genehmigung der Kammern 900 aufgehoben, deren Güter und Einkünfte zur Tilgung der öffentlichen Schuld verwandt werden ſollten. Durch alle dieſe Schritte gelang es, bei dem freiſinnigen Theile der Nation neues Vertrauen zu der Regierung zu erwecken. Aber auch der erfinderiſche Geiſt Mendizabals vermochte weder den durch die Koſten des Bürgerkrieges, durch die Verſchleuderungen eines üppigen Hofes und durch das Verſiegen aller gewöhnlichen Hülfsquellen bis auf den Grund geleerten öffentlichen Schatz zu füllen, noch dem durch den Mangel an den unentbehrlichſten Bedürfniſſen und durch die Erbärmlichkeit und Feigheit ſeiner Führer entmuthigten Heere einen kriegeriſchen Geiſt zu geben. General Cordova vermochte ungeachtet aller Verſtärkungen, die er erhielt, gegen die unbeugſamen Basken nichts auszurichten; in Catalonien hatte zwar der alte Mina, der nach der Niederlegung ſeines Befehls im Norden hier zum Generalcapitain ernannt war, den Aufſtand beinahe auf allen Punkten niedergeſchlagen; dagegen lohte die Flamme des Bürgerkrieges um ſo höher in Niederaragon empor, wo ein junger ehemaliger Prieſter Cabrera neben einer unerhörten entſetzlichen Grauſamkeit ein mili-

tairiſches Talent entwickelte, welches ihn als Heerführer dem gefallenen Zumalacarregui an die Seite ſtellte, indem er, gleich dieſem, Heere, Kriegsbedürfniſſe und Vorräthe von Lebensmitteln aus dem Nichts hervorzurufen verſtand und in jedem Zuſammentreffen mit den Truppen der Königin ſeine Ueberlegenheit bewährte. Mendizabal, der in unerſchüttertem Vertrauen auf die eigene Kraft der ſpaniſchen Nation jeden Gedanken an eine fremde Einmiſchung mit Unwillen zurückgewieſen hatte, war inzwiſchen, mit der Königin Regentin zerfallen, in den Kammern zugleich von der Partei des Hofes und von den überſpannten mit ſeiner angeblichen Lauheit unzufriedenen Conſtitutionellen gedrängt, am 13. Mai 1836 genöthigt geweſen, ſeine Entlaſſung zu nehmen. Sein Nachfolger, der gemäßigtere Iſturiz, begriff, daß die Regierung, ſofern ſie ſich nicht unbedingt der Revolution in die Arme werfen und die dieſer zu Gebote ſtehenden Mittel des Schreckens zu Hülfe rufen wollte, ohne fremden Beiſtand niemals vermögend ſeyn werde, den immer weiter um ſich greifenden Bürgerkrieg erfolgreich zu beendigen. Er entledigte ſich der Kammern, bei denen er mit ſeinen Verwaltungsgrundſätzen auf ungleich heftigeren Widerſtand ſtieß, als Mendizabal, indem er dieſelben unter gewaltigem Tumulte auflöſ'te und wandte ſich mit der dringenden Bitte um ſchnelle kräftige Hülfeleiſtung an die Cabinete von London und Paris. Lord Palmerſton durfte es nicht wagen, von dem Parlemente die zu der Ausrüſtung eines britiſchen Heeres erforderlichen Summen zu verlangen, weil es ſehr zweifelhaft war, welche Aufnahme ein ſolches Anſinnen gefunden hätte; aber er verbarg ſich nicht, wie ſehr die weſentlichſten britiſchen Intereſſen auf der Halbinſel durch einen Sieg der Carliſten gefährdet werden mußten, und er hatte daher bereits im Frühjahre Frankreich zwar nicht zu einer Einmiſchung in größerem Maßſtabe, aber doch zu einer Mitwirkung (Coopération) durch die Beſetzung einzelner wichtiger Punkte im Baſkenlande eingeladen, von der er vorausſetzte, daß ſie hinreichen würde, die Kraft des Aufſtandes zu brechen, und die auch Mendizabal, ungeachtet ſeiner Abneigung gegen jede eigentliche Einmiſchung, als wünſchenswerth anerkannt hatte. Damals befand Thiers ſich jedoch noch unter dem Einfluſſe des Zaubers, den die auswärtige Diplomatie über ihn übte; er legte höheren Werth darauf, die gute Meinung des Fürſten von Metternich zu gewinnen, als das Einverſtändniß mit England zu erhalten, und vergaß die Gründe, die er ſelbſt wenige Monate früher für das Einſchreiten Frankreichs in dem ſpaniſchen Bürgerkriege geltend gemacht hatte, indem er auf die Einladung Lord Palmerſtons

erwiederte, daß das, was zu einer früheren Zeit zweckmäßig erſchienen wäre, aufgehört habe, dieß zu ſeyn, ſeit die zunehmende Geſetzloſigkeit Alles in der Halbinſel in Frage geſtellt habe*). Als die neue Aufforderung zur Hülfeleiſtung an das franzöſiſche Cabinet erging, hatten ſich die Verhältniſſe der Halbinſel nicht gebeſſert, aber Thiers war enttäuſcht; er hatte ſich überzeugt, wie unmöglich es für das Frankreich der Julirevolution war, jemals ein aufrichtiges Freundſchaftsverhältniß mit dem Oſten anzuknüpfen. Er entſchloß ſich daher jetzt, die Hülfe zu bewilligen, die er wenige Monate vorher verweigert hatte, und es gelang ihm ſelbſt, den beharrlichen Widerſtand, den der König entgegenſetzte, zu überwinden, indem er ſeinen Plan auf einen Maßſtab zurückführte, der es geſtattete, denſelben nur als eine wenig bedeutende Erweiterung des im vorigen Jahre geſchloſſenen Vertrages über die Abtretung der Fremdenlegion darzuſtellen. Schon damals war ein Heerbefehl erlaſſen worden, der den Offizieren und Soldaten aller Regimenter geſtattete, in der Fremdenlegion Dienſte zu nehmen, ohne dadurch ihrer Anſprüche im franzöſiſchen Heeresdienſte verluſtig zu gehen. Damals hatten nur wenige Franzoſen von dieſer Erlaubniß Gebrauch gemacht; und Ludwig Philipp glaubte, daß ein ähnlicher Heerbefehl auch jetzt keine andere Wirkung haben würde. Und mehr war es nicht, was Thiers verlangte. Er hatte aber im Einverſtändniſſe mit dem Kriegsminiſter Maiſon ſeine Anſtalten ſo gut getroffen, daß in der zweiten Hälfte des Auguſt eine zahlreiche wohlgeordnete, obwohl nur aus Freiwilligen zuſammengeſetzte Heeresabtheilung bereit war, die Grenze zu überſchreiten und ſich der auf drei bis viertauſend Mann zuſammengeſchmolzenen Fremdenlegion anzuſchließen. In der Zwiſchenzeit waren in Spanien Veränderungen vorgegangen, welche Thiers ſo wenig als der König erwartet hatte. Die Maßregeln, welche Iſturiz ergriff, um die von Mendizabal nur mit Mühe beſchwichtigte liberale Bewegung im Keime zu erſticken, brachten die entgegengeſetzte Wirkung hervor. Zu Barcelona, Valencia, Saragoſſa und in den meiſten anderen großen Provinzialſtädten brachen Empörungen aus, welche die Herſtellung der Verfaſſung von 1812 zum Zweck hatten. Ein Aufſtand der Bürgergarde zu Madrid wurde zwar unterdrückt, aber wenige Tage darauf kam der Aufruhr ſelbſt unter den Truppen der Beſatzung zum Ausbruche. In

*) Louis Blanc, Hiſt. T. IV. p. 356 giebt den Inhalt der Depeſche vom 18. März, durch welche Thiers die Coopération ablehnte, und die zwar in authentiſcher Form noch nicht bekannt gemacht iſt, aber innere Zeichen der Echtheit an ſich trägt.

Digitized by Google

der Nacht vom 12. auf den 13. Auguſt zog ein Regiment der Provinzialmiliz unter der Führung eines Sergeanten, Garcia, nach dem Luſtſchloſſe la Granja, wo die Königin Chriſtine ihren Sommerſitz hatte. Das dort zum Schutze des Hofes aufgeſtellte vierte Garderegiment ging zu den Empörern über, und dieſe drohten, die Thore des königlichen Palaſtes mit Kanonen einzuſchießen und Alles, was darin ſey, ihrer Rache zu opfern, ſobald die Regentin nicht die Conſtitution annähme. Eine Abordnung von 12. Mann erhielt Zutritt zu der Königin, die umſonſt alle Ueberredungskünſte aufbot, um die aufrühreriſchen Soldaten zu ihrer Pflicht zurückzuführen. Am Morgen des 13. Auguſt unterzeichnete die von körperlichen Mißhandlungen bedrohte Regentin eine Reihe von Verordnungen, durch welche das Miniſterium entlaſſen und ein neues Cabinet unter dem Vorſitze des conſtitutionellgeſinnten Calatrava ernannt und zugleich die Verfaſſung von 1812 als das Geſetz des Landes verkündet wurde, bis das in den Cortes vertretene Volk ſeinen Willen auf geſetzlichem Wege erklärt haben werde. An demſelben Tage, an dem dieſe Umwälzung erfolgte, erließ der anſtatt des abberufenen Generals Bernelle an die Spitze der Fremdenlegion geſtellte General Lebeau bei ſeiner Uebernahme des Commando's einen Tagesbefehl, worin er ſeinen Soldaten ganz unbefangen anzeigte, daß er von dem Könige der Franzoſen zu ihrem Befehlshaber ernannt ſey, und daß ſie in Kurzem anſehnliche Verſtärkungen zu erwarten hätten, die ſie in den Stand ſetzen würden, eine Rolle von entſcheidender Bedeutung zu ſpielen. Schon dieſer Tagesbefehl hatte Ludwig Philipp nicht wenig überraſcht, da das in demſelben enthaltene offene Eingeſtändniß der bevorſtehenden franzöſiſchen Einmiſchung ſeiner Meinung durchaus zuwider war. Als aber wenige Tage darauf die Nachricht von den Vorgängen zu la Granja eintraf, kannte ſeine Entrüſtung keine Grenzen. Alle Beredtſamkeit, die Thiers entwickelte, vermochte ihn nicht zu beſtimmen, es zu dulden, daß franzöſiſche Truppen in Spanien offen als Verbündete der Revolution aufgetreten wären. Auf ſeinen Befehl wurden nicht allein die Werbungen für den ſpaniſchen Dienſt ſogleich eingeſtellt, ſondern es wurde auch der Kern der Heeresabtheilung, der mehr als 4000 Mann ſtark zu Pau vereinigt war, aufgelöſ't und, was ſich von demſelben bereits nach der Pyrenäengrenze in Bewegung geſetzt hatte, zurückberufen. Außerdem verlangte Ludwig Philipp, daß durch eine förmliche Erklärung im „Moniteur“ der Verſicherung des Generals Lebeau widerſprochen würde: er ſey von dem Könige der Franzoſen zum Befehlshaber der Fremdenlegion

Digitized by Google

ernannt worden. Dazu konnten die Miniſter, von denen Lebeau ſeine Vollmachten erhalten hatte, unmöglich, ohne ſich ſelbſt Lügen zu ſtrafen, ihre Einwilligung geben. Am 24. Auguſt 1836 erſchien, gegen den Willen der Miniſter, die verlangte Erklärung im „Moniteur“ Am folgenden Tage reichten Thiers, der Marſchall Maiſon, der Admiral Duperré, Paſſy, Sauzet und Pelet ihre Entlaſſung ein. Argout, der von Paris abweſend war, folgte unmittelbar nach ſeiner Ankunft ihrem Beiſpiele, und Montalivet, der dem Könige zu treu ergeben war, als daß er nicht bereitwillig ſeine Meinung nach den Anſichten desſelben gemodelt hätte, mußte Ehren halber mitabtreten. Als Ludwig Philipp den Entſchluß faßte, einen Miniſter fallen zu laſſen, für den er ungeachtet mancher ihm nicht zuſagenden Eigenthümlichkeiten desſelben ſchon deshalb eine große Vorliebe hatte, weil er deſſen Erhebung als ſein perſönliches Werk betrachtete, war er auf eine ſolche Wendung ſeit längerer Zeit vorbereitet. Er hatte die Ueberlegenheit, die Guizot ſowohl durch die Reife ſeines Charakters, als durch die Tiefe und Gründlichkeit ſeiner wiſſenſchaftlichen Bildung über den oberflächlichen Thiers beſaß, wohl erkannt; und das, was ihn bisher hauptſächlich abgehalten hatte, Guizot ſein Vertrauen zuzuwenden, war theils die Scheu vor dem Haſſe, den dieſer Staatsmann durch die rückſichtloſe Strenge ſeiner Grundſätze auf ſich geladen, theils der Widerwille gegen die auswärtige Politik des Herzogs von Broglie, der mit Guizot in ſo enger Verbindung ſtand, daß es unmöglich ſchien, beide zu trennen. Der Klugheit Ludwig Philipp's gelang es jedoch beide Schwierigkeiten zu beſeitigen. Guizot, nach einem Widerſtande, der ſeinem Charakter Ehre machte, entſagte ſeiner alten Verbindung mit dem Herzoge von Broglie, als er ſich überzeugte, daß dieſelbe allein ihn von einer Stellung entfernt hielt, die nicht allein ſeinem Ehrgeize ſchmeichelte, ſondern die er ſeinen perſönlichen Gefühlen nicht opfern konnte, ohne die höhere Pflicht zu verletzen, welche ihm gebot, ſeine Kräfte dem Dienſte des Vaterlandes zu widmen. Nachdem Guizot eingewilligt hatte, ohne den Herzog wieder in die Verwaltung zu treten, blieb nur noch die Abneigung zu überwinden, die bei einem großen Theile der Abgeordnetenkammer und bei einem noch größeren Theile der Nation gegen ſeine Perſon wie gegen ſeine Grundſätze beſtand. Dazu gab es aber ein ſehr einfaches Mittel, indem man ſeine Anweſenheit in der Verwaltung nur durch einen Namen zu verdecken brauchte, der ſich der allgemeinen Achtung erfreute und eines Anſehens genoß, welches neben ſich, wenigſtens in der Meinung, jeden andern Einfluß verdunkelte.

Und ein ſolcher Name war bereits gefunden. Thiers ſelbſt hatte früher den Grafen Molé zum Präſidenten des Miniſterrathes vorgeſchlagen. Die Mittelpartei in der Abgeordnetenkammer, deren Haß gegen Guizot und deſſen Freunde die Doctrinaire am meiſten zu fürchten war, hatte bei ihren vergeblichen Verſuchen zur Bildung eines Miniſteriums aus ihrer Mitte die größte Bereitwilligkeit an den Tag gelegt, ſich der Leitung des Grafen Molé unterzuordnen, und bei der Nation war die Feſtigkeit noch nicht vergeſſen, die Graf Molé als Miniſter des Auswärtigen in der erſten Zeit nach der Julirevolution bewieſen. Eine Verwaltung, an deren Spitze Graf Molé getreten wäre, ſchien daher vollkommen geeignet, die erbitterte Feindſeligkeit gegen die Doctrinaire zu entwaffnen. Aber es war keine leichte Aufgabe, die in vielen weſentlichen Punkten einander widerſprechenden Forderungen des Grafen Molé und Guizots zu vereinigen, und es dauerte daher beinahe volle vierzehn Tage, ehe das ſchwierige Werk zu Stande kam. Endlich waren alle Hinderniſſe beſiegt; am 6. September 1836 wurden die Verordnungen über die Zuſammenſetzung des neuen Miniſteriums unterzeichnet, an deſſen Spitze, als Conſeilpräſident und Miniſter des Auswärtigen, Graf Molé ſtand, und in dem Perſil die Verwaltung der Rechtspflege und des Cultus, der farbloſe Viceadmiral Roſamel die Marine, Guizot den öffentlichen Unterricht, Duchâtel die Finanzen und Gaſparin, ein gewandter, in der Schule der Doctrinaire gebildeter Geſchäftsmann, der als Präfect des Rhonedepartements durch die Unterdrückung des Aufſtandes von Lyon den Ruf einer großen Charakterſtärke erlangt hatte, die Verwaltung des Innern übernahm. Die Stelle eines Handelsminiſters war für den von Paris abweſenden Generalprocurator Martin (du Nord) beſtimmt, der ſich zwar niemals mit den wichtigen Angelegenheiten beſchäftigt hatte, die jetzt ſeiner Sorge anvertraut werden ſollten, deſſen treue Ergebenheit indeſſen zu wohl bewährt war, als daß dieſelbe nicht jede andere Rückſicht überwogen hätte. Er ſelbſt hatte bei ſeiner Ankunft zwar einige Bedenklichkeiten, die aber durch die Vorſtellungen ſeiner Freunde leicht beſeitigt wurden. Das Kriegsminiſterium wurde offen behalten, weil man für daſſelbe einen Namen zu gewinnen wünſchte, der geeignet war, dem Heere Achtung einzuflößen. Man dachte zuerſt an den Marſchall Soult, darauf, als man von dieſem eine abſchlägige Antwort erhielt, an den Marſchall Molitor, der aber eben ſo wenig zur Annahme zu vermögen war. Zuletzt, als alle Unterhandlungen geſcheitert waren, die man mit bedeutenderen Namen angeknüpft hatte, ernannte der König ſeinen Ge-

Digitized by Google

neraladjutanten, den Generallieutenant Bernard, zum Kriegsminiſter. denſelben, der ſchon unter der dreitägigen Verwaltung des Herzogs von Baſſano dieſe Stelle bekleidet hatte.

Als Graf Molé die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten übernahm, fand er in der Hinterlaſſenſchaft ſeines Vorgängers einen Handel, der, wenn er mit allen Einzelheiten deſſelben bekannt geweſen wäre, bei der ſtrengen Redlichkeit und Ehrenhaftigkeit, die einen Grundzug ſeines Charakters bildete, aller Wahrſcheinlichkeit nach allein hingereicht hätte, ihm allen Glanz und alle äußere Ehren ſeiner einflußreichen Stellung zu verleiden. Die ſchweizeriſche Tagſatzung hatte durch ihren Beſchluß vom 23. Auguſt allen Forderungen Genüge geleiſtet, welche von der franzöſiſchen Regierung in der Angelegenheit der politiſchen Flüchtlinge erhoben waren; und die ganze Sache ſchien daher beendigt, als eine neue Verwickelung hinzutrat, die den Groll auf beiden Seiten höher ſteigerte, als vorher. Der franzöſiſche Geſandte zu Bern hatte am 19. Juli in Folge einer von dem Miniſterium des Innern dem Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten zugegangenen Mittheilung, zum Beweiſe, wie bedenklich das Treiben der Flüchtlinge in der Schweiz auch für Frankreich ſey, den Vorort beſonders auf einen Menſchen Namens Conſeil aufmerkſam gemacht, der aus Frankreich entwichen ſeyn ſollte, weil er in die Verſchwörung des Fieſchi verwickelt geweſen wäre. Die Berner Polizei hatte von dem Daſeyn eines ſolchen Menſchen nichts in Erfahrung zu bringen vermocht, als zwei italieniſche Flüchtlinge ihr die Anzeige machten, daß ſie einen Spion der franzöſiſchen Regierung entdeckt hätten, der ſich unter dem Vorgeben, ein Mitſchuldiger Fieſchis zu ſeyn, bei ihnen eingeſchlichen, ſeinen Verrath jedoch bereut und ihnen eingeſtanden habe, zu welchen Zwecken er nach der Schweiz geſchickt worden ſey. Der Spion wurde verhaftet, und aus der Unterſuchung, welche veranſtaltet wurde, ergab ſich, daß man denſelben Conſeil vor ſich hatte, der den ſchweizeriſchen Behörden von dem Herzoge von Montebello als ein beſonders gefährlicher politiſcher Verbrecher bezeichnet worden, der aber weder ein politiſcher Verbrecher, noch ein politiſcher Flüchtling, ſondern ein geheimer Agent der franzöſiſchen Regierung war. Conſeil war am 10. Juli mit einem Paſſe, der ihm von dem franzöſiſchen Miniſterium des Innern auf den Namen Cheli ausgeſtellt war, in Bern angekommen, von der Polizei ausgewieſen, bald darauf mit einem andern Paſſe unter dem Namen Corelli zurückgekehrt, und hatte am 6. Auguſt, nach einer Unterredung mit dem Herzog von Montebello, von der fran-

Digitized by Google

zöſiſchen Geſandtſchaft einen dritten antedatirten Paß auf den Namen Hermann erhalten. Das ſchweizer Volk wurde durch die Ermittelung dieſer Thatſachen in gerechten Unwillen verſetzt; in dem Berichte, welcher der Tagſatzung erſtattet wurde, war das zweideutige Verfahren der franzöſiſchen Behörden mit ſchonungloſer Strenge gerügt, dem Herzoge von Montebello war geradezu das ehrloſe Verbrechen der Fälſchung Schuld gegeben, und die Tagſatzung theilte in ihrer republikaniſchen Ungeſchicktheit dieſen Bericht der franzöſiſchen Regierung mit. Das nahm man zu Paris nicht als einen Verſtoß gegen die diplomatiſche Höflichkeit, ſondern als eine Verletzung des Völkerrechtes auf. Der Herzog von Montebello, dem das wahre Sachverhältniß doch unmöglich unbekannt ſeyn konnte, hatte in einem Berichte an ſeine Regierung das Verfahren der ſchweizeriſchen Behörden als eine böswillige Verſchwörung dargeſtellt, bei der man ſich eines durch den Dolch eingeſchüchterten Abenteurers bedient habe, um ihn ſelbſt, wie die franzöſiſche Regierung zu beſchimpfen. Graf Molé, durch dieſen Bericht getäuſcht, erließ eine Note an den Vorort, worin er die feierlichſte Genugthuung für die dem franzöſiſchen Geſandten zugefügte Beleidigung verlangte, und ſofern dieſe nicht augenblicklich geleiſtet würde, mit der Unterbrechung alles Verkehrs zwiſchen den beiden Nachbarländern drohte. Die ehrlichen Schweizer konnten ſich nicht davon überzeugen, daß ſie ein großes Unrecht gethan haben ſollten, indem ſie die Wahrheit ſagten. Eine augenblickliche Genugthuung war überdieß, wenn man auch den beſten Willen dazu gehabt hätte, ſchon durch die eigenthümlichen Formen der Bundesverfaſſung unmöglich. Die franzöſiſche Regierung nahm aber auf dieſen Umſtand ſo wenig Rückſicht, daß ſchon am 1. Oct., ehe die Berathungen der Bundesbehörde noch beginnen konnten, eine Grenzſperre gegen die Schweiz angeordnet wurde, die für Frankreich ungleich läſtiger war als für die Schweiz, weil die Ausfuhr aus Frankreich die Einfuhr aus der Schweiz um mehr als die Hälfte des Werthes überſtieg, und daher für den franzöſiſchen Handel eine der anſehnlichſten Quellen der Bereicherung war. Inzwiſchen war durch den Vorort eine außerordentliche Verſammlung der Tagſatzung einberufen worden und dieſe genehmigte am 5. Nov. nach ſtürmiſchen Erörterungen eine Erklärung, worin zwar nichts von Dem zurückgenommen war, was ſie früher behauptet hatte, und worin überdieß gegen jede fremde Einmiſchung in die innern Angelegenheiten der Schweiz mit Kraft proteſtirt wurde, welche aber zugleich die tröſtliche Verſicherung enthielt, daß man den Bericht, deſſen Mittheilung die franzöſiſche Re-

gierung ſo ſehr entrüſtet hatte, wenn dieſe ihn nicht verlange, nicht mitgetheilt haben wolle, und daß man durch denſelben die franzöſiſche Regierung keinesweges zu beleidigen beabſichtigte. Mehr hielt Graf Molé, dem die Wahrheit auf die Dauer nicht verborgen bleiben konnte, nicht für angemeſſen zu verlangen, und bereits am 15. Nov. wurde demnach der unterbrochene Verkehr wiederhergeſtellt. Mit einer ähnlichen Erklärung hatte Thiers vor ſeiner Entlaſſung ſich in dem Streite wegen der nordamerikaniſchen Entſchädigungen begnügt, und die neue Verwaltung konnte daher auch die freundſchaftlichen Verhältniſſe mit den Vereinigten Staaten wiederherſtellen. Auf dieſe Weiſe entkräftete ſie den Vorwurf, welcher der Regierung von den liberalen Blättern gemacht wurde, daß ſie nur die Freundſchaft der unbeſchränkten Höfe ſuche und ihren Haß gegen die Freiheit auch in ihren diplomatiſchen Beziehungen verrathe, da ſie mit den Freiſtaaten der alten und neuen Welt um der geringſten Urſachen willen ſich verfeinde. Wenn Graf Molé in Bezug auf die Schweiz nur das Verfahren fortſetzte, welches ſchon Thiers eingeſchlagen hatte, ſo entſchied er ſich dagegen in Bezug auf die Angelegenheiten der pyrenäiſchen Halbinſel für eine Politik, die im ſchroffſten Gegenſatze zu der von ſeinem Vorgänger beobachteten ſtand. Während Thiers die größte Gefahr für Frankreich in der Möglichkeit eines Sieges der Carliſten ſah und deshalb bereit war, nicht allein die Königin Regentin, ſondern auch die revolutionaire Partei, die nach dem Aufſtande von la Granja thatſächlich die Macht an ſich geriſſen, mit bewaffneter Hand zu unterſtützen, war Graf Molé darin mit Ludwig Philipp einverſtanden, daß er von jedem weitern Fortſchreiten der Revolution auf der Halbinſel die bedenklichſte Rückwirkung auf die franzöſiſchen Zuſtände befürchtete, und daß er daher ſelbſt den Einzug des Infanten Don Carlos in Madrid lieber geſehen hätte, als eine Befeſtigung des revolutionairen Syſtems der Cortes von 1812. Dem franzöſiſchen Botſchafter zu Madrid wurde die Weiſung ertheilt, jeden Verſuch, den die Königin Regentin machen könnte, um die gemäßigten Grundſätze des Eſtatuto real wieder zur Herrſchaft zu bringen, mit allen ihm zu Gebote ſtehenden Mitteln zu unterſtützen. Graf Molé hatte nichts dagegen, daß Ludwig Philipp durch die Vermittlung der franzöſiſchen Geſandtſchaft einen vertraulichen perſönlichen Briefwechſel unterhielt, deſſen Inhalt ihm ſelbſt nicht bekannt wurde; und für den ſchlimmſten Fall behielt er ſich vor, durch eine Vermählung der jungen Königin mit dem älteſten Sohne des Infanten Don Carlos eine Ausgleichung herbeizuführen, durch welche wenigſtens die größere

Gefahr eines dauernden Erfolges der revolutionairen Bewegung abgewandt worden wäre.

Eine der weſentlichſten Bedingungen, an welche Graf Molé ſeinen Eintritt in die Verwaltung geknüpft hatte, war die Bewilligung einer Begnadigungsacte, wie ſie die Mittelpartei bereits vor zwei Jahren an die Spitze ihrer Forderungen geſtellt hatte, und die er für unerläßlich erklärte, wenn das neue Cabinet die Mehrheit in der Abgeordnetenkammer gewinnen wollte. Auch Guizot hatte ſich von der Nothwendigkeit einer ſolchen Maßregel überzeugt, ſobald dieſelbe nur in angemeſſene Grenzen eingeſchloſſen blieb, weil er wohl begriff, welchen Vortheil ihm dieſelbe ſowohl Thiers als ſeinen Gegnern von der Mittelpartei gegenüber gewährte, die ihm den Vorwurf tyranniſcher Härte und Strenge machten, während ſie ſelbſt, als ſie die Zügel in der Hand hielten, nicht gewagt hatten, eine früher von ihnen als gerecht und billig verlangte Handlung der Milde auszuüben. Am 6. Oc… dem Geburtstage des Königs, wurde die Begnadigung von 63 politiſchen Verbrechern bekannt gemacht, die freilich noch keineswegs die Mehrzahl aller in den Kerkern ſchmachtenden oder in der Verbannung umherirrenden Widerſacher der Regierung bildeten. Nur einer geringen Anzahl der unbedeutendſten unter den Aprilgefangenen, einer größern der Theilnehmer an den Juniunruhen von 1832 und einer beinahe eben ſo großen gefangener Legitimiſten wurde die Freiheit zurückgegeben. Und dennoch war der Siegelbewahrer Perſil engherzig und beſchränkt genug, den günſtigen Eindruck, den jede Ausübung menſchlicher Milde auf die öffentliche Meinung hervorbringt, durch eine amtliche Erklärung zu ſchwächen, in der er die unſinnige Behauptung aufſtellte, daß eine allgemeine Begnadigung die Verleugnung muthvoller Richter (le désaveu d'une magistrature courageuse!) ſeyn würde, wozu er hinzufügte, daß Gnade nur jenen Unglücklichen zu Theil werden dürfe, welche Reue für ihre Verirrungen zeigten. Bald darauf wurden im Widerſpruche mit dieſer Erklärung von den Miniſtern Karls X., die ſeit ihrer Verurtheilung durch den Pairshof im Schloſſe zu Ham gefangen ſaßen, zwei, Peyronnet und Chantelauze, in Freiheit geſetzt, obwohl ſie ſich nicht einmal dazu verſtanden hatten, die beſtehende Regierung anzuerkennen. Wahrſcheinlich wollte man nur ſehen, ob die Rachſucht ſich gelegt hatte, die im Jahre 1830 mit wildem Ungeſtüm die Köpfe der Männer verlangte, von denen die Juliordonnanzen ausgegangen waren; denn da keine Spur der Aufregung ſich zeigte, wurde auch der Fürſt Polignac und ſein letzter Mitgefangener Guernon de Ranville

entlaſſen. Welchen Grund hätte man auch gehabt, dieſe Männer länger in Haft zu halten, da das Weſentlichſte von Dem, was die Juliordonnanzen bezweckt hatten, von der neuen Regierung, nur auf anderm Wege, durchgeſetzt war? Nur wenige vereinzelte Stimmen der Mißbilligung wurden in den liberalen Blättern laut, und dieſe fanden in der allgemeinen Abſpannung und Erſchöpfung, welche bei der Nation an die Stelle ihrer vieljährigen leidenſchaftlichen Erregung getreten war, keinen Widerhall. Die treuen, nur zu kurzſichtigen Diener Karls X. ſollten die Genugthuung nicht haben, dem greiſen Monarchen, deſſen unſeliger Verblendung ſie ſechs Jahre ihres Lebens geopfert, den Troſt in die Verbannung zu bringen, den ihr Wiederſehen nach ſo langer Trennung und nach einer Trennung unter ſolchen Umſtänden ihm gewährt hätte. Dem königlichen Greiſe, den die zunehmende Schwäche des Alters gegen alle Einwirkungen des Climas empfindlicher machte, war von ſeinen Aerzten der Rath ertheilt worden, ſeinen Aufenthalt von dem Hradſchin bei Prag nach dem von der öſterreichiſchen Regierung zu ſeiner Verfügung geſtellten kaiſerlichen Schloſſe zu Graz in Steiermark unter einem milderen Himmel zu verlegen. Er war jedoch kaum mit den Gliedern ſeiner Familie in ſeinem neuen Ruheſitze vereinigt, als er von einer Erkältung befallen wurde, an deren Folgen er nach kurzem kaum vierundzwanzigſtündigen Leiden, am Morgen des 6. Novembers 1836, mit der Ruhe und Faſſung eines gläubigen Chriſten ſeinen Geiſt aufgab. Am Abende vor ſeinem Tode hatte er den Herzog von Bordeaux und deſſen Schweſter an ſein Krankenlager kommen laſſen und ihnen ſeinen Segen ertheilt, indem er die ſchönen Worte ſprach: „Möge Gott Euch behüten! Wandelt immer auf den Wegen der Gerechtigkeit! Vergeßt mich nicht, und betet zuweilen für mich!“ Alle regierende Häuſer Europas legten für den verblichenen König von Frankreich Trauer an; in den Tuilerien wurde großer Rath darüber gehalten, was zu thun ſey; doch überwog die Meinung, daß es gegen die unter den Höfen übliche Sitte verſtoßen würde, wenn man dieſem Beiſpiele folgen wolle, da man keine amtliche Anzeige von dem Verſcheiden Karls X. erhalten habe.

Es waren nur wenige Tage vergangen, ſeit Ludwig Philipp eine Mahnung erhalten hatte, daß der Boden unter ſeinen Füßen noch keinesweges gegen jede gewaltſame Erſchütterung geſichert war, wenn er auch fortan ſich jeder Sorge vor einer Schilderhebung der Anhänger des geſtürzten Königshauſes, wie der Anhänger der Republik mit gutem Grunde überhoben erachten konnte. Auf dem Schloſſe zu

Digitized by Google

Arenenberg bei Conſtanz, in dem ſchweizeriſchen Canton Thurgau, lebte bei ſeiner Mutter Hortenſe der junge Prinz Ludwig Napoleon, der Sohn des ehemaligen Königs von Holland, des beſten, aber auch des ſchwächſten unter den Brüdern des Kaiſers. Eine auffallende Aehnlichkeit in ſeinen Geſichtszügen mit jenen des großen Oheims ſcheint in dem Prinzen zuerſt den Gedanken geweckt zu haben, daß er dazu berufen ſey, einſt das Erbe eines Namens anzuſprechen, der noch in den ſpäteſten Jahrhunderten gleich jenen eines Alexander, Cäſar, Karls des Großen die Welt durchdringen wird. Frühzeitig hatte der junge Ludwig Napoleon ſich auf das Studium der militairiſchen Wiſſenſchaften gelegt, um auch hierin, wie in der äußern Geſtalt, ſeinem Vorbilde zu gleichen. Er hatte jedoch, als er in das männliche Alter trat, einſehen gelernt, daß der Gedanke der Freiheit in unſern Tagen auf die Völker eine mächtigere Anziehungskraft übt, als aller Ruhm der Waffen; und er hatte, um auch in dieſer Beziehung allen Anforderungen, die an ihn gemacht werden konnten, gerecht zu werden, es nicht verſchmäht, das Bürgerrecht in dem kleinen ſchweizeriſchen Freiſtaate zu erwerben, in dem er ſeinen Wohnſitz aufgeſchlagen. Im Jahre 1834 war er von dem vollziehenden Rathe des Cantons Bern zum Artilleriehauptmann ernannt worden; er hatte bei dieſer Gelegenheit erklärt, daß er ſtolz ſey, zu den Vertheidigern eines Staates zu gehören, der die Volksherrſchaft als die Grundlage ſeiner Verfaſſung anerkenne. Er war allen Bewegungen in Frankreich ſeit der Julirevolution mit der geſpannteſten Aufmerkſamkeit gefolgt und hielt es für unmöglich, daß eine Regierung ſich behaupten könne, die ſeinem Urtheile nach von allen edlen und großmüthigen Gefühlen der Nation zurückgeſtoßen werden mußte. Er theilte die tiefe Entrüſtung, welche bei den Verhandlungen über die Austreibung der Flüchtlinge und bei dem Conſeilſchen Handel das Land und das Volk durchdrang, deſſen Gaſtfreundſchaft ihm eine zweite Heimath gewährte. Seiner Meinung nach war jetzt das Maß der Schande, welches der Napoleon des Friedens über Frankreich gebracht hatte, bis zum Ueberſtrömen gefüllt, und er glaubte den Franzoſen nur den Adler ſeines Oheims zeigen zu dürfen, um gewiß zu ſeyn, daß ſie in Maſſe ihm zufallen würden. Er hatte in dem Geſundbrunnen zu Baden-Baden die Bekanntſchaft des Artillerieobriſten Vaudrey gemacht, der das zur Straßburger Beſatzung gehörende vierte Regiment befehligte und dieſen für ſeine Plane gewonnen. Auch glaubte er auf den General Voirol rechnen zu können, einen alten Soldaten des Kaiſerreiches, der den Befehl

über die fünfte Militairdiviſion hatte. Ein ehemaliger Officier von der alten Garde, der Hauptmann Parquin, der in der Nähe von Arenenburg ein Landgut beſaß, beſtärkte den Prinzen in ſeinen Entwürfen. Am 29. October erſchien dieſer plötzlich in Straßburg und kündigte Vaudrey an, daß der Augenblick gekommen ſey, zu handeln. Umſonſt ſtellte der erfahrene Kriegsmann dem jungen Prinzen vor, wie geringe Ausſichten ein ſo wenig vorbereitetes Unternehmen habe. Da ſein Rath nicht gehört wurde, entſchloß er ſich, das Wort einzulöſen, welches er verpfändet hatte. Am folgenden Morgen, beim erſten Grauen des Tages, wurde das vierte Artillerieregiment unter die Waffen gerufen. Der Obriſt ſtellte ſeinen Soldaten den jungen Prinzen vor: „Eine große Revolution," rief er ihnen zu, „beginnt in dieſem Augenblicke. Der Neffe des Kaiſers ſteht vor Euch. Er kommt, um ſich an Eure Spitze zu ſtellen. Er iſt auf den vaterländiſchen Boden zurückgekehrt, um Frankreich ſeinen Ruhm und ſeine Freiheit wiederzubringen. Es gilt, zu ſiegen oder zu ſterben für eine große Sache, für die Sache des Volkes. Soldaten des vierten Regiments, kann der Neffe des Kaiſers auf Euch rechnen?" Das ganze Regiment erhob den Ruf: „Es lebe der Kaiſer!" Es war daſſelbe, in dem einſt Bonaparte ſeine erſten Waffenthaten bei der Belagerung von Toulon vollbrachte; und im Jahre 1815 hatte es dem Kaiſer bei ſeiner Rückkehr von der Inſel Elba die Thore von Grenoble geöffnet. Es war kein Soldat im Regimente, dem dieſe Umſtände nicht bekannt geweſen wären, die Prinz Ludwig Napoleon, in der einfachen Uniform eines Artillerieofficiers, ihnen zurückrief. „Es ſind Euch neue große Geſchicke vorbehalten," ſagte der Prinz, indem er einen kaiſerlichen Adler ergriff, den ein Officier trug, „hier iſt das Sinnbild des franzöſiſchen Ruhmes, es ſoll fortan das Zeichen der Freiheit werden!" Unter neuem Zuruf und unter dem kriegeriſchen Schall der Trompeten ſetzte ſich das Regiment in Marſch, um längs des Walles nach der Caſerne auf der Finkmatt zu ziehen, wo das 46. Infanterieregiment lag, das zum Beitritte aufgefordert werden ſollte. Dieſer Weg war gewählt worden, weil man auf demſelben bei den wichtigen Punkten des Rathhauſes, der Präfectur und der Militairdiviſion vorüberkam, die man beſetzen mußte, um ſich des Platzes zu verſichern. Der Präfect wie General Voirol, der ſich dem Prinzen anzuſchließen verweigerte, wurden verhaftet. In der Finkmatt ſtieß man aber auf unerwarteten Widerſtand. Unter den Soldaten, von denen Einzelne ſchon in den Ruf: „Es lebe der Kaiſer!" einſtimmten, verbreitete ſich das Gerücht, daß ſie nicht den Neffen

des Kaiſers, ſondern den Neffen des Obriſten Vaudrey vor ſich ſähen, der dieſe Rolle ſpiele. Ein Lieutenant verſuchte es, Hand an den Prinzen zu legen, und während des Tumultes, der ſich darüber erhob, erſchien der Obriſtlieutenant Taillandier, deſſen Befehl die wankenden Soldaten zu ihrer Pflicht zurückführte. Prinz Ludwig Napoleon, der ſein verwegenes Unternehmen geſcheitert ſah, ergab ſich zum Gefangenen und Obriſt Vaudrey folgte ſeinem Beiſpiele. In Paris ging mit der erſten Nachricht von dem Anſchlag zugleich jene von der Vereitelung deſſelben ein; die Beſtürzung, welche die überraſchende Kunde erregte, verdrängte daher keinen Augenblick das Gefühl der vollkommenſten Sicherheit, und Ludwig Philipp war nur darüber in Verlegenheit, welches Verfahren in Bezug auf den gefangenen Prinzen zu beobachten ſey. Die Mehrzahl der Miniſter war der Meinung, daß man die ganze Angelegenheit vor die gewöhnlichen Gerichte weiſen müſſe; Graf Molé, einſt einer der treueſten Diener des Kaiſers, hielt es für unmöglich, den Neffen des größten Fürſten, der die Krone Frankreichs getragen, ſo tief zu erniedrigen; er verlangte, daß man mit dem Prinzen eben ſo, wie mit der Herzogin von Berri, eine Ausnahme von dem gewöhnlichen Verfahren mache. Dieſer Rath überwog; es wurde beſchloſſen, ihn von Straßburg ohne alles Aufſehen nach einem Seehafen abzuführen und ihn dort auf einem Kriegsfahrzeuge nach Amerika einzuſchiffen, damit er in einem fremden Welttheile von den abenteuerlichen Träumen einer nie für ihn erreichbaren Größe zurückkomme. Der Proceß gegen ſeine Mitſchuldigen wurde dem Geſchwornengerichte des Niederrheindepartements zugewieſen; doch dieſes ſprach in Folge Deſſen, daß der Hauptſchuldige durch die Regierung ſelbſt der Unterſuchung entzogen war, am 18. Januar 1837 alle Angeklagten frei. Dieſer Spruch, der in ganz Europa allgemeines Erſtaunen erregte, war eine wahre Niederlage für die Regierung; denn er wurde, mit Ausnahme der unbedingten Anhänger des Hofes und der ſtrengen Rechtsgelehrten, von der ganzen Nation gebilligt. Die Geſchwornen leugneten durch ihr Urtheil nicht Thatſachen ab, die vor aller Welt offenkundig dalagen; aber ſie erklärten, daß die Regierung eine widerrechtliche Handlung begangen habe, indem ſie den Hauptſchuldigen, weil er ein Prinz war, der Gerechtigkeit entzog, und ſie waren der Meinung, daß ſie unter ſolchen Umſtänden auch die Mitſchuldigen der Strafe nicht überliefern dürften.

Noch ehe das Jahr 1836 zu Ende ging, hatte die Verwaltung des Grafen Molé nicht allein ſich ſelbſt, ſondern auch Frankreich eine

Digitized by Google

Niederlage zugezogen, die ungleich ſchwerer in das Gewicht fiel, als der nur ein vorübergehendes Aufſehen verurſachende Spruch des Straßburger Geſchwornengerichtes. Marſchall Clauzel hatte mit der Uebernahme der Statthalterſchaft in Algier auch ſeine alten Plane zur Ausdehnung der franzöſiſchen Herrſchaft über den ganzen Umfang der Regentſchaft wieder aufgenommen. Kurze Zeit nach der Rückkehr von ſeinem Zuge gegen Maſcara hatte er wieder von Oran aus einen andern Heereszug nach der noch tiefer im Innern unfern der Grenze von Marocco gelegenen Stadt Tlemſen unternommen, wo die in der alten Burg hauſenden Kuluglis — in Afrika geborene Türken, die ſich der Obergewalt des Arabers Abd el Kader nicht unterwerfen wollten — ihn zu Hülfe riefen. Aber ungleich größern Werth, als auf die Ausbreitung der franzöſiſchen Macht nach dieſer Richtung, legte er auf die Eroberung der fruchtbaren, wohl angebauten, von friedlichen und höher gebildeten Araberſtämmen bewohnten Landſchaft Conſtantine, an deren Küſte die Franzoſen die beiden Hafenplätze Bugia und Bona inne hatten, während das ganze Innere dem wilden und grauſamen Ahmed Bei gehorchte, einem vornehmen Türken, der ſich noch unter dem Regimente des Dei's von Algier zum Herrn in der uralten von Römermauern umgebenen Stadt Conſtantine aufgeworfen. Während der Seſſion der Abgeordnetenkammer hatte ſich Clauzel hauptſächlich zu dem Zwecke nach Paris begeben, um Thiers, deſſen Vorliebe für große Unternehmungen er kannte, für ſeinen Plan zu gewinnen. Es waren ihm alle Verſtärkungen und Unterſtützungen, deren er bedurfte, zugeſagt worden, und der 15. September, der günſtigſte Zeitpunkt zur Kriegführung auf der afrikaniſchen Nordküſte, war zur Eröffnung des Feldzuges beſtimmt. Inzwiſchen wurde aber Thiers geſtürzt; die erwarteten Verſtärkungen blieben aus, da Graf Molé es nicht wagte, die erforderlichen bedeutenden Geldausgaben ohne Genehmigung der Kammern zu machen, und es wurde nach langen vergeblichen Verhandlungen dem Marſchall zwar nicht befohlen, aber geſtattet, ſeinen Kriegszug mit Mitteln, die er ſelbſt für unzureichend erklärt hatte, auszuführen. Marſchall Clauzel, ein Charakter, der mehr als einmal das unmöglich Scheinende mit Erfolg unternommen hatte, entſchloß ſich, halb in der Verzweiflung, halb im Vertrauen auf das Glück, welches ihn auch bei den kühnſten Wagniſſen niemals verlaſſen, von der ihm ertheilten Erlaubniß Gebrauch zu machen; und ſo groß war die Zuverſicht, die ſein bewährtes Feldherrntalent den Miniſtern wie dem Könige einflößte, daß ihm, wie im vorigen Jahre der Herzog von Orleans bei dem Zuge

nach Maſcara, ſo jetzt der Herzog von Nemours beigegeben wurde, um an den erwarteten Lorbeern Theil zu nehmen. Der November und mit demſelben das ſtürmiſche Regenwetter des Spätherbſtes war gekommen, als Clauzel mit einem Corps von 7000 Mann, das weder mit Mundvorräthen für längere Zeit, noch mit Belagerungsgeſchütz verſehen war, den Zug nach Conſtantine antrat. Mit Mühe erreichten die Franzoſen dieſe Stadt, die ſie bei ihrer Ankunft vor derſelben ungleich feſter fanden, als ſie nach den oberflächlichen Berichten und Beſchreibungen der Eingebornen vorausgeſetzt hatten. Ein Sturm, den der verwegene Feldherr im Angeſichte eines um das Dreifache überlegenen Feindes unternahm, wurde abgeſchlagen, und jetzt blieb ihm nichts Anderes übrig, als ſich unverrichteter Dinge, von feindlichen Reiterſchaaren umſchwärmt, in dem abſcheulichſten Wetter nach Bona zurückzuziehen, wobei er eine größere Zahl ſeiner Leute durch die Anſtrengungen des Marſches, als durch das Schwert der Araber verlor. Die Miniſter hatten mit Gewißheit darauf gerechnet, eine Siegesnachricht zu erhalten, die ihnen zur Ausſchmückung der Thronrede bei der bevorſtehenden Eröffnung der Kammer vortreffliche Dienſte geleiſtet hätte; nach der Niederlage ſchoben ſie die Schuld auf den Marſchall, der durch ſeine tollkühne Verwegenheit alles Unglück allein veranlaßt habe.

Am 27. December 1836 wurden die Kammern eröffnet; der König fuhr in einem Wagen, in dem außer ihm ſeine drei älteſten Söhne ſaßen, nach dem Palaſte der Abgeordnetenkammer; er hatte jedoch kaum den Quai auf dem linken Seineufer erreicht, als ein Schuß fiel, der aus der Entfernung von wenigen Schritten auf ihn gerichtet war und das Glasfenſter der Kutſche zertrümmerte, jedoch ſein Ziel verfehlte. Der Mörder, ſeinem Aeußern nach ein Menſch aus den niedern Volksclaſſen, machte keinen Verſuch zu fliehen; er rühmte noch nach ſeiner Verhaftung ſeine That und bedauerte nur das Mißlingen derſelben. Ludwig Philipp verrieth durch keine Bewegung die Erſchütterung, die ein ſo furchtbarer Beweis des, wie er wohl wußte, von Hunderten und vielleicht von Tauſenden getheilten wüthenden Haſſes gegen ſeine Perſon auf ihn hervorbringen mußte; in der Verſammlung in deren Mitte er ſich begab, würde Niemand geahnt haben, was vorgegangen war, wenn die Kunde ihn nicht bei ſeinem Eintritte begleitet hätte. Die Thronrede war ſo vorſichtig gehalten, daß ſie den Parteien nur wenige Angriffspunkte bot. Es wurde erwähnt, daß die Mißhelligkeiten mit den Vereinigten Staaten, ſowie jene mit der Schweiz, auf befriedigende Weiſe ausgeglichen wären, der Fort-

Digitized by Google

dauer des Bürgerkrieges in Spanien wurde gedacht und dabei die Hoffnung ausgeſprochen, daß der conſtitutionellen Monarchie der Sieg bleiben werde, zugleich aber die Erklärung hinzugefügt, daß Frankreich das Blut ſeiner Kinder für ſeine eigene Sache aufſparen müſſe, und daß man daher das Land vor den Opfern einer bewaffneten Einmiſchung bewahrt habe, deren Folgen ſich unmöglich berechnen ließen. Das Unglück von Conſtantine wurde beklagt und der Entſchluß angekündigt, den franzöſiſchen Waffen in Afrika das gebührende Uebergewicht zu verſchaffen. Das Bild, welches von der innern Lage des Landes entworfen wurde, war wohl geeignet, die Gemüther mit dieſem Unfalle zu verſöhnen. Die Leidenſchaften fingen an ſich zu beruhigen, der allgemeine Wohlſtand war in ſichtlichem Zunehmen begriffen, und zum erſten Male ſeit der Julirevolution überſtiegen die Ausgaben des Staats die Einnahmen. Die Geſetzentwürfe, welche den Kammern vorgelegt werden ſollten, waren in ſo unbeſtimmten Ausdrücken angedeutet, daß es dem bitterſten Haſſe ſchwer fallen mußte, von denſelben zum Voraus eine Veranlaſſung zu Feindſeligkeiten zu entlehnen. Sie wurden als ſolche bezeichnet, die theils die Familie des Königs beträfen, theils dazu beſtimmt wären, die beſtehende Geſetzgebung zu vervollkommnen. Die Adreſſe, die in der Abgeordnetenkammer in Vorſchlag gebracht wurde, entſprach ganz den Anſichten der Regierung. Nur über zwei Punkte der auswärtigen Politik entſpann ſich eine lebhafte Erörterung. Das Verfahren gegen die Schweiz war zu treulos geweſen, als daß die liberale Gegenpartei dazu ſchweigen konnte, wenn die Löſung des Streites eine befriedigende genannt wurde, und bei der ſpaniſchen Einmiſchung war Thiers mit ſeinen Collegen zu nahe betheiligt, als daß die beſtimmte Erklärung der Regierung ſie nicht zu einer Vertheidigung ihrer Anſicht gezwungen hätte. Alles Talent, welches Thiers aufbot, um die Nothwendigkeit bewaffneten Einſchreitens zur Herſtellung der Ruhe auf der Halbinſel nachzuweiſen, die beredteſte Darlegung der Verpflichtungen, die Frankreich durch den Vertrag des Vierbundes, ſowie durch frühere Verſprechung übernommen hatte, vermochte jedoch die friedlichen Neigungen der Kammer nicht zu überwinden, und die Miniſter, obwohl ihrem Gegner an Gewandtheit der Rede nicht gewachſen, erhielten bei der Abſtimmung einen leichten Sieg. Schwieriger war ihr Stand in der Schweizer Angelegenheit, da Graf Molé es nicht über ſich gewinnen konnte, die Verantwortlichkeit für Dinge zu übernehmen, die er ſelbſt im tiefſten Grunde der Seele

Digitized by Google

mißbilligte, und, indem er die ganze Laſt auf die frühere Verwaltung wälzte, ſeinen Vorgänger Thiers nöthigte, einen Umſtand aufzudecken, durch welchen nicht allein das Cabinet, ſondern auch die höchſte Perſon im Staate auf die ſchmählichſte Weiſe bloß geſtellt wurden. Thiers, der die Ausweiſung Conſeils verlangt hatte, betheuerte bei ſeiner Ehre, er habe nicht gewußt, daß Conſeil ein Spion geweſen; er hätte allerdings als Präſident des Miniſterrathes von Allem unterrichtet ſein ſollen, man habe ihn aber nicht von Allem unterrichtet. Die Ausweiſung Conſeils ſei nur auf eine Aufforderung von Gasparin, dem Miniſter des Innern, verlangt worden, der damals Unterſtaatsſecretair im Miniſterium des Innern war. Gasparin, von allen Seiten gedrängt, zu reden, wußte ſich nicht anders zu helfen, als daß er verſicherte, ſeine Amtspflicht gebiete ihm das Geheimniß zu bewahren. Endlich zog Montalivet, der zwar mit Thiers ſeine Stelle in der Verwaltung aufgegeben, aber das volle Vertrauen des Königs behalten hatte und in ſein altes Amt als Intendant der Civilliſte zurückgetreten war, die Miniſter aus ihrer Verlegenheit; er erklärte durch ein Schreiben an den Grafen Molé, daß er alle Verantwortlichkeit für dieſe Sache auf ſich nehme. Dabei war keine große Gefahr; denn er wußte wohl, daß die Kammer es nicht wagen würde, ihn in Anklagezuſtand zu verſetzen, und doch war dies das Einzige, was übrig blieb, wenn man die Sache nicht fallen laſſen wollte. Kaum war die Adreſſe angenommen, als die Miniſter mit den Geſetzentwürfen hervortraten, die in der Thronrede nur dunkel angedeutet waren. Der Kriegsminiſter, General Bernard, legte am 24. Januar 1837 der Abgeordnetenkammer einen Geſetzentwurf vor, der zu ſeiner nächſten Veranlaſſung zwar den Ausſpruch des Straßburger Geſchwornengerichts hatte, jedoch ohne Zweifel ſchon früher ausgearbeitet war: das ſogenannte Trennungsgeſetz, oder die loi de disjonction. In Zukunft ſollten bei Verbrechen, die von Civil- und Militairperſonen gemeinſchaftlich verübt würden, die Gerichtsbarkeiten getrennt, und die erſten zwar vor die Jury, die letzten aber vor Kriegsgerichte gewieſen werden. Gleichzeitig wurde ein anderer Geſetzentwurf eingebracht, der dazu dienen ſollte, die Septembergeſetze zu ergänzen. Dieſe hatten die alte, zur Zeit der Republik eingeführte Strafe der Deportation wieder hergeſtellt, aber keinen Ort beſtimmt, wohin die Verurtheilten zu deportiren wären. Dieſem Mangel half man jetzt ab, indem man die Inſel Bourbon als den Deportationsort bezeichnete. Am folgenden Tage legte

›er Siegelbewahrer der Pairskammer einen dritten Geſetzentwurf vor, ›er die ſchwerſte Gefängnißſtrafe darauf ſetzte, wenn eine Perſon, die ›on einer Verſchwörung oder einem andern Unternehmen gegen das Leben ›es Königs irgend eine Kenntniß erhielte, nicht binnen 24 Stunden ılle einzelne Umſtände den Behörden anzeigte. Tages darauf brachte Graf Molé zwei Geſetzentwürfe in die Abgeordnetenkammer, die zu ›ieſen Maßregeln der Strenge freilich einen ſonderbaren Gegenſatz bil- ›eten. Durch den erſten wurde beantragt, dem Herzoge von Nemours ur Apanage die große Domaine Rambouillet nebſt dem Gute Cha- eauneuf anzuweiſen, deren Einkünfte freilich ſehr niedrig auf 460,000 Fr. ›eranſchlagt waren. Nach dem zweiten ſollte die Staatskaſſe die Ver- ›indlichkeit übernehmen, der Königin der Belgier das in ihrem Hei- athsvertrage ausbedungene Brautgeſchenk von 1 Mill. Fr. auszuzahlen. Der Eindruck, den dieſe Geſetzentwürfe in ihrer Geſammtheit in ganz Frankreich hervorbrachten, war ſehr verſchieden von dem, den die Re- ¦ierung erwartete. Bei dem Aufblühen des Handels und des Ge- ›erbfleißes war allerdings das Verlangen nach Ruhe in dem Mittel- tande allgemein, und dieſer war daher mit dem Syſteme der Regie- ung, ſofern dieſes die Ruhe aufrecht hielt, im Allgemeinen zufrieden. Aber ein großer Irrthum war es, wenn die Regierung in dem leiden- chaftlichen Tadel, dem ungeachtet der Septembergeſetze ſie täglich in ›en Journalen ausgeſetzt war, nur die Meinung einer geringen An- ahl unruhiger Köpfe ſah, auf die ſie keine Rückſicht nehmen dürfe. Das immer unverhohlener hervortretende Streben, die öffentliche Frei- eit in die engſten Grenzen einzuſchränken, alle Erinnerungen der alten Monarchie wieder hervorzurufen und die alte Ordnung unter der Re- tauration wieder herzuſtellen, erweckte in den weiteſten Kreiſen theils ange Beſorgniß, theils bittern Unmuth, und die Preſſe, die ſich frei- ich bald aus Unkenntniß, bald aus leidenſchaftlicher Verblendung auch ıanche Ungerechtigkeit erlaubte, lieh dennoch im Ganzen nur der all- emeinen Meinung der Nation ihr Ohr. Gegen die neuen Geſetz-Entwürfe rhob ſich in allen von der Regierung unabhängigen Journalen ſo uuter, ſo heftiger und zugleich ſo wohlbegründeter Tadel, daß die Männer, die von demſelben getroffen wurden, den Beweis eines alles Maß überſchreitenden Hochmuthes ablegten, indem ſie mit der unbe- ıngenſten Sorgloſigkeit ſich darüber hinwegſetzten. Erſt als ſie eine rnſtere Warnung erhielten, wurden ſie bedenklich. Als das Trennungs- eſetz in der Abgeordnetenkammer zur Berathung kam, erklärten die usgezeichnetſten Rechtsgelehrten, ohne Unterſchied der Partei, der ſie

Digitized by Google

angehörten, ſich einſtimmig gegen dieſelbe. Dupin wies nach, daß eine ſolche Trennung der Gerichtsbarkeiten ſeit den älteſten Zeiten der franzöſiſchen Monarchie unerhört ſei; andere Redner bewieſen, daß dieſelbe die nachtheiligſten Folgen für die Rechtspflege haben müſſe und in vielen Fällen die Handhabung unparteiiſcher Gerechtigkeit unmöglich machen würde. Die Miniſter, außer Molé, Guizot und Duchâtel, Männer von ſehr beſchränkten Fähigkeiten, beharrten im Vertrauen auf die Mehrheit in der Kammer, deren ſie gewiß zu ſein glaubten, unerſchütterlich auf ihrem Sinne, und der Siegelbewahrer Perſil überhob ſich des Triumphes, auf den er rechnete, zum voraus ſo ſehr, daß er ankündigte, es würden noch ganz andere Geſetzentwürfe vorbereitet, welche die Sicherſtellung des Königs bezweckten. Bei der öffentlichen Abſtimmung, die durch Aufſtehen der Genehmigenden und Sitzenbleiben der Verwerfenden geſchah, hatten die Miniſter in der That eine ziemlich zahlreiche Mehrheit; als man aber darauf zu der geheimen Abſtimmung durch Kugeln ſchritt, wurde das Geſetz am 7. März 1837 mit einer Mehrheit von 211 Stimmen gegen 209 verworfen. Mehre Beamte und andere von der Regierung abhängige Perſonen, die es nicht wagten, ſich offen gegen die Miniſter zu erklären, hatten das Geheimniß der Kugelung dazu benutzt, um gefahrlos ihre Meinung auszuſprechen. Die Verwerfung des Trennungsgeſetzes war für die übrigen Vervollkommnungen der Geſetzgebung, welche die Thronrede angekündigt hatte, eine Vorbedeutung, die unmöglich mißverſtanden werden konnte. Gegen alle hatte ſich die öffentliche Meinung mit gleicher Kraft erhoben, denn alle waren von dem gleichen Geiſte rückſichtsloſer Härte und Unterdrückung eingegeben. Das Trennungsgeſetz verſtieß alle ſeit Jahrhunderten beobachteten Grundſätze der franzöſiſchen Geſetzgebung, um die Gerichtsbarkeit der Geſchwornengerichte zu ſchmälern, weil dieſe nicht ſelten freiſprachen, wo die Regierung eine Verurtheilung verlangte. Das Deportationsgeſetz lieh der Regierung die Macht, eine Strafe anzuwenden, die bisher nur dem Namen nach beſtand, und die man wegen ihrer furchtbaren Härte nicht mit Unrecht eine Verurtheilung zum langſamen Tode genannt hatte. Das Geſetz gegen die Nichtanzeige mußte Verdacht und Mißtrauen in alle Kreiſe des geſellſchaftlichen Lebens tragen, weil Niemand wiſſen konnte, ob ein unbedacht hingeworfenes Wort ihn nicht einer gerichtlichen Verfolgung und der ſtrengſten Strafe ausſetzte.

Beinahe ebenſo verhaßt, wie dieſe drei Geſetze, war aber das Geſetz über die Apanage des Herzogs von Nemours, denn ſchon in dem Worte Apanage lag der Anſpruch des neuen Königthumes, welches

Digitized by Google

in den erſten Jahren nach der Julirevolution unter dem beſcheidenen Namen des Bürgerkönigthumes aufgetreten war, in allen Beziehungen die Stellung der alten Dynaſtie der Bourbons einzunehmen. Der Unwille, den dieſer Anſpruch erweckte, wurde durch zwei Flugſchriften des republikaniſch geſinnten Abgeordneten Cormenin vermehrt, welche die Habſucht der „Civilliſte" mit allen Waffen des Witzes, des Hohnes und einer einſchneidenden Logik bekämpften. Cormenin ſtellte die Armuth des Volkes dem ungeheuren Reichthume gegenüber, den das Haus Orleans gehäuft hatte, ſpottete darüber, daß dieſes Haus dennoch ſeine Familienglieder nicht zu erhalten vermöge, und wies nach, daß die Güter, die man für den Herzog von Nemours verlangte, nicht eine jährliche Rente von 460,000 Fr. ertrügen, wie der Kammer angegeben war, ſondern einen Werth von 40 Mill. hätten. Die doctrinaire Verwaltung begriff, daß ſie bei aller Willenloſigkeit der Abgeordnetenkammer keine Ausſicht hatte, ihre Geſetzentwürfe durchzuſetzen. Wenn man vor den Grundſätzen der Repräſentativverfaſſung aufrichtige Achtung gehabt hätte, mußte das Cabinet ſich zurückziehen, nachdem die Volksvertretung ſich ſo entſchieden gegen die Anſicht deſſelben erklärt hatte. Aber die Kammer verlangte den Rücktritt des Miniſteriums nicht ausdrücklich, und dieſes war nicht gemeint, ſeinen Platz ſo leichten Kaufes zu räumen. Erhielt man doch für die Verwerfung des Trennungsgeſetzes wenige Tage darauf die Genugthuung, daß die Kammer der Regierung 85 Mill. Fr. für die Verbeſſerung des Wegebaues bewilligte, und man durfte daher nur die verhaßten Geſetzentwürfe bis zu einer günſtigern Gelegenheit ruhen laſſen, um vielleicht immer noch ihre Annahme zu bewirken. Dies war der Rath des mildern und gemäßigtern Molé; der unbeugſame Guizot ſah aber in ſolcher Nachgiebigkeit eine Schwäche, die, wie er behauptete, das Anſehen der Regierung herabſetze. Er drang darauf, daß man eher das letzte Mittel verſuchen, die Kammer auflöſen und durch neue Wahlen an die Meinung des Landes appelliren ſollte. Der Streit, der darüber entſtand, führte eine unverſöhnliche Entzweiung herbei, die zuletzt zwar nicht die Auflöſung der Kammer, aber jene des Cabinets unvermeidlich machte. Nach langen Unterhandlungen, während deren Ludwig Philipp bald dieſer, bald jener Partei die Hand bot, ſchieden die Doctrinaire aus, und Graf Molé trat am 15. April 1837 an die Spitze einer neuen Verwaltung. Außer dem Conſeilpräſidenten behielten ihre Portefeuilles nur die an Talent und perſönlichem Einfluſſe am wenigſten vorragenden Mitglieder des alten Cabinets: der Kriegsminiſter Bernard, der Seeminiſter

Digitized by Google

Roſamel und der Handelsminiſter Martin. Dagegen übernahm Graf Montalivet von neuem das Miniſterium des Innern, welches ſein früherer Unterſecretair Gasparin nur für ihn aufbewahrt zu haben ſchien; Salvandy, der Verfaſſer eines mittelmäßigen Romans und einer abſolutiſtiſchen Brochure, trat als Miniſter des öffentlichen Unterrichts an die Stelle Guizots; Barthe löſ'te als Siegelbewahrer den talentloſern aber charakterfeſtern Perſil ab, wie dieſer einſt ihn abgelöſ't hatte, und Lacave-Laplagne, ein wenig bedeutender, der Regierung unbedingt ergebener Abgeordneter, der als Referendar am Rechnungshofe nicht ohne finanzielle Kenntniſſe war, erſetzte den geiſtreichen Duchâtel als Finanzminiſter.

Ungeachtet des Jubels, der ſich über den Sturz der „Doctrinaire" erhob, erregte doch die Zuſammenſetzung des neuen Miniſteriums in ganz Frankreich ein Gefühl des Mißbehagens. Graf Montalivet hatte ſeinen Ruhm durch die Hingebung, mit der er die Verantwortlichkeit für die Conſeil'ſche Angelegenheit übernahm, nicht vermehrt, und noch auffallender erſchien die Ernennung Salvandy's; denn die Urſache, welche die Auflöſung des doctrinairen Cabinets veranlaßt hatte, war die Verwerfung des Trennungsgeſetzes, und Salvandy war der Berichterſtatter der Commiſſion geweſen, welche die Annahme des Geſetzes empfahl. Guizot trat aus, weil er ſah, daß die Geſetze, welche die Regierung vorgeſchlagen, nicht durchzuführen waren, und ſeine Stelle nahm nicht ein Gegner dieſer Geſetze, ſondern ein Mann ein, der zu ihren eifrigſten Verfechtern gehörte. Die neue Verwaltung wurde deshalb von den vorlauten Journaliſten ein Räthſel genannt; aber es vergingen nur wenige Tage, und das Räthſel wurde gelöſ't. Am 18. April erſchien Graf Molé in der Pairskammer und eröffnete der erlauchten Verſammlung, daß der Herzog von Orleans ſich mit der Prinzeſſin Helene von Mecklenburg-Schwerin vermählen, und daß ein hierauf bezüglicher Geſetzentwurf demnächſt zur Berathung kommen werde. Zugleich kündigte er an, daß das neue Miniſterium auf derſelben Bahn fortſchreiten werde, wie das vorhergehende, und daß es geſonnen ſey, die von dieſem vorgelegten Geſetze, da ſie durch das Intereſſe des Landes gefordert würden, aufrecht zu halten. An demſelben Tage zeigte der Präſident des Miniſterrathes die bevorſtehende Vermählung des Kronprinzen auch der Abgeordnetenkammer an und machte derſelben bemerklich, daß durch dieſes wichtige Ereigniß eine Vermehrung der von dem Lande dem Kronprinzen ausgeſetzten Dotation nothwendig würde. Damit verband er aber die Mittheilung, daß der König ihm befohlen

Digitized by Google

habe, das Geſetz über die Apanage des Herzogs von Nemours zurückzunehmen, weil der König nicht wolle, daß die Kammern zu gleicher Zeit für die Einrichtung zweier ſeiner Söhne zu ſorgen hätten. Auf dieſe Weiſe war die Gefahr vermieden, daß ein Geſetz, gegen welches die öffentliche Meinung ſich am entſchiedenſten erklärt hatte, von der Abgeordnetenkammer verworfen würde, ohne daß die Miniſter den Grundſätzen, zu denen ſie ſich bekannten, untreu werden durften. Die Abweiſung der verlangten Vermehrung für die Dotation des Herzogs von Orleans war um ſo weniger zu beſorgen, als man es der Kammer überließ, die Summe zu beſtimmen, welche dazu ausgeworfen werden ſollte, während in das frühere Geſetz, welches dem Kronprinzen eine jährliche Dotation von 1 Mill. Fr. ausſetzte, bereits die Beſtimmung aufgenommen war, daß die Summe im Falle ſeiner Vermählung erhöht werden ſollte. Die Commiſſion, die von der Kammer zur vorläufigen Prüfung des miniſteriellen Vorſchlages niedergeſetzt wurde, beantragte eine Erhöhung der Dotation auf das Doppelte. In der Sitzung vom 22. April, in welcher dieſer Antrag zur Erörterung kam, ſprach nur der republikaniſche Abgeordnete Garnier-Pagès gegen denſelben; die miniſterielle Partei verlangte zur Vermeidung aller unnützen Weitläufigkeiten die Abſtimmung ohne langes Hinüber- und Herüberreden, und der Geſetzentwurf wurde mit großer Stimmenmehrheit angenommen. Einige Tage darauf, am 27. April, wurde der Geſetzentwurf über die Ausſtattung der Königin der Belgier eingebracht. Gegen dieſen hatten mehre Mitglieder der liberalen Partei erhebliche Gründe vorzubringen. Charamaule behauptete, daß ſich der Werth der Privatdomainen des Hauſes Orleans auf mehr als 72 Mill. Fr. belaufe, und da dieſe nach dem Tode des Königs zu gleichen Theilen auf deſſen Kinder übergingen, ſo habe die Königin der Belgier ihrem Gemahl ein Vermögen von 10 Mill. Fr. zugebracht, womit derſelbe wohl zufrieden ſeyn könne. Die Erörterung nahm durch den Eifer des Grafen Montalivet einen ſehr leidenſchaftlichen Charakter an, wurde jedoch damit beendigt, daß die Kammer mit einer Mehrheit von 239 Stimmen gegen 140 die verlangte Million bewilligte. Inzwiſchen war das Cabinet auch aus dem Kampfe, zu dem die traurige Verwaltung der afrikaniſchen Beſitzungen und die Niederlage von Conſtantine Veranlaſſung geben mußte, ſiegreich hervorgegangen. Marſchall Clauzel hatte unmittelbar nach der Eröffnung der Seſſion Algier verlaſſen und war nach Paris geeilt, um in der Abgeordnetenkammer den Beweis zu führen, daß nicht ihm, ſondern den verkehrten Maßregeln der Regierung die Schuld des Un-

falls beizumeſſen ſei, der die franzöſiſchen Waffen getroffen. Die Miniſter hatten ihm als den Preis ſeines Schweigens das verführeriſche Anerbieten gemacht, daß er ſeine Stelle als Generalgouverneur von Algier behalten und bei dem neuen Heereszuge wider Conſtantine, zu dem man es an den Mitteln nicht fehlen laſſen würde, den Befehl führen ſollte. Der Marſchall war indeſſen durch die heimtückiſchen Angriffe, die gerade von den Anhängern der Regierung gegen ihn gerichtet wurden, zu ſehr gereizt, um von irgend einem Vergleiche zu hören. Er erhielt daher ſeine Entlaſſung und in dem Generallieutenant Damrémont einen Nachfolger, in dem die Regierung hoffen konnte ein willigeres Werkzeug für ihre Pläne zu finden. Aber ſo ſehr Clauzel danach verlangte, ſich zu rechtfertigen, ſo bot ſich doch nicht eher eine Gelegenheit, als bis die Geldbewilligungen zur Erörterung kamen, welche die Regierung für den neuen Zug nach Conſtantine forderte. Darüber war der Zeitpunkt vergangen, wo ſeine Klagen eine Wirkung hätten hervorbringen können; denn das Cabinet, gegen welches er ſeine Anklage richtete, war in der Wirklichkeit gar nicht mehr vorhanden, da es ungeachtet der Ableugnung des Grafen Molé keinem Zweifel unterlag, daß ſeine gegenwärtige Verwaltung eine völlig verſchiedene von der früheren war, in der er zwar, wie jetzt, den Vorſitz, aber Guizot den überwiegenden Einfluß hatte. Ueberdies war der Marſchall kein Redner; es gelang ihm daher kaum, die Aufmerkſamkeit der Kammer von den verlangten Geldbewilligungen auf die Mißgriffe der Verwaltung zu ziehen, die ſein Unglück verſchuldet hatten, und da er bei keiner Partei kräftige Unterſtützung fand, ſo wurde es dem Grafen Molé leicht, ſeinen Angaben andere Angaben entgegenzuſtellen, die, wenn ſie ihn auch nicht widerlegten, doch der Mehrheit der Kammer als eine genügende Widerlegung erſchienen. Selbſt die entſchiedenen Liberalen konnten ſich nicht verhehlen, daß das Ausſcheiden der Doctrinaire eine Veränderung in der Verwaltung zur Folge hatte, durch welche dieſe allmälig, wenn nicht zu freiſinnigeren, doch zu gemäßigteren Anſichten geführt werden mußte. Der Pairshof hatte nach langer Unterſuchung am 21. April 1837 den Proceß über den letzten Mordverſuch wider den König eröffnet; am 20. wurde das Urtheil gefällt, welches gegen Meunier, da deſſen Schuld klar erwieſen war, auf den Tod lautete. Am folgenden Tage verkündete der Moniteur die Begnadigung des Verurtheilten, deſſen Strafe in jene der Deportation verwandelt war. Schon dieſe Nachſicht gegen einen todeswürdigen Verbrecher deutete auf eine Milderung des Syſtems der Strenge

Digitized by Google

welches nach der kurzen Unterbrechung der Thier'ſchen Verwaltung die Doctrinaire wiederherzuſtellen verſuchten. Aber die freudigſte Ueberraſchung erregte es, als bald darauf, am 9. Mai 1837, eine allgemeine Begnadigung für alle politiſche Gefangene erfolgte: eine Maßregel, die es außer Zweifel ſetzte, daß jetzt das Reich des Schreckens, welches ſeit der Annahme des Geſetzes gegen die politiſchen Vereine geherrſcht hatte, ſein Ende erreicht habe. Zwar erkärte Molé wiederholt, daß er auf keine Weiſe gemeint ſey, das Syſtem zu ändern, welches die Regierung mit ſo günſtigem Erfolge ſeit der Verwaltung Caſimir Périers befolgt habe; zwar verſicherte er wiederholt, daß er die Verwerfung des Trennungsgeſetzes bedaure und die Geſetze über die Deportation und die Nichtanzeige keineswegs aufzugeben gedenke; aber Guizot und ſeine Freunde, die Doctrinaire, begriffen wohl, daß der Zweck dieſer Erklärungen kein anderer ſey, als den Vorwurf der Wankelmüthigkeit zu vermeiden und nächſtdem vielleicht ihnen einen Vorwand zu Angriffen zu nehmen, die man fürchtete, weil man die Ueberlegenheit ihres Talentes anerkannte. Schon bei den Berathungen über die geheimen Ausgaben, noch ehe die Amneſtie erlaſſen war, begannen die Feindſeligkeiten, indem Jaubert und Duvergier de Hauranne, die eifrigſten unter den Anhängern Guizots, den Grafen Molé der Schwäche beſchuldigten und ihn aufforderten, beſtimmter die Grundſätze darzulegen, denen er zu folgen beabſichtige. Guizot ſelbſt ergriff dieſe Gelegenheit, um ausführlich die Anſichten zu entwickeln, welche die Grundlage ſeines politiſchen Syſtems bildeten. Er vertheidigte ſich gegen die Beſchuldigung der Härte, die er von vielen Seiten hören müſſe, und wies die Anklage zurück, daß er eine neue Ariſtokratie begründen wolle. Das, was er wolle und immer gewollt habe, ſey das Uebergewicht des Mittelſtandes; der Mittelſtand ſey zerſteut und kraftlos; die Regierung müſſe ihn organiſiren, um ſich ſammeln, ſich in ihm eine feſte Stütze bilden. Die Entgegnung des Grafen Molé war nur gegen einzelne Punkte der Rede Guizots gerichtet, die auf Mißtrauen gegen die Kraft der Verwaltung deuteten; aber gegen die Grundanſicht erhob ſich Odilon-Barrot, indem er erklärte: der Mittelſtand weiſe das Geſchenk der Herrſchaft zurück, welches Guizot demſelben zu machen gedenke. Die Julirevolution ſey der Sieg der Nation und der Mittelſtand verlange das Monopol des Sieges nicht, welches die Nation in feindliche Kaſten theilen ſolle: ſchöne Worte, die von dem Redner ohne Zweifel auch aufrichtig gemeint waren, aber nur der Wahrheit entbehrten, da thatſächlich zwar nicht der eigentliche Mittelſtand, aber

jener vermögendſte Theil deſſelben, dem Guizot vorzugsweiſe dieſen Namen gab, im ausſchließenden Beſitze der Gewalt war, deren Ausübung er nur unter der Bedingung Ludwig Philipp überließ, daß dieſer die materiellen Vortheile der Herrſchaft mit den geſetzlichen Inhabern theilte. Die Vorbereitungen zu den Feierlichkeiten der Vermählung des Herzogs von Orleans, die am 30. Mai zu Fontainebleau ſtattfand, unterbrachen auf kurze Zeit die Anfeindungen der Doctrinaire, aber noch waren die Feſtlichkeiten nicht beendigt, als Jaubert von neuem den Kampf eröffnete, indem er den Grafen Molé an das Deportationsgeſetz und an das Geſetz über die Nichtanzeige erinnerte und ihn ſpöttiſch fragte, ob er beide Geſetze noch in dieſer Seſſion durchführen wolle. Molé gab eine ausweichende Antwort, aus der aber deutlich genug hervorging, daß er den Entſchluß gefaßt, ſich von den Maßregeln des doctrinairen Cabinets, die er früher zu den ſeinigen gemacht hatte, loszuſagen. Die Seſſion ging ihrem Schluſſe entgegen. Die Voranſchläge für 1838 welche der Berathung noch vorlagen, wurden im Fluge abgemacht. Nachdem in wenigen Tagen für die öffentlichen Ausgaben die ungeheure Summe von 1039 Millionen bewilligt war, wozu noch 50 Millionen an Zuſchüſſen zu außerordentlichen Ausgaben kamen, wurden die Voranſchläge der Einnahmen am 30. Juni 1837 in zwei Stunden durchgenommen und genehmigt, weil die Abgeordneten bei dem Eintreten des Sommers Eile hatten, nach Hauſe zu kommen. Vierzehn Tage darauf wurden die Kammern geſchloſſen.

Schon während der Dauer der Seſſion war in dem Cabinete die Frage aufgeworfen worden, ob es nicht an der Zeit ſei, nach dem Schluſſe derſelben die Abgeordnetenkammer aufzulöſen, da der günſtige Eindruck, den die Begnadigung auf die öffentliche Stimmung hervorgebracht hatte, der Regierung mit größerer Sicherheit als jemals eine ergebene und lenkſame Mehrheit zu verſprechen ſchien. Nur zwei Umſtände hielten den Grafen Molé noch zurück, einen beſtimmten Entſchluß zu faſſen. Die Carliſten hatten in Spanien ſo bedeutende Fortſchritte gemacht, daß ein entſcheidender Sieg des Prätendenten und ſelbſt die Einnahme der Hauptſtadt keineswegs mehr außer dem Bereiche der Möglichkeit lag. Ein ſolches Ereigniß würde aber in ganz Frankreich eine gewaltige Aufregung hervorgerufen haben. Die Gegner der Regierung hätten daſſelbe benutzt, um es als eine Folge der Mißgriffe der Regierung darzuſtellen, wenn ſie nicht dieſer geradezu eines geheimen Einverſtändniſſes mit Don Carlos und den öſtlichen Höfen Schuld gegeben hätten. Dadurch wäre aber das Vertrauen der Wähler

auf bedenkliche Weiſe erſchüttert worden. Außerdem fürchtete man die Mißſtimmung, welche der unſichere Stand der Dinge in Afrika erweckte, da man wohl wußte, daß die öffentliche Meinung ein kräftiges und entſchiedenes Auftreten verlangte.

Gleichzeitig mit dem General Damrémont war General Bugeaud nach Afrika geſchickt worden, der den Oberbefehl in Oran mit ſo ausgedehnten Vollmachten erhielt, daß er beinahe völlig unabhängig von dem Generalgouverneur war. Bugeaud kam mit dem Entſchluſſe an, die ganze Provinz Oran der franzöſiſchen Herrſchaft zu unterwerfen. Er fand jedoch in Abd el Kader einen Gegner, der ihm vollkommen gewachſen war, und den er mit den Streitkräften, über die er verfügen konnte, zu überwinden verzweifelte. Er hielt es daher für das Gerathenſte, mit demſelben einen Vertrag abzuſchließen, durch welchen den Franzoſen wenigſtens der friedliche Beſitz von einem Theile des Landes geſichert wurde, während man allen Anſprüchen auf den Reſt entſagte, der doch ohne unverhältnißmäßige Opfer nicht zu gewinnen war. Graf Molé kündigte bereits am 9. Juni der Abgeordnetenkammer den Abſchluß dieſes Vertrages an; aber er wagte es nicht, die Bedingungen mitzutheilen, die nicht eher als nach dem Schluſſe der Seſſion durch den Moniteur bekannt gemacht wurden. Den übeln Eindruck der Schwäche, die man in der weſtlichen Hälfte von Algier gezeigt hatte, hoffte man durch um ſo glänzendere Erfolge im Oſten zu verwiſchen. Aber die Vorbereitungen zu dem Heereszuge, der wider Conſtantine beſchloſſen war, nahmen, da ſie nicht eher beginnen konnten, als bis die dazu erforderlichen Summen von den Kammern bewilligt waren, einen großen Theil des Sommers hinweg. In der Mitte des Septembers war endlich Alles, was das Gelingen des Unternehmens verbürgen konnte, bereit, und da bald darauf auch günſtigere Nachrichten aus Spanien eingingen, indem das Heer des Prätendenten aus der Umgegend von Madrid verdrängt und zum Rückzuge über den Ebro genöthigt war, ſo entſchloß man ſich, den Schritt, den man ſo lange verzögert hatte, zu wagen und den Aufruf zu den neuen Wahlen an das Land ergehen zu laſſen. Am 4. October erſchien eine Verordnung, welche die Kammer auflöſ'te, die Wahlcollegien auf den 4. November zuſammenberief und die Eröffnung der Kammern auf den 18. December ankündigte. Ehe die Wahlen noch begonnen hatten, meldete der Telegraph bereits die Erſtürmung von Conſtantine, und die Berichte, die über die einzelnen Umſtände dieſer ruhmreichen Waffenthat eingingen, verbreiteten einen Enthuſiasmus, von dem man hoffte,

Digitized by Google

daß er ein hinreichendes Gegengewicht gegen die Bemühungen der liberalen Partei bilden würde, die durch Flugſchriften und Journalaufſätze und durch die unermüdliche Thätigkeit ihrer Wahlcomités auf die Meinung der Wähler zu wirken ſuchte. Der Miniſter des Innern, Montalivet, der die Wahlen leitete, vertraute jedoch nicht allein auf die günſtige Stimmung des Landes. Alle von der Regierung abhängige Beamte erhielten den beſtimmten Befehl, ihren ganzen Einfluß aufzubieten und kein nicht geradezu geſetzwidriges Mittel zu ſcheuen, um die Wähler für die miniſteriellen Candidaten zu gewinnen. Demungeachtet erlangte die Regierung kein ſo unzweifelhaftes Uebergewicht, wie ſie gewünſcht hatte und wie ſie erwartet haben mochte. Zwar wurden nicht weniger als 178 Beamte gewählt, auf deren Beiſtimmung ſie unter allen Umſtänden rechnen konnte; auch gewann jene Abtheilung der Kammer, die bisher immer auf der Seite der Regierung geſtanden hatte, eine Anzahl Mitglieder, ſo daß die Mehrheit jedenfalls ihr geſichert ſchien; aber auf der andern Seite gewann auch die Partei der gemäßigten Liberalen eine beinahe gleiche Anzahl, während nur die Legitimiſten und noch mehr die jetzt von der Regierung verlaſſenen Doctrinaire geſchwächt wurden. Ein Theil der neugewählten Mitglieder ſchwankte jedoch in ſeinen Anſichten, und dieſen hoffte man noch auf die Seite der Regierung herüberzuziehen, da man bei der allgemeinen Ruhe des Landes keiner neuen Beſchränkungen der Freiheit bedurfte, um die Staatsgewalt mehr und mehr zu befeſtigen. Die Thronrede bei der Eröffnung der Kammern war wohl geeignet, nicht allein die ſchwankenden und unſichern Meinungen zu gewinnen, ſondern ſelbſt die feindlichen, ſofern ſie nur auf einer Verſchiedenheit der Anſicht und nicht auf eingewurzeltem Haß beruhten, zu verſöhnen. Die tiefſte Ruhe im Innern, Friede und Freundſchaft nach außen ſchienen dem Lande alle Wohlthaten einer ungeſtörten Entwickelung ſeiner Kräfte zu verbürgen. Das Steigen der öffentlichen Einnahmen ohne Erhöhung der Steuern zeugte für die Zunahme des allgemeinen Wohlſtandes. Der Sieg von Conſtantine hatte die Schmach der frühern Niederlage gerächt. Ein Geſchwader, das nach den weſtindiſchen Gewäſſern ausgelaufen war, ſollte die Negerrepublik Haiti an die Erfüllung der Verpflichtungen mahnen, die ſie gegen Frankreich bereits unter der Reſtauration eingegangen war, und diente zugleich zum Beweiſe, daß die Regierung den Willen und die Macht beſaß, Frankreichs Rechte auch in den fernſten Welttheilen wahrzunehmen. Den einzigen dunkeln Punkt in dem Gemälde bildete die Ausſicht auf den Bürgerkrieg,

Digitized by Google

der die pyrenäiſche Halbinſel verheerte; aber auch in dieſer Beziehung wußte die Regierung ſich wenigſtens frei von jeder Schuld, denn die Thronrede verſicherte, daß die Beſtimmungen des Vierbund-Vertrages fortwährend getreulich vollzogen würden. Die Kammern konnten auf eine ſo erfreuliche Anſprache nicht anders als mit Glückwünſchen erwiedern. Dennoch hatte die Adreſſe, die in der Abgeordnetenkammer vorgeſchlagen wurde, einen revolutionairen Anſtrich, welcher der Regierung unmöglich zuſagen konnte; die Erinnerungen des Jahres 1830 wurden mit auffallender Abſichtlichkeit zurückgerufen, und einzelne Stellen enthielten eine zwar in die gemäßigtſten Formen gekleidete, aber doch nur wenig verſchleierte Mißbilligung. In Bezug auf die auswärtigen Verhältniſſe des Landes wurde allerdings die Erhaltung des Friedens als der höchſte Wunſch der Nation bezeichnet, aber es wurde hinzugefügt, daß dieſem Wunſche die Gebote der Ehre vorgingen, und damit über die Bedeutung dieſes gewichtigen Wortes kein Zweifel bleibe, wurde ausdrücklich verlangt, daß die Regierung Maßregeln ergreiſe, um den Vertrag des Vierbundes auf eine Weiſe zu vollziehen, durch welche der Zweck erreicht würde, den die betheiligten Parteien bei der Abſchließung vor Augen hatten: die Herſtellung des Friedens auf der pyrenäiſchen Halbinſel und die Verhinderung einer Gegenumwälzung. Wenn in dieſer Aufforderung der bitterſte Vorwurf für die Regierung lag, die ſich allen durch den Vertrag übernommenen Verpflichtungen entzogen hatte, ſo lag ein kaum weniger herber Tadel in der Erinnerung an die Herabſetzung des Zinsfußes, welche die Verſicherungen des Wohlgefallens über den vortheilhaften Stand der Finanzen begleitete.

Die Regierung war in der letzten Seſſion einem beſtimmten Antrage der Kammer nur durch das Verſprechen zuvorgekommen, daß ſie ſelbſt, ſobald die commercielle und finanzielle Lage des Landes es geſtatte, einen Vorſchlag zur Herabſetzung des Zinsfußes der Staatsſchuld einbringen werde. Um ſo größeres Befremden erregte es, als die Thronrede, ungeachtet der glänzenden Schilderung, welche ſie von der innern und äußern Lage des Landes entwarf, mit keinem Worte der verſprochenen Zinsherabſetzung gedachte. Bei den Berathungen, die in der Kammer über die Adreſſe ſtattfanden, beſchränkten die Miniſter ſich darauf, ihre Politik in den ſpaniſchen Angelegenheiten zu vertheidigen, und hier hatten ſie vor ihren Gegnern einen entſchiedenen Vortheil; ſie beriefen ſich auf den Buchſtaben des Vertrages, der allerdings keine Verpflichtung zu bewaffneter Einmiſchung ausſprach, und

Thiers, der ſie verlangte, wurde durch perſönliche Rückſichten abgehalten, ſeine Gründe mit der Offenheit zu entwickeln, die allein einen überwältigenden Eindruck hervorzubringen vermochte. Er hatte die Hoffnung noch nicht aufgegeben, durch die Gunſt des Königs von neuem an die Spitze der Geſchäfte geſtellt zu werden, und ſprach daher, ſtatt die Treuloſigkeit zu enthüllen, deren man ſich nicht allein gegen die ſpaniſche, ſondern auch gegen die britiſche Regierung ſchuldig gemacht hatte, von eingebildeten Gefahren, an die er ſelbſt nicht glaubte, und die keinen Unbefangenen von der Nothwendigkeit der Einmiſchung überzeugten. Der Sieg wurde daher den Miniſtern nicht ſchwer gemacht; ein kleines Wort, welches in die Adreſſe eingeſchoben wurde, verwandelte den Vorwurf, den ſie enthielt, in einen Lobſpruch; die Kammer forderte die Regierung nicht auf, neue Maßregeln zu der Erfüllung ihrer Verbindlichkeiten zu ergreifen, ſondern in den Maßregeln „fortzufahren“, die ſie ergriffen hatte. Nach dieſem Erfolge ließen ſich die Miniſter den übrigen Inhalt der Adreſſe gern gefallen; denn wenn dieſelbe einen etwas revolutionairen Ton hatte, ſo wurde man dadurch doch nicht verpflichtet, einen ähnlichen Ton anzunehmen, und wenn ſie den Wunſch ausſprach, daß die Regierung durch die Zinsherabſetzung die Laſt der öffentlichen Auflagen vermindern möge, ſo ſtand es dem Cabinete noch immer frei, dieſem Wunſche nachzukommen oder nicht. Sowie die Adreſſe angenommen war, gab die Kammer, um ſich von ihren Anſtrengungen zu erholen, ſich ſelbſt dreiwöchentliche Ferien, und als ſie nach dieſer Unterbrechung wieder zuſammentrat, wußte ſie ſich mit keinem wichtigern Gegenſtande zu beſchäftigen, als mit der Frage, ob die Abgeordneten bei feierlichen Gelegenheiten in ſchwarzem Frack oder in einer ſilbergeſtickten blauen Uniform erſcheinen ſollten. Nach langen und ſtürmiſchen Berathſchlagungen behielt, zum großen Verdruſſe des Hofes, der ſchwarze Frack die Oberhand. Endlich wies die Regierung der Kammer eine würdigere Thätigkeit an. Der Handelsminiſter Martin legte am 15. Februar 1838 einen Geſetzentwurf vor, der die Regierung ermächtigte, umfaſſende Kanalbauten und vier große Eiſenbahnlinien auszuführen, die von Paris als ihrem Mittelpunkte ausgehen ſollten. Ehe dieſer Geſetzentwurf jedoch zur Erörterung gelangte, brachte der bekannte Abgeordnete Gouin die Zinsherabſetzung wieder in Erinnerung. Da vorherzuſehen war, daß die Regierung, trotz der wiederholten Aufforderungen von Seiten der Kammer, ſich freiwillig niemals entſchließen würde, eine zwar durch das Intereſſe des Landes gebotene, aber dem Intereſſe der Dynaſtie wider-

Digitized by Google

ſprechende Maßregel zu ergreifen, ſo brachte Gouin ſelbſt am 20. Februar einen Geſetzvorſchlag ein, durch den nach ſeiner Berechnung ſich eine jährliche Erſparniß von 25 Mill. Fr. in den Staatsausgaben bewirken ließ. Nach dem in den franzöſiſchen Kammern üblichen Herkommen mußte zuvörderſt darüber entſchieden werden, ob die Abgeordnetenkammer dieſen Vorſchlag zur Berathung zulaſſen wolle, was jedoch keinen Anſtand fand, da der Finanzminiſter Lacave-Laplagne erklärte, daß eine ſolche Erörterung für das allgemeine Beſte nur vortheilhaft ſein könne. In dieſer Erklärung lag eine ſchneidende Ironie; denn der Finanzminiſter ſeinerſeits war entſchloſſen, den Zinsfuß der Staatsſchuld um keinen Preis herabzuſetzen, und die Erörterung konnte daher, ſo lange er das Finanzweſen leitete, nicht den geringſten Nutzen haben. Der Plan, den das Cabinet entworfen hatte, um ſeine Gegner, die ſchon bei den Berathungen über die Adreſſe geſchlagen waren, völlig zu entwaffnen, war eben ſo ſcharfſinnig als kühn. Man wußte, daß man in der wichtigen Frage der Zinsherabſetzung auf keine Mehrheit rechnen konnte; man fürchtete, daß man auch in der Erörterung anderer Angelegenheiten der innern Verwaltung unterliegen könnte; dennoch wollte man, da ſich die Kammer im Allgemeinen nicht feindlich geſinnt zeigte, um ſolcher einzelner Niederlagen willen das Feld nicht räumen und beſchloß daher, den entſcheidenden Kampf auf ein Gebiet zu verlegen, wo man des Sieges gewiß war. Seit der Julirevolution waren der Regierung alljährlich bedeutende Summen zu geheimen Ausgaben ausgeſetzt worden, die nach der Behauptung der Miniſter erforderlich waren, um den Wühlungen der Parteien mit Erfolg entgegenzuwirken. Obwohl man jetzt in der Thronrede zugeſtanden hatte, daß der Kampf der Parteien beendigt und die Ruhe im Innern eben ſo feſt, wie der Friede von außen geſichert war, wollte man dennoch von neuem einen Zuſchuß von 1,500,000 Fr. zu den gewöhnlichen Bewilligungen für geheime Ausgaben verlangen. Wurde dieſe Summe bewilligt, wie man allen Grund hatte zu erwarten, ſo konnte man ſich darauf berufen, daß die Kammer ihr Vertrauen zu der Verwaltung auf unzweideutige Weiſe ausgeſprochen habe; kleine Meinungsverſchiedenheiten, die ſich ſpäter ergaben, durften dann nicht mehr als ein Beweis angeführt werden, daß die Kammer den Miniſtern ihre Unterſtützung verſage, daß ſie den Grundſätzen derſelben entgegen ſey, und man behielt freie Hand, wo man nicht nachgeben konnte oder wollte, ſich auf beliebige andere Weiſe zu helfen. In der Sitzung vom 12. März 1838 wurden die Berathungen über die Bewilligung der

geheimen Fonds eröffnet. Geringe Ueberraſchung erweckte es, als nach einigen liberalen Abgeordneten Jaubert, der leidenſchaftlichſte Verehrer Guizots, das Wort nahm, um zwar für die Bewilligung der geheimen Ausgaben, aber gegen die Art der Verwendung derſelben durch die Verwaltung zu ſprechen; denn ſchon in der letzten Seſſion hatten die Doctrinaire auf ähnliche Weiſe einen kleinen Krieg gegen die Miniſter geführt. Um ſo höher ſtieg die Spannung, als der frühere Polizeipräfect Gisquet, der von der Verwendung der geheimen Ausgaben am beſten unterrichtet ſeyn mußte, auftrat und ſich gegen die Bewilligung der verlangten Summe erklärte. Er wies nach, daß ein Theil der geheimen Ausgaben mit Unrecht geheim gehalten werde, obgleich das Wohl des Staates dies keineswegs erfordere und durch das Geheimniß nur zu Mißbräuchen Veranlaſſung gegeben werde; zugleich behauptete er, daß die geheimen Veranſtaltungen für die öffentliche Sicherheit, für welche die geheimen Fonds beſtimmt wären, mit einer viel geringern Summe beſtritten werden könnten. Der Miniſter des Innern, Montalivet, der auf die Tribune eilte, um den ehemaligen Polizeipräfecten zu widerlegen, machte demſelben die heftigſten Vorwürfe, daß er ſeine Pflicht verletzt habe, indem er über Gegenſtände geſprochen, von denen er nur in ſeiner frühern amtlichen Stellung Kenntniß hätte erhalten können. Er ereiferte ſich darüber ſo, daß ſeine Kräfte ihn verließen und daß er ohnmächtig von der Rednerbühne getragen werden mußte. Graf Molé nahm ſtatt ſeiner das Wort. Er ſprach unumwunden den geheimen Gedanken des Cabinets aus. „Nicht die geheimen Ausgaben“, ſagte er, indem er ſich an die Kammer wandte, „ſind Das, was wir verlangen, ſondern Ihr Vertrauen, und die Bewilligung der geheimen Ausgaben ſoll nur zeigen, daß wir dieſes Vertrauen beſitzen.“ Er wies hierauf den Angriff zurück, den Jaubert ſich herausgenommen hatte, indem er nicht allein dieſen einzelnen doctrinairen Abgeordneten, ſondern die ganze Partei eines zügelloſen Ehrgeizes beſchuldigte, der die wahre Triebfeder ihrer Feindſeligkeiten gegen die Verwaltung ſey. Die Begnadigung habe die wohlthätigſten Früchte gebracht; dennoch habe ſie nicht alle Gemüther verſöhnen können, denn es gäbe Geiſter, die nicht bloß nach der Gewalt verantwortlicher Miniſter, ſondern nach einer wirklichen Herrſchaft ſtrebten. Einer ſolchen Herausforderung konnte Guizot unmöglich eine Antwort ſchuldig bleiben; aber ſeine Vertheidigung war ſo ſchwach, daß ſelbſt ſeine entſchiedenſten Freunde durch dieſelbe nicht befriedigt wurden. Er verſicherte, daß er ſeit dem Jahre 1830 nur von einem einzigen Wun-

Digitized by Google

ſche beherrſcht worden ſey, und dieſer ſey, eine wahre und aufrichtige Repräſentativregierung zu begründen. Nur dann, wenn die Regierung einen Weg einſchlage, der ſeinen Grundſätzen durchaus entgegen ſey, werde er ſie bekämpfen, wie er dies im März 1831 gethan habe, als Laffitte Miniſter war. Gegenwärtig ſey die Gefahr nicht ſo groß, und es ſcheine ihm daher nicht nothwendig, das Miniſterium durch eine förmliche Abſtimmung zu ſtürzen; aber verbergen könne er ſich nicht, daß die öffentlichen Angelegenheiten ſich in einer bedenklichen Lage befänden. Die Regierung, ſtatt ſich zu kräftigen, werde täglich ſchwächer; ſtatt ſich zu erheben, erniedrige ſie ſich. Die Geſellſchaft ſchwanke, die gute Sache verliere an Boden. Da ſelbſt die Doctrinaire ungeachtet ihrer erklärten Feindſeligkeit keinen genügenden Grund ſahen, die geheimen Ausgaben zu verweigern, ſo wurde die verlangte Summe mit großer Stimmenmehrheit bewilligt. Die Miniſter hatten ihren Zweck erreicht. Ein günſtiger Umſtand, der bald darauf eintrat, trug dazu bei, ihre Zuverſicht zu vermehren. Ein Kriegsſchiff, welches in Breſt von Haiti eintraf, überbrachte die amtliche Nachricht, daß die Regierung der Negerrepublik am 12. Februar einen Vertrag unterzeichnet habe, durch den ſie ſich verpflichtete, zur Entſchädigung für die Verluſte, welche die franzöſiſchen Pflanzer erlitten, eine Summe von 60 Mill. Fr. an Frankreich zu zahlen, die binnen 30 Jahren in jährlichen Friſten abgetragen werden ſollte. Man ſetzte voraus, daß dieſe Botſchaft den günſtigſten Einfluß auf die Stimmung der Kammer äußern würde, doch waren nur wenige Tage vergangen, als man auf die unangenehmſte Weiſe enttäuſcht wurde. Unter den Geſetzentwürfen, welche die Regierung der Kammer zur Genehmigung vorgelegt hatte, war einer der wichtigſten jener über die Stellung der höhern Offiziere, von dem Grade eines Marſchalls bis zu dem eines Maréchal-de-Camp oder Generalmajors hinunter, im Heere: die loi de l'état-major-général. Die Regierung verlangte, daß die Zahl der Marſchälle auf 12, die Zahl der Generallieutenants auf 80 und die Zahl der Generalmajors auf 160 feſtgeſtellt werde, und ſie verlangte außerdem das Recht, jedem General ohne Weiteres ſeinen Abſchied zu geben, wenn er 30 Dienſtjahre zurückgelegt habe. In der Kammer wurde, als dieſer Geſetzentwurf zur Erörterung kam, am 11. April der Antrag geſtellt, daß die Normalzahl der Marſchälle in Friedenszeiten nur ſechs ſeyn ſolle, um im Kriege auf 12 erhöht zu werden, und daß die Generallieutenants erſt mit dem zurückgelegten 65., die Generalmajors mit zurückgelegtem 62. Jahre aus dem activen Heere in die Reſerve übergehen, keinen-

falls aber von der Regierung willkürlich verabſchiedet werden ſollten. Der Kriegsminiſter, General Bernard, und der Miniſter des Erziehungsweſens, Salvandy, erklärten, daß durch einen ſolchen Vorſchlag die geſetzmäßigen Vorrechte der Krone verletzt würden; aber zum Unglück wies ein liberaler Abgeordneter nach, daß in dem Archive des Kriegsminiſteriums ſich ein Geſetzentwurf vom Jahre 1829 finde, den General Bourmont, der Kriegsminiſter Karls X., den Kammern vorlegen wollte, und der durchaus den in der Abgeordnetenkammer jetzt vorgeſchlagenen Beſtimmungen entſprach. Weniger liberal als die Reſtauration konnte man denn doch unmöglich ſeyn, und der Antrag auf die Sicherſtellung der Generale gegen willkürliche Entlaſſungen wurde am 12. April, gleich jenem auf die Verminderung der Zahl der Marſchälle, allen miniſteriellen Verwahrungen zum Trotze, mit großer Stimmenmehrheit angenommen.

Einige Tage ſpäter, am 17. April, begann die Berathung über Gouins Antrag auf die Zinsherabſetzung. Die miniſteriellen Redner ſuchten den Vortheil, den der Staat von der Reduction zu erwarten habe, möglichſt zu verkleinern: es handelte ſich um wenige Millionen, die man erſparen könnte, und durch dieſe unbedeutende Erſparniß würden Tauſende von Familien, die dem Staate ihre Capitalien anvertraut hätten, in die drückendſte Lage verſetzt. Der Dichter Lamartine, der in dieſer wichtigen Frage von der Regierung zu ihrer Unterſtützung aufgerufen war, bot ſein ganzes poetiſches und redneriſches Talent auf, um das Mitleid der Kammer zu Gunſten der kleinen Rentenbeſitzer zu erwecken, deren jährliche Einnahme ſich auf hundert oder einige hundert Francs belaufe, und die offenbar an den Bettelſtab gebracht würden, wenn ſie durch die Herabſetzung des Zinsfußes einen Theil derſelben verlieren ſollten. Er vergaß anzuführen, daß die ganze Summe, welche die kleinen Rentenbeſitzer bis zum Belaufe von 100 Fr. jährlich vom Staate bezogen, nicht volle 2,500,000 Fr. betrug, die man ohne allen Nachtheil durch eine beſondere Beſtimmung des Geſetzes ihnen ungeſchmälert laſſen konnte, weil dieſelben gegen die ungeheure Summe von 150 Mill., die der Staat überhaupt jährlich an Renten zu zahlen hatte, gar nicht in Betracht kam. Aber es waren auch in der That nicht allein die kleinen Rentenbeſitzer, um deren Schickſal die Regierung beſorgt war, ſondern hauptſächlich die großen Rentiers — die Geldariſtokratie, welche der neuen Dynaſtie unbedingt ergeben war, weil ſie unter der Herrſchaft derſelben die Stelle des geſtürzten Geburtsadels einnahm, und die man durch eine Verminderung ihrer Einkünfte von

ſich zu entfernen fürchtete. Laffitte, der die Vortheile und die Nothwendigkeit der Zinsherabſetzung mit unwiderleglicher Klarheit auseinanderſetzte, berührte zugleich den wahren Grund, den das Widerſtreben der Regierung hatte. „Man macht gegen die Herabſetzung“, ſagte er, „beſonders das Intereſſe der Pariſer Bevölkerung geltend, unter der ſich die größte Zahl der Rentenbeſitzer befindet. Es giebt Perſonen, welche dem Zinsherabſetzungsplane des Herrn von Villèle den Urſprung der Unzufriedenheit zuſchreiben, die im Jahre 1827 in den Reihen der Nationalgarde ausbrach, und die ſpäter den Thron Karls X. ſtürzte. Daher jener beinahe abergläubiſche Schreck, der ſich ihrer bei dem Gedanken bemächtigt, daß dieſer Gährungsſtoff von neuem unter die Bewohner einer Stadt geworfen werden ſolle, die ein ſo großes Gewicht in die politiſche Wagſchale legt. Aber während der letzten Jahre haben ſich die Verhältniſſe und mit ihnen auch die Meinungen ſehr verändert. Paris iſt gegenwärtig nicht mehr bloß was es früher war, ein großer Mittelpunkt der Verzehrung, es iſt auch der Mittelpunkt des Gewerbfleißes geworden. Dieſer wünſcht Capitalien zu möglichſt niederem Preiſe zu erhalten, und ſieht in der Herabſetzung des Zinsfußes der Staatsſchuld mit Recht das wirkſamſte Mittel, den allgemeinen Zinsfuß zu erniedrigen.“ Ebenſo gewichtige Gründe, wie Laffitte, führten auch andere liberale und nichtliberale Mitglieder der Kammer an; den ſchlagendſten Gründen aber wußte der Finanzminiſter Lacave-Laplagne nichts entgegenzuſetzen, als die Einrede, daß die Zinsherabſetzung allerdings eine ſehr gute, eine ſehr nützliche, jedoch nicht zeitgemäße Maßregel ſey; nicht zeitgemäß, weil in Nordamerika durch die Aufhebung des Bankmonopols eine finanzielle Erſchütterung ausgebrochen ſey, deren Folgen auch nach Frankreich herüberreichen könnten; nicht zeitgemäß, weil der verderbliche Actienſchwindel, der ſich jetzt ſchon an der Börſe zeige, noch höher geſteigert werden könne, wenn die Capitaliſten es nicht mehr vortheilhaft fänden, ihr Geld in Staatspapieren anzulegen. Eine ſo ſchwache Entgegnung vermochte auch den beſchränkteſten Verſtand nicht zu täuſchen, und es konnte daher nicht befremden, daß die Kammer einſtimmig, mit Ausnahme von drei Mitgliedern, ſich im Allgemeinen für die Herabſetzung des Zinsfußes entſchied und nur die Feſtſetzung der Bedingungen einer nähern Erörterung vorbehielt. Graf Molé, der dieſen Ausgang vorherſah, hatte noch unmittelbar vor der Abſtimmung erklärt, daß er die Maßregel nicht für zeitgemäß halte, daß aber die Regierung, wenn die Kammer anderer Meinung ſey, ſich dem entſchiedenen Willen derſelben fügen werde. Als am

2. Mai die Erörterung über die einzelnen Artikel des von einer Commiſſion der Kammer ausgearbeiteten Geſetzentwurfs begann, der durch Gouins Antrag veranlaßt war, beſchwerte der Finanzminiſter ſich beſonders über eine Beſtimmung, nach welcher die Regierung gehalten ſeyn ſollte, in den erſten Monaten der nächſten Seſſion über die Vollziehung der Maßregel Rechenſchaft abzulegen. Wiederholte Verwahrung bei der Berathung über dieſe Beſtimmung, ſowohl von Seiten des Finanzminiſters als des Conſeilpräſidenten und des Siegelbewahrers, bewieſen, wie viel der Regierung daran gelegen war, ſich dem Zwange, den dieſelbe ihr auferlegte, zu entziehen; dennoch wurde der Artikel am 4. Mai mit großer Stimmenmehrheit, und am folgenden Tage der ganze Geſetzentwurf mit eben ſo großer angenommen.

Zu der Niederlage, welche die Regierung in der Frage der Zinsherabſetzung erlitt, kam bald darauf eine zweite von kaum geringerer Wichtigkeit. Der Geſetzentwurf über die Anlegung von Eiſenbahnen und Kanälen war von der Prüfungscommiſſion der Abgeordnetenkammer in zwei Theile getrennt worden, von denen jener über die Eiſenbahnen, als der wichtigere, zuerſt berathen wurde. Die Kammer erkannte gleich der Regierung die Nothwendigkeit der Eiſenbahnen an, wenn Frankreich in ſeiner gewerblichen Entwickelung nicht hinter den Nachbarländern zurückbleiben ſollte; aber über die Art der Ausführung war ſie mit der Regierung nicht einverſtanden. Dieſe war der Meinung, daß die bedeutendſten Eiſenbahnlinien, wie in Belgien, von dem Staate auf ſeine Rechnung ausgeführt werden müßten, weil ſie, dem Centraliſationsgeiſte der franzöſiſchen Geſetzgebung treu, eine ſo wichtige Unternehmung nicht aus den Händen geben wollte. Dennoch ſcheute man ſich, es einzugeſtehen, daß man die ganze Angelegenheit nur aus dem Geſichtspunkte der Macht betrachtete; und der Handelsminiſter Martin ſchützte daher andere Gründe vor, die aber ſo offenbar aus der Luft gegriffen waren, daß man dieſelben in der That kaum für ernſtlich gemeint halten konnte. Einer der vornehmſten war, daß Privatperſonen außer Stande wären, die Capitalien aufzubringen, die der Bau und die Unterhaltung der großen Eiſenbahnlinien erforderte. Die Kammer wollte dem Staate nicht neue Laſten aufbürden, zumal da die einſichtsvollſten Männer behaupteten, daß ähnliche Bauten immer beſſer und wohlfeiler von Privatperſonen ausgeführt würden; ſie erklärte ſich daher für die Anſicht, daß man dieſe großen gewerblichen Unternehmungen der Privatſpeculation überlaſſen ſolle, und verwarf in ihrer Sitzung vom 10. Mai den miniſteriellen Geſetzent-

Digitized by Google

wurf. Der Handelsminiſter, ſtatt durch dieſe Niederlage im geringſten aus der Faſſung gebracht zu werden, folgte dem Beiſpiele, welches ſeine Collegen in der Angelegenheit der Zinsherabſetzung gegeben hatten. Er ließ von den vorgeſchlagenen Eiſenbahnlinien drei vorläufig fallen, und ſchloß in Bezug auf die vierte, die von dem Handelsſtande zu Havre ſehr dringend verlangt wurde, ſich der Anſicht der Abgeordnetenkammer an, indem er einen neuen Geſetzentwurf einbrachte, der den Bau der Eiſenbahn von Paris nach Havre einer Privatgeſellſchaft übertrug. Damit war die Kammer natürlich wohl zufrieden, und der Miniſter hatte die Genugthuung, daß ſein neuer Geſetzentwurf am 15. Juni mit weit überwiegender Stimmenmehrheit angenommen wurde. Inzwiſchen hatten bereits die Verhandlungen über die Voranſchläge für 1839 begonnen; die Jahreszeit war ſo weit vorgerückt, daß man es den Abgeordneten kaum verdenken konnte, wenn ſie ſich nach der ländlichen Ruhe und nach dem Schooße ihrer Familien zurückſehnten; auch war man es durch den Gebrauch der letzten Jahre gewohnt, die Bewilligung der Steuern als die letzte Arbeit der Seſſion anzuſehen. Die einzelnen Sätze der Voranſchläge wurden daher im Sturmlaufe — au pas de course, wie die liberalen Blätter ſich mißbilligend ausdrückten — bewilligt, und ſobald dies geſchehen, war nichts vermögend, die Mitglieder der Kammer in Paris zurückzuhalten. Zwar hatte es ſich im Laufe des Juni herausgeſtellt, daß die Regierung ſo wenig der Forderung der Abgeordnetenkammer in Bezug auf die Sicherſtellung der höheren Offiziere, als der wichtigeren in Bezug auf die Herabſetzung des Zinsfußes der Staatsſchuld nachzugeben geſonnen war. Zum erſten Male ſeit der Julirevolution wagte die Pairskammer es, ihre Meinung jener der Abgeordnetenkammer entgegenzuſetzen. In dem Geſetzentwurfe über den Generalſtab wurden alle Veränderungen der Abgeordnetenkammer geſtrichen und die urſprünglichen Beſtimmungen hergeſtellt, und das von den Abgeordneten angenommene Geſetz über die Zinsherabſetzung wurde am 25. Juni geradezu verworfen, ohne daß ein einziger der Miniſter, die dem Willen der Wahlkammer ſich anzuſchließen verſprochen hatten, zur Vertheidigung deſſelben das Wort nahm. Die liberale Partei ſah hierin einen überlegten Treubruch der Regierung; denn da die Pairs von der Regierung ernannt wurden, ſo betrachtete man die Pairskammer nur als das Werkzeug der Regierung. Einzelne leidenſchaftlich aufgeregte Köpfe machten die überſpannteſten Vorſchläge; die Mehrzahl tröſtete ſich jedoch damit, daß man in der nächſten Seſſion das jetzt unterbrochene Werk wieder aufnehmen

Digitized by Google

und mit größerem Nachdruck zum Ende führen könne. Die Regierung verſäumte es aber nicht, die allgemeine Aufmerkſamkeit auf einen andern Gegenſtand abzuleiten. Die Septembergeſetze waren, in ihren ſchärfſten Beſtimmungen gegen die Preſſe, gar nicht zur Anwendung gekommen, weil die Journale, durch den heilſamen Schrecken gewarnt, ihren Ton von ſelbſt gemildert hatten. Schon glaubte man, daß dieſe Beſtimmungen allmälig ſtillſchweigend in Vergeſſenheit übergehen würden, und ein liberaler Abgeordneter hatte zu Anfang der Seſſion geäußert, daß die Septembergeſetze ſo gut als abgeſtellt wären, ohne daß ihm einer der Miniſter widerſprochen hätte. Was dieſe Meinung zu beſtätigen ſchien, war, daß Graf Molé, wie man wohl wußte, ſich perſönlich zu mildern Geſinnungen neigte. Auch hatte er ſeine Abneigung gegen eine allzu weite Ausdehnung der Gerichtsbarkeit des Pairshofes bei Gelegenheit des Aprilproceſſes offen ausgeſprochen; und daß er, ſo weit dies von ihm abhing, dieſelbe nicht unnöthig anzurufen entſchloſſen war, zeigte ſich, als es der Thätigkeit der Polizei gelang, einen neuen Anſchlag wider das Leben des Königs zu entdecken. Ein durch die Begnadigung aus dem Kerker befreiter Republikaner, ein Elſaſſer Namens Huber, hatte einem geſchickten Mechaniker, Steuble, den Plan einer Höllenmaſchine im größten Maßſtabe abgekauft, die, urſprünglich zu kriegeriſchen Zwecken beſtimmt, dazu verwendet werden ſollte, bei der Eröffnung der Kammern den König, ſeine Familie, die Miniſter und die geſetzgebende Verſammlung mit einem Schlage zu vertilgen. So vorſichtig die Unternehmung eingeleitet war, ſo wurde doch die ganze Verzweigung des Anſchlages entdeckt, da Steuble bei ſeiner Verhaftung Alles eingeſtand. Die Regierung hätte, wenn ihr daran gelegen geweſen wäre, großes Aufſehen zu erregen, nur den Pairshof mit der Unterſuchung beauftragen dürfen; ſtatt deſſen zog ſie es vor, die Sache vor die gewöhnlichen Gerichte zu weiſen. Steuble nahm in dem Zeugenverhör ſeine wichtigſten Ausſagen zurück; die übrigen Angeklagten beharrten auf dem hartnäckigſten Leugnen; die ſchweren Verdachtsgründe, welche vorlagen, waren weit davon entfernt, einen zureichenden Beweis zu begründen. Dennoch ſprachen die Geſchwornen am 25. Mai das verhängnißvolle Schuldig, und der Gerichtshof verurtheilte Huber zur Deportation, mit welcher der bürgerliche Tod verbunden iſt, ſeine Mitſchuldigen zu verhältnißmäßiger Gefängnißſtrafe. Jedes Geſchwornengericht in Frankreich würde ein ähnliches Urtheil gefällt haben, weil jedes eine Ehre darin geſucht hätte, durch ſeinen Ausſpruch ſeinen Abſcheu vor dem beabſichtigten Verbrechen an den Tag zu legen.

Weniger ſicher war die Regierung des Urtheils der Geſchwornen, ſobald es ſich nicht um Verbrechen, die das ſittliche Gefühl empören, ſondern nur um politiſche Vergehen handelte; und in einem ſolchen Falle nahm jetzt Graf Molé zum allgemeinen Erſtaunen zu den Septembergeſetzen ſeine Zuflucht. Der Prinz Ludwig Napoleon war aus Amerika, wohin die franzöſiſche Regierung nach ſeinem verunglückten Straßburger Verſuche ihn hatte über führen laſſen, nach der Schweiz zurückgekehrt. Die Unterhandlungen, welche mit der Schweizer Bundesbehörde angeknüpft wurden, um ſeine Ausweiſung zu erlangen, mußten ohne Erfolg bleiben, weil der Prinz als Thurgauer Cantonsbürger alle Rechte eines eingebornen Schweizers beſaß. Die Muße, die er auf ſeinem Schloſſe Arenenburg hatte, verwandte er zu der Ausarbeitung einer Schrift, durch die er ſein thörichtes Straßburger Unternehmen zu rechtfertigen ſuchte. Einer der Theilnehmer an dem Aufſtande, der ehemalige Lieutenant Laity, gab dieſelbe zu Paris unter ſeinem Namen heraus und vertheilte ſie in mehreren tauſend Exemplaren. Da in dieſer Schrift die Rechte Ludwig Philipps auf den franzöſiſchen Thron geleugnet und dagegen die Anſprüche des Prinzen Ludwig Napoleon als wohlbegründet dargeſtellt wurden, ſo enthielt ſie allerdings einen jener Angriffe auf die beſtehende Ordnung, welche durch die Septembergeſetze auf das ſtrengſte verpönt und als Verbrechen gegen die Sicherheit des Staates der Gerichtsbarkeit des Pairshofes unterworfen waren. Eine Verordnung vom 21. Juni befahl der Pairskammer, ſich als Gerichtshof zu conſtituiren, um über die Sache zu erkennen. Laity verſchmähte es, die Schuld von ſich abzuwälzen, indem er den wahren Verfaſſer genannt hätte; er berief ſich darauf, daß die Schrift keinen andern Zweck habe, als den wirklichen Hergang eines Ereigniſſes aufzudecken, welches durch die von der Regierung veranlaßten Schilderungen durchaus entſtellt ſey. Sein Vertheidiger vor dem Pairshofe behauptete, daß man unmöglich den Herausgeber einer Schrift verurtheilen könne, die nichts weiter enthalte, als eine einfache Erzählung von Thatſachen, die bereits den Gegenſtand einer gerichtlichen Unterſuchung gebildet hätten und durch ein rechtskräftiges Urtheil für nicht ſtraffällig erklärt worden wären. Der Pairshof fand jedoch in der Flugſchrift eine Aufforderung zum Umſturze der beſtehenden Regierung, und verurtheilte Laity am 10. Juli zu fünfjähriger Kerkerſtrafe und zu 10,000 Fr. Geldbuße; außerdem wurde der Verurtheilte für die Zeit ſeines Lebens unter polizeiliche Aufſicht geſtellt. Zwei Tage

Digitized by Google

darauf wurden die Kammern geſchloſſen, und auf der Tribune konnte ſich daher keine Stimme gegen dieſe unerwartete Anwendung der Septembergeſetze erheben. Die Preſſe trug jedoch Sorge, daß es an kräftig ausgeſprochener Mißbilligung nicht fehlte. Alle Journale, mit Ausnahme der wenigen von der Regierung beſoldeten, erklärten ſich mit dem äußerſten Unwillen und zum Theil mit der leidenſchaftlichſten Heftigkeit gegen ein Verfahren, welches mitten in der tiefſten Ruhe eine Geſetzgebung wieder in das Leben rief, die, wie die doctrinairen Blätter verſicherten, nach der Abſicht ihrer Urheber nur dazu beſtimmt war, in den Tagen des Parteikampfes der drohenden Gefahr zu begegnen. Noch höher ſtieg aber der Unwille, als man erfuhr, daß dieſe erſte Anwendung der Septembergeſetze keine vereinzelte bleiben ſollte. Zu Paris wurde der Temps, ein ſehr gemäßigtes liberales Blatt, welches bisher ſogar die Verwaltung des Grafen Molé unterſtützt hatte, zufolge einer Beſtimmung der Septembergeſetze, die daſſelbe unwiſſentlich verletzt, vor das Polizeigericht geladen und zu Gefängniß und Geldſtrafe verurtheilt; in den Departements wurden die unabhängigen Journale mit einer Erbitterung verfolgt, welche die ſchlimmſten Zeiten der doctrinairen Verwaltung zurückrief. Ohne Zweifel gingen dieſe Maßregeln nicht von dem Haupte des Cabinets, ſondern von dem Siegelbewahrer Barthe aus, der, wie alle Abtrünnige, es der liberalen Partei durch den unverſöhnlichſten Haß entgelten ließ, daß er früher ihr ſelbſt angehört hatte. Auch die gemäßigtetſten Liberalen, welche durch die Begnadigung für die Verwaltung des Grafen Molé gewonnen waren, trennten ſich jetzt von derſelben; und wenn die Stimmung des Landes im Allgemeinen noch ſchwankend war, ſo wurde ſie durch eine Reihe von Vorgängen entſchieden, die durch eine ſonderbare Verkettung der Umſtände Schlag auf Schlag auf einander folgten, und welche einen Sumpf der Unredlichkeit, ſittlichen Verworfenheit und Ehrloſigkeit enthüllten, deſſen trübe Gewäſſer nicht aufgerührt werden konnten, ohne ihren Schmutz bis auf die höchſten Spitzen der Geſellſchaft hinaufzuſpritzen. Einer der eifrigſten Vertheidiger der Verwaltung und der vertraute Freund des Generalſecretairs im Miniſterium des Innern, Edmond Blanc, dem der nachläſſige Miniſter Montalivet den größten Theil der Geſchäfte überließ, war der Abgeordnete Emil Girardin, der das miniſterielle Journal „die Preſſe“ herausgab. Durch zwei Proceſſe, von denen der eine ein literariſches Unternehmen, das „Musée des familles“, das andere eine Actienunternehmung zum Betriebe der Steinkohlengruben von Saint

Bérain betraf, ſtellte es ſich heraus, daß Girardin durch offenbare Schwindeleien ſich auf Koſten der Leichtgläubigkeit bereicherte. Nur durch den Schutz der Regierung und durch eine unbegreifliche Nachſicht der Gerichte entging er dem ſtrafenden Arme der Gerechtigkeit; dennoch behauptete er ſich ſo feſt in der Gunſt der Behörden, daß dieſe, nach ſeinem halberzwungenen Austritte aus der Abgeordnetenkammer, ſeine Wiedererwählung in dem kleinen Landſtädtchen Bourganeuf durch die zweideutigſten Mittel durchſetzten. Einen viel größern und man kann wohl ſagen, einen unermeßlichen Scandal erregte ein Rechtshandel, der im Laufe des Auguſt vor dem Kriegsgerichte zu Perpignan zur Entſcheidung kam. General Bugeaud hatte bei ſeinem Abgange von Oran den ihm untergebenen General Broſſard, den nächſten nach ihm im Commando, der ſchwerſten Unterſchleife bezüchtigt und demſelben, wie er behauptete, aus Schonung den Rath ertheilt, ſich der Unterſuchung durch die Flucht zu entziehen. Broſſard verlangte vor ein Kriegsgericht geſtellt zu werden, und als dieſes zuſammentrat, ergab ſich allerdings, daß in der Militairverwaltung von Oran ein Syſtem planmäßiger Verſchleuderungen herrſchte, dem Broſſard nicht fremd, bei dem der Oberbefehlshaber Bugeaud aber in viel höherem Maße betheiligt war. General Bugeaud, der als Zeuge vorgeladen war, hatte, wie er ſelbſt mit merkwürdiger Naivetät eingeſtand, bei dem Friedensſchluſſe an der Tafna für ſich ſelbſt von Abd el Kader die Summe von 100,000 Budſchuks (180,000 Fr.) als Geſchenk ausbedungen. Er verſicherte, daß er dieſe Summe zu der Verbeſſerung der Gemeindewege in ſeinem Departement beſtimmt und zu der Annahme derſelben die Genehmigung des Grafen Molé erhalten habe, die aber ſpäter zurückgenommen worden ſey, weshalb er auf das Geſchenk verzichtet habe. Die Anklage wegen betrügeriſchen Unterſchleifs, die gegen General Broſſard erhoben war, konnte nicht erwieſen werden; dagegen wurde er am 30. Auguſt wegen unerlaubter Einmiſchung in Geſchäfte, die ihn nichts angingen, von dem Kriegsgerichte zu ſechsmonatlichem Gefängniß und 800 Fr. Geldbuße verurtheilt und außerdem für unfähig erklärt, in Zukunft jemals ein öffentliches Amt zu bekleiden. Eine verlorene Schlacht hätte auf die öffentliche Meinung keinen üblern Eindruck machen können, als dieſer Rechtshandel. Alle Journale behaupteten, und diesmal ſprachen ſie das allgemeine Urtheil aus, daß ſtatt Broſſards der General Bugeaud als Angeklagter vor dem Kriegsgerichte hätte erſcheinen ſollen, und daß nur die Gunſt der Regierung ihn geſchützt habe. Kaum war dieſer Rechtshandel beendigt, als ſich

Digitized by Google

der nicht weniger ſcandaleuſe Proceß Gisquets, des frühern Polizeipräfecten, vorbereitete, der ein ſo abſcheuliches Syſtem der Beſtechung in einem der wichtigſten Verwaltungszweige aufdeckte, daß jedes Gefühl für Recht und Ehre in der Nation hätte erloſchen ſeyn müſſen, wenn ſie nicht auf das tiefſte empört worden wäre. Fielen auch die Unrechtfertigkeiten Gisquets in eine frühere Periode, als jene der Verwaltung des Grafen Molé, ſo trugen ſie deshalb doch nicht weniger dazu bei, auch dieſe in der öffentlichen Achtung herabzuſetzen, da Gründe genug vorhanden waren, ſie als keine Ausnahme von der allgemeinen Schmach zu betrachten.

Graf Molé hatte, indem er den Proceß gegen den Lieutenant Laity dem Pairshofe übertrug, einen Zweck, der nicht allzuſchwer zu errathen war. Die diplomatiſchen Bemühungen des Herzogs von Montebello, die Ausweiſung des Prinzen Ludwig Napoleon aus der Schweiz zu erlangen, hatten, obwohl ſie von allen europäiſchen Mächten unterſtützt waren, nur geringen Erfolg gehabt. Der republikaniſche Stolz der Eidgenoſſenſchaft fühlte ſich durch dieſes Anſinnen im Innerſten gekränkt, und das noch friſche Gedächtniß der Conſeil'ſchen Angelegenheit trug nicht dazu bei, die Gemüther günſtiger zu ſtimmen. Die franzöſiſche Regierung befand ſich überdies durch die Milde, die ſie gegen den Prinzen Ludwig Napoleon geübt, und durch die Strafloſigkeit ſeiner Mitſchuldigen in einer übeln Lage, wenn ſie von einem fremden Staate die Anwendung einer Strenge verlangte, zu der ſie ſelbſt nicht den Muth oder nicht die Macht gehabt zu haben ſchien. Graf Molé hielt unter dieſen Umſtänden es für nothwendig, den Ernſt zu zeigen, mit dem die franzöſiſche Regierung dieſe Sache behandelte, und dazu bot die Anrufung der Septembergeſetze gegen den Lieutenant Laity eine Gelegenheit, die man nicht von der Hand weiſen zu dürfen glaubte. Dringender wurden jetzt die Vorſtellungen, die der ſchweizeriſchen Bundesbehörde gemacht wurden, und da die entrüſteten Eidgenoſſen auf ihrem Sinne beharrten, ſo wurde mit gewaltſamen Maßregeln gedroht. Aber der alte Geiſt der Kämpfer von Granſon und Murten war von den Nachkommen ſo ſehr noch nicht gewichen, daß ſie im Schrecken vor der Drohung eines übermächtigen Nachbars vergeſſen hätten, was Eid und Pflicht gebot. Wie Ein Mann erhob ſich alles Schweizervolk, als man vernahm, daß franzöſiſche Truppen an die Grenze vorrückten, und da die franzöſiſche Regierung zu weit vorgeſchritten war, um ohne Schimpf und Schande zurücktreten zu können, ſo war der Krieg unvermeidlich, wenn ein großmüthiger Entſchluß des Prinzen

Ludwig Napoleon nicht in der letzten Stunde noch den Gegenſtand des Streites beſeitigt hätte. Der Prinz erklärte, daß er ſeine Gaſtfreunde und Mitbürger nicht in den Fall ſetzen wolle, um ſeiner Perſon willen einen auswärtigen Krieg zu führen, und daß er die Schweiz deshalb freiwillig verlaſſen werde. Die franzöſiſche Regierung machte Anfangs Miene, mit der Thatſache ſeiner Entfernung ſich nicht zu begnügen; man verlangte, daß die Schweiz außerdem ſich verpflichten ſollte, den Prinzen, wenn er zurückkehrte, nicht wieder aufzunehmen, beruhigte ſich aber, als die Abreiſe wirklich erfolgte, da man ſah, daß mehr von der Schweiz nicht zu erlangen war. Die Politik, der Graf Molé ſeinen Namen lieh, war ſchlau darauf berechnet, die Eitelkeit der franzöſiſchen Nation zu befriedigen, indem man gegen Staaten von geringerer Macht eine gebieteriſche Haltung annahm, während man gegen die großen Staaten des europäiſchen Feſtlandes eine Nachgiebigkeit bewies, die nicht ſelten an die Grenzen unwürdiger Schwäche ſtreifte. Franzöſiſche Bürger, die durch ihren Speculationsgeiſt nach den ſpaniſch-amerikaniſchen Freiſtaaten Mejico und Buenos Ayres geführt wurden, klagten über Eigenthumsverletzungen und ungerechte Bedrückungen. Bei dem ungeordneten Zuſtande dieſer Landſchaften war zu ähnlichen Klagen allen Nationen, die mit denſelben in einigem Verkehr ſtanden, mehr als hinreichende Veranlaſſung gegeben. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika hatten ſich bereits früher genöthigt geſehen, gegen Mejico eine drohende Sprache zu führen. Aber wie eiferſüchtig die Regierung der Vereinigten Staaten auch die Rechte ihrer Bürger wahrzunehmen gewohnt iſt, ſo ging ſie doch nicht ſo weit, wie das franzöſiſche Cabinet, welches den Behörden von Mejico und Buenos Ayres ohne Weiteres die Entſchädigungen, die dieſe zu zahlen, und die Bedingungen, die ſie zu erfüllen hätten, vorſchrieb, wenn ſie nicht mit Gewalt der Waffen zur Unterwerfung gezwungen ſeyn wollten. Bei der Berechnung der Entſchädigungen, die man forderte, waren die einſeitigen Angaben der Betheiligten zum Grunde gelegt; außerdem verlangte man Begünſtigungen für die in den beiden Republiken lebenden Franzoſen, die kein ſeine Unabhängigkeit achtender Staat zugeſtehen konnte. Die franzöſiſchen Forderungen wurden daher zurückgewieſen. Die Behörden von Mejico, wie jene von Buenos Ayres, riefen die Vermittelung des britiſchen Cabinets an; die franzöſiſche Regierung, ſtatt auf einen ſo billigen Vorſchlag einzugehen, ſchritt ſogleich zu der Vollziehung ihrer Drohung. Die Mündung des Rio de la Plata, ſowie die ganze ausgedehnte öſtliche Küſte von Me-

Digitized by Google

xico wurden in Blockadezuſtand erklärt, und da das franzöſiſche Geſchwader im mexicaniſchen Meerbuſen nicht zahlreich genug war, um dieſer Maßregel den erforderlichen Nachdruck zu geben, ſo wurde im September 1838 eine anſehnliche Flotte unter dem Admiral Baudin zur Verſtärkung deſſelben abgeſchickt. Der Prinz von Joinville, der dritte Sohn des Königs, der vor kurzem zum Corvettencapitain ernannt war, erhielt den Auftrag, ſich dem Blockadegeſchwader anzuſchließen. In den letzten Tagen des October kam die franzöſiſche Flotte in den mexicaniſchen Gewäſſern an; ſchon vorher hatte der Capitain Bazoche, der die Blockade befehligte, mit einem Angriffe auf den wichtigen Hafen Veracruz gedroht, und die franzöſiſche Regierung rechnete ohne Zweifel darauf, daß die Nachricht von dem günſtigen Erfolge, den man vorausſetzte, zeitig genug eingehen würde, um der Thronrede bei der Eröffnung der Kammern zur Folie zu dienen. Eine ſo kühne That, wie die Einnahme dieſes Platzes und beſonders des vor demſelben gelegenen Caſtells San-Juan de Ulua, welches in den Händen der Spanier den Mexicanern Jahre lang widerſtanden hatte, ſollte die franzöſiſche Eitelkeit mit der friedlichen Politik verſöhnen, die man in Europa befolgte; denn ſchon war die Uebereinkunft geſchloſſen, in deren Folge am 3. December 1838 die Feſtung Ancona, welche die Franzoſen ſeit dem Jahre 1832 beſetzt hielten, geräumt wurde; und Graf Molé hatte es ſich zur Aufgabe geſtellt, auch die letzte der großen Streitfragen zu löſen, die das franzöſiſche Cabinet ſeit der Julirevolution von den Höfen des Feſtlandes trennten, indem er die Unterhandlungen über die belgiſchen Angelegenheiten, die ſeit dem März zu London wieder eröffnet waren, in einem Sinne leitete, der ihre Ausgleichung allerdings ſehr erleichtern mußte. Am 17. December 1838, als die Kammern wieder eröffnet wurden, konnte Ludwig Philipp der Verſammlung der Pairs und der Abgeordneten von Frankreich, in deren Mitte er ſich befand, von den innern und äußern Verhältniſſen des Landes eine Rechenſchaft ablegen, die ſeiner Erwartung nach alle nicht ganz überſpannten Anſprüche befriedigen mußte. „Der Wohlſtand von Frankreich,“ ſagte er, „hat ſeit der letzten Seſſion nur zugenommen; die Ruhe, deren das Land genießt, befeſtigt ſich immer mehr. Es iſt mir erfreulich, Ihre Mitwirkung nur anrufen zu dürfen, um einen bereits ſo günſtigen Zuſtand noch mehr zu verbeſſern. Meine Beziehungen zu den auswärtigen Mächten ſind vollkommen befriedigend. Frankreich nimmt den Rang ein, der ihm in der Achtung ſeiner Verbündeten und in der Achtung der ganzen Welt gebührt.“ Dieſen allgemeinen Bemerkungen

Digitized by Google

ntſprachen die Einzelheiten der Schilderung. Es war von den Con- erenzen die Rede, die zu London über die belgiſchen Angelegenheiten tattfanden, und der König ſprach die Ueberzeugung aus, daß ſie zu inem baldigen friedlichen Ende führen und der Unabhängigkeit von Belgien, ſowie der Ruhe von Europa eine neue Bürgſchaft leihen würden. Darauf wurde die Räumung von Ancona erwähnt und der gleichzeitige Abzug der öſterreichiſchen Truppen aus dem Kirchenſtaate ngezeigt. In Bezug auf die ſpaniſchen Zerwürfniſſe verſicherte die Thronrede, daß die Beſtimmungen des Vertrages der Quadrupelallianz ortwährend vollzogen würden, und daß die Regierung der Königin Regentin jede Unterſtützung von Frankreich erhalte, welche das Intereſſe es Landes ihr zu geben verſtatte. Endlich wurde auch der Streitig- eiten mit Mejico und Buenos Ayres gedacht, die ſich ihrem Ziele näherten. „Die franzöſiſche Seemacht," hieß es, „befindet ſich in die- em Augenblicke vor Veracruz und wird von der mejicaniſchen Regie- ung die Gerechtigkeit und die Sicherheit erwirken, die der franzöſiſche Handel ſeit langer Zeit verlangt." Nach einigen Bemerkungen über ie bedeutende Verbeſſerung, die ſeit der Einnahme von Conſtantine n dem Zuſtande der afrikaniſchen Beſitzungen eingetreten ſey, wo die Eingebornen ohne Murren einer regelmäßigen und geordneten Ver- waltung zu gehorchen anfingen, und über die glückliche Entwickelung es Nationalreichthums, welche die ſtetig fortſchreitende Zunahme der öffentlichen Einkünfte bezeuge, wandte der König zum Schluſſe ſich noch einmal an die Verſammlung. „Meine Herren," ſagte er, „der blühende Zuſtand unſres Landes, zu dem ich mir mit Ihnen Glück wünſche, iſt der beharrlichen Mitwirkung, welche die Kammern mir ſeit acht Jahren geliehen haben, und der vollkommenen Uebereinſtim- mung unter den großen Staatsgewalten zu danken. Vergeſſen wir nicht, daß hierin unſere Kraft liegt! Möge dieſe Uebereinſtimmung täglich vollendeter und unwandelbarer werden; möge das Spiel unſerer Einrichtungen, frei und regelmäßig zugleich, der Welt beweiſen, daß das conſtitutionelle Königthum mit den Wohlthaten der Freiheit die Beſtändigkeit (stabilité) vereinigen kann, welche die Kraft der Staaten ausmacht!"

Schwerlich ahnete Ludwig Philipp, indem er dieſe Worte ſprach, wie eitel die Hoffnung war, daß ſein Wunſch in Erfüllung gehen würde. Zwar war es ihm wohl bekannt, daß die Gegner der Regie- rung ſich zu gewaltigen Angriffen rüſteten. Die Doctrinaire, unter Guizots Leitung, die ſchon in der letzten Seſſion ihre Feindſeligkeit

Digitized by Google

gegen die Miniſter nicht zu unterdrücken vermochten, hatten in der Zwiſchenzeit entſchieden mit der Regierung gebrochen. Die Erbitterung der Liberalen war durch die Wiedererweckung der Septembergeſetze neu entflammt worden. Der gefährlichſte Widerſacher aber war Thiers, der bisher ſeine Geſinnungen immer noch mit Zurückhaltung geäußert hatte und jetzt zum erſten Male als unverhohlener Gegner des ganzen politiſchen Syſtems des Königs auftrat. Eine Annäherung zwiſchen den verſchiedenen Parteien, die der Verwaltung des Grafen Molé gegenüberſtanden, war ſchon im Laufe der letzten Seſſion vorbereitet worden. Duvergier de Hauranne hatte in einem von Guizot abhängigen Journale, der Revue françaiſe, einen Aufſatz veröffentlicht, welcher nachwies, daß es in dem conſtitutionellen Staate der Kammer und nicht dem Könige zuſtehe, die Richtung der allgemeinen Politik des Landes zu beſtimmen, da die Kammer es in ihrer Macht habe, durch die Verweigerung der Steuern das Einhalten dieſer Richtung zu erzwingen, und daß deshalb der König, wenn er auch das Recht habe, die Miniſter zu ernennen, doch keine andern Miniſter ernennen dürfe, als jene, welche durch die Stimmenmehrheit der Kammer bezeichnet würden. Mit dieſer Auffaſſung war ſowohl Guizot, als Thiers und Dupin und Odilon Barrot vollkommen einverſtanden; aber noch lagen die der Regierung feindlichen Elemente in der Abgeordnetenkammer weit von einander entfernt und getrennt, bis es Thiers' Gewandtheit gelang, alle untergeordnete Meinungsverſchiedenheiten auszugleichen und die getheilten Schaaren zu einer geſchloſſenen Sturmcolonne zu vereinigen, die er kühn zum Angriffe führte. Schon bei dem erſten Schritte der Abgeordnetenkammer, bei der Präſidentenwahl, zeigte ſich die große Veränderung, die in der Stimmung der Gemüther und in der Stellung der Parteien vor ſich gegangen war. Dupin, der beſtändige Präſident, der in den letzten Seſſionen ſo gut als gar keine Mitbewerber gehabt hatte, war auch diesmal der Candidat der miniſteriellen Partei, obwohl nach einigen Aeußerungen ſeine Treue keineswegs zuverläſſig erſchien. Die Liberalen ſtellten ihm Paſſy entgegen, den Handelsminiſter der Thiers'ſchen Verwaltung. So nahe ſtanden ſich die Kräfte der ſtreitenden Parteien, daß Dupin erſt nach dreimaliger Abſtimmung mit einer Mehrheit von ſechs Stimmen den Sieg erlangte und unmittelbar nach ſeiner Wahl erklärte Dupin ſich gegen die Miniſter. In der Commiſſion, die von der Abgeordnetenkammer zu der Abfaſſung der Adreſſe niedergeſetzt war, äußerte er: „Das Miniſterium iſt unmöglich, weil es das Königthum

nicht hinreichend deckt, weil es die Schwierigkeiten ſeiner Lage nicht zu bewältigen vermag, weil es unfähig iſt, in einer Kammer, die zwiſchen zwei Parteien gleich getheilt iſt, eine Mehrheit zu begründen." Dieſes war aber nur das Vorſpiel des Kampfes. Der Adreßentwurf, welcher der Abgeordnetenkammer von der Commiſſion am 4. Januar 1839 vorgelegt wurde, war eine offene Kriegserklärung gegen die Regierung. Seit der berühmten Adreſſe der 221 war eine ſolche Sprache von der Kammer nicht wieder geführt worden, und wenn der Entwurf in ſeiner urſprünglichen Abfaſſung unverändert angenommen wurde, blieb den Miniſtern nichts Anderes übrig, als ihre Aemter niederzulegen, oder durch eine Auflöſung der Kammer an die Meinung des Landes zu appelliren. Der vorgeſchlagene Adreßentwurf enthielt beinahe in jedem Satze die entſchiedenſte Mißbilligung des politiſchen Syſtems der Regierung. Die Kammer erklärte, daß ſie den Ausgang der zu London angeknüpften Unterhandlungen über die belgiſchen Angelegenheiten erwarte; ſie fügte aber hinzu, daß ſie die aufrichtigſten Wünſche für ein Volk hege, welches durch die Uebereinſtimmung ſeiner Grundſätze und Intereſſen ſo enge mit Frankreich verbunden ſey, wie das belgiſche, und es war wohl bekannt, wie wenig die belgiſchen Intereſſen bei den Unterhandlungen zu London beachtet waren. Die Räumung von Ancona ſah der Adreßentwurf als die Vernichtung des franzöſiſchen Einfluſſes in Italien an. Die Mißhelligkeiten mit der Schweiz, die in der Thronrede gar nicht erwähnt waren, wurden in dem Adreßentwurfe als der größte politiſche Mißgriff bezeichnet. In Bezug auf Spanien wurde der Wunſch ausgeſprochen, daß die Regierung ihren ganzen Einfluß aufbieten möge, um den die Menſchheit empörenden Gräueln des Bürgerkrieges ein Ende zu machen. Jeder dieſer Sätze war eine Anklage gegen die auswärtige Politik der Miniſter; die innere Politik des Cabinets wurde aber eben ſo wenig geſchont, wie die auswärtige. Die Herabſetzung des Zinsfußes der Staatsſchuld wurde von neuem geltend gemacht und zugleich der Geſetzentwurf über den Generalſtab des Heeres gefordert, den die Pairskammer in der letzten Seſſion verſtümmelt hatte. Der Grundgedanke der Adreſſe war aber in Einem Satze zuſammengefaßt, in welchem dem Könige erklärt wurde, daß nur dann eine innige Uebereinſtimmung der verſchiedenen Zweige der Staatsgewalt ſtattfinden könne, wenn jede derſelben ſich innerhalb ihrer Grenzen halte, und daß die Abgeordnetenkammer gern bereit ſey, eine Verwaltung zu unterſtützen, die nicht ſchwach, ſchwankend und unfähig wäre, ſondern feſt und geſchickt ſich auf großmüthige Gefühle ſtütze,

Digitized by Google

der Würde des Thrones nach außen Achtung und Anerkennung verſchaffe und im Innern ihn decke, indem ſie eine wahre Verantwortlichkeit übernehme. Der Sinn dieſer Stelle war für Niemand zweifelhaft; denn gerade Das war der vornehmſte Vorwurf, den alle der Regierung feindliche Parteien den Miniſtern machten, daß ſie, ſtatt ihre eigene Anſicht in der innern und äußern Politik des Landes durchzuführen, ſich durch den Willen des Königs beherrſchen ließen und folglich nur zum Scheine die Verantwortlichkeit für Maßregeln übernahmen, die nicht von ihnen, ſondern von dem Könige ausgingen. Der König war es, der die friedliche Löſung der belgiſchen Frage verlangte, der die Räumung von Ancona befohlen hatte und der jeder thätigen Einmiſchung in den ſpaniſchen Bürgerkrieg entgegen war, ſowie der König durch ſeinen perſönlichen Willen die Herabſetzung des Zinsfußes und die Annahme des Geſetzentwurfes über den Generalſtab verhindert hatte. Noch ſchärfer und beſtimmter ſprach dieſe Anſicht ſich bei den Erörterungen aus, welche durch den Adreßentwurf in der Abgeordnetenkammer veranlaßt wurden. Zuerſt trat Guizot auf und erklärte, daß er lange gezögert habe, ehe er mit der Regierung gebrochen. Erſt nachdem er ſich überzeugt, daß von den gegenwärtigen Machthabern durchaus nichts zu hoffen ſey, daß die Regierung und das Land immer mehr durch ſie erniedrigt werde, habe er es nicht länger vermeiden können, ſich von ihnen loszuſagen. Das, was er verlange, ſey die Wirklichkeit einer conſtitutionellen Regierung, und um dieſe zu erreichen, habe er ſich mit der liberalen Partei vereinigt, weil er geſehen habe, daß dieſelbe in der Hauptſache mit ihm denſelben Zweck verfolge, wenn er auch über viele Gegenſtände von untergeordneter Bedeutung verſchiedener Meinung ſey. Die Stellung, die er gegenwärtig einnehme, ſey dieſelbe, die er zehn Jahre lang unter der Reſtauration eingenommen. Auch damals habe er Anfangs die Regierung unterſtützt, bis er zuletzt genöthigt geweſen ſey, zu der Gegenpartei überzutreten, weil er ſich überzeugt habe, daß nur auf dieſem Wege die conſtitutionelle Regierung zu verwirklichen ſey. Graf Molé wußte auf dieſe bedeutungsſchwere Erklärung nichts zu erwiedern, als daß derſelben, wie er behauptete, getäuſchter Ehrgeiz zum Grunde liege. Das Land ſey nie glücklicher geweſen, als unter der gegenwärtigen Verwaltung, und Niemand könne im Ernſte daran denken, daß die Rechte der Kammer gefährdet wären. Thiers hatte, indem er einen ſo ſchwachen Vertheidigungsverſuch bekämpfte, leichtes Spiel. Er ſagte dem Miniſter, daß es ſich nicht um Namen und Perſonen, ſondern

Digitized by Google

um Sachen handle. Ihm wenigſtens, fügte er hinzu, werde man den Vorwurf des Ehrgeizes nicht machen, denn wenn er nicht mehr Mitglied des Cabinets wäre, ſo ſey der Grund, daß er es nicht mehr habe ſeyn wollen, und er habe daher wohl das Recht, deſſen Politik zu tadeln, ſie unglücklich, kleinlich und nachtheilig für die Intereſſen des Landes zu nennen. Die innere Politik des Cabinets ſey darauf hinausgekommen, die wichtigſten Entſcheidungen auf morgen zu verſchieben, damit man der Mühe überhoben bliebe, einen Entſchluß zu faſſen. Die auswärtige Politik habe darin beſtanden, die natürlichen Bedürfniſſe des Landes zu vernachläſſigen, Freunde zu ſuchen, die von Frankreich nichts wiſſen wollten, und den Ruf einer Feigheit zu gewinnen, durch den alle franzöſiſchen Intereſſen gelitten hätten. Graf Molé habe das Unglück gehabt, Spanien zu verlaſſen und Italien zu verlaſſen, und er werde jetzt auch noch das Unglück haben, Belgien zu verlaſſen. Der Miniſter des Innern, Montalivet, der dem Grafen Molé zu Hülfe kam, erinnerte Thiers an die ſchöne Zeit, wo dieſer noch mit ihm gemeinſchaftlich die Politik des Widerſtandes vertheidigt habe; er verſicherte, daß er für ſeine Perſon entſchloſſen ſey, dieſer Politik treu zu bleiben, daß er entſchloſſen ſey, ihr ſein Leben zu weihen, und verſicherte, daß er keinen Grund ſähe, weshalb man dieſe heilſame Politik aufgeben ſollte. Der Handelsminiſter Martin gab zu, daß die Miniſter, als ſie die Begnadigungsacte erlaſſen, einem fremden Einfluſſe gefolgt wären; dieſer Einfluß ſey aber jener einer erlauchten Perſon und der Gehorſam der Miniſter daher edel geweſen. Er rief die Feindſeligkeit zurück, welche früher die Männer getrennt habe, die jetzt zum Bunde wider die Miniſter vereinigt wären, — Guizot und Odilon-Barrot, den jener für den Abdruck der Revolution von 1793 erklärt habe, Mauguin und Thiers, dem die Liberalen die ſchamloſeſte Verleugnung ſeiner Grundſätze vorgeworfen. Den Anblick eines ſolchen Bundes erklärte er für höchſt beklagenswerth. Davon nahm Odilon-Barrot die Veranlaſſung, ſeinerſeits zu verſichern, daß er von einem Bündniſſe wie jenes, welches man ihm vorwerfe, nichts wiſſe. Dazu bedürfe es keines Bundes, um zu ſehen, daß das Miniſterium in der Kammer keine Mehrheit habe, daß alle Grundſätze der Repräſentativverfaſſung verletzt würden, wenn daſſelbe dennoch den Verſuch mache, ſich zu halten. Noch derber ſprach ſich Mauguin aus, der geradezu erklärte, daß ein ſolches Miniſterium, wenn es noch der Kammer gegenüberträte, nicht vor derſelben erſcheinen müßte, um ſeine Exiſtenz zu vertheidigen, ſondern in der Lage von Angeklagten oder Verbrechern.

Digitized by Google

Bei den Berathungen über die einzelnen Sätze der Adreſſe kam es der Regierung zu Hülfe, daß inzwiſchen die Nachricht von der Einnahme des Caſtells San-Juan de Ulua eingegangen war. Die Mejicaner hatten mit ihrer gewöhnlichen Nachläſſigkeit die Vertheidigungsanſtalten ſo ſehr verſäumt, daß die Franzoſen, als ſie am 27. November 1838 zum Angriffe ſchritten, in vier Stunden das Feuer der feindlichen Geſchütze zum Schweigen brachten, die früher für uneinnehmbar gehaltene Feſte in einen Trümmerhaufen verwandelten und die Beſatzung zur Capitulation zwangen. Die Miniſter vergaßen nicht, den Ruhm dieſer Waffenthat ſich zu Nutze zu machen. Die Ehre des franzöſiſchen Namens, die nach der Behauptung ihrer Widerſacher durch die Schwäche der Regierung gefährdet ſeyn ſollte, war wohl bewahrt, ſo lange die Nation ſo glänzender Thaten ſich rühmen konnte, und man hatte es nicht nöthig, ſich, wie die Gegenpartei verlangte, der Gefahr eines Krieges mit ganz Europa auszuſetzen, um die Ehre zu retten. Mehre der ſchwankenden Mitglieder der Kammer wurden durch dieſe Vorſtellungen auf die Seite der Regierung hinübergezogen, und durch ihre Unterſtützung gelang es, eine Reihe von Amendements durchzuſetzen, durch die wenigſtens jene Ausdrücke aus der Adreſſe entfernt wurden, welche die entſchiedenſte Mißbilligung ausſprachen. Umſonſt entwickelten Thiers und Guizot, Duchâtel und Paſſy, Duvergier de Hauranne, Odilon-Barrot, Mauguin und Berryer das größte redneriſche Talent, um die Verderblichkeit des Syſtems nachzuweiſen, welches in der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten vorwalte; umſonſt zeigte Thiers, daß die Regierung ohne alle Gefahr eine kräftigere Politik annehmen könne, während ſie gerade durch ihre Schwäche der Gefahr ausgeſetzt ſey, alle ihre Verbündeten zu verlieren und ihren Feinden, die durch keine Nachgiebigkeit zu verſöhnen wären, allein gegenüber zu ſtehen. Für das Cabinet nahm nur ein einziger Redner von einiger Bedeutung das Wort, der Dichter Lamartine, der den Gründen ſo überlegener Gegner doch auch wenig mehr als volltönende Redensarten entgegen zu ſetzen hatte. Die ganze Laſt des Kampfes ruhte auf dem Grafen Molé, da ſeine Collegen Montalivet, Barthe, Martin (du Nord) durch die Blößen, welche ſie gaben, der Sache, die ſie vertheidigten, mehr ſchadeten als nutzten. Graf Molé bewährte eine Ausdauer, eine Geiſtesgegenwart, eine Gewandtheit, in der gewiß wenige andere Staatsmänner es jemals ihm gleich, noch weniger ihm zuvor gethan haben; dennoch mußte er ſelbſt ſich ſagen, daß ein Streit, in dem er alles Talent auf der Seite ſeiner Gegner und nur eine geringe Mehrheit

Digitized by Google

der Stimmen auf ſeiner Seite ſah, ein hoffnungsloſer ſey. Faſt ſcheint es, als ob er den Wahlplatz nur deshalb nicht räumte, weil er es für ſchimpflich hielt, dieſes zu thun, ehe der Kampf beendigt war. Die Kammer hatte nacheinander die miniſteriellen Amendements angenommen, durch welche die Politik der Regierung gegen Belgien, gegen Spanien, Italien, die Schweiz gutgeheißen wurde; aber eine allgemeine Billigung der auswärtigen Politik der Miniſter auszuſprechen, wagte doch auch die miniſterielle Mehrheit nicht; ein Vorſchlag des Abgeordneten Amilhau, der darauf gerichtet war, wurde in der Sitzung vom 16. Januar 1839 verworfen. Die Abſchnitte des Adreßentwurfes, welche die Herabſetzung des Zinsfußes und das Geſetz über den Generalſtab verlangten, wagten die Miniſter ſelbſt nicht anzugreifen, weil ſie vorherſahen, daß bei einem ſolchen Verſuche die ganze Kammer ſich gegen ſie vereinigen würde. Endlich erreichten die Verhandlungen, nachdem ſie volle vierzehn Tage gedauert hatten, ihr Ziel; die ganze Adreſſe wurde in der Umgeſtaltung, die ſie durch die miniſterielle Partei erfahren, am 19. Januar mit einer Mehrheit von 221 Stimmen gegen 208 angenommen.

Die Miniſter hatten geſiegt; alle Angriffe der überlegenſten Gegner waren abgeſchlagen; aber nur die äußerſte Kurzſichtigkeit hätte ſich verbergen können, daß damit der Kampf noch nicht beendigt war, daß derſelbe in jeder Sitzung, in der eine politiſche Frage von Bedeutung aufgeworfen wurde, ſich erneuen mußte, und daß man bei einer Mehrheit, die ſich ſchon einmal geweigert hatte, dem miniſteriellen Syſteme in unzweideutigen Worten ihre Zuſtimmung zu ertheilen, zuletzt auf keine Weiſe vor einer Niederlage geſichert war, die alle Vortheile des Sieges mit einem Schlage vernichtet hätte. Drei Tage nach der Annahme der Adreſſe, am 22. Januar, reichten deshalb ſämmtliche Miniſter ihre Entlaſſung ein. Ludwig Philipp verſuchte es umſonſt, den Grafen Molé von dieſem Schritte zurückzuhalten; er wußte, daß er geſchicktern Händen die Verwaltung nicht anvertrauen konnte, wenn dieſelbe von der Richtung, die er ſeit acht Jahren ihr gegeben, nicht wieder abgelenkt werden ſollte. Erſt nachdem er ſich überzeugt hatte, daß der Entſchluß dieſes Staatsmannes unerſchütterlich feſtſtand, die Zügel der Gewalt unter Umſtänden zu behalten, welche die Behauptung derſelben unmöglich zu machen ſchienen, wandte er ſich an den Marſchall Soult, mit dem er ſeit deſſen erzwungenem Rücktritte in unausgeſetzter brieflicher Verbindung geblieben war, weil er den Werth wohl zu ſchätzen wußte, den ein ſo bedeutender Name als das Werkzeug ſeiner

perſönlichen Politik für ihn hatte. Acht Tage dauerten die Unterhandlungen, ohne daß es möglich geweſen wäre, ſich zu verſtändigen. Der Marſchall, von ſeiner Umgebung, ſeinem Schwiegerſohne, dem liberalen Abgeordneten von Mornay, und ſeinem Sohne, dem gleichfalls zu liberalen Anſichten ſich neigenden Marquis von Dalmatien, beherrſcht, erklärte beſtimmt, daß er nur in Verbindung mit Thiers und andern liberalen Staatsmännern in das Cabinet treten könne, weil bei der gegenwärtigen Stimmung der Gemüther keine andere als eine liberale Verwaltung möglich ſey. Alle Verſuche, den greiſen Krieger von dieſer Vorſtellung abzubringen, blieben erfolglos; da aber Ludwig Philipp entſchloſſen war, ohne die äußerſte Noth um keinen Preis in die Aenderung ſeines politiſchen Syſtems zu willigen, die bei der Bildung eines liberalen Cabinets unvermeidlich geweſen wäre, ſo nahm er noch einmal ſeine Zuflucht zu dem Grafen Molé, der bei dem Anblicke der Verlegenheit, in welcher der König ſich befand, ſich ſelbſt überzeugte, daß er denſelben nicht eher verlaſſen dürfe, als bis er das Aeußerſte aufgeboten habe, um ſeinen Platz zu behaupten. Die Miniſter nahmen ihre bereits amtlich bekannt gemachte Entlaſſung zurück. Das Cabinet faßte den Beſchluß, einen letzten entſcheidenden Wurf zu wagen und von der Meinung der Abgeordnetenkammer, mit der, wie man wohl ſah, jeder Vergleich unmöglich war, an die Meinung des Landes zu appelliren. Am 31. Januar 1839 wurden die Kammern vertagt; am 2. Februar erſchien eine königliche Verordnung, welche die Auflöſung der Abgeordnetenkammer verfügte, die Wahlcollegien für den 2. März zu der Wahl der neuen Abgeordneten zuſammenberief, und den 26. März als den Tag beſtimmte, an welchem die Kammer der Pairs und die Kammer der Abgeordneten von neuem eröffnet werden ſollten.

Graf Molé hatte, noch ehe er ſich entſchloß, von der Verwaltung zurückzutreten, einen wichtigen und entſcheidenden Schritt gethan, durch den, ſeiner Abſicht und der Abſicht des Königs nach, die Beziehungen Frankreichs zu den Mächten des Feſtlandes für immer feſtgeſtellt werden ſollten. Bei den Unterhandlungen, die zu London über die belgiſchen Angelegenheiten geführt wurden, war von Anfang dieſer Grundgedanke der auswärtigen Politik Ludwig Philipps mit rückhaltloſer Offenheit hervorgetreten. Die belgiſche Regierung weigerte ſich, die Beſtimmungen des Vertrages gelten zu laſſen, der nach dem Unglücke ihres Heeres im Jahre 1831 ihr aufgelegt war, und beſonders proteſtirte ſie gegen die Gebietsabtretungen, zu denen ſie damals nothgedrungen

Digitized by Google

ſich verſtanden hatte. Das franzöſiſche Cabinet, welches früher immer die belgiſchen Anſprüche unterſtützte, ſchloß ſich jetzt der Anſicht der öſtlichen Mächte an, daß durch den Vertrag der 24 Artikel die Frage der Gebietstheilung unwiderruflich entſchieden ſey, und ſuchte nur in Bezug auf einige Punkte von untergeordneter Bedeutung für Belgien vortheilhaftere Bedingungen zu erhalten. Die Vorſtellungen der Belgier machten, da ſie in dem mächtigen Frankreich keinen Rückhalt hatten, geringen Eindruck. Oeſterreich und Preußen verlangten, daß die Belgier, wenn ſie auf ihrem Widerſtande beharrten, nöthigenfalls durch Gewalt der Waffen zur Nachgiebigkeit genöthigt würden. Der franzöſiſche Bevollmächtigte, ohne dieſer Forderung geradezu beizutreten, erklärte ſich doch keineswegs mit Entſchiedenheit gegen dieſelbe. Die belgiſche Regierung, überzeugt, daß Frankreich, ſobald es zum Aeußerſten käme, ihre Sache nicht aufgeben würde, und ebenſo überzeugt, daß es bei dem allgemeinen Bedürfniß des Friedens und der Ruhe nur eines kräftigen Wortes von Frankreich bedürfe, um jeden Gedanken an ein bewaffnetes Einſchreiten zurückzudrängen, antwortete der Drohung durch kriegeriſche Rüſtungen, die keinen Zweifel darüber zu laſſen ſchienen, daß ſie entſchloſſen war, eher ihr Daſeyn auf das Spiel zu ſetzen, als in Zugeſtändniſſe zu willigen, durch die ſie Dem, was ſie ſelbſt als ihr gutes Recht anſah, das Geringſte vergeben hätte. Alle revolutionaire Leidenſchaften, die während der langen Ruhe ſeit 1831 eingeſchlummert waren, wurden wieder erweckt. Die Stockung des Handels und der Gewerbe, die Erſchütterung des öffentlichen Credits, die hieraus hervorging, hatte für Belgien ungeheure Verluſte zur Folge, ohne daß die Regierung des kleinen Königreiches in ihrem Entſchluſſe wankend geworden wäre. Die Bewegung, welche das belgiſche Volk ergriffen hatte, fing an, ſich den benachbarten Departements von Frankreich mitzutheilen. Das franzöſiſche Cabinet ertheilte den Befehl, ein Heer an der Grenze zuſammenzuziehen; aber ſchon die Namen der Befehlshaber, größtentheils Männer, die ſich in den Straßenkämpfen zu Paris und Lyon ausgezeichnet, oder ſonſt Beweiſe ihrer unbedingten Anhänglichkeit an die Grundſätze der Regierung gegeben hatten, deuteten darauf hin, daß dieſes Heer nicht ſowohl zu der Unterſtützung der Belgier im Falle eines feindlichen Angriffs, als zu der Unterdrückung möglicher Aufſtandsverſuche in den öſtlichen Departements beſtimmt war. Am 6. December 1838 wurde zu London von den Bevollmächtigten Englands, Oeſterreichs, Preußens und Rußlands ein Protokoll unterzeichnet, welches den Belgiern aufgab, ſich ungeſäumt den

Digitized by Google

von den großen Mächten beſchloſſenen Bedingungen zu unterwerfen oder gewärtig zu ſeyn, daß ſie mit Gewalt zu der Annahme gezwungen würden. Der franzöſiſche Bevollmächtigte, General Sebaſtiani, hatte zwar nicht unterzeichnet, ſich aber nur eine kurze Friſt ausbedungen, die keinen andern Zweck hatte, als für ſein Cabinet die Zeit zu gewinnen, welche erforderlich war, um ſich der Zuſtimmung der Kammern zu verſichern. Bei den Verhandlungen über die Adreſſe gab Graf Molé über den Stand der Dinge nur ſehr unvollſtändige Auskunft. Er erklärte, das Cabinet habe nicht umhin gekonnt, die verbindliche Kraft der Grundbeſtimmungen des Vertrags der 24 Artikel anzuerkennen, da die Belgier ſelbſt den Vertrag angenommen hätten, und da man bei allen frühern Unterhandlungen denſelben als Grundlage vorausgeſetzt habe; aber er fügte hinzu, daß die Unterhandlungen noch nicht beendigt wären, und verſicherte, bei dem Schluſſe werde es ſich ergeben, daß Frankreich nichts verſäumt habe, um für Belgien die vortheilhafteſten Bedingungen auszuwirken. Als Thiers hierauf in ausführlicher Rede den Beweis zu führen ſuchte, daß nur die Schwäche des Cabinets die Schuld trage, wenn die Mächte nicht jetzt gegen Belgien die gleiche Nachgiebigkeit bewieſen, wie früher gegen den König der Niederlande, ließ Graf Molé ſich das Geſtändniß entſchlüpfen, daß man nichts vermocht habe, weil man eins gegen vier geweſen ſey. Dadurch erhielt Thiers eine willkommene Veranlaſſung, die Gründe zu entwickeln, welche England beſtimmen mußten, dem Bunde mit Frankreich den Rücken zuzukehren. Er zeigte, wie das Cabinet nur um die Freundſchaft der öſtlichen Mächte gebuhlt habe, den Verpflichtungen untreu geworden ſey, die man gegen England übernommen, um den Höfen von Berlin und Wien gefällig zu ſeyn, und dadurch England gezwungen habe, ſeinerſeits, um nicht von allen Parteien verlaſſen zu werden, Frankreich aufzugeben und ſeine alten Verbindungen mit den öſtlichen Höfen wieder anzuknüpfen, die in der Wahl, welche ſich jetzt ihnen bot, keinen Augenblick geſchwankt und das britiſche Bündniß dem franzöſiſchen vorgezogen hätten. Graf Molé wußte der beredten Schilderung der traurigen Ohnmacht, zu der die verkehrte Politik der Regierung Frankreich verurtheilt habe, nur allgemeine Ableugnungen, die von keinem Beweiſe unterſtützt waren, und die eben ſo wenig erwieſene Anklage entgegenzuſetzen, daß eine Politik, wie Thiers ſie verlange, und wie er zu der Zeit ſeiner Verwaltung ſie angewandt habe, das Land in einen allgemeinen Krieg mit ganz Europa verwickeln würde. Eine Drohung dieſer Art verfehlte bei der ängſtlichen friedliebenden Mehrheit ihre

Digitized by Google

Abgeordnetenkammer ſelten ihre Wirkung, und Graf Molé verdankte derſelben großentheils die günſtige Entſcheidung, die bei der Abſtimmung über die Abſchnitte der Adreſſe erfolgte, welche ſich auf die auswärtige Politik bezogen. Unmittelbar nach der Annahme der Adreſſe hatte General Sebaſtiani den Befehl erhalten, das Protokoll vom 6. December zu unterzeichnen, und an demſelben Tage, an welchem zu Paris Graf Molé ſeine Entlaſſung nahm, war zu London durch die Vollziehung dieſes Befehls das Schickſal Belgiens entſchieden worden.

Nachdem der Verſuch mißlungen war, unter dem Schilde des Marſchalls Soult ein neues Cabinet zu bilden, welches, aus andern Namen zuſammengeſetzt, die Politik des aufgelöſ'ten Miniſteriums unverändert beibehalten hätte, war die Lage der belgiſchen Angelegenheiten vielleicht der vornehmſte Grund, der den Grafen Molé beſtimmte, die Entlaſſung zurückzunehmen, die er in dem Bewußtſeyn der Ueberlegenheit ſeiner Gegner in der Abgeordnetenkammer eingereicht hatte. Er fühlte, daß es ſeine Pflicht war, das Werk, welches er begonnen, zu vollenden, da ſich kein Anderer finden wollte, der es wagte, daſſelbe zu Ende zu führen. Ehe man die Auflöſung der Kammer beſchloß, waren die Präfecte der Departements aufgefordert worden, über die Stimmung der Bevölkerungen zu berichten und aus allen Theilen des Landes waren die günſtigſten Berichte eingegangen. Der Miniſter des Innern, Montalivet, glaubte ſich daher für den Erfolg der Wahlen verbürgen zu können, und nur um ſeiner Sache völlig gewiß zu ſeyn, beſchloß er, alle Triebfedern in Bewegung zu ſetzen, von denen ſich eine vortheilhafte Einwirkung auf die Stimmung der Wähler erwarten ließ. Zuvörderſt rechnete man auf den ungeheuren Einfluß, den die Centraliſation aller Zweige der Staatsgewalt der Regierung ſicherte. Allen Beamten, die nicht die äußerſte Thätigkeit in der Unterſtützung der von der Regierung empfohlenen Candidaten bewieſen, wurde mit unmittelbarer Abſetzung gedroht. Um zu zeigen, daß es mit dieſer Drohung Ernſt war, machte man mit der Abſetzung mehrer einflußreicher Männer den Anfang, die entweder dem Cabinete in der Kammer entgegen geweſen waren, oder deren Treue aus andern Gründen zweifelhaft erſchien. Perſil, der Schrecken der Republikaner, der Mann, der aus blinder Ergebenheit gegen die Regierung den Haß von halb Frankreich auf ſich geladen hatte, der Urheber der Septembergeſetze, wurde abgeſetzt, weil er bei den Verhandlungen über die Adreſſe mit den Doctrinaires gegen die Miniſter geſtimmt hatte. So wie man durch dieſes Beiſpiel die Beamten zu ſchrecken ſuchte, ſo ſuchte man auch die Wähler durch den

Digitized by Google

Schrecken für die Regierung zu gewinnen. Eine ungeheure Maſſe Flugblätter und Flugſchriften wurden verbreitet, welche die Gefahren ſchilderten, denen Frankreich ausgeſetzt wäre, wenn die Gegner des Cabinets in den Wahlen ſiegten. Auf der einen Seite wurde ein allgemeiner Krieg, auf der andern der Sturz des Königthums und eine neue Revolution in Ausſicht geſtellt. Das Bulletin français, ein Journal, welches beſonders aus Veranlaſſung der Wahlen herausgegeben, von allen Poſtämtern zu vielen tauſend Exemplaren verſandt und von den Beamten unentgeltlich vertheilt wurde, zeigte die Heere der Preußen, Oeſterreicher und Ruſſen an den Grenzen Frankreichs, bereit, auf den erſten Wink einzubrechen, ſobald durch den Sturz des Cabinets Männer zu der Gewalt kämen, welche die friedliche Politik deſſelben verließen. Eine Flugſchrift, die in Tauſenden von Exemplaren zu Paris verbreitet wurde, wies auf die Gefahren der Geſetzloſigkeit hin, die bevorſtände, ſobald die Revolutionaire den Sieg behielten. „Es handelt ſich um Euer Vermögen und um Euer Leben!“ wurde den Eigenthümern zugerufen, als ob die Revolution bereits in vollem Gange wäre. So maßloſe und zugleich ſo erbärmliche Uebertreibungen konnten keine andere als eine der beabſichtigten entgegengeſetzte Wirkung hervorbringen, zumal wenn dieſelben mit der gemäßigten, beſonnenen, verſtändigen Sprache verglichen wurden, welche die Häupter der Gegenpartei führten. Wer konnte es leugnen, daß Guizot Recht hatte, wenn er in einem Sendſchreiben an ſeine Wähler ſagte, daß die Ehre Frankreichs auf dem Spiele ſtände, da die miniſteriellen Flugſchriftler jedem nicht ganz gedankenloſen Leſer den Beweis in die Hand gaben; daß Thiers Recht hatte, wenn er in einem andern Sendſchreiben erklärte: alle Fehler der Regierung in ihrer innern wie in ihrer äußern Politik ließen ſich auf den Einen Irrthum zurückführen, daß ſie zu früh eine alte Regierung ſeyn wolle, und wenn er es als den wahren Gegenſtand des Kampfes bezeichnete, daß die Nation ihre eigenen Angelegenheiten ſelbſt zu verwalten wünſche, weil die Regierung ſie in einem der Nation fremden Sinne verwalte? Dieſelbe Anſicht entwickelte Odilon-Barrot, nur ſchärfer und einſchneidender, indem er die gegenwärtige Lage der Regierung mit jener der Reſtauration im Jahre 1830 verglich. „Die Reſtauration,“ ſchrieb Odilon-Barrot ſeinen Wählern, „ſagte im Jahre 1830 zu den Kammern: Stimmt über Geſetzvorſchläge, aber nicht über die Miniſter; denn der König hat das Recht, ſeine Miniſter zu ernennen, und ihnen Eure Mitwirkung verweigern, heißt das Recht des Königs verletzen, iſt Aufruhr! Die Kammer behauptete

ihr parlementariſches Recht; der König behielt ſeine Miniſter, und Jedermann weiß, was daraus wurde. Ungeachtet der großen Lehre von 1830 ſehen wir doch jetzt denſelben Streit wiederkehren.“ Solche Worte mußten in ganz Frankreich ihren Widerhall finden, wenn man denſelben nichts als das alberne Geſchwätz bezahlter Winkelſchreiber entgegenzuſetzen wußte. Mit athemloſer Spannung ſah die Nation dem Ausgange des Wahlkampfes entgegen. Eine größere, eine allgemeinere Aufregung in allen Ständen hatte ſeit der Julirevolution ſich nicht wieder gezeigt; aber wenn die Regierung es verſtanden hätte, die Zeichen der Zeit zu leſen, ſo hätte ſie ſchon in dem Umſtande, daß die Aufregung ſelbſt da, wo ſie die höchſte Stufe der Leidenſchaft erreichte, nirgend die geſetzlichen Schranken überſchritt, ihre eigene Schwäche und die weit überlegene Kraft ihrer Gegner erkennen müſſen. Der Tag der Wahlen kam heran und der Erfolg war eine entſcheidende Niederlage der Regierung. Das Cabinet war ſo wenig auf dieſen Ausgang vorbereitet, daß es bis zum letzten Augenblicke ſich ſelbſt über den Charakter der Wahlen täuſchte. Erſt am 8. März 1839, als bereits alle Wahlen bis auf ſechs bekannt waren, gaben die miniſteriellen Blätter zu, daß die Gegner der Regierung geſiegt hätten, und am folgenden Tage reichten die Miniſter zum zweiten Male ihre Entlaſſung ein.

Der erſte Gedanke, den Ludwig Philipp nach dem Sturz der Verwaltung des Grafen Molé hatte, war jenen erlauchten Degen (l'illustre épée, wie die miniſteriellen Blätter ihn nannten) zu Hülfe zu rufen, den er für die ſchwierigſten Fälle ſich in der Reſerve behalten hatte: den Marſchall Soult. Der Marſchall hatte bei einer früheren Gelegenheit erklärt: „es könnten Umſtände eintreten, die ſeine Dienſte unentbehrlich machten, und dann ſtehe er zur Verfügung des Königs.“ Offenbar war er der Meinung, daß dieſe Umſtände eingetreten wären; denn er machte keine Schwierigkeiten, den Auftrag zur Bildung eines neuen Cabinetes anzunehmen, den ihm der König ertheilte; er kannte aber die Verhältniſſe ſo wenig, daß er die Wiederherſtellung des alten Cabinetes vom 11. October 1832 für möglich hielt, in deſſen Zuſammenſetzung man ſeiner Meinung nach nur einige unbedeutende Veränderungen treffen durfte, um ſich der Mehrheit in der neuen Kammer zu verſichern. Die Eröffnungen, die er in dieſem Sinne Guizot und Thiers machte, blieben natürlich ohne Erfolg, obwohl beide ſchon des Anſtandes wegen ſich bereit erklärten, in ein Miniſterium unter dem Vorſitze des Marſchalls zu treten; aber ſie führten

die Auflöſung der Verbindung herbei, die beide Staatsmänner zur Bekämpfung des Grafen Molé eingegangen waren, da Guizot ſich bitter beleidigt fühlte, weil Thiers die Anſprüche nicht zugeſtehen wollte, die er in dem Bewußtſeyn ſeines perſönlichen Werthes erheben zu müſſen glaubte, während Thiers außer Stande war, die Forderungen Guizots zu bewilligen, wenn er den Verbindlichkeiten nicht untreu werden wollte, die er gegen die liberale Partei übernommen, welche ihrerſeits um keinen Preis zu vermögen war, dem Haupte der Doctrinaire eine Stellung von bedeutendem perſönlichen Einfluſſe einzuräumen. Soult wandte ſich darauf allein an Thiers und forderte ihn auf, die Männer vorzuſchlagen, die er geeignet hielte, mit ihm das Miniſterium zu bilden. Thiers bezeichnete Dupin den älteren, Humann, Duperré, Paſſy, Sauzet, den gleich ihnen der Mittelpartei angehörenden Dufaure und den zur Pairswürde erhobenen geiſtreichen Villemain; aber er war vorſichtig genug, zu verlangen, daß der König zuvörderſt die ſchriftlichen Bedingungen genehmige, die er vorlegen wollte, ehe er ſich auf irgend etwas einließe. Dieſe Bedingungen waren, daß es den Miniſtern überlaſſen würde, alle Beamtenſtellen zu beſetzen, ohne daß der König ſie durch ſeine Einmiſchung hinderte, und daß man ohne bis zu einem Einſchreiten mit Heeresmacht zu gehen, Maßregeln zu Gunſten der Königin in Spanien ergriffe. Gegen ſo gemäßigte Bedingungen ſträubte ſich Ludwig Philipp wahrſcheinlich nur, um ſeiner Nachgiebigkeit einen höheren Werth zu geben. Das Miniſterium war ſo gut als gebildet, und es fehlte nur noch die Unterzeichnung der Ernennungen, als Thiers bei der erſten Vereinigung der neuen Miniſter, um ganz ſicher zu gehen, darauf fiel, den Sinn ſeiner Bedingungen genauer zu erörtern und feſtzuſtellen, was freilich wohl etwas früher hätte geſchehen ſollen. Da begegnete ihm aber etwas ganz Unerwartetes. Als er ſich in Bezug auf die ſpaniſche Hülfeleiſtung dahin ausſprach, daß man die ruſſiſchen oder holländiſchen Fahrzeuge auffangen müſſe, die Don Carlos Kriegsvorräthe zuführten, konnte Paſſy es nicht über ſich gewinnen, eine ſo ſchöne Gelegenheit vorübergehen zu laſſen, ſeine überlegenen Kenntniſſe im alten franzöſiſchen Seerechte zu entwickeln. Er zeigte, daß man durch ein ſolches Verfahren den Grundſatz: „Frei Schiff, frei Gut!“ verletzen würde, den Frankreich immer mit ſo großer Anſtrengung und ſo großen Opfern aufrecht gehalten habe; und ſeine ſchulmeiſterhafte Gelehrſamkeit, durch das freundliche Lächeln des Königs unterſtützt, übte auf ſeine Collegen eine ſo überzeugende Wirkung, daß Thiers mit ſeiner Meinung, für die nur

Digitized by Google

der geſunde Menſchenverſtand ſprach, allein blieb. Dadurch gereizt, aber nicht entmuthigt, hob Thiers einen andern Punkt hervor, über den er eine vorläufige Verſtändigung nothwendig hielt. Es war allen Mitgliedern des neuen Cabinetes wohl bekannt, daß bei den früheren Verabredungen unter den Häuptern der gegen den Grafen Molé verbündeten Parteien, um auch den entſchiedenen Liberalen eine Bürgſchaft zu geben, Odilon Barrot der Vorſitz in der Abgeordnetenkammer zugeſagt war. Als nun Thiers hierauf die Rede brachte, erklärte mit einem Male Humann, daß er dagegen ſich verwahren müſſe, weil er mit allen ſeinen Freunden brechen würde, wenn er einwilligte, dem Urheber des Rechenſchaftsberichtes die Leitung der Abgeordnetenkammer zu überlaſſen. Ludwig Philipp, der auf dieſe Wendung ohne Zweifel vorbereitet war, erhob ſich lächelnd und entließ die uneinigen Verbündeten, indem er ihnen ſagte: „Meine Herren, ſuchen Sie Sich mit einander zu verſtändigen!“ Damit war aber noch immer kein Miniſterium gebildet, und nachdem beinahe drei Wochen ſeit der Entlaſſung des Grafen Molé vergangen waren, begab der Marſchall Soult ſich von neuem zu Thiers und drang jetzt in ihn, ſich ſelbſt an die Spitze eines Cabinetes zu ſtellen. Thiers, der in dem Marſchall nur einen Sendling des Hofes ſah, erwiederte ihm: „Geben ſie der Krone ja nicht einen ſolchen Rath, Herr Marſchall. Wenn mir jetzt der Auftrag ertheilt würde, ein Cabinet zu bilden und mich an die Spitze zu ſtellen, ſo würde ich darin, das darf ich Ihnen nicht verhehlen, nur eine Falle ſehen.“ *) Von dieſem Augenblicke waren der ſtolze Soult und die kleine Schmeißfliege (le petit foutriquet), wie der Sieger von Toulouſe den übermüthigen Federhelden mit einem Caſernenausdrucke nannte, unverſöhnliche Feinde. Inzwiſchen war aber der Zeitpunkt vor der Thüre, an dem die Kammern eröffnet werden ſollten. Dupin, Humann, Paſſy, Sauzet, Dufaure waren von Thiers genennt, aber ſie wagten es doch nicht, ohne ihn dem Lande als Miniſter entgegenzutreten. In der Noth, da eine Eröffnung der Kammern ohne ein Cabinet, welches denſelben Auskunft ertheilen konnte, doch gar zu unerhört geweſen wäre, entſchloß ſich Ludwig Philipp ein Miniſterium

*) Wir folgen in dieſer Darſtellung der Verhandlungen über die Bildung des neuen Cabinetes hauptſächlich Louis Blanc, T. V. pag. 393—409, für deſſen Treue, außer innern Gründen, beſonders auch der Umſtand ſpricht, daß der ſonſt ſo geſchwätzige Capefigue, T. X. pag. 25—31 es ganz vermeidet, auf Einzelheiten einzugehen.

Digitized by Google

auf das Gerathewohl zu ernennen, deſſen Aufgabe, wie amtlich bekannt gemacht wurde, keine andere ſeyn ſollte, als Zeit zu dem Zuſtandebringen eines wirklichen Miniſteriums zu gewinnen. Am 1. April veröffentlichte der Moniteur die Verordnungen, durch welche der Herzog von Montebello zum Miniſter des Auswärtigen, Gasparin zum Miniſter des Innern, Girod (de l'Ain) zum Siegelbewahrer, General Deſpans-Cubières zum Kriegsminiſter, der Abgeordnete Tupinier zum Seeminiſter, der Abgeordnete Parant zum Miniſter des Unterrichts und der frühere Abgeordnete und gegenwärtige Pair Gautier zum Finanzminiſter ernannt wurden. Niemand, der das amtliche Blatt nicht in der Hand und die ſeltſame Liſte vor Augen hatte, wollte an die Wahrheit einer ſolchen Löſung der wichtigen Frage glauben, die ſeit drei Wochen ganz Frankreich in Spannung hielt; und auch dann noch konnten die Meiſten ſich kaum überzeugen, daß ſie nicht in den April geſchickt wären. Die franzöſiſche Nation war in der That in den April geſchickt; aber ſie verdiente es nicht beſſer, da dem Thoren, der durch eine fünfzigjährige Erfahrung nicht zu Verſtande kommt, nicht zu helfen iſt.

Am 4. April wurden die Kammern eröffnet, ohne Thronrede, weil Niemand da war, der den Muth gehabt hätte, ein ſo wichtiges Actenſtück zu entwerfen, und noch weniger, es zu vertheidigen; denn den tiefen Ernſt der Lage konnten ſich auch jene bereitwilligen Werkzeuge der Gewalt nicht verbergen, die ihre Namen dazu hergegeben hatten, das Spiel der Ränke zu verdecken, durch welches über die Geſchicke Frankreichs entſchieden wurde. Die Aufregung, welche bisher auf die höheren Klaſſen der Geſellſchaft beſchränkt geblieben war, fing an, in die unterſten Schichten derſelben herabzuſteigen. Der Handel und die Gewerbe empfanden die nachtheiligen Folgen der ſchon ſeit länger als drei Monaten dauernden politiſchen Spannung; Tauſende von Arbeitern waren in der Hauptſtadt, deren Gewerbfleiß am leichteſten von jeder Urſache der Stockung ergriffen wird, weil er vorzugsweiſe Gegenſtände des Luxus liefert, ohne Brod; der Straßenauflauf, der ſich ſeit Jahren nicht mehr gezeigt hatte, erhob von neuem ſein Haupt; es entſtanden Zuſammenrottungen, die durch Fußvolk und Reiterei auseinander geſprengt werden mußten. Alle Früchte der weiſen Politik, die Frankreich ſeit dem Jahre 1830 geleitet hatte, ſchienen gefährdet, und drohte der verwegene Thiers nicht wirklich alle Schrecken der Revolution zurückzuführen, wenn es, wie es den Anſchein hatte, ihm noch gelang, den König zur Capitulation zu zwingen? Unter dieſen Umſtänden

glaubte Paſſy, der Mann der unerſchütterlichen Geſinnungstreue und der feſten freiſinnigen Grundſätze, deſſen ſchwache Seite aber die Hofpartei herausgefunden hatte, ſich dem Vaterlande nicht entziehen zu dürfen. Hatte er bisher auch nichts dagegen einzuwenden gehabt, daß ſeine politiſchen Freunde und Verbündeten eine ſo bedenkliche Wahl, wie jene Odilon Barrots für den Vorſitz in der Abgeordnetenkammer trafen, ſo änderte ſich doch in ſeinen Augen die ganze Lage der Dinge, als ihm ſelbſt von Perſonen, die er immer als ſeine politiſchen Gegner bekämpft hatte, die Ausſicht eröffnet wurde, die vorragende Stellung einzunehmen, die einſt Dupin in eitler Selbſtüberhebung vor jener des Königs als die erſte in Frankreich bezeichnet hatte. Als es zur Wahl kam, trug er durch eine Mehrheit von dreißig Stimmen den Sieg über Odilon Barrot davon. Die Mehrheit der Kammer hatte ſich alſo für Paſſy entſchieden, und Ludwig Philipp widerlegte den Vorwurf, den man ihm machte, daß er ſtatt nach der Meinung der Kammer, wie es die Pflicht eines conſtitutionellen Fürſten ſey, nach ſeiner eigenen Meinung regiere, indem er Paſſy die Vollmacht gab, eine Verwaltung im Sinne der Kammermehrheit zu Stande zu bringen. Jetzt begann ein neues Spiel von Ränken, in dem der Erfolg aber doch nicht ſo leicht war, wie Paſſy in ſeiner kurzſichtigen Beſchränktheit ihn ſich gedacht hatte. So verging von neuem eine Woche nach der andern in vergeblichen Unterhandlungen. Frankreich war dieſe ganze Zeit über ohne alle regelmäßige Regierung, da die Miniſter, die ihrem eigenen Zugeſtändniſſe nach ihre Stellen nur zur Aushülfe verſahen, es nicht wagten, über irgend eine Angelegenheit von höherer Bedeutung einen Beſchluß zu faſſen. Die Abgeordnetenkammer ſchien eine unerſchöpfliche Geduld zu beſitzen, die jedoch ihre Erklärung in dem Umſtande fand, daß die einflußreichſten Häupter der Parteien bei den Unterhandlungen, die ſich ſo endlos in die Länge zogen, perſönlich betheiligt waren und über den Eifer ihrer augenblicklichen Bemühungen die bleibende Pflicht aus dem Auge verloren, die ſie gegen die Nation hatten. Jedermann wußte, daß das einzige wahre Hinderniß, welches dem Zuſtandekommen einer Verwaltung entgegenſtand, wie ſie die Kammer verlangte, in dem unbeugſamen perſönlichen Willen des Königs lag. Dieſem Willen durch eine offene Erklärung entgegenzutreten, ſo lange nicht jede Möglichkeit einer Ausgleichung abgeſchnitten war, trug man jedoch gerechtes Bedenken, weil man wohl fühlte, daß die Folgen nicht vorher zu berechnen waren, bis zuletzt Mauguin die Bahn brach, der durch ſeine maßloſe Eitelkeit ſeine

frühere Bedeutung längſt verſcherzt hatte und in der Vereinzelung, auf die er ſich durch ſeine eigene Schuld zurückgeführt ſah, allerdings weniger Rückſichten zu beobachten hatte, als irgend ein anderer Wortführer. Mauguins Antrag, eine Adreſſe an den König zu richten, war bereits angenommen; und in den Verhandlungen, die über denſelben Statt gefunden, waren Aeußerungen laut geworden, die jeden weniger zähen Charakter, als den Ludwig Philipps, tief hätten erſchüttern müſſen. Garnier Pages hatte erklärt, die Schwierigkeit, mit der man gegenwärtig zu kämpfen habe, beſtehe weder ſeit zwei Monaten noch ſeit zwei Jahren, ſondern ſeit der Zeit, wo Laffitte und Dupont aus der Verwaltung geſchieden wären; und Billault, ein Mann, der ſonſt niemals eine Vorliebe für die Republik verrathen hatte, machte die bedenkliche Bemerkung: Wenn ſowohl die Krone als die Kammer ohnmächtig wären, ſo ſey dieß ein Zeichen, daß das Land entweder für das unbeſchränkte Königthum oder für eine von dieſer und von der konſtitutionellen Monarchie gleichweit entfernte Regierungsform reif ſey.

Dieſe Worte waren auf keinen unfruchtbaren Boden gefallen. Es beſtand damals zu Paris eine geheime revolutionaire Geſellſchaft, deren Daſeyn ſelbſt der alle Schlupfwinkel durchſpürenden Pariſer Polizei unbekannt geblieben war. Als der Verein der Menſchenrechte in Folge des Aprilaufſtandes von 1834 auseinander geſprengt war, faßte eine Anzahl ſeiner Mitglieder den Entſchluß, eine neue republikaniſche Verbindung zu ſtiften, die aber in das tiefſte Geheimniß gehüllt und ſo eingerichtet ſeyn ſollte, daß ſie unter allen Umſtänden gegen eine Entdeckung geſichert blieb. Dieſer Geheimbund gab ſich ſelbſt den Namen der Familiengeſellſchaft (société des familles), denn ſeine Grundlage bildete eine Vereinigung von ſechs Mitgliedern unter einem Anführer, die den Namen der Familie erhielt. Fünf oder ſechs Familien, die unter einem Führer vereinigt waren, welcher allein ſämmtliche Mitglieder der verſchiedenen Familien kannte, bildeten eine Abtheilung (section), und zwei oder drei Abtheilungen ein Quartier, deſſen Haupt unmittelbar von dem revolutionairen Agenten abhing, welcher ein Mitglied des geheimnißvollen Ausſchuſſes war, der das Ganze leitete. Auch dieſer Verein, der zu Anfange des Jahres 1836 bereits auf 1200, ſämmtlich mit Waffen verſehene Mitglieder angewachſen war, wußte ſeine Thätigkeit jedoch nicht ſo verborgen zu halten, daß die Polizei ihm nicht auf die Spur gekommen wäre. Die Häupter wurden verhaftet und der ganze Verein löſ'te ſich auf; aber kurze Zeit darauf ging aus demſelben die Geſellſchaft der Jahreszeiten (société des saisons)

hervor, die noch vorſichtiger geordnet war und einen wohlthätigen Zweck zum Vorwande ihrer Vereinigungen nahm, indem ſie Luſtbarkeiten veranſtaltete, bei denen für die Armen geſammelt wurde. Hinter dieſer unſchuldigen Außenſeite verbarg ſich aber der furchtbarſte Ingrimm, nicht bloß gegen die beſtehende politiſche Verfaſſung, ſondern gegen die ganze geſellſchaftliche Ordnung in Frankreich. Der zur Aufnahme Vorgeſchlagene wurde folgendem Verhör unterworfen: „Was hältſt Du von der gegenwärtigen Regierung?" — daß ſie das Volk und das Vaterland verrathen hat. — „Weſſen Nutzen bezweckt ihre Wirkſamkeit?" — Den Nutzen einer geringen Anzahl Bevorrechteter. — „Wer ſind heute die Ariſtokraten?" — Es ſind die Geldmenſchen, die Banquiers, die Lieferanten, die Monopoliſten, die großen Eigenthümer, die Börſenſpieler, mit einem Worte, die Blutſauger, die ſich auf Koſten des Volkes mäſten. — „Welches Recht haben ſie, uns zu beherrſchen?" — Das Recht der Gewalt. — „Welches iſt der vorherrſchende Fehler in der Geſellſchaft?" — Die Selbſtſucht. — „Was vertritt heute die Stelle der Ehre, der Redlichkeit, der Tugend?" — Das Geld. — „Wer wird heute in der Welt geachtet?" — Der Reiche und Mächtige. — „Wer wird verachtet, verfolgt und außer dem Geſetz erklärt?" — Der Arme und Schwache. — „Was iſt das Volk?" — Das Volk iſt die Geſammtheit der Bürger, die ſich durch ihre Arbeit ernähren. — „Wie wird es durch die Geſetze behandelt?" — Es wird als Sclavin behandelt. — „Welches Loos trifft den armen Arbeiter unter der Herrſchaft des Reichen?" — Das Loos des Arbeiters iſt gleich jenem des Leibeigenen und des Negerſclaven; ſein Leben iſt nur eine lange Kette von Elend, von Mühſeligkeiten und von Leiden. — „Welcher Grundſatz muß einer wohlgeordneten Geſellſchaft zur Grundlage dienen?" — Der Grundſatz der Gleichheit. — „Sollen wir eine politiſche Revolution herbeiführen oder eine geſellſchaftliche?" — Wir müſſen eine geſellſchaftliche Revolution machen. — — Die Verbündeten, die mit wenigen Ausnahmen dem Handarbeiterſtande angehörten, aber verwegene, gebildete junge Männer zu Führern hatten, verpflichteten ſich durch einen furchtbaren Eid, das Geheimniß der Verbindung zu bewahren und ſich jeder Zeit bereit zu halten, auf das erſte Zeichen „mit den Waffen in der Hand für die Sache der Menſchheit zu ſterben."*) Ihre Zahl war im April 1839 auf ungefähr 1000 geſtiegen, und als ſie die zunehmende Noth unter ihren Genoſſen, die Aufläufe auf den Straßen ſahen,

*) S. Capefigue, T. X. pag. 50 ff.

Digitized by Google

und in den Zeitungen laſen, daß der König mit der Kammer zerfallen, und daß das Land ohne Regierung ſey, drängten ſie ihre Führer, einen ſo günſtigen Zeitpunkt nicht vorübergehen zu laſſen. Dieſe, unter denen Armand Barbès, Martin Bernard und Blanqui die bedeutendſten waren, junge Männer von ausgezeichneten Fähigkeiten, ſeltener Kraft des Charakters und beiſpielloſer Kühnheit, aber jener Verwilderung des Gemüthes, der in einem entarteten Zuſtande der Geſellſchaft die edelſten geiſtigen Anlagen am meiſten ausgeſetzt ſind, täuſchten ſich nicht über die Unzulänglichkeit der Streitkräfte, die ihnen zu Gebote ſtanden; aber ſie rechneten darauf, daß bei der Gährung, die unter den arbeitenden Klaſſen, bei der Mißſtimmung, die ſelbſt unter dem Mittelſtande herrſchte, ein allgemeiner Aufſtand ihnen zu Hülfe kommen werde, ſobald es ihnen gelänge, ſich der wichtigeren Punkte der Hauptſtadt zu bemächtigen und in dieſen ſich auch nur kurze Zeit zu behaupten. In dieſer Vorausſetzung war der Plan entworfen, zu deſſen Ausführung ſie ſich anſchickten, während die Abgeordnetenkammer in der Berathung über ihre Adreſſe an den König begriffen war.

Am 12. Mai, einem Sonntage, des Nachmittages um halb vier Uhr, während alle Straßen von Paris von Menſchen gefüllt waren, ſammelten ſich zahlreiche Haufen, die von verſchiedenen Seiten zugleich ankamen und theils bewaffnet, theils unbewaffnet waren, vor dem großen Waffenmagazin des Gewehrhändlers Lapage in der Rue Bourg l'Abbé, erbrachen den Eingang und nahmen die vorräthigen Gewehre hinweg, die ſie unter ſich vertheilten. Aber noch ehe man zum Angriffe, der in dem Plane bezeichneten Punkte ſchreiten konnte, brach unter den Verſchwornen ſchon Uneinigkeit aus, indem die nicht eingeweihten Mitglieder des Vereins verlangten, daß jetzt der bisher ihnen unbekannt gebliebene leitende Ausſchuß hervortreten ſollte, und in ihrer großen Mehrzahl ſehr überraſcht waren, als ſie vernahmen, daß derſelbe nur aus den ihnen längſt wohl bekannten jungen Männern zuſammengeſetzt war. Die Meiſten verloren ſchon jetzt alles Vertrauen zu der Unternehmung; nur etwa dreihundert blieben ihren Führern treu, die an ihrer Spitze im ſchnellſten Schritte nach den Quais eilen, die Notredamebrücke überſchreiten und ſich auf den Militairpoſten am Juſtizpalaſte werfen, den ſie in wenigen Augenblicken überwältigt haben. Sie begeben ſich hierauf nach dem Gebäude der Polizeipräfectur, welches der vornehmſte Punkt war, in dem ſie ſich feſtzuſetzen beabſichtigten. Dort war man aber inzwiſchen ſchon gewarnt; und da die Meuterer ſahen, daß ſie ohne einen ernſten Kampf nicht zum Ziele kommen

Digitized by Google

konnten, ſo kehrten ſie auf das jenſeitige Seineufer zurück, um durch den Ueberfall der zerſtreuten kleineren Militairpoſten diejenigen ihrer Genoſſen mit Waffen zu verſehen, die noch nicht bewaffnet waren. Sie nahmen das Stadthaus, wo Barbès eine von dem Ausſchuſſe unterzeichnete Bekanntmachung verlas, welche die Republik ausrief. Von dort ſtürmten ſie durch die engen Gaſſen, die der Schauplatz des Aprilkampfes im Jahre 1834 geweſen waren, nach der Bürgermeiſterei des ſechsten Stadtbezirkes, wo ſie gleichfalls Waffen zu finden erwarteten. Darüber war der Abend hereingebrochen. Durch den Schall der Trommel, die durch alle Straßen wirbelte, daran erinnert, daß ihnen bald das Zuſammentreffen mit größeren Truppenmaſſen bevorſtand, errichteten ſie in der gewundenen Rue Grénetat, die ſich von der Rue St. Denis nach der Rue St. Martin zieht, in der Nähe ihres erſten Sammelplatzes drei Barricaden, hinter denen ſie den Angriff feſten Fußes erwarteten. Das Häuflein, welches hier noch zuſammenhielt, war jedoch an Zahl bereits ſo ſehr geſchmolzen, daß ſein Widerſtand nur von kurzer Dauer war. Die Bevölkerung von Paris, die an die Unruhen der früheren Jahre nicht mehr gewöhnt war, ſah den Aufruhr mit ſtummem Erſtaunen bei ſich vorüberziehen; erſt am andern Morgen erfuhr ſie, daß derſelbe eine Folge gehabt hatte, die eine nicht viel geringere Ueberraſchung erregte, als des Tages vorher der plötzliche Ausbruch eines bewaffneten Aufſtandes.

So wie der erſte Bericht über die neue republikaniſche Bewegung nach den Tuilerien gelangte, erkannte Ludwig Philipp ſogleich die Vortheile, die ſich aus derſelben für die Behauptung ſeiner trotz aller Spaltungen unter ſeinen Gegnern noch immer gefährdeten perſönlichen Macht ziehen ließen. Der Marſchall Soult, der ſeine früheren Vollmachten nach dem Fehlſchlagen ſeiner erſten Verſuche zurückgegeben, erhielt von neuem den Auftrag, ein Cabinet zu bilden, deſſen Mitglieder ihm zum voraus bezeichnet waren, da er eine zu genaue Kenntniß der Perſonen hatte, denen er die Verwaltung zu übertragen beabſichtigte, um nicht zu wiſſen, daß keine einzige der Verſuchung widerſtehen würde, auch mit der Aufopferung ihrer gegen politiſche Freunde eingegangenen Verbindlichkeiten die ihnen angebotenen Stellen anzunehmen, ſobald ſie zu ihrer Rechtfertigung ſich darauf berufen konnten, daß die Gefahr, in der ſie die öffentliche Ruhe und Sicherheit geſehen, ihnen dieß zur Pflicht gemacht habe. Noch an dem Abende des 12. Mai kam das neue Miniſterium zu Stande, in dem Soult außer dem Vorſitze die Verwaltung der auswärtigen Angelegenheiten übernahm, weil

Digitized by Google

Ludwig Philipp dieſe ſeiner perſönlichen Leitung vorbehalten wollte, was unter dem Namen des Marſchalls am ſicherſten geſchehen konnte. Das Kriegsminiſterium erhielt der General Schneider, von dem vorauszuſetzen war, daß er zuviel militairiſchen Subordinationsgeiſt beſitze, um ſich nicht den höheren Anordnungen des Marſchalls Soult zu unterwerfen. Vier Stellen wurden der Mittelpartei zugetheilt, von der ſchon durch Paſſy's Uebergang ein Theil dem Bunde mit Thiers entfremdet war: die Verwaltung der Finanzen Paſſy, der ſeinen Vorſitz in der Abgeordnetenkammer aufgab, die Siegel Teſte, die öffentlichen Arbeiten Dufaure und der öffentliche Unterricht Villemain. Zum Miniſter des Innern wurde Duchâtel, der Freund Guizots, zum Handelsminiſter Cunin Gridaine ernannt, eines der einflußreichſten Mitglieder der alten Mehrheit, welche das Miniſterium des Grafen Molé unterſtützt hatte, und das Seeweſen fiel wieder dem Admiral Duperré zu, gegen den keine Partei etwas einzuwenden hatte, weil er ſelbſt keine Parteimeinung vertrat. Am folgenden Tage erſchien der Marſchall Soult in der Abgeordnetenkammer und las eine kurze, geſchriebene Rede vor, in der er den Beiſtand der Kammer für ein Cabinet anſprach, deſſen Bildung durch Beweggründe und unter Umſtänden bewirkt ſey, die ſeine Hingebung für den Thron und für die Geſetze hinreichend bewieſen; er erklärte, daß die Miniſter über die Grundſätze, die in ihrer Handlungsweiſe vorwalten ſollten, vollkommen einverſtanden wären, und gab als dieſe Grundſätze an: die freie Thätigkeit eines verantwortlichen und gemeinſchaftlich für alle ſeine Schritte einſtehenden Miniſterrathes; den Frieden, der auf die Aufrechthaltung der Würde der Nation begründet ſeyn ſolle; die Ordnung, welche durch die Geſetze verbürgt ſey; wirkſamen Schutz für alle Intereſſen, die zur Wohlfahrt des Landes beitrügen; und in allen Beziehungen zu der Kammer jene Aufrichtigkeit und Feſtigkeit, welche die beſten Mittel wären, die Verſöhnung der Gemüther herbeizuführen. Um ſeine eigene Uebernahme der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten zu rechtfertigen, glaubte der Marſchall nicht erſt verſichern zu dürfen, „daß Frankreich bei der Erwägung ſo hoher Intereſſen ſtets die Gefühle des alten Soldaten wiederfinden werde, der wiſſe, daß das Land den Frieden, aber einen mit der Ehre vereinbaren, ruhmvollen Frieden wolle.“ Das waren recht ſchöne Worte, nur waren es weiter nichts als Worte, denen ſich beinahe jeder beliebige Sinn unterſchieben ließ, und die daher weder eine beſtimmte Verpflichtung auflegten, noch irgend eine Bürg-

Digitized by Google

ſchaft gaben. Sie wurden mit ſehr gemiſchten Gefühlen aufgenommen, erreichten jedoch in ſofern ihren Zweck, als alle Parteien in einem Augenblicke, in dem die innere Ruhe des Landes von neuem durch den Bürgerkrieg bedroht ſchien, es als das dringendſte Bedürfniß anerkannten, irgend eine Verwaltung zu haben und daher darauf verzichteten, den Kampf gegen die perſönliche Regierung fortzuſetzen, welcher, wie ſich Niemand verbarg, der „alte Soldat des Kaiſerreiches“ nur den Namen lieh. Bei der Wahl eines neuen Präſidenten der Abgeordnetenkammer ſtatt des in die Verwaltung eingetretenen Paſſy wurde Thiers, dem ſchmählich Verrathenen, der unbedeutende Sauzet vorgezogen, weil Soult gedroht hatte, ſeine Entlaſſung zu nehmen, wenn die Wahl auf Thiers fiele. Die erſte Vorlage, die von dem neuen Miniſterium ausging, war die Forderung eines Zuſammenſchuſſes von mehr als einer Million Franken zu den geheimen Ausgaben. Der Miniſter des Innern, Duchâtel, der dieſe Forderung an die Abgeordnetenkammer richtete, erklärte, daß die Bewilligung als ein Beweis des Vertrauens angeſehen werden würde, welches man in die Verwaltung ſetze, war dabei aber vorſichtig genug daran zu erinnern, daß der eben erſt unterdrückte Aufſtand die unumgängliche Nothwendigkeit einer vermehrten Wachſamkeit außer Zweifel ſetze; und Paſſy entwaffnete jeden Widerſtand, den der Antrag hätte finden können, indem er unaufgefordert verſprach, die vielfach angegriffene Verwendung der für geheime Ausgaben verwilligten Gelder zu der Unterſtützung miniſterieller Journale aufhören zu laſſen. Nach einer ſolchen Zuſage, von der ſich nur leider mit Gewißheit vorherſehen ließ, daß ſie nicht in Erfüllung gehen werde, konnte den Miniſtern der verlangte Beweis des Vertrauens nicht verweigert werden. Der einflußreichſte unter den Miniſtern war, ungeachtet des Vorranges, der dem Marſchall Soult eingeräumt war, nicht dieſer, ſondern Paſſy, der durch ſeine Freunde von der Mittelpartei über die Mehrheit in der Abgeordnetenkammer verfügte. Paſſy war aber kurzſichtig genug nicht einmal zu bemerken, daß er nur einer höheren Hand zum Werkzeuge diente; er glaubte ſich alles Ernſtes berufen, die freiſinnigen Grundſätze zur Herrſchaft zu bringen, zu denen er ſich immer bekannt hatte, und hielt ſich dazu nicht weniger befähigt, als Thiers, deſſen Anſprüche auf geiſtige Ueberlegenheit ihn nur als eine leere Anmaßung erſchienen. Mit Thiers zu wetteifern, war daher die vornehmſte Aufgabe, die er ſich geſetzt hatte; bei ſeinem gänzlichen Mangel an allen eigenen Ideen wußte er

dieß jedoch nicht geſchickter anzufangen, als indem er ſclaviſch in die Fußſtapfen trat, die dieſer hinterlaſſen hatte. Wie Thiers im Jahre 1836 den damaligen Andrang nach der Herabſetzung des Zinsfußes der Staatsſchuld abgewehrt hatte, indem er ſelbſt die Durchführung dieſer Maßregel zu einer ſpäteren Zeit verhieß, ſofern die Umſtände dieſelbe geſtatten würde, hatte Paſſy nichts Eiligeres zu thun, als die Erklärung abzugeben, daß die Herabſetzung des Zinsfußes, an die in der allgemeinen politiſchen Erregung noch Niemand gedacht hatte, im Augenblicke nicht möglich ſey, aber in der nächſten Seſſion zur Erörterung gebracht werde. Ja, um auch in der auswärtigen Politik Thiers keinen Vorzug zu laſſen, verſtand er ſich jetzt dazu, denſelben Plan einer Einmiſchung durch die franzöſiſche Seemacht zu unterſtützen, den er wenige Monate früher, als Thiers denſelben geltend machte, durch ſeine beredte Vertheidigung der Rechte der Neutralen vereitelt hatte. Inzwiſchen war aber in der allgemeinen Lage der politiſchen Verhältniſſe eine Veränderung eingetreten, deren Bedeutung weder Paſſy noch irgend ein anderer der Miniſter begriff, obwohl ſie wichtig genug war, das ganze Intereſſe an dem ſpaniſchen Bürgerkriege in den Hintergrund zu drängen.

Im Oriente drohte der Brand, den die Vermittlung der europäiſchen Mächte im Jahre 1833 gedämpft hatte, von neuem zum Ausbruche zu kommen, und Ludwig Philipps Scharfblick erkannte die Gefahr, die von dieſer Seite dem allgemeinen Frieden bevorſtand, ehe ſeine Miniſter von dem Umfange derſelben eine Ahnung hatten. Sultan Mahmud, der ſich im Jahre 1833 zu dem Abſchluſſe des für ihn ſo demüthigenden Friedensvertrages mit ſeinem abtrünnigen Vaſallen, dem Paſcha von Aegypten, nur unter dem geheimen Vorbehalte verſtanden, nicht allein bei der erſten günſtigen Gelegenheit, alle ihm abgenöthigten Zugeſtändniſſe zurückzunehmen, ſondern, wo möglich den treuloſen, übermüthigen Sclaven vom Erdboden zu vertilgen, hatte alle die Jahre, die ſeitdem verfloſſen waren, die ganze Kraft ſeines Geiſtes, ſo wie alle ihm zu Gebote ſtehende Mittel auf die Vorbereitung ſeines Racheplanes gerichtet. Mit ungeheurer Anſtrengung brachte er ungeachtet des erſchöpften Zuſtandes ſeines Schatzes das regelmäßige Heer auf einen höheren Beſtand, als daſſelbe jemals gehabt hatte, und im Jahre 1837 ergriff er den Vorwand, den die Widerſetzlichkeit der nomadiſchen Kurdenſtämme an der perſiſchen Grenze gegen die Aus-

Digitized by Google

hebungen zum Kriegsdienſte bot, mit Begierde, um ſeine ganze nicht zu den unentbehrlichſten Beſatzungen erforderliche Kriegsmacht allmälig nach Kleinaſien hinüber zu ſchaffen. Der kurdiſche Aufſtand wurde blutig unterdrückt, aber Hafiz Paſcha, der Befehlshaber des osmaniſchen Heeres führte ſeine Truppen jetzt nicht nach Europa zurück, ſondern verlegte ſein Hauptquartier nach Malotia, auf der großen Straße aus dem Herzen von Kleinaſien nach Syrien und zog hier fortwährend aus allen Theilen des osmaniſchen Reiches Verſtärkungen an ſich. Selbſt dem kurzſichtigſten Blicke konnte die Bedeutung dieſer militairiſchen Bewegung nicht entgehen; nur der franzöſiſche Botſchafter zu Conſtantinopel, Admiral Rouſſin, ließ ſich durch die friedlichen Verſicherungen der Pforte täuſchen und berichtete nach Paris, wie nach Alexandrien, daß man ganz unbeſorgt ſeyn könne, ein Ausbruch der Feindſeligkeiten werde gewiß nicht erfolgen. In der That war er ſelbſt unabläſſig bemüht, zum Frieden zu rathen, und er wurde hierin ſowohl von dem öſterreichiſchen als von dem preußiſchen Geſandten redlich unterſtützt. Dagegen ſchürte insgeheim ſowohl der engliſche Bevollmächtigte, Lord Ponſonby, wie der ruſſiſche, Hr. von Buteniew, die Flammen. Dem St. Petersburger Cabinet war Alles willkommen, was die Zerrüttung und Auflöſung des osmaniſchen Reiches fördern konnte; ein neuer Kampf zwiſchen dem Sultan und Mehemed Ali mußte aber die letzten Kräfte deſſelben erſchöpfen, während ein abermaliges Einſchreiten Rußlands, wenn daſſelbe auch keinen andern Vortheil brachte, wenigſtens die Bevölkerungen mehr und mehr an den Anblick der Ruſſen gewöhnte. Deshalb erklärte Hr. von Buteniew dem Sultan, daß er unter allen Umſtänden auf den Beiſtand ſeines Kaiſers rechnen könnte, der niemals eine Zerſtückelung des osmaniſchen Reiches dulden werde. Lord Ponſonby ſeinerſeits hatte zwar von dem engliſchen Cabinete keinesweges die Weiſung, die Pforte zum Kriege gegen Mehemed Ali zu reizen. Zu London fürchtete man nichts ſo ſehr, als eine zweite ruſſiſche Einmiſchung in die türkiſchen Händel, weil man nicht ohne Grund die öftere Wiederkehr eines ruſſiſchen Beſuches im Boſporus als die nächſte Vorbereitung zur bleibenden Beſitznahme anſah. Aus dieſem Grunde wünſchte das Londoner Cabinet die Erhaltung des Friedens im Oriente; aber es wünſchte zugleich die Erniedrigung und den Sturz Mehemed Ali's. Dieſem war es gelungen, allerdings durch die Anwendung der furchtbarſten Strenge und der blutigſten Gewalt, die aber im Oriente das einzige wirkſame Mittel der Regierung iſt, in Syrien eine Ruhe

Digitized by Google

und Ordnung herzuſtellen, die das durch die türkiſche Barbarei verödete Land ſeit Jahrhunderten nicht mehr gekannt hatte; ungeachtet eines den Bevölkerungen unerträglichen Druckes fingen doch, in Folge der damit verbundenen Sicherheit, Handel und Landbau an ſich wieder zu beleben. Zu derſelben Zeit, während auf dieſe Weiſe die Macht des Paſchas von Aegypten in dem ſchönen Syrien ſich mehr und mehr befeſtigte, dehnte einer ſeiner Feldherren, Kurſchid Paſcha, ſeine Herrſchaft in Arabien von den Ufern des rothen bis zu den Geſtaden des perſiſchen Meerbuſens aus. Es blieb dem eiferſüchtigen Blicke der Engländer nicht verborgen, daß durch die Vereinigung von Aegypten, Syrien und Arabien der Grund zu einem Reiche gelegt war, welches nur der Zeit zu ungeſtörter innerer Entwicklung bedurfte, um eine Stelle unter den mächtigſten Reichen der Erde einzunehmen. Das Emporkommen eines ſolchen Reiches erſchien Lord Palmerſton, dem britiſchen Miniſter des Auswärtigen, nicht weniger bedenklich, als die Beſitznahme des Boſporus durch die Ruſſen, und der britiſche Bevollmächtigte zu Conſtantinopel, ein Mann von eben ſo ſtarrſinnigem als leidenſchaftlichem Charakter, handelte daher, wenn auch nicht im Auftrage ſeines Cabinets, doch ganz im Geiſte des Miniſters, mit dem er in der nächſten Verbindung ſtand, indem er Mehemed Ali mit dem glühenden Haſſe eines perſönlichen Feindes verfolgte. Das türkiſche Heer an der ſyriſchen Grenze war nach allen Berichten, die über den Zuſtand deſſelben eingingen, vortrefflich gerüſtet und geordnet; es war zahlreicher als die Kriegsmacht, die Ibrahim Paſcha, der Sieger von Konieh, demſelben entgegenzuſtellen vermochte, da er zugleich die aufſäſſigen ſyriſchen Bevölkerungen im Zaume halten mußte. Lord Ponſonby zweifelte nicht daran, daß die Türken bei ihrem Zuſammentreffen mit den Aegyptern den Sieg davon tragen würden, wodurch die gefürchtete ruſſiſche Einmiſchung vollkommen überflüſſig geworden wäre; deshalb drängte er unter der Hand den Sultan zum Angriffe, während er öffentlich in ſeinen Zuſammenkünften mit dem franzöſiſchen Botſchafter, mit dem er in gutem Einverſtändniſſe zu bleiben angewieſen war, den Schein der aufrichtigſten Friedensliebe annahm.

Lange zögerte der Sultan, denn die Erinnerung von Konieh war ihm noch nicht aus dem Gedächtniſſe entſchwunden; er wollte daher möglichſt ſicher gehen, und erſt als er durch geheime Sendlinge aus Syrien erfuhr, daß die ſyriſchen Bevölkerungen in Maſſe gegen die verhaßten

Digitized by Google

Aegypter aufſtehen würden, ſobald ſie ein türkiſches Heer zu ihrer Unterſtützung bereit ſähen, erhielt Hafiz Paſcha den Befehl, näher gegen die ſyriſche Grenze vorzurücken. Am 21. April ließ der türkiſche Befehlshaber eine ſeiner Heerſäulen den Euphrat überſchreiten, der zwar gewöhnlich als die Grenze des ſyriſchen Paſchaliks Haleb angeſehen wurde, aber nach der alten türkiſchen Gebietseintheilung noch innerhalb des türkiſchen Paſchaliks Maraſch floß. Erſt auf die Kunde von dieſer drohenden Bewegung zog Ibrahim Paſcha ſein Heer in und um Haleb zuſammen; aber noch vergingen mehr als vier Wochen, ehe ſein Gegner Hafiz es wagte, die Feindſeligkeiten zu beginnen; und erſt in der zweiten Hälfte des Juni, nachdem mehrere Ortſchaften auf unzweifelhaft ſyriſchem Gebiete von den Türken beſetzt waren, rückte der ägyptiſche Feldherr ſeinerſeits zum Angriffe vor. Am 24. Juni 1839 kam es bei Niſib, auf dem rechten Ufer des Euphrat, zur Schlacht, in der das türkiſche Heer auf das Haupt geſchlagen und mit dem Verluſte von mehr als hundert Geſchützen und ſeines ganzen Lagergeräthes gezwungen wurde, in wilder Flucht, in welcher der größte Theil deſſelben auseinanderlief, ſich nach Maraſch und bald weiter bis nach dem verhängnißvollen Konieh zurückzuziehen. Fünf Tage nach der Schlacht, traf der Adjutant des Marſchalls Soult, Caillé, in dem Lager des ſiegreichen Ibrahim Paſcha ein, mit einem Schreiben ſeines Pflegevaters, worin dieſer ihm aufgab, ſtehen zu bleiben, wo er ſich fände, und ſofern er die Türken nicht bereits über die Grenze getrieben habe, vor allen Dingen den Erfolg der Unterhandlungen abzuwarten, die Herr Caillé eröffnen werde. Nicht eher, als bis das türkiſche Heer bereits im Begriffe war, den Euphrat zu überſchreiten, hatte Admiral Rouſſin zu Conſtantinopel ſich überzeugt, daß er durch die Friedensverſicherungen, denen er ſo lange bereitwilliges Ohr geliehen, getäuſcht worden war. Der Bericht, den er jetzt über die wahre Lage der Dinge erſtattete, fand den Marſchall Soult an der Spitze des Miniſteriums, und dieſer glaubte die Gelegenheit ſich nicht entgehen laſſen zu dürfen, dem Lande zu beweiſen, mit welcher Kraft unter ſeiner Verwaltung die Intereſſen Frankreichs aufrecht erhalten würden. Am 23. Mai brachte Admiral Duperré einen Geſetzentwurf in die Abgeordnetenkammer, durch welchen er eine Bewilligung von 10 Millionen Franken verlangte, um die franzöſiſche Seemacht in den Stand zu ſetzen, im Oriente die der Würde Frankreichs angemeſſene Stellung einzunehmen. Darüber kam es, an dem Tage, an dem die entſcheidende Schlacht

an den Ufern des Euphrat geliefert wurde, zu weitläuftigen Verhandlungen, in denen die widerſprechendſten und zum Theil die ſeltſamſten Anſichten über den Orient und über die Zukunft des osmaniſchen Reiches geäußert wurden, wie denn Lamartine, auf ſeine perſönliche Anſchauung geſtützt, unter Anderem behauptete, daß daſſelbe bereits ein Leichnam ſey und daher unmöglich noch am Leben erhalten werden könne, aus denen aber ſo viel unzweifelhaft hervorging, daß die Mehrheit der Kammer, wie die Mehrheit aller lebenden Franzoſen auf das Entſchiedenſte Partei für Mehemed Ali nahm, von dem man die Herſtellung eines neuen großen arabiſchen Reiches erwartete, und mit dem man ſich verbünden müſſe, um das Mittelmeer in einen franzöſiſchen See (un lac français) zu verwandeln. Die 10 Millionen wurden mit Freuden bewilligt; noch ehe dieß geſchehen war, hatte aber der Marſchall Soult in Uebereinſtimmung mit dem Könige wie mit dem Cabinete den Entſchluß gefaßt, als Friedensſtifter im Oriente aufzutreten. Sein Adjutant Caillé wurde zu dieſem Zwecke nach Alexandrien geſchickt, wo Mehemed Ali ihm Alles zugeſtand, was er verlangte, weil der ſchlaue Greis wohl wußte, daß der unberufene Vermittler zu ſpät kommen würde, um die Vernichtung des osmaniſchen Heeres zu hindern, und weil ihm an einer weiteren Verfolgung des Sieges nichts gelegen war, da es von Anfang außer ſeinem Plane lag, die Grenzen ſeiner Herrſchaft über den Taurus auszudehnen. Ein anderer Adjutant des Marſchalls, Obriſt Folty, wurde mit einer ähnlichen Sendung nach Conſtantinopel beauftragt, wo derſelbe den mehr noch von ſeinen Leidenſchaften als von ſeinen Ausſchweifungen verzehrten Sultan im Sterben fand, und von der Rathsverſammlung, die in deſſen Namen die Regierung führte, gleichfalls den Befehl zum Stillſtande an das inzwiſchen bereits aufgeriebene osmaniſche Heer auswirkte. Sultan Mahmud erlebte die Botſchaft von der Vereitelung ſeiner Hoffnungen nicht mehr. Noch am 7. Juni hatte Mahmud in der großen Reichsverſammlung, dem Diwani hümaſchün, im Beiſeyn ſämmtlicher Großwürdenträger und aller Rechts- und Gottesgelehrten, oder der Ulema, Mehemed Ali für einen Empörer und Verräther erklärt, aller ſeiner Würden und Lehen beraubt und durch Bann und Acht aus der Gemeinſchaft der Gläubigen ausgeſtoßen. Die Gründe, welche für dieſen Schritt angegeben waren, ließen über die geheime Werkſtätte, in welcher der Blitzſtrahl geſchmiedet war, keinen Zweifel übrig, denn es wurde dem Paſcha zum Vorwurfe gemacht, daß er den Engländern

den Weg über die Landenge von Suez verſperrt, daß er die arabiſche Halbinſel verwüſtet, Heereszüge bis nach dem perſiſchen Meerbuſen veranſtaltet und die Provinzen Basrah und Bagdad zur Empörung gereizt habe: eine Anklage, von der man — nicht einmal mit Ausnahme des letzten Theiles — bei weitem eher hätte erwarten ſollen, daß dieſelbe in dem auswärtigen Amte zu London, als in dem hohen Rathe der Pforte erhoben worden wäre. Acht Tage darauf wurde der Sultan auf den Rath ſeiner Aerzte aus dem Serail nach dem Luſtſchloſſe Tſchamlidſcha getragen, welches er nicht mehr lebend verlaſſen ſollte; am 30. Juni gab er, noch im Tode den Namen Mehemed Ali's auf den Lippen, ſeinen Geiſt auf.

Der ſiebenzehnjährige Abdul Meſchid, der ſeinem Vater in der Regierung folgte, war von dieſem noch in der Sterbeſtunde an den Rath des alten Khosrew Paſcha verwieſen worden, der im Solde des St. Petersburger Cabinetes ſtand und der Todfeind Mehemed Ali's war. Er ſandte noch vor ſeiner feierlichen Umgürtung mit dem Säbel Osmans, die bei den Osmanen nach altem Brauche die Stelle der Krönung vertritt, einen vertrauten Boten nach Alexandrien, um dem aufrühreriſchen Paſcha die Verzeihung aller von ihm begangenen Fehler anzuzeigen und den großen Orden des Reiches, den Niſchani Iſtitſchar, zu überbringen, ſo wie zugleich die Erblichkeit der Verwaltung von Aegypten anzubieten, ſofern er alle Pflichten des Gehorſams und der Unterwerfung erfülle. Mehemed Ali erklärte in ſeiner Antwort, daß er immer danach geſtrebt habe, der hohen Pforte die Beweiſe ſeiner aufrichtigen Ergebenheit zu geben, erinnerte aber daran, daß ihm ſchon unter der Regierung des verſtorbenen Herrſchers nicht bloß die Erblichkeit von Aegypten, ſondern auch von Saida und Tripolis in Syrien angetragen worden ſey, daß er aber damals dies Anerbieten in tiefſter Demuth abgelehnt und Se. Hoheit mit ſchuldiger Verehrung gebeten habe, ihm alle ſeiner Verwaltung anvertrauten Landſchaften als erblichen Beſitz zu verleihen. Die Sprache, in welche der mächtige Paſcha ſeine Forderung einkleidete, wie ſeltſam ſie auch dem Abendländer erſcheinen muß, war dennoch keineswegs eine erheuchelte, denn ſie entſprach den Sitten und der Denkweiſe des Orients. Mehemed Ali hatte den Plan entworfen, ein großes ſelbſtändiges Reich zu begründen, durch welches eines der zahlreichſten und begabteſten Völker der Erde, das arabiſche, aus ſeiner vielhundertjährigen Unterdrückung und Verwilde-

Digitized by Google

rung wieder zu dem Glanze, der Bildung und der Macht der Blüthezeiten des Khalifenthumes erhoben worden wäre. Dadurch wurde es aber keinesweges nothwendig, den Zuſammenhang der in dem neuen Staate begriffenen Landſchaften mit dem osmaniſchen Reiche zu zerreißen. Der Sultan behielt immer in ſeiner doppelten Eigenſchaft als Nachfolger des Propheten und als Erbe Osmans, des Stifters des osmaniſchen Reiches, ſeinen Anſpruch auf eine Oberhoheit, die von allen wahren Gläubigen bis zu den Grenzen des fernen China anerkannt wird, und der ſich auch Mehemed Ali als ächter Moslim nicht entziehen wollte. Ehe die Antwort des Paſchas nach Conſtantinopel kam, hatte inzwiſchen das osmaniſche Reich einen neuen Schlag erlitten, der noch empfindlicher war, als der Verluſt der Schlacht von Niſib. Der Kapudan Paſcha Ahmed, der am 8. Juni mit der türkiſchen Flotte aus dem Hafen von Conſtantinopel ausgelaufen war, um die Bewegungen des Landheeres zu unterſtützen, hatte auf die Kunde von dem Tode des Sultans und von der Erhebung Khosrew Paſchas, ſeines perſönlichen Feindes, zu der Würde des Großweſirthumes den Entſchluß gefaßt, zu ſeiner perſönlichen Sicherheit und, wie er glaubte, zur Rettung des Reiches von unvermeidlichem Untergange, ſich mit dem Paſcha von Aegypten zu vereinigen. Er war, ohne von einem einzigen ſeiner Offiziere, der Söhne der angeſehenſten türkiſchen Familien den geringſten Widerſpruch zu erfahren, mit ſeiner ganzen Flotte von den Dardanellen nach Alexandrien geſegelt und hatte ſich hier zur Verfügung Mehemed Ali's geſtellt, der ihn mit allen ſeinem hohen Range, als dem zweiten Großwürdenträger des Reiches, gebührenden Ehrenbezeugungen empfing. Die Pforte durch einen ſo ſchweren, durchaus unerwarteten Schlag erſchüttert, war jetzt von der Unmöglichkeit jeder ferneren Verlängerung des Kampfes überzeugt; der Diwan beſchloß, alle Forderungen Mehemed Ali's zuzugeſtehen, und ſchon waren zwei höhere Beamte, Hadſchi Saib Effendi und Tefik Efendi, dazu beſtimmt, ihm die Verleihung der Erblichkeit von Syrien, wie von Aegypten zu überbringen, als am 27. Juli die Bevollmächtigten der fünf großen Mächte eine gemeinſchaftliche Note überreichten, worin ſie der Pforte mittheilten, daß ihre Höfe ſich über die orientaliſche Frage verſtändigt hätten, und worin ſie die hohe Pforte erſuchten: „die Früchte der wohlwollenden Abſichten der Höfe zu erwarten und ohne deren Mitwirkung keinen entſcheidenden Entſchluß in Bezug auf die Eröffnungen des Vicekönigs von Aegypten zu faſſen. Dieſe Auffor-

Digitized by Google

derung erſchien dem greiſen Khosrew Paſcha, der ſich nur in der äußerſten Bedrängniß zur Nachgiebigkeit gegen die Anſprüche Mehemed Ali's entſchloſſen hatte, als ein Rettungsanker, an den er ſich mit Begierde anklammerte. Die Sendung nach Alexandrien unterblieb, und es wurde dem Paſcha vielmehr einfach durch ſeinen Geſchäftsführer zu Conſtantinopel angezeigt, daß die Pforte die Vermittlung der Mächte angenommen habe. Im Laufe des Auguſt erinnerte die Pforte die Botſchafter der großen Mächte an ihr Verſprechen und erklärte, daß ſie ungeachtet der fortdauernden Empörung Mehemed Ali's bereit ſey, ſich mit ihm zu vergleichen und ihm Aegypten unter der Bedingung zum erblichen Beſitz zu überlaſſen, daß er Syrien und alle übrige durch ſeine gewaltſame Auflehnung gewonnene Landſchaften wieder herausgebe. Dieſelbe Mahnung wurde zu Ende des Septembers nochmals wiederholt, aber mit gleich geringem Erfolge, da es ſich inzwiſchen herausgeſtellt hatte, daß das Einverſtändniß unter den Mächten, von deſſen Vorausſetzung die Note vom 24. Juli ausging, in der Wirklichkeit gar nicht vorhanden war, und daß Rouſſin nur wieder wie im Frühjahr durch die Friedensverſicherungen des Sultans, ſo jetzt durch die Weiſungen ſeiner eigenen Regierung getäuſcht war.

Das franzöſiſche Miniſterium vom 12. Mai hatte bei ſeiner Amtsübernahme von Ludwig Philipp das ausdrückliche Zugeſtändniß verlangt und erhalten, daß auch die auswärtigen Angelegenheiten des Landes in dem Sinne geleitet werden ſollten, für welchen ſich die Mehrheit der Miniſter in den Berathungen des Cabinetes ausſprechen würde. Die Mehrheit des Cabinetes hatte ſich aber in Bezug auf die Angelegenheiten des Orients dafür entſchieden, daß man zwar die Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit des osmaniſchen Reiches als eines Ganzen gegen jeden Angriff von Außen und namentlich auch gegen die zudringliche ruſſiſche Freundſchaft ſchützen, auf der andern Seite aber gleichen Schutz dem innerhalb des osmaniſchen Reiches durch das Glück der Schlachten begründeten Vaſallenſtaate Mehemed Ali's, als dem natürlichen Verbündeten Frankreichs, gewähren müſſe. Der König hatte dieſer Politik ſeine Billigung nicht verſagt, nur hatte er an ſeine Zuſtimmung den geheimen Vorbehalt geknüpft, daß man weder in den Maßregeln zur Abwehr der ruſſiſchen Anſprüche, noch in jenen zum Schutze Mehemed Ali's ſo weit gehen dürfe, Frankreich in einen europäiſchen Krieg zu verwickeln. Zu derſelben Zeit, während das Cabi-

net jene großen Rüſtungen anordnete, die zum Zwecke hatten, der franzöſiſchen Seemacht im Mittelmeere eine Achtung gebietende Stellung zu geben, ging von London eine Depeſche ein, welche Frankreich aufforderte, mit England gemeinſchaftlich kräftige Maßregeln zu ergreifen, um den im Oriente drohenden Gefahren zu begegnen. Es wurde vorgeſchlagen, daß die franzöſiſche Flotte im Mittelmeere ſich mit der britiſchen vereinigen, mit dieſer ſich nach der ſyriſchen Küſte wenden, durch ihr Erſcheinen in der Nähe des Kriegsſchauplatzes die beiden Krieg führenden Parteien zur Einſtellung der Feindſeligkeiten zwingen und darauf nach den Dardanellen ſegeln ſollten, um die Ruſſen, ſofern dieſe inzwiſchen — wie vorausgeſetzt wurde — vor Conſtantinopel angekommen wären, zu augenblicklicher Entfernung aufzufordern. Ein ſo ſchroffes Anſinnen ſetzte nicht allein Ludwig Philipp, ſondern auch die Miniſter in Beſtürzung. Der Marſchall Soult als Miniſter des Auswärtigen antwortete ausweichend, indem er (in einer Depeſche vom 30. Mai) bemerkte: er fürchte, daß man zu London ſeine Partei für den Fall eines zweiten ruſſiſchen Zuges nach Conſtantinopel etwas zu leicht ergriffen habe. Lord Palmerſton, durch dieſe Bemerkung gereizt, brachte die Frage im britiſchen Cabinete zur Erörterung und richtete, nachdem er die Zuſtimmung deſſelben erhalten hatte, (am 19. Juni) eine noch viel beſtimmtere Aufforderung an das Cabinet der Tuilerien, indem er jetzt verlangte, daß die britiſche und franzöſiſche Flotte, ſo wie die Ruſſen das türkiſche Gebiet beträten, die Durchfahrt durch die Dardanellen erzwingen ſollten, und hob dabei hervor, daß die beiden Geſchwader Landungstruppen an Bord führen müßten, um nöthigenfalls die Feſten der Meerenge von der Landſeite zu nehmen. Auch auf dieſe wiederholte Aufforderung ertheilte Soult eine ausweichende Antwort: „er fand es ſehr wünſchenswerth, daß die engliſche und franzöſiſche Flagge zu gleicher Zeit mit der ruſſiſchen vor Conſtantinopel erſchiene, hielt es aber doch für bedenklich, eine ſo wichtige Frage, wie jene einer Kriegserklärung an Rußland und an die Türkei, dem Gutachten der Admirale zu überlaſſen“ *). Ihm ſchien es zweckmäßiger, daß man ſich damit begnüge, von der Pforte die Zulaſſung der beiden

---

*) S. die Depeſche Lord Grenville's vom 28. Juni 1839, in der auf Befehl der engliſchen Regierung herausgegebenen amtlichen Sammlung: Correspondence relative to the affairs of the Levant, in der ſich auch die meiſten übrigen hierher gehörigen Actenſtücke finden.

Digitized by Google

Flotten in das Meer von Marmora zu verlangen, ſobald eine ruſſiſche Einmiſchung erfolgte. Lord Palmerſton hatte dieſe Zurückweiſung nicht abgewartet, ſondern in der Vorausſetzung derſelben ſich an den Wiener Hof gewandt und dieſem die Grundzüge eines Planes zur Friedenſtiftung im Oriente mitgetheilt, nach welchem Mehemed Ali gezwungen werden ſollte, Syrien aufzugeben, weil dieſes Land, ſo lange es in ſeinen Händen bliebe, beſtändig die Veranlaſſung zu neuen Streitigkeiten geben würde, durch welche nicht allein die Ruhe im Oriente, ſondern ſelbſt der allgemeine europäiſche Friede gefährdet werde. Fürſt Metternich ging auf dieſen Plan mit der größten Bereitwilligkeit ein, da er in demſelben nicht allein ein Mittel ſah, den Zwiſt zwiſchen dem Paſcha von Aegypten und der Pforte zu beendigen, ſondern zugleich den Fehler wieder gut zu machen, in den die europäiſche Diplomatie auf dem Wiener Congreſſe gefallen war, als ſie das osmaniſche Reich von der allgemeinen, durch feſte Verträge verbürgten europäiſchen Ordnung ausſchloß. Er ſchlug vor, die orientaliſche Frage auf ähnliche Weiſe durch eine Conferenz der Bevollmächtigten ſämmtlicher großer europäiſcher Mächte entſcheiden zu laſſen, wie ſeiner Zeit die belgiſche Frage durch eine ſolche Conferenz entſchieden war. Dadurch wurde das osmaniſche Reich in den allgemeinen europäiſchen Staatenverband aufgenommen, und es verſtand ſich von ſelbſt, daß es von dem Augenblicke, wo ſämmtliche europäiſche Mächte ſein Beſtehen innerhalb ſeiner gegenwärtigen Grenzen verbürgten, dem einſeitigen ruſſiſchen Schutze entzogen war, unter den es der Vertrag von Hunkiar Skeleſſi geſtellt hatte. So wenig willkommen eine ſolche Wendung der Dinge dem St. Petersburger Cabinete ſeyn konnte, ſo hatte dieſes doch keinen rechtlichen Grund, ſeinen Beitritt zu verweigern, da es immer ſich auf das Entſchiedenſte gegen die Anſprüche Mehemed Ali's erklärt hatte, und da es ſich nur darum handelte, dieſe Anſprüche auf das Maß zurückzuführen, welches bisher von Rußland ſelbſt gefordert war. Von Preußen konnte man noch weniger Schwierigkeiten erwarten, da dieſe Macht bei der Frage nicht unmittelbar betheiligt war und kein anderes Intereſſe hatte, als die Erhaltung des allgemeinen Friedens zu ſichern. Es blieb daher allein das Cabinet der Tuilerien übrig, von dem man zwar wußte, daß es auf das Lebhafteſte Partei für den Paſcha von Aegypten nahm, das aber bisher ſo vorſichtig geweſen war, dieſe Parteinahme in den wegen der orientaliſchen Frage geführten Unterhandlungen auch nicht durch die leiſeſte Andeutung zu verrathen, woraus

Digitized by Google

Fürſt Metternich mit Recht ſchloß, daß wenigſtens bei dem Könige der Franzoſen, den er wegen ſeines bekannten Einfluſſes auf den Marſchall Soult als den eigentlichen Leiter der franzöſiſchen Politik anſah, die Theilnahme für die Sache des Paſchas nicht weit genug ging, um derſelben das höhere Intereſſe des allgemeinen Friedens zu opfern. Bereits in der erſten Hälfte des Juli wurden zwiſchen dem Fürſten Metternich und Lord Beauvale die weſentlichſten Bedingungen des Friedensvertrages feſtgeſetzt *), den man im Namen ſämmtlicher europäiſcher Mächte Mehemed Ali auflegen wollte. Ehe man noch ſo weit gekommen war, ſcheinen von Wien aus auch dem franzöſiſchen Cabinete Mittheilungen gemacht zu ſeyn, durch welche im Allgemeinen darauf hingedeutet wurde, wie vortheilhaft es wäre, wenn ſich eine Erledigung der orientaliſchen Streitfrage durch eine Uebereinkunft zwiſchen ſämmtlichen europäiſchen Mächten bewirken ließe, was keine erhebliche Schwierigkeiten haben könne, da ſämmtliche große Höfe darüber einverſtanden wären, daß man vor allen Dingen die Unverletzlichkeit des osmaniſchen Reiches in ſeinem gegenwärtigen Beſtande aufrecht erhalten müſſe. Ludwig Philipp griff dieſen Gedanken mit Freuden auf, weil derſelbe einen willkommenen Ausweg aus allen den Verlegenheiten zu bieten ſchien, welche das Dringen Lord Palmerſtons auf kräftig durchgreifendes Handeln zur Folge hatte; und der Marſchall Soult beeilte ſich, (durch eine Depeſche vom 17. Juli) dem Londoner Cabinete die Mittheilung zu machen, daß bei der Uebereinſtimmung, die in Bezug auf die Erhaltung der Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit des osmaniſchen Reiches beſtehe, kein anderer Schritt den Freunden des Friedens eine erfreulichere Bürgſchaft geben könne, als wenn die Cabinete ſich gegenſeitig über ihre Abſichten und Entſchlüſſe verſtändigten.**) Wenige Tage ſpäter kam die Nachricht von der Schlacht bei Niſib nach Paris. Den Miniſtern, die bis dahin nichts dagegen gehabt hatten, daß die Bedingungen völlig mit Stillſchweigen übergangen wurden, welche Frankreich für Mehemed Ali in Anſpruch nahm, erſchien es jetzt doch nothwendig, das britiſche Cabinet darauf auf-

*) S. die Depeſchen von Lord Palmerſton an Lord Beauvale vom 28. Juni, und von dem letzten an den erſten vom 11. Juli.

**) Dieß geht aus der Stelle in der Depeſche des Marſchalls Soult vom 17. Juli hervor, wo er ſagt: Les communications qui ont été échangées depuis quelques semaines prouvent heureusement etc.

Digitized by Google

merkſam zu machen, daß der Paſcha nach einem ſo entſcheidenden Siege berechtigt ſey, günſtigere Bedingungen zu erwarten, als man vorher ihm zuzugeſtehen beabſichtigte. Eine von dem Marſchall Soult unterzeichnete Depeſche in dieſem Sinne wurde am 29. Juli nach London abgefertigt; an demſelben Tage ging aber auch eine andere Depeſche von dem britiſchen Geſandten Lord Grenville nach London, worin dieſer dem britiſchen Miniſter des Auswärtigen berichtete, er habe eine Unterredung mit dem Marſchall Soult gehabt, der ihm erklärt habe: Nach der Anſicht der franzöſiſchen Regierung dürfe die Niederlage des türkiſchen Heeres keinen Einfluß auf die Schritte der Mächte üben. In einem Augenblicke, wo die Rathgeber des Sultans durch den Schrecken gelähmt wären, müßten alle zwiſchen der Pforte und dem Paſcha etwa abgeſchloſſenen Verträge als nichtig angeſehen werden, und es wäre zweckmäßig, eine ausdrückliche Erklärung in dieſem Sinne an Mehemed Ali zu richten.*) Nicht in dem Sinne der ſchriftlichen Erklärung des franzöſiſchen Cabinetes, ſondern der mündlichen des Marſchalls Soult waren die Weiſungen abgefaßt, die Amiral Rouſſin zu Conſtantinopel erhalten hatte, und er handelte daher vollkommen im Einklange mit denſelben, als er jene Note vom 27. Juli abfaßte, deren Entwurf von dem Fürſten Metternich ausgegangen war, der aber, um Frankreich feſter zu binden, die Ehre des Vorſchlages gern dem franzöſiſchen Botſchafter überließ.

Eine eigenthümliche Rolle ſpielte bei dieſer Gelegenheit das St. Petersburger Cabinet, indem der Kaiſer den Schein annahm,**) als ob er im höchſten Grade entrüſtet ſey, daß Herr von Buteniew die Note mit unterzeichnet habe, ohne dazu durch eine beſondere Ermächtigung beauftragt zu ſeyn. Kein ruſſiſcher Diplomat würde einen ſolchen Schritt gewagt haben, wenn der geringſte Zweifel darüber

*) S. die Depeſchen des Marſchalls Soult an Hrn. von Bourqueney vom 29. Juli und des Lord Grenville an Lord Palmerſton von demſelben Datum.

**) Louis Blanc, Th. 5. S. 477 ſucht den Beweis zu führen, daß die Mißbilligung der Collectivnote von Seiten des St. Petersburger Cabinets eine aufrichtige geweſen ſey, vergißt dabei aber nur, daß in der ganzen Geſchichte der neueren Diplomatie kein Beiſpiel bekannt iſt, wo das St. Petersburger Cabinet ſich über ſein wirkliches Intereſſe getäuſcht hätte. — Capefigue, Th. 10. S. 74—110 wirft in ſeiner Darſtellung der Verhandlungen abſichtlich alle Daten durcheinander, um die Politik Ludwig Philipps in möglichſt vortheilhaftem Lichte erſcheinen zu laſſen.

Digitized by Google

möglich geweſen wäre, daß derſelbe im Geiſte ſeiner Inſtructionen lag. In der That mußte Rußland noch mehr als England daran gelegen ſeyn, Mehemed Ali erniedrigt zu ſehen, weil man wohl wußte, daß er allein das Geheimniß gefunden hatte, die Kraft des osmaniſchen Reiches zu verjüngen, welches unmöglich durch den Verluſt von Landſchaften geſchwächt werden konnte, aus denen es niemals den geringſten Nutzen gezogen hatte, während der Paſcha als Lehensträger und Verbündeter die Pforte durch ein zahlreiches Heer und eine zahlreiche Flotte zu unterſtützen vermochte, und außerdem ihr den Weg vorzeichnete, den ſie nur einzuſchlagen brauchte, um auch den Reſt des Reiches zu neuer Kraft empor zu heben. Der Vertrag von Hunkiar Skeleſſi mußte freilich aufgegeben werden, wenn die orientaliſchen Angelegenheiten durch ein gemeinſchaftliches Verfahren der Mächte geordnet wurden. Dieſer Vertrag hatte aber ſeine volle Wirkung bereits hervorgebracht, indem er dem Oriente Rußland als die Schutzmacht des osmaniſchen Reiches darſtellte; er war von Anfang nur auf acht Jahre geſchloſſen und mußte, da an eine Erneuung bei der einmal erwachten Eiferſucht der Mächte nicht zu denken war, nach Verlauf dreier Jahre von ſelbſt ſein Ende erreichen. Es war daher nur ein ſehr gewöhnlicher Kunſtgriff, welchen das St. Petersburger Cabinet anwandte, indem es in der Meinung ſeiner Bundesgenoſſen den Werth des Opfers zu erhöhen ſuchte, den es auf ſeine Verzichtleiſtung auf den Vertrag von Hunkiar Skeleſſi bringen mußte; und wenn auch Herr von Buteniew wegen der Ueberſchreitung ſeiner Vollmachten von Conſtantinopel abberufen wurde, ſo iſt es doch erlaubt zu zweifeln, daß die Ungnade, die ihn traf, ihn ſehr ſchwer gedrückt haben wird. Uebrigens war, mit der einzigen Ausnahme von Preußen, das keine Urſache hatte, ſeine Beweggründe zu verhehlen, keine andere der Mächte in ihrer amtlichen Sprache viel aufrichtiger, als Rußland. Fürſt Metternich verbarg es auf das Sorgfältigſte, daß er bei ſeinem Vorſchlage einer europäiſchen Uebereinkunft über die orientaliſchen Angelegenheiten vor allen Dingen die Abſicht hatte, den ehrgeizigen Plänen des St. Petersburger Cabinets entgegen zu wirken; er ſchützte vielmehr eine tiefe Abneigung gegen den meuteriſchen Paſcha von Aegypten vor, während er doch viel zu genau mit den Sitten und Verhältniſſen des Orients vertraut war, um nicht zu wiſſen, daß die ſiegreiche Gewalt von den Bekennern des Islam immer als das oberſte Recht anerkannt worden iſt, und daß man daher zwar nach europäiſchen, aber gewiß nicht nach orientaliſchen

Digitized by Google

Begriffen Mehemed Ali noch als einen Rebellen betrachten konnte. Lord Palmerſton hatte ſich anfangs zwar über die Beweggründe ſeiner Politik mit rückhaltloſer Offenheit ausgeſprochen; er hatte dem franzöſiſchen Geſchäftsträger von Bourqueney, der während einer längeren Abweſenheit des Botſchafters Sebaſtiani deſſen Stelle vertrat, noch am 17. Juni unumwunden erklärt, England werde nicht dulden, daß irgend Jemand die Schlüſſel zu ſeinen großen Waarenlagern in Indien in ſeiner Taſche habe*). Erſt als die verſteckte, zweideutige, feige und falſche franzöſiſche Politik ihn mit der tiefſten Verachtung erfüllte, hielt auch er ſich nicht mehr für verbunden, gerade mit der Sprache herauszugehen, ſondern bezahlte die Heuchelei der Franzoſen mit der gleichen Münze. So lehnte er es ab, die franzöſiſche Note vom 29. Juli zu beantworten, in der zum erſten Male günſtigere Bedingungen für Mehemed Ali verlangt wurden, indem er den Schein annahm, als halte er die widerſprechende mündliche Erklärung des Marſchalls Soult, die ihm zwar gleichzeitig zugekommen, aber früher abgegeben war, für eine Zurücknahme der Note (!)**) Aber ſogar dieſe ſeltſame Vorausſetzung, die jedem Staatsmanne von einigem Selbſtgefühle als der bitterſte Hohn erſchienen wäre, wurde durch das Benehmen des Marſchalls vollkommen gerechtfertigt; denn Soult erwiederte auf eine Anfrage, die der engliſche Botſchafter an ihn richtete, daß er von ſeinen Aeußerungen in der früheren Unterhaltung nichts zurückzöge und darauf beharre, jeden unmittelbaren Vergleich zwiſchen der Pforte und dem Sultan als unverbindlich zu betrachten. Nichts war unter dieſen Umſtänden natürlicher, als daß Lord Palmerſton, ſo wie die Nachricht von dem Abfalle der türkiſchen Flotte einging, Frankreich einlud, mit England gemeinſchaftliche Sache zu machen, um von dem Paſcha die Zurückgabe der Flotte zu fordern und bei der vorherzuſehenden Weigerung die Auslieferung durch gewaltſame Maßregeln zu erzwingen***). Eine ſolche Zumuthung war denn doch auch dem Marſchall Soult zu ſtark. Er wies dieſelbe beinahe in dem Tone der Entrüſtung zurück, was freilich auf Lord Palmerſton nicht den geringſten Eindruck machte, der

*) Nous ne souffrirons pas que quelqu'un eut dans sa poche les clefs de nos magasins de l'Inde. Depeſche des Hrn. von Bourqueney vom 17. Juni.

**) Depeſche Lord Palmerſtons an Lord Grenville vom 30. Juli.

***) Depeſche Lord Palmerſtons vom 1. Auguſt.

Digitized by Google

jetzt vielmehr mit den Vorſchlägen hervortrat: man möge die Verbindungen zwiſchen Syrien und Aegypten zur See abſchneiden; man ſolle die ägyptiſchen wie die ſyriſchen Häfen bloquiren, alle Fahrzeuge unter der Flagge des Paſchas aufbringen und die Inſel Candia wegnehmen, um ſie dem Sultan zurückzugeben. Dieſe Aufforderungen konnten keinen andern Zweck haben, als das franzöſiſche Cabinet in die Nothwendigkeit zu verſetzen, endlich einmal ſein feiges hinter dem Berge Halten aufzugeben. Dazu war das franzöſiſche Cabinet jedoch ſo leicht nicht zu bringen, denn Marſchall Soult nahm es ſich nicht übel, auch jetzt noch, wo eine längere Fortſetzung der unwürdigen Heuchelei doch unmöglich noch irgend Jemand täuſchen konnte, mit allem Scheine des Ernſtes zu verſichern, daß Frankreich nicht die geringſte Theilnahme für den Paſcha hege; daß eine Anordnung, durch welche ihm Syrien entzogen würde, auch Frankreich als die vortheilhafteſte erſcheine, und daß man nur im Zweifel darüber ſey, ob hinreichende Mittel vorhanden wären, die Abtretung zu erzwingen. Und zu derſelben Zeit, während eine ſo unmännliche Sprache im Namen Frankreichs geführt wurde, entſchloß das franzöſiſche Cabinet ſich, ſtatt der bisher beobachteten zögernden und abwartenden Politik eine kräftig einſchreitende zu ergreifen. Admiral Rouſſin erhielt den Befehl, ſobald er ſähe, daß die Ruſſen nach Conſtantinopel zu marſchiren „beabſichtigten", dem das franzöſiſche Geſchwader im Archipel befehligenden Admiral Lalande Nachricht davon zu geben, damit er — ſich bereit halte, durch die Dardanellen zu gehen. Man wollte jetzt die orientaliſchen Händel allenfalls auch ohne die britiſche Mitwirkung ſchlichten; man wollte durch beſondere Unterhandlungen mit der Pforte eine Ausgleichung bewirken, welche Mehemed Ali die Erblichkeit in Aegypten und Syrien und den lebenslänglichen Beſitz von Candien verſchaffen ſollte; und da es unpaſſend ſchien, dieſe Unterhandlungen durch denſelben Botſchafter betreiben zu laſſen, der ſich ſechs Wochen vorher dem Abſchluſſe eines unmittelbaren Vertrages zwiſchen der Pforte und dem Paſcha zuerſt widerſetzt hatte, wurde Admiral Rouſſin (am 13. September) von Conſtantinopel abberufen und durch einen andern Diplomaten, den Herrn von Pontois erſetzt. Die Selbſttäuſchung des franzöſiſchen Cabinetes ging ſo weit, daß man in der Hoffnung, eine Entſchädigung für das bereits halb aufgegebene britiſche Bündniß zu erhalten, ernſtliche Schritte that, um den Wiener Hof, der freilich kein Intereſſe hatte, Mehemed Ali zu unterdrücken, für die franzöſiſchen Anſichten zu

gewinnen. Fürſt Metternich wies dieſe Bemühungen zurück, indem er erklärte, daß er nicht einſehe, wie Frankreich durch eine unbegreifliche Vorliebe für den Paſcha ſich beſtimmen laſſen könne, ſeine Politik von jener der übrigen Mächte zu trennen; wenn er einen Rath zu ertheilen hätte, würde dieſer kein anderer ſeyn, als ſich dem anzuſchließen, was die gemeinſchaftlichen Berathungen feſtſtellen würden, die bereits eingeleitet wären; und dieß war in der That das Einzige, was noch zu thun übrig blieb, wenn man ſich nicht der Gefahr eines Bruches mit allen europäiſchen Mächten ausſetzen wollte. Denn die orientaliſche Frage war inzwiſchen durch die franzöſiſchen Winkelzüge zu einer europäiſchen geworden.

Alle Opfer, durch welche die perſönliche Politik Ludwig Philipps die Freundſchaft der öſtlichen Höfe zu erkaufen bemüht war, hatten in dieſer doch immer noch einen Reſt von Mißtrauen und geheimem Grolle zurückgelaſſen. Die enge Verbindung zwiſchen Frankreich und England, welche durch die franzöſiſche Unzuverläſſigkeit zwar aufgelockert, — aber nicht aufgelöſ't war, erregte ein tiefgefühltes Unbehagen, weil man ſich nicht verbergen konnte, daß beide Mächte vereinigt dem geſammten übrigen Europa die Wage hielten, daß ſie bei jeder ernſteren Verwicklung es in ihrer Gewalt hatten, den Ausſchlag zu geben und unter Umſtänden ſogar die Ereigniſſe nach ihrem Gutdünken zu lenken. Bis zur Erbitterung ging namentlich die Mißſtimmung des St. Petersburger Cabinets, welches bei allen ſeinen Plänen England und Frankreich in ſeinem Wege fand und alle Früchte ſeiner zugleich mit griechiſcher Schlauheit und römiſcher Beharrlichkeit geleiteten Politik zu verlieren fürchtete, ſobald es nicht gelang, das verhaßte Bündniß zu ſprengen. So lange noch eine Möglichkeit vorhanden war, daß England und Frankreich ſich über die Angelegenheiten des Orients verſtändigten, hielt Rußland ſich daher von jeder Theilnahme an den durch die Note vom 17. Juli in Ausſicht geſtellten gemeinſchaftlichen Berathungen entfernt. Man ſah vorher, daß dieſe nur ein Mittel bieten würden, die Meinungsverſchiedenheiten, die zwiſchen dem britiſchen und dem franzöſiſchen Cabinete beſtanden, auszugleichen, da das eine wie das andere ohne Zweifel höheren Werth darauf gelegt hätte, den ruſſiſchen Intereſſen entgegenzutreten, als ihre eigenen beſonderen Anſprüche geltend zu machen, die keinenfalls ſo dringend waren, daß dieſelben ſich nicht ebenſo, wie im Jahre 1833,

Digitized by Google

vertagen ließen, indem man nur die beſtehende Gebietsvertheilung zwiſchen der Pforte und dem Paſcha von Aegypten vorläufig aufrecht erhalten und die Frage der Dauer dieſer Anordnung oder die Frage der Erblichkeit unentſchieden laſſen durfte. Je mehr Rußland ſich von jeder Einmiſchung entfernt hielt, um ſo leichter konnten dagegen die Meinungsverſchiedenheiten zwiſchen England und Frankreich ſich in den Vordergrund drängen, und den Zeitpunkt, wo dieß geſchehen ſeyn würde, erwartete das St. Petersburger Cabinet nur, um ſeinerſeits durch geſchicktes Dazwiſchentreten, den Bruch zu erweitern und wo möglich unheilbar zu machen. Dieß war der Zweck der beſonderen Unterhandlungen, die das St. Petersburger Cabinet zu London anknüpfte, ſobald es bekannt wurde, daß Lord Palmerſton über die gewundene franzöſiſche Politik die Geduld zu verlieren anfing, und der Augenblick war mit ſo ſicher zutreffender Berechnung gewählt, alle Mittel waren mit ſo durchdringendem Scharfblicke erwogen, daß der Erfolg zum voraus verbürgt war. Am 13. September war die Abberufung des Admirals Rouſſin von Conſtantinopel erfolgt, deren Bedeutung unmöglich verkannt werden konnte, und am 15. kam Herr von Brunnow in London an, ein junger ruſſiſcher Diplomat, der das beſondere Vertrauen des ruſſiſchen Miniſters des Auswärtigen beſaß, der aber bisher noch niemals zu wichtigen Sendungen gebraucht war, und der daher auch jetzt beinahe nur als ein untergeordneter Unterhändler erſchien. Die Vorſchläge, die Herr von Brunnow überbrachte, waren der Art, daß kein außerordentlicher Scharfſinn erforderlich war, um ihre Verwerfung vorherzuſehen. Er kündigte an, daß Rußland bereit ſey, zu allen Maßregeln mitzuwirken, die zum Zwecke hätten, Mehemed Ali auf den Beſitz von Aegypten und allenfalls noch eines Theiles von Syrien zu beſchränken, verlangte aber zugleich, daß es Rußland ausſchließend vorbehalten bleiben ſolle, Conſtantinopel zu ſchützen, ſofern Ibrahim Paſcha gegen die Hauptſtadt des osmaniſchen Reiches vordringen ſollte. Das franzöſiſche Cabinet, dem dieſe Vorſchläge mitgetheilt wurden, wies dieſelben mit der äußerſten Entrüſtung zurück; aber auch das britiſche wollte nicht darein willigen, daß die Ruſſen von neuem vor Conſtantinopel erſchienen, ſofern nicht gleichzeitig ein britiſches und franzöſiſches Geſchwader in den Dardanellen zugelaſſen würde. Ein ſolches Zugeſtändniß zu machen, hatte Hr. von Brunnow keinen Auftrag, und er kehrte daher nach St. Petersburg zurück, um ſich neue Vollmachten zu holen. Dieſe Unterbrechung der Unterhand-

Digitized by Google

lungen erſchien dem franzöſiſchen Cabinete als ein hinreichender Beweis, daß an eine Verſtändigung zwiſchen England und Rußland nicht zu denken ſey, während man doch zu St. Petersburg längſt entſchloſſen war, Alles zu bewilligen, was England verlangen würde, und nur deshalb noch zögerte, weil der Zwieſpalt zwiſchen dem britiſchen und dem franzöſiſchen Cabinete noch nicht weit genug gediehen war, um zu der Hoffnung zu berechtigen, daß es ſchon jetzt gelingen würde, das erſte von dem franzöſiſchen Bündniſſe zu einer Vereinigung mit Rußland und den übrigen Mächten des Oſtens hinüberzuziehen.

Die Collegen des Marſchalls Soult, die von einem ſo tief angelegten Plane keine Ahnung hatten, gaben ſich, während derſelbe in der Vorbereitung begriffen war, dem Gefühle der vollkommenſten Sicherheit hin; ſie glaubten in Bezug auf den Orient ihrer Sache gewiß zu ſeyn, und ein unerwarteter Glücksfall, der von einer anderen Seite eintrat, mußte ſie in der dieſer Auffaſſung zu Grunde liegenden Einbildung von ihrer perſönlichen Bedeutung und Ueberlegenheit noch mehr befeſtigen. In Spanien hatte, ſeit Don Baldamero Eſpartero den Befehl über das Heer im Norden übernommen, die ganze Geſtalt der Dinge ſich verändert. Es war dem General durch eiſerne Feſtigkeit gelungen, in ſeinem Heere einen kriegeriſchen Geiſt zu erwecken, indem er unnachſichtig alle jene Führer beſeitigte, die ihre Stellung nur der Geburt oder dem Familieneinfluſſe verdankten, und indem er ſtatt ihrer die Tapferkeit aus den unterſten Reihen erhob. Die Ueberlegenheit, welche die Carliſten bisher beinahe in jedem Zuſammentreffen mit den Truppen der Königin bewährten, war ſeitdem auf die letzten übergegangen. Die Anhänger des Infanten Don Carlos, die ſeinen ſiegreichen Einzug in Madrid ſchon als nahe bevorſtehend angeſehen hatten, waren durch das Fehlſchlagen aller ihrer Hoffnungen allmälig entmuthigt worden. Das treue Baſkenvolk, das ſein Blut für die Sache ſeines Herrn und Königs in Strömen vergoſſen, wurde der vergeblichen Opfer, die es ohne Unterlaß bringen mußte, müde, und die Mißſtimmung, die ſich deſſelben zu bemächtigen drohte, wurde durch die Unklugheit des Infanten vermehrt, der die angeſehenſten eingebornen Häuptlinge, ſchlichte, gerade, freiſinnige, ihm bis zum Tode ergebene Männer von ſich zurückſtieß und ſich ſtatt ihrer mit caſtilianiſchen Höflingen — den Ojalateros — umgab, welche die Landesart nicht kannten und als

Fremde geachtet wurden. Wiederholte Aufſtände waren davon die Folge geweſen; eine Niederlage des rohen und unfähigen Guergué, dem Don Carlos vorzugsweiſe vertraute, hatte die Sache des Prätendenten an den Rand des Verderbens geführt, als im Juni 1838 der in Frankreich verweilende General Maroto, ein Freund Zumalacarregui's, an die Spitze des carliſtiſchen Heeres geſtellt wurde, der zwar die Ordnung in demſelben wieder herſtellte, aber von der dummen, fanatiſchen Hofpartei gehaßt und verfolgt, ſchon im Februar 1839 zu ſeiner perſönlichen Sicherheit genöthigt war, eine Anzahl gegen ihn verſchworener Generale und höherer Offiziere erſchießen zu laſſen, und wenige Monate ſpäter im Einverſtändniſſe mit den meiſten ſeiner Unterbefehlshaber den Entſchluß faßte, dem Bürgerkriege durch einen billigen Vergleich zwiſchen den ſtreitenden Parteien ein Ende zu machen. Am 30. Auguſt kam der Vertrag von Vergara zu Stande, durch welchen Maroto mit ſeinem Heere ſich der Königin Regentin unterwarf, wogegen der conſtitutionelle Befehlshaber den carliſtiſchen Offizieren die Anerkennung ihrer Grade und den baſkiſchen Bevölkerungen ſeine mächtige Verwendung für die Erhaltung ihrer alten Rechte zuſagte. Zwar erklärte Don Carlos, um den noch ein Heerhaufen von 10,000 Mann vereinigt blieb, ſeinen abtrünnigen Feldherrn für einen Verräther und verſuchte es, den Kampf im nördlichen Navarra noch fortzuſetzen, vermochte aber ſeine ihrer beſten Führer beraubten Truppen nicht mehr zuſammenzuhalten und mußte, durch die feindliche Uebermacht gedrängt, bereits am 15. September nach Frankreich übertreten. Ein Schreiben des Infanten an den König der Franzoſen verlangte für ſich und ſeine Familie die Erlaubniß, ſich ungehindert durch Frankreich nach Oeſterreich oder Italien zu begeben, wogegen er verſprach, ſich perſönlich nicht mehr in die Angelegenheiten der pyrenäiſchen Halbinſel zu miſchen. Ludwig Philipp war ſehr geneigt, dem flüchtigen Vetter ſeine billige Forderung ohne Anſtand zu gewähren; die Mehrheit des Miniſteriums erklärte ſich jedoch dagegen, weil der Bürgerkrieg in Spanien noch nicht zu Ende ſey, ſo lange Cabrera in Niederaragon, der Graf de Eſpana in Catalonien noch an der Spitze zahlreicher carliſtiſcher Heerhaufen ſtände, und weil es bedenklich wäre, das Wort des Infanten als eine Bürgſchaft dafür anzunehmen, daß er nicht bei nächſter Gelegenheit nach der Halbinſel zurückkehre. Ungeachtet aller Verwendungen der auswärtigen Diplomatie wurde beſchloſſen, Don Carlos ſeinen Wohnſitz in der alten Stadt Bourges, im Herzen von Frankreich, an-

Digitized by Google

uweiſen und ihn dort zwar nicht in eigentlicher Gefangenſchaft, aber nter ſtrenger polizeilicher Aufſicht zurückzuhalten, bis die Ruhe in Spanien vollkommen wiederhergeſtellt und gegen alle Störungen gechert ſey.

Im Bewußtſeyn der Unabhängigkeit und der Kraft, die ſie bei ieſen Verhandlungen an den Tag gelegt hatten, ſahen die Miniſter er Eröffnung der Kammern, welche am 24. December erfolgte, mit uverſicht entgegen. Die Thronrede ſchilderte die innere und äußere age des Landes ſo befriedigend, daß die Verwaltung billigen Anſpruch uf die allgemeine Dankbarkeit gehabt hätte, wenn es, wie die Minier ohne Zweifel überzeugt waren, ihrer Weisheit wirklich gelungen äre, einen ſolchen Zuſtand herbeizuführen. Hauptſächlich wurde die uswärtige Politik hervorgehoben, auf deren Ergebniſſe das Cabinet it dem gerechteſten Stolze zurückblicken zu können glaubte. „Meine Beziehungen zu den auswärtigen Mächten,“ ließ man den König ſagen, haben jenen friedlichen und freundlichen Charakter beibehalten, welchen er gemeinſchaftliche Vortheil von Europa fordert. Unſere Flagge hat n Vereine mit der Flagge Großbritanniens und treu dem Geiſte jener Verbindung, die den Intereſſen beider Länder gleich förderlich iſt, über ie Unabhängigkeit und unmittelbare Sicherheit des osmaniſchen Reihes gewacht. Unſere Politik geht ſtets dahin, die Erhaltung und Unerletzlichkeit jenes Reiches zu wahren, deſſen Beſtehen für die Fortauer des allgemeinen Friedens ſo nothwendig iſt. Unſeren Anſtrenungen iſt es wenigſtens gelungen, dem Fortgange der Feindſeligkeiten orzubeugen, denen wir hatten vorbeugen wollen, und welcher Art auch ie Verwicklungen ſeyn mögen, die aus der Verſchiedenheit der Belange ervorgehen, ſo habe ich die Hoffnung, daß das *Einverſtändniß er großen Mächte* bald eine billige und friedliche Löſung herbeiühren wird. In der Lage Spaniens iſt eine große Aenderung bewirkt orden; und wenn ich Ihnen leider nicht ankündigen kann, daß der Bürgerkrieg gänzlich erloſchen ſey, der jenes Königreich ſo lange vereert, ſo hat dieſer Krieg doch die ernſte Bedeutung verloren, welche Beſorgniſſe über die Dauer des conſtitutionellen Thrones der Königin Iſabella II. erwecken könnte. Der größte Theil der nördlichen Proinzen iſt beruhigt, und Alles läßt hoffen, daß daſſelbe bald auch im Südoſten der Fall ſeyn wird.“ In Bezug auf die innere Lage agte Ludwig Philipp: „Schon ſind beinahe zehn Jahre verfloſſen

Digitized by Google

ſeit der großen Staatshandlung, die mich auf den Thron berief, und Sie mich zum erſten Male mit jener Zuſammenwirkung und mit jenem Beiſtande umgaben, den ich jetzt neuerdings von Ihnen in Anſpruch nehme. Mit Ihnen, in Ihrer Mitte, freue ich mich, Frankreich Glück wünſchen zu können zu ſeinen Fortſchritten auf jener Bahn der Geſittung und der geſetzlichen Freiheit, welche die friedloſen und unerſättlichen Leidenſchaften Einzelner noch zu unterbrechen ſuchen; ſolche Beſtrebungen werden mit der Hülfe Gottes und mit Ihrem verfaſſungsmäßigen Beiſtande ohnmächtig bleiben; dieſe letzten Spuren vorübergegangener Unordnungen werden verſchwinden vor der öffentlichen Meinung und vor dem Willen der Nation." Die Verhandlungen, welche über die Erwiederung auf die Thronrede in der Abgeordnetenkammer Statt fanden, boten das eigenthümliche Schauſpiel, daß die Verwaltung, die ſich ſelbſt für eine Verwaltung der Kammermehrheit erklärte, zwar von keiner Seite mit Entſchiedenheit angegriffen, aber auch von keiner unterſtützt wurde; ſie wurde nur geduldet, weil kein beſtimmter Grund vorlag, um deſſentwillen man ihr den Krieg hätte erklären ſollen, weil man nicht daran zweifeln durfte, daß ihre Verſicherungen über die erfreuliche Lage der auswärtigen Verhältniſſe der Wahrheit entſprachen. Am ſchärfſten bezeichnete Duvergier de Hauranne die parlementariſche Stellung. Duvergier gab zu, daß die Bewegung, welche die Verwaltung des Grafen Molé geſtürzt, ihren Zweck nicht vollkommen erreicht habe, weil nicht die Häupter der Bewegung an die Spitze geſtellt wären, wie dieß bei einem vollkommenen Siege hätte geſchehen müſſen; aber er bemerkte, daß der Zweck doch auch nicht eigentlich verfehlt ſey, weil der Hof ſich genöthigt geſehen habe, Männer zu der Verwaltung zu berufen, die an der Bewegung einen vorragenden Theil gehabt hatten, er war deshalb der Meinung, daß man, da der Grundſatz gerettet ſey, die weitere Entwicklung deſſelben der Zukunft überlaſſen könne. Der Gegenſtand, um den die Verhandlungen ſich vorzugsweiſe bewegten, war die große Frage des Orients. Ein kurzer geſchriebener Aufſatz, den der Marſchall Soult vorlas, ſprach die Abſichten des Cabinets in unzweideutigen Worten aus. Er erklärte, daß der Regierung ein doppeltes Ziel vorgeſchwebt habe, auf welches ihr Wirken gerichtet geweſen ſey; zuerſt, das osmaniſche Reich als weſentliches Element des europäiſchen Gleichgewichtes zu erhalten und ſein unabhängiges Beſtehen nicht unter die Bürgſchaft eines ausſchließenden und dadurch gefährlichen Schutzes, ſondern unter die gemeinſame Bürgſchaft von ganz Europa

Digitized by Google

u ſtellen. Indem man dieſe erſte Nothwendigkeit im Auge hatte, abe man aber keineswegesandere Nothwendigkeiten verkannt, habe ıan keineswegeseingewilligt, andere durch die Gewalt der Umſtände eſchaffene, mindeſtens durch den Rechtstitel großer vollendeter Thatıchen Achtung gebietende Intereſſen zu opfern. Davon weit entfernt, abe man die Unverletzlichkeit und Sicherheit des osmaniſchen Reiches ir wohl vereinbar mit gewiſſen Vorkehrungen zu Gunſten der Familie es Paſchas von Aegypten gehalten. Zum Schluſſe verſprach der Narſchall ausdrücklich, daß die Regierung, wie es auch kommen möge, ei dieſen Grundſätzen beharren und um keinen Preis die Rechte, die ntereſſen und das Wohl Frankreichs opfern werde. Mit der in dieſe venigen Worte zuſammengefaßten Politik war nicht allein die Mehreit, ſondern die Geſammtheit der Kammer einverſtanden. Das konnte Niemand für möglich halten, daß neben der Politik, zu welcher der Narſchall im Namen des Cabinetes ſich ſo feierlich verpflichtete, eine ndere Politik thätig war, die ſehr verſchiedene Zwecke verfolgte, und och weniger, daß der Marſchall treulos genug war, zu derſelben Zeit ffen in der Gemeinſchaft mit ſeinen Collegen der einen und unter der and der andern Politik zu dienen. Nur Thiers ſcheint das wahre Verhältniß geahnt zu haben, aber auch er wagte es nur, vorſichtig und hüchtern auf daſſelbe hinzudeuten. Er entwickelte in einer durch ihre chtvolle Klarheit glänzenden Rede ſeine Anſicht über die Lage des Orients. Thiers ging davon aus, daß England und Frankreich im Oriente das gleiche Intereſſe hätten, weil beiden Staaten gleich viel aran gelegen ſeyn müßte, zu verhindern, daß Conſtantinopel nicht in ie Hände der Ruſſen falle. Zu Conſtantinopel lägen die Schlüſſel es ſchwarzen Meeres, aber man dürfe deshalb nur nicht glauben, aß Rußland ſo große Eile habe, dieſe Schlüſſel in Beſitz zu nehmen. Es ſey für das erſte dem St. Petersburger Cabinet genug, ſie in ſo hwachen und abhängigen Händen zu wiſſen, wie jene, in denen ſie ch gegenwärtig befänden; und das Einzige, was Rußland um jeden Preis verhüten werde, ſey, daß ſie nicht in ſtarke jugendkräftige Hände imen. Dieß ſey der Grund, weshalb Rußland mit ſo ſchneller Enthiedenheit gegen Mehemed Ali aufgetreten wäre, als deſſen Heere Miene machten, gegen Conſtantinopel vorzudringen. Seitdem habe Mehemed Ali ſich von der Unmöglichkeit überzeugt, jemals Conſtantinopel zu beſetzen; es ſey daher gar keine Veranlaſſung mehr vorhanden ewesen, die orientaliſche Frage zu einer europäiſchen zu machen, da

Digitized by Google

die Ruſſen ohne Noth nicht im Bosporus erſcheinen würden. Man hätte die Ausgleichung des Streites zwiſchen der Pforte und dem Paſcha von Aegypten den beiden betheiligten Parteien überlaſſen ſollen; das osmaniſche Reich wäre dadurch, daß es die Provinzen, die es doch bereits an den Paſcha verloren, für immer abgetreten, keinesweges ſo geſchwächt worden, daß es zur Ohnmacht herabgeſunken wäre. Auch ohne Syrien würde das osmaniſche Reich noch immer das ſchönſte der Welt bleiben, wenn es nur unter orientaliſchen Formen vernünftig regiert würde. Daraus, daß man eine ſolche Ausgleichung verhindert habe, ſey allein die Verwicklung hervorgegangen, die ganz Europa in Gefahr ſetze. Jedenfalls, wenn man auch Urſache gehabt habe, die Einladung zu einer gemeinſchaftlichen Entſcheidung nicht abzulehnen, hätte man ſich doch vorher mit England verſtändigen müſſen; man hätte nicht ſo ſpät mit den Forderungen hervortreten dürfen, die Frankreich zu Gunſten Mehemed Ali's mache. Dadurch habe man den Schein einer Zweideutigkeit auf ſich geladen, die Veranlaſſung zu der Beſorgniß gegeben habe, daß eine Spaltung zwiſchen Frankreich und England eintreten könne; dadurch ſey in Rußland der Gedanke erweckt worden, Schritte zu thun, um England von dem Bündniſſe mit Frankreich abzuziehen; von jenem Bündniſſe, das Frankreich durch die Gleichheit der ſittlichen und der politiſchen Intereſſen geboten ſey, während man ſich immer umſonſt um das Wohlwollen der Höfe bemühen werde, die in der Julirevolution nur eine ſträfliche Auflehnung gegen das göttliche Recht der Könige ſähen. Uebrigens glaubte Thiers nicht, daß England auf die Anerbietungen eingehen werde, die von ruſſiſcher Seite gemacht würden; und er erwartete daher, daß man zuletzt doch noch genöthigt ſeyn werde, es der Pforte und dem Paſcha von Aegypten zu überlaſſen, ihren Streit unter ſich zu ſchlichten, da der Paſcha, wenn man ihn auf das Aeußerſte triebe, es in ſeiner Macht habe, durch einen kühnen Marſch gegen Conſtantinopel die Welt in Flammen zu ſetzen.

Während man zu Paris ſich darüber unterhielt, ob eine Vereinigung zwiſchen Rußland und England möglich ſey oder nicht, war Hr. von Brunnow von St. Petersburg wieder in London eingetroffen und hatte die Einwilligung des Kaiſers zu allen Forderungen überbracht, die von britiſcher Seite erhoben waren. Herr von Brunnow erklärte, daß der Vertrag von Hunkiar Skeleſſi nicht mehr beſtehe, daß

Digitized by Google

die engliſchen Schiffe nach Belieben in den Boſporus einlaufen könnten, daß Rußland entſchloſſen ſey, jeden Plan zur Demüthigung Mehemed Ali's mit ſeiner ganzen Macht zu unterſtützen, daß der Kaiſer aber auch nichts dagegen habe, wenn England und Oeſterreich allein es übernehmen wollten, den Uebermuth des aufrühreriſchen Statthalters von Aegypten zu züchtigen. Schon bei der erſten Anweſenheit des Herrn von Brunnow in London hatte derſelbe beiläufig geäußert, daß es Rußland vollkommen gleichgültig ſey, welche Bedingungen man dem Paſcha ſetzen wolle; das St. Petersburger Cabinet nehme in dieſer Beziehung zum voraus alle Vorſchläge an, die England machen werde. Die Bedingungen, die dem Paſcha aufzulegen wären, wurden jetzt, nachdem die ruſſiſchen Zugeſtändniſſe alle Schwierigkeiten einer Verſtändigung gehoben hatten, der Hauptpunkt der Unterhandlungen. Man kam überein, daß Mehemed Ali unter allen Umſtänden gezwungen werden müſſe, Syrien, den Bezirk von Adana und die Inſel Candien an die Pforte zurückzugeben und daß ihm nur für den Fall, wenn er ſich freiwillig zur Nachgiebigkeit bequemte, ein Theil des ſyriſchen Paſchaliks Akre ohne die Feſtung überlaſſen werden ſolle. Die letzte Beſtimmung war eine Rückſicht, die das britiſche Cabinet auf Frankreichs Wünſche nehmen zu müſſen glaubte; denn man konnte nicht daran zweifeln, daß, wenn auch nicht das franzöſiſche Cabinet, doch der König der Franzoſen, dadurch vollkommen zufrieden geſtellt ſeyn würde. Der franzöſiſche Botſchafter, General Sebaſtiani, war ſelbſt mit einem Theilungsplane vorgetreten, nachdem nur ein Theil der ſyriſchen Küſte Mehemed Ali bleiben ſollte, und hatte im Namen Frankreichs das Anerbieten gemacht, an den Zwangsmaßregeln gegen den Paſcha Theil zu nehmen, ſofern dieſer Vorſchlag von demſelben zurückgewieſen würde. Zwar widerſprachen die amtlichen Erklärungen des franzöſiſchen Cabinets den Worten des franzöſiſchen Botſchafters; aber es war Lord Palmerſton wohl bekannt, daß der letzte eine höhere Beglaubigung hatte, als jene von Miniſtern, in denen er bei aller Unabhängigkeit, die ſie zur Schau trugen, doch nur die Werkzeuge Ludwig Philipps ſehen konnte. Erſt als die Thronrede, mit der am 16. Januar 1840 das britiſche Parlement eröffnet war, nach Paris kam und als man in derſelben keine Erwähnung der franzöſiſchen Freundſchaft fand, die doch ſeit Jahren zum herkömmlichen Complimente geworden war, begriffen die Miniſter, welche die Geſchicke Frankreichs zu leiten glaubten, daß zu London Dinge vorgegangen ſeyn mußten, von denen

Digitized by Google

ſie durch ihren Botſchafter nicht unterrichtet waren. Sie ſetzten es durch, daß Sebaſtiani von London zurückgerufen und daß ſtatt ſeiner Guizot beglaubigt wurde, deſſen Charakter eine hinreichende Bürgſchaft bot, daß er ſich keine hinterliſtige Täuſchung gegen das Cabinet erlauben würde. Aber damit glaubte man auch Alles gethan zu haben, was die Lage erforderte; man blieb dabei, daß England und Rußland ſich nicht mit einander vertragen könnten, nachdem beide Mächte ſich über die Grundlagen des Vertrages bereits vereinigt hatten, und man rechnete noch immer darauf, daß man für Mehemed Ali die Erblichkeit von Syrien und Aegypten erhalten würde.

Digitized by Google

Regiſter

zur

Geſchichte der letzten fünfundzwanzig Jahre

von

K. H. Hermes

in drei Bänden.

Die in den Colonnen des I. und II. Bandes ohne Parentheſe ( ) befindlichen Ziffern zeigen auf die Seiten der erſten drei Auflagen, während die in Parentheſe ſtehenden Ziffern die Seiten der fünften Auflage bezeichnen; (die vierte Auflage iſt die Taſchen-Ausgabe).

Namen-Verzeichniß.	I. Bd. Seite.	II. Bd. Seite.	III. Bd. Seite.
Aachen, Congreß	39 (39)		
Aachen	—	482 (523)	
Aarau	—	—	196
Aargau	—	—	176 (195)
Ab Yberg	—	—	217
Abady Queypo, Biſchof von Mechoacan	95 (131)		
Abaſechen, die	—	176 (177)	
Abbas-Abad	—	150 (152)	
Abbas Bei	441 (471)		
Abbas Mirza Prinz	221 (254)	147 (148)	
Abdurrahman, Paſcha	—	220 (220)	
Abdulobud, Paſcha	231 (264)		
Abela, General	141 (176)		
Aberdeen, Lord	—	—	6 49 375 457
Abisbal, General	318 321 325 (350 353 357)		

Digitized by Google

Namen-Verzeichniß.	I. Bd. Seite.	II. Bd. Seite.	III. Bd. Seite.
Abisbal, Graf von	96 97 (132 133)		
Abrahamſon	—	—	537
Abrantes, Marquis v.	—	—	304
Acedo, Generallieutenant	119 (154)		
Acevedo, Obriſt	101 (137)		
Acheron	235 (268)		
Acheul	—	73 (78)	
Achioliu	—	207 (207)	
Achmed Bei	—	168 (170)	
Achmed Paſcha	—	219 (219)	
d'Aci, Fürſt	139 (174)		
Adelſi	—	—	224
Adrianopel	204 (238)	163 223 227 (164 223 227)	
Adrianopel, Friede von	—	—	332
Aegina	467 (495)		
Aetolien	209 (242)		
Agar Don Pedro	91 101 (127 137)		
Agier	—	102 113 246 303 312 (106 116 247 303 315)	38
Agoger, Fluß	185 (219)		
Agoſtos, Stadt	231 (264)		
Agrapha, Palikaren von	196 (230)		
Agrapha	—	—	347
Ahrens	—	498 (538)	
Aiwali oder Kydonia, Handelsſtadt	211 (245)		
Akarnanien	209 425 (242 455)		
Akhalkalaki, Feſte	—	188 (189)	
Akhaltſikeh, Feſte	—	188 193 (188 193)	

Digitized by Google

Namen-Verzeichniß.	I. Bd. Seite.	II. Bd. Seite.	III. Bd. Seite.
Akjerman	463 (492)		
Akjerman, Vertrag zu	—	156 (157)	
Alais	10 (10)	—	155
Alamedo, Cirilo	—	—	274
Alava, General	92 (128)		
Alazan, Marquis de	101 105 (137 140)		
Albani, Kardinal	—	—	262
Albufeira	—	—	317
Alcudia, Graf	—	—	295
Alcala Galiano	303 331 (336 363)		
Alcanizes, Marquis von	92 (128)		
Aleſſandria	176 (210)		
Alexander, Fürſt von Georgien	—	147 (149)	
Alexander, Kaiſer von Rußland	3 7 40 149 184 188 219 296 (3 7 40 183 218 222 252 329)	131 133 518 (134 137 558)	
Alexandrien	—	—	329
Algarbien	—	—	304
Algier	362 (393)	325 (328)	634
Ali Paſcha v. Haleb	194 (228)		
Ali Paſcha v. Jannina	194 (228)		
Ali Scheffik, Paſcha	—	220 (220)	
Aliſch Paſcha	—	174 (175)	
Allix	15 (15)		
Alopäus, Freiherr v.	41 (39)	—	
Alojar Khan	—	151 (153)	
Almodovar, Generalcapitain	253 (285)		
Almodovar, Graf	105 (141)		
Alpunte Romero	104 (140)		
Altenburg	—	501 (542)	
Althorp, Lord	—	—	361 410 414 449 516

1*

Digitized by Google

Namen-Verzeichniß.	I. Bd. Seite.	II. Bd. Seite.	III. Bd. Seite.
Amarante, Conde de	348 (380)		
Amarante, Graf	117 (152)		
Amarillas, Marquis de las . .	111 240 255 (147 272 287)	—	298 300
Ambroſio, General	136 (171)		
Amin-Khan	—	148 (149)	
Anapa, Feſtung	—	175 (176)	
Anatolien	228 (261)		
Ancarani, Generalinquiſitor . .	—	—	239
Ancillon.	64 (70)	—	18
Ancona	—	—	165 247 254
Andaluſien	—	—	277
d'Andeja, Marquis.	—	—	306
Andilla, Baron de.	248 (281)		
Androdocca, Stadt	169 (203)		
Angleſey, Marquis	—	—	378 386 395 415
Angoulême, Herzog von . . .	13 321 328 (13 354 360)	263 327 425 (263 330 444)	270 605
Angoulême, Herzogin.	273 (305)		
Anilleros, Verbindung der . .	240 (273)		
Ankarſwärd, Freiherr v. . . .	—	—	563
Anſaldi, Commandant . . .	176 186 (210 220)		
Anthemios, Erzbiſchof v. Magneſia	205 (239)		
Anton, König v. Sachſen . .	—	486 (527)	
Antonini, Major	—	528 (567)	
Antwerpen	—	456 461 (487)	614
Appenzell-Innerrhoden . . .	—	—	189
Apponyi, Graf	—	201 (202)	6 92
Aquila	169 (203)		

Digitized by Google

Namen-Verzeichniß.	I. Band. Seite.	II. Band. Seite.	III. Band. Seite.
Arago, Aſtronom	—	359 (365)	588 595
Arago, Etienne	—	349 416 (356 435)	
Aragon	318 (350)	—	275 294
Aranjuez	91 (127)		
Araxes	—	150 (152)	
Arbois	—	—	629
Arcadien	440 (469)		
Archipel	205 (238)		
Arco Arguero	240 (272)		
Arco-Aguero, Felize de . . .	98 (134)		
Ardebil, Feſtung	—	153 (155)	
Areiopagos	209 (242)		
d'Argenſon	275 (307)		
Argos	208 439 (241 469)	—	342
d'Argout, Graf	— —	374 (380) 398 (406)	584 594 604 638 48 90 96
Arguelles, Auguſtin	92 (128)		
Arias, Prieſter	—	—	301
Armagh, Erzbiſchof v.	—	—	386
Arminia	—	16 (17)	
Arnault	15 (15)		
Arrighi	15 (15)		
Arta	210 (243)		
Artois, Graf von	13.19.21.267 273 285 (13 18 20 298 305 317)	51 67 (57 73)	
Arundel, Lord	—	—	399
Arzerum	—	238 185 (186 238)	
Aſerbeidſchan	—	151 (153)	
d'Aſpre, Major	169 (203)		
Aſpropotamus	235 425 (268 455)		

Digitized by Google

Namen-Verzeichniß.	I. Bd. Seite.	II. Bd. Seite.	III. Bd. Seite.
Aſturien, Prinzeſſin von . . .	—	—	292
Athalin, General	—	—	17
Athanaſius, Erzbiſchof . . .	204 (238)		
Athen	209 425 468 (242 455 496)		
Attika	—	—	330
Attwood	—	—	402 419 514
Auckland, Lord	—	—	415
Aubry de Puyraveau	—	335 349 386 418 (343 356 395 437)	
Augereau, Marſchall	21 (21)		
St. Aulaire, Graf	276 315 (308 347)		
Autichamp	321 (354)		
Avellino (Stadt)	133 (168)		
Avignon	10 (10)		
Avila	239 (272)		
Aviley	351 (382)		
Aymerich	—	—	278 282 305
Azevedo, General	—	—	
Bacot de Romans	—	113 (117)	
Baden, Großherzogthum . . .	48 (48)	31 509 (32 549)	
Bagaria, Ortſchaft	142 (177)		
Bagdad	221 (254)		
Bahia	345 (377)		
Baiburt	—	237 (237)	
Baiern	48 53 (48)	7 19 477 (8 20 507)	
Baku	—	149 (151)	
Balaguer, Stadt	259 (291)		
Balenzat, General	250 (283)		
Baleſte, franz. Officier . . .	230 (263)		

Namen-Verzeichniß.	I. Bd. Seite.	II. Bd. Seite.	III. Bd. Seite.
Balleſter	—	—	288
Balleſteros	318 (350)	—	276
Balleſteros, Kriegsminiſter . .	94 103 255 (130 139 287)		
Ballſtall	—	—	197
Balkan	—	167 (168)	
Bandmänner, die, in Irland .	391 (421)		
Bankes	—	—	392 451
von Barante	16 (16)	100 (104)	
Barbé-Marbois, Graf . . .	17 19 26 36 (17 19 25 35)		
Barbieri, Obriſt	—	—	261
Barcellona	242 (274)	—	280
Bariatinsky	—	143 (145)	
Baring	—	—	517 524
Barnham, Lord	—	—	494
Barradas, General	—	—	291
Barrère	15 (15)		
Barrot, Odilon	—	—	31 45 63 84 90 104 123 131
Barthe	—	—	44 62 96 98 105 584 601 604 618 635
Barthélemy, Senator	262 (294)		
Bartholomäi, Oberſt	—	556 (595)	
Barzykowski	—	538 (577)	
Baſardſchik	—	171 (172)	
Baſel	—	—	177 191 198 207
Basrah	221 (254)		

Digitized by Google

Namen = Verzeichniß.	I. Bd. Seite.	II. Bd. Seite.	III. Bd. Seite.
Baſſano, Herzog von	—	—	660
Baſtard de l'Eſtang	—	119 (122)	
Baſtide	—	421 (440)	
Bathurſt, Graf	416 484 (446 512)		
Baude, Polizeipräfect	—	—	81 90
Baude	—	334 387 (341 397)	162
Baudrand, General	—	—	14
Bavoux	—	332 (340)	43
Bazard	—	—	152
v. Beaumont	—	82 249 (87 250)	
Bebutow, General	—	189 (190)	
Beck	—	509 (549)	
Béfort	292 (325)		
Befreiungskampf, griechiſcher . .	422 (452)		
Behr, Hofrath	—	21 505 (22 546)	
Belleville	—	—	315
Belgien	—	—	613
Belgier	—	461 (492)	
Belliard, General	—	—	15 611
Belluno, Herzog von	—	60 (65)	
Bem, General	—	584 (622)	
Bender v. Bienenthal	—	494 (534)	
Benderli Ali Paſcha	203 (237)		
Benkendorf, General	—	171 (172)	
Bennet, Capitain	368 (399)		
Bentheim, Fürſt von	—	—	253
Bentinck, Lord	129 (165)		
Benvenuti, Cardinal	—	—	255
Bequet	—	303 (302)	
Béranger	—	92 277 294 416 (96 277 294 435)	88

Digitized by Google

Namen-Verzeichniß.	I. Bd. Seite.	II. Bd. Seite.	III. Bd. Seite.
Bérard	—	335 408 446 (343 410 466)	
Berat, Bezirk von	195 (229)		
Beresford, Lord, General . . .	112 (149)		
Berg, General	—	587 (625)	
Bergami	384 (414)		
Berlin	—	483 (524)	
Bern	—	—	176 188 193 199
Bernard, General	—	—	660
Berner Adel	—	—	175
Bérenger, Rechtsgelehrter . . .	—	—	28
Bernadotte	—	—	553
Bernetti, Cardinal	—	—	257
Bernhard von Sachſen-Weimar .	—	—	610
Bernſtorff, Graf	40 75 154 156 296 (39 82 189 191 329)	—	15
Berry, Herzog von	13 32 88 271 (13 32 124 303)		
Berry, Herzogin von	281 (313)	365 427 (371 445)	605
Berryer	—	438 450 (457 472)	139 637
Berſtett, Freiherr von	75 83 (82)		
Berthier, Ferdinand v.	—	83 (87)	
Bertin de Beaux	—	86 303 336 385 (90 303 343 394)	
Berton, General	293 (325)		
Bertrand, General	15 23 (15 23)	—	134 588 655

Digitized by Google

Namen-Verzeichniß.	I. Band. Seite.	II. Band. Seite.	III. Band. Seite.
Beſtuſchew-Rumin	—	143 (145)	
Beſſières	318 (351)	—	275 283
Beſtelmeyer	—	505 (546)	
Beuſt, Graf v.	—	10 (12)	543
Bexley, Lord	416 (446)	—	510
Beyme, Miniſter v.	—	45 (50)	
Bialolenka	—	547 (586)	
Bialoweza	—	573 (612)	
Bidaſſoa Fluß	321 (354)		
Biel	—	—	177
Bielinski	—	563 (601)	
Biernacki	—	567 (605)	
Bignon	36 290 312 (36 321 344)	423 (442)	10 66 75 120 135 644
Birmingham	364 374 (395 404)	—	372 403 419 422 512
Biſtröm, General	—	179 (180)	
Bürgerkönigthum	—	402 (419)	
Blacas, Herzog von	156 (191)		
Blandford, Marquis	—	—	392
Blittersdorf, Freiherr v.	—	8 (10)	
Blumer, General	—	526 (566)	
Bochholtz, Graf	67 (73)		
Bode, Stadtdirector	—	491 (532)	
Bodega	250 (283)		
Boeſſière, Marquis de la . . .	—	246 (247)	
Boinvilliers	—	421 (441)	
Boiſſy d'Anglas	21 (20)	261 (262)	134
Bolimow	—	579 (617)	
Bologna	—	—	236 246 251
Bonald, von	—	87 90 (92 94)	
Böotien	—	—	330

Digitized by Google

Namen-Verzeichniß.	I. Band. Seite.	II. Band. Seite.	III. Band. Seite.
Bona	362 (393)		
Bonnaire, General	23 (23)		
Bontems, Obriſt	—	—	218
Bontemps	—	526 (565)	
Borde, de la	—	335 (343)	104
Borde, de la, Alexander . . .	—	303 (303)	
Bordeaux, Herzog von . . .	281 (313)	70 (75)	80 158 605
Bordeſoulle, General	—	429 (447)	
Bordeſoult, General	333 (365)		
Bordigné	—		608
Boremel	—	559 (597)	
Borghetto, Brücke	168 (203)		
Borodin, Obriſt	—	192 (192)	
Bouchotte	—	—	103
Boulay (de la Meurthe) . . .	15 (15)	337 (334)	
Boulaye, de la	—	249 294 (250 294)	
Bourbakis	469 (497)		
Bourbon, Cardinal	90 103 (127 139)		
Bourbonen, Haus der . . .	2 284 (2 315)		
Bourdeau	—	114 (117)	
Bourdonnaye, Graf de la . .	—	53 63 82 89 110 247 261 299 307 (59 68 86 93 113 248 262 299 307)	
Bourke, General	321 (354)		
Bourmont, General	333 (365)	299 319 (299 322)	274 319 606 624

Digitized by Google

Namen-Verzeichniß.	I. Bd. Seite.	II. Bd. Seite.	III. Bd. Seite.
Bourne, Sturges, Miniſter	417 (447)		
von Boyen	—	45 (50)	
Boyer, Präſident	—	96 (100)	
Bozzaris, Rothi	235 426 444 (267 456 474)		
Brabant	—	456 (487)	
Braga	—	—	320
Bragança	349 (381)		
Braila	—	168 (169)	
Brancamp	119 (154)		
Braunſchweig	47 (47)	42 477 (43 507)	
Bremen	47 (47)	480 (521)	
Breslau	—	483 (524)	
Breſſon, Graf	—	473 (504)	660
Breſt, Stadt	281 293 (313 326)		
Breteuil	—	—	93
Bricqueville	—	—	162
Brigg	—	—	182
Brihuega, Schlacht bei	318 (351)		
Brihuega	—	—	283
Briſtol	—	—	498
Broglie, Moritz, Prinz v.	—	457 (488)	
Broglie, Herzog von	—	89 119 124 423 (93 122 127 442)	10 141 604 614 637 646 660
Bronikowski, Xaver	—	526 529 (565 568)	
Brougham	371 386 399 (401 416 428)	—	392 410 415 452 487 506
Brune, Marſchall	10 (10)		
Brunt	381 (411)		

Digitized by Google

Namen = Verzeichniß.	I. Band. Seite.	II. Band. Seite.	III. Band. Seite.
Brüſſel	—	469 (500)	
Bubna, General	184 (218)	—	176
Buckingham, Herzog von . . .	—	—	503
Bug, der	—	563 (602)	
Bugeau, Marſchall	—	—	634
Buitrago	326 (358)		
Bukareſt	197 (231)	168 (169)	
Bulgaren	198 (232)		
Bund, der heilige	1 (1)		
Bund des Heiles	—	140 (142)	
Bund der Jungen	—	18 (19)	
Bund der Muſenfreunde . . .	193 (227)		
Bundesverſammlung, deutſche .	—	11 512 (12 552)	
Buol-Schauenſtein, Graf . . .	75 (82)	8 (10)	
Burdett, Sir Francis . . .	368 398 407 (399 428 437)	—	371 392 499
Burgas	—	207 221 (207 221)	
Burgdorf, Stadt	—	—	193
Bürgerkönigthum in Frankreich .	—	—	579
Burgherſh, Lord	297 (330)		
Burgos, Stadt	324 (356)		
Burſchen, die weißen, in Irland	391 (421)		
Burſchenſchaft auf dem Rütli .	—	—	184
Burſchenſchaften	61 (67)		
Burzow, General	—	237 (237)	
Buſſons	—	—	288
Buteniew	—	—	641
Byron, Lord	428 (457)		
Cabet	—	—	629
Cabreira, Obriſt	121 (157)		
Cadaval, Herzog von.	—	—	318
Cadet Gaſſicourt	—	340 (347)	

Digitized by Google

Namen-Verzeichniß.	I. Band. Seite.	II. Band. Seite.	III. Band. Seite.
Cadix	105 248 322 340 (141 280 364 372)	—	280
Cairo, Brand	430 (460)		
Calabrien, Herzog von	163 172 (198 207)		
Calamocha	—	—	275
Calatrava	92 331 (128 363)	293	
Calderon, Graf	98 (134)		
Calomarde, Juſtizminiſter	95 (131)	—	276 281 297
Caltagirone, Stadt	141 (176)		
Caltaniſetta, Stadt	140 141 (175 176)		
Calvo de Roſas	(92 128)		
Cambon	—	303 (303)	
Cambray, Kanzler	11 21 36 (11 20 35)		
Cambridge, Herzog von	370 (400)	38 497 (40 537)	
Cambrone, General	15 23 (15 23)		
Caminha	—	—	320
Campana, General	107 (142)		
Campochiova, Herzog von	158 (193)		
Canning	40 353 395—421 475 (39 384 425—451 502)	129 (131)	309 348 357
Canoſa, Fürſt	172 174 (206)		
Canterbury, Erzbiſchof von	—	—	494
Capape	—	—	275

Digitized by Google

Namen-Verzeichniß.	I. Band. Seite.	II. Band. Seite.	III. Band. Seite.
Capellari	—	—	246
Capelle, Miniſter	273 (305)	320 (323)	26
Capellen, van der	363 (394)		
Capo d'Iſtria, Miniſter	40 154 156 188 193 217 265 297 (39 189 191 222 227 250 297 330)		
Cappacini	—	—	263
Caraman	154 156 188 297 (189 191 222 330)	438 (457)	
Caraſſonne	—	—	155
Carbonari	131 174 292 (167 208 324)	—	224
Carbonneau, Schreibmeiſter	31 (31)		
Caretto, Ingenieur	221 (255)		
Cariati, Fürſt	151 (186)		
Carignan, Prinz	175 178 183 (210 212 217)		
Carliſle, Graf	373 418 (404 448)	—	361
Don Carlos, Infant	253 (286)	—	274 282 292 296 320
Carlotta, Königin v. Portugal	348 (379)		
Carnarron, Graf	—	—	482 514
	—	—	526
Carnices	—	—	288
Carnot	15 (15)		
Caro, Don Francisco Xaver	—	—	300

Namen-Verzeichniß.	I. Bd. Seite.	II. Bd. Seite.	III. Bd. Seite.
Caroline v. Braunſchweig, Königin v. England	360 383 (391 413)		
Caroline, Königin v. Sicilien .	129 (165)		
Caron, Obriſtlieutenant . . .	294 (326)		
Carouche	—	—	305
Carraſcoſa, General	133 166 170 (168 200 204)		
Carrel, Armand	— —	331 337 (338 344)	629
Cartagena	247 (280)		
Carvajal, General	239 (271)		
Caſa Irujo, Marquis	—	—	271
Caſale, Stadt	184 (218)		
Caſtannos, Generalcapitain . .	96 101 105 (132 137 141)		300
Caſtel de los Rios, Marquis .	326 (358)		
Caſtelbajac, Vicomt	19 27 35 282 286 (19 27 34 314 318)	261 (262)	
Caſtelfolit, Stadt	259 (291)		
Caſtellar, Joſe de, Brigadier. .	105 (141)		
Caſtex	321 (354)		
Caſtiglione, Cardinal	—	—	239
Caſtlereagh, Lord	40 358 371 378 385 395 (39 389 402 408 415 424		
Caſtrejon, Marquis de	105 (141)		
Caſtro Marim	—	—	317
San Cataldo, Marquis von .	140 141 (175 176)		

Digitized by Google

Namen-Verzeichniß.	I. Bd. Seite.	II. Bd. Seite.	III. Bd. Seite.
Catalon, Cardinal	—	—	300
Catalonien	318 (350)	—	287
Catania, Stadt	140 (175)		
Cattolica, Fürſt	139 (174)		
Cauchois-Lemaire	—	277 331 (277 338)	629
de Caux, General	—	244 298 (245 298)	
Cavaignac	—	21 (441)	105 621 629
Cefalu, Stadt	141 (176)		
Cegrano, Hauptquartier . . .	170 (205)		
Cervera	259 (291)		
Ceſena	—	—	264
Chabrol de Crouſel	—	67 243 121 127 299 (72 124 130 244 299)	
Chabrol Volvic	—	324 344 (327 351)	
Chalkis, Halbinſel	211 (244)		
Chalons-ſur-Saone	—	—	629
Chamans, General de St. . .	—	353 (359)	
Champagny, General v.	—	367 425 (374 443)	
Chandos, Marquis von . . .	—	—	422
Chantelauze v.	—	316 326 (319 329)	26 56
Chapalongara, Oberſt	—	—	294
Chardel	—	391 (401)	
Charette	—	—	608
Charlotte, Prinzeſſin v. England	360 369 383 (391 400 413)		
Chart	—	237 (237)	
Chartrand, General	23 (23)		

Digitized by Google

Namen-Verzeichniß.	I. Band. Seite.	II. Band. Seite.	III. Band. Seite.
Chartres, Herzog v.	—	405 453 (423 483)	
Chaſſé, General	—	470 (501)	614
Chaſyndar Oglu	—	238 (238)	
Chateaubriand	272 289 297 300 309 (304 320 330 333 342)	60 88 101 110 124 262 303 (65 92 105 113 127 263 303)	
Chatelain	—	331 (338)	
Chaumont, Vertrag von . . .	—	—	14
Chauvelin	36 278 (36 310)	247 (248)	
v. Chaves, Marquis	—	—	304
Cheromero	—	—	347
Chevallon	—	421 (440)	
Chifflet	290 (321)		
Chios	—	—	326
Chlapowski	—	565 573 (603 611)	
Chlopicki, General	—	527 532 (566 571)	
Choiſeul, Herzog von	—	384 (393)	141
Cholera, die	—	—	163
Chriſtian Friedrich, König v. Norwegen	—	—	567
Chriſtiania	—	—	567
Chryſanthos, Erzbiſchof v. Seres	205 (239)		
Chrzanowski	—	560 570 (598 608)	
Church, General	137 467 (172 495)	195 (196)	326
Cimitele, Fürſt	152 (187)		
Cinera, Graf	92 (128)		
Cirilo	—	—	275
Ciscar, Gabriel de, Staatsrath .	91 332 (127 364)		

Digitized by Google

Namen-Verzeichniß.	I. Bd. Seite.	II. Bd. Seite.	III. Bd. Seite.
Ciſterna, della, Fürſt	175 (210)		
Civilliſte	—	76 (81)	162 414
Clair, St., General	—	—	156
Clanwilliam, Lord	156 297 (191 330)		
Clapadrède, General	21 (21)		
Clare, Grafſchaft	—	—	383
Clarelli	—	—	246
Clarence, Herzog v.	370 417 (400 447)	—	359 394 406
Clarke, General	17 19 24 36 (17 19 24 35)		
Clauder, Brigadier	96 (132)		
Claudino, General	—	—	305
Clauſel	15 (15)		
Clauzel, de Couſſergues . . .	272 (304)		
Clauzel, Marſchall	—	—	118 588 624
Clermont-Tonnère, Marquis de	288 (320)	67 266 (72 266)	155 629
Clifford, Lord	—	—	399
Clinton, General	—	—	305 392
Cloſen, von	—	506 (546)	
Cochrane, Lord	373 411 466 (403 441 495		
Codrington, Admiral	479 (507)	194 (194)	329 359
Coigny, Herzog v.	—	—	141
Coimbra	—	—	302
Colcheſter	394		
Coletta, General	144 (179)		
Colonna, Vorgebirge	214 (247)		
Comacchio	—	—	253
Combes, Oberſt	—	—	165
Communeros, Verbindung der .	240 (273)		

Digitized by Google

Namen=Verzeichniß.	I. Bd. Seite.	II. Bd. Seite.	III. Bd. Seite.
Comte	—	—	90
Condé, Prinz von	19 (18)		
Conny, de	—	250 280 294 312 449 (251 281 294 316 470)	
Conſalvi, Cardinal	—	—	226 230
Conſeil	—	—	629
Conſtant Benjamin	36 266 275 277 (36 298 307 309)	50 102 114 246 257 294 314 449 (56 105 117 247 258 294 317 470)	38 44
Conſtantin, Großfürſt	—	138 (140)	
Conſtitutionel, der	—	92 333 (96 340)	
Contador, Diego	245 (278)		
Copley, John	417 (447)		
Corbière, Miniſter v.	35 274 282 287 (34 305 314 319)	100 (104)	
Corcelles, de	276 290 (308 321)	257 289 (257 289)	75 79
Cordova, Stadt	100 334 (136 366)		
Cormenin, Vicomt	—	—	161 629
Coron	—	194 (195)	
Cortes von Cadix	7 (7)		
Corundet, Graf	—	88 (92)	
Corunna, Beſatzung von	101 (137)		

Digitized by Google

Namen-Verzeichniß.	I. Bd. Seite.	II. Bd. Seite.	III. Bd. Seite.
Corunna, Feſte	94 249 339 (130 281 371)		
Corvetto, Graf	18 26 (17 25)		
Courrier français	—	92 333 (96 340)	
A'Court, William	302 319 330 (334 352 363)		
Courvoiſier	—	299 308 (299 308)	
Couſin	—	264 (265)	
Cramm	—	478 (508)	
Cremieux	—	—	57
Creus, Don Jago	258 (291)		
Crivelli, Arzt	179 (213)		
Cruſenſtolpe, Aſſeſſor	—	—	563
Cruz Morgeon, Santa, General	97 (132)		
de la Cruz, General	—	—	271 297 300
Cubières, General	—	—	165 266
Cugnet de Montarlot	245 (278)		
Cumberland, Herzog von . .	371 (401)	—	394 456
Cunin Gridaine	—	257 (257)	75
Cypern, Inſel	212 (245)		
Czartoryski, Adam, Fürſt . .	—	528 (567)	
Czerniczew, General	40 (39)		
Czernowicz	—	134 (136)	
Czyzewo	—	563 (602)	
Dahlmann, Profeſſor	—	500 (541)	543
Daine, General	—	—	610
Damala, Congreß von . . .	467 (495)	—	327
Damas, Baron von	—	60 67 365 (65 72 371)	
Dampe, Dr.	—	—	538

Digitized by Google

Namen-Verzeichniß.	I. Bd. Seite.	II. Bd. Seite.	III. Bd. Seite.
Dänemark	—	—	531
Danielſon	—	—	560
Dannenberg, General	—	525 (564)	
Daszew, Gefecht	—	577 (615)	
Daulia	441 (471)		
Daumesnil, General	—	—	30
Dauphin, der	—	365 426 (371 444)	
Dauphiné, Provinz	30 (30)		
David, Profeſſor	—	—	549
Daviz, General	249 (281)		
Dawkins	—	—	347
Debelle, General	23 (23)		
Debelleyme	—	245 303 (246 303)	
Decazes, Graf	18 19 2 260 264 (17 19 25 292 296)	262 (263)	107 141
Decamiſados, Verbindung der .	240 (273)		
Dejean, General	—	—	141
Delaborde	—	272 368 (273 374)	
Dalarue	—	360 (367)	
Delavau	—	244 (245)	
Deleſſert, Benjamin	36 (36)	—	82
Demagogiſche Umtriebe . . .	—	6 (6)	
Demarcay, General	—	—	38
Dembinski	—	561 582 (600 620)	
Dembowski	—	529 (569)	
Denmann, Thomas	386 (416)	—	434
Departementsgeſetz in Frankreich (loi municipale) . . .	—	—	618
Derbend	—	149 (151)	
Derby	—	—	498

Digitized by Google

Namen-Verzeichniß.	I. Bd. Seite.	II. Bd. Seite.	III. Bd. Seite.
Descarliers	—	—	154
Deferres, Miniſter	261 297 (293 330)		
Deſſolle, Miniſter	261 264 294 (293 296 326)		
Deſtutt de Tracy	—	249 (250)	
Detlev von Einſiedel, Graf	—	486 (527)	
Deutz	—	—	609
Devereux, General	373 (403)		
Dewna-See	—	178 (179)	
Diakow	—	526 (565)	
Diamantis	232 (265)		
Didier	31 (30)		
Diebitſch	—	209 543 569 (209 582 608)	101
Digeon, General	—	—	275
Dijon	—	—	629
Dobre, Gefecht bei	—	545 (584)	
Donnadieu, Commandant	31 282 (30 314)		
Dorſet, Herzog von	416 (446)		
Dormer, Lord	—	—	399
Doudeauville, Herzog von	—	67 121 (72 124)	
Dramali, Paſcha	232 (265)		
Dresden	—	485 (526)	
Dreux Brézé, Marquis	—	438 (457)	
Drogheda	372 (402)		
Drouet d'Erlon	15 (15)		
Drouot, General	15 23 (15 23)		
Dſcheladdin Bei	425 (455)		
Dubouchage	17 24 36 (17 24 35)		

Digitized by Google

Namen-Verzeichniß.	I. Bd. Seite.	II. Bd. Seite.	III. Bd. Seite.
Dubourg, General	—	387 420 (397 438)	
Duchâtel	—	249 (250)	646 663
Dudley, Lord	417 420 (447 450)	—	363 375 476
Dugerré, Admiral	—	—	663
Dulong	—	—	633
Dumolart, Präfect	—	—	144
Dumont, Louiſe	387 (417)		
Duncombe	—	—	516 523
Dundas, Lord	376 (407)		
Dundee	364 (395)		
Dupin	—	93 315 335 (97 318 342)	603 617 661
Dupleſſis de Grénédan . . .	282 290 (314 321)	82 103 87 (107)	
Dupont de l'Eure	36 (36)	81 423 446 (85 442 467)	10 33 62 68 114 588 629
Duport, Adrian	—	—	29
Durazzo, Statthalterſchaft von .	195 (229)		
Durham, Graf	—	—	415
Duttlinger	32 509 (33 549)		
Duval	—	—	156
Duvergier de Hauranne . . .	308 (341)		
Dupin, Charles	—	271 295 356 431 (272 295 363 449)	10 38 45 74 79 85
Dwernicki, General	—	546 559 576 (584 598 615)	
Dziekonsky	—	563 (601)	
Eaſt-Redford	—	—	374
Ebrington, Lord	—	—	497 515 522

Namen=Verzeichniß.	I. Band. Seite.	II. Band. Seite.	III. Band. Seite.
Edinburgh	—	—	454
Eggeling	—	498 (538)	
Egremont, Lord	376 (407)		
Eguia, General	91 (127)	—	274
Eigenoſſenſchaft, Schweizeriſche .	—	—	173
Eidsvold	—	—	568
Eigenthumsſteuer (property tax)	359 (390)		
Eimbeck, Vertrag zu	—	481 (522)	
Einſiedel, Graf	75 (82)		
Eiragola	—	556 (595)	
Elberfeld	—	483 (524)	
Elbſchifffahrt	—	5 (6)	
Eldon, Lord	396 416 (426 446)	—	385 487 500
Eldron, Lord	—	—	397
Elio, General	89 254 (125 286)		
Eliſabethpol	—	148 (150)	
Ellenborough, Lord	418 (447)	—	510
Emin Paſcha	—	185 (186)	
Encima y Piedra	—	—	297
Enfantin	—	—	152 602
Engelmann	—	526 (565)	
England	354 (385)		
Ennis	—	—	383
Epidauros	423 (453)		
Epinal	—	—	629
de l'Epine	—	311 (315)	
Epirus	205 208 425 (238 241 455)		
Eriwan	—	150 (152)	
d'Eroles, Baron	251 258 (283 291)		
Erzerum	221 (254)		
Escoiquiz, Staatsrath	95 (131)		

Digitized by Google

Namen-Verzeichniß.	I. Bd. Seite.	II. Bd. Seite.	III. Bd. Seite.
Escurial	239 (271)		
Eski Stambul	—	173 (174)	
Eski Arnautlar	—	210 (210)	
d'Eſpana, General	—	—	283 300
Espinoſa	332 (364)		
Eſſaub, Paſcha	—	174 (175)	
Eſterhazy, Fürſt	296 (329)		
Eſpoz y Mina, Francisko	94 (130)		
Eſtremadura	—	—	305
Eſtremoz	—	—	305
Etienne	290 314 (321 346)	250 289 (251 289)	137
Etſchmiadſin	—	150 (152)	
Euben, Graf von	—	—	543
Eugen von Würtemberg	—	179 (180)	
Evariſt San Miguel, Obriſt	255 (287)		
Evesham	—	—	422
Everamonte, Vertrag von	—	—	320
Exaltados, die	252 (285)		
Excelmans	15 (15)		
Exmouth, Lord	361 (392)		
Evropos, Hafen	213 (246)		
Ezpeleta, Vicekönig	101 105 (137 141)	—	298
Fabvier, Obriſt	322 443 (355 472)	—	326
Faënza	—	—	265
Falk, Cabinetsrath	—	500 (541)	
Falmouth, Graf	—	—	482
Famaguſta	212 (245)		
Fanari, Hafen	235 (268)		
Faro	—	—	317
Fäſi, General	—	560 (599)	
de Faucauld, Vicomte	316 (348)		
Fauche-Borel	—	—	186

Digitized by Google

Namen-Verzeichniß.	I. Band. Seite.	II. Band. Seite.	III. Band. Seite.
Faucher, Gebrüder	23 (23)		
Faure	—	313 (316)	
Fehrentheil, Major von	—	19 (20)	
Feltre, Herzog von	17 20 (17 20)		
Fenſhawe	—	571 (610)	
Ferdinand, Erzherzog	124 (160)		
Ferdinand IV. von Sicilien	129 137 158 172 (164 172 193 206)		
Ferdinand VII., K. v. Spanien	88 238 331 (124 271 363)	97 (100)	269 273 281 292 296 299
Ferdinand, König von Neapel	—	—	225
Fére de Villefrancon, Graf	—	69 (74)	
Fernambuco	345 (377)		
Ferrara	—	—	236 253
Ferronays, Graf de la	154 156 297 (189 191 330)	200 243 272 (200 244 273)	
Feth Ali Schah, König v. Perſien	—	147 (149)	
Feutrier, Biſchof	—	248 (249)	
Fieber, das gelbe, in Spanien	251 (283)		
Figueras, Feſtung	328 (360)	—	287
Fiquelmont, Graf	—	205 (205)	
Fiſcher, Landammann	—	—	192
Fitzgerald, Weſey	—	—	375 383
Fitz-James, Herzog	—	90 (94)	141
Fitzroy Somerſet, Lord	304 319 (337 352)		
Fitzwilliam, Lord	376 (407)		
Flandern	—	456 (487)	
Flensburg	—	—	545

Digitized by Google

Namen-Verzeichniß.	I. Bd. Seite.	II. Bd. Seite.	III. Bd. Seite.
Florenz, Lager bei	166 (200)		
Fokſchani, Ort	200 (234)		
Foligno, Lager bei	166 (200)		
Follenius, Karl	68 (73)		
Fontan	—	277 (277)	
Forbin-Janſon	15 (15)		
Forbin des Iſſarts	314 (346)	252 (253)	
Forli	—	—	236 264
Foſſano, Ort	176 (210)		
Fouché	11 14 (11 14)		
Foy, General	272 276 290 308 311 316 (304 308 321 341 343 348)	50 62 79 94 (56 68 83 98)	
Franchet	—	244 (245)	
Francisca, Infantin v. Portugal	—	—	283
Francisco, Don, Infant v. Spanien	—	—	292
Frankfurt a. M.	—	480 (521)	
Frankreich	—	49 (55)	
Franz von Salerno	135 (171)		
Franz I., Kaiſer von Oeſterreich	3 40 296 (3 40 329)		
Franz, König von Neapel	—	—	225
Franz II.	—	—	16
Franz, Herzog von Modena	124 (160)	—	242
Frayſſinous, Graf	—	69 90 243 (74 94 244)	
Frederikſtad	—	—	568
Freiheitskampf, der polniſche	—	518 (557)	
Freyre, Don Manuel, General	99 106 (135 141)		
Freyre, d'Andrade, Generallieut.	113 (149)		
Freyre, Biſchof	119 (154)		
Freiburg	—	—	176 194

Digitized by Google

Namen = Verzeichniß.	I. Band. Seite.	II. Band. Seite.	III. Band. Seite.
Freimaurer in Spanien . . .	240 (273)		
Frenkendorf	—	—	218
Friedrich, Prinz der Niederlande	—	466 (497)	
Friedrich I., König v. Würtemberg	48 50 (48 51)		
Friedrich VI., König v. Dänemark	—	—	535 547 568
Friedrich Auguſt, König v. Sachſen	—	39 486 (41 527)	
Friedrich Wilhelm, Herzog von Braunſchweig	47 (47)		
Friedrich Wilhelm III., König v. Preußen	3 40 296 (3 40 329)	225 483 (225 524)	
Fries, Profeſſor	62 (68)		
Frimont, General	165 174 (200 208)	—	254
v. Fritſch, Feldherr	75 (82)		
Fromont	—	289 (289)	
Froſinone, Lager bei	165 (199)		
Gaeta	171 (205)		
Galacz, Stadt	198 (232)		
Galaridi, Hafen	214 (247)		
Galdi	171 (205)		
St. Gallen	—	—	177 197 205
Gallepo, Dichter	92 (128)		
Gallo, Herzog di	152 159 163 (186 194 198)		
Gallois, Capitain	—	581 (619)	166
Garde, Graf de la	11 305 (10 338)		
Gareli, Miniſter	250 (283)	—	300
Gaſan, General	21 (21)		
Gasparone	—	—	259
Gascoyne	—	—	449
Gauloiſe (Suété)	—	—	589

Digitized by Google

Namen-Verzeichniß.	I. Bd. Seite.	II. Bd. Seite.	III. Bd. Seite.
Gautier	—	117 (120)	
Geismar, General	—	168 183 208 546 (169 184 207 584)	
Gendre	—	524 (563)	
Geneyx, Graf des	183 (217)		
Genf	—	—	177 191
Gent	12 (12)	461 (492)	
Gentz, Hofrath von	40 156 296 (39 191 329)		
Geoffroy	—	—	600
Georg III., König v. England .	42 357 379 (41 388 409)		
Georg IV., König v. England .	379 (409)	43 477 (44 508)	357 406
Georgien	—	147 (149)	
Geppert, General	167 (202)	—	255
Gera	—	502 (542)	
Gérard, General	—	358 369 383 423 (365 375 392 442)	10 114 594 611 656
Germanos v. Patras, Erzbiſchof	204 207 (238 240)		
Geruſia	209 (242)		
Gévaudan	269 (301)		
Ghika	—	168 (169)	
Ghiorgakis	201 (235)		
Gielgud	—	554 (592)	
Gilly, General	23 (23)		
Girardin, Graf	314 (346)	365 431 (371 449)	
Girod, de l'Ain	—	—	40 114 168 293 583

Digitized by Google

Namen = Verzeichniß.	I. Bd. Seite.	II. Bd. Seite.	III. Bd. Seite.
Gisquet	—	349 (356)	600 632
Giurgewo	—	168 (169)	
Glammorganſhire	364 (395)		
Glandeves, Baron v.	—	374 (381)	
Glasgow	364 373 (395 404)		
Glaubensheer	251 (283)		
Gloceſter, Herzog von	—	—	494
Goderich, Lord	417 419 (447 449)	—	358 415 479
Gogo	235 (268)		
Golowin	—	178 582 (179 620)	
Goltz, Graf	—	460 (490)	
Gontaut, Frau v.	—	364 (371)	
Gonzalez	—	—	299
Gordon, Richard, Geſandter .	156 (191)		
Görres, Jacob	55 58 (55)	26 (27)	
Goſzczynski	—	524 (563)	
Götha-Canal	—	—	553
Göttingen	—	498 (538)	
Goulaine	—	—	608
Goulbourn	—	—	377
Gouras	232 425 441 (265 455 471)		
Gouvion, St. Cyr	12 36 37 261 (11 35 36 293)		
Gower, Lord	—	—	378 429
Goyon	—	—	608
Grabinski, General	—	—	250 262
Grabowski, Graf	—	540 (579)	
Graham, Lord	416 (446)	—	415
Grant, Charles	—	—	363 375 415

Digitized by Google

Namen-Verzeichniß.	I. Band. Seite.	II. Band. Seite.	III. Band. Seite.
Graſſi, Graf	—	—	263
Grattan	372 (403)		
Graubündten	—	—	177
Gravina, Cardinal	138 (173)		
Green, Conſul	207 (241)		
Greenwich	—	—	429
Grégoire	266 (298)		
Gregor XVI.	—	—	246
Greigh, Admiral	—	176 (177)	
Grenoble	30 (30)	—	156 629
Grey, Graf	—	—	395 411 415 447 456 461 500 525
Griechen	198 (232)		
Griechenland	—	—	170 326
Griechiſche Revolution	190 (224)		
Grochow, Dorf	—	547 (586)	
Grodow	—	545 (584)	
Großbrittanien	—	—	357
Grouchy	15 (15)		
Guadaljara, Schlacht bei	318 (351)		
Guarini, Juſtizminiſter	174 (208)		
Guernon de Ranville	—	307 314 327 (307 317 331)	26 57
Guilleminot, General	333 473 (365 501)		
Guinard	—	421 (440)	105 629
Guizot	16 (16)	264 357 369 413 423 444 (265 363 375 432 442 465)	10 32 43 67 72 85 123 131 603 637 663
Gurrea, General	—	—	294
Guſtav IV., von Schweden	—	—	552

Digitized by Google

Namen-Verzeichniß.	I. Bd. Seite.	II. Bd. Seite.	III. Bd. Seite.
Haag, der	—	467 (498)	
Habeas-corpus Acte	370 392 (400 422)		
Häcker, Abgeordneter	—	23 (24)	
Haddington, Graf	—	—	480
Haki Paſcha	—	234 (234)	
Hagion Spiridion, Kloſter . .	469 (497)		
Hagios Nikolaos	432 (461)		
Halen, von	—	469 (500)	
Halil Paſcha	—	174 184 210 (175 185 210)	
Haller, Karl v.	—	—	186
Hamburg	47 (47)	483 (524)	
Hampdenclubbs.	367 (398)		
Hamid Bei.	—	225 (225)	
Hammerſtein, Freiherr v. . . .	—	11 (12)	
Handelscongreß zu Darmſtadt .	—	5 (5)	
Hannover	46 (46)		
Hannover, d. Königreich . . .	—	37 480 497 (37 521 537)	
Hardenberg, Fürſt	40 57 64 154 156 296 (39 57 70 189 191 329)	2 45 (2 46)	
Hardinge, General.	—	—	375
Harewood, Graf	—	—	397 494
Harrowby, Graf	380 416 (411 446)	—	470 500 503 510
Haſſan, Paſcha.	—	170 (172)	
Haſſelt	—	—	610
Haſtings Marquis v..	—	—	494
Haſtings, Capitain.	466 480 (494 507)		

Digitized by Google

Namen-Verzeichniß.	I. Bd. Seite.	II. Bd. Seite.	III. Bd. Seite.
Hatzfeld, Fürſt	296 (329)		
Hauke, Oberſt	—	526 540 (566 579)	
d'Hauſſez	—	300 328 (299 335)	26
d'Hauterive	—	528 (567)	
Hayti	—	96 (100)	
Heideck	466 (494)		
Heinrich V.	—	—	606
Hennequin	—	—	56
Herbold	—	487 (528)	
Heredia de Ofalia, Graf . .	—	—	271
Hermann, Generalconſul . . .	288 (320)		
Hermione	467 (495)		
Herries	—	—	361
Herzberg, General v.	—	491 (531)	
Heſſen, Kurfürſtenthum . . .	—	39 (41)	
Heſſen, Großherzogthum . . .	—	502 (542)	
Heſſen-Darmſtadt	48 54 (48 54)	35 480 (36 521)	
Heſſen-Homburg, General . .	166 (200)		
Hetäria, die	193 198 (227 232)		
Heyden, van der	482 (510)		
Heymes, Oberſt	—	383 (392)	
Hjerta	—	—	561
Hill, Lord	—	—	415
Hirſowa	—	171 (172)	
Hiſkos	210 (244)		
Hobhouſe	—	—	392 435
Hochberg, die Grafen von . .	52 (54)		
Hohenlohe, Fürſt von	321 (354)		
Holland, Lord	—	—	395 415
Holſtein	—	10 (12)	538 548
Hornthal, Juſtizrath v. . . .	—	20 21 505 (21 22 506)	

Digitized by Google

Namen-Verzeichniß.	I. Bd. Seite.	II. Bd. Seite.	III. Bd. Seite.
Hrabowski, General	—	—	265
Hubert	—	417 (435)	25
Hulot, General	—	—	156
Humann	290 (321)	54 (60)	604 624 663 684
Humboldt, v., Alexander . . .	40 296 (39 329)	—	19
Humboldt, Wilhelm v.	—	45 (46)	
Hume, Joſeph	—	—	429 518 522
Hunt	364 375 395 (405)		432 449
Hurtig	—	571 (610)	
Huſkiſſon, Lord	397 403 408 416 (427 433 437 446)		360 375
Huſſein Paſcha	458 487	163 (164)	
Hyde de Neuville	314 (346)	248 409 449 (249) 412 471)	
Hydra	205 229 432 (238 262 462)	—	336
Hypſilantis, Alexander . . .	197 216 (231 250)		
Hypſilantis, Demetrius . . .	206 443 (239 472)	196 (196)	332 343
Jabat, Kriegsminiſter	111 241 (147 274)		
Jacquinot de Pampelune . . .	—	438 (457)	
Jaen, Stadt	342 (374)		
Jahn, Friedrich Ludwig . . .	59 (66)		
Jambol, Stadt	—	222 (222)	
Janitſcharen, die	457 (486)		
Jankowski, General	—	547 571 (586 609)	
Jannina, Stadt	195 (229)		

Digitized by Google

Namen=Verzeichniß.	I. Bd. Seite.	II. Bd. Seite.	III. Bd. Seite.
Jars	—	249 (250)	
Jaſſy, Stadt	197 (231)	165 (166)	
Jaubert, Graf	—	—	696
Jaucourt, Graf	12 (11)		
Jbell, v., naſſ. Regierungspräſident	(70 76)		
Jbrail Paſcha	199 (233)		
Jbrahim Paſcha	430 480 (400 507)	—	326 640
Jeanne	—	—	598
Jeffreys	—	—	440
Jelski	—	538 (577)	
Jemappes	—	405 (423)	
Jena	—	41 502 (43 542)	
Jendrzejow	—	561 (599)	
Jenibazar	—	172 (173)	
Jermolow, General	—	147 (149)	
Jeſſakow	—	526 (565)	
Jeſuiten in Frankreich . . .	—	73 111 266 (78 114 266)	
Jeſuiten in Portugal	—	—	234
Jeſuiten in Rom	—	—	23[illegible]
Jeſuiten in Sardinien	—	—	221
Jeſuiten in der Schweiz . . .	—	—	182
Jetafe	—	—	283
Jezierski, Graf	—	534 (573)	
Jganie, Schlacht bei	—	555 (593)	
Jgnatios, Erzbiſchof	193 (227)		
Jnfantado, Herzog von	255 327 (287 360)	—	285 30[illegible]
Jnfantes, Obriſtlieutenant . . .	108 (143)		
Jnglis, Robert	—	—	392 427 523
Johann VI., König v. Portugal	112 345 (148 377)	—	308
Jordan, Profeſſor	—	489 (529)	

Digitized by Google

Namen-Verzeichniß.	I. Band. Seite.	II. Band. Seite.	III. Band. Seite.
Jordan, Camille	278 (310)		
Joubert	—	349 (356)	
Jourdan, Marſchall	21 (21)	444 (465)	
Journal de Debats	—	333 (340)	
Irland	391 (420)	—	370 378 419
Irun, Stadt	322 (355)		
Iſabella, Königin v. Spanien .	—	—	296
Iſakdſcha	—	171 (172)	
Iſthmus	205 (239)		
Iſturiz	—	—	293 710
Italien	—	—	170 222
Itſchkale	—	—	337
Itzehoe	—	—	548
Itzſtein, von	—	509 (549)	
Juanito	251 (283)		
Jubeljahr in Rom	—	—	232
Judenverfolgung	72 (80)		
Juli-Revolution	—	241 (242)	
Junta, die apoſtoliſche . . .	—	—	274
Jurnow, General	—	179 (180)	
Juſſuf Paſcha	424 (454)	181 (182)	
Jütland	—	—	548
Izzed Paſcha	—	206 (207)	
Kachowski	—	141 (143)	
Kalamata, Stadt	204 208 438 (238 241 468)		
Kale, Feſte	—	168 207 (169 207)	
Kalefat	—	183 (184)	
Kalergis	—	—	351
Kallimachis, Fürſt der Wallachei.	203 (236)		
Kaluſzyn	—	561 (599)	
Kaminar Sawa	199 201 (232 235)		
Kamptz, von	64 (70)		

Digitized by Google

Namen-Verzeichniß.	I. Bd. Seite.	II. Bd. Seite.	III. Bd. Seite.
Kamtſchick	—	180 (181)	
Kanakaris, Anaſtaſios, von Patros	208 (242)		
Kanaris, Konſtantin	229 237		
	433 (262		
	270 462)		
Kandia, Inſel	212 230		
	(246 263)		
Kantakuzenos, Georg, Fürſt . . .	200 (234)		
Kapidſchi Baſchi Paſcha Bei . .	194 (228)		
Kapodiſtrias, Auguſtin . . .	—	—	340
Kapodiſtrias, Johann, Graf . .	467 (495)	195 (196)	176 327
			331
Kapudan Paſcha	228 237	178 206	
	427 (261	(179 206)	
	269 456)		
Kara Ali	214 (247)		
Karabies, Arnautenhauptmann .	198 (232)		
Karaſeria, Stadt	231 (264)		
Karaiſkakis	425 (455)		
Karamaly	—	220 (220)	
Karaſu, Lager bei	—	171 (172)	
Kariſtos	425 (454)		
Karl XIII., König v. Schweden	—	—	552 569
Karl X., König v. Frankreich .	—	70 108	2 605
		120 198	720
		243 265	
		296 309	
		335 424	
		441 (75	
		110 123	
		199 244	
		266 296	
		312 343	
		443 460)	
Karl, Herzog von Braunſchweig .	—	42 477	
		489 (43	
		508 530)	

Namen-Verzeichniß.	I. Bd. Seite.	II. Bd. Seite.	III. Bd. Seite.
Karl, Großherzog v. Baden . .	51 (52)	31 (32)	
Karl, Prinz v. Preußen . . .	296 (329)		
Karl Albert v. Carignan, Prinz	175 (209)		
Karl Auguſt, Großherzog von Sachſen-Weimar	65 (71)	41 (42)	
Karl Felix, Herzog v. Genevois .	179 186 187 (213 220 221)		
Karl Johann, König v. Schweden	—	—	553 575
Karl Philipp, Graf v. Artois .	13 (12)		
Karlsbader Beſchlüſſe	43 (42)		
Karlsruhe	—	484 (524)	
Karpeniſſi	426 (455)		
Kars, Stadt	—	185 (186)	
Karvathi	233 (266)		
Kaſimierz	—	558 (597)	
Kaſſandra, Halbinſel	211 (244)		
Kaſſel	—	487 (527)	
Kaſtranitza, Stadt	231 (264)		
Katholikenemancipation . . .	—	—	370
Katholiſcher Verein in Irland .	—	—	370
Katrin	206 (239)		
Kaunitz-Rietberg, Fürſt	74 (82)		
Kearsley.	—	—	502
Kent, Grafſchaft	—	—	408
Kent, Herzog von	370 (400)		
Kératry, von	—	256 (256)	28
Kerſaudie	—	—	629
Khertwitz, Feſte	—	189 (190)	
Khaled Effendi	457 (486)		
Khosrew	424 (454)		
Kiapha (Klöſter)	196 230 (230 268)		
Kicki, Oberſt	—	(530 570)	
Kieler Frieden	—	—	535
Kieſer, Profeſſor	62 (68)		

Namen = Verzeichniß.	I. Bd. Seite.	II. Bd. Seite.	III. Bd. Seite.
King, Lord	—	—	469
Kirſa Mahmud Paſcha	—	185 (185)	
Kitſchiköw, Dorf	—	186 (187)	
Kiuprikoi	—	219 (219)	
Kieydany	—	573 (612)	
Kleiſt, General	—	165 (166)	
Klephten, die	422 (452)		
Kniazewicz, General	—	557 (596)	
Knorring, General	—	525 (564)	
Kochanowski, Graf	—	528 (567)	
Kock	—	560 (598)	
Kolettis	429 (458)	—	340 343
Kolokotronis, Theodor . . .	207 226 233 423 434 465 (240 260 366 453 464 493)	—	340
Kolyſzko	—	577 (615)	
Komboti	235 (268)		
Komierowski	—	359 (365)	
Kondouriottis, Georg	429 437 465 (458 467 493)	—	344
Konitza, Bezirk von	195 (229)		
Konſtantin, Großfürſt	146 (181)	522 (561)	
Kontojannis	232 (265)		
Korinth	208 225 232 (241 258 265)		
Kornbill	419 (449)		
Korolkow, General	—	191 (191)	
Koron, Feſtung	214 234 (247 267)	—	330
Kos, Inſel	433 (463)		
Koſſecki, General	—	529 (569)	
Koſtendſche	—	171 172)	

Namen-Verzeichniß.	I. Bd. Seite.	II. Bd. Seite.	III. Bd. Seite.
Kotzebue, v., ruſſ. Staatsrath .	64 69 (71 74)		
Kowno	—	545 556 584 (595)	
Krajowa	—	168 (169)	
Krakau	—	—	702
Kraſinski, Vincenz	—	520 (559)	
Kraſſowski, General	—	150 (152)	
Kreutz, General	—	552 (591)	
Kriwzow	—	(526 565)	
Krug, Profeſſor	—	15 (17)	
Krukowiecki	—	547 582 (586 620)	
Kruſemark, von	75 156 82 (191)		
Kruſzewski	—	530 (570)	
Krylow	—	558 (597)	
Kuba	—	149 (151)	
Kulewtſchka	—	212 (212)	
Kumani, Admiral	—	207 (207)	
Kuprianow, General	—	212 (213)	
Kurnatowski, General . . .	—	525 (564)	
Kurheſſen	46 (46)	486 (527)	
Kurow	—	552 (591)	
Kurſchid Paſcha	196 209 221 226 (230 243 254 259)		
Kurtupe	—	179 (180)	
Kuruta, General	—	525 574 (564 613)	
Küßnacht	—	—	217
Kypariſſi, Burg	440 (469)		
Kyriakos Mauromichalis . . .	235 (267)		
Kyrillos, Patriarch	204 (238)		
Labbey de Pompières	—	78 267 335 (83 267 342)	

Digitized by Google

Namen-Verzeichniß.	I. Bd. Seite.	II. Bd. Seite.	III. Bd. Seite.
Labedoyère, Obriſt	15 22 (15 22)		
Laborde	15 (15)		
Labouchere	—	—	516
Labourdonnaye	19 35 268 272 277 307 310 (18 34 300 304 309 340 343)	294 (294)	
Lacave, Laplagne	—	—	692
Lacombe	—	—	148
Ladron, Santos	251 (283)		
Lafayette	36 260 290 316 (36 292 321 348)	250 305 343 357 402 415 (251 305 350 365 420 434)	2 20 32 60 76 88 102 109 121 139 293 580 588 629 633 655
Lafitte	36 275 (36 307)	95 280 343 404 (99 280 350 422)	10 32 46 62 86 90 93 114 587 595 655
Lagarde, Graf	302 (334)		
Lagos	—	—	317
Laharpe, General	—	—	189
Lainé, Miniſter	29 34 268 282 (29 33 300 314)		
Lallemand, Brüder	15 (15)		
Lallemand, ſpaniſcher Student	279 (311)		
de Lalot	286 307 (318 340)		

Digitized by Google

Namen-Verzeichniß.	I. Bd. Seite.	II. Bd. Seite.	III. Bd. Seite.
Lamarque, General	15 (15)	280 (280)	70 72 79 104 119 131 588
Lamartin	—	—	698
Lamb	—	—	378
Lambrechts	266 (298)		
Lameth, Charles	—	—	43 66
Lansdowne, Marquis von	418 (448)	—	361 415 477
Langenau, General	—	—	176
Lanjuinais	21 (20)		
Lariſſa	206 (239)		
Larnica	212 (245)		
Laroche-Jaquelain, General	—	429 (447)	608
Laroche-Mace	—	—	608
Laroche-Saint-André	—	—	608
Larreguy	—	407 (409)	
Las Caſes, Graf	40 (39)		
Lascy, General-Lieutenant	96 (132)		
Latil, Graf	—	69 91 381 (74 95 390)	
Latour Maubourg, Graf	268 (300)		240
Latour Foſſac, General	—	434 (454)	
Lauriſton, General	—	67 (72)	
Lauſanne	—	—	199
Lavalette, Graf	15 22 (15 22)		
Laybach, Congreß von	145 156 (180 191)		
Lebadia	—	—	332
Lebeau, General	—	—	217
Lebzeltern, Freiherr	296 (329)	—	176
Lecarlier	266 (298)		
Lederer, General	166 (200)		
Ledochowski	—	541 568 (580 606)	

Digitized by Google

Namen-Verzeichniß.	I. Bd. Seite.	II. Bd. Seite.	III. Bd. Seite.
Leeds	373 (404)	—	372 422
Lefebvre-Desnouettes	15 (15)		
Lelewel, Profeſſor	—	529 (568)	
Lelovo	210 (243)		
Lemos	—	—	320
Lenzburg	—	—	195
Leo XII.	—	(458 489)	227
Leopold von Salerno	135 (171)		
Leopold I. König von Belgien	—	474 (505)	110 610
Leopold von Sachſen-Coburg	360 (391)	—	333
Leopold, Großherzog von Baden	—	509 (549)	
Lepanto	195 209 (229 242)	—	330 332
Lerida	259 (291)		
Lerna	233 (266)		
Leuchtenberg, Auguſt, Herzog von	—	472 (503)	
Levis, Herzog von	—	57 427 (62 446)	
Lezardières	—	449 (472)	
Libry Bagnano, Graf	—	465 (496)	
Liebenſtein, Freiherr v.	—	32 (33)	
Lieffenshoek	—	—	615
Lieſtal	—	—	208
Lieven, Graf	296 (329)		
Lillo, Feſte	—	—	615
Limburg	—	456 (487)	612
Limerick	371 (402)		
Lindberg, Hauptmann	—	—	564
Linden, General	—	573 (612)	
Lindenau, Geheimrath v.	—	486 (527)	
Lionne	—	—	621
Liſſabon	—	—	302
Liſt, Profeſſor	85 (121)	29 (29)	
Lithauen	523 555 (562 594)		
Lithorizza, Inſel	196 (230)		
Lithorizza, Burg	208 (244)		

Digitized by Google

Namen-Verzeichniß.	I. Bd. Seite.	II. Bd. Seite.	III. Bd. Seite.
Livadien	204 208 425 (238 241 455)		
Liverpool, Lord	385 395 (415 425)	—	370
Llauder, General	—	—	298 678
Livia	259 (291)		
Llobera	329 (361)	—	287
Lobau, General	15 (15)	358 385 418 (365 395 437)	15 63
Löbbecke, Ludwig	—	495 (535)	
Logen, die, in Frankreich	292 (325)		
Lokris	209 (242)		
Lomza	—	562 (601)	
Londonderry, Marquis	297 416 (330 446)	—	447 452 479
Londos	429 (458)		
Lopez-Balleſteros	—	—	271
Lopez Bannos	240 318 334 (272 350 366)		
Lorca, Platz	337 (369)		
Lornſen	—	—	543
Lorient, Stadt	281 (313)		
Loſada, pol. General de	101 (137)		
Ludwig Napoleon	—	—	719
Louis, Baron	12 261 294 (11 293 326)	423 (442)	10 96
Louvell, Louis Pierre, Mörder	271 280 (303 312)		
Löwen	—	—	611
Löwenhjelm, Graf	—	388 (398)	
Lowicz, Fürſtin	—	522 (561)	
Lubartow	—	560 (599)	
Lübeck	47 (47)		

Digitized by Google

Namen-Verzeichniß.	I. Bd. Seite.	II. Bd. Seite.	III. Bd. Seite.
Lubecki, Fürſt	—	522 (562)	
Lubienski	—	548 (587)	
Lubkin	—	552 (591)	
Lubowidcki	—	524 (563)	
Lucheſi-Palli, Graf	—	—	610
Lucheſi-Palli, Gräfin	—	—	628
Ludre, de	—	—	636
Ludwig XVI.	2 (2)		
Ludwig XVIII., König von Frankreich	8 11 18 29 262 300 305 (8 11 18 28 294 333 338	51 69 (57 74)	274
Ludwig Philipp, König der Franzoſen	—	405 453 (423 483)	7 51 92 112 128 160 169 580 603 638 676
Ludwig, Großherzog von Baden	—	31 509 (32 549)	
Ludwig, König von Baiern	466 (494)	25 505 (26 545)	
Lunel	—	—	155
Lutiniec	—	559 (598)	
Lüttich	—	461 (492)	
Luxemburg	—	—	612
Luzern	—	—	176 191 197
Lyndhurſt, Lord	417 (447)	—	494 569
Lyon	—	305 (305)	143 629 648
Lyſaboki	—	570 (609)	
Maanen, v., Juſtizminiſter	—	462 (493)	
Macannaz, Don Pedro	92 (128)		

Digitized by Google

Namen = Verzeichniß.	I. Bd. Seite.	II. Bd. Seite.	III. Bd. Seite.
Macauley	—	—	430 516 519 523
Macedonien	205 211 (239 244)		
Macerata, Lager bei	165 (199)		
Machnicki	—	529 (568)	
Macſin	—	168 171 (170 172)	
Madatow, General	—	147 (149)	
Madier de Montjau	276 (308)	—	57
Madrid	327 (359)		
Maëſtri perfetti	—	—	224
Mageſſi	—	—	305
Mahmud, Paſcha von Morea	209 (243)		
Mahmud, Sultan	194 457 (228 486)	159 206 (160 206)	641
Maillardoz, Obriſt	—	367 (373)	
Maina, Stadt	204 (238)	—	337
Mainoten	428 (458)		
Majocchi, Theodor	387 417)		
Maiſon, General	—	194 440 (195 459)	40 91 329
Maitland, Sir Thomas	215 (248)		
Makrinoros	236 (269)		
Makrys	236 (269)	—	353
Malachowski	—	530 548 (569 587)	
Malaga	247 (280)		
Mancheſter	364 368 375 (395 399 405)	—	372 422
Mandelslohe, Graf	86 (122)		
Männerbund	—	18 (19)	
Mannheim	—	484 (524)	
Manveſa, Junta von	—	—	289
Mansfield, Graf	—	—	453 468

Digitized by Google

Namen-Verzeichniß.	I. Bd. Seite.	II. Bd. Seite.	III. Bd. Seite.
Manuel	260 275 290 313 (292 307 321 345)		
Manuri	251 (283)		
Maranon, Antonio	—	—	351
Maraſch, Dorf	—	174 (175)	
Marcellus, von	268 (300)		
Marchal	—	409 (413)	
Mardi	—	—	250
Maret	—	—	661
Marie Chriſtine, Königin von Spanien	—	—	281 297 300
Marie, Königin von Sachſen .	—	—	291
Marie Iſabelle, Infantin . .	—	—	304
Maria da Gloria von Portugal	—	—	308
Donna Maria II.	—	—	318
Marie Louiſe von Oeſterreich. .	124 (160)		
Maria Thereſia, Herzogin von Angoulême	13 21 13 (20)		
Markow, General	—	525 (264)	
Marmont, Marſchall, Herzog von Raguſa	—	341 (348)	
Marraſt	—	—	622 629
St. Marſan, Marcheſe . . .	156 178 (191 213)		
Marſan, Pavillon	13 17 24 (14 17 24)		
Marſchall, Freiherr von . . .	75 (82)		
Marſeille	—	—	155 629
Martignac, von	310 (343)	244 263 (245 264)	53 162
Martin, Profeſſor	52 (53)		
Martinez de la Roſa	92 250 (128 283)	—	293 299 678

Digitized by Google

Namen-Verzeichniß.	I. Bd. Seite.	II. Bd. Seite.	III. Bd. Seite.
Martinez de San Martin . .	247 (279)		
Maſcara	—	—	683
Maßmann, Student	63 (69)		
Maſſéna, Marſchall	21 (21)		
Maſſon	—	(53 59)	
Mataflorida, Marquis von . .	258 (291)	—	274
Mauguin	—	280 288 335 368 386 418 (280 288 343 374 395 437)	37 68 73 85 119 129 588
Maurokordatos, Alexander . .	208 234 423 (242 273 453)		
Mauromichalis, Georg . . .	—	—	339
Mauromichalis, Konſtantin . .	—	—	339
Mauromichalis, Pietro . . .	423 (453)		
Maximilian Joſeph, König von Baiern	—	25 (26)	
Maxwell, Capitain	371 (402)		
Méan, Graf	—	458 (489)	
Méchin	—	257 369 (257 375)	
Meciſzewski	—	526 (566)	
Medina-Celi, Herzog . . .	—	—	300
Megara	232 (265)	—	344
Mehemed Ali, Paſcha von Aegypten	194 222 430 (228 255 459)	—	640
Mejico	—	—	291
Melbourne, Lord	—	—	415 472
Melidoros	213 (246)		
Melville Viſcount	416 (446)		
Mendizabal	—	—	293 709
Mengen	—	—	254
Menotti, Ciro	—	—	244

Digitized by Google

Namen=Verzeichniß.	I. Bd. Seite.	II. Bd. Seite.	III. Bd. Seite.
Menzikow	—	176 (177)	
Mequinenza, Feſte	318 (351)		
Mercy, Graf	296 (329)		
Mérilhou	—	93 337 (97 344)	4062 68 90 96
Merlin von Douay	15 (15)		
Meſambri	—	207 220 (207 220)	
Meſſina, Stadt	140 (175)		
Meſſolunghi, Stadt	209 236 427 442 (242 269 456 471)		
Meſolongi	—	—	332
Metaxas	—	—	353
Metternich, Fürſt	40 74 148 188 296 (39 81 183 222 329)	1 43 132 196 (1 44 135 197)	15 91 164 250 267 308
Miaulis, Admiral	432 436 (462 466)	—	332 338
Michael, Großfürſt	—	168 545 (170 584)	
Michel	—	—	629
Mignano, Lager bei	170 (205)		
Mignet	—	331 407 (338 409)	
Miguel, San, Miniſter . . .	302 (335)		
Miguel, Dom	348 (379)	—	111 307 313
Mikalis, Anthanaſios	438 (468)		
Milans, General	96 259 (132 291)		
Milazzo, Stadt	141 (176)		
Miloradowitſch	—	139 (141)	
Miloſch, Serbenfürſt	199 (233)		

Digitized by Google

Namen=Verzeichniß.	I. Bd. Seite.	II. Bd. Seite.	III. Bd. Seite.
Milton, Lord	376 (407)	—	516
Mina, General	105 240 249 259 318 328 (141 272 281 291 350 360)	—	294 680
Minciaky	463 473 (491 501)	155 (157)	
Minichini, Domherr	133 (168)		
Minsk	—	561 (599)	
Mir Campillo, Biſchof von Almeria	91 103 (127 139)		
Misley	—	—	244
Mittermaier	—	509 (549)	
Mitylene	213 434 (246 463)		
Mochnacki, Moritz	—	529 (568)	
Modena	—	—	248
Modlin	—	545 (584)	
Modon, Feſtung	214 234 (247 267)	194 (195)	330
Mohamed Ali, Prinz	221 (254)		
Mohamed Bei	195 (229)		
Mohr, General	168 (203)		
Moldau, die	190 (224)		
Molé, Graf	36 (35)	89 99 260 (93 103 261)	10 90 141 293 659 687 714
Molitor, General	321 337 (354 369)		
Mollien, Graf	—	58 (63)	
Molza, di. Marcheſe	157 (191)		
Moncey, Herzog von Conegliano	21 322 328 (21 354 360)		
Monembaſia	206 (239)		

Namen = Verzeichniß.	I. Bd. Seite.	II. Bd. Seite.	III. Bd. Seite.
Monmouthſhire	364 (395)		
Montalivet, Graf	—	389 (398)	40 96 162 168 583 601 730
Montbell, v.	—	246 280 294 307 313 318 (247 281 294 307 316 321)	26
Montebello, Herzog	—	—	703
Montealegre	—	—	304
Montgelas, v., Graf	48 (48)		
Montijo, Graf	95 325 (132 358)		
Montloſier, Graf	—	92 106 111 (96 109 114)	
Montmorency, Mathieu de, Vicomte	288 295 297 (320 328 330)		
Montpellier	10 (10)	—	155
Montroſe, Herzog von . . .	416 (446)		
Montrouge	—	73 (78)	
Morawski, Theophil	—	537 (576)	
Morea	204 (238)	195 (195)	326
Morelli, Michele	133 (168)	—	
Moreno, General	—	—	295
Morey	—	—	689
Morillo, General	93 244 255 323 (129 276 287 355)	—	298
Morosco, Marcheſe di . . .	181 (216)		
Mortemart, v., Herzog . . .	—	396 434 (405 451)	18 71 141
Mortier, Marſchall	21 (21)	—	663

Digitized by Google

Namen-Verzeichniß.	I. Bd. Seite.	II. Bd. Seite.	III. Bd. Seite.
Moſcoſo, Miniſter	250 (283)		
Moſtaganem	—	—	681
Moß, Vertrag von	—	—	569
Mounier, Graf	40 (40)	103 (106)	141
Mouſtier, du, Marquis . . .	—	67 (72)	
Mouton-Douvernet	15 23 (15 23)		
Müffling, General	—	225 (225)	
Muktar	196 (230)		
Mulgrave, Graf	—	—	467
Münch-Bellinghauſen . . .	—	8 (10)	
München	—	26 (27)	
Münden	—	499 (540)	
Munkatſch, Feſtung	201 (235)		
Münſingen	—	—	201
Münſter, Graf	75 (82)	42 477 497 (43 508 537)	
Muralt, von	—	—	194
Murat, König	129 (156)		
Murawiew, General	—	142 191 (144 191)	
Murray, Lord James	367 (397)		
Murray, Georg	—	—	375
Muri	—	—	196
Murten, Stadt	—	—	194
Murviedro, Burg von . . .	330 (362)		
Muſtapha Paſcha von Scutari .	195 427 (229 456)	231 (231)	
Muy, General	255 (287)		
Mycielski, Graf	—	551 (591)	
Nabielak, Ludwig	—	523 (563)	
Nakhitſchewan	—	150 (152)	
Nantes, Stadt	281 (313)		
Nantil, Capitain	281 (313)		
Napier, Capitain	—	—	316

Digitized by Google

Namen-Verzeichniß.	I. Bd. Seite.	II. Bd. Seite.	III. Bd. Seite.
Napoleon	2 284 (2 315)	—	175
Nardi, Advocat	—	—	248
Narew	—	561 (600)	
Naſelli, Diego, General . . .	138 (173)		
Naſſau, Herzogthum	48 (48)	37 480 (37 521)	
Nauplia	208 233 428 439 (241 266 458 469)	—	343
Navarino	206 436 479 (240 465 507)	128 194 (130 195)	330
Navarra.	318 (350)		
Neapel	134 (169)	—	223 225
Negroponte	209 425 (242 454)		
Neipperg, Graf	297 (330)	—	248
Nemours, Herzog von . . .	—	453 472) (483 503)	594
Neri-Corſini, Fürſt	157 (191)		
Neſſelrode, Miniſter von . . .	40 154 156 219 296 (39 189 191 252 329)	161 (162)	71 345
Neuenburg, Fürſtenthum . . .	—	—	177 220
Neucaſtilien	318 (350)		
Newcaſtle, Herzog von . . .	418 (448)	—	585 394
Newport, John	—	—	516
Ney, Marſchall	15 21 22 (15 21 22)		
Nicolaus, Kaiſer von Rußland .	474 (501)	138 177 205 519 (140 178 205 559)	17

Digitized by Google

Namen-Verzeichniß.	I. Bd. Seite.	II. Bd. Seite.	III. Bd. Seite.
Nicoſia	212 (245)		
Niederaragon	318 (351)		
Niederlande	—	455 (486)	613
Niemcewiz, Julian	—	528 (567)	
Niemojewski	—	538 (577)	
Nikitas	233 (266)		
Nimes	10 (10)	—	155
Niſſa, Stadt	204 (238)		
Noailles, Herzog von	—	440 (459)	141
Norfolk, Herzog von	—	—	399
Norfolk, Grafſchaft	376 (407)		
Noriega, Hevia y	—	—	301
Normann, General	225 235 (258 268)		
Norwegen	—	—	531 567
v. Noſtiz, General	—	179 (180)	
Nottingham	364 (395)	—	498
Novara, Cardinal von	181 (216)		
Novara, Feſte	184 (219)		
Nowicki, General	—	526 (566)	
Nowoſilzow, ruſſiſcher Staatsrath	147 (181)		
Nugent, General	132 (167)		
Nunziante, General	133 (168)		
Obert	321 (354)		
Obolensky	—	141 (143)	
Ocanna	101 (137)		
O'Connell, Daniel	406 (436)	—	370 382 400 419 442 449 519
O'Daly, Demetrio	98 318 (134 351)		
Odier	—	385 (395)	
Odilon Barrot	275 (307)	416 440 (435 459)	588 595 637 665
O'Donnell	322 (355)	—	273

Digitized by Google

Namen = Verzeichniß.	I. Bd. Seite.	II. Bd. Seite.	III. Bd. Seite.
O'Donoju	92 116 (128 143)		
Odyſſeus	232 425 (265 455)		
Ofalia, Graf	—	—	275 297 300
Ofen, Profeſſor	62 (68)	26 (27)	
Oldenburg, Großherzogthum . .	47 (47)	480 (521)	
Ollini, General	—	—	253
Olymp	—	—	347
Omer Brione, Bei von Delvino	209 235 425 (243 268 455)	178 (179)	
Oneto, Küſtenfluß	142 (177)		
Oporto	115 (151)	—	302 305 310 312
Oranien, Prinz von	—	460 (490)	610
Orden, der, vom Hammer . .	244 (276)		
Ordonneau, General	—	—	146
Orleans, Herzog von	282 (313)	77 95 (81 99)	2
Orleans, Herzog von, der Sohn	—	—	149 702
Orlow, Michael	144 (146)	—	613
Oscar, Kronprinz von Schweden und Norwegen	—	—	574
Oſimo	—	—	255
Osman, Paſcha	—	239 (239)	
Osmanli	(190 225)		
Oſterode	—	497 (538)	
Oeſterreich	—	2 44 (2 45)	
Oſtolazza, Domherr	95 (131)		
Oſtrolenka	553 564 (592 602)		
Oſtrostſchenko, General . . .	—	213 (213)	
Oſtrowski, Wladislaw . . .	—	530 (569)	
Otranto, Herzog von	11 (11)		
Otto, Prinz von Baiern . .	—	—	315

Namen-Verzeichniß.	I. Bd. Seite.	II. Bd. Seite.	III. Bd. Seite.
Oudinot, Marſchall	321 (354)	121 (123)	
Oviedo	—	—	276 281
Pac, Graf	—	528 (567)	
Padua, Herzog von	15 (15)		
Pagès, Garnier, ...	—	—	122 629
Pahlen, General	—	213 545 (213 584)	703
Pajol, General	275 (307)	366 403 441 (372 421 460)	
Palafox	92 (128)		
Palamidis, Felſenburg . . .	208 234 429 (241 267 459)		
Palermo	137 142 172 177)		
Palmella, Herzog von	121 (156)	—	312
Palmerſton	417 (447)	—	363 375 415 436 447 614 716
Pamplona, Stadt	323 (355)		
Pamplona, General	—	—	304
Pankratiew, General	—	153 (155)	
Papa Fleſſas	438 (468)		
Para, Stadt	345 (377)		
Paravadi	—	172 210 (173 210)	
Paris, Befeſtigung von	—	—	626
Parga	194 (228)		
Parlamentsreform	—	—	412
Parma	—	—	248 253
Parnell, Henry	—	—	414
Pasquier, Graf	11 14 267 278 (11 14 299 309)	58 88 99 452 (63 92 103 482)	58

Digitized by Google

Namen-Verzeichniß.	I. Bd. Seite.	II. Bd. Seite.	III. Bd. Seite.
Paß der fünf Brunnen	210 (244)		
Paſſy	—	—	661 686
Paszkiewicz	—	148 184 235 577 (150 185 235 616)	
Patras	207 234 (240 266)	194 (195)	330
Patuzzi, General	—	—	263
Paulze, d'Yvoi	—	—	249
Pedro, Dom	346 (377)	—	303 308 315 318
Peel, Robert	394 415 416 (424 445 446)	—	368 388 405 410 414 437 451 497 518 522
Pehliwan, Paſcha	195 196 (229 230)		
Pelet de la Lozère	—	—	691
Pellegrini blanchi	—	—	224
Penafiel, Graf von	119 (154)	—	306
Penaverde	—	—	305
Péniſſière, Schloß	—	—	608
Penryn	—	—	374
Pepas, Manuel	211 (244)		
Pepe, Floreſtano, General . .	141 (176)		
Pepe, Guglielmo, General . .	134 136 162 166 (169 171 196 200)		
Pepinis, Georg	229 237 (262 270)		
Percival, Spencer	—	—	440
Pereira, Obriſt	—	—	310

Digitized by Google

Namen-Verzeichniß.	I. Bd. Seite.	II. Bd. Seite.	III. Bd. Seite.
Périer, Caſimir	36 275 (36 307)	50 54 66 94 332 391 423 442 (56 60 71 98 340 401 442 463)	10 93 102 114 132 149 265 581
Perpignan	—	—	629
Perrone, Hector, Ritter . . .	175 (210)		
Perſil	—	335 (343)	53 83 90 621 632 646
Perugia	—	—	247
Peſaro, Lager bei	165 (199)	—	255
Peſcara	171 (205)		
Peſtel, Obriſt	—	143 (145)	
Peta	235 (268)		
Petre, Lord	—	—	399
Petros Mauromichalis	204 (238)		
Peyronnet, Miniſter	288 (319)	65 99 108 121 298 320 (70 102 110 124 297 323)	26 55
Pézenas	—	—	155
Philhellenen	411 (441)		
Piada, Flecken	208 451 (242 480)		
Piemont	—	—	223 249
Pino, Fernandez del	—	—	297
Piteſcht, Ort	200 (234)		
Pius VII.	126 (162)	—	182 226
Pius VIII.	—	—	239
Plaka	235 (268)		
Plaſencia General	—	—	294

Digitized by Google

Namen-Verzeichniß.	I. Band. Seite.	II. Band. Seite.	III. Band. Seite.
Platen, Graf	—	—	576
Pleignier, Schuhmacher	31 (31)		
Pleſſen, Freiherr von	75 (82)		
Pliaſſa, Paſcha von Berat . .	209 (243)		
Plichta, Andreas	—	529 (568)	
Plunkett, Lord	—	—	396 484
Podolien	—	523 556 576 (562 595 615)	
Poërio	171 (205)		
Polangen	—	574 (612)	
Polen	7 146 7 (181)	518 (557)	
Polignac, Fürſt	—	19 202 275 278 299 307 420 (18 203 275 278 299 306 450)	26
Pombley Sierra	250 (283)		
Ponary	—	575 (613)	
Poncelet	—	—	159
Pontfarcy	—	—	608
Pontivy, Stadt	—	304 (304)	
Poreck	—	558 (597)	
Porlier, gen. Marqueſito, General	94 (130)		
Poros, Inſel	465 (493)	—	337
Portal, Baron	261 (293)	119 (122)	
Portalis, Graf	—	119 243 253 294 (122 244 254 294)	141
Port-au-Prince	—	96 (100)	
Portland, Herzog von	417 (447)		
Portugal	—	—	301
Poſonby, Lord	—	474 (505)	

Digitized by Google

Namen-Verzeichniß.	I. Bd. Seite.	II. Bd. Seite.	III. Bd. Seite.
Poti, Feſte	—	—	189 (190)
Potocki, Stanislaus	—	526 (565)	
Potter, de	—	464 (495)	
Povoas	—	—	312
Pozzo di Borgo, Graf	40 156 266 296 (39 191 298 329)	199 273 (200 273)	6 71
Punagiotis Bottaſis	429 (458)		
Praga	—	524 548 588 (563 587 626)	
Pratteln, Dorf	—	—	218
Praun, von	—	477 (508)	
Preußen	2 44 (2 45)		
Preveſa, Stadt	196 207 425 (230 241 (255)	—	332
Prevôtalhöfe	20 (20)		
Priero, Marcheſe di	175 (210)		
Primas, Lord	—	—	397
Primaten	422 (452)		
Prondzynski	—	553 (591)	
Provinzialſtände, die preußiſchen	—	46 (52)	
Pruntrut	—	—	201
Pſara	205 237 431 (238 476 460)		
Puebla, Schlacht bei	259 (291)		
Puig, Don Joſe Maria	—	—	300
Pulawski	—	579 (618)	
Pulawy, Uebergang bei	—	552 (591)	
Pultuſk	—	569 (607)	
Puycerda	259 (291)		

Digitized by Google

Namen-Verzeichniß.	I. Bd. Seite.	II. Bd. Seite.	III. Bd. Seite.
Puyraveau, Audry de.	—	—	69 588 609 633
Pyrenäiſche Halbinſel	—	—	170 268
Quadri	—	—	189
Quelen, Erzbiſchof von	—	59 (64)	
Queluz, von	—	—	313
Queſada	—	—	679
Quidding, von	—	—	561
Quinſonnas, General	—	355	
Quintana, Dichter	92 (128)		
Quiroga, Antonio	98 106 248 338 (134 142 280 370)		
Radner, Graf	—	—	481
Radziwil, Michael	—	528 542 (567 581)	
Raguſa, Herzog von	30 (30)		
Rajas, die	191 (225)		
Rainer, Erzherzog	180 297 (214 330)		
Rambouillet, Schloß	—	429 (447)	
Ramel, General	10 (10)		
Rankos	—	—	351
Raſpail	—	—	629
Rauſchenplatt	—	498 (538)	
Rautenſtrauch, General	—	529 (569)	
Ravenna	—	—	236 267
Ravez, Präſident	314 (346)	294 (294)	
Raygrod	—	572 (610)	
Rayneval	40 288 (40 320)		
Recacho	—	—	281
Recamier	—	264 (265)	
Rechberg, Graf	75 (82)		
Redſchid Paſcha	440 (470)		
Reggio	—	—	248

Digitized by Google

Namen-Verzeichniß.	I. Bd. Seite.	II. Bd. Seite.	III. Bd. Seite.
Regis, Obriſt	184 (218)		
Regnault de St. Jean d'Angely	15 (15)		
Rego, General	—	—	304
Reichenbach, Gräfin	—	40 489 (42 530)	
Reichſtadt, Herzog v.	—	198 (199)	16
Rembowski	—	566 (605)	
Rendburgs	—	—	546
Rennes, Stadt.	281 293 (313 326)		
Rentengeſetz, das	—	58 (63)	
Reſchid Paſcha	236 (269)	210 (210)	
Retimo	230 (263)		
Reus, Stadt in Spanien. . .	105 (141)	—	289
Reuß-Greiz	—	480 (521)	
Reuß-Lobenſtein	—	480 (521)	
Reuß-Schleiz	—	480 (521)	
Rezende, Graf, Generalmajor .	119 (154)		
Rheinſchifffahrt	—	5 (5)	
Rhigas	193 (227)		
Rhodus, Inſel	212 214 (245 247)		
Riallé, Gefecht bei	—	—	608
Ribeaupierre, von	475 (500)		
Richelieu, Herzog von. . . .	12 23 35 40 260 273 282 (11 23 35 40 292 305 314)		
Richmond, Herzog von	—	—	416 452
Richter	—	526 (565)	
Ricord, Admiral	—	—	339 347
Rieder Vertrag	52 (53)		

Namen-Verzeichniß.	I. Bd. Seite.	II. Bd. Seite.	III. Bd. Seite.
Riego Rafael	98 111 240 245 250 255 341 (134 147 272 278 283 287 373)		
Rieti, Stadt	166 (200)		
de Rigny, Admiral	479 (507)	299 423 (299 442)	96 584 604 646 660 663
Rimini	—	—	254 264
Rimnik, Stadt	201 (234)		
Rindeſchwender	—	509 (549)	
Ripoll, Schlacht bei	329 (361)		
Rivas, Herzog von	—	—	293
Robinſon, Miniſter	397 416 (427 446)		
Rochelle	293 (326)		
Rock, Capitain	392 (422)		
Rodde	—	—	629
Roden, Graf	—	—	527
Rödiger, Student	63 (69)		
Rodil, General	—	—	320 680
Rodriguez, General	246 (279)		
Rodrigues, Olinde	—	—	152
Roguet, General	—	—	146
Rohland	—	576 (614)	
Romagna	—	—	248 260
Romarino	—	570 (608)	
Romero Alpuente	248 (281)		
Romorate, Miniſter	250 (283)		
Ronko	—	573 (612)	
Roſe, Cabinetsrath	—	500 (541)	
Roſeberry, Graf	—	—	482
Roſen, General	—	545 (583)	
Roeſkilde	—	—	548

Digitized by Google

Namen-Verzeichniß.	I. Bd. Seite.	II. Bd. Seite.	III. Bd. Seite.
Roſſiene	—	556 (595)	
Roth, General von	—	165 182 210 (167 183 210)	
Rothſchild, das Haus . . .	—	86 (90)	
Rott	—	557 577 (595 615)	
Rotteck, Karl von	—	32 509 (33 549)	
Rotten, Antonio, General . .	98 259 (134 291)		
Rouſſin, Admiral	—	—	111 641 646
Rouſſos	213 (246)		
Rovigo, Herzog von	15 (15)	—	15 625
Roy, Graf	267 287 294 (299 319 326)	57 88 243 270 (62 92 244 271)	
Royaliſten	286 (318)		
Royer Collard	24 275 277 290 310 315 (23 307 309 321 343 347)	61 115 245 310 (67 118 246 213)	136 673
Roznieckí, General	—	526 (566)	
Rozycki	—	577 (615)	
Rückmann, Baron	—	—	339
Rudgewitſch, General	—	165 170 (167 171)	
Rüdiger, General	—	171 557 (172 595)	
Ruffo, Fürſt	152 159 (186 194)		
Rumelioten	—	—	344

Digitized by Google

Namen-Verzeichniß.	I. Bd. Seite.	II. Bd. Seite.	III Bd. Seite.
Rumigny, von	—	—	703
Ruſſel, Lord	—	—	368 373 408 415 422 444 450 457 500
Rußland	—	129 (131)	
Rutland, Herzog von	416 (445)		
Rybinski	—	554 (292)	
Rykonty	—	574 (613)	
Ryleiew	—	141 (143)	
Ryeden, General	—	210 (25)	
Sachſen, Königreich	—	39 48 480 484 (40 47 521 525)	
Sachſen-Altenburg	—	480 (521)	
Sachſen-Gotha-Altenburg	—	41 (43)	
Sachſen-Hildburghauſen	—	41 (43)	
Sachſen-Koburg	—	41 480 (43 521)	
Sachſen-Meiningen	—	41 (43)	
Sachſen-Weimar	—	480 (521)	
Sachturis, Admiral	432 442 (462 471)		
Sacken, General	—	562 (600)	
Sade, de	—	—	89 665
Sadler	—	—	392
Saëz, Victor, Miniſter	—	—	270
Sagres	—	—	317
Saint-Aulaire, Graf	—	—	362
Saint-Etienne	—	-	629
Saint-Cricq, Graf de	—	244 (245)	
Saint-Prieß	—	—	606
Saint-Romans	—	260 (261)	
Saint-Simon, Graf	—	—	151

Digitized by Google

Namen-Verzeichniß.	I. Bd. Seite.	II. Bd. Seite.	III. Bd. Seite.
Saint-Simoniſten	—	—	601
Sala, von	—	347 (354)	
Salaberry	19 35 (19 34)	103 114 290 (106 118 290)	
Salamis	425 (455)		
Salazar, Miniſter	—	—	270 282
Saldanha-Daun, Graf . . .	—	—	307 312
Salecki	—	571 610	
Salieri, della Torre, Graf . .	182 (216)		
Salisbury, Marquis	—	—	398 504
Salik-Paſcha	458 (486)		
Salmon, Staatsrath	—	—	286
Salmour di Andezeno, General .	182 (216)		
Salona	—	—	332
Salonichi, Golf	205 211 (239 244)		
Salvandy	—	303 (303)	730
Salverte, Euſèbe	—	409 449 (413 472)	27 37 66 74 85
Sam-Payo, Graf	119 (154)		
Samier, die	227 (260)		
Samos, Inſel	212 214 227 432 (245 247 260 462)		
Sampayo	350 (382)		
Samperes	—	—	288
San Carlos, Herzog von . .	88 (125)		
San Domingo	—	96 (100)	
San Germano, Verſchanzung bei	166 (200)		
San Leone	—	—	247
San Miguel	—	—	293
San Salvador	336 (368)		
San Sebaſtian, Stadt . . .	323 324 (355 356)		
Sanchez Salvador, General . .	246 (279)		

Namen-Verzeichniß.	I. Bd. Seite.	II. Bd. Seite.	III. Bd. Seite.
Sand, Karl Ludwig	68 (74)		
Sandels, Graf	—	—	575
Sant Jago	—	—	279
Santa-Cruz, Marquis	—	—	300
Santa Roſa, General	182 188 436 (216 222 466)		
Saragoſſa	105 246 325 (140 278 357)	—	280
Sardarabad, Feſte	—	151 (153)	
Savary	—	—	625
Sardinien	—	—	173 224
Sarner Bund	—	—	215
Sarsfield, General	97 (132)	—	679
Sartorius	—	—	316
Sarum	—	—	454
Saß, Obriſt	—	526 (566)	
Satanow	—	577 (615)	
Sauzet	—	—	56 661
Scalanuova, Stadt	212 432 (245 462)		
Scarlett, James	—	—	459
Schachowskoi, Fürſt	—	545 (584)	
Schaffhauſen	—	—	198 206
Schambora, Fluß	—	147 (149)	
Schelling	—	26 505 (27 545)	
Scheltens, Polizeiagent	31 (31)		
Schenck, von	—	506 (546)	
Scherbatow, General	—	182 (183)	
Schiak-Ali	—	149 (151)	
Schinznacher Verein	—	—	188
Schleswig	—	—	538 548
Schlußacte, Wiener	43 (42)		
Schmalz, Geheimrath	56 64 (56 70)		

Digitized by Google

Namen-Verzeichniß.	I. Bd. Seite.	II. Bd. Seite.	III. Bd. Seite.
Schmidt-Phiſeldeck, Geheimrath .	—	42 (44)	
Schnell, Dr.	—	—	201
Schonen, von	292 (325)	332 386 423 (349 395 441)	75
Schramm, General	—	—	594
Schulenburg, Graf v.	75 (82)		
Schumla	—	167 172 (168 173)	
Schwarzenberg, Fürſt	74 (82)		
Schwarzburg-Rudolſtadt . . .	—	480 (521)	
Schweden	—	—	531 551
Schweitzer	62 (68)		
Schweiz	—	—	170 704
Schwerin	—	502 (542)	
Schwindel	—	506 (546)	
Schwyz	—	—	177 199 220
Sebaſtiani	—	102 286 295 335 356 412 444 (105 286 295 343 363 431 465)	10 48 70 73 87 91 96 101 118 128 166 638 646
Seeland	—	—	548
Seidenſticker	—	498 (538)	
Seku, Kloſter	202 (235)		
Selah	196 (230)		
Semonville, Marquis	—	374 (380)	
Sempacher Verein	—	—	188
Senft v. Pilſach, Graf	—	—	176
Septembergeſetze in Frankreich .	—	—	675
September-Revolution in Brüſſel	—	455 (486)	
Sepulveda, Obriſt	116 122 350 (151 157 382)		

Digitized by Google

Namen-Verzeichniß.	I. Bd. Seite.	II. Bd. Seite.	III. Bd. Seite.
Serano, Don Juan de	101 (137)		
Serben	198 (232)		
Serbien	—	156 (158)	
Sercognani, Obriſt	—	—	247 256
Serfidſche, Stadt	232 (265)		
Serracapriola, Herzog von	151 (186)		
Seſſa, Lager bei	132 (167)		
Setuval	—	—	318
Seu d'Urgel	—	—	287
Sève, Obriſt	436 (466)		
Sevilla	247 249 (280 281)		
Sevilla, die Cortes zu	320 330 (352 362)		
Sewaſtopel	—	175 (176)	
Seymour, Lord	—	—	268
Sheffield	364 (395)	—	424
Shiel	—	—	445
Shrewsbury, Lord	—	—	399
Sibthorp, Lord	—	—	440 459 502
Sidmouth, Lord	378 416 (408 446)		
Siebener Concordat, das, in der Schweiz	—	—	213
Siedlce	—	554 (593)	
Siemiontkowski General	—	527 (567)	
Sierawski, General	—	527 557 (567 596)	
Sierock	—	561 (599)	
Sierstorpff, Freiherr v.	—	478 (508)	
Sig, Fluß in Algier	—	—	683
Siguenza	—	—	283
Siliſtria	—	173 182 (174 183)	
Silvani, Juſtizminiſter	—	—	253
Silveira, Antonio, Graf	121 (157)		

Digitized by Google

Namen-Verzeichniß.	I. Bd. Seite.	II. Bd. Seite.	III. Bd. Seite.
Siméon, Graf	273 278 (305 309)	—	141
Sirieys de Mayrinhac	—	246 (247)	
Siſſeboli, Stadt	—	207 (207)	
Siſſinis, Präſident	468 (496)		
Skandinavien	—	—	529
Skarzynski	—	554 (592)	
Skiathos, Inſel	431 (460)		
Skio (Chios), Inſel	227 (260)		
Skrzynecki	545 549 (584 588)		
Skuliani	—	165 (166)	
Slupecki	—	571 (610)	
Smyrna	212 (245)		
Solignac, General	—	—	316
Soliman Paſcha	—	168 (169)	
Soliman Bei	195 436 (229 466)		
Solothurn	—	—	176 196
Soltyk	—	542 (581)	
Soult, Marſchall	15 (15)	—	48 75 121 149 584 594 654
Spagia, Inſel	436 (466)		
Spanien	—	—	295
Spence's Anhänger	367 (398)		
Spezzia	205 432 (238 462)		
Sphakioten	212 (246)		
Spina, Cardinal	156 (191)		
Spoleto	165 (199)	—	247 256
Sprewitz, Adolf v.	—	17 (18)	
Stafford, Lord	—	—	399
Staniewicz	—	556 (595)	
Stanley	—	—	415
Steigenteſch, Freiherr	296 (329)		

Digitized by Google

Namen = Verzeichniß.	I. Band. Seite.	II. Band. Seite.	III. Band. Seite.
Steinlein, Baron	75 (82)		
Stiftungsurkunde des heil. Bundes	3 (3)		
Stoczek	—	546 (585)	
Stormont	—	—	430
Storthing, das	—	—	570
Stourdza, ruſſiſcher Staatsrath	66 (72)	165 (166)	
Stournaris	425 (455)		
Stourton, Lord	—	—	399
Strandmann, General . . .	—	525 (564)	
Strangford, Lord	220 297 (253 330)		
Straßburg	—	—	156
Stroganow, Graf	217 296 463 (250 329 491)		
Stuart, Sir Charles	154 156 (189 191)		
Stubbs, General	—	—	307 312
Studentenverbindung	—	16 (17)	
Stürmer, v.	—	507 (547)	
Stutterheim, General . . .	166 (200)	559 (598)	
Styr, Fluß	—	559 (598)	
Suchtelen, General	—	153 175 (155 176)	
Suli	235 (268)	—	347
Sulioten, die	196 209 230 426 (230 243 264 456)		
Sulmona, Stadt	169 (203)		
Sunderland	364 (395)	—	424
Surlet de Chokier, Baron . .	—	473 (504)	
Suſſy, v.	—	400 (413)	
Suſſex, Herzog von	—	—	408 494
Sutermann	—	—	247
Suzzos, Michael	198 220 (231 254)		

Namen = Verzeichniß.	I. Bd. Seite.	II. Bd. Seite.	III. Bd. Seite.
Suzzos, Alexander	197 (231)		
Sverdruz	—	—	568
Syra, Inſel	442 (471)		
Syracus, Stadt	140 (175)		
Syracus, Graf von	140 (175)		
Syrien	—	—	640
Szawle	—	574 (612)	
Szembek	—	530 (569)	
Szymanowski	—	574 (612)	
Szyrwint	—	574 (612)	
Tage, die drei, zu Paris	—	329 (336)	
Taganrog	—	135 (137)	
Tagſatzung, ſchweizeriſche	—	—	176
Taitbout, der Saal	—	—	154
Talleyrand	11 14 17 310 (11 14 17 342)	—	4 41 48 170 323 604 680
Talon, General	—	425 (444)	
Tampico, Hafen	—	—	291
Tarascon	—	—	155
Tarragona	105 (141)	—	279 287
Taſſos	232 (264)		
Tatitſchew, v.	296 (329)	204 (205)	
Tauris	—	151 (153)	
Tavira	—	—	317
Tenderten, Lord	—	—	494
Tenedos, Höhe von	237 (270)		
Tenterden, Graf	—	—	398
Tepelen, Stadt	196 (229)		
Terceira	—	—	314
Termini, Stadt	141 (176)		
Ternaux		308 (308)	
Teſſe	—	—	661
Teſtacte	—	—	369
Teſſin	—	—	177 189 204
Thaon di Revel, Graf	187 (221)		

Digitized by Google

Namen-Verzeichniß.	I. Bd. Seite.	II. Bd. Seite.	III. Bd. Seite.
Theben	209 425 (242 455)		
Theſſalien	205 208 (239 241)		
Thibaudeau	15 (15)		
Thierry	—	—	25
Thiers	—	331 336 407 (338 344 409)	117 131 134 603 609 617 626 636 646 663 680 686 691
Thierſch, Hofrath	—	26 (27)	347
Thiſtlewood, Arthur	380 (410)		
Thomas	—	421 (440)	
Thompſon, Poulett	—	—	415
Thouars, Stadt	293 (326)		
Thurgau	—	—	177 198
Tirgowiſt, Stadt	199 201 (233 234)		
Tirney, Lord	372 404 418 (403 433 448)		
Tilburg, Lager bei	—	—	615
Tilly	—	—	608
Tinguy	—	—	608
Toledo	333 (365)		
Toll, General	—	215 586 (215 624)	
Tolleron, Ciſeleur	32 (31)		
Tolſtoi	—	575 (614)	
Tongern	—	—	610
Topra Kaleh	220 (254)		
Torend, Graf	—	—	293 708
Tories	357 (388)		
Torneſe	—	194 (195)	

Namen-Verzeichniß.	I. Bd. Seite.	II. Bd. Seite.	III. Bd. Seite.
Torre, Graf de la	104 184 186 297 (140 218 220 330)		
Torricello, Stadt	170 (204)		
Torrijos, Obriſt	104 318 (140 351)	—	295
Toſcana	—	—	224
Toulon	—	—	155
Toulouſe	10 (10)		
Tournemine	20 (20)		
Tracy, Victor v.	—	—	28 43
Trapani, Stadt	140 (175)		
Treilhard	—	—	40
Trembicki	—	526 (566)	
Treſtaillon	11 30 (11 29)		
Trevot, General	23 (23)		
Trézel, General	—	—	682
Trianon	—	428 (447)	
Trikala, Statthalterſchaft . .	195 (229)		
Tripier	314 (346)		
Tripolizza, Stadt	206 208 423 (240 241 453)	—	326
Troppau, Congreß von	145 154 (180 189)		
Trubetzkoy, Fürſt	—	141 (143)	
Tſavellas	—	—	344
Tſchezin-Roſtowsky	—	143 (145)	
Tſcheſme, Hafen	228 (261)		
Tſchirkowna	—	212 (212)	
Tugendbund	55 (56)		
Tuldſcha	—	171 (172)	
Turin	177 (211)	—	225
Türkei	190 (224)		
Turkmatſchai, Friedensvertrag von	—	154 (155)	

Digitized by Google

Namen = Verzeichniß.	I. Bd. Seite.	II. Bd. Seite.	III. Bd. Seite.
Turko=chorio, Paß von	210 441 (243 471)		
Turno, General	—	571 (609)	
Turnow, Feſte	—	168 207 (169 207)	
Twiß, Horace	—	—	428
Tykoczyn	—	562 (601)	
Ulloo.	—	—	297
Ulocozza, Obriſt	176 (211)		
Uminski	—	549 561 (588 599)	
Uniongeſellſchaften in England .	367 (398)		
Urbanski	—	522 (561)	
Urbino	—	—	247
Urgel, Feſte.	258 297 (291 330)		
Urmia, Stadt	—	153 (155)	
Uſter, Verſammlung zu	—	—	198
Vaglica von Mornale, Pater. .	138 143 (173 178)		
Valdez, Admiral	240 331 336 (272 363 368)	—	277 679
Valencia	253 329 (285 361)	—	279 678
Valladolid	323 (355)	—	273
Vallin, General	333 (365)		
Valmy	—	405 (423)	
Valtos	—	—	347
Vanſittart, Finanzminiſter . .	397 (427)		
Vatimesnil, v.	—	244 264 294 (245 265 294)	
Vaudrey, Obriſt	—	—	720
Verein der Menſchenrechte. . .	—	—	629
Viennot de Vaublane, Miniſter .	17 24 29 (17 24 29)		

Digitized by Google

Namen-Verzeichniß.	I. Bd. Seite.	II. Bd. Seite.	III. Bd. Seite.
Velasco	240 (272)		
Velasquez, Sebaſtian, Obriſt	98 (134)		
Vendée	—	—	155
Venegas, Generalcapitain	101 248 (137 280)		
Venta, die (haute vente)	292 (324)		
Veracruz	—	—	752
Vercelli, Stadt	184 (218)		
Verein, der katholiſche, in Irland	406 (436)		
Verein der Volksfreunde in Paris	—	—	24 103 155
Veroua, Congreß von	238 296 271 (329)		
Viennet	—	—	621 631
Viana	—	—	320
Viborg	—	—	548
de Vichy, Graf	—	69 (74)	
Victor, Marſchall	—	—	159
Victor, Herzog von Belluno	288 (319)		
Victor Emanuel, König v. Sardinien	124 178 (160 213)		
Vigodet, General	239 332 (271 364)		
Vigouroux	—	—	598
Vilches, Schlacht bei	334 (366)		
Villacampa, General	90 91 323 (126 127 355)		
Villaflor, General	—		305 312 316
Villafranca, Fürſt v.	139 142 (174 177)		
Villafranca, Stadt	351 (382)		
Villalba, General	244 (276)		
Villamoſo, General	182 (216)		
Villareal, Stadt	118 (153)	—	317
Villa viçoſa	—	—	305
Villate, General	21 (21)		

Digitized by Google

Namen-Verzeichniß.	I. Bd. Seite.	II. Bd. Seite.	III. Bd. Seite.
Villèle	25 35 244 282 287 295 (25 34 305 314 319 328)	49 127 128 241 (55 130 242)	
Villemain	—	303 336 450 (303 343 472)	
Vincent, General von	156 (191)	365 375 437 (372 382)	
Viſcher, Obriſt	—	—	218
Vitrolles, Baron	39 (38)	398 (406)	
Vittoria, General	117 (153)		
Vizille, Stadt	—	305 (305)	
Voirhaye	—	—	104
Voirol, General	—	—	681 720
Vonizza, Stadt	209 (243)	—	332
Voyer d'Argenſon	20 36 292 (20 36 324)	—	629 633
Vrachori, Bezirk von	195 (229)		
Vyvyan, Lord	—	—	444 451
Waadt	—	—	176 189 198
Wachten, General	—	210 (210)	
Walachei	190 (224)		
Wall, General	—	341 (348)	
Wallis	—	—	177
Wallmoden, General	165 (200)		
Walſch, Lord	—	—	430
Ward, Baron	417 (447)		
Warna	—	173 181 (174 182)	
Warſchau	—	582 (620)	
Wartburgfeſt	62 (68)		
Waſſilkow	—	142 (144)	
Watſon	365 (395)		

Digitized by Google

Namen-Verzeichniß.	I. Bd. Seite.	II. Bd. Seite.	III. Bd. Seite.
Wawer	—	554 (592)	
Welcker	—	509 (549)	
Wellesly, Marquis v. . . .	399 (429)		
Wellington, Herzog von . . .	9 22 40 297 304 396 411 416 419) (9 21 39 330 337 426 441 446 449)	146 197 (148 198)	14 49 361 376 411 414 448 473 503 522
Werther, v.	—	—	6 614
Weſerſchifffahrt	—	5 (6)	
Weſtmoreland, Lord	416 (446)		
Wetherell, Charles	—	—	433 498 521
Wetterſtedt, Graf	—	—	563
Wharncliffe, Lord	-	—	451 464 503 510
Wied-Runkel, General . . .	166 (200)		
Wielopolski, Marquis . . .	—	534 (573)	
Wilberforce	385 (415)		
Wilhelm III.	360 (391)		
Wilhelm IV., König v. Hannover	—	497 (537)	407 453 510 525
Wilhelm, Herzog v. Braunſchweig	—	42 493 (43 534)	
Wilhelm, König der Niederlande	—	458 (489)	
Wilhelm, König von Würtemberg	50 (51)	27 (28)	
Wilhelm, Prinz von Preußen .	296 (329)		
Wilhelm von Oranien . . .	360 (391)		
Wilna	—	556 (594)	
Wilſon, General	339 (371)		
Winchelſea, Graf	—	—	385 394 455 526
Winzingerode, Graf	75 (82)	30 (31)	
Wirzba	—	528 (568)	

Namen-Verzeichniß.	I. Bd. Seite.	II. Bd. Seite.	III. Bd. Seite.
Wiſa	—	226 (226)	
Wittgenſtein, Graf v.	216 (250)	163 182 (164 183)	
Wladimir	—	557 (595)	
Wladimireſco, Theodor	197 (231)		
Woinow, General v.	—	165 (167)	
Wolhynien	—	556 576 (595 615)	
Wolicki, General	—	534 (573)	
Wolkonski, Fürſt	296 (329)	143 (145)	
Wolſeley, Charles	374 (404)		
Wolverhampton	—	—	424
Woronzow, General	40 (39)	177 (178)	
Wrede, General	—	174 (175)	
Würtemberg	48 (48)	509 (549)	
Wyleczynski	—	539 (578)	
Wynford, Lord	—	—	418
Wynn	416 (446)		
Wynn, Charles	—	—	415 440
Zajonczek, Statthalter	146 (181)		
Zambani, Obriſt	—	—	261
Zambrano, Kriegsminiſter	—	—	286
Zamoyski, Graf	—	527 (566)	
Zavellas	235 425 (268 455)		
Zayas, General	(326 358)		
Zea Bermudez	—	—	279 297 678
Zentner, Freiherr von	86 122		
Zichy, Graf	64 296 (70 329)		
Zofinger Verein	—	—	187
Zollſyſtem in Deutſchland	—	480 (521)	
Zſchokke	—	—	186
Zucchi	—	—	248
Zumalacarregui	—	—	677
Zürich	—	—	188 191
Zymirski	—	531 (570)	

Digitized by Google

20

3

Digitized by Google

This book should be returned to the Library on or before the last date stamped below.

A fine of five cents a day is incurred by retaining it beyond the specified time.

Please return promptly.

Digitized by Google